J. germ
104 t - 1

Kretzschmer

<36638857570010

<36638857570010

Bayer. Staatsbibliothek

Vollſtändiges aber kurzgefaßtes

Repertorium

aller

Königl. Preußiſchen Landesgeſetze

welche in dem allgemeinen Landrecht, in der Gerichts-, Hypotheken-, Depoſital- und Criminal-Ordnung ſelbſt, und ſodann in der Geſetzſammlung bis zu Ende d. J. 1834, in v. Kamptz Jahrbüchern und v. Kamptz Annalen, in den Hymmenſchen Beiträgen, in den Klein'ſchen Annalen, in Stengel's Beiträgen, im Amelang'ſchen Archiv, in den Siewert'ſchen Materialien, in der juriſtiſchen Monatsſchrift von Matthieß und Hoff, in Simon und Strampf's Rechtsſprüchen und in der Königsberger Sammlung der agrar. Geſetze enthalten, ſo wie der belehrendſten Verordnungen der Provinzial-Behörden, welche in den Amtsblättern der Königlichen Regierungen abgedruckt ſind,

von

Johann Carl Kretzſchmer

Königl. Preuß. Regierungs-Rath, Ritter des eiſernen Kreuzes, und mehrerer ökonomiſchen Geſellſchaften Mitglied.

Erſter Band.

Danzig 1836.

Verlag von Fr. Sam. Gerhard.

Bayerische
Staatsbibliothek
München

Vorrede.

Im dankbaren Andenken der Hülfe, die mir Hoffmanns Repertorium der preußiſchen Landesgeſetze bei meinem Eintritt in den Staatsdienſt geleiſtet hatte, beabſichtigte ich lange, dies Werk fortzuſetzen und bis auf die jetzigen Zeiten fortzuführen; aber Hoffmanns Schrift enthält ſchon ſo viele Theile und Anhänge und Fortſetzungen, daß bereits jetzt das Nachſuchen in derſelben ſehr ſchwierig wird, daher ſchien eine gänzliche Umarbeitung des Stoffs nothwendig. — Hierbei gerieth ich auf die Idee, die vielen bereits von mir bewirkten Vorarbeiten zu benutzen und ein Repertorium der jetzt noch geltenden Landesgeſetze zu ſchreiben; indeſſen mußte ich auch dieſen Plan aufgeben, weil es faſt bei jeder geſetzlichen Beſtimmung wünſchenswerth, ja ſogar zu deren Verſtändniß und Auslegung nothwendig iſt, zu wiſſen: wie ſich die Geſetzgebung in dem preußiſchen Staat bei dem fraglichen Gegenſtande nach und nach ausgebildet hat, und ſo iſt denn das jetzige Repertorium aller preußiſchen Landesgeſetze entſtanden, in welchem die ältern ſo wie die jetzt geltenden Geſetze aufgenommen, aber zugleich auch die Anſichten der Rechtslehrer über zweifelhafte Fragen ausgeſprochen und viele Entſcheidungen der Gerichtshöfe angeführt ſind — es verbreitet ſich daher noch über viel mehrere Schriften, als wie der Titel ſagt, und dürfte, ſo weit es Fleiß und Aufmerkſamkeit bewirken kann, wohl als vollſtändig zu bezeichnen ſein; doch wenn es auch das Werk eines vieljährigen Sammelns, einer angeſtrengten Thätigkeit und der größten Mühſamkeit iſt, ſo iſt es doch auch nur Menſchenwerk, und als ſolches vielleicht

nicht überall vollkommen, und jeder Anforderung entſprechend. — Sollten alſo Mängel entdeckt werden, ſo bitte ich: die Arbeit zu berückſichtigen, welche ich unternahm und vollführte, und jene Fehler damit zu entſchuldigen, daß ich doch den guten Willen gehabt, etwas Vollkommenes zu liefern und daß auch dieſes Tadels ohngeachtet mein Werk brauchbar ſei. Sollte die Schrift, wie es möglich iſt, mehrere Auflagen erleben, ſo würde ich in der nächſtfolgenden jede Rüge eines Fehlers gern benutzen.

Der Gebrauch des Werks ergiebt ſich von ſelbſt. — Wenn der Geſchäftsmann nur weiß: wo er über einen Gegenſtand die nöthigen Vorſchriften oder die Anſichten der Rechtslehrer finden kann, ſo iſt auch dieſe Belehrung bald gefunden, da die Behörden ſämmtlich mit Bibliotheken verſehen ſind, in welchen ſich die angezogenen Schriften vorfinden. — Es iſt übrigens für den Rechtsgelehrten und für die Beamten jedes Verwaltungszweiges berechnet und wird jedem Bürger nützlich ſein, der ſich über die auf ſein Geſchäft Bezug habenden geſetzlichen Beſtimmungen belehren will.

Unſere Geſetzgebung ſchreitet noch immer vor, daher rathe ich, das Buch mit Papier durchſchießen zu laſſen und die von jetzt an erſcheinenden geſetzlichen Beſtimmungen bei jeder Materie nachzutragen. — Unter Anwendung dieſer kleinen Mühe wird das Werk viele Jahre brauchbar bleiben. Um aber auch dieſe Arbeit zu erleichtern, werde ich alljährlich Ergänzungshefte drucken laſſen, aus welchen das Hauptwerk durch jeden Schreiber vervollſtändigt werden kann.

Danzig, den 1. Oktober 1836.

Kretzſchmer.

Erläuterung der Abbreviaturen.

A. G. O. Allgemeine Gerichtsordnung;
die erſte römiſche Zahl bedeutet den Theil, die zweite den Titel und die arabiſchen Ziffern die Paragraphen.

A. L. R. Allgemeines Landrecht;
die erſte römiſche Zahl bedeutet ebenfalls den Theil, die zweite den Titel und die arabiſche Ziffer den Paragraph.

Altes Landrecht oder Corp. jur. frid. den erſten Theil des Projekts zum Corpus juris fridericianum von 1749 und 1750.

Behm. J. n. c. — Behmeri Jus novum controversum.

C. — Circulare. c. C. — cum Circulare.

Caſſen-Handb. — das Handbuch des Caſſen- und Rechnungsweſen. Berlin 1797.

C. C. M. — Corpus Constitutionum Marchicarum, ſiehe unten E. S.

Cr. O. — Kriminal-Ordnung von 1806.

D. — Deklaration. — c. D. — cum Declaratione.

E. S. Edikten-Sammlung. Die ältern Geſetzſammlungen bis zum Erſcheinen der Geſetzſammlung, welche vom Jahr 1806 an die Landesgeſetze in unterbrochener Reihefolge enthalten, zerfallen in drei Werke, welche in dieſem Repertorio immer mit E. S., Edikten-Sammlung, angedeutet ſind;

a. das Corpus Constitutionum, welches die Geſetze von 1298 bis 1750 enthält. — Es beſteht aus ſechs Theilen und vier Kontinuationen, einem Anhange und einer Nachleſe und iſt nach Materien geordnet; die ſechs Theile haben Abtheilungen und dieſe Kapitel, die Geſetze aber No., daher bedeutet bei dieſen die erſte römiſche Zahl den Theil, die zweite die Abtheilung und die arabiſche mit der Bemerkung Nr. die Nummer des Geſetzes, p. aber das Pagina. Der Beiſatz C. benennt die Continuationen und die dabei geſetzte römiſche Zahl, in der wievielſten Continuation das Geſetz zu finden ſei. — Anh. bedeutet den Anhang und Nachl. die Nachleſe;

b. hierauf erſchien das Novum Corpus Constitutionum Marchicarum, welches in 25 Jahrgängen die Verordnungen von 1751 — 1775 enthält und in fünf Bände, der-

geſtalt, daß jedesmal fünf Jahrgänge einen Band ausmachen, zerfällt. Es iſt lediglich chronologiſch ohne Rückſicht auf die Materie geordnet. — Hier bedeutet die römiſche Zahl bei dem Allegat C. C. den Band des Novum Corpus Constitutionum und die arabiſche Ziffer die Seite. — Bei dem V. Band hat jeder Jahrgang eine beſondere Seitenzahl und ſind daher die Jahrgänge durch kleine Buchſtaben unterſchieden, dergeſtalt, daß V. a. den fünften Band und deſſen erſten Jahrgang oder 1771 anzeigt;

c. von 1776 ab iſt alljährlich ein Band Geſetze erſchienen, ohne einen beſondern Titel; dieſes iſt die eigentliche Edikten-Sammlung und fangen von hier die Bände unter einer Reihefolge an, dergeſtalt, daß mit I. der Jahrgang 1776 und mit XXIX. der Jahrgang 1805 bezeichnet wird.

Ob nun ein Geſetz in dem Corpus Constitutionum oder in den ſpäteren Sammlungen zu finden ſei, dieſes ergiebt ſich von ſelbſt, weil bei den erſtern die römiſche Zahl doppelt als Zahl des Theils und der Abtheilung angeführt ſteht. — Ob es aber in dem Novum Corpus Constitutionum oder in den Edikten-Sammlungen von 1776 ab zu finden ſei, zeigt das angeführte Datum des Geſetzes oder der Verordnung.

G. — Geſetz.

G. C. — Entſcheidung der Geſetz-Commiſſion.

Gloſſ. — die Gloſſen zum Kriminal-Recht. Breslau 1816.

G. S. — Geſetzſammlung.

Die Geſetzſammlung erſchien zuerſt am Ende des Jahres 1810, in welcher vom Oktober ab bis 1. Jan. 1811 8 Nummern erſchienen, welche mit dem Jahrgang 1811 einen Band ausmachen. Die Geſetze vom Schluß der alten Edikten-Sammlung, d. h. vom Jahr 1806 bis zum Oktober 1810 wurden nachträglich zuſammen getragen und abgedruckt. Es ſind nur die frühern Jahrgänge bei dem Geſetz angezeigt, aber bei den ſpätern bedeutet I. den Jahrgang 1811 nebſt den 8 No. vom Jahr 1810, die zu dieſem Bande gehören, alſo III. den Jahrgang 1813.

Wenn das Geſetz in demſelben Jahr erſchien, in welchem es in der Geſetzſammlung aufgenommen ward, ſo iſt auch bisweilen der Jahrgang gar nicht, ſondern nur die Seitenzahl angeführt worden, weil ſich erſterer von ſelbſt ergiebt.

H. O. heißt Hypotheken-Ordnung.

H. B. bezieht ſich auf Hymmens Beiträge zur juriſtiſchen Litteratur, welche in den Jahren 1774 bis 1785 erſchienen.

H. B. Z. benennt die Zugabe zu den vorgedachten Hymmenſchen Beiträgen.

J. M. heißt Matthieß juriſtiſche Monatsſchrift und hier ſo wie bei Hymmens Beiträgen deutet die römiſche Zahl den Theil, die arabiſche Ziffer die Seite an.

v. K. A. — von Kamptz Annalen der innern preußiſchen Staatsverwaltung, die erſte arabiſche Ziffer bedeutet den Jahrgang, wobei bemerkt wird, daß zur Abkürzung der Zahl, 17. den Jahrgang 1817 u. ſ. w. bedeutet, und die das Jahrhundert beſtimmende Zahl 18 ſtets fortgelaſſen iſt; die darauf folgende römiſche Zahl nennt das Heft und die letzte wiederum arabiſche Ziffer die Seitenzahl.

K. A. B. — Kurmärkſches Amtsblatt, die arabiſche Ziffer die Seitenzahl und die römiſche Zahl den Jahrgang. — I. iſt der Jahrgang 1811 u. ſ. w.

v. K. J. von Kamptz Jahrbücher für die preußiſche Geſetzgebung, Rechtswiſſenſchaft und Rechtsverwaltung; die römiſche Zahl bedeutet den Band und die arabiſche Ziffer die Seitenzahl.

Kl. A. Kleins Annalen der Geſetzgebung und Rechtsgelehrheit, welche in den Jahren von 1788 bis 1799 erſchienen. Die römiſche Zahl bedeutet den Band und die arabiſche Ziffer die Seitenzahl.

Lief. bezeichnet das Repertorium für practiſche Juriſten, welches im Jahr 1793. und 94. in vier Lieferungen erſchien; die erſte Zahl bedeutet die Lieferung und die zweite die Seite.

N. A. Amelangs Neues Archiv der preußiſchen Geſetzgebung und Rechtsgelehrſamkeit; auch hier bezeichnet die römiſche Ziffer den Band und die arabiſche die Seitenzahl.

N A. B. Neumärkſches Amtsblatt, wobei daſſelbe was beim Kurmärkſchen Amtsblatt angeführt iſt, in Anwendung kommt.

N. C. C. M. Novum Corpus Constitutionum Marchicarum, ſiehe oben C. C.

P. A. B. Pommerſches Amtsblatt, wobei dieſelben Bezeichnungen, wie bei dem Kurmärkſchen ſtattfinden.

Pat. — Patent.

Publ. — Publikandum.

R. Reſcript. — c. R. cum Rescripto. — c. R. d. cum Rescripto declaratorio.

Rabe — Rabes Hülfsbuch für Juriſten — und wenn der Band und die Seitenzahl wie gewöhnlich, erſtere in römiſchen, letztere in arabiſchen Ziffern beigefügt iſt — deſſen Sammlung der preußiſchen Geſetze und Verordnungen.

Rgl. — Reglement.

R. S. Reſolution.

S. A. B. das Breslauer Amtsblatt, confr. K. A. B.

S. M. die im Jahr 1816 im Büreau der Miniſterien redigirte Sammlung der Geſetze und Verordnungen.

St. B. Stengel und Eiſenbergs Beiträge zur Kenntniß der

Juſtizverfaſſung. — Auch hier bedeutet die römiſche Zahl den Band und die arabiſche die Seiten; mit dem 7ten Bande fing eine neue Folge an, daher iſt auch der 7te Band in Parentheſe mit 1. bemerkt und ſo fortgefahren.

S. u. Str. R. Simon und Strampfs Rechtsſprüche der Preußiſchen Gerichtshöfe von 1828 ab erſchienen.

St. O. die Städteordnung von 1809.

rev. Städteordnung, die revidirte Städteordnung von 1831.

V. Verordnung.

Alle übrigen Abkürzungen dürften ſich von ſelbſt als bekannt entziffern laſſen.

Kr.

A.

Aalsfang, ein Rechtsſtreit über den zum Nachtheil der Schiffahrt ausgedehnten, wird zur Cammer verwieſen. J. C. v. 17. Febr. 1791. Kl. A. p. 290. VIII. ſiehe Fiſchwehre.

Abarbeiten, der für Verbrecher aus den Kämmerei-Kaſſen gezahlten baaren Auslagen, dazu können erſtere nach erlittener Strafe angehalten werden. v. K. A. 29. I. 142.

Abbaue, (Abbauten) ländlicher Grundſtücke u. Gebäude, deren Beförderung bei Gemeinheitstheilungen und Auseinanderſetzungen. D. v. 16. May 1816. G. S. 159. Gem. Th. O. v. 7. Juni 1821. G. S. 1821. p. 62. u. 63. — Aufbringung der Koſten und Entſchädigung für ſelbige nach Verhältniß des Vortheils der Theilnehmer; ebendaſ.; desgl. bei Gemeinheitstheilungen im Großherzogthum Poſen. G. S. 1823. p. 65.; desgl. in den Vorſtädten und nächſten Umgebungen der Feſtungen; Vorſchriften für ſelbige. G. S. 1828. p. 123. 129 — was bei deren Anlegung zu beobachten iſt. v. K. A. 18. I. 40. — 20. IV. 747. ſ. auch Auseinanderbau, desgl. Grundſtücke.

Abbitte, als Privat-Genugthuung in Injurien-Sachen findet nicht mehr ſtatt. G. S. 1811 p. 149. ſ. auch Injurien.

Abdecker. A. L. R. Th. II. Tit. 8. §. 280. Kaiſerliches Patent, die Zunftmäßigkeit deren Kinder betr. v. 16. Aug. 1731 C. S. VI. II. X. No. 81. C. v. 24. März 1783. §. 7. p. 2058. VIII. — Wie ſie fahren und ſich kleiden ſollen. V. v. 1. Jun. 1733. V. V. II. No. 6. ſ. Scharfrichter. C. C. M. P. 5. S. 5. Cap. 2. gehören zu den Perſonen, welche nach der A. G. O. Th. I. Tit. X. §. 230. No. 14. als Beweiszeugen nicht aufgeſtellt werden können, R. v. 11. Oct. 1806 J. M. X. 40. C. C. 774. XII. ſiehe aber v. K. A. 27. IV. 1010. bedürfen zum Betriebe ihres Gewerbes eines Qualifications-Atteſtes. G. S. 1810. p. 83. — müſſen ſich Behufs der Gewerbeſchein-Ertheilung durch ein Zeugniß der Kreis-Polizeibehörde zu Anſtellung oder Fortſetzung ihres Gewerbes legitimiren. G. S. 1811. p. 276. deren Rechte und Verpflichtungen. v. K. A. 17. I. 86. — 18. IV. 1017. — 20. II. 317. — deren Verpflichtungen in Beziehung auf das an ſie abgelieferte inkurable Vieh. 23. II. 416. — ſind zur Tödtung herrenloſer Hunde verpflichtet. 19. I. 212. — II. 535. — deren Mi-

litairpflichtigkeit. 20. I. 142. deren Zulaßung zum Militairdienſt. 27. IV. 1011. — Konzeſſionirung der Juden als ſolche. 20. IV. 788. (Scharfrichter), deren Rechte u. Verpflichtungen rückſichtlich des unreinen und gefallenen Viehes. 28. III. 783—789. dürfen keine todte Pferde in den ihnen nicht ausdrücklich angewieſenen Diſtrikten aufkaufen. 28. III. 784. — in der Niederlauſitz, deren Lohn für das Verſcharren des an der Seuche gefallenen Viehes. 28. I. 180 — dieſelben haben für den Verluſt der Häute keine Vergütigung zu fordern. ibid. — Verweiſung deren Widerſpruchsrechte hinſichtlich des Viehabledern auf den Rechtsweg. 32. II. 547. ſ. auch Scharfrichterknechte, Scharfrichter, Abledern und Vieh.

Abdeckereiweſen, polizeiliche Anordnungen wegen deſſelben. v. K. A. 19. II. 534. — deſſen Betrieb auf bloße polizeiliche Legitimation. 24. III. 913. — früher auf Gewerbeſcheine. 17. I. 86. ſiehe Scharfrichter.

Abdruck, der ſtändiſchen Gutachten und Petitionen, ſ. Provinzialſtände.

Abendmahl, kein Prediger ſoll ſich daſſelbe ſelbſt reichen. V. v. 16. May 1647. und Niemand von deſſen Gebrauch abgehalten werden. V. v. 2. Febr. 1718. C. S. I. II. No. 115. V. deſſen Austheilung an gebrechliche Leute betr. v. 6. Sept. 1731. C. S. I. I. No. 121. v. 16. Jan. 1732. No. 122. v. 9. Jun. v. 14. März 1732. No. 124. 125. an fremde v. 2. Febr. 1718. C. S. I. II. No. 115. unwiſſende Perſonen R. v. 18. Oct. 1660. C. S. I. I. No. 26. ohne Rangſtreit v. 13. Febr. 1699. No. 67. R. deſſen Haltung bei Wochenpredigten und Austheilung vor dem Altar betr. v. 22. Jan. v. 14. März 1732. No. 123. 124. v. 12. Jun. 1749. p. 155. C. IV. — das Halten zum Abendmahl beſtimmt oder ändert die Parochialpflichtigkeit nicht. St. V. p. 118. II.

Abendmahls-Feier, heilige, Anordnungen für ſelbige, bei dem Militair-Gottesdienſte. G. S. 1811. p. 181. — v. K. A. 19. III. 727. — erſte, Anordnungen für den dieſelbe vorbereitenden Unterricht in der Provinz Schleſien. 32. IV. 935—943.

Abfälle, von Gerbereien, (Leimleder), von Seifenſiedereien, Vitriol-Fabriken ꝛc., Zollgefälle für ſelbige. v. K. A. 20. IV. 738.

Abfahrtsgeld, ſ. Abſchoßgelder.

Abfindungen bei Gemeinheitstheilungen und Ablöſungen — Verpfändung der Güter-Subſtanz zu deren Aufbringung. ſ. Lehns- u. Fidei-Commißbeſitzer, ſ. auch Pflichttheil.

Abgaben, Verwaltung. direkte und indirekte Abgaben-Section für deren obere Verwaltung im Finanz-Miniſt. G. S.

1808. p. 369. 370. 1810. p. 15. Geſetz v. 16. Decbr. 1808. — derſelben iſt ein Director vorgeſetzt. G. S. 1810. p. 15. — (ſ. auch Finanz-Miniſt.) deren Verwaltung bei den Regierungen durch Deputationen oder Abtheilungen. G. S. 1808. p. 471. 484. — 1815. p. 90. — 1817. p. 250. — 1826. p. 7. 8. — landesherrliche und grundherrliche, rückſtändige, Ausübung des fiscaliſchen Executionsrechts rückſichtlich derſelben von Seiten der Regierungen. G. S. 1808. p. 475. — 1826. p. 11. — können jedoch wegen letzterer keine perſönliche Verhaftung verfügen. G. S. 1826. p. 11. — indirecte, deren Verwaltung durch beſondere Provinzial-Steuer-Directoren. G. S. 1826. p. 8. — Abgaben-Deputationen (Abtheilungen) der Regierungen, Reſſort derſelben. G. S. 1808. p. 471. 484. 1815. p. 90. 1817. p. 250. 1826. p. 7. u. 8. — deren Befugniß zur Milderung der in Abgabe-Kontraventions-Fällen bis zu 50 rtl. feſtgeſetzten Strafe incl. Konfiskats. G. S. 1813. p. 41.

öffentliche, überhaupt. deren theilweiſe Abführung in Treſorſcheinen. G. S. 1809. p. 523. 619. 620. — Goldzahlungen bei ſelbigen. G. S. 1809. p. 618. — 1814. p. 63. — können in Pommern theilweiſe in ritterſchaftl. Bankſcheinen berichtigt werden. G. S. 1824. p. 170. 171. — gegen deren Entrichtung ſchützt kein Moratorium. G. S. 1811. p. 205. — welche rückſtändig geblieben, oder vorſchußweiſe berichtigt worden, deren Vorrechte in Concurſen. G. S. 1808. p. 217. — in den Rhein-Provinzen, in wie weit ſich ſolche zur Ablöſung nicht eignen. G. S. 1829. p. 66. — ſollen zur Vereinzelung der Grundſtücke kein Hinderniß abgeben. G. S. 1811. p. 283. 302. — deren Repartition bei Vereinzelungen von Grundſtücken. G. S. 1811. p. 283. 302. — deren Ausgleichung und Sicherung bei Regulirung gutsherrl. und bäuerl. Verhältniße. G. S. 1811. p. 283. — 1817. p. 164. 168. 177. — auf Bauerhöfen im Großherzogthum Poſen und in den mit Weſtpreußen wieder vereinigten Diſtricten haftend, deren Vertheilung bei Auseinanderſetzungen mit der Gutsherrſchaft. G. S. 1823. p. 62 — grundherrl. (directe und indirecte) deren Erhebung in ſtandesherrl. Bezirken. G. S. 1820. p. 89—91. — beſondere, damit dürfen inländ. Juden nicht beſchwert werden. G. S. 1812. p. 19. — Aus dem letzten Kriege betreffende Angelegenheiten öffentlicher Behörden, z. B. der ſtändiſchen Comité, ſind ſtempelfrei. — Ed. über die Ausgleichung der Abgaben-Rückſtände mit den Forderungen an öffentliche Caſſen, v. 27. Jan. 1811. G. S. p. 147. — vom 22. April 1812. p. 41. — die öffentl. Abgaben von den Beſoldungen und Jahrgeldern verſchuldeter Salariſten und Penſionairs werden zur Hälfte von dem von denſelben frei bleibenden

Theile des Gehalts oder Jahrgeldes und zur andern Hälfte von der Quote der Gläubiger entnommen. R. v. 10. Oct. 1812. N. A. B. 545. II. P. A. B. 477. III. und findet dieſes auch auf Militairpenſionen Anwendung, Publ. v. 30. März 1812. K. A. B. 18. III. N. A. B. 545. II. — die Abgaben und Leiſtungen von ſtädtiſchen Grundſtücken ſollen von dem Beſitzer derſelben gefordert werden können, ohne auf die Berichtigung des Beſitztitels Rückſicht zu nehmen, P. A. B. 106. II. — deren Vertheilung und Sicherung bei Dismembrationen ländlicher Grundſtücke. v. K. A. 18. III. 662. — deren Regulirungen bei Vereinzelungen von Domanial-Erbpachts- oder Erbzins-Grundſtücken. 17. III. 664.

Kann ein Colonus, deſſen Vorfahr ſein Grundſtück gegen einen beſtimmten jährlichen Zins vom Fiskus nach Eigenthumsrecht in Erbgewinn mit der Zuſicherung erhalten hat, daß ſein Grundſtück von allen Laſten, ſie mögen Namen haben wie ſie wollen, wie bisher, alſo ferner befreit ſeyn ſolle, außer der Befreiung von der Grundſteuer auch die von ſolchen Reallaſten und Abgaben verlangen, welche erſt ſpäter Grundſtücken dieſer Art auferlegt und beim Abſchluß des Contracts nicht vorher geſehen worden? Sim. u. Str. Rechtsſp. 3ter B. No. 12. p. 141. —

R. v. 22. Juni 1832. betr. die allgemeinen Abgaben, deren Eintragung in das Hypothekenbuch es nicht bedarf. v. K. J. XXXIX. 457—460. — Abgaben von Colonaten im Münſterſchen, ſ. Münſter.

directe, welche von den ältern Abgaben, als läſtig und mit Plackereien verbunden, erlaſſen und aufgehoben worden. G. S. 1811. p. 254. f. — 1820. p. 136. 137. — von Bauergütern, deren Vertretung von Seiten der Gutsherrſchaft fällt nach Verleihung der Eigenthumsrechte fort. G. S. 1811. p. 284. 295. — 1816. p. 172. — von den Domainen-Einſaſſen, nach Verleihung des vollen Eigenthums ihrer Grundſtücke. G. S. 1808. p. 246. f. 278. f. — indirekte, Abſonderung deren Verwaltung von dem Geſchäftskreiſe der Regierungen in den Rheinprovinzen. v. K. A. 24. I. 23. — deren Erhebung nach den beſtehenden Tarifs und Taxen. 25. I. 5. — IV. 830. seq. — Stundungen derſelben. 25. IV. 846. — creditirte, deren Einziehung. 17. IV. 35. — deren Vertheilung bei Theilungen und Dismembrationen von Grundſtücken. 18. III. 662. deren Vertheilung bei abgezweigten Grundſtücken. 25. I. 46—48.

indirecte, landesherrl. (Steuern, Zölle) werden theilweiſe in Gold und Silbergelde erhoben. G. S. 1809. p. 618. — 1814. p. 63. — 1818. p. 86. f. — 1821. p. 183. — 1824. p. 204. — 1825. p. 71. — 1827. p. 155. — 1830. p. 131. — Erſatz der zu viel und Nachzahlung der zu wenig oder gar nicht erhobenen,

innerhalb Jahresfriſt. G. S. 1827. p. 132. — erhöhete, von fremdem geräucherten und geſalzenen Fleiſch, ſo wie von fremden Würſten. G. S. 1812. p. 124. — 1827. p. 143. — deren Erhebung von überſeeiſchen Waaren, nach Aufhebung des Kontinental-Impoſtes. G. S. 1813. p. 39. — ſeit dem Jahre 1807. rückſichtlich des Tranſitohandels angeordnet, deren Aufhebung. G. S. 1814. p. 45. — von fremden Zuckern. G. S. 1816. p. 121. — 1827. p. 144. — von ausländiſchen Waaren, deren Erhebung nach dem Geſetz und den dazu gehörigen Tarifs v. 26. Mai 1818. G. S. 1818. p. 65. 70. ff. — beſondere, in Stelle der Verbrauchs-Abgaben, für die abgeſondert gelegenen Landestheile. G. S. 1820. p. 137. — ältere, deren theilweiſe Aufhebung. G. S. 1820. p. 136. 137. — Anordnungen für deren Erhebung in den außerhalb der Zoll-Linien gelegenen Landestheilen, beſonders der Regierungsbezirke Erfurt und Coblenz. G. S. 1826. p. 87. — 100. — Erhebungsrolle für ſelbige in der Stadt Erfurt. G. S. 1826. p. 87. 91. — deren Erhebung in den vom preuß. Gebiete eingeſchloſſenen Schwarzburg-Rudolſtädtſchen ſouver. Beſitzungen und Vergütigung. G. S. 1822. p. 225. — desgl. von den eingeſchloſſenen Fürſtl. Lippeſchen Landestheilen. G. S. 1826. p. 101. — deren Entrichtung im Handelsverkehr mit Großbritanien. G. S. 1824. p. 118. f. — desgl. mit Rußland und Polen. G. S. 1825. p. 58. f. 71. — Siehe auch Handels- und Zollverträge mit fremden Staaten. — desgl. Ablöſungen, Acciſe, Domanial-Abgaben, Elb-Weſer- ꝛc. Zölle, Hafen-, Kanal-, Kommunal- ꝛc. Abgaben, Lohnfuhrleute (Abgabe zur Poſtkaſſe) Schiffahrts-Abgaben, Steuern. — Abgaben, öffentliche und landesherrliche, Erhebungsrolle für ſelbige v. 25. Oct. 1821, deren Erläuterungen und Berichtigungen. v. K. A. 22. IV. 850. seq. — deren Entrichtung für die Theilnahme an dem Marktverkehr. 21. I. 58. 59. — deren Erhebung von den zur See ein- und ausgehenden Waaren. 21. II. 298 — 307. — Inſtruktion für deren exekutiviſche Einziehung. 24. I. 24 — 47. — 26. III. 576. seq. 584. seq. — welche Gegenſtände von letzterer ausgeſchloſſen bleiben. 25. IV. 885. — deren Berichtigung durch Zinskoupons. 24. I. 104. — Abänderungen in den Beſtimmungen der Hebe-Rolle für ſelbige vom 19. Novbr. 1824., rückſichtlich des Roheiſens, der Steinkohlen und der Durchgangs-Abgabe über Lützen und Eckartsberga. 26. IV. 985. — deren Erhebung in dem vom Zollverbande ausgeſchloſſenen Landestheile des Erfurter Regierungsbezirks. 26. IV. 986. — 991. (und Gefälle), von ſelbigen können Niederſchlagungen, welche durch geſetzliche Vorſchriften oder durch erwieſene Unvermögenheit begrün-

det ſind, durch die oberſten Verwaltungsbehörden ſtatt finden. 26. III. 651. — deren Erhebung auf der rechten Rheinſeite von Gewerben und Zünften. 21. III. 620. seq. — für landespolizeiliche Verbindungsanſtalten, als Häfen, Kanäle, Chauſſeen, deren Erhebung gehört zum Reſſort des Handels-Miniſteriums. 19. I. 2. — für das Intelligenzweſen in Beziehung auf öffentliche Bekanntmachungen. 24. II. 327. — Erhebungsrolle für ſelbige, ſtändiſche Vorſchläge rückſichtlich deren Abänderungen. 27. I. 303. — II. 329. — Eingangs- und Durchgangs-Abgaben, Regulativ über deren Erhebung und Controlle in der Stadt Erfurt und deren Steuerbezirk. I. 44—69.

Kommunal-, Gemeinde- und Privat-Abgaben hören für den Handelsverkehr im Inlande auf. G. S. 1818. p. 68. — 1819. p. 118.

geiſtliche, Realabgaben an Kirchen und Pfarren, werden bei Auseinanderſetzungen nach der Landtheilung vertheilt. G. S. 1816. p. 158. — welche an Kirchen, Pfarrer, Küſter und Schullehrer zu entrichten ſind, deren Vertheilung. 18. III. 669. — rückſtändige, an Kirche und Geiſtlichkeit, in wie fern deren executiviſche Beitreibung den Verwaltungsbehörden zuſteht. 33. III. 635. — 641. — an Kirche, Geiſtlichkeit, Schulen, Vertheilung derſelben bei Dismembrationen von Grundſtücken. 33. I. 87. — II. 351. — IV. 949. — über die Einziehung rückſtändiger Abgaben an Kirchen und Geiſtlichkeit. R. v. 5. Juli 1833. v. K. J. XLII. 115. 121.

grundherrliche, deren Ablöſung bei Grundſtücks-Dismembrationen. v. K. A. 24. I. 119. — IV. 1041. — Verpflichtung zu ſelbigen an das Dominium. 24. IV. 1109. — Nachweiſung deren Reſte nach Jahren. 24. II. 348. — deren Erhebung bei Gemeinde-Korporationen. 18. II. 382.

an Gutsherrſchaften, bäuerliche, deren Leiſtung an die Gutsherrſchaften in Schleſien. G. S. 1809. p. 558. — 1810. (A.) p. 735. f. — in wie weit eben ſolche im Kottbuſſer Kreiſe und in den vormals königl. ſächſ. Landestheilen noch fortdauern. G. S. 1819. p. 23. — bäuerliche, deren Leiſtung in den zum ehemaligen Königr. Weſtphalen, Großherzogthum Berg und den franzöſiſch-hanſeatiſch. Depart. gehörigen Landestheilen. G. S. 1825. p. 74. 77. f. 95. 99. f. 113. 116. f. A. L. R. von Abgaben der Unterthanen. II. VII. 472. — 487.

ſtädtiſche, davon findet keine Befreiung ſtatt. G. S. 1808. p. 331. — Kommunikations-Abgaben, als Rhein-Oktroi-Gefälle, Elb- und Weſerzölle ꝛc. dauern fort. G. S. 1819. p. 118. — Befreiung und Exemtionen von Abgaben finden nicht ſtatt. G. S. 1818. p. 69.

Erhebungsrolle der Eingangs-, Ausgangs- u. Durchgangs-Abgaben f. d. J. 1822 bis 1824. v. 25. Octbr. 1821. G. S. 1821. p. 165—183. Abänderungen dieſer Erhebungsrolle für die Provinzen Preußen, Weſtpreußen, Brandenburg, Pommern, Schleſien, Poſen u. Sachſen. G. S. 1823. p. 45—48. — Verordnung wegen der Erhebungsrolle derſelben für die Jahre 1825. 1826. u. 1827. v. 19. Novbr. 1824. G. S. 1824. p. 181 — 208. — die darin in der zweiten Abtheilung beſtimmten Tarifſätze der Eingangs-Abgaben für verſchiedene Gegenſtände der landwirthſchaftl. Produktion ſollen nur bis zum 1. Aug. 1825. gelten. G. S. 1824. p. 181. — ferner gültig bis zum Ablaufe des J. 1826. G. S. 1825. p. 160. — desgl. bis zum Ende des J. 1827. G. S. 1826. p. 117. — Gegenſtände, welche denſelben bei der Ein-, Durch- und Ausfuhr nicht unterworfen ſind. G. S. 1824. p. 185. — Ergänzung dieſer Erhebungsrolle rückſichtlich der Durchgangsabgaben von Waaren, welche mit Ueberſchreitung der Oder oder rechts derſelben, durchgeführt werden. G. S. 1824. p. 243. f. — neuer Tarif rückſichtlich der letztern, f. d. J. 1825—1827. G. S. 1825. p. 68—71. — Erhebungsrolle der Eingangs-, Ausgangs- u. Durchgangs-Abgaben f. d. J. 1829. u. 1830. G. S. 1827. p. 131. —162. — Allgemeine Beſtimmungen wegen deren Erhebung. G. S. 1827. p. 153. — deren Anwendung unter einigen Modifikationen auch für d. J. 1831. G. S. 1830. p. 130. — ſtädtiſche, ſollen für den Verkauf in Privathäuſern während des Marktverkehrs nicht mehr erhoben werden. v. K. A. 21. I. 58. 59. — perſönliche, deren Kontrolle, in Beziehung auf das Lebensalter. 18. III. 644. — brauchen Schauſpieler und andere Künſtler, ſo wie Thierführer ꝛc., zu den Kämmerei- und Orts-Armenkaſſen nicht mehr zu entrichten. 19. III. 752. — 21. III. 651. IV. 894. 895. — 23. III. 666. — können Magiſträte für die etwaige beſondere polizeiliche Aufſicht bei dergleichen öffentlichen Produktionen fordern. 20. IV. 820. — deren Erhebung kann in den Rheinprovinzen von Schauſpielen, öffentlichen Luſtbarkeiten ꝛc. für die Armenkaſſen noch ſtatt finden. 22. III. 714. — Erhebung derſelben von öffentlichen Tanzluſtbarkeiten zu Gunſten der Armen-Kaſſen. 17. I. 175. — 25. II. 447. — III. 715—760. — 26. II. 420. — ſiehe auch: Steuern, Kommunal- und Kommunikations-Abgaben und Steuern, ſo wie Armen- und Gemeinde-Kaſſen.

katholiſcher Eingeſeſſenen an evangeliſch-geiſtliche Anſtalten, können als Privatleiſtungen von Seiten des Staats nicht aufgehoben werden. 30. I. 224. — ſ. auch Gemeinde-Abgaben, Gewerbeſteuer, Klaſſenſteuer ꝛc.

Natural-Abgaben. Ob die Subhaſtation derſelben zuläſſig ſey? Reſcr. v. 19. Sept. 1831. v. K. J. XXXVIII. p. 108. ſiehe übrigens Abgabenreſtanten, Ablöſung, Communalabgaben, Dismembration, Erbſchaftsſtempel. Execution. Laudemienabgabe. Sporteltantieme. Subhaſtation. Quittungen. ſ. ferner auch Steuer.

Abgaben und Leiſtungen, gewerbliche, u. perſönliche, in den Mediatſtädten der Provinz Poſen, deren Aufhebung, ſ. Poſen.

Abgaben-Beitreibung. R. v. 15. März 1831, den Suspenſiv-Effect der in terminis executionis gemachten Einwendungen bei Abgaben betr. v. K. J. XXXVII. 86, ſ. auch Exekution.

Abgabenfreiheit der Neuanbauenden. Geſetz v. 14. Juli 1832. G. S. 1832. p. 184. — ſ. auch Steuerfreiheit.

Abgabengeſetze. Anwendung derſelben auf die Provinz Neuvorpommern. G. S. 1821. p. 193. — ſ. ferner Steuern u. Abgaben, desgl. Klaſſenſteuer, Gewerbeſteuer, Mahl- u. Schlachtſteuer ꝛc. — veränderte Einrichtungen in Folge derſelben. v. K. A. 19. I. 39. seq.

Abgaben-Reſtanten. Da, wo der Magiſtrat gegen ſeinen Schuldner wegen gewiſſer Abgaben das Recht zur Execution überhaupt hat, muß ſolche ihm auch durch alle Grade gelaſſen werden, wo es nicht ſchlechterdings auf eine gerichtliche Procedur oder Erkenntniß ankommt, alſo auch die Execution in die Immobilien, ſo lange von der Tax- u. Subhaſtation nicht die Rede iſt. R. v. 31. Mai 1822. v. K. J. XIX. 305.

Abgaben-Rückſtände, bis zum 1. Juny 1810. deren Ausgleichung mit Forderungen an öffentlichen Kaſſen. G. S. 1811. p. 147. — deren Abtragung in Staats- u. Kommunal-Papieren nach dem Nennwerthe oder in Getreide u. Fourage bis zum 1. Aug. 1812. G. S. 1812. p. 41. — aus der Kompenſations-Periode, deren Annahme in Staats-Papieren nach dem Nennwerthe. v. K. A. 22. II. 330. — der Unterthanen, deren Kompenſation mit den Anſprüchen an Staats-Fonds. 26. I. 22. — deren Erhebung durch Execution auf adminiſtrativem Wege. 26. III. 576. seq. 584. seq. — ſchiedsrichterliches Verfahren rückſichtl. derſelben in den ehemaligen Königl. Weſtphäliſchen, Bergiſchen ꝛc. Landestheilen. 26. III. 619. 629. seq. — ſiehe auch Domainen-Abgaben-Reſte.

Abgabenweſen. (Abgabenſyſtem) alle Veränderungen in ſelbigem bedürfen der Allerhöchſten Beſtätigung. G. S. 1810. p. 15. — neue Einrichtungen wegen deſſelben nach dem Edict v. 27. Oct. 1810. G. S. 1810. p. 25 — 31. — desgl. nach dem Edicte v. 7. Sept. 1811. G. S. 1811. p. 253. — 262.

— v. 8. Febr. 1819. — G. S. 1819. p. 97 — 118. — v. 7. Aug. 1820. G. S. 1820. p. 133. — 164. — desgl. in Beziehung auf den Verkehr zwiſchen den Provinzen des Staats u. mit dem Auslande. G. S. 1818. p. 65. — 1821. p. 165. — 1824. p. 181. — 1827. p. 131. — 1830. p. 130. — ſ. auch Handels- u. Zoll-Verträge mit fremden Staaten, desgl. Abgaben u. Steuern.

Abgänge (Abfälle) landwirthſchaftliche u. bei dem Betriebe von Gewerben, Geſtattung des Aufkaufs derſelben u. des Hauſirhandels mit ſelbigen. G. S. 1824. p. 130. dürfen nicht in Maſſen in ſchiff- u. floßbare Flüſſe u. Kanäle geworfen werden. G. S. 1826. p. 108. — in Uebertretungsfällen wird eine Polizeiſtrafe von 10—50 rtl. verwirkt; daſelbſt.

Abgangsliſte, ſ. Klaſſenſteuer.

Abgangszeugniſſe, Bemerkungen wegen der Studenten-Verbindungen, ſiehe letztere. — von der Univerſität, Prüfung derſelben. Reſcr. v. 9. Octbr. 1834. v. K. J. XLIV. 109.

Abgebrannte, für ſelbige können in dringenden Fällen die Regierungen aus dem Remiſſions-Fonds Unterſtützungen anweiſen. v. K. A. 27. I. 179.

Abhandlungen, rechtswiſſenſchaftliche; ſ. die betreffenden Artikel.

abinstantia absolutio, ſ. Freiſprechung vorläufige.

Abiturienten, mit dem Zeugniſſe der Untüchtigkeit oder No. 3. entlaſſen, deren ſpätere Prüfungen pro immatriculatione. v. K. A. 31. I. 91. — feierliche Entlaſſung derſelben von den Gymnaſien. v. K. A. 33. IV. 962.

Abiturienten-Prüfungen, bei gelehrten Schulen, deren Beaufſichtigung durch die Konſiſtorien. G. S. 1817. p. 240. — 1826. p. 5. — Anordnungen rückſichtlich deren Prüfungen. v. K. A. 18. II. 370. — III. 730. — 22. II. 376—380. — 26. II. 373. — IV. 1036. — desgl. in Beziehung auf Theologie Studirende. 20. IV. 765. — Anordnung der ſchriftlichen Prüfungs-Arbeiten für ſelbige. 25. II. 386. — IV. 1030. — in wie weit deren Prüfungen auf Univerſitäten bei der Immatrikulation noch ſtatt finden müſſen. 19. III. 732. — kurheſſiſche Verordnung über deren Prüfung. 20. II. 429. — allgemeine Vorſchriften für ſelbige. 28. II. 374. 405. — allgemeine Vorſchriften für deren Prüfung und Entlaſſung zur Univerſität. v. 25. Juny u. 12. Octbr. 1812. v. K. A. 29. I. 77—98. — Spätere Vorſchriften für deren Vorbereitung und demnächſtigen Prüfung. 29. III. 527—545. — zu deren Probearbeiten ſollen angemeſſene Aufgaben gewählt werden. 29. III. 528. 538. — bei deren Prüfung ſoll auf ihre Geſammtbildung und auf ihren

deutſchen Aufſatz beſondere Aufmerkſamkeit gerichtet werden. 29. III. 528. 538. — wegen nochmaliger Prüfungen der darin nur mit dem Zeugniſſe No. III. beſtandenen Studirenden. 32. IV. 930. — Reglement zu denſelben. Cab. O. v. 25. Juni 1834. — 34. II. 375.

Abiturienten=Zeugniſſe, ſelbige können auf kleineren Gymnaſien und Stadtſchulen, die zur Univerſität zu entlaſſen nicht befugt ſind, auch nicht ausgeſtellt werden. v. K. A. 20. IV. 792. — deren Ausfertigung überhaupt. 26. II. 379. — desgl. im Kurheſſiſchen. 20. II. 429. — Ausſtellung der Prüfungs=Zeugniſſe für ſelbige, ohne willkührliche Zuſätze zu den beſtimmten drei Zeugniß=Nummern. 29. I. 86 — 98. IV. 824. ſiehe beſonders Cab. O. v. 25. Juni 1834. v. K. A. 34. III. 375.

Abkündigungen von den Kanzeln, Beſchränkungen rückſichtlich derſelben. v. K. A. 19. I. 89. ſ. auch Publikation.

Abladeplätze bei den Kanälen, ſ. Kanal=Abladeplätze.

Abledern, des gefallenen Viehes, Verfahren und Vorſchriften rückſichtlich deſſelben. v. K. A. 17. III. 60. — 18. I. 141. — 21. II. 445. — Gerechtſame der Scharfrichter hinſichts deſſelben. 19. II. 489. 534. — des an der Tollwuth krepirten Viehes, iſt unterſagt. 20. IV. 899. — Großherzoglich Badenſche Verordnung rückſichtlich deſſelben. 18. II. 602. — des am Milzbrande gefallenen Viehes iſt bei Strafe unterſagt. G. S. 1825. p. 172. — der am Rotz gefallenen Pferde iſt geſtattet. v. K. A. 27. I. 236. ſiehe auch Abdecker. Scharfrichter. Vieh.

Ablieferungs=Termin, bei Darlehnen, Gutsübergaben ꝛc. in Neu=Vorpommern. G. S. 1827. p. 25.

Ablöſungen, der Domanial=Abgaben jeder Art wegen des dabei zu beobachtenden Verfahrens nach der V. v. 16. März 1811. G. S. 1811. p. 157. — 164. — Verwendung aufgenommener Darlehne in öffentl. Papieren zu ſelbigen. G. S. 1812. p. 1. — Anweiſung für die Gerichts= und Hypothekenbehörden rückſichtlich derſelben. G. S. 1811. p. 160. 161. — von landesherrl. Erpachtsgeldern und Gefällen, in Treſorſcheinen nach dem Nennwerthe. G. S. 1809. p. 620. — von baaren und Natural=Gefällen bei dem Verkauf von Domainen. G. S. 1811. p. 211. — der hohen, mittleren und niederen Domainen=Jagden. G. S. 1811. p. 159. — ſolche ſind die Regierungen zu geſtatten befugt. G. S. 1829. p. 23. — die Verordn. v. 16. März 1811. wegen Ablöſung der Domanialabgaben findet auf die ſäculariſirten geiſtlichen Güter in Schleſien Anwendung. Reſcr. v. 19. Aug. 1817. v. K. J. X. 9. — Verfahren bei Ablöſung von Domanial=Renten, Erbpachtsgeldern, Zehnten, Zinſen, Dienſten u. ſ. w. Reſcr. v. 11. Aug. 1823. XXII. 77. — Wenn bei

Ablöſung des dem Fiskus zuſtändigen Jagdrechts darüber Streit entſteht, ob überhaupt die Verordn. v. 16. März 1811. anwendbar, von welchem Umfange das Jagdrecht, wie der Werth deſſelben zu berechnen, und zu reguliren iſt, ſo muß die richterliche Erörterung und Entſcheidung ins Mittel treten. Reſcr. v. 22. März 1824. XXIII. 55. — von Domanial-Renten, Erbpachtsgeldern, Grundabgaben ꝛc., Beſcheinigung der darüber ausgeſtellten Quittungen von Seiten der Haupt-Verwaltung der Staatsſchulden. v. K. A. 23. III. 543. seq. u. 33. IV. 895. — kleiner Domanial-Renten, Verfahren rückſichtlich derſelben. 26. IV. 978—985. — von Domanial-Gefällen. 25. I. 48—50. — II. 298. — IV. 836. — Regulirung der Grundſteuer bei ſelbigen. 26. III. 670. seq. — der kleinen Domanial-Renten und Gefälle, Vorſchriften für ſelbige. 28. II. 317.—320. — der kleinen Domanial-Renten und Gefälle, ſo wie der Natural-Zehnten. 31. I. 18. — von Domanial-Präſtationen, Ausſtellung und Austauſch der Interims-Quittungen über die dazu beſtimmten Kapitalien. 33. IV. 895. — Beiſtimmung des Miniſterii zu der Provokation des Fiskus auf Ablöſungen ꝛc. 31. I. 35. und v. K. J. 31. XXXVII. 67. 68. — der Abhängigkeitsverhältniſſe der bäuerlichen Grundbeſitzer zu ihren Gutsherrſchaften, der Naturaldienſte und Abgaben, ſo wie der gegenſeitigen Berechtigungen und Verpflichtungen nach dem Edicte v. 14. Sept. 1811. G. S. 1811. p. 281.—299. — desgl. nach der Declar. v. 29. Mai 1816. G. S. 1816. p. 154.—180. — Wahrnehmung der Gerechtſame der Domainen, Forſten, öffentlichen Inſtitute ꝛc. bei ſelbigen reſp. durch die Regierungen und Provinzial-Schulkollegien. G. S. 1826. p. 10. 11. — zur Beſtätigung des zwiſchen dem Gutsherrn und den Unterthanen abgeſchloſſenen Dienſtablöſungsvertrages bedarf es des Conſenſes der Agnaten und hypothekariſchen Creditoren nicht. Reſcr. v. 24. Juni 1815. v. K. J. V. b. 8. 9. — Zuziehung der Realgläubiger zu den zwiſchen den Gutsherrſchaften und ihren erb- und eigenthümlich beſitzenden Gutseinſaſſen abzuſchließenden Verträgen über Ablöſung der Naturaldienſte. Reſcr. v. 16. Nov. 1816. VIII. 237. — Beſeitigung der nachtheiligen Folgen, welche mit den Geſchäften der Dienſtablöſung durch Belaſtung der Ruſtikalbeſitzungen mit Correalverpflichtungen nicht blos für die Schuldner, ſondern auch für die Gläubiger ſelbſt verbunden ſind. Reſcr. vom 16. März 1821. XVII. 29. — Beitreibung der Koſten bei Ablöſung der gutsherrlichen und bäuerlichen Verhältniſſe. Cab. Ord. v. 22. Oct. 1823. XXII. 163. — der Dienſte, Natural- und Geldleiſtungen von Erbzins- oder Erbpachtsgütern, nach der Gem. Th. Ordn. v. 7. Juni 1821. G. S. 1821. p. 77.—88.

— Bei Dienſtablöſungen ſoll an die Hypothekengläubiger eine Bekanntmachung erlaſſen werden. Reſcr. v. 29. Aug. 1821. v. K. J. XVIII. 15. — Zuläſſigkeit der Ablöſung des Canons von vererbpachteten Lehnsſtücken. Reſcr. v. 23. Mai 1823. XXI. 259. — Bemerkungen über die Ablöſung der Lehnwaare. Abhandlung von dem Juſtizcommiſſarius Hoelſchner zu Hirſchberg in Schleſien. XXV. 192—200. — von Weide-, Holz- oder Maſtberechtigungen ꝛc., in Königl. Forſten bei Gemeinheitstheilungen. v. K. A. 21. IV. 841. — von Hütungen u. Sichelgräſerei, und Entſchädigung dafür. 23. III. 604. — Koſten-Aufbringung in ſelbigen von Seiten der Partheien. 26. II. 344. — Kompetenz der General-Kommiſſionen in Prozeſſen über ſelbige. 29. II. 275. ff. — Reſcr. v. 9. Sept. 1829, betr. die Abſchreibung oder Löſchung abgelöſeter Präſtationen. v. K. J. XXXIV. 124. — Ueber die Kündigung von Kapitalien von Seiten der hypothekariſchen Gläubiger bei Ablöſungen. Reſcr. v. 6. Jan. 1831. XXXVII. 76. 77. — Reſcr. v. 22. Sept. 1831. über die Prüfung des Competenz-Punkts bei denſelben. XXXVIII. 109. 110. — Verpfändung der Güterſubſtanz zur Aufbringung der Koſten — ſiehe Lehns- u. Fideicommißbeſitzer. — Verfahren bei Eintragung der Ablöſungs-Rezeſſe in das Hypothekenbuch. Reſcr. v. 28. Jan. 1833. XLI. 272. 273. — Verfahren bei Vertheilung der eingezahlten Ablöſungsgelder. Reſcr. v. 26. April 1833. XLI. 421. 423. — über die Competenz der Gen. Kommiſſionen in Ablöſungs-Angelegenheiten. Reſcr. v. 19. Apr. 1828. XLII. 138. 139. — abgelöſete Realrechte von Lehnsgrundſtücken, ſiehe Agnaten. Stempelfreiheit gewiſſer Verhandlungen in denſelben. v. K. A. 33. IV. 915. — der bereits feſtgeſtellten Reluitions-Renten mittelſt Kapitalszahlungen, gehören zur Kompetenz der Gen Kommiſſionen. 33. II. 354. — Von Hebungen, die geiſtl. und milden Stiftungen zugehören. — des Erbpachtzinſes von Grundſtücken geiſtl. u. milder Anſtalten, ſollen nur mit Einwilligung der Obern und Vorſteher der letztern ſtatt finden. G. S. 1816. p. 181. — von Entſchädigungsrenten bei Gem. Theilungen und Auseinanderſetzungen. G. S. 1821. p. 63. f. — der den Kirchen und öffentl. Armen-Anſtalten zugehörigen Renten. v. K. A. 26. III. 807. — der den Kirchen und Pfarren zuſtehenden Präſtationen. 25. I. 99., desgl. der Leiſtungen an Erbzins- und Erbpachtsgüter. 25. I. 100. — von Dienſten ꝛc., Aufbringung der dabei auf Kirchen-, Pfarr- und Schulländereien fallenden Koſten. 32. II. 397. — der den geiſtlichen Inſtituten zuſtändigen Realabgaben und Leiſtungen. 32. II. 402. — Anwendung des §. 3. der Ablöſungsordnung v. 13. Juli 1829. in Beziehung auf geiſtliche Inſtitute. 32. II. 402. — Aufbringung der bei denſelben für ſachverſtändige Beiſtände der Kir-

chen, Pfarren und Schulen erforderlichen Koſten. 33. III. 642 — von Natural-Präſtationen an die Kirchen, ſiehe Natural-Präſtationen. — Verfahren bei Ausführung der Ablöſungs-Ordnung von Seiten der Kirchen- und Schul-Inſpektionen. v. K. A. 24. IV. 1040. — im Großherzogthum Poſen, in den mit Weſtpreußen wieder vereinigten Diſtrikten, dem Culm- und Michelauſchen Kreiſe und der Stadt Thorn mit ihrem Gebiete nach dem Geſetze v. 8. Apr. 1823. G. S. 1823. p. 49. — 73.; desgl. in dem Landgebiete der Stadt Danzig. G. S. 1823. p. 73. — von Dienſten, Zehnten und andern Natural- und Geldleiſtungen in den vormals zum Königreich Weſtphalen, zum Großherzogthum Berg und zu den franzöſiſchen hanſeatiſchen Departements gehörigen Landestheilen, ſo wie in den von Hannover abgetretenen Diſtrikten, einſtweilige Anordnungen rückſichtlich derſelben nach dem Geſetz vom 25. Septbr. 1820. G. S. 1820. p. 175. — 183. und deſſen Declar. durch die Allerh. Kab. Ord. v. 18. Septbr. 1822. G. S. 1822. p. 207. desgl. nach der Allerh. K. O. v. 21. Apr. 1825. G. S. 1825. p. 73. 92. 110. 127. — definitive Regulirung derſelben in den gedachten Landestheilen nach der Ablöſ. Ordn. v. 13. Juli 1829. G. S. 1829. p. 65 — 92. — in welchen Fällen ſolche in den vorgedachten Landestheilen ſtattfinden. G. S. 1829. p. 65. — welche Laſten, Abgaben und Rechte davon ausgeſchloſſen bleiben, ebendeſ. p. 66. ff. — Grundſätze für ſelbige im Allgemeinen, durch Vereinigung, Vergleich oder geſetzliche Mittel. p. 68. ff. 89. ff. — bei Getreide-Abgaben u. Zehnten von Boden-Erzeugniſſen. p. 69. 73. — bei andern Reallaſten und deren Verwandlung. p. 72. — der feſten Geldabgaben p. 72. — der feſten Naturalabgaben außer dem Getreide. p. 75. — der Zehnten p. 76. — zufälliger Rechte p. 77. ff. — der Spann- und Handdienſte p. 81. — der Zwangs- und Bannrechte p. 82. — Rechte und Verbindlichkeiten dritter Perſonen (Hypothekenrechte) in Beziehung auf die Ablöſungen p. 83. ff. — Koſtenaufbringung, Sportel- u. Stempelfreiheit bei ſelbigen. p. 91. 92. Stempelfreiheit in Verhandlungen über Ablöſungen überhaupt. G. S. 1822. p. 58. — von Renten, ſind, mit Aufhebung des franzöſiſchen Geſetzes v. 21. Niv. 8. verboten. v. K. A. 21. III. 581. — deren Leitung im Herzogthum Weſtphalen. 30. III. 543. — ausſchließlicher, vererblicher und veräußerlicher Gewerbsberechtigungen in den Städten. G. S. 1810. p. 83. — nähere Beſtimmungen darüber in dem Edict v. 7. Septbr. 1811. G. S. 1811. p. 265 — 268.; desgl in der Decl. zu dieſem Edict v. 11. Juli 1822. G. S. 1822. p. 187. — der auf ſtädtſchen Privat-Grundſtücken haftenden Befreiungen von Gemein-Laſten. G. S. 1808. p. 331. — der ausſchließlichen

und veräußerlichen Gewerbsberechtigungen, welche als ſolche in den Hypothekenbüchern eingetragen ſind. Reſcr. v. 25. April 1815. v. K. J. V. b. 56. — von Gewerbsberechtigungen, ſ. dieſe, ſiehe auch Domainengefälle, gutsherrliche u. bäuerl. Verhältniſſe ꝛc. — dinglicher Befreiungen in den Städten, Verfahren dabei. G. S. 1832. p. 185. — der Reallaſten, ſ. Landtagsfähigkeit. — In Ablöſungsſachen iſt der Anſatz von Koſten und Stempel bis zur Emanirung des revidirten Geſetzes v. 25. Septbr. 1820. zu ſtunden. Reſcr. v. 17. Mai 1824. v. K. J. XXIII. 200. — der den Gutsherren in der Provinz Pommern vorbehaltenen Hülfsdienſte, Normalſätze für dieſelben. v. K. A. 32. I. 90. II. 532, ſ. auch Domanial-Leiſtungen.

ſ. ferner auch Allodifikation, Apotheke, Bankgerechtigkeit, Dienſt-Ablöſungen, Domainen, Gebührenfreiheit, Gewerbeberechtigungen, Koſten, Quittungen, Subhaſtation, Stempelfreiheit, Domainen-Abgaben u. Dom. Pfandbriefe.

Ablöſungs-Akziſen, ſiehe Akziſe.

Ablöſungsgelder, ſ. Dominial-Ablöſungsgelder.

Ablöſungs-Kapital, ſ. Gewerbeberechtigungen.

Ablöſungs-Kapitalien, vorſchriftsmäßige Dispoſition über ſelbige, unter Konkurrenz der General-Kommiſſionen. v. K. A. 32. I. 89. — Reſcr. v. 14. Decbr. 1831, deren Depoſition betr. v. K. J. XXXIX. 130 — 132. — von denſelben können Depoſital-Gebühren genommen werden. Reſcr. v. 12. Febr. 1833. XLI. 274.

Ablöſungs-Kontracte, ſ. Verträge.

Ablöſungs-Ordnung v. 7. Juni 1821. G. S. p. 77. u. folg., für Weſtphalen u. Rheinprovinzen v. 13. Juli 1829. G. S. p. 65. u. folg.

Ablöſungs-Sachen. Suspenſion der Sportel- und Stempel-Erhebung. Regl. v. 18. Spt. 1834. v. K. A. 34. III. 691.

Ablöſungs-Urkunde. Formular zu denſelben. G. S. 1811. p. 160. 164.

Abmeldungen, polizeiliche, fremder Perſonen, Vorſchriften rückſichtlich derſelben. v. K. A. 18. II. 387. 390. — IV. 1081. 24. III. 877. — wegziehender Perſonen bei den Ortspolizei-Behörden. 21. I. 143.

Abnahme, ſiehe Depoſital-Rechnungs-Abnahme und Geſchäftstabellen und Liſten.

Abolitio, Aggratiatio. ſ. Begnadigung.

Abortus procreatio. A. L. R. Th. 2. Tit. 20. § 985 — 991. ſ. Gloſſen, p. 49.

Abpfändung. Reſcr. an das Cammergericht, die Ab-

pfändung des Mobiliars in Berlin betr. v. 19. Jan. 1771. C. S. p. 17. V. a. A. G. O. Th. I. Tit. 24. §. 63. — die Vorſchrift der A. G. O. Th. I. Tit. 24. §. 95. iſt nur dann anzuwenden, wenn von Execution in das Mobiliare des Schuldners die Rede iſt, und ſchließt die übrigen Grade der Execution nicht aus. R. v. 21. Dec. 1800. N. A. p. 18. B. 2. — auch findet dieſe Vorſchrift des §. 95. auf den Kahn eines Schiffers keine Anwendung. R. v. 23. Juli 1801. St. B. p. 352. XIII. —

baarer Gelder, bei Executionen gegen Civil-Beamte, ſo wie Offiziere und Militair-Beamte, ſoll das bei denſelben ſich vorfindende baare Geld bis auf Höhe derjenigen Summe, welche dem Betrage des geſetzlich frei bleibenden Theils des Dienſteinkommens für den Zeitraum von der Execution bis zum nächſten Termin der Gehaltszahlung gleichkommt, der Auspfändung nicht unterworfen ſeyn. Cab. O. v. 11. Decbr. 1831. G. S. 1832. p. 2. — in das Mobiliar der in Dienſte ſtehenden Unteroffiziere und Soldaten, ſiehe Militairperſonen. — gegen Beamte die in Kaſernen wohnen. R. v. 29. Aug. 1834. v. K. J. 34. XLIII. p. 79. — im adminiſtrativen Wege, ſiehe Execution.

ſiehe auch Fütterungskoſten.

Abſchätzungen, ſiehe Taxen.

Abſchiede, für Beamte, ſ. Dienſtentlaſſung. — für das Geſinde, ſiehe dieſ. — ſ. auch Militairabſchiede.

Abſchlagszahlung. Falls ein Erbpachts-Contract nach ſeinem Inhalte für aufgehoben erachtet werden ſoll, wenn der Canon in einer beſtimmten Friſt nicht abgeführt wird; in wie fern können alsdann, wenn dieſerhalb die Aufhebung des Contracts verlangt wird, Abſchlagszahlungen entgegengeſetzt werden und mit welcher Wirkung? Sim. u. Str. Rechtsſp. 1. B. No. 89. p. 357. — Wie es mit der Löſchung von Abſchlagszahlungen zu halten ſey. — H. O. Tit. 2. §. 243. p. 77. §. 270 p. 81.

Abſchlüſſe, ſiehe Kaſſenabſchlüſſe, Depoſital-Rechnungsabſchlüſſe, Salariencaſſen, Salariencaſſenbeſtände, Geſchäfstabellen und Liſten.

Abſchoß. A. L. R. Th. II. Tit. XVII. §. 141. seq. der inländiſche des Fiscus iſt für die Churmark nach dem feſtgeſtellten Regl. v. 1770. C. S. p. 7104. IV. für die Neumark Sp. Taxe v. 6. Jan. 1726. II. I. p. 774. für die übrigen Provinzen laut C. O. v. 15. Novbr. 1743. p. 259. C. IV. 20. Apr. 1758. p. 294. II. R. v. 8. July 1750. p. 259. C. IV. vom 13. Jun. 1767. p. 914. IV. v. 20. Feb. 1776. p. 47. VI. v. 5. Aug. 1776. p. 227. VI. abgeſchafft. ſ. a. Behmeri jus n. controv. Obs. 54. der inländiſche von Magiſträten und Gerichts-Obrig-

keiten erhoben, wird durch das Geſetz v. 21. Juni 1826. G. S. p. 199. aufgehoben; ſiehe übrigens den folgenden Artikel.

Wie es mit den Anfragen, R. v. 8. März 1792. C. S. p. 873. wegen des Abſchoſſes an das Kabinets-Miniſterium bei entſtehenden Streitigkeiten gehalten werden ſoll, beſtimmt das Reſcript v. 24. März 1783. p. 2063. VII. und das Reſcript v. 1. Aug. 1783. p. 2153. VII. (welches in Oſtpreußen aber keine Anwendung findet. R. v. 24. Dec. 1783. p. 2713. VII. v. 3. Aug. 1791. p. 179. IX.) Declaration v. 23. Aug. 1790. p. 2969. VIII. und ſoll in Abſchoßſachen lediglich auf die hieſigen Geſetze, nicht aber auf die von andern Staaten beliebte Behandlung hieſiger Unterthanen geachtet werden. Decl. v. 24. Septbr. 1798. p. 1758. X. Kl. A. p. 316. XVIII. — (das Recht zum Abſchoß wird nach den zur Zeit der Exportation geltenden Geſetzen beurtheilt. St. B. p. 119. IV.) c. R. an das Cammergericht, das Abſchoßrecht einer Mediatſtadt betr. v. 2. Juli 1792. C. S. p. 1047. IX. — Wie zu verhüten, daß, wenn Käufer die Bezahlung des Kaufzehnten und Abſchoſſes übernimmt, Fisco daraus kein Präjudiz erwachſe. R. v. 13. Oct. 1785. St. B. p. 182. IX. — Ueber die Anwendung des Reſcr. v. 7. Mai 1734. ſ. R. v. 28. Nov. 1796. St. B. p. 88. VIII. v. 7. Octbr. 1799. St. B. p. 208. Th. IX. und wegen Anwendung des Directorial-Reſcr. über die Verbindlichkeit zur Abſchoßentrichtung v. 19. März 1799. St. B. p. 200. Th. IX. — Das R. v. 1. Aug. 1793. p. 2153. VII. wegen der gemeinſchaftlichen Anfrage in Abſchoßſachen iſt durch das R. v. 27. Jan. 1784. an das Cammergericht dahin declarirt, daß von demjenigen Landescollegio, bei welchem das Untergericht angefragt, jedoch mit Beifügung des Sentiments des andern Collegii, berichtet werden könne. St. B. p. 264. XII. ſiehe die Abänderung. R. v. 9. Juni 1809. J. M. VIII. 310. Bei Berechnung des Abſchoſſes von dem aus dem Lande gehenden Vermögen müſſen die Schulden in Abzug gebracht werden. R. v. 31. März 1730. C. S. VI. II. No. 210. R. v. 2. Febr. 1801. St. B. p. 269. XII. z. A. L. R. Th. 2. Tit. 17. §. 158. R. die Befugniß zum Abſchoß von dem confiscirten Vermögen eines Enrollirten betr. v. 4. Septbr. 1769. St. B. p. 268. XII. und v. 28. Oct. 1800. p. 266. — Der Abſchoß wird von dem ganzen Vermächtniſſe entrichtet. R. v. 26. Nov. 1778. St. B. p. 261. XII. —

Wann das zu exportirende Vermögen noch als Erbſchaft zu betrachten iſt. R. v. 1802. C. S. p. 758. IX. Von Berechnung der Verjährungsfriſt bei Erwerbung des Abſchoßrechts. v. K. J. 129. I.

Kann von dem der Invaliden-Kaſſe zugeſprochenen Vermögen der Deſerteurs und Kantoniſten nicht genommen werden. R. v. 17. Oct. 1805. J. M. II. p. 5. das von einem

Einländer in Schleſien zum Ankauf ausländiſcher Grundſtücke verwendete Vermögen iſt nur, wenn Ankäufer ſelbſt auswandert, dem landesherrlichen Abzuge unterworfen. R. v. 16/19. Oct. 1797. St. B. 317. Th. XIV.

Abſchoß⸗, Abfahrts⸗ und Abzugsgelder (Nachſteuer, Auswanderungs⸗Steuer) Reſſort der Regierungen rückſichtlich derſelben. G. S. 1808. p. 499. — Die Berichte und Anfragen in zweifelhaften Exportationsfällen werden künftig nach §. 60. der Inſtr. vom 20. Decbr. 1808 von den Regierungen allein erſtattet, und müſſen die Juſtiz⸗ und zwar die obern Behörden der Provinzial⸗Regierungen unmittelbar, die Unterbehörden aber den reſp. Landräthen und Magiſträten zur weitern Berichtserſtattung an die Provinzial⸗Regierungen von den bei denſelben zur Sprache kommenden Exportationsfällen Nachricht geben. R. v. 9. Jun. u. 8. Jul. 1809. J. M. VIII. 310. —

deren Entrichtung an die Gutsherrſchaften in Schleſien von den ins Ausland fallenden Erbſchaften. G. S. 1809. p. 558. —

inländiſche, von Magiſträten und Gerichtsobrigkeiten erhoben, deren Aufhebung. G. S. 1816. p. 199. dafür erhalten letztere keine beſondere Entſchädigung. G. S. 1816. p. 200. — wohl aber Beamte, welche ſolche Gelder als einen Theil ihres Gehalts bezogen haben; ebendaſ. — perſönliche und dingliche, als Ausfluß der Erbunterthänigkeit im Cottbuſſer Kreiſe und in den vormals königl. ſächſ. Landestheilen, ſind aufgehoben. G. S. 1819. p. 21. — ſollen gegen diejenigen Staaten, in welchen ſolche nicht mehr ſtattfinden, forthin nicht genommen werden. G. S. 1822. p. 181. — Gegenſeitige Aufhebung derſelben mit fremden Ländern: — mit Anhalt⸗Bernburg. G. S. 1812. p. 36. — wird auf ſämmtl. preuß. Staaten ausgedehnt. G. S. 1815. p. 83. — desgl. mit Anhalt⸗Deſſau G. S. 1812. p. 113. 1817. p. 14. — mit Anhalt⸗Köthen G. S. 1811. p. 371. 1817. p. 298. — mit Baden G. S. 1812. p. 7. — mit Baiern G. S. 1811. p. 248. — 1817. p. 31. 146. — Abſchoß⸗Verhältniß mit Braſilien. v. K. A. 27. II. 361. IV. 880. — Gegenſeitige Aufhebung mit Braunſchweig⸗Lüneburg. G. S. 1819. p. 52. — mit den deutſchen Bundesſtaaten im Allgemeinen, nach der Bundesakte v. 8. Juni 1815. G. S. 1818. p. 154. — Verordnung darüber. G. S. 1819. p. 134. — gegenſeitige Aufhebung derſelben mit den königl. däniſchen Staaten G. S. 1816. p. 209. — 1822. p. 173. — die nach England gehenden Erbſchaften ſollen vom Abſchoß befreit ſeyn. C. O. v. 11. Jul. 1749. u. Reſ. v. 24. April 1790. E. S. p. 2763. IV. da das R. v. 5. Apr. 1732. VI. II. No. 229. aufgehoben. — gegenſeitige Aufhebung mit Frankreich. G. S. 1811. p. 247. — 1812. p. 178.

— 1814. p. 132. — 1817. p. 297. — v. K. A. 27. II. 360. — mit der freien Stadt Hamburg, auch in Bezug auf die zum deutſchen Bunde nicht gehörigen preuß. Provinzen. G. S. 1823. p. 155. — mit Hannover. G. S. 1817. p. 9. — mit Kur=Heſſen. G. S. 1819. p. 1. — mit Heſſen=Darmſtadt. G. S. 1818. p. 57. — mit Heſſen=Homburg. G. S. 1819. p. 80. — mit Hohenzollern=Hechingen. G. S. 1819. p. 217. — mit Hohenzollern=Sigmaringen. G. S. 1819. p. 70. — Bei den nach Holland gehenden Erbgeldern. R. v. 11. Apr. 1727. C. C. VI. II. No. 189. R. v. 31. Dec. 1765. p. 1179. III. C. v. 10. Mai 1771. p. 169. V. c. R. v. 11. Dec. 1786. p. 1654. VIII. v. 12. Jan. 1789. p. 2392. VIII. beſonders wegen der nach Amſterdam abſchoßfrei zu verabfolgenden Erbſchaften. Rs. v. 20. Oct. 1756. p. 175. II. Declaration v. 11. Jan. 1770. p. 6617. IV. — gegenſeitige Aufhebung mit dem Königr. Italien. G. S. 1812. p. 93. 180. — Die Erhebung findet gegen den Kirchenſtaat nicht ſtatt. v. K. A. 32. IV. 879. — desgl. auch nicht gegen die freie Stadt Kracau. v. K. A. 25. IV. 879. u. 34. II. 301. — gegenſeitige Aufhebung mit Lichtenſtein. G. S. 1819. p. 76. — mit Lippe. G. S. 1819. p. 69. — mit Meklenburg=Schwerin. G. S. 1811. p. 350. — 1816. p. 239. — mit Meklenburg=Strelitz. G. S. 1811. p. 250. — 1817. p. 145. — mit Naſſau. G. S. 1812. p. 35. — 1817. p. 11. — mit den Niederlanden. G. S. 1816. p. 209. — 1817. p. 149. — mit den Nordamerikaniſchen Freiſtaaten. G. S. 1822. p. 181. — 1829. p. 35. — in wie weit deren Erhebung gegen die kaiſerl. öſterreichiſchen Staaten ſtattfindet, namentlich bei Vermögens=Exportationen nach Gallizien, Ungern und Slavonien; v. K. A. 30. IV. 735. folg. — rückſichtlich der öſterreichiſchen zum deutſchen Bunde gehörigen Staaten. v. K. A. 33. IV. 883. — 886. —

gegenſeitige Aufhebung mit Oldenburg. G. S. 1817. p. 32. — mit Reuß von Plauen, älterer Linie. G. S. 1819. p. 72. — jüngerer Linie. G. S. 1819. p. 71. — mit Rußland und Polen. G. S. 1824. p. 165. — mit dem Königr. Sachſen. G. S. 1815. p. 67. — 1817. p. 132. — desgl. wegen des Ausdrucks „anhängige Fälle". G. S. 1819. p. 136. — mit Sachſen=Gotha u. Altenburg. G. S. 1814. p. 141. — mit Sachſen=Hildburghauſen. G. S. 1817. p. 123. — mit Sachſen=Koburg. G. S. 1812. p. 11. — 1817. p. 10. — mit Sachſen=Meiningen. G. S. 1819. p. 20. — mit Sachſen=Weimar. G. S. 1817. p. 13. — mit Sardinien. G. S. 1820. p. 73. — mit Schaumburg=Lippe. G. S. 1819. p. 52. — mit Schwarzburg=Rudolſtadt. G. S. 1818. p. 25. — mit Schweden und Norwegen. G. S. 1826. p. 78. — mit der Schweizeriſchen Eidgenoſſenſchaft. G. S. 1812. p. 163. — 1818. p. 1. — mit

Sizilien. G. S. 1818. p. 157. — Abſchoß-Verhältniſſe mit der Spaniſchen Monarchie. v. K. A. 26. I. 33. — mit Waldeck. G. S. 1817. p. 11. — mit dem Herzogthum Warſchau. G. S. 1810. p. 135. — mit dem Königr. Weſtphalen. G. S. 1810. (A.) p. 736. — mit Würtemberg. G. S. 1818. p. 8.

Abſchoßfreiheit, der auswärtigen in hieſigen Landen ſich etablirenden Partikuliers und deren Erben in fremden Landen, in Abſicht deren mitgebrachten Vermögens. Pat. v. 15. März 1718. E. S. V. I. IV. No. 33. V. v. 17. Sept. 1732. VI. II. No. 231. v. 1. Sept. 1747. p. 181. C. III. v. 3. Sept. 1749. p. 185. C. IV. E. v. 8. Apr. 1764. No. 4. p. 409. III. R. v. 18. Dec. 1766. p. 621. IV. C. v. 9. Jul. 1795. p. 2583. IX. c. R. an das Kammergericht v. 5. Mai 1796. p. 339. X. St. V. p. 286. II. der franzöſiſchen Coloniſten. Rſ. v. 3. Jan. 1702. II. I. No. 99. V. v. 8. Jun. 1719. No. 187. R. v. 10. Jul. 1740. p. 361. C. I. — außerhalb Landes ſtehende Capitalien ſind vom Abſchoße nicht befreiet. R. v. 2. Jan. 1748. p. 1. C. IV. H. V. VI. 105. — inexigibler Schulden. R. v. 12. Jul. 1729. E. S. VI. II. No. 207. auch findet der Abſchoß nur erſt ſtatt, wenn die Erbſchaftsſchulden bezahlt worden. R. v. 31. März 1730. E. S. VI. II. No. 210. — Die aus der allgemeinen Preußiſchen Wittwen-Verpflegungskaſſe außer Landes gehenden Penſionen und zurückzuzahlenden Antheilsgelder gehen abſchoßfrei. Pat. v. 28. Dec. 1775. §. 42. E. S. p. 404. V. c. Kleider, Leinen und Geräthſchaften zum gewöhnlichen Gebrauch werden ſowohl nach gemeinem Rechte, als nach der Märkſchen Obſervanz nicht zum verabſchoſſenden Vermögen gerechnet. R. des Gen. Dir. in der Jochenſchen Erbſchaftsſache v. 15. Dec. 1791.

Alle in das Land herein von Ausländern geliehene Capitalien ſind ohne Abſchoß wieder daraus zu verabfolgen. Rühren aber Capitalien von Erbſchaften und Vermächtniſſen her, oder ſind ſolche vom Kaufgelde veräußerter Grundſtücke rückſtändig, oder der Reſt des Vermögens ausgewanderter Unterthanen und von dieſen zurückgelaſſen, ſo ſind ſolche dem Abſchoß unterworfen. Eben ſo verhält es ſich auch mit andern, aus dem Handel und Verkehr entſtehenden Schulden. R. v. 5. Sept. und 4. Oct. 1782. an die Weſtpr. Regierung. — Von der, der von Ausländern angeliehenen Capitalien. R. v. 5. Sept. u. 4. Oct. 1782. Fortſ. 1. p. 14. des Ehegeldes und der Mitgabe. R. v. 18. Nov. 1784. c. I. der Prediger in der Mark Brandenburg, Fortſ. 2. p. 1. der Wittwen und Kinder derſelben, ebendſ. p. 12.; der Profeſſoren zu Frankfurt an d. O. Reſponſum v. 1602. p. 537. Königlicher Officianten, Fortſ. 2. p. 12. V. betr. die, zwiſchen Italien und Preußen, v. 5. Jun. 1812. G. S. 93. II.

zwiſchen den Königl. Pr. und Herzogl. Anhalt-Deſſauiſchen Landen, v. 22. Jun. 1812. p. 113. den Schweizeriſchen Landen, Conv. v. 31. März 1812. p. 163. Frankreich, Conv. v. 2. Dec. 1811. p. 178. mit Italien, v. 4. Aug. 1812. p. 180.

Anwendung derſelben gegen alle Staaten, in welchen weder Abſchoß- noch Abfahrtsgelder erhoben werden. v. K. A. 29. III. 482. — rückſichtlich derſelben wird im Allgemeinen der Zeitpunkt der Exportation und nicht der des Erbanfalles zur Richtſchnur genommen. v. K. A. 29. III. 482.

Es bedarf keiner Anfrage Seitens der Oberlandesgerichte, wenn die Abſchoßfreiheit aus den, in der Geſetzſammlung abgedruckten, Staats-Verträgen klar hervorgeht. R. v. 27. Juli 1829. v. K. J. XXXIV. 113. 114. confr. Schreiben des Miniſter. d. Innern an d. Juſtiz-Miniſt. v. 29. Juni 1829. XXXIV. 114. 115. — von den Abſchoß- und Abfahrtsgeldern dürfen keine Nachweiſungen mehr eingereicht werden. v. K. A. 17. I. 50. — deren Erhebung bei Auswanderungen und Vermögens-Exportationen. 21. II. 295.

Abſchreibung, abgelöſeter Präſtationen; R. v. 9. Sept. 1829. XXXIV. 124. v. K. J. R. v. 10. Sept. 1830, betreffend die Abſchreibung vererbpachteter Grundſtücke mit unablöslichen Schulden. XXXVI. 189. — veräußerter Domainen-Parzellen, ſ. Domainen. — ſ. auch Erbpachtsgerechtigkeit.

ſiehe übrigens auch Beſitztitel, Decem, Domainen, Ablöſung von Abgaben.

Abſchriften, Vidimationen, welche vom Richter oder vom gerichtlichen Deputirten oder Commiſſarien in einem den Lauf des Prozeſſes betreffenden Termin gefertigt werden, ſind ſtempelfrei, R. v. 1. Apr. 1814. R. A. B. 189. IV. K. A. B. 185. P. A. B. 191. Die Abſchriften der Verhandlungen der Hypothekenbehörde und der Erkenntniſſe zu den Akten der Juſtizcommiſſarien ſind ſtempelfrei. Vidimirte Abſchriften von Documenten, welche der Klage oder einer andern ſchriftlichen Eingabe beigelegt, oder in dieſer Form zu den Akten gebracht werden, ſind ſtempelpflichtig, nicht aber diejenigen bloßen Abſchriften, welche im Laufe des Prozeſſes von dem inſtruirenden Richter vidimirt werden. R. v. 22. Jan. u. 26. Febr. 1814. v. K. J. III. 36. 37. — Die Oberlandesgerichte ſollen bei Berichtserſtattungen in Officialſachen die Beilagen nicht in Abſchrift, ſondern originaliter einreichen. R. v. 11. Dec. 1820. XVI. 256. — Die einer Klage beigefügten ſimplen Abſchriften ſtempelpflichtiger Documente ſind ſtempelfrei, die beglaubten Abſchriften ſolcher Documente aber ſtempelpflichtig. R. v. 9. Jan. 1824. XXIII. 81. — Der Inhalt einfacher Geſuche und Anträge iſt in die darauf zu erlaſſenden Verfügungen

aufzunehmen, ſtatt die Mittheilung der Eingaben anzuordnen. Berichten und ſonſtiger officiellen Correſpondenz ſollen die Beilagen, ſo weit es in einem jeden einzelnen Falle geſchehen kann, unter dem Vorbehalte der Rückſendung in Urſchrift beigefügt werden. R. und Verordn. v. 29. Sept. 1824. XXIV. 290. — Die Abſchriften, welche Behufs der Reviſion der Geſetze eingereicht werden, müſſen koſtenfrei beſorgt und dürfen den Partheien dafür keine Copialien berechnet werden. R. v. 19. Mai 1826. XXVII. 280. —

ſ. Beſchwerden, Criminalurtel, Erkenntniß, Mittheilungen, Salarienkaſſenetat, Schreibgebühren, Schreibmaterialien.

vidimirte, — Sporteln und Copialien für ſelbige bei den Provinzial-Behörden. v. K. A. 26. I. 5. beglaubigte, — Gebrauch des Stempelpapiers zu ſelbigen. G. S. 1822. p. 64. 68. 73. — von Gewerbeſcheinen, deren Gebrauch auf polizeiliche Atteſte. G. S. 1810. p. 81. — ſind fernerhin unzuläſſig und ungültig. G. S. 1824. p. 132. u. v. K. A. 17. I. 244.

Abſchriftsgebühren. Dem Kammergericht iſt auf die Anfrage wegen der Copialien bei dem ſtoßweiſen Schreiben überlaſſen, das Stadtgericht nach den Beſtimmungen der frühern Sporteltaxe zu beſcheiden. R. v. 29. Mai 1816. v. K. J. VIII. 41. und die hierauf von dem Präſidio getroffene Feſtſetzung iſt genehmigt. R. v. 10. Juli 1816. VIII. 37. — Für die Koſtenrechnungen findet kein Copialienanſatz ſtatt. R. v. 24. April 1818. XI. 237. und v. 24. Juli 1818. XII. 26. — Die Kanzelliſten bei den Land- und Stadtgerichten können in Hypotheken- und Teſtamentsſachen nicht mehr als 2½ Sgr. Copialien pro Bogen in Anſatz bringen. R. v. 9. Jan. 1826. XXVI. 409.

ſ. Abſchriften, Actuarien, Bagatellſachen, Calculaturarbeiten, Confirmationsgebühren, Depoſitalertract, Emolumente, Gehaltszuſchüſſe, Holzdiebſtahl, Penſionsfond, Schreibgebühren, Unterſuchungskoſten, Vorladung. Den Oberlandesgerichten iſt, wie dem Kammergerichte, nachgelaſſen, in Hypothekenſachen pro mundo des Hypothekendocuments, welches die Intereſſenten erhalten, und der Hypothekenſcheine, welche pro recognitione u. pro informatione ausgefertigt werden, ſo wie für Teſtaments-Ausfertigungen 5 Sgr. Copialien für den Bogen anzuſetzen, als ſo viel auch der Oberappellations-Senats-Kanzellei pro mundo einer Sentenz bewilligt iſt, und pro mundo der Receſſe in Gemeinheitsſachen genommen werden können. R. v. 10. Juli 1816. VIII. 37., 1. Febr. 1822. XIX. 192. und 2. Aug. 1822. XX. 71. — Die Juſtizcommiſſarien können für die Duplicat-Eingaben

und deren Beilagen auch in Untergerichtsſachen die Schreibgebühren nach den Sätzen liquidiren, welche ihnen nach dem §. 3. der Einleitung der für ſie beſtimmten Allg. Gebührentaxe v. 23. Aug. 1815. bewilligt ſind, wobei ſie Hinſichts der Handſchrift u. Einrichtung der Bogenzahl die Vorſchrift §. 61. Tit. 5. Th. III. der A. G. O. zu befolgen haben, ohne daß es der Prüfung ihrer Schreiber Seitens der Gerichte bedarf. R. v. 15. Dec. 1824. XXV. 105.; dieſe Beſtimmungen fallen in Folge der Aufhebung der Verordnung v. 29. Sept. 1824. wegen Verminderung der Arbeiten in den gerichtlichen Kanzelleien, hinweg, es ſoll aber den Juſtizcommiſſarien noch bis zum 1. Jan. 1826 freiſtehen, in den zuläſſigen Fällen die Abſchriften einzureichen. R. v. 22. Aug. 1825. XXVI. 195. — fallen bei den Sporteln der Provinzialverwaltungs-Behörden weg. G. S. 1825. p. 134. — Beſtimmungen über ſelbige bei den Juſtizbehörden ꝛc. nach der allgem. Gebühren-Taxe. G. S. 1815. p. 201. (Beil. p. 12. ff.) — ſ. auch Auslagen, baare, in unvermögenden polizeilichen Unterſuchungsſachen und bei fiskaliſchen Aufträgen, in wie weit ſolche zu berichtigen ſind. v. K. A. 20. III. 564. — für vidimirte Abſchriften bei den Provinzialbehörden. 26. I. 5. — Verfahren wegen der im Laufe des Jahres in den Juſtiz-Kanzelleien niederzuſchlagenden Copialien. R. v. 6. Aug. 1827. v. K. J. XXX. 147. 148. R. v. 29. Oct. 1830. betr. die Copialien für vidimirte Abſchriften. XXXVI. 352. 353. — dergl. in Lehns- und Hypothekenſachen, ſ. Lehnscurie, Hypothekenſachen. R. v. 4. März 1831. die Copialien für Ingroſſations-Atteſte betr. XXXVII. 103. 104. Betrag der gerichtlichen. R. v. 6. Febr. 1832. XXXIX. 189. — Sie ſind zuläſſig für Koſtenzahlungs-Mandate, aber nicht für die Abſchrift der Koſten-Liquidationen. R. v. 6. Sept. 1832. desgl. XL. 204. 205. — R. v. 11. Dec. 1832. die Berechnung derſelben betr. XL. 535. 536. — R. v. 14. Juli 1832. betr. den Copialien-Betrag von dem Pauſchquanto der Koſten in Bagatellſachen. XXXIX. 452. — ſ. auch Juſtizcommiſſarien. — Höhe der Schreibgebühren für vidimirte Abſchriften. R. v. 20. Jan. 1833. XLI. 234. — dürfen in Mandats-Klagen der Juſtiz-Commiſſarien nicht angeſetzt werden. R. v. 3. Sept. 1834. XLIV. 125. —

ſ. auch Juſtiz-Commiſſarien, Patrimonial-Gerichte, Injurien-Prozeſſe, Bagatell-Sachen, Unterſuchungs-Sachen.

Abſitzung, ſ. Gefängnißſtrafe.

Absolutio ab instantia, ſ. Freiſprechung, vorläufige.

Abſteigende Linie, ſ. Repräſentationsrecht.

Abſtimmung, ſ. Spruchvorlegung.

Abstinendi Jus, vom Beweiſe, daß Kinder Erben ihrer Eltern geworden. St. B. V. 115.

Abwäſſerungen, (Entwäſſerungen) deren Beförderung. G. S. 1811. p. 354.

Abweiſung, ſ. erbſchaftlicher Liquidations-Prozeß, Fiskus, Klage, Reviſion.

Abweſende, die (70 Jahr. R. v. 9. Sept. 1728. C. S. II. I. No. 250.) und 30 Jahr, werden für todt geachtet. R. v. 10. Jan. 23. Apr. 1752. p. 271. 299. I. v. 22. Apr. 1753. p. 449. v. 27. Sept. 1790. p. 2977. VIII. wie es vormals mit den Gütern der, und deren Vorladung gehalten. C. v. 27. Oct. 1763. p. 315. III. H. B. VII. 69. Behm. Ius. nov. c. Obs. 98. Obs. 99. R. an das C. G. die Beſtellung eines Curatoris für einen noch nicht 1 Jahr Abweſenden betr. v. 11. März 1793. C. S. p. 2766. IX. A. G. O. Th. I. Tit. 37. §. 6. c. R. v. 3. Oct. 1796. daß die Vorladung eines Verſchollenen bei gänzlicher Ermangelung der Nachrichten von ihm in die einländiſche Zeitung derjenigen Provinz, mit welcher der Wohnort des Verſchollenen den meiſten Verkehr treibet, oder die im Inn- und Auslande am meiſten geleſen wird, einzurücken, p. 714. X. St. B. p. 287. IV. — Von den Gerechtſamen des Fiskus bei deren Vorladung. R. v. 26. Oct. 1789. C. S. p. 2705. VIII. R. wegen der von deren auswärtigen Erben hierbei zu beſtellenden Caution v. 19. Mai 1769. p. 5787. IV. Wenn der Todestag der Abweſenden auf den Tag deren abgelaufenen 70ſten Jahres zu beſtimmen. G. C. v. 11. Sept. 1787. Kl. A. 338. I. p. 267. VI. vom Criminalprozeſſe gegen abweſende Verbrecher. Cr. O. v. 1717. C. S. II. III. No. 32. p. 89. ſ. Criminal-Ordnung. A. L. R II. XVIII. 19 — 27. 821 — 855. R. die Bevormundung abweſender majorenner nicht mehr unter väterlicher Gewalt ſtehender Perſonen betr. v. 27. Mai 1801. R. A. 79. B. 3. Die Verwaltung des Vermögens unbekannter abweſender Erben gehöret als Curatela absentium für die Pupillen-Collegien. R. v. 9. Jul. 1801. St. B. p. 138. XIV. Von der Mutter eines entwichenen Schuldners kann die eidliche Manifeſtation deſſen Aufenthalts nicht erfordert werden. R. v. 1. Jun. 1801. St. B. p. 206. XV. ſ. auch Confiscat.-Prozeß, Mandatar.-Gebühren.

Abweſende Gläubiger, ſ. Subhaſtation.

Abweſende Parthei, ſ. Vorladung.

Abzüge (Penſions-), ſ. Militairperſonen. (Wartegelder) ſ. gleichfalls Militairperſonen. ſ. ferner Emolumente, Execution. Gebührenabzüge. Gehaltsabzüge, Penſionsabzüge. Penſionsfond. Sold. Standesherrliche Beamte. Sterbequartal. Unterſuchungskoſten. Wittwenkaſſen-Beiträge.

Abzugsfreiheit, ſ. Abſchoßfreiheit.

Abzweigung der Schulddocumente, ſ. Schulddocumente und Urkunden.

Acceptation. Wenn die vom Präſentanten auf das Comtoir des zufällig nicht in demſelben befindlichen Bezogenen geſchickte Tratte, dieſem ſelbſt nach ſeiner Rückkunft von ſeinem Commis vorgezeigt und eingehändigt und von ihm ohne Erinnerungen über Nacht behalten worden, ſo iſt dies für eine ſtillſchweigende Acceptation zu achten. S. u. Str. Rechtsſp. 1. Band. No. 10. p. 35.

Der Traſſant und Indoſſant können ſich ſo wenig als der Acceptant gegen die Bezahlung des Wechſels mit dem Einwande ſchützen, daß die Aushändigung des mit der Acceptation und der ganzen Folge der Indoſſamente verſehenen Exemplares nicht genüge, vielmehr die ſämmtlichen Wechſel-Exemplare, als Prima, Secunda u. ſ. w. zurückgeliefert werden müßten.

Sim. u. Str. Rechtsſpr. 3. Bd. No. 2. p. 19.

Die bei den Londoner Kaufleuten gebräuchliche Art, die Wechſel mit dem Beiſatze der Addreſſe ihres die Zahlung leiſtenden Banquiers zu acceptiren, iſt für eine geſetzliche Acceptation, nicht für eine Aſſignation zu erachten. Sim. u. Str. Rechtsſpr. 3. Bd. No. 2. p. 20.

Wenn in einem ſolchen Fall der Banquier nicht Zahlung leiſtet, ſo genügt die Aufnahme des Proteſtes gegen den Banquier, und es bedarf nicht der Aufnahme eines Proteſtes gegen den Acceptanten ſelbſt. S. u. Str. R. 3. Bd. No. 2. p. 20. — der Verſprechungen. A. L. R. Th. I. Tit. 5. §. 78. — der Wechſel in den Meſſen zu Naumburg, deren Zeitbeſtimmung. ſ. Naumburg. ſ. Wechſel überhaupt.

Acceſſiſten. Die einmal bei dem Juſtizſenate zu Coblenz, dem Stadtgerichte zu Wetzlar und den Oſtrheiniſchen Juſtizämtern angeſtellten Acceſſiſten ſollen als Referendarien zugelaſſen, ſo benannt und zu allen Juſtizſtellen, zu welchen das Referendariat berechtigt, für qualificirt erachtet, in der Folge aber keine Acceſſiſten, ſondern Auscultatoren und Referendarien angeſtellt werden. R. v. 18. Jul. 1823. v. K. J. XXII. 118.

Accoucheurs, ſ. Geburtshelfer.

Achen, Stadt, königl. Belobung der dortigen Bürgerſchaft für Aufrechthaltung der öffentlichen Ruhe und geſetzlichen Ordnung. v. K. A. 30. III. 581.

Acht Tage. Darunter wird bei Gefängnißſtrafen eine Woche verſtanden. R. v. 26. Nov. 1832. v. K. J. XL. 500.

Achtung, ſ. Bürgerſtand.

Achtzehner, ſ. Groſchenſtücke.

Ackerbeſitzer, in Weſtpreußen, Regulirung deren Eigenthums-Anſprüche. v. K. A. 22. IV. 857.

Ackergeräthſchaften, auswärtige Modelle dazu ſind acciſe- und zollfrei. v. K. A. 18. I. 20.

Ackerknechte, denſelben ſoll kein Land zur Beſäung eingethan werden. V. v. 1573. C. S. V. III. I. No. 3. Ed. wegen deren Dienſtlohns v. 1575. No. 4. ſ. Geſinde.

Ackerländereien, der in Weidekommunen befindlichen Feldmarken, Befreiung des dritten Theils derſelben von der Hütung. G. S. 1811. p. 304. — 1821. p. 75. — ſ. auch gutsherrl. u. bäuerl. Verhältniſſe, Gemeinheitstheilungen u. hutfreies Drittel.

Ackerleute, Gilde-Artikel für die Ackerleute zu Cöslin v. 28. Sept. 1751. C. S. p. 954. I.

Ackern, darf innerhalb 2 Fuß vom Rande der Chauſſeegräben nicht ſtattfinden. G. S. 1822. p. 171. — 1824. p. 219. — 1828. p. 67. — in der Nähe von Gräben iſt ſtrafbar. v. K. A. 17. I. 261.

Ackernahrungen, im Gegenſatze von Dienſtetabliſſements, Begriff und Umfang derſelben. G. S. 1816. p. 155. 157. — 1823. p. 53. — zu ſelbigen können in Ober-Schleſien die Stellen der Gärtner, Dreſchgärtner 2c. nicht mehr gerechnet werden. G. S. 1827. p. 79. — bäuerliche, ſ. Bauergüter.

Acker-Steuern, zeitherige, deren Aufhebung. G. S. 1810. p. 34. — 1811. p. 295.

Acquirent, ſ. Bankobligationen, Bürgerrecht.

Acquiſition, ſ. Beſitzfähigkeit, Bürgerrecht.

Acta publica, ſ. Notariatsacten.

Activa, Activ-Documente; deren Verkauf im Wege der Execution. ſ. Execution.
ſ. auch Auseinanderſetzung, Valuta.

Activ-Capitalien, ſ. Staatsſchuldenweſen.

Active Beamte, ſ. Vormund.

Activ-Forderungen, in wie fern von dem Exequendus die eidliche Manifeſtation über die ihm zuſtehenden Activ-Forderungen verlangt werden kann. R. v. 22. März 1814. v. K. J. III. 27.

Activum. Erlangt ein Gläubiger, durch die im Wege der Execution erfolgte wirkliche Beſchlagnahme ausſtehender Forderungen ſeines Schuldners im Concurſe oder bei ſonſt entſtehendem Prioritätsſtreite das Vorrecht der fünften Klaſſe? — S. und Str. Rechtsſpr. 2. Bd. No. 1. p. 3.

Actus voluntariae jurisdictionis. Nicht jeder Akt der freiwilligen Gerichtsbarkeit kann von einem Notario gültig aufgenommen und durch ein Notariats-Inſtrument zur gerichtlichen Vollziehung mit der Wirkung, daß es ein dem Geſetze entſprechendes gerichtliches Document werde, reif gemacht werden. R. v. 27.

Jan. 1816. v. K. J. VII. 20. — Ein Juſtizbeamter, der zugleich Stadtrichter oder Juſtitiarius iſt, darf keine Geſchäfte der freiwilligen Gerichtsbarkeit von Amtseingeſeſſenen in ſeiner Qualität als Stadtrichter oder Juſtitiarius aufnehmen, um die Gebühren zu gewinnen. R. v. 9. Aug. 1817. X. 27. — Die Kammergerichts-Secretarien ſind befugt, ſie in Berlin aufzunehmen und unter ihrer Unterſchrift auszufertigen. R. v. 13. Sept. 1817. X. 251.; denſelben ſteht die Aufnahme aller einſeitigen Willenserklärungen, Anerkenntniſſe und Verträge, mit Ausnahme der Auf- und Annahme von Codicillen, unbedingt, die Aufnahme zweiſeitiger Verträge aber nur nach vorgängiger Authoriſation des Kammergerichts-Präſidii zu, und haben ſie bei dieſen Amtshandlungen nur die bei gerichtlichen Verhandlungen der freiwilligen Gerichtsbarkeit vorgeſchriebene Form zu beobachten. Publ. des Kammergerichts v. 22. Sept. 1817. X. 288. — Wenn ein Patrimonialgericht an dem Orte ſeines Sitzes keine Jurisdiction hat, ſo darf es von den Gerichtseingeſeſſenen daſelbſt keine Handlungen der freiwilligen Gerichtsbarkeit aufnehmen. R. v. 22. Mai 1818. XI. 220. — Zur Caſſe einzuziehende Contracts- und ſonſtige Gebühren für Handlungen der freiwilligen Gerichtsbarkeit bei den Berggerichten. R. v. 8. Oct. 1819. XIV. 237. — Ueber die Befugniß der Subalternen der Landes-Juſtiz-Collegien act. volunt. jurisdict. vorzunehmen. R. v. 3. Juli 1833. XLI. 487. 488. — beſonders über die desfalſige Befugniß der Actuarien. R. v. 30. Sept. 1833. XLII. 141. 142. — Wenn bei einem gerichtlichen Akte mehrere connexe Erklärungen abgegeben werden, ſo kommen nur die einfachen Gebühren für das Hauptgeſchäft in Anſatz. R. v. 15. Jun. 1833. XLI. 497. 498. R. v. 2. Mai 1833. betr. die Gebühren der Kammergerichts-Secretarien für Handl. der freiw. Gerichtsbarkeit. XLI. 510 — 512.

ſ. Bagatellſachen, Commiſſionsgebühren. Emolumente. General-Prozeß-Tabelle. Heftgebühren. Juſtitiarien. Juſtizräthliche Commiſſionen. Referendarien. Richter. Stempel. Stempelfreiheit. Terminsgebühren.

Addictionis in diem, pacta, werden als Real-Verbindlichkeiten unter der zweiten Haupt-Rubrik eingetragen. H. O. Tit. 1. §. 60. p. 13.

Adel, E. die ungleichen Heyrathen der von, betr. v. 8. May 1739. p. 251. C. I. B. IV. 35. reden blos von Mannsleuten Lief. 2. p. 82. (A. L. R. II. I. 20 — 33.) deren Majorennität v. 18. Jul. 1746. p. 83. C. III. in Anſehung der Dispoſition über Immobilien D. v. 29. Aug. 1747. p. 181. C. III. R. v. 31. Oct. 1748. v. 14. May 1749. p. 85. p. 151. C. IV. v. 23. Oct. 1762. p. 161. III. Pretioſa und Baarſchaften. Rſ. v. 17.

Febr. 1761. p. 3. III. — der Verkauf deren Güter und Pertinenzien. R. v. 20. März 1755. p. 787. I. kann ohne Königl. Conſens an Bürgerliche fürs Künftige C. O. v. 29. Dec. 1750. R. v. 15. Jan. 1751. C. S. p. 9. I. v. 20. Febr. 1775. p. 65. V. e. nicht geſchehen. C. v. 29. Auguſt 1755. p. 873. I. C. O. v. 18. Febr. 1775. p. 47. V. e. v. 11. Jun. 1785. p. 2145. VII. — kann auf einzelne Antheile in den Oſtpreußiſchen adlichen Dörfern nicht gezogen werden. R. v. 30. May 1796. St. B. p. 378. III. und die mit höherm Conſenſe an Bürgerliche verkauften adlichen Güter ſollen ohne Anfrage an andere nicht wieder überlaſſen werden. C. v. 7. Dec. 1762. C. S. p. 169. III. — Iſt die Conceſſion vor Publication des allgemeinen Landrechts ertheilet: ſo muß titulus possessionis auch auf die Kinder und Verwandten des Acquirenten berichtiget werden. R. v. 13. Jul. 1795. p. 2586. IX. und iſt ſolche unbedingt dahin ertheilet, daß der bürgerliche Implorant das adliche Gut verkaufen und eigenthümlich beſitzen könne; ſo ſtehet ihm ohne Rückſicht auf die Zeit, wo der Conſens ertheilet, frei, ohne neuen Conſens ein ſolches Gut ab intestato oder per testamentum auf ſeine Erben zu bringen. R. v. 23. Oct. 1797. p. 1462. X. St. B. p. 282. VII. (I.) — Bürgerliche Beſitzer adlicher Güter haben die deren adlichen Beſitzern zuſtehenden ſämmtlichen Vorrechte künftighin nicht zu genießen. V. v. 18. Febr. 1775. C. S. p. 47. V. e. Der Königliche Conſens zu deren Verkauf an Bürgerliche wird nach der Cabinets-Ordre v. 27. Jul. 1787. bei dem Lehnsdepartement wegen ganz beſonders vorkommender, nicht blos im allgemeinen anzuführender, ſondern wegen gehörig zu beſcheinigender Urſachen, daß nämlich der Verkauf an einen Bürgerlichen, da entweder gar kein adlicher Käufer der angewandten Bemühungen ohnerachtet aufzufinden, oder dergleichen Käufer zwar vorhanden, von ihm aber nicht ſo viel als von dem bereits vorhandenen Käufer bürgerlichen Standes zu erwarten ſtehe oder bereits geboten worden: zur Conſervation des etwa verſchuldeten oder durch Unglücksfälle in ſeinem Vermögenszuſtande herunter gekommenen Verkäufers und deſſen (etwa zahlreichen) Familie oder deſſen Wiederaufhelfung die z. B. im Verhältniß der Gutseinkünfte (und der Einkünfte der übrigen Güter) gegen die jährlichen Zinſen der Schulden ohne Verkauf nicht möglich bleibe: weſentlich nothwendig ſey, nachgeſucht. R. v. 30. Jul. 1787. p. 1525. VIII. Wenn adliche Güter an Adliche verkauft werden, die Gelder außer Landes gehen, und zum Ankauf adlicher Güter nicht wieder angewandt werden, muß unmittelbare Anfrage deshalb geſchehen. C. O. v. 24. Sept. 1752. p. 371. I. C. v. 29. Aug. 1755. p. 873. R. v. 13. Febr. 1764. p. 365. III. A. L. R. II. IX. 51 — 71. Perſonen von Adel dürfen nur unter aus-

drücklicher Genehmigung der Landes-Policei-Behörde Ruſtical-Grundſtücke erwerben. A. L. R. II. IX. 73. nebſt Verordnung, die Auskaufung cöllmiſcher Güter in Preußen betr. v. 27. Dec. 1792. p. 1120. IX. V. die Verſchuldungen der adlichen Güter betr. R. v. 12. Sept. 1767. p. 977. IV. v. 5. May, 16. Jun. 1767. p. 869. 915. IV. V. die ehemalige Adminiſtration im Concurs verfallener adlicher Güter von Seiten der Cammern betr. v. 31. Jan. 1774. p. 51. R. v. 7. März 1774. p. 103. V. d. R. v. 6. Jun. p. 325. c. R. die nach aufgehobener Adminiſtration von den Schuldnern zu erfüllende Contracte der erſtern betr. v. 27. März, 5. Apr. 1775. p. 71. V. e. No. 12. und 14. Bürgerliche, die Luſt zu Kriegsdienſten bezeigen, ſollen die Erhöhung in den Adelſtand zu gewärtigen haben. C. v. 28. May 1768. p. 3081. IV. natürliche Kinder adlicher Perſonen können ſich des Adels nicht anmaßen. R. v. 27. Dec. 1763. p. 351. III. auch iſt denen von Adel alle Kaufmannſchaft und Handthierung verboten. v. 1549. 1572. 1578. v. 11. Jun. 1607. v. 16. Oct. 1682. v. 10. Oct. 1697. v. 24. Aug. 1713. V. II. I. No. 1. 4. 5. 6. 14. 17. 22. v. 2. Jan. 1583. V. II. IV. No. 4. H. V. VII. 51—53. die Prüfung der wegen des Adels geführten Nachweiſung bleibt der nähern Beurtheilung des Cabinets-Miniſterii vorbehalten. Decl. v. 24. Sept. 1798. p. 1758. X. p. 316. XVIII. der Adel derjenigen jungen Leute, welche in die Cadettenhäuſer aufgenommen oder als Junker angeſtellt werden ſollen, ſoll ſtrenge unterſucht werden. C. O. v. 7. und 27. Apr. 1799. imgl. R. v. 23. May 1799. Cab. Verfügung v. 13. Aug. 1799. St. B. p. 369. VIII. Nachdem auch Bürgerlichen der Zutritt zum Militair geſtattet, werden andre Grundſätze beobachtet und auch die Söhne verdienter bürgerlicher Offiziere in den Kadettenhäuſern aufgenommen. — unter der Benennung Ritterſchaft iſt auch der neue, begriffen. St. B. II. 80. von Beſtimmung des adlichen Praecipui und Vortheilen des Primogeniti in Cleve. v. 8. Dec. 1712. St. B. II. 409. — A. L. R. II. IX. 1—100. — auf die Befolgung der Vorſchriften des A. L. R. Th. 2. Tit. 1. §. 20—33. wegen der ungleichen Heyrathen der von Adel ſoll jedoch nach dem R. an die Reg. zu Bialyſtock v. 26. Oct. 1798. St. B. p. 188. X. nicht inſiſtirt werden. — R. daß die in Südpreußen verſchenkten Güter nur einem Beſitzfähigen aus den Königl. alten Provinzen zu überlaſſen; v. 19. Dec. 1796. St. B. p. 175. X. Publ. wegen des Gebrauchs höhern Standes und Titel von Seiten der Südpreußiſchen Adlichen v. 14. Febr. 1795. — Wird einer von Adel wegen Diebſtal oder ähnlichen Verbrechens mit einer Criminalſtrafe belegt, ſo ſoll zugleich auf Caſſation des Adels erkannt werden. R. v. 12. May 1800. St. B. p. 457. X. R. Arch. p. 140. I.

der größte Theil der vorſtehenden Beſtimmungen gehört nur noch der Rechts-Geſchichte an, nachdem das Geſetz vom 9. Oct. 1807. G. S. p. 171, den Adlichen geſtattet, ihre Güter an Nichtadliche zu verkaufen, bäuerliches Grundeigenthum zu erwerben, bürgerliche Gewerbe zu treiben, und ihnen keinen Vorzug mehr vor bürgerlichen Erben bei Güter-Erbſchaften beilegt. Wenn Jemand von Adel mit einer Kriminal-Strafe belegt wird, ſoll zugleich auf Kaſſation des Adels erkannt werden. C. O. v. 19. Apr. 1810. N. A. I. 140. Die öffentliche Bekanntmachung des rechtskräftig feſtſtehenden Adelsverluſtes, in den Amtsblättern u. andern in dem Departement erſcheinenden öffentlichen Blättern, ſoll, ohne daß dabei des Verbrechens, weshalb dieſer Verluſt erkannt worden, ſpeziell Erwähnung geſchehe, verfügt, R. v. 23. Nov. 1809. J. M. IX. 52 u. v. 23. May 1810. J. M. IX. 275. von einem ſolchen Erkenntniſſe, ſobald daſſelbe die Rechtskraft beſchritten, der Regierung der Provinz u. ſämmtlichen Oberlandesgerichten, imgl. dem General-Auditoriat Nachricht ertheilet, u. von dem Oberlandesgericht darauf gehalten werden, daß der des Adels für verluſtig Erklärte ſich deſſelben nicht weiter anmaße, worauf auch von den Regierungen u. Policei-Behörden vigilirt wird. Auch muß dem Juſtizminiſter von einem jeden auf Verluſt des Adels gerichteten u. rechtskräftig gewordenen Erkenntniſſe Anzeige gemacht werden. R. v. 3. Dec. 1811. Extraordinarie kann niemals auf Verluſt des Adels erkannt werden. R. v. 11. Aug. 1806. C. C. p. 715. XII. — überhaupt aber ſollen, wenn über Adels- und Ehrenverluſt, (§. 17. der Urkunde für die Pr. Orden, v. 18. Jan. 1810.) erkannt worden, die Erkenntniſſe, welche nebſt einem Extracte vor der Vollziehung der Strafe mit den Acten an das Juſtizminiſterium einzuſenden, Sr. Königl. Majeſtät zur Beſtimmung wegen des auszuübenden Begnadigungsrechts vorgelegt werden. R. v. 1. Aug. 1812. v. K. J. 203. I. — Zum Behuf der Betreibung eines Gewerbes bedarf es der Entſagung des Adels und deren Beſtätigung nicht. Reſcr. v. 20. Juli 1816. v. K. J. VIII. 8. — der Betrieb eines bürgerlichen Gewerbes zieht nicht mehr den Verluſt des Adels nach ſich, vielmehr bleiben dem Adlichen ſeine Standes-Rechte ungekränkt vorbehalten. §. 2. des Geſetzes v. 9. Oct. 1807. G. S. p. 172. Bei erfolgter Adelsentſagung iſt die ſonſt zu einer Ehe ungleichen Standes erforderliche Dispenſation nicht nöthig. Die Entſagung des Adels iſt unwiderruflich, und die Erneuerung deſſelben kann nur in der Art geſchehen, wie ſie das A. L. R. Th. II. Tit. 9. §. 96. vorſchreibt. Reſcr. v. 28. Sept. 1816. VIII. 243. — In Fällen, wo auf den Verluſt des Adels erkannt worden, die öffentliche Bekanntmachung aber unterbleiben ſoll, iſt es, um möglichſt zu

verhindern, daß der Verurtheilte ſich des Adels anmaaße, nothwendig, die Polizeibehörde des Orts, wo ſich derſelbe aufhält, von dem wider ihn rechtskräftig erkannten Adelsverluſte zu benachrichtigen. Reſcr. v. 9. Jan. 1824. XXIII. 104. — Die in Betreff der Adelsverluſte von den Landesjuſtizcollegien zu erſtattenden Berichte müſſen die Data zu folgenden Rubriken der bey dem Geheimen Archive geführten Liſte enthalten: Vollſtändige Namen des betreffenden Subjects, Urſache der Strafe, Provinz, zu welcher der Beſtrafte gehört, etwaniger öffentlicher Charakter, Datum des Confirmations-Reſcripts oder des Erkenntniſſes, Bemerkungen. Reſcr. v. 25. Oct. 1824. XXIV. 268. — Gegen Perſonen adlichen Standes ſoll, wenn auf Verluſt des Adels erkannt wird, nicht gleichzeitig auf körperliche Züchtigung erkannt werden. Cirk. R. v. 7. Decbr. 1827. v. K. J. XXX. 386. — Von den Diäten und Zehrungskoſten für Perſonen von Adel. R. v. 31. Octbr. 1831. XXXVIII. 397. — Wann iſt derſelbe als verloren zu betrachten? R. v. 23. Jan. 1832. XXXIX. 140. Ehen der Adlichen, ſ. Ehe. ſ. auch Reichsadel.

Adeliche Güter. Von den Kennzeichen adelicher Güter im Bisthum Ermeland. St. B. p. 13. VIII. in Weſtpreußen. R. v. 6. Mai 1777. St. p. 21. IX. — Auch in Schleſien ſind die Cammern von Beſorgung der gerichtlichen Sequeſtrationen adeliger Güter dispenſirt. R. v. 7. Jan. 1796. St. B. p. 314. XIV. Inwiefern bei deren Verkauf dem Verkäufer zu geſtatten, zu dem verkauften Gute gehörige unterthänige Individuen ſich zu reſerviren und mit fortzunehmen. R. v. 21. Sept. 1797. St. B. p. 173. XV. R. deren Dismembration in Südpreußen betr. v. 21. Nov. 1800. p. 184. Auch die Vererbpachtung verſchenkter Südpreußiſcher Güter an Landeseingeborne iſt unerlaubt. Cam. Schreib. v. 27. Jan. 1801. p. 187. ſo wie deren Verkauf an ſelbige dem zweiten und folgenden Beſitzer ohne Conſens nicht freiſtehet. R. v. 24. Febr. 1800 p. 183. — Publ. wegen Ungültigkeit der Conventionalſtrafen bei Schließung der Kaufcontracte über, v. 15. Sept. 1802. E. S. p. 1007. XI. — Die Vererbpachtung oder Vertheilung ganzer adlicher Güter und Vorwerker oder eines großen Theils derſelben durfte ohne vorherige Prüfung der Cameral- oder Finanzbehörde und erfolgte Allerhöchſte Approbation nicht ſtatt finden. C. O. v. 11. Apr. u. R. v. 30. Apr. u. 9. May 1805. R. A. 30. IV. E. S. p. 2937. 2941. XI. u. J. M. I. 103. Was bei Aufnahme der Contracte über den Verkauf adeliger Güter an Bürgerliche, bei Subhaſtation derſelben und Abfaſſung der Adjudication in Rückſicht des Königl. Conſenſes zu beobachten war, R. v. 20. Aug. 1805. p. 3044. XI. J. M. I. 485. R. A. 245. IV. u. J. M. 485. I.

Alle dieſe Beſtimmungen gehören nur noch der Rechtsgeſchichte an. ſie können an Nichtadeliche verkauft werden, und Adeliche von letztern auch Grundeigenthum erwerben. G. S. 1807. p. 171. — haben bei Güter-Erbſchaften vor den bürgerlichen Erben keine Vorzüge mehr. ebendaſ. — adeliche Güter, welche bis dahin noch von den Gerichten abgeſchätzt werden konnten, ſollen jetzt nur noch von der Landſchaft taxirt werden dürfen. C. O. v. 1. Jul. 1834. G. S. 1834. p. 88.

ſ. Beſitztitel, Gerichtsbarkeit. Gerichtsſtand. Hypothekenbücher. Miteigenthum. Patrimonialgerichte. Pertinenzſtücke. Sequeſtration. Unſchädlichkeits-Atteſt.

Adels-Prädikate, dürfen in öffentlichen Ausfertigungen und amtlichen Beſcheiden ohne vorherige Prüfung der Berechtigung nicht beigelegt werden. v. K. A. 30. IV. 732. — die Gerichtshöfe ſollen bei Ertheilung adelicher Prädikate mit Vorſicht verfahren. Cirk. R. v. 20. Dec. 1830. v. K. J. XXXVI. 293. 294.

Adelsrechte, durch die Geſetze der vorm. franz. Regier. abgeſchaft, deren Wiederherſtellung in den zur preuß. Monarchie gehörenden Provinzen am linken Rheinufer. G. S. 1826. p. 17.

Adhibenda; ſ. Acten.

Adjudication. In dem §. 93. der H. O. Tit. 2. p. 44. nach welchem der, welcher ein Gut aus einer nothwendigen Subhaſtation als Meiſtbietender erſtanden, bei ſeinem Eigenthum vollkommen ſicher iſt, und keinem älteren auf daſſelbe formirten Anſpruch das rechtliche Gehör verſtattet werden ſoll: iſt nur ſo viel geſagt, daß, wer ein Gut sub hasta necessaria erſtanden, gegen alle Anſprüche ex capite dominii ſicher ſey, welches fides hastae publicae nothwendig erfordert. In dem §. 100. p. 46. hingegen, nach welchem ein ſolcher, wenn das Kaufgeld entweder in das gerichtliche Depoſitum, oder doch auf den Grund einer gerichtlichen Aſſignation an die darauf angewieſenen Gläubiger ausgezahlt wird, auch gegen alle Anſprüche anderer etwanigen Real-Prätendenten ſicher geſtellt iſt; wird der Fall vorausgeſetzt, daß das Kaufgeld entweder ad judiciale depositum oder auf gerichtliche Anweiſung bezahlet worden; beides aber ſupponirt den Fall eines vorhergegangenen oder über die deponirten Kaufgelder ſelbſt eröffneten Concurs- oder Liquidations-Prozeſſes. Iſt keines von beiden vorhergegangen, ſo iſt zur völligen Sicherſtellung des Adjudicatorii die Adcitation der Real-Gläubiger nach §. 101. allerdings nothwendig. R. v. 24. Aug. 1784. E. S. p. 2907. VII. Wird auf den Grund des Adjudicationsbeſcheides die Berichtigung des tituli possessionis von dem Käufer nachgeſucht, ſoll zugleich die Eintragung des von dem Adjudicatarius geſchehenen Gebots,

für welches der Zuſchlag erfolgt, auch wenn dieſelbe in dem Adjudicationsbeſcheide nicht ausdrücklich vorbedungen worden, dennoch sub rubr. 3. loco competente in ſo weit ex officio erfolgen, als die geſchehene Berichtigung dieſer Kaufgelder nicht ſogleich nachgewieſen werden kann. E. v. 10. Oct. 1796. p. 222. X. St. B. 393. III. Das Eigenthum einer ſubhaſtirten unbeweglichen Sache gehet ſogleich auf den Käufer über, mithin muß auch, wenn gleich die Uebergabe des Grundſtücks und die Bezahlung des Kaufgeldes noch nicht nachgewieſen, titulus possessionis auf ihn berichtiget werden. G. E. v. 30. Sept. 1796. Kl. A. p. 318. XV. N. A. 207. 467. III. — Von der Verbindlichkeit des Adjudicatarii, die Kaufgelder des von ihm erſtandenen Grundſtücks zu verzinſen, ſ. Präj. J. M. II. 41. Von, ſubhaſtirter Grundſtücke während der Inſtruction des General-Moratorii, vom 23. Sept. 1799. J. M. I. p. 316. Nur das Adjudicationserkenntniß vertritt die Stelle des Contracts, R. v. 5. Oct. 1802. N. A. 141. III. und J. M. I. 404. Der Zuſchlag eines zur Subhaſtation gekommenen Gutes, wenn zwei Drittel der ritterſchaftlichen Taxe geboten worden, muß auf den Antrag der dabei intereſſirenden Privat-Gläubiger erfolgen, ſobald die Ritterſchaftsdirection wegen ihrer Anforderungen durch jenes Gebot befriediget wird. Es verſtehet ſich jedoch von ſelbſt, daß, ſo lange das Indultedict in Kraft bleibt, der Zuſchlag eines zur Subhaſtation geſtellten Gutes, bei etwanigem Widerſpruch der Intereſſenten, nur gegen das Gebot des vollen auszumittelnden Werthes deſſelben erfolgen kann. Decl. des Chur- und Neumärk. Creditreglements, v. 7. Oct. 1809. — Von der Befugniß einer märkſchen Wittwe, des Widerſpruchs der Miterben ungeachtet, den Zuſchlag einer im Nachlaß befindlichen Bürgerſtelle aus freier Hand für die Taxe zu verlangen, J. M. IX. 345. Von dem Zuſchlage gerichtlich feil gebotener Häuſer in Berlin. v. K. J. 32. 41. I. dem Verfahren bei Adjudikationen, p. 49. II. — Ein Grundbeſitzer kann auf die durch die Cab. Ord. v. 17. Nov. 1813. §. 7. ihm bewilligte Suspenſion des Zuſchlags bei nothwendigen Subhaſtationen, auch ohne ausdrückliche Zuſtimmung der Gläubiger, rechtsgültig Verzicht leiſten. Reſcr. v. 7. May 1814. IV. 7. — In wiefern die Vorſchrift des Suspenſionsedicts v. 30. July 1812. §. 15. No. 3., wonach in dem Falle, wenn durch das auf ein ſubhaſtirtes Grundſtück geſchehene Gebot eine Militairperſon als Gläubiger nicht gedeckt wird, der Zuſchlag zu ſuspendiren iſt, Anwendung findet. Reſcr. v. 12. April 1814. IV. 14. — Verfahren bei Adjudication ſubhaſtirter Koſtbarkeiten, auch bei Nachgeboten und Einwendungen gegen den Zuſchlag. Reſcr. v. 10. Jan. 1818. IX. 211. — in Betreff der Adjudication bei den in Concurſen vorfallenden Subhaſtationen. Reſcr. v. 22. Febr. 1819.

XIII. 17. — Die Beſtimmung der A. G. O. Th. I. Tit. 52. §. 57., daß kein Realgläubiger eines ſubhaſtirten Guts durch den Conſens der übrigen Gläubiger zur Einwilligung in den Zuſchlag gezwungen werden kann, iſt lediglich zum Beſten der eingetragenen Gläubiger getroffen, aber nicht unerläßliche Bedingung bei jedem Gebote in einer Subhaſtationsſache. Hieraus folgt, daß die Gläubiger dieſe Beſtimmung durch Uebereinkunft aufheben können, und daß es auf die Widerſprüche der Gläubiger, die ganz ausfallen, und derjenigen, welche ganz baar aus dem, was als Angeld bezahlt werden ſoll, befriedigt werden, nicht ankommen kann. Reſcr. v. 7. Juny 1819. XIII. 265. — In Fällen einer nothwendigen Subhaſtation kann der Zuſchlag auch auf das Gebot eines einzigen ſich gemeldeten Kaufluſtigen erfolgen, indem dieſes Gebot das Meiſtgebot conſtituirt, ſobald mehrere Concurrenten ermangeln. Reſcr. v. 11. Febr. 1824. XXIII. 65. ſ. Execution.

Dieſe Beſtimmungen haben eine bedeutende Abänderung durch die Verordnung über den Subhaſtations- und Kaufgelder-Liquidations-Prozeß v. 4. März 1834. G. S. 1834. p. 38. erhalten. ſ. Subhaſtation, auch Indult.

Adjudikations-Beſcheide, ſollen ſchon dann ausgefertigt werden, wenn der Gerichtsbehörde die Quittung des Haupt-Zoll- und Steueramts über den berichtigten Stempel eingereicht wird. Cirk. R. v. 10. Mai 1830. v. K. J. XXXV. 276. — von dem Werthſtempel derſelben darf keine Kaſſenquote angeſetzt werden. R. v. 19. März 1827. v. K. J. 1831. XXXVIII. 408. ſ. Subhaſtation. Subhaſtations- und Kaufgelder-Liquidations-Prozeß, auch Löſchung.

Adjudanten der Kavallerie, Verabreichung des Stallſerviſes an ſelbige. v. K. A. 20. I. 141.

Adler-Orden, Königl. Preuß., deren Abſtufungen und Beſtimmung. G. S. 1810. (A.) p. 632. f. — dem rothen, wird noch eine zweite und dritte Klaſſe hinzugefügt; ebendaſ. — deren Ertheilung wird, bis auf einige einzelne Fälle, für die Dauer des Befreiungskrieges von 1813. u. folg. ſuspendirt, und durch das eiſerne Kreuz erſetzt. G. S. 1813. p. 32. — rother, zweiter Klaſſe, deren Eintheilung in zwei beſondere Abtheilungen mit und ohne Stern. G. S. 1830. p. 6. — Beibehaltung der Diſtinktion des Eichenlaubes für ſelbige; ebendaſ. — das allgemeine Ehrenzeichen erſter Klaſſe wird zur vierten Klaſſe des rothen Adler-Ordens erhoben, unter Beibehaltung des ſilbernen, mit einem Adler in erhabener Arbeit verſehenen Kreuzes. G. S. 1830. p. 6. — ſ. auch Orden.

Adminiſtration, fremder Sachen und Güter. A. L. R. I. XIV. 109—177. Beſtrafung ungetreuer Privatverwalter. II. XX.

1345—1349. — deren Suspenſion gegen Grundbeſitzer bis zum 1. April 1814. G. S. 1813. p. 135. — Ueber die Berückſichtigung derjenigen Realgläubiger, deren Forderungen noch nicht auf Execution ſtehen, bei Vertheilung der Einkünfte. R. v. 15. April 1831. v. K. J. XXXVII. 351—353. — ſ. auch Executions-Ordnung v. 4. März 1834. §. 18. u. folg. G. S. p. 35. ſ. auch Haus-Adminiſtrationen, Subhaſtation.

Adminiſtrations-Behörden, ſ. Verwaltungs-Behörden.

Adminiſtrations-Inſpektoren, ſ. Haus-Adminiſtrations-Inſpektoren.

Adminiſtrations-Sachen, ſ. Verwaltungs-Anſprüche u. Verwaltungs-Sachen.

Adminiſtrative Funktionen, ſ. Gerichtsbarkeit.

Adminiſtrator, ſ. Hausadminiſtratoren. Subhaſtation.

Adminiſtratoren ländlicher Grundſtücke, ſind zur Löſung von Gewerbeſcheinen verpflichtet. G. S. 1810. p. 80.

Admiralitäts-Behörden, Provinzial- werden mit den Regierungen vereinigt. G. S. 1808. p. 466. ſ. auch Handelsgerichte.

Adoption. Wenn der Adoptirende von Adel und der Adoptirte von bürgerlicher Abkunft iſt, und wenn mit derſelben zugleich die Annahme und Führung eines andern adeligen Namens und Wappens verbunden ſeyn ſoll, müſſen von dem Obergericht die Verhandlungen an das Lehnsdepartement eingeſandt werden. R. v. 3. Nov. 1801. St. B. p. 293. XIV. — In Adoptionsfällen unter Perſonen bürgerlichen Standes (A. L. R. II. 667. 669.) ſoll künftig der landesherrliche Conſens von dem Juſtiz-Departement ohne Immediat-Rückfrage ertheilet werden. R. v. 22. Jul. 1805. E. S. p. 2965. XI. R. A. 133. IV. u. J. M. I. 289. — Der Sinn des Cirk. Reſcripts v. 22. Juli 1805. B. I. 209. geht nur dahin, daß in den Fällen, wo die landesherrliche Erlaubniß nach dem A. L. R. II. II. 669. 689. erforderlich iſt, an das Juſtiz-Departement berichtet werden ſoll. R. v. 22. Oct. 1814. v. K. J. IV. 195. — Annahme des Familien-Namens des Adoptiv-Vaters. R. v. 9. Aug. 1834. v. K. A. 34. III. 641. ſ. Kinder.

Adoptions-Verträge. Prüfung und Beſtätigung derſelben. R. v. 22. Oct. 1814. v. K. J. IV. 195. — bei deren Aufnahme und Vollziehung bedarf es der Adhibirung eines Protokollführers nicht. R. v. 24. Febr. 1816. VII. 19.

Adoptiv-Kinder, Einleitung der Vormundſchaft über ſelbige. R. v. 10. Oct. 1831. v. K. J. XXXVIII. 292. 293.

Adquaestus muliebris, dazu gehört das Gehalt einer verheiratheten Königl. Theaterſängerin. Alleg. aus dem Erkenntniß des Ober-Appell. Senats des Cammergerichts v. 27. Novbr. 1813. v. K. J. III. 318.

Adreſſen, unſtatthafte, an die deutſche Bundes-Verſammlung, ſ. Bundesverſammlung. ſ. auch Porto.

Adreßhaus, Rgl. deſſen Einrichtung betr. v. 26. Apr. 1692. VI. C. C. M. No. 186. Renovation vom 2. Apr. 1717. im Anhange der franzöſiſchen Verordnungen. No. 82. p. 489. ſ. Pfand. — iſt nicht verbunden, dem in Concurſen verhängten offnen Areſt gemäß die Pfänder unentgeltlich herauszugeben, und den Pfandſchilling zu liquidiren, ſondern Curator muß erſtere einlöſen und an das Depoſitorium abliefern. R. v. 24. Jun. 1799. St. B. p. 354. IX.

Adreß-Komtoirweſen, polizeiliche Aufſicht auf daſſelbe durch die Regierungen. G. S. 1808. p. 466. — ſ. Intelligenzblätter.

Adulterini, Legitimations-Anträge für ſelbige, ſollen zurückgewieſen werden. R. v. 21. Oct. 1831. v. K. J. XXXVIII. p. 470.

Adventszeit, während derſelben ſollen im Großherzogthum Poſen alle Beluſtigungen unterbleiben. v. K. A. 17. III. 70.

Advitalitatis jus, ſiehe Lebtagsrecht.

Advokat-Anwälte. Anſtellung, Qualification und Prüfung der Advokatanwälte bei den Gerichten in den Rheinprovinzen. Publ. v. 24. Jun. u. 8. Juli 1820. v. K. J. XVI. 97. 100. u. Reſcr. v. 4. Apr. 1823. XXI. 344. — ſ. Advokatengebühren, Anwälte. — Zuläſſigkeit des Arreſtſchlags auf deren Dienſteinkünfte. G. S. 1826. p. 55. — im Großherzogthum Poſen, Anwendung der Gebühren-Taxe für ſelbige. G. S. 1817. p. 56. — ſ. auch General-Advokaten. — In wie fern den Advokaten des H. Sachſen die Befugniſſe der Pr. Juſtizcommiſſarien beigelegt worden. N. A. B. 534. 574. VI. — im Herzogthum Sachſen; die als Juſtizcommiſſarien practiſirenden dürfen neben der Prozeßpraxis keine neue Juſtitiariate verwalten. R. v. 25. Oct. 1819. v. K. J. XIV. 226. — ſ. Advokatengebühren, Examen, Juſtitiariate. — deren Anſtellung in Neu-Vorpommern, ſ. Vorpommern, — in der Rheinprovinz. R. v. 1. März 1833. betr. die Einſtellung der alljährlichen Eidesleiſtung von Seiten der Advokaten. v. K. J. XLI. 308. 309.

Advocatengebühren. Diejenigen Advocaten, oder Advocatanwälte, welche es übernehmen, als Bevollmächtigte für Prozeß führende Partheien bei den Handelsgerichten aufzutreten, ſind bei Vermeidung der geſetzlichen Disciplinarſtrafen von ihren Clienten nur die im Tarif v. 16. Febr. 1807. für ſummariſche Sa-

chen feſtgeſetzten Gebühren zu fordern berechtigt. Reſcr. v. 4. Juny 1824. v. K. J. XXIV. 148.

Aecker, deren Ausbrennen darf nur unter Vorwiſſen der landräthlichen Behörde unternommen werden. v. K. A. 19. II. 352. ſ. Hypothekenbücher.

Aehrenleſen, dazu ſoll nur Kindern und alten, nicht arbeitsfähigen Leuten polizeiliche Erlaubniß ertheilt werden. v. K. A. 17. III. 46—48.

Aeltern, ſ. Kinder. Eltern.

Aelteſte (Juden=); ſ. Obervormundſchaft.

Aelteſter der Stadt, wird als Ehrentitel mehrjährig gedienten Magiſtratsmitgliedern beigelegt. G. S. 1808. p. 344.

Aemter, Staats= und Kommunal=, derſelben gehen Väter und Vormünder verluſtig, wenn ſie ihren Söhnen oder Pflegebefohlenen den Eintritt in den Kriegsdienſt erſchweren, oder denſelben als Freiwillige die nothwendigſte Ausrüſtung verweigern. G. S. 1813. p. 21. — davon bleiben diejenigen für immer ausgeſchloſſen, welche ſich in geeignetem Alter dem Kriegsdienſt unter nichtigen Vorwänden entziehen. G. S. 1813. p. 21. — ſ. auch Stadtämter und Dienſtſtellen, Penſion u. Kaſſation. — ſtädtiſche, ſiehe Stadtämter.

Aequivalent=Gelder, vormals Königl. ſächſ. — ſ. Peräquations= ꝛc. Angelegenheit u. Sachſen, Herzogth.

Aerzte. Die Medici ſollen in Berlin ihren Cursum anatomicum machen. C. v. 7. Mai 1767. E. S. p. 867. IV. — Verordnungen die Wegſchaffung fremder Operateurs und anderer fremden unbefugten Aerzte betr. C. v. 15. Jan. 1741. E. S. p. 2. C. IV. v. 11. Dec. 1765. p. 1119. III. v. 14. Aug. 1792. p. 1068. IX. Circ. v. 13. Dec. 1796. p. 775. X. — Inſtr. für die Provinzial=Collegia Medica, die Prüfung der Aerzte betr. v. 23. Febr. 1771. p. 78. V. a. ſo wie das Reglement v. 1. Febr. 1798. Rabe Sam. B. V. p. 14. — Inſtruction für die Aerzte, wegen Ertheilung der Atteſte für Königl. Officianten zum Gebrauche auswärtiger Bäder. v. 9. Febr. 1800. E. S. p. 2786. X. — Ein, als praktiſcher Arzt approbirter, Doctor der Medicin, der weder in unmittelbarem Dienſte entweder des Staats, oder gewiſſer demſelben untergeordneter Collegien ſtehet, kann nicht zu denjenigen Civilbeamten gerechnet werden, in Rückſicht derer eine Beſchränkung des executiviſchen Verfahrens vorgeſchrieben iſt. R. v. 16. Jun. 1806. J. M. IX. 477. C. C. p. 670. XII. Approbirte Aerzte und Wundärzte, welche nicht den Phyſicatseid geſchworen haben, müſſen in Criminalſachen als Sachverſtändige vereidiget werden. R. v. 5. Jul. 1806. J. M. X. 20. C. C. p. 682. XII.

ſ. Vermächtniß. Phyſikus, Verletzung, körperliche.

— dürfen keine Arzeneien dispenſiren. G. S. 1810. p. 83. — müſſen vor Ertheilung des Gewerbeſcheins ihre Qualifikation durch ein Zeugniß der Provinzial-Regierung nachweiſen. G. S. 1810. p. 84. — 1811. p. 272. — die von ſelbigen ihres Amts wegen zu haltenden Pferde ſind vom Vorſpann befreit. G. S. 1816. p. 202. — ausübende, deren Anſtellung. G. S. 1808. p. 491. — gerichtliche, Gebühren, Diäten und Reiſekoſten derſ. G. S. 1815. p. 109. 121. — 1825. p. 134. ſ. auch Medizinalbeamte. — deren Klaſſifikation und Prüfung. v. K. A. 25. III. 752—759. — deren Prüfung zur mediziniſchen Praxis. 17. I. 265. — deren Anſtellung. 17. I. 265. — Ausfertigung der Approbationen für ſelbige. 25. IV. 1087. seq. — Gültigkeit der denſelben während der franzöſiſchen Verwaltung ertheilten Approbationen. 17. II. 274. — deren Titel dürfen nur dazu berechtigte Individuen führen. 20. IV. 891. — promovirte, deren Prüfung zur Ausübung der Praxis. 26. I. 156. seq. — nicht promovirte, Verhältniß derſelben zu den promovirten. 20. I. 105. — Bewilligung und Aufbringung der Diäten und Reiſekoſten für ſelbige bei Impfung der Schutzblattern. 22. III. 769. — 23. IV. 990. — deren Belohnung für Rettung verunglückter und in Todesgefahr gerathener oder ſcheintodter Perſonen. 20. IV. 898. — 21. I. 147—150. — II. 413. — IV. 926. — deren Mitwirkung bei Verhütung von Unglücksfällen. 17. I. 210. seq. — deren Verpflichtung zur Kur armer Kranken. 21. II. 411. — Ausſtellung von Invaliditäts-Atteſten durch ſelbige. 18. II. 546. — deren Diäten bei Unterſuchung des Geſundheitszuſtandes der Landwehrpflichtigen. 18. I. 209. — Civil-, Ausſtellung von Geſundheits-Atteſten durch ſelbige für Militairpflichtige. 22. IV. 1070. — praktiſche, deren Vereidigung. 20. I. 106. — deren Belohnung für ärztliche Bemühungen. 24. I. 282. 286. — Ausübung chirurgiſcher Verrichtungen durch ſelbige. 24. III. 917. — Stempelpflichtigkeit der Atteſte derſelben. 24. II. 354. — ſtädtiſche, deren Wahl und Anſtellung. 26. IV. 1062. — wegen der über ſelbige einzureichenden Liſten. 19. III. 837. — IV. 1000. vierteljährliche Sanitätsberichte derſelben. 20. I. 109. 122. — deren Berichte an den Kreisphyſikus. 18. II. 513. — jüdiſche, deren Vereidigung. 26. III. 825. — — können als ſolche vor Gewinnung des Staatsbürgerrechts keine Praxis treiben. 20. IV. 890. — 22. IV. 903. — ſiehe auch Medizinal-Perſonen, Militair-Aerzte, Armen-Aerzte und Schutzblattern. — ſind in Beziehung auf Grundbeſitz und bürgerlichen Gewerbetrieb zur Gewinnung des Bürgerrechts verpflichtet. 33. III. 693. Einreichung von Beiträgen Seitens derſelben zu den allgemeinen Sanitäts-Berichten. 33. III. 813. — deren Verhältniſſe in der Rheinprovinz in Beziehung auf Dienſtvergehen.

33. II. 525. — homöopatiſche, dürfen ihre Arzeneien nicht ſelbſt dispenſiren. 33. I. 215. — ſ. auch Medizinalperſonen. — Tax-Ordnung für die Aerzte in den Königl. preußiſchen Staaten v. 30. Apr. 1802. E. S. p. 878. XI. — und G. S. v. 1815. p. 110. — Reviſion und Feſtſetzung deren Liquidationen. v. K. A. 32. III. 709. — Diäten und Reiſekoſten-Sätze für dieſelben in Cholera-Angelegenheiten. 32. I. 246. — Von Remuneration beſoldeter öffentlicher Aerzte und Wundärzte, ſ. K. A. B. 189. VII. Beſtimmung der Diäten und Reiſekoſten der letztern in Unterſuchungsſachen. R. v. 21. Jan. 1817. v. K. J. 51. VIII. — approbirte, ſind für Civilbeamte und wirkliche Staatsdiener nicht zu achten. v. K. A. 30. I. 179. ff. — praktiſche, vom Auslande, deren Niederlaſſung im Inlande mit höherer Genehmigung. 30. III. 645. — die Beweiskraft der Atteſte der Militair-Aerzte betr. R. v. 30. Mai 1831. v. K. J. XXXVII. 417. — deren Belohnung für Rettung verunglückter in Todesgefahr gerathener ſcheintodter Perſonen. v. K. A. 20. IV. 298. — 21. I. 147—150. — II. 413. IV. 926. — 28. II. 550. III. 752. — gerichtliche, Beſtimmung wegen Feſtſetzung ihrer Diäten. R. v. 11. Jan. 1828. v. K. J. XXXI. 194. 195. — zum militairärztlichen Dienſte noch verpflichtet, dürfen ſich vor Meldung bei dem Landwehr-Bezirks-Feldwebel nirgends niederlaſſen. v. K. A. 31. II. 421. — Civil-Aerzte, Ausſtellung von Atteſten Seitens derſelben über Militair-Kranke auf Märſchen. 31. II. 422. — an der Cholera verſtorben, Penſionirung deren Wittwen und Waiſen im Kurfürſtenthum Heſſen. 31. IV. 945. — Aerzte in Schleſien, ſ. Schleſien.

ſ. auch Diäten. Medizinalgebühren. Medizinalperſonen. Militair-Aerzte. Obduktion. Porto. Winkel-Aerzte.

Aerztliche Atteſte und Gutachten. In wie fern ſolche ſtempelpflichtig und resp. ſtempelfrei ſind. v. K. A. 33. I. 217. — deren gebührenfreie Ausſtellung Seitens der Phyſiker in Angelegenheiten der Poſtverwaltung. 33. II. 524. — über die Lethalität der Wunden Behufs der Ausſprüche der Geſchwornen, deren Ausſtellung. 33. III. 815. ſ. auch Medizinal-Kollegium.

Aerztliche Gutachten. R. v. 18. Oct. 1832, betr. die Gränzen der Befugniſſe der Gerichte, die Gutachten der Aerzte und Medizinalbehörden zu prüfen. v. K. J. XL. 510. 511.

Aerztliche Pfuſcher, öffentliche Bekanntmachung der wider dieſelben erkannten Strafen. v. K. A. 33. IV. 1086. f.

Aerztliche Praxis, zu ſolcher darf im Inlande keine Medizinalperſon zugelaſſen werden, welche nicht mit einer Königl. Preuß. Approbation verſehen iſt. v. K. A. 30. III. 645.

Affixion, ſ. Kontumatial-Erkenntniß, Präcluſions-Erkenntniß, Subhaſtations-Patent.

Afterlehne, ſ. Lehne, auch Allodifikation.

Agende. C. O. die Freigebung der in den evangeliſch-lutheriſchen Kirchen gewöhnlichen Ceremonien betr. v. 3. und 29. Jul. 1740. C. S. p. 349. 367. C. I. — Anordnungen rückſichtlich derſelben bei dem Militair-Gottesdienſte. G. S. 1811. p. 180. 181. — (Liturgie) erneuerte, für die evangel. Kirche, deren Annahme und Einführung. v. K. A. 25. II. 379. seq. — deren Beibehaltung von neu angeſtellten Pfarrgeiſtlichen. 25. IV. 1015. — Verpflichtung vocirter Pfarrgeiſtlichen zu deren Annahme und Einführung. 26. II. 348. C. O. v. 22. Febr. 1834. das Weſen und den Zweck derſelben betr. 34. I. 74.

Agenten, die aus der Vermittelung und Unterhandlung nicht kaufmänniſcher Geſchäfte ein Gewerbe machen, ſind der Gewerbeſteuer vom Handel unterworfen. G. S. 1826. p. 61. — von gewerblichen Privat-Vereinen und Privat-Verſicherungs-Anſtalten, Gewerbeſteuerpflichtigkeit derſelben. G. S. 1828. p. 64. — fremder Lotterien, ſ. Lotterie-Agenten. — in- und ausländiſcher Verſicherungs-Anſtalten, ſind gewerbeſteuerpflichtig. v. K. A. 26. IV. 996. — in fremden Handelsplätzen und Seehäfen, hannöverſches Reglement für dieſelben. 17. II. 293.

Agenturen, fremder Brandverſicherungs-Anſtalten, deren Beaufſichtigung. v. K. A. 30. II. 393.

Aggratiation, ſ. Strafe.

Aggravationsgeſuch. Wie dem Denunciaten in allen nicht appellablen Fällen ein Milderungsgeſuch zuſteht, ſo kann auch der fiscaliſchen Station das Aggravationsgeſuch nicht abgeſchnitten werden. Reſcr. v. 28. Nov. 1820. v. K. J. XVII. 121., und 12. Febr. 1822. XIX. 197.
ſ. Steuerdefraudationsſachen.
— in fiskaliſchen Unterſuchungen wegen Widerſetzlichkeit gegen Beamte, deren Anbringung nach §. 98. Tit. 35. der Prozeß-Ordnung. v. K. A. 33. II. 262.

Aggravations-Rechtsmittel, ſteht auch den Königl. Poſtbehörden zu. R. v. 14. Jan. 1831. v. K. J. XXXVII. 127. — deſſen Zuläſſigkeit bei allen gegen Civilbeamte eingeleiteten Kriminal-Unterſuchungen, ſ. Civil-Beamte.

Agio, wie es mit dem, zu halten, wenn der Schuldner außer Landes ziehet. R. v. 24. Sept. 1761. C. S. p. 73. III. wenn die Capitalien in ſchlechter Münzſorte zurückgezahlt werden. R. v. 12. Jan. 1762. p. 120. III. St. B. VI. 68. wenn das Schulddocument ohne Vorbehalt deſſelben retradiret worden. R. v. 20. Nov. 1764. c. D. v. 4. Jan. 1765. C. S. p. 525. 561. III.

— deſſen Entrichtung als Strafe bei Geldzahlungen an öffentl. Kaſſen, ohne Kaſſenanweiſungen. G. S. 1824. p. 239. — Herabſetzung des Straf-Agio auf 1 ſgr. für den Thaler. G. S. 1827. p. 166. — ſ. auch Gold, Goldmünzen und Goldzahlungen, auch Kaſſen-Anweiſungen.

Agnaten, in wie weit, auch ohne deren Konſens, Lehn-, Fideikommiß- und Majoratsbeſitzer, Verpfändungen oder Veräußerungen nach gutsherrl. u. bäuerl. Auseinanderſetzungen vornehmen können. G. S. 1811. p. 296. — dürfen der veränderten Benutzung der Güter nicht widerſprechen. Cultur Ed. v. 14. Sept. 1811. G. S. p. 803. — deren Konſens bei Vererbpachtungen. R. v. 9. Febr. 1821. v. K. J. XVII. 13. — deren Rechte bei prioritätiſchen Anleihen. Decl. v. 29. Mai 1816. G. S. 1816. p. 167. — 1818. p. 13. — Fürſorge für ihre Rechte. Verordnung v. 20. Jun. 1817. G. S. p. 164—169. — deren Zuziehung bei der Gemeinheitstheilung. Gem. Theil. O. v. 7. Juni 1821. G. S. p. 54. — deren Rechte bei Abtretung von Pertinenzien gegen Kapital. p. 71. — deren öffentl. Vorladung. Ausführ. Geſ. v. 7. Juni 1821. G. S. p. 86. — deren Verpflichtung gegen die weibliche Descendenz eines Mannlehns-Beſitzers, deſſen männliche Nachkommenſchaft in dem letzten Kriege vor dem Feinde geblieben iſt. G. S. 1814. p. 143. — desgl. in Beziehung auf Fideikommiſſe. G. S. 1815. p. 102. — zur Sukzeſſion berechtigte, in Pommern, Verfahren rückſichtlich derſelben bei Lehns-Veräußerungen an Familienglieder. G. S. 1826. p. 120. — Erbfolgerechte derſelben in Lehen und Fideikommiſſen, in den jenſeits der Elbe gelegenen Provinzen. G. S. 1818. p. 17. — 1820. p. 131. ſ. auch Lehne, Ablöſung, Allodification, Lehnsſchuld, Lehn- und Lehnbeſitzer.

Das für ein abgelöſetes Realrecht konſtituirte Schuldverhältniß muß ohne Vorbehalt der agnatiſchen Rechte eingetragen werden. R. v. 16. Dec. 1833. v. K. J. XLI. 441. 442. —

Welche und wie viele Agnaten müſſen in eine vom Lehnsbeſitzer auf die Subſtanz des Lehns aufgenommene Schuld conſentiren, wenn dieſelbe nach magdeburgiſchem Provinzialrecht für ſämmtliche Agnaten verbindlich ſeyn ſoll? Sim. u. Str. Rechtsſpr. 2ter Band No. 17. p. 161. desgl. No. 18. p. 168. — Kann ein Lehngut wegen einer, auf deſſen Subſtanz vom Beſitzer aufgenommenen und im Hypothekenbuche eingetragenen Schuld, wenn dieſe nicht für ſämmtliche Agnaten verbindend iſt, mit Vorbehalt der Rechte der nicht verpflichteten Agnaten, ſubhaſtirt werden? S. u. Str. R. 2. Band No. 17. p. 161. —

Kann nach magdeburgiſchen Rechten der ſeinem Vater in feudo und cum beneficio in allodio ſuccedirende Sohn die Sub-

baſtation des Lehns wegen einer, auf deſſen Subſtanz von ſeinem Vater aufgenommenen, im Hypothekenbuche eingetragenen Schuld, durch ſeinen Widerſpruch verhindern, wenn die Schuld nicht für ſämmtliche Agnaten verbindlich iſt? S. u. Str. R. 2. B. No. 18. p. 169. — Iſt der Sohn nach dem A. L. R. zum Widerſpruch berechtigt? S. u. Str. R. 2. Band No. 18. p. 169.

Agnatiſcher Konſens; ſ. Lehnspertinenz.

Agnitions-Reſolutionen werden wie Erkenntniſſe betrachtet. — Auf das ſchriftliche, vollſtändig u. unbedingt von einer öffentlichen Behörde erfolgte Anerkenntniß der Schuld kann (als Ausnahme von §. 16. Tit. 8. Th. 1. der A. G. O.) die Agnitions-Reſolution abgefaßt werden, R. v. 7. Aug. 1810. J. M. IX. 331. — Die für Agnitions- und Purifikations-Reſolutionen in der Allg. Gebührentaxe beſtimmten Sätze müſſen nicht von beiden Partheien zuſammen, ſondern von jeder Parthei wie bei Erkenntniſſen, entrichtet werden, und zwar können nicht Urtels-Gebühren, ſondern nur Decrets-Taxen genommen werden. R. v. 31. Oct. 1825. v. K. J. XXVI. 206. —

ſ. Klaſſifikationsurtel, Publikationsgebühren. Dieſes iſt abgeändert durch das R. v. 28. Septbr. 1832., nach welchem für dieſelben und für Purifikations-Reſolutionen die Sätze der Allg. Gebührentaxe nur einmal zum Anſatz gebracht, auch Publikations-Gebühren nur nach den niedrigſten Sätzen und auch nur alsdann genommen werden können, wenn eine wirkliche Publikation erfolgt iſt. v. K. J. XL. 202—204.

Agnatiſche Rechte; ſ. Allodifikation.

Ahnen, deren Nachweis bei adlichen Familienſtiftungen und Familienfideikommiſſen. G. S. 1830. p. 129. — unter dem Ausdruck: „vollbürtig, ritterbürtig“, ſollen vier adelige Ahnen verſtanden werden, ebendaſ.

Ahorn, deren Anbau in Waldungen. v. K. A. 28. I. 64. seq.

Ailhaudſches Pulver, C. deſſen verbotenen Gebrauch betr. v. 27. Dec. 1775. E. S. p. 379. V. e.

Ajuſtirungs-Komptoirs (Eichungs-Aemter, Eichungs-Kommiſſionen) für Maaße und Gewichte, deren Errichtung in den Regierungs-Departements. G. S. 1808. p. 497. — 1816. p. 142. ff.

Ajuſtirungs-Reglement, des vormaligen General-Directoriums v. 12. Mai 1785. iſt durch die Beſtimmungen der Maaß- und Gewichts-Ordnung v. 16. Mai 1816. außer Anwendung geſetzt. v. K. A. 29. I. 135.

Akademie. Privilegium der Königl. Ritterakademie zu Berlin v. 1705. E. S. I. II. No. 82. v. 11. Jul. 1700. VI. II. M. No. 4. v. 3. Jun. 1710. VI. Nachl. No. 8. — Die, der Wiſ-

ſenſchaften, iſt zur Herausgabe der Königl. Verordnungen und Edicte allein berechtiget. R. v. 14. Dec. 1752. p. 407. I. des Endes ſämmtliche Kriegs- und Domainen-Cammern angewieſen, von ſämmtlichen eingehenden Edicten ein Exemplar an dieſelbe einzuſenden. R. v. 28. Jul. 1751. p. 114. I., imgleichen ſämmtliche Ober-Juſtizbehörden. R. v. 14. Dec. 1752. p. 407. I.

iſt durch die Einführung der Geſetz-Sammlung und Amtsblätter ſo wie der v. Kamptzſchen Jahrbücher und Annalen aufgehoben. — ſiehe Gerichtsbarkeit.

— der Künſte, Privilegium der Kunſt-Akademie, v. 20. Mai 1699. E. S. 97. VIII. — der Akademie der bildenden Künſte. v. 26. Jan. 1790. E. S. p. 2857. — die akademiſchen Künſtler ſollen gegen Jedermanns Eingriffe geſchützt werden. V. v. 29. Apr. 1786. p. 95. u. v. 28. Decbr. 1786. p. 217. — in Berlin, Vorſchriften für die Aufnahme in den Unterricht der bei derſelben beſtehenden Lehrinſtitute. v. K. A. 30. II. 337 — 342. — in Münſter, Verleihung von Statuten für dieſelbe. 30. I. 211. — Kaiſ. Leopoldiniſch-Caroliniſche der Naturforſcher zu Bonn, Portofreiheit für dieſelbe. 31. I. 29 — 32. I. 78.

Akademien, ſtehen unmittelbar unter dem Miniſterium der geiſtlichen Angelegenheiten und des öffentl. Unterrichts. G. S. 1808. p. 365. f. — 1810. p. 14. — 1817. p. 240. — der Wiſſenſchaften und bildenden Künſte zu Berlin, gerichtl. Sportelfreiheit derſelben. G. S. 1815. p. 201. (Beil. p. 3.) — Suspenſion deren Zenſurfreiheit. G. S. 1819. p. 229. — derſelben wird die Herausgabe der Kalender abgenommen. G. S. 1811. p. 145. — Aufbewahrung eines Satzes von Probemaßen und Gewichten bei derſelben. G. S. 1816. p. 142. — ſ. auch Bauakademie und Univerſitäten. — in Frankreich, Disciplinar-Verfahren auf ſelbigen. v. K. A. 20. II. 377. — III. 615. — ſiehe übrigens Univerſitäten.

Akademiſche Behörden, deren Verhältniſſe zu den Orts-Polizeibehörden. v. K. A. 22. III. 712. — ſ. auch Univerſitäten.

Akademiſche Disziplin und Gerichtsbarkeit, deren Verwaltung. v. K. A. 19. I. 120. — 149. — 24. II. 419.

Akademiſche Gerichtsbarkeit, ſ. letzt.

Akademiſche Lehrer, ſ. Altdeutſche Tracht.

Akademiſches Bürgerrecht, Verfahren bei Suspenſion deſſelben. v K. A. 24. II. 416.

Akademiſche Schriften, Einſendung zweier Exemplare von denſelben an die Königl. Bibliothek in Berlin. v. K. A. 33. II. 405.

Akademiſche Vorbildung künftiger Juſtizbeamten, ſ. Auskultatoren.

Akademiſche Zeugniſſe. Beibringung derſelben bei Zulaſſung zum Staats-Examen. Cirk. R. v. 20. Jun. 1828. v. K. J. XXXI. 279. — ſ. Examen. — deren Ertheilung an Studierende. v. K. A. 19. I. 149. — 24. II. 417. seq.

Akten. Publ. den verbotenen Verkauf öffentlicher, betr. v. Dec. 1757. E. S. p. 273. II. die verbotene Mittheilung der Abſchriften oder Auszüge aus denſelben. R. v. 29. Jan. 1798. p. 1534. X. (A. L. R. II. XX. 1231—1247.) die Re- und Correlationen, imgleichen ungedruckte beſondere Provinzialverordnungen, ſollen bei Einſendung der, in Reviſorio, — erſtere verſiegelt. C. v. 26. Febr. 1756. p. 39. II. — mit beigefügt werden. C. v. 2. Jan. 1772. p. 16. V. b. in allen Untergerichtsſachen werden die in Reviſorio geſchloſſene durch das competente Obergericht an das Obertribunal befördert. R. v. 10. Nov. 1786. p. 203. VIII. A. L. R. Strafe deren Verfälſchung. II. XX. 399—401. Von Anlegung, Einrichtung der Criminal-Unterſuchungs-Acten und ſicherer Aufbewahrung derſelben. Cr. O. §. 73—§. 75. Einforderung derſelben während der Unterſuchung, §. 104. 105, der Inrotulation nach dem Schlußverhöre, §. 73. u. §. 431. 470. — deren Repoſition in Kriminal-Unterſuchungen kann von Landes-Juſtiz-Collegien verſagt werden. G. S. 1809. p. 577. — ſollen bei Einſendung derſelben nach Berlin in Wachsleinewand gepackt werden. R. v. 29. Oct. 1799. Die Vorſchrift der A. G. O. Th. 1. Tit. 20. §. 19—20. ſetzt voraus, daß man vom Kläger annehmen könne, er wolle die Sache nicht fortſetzen, wenn er ſie, wenigſtens durch einen Zeitraum von 4 Wochen ſeit der Repoſition, liegen laſſen. R. v. 10. Dec. 1814. v. K. J. 207. IV. Publ. den Verkauf der unbrauchbaren betr. v. 20. Sept. 1814. p. 287. — R. die Vernichtung alter Acten bei den Untergerichten betr. v. 13. Jul. 1806. C. C. p. 691. XII. — Verfahren bei dem öffentlichen Verkauf der unbrauchbaren und nutzloſen Acten. Reſcr. v. 14. Oct. 1817. v. K. J. X. 253., v. 30. Dec. 1818. XII. 282., v. 7. Juny 1819. XIII. 316., und v. 23. Aug. 1824. XXIV. 269., namentlich der Kriminal-Akten. R. v. 13. Jun. 1831. XXXVII. 414. — unbrauchbarer, deren Vernichtung. R. v. 3. Nov. 1833. v. K. A. 34. III. 633. — Die Löſung aus dem Verkauf der nutzloſen Akten iſt zum Beſten des Untergerichts, welches den Verkauf veranlaßt hat, zu verwenden. R. v. 14. Oct. 1817. v. K. J. X. 253. — zum Beſten der Juſtiz-Offizianten-Wittwen-Caſſe. R. v. 28. Sept. 1830. XXXVI. 157. — ſ. auch Reviſorium. — Wenn mit den Unterſuchungsakten mehrere Adhibenda an den Juſtizminiſter überſandt werden, ſo iſt entweder eine Specification ſämmtlicher Akten dem Berichte beizufügen, oder falls ſich dergleichen ſchon in einem Aktenſtücke befindet, in dem Berichte der Band und das Folium

zu bezeichnen. Reſcr. v. 27. Sept. 1820. XVI. 86. — Inſtruktion für die Gerichtsbehörden für den Fall, daß bei ihnen auf Avocation der im Reichskammergerichtlichen Archiv zu Wetzlar befindlichen Acten angetragen werden ſollte, nebſt Extract aus dem Protocolle der deutſchen Bundesverſammlung. v. 25 Januar. 1821. und Reſcr. v. 3. Aug. 1821. XVIII. 31. —

ſ. Aufſuchungsgebühren, Begnadigung, Examen, Heftgebühren, Ingroſſationsbücher, Inrotulation, Manualakten, Notariatsakten, Probeinſtruktion, Proberelation, Realität, Spruchvorlegung, Stempelrevision, Teſtamente, Unterſuchungsakten, Verſiegelung, Zinszahlungsgeſuch. — ſtädtiſche, ſ. Archive.

Aktendeckel; ſ. Stempelreviſion.

Akten-Einſendung, ſ. Kriminal-Urtel, Orden- und Ehrenzeichen, Reviſion, Widerſetzlichkeiten.

Akten-Emballagekoſten, können nur 4—8 gr. angeſetzt werden. R. v. 10. Mai 1814. v. K. J. III. 297. — Beſtimmung wegen derſelben, Cirk. R. v. 11. Febr. 1828. XXXI. 195. 196.

Akten-Extracte. R. die Form der einzureichenden betr. v. 23. Novbr. 1810. Miniſt. Samml. 237. ſ. auch Ehrenzeichen. — brauchen den zur Beſtätigung einzureichenden Erkenntniſſen erſter Inſtanz nicht mehr beigefügt zu werden. Cirk. R. v. 25. Mai 1829. v. K. J. XXXIII. 343. 344.

Akten-Mittheilung, ſ. Militairſtrafen, Münzverbrechen, Spruchvorlegung.

Aktenrepoſition, ſ. Entſagung.

Aktenſendungen, ſiehe Porto.

Aktenſtücke, in Frankreich zu produzirende, deren Form. R. v. 24. Apr. 1818. v. K. J. XI. 202. — ſ. Urkunden.

Akten-Vortrag, ſ. Spruchvorlegung.

Aktenzeichen, der Miniſterial-Reſcripte, ſ. Jahrbücher.

Aktien der rheiniſch-weſtindiſchen Kompagnie. v. K. A. 21. I. 43. seq. IV. 851. — der See-Aſſekuranz-Kompagnie in Stettin. 21. I. 42.

Aktien-Geſellſchaften dürfen ohne Allerh. Genehmigung ihre Schuldpapiere nicht auf jeden Inhaber lautend, ausſtellen. v. K. A. 33. IV. 893.

Aktuarien, bloße Auscultatoren müſſen vor ihrer Anſtellung zu Juſtiz-Aktuarien nochmals geprüft werden. R. v. 31. May 1796. E. S. p. 451. X. und St. B. p. 303. IV. — Juſtiz-, können zur Prüfung pro referendariatu zugelaſſen werden, ohne daß es einer vorgängigen Anſtellung derſelben als Auscultatoren

bei einem Untergerichte bedarf. R. v. 30. Apr. 1806. C. C. p. 147. XII. — deren Anſtellung und Verpflichtung bei den Land- und Stadtgerichten in Weſtpreußen. G. S. 1806. p. 47—49. — Privat-können ad criminalia vereidet werden, um den Juſtitiarien bei Unterſuchungen Aktuarien- und Protokollführerdienſte zu leiſten, und iſt es gerade nicht nothwendig, daß ſie die Rechtswiſſenſchaft auf einer Univerſität ſtudirt haben. R. v. 25. Mai 1816. v. K. J. VIII. 43. — Qualifikation und Prüfung der Aktuarien: 1) derjenigen, welche die Stelle des expedirenden Secretairs verſehen; 2) derjenigen, welche der Regel nach nur das Amt eines Regiſtrators oder Protokollführers verwalten ſollen. Reſcr. v. 1. März 1819. XIII. 22. — Den Actuarien bei den Patrimonialgerichten können ſtatt der Fixa Copialien, Regiſtraturgebühren, Siegelgelder und dergleichen von den Gutsherren zugeſichert werden. Reſcr. v. 23. März 1821. XVII. 94. — Welche Geſchäfte dieſelben zu beſorgen, und in wiefern ſie Inſtruktionen zu führen befugt ſind. Reſcr. v. 20. Febr. 1826. XXVII. 84. v. 18. Febr. 28. XXXI. 158.

ſ. Kommiſſionsgebühren, Kriminalgebühren, Expedition, Heftgebühren, Sporteltantieme, Taxen, Unterſuchungskoſten, Wechſelproteſte.

Aktuariengebühren; ſ. Emolumente

— Amts- dürfen keine Polizei-Uniform tragen. v. K. A. 27. IV. 987. bei den Gerichtsämtern, R. v. 1. Octbr. 1832. deren Amts-Kautionen betr. v. K. J. XL. 445. — ſ. auch Juſtizbeamte. — R. v. 29. März 1833. die Abnahme der Eide in Bagatellſachen durch Aktuarien betr. XLI. 222. — deren Befugniſſe zur Aufnahme von Handlungen der freiwilligen Gerichtsbarkeit. — ſiehe actus volunt. jurisdictionis. — der Patrimonialgerichte, ſ. Patrimonialgerichte.

Akziſe, betrift der Proceß eine Exemtion, oder die verweigerte Conſumtionsakziſe, ſo gehört die Sache zur Cognition des Obergerichts. R. v. 11. May 1787. E. S. p. 1375. VIII. J. E. v. 29. Jan. 1789. p. 2403. Die Cognition — wegen ohne Verſteuerungszettel gefundener hoch impoſtirter Waaren gebührt den Akziſe- und Zollgerichten. J. E. v. 27. Febr. 1779. Kl. A. 151. VI. — E. die Vergehungen der Acciſebedienten und die darauf geſetzten Strafen betr. v. 16. Oct. 1783. p. 2485. VII. ſ. Juſtiz-Regl. in Acciſe- u. Zollſachen auch Steuer. — A. L. R. von Beſtrafung der Acciſe- und Zollverbrechen. II. XX. 277—313. ſ. C. C. M. IV. III. II. — Pat. wegen Einführung eines neuen Acciſe-Syſtems, vom 23. May 1804. E. S. p. 2199. XI. und p. 2206. 2423. Die bisherigen Akziſe- und Zolldirectionen wurden unter dem Namen einer Kr. und D. K. Akziſe- und Zoll-

deputation mit der Kr. und D. K. vereiniget. Inſtr. vom 5. May 1806. J. M. III. p. 341. 424. 554. f. V. vom 26. Dec. 1808. §. 11. u. Geſchäfts-Inſtr. v. 26. Dec. 1808. §. 67. und ſind auch in Acciſe-Defraudationsſachen die Untergerichte zu erkennen berechtiget, im Fall die darauf geſetzte Strafe nicht funfzig Thaler (bei deren Berechnung auch auf den Werth des Confiscatums Rückſicht zu nehmen iſt) oder eine dieſer gleichgeſtellte Gefängnißſtrafe überſchreitet, §. 34. c. 1.; bei der den Regierungen §. 45. nachgelaſſenen Befugniß aber, eine vorläufige Reſolution abzufaſſen, kommt es auf den Betrag der Strafe nicht an. R. v. 19. May 1809. VIII. 210. ſ. a. Rgl. die Abkürzung des Geſchäftsbetriebes bei den Akziſe- und Zolldeputationen in Acciſe- und Zollſachen betr. vom 7. März 1805. E. S. p. 2901. XI. R. die Einziehung der Acciſeſtrafgelder betr. v. 23. Febr. 1810. J. M. IX. 26. Umänderung des Akziſe-Weſens durch die Einführung der Konſumtions-Steuer-Geſetze. v. 28. Oct. 1810. G. S. 1810. p. 33. u. folg. — Alle — und Zollbefreiungen ſind aufgehoben, §. 9. d. E. v. 28. Oct. 1810. G. S. 37. I. R. v. 24. Jul. 1813. P. A. B. 379. III. (ſ. Zollfreiheit) welche Beſtimmung jedoch nur einzig und allein auf die perſönlichen Befreiungen zu beziehen ſind. R. v. 3. Apr. 1813. R. A. B. 347. III. ſ. a. P. A. B. 154. die Beſtimmung des §. 2. ad d. des Ed. v. 28. Oct. 1810. gilt nur bei unverſteuerten Verſendungen fremder Material-, Gewürz-, Farben- und Specerei-Waaren im Inlande, R. v. 16. Aug. 1812. R. A. B. 461. II. — fixirte, zeitherige, für Vorſtädte, wird aufgehoben. G. S. 1810. p. 34. 41. — 1811. p. 259. — an den Thoren, deren Aufhebung. 1810. p. 26. 33. — einſtweilige Beibehaltung derſelben in den größeren Städten. G. S. 1811. p. 260. — Handlungs-Akziſe, von dem zum Verkaufe beſtimmten Viehe, Beſtrafung deren Defraudation. G. S. 1814. p. 69. — deren Aufhebung für Erzeugniſſe des Inlandes. G. S. 1819. p. 118. f. — in wie weit ſolche für die zeitherigen akziſepflichtigen Städte noch fortdauert. G. S. 1819. §. 118. f. — Tarif für ſelbige. G. S. 1819. p. 122. — wird ebenfalls aufgehoben. G. S. 1820. p. 136. — zeitherige, im Herzogth. Sachſen, desgl. ebendaſ. Von der Akziſe- und Zollfreiheit der Berg- und Hüttenmaterialien, K. A. B. IV. 270. P. A. B. IV. 357. 359. Von der Handlungsakziſe vom Brennholze, K. A. B. IV. 332. Von Erhöhung der Akziſe-Abgaben jenſeits der Elbe, P. A. B. IV. 431. — ſtädtiſche, deren Erhöhung auf Mahlgetreide, Bier, Branntwein und Schlachtvieh, Behufs der Unterſtützung ſtädtiſcher Kommunen. G. S. 1814. p. 65. — 1816. p. 206. — R. A. B. IV. p. 355. 393. 411. 416. K. A. B. IV. 290. P. A. B. IV. 361. 391. — Ablöſungs-Akziſen, beſonders bewilligte, bleiben beſtehen. G. S. 1814. p. 66. — Ueber-

trags-Akziſen, für die Kämmereien, zeither erhoben, fallen weg. G. S. 1814. p. 66.

Akziſe-Aemter, deren Obliegenheiten bei Verrechnung von Kleinigkeitsſtrafen. v. K. A. 17. I. 51. ſ. auch Steuer- u. Zoll-Aemter.

Akziſe-Aufſeher, ſ. Gerichtsbarkeit.

Akziſe-Beamte, deren Verhältniſſe und Obliegenheiten. G. S. 1808. p. 502. — deren Theilnahme an der Handhabung der Paß-, Fremden- und Sicherheits-Polizei. G. S. 1817. p. 158.

Akziſe-Defraudations-Sachen, ſ. Steuer-Defraudationsſachen und Unterſuchungskoſten.

Akziſe- (und Zoll-) **Deputationen**, beſondere Abtheilungen bei den Regierungen. G. S. 1808. p. 471. — was zu deren Reſſort gehört. G. S. 1808. p. 484. — ſind der Sektion für directe und indirecte Abgaben im Finanz-Miniſt. untergeordnet. G. S. 1808. p. 371. — ſ. auch Abgaben-Deputationen.
Dieſe werden in die Abtheilungen für die indirecten Steuern verwandelt, in ſo fern nicht ein Provinzial-Director für dieſelben angeſetzt worden. C. O. betr. die Organiſation der Provinzial-Verwaltungsbehörden. G. S. 1826. p. 8.

Akziſe-Direktionen, Provinzial-, deren Vereinigung mit den Regierungen. G. S. 1808. p. 467. 502. — deren Gerichtsbarkeit hört auf. G. S. 1808. p. 468. ſ. Akziſe- und Zoll-Deputationen.

Akziſe-Einnehmer, beſondere Inſtruktion für die, v. 28. May 1680. C. S. IV. III. II. No. 8. für die Akziſe-Controlleurs General-Inſtruktion v. 6. Sept. 1713. No. 49. Viſitatoren, v. 31. Jan. 1714. No. 51. v. 20. Apr. 1714. No. 53. v. 2. Jun. 1787. p. 1434. VIII. Controlleurs in den Landſtädten v. 1. Nov. 1718. IV. II. No. 107. — Inſtruktion für die Akziſe- und Zoll-Officianten v. 19. März 1787. p. 811. VIII. das Verhalten gegen ſelbige betr. v. 19. Aug. 1789. p. 2576. VIII.
Dieſe Vorſchriften ſind durch die neue Einrichtung der Steuern völlig abſolet geworden.

Akziſe-Fonds, ſ. Kommunal-Akziſe-Fonds.

Akziſe-Gefälle, in wie weit bei ſelbigen Goldzahlungen zu leiſten ſind. G. S. 1814. p. 63.

Akziſe-Kaſſen, ſ. Treſor- und Thalerſcheine.

Akziſe-Kontraventionsſachen, ſ. Kontrebande, Koſten. ſ. Strafedict v. 26. März. 1787. C. S. p. 819. VIII. in deſſen §. 29. ſt. §. 28. 29. 30., §. 27. 28. 29.; u. im §. 30. ſt. §. 27. §. 26., u. im §. 32. ſtatt des 26ſten, der 25ſte §. aufgeführet werden ſollen, p. 2744. VIII. und Decl. v. 20. Febr. 1788. p. 2802.

Bei Kaufleuten haftet in subsidium der Principal für die Geldſtrafen wegen der von denſelben in Handlungsangelegenheiten, obgleich ohne ſein Vorwiſſen, begangenen Vergehungen wider die Akziſe- und Zollgeſetze. A. L. R. II. VIII. 518. ſ. Konſumtionsſteuer. Wie in, wegen der Koſten zu erkennen war, wenn der Denunziat nicht überführt, oder unſchuldig befunden worden. Decl. des Reglements v. 1772. p. 191. 355. V. b., v. 1774. p. 937. V. d., R. v. 1776. p. 75. VI., v. 1786. p. 15. VIII. In geringfügigen dürfen an Gebühren nicht mehr, als in den kleinen, liquidirt werden. R. v. 1. März 1800. ſ. a. R. v. 28. März 1812. v. K. J. 16. I. K. A. B. 139. II. R. v. 26. Sept. 1812. 207. I. ſ. a. Decl. des Regl. v. 6. Jun. 1765. p. 2519. IX. Rabe, 65. III. v. 16. May 1796. p. 362. X. Rabe, 368. Locirung der verwirkten und eingetragenen Akziſe-Defraudationsſtrafe, §. 360. des Anh. zur A. G. O. — Verfahren in ſelbigen. G. S. 1808. p. 502.

ſ. auch Fiskaliſche Strafen. Gebührentaxe. Steuer-Kontraventionen. Unterſuchungskoſten. Urtelsgebühren.

Akziſe-Quittungen, unentgeldliche Ertheilung derſelben. G. S. 1810. p. 34.

Akziſe-Räthe, Ober-, techniſch und praktiſch gebildete, deren Anſtellung bei den Regierungen. G. S. 1808. p. 470. 491. — deren Dienſtpflichten. G. S. 1808. p. 516. — ſ. Kab. Order wegen Organiſation der Provinzial-Behörden v. 25. Decbr. 1825. G. S. 1826. p. 8.

Akziſe-Reglement, für die Chur- und Neumark, Magdeburg und Pommern, v. 24. Jun. 1734. C. S. IV. III. II. No. 80. beſonders für Berlin v. 24. Nov. 1733. No. 79. Allgemeines Edikt v. 29. Dez. 1736. No. 83. Neuapprobirtes Reglement v. 29. Dez. 1736. No. 84. v. 25. Jan. 1787. p. 255. VIII. für das Fürſt. Halberſtadt v. 29. März 1751. p. 55. I. Minden v. 19. Apr. 1777. c. D. v. 8. May 1782. p. 1173. VII. Schleſien v. 16. Apr. 1787. p. 939. VIII. — wegen Bezahlung der Akziſe-Zettel. v. 24. Apr. 1787. p. 1106. VIII. für ſämmtliche Königliche Provinzen v. 3. May 1787. p. 1114. VIII. c. D. ad Sect. 8. §. 2. v. 27. Okt. 1795. p. 2682. IX.

(hat nur noch geſchichtliches Intereſſe, da das ganze Abgabe-Syſtem verändert worden iſt.)

Akziſe-Revenüen, deren obere Verwaltung durch die Sektion der direkten und indirekten Abgaben im Finanz-Miniſt. G. S. 1808. p. 371.

Akziſe-Tarif, für die Meſſen zu Frankfurt a. d. O. v. 15. Mai 1810. G. S. 1810. (A.) p. 704—712.

Alaun, gehört zu den Regalien. St. B. p. 120. IV. — inländiſcher, diesſeits der Weſer verfertigt, freier Handel mit ſelbigem und gleiche Abgaben von demſelben. G. S. 1816. p. 205. — Abgabenfreiheit deſſelben bei deſſen Exportation nach dem Auslande. G. S. 1816. p. 205. — ausländiſcher, Erhebung einer Konſumtions-Abgabe von demſelben. G. S. 1816. p. 205. — Eingangs-Abgabe von demſelben. G. S. 1827. p. 136. — Das Monopol mit Freienwalder, iſt aufgehoben. P. A. B. 372. VI. N. A. B. 333. 444. Dekl. 534. C. O. v. 18. Jun. 1816. die Beſteuerung des Alauns betr. G. S. 205. VI. welche auch im H. Sachſen in Anwendung kommen ſoll. R. v. 10. Nov. 1816. N. A. B. 627. R. wegen der Verbrauchsabgabe vom, betr. v. 31. Nov. 1816. P. A. B. 45. VII. Miſchung des Waſſers mit ſelbigem bei Feuerlöſchungen. v. K. A. 26. I. 134.

Albertsthaler, deren Annahme und Verausgabung bei Königl. Kaſſen. G. S. 1808. p. 244.

Albinagii jus, ſ. Retorſion.

Alcoholometer. Inſtr. wegen deſſen Behandlung und Anwendung, N. und P. A. B. 245. I. K. A. B. 285.

Aldenhoven, ſ. Chauſſeegeld-Tarif.

Alimentation, ältere V. die Alimentationszeit der unehel. Kinder betr. v. 14. März 1719. C. S. V. II. No. 114. H. B. I. 57. — II. 108. — hat der Schwängerer die Alimentation des unehelichen Kindes der Mutter deſſelben für ein auf gewiſſe Jahre beſtimmtes Quantum überlaſſen, ſo kann er ſich dieſer Verbindlichkeit durch zu übernehmende eigene Erziehung des Kindes nicht entziehen. G. C. v. 14. Decbr. 1781. Kl. A. 12. I. — die Entbindungs- und Taufkoſten werden zu den Alimenten gerechnet, G. C. v. 16. Jul. 1789. Kl. A. 209. V. auch Medizin. Kl. A. II. 122. Der Vater des Schwängerers iſt in subsidium nur zu den Alimenten verbunden. G. C. v. 16. Jul. 1789. Kl. A. 206. V. auch deſſen Erbe. H. B. VII. 85. R. die Inſtruktion der Alimentenproceſſe betr. v. 24. Jan. 1791. C. S. p. 15. IX. Vergleiche über künftige Alimente. A. L. R. I. XVI. §. 413. müſſen vor dem ordentlichen perſönlichen Richter vollzogen werden. A. G. O. Th. 2. Tit. I. §. 6. — von der Condictione indebiti bei Alimenten und Alimentis praeteritis. H. B. I. 41. deren Rückforderung ibid. VIII. 56. wann der Schwängerer die Alimentation ſelbſt übernehmen kann. ibid. V. 131. Von Alimentation eines verhafteten Schuldners auf Koſten der Kreditmaſſe. ſ. R. v. 6. Febr. 1777. C. S. p. 463. VI. ſ. Schwängerung. — A. L. R. II. II. 592—665. — R. die Dauer der Verbindlichkeit der Eltern zur Verpflegung ihrer unehelichen Kinder betr. v. 21. Dec. 1795. C. S. p. 2739. X. v. 1800. p. 2938. die Alimentation der Kinder inhaftirter Verbrecher. v. 7.

Apr. 1800. p. 2954. X. — Verwandte in auf- und abſteigender Linie und die Geſchwiſter erſten Grades, wenn ſie des Vermögens ſind, ſind zur Bezahlung desjenigen verbunden, was zum nothwendigſten Unterhalt des verbrecheriſchen Anverwandten während der Unterſuchung und Vollziehung der Strafe erforderlich iſt. R. v. 2. May 1803. E. S. p. 1823. XI. ſ. Cr. Ord. §. 604. u. R. A. III. p. 55. — Von der Verbindlichkeit des Gläubigers, dem inhaftirten Schuldner Alimente zu reichen, R. v. 12. Sept. 1812. v. K. J. I. 252. — der Alimentation zum Feſtungsarreſt verurtheilter Verbrecher, R. v. 26. Sept. 1812. ibid. 255. Dazu gehören auch Kurkoſten. R. v. 2. März. 1827. XXIX. 87. 88. — In den Fällen, wenn Verbrecher zum Feſtungsarreſt verurtheilt werden, und weder aus ihrem eigenen Vermögen noch durch Verwandte (ſiehe oben) alimentirt werden können, muß auf die Anweiſung der erforderlichen Alimente bei dem Chef der Juſtiz angetragen werden. R. v. 26. Sept. 1812. v. K. J. I. 255. In Anſehung der nur zum Feſtungsarreſt verurtheilten Arreſtanten, muß zugleich in dem Bericht, mit welchem die Acten eingeſandt werden, darüber: woher deren Alimente zu nehmen, berichtet, R. v. 4. Sept. 1797. p. 1346. X. St. B. 212. V. und es darf in Folge des §. 563. der Cr. Ordn. kein ſolcher Verbrecher eher zur Feſtung abgeliefert werden, bis nicht ſeine Verpflegung während der Strafzeit ſicher geſtellt, und dem Gouvernement oder der Commandantur im Falle des eigenen Vermögens des Verbrechers, ein angemeſſener Vorſchuß zugleich mit überſandt worden. R. v. 29. Aug. 1812. v. K. J. I. 205. — Von Beköſtigung der Gefangenen, Cr. Ordn. §. 28. ſ. Kl. Annalen, XXIV. 25. Die Verpflegungskoſten, (Cr. O. §. 604.) eines, wegen Bankeruts verhafteten Schuldners fällt dem Jurisdictionsfond zur Laſt, R. v. 9. Aug. 1708. E. S. II. I. No. 122. wenn nicht derſelbe auf Andringen der Gläubiger während des Bankeruttier-Proceſſes inhaftirt worden. R. v. 6. Februar 1777. p. 403. VI. — Alimentation unehelicher Kinder, Vergleiche darüber, deren Beſtätigung, ſiehe uneheliche Kinder. — baar vorgeſchoſſene für Verbrecher und Vagabonden, deren Vergütigung aus Königl. Fonds. v. K. A. 19. I. 191. 199. — III. 787. — ſ. übrigens Verpflegungskoſten. — R. v. 10. Mai 1833, betr. die Frage: in wie fern §. 169. Anh. zur A. G. O. auch rückſichtlich der Alimente unehelicher Kinder eintrete. v. K. J. XLI. 465. 466. — Ueber die Dauer der während des Eheſcheidungsprozeſſes feſtgeſetzten Alimentation der Ehefrau. R. v. 2. Septbr. 1833. XLII. 134. 135. Alimentation der Gefangenen, ſ. Gefangene.

ſ. auch Alimente, Fiskaliſche Unterſuchung, Reviſion, Schuldgefangene, Unterſuchungskoſten.

Alimentations=Verpflichtung; ſ. Vaterſchaft.

Alimente. Ein Vertrag, wodurch jemand gegen Entgeld auf Alimente Verzicht leiſtet, welche an ſich zwar beſtimmt, unter gewiſſen, ihrem Eintritte und ihren rechtlichen Folgen nach unbeſtimmten, Bedingungen aber veränderlich ſind, iſt nicht als Entſagung ſondern als ein Vergleich über künftige Verpflegungsgelder anzuſehen, welcher, ohne Beſtätigung des ordentlichen perſönlichen Richters des Verpflegenden für denſelben unverbindlich iſt. S. u. St. R. 3. Band No. 27. p. 285. — ſchuldige, zu deren Zahlung kann die Hälfte der ganzen Beſoldung eines Civil=Offizianten in Beſchlag genommen werden. G. S. 1810. (A.) p. 724. — bei Alimentproceſſen gilt das erſte Urtel als Interimisticum. R. v. 28. Jun. 1799. St. B. p. 295. IX. Von Alimentation der Criminal=Gefangenen. ſ. R. v. 7. April 1800. St. B. p. 249. XI. — die geſchiedene Ehefrau iſt nicht ſchuldig, Behufs deren Erhebung ihrem geweſenen Ehemann nachzuweiſen, daß ſie noch lebe und ſich nicht wieder verheirathet habe. Reſcr. v. 16. Aug. 1814. v. K. J. III. 268. — Die Vorſchriften des Anhangs zum A. L. R. §. 83, wegen zu zahlender Alimente, finden nur auf ſolche Landwehrmänner Anwendung, welche ſich im activen Dienſte befinden, worunter in Friedenszeiten diejenigen zu verſtehen ſind, welche im Laufe des Jahres wenigſtens 4 Monate lang Dienſte leiſten. Reſcr. v. 4. März 1815. V a 5. — Die Beſtimmung, daß der Ehemann ſeiner Frau Alimente während des Entſcheidungsprozeſſes bezahlen muß, wenn ſie mit richterlicher Genehmigung von ihm getrennt wohnt, gründet ſich darin, daß geſetzlich jeder Ehemann zur Alimentation ſeiner Ehefrau verpflichtet iſt. Dieſe geſetzliche Folge des Ehebündniſſes wird, ſo wie jede andere rechtliche Folge des Ehevertrages, aufgehoben, ſobald das Scheidungsurtel die Rechtskraft erlangt hat. Reſcr. vom 30. Oct. 1817. X. 229. — Die Vorſchrift des §. 168. Anh. zur A. G. O. bezieht ſich nur auf Officiere; die in Abſicht der Abzüge von dem Tractamente eines Unterofficiers oder eines gemeinen Soldaten Behufs der Alimentation ſeines unehelichen Kindes in dem §. 83. des Anh. zum A. L. R. enthaltenen Beſtimmungen finden daher nach wie vor ihre vollkommene Anwendung. Reſcr. v. 2. April 1824. XXIII. 185. — tritt aber bei laufenden Alimenten ein. R. v. 11. Febr. 1831. XXXVII. 85. — Die im §. 6. No. 1. Tit. 14. Th. I. der A. G. O. gegebene Beſtimmuug, daß Alimente auf den Grund des Erkenntniſſes 1. Inſtanz beigetrieben werden können, iſt auf Penſionen nicht auszudehnen. Reſcr. v. 20. Oct. 1824. XXIV. 307. — In dem Falle, welchen der §. 712. Th. II. Tit. 1. des A. L. R. berührt, ſtellt der Richter die Verpflegung der Frau nach den Umſtänden des Ehemannes praevia causae cognitione feſt, und zieht den Betrag durch Exe-

cution von demſelben ein. Fährt der Ehemann aber dennoch fort, die feſtgeſetzten Alimente zu verweigern, ſo muß die Ehefrau bei fernerem Anrufen der richterlichen Hülfe angewieſen werden, zuvor die förmliche Eheſcheidungsklage anzuſtellen, und es müſſen ſodann die während des Eheſcheidungsprozeſſes zu reichenden Alimente im Wege eines zu regulirenden Interimiſtici beſtimmt werden. Reſcr. v. 9. Febr. 1821. XVII. 26.

ſ. Exekution, fiskaliſche Unterſuchung, Gehaltsabzüg, Sold, Unterſuchungkoſten.

Alimenten-Forderung; ſ. Moratorium.

Alimenten-Klage; zu deren Anſtellung iſt der Vormund eines Kindes, deſſen eheliche Geburt von dem Curator eines abweſenden Ehemannes beſtritten worden, erſt dann berechtigt, wenn die Präjudicialfrage über die Qualität des Kindes gegen daſſelbe entſchieden iſt, von dieſer Frage aber die Ausführung der Entſchädigungsanſprüche der Mutter nicht abhängig. Reſcr. v. 3. Aug. 1816. VIII. 6. — Wenn die Mutter eines unehelichen Kindes ſich noch in väterlicher Gewalt befindet, und der Vater gehörig bedeutet worden, die Rechte ſeines unehelichen Enkels wahrzunehmen, ſo iſt damit das ganze Verfahren beendigt, und namentlich dem Großvater eine Authoriſation zum Prozeſſe gegen den Stuprator nicht von Nöthen. Reſcr. v. 10. Nov. 1824. XXIV. 256. — deren Verabreichung an die Familien ſuspendirter Beamten. v. K. A. 28. II. 492. — ſ. auch Verpflegungskoſten. — für Schuldgefangene, ſind die Salarien-Kaſſen vorzuſchießen, nicht verpflichtet. R. v. 11. Octbr. 1831. v. K. J. XXXVIII. 337. 338. — R. v. 19. Octbr. 1832, betr. die Frage: was unter laufenden Alimenten zu verſtehen ſey? XL. 426—431. — Alimentenvorſchuß, ſ. Perſonal-Arreſt.

Alimenten-Prozeſſe, ſ. Stempel.

Alimenten-Sachen, bei ihnen findet das Rechtsmittel der Reviſion nicht ſtatt. G. S. 133. p. 302. — ſ. Appellation.

Allarmſchüſſe, ſ. Feſtungen.

Alleen, ſ. Baumfrevler und Holzdiebſtahl.

Allgemeines Landrecht. Geſchichtliche Einleitung in das Studium des allg. Preuß. Landrechts. Abhdl. v. K. J. XXXII. 3—70. — Suarez amtl. Vorträge bei der Schlußreviſion des Allg. Landrechts. v. K. J. XLI. 1 — 208. — Vergl. auch Geſetzgebung. —

— die in ſelbigem enthaltenen, der Städteordnung zuwider laufenden Beſtimmungen werden aufgehoben. G. S. 1808. p. 324. — Declaration der §. §. 790. 791. Th. I. Tit. 11. und des §. 74. Tit. 16. rückſichtl. der aus der Reduktion der Scheidemünze entſtandenen Differenzen. G. S. 1808. p. 304. — die in ſelbigem Th.

1. Tit. 23. §. §. 25—29 und Th. II. Tit. 15. §. §. 236. 237. 240. 242. enthaltenen Vorſchriften wegen des Mühlenzwanges und der beſchränkten Anlegung neuer Mühlen, werden in Beziehung auf die Provinz Preußen aufgehoben. G. S. 1808. p. 218. — temporaire Abänderungen wegen deſſelben, Th. I. Tit. 11. §. 804. f. beſtimmten Zinsſatzes. G. S. 1809. p. 535. G. S. 1810. (A.) p. 715. — nähere Beſtimmung und Abänderung der §. §. 281—284. Tit. 20. Th. I. deſſelben, wegen Verpfändungen von Schuld-inſtrumenten. G. S. 1809. p. 621. — nähere Beſtimmungen rück-ſichtl. des §. 8. Tit. 13. Th. II. deſſelben, wegen Allerh. Beſtäti-gung feſtgeſetzter Kriminalſtrafen. G. S. 1809. p. 577. f. u. 1824. p. 211. — ſ. a. Kriminal-Erkenntniſſe. — Deklaration der §. §. 16. u. folg. Th. II. Tit. 14. deſſelben, wegen Verkaufs von Domanialgütern. G. S. 1809. p. 605. — alle Beſtimmungen deſ-ſelben, welche dem Inhalte des Gewerbeſteuer-Edikts v. 2. Nov. 1810. entgegen ſind, werden für aufgehoben erklärt. G. S. 1810. p. 86. — Ausnahme von der §. 558. Tit. 11. Th. I. enthaltenen Vorſchrift wegen Einklagung des creditirten Lotterie-Einſatzes. G. S. 1810. (A.) p. 714. — nähere Beſtimmung und Erklärung des §. 704. Tit. 1. Th. II. deſſelben, wegen Vorladung Verbrechens-halber entwichener Ehegatten, in Beziehung auf Trennung der Ehe. G. S. 1810. (A.) p. 731. — die §. §. 1—176. Th. II. Tit. 5. deſſelben, werden durch die allgemeine Geſindeordnung v. 8. Nov. 1810. gänzlich aufgehoben und neue redigirt. G. S. 1810. p. 101. — die Einſchränkungen welche daſſelbe in Anſehung der Benutzung der Privatwaldungen vorſchreibt, hören gänzlich auf. G. S. 1811. p. 303. — Anwendung und Deklaration einzelner Beſtimmungen deſſelben. — Anwendung des §. 117. Tit. 8. Th. I. wegen Geſtattung der Vorfluth. G. S. 1811. p. 354. — An-wendung des §. 309. Th. I. Tit. 11. bei Ceſſionen kündigungsfähi-ger Schuldverſchreibungen. G. S. 1811. p. 150. — Anwendung der Vorſchrift des §. 35. Th. I. Tit. 12., wornach Ehebrechern unter-ſagt iſt, durch letztwillige Verordnung einander etwas zu hinter-laſſen. G. S. 1811. p. 156. — deklaratoriſche Beſtimmung des §. 452. Th. I. Tit. 21. rückſichtl. der Erhaltung des von dem Päch-ter übernommenen Viehſtandes in Beziehung auf Dünger-Gewin-nung. G. S. 1811. p. 303. — die §. §. 584. 586—606. Th. II. Tit. 20. deſſelben, wegen Privat-Genugthuung in Injurienſachen, werden aufgehoben. G. S. 1811. p. 149. — Nach Th. I. Tit. 10. §. §. 15. 16. 17. ſollen künftig alle Verträge über das Eigenthum liegender Gründe auch in Weſtpreußen, beurtheilt werden. G. S. 1812. p. 39. — Anwendung der §. §. 687. 688. Th. I. Tit. 11. — ſtatt des §. 701. — bei Verpfändung von Grundſtücken ꝛc., und bei Erhebung von Einkünften ꝛc. Seitens der Unteroffiziere und

Soldaten. G. S. 1812. p. 5. f. — die Th. I. Tit. 21. §. §. 289. 290. enthaltenen Geſetzſtellen ſollen auf die gegenwärtige Art der Einquartirung und Verpflegung inländiſcher Truppen keine Anwendung finden. G. S. 1812. p. 47. — Ergänzung der Th. I. Tit. 21. §. §. 341—344. enthaltenen Vorſchriften rückſichtl. der Aufkündigungsfriſt bei monatsweiſe gemietheten Wohnungen. G. S. 1812. p. 4. — Deklaration der §. §. 293. 294. Tit. 20. Th. II. wegen Verhaftung gewiſſer Gewerbetreibenden und anderer Perſonen für die Kontraventionen und Defraudationen ihres Geſindes und ihrer Angehörigen, auch in Beziehung der verwirkten Geldſtrafe. G. S. 1812. p. 193. — die Beſtimmung des §. 50. des erſten Anh. zu ſelbigem, nach welcher Niemand etwas gültig von Soldaten erkaufen kann, wird auf Armatur- und Montirungsſtücke beſchränkt. G. S. 1812. p. 6. — Preußiſches, v. 1721. — Aufhebung der bisher in Weſtpreußen noch zur Anwendung gekommenen Vorſchrift deſſelben. Pars II. Lib. IV. Tit. 6. Art. 7. §. 1. u. 4. in Beziehung auf die Beurtheilung der Verträge über das Eigenthum liegender Gründe ꝛc. G. S. 1812 p. 39. — die in demſelben Th. I. Tit. 11. §. 805. enthaltene beſondere Beſtimmung wegen der den Juden erlaubten Zinſen, iſt für aufgehoben zu achten. G. S. 1813. p. 77. — Patent über deſſen Wiedereinführung v. 1. Jan. 1815 ab, in den von den preuß. Staaten getrennt geweſenen und mit denſelben wieder vereinigten Provinzen. G. S. 1814. p. 89—96. — Anwendung der Beſtimmungen Th. II. Tit. 15. §. 84. u. Th. I. Tit. 9. §. 31—42. — auch auf die an den pommerſchen Seeküſten geſtrandeten Sachen. G. S. 1814. p. 28. — Strafanwendung des §. 1054. Tit. 20. Th. II. auf die an jungen Frauenzimmern unter 12 Jahren verübte Brutalität. G. S. 1815. p. 207. — Wiedereinführung deſſelben in den mit Weſtpreußen vereinigten Diſtrikten, dem Kulm- und Michelauſchen Kreiſe und der Stadt Thorn. G. S. 1816. p. 217—224. — deſſen Wiedereinführung im Großherzogthum Poſen. G. S. 1816. p. 225—232. — deſſen Uebertragung in die polniſche Sprache zum Gebrauche im Großherzogth. Poſen. G. S. 1816. p. 204. — Einführung deſſelben in den ehemals ſächſ. jetzt preußiſchen Provinzen und Diſtrikten. G. S. 1816. p. 233—239. — Anwendung des §. 280. Th. II. Tit. 7. wegen Abſchätzung von Bauergütern bei Erbtheilungen. G. S. 1816. p. 171. — Anwendung der §. §. 1056. 1057. u. 1081. Th. II. Tit. 8. rückſichtl. der mit Proteſt zurückgekommenen Wechſel. G. S. 1816. p. 153. — Deklaration der §. §. 581—583. Tit. 11. Th. II. in Beziehung auf die Ausübung des kirchlichen Patronatrechts rückſichtl. der von Juden erworbenen Güter und Grundſtücke. G. S. 1816. p. 207. — Aufhebung des §. 176. Th. II. Tit. 17. in Beziehung auf inländiſches Abſchoß- und Abfahrtsgeld.

G. S. 1816. p. 200. — Erläuterung des §. 5. im Anhange, die Vollziehung gerichtlicher Verhandlungen von Seiten der des Schreibens und Leſens unerfahrnen Perſonen betr. G. S. 1816. p. 203. — deſſen Reviſion wird dem Staatsminiſter v. Beyme übertragen. G. S. 1817. p. 290. — Ergänzung der Vorſchriften. Th. II. Tit. 8. §. §. 958. u. 959. u. §. §. 1093. u. 1094., die Verhältniſſe des Indoſſators zu ſeinem Wechſelverkäufer und die Zahlungs-Verbindlichkeit bei Dato-Wechſeln betr. G. S. 1817. p. 34. — Ergänzung der Th. II. Tit. 20. §. §. 991. u. 192. enthaltenen Beſtimmungen über die Strafandrohung und Strafvollſtreckung gegen fremde Landſtreicher bei Landesverweiſungen und deren Uebertretung. G. S. 1817. p. 36. — Deklaration der §. §. 1298. u. ff. Tit. 20. Th. II. wegen Anwendung der auf Hazardſpiele geſetzten Strafen. G. S. 1817. p. 31. — Einführung deſſelben in den mit den preußiſchen Staaten vereinigten, zwiſchen den ältern Provinzen belegenen Diſtrikten und Ortſchaften. G. S. 1818. p. 45. — der §. 142. Th. II. Tit. 1. deſſelben wegen Aufgebots des Geſindes wird aufgehoben. G. S. 1818. p. 20. — allgem. Anwendung der §. §. 48. u. f. Tit. 10. Th. II. auf alle Militairpflichtige des ſtehenden Heeres. G. S. 1818. p. 175. — allgem. Anwendung der §. §. 468 — 473. Th. II. Tit. 20. wegen des Verfahrens gegen ausgetretene Militairpflichtige. G. S. 1818. p. 176. — Einführung deſſelben in den ehemal. Schwarzburg-Rudolſtädtſchen Aemtern Heringen und Kelbra. G. S. 1819. p. 247. — die §. §. 47. bis incl. 53. des Tit. 15. Th. I. in Verbindung mit dem Geſetz v. 16. Juni 1819. wegen Aufgebots und Amortiſation verloren gegangener Staatspapiere, erhalten für alle Theile der Monarchie volle Geſetzeskraft. G. S. 1819. p. 161. f. — der §. 247. Tit. 15. Th. II. wegen Nichtanpflanzung hoher Bäume in der Nähe neu angelegter Windmühlen, wird aufgehoben. G. S. 1819. p. 250. — Deklaration des §. 12. des Patents v. 9. Novbr. 1816. rückſichtl. der Wiedereinführung deſſelben in den mit Weſtpreußen vereinigten Diſtrikten, dem Kulm- und Michelauſchen Kreiſe und der Stadt Thorn. G. S. 1820. p. 62. — Anwendung der §. §. 160 — 165. Tit. 6. Th. II. wegen Beſtimmung von Abgeordneten für die Vertheilung der Gewerbeſteuer. G. S. 1820. p. 152. 163. — Th. II. Tit. 7. 6ter Abſchnitt deſſelben, als ſubſidiariſches Recht rückſichtlich der gutsherrl. und bäuerlichen Verhältniſſe in einigen neuen und wieder erworbenen Landestheilen. G. S. 1820. p. 169. — die §. §. 475. u. 483 — 487. Tit. 8. Th. II. deſſelben, wegen der kaufmänniſchen Rechte, finden rückſichtl. der Gewerbeſteuer auf alle Provinzen Anwendung, wo örtliche Geſetze nichts beſtimmen. G. S. 1820. p. 148. 155. — der 20ſte Titel 2ten Theils deſſelben, von den Verbrechen und deren Strafen, findet als Singular-Recht für den ganzen Militairſtand in allen

Provinzen Anwendung. G. S. 1820. p. 168. — Anwendung der Vorſchriften deſſelben, Th. II. Tit. 20. §. 12—15; wegen der von preuß. Unterthanen und Ausländern im Aus- und Inlande begangenen Verbrechen, in ſämmtlichen Provinzen der Monarchie. G. S. 1820. p. 129. — Anwendung der §. §. 88. u. 89. Th. II. Tit. 20. deſſelben, wegen alternativer Feſtſetzung der Geld- und Gefängnißſtrafen. G. S. 1820. (A.) p. 721. — ſ. auch beide letzt. — Aufhebung einiger Beſtimmungen deſſelben rückſichtl. der Verleihung des Bergeigenthums auf Flötzen. G. S. 1821. p. 106. — 4ter Abſchnitt, 17ten Titels, erſten Theils deſſelben, wegen der Gemeinheitstheilungen, wird aufgehoben. G. S. 1821. p. 53. — §. 30. Tit. 7. Th. II. deſſelben wegen Theilnahme an der Gemein-Weide, wird erläutert. G. S. 1821. p. 59. — die Th. II. Tit. 20. §. §. 91—213. u. 323—508. feſtgeſetzten Strafen für Verbrechen und Vergehen gegen den Staat und deſſen Oberhaupt, ſo wie für Dienſtvergehen der Verwaltungsbeamten, finden in allen Provinzen Anwendung. G. S. 1821. p. 30. 156. — bei den Strafbeſtimmungen der §. §. 1140—1144. des 20ſten Titels Th. II. deſſelben, fällt rückſichtl. der Holzdiebſtähle die körperliche Züchtigung fort. G. S. 1821. p. 95. — Deklaration des §. 983. Th. II. Tit. 8., die Wechſel-Verbindlichkeit betr. G. S. 1822. p. 183. — der, Th. II. Tit. 11. §. 533. begründete Antrag auf förmliche gerichtliche Unterſuchungen und Entſcheidungen gegen Geiſtliche, wegen Amtsvergehen, ſoll nicht mehr Statt finden. G. S. 1822. p. 105. — nähere Beſtimmung der §. §. 267. 1381. u. 1382. des 20ſten Titels, Th. II. deſſelben, wegen Beſtrafung der Verfertiger und Verbreiter falſchen öffentlichen Papiergeldes. G. S. 1823. p. 44. — Deklaration des §. 52. des Anhanges zu ſelbigem, in Betreff der vom Eigenthümer eines Grundſtücks bezahlten, annoch ungelöſchten Hypotheken-Forderungen. G. S. 1824. p. 77. — ſ. a. Rechtsverfahren, Prozeſſe ꝛc. — Einführung deſſelben in dem Herzogthum Weſtphalen, dem Fürſtenthum Siegen, mit den Aemtern Burbach und Neuenkirchen. (Freie- und Hükkengrund), und den Grafſchaften Wittgenſtein-Wittgenſtein, und Wittgenſtein-Berleburg. — Einführung deſſelben in Beziehung auf Verwaltungs-Angelegenheiten der Landgemeinen in der ſächſiſchen, der Weſtphäliſchen Zwiſchen-Regierung unterworfen geweſenen Landtheilen v. 31. März 1833. G. S. 1825. p. 153—159. 1833. p. 61. — Deklaration des §. 684. Th. I. Tit. 11. deſſelben, wegen des ohne Einwilligung des Chefs oder Kommandeurs mit einem Subaltern-Offiziere geſchloſſenen Darlehnsvertrages. G. S. 1825. p. 188. — Anwendung der §. 1536. Tit. 20. Th. II. deſſelben beſtimmten Strafe bei Erpreſſungen mit lebensgefährlicher Drohung. G. S. 1825. p. 136. — Anwendung der §. §. 61.

u. 62. ſo wie der §. §. 73. u. ff. Tit. 17. Th. II. — das Strafrecht der Patrimonialgerichtsherren bei geringeren Polizeivergehungen und Verbrechen betr. G. S. 1827. p. 26. Ob in der Grafſchaft Mark die Suspenſion der drei erſten Titel des zweiten Theils des Allgemeinen Landrechts für fortdauernd oder aufgehoben zu achten ſei? R. v. 18. Febr. 1812 v. K. J. I. 34. — Bemerkungen über das Publications-Patent des Allg. Landrechts vom 5. Febr. 1794 u. über die Anwendung alter Geſetze nach deren Aufhebung, vom Oberlandesgerichtsrath von Strombeck in Halberſtadt. IX. 55 — 109. u. 289 — 252. — deſſen Debit und Preis. R. v. 14. Juli u. 4. Oct. 1820. — XVI. 5. 7. 8. Auslegung des §. 10. des Patents wegen Einführung des Allg. Landrechts in den mit den Preußiſchen Staaten vereinigten ehemaligen Sächſiſchen Provinzen, v. 15. Nov. 1816 u. Gültigkeit der Verordn. des Kaiſerlich Ruſſiſchen Gouvernements zu Dresden v. 24. Mai 1814. R. vom 22. Dec. 1820. XVI. 219.

ſ. Kriminalgeſetze, Examen, Rheinprovinzen.

Kurze Verſuche zur Erklärung einiger Dunkelheiten in demſelben in specie über Einleit. §. 23. 28. 32. u. Th. I. Tit. V. §. 115. Einleit. §. 95. u. Th. I. Tit. X. §. 18 — 25. Th. I. Tit. II. §. 135. Tit. III. §. 40. Tit. V. §. 81. Tit. VII. §. 5. Abhdl. von Rinteln. v. K. J. XXX. 89 — 130. —

Dellbrückiſches, ſ. Delbrück, Rietbergiſches ſ. Rietberg — in den Rheinprovinzen, ſ. Rheinprovinzen.

Einleitung zu ſelbigem §. 4. v. K. A. 28. II. 429. §. 14. v. K. A. 28. I. 130. Anwendung einzelner Geſetzſtellen deſſelben.

Th. I. **Tit. 2.** §. 23. v. K. A. 28. I. 162. **Tit. 8.** §. 66. u. 70. — v. K. A. 27. III. 730. — §§. 38. seq. v. K. A. 28. I. 184. — §. 125. 126. v. K. A. 28. I. 183. — §§. 36. ff. u. 58. v. K. A. 29. IV. 930. — §. 100. 106. 107. ff. v. K. A. 29. IV. 873. §. 78. deſſen Anwendung auf die Verpflichtung zur Anlegung von Straßenrinnſteinen. v. K. A. 33. I. 148. — **Tit. 9.** §§. 243. 244. v. K. A. 29. III. 707. — **Tit. 11.** §. 1043. v. K. A. 29. III. 608. IV. 898. — **Tit. 16.** §. 53. v. K. A. 27. I. 144. — **Tit. 22.** §. 30. ff. v. K. A. 29. IV. 873. — **Tit. 23.** §. 15. v. K. A. 28. I. 177. §. 55. v. K. A. 28. III. 772. §. 56. v. K. A. 28. I. 177.

Th. II. **Tit. 1.** §. 1049. v. K. A. 28. IV. 1046. — **Tit. 2.** §§. 485. 614. v. K. A. 27. III. 671. 672. — §. 84. v. K. A. 28. II. 368. — §. 446. seq. v. K. A. 28. II. 369. — §§. 597. 601. v. K. A. 28. II. 333. — §. 464. v. K. A. 31. II. 364. §. 568. wegen Ausübung des Kirchen-Patronatrechts v. K. A. 31. I. 45. — **Tit. 6.** §. 29. v. K. A. 28. II. 441. — §. 42. v. K. A. 28. I. 133. — §§. 60 — 67. v. K. A. 28. I. 22. — §. 191. v. K. A. 28. II. 441.

— §. 83; in welcher Beziehung letzterer durch den Eingang der Städte-Ordnung als aufgehoben zu erachten ſei? v. K. A. 27. I. 136. seq. — §. §. 14. 25. u. ff. — deren Anwendung auf jüdiſche Korporationen. v. K. A. 30. I. 107. — §. 83. wegen An- und Verkaufs von Grundſtücken, ſo wie wegen der Aufnahme von Darlehnen Seitens der Gemeinden. v. K. A. 32. I. 129. — in wie fern der §. 83. wegen höherer Genehmigung zur Erwerbung von Grundſtücken Seitens der Kommunen ꝛc. durch die neue Städteordn. als aufgehoben zu betrachten ſei. v. K. A. 32. IV. 951. ff. — **Tit. 7.** §. 54. v. K. A. 27. I. 143. — §. §. 1. u. 18. v. K. A. 28. III. 760. seq. — §. §. 41. 42. 43. v. K. A. 28. II. 439. — §. 61. v. K. A. 28. IV. 1052. — §. §. 33 — 36. wegen An- und Verkaufs von Grundſtücken, ſo wie wegen der Aufnahme von Darlehnen Seitens der Gemeinden. v. K. A. 32. I. 129. — **Tit. 8.** §. 16. v. K. A. 28. I. 17. — §. 354. v. K. A. 28. III. 766. — §. 355. v. K. A. 28. IV. 1053. — §. 57. v. K. A. 29. I. 126. (Abſchnitt 3.) §. 356. ff. v. K. A. 29. I. 150. — §. 356. ff. v. K. A. 29. III. 609. — §. 486. v. K. A. 29. III. 613. — §. 57. v. K. A. 31. III. 572. f. — §. 2054. wegen Aufbewahrung feuerfangender Sachen. v. K. A. 32. I. 179. — Anwendung des §. 1384. auch auf Geſinde-Mäkler v. K. A. 33. IV. 996 — 999. — **Tit. 11.** §. 852. v. K. A. 27. I. 100. — §. 83. v. K. A. 28. II. 369. — §. 272. v. K. A. 28. II. 369. seq. — §. 431. v. K. A. 28. I. 94. II. 369. — §. 709. v. K. A. 28. III. 683. — §. 423. v. K. A. 29. I. 68. ff. — §. 431. v. K. A. 29. I. 73. — §. §. 676. u. ff. v. K. A. 29. IV. 859. — §. §. 706. u. 707. v. K. A. 29. III. 522. — Nichtanwendung der Beſtimmung des §. 42., nach Einführung der kirchlichen Union v. K. A. 30. II. 328. — §. 219. v. K. A. 31. II. 345. — Anwendung der §. §. 194. 219. 220. u. 648. wegen Erwerbung und Veräußerung von Realitäten für kirchliche und Schulanſtalten. v. K. A. 32. I. 100. — §. §. 238. 239. 240., deren Anwendung bei Parochial-Trennungen. v. K. A. 33. II. 369. — §. §. 552. 553. 621. ff. — die Verwaltung der kirchlichen Angelegenheiten betreff. v. K. A. 33. II. 374 — 377. — §. 728. wegen Unterhaltung neu angelegter Filial-Kirchen. v. K. A. 33. II. 373. — **Titel 12.** §. 29. seq. v. K. A. 27. III. 675. — §. 29. v. K. A. 28. II. 418. — §. §. 31. 32. u. 34. v. K. A. 28. II. 414. 419. — §. §. 8. u. 46. v. K. A. 29. IV. 832. — der §. 33. — die Schulbeiträge für unvermögende Gutseinwohner von Seiten der Gutsherrſchaft betr. wird durch das Edikt vom 9. Oktbr. 1807. als aufgehoben betrachtet. v. K. A. 30. I. 90. — **Tit. 15.** §. §. 17. u. 24. v. K. A. 27. II. 498. seq. — §. §. 229. seq. 239. 242. (Mühlen-Anlagen). v. K. A. 27. I. 212. seq. 214. III. 586. — §. 233. u. 242. v. K. A. 28. III. 767. — §. §. 235 — 242. v. K. A. 28. I. 167 — 169. — **Tit. 17.** — §.

61. v. K. A. 27. II. 449. IV. 990. — §. §. 10. 11. 62. u. 68. v. K. A. 28. II. 547. — §. §. 114. 115. 119. v. K. A. 28. II. 449. — §. 139. v. K. A. 28. III. 796. — §. 139. v. K. A. 29. III. 672. — §. §. 61. 62. 73. u. folg. wegen Unterſuchung und Beſtrafung geringer Polizeivergehen. v. K. A. 32. I. 153. — Anwendung des §. 10. auf polizeiliche Verbote zur Abwendung von Unglücksfällen. v. K. A. 33. III. 771. — Anwendung des §. 62. auf das Strafmaaß der Polizeibehörden. v. K. A. 33. IV. 1008. — **Tit. 19.** §. 4. v. K. A. 28. II. 543. — §. 13. v. K. A. 28. III. 761. — §. 24. v. K. A. 28. II. 468. — §. 28. v. K. A. 28. II. 449. — §. 38. in Beziehung auf jüdiſche milde Stiftungen wird als aufgehoben betrachtet. v. K. A. 30. I. 108. — §. 42. u. 43. v. K. A. 31. II. 345. — Anwendung der §. §. 10. 11. 15. in Beziehung auf Armenpflege. v. K. A. 33. II. 518. — **Tit. 20.** §. 693. v. K. A. 27. II. 498. — §. 1451. v. K. A. 27. III. 577. — §. §. 296 — 299. v. K. A. 28. III. 657. — §. §. 693. 694. v. K. A. 28. IV. 1096. — §. 693. v. K. A. 28. III. 759. — §. §. 703 — 711. v. K. A. 28. II. 547. — §. 761. — v. K. A. 28. II. 465. — §. §. 1264. 1265. u. 1384. seq. v. K. A. 28. III. 748. — §. 1298. v. K. A. 28. II. 455. — §. §. 1441. 1444. v. K. A. 28. I. 138. — §. §. 1539. — 1555. v. K. A. 28. IV. 1087. — §. §. 67 — 70. v. K. A. 29. IV. 878. — §. 89. v. K. A. 29. II. 365. — §. 89. v. K. A. 29. IV. 862. §. §. 335. 336. 363. v. K. A. 29. I. 12. ff. — §. 693. v. K. A. 29. IV. 910. — §. 753. v. K. A. 29. IV. 889. — §. §. 1440. 1445. 1451. v. K. A. 29. III. 696. — Anwendung des §. 82. wegen Nachdrucks. v. K. A. 30. II. 368. — §. 293. v. K. A. 31. III. 579. — §. 17. Strafverfahren gegen jugendliche Verbrecher. v. K. A. 32. I. 171. — Anwendung der §. §. 229 — 232. auf die Ueberſchreitung der Gränzen verliehener Regalien. v. K. A. 32. IV. 1023. — §. 1249. wegen Anfertigung von Hauptſchlüſſeln. v. K. A. 32. III. 682. — §. §. 1541. 1548. wegen Aufbewahrung feuerfangender Gegenſtände. v. K. A. 32. I. 178. — Anwendung der §. §. 692. u. 777. auf polizeiliche Verbote zur Abwendung von Unglücksfällen. v. K. A. 33. III. 771. — §. 35. das Maaß und die Anwendung willkührlicher Strafen betr. v. K. A. 33. I. 130. ff. — Anwendung der §. §. 1286. u. 1287. auch auf Geſindemäkler. v. K. A. 33. IV. 996 — 999. §. §. 1020. 1021. — die Verhältniſſe der Lohnhuren zu ihren Bordellwirthen betr. v. K. A. 33. I. 145. — Anwendung des §. 1294. wegen der Bücher-Nachdrücke. v. K. A. 33. II. 457. Anhang zu ſelbigem. §. 68. v. K. A. 27. II. 409. — §. 68. v. K. A. 28. I. 95. — §. 107. v. K. A. 28. I. 17.

Berichtigung einiger Druckfehler bei dem neuen Abdrucke deſſelben. v. K. A. 31. II. 253. deſſen Einführung und Gültigkeit in der Provinz Weſtphalen. v. K. A. 32. IV. 818.

Allgemeine Wittwenkaſſe, ſ. Wittwenkaſſe, allgemeine.

Allodialerbe, ſ. Lehn.

Allodification, bei Allodificationsgeſuchen findet die Edictal-Citation der unbekannten Agenten bei pommerſchen Lehnen cum effectu praeclusionis nicht ſtatt. G. C. v. 22. Febr. 1785. Kl. A. 168. I. — bei Neumärkſchen, ibid. 213. IV. u. C. S. p. 2460. VIII. — Verfahren bei der Auseinanderſetzung des Lehnsverhältniſſes zwiſchen dem Landesherrn und Vaſallen in den Provinzen des ehemaligen Königreichs Weſtphalen ꝛc., in Betreff der Allodification. R. des Finanz- und Juſtiz-Miniſterii v. 19. Juni und 10. Aug. 1818. v. K. J. XII. 8. 13. — Ueber die Auflöſung des Lehnsverbandes zwiſchen dem Lehnsherrn und dem Lehnsträger in den vormals Weſtphäliſch-Franzöſiſchen Provinzen bedarf es weder der Ausfertigung förmlicher Allodificationsurkunden noch des Vorbehalts agnatiſcher Rechte. R. des Finanz- und Juſtiz-Miniſterii v. 19. Jan. u. 5. Febr. 1819. XIII. 6. 8. — Bei den auf 4 oder weniger Augen ſtehenden Lehngütern, welche durch die Geſetze des vormaligen Königr. Weſtphalen von der Allodification ausgeſchloſſen worden, findet die Muthung u. Belehnung ſtatt. R. v. 30. Juli 1819. XIV. 5. — Alle Allodificationen, wobei es auf Ablöſung von Lehnsverpflichtungen für und gegen den Domainen-Fiscus ankommt, werden von der betreffenden Regierung unter Genehmigung des Finanzminiſterii bearbeitet und die Urkunden von derſelben ausgefertigt; alle andere Allodificationen dagegen, bei welchen nicht der Domainen-Fiscus, ſondern der Landesherrliche Fiscus intereſſirt, bleiben dem Juſtizminiſterio unter der Concurrenz des Finanzminiſterii vorbehalten. R. v. 14. Jan. 1822. XIX. 164. Auch die Allodification der ehemaligen St. Johanniterordenslehne, ohne Unterſchied, ob ſie Rittergüter, oder Schulzen- und Bauergüter ſind, imgleichen die Allodificationen der After-Vaſallengüter der Herrſchaften Sorau und Triebel gehören aus dem Grunde, weil jene und dieſe den Königl. Domainen beizurechnen ſind, zur Competenz der Provinzial-Regierung. R. v. 24. Mai 1822. XIX. 300. — Das Geſuch der Lehngutsbeſitzer um allgemeine Allodification der Lehne im Sprembergiſchen Kreiſe iſt nicht bewilligt; jedoch ſind die Behörden ermächtigt, von aller Rechtsverfolgung der lehnsherrlichen Rechte in Anſehung der, von der dieſſeitigen Beſitznahme unter Sächſiſcher Landeshoheit vorgenommenen Veräußerungen einzelner unbedeutenden Lehnspertinenzien, namentlich an Tagelöhner-Familien, ohne Präjudiz für die Agnaten und Gläubiger des Veräußerers abzuſtehen. C. O. v. 29. Dec. 1826. XXVIII. 295. ſ. Lehn.

Verfahren bei ſelbiger. v. K. A. 20. I. 22. — Allodification der Lehne, ſ. letzt.

ſ. überhaupt Aſſecuration. Lehngut. Lehnſtamm.

Allodium. Das Kaufgeld eines wiederkäuflich erworbenen Lehns gehört, wenn ſolches bei Ausübung des Wiederkaufs zurückgezahlt wird, nach Hinterpommerſchen Lehnrecht zum Allodium. Allegat aus dem Erkenntniſſe des Inſtruktions=Senats des Kammergerichts v. 17. Sept. 1810, des Ober=Appell. Senats v. 27. Jun. 1811. und des Geheimen Obertribunals v. 2. Juli 1812. v. K. J. III. 308.

Allſtedt, großherzogl. Sachſen=Weimarſches Amt, von preußiſchem Gebiete eingeſchloſſen, wegen Erhebung der Verbrauchsſteuern in dem Verkehr mit ſelbigem. G. S. 1823. p. 169. — Zoll- und Handelsverkehr mit demſelben. v. K. A. 31. IV. 715.

Alluvion. An- und Zuwachs. Wenn Fiscus das Recht der, beſtreitet, cognoſcirt das Juſtizcollegium. J. C. v. 22. Nov. 1758. Kl. A. 22. V. die Entſcheidung darüber: ob der Landanwuchs einer Inſel als dem Strome ſchädlich wieder wegzuſchaffen, gebühret der Cammer. J. C. v. 8. Jul. 1781. Kl. A. 273. VIII.

Beide Beſtimmungen ſind nicht mehr anwendbar, ſondern die Entſcheidung gebührt dem Königl. Ober=Landes=Gericht.

Wem der Zuwachs in Oſtfriesland gebühret. St. B. p. 120. IV. ſiehe auch Behm. Ius. nov. c. Obſ. 90. — A. L. R. I. IX. 225 — 241. und von verlaſſenen Flußbetten. 263 — 274. II. XV. 68 — 72.

Almoſen, an Arme, ſollen aus öffentlichen Fonds nicht zur Ungebühr verabreicht werden. v. K. A. 28. III. 763. — ſollen geringer ſeyn, als die Verpflegung des wenig begüterten Kontribuenten. 29. III. 608. — IV. 898. ff. — können nicht nach dem vormaligen Stande des Hülfsbedürftigen abgemeſſen werden. 29. III. 601. 30. IV. 817. — können Privatperſonen ohne Auftrag für öffentliche Rechnung nicht feſtſetzen und verabreichen. 29. III. 608. — von Armen unerhoben gebliebene, fallen nach deren Tode den Armen= und Wohlthätigkeits=Fonds wieder zu. 29. I. 147. — für vormalige Staatsdiener. 30. I. 154. — IV. 815. — an gegenſeitige hülfsbedürftige Unterthanen reſp. im In= und Auslande verabreicht, deren Nichterſtattung. I. 20. — auf ſolche haben aus ſtädtiſchen Armen=Fonds auch Juden Anſprüche. 31. III. 589 — 592. — IV. 779, ſ. auch Arme, Armen=Anſtalten, Armenpflege, Unterſtützungen.

Altäre, deren Errichtung in den Kirchen. v. K. A. 22. III. 646. — in den Kirchen, die zur Ausſchmückung derſelben dienenden Gegenſtände ſollen beim Simultan=Gottesdienſte mit Anſtand und ohne Störung abgenommen werden. 28. II. 367.

Altar=Lichte, deren Anzündung und Auslöſchung in den evangeliſchen Kirchen. v. K. A. 17. I. 118. — 21. II. 349.

Altdeutſche Tracht, ſogenannte, derſelben ſollen Staats=beamte mit Einſchluß der akademiſchen, und Schullehrer ſich ent=halten. C. O. v. 9. März 1820. v. K. J. XV. 27. u. v. K. A. 20. I. 3. u. 4.

Altenburg, ſ. Sachſen=Altenburg.

Altenkirchen / **Altenwied** } Aemter, werden von Naſſau an Preußen abgetreten. G. S. 1818. (A.) p. 31.

Altentheil oder Auszug, in der Neumark. Geſ. Ord. v. 14. Sept. 1685. Tit. 3. §. 3. C. S. V. III. I. p. 176. Decl. v. 29. Jun. 1687. §. 8. V. III. I. p. 217. Bauer= und Geſinde=Ordnung f. Croſſen und Züllichau v. 18. Jan. 1686. Tit. 3. §. 2. §. 7. (un=gedruckt) Im Altentheil wohnenden Wittwen iſts (nach Chur=märkſcher Obſervanz) erlaubt zu heirathen. Lief. 2. p. 32. St. B. p. 121. IV. Verträge über deſſen Ausſetzung müſſen vor dem ordentlichen perſönlichen Richter vollzogen werden. A. G. O. Th. 2. Tit. 1. §. 6. — A. L. R. I. XI. 602—605. II. VII. 293. 294. — deſſen Werth wird bei dem Verkauf der Bauergüter und bei Veräußerungen bürgerlicher Grundſtücke in Ackerſtädten nicht mit in Anſchlag gebracht. R. v. 28. Mai 1811. J. M. XI. 8. — Wenn nach den in dem Repertorio für practiſche Juriſten in den Pr. Staaten, zweite Lieferung, p. 32. und den Stengel=ſchen Beiträgen, Th. 4. p. 121. angeführten Präjudicien es den im Altentheile, welches außer der freien Wohnung gewöhnlich darin beſtehet, daß dem Altſitzer etwas Ausſaat Land, etwas Gar=tenland und Wieſewachs gelaſſen wird, auch einige Häupter Vieh weidefrei gehalten, und jährliche Naturalien geliefert werden, woh=nenden Wittwen erlaubt iſt, zu heirathen, und mit ihren Män=nern im Altentheile zu wohnen, und daſſelbe durch die anderwei=tige Heirath der Bauerwittwen nicht verloren gehet, ſo findet die=ſes in der Neumark, (ſ. C. C. M. V. III. I. p. 176. p. 217.) keine Anwendung, indem kein Geſetz vorhanden, in welchem den Ausgedingnen, die entweder zu der Zeit, da ſie in das Ausgedinge gehen, ſich im Wittwer= oder Wittwenſtande befinden, oder die erſt während ihres Aufenthalts im Ausgedinge durch das Abſter=ben ihres Ehegatten in den Wittwen= oder Wittwerſtand verſetzt werden, erlaubt wird, ſich anderweitig zu verheirathen, und den zweiten Mann oder Frau mit ſich zur Wohnung in das Ausge=dinge herein zu bringen; dergleichen Fall iſt bis jetzt auch nicht zur rechtlichen Entſcheidung gekommen, und es ſtehet auch dahin, ob die Gründe, worauf die allegirten Präjudicien gebauet worden, auf die Neumark Anwendung finden. In dieſer Provinz iſt es ein ſeltener Fall, daß ſich auf dem Gehöfte eines gemeinen Bauers=

mannes eine beſondere Altentheils- oder Ausgedingswohnung befindet, daher die Ausgedingnen gemeiniglich mit dem neuen Beſitzer der Nahrung in einer und eben derſelben Stube zuſammen wohnen müſſen, weil ein ſolches Bauer- oder Coſſäthenhaus äußerſt ſelten mehr als eine einzige Stube hat. Es läßt ſich alſo voraus ſehen, daß, wenn einer von den Ausgedingnen wieder heirathet, und alſo, wie gemeiniglich der Fall ſeyn würde, einen Stiefvater oder eine Stiefmutter in die Wohnung des neuen Wirthes herein brächte, dadurch Zank und Streit zwiſchen den Ausgedingnen und den jungen Wirthsleuten veranlaßt werden würde. Und nun entſtehet noch die Frage: wie das eigentlich zu verſtehen iſt: wenn es heißt, daß es den im Altentheile wohnenden Wittwen erlaubt ſey, zu heirathen, und mit ihren Männern im Altentheile zu wohnen: ob nämlich darunter nichts weiter zu verſtehen ſey, als daß der von der Wittwe wieder geheirathete Mann blos die freie Wohnung bei dieſer ſeiner Frau in dem Altentheil mit ihr genießen ſolle? oder, ob der junge Wirth auch ſoviel aus ſeiner Nahrung hergeben ſoll, daß der von der Wittwe wieder geheirathete Mann gleichfalls davon wenigſtens nothdürftig leben könne? In dem erſten Falle würde denn freilich wol nur bloß der Zank und Streit, wozu ein dergleichen nahes Beiſammenwohnen Gelegenheit geben würde, in Betracht kommen. Letzternfalls hingegen müßte entweder der Wittwe zu der Zeit, da ſie in das Ausgedinge gegangen, zu viel zu ihrem Unterhalte in dem Ausgedinge ausgeſetzt worden ſeyn, und hierin wäre wider die Vorſchrift des A. L. R. Th. 1. Tit. 11. §. 604. gehandelt: oder der neue Beſitzer in der Nahrung müßte wegen der geſchehenen Wiederverheirathung der im Ausgedinge befindlichen Wittwe zur Mitunterhaltung deren zweiten Ehemannes eine neue Laſt übernehmen, welches demſelben doch nicht zuzumuthen; oder er müßte, wenn die Ausgedingerin erſt während der Zeit ihres Aufenthaltes in dem Ausgedinge zur Wittwe geworden wäre, die Laſt beibehalten, die ihm bei dem Anfange des Ausgedinges auferlegt worden war, und ihm würde alſo dasjenige nicht zu ſtatten kommen, was in dem Entwurfe zum Churmärkſchen Provinzialgeſetzbuche ganz richtig angeführet worden, daß nämlich, wenn einer von beiden Altſitzern ſtirbt, die Hälfte des Ausſatzes an den Wirth zurückfalle.

Es würde auch noch die Frage entſtehen: Wie es zu halten, wenn die Wittwe, die im Altentheile geheirathet, mit Hinterlaſſung ihres darin geheiratheten Mannes verſtürbe, ob dieſer alsdann noch ferner den Genuß des Ausgedinges bis zu ſeinem Abſterben für ſich verlangen könne? Da nun aber ſowohl dem Staate, als auch insbeſondere den Gutsherrſchaften daran gelegen iſt, daß die jedesmaligen wirklichen Beſitzer der Nahrungen im Stande blei-

ben, ſowohl die öffentlichen Laſten, als auch dasjenige, was ſie an ihre Gutsherrſchaften zu entrichten und zu leiſten haben, gehörig zu präſtiren, ſo würde es wohl gut ſeyn, wenn in Abſicht der Neumark dem Provinzialgeſetzbuch mit einverleibt würde: Daß den im Ausgedinge befindlichen Perſonen, ſowohl männ- als weiblichen Geſchlechts ohne Rückſicht auf ihr Alter nicht freiſtehe, ohne ausdrückliche Erlaubniß ihrer Gutsherrſchaft und des Wirthes desjenigen Hofes, in welchem ſie das Ausgedinge genießen, ſich wieder zu verheirathen, und den wieder geheiratheten Mann oder Frau mit in das Ausgedinge hereinzubringen. Uebrigens wird der Satz: daß der Bevölkerung des Landes wegen, Heirathen eher zu begünſtigen als einzuſchränken, hierbei wohl nicht im Wege ſtehen, da einestheils Bauerleute, die ins Ausgedinge gehen, gemeiniglich, beſonders von der weiblichen Seite, zum Kinderzeugen ſchon zu alt ſind, und anderntheils des allgemeinen Beſtens wegen auch Heirathen gar wohl eingeſchränkt werden können. Leyſer Spec. 291. Med. 12. der Staat aber ohnſtreitig dabei gewinnet, wenn Leute vom Bauernſtande, welche die Nahrung wirklich bewirthſchaften, ſich in ſolcheu Umſtänden befinden, daß ſie ſowohl die öffentlichen dem Staate ſchuldigen Laſten zu tragen, als auch dasjenige, was ſie ihren Gutsherrſchaften zu entrichten und zu leiſten haben, gehörig zu präſtiren im Stande bleiben.

Hiernächſt kann der Fall vorkommen, daß eine im Ausgedinge befindliche Wittwe Gelegenheit erhält, ſich anderweitig zu verheirathen, und deshalb das Ausgedinge und die damit zu ihrer Verſorgung verknüpften Vortheile zu verlaſſen. Falls nun dieſe ihre anderweitige Ehe durch den Tod des Mannes oder durch ein Eheſcheidungserkenntniß getrennt wird, ſo entſtehet die Frage: Ob der Beſitzer derjenigen Nahrung, bei welchem ſie vor ihrer anderweitigen Verheirathnng ſich im Ausgedinge befunden, ſchuldig ſey, ſie in daſſelbe wieder aufzunehmen, und ihr die damit zu ihrer Verſorgung verknüpften Vortheile wieder einzuräumen? Da hierüber noch kein Geſetz vorhanden; ſo würde es wohl gut ſeyn, ſolches in dem Provinzialgeſetzbuche feſtzuſetzen, und ſind wir hierbei der Meinung, daß dieſe Frage bejahend zu beantworten ſeyn werde, weil einer ſolchen Wittwe damals, als ſie das erſte Mal in das Ausgedinge gegangen, die damit zu ihrer Verſorgung verknüpften Vortheile auf ihre ganze Lebenszeit verſchrieben worden, mithin, wenn ſie dieſe ihr einmal verſchriebenen Vortheile auf immer für die Zukunft verlieren ſollte, ſie auf ſelbige gänzlich und für immer renunciiret haben müßte, das Factum aber, daß ſie ihrer anderweitigen Verheirathung wegen, die Vortheile des ihr verſchriebenen Ausgedinges verlaſſen, für keine ſolche gänzliche, auf immer geſchehene, ſondern nur für eine auf die Dauer ihrer anderweitigen Ehe,

und ihre damit verknüpfte anderweitige Verſorgung ſich erſtreckende Entſagung angenommen werden kann.

Stirbt ein Altſitzer, ſo fällt die Hälfte des Ausſatzes an den Hofwirth zurück, nach dem Tode beider aber der ganze Ausſatz, ohne daß die Geſchwiſter einen Anſpruch daran machen können; und ereignet ſich der Todesfall zu einer Zeit, wenn die Früchte von den Altentheilsgrundſtücken noch nicht eingewonnen ſind, ſo fallen dieſe gegen Vergütung der Ausſaat dem Hofwirth anheim. Im entgegengeſetzten Falle aber gehören die bereits percipirten Früchte zur Verlaſſenſchaft des Verſtorbenen. Mit mehreren Altentheilen kann ein und derſelbe Bauerhof nicht beläſtiget werden. Stirbt Jemand im Altentheile ohne alles Vermögen, ſo iſt der Wirth des Hofes ſchuldig, ihn aus ſeinen Mitteln beerdigen zu laſſen. Wenn es in einer Kirchenmatrikel heißt: daß die Hausinnen und Freileute ein Gewiſſes, z. B. 2 Groſchen Jahrgeld an den Prediger zu entrichten ſchuldig ſind: ſo können die im Ausgedinge oder Altentheile befindlichen Leute nicht mit darunter gerechnet werden, ſondern ſind von Entrichtung eines ſolchen Jahrgeldes frei. Iud. in C. Neom. Boeck c. Guslin, per 3 Conf. 1796. 1797. 1798. — von dem, der Kinder eines Altſitzers in der Priegnitz, v. K. J. 322. III. — daſſelbe wird bei Abſchätzung von Grundſtücken nicht in Abzug gebracht, jedoch iſt deſſelben bei der hiſtoriſchen Beſchreibung des taxirten Grundſtücks zu erwähnen. Reſcr. v. 28. Aug. 1818. v. K. J. XII. 6. — Bei Eintragung deſſelben in das Hypothekenbuch dürfen die einzelnen Präſtationen, welche als Reallaſt ſtipulirt ſind, nicht übergangen werden. Reſcr. v. 18. April 1823. XXI. 292. — Die Conſtituirung eines Altentheils auf einem ſchon zu $^1/_4$ verſchuldeten bäuerlichen Gute, beſonders wenn ſie zu Gunſten der Eltern geſchieht, deren Ernährung ohnehin den Kindern obliegt, collidirt mit dem Geſetze wegen der Normaltaxe nicht, und kann daſſelbe Rubr. II. des Hypothekenbuchs eingetragen werden. Reſcr. v. 22. März 1824. XXIII. 86.

ſ. Kaufſtempel. Geſinde-Ordnungen.

Altentheils-Contracte; ſ. Leibzuchtsverträge.

Altentheils-Nutzungen, Ausmittelung des Werths derſelben bei Feſtſtellung des Betrages eines Laudemiums. v. K. A. 33. II. 306.

Alter, unter dreißig, bei Kindern unter 14 Jahren, ſchließt von dem Gewerbebetrieb im Umherziehen aus. G. S. 1824. p. 129. 130. 134. — ſ. auch Majorennität. — kanoniſches, für daſſelbe iſt zur Uebernahme eines Predigtamts das 25ſte Lebensjahr angenommen. v. K. A. 18. II. 355. — 26. III. 741. — 25jähriges, iſt zur Wahl ſtädtiſcher Bürgermeiſter erforderlich. 26. III. 760. — das erforderliche zur Gewinnung des Meiſterrechts in Ba-

den. 18. III. 922. — ſiehe auch kanoniſches Alter u. Gewerbetrieb, auch Anſtellung.

Alterthümer, werden in der Kurmark bei Anfertigung der Gräber gefunden, ſoll dem Oberconſiſtorium Anzeige davon geſchehen. C. v. 29. Jan. 1777. E. S. p. 401. VI. — in den Kirchen, ſollen nicht veräußert werden. v. K. A. 17. II. 124. — deren Aufſuchung in heidniſchen Begräbnißplätzen. 19. II. 428. — ſchleſiſche, deren Ablieferung an öffentliche Sammlungen. 18. II. 370. — ſiehe auch Denkmäler u. Seltenheiten des Alterthums.

Alterthumskunde, pommerſche, Stiftung einer Geſellſchaft für ſelbige, v. K. A. 24. IV. 1047—1054.

Altmark, Provinz, deren Abtretung nach dem Tilſiter Friedenstraktat. G. S. 1807. p. 156. 157. — Auseinanderſetzung mit dem Königreiche Weſtphalen, rückſichtlich deren Schulden- und Liquidationsweſens. G. S. 1811. p. 218. desgl. rückſichtlich der Credit-Aſſociation mit dem Adel der Churmark. 1811. p. 225. — Wiederbeſitznahme derſelben von Seiten Preußens. 1815. p. 193. — gehört zum Magdeburgiſchen Regierungsbezirk. 1815. p. 96. — in ſtändiſcher Beziehung zur Mark Brandenburg. 1823. p. 131. — 1824. p. 70. — 1825. p. 193. f. — Wegen Verfaſſung der Kommunal-Landtage in ſelbiger. 1825. p. 200. f. — v. K. A. 26. II. 467. desgl. der Kreis-Verſammlungen. G. S. 1825. p. 203. 206. f. — Präkluſiv-Termin zur Anmeldung aller zu der neuen Kriegsſchuld gehörigen Forderungen. G. S. 1823. p. 157. — Beſtimmungen wegen des Fünftel-Abzuges bei Regulirung der gutsherrl. bäuerl. Verhältniſſe in ſelbiger. 1824. p. 11. — 1825. p. 87. — ſ. auch Weſtphalen, vormals Königreich. — Magdeburgiſche Landes-Obligationen und Provinzen, neue u. wiedereroberte. — Provinz, Verifikation und Umſchreibung der zu der neuern Kriegsſchuld derſelben gehörigen Papiere. v. K. A. 23. III. 535. — Provinz, Erleichterung für deren Einſaſſen in Abtragung der Grundſteuer. 27. IV. 853. — Fortdauer der in derſelben für die Superintendenten zu entrichtenden Kirchen-Abgabe. 31. I. 52. — Wiederaufnahme der aſſociationsfähigen Güter derſelben in den Kreditverband der Kur- und Neumark. C. O. v. 15. Novbr. 1831. G. S. 1831. p. 253. — die dortige patrimoniale Geſetzgebung; ein Beitrag zum Provinzialrechte. Abhandl. von v. Harthauſen. v. K. J. XXXIX. 3—110.

Altonaer Wunder-Eſſenz, deren Verkauf iſt in den preuß. Staaten verboten. v. K. A. 20. IV. 897., desgl. 30. I. 188. II. 446.

Alt-Stettin; ſ. Statutariſche Rechte.

Altteſtamentariſche Glaubensgenoſſen; ſ. Juden.

Alumnen, auf öffentlichen Schulen, deren Befreiung von der Klaſſen-Steuer. v. K. A. 21. II. 376.

Amerika, Reiſegelder-Nachweis von Seiten der dahin reiſenden Perſonen. v. K. A. 31. II. 267. — vereinigte Staaten (Nordamerikaniſche Freiſtaaten) Sperrung des Handelsverkehrs mit ſelbigen. G. S. 1810. (A.) p. 725. 728. — Unterſuchung und Beſtrafung der dagegen begangenen Kontraventionen. G. S. 1810. (A.) p. 724 — 729. — Aufhebung dieſer Handelsſperre. G. S. 1813. p. 39. — 1814. p. 45. — Handels- und Schiffahrtsvertrag mit denſelben, v. 1. Mai 1828. G. S. 1829. p. 25 — 27. — Ausmittelung, Verhaftung und Auslieferung der Deſerteurs von den gegenſeitigen Kriegs- und Handelsſchiffen. G. S. 1829. p. 32. — Befugniß der beiderſeitigen Unterthanen und deren Erben, über ihr perſönliches Vermögen und ihren Grundbeſitz in den gegenſeitigen Ländern zu verfügen. G. S. 1829. p. 35. — die mit ſelbigen in den Jahren 1785. und 1799 geſchloſſenen Verträge ſind theilweiſe wieder in Kraft hergeſtellt. G. S. 1829. p. 33. — Aufhebung des Abſchoß- und Abfahrtsgeldes gegen ſelbige. G. S. 1822. p. 181. — 1829. p. 35. — Poſtverkehr nach ſelbigem über die Niederlande. v. K. A. 25. II. 369. — IV. 999. — Nord-, Briefbeförderung dahin über Hamburg. 23. III. 583. — Handelsverkehr mit den vereinigten Staaten in ſelbigem. 28. III. 639. — Beſſerungsſyſtem und deſſen Anwendung auf Europa ꝛc. aus dem Franzöſiſchen von Julius, wird empfohlen. 33. III. 748. — Nachweis einer gewiſſen Geldſumme in Frankreich zu Auswanderungen dahin. 33. II. 289.

Ammen, als ſolche dürfen verheirathete Frauen nur mit Einwilligung ihrer Männer in Dienſt gehen. G. S. 1810. p. 103.

Ammonium carbonicum, ſoll von den Apothekern nicht gehalten und debitirt werden. v. K. A. 21. II. 456.

Amneſtie, die durch den Art. 16. des Pariſer Friedens bewilligte, erſtreckt ſich auch auf die Unterthanen der, durch den Tilſiter Frieden abgetreten geweſenen Preuß. Provinzen. R. v. 30. Jul. 1814. v. K. J. III. 281.

Amortiſation. Von Amortiſationen, wenn der Inhaber des Inſtruments zwar bekannt, auch Quittung zu leiſten erbötig, oder ſolche wirklich ſchon geleiſtet hat, das angeblich verloren gegangene eingetragene Document nicht aber producirt werden kann. H. O. Tit. 2. §. 273. — §. 282. p. 84. — wenn auch die Forderung ſelbſt noch nicht gelöſcht werden ſoll, ſondern Creditor nur verlangt, daß ein neues von dem Gutsbeſitzer ertheiltes Document, an die Stelle des vorgeblich abhanden gekommenen, eingetragen werden ſoll. §. 283. p. 87. in welchem Falle dem Creditor, welcher das Document verloren, frei ſtehet, ſelbſt die Amortiſation zu ſuchen, wenn er mit dem Debitor darüber einig iſt, daß das Inſtrument noch validire. R. v. 18. Jan. 1796. E. S. p. 54. X.

und ſoll es bei der Vorſchrift des §. 278. Tit. 2. der H. O. und der nach ſelbiger erforderlichen gerichtlichen Aufbietung älterer eingetragenen, angeblich nicht mehr validirenden Inſtrumente bei Colliſion mit neuern über die in jenen enthaltenen Poſten ausgeſtellten Schuldverſchreibungen, R. v. 21. Apr. 1788. E. S. p. 2053. VIII. ſo wie überhaupt wegen Mortificirung gerichtlich eingetragener Inſtrumente bei den Vorſchriften der Hypotheken-Ordnung ſein Bewenden behalten. A. L. R. I. XVI. 132. Da auch von einer bloßen Ingroſſations-Regiſtratur qua tali kein dem Glauben des Hypothekenbuchs nachtheiliger Gebrauch gemacht werden kann, ſo bedarf es auch blos darüber keines förmlichen Aufgebots ad effectum amortisationis. Erforderlich aber iſt es, daß die Identität des Inſtruments mit demjenigen, welches eingetragen worden, unbezweifelt, und dieſes entweder daraus, daß das Ingroſſatum auf dem Inſtrument ſelbſt regiſtrirt ſei, erhellen, oder allenfalls durch ein Atteſt der Hypotheken-Regiſtratur docirt worden. Wie es nun ſolchenfalls keines Aufgebots bedarf, ſo muß dagegen, wenn jene Identität des Inſtruments zweifelhaft iſt, nicht die Ingroſſations-Rekognition, ſondern die Poſt ſelbſt aufgeboten werden, weil alsdann der Fall übrig bleibt, daß das wahre Inſtrument mit der Rekognition zugleich an einen Dritten gediehen ſei. Es wird inzwiſchen bei den einzutragenden Inſtrumenten ſo bald nur die Vorſchrift der H. O. Tit. 2. §. 39. p. 30. gehörig befolgt, „und alſo der Recognitionsſchein dem eingetragenen Dokumente dergeſtalt angeheftet wird, daß beide, durch das unter den Recognitionsſchein zu drückende größere Inſiegel des Collegii, mit einander verbunden ſind": der Fall nicht weiter vorkommen können. R. v. 30. Nov. 1789. E. S. p. 2749. VIII.

Ob der Mortificationsſchein nebſt der Quittung vor oder nach ergangenem Präcluſions-Urtel vollzogen wird, gehöret nicht zum Weſen des Aufgebots, ſondern es iſt hinlänglich, wenn nur der im Hypothekenbuche notirte Inhaber ſich zu beiden, ſo wie zur Ableiſtung des Manifeſtations-Eides, H. O. Tit. 2. §. 281. p. 86. bereit erklärt. R. v. 9. Octbr. 1797. E. S. p. 1935. X. — In Fällen, wo der Creditor weder ein mit der Ingroſſations-Regiſtratur verſehenes Inſtrument, noch auch nur einen beſondern Recognitionsſchein erhalten hat, die Eintragung nur aus dem Hauptdocument bei Berichtigung des tituli possessionis ex officio geſchehen, dieſes Document aber verloren gegangen, bedarf es neben der gerichtlichen Quittung eines ſolchen Creditoris keiner Amortiſation des gedachten Documents durch richterliches Erkenntniß. R. v. 25. u. 28. Nov. 1786. v. 4. u. 26. Dec. 1786. imgleichen das an die Pommerſche Regierung unter d. 20. May 1781. in Anſehung der ante annum 1763. eingetragenen Poſten (p. 3301.

VII. der Ed. Samml.) und deren Löſchung ergangene, nur auf die dortige Provinzial-Verfaſſung Bezug habende Reſcript. (ſind in den Reſcripten-Sammlungen nicht abgedruckt.)

Wenn Pfandbriefe, Actien und andere Billets au porteur nach Vorſchrift der Declaration v. 23. May 1785. E. S. p. 3127. VII. amortiſirt werden, ſoll dem Banco-Directorio davon Nachricht gegeben werden. R. v. 5. Jul. 1785. E. S. p. 3149. VIII. A. G. O. I. 51. 99—120. Vom Aufgebot der Pfandbriefe, Seehandlungs-Actien. 120—144. — Anh. z. A. G. O. 380. u. folg. — verloren gegangener Addreßzettel, R. v. 30. Aug. 1806. J. M. X. 25. u. C. C. p. 739. XII. Zur Löſchung eines verloren gegangenen Recognitionsſcheins über eine geſchehene Eintragung in das Hyp. B. bedarf es keines förmlichen Aufgebots, v. 14. Sept. 1806. p. 779. ibd. Die Amortiſation der in einer nothwendigen Subhaſtation ausgefallenen Hypotheken-Dokumente iſt nicht erforderlich. R. v. 2. Jul. 1832. v. K. J. XL. 180—182. — Decl. die Vindication und Erneuerung der Banco-Noten, Pfandbriefe und anderer Billets au Porteur betr. v. 23. May 1785. E. S. p. 3127. VII. c. R. v. 3. Oct. 1791. ad §. 25. daß die Abfaſſung der Präcluſoria in Fällen, wo Alt- oder Neumärkſche Pfandbriefe und Zinscoupons mit Mittel- oder Uckermärkſchen zugleich aufgeboten werden, auch in Anſehung der erſtern dem Cammergericht zu überlaſſen. p. 222. IX. die Anwendbarkeit des Edicts auf die Zins-Coupons von Kur- und Neumärkſchen Pfandbriefen betr. v. 27. Apr. 1791. p. 83. IX. — Siehe übrigens die wegen Vindication der Pfandbriefe ergangenen Erkenntniſſe in Sachen der v. Jeezſchen Erben w. die Brüderunität zu Herrenhuth. St. B. p. 55. V. imgleichen p. 72. V. — nach Hamburgiſchem Stadtrecht. St. B. VI. 52. und ſoll von dergleichen Amortiſation dem Haupt-Banko-Directorium Nachricht gegeben werden. R. v. 5. Jul. 1785. E. S. p. 3149. VII. — C. das Verfahren bei verloren gegangenen Banko-Obligationen betr. v. 16. Nov. 1795. E. S. p. 2690. IX. A. G. O. Th. I. Tit. 51. §. 115. — wie die Amortiſation der von öffentlichen Anſtalten auf jeden Inhaber ausgeſtellten Documente, R. v. 1. Aug. 1796. p. 571. X. St. B. p. 298. IV. ſolcher Documente, deren Object nur geringfügig. R. v. 12. Sept. 1796. E. S. p. 647. X. wenn auf Inſtanz des Creditoris. R. v. 18. Jan. 1796. p. 54. X. der Obligationen der Bank-Seehandlung Haupt-Nutzholz- und Haupt-Brennholz-Adminiſtration erfolgen ſoll. R. v. 3. Octbr. 1796. p. 711. X. u. Anh. z. A. G. O. §. 388. in welchem Foro das Aufgebot verloren gegangener Bankoobligationen und Pfandrecipiſſen extrahirt werden muß. R. v. 21. Oct. 1799. E. S. p. 2659. X. Auch bei dem Aufgebote der Seehandlungs- und anderer von öffentlichen Anſtalten ausgeſtellten Ob-

ligationen ſoll überall nach den Grundſätzen des Reſcripts vom 21. Oct. 1799. p. 2659. X. verfahren werden. R. v. 8. Nov. und 15. Dec. 1804. p. 2759. XI. R. A. 451. III. Bei dem Aufgebote verloren gegangener Documente kann, wenn das Datum, die Perſonen der Contrahenten und der weſentliche Inhalt des Documents actenmäßig conſtiren, wenn gleich keine vollſtändige Abſchrift davon beigebracht werden kann, dennoch die Edictal-Citation erlaſſen werden. R. v. 2. Nov. 1795. J. M. I. 291. ſ. a. Kl. A. p. 419. III. Die V. wegen Mortifikation der an einen gewiſſen Inhaber, und wegen des öffentlichen Aufgebots der an jeden Inhaber ausgeſtellten Privat-Schuldverſchreibungen und Urkunden, v. 9. Dec. 1809. J. M. IX. p. 16. G. S. 1809. p. 621., und wegen Amortiſation verlorner Pfandbriefs-Zinscoupons oder Zins-Recognitionsſcheine v. 16. Jan. 1810. J. M. IX. p. 116. G. S. 1810. p. 629. — verlorner oder vernichteter Staatspapiere und Zinskoupons, Verfahren rückſichtlich derſelben. G. S. 1819. p. 157. ff. — 1821. p. 96., namentlich der verlornen und vernichteten Zins-Coupons von Staats-Papieren. G. S. 1822. p. 213. — 1825. p. 229. ff. — 1828. p. 61 — 63. — desgl. rückſichtlich der vom Staate übernommenen Provinzial-Schulden. G. S. 1822. p. 229. f. — desgl. rückſichtlich der von vormal. Landesherren diesſeits übernommenen Anleihen. G. S. 1822. p. 230. — Nach Aufhebung des Militair-Suspenſionsedikts bedarf es bei dem Aufgebote von Pfandbriefen einer wiederholten Benachrichtigung des Publikums nicht. Das Erkenntniß erfolgt bei demjenigen Juſtizkollegio, in deſſen Departement das Gut, worauf der Pfandbrief eingetragen, belegen iſt. R. v. 1. Jun. 1816. v. K. J. 21. VIII. R. betr. die Nothwendigkeit des öffentlichen Aufgebots verloren gegangener Anerkenntniſſe über getragene Kriegslaſten, v. 8. Jun. 1816. 31. — der redliche Acquirent einer geſtolenen, und nach dieſer Acquiſition vorſchriftsmäßig mortificirten Banko-Obligation hat durch die unterlaſſene Meldung in dem Mortifikations-Verfahren, den Regreß an ſeinen Autor nicht verloren. v. K. J. 318. III. V. betr. die Anwendung des fr. Geſetzes v. 20. März 1813. wegen Einziehung und Veräußerung der Güter der Gemeinden zum Beſten der Amortiſationskaſſe des fr. Reichs, v. 27. Jan. 1816. G. S. 98. VI. Wenn nur blos von der Löſchung einer Caution quoad jus reale die Rede iſt, darf der Mortifikationsſchein nicht zugleich eine Entſagung aller perſönlichen Anſprüche enthalten, R. v. 21. Nov. 1815. v. K. J. 27. VII. — die Beſtimmungen der Verordnung vom 16. Juni 1819 wegen Amortiſation verloren gegangener oder vernichteter Staatspapiere ſind auf Bankobligationen nicht anwendbar. Reſcr. v. 14. Febr. 1820. XV. 24.

ſ. Aufgebot, Hypothekendokumente.

— verlorner Staatspapiere. R. v. 24. Sept. 1832. das dabei zu beobachtende Verfahren betr. v. K. J. XL. 175 — 180. — der an geiſtliche Stiftungen von Stadtkämmereien ausgeſtellten Schuldverſchreibungen. R. v. 27. Jun. 1796. p. 474. X. St. B. p. 243. II. der auf jeden Inhaber zahlbaren Wechſel, Bericht der Geſetzkommiſſion v. 11. Jul. 1797. und R. v. 24. Jul. 1797. St. B. p. 365. 371. V.

Amortiſations = Erkenntniß. Die ſämmtlichen Königlichen Juſtizbehörden ſind angewieſen, nicht nur dem Juſtizminiſter Nachweiſungen von den bei denſelben ſeit dem 16. Juni 1819. ergangenenen und rechtskräftigen Mortificationserkenntniſſen einzureichen, ſondern auch künftighin ſofort, nachdem ein dergleichen Erkenntniß für rechtskräftig erklärt worden, eine beſondere Ausfertigung deſſelben an die Controlle der Staatspapiere zu überſenden. Reſcr. v. 10. Jan. 1820. v. K. J. XIV. 218.

ſ. Aufgebot.

Amortiſations = Fonds, Bildung deſſelben für die vom Staate übernommenen Provinzial-Schulden. G. S. 1822. p. 231.

Amortiſations-Verfahren, gerichtliches, iſt rückſichtlich verlorner oder vernichteter Zins-Koupons zu Staatspapieren nicht zuläſſig. G. S. Jahrg. 1822. p. 213.

Amotion. Auch in Fällen, wo gegen den Amoventen (A. L. R. Th. 2. Tit. 20. §. 1133 — 1136.) keine Unterſuchung veranlaßt, vielmehr dieſelbe ausdrücklich verbeten wird, iſt ſolche dennoch gegen die angezeigten Theilnehmer zu richten, und muß der Amovent ſelbſt, jedoch nur zum Behuf der Ausmittelung des Facti gegen dieſe Inkulpaten zugezogen werden. R. v. 15. Febr. 1796. S. M. 173.

Amſterdam, wie die Anſchreiben an die Gerichte zu, zu adreſſiren. R. v. 4. Jun. 1765. C. S. p. 883. III.

Amt, was das Wort, im Reſſortreglement bedeutet. J. C. v. 29. Jul. 1777. Kl. A. 258. IV. eine Klage des Fiscus wider den Adminiſtrator eines Domainenamts wegen der von ihm verfügten militairiſchen Exekution auf rückſtändige Amtsgefälle, wird zur Cammer verwieſen. J. C. v. 18. Dec. 1779. Kl. A. 227. VII. Die Cognition über Bedrückung der Amtsunterthanen von Seiten des Beamten gehöret vor die Cammer. J. C. v. 18. Dec. 1779. ibid. 229. VII. G. C. die Dienſtentlaſſung Königl. Bedienten betr. v. 16. März 1787. K. A. 302. I. der Kaffee-Entreposeurs v. 15. Jul. 1791. 346. VIII.

gehört nur noch der Rechtsgeſchichte an.

wie weit ein Adminiſtrator publicus für ſeine Perſon haftet. St. B. VI. 76. — A. L. R. von den Rechten und Pflichten der Beamten. — II. X. 68. — 145. — Strafe deren Vergehungen. II. XX.

323. — 508. ungetreuer. 1330. C. O. v. 23. Novbr. 1797. E. S. p. 1530. X. — Die Art von Beſtrafung, daß in Unterſuchungsſachen wider Geiſtliche und Schulbediente, auf deren Verſetzung von einem Amte zum andern erkannt, in ſo fern ſie zum Gegenſtande einer richterlichen Entſcheidung gemacht worden, iſt in dem A. L. R. Th. 2. Tit. 11. §. 531. nicht vorgeſchrieben, und es ſoll künftig in dergleichen Fällen nicht mehr auf Translokation, R. v. 10. Nov. 1809. p. 63. (Ueber das Verfahren gegen Geiſtliche und Schullehrer im Disciplinar-Wege — ſiehe Geiſtliche und Schullehrer) auch nicht auf die Caſſation eines Beamten, als bloße Folge des Feſtungsarreſtes erkannt werden; die Amtsentſetzung muß aber eintreten, ſobald auf einen längern, als einjährigen Feſtungsarreſt erkannt worden. C. O. v. 11. Jan. 1813. G. S. 5. III. — Von Beſtrafung der Vergehungen bei Erlangung eines Amtes (Crimen ambitus). A. L. R. Th. 2. Tit. 20. §. 323—332. (Paalzow, Comment. z. Cr. Ordn. B. 1. p. 408.) bei Verwaltung deſſelben, §. 333—341. (§. 337. Concuſſion) ſ. C. O. v. 23. Oct. 1797. p. 1530. X. Amtseid, ſ. Exekutoren. ſ. Injurien, Militair-Wartegeld, Staatsbeamten.

Amtleute, mit der Verwaltung der Paß-, Fremden- und Sicherheits-Polizei beauftragt, ſollen ſolche kräftigſt handhaben. G. S. 1817. p. 158.

Amtliche Anzeigen und Berichte, ſ. Gensd'armen.

Amtliche Bekanntmachungen, ſ. Publikanda.

Amts-Bauerlehne, ſ. Lehnsſcheine.

Amtsbefugniſſe, Gränzen derſelben zwiſchen den Regierungen und den Gerichten in den Rheinprovinzen. v. K. A. 18. III. 619. ſiehe auch Reſſortverhältniſſe, Regierungen und Oberpräſidenten.

Amtsbeſtallungen. Ueber die Form der Abfaſſung derſelben. Reſcr. v. 29. Jun. u. 23. Sept. 1833. v. K. J. XLI. 479—481.

Amtsblätter, deren Einrichtung. G. S. 1811. p. 165. — des Poſen- und Brombergſchen Regierungs-Departements ſollen in deutſch. und polniſch. Sprache ausgegeben werden. G. S. 1816. p. 204. deren Einrichtung in den Rheinprovinzen. G. S. 1819. p. 148. f. (und öffentlicher Anzeiger derſelben), — Vorſchriften für deren Edition und Debit. v. K. A. 26. II. 563. seq. — Einrichtung derſelben in den Rheiniſchen Provinzen. 19. II. 309. — Bekanntmachung der Verordnungen durch ſelbige. 17. IV. 2. — Gültigkeit der ausſchließlich durch ſelbige bekannt gemachten Geſetze und Verordnungen. 26. III. 561. — Publikation der in ſelbigen enthaltenen Verordnungen. 17. I. 33. — 19. II. 317. — Auszüge aus ſelbigen zur Komplettirung der General-Akten. 17. I. 33. — Aufnahme allgemeiner Geſetze und Verordnungen in ſelbige. 21.

IV. 779. seq. — unentgeldliche Aufnahme amtlicher Bekanntmachungen öffentlicher Behörden in dieſelben. 19. III. 641. — 23. III. 530. 531. — aus ſelbigen ſollen alle amtliche Bekanntmachungen, zu welchen kein dringender Anlaß vorhanden iſt, weggelaſſen werden. 26. IV. 944. — Einrückung von Steckbriefen in dieſelben. 21. III. 676. — Aufnahme der Bekanntmachungen der Militair-Behörden in ſelbige. 24. I. 10. — Aufnahme gerichtlicher Bekanntmachungen in ſelbige. 21. I. 6. seq. — unentgeldliche Aufnahme von Bekanntmachungen der Königl. Ober-Bergämter in ſelbige. 26. II. 566. — desgl. der Bekanntmachungen der allgemeinen Wittwen-Verpflegungs-Anſtalt. 25. IV. 877. — in ſelbige müſſen die Bekanntmachungen in Domainen- und Forſt-Veräußerungs- und Verpachtungs-Angelegenheiten unentgeldlich aufgenommen werden. 26. IV. 973. — unentgeldliche Aufnahme der Bekanntmachungen wegen konfiscirter Waaren in ſelbige. 24. I. 10. — 25. II. 296. — III. 599. — Aufnahme öffentlicher Bekanntmachungen in ſelbige gegen Inſertionsgebühren. 24. IV. 984. — in den zu ſelbigen gehörigen Anzeiger können auch Privat-Bekanntmachungen aufgenommen werden. 19. II. 307. — Aufnahme von Kaufs-, Verkaufs-, Mieths-Anzeigen ꝛc. in den öffentlichen Anzeiger derſelben, ohne Einrückung in die provinziellen Intelligenzblätter. 26. II. 304. — unentgeldliche Lieferung derſelben an die Juſtiz-Aemter und Voluntair-Gerichte. 21. I. 8. — desgl. an die Provinzial-Steuer-Direktoren. 26. I. 2. seq. — desgl. an die Kreis-Phyſiker. 21. II. 287. — Verabreichung derſelben an die Gendarmerie. 21. II. 287. — von ſelbigen können den Gendarmerie-Offizieren keine Freiexemplare, wohl aber ſolche von dem öffentlichen Anzeiger derſelben verabfolgt werden. 26. III. 566. — ſollen an die Superintendenten unentgeldlich verabfolgt werden. 18. I. 12. — müſſen die Landräthe auf eigene Koſten halten. 19. II. 299. — für das landräthliche Büreau aber auf öffentliche Koſten. 18. I. 12. — 19. II. 306. — Haltung derſelben von Unterbehörden, welche Büreaukoſten beziehen. 26. IV. 943. — Haltung derſelben von Seiten der Domainen-Pächter. 21. II. 287. — ſind Auskultatoren und Referendarien zu halten verpflichtet. 20. I. 5. — zu deren Haltung können Kreisphyſiker, Kreischirurgen, Aerzte, Apotheker und Juſtiz-Kommiſſarien nicht genöthigt werden. 18. I. 12. — ſollen auch von Auscultatoren gehalten werden. Reſcr. v. 12. Jan. 1820. v. K. J. XIV. 224. und XV. 28. — ſollen den Stadtgerichten und Juſtizämtern unentgeldlich verabfolgt werden, und dafür in den Salarienkaſſenrechnungen keine Ausgabe paſſiren. Reſcr. v. 23. Sept. 1822. XX. 47.

ſ. Anſtellung, Hypothekenweſen, Kreis-Juſtizräthe, öffentliche Bekanntmachung, Publikanda.

— der Königl. Regierungen, Anweiſung der für ſelbige erforderlichen Zuſchußgelder. v. K. A. 27. I. 28. — unentgeldliche Aufnahme der Bekanntmachungen über Veräußerung oder Verpachtung von Domainen- oder Forſt-Grundſtücken in ſelbige. 27. I. 29. — (und deren öffentlicher Anzeiger) wiederholte Aufnahme fiskaliſcher Bekanntmachungen in ſelbige. 28. II. 282. — welche Bekanntmachungen überhaupt in ſelbige aufzunehmen ſind. 28. II. 282. — kurze Faſſung der für ſelbige beſtimmten amtlichen Bekanntmachungen und Empfehlungen litterariſcher Werke. 28. IV. 957. — Nichtaufnahme der Cirkularien in ſelbige, wo letztere durch die, bei den Regierungen vorhandenen Steindruckereien beſorgt werden können. 28. III. 637. — zu deren Haltung ſind Biſchöfe, General-Vikare, geiſtliche Räthe und Land-Dechanten verpflichtet. 28. III. 681. — IV. 958. — der Königl. Regierungen. §. 8. der Verord. v. 28. März 1811. über deren Einrichtung. 29. III. 476. — müſſen auch an die verwaltenden Militair- und Feſtungs-Behörden frei verabreicht werden. 29. III. 475. — ſolche können den Chauſſee-Einnehmern weder unentgeldlich verabfolgt, noch auch dieſelben zu deren Haltung gezwungen werden. 29. II. 222. — regelmäßige Einſendung von ſechs Exemplaren an die geheime Regiſtratur des Miniſterii des Innern. 29. II. 220. — ſind hauptſächlich nur zur Bekanntmachung der Geſetze und der von den Provinzialbehörden ausgehenden Verordn. beſtimmt. 30. I. 7. — Publikation von Lokal-Verordnungen durch dieſelben und rechtliche Wirkung derſelben. 30. I. 7 — 9. — deren Einſendung an die Geheime Regiſtraturen des Miniſt. des Innern. 30. IV. 721. — unentgeldliche Verabfolgung derſelben an Unterbehörden. 31. IV. 708. — Magiſträte haben darauf keinen Anſpruch; ebendaſ. — können an öffentliche Bibliotheken nicht unentgeldlich verabfolgt werden. 31. III. 513. — auch nicht an Gymnaſien und Schullehrer-Seminarien. 31. I. 11. — Bekanntmachung der auf Erfindungen und Verbeſſerungen ertheilten Patente durch dieſelben. 31. III. 559. — IV. 807. — (und deren Anzeiger) neue Regulirung der Verwaltung-Etats für dieſelben. 32. II. 327. — Berechnung und Auswerfung der Geldbeträge für Frei-Exemplare und Gratis-Inſertionen in denſelben; ebendaſ. — unentgeldliche Aufnahme amtlicher Bekanntmachungen in dieſelben. 32. I. 97. II. 326. Verfügungen, die nur zur Kenntnißnahme und Beachtung untergeordneter Behörden beſtimmt ſind, ſollen darin nicht mehr aufgenommen werden; ebendaſ. — deren freie Verabfolgung an die Poſtämter und Poſtverwaltungen, nicht aber an die Poſtexpeditionen. 32. III. 590. — IV. 898. — ſollen die Salzfaktoreien, welche ſelbſtſtändig verwalten, auch ferner unentgeldlich erhalten. 32. III. 591. — von denſelben können die Gendarmerie-Offiziere keine

Freiexemplare erhalten. 32. I. 146. — zu deren Haltung ſind die Krüger, Gaſt- und Schankwirthe in der Rheinprovinz nicht verpflichtet. 32. IV. 822. — Cirk. R. v. 2. April 1832. betr. die Bekanntmachungen durch dieſelben. v. K. J. XXXIX. 349. 350. — Verabreichung von Freierempl. derſelben an die Regierungs-Büreaux. v. K. A. 33. II. 253. — deren Verabreichung an die Regierungs-Büreaux nach dem wirklichen dienſtlichen Bedürfniſſe derſelben. Cirk. R. v. 7. Oct. 1833. 33. IV. 877. — von denſelben müſſen die Landräthe, neben dem Freierempl. für ihre Regiſtraturen noch 1 Exempl. für ihre Perſon gegen Bezahlung nehmen. 33. III. 577. — die Magiſträte müſſen ihre Exempl. bezahlen. 33. III. 578. — ſelbſtſtändige Salzfaktoreien erhalten ſolche unentgeldlich. 33. III. 578. — von denſelben können die Gymnaſien und die Gartendirektion in Düſſeldorf keine Freierempl. mehr erhalten. 33. II. 254. — Portofreiheit für die Verſendung der Sachregiſter zu denſelben. 33. II. 342. — erſtreckt ſich jedoch auf die Prokura-Gebühren der dafür geleiſteten Poſtvorſchüſſe nicht; ebendaſ. — Inſertionskoſten für die Bekanntmachungen in denſelben über die Verpachtungen von Grundſtücken wegen Abgaben-Rückſtände. 33. I. 3. — Beſchränkung der Inſerenda der Gerichtshöfe. R. v. 11. Juni 1834. 34. II. 286. — Raum-Erſparung. R. v. 8. Mai 1834. ibd. p. 287. — dürfen von den Superintendenten nicht gehalten werden. R. v. 19. Febr. 1834. 34. I. 77. — ſ. auch Geſetz. Geſetzbuch.

Amtsdiener, bei den Domainen-Rentämtern und bei den General-Pachtämtern. v. K. A. 33. II. 298. — bei den Haupt-Steuer-Aemtern, ſ. Steuerſachen.

Amts-Eid, deſſen Einfluß auf die Strafbarkeit der Beamten, ſ. Beamte, auch Dienſteide.

Amtsentſetzung, (Kaſſation) ſoll bei den Civilbeamten eintreten, ſobald gegen ſelbige auf einen längeren als einjährigen Feſtungsarreſt erkannt worden iſt. G. S. 1813. p. 5. — hat auch den Verluſt der Kriegs-Denkmünze zur Folge. G. S. 1815. p. 2. — Verfahren rückſichtlich derſelben auf adminiſtrativem Wege nach der Allerh. Kab. Ord. v. 21. Febr. 1823. G. S. 1823. p. 25. ff. — desgl. gegen Geiſtliche, Jugendlehrer ꝛc. G. S. 1822. p. 105—108. — desgl. gegen Militairprediger und Küſter. G. S. 1811. p. 190. 192. — desgl. gegen Notarien in den niederrhein. Provinzen. G. S. 1822. p. 115. — ſ. auch Amts-Suspenſionen und Dienſt-Entlaſſungen.

Einem ſeines Amts entſetzten Beamten iſt zu eröffnen, daß, wenn er binnen der 10tägigen Friſt ſeine Erklärung wegen Einwendung des Rechtsmittels der weitern Vertheidigung nicht abgeben und nachher zu dem letztern noch verſtattet werden ſollte, er auf den

gehabten Poſten keinen Anſpruch machen könne, wenn auch die erkannte Amtsentſetzung aufgehoben werden mögte. Reſcr. v. 13. Febr. 1813. v. K. J. II. 37. — Die Zuchthausſtrafe hat die Amtsentſetzung eines Staatsdieners von ſelbſt zur Folge, wenn der letztere nicht durch einen Beſchluß des Staatsminiſterii zur Fortſetzung ſeiner Amtsverwaltung für fähig erklärt worden iſt. Reſcr. v. 10. Sept. 1814. III. 296. — Wenn Juſtizbeamte durch Erkenntniß des Rechts, das allgemeine Nationalzeichen zu tragen, für verluſtig erklärt worden, ſo muß ihnen eine ſolche Handlung zur Laſt fallen, die ſie verächtlich macht, und ſie können alsdann nach §. 363. Tit. 20. Th. II. des A. L. R. nicht im Dienſte bleiben, vielmehr muß gegen ſie zugleich auf Caſſation erkannt werden. Iſt indeſſen das Vergehen nicht von der Beſchaffenheit, daß es ſie verächtlich macht: alſo keinen Mangel ehrliebender Geſinnungen verräth, ſo läßt ſich der Verluſt der Nationalkokarde nicht rechtfertigen. Reſcr. v. 2. Febr. 1825. XXV. 129.

ſ. Juſtitiarien.

Dispoſition über das Gehalts-Einkommen der Geiſtlichen und Schullehrer während derſelben. v. K. A. 27. I. 99. — ſiehe auch Dienſtentlaſſungen und Unterſuchungen. — Verfahren rückſichtlich derſelben gegen Beamte. 28. I. 19. — desgl. auch gegen Kommunal-Beamte. 28. I. 132. — ſiehe auch Dienſt-Entlaſſungen. — die dazu rechtskräftig verurtheilten Beamten ſollen ſofort außer Funktion geſetzt, ihre Stellen aber nicht ſogleich definitiv anderweit beſetzt werden. 33. I. 7.

ſ. auch Erkenntniß.

Amtsfuhren, kleine, in wie weit deren Geſtellung noch zu geſtatten iſt. v. K. A. 19. IV. 936.

Amtsgeſchäfte, zu deren Betrieb ſollen an Sonn- und Feſttagen keine Termine anberaumt werden, in dringenden Fällen aber nur vor oder nach dem kirchlichen Gottesdienſte. v. K. A. 17. I. 121.

Amtshandlungen, geiſtliche, Strafen auf die Anmaßung derſelben. C. O. v. 9. März 1834. G. S. 1834. p. 60.

Amts-Inſtruktion; ſ. Kaſſenverbrechen.

Amts-Kautionen, von Kaſſenbedienten, Domainen-Beamten, Pächtern, Faktoren oder andern Verwaltern öffentl. Güter und Staatseinkünfte, ſpeciell ſchon in Staats-Papieren ꝛc. beſtellt, brauchen nicht auch noch auf erworbene Grundſtücke hypothekariſch eingetragen zu werden. G. S. 1813. p. 3. — iſt letzteres ſchon geſchehen, ſo kann die Löſchung nur mit ausdrücklicher Bewilligung der vorgeſetzten Amtsbehörde erfolgen, ebendaſ. — deren Annahme in Staatsſchuldſcheinen. G. S. 1821. p. 46. — vom Staate zu vertretende, deren Rückzahlung. G. S. 1822. p.

230. — dürfen Notarien in den niederrheiniſchen Provinzen nicht mehr beſtellen. G. S. 1822. p. 110. — deren Leiſtung an königl. Kaſſen durch Treſorſcheine nach ihrem vollen Nennwerthe. G. S. 1809. p. 620. — desgl. durch Staats- und andere öffentl. Papiere nach dem Nominalwerthe. G. S. 1807. p. 181. 186. — 1821. p. 46. — ſolche ſoll Niemand für Kaſſenbediente oder für andere Verwalter von Staatsvermögen über die Hälfte ſeines Vermögens machen. G. S. 1815. p. 9. — ehemaliger königl. weſtphäl. Beamten, Verfahren rückſichtlich deren Erſtattung. G. S. 1827. p. 15. 19. — deren Beſtellung. v. K. A. 17. II. 37. 25. I. 4. — Entbindung Königl. Beamten von ſelbigen. 21. III. 526. — Amortiſation der über ſelbige ausgeſtellten, aber abhänden gekommenen Rekognitionsſcheine. 23. II. 229. seq. im Würtembergiſchen. 17. III. 260. — Rückgabe der in den vormaligen Franzöſiſchen und Weſtphäliſchen Provinzen von den Notarien beſtellten Cautionen. Reſcr. v. 4. April 1815. v. K. J. Vb. 33. — Art der Beſtellung derſelben von Seiten der Depoſital- und Salarienkaſſen-Rendanten, beſonders in Hinſicht der Annahme von Staatspapieren. Reſcr. v. 23. Juli 1819. XIV. 46. — Die Depoſitalrendanten können auch mit neuen Bankobligationen Caution beſtellen. Reſcr. v. 19. Mai 1820. XV. 297. — Die Depoſitalrendanten bei den Untergerichten können von der Cautionsbeſtellung nicht entbunden werden. Reſcr. v. 22. Juni 1821. XVII. 282. — In wiefern die Boten Caution zu leiſten ſchuldig ſind. Reſcr. v. 24. Dec. 1821. XVIII. 296. — Zuläſſigkeit der Annahme von Staatsſchuldſcheinen al pari des Nominalwerths bei Amtskautionen, und Vertretungsverbindlichkeit des Staats im Fall einzelne Beamte von der Cautionsbeſtellung werden entbunden werden. Cab. Ord. v. 25. Jul. 1822. XX. 46. — Regulirung der Cautionen der Salarienkaſſenrendanten. Reſcr. v. 16. Juni 1826. XXVII. 300.

ſ. Kaſſenviſitation, Vorzugsrecht, Weſtphäliſche Reichsobligationen.

— der Militair-Rendanten, Portofreiheit der Koupons von ſelbigen. v. K. A. 27. IV. 915. — deren Beſtellung von gewerkſchaftlichen Schichtmeiſtern. 27. IV. 926. — deren Annahme in landſtändiſchen Obligationen. 28. IV. 963. — ſtempelfreie Ausfertigung der Rekognitions-Protokolle zu ſelbigen. 28. IV. 987. — baare, deren zeitherige Niederlegung und Verzinſung bei dem Königl. Seehandlungs-Inſtitute. 30. I. 25. — vorzugsweiſe Beſtellung derſelben in Staatsſchuldſcheinen, ſtatt jener Belegung; ebendaſ. — deren Erhöhung um 16 Prozent, oder Belaſſung der Zinscoupons bei denſelben bis zur Aushändigung der letztern zur Verfallzeit. 30. III. 503. — Regulirung derſelben für die Staats-Kaſſen und Magazin-Beamten. Cab. O. v. 11. Febr. 1832. G. S. 1832.

p. 61 — 63. — Schreiben des Finanzminiſt. an das Juſtizminiſt. v. 29. Jul. 1832. betr. die Einſendung und Verzinſung der Kautionen der ſeit der Allerh. Cab. Ord. v. 11. Febr. 1832. neu angeſtellten oder beförderten Beamten. v. K. J. XL. 192 — 193. — ſ. auch Aktuarien. Boten. Kontrolleure. Exekutoren. Juſtizbeamte. Rechnungsbeamte. — Diejenigen, welche nur auf Hoffnung und zu ihrer Ausbildung angeſtellt ſind, ſind zur Beſtellung von Amtskautionen nicht verbunden. R. v. 8. Oct. 1832. XL. 447. — ſ. auch die vorhin allegirten Artikel. — ſind von allen Beamten zu beſtellen, welche Seitens des Staats mit der Erhebung oder Verwaltung von Geldern beauftragt ſind, wenn ſolche auch Privatperſonen gehören. v. K. A. 32. II. 357. — von einer dritten Perſon für Andere beſtellt, müſſen ebenfalls unbedingt und unwiderruflich ſein. 32. II. 358. – Verzinſung der als ſolche niedergelegten Kapitalien. 32. I. 55 — 59. — deren Beſtellung Seitens der Rendanten ſtädtiſcher Kämmerei- und Feuer-Sozietäts-Kaſſen. 32. I. 127. — in wie weit ſolche bei Kaſſenverwaltungen zu fordern uud zu beſtellen ſind; Staatsminiſterial-Beſchluß v. 14. März 1833. 33. II. 291. — der Civilbeamten, deren Beſtellung bei Gehaltszulagen und Verbeſſerungen. 33. I. 45. — deren Leiſtung Seitens der Domainen-Exekutoren. 33. I 54. — desgl. Seitens der Domainen- u. Rent-Amts-Diener. 33. I. 54. — ſollen für die Kommunal- und Inſtituten-Verwaltung nur nach den dabei zeither üblich geweſenen Grundſätzen verlangt werden. 33. I. 46. — deren Leiſtung von Kommunal-Empfängern und Verwaltern von Kommunal-Inſtituten, welche zugleich auch königl. Einnehmer ſind. 33. I. 46.

Amts-Kautionsweſen, deſſen fernere Behandlung nach dem Cirkular. Reſcripte v. 22. März 1833. v. K. A. 33. II. 292.

Amtskennzeichen, äußerliche, ſollen Kreisboten, Kreisausreitern, Dorfſchulzen nicht geſtattet werden. v. K. A. 28. III. 735.

Amtskleidung, ſchwarze, f. die Magiſtratsmitglieder und die Stadtverordneten. G. S. 1808. p. 356. — deren Beſtimmung für die evangeliſchen Geiſtlichen. v. K. A. 17. I. 140. — 18. IV. 1019. — ſ. übrigens Uniform.

Amts-Papiere; ſ. Verſiegelung.

Amts-Siegel der Juſtiz-Kommiſſarien, ſ. letzt. — der Schiedsmänner, ſiehe dieſe.

Amts-Suspenſionen, Befugniſſe der Oberpräſ. zu ſelbigen. G. S. 1808. p. 376. — 1817. p. 233. — 1826. p. 3. — desgl. der Regierungen. G. S. 1808. p. 477. — 1817. p. 252. 255. 272. — 1826. p. 10. — deren Anordnung gegen pflichtwidrige und unſittliche Beamte; ebendaſ. — Nachzahlung der während derſelben einbehaltenen Gehaltsrate. G. S. 1825. p. 5. — der

Subalternen-Beamten bei den Juſtizbehörden, rückſichtlich derſelben bleibt es bei dem bisherigen Verfahren. G. S. 1828. p. 6. — Verfahren wegen derſelben gegen Gerichtsſchreiber und Gerichtsvollzieher in den Rheinprovinzen. G. S. 1826. p. 71. — desgl. gegen Militair-Beamte und Feld-Officianten. G. S. 1826. p. 86. — Verfahren rückſichtlich derſ. gegen Geiſtliche. G. S. 1817. p. 238. — desgl. gegen Schullehrer. G. S. 1817. p. 241. — gegen ſtädtiſche Beamte. G. S. 1808. p. 356. — ſ. auch Amts-Entſetzungen und Dienſt-Entlaſſungen. — Die Suspenſion vom Amte kann nur von den Landes-Juſtizkollegien angeordnet werden, dagegen wird in dringenden Fällen, z. B. bei Veruntreuungen, dem unmittelbaren Vorgeſetzten geſtattet, den ſchuldigen Beamten bis auf fernere Verfügung außer Dienſtthätigkeit zu ſetzen. R. v. 29. Dec. 1824. v. K. J. XXIV. 299. — ſ. Geſchäftstabellen und Liſten. — Verfahren rückſichtlich derſelben gegen Beamte. v. K. A. 24. IV. 983. — 25. IV. 825. seq. — gehören zur Entſcheidung des Regierungs-Pleni. 26. IV. 945. — Anweiſung des Unterhalts der Beamten während derſelben. 25. III. 568. — Dispoſition über das Einkommen der Steuerempfänger während derſelben. 25. I. 44. — der Stadtverordneten-Vorſteher bei Unterſuchungen gegen ſelbige. 25. III. 663. — ſ. auch Unterſuchungen und Staatsdiener. — Dispoſition über das Gehalts-Einkommen der Geiſtlichen und Schullehrer während derſelben. 27. I. 99. — 31. IV. 706. — die rückſichtlich derſelben gegen die Staatsbeamten ergangenen Vorſchriften ſollen auch auf die Kommunalbeamten angewandt werden. 32. III. 669. f. — Gehaltsabzüge bei Gendarmen während derſelben. 32. I. 147. — können gegen Beamte ſchon bei Einleitung einer Unterſuchung, die ihre Amtsentſetzung wahrſcheinlich macht, eintreten. 33. I. 7. f.

Amtstitel (Amtscharakter) der Civilbeamten, Verordnung über deren Beilegung v. 7. Febr. 1817. G. S. 1817. p. 61—67. — auch v. K. A. 17. I. 3. — in wie fern die Titel als Geheime Staatsräthe und Staatsräthe noch beibehalten werden können. G. S. 1817. p. 63. — verabſchiedeter Militairperſonen und Civilbeamten, Erkennung auf deren Verluſt bei Vergehen, welche früher deren Dienſtentſetzung zur Folge gehabt haben würde. G. S. 1830. p. 2. — der Magiſtratsmitglieder, dürfen nach Niederlegung der bekleideten Aemter nicht weiter geführt werden. G. S. 1808. p. 344. ſ. auch Titel. — dieſelben müſſen in Dienſtverhandlungen dem Namen des Beamten beigefügt werden. v. K. A. 18. II. 296. — ſ. übrigens auch Penſion.

Amts-Uniform; ſ. Uniform.

Amtsvergehungen; ſ. Dienſtvergehungen, auch Beamte.

Amtsverhältniſſe, Ausſage darüber vor Gericht von Seiten der Verwaltungs-Beamten in den Rheinprovinzen. v. K. A. 21. II. 280. — IV. 781. seq. — des Magiſtrats. — revid. Städte-Ord. G. S. 1831. p. 25.

Amts-Verſchwiegenheit, deren Verletzung ſoll gegen Beamte ohne Nachſicht mit verhältnißmäßiger Geldſtrafe oder mit Entfernung aus dem Dienſte geahndet werden. G. S. 1826. p. 10.

Amts-Verſetzungen; ſ. Staatsdiener.

Amts-Wohnungen; ſ. Dienſtwohnungen.

Amtszeichen ſtädtiſcher Beamten; ſ. Medaillen.

Anatomie. Die Körper der hingerichteten Delinquenten, V. v. 15. Apr. 1719. C. S. VI. II. No. 117., ſo wie die Körper der in den Armenhäuſern zu Berlin Verſtorbenen, u. der während der Schwangerſchaft oder auch in oder nach der Geburt verſtorbenen unverheiratheten Weibsperſonen, V. v. 29. Aug. 1722. V. IV. I. No. 25. ſollen an die Anatomie daſelbſt, (Rgl. v. 5. März 1710. No. 23.) abgeliefert, u. die Körper der Delinquenten ohne Königl. Erlaubniß den Anverwandten derſelben nicht verabfolgt werden. Ed. v. 2. Nov. 1735. II. III. No. 73. — ſ. Leichname, auch Exekution.

Anciennität; ſ. Rangverhältniß, auch Dienſtalter.

Anclam, Stadt, Packhofsrecht für ſelbige. v. K. A. 19. II. 330.

Andenken an die im Kriege Gefallenen, ſiehe Gedächtnißtafeln.

Anerbenrecht. Nach welchen Grundſätzen, und insbeſondere in welcher Ordnung, wird in den Landestheilen, welche, bei Auflöſung der fremden Herrſchaft, zum vormaligen Königreich Weſtphalen gehört haben, in ein Colonat ſuccedirt, welches vor Einführung der fremden Geſetze dem Anerbenrecht unterlag, ſofern der Anerbe, unter Herrſchaft der königlich weſtphäliſchen Geſetze über dieſe Rechte, während der Interims-Wirthſchaft, und zu einer Zeit verſtorben iſt, wo das Heimfallrecht vom Colonate noch nicht abgelöſt war? S. u. Str. R. 2. Band No. 46. p. 410.

Anerkenntniß. Unterbricht ein Anerkenntniß des Verpflichteten über ſeine Verbindlichkeit zum Schadensersatz die Verjährung, wenn gleich ein Anerkenntniß über den Betrag des Schadenserſatzes nicht erfolgt iſt? S. u. St. R. 1. B. No. 23. p. 78.

Anerkenntniſſe, unzinsbare, deren Ausſtellung über Zinsrückſtände für abzulöſende Gewerbsberechtigungen. G. S. 1822. p. 188. — ſ. auch Kompenſations-Anerkenntniſſe.

ſ. auch Actus voluntariae jurisdictionis, Aufgebot, Ceſſion, Kontributionsgefälle, Legitimation unehelicher Kinder.

Anfall; ſ. Erbſchaftsſtempel.

Angabe; ſ. Beſcheinigung. Angabe an Zahlungsſtatt nach dem A. L. R. für die Preußiſchen Staaten. Th. I. Tit. 16. Abſchn. 4. Abhandlung darüber vom Dr. J. Rubo in Berlin. v. K. J. XXII. 3—31.

Angermünder Kreistag; ſ. Brandenburg, Provinz.

Angeſchuldigte; ſ. Obſervation. Angeſchuldigte und ab instantia Freigeſprochene, Polizei-Aufſicht auf dieſelben. v. K. A. 30. I. 130—134.

Anguſtura-Rinde, unächte, ſoll im Naſſauiſchen in Apotheken nicht geführt werden. v. K. A. 17. III. 261.

Anhägerungen, des Ufers, deren Benutzung in Oſtpreußen und Litthauen. G. S. 1806. p. 16. — gehören, wenn ſolche durch künſtliche Einbaue entſtanden ſind, dem Staate; ebend.

Anhalt, Herzogthümer, deren Theilnahme an der Elbſchiffahrts-Akte. G. S. 1822. p. 9. f. — Erhebung des Tranſito-Zolls von den nach denſelben gehenden und von dorther kommenden Päckereien. v. K. A. 19. II. 333. — Verfahren bei Verſendungen der Poſt-Päckereien nach und aus denſelben, rückſichtlich des Steuer-Intereſſes. 22. I. 48. — 52. — Ausführung der dieſſeits angeordneten Steuer-Maaßregeln im Poſtverkehr mit ſelbigen. 25. I. 76. — 26. IV. 1018. — desgl. rückſichtlich der Durchgangs-Abgaben auf der Saale. 25. II. 307. seq. — Ertheilung von Gewerbeſcheinen an Unterthanen aus denſelben. 33. I. 202. II. 504. 507. — Zoll- und Handelsverträge mit denſelben. 31. IV. 715.

Anhalt-Bernburg, Herzogthum, wegen gegenſeitiger Aufhebung des Abſchoſſes und Abfahrtsgeldes. G. S. 1812. p. 36. — wird auf ſämmtliche preuß. Staaten ausgedehnt. G. S. 1815. p. 83. — Kartel-Konvention mit ſelbigem. G. S. 1818. p. 172. — Durchmarſch- und Etappen-Konvention mit demſelben. G. S. 1819. p. 25—34. u. v. K. A. 19. I. 31. — Vertrag mit ſelbigem wegen Erhebung der Verbrauchsſteuern in dem Verkehr mit dem vom preußiſch. Gebiete eingeſchloſſenen herzogl. Amte Mühlingen. G. S. 1823. p. 177. — desgl. über die Anſchließung des obern Herzogth. an das preuß. indirekte Steuerſyſtem. G. S. 1824. p. 1. — Vertrag mit ſelbigem wegen Anſchließung auch des untern Herzogth. Bernburg an das preuß. indirekte Steuerſyſtem, v. 17. Juni 1826. G. S. 1826. p. 65—70. — Vereinbarung mit demſelben gegen den Nachdruck. G. S. 1828. p. 10. — Vereinbarung mit ſelbigem rückſichtlich der gegenſeitigen Erbzinsverhältniſſe. v. K. A. 26. III. 644. — Vertrag mit demſelben wegen Regulirung der Schiffahrts-Abgaben auf der Saale. v. 17. Mai 1831. G. S. 1831. p. 57—60. — Vertrag mit demſelben wegen erneuerter Anſchließung verſchiedener Landestheile deſſelben an das preußiſche indirekte

Steuerſyſtem, v. 17. Mai 1831. G. S. 1831. p. 53—57. — Handels- und Gewerbeverkehr mit demſelben in Beziehung auf den beſtehenden Zollvereinsvertrag. v. K. A. 32. II. 354. — Ertheilung von Gewerbeſcheinen an Handlungsreiſende aus demſelben. 33. I. 202. — II. 504. 507. —

ſ. auch Zollkartel, und Anhalt, Herzogthümer.

Anhalt-Deſſau, Herzogth. Verordnungen wegen der Niederlaſſungen ꝛc. in ſelbigem. v. K. A. 26. III. 866.

Anhalt-Deſſau | **Anhalt-Köthen** | Herzogthümer, Poſtverkehr mit ſelbigen in Folge des abgeſchloſſenen Zoll-Vereinigungs-Vertrages. v. K. A. 28. IV. 1007. — Berückſichtigung der heimathlichen Verhältniſſe in ſelbigen bei Verheirathungen im Auslande. 28. III. 686.

ſ. Zollkartel u. Anhalt, Herzogthümer.

Anhalt-Köthen, Herzogth. wegen gegenſeitiger Aufhebung des Abſchoſſes und Abfahrtsgeldes. G. S. 1811. p. 371. — 1817. p. 298. — Kartel-Konvention mit ſelbigem. G. S. 1818. p. 173. — Durchmarſch- und Etappen-Konvention mit demſ. G. S. 1819. p. 34. — 43. u. v. K. A. 19. I. 31. — Vertrag mit ſelbigem, wegen Befreiung der beiderſeitigen Unterthanen vom Elbzolle. G. S. 1828. p. 95. 103. — desgl. über die Zoll- u. Verkehrsverhältniſſe mit demſelben, v. 17. Jul. 1828. G. S. 1828. p. 99—106. — Vereinbarung mit ſelbigem wider den Bücher-Nachdruck. G. S. 1829. p. 39. — Gerichtsſtand der dortigen Poſtbeamten und deren Angehörigen. R. v. 17. Auguſt 1830. v. K. J. XXXVI. 159—162.

ſ. übrigens Zollkartel u. Anhalt, Herzogthümer.

Anholtſche Statuta, von dem Grafen Dietrich von Bronkhorſt, Anno 1547 der Stadt Anholt verliehen, u. 1648. von dem Fürſten zu Salm vermehrt und beſtätigt. v. K. J. XXXI. 311—324.

Ankauf, von Holz, Getreide und andern Schiffsladungen, von Schiffern und Schiffsknechten als Verkäufern, ſind ſtrafbar. G. S. 1809. p. 573. — Beſtrafung der letztern. G. S. 1824. p. 79. — der Montirungsſtücke von Soldaten. G. S. 1812. p. 6. — von Waaren, Gewerbeſchein-Ertheilung zu ſelbigem. v. K. A. 26. II. 427. — III. 815. — auf Wochenmärkten, dazu bedarf es keines Gewerbeſcheins. 26. IV. 1124. — von Grundſtücken, — revid. Städte-Ordn. G. S. 1831. p. 29. — ſ. Gewerbſchein, Gewerbeſteuer und Handel.

Anker, enthält einen halben Eimer. G. S. 1816. p. 150.

Anklageſenat des Rheiniſchen Apellationsgerichtshofes; ſ. Rekluſion.

Anlagen. Chauſſee-, Kanal-, Brücken- und andere ge-

meinſchaftliche öffentliche Anlagen können gegen Verleihung angemeſſener Abgaben durch Privatperſonen bewerkſtelliget werden. Publ. v. 3. Mai 1810. N. A. B. 234. VI. P. A. B. 139. K. A. B. 189. — öffentliche an den Straßen, deren Erhaltung und Verhütung deren Beſchädigung und Verunſtaltung. v. K. A. 17. IV. 209. ländliche, ſ. Etabliſſements. — neue, für mehr als einen Regierungsbezirk beſtimmt, dazu reſſortiren die Vorſchläge von dem Oberpräſidenten. G. S. 1826. p. 2. — öffentliche, auf deren Erhaltung ſoll die Gensdarmerie achten. G. S. 1821. p. 5. — neue, Vorſchläge zu ſelbigen ſollen bei Vorlegung der Verwaltungs-Etats, zur Sprache gebracht werden. v. K. A. 28. II. 289. — neue, ſiehe Etabliſſements.

ſ. auch Feſtungspläne, Holzdiebſtähle, Mühlenanlagen.

Anlehen, ſ. Darlehne und Kapitalien.

Anleihe, mit Prämienzinſen, deren Eröffnung von Seiten des Staats. G. S. 1808. p. 519. ff. — Rückzahlung der dazu hergegebenen Summen. G. S. 1808. p. 520. — des Staats, von 1,500,000 rtl. mit 5. Prozent Verzinſung zur Tilgung der franzöſ. Kriegs-Kontribution. G. S. 1810. (A.) p. 638. f. — Stipulationen für deren Rückzahlung; ebendaſ. und 1810. p. 27. — Annahme der Interimsſcheine aus ſelbiger beim Ankaufe von Domainen, Forſten ꝛc. zum Nennwerthe. G. S. 1811. p. 209. — desgl. als baares Geld. G. S. 1812. p. 15. — auch bei Berichtigung der Vermögens- und Einkommen-Steuer. G. S. 1812. p. 124. — inländiſche und ausländiſche, Ausſtellung der Zinsſcheine von ſelbigen und Realiſirung der letztern. G. S. 1810. p. 29. Annahme der Obligationen und Interimsſcheine über ſelbige nach dem Nennwerthe bei Ablöſungen von Domanial-Abgaben. G. S. 1811. p. 167. f. — desgl. bei dem Verkaufe von Domainen, Forſten, und geiſtlichen Gütern. G. S. 1810. p. 29. — 1811. p. 209. — im Jahre 1810. zu 4. Prozent Verzinſung nach dem Edict v. 27. Octbr. 1810. G. S. 1810. p. 28. — deren Realiſirung wird aufgegeben. G. S. 1812. p. 49. 50. — Kriegs-Anleihe, vom Jahre 1745, deren gänzliche Tilgung. G. S. 1820. p. 197. — Zwangs-Anleihe aus dem J. 1813. u. 1814. im ehemaligen Militair-Gouvernement zwiſchen der Oder und Weichſel, Präkluſivfriſt für deren Zurückzahlung. G. S. 1820. p. 203. — desgl. Schleſiſche, aus d. J. 1813, Präkluſivfriſt für deren Rückzahlung. G. S. 1822. p. 49. — Münſterſche, bei Lindenkampf u. Olfers v. J. 1805, Präkluſivtermin für die Partial-Obligationen u. Koupons aus ſelbiger. G. S. 1824. p. 14. — Anleihen vormaliger Landesherren, vom preuß. Staate übernommen, deren Amortiſation. G. S. 1822. p. 230. — verſchiedene im ehemal. Herzogth. Warſchau, Präkluſiv-

friſt zur Anmeldung der Forderungen aus ſelbigen. G. S. 1822. p. 181. — preuß. Stipulationen rückſichtlich derſelben in Beziehung auf königl. weſtphäl. Unterthanen als Gläubiger. G. S. 1811. p. 220. — Zwangs-Anleihe, ehem. königl. weſtphäl., die Forderungen aus ſelbiger und den dazu gehörigen Obligationen bleiben für jetzt von der Liquidation und Feſtſetzung ausgeſchloſſen. G. S. 1827. p. 18. — ſ. auch Forderungen an den Staat. — im Jahre 1805. bei Lindenkampf und Olfers zu Münſter, Anmeldung der Anſpüche aus ſelbiger. v. K. A. 24. I. 104. — Bergiſche aus dem Jahre 1814., desgl. 24. II. 764. — ſtädtiſche, revid. Std. Ord. G. S. 1831. p. 29.

Anmeldungen, polizeiliche Beſtimmungen darüber. v. K. A. 24. III. 877. — einziehender Perſonen bei den Orts-Polizei-Behörden. 21. I. 143. — wegen des begonnenen Gewerbe-Betriebs. 21. IV. 798. — ſ. auch Fremde, Fremden-Meldezettel. ſ. übrigens auch Hypothekenanmeldung, Löſchung, Priorität.

Anmeldungsfriſt, Verlängerung derſelben für die Fideicommiß-Anwarter in den Landestheilen des ehemaligen Großherzogthums Berg, bis zum 30. April 1832. Cab. Ord. v. 29. März 1831. G. S. 1831. p. 44. — Verlängerung bis zum 30. April 1834. Cab. Ord. v. 7. April 1832. G. S. 1832. p. 128.

Annaburger Soldaten-Knaben-Inſtitut, finanzielle Auseinanderſetzung rückſichtlich deſſelben mit dem Großherzogth. Weimar-Eiſenach. G. S. 1826. (Anh.) p. 17. — Nachrichten über deſſen Einrichtung. v. K. A. 25. IV. 1125. — Erfüllung der Militair-Dienſtpflicht der in ſelbigem erzogenen und gebildeten jungen Leute. 25. III. 764. — 779. u. 31. II. 433. — Handwerks-Verhältniſſe der Militair-Zöglinge in ſelbigem, wenn ſolche in der Anſtalt ein Handwerk erlernt haben. 26. IV. 1117.

Annahme, ad depositum, ſ. Depoſitalannahme, Depoſitarien — von Geſchenken und Vermächtniſſen; ſ. Armen. — ſtillſchweigende eines Looſes — was ſie wirkt? v. K. J. XXX. 123. — Annahme der Schuldverſchreibung. — die Annahme einer, von einem Andern in der Hoffnung des Darlehns-Empfanges oder gegen mündliches Verſprechen der Darlehns-Zahlung, ausgeſtellten Schuldverſchreibung, verpflichtet ohne weitern, ſonſt erforderlichen ſchriftlichen Vertrag nicht zur Darlehns-Zahlung. S. u. Str. R. 1. Band No. 31. p. 119. — Annahme und Zurückweiſung der über die Gränze von Rußland gebrachten Individuen. Reſcr. v. 6. Jan. 34. v. K. A. 34. I. p. 28.

Annahmebriefe; ſ. Baudienſte.

Annahmegebühren; ſ. Unterſuchungskoſten.

Annahmegeld, was an, von Voll- und Halbhüfnern entrichtet wird. Lief. 2. p. 35.
ſ. auch Antrittsgelder.

Annahme-Ordre, ſ. Feſtung.

Annahme-Protokolle, ſ. Teſtamente.

Annalen der preußiſchen innern Staatsverwaltung, Verkaufspreiſe für dieſelben. v. K. A. 30. III. 714.

Annaten, von den, und zu entrichtenden Stiftsgeldern ſollen jährlich an das Potsdamſche Waiſenhaus-Directorium Berichte eingeſandt werden. C. v. 14. Jan. 1762. E. S. p. 122. III. ſiehe St. B. p. 251. Th. 3.

Amneſtie, Anſpruch auf ſelbige, ſ. Kartel-Konvention, auch Abolition.

Annotationen, von Beweiskraft der, R. v. 4. Oct. 1693. E. S. II. I. No. 80. c. D. v. 23. Sept. 1726. No. 238. H. B. VII. 77.

Annullirung, ſ. Nichtigkeitsbeſchwerde, Nullität und Schiedsrichterliches Urtheil.

Anſchläge; ſ. Bauwerke.

Anſchlag; ſ. Subhaſtationspatent.

Anſchlagezettel, öffentliche, müſſen zuvor mit dem polizeilichen Zenſur-Stempel verſehen ſein. v. K. A. 17. IV. 211. — 20. II. 269.

Anſchreiben; ſ. Vorladung.

Anſiedelungen (Niederlaſſungen) in dem Königreiche Polen, Beſchluß des Adminiſtrationsraths über dieſelben, v. 28. Apr. (10. Mai) 1833. v. K. A. 33. I. 246—249. — in den Städten, ſiehe Niederlaſſungen. — von Ausländern, Königl. Sächſ. Mandat über dieſelben. v. K. A. 31. II. 503. — ſiehe Niederlaſſungen und Wohnſitz.

Anſiedler; ſ. Urkunden.

Anſprüche (Kaſſen-); ſ. Vorladung u. Verwaltungs-Anſprüche, auch Anſtellung und Beſitztitel, desgl. Fütterungskoſten. — (Civil-); ſ. Beſtechung, Gewerbeſteuer-Kontravention.

Anſtalten (Inſtitute), öffentliche, in wie weit ſolche von der Sektion der allgemeinen Polizei im Miniſter. d. Innern reſſortiren. G. S. 1808. p. 363. — 1810. p. 10. — 1814. p. 43. (ſ. a. Miniſterien.) — und gemeinnützige, in wie weit deren Etats-Kaſſen- und Rechnungsweſen z. Prüfung und Beſtätigung der Regier. gehört. G. S. 1817. p. 261. — für mehrere Regierungsbez. der Provinz eingerichtet, reſſortiren v. d. Oberpräſid. G. S. 1826. p. 1. — letztere können deren ſpecielle Verwaltung einer Regierung delegiren. G. S. 1826. p. 1. — gemeinnützige, Ertheilung der

Staatsgenehmigung zu deren Gründung, Erweiterung, Umänderung oder Aufhebung, durch die Oberpräſid. G. S. 1826. p. 4. — unter der Verwaltung der Regierungen oder Provinzial-Schulkollegien ſtehend, Wahrnehmung deren Gerechtſame bei bäuerlichen Regulirungen, Separationen, Ablöſungen ꝛc. G. S. 1817. p. 168. 172. — 1826. p. 10. u. 11. — Ausübung des Executionsrechts für ſelbige rückſichtlich der mit Privatperſonen abgeſchloſſenen Verträge. G. S. 1826. p. 11. — große, öffentliche Genehmigung zur Anſtellung der Oekonomie-Directoren für ſelbige von Seiten der Ober-Präſid. G. S. 1826. p. 4. — Verwendung deren Kapitalien zum Ankaufe von Staats-Schuldſcheinen. G. S. 1821. p. 46. — in Oſtpreußen, Belegung deren Güter mit Pfandbriefen. G. S. 1808. p. 382. — milde und fromme, ſ. Stiftungen. — welche unter Aufſicht der Regierung ſtehen, deren Verpachtung, Verſteigerung oder Vermiethung. v. K. A. 18. I. 78. — zur Handhabung der Sicherheit. 18. I. 287. — ſ. auch Armen-Anſtalten und Stiftungen. — (und Einrichtungen) öffentliche, hinſichts deren Anlegung und Herſtellung ſoll gegen die Kommunen mit möglichſter Schonung verfahren werden. 31. I. 100. f. — öffentliche, ſichere Unterbringung der denſelben gehörigen Kapitalien. 32. III. 611. — ſtädtiſche, ſtehen mit ihrem Vermögen unter der Aufſicht der Stadtgemeinen. G. S. 1808. p. 331. Beiträge für ſelbige, von Seiten der Schutzverwandten. G. S. 1809. p. 624. — desgl. von den Staatsbeamten durch beſtimmte Gehalts-Prozente, ebendaſ. — ſtädtiſche, zu deren Unterhaltung können die mit den Städten zu vereinigenden Beſitzer und Einwohner nicht herangezogen werden, wenn ſie davon keinen Nutzen ziehen. v. K. A. 32. II. 433.

ſiehe übrigens Gemüthszuſtand, Grundſtücke, Transportkoſten, Unterſuchungskoſten.

Anſtellungen, im Civildienſte, Befugniſſe der Regierungen zu ſelb. G. S. 1808. p. 490. f. — 1817. p. 255. f. — 1826. p. 9. — Sportel-Anwendung bei ſelbigen. G. S. 1825. p. 130. — Unfähigkeit zu ſelbigen in Beziehung auf nicht geleiſtete Militairdienſte. G. S. 1815. p. 36. 44. — zu ſelbigen werden Studenten für unfähig erklärt, wenn ſie ſich auf Univerſitäten geheimer und burſchenſchaftl. Verbindungen ſchuldig machen. G. S. 1824. p. 122. — ſollen Theilnehmer und Beförderer demagogiſcher Umtriebe nicht erhalten. G. S. 1822. p. 108. — ſiehe burſchenſchaftl. Studenten-Verbindungen und demagogiſche Umtriebe. — bei ſelbigen ſollen die Regierungen auf Wartegeldsempfänger, vorm. Militair-Freiwillige und auf die höhern Orts empfohlenen Subjekte vorzüglich Rückſicht nehmen. G. S. 1817. p. 255. f. — Berückſichtigung der Militair-Invaliden bei ſelbigen. G. S. 1808. p. 178. 491. — 1809. p. 574. — 1817.

p. 255. f. — darauf ſollen die Ober-Präſidenten beſondere Aufmerkſamkeit richten und die Behörden darin kontrolliren. G. S. 1826. p. 3. — der aus dem Kriegsdienſte zurückkehrenden Civilbeamten. G. S. 1816. p. 91. — Anſprüche auf ſelb. werden beſonders durch freiwillige Militairdienſte in den Kriegen von 18$^{13}/_{15}$ erworben. G. S. 1813. p. 14. 17. — 1815. p. 36. 44. — 1817. p. 255. — Anſprüche der Gensdarmerie auf ſelb. G. S. 1821. p. 4. — in der Gensdarm. G. S. 1821. p. 2. 3. — der Subalternen-Beamten der Juſtizbehörden, Verfahren bei ſelbigen. G. S. 1828. p. 6. — auf die vom Juſtiz-Miniſter beſonders deſignirten und empfohlenen Subjekte iſt vorzüglich Rückſicht zu nehmen. G. S. 1828. p. 6. — in ſtädtiſch. Stellen, Berückſichtigung der Militair-Invaliden bei ſelbigen. G. S. 1820. p. 79. ſiehe auch Invaliden. — Wiederanſtellung der in den wiedereroberten und neuen Provinzen vorgefundenen und auf Wartegeld oder Penſion geſetzten und noch zum Dienſte qualificirten Officianten, und Benachrichtigung des Oberpräſidenten der Provinz von jeder Anſtellung eines auf Wartegeld ſtehenden Juſtizbedienten. Reſcr. v. 26. Oct. 1818. v. K. J. XII. 278. — Vorzugsweiſe Beſetzung vacanter Stellen durch die auf Wartegeld ſtehenden Beamten und ſolche, die zu ihrem Dienſteinkommen wegen früherer Verhältniſſe aus der Cab. Ord. v. 1. Aug. 1817 und 3. Juli 1818 perſönliche Zulagen in Anſpruch zu nehmen berechtigt ſind oder ſchon erhalten haben. Reſcr. v. 24. Mai 1819. XIII. 275. und 31. Jan. 1821. XVII. 90. — Inſtruction des Finanzminiſterii wegen Wiederanſtellung der in den wiedereroberten und neuen Provinzen vorgefundenen und auf Wartegeld oder Penſion geſetzten und noch zum Dienſte qualificirten Officianten, v. 28. Sept. 1818. nebſt Reſcr. des Juſtizminiſterii v. 26. Oct. 1818, 24. Mai und 5. Juli 1819. XIV. 29. 39. 40. — Benachrichtigung der Univerſitäten von der amtlichen Anſtellung der ehemaligen Studirenden, welchen auf den Grund des §. 141. des erſten Anhangs zum A. L. R. bis zu beſſern Vermögensumſtänden die Honorare geſtundet worden. Reſcr. v. 15. Oct. 1821. XVIII. 29. 278. — Dem Juſtizminiſter iſt das Recht beigelegt worden, in Abſicht derjenigen Beamten, welche von demſelben in den Rheinprovinzen ernannt worden, in einzelnen Fällen nach Bewandtniß der Umſtände von den geſetzlichen Beſtimmungen über das für ſolche Beamte bei gültiger Ausübung ihrer Dienſtverrichtungen nothwendige Alter zu dispenſiren. Cab. Ord. v. 3. und Reſcr. v. 30. Sept. 1822. XX. 93. 94. — Die Nachweiſungen der angeſtellten Juſtizofficianten und Wartegelderofficianten, welche dem Herrn Fürſten Staatskanzler in Beziehung auf einen ſpeciellen Befehl deſſelben einzureichen geweſen ſind, fallen bis auf weitere Beſtimmung fort. Reſcr. v. 17. Jan. 1823. XXI. 35. — Die bei der Cadettenanſtalt

zu Berlin ſtehenden Repetenten ſollen durch fünfjährige Dienſtzeit in dieſem Verhältniſſe Anſpruch auf Anſtellung im Staatsdienſte nach ihren Fähigkeiten erlangen. Cab. Ord. v. 23. Sept. 1824. XXIV. 139. u. v. K. A. 25. III. 570. — Die Veränderungen beim Beamten-Perſonale ſollen nicht einzeln, ſondern monatlich durch das Amtsblatt bekannt gemacht werden. Reſcr. v. 18. Febr. 1825. v. K. J. XXV. 104. — Wenn die Qualification eines als Gerichtsboten anzuſtellenden Subjects nicht ganz außer Zweifel iſt, ſo ſoll die definitive Anſtellung nur erſt nach einer dreimonatlichen Prüfungszeit erfolgen. Reſcr. v. 28. März 1825. XXV. 104. — Anſtellung der Gensd'armen im Civildienſte. Reſcr. v. 2. April 1825. v. K. J. XXV. 239. u. v. K. A. 25. III. 562. — Grundſätze in Betreff der Wiedereinziehung oder Belaſſung von Penſionen oder Wartegeldern ſolcher mit Verſorgungsanſprüchen verſehenen Militairperſonen und Beamten, welche wieder angeſtellt oder beſchäftigt werden. Schreiben des Staatsminiſterii vom 27. und Verfügung des Juſtizminiſterii v. 30. Dec. 1826. v. K. J. XXVIII. 309.

ſ. Acceſſiſten, Advocatanwälte, Auditeure, Auskultatoren, Geheime und geſetzwidrige Verbindungen, Inaktivitätsgehalt, Juſtitiarien, Juſtizofficianten, Militair-Wartegeld, Normaletat, Penſionsfond, Rechnungsweſen, gerichtliches, Stempelvertheiler, Triennium academicum, Unterbeamten, Wartegeld.

Anſtellungen, im Königlichen Staats-Dienſte, Auswahl der nächſten Verſorgungsberechtigten zu ſelbigen. v. K. A. 25. I. 12. — IV. 824. 857. seq. — Genehmigung der Miniſterien zu ſelbigen. 24. I. 2. — Beibringung der Militair-Entlaſſungsſcheine bei ſelbigen. — 25. III. 562. — ſollen vor Genügung der Militairpflicht nicht erfolgen. 23. II. 417. — Vorzugsweiſe Berückſichtigung der Wartegelds-Empfänger bei ſelbigen. 19. I. 11. — Nachweis des Verſorgungs-Anſpruchs bei der erſten Gehaltszahlung. 25. I. 13. — IV. 856. — bei ſelbigen muß auf die von den Miniſterien empfohlenen oder dazu beſtimmten Subjekte beſonders Rückſicht genommen werden. 20. I. 42. — 25. IV. 824. — im Civildienſte, können Militairperſonen welche als ſolche noch im Dienſte ſtehen, nicht nachſuchen. 21. II. 285. — ſollen Militair-Perſonen, welche dazu unfähig erklärt ſind, nicht erhalten. 19. I. 7. — Anſprüche auf ſelbige von Seiten der als Offiziere angeſtellten Freiwilligen. 23. IV. 764. — desgl. derjenigen Freiwilligen, welche als Offiziere eingetreten, hiernächſt aber wieder ausgeſchieden ſind. 22. IV. 841. — Bekanntmachungen rückſichtlich derſelben an die noch im Dienſte befindlichen Militair-Perſonen. 23. IV. 765. — Anſprüche derjenigen Individuen auf ſelbige, welche in den Krie-

gen von $18^{13}/_{15}$ bei alliirten Truppen gedient haben. 22. III. 567. — rückſichtlich derſelben können jüdiſche Glaubensgenoſſen wegen freiwilliger Theilnahme an den letzten Feldzügen keine Anſprüche geltend machen. 26. IV. 941. — Anſprüche der Lazareth- und Magazin-Offizianten auf ſelbige. 18. I. 4. — als Polizeiräthe und Aſſeſſoren, können ohne Miniſterial-Genehmigung von Seiten der Regierungen nicht erfolgen. 20. I. 42. — der Regierungs-Referendarien, ſiehe Referendarien. — als Feldmeſſer. 20. I. 7. — IV. 699. — der Unterbeamten, auf beſchränkte oder unbeſchränkte Kündigung. 20. II. 221. — 26. IV. 951. — niederer Polizei-Beamten auf Probezeit. 23. I. 98. 99. — eigener Gefangenwärter, neben den Polizeidienern, in Weſtphalen. 18. I. 123. — einſtweilige, wiſſenſchaftlich gebildeter junger Männer, in den Subalternen-Büreaux und im Rechnungsfache, mit Ausſicht auf hiernächſtige Verſorgung, können nicht ſtatt finden. 22. III. 565. — 23. 762—764. — bei Inſtituten, welche keine Zuſchüſſe aus Staatskaſſen erhalten. 24. I. 3. — beim Poſtweſen. 22. III. 587. — bei landſchaftlichen Kredit-Inſtituten, ohne Berückſichtigung der vom Staate anerkannten Verſorgungsberechtigten. 25. III. 570. — bei ſelbigen (und in Kommunal-Aemtern) müſſen franzöſiſche Militair-Penſionairs auf ihre Penſion Verzicht leiſten. 23. I. 16. — bei ſelbigen darf außer den gewöhnlichen Stempel- und Kanzlei-Gebühren kein Sportuliren ſtattfinden. 21. II. 289. — 25. III. 593. — 26. I. 6. — Anwendung der Stempel in dergleichen Angelegenheiten. 23. IV. 790. — 24. III. 708. — von ehemaligen freiwilligen Militairs nachgeſucht, die denſelben ertheilten Reſolutionen gehen koſten- und portofrei. 20. IV. 698. — halbjährliche Nachweiſungen darüber. 20. III. 458. — im Lehrfache, ſiehe Lehrer, Schulen und Univerſitäten. — in ſtädtiſchen Unterbedienten-Stellen, Berückſichtigung der Militair-Invaliden bei ſelbigen. 21. III. 648. — 22. IV. 913. 914. — 24. II. 460. seq. — 26. III. 761. — in ſtädtiſchen Aemtern, der früher mit Strafen belegten Bürger. 24. II. 460. — ſiehe auch Staatsdiener, Subalternen-Beamte, Polizei-Sergeanten, Invaliden, Stadtämter, ꝛc. — in Regierungs-Subalternen-Stellen, allgemeine Vorſchriften für ſelbige. 27. IV. 866 — 872. — bei ſolchen ſind überzählige Beamten, Wartegeldsempfänger, Militair-Verſorgungsberechtigte und 9 Jahr gediente Unteroffiziere vorzüglich zu berückſichtigen. 27. IV. 869. seq. — im Civildienſte nach neunjähriger Dienſtzeit als Unteroffiziere ꝛc. die darüber ergangenen Beſtimmungen finden auf Poſten keine Anwendung wozu der Civil-Verſorgungsſchein erforderlich iſt. 27. III. 604. — im diplomatiſchen Fache, Erforderniſſe zu ſelbigen. 27. I. 12. — von Militairperſonen im Civil- oder Kommunaldienſte, Einſendung jährlicher Nach-

weiſungen über ſelbige. 27. I. 21—25. — in Kommunal=Aemtern, bei ſelbigen behalten Civil=Penſionairs ihre vom Staate bewilligten Penſionen nicht aber Militair=Penſionairs. 27. II. 350. 352. — im Schulfach, ſiehe Lehrer und Schullehrer — ſiehe auch Civil=Supernumerarien. — im Königl. Staatsdienſte, Berückſichtigung der, von des Königs Majeſtät dazu ohne Verſorgungs=Anſprüche beſtimmten Individuen. 28. II. 270. seq. — Feſtſtellung der Anſprüche der Militairperſonen auf ſelbige. 28. IV. 947. — Anſprüche der, vor vollendeter funfzehnjähriger Dienſtzeit penſionirten Offiziere. 28. IV. 947. — Kommunal=Beamte haben als ſolche keine Anſprüche darauf, in ſo fern letztere nicht ſchon früher anderweitig vorhanden geweſen ſind. 28. II. 274. — III. 629. — auch frühere Verhältniſſe als Domainen=Pächter geben dergleichen Anſprüche nicht. 28. III. 629. Siehe auch: Civil=Supernumerarien, Invaliden, Militair=Freiwillige, Referendarien, Regierungs=Subalternen=Stellen, Unteroffiziere. ꝛc. — Anſprüche der penſionirten Offiziere. 29. I. ff. II. 210. Berückſichtigung der von des Königs Majeſtät mit Verſorgungs=Anſprüchen begnadigten Individuen nach deren Qualifikation. 29. IV. 755. — Stempelfreiheit der bei ſelbigen ergangenen amtlichen Verfügungen. 30. I. 45. — im Civildienſte, auf ſechsmonatliche Probezeit. 30. I. 2. — qualifizirter Civil=Supernumerarien auch außer den Regierungs=Büreaux. 30. I. 2. (ſ. auch Civil=Supernumerarien.) Nachweiſungen von denſelben in beſonderer Beziehung auf verſorgungsberechtigte Militairperſonen. 31. I. 49. — im Königl. Forſtdienſte, allgemeine Vorſchriften für dieſelben. 31. I. 23—27. — von Civil=Supernumerarien; ſiehe dieſe. — im Civildienſte, zu ſolchen können auch Nichtberechtigte gelangen, wenn keine Anſtellungsberechtigte mit hinlänglicher Qualifikation zu ermitteln ſind. 33. I. 34. — der Ausländer. Cirk. Reſcr. v. 14. Febr. 1834. — 34. I. 1. — R. v. 4. Apr. 1834., denſelben Gegenſtand betr. 34. I. 2. — der Geiſtlichen und Schulbeamten, ſiehe demagogiſche Umtriebe. — und der Kommunal=Unterbeamten, ſ. letzt. — Anſtellung der Militairs nach neunjähriger Dienſtzeit. — Wenn keine, Wartegeld beziehende, Officianten oder zu dergleichen Verſorgungen berechtigte Individuen mehr vorhanden ſind, ſo ſollen Kanzelliſten= und untere Calculatorenſtellen vorzüglich, und nach abgelegter Prüfung ihrer Fähigkeit, aus den Unterofficieren, Feldwebeln und Wachtmeiſtern der Armee, welche neun Jahre gut gedient haben, beſetzt und dem Juſtizminiſterio (nachher dem Königlichen Staatsminiſterio) am Schluſſe eines jeden Jahres ein Verzeichniß ſolcher erledigten und beſetzten Stellen eingereicht werden. Reſcr. v. 11. Aug. und 29. Oct. 1820. v. K. J. XVI. 11. 13. und v. 22. Juni 1821.

XVII. 274. — u. v. K. A. 20. III. 455. IV. 695. 698. 21. III. 510. — Zwiſchen denjenigen Individuen, welche den Krieg gegen Frankreich als Freiwillige mitgemacht haben, und denjenigen, welchen als neunjährig gedienten Unterofficieren Kanzelliſten- und untere Calculatorenſtellen verliehen werden ſollen, entſcheidet die Qualification über den Vorzug der Anſtellung. Reſcr. v. 16. Oct. 1820. v. K. J. XVI. 14. — u. v. K. A. 29. I. 8. — Die neunjährige Dienſtzeit, durch welche die Anſprüche gut gedienter Unterofficiere, Wachtmeiſter und Feldwebel auf Kanzelliſtenſtellen bedingt worden, iſt in der Cab. Ord. v. 7. Aug. 1820 nicht ausdrücklich auf eine neunjährige Dienſtzeit als Unterofficier eingeſchränkt, vielmehr kann bei deren Berechnung eine Dienſtzeit von 3 Jahren, die in der Regel als Soldat zugebracht werden muß, in Anrechnung gebracht werden. Reſcr. v. 15. Jan. 1823. v. K. J. XXI. 36. — Die einjährigen Freiwilligen, welche nach Beendigung der einjährigen Dienſtzeit weiterdienen wollen, um in Gemäßheit der Cab. Ord. v. 7. Aug. 1820. bei ihrer etwanigen Beförderung zu Unterofficieren ꝛc. Anſprüche auf eine Kanzelliſten- oder Untercalculaturſtelle zu erlangen, haben nur noch 6 Jahre zu dienen, um in den Beſitz dieſer Anſprüche zu treten. Concluſum des Staatsminiſterii vom 5. Juni 1825. v. K. J. XXV. 237. u. v. K. A. 25. III. 763. — Die Beſtimmungen der Circ. Verf. v. 11. Aug. 1820, wonach künftig, und wenn keine, Wartegeld beziehende, Officianten, oder zur Verſorgung im Civildienſte berechtigte Individuen mehr vorhanden ſind, Kanzelliſten- und untere Calculaturſtellen vorzüglich, und nach abgelegter Prüfung ihrer Fähigkeit, aus den neun Jahre gut gedienten Unterofficieren (Feldwebeln und Wachtmeiſtern) der Armee beſetzt werden ſollen, leiden auch auf Regiments-Trompeter, Regiments- und Bataillons-Tambours und Horniſten Anwendung. Reſcr. v. 27. Mai 1825. v. K. J. XXV. 238. — u. v. K. A. 25. II. 289. — verſorgungsberechtigter Militairperſonen in ſtädtiſchen Subalternen-Stellen und Kommunaldienſten v. K. A. 29. III. 552. — in ſtädtiſchen Unterbedienten-Stellen mit Berückſichtigung der Militair-Verſorgungs-Berechtigten und ohne ſolche, bei Stellen milder und frommer Stiftungen. 29. IV. 853. — ſ. auch Civil-Supernumerarien, Militair-Invaliden, Nicht-Kombattanten, Unteroffiziere. ꝛc. — von Unteroffizieren im Civildienſte nach neunjähriger Militairdienſtzeit, Verfahren bei ſelbigen. 30. III. 477. — im Civildienſte, Berechtigung der im Militair neun Jahr gedienten Trompeter und Pauker dazu. 32. I. 46. — Hautboiſten gehören nicht in dieſe Kategorie; ebendaſ.

Anſtellungs-Berechtigte; ſ. Hülfsarbeiter.

Anſtellungs-Nachweiſungen, jährliche, deren Ein-

ſendung an das Miniſterium der Geiſtlichen, Unterrichts- und Medicinal-Angelegenheiten. v. K. A. 28. I. 82—92.

Antheil; ſ. Denuncianten-Antheil, fiskaliſche Strafen, Gerichtsbarkeit, Pupillengüter, Subhaſtation. — (Gold-) ſ. Gehalt.

Antichreſis. Zur Gültigkeit eines antichretiſchen Vertrages iſt deſſen richterliche Beſtätigung und Eintragung nothwendig. A. L. R. I. XX. 99. 100. 139—156. 225—242. A. G. O. II. 1. 3. II. III. 14. Das Darlehn wird unter der dritten Haupt-Rubrik gehörigen Orts, das getroffene Abkommen ſelbſt aber unter der zweiten Haupt-Rubrik bemerkt. H. O. Tit. 1. §. 53. p. 14.

Antiquare, Gewerbſchein-Ertheilung an ſelbige auf Genehmigung der Regierung. G. S. 1811. p. 275. f. — deren Qualifikation zur Betreibung ihres Gewerbes. v. K. A. 17. I. 207. — und polizeiliche Erlaubniß hierzu. 33. IV. 1046. — ſ. auch Buchhändler.

Antiquitäten; ſiehe Alterthümer.

Antrag; ſ. Klage, Penſion.

Antretung der Erbſchaft; ſ. Erbſchaftsantretung, Erbfolge.

Antritts-Geld bei der Wittwen-Caſſe, wird nicht mehr gezahlt. Cab. O. v. 27. Febr. 1831. G. S. 1831. p. 3. — ſ. auch Wittwen-Verpflegungs-Anſtalt. — (Annahmegeld, Laudemien-Weinkauf,) in wie weit ſolches die Gutsherren von bäuerlichen Beſitzern fordern können. G. S. 1825. p. 80. 99. 116. — ſ. a. Laudemien.

Anverwandte, hülfsbedürftige, Aufbringung der Verpflegungskoſten für ſelbige. v. K. A. 27. II. 468. — ſ. übrigens Arme.

Anwärter; ſ. Fideikommißkapital, Agnaten, Lehns-Anwarter, Senioratsgut.

Anwalte, Cab. O. v. 31. Oct. u. Cirk. R. v. 16. Novbr. 1831, betr. die Diſpenſation derſelben vom Kriegsdienſte. v. K. J. XXXVIII. 389. u. v. K. A. 31. IV. 895. — deren Rechnungen genießen Stempelfreiheit, ſ. letzt.
ſiehe auch Advokatanwälte, Inſinuation, Inſtructionstermin, Prozeßvollmacht, Vollmacht.

Anweiſungen, von, A. L. R. I. XVI. 251—299. kaufmänniſchen II. VIII. 1250—1304. — von den Rechten und Verbindlichkeiten des Aſſignanten und Aſſignatarii. Lief. 2. p. 31. u. 32. — Von Präſentation der Anweiſung, in welcher ein Zahlungstermin beſtimmt iſt. A. L. R. II. VIII. §. 1272.; ſ. J. M. II. 30. und V. 33. — welche Nicht-Kaufleute ausſtellen, ſ. Decl. wegen der Stempflichtigkeit der kaufmänniſchen, und der Wechſel, v. 2. März 1814. G. S. 13. IV. R. A. B. 133. IV. v.

16. März 1814. p. 152. P. A. B. 122. K. A. B. 140. 185. wegen Erſtattung der doppelt bezahlten Wechſelſtempelgefälle, R. v. 21. Apr. 1814. R. A. B. 289. IV. — Von der Stempelpflichtigkeit der in Briefform ausgeſtellten kaufmänniſchen, R. A. B. 391. IV. K. A. B. 297. u. 282. — unverzinsliche und au porteur laufende, auf die Vermögens- und Einkommenſteuer, Präkluſions-Termin für ſelbige. G. S. 1820. p. 72. — ſ. auch Vermögensſteuer. — kaufmänniſche, Vorſchriften für deren Stemplung. G. S. 1814. p. 13. — 1816. p. 138. — 1822. p. 66. 74. 87. — ſ. auch Wechſel u. Bank-Aſſign. — Stempelgebrauch zu ſelbigen. v. K. A. 28. III. 661. — Zeitbeſtimmung der Präſentation, Acceptation und Zahlung, ſo wie der Einlegung des Proteſtes in den Meſſen, ſ. Naumburg. — auf Gehalte öffentl. Beamten. R. v. 26. Apr. 1831. v. K. J. XXXVII. 328.

ſ. überhaupt Porto, Publikanda, Rechnungsbeläge, Wechſel, Wechſelproteſte.

Anwerberecht, vom, im Mindenſchen. St. B. p. 288. XI.

Anzeigen, wegen, ſoll niemals auf die ordentliche harte Strafe erkannt werden. V. v. 15. Jan. 1776. E. S. p. 19. VI. ſ. Kl. Annalen. p. 135. II. und Cabinets-Ordre v. 27. Jun. und 4. Aug. 1754. H. B. IV. 202. — peinliche, was darunter zu verſtehen? Cr. Ord. §. 277. Von nahen Anzeigen, und der Stärke derſelben, §. 398. — öffentliche, ſ. Bekanntmachungen und Amtsblätter.

ſ. auch Publikationsbericht, Strafe, Winkelärzte.

Anzeiger, öffentlicher, als Beilage für die Regierungs-Amtsblätter, deſſen Einrichtung und Beſtimmung. G. S. 1811. p. 166. — 1819. p. 149. — ſ. auch Amtsblätter.

Apotheken, neue, Beſtimmung über deren Anlegung nach der Verordn. v. 24. Okt. 1811. G. S. 1811. p. 359. — Entſchädigung der bis dahin beſtandenen, wenn der Vortheil des Ganzen die Anlegung neuer, erfordert. G. S. 1811. p. 360. — in wiefern mit ſelbigen in kleinern Städten Gewürzkram oder Materialhandel verbunden ſeyn dürfe, beſtimmen die Polizei- und Medizinal-Deputationen der Regierungen. G. S. 1811. p. 360. — zu deren Anlegung ertheilen die Ober-Präſidenten die Konzeſſionen. G. S. 1826. p. 4. Sportel-Anwendung bei der Genehmigungs-Ertheilung zur Anlegung derſelben. G. S. 1825. p. 131. — desgl. für Feſtſetzung der Liquidationen derſelben. G. S. 1825. p. 133. — Die Klage auf Schließung einer neu errichteten Apotheke eignet ſich nicht zum gerichtlichen Verfahren; dagegen kann die Frage: ob der Kläger eine Entſchädigung durch Ablöſung der Apothekergerechtigkeit zu fordern befugt ſey, nicht von der richterlichen Cognition ausgeſchloſſen werden; die Regulirung der Entſchädigung gehört

aber, wenn die Präjudicialfrage: ob Kläger Entſchädigung fordern könne, zu ſeinem Vortheile entſchieden worden, zum Reſſort der Polizeybehörden. Reſcr. v. 4. Febr. 1817. v. K. J. X. 219. — Wenn die Apotheke nur auf den Grund eines Gewerbeſcheins angelegt, die Fortdauer derſelben alſo von deſſen Ertheilung abhängig iſt, ſo kann ſie nicht in die Hypothekenbücher eingetragen werden. Reſcr. v. 29. April 1820. XV. 287. — Die Gerichte ſind angewieſen, bei allen Subhaſtationen und Veräußerungs-Verträgen über Officinen die Beſitzfähigkeit des Erwerbers nach Tit. I. §. 2. der Apotheker-Ord. gehörig zu prüfen. Reſcr. v. 2. Dec. 1822. XX. 266. — Publ. das, -Weſen überhaupt, und in den vormaligen ſächſiſch. Landestheilen des Departements der Reg. zu Frankf. a. d. O. betr. N. A. B. 47. VII. K. A. B. 19. — Konzeſſions-Ertheilung zu deren Anlegung. v. K. A. 23. IV. 992. — Fortſetzung oder Verkauf derſelben überhaupt. 24. III. 923. 927. — Anlegung und Uebernahme derſelben. 24. IV. 1180. — dürfen nicht verpachtet werden. 21. II. 457. — privilegirte, Vererbpachtung derſelben. 24. II. 611. — Stempelgebrauch bei den Verkäufen der Berechtigungen zu ſelbigen. 25. I. 61. — Haltung des Flittnerſchen Giftbuchs in ſelbigen. 23. IV. 995. — in ſelbigen darf kein Branntwein oder Wein geſchenkt, auch kein Taback geraucht werden. 18. I. 195. — IV. 1161. — 22. II. 437. — wo erſteres nachgegeben iſt. 20. IV. 897. — in ſelbigen ſollen Aerzte ꝛc. keine Rezepte ſchreiben. 18. I. 197. — was bei deren Viſitationen zu berückſichtigen iſt. 20. I. 127. — II. 325. — 25. II. 472. — Anſchaffung der dazu erforderlichen series medicaminum. 22. II. 434. — die durch deren Viſitationen veranlaßten Koſten ſollen auf den Regierungs-Diäten-Fonds angewieſen werden. 18. I. 198. — die Koſten für außerordentliche Viſitationen und Nachreviſionen müſſen die Apotheken-Beſitzer ſelbſt tragen. 18. I. 198. — 25. II. 473. — Gebühren-, Diäten- und Reiſekoſten-Sätze der Medizinal-Beamten für deren Abhaltung. 18. I. 198. — 20. I. 123. — II. 326. — 25. II. 472. — Gebühren-Sätze für ſelbige im Wohnorte der Medizinal-Beamten. 26. I. 212. — II. 449. — rückſichtlich der letztern finden ſolche auf die Regierungs-Medizinalräthe keine Anwendung. 26. II. 450. — Remuneration der Phyſiker für deren Viſitation. 24. I. 286. — Verkauf der Arzeneien in denſelben nach der neuen Series medicaminum. 32. I. 244. — in wieweit der Verkauf geiſtiger Getränke in denſelben ſtatt finden darf. 32. I. 251.

Apotheker, A. L. R. II. VIII. 456—474. — wie ſolche zu vereiden. C. C. V. IV. I. p. 67. Apotheker-Taxe von 1715. p. 78. was die, führen ſollen. V. v. 12. May 1725. p. 241. Rgl. v. 22. Jul. 1712. V. IV. I. No. 13. die olea destillata ſollen die Apotheker ſelbſt verfertigen. C. v. 21. Nov. 1777. p. 3539. VI. —

ſollen den practiſirenden Aerzten keine ſogenannten Weinachts⸗geſchenke machen. V. v. 17. Nov. 1798. p. 1790. X. auch keine Kuckelskörner verkaufen. C. v. 20. Dec. 1798. p. 1834. X. C. die Prüfung der Apotheker und Chirurgen in kleinen Städten betr. v. 3. Apr. 1771. p. 77. V. a. — Revidirtes Hofapotheker⸗Regl. v. 7. Jun. 1725. V. IV. I. No. 31. v. 23. Nov. 1763. p. 333. III. nur gelernte, können als Licitanten auf eine Apotheke admittirt werden. C. v. 28. Febr. 1774. p. 97. V. d. — V. deren Verhalten bei Verfertigung der Recepte betr. v. 29. Apr. 1769. p. 3127. VI. kein Arzt ſoll eine Medizin⸗Apotheke acquiriren. E. O. v. 28. Febr. 1786. p. 43. VIII. — ſollen bei Aufbewahrung und Verabfolgung der Giftwaaren ſorgfältig verfahren. R. v. 12. Jul. 1758. — die in ihren Officinen gebrauchten Vasa von Zinn mit Bleyzuſatz abſchaffen, und an deren Stelle andere aus reinem Zinn oder von Porcellan, es ſey ächt oder Fayance anfertigen laſſen. V. v. 1. Sept. 1769. zur Limatura Martis kein anderes als dazu beſonders gefeiltes reines Stahl nehmen. Die Feilſpähne von der Schloſſerarbeit ſind, weil darunter oftmals Abgänge von Kupfer und Meſſing ſich befinden, nicht tauglich. Pat. ad dom. des Ob. Coll. Med. v. 10. Nov. 1780. ſich ein Herbarium vivum über alle officinelle Pflanzen und Kräuter anſchaffen, auch dafür ſorgen, daß deren Geſellen und Lehrburſchen ſich daraus eine nähere Kenntniß derſelben und mit der Zeit ſelbſt ein dergleichen Herbarium vivum anſchaffen. V. v. 26. Sept. 1782. keine Purgantia noch Vomitoria und namentlich keine Essentia Jalappae ohne ein gehörig von approbirten Medicinal⸗Perſonen verſchriebenes Recept verabfolgen laſſen. V. v. 11. Jul. 1784. Die Magnesia alba oder Magnesia nitri iſt aus den Apotheken abgeſchafft, und muß ſtatt derſelben die im neuen Dispensatorio Borusso Brandenburgico verſchriebene Magnesia salis avari vorräthig gehalten und dispenſirt werden, wenn ſie auch unter dem Namen Magnesia alba oder Magnesia nitri verſchrieben worden. C. des Ober⸗Coll. Med. v. 28. Jul. 1786. — Wie bei Viſitation der Apotheker zu verfahren. Inſtr. v. 12. März 1786. ſ. Sammlung der zu verſchiedenen Zeiten an die Apotheker von dem Ober⸗Collegio Medico erlaſſenen wichtigſten Verordnungen. Berlin 1793. — Ordnung für die, v. 11. Okt. 1801. E. S. p. 555. XI. Auszug aus derſelben. St. B. p. 353. XIV. — Regl. die Debitirung der Medizinal⸗Waaren von Apothekern und Materialiſten betr. v. 19. Jan. 1802. E. S. p. 750. XI. — Wie es mit Prüfung derſelben zu halten, beſtimmt das Reglement v. 1. Febr. 1798. — ſiehe die Fortſetzung der vorbemerkten Sammlung p. 79. — Jeder, und jeder ausübende Arzt des Orts, welcher überwieſen werden kann, daß er den Aerzten Geſchenke angeboten, oder letzterer von jenem angenommen hat, ſoll für jeden

Fall in 20 Rthl. fiskaliſche Strafe zu dem gewöhnlichen Straffond verfallen ſeyn, und dem Denuncianten die Hälfte dieſer Strafe als Denuncianten-Antheil bezahlen. Iſt der Arzt der Phyſikus des Orts, ſo verliert er zugleich die Oberaufſicht über einen ſolchen Apotheker, und das Recht, die Apotheke des Geſchenkgebers alle 3 Jahre zu viſitiren, mit allen davon abhangenden Emolumenten und Vortheilen. Die Apotheke eines ſolchen Apothekers ſoll ſogleich auf ſeine Koſten durch den nächſten Phyſikus des Orts außerordentlich viſitiret, und ihm ſollen auch die Koſten der gewöhnlichen 3jährigen Viſitation in ſo fern zur Laſt gelegt werden, als ſie diejenigen überſteigen, welche die gewöhnliche Viſitation durch den Phyſikum des Orts verurſacht haben würde. V. v. 17. Nov. 1798. E. S. p. 1790. X. — V. wie die, ſich bei Zubereitung der Recepte, K. A. B. 229. I. und bei dem Debit der Arzenei-Waaren zu richten haben, Rgl. v. 19. Jan. 1802. K. A. B. 157. II. V. wegen Controllirung der Deſtillirblaſen der, p. 35. Landchirurgen haben die Erlaubniß, kleine Hausapotheken zu halten, R. v. 23. Apr. 1811. P. A. B. 11. I. K. A. B. 59. — die, -Taxe, neue, iſt ſeit dem 1. Dec. 1815. eingeführt, und tritt bei Contraventionen dagegen die im Medicinal-Ed. v. 1725. V. IV. I. No. 32. feſtgeſetzte Strafe v. 25 Rthl. ein. P. A. B. 459. V. — dürfen die Arzeneikunſt nicht ausüben. G. S. 1810. p. 83. — müſſen, ſo wie Laboranten, vor Ertheilung des Gewerbeſcheins ihre Qualifikation durch ein Zeugniß der Provinzial-Regierung nachweiſen. G. S. 1810. p. 84. — 1811. p. 359. — ſind der Gewerbeſteuer vom Handel unterworfen. G. S. 1826. p. 61 — ſ. auch Apotheken. — (Pharmazeuten), deren Prüfung nach dem Reglement v. 1. Decbr. 1825. v. K. A. 26. I. 157. 170. 186. seq. — Ausfertigung der Fähigkeits-Zeugniſſe für ſelbige. 25. IV. 1087. seq. — deren Vereidigung. 20. I. 106. 108. — Bildung derſelben in dem Trommsdorffſchen Inſtitute zu Erfurt. 23. II. 405. — Beſtimmungen über das Kurſiren derſelben. 18. IV. 1159. — polizeiliche Maaßregeln bei deren Arretirung in Beziehung auf das Publikum. 22. II. 432. — wegen der über ſelbige einzureichenden Liſten. 19. III. 837. — Aufnahme und Entlaſſung deren Lehrlinge und Gehülfen, (Proviſoren). 23. II. 406—410. — IV 994. — Beſtimmungen rückſichtlich der Servirzeit für deren Gehülfen. 24. II. 613. — 25. I. 253. — dürfen nur ſoviel Lehrlinge halten, als ſie ausgelernte Gehülfen haben. 22. II. 433. — ſollen in ihren Offizinen ein Exemplar der Pharmacopoea borussica halten. 18. I. 194. — ſollen ihre Arzeneimittel nicht unter der Taxe verkaufen. 19. III. 841. — 20. II. 328. — Rabatt-Bewilligung beim Verkauf. 33. I. 221. — können für öffentliche Anſtalten einen höhern Rabatt als 25 Prozent geben. 20. II 327. auch 33. I. 223. — dürfen während des

Gottesdienſtes verkaufen. 17. II. 113. — Handel derſelben mit Giften. 23. I. 138—143. — dürfen von unbefugten Perſonen keine Rezepte annehmen. 20. I. 131 — in wiefern denſelben die Befugniß zu leichten innern Kuren zuſteht. 18. III. 880. — ſollen ohne ärztliche Vorſchrift keine Brech- und Purgirmittel, auch keine Krätz-Salbe verkaufen. 23. I. 178. — ſollen kein ammonium carbonicum halten und debitiren. 21. II. 456. — wegen der denſelben bewilligten Steuerfreiheit. 19. III. 653. — wann ſelbige Gewerbeſteuer entrichten müſſen. 21. I. 12. — conzeſſionirte, Behandlung deren Wittwen und Hinterbliebenen. 24. II. 612. — III. 923—927. — ſollen im Naſſauiſchen unächte Anguſtura-Rinde nicht verkaufen. 17. III. 261. — nur denſelben iſt im Badenſchen der Verkauf von Zahnpulver geſtattet. I. IV. 329. — deren Berechtigung zur Führung gewiſſer chemiſcher Fabrikate in Oeſterreich. 18. IV. 1178. — dürfen im Oeſterreichiſchen nur nach der dort beſtehenden Taxe verkaufen. 20. II. 375. — Verhältniſſe derſelben im Königreich Hannover. 21. I. 231. seq. — dürfen ohne ärztliche Verordnung keine Schwefel- oder Krätzſalben verkaufen. 27. III. 779. — Strafe für ſelbige, wenn ſie Rezepte von dazu nicht qualificirten Perſonen annehmen. 27. IV. 1022. — ſ. auch Arzeneien. — können auf Rezepte der jetzigen Wundärzte auch innerliche Medikamente präpariren. 28. I. 191. — Beſuch der Univerſitäten von ſelbigen ohne Immatrikulations-Prüfungen. 29. I. 99. ff. — Kreditgeben derſelben für bereitete Arzeneien. 32. I. 249. — Verabfolgung von Arzeneien für Unvermögende Seitens derſelben. 32. I. 250. — Beibringung von academiſchen Zeugniſſen über die von ihnen gehörten Vorleſungen. 33. III. 814.

ſ. auch Arretirung.

Apotheker-Gerechtigkeit; ſ. Apotheke.

Apotheker-Konzeſſionen, erledigte. Anfrage über deren anderweitige Verleihung. v. K. A. 32. II. 491.

Apotheker-Lehrlinge, königl. Würtembergiſche Verordnung über deren Unterricht und Prüfung. v. K. A. 31. I. 246.

Apotheker-Ordnung v. 11. Oct. 1801. Tit. III. §. 2. k. — hierzu gehören Militair-Aerzte, welche nicht befugt ſind, Civil-Praxis zu treiben. v. K. A. 27. IV. 1022.

Apotheker-Rechnungen, deren Reviſion. v. K. A. 23. II. 410. IV. 996. seq. 24. I. 292. 32. III. 709. — die dazu gehörigen Beläge ſollen den zahlenden Kaſſen nicht zugefertigt, ſondern durch Atteſte vertreten werden. 19. II. 557. — ſ. Unterſuchungskoſten.

Apotheker-Verein; im nördlichen Deutſchland, Portofreiheit für denſelben. v. K. A. 31. II. 296. IV. 737.

Apotheker-Weſen, Königl. Hannöverſche Verordnung

über ſelbiges. v. K. A. 21. I. 232. seq. — Königl. Sächſ. Verordnungen darüber. 19. II. 600. 20. III. 655. — Einladung der Apotheker zu wiſſenſchaftlichen Mittheilungen über daſſelbe. 32. IV. 1028.

Appellation, Privilegium de non appellando wegen Vorpommern v. 25. Jun. 1733. C. C. II. IV. Anh. 2. No. 15. illimitatum für ſämmtliche Königliche Lande. v. 31. May 1746. v. 15. Febr. 1750. p. 163. p. 167. I. Auch gegen die Urtel des Werdenſchen Commiſſariats gehet die dritte Inſtanz an das Königl. Geheime Ober-Tribunal. St. B. p. 86. VI. — Bei Berechnung derſelben wird die auf 5 Rthlr. ausgeprägte Goldmünze zu 5 Rthlr. 6 Gr. und der Ducaten zu 3 Rthlr. gerechnet. R. v. 3. März 1794. Lief. 4. p. 9. A. G. O. Th. I. Tit. 14. §. 3. bei dem Magiſtrat zu Salzwedel beträgt die Appellations-Summe 30 Rthlr. R. v. 24. Jan. 1785. Lief. 4. p. 19. — G. C. die Appellation in Injurien- und fiscaliſchen Unterſuchungsſachen betr. v. 5. Jun. 1787. Kl. A. 269. VI. R. v. 26. Aug. 1793. C. C. p. 1649. IX. ſiehe A. G. O. Th. I. Tit. 34. §. 14. R. die Zuläßigkeit der Appellation in Injurienſachen betr., wenn die Entſchädigungsſumme zwar unter 50 Rthlr. beträgt, doch ſonſt summam appellabilem erreicht. v. 2. Jul. 1798. St. B. p. 251. VI. ferner das wegen Einſchränkung des remedii ulterioris defensionis, wenn auf Zuchthausſtrafe erkannt worden, ergangene Reſcript v. 31. Oct. 1765. C. C. p. 1076. III. und die Circular-Verordnung wegen Beſtimmung der Strafen in Injurienſachen v. 30. Dec. 1798. p. 1834. X. — Uebrigens iſt es eine nicht zu billigende Anhänglichkeit an bloße Formen, wenn der Appellationsrichter über einen in erſter Inſtanz wirklch vorgekommenen und vom erſten Richter übergangenen Einwand blos unter dem Vorwande, daß die Partheyen alsdann eine Inſtanz verlieren, zu erkennen ſich weigert. R. v. 6. Nov. 1797. St. B. p. 126. VI. — Gegen eine von des Königs Majeſtät Allerhöchſt beſtätigte kriegsrechtliche Sentenz findet das Rechtsmittel der weitern Vertheidigung in der Regel nur unter Allerhöchſter Königlicher Erlaubniß ſtatt. R. die Zuläſſigkeit der Appellation in Arreſtſachen betr. v. 16. Dec. 1799. St. B. p. 319. Th. XI. Von dem gegen Contumacial-Erkenntniſſe Statt findenden Rechtsmittel ſ. Circ. V. v. 30. Dec. 1798. C. C. p. 1834. X. Sect. XI, wobei die bei Appellationen ſonſt vorgeſchriebenen Comminationen Statt finden. R. v. 24. Nov. 1800. N. Arch. p. 456. Th. 1. H. 4. und St. B. p. 194. Th. XII. es iſt gedachter Abſchnitt jedoch nicht auf Confiscations-Proceſſe gegen ausgetretene Cantoniſten anzuwenden. Schreib. des Juſtizdep. v. 22. Jul. 1799. St. B. p. 118. Th. IX, ſondern hat nur Sect. 3. Tit. 14. der Gerichtsordnung abgeändert. R. v. 18. Oct. 1798.

St. B. p. 363. Th. X. Wenn in Injurienſachen der Bekl. gegen das Contumacial=Erkenntniß ein Rechtsmittel ergreift, kann derſelbe die Inſtruction der zu ſeiner Entſchuldigung angeführten Thatſachen verlangen. R. v. 24. Nov. 1800. N. Arch. p. 454. Th. 1. H. 4. Wie es in Anſehung einer bei Inſtruction des Appellatorii wider ein Contumacial=Erkenntniß von dem Bekl. angemeldeten Widerklage zu halten. R. v. 31. Apr. 1800. N. Arch. p. 128. Th. 1. H. 2. R. die Inſtruction des Appellatorii wider ein in Contumaciam ergangenes Urtel betr. v. 30. May 1800. N. Arch. p. 171. Th. 1. H. 2. Die Appellation in Pachtſachen hat nur effectum suspensivum. C. v. 19. Dec. 1799. E. S. p. 2710. X. R. das Remedium gegen ein Pohlniſches Decret betr. v. 20. Jul. 1797. St. B. p. 168. Th. X. In Poſſeſſorienſachen findet in Anſehung des Koſtenpuncts die Appellation allerdings Statt. R. v. 1. Sept. 1800. N. Arch. p. 317. Th. 3. und St. B. p. 314. XII. — Bei Standrechtlichen Erkenntniſſen findet die Vorſchrift der Circ. Verordnung v. 30. Dec. 1798. Sect. 4. keine Anwendung. Schreib. des Gen. Auditor. v. 17. Aug. 1799. St. B. p. 274. Th. XI. Was in der Verordnung v. 26. Febr. 1799. wegen zuläſſiger Schärfung der Strafe bei offenbar zur Ungebühr eingewandten Rechtsmitteln vorgeſchrieben, findet nur bei Diebſtählen und den benannten ähnlichen Verbrechen Anwendung. R. v. 27. Oct. 1809. N. Arch. Th. 1. H. 4. p. 382. — Wenn ein Gläubiger blos wegen der Priorität appellirt, ſ. St. B. p. 318. XII. — Wenn in Injurienſachen der Bekl. gegen das Contumacial=Erkenntniß ein Rechtsmittel ergreift, kann derſelbe eine Inſtruction wegen der anzuführenden Thatſachen verlangen. R. v. 24. Nov. 1800. E. S. p. 3239. X. Wenn auf ein zuläſſiges Prorogationsgeſuch nicht reflectirt und in contumaciam erkannt worden, muß die Sache in erſter Inſtanz gehöret und nicht verwieſen werden. R. v. 27. Jul. 1801. St. B. p. 209. XIV. Die, kann auch durch ein bloßes Decret verworfen werden. R. v. 10. Oct. 1801. St. B. p. 243. XIV. N. A. p. 170. B. 2. — Bei dem §. 8. Sect. IV. der Circ. Verord. v. 30. Dec. 1798. wird vorausgeſetzt, daß der Kläger ſich bei Publikation des Erkenntniſſes perſönlich gegenwärtig befunden. R. v. 13. März 1801. St. B. p. 168. XIII. Wenn der Verpächter wegen Ablauf der Pachtzeit auf Räumung des Guts klagt, und Pächter demſelben aus einem andern Grunde als wegen eines ihm zuſtehenden Retentionsrechts ſolche verweigert, hat die Appellation gegen das erſte Erkenntniß nur effectum devolutivum. R. v. 28. Jan. 1802. N. A. p. 304. B. 2. St. B. p. 378. XV. Wenn von beiden Theilen appelliret, muß in der Regel über jede Appellation ein beſonderes Verfahren eingeleitet werden. R. v. 4. Jan. 1802. N. A. 291. B.

2. und E. S. p. 594. XI. Nähere Beſtimmung den Effect der, in Pachtſachen betr. v. 29. März 1802. p. 417. R. die Fortſetzung der zu pohlniſchen Zeiten gegen die Decrete der ehemaligen pohlniſchen Gerichte angemeldeten Appellationen betr. v. 8. März 1802. St. B. 157. XVII. N. A. 396. B. 2. wegen des Verfahrens in Pachtſachen, v. 29. März 1802. St. B. 163. XVII. V. wegen künftiger Beſtimmung der zur Appellation und Reviſion geeigneten Rechtsſachen, v. 13. März 1803. p. 288. c. R. an das C. G. v. 20. März 1803. wegen der Eheſachen katholiſcher Glaubensgenoſſen, p. 297. Wegen Verſäumniß des Mandatarii einer Partei findet in der Regel keine restitutio in integrum ſtatt und kann die Partei alſo, welcher der Regreß wider erſtern offen bleibt, nach Ablauf der 4 Wochen post lapsum decendii nicht weiter gehöret werden. R. v. 6. Sept. 1803. N. A. 109. B. 3. V. wegen anderweitiger Beſtimmung der zur Appellation und Reviſion und zur Entſcheidung des geheimen Ober-Tribunals geeigneten Rechtsſachen, v. 13. März 1803. E. S. p. 1431. XI. Von Reſtitution einer Partei, wenn die zur Einwendung des Rechtsmittels vorgeſchriebene Friſt wegen Abweſenheit ihres Bevollmächtigten oder ſonſt hauptſächlich durch deſſeu Schuld verſäumt worden, R. v. 6. Sept. 1803. N. A. 108. III. und J. M. I. 394. In Anſehung der Rechtsmittel wider Contumacial-Erkenntniſſe ſoll künftig die Beſtimmung der A. G. O. Th. I. Tit. XIV. §. 75. 76. 77. zur Richtſchnur dienen. C. vom 11. Jan. 1805. E. S. p. 2864. XI. J. M. I. 89. N. A. 378. III. In Appellationsſachen und gegen die Erkenntniſſe der Untergerichte erſter Claſſe muß auf die bloße Appellations-Anmeldung ohne Anführung angeblicher Novorum der Appellationsbericht nach Vorſchrift der A. G. O. Th. I. Tit. 25. §. 27. bei dem Untergerichte eingereicht werden. R. v. 18. Apr. 1803. J. M. I. p. 326. Die Abfaſſung des Appellations-Erkenntniſſes in Sachen unter 500 Rthlr. gehöret nur alsdann vor den Inſtructions-Senat des Cammergerichts, wenn die Reviſion ſtatt findet; findet ſolche nicht ſtatt, ſo erkennet der Ober-Appellationsſenat des Cammergerichts. R. v. 26. Jul. 1803. E. S. p. 1854. XI. und J. M. II. 209. — Wenn ein Officiant wegen wirklicher Criminalverbrechen zur Unterſuchung gezogen iſt, ſo muß es bei dem erſten Urtel in allen Fällen verbleiben, ſobald Inculpat ſich dabei beruhiget, u. nur in fiscaliſchen Unterſuchungen ſtehet der fiscaliſchen Behörde frei, gegen das ihr zu gelinde ſcheinende Urtel der erſten Inſtanz deduziren zu laſſen, u. auf ein zweites Erkenntniß anzutragen. R. v. 23. Mai 1806. C. C. p. 651. XII. — Geſetzwidrige Erkenntniſſe eines Unterrichters in Bagatellſachen, die nur 10 Rthlr. und weniger betragen, können von dem Obergerichte im Wege des Recurſes durch eine

Reſolution aufgehoben werden. R. v. 17. Jan. 1812. v. K. J. I. 26. R. die Vernehmung des Appellanten betr., bei welchem Gericht die Inſtruction des Appellatorii zu veranlaſſen, v. 21. Jan. 1812. p. 29. Vom Recurſe in Polizei-Contraventionsſachen, v. 25. Febr. 1812. p. 37. v. 25. Jan. 1812. v. K. J. I. 13. In der Appellationsinſtanz wird in der Regel der Schlußbericht allemal unter der Warnung der Präcluſion von dem Appellaten erfordert; weil, wenn in dem Appellationsberichte keine nova in facto und keine neue Beweismittel angegeben worden, mithin keine neue Inſtruction veranlaßt iſt, der Schlußbericht gewöhnlich nur eine Gegendeduction enthalten kann, auf welche die, der A. G. O. Th. 1. Tit. 14. §. 43. 62. derogirenden Vorſchriften der C. V. v. 30. Dec. 1798. Abſch. 10. §. 1., und des R. v. 21. Jan. 1802. C. S. p. 758. XI. anzuwenden ſind. R. an das O. L. G. zu Stettin, v. 9. Nov. 1811. R. die beſondere Belehrung über die Friſt zur Einwendung des remedii ult. def. bei erkannten Amtsentſetzungen betr. v. 13. Febr. 1813. v. K. J. II. 37. — R. die Berechnung des Appellationsfatalis betr. v. 17. May 1814. v. K. J. IV. 206. Bei Reſtitutionsgeſuchen, gegen Contumacial-Erkenntniſſe, beſonders von Perſonen gemeinen Standes, findet nur erſt, wenn dem §. 71. Tit. 14. der Pr. O. nicht genüget worden, nach §. 74. c. l. die Zurückweiſung ſtatt. R. v. 4. Jun. 1814. p. 5. Wenn nach §. 235. der Cr. Ord. eine neue Unterſuchung zu eröffnen, und darauf anderweit zu erkennen iſt, findet gegen dieſes Erkenntniß das Rechtsmittel der weitern Vertheidigung ſtatt. R. v. 14. Jan. 1815. v. K. J. V. p. 36. Von der Wirkung des gegen ein Wechſel-Erkenntniß eingelegten Rechtsmittels, v. K. J. IV. 199. Berechnung des Appellationsfatalis, v. 17. Mai 1814. p. 206. — Vom Recurs in Bagatellſachen I. p. 26. Von der erforderlichen beſondern Belehrung über die Friſt zur Einwendung des rem. ult. def. bei erkannter Amtsentſetzung, II. p. 37. — Berechnung der Appellations- uud Reſtitutions-Friſt. R. v. 17. May 1814. v. K. J. IV. 206. — Gang der Appellationen gegen die von dem Ober-Auditoriat des in Frankreich ſtehenden Armeecorps wider dortige Militairperſonen in Schuld- und Alimentenſachen abzufaſſenden Erkenntniſſe. R. v. 18. Sept. 1816. VIII. 257. — Inwiefern bei einem von einer incompetenten richterlichen Behörde ergangenen Erkenntniſſe das Appellatorium zu inſtruiren iſt, und Acta zum Spruch zu befördern ſind. R. v. 23. Aug. 1819. XIV. 26. — Zuläſſigkeit des von dem Intervenienten eingelegten Rechtsmittels der Appellation. R. v. 20. Nov. 1821. XVI. 233. — Auch der Curator massae muß in einer Prozeßſache der Maſſe gegen einen Dritten die Appellation innerhalb 10 Tagen anmelden; jedoch kann demſelben in Fällen, wo er den Entſchluß der Gläubiger einholen muß, eine billig zu arbitrirende Nachfriſt

nicht verſagt werden. R. v. 31. Aug. 1821. XVIII. 24. — Die Verlängerung der Appellationsfriſt findet im Executivprozeſſe nach Maaßgabe des §. 34. Tit. 14. Th. I. der A. G. O. ſtatt. R. v. 12. April 1822. XIX. 314.

ſ. Pachtſachen, Rechtsmittel, Rekurs.

ſ. auch Deduktion. Inſtanz. Strafe. Wechſelprozeß, desgl. Vertheidigungsinſtanz.

Sind mehrere Gläubiger, gegen welche der Gemeinſchuldner auf das beneficium cessionis bonorum provocirt, als Litis-Conſorten zu betrachten? S. u. Str. R. 2. Band No. 24. p. 237. — Steht alſo dem Mitgläubiger, welcher gegen das dem Gemeinſchuldner zur Rechtswohlthat zulaſſende Urtheil nicht appellirt hat, der nachträgliche Beitritt zur Appellation ſeiner Mitgläubiger zu? Wie lange iſt dieſer Beitritt zuläſſig? Insbeſondere kann er auch dann geſchehen, wenn bereits das günſtige reformatoriſche Appellations-Urtel in revisorio beſtätigt worden iſt? S. u. Str. R. 2. B. No. 24. p. 237. — Gegen die mit einem Bevollmächtigten verſehene Parthei, welche am Orte des Gerichts wohnt, läuft die Appellationsfriſt von dem Tage der Zufertigung der Canzlei-Abſchrift des Urtels an den Bevollmächtigten. R. v. 24. Jan. 1833. v. K. J. XLI. 225. 226. — in ſummariſchen Prozeſſen hat ſie Devolutiv-Effekt. R. v. 19. Sept. 1834. XLIV. 89.

Appellations-Berichte. Einreichung derſelben beim erſten Richter. R. v. 16. Dec. 1831. v. K. J. XXXVIII. 326. 327. — ſ. auch Präkluſion.

Appellationserkenntniſſe. Rekurs gegen dieſelben wegen des Koſtenpunktes an den Reviſionsrichter findet ſtatt. R. v. 19. Mai 1828. v. K. J. XXXI. 275. 276. — ſ. übrigens Rekurs.

ſ. überhaupt Koſtencompenſation, Pachtſachen, Reſtitution.

Appellationsgerichts-Aſſeſſoren und Räthe, Rheiniſche, Rangverhältniß und Uniform derſelben. G. S. 1824. p. 57. — ſ. auch Heiraths-Konſens.

Appellationsgerichtshofs-Präſidenten, ſ. Urlaub.

Appellationshöfe für die Rheinprovinzen zu Düſſeldorf. Cöln und Trier, werden aufgehoben, und an deren Stelle ein Appellationsgerichtshof zu Cöln errichtet. G. S. 1819. p. 209.

Appellations-Summen, von denſelben in dem oſtrheiniſchen Theile des Regierungs-Bezirks Coblenz. Cab. O. v. 22. Jul. 1832. G. S. 1832. p. 196.

Appellationsverfahren, gegen Entſcheidungen in gutsherrl. und bäuerl. Verhältniſſen. G. S. 1817. p. 167. 190. ff. G. S. 1825. p. 223. — 1834. p. 113. — desgl. gegen die im vormal. Herzogth. Warſchau wider preuß. Unterthanen ergangenen

Kontumazial-Erkenntniſſe. G. S. 1817. p. 203. — bei den Gerichten des Großherzogth. Poſen. G. S. 1829. p. 43.

Appellatorium; ſ. Appellation, Inſtanzenzug, Steuerkontravention, Succumbenzgelder.

Approbationen, für Medizinalperſonen, Sportel-Anwendung bei deren Ertheilung. G. S. 1825. p. 131. — Diejenigen für Hebammen ſind ſportelfrei; ebendaſ. — ſiehe auch Medizinal-Perſonen.

Arbeiten, öffentliche, deren Einſtellung an Sonn- u. Feſttagen während des Gottesdienſtes. v. K. A. 17. I. 120. — 26. II. 354. — 32. II. 411. und 33. II. 489. — der häusliche und ruhige Gewerbebetrieb gehört nicht zu dieſer Beſchränkung. 26. II. 354. — die für ſelbige anzunehmenden Individuen ſollen ſich wegen ihrer Unverdächtigkeit vorher ausweiſen. 20. I. 70. — II. 280. — wo ſolche unſichere, mit Zwangspäſſen reiſende Individuen finden, kann ihnen der Aufenthalt geſtattet werden. 26. II. 407. seq. — Holz- und Feuer-, ſiehe Tiſchler-Profeſſion. — der Gefangenen u. Züchtlinge. 34. I. 180. — (Calculatur-); ſ. Normaletat. — (Probe-); ſ. a. Porto.

ſ. überhaupt Kalkulaturgebühren, Feſtungsarbeit, Feſtungsarreſt, Forſtarbeit, Kanzelleiarbeiten, Schreibmaterialien, Schuldgefangene.

Arbeiter; ſ. Gerichtsſtand, Hülfsarbeiter, Referendarien, Sportelreſte.

Arbeitsfähige, denſelben kann nirgends verwehrt werden, ein Domizil zu conſtituiren. v. K. A. 29. II. 359. — auch iſt ihnen überall der Aufenthalt zu geſtatten. 29. III. 601. 602. — Verfahren gegen dieſelben, wenn ſie die Erhaltung ihrer Familie vernachläſſigen. 32. III. 704. — heimathloſe, ſ. Vagabunden.

Arbeits-Familien, in wie weit deren Anſetzung den Grundbeſitzern auf ihrem Eigenthume geſtattet werden kann. G. S. 1811. p. 303. — ſolche Stellen ſollen nur im Wege des Verkaufs oder durch Miethsverträge auf längſtens 12 Jahre mit Auferlegung einer beſtimmten Abgabe an Geld und Körnern zuläſſig ſein, erbliche Ueberlaſſungen ſolcher Stellen aber niemals unter Verpflichtung zu fortwährenden Dienſten geſchehen; daſ.

Arbeitshäuſer. Pat. das angelegte Spinn- und Arbeitshaus zu Königsberg in Pr. betr. v. 8. Jan. 1756. E. S. p. 15. II. Arbeitshaus ſ. Beſſerungsanſtalt, — in Berlin, Rgl. v. 30. Sept. 1801. St. B. p. 253. XV. — deſſen Einrichtung und Beſtimmung. v. K. A. 27. I. 197. — V. wegen Einrichtung einer Zwangs-Arbeitsanſtalt im Magdeburgſchen v. 9. Aug. 1804. E. S. p. 2646. XI. deren obere Verwaltung reſſortirt von

der Sektion für die allgem. Polizei im Miniſterium des Innern. G. S. 1808. p. 363. — 1810. p. 10. — 1814. p. 43. — ſ. Straf- u. Beſſerungs-Anſtalten.

Arbeits- und Landarmenhaus, zu Benninghauſen, deſſen Errichtung in der Provinz Weſtphalen. v. K. A. 21. I. 116 — 142. — Abſendung und Aufnahme von Landſtreichern in daſſelbe. 21. II. 405. — ſ. auch Straf- u. Beſſerungs-Anſtalten. — vormals Sächſiſche, Aufhebung des Erbfolgerechts in ſelbigen. 27. I. 167.

Arbeitsloſe, und ohne ausreichenden Brodterwerb, deren polizeiliche Beaufſichtigung. v. K. A. 30. I. 132.

Arbeitsſcheine, deren Ertheilung an die in Berlin ſich länger aufhaltenden Handwerksgeſellen. v. K. A. 26. II. 396. seq.

Arbeitsſcheue, arme, wo ſie zu verpflegen. R. v. 19. Febr. 1834. v. K. A. 34. II. 560. — und Wohnungsloſe, ſ. letzt.

Archen, ſ. Domainen-Fiskus.

Architekten. Qualifications-Nachweis von Seiten derſelben zu Erlangung des Gewerbeſcheins. G. S. 1811. p. 272. — bedürfen dazu eines Prüfungsatteſtes von Seiten der techniſchen Oberbaudeputation. G. S. 1811. p. 273. — Gewerbebetrieb derſelben nach vorheriger Prüfung. v. K. A. 33. I. 205. f.

Archiv, das Geheime-Staats-, iſt dem Staatskanzler unmittelbar untergeordnet. G. S. 1810. p. 4. 7. — 1814. p. 42. — 1819. p. 3.

Archive, deren Sonderung und Ablieferung in der Auseinanderſetzung mit dem Königr. Weſtphalen. G. S. 1811. p. 227. — ſtädtiſche, deren Erhaltung und reſp. Aufbewahrung in Landesarchiven. v. K. A. 27. II. 435. — ſichere Aufbewahrung der Urkunden in denſelben. 32. III. 666. — ſtändiſche, deren Vereinigung zu einem öffentlichen Landesarchive. 30. I. 223. — (Provinzial-), deren Errichtung für die Rheinprovinz, reſp. zu Düſſeldorf und Koblenz. 32. I. 48. — zu Münſter, Gebühren-Taxe für daſſelbe. 32. II. 349. — zu Breslau. Portofreiheit für daſſelbe. 33. IV. 928.

Archivs-Aſſiſtentenſtellen; ſ. Normaletat.

Aremberg. Herzogl. Arembergiſche Verordnung v. 29. Novbr. 1806. betr. die Rechtsverfaſſung im Amte Dülmen. v. K. J. XXXIV. 133 — 135.

Arensberg, Hofgericht; Verfaſſung deſſelben. C. O. v. 20. Apr. 1820. v. K. J. XV. 310. — Publ. deſſelben, betr. die gerichtlichen Obductionen, v. 4. Juni. 1821. XXI. 56. — Darſtellung der in einzelnen Städten des Bezirks des Hofgerichts zu Arensberg geltenden vom gemeinen Rechte abweichenden Gewohnheits- und Statutarrechte. v. K. J. XXXI. 241 — 245.

Arensberger Regierungsbezirk. Regl. für die dort

zu errichtenden Fabriken-Gerichts-Deputationen v. 26. Nov. 1829. v. K. J. XXXVIII. 360.

Arithmetik, ſ. Mathematik und Rechnen.

Arkanum, ſ. Olitätenkrämer.

Armaturſtücke, darf Niemand von Soldaten ohne Beiſeyn des Feldwebels oder Wachtmeiſters erkaufen. G. S. 1812. p. 6. Portofreiheit bei deren Beziehung von einzelnen Truppentheilen aus den Fabriken. v. K. A. 26. III. 725. IV. 1013.

Armee, die bisher über deren Ergänzung beſtandenen ältern Geſetze werden aufgehoben. G. S. 1814. p. 79. — Strafe für Verbrechen gegen deren Sicherheit während des Krieges. G. S. 1813. p. 34. — 1814. p. 6. — ſ. a. Heer. Kriegsdienſt. Militairdienſt und Militair-Erſatz.

Armee-Bedürfniſſe, deren Lieferungen können bei Entrichtung der Vermögens- und Einkommenſteuer als baares Geld angerechnet werden. G. S. 1812. p. 55. — ſ. auch Lieferungen.

Armee-Gensdarmerie, deren Errichtung. v. K. A. 20. I. 135. — ſ. a. Gensdarmen.

Armee-Reſerve, Verfahren rückſichtlich der dazu deſignirten Militairpflichtigen. v. K. A. 32. III. 720—728. — ſ. a. Militairpflichtige.

Armee-Uniform, kann von den Landräthen getragen werden. R. v. 18. Apr. 1834. v. K. A. 34. II. 298.

Armen. A. L. R. von Armenanſtalten. II. XIX. 1—89. Jeder Ort ſoll ſeine Armen, d. h. die daſelbſt geboren oder ſich 10 Jahr aufgehalten, nothdürſtig verſorgen. E. v. 1715. E. S. §. 4. §. 6. I. II. No. 97. — Armen- und Bettlerordnung v. 10. Apr. 1696. V. V. I. No. 28. v. 19. Nov. 1698. No. 29. v. 18. März 1701. No. 32. Pat. v. 4. Aug. 1718. No. 47. und No. 48. 49. 50. v. 10. Sept. 1708. I. II. No. 88. E. v. 10. Febr. 1715. No. 97. für Berlin v. 1703. No. 73. 1709. VI. II. No. 54. B. v. 16. Dec. 1773. p. 961. V. d. No. 65. 66. v. 13. Jul. 1787. p. 1510. VIII. Armen- und Bettler-Ordnung für das Herz. Magdeburg v. 21. Febr. 1703. Pat. v. 23. Jan. 1722. nebſt Publ. die Verpflegung und Transportirung der Kranken betr. v. 25. Jul. 1793. p. 1636. IX. im Fürſt. Halberſtadt v. 20. Oct. 1793. p. 1712. IX. Rgl. der Landarmenanſtalt zu Tapiau für die Provinzen Ermeland, Oſtpreußen u. ſ. w. v. 31. Oct. 1793. p. 1731. IX. Die Armen-Becken dürfen bei jedesmaligen Dank-, Sieges- und Friedens-Feſten vor den Thüren der Evangeliſch-Lutheriſchen Kirche zu Aacken ausgeſtellt werden. Conc. v. 17. März 1758. p. 289. II. Wie es in Abſicht der Armenpflege zwiſchen den teutſch- und franzöſiſchen reformirten Gemeinden gehalten werden ſoll.

Regl. v. 1. März 1790. p. 2893. VIII. zwiſchen gedachten lutheriſchen Gemeinden v. 17. Jun. 1790. p. 2943. Verordnung wegen der Armenbüchſen v. 29. Dec. 1789. p. 1796. VIII. Landarmenreglement für die Churmark v. 16. Jun. 1791. p. 123. IX. c. R. die Bevormundung der Kinder der verſtorbenen Vagabonden und Bettler betr. v. 26. Jan. 1795. p. 2478. IX. und Decl. daß die in der Churmark aufgegriffenen Bettler und Vagabonden an das Arbeitshaus zu Berlin gegen Erſtattung der Koſten abgeliefert werden ſollen. v. 28. Jun. 1797. p. 1310. X. Regl. wie es in Abſicht der Armen-Pflege zwiſchen den teutſch-lutheriſchen und der franzöſiſchen Gemeine gehalten werden ſoll. v. 8. Jun. 1775. p. 1493. X. die Verpflegungsverbindlichkeit hat der Ort der Geburt, oder wo dieſelben ſich drei Jahre aufgehalten, auf ſich. E. v. 28. Apr. 1748. p. 42. C. IV. c. R. v. 8. Jun. 1799. St. B. p. 408. Th. IX. ſ. a. Bettler. Landarmen-Reglement für Pommern v. 6. Apr. 1799. E. S. p. 2266. X. für die Neumark v. 12. May 1800. E. S. p. 2911. X. — welchen Orts-Armenanſtalten deren Verpflegung oblieget. R. v. 2. Jul. 1801. p. 318. XI. St. B. p. 340. XIII. — Landarmen-Reglement für Weſtpreußen v. 31. Dezbr. 1804. Lehmanns Provinzialrecht B. II. p. 552. — Pat. wegen näherer Beſtimmung der Grundſätze, die Verpflichtung zur Verpflegung der Orts-Armen in der Churmark, Neumark und Pommern betr. v. 8. Sept. 1804. E. S. p. 2690. XI. und J. M. II. 352. Rgl. für die Uckermark v. 19. Dec. 1803. E. S. p. 3101. XI. — Die Adminiſtratoren der Armenanſtalten ſollen ihre gegenſeitigen Conteſtationen über die Wiedererſtattung der an Arme aus einer fremden Gemeine gegebenen Unterſtützung nicht auf dem Wege eines Proceſſes ſchlichten laſſen, ſondern ſich darüber der Entſcheidung des Conſiſtorii oder Miniſterial-Departements unterwerfen. R. v. 7. Nov. 1803. p. 1931. XI. ſ. Städte-Ordnung vom 19. Nov. 1808. §. 179. und 186. c. — Pat. die Verpflegung der Ortsarmen betr. v. 8. Sept. 1804. p. 2690. XI. c. D. ad §. 17. und 18. K. A. B. 78. III. Regl. für die Landarmen-Anſtalt in Landsberg, v. 1814. ſ. N. A. B. 210. IV. — Zur Annahme von Geſchenken und Vermächtniſſen zu Gunſten der Armen in den Rheinprovinzen ſoll die Allerhöchſte Authoriſation nicht weiter eingeholt, vielmehr nach den diesfälligen Vorſchriften des A. L. R. verfahren werden. Reſcr. v. 28. Juli 1820. v. K. J. XVI. 93. — als ſolche ſind diejenigen nicht zu betrachten, welche ſich ernähren können, aber dazu keinen Willen haben. v. K. A. 26. I. 138. — können dazu, ſo wie auch zur Anſchaffung einer Wohnung, durch Zwang bis zur Einſperrung in Landarmenhäuſer angehalten werden. ibid. — Verbindlichkeit der Gutsherrſchaften zur Ernährung derſelben. 22. IV. 957. — deren Unterſtützung aus dem

Wohlthätigkeits-Fonds. 25. II. 445. — Orts-, deren Unterbringung und Verſorgung. 25. III. 715. 716. — Feſtſetzung und Erhöhung der Unterſtützungen für ſelbige. 24. IV. 1147. — 25. II. 448. — außerhalb verpflegte, ungeſäumte Aufbringung der für ſelbige den Orts-Kommunen zur Laſt fallenden Koſten. 21. II. 410. — heimathloſe, deren Aufnahme und Unterſtützung. 18. II. 420. — keiner beſtimmten Kommune angehörig, Aufbringung der Verpflegungskoſten für ſelbige. 23. III. 560. seq. — erkrankte, deren Verpflegung. 19. I. 200. — 28. II. 491. 29. III. 687. — deren Behandlung. 19. II. 485. — 24. II. 572. — deren Heilung auf Koſten der Orts-Kommunen. 19. IV. 1017. — Aufbringung der Kur- und Verpflegungskoſten für ſelbige. 21. II. 411. — IV. 920. seq. — 24. II. 572. — IV. 1148. — 25. II. 446. seq. — IV. 1072. seq. — in wie weit Medizinal-Perſonen zu Kurkoſten für ſelbige berechtigt ſind. 26. IV. 1114. — Verſorgung derſelben mit Arzeneimitteln. 24. I. 295. — II. 614. — Fuhren-Geſtellung für ſelbige, ſiehe Krüppelfuhren. — erkrankte und hiernächſt verſtorbene, Aufbringung der Verpflegungs- und Beerdigungs-Koſten für ſelbige. 25. I. 214. — 31. III. 596. aus andern Gemeinden. 28. II. 491. u. III. 765. — desgl. für die in Gefängniſſen verſtorbenen. 25. II. 449. — reiſende, deren Behandlung und Transport. 24. I. 251. — ſiehe auch Reiſende, arme erkrankte. — Großherzoglich Mecklenburg-Schweriniſche Verordnung über deren Verſorgung. 21. II. 500. — Coblenzer Frauen-Verein für deren Unterſtützung. 27. I. 116. seq. ſ. auch Armenpflege, desgl. Kur- u. Verpflegungskoſten. — Orts-, Patent über die Verpflegung derſelben v. 8. Sept. 1804. §. 5. 28. I. 164. §. 13. u. 14. I. 165. Edict vom 10. Febr. 1715. §. 4. 28. I. 165. — Anverwandte, deren Unterſtützung und Verpflegung von ihren Angehörigen und Anhaltung der letztern dazu. 28. III. 762. — öffentl. Ankündigungen des Verkaufs von Gegenſtänden für ſelbige. 28. IV. 1071. — Minderjährige, Verpflichtung zu deren Verpflegung rückſichtlich des väterlichen Domizils. 28. I. 165. — in öffentl. Irren-Anſtalten untergebracht, Aufbringung der Kurkoſten für ſelbige. 28. IV. 1069. — verſtorbene, Beſtreitung der Beerdigungskoſten für ſelbige. 28. I. 166. IV. 1068. — die kein Domizil haben, und keiner beſtimmten Kommune zugewieſen werden können, für ſelbige muß der Provinzial-Armen-Verband aufkommen. 29. II. 361. — Verheirathungen unter ſelbigen, können nicht gehindert werden. 29. III. 603. — verſtorbene, deren Schulden zu bezahlen, kann keine Kommune verpflichtet werden. 29. III. 607. — die von Almoſen aus Staats- u. Gemeinde-Kaſſen leben, ſind von der Klaſſenſteuer befreit. 30. I. 33. — gegenſeitige, die denſelben im In- und Auslande verabreichten Almoſen eignen ſich zur Wieder-

erſtattung nicht. 30. I. 20. — Cirk. R. v. 10. Apr. 1821. die Kur und Verpflegung erkrankter Armen betr. v. K. J. XL. 280—282. deren Wiederaufnahme an ihrem frühern Wohnorte. v. K. A. 32. III. 706. ff. — heimathloſe, müſſen in Ermangelung eines Provinzial-Armen-Verbandes an dem Orte, wo ſie betroffen worden, verpflegt werden. 33. III. 811. — kranke, heimathloſe, deren Kur und Verpflegung an dem Orte ihrer Erkrankung. 33. IV. 1074—1077. — arbeitsſcheue, ſ. Arbeitsſcheue Arme. — wer ein Ortsarmer ſey? R. v. 24. Jan. 1834. 34. II. 555. — welche Almoſen ertrotzen wollen, Verfahren gegen dieſe. — welche die Armenpfleger beleidigen, desgl. — Verf. v. 14. Aug. 1834. — 34. III. 866.

Armen-Aerzte, ſtädtiſche, deren Wahl und Anſtellung. v. K. A. 23. II. 380. — 26. IV. 1062. — beſoldete, deren Verpflichtungen. 21. II. 411. — Gnaden-Monat für deren Hinterbliebene. 24. III. 919.

Armen-Anſtalten, Rechte derſelben, gegen Grundbeſitzer als Schuldner, ſ. Indult und Exekution, der fanzöſiſchen Kolonie, deren Verwaltung. G. S. 1809. p. 603. — Sportelfreiheit derſelben. G. S. 1815. p. 201. (Beil. p. 3.) — ſollen den Metallwerth der confiscirten fremden Scheidemünzen erhalten. G. S. 1830. p. 3. 22. — desgl. die Ueberſchüſſe aus der Verwaltung der ſtädtiſchen Leihanſtalten. G. S. 1826. p. 81. 83. f. — (Hospitäler ꝛc.), Verwaltung des Vermögens derſelben. v. K. A. 20. III. 559. — Verpachtung der denſelben gehörenden Grundſtücke. 18. I. 127. — wegen Veräußerung, Zeit- und Erbverpachtung des liegenden Vermögens derſelben. 20. III. 534 — 537. — Verkauf von Grundſtücken für ſelbige ohne Verſteigerung. 21. II. 409. — Verfahren bei Ablöſung der denſelben zuſtehenden Renten. 26. III. 807. — Annahme von Geſchenken und Vermächtniſſen für ſelbige. 20. III. 534. 535. — deren Verwaltung im Düſſeldorfer Regierungs-Bezirke. 23. II. 378 — 380. — im Würtembergiſchen. 17. III. 260. — können von Entrichtung der Mahl- und Schlachtſteuer nicht befreit werden. 29. III. 692. — landespolizeiliche Erlaubniß zu Erwerbungen von Grundſtücken für dieſelben. 30. IV. 781. — ſtädtiſche, Beaufſichtigung deren Verwaltung durch die Regierungen. 32. II. 431. — R. v. 22. Jun. 1822. — deren Sportelfreiheit betr. v. K. J. XXXIX. 451. 452.

Armen-Beiträge von Kommunen ohne eigentliche Verpflichtung gezahlt, in wie weit deren Zurückforderung in ſpäterer Zeit noch zuläſſig iſt. v. K. A. 29. IV. 898. — deren zwangsweiſe Erhebung bei Gewinnung des Bürgerrechts iſt unterſagt. 33. II. 440.

Armendirektionen, deren Einrichtung in größern Städten. G. S. 1808. p. 349.

Armen=Fonds, bei den Königl. Regierungen, Unterſtüzzung armer Reiſenden aus ſelbigen. v. K. A. 20. IV. 848.

Armenhäuſer, Löſchung der denſelben zuſtehenden Hypotheken. v. K. A. 28. III. 685.

Armenkaſſen, (Armen=Fonds) Orts=, — Abführung von Strafgeldern an ſelbige. v. K. A. 25. II. 468. — Theilnahme derſelben an den Innungsſtrafgeldern. 22. II. 419. — Abgaben an ſelbige von Seiten der umherziehenden Künſtler, Thierführer ꝛc. ſollen wegfallen. 19. III. 752. — 21. III. 651. — IV. 894. 895. — Beibehaltung dieſer Abgaben in den Rheinprovinzen und im Großherzogthum Poſen. 22. III. 714. — 23. III. 667. — nach welchen Sätzen ſolche im Kreiſe Bonn erhoben werden. 19. I. 201. seq. — öffentliche und anſtändige Volksvergnügungen ſollen durch Abgaben an ſelbige nicht erſchwert und vertheuert werden. 23. II. 337. — 25. III. 760. — Erhebung einer Abgabe von öffentlichen Tanzluſtbarkeiten zu Gunſten derſelben. 17. I. 175. — 25. II. 447. — III. 715. — 26. II. 420. — ſollen den Metallwerth der außer Kours geſetzten fremden und alten Landes=Scheidemünzen erhalten. 27. III. 633. — Abgaben von Tanzluſtbarkeiten an ſelbige, ſ. dieſe. Steuer=Erhebung für ſelbige von öffentl. Luſtbarkeiten. 28. I. 143 — 145. IV. 1046 — 1048. — welche Strafgelder dahin fließen. R. v. 10. Apr. 1834. — 34. II. 473.

Armen=Mandat, Sächſiſches, v. 1772. — deſſen Anwendung in den ehemals königl. ſächſiſchen Landestheilen. v. K. A. 28. II. 430.

Armen=Ordnung für die Bürgermeiſtereien im Kreiſe Bonn. v. K. A. 23. IV. 920 — 939. — Beſtätigte, für die Haupt= und Reſidenzſtadt Berlin v. 3. Octbr. 1826 — 27. I. 186 — 203.

Armen=Pflege, allgem. Beſtimmungen wegen derſelben. v. K. A. 20. II. 295. III. 561. 562. — Beitragspflicht der Domainen zu ſelbiger. 20. II. 295. — Feſtſtellung des Domizils in Beziehung auf ſelbige. v. K. A. 24. II. 570. — Beiträge zu ſelbiger aus Kirchſpiels=Mitteln. 24. III. 902. — Verpflichtung zu ſelbiger rückſichtlich des Domizils der Hülfsbedürftigen. 25. IV. 1071. — Verpflichtung zu ſelbiger in Beziehung auf neue Etabliſſements. 26. III. 808. — Verhältniſſe zwiſchen Gutsherrſchaften und Dorfgemeinen rückſichtlich derſelben. 26. IV. 1112. — deren Verwaltung in Oſtpreußen. 18. II. 423. — allgemeine Verpflichtung zu ſelbiger. 27. IV. 1005. — auch in den ehem. ſächſiſchen Landestheilen. 27. IV. 1004. — Beſtimmung des öffentl. Wohlthätigkeitsfonds rückſichtl. derſelben. 27. IV. 1005. — rückſichtl. der in den Garniſonſtädten aus dem Militair entlaſſenen Soldaten und deren Familien. 27. IV. 1006. — Verpflichtung der Provinzen Brandenburg und Pommern ſo wie der Stadt Berlin im Verhält=

niß zu den übrigen Provinzen. 27. II. 470. 471. — Aufbringung der Koſten zu ſelbiger im Großh. Poſen. 27. II. 472. — Verhältniſſe der Dominien und Gemeinden in Weſtpreußen rückſichtl. derſelben. 27. III. 737. — ſ. a. Verpflegungskoſten. — Verpflichtung zu ſelbiger rückſichtl. des Domizils. 28. II. 489. desgl. in Beziehung auf dreijährige Abweſenheit der Orts=Armen. 28. II. 490. — Verhältniſſe der Dominien und Dorfgemeinen rückſichtl. derſelben. 28. III. 760. IV. 1067. — Verpflichtung zu ſelbiger nach dem Oſtpreußiſchen Landarmen=Reglement. 28. III. 763. — muß ſich von Seiten der Kommunen auf alle Einwohner, wozu auch die Beamten gehören, erſtrecken. 29. IV. 893. — rückſichtl. derſelben haben ſich die Polizei=Behörden immer zunächſt an die Kommunen zu halten, und dieſen bleibt überlaſſen, ſich an etwanige Verwandte zu regreſſiren. 29. IV. 892. — Verpflichtung zu ſelbiger in Beziehung auf Orts= und Land=Arme. 29. III. 598. — rückſichtl. derſ. ſind einzelne mit keiner Kommune verbundenen Etabliſſements den Kommunen gleich zu achten. 29. II. 358. — für ſelbige findet zwiſchen den Dominien und Gemeinden keine Socialität ſtatt. 29. II. 357. — Verpflichtung des Domainen=Fiskus und der Dominien, zu ſelbiger mit beizutragen, beſonders in Schleſien. 29. I. 145. ff. — Verpflichtung der Provinzial=Armenfonds zu ſelbiger nach 3jähriger Abweſenheit von einem Orte und nach aufgegebenem Domizil. 29. IV. 895. — Verpflichtung zu ſelbiger rückſichtl. des Domizils der Armen. 29. I. 144. III. 599.; desgl. rückſichtl. des väterlichen Domizils. 29. II. 359. — für minderjährige Kinder, Verpflichtung zu ſelbiger nach dem väterl. Domizil. 29. IV. 894. — Verpflichtung zu ſelbiger in Beziehung auf hülfsloſe uneheliche Kinder. 29. IV. 897.; desgl. in den Rheinprovinzen in Beziehung auf den Art. 14. Tit. V. des Geſetzes v. 24. Vendem. des Jahres. II. 29. III. 600. 607. — allgemeine Verpflichtung der Kommunen zu ſelbiger. 30. I. 152. ff. IV. 816. — Unterſtützung der letztern aus öffentl. Fonds, in Fällen dringender Noth. 30. I. 153. 155. II. 405. — zu ſolcher liegt dem Staate keine vollkommene Verbindlichkeit ob. 30. I. 152. 155. II. 405. — Verpflichtungen der Landarmenhäuſer rückſichtl. derſelben. 30. I. 152. ff. — Verpflegung armer vormaliger Staatsdiener und deren Angehörigen von Seiten der Kommunen. 30. I. 154. IV. 815. desgl. der Kinder von armen Invaliden. 30. I. 153. ff. — Heranziehung der in der Flur einer Gemeinde angelegten Chauſſee=Etabliſſements zu derſelben. 30. IV. 784. — Verpflichtung zu derſelben rückſ. des Domizils. 30. II. 407. ff. — desgl. in Beziehung auf Hülfsbedürftige ohne Domizil. 30. III. 594. — Verhältniſſe der Provinzen darin zu einander. 30. III. 594. — in wie weit dabei Differenzien zwiſchen den einzelnen Ortsbehörden und den Landarmen=Direktio=

nen ſo wie zwiſchen adminiſtrativen Behörden überhaupt nur vom Miniſterio zu entſcheiden ſind. 30. III. 595. — Verpflichtung zur Verpflegung angenommener und demnächſt hülflos gewordener Kinder. 30. III. 596. — Verpflichtung zu derſelben in Beziehung auf verarmte und arbeitsunfähige ehemalige Gutsbeſitzer. 30. I. 155. — in Beziehung auf Soldatenfrauen rückſichtl. deren Domizilverhältniſſe. 30. IV. 818. — in Beziehung auf hülfsbedürftige Fremde. 30. II. 409.; desgl. rückſichtl. armer Reiſender. 30. II. 410. — deren Ausübung in Schleſien nach den Vorſchriften des Edicts v. 14. Decbr. 1747. 30. I. 156. — kann ſich nicht auf die Bezahlung der Schulden eines Armen, ſondern nur auf deſſen nothdürftigen Unterhalt für die noch nicht abgelaufene Lebenszeit erſtrecken. 31. IV. 806. — Verpflichtung zu derſelben Seitens der Kommune in Beziehung auf Domizil. 31. I. 139. — III. 595. — Heranziehung einzeln liegender Etabliſſements zu derſelben. 31. I. 140. — Verpflichtung der Landarmen-Fonds zu derſelben. 31. III. 588. — Verpflichtung zu derſelben auf hülfsbedürftiges Geſinde. 31. III. 594. — IV. 804., desgl. in Beziehung auf arme Juden. 31. III. 589 — 592. — Verhältniſſe zwiſchen den Gutsherrſchaften und Dorfgemeinden rückſichtl. derſelben. 32. I. 235. — Erſtere dürfen durch Parzellirung ihrer Grundſtücke die darauf ruhenden Laſten den Dorfgemeinden nicht zuwenden. 32. I. 236. — Verhältniſſe der Bewohner der Chauſſeehäuſer rückſ. derſelben. 32. I. 235. 236. — Verpflichtungen des Domainen-Fiskus rückſ. derſelben. 32. I. 237. — Verfahren in Streitigkeiten über die Verpflichtung zu derſelben; Cirk. R. v 31. Aug. 1833. — 33. III. 810. f. — ſtreitige, Regulirung eines Interimiſtikums in derſelben. 33. II. 518. — Anwendung der §. 10. 11. und 15. Tit. 19. Th. II. des Allg. L. R. rückſ. derſelben. 33. II. 518. — in der Kurmark, Neumark und Pommern, Grundſätze über die Verpflichtung zu derſelben; Patent v. 8. Sept. 1804. — 30. IV. 1077. — ſubſidiariſche Verpflichtung zu derſelben von Seiten der Orts-Gerichtsobrigkeiten. R. v. 11. Nov. 1833. — 34. I. 242. — in Beziehung auf Ortsbehörigkeit. R. v. 11. Aug. 1834. — 34. III. 871. — unehelicher Kinder, ſ. letztere — in dem Woytverbande, ſ. letzt. — Verfahren bei Streitigkeiten über dieſelbe zwiſchen Gemeinden. R. v. 18. Jun. 1834. — 34. II. 554.

Armen-Polizei, Reviſion der Ortsbehörden rückſ. deren Verwaltung. v. K. A. 31. II. 351.

Armenrecht, diejenigen, welche ſich dazu vorſchriftsmäßig qualificiren, haben die Sportelfreiheit. G. S. 1815. p. 201. (Beil. p. 4.) — Verordnung über die Zulaſſung zu ſelbigem in den Rheinprovinzen. G. S. 1823. p. 21. f. — Eine Parthei iſt zu jeder Zeit, auch noch nach beendigtem Prozeſſe zum Armenrechte zu verſtatten.

R. v. 26. Jan. 1813. v. K. J. III. 25. — Die ſich zum Armenrechte qualificirenden Partheien ſind zur Cautionsbeſtellung und Ableiſtung des Cautionseides nicht verpflichtet. R. v. 11. Nov. 1817. X. 245. — Uebereinkunft mit dem Königl. Niederländiſchen Gouvernement wegen gegenſeitiger Verſtattung unvermögender Partheien zum Armenrechte. R. v. 9. Sept. 1822. XX. 38. — Qualification der Kirchen zum Armenrechte. R. v. 23. Mai 1823. XXI. 251. ſ. Perſonalarreſt. — deſſen Geltendmachung in Prozeſſen für Kirchen, Pfarren, Küſtereien und Schulen. v. K. A. 27. I. 102. seq. — R. v. 9. Decbr. 1831. betr. die nähere Anweiſung zur Prüfung deſſelben. v. K. J. XXXVIII. 471. 472. — in den Rheinprovinzen. Cab.-Ord. v. 25. Mai 1831. G. S. 1831. p. 67. In wie fern ſind die zu demſelben Verſtatteten ſchuldig, dem Prozeß-Gegner Koſten zu erſtatten, und Caution zu beſtellen. R. v. 13. Apr. 1832. v. K. J. XXXIX. 390 — 393. — Cirk. R. v. 30. Aug. 1833. betr. die Tragung der einer armen Parthei zur Laſt fallenden baaren Auslagen. v. K. J. XLII. 207. 208. ſ. überhaupt Sportelfreiheit.

Armen-Reglements, für die Städte, deren Entwerfung und Beſtätigung. v. K. A. 24. III. 901.

Armenſachen, Anwendung der Portofreiheit in ſelbigen. v. K. A. 25. II. 331. 26. I. 57. — in Bezug auf das Großherzogth. Meklenburg-Schwerin, ſ. Meklenburg-Schwerin. — koſtenfreie Erledigung gerichtlicher Requiſitionen in denſelben, ſ. Krakau, Freiſtaat.

ſ. überhaupt Meilengebühren, Porto-Tantieme.

Armenſchule, v. Treskowſche, in Friedrichsfelde, wird zur Nachahmung empfohlen. v. K. A. 23. IV. 852.

Armen-Sozietäten, deren Einrichtungen. v. K. A. 22. III. 736.

Armenſteuern, ſollen nicht beſonders ausgeſchrieben, ſondern nöthigenfalls aus der Kommunal-Kaſſe gedeckt werden. v. K. A. 26. II. 420. — IV. 1111. — deren Aufbringung im Kreiſe Bonn. 19. I. 202.

Armen-Unterſtützungs-Fonds, (Wohlthätigkeits-Fonds) etatsmäßiger, bei den Regierungen, deſſen Beſtimmung. v. K. A. 30. I. 153. 155. — II. 405. ff. — bei den Regierungs-Hauptkaſſen, Anweiſung von Kurkoſten auf denſelben. 33. II. 519. — ſ. a. Militair-Armen-Unterſtützungs-Fonds.

Armen-Unterſtützungs-Gelder, deren Verabreichung. v. K. A. 20. IV. 847. 848. — 24. IV. 1147. — 25. II. 448. ſ. auch Unterſtützungen.

Armen-Verpflegungs-Gelder, aus privatrechtlichem Grunde gefordert, deren gerichtl. Einklagung v. K. A. 28. I. 164.

Armen-Verwaltung, ſ. Landarmen-Verwaltung.

Armenweſen, deſſen obere Verwaltung gehört zur Sektion für die allgemeine Polizei im Miniſterium des Innern. G. S. 1808. p. 363. — 1810. p. 10. — 1814. p. 43. — deſſen Verwaltung in den Städten. G. S. 1808. p. 349. f. — revid. Städte-Ordnung — ſ. a. Land-Armenweſen. Herzogl. Altenburgiſches Regulativ über ſelbiges. v. K. A. 26. III. 892. — desgl. in den Herzogthümern Schleswig und Holſtein. 26. III. 897. — desgl. in den Fürſtenthümern Reuß jüngerer Linie. 26. III. 918.

Arme Partheien, ſ. Unterſtützungsfond.

Arme Vagabunden oder heimathloſe, wer hierzu gehört. R. v. 25. Febr. 1834. v. K. A. 34. II. 559.

Arme Vormundſchaften. R. v. 7. Oct. 1831. betr. die Gebühren bei denſelben. v. K. J. XXXVIII. 400. — ſiehe auch Vormundſchafts-Sachen und Procentgelder.

Armuths-Atteſte, ſ. letzt.

Arreſt, von demſelben überhaupt. Offener. A. G. O. Th. I. Tit. 50. §. 206. Von dem Verfahren bei Arreſten gegen Fremde ſ. fernerweites R. an die Regierung zu Warſchau v. 5. Jul. 1796. St. B. p. 164. Th. X. R. v. 7. Jan. 1797. St. B. p. 166. X. — Die Kinder des zum Arreſt gebrachten Schuldners iſt der Gläubiger zu alimentiren in der Regel nicht verbunden. R. v. 9. Jan. 1797. E. S. p. 915. X. und St. B. p. 320. V. R. an das Stadtgericht zu Berlin wegen Erlaſſung des offnen Arreſtes in Concursſachen v. 19. Sept. 1796. St. B. p. 287. IV. Iſt ein Arreſt ganz oder zum Theil relaxirt, ſo kann derſelbe hiernächſt weder ganz noch zum Theil aus dem Grunde wieder erneuert werden, weil der Schuldner vor Publication des Circulairs v. 30. Dec. 1798. in eine nach deſſen Vorſchrift nicht zuläſſige Beſchlagnehmung ſeines Gehalts gewilliget hat. R. v. 4. Jun. 1800. St. B. p. 233. Th. XI. C. die Verhängung eines Perſonal- oder Realarreſtes gegen Fremde betr. v. 2. Jul. 1801. St. B. p. 353. XIII. R. welches einige nähere Beſtimmungen des Verfahrens in Arreſtſachen betrifft, v. 15. Jun. 1805. R. A. 55. IV. — Ob bei einer im erbſchaftlichen Liquidationsproceſſe von den Erben dem Richter überlaſſenen Adminiſtration der nach dem Inventario zulänglichen Erbmaſſe der offene Arreſt von Seiten des Richters zu erlaſſen? — ſ. J. M. VII. 497. — Der bisher beſtandene wechſelſeitige Beſchlag, R. v. 13. März und 26. Sept. 1809. auf das Privat-Eigenthum Preußiſcher und Warſchauiſcher Unterthanen iſt durch die Convention v. 10. Sept. 1810. aufgehoben. R. v. 7. Oct. 1810. J. M. IX. 419. — Perſonal- und Real-, deſſen Verhängung gegen Ausländer durch die Rheiniſchen Gerichte. G. S. 1823. p. 107. ſ. auch Perſonal-Arreſt. — kann gegen gering beſoldete Unterbeamte

in Stelle der Geldſtrafe, als Ordnungsſtrafe verhängt werden. v. K. A. 29. I. 14. — (Perſonal-) von dem gegen ein Mitglied des Kammer-Kollegiums oder deſſen Subalternen, Steuerräthe ꝛc. verfügten, muß der Kammer Nachricht gegeben, Rgl. v. 19. Jun. 1749. E. S. p. 163. C. IV. dieſes auch beim Arreſt gegen einen zum Reſſort des General-Directoriums gehörenden Bedienten beobachtet, R. v. 9. Jan. 1770. p. 6617. IV. — ſ. A. G. O. Th. I. Tit. 24. §. 145. deren Vorſchriften auch bei Perſonal-Arreſten der Acciſe- und Zollbedienten Anwendung finden. R. v. 30. Jan. 1797. E. S. p. 926. X. — und mit Arreſten gegen Auswärtige ſoll ohne vorher nach Hofe erſtatteten Bericht nicht verfahren werden. C. v. 15. Oct. 1749. p. 193. C. IV. R. v. 31. März 1791. p. 70. IX. Wie es bei Arretirung fremder Juden zu Königsberg in Pr. zu halten. Pat. v. 19. Jul. 1754. p. 677. I. bei Arreſten gegen Fremde überhaupt. Inſtr. v. 30. Jul. 1774. p. 437. V. d. A. G. O. Th. I. Tit. 29. §. 76. 88. 89. 90. c. R. v. 27. Apr. 1795. p. 177. St. B. II. Declaration v. 24. Sept. 1798. E. S. p. 1758. X. Kl. A. p. 316. XVIII. und daß die Vorſchrift des §. 88. ohne Unterſchied, ob von einem ſchleunigen oder nur von einem ordinairen Arreſte die Rede, anzuwenden, R. v. 27. Dec. 1796. p. 1502. X., auf den Grund unmittelbar ergangener Cabinets-Ordres R. v. 12. Jan. 1793. p. 1428. IX. C. wie bei Arretirungen und Auslieferungen gegen Fremde, die ſich in hieſige Lande begeben, verfahren werden ſoll. v. 2. Febr. 1795. p. 2484. IX. — Gutachten des Obertribunals die Belegung einer Ehefrau mit Perſonal-Arreſt betr. St. B. p. 59. II. ſ. a. J. M. IV. 29. — Die Verhaftungen von Seiten des Polizei-Directoriums v. 4. Apr. 1791. p. 71. IX. — Von der Verhaftung des Angeſchuldigten. Cr. Ord. §. 202. ff. Befreiung gegen Caution §. 224. 225. (A. L. R. I. XIV. 188 — 191.) §. 226 — 233. gegen eidliche Caution; von Verhaftung fremder Fürſten, Geſandten und Geſchäftsträger, §. 251 — 254. Paalzow, Comment. p. 434. B. 1. Kl. A. 34. XXIV. — ſ. a. R. v. 2. Febr. 1795. Die Arretirung der Fremden betr. E. S. p. 2483. IX. Rabe 3. III. v. 27. Apr. 1795. p. 51. c. 1. St. B. 177. II. — R. wegen der Perſonal-Arreſte, v. 10. Okt. 1796., wenn die Perſonal-Execution von dem Schuldner durch Latitirung fruſtrirt wird, R. v. 21. Dec. 1796. Kl. A. p. 82. — Beſtehet ein Gläubiger auf die Perſonal-Verhaftung, ſo kann der Schuldner mit Edition eines Status Bonorum darauf provociren, zum Beneficio Cessionis bonorum verſtattet zu werden. R. v. 10. Aug. 1799. p. 115. Th. IX. St. B. Regul. die Arretirung bürgerlicher Perſonen in Berlin durch Militairwachten betr. v. 16. März 1802. St. B. p. 371. XV. — Officianten betr. v. 3. Jul. 1802. E. S. p. 955. XI. Der Gläubiger eines zum Perſonal-Arreſt gebrachten Schuldners iſt nur zur Un-

terhaltung des letztern im Gefängniſſe verpflichtet. R. v. 19. u. 27. Mai 1803. N. A. 110. B. 3. — In wie fern der Perſonal-Arreſt in Hamburg gegen einen nicht zahlenden Schuldner ſtatt findet, ſ. J. M. II. 193. ſ. Bankerut. — Eine Parthei kann wegen Unvermögens, verſchuldete Gerichtsgebühren zu bezahlen, nicht zum Perſonal-Arreſt gebracht werden. R. v. 6. Mai 1807. J. M. X. 43. — Wegen der Befugniß der Abgaben-Deputationen der Regierungen, gegen ihnen untergeordnete Officianten, welche den Verdacht begangener Pflichtwidrigkeiten wider ſich haben, den perſönlichen Arreſt zu verfügen, u. ſolchen ohne Concurrenz des Juſtizkollegii ſo lange fortdauern zu laſſen, bis der Thatbeſtand des Verbrechers von der Dienſtbehörde ausgemittelt worden, und nunmehr auf Eröffnung der förmlichen Unterſuchung angetragen werden kann, iſt durch das R. des Juſtizminiſter. v. 7. Sept. 1811 feſtgeſetzt, daß

1) die Abgaben-Deputationen der Regierungen die ihnen ſubordinirten Officianten, gegen welche der Verdacht eines Dienſtvergehens vorhanden iſt, zum Behuf der beſſeren und zuverläſſigeren Ausmittelung des Thatbeſtandes zum Arreſt bringen laſſen können, wobei die Vorſchriften der Cr. O. von der Verhaftung eines Angeſchuldigten befolgt werden müſſen. Sie ſind jedoch

2) verbunden, dem competenten Juſtizcollegium von jeder Captur ohne Zeitverluſt Nachricht, und von der Urſache derſelben, mit Communication der Acten genaue Kenntniß zu geben.

3) Iſt das Gericht der Meinung, daß die Verhaftung durch die Beſchaffenheit des angeſchuldigten Vergehens, oder durch die Größe des Verdachts, oder durch andre Umſtände, nicht gerechtfertiget ſei, ſo ſind der Deputation die entſtandenen Bedenken zu eröffnen, und wenn ſelbige deſſen ungeachtet wider die Ueberzeugung des Juſtizcollegii es bei dem Arreſte belaſſen will, ſo iſt davon bei dem Chef der Juſtiz zur weitern Verfügung Anzeige zu machen.

4) Ohne Zuſtimmung der Regierung kann der Angeſchuldigte nicht eher entlaſſen werden, bevor dieſe nicht erklärt hat, daß die angeſchuldigte That, ſo weit es durch ſie habe geſchehen können, ausgemittelt worden.

5) Damit indeſſen der Arreſt nicht ungebührlich verzögert werde, werden die Abgaben-Deputationen der Regierungen in allen Fällen, in welchen die Feſtſetzung des Thatbeſtandes einen längern als 4wöchentlichen Zeitraum erfordert, vor Ablauf dieſer Zeit dem competenten Gerichte die Sache unter Mittheilung der Acten, zur rechtlichen Erwägung, Mitwirkung und Beſtimmung der weitern Fortdauer des Arreſtes übergeben. Das Juſtizcollegium iſt daher befugt, nach Ablauf von 4 Wochen, in welchen ſich der Angeſchuldigte im Arreſt befunden, die Abgabe der Acten zu verlan-

gen, und eventualiter dem Chef der Juſtiz davon Anzeige zu machen. Anh. zur Allg. G. O. §. 246. Vom Antrage des Gläubigers wider den Gemeinſchuldner auf Perſonalarreſt vor Beendigung des Concurſes anzutragen. R. v. 27. Oct. 1812. v. K. J. I. 266. — Wenn die Geſtattung einer ſucceſſiven Abſitzung rechtskräftig erkannter Arreſtſtrafen nachgeſucht wird, muß bei dem Juſtizminiſter angefragt werden. R. v. 10. Mai 1802. St. B. 91. XVI. R. v. 13. März 1816. v. K. J. VII. 24. ſ. Straffriſten. Bei einem Arreſtgeſuche und Beurtheilung der Frage: ob ein angelegter, aber nicht juſtificirter Arreſt die Verurtheilung des Arreſtſuchers als Injurianten ſeines Gegners begründe? kommt es wie bei einer Denunciation darauf an: ob der Arreſtſucher nach den ausgemittelten Umſtänden, in Abſicht einer Ehrenkränkung, oder eines, auf irgend ein anderes Verbrechen abzielenden, böſen Vorſatzes verdächtig geworden, in welchem Falle es kein Bedenken leidet, ihn zur Unterſuchnng zu ziehen, oder die Injurienklage als begründet gegen ihn anzunehmen; beides muß aber eben ſo unbedenklich in jedem andern Falle wegfallen, in ſo weit nicht die Geſetze, (z. B. A. G. O. Th. 1. Tit. 29. §. 34.) eine oder die andere Ausnahme ausdrücklich geſtattet haben. R. v. 8. Febr. 1806. J. M. 457. IX. — Wenn in fiskaliſchen Unterſuchungsſachen ein Officiant der Regierung zum perſönlichen Arreſt gebracht werden ſoll, wird ſolches derſelben ſogleich von Amtswegen bekannt gemacht, §. 257. A. z. A. G. O. c. l. Die im §. 259. der Cr. Ord. wegen Verhaftung der §. 255 — 258. bemerkten Perſonen, geordneten Anfragen werden an das Juſtizminiſterium gerichtet. R. v. 1. Febr. 1815. v. K. J. VII. 69. auch muß bei dieſer Behörde, bei Nachſuchung einer ſucceſſiven Abſitzung rechtskräftig erkannter Arreſtſtrafen angefragt werden. R. v. 13. März 1816. v. K. J. VII. 24. — Real-R. die gerichtliche Sperre der Waaren eines in Concurs gefallenen Kaufmanns betr. v. 12. Aug. 1786. C. S. p. 135. 2799. VIII. G. C. das Eigenthum beſtellter Waaren bei einem beſondern Arreſtfalle betr. v. 25. Oct. 1788. Kl. A. p. 316. III. mit der Poſt eingehender Gelder v. 31. Oct. 1791 C. S. p. 235. IX. die bei Arreſtanlegungen von piis Corporibus zu beſtellende Caution betr. v. 7. Dec. 1789. p. 2782. VIII. — Iſt auf Andringen eines Perſonal-Gläubigers in Ermangelung eines andern Objecti Executionis die Subhaſtation verfügt worden, ſo kann auf deſſen Anſuchen auch eine Proteſtation de non amplius intabulando eingetragen werden R. v. 1. Jul. 1799. R. v. 2. Sept. 1799. St. B. p. 234. 241. Th. IX. R. die Arreſtanlegung auf das in hieſigen Landen befindliche Vermögen der Fremden betr. v. 18. März 1802. R. A. 118. III. u. J. M. I. 396. — Publ. wegen Aufhebung des Arreſtſchlages auf Pr. im Herz. Warſchau hypothekariſch verſicherte Fonds, R. A. B. 392. IV. —

gerichtlicher, auf Briefe, Gelder und Effekten bei den Poſtanſtalten. v. K. A. 25. IV. 941. — Von Nothwendigkeit der Vermerkung deſſelben auf intabulirte Poſten. H. O. Tit. 2. §. 233. 234. p. 75. und zwar nur auf Befehl oder Requiſition des competenten Richters. §. 235. 236. p. 76. welcher auf die Herbeiſchaffung des verkümmerten Inſtruments dringen, §. 137. ſolches ad depositum (A. G. O. I. 29. 54.) nehmen, §. 238. und wenn der Arreſt für nicht juſtificirt geachtet, die Löſchung des im Hypothekenbuche gemachten Arreſtvermerks veranlaſſen muß. §. 239. dieſe Vorſchriften ſind jedoch auf die von den landſchaftlichen Credit-Syſtemen ausgefertigten u. auf keinen beſtimmten Inhaber lautenden Pfandbriefe nicht zu ziehen. §. 240. der Vermerkung des Arreſtes auf das Inſtrument bedarf es nicht, da ſolches, wenn es herbeigeſchafft worden, nach §. 238. ad depositum kommen muß, und nicht eher als nach juſtificirtem und aufgehobenem Arreſt wieder herausgegeben wird. R. v. 24. Aug. 1784. E. S. p. 2907. VII. — Der gegen einen Grundbeſitzer zuläſſige Arreſtſchlag iſt in der Art zu bewirken, daß für den Gläubiger auf Höhe ſeiner Forderung ein Arreſt im Hypothekenbuche rubr. III. eingetragen werde. R. v. 4. Febr. 1833. v. K. J. XLI. 227. 228. — auf Gehalte und Penſionen. — die Arreſtanlegung auf Wartegelder invalider Officiers Pat. v. 2. Febr. 1789. p. 2412. VIII. Penſionen verabſchiedeter R. v. 2. März 1787. p. 654. VIII. auf Beſoldungen und Emolumente Königlicher Officianten Circ. Verord. v. 30. Dec. 1798. E. S. p. 1834. X. ſ. Straffriſten. — Arreſtgeſuche auf Gehalte oder Penſionen, welche aus Königl. Kaſſen erhoben werden, müſſen bei der einer jeden vorgeſetzten Behörde angebracht werden. C. v. 28. Febr. 1804. E. S. p. 2127. XI. — Verordnung betr. die Verkümmerung der Beſoldungen und Penſionen Königlicher Civilbedienten und Penſioniſten und deren Befreiung vom Perſonal-Arreſt, vom 28. Febr. 1806. c. M. S. 305. und J. M. II. 396. l. R. decl. deſſelben in Rückſicht des §. 66. des Reichs-Deputations-Schluſſes v. 25. Febr. 1803., v. 26. April 1806. N. A. p. 312. Der Gläubiger muß, wenn ſein Schuldgefangener zur Erwerbung ſeines Unterhaltes im Gefängniſſe arbeiten ſoll, demſelben das erforderliche Arbeitsmaterial und Werkzeug durch das in der Gefangenanſtalt angeordnete Aufſichtsperſonal ſelbſt liefern, und die Alimente für denſelben vorſchießen R. v. 6. Mai 1805. E. S. p. 2939. XI. u. J. M. IV. 310. f. a. R. v. 13. Mai 1803. N. A. 126. III. und J. M. I. 395. Von Aufhebung des Perſonalarreſts in Schuldſachen, ſ. 220. — V. betr. die Verkümmerung der Penſionen und Beſoldungen Königl. Civilbedienten und Penſioniſten und deren Befreiung vom Perſonal-Arreſt, v. 28. Febr. 1806. C. C. p. 59. XII. u. R. v. 26. Apr. 1806. Anhang z. A. G. O. §. 155. u. flgde.

zu bezahlender Geldſtrafen und Gerichtskoſten, v. 19. Jul. 1806 C. C. XII. p. 699.

ſ. überhaupt Exekution, Feſtungsarreſt, Gefängnißſtrafen, Manifeſtationseid, Perſonalarreſt, Reſſort, Schuldgefangene.

Arreſtaten, ſ. Gefangene.

Arreſt-Geſuch; ſ. Beſcheinigung.

Arreſt-Koſten, in polizeilichen Unterſuchungsſachen, deren Tragung. v. K. A. 23. II. 361. ſ. auch Transport- und Verpflegungskoſten.

Arreſtſchlag; auf Beſoldungen und Penſionen, ſ. dieſe. ſ. auch Konkurſe. — Verbindung der Beſchlagnahme desjenigen Vermögens, welches ein Ausländer in den preuß. Staaten beſitzt, mit der Klage gegen denſelben. R. v. 9. Dec. 1817. v. K. J. XI. 22. — ſ. Arreſt. Exekution. Gehaltsabzüge. Penſion. Penſionsfond. — Die Penſionen der ehemaligen Mitglieder und Angehörigen der aufgehobenen weſtphäliſchen Stifter ſind demſelben nicht unterworfen. R. v. 9. Dec. 1831. v. K. J. XXXVIII. 334. 335. — desgl. überhaupt nicht, die Penſionen und Kompetenzen aus aufgehobenen Stiftern, Abteyen und Klöſtern. v. K. A. 32. III. 608 — 610. — auf den abzugsfähigen Gehaltstheil der in der Rheinprovinz befindlichen Militairperſonen. Cab. O. v. 24. Sept. 1832. G. S. 1832. p. 225.

ſ. überhaupt Exekutions-Vollſtreckungen, Perſonal-Arreſt. Militairperſonen.

Arreſtſtrafen, deren Anwendung im Soldatenſtande. G. S. 1808. p. 262. f. 267. f.

Arretirungen ſ. Verhaftungen.

Arrha, A. L. R. I. V. 205 — 225. — ſ. auch Angeld. Draufgabe.

Arrondiſſements, in den Rheinprovinzen, darunter ſind die jetzt beſtehenden landräthlichen Kreiſe zu verſtehen. G. S. 1822. p. 204.

Arſenik, polizeiliche Anordnungen rückſichtlich deſſen Verpackung und Verſendung. v. K. A. 17. I. 230 — 232. — III. 404. — 23. III. 667 — 669. — 24. I. 249. — Vorſichtsmaßregeln bei deſſen Verkauf, Gebrauch und Handel mit ſelbigem. 19. I. 249. — II. 523. — 22. IV. 958. seq. — vorſichtiger Gebrauch deſſelben zur Vertilgung von Ungeziefer. 19. II. 570. — ſoll zur Vertilgung des Ungeziefers bei Schafen nicht angewendet werden. 25. I. 212. seq. — ſ. auch Vergiftete, desgl. Gift.

Arſenikalien, deren Verkauf durch Apotheker, Materialiſten und Droguiſten. v. K. A. 18. III. 853. — 23. I. 138 — 143.

— deren ſichere Aufbewahrung und vorſichtiger Verkauf. 32. IV. 1031. — ſ. Gifte.

Arſenik-Pulver, Thimannſches, zur Vertilgung der Ratten und Mäuſe, deſſen Anfertigung und Debit. v. K. A. 23. IV. 1005.

Artikulirtes Verhör. Wenn ein, des Verbrechers bei Criminal-Unterſuchungen erforderlich iſt, Cr. O. §. 423. — §. 430.

Artillerie, Bedingungen für den Eintritt junger Leute bei derſelben. v. K. A. 33. IV. 1097 — 1100. — zu Fuß, Einſtellung der Weiterbeurlaubung bei derſelben und Einziehung des Erſatzes für dieſelbe zum 1. Apr. jeden Jahres. 33. I. 225. — für die reitende und Garde-Artillerie erfolgt der Erſatz wie zeither im Herbſte jeden Jahres. 33. I. 226. — Feſtungs-Artillerie-Reſerve-Kompagnien, Verfahren rückſichtlich der bei denſelben vorkommenden Reklamationen. 33. IV. 1119.

Artillerie-Kolonnen, Anordnungen für deren Zuſammentreffen mit Poſtfuhrwerken. v. K. A. 33. II. 347.

Artillerie-Kriegs-Reſerve, Einziehung der Rekruten derſelben und deren Ausbildung. v. K. A. 27. II. 507. — letztere ſollen drei Jahre hindurch auch zu den vierwöchentlichen Landwehr-Artillerie-Uebungen eingezogen werden. ibid.

Artillerie-Penſions-Zuſchuß-Kaſſe, für invalide Offiziers, die Beträge aus ſelbiger können nur von Gläubigern wegen vorgeſchoſſener Beiträge als Objekt der Execution vorgeſchlagen werden. G. S. 1828. p. 43.

Arzeneien, dürfen Aerzte nicht dispenſiren. G. S. 1810. p. 83. — für kranke Soldatenfrauen und Kinder, Entſchädigung der Regimentschirurgen für ſelbige. G. S. 1808. p. 288. — Waaren ſ. Medizinalwaaren. — (Medikamente) können Apotheker auch auf Rezepte von Chirurgen 1ſter und 2ter Klaſſe präpariren. v. K. A. 27. I. 233. — Strafbeſtimmung für den unbefugten Handel mit ſelbigen. 27. II. 498. (Arzeneiwaaren) deren Verfertigung u. der Detailhandel mit ſelbigen iſt nur den Apothekern erlaubt. v. K. A. 17. I. 280. — deren äußere Bezeichnung. 17. III. 223. — 18. IV. 1160. — deren Verſchreibung für arme Kranke und für die Landwehr. 24. I. 295. — II. 614. — ſollen Apotheker nicht unter der Taxe verkaufen. 19. III. 841. (ſ. auch Apotheker.) — gewiſſe, deren ſichere Aufbewahrung. 19. II. 559. — einige ausländiſche, deren Verbot. 20. IV. 897. — Handel mit ſelbigen. 19. I. 249. — II. 523. — 20. I. 127. — 24. IV. 1191. seq. — Maßregeln gegen den unerlaubten Handel mit ſelbigen. 22. I. 224 — 227. — III. 766. — deren Verkauf durch Materialiſten u. Droguiſten. 25. I. 254 — 260. — Verzeichniß derjenigen, welche auch von ſchleſiſchen Laboranten nicht mehr angefertigt werden dürfen.

22. II. 435. — mit ſelbigen darf kein Hauſirhandel ſtattfinden. 20. I. 69. — Verkauf derſelben im Oeſterreichſchen nach der dort beſtehenden Taxe. 20. II. 375. — deren Zubereitung und Handel mit ſelbigen im Königreiche Honnover. 21. I. 232. — (Medikamente,) innerliche, deren Präparation auf Rezepte heutiger Wundärzte. 28. I. 191. — Strafe für den unerlaubten Verkauf derſelben. 28. III. 781. — IV. 1096. — in wie weit den Droguiſten damit ein Handel zu geſtatten iſt. 29. I. 173. — componirte, deren Verfertigung iſt den ſchleſiſchen Laboranten unterſagt. 29. III. 613. — IV. 917. — deren Verabreichung gegen die aſiatiſche Cholera durch Aerzte und Medizinal-Perſonen. 31. IV. 830. — ſollen in den Apotheken nach der neuen Series medicaminum vorräthig gehalten werden. 32. I. 244. — deren Bereitung nach Vorſchriften der homöopatiſchen Aerzte. 32. I. 245. — deren Verabfolgung für arme Kranke. 32. I. 250. — Strafbarkeit des Selbſtdispenſirens derſelben Seitens der Aerzte in der Rheinprovinz. 33. II. 526. — dürfen homöopatiſche Aerzte nicht ſelbſt dispenſiren. 33. I. 215. — zur Heilung kranker Thiere können Thierärzte ſelbſt dispenſiren. 33. III. 820. Rabatt-Bewilligung bei deren Verkauf Seitens der Apotheker. 33. I. 221. f. — desgl. für öffentl. Kranken-Verpflegungs-Anſtalten. 33. I. 223. — ſ. auch Apotheker.

Arzenei-Krämer, umherziehende, ſollen fernerhin nicht geduldet werden. v. K. A. 17. I. 280.

Arzeneikunſt, dürfen Apotheker nicht ausüben. G. S. 1810. p. 83.

Arzeneimittel, ſ. Arzeneien u. Arzenei-Waaren.

Arzenei-Rechnungen, deren Anfertigung und Juſtifikation von Seiten der Apotheker. v. K. A. 28. I. 200. seq. — welche aus öffentl. Kaſſen bezahlt werden, deren Fertigung und Juſtifizirung. 32. IV. 1030.

Arzenei-Taxe, für 18²²/₂₃, deren Anwendung. v. K. A. 22. IV 1043. — im Oeſterreichſchen. 20. II. 375. — neue, deren Einführung v. 1. März 1832 ab. 31. IV. 829. — neue, deren Einführung. 32. I. 240. — ſoll künftighin alle Jahr erſcheinen. 32. I. 243. — ſ. Apotheker-Taxe.

Arzenei-Verpflegung, neue, deren Einführung bei der Armee. v. K. A. 29. II. 411.

Arzenei-Waaren. Vom Verbot des Handels mit, durch Laboranten und Arzenei-Krämer, N. A. B. 22. VII. — ſ. Olitätenkrämer.

Arztlohn. In wie weit die Klagen deswegen zur Cognition des Collegii medici gehören. R. v. 25. Jun. 1701. C. S. V. IV. p. 231. v. 5. Dec. 1712. II. I. No. 130. — v. 8. Nov. 1766.

p. 607. IV. jedoch nur in dem Fall, wenn ſie ſich nicht auf einem Vertrage gründen, welcher Artikel in dem vorigen Reſcr. v. 1766. fortgelaſſen iſt. R. v. 7. März 1791. E. S. 51. IX. — ſ. Aerzte und Sostrum.

Aſche, deren ſichere Aufbewahrung. v. K. A. 17. II. 219. — 19. II. 496. 499. — 22. IV. 987. — von Holz u. Torf, deren ſichere Aufbewahrung. 32. I. 181. 198.

Aſcheſammler, Gewerbeſteuer-Entrichtung von ſelbigen. G. S. 1820. p. 162.

Assassinium. A. L. R. Th. 2. Tit. 20. §. 849 — 854. — ſ. Mord.

Aſſekuranz. A. L. R. vom Aſſecuranzvertrage. II. VIII. 1934 — 2358. von Haverei- und Seeſchäden. 1766 — 1933. Strafe der Betrügereien beim, II. XX. 1376. — Octroy für die in Berlin ſich etablirende Aſſecuranzcammer v. 31. Jan. 1765. E. S. p. 575. III. Aſſecuranz- und Haverey-Ordnung für ſämmtliche Königliche Preuß. Staaten v. 18. Febr. 1766. p. 83. IV. c. R. wegen der Reviſionen in bloßen Havereyſachen. v. 11. Jul. 1767. p. 921. IV. Die Aſſecuranz-Compagnie zu Berlin kann auch für Manufacturen, Fabriquen, Waaren und Waarenläger und Magazine Verſicherungen auf Feuersgefahr geben. R. v. 8. Febr. 1770. p. 3292. VII. — Gewerbeſteuer-Entrichtung für deren Betrieb. G. S. 1820. p. 148. 158. — ſ. auch See-Aſſekuranz. Feuer-Verſicherung.

Aſſekuranz-Geſellſchaft für Kahnſchiffer, ſiehe letztere.

Aſſekuranzvertrag, von Beſtrafung der Betrügereien im, A. L. R. Th. 2. Tit. 20. §. 1376.

Aſſekuration für ſämmtliche Stände der Churmark, v. 2. Oct. 1786. E. S. p. 1652. VIII. — die Privilegien der weſtpreußiſchen Stände betr. v. 12. Mai 1787. Lehmanns Provinzialrecht Th. II. p. 262. — Die Königl. Allodifications- u. Aſſekurations-Urkunde für die Ritterſchaft des Herzogth. Hinterpommern v. 1787. iſt in den Conſtitutions-Sammlungen nicht zu finden, ſondern als beſonderes Patent abgedruckt. — der Gerechtſame und Freiheiten für die Unterthanen in Schleſien. v. 6. Jul. 1798. St. B. p. 323. XIV.

Aſſekurations-Quantum, bei ſtädtiſchen oder Ruſtikal-Grundſtücken, wird unter der erſten Haupt-Rubrik jedoch nur ante lineam notirt, und die bei Erneuerung des Feuer-Cataſtri ſich etwa ereigneten Veränderungen werden in eben der Art von Zeit zu Zeit nachgetragen. H O. Tit. I. §. 46. p. 12. Auf die Feuer-Sozietäten der Landgüter iſt aber dieſer §. nicht zu ertendiren, und bedarf es bei denſelben der Eintragung des Aſſekurations-Quanti nicht. Auf Verlangen des Beſitzers aber kann ſolche, jedoch nur ante lineam (da es keiner beſondern Colonne bedarf)

R. v. 20. Febr. 1785.) erfolgen. R. v. 24. Aug. 1784. ad II. C. S. §. 2907. VII.

Aſſervaten-Inſtruktion für die Obergerichte und Untergerichte 1ſter Klaſſe v. 27. Juni 1815. v. K. J. V. p. 60. — ſ. übrigens Depoſital-Ordnung.

Aſſervation, gerichtliche; ſ. Verſiegelung.

Aſſeſſoren bei Landes-Kollegien ſind zur Haltung der Geſetz-Sammlung und des Regierungs-Amtsblatts verpflichtet. G. S. 1810. p. 1. — 1811. p. 167. — 1819. p. 149. 150. ſ. auch Regierungs-Aſſeſſoren. — bei der Ober-Rechenkammer, deren Rang. Cab. O. v. 17. Febr. 1827. v. K. J. XXIX. 92. 93. auch v. K. A. 27. I. 12. — ſollen von nun an, bei den Ober-Landes-Gerichten nur cum voto limitato angeſtellt werden. Cirk. R. v. 26. Nov. 1830. v. K. J. XXXVI. 331. 332. — Cirkulare, die Beſchäftigung der etatsmäßig oder auf fixirte Diäten angeſtellten Aſſeſſoren bei Verwaltungs-Behörden betr. — Vom 16. März 1831. XXXVII. 95. 96. — die mit einem Voto limitato angeſtellten Aſſeſſoren nehmen an der Vollziehung der Beſchlüſſe, bei welchen ſie kein Votum haben, keinen Theil. R. v. 11. Febr. 1831. XXXVII. 97. — deren Diätenſatz in Criminal-Unterſuchungen. R. v. 2. Dez. 1831. XXXVIII. 461. 462.

ſ. überhaupt Gerichtsſtand, Heiraths-Conſens, Schreibmaterialien.

Aſſignanten. Ein Aſſignatar, welcher bei unterbliebener Zahlung, aus einer acceptirten Anweiſung ſeine Rechte gegen den Aſſignaten nicht verfolgt, ſondern auf den Aſſignanten zurückgeht, kann ſich auch nur an dieſen letztern halten, und nur dieſer wieder an den Aſſignaten. Sim. u. Str. R. 1. B. No. 13. p. 45.

Aſſignatarius; ſ. Schifferfracht.

Aſſignation, ſ. Anweiſung.

Aſſiſen, R. v. 7. Jun. 1833. betr. das Verfahren in den Aſſiſen in der Rheinprovinz. v. K. J. XLI. 577. 583. — ſ. Rheinprovinz und Rekluſion.

Aſſiſen-Protokolle (in der Rheinprovinz). R. v. 15. Febr. 1833., die Abfaſſung und Einreichung derſelben betr. v. K. J. XLI. 297—303.

Aſſiſtenten, ſ. Bevollmächtigte, Beyſtände, Kanzlei-, Kaſſen- und Regiſtratur-Aſſiſtenten, Mandatarien, Publikations-Berichte, Subhaſtation, Normaletat.

Aſſiſtenten-Gebühren, ſ. Bevollmächtigte und Beyſtände.

Astragalus boeticus (Schwediſcher Kaffe), Kultur und Gebrauch deſſelben. v. K. A. 24. II. 408.

Aſyl, Cr. Ordn. §. 214. Paalzow Comment. p. 419. B. 1.

Athemholen; ſ. Schwangerſchaft.

Atmatheſtrom (Rußſtrom) bei Sziesz. Fährgeld-Tarif für das Ueberſetzen über ſelbigen. G. S. 1824. p. 61.

Attentat; ſ. Selbſtmord.

Atteſte bei den Rechnungen, ſollen mit poſitiver Gewißheit ausgeſtellt werden. R. v. 14. Jun. 1786. No. 112. des C. Handbuches. — deren Ausſtellung bei Pferdeverkäufen zur Verhütung des Pferdediebſtahls. Der unbekannte Verkäufer eines Pferdes muß ſich durch ein obrigkeitliches, gewiſſenhaft auszuſtellendes Atteſt, (alle Atteſte in Blanko ſind verboten, deren Ausſteller, wenn ein ſolches zum Verkauf eines geſtohlnen Pferdes gebraucht worden, und er auch an dem Diebſtahl nicht Theil genommen hat, in eine Geldſtrafe von 5 Rthlr. verfällt) wodurch jemand zum Verkauf eines Pferdes an jedermann legitimirt wird, ausweiſen, und der Käufer muß ſolches 3 Monate nach geſchloſſenem Handel aufbewahren. Geſchieht der Verkauf durch Auction, ſo muß der, welcher ſolche abhält, bei 5 Rthlr. Strafe, dem Käufer eines jeden Pferdes atteſtiren, daß daſſelbe in dieſer Auction gekauft ſey. Auf Pferdemärkten muß der Verkäufer ein Atteſt ſeiner Ortsobrigkeit, daß er zum Verkauf des Pferdes befugt ſey, mitbringen, und dem Käufer ausliefern. Für Pferde, die vom Auslande kommen, ſtellt das Grenzzollamt ein Atteſt über dieſe Einbringung aus; mit welchem Atteſte unbekannte Leute, die ein Pferd über die Landesgrenze auszuführen im Begriff ſtehen, in den Grenzörtern ſich ausweiſen müſſen. G. S. 1808. p. 305. — über Abgaben und Leiſtungen an den Staat, ſind ſtempelfrei. G. S. 1822. p. 58. Sportel-Anwendung bei ſelbigen. G. S. 1825. p. 131. — falſche, Beſtrafung deren Verfertigung im Soldatenſtande. G. S. 1808. p. 261. — deren Anfertigung zieht den Verluſt des Bürgerrechts nach ſich. G. S. 1808. p. 329. — amtliche, ſollen in fremden Sprachen nicht ausgeſtellt werden. v. K. A. 23. III. 509—511. — deren Ausſtellung zum Verkaufe von Forſtprodukten. 17. I. 67. — der Baubedienten über die richtige Verwendung der Frei-Bauhölzer. 17. I. 78. — deren Ausſtellung zur Ertheilung von Seepäſſen für Matroſen. 17. I. 195. — von Kontroll-Gehülfen in Rechnungsangelegenheiten ausgeſtellt, deren Gültigkeit. 17. III. 26. — der Aerzte und Wundärzte, Stempelpflichtigkeit derſelben. 24. II. 354. — wundärztliche, über die Privat-Perſonen zugefügten Mißhandlungen, ſind ſtempelpflichtig. 18. III. 648. — für Hebammen-Schülerinnen; desgl. 24. II. 355. — III. 922. — als Entlaſſungsſcheine, Stempelgebrauch zu ſelbigen. 25. IV. 922. — kirchliche, in Wittwen-Kaſſen-Beitritts-Angelegenheiten ſind ſtem-

pelfrei. 19. IV. 922. — polizeiliche, ſiehe Polizei⸗Atteſte. — ſiehe auch Vidimations⸗Atteſte. — ärzliche, deren pflichtmäßige Ausſtellung. 28. I. 195. — desgl. für Beamte zu Erholungs⸗ und Badereiſen. 28. I. 196. — desgl. für Militairpflichtige. 28. II. 558—561. — bei Bau⸗Abnahmen, Erfüllung von Lieferungs⸗Kontracten, Stempelgebrauch zu ſelbigen. 28. I. 59. — deren Ausſtellung bei Pferdeverkäufen. 28. III. 751. — IV. 1049. — ſiehe auch Dienſt⸗Atteſte u. Legaliſationen, desgl. Vieh⸗Geſundheits⸗Atteſte. — polizeiliche, deren Verfälſchung, ſ. Verfälſchung. — der Dürftigkeit und Armuth, deren pflichtmäßige Ausſtellung für Studierende. 29. III. 546. — Stempelfreiheit für ſelbige. 29. III. 547. — Beſcheinigung der letztern auf denſelben. 29. III. 499. — amtliche, in Privatſachen, ſind ſtempelpflichtig. 30. I. 179. — ärztliche u. wundärztliche gehören nicht dazu. 30. I. 178. ff. — amtliche, zur Beglaubigung der nach dem Auslande beſtimmten Dokumente, deren gebühren⸗ und ſtempelfreie Ausſtellung von Seiten der Regierungen und des Polizei⸗Präſidiums in Berlin. 30. I. 19. — aus Caſſenbüchern, ſ. Zeugniſſe. — R. v. 30. Mai 1831. über die Beweiskraft der Atteſte der Militair⸗Aerzte. v. K. J. XXXVII. 417. — über die Eintragung eines Hypotheken⸗Activums. — Von der Ausſtellung derſelben ſtatt der Hypotheken⸗Scheine. R. v. 10. Dec. 1831. XXXVIII. 422. — deren unentgeldliche Ertheilung aus Kirchenbüchern an die Gerichte, ſ. Vormundſchaftsſachen, arme. — über die Impfung der Schutzblattern, ſiehe Schutzblattern. — Behufs der Erhebung der Brand⸗Entſchädigungsgelder, ſiehe letztere. — über Kontractserfüllung der Domainen⸗Pächter, deren Ausſtellung durch die Departements⸗Räthe. R. v. 12. Sept. 1834. v. K. A. 34. III. 653.

ſ. überhaupt Beſitztitel, Erbſchaftsſtempel⸗Atteſte, Gebührenfreiheit, Hypothekengebühren, Hypothekenweſen, Löſchung, Meiſtbietender, Notariats⸗Dokumente, Rechtskraft, Stempelfreiheit, Stempel⸗Reſervation, Specialvollmacht, Sporteltantieme, Unſchädlichkeitsatteſt, Vollmacht.

Atzbach, Amt, wird von Naſſau an Preußen abgetreten. G. S. 1819. (Anh.) 97. 99.

Auburg, ſonſt auch Wagenfeld benannt, Amt, von Kurheſſen an Preußen abgetreten. G. S. 1818. (Anh.) p. 60. — übergiebt letzteres an Hannover; ebendaſ. p. 58. 59.

Audienz⸗Gerichtsvollzieher; ſ. Inſinuation.

Audienz⸗Protokolle; ſ. Aufſuchungsgebühren.

Auditeurs, V. deren Prüfung betr. v. 7. Apr. 1692. v. 6. Jan. 1698. C. C. VI. I. M. No. 185. No. 203. ſollen ſich alles

Advocirens und Schriftſtellens enthalten. R. v. 31. März 1753. p. 447. I. R. v. 10. März 1794. p. 2040. IX. jedoch die Vorſtellungen der Soldaten unterſchreiben. V. v. 8. März 1724. III. I. No. 194. IV. V. III. No. 20. auch in den Sentenzen den Geburtsort der Deſerteurs mit bemerken. C. v. 9. Jun. 1732. p. 334. I. — Zur Gültigkeit einer jeden bei einem Militär-Gericht vollzogenen Handlung iſt hinreichend, wenn ſie vor einem commandirten Offizier und dem Auditeur vollzogen worden. R. v. 28. Sept. 1795. p. 2627. IX. — wegen deren Anſtellung und Prüfung ſ. a. Pat. v. 23. Oct. 1798. p. 1782. X. St. B. p. 383. Th. VI. p. 330. Th. XVIII. und können nur ſolche Subjecte, welche proteſtantiſcher Confeſſion ſind, als Auditeurs angeſtellt werden. C. O. v. 10. May 1790. St. B. p. 391. Th. X. — V. wegen deren Gebühren-Taxe, und wegen Verſorgung derſelben, v. 11. Dec. 1802. E. S. p. 1234. XI. St. B. 184. XVII. — Als Ausnahme von der Regel kann denſelben geſtattet werden, die Geſchäfte eines Juſtizcommiſſarius und Notarius zu betreiben, C. O. vom 25. Febr. 1805. E. S. p. 2899. XI. R. A. 63. IV. J. M. IV. 304. und ſind die Gerichte, bei welchen ſelbige die Geſchäfte der Parteien betreiben, befugt, mit den geſetzlichen Ordnungsſtrafen gegen ſie zu verfahren, und ſolche durch ihre vorgeſetzte Militär-Obrigkeit von ihnen einziehen zu laſſen. C. O. v. 25. Febr. und R. v. 2. März 1805. E. S. p. 2900. XI. — mobilgemachter Truppen, ſind zur Aufnahme und Beglaubigung einſeitiger Handlungen der freiwilligen Gerichtsbarkeit der zu jenen Truppen gehörigen Militairperſonen befugt. G. S. 1812. p. 129. — ſ. auch Teſtamente. Anſprüche derſelben auf Serviszahlungen. v. K. A. 21. I. 208. — ſollen vor ihrer Anſtellnng als Referendarien beim Generalauditoriate gearbeitet haben. Reſcr. v. 14. Dec. 1813. v. K. J. II. 170. — Das Generalauditoriat iſt beauftragt, bei dem Vorſchlage zur Beſetzung erledigter Auditeurſtellen in der Folge mit noch ſtrengerer Prüfung der Qualification zu verfahren, und zunächſt unter mehreren Bewerbern dem den Vorzug geben, welcher die dritte juriſtiſche Prüfung beſtanden hat. Cab. Ord. v. 31. Mai 1826. XXVII. 292.; auch ſind die Oberlandesgerichts-Präſidien veranlaßt, bei Ausſtellung der Zeugniſſe für die Bewerber um Auditeurſtellen auf dieſe Allerhöchſte Beſtimmung Rückſicht zu nehmen. Reſcr. v. 26. Juni 1826. XXVII. 293. — gegen ſelbige findet bei unfreiwilligen Dienſtentlaſſungen das Verfahren für richterliche Beamte ſtatt. G. S. 1826. p. 86. (Corps- und Ober-) deren Diäten. R. v. 8. Oct. 1831. v. K. J. XXXVIII. 398.

Auditoriat; ſ. General-Auditoriat.

Auenrecht oder Straßengerechtigkeit in Schleſien, ſ. St. B. p. 87. V.

Aufblähen des Rindviehes — Heilung deſſelben. Bekanntmachung v. 3. Jul. 1834. v. K. A. 34. III. 888.

Aufblaſen des Fleiſches, ſiehe letzteres.

Aufenthalt; ſ. Gerichtsſtand.

Aufenthalts-Karten, für Fremde, ſollen nur in den größern Städten ſo wie in Handels- und Feſtungsſtädten ſtatt finden. G. S. 1817. p. 158. — allgemeine Vorſchriften rückſichtlich derſelben. v. K. A. 17. III. 114. — 18. I. 106. — Gebühren-Verrechnung für ſelbige. 18. I. 107. — ganze Familien dürfen deren nur Eine löſen. 26. III. 793. — müſſen die in Berlin ſich länger aufhaltenden Handwerksgeſellen löſen. 26. II. 395. 397. — für Fremde, allgemeine Vorſchriften wegen derſelben. 31. II. 502.

Aufenthalts-Veränderung der Kriegs-Reſerviſten und Landwehrmänner, ſ. letzt.

Aufforderungen, öffentliche, ſ. Gemeinheitstheilung und Ediktal-Citation.

Aufgebot, öffentliches, verlorner oder vernichteter Staatspapiere. Verfahren. — ſ. Amortiſation. — iſt rückſichtlich verlorner oder vernichteter Zins-Coupons zu Staatspapieren unzuläſſig. G. S. 1822. p. 213. — ſ. auch Staatspapiere, — nicht eingelöſeter Pfänder, bei ſtädtiſchen Leihanſtalten, Verfahren rückſichtlich deſſelben. G. S. p. 1826. p. 83. — ſ. auch Vorladung, öffentliche, desgl. Agnaten und Lehne, — kirchliches, (Proklamation) — Vorſchriften für ſelbiges rückſichtlich der ſich verheirathenden Militairperſonen. G. S. 1811. p. 177. 183. f. — Gebühren-Entrichtung für ſelbiges; ebend. — Dispenſation der Militairperſonen von dem dreimaligen Aufgebote derſelben. G. S. 1811. p. 184. — wo ſolches bei dem Geſinde ſtatt finden muß. G. S. 1818. p. 20. — einmaliges, dazu kann nur das Miniſterium die Dispenſation ertheilen. G. S. 1817. p. 238. — vom dritten, zu dispenſiren, ſteht den Regierungen zu. G. S. 1817. p. 238. — kirchliches, ein vollzogenes älteres, begründet gleich einem förmlichen Ehegelöbniſſe, Einſpruch gegen den zurücktretenden Theil. R. v. 30. Oct. 1817. v. K. J. X. 223. — zu Trauungen, in verbotener Zeit. 17. II. 116. — in der ſtillen Woche. v. K. A. 18. II. 349. — die dabei überhaupt zu nehmenden Vorſichtsmaaßregeln. 17. IV. 97. — einmaliges vor den Trauungen, dazu können die Ober-Präſidenten die Erlaubniß ertheilen. 19. I. 98. — Dispenſation von ſelbigem überhaupt. 17. IV. 95. — 19. I. 98. — II. 417. — deren Ertheilung in den vormals ſächſiſchen Landestheilen. 19. I. 96. — II. 417. — von Perſonen, welche unter Vormundſchaft ſtehen. 19. II. 418. — kirchliche, der Mennoniten. 21. II. 352. — bei jüdiſchen Ehen, ſiehe Juden. — der Juden im Badenſchen. 17. II. 295. — öffentliches,

der unbekannten Eigenthümer gefundener oder geſtohlener Sachen, Verfahren rückſichtlich deſſelben. 17. IV. 138. — kirchliches, A. L. R. Th. II. Tit. I. §. 138. bei Verheirathungen eingewanderter Ausländer im Inlande. v. K. A. 27. II. 408. seq. — kirchliches, militairpflichtiger Perſonen, was dabei zu berückſichtigen iſt. 28. I. 210. — der im Inlande ſich verheirathenden Ausländer. 28. I. 95. III. 686. — jüdiſches, in den Synagogen oder Betſtuben vor Vollziehung der Ehen. R. v. 25. Jul. 1831. v. K. J. XXXVII. 92. — ſ. a. v. K. A. 31. IV. 762—764. — der Anſpruchsberechtigten auf die Polcher Dingtagsbeſitzungen durch die Regierung zu Coblenz. Cab. O. v. 9. Jul. 1831. G. S. 1832. p. 5. — der Realprätendenten. R. v. 14. Oct. 1831. — Zuſammenſtellung der dabei zu beobachtenden Förmlichkeiten. v. K. J. XXXVIII. 350—352. — kirchliches, von Ausländern im Imlande. Nachweiß der Großjährigkeit Behufs derſelben. v. K. A. 33. IV. 954. — dazu müſſen Berg-Hütten- und Salinen-Arbeiter den Taufſchein der vorgeſetzten Bergbehörde beibringen. 33. II. 392. — der Militairperſonen in der Rheinprovinz. 33. I. 93. — ſoll für ausgetretene Militairpflichtige und Deſerteurs nicht ſtatt finden. 33. III. 833 Cab. O. v. 27. März 1833. G. S. 1833. p. 31. — jüdiſches, deſſen Form. R. v. 21. Aug. 1834. v. K. A. 34. III. 719. — der Berg-, Hütten- und Salinen-Arbeiter, ſ. Trauungen. — Diſpenſation von demſelben, ſiehe Diſpenſation. — verlorner u. ſ. w. Urkunden, Bankobligationen und Pfandbriefe, ſiehe dieſe und Amortiſation. — öffentliches, der Forderungen aus Verwaltungs-Anſprüchen an die Staatskaſſen, hat auf jeden Anſpruch an die Domainen-Verwaltung, Anwendung; unbekannter Kaſſengläubiger, Erläuterung des §. 171. littr. e. Tit. 51. der A. G. O. Cab. O. v. 12. Mai 1834. G. S. 1834. p. 68. — ſ. auch Kaſſenverwaltung. — vom gerichtlichen, eingetragener, nach des Gutsbeſitzers Behauptung getilgter Poſten, deren Inhaber unbekannt. H. O. Tit. 2. §. 269. p. 83. — welches im dinglichen Gerichtsſtande §. 270. p. 84. nachgeſucht, nach Vorſchrift der Allg. G. O. Th. I. Tit. 51. §. 110. u. 114. verfügt, und worauf ſodann bei der Hypothekenbehörde das ausgefertigte rechtskräftige Präkluſionsurtel produzirt und auf deſſen Grund die Löſchung verordnet wird. §. 271. 272. Durch ein an die Pommerſche Regierung ergangenes Reſcript v. 20. May 1781. E. S. p. 3301. VII. iſt nachgegeben, daß in gewiſſen Fällen in Anſehung älterer ante annum 1763. eingetragenen Poſten auch ohne Quittungen Löſchungen zu veranlaſſen, bei welcher beſonders ergangenen Anweiſung es ſein Bewenden haben ſoll. R. v. 24. Aug. 1784. ad XVI. p. 2907. VII. — Verfahren in Abſicht der in Berlin auf der Straße oder an öffentlichen Orten gefundenen Sachen von geringem

Werthe, deren Eigenthümer nicht ſofort ausgemittelt worden. Reſcr. v. 16. Oct. 1812. v. K. J. I. 260. — und Trauung katholiſcher Glaubensgenoſſen durch Geiſtliche einer andern Confeſſion. Reſcr. 27. Nov. 1813. II. 17. Der §. 385. des Anhangs zur A. G. O. iſt lediglich aus der Verordnung v. 9. Dec. 1809. wegen des Aufgebots der nicht in den Hypothekenbüchern ſtehenden Privaturkunden entnommen, und die mit dem §. 10. dieſer Verordnung übertragene Vorſchrift, wegen der öffentlichen Bekanntmachung des Termins durch die Zeitungen, nicht auf das Verfahren bei dem Aufgebote verlorner Hypotheken-Inſtrumente anzuwenden. Reſcr. v. 31. Dec. 1816. IX. 21. — Zum Behuf der Löſchung einer eingetragenen Poſt. R. v. 31. Mai 1817. IX. 236. Wenn beim Aufgebote eines verloren gegangenen, hypothekariſch eingetragenen Schuldinſtruments der Verlierer bereits verſtorben iſt, ſo muß das in der A. G. O. Th. I. Tit. 51. §. 110. seq. vorgeſchriebene Verfahren beobachtet und der Manifeſtationseid von dem Beſitzer des Guts gefordert werden. Reſcr. vom 27. März 1818. XI. 213. — Das Aufgebot eines Documents Behufs der Amortiſation, iſt auch in dem Falle nothwendig, wo Fiscus der Inhaber deſſelben geweſen iſt. Die baaren Auslagen eines ſolchen Aufgebots muß der Fiscus tragen. Reſcr. v. 22. Dec. 1823. XXII. 210. ſ. Löſchung. — Verfahren beim Aufgebote der Pommerſchen Pfandbriefe zum Behuf ihrer Amortiſation, und Abfaſſung des Amortiſations-Erkenntniſſes. Reſcr. v. 1. Juni 1816. VIII. 21. — Das Aufgebot verloren gegangener Anerkenntniſſe über getragene Kriegslaſten aus dem Jahre 1812 iſt erforderlich und muß von dem Obergerichte der Provinz geſchehen. Reſcr. vom 8. Juni 1816. VIII. 28. — Ob das in der A. G. O. Th. I. Tit. 51. §. 115. seq., und in dem Anhange zu ſelbiger §. 388. vorgeſchriebene Amortiſationsverfahren auch auf die Zinscoupons der Staatsſchuldſcheine, in ſofern ſie von der letztern getrennt ſind, Anwendung finden könne. Reſcr. v. 14. Dec. 1818. XII. 266. — Von den, Behufs Amortiſation der verloren gegangenen Staatspapiere zu erlaſſenden ſechs Bekanntmachungen der Edictalladung ſollen die beiden erſten von vier zu vier Monaten und die vier andern in den letzten vier Monaten, und zwar alle Monate einmal, erfolgen. Reſcr. v. 22. Nov. 1819. XIV. 216. — Bei dem durch eine öffentliche Behörde extrahirten Aufgebote verloren gegangener, zu den Fonds derſelben gehörig geweſenen Documente iſt die Abnahme des Manifeſtationseides von demjenigen Beamten, unter deſſen Aufſicht die aufgebotenen Obligationen geſtanden haben, und reſp. von deſſen nach ſeinem Ausſcheiden ernannten Nachfolger, zur Abfaſſung des Amortiſationserkenntniſſes erforderlich. Reſcr. v. 15. Sept. 1820. XVI. 63. — Die Inhaber der Fürſtlich Wittgenſteini-

ſchen Obligationen ſind weder berechtigt noch verpflichtet, die Amortiſation ihrer Verſchreibung, wenn ſolche verloren gegangen iſt, bei einem dieſſeitigen Gerichtshofe auszubringen. Reſcr. v. 27. Oct. 1820. XVI. 242. — ſ. überhaupt Amortiſation. Konſiſtorium. Proklamation.

Aufgebotsſcheine, deren Ausſtellung von Seiten der Geiſtlichen und Dauer deren Gültigkeit. v. K. A. 30. IV. 795.

Aufgreifungsgebühren, deren Ausſetzung und Zahlung bei Bettlern und Vagabunden. v. K. A. 24. IV. 1131. — deren Aufbringung. 28. II. 469. — für vagabondirende und bettelnde Soldatenkinder, deren Zahlung aus dem Fond des Landarmenhauſes zu Benninghauſen. 29. III. 604 — 606.

Aufhebung, ſ. Verträge.

Aufkauf, (und Vorkauferei) A. L. R. II. XX. 1292. 1293. davon handeln folgende ältere und neuere Verordnungen: v. 1572. E. S. V. II. I. No. 4. v. 1578. No. 5. v. 1607. No. 6. v. 1682. No. 14. v. 1697. No. 17. V. v. 24. Dec. 1710. V. IV. II. No. 31. v. 24. Aug. 1713. V. II. I. No. 22. v. 25. Apr. 1718. V. II. VII. No. 11. v. 27. März 1737. p. 27. C. I. Erneuertes Ed. v. 7. Aug. 1743. p. 142. C. II. v. 17. Nov. 1747. p. 283. C. III. C. v. 10. März 1761. p. 7. III. Ed. v. 5. Apr. 1774. p. 273. V. c. ſ. Hauſiren; imgleichen C. C. M. V. II. II. p. 71. V. V. IV. p. 207. — Die ältern Edicte über ſelbigen v. 17. Nov. 1747. und alle frühere dahin einſchlagende allgemeine oder beſondere Verordnungen in Preußen und Litthauen werden aufgehoben. Verordn. v. 18. Nov. 1808. G. S. 1808. p. 323. — Allgemeines Edict v. 20. Nov. 1810 wider die Auf- und Vorkauferei für die ganze Monarchie erlaſſen. G. S. 1810. p. 100. — iſt an Markttagen in und vor den Thoren ſowohl, als auf den Straßen und in den Wirthshäuſern verboten und ſtrafbar. G. S. 1808. p. 323. — 1810. p. 100. — Gewerbeſchein-Ertheilung zu deſſen Betrieb und zum Wieder-Verkauf. G. S. 1811. p. 277. — 1824. p. 126. 127. 130. f. — auf Meſſen und Jahrmärkten. G. S. 1811. p. 277. — von Materialien, zur eigenen Fabrikation durch umherreiſende Gewerbsgehülfen und Angehörige auf bloße polizeiliche Beſcheinigung. G. S. 1828. p. 49. ſ. auch Waaren-Aufkäufe. — von Schiffern und Schiffsknechten als Verkäufern iſt ſtrafbar. G. S. 1809. p. 573. — von Waaren, im Umherziehen, Gewerbeſchein-Ertheilung zu ſelbigem. v. K. A. 25. III. 737. IV. 916. seq. — 26. II. 427. III. 815. Verrechnung der Strafgelder für ſelbigen. 23. III. 685. — von Waaren und Produkten in der Umgegend des Wohnorts 28. I. 178. — in wie weit dazu die Löſung eines Gewerbeſcheins erforderlich iſt. 28. IV. 1075. seq. — iſt den Kaufleuten im Umherziehen, jedoch ohne Wiederverkauf geſtattet. 28. II. 538. — Gewerbeſchein zum

freien Aufkauf, landwirthſchaftl. Erzeugniſſe in der Umgegend des Wohnorts. 30. III. 609. — ſ. auch Vorkauf und Waaren-Aufkauf und Gewerbe-Scheine.

Aufkäufer. Gewerbeſchein-Ertheilung an ſelbige. G. S. 1811. p. 277. — 1824. p. 126. 127. 130. f. — Gewerbeſteuerpflichtigkeit derſelben. G. S. 1820. p. 148. 162. — Fremde, in wie weit ſelbige der letztern nicht unterworfen ſind. G. S. 1820. p. 149. ſiehe Gewerbe-Scheine.

Aufkündigung ſ. Kündigung und Kapitals-Aufkündigung.

Auflagen, neue, kleiner Piecen, ſ. Druck-Erlaubniß. — ſtädtiſche (revid. Städteordn.) G. S. 1831. p. 29. — ſ. übrigens Abgaben und Kommunal-Abgaben.

Auflöſung der Stadtverordneten-Verſammlung, rev. Stdt. O. G. S. 1831. p. 21.

Aufnahmen, ſ. Feſtungspläne.

Aufruf, königl. ſ. Kriegs-Aufruf. Rheinprovinzen. Sachſen. Poſen ꝛc.

Aufruhr, A. L. R. Th. II. Tit. 20. §. 167. — 195. R. die Unterdrückung aufrühriſcher Schriften betr. v. 1. Febr. 1792. E. S. p. 761. IX. Pat. wegen Abſtellung des tumultuariſchen Verfahrens bei Beſchwerdeführungen v. 29. Jul. 1794. p. 2381. IX. Publ. wegen der unter mehreren Gemeinden in der Altmark wegen Aufhebung der Natural-Dienſte entſtandenen Unruhen v. 5. Sept. 1795. p. 2396. IX. in den neu acquirirten Provinzen Pat. v. 9. Aug. 1796. p. 579. X. St. B. p. 161. IV. — Circular-Verordn. v. 30. Dec. 1798. E. S. p. 1834. X. iſt wegen der gegen Bergleute Tumults halber zu veranlaſſenden Unterſuchung declarirt. R. v. 12. Aug. 1799. St. B. p. 79. IX. Pat. wegen der in den neu acquirirten Provinzen entſtandenen Unruhen. v. 24. Sept. 1794. wegen des Verfahrens gegen die Inſurgenten v. 10. Dec. 1794. Pat. v. 9. Aug. 1796. E. S. p. 579. X. St. B. p. 161. Th. IV. c. D. ad. art. 4. und 6. v. 20. Sept. 1796. St. B. p. 170. Th. X. Rs. die Einleitung der Klagen aus den Zeiten der revolutionären Unruhen in Warſchau betr. v. 4. Jun. 1796. St. B. p. 161. Th. X. R. v. 28. Jul. 1796. St. B. p. 162. X. Der Entſchädigungsklagen gegen die Theilnehmer der Süd- und Weſtpreußiſchen Inſurrection R. v. 16. März und 22. Jun. 1795. St. B. p. 127. Th. XI. — ſ. auch Cab. Ordre. — Die Anſprüche der Gläubiger der ehem. Inſurrektions-Anführer in Südpreußen an deren confiscirte Güter betr. v. 17. Sept. 1796. St. B. 151. XIV. von deſſen Beſtrafung im Landſturm. G. S. 1813. p. 95. — in einzelnen deutſchen Bundesſtaaten. G. S. 1820. p. 121.

ſ. demagogiſche Umtriebe, Tumult u. Verbrechen.

Aufſätze, außergerichtliche, polizeiliche Erlaubniß zur Anfertigung derſelben. R. v. 28. Jan. 1834. v. K. A. 34. I. 228. desgl. v. 9. Aug. 1834. — 34. III. 822.

Aufſchlagung des Hypothekenbuchs, ſ. Emolumente.

Aufſeher, (Acciſe=) ſ. Gerichtsbarkeit.

Aufſicht auf die Städte. revid. Stdt. O. G. S. 1831. p. 33. — vernachläſſigte, der Kinder, Abhülfe derſelben. Verf. v. 19. Febr. 1834. v. K. A. 34. II. 498. — ſ. auch Juſtiz=Aufſicht.

Aufſichts= (Gränz=) Beamte, ſ. Verletzungen.

Aufſuchungsgebühren. Für Aufſuchung der Erkenntniſſe in den Audienzprotokollen der ehemaligen Tribunäle können die in der Gebührentaxe für Aufſuchung alter Akten verwilligten Gebühren nicht in Anſatz gebracht werden. R. v. 4. Mai 1816. v. K. J. VII. 187. — Wenn zu einem Geſuche, Behufs der zu erlaſſenden Verfügung die Akten aufgeſucht und für den Decernenten beigelegt werden müſſen, die länger als ein Jahr reponirt ſind, ſo iſt anzunehmen, daß die Aufſuchung auf den Antrag der Partheien erfolgt iſt, und paſſiren in dieſem Falle die Aufſuchungsgebühren. R. v. 22. Febr. 1817. IX. 30. — ſind bei den Oberlandesgerichten zur Salarienkaſſe zu berechnen. R. v. 16. Sept. 1817. X. 254.

Auftrag; ſ. Generalvollmacht.

Aufträge. Gebühren der Untergerichte in Auftrags= und Requiſitionsſachen. R. v. 24. Juli 1818. v. K. J. XII. 28. — Die Regierungen ſind befugt, in Angelegenheiten ihres Reſſorts an die Land= und Stadtgerichte und andere Juſtiz=Unterbehörden zu verfügen, ihnen Aufträge zu geben und ſie zu deren Befolgung anzuhalten. R. v. 11. Sept. 1818. XII. 268. v. 23. Jan. u. 12. April 1819. XIII. 24. 278. — Die Generalkommiſſionen ſind befugt, einem Untergerichte in Gegenſtänden ihres Reſſorts Aufträge zu machen, ohne ſich des Requiſitionsſtyls bedienen zu dürfen. R. v. 4. Febr. 1820. XV. 11. — ſ. fiskaliſche Aufträge.

Auftragsſachen, ſ. Aufträge, Kommiſſionen, Kommiſſionsgebühren, Emolumente, Protokollgebühren.

Aufzüge, öffentliche, der Gewerke, Schützengilden und anderer Geſellſchaften, dürfen nur mit polizeilicher Genehmigung ſtattfinden. v. K. A. 17. IV. 211. — ſollen während des Gottesdienſtes unterbleiben. 17. I. 123. — IV. 211.

Augenärzte, deren Prüfung. v. K. A. 25. III. 758. — 26. I. 192. 194.

Augenkrankheiten, kontagiöſe, deren Behandlung und Heilung. v. K. A. 21. IV. 977 — 985. — Vorſichtsmaßregeln gegen deren Verbreitung. 21. IV. 985 — 991.

Augen=Operateure, die nicht zugleich Wundärzte ſind,

bedürfen zur Ausübung ihres Gewerbes im Umherziehen eines Gewerbescheins. v. K. A. 29. IV. 942.

Augen=Taback, Hufelandiſcher, deſſen Verkauf. v. K. A. 25. III. 760. — IV. 1101.

Augsburgiſche Konfeſſion, Anordnungen für die 3te Säcular=Feier derſelben. v. K. A. 30. II. 321. ff.

Auktionatoren, ſ. Auktions=Kommiſſarien.

Auktionen, im Wege der Exekution. A. G. O. Th. I. Tit. 24. §. 78. Inſtruktion wegen derſelben bei Anſtalten, welche unter der Regierung ſtehen. v. K. A. 18. I. 78. — Inſtruktion für deren Abhaltung. 22. IV. 1020 — 23. IV. 961 — 965. — Verfahren rückſichtlich derſelben bei Exekutionen in Steuer=Angelegenheiten. 24. I. 32. seq. — deren Abhaltung für die in Steuer=Kontraventionsſachen abgepfändeten Effekten. 25. I. 67. — ſollen bei Naturalien und andern beweglichen Sachen, zum Verkaufe für Rechnung des Staats beſtimmt, ſtatt finden. 25. I. 5. — von Waaren, deren Abhaltung für Auswärtige. 25. II. 458. — verfallener Pfänder bei öffentl. Leihanſtalten, Verfahren rückſichtl. derſelben. G. S. 1826. p. 83. — ſ. a. Auktionatoren und Auktions=Protokolle. — deren Zulaſſung während der Jahrmarktszeit. v. K. A. 27. IV. 1012. — außergerichtliche, Vorſchriften für deren Abhaltung. 29. II. 366. — das unbefugte Abhalten derſelben iſt ſtrafbar, ebend. — von kaufmänniſchen Waarenlägern, in wie weit ſolche in Beziehung auf Gewerbe= und Handelsſteuer zu geſtatten iſt. 30. III. 613. R. v. 11. Jul. 1831, von den Commiſſionsgebühren bei denſelben. v. K. J. XXXVIII. 129. — R. v. 9. Jan. 1832, betr. die Abhaltung von Verſteigerungen durch Privatperſonen. XXXIX. 169. 170. — Beziehung der Gebühren für Abhaltung derſelben. R. v. 12. Nov. 1832. XL. 467. — Verſteigerungen wegen rückſtändiger Gefälle finden nicht an Sonntagen ſtatt. Verf. v. 29. Jul. 1834. v. K. A. 34. III. 716.

ſ. a. Verſteigerungen; Immobilien=Verſteigerungen, Subhaſtation.

Auktions=Kommiſſarien. Inſtr. u. Rgl. für die Auktionatoren v. 12. Apr. 1756. E. S. p. 57. II. R. an die Oſtfrieſiſche Regierung die Privatlicitationen betr. v. 20. Jul. 1795. St. B. p. 214. II. E. S. p. 2598. IX. Mit Königl. Zeichen belegte Effekten dürfen von den Berliniſchen Auktions=Kommiſſarien nicht eher, als bis vorher über die Zuläſſigkeit des Verkaufs bei dem Manufactur= und Commerzien=Collegium angefragt worden, verkauft werden. Schreib. des letztern v. 21. Aug. 1801. St. B. p. 315. XV. Gebühren=Taxe für die Bücher=Auktions=Kommiſſarien in Berlin. v. 25. Sept. 1800. E. S. p. 3122. X. — deren Anſtellung von den Regierungen und Oberlandes=Gerichten. G. S.

1811. p. 275. — müſſen vor Ertheilung des Gewerbeſcheins ihre Qualifikation dazu nachweiſen. G. S. 1810. p. 84. — 1811. p. 275. ſ. die den, zu Berlin gemachte Eröffnung, v. 14. Dec. 1811. K. A. B. 42. II. und 215. I. Dem franzöſiſchen Hospital zu Berlin iſt das Recht, die Effekten der daſelbſt verſtorbenen Armen ohne Zuziehung eines Auktions-Kommiſſarii licitiren zu dürfen, eben ſo beigelegt worden, als ſolches der Charité und den Vorſtehern des jüdiſchen Lazareths bereits bewilliget worden. R. v. 22. Febr. 1814. K. A. B. 122. IV. — Das Reſcr. v. 23. Febr. 1806. J. M. 323. X., wodurch denſelben bewilligt worden, ein halb Prozent von der Auktionsloosung in Abzug zu bringen, findet bei Mitgliedern des Collegii keine Anwendung. R. v. 17. Mai 1814. v. K. K. IV. 9. — es ſtehet Jedem künftig frei, ſein Privat-Eigenthum ſelbſt zu verkaufen. R. v. 30. Dec. 1815. K. A. B. 24. VI. — Inſtruktion für dieſelben. R. v. 15. Oct. 1819. v. K. J. XV. 86. — denſelben können ½ Prozent Zählgelder paſſiren. R. v. 23. Febr. 1806. J. M. X. 223. u. C. C. p. 55. XII. — Die Gebühren für das Zuſammenbringen und Ordnen der Sachen und für die Abhaltung des Auktionstermins erhält bei den Land- und Stadtgerichten der Kommiſſarius. R. v. 20. Aug. 1819. v. K. J. XIV. 52. — Bei Abhaltung von Auktionen finden keine Recepturgebühren ſtatt. R. v. 17. Mai 1814. IV. 9. (aufgehoben durch das R. v. 31. Jan. 1820. XV. 19.) außergerichtliche, Inſtruktion für ſelbige. v. K. A. 23. IV. 961—965. — Gewerbeſteuer für ſelbige. 25. IV. 918. — gehören zu den Staatsdienern, weshalb deren Stellen jüdiſchen Glaubensgenoſſen nicht übertragen werden können. 27. III. 750. — außergerichtliche, und deren Ausrufer. Anſtellung und Funktionen derſelben. 29. II. 366. ff. Dienſt- und Geſchäftsreglement für dieſelben und deren Ausrufer im Potsdamſchen Regier.-Bezirke. 30. III. 618—637. — Gebührentaxe für dieſelben. 30. III. 634. — öffentliche Verhältniſſe derſelben als ſolche. 31. III. 596. — können ein Geſchäftsſiegel, jedoch nur mit Namen und Ort ohne königl. Wappen-Adler führen. 31. III. 597. — Beziehung der Gebühren für Abhaltung der Auktionen. R. v. 12. Nov. 1832. v. K. J. XL. 467. — die von denſelben beſtellten Kautionen ſind ebenfalls dem Finanzminiſterio auszuhändigen. v. K. A. 32. II. 358.

ſ. Emolumente. Feſtungspläne. Kaſſenverwaltung. Stempel. Subhaſtation.

Auktions-Protokolle. Berechnung und Entrichtung der Stempelſteuer von ſelbigen. G. S. 1822. p. 61. 74. — Stempelanwendung bei ſelbigen. v. K. A. 25. I. 66.

Auktions-Termin, ſ. Auktion. Emolumente.

Auktionsweſen, Reglement für ſelbiges in der Stadt Danzig. v. K. A. 22. I. 188 — 198.

Ausbeute=Zählgelder, beim Bergweſen in Schleſien, deren Aufhebung. v. K. A. 31. I. 190.

Ausbollern des dem Wegſchwemmen ausgeſetzten Holzes. v. K. A. 20. II. 242.

Ausbrennen von Aeckern und Wieſen, darf nur mit Vorwiſſen der landräthlichen Behörde unternommen werden. v. K. A. 19. II. 352. — ſiehe die verſchiedenen Provinzial=Forſtordnungen in welchen die desfalſigen Vorſchriften enthalten ſind.

Ausdünſtungen, beläſtigende, die mit ſelbigen verbundenen Gewerbe, ſiehe letztere.

Auseinanderbau, ländlicher Gehöfte und Gebäude. v. K. A. 17. I. 252. IV. 249. — 22. IV. 982. — 23. III. 599. seq. — 24. IV. 1176. — 26. III. 821 — 825. — ländlicher Gebäude, Ausführung der deshalb beſtehenden allgemeinen polizeil. Vorſchriften. 27. I. 227. — ländlicher Gebäude, deſſen Ausführung in der Provinz Pommern. 31. II. 397. (Abbau) deſſen Beförderung nach Feuersbrünſten durch Abtretung oder Austauſch von Grundſtücken. 33. I. 207. — ſ. Abbau. Bauten. Gebäude u. Gehöfte.

Auseinanderſetzungen zwiſchen Gutsherren und Bauerwirthen, ſ. gutsherrl. und bäuerl. Verhältniſſe, ſ. a. Gemeinheitstheilungen. — Auseinanderſetzung des Vermögens. Auszug des Berichts des Oberſchleſiſchen Oberlandesgerichts, wie es im Oberſchleſiſchen Departement bei Auseinanderſetzung der Eltern u. Kinder bisher gehalten, d. d. Brieg, 31. Jan. 1797. v. K. J. II. 99. — Ob nach Vorſchrift des Lübiſchen Rechts die Ertheilung des Atteſtes über die Vermögens=Auseinanderſetzung der hinterbliebenen Ehegatten mit ihren Kindern, Behufs der anderweiten Verheirathung dennoch erfolgen muß, wenn gleich die Auseinanderſetzung noch nicht vollſtändig geſchehen iſt, und die Erbtheile der Kinder aus dem gemeinſchaftlichen Vermögen weder ausgekehrt noch ſichergeſtellt ſind. R. v. 31. Oct. 1825. XXVI. 382. — Verfahren bei der Auseinanderſetzung des überlebenden Ehegatten mit den hinterbliebenen minorennen Kindern Hinſichts der eidlichen Beſtärkung des Inventarii, der Ueberlaſſung der Mobilien pro taxato an den überlebenden Ehegatten, und der Theilung oder Sicherſtellung des Antheils der Kinder an den Activis. R. v. 22. Juli 1821. XVII. 254. — ſ. Depoſitalmaſſen. Depoſitorium. Gebührenfreiheit. Gerichtsſtand. Kaufſtempel. Koſtenkolonne. Kuratel. Pupillengüter. Stempel. — zwiſchen dem Vater und den Kindern wegen des mütterlichen Vermögens. Ueber die Koſten derſelben. R. v. 23. Dec. 1832. XL. 531 — 535.

Auseinanderſetzungs=Rezeſſe. Verfahren der Hypothekenbehörden bei Eintragungen der Auseinanderſetzungs=Rezeſſe

über die gutsherrlichen und bäuerlichen Verhältniſſe. R. v. 21. Aug. 1816. v. K. J. VIII. 48. — Richterliche Qualität bei deren Aufnahme. R. v. 7. Febr. 1820. XV. 10. — Beſtimmung, wie bei den nach der Verordnung v. 20. Jun. 1817 zu bewirkenden Auseinanderſetzungen zu verfahren iſt, wenn die Partheien die Vollziehung der darüber aufgenommenen Rezeſſe verweigern. R. v. 26. Jan. u. 26. März 1824. XXII. 219. und XXIII. 58. Geſetz v. 30. Jun. 1834. G. S. p. 113. — ſ. Beſitztitel, Eintragungsgebühren, Emolumente.

Ausfertigungen, bei den Provinzial-Behörden, Sportelſätze für ſelbige. v. K. A. 26. I. 5. — amtliche, Stempelgebrauch zu ſelbigen in Beziehung auf das dabei obwaltende Privat-Intereſſe. G. S. 1829. p. 16. — ſ. Erkenntnißausfertigungen, Mittheilungen, Notariatsdokumente, Schreibgebühren, Stempel. Stempelſtrafe. Teſtamentsausfertigungen.

Ausfuhr, iſt für alle inländiſche Erzeugniſſe der Natur und Kunſt verſtattet. G. S. 1818. p. 65. — in wie weit dafür eine Zollentrichtung ſtatt findet. G. S. 1818. p. 66. 127. 129. Beweisführung über ſelbige. G. S. 1818. p. 127. 128. — Abgaben-Entrichtung von ſelbiger nach den ſpäteren Abgaben-Erhebungsrollen. G. S. 1821. p. 165. ff. — 1823. p. 45. ff. — 1824. p. 181. ff. — 1827. p. 131. ff. — 1830. p. 130. — freie, des geprägten Goldes und des Kourants. G. S. 1816. p. 92. — der Scheidemünze, bleibt verboten. G. S. 1816. p. 92. — des alten Bruchkupfers und Meſſings, wird gegen eine Kontrollabgabe freigegeben. G. S. 1816. p. 94. — Beſtimmungen darüber im Handels- und Schiffahrtsverkehr mit dem Königreiche Polen. G. S. 1819. p. 169. f. — Handels- und Schiffahrtsverhältniſſe, rückſichtl. derſelben mit Rußland und Polen. G. S. 1825. p. 60. f. — desgl. mit Großbritanien. G. S. 1824. p. 118. f. — freie, roher Produkte, im Grenzverkehr mit den Niederlanden. G. S. 1818. (A.) p. 95 — 98. — ſ. auch Ausgangszölle, Elb- und Weſerzölle; desgl. Abgaben, Handels- u. Schiffahrts-, auch Zoll-Verträge mit fremden Staaten, Getreide, Lebensmittel u. ſ. w. — vaterländiſcher Fabrikate, Manufakturen und Produkte, deren Begünſtigung durch die Rheiniſch-Weſtindiſche Kompagnie. v. K. A. 21. I. 42. seq. — IV. 850 — 862. — ſ. auch Exportation.

Ausfuhr-Zollgefälle, deren theilweiſe Aufhebung. G. S. 1814. p. 105. 106. — ſ. ferner Ausgangs-Zölle und Abgaben. — in wie weit ſolche von den zur Konſumtion verſteuerten Waaren zu entrichten ſind. v. K. A. 17. II. 51. — ſ. übrigens Abgaben, Steuern und Ausgangs-Steuer.

Ausgabe-Erſparniſſe, ſollen bei den Jahres-Abſchlüſſen in Abgang geſtellt und abgeführt werden. v. K. A. 27. IV. 887. — 33. I. 43.

Ausgaben, etatmäßige, Befugniſſe der Regierungen zu ſelbigen. G. S. 1808. p. 505. — dieſelben ſollen dabei auf angemeſſene Erſparungen bedacht ſeyn. G. S. 1817. p. 263. — extraordinaire und nicht etatsmäßige, zu ſelbigen iſt höhere Genehmigung erforderlich. G. S. 1810. p. 9. 17. — 1817. p. 265. Bezirks- und Gemeinde-Ausgaben, deren Aufbringung. G. S. 1820. p. 137. — ſtädtiſche, deren Regulirung. G. S. 1808. p. 353. — nach und außer dem Etat, allgemeine Beſtimmungen darüber. v. K. A. 23. I. 74. — II. 233 — 237. — für Rechnung des Staats, allgemeine Beſtimmungen rückſichtl. derſelben. 25. I. 7. seq. — Verfahren rückſichtl. der Ausgaben-Reſte und Erſparniſſe. 22. IV. 889. — 25. I. 14. — ad extraordinaria, Beſtimmungen rückſichtlich derſelben. 25. I. 15. — jährliche definitive Abſchließung derſelben. 23. IV. 769. — zufällige, bei Gemeinde-Korporationen, Verfahren rückſichtl. derſelben. 18. II. 384. — ſ. auch Etats, desgl. Staats-Ausgaben. Anweiſung und Verrechnung der Deckungs-Zuſchüſſe für dieſelben und Abführung der Erſparniſſe bei den letzteren. 32. I. 53. 54. — III. 607. — ad extraordinaria; ſ. Etats-Ueberſchreitungen. Salarienkaſſenetat. (Mehr-) ſ. Kriminalfonds, Rechnungsweſen, gerichtliches. (Neben-) ſ. Stationsgeld.

Ausgaben-Etat des Staatsbedarfs, ſ. Etat.

Ausgaben-Nachweiſungen, ſpezielle, deren Weglaſſung bei den Final-Abſchlüſſen für die Verwaltung des Innern und der Polizei. v. K. A. 32. I. 53.

Ausgabetitel; ſ. Salarienkaſſen.

Ausgangs-Päſſe, deren Vertretung durch gültige Wanderbücher. v. K. A. 20. IV. 843. 845. — deren Ertheilung überhaupt. 20. III. 569. — IV. 840. — Rüge, wenn ſolche von dazu nicht befugten Polizeibehörden ausgeſtellt werden. 33. II. 464. — deren Ausſtellung für Studierende. 33. II. 465. — ſ. auch Päſſe.

Ausgangs-Zölle (Ausgangs-Abgaben) deren Erhebung nach Aufhebung der Zölle im Innern. G. S. 1816. p. 195. — Befreiung des Salzes, des Getreides, der Brennmaterialien, des Bauholzes, Kalkes, Schiefers, der Mühlſteine, Ziegel und der Steine aller Art von ſelbigen im Verkehr mit dem Königreiche Sachſen. G. S. 1815. p. 72. (Ausfuhr-Impoſt) Ermäßigung derſelben für Wolle von 2 Rthlr. auf 4 gGr. pro Stein. G. S. 1811. p. 197. — von bewolleten und unbewolleten Schaffellen zu acht Prozent. G. S. 1811. p. 244. — für Getreide und Bauholz, zur See nach neutralen und befreundeten Ländern. G. S. 1811. p.

241. 246. — deren Erhebung nach den neuern Abgaben-Erhebungsrollen; ſ. Abgaben. — Verfahren rückſichtl. derſelben in Beziehung auf die mit den Fahrpoſten nach dem Auslande gehenden Güter. v. K. A. 26. I. 43 — 53. — IV. 990. — deren Erhebung in dem vom Zollverbande ausgeſchloſſenen Landestheile des Erfurter RegierungsBezirks. 26. IV. 990. — deren Erhebung von Roheiſen in den öſtlichen Provinzen. 26. IV. 985. — ſ. auch Steuern und Zölle.

Ausgedinge, ſ. Altentheil. Koſtenkolonne.

Ausgetretene, A. G. O. Th. I. Tit. 36. — ſ. Militairpflichtige. (Unterthanen) Konfiskation deren Vermögens. v. K. A. 18. I. 216. — 19. II. 302. — IV. 1025. — ſ. Deſerteurs. Landwehrmänner und Militairpflichtige. — deren Behandlung nach der allgemeinen Landes-Kartel-Konvention, ſ. letztere. — ſ. überhaupt auch Konfiskationsprozeß. Ediktalcitation.

Ausgewanderte, müſſen bei ihrer Rückkehr der ausgewichenen Militairpflichtigkeit noch genügen. v. K. A. 21. III. 693. seq. — deren Wiederaufnahme in die preuß. Staaten. R. v. 5. Jun. 1834. — 34. III. 646.

Ausgewieſene, herzogl. Sachſen-Gothaiſche Verordnung rückſichtl. derſ. v. K. A. 24. III. 962. — ſ. auch Vagabunden. — in wie fern die Entrichtung der Transportkoſten für ſelbige dem Polizei- oder Criminal-Fond zur Laſt fallen. 27. I. 167. — ſ. auch Landesverwieſene. — aus Rußland, dürfen preuß. Schiffer ohne Genehmigung dieſſeitiger Behörden nicht mitnehmen. 32. III. 604. — aus Kurheſſen, Verfahren rückſichtl. derſ. 33. I. 40. desgl. gegen diejenigen aus Rußland. 33. I. 41. — gegenſeitiges Verfahren rückſichtl. derſ. mit der freien Stadt Krakau. 33. III. 600.

Aushängeſchilder und Etiquette — verbotwidriger Gebrauch des königl. Wappens zu ſelbigen, ſ. Wappen, königl.

Aushang; ſ. Kontumacial-Erkenntniß, Präkluſions-Erkenntniß. Subhaſtations-Patent.

Auskultatoren. A.G.O. Th. III. Tit. IV. §. 1. u. folg. — deren Prüfung und Anſtellung bei den Juſtizbehörden im Großherz. Poſen. G. S. 1817. p. 53. f. Bei Anſtellung der, ſoll die Vorſchrift der A. G O. Th. 3. Tit. 4. §. 2. befolgt werden. R. v. 2. Apr. 1810. J. M. IX. 62. Nach der Circ. V. v. 12. Oct. 1804. ſoll jeder Rechtscandidat, welcher als Auscultator angeſtellt zu werden wünſcht, 3 Jahr auf der Univerſität ſtudirt haben, u. es ſoll, der R. v. 6. Sept. u. 6. Nov. 1809. ohneracht[et], darauf künftig genau gehalten, u. ohne ausdrückliche Erlaubniß des Chefs der Juſtiz kein Candidat, der ſich nicht über die Vollendung dieſes Curſus vollſtändig ausweiſet, zur Prüfung zugelaſſen werden.

R. v. 2. März 1812. R. A. 457. III. — ſollen da, wo die Oberlandesgerichte mit Untergerichten erſter Claſſe an einem Orte ihren Sitz haben, nach überſtandener Prüfung zunächſt an dieſe verwieſen werden, um ſich bei denſelben den erſten Geſchäftsbegriff und Ueberblick zu verſchaffen. Reſcr. v. 6. Oct. 1820. v. K. J. XVI. 247. — Bis zum Schluſſe des Jahres 1825 ſoll keine neue Anſtellung von Auscultatoren bei dem Stadtgerichte zu Berlin erfolgen, und mit dem Eintritte des Jahres 1826 berichtet werden, ob es nothwendig oder zweckmäßig iſt, dieſe Beſchränkung noch fortdauern zu laſſen. Reſcr. v. 12. Oct. 1824. XXIV. 312.

ſ. Acceſſiſten, Amtsblatt, Examen, Heirathskonſens, Militairpflichtigkeit, Schreibmaterialien, Urtelsgebühren.

Beſtimmung wegen der im Auskultator-Examen nicht beſtandenen Rechtscandidaten hinſichts der zurückgeforderten Atteſte. R. v. 16. Febr. 1827. XXIX. 90. 91. Cirkul. v. 6. Aug. 1827. die Examina pro auscultatura betr. XXX. 136. u. Cab. O. v. 23. Mai 1805. XXX. 137. — können als ſolche bei den Regierungen nicht angenommen werden. v. K. A. 28. II. 269. — R. v. 13. Apr. 1829. betr. die denſelben zu billigenden Gebühren. v. K. J. XXXIII. 144. — müſſen vor der Zulaſſung zum Referendariat bei einem Inquiſitoriate gearbeitet haben. R. v. 29. März 1830. XXXV. 134. — Vorſchriften welche beim Auskultator-Examen in Bezug auf die academiſche Vorbildung zu beobachten ſind. R. v. 17. Aug. 1830. XXXVI. 148. 149. — worauf ſich deren Prüfuug erſtrecken ſoll. v. K. A. 30. III. 554. — die praktiſche Vorbereitung derſelben betr. R. v. 11. Febr. 1831. v. K. J. XXXVII. 94. — Verſetzung der unfleißigen zu den Untergerichten. R. v. 2. Mai 1831. XXXVII. 370. — Cirk. R. v. 19. Oct. 1831. betr. die Subſiſtenzmittel derſelben. XXXVIII. 385. 386. — über die Prüfung und Anſtellung derſelben beim Juſtiz-Senat zu Coblenz. R. v. 23. Dec. 1831. XXXVIII. 466. — R. v. 7. Apr. 1832, deren Verſetzung betr. XXXIX. 417. — R. v. 23. Apr. 1832, betr. die Controlle der denſelben übertragenen Referate. XXXIX. 442. 443. — R. v. 7. Nov. 1832, die Dauer der Auskultatur betr. XL. 444. 445. — deren Anſtellung bei dem Hofgericht zu Greifswald, ſ. letzt. — deren Befreiung von Kommunallaſten, ſ. Referendarien. — deren Anſtellung bei den Regierungen. v. K. A. 23. I. 1. II. 227.

ſ. Indroduktions-Gebühren, Kommiſſions-Gebühren. Referendarien und Militairpflichtigkeit.

Auslagen, baare, deren Erſtattung in Privatſachen bei den Provinzial-Verwaltungsbehörden. G. S. 1825. p. 134. — gerichtl., deren Beſtreitung und Erſtattung. G. S. 1815. p. 201. (Beil.) p. 8. 90. — Abkommen mit fremden Staaten über deren

Erſtattung in Kriminal-Unterſuch. und bei Auslieferung von Verbrechern, ſ. Kriminal-Unterſuchungen. — Welche Ausgaben die Kreisjuſtizräthe als baare Auslagen zu liquidiren berechtigt ſind. Reſcr. v. 17. Juni 1817. v. K. J. IX. 214. — dazu gehören die Copialien. — Reſcr. v. 7. Mai 1819. XIII. 286. — Die in Steuerdefraudationsſachen zu berichtigenden baaren Auslagen ſind, ohne Unterſchied, ob eine fiscaliſche oder eine Criminal-Unterſuchung eröffnet worden, aus dem Criminalfond zu erſtatten. Reſcr. v. 5. Sept. 1823. XXII. 112. — In fiscaliſchen Unterſuchungsſachen ſind die baaren Auslägen bei dem Unvermögen der Denunciaten aus der Salariencaſſe zu entnehmen. Reſcr. v. 6. Oct. 1823. XXII. 218.

ſ. Aufgebot, Konfiskationsprozeß, Defenſionsgebühren, Emballage, fiskaliſche Unterſuchung, Gemüthszuſtand, Gerichtsſtand, Holzdiebſtahl, Koſtenvorſchuß, Meilengebühren, peinliche Bank, Portobeläge, Requiſitionen, Sitzgebühren, Unterſuchungskoſten, Urtelsgebühren, Zehrungskoſten.

baare, für Verbrecher aus den Kämmerei-Kaſſen gezahlt, deren Wiedereinziehung nach überſtandener Strafe durch Execution oder Abarbeitung. v. K. A. 29. I. 142. — in Dienſt-Angelegenheiten, wegen deren vermeintlichen Verkürzung, iſt der Rechtsweg unzuläſſig. 30. IV. 722. ff.

Ausland, Befugniß der Regierungen, mit den Verwaltungsbehörden deſſelben in Korrespondenze treten zu können. G. S. 1817. p. 254. — dürfen ſich jedoch nicht unmittelbar an die auswärtigen Miniſterien wenden. G. S. 1817. p. 254. — was zu ſelbigem in Beziehung auf die Preuß. Steuer-Verfaſſung gerechnet wird. v. K. A. 19. I. 54. 59. — 25. I. 76. — Kontrolle des Waaren-Verkehrs mit ſelbigem und durch daſſelbe. 20. III. 488—499. — IV. 737. — Waaren-Verkehr mit ſelbigem durch die Poſten und Sicherung des Steuer-Intereſſes dabei. 24. II. 380. seq. — 25. IV. 953—995. — 26. I. 43—53. — II. 332. — III. 729. IV. 990. nach ſelbigem dürfen Poſtämter keine amtliche Korreſpondenz führen. 25. I. 73. — Verfahren gegen die von ſelbigen dem Preußiſchen Staate zugewieſenen, demſelben aber nicht mehr angehörigen Perſonen. 26. III. 800. — Erhebung des Portos für die Korreſpondenz von und nach demſelben. 25. I. 86. — Paßertheilung zu Reiſen in daſſelbe. 20. III. 569. — IV. 840. — 21. II. 347. — 24. I. 220. — desgleichen mit beſonderer Rückſicht auf Militairpflichtigkeit. 25. I. 184. — (ſiehe auch Päſſe.) — Sämmtliche Gerichte ſind angewieſen, in allen Fällen, wo Erklärungen oder Vollmachten von Preußiſchen, im Auslande wohnenden Unterthanen

verlangt werden, den vollſtändigen Inhalt der abzugebenden Erklärung, oder auszuſtellenden Vollmacht in gehöriger Form abzufaſſen und der Requiſition beizulegen, damit die Perſon, an welche dieſelbe gerichtet iſt, die in ihrer Mutterſprache verfaßte Urkunde leicht und vollſtändig faſſen könne und dieſelbe nur unterzeichne, oder reſp. den in der Vollmacht leer gelaſſenen Raum mit dem Namen des gewählten Mandatarii ausfüllen dürfe. Reſcr. v. 30. Dec. 1826. v. K. J. XXVIII. 302.

ſ. Notariatsdokumente, Schuldokumente, Urlaub, Verbrechen, Vorladung.

Empfangsbeſcheinigungen über die Inſinuationen inländiſcher gerichtlicher Verfügungen in demſelben. G. S. 1828. p. 85. — Verfahren gegen die, als Bettler ꝛc. aus ſelbigem zurückkehrenden Inländer. v. K. A. 28. I. 162. — Legitimations-Ertheilung zum beſſern Fortkommen in ſelbigem durch die Regierungen. 29. I. 138. ff. — Vorſchriften für die Behandlung der von ſelbigem eingehenden Waaren und Gepäcke. 29. IV. 783. ff. — Erhöhung der Diäten der Regierungs-Mitglieder bei den mit Aufenhalt verbundenen Dienſtreiſen durch daſſelbe. 30. III. 475. — wegen der in demſelben begangenen Polizeivergehen kann keine Verhaftung und Auslieferung ſtatt finden. 30. II. 270. — gebüren- und ſtempelfreie Beglaubigung der dahin beſtimmten Dokumente von Seiten der Regierungen und des Polizei-Präſidii zu Berlin. 30. I. 19. — Nichterſtattung der in demſelben an diesſeitige hülfsbedürftige Unterthanen verabreichten Almoſen. 30. I. 20. — findet gegenſeitig auch Anwendung auf die den Unterthanen des Auslandes in den diesſeitigen Staaten gewährten Almoſen; ebendaſ. — die aus demſelben blos mit verſiegelten Schreiben ankommenden Transportaten ſollen zurückgewieſen werden. 32. IV. 984. — nach demſelben dürfen mit Ausnahme Frankreichs keine Heimathsſcheine ausgefertigt werden. 33. III. 599. — ſ. a. Heimathsſcheine. — die durch daſſelbe zu führenden Arreſtaten ſollen darin gemeldet werden. 33. III. 598. — über die Wirkung der im Auslande vorgenommenen Rechtsgeſchäfte. Abhdl. v. K. J. XXX. 95.

(Ausländer. Ausländiſche Behörden.) — Ueber das Verfahren bei Bewirkung von Inſinuationen und Beförderung von Schreiben an ausländiſche Behörden. R. v. 10. Sept. 1830. v. K. J. XXXVI. 150. 151. — Cirk. R. v. 31. Decbr. 1830. betr. die Vorladung von Ausländern zu gerichtlichen Terminen. XXXVI. 310. — ſ. a. Stempel.

Ausländer. Aufnahme derſelben und Erwerbung eines Domizils von ſelbigen im Inlande. v. K. A. 26. III. 768. seq. — die Verheirathung mit Preußiſchen Unterthaninnen giebt ihnen dazu kein Recht. 26. III. 769. — als brauchbare Gewerbetreibende,

Geſtattung deren Einwanderung. 26. IV. 1124. — Verhältniſſe derſelben bei beabſichteten Niederlaſſungen in den Preuß. Staaten. 18. IV. 1080. — 24. II. 476. — deren Niederlaſſung in inländiſchen Feſtungen. 22. I. 146. seq. — bedürfen des Inkolats nicht, wenn ſolche durch Heirath die Adminiſtration, nicht aber zugleich das Eigenthum von Grundſtücken erworben haben. 17. IV. 119. — Erwerbung des Bürgerrechts von ſelbigen bei Anſiedelungen. 24. IV. 1113. — Ertheilung des Bürgerrechts an ſelbige vor dem zurückgelegten 24ſten Jahre. 24. I. 149. — Paßertheilung an ſelbige zum Eingange in die dieſſeitigen Staaten. 20. IV. 838. — 24. I. 221. — Anſtellung derſelben im Lehrfache. 24. III. 833. — Zulaſſung derſelben zu den inländiſchen Kram- und Jahrmärkten. 23. II. 391. — ſollen zur Vorzeigung von Guckkaſten und dergl. keine Konzeſſionen erhalten. 21. I. 178. müſſen von ihrer auswärtigen Obrigkeit neben den Reiſepäſſen Zeugniſſe der Unbeſcholtenheit mitbringen. 17. I. 243. — IV. 148. — 21. I. 174. — 24. IV. 1161. — unzünftige (als Jäger, Brauer), ob ſelbige ins Land zu laſſen ſeyen, bleibt dem Ermeſſen der Polizeibehörden überlaſſen. 28. III. 748. — deren Einwanderungen und Niederlaſſungen ſind Landeshoheits-Angelegenheiten, worüber in zweifelhaften Fällen die Regierungen zu entſcheiden haben. 29. III. 558. — nützliche Begünſtigung des Einwanderns derſelben. 29. II. 351. — über deren Aufnahme ſteht nur der Staatsregierung, keinem Unterthanen eine Entſcheidung zu. 30. IV. 785. — unvermögende, und ſichtlich hülfsbedürftige, ſollen der Regel nach, ins Land nicht hereingelaſſen werden. 30. II. 409. — ob derſelbe erſt nach vollendetem 24ſten Jahre über ein im Preußiſchen belegenes Gut disponiren könne. R. v. 21. Oct. 1831. v. K. J. XXXVIII. 287. — militairpflichtige, Verfahren bei deren Niederlaſſung in dieſſeitigen Staaten. v. K. A. 32. III. 735. — als Geiſtliche und öffentl. Lehrer, deren Berufung. 33. IV. 939. 956. — Cirk. R. v. 14. Febr. 1834. wegen Anſtellung derſelben. 34. I. 1. — R. v. 4. Apr. 1348. — denſelben Gegenſtand betr. 34. I. 2. — welche ſich als Geſinde vermiethen, ſ. Geſinde. — verdächtige, kann der Aufenthalt verſagt werden. R. v. 20. Febr. 1834. — 34. I. 198. — deren Anſtellung. R. v. 13. Apr. 1834. — 34. II. 244.

Beſuch der Meſſen, Jahr- und Wochenmärkte von ſelbigen. G. S. 1811. p. 278. — die Verord. nach welcher ſolche zu Guts- und Amtspächtern nicht zugelaſſen werden ſollen, wird gänzlich aufgehoben. G. S. 1811. p. 303. — Paßverfahren gegen ſelbige. G. S. 1817. p. 155. — Anlegung von Real- oder Perſonal-Arreſt gegen ſelbige. G. S. 1823. p. 107. — welche im preuß. Staat Vermögen beſitzen, Einklagung dieſſeitiger Forderungen gegen ſelbige, als Einwohner der deutſchen Bundesſtaaten. G. S. 1819.

p. 212. — aus den deutſchen Bundesſtaaten, in wie weit ſolche in Klageſachen vor die Rheiniſchen Gerichte gezogen werden können. G. S. 1823. p. 106—108. — im Militairſtande, Vorſchriften für deren Trauung. G. S. 1811. p. 183. — deren Beiſtandes können ſich inländiſche Gewerbetreibende bedienen. G. S. 1811. p. 279. — in wie weit ſolche bei dem Gewerbebetriebe im Umherziehen, Kinder unter 14 Jahren bei ſich führen dürfen. v. K. A. 27. I. 208. — II. 475. — eingewanderte, was bei deren Verheirathung im Inlande zu berückſichtigen iſt. 27. II. 408. seq. — deren Trauung im Inlande ohne vorherige Zuſtimmung ihrer Landesobrigkeit. 27. IV. 930. — dürfen den Koſtenvorſchuß nicht mehr im Golde zahlen. R. v. 31. Aug. 1827. v. K. J. XXX. 146. 147. — deren Auslieferung, ſ. Auslieferung. — Ausländiſche Requiſitionen, ſ. Auslieferung, Inſinuationen. Requiſitionen. — Bevormundung dieſſeitiger Pflegebefohlenen weiblichen Geſchlechts nach ihrer Verheirathung mit Ausländern. R. v. 10. März 1826. Cab. O. v. 27. und Cirk. R. v. 31. Jul. 1828. v. K. J. XXXII. 87—89. — ſind als wirkliche Fremde vom Militairdienſte befreit. v. K. A. 28. III. 798. was bei deren Verheirathungen im Inlande rückſichtl. ihrer heimathlichen Verhältniſſe zu beobachten iſt. 28. III. 686. — eingewanderte (Koloniſten) deren Verheirathungen im Inlande. 28. I. 95. — Aufbringung der Kur- und Verpflegungskoſten für dieſelben. 30. II. 409. — militairpflichtige, gegenſeitiges Verfahren mit fremdherrlichen Gouvernements gegen ſolche. 30. IV. 733. — Nachweis der Großjährigkeit derſelben Behufs ihrer Proklamation und Trauung im Inlande. 33. IV. 954. — müſſen zum Betriebe von Gewerben im Inlande ebenfalls Gewerbeſcheine löſen. G. S. 1810. p. 79. — 1811. p. 278. f. — in angränzenden Bezirken wohnhaft, Befugniß derſelben, ſelbſt gewonnene Produkte und ſelbſt verfertigte Waaren in der dieſſeitigen Umgegend ihres Wohnorts ohne Gewerbeſchein umhertragen oder ſchicken zu dürfen. G. S. 1830. p. 1. — ſind rückſichtlich des Handels auf Meſſen und Jahrmärkten der Gewerbeſteuer nicht unterworfen. G. S. 1820. p. 148. — bezahlen die Gewerbeſteuer für das ganze Jahr auf einmal. G. S. 1810. p. 86. — brauchen nach ſpäterer Beſtimmung auch nur einen vierteljährigen Gewerbeſchein zu nehmen. G. S. 1811. p. 279. — können nur nach dem Empfange von Eingangspäſſen Gewerbeſcheine erhalten. v. K. A. 17. IV. 148. — 24. I. 222. — können auch auf den Handwerksbetrieb als Dammſetzer, Pflaſterer ꝛc. Gewerbeſcheine erhalten, wenn das öffentl. Bedürfniß dazu vorhanden iſt. 24. IV. 1175. — 25. I. 453. — 26. II. 433. — Gewerbeſteuerpflichtigkeit für den Handwerksbetrieb. 22. II. 343. 389. — 24. IV. 1175. — 26. IV. 991. — in weit ſelbige zum Waaren-

Aufkauf Gewerbeſcheine erhalten können. 29. III. 618. — ſind als Einkäufer inländiſcher Erzeugniſſe nicht gewerbeſteuerpflichtig. 29. I. 153. — Verfahren rückſichtl. der Ausfertigung und Viſirung der Gewerbeſcheine für dieſelben. 30. II. 414. 417. — desgleichen. 31. II. 388. — Ertheilung von Gewerbeſcheinen an dieſelben auf den Grund von Päſſen oder heimathlichen Zeugniſſen. 32. II. 459. — Ausfertigungen von Gewerbeſcheinen für Handlungsreiſende mit Berückſichtigung der Zeugniſſe ihrer vaterl. Ortsbehörde. 33. III. 806. — in wie fern der Handel derſelben auf Wochenmärkten gewerbeſteuerfrei iſt? ſ. Gewerbeſteuer. — deren Legitimation um Gewerbeſcheine zu erhalten. R. v. 14. Sept. 1834. — 34. II. 526. — in wie weit ſelbige zum Hauſirhandel und zum Gewerbebetrieb im Umherziehen, Gewerbeſcheine erhalten können. G. S. 1811. p. 279. — 1824. p. 128. 129. — desgleichen. v. K. A. 25. I. 453. — IV. 1078—1081. — 26. IV. 992. — 28. II. 542. III. 774. u. IV. 1076. — können ſolche zum Hauſirhandel mit Drillich, Bettfedern, Leinewand, Zwillich, Zwirn und Spitzen nicht erhalten. 25. I. 453. — III. 739. — auch nicht zum Hauſirhandel mit Wein, Pottaſche und Manufactur-Waaren, und überhaupt nicht mit ſolchen Gegenſtänden, welche ſelbſt Inländer umherziehend nicht feil bieten dürfen. 25. IV. 1079. — ſollen ihre Waaren an der Grenze nicht früher verſteuern, als bis ſie ſich des Hauſir-Gewerbeſcheins verſichert haben. 20. III. 597. — 24. II. 583. 584. — ſind rückſichtlich des Alters in Beziehung auf den Betrieb des Hauſirgewerbes den Inländern gleich zu behandeln. 24. IV. 1161. — brauchen zu letzterem Behuf innerhalb Landes keinen feſten Wohnſitz zu nehmen. ibid. — Zulaſſung derſelben zum hauſirenden Lumpenankauf. 21. II. 435. — dürfen mit Töpferwaaren keinen Hauſirhandel treiben. 26. II. 433. — Gewerbebetriebs-Materialien-Aufkauf durch ſelbige. 25. I. 235. — An- und Aufkauf von Waaren durch ſelbige im Umherziehen. 26. II. 427. seq. — an den Gränzen, die denſelben zu ertheilende Erlaubniß zum Umhertragen ſelbſt gewonnener Produkte und ſelbſt verfertigter Waaren in beſtimmten Gränzbezirken des Inlandes. 29. IV. 912. — Beſchränkung des denſelben zu geſtattenden Hauſirhandels beſonders mit Lederwaaren und Tyroler Teppichen. 29. IV. 915. ff. — denſelben kann mit Leinewand und Zwillich kein Hauſirhandel geſtattet werden. 29. III. 617. — vorſichtige Ertheilung von Hauſir-Gewerbeſcheinen an dieſelben. 30. IV. 828. — desgl. zum Handel von Markt zu Markt. 30. IV. 830. — Gewerbebetrieb derſelben im Umherziehen von Markt zu Markt. 31. I. 146. — desgl. in Beziehung auf Zollvereins-Verträge. 33. I. 201. — II. 504. 507. desgl. als Handlungsreiſende in gleicher Beziehung. 33. I. 202. — II. 504. — können auch mit Bettfedern Hauſirhandel treiben. 33. I. 204.

— verbotswidrige Ertheilung der Gewerbeſcheine zum Hauſirhandel, ſ. Gewerbeſcheine. — Verfahren gegen dieſelben wegen begangener Verbrechen. G. S. 1820. p. 129. — Verfahren gegen ſelbige in Vollziehung der Strafen für Steuer-Defraudationen. G. S. 1829. p. 126, ſ. a. Gewerbeſchein und Gewerbeſteuer. — verhaftete, Beſtreitung der Transport- und Verpflegungskoſten für ſelbige. v. K. A. 24. I. 227. — Unterſuchungen gegen ſelbige wegen Gewerbeſteuer-Kontraventionen. 26. IV. 1000. seq. — auch gegen dieſe iſt auf den Nachweis der Beſſerung oder des ehrlichen Erwerbes zu erkennen. R. v. 13. Mai 1831. v. K. J. XXXVII. 408. 409. — verdächtige, auf Waarenbeſtellungen reiſend, polizeiliche Beaufſichtigung derſelben. v. K. A. 31. I. 124. f. — als Verbrecher in öffentl. Anſtalten eingeſperrt, Verfahren gegen dieſelben nach ausgeſtandener Strafzeit. 31. II. 372. — als Verbrecher, können in diesſeitige Strafanſtalten zur Abbüßung der ihnen zuerkannten Strafen nicht aufgenommen werden. 33. IV. 1030. — Verfahren gegen ſelbige in Großbritanien und Irland. 26. III. 632. — Königl. ſächſiſche Verordnung rückſichtlich deren Verheirathungen. 26. IV. 1152. — hülfsbedürftige, die Däniſcher Seits angeordnete Zurückweiſung derſelben. 23. III. 654. — aus den Bundesſtaaten, ſiehe dieſe. — ſiehe auch Niederlaſſungen und Wohnſitz. — Königl. Sächſ. Mandat über deren Niederlaſſung. 31. II. 503.

ſ. Arreſtſchlag. Begnadigung. Erbſchaftsſtempel. Fremde. Injurienprozeß. Klage. Konkurs. Kriegsgefangene. Landesverweiſung. Militairpflichtigkeit. Verbrechen. Vollmacht. Vormund.

Ausländiſche Verbrecher; ſ. Verbrecher.

Ausländiſche Wechſel; ſ. Wechſel.

Ausleihung; ſ. Depoſitalgelder.

Auslieferungen. Cirk. R. v. 10. März 1826., betr. die Auslieferung der Verbrecher auf inländiſche Requiſitionen. v. K. J. XXX. 213—215. — Verfahren bei Auslieferung ausländiſcher Verbrecher. Cirk. R. v. 23. Nov. 1827. XXX. 387. — Beſtimmung über das Verfahren bei Auslieferung eines in den Niederlanden befindlichen diesſeitigen Verbrechers. R. v. 7. Apr. 1827. XXIX. 215. 216. u. v. 19. Oct. 1827. XXX. 388. — nach dem Auslande, können wegen bloßer polizeilicher Vergehungen nicht ſtatt finden. v. K. A. 30. II. 270. — von Deſerteurs, Verbrechern und Landſtreichern; ſiehe Deſerteurs, Kartel-Konventionen, Vagabunden und Verbrecher.

Ausmienerordnung, Münſterſche; ſ. Subhaſtation.

Ausmiethungen des Militairs, ſ. Bettgeräth. Servis- und Einquartierungsweſen.

Ausreuter, Inſtr. v. 15. Sept. 1713. C. S. V. I. I. No. 17. Pat. v. 6. März 1714. VI. II. M. No. 82. v. 15. Sept. 1713. V. I. I. No. 17. in der Neumark v. 30. Sept. 1733. No. 24. ſollen auf Befolgung der Edicte halten. Mand. v. 3. Dec. 1716. VI. II. M. No. 96. ſ. a. Landreuter. Executoren.

Ausſchank von Getränken, Unterſchied vom Getränke-Verkauf, ſ. letzt.

Ausſchließung der ehelichen Gütergemeinſchaft. Wenn ein Ehemann bei Eingehung ſeiner Ehe wegen Minderjährigkeit ſich unter Vormundſchaft befunden hat und deshalb die ſonſt nach Provinzial-Geſetzen ſtattfindende eheliche Gütergemeinſchaft ſuspendirt geblieben iſt; binnen welcher Zeit kann derſelbe nach erfolgter Großjährigkeit durch gerichtliche Erklärung, die eheliche Gütergemeinſchaft ausſchließen? S. u. Str. R. 2. B. No. 34. p. 312.

Ausſchreibegebühren, deren Entrichtung von Polizei-Gefangenen. v. K. A. 22. II. 404. 405. — ſ. Gefängnißſtrafe.

Ausſchüttung, ſ. Depoſitalmaſſen.

Außergerichtliche Aufſätze, ſ. Aufſätze, außergerichtliche.

Ausſpielungen, öffentliche, von unbeweglichen oder beweglichen Gegenſtänden, deren Verſtattung ohne ausdrückliche Genehmigung des Staats iſt ſtrafbar. G. S. 1812. p. 31. 48. 1817. p. 5. — beweglicher Gegenſtände zur Ausführung wohlthätiger Zwecke, oder zur Beförderung des Kunſtfleißes, dazu können die Miniſter des Innern und der Finanzen gemeinſchaftlich die Erlaubniß ertheilen. G. S. 1827. p. 29. — dieſelben dürfen aber niemals in Verbindung mit einer in- oder ausländiſchen Lotterie unternommen werden. G. S. 1827. p. 30. — Privat-, erlaubte, als ſolche ſind nur diejenigen zu betrachten, welche in Privat-Zirkeln zum Zweck eines geſelligen Vergnügens oder der Mildthätigkeit veranſtaltet werden. G. S. 1827. p. 29. — ſ. auch Lotterien. — Ausſpielungen von Grundſtücken ſind darin unbedingt verboten und ſtrafbar. G. S. 1827. p. 29. durch auswärtige Lotterien, ſ. letzt. — von Waaren auf Jahrmärkten ꝛc., in wie weit ſolches zu geſtatten iſt. v. K. A. 33. II. 459.

Ausſtellung, öffentliche, ſchimpfliche, Anwendbarkeit derſelben. Erkenntniß-Auszug des Ober-Appell.-Senats des Kammer-Gerichts v. 28. Sept. 1811. v. K. J. I. 133. — öffentliche, inländiſcher Fabrikate. G. S. 1821. p. 97. — ſ. a. Kunſtausſtellungen, — in Berlin, für vaterl. Fabrikate, Bedingungen rückſichtl. derſelben und Preisvertheilungen für ſolche. v. K. A. 21. II. 334. seq. — 26. III. 736.

Ausſterbe-Gehälter, ſ. Beſoldungen.

Ausſteuer, ſ. Erbfolge.

Ausſteuerkaſſen. Conſens zu deren Errichtung, ſ. Sterbekaſſen.

Ausſtoßung aus dem Soldatenſtande. Muß auf Ausſtoßung aus dem Soldatenſtande wider denjenigen erkannt werden, der nach §. 14. der Circular-Verordn. v. 26. Febr. 1799. wegen Diebſtahls unter erſchwerenden Umſtänden ſo beſtraft werden muß, als wenn er ſchon zweimal wegen Diebſtahls beſtraft wäre? S. u. Str. R. 1. B. No. 86. p. 349. — ſ. a. Militairſtand.

Austrägalgericht, deſſen Bildung in peinlichen Rechtsſachen gegen ſtandesherrliche Perſonen. G. S. 1820. p. 85. — zur Schlichtung der unter den deutſchen Bundesgl. vorfallenden Streitigkeiten. G. S. 1818. (Anh.) p. 150. — 1820. p. 120. f.

Auswärtige, über deren Niederlaſſung in den Städten ſteht den Stadtverordneten keine entſcheidende Mitwirkung zu, wohl aber können ſie darüber mit ihrem Gutachten gehört werden. v. K. A. 33. I. 114. — Verkäufer, Beſuch der Jahrmärkte von denſelben. 33. III. 807. — ſ. Ausländer.

Auswärtige Angelegenheiten, ſiehe Miniſterium derſelben.

Auswärtige Gerichte, ſ. Requiſitionen.

Auswärtige Staaten, ſ. Urkunden.

Auswärtige Vorladungen, ſ. Requiſitionen.

Auswanderer, ſollen bei ihrer Rückkehr fremden Einwanderern gleich behandelt werden. v. K. A. 19. I. 34.

Auswanderungen. A. L. R. II. XVII. 127 — 140. c. D. ad §. 239. wenn in der Folge der Auswanderungs-Conſens ſupplirt worden, E. D. v. 24. Sept. 1798. p. 316. E. S. XVIII. p. 1758. X. Keiner der Vaſallen u. Unterthanenſöhne ſoll ſich ohne Erlaubniß außerhalb Landes begeben, Pat. v. 15. Nov. 1730. II. II. No. 214. E. D. v. 19. Dec. 1743. p. 169. C. II. c. D. v. 25. März 1744. p. 179. C. II. C. v. 1. Apr. 1746. p. 1196. III. v. 21. Jan. 1747. p. 1199. E. v. 16. Jan. 1748. p. 21. C. IV. bei Verluſt alles ihnen zufallenden Vermögens. E. D. v. 18. Jul. 1762. p. 155. III. v. 29. Apr. 1766. p. 317. IV. E. in Anſehung der, der Clewe- und Märkſchen Stände. v. 29. Jan. 1754. p. 619. I. wegen der in auswärtigen Landen ſich aufhaltenden Vaſallen. E. D. v. 10. Jul. 1750. p. 1201. III. Verfahren gegen die Contravenienten. v. 4. Jun. 1763. p. 1217. III. auch ſollen die Kammern keine Päſſe außer Landes zu gehen den Unterthanen ohne Allerhöchſtes Vorwiſſen ertheilen. C. v. 15. Sept. 1775. 235. V. e. D. v. 16. Nov. 1775. p. 270. V. e. An die Kr.- und Domainen-Kammern in Preußen iſt wegen Auswanderung der Profeſſioniſten unter d. 31. Oct. 1788. ein beſonderes Reſcript ergangen. — Als dem im J. 1773. ohne Erlaubniß aus der Neumark nach Rußland gegangenen Pr.

Hauptmann v. W. deſſen Ehefrau geb. v. M. nach Mohilow gleichfalls ohne Erlaubniß gefolgt war, und letztere ihr ganzes in hieſigen Landen befindliches Vermögen ihren leiblichen Brüdern und Stiefſohne in zweien mit Zuziehung und Genehmigung ihres Ehemannes errichteten, eidlich bekräftigten Donations-Inſtrumenten geſchenkt, dieſe Schenkung auch gerichtlich recognoscirt und genehmiget hatte, und letztere daher die Ausantwortung des Vermögens verlangten, entſtand auch die Frage: ob das Vermögen ohne ſpecielle Erlaubniß außer Landes gegangener adlicher Frauensperſonen gleichfalls confiscirt werden könne? In Schleſien iſt ſolches durch die Cabinets-Ordre v. 21. Febr. 1773 ausdrücklich feſtgeſetzt.*) Die Geſetze v. 19. Dec. 1743. E. S. p. 169. C. II. v. 1. Apr. 1746. p. 1196. III. v. 21. Jan. 1747. E. v. 16. Jan. 1748. p. 1199. III. u. p. 21. C. IV. worin enthalten, daß keiner der Königlichen Vaſallen und Unterthanen ohne Königliche Höchſteigenhändige Erlaubniß aus dem Lande reiſen, noch weniger in auswärtige Dienſte treten ſoll, können aber von Perſonen weiblichen Geſchlechts nicht verſtanden werden. Selbſt das Emigriren aller und jeder Unterthanen, die weder Vaſallen noch Cantoniſten ſind, ſcheint unverboten zu ſein, weil durch die Verordnung v. 8. Jul. 1750. p. 289. C. IV. der General-Fiscal beſchieden: daß, wenn Leute aus den Königlichen Landen wegziehen, und ſich im Auswärtigen etabliren, die Abzugsgelder nach allem Rigeur gefordert und beigetrieben werden ſollen: ohne die Confiscation ihres Vermögens auf dieſen Fall feſtzuſetzen. Die E. O. v. 18. Jul. 1762. p. 155. III. disponiret zwar allgemein, daß der ohne Sr. Königl. Majeſtät Vorwiſſen und ſpecielle Erlaubniß außer Landes ſich begebenden Adlichen Vermögen und Revenüen confiscirt werden ſollen: allein dieſes Geſetz iſt bisher in Conformität der übrigen nach dem R. v. 29. Apr. 1766. p. 317. IV. in fine erkläret worden. In dem deshalb an die Neumärkſche Regierung auf deren Bericht v. 23. März 1780. unter dem 1. Mai 1780 ergangenen Reſolution iſt obige Frage nun zwar nicht ausdrücklich entſchieden, der Regierung jedoch zu erkennen gegeben worden, daß von Seiten eines fiscaliſchen Anſpruchs an der v. W. zurückgelaſſenes Vermögen aller Anſtand dadurch gehoben werde, daß Sr. Königlichen Majeſtät Allerhöchſte Perſon, ohnerachtet Allerhöchſtdenenſelben bekannt war, daß die v. W. nach Rußland zu ihrem Manne gegangen, dennoch die Vollziehung ihrer Schenkung befohlen habe: und zugleich ein Antwortſchreiben des General-Directorii an das Juſtiz-Departement v. 20. Apr. 1780,

*) Durch die C. O. v. 18. Jan. 1803 iſt feſtgeſetzt, daß auch in Schleſien gegen Unterthanen, die nicht cantonpflichtig oder Vaſallen ſind, nicht ferner die Confiscation des Vermögens, ſondern außer dem Abſchoß nur willkührliche Strafe ſtattfinden ſoll. N. A. 74. B. 3. und R. v. 4. Apr. 1803. p. 76.

worin erſteres dem Sentiment: daß dem Fisco an dem in der Neumark zurückgelaſſenen Vermögen und Gütern der gegenwärtig in Rußland befindlichen v. W. geb. v. M., welche ſie ihren Brüdern und einen Theil davon ihrem Stiefſohne geſchenket, kein rechtsgegründeter Anſpruch zuſtehe: um ſo unbedenklicher beitrat, als davon, daß in den übrigen Königlichen Provinzen wegen außer Landes ſich begebender Weiber ein Gleiches als in Schleſien verordnet, nichts bekannt ſei, ſondern hier nur dererjenigen Eheweiber Vermögen mit zur Invalidenkaſſe gezogen werde, welche die Deſertion ihrer in Reih und Glieder ſtehenden Männer befördert, und ſich dabei mit verſchuldet haben; abſchriftlich communiciret, daher der Zeit die Ausantwortung des Vermögens der v. W. unbedenklich gefunden; auch ſind, als hiernächſt der eine Bruder der v. W. der letztern in ſeinem Teſtamente v. 8. Jan. 1784 ein Capital von 1000 Rthlr. legiret hatte, und deſſen Auszahlung von der Tochter derſelben nachgeſucht wurde, durch die C. O. v. 29. Oct. 1798 in ſo fern der Zeit dieſer Auszahlung blos die Anſprüche des Fisci entgegen geſtanden, ſolche niedergeſchlagen worden. — Publ. wegen unbefugter Einwanderungen aus andern Königl. Provinzen nach Neu-Oſtpreußen, v. 16. Apr. 1800. C. S. p. 2826. X. Auch in Schleſien ſoll gegen ausgetretene Unterthanen, die nicht cantonpflichtig oder Vaſallen (wer darunter zu verſtehen? R. v. 4. Apr. 1803. N. A. III. 75.) ſind, ferner nicht Vermögensconfiscation, ſondern außer dem Abſchoß nur willkührliche Strafe ſtattfinden. C. O. v. 18. u. R. v. 19. Jan. 1803. N. A. 74. III. falls der ausgetretene Vaſall nicht in fremde Kriegsdienſte getreten. R. v. 14. Jul. 1804. N. A. p. 424. Ed. wegen der, Preuß. Unterthanen u. deren Naturaliſation in fremden Staaten, v. 2. Jul. 1812. G. S. 114. II. nebſt Bekanntmachung v. 9. Jul. 1812. p. 123. Aufhebung dieſes Edicts durch die Verordnung v. 15. Sept. 1818. G. S. 1818. p. 175. — in wie weit ſolche nach der letzten Verordnung nunmehr ſtattfinden und nachgegeben werden können. G. S. 1818. p. 175. f. — Verleitung zu ſelbigen, wird mit Gefängniß beſtraft. G. S. 1820. p. 35. — von einem deutſchen Bundesſtaat in den andern. G. S. 1818. (Anh.) p. 153. — Verhältniſſe rückſichtl. derſelben mit den königl. däniſchen Staaten. G. S. 1822. p. 174. — wechſelſeitige, in Beziehung auf die mit den Niederlanden ſtattgefundenen Länder-Austauſche und Abtretungen. G. S. 1818. (Anh.) p. 126. f. — ſ. a. Militairpflichtige, ausgetretene. — in wie weit ſolche in Gefolge Art. 17. des Pariſer Friedens nachgegeben werden können. v. K. A. 17. II. 41. — desgl. in Beziehung auf die Landwehrpflichtigen. 17. IV. 118. — Anwendung des Emigrations-Edicts v. 2. Jul. 1812. rückſichtl. derſelben. 17. II. 41. — durch ſelbige können die früheren Unterthanen-Rechte

und der ehemalige Wohnſitz im Inlande verloren gehen. 26. III. 800. — der Militair-Perſonen, inſonderheit der Landwehr-Offiziere. 19. I. 36. — die wegen derſelben überhaupt erlaſſenen Verordnung v. 15. Sept. 1818 findet auch auf die Rheinprovinzen Anwendung. 19. I. 37. — rückwirkende Kraft der gedachten Verordnung. 19. I. 37. 38. — Geſuche um Ertheilung von Conſenſen dazu. 19. II. 320. — Verfahren bei Ertheilung von Conſenſen zu ſelbigen. 25. II. 297. — Erhebung von Abſchoß- und Abfahrtsgeldern bei ſelbigen. 21. II. 295. (ſ. auch Abſchoßgelder.) — aus Neu-Vorpommern, was rückſichtl. derſelben zu beobachten iſt. 21. II. 297. — III. 694. — rückſichtl. des Sexennii v. 1814—1820. 20. III. 557. — der sujets mixtes des Großherzogthums Poſen. 20. III. 558. — nach der Schweiz, dazu ſollen keine Heimathsſcheine, ſondern bloße Emigrations-Konſenſe ertheilt werden. 20. II. 266. — III. 556. — nach Rußland und Polen, dazu können keine Päſſe mehr ertheilt und viſirt werden. 20. II. 280. — nach Polen, Friſtbeſtimmung für ſelbige nach dem Wiener Traktat. 21. III. 641. — nach Braſilien, deren Verhinderung. 25. II. 297. — 26. II. 307. — beurlaubter Landwehrmannſchaften, Strafverfahren gegen ſelbige, wenn erſtere ohne Konſens erfolgt ſind. 27. I. 274. — dazu dürfen für Minderjährige ohne Kommunikation mit dem Pupillen-Kollegio keine Konſenſe ertheilt werden. 27. II. 452. — (Emigrationen) nachträgliche Ertheilung von Konſenſen zu ſelbigen für Inländer, welche bei alliirten Armeen die Feldzüge von 18¹³/₁₅ mitgemacht haben. 29. III. 671. — unerlaubte Anwendung fiskaliſcher Strafen für ſelbige. 29. III. 672. — Siſtirung gerichtl. Verfolgung in Fällen, wo es zweifelhaft iſt, ob Jemand mit oder ohne Konſens ausgewandert ſei. 29. III. 672. — Verfahren bei ſelbigen in Beziehung auf Rückkehr und Wiederaufnahme. 30. II. 343. — Ertheilung der Konſenſe zu denſelben. 31. I. 17. — mit ſolchen iſt auch die Verzichtleiſtung auf zeither bezogene Penſionen verbunden. 31. III. 534. — Beſtrafung der Verleitung zu denſelben. 31. I. 17. — Warnung vor leichtſinniger Unternehmung derſelben. 33. IV. 882. 883. — Vermerk in dem Konſenſe zu denſelben, daß dadurch das Recht der Wiederaufnahme in den preuß. Staat verloren gehe. 33. IV. 883. — Aufhebung der, wegen derſelben vom vormal. General-Gouvernement in der Rheinprovinz ergangenen Verordnung vom 20. Sept. 1814. 33. I. 38. f. — nach Amerika über Frankreich, Paßviſirungen dahin und Nachweis einer gewiſſen Geldſumme in letzterem für dieſelben. 33. II. 289. — III. 747. — in das Herzogth. Meklenburg-Schwerin. R. v. 18. Febr. 1834. v. K. A. 34. I. 27. — Verluſt der heimathlichen Rechte. R. v. 18. Apr. 1834. — 34. II. 299. — nach Amerika — Prüfung der Reiſemittel. R. v. 16. Aug. 1834. — 34. III. 793.

Auswanderungs-Konſenſe, deren Nachſuchung und Ertheilung. G. S. 1818. p. 176. — können auf militairpflichtige Söhne von 17 Jahren und darüber, für deren Väter nicht ausgedehnt werden. v. K. A. 26. I. 225. — ſ. a. Päſſe. — ſollen nur von den Regierungen derjenigen Provinz, in welcher der Auswandernde ſeinen Wohnſitz hat, ausgefertigt werden. 28. III. 638. — können nachträglich nicht an Deſerteurs ertheilt werden, deren Namen an den Galgen geſchlagen worden iſt. 28. IV. 1100. — ſollen nach Braſilien nicht mehr ertheilt werden. 28. I. 42. — ſ. auch Militairpflichtige. — deren Ertheilung nach den deutſchen Bundesſtaaten. 32. IV. 866. — ertheilte, Zeitbeſtimmung für deren Benutzung. 33. IV. 1110. — deren ſtempelfreie Ausfertigung nach den Bundesſtaaten. 33. III. 598.

Auswanderungs-Päſſe der Kriegs-Reſerviſten. R. v. 23. März 1834. v. K. A. 34. II. 585.

Auswanderungs-Steuer, ſ. Abſchoß- u. Abfahrtsgelder.

Ausweiſungen von Verbrechern und Landſtreichern, ſ. Landesverweiſungen und Vagabunden.

Auszahlungen, ſ. Rechnungsbelegung, Zählgelder.

Auszeichnung, ſ. Dienſtauszeichnung.

Auszeichnungskreuz, ſ. Dienſtauszeichnung.

Auszügler, ſ. Altentheil.

Autoriſation. Die Curatoren in Concurſen und erbſchaftlichen Liquidations-Prozeſſen bedürfen zur Anſtellung von Klagen bei andern Gerichtshöfen außer ihrem Curatorio keiner beſondern Authoriſation von Seiten des den Concurs betreibenden Gerichts. R. v. 16. Juli 1824. v. K. J. XXIV. 132. ſ. Alimentenklage, Erbſchaftsentſagung.

Averſional-Beiträge, ſ. Hypothekenaverſionalbeiträge.

Averſional-Quantum, ſ. Erbſchaftsſtempel.

Avignon, Fürſtenthum, deſſen Beſitz wird Frankreich zugeſichert. G. S. 1814. p. 120.

Axt, deren Abpfändung bei Nadelſtreu-, Moos- und Laubſammeln in den königl. Forſten. v. K. A. 17. I. 77.

B.

Baarer Empfang, ſ. Wechſel.

Baares Geld, ſ. Valuta, Verſiegelung.

Baare Valuta. Kann dem dritten Inhaber eines von dem Beſitzer eines adlichen Gutes, oder von dem Haupt- oder General-Pächter eines landherrlichen oder prinzlichen Amtes ausgeſtellten, auf Ordre lautenden trocknen Wechſels von dem Schuldner, welcher das Indoſſament ſchriftlich und ohne Vorbehalt genehmigt hat, der Einwand der nicht baar empfangenen Valuta mit der Wirkung entgegengeſetzt werden, daß kein wechſelmäßiges Verfahren ſtatt findet? S. u. Str. R. 2. B. No. 11. p. 119. — Iſt der Einwand zuläſſig, daß ein ſolcher Indoſſatar nicht Eigenthümer des Wechſels ſei? S. u. Str. R. 2. B. No. 11. p. 120.

Backhäuſer, ſind ganz maſſiv und gewölbt zu erbauen. v. K. A. 32. I. 206.

Backöfen; in die noch warmen, ſollen ſo wenig Kinder als Geſinde verſperrt, E. v. 21. Jan. 1722. E. S. VI. II. No. 147. ſolche in den Häuſern auf dem platten Lande abgeſchafft und auf die offnen Dorfsſtraßen angelegt, E. v. 8. Jan. 1724. V. I. II. No. 39. auch darin kein Flachs gedörrt werden. Rgl. v. 3. Jul. 1770. p. 7289. IV. für das platte Land in Oſtpreußen, nebſt Circ. deſſen genaue Befolgung betr. v. 25. Nov. 1775. p. 271. V. e. Rgl. deren Anlegung in den königl. Amtsdörfern betr. v. 16. Apr. 1761. p. 14. III. deren beſſere Einrichtung auf dem Lande. v. 16. Apr. 1794. p. 2145. IX. ſiehe deshalb die Dorfordnungen. — Die V. v. 16. Apr. 1794. die beſſere Einrichtung derſelben betr. C. C. M. p. 2145. IX. iſt in Erinnerung gebracht. K. A. B. 334. IV. N. A. Bl. 109. V. — Selbige ſollen von den Gebäuden auf dem Lande entfernt werden. N. A. B. 289. — Nach dem §. 3. des Rgl. für das platte Land des Königreichs Preußen, v. 3. Jul. 1770. welches in dem Oſtpr. A. B. p. 550. IV. in Erinnerung gebracht worden, ſollte für jeden noch im Hauſe befindlichen Backofen, oder einen der nicht am gehörigen Orte ſtehet, 10 Rthlr. Strafe erleget, im unvermögenden Falle der Contravenient aber mit 14tägiger Zuchthausarbeit beſtraft werden. Die Gerichtsobrigkeit aber, und in den königlichen und prinzlichen Aemtern, der Oekonomiebeamte, ſollte in eine fiskaliſche Strafe von 100 Rthlr., wovon der Angeber 50 Rthlr. erhielt, verurtheilt werden. — Deren Anlegung und feuerſichere Bedachung auf dem platten Lande. v. K. A. 17. I. 206.

— 18. IV. 1107 — 1110. — 19. II. 467. 502. — III. 814. — 22. IV. 970. — deren Entfernung aus den Dörfern. 26. III. 823. — Anordnungen rückſichtl. der Gemeinde-Backöfen. 17. I. 179. — II. 107. — 18. IV. 1107 — 1110. — Vorſchriften für deren Anlegung auf königlichen Domainen. v. K. A. 30. III. 516. — deren Anlegung und Konſtruktion in der Nähe von Forſtgebäuden. 30. IV. 743.

Backwaaren. Aufhebung der zeitherigen Polizeitaxen für ſelbige. G. S. 1811. p. 279. — Akziſe-Erhebung von denſelben. G. S. 1819. p. 119. — Quantitäten unter 10 Pf. ſind ſteuerfrei. G. S. 1819. p. 120. — Aufhebung dieſer Abgabe. G. S. 1820. p. 136. — Handel mit ſelbigen. v. K. A. 22. IV. 852. — ſ. auch Konditorei-Waaren. — deren Verkauf außer den Märkten ohne Gewerbeſchein. v. K. A. 28. IV. 1075.

Bad. Was königl. Officianten, welche ein fremdes, beſuchen wollen, beſcheinigen müſſen, Anh. zum L. R. §. 124. ſ. Badereiſen. Publ. wegen der Vorſichtigkeitsmaßregeln bei dem Baden in Flüſſen, N. A. S. 91. I. P. A. B. 82. K. A. B. 135. Bei Abſendung armer Kranken nach dem Freienwalder Armen-Bade von Magiſträten und Communalvorſtehern, ſoll zugleich für Unterſtützung derſelben geſorgt werden. K. A. B. 266. — (Bäder) einheimiſche, deren Beſuch von Ausländern auf Päſſe der Polizeibehörde ihres Wohnorts. G. S. 1817. p. 154.

ſ. Heilquellen.

Badeanſtalten, von ſelbigen muß Gewerbeſteuer entrichtet werden. v. K. A. 19. I. 50. — zu deren Anlegung kann kein ausſchließendes Recht ertheilt werden. 28. IV. 1073.

Badehäuſer, in Oſtpr. u. Litth., dürfen an öffentlichen Strömen ohne höhere Genehmigung nicht angelegt werden. G. S. 1806. p. 2.

Baden, das, in Flüſſen und Gewäſſern, ſ. Badeplätze, iſraelit. Frauen kann nicht unterſagt werden. v. K. A. 17. IV. 106.

Baden, Großherzogthum, gegenſeitige Aufhebung des Abſchoß- und Abfahrtsgeldes mit ſelbigem. G. S. 1812. p. 7. — Kartel-Konvention mit demſelben. G. S. 1819. p. 192. — Vereinbarung mit ſelbigem gegen den Bücher-Nachdruck. G. S. 1828. p. 14. — Kartel-Konvention mit demſelben. v. K. A. 19. II. 324. — in ſelbigem findet bei jeder Dienſtveränderung eine nochmalige Verpflichtung der Beamten ſtatt. 17. I. 309. — Verordnung wegen des zu frühen Bewohnens der neu erbauten Häuſer in der Reſidenzſtadt Carlsruhe. 17. I. 309. — Führung der bürgerlichen Standesbücher der Juden. 17. II. 295. — Aufgebot der Juden. ibid. — Maßregeln gegen die Vertheurung der Lebensmittel. ibid. — Verbot des Verkaufs der Früchte auf dem Halm. ibid. — Ver-

kauf der Früchte und Beſtimmung ihrer Preiſe. ibid. — Bezeichnung der Fabrikwaaren. 17. IV. 327. — Anzeige ſchwerer Verbrechen. 18. II. 601. — Rekurs-Verfahren in Polizei-Sachen. 18. III. 922. — Beſtimmung des Alters zum Meiſterrecht. 18. III. 922. — Prüfung der Rechtskandidaten in praktiſchen Geſchäften. 18. IV. 1208. — Polizeiverwaltung in den Städten deſſelben. 17. III. 247. — Verhältniſſe der Staatsdiener in ſelbigem. 19. I. 263. — Verordnung in ſelbigem, wegen Einrichtung der Blitzableiter. 19. IV. 1064. — Cenſur-Edikt für ſelbiges. 20. I. 156. — Verordnung über den Loskauf der Frohnden, der Gülten und Zinſen in ſelbigem. 21. IV. 994 — 1008. — Verordnung über den verbotenen Gebrauch ſchädlicher Farben zu Konditorei- u. Zuckerwaaren. 22. I. 282. — Nichtannahme fremder Dienſtboten und Handwerksburſchen, ohne Nachweis der Schutzpocken-Impfung. 26. III. 639. — allgemeine Verordnungen über Niederlaſſungen ꝛc. in ſelbigem. 26. III. 856 — 859. — Berückſichtigung der heimatlichen Verhältniſſe in ſelbigem bei Verheirathungen im Auslande. 28. III. 686. — Verordn. über den Beitritt zu auswärtigen Feuer-Verſicherungs-Anſtalten. 29. I. 196. — desgl. über die Gewinnung friſcher Schutzpocken-Lymphe. 29. I. 209. — Verbot von Vereinen, welche die Sicherheit des Staats oder das allgemeine Wohl gefährden. 33. IV. 1134. — Verordn. über die Bildung von Synagogenräthen in den iſraelitiſchen Gemeinden. v. 15. Mai 1833. — 33. I. 250.

Badenſche (Großherzoglich-) **Juſtizbehörden**; ſ. Requiſitionen.

Badeorte, Entrichtung der Gewerbeſteuer von den dieſelben beziehenden und ihre Waaren daſelbſt in offenen Läden feilbietenden Handwerkern. v. K. A. 27. I. 73.

Badeplätze, deren ſichere Anlegung und Bezeichnung. v. K. A. 17. III. 193 — 201. — 18. II. 426. 428. 332. — 19. III. 818. — 20. II. 300. — deren Ausmittelung und Anweiſung für das Militair. 26. I. 131. — ſ. Baden.

Bader, der Unterſchied zwiſchen Bader und Chirurgen iſt gänzlich aufgehoben. Ed. v. 10. Jul. 1779. E. S. p. 1594. VI.

Bade-Reiſen, pflichtmäßige Ausſtellung ärztlicher Atteſte für königl. Beamte zu ſelbigen. v. K. A. 28. I. 196. — nothwendige, nach ärztlichen Zeugniſſen, während derſelben ſollen Beamte keine Beſoldungs-Abzüge erleiden. 29. II. 206. 207. ſ. Bad.

Bäcker, jeder, muß in ſeinem Laden eine Tafel mit Bemerkung der Preiſe und des Gewichts ſeiner Backwaaren aushängen. K. A. B. 321. VI. — Umfang der Gewerbeſcheine für ſelbige. G. S. 1811. p. 270. — wann ſolche neben der Mahl- und Schlachtſteuer auch die Klaſſenſteuer zu entrichten haben. G. S. 1820. p.

145. — können das Müllergewerbe mit dem ihrigen vereint, nur unter beſonderer Erlaubniß betreiben. G. S. 120. p. 146. — Gewerbeſteuer=Entrichtung von ſelbigen. G. S. 1820. p. 151. 159. — Befugniſſe derſelben rückſichtl. des Mahlgetreides. G. S. 1815. p. 7. — Gewerbeſchein=Löſung von ſelbigen in der Umgebung mahl= und ſchlachtſteuerpflichtiger Städte. v. K. A. 25. I. 222. — IV. 1084. — 26. IV. 999. — Gewerbeſteuer=Entrichtung von ſelbigen. 21. I. 11. — 24. III. 703. — IV. 1164. — deren Gewerbebetrieb in den Dörfern. 17. I. 180. — Berechnung der von denſelben zu entrichtenden Gewerbeſteuer. 33. III. 617.

ſ. Gewerbeſcheine und Gewerbeberechtigungen.

Bäckergewerbe, freier Betrieb deſſelben und Aufhebung des Zunftzwanges bei ſelbigem. G. S. 1808. p. 315. f.

Bäcker=Ordnung, revidirte v. 4. Jun. 1721. C. S. V. II. XX. No. 55. — des Kantons St. Gallen. v. K. A. 17. IV. 336.

ſ. Handwerksprivilegien.

Bälle, ſollen an den Vorabenden großer Kirchenfeſte, ſo wie zum Theil an dieſen ſelbſt, nicht ſtatt finden. v. K. A. 17. IV. 96. — 18. II. 348. — 23. I. 83. — 26. I. 86. 87. — 27. II. 450.

Bänder, Hauſirhandel mit ſelbigen. G. S. 1824. p. 130. f. — Abgaben=Entrichtung von denſ. G. S. 1824. p. 194. 197. 199.

Bärme, feſte, vom Auslande, deren Verſteuerung. v. K. A. 23. IV. 795. — =Fabrikation, deren Beſteuerung. R. v. 16. Sept. 1834. — 34. III. 681.

Bäuerliche Ackernahrung; ſ. Bauergüter.

Bäuerliche Dienſte, R. v. 10. Jun. 1831 über den Beweis der Lokal=Obſervanz in Anſehuug derſ. v. K. J. XXXVII. 327.

Bäuerliche Einſaſſen; ſ. Subhaſtation.

Bäuerliche Grundſtücke; Verordnung über deren Zuſammenziehung, v. 9. Jan. 1810. §. 12. v. K. A. 28. II. 441. — Ueber die landespolizeiliche Concurrenz bei deren theilweiſen Veräußerung. R. v. 16. Nov. 1830. v. K. J. XXXVI. 292. 293. ſ. auch Laßnahrungen. — die dem Heimfall unterliegen, deren Vererbung, ſ. Heimfall.

ſ. auch Bauergüter.

Bäuerliche Regulirungen und Separationen, Stempelfreiheit der Regierungsverhandlungen in ſelbigen. v. K. A. 30. I. 46. ſ. auch gutsherrliche und bäuerliche Regulirungen; desgl. General=Kommiſſionen, Kultur=Edikt und Lehn.

Bäuerliche (und gutsherrliche) **Verhältniſſe,** ſ. gutsherrliche ꝛc., desgl. Kultur=Edikt. Lehn.

Bäuerliche Wirthe; Rechte und Pflichten derſelben im

Großherzogthum Poſen, und in den mit Weſtpreußen vereinigten Diſtrikten. v. K. A. 19. II. 341.

Bäume, Anhaltung der Grundbeſitzer, mit ſolchen die Landſtraßen zu bepflanzen. v. K. A. 27. III. 775. — Verpflichtung zur Bepflanzung der Landſtraßen mit ſelbigen. 28. III. 778. — Beförderung derſ. 28. III. 779. — Verabfolgung von Waldholz-Pflänzlingen u. Baumpfählen dazu. 28. IV. 892. — deren Pflanzung u. Beförderung an den Chauſſeen. 28. IV. 993. — ſ. a. Baumzucht.

Bagage, — des Militairs, ſ. Gepäck.

Bagatellprozeß, Verordn. über den Mandats-, den ſummariſchen und den Bagatellprozeß, v. 1. Juni 1833. G. S. 1833. p. 37 — 48. — Cab. Ord. v. 17. Oct. 1833. die Ausführung der Verordn. v. 1. Jun. 1833. betr. G. S. 1833. p. 119. — Cab. Ord. v. 9. Okt. 1833. wegen der Gebühren-Taxe in dem Mandats-, dem ſummariſchen und dem Bagatellprozeſſe. G. S. 1833. p. 109. u. folg. — Inſtruktion für die Gerichte zur Ausführung der vorbemerkten Verordnung v. 1. Jun. 1833. — Vom 24. Jul. 1833. v. K. J. XLI. 437—459. 607. 608. — R. v. 3. Aug. 1833. mehrere Bemerkungen in Bezug auf die Ausführung der gedachten Verordnung v. 1. Jun. 1833, enthaltend. XLI. 459 — 465. — R. v. 29. März 1833, die Abnahme der Eide in Bagatellſachen durch Aktuarien betr. XLI. 222.

ſ. Inſtanzenzug. Mandatsprozeß.

Bagatellſachen. Wie die auf Schreib- und Inſinuations-Gebühren angewieſenen Officianten in Prozeßſachen und bei Handlungen der freiwilligen Gerichtsbarkeit bei Gegenſtänden, die nur 20 Rthlr. oder weniger betragen, nur in Anſatz zu bringendem Pauſchquanto von 8 Gr. (10 Sgr.) bis 1 Rthlr. 8 Gr. (1 Rthlr. 10.) zu entſchädigen ſind. Reſcr. v. 29. Mai 1816. v. K. J. VIII. 40. — Die Juſtizcommiſſarien ſind berechtigt, in Bagatellſachen außer dem ihnen feſtzuſetzenden Pauſchquanto die Copialien zu liquidiren. Reſcr. vom 17. Jan. 1818. XI. 18. — Mündliche Vorladung des Verklagten in Bagatellſachen, Mittheilung der Klage an denſelben und Vermerkung des Inſtructionstermins auf der Klage. Reſcr. v. 20. Jan. 1818. XI. 21. — Den Juſtizcommiſſarien kann für ihre weitern Arbeiten in Bagatellſachen ein anderweites billiges Pauſchquantum feſtgeſetzt werden. Reſcr. v. 8. Apr. 1818. XI. 236. — In Prozeßſachen, bei denen das Object nur 20 Rthlr. beträgt, können für die Verfügungen nach entſchiedener Sache Copialien und Botengebühren angeſetzt werden. Reſcr. v. 10. Jul. 1818. XII. 31. — Die Commiſſionen, welche in den mit den Land- und Stadtgerichten verbundenen Patrimonialgerichten beſtimmte Gerichtstage abzuhalten haben, ſind berechtigt und verpflichtet, die Erkenntniſſe in den von ihnen inſtruirten Bagatellſachen

ſofort vor der Abreiſe vom Gerichtstage abzufaſſen und zu publiciren. Reſcr. v. 5. Mai 1820. XV. 281. — Ein Gegenſtand, der zwar einer genauen Schätzung nach Gelde nicht fähig iſt, deſſen Unbedeutenheit oder Unerheblichkeit aber klar erhellet, kann nicht zu den Objecten gerechnet werden, welche in dem §. 7. der Einleitung zur Allg. Gebührentaxe vorausgeſetzt ſind, vielmehr iſt derſelbe Hinſichts der Koſten und des Werthſtempels als Bagatellſache anzuſehen. Reſcr. v. 4. April 1820. XV. 298.

ſ. Meilengebühren, Protokollgebühren, Rekurs. Von den Gebühren der Dollmetſcher in denſelben. R. v. 24. Mai 1831. XXXVII. 387.

ſ. übrigens Abſchriftsgebühren. Rekurs-Verfahren. Eidesleiſtung. Aktuarien und den vorigen Artikel.

Bagger, im großen Friedrichsgraben in Oſtpreußen — was bei Vorüberfahrten vor ſelbigem zu beobachten iſt. G. S. 1806. p. 38.

Baiern, Königr., gegenſeitige Aufhebung des Abſchoſſes und Abfahrtsgeldes mit ſelbigem. G. S. 1811. p. 248. — G. S. 1817. p. 31. 146. — Uebereinkunft mit ſelbigem wegen wechſelſeitiger Uebernahme ausgewieſener Vagabunden und Verbrecher. G. S. 1818. p. 53. — Kartel-Konvention mit demſ. G. S. 1818. p. 145. — Uebereinkommen mit ſelbigem wegen Verhütung der Forſtfrevel in den Gränzwaldungen. G. S. 1822. p. 144. — Vertrag zwiſchen demſ. und Würtemberg einer Seits und Preußen und Heſſen-Darmſtadt anderer Seits, den Handel und gewerblichen Verkehr zwiſchen den gegenſeitigen Unterthanen dieſer Staaten betr. v. 27. Mai 1829. G. S. 1829. p. 53 — 62. — Vereinbarung mit ſelbigem gegen den Bücher-Nachdruck. G. S. 1829. p. 10. — Paßverhältniſſe mit ſelbigem. v. K. A. 23. II. 347. — Päſſe zu Reiſen in daſſelbe müſſen von deſſen Geſandtſchaft in Berlin viſirt ſein. 21. I. 112. — Taxirung der geldwerthen Papiere auf den Poſten in ſelbigem. 24. I. 69. — Frankirung der Briefe nach ſelbigem. 25. I. 87. — Abſchoß-Aufhebung mit ſelbigem. 17. I. 34. — Bundestags-Beſchluß über die Abzugsfreiheit iſt in ſelbigem als Landesgeſetz publicirt. 17. III. 261. — Vagabonden-Transportweſen mit ſelbigem. 20. I. 75. — desgl. zwiſchen dieſem und dem Königreich Sachſen. 20. II. 421. — Organiſation des Königl. Staats-Miniſteriums. 17. I. 301. — Verordnung über die Verwaltung des Stiftungs- und Kommunal-Vermögens. ibid. — Verwaltung der ſtädtiſchen Polizei. 17. III. 245. — Geſetz über den Getreidehandel. 17. III. 255. — Organiſation der General-Adminiſtration der Poſten. 17. III. 257. — Edikt, die Konkurrenzen zum Straßenbau betr. 18. II. 594. — Prüfung der Kandidaten des Lehramts. ibid. — Entlaſſungsſcheine

für die eingebrachten und wieder auf freien Fuß geſtellten Indivi-
duen. 18. III. 908. — Reſſortverhältniſſe zwiſchen der Polizei-Di-
rektion und dem Magiſtrate der Haupt- und Reſidenzſtadt Mün-
chen. 18. III. 909. — desgl. zwiſchen den Königl. Kommiſſarien
und den Magiſträten. 18. III. 914. — Polizei-Verwaltung in den
Univerſitätsſtädten. 18. III. 915. — Verwaltung des Forſt- und
Jagdweſens. 18. IV. 1184. — Wahl der Burgemeiſter und Ma-
giſtratsräthe. ibid. — Grund-Erwerb von Beamten. 18. IV. 1185.
— Verbot des auswärtigen Lotterie-Spiels. 18. IV. 1186. —
Geſchäftsführung in den Rural-Gemeinde-Verwaltungen. ibid.
— Verordnung wegen der Straßen- und Waſſerbau-Inſpektionen.
ibid. — Verordnung, die künftige Verfaſſung und Verwaltung
der Gemeinden betreffend. 20. III. 619. — Inſtruktion für die dor-
tige Gensdarmerie in Beziehung auf das Zollweſen. 20. IV. 924.
— Verordnung deſſelben wegen der außerhalb Landes geſchloſſenen
Ehen. 22. I. 103. — desgl. über die Beſchäftigung der Gefange-
nen. 22. I. 258—267. — Geſetze über die Anſäßigmachung, Ver-
ehelichung und über die Heimath in ſelbigem. 26. III. 851. 873—
883. — Grundbeſtimmungen über das Gewerbsweſen in ſelbigem.
27. IV. 1037. — Berückſichtigung der heimathlichen Verhältniſſe
in ſelbigem bei Verheirathungen im Auslande. 28. III. 686. —
Ausführung des mit ſelbigem geſchloſſenen Vertrages über den ge-
genſeitigen Handel und gewerblichen Verkehr. 29. IV. 767—779.
— desgl. hinſichtlich der dahin ausgehenden Schaafwolle. 29. IV.
780. — desgl. wegen der gegenſeitigen Handlungs-Reiſenden auf
Waarenbeſtellungen und Aufkäufe. 29. IV. 781. — Vorſchriften
in Beziehung auf die nach ſelbigem und durch daſſelbe zu befördern-
den Fahrpoſt-Gegenſtände. 29. IV. 806. 809. — Verordn. in ſel-
bigem über die Aufſicht u. Kontrolle des Zollweſens. 29. III. 738. —
desgl. im Poſtverkehr. 29. III. 744. — Rubrizirung der portofreien
Amts-Korreſpondenz in ſelbigem mit „R. S."— 29. IV. 801. — Ver-
ordn. über die Aufhebung der Polizei-Taxen für Mehl, Brod u. Fleiſch
in ſelbigem. 29. IV. 980. — Ausführung des mit demſelben beſtehen-
den Handelsvertrages v. 27. Mai 1829, in Beziehung auf die in dem
letztern beſtehenden Ober-Zoll- und Hall-Aemter. 30. I. 22. ff. — II.
272—274. — Ausführung des Art. 5. gedachten Handelsvertrages
in Beziehung auf gegenſeitige Waarenbeſtellungen u. Aufkäufe. 30.
I. 20. ff. — desgl. in Beziehung auf Schaafwolle, Lohrinden, Le-
derabfälle ꝛc. 30. I. 21. — Ermäßigung der Eingangs-Abgaben
im Handelsverkehr mit demſelben. 30. IV. 738. — Abkommen mit
demſelben, wegen gegenſeitigen Verfahrens gegen übertretende Mi-
litairpflichtige bei Niederlaſſungen derſelben. 30. IV. 733. — Ord-
nung für die lateiniſchen Schulen und die Gymnaſien in demſel-
ben. 30. IV. 865—906. — Vertrag über den Handel und gewerb-

lichen Verkehr mit demſelben. 31. IV. 716. — Verordn. über die Herausgabe und Cenſur der Zeitungen und Zeitſchriften in demſelben. 31. III. 649. — Verordn. über die Organiſation des Landgeſtütweſens in demſelben. 31. I. 212—221. — zu Reiſen nach demſelben bedarf es nicht gerade eines dieſſeitigen Miniſterial-Paſſes, wohl aber der Paßviſa einer Königl. Baieriſchen Geſandtſchaft. 33. II. 467. — Paßverfahren gegen Ausländer in demſelben, beſonders rückſichtl. der geſandtſchaftlichen Viſa. 33. III. 743. ff. — Legitimation der dahin verkehrenden Lohnfuhrleute. 33. III. 744—746. — Abkommen mit demſelben in Betreff der Korreſpondenz mit den dortigen Gerichtsbehörden. Miniſt. Erklär. v. 17. Mai 1834. G. S. 1834. p. 71—73. — Erſtattung von Verpflegungskoſten kranker Unterthanen, ſiehe Verpflegungskoſten.
ſ. überhaupt Zoll-Vereinigungs-Vertrag.

Baierſche Juſtiz-Behörden; ſ. Requiſitionen.

Ballaſt, Schiffs-, Beſtimmungen darüber in der Memeler Hafen- und Lootſen-Ordnung. G. S. 1809. p. 588. f. — Vorſchriften für die Schiffer beim Löſchen und Einnehmen deſſelb. nach der Danziger Hafenpolizei-Ordn. G. S. 1821. p. 26.

Balleien, deren Einziehung und Veräußerung für Rechnung des Staats. G. S. 1810. p. 28. 32. G. S. 1811. p. 208.
ſ. auch geiſtliche Güter.

Bandagen, Handel mit ſelbigen. v. K. A. 17. II. 274. — zu deren Anfertigung und Feilbietung bedarf es einer vorherigen Prüfung und Erlaubniß. 28. II. 551. seq.

Bank, Octroy für die Wechſelbank zu Berlin v. 22. Sept. 1756. C. S. p. 1203. III. C. und Rgl. der Giro und Lehnbanke daſelbſt. v. 17. Jun. 1765. p. 915. III. c. D. art. 6. v. 9. März 1767. p. 795. IV. revidirtes Bankedikt für die zu Berlin und Breslau v. 29. Oct. 1766. p. 589. IV. zu Königsberg in Preußen v. 19. Sept. 1765. p. 1049. III. v. 24. Aug. 1768. p. 4065. IV. R. wegen des Special-Bank-Comtoirs in Breslau p. 4051. Magdeburg v. 24. Aug. v. 8. Sept. 1768. p. 4075. 4079. IV. in Minden v. 2. Aug. 1768. p. 4057. Stettin v. 24. Aug. 1768. p. 4069. — Königl. Special-Garantie für die Sicherheit der bei der Bank zu belegenden Gelder, v. 31. März 1769. p. 5541. v. 18. Jul. v. 1. Nov. 1768. p. 4041. 5033. IV. Verordnungen die Belegung der Gelder bei derſelben v. 16. v. 18. Jul. v. 2. Aug. v. 10. Dec. 1768. p. 4031. 4035. 4047. 4051. 5047. IV. C. v. 31. März v. 6. Apr. v. 27. Apr. 1769. p. 5535. 5543. 5711. IV. in runden Summen wenigſtens 50 thlr. R. v. 21. März 1771. No. 36. des C. Handb. R. die von Seiten des Haupt-Banko-Directorii angeordnete Einführung der Depoſitenſcheine betr. v. 3. Dec. 1798. C. S. p. 1795. X. die Kündigung

und Münzſorten der Capitalien betr. v. 25. Aug. 1768. p. 4077. IV. bei abſchläglichen Capitalszahlungen müſſen vom ganzen Capital zugleich die betagte Zinſen angenommen werden. C. v. 7. Jan. 1778. p. 1194. VI. Wie die Quittungen über die bei der Bank belegte Kirchen- und milde Stiftungsgelder auszuſtellen. C. v. 28. Jul. 1795. p. 2602. IX. — Eine Vereinigung der Caſſen der, u. der Seehandlung mit der Hauptſtaatscaſſe iſt durch das Publ. v. 16. Dec. 1808. §. 23. u. 24. nicht erfolgt. R. v. 9. May 1809. — Publ. wegen Bezahlung der rückſtändigen Zinſen. v. 30. Dec. 1809. J. M. VIII. 493. Die in das Depoſitorium einkommenden Gelder. (auch Scheidemünze in Summen v. 1000 Th. Courantwerth, K. A. B. 103. II.) ſollen ſofort bei der Bank belegt werden, wenn die Intereſſenten nicht eine andere Gelegenheit nachweiſen, R. v. 1. März 1814. ad §. 35. Tit. I. der Dep. O. — K. A. B. 151. IV. — (Haupt-Bank) reſſortirt vom Miniſterio der Finanzen. G. S. 1810. p. 369. G. S. 1810. p. 17. — Theilnahme an deren Angelegenh. von Seiten der Gewerbe-Polizei-Sektion im Miniſterium des Innern. G. S. 1808. p. 365. — G. S. 1810. p. 12. — zur Ausführung größerer Operationen derſ. iſt Allerh. Genehmigung erforderlich. G. S. 1810. p. 17. — bei ſelbiger ſollen vom 1. Jan. 1811. ab, die Zinſen wieder regelmäßig gezahlt werden. G. S. 1810. p. 29. — Auseinanderſetzung derſ. mit den Intermediair-Banken in den an das Königreich Weſtphalen abgetretenen Landestheilen. G. S. 1811. p. 223. (u. deren Komtoirs), Wiederherſtellung des frühern Verkehrs mit ſelbiger. G. S. 1815. p. 30—32. G. S. 1817. p. 295. — Belegung von Pupillen- und Depoſital-Geldern bei derſ. G. S. 1815. p. 31. — bildet fortan ein für ſich beſtehendes unabhängiges Inſtitut, unter einem beſonderen Chef und unter der Oberaufſicht eines Kuratoriums. G. S. 1817. p. 289. 291. f. 295. f. 304. — die Direktoren und der Juſtiziarius derſ. ſind dem Chef untergeordnet. G. S. 1817. p. 295. — derſelben ſteht das Recht des außergerichtlichen Verkaufs der eingeſetzten Pfänder zu. G. S. 1827. p. 24. — derſelben ſteht in ihren rechtlichen Angelegenheiten die unbedingte Stempel- und Sportelfreiheit zu. Reſcr. v. 4. Juni 1821. v. K. J. XVII. 279. ſ. Treſor- und Thalerſcheine. — Verordnung über deren Verhältniſſe. v. K. A. 17. IV. 22. — Verfahren rückſichtlich des Verkehrs mit ſelbiger. 23. III. 544—549. ſ. Depoſitalordnung. Zinſen.

(Provinzial-Hülfs-Bank), Vorſchläge für deren Errichtung in Schleſien. v. K. A. 31. I. 192. — (Provinzial-) ſoll nicht in allen Provinzen errichtet werden, auch nicht im Großherzogth. Poſen. 32. I. 301. — ritterſchaftliche Privatbank, in Pommern, Statuten derſelben. G. S. 1824. p. 169—

175. — Fonds und Bankſcheine derſ. G. S. 1824. p. 169. f. — Vorrechte derſ. G. S. 1824. p. 171. — Verwaltung ihrer Angelegenh. G. S. 1824. p. 172. — Rechte und Pflichten der Theilnehmer an ſelbiger. G. S. 1824. p. 174. — Staatsverwaltungs-Reſſort und Forum für ſelbige. G. S. 1824. p. 175. — darf keine Pupillen- u. Depoſitengelder annehmen. G. S. 1824. p. 175. — zu Mitgliedern derſ. können auch Gutsbeſitzer von Neuvorpommern zugelaſſen werden. G. S. 1827. p. 84. — neue Statuten für dieſelbe v. 23. Jan. 1833. G. S. 1833. p. 5. — Aufruf der 5. Thalerſcheine. C. O. v. 21. Jun. 1834. G. S. 1834. p. 82. — Abänderung der Statuten derſelben. Cab. O. v. 28. Jun. 1834. G. S. 1834. p. 88. — ſiehe Pommerſche Bankſcheine.

Bank, peinliche, ſiehe peinliche Bank.

Bankalitäts-Kameral-Kaſſe, ehemalige, zu Breslau, ſ. Schleſiſche Schuldverſchreibungen.

Bank-Aſſignationen, ruſſiſche, deren einſtweilige Annahme und Realiſirung. G. S. 1813. p. 67. 68.

Bankbücher, C. deren Production betr. v. 23. Nov. 1775. C. S. p. 269. V. e.

Bank-Direktoren, königl., Rang- und Dienſtverhältniſſe derſelben. G. S. 1817. p. 63. 295.

Bankerut, A. L. R. II. XX. 1452—1487. E. v. 14. Jun. 1715. C. S. II. II. No. 31. v. 4. Febr. 1723. No. 40. c. R. ad §. 7. wegen der Ehefrauen v. 17. Apr. 1728. No. 52. E. v. 20. May 1736. No. 55. Publ. v. 30. Nov. 1767. p. 989. IV. Die Alimentation eines wegen Bankeruts inhaftirten Schuldners fällt der Jurisdiction zur Laſt. R. v. 9. Aug. 1708. II. I. No. 122. dann aber nicht, wenn der Schuldner ad Instantiam Creditorum zum Beſten derſelben inhaftirt worden. R. v. 6. Febr. 1777. p. 403. VI. ſ. Juden-Bankerute. — Die Ausfertigung verlangter Steckbriefe gegen entwichene bösliche Bankerutirer ſoll nach dem R. v. 29. Jul. 1799 J. M. I. 313. zwar möglichſt facilitiret, und bei Beurtheilung der Zuläſſigkeit ſolcher Geſuche ſollen die geſetzlichen Vorſchriften wegen Verhängung der Arreſte in ſchleunigen Fällen, A. G. O. Th. I. Tit. 29. §. 30. beobachtet; ein blos wegen Verdachts eines betrüglichen Bankeruts ausgetretener Schuldner aber darf mit Steckbriefen nicht verfolgt werden. R. vom 13. Jun. 1804. C. S. p. 2598. XI. R. A. 483. III. J. M. II. 203. Cr. O. §. 237 — 243. Von Feſtſtellung des Thatbeſtandes beim Bankerut, Cr. O. §. 201. C. O. wegen Beſtrafung fahrläßiger Banqueroutiers vom 20. März 1802. C. S. p. 783 XI. — Bei Beſtimmung der Frage: ob ein Bankerutier mit Feſtungsarreſt oder mit Feſtungsarbeit zu beſtrafen? muß auf deſſen ſonſtige Qualifikation, und ob er nach derſelben mehr zu den höhern und gebildetern Stän-

den, oder mehr zur ungebildeten Volksklaſſe zu rechnen iſt, Rückſicht genommen werden. R. v. 20. März 1802. S. M. 193. Nach dem A. L. R. II. XX. 1473. ſoll der Richter jeden erfolgenden, von Amtswegen unterſuchen und beſtrafen, R. v. 7. Jul. 1810. J. M. IX. 228. — Nicht jeder Austritt des gemeinſamen Schuldners macht denſelben zum böslichen Banquerotteur, J. M. X. 120. Bei Concurſen über das Vermögen der Militairperſonen ſind die zur Subſtantiirung einer Unterſuchung erforderlichen Verfügungen den Militair-Gerichten zu überlaſſen. R. v. 11. Aug. 1810. J. M. IX. 333. — Eröffnung der Unterſuchung gegen Bankerutirer, und Verpflichtung der Vorſteher und Aelteſten der Kaufmannſchaft, die ihnen bekannt werdenden Fälle eines ſtrafbaren Bankeruts dem Richter anzuzeigen. Reſcr. vom 28. März 1815. v K. J. V. a. 33., und v. 28. Aug. 1818. v. K. J. XII. 39. — Bemerkungen über einige Beſtimmungen des A. L. R. über Bankerut, von A. VIII. 335—352. — R. die Gültigkeit der Danziger Bankerut-Ordnung betr. v. 25. Mai 1816. v. K. J. VIII. 26. — Die gegen einen Bankerutier, welcher Kaufmannsgeſchäfte getrieben hat, einzuleitende Unterſuchung, zu deren Eröffnung nach §. 201. der Cr. Ordn. hinreichend iſt, wenn eine Inſufficienz des Vermögens dargethan worden, und die Entſtehung der Schuldenlaſt ſich nur durch ein betrügliches, muthwilliges, oder unbeſonnenes Benehmen erklären läßt, R. v. 28. März 1815. v. K. J. V. 33. — ſoll vorſchriftsmäßig erfolgen und möglichſt beſchleunigt werden, R. v. 7. Jul. 1810. J. M. IX. 228. Ueber verſchiedene bei dem Begriff von muthwilligem und fahrläſſigem Bankerut vorkommende Zweifel, ſiehe Erkenntniß in Unterſuchungsſachen ⁒/. Kueſel, v. 10. Jul. 1811. J. M. XI. 120. — Das in den ältern Bankerutir-Edikten, ſ. B. v. 30. Nov. 1767. p. 989. IV. verordnete vorläufige Anſchlagen des Namens eines entwichenen Schuldners an den Galgen, findet nach Emanirung des A. L. R. nicht mehr ſtatt. R. v. 21. März 1796. Amel. Arch. 128. B. II. Rabe, 312. III. — Von Feſtſtellung des Thatbeſtandes, Cr. Ord. §. 201. (Paalzow Commentar, 373. I.) und iſt nicht nöthig, die Distribution im Konkurſe abzuwarten. R. v. 2. Nov. 1799. c. I. p. 286. — kaufmänniſche und ſtrafbare, ſind von Seiten der Vorſteher der Kaufmannſchaften zur Kenntniß der Kriminal-Gerichtsbehörden zu bringen. v. K. A. 30. III. 615—617. — Pflichten der Polizeibehörde rückſichtlich derſelben. 30. III. 615.

Bankerutirer, ſ. Bankerut.

Bankerutir-Ordnung (Danziger); ſ. Danziger Bankerutirordnung.

Bankgerechtigkeiten. Die Verhandlungen wegen Ablöſung derſelben ſind ſtempelfrei. R. v. 9. Jan. 1814. v. K. J. IV.

38. — der kleinen und mittlern Städte in Schleſien, Regulirung des Ablöſungsweſens derſelben. v. K. A. 31. IV. 913. — ſ. auch Schuhbank- und Fleiſchbankgerechtigkeiten. ſ. ferner Ablöſungen.

Bank-Kapitalien, neu belegte, Garantie für ſelbige von Seiten des Staats. G. S. 1815. p. 30. ff. — deren Bezeichnung durch die Buchſtaben I. K. u. L. G. S. 1815. p. 31. — Berliner, ältere, im Königr. Polen, deren Wiedererwerbung. G. S. 1819. p. 199. f. — ſ. a. Bank-Obligationen.

Banknoten, wenn über deren Abſendung Poſtſcheine gegeben werden. C. v. 9. Jul. 1771. E. S. p. 265. V. a. von den in Zahlung auszugebenden ſollen die Rendanten die Nummern und Summen beſonders notiren. C. v. 26. Nov. 1776. p. 377. VI. von Vindication, Renovation und Amortiſation der, D. v. 23. May 1785. p. 3127. VII. dem H. Banko-Directorium ſoll davon Nachricht gegeben werden. R. v. 5. Jul. 1785. p. 3149. VII.

Bankobligationen, werden nur vom Bankopräſidio unterzeichnet. C. v. 5. Apr. 1773. E. S. p. 63. V. c. und das Siegel mit ſchwarzer Farbe eingedruckt. v. 14. Jun. 1775. p. 171. V. e. nach Empfang des Capitals ſollen die, C. v. 15. Apr. 1774. p. 289. V. d. und nach deren Empfang die Interimsſcheine mit der nächſten Poſt bei Strafe remittirt werden. C. v. 20. Febr. 1775. p. 67. V. e. Wie es bei den Magiſträten der kleinen Städte, bei den Juſtizämtern und Patrimonialgerichten mit Quittirung der Banko-Obligationen gehalten werden ſoll. C. v. 2. März 1795. p. 2498. IX. in Anſehung der belegten und milden Stiftungsgelder v. 28. Jul. 1795. p. 2602. IX. — Bei den vom Cameral-Departement reſſortirenden Caſſen ſollen die Banko-Obligationen nicht eher umgeſchrieben oder Geld darauf gegeben werden, bis die ausdrückliche ſpecielle Approbation der Cammer ertheilet. R. v. 20. März 1785. p. 103. des E. Handb. u. eben ſo ſoll es auch mit den bei der Seehandlung belegten Capitalien gehalten werden. (und Bank-Noten,) deren Annahme nach dem Nennwerthe bei Ablöſungen von Domanial-Abgaben. G. S. 1811. p. 157. G. S. 1812. p. 1. — desgl. bei der Veräußerung königl. Domainen, Forſten und geiſtl. Güter. G. S. 1811. p. 209. f. G. S. 1812. p. 1. — Annahme derſ. nach dem Nominalwerthe bei Kautionsbeſtellungen. G. S. 1807. p. 182. — Ob der redliche Acquirent einer geſtohlnen und nach dieſer Acquiſition vorſchriftswidrig mortificirten Bankobligation durch die unterlaſſene Meldung in dem Mortifikationsverfahren den Regreß an ſeinen Autor verloren habe. Allegat aus dem Erkenntniſſe des Inſtructions-Senats und des Ober-Appell.-Senats des Kammergerichts vom 18. Oct. 1813 u. 15. Oct. 1814. v. K. J. III. 318. — Alle in den Pupillar- und

Judicial-Depoſitorien der Provinzen links der Elbe, der Weſer und des Rheins befindlichen Bankobligationen müſſen bis zum 1. Mai 1817, Behufs der nachträglichen Stempelung bei der Churmärkſchen Departements-Steuercommiſſion in Berlin bei Strafe der Confiscation der Hälfte ihres Werths präſentirt ſein. R. v. 25. Jan. 1817. IX. 33. — Bei Einziehung der Zinſen von den Bankobligationen à 2 p. C. ſind dieſe mit einzuſenden. R. v. 13. März 1820. XV. 42. — Die Beſtimmung, daß, ſobald ein Intereſſent majorenn wird, deſſen Antheil ab- und mit Herunterſetzung von 3 auf 2 p. C. umgeſchrieben werde, findet auch auf diejenigen alten Bankcapitalien Anwendung, welche jetzt noch nicht zurückgezahlt werden können. R. v. 2. Jun. 1820. XV. 254. — ſ. Amortiſation, Amtskaution, Depoſitalmaſſen. — ältere und neuere, zwiſchen ſelbigen findet kein Unterſchied mehr ſtatt, da auch die Capitalien der erſtern nunmehr gekündigt werden können. v. K. A. 29. I. 27. — nur die Obligationen des vormaligen Banko-Comtoirs in Emden ſind davon noch ausgeſchloſſen. ebendaſ. — Porto-Berechnung für deren Verſendung. 29. III. 515. — über Pupillen- und gerichtliche Gelder, werden wie Dokumente austarirt. 29. III. 515. — (u. Banko-Anweiſungen, ingl. Banko-Scheine) — deren Verſendung mit der Poſt. v. K. A. 20. I. 13. — 26. IV. 1022.

Bankoffizianten. Wenn ſolche bei Proceſſen als Sachverſtändige nöthig, muß das Bankdirectorium desfalls requirirt werden. R. v. 7. Febr. 1786. Kl. A. p. 37. VIII.

Banko-Komtoir, in Münſter, Erleichterung des kaufmänniſchen Verkehrs mit demſelben. v. K. A. 32. III. 751.

Bank-Verkehr. Die Depoſitalgelder können auch vor Ablauf der Tit. I. §. 35. der Allg. Depoſ. Ord. beſtimmten 6 Wochen bei der Bank belegt werden. R. v. 1. März 1814. v. K. J. III. 42. — Die Annahme der in dem, in Nro. 8. der Geſetzſammlung de 1816 bekannt gemachten Tarif verzeichneten fremden Münzſorten bei gerichtlichen Depoſitorien iſt in dem Falle zuläſſig, wenn dieſelben durch Belegung bei der Bank, oder auf eine andere Weiſe, wieder ausgegeben werden können. R. v. 27. Juli 1816. VIII. 283. — Einſtweiliger Depoſital-Bankverkehr der Gerichtsbehörden in den Provinzen links der Elbe, durch die Regierungs-Hauptcaſſen. R. v. 22. u. Inſtruction v. 13. Mai 1816. VIII. 287. — Die gerichtlichen Depoſital- und Pupillengelder können zur Belegung bei der Hauptbank aus dem Departement des Oberlandesgerichts zu Cleve, Münſter und Minden an das Bankocomtoir zu Minden, und aus dem Departement des Oberlandesgerichts zu Magdeburg an das Bankocomtoir zu Magdeburg geſandt werden, welche darüber Interimsſcheine bis zum Eingange der vom Tage der Belegung bei dem Bankocomtoir zu datirenden Bankobligationen erthei-

len, und bedarf es der Ablieferung der Gelder an die Regierungs-Hauptcaſſen nicht weiter. R. v. 3. Juli 1816. VIII. 287.

Bank-Zinſen. Die Verzinſung derjenigen Capitatien, welche aus den Depoſitorien der Provinzen links der Elbe an die reſp. Regierungs-Hauptkaſſen für die Bank eingezahlt werden, erfolgt von dem Tage der Zahlung an dieſe Kaſſen. R. v. 26. Juni 1816. v. K. J. VIII. 286.

Bann der Juden, ſ. letzt.

Bannberechtigte, ſ. Bann- und Zwangsrecht.

Bannpflichtigkeit, ſ. Bann- und Zwangsrecht.

Bann- und Zwangsrecht, von dem, eines Dorfſchmiedemeiſters, ſ. Erk. J. M. III. 482. — Von Entſchädigung für Aufhebung der Banngerechtigkeiten, v. K. J. 132. I. Auch durch neue Verträge kann Niemand ſich in Folge des Ed. v. 28. Oct. 1810. G. S. 95. I. u. v. 7. Sept. 1811. p. 51. für ſeine Perſon oder Grundſtücke dem Mühlen-, Bier- u. Branntweinszwange unterwerfen. R. v. 29. Jul. 1814. v. K. J. 197. IV. die Aufhebung eines Contracts, der ein Zwangsrecht in ſich faßt, ſoll nach dem Ed. v. 27. Oct. 1810 nur dann nicht ſtatt finden, wenn mit dieſem verpachteten Zwangsrechte zugleich ein Grundſtück verpachtet iſt. Wenn alſo einem Müller, als Eigenthümer einer Mühle durch einen Vertrag gegen eine feſtgeſetzte, jährlich an die Grundherrſchaft zu entrichtende Pacht, verſchiedene Einwohner eines beſtimmten Diſtricts als Zwangsmahlgäſte zugelegt, dieſe aber nunmehro von der Zwangspflichtigkeit entbunden worden, und ihr Getreide auf jede ihnen beliebige Mühle bringen dürfen, ſo muß dem erſtern (auch in Folge des A. L. R. Th. I. Tit. 5. §. 380. und Tit. 19. §. 31.) rechtlich frei ſtehen, von dem geſchloſſenen Contracte abzugehen. Erk. in S. Müller Schrödter w. d. Dominium zu Morrn, 1814. Durch den §. 54. des Geſetzes v. 7. Sept. 1811. iſt nicht die Beſtimmung des §. 1. der Geſetzes v. 28. Oct. 1810, wornach der Branntwein-Zwang als Bannrecht nicht ferner ſtatt finden ſoll, aufgehoben, vielmehr nur die Schließung von Verträgen über das Verlagsrecht für zuläſſig erklärt, und die Fortdauer eines ſolchen, auf Grund der Verjährung, oder ausdrücklicher Verträge, bereits beſtehenden Rechtsverhältniſſes ausgeſprochen worden. S. u. Str. R. 3. B. No. 4. p. 67. deren Aufhebung. G. S. 1810. p. 27. 83. 95. G. S. 1811. p. 265 — 268. G. S. 1822. p. 187. — in wie weit dafür Entſchädigung geleiſtet wird; ebendaſ. — deren Ablöſung von königl. Domainen. G. S. 1811. p. 157. f. — in wie fern ein Pächter nicht berechtigt iſt, für die Aufhebung der ihm veranſchlagten Bannrechte eine Entſchädigung gegen ſeinen Verpächter in Anſpruch zu nehmen. Erkenntn. Auszug des Ober-Appell.-Senats des Kammergerichts v. 23. Dec. 1812. v. K. J. I. 132. —

Entſchädigung der Mühlenbeſitzer wegen der aufgehobenen Bann-rechte. R. v. 22. März 1817. IX. 190. — Nur wenn die Frage darüber entſteht: ob jemand ein Gewerbe auszuüben berechtigt, und daher die Ertheilung des dazu erforderlichen Patents ex titulo speciali zu verlangen befugt ſei? ob der von einem Dritten gegen die Gewerbetreibung eines Patentirten erhobene und auf frühere Verträge ꝛc. fundirte Widerſpruch eine Entſchädigungsverbindlich-keit des letztern begründen und ob daher auch von demjenigen, welcher bis dahin bannpflichtig war und nunmehr den Vortheil des freien Gewerbeſyſtems genießen will, abſeiten des Bannberechtig-ten ein erweislicher Schadensersatz gefordert werden könne? hat es bei den Vorſchriften der Verordnung vom 26. Dec. 1808, wonach der Weg Rechtens einem jeden offen ſteht, welcher ſeinen Anſpruch auf einen ſpeciellen Rechtstitel ſtützt, ſein ferneres Verbleiben. R. v. 10. April 1817. IX. 192. — Wegen Entſchädigung für den durch die Aufhebung des Bier- und Branntweinzwanges entſtande-nen Debitsverluſt findet kein prozeſſualiſches Verfahren ſtatt. R. v. 30. Aug. 1817. X. 5. — Das Ed. v. 28. Oct. 1810 wegen des Mahlzwanges findet nur auf die Theile, die damals mit der Mo-narchie vereinigt geweſen, alſo nicht auf das Herzogthum Sachſen Anwendung. R. v. 30. Oct. 1822. XX. 265. — Das Ed. wegen der Mühlengerechtigkeit und Aufhebung des Mühlenzwanges ꝛc. iſt als in den vormals Sächſiſchen Provinzen eingeführt nicht zu er-klären. R. v. 20. Aug. 1824. XXIV. 255. — deren Aufhebung in den zum ehem. Königr. Weſtphalen, Großherz. Berg, und den franzöſiſch-hanſeatiſchen Departements gehörigen Landestheilen. G. S. 1825. p. 83. 90. 102. 108. 119. 125. — in wie weit rückſichtl. dieſer Aufhebung Ausnahmen ſtatt finden; ebend. — in den ehe-mals königl. weſtphäliſchen, bergiſchen und franzöſiſchen Landesth., deren Ablöſuug. G. S. 1829. p. 82. ſ. a. Ablöſungen. — auf-gehobene, in den vormal. königl. weſtphäliſchen, bergiſchen und franz.-hanſeatiſchen Landesth., ſchiedsrichterliches Verfahren rück-ſichtl. derſelben. v. K. A. 26. III. 619 — 631. — Die Entſchei-dung über Kontraventionen gegen dieſelben ſteht den Gerichten zu. 33. III. 777. ſ. Zwangs-Pächter, auch Zwangs- und Bannrechte.

Barbiere, Verhältniſſe und Gewerbebetrieb derſelben. v. K. A. 24. I. 294. ſ. Handwerksprivilegien.

Barbieren, Gewerbeſchein-Löſung zu ſelbigem. G. S. 1811. p. 270. Letztere giebt kein Recht, auch die Wundarzenei-Kunſt zu treiben; ebend. — wird nicht mehr als eine chirurgiſche Beſchäf-tigung angeſehen. R. v. 21. Nov. 1815. N. A. B. 413. V.

Barbierſtuben, (der Stadt-Chirurgen und der bloßen

Barbiere) deren Unterſcheidung durch äußere Bezeichnung. v. K. A. 26. I. 215.

Barbierſtuben-Inhaber, deren Gewerbebetrieb. R. v. 6. Jun. 1834. — v. K. A. 34. II. 513.

Barby, Grafſchaft, wird von Sachſen an Preußen abgetreten. G. S. 1815. p. 79. 96. — gehört zum Magdeburgiſchen Regierungsbezirke. G. S. 1815. p. 96.

Barmherzige Brüder, Päſſe für ſelbige zu Reiſen nach Rußland. v. K. A. 19. II. 464.

Barrieren, öffentliche, ſollen weiß und ſchwarz angeſtrichen werden. v. K. A. 20. II. 230. 319. — an öffentl. Dammſtraßen, deren eigenmächtige Oeffnung wird beſtraft. 17. I. 261. — desgl. deren Beſchädigung. 17. I. 260.

Barſche, ſiehe Fiſche.

Barthelemy, St., Schwediſche Kolonie in Weſtindien, Handels- und Schiffahrtsverhältniſſe mit ſelb. G. S. 1827. p. 43.

Baruth, Herrſchaft, gehört in ſtändiſcher Beziehung zur Kurmark. G. S. 1823. p. 130.

Baſel, Univerſität, auf ſelbiger dürfen preuß. Unterthanen nicht ſtudieren. v. K. A. 24. II. 420 — 443.

Baſeler Friedensvertrag, v. 5. Apr. 1795, hört nach dem Pariſer Friedenstraktate v. 30. Mai 1814 auf, verbindlich zu ſein. G. S. 1814. p. 135.

Bataillons-Aerzte, welche die öffentlichen Staatsprüfungen nicht abgelegt haben, ſind zur Civilpraxis geſetzlich nicht befugt. v. K. A. 20. I. 132. ſiehe Militair-Aerzte, -Chirurgen.

Bataillonsbezirk, ſiehe Landwehr-Bataillon.

Bataillons-Chirurgen, ſ. Bataillons-Aerzte.

Bataillonsgericht, ſ. Verſiegelung.

Bataillons-Kommandeur, ſ. Militairſtrafen.

Bataillons-Tambours, ſ. Anſtellung.

Bau, (Bauten,) A. L. R. Einſchränkung des Eigenthums beim Bauen. I. VIII. 65 — 82. 123. 125. 139 — 147. vom Bauen auf fremden Boden. I. IX. 327. 339. B. VI. 94. an der Gränze A. L. R. I. IX. 340. 342. verdungenen I. XI. 925 — 980. Sicherſtellung der Bauplätze. II. XX. 773 — 781. — Baureglement für die Churm. Kr.- u. Dom.-Kammer v. 10. Febr. 1724. C. S. IV. II. III. No. 19. Declaration deſſelben v. 26. Jul. 1741. p. 13. C. II. Decl. wegen der von den General-Pächtern und Beamten bei den Königl. Vorwerkern aus eigenen Mitteln zu übernehmenden Flickbaue v. 4. Mai 1751. p. 87. I. V. v. 23. Jan. 1789. No. 123. des C. Handb. Von den Entrepreneurs Königl. Bauten ſollen keine Douceursgelder genommen werden. Inſtr. v. 3. Jan. 1753. C. S. p. 426. I. Regl. für die Handwerker u. Taglöhner und wegen des

Tagelohns in Preußen v. 8. Dec. 1736. v. 26. Aug. 1751. p. 131. I. Taxe v. 15. Jan. 1753. p. 989. I. in Pommern v. 14. Oct. 1753. p. 574. I. Decl. wegen Reparatur der den königl. Kaſſen u. Kämmereien zugehörigen und frei bewohnten Häuſer. C. v. 12. Mai 1774. p. 305. V. d. C. die Veranſtaltung der Kirchenbauten und Reparaturen betr. v. 6. Sept. 1770. p. 7385. IV. v. 29. Apr. 1779. p. 1451. VI. Von allen 3000 Rthlr. u. mehr betragenden Bauten ſoll, wenn ſie bis zur Reviſion fertig, die im Circ. v. 5. Apr. 1788. p. 2035. VIII. verordnete Anzeige von der Kammer geſchehen. R. v. 3. Jun. 1788. p. 2123. VIII. — Ed. wegen des Auseinanderbauens der Unterthanengehöfte in der Churm. v. 15. Jun. 1795. p. 2546. IX. gegen die Verbindung der Wohn- u. Wirthſchaftsgebäude auf dem platten Lande v. 28. Aug. 1796. p. 622. X. Regl. wegen der in der Provinz Cleve u. Mark maſſiv zu erbauenden Häuſer v. 24. März 1765. p. 610. III. — In den Reſidenzien Berlin dürfen ohne Erlaubniß des Gouvernements und des Baucollegii keine Gebäude aufgerichtet, V. v. 26. Apr. 1749. C. c. M. de eod. p. 146. C. IV. Pat. v. 14. Mai 1710. V. I. IV. No. 20. v. 4. Jul. 1716. V. I. IV. No. 28. c. D. in Anſehung der Maurer- und Zimmermeiſter v. 23. Jan. 1717. No. 30. c. R. d. wenn ſolche in Strafe zu nehmen. v. 1724. No. 44. keine Plätze an den Thoren und Fortificationen ohne Conſens der Behörde verkauft. V. v. 8. Apr. 1712. V. I. IV. No. 22. und die Häuſer und Gärten daſelbſt mit ſpitzigen Carine-Bohlen-Zäunen verwahret werden. Ed. v. 2. Jul. 1714. V. I. IV. No. 26. die Zimmerleute und Steinſetzer ohne Erlaubniß keine neue Bänder über die Rennſteine machen. V. v. 20. Nov. 1706. No. 13. R. v. 9. Jul. 1708. No. 14. V. v. 19. Jul. 1709. No. 18. v. 16. Jul. 1710. No. 21. Avertiſſements wegen der Dachrinnen v. 13. Sept. 1790. p. 2976. VIII. ſ. übrigens Corp. Const. March. V. I. IV. p. 367. — Decl. die von den Thorſchreibern zu übernehmenden Reparaturen ihrer Dienſtwohnungen betr. v. 4. Dec. 1787. C. S. p. 1626. VIII. — R. die Einrichtung des Bauweſens in der Neumark betr. v. 13. Mai 1798. ausführliche Inſtruction deshalb v. 23. Aug. 1798. die Inſtruction wegen der ſtädtſchen Bauten v. 1. Jun. 1798. ingl. die Inſtr. f. die Amtszimmermeiſter v. 1792. ſind nirgends abgedruckt. Nachtrag zu dem Ed. v. 15. Jun. 1795. p. 2546. C. S. IX. wegen des Auseinanderſetzens der Unterthanengehöfte und Gebäude in der Churmark, v. 19. Apr. 1804. p. 2162. XI. und J. M. II. 265. Special-Obſervanzen, nach welchen die Baucommiſſion in Berlin erkennet. p. 357. ſ. a. §. 66. 73. der Reſſort-Verordnung v. 26. Dec. 1808. J. M. VII. p. 416. 420. Von Verwaltung der Bauangelegenheiten in Städten, Stdt.-Ordn. v. 19. Nov. 1808. §. 179. g. Ein Unterſchied zwiſchen Baugewerksmeiſtern in großen, mittlern und klei-

nen Städten iſt in der Natur der Sache nicht begründet. N. A. B. 38. IV. den Bauhandwerkern, Maurern und Zimmerleuten iſt nicht geſtattet, den Geſellen gegen eine Abgabe zu geſtatten, ſich auf ihren Namen Arbeit zu ſuchen, K. A. Bl. 153. I. — Inſtr. für die Baubediente, die Anfertigung der Balancen der mehreren Koſten bei dem Lehmpatzenbau betr. v. 15. Febr. 1798. E. S. p. 1551. X. Inſtr. für ſämmtl. Departementsräthe, Baudirectoren, Landbaumeiſter, Bauinſpectoren, ingleichen für die Steuerräthe, die vorſchriftsmäßig vorzunehmenden publiquen Land- und Waſſerbauten uud Reparaturen, ingleichen die ſtädtiſchen Bauten betr. R. v. 23. Aug. 1798. Inſtr. der Neumärkſchen Kr. u. Dom. Kammer für die zur Anfertigung der Holzberechnungen und Deſignationen der Unterthanen-Gebäude anzuſetzenden Amtszimmermeiſter v. 20. März 1792 für ſämmtliche Magiſträte und königl. Baubediente in den Städten der Neumark, das Verfahren bei neuen Bauten oder Reparaturen der Bürgerhäuſer betr. v. 1. Jun. 1798. — Ed. wegen des Auseinanderbauens der Unterthanen-Gehöfte in Neuoſtpreußen v. 16. Jun. 1799. E. S. p. 2550. X. Publ. wegen Einführung des Lehmpatzenbaues in dieſer Provinz v. 8. Jul. 1799. p. 2583. X. Bau-Reglement für Schleſien v. 9. Dec. 1799. Gebäude von Schrootholz zu errichten und Stamm auf Stamm bis zum Giebel auf einander zu legen, welche an den Eckſeiten des Gebäudes zuſammengefüget werden, iſt unter angedrohter Demolirung des Gebäudes den Eigenthümern ſowohl als den Zimmerleuten und Maurern verboten. Publ. der Neumärk. Kr. und Dom. Kammer v. 13. Aug. 1790. — Zimmerleute, Maurer, Brunnenmacher, Schiffsbauer und andere Profeſſioniſten dürfen keine Reparatur u. keinen Bau im oder zunächſt am Waſſer unternehmen, wenn nicht zuvor die ſchriftliche Erlaubniß von dem Amte Mühlenhof ertheilt iſt, bei Vermeidung nachdrücklicher, den jedesmaligen Umſtänden angemeſſenen Beſtrafung, und daß dergleichen ohne Erlaubniß vorgenommene Baue, Reparaturen und Veränderungen auf Koſten desjenigen, der ſolche hat anfertigen laſſen, weggeriſſen werden. Publ. der Churmärkſchen Kr. u. Dom. Kammer v. 24. Apr. 1800. Bei jeder weſentlichen Veränderung an öffentlichen Gebäuden oder Denkmälern muß mit der Ober-Baudeputation communicirt werden, C. O. v. 4. Oct. 1815. G. S. 206. V. v. K. J. 185. VI. P. A. B. 469. V. K. A. B. 246. VI. Maurer und Zimmerleute, die lediglich zu Flickarbeiten berechtiget ſind, dürfen andere Bauten für Rechnung nicht übernehmen. N. A. B. 475. IV. Städtiſche Gebäude dürfen nur mit Ziegelſteinen eingedeckt werden. p. 524. Auch fremde Bauhandwerker müſſen in Folge des Ed. v. 7. Sept. 1811. geprüft werden. K. A. B. 352. V. Wegen der nur unter polizeilicher Genehmigung zu veranſtaltenden Bauten und Reparaturen,

P. A. B. 97. VI. Den Zimmerleuten iſt das Mitnehmen der Bau⸗materialien von der Bauſtelle unterſagt. N. A. B. 593. P. A. B. 153. ſ. Reſſort. — in den königl. Schlöſſern und Palais, deren Leitung und Reviſion. G. S. 1810. p. 13. — öffentliche, auf an⸗gemeſſene Erſparungen bei ſelbigen ſollen die Regierungen bedacht ſein. G. S. 1817. p. 263. — in wie weit die Regierungen dazu höhere Genehmigung einholen, und die Bau⸗Anſchläge der Ober⸗Bau⸗Deputation zur Reviſion einreichen müſſen. G. S. 1817. p. 265. — innerhalb der nächſten Umgebungen der Feſtungen, Vor⸗ſchriften für ſelbige und deren Reviſionen. G. S. 1814. p. 75. — Regulativ über das Verfahren rückſichtlich derſelben v. 10. Sept. 1828. G. S. 1828. p. 119 — 130. — Freilaſſung eines gewiſſen Landſtrichs von ſelbigen vor erhaltenen Verſchanzungen a. d. letz⸗ten Kriegen. G. S. 1816. p. 215. — 1828. p. 128. — allge⸗meine polizeiliche Vorſchriften rückſichtl. derſelben. v. K. A. 19. II. 546. — 23. II. 395 — 402. — IV. 967. — allgemeine Vor⸗ſichtsmaßregeln bei deren Unternehmung. 25. I. 241. — Zeitfolge für deren Konſtruktionen. 23. IV. 974 — 977. — Beſchränkung der königl. Unterſtützungen für ſelbige. 23. III. 626. — IV. 841. — feuerfeſte, in Beziehung auf Bedachungen. 24. III. 894. — auf naſſem Grunde, Vorſichtsmaßregeln bei ſelbigen. 24. III. 915. — in wie weit Fiskus zu deren Koſten Beiträge zu leiſten hat. 20. IV. 744. — deren Beſorgung durch Maurer⸗ und Zimmergeſellen. 17. II. 242. — 20. I. 98. — 23. I. 163. — II. 401. — auf dem Lande, allgemeine Anordnungen rückſichtl. derſelben. — 17. I. 252. — 23. III. 599. — Vorſchriften wegen des Auseinanderbaues ländlicher Gebäude und Gehöfte. 17. I. 252. — IV. 249. — 22. IV. 982. — 23. III. 599. seq. — 24. IV. 1176. — 26. III. 821 — 825. — öffentliche, (Staatsbauten), deren Ausführung und die bei ſelbigen zum Grunde zu legenden Bedingungen. 17. II. 47. — 18. II. 314. — 23. IV. 969 — 974. — 25. I. 10. — II. 469. Verabfolgung des Bauholzes zu ſelbigen aus königl. Forſten gegen den Taxwerth. 26. I. 141 — 144. — Geſchäftsbetrieb bei ſolchen, welche unter Aufſicht der Regierung ſtehen. 18. I. 78. — Anferti⸗gung vollſtändiger Anſchläge von ſelbigen, zur Verhütung von Baukoſten⸗Nachforderungen. — 24. II. 349. — Ausſtellung von bloßen Abnahme⸗Atteſten, ſtatt der Reviſions⸗Protokolle bei ſelbi⸗gen. 21. I. 30. — (und Reparaturen), deren Ausführung an Kir⸗chen⸗, Geiſtlichen⸗ und Schulgebäuden. 17. II. 122. — IV. 101. — 18. IV. 1024. 1036. — 20. II. 257. — 21. II. 360. seq. — 22. III. 656. — IV. 893. seq. — 23. I. 75 — 82. — IV. 830 — 841. — 24. I. 154. — geiſtliche, Beitragspflichtigkeit des Fis⸗kus zu ſelbigen. 22. I. 114. — bei Schul⸗ und Küſterhäuſern in den Filial⸗Dörfern. 24. I. 186. — der Lokalien für Juſtiz⸗Behör⸗

den. 22. III. 669. — Kommunal-, Beſtimmungen wegen derſelben. 19. I. 165 — 237. — von Wirthſchaftsgebäuden. 19. II. 544. — für Privatperſonen, durch königl. Baubeamte. 25. III. 747. — Neu-Bauten, rückſichtl. derſelben muß dem amtlichen Ermeſſen der Polizei-Behörde Raum gelaſſen werden, ohne gerade den Buchſtaben eines Geſetzes für ſich ſprechen zu laſſen. 26. III. 813. — Neu-, und größere Reparaturen, polizeiliche Anordnungen wegen derſelben. 20. III. 606. — Neu-, in den Städten, von ſelbigen bedarf es der Einreichung von Zeichnungen nicht. 22. II. 428. — Nichtbefreiung von Kommunal-Laſten, rückſichtl. derſelben. 22. IV. 915. — neue, einzelner Häuſer auf ſtädtiſchem oder Dorf-Territorio und in der Nähe von Wäldern. 23. II. 272. — Neu-, Aufhebung der für ſelbige in den Vorpommerſchen Städten bewilligten Exemtionen. 24. II. 594. — Garniſon-Bauten ſ. Garniſon-Bauweſen. — der Juſtizbehörden. Konkurrenz der Regierungs-Beamten dabei. Cirk. R. v. 14. Mai 1827. v. K. J. XXIX. 211. 212. geſetzwidrige, ohne Erlaubniß innerhalb der Feſtungs-Rayons aufgeführt, Strafverfahren rückſichtl. derſ. v. K. A. 27. III. 773. — ſ. auch Kirchen- ꝛc. Bauten. — deren Aufführung in der Nähe königl. Forſten in den Rheinprovinzen. 28. IV. 1084. — ſ. auch Kirchen- und Schulbauten. — öffentliche, deren Ausführung durch Ankauf der dazu erforderlichen Materialien und durch Ausbietung der übrigen Lieferungen und der Arbeiten. 29. II. 392. — deren ſorgfältige Reviſion durch die Regier.-Bauräthe. 29. II. 405. ff. — im Reſſort des Königl. Finanz-Miniſteriums, Anſtellung eines beſondern Bau-Reviſors für ſelbige, und die demſelben ertheilte Inſtruktion. 29. II. 387 — 392. — Gemeinde-Bauten, Verfahren bei Verdingen und Verträgen über ſelbige. 29. III. 621 — 626. — Neu-Bauten, in wie weit auf ſelbige von Polizei wegen — nach Wegſchaffung Gefahr bringender Gebäude — in deren Stelle zu dringen. 29. IV. 930. — in Stelle abgebrannter Gebäude, deren Ausführung in Beziehung auf Feuer-Sozietäts-Verhältniſſe. 29. IV. 931. — Abſchaffung der in Weſtphalen bei Privat-Bauten noch ſtatt findenden ungebührlichen Schmauſereien und Störungen der öffentl. Ruhe. 29. III. 578. — deren Ausführung nach den feſtgeſetzten Bauanſchlägen. v. K. A. 30. III. 549. — Befugniß zu deren Ausführung von Seiten der Eigenthümer. 30. III. 637. 638. — desgl. durch Bauhandwerker. 30. III. 638. — Königl. Beſchleunigung der Bauanſchläge für dieſelben Behufs der zeitigen Anweiſung der dazu nöthigen Freihölzer. 30. II. 298. — von Wohn- und Wirthſchaftsgebäuden auf königl. Domainen, allgemeine Vorſchriften für deren Ausführung. 30. III. 504. — 517. — bei öffentlichen Provinzial-Inſtituten, deren unentgeldliche Beaufſichtigung durch königl. Baubediente. 30. IV. 835. — Empfeh-

lung der v. Schöningſchen Schrift über die Bedachung ländlicher Gebäude. 30. III. 644. — Ueber die Beſorgung der Baugeſchäfte der königl. Juſtiz-Behörden von Seiten der Baubeamten der königl. Regierungen. R. v. 26. Aug. 1831. v. K. J. XXXVIII. 132. — Befugniß der Polizei-Behörden zu deren Unterſagung. v. K. A. 31. IV. 824. — bei den königl. Juſtiz-Behörden, deren unentgeldliche Beſorgung durch die Baubeamten der königl. Regierungen. 31. III. 529. — an königl. Poſtgebäuden, Konkurrenz der königl. Regierungen und Bau-Inſpektoren bei deren Kontrolle. 31. I. 29. — II. 292. 299. — auf dem platten Lande, in der Provinz Pommern, deren Ausführung. 31. II. 397. — auf dem Lande, nach ſtattgehabten Feuersbrünſten, Aufnahme von Situationsplänen für ſolche. 32. IV. 1020. — Anwendung maſſiver Brandgiebel bei den Gebäuden, beſonders in der Straßenfronte. 32. I. 206. — IV. 1022. — an Brücken, Wegen, Kanälen und ähnlichen Anlagen, Kontrolle und Nachweis der dabei dem Domainen-Fiskus obliegenden Verpflichtungen. 33. I. 49 — 53. — Anlegung von Giebelwänden bei denſelben, in gewiſſer Entfernung von den nebenſtehenden Gebäuden. 33. I. 209. — Neubauten nach Feuersbrünſten, deren Regulirung durch Abtretung oder Austauſch von Grundſtücken. 33. I. 207. — ſ. auch Domainen-Bauten und Retabliſſements-Pläne (und Reparaturen) von Gebäuden, die bei der Feuer-Sozietät verſichert ſind, ſollen der Direction bekannt gemacht werden. R. v. 20. Jan. 1834. v. K. A. 34. I. 240. ſ. Geiſtliche Gebäude, Gerichtslokalien.

Bau-Abnahme-Atteſte, Stempelflichtigkeit derſelben. v. K. A. 25. III. 623. — 27. III. 381. — 28. I. 59. — ſtempelfreie Ausſtellung derſelben. 32. II. 521. deren Beifügung als Rechnungsbeläge. 28. III. 645.

Bauakademie. Publ. d. d. Berlin den 6. Jul. 1799. E. S. p. 2571. X. Dekl. des Publ. v. 1799. E. S. p. 2571. IX. v. 12. Febr. 1803. — ſteht unmittelbar unter dem Departement des Kultus und öffentlichen Unterrichts im Miniſterio des Innern. G. S. 1808. p. 365. — 1810. p. 14. — zu Berlin, Einrichtung und Unterrichts-Ertheilung auf ſelbiger. v. K. A. 24. II. 444—451. — wird in eine allgemeine Bauſchule umgeſtaltet. 31. III. 516. — ſiehe Bauſchule.

Bau-Amt, ſ. Hofbau-Amt.

Bau-Angelegenheiten, deren Leitung bei den Regierungen. v. K. A. 25. IV. 826. 847.

Bau-Anlagen, zu deren Ausführung bedarf es der polizeilichen Genehmigung. v. K. A. 19. I. 238. — Pflichten der Maurer und Zimmerleute dabei. 19. III. 828. — ſchon vorhandene, über den Umfang der baupolizeilichen Aufſicht auf ſelbige. 18. IV.

1148. — ſchon vorhandene, zu deren Abänderung ſind die Polizei⸗behörden nicht befugt. 28. I. 183. — Verweiſung ſolcher Angele⸗genheiten rückſichtl. des Privat⸗Intereſſes auf den Weg Rechtens. 28. I. 183. — polizeiwidrige, deren allmählige Fortſchaffung bei Neubauten u. Reparaturen. 32. IV. 1021. — neue Anlagen ſolcher Art dürfen nicht geſtattet werden, ebendaſ. längs der Chauſſee. R. v. 10. Jun. 1834. — 34. II. 551.

Bauanſchläge, ſollen von den Forſtmeiſtern u. Revier⸗Forſtbedienten mit unterſchrieben ſeyn. R. v. 28. Jul. 1787. No. 119. des Caſſen⸗Handb. und wird darin bemerkt, welche Bauten mehr oder weniger nothwendig. R. v. 31. Aug. 1790. No. 133. v. 8. März 1791. No. 135. werden von den Cammern an das Ge⸗neral⸗Directorium eingeſandt. R. v. 25. März 1789. No. 124. wenn die Koſten jährlich 200 Thaler und darüber betragen, wer⸗den bei den Cämmereyen beſondere Bau⸗Etats, R. v. 8. Apr. 1795. mit dem erſten Januar eingereicht. R. v. 18. May 1795. No. 153. No. 154. — den ſämmtlichen Departements⸗ und Steuerräthen iſt die Special⸗Aufſicht über das publique Bauweſen in den Aemtern — bei welchen die Amtsgebäude nicht unnöthiger und koſtbarerweiſe vergrößert werden ſollen. R. an die Neum. C. v. 13. Febr. 1798. — und in den Städtediſtricten ihres Departements zur beſondern Pflicht gemacht worden, R. v. 23. Aug. 1798. und ein beſonderes Immediat⸗Reſcript deshalb an den Neumärkſchen Cammer⸗Präſid. v. 24. Febr. 1796. ergangen, welche nicht im Druck vorhanden ſind. — (und Zeichnungen), Verfahren rückſichtlich derſelben. v. K. A. 17. IV. 247. — deren Anfertigung für Kirchen und Schulen. 17. IV. 104. — Berechnungen in ſelbigen nach Schachtruthen und Kubikfußen. 26. III. 819. — deren Reviſion durch die Regierungs⸗ und Bauräthe und Superreviſion derſelben durch die Ober⸗Bau⸗Deputation. 28. I. 181. — bei deren Ausführung ſollen Abwei⸗chungen und Ueberſchreitungen möglichſt vermieden werden. 30. III. 549.

Bau⸗Atteſte, Behufs der Erhebung der letzten Rate ſtädti⸗ſcher Brandentſchädigungsgelder, Stempelpflichtigkeit derſelben. v. K. A. 32. II. 687. — deren Vertretung durch periodiſche amtliche Nachweiſungen oder Berichte der Ortsbehörden. 32. III. 689.

Bau⸗Aushülfe⸗Fonds, deſſen Anlegung aus Etats⸗Erſparniſſen. v. K. A. 19. IV. 895.

Bau⸗Beamte, ſollen für Anfertigung der Anſchläge u. Zeich⸗nungen von Bauten für Königl. Rechnuug nur die gewöhnlichen Diä⸗ten liquidiren. C. v. 26. Nov. 1805. J. M. IV. p. 395. E. S. p. 3060. XI. Die in den Edictenſammlungen nicht befindliche Inſtruction für die Landbaumeiſter in der Neumark v. 3. Jun. 1804. iſt in den General⸗Acten zu finden. (Baubediente) deren Prüfung und

Anſtellung. G. S. 1808. p. 365. G. S. 1810. p. 13. — 1817. p. 255. — Diäten- und Reiſekoſten-Bewilligung für ſelbige. G. S. 1825. p. 167. 168. f. — welche für einen gewiſſen Bezirk angeſtellt ſind, haben nur in Geſchäftsaufträgen außer demſelben auf Diäten-Vergütigung Anſpruch. G. S. 1816. p. 113. 115. — deren Verpflichtungen bei Veranſchlagungen vom Bau- und Freiholz im weſtpreuß. Kammer-Departem. G. S. 1806. p. 143—145. — ſ. auch Bauräthe und Deich-Offizianten. — königliche, — deren Obliegenheiten bei Ertheilung freien Bauholzes. v. K. A. 17. I. 78. — deren Wirkſamkeit bei Kommunal-Bauten. 17. II. 158. — deren Obliegenheiten bei Kirchen- und Schul-Bauten. 18. IV. 1036. — deren amtlicher Schriftwechſel mit Bauunternehmern geht unter der Rubrik: „herrſchaftliche Bauſache" portofrei. 20. IV. 743. — Anfertigung von Bau-Entwürfen und Ausführung von Bauten für Privatperſonen durch ſelbige. 25. III. 747. — — Regierungs-, freie Verabfolgung benöthigter Schreib- und Zeichnungs-Materialien an ſelbige. 21. III. 512. — Bewilligung von Remunerationen und Diäten für ſelbige. 25. I. 11. — können für Veranſchlagung des Frei-Bauholzes von dazu Berechtigten, ſo wie für Abnahme der Bauten, weder Gebühren noch Fuhrkoſten liquidiren. 23. IV. 805. — Königliche und ſtädtiſche, in wie weit ſelbigen Remunerationen oder Gebühren zuſtehen. 19. I. 237. — ſtädtiſche, Gebühren derſelben. 20. I. 38. — Einſendung jährlicher Nachweiſungen und Konduiten-Liſten von ſelbigen. 29. IV. 919—923. Einreichung der Konduitenliſten über dieſelben durch die Regierungs-Präſidenten. 30. I. 169. — Königl., deren Verpflichtung zur unentgeldlichen Beaufſichtigung der bei öffentlichen Provinzial-Inſtituten vorkommenden Bauten. 30. IV. 835. — der Regierungen, unentgeldliche Beſorgung der Baugeſchäfte bei den Königl. Juſtizbehörden durch dieſelben. 31. III. 529. — Königl. deren Zuziehung zu Poſthaus-Bauten. 31. I. 29. II. 292. 299. — R. v. 26. Aug. 1831. die unentgeldliche Beſorgung der Baugeſchäfte der Königl. Juſtizbehörden von Seiten der Baubeamten der Königl. Regierungen, betr. v. K. J. XXXVIII. 132. — ſiehe auch Landbaumeiſter. Wege-Baumeiſter. Bau-Inſpektoren.

Bau-Begnadigungs-Gelder, im Herzogthume Sachſen, deren Bewilligung. v. K. A. 23. IV. 968.

Bau-Deputation, ſ. Ober-Bau-Deputation, techniſche.

Baudienſte, A. L. R. II. VII. 369—395. — von den Baudienſten der Unterthanen in der Churmark. Kl. A. VI. 173. — J. M. III. 81. in der Neumark. R. v. 22. Jul. 1572. E. S. VI. I. No. 33. von Verjährung des Rechts, zu fordern im Magdeburgſchen. J. M. V. 391. — Die Bauern ſind auch in der Mittelmark

ohne beſondere Feſtſetzung in ihren Annahmebriefen außer dem ordentlichen Hofedienſte zu Baudienſten verpflichtet, wenn ſolche nicht ſeit mindeſtens 30 Jahren auf Abrechnung des Hofedienſtes geleiſtet ſind. Erkenntn. Auszug des Ober-Appell. Senats des Kammergerichts vom 8. Januar 1812. v. K. J. I. 134. — Die Hülfsleiſtung bei dem Gebäude-Richten, kann als eigentlicher Baudienſt nicht angeſehen werden. Sim. u. Str. R. 1. B. No. 39. p. 151. — (Baufrohnen, Baufuhren) bäuerliche, für die Gutsherrſchaften, deren theilweiſe Beibehaltung und ſpätere gänzliche Ablöſung. G. S. 1811. p. 282. 287. 295. G. S. 1816. p. 163. — deren Leiſtung von bäuerlichen Wirthen in den zum vormaligen Königr. Weſtphalen, Großherzogth. Berg und den franzöſiſch-hanſeatiſchen Departements gehörigen Landestheilen. G. S. 1825. p. 76. 96. 114. — ſ. auch Dienſte und Ablöſungen. — deren Ablöſung bei Gemeinheitstheilungen. v. K. A. 21. IV. 842.

Bau-Entrepreneur, ſ. Bau-Unternehmer.

Bau-Entrepriſe, die davon zu zahlende Gewerbeſteuer. Verfüg. v. 2. Apr. 1834. v. K. A. 34. II. 339.

Bau-Entrepriſe-Kontrakte, Stempel-Anwendung bei ſelbigen. v. K. A. 22. IV. 855. — 23. IV. 792. — 25. I. 63. — Quittungsſtempel bei Partial-Zahlungen aus ſelbigen. 25. II. 323. — Betrag der Stempel. 29. II. 264. — R. v. 6. Mai 1834. 34. II. 341.

Bauergemeinen; ſ. Korrealverſchuldung.

Bauergüter, Publ. gegen die Veräußerung und Vertauſchung Cöllmiſcher und bäuerlicher Grundſtücke ohne gerichtliche Verlautbarung und Beſtätigung, v. 28. May 1795. C. S. p. 2515. IX. — Von Beſchaffenheit der Bauergüter in der Mittelmark, Uckermark und Prignitz ſiehe St. B. Th. 2. p. 3. adliche Bauergüter in der Prignitz und Altmark haben die Vermuthung für ſich, daß ſie erblich ſind. Lief. 2. p. 34. beſonders die erblichen müſſen nach Märkſcher Obſervanz beim Abſterben der bisherigen Beſitzer der annoch rührigen Wittwe und deren zweitem Ehemann bis zur Majorennität der Kinder überlaſſen werden. Lief. 2. p. 33. ſiehe deshalb Subhaſtation. — (Bauerhöfe, bäuerliche Stellen und Beſitzungen) — welche dahin zu rechnen ſind. G. S. 1816. p. 155. 156. 157. — deren Verpachtung, in Stelle der Sequeſtration, bei Anwendung des fisk. Exekutionsrechts. G. S. 1826. p. 12. — deren Beſetzung überhaupt, u. Eigenthums-Anſprüche der angenommenen Wirthe auf ſelbige. G. S. 1819. p. 151. 152. — desgl. im Großherzogth. Poſen und in den mit Weſtpreußen vereinigten Diſtrikten. G. S. 1819. p. 153. — Verleihung des vollen Eigenthums derſelben, an die Immediat-Einſaſſen in den Domainen von Oſtpreußen, Litthauen und Weſtpreußen. G. S. 1808. p.

245—252. event. Verkauf derſelben. G. S. 1808. p. 248. f. 285. — Inſtruktion zur Ausführung der darüber ſprechenden Verordnung, G. S. 1808. p. 278. ff. — deren Einziehung, Zuſammenſchlagung oder Verwandlung in Vorwerksland iſt geſtattet. G. S. 1807. p. 172. — Ausführung der darüber ſprechenden Verordnung, in Oſtpreußen, Litthauen und Weſtpreußen. G. S. 1808. p. 189. ff. — desgl. im Herzogthum Schleſien und der Grafſchaft Glatz. G. S. 1809. p. 552. ff. — Ausführung der über deren Einziehung, Zuſammenſchlagung oder Verwandlung derſelben in Vorwerksland ſprechenden Verordnung in den Provinzen Kur- und Neumark und Pommern. G. S. 1810. (A.) p. 626—629. — erbliche, die Inhaber derſelben können darüber nach Erlangung der Eigenthumsrechte frei ſchalten. G. S. 1811. p. 291. 300. f. — deren Vererbung und Subhaſtation Behufs der Theilung. G. S. 1811. p. 300. — 1816. p. 171. — Entbindung der Gutsherren von der Verpflichtung, ſolche mit beſonderen Wirthen zu beſetzen, und ſie im kontributionsfähigen Stande zu erhalten. G. S. 1811. p. 291. 1816. p. 172. — ſolche können Gutsherren erwerben und ſie mit ihren Gütern vereinigen. G. S. 1811. p. 291. G. S. 1816. p. 172. — wüſtgewordene, und ohne Wirthe, deren Subhaſtation und Einziehung von Seiten der Gutsherrſchaft. G. S. 1811. p. 291. G. S. 1816. p. 172. — die zu ſelbigen gehörigen Gärten, Wohn- und Wirthſchaftsgebäude kommen bei ländl. Auseinanderſetzungen nicht zur Theilung. G. S. 1811. p. 286. — 1816. p. 161. — deren Beſetzung in Schleſien. G. S. 1809. p. 559. — von Eltern nachgelaſſen, deren Beſetzung im Cottbuſſer Kreiſe und in den vormals königl. ſächſ. Landestheilen. G. S. 1819. p. 22. — bisher ohne Eigenthum erblich, Verleihung des Eigenthums derſelben an ihre Inhaber gegen Entſchädigung der Gutsherren. G. S. 1811. p. 282. ff. — 1816. p. 154. ff. — letztere ſoll entweder in Abtretung des dritten Theils ſämmtlicher bäuerlichen Gutsländereien oder in einer durch Vereinigung feſtzuſetzenden Vergütigung in Kapital oder Renten, an Naturalien oder Gelde, beſtehen, gegen Verzichtleiſtung der Bauerwirthe auf alle bisherige außerordentl. Unterſtützungen, Hofwehr, Bauhülfen und Steuer-Vertretung von Seiten der Gutsherrſchaft. G. S. 1811. p. 284. — 1816. p. 157. — nähere Beſtimmungen über die Ermittelung und Feſtſetzung ſolcher Entſchädigungen. G. S. 1811. p. 285—292. G. S. 1816. p. 157. — die auf ſelbigen haftenden Schulden müſſen die Beſitzer allein vertreten. G. S. 1811. p. 289. — 1816. p. 167. — 1817. p. 170. — dürfen über ¼ ihres Werths niemals mit hypothekariſchen Schulden belaſtet werden. G. S. 1811. p. 290. 295. — 1816. p. 169. — in welchen Fällen davon Ausnahmen ſtatt finden können. G. S. 1823. p. 33. — bis-

her nicht erbliche, Verleihung der Eigenthumsrechte an deren Inhaber, gegen Entſchädigung der Gutsherren durch Einziehung der Hälfte der Beſitzungen von dieſer. G. S. 1811. p. 292. — 1816. p. 173. — nähere Beſtimmungen über die Ausführung und Ausgleichung. G. S. 1811. p. 293—299. — 1816. p. 173. — die Verhältniſſe der bäuerlichen Zeitpachtgüter werden nach den Beſtimmungen des allgemeinen L. R. Th. I. Tit. 21. §. 628—630. beurtheilt. G. S. 1811. p. 282. — Nichtbezahlung der zu ſelbigen gehörigen Hofgebäude und Nichterſtattung der Einkaufsgelder für ſelbige von Seiten der Gutsherrſchaft bei Auseinanderſetzungen. G. S. 1823. p. 35. — Regulirung deren Verhältniſſe im Großherzogth. Poſen, im Culm- und Michelauſchen Kreiſe und im Landgebiete der Stadt Thorn. G. S. 1819. p. 153. — 1823. p. 49. f. — desgl. im Landgebiete der Stadt Danzig. G. S. 1823. p. 73. — deren Verhältniſſe in den zum ehemaligen Königreich Weſtphalen, Großherzogth. Berg u. den franzöſiſch-hanſeatiſchen Departements gehörigen Landestheilen. G. S. 1825. p. 77. f. 97. f. 115. f. — deren Veräußerung und Vererbung. G. S. 1825. p. 78. f. 98. 116. — deren Verpfändung und Belaſtung mit Schulden. G. S. 1825. p. 79. 99. — Verfahren bei deren Zerſtückelung. G. S. 1825. p. 80. 98. 116. — Entrichtung von Antrittsgeldern (Annahmegeldern, Laudemien, Weinkauf ꝛc. ꝛc.) von ſelbigen. G. S. 1825. p. 80. 99. 116. — ſ. auch gutsherrl. und bäuerl. Verhältniſſe; desgl. Grundſtücke und Ablöſungen. — Nothwendigkeit der gerichtlichen Subhaſtation zur Ausmittelung des Werths eines erb- und eigenthümlichen, mit keiner Hofwehr verſehenen Bauerguts in der Mittelmark, zum Zweck der Erbesauseinanderſetzung. Allegat aus dem Erkenntn. des Ober-Appell. Senats des Kammergerichts v. 28. März 1812. v. K. J. I. 143. — Ueber die Beſchaffenheit der nicht eigenthümlichen Bauergüter in der Neumark, in Beziehung auf das Edict v. 14. Sept. 1811. betreffend die Regulirung der gutsherrlichen und bäuerlichen Verhältniſſe. Abhandlung III. 327. — Natur der Bauerhöfe in der Priegnitz. Allegat aus dem Erkenntniß des Kammergerichts vom Jahre 1812. IV. 182. — Ueber die Verfaſſung der Bauern und Koſſäthen zu Wutzig und Hermsdorf im Friedebergiſchen Kreiſe der Neumark. Gutachten des Regierungs- und Kreisjuſtizraths Döhring zu Arnswalde. X. 386. — Beſtimmung des Werths der nach dem Edict vom 14. Sept. 1811. wegen der gutsherrlichen und bäuerlichen Verhältniſſe eigenthümlich verliehenen Grundſtücke ꝛc. Reſcr. v. 31. July 1818. XII. 14. — Ob die Bauern in der Neumark erbliche Beſitzer ihrer Höfe ſind. Abhandlung vom Juſtitiarius der Pommerſchen General-Commiſſion, Oeconomie-Commiſſionsrath Kretzſchmer in Stargard. XII. 309 —

336. — Bei Beurtheilung der zur Regulirungsfähigkeit erforderlichen Selbſtſtändigkeit einer bäuerlichen Ackernahrung iſt blos der status quo und nicht deren künftiger Zuſtand nach erfolgter Reluition zum Grunde zu legen. Reſcr. v. 7. Febr. 1820. XV. 9. — Die Frage: ob den auf Regulirung antragenden Bauern ein Eigenthumsrecht an dem Hofe zuſteht, gehört zum Reſſort der General-Commiſſion. Reſcr. v. 11. Sept. 1820. XVII. 260. — Gutsherrlicher Conſens zur Verpfändung der bäuerlichen Grundſtücke. Reſcr. v. 28. Dec. 1821. XVIII. 275. — Die in dem §. 29. des Edicts vom 14. Sept. 1811. beſtimmte Einſchränkung der Verſchuldung emphyteutiſcher Grundſtücke iſt nur von denjenigen bäuerlichen Wirthen, welchen das Eigenthum ihrer Höfe nach Inhalt jenes Edicts bereits verliehen iſt, zu verſtehen, und findet auf bäuerliche Beſitzer, welche ihre Höfe noch aus andern Rechtstiteln, namentlich alſo noch als Zeit-Emphyteuten beſitzen, nicht Anwendung, vielmehr muß wegen der von ſolchen Beſitzern bis zur Auseinanderſetzung contrahirten Schulden der §. 25. des alleg. Geſetzes zur Ausführung kommen. Reſcr. v. 12. Jan. 1824. XXIII. 50. ſ. Allodifikation, Altentheil. — können Juden im Großherzogthum Poſen nicht erwerben. v. K. A. 26. IV. 1083. — Faſſung der Hypothekenſcheine über einzelne Bauerhöfe. R. v. 21. Oct. 1827. v. K. J. XXX. 384. 385. — Ueber Verſchuldung der nach dem Edicte v. 14. Sept. 1811. regulirten Bauergüter. Cab. Ord. v. 17. März 1825. R. v. 26. Juni 1828. XXXII. 84. 85. ſ. auch Gemeinheitstheilungen gutsherrl. und bäuerl. Verhältniſſe. — regulirte, in wie weit ſolche mit Hypothekenſchulden belaſtet werden können. v. K. A. 28. III. 679. seq. eingezogene, Vertheilung der Kommunal- und Parochial-Laſten bei deren Parzellirung. 28. II. 437. — in der Priegnitz u. Grafſchaft Ruppin. Beiträge zur Kenntniß der Verfaſſung derſelben. v. K. J. XXXIV. 73 — 90. (bäuerliche Beſitzungen ꝛc.) Genehmigungs-Ertheilung zu Veränderungen in dem Grundeigenthum derſelben. v. K. A. 30. IV. 755. — Verhältniſſe der Hypotheken-Gläubiger der Gutsbeſitzer bei Regulirung jener Veränderungen. 30. IV. 756. — zu deren theilweiſen Veräußerung iſt die landespolizeiliche Erlaubniß, beſonders in Beziehung auf öffentliche Abgaben erforderlich. 30. IV. 756. f. — die Gebühren bei Anlegung des Hypothekenbuchs von den regulirten Bauerhöfen betr. R. v. 7. März 1831. v. K. J. XXXVII. 105. — Ueber die Schuldenbelaſtung der in Folge des Ed. v. 14. Sept. 1811. als Eigenthum erworbenen bäuerl. Grundſtücke. R. v. 24. Dec. 1831. XXXVIII. 299 — 301. — in wie weit ſolche mit hypothekariſchen Schulden belaſtet werden können. v. K. A. 31. IV. 755. — geſetzliche Beſchränkung der Zerſplitterung derſelben in Schleſien. 31. I. 183. — ſ. auch gutsherrliche

und bäuerliche Verhältniſſe. — wegen der auf ſelbige für die Verleihung des Eigenthums einzutragenden Kapitalien. 32. IV. 917. — deren Belaſtung mit hypothekariſchen Schulden. 33. IV. 938. — Sicherung der geiſtlichen Abgaben bei deren Dismembration. 33. I. 87. — II. 350. — IV. 949. — ſiehe auch Grundſtücke, ländliche. — Die Vorſchrift des §. 280. Th. II. Tit. VII. A. L. R. kommt bei allen Ruſtikalſtellen zur Anwendung, deren Regulirung nicht in Gemäßheit des Ed. v. 14. Sept. 1811 erfolgt iſt. R. v. 7. Oct. 1833. v. K. J. XLII. 290 — 292. — Die Vorſchrift des §. 29. des Ed. v. 14. Sept. 1811 findet nur auf diejenigen bäuerlichen Stellen Anwendung, die erſt in Folge der, nach dieſem Ed. ſtatt gefundenen Regulirung erworben worden ſind. Cirk. R. v. 15. Nov. 1833. XLI. 292. 293. — Ueber die Erbfolge in den Bauerngütern der Mark Brandenburg. Abhdl. XLI. 390 — 396. — mit Rente belaſtete, deren Dismembration, ſ. letzt.

Bauerhöfe, deren Konſervation. v. K. A. 17. III. 44. — in der Regulirung der gutsherrl. und bäuerl. Verhältniſſe begriffen, deren Subhaſtation. 23. IV. 826. — ſ. a. Gehöfte und Bauten, ſo wie gutsherrliche und bäuerliche Verhältniſſe. — ſ. a. Bauergüter, Beſitztitel, Kaufſtempel, Subhaſtation.

Uebrigens iſt eine Sammlung der desfalſigen Beſtimmungen in Kretzſchmers Koncordanz der agrariſchen Geſetze anzutreffen.

Bau-Erlaubniß-Scheine, können die Landräthe ertheilen. v. K. A. 17. III. 220. polizeiliche, von Seiten des Staats ertheilt, begründen keine Entſchädigungs-Anſprüche gegen letzteren. 28. III. 776. — (Bau-Konſenſe) polizeiliche, Stempel-Anwendung zu ſelbigen. 29. III. 628. — dürfen nur aus wohl begründeten Rückſichten verſagt werden. 32. I. 232. — deren Nachſuchung und Ausfertigung in den Städten. 32. I. 203. f. — Strafen für Kontraventionen rückſichtl. derſelben. 32. I. 207.

Bauerlehne; über die Grundſätze zu den Verträgen bei Aufhebung des Lehnsverbandes der Bauerlehne in den Domainen. Cab.-Ord. v. 8. Aug. 1830. v. K. J. XXXVI. 296 — 300. ſiehe Lehnsſcheine, Lehnverband.

Bauern. A. L. R. II. VII. 1 — 17. — die, und Unterthanen der Neumärkſchen Aemter ſollen zur guten Wirthſchaftsführung nachdrücklichſt angehalten werden. Pat. v. 5. März 1737. C. S. p. 19. C. I. C. gegen die Conſolidation der Bauerhöfe im Herz. Cleve und der Gr. Mark. v. 5. März 1767. p. 787. IV. die Befugniß der Pachtbauern daſelbſt Geld aufzunehmen, Verbindungen über Leibzucht und Ausſtattung ihrer Kinder einzugehen, iſt eingeſchränkt. V. v. 28. Jul. 1773. p. 489. V. c. R. die Anwendung des Corp. Iur. Frid. P. IV. Tit. XII. §. 64. 68. bei Concurſen

Pommerſcher Bauern betr. v. 14. Jun. 1784. p. 2865. VII. — Wer unter, zu verſtehen? J. M. VI. 41. — Von Beſchaffenheit der Bauergüter in der Mittelmark, Uckermark und Prignitz. St. B. Th. II. p. 3. Th. VIII. p. 3. in der Alt- und Neumark. St. B. Th. XI. p. 153. — Von der Verfaſſung derſelben, in der Mark Brandenburg. J. M. III. 32. — von den Rechten der Bauern in der Neumark. J. M. XI. 119. f. — E. die Regulirung der gutsherrlichen und bäuerlichen Verhältniſſe betr. v. 11. Sept. 1811. G. S. 281. I. die baaren Geldabfindungen an die Gutsherrſchaften können nur in ſo weit ſicher gezahlet werden, als ſolche zu den §. 23. 24. 55. 56. bemerkten nothwendigen Wirthſchaftseinrichtungen, und zur Abfindung der auf dem Hauptgute eingetragenen Gläubiger verwendet werden, und iſt es die Sache der Bauergemeinden, darauf zu ſehen, daß ihnen in Abſicht dieſer Verwendung im Voraus hinlängliche Gewißheit verſchafft, und beſonders den eingetragenen Gläubigern von dem Betrage der zu leiſtenden Zahlungen Nachricht gegeben und deren Erklärung abgewartet werde. R. v. 11. Jun. 1814. C. O. v. 7. Febr. 1815. K. A. B. 431. V. — Von der Beſchaffenheit der nicht eigenthümlichen Bauergüter in der Neumark. v. K. J. 327. III. in der Priegnitz, p. 182. IV. wegen der in Ausführung des Ed. v. 14. Sept. 1811. G. S. 281. I. über Ruſtikal-Grundſtücke abzuſchließenden Verträge, N. A. B. 78. V. — ſ. Baudienſte, Bauergüter, Erbfolge, Geſindeordnung, gutsherrliche und bäuerliche Verhältniſſe, Unterthanen, Unterthanenprozeſſe, Wutzig in der Neumark, Zeitpachtbauern.

Bauerſtand; ſ. Injurienprozeß, Majorennitätserklärung.

Bauerwirthe (Bauern) Ed. über deren perſönliche Verhältniſſe v. 9. Oct. 1807. G. S. 1807. p. 170. f. — als Abgeordnete der Landgemeinen bei den Provinzial- und Kreisſtänden, ſ. Landtags-Abgeordnete und Stände, Kreis- ſ. auch Bauergüter, Erbunterthänigkeit, gutsherrliche und bäuerliche Verhältniſſe und Landbewohner. — Beſtellung von Bevollmächtigten in deren Abweſenheit. v. K. A. 28. I. 133. Diäten und Reiſe-Entſchädigungen für ſelbige in kommiſſariſchen Verrichtungen. 28. III. 633.

Bau-Etats, fallen bei den Regierungen fort, und werden durch die in die Spezial-Etats der Deputationen aufzunehmenden Averſionalſummen erſetzt. G. S. 1808. p. 505. — ſ. auch Etats.

Baufach, allgemeine Vorſchriften für die Prüfungen derjenigen, welche ſich demſelben widmen. v. K. A. 31. III. 515—523. — Nachweis der Schulreiſe von Seiten der demſelben ſich wid-

menden jungen Leute. 30. III. 556. — beim Austritt aus hohen Bürgerſchulen. 32. I. 103—111.

Baufond; ſ. Juſtiz-Baufond, deſſen Bildung für Kirchen- und Schul-Bauten durch fortlaufende Beiträge der Einwohner. v. K. A. 25. I. 91.

Baufreiheitsgelder; Regl. wegen der, v. 22. Sept. 1739. C. S. p. 285. C. I. v. 19. Oct. 1739. p. 295. C. I. für die Städte des Herz. Cleve. v. 31. Jul. 1773. p. 491. V. c. und Gr. Mark v. 24. Sept. 1768. p. 5095. IV. v. 31. Aug. 1782. p. 1526. VII. für die Beſitzer der im Lande erbaueten Schiffe, deren Aufhebung. G. S. 1812. p. 161.

Baufrohnen, ſ. Baudienſte.

Baufuhren; Hülfsdienſte der bäuerlichen Wirthe in Oſtpreußen und Litthauen bei ſelbigen. v. K. A. 24. I. 125. ſiehe Chauſſee-Baufuhren.

Baugefangene, in den Feſtungen, deren doppelfarbige Bekleidung. v. K. A. 18. II. 508. — 19. II. 479. — Bekanntmachung deren Entweichungen aus den Feſtungen durch Allarmſchüſſe. 31. III. 647. — Verfahren bei deren Entlaſſung, ſ. letzt. (und Baugefangenſchaft) in den Feſtungen, ſ. Feſtungs-Baugef. — ſ. a. Feſtungsarreſtanten, Nationalkokarde.

Baugegenſtände, öffentl. als Geländer, Barrieren ꝛc., ſollen mit der Nationalfarbe, weiß und ſchwarz angeſtrichen werden. v. K. A. 20. II. 230. 319.

Baugelder, deren Auszahlung bei Königl. Bauten. v. K. A. 17. II. 49. — für öffentl. Bauten, Verfahren bei deren Auszahlung. v. K. A. 29. III. 626. ff. — in wie fern dafür Tantiemen oder Remunerationen zugeſtanden werden können, ebendaſ.

Baugeſuche, in den Städten, Stempelpflichtigkeit derſelben. v. K. A. 26. I. 33.

Baugewerksſchulen, Reſſort der Regierungen rückſichtl. derſelben. G. S. 1808. p. 467. — 1817. p. 250. — 1826. p. 7.

Baugläubiger, Staats-Präkluſionstermin für deren Anſprüche aus der franzöſiſchen Verwaltungszeit nach dem Pariſer Frieden. G. S. 1823. p. 18.

Baugrund, beſondere Berückſichtigung und Erwähnung deſſelben bei Bau-Anſchlägen. v. K. A. 32. II. 480.

Bauhandwerker (Baumeiſter,) zu deren Prüfung ſollen in den gewerbreichſten Städten durch die Provinzial-Regierungen auch unter Genehmigung des Gewerbe-Departements, Kommiſſionen errichtet werden. G. S. 1811. p. 278. — welche Meiſter werden wollen, Inſtruktionen für deren Prüfungen. v. K. A. 21. III. 592—620. — Fortſetzung des Gewerbes von Seiten deren Wittwen. 23. IV. 974. — Berechnung der, von ſelbigen zu entrichten-

den Gewerbeſteuer. 27. I. 70. — deren ſorgfältige allgemeine Prüfungen ohne Klaſſifikation ihrer Qualifikation nach Städten oder Diſtrikten. 29. I. 162. — deren Prüfung und Legitimation zum ſelbſtſtändigen Betriebe ihres Gewerbes. 30. I. 163. — III. 638 — 640. — Ausführung des Meiſterbaues von ſelbigen. 30. III. 639. — Unterſuchung und Beſtrafung der von denſelben begangenen Kontraventionen in den Rheinprovinzen, ebend. — in den wieder oder neu erworbenen Provinzen, deren Prüfung und Befugniſſe. 31. II. 380. — Cab.-O. v. 18. Apr. 1832. betr. die Gültigkeit der Ordre wegen Prüfung der Bauhandwerker in den Rheinprovinzen; desgl. R. v. 10. u. 18. Mai 1832. v. K. J. XXXIX. 477 — 479. — Gültigkeit der, wegen deren Prüfung erlaſſenen Verordnungen auch in der Rheinprovinz. v. K. A. 32. II. 477 — 480. — die wegen deren Prüfung ergangenen geſetzlichen Beſtimmungen und Inſtruktionen ſind für die ganze Monarchie gültig und anwendbar. v. K. A. 33. I. 205. f.

Bauherren, Pflichten derſelben. v. K. A. 23. II. 401. — trifft für den Gebrauch nicht approbirter Bauhandwerker keine Strafe, ſondern nur letztere. 28. IV. 1087. — können ihre Leute zu baulichen Flickarbeiten ſelbſt benutzen. 28. IV. 1088.

Bauholz, darf auf Dammſtraßen nicht ſo gefahren werden, daß das eine Ende nachſchleppt. v. K. A. 17. I. 260. — deſſen Verkauf aus Königl. Forſten gegen die Forſttaxe. 18. I. 49. — deſſen Anweiſung und Veranſchlagung. 19. II. 345. — III. 690. — zu Staatsbauten, deſſen Verabfolgung aus Königl. Forſten gegen den Taxwerth und Verrechnung der Geldbeträge für ſelbige. 26. I. 141 — 144. — freies, aus Königl. Forſten, zweckmäßige Verwendung deſſelben. 24. I. 64. — deſſen Verabfolgung und richtige Verwendung für Domainen-, Schul-, Kirchen- und dergl. Bauten. 17. I. 78. — deſſen Verabreichung zu Kirchen-, Pfarr- und Schulbauten, Königl. Patronats, aus Staatsforſten. 19. III. 721. — 25. I. 92. — ſ. a. Holz und Holzverkäufe. — langes, deſſen Transport auf den Landſtraßen ohne nachzuſchleppen. 28. IV. 1090 — 1092. — zu deſſen Aufbewahren und Lagern auf öffentl. Strömen, bedarf es der beſonderen Erlaubniß der Landes- und Schiffahrts-PolizeiBehörde. 30. I. 167. — beſondere Anordnung deshalb für den Pregelſtrom zu Königsberg in Preußen, ebend. — freies, deſſen zeitige Anweiſung für königl. Bauten. 30. II. 298. — fichtenes, Sicherung deſſelben vor dem Borken-Käfer. 30. II. 300. deſſen Aufſtellung auf den Bürgerſteigen kann den Hauseigenthümern nicht geſtattet werden. 31. IV. 789. — aus Königl. Forſten, deſſen gebührenfreie Veranſchlagung Seitens der Baubedienten für die dazu Berechtigten. 33. I. 61. ſ. Gerichtslokalien, Holz.

Bauhülfen, für Bauerwirthe, von Seiten der Gutsherrſchaften, fallen nach Abtretung der Eigenthumsrechte an erſtere, fort. G. S. 1811. p. 284. 295. — 1816. p. 172. 176. — 1825. p. 78. 98. 116.

Bauhülfsgelder, deren Bewilligung zur Abſchaffung feuergefährlicher Bedachungen. v. K. A. 24. III. 894. seq.

Bau-Inſpektoren, Inſtr. für die ſtädtſche, in der Chur- u. Neumark, Magdeburg, Pommern und Halberſtadt v. 26. Sept. 1720. C. S. V. I. IV. No. 36. deren Anſtellung. G. S. 1817. p. 255. deren Funktionen. v. K. A. 17. II. 239. — wann ſolche für Bauanſchläge Gebühren fordern können. 17. II. 239. — deren Obliegenheiten bei Brandſchäden-Liquidationen. 17. I. 175. — Diäten-Satz für ſelbige. 25. IV. 863. — deren Verpflichtungen rückſichtlich der Chauſſee-Einnehmer. 17. I. 49. — Diäten-Bewilligungen für ſelbige bei kommiſſariſchen Aufträgen. 27. IV. 927.— gehören zur erſten Klaſſe der in den Etats aufgeführten Baubeamten. 28. I. 186. — deren Prüfung und Verhältniſſe. 31. III. 516. 518—521. — Königl., Konkurrenz derſelben bei Bauten an Königl. Poſtgebäuden. 31. II. 292. 299. — haben über die Beobachtung der baupolizeilichen Vorſchriften in den Städten ihres Bezirks beſtändig zu wachen. 32. I. 208. — Diäten und Fuhrkoſten für dieſelben bei baupolizeilichen Reviſionen in den Städten. 32. I. 194. — deren Zahlung aus dem Feuer-Sozietätsfond. 32. I. 195. — deren Uniform. R. v. 4. Jul. 1834. — 34. III. 640. — ſ. auch Baubeamte und Landbaumeiſter.

Bau-Inventarium, ſ. Gerichtslokalien.

Bau-Kandidaten, architektoniſche Prüfungen derſelben. v. K. A. 24. III. 914. ſ. Baufach.

Bau-Kaſſe, die aus der extraordinairen General-Salz- u. Haupt-Forſtkaſſe bisher erfolgten Baugelder werden unmittelbar zur Baukaſſe bezahlet. R. v. 4. Oct. 1785. No. 105. des Kaſſenhandb. Die Bau-Kaſſen-Rechnungen werden Ende December geſchloſſen und Mitte Februar übergeben. R. v. 3. Mai 1771. No. 38. die Bauten gleich nach der Vollendung revidirt und abgenommen, und das Reviſions-Atteſt als Beleg beigefügt. v. 24. Sept. 1783. No. 89.

Baukaſſen-Rendanten-Tantieme, deren Aufhebung bei Entrepriſe-Bauten. v. K. A. 26. I. 144. — darf nur von der auf Koſten-Noten bezogenen Bezahlung liquidirt und verrechnet werden. 26. I. 146.

Bau-Kommiſſion, (nicht Baugericht) der Reſidenzien Berlin, Inſtr. v. 27. Febr. C. S. 1693. II. II. No. 10. wird aufgehoben. C. O. v. 4. Sept. 1739. p. 283. C. I. — Commiſſariat und Regl. für die unter Direction des General-Direktorii neu ein-

gerichtete Bau=Commiſſion v. 6. u. 1. Aug. 1742. p. 71. C. II. nebſt V. die Appellationen an das Kammergericht, jetzt Ober=Appellations=Senat betr. Conſtit. v. 25. Apr. 1715. §. 4. II. I. p. 566. Inſtr. v. 27. Febr. 1693. II. II. No. 10. R. v. 20. Dez. 1723. No. 42. Regl. v. 28. März 1737. §. 11. p. 32. C. I. Regl. v. 1. Aug. 1742. p. 73. C. II. R. v. 16. Aug. 1742. p. 75. C. II. wegen der Baukommiſſion, ſiehe St. B. p. 51. Th. VII. Rgl. wegen Anordnung einer Immediaten=Bau=Commiſſion v. 15. Sept. 1798. E. S. p. 1738. X.

Bau=Kondukteure. Publikandum, betr. deren Prüfung v. 8. Mai 1798. E. S. 1626. IX. — Beſtimmung des Diäten=Satzes für ſelbige. v. K. A. 26. I. 12. — müſſen ſich bei Dienſtreiſen auf den Poſtſtraßen der ordinairen Poſt bedienen. 26. I. 41. — müſſen bei ihrer Verheirathung der allgemeinen Wittwen=Kaſſe beitreten. 25. III. 588. — deren Annahme und Ausbildung als Bau=Referendarien. 32. II. 347. — III. 588. — deren Verhältniſſe als Privat=Baumeiſter. 32. IV. 1019. — Einſendungen jährlicher Nachweiſungen von ſelbigen. 29. IV. 924 — 928. — geprüfte, ſind zum Betriebe des Maurer= und Zimmergewerbes befugt. 29. III. 621. — von Vollſtreckung der Exekutionen wider dieſelben, ſ. Exekutionen, Perſonal=Arreſt. — Führung der Konduitenliſten über dieſelben. R. v. 28. Febr. 1834. — 34. I. 239. — deren Dienſteid, ſ. Eidesformel.

Baukoſten, den Königl. Domainen=Pächtern bewilligt, deren Verrechnung. v. K. A. 28. III. 644. — ſ. Geiſtliche Gebäude, Gerichtslokalien.

Baukünſtler, werden von der techniſchen Ober=Bau=Deputation geprüft. G. S. 1810. p. 13. — 1811. p. 272. 273.

Bau=Materialien, von Beſtrafung des Diebſtahls der, in Berlin und Potsdam, Publ. v. 26. März 1789. E. S. p. 2433. VIII. — deren Aufſtellung innerhalb der Feſtungs=Rayons. G. S. 1828. p. 125. 126. — zu Uferwerken ꝛc., in Oſtpreußen und Litthauen, deren Herbeiſchaffung. G. S. 1806. p. 15. — ſtrafbare Entwendung derſelben. G. S. 1806. p. 26. — für Deiche, Dämme und Straßen an den Grenzen der Niederlande wegen gegenſeitiger abgabenfreier Ausführung derſelben. G. S. 1818. (A.) p. 126. — (Biberſchwänze, Dachpfannen, Mauerſteine) Maaßbeſtimmung für ſelbige. v. K. A. 26. II. 434. — deren Verfertigung in gut angelegten Feldöfen. 26. I. 147. seq. — deren Veruntreuung von Seiten der Zimmer= und Maurerleute wird beſtraft. 17. I. 251. — 18. II. 493.

Baum, A. L. R. v. Eigenthum der Bäume. I. IX. 285 — 297. — V. die Anpflanzung zur Laubfütterung tauglicher Bäume in der Churmark betr. v. 21. Apr. 1774. E. S. p. 666. V. c. der

Eichen und Obſtbäume. E. v. 1685. I. II. No. 37. v. 1686. VI. I. No. 167. Dorf-Ordnung v. 16. Dec. 1702. V. III. I. No. 32. p. 237. Ed. v. 21. Jun. 1719. V. III. II. No. 28. Decl. v. 1721. I. II. No. 120. v. 1729. V. III. II. No. 36. Pat. v. 25. Sept. 1753. p. 570. I. in Preußen, Ed. v. 7. Jun. 1765. p. 886. III. R. das Abraupen der Bäume betr. v. 19. Jan. 1731. V. III. II. No. 39. — Bäume vor die Höfe zu pflanzen, wenn ſie dem Wege nicht hinderlich, kann den Unterthanen nicht gewehret werden. Lief. 2. p. 35. Bäume, in Oſtpreußen und Litth. vom Sturm in ſchiffbare Flüſſe und Kanäle geworfen, dürfen nicht darin liegen bleiben. G. S. 1806. p. 25. — von Pflanzung der Bäume an den Landſtraßen, P. A. B. Beil. zu No. 11. I. K. A. B. 236. — Bepflanzung der Land- und Poſtſtraßen mit Bäumen. v. K. A. 19. I. 72. 239. — 20. I. 104. — desgl. der Kirchhöfe und Begräbnißplätze. 20. IV. 768. — deren Entfernung von Chauſſeegräben. 17. I. 265. — deren Abraupung. 22. I. 65 — 68. — IV. 875. Vorſchriften für die Beförderung der Baumzucht durch Schullehrer. 28. IV. 1016. — 1021. — deren Anpflanzung an den Landſtraßen im Badenſchen. 17. IV. 328. — nutzbare, desgl. im Hannöverſchen. 22. I. 274. — 282. — ſ. a. Baumfrevel und Baumfrevler.

Baumbeſchädigungen, an Chauſſeen, Straf- u. Schadensersatz für dieſelben. v. K. A. 31. II. 403.

Baumeiſter, Land- und Waſſer-, deren Anſtellung. G. S. 1817. p. 255. — deren Bildung, Anſtellung und Vereidung. v. K. A. 22. I. 87. — deren Verhältniſſe und Pflichten. 23. I. 163. — II. 399. (Land- und Wege-Baumeiſter), deren Prüfung und Verhältniſſe. 31. III. 516. 518 — 520. (Land- oder Waſſer-) als ſolche werden künftig die Land- oder Waſſer-Bau-Konduktеure benannt. 28. I. 181. — ſollen für die von den Geſellen zu beziehenden Meiſtergroſchen die Arbeiten derſelben auch kontrolliren. 29. I. 164. — ſ. a. Baubeamte, Baukondukteure, auch Wege-Baumeiſter und Kondukteure.

Baumfrevel, deren Beſtrafung ſoll geſchärft und unnachſichtlich vollſtreckt werden. G. S. 1811. p. 308. — an den Pflanzungen der Kunſtſtraßen verübt, Strafen für ſelbige. G. S. 1822. p. 71. — 1824. p. 219. — 1828. p. 67. — E. die verbotene Beſchädigung der Bäume betr. v. 8. Oct. 1731. E. S. IV. I. II. No. 135. der Alleen und Pflanzungen. E. v. 27. Apr. 1745. p. 7. C. III. in Oſtfriesland, Publ. v. 4. Jul. 1775. p. 190. V. e. beſonders der jungen Eichen, v. 21. Mai 1739. p. 253. C. I. v. 19. Jul. 1770. p. 7313. IV. (ſ. Eichen) Publ. die Anzeige der Contravenienten betr. v. 21. Sept. 1765. p. 1063. III. — Beſchädigung der Bäume an den Landſtraßen, ſollen bis zur Publikation des neuen Wege-Regl. interimiſtiſch als gemeine Polizeivergehungen

analogiſch nach dem §. 210. und 211. §. 1490. Thl. 2. Tit. 20. des A. L. R. mit 1 bis 5 Rthlr. Geld- oder verhältnißmäßiger Gefängnißſtrafe, (ſ. Ed. v. 8. Okt. 1731. IV. I. II. No. 135.) durch die örtliche Polizeibehörde, geahndet; iſt das Vergehen jedoch ſo bedeutend, daß analogiſch nach den eben genannten Vorſchriften eine höhere als blos polizeimäßige Strafe eintreten muß; ſo muß die Unterſuchung an den gewöhnlichen Richter verwieſen werden. R. v. 4. Apr. 1811. P. A. B. 147. 192. I. R. A. B. 44. K. A. B. 23. — Verſtümmelung der Bäume in Wäldern zu Maien und ähnlichen Zwecken iſt ſtrafbar. v. K. A. 17. II. 77. — deren muthwillige Beſchädigung wird hart beſtraft. 17. I. 260. — 18. II. 500. — an den Landſtraßen (Chauſſeen), deren Beſchädigung ſoll angemeſſen beſtraft und den Anzeigern von Baumfrevlern Prämien bewilligt werden. 19. I. 71. — 22. II. 334.

Baumfrevler, Verfahren gegen ſelbige. v. K. A. 20. IV. 888. — Bewilligung von Prämien für deren Entdeckung. 26. I. 36. seq. — Zahlung dieſer Prämien aus öffentlichen Fonds. 26. II. 327. (ſ. a. Bäume.)

Baumöl, deſſen Verſteuerung. v. K. A. 24. II. 353.

Baumpfähle, aus königl. Forſten, Benutzung derſelben und deren Preis-Herabſetzung zur Beförderung der Bepflanzung der Landſtraßen. v. K. A. 29. I. 167.

Baumpflanzungen, in Oſtpr. u. Litth., an den Ufern von Strömen und Gewäſſern, deren Anlegung und Erhaltung. G. S. 1806. p. 16. 18. — in der Nähe von Windmühlen, Aufhebung des Verbots derſelben. G. S. 1819. p. 250. — an öffentlichen Landſtraßen, in der Rheinprovinz, Verpflichtung zu denſelben. v. K. A. 33. III. 809. — an den Kommunikations-Wegen, ſ. Wege.

Baumſchüſſe, junge, ſollen nicht zu Pfeifenröhren genommen werden. v. K. A. 17. III. 48. — auch nicht zu den ſogenannten Sommern der Kinder. 17. I. 66.

Baumſchule, Landes-, zu Potsdam, Verwaltungspläne für ſelbige. v. K. A. 24. I. 127 — 140. — Portofreiheit derſelben. 24. I. 71.

Baumwipfel, Verbot des Abſchneidens derſelben. v. K. A. 17. I. 66.

Baumwolle, Entrichtung der Zollgefälle für ſelbige. v. K. A. 19. I. 43.

Baumwollen-Waaren, deren Einfuhr aus dem Königreiche Preußen in die übrigen königl. Provinzen iſt in Gefolge des Kontinentalſyſtems einſtweilen verboten. G. S. 1811. p. 198. — Aufhebung dieſes Verbots. G. S. 1813. p. 39. — 1814. p. 45. — in Preußen und Litth. gefertigt, können an den Markttagen zum Verkaufe in die Städte gebracht werden. G. S. 1806. p. 86.

Baumwollen-Waaren-Weber, über deren Befugniß, ihre Fabrikate im Umhertragen feil zu bieten. v. K. A. 26. II. 432.

Baumwollen-Weberei, freier Betrieb derſelben in Oſt-, Weſt- und Neu-Oſtpreußen, und Auflöſung der dafür beſtandenen Zünfte. G. S. 1806. p. 85.

Baumzucht, ſ. Obſtbaumzucht, desgl. Baum.

Bau-Offizianten, ſ. Baubeamte, Bau-Inſpektoren, Baukondukteure, Landbaumeiſter, Wege- und Waſſerbaumeiſter.

Bau-Ordnung, der Stadt Berlin, d. d. Cöln an der Spree d. 30. Nov. 1641. ſtehet in Behmeri Otia in otio minime otiosi Th. 2. v. 1773. p. 201. deren Entwerfung und Vollziehung für größere Städte. v. K. A. 29. I. 163. — desgl. für die Stadt Danzig, ebendaſ.

Bau-Pfuſchereien, deren polizeiliche Beſtrafung. v. K. A. 25. I. 240.

Bauplätze, deren Anlegung innerhalb der Feſtungs-Rayons. G. S. 1822. p. 145. — 1828. p. 120. 126. — das über die Abtretung des Grundeigenthums zu ſelbigen in Weſtphalen beſtehende Großherzogl. Heſſiſche Geſetz v. 29. Jul. 1791 findet keine Anwendung mehr. v. K. A. 27. I. 228.

Baupolizei, deren Verwaltung in den Städten. G. S. 1808. p. 350. — ſ. a. Bauweſen. Reviſion der Ortsbehörden rückſichtl. deren Verwaltung. v. K. A. 31. II. 352. — Vorſchriften für dieſelbe in den Städten der Kur- und Neumark, zur Verhütung von Feuersgefahr. 32. I. 203—209. — Großherzogl. Verordnung für die Reſidenzſtadt Darmſtadt rückſichtl. derſelben. 25. I. 273. — Königl. ſächſiſche Verordnung über deren Ausübung zur Abwendung von Feuersgefahr. 32. II. 574.

ſ. a. Lübiſches Recht.

Bau-Polizei-Geſetze, deren Zuſammenſtellung und Bekanntmachung. v. K. A. 17. II. 228. 245. — 18. I. 161. 162.

Bau-Polizei-Kontravention, deren Begriff. R. v. 6. Jul. 1834. v. K. A. 34. II. 550. — Strafanwendung in ſelbiger. 28. IV. 1087. — in wie weit dafür Bauherren und unqualificirte Bauhandwerker zu beſtrafen ſeien. 29. II. 398. — deren Ausführung innerhalb der Feſtungs-Rayons unter Genehmigung der Militairbehörden. 29. II. 393. — von Seiten der unter Aufſicht eines Meiſters ſtehenden Geſellen begangen, dafür bleibt erſterer verantwortlich und zu beſtrafen. 30. I. 172. — deren Beſtrafung. 32. I. 207. f.

Bau-Polizei-Reglement, für die Stadt Crefeld. v. K. A. 21. I. 195. seq.

Bau-Polizei-Reviſionen, deren Abhaltung durch Mit-

glieder der dafür beſtimmten Reviſions-Kommiſſionen. v. K. A. 33. IV. 1037.

Bauräthe, deren Anſtellung, Rechte und Obliegenheiten bei den Regierungen. G. S. 1808. p. 470. 485. 516. — 1817. p. 280. haben nur in Angelegenheiten ihres Geſchäftskreiſes ein volles Votum. G. S. 1826. p. 8. — Diäten- und Fuhrkoſten-Bewilligung für ſelbige. v. K. A. 18. I. 11. — deren Verpflichtungen rückſichtl. der Reviſion öffentl. Bauten. 29. II. 405. ff. — Zahlung von Averſional-Vergütigungen an dieſelben für Fuhrkoſten, Schreib- und Zeichen-Materialien und Bureau-Hülfe. 33. II. 261. — werden aus der Zahl derjenigen Bau-Inſpektoren gewählt, welche als Waſſer- u. Land-Bau-Inſpektoren geprüft worden ſind. 31. III. 521.

Bau-Referendarien, deren Beſtimmung und Verhältniſſe bei den Regierungen. v. K. A. 31. III. 516. 522. 528. — Annahme und Ausbildung ausgezeichneter Bau-Kondukteure zu ſolchen, ohne anderweitige Prüfung. 32. II. 347. — die Beſchließung darüber ſteht dem Miniſterio des Innern für Handel und Gewerbe zu. 32. II. 348. — III. 588. — ſiehe auch Bau-Kondukteure und Bau-Kandidaten.

Bau-Remiſſionen, für Laſſitiſche Einſaßen während der Regulirung. R. v. 31. Mai 1834. v. K. A. 34. II. 322. — Verfahren rückſichtl. derſelben bei Dismembrationen ländlicher Grundſtücke. v. K. A. 33. II. 353. — ſ. Remiſſionen.

Bau-Reparaturen, kleinere, deren Beſorgung durch Geſellen. v. K. A. 20. I. 98. — größere, in den Städten, Verfahren rückſichtl. derſelben. 20. III. 606. (ſ. a. Bauten.)

Bau-Reviſions-Protokolle, deren Beifügung als Rechnungs-Beläge. v. K. A. 28. III. 645.

Bau-Sachen, deren Behandlung im Königreiche Würtemberg. v. K. A. 18. III. 920. — bei denſelben findet das Rechtsmittel der Reviſion nicht ſtatt. G. S. 1833. p. 302.

Bauſcheine der Polizei, ohne ſelbige dürfen keine Bauten unternommen werden. v. K. A. 19. II. 548.

Bauſchule, allgemeine, in Stelle der Bauakademie, Einrichtung und Umfang derſelben. v. K. A. 31. III. 516. 523 — 528. — ſ. übrigens Bauakademie.

Bauſchutt, darf nicht von Häuſern herabgeworfen werden. v. K. A. 17. IV. 205. — deſſen Abfuhr über die Straße. ibid.

Bauſtellen, Aufſtellung von Warnungszeichen an ſelbigen und nächtliche Beleuchtung derſelben. v. K. A. 17. IV. 215.

Bauſtrafen, deren Anordnung bei ländlichen Bauten. v. K. A. 26. III. 822. 824. — ſ. Bau-Polizei-Kontravention.

Bau-Taxe, für Königsberg in Pr. v. 15. Jan. 1753. E.

S. p. 989. I. Regl. wie die Handwerker und Tagelöhner in Vor- und Hinterpommern zu bezahlen, v. 14. Oct. 1753. p. 573. I.

Bauten, ſ. Bau.

Bau-Unternehmer, ob er Handwerks-Steuer bezahlen muß. R. v. 26. Sept. 1834. v. K. A. 34. III. 677. — ſiehe Bau-Entrepreneur.

Bau-Verwaltung des Miniſteriums des Innern, Verrechnung der derſelben zuſtändigen extraordinairen und Rück-Einnahmen. v. K. A. 29. III. 488.

Bauwerke, Mittheilung der Copien von Zeichnungen und Anſchlägen öffentl. Bauwerke an die Oberbaudeputation. Schreiben des Miniſterii des Innern ꝛc. v. 25. Dec. 1826. v. K. J. XXVIII. 317. desgl. v. K. A. 26. IV. 1128. alte, von hiſtoriſchem Werthe, deren Erhaltung. v. K. A. 30. IV. 775. — ſ. Alterthümer, Denkmähler.

Bauweſen, obere Leitung deſſelben von der Sektion der Gewerbe-Polizei im Miniſterium des Innern. G. S. 1808. p. 364. — 1810. p. 12. — geht zum Reſſort des Miniſteriums der Finanzen und des Handels über. G. S. 1814. p. 41. — 1817. p. 289. — demnächſt zu dem für ſich beſtehenden Miniſterium des Handels und für die Gewerbe. G. S. 1817. p. 304. — nach Auflöſung des letztern reſſortiren die Bauangelegenheiten und Inſtitute vom Miniſterio des Innern. G. S. 1825. p. 151. — Verwaltung des Bauweſens durch die Regierungen. G. S. 1808. p. 502. 505. — 1817. p. 249—251. — 1826. p. 7. — Verwaltung deſſelben in den Städten. G. S. 1808. p. 350. — bei ſelbigem ſoll nur einerlei Ruthen-, Fuß- und Zollmaaß gebraucht werden. G. S. 1816. p. 146. Beibehaltung des Gebrauchs der Schachtruthen von 144 Kubikfuß in ſelbigem; ebendaſ. — ſ. Rechnungsweſen, gerichtliches.

Bayonner Konvention v. 10. Mai 1808, zwiſchen dem vormal. Kaiſer von Frankreich und dem Könige von Sachſen, wegen Abtretung der Kapitalien preuß. Geldinſtitute und Stiftungen im Herzogth. Warſchau, wird durch den Vertrag mit Rußland v. 30. März 1815 aufgehoben. G. S. 1815. p. 37—40. — desgl. durch den Friedensvertrag mit dem Königreiche Sachſen, v. 18. Mai 1815. G. S. 1815. p. 74. — die nach jener Konvention mit Beſchlag und Konfiskation belegten Kapitalien im Herzogthum Warſchau werden den Eigenthümern wiederum zur freien Dispoſition geſtellt. G. S. 1815. p. 37. — 1819. p. 199. ff. — Bewilligung eines ſechsjährigen Moratoriums für die Schuldner derſeben. G. S. 1815. p. 39. — Kompenſation derſelben mit Forderungen herzogl. warſchauiſch. Unterthanen an dieſſeitige. G. S. 1813. p. 120. — Präkluſivtermin für die erlittenen Abzüge aus ſelbigen. G. S.

1823. p. 179. f. — Präkluſivtermin für die Entſchädigungs-Anſprüche aus derſelben. v. K. A. 24. I. 96.

Beamte, Civil-, **deren Anſtellung und Vereidigung.** Zu dem Begriffe eines, wird nach dem A. L. R. Th. 2. Tit. 10. §. 69. ausdrücklich erfordert, daß er im unmittelbaren Dienſte entweder des Staats, oder gewiſſer demſelben untergeordneter Collegien, Corporationen oder Gemeinen ſtehe. R. v. 16. Jun. 1806. J. M. IX. 477. der der Oberaufſicht des Ober-Präſidenten untergebenen Behörden, auf deren Dienſtführung und Lauterkeit ſollen erſtere ihre beſondere Aufmerkſamkeit richten. G. S. 1826. p. 2. — Verpflichtung derſelben aus den Namens des Staats über Armeebedürfniſſe geſchloſſenen Kontrakten. G. S. 1813. p. 101. — 1817. p. 7. — welche freiwillig in Kriegsdienſte getreten, ſollen nunmehr zu ihren Aemtern zurückkehren. G. S. 1814. p. 62. — aus dem Kriegsdienſte zurückkehrend, deren Wiederanſtellung oder Beſchäftigung. G. S. 1816. p. 91. — als beurlaubte Landwehr-Offiziere, dürfen ſich den militair. Uebungen nicht entziehen. G. S. 1817. p. 299. — pflichtwidrige, und unſittliche, Disziplinarverfahren gegen ſelbige. G. S. 1826. p. 2. f. 10. allgemeine Beſtimmungen rückſichtl. deren Anſtellung; ſ. Anſtellung. — Sportel-Anwendung bei deren Prüfungen und Anſtellungen. v. K. A. 26. I. 6. — Subalternen-, Ausfertigung der Beſtallungen für ſelbige durch die Regierungen. 21. III. 509. — in den untern Verhältniſſen, Anſtellung derſelben auf Kündigung. 20. II. 221. — Ausſtellung der Dienſtführungs- und Qualifikations-Atteſte für ſelbige. 28. II. 281. — allgemeine Vorſchriften für deren Vereidigung. 28. III. 609—622. — pflichtmäßige Ausſtellung ärztlicher Atteſte für ſelbige. 28. I. 195—197. — deren Vereidigung. 29. I. 2. 3. — wirkliche unmittelbare Staatsdiener, welche, für ſolche zu achten ſind. 30. I. 181. — welche für Civil-Beamte zu achten ſind. 30. I. 180. ff. — ſchon früher verpflichtete, die über deren Dienſt-Einweiſung aufgenommenen Protokolle ſind ſtempelfrei. 32. I. 63. — Ausfertigung der Beſtallungen. 33. III. 579. —

Rang, Titel und Uniform. Rangordnung derſelben. v. K. A. 17. I. 3. — Verordn. über deren Amtstitel und Rangverhältniſſe. v. 7. Febr. 1817. G. S. 1817. p. 61—67. — Uniform-Beſtimmungen für dieſelben. Regl. v. 26. Dez. 1808. G. S. 1808. p. 462. ſ. auch **Uniform.** — Uniform für ſelbige. v. K. A. 19. II. 293—310. — dürfen ſich der ſogenannten altdeutſchen Tracht nicht bedienen. 20. I. 3. 4.

amtliche Verhältniſſe derſelben. ſollen die Patronatrechte bei den Königl. Amtskirchen mit reſpiciren. V. v. 16. Nov. 1757. E. S. p. 273. II. Beſchwerden über übermäßiges Sportuliren der, gehören zur Cognition der Juſtiz-Collegien. J. C. v.

21. Nov. 1758. p. 81. V. Die gerichtliche Verpflichtung der Domainen⸗Beamten ſoll künftig auch auf den in der Allg. Ger. Ord. Th. I. Tit. 25. §. 55. vorgeſchriebenen Eid mit gerichtet werden. R. v. 25. Sept. 1795. E. S. p. 2621. IX. ſ. auch Amt. — dürfen von einer unter ihrer Verwaltung oder Aufſicht ſtehenden Anſtalt keine Grundſtücke erwerben. v. K. A. 23. I. 11. und 24. IV. 982. — deren Heranziehung zum Dienſte der Geſchwornen. 23. I. 12. — Urlaubsbewilligungen für ſelbige. 21. II. 283. — ſind verpflichtet, jeden Auftrag an ihrem Aufenthaltsorte ohne weitere Vergütigung auszurichten. G. S. 1825. p. 167. ſ. a. Diäten. — müſſen zum Betriebe von Gewerben die Einwilligung ihrer Dienſtvorgeſetzten nachſuchen. G. S. 1810. p. 83. — 1811. p. 271. — der Beſitz von Landgütern giebt auch ihnen die Befugniß zum Betriebe der mit der Landwirthſchaft gewöhnlich verbundenen Gewerbe. G. S. 1811. p. 271. — ſollen die nachgeſuchten Heiraths⸗Conſenſe nur unter dem Beding des Beitritts zur allgem. Wittwenkaſſe erhalten. G. S. 1816. p. 214. — hülfsbedürftige, Unterſtützung derſelben für letztern Zweck. G. S. 1816. p. 215. — Beſtimmung des Penſionsbetrags, mit welchem dieſelben der allgem. Wittwenkaſſe beitreten müſſen. G. S. 1824. p. 216. — die von denſelben ihres Amts wegen zu haltenden Pferde, ſind vom Vorſpann befreit. G. S. 1816. p. 202. — 1820. p. 32. — wegen Schulden belangt, ſind von dem Perſonal⸗Arreſt befreit. G. S. 1823. p. 39. — executiviſches Verfahren gegen dieſelben wegen Schulden aus unerlaubten Handlungen. Verordn. v. 24. Mai 1812. G. S. 1814. p. 9. — Beſchlagnahme der Hälfte ihrer ganzen Beſoldung zur Zahlung ſchuldiger Alimente. G. S. 1810. (A.) p. 724. — Tragung der National⸗Kokarde von ſelbigen. v. K. A. 23. III. 511. — als ſolche müſſen Oberförſter und Forſtmeiſter ſich den Aufträgen in allen Forſtangelegenheiten unterziehen. 17. III. 22. — deren Vertretung durch Hülfsarbeiter. 20. III. 461. — Uebernahme von Vormundſchaften durch ſelbige. 22. IV. 844. — ſollen an Sonn⸗ und Feſttagen während des Gottesdienſtes keine Geſchäfte treiben. 17. I. 122. — müſſen zu ihrer Namensunterſchrift auch ihre Amtstitel ſetzen. 18. II. 296. — Beſoldungsabzüge während deren Beurlaubungen. 22. IV. 845. — Entbindung derſelben von Kautionsſtellungen. 21. III. 526. — Warnung derſelben vor geſetz⸗ und ſtaatswidrigen Verbindungen und Umtrieben. 26. III. 783. — Paßertheilung für ſelbige. 20. IV. 839. — dürfen nur mit Einwilligung ihrer Dienſtvorgeſetzten Gewerbe betreiben. 21. III. 517. — 25. II. 296. — deren Beitritt und Verhältniſſe zur Wittwen⸗Verpflegungs⸗Anſtalt. 17. I. 12. — III. 20. — IV. 14—18. — IV. 939. 942. — 21. II. 293. seq. — 25. III. 586—588. — Erhebung der Wittwenkaſſen⸗Beiträge von ſelbigen. 19. I. 14. 15. —

verſchuldete, Einziehung der Wittwenkaſſen=Beiträge von ſelbigen. 21. III. 516. — ſollen ſich nicht in Papier=Spekulationen und andere kaufmänniſche Geſchäfte einlaſſen. 27. II. 363—366. — deren Beitritt zur allgemeinen Wittwen=Verpflegungs=Anſtalt; ſiehe dieſe. — konſtituiren an dem Orte, wo ſie angeſtellt ſind, ein Domizil. 27. II. 468. — Einziehung der auf Judikate altländiſcher Gerichte beruhender Gehaltsabzüge von den aus dieſſeitigen in die Rheinprovinzen verſetzten Beamten. 27. II. 345—349. — verſchuldete, Sicherung der von ſelbigen zu entrichtenden Penſions= u. Wittwen=Kaſſen=Beiträge. 28. I. 36. — königliche, desgl. vormals fremdherrliche, ſiehe Staatsdiener. — denſelben ſteht keine Parochial=Exemtion zu. 28. III. 682. — Beibeitreibung deren aus unerlaubten Handlungen entſtandenen Schulden, ſo wie der Unterſuchungskoſten. 29. III. 471. — IV. 760. ff. — deren Beitritt zur allgemeinen Wittwenkaſſe, ſ. letztere. — deren Pflicht hinſichts des Beitritts zur allgemeinen Wittwen=Verpflegungs=Anſtalt, ſ. letztere. — denſelben und deren Frauen ſoll fernerhin der Betrieb des Schank= und Gaſtgewerbes nicht geſtattet werden. 33. III. 789. ff. — Verfahren gegen dieſelben, wenn ſie die Leiſtung des Manifeſtationseides verweigern. R. v. 13. Jul. 1834. — 34. III. 639.

deren Militairpflicht; aktive und beſoldete, bleiben auch während der Dauer des Krieges von der Cantonpflicht eximirt. G. S. 1813. p. 14. — höhere, ſollen bei ihrem Eintritt in die Armee als Freiwillige, die Offizier=Uniform der von ihnen gewählten Jägerabtheilung tragen dürfen. G. S. 1813. p. 38. — in wie weit ſolche zum Militairdienſte bei dem Ausbruche des Krieges von 1815 verpflichtet ſind. G. S. 1815. p. 41—44. — deren Militair= und Landwehrpflichtigkeit. v. K. A. 17. II. 53. — IV. 282. 283. — 18. I. 212. — III. 897. — 19. I. 256. 259. — deren Vertretung, wenn ſolche zu den Landwehr=Uebungen kommandirt werden. 27. IV. 874. — Genügung der Militairpflicht von ſelbigen. 28. III. 822. 825.

deren Verhältniß zu den Kommunen. Kommunal=Beiträge und Gehalts=Servis derſelben. 23. I. 19. — II. 309—312. — wegen der von ſelbigen zu entrichtenden Kommunal=Beiträge. 24. II. 465. — desgl. zu den Gemeinde=Laſten und Kommunal=Steuern. 22. IV. 907—912. — deren Verhältniſſe als Abgeordnete der Provinzialſtände, ſ. Landtage. — können die Uebernahme öffentl. Stadtämter ablehnen, wenn deren Verwaltung neben ihren Amts= und Berufsgeſchäften nicht beſorgt werden kann. G. S. 1808. p. 355. — auch perſönliche Bürgerdienſte, für welche ſie aber alsdann taugliche Stellvertreter zu beſtellen ſchuldig ſind. G. S. 1808. p. 328. — Verhältniſſe derſelben als Schutzverwandte. G. S. 1808. p. 329. — Beiträge derſ. als letztere zu den Gemein=

belaſten durch beſtimmte Gehaltsprozente; Verordn. v. 11. Dec. 1809. G. S. 1809. p. 624. — nähere Beſtimmung darüber nach dem Geſetz v. 11. Jul. 1822. G. S. 1822. p. 184—186. (ſ. auch Gemeinde-Abgaben.) — in Oſtpreußen und Litthauen, deren Heranziehung zur dortigen Einkommenſteuer. G. S. 1808. p. 210. — deren Beiträge zu den Kommunal- und Gemeinde-Abgaben und Laſten. v. K. A. 17. I. 163. — 18. III. 749. — 19. I. 169. — 22. IV. 907—912. — 23. I. 19—22. — II. 309—312. III. 635. IV. 860—863. — 24. I. 194—199. — III. 853—858. — 25. I. 141—144. — III. 669. seq. — IV. 1050. — 26. II. 388. — desgl. zu den ſtädtiſchen Kommunalſteuern als Staatsdiener und als anſäßige Bürger. 26. III. 764. — deren Befreiung von ſtädtiſchen Kommunal-Abgaben, wo das Einkommen der andern Einwohner ſteuerfrei bleibt. 26. I. 99. — Kommunal-Beſteuerung derjenigen, welche außerhalb des ſtädtiſchen Bezirks wohnen. 19. I. 16. — Beitragspflichtigkeit derſelben zu den Kreis-Kommunal-Laſten. 22. III. 701. — Stellvertretung derſelben bei perſönlichen Kommunal-Leiſtungen auf dem platten Lande. 22. III. 700. — Beiträge derſelben zur Kommunal-Einkommenſteuer in den ehemaligen Bergiſchen Landestheilen. 26. IV. 1080. — deren Heranziehung zu Tilgung von Provinzial-Schulden. 18. I. 5. — 25. III. 683. — Verpflichtung derſelben zu Servis-Beiträgen. 17. I. 164. — 23. III. 636. — 24. I. 196. — III. 858. — IV. 1107. — 26. I. 100. — höhere, Befreiung deren Tafelgelder von den Kommunalſteuern. 20. III. 555. — Kommunal-Beiträge derſelben nach Verhältniß des wirklich bezogenen Gehalts. 27. I. 139. — III. 683. — desgl. rückſichtl. der mit Arreſt belegten Gehälter. 27. I. 140. — Beitragspflichtigkeit derſelben zum Serviſe. 27. II. 441. — deren Verhältniſſe zu den Stadtgemeinen, bei denen die Städte-Ordnung noch nicht eingeführt iſt, in Beziehung auf Kommunal-Abgaben ꝛc. 28. II. 429. — Heranziehung derſelben zu der für beſtimmte Zeit ausgeſchriebenen ſtädtiſchen Einkommenſteuer. 28. I. 128. — Beiträge derſelben zu den Gemeinde-Laſten. 30. II. 344. — vormalige, arme, und deren Angehörige, deren Verpflegung als Ortsarme. 25. III. 717. — 30. I. 154. — IV. 815. — zu Landtags-Deputirten gewählt, haben während ihrer Abweſenheit keine Stellvertretungskoſten zu übernehmen. 30. IV. 728. — deren Beitragsverpflichtung zu ſtädtiſchen Gemeinelaſten, ſ. letzt. Heranziehung derſelben zu Aufbringung der Kommunal-Bedürfniſſe. 32. I. 130. — ſ. a. Beſoldungen, Diäten, Reiſekoſten, Staatsdiener, Urlaubsbewilligungen ꝛc.

ſ. a. Kommunallaſten.

deren Gehalt, Diäten, Emolumente; in wie weit die Regierungen mit deren Gehältern und Stellen, Veränderungen

vornehmen können. G. S. 1808. p. 492. — 1817. p. 256. — ſ. a. Beſoldungen. — welche bei Entdeckung von Zoll- und Steuer-Defraudationen Hülfe leiſten, ſollen an den Strafgeldern und Konfiskaten Theil nehmen. G. S. 1820. p. 31. — in Unterſuchung geweſene, und ſpäterhin freigeſprochene oder beſtrafte, Verwendung und Nachzahlung der während der Amts-Suspenſion einbehaltenen Gehaltsrate. G. S. 1825. p. 5. — Vermeidung doppelter Zahlungen an ſelbige, in ſo fern ſolche auch noch Wartegelder und Penſionen beziehen. v. K. A. 20. I. 2. — welche nicht in kollegialiſchen Verhältniſſen ſtehen, Auszahlung der Gehälter an ſelbige, in monatlichen Raten. 21. I. 3. — kommiſſariſch beſchäftigte, und auf Wartegeld ſtehende, Bewilligung ihres frühern Gehalts und Wiederanſtellung derſelben. 21. II. 284. seq. — IV. 780. — Aufnahme der Gehaltszuſchüſſe und Entſchädigungen für ſelbige in die laufenden Etats. 21. I. 4. — neu angeſtellte, denſelben ſoll bei ihren Beſoldungen keine Goldrate bewilligt werden. 26. I. 9. — Regulativ in Beziehung auf deren Dienſtwohnungen. 23. I. 2—8. — Verfahren bei Amtsverſetzungen derſelben. 25. III. 568. — in Dienſt-Angelegenheiten reiſend, deren Beförderung durch Extrapoſten. 21. III. 562. seq. — Benutzung der ordinairen Perſonen- und Schnellpoſten von ſelbigen auf Dienſtreiſen. 22. IV. 843. — 23. I. 13. — fixirte Fuhrgelder für ſelbige, deren Zahlung und Sterbe-Quartals-Bewilligung von denſelben. 20. I. 4. — können neben letztern, nicht auch noch die Chauſſee-, Brücken-, Damm- ꝛc. Gelder vergütigt erhalten. 23. I. 14. — Vergütigung der Wagenmiethe bei den Dienſtreiſen derſelben. 20. II. 223. — deren Befreiung von Privat-, Kommunal-, Wege-, Pflaſter- und Brückengeldern auf Dienſtreiſen. — 26. II. 295. — in Dienſt-Angelegenheiten vor Gericht geladen, können durch Diäten und Reiſekoſten keine Entſchädigung erhalten. 22. I. 2. — Entſchädigung derſelben bei gerichtlichen Vorladungen zu Ausſagen über Dienſt- und Amtsverhältniſſe. 21. II. 280. — IV. 781—785. — Remuneration für gering beſoldete Subalternen aus den Paßgebühren. 19. I. 186. — ſiehe auch Paßgebühren. — Wenn einem Beamten, bevor über ſein Vermögen Concurs eröffnet worden iſt, von der ihn beſoldenden Behörde ein Darlehn unter der von ihm eingegangenen Bedingung gegeben worden iſt, daß die Rückzahlung ſucceſſive aus ſeinem Gehalte erfolge: ſo iſt die Behörde, auch nach eröffnetem Concurſe berechtigt, ihre Forderung gegen die Concurs-Maſſe mit dem abzugsfähigen Theile des Gehalts des Gemeinſchuldners zu compenſiren. Sim. u. Str. R. 3ter Band No. 10. p. 128. — Bewilligung von Verſetzungs- und Umzugskoſten für ſelbige. v. K. A. 27. III. 596. — vormals fremdherrliche, über deren Entſchädigungs-Anſprüche findet kein Rechtsverfahren ſtatt. 28. I. 37. —

Allerh. Cab. Ord. v. 11. Juni 1829, betr. die, dem Staatsbeamten zu laſſende Kompetenz aus ſeinen Dienſteinkünften in Rückſicht auf die, aus unerlaubten Handlungen entſtehenden Schulden. v. K. J. XXXIV. 115. 116. — ſ. auch Gehalt, Militairperſonen. — Verfolgung deren Anſprüche, wegen vermeintlich entzogener Dienſteinkünfte, ohne gerichtliches Verfahren. v. K. A. 30. IV. 722—724. — R. v. 24. Jun. 1831. über die Entſchädigungs-Anſprüche der nur auf beſtimmte Zeit angeſtellten Beamten. v. K. J. XXXVII. 325. — die Anſätze in den Normal-Etats berechtigen den angeſtellten Beamten noch nicht zu deren Genuſſe. R. v. 4. März 1831. XXXVII. 103. 104. — Geſuche um Verbeſſerung des Einkommens oder um Verſetzung ſind gebührenfrei. R. v. 11. März 1831. XXXVII. 101. 102. — Entſchädigungsſätze für Umzugs- und Reiſekoſten bei Verſetzungen derſelben. v. K. A. 33. III. 582. f. — Rheiniſche, deren Zeugengebühren. Verf. v. 3. Jul. 1834. 34. III. 637. — welche als Sachverſtändige dienen, die Feſtſetzung ihrer Gebühren betr. R. v. 5. Dez. 1834. 34. III. 636.

deren Penſionen. Regulirung deren Gehalts- und Traktaments-Zahlungen während der Dauer des Kriegsdienſtes. G. S. 1815. p. 41—44. — Zahlung der Beſoldungen an ſelbige, und Beiträge von letztern zu dem Penſions-Fonds. v. K. A. 24. IV. 967 — 981. — (ſ. ferner Beſoldungen und Penſions-Beiträge.) — Uebernahme der perſönlichen Gehalts-Zulagen für ſelbige auf den Penſions- und Wartegelder-Etat. v. K. A. 23. II. 228. — Bewilligung des Gnadengehalts und des Sterbequartals für deren Hinterbliebenen, ſ. Gnaden-Bewilligungen, Gnadengehalt, Gnaden-Monat und Gnaden-Quartale. — deren Penſionirung, ſ. Penſionirungen und Penſionen. — koſtenfreie Unterſuchung des Krankheitszuſtandes derſelben. v. K. A. 25. II. 475. — in den neuen und wieder eroberten Provinzen, deren Behandlung 17. III. 14. 20. — 18. III. 609—616. — IV. 929—939. — in Gefolge des Reichs-Deputations-Schluſſes an Preußen übergegangen, deren Verhältniſſe rückſichtlich der Penſions-Bewilligungen und Penſions-Beiträge. 17. III. 15. — 26. III. 597. IV. 954. — in zwei Aemtern fungirende, und aus einem derſelben ausſcheidende, Penſionsverhältniſſe derſelben. 27. II. 351. — penſionirte, verlieren bei Wiederanſtellungen im Staatsdienſte ihre Penſionen, nicht aber bei Annahme von Kommunalämtern. 27. II. 350. — auf Kündigung angeſtellt, deren Wiederentlaſſung und Penſionirung. 28. II. 426. seq. — verſtorbene, Gnadenbewilligungen für deren Hinterbliebenen, ſiehe Gnadenbewilligungen. — ſ. auch Beſoldungen, Penſionsbeiträge, Reiſekoſten, Urlaubsbewilligungen ꝛc.

Unterſuchung und Beſtrafung ihrer Vergehen.

Einleitung fiskaliſcher Unterſuchungen gegen ſelbige. v. K. A. 24. I. 209. — III. 649. — IV. 983. — ſ. auch Unterſuchungen. — Verfahren gegen dieſelben bei Dienſtvergehungen, Amts-Suspenſionen, Amts-Entſetzungen und Dienſt-Entlaſſungen, ſ. ſämmtlich dieſe. — die Strafe der Degradation ſoll nicht in bloßer Verſetzung oder Aenderung der Beſtimmung und Dienſtleiſtung des Beamten, ſondern zugleich auch in Herabſetzung des Ranges oder der Beſoldung beſtehen. G. S. 1823. p. 27. — Straferkenntniſſe gegen dieſelben, wodurch ſie von ihrem Amte entfernt werden, gelangen durch den Staatsrath an des Königs Majeſtät. G. S. 1810. p. 19. — wird auf diejenigen Staatsdiener beſchränkt, deren Patente der Allerh. Vollziehung bedürfen. G. S. 1823. p. 26. — die Verhandlungen über dergl. Dienſtentlaſſungen auf adminiſtrativem Wege gelangen zunächſt an das Staats-Miniſt.; ebendaſ. — Unterſuchung und Beſtrafung deren Dienſtvergehen in den Rheinprov. und in allen übrigen Provinzen, in denen das allgem. Landrecht nicht eingeführt iſt, nach den Geſetzen in den alten Provinzen. G. S. 1821. p. 30. 156. — Mitſchuldige an den Dienſtvergehen der rheiniſchen Verwaltungs-Beamten werden dagegen nach den dortigen Kriminal-Vorſchriften zur Unterſuchung gezogen und beſtraft. G. S. 1821. p. 188. — Verfahren bei fiskaliſchen oder Kriminal-Unterſuchungen gegen dieſelben. G. S. 1808. p. 477. — 1809. p. 577. — 1813. p. 5. — 1823. p. 26. — ſ. auch Kriminal-Unterſuchungen und Kriminal-Erkenntniſſe. — verwirken die Todesſtrafe, wenn ſie während des Krieges mit dem Feinde in ſträfl. Verbindungen treten, oder denſelben freiwillig mit Kriegsbedürfniſſen ꝛc. unterſtützen. G. S. 1813. p. 34. 1814. p. 6. — Strafbarkeit derſelben wegen Theilnahme an demagogiſchen Umtrieben. G. S. 1822. p. 107. f. — Disziplinar-Verfahren gegen ſelbige, bei leichtſinnigem Schuldenmachen. v. K. A. 24. I. 4. — Beſchlagnahme deren Beſoldungen. 20. III. 459. (conf. 27. II. 345 — 349.) — deren Gehalt während des Feſtungs-Arreſtes. 18. IV. 1174. — Verfahren bei deren Suspenſion und Entlaſſung. 25. IV. 825. — Unterſuchungen gegen ſelbige, Verfahren rückſichtlich derſelben. 24. I. 209. — III. 649. — IV. 983. — 25. I. 39. 140. — IV. 825. (ſiehe auch Unterſuchungen.) — in den Rheinprovinzen, (Verwaltungsbeamte), Unterſuchung und Beſtrafung deren Dienſtvergehen. 21. II. 277. — III. 527. — Aufbringung der Koſten bei gerichtlichen Unterſuchungen gegen ſelbige. 19. III. 646. — zur gerichtlichen Unterſuchung gezogen, aber nicht zur Dienſtentſetzung verurtheilt, in wie weit gegen ſelbige noch Unterſuchungen auf adminiſtrativem Wege eröffnet werden können. 27. IV. 876. — Verfahren in Unterſuchungen gegen ſelbige wegen Dienſtvergehen. 28. I. 19. — welche gemeiner Verge-

hungen angeſchuldigt werden, können nicht von den Regierungen, ſondern nur von den Juſtiz-Behörden, ganz oder vorläufig losgeſprochen werden. 28. I. 132. — Dienſtentlaſſung derſelben auf adminiſtrativem Wege. 28. I. 132. — unfleißige und unwürdige, Disziplinar-Verfahren gegen ſelbige, und Vorbereitungen zu deren Dienſtentſetzung. 29. I. 12—15. — Eröffnung gerichtlicher Unterſuchungen gegen dieſelben wegen gemeiner Verbrechen. 30. II. 260. — welche zu gerichtl. oder Disziplinar-Unterſuchung gezogen ſind, Cab. Ord. v. 20. April, u. Cirk. R. v. 31. Octbr. 1831, betr. die Dispoſition über die Dienſteinkünfte derſelben. v. K. J. XXXVIII. 442. — R. v. 26. Apr. 1831. über die Aſſignationen auf Gehalte öffentlicher Beamten. v. K. J. XXXVII. 328. — deren Beſtrafung wegen Dienſtvergehen auf dem Disziplinarwege. R. v. 9. Mai 1831. XXXVII. 374. — Cirk. R. v. 21. Jun. 1831. über die Zurücknahme der Anträge auf Beſtrafung von Injurien. XXXVII. 362. 364. — Zurücknahme fiskaliſcher Unterſuchungen wegen Beleidigungen gegen dieſelben auf Antrag des Beleidigten. v. K. A. 31. II. 256. — in den Rheinprovinzen, Vollſtreckung der Disziplinar-Gefängnißſtrafen gegen dieſelben. 31. I. 11—15. — Anwendung der Strafgeſetze über Amtsvergehen und Verbrechen, ohne Unterſchied, ob der betreffende Beamte einen Amtseid geleiſtet hat, oder nicht. Cab. Ord. v. 11. Aug. 1832. G. S. 1832. p. 204. — Anbringung von Aggravationsgeſuchen in fiskaliſchen Unterſuchungen wegen Widerſetzlichkeit gegen dieſelben. v. K. A. 33. II. 262. — Deklaration der Ordre v. 6. März 1821, betr. die Strafgeſetze und das Verfahren in den Rheinprovinzen bei Staatsverbrechen und Dienſtvergehen derſelben. Cab. Ord. v. 2 Aug. 1834. — G. S. 1834. p. 148. — Verfahren gegen dieſelben wegen Theilnahme an burſchenſchaftl. Verbindungen. R. v. 15. Oct. 1834. v. K. A. 34. I. 12. — von dem Aggravations-Rechtsmittel bei allen gegen dieſelben eingeleiteten Kriminal-Unterſuchungen. Cab. Ord. v. 25. März 1834. G. S. 1834. p. 63. — ſ. auch Injurien.

deren Entlaſſung oder Tod. R. die Dienſtentlaſſung ſolcher betr., mit deren Stellen bloß mechaniſche Dienſte verknüpft ſind, v. 21. Jul. 1810. J. M. IX. 314. Diejenigen ſtädtſchen, deren Dienſtzeit nicht ausdrücklich auf gewiſſe Jahre beſchränkt, ſind als auf Lebenszeit angeſtellt zu betrachten, Decl. v. 30. Apr. 1812. P. A. B. 148. II. K. A. B. 276. III. — müſſen vor der beabſichtigten Auswanderung ihre Dienſtentlaſſung verfaſſungsmäßig nachſuchen. G. S. 1812. p. 116. — 1818. p. 176. — bedürfen zur Auswanderung und zum Uebertritt in die Dienſte befreundeter Souverains, der Allerh. Königl. Erlaubniß. G. S. 1812. p. 116. 117. — Ungültigkeit ſolcher Erlaubniß für den Fall der Zurückberufung beim Ausbruche eines Krieges, ebend. — in den abgetrete-

nen Provinzen, deren Pflicht-Entlaſſung. G. S. 1807. p. 168. — verabſchiedete, Erkennung auf Verluſt deren Titel und ſonſtiger Dienſt-Prädikate bei Vergehen. G. S. 1830. p. 2. — auf Wartegeld ſtehende, oder penſionirte, Zuläſſigkeit des Perſonal-Arreſtes gegen dieſelben in Schuldenſachen. G. S. 1823. p. 39. — 1826. p. 14. — verſtorbene, Gnadenbewilligungen für deren Hinterbliebene. G. S. 1816. p. 134. 201. — 1820. p. 45. — auf Kündigung angeſtellte, Verfahren rückſichtl. deren Entlaſſung. v. K. A. 27. I. 20. u. 32. IV. 955. — verſtorbene, Aufbringung der Kur- und Verpflegungskoſten für verarmte Hinterbliebene derſelben. 27. II. 468. — ſuspendirte, Verabreichung von Alimenten an deren Familien. 28. II. 492. — Ueber die Entſchädigung der fremdherrlichen Beamten iſt ein Rechtsverfahren nicht zuläſſig. Cirk. Reſcr. v. 4. Febr. 1828. v. K. J. XXXI. 155. Vergl. übrigens Juſtizbeamte, Medizinalbeamte, Militairbeamte, auch Aktuarien, Boten, Emolumente, Gehalt, Penſionen, Penſionsfonds, Steuerſachen, Wittwenkaſſenbeiträge.

der ſtändiſchen Straf- und Beſſerungs-Anſtalten, wer ſie ernennt. — ſ. Straf- und Beſſerungs-Anſtalten.

auswärtige Beamte. deren Verhältniſſe im Königreiche Würtemberg. v. K. A. 17. III. 260. — 21. II. 472. — 22. II. 486. seq. — desgl. in Baden. 17. IV. 329. — 19. I. 263. — im Badenſchen iſt denſelben der Handel mit Viktualien und Getränken unterſagt. 17. IV. 329. — Kurheſſiſche Verordnung über den Erwerb von Grundeigenthum durch ſelbige. 29. III. 748.

ſ. überhaupt Abpfändung baarer Gelder, Altdeutſche Tracht, Amtskaution, Bürgerſtand, Cleve, Diätarien, Dienſtreiſen, Dienſtwohnungen, Feldoffizianten, Feſtungsarreſtanten, Fuhr- und Reiſekoſten, Gebühren, Gehalts-Abzug, Gerichtsbarkeit, Gnadengehalt, Heiraths-Konſenſe, Hülfsarbeiter, Kalkulatoren, Kaſſenverbrechen, Kommiſſionsgebühren, Perſonal-Arreſt, Regierungs-Subalternen, Rendanten, Stadtämter, Stationsgeld, Stempelſtrafen, Sterbegehalt, Straferkenntniß, Subalternen-Beamte, Unterbeamte, Unterbediente, Unterſtützungen, Unterthanen, Urlaub, Vorladung, Vormund, Wartegelder.

ſiehe auch Forſt-, Juſtiz-, Kaſſen-, Kommunal-, Poſt- und Regierungs- ꝛc. Beamte.

Beamten-Kinder, Theilnahme derſelben an dem Gnaden-Quartal. R. v. 14. Nov. 1831. v. K. J. XXXVIII. 385.

Beamtenſtellen, deren Beſetzung bei Straf-, Beſſerungs- und Arreſt-Anſtalten, ſiehe Straf-Anſtalten.

Beantwortung; ſ. Klagebeantwortung.

Bedachungen; ſ. Dachbedeckungen.

Bediente, Königliche; ſ. Widerſetzlichkeit. — von Privatleuten, dürfen auf den Hüten keine Kordons tragen. v. K. A. 17. I. 4. — ſ. Haus- und Wirthſchaftsbediente.

Bedingungen, A. L. R. I. IV. 99 — 144. bei Teſtamenten I. XII. 61 — 65. 478 — 516. — bei jüdiſchen Teſtamenten zum Nachtheil der chriſtlichen Religion ſind unverbindlich. R. v. 7. Nov. 1786. E. S. p. 197. VIII. H. B. V. 151. Iſt eine Punktation über den in Pauſch und Bogen geſchloſſenen Verkauf eines Gutes und deſſen Inventariums für vollſtändig zu erachten, wenn darin hinſichtlich einer in partem pretii übernommenen hypothekariſchen Forderung, nicht ausgedrückt iſt, unter welchen Bedingungen dieſelbe auf dem Gut eingetragen ſteht, auch wegen des Inventariums auf einen Anſchlag Bezug genommen wird, für welchen der Verkäufer haften, und welchen der Käufer von dieſem in Händen haben ſoll, falls der Käufer einen ſolchen Anſchlag nicht erhalten hat? S. u. Str. R. 2. Band, No. 8. p. 95.

Bedürfniſſe, öffentliche, der Städte, deren Aufbringung. G. S. 1808. p. 327. 329. 331. 352. f. rev. St. O. G. S. 1831. p. 29. — Abtretung des Privateigenthums zu Gunſten derſelben im Königreiche Polen. v. K. A. 21. I. 228. seq.

Beeidigung; ſ. Oekonomiekommiſſarien, ſ. auch Beamte.

Beerdigung, A. L. R. II. XI. 453 — 480. vor Beerdigung auf Schiffsgefäßen geſtorbener Menſchen ſoll der Gerichtsobrigkeit davon Nachricht gegeben werden. E. v. 31. Aug. 1735. E. S. V. I. I. No. 31. von Bezahlung der Grabſtellen überhaupt. E. v. 24. Jan. 1747. p. 139. C. III. in Berlin. Regl. v. 25. Jul. 1708. V. I. I. No. 15. v. 25. May 1725. No. 21. v. 19. May 1725. VI. II. No. 174. Regl. v. 3. Jan. 1748. p. 3. C. IV. auf dem Dorotheenſtädtſchen Kirchhofe daſelbſt. R. v. 7. März 1765. p. 606. III. in den Amtsdörfern und Städten der Churmark. C. v. 19. Dec. 1771. p. 465. V. c. vom freien Begräbniß in Kirchen. C. v. 19. Dec. 1771. p. 465. V. c. wer freies Begräbniß hat. R. v. 10. Febr. 1785. p. 3029. VII. C. wegen ohnentgeltlicher Beerdigung der auf dem Lande verpflegten Waysenkinder. v. 9. Sept. 1790. p. 2973. VIII. — ſ. R. v. 15. Jul. 1771. p. 297. V. a. Wie es in Abſicht der Beerdigungen zwiſchen den teutſch- und franzöſiſchen reformirten Gemeinden gehalten werden ſoll. Rgl. v. 8. Jun. 1775. p. 1494. X. v. 1. März 1790. p. 2893. VIII. zwiſchen dieſen lutheriſchen Gemeinden. v. 17. Jun. 1790. p. 2945. Die den Predigern

unter dem 31. Oct. 1794. zugefertigte Inſtruction zur Verhütung zu frühzeitiger Beerdigung der Leichen ſoll auch von der Judenſchaft beobachtet werden. C. v. 25. Sept. 1798. E. S. p. 1767. X. für die Prediger wegen zu frühzeitiger Beerdigung der Leichen, v. 31. Oct. 1794. das C. v. 25. Sept. 1798. E. S. p. 1767. X. die frühe Beerdigung der Juden betr. iſt in Erinnernng gebracht, K. A. B. 14. I. P. A. B. 356. II. ſ. a. K. A. B. 253. IV. Die die Militairprediger vertretenden Civilgeiſtlichen können bei Soldaten-Begräbniſſen keine Stollgebühren fordern, 127. I. K. A. B. 227. Die Erlaubniß zur Beerdigung gewaltſamerweiſe ums Leben gekommener Perſonen ſoll nur unter Einwilligung der Gerichtsbehörden ertheilet werden. K. A. B. 127. I. — In wie fern Mitglieder einer Parochie, wenn ſie dieſe verlaſſen, ihrer erblichen Begräbnißſtellen verluſtig gehen. R. v. 7. Jul. 1800. N. Arch. p. 210. Th. 1. H. 2. — Friſtbeſtimmungen für ſelbige. v. K. A. 22. II. 415. — Abſtellung der bei ſelbigen noch ſtattfindenden Mißbräuche. 20. I. 134. — Vorſichtsmaßregeln bei ſelbigen, zur Verhütung des Lebendigbegrabens. 19. II. 503 — 509. — 21. II. 414. — IV. 952. — 24. IV. 1143. — wie ſolche auf Kirchhöfen ſtattfinden ſollen. 22. IV. 888. — der Juden, ſiehe letzt. — was rückſichtlich derſelben überhaupt zu beobachten iſt. 18. III. 712. — 25. III. 654. — deren Anordnung für Handwerksgeſellen. 25. II. 418. seq. — verunglückter Perſonen und Selbſtmörder. 25. III. 655. ſiehe auch Leichen, Leichenhäuſer ꝛc. — Vorſichtsmaßregeln bei ſelbigen zur Verhütung des Lebendigbegrabens. 27. I. 168. — 173. — III. 727 — 729. — IV. 1000. — Verfahren rückſichtl. derſelben bei fremden Glaubensgenoſſen. 27. I. 107. — von Kindern aus gemiſchten Ehen, Vorſchriften für ſelbige. 28. II. 370. — verſtorbener Armen, können ohne Sarg geſchehen. 28. II. 494. 495. — Einſtellung verbotener Schmauſereien bei denſelben. 30. III. 574. — der Leichen evangeliſcher Glaubensgenoſſen auf Kirchhöfen katholiſcher Gemeinen, Verfahren bei denſelben. 33. III. 653. — der Juden, polizeiliche Einwirkung rückſichtl. derſelben. 33. II. 444. — ſ. Taufe, Tod.

Beerdigungskoſten, ſind Herrſchaften für verſtorbenes Geſinde in keinem Falle zu bezahlen ſchuldig. G. S. 1810. p. 112. — deren Feſtſetzung in den Städten und auf dem platten Lande. v. K. A. 19. II. 419. 420. — III. 729 — 731. — deren Aufbringung für verſtorbene Arme. 25. I. 214. — II. 449. — für die während der Unterſuchung in den Gefängniſſen verſtorbenen Inquiſiten. 23. IV. 940. — für aufgefundene Leichname, deren Aufbringung. 24. IV. 1149. — 25. I. 216. — Die durch die Beerdigung eines todt gefundenen Körpers veranlaßten Koſten müſſen in den dazu angethanen Fällen von der Gerichtsobrigkeit getragen,

folglich in dem Herzogthum Sachſen aus dem Criminalfond entnommen werden; der Gerichtsobrigkeit ſteht aber jede Erinnerung gegen übertriebene Liquidation der Polizeibehörde, welche das Geſchäft der Beerdigung vornehmen läßt, zu. R. v. 14. Juli 1823. v. K. J. XXII. 115. — Die Koſten der Beerdigung aufgefundener Leichname, deren der §. 606. der Crim. Ord. erwähnt, fallen, wenn ſolche nicht aus dem Vermögen des todt Gefundenen entnommen werden können, in Ermangelung abweichender Provinzial-Beſtimmungen nicht dem Criminalfond, ſondern derjenigen Armencaſſe zur Laſt, aus welcher die Verpflegung des Verſtorbenen, wenn er am Leben geblieben, und der öffentlichen Unterſtützung bedurft hätte, zu beſtreiten geweſen wären. R. v. 7. Jan. 1825. XXV. 143. — für verſtorbene Arme ſollen auf des Nothdürftigſte beſchränkt werden und dafür nicht mehr als 1 Rthlr. vergütet werden. v. K. A. 28. I. 166. — II. 494. 495. — IV. 1068. — für die auf den Dörfern verſtorbenen Handwerksgeſellen. 28. II. 493. — deren Aufbringung für verſtorbene Arme. 29. III. 607. ff. — 31. III. 596. — 32. II. 483. — können dem Wohlthätigkeitsfond der Regierungen nicht aufgebürdet werden. 29. I. 147. — für aufgefundene Leichname, gehören zu den polizeilichen Laſten, die jeder Ort, der dadurch betroffen wird, ſelbſt tragen muß. 29. II. 362. — IV. 900. — für Juden, deren Feſtſetzung durch Tarife. 29. III. 558. ff. — deren Aufbringung für aufgefundene unbekannte Leichname. 30. I. 159.

Beerdigungs-Reglement für die Stadt Cöln. v. K. A. 29. II. 343. — 350.

Befeſtigungen, ſ. Feſtungen, Läger, Verſchanzungen und Städtebefeſtigungen.

Befeſtigungsanlagen; ſ. Feſtungspläne.

Befeſtigungswerke, alte ſtädtiſche, ſollen nicht willführlich zerſtört werden. v. K. A. 28. II. 420. — IV. 1034.

Befrachter; ſ. Schifferfracht. A. L. R. Th. II. Tit. 8. §. 1389. u. fg. — Der Schiffsrheder, welchem im Befrachtungsvertrage die Ladung für die Frachtgelder und Zölle verpfändet worden, iſt für den Fall, da er wegen der ſchlechten Beſchaffenheit des geladenen Gutes in Betreff der Frachtgelder und Zölle nicht hinlänglich gedeckt iſt, nicht berechtigt, Caution von dem Befrachter zu verlangen. S. u. Str. R. 2. Band — No. 13. p. 136.

Befreiungen, dingliche in den Städten, deren Ablöſung. rev. St. O. G. S. 1831. p. 15. — Verfahren bei deren Ablöſung. G. S. 1832. p. 185.

Beglaubigungen, (Vidimationen) Stempelgebrauch zu ſelbigen. G. S. 1822. p. 68. 73. 74. — Sportelanwendung für

ſelbige bei den Provinzial-Behörden. G. S. 1825. p. 131. — desgl. bei den Gerichtsbehörden. G. S. 1815. p. 201. (Beil. p. 25. 54. 77.) ſ. Abſchriften, Atteſte, Hypothekenbücher. Salarienkaſſenetat, Vidimations-Atteſte.

Begleiter, der Gewerbetreibenden im Umherziehen, ſiehe Gewerbetreibende.

Begleitſcheine, deren Ausſtellung bei Waarentransporten und Verſendungen. G. S. 1818. p. 114. 115. 125. — 1824. p. 182. f. — Strafe für deren Verfälſchung. G. S. 1818. p. 136. — Gebühren-Entrichtung für ſelbige. G. S. 1818. p. 85. f. — 1821. p. 181. — 1824. p. 203. — 1827. p. 153. — zu den von der Grenze mit der Poſt eingehenden Paketen, deren Ablieferung an die Steuerämter. v. K. A. 30. II. 312. — bei Waaren-Transporten, Beobachtung des vorſchriftsmäßigen Verfahrens mit denſelben. 32. I. 73. — bei Poſtpäckereien, ſ. dieſe.

Begnadigung, von der landesherrlichen, eines Verbrechers, Cr. O. §. 590. — §. 596. — Von der Zuläſſigkeit des Verſprechens der, bei Criminal-Unterſuchungen, Cr. O. §. 298. 299. — Die, (Cr. Ordn. §. 590. ff. A. L. R. II. XX. 63. XIII. 9. 10.) eines wegen wiederholten gewaltſamen Diebſtahls verurtheilten Verbrechers wird nur alsdann bewilliget, wenn nachgewieſen, daß derſelbe mehrere Jahre hindurch ſich untadelhaft betragen, und ſich auf eine ordentliche Art zu ernähren im Stande ſey, §. 19. d. V. v. 26. Febr. 1799. — die Strafe der Beraubung der Freiheit bis zur, ſetzt jedoch keine kürzere Strafzeit, als die ordentliche voraus, indem es von der Aufführung des Strafgefangenen abhängt, ob derſelbe auch nach Verlauf der ordentlichen Strafe noch länger zu detiniren, und mithin entweder zu begnadigen ſey oder nicht. R. v. 7. Mai 1814. v. K. J. 299. III. — Wie ein Begnadigter, welcher nachher einer begangenen Dieberei überführt wird, zu beſtrafen, §. 20. 21. der voralleg. V.; ein zum erſtenmal beſtrafter Räuber, der nach erhaltener Begnadigung einen abermaligen beträchtlichen Diebſtahl begeht, §. 24. daſelbſt. — Die Begnadigung des Haupt-Contravenienten zieht die Befreiung des für die Geldſtrafe des erſtern an deſſen Statt (in subsidium) haftenden Mitſchuldigen nach ſich. Geſ. Commiſſ. v. 15. Mai 1789. Kl. A. 211. V. — Von der erfolgten Königl. allgemeinen Begnadigung wegen begangener leichten Verbrechen, ſ. C. O. v. 9. Dec. 1809. J. M. 562. VIII. Decl. v. 9. Jan. u. R. v. 15. Jan. 1810. p. 566. v. 5. Aug. 1814. R. A. B. 402. IV. K. A. B. 302. 320. P. A. B. 387. 389. auch in Acciſe- u. Zollſtrafſachen, R. v. 11. Febr. 1810, wodurch die Ordnungsſtrafen u. Succumbenzgelder aber nicht aufgehoben worden, K. 411. IV. u. von welcher Begnadigung diejenigen nicht ausgeſchloſſen ſind, welche wegen verübter Injurien eine Strafe

zu leiden haben. R. v. 13. Aug. 1814. ſ. jedoch R. v. 12. Nov. 1814. v. K. J. 214. IV. In wie fern ſolche bei Forſtcontraventionen ſtatt findet. R. v. 7. Dec. 1814. p. 213. — Wie es bei Entlaſſung der begnadigten Gefangenen aus den Feſtungen und Zuchthäuſern gehalten werden ſoll, beſtimmt das R. v. 22. März 1798. St. B. 154. VI. ſ. Exekutionen. Vor Ablauf der in dem Erkenntniſſe feſtgeſetzten Zeit ſoll von Amtswegen nicht auf Begnadigung angetragen werden. C. O. v. 25. Sept. 1802. u. R. v. 18. Jul. 1804. S. M. 129. C. O. wegen der Begnadigungsgeſuche zum Tode verurtheilter Verbrecher, v. 15. Oct. 1810. 243. ſ. Verbrecher. — Von Verbrechern, Verfahren rückſichtl. derſelben. G. S. 1809. p. 577 — 579. — in wie weit ſolche für die ſchon zum Tode verurtheilten Verbrecher nachgeſucht werden kann. G. S. 1810. (A.) p. 735. — der bis zu ſelbiger detinirten Verbrecher, ſoll nicht vor dem Ablaufe der Strafzeit eintreten. v. K. A. 26. IV. 1104. — der Verbrecher in den Rheinprovinzen, Nichtausdehnung derſelben auf die Befreiung von der polizeilichen Aufſicht. 23. III. 653. — landesherrliche, R. v. 18. Apr. 1831. die Empfehlung eines Schuldigen zur landesherrl. Begnadigung von Seiten der Geſchwornen. v. K. J. XXXVII. 434. — R. v. 11. Juni 1831, die von den Gerichtsbehörden über Anträge auf Begnadigung ꝛc. an das Miniſterium zu erſtattenden Berichte betr. v. K. J. XXXVII. 419. — (Begnadigungs-Geſuche, Immediat-) deren Anbringung kann Sträflingen nicht verwehrt werden. v. K. A. 33. III. 755. IV. 1026. — R. v. 20. Juli 1832, betr. das Verfahren bei Geſuchen um Begnadigung. v. K. J. XL. 253 — 261; desgl. R. v. 28. Sept. 1832. XL. 264 — 267. — Begnadigungsgeſuch zieht Ausſetzung der Strafvollſtreckung nach ſich, ſiehe letztere.

ſ. übrigens auch Adel.

Auch bei Ausländern, wie bei Einländern, iſt auf Begnadigung, auf welche vor Ablauf einer gewiſſen Zeit von Jahren nicht angetragen werden darf, und zugleich bei jenen auf Transport über die Grenze, nach erfolgter Begnadigung, zu erkennen. R. v. 24. Febr. 1823. v. K. J. XXI. 333. — Wenn ein gutachtlicher Bericht und die Unterſuchungsakten in Begnadigungsſachen erfordert werden, ſo ſind die Relationen der zweiten Inſtanz in dem Falle einzuſenden, wenn ſich bei den Akten blos eine Ausfertigung des zweiten Erkenntniſſes ohne Gründe befindet. R. v. 11. Juni 1824. XXIII. 218. — ſ. Amneſtie, Detention, Injurienprozeß.

Begraben, zu frühes, ſ. Beerdigung.

Begräbniß-Kaſſen; ſ. Sterbekaſſen.

Begräbniß-Koſten-Sozietät; in Gumbinnen, für Offizianten, deren Verhältniſſe. v. K. A. 19. II. 300.

Begräbniß-Ordnung für die Stadt Erfurt. v. K. A. 20. IV. 770 — 787.

Begräbnißplätze, deren Anlegung, Erweiterung u. Verſchönerung. v. K. A. 18. III. 708. 715. — IV. 1045. — 19. IV. 924. — deren Reinhaltung und Entfernung alles bürgerlichen Verkehrs von ſelbigen. 21. II. 353. — gemeinſchaftliche, deren Einweihung. 20. III. 532. — deren Befriedigung und Umpflanzung mit Bäumen. 20. IV. 768. — deren Verlegung außerhalb der Städte und Dörfer. 18. III. 716. — 19. II. 415. — 23. I. 84. seq. — Erb-, deren Beibehaltung auch auf geſchloſſenen Kirchhöfen. 23. I. 84 — 86. — heidniſche, deren Aufgrabung für Bereicherung der Alterthumskunde. 19. II. 428. — ſ. auch **Kirchhöfe**. — Vorſchriften für deren Anlegung innerhalb der Feſtungs-Rayons. G. S. 1828. p. 125. — (Kirchhöfe) deren Einrichtung und polizeiliche Beaufſichtigung. v. K. A. 28. I. 146. — 151. — ſollen allmählig außerhalb der Städte verlegt werden. 28. I. 147. — deren Verlegung außerhalb der Dörfer iſt weder nothwendig noch räthlich. 28. I. 146. — Anlegung von Erbbegräbniſſen auf ſelbigen. 28. I. 146. 148. seq. — was bei der Aufſtellung von Grabmälern und Grabſchriften zu beobachten iſt. 28. I. 146. 150. — eingegangene, Zeitbeſtimmung für deren anderweite Benutzung. 28. I. 151. (öffentliche,) auf die Unterſuchung deren Beſchaffenheit ſoll bei allgemeinen Kirchen- ꝛc. Viſitationen beſondere Rückſicht genommen werden. 30. I. 84. — außer Gebrauch geſetzte, dürfen vor Ablauf von vierzig Jahren, nach erfolgter Schließung, ohne höhere Genehmigung nicht veräußert werden. 30. I. 183. — können jedoch inmittelſt zur Graswerbung, zu Baumpflanzungen, oder auf andere anſtändige Art benutzt werden. — Jüdiſche, Theilnahme an ſelbigen von Seiten fremder ſich anſiedelnder Juden. 30. II. 348. — deren Verlegung außerhalb bewohnter Orte, ſoll in Beziehung auf die dafür vorhandenen Mittel mit Schonung ausgeführt werden. 31. I. 101. — neue Verpflichtung der Kirchengemeinden zu deren Anlegung. 32. IV. 926. — deren Erhaltung und Verſchönerung. 33. IV. 954. — ſollen bei Anlegung neuer Chauſſeen verſchont bleiben. 33. I. 214. — katholiſche, Beerdigungen der Leichen evangeliſcher Glaubensgenoſſen auf denſelben. 33. III. 653. — wem deren Unterhaltung obliegt. R. v. 25. Mai 1834. — 34. III. 718. — der jüdiſchen Familien. P. A. B. 241. IV. K. A. B. IV. 234. — deren Benutzung von Militair-Gemeinden. Bek. v. 6. Jun. 1834. — v. K. A. 34. II. p. 372.

Begräbnißreden, ſiehe **Leichenreden**.

Beherbergen, unerlaubtes der Reiſenden. v. K. A. 17. I. 190.

Behörden, was in Ravensbergſchen Sachen unter, im Corp. Iur. Frid. zu verſtehen. R. v. 17. Dec. 1782. E. S. p. 1927.

VII. — in den abgetretenen Provinzen, Pflichtentlaſſung derſelben. G. S. 1807. p. 168. — höhere und beſonders adminiſtrirende, ſo wie Landräthe müſſen ſich bei Annäherung des Feindes entfernen. G. S. 1813. p. 91. — Lokal-Polizei- u. Kommunal-Behörden ſind davon ausgenommen, jedoch dürfen ſie in keinem Falle dem Feinde einen Eid leiſten. G. S. 1813. p. 91. — landſchaftliche, in Oſtpreußen, deren Eintheilung und Beſtimmung. G. S. 1808. p. 382. f. — ſtädtiſche, ſ. Magiſträte. — obere, ſ. Staatsbehörden; ſ. auch Provinzial-Behörden, Regierungen, Oberlandesgerichte, General-Kommiſſionen ꝛc. — Unter der vorgeſetzten, im §. 3. No. 2. Tit. 14. Th. 1. der A. G. O. muß diejenige Behörde verſtanden werden, welche in der Sache ſelbſt, wenn das Object appellabel geweſen, zu erkennen gehabt haben würde. R. v. 28. Mai 1811. J. M. XI. 7. — V. wegen verbeſſerter Einrichtung der Provinzialbehörden, v. 30. Apr. 1815. G. S. 85. V. — öffentliche, deren Pflichten in Betreff der Bekanntmachung der durch die Geſetzſammlung und die Amtsblätter erlaſſenen höheren Verordnungen. v. K. A. 17. I. 34. — ſollen an Sonn- u. Feſttagen während des Gottesdienſtes keine Geſchäfte betreiben. 17. I. 122. — Ausübung des Vorkaufsrechts durch ſelbige. 21. II. 289. seq. — welche Aufenthaltskarten ertheilen dürfen. 17. III. 115. — zur Handhabung der Sicherheits-Polizei und deren Verhältniſſe zu den Militairbehörden. 18. I. 283. — 20. IV. 810. seq. — gegenſeitige Mittheilungen zwiſchen ihnen und den Militairbehörden. 19. IV. 941. — 20. II. 277. — ſtädtiſche, Erhebung der Klaſſenſteuer durch ſelbige. 21. I. 10. — ausländiſche, mit ſelbigen ſollen die Königl. Poſtämter ſich auf keine amtliche Korreſpondenz einlaſſen. 25. I. 73. — ſiehe auch Adminiſtrations-Behörden, Regierungen ꝛc. — Zurücknahme fiscaliſcher Unterſuchungen wegen Beleidigungen gegen dieſelben auf Antrag des Beleidigten. 31. II. 256. — von Beleidigung derſelben ſ. Injurien. — Cirk. R. v. 21. Juni 1831. über die Zurücknahme der Injurien gegen dieſelben. v. K. J. XXXVII. 362.

Beichtgeld, ſoll abgeſchafft werden. v. K. A. 17. I. 129.

Beichtſiegel; ein Geiſtlicher kann nicht unter dem Vorwande des Beichtſiegels ſich der Pflicht entziehen, von denen verbrecheriſchen Aeußerungen während der Beichte dem Richter Rechenſchaft zu geben, zumal wenn die Beichtenden ſelbſt deren Bekanntmachung verlangen. S. u. Str. R. 1. Band No. 95. p. 377. — die Glaubwürdigkeit eines Zeugen wird dadurch nicht geſchwächt, daß er den Richter mit dem Inhalte ſeiner Beichte bekannt macht. S. u. Str. Rechtsſp. 1. B. No. 95. p. 377.

Beichtſtuhl, V. die Haltung der Beichte betr. R. v. 18.

Oct. 1660. C. S. I. I. No. 26. E. wegen Freiheit deſſelben v. 16. Nov. 1698. I. I. No. 65. R. wegen der wieder (E. v. 2. April 1705. No. 72.) erlaubten Frühbeichte v. 19. Sept. 1743. C. S. p. 151. C. II. die allgemeine Beichte ſoll ſo wenig abgeſchlagen als die Privatbeichte verweigert werden. R. d. d. Berlin den 29. Nov. 1781. ſ. auch allgemeine Anweiſung für Prediger v. 9. Apr. 1794. §. 9. C. S. p. 2128. IX.

Beil, Todesſtrafe mit ſelbigem, auf dieſe, nicht mehr auf diejenige mit dem Schwerte, ſoll künftig gegen Verbrecher erkannt werden. G. S. 1811. p. 199.

Beilagen; ſiehe Abſchriften, Kanzelleiarbeiten, Schreibgebühren, Schreibmaterialien.

Beilbriefe — Atteſt der Seegerichte über den vorſchriftsmäßigen Bau eines zum Frachtentransport beſtimmten Schiffes. A. L. R. II. VIII. 1392. — R. die Ausfertigung der Schiffsbeilbriefe in Pommern betr., v. 7. Jan. 1815. v. K. J. V. 7. — ſ. Schiffsbeilbriefe.

Beilſtein, Herrſchaft, wird von den Niederlanden an Preußen abgetreten. G. S 1808. (Anh. p. 26.) — und von letzterem wiederum an Naſſau; daſ. p. 31.

Beirauchsgeld, Beiwohnerrecht, ſ. Schutzgeld.

Beiſaſſen, (Schutzverwandte) in den ehemal. Naſſauiſchen Landestheilen, deren Niederlaſſung und Theilnahme an den Gemeinde-Abgaben. v. K. A. 26. IV. 1071.

Beiſchlaf, unehelicher, A. L. R. Th. 2. Tit. 2. — rechtliche Folgen deſſelben in den wieder vereinigten Provinzen. G. S. 1814. p. 92. — Abhandlung über die rechtlichen Folgen deſſelben. v. K. J. XLIV. p. 34.

Beiſitzer, A. L. R. II. VIII. 194—196. der Innungen ſ. Pat. v. 16. Aug. 1731. §. 1. C. S. V. II. X. No. 81. ſ. Gerichtsbeiſitzer, Unterſuchungskoſten.

Beiſtände, der Betheiligten bei Regulirungen der gutsherrlichen und bäuerlichen Verhältniſſe und Gemeinheitstheilungen. G. S. 1817. p. 175. — Ueber die Befugniß, den Partheien in gerichtlichen Terminen zu aſſiſtiren. R. v. 28. Dec. 1832. die Reiſe- und Zehrungskoſten der Aſſiſtenten in Prozeſſen betr. v. K. J. XL. 542 — 544. — ſ. Geiſtlicher Beiſtand, Rechtsbeiſtände.

Beitritt zur Appellation, ſ. Appellation.

Bekanntmachungen, allgemeine, deren Aufnahme in den öffentlichen Anzeiger der Regierungs-Amtsblätter. G. S. 1811. p. 166. — ſ. a. Amtsblätter, Geſetzſammlung, Geſetze und Verordnungen. — amtliche, deren Aufnahme in die Amtsblätter, Zeitungen und Intelligenzblätter. v. K. A. 23. III. 530.

531. — amtliche, zu welchen kein dringender Anlaß vorhanden iſt, ſollen aus den Amtsblättern weggelaſſen werden. 26. IV. 944. — in Domainen- und Forſt-Veräußerungs- und Verpachtungs-Angelegenheiten, Aufbringung der Inſertions-Gebühren für ſelbige, wenn erſtere nicht unentgeltlich geſchehen. 26. IV. 973. — öffentliche, deren Aufnahme in Zeitblätter mit Berückſichtigung des Intelligenzweſens. 24. II. 327. — IV. 986. — lokale, deren Aufnahme in den öffentlichen Anzeiger der Amtsblätter und in den Wochenblättern, ohne vorherige Einrückung ins Intelligenzblatt. 26. II. 303. — ſiehe auch Amtsblätter, Geſetze, Intelligenzblätter und Gebühren. — öffentliche, Cirk. die möglichſt gedrängte Faſſung derſelben betr. v. 18. März 1829. v. K. J. XXXIII. 137. 138. — amtliche, deren unentgeldliche Aufnahme in die Amtsblätter und deren öffentlichen Anzeiger. v. K. A. 32. I. 97. — nur zur Kenntnißnahme und Beachtung ſubordinirter Behörden beſtimmt, ſollen mittelſt ſpecieller Erlaſſe erfolgen. 32. I. 97. — deren unentgeldliche Aufnahme in die Intelligenzblätter. 32. IV. 823. — ſollen möglichſt beſchränkt und ſummariſch gefaßt werden, ebendaſ. — in Domainen- und Forſt-Veräußerungs- und Verpachtungs-Angelegenheiten — Bezahlung und Wiedereinziehung deren Koſten. 27. II. 371.

der aufgehobenen Gütergemeinſchaft. Wenn Eheleute ſich vor Einführung des Allg. Landrechts verheirathen, und die geſetzlich ſtatt findende Gütergemeinſchaft durch Vertrag ausgeſchloſſen, dieſe Ausſchließung aber nicht öffentlich bekannt gemacht, auch die Bekanntmachung nicht bei Einführung des Allg. Landrechts nachgeholt haben; iſt in einem ſolchen Falle anzunehmen, daß von der Zeit an, da das Allg. Landrecht in Kraft getreten iſt, in Beziehung auf dritte Perſonen, die Gemeinſchaft der Güter unter ihnen ſtatt findet? S. u. Str. R. 2. B. No. 32. p. 290. — an die Hypothekengläubiger, ſ. Pertinenzien-Subhaſtation, — amtliche; ſ. Publikanda, — öffentliche; ſ. Brandſtifter.

ſ. übrigens auch Subhaſtationspatent.

Bekenntniß, die von dem Angeſchuldigten bei Vernehmungen von Civilgerichten in Folge des §. 20. der Cr. Ordn. abgelegten Bekenntniſſe ſollen als gültig und keiner Wiederholung bedürfend angeſehen werden, wenn die Vernehmung von einem Richter und vereideten Protokollführer geſchehen iſt. Decl. v. 12. Dec. 1816. G. S. 240. VI. ſ. Geſtändniß.

ſ. Spezial-Inquiſition, Todesſtrafe.

Bekleidung, die von den Civilgerichten zur Feſtungsſtrafe verurtheilten Landwehrmänner und zur Kriegsreſerve gehörigen Soldaten ſollen bei ihrer Ablieferung zur Feſtung mit 1) drei noch

guten Hemden, 2) einem Paar wollner Strümpfe, 3) einem Paar Schuhe oder Stiefeln, 4) einem Huth oder einer Mütze, 5) einem Paar Beinkleider, 6) einer Weſte und 7) einem Rock oder einer Jacke verſehen ſeyn, und die Civilgerichte dafür ſorgen, daß dieſe Kleidungsſtücke aus dem Vermögen des Sträflings, oder in deſſen Ermangelung aus dem Criminalfond angeſchafft werden. Reſcr. v. 1. Juni 1818. v. K. J. XI. 245. — Beſtimmungen über die Bekleidung der an die Strafſectionen bei den Garniſon-Compagnien abzuliefernden Individuen der Landwehr und Kriegsreſerve. Reſcr. v. 2. Auguſt 1824. XXIV. 159. und v. 24. Nov. 1826. XXVIII. 319. — ſ. Gefangene, Unterſuchungskoſten. — etatsmäßige Feſtſetzung derſelben für die Sträflinge in Straf- und Beſſerungs-Anſtalten. v. K. A. 26. IV. 1103. — doppelfarbige, der Baugefangenen. 18. II. 408. — 19. II. 479. — einförmige, für Gefangene und Sträflinge. 20. I. 83. — der Transportaten. 17. I. 202. — III. 167. 168. — Verſorgung der an die Straf-Sektionen bei den Garniſon-Kompagnien abzuliefernden Individuen der Landwehr- und Kriegs-Reſerve mit ſelbigen, und deren Vergütigung. 26. IV. 1146. — der zur Feſtung abzuliefernden Landwehrmänner. 18. III. 805. ſiehe auch Kleidungsſtücke. — der neu einzuſtellenden Rekruten Behufs des Marſches zu ihren Truppentheilen, dafür müſſen die Kommunen Sorge tragen. 32. II. 518. — der Gefangenen auf Transporten. 33. III. 751. — der Gefangenen und Züchtlinge, ſiehe letztere.

Bekleidungskoſten für Kriminal-Gefangene, deren Beſtreitung aus dem Kriminalkoſten-Fonds. v. K. A. 19. I. 199. — deren Aufbringung aus den Spezial-Fonds öffentlicher Anſtalten für die während der Unterſuchung in Gefängniſſe untergebrachten Individuen. 20. I. 84. — deren Aufbringung für die in die Tapiauer Korrektions-Anſtalt eingelieferten Vagabunden. 30. I. 137. — für militairpflichtige wandernde Handwerksburſchen und unſichere Rekruten, deren Aufbringung von Seiten der Kommune in welcher die Aushebung erfolgt. 31. II. 421. — für Vagabunden, ſ. letztere.

Beklemmung, beklembde Meyer, in Oſtfriesland kommt mit der Erbpacht am meiſten überein. St. B. p. 127. IV.

Beläge, ſ. Portobeläge, Rechnungsbeläge, Rechnungsbelegung, Reiſekoſten.

Belaſtung; ſ. Beſitztitel.

Belegung; ſ. Beläge, Rechnungsbelegung. — der Kaufgelder, ſ. Subhaſtation und Kaufgelder-Liquidationsprozeß.

ſ. überhaupt Bankverkehr, Kapitalsbelegungen, Kaufgelder, Treſor- und Thalerſcheine.

Belehnung, ſ. Allodifikation.

Belehrung der Partheien über den Effect der Appellation im ſummariſchen Prozeß. R. v. 19. Sept. 1834. v. K. J. XLIV. 89. — bei Publikation der Strafreſolute, kann ſchriftlich geſchehen, ſ. Steuer-Kontravention. Urtels-Publicandi.

Beleidigungen, Eröffnung der fiscaliſchen Unterſuchung gegen Regierungsofficianten, namentlich gegen einen Cenſor wegen der angeblich in einer cenſirten Schrift enthaltenen Beleidigungen. R. v. 31. Oct. 1815. v. K. J. VI. 21. — Die einer aus Mitgliedern einer Bürgercompagnie beſtehenden Wache zugefügten Injurien müſſen eben ſo beſtraft werden, als diejenigen, welche einer Militairwache zugefügt worden. R. v. 25. Nov. 1815. VI. 194. — Glaubwürdigkeit der Executoren wegen der bei Ausübung ihres Amts ihnen zugefügten Beleidigungen. R. v. 4. Mai 1816. VII. 197. — Die wider die Mitglieder der Gensd'armerie verübten Injurien müſſen als ſolche angeſehen werden, welche Militairperſonen zugefügt worden ſind. R. v. 6. Juli 1816. VIII. 24. — Wird einem Schriftſteller durch öffentliche Verbrennung ſeiner Druckſchrift eine Injurie zugefügt? Abhandlung X. 84—99. — Die Circular-Verordnung v. 30. Dec. 1798, die Strafen der Injurien betreffend, findet auf Beleidigungen, welche Beamte bei oder in Ausübung ihres Dienſtes zugefügt werden, keine Anwendung. R. v. 11. Juli 1823. XXII. 103. ſ. Bürgerſtand. — der Adminiſtrationsbehörden, in wiefern dabei die Kognition der Juſtizbehörden eintritt. v. K. A. 18. IV. 1171. ſ. a. Injurien. — gegen öffentliche Behörden und Beamte, Zurücknahme der fiskaliſchen Unterſuchungen wegen derſelben, auf den Antrag des Beleidigten. 31. II. 256. — der Armen, gegen die Armenpflege, ſiehe Armen.

ſ. auch Injurien.

Belgien, Vereinigung des von Frankreich abgetretenen Theils deſſelben mit den Niederlanden. G. S. 1818. (A.) p. 129. — Packet-Verſendungen durch die Poſt nach ſelbigem. 23. II. 256. — deſſen Verordnungen rückſichtl. des Einbringens fremder Waaren. v. K. A. 17. III. 39.

Belgiſcher Moniteur (le Moniteur Belge), deſſen Ein- und Durchgang wird geſtattet. v. K. A. 31. IV. 748.

Bella donna, deren Gebrauch als Schutzmittel bei ausbrechenden Scharlach-Epidemien. v. K. A. 26. III. 830. — Koſten-Beſchaffung für deren Gebrauch in Scharlachfieber-Epidemien. 27. I. 232.

Belohnende Schenkung. Iſt die von dem Verkäufer eines Gutes nach bereits geſchloſſenem Kaufkontrakt einem Dritten ſchriftlich ertheilte Zuſicherung ein ihm für die Bemühungen

bei dem Verkauf, wenn ſolcher vollſtändig bewirkt werde, freiwillig verſprochenes, belohnendes Geſchenk von den Kaufgeldern zu zahlen, für das Verſprechen eines belohnenden Geſchenkes, oder das eines Mäklerlohns zu erachten? S. u. Str. R. 2. Bd. No. 14. p. 139. — Kann in Schleſien als proxeneticum für den Verkauf eines Gutes mehr als ein Prozent des Kaufgeldes rechtsgültig verſprochen werden? S. u. Str. R. 2. Bd. No. 14. p. 139.

Belohnungen, extraordinaire, für ausgezeichnete Beamte aus dem Regierungs-Prämienfonds und aus erſparten Gehältern. G. S. 1808. p. 493. f. — 1817. p. 256. 257. f. — bei den Juſtizbehörden. G. S. 1810. p. 19. — für Entdeckung der Brandſtifter, ſiehe letztere. — Betrag derſelben für den Stellvertreter eines Freiſchulzen, ſ. Freiſchulzen. — kann exekutiviſch beigetrieben werden, ſ. Erbſchulzen.

ſ. auch Prämien.

Belzig, Amt, gehört in ſtändiſcher Beziehung zur Kurmark. G. S. 1823. p. 130.

Benachrichtigung; ſiehe Vorladung, Wechſelproteſte.

Beneficial-Erben. Ueber den Sinn des §. 18. Tit. 24. Th. I. der A. G. O., welcher verordnet: „Hat ſich der Erbe bis zum Ablauf der Ueberlegungsfriſt entweder gar nicht, oder ausdrücklich nur unter der Rechtswohlthat des Inventarii erklärt, ſo muß der Exekutionsſucher die alsdann nach Vorſchrift der Geſetze vorzunehmende Regulirung der Verlaſſenſchaft abwarten." Abhandlung. v. K. J. XXVII. 68—74. ſ. Beneficial-Qualität, Adjudikation. — deſſen Verhältniß zu den Erbſchaftsgläubigern. R. v. 26. Apr. 1833. XLI. 220. — deſſen Verhältniß in Beziehung auf Löſchungen und andere Gegenſtände des Hypothekenbuchs. R. v. 29. Apr. 1833. XLI. 545—547. — Iſt ein Beneficial-Erbe, welcher während der Dauer ſeiner Adminiſtration des Nachlaſſes ausſtehende Forderungen deſſelben eingezogen, und Nachlaßſchulden berichtigt hat, nach hiernächſt eröffnetem erbſchaftlichen Liquidations-Prozeſſe verpflichtet, die eingezogenen Gelder zu der, unter gerichtliche Adminiſtration geſtellten Maſſe zurück zu zahlen und ſtatt der befriedigten Gläubiger zu liquidiren, oder gebührt dem Beneficial-Erben ein Kompenſations-Recht gegen die Maſſe? S. u. Str. R. 2. B. No. 5. p. 63.

Beneficial-Qualität. Eintragung einer Hypothek auf ein Grundſtück, bei welchem die Einſchränkung des Beſitzers als Beneficial-Erben vermerkt iſt, und welche Dispoſition dem Beneficial-Erben in Geſchäften, die ſich zur Eintragung in Rubrica I. und II. qualificiren, bei dem Hypothekenbuche gebührt. R. v. 2. Mai 1815. v. K. J. Vb. 56. — Die Hypothekenbehörden ſind nicht ermäch-

tigt, in den Fällen, wo ein Beneficial-Erbe das zur Erbſchaft gehörige Grundſtück nach den Förmlichkeiten einer nothwendigen Subhaſtation zum Verkauf ſtellt, nach erfolgter Einzahlung des Kaufgeldes ad depositum die Einſchränkung wegen der Qualität des Verkäufers als Beneficial-Erben im Hypothekenbuche zu löſchen. R. v. 14. März 1823. XXI. 46.

Beneficien, R. die Einſchränkung der Geiſtlichen, in Südpreußen betr. v. 2. Sept. 1797. St. B. p. 141. XIII.

Beneficium inventarii; ſ. Erbſchaftsantretung.

Beneficium taxae; ſ. Lehnsſchuld.

Benninghauſenſches Landarmenhaus in Weſtphalen, Theilnahme der Stände an deſſen Verwaltung. v. K. A. 27. III. 586. — ſ. auch Arbeitshaus.

Bentheim und Steinfurt, gräfl. Haus, deſſen Abfindung rückſichtlich der an Frankreich habenden Forderungen. G. S. 1816. p. 64.

Bepflanzung der Landſtraßen mit Bäumen, ſ. dieſe.

Bequartirung, ſiehe Einquartirung rc.

Beraubungen öffentlicher Kaſſen, Sicherung dagegen. v. K. A. 20. IV. 827 — 835.

Berechnungen, ſollen im Handel und Verkehr, bei öffentl. Verhandl. rc. nicht anders als nach der neuen preuß. Münzeintheilung ſtatt finden. G. S. 1826. p. 116. — 1830. p. 3. 4. 22. 23. — Kontraventionen dagegen werden mit Ausnahme des Wechſelverkehrs polizeilich beſtraft; ebend.

Berechtigungsſchein; ſ. Kriegsdenkmünze.

Berg, Großherzogth., wird mit der preuß. Monarchie vereinigt. G. S. 1815. p. 23. 24. — k. Patent über deſſen Beſitznahme. G. S. 1815. p. 21. — deſſen Kreiseintheil. u. Begränzung. G. S. 1815. p. 97. — Verwaltung der Gemeinde- und Inſtituten-Waldungen in ſelbig. G. S. 1817. p. 57 — 60. — Zoll- u. Verbrauchs-Steuer-Tarif für ſelbiges. G. S. 1818. p. 67. 87. f. — Geſetz über die gutsherrl. und bäuerl. Verhältniſſe in den zu ſelbigem gehörig geweſenen Landestheilen. G. S. 1820. p. 169. — Ausführung des Geſetzes v. 25. Sept. 1820. wegen der gutsherrl. und bäuerl. Verhältniſſe in den ſonſt zu jenem gehörigen Landestheilen. G. S. 1822. p. 207. — In Stelle des Geſetzes v. 25. Sept. 1820. tritt dasjenige v. 21. Apr. 1825. G. S. 1725. p. 73. 94 — 112. — Präkluſionsfriſt für die Verwaltungsanſprüche an ſelbiges. G. S. 1823. p. 156. — Aufhebung der Abgaben, welche ſtatt der Einregiſtrirungs-Gebühren in ſelbigem eingeführt worden. G. S. 1822. p. 57. — Aufhebung der in ſelbigem früher beſtandenen Geſetze über aufgehobene Lehne, Zehnten rc. G. S. 1825. p. 95. — Aufhebung der in ſelbigem erlaſſenen Dekrete v. 17. Dec.

1811 u. 21. Febr. 1813. wegen Anlegung und Bewilligung von Kommunalabgaben und Steuern. G. S. 1827. p. 6. 7. — Ordnung wegen Ablöſung der Reallaſten in den zu ſelb. gehörig geweſenen Landestheilen v. 13. Juli 1829. G. S. 1829. p. 65 — 92. — Anordnungen rückſichtl. der Fideikommiſſe in den zu ſelbigem gehörig geweſenen Landestheilen. G. S. 1828. p. 38. — Friſtbeſtimmung zur Anmeldung der Rechte der Fideikommis-Anwarter. G. S. 1828. p. 39. — 1829. p. 45. — ſ. auch Provinzen, neue und wieder eroberte. — Liquidationsverfahren rückſichtl. der Verwaltungs-Anſprüche an daſſelbe. v. K. A. 23. III. 537. seq. — ſchiedsrichterliches Verfahren rückſichtl. der in deſſen übernommenen Landestheilen aufgehobenen Rechte des Grundbeſitzes. 26. III. 619 — 631. — Verwaltung der milden Stiftungen in den zu ſelbigem gehörigen Landestheilen. 24. IV. 1055. — Beitrags-Verhältniß der Staatsdiener zur Kommunal-Einkommenſteuer in ſelbigen. 26. IV. 1080. — Beſtätigung der Privat-Förſter in ſelbigen von Seiten der Königl. Regierungen. 26. III. 718. — Ober-Bergiſche Landestheile, ehemalige, Ausübung der Forſtwirthſchafts-Polizei in ſelbigen. 26. I. 35. — Rechte der Fideikommis-Anwarter daſelbſt, ſiehe Anmeldungsfriſt und Fideikommiß-Anwarter. — Erhaltung der Landtagsfähigkeit dortiger ritterſchaftlicher Güter nach Ablöſung der Reallaſten, ſiehe Landtagsfähigkeit. — Anwendung der Beſtimmungen des §. 2. des Geſetzes v. 23. März 1828 rückſichtlich der, in dem vormaligen Großherzogthum Berg gehörig geweſenen Landestheile vor Einführung der franzöſiſchen Geſetze beſtandenen Fideikommiſſe, auch auf Erbtheilungen. Cab. Ord. v. 24. Jul. 1832. G. S. 1832. p. 201. — Abhandlung über das dortige Devolutions-Recht. v. K. J. XL. 325 — 398. — Vorſchriften für die Abſchließung von Ehen in den zu demſelben gehörig geweſenen Landestheilen. v. K. A. 33. II. 391.

Bergabhänge, deren Sicherung durch Geländer. v. K. A. 17. I. 235.

Bergämter, (Ober-) und Bergwerksbehörden, reſſortiren vom Miniſterio des Innern. G. S. 1808. p. 368. — ſtehen unter dem Berghauptmann. G. S. 1810. p. 13. — deren Gerichtsbarkeit hört auf. G. S. 1808. p. 468. — Verwaltung der denſelben wiederum beigelegten Gerichtsbarkeit durch beſondere Berggerichte. G. S. 1816. p. 104. die Wirkſamkeit der letztern, aus einem Bergrichter, einem vereideten Protokollführer und einem Gerichtboten beſtehend, erſtreckt ſich nur auf reine Bergwerksſtreitigkeiten. G. S. 1816. p. 104. 106. — im Uebrigen tritt das Reſſort der ordentlichen Civilgerichte ein. G. S. 1816. p. 105. — die Aufſicht über dieſe Berggerichte gebührt den Oberlandesgerich-

ten. G. S. 1816. p. 107. — Führung und Beaufſichtigung des Berghypothekenweſens b. d. Berggerichten. G. S. 1816. p. 108. — deren Gerichtsbarkeit und Verfaſſung. R. v. 23. Aug. 1817. v. K. J. X. 13.

Bergamt; ſ. Gerichtsbarkeit.

Bergamtliche Bekanntmachungen, deren unentgeldliche Aufnahme in die Amtsblätter. v. K. A. 26. III. 566.

Bergamtliche Sportelkaſſe, ſiehe Unterſuchungskoſten.

Bergamtliche Verhältniſſe in Schleſien, ſtändiſche Vorſchläge wegen einiger Abhülfen in ſelbigen. v. K. A. 27. I. 318. seq.

Bergantheile, von den Förmlichkeiten der Subhaſtationen derſelben, ſ. Subhaſtation, ſ. auch Pupillengüter.

Bergarbeiter, deren Einbeorderung zum Militairdienſt. v. K. A. 17. III. 226. — dürfen ohne Trauſchein der Bergbehörde nicht aufgeboten und getraut werden. v. K. A. 33. II. 392.

Bergbau, Sektion für deſſen obere Verwaltung im Miniſterio des Innern. G. S. 1808. p. 363. 368. — zu welchem eine Belehnung der Bergbau-Behörde erforderlich, iſt gewerbeſteuerfrei. G. S. 1823. p. 16. — die bei demſelben angeſtellten Arbeiter bedürfen einer polizeilichen Legitimation. v. K. A. 17. I. 193. — Aufſicht auf denſelben. 18. II. 454. — Anſtellung qualifizirter Steiger oder Arbeitsaufſeher bei ſelbigem. 17. I. 237. — Verhütung von Unglücksfällen bei ſelbigem. 19. III. 802. — 21. I. 170. seq. — 24. II. 568. seq. — in Schleſien, Beſtimmung über einige Verhältniſſe deſſelben. 31. I. 189—191. — gewerkſchaftlicher, Anwendung der Stempelpflichtigkeit in Angelegenheiten deſſelben. 32. I. 76. — ſ. a. Verjährung.

Bergbau-Gewerkſchaften, Ernennung von Bevollmächtigten und Repräſentanten für ſelbige. v. K. A. 20. II. 242. — ſchleſiſche, Verwendung der von ſelbigen zur Beförderung des Religions- und Schulunterrichts abzutretenden zwei Freikure. G. S. 1830. p. 48.

Bergbau-Hülfsgelder in Schleſien, über deren Verwendung ſollen den Gewerken überſichtliche Rechnungs-Extracte vorgelegt werden. v. K. A. 31. I. 191.

Berg-Beamte, ſ. Gerichtsbarkeit, Hütten-Juſtizämter (und Hüttenbeamte) von Concurrenz derſelben bei den gerichtlichen Verhandlungen der Hütten-Juſtizämter, R. v. 4. Juni 1814. v. K. J. 254. III. Die Bergleute ſind in Rückſicht der Militairdienſte nur zum Mineur- und Pionnierdienſt verpflichtet, C. O. v. 14. Aug. 1813. K. A. B. 128. V. und werden durch die kompetenten Bergwerksbehörden ausgehoben. p. 134. Von dem

Wirkungskreiſe des K. Ober-Berg-Amts für die Brandenburgiſchen Pr. Provinzen, R. A. B. 434. VI. K. A. B. 283. P. A. B. 351.

Berg-Bediente; wenn ein Bergbedienter oder Bergmann ſich gemeiner Verbrechen ſchuldig macht, welche ſein Amt oder das Bergweſen nicht betreffen, ſo ſtehet zwar den Berggerichten die gefängliche Einziehnng und erſte ſummariſche Cognition zu; die weitere Unterſuchung, Abfaſſung des Erkenntniſſes, und Exekution hingegen, liegt den ordentlichen Gerichten und Juſtizkollegien ob, an welche zu dem Behuf der Verbrecher ausgeliefert werden muß. §. 6. des Ed. v. 21. Febr. 1816. G. S. 105. VI. Wenn Bergleute bei öffentlichen Tumulten implicirt ſind, ſoll die Polizeiobrigkeit zwar denſelben ſteuern, die Bergleute arretiren, auch gegen ſie den Vorfall mit unterſuchen, jedoch dazu den Geſchwornen des Reviers, oder in deſſen Abweſenheit, den auf ihn folgenden nächſten Gruben- oder Hütten-Offizianten, je nachdem es Berg- oder Hüttenleute betrifft, mit zuziehen, und die Acten ſodann zur Beſtrafung dieſer Berg- und Hüttenleute an das Oberbergamt abgeben; ſo wie dieſes an das competente Landes-Juſtizkollegium geſchieht, wenn das Vergehen der Bergleute eine Criminal-Unterſuchung und Erkenntniß erfordert. R. v. 12. Aug. 1799. St. B. 80. IX. — wegen Beſtrafung der Bergwerkscontraventionen ſ. die beſondern Bergordnungen, auf welche in dem A. L. R. Th. 2. Tit. 20. §. 12. verwieſen worden. — ſ. Bergwerksbeamte.

Berg-Eigenthum auf Flötzen, deſſen Muthung und Verleihung. G. S. 1821. p. 106.

Berg-Gerichte; R. v. 12. Jul. 1830, betr. die Aufſicht der Oberlandes-Gerichte auf dieſelben. v. K. J. XXXVI. 157. — ſ. auch Freifahrungsſachen.

ſ. ferner Actus voluntariae jurisdictionis, Bergämter, Gerichtsbarkeit, Kriminal-Urtel.

Berg-Gerichtsbarkeit, ſ. Unterſuchungskoſten.

Berg-Geſchworne, müſſen vor Ertheilung des Gewerbeſcheins ihre Qualification nachweiſen. G. S. 1810. p. 84. — werden als Staatsbeamte nur von den Oberbergämtern angeſetzt. G. S. 1811. p. 275.

Berg-Hauptmann, als Direktor des Salz-, Berg- und Hüttenweſens, iſt dem Gewerbedepart. untergeordnet. G. S. 1810. p. 13. — unter demſelben ſtehen alle Salzwerks-, Berg-, Hütten- auch Torfämter und Behörden. G. S. 1810. p. 13. — ſiehe auch Ober-Berghauptmann. — Rangverhältniß deſſelben. v. K. A. 26. IV. 934.

Berg-, Hütten- und Salinen-**Arbeiter,** ſ. a. Trauungen.

Berg-Hypothekenweſen. Inſtruktion für die Berg-

ämter Bochum und Eſſen, wegen Einrichtung und Bearbeitung des Berg-Hypothekenweſens v. 21. Sept. 1832. v. K. J. XL. 226 — 241.

Bergiſche Landestheile, großherzogl. ehemalige, Regulirung der Grundſteuer-Kontingente und Beiſchläge in ſelbigen. v. K. A. 28. II. 339. 341. — Aufrechthaltung der Privat-Jagd-Berechtigung in ſelbigen. 28. II. 352. — Cab. O. v. 24. Nov. 1833. betr. die Ablöſung des Heimfallsrechts. G. S. 1833. p. 292. — ſ. a. Berg, Großherz.

Bergiſche Zwangs-Anleihe, v. J. 1814. Rückzahlung der Kapitalien aus ſelbiger. v. K. A. 24. III. 764.

Bergleute, Werbefreiheit derſelben nach dem Privilegium v. 3. Dec. 1769. E. S. p. 6299. IV. G. S. 1813. p. 103. — ſollen, wenn ſie zum Kriegsdienſte ausgehoben werden, nur zum Mineur- oder Pionnierdienſt gebraucht werden, ebend. — können im Kriege auch als Freiwillige in Reihe und Glied treten, ebend. N. A. B. 126. III. K. A. B. 100. III. — Ausübung der Gerichtsbarkeit über ſelbige. G. S. 1816. p. 105. — Kognition über gemeine Verbrechen derſelben, ebend. — in dem Herzogth. Cleve, der Gr. Mark, Reglement für dieſelben, v. 9. Mai 1801. E. S. p. 158. XI. — deren Verpflichtung, zu den Kommunallaſten beizutragen. 20. I. 55. — deren Trauſcheine. v. K. A. 17. I. 64. — verunglückte, Tragung der Koſten bei gerichtlichen Unterſuchungen wegen derſelben. 24. III. 730. — verarmte, Verſorgung derſelben und deren Wittwen und Kinder. 20. I. 55. — dürfen ohne Trauſchein des kompetenten Bergamts nicht getraut werden. 32. II. 212. — ſ. Bergarbeiter u. Bergbediente.

ſ. auch Unterſuchungskoſten.

Berg-Polizei-Reglement für die Dachſchieferbrüche. v. K. A. 24. IX. 1092.

Berg-Prozeſſe, fiskaliſche, Verfahren und Inſtanzenzug in ſelbigen. G. S. 1816. p. 106.

Bergſche Rechtsordnung, ſ. Eigenthumsrecht.

Bergwerke, Pat. wegen Verwaltung des Bergwerksregals v. 9. Apr. 1803. E. S. p. 1798. XI. v. 12. Apr. 1803. p. 1814. v. 16. Mai 1803. p. 1843. Decl. wegen Ueberlaſſung des Grund und Bodens an die Bergbau treibenden Gewerke zur Anlage der Abfuhrwege und Niederlagen, v. 27. Okt. 1804. p. 2755. XI. N. A. 315. III. u. R. v. 28. Nov. 1804. E. S. p. 2783. XI. J. M. I. 81. Wenn es bei Bergwerksprozeſſen auf Umſtände ankommt, zu deren richtigen Beurtheilung Theorie und praktiſche Kenntniſſe erforderlich ſind, ſoll bei Abfaſſung des Erkenntniſſes ein von dem Bergamte der Provinz zu ernennender gehörig qualificirter Sachverſtändiger zugezogen werden. R. v. 22. Jun. 1784, v. 21. Dec.

1802, v. 19. Mai 1804. N. A. III. 371. — Die zeither beſtandenen drei Berg-Diſtrikts-Behörden zu Berlin, die Bergswerks- und Hütten-Adminiſtration, die Haupt-Torf-Adminiſtration und das Haupt-Eiſen-Comptoir, ſind aufgehoben, und an deren Stelle iſt eine neue Berg-Provinzial-Behörde unter dem Namen des Brandenburg-Preußiſchen Ober-Berg-Amtes conſtituiret, welchem die Geſchäfte vorbenannter Behörden zugetheilt, und die techniſche Leitung der Salzfabrikation übertragen worden, in Anſehung deſſen, ſo wie des Torfweſens und der Rüdersdorfer Kalkſteinbrüche, daſſelbe dem Königl. Finanzminiſterio, zu deſſen Reſſort dieſe Objekte, auch das Münzweſen und die Porzellan-Manufaktur gehören, untergeordnet iſt. In allen übrigen Berg- und Hüttenmänniſchen Angelegenheiten aber iſt das Ober-Bergamt zu Berlin, ſo wie das Schleſiſche Ober-Bergamt zu Breslau, der General-Berg-Bau-Direktion im Miniſterio des Innern untergeordnet, welche ſtatt des bisherigen Bergwerks- und Hütten-Departements beſtellt worden. Publ. v. 26. Apr. 1810. — Pat. wegen Verwaltung des Bergwerksregals in den ſeculariſirten Stiftern Eſſen und Werden v. 9. Apr. 1803. St. B. p. 338. XVII. in dem Bisthum Paderborn v. 16. Mai 1803. p. 342. Fürſt. Hildesheim u. ſ. v. 9. Apr. 1803. p. 346. R. wegen der neuen Organiſation der Verwaltungsbehörden des Bergwerks- und Hüttenweſens, v. 25. Apr. 1810. J. M. IX. 125. — Subhaſtations-Patente von ſelbigen, dürfen in den Kirchen nicht mehr abgeleſen werden. G. S. 1825. p. 220. — allgemeine Adminiſtration derſelben, Theilung deren Schulden mit dem Königreiche Weſtphalen. G. S. 1811. p. 227. — deren Benutzung in ſtandesherrlichen Bezirken. G. S. 1820. p. 88. — Berechtigungstitel für ſelbige. v. K. A. 23. III. 609. — deren Beſichtigung. 18. IV. 1130. — Gebrauch der Davyſchen Sicherheitslampen in ſelbigen. 26. II. 336 — 344. — Privat- Beaufſichtigung derſelben. 24. I. 66. — Verpflichtung der Gruben-Gewerkſchaften zur Beſtellung von Verlegern ꝛc. 21. I. 41. — in den Rheinprovinzen, Befreiung derſelben von den Gemeindelaſten. 29. III. 716. — Maaßbeſtimmung für die Vierung bei denſelben. 31. II. 308. —

ſ. Subhaſtationspatent.

Bergwerks-Angelegenheiten, Befugniß der Ober-Präſid. zur Annahme von Beſchwerden in ſelbigen. G. S. 1826. p. 3. — Unterſuchungskoſten Behufs der Ertheilung von Konzeſſionen in ſelbigen. v. K. A. 25. IV. 1002. — Portofreiheit in ſelbigen. 17. I. 63. — Gültigkeit der in ſelbigen abgeſchloſſenen Kontrakte. 28. II. 363.

Bergwerks-Beamte (Bergbediente), deren Anſtellung. G. S. 1808. p. 491. — Ausübung der Gerichtsbarkeit über ſelb.

G. S. 1816. p. 105. — Kognition über gemeine Verbrechen derſ. ebendaſ.

Bergwerks-Behörden, ſ. Bergämter.

Bergwerkseigenthum, in den wieder vereinigten Provinzen jenſeits der Elbe und Weſer, Präkluſiv-Termine für die Anmeldung der Realanſprüche rückſichtl. deſſelben beim Hypothekenweſen. G. S. 1817. p. 7.

Bergwerks-Ordnung, A. L. R. II. XVI. 69—480. — von Bergwerkscontraventionen. II. XX. 322. — Ordnung der Schmelzhütte zu Neuſtadt an d. D. v. 4. Oct. 1697. C. C. V. I. M. No. 201. E. das Meſſingswerk zu Heegermühle und den Kupferhammer zu Neuſtadt Eberswalde betr. v. 16. Febr. 1736. IV. II. II. No. 52. rev. Bergordnung für das Herz. Magdeburg, Fürſt. Halberſtadt, Gr. Mannsfeld, Hohenſtein und Rheinſtein v. 7. Dec. 1772. p. 621. V. b. Privilegium v. 2. Dec. 1691. und Interimsordonnanz v. 22. Mai 1696. IV. II. Anh. ad Cap. II. No. 2. für das Herz. Cleve, Fürſt. Meurs und Gr. Mark. v. 29. Apr. 1766. p. 317. IV. Generalprivilegium v. 16. Mai 1766. p. 869. und D. wegen der dem Grundherrn gebührenden Traddegelder v. 13. Sept. 1777. p. 907. VI. imgl. R. v. 5. Febr. 1798. und Gutachten der Geſetz-Commiſſion St. B. p. 184. VI. wegen der Einführung eines ordentlichen Grubenrechnungsweſens v. 18. März 1786. E. S. p. 55. VIII. C. wegen Qualification der Bergwerks-Eleven. v. 22. März 1786. p. 59. VIII. — für das Herz. Schleſien u. Gr. Glatz v. 5. Juni 1769. p. 5827. IV. wornach ſich auch die Eigenlöhner achten ſollen. D. v. 10. Aug. 1779. p. 1611. 17. Privilegium der Bergleute daſelbſt v. 3. Dec. 1769. p. 6299. IV. Inſtr. zur Führung deren Knappſchaftskaſſe v. 20. Nov. 1769. p. 6303. IV. — Publ. die Beſetzung der Berg- und Hüttenbedienungen betr. v. 8. Jan. 1778. p. 1195. VI. Allgemeine Hütten- und Hammerordnung v. 27. Apr. 1769. nebſt Privilegium der Hüttenbedienten und Arbeiter v. 1. Nov. 1768. p. 5717. 5037. und 5749. IV. und V. das Holzſchlagen bei den Hütten- und Hammerwerken betr. v. 18. Jan. 1779. p. 1421. VI. Regl. für die auf dem Königl. Meſſingwerke bei Hägermühle befindlichen Arbeiter v. 1781. p. 190. VII. in Südpreußen Pat. v. 7. Apr. 1793. p. 1489. IX. Publ. über den Verkauf der Neuſtadt-Eberswaldſchen Meſſings-Waaren v. 29. März 1781. p. 211. VII. Bergwerke gehören ad regalia V. VIII. 6. — ſ. Salpeter. — Schleſiſche, v. 5. Jan. 1769. Decl. des §. 2. (1.) derſelben. v. K. A. 31. IV. 921.

Bergwerks-Polizei, deren Ausübung auf den Berg- u. Hüttenwerken v. K. A. 24. IV. 1027.

Bergwerks- (und Hütten-) Regal. — Ueber das

Verfahren bei Kontraventionen gegen daſſelbe. R. v. 4. Nov. 1831. v. K. J. XXXVIII. 427—429. u. v. K. A. 31. IV. 734.

Bergwerks-Steuern, deren Abtragung in den Rheinprovinzen. G. S. 1820. p. 167. — deren Ausmittelung und Einziehung in den Rheinprovinzen. v. K. A. 20. III. 500.

Bergwerksweſen, reſſortirt in techniſcher Hinſicht von den Bergwerksbehörden allein, in polizeilicher Beziehung aber auch von den Regierungen. G. S. 1808. p. 467. — ſteht unter der obern Leitung des Miniſt. des Innern. G. S. 1808. p. 363. 368. — unter deſſen Gewerbe-Depart. G. S. 1810. p. 13. — demſelben iſt ein Berghauptmann als Direktor vorgeſetzt; ebend. — deſſen ganze Leitung wird dem Finanz-Miniſterio übertragen. G. S. 1814. p. 3. 42. — deſſen Verwaltung geht wiederum zum Miniſterium des Innern über. G. S. 1817. p. 290. — 1819. p. 3. — in ſelbigem ſoll nur einerlei Lachtermaaß gebraucht werden. G. S. 1816. p. 146.

Berichte, von Faſſung der Immediat-Berichte, C. v. 15. Jan. 1785. E. S. p. 3005. VII. — Von den Unterbehörden ſollen in den Berichten an die Landescollegia die Anfangs- und Schluß-curialien weggelaſſen werden. R. v. 1. Dec. 1804. E. S. p. 2787. XI. — Publ. die an das Königl. Departement der höhern und Sicherheits-Policei zu erſtattenden Berichte betr., v. 22. Oct. 1812. N. A. B. 542. 571. II. ſ. a. K. A. B. 174. I. — Publ. die Form der von den Unterbehörden an die Königl. Regierung zu erſtattenden, betr. N. A. B. 187. VI. der Berichte an das Oberlandesgericht, p. 227. — deren Erſtattung Seitens der Oberpräſid. an die oberen Behörden. G. S. 1826. p. 2. 4. — desgl. von Seiten der Regier. und Beförderung derſ. durch die Oberpräſid. G. S. 1808. p. 489. 490. 492. 494. 499. 507. 509. — G. S. 1817. p. 258. 263. 270. — 1826. p. 2. — desgl. von Seiten der Provinzial-Steuerdirektionen und General-Kommiſſionen. G. S. 1826. p. 2. — von Seiten der Medizinal-Kollegien. G. S. 1817. p. 246. — ſ. a. Verwaltungsberichte. — Beſtrafung der Untergerichte wegen der von denſelben unterlaſſenen Berichtserſtattungen. Reſcr. v. 23. April 1820. v. K. J. XV. 279. — ſ. Abſchriften, Beſchwerden, Gebührenfreiheit, Kanzleiarbeiten, Publikationsbericht, Stempelfreiheit, Verbrecher. — periodiſche, deren Einreichung an vorgeſetzte Behörden. v. K. A. 17. I. 30. — 19. I. 20. — deren Erſtattung von Seiten der Ober-Präſidenten an die Königl. Miniſterien. 26. IV. 933. — desgl. von den Regierungen an die Miniſterien. 25. IV. 826. 847. — desgl. an die Ober-Präſidenten. ibid. — desgl. Jahresberichte an erſtere. — 25. IV. 853. — jährliche, über vorgekommene Parzellirungen von Grundſtücken. 19. II. 343. — Erſtattung derſelben von Medizinal-Beamten und Medizinal-Perſonen. 19. IV. 1000.

— 20. I. 109. 122. — zwiſchen Militair- und Civil-Behörden. 20. II. 277. — wechſelſeitige zwiſchen den Polizei-Behörden und Kommandanturen. 19. IV. 941. — halbjährige, über die erledigten Stellen und deren Beſetzung durch Wartegeld-Empfänger. 20. III. 458. — über die Gewerbe. 17. III. 209. — der Polizei-Behörden. 17. IV. 141. — monatliche Zeitungsberichte derſelben. 19. II. 439. — mit den monatlichen können zugleich die Liſten der Polizei-Gefangenen eingereicht werden. 19. III. 781. — über begangene Verbrechen. 19. I. 173. — II. 459. — 26. I. 126. seq. — IV. 1046 — 1060. — halbjährige, über entwichene Transportaten. 19. II. 476. — ſiehe auch Porto. — über die Anwendung der Regierungs-Geſchäfts-Anweiſung, ſind an die vorſtehenden Miniſterien zu richten. 27. I. 20. — ſ. auch Immediat-Berichte und Nachweiſungen. — an das Juſtizminiſterium, ſ. Juſtizminiſterium.

ſ. auch Sanitäts-Berichte, Verwaltungs-Berichte.

Berlin, Haupt- und Reſidenzſtadt, bleibt in ihrem bisherigen Verhältniſſe als beſondere den Kreiſen gleich geſtellte Korporation. G. S. 1812. p. 143. — Regierungsbezirk derſelben. G. S. 1815. p. 94. — das dortige Polizei-Direkt. ſoll reorganiſirt und der Sekt. der allg. Poliz. im Miniſter. des Innern untergeordnet werden. G. S. 1808. p. 364. 373. — die Beſtimm. in d. Edict v. 10. Jan. 1754. u. dem Reſcr. v. 15. Apr. 1765. wegen der dortigen Hausmiethen werden aufgehoben, und in deren Stelle treten die Beſtimm. des A. L. R. Th. I. Tit. 21. §. 258. ff., ſo wie die Verordnung v. 9. Jan. 1811. G. S. 1812. p. 196. — Auflöſung des Landſturms ſo wie des Ausſchuſſes für ſelb. u. der Landwehr in derſ. G. S. 1813. p. 90. — Formation von Bürgerbataillonen in ſelb. ebend. — das für ſelb. beſtehende Landſturm-Reglem. v. 18. März 1813, ſo wie die Inſtruktionen über das Verfahren bei Unterſuch. u. Beſtraf. der Vergehen im Landſturm v. 25. Juni deſſelb. J. treten außer Kraft. G. S. 1813. p. 91. — Regulativ über das dortige Einquartirungsweſen. G. S. 1814. p. 29 — 35. — Beibehaltung der daſigen Einquart. Komm. und des Kuratoriums des Einquartirungsweſens. G. S. 1814. p. 29. — Aufhebung der dort zeither beſtand. Sublevationskaſſe. G. S. 1814. p. 34. — deren Unterſtützung aus der erhöheten ſtädt. Mahl- und Schlacht-Akziſe. G. S. 1814. p. 66. — 1816. p. 206. — Verordn. über die dortige Servis-Einricht. v. 26. Jan. 1815. G. S. 1815. p. 3 — 5. — Erhebung einer Miethsſteuer von 8⅓ Proz. des Miethsertrages, daſ. G. S. 1815. p. 4. — die zeither. Nachtwacht-Kaſſenbeiträge von Seiten der Miether fallen fort; ebend. — fernere Erheb. des dort hergebrachten Haus-Serviſes mit 4 Proz. des Miethsertrages. G. S. 1815. p. 4. — die Friedenseinquart. fällt den dortigen

Hauseigenth. zur Laſt. G. S. 1815. p. 5. — erhalten dafür eine beſondere Entſchädig. aus der Miethsſteuer; ebend. — Kaufmannſchaft daſ. — Bildung einer Korporation für ſelb. und Statut derſ. G. S. 1820. p. 46. f. — Börſenordn. für ſelbige. G. S. 1825. p. 137 — 146. — Verfahren in Erbſchafts-Stempel-Angel. daſ. G. S. 1822. p. 65. — gerichtl. Sportelfreiheit des dort. Armen-Direkt. G. S. 1815. p. 201. (Beil. p. 1.) — die bisherige Gerichtsbarkeit über die dortigen Juden geht auf das daſige Stadtgericht über. G. S. 1829. p. 24. — Geſellſchaft zur Beförderung des Chriſtenthums unter den Juden. — G. S. 1823. p. 117 — 126. ſ. a. Charité-Krankenhaus, Kammergericht, Reviſ. und Kaſſationshof und Vermögensſteuer. — Polizei-Reglement für ſelbige. v. K. A. 24. II. 491 — 514. — III. 868. — Verwahrung des Andranges dienſtſuchender, unbemittelter und erwerbloſer Perſonen nach ſelbiger. 22. III. 716. 719. — 24. IV. 1130. — 25. I. 194. — Betrieb des Hauſirgewerbes in ſelbiger. 24. IV. 1158. seq. — Fuhr-Reglement, für Fahrten von den Thoren derſelben nach den benachbarten Orten. 25. III. 696. — Verpflichtung derſelben zur Armenpflege im Verhältniß zu den Provinzen. 27. II. 470. 471. — beſtätigte Armen-Ordnung für ſelbige. 27. I. 186 — 203. — Mittheilungen an den dortigen Militair-Kommiſſarius von Seiten der Kreis-Erſatz-Kommiſſionen rückſichtl. der militairpflichtigen Individuen. 28. IV. 1097. — dortiger Verein zur Beſſerung der Strafgefangenen. 28. IV. 1061 — 1066. — Portofreiheit für letzteren. 28. III. 676. — Veränderung in der dortigen Polizei-Organiſation. 30. II. 359. — Beſtimmungen der Gränzen des engern und weitern Polizei-Bezirks und Wirkſamkeit des dortigen Polizei-Präſidiums in dem weiteren Polizei-Bezirke. 30. II. 360 — 365. — Kompetenz des dortigen Polizei-Präſidiums in Polizei-Kontraventions- und Straf-Sachen. 30. II. 353. 364. — amtliche Beglaubigung der nach dem Auslande beſtimmten, Dokumente durch daſſelbe, gleich den Regierungen. 30. I. 19. Legitimation der nach Berlin reiſenden Tagearbeiter. 30. II. 385. — Mitwirkung der dortigen Polizei in der Kontrolle des Schulbeſuchs der Jugend. 31. I. 93. — Verpflichtung der Polizeibeamten daſelbſt, zu den Kommunal-Abgaben beizutragen. 31. I. 107. — Maaßregeln zur Abwehrung des Andranges von Leuten der arbeitenden Klaſſe, nach derſelben und ſtrengere Aufſicht auf dieſelben. 32. III. 708. — Beſchränkung des Verbleibens der vom Gardecorps jährlich entlaſſenen Kriegs-Reſerven in derſelben. 32. III. 708. — Verfahren gegen fremdes Geſinde wegen deſſen Zulaſſung und Aufnahme in dieſelbe. 32. III. 976. — einſtweilige Aufenthalts-Geſtattung für junge Juden aus den neuen Provinzen in derſelben. 32. IV. 959. — Gültigkeit der von den Regierungen ausgeſtellten

Gewerbeſcheine in derſelben. 32. I. 226. — Anordnungen für die Verwaltung und Beaufſichtigung der Parochial- und Privat-Schulen in derſelben. 32. II. 415 — 426. — Verfahren gegen das daſelbſt von außerhalb eintreffende Geſinde. 33. III. 729. — IV. 1001. — Ueber die Berliner Stadtrechte. v. K. J. XLII. 279. 280. — Beſtätigung eines Königlichen Leih-Amts daſelbſt. Cab. Ord. v. 25. Febr. 1834. G. S. 1834. p. 23. — Geſchäfts-Regulativ für den Magiſtrat daſelbſt; v. 14. Jul. 1834. v. K. A. 34. III. 756.

Berliner Polizei-Präſidium, deſſen Reſſort rückſichtlich der Verwaltung der Sicherheits-Polizei im weitern Polizei-Bezirke deſſelben. v. K. A. 27. II. 456. — iſt gleich den Regierungen als Provinzial-Behörde zu betrachten. 27. II. 457.

Bern, Verbot des Beſuchs der Univerſität daſelbſt, ſ. Zürich und Bern.

Bernburg, Anhalt-, Herzogthum, ſ. Anhalt-Bernburg, ſ. a. Anhalt.

Bernſtein-Defraudationen gehören zur Cognition der Cammer. R. v. 9. Oct. 1765. E. S. p. 1063. III. von Erlangung deſſen Eigenthums. H. B. VII. 320. — Publ. die Befugniß, zu ſuchen, betr. v. 31. Dec. 1801. E. S. p. 1286. XI. — Niemand darf ohne beſondere Conceſſion mit rohem oder verarbeitetem, Handel treiben, bei Confiskation der Waare oder deren Werths, und willkührlicher Geld- oder Leibesſtrafe. Wer, ohne zum Bernſteinſammeln befugt zu ſeyn, ſolchen zufällig auffiſcht, gräbt oder findet, muß denſelben ſofort an den Berechtigten abliefern, und hat dafür den 10ten Theil des Werths zur Belohnung zu fordern; welche aber wegfällt, wenn die Ablieferung nicht binnen 3 Tagen nach dem Funde erfolgt. Wer den Fund auf Befragen des Richters ableugnet, oder ohne Befugniß vorſätzlich zum Bernſteinſuchen ausgegangen iſt, wird als ein Dieb beſtraft. Derjenige, welcher eine begangene Bernſteindefraudation anzeigt, hat, wenn der Thäter überführt wird, den 4ten Theil des in Beſchlag genommenen Bernſteins als Belohnung zu fordern. §. 2. bis 6. des Publ. v. 31. Dec. 1801. E. S. p. 1286. XI. — Das Graben deſſelben ſoll in Pommern zu den Regalien nicht gerechnet, und die Bernſteinangelegenheiten ſollen überall und alſo auch in Preußen und Pommern den Cammern reſp. verbleiben und beigelegt werden; das Bergwerks-Departement aber in der oberſten Leitung derſelben mit dem Provincial-Departement concurriren. C. O. vom 25. Apr. und R. vom 13. May 1804. R. A. 314. III. — Graben und Suchen nach ſelbigem iſt verboten. v. K. A. 21. II. 450. — darf am Seeſtrande ohne Erlaubniß nicht geſammelt werden. G. S. 1822. p. 95.

Bernſtein-Kontraventionen, polizeiliche Kontrolle des Meerſtrand-Beſuchs zur Verhütung der erſtern. v. K. A. 28. IV. 968.

Vernſtein-Regal, verpachtetes, am Oſtſeeſtrande, polizeiliche Anordnungen für deſſen Sicherung. v. K. A. 32. III. 622. f.

Vernſtein-Sammeln, deſſen Verpachtung als Regal. v. K. A. 25. IV. 838. — gehört in Pommern nicht zu den Regalien. 17. IV. 64. — deſſen Benutzung von Seiten der dortigen Grundbeſitzer und Erbpächter. ibid.

Beſchädiger; ſ. Heilungskoſten.

Beſchädigter; ſ. Heilungskoſten, Winkelärzte.

Beſchädigung. V. die Beſtrafung der, der Meliorationen im Drömling und an der Ohre betr., v. 6. Apr. 1791. E. S. p. 74. IX., v. 9. Mai 1792. p. 980. IX. Rabe, 314. II. — A. L. R. Th. 2. Tit. 20. §. 509 — 537. aus Rache, Bosheit und Muthwillen, §. 1488 — 1494. mit gemeiner Gefahr, §. 1495 — 1577. — Beſchädigung der Meilenpfeiler, A. L. R. II. XX. 211. K. A. B. 36. I. — V. die Warnung der Jugend, und anderer Perſonen betr., öffentliche Denkmähler, ꝛc. nicht zu beſchädigen, v. 11. März 1806. C. C. p. 75. XII. — ſ. Schaden, Verjährung.

Beſchäftigung, ſ. Anſtellung.

Beſchäler, ſ. Pferde-Beſchäler, und Pferdezucht.

Beſcheide (Reſolutionen) — Stempelgebrauch zu ſelb. G. S. 1822. p. 57. f. 74. — der Provinzial-Verwaltungs-Behörden, Sportel-Anwendung bei ſelbigen. G. S. 1825. p. 131. — der Provinzial-Behörden, Sportelanwendung bei ſelbigen. v. K. A. 26. I. 5. — für Invaliden, in deren Verſorgungs-Angelegenheiten, ſind portofrei. 26. IV. 1027. — deren Faſſung, ohne Mittheilung der, von der Beſtimmung der vorgeſetzten Behörde abweichenden Anſicht der Verwaltungsbehörde. 29. III. 475. — amtliche, Stempelfreiheit für ſelbige. 29. II. 263. — ſ. Moderationsbeſcheid.

Beſcheidungen, von Seiten der Provinzial-Behörden in ſelbigen ſollen die Gründe der Zurückweiſungen beſtimmt und deutlich angegeben werden. v. K. A. 28. I. 27. — auch in Gewerbe-Angelegenheiten. 28. III. 771. — IV. 1071.

Beſcheinigung, darunter iſt Hinſichts der Begründung eines Arreſtgeſuchs und der in der Execution noch zuläſſigen Einwendungen, und beim possessorio summariissimo nicht der Nachweis per scripta zu verſtehen, ſondern die Geſetze wollen damit einen nicht vollſtändigen Beweis einer Angabe verſtanden wiſſen, welcher durch Urkunden, Zeugen oder auf andere Art geführt werden kann. Reſcr. v. 10. Sept. 1821. v. K. J. XVIII. 25., und v. 29. Oct. 1821. XVIII. 292. — ſ. Beſitztitel, Quittungen. — durch eine Eidesdelation, wird im Sinne der Gerichtsordnung Th. I. Tit. 29. §. 48. keine Beſcheinigung geführt, R. v. 19. Sept. 1831. v. K. J. XXXVIII. 96. 97.

Beſchlagnahme von Beſoldungen und Penſionen, ſiehe

dieſe. Vermögens=, ſiehe Deſerteure. — Erlangt ein Gläubiger durch die im Wege der Exekution erfolgte wirkliche Beſchlagnahme ausſtehender Forderungen ſeines Schuldners, im Konkurſe oder bei ſonſt entſtehendem Prioritätsſtreite das Vorrecht der fünften Klaſſe? S. u. Str. N. 2. B. No. 1. p. 3. — findet im Wege der Exekution die Immiſſion in künftiges Gehalt mit der Wirkung des Vorzugsrechts der fünften Klaſſe ſtatt? S. u. Str. N. 2. B. No. 2. p. 44. — ſ. überhaupt Arreſtſchlag, Konfiskation, Penſionen.

ſ. auch Exekutionen, Gehaltsabzüge, Gutseinkünfte.

Beſchleunigung der Beſcheide auf Immediat=Geſuche oder Eingaben an die Miniſterien. R. v. 9. Mai 1831. v. K. J. XXXVII. 336.

Beſchleunigungsgeſuche, ſ. Stempelpflichtigkeit.

Beſchneidungs=Ceremonie der Juden, zu ſelbiger ſollen approbirte Wundärzte zugezogen werden. v. K. A. 19. II. 423. — die Liſten darüber ſollen nach dem chriſtlichen und jüdiſchen Kalender geführt werden. 19. I. 129. — ſ. auch Judenkinder.

Beſchränkung der Dispoſitions=Befugniß. — Wenn die Gültigkeit des Verkaufs des Erbzinsgutes contractmäßig von der Einwilligung des Erbzinsherrn abhängig gemacht, oder auf andere Weiſe die Dispoſitionsbefugniß des Erbzinsmannes beſchränkt, dieſe Beſchränkungen aber ſo wenig als die Erbzins=Qualität des Grundſtücks in das Hypothekenbuch eingetragen worden ſind, ſo iſt der Erbzinsherr, wenn das Gut ohne ſeine Einwilligung verkauft und dem Käufer übergeben iſt, nicht berechtigt, das Kaufgeſchäft auf Grund jener Beſchränkungen als null und nichtig gegen den Verkäufer aufzurufen, ſollte auch der Käufer Kenntniß von jenen Beſchränkungen oder der Erbzins=Qualität gehabt haben. S. u. Str. N. 1 B. No. 100. p. 411.

Beſchreibung des Grundſtücks, ſ. Subhaſtation.

Beſchwerden, was Supplikanten rückſichtl. deren Führung bei des Königs Majeſtät und den höheren Staatsbehörden zu beobachten haben. G. S. 1810. (A.) p. 641 — 648. — 1814 p. 87. — grundloſe, und früher ſchon zurückgewieſene, Sportelanwendung bei wiederholten Beſcheiden auf ſelbige. G. S. 1825. p. 131. — über Provinzial=Behörden, deren Annahme, Prüfung und Erledigung von Seiten der Ober=Präſid. G. S. 1826. p. 3. desgl. in Poſt=, Bergwerks=, Salz=, Lotterie=, Münz= und Geſtüts=Angelegenheiten. G. S. 1826. p. 3. — bei, über verzögerte Juſtizpflege wird, wenn ſolche ungegründet befunden worden, der gewöhnliche Stempel ſupplirt. V. v. 11. Apr. 1815. K. A. B. 141. V. P. A. B. 186. — Die Landesjuſtizcollegia ſind veranlaßt, die geſetzliche Vorſchrift, wonach die Supplicanten angewieſen worden,

den Bittſchriften gegen die Verfügungen anderer Behörden, zu denen ſie ſich bei des Königs Majeſtät und bei dem Juſtizminiſter bewogen finden, die erhaltene letzte Reſolution in Abſchrift beizulegen, durch die Amtsblätter zu erneuern. Reſcr. v. 4. Oct. 1823. v. K. J. XXII. 172. — Wenn den Gerichten Beſchwerden der Partheien mit der Anweiſung zugefertigt werden, die Beſchwerdeführer zu beſcheiden und Abſchrift der Verfügung einzureichen, ſo iſt es unnöthig, dieſe Reſolution mit einem vom ganzen Collegio unterzeichneten Berichte zu überreichen, vielmehr genügend, wenn die Abſchrift mit der darunter geſetzten Kanzelleinote: „Abſchrift der Verfügung zu den Acten des Juſtizminiſterii" eingeſandt wird. Reſcr. v. 21. Mai 1826. XXVII. 282. — ſ. Juſtizminiſter, Reiſende. — deren Führung bei öffentl. Behörden, ſ. Bittſchriften. — ſchriftliche, Verhütung des Mißbrauchs derſelben durch Betrüger und Uebelwollende. v. K. A. 33. I. 177. 178. — ſ. a. Queruliren.

Beſen, das Publ. wegen des Beſenreisſchneidens in den Forſten v. 3. Febr. 1802. C. S. p. 759. XI. iſt in Erinnerung gebracht, K. A. B. 588. II. — deren Einbringung in die Städte auf Holzatteſte. v. K. A. 18. III. 661. — 21. I. 32.

Beſenſtreiche; ſ. Staupenſchlag.

Beſichtigungen, gerichtliche, Verfahren bei ſelbigen. v. K. A. 18. I. 187. — ſ. Obduktion. Schwangerſchaft.

Beſitz, A. L. R. I. VII. 1 — 250. von der Beſitznehmung I. IX. — wer im Jahre 1740. (in Weſtpreußen im Jahre 1797. V. v. 18. Dec. 1798. C. S. p. 1831. X.) im Beſitz geweſen, ſoll ruhig in demſelben gelaſſen. Cab. Ordre v. 28. Jan. 1747. C. S. p. 145. C. III. R. v. 1. Sept. 1748. p. 78. C. IV. C. v. 2. May 1754. p. 1211. III. R. v. 20. Jun. v. 9. Jul. v. 9 Aug. 1756. p. 113. 151. II. C. O. v. 9. März 1750. p. 1005. IV. v. 11. Febr. 1768. p. 2045. IV. und D. v. 11. May 1787. p. 1377. VIII. St. B. p. 230. VII. (I.) Behm. Ius Novum Controverſum Obſ. 72. werden, auch im Beſitz der Acciſe und Zollfreiheit. H. B. VIII. 55. und können durch ſolchen auch vorhin nicht gehabte Rechte erworben werden. R. v. 26. Jan. 1775. p. 19. V. e. — Jene Verordnungen gehen nicht auf Oſtfriesland. R. v. 27. Aug. 1787. p. 1577. VIII. woſelbſt das Jahr 1786. angenommen. Publ. v. 1. Aug. 1796. p. 575. X. — vom Jahre 1740, kann in Sachen, die zur allgemeinen Landes-Policei gehören, nicht allegirt werden. St. B. p. 289. Th. XI. — Edict den erleichterten Beſitz und freien Gebrauch des Grundeigenthums betreffend, v. 9. Oct. 1807. J. M. V. 169. nebſt V. zum §. 6. u. 7. wegen Zuſammenziehung bäuerlicher Grundſtücke oder Verwandlung derſelben in Vorwerksland für Oſtpreußen, Litthauen und Weſtpreußen v. 14. Febr. 1808. 371. Nach §. 11. des Edicts

hat die perſönliche Unterthänigkeit aller erblichen Gutseingeſeſſenen und ihrer Familien, jedoch mit Fortdauer derer auf ihren Grundſtücken haftenden od. vermöge beſonderer Verträge ihnen obliegenden Dienſte zu Zinſen ſchon mit Publication des Edicts aufgehöret; und die in dieſem §. gebrauchte Bezeichnung der Beſitzer von Bauergütern iſt nicht blos von eigentlichen Bauern im engſten Verſtande, ſondern auch von allen übrigen Eingeſeſſenen, welche irgend ein andres Ruſtikalgrundſtück erblich oder eigenthümlich, erbzinsweiſe oder erbgerechtlich beſitzen, zu verſtehen. Publ. der Breslauiſchen O. A. R. v. 8. Nov. 1808 zufolge einer höhern Orts erlaſſenen Declaration, J. M. VII. p. 167. — Der Beſitz im Jahre 1740. (A. L. R. I. IX. 641. ff.) ſchützt nur dann gegen die Anſprüche des Fiscus, wenn dargethan iſt, daß ein titulus juris dazu vorhanden und die Ausübung des Beſitzes auf dieſen Titel gegründet iſt. Erk. J. M. VI. 11. Vom Beweiſe des unvordenklichen Beſitzes, J. M. VIII. 51. — Decl. des E. v. 1807. J. M. V. 169. ad §. 4. K. A. B. 161. I. — Pat. wegen Beſitznahme der H. Cleve, Berg, Geldern; des F. Meurs, und der Gr. Eſſen u. Werden, v. 5. Apr. 1815. G. S. 21. V. des Großherzogthums Nieder-Rhein, p. 23. Publ. an die Rheinländer, p. 25. Pat. wegen Beſitznahme des H. Warſchau, v. 15. Mai 1815. p. 45 — 48. — des Antheils von Sachſen, v. 22. Mai 1815. p. 77. der Oraniſchen Erbländer, v. 21. Jun. 1815. p. 126. der Provinzen im Nieder- und Oberſächſiſchen Kreiſe, p. 193. der weſtphäliſchen Länder, p. 195. des Herz. Pommerns u. Fürſtenth. Rügen, v. 19. Sept. 1815. p. 203. der Stadt Saarbrücken u. ſ. w. v. 30. Nov. 1815. p. 73. V. u. St. Johann p. 74. der Stadt und Feſtung Saarlouis u. ſ. w. v. 2. Dec. 1815. p. 75. das Ed. v. 9. Oct. 1807. J. M. V. 169. hat durch das Culturedikt v. 11. Sept. 1811. G. S. 300. I. in dem Punkte wegen Ertheilung der Unſchädlichkeits-Atteſte Behufs der Berichtigung des Hypothekenweſens keine Abänderung erhalten, R. v. 4. Juni 1816. P. A. B. 235. VI. R. über das in Folge des Ed. v. 9. Oct. 1807. §. 4. u. 5. bei Parcellirungen ländlicher Grundſtücke zu ertheilende Unſchädlichkeitsatteſt, v. 17. Aug. 1816. v. K. J. 14. VIII. — Die Unredlichkeit des Beſitzes ſetzt voraus, daß der Beſitzer wiſſe, daß nicht er, ſondern ein Anderer, ein Recht auf den Beſitz habe. S. u. Str. R. 1. B. No. 102. p. 429. — wird der Beſitz des perſönlichen Rechtes, eine Rente oder Penſion lebenslänglich oder auf ungewiſſe Zeit zu beziehen, durch die poſſeſſoriſchen Rechtsmittel geſchützt? S. u. Str. R. 2. B. No. 45. p. 393. — ſ. Beſitztitel.

Beſitz-Dokumente, deren Ausfertigung für die mit dem vollen Eigenthum ihrer Grundſtücke beliehenen Domainen-Einſaſſen. G. S. 1808. p. 248 — 284. 287. — über Grundſtücke der

Kuranden brauchen nicht in den Depoſitorien aufbewahrt zu werden. R. v. 14. Aug. 1827. v. K. J. XXX. 133. 134.

Beſitzer, derjenige, auf deſſen Namen der titulus possessionis eines Grundſtücks — in der erſten Colonne der erſten Haupt-Rubrik H. O. Tit. 1. §. 41. p. 11. — eingetragen ſtehet, iſt legitimirt, über daſſelbe Dispositiones bei dem Hypothekenbuche vorzunehmen, Tit. 2. §. 55. p. 34. und für den wahren und alleinigen Eigenthümer deſſelben anzuſehen. §. 92. p. 44. L. R. I. X. 6. 7. I. XX. 404. 406. beſonders, wenn er das Gut als Meiſtbietender aus einer nothwendigen — ohne Verabſäumung weſentlicher, in den Geſetzen A. L. R. I. XI. 348. und deſſen Anhang §. 15. vorgeſchriebener Formalitäten geſchehenen — Subhaſtation erſtanden §. 93. Haben verſchiedene Perſonen einen an ſich rechtsgültigen Titel zur Erwerbung des Eigenthums einer unbeweglichen Sache erhalten, ſo gehet derjenige, deſſen Titel von dem im Hypothekenbuche eingetragenen Eigenthümer herrühret, den übrigen vor; und wenn die Prätendenten insgeſammt ihren Titel von dieſem haben, ſo gebühret demjenigen der Vorzug, der ſeinen Titel zuerſt eintragen laſſen. A. L. R. I. X. 18. 19. — Der anleihende Gläubiger iſt daher nach den bisherigen Geſetzen nicht verpflichtet, ſich um den Titel des vorigen Beſitzers, des Immobiles, worauf er leihen will, zu bekümmern, da dieſe Vorſchrift der Hypotheken-Ordnung, denjenigen, der als rechtmäßiger Beſitzer im Hypothekenbuche eingetragen iſt, für ſattſam legitimirt, Dispositiones über das Immobile, folglich auch Verpfändung deſſelben bei dem Hypothekenbuche vorzunehmen, ausdrücklich erklärt, und wenn ja noch aus der Faſſung des §. 94. p. 45.

„nach welchem den Kollegien und Gerichten, wenn Jemand ein Grundſtück auf einem andern als dem Wege der Subhaſtation an ſich gebracht, und Jemand vorhanden, welchem beſſere Realanſprüche an daſſelbe zuſtehen, nach §. 77. Tit. I. keine Vertretung angemuthet werden kann"

ein Zweifel darüber entſtehen könnte, ſolcher durch die Erklärung des A. L. R. Th. I. Tit. X. §. 8., woſelbſt es heißt:

„wer mit einem im Hypothekenbuche eingetragenen Beſitzer ſich in über das Grundſtück geſchloſſene Verhandlungen einläßt, deſſen Befugniſſe kann ſo wenig der nicht eingetragene Eigenthümer, als der, deſſen Recht nur von dieſem ſich herſchreibt, anfechten"

völlig gehoben wird, da nicht zu zweifeln iſt, daß nach den Patenten v. 20. März 1791. u. 5. Febr. 1794. E. S. p. 1873. IX., wenn es beſonders auf Auslegung von Landesgeſetzen ankommt, den Dispoſitionen des Landrechts die Kraft einer Declarationis authenticae beigelegt werden muß. R. v. 5. Mai 1794. St. B.

59. I. — In welchem Falle eine Ehefrau unbewegliche Grundſtücke eigenthümlich nur zu fordern berechtigt, ſ. Ehefrau. — Wenn als Ausnahme der Gläubiger die eingetragenen oder allegirten Urkunden vorher prüfen ſoll, beſtimmt in Rückſicht der Lehngüter das A. L. R. I. XVIII. 260. 665. ſ. Adjudikation, Erbfolge, Hypothekenbücher, Kontrakt, Nebenverträge, Teſtament. — wie possessor bonae fidei hereditatem reſtituirt. H. B. VI. 85. — eines adelichen Gutes. — Iſt ein von dem Beſitzer eines adelichen Gutes ausgeſtellter Wechſel zu rechtbeſtändig, wenn der Ausſteller darin bekennt, Valuta durch einen abgelaufenen Wechſel erhalten, auf letzteren aber baare Zahlung empfangen zu haben? S. u. Str. R. 2. B. No. 10. p. 112. — Kann dem dritten Inhaber eines von dem Beſitzer eines adelichen Gutes, oder von dem Haupt- oder General-Pächter eines landesherrlichen oder prinzlichen Amtes ausgeſtellten auf Ordre lautenden trocknen Wechſels von dem Schuldner, welcher das Indoſſament ſchriftlich und ohne Vorbehalt genehmigt hat, der Einwand der nicht baar empfangenen Valuta mit der Wirkung entgegengeſetzt werden, daß kein wechſelmäßiges Verfahren ſtatt findet? Sim. u. Str. R. 2. Bd. No. 11. p. 119. — Iſt der Einwand zuläſſig, daß ein ſolcher Indoſſator nicht Eigenthümer des Wechſels ſei? S. u. Str. R. 2. B. No. 12. p. 120. — des Rechts, Begriff eines ſolchen. v. K. I. XXX. 127.

Beſitz-Ergreifungs-Patente, königl., — über die wieder vereinigten und neuen Provinzen, ſ. letztere und die einzelnen Provinzen: Poſen, Sachſen, Rheinprovinzen, Weſtphalen ꝛc.

Beſitzerin adelicher Güter. Sind wirkliche Beſitzerinnen adelicher Güter für wechſelfähig zu erachten? S. u. Str. R. 2. B. No. 47. p. 425.

Beſitzfähigkeit. Die Schleſiſche Landſchaft bedarf zum Ankauf der ihr verpfändeten sub hasta geſtellten Güter des Conſenſes des Herrn Miniſters des Innern, deſſen Einſchränkungen und Modifikationen bei der Acquiſition und Berichtigung des Hypothekenbuchs berückſichtigt werden müſſen. R. v. 21. Jan. 1817. v. K. I. IX. 8. — ſ. Apotheke, Meiſtbietender.

Beſitznehmung, von Seiten der Kinder in Abſicht der Güter ihrer verſtorbenen Aeltern bedarf es im Herz. Cleve nicht. E. v. 29. Oct. 1700. v. 10. Mai 1712. H. B. II. 404. 406. — ſ. Erbfolge.

Beſitzſtand, ſ. Dienſtprozeſſe.

Beſitzthum, gerichtliche Entſetzung aus ſelbigem, ſ. Eigenthum.

Beſitztitel, ſ. Vormund, wird unter der zweiten Colonne

der erſten Haupt-Rubrik bemerkt. H. O. Tit. 1. §. 42. p. 11. Nothwendigkeit der Eintragung deſſelben. Tit. 2. §. 49. — §. 54. §. 56. p. 33. — Wenn nur das einem Privatus an ein Domainengrundſtück zugeſtandene Nutzungsrecht im Hypothekenbuche eingetragen werden ſoll, iſt Fiscus nicht verbunden, den Beſitztitel deſſelben nachzuweiſen, ſondern das bloße Schreiben der Kr. u. D. Cammer, worin ſolche auf den Grund ihrer Verhandlungen verſichert, daß Fiscus in dem unvordenklichen Beſitz eines Dominial-Grundſtücks ſei, iſt zur Begründung des Beſitztitels hinreichend. R. v. 27. Oct. 1800. v. 9. Jan. 1801. St. B. 252. XII. — Zur Sicherung des dem Fiscus zuſtehenden Vorzugsrechts vor den hypothekariſchen Gläubigern in dem Vermögen der Verwalter öffentlicher Staatseinkünfte, ſoll, wenn dieſelben Grundſtücke erwerben, bei Berichtigung des Beſitztitels, der vorgeſetzten Amtsbehörde des Beamten von dieſer Erwerbung von Amtswegen Nachricht gegeben werden. Decl. v. 18. Apr. 1803. — Das an das Cammergericht d. 10. Juni 1799. E. S. p. 2542. X. St. B. 143. VIII. ergangene Reſcr. verordnet, daß in Zukunft in den Hypothekenbüchern deſſelben kein Kaufkontrakt eines Grundſtücks für folgende Handwerker: als einen Zimmermann, Böttcher, Stellmacher, Tiſchler, Röhrmacher, Grob- u. Hufſchmidt eher eingetragen werden ſoll, bis durch ein Atteſt des Polizei-Directorii zu Berlin nachgewieſen worden, daß bei dem erkauften Hauſe hinlänglicher Raum zum Betriebe des Gewerbes ſei. — Wenn mehrere einerlei Eigenthümern zugehörige Güter in einem Inſtrumente, auch in einer zuſammengezogenen Kaufſumme verkauft, und ſolche unter verſchiedenen Jurisdictionen belegen, muß die Eintragung des tituli possessionis bei einer jeden derſelben nachgeſucht werden. H. O. Tit. 2. §. 87. §. 90. p. 43. — ſ. a. Inſtrumente. — Für einen Juden ſollen — da nach dem Regl. v. 1750. Art. 28. E. S. p. 138. II. Decl. v. 4. Jul. 1763. E. S. p. 241. III. Schutzjuden, ſo keine eigenen Häuſer haben, keine ohne beſondere vorher erlangte Konzeſſionen kaufen, ſondern wenn ſolches heimlich geſchiehet, der Kauf null und nichtig ſein ſoll — die Hypothekenbuchführer bei 10 Rthlr. fiskaliſcher Strafe ꝛc. keinen titulum possessionis zum Beſitz eines Hauſes oder andern Grundſtücks eintragen, ehe und bevor nicht die Konzeſſion oder das Approbations-Reſcript des General-Direktorii mit der Hypotheken-Nummer des Hauſes produciret, und copia vidimata davon ad acta genommen worden.

iſt durch die abgeänderte Verfaſſung der Juden abſolet geworden.

So oft ein Kaufkontrakt oder auch nur eine Punktation über ein adliches Gut in Schleſien abgeſchloſſen, und durch Natural-Uebergabe vollzogen worden, ſollen beide Contrahenten jeder bei 10 bis 50 Rthlr. fiscaliſcher Strafe ſchuldig ſeyn, das unter ihnen abge-

ſchloſſene Geſchäft demjenigen Gericht, bei welchem das Hypotheken-buch über das Gut geführet wird, binnen 14 Tagen nach erfolgter Natural-Uebergabe zu den Akten vorläufig anzuzeigen, wofür die Juſtiz-kommiſſarien oder andere Juſtizbedienten, welche bei Schließung ſolcher Punktationen und Natural-Uebergabe zugezogen worden, verantwortlich ſind. — Uebrigens hat es bei den Vorſchriften des §. 49. u. 50. Tit. 2. der H. O. dahin ſein Bewenden, daß dem neuen Acquirenten ein Jahr Zeit gelaſſen wird, ſeinen Beſitztitel bei dem Hypothekenbuche eintragen zu laſſen, die Kollegia ſollen aber auf die Beobachtung dieſer Friſt genau halten, und gegen diejenigen, welche dieſelbe verabſäumen, nach der Vorſchrift des §. 51. §. 52. p. 33. verfahren, wie denn auch in dem Falle, wenn durch mehrere ſolche Punktationen und Uebergaben ein und daſſelbe Gut innerhalb der Jahresfriſt in mehrere Hände gekommen, und darüber der geſetzliche Zeitraum ganz verlaufen iſt, die Kollegia und Gerichte ſich an denjenigen, der am Ende des Jahres das Gut naturaliter beſitzt, wenn auch dieſer ſein Beſitz noch kein Jahr dauert, halten und ihn per fiscum zur Berichtigung ſeines tituli possessionis anhalten werden. Publ. v. 16. Oct. 1797. St. B. 139. VIII. ſ. a. Publ. v. 29. Mai 1797. zur Verhütung der ſimulirten Kauf- und Tauſch-Preiſe der Grundſtücke in Schleſien, zweite Abtheilung No. 1. b. imgl. das für die übrigen Provinzen ergangene Publ. v. 20. Febr. 1802. E. S. p. 767. XI. u. St. B. 288. XV. ſ. Werth. — In dem Ed. v. 16. Mai 1794. E. S. p. 2180. X. wegen der Beſitzfähigkeit adlicher Güter in Südpreußen wird §. 9. demjenigen, der ſeinen Kontrakt nicht binnen Jahresfriſt einreicht, eine Strafe von 100 Dukaten angedrohet.

ſiehe die Abänderungen weiter unten, namentlich Cab. O. v. 31. Oct. 1831. G. S. 1831. p. 251.

Den Mennoniſten in Oſt-, Weſtpreußen und Litthauen war nach dem Edict vom 30. Juli 1789. §. 9. E. S. p. 2545. VIII. nur erlaubt, unter folgenden Bedingungen Grundſtücke von andern Unterthanen an ſich zu bringen:

1. Wenn der verkaufende Proteſtant oder Catholik einen zu ſeinem oder ſeiner Familie Unterhalt hinreichenden Theil des Grundſtücks behielt, und daher die alte kriegesdienſtfähige Familie angeſeſſen blieb.

2. Wenn der in Schulden verſunkene Verkäufer ſich durch einen ſehr vortheilhaften Verkauf dadurch nicht nur ganz von ſeinen Schulden losmachen, ſondern auch ein nothdürftiges Etabliſſement wieder anfangen konnte, dazu aber ſo wenig ſelbſt, als durch Hülfe ſeiner Gläubiger einen andern eben ſo vortheilhaften Käufer anzuſchaffen im Stande war.

Ohne eine Konzeſſion durften die Hypotheken-Regiſtraturen

kein Beſitzrecht eines Mennoniſten in die Hypothekenbücher eintragen. — Nunmehr iſt aber durch die Deklaration dieſes Ed. v. 17. Dec. 1801. §. 4. N. A. 377. II. verordnet: daß keinem Mennoniſten, der nicht bereit iſt, auf Enrollementsfreiheit Verzicht zu leiſten, fernerhin die Erlaubniß ertheilt werden ſoll, auf irgend einige Art ſolche Grundſtücke, es mögen ländliche oder ſtädtſche ſein, zu erwerben, deren Eigenthum zur Zeit dieſer Publikation ſich nicht im Beſitz von Mennoniſten befindet, welchemgemäß die hierunter bisher zugelaſſenen Ausnahmen für die Zukunft gänzlich aufgehoben worden, ſo daß die jetzt vorhandene Anzahl der kantonfreien Mennoniſten-Beſitzungen in der Folge auf keinerlei Art vermehrt oder deren Umfang erweitert werden darf. — Auch ein antichretiſcher Pfandbeſitz konnte von einem Mennoniſten nicht anders als unter dem in d. E. v. 30. Jul. 1789. vorgeſchriebenen Bedingungen acquirirt werden. R. an das Hofgericht zu Bromberg v. 2. Apr. 1798. ſ. Oſtpreußiſches Landrecht p. 61. Zuſatz 75. — ſ. übrigens Mennoniſten.

Ein Pfandbeſitzer kann durch Verjährung nicht Eigenthümer und als ſolcher in das Hypothekenbuch nicht eingetragen werden, da die Stellen des Oſtpreußiſchen (ältern) Landrechts, worauf eine Abweichung von der Regel des gemeinen Rechts begründet werden könnte, wenigſtens nicht klar ſind, und beſonders die Stelle Art. II. §. 10. von einem pacto adjecto legis commissoriae zu reden ſcheint. In ſolchen Fällen muß vielmehr das Pfandrecht nur Rubr. 2. und ſeine Forderung, wofür das Gut verpfändet worden, sub Rubr. 3. eingetragen, auch wenn derſelbe Schulden contrahirt, ſolche auf dieſe Forderung ſubinſcribirt, übrigens aber dem Beſitzer überlaſſen werden, ob und in wie fern er gegen den Pfandgeber oder deſſen Erben ein mediante praescriptione erlangtes Eigenthumsrecht in via juris ordin. ausführen will. Auch das Außenbleiben und die Präcluſion des Eigenthümers kann nie den Effect haben, daß das dominium fundi auf den creditorem pignoratitium überginge, folglich auch auf deren Grund der titulus possessionis für den Pfandgläubiger niemals berichtiget werden. Die rechtliche Wirkung eines ſolchen Aufgebots iſt vielmehr blos dieſe, daß der Eigenthümer aller ſeiner Real-Anſprüche und in specie des juris reluendi verluſtig wird, mithin der fundus ſubhaſtirt, und auf den Grund der ergangenen adjudicatoriae der titulus possessionis immediate auf den neuen Acquirenten berichtiget werden kann. So lange daher kein Käufer ſich findet, bleibt auch das Hypothekenbuch des Guts unberichtigt, welches jedoch die davon ganz unabhängige Immiſſion der Creditoren des Pfandbeſitzers keinesweges hindern kann. Eines Advitalitäts-Beſitzers Sache iſt es, den Eigenthümer zur Berichtigung des tituli possessionis an-

zuhalten. Kann oder will er ſolches nicht bewirken, werden creditores dadurch unruhig gemacht, und zu Aufkündigungen bewogen, ſo muß dem Advitalitäts-Beſitzer überlaſſen bleiben, ſich wegen ſeines daraus erwachſenden Schadens an den Eigenthümer zu regreſſiren, und zu dem Ende allenfalls an den deductis passivis übrig bleibenden Theil des Kaufpretii ſich zu halten. Uebrigens verſteht es ſich von ſelbſt, daß, wenn creditores des Erblaſſers auf subhastationem fundi provociren, der Advitalitäts-Beſitzer aber wegen angeblich habender vorzüglicher Rechte ſolcher contradiciret, darüber rechtliches Gehör und Erkenntniß ſtatt finden muß. R. an die Weſtpr. Reg. v. 25. Juli 1783. (ungedr.) — Wenn Gemeinheits-Separationen zu Stande gebracht werden, ſoll nach der A. G. O. Th. I. Tit. 43. §. 46. das die Sache dirigirende Gericht Sorge tragen, daß die dabei in Anſehung des Beſitzes oder ſonſtigen Verhältniſſes der zugezogenen Grundſtücke ſich ereignenden Veränderungen in dem Hypothekenbuche gehörig vermerkt werden, welches auch bei Grenzberichtigungen ſtatt findet. A. L. R. I. 20. §. 460. G. S. 1817. p. 194. — Verfahren beim Hypothekenbuche. v. K. J. VIII. p. 49. — Wenn gleich von der Uebergabe des Grundſtücks noch nicht conſtiret, kann dennoch die Umſchreibung des tituli possessionis auf den neuen Acquirenten erfolgen. R. v. 26. Mai 1804. N. A. 467. III. Auch kann die Berichtigung des Beſitztitels nicht verweigert werden, wenn auch das Kaufpretium nicht in einer beſtimmten Summe angegeben werden können. R. v. 26. Febr. 1806. N. A. 324. IV. Publ. betr. die Verpflichtung der Eigenthümer zur Berichtigung des Beſitztitels, v. 1. Oct. 1805. E. S. p. 3050. XI. und J. M. II. 1. nach deſſen §. 4. es künftig, (H. O. §. 50.—57.) einer richterlichen Aufforderung von Amtswegen zur Berichtigung deſſelben weiter nicht bedarf. — Für Erben und Legatarien darf der Beſitztitel vor Berichtigung des Werthſtempels in d. Grund- und Hypothekenbuch nicht eingetragen; und ſoll jeder Erwerber eines Grundſtücks bei fiscaliſcher Strafe zum Ausweis ſeines Beſitztitels und Bewirkung der Eintragung deſſelben in das H. B. innerhalb Jahresfriſt angehalten werden. V. v. 30. Aug. 1810. J. M. IX. 323. R. betr. die Eintragung des Beſitztitels für in Gütergemeinſchaft lebende Eheleute, v. 2. Febr. 1811. J. M. XI. 103. Wenn gleich zur Zeit das Kaufpretium nicht in einer beſtimmten Summe angegeben werden kann, v. 26. Febr. 1806. C. C. p. 58. XII. — ſ. a. Hypotheken-Ordnung. — Wenn Jemand als Beſitzer eines Erbzinsguts Anſprüche an den Erbzinsherrn, z. B. auf freies Bauholz machen zu können glaubt, und denſelben deshalb in gerichtlichen Anſpruch nehmen will, ſo kann ſolches von demſelben auch vor der Berichtigung ſeines Beſitztitels geſchehen, und ſtehet dieſer Klage der §. 6. Th. 1. Tit. 10. A. L. R. nicht ent-

gegen. — Deſſen Berichtigung bei adlichen Gütern auf nicht eximirte Perſonen des Bürger- und Bauernſtandes betr. v. 3. Dec. 1814. v. K. J. IV. p. 227. Die bei Berichtigung des tituli possessionis ſäumigen Käufern angedrohete Strafe, iſt keine Ordnungs-, ſondern eine fiscaliſche Strafe. R. v. 26. Jan. 1814. p. 39. V. Die V. v. 10. Juni 1799. Die Beſchränkung der Eintragung der, für die in Holz arbeitenden, Profeſſioniſten, E. S. p. 2542. X. iſt auch bei Eintragung der Beſitztitel der von Fuhrleuten erkauften Grundſtücke in Berlin anzuwenden. R. v. 25. Apr. 1815. v. K. J. Vb. p. 86. — Berichtigung des Beſitztitels für die Erwerber veräußerter Domainen. R. v. 10. März 1814. v. K. J. III. 11. — Wenn zum Behuf der auf Antrag des Fiscus erfolgenden Subhaſtation von Erbpachtsgrundſtücken die Berichtigung des Beſitztitels auf den Namen des Schuldners erfolgt, und hiernächſt der Fiscus die ganze Kaufgeldermaſſe erhält, ſo fallen die Koſten der Umſchreibung des Beſitztitels ganz weg, wenn aber nach Befriedigung des Fiscus von der Maſſe noch etwas übrig bleibt, ſo ſind ſolche aus derſelben zu berichtigen. R. v. 1. Oct. 1814. IV. 223. — Verfahren gegen die bei der Berichtigung des Beſitztitels ſäumigen Käufer adlicher Güter Hinſichts der Verurtheilung zu einer fiscaliſchen Strafe. R. v. 26. Jan. 1814. Va. 39. — Ein Ehemann, welcher nicht in Gütergemeinſchaft mit ſeiner Ehefrau lebt, iſt verbunden, die Koſten für Berichtigung des Beſitztitels eines der Frau eigenthümlich zuſtehenden Grundſtücks zu bezahlen, im Fall dieſe Koſten nicht aus dem Vermögen derſelben zu erhalten ſind. R. v. 26. Nov. 1816. VIII. 238. — Verfahren bei Berichtigung des Beſitztitels Hinſichts der vererbpachteten Domainen-Bauerhöfe. R. vom 27. März 1818. XI. 239. — Nachweis des Beſitzes zum Behuf der Berichtigung des tituli possessionis durch Production der Documente in beweiſender Form, Vernehmung von Zeugen oder des Vorbeſitzers. Reſcr. v. 9. Nov. 1818. XII. 292. — Nachweiſung des Beſitztitels des fisci, ratione der Domainen- und ehemals geiſtlichen Güter, Eintragung der Pertinenzen eines Domainen- oder geiſtlichen Guts und deren Abſchreibung. Reſcr. v. 13. Nov. 1818. XII. 294. — Der Beſitztitel des mittelbaren Erwerbes eines Grundſtücks kann vor erfolgter Tradition deſſelben in das Hypothekenbuch nicht eingetragen werden. Reſcr. v. 17. Mai 1819. XIII. 299. — Ob der Fiscus, in ſofern er ſich noch im urſprünglichen und alleinigen Beſitz von Domainen befindet, und ſo lange von einer Veräußerung, Parcellirung, Verſchuldung oder ſonſtigen Belaſtung ſeiner Grundſtücke nicht die Rede iſt, eine Verpflichtung habe, die Eintragung derſelben in das Hypothekenbuch und reſp. die Berichtigung ſeines Beſitztitels zu bewirken? Reſcr. v. 26. Juni 1820. XV. 291. —

Die Geſetze geſtatten nicht, daß Jemand, der nichts weiter für ſich anführen kann, als daß er ſich im Beſitz eines Grundſtücks befindet, ohne den Titel dieſes Beſitzes auf irgend eine Weiſe nachweiſen zu können, ſtatt dieſes Nachweiſes diejenigen, welche Eigenthumsanſprüche daran zu haben behaupten, zu dem Zwecke edictaliter vorladen könne, daß, wenn ſich Niemand meldet, er als Eigenthümer in das Hypothekenbuch eingetragen werde. Reſcr. v. 26. Juni 1820. XV. 294. XVI. 69.; wie dieſer Beſitz durch Zeugen bewieſen werden kann. Reſcr. v. 7. Dec. 1821. XVIII. 329. — Bevor der Beſitztitel in Betreff eines im Wege der nothwendigen Subhaſtation meiſtbietend erſtandenen Grundſtücks berichtigt worden, kann der titulus possessionis auf den Ceſſionar des Adjudicatars nicht eingetragen werden. Reſcr. vom 11. Dec. 1820. XVI. 260. — Das Reſcript v. 9. März 1789, nach welchem es nur in dem Falle, wenn geiſtliche Grundſtücke veräußert oder verpfändet werden, der vollſtändigen Berichtigung des Beſitztitels bedarf, iſt durch die Inſtruction vom 2. Oct. 1797 nicht aufgehoben worden. Reſcr. v. 25. Mai 1821. XVII. 285. — Die Beſcheinigung des tituli possessionis iſt auch alsdann erforderlich, wenn ein hypothekariſcher Gläubiger die Subhaſtation eines Grundſtücks nachſucht. Reſcr. v. 7. Dec. 1821. XVIII. 329. — Die Berichtigung des tituli possessionis ſoll von dem in der Hypothekenordnung Tit. II. §. 36. vorgeſchriebenen Verfahren bei der Trennung einer Pertinenz nicht abhängig gemacht werden. Reſcr. v. 3. Nov. 1823. XXII. 208. — Auch in Pommern kann der Beſitztitel auf den Grund der Verjährung und zwar eines nachgewieſenen 44jährigen Beſitzes berichtigt werden. Reſcr. v. 15. Dec. 1823. XXII. 209. — Bei Regulirung der gutsherrlichen und bäuerlichen Verhältniſſe bedarf es zur Berichtigung des Beſitztitels, ſo wie zur Eintragung der beſtändigen Renten und Naturaldienſte keines beſondern Conſenſes der gegenſeitigen Intereſſenten, jedoch muß aus dem Rezeſſe die Einigung der Intereſſenten über die Abtretung des Grundeigenthums und über die Conſtituirung der Reallaſten deutlich erhellen. Reſcr. vom 23. Febr. 1824. XXIII. 88. — ſ. Beſitzfähigkeit, Bürgerrecht, Domainen, gutsherrliche und bäuerliche Verhältniſſe, Hypothekenrecht, Kaufkontract, Miteigenthum, Quittungen, Subhaſtation, Verlautbarung. — zu deſſen Berichtigung und Eintragung in das Hypothekenbuch ſind die Erwerber von Grundſtücken verpflichtet. G. S. 1810. (A.) p. 729. f. — deſſen Eintragung auf Vormünder, wenn junge Bürger und Gewerbetreibende ſich unter nichtigen Vorwänden dem Kriegsdienſte entziehen. G. S. 1813. p. 21. — deſſen Eintragung und Berichtigung bei Verkäufen und Vererbpachtungen von Domainen und eingezogenen geiſtlichen Ordensgütern. G. S.

1809. p. 606. — 1812. p. 33. 34. 108. — in wie weit es dazu nicht der Quittung der Hauptverwaltung der Staatsſchulden, ſondern nur der Quittung der veräußernden Behörde bedarf. G. S. 1826. p. 58. — deſſen Berichtigung in Beziehung auf die vor der Bekanntmachung des Geſetzes v. 9. März 1819 abgetretenen Domainengrundſtücke in den neuen und wieder erworbenen Provinzen. G. S. 1827. p. 20. — Berichtigung des Erbſchaftsſtempels vor Eintragung des Beſitztitels. G. S. 1810. p. 127. 331. — 1822. p. 65. — Gerichtsgebühren für deſſen Berichtigung. G. S. 1815. p. 201. (Beilage p. 30. ff. 58. ff. 81. ff.) — ſiehe auch Hypothekenbücher, Hypothekenrechte, Hypothekenweſen ꝛc. — wann die Einwirkung der Gerichte zum Zweck der Berichtigung deſſelben, erſt eintreten dürfe. Cab. Ordre v. 31. Octbr. 1831. G. S. 1831. p. 251. — über das Verfahren bei den Gerichten in Gefolge dieſer Verordnung. Cab. O. v. 6. Octbr. 1833. G. S. 1833. p. 124. — Ueber die Höhe der Strafe für die unterlaſſene Berichtigung deſſelben. R. v. 13. Jul. 1829. v. K. J. XXXIV. 122. R. v. 16. März 1831, betr. die Berichtigung des Beſitztitels von einem Erbpachtsgrundſtück. v. K. J. XXXVII. 106. R. v. 21. Nov. 1831, betr. die Eintragung deſſelben auf den Grund eines Notariats-Inſtruments. XXXVIII. 418 — 420. — Ueber die Nothwendigkeit der Berichtigung deſſelben bei nachgeſuchter Subhaſtation. R. v. 25. Jun. 1832. XXXIX. 459. 460. — R. v. 14. Dec. 1832, betr. die Berichtigung des Beſitz-Titels ſtädtiſcher Grundſtücke für die Erben des eingetragenen Beſitzers. XL. 475 — 477. Ueber die officielle Wirkſamkeit des Richters bei Berichtigung des Beſitztitels. R. v. 28. Oct. 1832. XL. 483 — 494. — R. v. 30. Jul. 1832, betr. die Anwendung der großen Kanzlei-Taxe bei Berichtigung des Beſitztitels, ſo wie die Einziehung der Strafe wegen Unterlaſſung dieſer Berichtigung. XL. 524. 525. ſ. a. Uebergabe. — Die Berichtigung des Beſitztitels auf den Grund der Verjährung findet nur bei der erſten Regulirung des Hypotheken-Foliums Statt, und iſt nicht blos für den jetzigen Beſitzer, ſondern auch für den Vorbeſitzer des Grundſtücks zuläſſig. R. v. 11. Jan. 1833. XL. 271. 272. — Die Abſchreibung veräußerter Domainen-Parzelen vom Hauptgute und die Berichtigung des Beſitztitels kann nicht eher erfolgen, als bis die Quittung der Hauptverwaltung der Staatsſchulden über die erfolgte Zahlung der Kaufgelder beigebracht worden. R. v. 5. Jul. 1833. XLII. 185 — 187. — Cab. Ord. v. 23. Oct. u. Cirk. R. v. 4. Nov. 1833. betr. die Abſchaffung der, nach dem Sächſiſchen Lehnsmandate erforderlichen Lehnsträger für inländiſche Stadtgemeinden, und die Berichtigung des Beſitztitels für letztere. XLII.

287. 288. — ſ. auch Gläubiger. Käufer. — deſſen Berichtigung bedarf es nicht von Grundſtücken, welche vom Fiscus erkauft und zu öffentlichen Straßen angewendet worden ſind. v. K. A. 19. III. 652. — ſ. auch Patrimonialgerichte. Rittergutsbeſitzer. — Der Eigenthümer eines Grundſtücks, deſſen Beſitztitel im Hypothekenbuche noch nicht eingetragen worden, iſt daſſelbe zu verkaufen befugt. S. u. Str. R. 1. B. No. 49. p. 186.

Beſitz-Veränderungen mit ländlichen Grundſtücken, allgemeine Anordnungen rückſichtlich derſelben. v. K. A. 23. II. 272. 283. — Entrichtung der Umſchreibe-Gebühren bei ſelbigen. 23. II. 316. — ſ. Prozentgelder. — zum Beſten des gemeinen Beſten, ſ. Stempelfreiheit.

Beſitzverhältniſſe, Beſeitigung einzelner Streitigkeiten über ſelbige bei Gemeinheitstheilungen. v. K. A. 19. III. 668.

Beſitz-Zeugniſſe; ſ. Inſignien.

Beſoldungen, heben von Zeit der Introduction an. R. v. 8. Jun. 1755. E. S. p. 837. I. und deren Quartale nehmen vom 1. Jun. Sept. Dec. und März ihren Anfang. C. v. 3. May 1774. p. 295. V. d. ſo wie die Beſoldungen aus der montis pietatis Caſſe. V. v. 31. März 1780. p. 3003. VIII. Die auf Königl. Caſſen aſſignirten, der Juſtizcollegien werden auch bei einer Vacanz zur Sportelcaſſe gezahlt. R. v. 8. Aug. 1752. p. 505. II. v. 27. Oct. 1764. p. 501. III. und bei derſelben extraordinarie vereinnahmet. Rgl. v. 1782. p. 962. VII. — Die Beſoldungen ſollen nicht eher ausgezahlet werden, auch die Unbeſoldeten zu ihren Amtsverrichtungen nicht eher admittirt werden, bis die Beſtallungen und über die bezahlten Taxen die Quittungen dem Präſidenten vorgelegt worden. C. v. 4. März 1742. p. 67. C. II. R. v. 23. v. 27. Oct. 1764. p. 495. 501. III. v. 10. Oct. 1783. p. 2483. VII. Ein landesherrlicher Beamter kann ſein Salarium keinem Dritten verpfänden oder vorſchreiben. Lief. 2. p. 74. — (Gehälter), königl. Beamten, in wie weit die Regierungen damit Veränderungen vornehmen können. G. S. 1808. p. 492. — auch deren Erhöhung bei den ihrer Beſetzung überlaſſenen Stellen bewilligen können. G. S. 1817. p. 256. — neue, oder Beſoldungszulagen, bedürfen der Allerh. Genehmigung. G. S. 1810. p. 9. 22. — über 400 Rthlr. jährl., deren Zahlung mit einem Viertel des Betrages in Treſorſcheinen. G. S. 1813. p. 25. — deren Zahlung mit einem Fünftel in Golde. G. S. 1814. p. 64. — bisherige, ſollen ohne Verminderung und unverändert fortgezahlt werden. G. S. 1814. p. 36. — Feſtſtellung von Normal-Etats für ſelbige. G. S. 1814. p. 36. 44. — Stempel- und Kanzleigebühren-Entrichtung von ſelbigen. G. S. 1828. p. 7. — Sportel-Anwendung bei Bewilligungen von Zulagen zu ſelbigen. G. S. 1825. p. 130. — Berechnung des Quit-

tungsſtempels von ſelbigen. G. S. 1822. p. 61. — rückſichtl. derſelben ſoll kein gerichtl. Verfahren zugelaſſen werden. G. S. 1823. p. 21. — Beſchlagnahme derſelben zur Hälfte, Behufs der Zahlung ſchuldiger Alimente. G. S. 1810. (A.) p. 724. — der Civilbeamten u. Militairperſonen, Vorſchriften für deren Beſchlagnahme, auch in denjenigen Landestheilen gültig, in welchen das allgemeine Landrecht und die allgem. Ger. Ordn. noch nicht geſetzliche Kraft haben. G. S. 1826. p. 54. — während eingeleiteter Unterſuchungen und Amts-Suspenſionen innebehalten, deren hiernächſtige Verwendung und Nachzahlung. G. S. 1825. p. 5. — deren Zahlung an die im J. 1815 als Offiziere oder Militair-Freiwillige ꝛc. eingetretenen Civilbeamten. G. S. 1815. p. 41 — 44. — der Grundbeſitzer, werden von den Indult-Beſtimmungen nicht berührt. G. S. 1813. p. 135. — vakante, aus ſelbigen können die Chef-Präſidenten der Landes-Juſtiz-Kollegien Gehaltserhöhungen bewilligen. G. S. 1828. p. 6. — rückſtändige, deren Abtragung, theilweiſe durch verzinsliche Gehalt-Bons. G. S. 1810. p. 31. — Annahme der letztern auf Pacht- und Abgaben-Rückſtände bis zum 1. Jun. 1810. G. S. 1811. p. 147. — desgl. bei Ablöſungen von Domanial-Abgaben. G. S. 1811. p. 158. — desgl. bei Veräußerung königl. Domainen, Forſten und geiſtlicher Güter. G. S. 1811. p. 209. — Präkluſivtermin für die Anſprüche auf ſelbige aus früheren Verhältniſſen in den neuen und wieder eroberten Provinzen. G. S. 1822. p. 205. — rückſtändige, der Zentral-Civilbeamten des Militairs und der Gendarmerie aus den preuß. Landestheilen des ehem. Königr. Weſtphalen, deren Liquidation und Berichtigung. G. S. 1827. p. 15. 19. — Entrichtung beſtimmter Prozente von ſelbigen zu den ſtädtiſchen Kommunallaſten. G. S. 1809. p. 624. — Beiträge von ſelbigen zu den Gemeine-Laſten. G. S. 1822. p. 184. f. — der ſtädtſchen Beamten, deren Feſtſetzung. G. S. 1808. p. 344. 345. — ſ. a. Militair-Gehälter. — für öffentliche Beamte, allgemeine Beſtimmungen rückſichtlich derſelben. v. K. A. 24. IV. 967 — 981. — 25. I. 8. — Stempel zu den Bekanntmachungen wegen deren Erhebung. 24. III. 709. — deren Auszahlung in monatlichen Raten an die nicht in kollegialiſchen Verhältniſſen ſtehenden Beamten. 21. I. 3. — desgl. an Kreisphyſiker und Chirurgen. 21. II. 453. — Zahlung der Zuſchüſſe zu ſelbigen. 24. IV. 999. seq. — Zuſchüſſe und perſönliche Zulagen zu ſelbigen, deren Verminderung und Wiedereinziehung. 20. I. 2. — 25. I. 8. — dieſelben ſollen, ſo wie die Entſchädigungen aus frühern Dienſtverhältniſſen, in die laufenden Etats mit aufgenommen werden. 21. I. 4. — deren Uebernahme auf den Penſions- und Wartegelder-Etat. 23. II. 228. — neben ſelbigen ſollen keine Wartegelder und Penſionen gezahlt werden. 20. I. 2. — Einſtellung willkürlicher Ab-

züge von ſelbigen. 25. I. 25. — Abzüge von ſelbigen bei Beurlaubungen der Civil-Beamten. 22. IV. 845. — in wie weit darauf Beſchlag gelegt werden kann. 20. III. 459. — deren etatsmäßige Verrechnung. 26. II. 309. — III. 652. 653. — IV. 963. seq. — Verwendung und Verrechnung der Erſparniſſe bei ſelbigen. 19. I. 6. — 20. II. 224. — 26. III. 651. — Zuſchüſſe zu ſelbigen für die Gerichts-Behörden ſind portofrei. 26. IV. 1012. — frühere, deren Bewilligung für kommiſſariſch beſchäftigte und auf Wartegeld ſtehende Beamte. 21. II. 284. — IV. 780. — Dispoſition über ſelbige während des von Beamten zu erleidenden Feſtungs-Arreſtes. 18. IV. 1174. — Regulirung derſelben für die in den neuen und wieder erworbenen Provinzen vorgefundenen Beamten. 17. III. 14 — 20. — 18. I. 6. — die Hüttenarbeiter ſind rückſichtlich derſelben vom Quittungsſtempel befreit. 18. IV. 971. — Goldzahlungen bei ſelbigen, ſiehe dieſe. — Beiträge von ſelbigen zum Penſions-Fonds; — ſiehe Penſions-Beiträge. — aus Gemeinde-Korporations-Kaſſen, deren Genehmigung von Seiten der Regierung. 18. II. 383. — der Gendarmerie, Quittungsſtempel zu ſelbigen. 22. I. 136. — Feſtſetzung derſelben für die Staatsdiener im Würtembergiſchen. 21. II. 476. — ſiehe auch Gnaden-Bewilligungen, Gnaden-Monate ꝛc. — Königl. Beamten, Aufnahme der zahlbaren Beträge von ſelbigen in die Etats, nach Abzug des Gold-Agios und der Penſions-Beiträge. 27. I. 40. seq. III. 628. — Goldzahlungen bei ſelbigen gegen 10 Procent Agio. 27. I. 40. — deren Zahlung in monatlichen Raten an verſchuldete Subalternen-Beamte. 27. IV. 891. — Ausſterbebeſoldungen, (Ausſterbegehälter), Verrechnung und jährliche Nachweiſung derſelben. 27. III. 627. — Uebernahme der von ſelbigen und von perſönlichen Beſoldungszulagen fälligen Penſionen auf den Penſions-Ausſterbe-Etat. 27. III. 626. — IV. 887. — extraordinaire und Beſoldungs-Erſparniſſe, deren Verrechnung in den Kaſſen-Abſchlüſſen der indirekten Steuern. 27. III. 629. seq. — der vom Amte ſuspendirten oder deſſelben entſetzten Geiſtlichen und Schullehrer. Dispostion darüber. 27. I. 99. — deren Feſtſtellung in Beziehung auf die von ſelbigen zu entrichtenden Kommunal-Steuern. 27. I. 140. — III. 683. — mit Arreſt belegt, Einziehung der Kommunal-Beiträge rückſichtlich derſelben. 27. I. 140. — der in die Rheinprovinz verſetzten Beamten, Beſchlaglegung auf ſelbige in Gefolge von Judikaten altländiſcher Gerichte. 27. II. 345 — 349. — Einziehung der Wittwen-Kaſſen-Beiträge von ſelbigen. 27. I. 140. — IV. 891. — ſ. auch Penſions-Beiträge und Penſionirungen. — Königl. Staatsdiener, deren Vorausbezahlung in vierteljährigen oder monatlichen Raten. 28. II. 309. seq. — IV. 965. — Befugniß der Verwaltungs-Chefs, ſolche bei einzel-

nen Beamten, beſonders bei verſchuldeten, in monatlichen Raten zahlen zu laſſen. 28. II. 309. — deren Zahlung ohne perſönliches Erſcheinen der Empfänger. 28. IV. 964. — Berechnung des Gold-Agios bei ſelbigen. 28. II. 311. 431. — desgl. bei Beſchlagnahme der Gehälter. 28. III. 647. — Quittungsſtempel zu ſelbigen, nach deren wirklichem Betrage. 28. IV. 986. — Nachweiſung und Verwendung der Erſparniſſe bei ſelbigen. 28. II. 306. — deren Berechnung rückſichtl. der davon zu entrichtenden Kommunal-Beiträge. 28. II. 431. — perſönliche Zulagen, deren Berechnung bei Penſionirungen. 28. I. 39. — ſ. a. Penſions- und Wittwen-Kaſſen-Beiträge. (Gehälter) der Staatsdiener, Abzüge von ſelbigen während der, über 4 Wochen dauernden Beurlaubungen, mit Ausnahme für Bade- und Brunnen-Kuren. 29. II. 205. ff. — III. 471. — der Militair-Perſonen, ſiehe Militair-Gehälter. — Penſions-Beitr. von ſelb., ſiehe dieſe. — unmittelbare Zahlung von Abzügen aus denſelben an einzelne Gläubiger verſchuldeter Beamten. 30. II. 258 — 260. — ſ. auch Militair-Gehalt und Dienſteinkünfte. — während der Amts-Suspenſion eines Beamten geſammelt, Dispoſition über dieſelben. 31. IV. 706. — rückſichtl. der Abzüge von denſelben, ſollen ſich die Gerichte an die Verwaltungsbehörden ſelbſt wenden. 31. II. 257. — der auf Kündigung bei einem Kollegium angeſtellten Beamten, deren Zahlung auch in Quartal-Raten. 31. II. 263. — Abzüge von denſelben bei Beurlaubungen der Königl. Staatsdiener, über 4 Wochen. 32. III. 581. — finden bei nothwendigen Badereiſen, zur Wiederherſtellung der Geſundheit, nicht Statt; ebend. — deren Berechnung bei Penſionirungen. 32. IV. 848. — Abzüge von denſelben bei Gendarmen während deren Suspenſion vom Dienſte. 32. I. 147. — deren Feſtſetzung für Magiſtratualen bei Einführung der neuen Städteordnung. 32. I. 121. — (Gehälter), etats- und regelmäßige, der Königl. Staatsdiener, Verfahren bei den Dispoſitionen über dieſelben. 33. II. 255 — 257. — Verminderung derſelben unter die bereits beſtehenden Normalſätze. 33. II. 255. — und Penſionen der Magiſtratsperſonen. R. v. 13. Jan. 1834. — 34. I. 110. — der Dorfsſchulzen, ſ. letzt.

ſiehe überhaupt Beamte. Ceſſion. Emolumente. Exekutionen. Gehalt. Gehaltsabzüge. Gehaltszuſchüſſe. Gerichtsſporteln. Kriminal-Unterſuchung. Penſionsfonds.

Beſoldungs-Erſparniſſe, bei deren Nachweis iſt zu vermerken, ob und welche Theilbeträge aus perſönlichen Zulagen gefloſſen ſind. v. K. A. 33. I. 44. — Verfahren mit denſelben, ſiehe Erſparniſſe.

Beſoldungsgelder; ſ. Portofreiheit.

Beſoldungstitel; ſ. Penſionsfonds.
Beſoldungs-Zahlung; ſ. Beamte, ſtädtiſche.
Beſoldungs-Zulage; ſ. Penſionsfonds.
Beſoldungs-Zuſchüſſe; ſ. Inſinuationsgebühren. Portofreiheit.

Beſſerung der Sträflinge, ſ. Detention, ſ. a. Landesverweiſung.

Beſſerungsanſtalt, ſ. Strafe. Grundſätze, nach welchen die in der C. O. v. 28. Febr. 1801 befohlne Einrichtung der anzulegenden Beſſerungsanſtalten zu bewerkſtelligen, ſ. N. A. 89. II. Die Adminiſtration der Straf- und Beſſerungsanſtalten ſteht in ökonomiſcher und finanzieller Hinſicht unter der allgemeinen Leitung und Direction der Regierung, die Konkurrenz der Landesjuſtizcollegien aber ſoll ſich lediglich auf die Sorge für die Vollſtreckung der Strafen, und auf die Mitwirkung zur ordnungsmäßigen Behandlung der Sträflinge einſchränken, zu welchem Ende den Landesjuſtizkollegien zu jeder Zeit eine Unterſuchung der gedachten Anſtalten frei ſtehen muß, R. v. 26. Oct. 1809. J. M. 113. IX. — ſ. a. Rgl. für das Correctionshaus zu Schweidnitz v. 21. Aug. 1800. Rgl. f. d. Armenhaus zu Creuzburg, v. 4. Jan. 1779. Gloſſen, p. 7. zu Berlin, v. 30. Sept. 1801. St. B. 253. XV. V. wegen Errichtung einer Zwangs-Arbeitsanſtalt im Magdeburgiſchen, v. 9. Aug. 1804. E. S. p. 2646. XI. — Einſperrung von Verſchwendern, Bettlern ꝛc., in ſelbige, auf Anträge der Polizeibehörden. v. K. A. 21. I. 144. — Beſchäftigung der Sträflinge in ſelbigen, beſonders mit Anfertigung von Packtuch. 26. I. 129. — ſiehe auch Straf-Anſtalten.

Beſtände, Kaſſen, deren Uebertragung auf die etatsmäßigen Fonds der folgenden Jahre. R. v. 9. Jan. 1834. v. K. A. 34. I. 30. — ſ. Salarienkaſſen-Beſtände.

Beſtätigungen. Stempelgebrauch zu ſelbigen. G. S. 1822. p. 74. 75. von Seiten der Provinzial-Verwaltungs-Behörden ertheilt, Sportel-Anwendung bei ſelbigen. G. S. 1825. p. 131. — von Verträgen, ſ. letztere. — der Magiſtratsperſonen, rev. Städte-Ord. G. S. 1831. p. 23. — der Bürgermeiſter-Wahlen. R. v. 8. Aug. 1833. v. K. A. 34. III. 733. — ſ. Domainen-Veräußerung. Domainen-Vererbpachtung. Erkenntniſſe. Juſtitiariatskontrakte. Kaufkontrakt. Kriegsrechtliches Erkenntniß. Kriminalurtel. Pertinenzien. Protokollführer.

Beſtätigungsrecht, ſiehe Kriegsrechtliches Erkenntniß.

Beſtätigungs-Reſcript; ſ. Unterſuchungskoſten.

Beſtallungen. Von der Stempelpflichtigkeit der Inſtalla-

tionsverhandlungen, R. A. B. 388. VI. K. A. B. 287. P. A. B. 350. — Stempel=Anwendung bei ſelbigen. G. S. 1822. p. 75. — Sportel=Entrichtung für dieſelben bei den Provinz.=Behörden. G. S. 1825. p. 130. — für Juſtiz=Subalternen=Beamte, ſiehe dieſe. — ſ. auch Anſtellung. — für Subalternen=Beamte, deren Ausfertigung von Seiten der Regierungen. v. K. A. 21. III. 509. — Ausfertigung für Königl. Staatsdiener. 33. III. 579. — für Magiſtratualen, deren Ausfertigung Seitens der Stadtverordnetenverſammlungen und Beſtätigung Seitens der Regierungen. 33. I. 110. — Form derſelben. R. v. 22. Dec. 1833. — 34. III. 708. — ſ. a. Sporteltantieme, Stempeltantieme.

Beſtallungs=Angelegenheiten der Beamten, Anwendung der Stempel in ſelbigen. v. K. A. 24. III. 708. — ſ. auch Anſtellung.

Beſtandes=Nachweiſung; ſ. Depoſitalrechnungs=Abſchluß.

Beſtechung, A. L. R. II. XX. 360. 361. — der Juſtizbedienten. A. G. O. III. I. §. 27. nach welchen derjenige, der eine ungerechte Sache durch Beſtechung erſchlichen hat, beſtraft werden ſoll. In Anſehung der Acciſe= nnd Zoll=Officianten verbleibt es bei der Vorſchrift des §. 24. des Ed. v. 26. März 1787. E. S. p. 820. VIII., nach welcher diejenigen, welche denſelben Geſchenke, Douceurs oder Trinkgelder anbieten oder geben, ſo viel Thaler Strafe zur Armenkaſſe bezahlen ſollen, als ſie Groſchen angeboten und gegeben haben, und wenn der Betrag ungewiß iſt, eine Geldſtrafe von 10 Rthlr. erlegt werden ſoll. — Publ. wegen Beſtrafung intendirter, der Finanz= u. Polizeibedienten, v. 27. März 1801. E. S. p. 127. XI. St. B. p. 267. XIII. R. A. II. p. 67. — der Steuerbeamten, von Seiten der Steuerpflichtigen werden beſtraft. G. S. 1810. p. 61. — 1818. p. 130. 136. — 1819. p. 111. 115. — Die Befugniß der Regierungen, bei Vergehen in Steuerſachen Strafreſolute abzufaſſen, erſtreckt ſich auch auf die Strafe, welche Steuerdefraudanten ſich dadurch zuziehen, wenn ſie ertappt werden, durch verſuchte Beſtechung der Beamten oder Anbietung von Geſchenken, dieſe von Erfüllung ihrer Pflicht oder Anzeige der Defraudationen abhalten zu wollen. R. v. 15. Apr. 1823. v. K. J. XXI. 320.

Beſtellungen, ſ. Poſt=Kontraventionen.

Beſtellungsgebühren, ſiehe Unterſuchungskoſten, Vorladung.

Beſthaupt, ſ. Sterbefall.

Betrügereien, in Militair=Lazarethen, deren ſtrengere Beſtrafung. G. S. 1813. p. 127. — 1817. p. 299.

Betrug, A. L. R. I. IV. 84 — 93. bei Verträgen. I. V. 349 — 359. der Beſitzergreifung. I. VII. 97. Vergleichen. I. XVI. 419. deſſen Strafe. II. XX. 1325 — 1487. — Pat. das Bier- und Weinverfälſchen betr. v. 1718. C. S. V. V. V. No. 6. v. 1722. No. 10. durch Fuhrleute u. Knechte. Pat. v. 6. März 1722. No. 11. Pat. v. 11. May 1735. No. 13. v. 19. Nov. 1743. p. 163 C. II. — Was zum dolo malo gehöret. H. B. V. 130. — Wegen Beſtrafung derjenigen, welche falſches Geld münzen, Kaſſenbeutel oder Urkunden verfälſchen, Stempel oder Siegel nachmachen, oder andere ähnliche Betrügereien verüben, hat es zwar bei den Beſtimmungen des A. L. R. Th. 2. Tit. 20. §. 254. 268. 1386. ff. ſ. a. R. v. 9. Jan. 1806. C. S. p. 38. XII. die in den §. §. 1381. bis 1388. verordneten Strafen ſollen nur Schärfungen der ordinairen Strafe des qualificirten Betruges, §. 1328., ſeyn; im §. 1387. hat §. 1380. allegirt werden ſollen, R. v. 29. Jan. 1806. S. M. 192. ſein Bewenden; es muß aber bei kleinern Vergehungen dieſer Art auf körperliche Züchtigung, und ſtatt der Zuchthaus- und Feſtungsſtrafe auf Einſperrung in eine Beſſerungsanſtalt, und bei ſchweren Verbrechen mit darauf erkannt werden, daß der Verbrecher nach der Strafzeit in eine Arbeitsanſtalt gebracht werde, §. 30. d. V. v. 26. Febr. 1799. p. 125. — Jeder, der zum Dienſt in einem Militairlazareth angenommen und wegen Betrügereien oder Diebſtahl in ſolchem beſtraft worden, muß daraus entfernt, und kann zum öffentlichen Dienſt niemals wieder angeſtellt werden, §. 5. der C. O. v. 13. Oct. 1813. S. M. 132. — Wenn ſich aus den gegen einen Civilbedienten oder Penſioniſten eingereichten Klagen, oder bei Einleitung derſelben ergiebt, daß ſelbige ihre Gläubiger durch falſche Vorſpiegelungen zum Creditgeben verleitet, ſich ſonſt betrügeriſche Mittel zur Bewirkung dieſes Credits erlaubt haben, oder ihnen ſonſt in Hinſicht deſſelben gemeine Verbrechen zur Laſt fallen, welche ihnen die zu ihrem Amte nöthige Achtung entziehen, oder ſie des nöthigen Vertrauens dazu oder der Penſion, welche ſie genießen, unwürdig machen; ſo iſt die gerichtliche Behörde, bei welcher der Rechtſtreit obwaltet, verpflichtet, und zwar, wenn ſolche ein Untergericht iſt, durch das ihr vorgeſetzte Landesjuſtizcollegium dem Departements-Chef des Officianten, von welchem die Unterſuchung dieſer Vergehen, welche außer der geſetzlichen Strafe mit Caſſation und reſp. Verluſt der Penſion beſtraft werden, verfügt wird, und der, wenn auch nicht darauf erkannt worden, bei Sr. Majeſtät dennoch auf Verſetzung an einen andern Ort, oder in ein anderes Amt, oder auch auf die Dienſtentlaſſung oder reſp. Verluſt der Penſion anzutragen befugt und verpflichtet iſt: oder dem Chef der Caſſe, aus welchem der Penſioniſt ſeine Penſion beziehet, davon ausführliche Anzeige zu thun; ſo wie denn

auch dem Gläubiger, welcher durch ſolche Mittel zum Creditgeben verleitet worden, eine ſolche Anzeige demſelben einzureichen, unbenommen bleibt. §. 8 — 12. der V. v. 28. Febr. 1806. N. A. 306. IV. — Bei der Vorſchrift des §. 1026. Th. 2. Tit. 20. des A. L. R. iſt die Abſicht des Geſetzgebers nur dahin gegangen, die Eröffnung einer beſondern Unterſuchung wegen verübten groben Betruges, in ſolchen Fällen zu vermeiden, in welchen von dem Civilrichter zugleich in dem Prozeſſe über den Civilanſpruch des Betrogenen, über die Beſtrafung des Schuldigen erkannt werden kann. Iſt der Fall eines Civilprozeſſes nicht vorhanden, ſo muß wegen des verübten Betruges das Amt des Criminalrichters eintreten. R. v. 15. Aug. 1815. v. K. J. 23. VI. Wer ein Dokument, deſſen Verfälſchung ihm bekannt war, dem Gericht als glaubwürdig vorlegt, ſoll nach §. 1379. des A. L. R. Th. 2. Tit. 20. beſtraft werden. A. G. O. Th. 1. Tit. 10. §. 121. Die im §. 1391. c. l. vorgeſchriebene Schärfung der Strafe iſt durch den Ausdruck: beſonders, nicht auf denjenigen beſchränkt, der zu ſeinem Vortheil Collecten auf den Namen öffentlicher Anſtalten einſammelt. v. K. J. 133. I. — Publ. wegen Abſtellung der bei Anfertigung und beim Verkauf der Preußiſchen Leinewand überhand genommenen Verfälſchung und Betruges, v. 1781. C. S. p. 102. VII. — Von Beſtrafung derjenigen, welche das Publikum durch betrügliche Gaukeleien, als Wahrſager, Schatzgräber ꝛc. A. L. R. Th. 2. Tit. 20. §. 220 — 222. hintergehen, §. 1402. Verfälſchung von Waaren, Maß und Gewicht, §. 1442 — 1451. ſ. Paalzow Commentar zur Cr. Ordn. B. 1. p. 380. — qualificirter, zieht den Verluſt des Bürgerrechts nach ſich. G. S. 1808. p. 329. — Wenn über den Civilanſpruch des Betrogenen kein Prozeß ſchwebt, und ſolcher auch nicht zu erwarten iſt, folglich in dem Urtel über die Hauptſache nicht zugleich auf Beſtrafung des Betrügers erkannt werden kann, ſo muß wegen des verübten Betrugs das Amt des Criminalrichters eintreten. R. v. 15. Aug. 1815. v. K. J. VI. 23. R. v. 6. Jan. 1832, betr. die Frage: ob die im §. 1328. II. XX. A. L. R. auf den qualificirten Betrug angedrohete Geldbuße die Natur einer fiscaliſchen oder einer Criminalſtrafe habe, und daher unbedingt dem Fiscus oder dem Inhaber der Criminalgerichtsbarkeit zufalle? v. K. J. XXXIX. 206. 207. — Iſt ein Bettler, welcher unter Vorgabe falſcher Umſtände das Mitleid einer Perſon in Anſpruch nimmt, wegen Betruges zu beſtrafen? S. u. Str. R. 1. B. No. 88. p. 353. — Trift die Strafe der Fälſchung einer Privatſchrift denjenigen, der ein ihm ausgeſtelltes Dienſtzeugniß, ohne Beabſichtigung eines beſtimmten Betruges zu ſeinem Vortheile verfälſcht? S. u. Str. R. 1. B. No. 90. p. 363.

Betrunkene, polizeiliche Anordnungen wegen derſelben.

v. K. A. 17. III. 204. — ſcheintodte, Rettungsverſuche an ſelbigen. 20. IV. 865. — deren Beſtrafung bei veranlaßtem Auflauf. R. v. 10. Sept. 1834. — 34. III. 789.

Bettag, allgemeiner, an demſelben dürfen keine Schauſpiele u. öffentl. Luſtbarkeiten ſtatt finden. v. K. A. 30. III. 574. ſ. Bußtag.

Bettelbriefe; nach dem Rgl. v. 16. Juni 1791. §. 13. E. S. p. 131. IX. iſt den Landescollegien ſelbſt, oder deren Untergeordneten, oder, wer es ſonſt iſt, zum erſtenmal bei 50 Rthl. Strafe, zum zweitenmal bei härterer Strafe unterſagt, eine Vorſchrift oder Zeugniß zum Betteln auf Brand oder andere Unglücksfälle zu ertheilen; auch ſoll bei 2 Rthl. Geld- oder verhältnißmäßiger Leibesſtrafe, wenn fremde Bettler dergleichen von ihrer Landesobrigkeit aufzuweiſen hätten, darauf nicht geachtet werden.

Bettelei, Begriff derſelben. v. K. A. 21. I. 144. u. 31. I. 128. — wegen der gegen dieſelbe getroffenen polizeilichen Maßregeln. 17. II. 181—188. seq. — 19. III. 769—781. — IV. 969. — 20. I. 55—60. — II. 279. — 22. IV. 940. seq. — Verhütung derſelben durch ſtrengere Befolgung der Paßgeſetze. 21. I. 109. — Beſtrafung derſelben in Neu-Vorpommern. 21. III. 677. — Strafverfahren gegen die bei ſelbiger angetroffenen beurlaubten Landwehrmänner und Kriegs-Reſerviſten. 26. IV. 1096. — der wandernden Handwerksgeſellen; ſ. dieſe. — Verfahren gegen dieſelbe im Oeſterreichiſchen. 17. II. 289. — mit Queruliren verbunden, deren Beſtrafung. 27. III. 691. — muß als eine Art von Verbrechen angeſehen werden. 29. IV. 880. — Ortsobrigkeiten, welche in der Ausübung ihrer Amtspflicht, ſolcher zu ſteuern, nachläſſig ſind, können von den Regierungen in Strafe genommen werden. 29. III. 606. — der Kinder, Strafbarkeit deren Ältern für ſelbiges nach den Beſtimmungen des A. L. R. Th. II. Tit. XX. §§. 67—70. — 29. IV. 878. — iſt als eine Species von Verbrechen zu betrachten, und darnach auch die Verpflichtung zur Aufbringung der Unterſuchungs- Detentions- u. Verpflegungskoſten zu beſtimmen. 30. III. 584. — deren Steuerung durch Anſtellung von Kreis-Polizei-Sergeanten. 33. IV. 1017. ſ. a. Bettler.

Betten, deren Verabreichung an das einquartirte Militair. G. S. 1810. (A.) p. 650. — in Ausmiethungsquartieren. R. v. 24. Aug. 1834. v. K. A. 34. III. 909. — alte, (gebrauchte) mit ſelbigen darf kein Hauſirhandel ſtatt finden. G. S. 1824. p. 130. — auch nicht mit neuen, v. K. A. 26. II. 430. — deren Sonnen und Ausklopfen auf den Straßen iſt verboten. 17. III. 206. — ſ. Exekutionen.

Bettfedern, mit ſelbigen iſt der Hauſirhandel geſtattet. v. K. A. 24. II. 586. — 33. II. 505. — auch Seitens der Ausländer. 33. I. 204.

Bettler, E. wider die, Landſtreicher, Zigeuner ꝛc. v. 1573. E. S. V. V. I. No. 4. v. 26. Apr. 1590. No. 8. v. 10. Apr. 1595. No. 10. v. 20. Oct. 1599. No. 12. v. 20. März 1603. V. V. I. No. 13. III. I. No. 1. v. 25. Jul. 1606. VI. I. No. 67. v. 3. Jan. 1663. V. V. I. No. 19. v. 1691. No. 26. u. No. 27. No. 28. v. 25. Jan. 1707. No. 36. R. v. 3. Oct. 1708. No. 38. v. 29. Oct. 1709. V. IV. II. No. 15. v. 24. Nov. 1710. No. 28. E. v. 10. Febr. 1715. I. II. No. 97. v. 10. Dec. 1720. V. V. I. No. 50. u. No. 45. v. 14. Jul. 1721. No. 51. v. 24. Nov. 1724. No. 55. v. 5. Oct. 1725. II. III. No. 54. v. 30. Nov. 1739. p. 299. C. I. in Oſtfriesland v. 30. Nov. 1774. p. 697. V. e. in Oſt- und Weſtpreußen V. v. 22. Jan. 1793. p. 1429. IX. ſollen überhaupt auf dem Lande nicht herbergiret werden. Pat. v. 20. Apr. 1724. V. I. II. No. 40. beſonders gegen Bettler auf falſche Brandbriefe. E. v. 12. Febr. 1722. V. V. I. No. 53. R. die Aufhebung der Zigeunerbanden betr. v. 11. Oct. 1748. p. 82. C. IV. Inſtruktion die anzuſtellenden Viſitationen betr. v. 9. Jan. 1725. II. III. No. 50. und No. 51. No. 59. v. 20. Nov. 1730. V. V. I. No. 58. Siehe das Erkenntniß in Sachen des Magiſtrats zu Berlin wider das dortige Armendirektorium, p. 72. St. B. VII. C. an die Untergerichte v. 28. Febr. 1781. p. 178. E. S. VII. Publ. v. 30. Juni 1781. p. 423. VII. wegen der Zigeuner in Oſt- und Weſtpreußen. V. v. 22. Jan. 1793. p. 1429. IX. beſondere V. wegen der freventlichen Bettler v. 26. Apr. 1799. §. 31. von Beſtrafung muthwilliger Bettler E. v. 21. Juni 1725. I. II. No. 121. v. 30. Nov. 1739. p. 299. C. I. v. 6. Dec. 1740. p. 425. C. I. v. 28. Apr. 1748. p. 42. C. IV. V. v. 26. Febr. 1799. E. wegen der Bettel-Juden v. 13. Nov. 1719. V. V. III. No. 40. D. v. 1720. V. V. I. No. 50. Inſtr. v. 30. Sept. 1733. No. 24. v. 3. Jan. 1737. p. 1. C. I. v. 9. Sept. 1738. p. 213. C. I. v. 28. Apr. 1748. p. 42. C. IV. v. 12. Dec. 1780. p. 3083. VI. nebſt Cirk., daß ein jeder einländſcher Schutzjude mit einem Geleitsbriefe verſehen ſein ſoll, v. 28. Apr. 1791. p. 86. IX. ſ. a. Armen. Juden. Vagabunden. — Jeder auf Bettelei, ſ. E. v. 24. Apr. 1748. E. S. p. 42. C. IV. Betroffene wird durch Einſperrung ins Arbeitshaus beſtraft. Eine ſolche und ähnliche Strafe haben die Eltern, welche ihre Kinder zum Betteln zwingen, und zwar in geſchärfterm Maaße verwirkt. R. v. 18. Juni 1798. St. B. 192. VII. Ein freventlicher Bettler aber, welcher mit Gewalt in Wohnzimmer eindringt, oder durch Drohungen Allmoſen zu erpreſſen ſucht, wird ſo beſtraft, als wenn er einen gemeinen Diebſtahl begangen hätte. Iſt die Drohung auf Feueranlegen oder Mißhandlungen gerichtet geweſen, ſo iſt die Strafe eines gewaltſamen Diebſtahls verwirkt. §. 31. der V. v. 26. Febr. 1799. — Ed. wegen Transports der, und Vagabunden, v.

1720. E. S. V. V. I. No. 50., v. 1730. No. 58. ſ. K. A. B. 363. II. — Von Beſtrafung der Begünſtigung der Bettelei der Handwerksgeſellen, K. A. B. 276. VII. — Die Ausfertigung der Bettelbriefe iſt nach dem Regl. v. 1791. §. 13. E. S. p. 131. IX. bei 50 Rthl. Strafe verboten; ſ. K. A. B. 39. IV. das E. v. 10. Dec. 1720. E. S. V. V. I. No. 50. u. v. 20. Nov. 1730. No. 58. wegen Transports der Bettler und Vagabunden iſt in Erinnerung gebracht, K. A. B. 363. II. — arbeitsſcheue, Verfahren gegen ſelbige. v. K. A. 25. IV. 1063. — deren Einſperrung in Correktions-Anſtalten, auf Anträge der Polizei-Behörden. 21. I. 144. — deren Aufbewahrung in Land-Armenanſtalten. 20. II. 296. — deren Aufnahme in das Landarmen- und Arbeitshaus zu Benninghauſen, in Weſtphalen. 21. I. 117. seq. — Beſtimmung deren Detention. 24. III. 889. — Reiſe-Unterſtützung für ſelbige bei deren Entlaſſung aus den Straf- und Beſſerungs-Anſtalten in den Rheinprovinzen. 23. III. 666. — Aufgreifnngs-Gebühren für ſelbige. 24. IV. 1131. — Verfahren gegen ſelbige in den Rheinprovinzen, nach den dort noch geltenden franzöſiſchen Geſetzen. 20. I. 62. — 23. I. 111. — deren Beſtrafung im Königreich Würtemberg. 18. II. 599. — Kurheſſiſche Verordnung rückſichtl. derſ. 23. III. 719. seq. — deren Transport, ſiehe Transportweſen und Vagabunden. — deren Behandlung und Beſtrafung in Berlin. 27. I. 201. — Beſtreitung der Aufgreifungskoſten für ſelbige. 28. II. 469. — nach Verluſt des heimiſchen Domizils als ſolche aus dem Auslande zurückkehrend; Verfahren gegen ſelbige. 28. I. 162. — deren Aufgreifung, Einlieferung und Detention reſſortirt in der Kur- und Neumark von den ſtändiſchen Landarmen-Direktionen. 28. II. 499. 505. 509. 515. — aufgegriffene, Verpflegung deren Kinder aus Land-Armen-Fonds. 29. III. 598. — aufgegriffene, Beſtimmung der Detentionszeit für ſelbige in Landarmenhäuſern. 30. IV. 809. — Entſcheidung über die Entlaſſung der deshalb in den Rheinprovinzen in die Landarbeitshäuſer gebrachten Kinder. 30. II. 390. — Paßverfahren gegen dieſelben. 31. II. 463. 486. f. 501. — deren Behandlung in der Provinz Alt-Pommern, nach dem Regulativ v. 26. März 1831. — 31. I. 129 — 135. — deren Aufnahme in das Landarmenhaus zu Brauweiler und Aufbringung der Transport- und Verpflegungskoſten für dieſelben. 31. III. 586. f. — deren Einbringung in das Neuſtettiner Landarmenhaus. 33. III. 760. f. — ſ. auch Zwangspäſſe. — deren Beſtrafung — Erforderniß von Beweismitteln. R. v. 15. Juni 1834. — 34. II. 487. — Iſt ein Bettler, welcher unter Vorgabe falſcher Umſtände das Mitleid einer Perſon in Anſpruch nimmt, wegen Betruges zu beſtrafen? S. u. Str. R. 1. B. No. 88. p. 353.

ſ. auch Arbeitshaus, Transportkoſten.

Bettſtellen, einſchläfrige der Soldaten. G. S. 1834. p. 147. ſ. Einquartierung.

Beurlaubte, von dem Gerichtsſtande der auf unbeſtimmte Zeit beurlaubten, des ſtehenden Heeres, in Criminal- und Injurienſachen, ſ. Militairperſonen.

Beurlaubungen, ſ. Urlaubsbewilligungen.

Beute und Kaperey, A. L. R. I. IX. 193. — 219.

Beutler, ſ. Handwerksprivilegien.

Bevölkerung, deren Beförderung. v. K. A. 17. I. 88. — Liſten darüber. 17. I. 89.

Bevölkerungs-Polizei, Reviſion der Ortsbehörden rückſichtl. deren Verwaltung. v. K. A. 31. II. 351.

Bevollmächtigte; unter welchen Umſtänden bei den Untergerichten, wo einer abweſenden Parthei in Prozeßſachen weder ein Juſtiz-Commiſſarius, noch ein Referendarius, oder ein Mitglied des Gerichts als Aſſiſtent zugeordnet werden kann, bekannte und zur Vertretung der Partheien qualificirte Perſonen als Bevollmächtigte in Prozeßſachen vorgeſchlagen, oder als Curatores einer Concurs- oder Liquidationsſache beſtellt werden, und welche Gebühren ſolche Aſſiſtenten und Curatores liquidiren können. R. v. 29. Mai 1820. v. K. A. XVI. 18. — ſ. Advokatengebühren, Generalbevollmächtigte. Juſtiz-Kommiſſarien. Mandatarien. Mandatariengebühren. Publikationsberichte. Schifferfracht. Syndicus. Vollmacht. — der Rittergutsbeſitzer auf Kreistagen, ſ. Rittergutsbeſitzer.

Bevormundung, ſ. Vormundſchaft. Unmündige. Minderjährige auch Judenkinder.

Bewachung, ſ. Leichname.

Bewachungskoſten, von Polizeigefangenen, deren Aufbringung von denjenigen, welchen die Erhaltung der Gefängniſſe obliegt. v. K. A. 26. IV. 1110. — Fiskus iſt verpflichtet, die Koſten der Bewachung einer landespolizeilichen Strafanſtalt zu tragen. S. u. Str. R. 1. B. No. 26. p. 100.

Bewährungen (Einhegungen) von Grundſtücken innerhalb der erſten Feſtungs-Rayons, Beſchränkungen in deren Anlegung. G. S. 1828. p. 123. — deren Veranſchlagung und Ausführung bei Forſtbauplänen. v. K. A. 33. I. 59. — ſiehe auch Hecken und Zäune.

Bewallungen, kleine, gegen Ueberſchwemmungen und Beſtauungen der Binnengewäſſer in Oſtpr. und Litthauen, Inſtandhaltung derſelben. G. S. 1806. p. 5. 9.

Bewegliche Sachen, ſ. Präkluſion, Prioritätsſtreit.

Beweis. Von der Beweiſesaufnahme bei Criminal-Unterſuchungen, und den Wirkungen der Beweiſe, Cr. Ord. §. 300. — ſ. Beſcheinigung.

Beweiskraft von der, nach dem Code Napoleon ausgefertigten Urkunden, v. K. J. 44. II. — ſ. Verjährung, Zeugen.

Beweismittel *in appellatorio*; ſ. Steuerkontraventionen.

Bewirthſchaftungs-Abtretung; ſ. Kaufſtempel.

Bezirks-Einnehmer, deren Anſtellung und Funktionen zur Erhebung der Land-KonſumtionsSteuer. G. S. 1810. p. 41. 50. 60. (Land-Konſumtionsſteuer-) ſ. Gebührenfreiheit.

Bezirks-Hebammen, ſ. Arretirung, Hebammen.

Bezirks-Straßen, auf der rechten Rheinſeite, deren Neubau. v. K. A. 31. IV. 785. — ſiehe auch Chauſſee-Bau.

Bezirksvorſteher, gehören zum höhern Bürgerſtande, v. K. J. 65. 248. I. — deren Einſetzung in den Städten. G. S. 1808. p. 326. 345. f. 355. — deren Pflichten, G. S. 1808. p. 351. — deren Entſetzung und Suspenſion vom Amte. G. S. 1808. p 356. — Amtsauszeichnungen für ſelbige. G. S. 1808. p. 357. — rev. Städte-Ord. v. 17. März 1831. §. 97. G. S. 1831. p. 24—31. (Bezirksvorſteher-Stellen) ſtädtiſche, zu deren Annahme können Stadtverordnete nicht verpflichtet werden. v. K. A. 30. I. 100. f.

Bezirkswähler, Dauer deren Wirkſamkeit bei den Wahlen der Provinzial-Landtags-Abgeordneten des Standes der Landgemeinen. G. S. 1830. p. 46.

Bibel, deren Gebrauch in Schulen und bei Katechiſationen. v. K. A. 25. IV. 1014. — deren Anſchaffung in den Gefängniß-Anſtalten. 18. III. 807. — 19. I. 198. — Gegenſtände derſelben dürfen Marionettenſpieler nicht öffentlich darſtellen. 30. I. 123.

Bibelgeſellſchaften, preußiſche, Allerhöchſte Beſtätigung deren Geſetze. G. S. 1822. (Nachtrag) p. 1. — deren Einrichtung und Verhältniſſe. v. K. A. 23. III. 615 — 620. — gottesdienſtliche und kirchliche Feier derſelben. 22. III. 647. — Portofreiheit für ſelbige im Inlande. 27. IV. 919. — Stempelfreiheit für die denſelben gemachten Schenkungen ꝛc. 31. IV. 733.

Biber, R. die Ausrottung der, betr. v. 15. Jul. 1765. C. S. p. 975. III. ſ. Holzordnung v. 1720. IV. I. II. p. 713. — den Deichen ſchädliche Thiere, deren Vertilgung in Oſtpreußen und Litthauen. G. S. 1806. p. 9.

Biberſchwänze, ſ. Bau-Materialien.

Biblingen, Dorf, tritt Preußen an Frankreich ab. G. S. 1830. p. 25.

Bibliothek, die öffentliche große Königliche, iſt der Direction der Academie der Wiſſenſchaften anvertraut. R. v. 7. Mai

1798. E. S. p. 1623. X. — große, in Berlin, desgl. in den Univerſitäts-Städten, Ablieferung eines Freiexemplars aller Verlagsartikel an ſelbige, von Seiten des Verlegers. G. S. 1825. p. 3. — Königl. und Univerſitäts-, Ablieferung von Freiexemplaren verlegter Druckſchriften an ſelbige. v. K. A. 26. I. 88. — Königl., in Berlin, an ſelbige, ſollen von den erſchienenen Programmen und Schulſchriften 2 Exemplare eingeſandt werden. — 19. II. 428. — desgl. von academiſchen Schriften. 33. II. 405. — Schul- und ſtädtiſche, deren Verwaltung. 21. I. 81. — Königl., Ablieferung der lithographirten Verlagsartikel an dieſelbe. R. v. 3. Mai 1834. — 34. I. 145. — öffentliche Bibliotheken, können die Amtsblätter nicht unentgeldlich erhalten. 31. III. 513. — bei den Gerichten. R. v. 16. Apr. 1829, die Fonds für dieſelben betr. v. K. J. XXXIII. 360. 361. — juriſtiſche; ſ. Juriſtiſche Bibliothek.

Bibliothekare, Erlaubniß zum Gewerbebetriebe deſſelben, ſ. Buchhändler.

Bibliothekgebühren. Die von den, bei dem Ober-Appellations-Senate des Kammergerichts zur Probe arbeitenden Referendarien bei Aushändigung ihrer Atteſte zur Bibliothekkaſſe entrichteten Gebühren von 1 Rthlr. 12 Gr. (1 Rthlr. 15 Sgr.) können ferner genommen werden. R. v. 10. Juli 1816. v. K. J. VIII. 37.

Bibliſche Geſchichten, ſollen durch Marionettenſpieler und reiſende Schauſpieler nicht dargeſtellt werden. v. K. A. 17. III. 175.

Bielawer Kanal-Schleuſe, Tarif zur Erhebung der Kanal-Gefälle bei ſelbiger. G. S. 1822. p. 212. — desgl. vom Flößholze. G. S. 1826. p. 107. — ſ. a. Kanalgefälle.

Bielefeld, Stadt, Verleihung der Städteordnung v. 17. März 1831. an dieſelbe. Cab. Ord. v. 26. Nov. 1833. G. S. 1833. p. 295.

Bienen. Diejenigen, welche ſchädliche mit Honig vermiſchte giftige Materien zur Tödtung und Vergiftung der, ausſetzen, oder ihnen, überführt, vorſätzlich Schaden zufügen, ſollen mit Feſtungsſtrafe auf 6 Jahre belegt, überdem aber ſoll, wenn dadurch ein Menſch an ſeiner Geſundheit Schaden nehmen, oder gar davon ſterben ſollte, nach Vorſchrift der Kriminalgeſetze gegen ſie verfahren werden. Ed. v. 27. Jun. 1775. E. S. p. 189. V. e. — Von Erhebung der Bienenſteuer, P. A. B. 160. I.

Bienenſtöcke, deren Entfernung von den Straßen und Wegen. v. K. A. 20. IV. 867. seq. — 33. IV. 1066.

Bienenzucht, Dorf-Ordn. v. 16. Dec. 1702. E. S. V. III. I. No. 32. für Preußen v. 22. Sept. 1751. p. 150. I. für Litthauen v. 22. Nov. 1754. p. 1150. für Minden v. 7. Febr. 1755 p. 755.

für Pommern v. 1. Mai 1752. p. 318. I. Wie diejenigen, welche in den Haiden zeideln wollen, ſich in Anſehung des Feuers zu verhalten haben. Holz-Ordn. v. 20. Mai 1720. Tit. 16. §. 1. IV. I. II. No. 104. Wegen der Raub- oder Heerbienen ſ. Limburgs Abhandlung v. Urſprung und Beſchaffenheit derſelben, v. Jahre 1776 Leyser jus georgicum Lib. 2. Cap. 21. §. 25 — 27. desgl. den Aufſatz im Reichsanzeiger von 1797. No. 298. vom Prediger Strantmeiſter. —

Bier; Deklaration den Bierverkauf betr. v. 17. Juni 1771. E. S. p. 213. V. a. v. 21. Jan. 1772. p. 67. V. b. C. wider die Einbringung fremder Biere v. 14. Mai 1782. p. 1155. VII. iſt aufgehoben. E. v. 27. Dec. 1786. p. 218. VIII. deſſen Verfälſchung v. 7. Apr. 1771. p. 83. V. a. E. v. 19. Nov. 1743. p. 163. C. II. — Von dem Rechte einer Grundherrſchaft gegen ihre Unterthanen, welche ſeit rechtsverjährter Zeit eine gewiſſe Quantität Bier von derſelben genommen. St. B. p. 88. V. — deſſen reſp. ſteuerfreie Einbringung vom platten Lande in die Städte. G. S. 1810. p. 34. 58. — Abgabe-Erhebung von dem zu deſſen Fabrikation beſtimmten Getreide. G. S. 1810. p. 36. 45. — 1811. p. 255. — deſſen Verfertigung in inländiſchen Brauereien und Steuer-Entrichtung von ſelbigem. G. S. 1819. p. 99. — Iſt in Kochkeſſeln für den Hausbedarf bereitet, ſteuerfrei. G. S. 1819. p. 100. 107. — Eingangsabgabe von ſelbigem. G. S. 1824. p. 194. — 1825. p. 160. — 1827. p. 143. — durch das franzöſiſche Militair weggenommen, Anrechnung deſſen Verluſtes auf die Vermögens- und Einkommenſteuer. G. S. 1813. p. 104. — Biertonne, enthält 100 Quart. G. S. 1816. p. 150. — ſiehe auch G e t r ä n k e h a n d e l, B r a u e r e i. — von ſtädtiſchen Brauern ſelbſt verfertigt, Befugniß zu deſſen Ausſchank. v. K. A. 23. III. 695. — 24. II. 591. — 25. II. 463. — deſſen Ausſchank iſt nur ſtädtiſchen Brauern, nicht aber den Beſitzern und Pächtern ländlicher Brauereien geſtattet. 25. III. 724. — der Handel mit demſelben kann hauſirenden Viktualienhändlern nicht geſtattet werden. 17. III. 55. — Detailhandel mit ſelbigem auf Märkten. 20. IV. 876. — 22. II. 426. — der Detailhandel mit ſelbigem iſt den Landbewohnern auf Wochenmärkten nicht erlaubt. 25. I. 225. — deſſen Beſteuerung. 24. III. 704. — gewöhnliches, Verabreichung deſſelben in Bordellen. 20. II. 275. — fremde Biere, deren unbeſchränkter Abſatz. 23. IV. 953. (ſ. a. S c h a n k w i r t h ſ c h a f t.) — mit ſelbigem darf kein Hauſirhandel ſtatt finden. 27. I. 225. 226. — Inhaber von Brauereien, können das beſtellte Bier ihren Kunden zuführen. ibd. — exportirtes, auf ſelbiges kann eine Vergütigung der Brauſteuer nicht ſtatt finden. 30. III. 658.

Bier-Fabrikation, die Fixation der Verbrauchsſteuer bei

ſelbiger kann nicht ſtatt finden. v. K. A. 27. I. 311. — II. 329. — in Kochkeſſeln für eigene Haushaltung, Steuerfreiheit derſelben. 27. IV. 849.

Bierflaſchen, Verfahren bei deren polizeilichen Reviſionen. v. K. A. 21. IV. 954 — 957. — Gemeine Biere dürfen nur in richtiges Maaß haltenden Bouteillen feil geboten werden, P. A. B. 164. I.

Biergelagen, ſollen in berathſchlagenden Dorfgemeinden nicht ſtatt finden. v. K. A. 20. I. 40.

Biergeldskaſſe, neue, der kurmärkſchen Landſchaft wird aufgehoben. G. S. 1820. p. 19.

Bierſchank, V. wegen des auf dem Lande in der Churmark einzuführenden Bier- und Krugverlags v. 3. Apr. 1737. E. S. p. 41. C. I. G. E. die Decl. wegen Anlegung neuer Schankſtätte v. 6. Oct. 1774. betr. v. 15. Nov. 1785. p. 214. I. ſ. Brauerei.

Bierſchänker, bedürfen zum Branntweinſchank einer ſpeciellen polizeilichen Erlaubniß. v. K. A. 27. I. 224.

Bierſpinder, ſ. V. v. 24. Sept. 1711. E. S. IV. IV. No. 49.

Biertaxe, wird vom Polizei-Magiſtrat in Gegenwart einiger Offiziers, Acciſebedienten und Brauälteſten nach den Getreide-Preiſen und andern Unkoſten angefertiget. ſ. Decl. v. 17. Juni 1771. E. S. p. 213. V. a. v. 21. Jan. 1772. p. 67. V. b.
iſt durch die allgemeine Gewerbefreiheit aufgehoben.

Bierwagen, ſollen während des Gottesdienſtes nicht auf den Straßen fahren. v. K. A. 17. I. 123.

Bierzinſe, V. deren Erlegung betr. v. 1488. E. S. IV. IV. No. 1. v. 1513. No. 2. u. 3. allgemeine Ordnung v. 1571. No. 6. v. 1572. No. 7. v. 1577. No. 10. Receß wegen des Biergeldes v. 1549. VI. I. No. 26. v. 9. Jun. 1624. No. 94. deſſen Erhöhung v. 18. Juli 1624. IV. IV. No. 13. Ordnung in den Städten der Neumark und dem Lande Sternberg v. 1572. IV. IV. No. 9. Inſtr. wegen Verfertigung der alten Bierregiſter v. 1730. No. 73. wegen des Einlagegeldes v. 1. Juni 1664. No. 18. v. 7. März 1674. No. 23. v. 4. Jan. 1692. No. 35. Ed. v. 21. Sept. 1714. §. 14. No. 57. ſ. Einlagegefälle und Corp. Const. March. IV. IV.

Bierzwang, ſiehe Banngerechtigkeit. Getränke-Zwang.

Bietungstermin; ſ. Subhaſtation.

Bigamie, Landrecht I. II. III. §. 6. A. L. R. II. XX. 1066 — 1068. — Beſtrafung derſelben im Soldatenſtande. G. S. 1808. p. 260.

Bilder, deren Verkauf durch Kolporteurs und Gewerbeſchein-Ertheilung dazu. G. S. 1811. p. 276. — kolportirte, oder

ſonſt feilgebotene, deren Cenſur. v. K. A. 24. I. 218. und 32. I. 160. — Hauſiren mit ſelbigen. 19. III. 767. — ärgerliche, deren öffentliche Ausſtellung und Verkauf iſt verboten. 17. II. 199. — 32. I. 161. — auch im Würtembergſchen. 17. I. 308. — unſittliche, ebenfalls. 34. I. 149.

Billards, ſollen von Schülern nicht beſucht werden. v. K. A. 24. I. 182.

Billets *a* **Ordre**; ſ. Wechſel.

Bilſenkraut, Vergiftung durch daſſelbe. v. K. A. 18. II. 468.

Binder, Klein-, ſ. Handwerksprivilegien.

Binnen-Abgaben und Zölle, Staats- Kommunal- und Privat- hören auf. G. S. 1818. p. 68. — ſ. auch Abgaben und Zölle.

Binnenporto, Berechnung deſſelben. v. K. A. 18. I. 23. — 20. I. 16. — ſ. auch Porto.

Birken, junge, deren Abhauen wird beſtraft. v. K. A. 17. II. 78. — deren Anbau in Waldungen. 28. I. 64. seq.

Birkenfeld, großherzogl. Oldenburgiſches Fürſtenthum, ſiehe Oldenburg. — Fürſtenthum, Zoll- und Handelsvertrag rückſichtl. deſſelben. v. K. A. 31. IV. 713.

Birnbaum, Stadt, Verleihung der Städteordnung an dieſelbe. Cab. Ord. v. 17. März 1831. G. S. 1833. p. 28.

Birresborn. Ueber die Scheffen-Weisthümer daſelbſt. Abhdlg. v. K. K. XXXIV. 91 — 108.

Biſchöfe, A. L. R. II. XI. 115 — 140. — die ſuccedirende, können die verkauften geiſtlichen Grundſtücke revociren. Kl. A. VIII. 51. — Verpflichtung derſelben zur Haltung der Geſetz-Sammlung und des Regierungs-Amtsblatts. G. S. 1819. p. 149. 150. — katholiſche, deren Verhältniſſe in den preuß. Staaten, nach der Bulle de salute animarum. G. S. 1821. p. 113. f. 183. — deren Verhältniſſe zu dem Oberpräſidenten und Konſiſtorien. G. S. 1817. p. 238. 241. 260. — 1826. p. 2.

Biſchöfliche Ausſchreiben, deren Cenſur. v. K. A. 24. I. 217.

Biſchöfliches Recht der evangeliſchen Kirche in Deutſchland. Abhandl. darüber. v. K. J. XXXI. 25 — 150.

Bisthümer, der kathol. Kirche, deren Einrichtung, Ausſtattung und Begränzung, nach der Bulle de salute animarum. G. S. 1821. p. 113.

Bitte, vom Rechte der erſten, St. B. p. 1. XV. A. L. R. II. II. 1094.

Bittermandelwaſſer, concentrirtes, ſichere Aufbewahrung deſſelben in Apotheken. v. K. A. 19. II. 560.

Bittſchriften, was bei deren Anfertigung und Einreichung

zu beobachten iſt. G. S. 1810. (A.) p. 641. f. — 1814. p. 87. — Gebrauch des Stempelpapiers bei ſelbigen. G. S. 1822. p. 67. 80. — ſ. auch Beſchwerden. — (Beſchwerden, Geſuche, Supplikеn, Vorſtellungen), an des Königs Majeſtät und an die Miniſterien müſſen den Namen des Konzipienten enthalten. v. K. A. 18. II. 295. — deren Entwerfung und Einreichung bei den Königl. Regierungen. 19. III. 642. — ganzer Gemeinden, Verfahren bei deren Abfaſſung. 23. IV. 856. — gemeinſchaftliche mehrerer Gemeinden, Verbot derſelben. 24. II. 325. seq. — polizeiliche Erlaubniß zur gewerbsmäßigen Anfertigung derſelben für Andere. 22. III. 715. — IV. 934. — 24. II. 575. — 25. III. 690—695. — Strafverfahren rückſichtlich derſelben. ibid. — an Behörden, Portopflichtigkeit derſelben. 24. III. 734. — IV. 1036. — bei den Militair-Verwaltungs-Behörden und Truppen-Kommandos eingehend, ſind ſtempelfrei. 26. IV. 1003. — um Konferirung von rheiniſchen Bürgermeiſter-Stellen, Stempelpflichtigkeit derſelben. 26. IV. 1004. — in Verſorgungs-Angelegenheiten der Invaliden, Portofreiheit derſelben. 26. IV. 1027. — katholiſcher Unterthanen an den Pabſt, müſſen vor ihrem Abgange dem Miniſterium des Innern eingeſandt werden. 17. II. 125. — dieſſeitiger Unterthanen an polniſche und ruſſiſche Behörden, was dabei zu beobachten iſt. 18. III. 635. — 23. II. 232. — wegen Befreiung oder Entlaſſung vom Militairdienſte, ſiehe letzt. — (Eingaben, Supplikеn ꝛc.) außergerichtliche, polizeiliche Erlaubniß zu deren Anfertigung für Andere. v. K. A. 27. II. 473. — Strafverfahren wegen unbefugter Anfertigung derſelben. 27. III. 691. — Abfaſſung der Beſcheide auf ſelbige. 28. I. 27. — Qualifikations-Nachweiſung zu deren Anfertigung für Geld. 28. IV. 1072.

Blankenhayn, Herrſchaft, wird mit Ausnahme des Amts Wandersleben von Preußen an Sachſen-Weimar abgetreten. G. S. 1818. (A.) p. 52. — (Gebiet) dieſſeitiges, Präkluſionstermin für die Verwaltungs-Anſprüche an ſelbige, aus den Zeiten der Fremdherrſchaft, bis zum 1. Nov. 1813. G. S. 1825. p. 235.

Blaſenhelme, in den Branntweinbrennereien, Sicherheitsmaaßregeln gegen das Abſpringen derſelben. v. K. A. 21. II. 309. seq.

Blaſenzins, vom Recht denſelben vom Branntweinbrennen zu fordern. St. B. p. 89. V. — deſſen Erhebung vom Branntwein. G. S. 1810. p. 36. 47. 71. 73. — 1811. p. 255. — 1819. p. 97. f. — Steuerordnung für ſelbige. G. S. 1819. p. 102. f. — Von deſſen Entrichtung von den Deſtillirblaſen des platten Landes, K. A. B. 28. 43. I. B. die Controlle des Futterſchrootes betr. R. A. B. 137. IV. — Publ. die Erhebung des noch ſuspendirten Blaſenzinſes betr. K. A. B. 339. IV. — Der §. 89. des Rgl. v. 28.

März 1787. findet auf Städte, wo der, erhoben wird, nicht mehr Anwendung. K. A. B. IV. S. 407. Bei dem gleichzeitigen Betriebe der Bäckerei und Brennerei, ſoll die letztere jederzeit mit dem Blaſenzinſe belegt. R. v. 24. Aug. 1814. P. A. B. 472. Die 12ſtündige Deklaration zum, ſoll nicht ferner geſtattet werden, ebendaſelbſt. 562. R. die Erhebung deſſelben von den ländlichen Deſtillateurs betr., v. 18. Nov. 1814. ebdſbſt. 154. 260. V. — zur Verſteuerung des Branntweins, deſſen Entrichtung. v. K. A. 21. II. 308. — Aufhebung deſſelben. 24. III. 705. — ſ. Brau- und Maiſch-Steuer. — Aufhebung deſſelben von der Likör-Fabrikation. v. K. A. 33. IV. 917.

Blasphemie. A. L. R. Th. 2. Tit. 20. §. 216—219.

Blattern; Anweiſung für den Landmann, wie derſelbe ſich bei graſſirenden Pocken zu verhalten v. 1768. E. S. p. 7501. IV. — Maaßregeln beim Ausbruche derſelben. v. K. A. 18. II. 538. — Kennzeichen derſelben. 18. II. 542. — wegen des bei denſelben anzuwendenden Sperrverfahrens. 31. II. 405. — Nachweiſung der von denſelben ergriffenen Perſonen. 33. IV. 1088. — Verfahren bei deren Ausbruche auf dem platten Lande. III. 818. — Maaßregeln zur Verhütung der Menſchenpocken bei der Armee. Cab. O. v. 16. Juni 1834. G. S. 1834. p. 119. — ſiehe auch Schutzblattern.

Blattern-Epidemie, Maaßregeln gegen deren Weiterverbreitung. v. K. A. 27. II. 499. — 29. IV. 944. — Verhütung deren Verbreitung durch Abhaltung von Jahrmärkten. 33. II. 530. — Aufbringung der Koſten für die zur Unterdrückung derſelben getroffenen Maaßregeln. 33. III. 817. — ſ. auch Schutzblattern.

Blauſäure, vorſichtige Aufbewahrung und Verabreichung derſelben. v. K. A. 24. IV. 1194.

Blech, Publ. wegen Verbots der fremden Bleche v. 2. Sept. 1679. E. S. V. II. III. No. 26. v. 4. Nov. 1684. No. 21. v. 8. Aug. 1688. IV. II. No. 21. v. 30. Apr. 1691. No. 26. v. 24. Jun. 1768. p. 4006. IV. in Oſt- und Weſtpreußen v. 1. Jul. 1779. p. 1590. VI. gehet auch auf die ſchwarzen Bleche. Publ. v. 29. Nov. 1780. p. 3082. VI.

durch die neue Steuer-Verfaſſung abgeändert. Abgaben-Entrichtung für ſelbiges. v. K. A. 20. IV. 739.

Bleiberg, Polizei-Ordnung für die Pochwerke und Erzwäſchen an ſelbigem. v. K. A. 24. III. 722 — 730.

Bleichdiebſtahl, Ed. wegen härterer Beſtrafung der Bleichdiebe und ihrer Theilnehmer in Schleſien, nach welchem der erſte, wenn ſolcher auch nur von geringer Erheblichkeit iſt, mit 2jähriger, der wiederholte aber mit 5 bis 10jähriger, auch nach Befinden ſogar mit lebenswieriger Zuchthausſtrafe belegt werden. Die Theil-

nehmer haften in subsidium für den Schadensersatz, und werden mit eben dieſer Strafe belegt. v. 30. Apr. 1791. St. B. 107. XII. Rabe 80. II.

Bleichen der Wäſche auf den Straßen iſt verboten. v. K. A. 17. III. 206.

Bleicher, Gewerbeſteuer derſelben. v. K. A. 18. I. 20.

Bleie, deren Anlegung bei Waaren-Verſchlüſſen und Gebühren-Entrichtung für ſelbige. G. S. 1818. p. 112. f. — 1824. p. 203. — Abgaben-Entrichtung von ſelbigen. G. S. 1824. p. 187. — 1825. p. 69. — 1827. p. 135.

Bleiſtifte, ſiehe Zeichnungs-Materialien.

Bleswerke, deren Anlegung zur Erhaltung der Ufer. v. K. A. 17. II. 259.

Blinde, für deren Auslehrung können keine Prämien bewilligt werden. v. K. A. 27. II. 473. — ſollen ohne Führer nicht zur Poſt angenommen werden. 33. III. 632.

Blinden-Anſtalt in Berlin, Nachrichten über deren Einrichtung. v. K. A. 28. I. 119.

Blitzableiter können nur mit Genehmigung der Polizeibehörde errichtet werden. v. K. A. 19. II. 548. — 20. IV. 870. — ſollen nicht nach der Straße herabgeführt werden, und wo dies nicht zu vermeiden iſt, ſollen ſie mit einem Bretterverſchlage verſehen werden. 25. III. 711. — deren Einrichtung an Kirchen und Thürmen. 23. II. 365. — Großherzoglich Badenſche Verordnung wegen Einrichtung derſelben. 19. IV. 1064. — polizeiliche Anordnungen wegen deren Aufſtellung. 27. III. 730. — Strafe für Nichtbeachtung dieſer Anordnungen. ibd.

Blitz-Erſchlagene, Behandlung und Rettung derſelben. v. K. A. 18. II. 464. — 19. II. 530. — III. 795. — 20. IV. 863.

Block, die Strafe des Blocks iſt gänzlich abgeſchafft. R. v. 9. Nov. 1832. v. K. J. XL. 418. 419. u. v. K. A. 32. IV. 973. — ſiehe auch Strafen.

Blödſinnige. Von Unterſuchung des Gemüthszuſtandes des Angeſchuldigten, Cr. Ordn. §. 280. Paalzow, Comment. p. 448. B. I. — R. die Zuziehung Sachverſtändiger bei der geordneten (A. G. O. Th. I. Tit. 38.) Unterſuchung derſelben betr. v. 1. Dec. 1796. St. B. p. 283. IV. — Wahn- und Blödſinnige dürfen in der Regel ohne vorgängiges richterliches Erkenntniß nicht in eine Irren-Anſtalt untergebracht werden. R. v. 29. Sept. 1803. N. A. 126. B. 3. u. J. M. I. 212. — Von dem Verfahren bei der Erklärung eines Menſchen für blöd- oder wahnſinnig auf Veranlaſſung der Policeibehörde. ebendaſ. — Das in dem R. v. 29. Sept. 1803. N. A. III. 127. bei der Erklärung eines Menſchen für blödſinnig, A. G. O. Th. I. Tit. 38. vorgeſchriebene Verfahren bei Aufnahme

der Wahn- und Blödſinnigen in Irranſtalten ſoll auch in dem Departement des Cammergerichts ſtatt finden. R. v. 29. Jan. 1805. p. 2888. XI. — Aufſicht auf ihre Perſon und Sicherſtellung des Vermögens derſelben. R. v. 18. Jul. 1812. v. K. J. I. 239. — ſ. Majorennität. — (Blöd- oder Wahnſinnige) die Aufhebung der Bevormundung derſelben. R. v. 31. Oct. 1831. v. K. J. XXXVIII. 303.

ſiehe übrigens das Weitere unter Gemüthskranke. Gemüthsſchwache. Gemüthszuſtand.

Blödſinnigkeitserklärung. Allg. G. O. Th. I. Tit. 38. Ueber die Beſtellung eines fiscaliſchen Bedienten bei Provokation auf dieſelbe. R. v. 19. Novbr. 1829. v. K. J. XXXIV. 470.

Blödſinnigkeits-Prozeſſe, ſ. Phyſiker.

Blonden, Verbrauchsſteuer für ſelbige. v. K. A. 20. IV. 739.

Blutegel, deren Exportation nach dem Auslande. v. K. A. 25. II. 484. — Vorſchriften für den Handel mit ſelbigen. 27. III. 778. zu deren Aufſammeln und Verkauf bedarf es eines Gewerbeſcheins. 27. IV. 1015. — deren Behandlung und Beförderung deren Fortpflanzung 32. IV. 1033. — Feſtſtellung der Verkaufspreiſe für dieſelben. 32. I. 242. — Verbot des Fangens derſelben in den Gewäſſern Königl. Forſten. 33. II. 538.

Blutharnen, Krankheit bei Hausthieren, Mittel dagegen. v. K. A. 19. II. 360.

Blutſchande, R. v. 16. May 1766. H. B. IV. 180. v. 27. Jul. 1766. p. 511. IV. Kl. A. 31. IV. A. L. R. II. XX. 1039. — 1047. — deren Beſtrafung im Soldatenſtande. G. S. 1808. p. 260.

Blutſtaupe, bei den Schaafen, Vorſchriften zu deren Verhütung und Heilung. v. K. A. 30. III. 646.

Blutwurſt, ſiehe Würſte.

Blutzehnte, an landesherrliche Domainen, deren Aufhebung in den zum ehemaligen Großherzogthum Berg gehörigen Landestheilen. G. S. 1825. p. 102.

Bochum, ſiehe Berghypothekenweſen.

Bodenluken, deren Sicherung und Verhütung von Unglücksfällen durch ſelbige. v. K. A. 17. I. 238. — II. 225. — 18. II. 453. — 25. II. 440 — 443. — Anwendung polizeilicher Strafe für unterlaſſene Befriedigung derſelben. 33. III. 770.

Bodmerey, A. L. R. II. VIII. 2359 — 2451.

Böhmen, ſchleſiſche Silbermünze, ſ. Groſchenſtücke.

Böhmiſche Bergleute, welche Muſik machen, können in das Land gelaſſen werden. v. K. A. 17. III. 137.

Böhmiſches Stadtrecht, ſ. Schleſien.

Börſe, der Kaufmannſchaft, deren Einrichtung in Berlin.

G. S. 1820. p. 52. — Ordnung f. ſelbige v. 15. Juli 1805. J. M. I. 452 und v. 7. Mai 1825. G. S. 1825. p. 137 — 146. — Die dortige vorm. vereinigte Börſen-Korporation wird aufgehoben und in deren Stelle eine Korporation der Berliner Kaufmannſchaft errichtet. G. S. 1820. p. 46. f. — deren Einrichtung in Danzig. G. S. 1822. p. 137. — Ordnung für ſelbige v. 12. Jan. 1830. G. S. 1830. p. 10 — 16. — desgl. für diejenige zu Elbing v. 24. April 1830. G. S. 1830. p. 73 — 80. — deren Einrichtung zu Königsberg in Pr. G. S. 1823. p. 99. — Ordnung für ſelbige v. 13. Sept. 1827. G. S. 1827. p. 128 — 130. — Anordnungen rückſichtlich derſelben zu Magdeburg G. S. 1825. p. 33. — desgl. zu Memel. G. S. 1822. p. 160. — desgl. in Stettin. G. S. 1821. p. 205. — zu Cölln, Reglement für die innere Polizei derſelben. v. K. A. 20. III. 525.

Börſen-Kourſe, preuß., Beförderung der darüber herauskommenden General-Ueberſicht. v. K. A. 28. IV. 1000.

Böte, ſollen von den Polizeibehörden hinſichts ihrer fernern Brauchbarkeit oft revidirt werden. v. K. A. 17. III. 199.

Böttcher, Umfang deren Gewerbebetriebs. G. S. 1811. p. 270. — ländliche, Gewerbebetrieb derſelben in benachbarten Städten. v. K. A. 29. III. 611. — ſ. Handwerksprivilegien.

Böttchergefäße, zu dem Verkauf von Flüſſigkeiten beſtimmt, deren Stempelung und Bezeichnung nach Berliner Quartzahl. G. S. 1816. p. 146. — Strafbarkeit der Böttcher bei Unterlaſſungen derſelben. G. S. 1816. p. 147. — deren Verfertigung und Bezeichnung in Beziehung auf Maaßhaltung. v. K. A. 19. III. 826. — 25. I. 228.

Böttchergewerbe, Hauſirbetrieb deſſelben. v. K. A. 24. II. 581.

Böttcherwaaren, grobe, Abgabe von ſelbigen. v. K. A. 24. I. 48.

Bogenzahl, ſ. Schreibmaterialien.

Bohrmühlen, ſ. Mühlenwerke.

Bojanowo, Stadt, Einführnng der revidirten Städteordnung daſelbſt. Cab. O. v. 24. Juli. 1834. G. S. 1834. p. 147.

Bollwerke, hölzerne, Sicherung derſelben vor Beſchädigungen in Oſtpr. u. Litthauen. G. S. 1806. p. 2.

Bombardiere. Gegen ſie und Vice-Bombardiere kann ohne Degradation nicht auf Einſtellung in eine Straffection erkannt werden. Cirk. R. v. 5. März 1829. v. K. J. XXXIII. 135. — deren Degradation. R. v. 25. Sept. 1834. — XLIV. 139.

Bonitirungen bei Gemeinheitstheilungen ꝛc. in Streitigkeiten über ſolche findet nur der Rekurs an das Miniſterium des Innern für Handel und Gewerbe ſtatt. v. K. A. 32. I. 86. —

Schiedsrichterliches Verfahren dabei Verord. v. 30. Juni 1834. G. S. p. 108. — bei gutsherrl. u. bäuerl. Auseinanderſetzungen, ſ. gutsherrl. Verhältniſſe.

Vonken, d. i. Bremſen, werden mit $44^2/_3$ p. C. vergütiget St. B. p. 127. IV.

Bonn, Univerſität, Stiftungs-Urkunde derſelben. v. K. A. 18. IV. 1055. — Reglement für ſelbige. 19. I. 130.

Bonner-Kreis, Armen-Verwaltung in ſelbigem. v. K. A. 23. IV. 920 — 939. — Gemeinde-Wege-Ordnung für ſelbigen. 23. IV. 980 — 989.

Bons, über rückſtändige Beſoldungen. ſ. dieſe. — über ruſſiſche Forderungen ꝛc., ſ. Staatspapiere.

Bootbauer, Inſtruktion für deren Prüfung. v. K. A. 24. I. 265. — 31. IV. 308 — 317.

Bordelldirnen. Minderjährige Weibsperſonen ſollen in die unter Aufſicht des Staats geduldeten Hurenhäuſer nicht aufgenommen, und wenn es dennoch ohne Meldung, oder gar wider das Verbot der Policei geſchehen iſt, der Wirth oder die Wirthin mit 1 bis 2 jähriger Feſtungs- oder Zuchthausſtrafe belegt werden. Erſt. Anh. zum A. L. R. §. XXVIII. ad §. 1007. Th. 2. Tit. 20. — das Verbot des Erſcheinens derſelben an frequenten Orten wird auch auf Bordellwirthe und Wirthinnen ausgedehnt. v. K. A. 30. II. 371. — Beſcheinigung des Lebensalters derſelben bei deren Aufnahme. v. K. A. 33. IV. 1010. — Verhütung des Verhandelns derſelben Seitens der Hurenwirthe durch Anrechnung und Einziehung von Vorſchüſſen ꝛc. 33. I. 145. — dürfen öffentliche Schauſpiele nicht beſuchen. 33. I. 147. — Frauenzimmer, welche Kinder zu verſorgen haben, ſollen hierzu nicht angenommen werden. R. v. 10. Aug. 1834. — 34. III. 788.

Bordelle, V. wider die Verführung junger Leute zu, v. 2. Febr. 1792. E. S. p. 765. IX. — (Hurenhäuſer), ſollen mit dem Namen „Freudenhäuſer" nicht bezeichnet werden. v. K. A. 23. IV. 886. — deren Anlegung und polizeiliche Beaufſichtigung in volkreichen Städten. 18. IV. 1075. — 23. IV. 886. 887. — Nichtaufnahme minderjähriger Ausländerinnen in ſelbige. 24. II. 529. — in ſelbigen darf die Verabreichung des gewöhnlichen Biers, aber keiner ſtarken Getränke ſtatt finden. 20. II. 275. — deren Halten iſt nur ein unter ſtrenger Aufſicht der Polizei geduldetes Gewerbe. 33. I. 146. — auf dieſelben finden die ſonſtigen gewerbepolizeilichen Vorſchriften gar keine Anwendung. 33. I. 146. — die für dieſelben ertheilte Erlaubniß kann jederzeit zurückgenommen werden, wenn die Fortſetzung dem Beſten nachtheilig ſeyn kann. 33. I. 147. — beſondere Beaufſichtigung derſelben in Beziehung auf die Verhältniſſe der Bordelldirnen zu ihren Wirthen. 33. I. 145. ſ. Hurerei u. Unzucht.

Bordellreglement, für die Stadt Minden. v. K. A. 24. II. 519 — 529. ſ. Hurerei.

Bordellwirthe, deren Kinder ſollen außer dem Bordellhauſe erzogen werden. v. K. A. 24. II. 530. — ſollen ſich nicht an öffentlichen Orten ſehen laſſen. 30. II. 371.

Bordereaux, weſtphäliſche, ſ. letzt.

Bordingsfracht, wird nicht bezahlet, wenn Güter durch Unglücksfälle verlohren gehen. Lief. 2. p. 83.

Borkenkäfer, Sicherung der Fichten-Bauhölzer vor demſelben v. K. A. 30. II. 300.

Borkow, Ort, bei Landsberg an der W. — ſ. Warthe-Fluß.

Borſten-Sammler, Gewerbeſteuer-Entrichtung von ſelbigen. G. S. 1820. S. 162.

Boten, Privat-, deren Gebrauch zwiſchen nahe gelegenen Orten. v. K. A. 25. II. 330. — R. v. 25. Sept. 1831. von Einziehung der Gebühren derſelben. v. K. J. XXXVIII. 127. 128. (und Exekutoren) Von denſelben und den Inſinuationen durch die Dorfs-Gerichte R. v. 8. Octbr 1831.. v. K. J. XXXVIII. 339. — R. v. 21. Nov. 1831. betr. die Inſinuation durch dieſelben und die dafür zu entrichtenden Gebühren. XXXVIII. 396. — Ueber deren Kautionspflichtigkeit. Cirk. R. v. 16. Jul. 1832. XL. 193. 194. — die als Boten angeſtellten Invaliden können die Amtskaution ſucceſſive abtragen. R. v. 17. Sept. 1832. XL. 194. 195. — Boten, die nicht zur Einziehung von Koſten und zu Exekutionen, ſondern nur zur Aufwartung und Inſinuationen gebraucht werden, ſind nicht kautionspflichtig. R. v. 27. Aug. 1832. XL. 195. 196. — R. v. 20. Jan. 1833., deren Meilengelder betr. XLI. 233. 234. — Botengebühren finden in Kriminal- und fiskaliſchen Unterſuchungen für die Behändigung von Erkenntniſſen und Beförderungen von Akten nicht Statt. R. v. 2 Aug. 1833. XLII. 196. 197. — Kontrollirung der Gerichtsboten und Exekutoren bei Einziehung und Ablieferung der Sporteln. R. v. 10. Febr. u. Cirk. R. v. 18. Nov. 1833. XLII. 415 — 418 — R. v. 6. Nov. 1833., betr. die Gebühren der Gerichtsboten für die Ueberbringung von Koſten-Zahlungs-Mandaten und das Verfahren bei deren Erhebung. XLII. 418. 419. ſ. Anſtellung, Emolumente. Gerichtsboten. Gerichtslokalien, Land- und Stadtgerichtsboten, Poſtkontraventionen, Steuerſachen.

Botenbücher. Wo die Inſinuations-, Meilen- und Executionsgebühren vom Gerichte berechnet, feſtgeſetzt und den Boten aus der Caſſe gezahlt werden, alſo durch die Rechnungen feſtſtehen, bedarf es der Botenbücher nicht. Reſcr. v. 12. Juni 1826. v. K. J. XXVII. 307. — wie ſolches zu führen, und welcher Gebrauch da-

von bei der Salariencaſſenrechnung zu machen iſt. Reſcr. v. 30. Sept. 1825. XXVIII. 140.

Botendienſte, und ähnliche Dienſtleiſtungen für die Civilbehörden in wie weit die Gendarmerie dazu noch benutzt werden kann. G. S. 1821. S. 6. — deren Verrichtung durch die Gendarmerie in den Rheinprovinzen v. K. A. 19. II. 435. — (ſiehe auch Gendarmerie).

Botengebühren, fließen zur Salarienkaſſe, da die Boten auf fixe Gehalte geſetzt ſind. R. v. 21. Aug. 1818. v. K. J. XII. 26. — Beſtimmungen wegen deren Erhebung. R. v. 23. Apr. 1830. XXXV. 294. 295. — ſ. überhaupt Bagatellſachen, Land- und Stadtgerichtsboten, Meilengelder.

Botengeſchäfte, ſ. Inſinuationsgebühren.

Botenlaufen. Das, in Städten durch Schutzverwandte ſoll nicht zur Ungebühr vermehrt werden. V. v. 13. Oct. 1812. R. A. B. 517. II. Von dem Botenlohne bei vaterländiſchen Truppenmärſchen, K. A. B. 190. I. in Etappenangelegenheiten, 487. II.

Botenlohn-Ausgaben, deren Erſtattung auf Dienſtreiſen der Regierungs-Mitglieder. v. K. A. 32. IV. 824. — müſſen durch Quittungen der gebrauchten Boten, belegt werden; ebendaſ. — in Militair-Angelegenheiten der Kreis-Verwaltungen, deren Aufbringung. 32. I. 256. — der Landraths-Aemter bei Einberufung der Kriegs-Reſerviſten und anderer Beurlaubten, deren Erſtattung aus Militair-Fonds. 33. I. 224. — der Landraths-Aemter. R. v. 11 Mai 1834. — 34. III. 640.

Botenmeiſter, ſ. Unterbeamte.

Botenpoſten, Portoberechnung für Verſendungen mit ſelbigen. G. S. 1824. S. 226. f. — Beförderung von Geldern und Packeten durch ſelbige. v. K. A. 25. IV. 947.

Bouillon, Herzogth., von Frankreich abgetreten, wird mit den Niederlanden vereinigt. G. S. 1818. (A.) p. 129.

Bouteillen, ſiehe Flaſchen auch Bierflaſchen.

Brabanter Kronenthaler, ſ. Kronenthaler.

Brache. Muß nach magdeburgiſchem Provinzialrechte auch von den in der Brache zehntpflichtiger Felder gewonnenen Futerkräutern der Zehnte entrichtet werden? S. u. Str. R. 3. Band No. 17. p. 173.

Brände, ſiehe Feuersbrunſt.

Bräune, häutige, Halskrankheit, Behandlung der Kinder in ſelbiger. v. K. A. 19. II. 554. — Vorbeugungsmaaßregeln gegen ſelbige. 23. I. 177. — unter den Schweinen, Heilmittel für ſelbige. 26. II. 452. — brandige, ſiehe Krankheiten, anſteckende.

Bracker, dürfen nur auf polizeil. Qualifikations-Atteſte Gewerbeſcheine erhalten. G. S. 1811. p. 274.

Brandbriefe, ſollen abgebrannten Unterthanen nicht ausgefertiget werden. N. A. B. 255. V. K. A. B. 208. ſ. Bettler.

Brandenburg, Balley des Johanniter-Ordens. Das Herrenmeiſterthum ſo wie die Kommende deſſelben, werden gänzlich aufgelöſet und die Güter als Staats-Eigenthum eingezogen. G. S. 1812. p. 109. — ſ. Johanniter-Orden.

Brandenburg, Mark, ſ. Kurmark. — Provinz, Kreis-Eintheilung und Begränzung derſelben. G. S. 1815. p. 94. — Anordnung der Provinzialſtände für ſelb. G. S. 1823. p. 130—138. — 1825. p. 193—200. — Verordn. wegen Verfaſſung der Kommunal-Landtage in der Kur- und Neumark. G. S. 1825. p. 200 — 202. — Kreis-Ordn. für ſelb. G. S. 1825. p. 203 — 209. — nähere Beſtimmungen rückſichtlich der ſtädtiſchen Abgeordneten des Angermünder Kreistages. G. S. 1825. p. 233. — Zoll- und Verbrauchsſteuer-Tarif für ſelb. G. S. 1818. p. 67 — 70. — Abänderungen der Abgaben-Erhebungsrolle v. 25. Oct. 1821. für ſelb. G. S. 1823. p. 45. ſ. auch Abgaben. — Einführung gleicher Wagengeleiſe im ganzen Provinzialverbande derſ., mit Bezug auf die Verordnung v. 14. März 1805. G. S. 1829. p. 103. — Verhältniſſe der Mennoniten in ſelb., in Beziehung auf Militairpflicht. G. S. 1830. p. 82. — öffentl. Schulanſtalten für Tuch- und andere Wollwaaren in ſelb. G. S. 1823. p. 2—12. — Einrichtung eines Medizinal-Kollegiums für ſelbige. v. K. A. 25. I. 243. — (und Niederlauſitz), Einrichtung der Provinzial-Stände für ſelbige. 23. III. 495—500. — Reglement wegen des Verfahrens bei den Wahlen der Landräthe und Kreis-Deputirten in ſelbiger. 26. III. 593. — IV. 935. — Inſtruktion für die Direktoren und Rektoren der gelehrten Schulen in derſelben. 24. IV. 1067 — 1086. — Verpflichtung zur Armenpflege in ſelbiger. 27. II. 470. — ſtändiſche Gerechtſame der mit Zuſicherung der Ritterguts-Eigenſchaft in ſelbiger veräußerten Domainengüter. 27. III. 605 — 608. — Landtagsabſchied für die Provinzial-Stände derſelben, v. 17. Aug. 1825. 26. II. 462 — 503. — Landtags-Abſchied für den zweiten Provinzial-Landtag v. 30. Decbr. 1827. — 27. IV. 843 — 865. — dritter Landtags-Abſchied für deren und des Markgrafthums Niederlauſitz verſammelt geweſenen Stände, v. 22. Dezbr. 1830. — 30. IV. 851. — vierter Landtagsabſchied für deren Stände, v. 27. April 1832. — 32. II. 523 — 528. — Einrichtung ſtändiſcher Landarmen-Direktionen in ſelbiger. 28. II. 496. 506. — Verpflichtung der Grundeigenthümer in ſelbiger zur unentgeldlichen Hergabe von Feldſteinen, Sand und Kies für Chauſſeebauten. 28. II. 546. — Aufhören der ritterſchaftlichen Standſchaft bei den in ſelbiger belegenen Gütern nach erfolgter freiwilliger Parzellirung, ſo wie auch bei den mit der Rittergutseigenſchaft veräußerten Domai-

17 *

nengütern. 29. II. 222. ff. — Kirchen- und Schul-Viſitations-Ordnung für dieſelbe, v. 16. März 1830. — 30. I. 79 — 86. — Einführung der revidirten Städteordnung in die zum provinzialſtändiſchen Verbande derſelben gehörenden Städte. Cab. Ord. v. 17. März 1831. G. S. 1831. p. 9. — Anweiſung für das Verfahren bei den Landrathswahlen in derſelben. v. K. A. 33. I. 17 — 24. — Waiſen-Verſorgungs-Anſtalt in derſelben, zu Klein-Glinecke. 33. II. 406 — 423. — ſ. auch Kurmarkt, Neumark und Pommern.

ſ. überh. Medizinalkollegium. Reviſionskollegium.

Stadt, Fragmente aus dem Urtelsbuche des Scheffenſtuhls daſelbſt. v. K. J. XXXIV. 226 — 235.

Brand-Entſchädigungs-Gelder, deren Erhebung auf Retabliſſements-Atteſte. v. K. A. 26. III. 804. — deren prompte Berichtigung. 27. III. 734. — deren Erhebung auf Retabliſſements-Atteſte im Großherzogthum Poſen. 27. I. 177. seq. — ſtädtiſche, Legitimation zur Erhebung der letzten Rate derſelben. 32. III. 687. ff. — Juſtifikation der Zahlung des zweiten und dritten Termins derſelben. R. v. 22. Jan. 1834. — 34. I. 226. ſ. Feuer-Sozietäts-Entſchädigung.

Brand-Entſchädigungsweſen, im Großherzogthum Poſen, vor d. 1. Jul. 1815. ſ. Poſen, Großherz. — Präkluſivtermin für ſelbige, ſ. ebendaſelbſt.

Brandgiebel, maſſive, deren Anlegung bei Neubauten. v. K. A. 32. I. 206. — vorzüglich bei den Gebäuden in der Straßenfronte. 32. IV. 1022. — Beſtimmungen über deren Anlegung in der Provinz Brandenburg. 33. I. 209. — wann ſie zu errichten ſind? R. v. 25. Jan. 1834. — 34. I. 241.

Brandhäuſer, ſind mit maſſiven Dächern zu verſehen. v. K. A. 19. II. 498.

Brand-Hülfsvereine, deren Auflöſung iſt nach dem Wunſche der Intereſſenten zu geſtatten. v. K. A. 31. IV. 802.

Brandkaſſen, ſächſiſche, Auseinanderſetzung darüber mit dem Königr. Sachſen rückſichtl. der abgetretenen Landestheile. G. S. 1819. (Anh.) p. 24. 83.

Brandmarkung, kann gegen Verbrecher und Vagabunden nicht mehr ſtatt finden. v. K. A. 20. I. 69.

Brandmauern, V. deren Aufführung betr. v. 3. Sept. 1708. E. S. V. I. II. No. 18. v. 20. Aug. 1709. No. 21. wird aufgehoben v. 26. Jun. 1710 No. 24. — deren Einführung v. K. A. 17. II. 235. — deren maſſive Aufführung. 32. I. 207.

Brandſchäden, aus der Kriegs-Periode bis zum 1. Nov. 1808., in wie weit für ſelb. Anſprüche auf Entſchädigung gemacht werden können. G. S. 1812. p. 134. f. — vorſätzlich oder aus

Fahrläſſigkeit veranlaßt, Beſtimmungen daüber im oſtpreuß. Land-Feuer-Sozietäts-Reglem. G. S. 1809. p. 565. — ſchleunige Unterſuchnng derſelben v. K. A. 19. II. 443. — am Mobiliare, für ſelbige ſollen Domainen-Pächter keine Entſchädigung erhalten. 23. I. 126. die Unterſuchung darüber ſteht in Baiern nur den Gerichten zu. 17. III. 257. — ſ. auch Feuersbrünſte. — deren Abſchätzung und Vergütigung in der Grafſch. Mark. 27. III. 735. — durch Kriegsunfälle veranlaßt, deren Vergütung kann im Voraus durch ein Geſetz nicht feſtgeſtellt werden. 31. IV. 917.

ſ. Brandſtiftungen, Retabliſſementsſchulden.

Brandſchäden-Liquidationen, deren Anfertigung u. Vergütigung v. K. A. 17. I. 171.

Brand-Sozietät des Herzogth. Weſtphalen, Entſchädigung für die bei ſelbiger verſicherten brandgefährlichen und hiernächſt abgebrannten Gebäude. G. S. 1818. p. 28. ſiehe Feuer-Verſicherungs Anſtalten.

Brandſtifter, vorſätzliche, Verheißung und Auszahlung von Prämien für deren Entdeckung. v. K. A. 27. I. 165. — die für deren Entdeckung beſtimmten Prämien können Beamte im Wege polizeilicher oder gerichtlicher Unterſuchung nicht erwerben. 31. IV. 803. — 32. I. 176. — III. 685. für deren Entdeckung ſollen fernerhin nur noch in einzelnen beſonderen Fällen angemeſſene Belohnungen bewilligt werden. 32. IV. 983. — Aufhebung der früher im Allgemeinen dafür zugeſicherten Prämien von 100 — 300 Rthr., ebendaſ. — vorſätzliche, öffentliche Verheißungen von Belohnungen von 50 bis 100 Rthlr. für deren Entdecker. 33. IV. 1018. — für Beamte, welche nur ihre Pflicht erfüllen, können ſolche Belohnungen nicht ſtatt finden. 33. IV. 1018. — bei beſonderer Verdienſtlichkeit der letztern bleibt deren Belohnung vorbehalten. 33. IV. 1018. — Belohnung für Entdeckung derſelben. R. v. 11. Febr. 1834 — 34. I. 226.

Brandſtiftungen, A. L. R. II. XX. 1510 — 1570. — Mandat wider die Mordbrenner v. 1572. v. 1. Aug. 1590. C. S. V. V. I. No. 3. No. 9. Patent deren zu belohnende Entdeckung betr. v. 14. Oct. 1723. No. 54. C. v. 27. Jun. 1775. p. 181. V. e. R. wegen Unterſuchung derſelben v. 29. Nov. 1790. p. 2982. VIII. und Abfaſſung der Erkenntniſſe R. v. 28. Sept. 1795. St. B. p. 368. II. nebſt Verordnung wegen deren Beſtrafung v. 26. Febr. 1799. p. X. — Unter der §. 1515. Tit. 20. Th. 2. d. A. L. R. bemerkten „Einäſcherung von Häuſern und Gebäuden" ſoll auch der Werth des am Mobiliar-Vermögen angerichteten und überhaupt der Betrag des ganzen durch die bösliche Brandſtiftung verurſachten Schadens verſtanden werden. Cab. Reſol. v. 31. Jan. und R. v. 4. Jun. 1806. R. A. IV. 371. Paalzow Commentar p. 369. I. Von

Feſtſtellung des Thatbeſtandes, Cr. O. §. 194 — §. 197.; und iſt der §. 196. hauptſächlich nur von dem an Gebäuden angerichteten Brandſchaden zu verſtehen, und des Damnifikaten eidliche Erhärtung ſeines durch Brandſtiftung an fahrender Habe erlittenen Schadens hinreichend. R. v. 21. Febr. 9. an d. Ob. L. G. v. d. N. ungedruckt. — R. die Strafe derſelb. betr., v. 29. Jan. 1812. v. K. J. I. 5. — Von der Feſtſtellung des Thatbeſtandes in Folge des R. v. 4. Sept. 1810. J. M. IX. 320. ſ. K. A. B. 333. II. ſ. a R. v. 29. Nov. 1790. E. S. p. 2990. VIII. und P. A. B. 62. I. In dem §. 1517. Tit. 20. Th. 2. der A. G. O. ſind nach den Worten: in einem Brande, die Worte: oder bei Gelegenheit deſſelben, eingerückt worden, §. XXIX. des Erſt. Anh. z. A. L. R. — Bei dem Verbrechen der vorſätzlichen, ſoll das Maaß der Strafe nicht zu ſehr von dem Erfolge derſelben abhängig gemacht werden, ſtatt daß man bloß auf den größeren oder minderen Grad der gemeinen Gefahr und auf die mehr oder minder ſtrafbare Abſicht des Verbrechens Rückſicht nehmen ſollte. Cab. O. v. 29. Jan. 1812. v. K. J. I. 5. Uebrigens iſt der §. 1515. dahin beſtimmter gefaßt worden, daß, wenn bei einem ſolchen zur Nachtzeit angelegten Brande weder die §. 1512. bemerkte mordbrenneriſche Abſicht vorhanden geweſen; noch ein Menſch an Leben und Geſundheit auf vorſtehende Art beſchädigt; gleichwohl aber durch Einäſcherung von Häuſern und Gebäuden ein Schaden von 500 Rthl. oder mehr verurſacht worden, die Strafe des Schwertes nebſt der Verbrennung des Körpers ſtatt findet; und der §. 1517. lautet dahin, daß, wenn durch einen in bewohnten Gegenden vorſätzlich, jedoch ohne mordbrenneriſche Abſicht, (§. 1512.) am Tage erregte Feuersbrunſt zwar kein Menſch an Leben oder Geſundheit verletzt worden; dennoch aber an Häuſern, Gebäuden, Gütern und Vermögen der Einwohner ein Verluſt von 500 Rthlr. oder mehr entſtanden, der Thäter mit lebenswieriger Feſtungs- oder Zuchthausſtrafe belegt wird. Art. 30. 31. des Erſt. Anh. zum A. L. R. — II. XX. 1510 — 1570. ſ. Feuersbrunſt. vorſätzliche, und verſuchte deren Beſtrafung im Soldatenſtande. G. S. 1808. p. 561 f. — Bei allen Unterſuchungen wegen der in den Rheinprovinzen vorfallenden Brandſtiftungen iſt gleich bei Einleitung der Unterſuchung der Thatbeſtand auf die in den §§. 194 — 197. der Preußiſchen Crim. Ord. vorgeſchriebene Weiſe feſtzuſtellen, und jedenfalls, bevor die Acten an die Rathskammer gehen, der Werth des Schadens nach den §§. 196 und 197 auszumitteln. R. v. 26. Aug. 1822. v. K. J. XX. 92. — Ob wiſſenſchaftlich die Behauptung, daß das Verbrechen der Brandſtiftung oft in phyſiſchen Krankheitszuſtänden, die meiſtens mit der Entwickelung oder dem Eintritte des Geſchlechtstriebes zuſammenhängen, begründet ſey, bereits dergeſtalt und durch ſo häufige Fälle feſtgeſtellt worden, daß

es nothwendig werde, bei der Strafgeſetzgebung darauf Rückſicht zu nehmen? Gutachten der wiſſenſchaftlichen Deputation für das Medicinalweſen v. 28. Aug. und Reſcr. v. 6. Sept. 1824. XXIV. 155. — Die Unterſuchungen und Erkenntniſſe wegen Brandſtiftungen ſind zu beſchleunigen. Reſcr. v. 11. Mai 1826. XXVII. 321. Cirk. R. v. 19. Febr. 1827. betr. die Beſchleunigung der Unterſuchungen wegen Brandſtiftung. XXIX. 114. Cab. Ord. v. 13. März 1830. — deren Beſtrafung betr. XXXV. 137. — vorſätzliche und fahrläſſige, Verhütung derſelben. v. K. A. 22. II. 416. — 24. II. 561—564. — polizeiliche Unterſuchung derſelben. 24. II. 561. 565. Prämien-Bewilligung für deren Entdeckung. 25. I. 204. — in Forſten und Wäldern, deren Verhütung und Beſtrafung. 19. II. 348. Siehe auch Feuersbrunſt. — überhandnehmende, deren Steuerung. 27. I. 312. — Verfahren der Polizei- und Juſtiz-Behörden rückſichtl. deren Unterſuchungen. 28. III. 753—759. Sicherung vorſtädtiſcher Scheunen und Häuſer gegen ſelbige. 28. IV. 1056. seq. — frevelhafte, deren Verhütung durch die Gewährung zu hoher Brand-Entſchädigungsgelder. 32. II. 523. 529. — von dem Ausfalle der gerichtlichen Unterſuchungen wegen derſelben ſollen die betreffenden Kreis-Feuer-Sozietäts-Direktionen Nachricht erhalten. 30. I. 136. — Verfahren bei den polizeilichen und gerichtlichen Unterſuchungen über dieſelben. 33. II. 485.

Brandverſicherungen (Feuer-Verſicherungen) — von Mobilien, ſiehe Mobiliar-Brand-Verſicherungen, und Feuer-Sozietäten.

Brand-Verſicherungs-Anſtalten, ſiehe Feuer-Verſicherungs-Anſtalten.

Brand-Verſicherungs-Geſellſchaft, Bergiſche, Beitritt zu ſelbiger. v. K. A. 19. II. 527.

Branntwein (Liqueure) deſſen reſp. ſteuerfreie Einführung vom platten Lande in die Städte. G. S. 1810. p. 34. 58. f. durch das franz. Militair weggenommen, Anrechnung deſſen Verluſtes auf die Vermögens- und Einkommenſteuer. G. S. 1813. p. 104. — inländiſcher, Abgabe-Erhebung von ſelbigem und dem dazu beſtimmten Getreide, ſo wie die Beſteuerung deſſen Fabrikation durch einen Blaſenzins. G. S. 1810. p. 36. 47. 50. f. — 1811. p. 255. — 1819. p. 97. f. — Ordnung für die Erhebung des letzt. v. 8. Febr. 1819. G. S. 1819. p. 102. f. — Aufhebung des Blaſenzinſes, ſiehe letzt. — dürfen Verfertiger und Verkäufer von Deſtillirgeräthen nicht brennen. G. S. 1819. p. 99. — mit ſelb. darf kein Hauſirhandel Statt finden. G. S. 1820. p. 153. — 1824. p. 130. ausländiſcher, Eingangs-Abgabe von ſelb. — G. S. 1824. p. 194. — 1825. p. 160. — 1827. p. 142. — ſ. auch Brennereien, Getränkehandel und Schankwirthſchaften. — V. die

Ausmeſſung und Bezeichnung der Branntweinblaſen betr. v. 27. Sept. 1814. N. A. B. 485. IV. K. A. B. 389. P. A. B. 571. — ſ. Blaſenzins. — polizeiliche Erlaubniß zu deſſen Ausſchank. v. K. A. 21. I. 183. — 25. II. 463. — deſſen Verkauf 24. II. 591 — 594. — kann in Gebinden und Flaſchen über die Straße verkauft werden. 25. II. 464. — Nichtberechtigung der Brauer zu deſſen Ausſchank. 23. III. 695. — 24. II. 591. — deſſen Verkauf und Ausſchank in kleinen Quantitäten. 23. IV. 952. — darf in den Apotheken nicht geſchänkt werden. 18. I. 196. — IV. 1161. — 22. II. 437. — wo ſolches nachgegeben iſt. 20. IV. 897. — Stärke deſſelben auf den Zwangs-Debits-Stellen. 24. III. 906. — deſſen Aufborgung auf längere Zeit verwirkt die Schank-Berechtigung. 23. II. 387. — ſoll in Dorfgemeinden als Strafe für Vergehen nicht ſtatt finden. 20. I. 59. — deſſen Verkauf iſt auf Jahrmärkten nur in Gebinden und Flaſchen erlaubt. 19. IV. 915. — 20. II. 312. — IV. 876. 877. — mit ſelbigem ſoll kein Hauſirhandel ſtattfinden. 19. IV. 915. — 23. II. 390. — der Handel mit demſelben kann hauſirenden Viktualienhändlern nicht geſtattet werden. 17. III. 55. — der Detailhandel mit ſelbigem auf Wochenmärkten iſt den Landbewohnern verboten. 20. I. 35. — 25. I. 225. — ſollen auf ſelbigen nur an den gewöhnlichen Verkaufsſtellen ſtattfinden. 21. IV. 957. — 22. I. 203. — kann auf Märkten in Gebinden und Flaſchen verkauft werden. 22. II. 426. — inländiſcher, deſſen Beſteuerung. 19. I. 38. — 20. IV. 714 — 722. — 24. I. 49. 51. — III. 704 — 707. — inländiſcher, zur Ausfuhr gelangend, Steuer-Vergütigung auf ſelbigen. 25. IV. 894. — ſelbſt fabrizirter, Kreditirung der Steuer für ſelbigen. 25. IV. 897. — aus Obſt, Beeren, Wein und aus den Abfällen davon fabrizirt, Regulativ über die Hebung und Kontrolle der Steuer von ſelbigem. 25. IV. 900 — 914. — ſoll zur Beförderung des Schlafes kleinen Kindern nicht gegeben werden. 18. IV. 1163. (Siehe auch Schankwirthſchaften.) — kann, auf Jahrmärkten, nicht aber auf Wochenmärkten verkauft werden. v. K. A. 27. III. 768. — Geſtattung des Aufſuchens von Beſtellungen auf ſelbigen im Umherziehen. 27. III. 767. — deſſen Verkauf in kleinen Quantitäten — jedoch ohne Schank-Erlaubniß — nicht für den Genuß an Ort und Stelle. 28. II. 527. seq. III. 772. — deſſen Verkauf auf Jahrmärkten, nicht aber auf Wochenmärkten. 28. I. 12. — auch der Ausſchank von feinen Branntweinen (Liqueuren) iſt auf Jahrmärkten nicht geſtattet. 28. III. 775. — Verwahrung der Kinder vor deren Genuß. 28. I. 123. — II. 462 — 465. III. 715. — Verſteuerung deſſelben, bei deſſen Zubereitung mit Zuckerwaſſer. 28. II. 330. — Verſteuerung des rectifizirten Spiritus. 28. II. 331. — Branntwein-Proben, in wie weit deren Verſchickung ohne Gewerbeſchein ſtatt finden kann. 28.

I. 12. — deſſen gläſerweiſer Ausſchank darf auf Jahrmärkten nicht ſtatt finden, ausnahmsweiſe nur bei Scheibenſchießen und andern Volksbeluſtigungen. 29. II. 385. — iſt unbedingt vom Hauſirhandel ausgeſchloſſen. 29. III. 619. (Spiritus) Meſſung deſſen Stärke durch Sachverſtändige bei Streitigkeiten. 31. III. 597. f. — die Eichungsämter und ſtädtiſche Polizeibehörden ſind dazu nicht verpflichtet. 31. III. 598. — Verbot des Ausſchanks deſſelben außerhalb der gewöhnlichen Schankſtätten. 32. I. 219. — erſtreckt ſich nicht auf den Ausſchank in Buden uud an Tiſchen bei Jahrmärkten, Scheibenſchießen u. ähnlichen beſonderen Veranlaſſungen ebendaſ. — aus Maiſche bereitet, Entrichtung des Deſtillirzinſes von demſelben. 32. I. 73. — die Berechtigung zu deſſen Fabrikation und Ausſchank kann von Gemeinden nicht verpachtet werden. 33. I. 183. — ſoll von dem Brenner nicht in kleinen Quantitäten verkauft werden. R. v. 13. Febr. 1834. — 34. II. 515.

Branntwein-Trinken. Die Prediger ſollen bei ſchicklichen Gelegenheiten, jedoch mit Klugheit und Schonnng, ihre Zuhörer vor den verderbenden Folgen deſſelben warnen. R. v. 30. Mai 1803. E. S. p. 1847. XI.

Branntweinbrennen, wird in Preußen mit unter der Kruggerechtigkeit verſtanden. St. B. p. 128. IV. — auf dem platten Lande, V. wegen Deklaration der Einmaiſchungen, K. A. B. 287. II. 24. III. Von dem Betrage der Siegelgelder bei Verſiegelung der Branntweinblaſen, p. 116. III. R. A. B. 213. II. R. die Vermengung des zum, beſtimmten Getreides betr. v. 6. Oct. 1811. P. A. B. 213. I. K. A. B. 232. — ſ. Blaſenzins.

Branntweinbrenner, Deklaration, die doppelte Nahrung derſelben betr. v. 6. Oct. 1799. E. S. p. 2655. X. — entrichten neben der Steuer von der inländiſchen Branntweinbereitung keine Gewerbeſteuer. v. K. A. 24. I. 49. — III. 706. — ſind zu letzterer rückſichtl. des Ausſchänkens des Branntweins verpflichtet. 21. I. 12.

Branntwein-Brennereien, deren Anlegung mit landesherrl. Genehmigung. G. S. 1810. p. 96. 97. — deren Anlegung von Grundbeſitzern auf dem Lande, und Fortführung von den bisherigen Beſitzern derſelben. G. S. 1811. p. 268. — Ohne Grundbeſitz, von beſtimmtem Werthe angelegt, deren Aufhebung, jedoch gegen vollſtändige Entſchädigung aus Staatskaſſen. G. S. 1811. p. 268. — Steuer-Entrichtung für deren Gebrauch. G. S. 1819. p. 98—104. — was ſonſt rückſichtl. derſelben zu beobachten iſt. G. S. 1810. p. 49. 52. 75. — 1819. p. 104. f. — Strafbeſtimmungen für Uebertretungen bei ſelbigen. G. S. 1819. p. 112. — Gewerbeſteuer-Entrichtung von denſelben. G. S. 1820. p. 160. — feuerſichere Anlegung derſelben. v. K. A. 17. II. 240. — 22. IV.

982. — neue, polizeiliche Erlaubniß zu deren Anlegung. 19. I. 238. — 25. II. 463. — deren Anlegung auf dem platten Lande. 19. II. 410. — 23. III. 690. — Aufnahme und Prüfung der zur Berechtigung derſelben auf dem platten Lande nothwendigen Taxen. 20. IV. 760. — ſollen auf dem platten Lande genau kontrollirt werden. 17. IV. 37. — ſteuerliche Meldungen rückſichtl. deren Betrieb. 26. I. 29—32. — Kontrolle derſelben Hinſichts der zu entrichtenden Steuern. 20. IV. 714. 722. — Maiſchbottig-Zins von ſelbigen. 21. I. 13. — II. 309. — deren Abzweigung, Vermehrung und Verpachtung auf dem Lande. 27. II. 477—482. — Beſtimmungen über die Brennzeit und über den Gebrauch der Nebengefäße in ſelbigen. 27. III. 637 — 646. — IV. 859. — das Deſtilliren in ſelbigen kann zur Nachtzeit nur geſtattet werden, wenn damit keine Feuersgefahr verbunden iſt. 27. III. 731. — in wie weit deren Umwandlung in Brauereien zu geſtatten iſt. 29. II. 378. Vorſchriften über die Maiſch-Brennzeit in ſelbigen. 29. IV. 786 — 790. — Form und Führung der Brennerei-Betriebs-Nachweiſungen. 29. IV. 791. 797. — neue, deren Anlegung iſt in den Städten keinen Beſchränkungen unterworfen. 30. II. 425. — wohl aber auf ländlichen und allen außerhalb der Städte belegenen Grundſtücken. 30. II. 423 — 425. — in Schleſien, Entſchädigung der altberechtigten Beſitzer derſelben für Verluſte durch neu angelegte Brennereien. 31. I. 194. — Verhütung des nachtheiligen Gebrauchs des Kupfers in denſelben. 32. III. 712. — die Einmauerung von Maiſchbottichen in denſelben, kann nur mit Genehmigung der Steuerbehörde geſchehen. 33. IV. 918.

Branntwein-Brennerei-Gebäude, Vorſchriften für deren Anlegung auf königl. Domainen. v. K. A. 30. III. 507. ff.

Branntwein-Brennerei-Gerechtigkeit, deren Uebertragung bei der theilweiſen Austauſchung oder Dismembration von Grundſtücken. v. K. A. 30. III. 605.

Branntwein-Probemeſſer, deren Anfertigung, Stempel und Feilhalt. von Seiten der Eichungs-Kommiſſion. G. S. 1816. p. 147.

Branntweins-Schänken, deren Verminderung. v. K. A. 19. I. 235. — ſ. a. Schankwirthſchaften.

Branntweinſchank, ſ. Schankwirthſchaften.

Branntweinſchroot, Beſtrafung der unrichtigen Deklaration deſſelben. v. K. A. 21. II. 308.

Branntweinstaxe, wird von dem Polizei-Magiſtrat angefertiget. Decl. v. 17. Juni 1771. E. S. p. 213. V. a. aufgehoben durch die eingeführte Gewerbefreiheit.

Branntweinſteuer, deren Erhebung in den Städten Erfurth und Wetzlar. G. S. 1826. p. 87. 88. — ſ. auch Brannt-

wein. — die Fixation derſelben kann nicht ſtatt finden. v. K. A. 27. I. 311. — II. 329. — ſ. a. Brau- und Maiſchſteuer.

Branntweins-Tiſche und Buden, ſollen an Feſten in der Nähe der Kirchen nicht geduldet werden. v. K. A. 19. I. 177.

Branntweinzwang; ſiehe Banngerechtigkeit. Getränkezwang.

Braſilien, Königreich, Paßverhältniſſe mit ſelbigem. v. K. A. 21. III. 665. — Verhinderung der Auswanderungen nach ſelbigem und Verfahren rückſichtl. derſ. 25. II. 297. — 26. II. 307. — III. 635. — Kaiſerſtaat, Freundſchafts-, Schiffahrts- u. Handels-Vertrag mit ſelbigem v. 9. Juli 1827. G. S. 1828. p. 75 — 82. — Zuſatz-Artikel zu ſelbigem v. 18. Apr. 1828. G. S. 1828. p. 83. — Freizügigkeit mit ſelbigem hinſichtl. des Abſchoß- und Abfahrtsgeldes. v. K. A. 27. II. 361. — IV. 880. — was bei dem Handelsverkehr mit ſelbigem zu beobachten iſt. 28. II. 284. — nach ſelbigem ſollen keine Auswanderungs-Konſenſe mehr ertheilt werden. 28. I. 42. — Vorſchriften für die Aufnahme von Fremden daſelbſt. 33. I. 42.

Brauer, ſtädtiſche, Berechtigung derſelben zum Bier-, nicht aber zum Branntwein-Ausſchank. v. K. A. 23. III. 695. — 24. II. 591.

Brauerei, A. L. R. von der Brauerei. II. VIII. 424 — 433. von der Brau-, Krug- und Branntweinbrennereigerechtigkeit. I. XXIII. 53 — 95. — gemeine Ordnung v. 1549. v. 1572. C. S. IV. IV. No. 4. 7. 9. v. 1577. No. 10. Pat. wegen des unbefugten Brauens, Bierverlags u. ſ. w. einiger v. Adel v. 18. März 1688. No. 32. der Beamten, Pfarrer, Schulzen v. 17. Dec. 1659. No. 17. wegen des unbefugten Brauens auf dem Lande v. 1. Juni 1664. No. 18. nebſt Verordnung an die Land- und Zollbereuter v. 15. Aug. 1665. No. 21. Brau-Rezeß v. 16. Sept. 1686. VI. I. No. 169. Ed. wegen des Brauweſens v. 4. Jan. 1692. IV. IV. No. 35. v. 17. Juni 1771. p. 213. V. a. v. 21. Jan. 1772. p. 67. V. b. den Brau- und Erbkrügen iſt Branntwein zu brennen nur dann erlaubt, wenn ſie den geſetzlichen Beſitz für ſich haben. V. v. 10. März 1698. No. 37. Welche Ortſchaften Bier und Branntwein zu Fürſtenwalde nehmen müſſen. E. v. 4. Dec. 1702. No. 42. Ordre, die Einrichtung des Bier- und Krugverlags auf dem Lande in der Churmark betr. v. 3. Apr. 1737. p. 41. C. I. Ed. v. 1. Juli 1682. IV. IV. No. 38. v. 4. Jan. 1692. No. 35. Den Hüfnern und Coßäthen in der Mark bleibet gegen die Pflug-, Saat- und Erntezeit das Brauen unbenommen. Den Hirten, Schäfern, Müllern, Schmieden und Leinewebern auf dem Lande aber iſt es unterſagt, es wäre denn, daß ſie neben ihrer Handthierung auch Bauern- und Coßäthendienſte beſtellen müſſen; doch dürfen dazu jedesmal

einem Hüfner nicht mehr als 4 u. einem Coſsäthen nicht mehr als 2 Schfl. von den Müllern gemahlen werden. Auf den Meyerhöfen ſtehet es den Meyern frei, für ſich und ihr Geſinde Covent u. Nachbier zu brauen, Ausſchreiben v. 18. Juli 1624. §. 6. 7. IV. IV. No. 13. VI. I. No. 96. p. 324. Ordre v. 3. Apr. 1737. §. 11. p. 45. C. I. Brau-Conſtitution f. die Churmark v. 1714. §. 20. IV. IV. p. 163. und kann nach dieſen Geſetzen das Bier zu den Gelagen u. Ausrichtungen nach Gefallen entweder aus den Braukrügen oder Städten genommen werden. Publ. v. 4. Mai 1796. p. 338. X. — Diejenigen von Adel in der Chur- und Neumark, welche 50 Jahr — v. 25. Febr. 1663. bis dahin 1713. — V. v. 27. Sept. 1737. p. 79. C. I. — im ruhigen Beſitz des Brauens zum feilen Kauf ſich befunden, ſollen ſowohl gegen den Fiskus als gegen Privatperſonen bei ihrer Braugerechtigkeit geſchützt werden, Rs. v. 22. Apr. 1715. §. 2. VI. II. M. No. 90. Churmärk. Brau-Conſtitution v. 27. Juni 1714. §. 9. IV. IV. No. 54. Neumärkſche V. C. v. 5. Febr. 1724. §. 2. VI. II. M. No. 162. Lehns-Aſſecuration v. 1717. Art. 4. II. V. No. 62. doch iſt die Verlegung und Aufrichtung neuer Krüge verboten. Landtags-Rec. v. 1538. VI. I. No. 20. p. 52. und Revers v. 1539. No. 21. p. 59. — V. die Braugerechtigkeit des Joachimsthaliſchen Gymnaſiums v. 20. März 1737. p. 25. C. I. der Kirchen- und Schulbedienten betr. v. 1536. VI. I. No. 18. v. 1549. V. II. I. No. 1. Rec. v. 22. Mai 1644. I. II. No. 12. Pat. v. 17. Dec. 1659. E. v. 1. Juni 1664. v. 16. Mai, v. 19. Nov. 1700. IV. IV. No. 17. 18. 39. 40. v. 29. Dec. 1736. IV. III. II. No. 83. v. 22. Mai, v. 17. Juli 1737. p. 59. 63. C. I. R. die Beſtimmung der Braufreiheitsgelder der Prediger und Schulbedienten-Wittwen betr. v. 19. Jan. 1746. p. 69. C. III. Braureglement der Stadt Ellrich in der Gr. Hohenſtein v. 23. Juli 1753. p. 1003. I. C. O. die Befugniß der Brauberechtigten in Weſtpreußen betr. v. 3. März 1785. p. 3033. VII. in Südpreußen Decl. v. 7. Juni 1796. St. B. p. 340. VII. (I.) — R. die Stadt Croßen betr. v. 4. Aug. 1724. VI. II. M. No. 168. — Eine in Hinterpommern mit der Kruggerechtigkeit verſehene Grundherrſchaft kann einen nicht unterthänigen eine erb- und eigenthümliche Mühle beſitzenden Müller nicht zwingen, den benöthigten Branntwein und Bier aus dem herrſchaftlichen Kruge zu nehmen. G. E. v. 13. Dec. 1782. Kl. A. 64. I. J. E. die ſtreitige Befugniß eines Königl. Amtspächters zur Aenderung eines Schänkhauſes betr. v. 15. Jan. 1781. Kl. A. 264. VIII. J. E. in Contraventionsſachen wider eine allgemeine Branntweins-Verkaufs-Taxe v. 6. Sept. 1783. Kl. A. 216. IX. — vom Erntebrauen nach Pommerſchen Rechten. H. B. 8. 384. — Brau-Ordn. der Alt- und Neuſtadt Brandenburg v. 14. Aug. 1704. E. S. IV. IV. No. 44. — für die Stadt Bernau v. 23. Sept. 1713. No. 52.

Dekl. das Brauweſen und den Bierverkauf betr. v. 21. Jan. 1772. p. 67. V. b. — von der Braugerechtigkeit der Städte und Gutsbeſitzer im Herz. Magdeburg ſ. Kl. A. 113. Th. XIX. E. wegen Anlegung und Verlegung neuer Brauereien und Brennereien in Südpreußen v. 28. März 1797. St. B. p. 138. Th. X. Brauordnung der Stadt Cottbus d. d. Charlottenburg d. 1. Juni 1712. c. D. das Reihe-Brauen betr. v. 19. Juni 1713. — Aufhebung des Brauzwanges v. 28. Oct. 1810. G. S. 1810. p. 95. — deren Anlegung mit landespolizeilicher Genehmigung. G. S. 1810. p. 96. 97. — Ausübung des Rechts, auf dem Lande, zum Abſatze an Andere, zu brauen. G. S. 1811. p. 268. — Gebrauch von Hand- und Roßmühlen in ſelbigen, unter hinreichender Steuer-Kontrolle. G. S. 1811. p. 257. — 1812. p. 95. — Steuer-Entrichtung für deren Betrieb. G. S. 1819. p. 99. — was ſonſt rückſichtl. derſelben zu beobachten iſt. G. S. 1819. p. 106. f. — Strafbeſtimmungen für Uebertretungen bei ſelbigen. G. S. 1819. p. 113. Gewerbeſteuer-Entrichtung von ſelbigen. G. S. 1820. p. 160. Die V. des Regl. v. 28. März 1787. E. S. p. 836. VIII. daß bei einem jeden Bierbrauer die Faſſungszeit declarirt, und die Unterlaſſung, und die Faſſung des Bieres ohne Beiſein eines Officianten beſtraft werden ſoll, findet nach dem Regl. v. 28. Oct. 1810. p. 95. I. keine weitere Anwendung. R. v. 11. Apr. 1812. N. A. B. 184. II. P. A. B. 131. K. A. B. 198. Brauer und Brenner, welche ihr verdorbenes Bier zu Biereſſig benutzen, ſind nicht gehalten, dafür noch eine beſondere Gewerbeſteuer zu entrichten, und beſondere Gewerbſcheine zu löſen, P. A. B. 379. Publ. wegen der Anlegung neuer Brau- und Brennereien, K. A. B. 315. I. 121. IV. N. A. B. 253. I. 137. II. 174. IV. P. A. B. 197. — zu deren Anlegung bedarf es der polizeilichen Erlaubniß. v. K. A. 19. I. 238. — deren Anlegung auf dem Lande. 23. III. 690. — Aufnahme und Prüfung der zur Berechtigung derſelben auf dem platten Lande erforderlichen Taxen. 20. IV. 760. — ſollen auf dem platten Lande genau kontrollirt werden. 17. IV. 37. — neue, Konzeſſionsgeſuche zu deren Anlegung. 25. II. 463. — ſteuerliche Meldungen rückſichtl. deren Betrieb. 26. I. 29 — 32. — ſ. a. Bier. — deren Abzweigung, Vermehrung und Verpachtung auf dem Lande. 27. II. 477 — 482. — in wie weit die Umwandlung von Branntwein-Brennereien in ſelbige zu geſtatten iſt. 29. II. 378. — neue, deren Anlegung iſt in den Städten keinen Beſchränkungen unterworfen. 30. II. 425. — wohl aber auf ländlichen und allen außerhalb der Städte belegenen Grundſtücken. 30. II. 423 — 425. — Feſtſetzung der Gewerbeſteuer für dieſelben. 33. III. 620 — 622.

Brauerwagen, polizeiliche Kontrolle derſ. durch Nummerbezeichnung. v. K. A. 22. I. 203.

Braugerechtigkeit, ſ. Krugverlag.

Brauhäuſer, feuerſichere Anlegung derſelben. v. K. A. 17. II. 219. 240. — III. 192. — IV. 253. — 22. IV. 982. — Sicherung der Bodenöffnungen an ſelbigen durch Verſchläge. 17. I. 238. — ſind mit maſſiven Dächern zu verſehen. 19. II. 498. — Vorſchriften für deren Anlegung auf königl. Domainen. 30. III. 507. ff. — (Brauereien) ſind ganz maſſiv und gewölbt zu erbauen. 32. I. 206.

Brau-Kommunen, ſtädtiſche, deren Getränke-Zwangsrechte ſind aufgehoben. v. K. A. 25. III. 724.

Braumalz, deſſen Anfertigung auf Hand- und Roßmühleu durch Quirle, Stampfen u. Steine, ohne Brauereibetrieb iſt ſtrafbar. G. S. 1812. p. 95. — deſſen Beſteuerung nach dem Geſetz v. 8. Febr. 1819. G. S. 1819. p. 97. 99. 106. — 1820. p. 135. — Befreiung deſſelben von der Mahlſteuer. G. S. 1819. p. 119. — in wie weit letztere in einigen überelbeſchen Provinzen für jenes noch fortdauert. G. S. 1819. p. 120. — Aufhebung derſelben. G. S. 1820. p. 136. — Vorſchriften für deſſen Verwiegung Behufs der Verſteuerung nach den Beſtimmungen des §. 4. des Mahl- und Schlachtſteuer-Geſetzes v. 30. Mai 1820. G. S. 1827. p. 75. — die Erhöhung der Braumalzſteuer kann zur Ablöſung von Gewerbsberechtigungen in den Städten in Vorſchlag gebracht werden. G. S. 1822. p. 188. — deren Fixation bei ländlichen Grundbeſitzern auch im weitern Umfange, als dies nach §. 20. des Geſetzes v. 8. Febr. 1819. zuläſſig iſt. G. S. 1827. p. 75. — deren Erhebung in den vom Zollverbande ausgeſchloſſenen Landestheilen des Erfurter und Koblenzer Regier.-Bezirks. G. S. 1826. p. 87. 88. — Beſteuerung deſſelben. v. K. A. 19. I. 38. — Vorſchriften für deren zuläſſige Steuer-Fixirung. 30. III. 533. desgl. in Verbindung mit der Mahlſteuer. Cab. O. v. 17. Aug. 1831. G. S. 1831. p. 173.

Braunfels, Amt, wird von Naſſau an Preußen abgetreten. G. S. 1818. (A.) p. 31.

Braunfelſer Kreis, Steuer-Erhebung in ſelbigem. G. S. 1826. p. 88. f.

Braunkohlen, Vorſichtsmaßregeln bei deren Gebrauch zum Aſchebrennen. v. K. A. 18. II. 434.

Braunkohlen-Gruben, polizeiliche Vorſchriften rückſichtl. deren Bearbeitung. v. K. A. 27. I. 91.

Braunſchweigiſcher (Herzoglich.) **Hof**, ſ. Unterſuchungskoſten.

Braunſchweig-Lüneburg, Herzogth., Durchmarſch- und Etappen-Convention mit ſelbigem. G. S. 1819. p. 5. — Freizügigkeit mit demſelben. G. S. 1819. p. 52. — Kartel-Convention mit demſelben. G. S. 1819. p. 81. — deſſen Beitritt zur

Weſer-Schiffahrts-Acte. G. S. 1824. p. 25. f. — Uebereinkunft mit ſelbigem zur Verhütung der Forſtfrevel in den Gränzwaldungen. G. S. 1827. p. 59. — Vereinbarung mit demſelben gegen den Bücher-Nachdruck. G. S. 1827. p. 164. — Durchmarſch- u. Etappen-Convention mit ſelbigem. v. K. A. 19. I. 30. — Freizügigkeit mit demſelben. — 19. I. 31. — Kartel-Convention mit ſelbigem. 19. I. 33. — Packet-Verſendungen nach ſelbigem mit der Poſt. 24. III. 735. — Polizei-Verwaltung in ſelbigem. 17. III. 252. — Cenſur-Verordnung. 20. I. 165. — Richterſtattung der an arme Reiſende aus ſelbigem verabreichten Unterſtützungen ꝛc. 27. II. 467. — Verordnung über das dortige Wohnungsrecht in polizeilicher Hinſicht. 30. III. 660 — 670. — Verordnung über die vor Eingehung der Ehen beizubringenden obrigkeitlichen Beſcheinigungen. 31. I. 248. ff.

Braunſchweig-Oelsſches Corps, herzogliches, ehemaliges, Begnadigung der bei ſelbigem ohne Erlaubniß in Dienſten geſtandenen preußiſchen Offiziere. G. S. 1822. p. 125.

Braupfannen, ſteueramtliche Kontrolle rückſichtl. deren Gebrauch, Reparirung und Verkauf. G. S. 1810. p. 57. — 1819. p. 106.

und Brennereigeräthſchaften, welche gerichtlich verkauft werden, ſind dem Käufer nicht eher zu übergeben, als bis derſelbe den Ankauf im Steuer-Amte des Orts angezeigt und die darüber erhaltene Beſcheinigung zu den Akten eingereicht hat. Cirk. R. v. 22. März 1833. v. K. J. XLI. 277. 278.

Brau-Reglement, Danziger, v. 30. Dec. 1800, deſſen Richtanwendung. v. K. A. 23. IV. 953.

Brau- und Maiſch-Steuer. Feſtſetzungen wegen der an die Stelle des Blaſenzinſes eingeführten Maiſch-Bottig- (Branntwein) Steuer und wegen der Brauſteuer. Cab. Ord. v. 10. Jan. 1824. v. K. J. XXIII. 95. 97. in der erſten dieſer Cab. Ordres iſt der durch die Jahrbücher mitgetheilte Abdruck unrichtig und unvollſtändig, indem es sub 5. hinter den Worten: „die Einmaiſchung oder Zubereitung der Maiſche, die den Steuerbeamten gar nicht angeſagt" heißen muß: „oder die an andern Tagen, in andern Räumen" u. ſ. w. R. v. 21. Dec. 1825. XXVI. 419. — deren Erhebung. v. K. A. 24. I. 50. — III. 704. — Verfahren rückſichtl. der Kontraventionen wegen derſelben. 24. IV. 1030. — eine Vergütigung derſelben auf exportirtes Bier kann nicht ſtatt finden. 30. III. 658. f.

Brautordnung, Pommerſche; ſ. Gütergemeinſchaft.

Brautſchatz, vom geiſtlichen, A. L. R. II. XI. 1185 — 1198. — Das Vermögen einer Curandin, welche einen etablirten Kaufmann heirathet, kann demſelben bei der Verlobung unter den

im A. L. R. Th. II. Tit. 18. §. 764. seq. feſtgeſetzten Bedingungen als Brautſchatz verſichert, und ohne Sicherheitsbeſtellung nach der Hochzeit ausgeantwortet werden. R. v. 1. März 1814. v. K. J. III. 7.

Brauweiler, das dortige Korrektionshaus betr. Landtags-Abſchied v. 15. Jul. 1829. v. K. J. XXXV. 285 — 288. — deſſen Organiſation und allgemeine Benutzung für die Rheiniſchen Regierungs-Bezirke. v. K. A. 29. III. 700. 713. — Aufnahme von Bettlern in daſſelbe u. Aufbringung der Transport- und Verpflegungskoſten für dieſelben. 31. III. 586. — Provinzial-Arbeits-Anſtalt daſelbſt. Aufſtellung von Perſonal-Liſten über die an dieſelbe abzuliefernden Individuen. 33. III. 764. — ſ. Land-Arbeitshaus.

Brauweſen, Feuerſicherheit dabei. v. K. A. 17. II. 219. — III. 192. — IV. 253.

Brauzwang, ſ. Getränkezwang.

Brechmittel, ſoll ohne ärztliche Vorſchrift nicht verkauft werden. v. K. A. 23. I. 178.

Bree, die Einwohner der Herrlichkeit, und deren Nachkommen ſollen ihre Familiennamen nicht verändern. Pat. v. 29. Apr. 1751. E. S. p. 87. I.

Bremen, freie Hanſeeſtadt, Kartel-Convention mit ſelbiger. G. S. 1818. p. 42. u. v. K. A. 18. II. 299. — deren Beitritt zur Weſer-Schiffahrts-Akte. G. S. 1824. p. 25. f. — Separat-Convention mit derſelben rückſichtl. der Weſer-Schiffahrts-Abgabe, in Beziehung auf die Stadt Minden, nach dem Vertrage v. 26. Aug. 1769. G. S. 1824. p. 54. — Handels- u. Schiffahrts-Vertrag mit ſelbiger v. 4. Oct. 1828. G. S. 1828. p. 135 — 138. — Vereinbarung mit derſelben gegen den Bücher-Nachdruck. G. S. 1827. p. 170. — Herzogthum, Errichtung eines Credit-Vereins für die Ritterſchaft in ſelbigem. v. K. A. 26. II. 521 — 557. — ſiehe auch Konkurs.

Brennbare Stoffe, (Theer, Pech, Firniſſe ꝛc.) Vorſicht mit ſelbigen zur Verhütung von Unglücksfällen. v. K. A. 27. III. 731.

Brennereien, ſ. Branntweinbrennereien.

Brennholz. Von Beſtrafung des Diebſtahls an, der Holzinſtitute zu Berlin, Publ. v. 8. Juli 1786. E. S. p. 117. VIII. v. 25. Juli 1799. p. 2598. X. — Verfahren bei Anweiſung deſſelben. v. K. A. 19. II. 346. — über deſſen Verkauf aus den Waldungen. 18. I. 49. — Anfuhr deſſelben für Schulen. 18. II. 371. — deſſen Beſchaffung für die Gerichts-Lokalien der Königl. Domainen ꝛc. 23. IV. 804. — Beſchaffung deſſelben für Militairwachten, Lazarethe ꝛc. 20. IV. 909. — Kleinmachen deſſelben auf den Straßen. 22. II. 397. — ſ. a. Holz. — deſſen Verkauf nach Kubick-Klaftern und ganzen Fuhren. 31. II. 381. — deſſen Verabreichung aus Königl. Forſten an dürftige Einwohner gegen eine

ermäßigte Taxe. 31. III. 546. und 32. IV. 894. — freies, Unterſtützung der Soldatenfamilien von den ausmarſchirten Truppen mit demſelben. 31. IV. 899. — 32. I. 389. — darauf haben auch die zurückgebliebenen Feldwebelfamilien, Anſpruch. 32. I. 290. — ſ. Holz, auch Raff- und Leſeholz.

Brenn- (und Nutz-) Holz-Adminiſtrationen und Inſtitute, reſſortiren vom Finanz-Miniſterio. G. S. 1810. p. 15. — werden dem Departement für Handel und Gewerbe untergeordnet. G. S. 1812. p. 44. — General-, in der Auseinanderſetzung mit dem Königreiche Weſtphalen, bleiben Preußen deren Schulden zur Laſt. G. S. 1811. p. 227. — Präkl. Termin für die Einlöſung deren Kaſſen-Obligationen. G. S. 1822. p. 47.

Brennholzlieferungs-Kompagnie, für Berlin und Potsdam, Inſtr. wegen Entſcheidung der bei derſelben vorkommenden Streitigkeiten vom 18. März 1767. E. S. p. 861. IV.

Brennmaterialien, Konſumtionsſteuer-Entrichtung von ſelbigen. G. S. 1819. p. 118. 119. — Aufhebung derſelben. G. S. 1820. p. 136. — Handel mit ſelbigen und Gewerbſchein-Löſung dazu. G. S. 1824. p. 127. — Abgaben-Entrichtung von denſelben. G. S. 1824. p. 185. 186. 191. — 1825. p. 70. — 1827. p. 134 — 138. — gegenſeitige freie Aus- und Einfuhr derſelben im Verkehr mit dem Königreiche Sachſen. G. S. 1815. p. 72. — auf ſelbige kann Behufs der Ablöſung der Gewerbsberechtigungen in den Städten eine Verbrauchsſteuer in Vorſchlag gebracht werden. G. S. 1822. p. 188. — deren Aufbewahrung innerhalb der Feſtungs-Rayons. G. S. 1822. p. 145. f. — 1828. p. 125. 126. — deren Gewährung von Seiten der Gutsherrſchaft an die bäuerl. Wirthe, nach Auseinanderſetzung mit ſelbigen. G. S. 1823. p. 35. — desgl. im Großherzogth. Poſen ꝛc. G. S. 1823. p. 60. 64. — ſ. auch Elb- und Weſer-Zölle; desgl. Holz, Steinkohlen, Torf ꝛc. — Fixation der Konſumtions-Gefälle von ſelbigen in Städten, wo keine Thor-Kontrolle mehr ſtatt findet. v. K. A. 19. II. 332. — deren Beſteuerung überhaupt. 19. III. 664. — deren Beſchaffung für Militairwachten, Lazarethe ꝛc. 20. IV. 909. — ſ. a. Feuerungs-Bedürfniſſe.

Breslau, Stadt, bleibt in ihrem bisherigen Verhältniſſe als beſondere, den Kreiſen gleich geſtellte Korporation. G. S. 1812. p. 143. — deren Unterſtützung aus der erhöheten ſtädtiſchen Mahl- und Schlacht-Acciſe. G. S. 1814. p. 66. — 1816. p. 206. — Aufhebung der Vorſchrift des §. 1. Tit. III. Sekt. III. des Juſtiz-Reglements für den dortigen Magiſtrat, v. 1. Nov. 1787. u. Verordnung, daß die dortigen Bürger und Einwohner die unbeſchränkte Freiheit haben ſollen, ihre letztwilligen Verordnungen vor jedem gehörig beſetzten Gerichte errichten und bei demſelben niederlegen

zu können. G. S. 1813. p. 71. — Verhältniſſe der dortigen Kaufleute rückſichtl. der Klaſſifikation zur Gewerbeſteuer. v. K. A. 31. IV. 923. 933. — Univerſität; ſ. Gebührenfreiheit. Geheime und geſetzwidrige Verbindungen. Kretſchamhäuſer.

Breslauer-Elle, deren Verhältniß zu dem anderen Preußiſchen Ellenmaaß. v. K. A. 18. III. 693.

Breslauer Regierungs-Bezirk, Kreis-Eintheilung u. Begränzung deſſelben. G. S. 1815. p. 95.

Breslauiſches Stadtrecht; Allegat, daſſelbe betr. v. K. J. II. 112.

Bretter-Bedachung, deren Nichtanwendung in und vor den Städten. v. K. A. 32. I. 204. 206.

Bretterhandel der Schneide-Müller, Gewerbeſteuer-Entrichtung vom ſelbigem. v. K. A. 27. IV. 903. — von demſelben haben Zimmermeiſter, neben der Handwerksſteuer, nicht auch noch Gewerbeſteuer entrichten. 33. IV. 917.

Briefe, von der verbotenen Erbrechung fremder, A. L. R. II. XX. 1370. 1371. — Auch alle baaren Gelder, ungemünztes Gold und Silber, Juwelen und Prätioſa, ohne Unterſchied des Gewichts, ſollen nur durch die Poſt verſchickt werden. Niemand darf mehrere unter ein Couvert oder in ein Paquet verſchließen, Briefe dürfen unter andere nach einer geringern Taxe zu befördernde Sachen bei Strafe von 10 Rthlr. für jeden der Taxe entzogenen Brief, verpacket;

iſt aufgehoben durch die neue Poſttaxe.

Boten und Fuhrleute dürfen für den Abſender nur allein gedungen werden, und müſſen auf das Ueberbringen ſeiner Briefe allein eingeſchränkt ſein. Will überhaupt ſich Jemand einer Gelegenheit zur Fortſchaffung ſeiner Briefe oder poſtmäßigen Paquete bedienen, ſo muß ſich der Reiſende, Schiffer, Fuhrmann ꝛc. vor der Abreiſe im Poſtamte melden, darüber eine ordentliche Carte entnehmen, ſolche im Poſtamte des Beſtimmungsortes abgeben, und das geſetzmäßige Porto davon berichtigen. Bei Verſendung durch expreſſe Boten bedarf es nur an denjenigen Orten der Meldung, und Ertheilung der Poſtcarte, wo die Localität die Einführung dieſer Ordnung nothwendig macht. V. v. 12. Juni 1804. — Es ſoll Niemand zur Einlöſung unfrankirt an ihn eingehender angehalten werden. K. A. B. 218. VI. — deren Beförderung durch die Poſt. G. S. 1824. p. 225. 227. 236. — Portoberechnung und Zahlung für ſelbige. G. S. 1824. p. 225 — 228. 237. — rekommandirte, Verfahren rückſichtl. derſelben. G. S. 1824. p. 227. f. — Beförderung von kourshabenden Papieren in ſelbigen durch die Reitpoſten. G. S. 1825. p. 20. — Beſtellgeld für ſelbige, wenn die

Empfänger derſelben ſolche nicht von der Poſt abholen laſſen. G. S. 1824. p. 232. — zur Poſt gegebene, deren Rückforderung. G. S. 1824. p. 235. — beſchwerte, Verfahren rückſichtl. derſelben. G. S. 1824. p. 236. — Retourſendungen derſelben. G. S. 1824. p. 235. — deren Eröffnung vor Poſtbeamten bei dem Verdachte unrichtiger Deklarationen. G. S. 1824. p. 230. — dürfen Poſtbeamte eigenmächtig nicht öffnen. G. S. 1824. p. 230. — Sammlung und Beſtellung derſelben iſt ſtrafbar. v. K. A. 22. II. 362. — in wie weit Briefe durch Schiffer befördert werden können. 22. II. 360. — deren Beförderung mit der Poſt. 24. II. 378. — III. 731. — Dienſt-, deren Beförderung durch die Reitpoſten. 23. III. 588. seq. — IV. 761. — 24. II. 327. — III. 731. — deren Abholung von den Poſtanſtalten. 25. II. 337. — deren Rückgabe gegen Erſtattung des bezahlten Porto's. 25. IV. 947. — an entfernte Poſtämter, von Privatperſonen ſollen frankirt werden. 25. IV. 945. — nähere Bezeichnung deren Adreſſen rückſichtlich der Ortsnamen. 25. I. 69. — deren Stempelung durch die Poſtämter. 17. I. 54. seq. — IV. 61. — in den ausgeſtellten Briefkaſten vorgefundene, Verfahren rückſichtl. derſelben. 24. III. 738. — unfrankirte, braucht Niemand anzunehmen. 18. II. 330. — über 1 Loth ſchwer, deren Taxirung. 23. III. 576. — rekommandirte, Verfahren der Poſtämter rückſichtl. derſ. 21. III. 561. — 25. II. 338. 339. — rückkehrende und unbeſtellbare, Verfahren mit ſelbigen. 21. IV. 820. seq. — 23. III. 574. — IV. 815. — Porto-Anſatz für ſelbige. 25. IV. 948. — nach Orten des platten Landes beſtimmt, deren Beförderung durch die Poſten. 21. II. 325. — 22. III. 595. — 23. I. 53. — deren Frankirung nach dem Auslande. 17. I. 54. — vom Auslande eingehend, deren Stempelung. — 34. III. 733. — unfrankirte, von Privatperſonen des Auslandes an dieſſeitige Behörden eingehend, Verfahren rückſichtl. derſ. 25. II. 340. — mit Geld beſchwert, deren Beförderung mit der Poſt nach dem Oeſtreichiſchen. 26. IV. 1011. — deren Beförderung nach Frankreich. 17. IV. 53. — 18. II. 324. — von daher zurückkehrende, Verfahren mit ſelbigen. 26. IV. 1011. — Aufhebung des Franko-Zwanges für ſelbige bei deren Verſendung nach Rußland und Polen. 18. II. 326. — 22. I. 45. — Frankirung derſelben nach Baiern. 18. II. 325. — 25. I. 87. — desgl. nach England, Amerika und nach den Niederländiſchen Kolonien. 25. IV. 999. — der Soldaten, ſ. Soldaten-Briefe.

ſ. auch Geldſendungen und Dienſtbriefe.

dürfen nicht mit Geldſtücken, ſondern nur mit Pettſchaften verſiegelt zur Poſt gegeben werden. 27. II. 389. — Verfahren bei Bezeichnung unrichtiger Poſt-Spedition auf ſelbigen. 27. II. 390. — deren Beförderung nach Frankreich und den Niederlanden. 27.

II. 398. seq. — zurückkehrende, (Retourbriefe) müſſen von dem Abſender gegen Entrichtung des Porto's zurückgenommen werden. 27. II. 386. — Verfahren rückſichtl. derſelben überhaupt. 27. IV. 914. — 28. I. 78. — IV. 1002 — 1005. u. 32. III. 624. — zurückgeforderte und wieder zur Poſt gegebene, deren neue Stempelung. 27. IV. 916. — der Offizier-Familien in Mainz u. Luxemburg, Portofreiheit derſelben. 27. IV. 919. u. 31. II. 306. — ſ. a. Soldatenbriefe. — der Landwehr, ſ. dieſe. — den Empfängern nachzuſenden, Verfahren rückſichtl. derſelben. 28. III. 671. — bereits beſtellte, oder von der Poſt abgeholte, in wie weit deren Zurückgabe ſtatt finden kann. 28. II. 354. — für den Ort des Abſenders ſelbſt beſtimmt, deren Beförderung durch die Poſt-Briefträger. 29. IV. 807. — für Landbewohner, deren Abholung von der Poſt. 29. IV. 803. — an Poſtämter gerichtet, ſind auch unfrankirt anzunehmen. 30. I. 53. — an Empfänger im Aufgabeorte, Erhebung der Beſtellgelder für dieſelben. 30. I. 53. — zurückgeforderte, auf Vorzeigung des Pettſchaftes, Aufbewahrung des Siegelabdrukkes von letzterem. 30. II. 301. — rekommandirte, deren Beförderung mit Paket- und Dampfbooten nach England. 30. I. 63. — III. 542. — deren Beförderung nach Schweden und Norwegen. 30. II. 312. f. — Verbot deren Beförderung durch Dampf-, Jagd- und Privat-Poſtſchiffe. 32. IV. 904 — 911. — an Poſtanſtalten kouvertirt, ſollen einzeln austarirt werden. 33. I. 71.

ſiehe überhaupt Deſerteur, Dienſtbriefe, Portofreie Rubriken, Poſtkontraventionen, Zinszahlungsgeſuch.

Briefkaſten, deren Ausſtellung an den Poſthäuſern und andern dazu geeigneten Stellen. v. K. A. 23. IV. 813.

Brief-Kouverts, ſ. Porto, Portobeläge.

Briefpapier. Ueber deſſen Gebrauch zu Verfügungen an Ausländer und deſſen Stempelung. R. v. 6. Apr. 1832. v. K. J. XXXIX. 447.

Briefpoſtgebühren im Oeſterreichiſchen. v. K. A. 17. II. 290.

Briefrelais-Kommando's, Militair, Bewachung der Fourage für dieſelben. v. K. A. 33. II. 558.

Briefſchreiben, der Gefangenen in den Straf- und Beſſerungs-Anſtalten, deſſen Kontrolle. v. K. A. 33. IV. 1025. f. — ſ. auch Sträflinge.

Briefſtempel, deren ſich die Poſtämter bedienen ſollen. v. K. A. 19. IV. 910.

Briefträger, der Poſtanſtalten, Feſtſetzung deren Beſtellgelder. G. S. 1824. p. 232. — bei den Poſtanſtalten, Dienſt-Inſtruktion für ſelbige. v. K. A. 25. II. 349 — 357. — III. 629.

— Verfahren bei Beſtellung gerichtlicher Inſinuations-Dokumente durch dieſelben. 30. I. 54. f. — prompte Beſtellung der Briefe durch dieſelben. 31. I. 32.

Briefträgergeld, deſſen Berichtigung für nicht abgeholte, herrſchaftl. Dienſtbriefe. v. K. A. 22. III. 567.

Brigade-Kommandeur; ſ. Feſtungsarreſtanten, Gehaltsabzüge.

Brigade-Schul-Eleven, deren Servis- und Einquartirungs-Verhältniſſe. v. K. A. 18. I. 213.

Brigadier; ſ. Gehaltsabzüge.

Brodt, kann vom platten Lande in die Städte zum Verkauf gebracht werden. G. S. 1808. p. 316. — 1810. p. 58. — aus Roggen, deſſen Verkauf von Landleuten auf den Märkten iſt der Gewerbeſteuer nicht unterworfen. G. S. 1820. p. 149. — die Verbindlichkeit der Bäckergewerke, täglich friſches Brodt zum Verkauf zu ſtellen, hört auf. G. S. 1808. p. 316. — rückſichtl. deſſen Konſumtion werden die Fixationen der Vorſtädter, Müller ꝛc. ſämmtlich aufgehoben. G. S. 1810. p. 41. — Brodtlieferungen für die Armee, ſ. Natural-Lieferungen. — mit Mutterkorn vermiſcht, oder friſch gebackenes, Schädlichkeit deſſelben. v. K. A. 17. I. 181. — II. 109. — Verkauf deſſelben nach dem Gewicht. 17. III. 218. — Einbringung deſſelben in die Städte und Handel mit ſelbigem. 24. I. 269 — 275. — II. 587. seq. — deſſen Verkauf von Landleuten in den Städten, außer der Marktzeit. 28. IV. 1075. — Verbeſſerung deſſen Bereitung aus ausgewachſenem Korne mit einem Zuſatze von Kartoffeln. 30. IV. 794. — Handel mit ſelbigem und Einbringung deſſelben in mahl- und ſchlachtſteuerpflichtige Städte. 29. III. 574. — ſiehe Unterſuchungskoſten, Verpflegung.

Brodtbacken, zu ſelbigem wird auch der Gebrauch der Steinkohlen empfohlen, und die Benutzungsweiſe angegeben. v. K. A. 18. IV. 114. — Gebrauch des aus ausgewachſenem Korne gewonnenen Mehls zu demſelben. 31. I. 116.

Brodtgelder, rückſtändige, für Soldaten-Frauen u. Kinder; ſiehe dieſe.

Brodthaus-Ordnung, für die Königl. Baierſche Reſidenzſtadt München. v. K. A. 23. I. 195 — 204.

Brodtmangel, Bildung von Hülfsvereinen zu deſſen Anwendung für die ärmere Volksklaſſe. v. K. A. 30. IV. 792. ff.

Brodtſcharren, deren öftere Reviſion rückſichtl. ungenießbaren Brodtes. v. K. A. 17. I. 181.

Brodt-Verkauf, polizeiliche Vorſchriften rückſichtl. deſſelben in Crefeld. v. K. A. 21. I. 185. — (und Fleiſch-Verkauf) Einführung der Preis-Nachweiſungen. R. v. 2. Apr. 1834. 34. II. 477.

Brodt-Taxen, polizeiliche, deren Aufhebung in Baiern. v. K. A. 29. IV. 980.

Bromberg, dortige Landſchafts-Direktion. ſiehe Weſt-preußen.

Bromberger Kanal, Größe der Fahrzeuge, welche ihn befahren. Bekanntmachung v. 7. Febr. 1834. v. K. A. 34. II. 546.

Bromberger Regierungs-Departement, Kreis-Eintheilung und Begränzung deſſelben. G. S. 1815. p. 95. — ſ. auch Poſen, Großherzogthum. —

Hofgerichts- und Kammer-Deputations-Departement, Errichtung von Land- und Stadtgerichten in ſelbigem; Regl. v. 22. Apr. 1806. G. S. 1806. p. 44 — 79.

Bromberger Stadt- und Kanalſchleuſen, Tarif zur Erhebung der Kanalgefälle bei ſelbigen. G. S. 1822. p. 212. — desgl. vom Flößholze bei demſelben. G. S. 1826. p. 107.

Bruchbänder, Handel mit denſelben. v. K. A. 17. II. 274. — 22. IV. 1045. — zu deren Anfertigung und Feilbietung bedarf es einer vorherigen Prüfung und Erlaubniß. 28. II. 551. seq.

Bruchſtädt, (Dorf) Darſtellung der Veränderungen in der dortigen Geſetzgebung und Gerichtsverfaſſung ſeit 1806. v. K. J. XXX. 346 — 348.

Brücher, von großer Fruchtbarkeit und Umfang, deren Urbarmachung. G. S. 1811. p. 311.

Brück, Stadt. Publ. enthaltend die miniſteriellen Beſtimmungen wegen der in der zum Bezirk des Land- und Stadtgerichts zu Belzig gehörigen Stadt Brück abzuhaltenden beſondern Gerichtstage, v. 27. Mai 1817. v. K. J. X. 289.

Brücken. Von Anlegung und Unterhaltung der Brücken. A. L. R. I. VIII. 109 — 116. — II. XV. 52 — 54. — über Flüſſe und Ströme, in Oſtpr. und Litth., deren Sicherung vor Beſchädigungen von Seiten der Schiffer. G. S. 1806. p. 2. — deren Paſſirung auf den Friedrichsgräben in Oſtpr. G. S. 1806. p. 39. 40. — Von der bei Strafe verbotenen Beſchädigung der, durch Schiffer, K. A. B. 560. III. — polizeiliche Aufſicht auf dieſelben. v. K. A. 17. I. 257. — IV. 260. — deren Befahren. 17. IV. 267. — Farbenbeſtimmung für deren Anſtrich. 20. II. 319. — deren Bezeichnung mit fortlaufenden Nummern. 18. IV. 1153. — deren Sicherung durch Geländer. 17. I. 235. — 23. III. 676. — Verhütung von Unglücksfällen auf ſelbigen. 19. I. 222. — Berückſichtigung deren Verlegung oder Aufhebung bei Separationen. 33. II. 515. — ſ. a. Domainen-Fiskus.

Brückengelder, (Brücken-Aufzugsgelder) deren Beibehaltung nach den bisherigen Sätzen auf den Waſſerſtraßen von der Oder zur Elbe und umgekehrt. G. S. 1828. p. 107. 109.

— desgl. auf den kleinern Waſſerſtraßen im Bezirke der Regierung zu Potsdam. G. S. 1830. p. 118. — Tarifs für einzelne Städte und Orte, ſ. dieſe als Hamm, Frankfurt a. d. O., Rheda, Ruhrort, Wittenberg, Wriezen ꝛc. — wer ſolche zu fordern berechtigt iſt? St. B. p. 89. V. — deren Entrichtung b. d. Elbſchiffahrt. G. S. 1822. p. 16. — deren Vergütigung a. Dienſtreiſen. G. S. 1825. p. 159. — werden den in Dienſtgeſchäften reiſenden Offizianten erſtattet. v. K. A. 17. I. 12. — II. 32. — 23. I. 14. — Privat- und Kommunal-, Befreiung der Königl. Beamten von ſelbigen auf Dienſtreiſen. 26. II. 295. — Befreiung der Poſt-Landreiter, Lohnfuhr-Kontrolleure und Gensd'armen von ſelbigen. 26. III. 731. — Kommunal- und ſtädtiſche, Befreiung der Königl. Salz-Transporte von ſelbigen. 29. IV. 854 — 857. — über deren Erhebung durch Privaten oder Korporationen, ſteht dem Staate die Aufſicht zu, und die Polizei-Verwaltung iſt ermächtigt, das mißbräuchliche Verfahren bei derſelben zu verbieten. 32. IV. 1023. — Befreiung der Königl. Salztransporte von denſelben; ebendaſelbſt.

Brückwagen, Straßburger, dürfen im öffentl. Verkehr nicht gebraucht werden. v. K. A. 30. I. 165.

Brüdergemeine, Gnadauer, ſiehe letzt.

Brunnen, A. L. R. von Grabung der Brunnen. I. VIII. 129 — 132. — Inſtr. für die Brunnen- und Röhrmeiſter zu Berlin von 1709. E. S. V. I. II. p. 298. ſ. übrigens die Brunnen- u. Gaſſen-Ordnungen Corp. Const. March. V. I. II. p. 314. — die, in den Städten und auf dem Lande, müſſen mit einer Einfaſſung verſehen ſein. N. A. B. 584. VI. u. v. K. A. 17. II. 232. — III. 207. — III. 197. — 18. III. 809. — IV. 1133. — 20. I. 98. — III. 537. — IV. 871. — 22. III. 757. — 23. III. 676. — offene, ſollen mit einer 3 Fuß hohen Umzäunung verſehen ſein. 19. III. 790. — deren Anlegung bei Chauſſeehäuſern. 26. III. 820. — Behandlung der in denſelben erſtickten Perſonen. 18. II. 464. — auf den Straßen, an ſelbigen ſoll keine Wäſche geſpült werden. 17. IV. 205. — Einfaſſung zur Verhütung von Unglücksfällen. 27. II. 463. — 31. IV. 793. — öffentliche, deren Anlegung in den Städten. 32. I. 186. — Warnung vor Unglücksfällen bei Arbeiten in denſelben. 33. IV. 1033. (Senkbrunnen) Verhütung von Unglücksfällen bei der Anlage nnd dem Ausgraben derſelben. 33. III. 772. — Pump- und Saugbrunnen, Nichtanwendung des Zinks zu denſelben. 33. IV. 1089. — ſiehe auch Geſundbrunnen. — deren Anlegung innerhalb der Feſtungs-Rayons. G. S. 1828. p. 23.

Brunnenmacher, deren Prüfung zum ſelbſtſtändigen Betriebe ihres Gewerbes. v. K. A. 21. III. 615. — in wie weit deren Prüfung noch erforderlich iſt. 32. I. 211. — müſſen zu Erlangung

des Gewerbeſcheins ein Zeugniß der Prov. Regier. beibringen. G. S. 1811. p. 272. f.

Brunnen-Pumpen, Verhütung des nachtheiligen Gebrauchs des Kupfers bei denſelben. v. K. A. 32. III. 712.

Brunshäuſer Zoll, (im Hannöverſchen) Beſtimmungen über deſſen Erhebung. G. S. 1822. p. 16.

Bruſtſchilder, deſſen Führung von den Gränz-Bewachungs-Beamten. v. K. A. 21. I. 15. — für die Unterbeamten. Verf. v. 16. Jun. 1834. — 34. III. 653.

Bruttogewicht, was darunter bei Waaren-Verſteuerungen begriffen wird. G. S. 1810. p. 120. — Erhebung der Abgaben von Waaren nach ſelbigem. G. S. 1824. p. 203. — ſ. auch Elb- und Weſerzölle.

Buchbinder, Umfang des Gewerbebetriebs derſelben, rückſichtl. des Handels mit ſelbſtgebundenen Büchern. v. K. A. 22. I. 204. — 24. III. 910. — ſind in letzterer Beziehung einer gleichen Aufſicht, wie die Buchhändler, unterworfen. 24. III. 911.

Buchdrucker. V. wegen Beſtrafung der Contraventionen gegen §. 10. und 11. des Cenſur-Edikts v. 19. Nov. 1788. E. S. p. 2339. VIII. Decl. v. 5. März 1792. p. 872. IX. R. v. 26. Apr. 1794. p. 2184. — Verbot des bei den Buchdruckergehülfen unter dem Namen des Poſtulirens beſtehenden Mißbrauchs, v. 8. Oct. 1803. E. S. p. 1895. XI. — Gewerbeſchein-Ertheilung an ſelb. auf Genehmigung der Regierungen. G. S. 1811. p. 275. f. — Rechte und Pflichten derſ. G. S. 1819. p. 230. 231. f. — als Verleger von Druckſchriften; ſ. Verleger. — deren Qualifikation zur Ausführung ihres Gewerbes. v. K. A. 17. I. 207. — Konzeſſionirung derſelben als ſolche. 18. II. 488. — bedürfen der polizeilichen Genehmigung zum Betriebe ihres Gewerbes. 33. IV. 1046. ff. — Erlaubniß zum Gewerbebetriebe derſelben, ſ. Buchhändler.

Buchdruckereien, deren Anlegung ohne Vermögens-Nachweis. v. K. A. 28. II. 520.

Buchen, deren Anbau in Waldungen. v. K. A. 28. I. 63. seq.

Buchführung der Provinzial-Inſtituten und Kommunal-Kaſſen. v. K. A. 17. I. 16. — bei den Königl. Spezial-Kaſſen. 23. IV. 770. seq.

Buchhändler, Gewerbeſchein-Ertheilung an ſelb. auf Genehmigung der Regierung. G. S. 1811. p. 275. f. — Rechte und Pflichten derſelben. G. S. 1819. p. 229. — einheimiſche, die zugleich im Auslande Buchhandlungen beſitzen, was ſelb. rückſichtl. der Verlagsartikel der letzt. zu beobachten haben. G. S. 1825. p. 3. — ſ. auch Druckſchriften und Verleger. — deren Qualifikation zur Ausführung ihres Gewerbes. v. K. A. 17. I. 207. —

18. II. 488. — 20. II. 308. — das Einbinden eigener Verlagswerke iſt denſelben ohne Gewerbeſchein erlaubt. 17. II. 98. — ſiehe auch Bücher, Druckſchriften und Verlagsartikel. — unter welchen Bedingungen denſelben die polizeiliche Genehmigung zum ſelbſtſtändigen Betriebe ihres Gewerbes ertheilt werden kann. 33. IV. 1046. ff. — der Betrieb des Gewerbes der Buch- und Kunſthändler, Bibliothekare, Antiquare, Buchdrucker und Lithographen, iſt ohne ausdrückliche Genehmigung der betreffenden Provinzial-Regierung unſtatthaft. Cab. Ord. v. 23. Oct. 1833. G. S. 1833. p. 290.

Buchhaltung, Staats-, Einführung einer General-Kontrolle für ſelbige. v. K. A. 17. IV. 22.

Buchhandel, wem und in wiefern der Buchhandel erlaubt. V. v. 19. Mai 1791. E. S. p. 91. IX. Vom Nachdruck unprivilegirter Bücher Behm. Ius. nov. con. Obs. 75. — Publ. die Beobachtung der geſetzlichen Vorſchriften des E. v. 19. Dec. 1788. §. 10. und 11. p. 2339. VIII. Decl. v. 5. März 1792. p. 872. IX. v. 26. Apr. 1794. p. 2148. betr. v. 15. Dec. 1812. G. S. 197. II. Von Stempelung der gedruckten Lieder, Pamphlets ꝛc. welche von Herumträgern feil geboten werden. N. A. B. 155. I. K. A. B. 157. — Die Beobachtung der geſetzlichen Vorſchriften wegen des Debits der im Auslande gedruckten Schriften, iſt durch das Publ. v. 15. Dec. 1812. G. S. 197. II. in Erinnerung gebracht. — Nach dem §. 10. des Cenſur-Ed. v. 19. Dec. 1788. E. S. p. 2347. VIII. ſollen nun die einländiſchen Buchhändler die auswärts gedruckten Schriften, welche nach §. 2. den allgemeinen Grundſätzen der Religion, wider den Staat, und ſowohl moraliſcher als bürgerlicher Ordnung entgegen ſind, oder zur Kränkung der perſönlichen Ehre und des guten Namens Anderer abzielen, und alſo in hieſigen Landen nicht würden gedruckt werden dürfen, zum hieſigen Debit ſchlechterdings nicht übernehmen, noch weniger ſolche öffentlich oder heimlich verkaufen. — Beibringung von Qualifikations-Atteſten Behufs der Konzeſſions-Ertheilung zu ſelbigem. v. K. A. 27. III. 748. — polizeiliche Beaufſichtigung deſſelben. 31. II. 357. — ſ. Buchhändler.

Buchhandlungen, Vermögens-Nachweis zu deren Anlegung. v. K. A. 28. II. 520. — deren Befugniß zu Anlegung von Kommanditen. 28. II. 520. seq. (Buchhandel) unter welchen Bedingungen und perſönlichen Verhältniſſen dazu die Konzeſſionen ertheilt werden können. 30. I. 165. f. — Nachweis eines gewiſſen Vermögens zu deren Etablirung. 30. I. 166. — IV. 825. — letztere wird durch die Vollendung von Lehr- und Dienſtjahren nicht mehr bedingt. 30. IV. 825. — können für konfiszirte und in Beſchlag genommene Druckſchriften keine Entſchädigung erhalten. 30.

III. 573. — dürfen ohne ausdrückliche Erlaubniß keine, außerhalb der Staaten des deutſchen Bundes gedruckten Schriften debitiren. 32. II. 453. — Ermittelung von verbotenen Büchern in denſelben. 32. IV. 965. — ſ. auch Bücher und Druckſchriften, Cenſur-Edikt. — konzeſſionirte, können nur mit Genehmigung der Regierung von einem Orte nach dem andern verlegt werden. 33. I. 178. — dagegen iſt die Anlegung von Kommanditen unter Beibehaltung der Firma der Haupthandlung geſtattet. 33. I. 178. 179. — Zurücknahme der für ſolche ertheilten Konzeſſionen nach krimineller Beſtrafung deren Beſitzer. 33. I. 179. — deren Uebernahme von Frauen, unter dem Beding der Beſtellung eines Disponenten. 33. I. 180.

Buchholz, Wendiſch, Stadt, Einführung der revidirten Städteordnung daſelbſt. Cab. Ord. v. 24. Jul. 1832. G. S. 1832. p. 198.

Buden, Verkauf in ſelb. ſo weit deren Aufſtellung polizeilich geſtattet iſt. G. S. 1811. p. 269. — mehrere, darf ein Kaufmann auf den Märkten und Meſſen nicht halten. v. K. A. 17. I. 75. — ſollen während des Gottesdienſtes geſchloſſen ſein. 17. I. 121. — Verkauf von Lebensmitteln in ſelbigen. 23. III. 614. — in ſelbigen darf weder gekocht, noch ein Kohlentopf mit glühenden Kohlen ſtehen bleiben. 17. IV. 215. — Beſchränkung des Feilhaltens in ſelbigen auf Straßen und Aufſtellung derſelben auf Marktplätzen. 29. II. 336. ff. — feſtſtehende, deren ſucceſſive Wegräumung und Nichtgeſtattung neuer Anlegung derſelben. 29. II. 338. — in wie weit in ſelbigen der Ausſchank von ſtarken Getränken zu geſtatten iſt. 32. I. 219. — welche ein gemauertes Fundament haben, und ohne Schaden ihrer Subſtanz nicht von der Stelle gebracht werden können, ſind für ein Immobile zu erklären. R. v. 19. Aug. 1822. v. K. J. XIX. 299.

Buden-Ordnung, für ſtädtiſche Jahrmärkte, im Potsdamſchen Regierungs-Bezirke. v. K. A. 24. IV. 1169.

Budenſtände, was bei deren Regulirung auf Jahrmärkten im Allgemeinen zu berückſichtigen iſt. v. K. A. 32. I. 221 — 224.

Budritz-Krämer, in Schleſien, Klaſſifikation derſelben zur Gewerbeſteuer. v. K. A. 31. IV. 923. 934.

Bücher, A. L. R. vom Büchernachdrucke. II. XX. 1294 — 1297. von allen gedruckten Büchern und Schriften ſoll der Academie der Wiſſenſchaften R. v. 19. März 1746. E. S. p. 71. C. III. zur Königl. Bibliothek in Preußen R. v. 2. Nov. 1737. p. 95. C. I. v. 17. Oct. 1763. p. 295. III. R. v. 5. Jul. 1758. p. 303. II. v. 13. Apr. v. 29. März 1765. p. 665. 613. III. v. 28. Sept. 1789. p. 2681. VIII. ein Exemplar eingeſandt werden, und ſind dieſe von allen Abgaben frey. R. v. 10. Jun. 1765. p. 890. III. C. die Ein-

ſendung des einen Exemplars von gedruckten Büchern und Schriften an die Academie der Wiſſenſchaften betr. v. 2. Nov. 1795. E. S. p. 2683. X. ſiehe Bibliothek. — (Druckſchriften), ohne Angabe des Druckorts und Verlegers, dürfen nicht in den Buchhandel kommen. v. K. A. 20. I. 46. — IV. 816. — unſittliche, Verhinderung deren Debits. 23. II. 344. — in den Leihbibliotheken als anſtößig weggenommen, deren Konfiskation. 25. I. 172. — brochirte, deren Verſendung durch die Briefpoſten. 21. IV. 830. — neu aufgelegte, deren Cenſur. 23. I. 109. — 24. IV. 1123. — verbotene, deren Beſchlagnahme. 21. IV. 905. — ausländiſche, deren Debit durch inländiſche Buchhandlungen. 20. I. 46. — Einrichtung des Ein- und Durchgangs-Zolles von ſelbigen. 19. I. 47. — desgl. bei Verſendung durch die Poſten. 19. I. 59. — ſiehe auch Druckſchriften und Verlagsartikel, — auf Koſten des Staats angeſchafft, ſiehe Utenſilien. — verbotene, Strafbarkeit des Speditirens derſelben nach dem Auslande als Commiſſions-Artikel. 32. II. 454. — ſiehe ferner Druckſchriften und Nachdruck. — kaufmänniſche, deren Führung nach der neuen Münz-Eintheilung. G. S. 1826. p. 116. — 1830. p. 3. 22. 23.
ſ. auch Konkurskurator.

Bücher-Antiquare, deren Gewerbebetrieb. v. K. A. 32. IV. 1014. — ſtehen mit den Buch- und Kunſthändlern nicht in gleicher Kategorie, ebend.

Bücher-Anzeigen, (Kataloge), öffentliche, Preisangaben in ſelbigen nach Silbergroſchen und Courant. v. K. A. 24. I. 216. — II. 515. IV. 1125. — 25. I. 173. — deren Verſendung mit den Briefpoſten. 21. IV. 829. — deren Aufnahme in Zeitſchriften, nach vorheriger Berückſichtigung des Intelligenzweſens. 27. III. 695.

Bücher-Auctionen, Verhinderung der Verbreitung von Nachdrücken durch dieſelben. v. K. A. 32. IV. 967.

Bücher-Nachdruck, Nachſtich, A. L. R. II. XX. 1294. zum Zweck gemeinſchaftl. Schutzes der Rechte der Schriftſteller und Verleger wider derſelben, ſollen für die Staaten des deutſchen Bundes gleichförmige Verfügungen getroffen werden. Art. 18. p. 4. der Bundesakte v. 8. Jun. 1815. G. S. 1818. (A.) p. 154. — mit denjenigen, in welchen ſolcher verboten iſt, ſollen Preuß. Seits Vereinbarungen Statt finden. G. S. 1827. p. 123. — letztere ſind getroffen: mit Anhalt Bernburg. G. S. 1828. p. 10. — mit Anhalt Deſſau. G. S. 1828. p. 13. — mit Anhalt-Köthen. G. S. 1829. p. 39. — mit Baden. G. S. 1828. p. 14. — mit Baiern. G. S. 1829. p. 10. — mit Braunſchweig. G. S. 1827. p. 164. — mit der freien Hanſeeſtadt Bremen. G. S. 1827. p. 170. — mit Dänemark, rückſichtl. der Herzogthümer Holſtein, Lauenburg

und Schleswig. G. S. 1828. p. 17. — mit der freien Stadt Hamburg. G. S. 1828. p. 91. — mit Hannover. G. S. 1827. p. 124. — mit Heſſen (Großherzogthum) G. S. 1827. p. 125. — mit Kurheſſen. G. S. 1829. p. 127. — mit Hohenzollern Hechingen. G. S. 1828. p. 9. — mit Hohenzollern Sigmaringen. G. S. 1827. p. 179. — mit Lippe=Detmold. G. S. 1827. p. 175. — mit der freien Hanſeeſtadt Lübeck. G. S. 1827. p. 167. — mit Meklenburg=Schwerin. G. S. 1828. p. 2. — mit Meklenburg=Strelitz. G. S. 1828. p. 3. — mit Naſſau. G. S. 1827. p. 177. — mit Oldenburg. G. S. 1827. p. 126. — mit Reuß=Lobenſtein und Reuß=Schleiz. G. S. 1828. p. 11. — mit Reuß=Plau, älterer Linie. G. S. 1828. p. 15. — mit dem Königr. Sachſen. G. S. 1827. p. 172. — mit Sachſen Altenburg. G. S. 1828. p. 7. — mit Sachſen Gotha. G. S. 1827. p. 181. — mit Sachſen Koburg. G. S. 1827. p. 181. — mit Sachſen Meiningen. G. S. 1828. p. 27. — mit Sachſen Weimar. G. S. 1828. p. 22. — mit Schaumburg=Lippe. G. S. 1827. p. 163. — mit Schwarzburg=Rudolſtadt. G. S. 1827. p. 169. — mit Schwarzburg=Sondershauſen. G. S. 1827. p. 165. — mit Waldeck. G. S. 1828. p. 21. — mit Würtemberg. G. S. 1828. p. 23. — Privilegia für einzelne Schriftſteller und Verleger zum Schutze ihrer Werke gegen denſelben, namentlich für die v. Götheſchen Werke. G. S. 1826. p. 24. — für J. N. Hummel zu Weimar, wegen ſeiner Anweiſung zum Spielen des Pianoforte. G. S. 1826. p. 77. — für die Richterſchen Werke. G. S. 1826. S. 42. — für F. Ries zu Bonn rückſichtl. der von ihm in Muſik geſetzten Oper: „die Räuberbraut.“ G. S. 1829. p. 48. — für die Schillerſchen Werke. G. S. 1826. p. 42. — für A. M. Schleſinger, rückſichtlich der von Maria von Weber komponirten Oper: „Oberon.“ G. S. 1826. p. 76. — 1827. p. 36. — für Wilmanns in Frankfurt a. M., wegen ſeiner Panoramen der Rhein= und Maingegenden. G. S. 1829. p. 20. — von Schriften und Büchern, Verbot derſelben. v. K. A. 21. I. 94. — II. 386. — 23. III. 652. — Beſtrafung des Handels mit ſelbigen. 26. III. 786. — dürfen Poſtbeamte nicht debitiren. 23. III. 679. — Ausführung der mit dem Königreiche Sachſen gegen denſelben getroffenen Uebereinkunft. 27. IV. 992. — von Büchern und Schriften, polizeiliches und gerichtliches Verfahren rückſichtlich deſſelben. 28. IV. 1045. — von Büchern und Schriften, dürfen auch nicht in öffentlichen Leihbibliotheken geduldet werden. 29. III. 576. — Verwarnung der Gymnaſiaſten vor dem unerlaubten Verkehr mit ſelbigen. 29. II. 309. — Kurheſſiſche Verordnung gegen ſelbigen. 29. I. 191. — Verantwortlichkeit der Cenſoren in Beziehung auf das zu denſelben ertheilte Imprimatur. 30. II. 367. — von Büchern und Druckſchriften, Verfahren rückſichtl. derſelben Seitens der Polizeibehör=

den. 32. II. 454. — Verhütung deren Verbreitung durch Bücher-Auktionen. 32. IV. 967. von Büchern, in Privat-Bibliotheken, Geſtattung deren öffentl. Verkaufs. 33. II. 455 .f. — dürfen Antiquare durch Ankauf nicht zum Gegenſtande des Handels machen. 33. II. 456. — im Auslande veranſtaltet, deren Ankauf und Beſitz iſt nicht unterſagt, wohl aber der Handelsbetrieb mit denſelben. 33. II. 457. — Sicherſtellung der Rechte der Schriftſteller und Verleger gegen denſelben Publ. Pat. v. 12. Febr. 1833. G. S. 1833. p. 25—27. ſiehe auch Druckſchriften.

Büdnerkinder, ſ. Geſinde-Ordnung.

Bültenhieb, Theilnehmungsrechte daran, bei Gemeine-Aufhebungen. G. S. 1821. p. 60.

Büreau-Gehülfen, außerordentliche und einſtweilige der Staatsbehörden, deren Verhältniſſe in Beziehung auf Gemeinde-laſten. G. S. 1822. p. 186. (Hülfsarbeiter), bei öffentlichen Behörden, deren Verhältniſſe. v. K. A. 25. III. 669. — IV. 826. — Kommunalbeiträge derſelben. 25. III. 669. seq. — ſiehe auch Diätarien und Hülfsarbeiter.

Büreaukaſſe des Juſtizminiſterii; ſ. General-Juſtiz-Salarienkaſſe.

Büreaukoſten-Fond. In Anſehung des den kleinen Gerichten zur Beſtreitung der Koſten für Schreibmaterialien, Geſetzbücher, Utenſilien, Holz und Miethe etatsmäßig ausgeſetzten Bureau-koſtenfonds bedarf es keiner Rechnungslegung, in ſofern derſelbe nicht mehr als 100 Rthlr. beträgt, und kann als fixirt gezahlt werden. Reſcr. v. 17. Oct. 1823. v. K. J. XXII. 191.

Büreaus, landräthliche, ſiehe letzt.

Bürge, A. L. R. Th. I. Tit. XIV. §. 178. — Wenn iſt zu Gunſten eines Bürgen, der ſich nur für die Zinſen eines Capitals verbürgt hat, das Kapital bei dem Hauptſchuldner für verloren zu erachten. S. u. Str. R. 1. B. No. 24. p. 50. — die Erben eines Bürgen haften dem Gläubiger, welchem ſie die Theilung der Erbſchaft nicht vorſchriftsmäßig bekannt gemacht haben, auch dann in solidum, wenn zur Zeit der Theilung die Zahlungsverbindlichkeit aus der Bürgſchaft noch nicht eingetreten war. S. und Str. R. 1. Band No. 29. S. 108. — Ein Gläubiger, dem ein Bürge für ein zinsbares Capital, jedoch nicht für die Zinſen, Bürgſchaft geleiſtet hat, iſt auch zum Nachtheil ſeines Bürgen berechtigt, die ihm nicht ausdrücklich auf das Capital geleiſteten Zahlungen, zuerſt auf die rückſtändigen Zinſen abzurechnen. Sim. und Str. R. 1. B. No. 29. p. 108. — Wer ſich bei einer Bürgſchaft als Selbſtſchuldner verpflichtet, entſagt dadurch dem Einwande, daß der Hauptſchuldner zuerſt belangt werden müſſe. Seinem Gläubiger liegen, zur Erhaltung ſeines Rechtes gegen ihn, nicht die Verbindlichkeiten ob, welche

die Geſetze einem Gläubiger bei einer gewöhnlichen Bürgſchaft auferlegen. S. u. Str. R. 1. B. No. 46. p. 178.

Bürger, Berechtigung derſelb. zur Erwerbung adlicher und bäuerlicher Güter. G. S. 1807. p. 171. — deren Verhältniſſe, Rechte und Pflichten in den Städten. G. S. 1808. p. 326. 327. f. rev. Städte-Ord. G. S. 1831. p. 12. — der frühere Unterſchied zwiſchen Groß- u. Klein-Bürgern wird völlig aufgehoben; ebend. — müſſen während ihrer Abweſenheit Stellvertreter ſtellen. G. S. 1808. p. 328. — als Mitglieder der für die Geſchäftsverwaltung beſtehenden Deputationen und Kommiſſionen. G. S. 1808. p. 347. ff. — Amts-Auszeichnungen für ſelb. in letzter Qualität. G. S. 1808. p. 357. — Verpflichtung derſelben zur Annahme öffentlicher Stadtämter. G. S. 1808. p. 327. 354. f., nach der rev. Städte-Ord. G. S. 1831. p. 31. u. v. K. A. 28. II. 422. — früher mit Strafen belegt, deren Beſtätigung in ſtädtiſchen Aemtern. v. K. A. 24. II. 460. — funfzigjährige, Befreiung derſelben von perſönlichen Kommunal-Steuern. 23. III. 634. — ſiehe auch Bürgerrecht und Ehrenrechte derſelben. — abweſende, deren Stellvertretung in Beziehung auf Kommunal-Verhältniſſe. 33. III. 691.

Bürgerbriefe, Stempelanwendung zu ſelbigen. v. K. A. 28. III. 732. — deren ſtempelfreie Ausfertigung für die jetzigen Einwohner der Orte, welche mit den Städten vereinigt worden. 32. II. 433.

Bürgerbücher, deren genaue Führung in Städten. v. K. A. 19. III. 748.

Bürgerdienſte, perſönliche, deren Leitung. v. K. A. 17. III. 102. — ſ. auch Kommunallaſten — deren Leiſtung von Soldaten oder durch deren Stellvertreter. 28. II. 434.

Bürgerding. Die Haltung des ſogenannten Bürgerdings findet bei Veräußerung der Immobilien als eine nach der jetzigen Juſtizverfaſſung ganz unnütze Förmlichkeit ferner nicht Statt, jedoch verbleiben die damit bisher verbunden geweſenen Propoſitions- und Eintragungsgebühren den im Genuſſe derſelben befindlichen Perſonen ſo lange, als dieſelben leben und in ihren Aemtern ſind. Reſcr. v. 4. Juni 1821. v. K. J. XVII. 250.

Bürgereid, muß jeder Bürger dem Magiſtrate leiſten. G. S. 1808. p. 327. — ſoll in größeren Städten nur in der Uniform der Bürgerbataillone geleiſtet werden. G. S. 1814. p. 19. (rev. Städt. Ordn. G. S. 1831. p. 33.) — deſſen Form. Geſetz v. 14. Jul. 1832. G. S. 1832. p. 184. — Cab. Ord. v. 5. Novbr. 1833. über die Norm zur Ableiſtung deſſelben. G. S. 1833. p. 291. — deſſen Ableiſtung von Juden. v. K. A. 33. II. 443.

Bürgereinzugsgelder, Nichtgeſtattung der fernern Erhebung derſelben. v. K. A. 29. II. 318.

Bürgergarden, in den Städten, treten in die zu errichtenden Bürger-Kompagnien oder Bataillone ein. G. S. 1813. p. 90. — deſſen Bildung unter Einfluß und Aufſicht des Feindes iſt bei Strafe ſchimpflicher Landesverweiſung unterſagt. G. S. 1813. S. 88. — Nach §. 47. des Regl. v. 31. Oct. 1810. ſollen auch die Wachtkoſten für die durch die Bürgerbataillone zu beſetzenden Wachen aus dem Servisfond berichtiget werden. R. A. B. 18. IV. Mit Errichtung der Landwehr haben die Bürgergarden aufgehört, §. 4. d. V. v. 17. März 1813. ſ. §. 4. d. V. v. 17. Jul. 1813. G. S. 36. 89. 109. III. V. über die Vergehungen und Strafen der Bürger- und Schützen-Compagnien, v. 30. Jul. 1813. K. A. B. 434. III. Regl. für die Bildung der Bürgerbataillone in Berlin v. 30. Jul. 1813. p. 407. — Leute über 60 Jahr, welche als ſolche nicht zum Naturaldienſt in der, verpflichtet ſind, können auch nicht zu Geldbeiträgen an deſſen Stelle angezogen werden. R. v. 2. May 1815. P. A. B. 186. V.

Bürger-Kompagnien, (Bataillone) deren Bildung in größeren Städten aus dem Landſturm. G. S. 1813. p. 90. — gehören zur Landwehr. G. S. 1813. p. 90. 110.

Bürgerliche Ehre. Die Vorſchrift des §. 1405. Tit. 20. Th. II. des A. L. R., wonach derjenige, welcher einen falſchen Eid geleiſtet hat, aller bürgerlichen Ehre verluſtig erklärt werden ſoll, kann nur alsdann zur Anwendung kommen, wenn der Beſchuldigte irgend einen Vorzug in der bürgerlichen Geſellſchaft genießt, deſſen er verluſtig gehen ſoll. Reſcr. v. 24. März und Cab. Ord. v. 1. April 1819. v. K. J. XIII. 313.

Bürgerliche Nahrung, was dahin zu rechnen, St. B. 87. XVIII.

Bürgermeiſter, deren Wahl, Präſentation und Beſtätigung. G. S. 1808. p. 342. f. — in den großen Städten, deren Anſtellung. G. S. 1808. p. 491. — rev. Städte-Ord. G. S. 1831. p. 22. ſ. auch Ober-Bürgermeiſter. — in den Rheinprovinzen; ſ. Landfuhrweſen, Ordnungsſtrafen. — ſtädtiſche, zu deren Wahl gehört ein 25jähriges Lebensalter. v. K. A. 26. III. 760. — deren Einführnng und Funktionen. 25. II. 399. 403. — deren Amtskleidung. 23. II. 307. 323. — deren Verhältniſſe zu den Landräthen. 25. II. 395. — desgl. zu der Stadtverordneten-Verſammlung und deren Vorſteher. 25. II. 396. — können für die Veranlagung von Staas-Steuern keine beſondere Remuneration fordern. 26. III. 668. — deren Obliegenheiten bei Beobachtung verdächtiger Perſonen. 17. I. 189. — auf Lebenszeit gewählt, erhalten dadurch noch keine Anſprüche auf hiernächſtige Penſionsbewilligung. 21. IV. 896. — Bewilligung des Gnadenquartals für deren Hinterbliebene. 26. III. 763. — ſiehe auch Ober-Bürger-

meiſter. — Rangverhältniſſe derſelben. 27. IV. 984. — mit der Polizeiverwaltung beauftragt. Uniform für ſelbige. 27. IV. 977. 986. — denſelben ſteht kein Forum exemtum zu. 28. III. 734. — nicht von der Kommune gewählt, ſondern nur von der Staatsbehörde ernannt, gegen dieſelben können fiskaliſche Unterſuchungen nur mit höherer Genehmigung eröffnet werden. 30. I. 6. — unfähige und unwürdige, Anordnungen wegen deren Entfernung. 31. III. 576. — und Syndikus, deren Amt kann in mittlern Städten vereinigt werden. G. S. 1832. p. 186. — ſind, wenn ſie auch mit der Polizeiverwaltung beauftragt ſind, nicht unmittelbare Staatsdiener, ſondern Kommunal-Beamte. v. K. A. 33. II. 448. — ſind zur Tragung von Uniformen weder verpflichtet noch berechtigt. 33. II. 448. — III. 700. — dürfen auch nicht Polizei-Uniform tragen. R. v. 26. Mai 1834. — 34. II. 464. — Urlaubsbewilligungen für dieſeben. 33. II. 439. — in der Rheinprovinz, ſtempelfreie Ausfertigung der Quittungen über deren Bureaukoſten. 33. I. 113. — in wie fern hierzu Juſtiz-Kommiſſarien gewählt werden können, ſ. dieſe. — deren Vertretung. V. v. 19. Febr. 1834. — 34. III. 734. — in mittlern und kleinen Städten, können Gewerbe treiben. R. v. 21. Jul. 1834. — 34. III. 736.

Bürgermeiſtereien, in den Rheinprovinzen, Anſchaffung der Geſetz-Sammlung und des Regier. Amtsblatts für ſelb. G. S. 1819. p. 149. 150. — mehrere, in den Rheinprovinzen, deren Verwaltung von einem Bürgermeiſter. v. K. A. 23. III. 633.

Bürgermeiſter-Stellen, in Städten wo die Städte-Ordnung noch nicht eingeführt iſt, deren Beſetzung, nach Einziehung des Gutachtens der Kommune-Repräſentanten. v. K. A. 26. IV. 1061. — in den Rheinprovinzen, deren Verwaltung durch Notare. 22. III. 683. — IV. 914. — unbeſoldete, in den Rheinprovinzen, Geſuche um Konferirung derſelben ſind ſtempelpflichtig. 26. IV. 1004.

Bürgermeiſter-Wahl, deren Beſtätigung, ſ. letztere.

Bürgerrecht, für den Konſens zur Gewinnung deſſelben in Berlin nach dem 8. Dez. 1800. werden 200. Rthlr. zur Invaliden-Kaſſe entrichtet.. Cab. O. v. 8. Dez. 1801. E. S. p. 108. XV. — ſtädtiſches, A. L. R. Th. II. Tit. VIII. §. 13. 17. — Städt.-O. v. Jahr 1808. Tit. 8. §. 14 — 24. — rev. Städt-Ord. Tit. 3. §. 11 — 23. — beſteht in der Befugniß, ſtädtiſche Gewerbe zu treiben und ſtädtiſche Grundſtücke zu beſitzen. G. S. 1808. p. 326. — wer ſolches erwerben kann, ebend. — wer davon ausgeſchloſſen werden muß. G. S. 1808. p. 326. f. 329. — Verpflichtung zu deſſen Erwerbung. G. S. 1808. p. 327. 344. — wird nur von den Magiſträten unter Zuziehung der Stadtverordneten ertheilt, ebend. — geht durch Veränderung des Wohnſitzes oder durch Entfernung ohne Stellvertreter verloren. G. S. 1808. p. 328. — müſſen gewählte

und beſtätigte Magiſtratsmitglieder gewinnen. G. S. 1808. p. 344. — kann die franzöſiſche Kolonie nicht mehr ertheilen. G. S. 1809. p. 602. — können die aus dem Soldatenſtande ausgeſtoßenen Individuen nicht erwerben G. S. 1808. p. 260. — deſſen Gewinnung von Gewerbetreibenden. G. S. 1811. p. 263. — Uebertragung deſſelben bei Wohnorts-Veränderungen und Nachſchußzahlung der etwanigen Mehrkoſten. G. S. 1811. p. 263. — die für die Gewinnung deſſelben bisher noch übliche Kanton-Reluitions-Abgabe in den kantonfreien Städten und Plätzen wird allgemein aufgehoben. G. S. 1812. p. 122. —, wird durch begangene Verbrechen, niederträchtige Handlungen und durch erlittene Kriminalſtrafe verwirkt. G. S. 1808. p. 329. Befugniß der Stadtverordneten, deſſen Verluſt durch einen Beſchluß auszuſprechen, ebend. — deſſelben gehen diejenigen verluſtig, oder werden für ihr ganzes Leben davon ausgeſchloſſen, welche ſich unter nichtigen Vorwänden dem Kriegsdienſte entziehen. G. S. 1813. p. 21. — Verluſt deſſelben auch für Väter und Vormünder, welche ihren Söhnen oder Pflegebefohlenen den Eintritt in den Kriegsdienſt erſchweren, oder denſelben die Ausrüſtung als Freiwillige, verweigern. G. S. 1813. p. 21. — deſſen Verluſt ſchließt vom Gewerbsbetriebe und dem Grundbeſitze nicht aus. G. S. 1822. p. 206. — 1823. p. 42. — wegen gegenſeitiger Gewinnung deſſelben im Handel- und Beſitzverkehr mit dem Königreich Polen. G. S. 1819. p. 173. — fremde Juden werden in dieſer Beziehung nur als ſolche behandelt. G. S. 1819. p. 174. — freies, deſſen Verleihung an Soldaten und Nichtkombattanten, welche die Kriege von 18$^{13}/_{15}$ mitgemacht haben. G. S. 1816. p. 110. — 1819. p. 217. — R. wegen des Verfahrens gegen die mit ſtädtſchen Grundſtücken angeſeſſenen Officianten, welche ſich weigern, das Bürgerrecht zu gewinnen, v. 2. März u. 28. Apr. 1810. J. M. IX. 28. X. 116. Einem, durch den Beſchluß der Stadtverordneten des Bürgerrechts für verluſtig erklärten, Bürger ſtehet nicht frei, auf rechtl. Gehör zu provociren, R. v. 20. Jun. 1810. J. M. X. 113. Der Umſtand, daß jemand ein Grundſtück in der ſtädtſchen Feldmark beſitzt, verpflichtet ihn nicht, das Bürgerrecht zu gewinnen. Kurm. Amtsbl. 1812. p. 111. — Gehet das Bürgerrecht verlohren, ſo zieht ſolches die Erlöſchung der Befugniſſe deſſelben §. 15. nach ſich. R. v. 19. May 1809. Das Bürgerrecht darf auch (§. 17) fremden Rhedern und Schiffern nicht verſagt werden, wenn auch ein ſolcher in der Stadt, worin er ſolches zu erlangen wünſcht, ſich häuslich niedergelaſſen oder ſeinen Wohnſitz in der Stadt genommen hat, R. v. 19. May 1809; auf Ausländer findet indeſſen die Vorſchrift des §. 17. der St. O. keinesweges uneingeſchränkte Anwendung, es iſt vielmehr in allen Fällen die beſondere Genehmigung der Provincial-Policei-Behörde zur Bürgerannahme erforder-

lich. R. v. 10. Apr. 1810. Auch (§. 18.) verheirathete, wiewohl die Männer der Regel nach ſie vertreten müſſen, R. v. 13. Mai 1809 und unverheirathete Perſonen weiblichen Geſchlechts können zum Bürgerrecht gelangen, ſo wie dieſelben wegen Beſitzes eines Grundſtücks oder zum Betriebe eines bürgerlichen Gewerbes das Bürgerrecht zu erlangen berechtigt ſind. Alleg. R. Von denjenigen ſtädtiſchen Einwohnern, die in Folge ihrer ältern Verpflichtung das Bürgerrecht gewinnen, R. v. 21. Jan. 1809. und den am Orte ſchon befindlichen Schutzverwandten, welche von der Diſpoſition des §. 17. Gebrauch machen, ſoll nur der niedrigſte Satz der Koſten erhoben werden. R. v. 13. Febr. 9. Unter Curatel geſetzte großjährige, R. v. 19. May 1809, Perſonen ſind bis zum Ende der Curatel unfähig, das Bürgerrecht zu gewinnen, §. 22. Jeder, der ſtädtiſche Gewerbe betrieben oder ſtädtiſche Grundſtücke erworben, muß das Bürgerrecht, wenn er ſolches noch nicht beſeſſen, nachſuchen, §. 23. Wenn alſo ſtädtiſche Officianten ſich weigern, daſſelbe zu gewinnen, ſo muß nach Vorſchrift der A. G. O. Th. I. Tit. 23. §. 48. verfahren, der Landreuter auf 3 oder 8 Tage eingelegt, wenn dieſes aber fruchtlos bleibt, den widerſpenſtigen Officianten unter Androhung der Subhaſtation eine dreimonatliche Friſt zur Veräußerung des Grundſtücks geſetzt, bei dem Ablauf derſelben zur öffentlichen Subhaſtation geſchritten, und das Gericht, unter welches das Grundſtück gehört, um Vollziehung derſelben requirirt werden. R. v. 2. May 1810. Juden kann das Bürgerrecht nur unter den vorſchriftsmäßigen Bedingungen nachgelaſſen werden, §. 19. Sie nehmen aber nach Erlangung des Bürgerrechts an den Rechten und Befugniſſen der Bürger nur ſo viel Antheil, als ſolches die Einſchränkungen ihres ſtaatsbürgerlichen Verhältniſſes geſtatten, welche durch das Bürgerrecht keinesweges aufgehoben oder modificirt werden. R. v. 27. Febr. 9. Für Ertheilung des Bürgerrechts ſoll excl. der ſonſt üblich geweſenen Sporteln für die Verhandlungen und Ausfertigungen wegen der Annahme, R. v. 14. März 1810, und auch von ſolchen, die ſonſt nicht im Orte wohnhaft geweſen ſind, in großen Städten 10 Rthl., in Mittel-Städten 6 Rthl. und in kleinen Städten 3 Rthl. bezahlt werden. R. v. 25. Jun. 1809. Der Bürgereid, §. 25. wird nach einem beſonders vorgeſchriebenen Formular; und von Juden in der Synagoge, unter Beobachtung aller Förmlichkeiten, geleiſtet, welche die kirchliche Verfaſſung derſelben mit ſich bringt. R. v. 27. Febr. 1809. — Vom Verluſte des Bürgerrechts, ſ. §. 37—39. der St. O. in Folge der Vorſchriften des A. L. R. II. XX. 405., 1380 — 1398.; 1331, 1420, 1453, 1456. Vom Bürgervermögen ſ. St. O. §. 53. ff. — Jeder Bürger, der für ehrlos erklärt, des Landes verwieſen, oder nach ergriffener Flucht des Todes ſchuldig erkannt worden, verliert ſofort ſein Bür-

gerrecht. Dieſer Verluſt trifft jeden, der eines Meineides, Urkundenverfälſchung, oder ſonſt eines qualificirten, unter erſchwerenden Umſtänden verübten Betruges vom Richter überführt worden iſt. Andere Verbrechen haben den Verluſt deſſelben nur alsdann zur Folge, wenn darauf nach Vorſchrift der Criminalgeſetze ausdrücklich erkannt, oder der Verbrecher zum drittenmal mit einer Criminalſtrafe für begangene Verbrechens belegt worden. Doch kann Jeder, der ſich durch niederträchtige Handlungen verächtlich gemacht, oder wegen eines Verbrechen Criminalſtrafe erlitten hat, durch einen Schluß der Stadtverordneten des Bürgerrechts für verluſtig erklärt werden. §. 37—39. der Städte-Ordnung. ſ. A. L. R. Th. 2. Tit. 20. §. 1405., 1380 — 1398. 1331. 1420. 1453 — 1456. Ehefrauen, deren Männer wegen eines Verbrechens beſtraft und des Bürgerrechts für verluſtig erklärt worden, ſind, wenn ſie ſelbſt auch kein Vorwurf trifft, berechtigt, das, zu erwerben, es ſich zu erhalten, und alle daraus fließenden Vortheile zu genießen, ſo weit die Verfaſſung ſie dem Frauenzimmer überhaupt zuſichert. R. v. 12. Jan. und 21. Apr. 1812. K. A. B. 140. 200. II. N. A. B. 164. 221. P. A. B. 127. — In wie fern invalide und verabſchiedete Soldaten wegen des Betriebes eines bürgerlichen Gewerbes in einer Stadt verpflichtet ſind, das, zu gewinnen, N. A. B. 207. I. K. A. B. 229. desgl. Juſtizcommiſſarien, Aerzte und Chirurgen, R. v. 28. Jan. 1813. P. A. B. 169. Ehefrauen und Kinder, deren Ehemänner und Eltern daſſelbe wegen Verbrechens verloren haben, R. v. 12. und 21. Apr. 1812. K. A. B. 140. 200. II. N. A. B. 164. 221. P. A. B. 127. die Canton-Reluitions-Abgabe für das, in kantonfreien Städten, E. v. 8. Nov. 1798. E. S. p. 1783. X. iſt aufgehoben, V. v. 9. Jul. 1812. G. S. 122. II. ſ. K. A. B. 259. II. N. A. B. 483. — Von Ertheilung des Bürgerrechts an Minderjährige, K. A. B. 5. I. Wie es wegen des Ausländern zu ertheilenden Bürgerrechts zu halten, P. A. B. 80. II. K. A. B. 259. Was in Rückſicht ausgeſtoßener Soldaten, welche das Bürgerrecht, ꝛc. nachſuchen, zu beobachten, K. A. B. 378. In Rückſicht der Cantoniſten, K. A. B. 122. IV. Der Bürgereid ſoll nicht anders, als in der Allerhöchſtgenehmigten Uniform geleiſtet werden. C. O. v. 11. März 1814. G. S. 19. IV. — Die Ehefrau eines Bürgers bedarf deſſelben nicht, um ein Grundſtück zu erwerben. R. v. 28. Jun. 1814. v. K. J. 16. III. Ob in vorkommenden Fällen die Erwerber bürgerlicher Grundſtücke das, zu gewinnen verbunden ſind? gehöret zur Beurtheilung des Magiſtrats, und der vorgeſetzten Policeibehörde. R. v. 29. Nov. 1814. v. K. J. 222. IV. — In Fällen, wo im Militairdienſte invalide gewordenen Perſonen das, unentgeltlich ertheilt wird, ſind auch die bei dieſer Gelegenheit aufzunehmenden Verhandlungen auf ungeſtempeltem Papier auszufertigen.

R. v. 25. Apr. 1815. R. A. B. 160. V. K. A. B. 131. Nach dem Tode des Ehemannes gehet das, auf deſſen Wittwe über, R. v. 27. Jun. 1815. P. A. B. 295. Von Ertheilung des freien Bürgerrechts für die Vaterlandsvertheidiger, R. A. B. 551. VI. — Von den Erwerbern ſtädtiſcher Grundſtücke und Gewerbegerechtigkeiten iſt den Gerichten vor Berichtigung des Beſitztitels nachzuweiſen, entweder, daß ſie das Bürgerrecht wirklich gewonnen haben, oder daß der Magiſtrat ſolches nicht für nöthig achte und darauf nicht beſtehe. Reſcr. v. 29. Nov. 1814. v. K. J. IV. 222. — ſ. Meiſtbietender. — in den Städten, Zuſammenſtellung der darüber ergangenen Beſtimmungen. v. K. A. 22. III. 684 — 698. — brauchen Grundherren in Mediat-Städten nicht zu gewinnen. 19. III. 748. — bei deſſen Ertheilung können zeitherige Obſervanzen in den Städten nicht in Betracht kommen. 25. III. 664. — deſſen Gewinnung bei Erwerbung ſtädtiſcher Grundſtücke. 17. IV. 121. — desgl. von ſtädtiſchen Grundbeſitzern. 19. IV. 930. — desgl. von Seiten der Gewerbetreibenden. 24. IV. 1111. — desgl. von Seiten der an verſchiedenen Orten ſtehenden Handel treibenden Individuen. 23. III. 686. seq. — in wie weit ſolches gewerbetreibende Kahnſchiffer ꝛc. gewinnen müſſen. 25. I. 145 — 148. — II. 404. — Nichtgewinnung deſſelben von Schweinehändlern. 22. III. 699. — deſſen Ertheilung an Minderjährige. 17. I. 167. — Verfahren rückſichtlich deſſelben gegen Minderjährige, welche ein ererbtes Grundſtück gemeinſchaftlich beſitzen wollen. 26. II. 386. — dazu ſind gewerbetreibende Ehefrauen anſäßiger Bürger nicht verpflichtet. 25. I. 149. — Gewinnung deſſelben von Ehefrauen, deren Männer im Konkurs befangen ſind. 23. IV. 868. — deſſen Erlangung von geſchiedenen Ehefrauen und Wittwen. 17. IV. 120. — deſſen Gewinnung von Soldaten und deren Ehefrauen als Gewerbebetreibende. 23. III. 638. — deſſen Ertheilung an Ausländer vor zurückgelegtem 24ſten Jahre. 24. I. 149. — desgl. bei Erwerbung ſtädtiſcher Grundſtücke durch Auswärtige. 24. IV. 1112. — deſſen Erwerbung von Anſiedlern aus fremden Staaten. 24. IV. 1113. — deſſen Ertheilung an Handel treibende Fremde. 17. III. 97. — in wie fern ſolches Handel treibende Ausländer nicht zu gewinnen brauchen. 22. II. 389. — III. 692. — freies, Ertheilung deſſelben an ehemalige Soldaten und Militairs. 17. II. 154 — 156. — 24. I. 199. — über deſſen Ertheilung an Königl. Offizianten, welche früher als Militairs gedient haben. 18. IV. 1070. — Verleihung deſſelben auch an Nichtkombattanten und an ſolche, welche bei alliirten Armeen die Kriege von 1813 — 15. mitgemacht haben. 19. IV. 1023. — auf deſſen Erneuerung haben ehemalige Militairperſonen auch bei Wohnorts-Veränderungen Anſpruch. 26. I. 98. — über die deſſelben für verluſtig erklärten Soldaten. 18. II. 393. — Verſagung

deſſelben in einzelnen Fällen. 20. II. 267. — über das Verfahren gegen die deſſelben für verluſtig erklärten Perſonen. 18. III. 787. — Ausſchließung von ſelbigem wegen geringerer Vergehungen. 23. III. 641. — Wiedererlangung deſſelben nach begangenen und beſtraften Verbrechen. 22. III. 698. — Gewerbsbefugniſſe der von ſelbigem wieder ausgeſchloſſenen Bürger. 23. II. 384. — III. 687. — akademiſches, ſiehe letzteres. — ſind Ehefrauen bei Erwerbung von Grundſtücken zu gewinnen, nicht verpflichtet, wenn erſteres deren Männer ſchon gewonnen haben. 27. III. 682. — Die Ertheilung des ſtädtiſchen Ehrenbürgerrechts ſchließt die Theilnahme an den Laſten und Pflichten des gewöhnlichen Bürgerrechts aus 27. IV. 966. seq. — freies, deſſen Ertheilung an Militairperſonen, welche bei einer der alliirten Armeen die Feldzüge von $18^{13}/_{15}$ mitgemacht haben. 27. II. 439. seq. — deſſen Gewinnung iſt nur zu ſolchen Gewerben nothwendig, welche auch vor Einführung der Städteordnung nicht ohne daſſelbe betrieben werden konnten. 28. IV. 1035. — deſſen Verweigerung begründet nicht das Recht, jemanden auch die Konſtituirung des Domizils zu verſagen. 28. I. 127. — in wie fern Frauenzimmer, Ehefrauen u. Wittwen, Schneiderinnen ꝛc. daſſelbe gewinnen müſſen. 28. IV. 1035. — Zulaſſung der Soldaten zu ſelbigem. 28. II. 434. — Königl. Würtembergſches Geſetz über ſelbiges. 28. I. 213 — 240. — ſtädtiſches, deſſen Gewinnung bei Niederlaſſungen und Anſiedelungen. 29. II. 312. — desgl. von ländlichen Handwerkern, welche in Städten, Werkſtätten beſitzen. 29. III. 611. — brauchen Bürger-Wittwen Behufs der Erwerbung von Grundſtücken und der Berichtigung des Beſitztitels nicht erſt gewinnen. 29. I. 125. ff. — Ausſchließung der früher wegen Meineides Beſtraften, von der Gewinnung deſſelben. 29. IV. 857. — deſſen Verſagung oder Verluſt hat auf den Grundbeſitz oder Gewerbebetrieb keinen Einfluß. 30. IV. 819. — ſ. auch Ehrenbürgerrecht. — Aufhebung der über deſſen Gewinnung in den General-Innungs-Artikeln vom 8. Jan. 1780. enthaltenen Beſtimmungen. 31. IV. 778. — Verminderung der mit deſſen Gewinnung verbundenen Koſten. 31. III. 571. — Rechte der Bürger-Wittwen und der geſchiedenen, nicht für den ſchuldigen erklärten, Bürgerfrauen, in Beziehung auf daſſelbe. 31. III. 571. ff. — Straf- und Exekutions-Anwendung bei unterlaſſener Gewinnung deſſelben. 31. I. 112. — Pflicht zu deſſen Gewinnung. Geſetz v. 14. Jul. 1832. G. S. 1832. p. 182. — deſſen unentgeldliche Ertheilung. Geſetz von demſ. Tage. G. S. 1832. p. 183. — Wirkung des verſagten oder der Ausſchließung vom Bürgerrecht, bezieht ſich auf die Ehrenrechte, nicht auf Grundbeſitz und Gewerbebetrieb. Geſetz von demſ. Tage. G. S. 1832. p. 183. — Alle diejenigen Einwohner, welche nach der Städte-Ordnung das Bürgerrecht zu gewinnen haben, und

ſolches bei Einführung des Geſetzes noch nicht beſitzen, erhalten ſolches unentgeldlich. Cab. O. v. 28. Febr. 1832. G. S. 1832. p. 118. — durch wen daſſelbe zu ertheilen — wer zu Erwerbung deſſelben verpflichtet ſei, — freiwillige Verleihung, Verſagung, Entziehung, Verluſt und Ruhe deſſelben (rev. Städte-Ord.) G. S. 1831. p. 14. — deſſen freie Ertheilung an Soldaten noch der revidirten Städte-Ordnung findet nicht ſtatt. R. v. 24. Jun. 1833. v. K. A. 34. II. 437. deſſen unentgeldliche Ertheilung an die mit den Städten zu vereinigenden Beſitzer und Einwohner. 82. II. 433. — in wie fern letztere für gewiſſe Nutzungsrechte zu einem Ankaufsgelde angehalten werden können, ebend. — in wie weit deſſen Gewinnung zum Gewerbebetrieb auch in den vormals ſächſiſchen Gebietstheilen nicht mehr erforderlich iſt. 32. I. 133. f. — deſſen Gewinnung von Seiten der Juden in dem Herzogthum Sachſen, und in den ehem. weſtphäliſchen Landestheilen. 32. IV. 960. — ſtädtiſches, bei deſſen Gewinnung iſt die zwangsweiſe Erhebung eines Armen-Beitrages unterſagt. 33. II. 440. — die unterlaſſene Gewinnung deſſelben kann nicht mit einer Polizeiſtrafe gerügt werden. 33. II. 492. — zu deſſen Gewinnung kann derjenige, welcher ein Gewerbe anfängt, vermittelſt executionis ad faciendum angehalten werden. 33. II. 492. — IV. 1044. f. — deſſen Gewinnung Seitens auswärtiger Grundbeſitzer. 33. III. 692., desgl. Seitens der Juſtiz-Kommiſſarien, der approbirten Aerzte und Chirurgen, nur in Beziehung auf Grundbeſitz und bürgerlichen Gewerbebetrieb. 33. III. 693. — deſſen Ertheilung an auswärtige Handelstreibende. 33. III. 691. — deſſen Gewinnung vor dem Betriebe eines Gewerbes. R. v. 27. Mai 1834. — 34. II. 429. — verlornes, deſſen Wiedergewinnung. R. v. 9. Aug. 1834. — 34. III. 751. — ſiehe Ausländer.

Bürgerrechtsgelder, ſtädtiſche, deren Entrichtung. v. K. A. 23. III. 639. — deren Erlaß wird auch bei Militairperſonen durch wirkliches Unvermögen bedingt. 17. II. 156. — können zur Verhinderung leichtſinniger Anſiedelungen nicht verdoppelt werden. 26. III. 765. — eine nochmalige Entrichtung derſelben findet bei dem Umzuge der Gewerbetreibenden von einer Stadt in die andere, nicht ſtatt. 27. II. 439. — IV. 967. — deren Niederſchlagung im Falle des Unvermögens. 28. I. 127. — in welchen Fällen ſolche erhoben werden dürfen. (rev. Städte-Ord.) G. S. 1831. p. 12. — in den Städten, deren Feſtſetzung. v. K. A. 33. I. 115. — dabei ſoll zwiſchen Fremden und Einheimiſchen, kein Unterſchied gemacht werden. 33. I. 115. — deren Betrag. R. v. 27. Mai 1834. — 34. II. 431.

Bürger-Rollen, deren Führung in den Städten durch die Magiſträte. G. S. 1808. p. 334. 348. — jährliche Prüfung derſelben

durch die Stadtverordneten in Beziehung auf die Stimmfähigkeit der Bürger. G. S. 1808. p. 334. — deren zuverläßige und vollſtändige Führung in den Städten. v. K. A. 19. III. 748.

Bürgerſchaft. Jedes neue Mitglied der, übernimmt, auch ohne beſondere Bekanntmachung, die Berichtigung ſchon vorhandener Gemeinſchulden gleich anderen Bürgern, St. O. §. 61. die ausſchließlich für das Gemeinweſen ſelbſt contrahirt ſind. R. v. 19. May 1809. — Mitwirkung derſelben, zur Aufrechthaltung der öffentl. Ruhe und geſetzlichen Ordnung. v. K. A. 30. III. 581. — ſiehe Stadtgemeine.

Bürgerſchulen, höhere, Prüfung der für dieſelben beſtimmten Lehrer, nach dem Regl. v. 20. Apr. 1831. v. K. A. 31. II. 311 — 340. — Vorſchriften für den Zeichen-Unterricht in denſelben. 31. I. 78 — 90. — Prüfung der Zeichenlehrer in denſelben. 31. I. 81. 89. — deren Beförderung in Schleſien. 31. I. 192. — ſtädtiſche, Prüfungen zu Lehrerſtellen an denſelben. 33. II. 393. — Beſetzung der Lehrſtellen an denſelben. 33. III. 666. — ſiehe auch Schulen und Schullehrer.

Bürgerſtand, A. L. R. II. VIII. 1 — 85. Müller werden nicht als bürgerliche Nahrung treibende Mitglieder der Bürgerſchaft angeſehen. Lief. 2. p. 60. — Bezirksvorſteher ſind Staatsdiener, u. gehören in Beziehung auf die ihnen im Amte zugefügten Beleidigungen zum höhern Bürgerſtande. Reſcr. v. 20. Juni 1812. I. 65., v. 15. Aug. 1812. v. K. J. I. 248. und v. 7. Juli 1825. XXV. 207. — Es kommt nicht darauf an, ob und welche Achtung ein Mann geringen Bürgerſtandes unter ſeines Gleichen und in ſeinem Gewerbe genießt, ſondern ob er in der bürgerlichen Geſellſchaft überhaupt mit den Perſonen, welche namentlich dem höhern Bürgerſtande angehören, ſich einer gleichen Achtung zu erfreuen hat. Reſcr. vom 15. Nov. 1817. X. 221. — Im Allgemeinen kann nicht gefolgert werden, daß alle Stadtverordneten zum höhern Bürgerſtande zu rechnen, insbeſondere kann dies nicht in dem Falle angenommen werden, wenn ſie nicht als Stadtverordnete handeln, da ſie nur als Bürger zu betrachten. Reſcr. v. 7. Juli 1825. XXVI. 207. — ſ. Injurienprozeß, Majorennitätserklärung.

Bürgerſteig, die Paſſage auf demſelben ſoll durch die Profeſſioniſten nicht verengt werden. R. v. 20. May 1799. E. S. p. 2435. X. — auf Straßen, zu deren Umlegung bedarf es der polizeilichen Erlaubniß. v. K. A. 19. II. 548. — wann die Koſten für die Pflaſterung derſelben dem Fiskus zur Laſt fallen. 19. III. 830. — deren Benutzung und Fortſchaffung der dieſelben beengenden Anlagen. 17. IV. 208. — 25. IV. 1059. seq. — deren Freihaltung von allen, den Weg bei Tag oder Nacht verſperrenden Gegenſtänden. 17. IV. 207 — 215. — deren Beſtreuung mit Sand,

Aſche oder Sägeſpähnen bei eintretender Eisglätte. 17. IV. 207. — in wie weit deſſen Benutzung den Hauseigenthümern geſtattet iſt, u. in wie weit ſolche denſelben unterſagt werden kann. 31. IV. 789.

Bürger-Vereidigungs-Protokolle, Stempelpflichtigkeit derſelben. v. K. A. 28. III. 732.

Bürger-Vermögen, Städte-Ordn. v. 19. Nov. 1808. §. 53. — revid. Städte-Ordn. G. S. 1831. p. 14.

Bürgerwachen, Rs. die Befreiung von, betr. v. 20. Jun. 1693. C. C. III. I. No. 69. ſ. Servis. — Beſtrafung des gegen ſelbige von Militairperſonen ausgeübten Ungehorſams. G. S. 1810. (Anh.) p. 722. — für die öffentl. Sicherheit, deren Anordnung und Bewaffnung. v. K. A. 33. IV. 1014. — ſ. Beleidigungen, Injurien.

Bürgerwachtdienſte, deren Leiſtung in Beziehung auf Militair-Pulverhäuſer ꝛc. v. K. A. 31. IV. 776. — ſiehe auch Wachtdienſte.

Bürgin, ſiehe Bürgſchaft.

Bürgſchaft. A. L. R. von Cautionen und Bürgſchaften. I. XIV. 187 — 412. — Eine Ehefrau, die ſich in einem Schuldinſtrumente mit ihrem Ehemanne, als Selbſt- oder Mitſchuldnerin verpflichtet hat, haftet auch als Bürgin nur dann, wenn ſie, wie bei der Uebernahme einer Bürgſchaft gerichtlich certiorirt worden iſt. S. u. Str. R. 2. B. No. 29. p. 271. — Dieſe Certioration wird auch bei Ehefrauen erfordert, die für ſich ein eigenes Gewerbe treiben, welches ſeiner Beſchaffenheit nach, Credit und Verlag erfordert, wofern nur in dieſem Falle das Darlehn nicht zum Betriebe jenes Gewerbes gegeben worden iſt. S. u. Str. R. 2. B. No. 29. p. 272. — hängt die Anwendbarkeit der geſetzlichen Vorſchriften über die Nothwendigkeit der Certioration bei Bürgſchaften der Frauensperſonen, oder bei deren Eingehung gemeinſamer Verpflichtungen mit Männern in Einem Inſtrument, von dem Orte des geſchloſſenen Kontraktes oder von dem Wohnorte der Frauensperſon ab? S. u. Str. R. 2. B. No. 47. p. 425. — haftet eine Ehefrau, die ſich in dem Schuldinſtrumente mit ihrem Ehemanne als Selbſt- oder Mitſchuldnerin verpflichtet hat, als Bürgin, wenn ſie nicht wie bei der Uebernahme einer Bürgſchaft, gerichtlich certiorirt worden iſt. S. u. Str. R. 3. B. No. 24. p. 249. — ein Streit über eine Caution, welche ein Theilnehmer einer Königl. Pacht dem andern in einem bei der Cammer geführten Prozeſſe verſprochen hat, wird an das Juſtizcollegium verwieſen. J. C. v. 25. Apr. 1758. C. C. p. 58. V. wenn an Orten, wo dem Preußiſchen Landrecht geſetzliche Kraft verliehen, eine Ehefrau, ohne der ihr zu gut kommenden Rechtswohlthat praevia certioratione eidlich entſagt zu

haben, die Dotalgelder verpfändet oder ſich ſonſt verbürget, iſt die Verpfändung für unverbindlich zu achten. G. E. v. 25. Oct. 1788. Kl. A. 289. III. Mit den von dem General-Acciſe- und Zoll-Departement ausgeſtellten auf Scheidemünze lautenden Obligationen (Pat. v. 18. Nov. 1794. E. S. p. 2444. IX.) kann dem Fiſko und Königl. Caſſen Caution geleiſtet werden. R. v. 23. März 1795. p. 2503. IX. R. die Erklärung der weiblichen Gerechtigkeiten bei Prioritätsabtretungen betr. v. 29. Nov. 1790. p. 2987. VIII. Die Concurs-Ordn. v. 4. Febr. 1722. §. 47. 48. 49. II. II. p. 128. 129. erfordert als wirkliches Provinzial-Landesgeſetz bei den Bürgſchaften der Weiber die Zuziehung eines rechtsverſtändigen Aſſiſtenten, wozu ſonſt auch ein Juſtizbedienter, der ſein Amt bereits niedergelegt hat, nach der allgemeinen Gerichtsordn. Th. 2. Tit. III. §. 16. b. gebraucht werden kann. R. v. 17. Nov. 1794. p. 2441. IX. nicht R. v. 30. Juni 1794. p. 2361. IX. Formular einer Bürgverſchreibung II. II. p. 172. nach dem A. L. R. St. B. p. 323. I. nach deſſen Vorſchriften ſowohl die Bürgſchaften der Frauensperſonen A. L. R. I. XIV. 221 — 244. A. G. O. Th. 2. Tit. 1. §. 9. als auch die der Ehefrauen. A. L. R. II. I. 198 — 201. 272. 273. 341 — 344. A. G. O. Th. 2. Tit. 1. §. 9. No. 8. gerichtlich vollzogen werden müſſen; und ſoll auch in der Neumark die Vorſchrift der allg. Gerichtsordn. Th. 2. Tit. 3. §. 16. a. und b. bei dergleichen Bürgſchaften künftig beobachtet werden. R. v. 13. Aug. 1798. ſiehe auch R. die in Weſtpreußen zu beobachtende Form betr. v. 10. Oct. 1796. und 4. Sept. 1797. p. 452. St. B. V. in Oſtpreußen G. E. v. 17. Juni 1797. nebſt R. v. 10. Juli 1797. St. B. p. 261. 263. IV. — v. 11. Juli 1796. St. B. p. 387. Th. 3. — Von den Pflichten des Richters bei Aufnahme der Bürgſchaften. A. G. O. Th. 2. Tit. 3. §. 16. a. und b. — Von der Verbindlichkeit des Bürgen zur Zinszahlung H. B. III. 68. und zur Koſtenerſtattung H. B. VIII. 60. cautio mutiana, wenn ſolche nicht ſtatt findet. H. B. VI. 60. von Erlaſſung der fideicommiſſariſchen H. B. IV. 59. von der Bürgſchaft eines Soldaten H. B. III. 65. wenn das Geſetz die obligationem naturalem aufhebt H. B. VII. 79. die Interceſſion einer Ehefrau für ihren verſtorbenen Ehemann iſt ohne Begebung der Rechtswohlthat ungültig. Lief. 2. p. 47. Von der von einer Wittwe ihren Kindern zu beſtellenden Niesbrauchs und fideicommiſſariſchen Caution. St. B. p. 386 I. der Frauensperſonen. A. L. R. Th. 1. Tit. 14. §. 221. 225. 226. und iſt es völlig gleich, ob ſelbige gerichtlich certiorirt werden, oder durch eigenen Vortrag vor Gericht bewieſen, daß es dergleichen bei ihnen nicht bedürfe. R. v. 29. Sept. 1800. N. Arch. p. 364. Th. 1. H. 4. und St. B. p. 279. XII. R. an das Stadtgericht zu Berlin wegen Adhibirung rechtskundiger Beiſtände bei Bürgſchaften der Ehefrauen, v. 17.

Oct. 1803. N. A. 163. B. 3. Eine auf beſtimmte Zeit beſchränkte Bürgſchaft erlöſcht in Gemäßheit des A. L. R. Th. I. Tit. 14. §. 32. u. Tit. 20. §. 56. mit Ablauf dieſer Zeit, wenn gleich der immittelſt eingetretene Indult die Einforderung der verbürgten Schuld vom Hauptſchuldner nicht geſtattete. Allegat aus dem Erkenntniß des Ober-Appell.-Senats des Kammerger. v. 19. Sept. 1812. v. K. J. I. 141. — Rechtsbeſtändigkeit der Bürgſchaft für eine von einem Subaltern-Offizier ohne Conſens ſeines Chefs contrahirte Geldſchuld. Allegat aus dem Erkenntn. der beiden Senate des Kammerger. v. 20. Oct. 1806. u. 30. Apr. 1807. u. des Geh. Obertribun. v. 2. Nov. 1807. III. 313. — Ob die geſetzliche Vermuthung, daß, wenn eine Manns- oder Frauensperſon ſich in einem Inſtrumente als Selbſt- oder Mitſchuldner verpflichtet haben, die Mannsperſon Hauptſchuldner, die Frauensperſon aber nur Bürgin ſei, dann gleichfalls eintritt, wenn die Manns- u. Frauensperſon ſich ausdrucklich nur pro rata, oder jeder für eine beſtimmte Summe verpflichtet haben? 2) in wie fern eine geſetzliche Vermuthung auch in dem Falle Einfluß hat, wenn abgeſehen von dem gemeinſchaftlich ausgeſtellten Inſtrumente, ein geſetzlicher Grund der gemeinſchaftlichen Verpflichtung der Frauens- und Mannsperſon vorhanden iſt? 3) ob die Frauensperſon aus einem dergleichen, von ihr als Mitſchuldnerin gemeinſchaftlich mit einer Mannsperſon ausgeſtellten Inſtrumente, als Bürgin auch dann verhaftet iſt, wenn die Verwarnung, welche ſonſt die Preußiſchen Geſetze in der Regel zur Gültigkeit der Bürgſchaft einer Frauensperſon erfordern, nicht ſtattgefunden hat? Abhandl. XXVII. 55. — Ueber I. die Bürgſchaft weiblicher Perſonen, II. die Cura sexus in Schleſien, und III. die eheliche Gütergemeinſchaft in Schleſien, erläutert durch die Gründe des von dem Königlichen Oberlandesgerichte zu Breslau in Sachen der Frau Herzogin Catharina Wilhelmine von Sagan wider den Königlichen General der Infanterie Herrn Fürſten Friedrich Ludwig von Hohenlohe und Hochdeſſelben Frau Gemahlin am 3. März 1814. publicirten Erkenntniſſes. XXVII. 158. ſ. Bürgſchaftsklage. — wird unter der 3ten Haupt-Rubrik eingetragen. H. O. §. 56. p. 15. — ſiehe Kaution. — der Frauen — Aufhebung der Geſchlechtsvormundſchaft, ſ. letztere. — Cab. Ordn. vom 14. Juli 1834. wegen der Bürgſchaften der Ehefrauen im Herzogthume Weſtphalen, im Fürſtenthume Siegen und den Grafſchaften Wittgenſtein. G. S. 1834. p. 118. ſiehe auch Ehefrau.

Bürgſchaftsklage. Der §. 23. Tit. 17. Th. I. der A. G. O., welcher vorſchreibt, daß es dem Litisdenuncianten freiſtehen ſoll, ob er, wenn der Litisdenunciat erklärt, ihm nicht aſſiſtiren zu wollen, die Regreßklage ſofort anſtellen, oder damit den Ausgang

des Hauptprozeſſes abwarten wolle, bezieht ſich auch auf den Fall der Bürgſchaft. R. v. 22. Juli 1825. v. K. J. XXVI. 211.

Bütow, ſiehe Lauenburg-Bütow.

Buhnen, Patent wegen Schonung derſelben in der Churmark und Herz. Magdeburg v. 12. Febr. 1727. C. S. IV. II. IV. No. 21. Rgl. die Prignitziriſche Elb-Buhnen-Arbeit betr. v. 6. Febr. 1737. p. 11. C. I. ſ. Deichordnung. — Beſchädigung derſelben wird beſtraft. v. K. A. 18. II. 503.

Bullen, päbſtliche; ſiehe Pabſt. (Zucht-Stiere) polizeiliche Verordnungen wegen derſelben. v. K. A. 18. III. 813.

Bund, geheimer und hochverrätheriſcher, deſſen Entſtehung, Verbreitung und Beſtrafung der Theilnehmer an ſelbigem. v. K. A. 26. I. 245—284. — ſiehe demagogiſche Umtriebe. — deutſcher, ſiehe Bundesakte.

Bundesakte, deutſche, zwiſchen ſämmtl. ſouverainen Fürſten und freien Städten Deutſchlands, zur Erhaltung der äußern und innern Sicherheit Deutſchlands und der Unabhängigkeit und Unverletzbarkeit der einzelnen deutſchen Staaten, d. d. Wien, den 8. Juni 1815. G. S. 1818. (Anh.) p. 143—155. — Schlußakte über die weitere Ausbildung und Befeſtigung des deutſchen Bundes d. d. Wien, den 15. Mai 1820. G. S. 1820. p. 113—128.

Bundes-Feſtungen, (Mainz und Luxemburg), Porto-Moderation für die Militair-Korreſpondenz mit ſelbigen. v. K. A. 25. III. 633. — Beſtimmung wegen der Gerichtsbarkeit der dortigen Militair-Perſonen. Cirk. R. v. 2. Febr. 1827. v. K. J. XXIX. 94. 95. — ſ. Briefe.

Bundesſtaaten, deutſche, Befugniß der Unterthanen derſelben, außerhalb des Staats, den ſie bewohnen, Grundeigenthum zu erwerben, zu beſitzen. G. S. 1818. (Anh.) p. 153. — freies Wegziehen aus einem deutſchen Bundesſtaate in den andern; ebend. — Befreiung von der Nachſteuer (dem Abſchoß- und Abfahrtsgelde) in letztgedachten Fällen; ebend. p. 154. — Verordn. darüber v. 11. Mai 1819. G. S. 1819. p. 134. — auf die Einwohner derſ. findet der §. 34. des Anh. zur Allg. Gerichtsordn. wegen Schuldklagen gegen Ausländer nicht weiter Anwendung. G. S. 1819. p. 212. — Schlichtung der unter ſelb. vorfallenden Streitigkeiten durch Austrägalgerichte. G. S. 1818. (Anh.) p. 150. — 1820. p. 120. f. — Empfangsbeſcheinigungen über die Inſinuationen inländ. gerichtl. Verfügungen in denſelben. G. S. 1828. p. 25. — in wie weit deren Unterthanen in Klageſachen noch vor die rheiniſchen Gerichte gezogen werden können. G. S. 1823. p. 106 — 108. — wegen der in ſelbigen erſchienenen Cenſur-Geſetze und Verordnungen gegen demagogiſche und revolutionaire Umtriebe. v. K. A. 20. I. 145 — 168. — Genügung der Militairpflicht von

den aus ſelbigen in's Preußiſche übertretenden Individuen. 25. II. 526. — Wanderpäſſe aus ſelbigen, ſ. dieſe. — allgemeine Ueberſicht von den mit denſelben beſtehenden Zoll- und Handelsverträgen. 31. IV. 709—720. — ſ. a. Druckſchriften. — Ertheilung der Auswanderungs-Konſenſe nach denſelben. 32. IV. 866. — Ausſtellung der Reiſepäſſe nach denſelben. 32. II. 458. — nach Schließung des allgemeinen Kartels mit denſelben bedarf es der ferneren Erneuerung der früher beſtandenen Spezial-Kartels nicht. 33. IV. 891. — Stempelfreie Ausfertigung der Auswanderungs-Konſenſe dahin. 33. III. 598. — die aus denſelben in die preußiſchen Staaten einwandernden Individuen ſind nur noch als landwehrpflichtig zu behandeln. 33. III. 830.

Bundestags-Beſchlüſſe, v. 20. Sept. 1819, wegen einer proviſoriſchen Executions-Ordn., wegen der in Anſehung der Univerſitäten zu ergreifenden Maaßregeln, wegen eines auf 5 Jahr einſtweilen verabredeten Preßgeſetzes und wegen Beſtellung einer Zentralbehörde zur nähern Unterſuchung der in mehreren Bundesſtaaten entdeckten revolutionairen Umtriebe. G. S. 1819. p. 218 — 227. — v. 10. u. 19. Nov. 1831. und 2. März 1832. wegen des Preßunfugs, deren öffentliche Bekanntmachung. v. K. A. 32. II. 450. ff.

Bundes-Verſammlung, deutſche, Wahl einer Kommiſſion aus deren Mitte zur fortwährenden Unterhaltung des Geſchäftszwanges. G. S. 1819. p. 219. — Rechte und Obliegenheiten der Bundesverſammlung. G. S. 1820. p. 118. f. — deutſche, zu Frankfurt a. M., wegen der derſelben zuzueignenden Druckſchriften. v. K. A. 23. III. 529. — Anordnungen wegen unſtatthafter Adreſſen an dieſelbe über öffentliche Angelegenheiten. 31. IV. 708. — Beſchlüſſe derſelben, zur Aufrechthaltung der geſetzlichen Ordnung und Ruhe im deutſchen Bunde. Publ. Pat. v. 5. Juli 1832. G. S. 1832. p. 216. u. folg. — ſ. Kartel-Konvention.

Buonaparte, Napoleon, und deſſen Familie, iſt von der höchſten Gewalt in Frankreich für immer ausgeſchloſſen. G. S. 1816. p. 70.

Burbach, Amt, theilweiſe Abtretung deſſelben von Preußen an Naſſau. G. S. 1818. (Anh.) p. 31. — letzteres giebt ſolches an Preußen zurück. G. S. 1819. (Anh.) p. 97. 99. — ſ. a. Siegen, Fürſtenthum. — Einführung des Hypothekenweſens in demſelben, ſ. Hypothekenweſen.

Burg. Kompetenz des dortigen Königl. Land- und Stadtgerichts, hinſichts der Führung der Unterſuchungen und Abfaſſung der Erkenntniſſe. R. v. 10. März. 1833. v. K. J. XLI. 285—287.

Burgdienſte, der Domainen-Einſaſſen, ſ. Dienſte. — deren Ablöſung bei Gemeinheitstheilungen. v. K. A. 21. IV. 842.

Burger=Decken, mit ſelbigen kann kein Hauſirhandel ſtattfinden. v. K. A. 25. I. 236. — 29. III. 725. 734.

Burgfeſten, ſiehe Gemeine=Dienſte.

Burglehne, Beſtätigung derſelben v. 1587. E. S. II. V. No. 7. Landtagsabſchied v. 26. Juli 1653. VI. I. No. 19. p. 462.

Burſchenſchaft, allgemeine, ſoll auf Univerſitäten nicht geduldet werden. G. S. 1819. p. 221. — burſchenſchaftliche Verbindungen auf Univerſitäten, deren Unterſuchung und Beſtrafung. G. S. 1824. p. 122. — geheime Verbindungen auf Univerſitäten, deren Entſtehung, Verbreitung und Beſtrafung. v. K. A. 26. I. 245. 250. seq. — ſ. a. Verbindungen. — burſchenſchaftliche Verbindungen, Verfahren gegen Beamte wegen früherer Theilnahme an denſelben. R. v. 15. Oct. 1834. — 34. I. 12. — Warnung vor Theilnahme an denſelben. R. v. 2. März 1834. — 34. I. 81. — auf Gymnaſien und Schulen. R. v. 6. Sept 1834. — 34. I. 82. ſ. a. demagogiſche Umtriebe. Suspenſion vom Amt.

Buſchwärter, für die Uferpflanzungen an ſchiffbaren Flüſſen und Gewäſſern, deren Pflichten und Obliegenheiten in Oſtpreußen und Litthauen. G. S. 1806. p. 31. 32. — zur Beaufſichtigung der Königl. und Kommunal=Strauchländereien angeſtellt, deren Bewaffnung. v. K. A. 33. II. 311. 312.

Bußtag (Bettag) iſt ſtatt des Mittwochs nach Jubilate, auf den Mittwoch nach dem Sonntage Eſtomihi verlegt. E. v. 10. Sept. 1805. E. S. p. 3048. XI. — kirchliche Anordnungen zu ſelbigem durch die Konſiſtorien. G. S. 1817. p. 238. — Publ. wegen des in Sachſen bisher gefeierten. N. A. B. 159. VI. — an ſelbigem dürfen keine öffentl. Luſtbarkeiten ſtattfinden. v. K. A. 26. I. 86. 87. — allgemeiner, an dem Vorabende deſſelben, können theatraliſche Vorſtellungen, Bälle und ähnliche Luſtbarkeiten ſtatt finden. 27. II. 451. — ſ. a. Bettag.

Butter, vom Auslande eingehend, deren Beſteuerung. G. S. 1811. p. 312. — 1827. p. 143. — Gewichts=Beſtimmung bei deren Verkauf. v. K. A. 24. I. 219. — deren Verkauf auf den Märkten im Herzogthum Sachſen. 22. II. 425. — deren Transport mit der Poſt. 17. II. 57. — Vorſichtsmaaßregeln beim Schmelzen derſelben. 18. III. 831. — deren Verkauf in Quartmaaßen. 28. IV. 1074. — deren Verkauf in geeichten Quartmaaßen. 29. II. 387. — Geſtattung des Hauſirhandels mit derſelben in Berlin, außer der zum Marktverkehr beſtimmten Tageszeit. 32. I. 225. ff.

Buttergefäße, deren Stempelung. v. K. A. 26. II. 400.

C.

Anmerkung. Die hier bei C. vermißten Artikel ſiehe unter K.

Calbe an der Saale, Kompetenz des dortigen Königl. Land- und Stadtgerichts hinſichts der Führung der Unterſuchungen und Abfaſſung der Erkenntniſſe. R. v. 10. März 1833. v. K. J. XLI. 285. 287.

Camminer Fahrdamm, im Frankfurter Regier. Bez., Wege- und Brückengeld-Tarif für die Benutzung deſſelben. G. S. 1825. p. 234.

Camminſche Kreis, als ehem. Theil des Netzdiſtrikts, deſſen Vereinigung mit dem Großherzogthum Poſen. G. S. 1815. p. 45. 95.

Cappel, fürſtl. Lippeſche Enklave, ſ. Lippe, Fürſtenthum.

Causa criminalis praefertur civili, Stengels Repert. Lief. 2. p. 37. §. 5. No. 3. der Inſtr. v. 21. April 1800. E. S. p. 2834. X. St. B. 200. XI. A. G. O. I. III. 178. Cr. O. §. 68. 69. Paalzow Commentar, p. 36.

Causa debendi, von deren Gültigkeit nach polniſchen Rechten. H. B. VII. 320. — Begründet ein Schuldſchein, in welchem der Schuldner erklärt hat, daß er den Schuldbetrag nach einer zwiſchen ihm und dem Gläubiger angelegten Berechnung verſchulde, ohne daß ſonſt eine andere Beſtimmung, worin die Valuta beſtanden habe, im Schuldſchein enthalten iſt, die rechtliche Vermuthung, daß der Schuldner die Valuta empfangen habe? S. u. Str. R. 2. B. No. 7. p. 75. — findet aus einſeitig ausgeſtellten an ſich den Exekutiv-Prozeß begründenden Inſtrumenten derſelbe auch dann ſtatt, wenn die Causa debendi erwieſenermaßen aus einem Bilateral-Kontrakt entſpringt? S. u. Str. R. 2. B. No. 15. p. 148.

Cenſit; ſ. Exekution.

Cenſoren, deren Anſtellung und Beſtätigung auf die Vorſchläge der Ober-Präſidenten und des Ober-Cenſur-Kollegiums durch die betreffenden Miniſterien. G. S. 1819. p. 228. — Anſprüche der Verleger an ſelbige, rückſichtl. der Entſchädigung für die unter Cenſur erſchienenen, aber dennoch unterdrückten oder verbotenen und konfiszirten Schriften. G. S. 1825. p. 2. — Verab-

folgung eines Cenſur-Exemplars an ſelbige von Seiten des Verlegers. G. S. 1819. p. 231. — 1825. p. 3. — ſ. a. Cenſurgebühren. — öffentl. Blätter, Inſtruktion für ſelbige. v. K. A. 19. II. 451. — ſ. a. Beleidigungen. — deren Verantwortlichkeit in Beziehung auf das zu Nachdrücken ertheilte Imprimatur. 30. II. 367.

Cenſur, A. L. R. II. XX. 153 — 156. — R. die, der von einheimiſchen Buchhändlern verlegten und außerhalb Landes gedruckten Bücher betr. v. 4. Dec. 1775. E. S. p. 365. V. e. E. v. 11. Mai 1749. p. 150. C. IV. C. v. 1. Juni 1772. p. 175. V. b. erneuertes Cenſur-Edikt v. 19. Dec. 1788. p. 2339. VIII. welches genau beobachtet werden ſoll. D. v. 5. März 1792. p. 872. IX. beſonders in Rückſicht der Buchhändler und Schriftſteller in Anſehung der zur Vereitelung der Cenſur überhand genommenen Mißbräuche. R. v. 26. Apr. 1794. p. 2148. IX. Edikt v. 26. März 1798. p. 1614. X. — der Druckſchriften, allgemeine Anordnungen rückſichtl. derſelben auf 5 Jahre nach dem Cenſur-Edikt vom 18. Oct. 1819. G. S. 1819. p. 224 — 232. — daſſelbe, und die ſpätern darauf Bezug habenden Beſtimmungen ſollen ferner geſetzliche Kraft behalten. G. S. 1824. p. 164. — einige nähere Beſtimmungen u. Abänderungen rückſichtl. deſſelben. G. S. 1825. p. 2. — das ältere Ed. v. 19. Sept. 1788 und alle ſich darauf beziehende Verordnungen werden aufgehoben. G. S. 1819. p. 227. — mit Ausſchluß des §. 2. deſſelben wegen der injuriöſen, und der Beſtimmungen in dem Reſcripte v. 26. Apr. 1794 wegen der irreligiöſen Druckſchriften. G. S. 1825. p. 2. — Miniſterial-Reſſortverhältniſſe rückſichtl. der Cenſur. G. S. 1808. p. 363. — 1810. p. 11. 20. — 1819. p. 228. 232. — Reſſort-Verhältniſſe des Ober-Cenſur-Kollegiums. G. S. 1819. p. 229. — über deren Verwaltung in den Provinzen von Seiten der dazu beſtimmten Cenſoren, führen die Ober-Präſidenten die Aufſicht. G. S. 1819. p. 228. — 1826. p. 2. 7. — deren Verwaltung durch die Regierungen. G. S. 1808. p. 483. — 1815. p. 88. — 1817. p. 250. — rückſichtl. derſelben liegt den Regierungen nur noch ob, die Aufträge der Ober-Präſidenten auszurichten. G. S. 1826. p. 7. — der militairiſchen Druckſchriften unter Konkurrenz des Generalſtabs und der von dieſem dafür beſtimmten General-Stabs-Offiziere. G. S. 1823. p. 175. f. — der ſtatiſtiſchen Werke und Landcharten, durch das ſtatiſtiſche Büreau. G. S. 1816. p. 92. — der theologiſchen, religiöſen und Schulſchriften. G. S. 1817. p. 238. — 1819. p. 228. 229. — 1825. p. 2. — Erweiterung des Art. XI. des Geſetzes v. 18. Oct. 1829. rückſichtl. der in polniſcher Sprache erſchienenen Schriften. Cab. O. v. 19. Febr. 1834. G. S. 1834. p. 55 — 59. ſ. a. Druckſchriften, Zeitſchriften u. Zeitungen. — der ſtatiſtiſchen Werke

und Landkarten, gehört zum Reſſort des ſtatiſtiſchen Büreaus. v. K. A. 19. IV. 945. — 23. I. 108. — 24. II. 514. — 26. I. 113. — neuer Auflagen von Büchern und Schriften. 23. I. 109. — 24. IV. 1123. — der im Auslande gedruckten Verlags-Artikel inländiſcher Buchhändler. 26. III. 784. — der Zeitungen und anderer, in dieſe Kategorie gehörigen Schriften. 18. II. 411. — der Gelegenheitsgedichte, Druckformulare, der biſchöflichen Ausſchreiben, Hirtenbriefe ꝛc. 24. I. 216. seq. — der kolportirten und ſonſt feilgebotenen Lieder, Gedichte, Pamphlets, Bilder ꝛc. 24. I. 218. — der Inſchriften für öffentl. Denkmäler. 24. III. 877. — der Kalender. 26. IV. 975. 978. — desgl. der im Privatverlage erſcheinenden Kalender. 17. IV. 237. — 26. IV. 1098. 1100. — der Privat-Kalender, Verfahren rückſichtl. derſelben. 27. I. 158. seq. desgl. rückſichtl. der Kupferdruck- und Steindruck-Schriften. 27. I. 160. seq. — der nicht politiſchen Zeitſchriften. 27. IV. 991. — beſondere, der mit Karten und Plänen inländiſcher Gegenden und Städte verbundenen Werke. 30. I. 120. — II. 366. — polizeiliche, der von Marionettenſpielern aufzuführenden Stücke. 30. I. 122. deren Handhabung in Beziehung auf die, die polizeiliche Aufmerkſamkeit erregenden Druckſchriften des Auslandes. 31. II. 357 — 359. — der für öffentl. Blätter beſtimmten Beurtheilungen der Provinzial-Landtagsverhandlungen. 31. IV. 916. f. — der Zeitungen und Zeitſchriften, Königl. Baierſche Verordn. über dieſelbe. 31. III. 649. — der mit Karten oder Plänen von Gegenden oder Städten des Inlandes verſehenen Werke. 32. II. 448. — der Kalender, in beſonderer Beziehung der für letztere beſtimmten Aufſätze. 32. I. 159. — polizeiliche, der Bilder, Karikaturen ꝛc. 32. I. 160. — durch den mittelſt Patents v. 25. Sept. 1832. publizirten Bundestagsbeſchluß v. 5. Juli 1832 iſt die Vorſchrift der Verordnung v. 18. Oct. 1819 ad No. XI., daß alle außerhalb der deutſchen Bundesſtaaten in deutſcher Sprache gedruckten Schriften ohne ausdrückliche Erlaubniß der Ober-Cenſur-Behörde nicht verkauft werden dürfen — nicht aufgehoben. R. v. 10. Oct. 1833. v. K. J. XLII. 452 — 457. — von Druckſchriften, die nicht für den Buchhandel beſtimmt ſind. R. v. 8. März 1834. v. K. A. 34. I. 139. — der Pläne der Feſtungen und ihrer Umgegend, ſiehe Feſtungen.

Cenſur-Angelegenheiten, Portofreiheit in ſelbigen. v. K. A. 27. II. 390. desgl. 30. IV. 752.

Cenſuren, deren Ertheilung in verſchiedenen Abſtufungen für evangeliſche Kandidaten. v. K. A. 28. I. 105.

Cenſur-Freiexemplare, deren Ablieferung an die Cenſoren. G. S. 1819. p. 231. — 1825. p. III. — v. K. A. 21. III. 662. — 25. IV. 1058.

Cenſur=Freiheit, der Akademie der Wiſſenſchaften und der Univerſitäten wird ſuspendirt. G. S. 1819. p. 229.

Cenſur=Gebühren, ſind Verleger oder Buchdrucker von Druckſchriften zu entrichten nicht verbunden. G. S. 1819. p. 231. — ſind ſolche vom 1. Jan. 1825 ab mit 3 Sgr. für den gedruckten Bogen wiederum zu leiſten verpflichtet. G. S. 1825. p. 3. — deren Einziehung für die Cenſoren. v. K. A. 25. IV. 1058. — für Zeitungen, deren Beſtimmung. 23. I. 105 — 108. — IV. 881. — rückſtändige, deren executive Beitreibung. 28. II. 450. — deren Berechnung u. Entrichtung für ungedruckt gebliebene Manuſcripte. 33. III. 708.

Cenſur=Geſetz, proviſoriſches, Anwendung deſſelben auch auf lithographirte Schriften. v. K. A. 33. I. 143. — vom 18. Oct. 1818. Deklarat. des Art. XI. II. 452. des Art. XIII. II. 451. — ſiehe übrigens Cenſur. — und Beſtimmungen — Debit ausländiſcher Schriften und Zeitungen. v. K. A. 20. I. 46. 47. — Bücher ohne Angabe des Druckorts und des Verlegers dürfen nicht in den Buchhandel kommen. 20. IV. 816. — Bekanntmachung der Verbote von unzuläßigen Druckſchriften. 20. IV. 818. — fremder Staaten: — Königreich Sachſen. 20. I. 145. — Königreich Hannover. 20. I. 153. — Großherzogthum Baden. 20. I. 156. — Churfürſtenthum Heſſen. 20. I. 160. — Großherzogthum Heſſen. 20. I. 160. — Großherzogthum Sachſen=Weimar. 19. II. 619. — 20. I. 161. — Großherzogthum Meklenburg=Schwerin. 20. I. 164. — Herzogthum Braunſchweig. 20. I. 165. — Herzogthum Naſſau. 20. I. 167. — Königreich Polen. 22. II. 561. — preußiſche, finden in Oſtfriesland Anwendung. 18. II. 596. — v. 18. Oct. 1819, Anwendung des Art. XI. deſſelben, den Debit deutſcher, außerhalb der Bundesſtaaten erſchienenen Schriften betr. 33. III. 711. — zu dem im Art. XI. deſſelben gedachten Auslande, ſind die Provinzen Preußen und Poſen nicht zu rechnen. 33. II. 453.

Cenſur=Kontraventionen, deren Rüge u. Beſtrafung. G. S. 1819. p. 231. 232. — Unterſuchung und Beſtrafung derſelben. v. K. A. 20. I. 44. — II. 273.

Cenſur=Stempel, mit ſelbigem müſſen die umherzutragenden Gedichte, Lieder und Bilder verſehen ſein. v. K. A. III. 767.

Centner, preußiſcher, ſoll 110 Pfund enthalten. G. S. 1816. p. 151.

Central=Obligationen, ſächſiſche, deren Verlooſung. v. K. A. 18. III. 638.

Central=Steuerkaſſen=Schulden, Sächſiſche, — Konvention mit Sachſen darüber. G. S. 1819. (Anh.) p. 69. — Regulirung derſelben in den an Preußen abgetretenen Gebietstheilen und im Herzogthum Sachſen. G. S. 1815. p. 64. f. — 1821.

p. 185. — Auseinanderſetzung mit Sachſen-Weimar rückſichtlich derſelben. G. S. 1826. (Anh.) p. 6. ff. — wegen künftiger Behandlung und Verwaltung derſelben. G. S. 1826. (Anh.) p. 9. 10.

Central-Steuer-Obligationen, Sächſiſche, und deren Zinkoupons, Aufgebot, Amortiſation und Erſatz derſelben bei deren Verluſt. G. S. 1819. p. 157. 159. f. — 1821. p. 97. — vierjährige Verjährungsfriſt der von ſelbigen verfallenen und unabgehoben gebliebenen Zinſen. G. S. 1821. p. 96. f.

Central-Unterſuchungs-Kommiſſion gegen revolutionaire Umtriebe in den deutſchen Bundesſtaaten, deren Errichtung in Mainz. G. S. 1819. p. 222. f.

Certifikate, Stempel-Anwendung bei ſelbigen. G. S. 1822. p. 117. 118. — desgl. Sporteln bei den Prov. Behörden. G. S. 1825. p. 131.

Certioration der Frauensperſonen; deren Form u. Gültigkeit. R. v. 20. Febr. 1824. v. K. J. XXIII. 49. — Iſt die von einer Ehefrau zum gerichtlichen Protokoll und mit Zuziehung eines Beiſtandes, erklärte Uebernahme der Schulden ihres Ehemannes, auch ohne Certioration, rechtsverbindlich, wenn das Protokoll ergiebt, daß ihr das Weſen und die Folgen der Expromiſſion bekannt geweſen ſind? S. u. Str. R. 2. B. No. 28. p. 266. — Hängt die Anwendbarkeit der geſetzlichen Vorſchriften über die Nothwendigkeit der Certioration bei Bürgſchaften der Frauensperſonen, oder bei deren Eingehung gemeinſamer Verpflichtungen mit Männern in Einem Inſtrument, von dem Orte des geſchloſſenen Kontraktes, oder von dem Wohnorte der Frauensperſon ab? S. u. Str. R. 2. B. No. 47. p. 425. — ſ. auch Bürgſchaft. — der Ehefrauen; ſ. Ehefrauen.

Cessio bonorum, A. G. O. Th. I. Tit. 48. wenn ein im wirklichen Dienſt ſtehender Königl. Civilbediente dazu zu verſtatten. C. v. 30. Dec. 1798. E. S. p. 1834. X. Dieſe Vorſchrift iſt auf Juſtiz-Commiſſarien jedoch nicht anwendbar. R. v. 29. Sept. 1800. N. A. p. 325. Th. 1. H. 3. — Wenn der Beſitzer eines Grundſtücks durch Scheinverträge andere verleitet hat, ihm einen höhern Credit zu bewilligen, und die hintergangenen Gläubiger leiden hiernächſt in dem über ſein Vermögen entſtandenen Concurſe Verluſt, ſo ſoll derſelbe niemals zur, verſtattet, ſondern als Bankeruttirer beſtraft werden. Publ. v. 28. Febr. 1802. §. 4. ſ. a. §. 14. der V. v. 28. Febr. 1806. N. A. 310. IV. nach welchem die noch ſchwebenden Provokationen auf Abtretung des Vermögens von Seiten ſolcher Schuldner, welche ihre Gläubiger durch unerlaubte Mittel zum Creditgeben verleitet, ſiſtirt werden mußten. — Reviſion findet in Prozeſſen wegen Verſtattung zu derſelben ſtatt. R. v. 2. Apr. 1827. v. K. J. XXIX. 88 — 90. — Sind mehrere Gläu-

biger, gegen welche der Gemeinſchuldner auf das beneficium cessionis bonorum provocirt, als Litis-Conſorten zu betrachten? S. u. Str. R. 2. B. No. 24. p. 237. — Steht alſo dem Mitgläubiger, welcher gegen das den Gemeinſchuldner zur Rechtswohlthat zu laſſende Urtheil nicht appellirt hat, der nachträgliche Beitritt zur Appellation ſeiner Mitgläubiger zu? Wie lange iſt dieſer Beitritt zuläſſig? Insbeſondere kann er auch dann geſchehen, wenn bereits das günſtige reformatoriſche Appellations-Urtel in revisorio beſtätigt worden iſt? S. u. Str. R. 2. B. No. 24. p. 237. ſ. Reviſion.

Ceſſion der im Hypothekenbuche eingetragenen Forderungen und Verpfändungen eingetragener Activ-Capitalien werden in der dritten Haupt-Rubrik unter der Colonne von Ceſſionen eingetragen, H. O. Tit. 1. §. 58 — §. 60. p. 15. ſ. Supplementbogen; müſſen gerichtlich geleiſtet, oder doch beglaubiget ſein, Tit. 2. §. 199. p. 67. und bei gegenwärtiger Notirung derſelben kommt es nicht auf dasjenige an, was zur Zeit der Ceſſion oder Quittung, ſondern zur Zeit der Verlautbarung des Actus bei dem Hypothekenbuche circa formam externam Rechtens iſt. R. v. 13. Febr. 1792. N. A. 72. II. — Nach dem an das Weſtpreußiſche Hofgericht ergangenen R. v. 19. Mai 1802 ſoll es bei der bei dieſem Collegio beſtehenden Obſervanz, vermöge welcher über Schuldforderungen, die im Hypothekenbuche eingetragen worden, nur gerichtliche Ceſſionen angenommen werden, bis deshalb nähere Beſtimmung ergehet, ſein Bewenden behalten. — Ceſſionen können vor jeder zur Beglaubigung der vor ihr vollzogenen Handlungen autoriſirten Gerichtsperſon, welche ſich hauptſächlich von der Identität des Cedenten und von deſſen Dispoſitionsfähigkeit über die zu cedirende Forderung verſichern muß. H. O. Tit. 2. §. 201. p. 68., folglich auch vor einem Juſtiz-Commiſſarius und Notarius vollzogen, oder vor demſelben recognoscirt werden. §. 200. p. 67. — Ueber den Ceſſions-Actus wird eine ordentliche vollſtändige Regiſtratur aufgenommen. §. 202. p. 68., ſolche auf das bereits exiſtirende, oder bei deſſen bisherigen Ermangelung annoch beſonders aufzunehmende, eingetragene Original-Inſtrument ſelbſt, oder, wenn kein hinlänglicher Raum mehr vorhanden, deren Anfang, in einer oder mehrern Zeilen beſtehend, geſetzt, die Unterſchrift atteſtirt, das öffentliche Siegel beigefügt und ſolchergeſtalt das Original-Inſtrument, oder wenn daſſelbe, weil nur ein Theil der Forderung cediret, oder außer der cedirten Forderung noch mehrere dadurch begründet werden, nicht extradirt werden kann, deſſen mit der §. 207. bemerkten Vidimations-Klauſel gefertigte vidimirte Abſchrift dem Ceſſionario ausgehändiget, §. 203. — §. 207. — die Regiſtratur aber ſowohl auf das Original-Inſtrument, welches der Cedent behält, als auf die vidimirte Abſchrift geſetzt. §. 208. 209. p.

70. — Des Schuldners Conſens und die Eintragung in das Hypothekenbuch iſt zur Rechtsgültigkeit der Ceſſion zwar nicht nothwendig, §. 210. — §. 212. p. 70. A. L. R. I. XI. 409. I. XX. 513., doch kann die unterbliebene Bekanntmachung derſelben an den Schuldner wegen Zahlung der Zinſen §. 212. und die nicht geſchehene Vermerkung der Ceſſion dem Ceſſionario in gewiſſen beſondern Fällen nachtheilig werden, §. 213. p. 71. A. L. R. I. XX. 514. Auch kann außerdem dem Ceſſionario in dem Falle ein Nachtheil erwachſen, wenn eine Ehefrau ihrer cedirten noch auf ihren Namen ſtehenden Illatorum nach dem A. L. R. II. I. 274. II. XX. 1485. verluſtig wird; A. G. O. Th. I. Tit. 50. §. 412. ſ. a. §. 161. weshalb Ceſſionarius am ſicherſten gehet, wenn er die ihm geſchehene Ceſſion ſelbſt in das Hypothekenbuch eintragen läſſet. §. 214. §. 215. p. 71. — Was die das Hypothekenbuch führende Behörde, der eine Ceſſion zur Eintragung offerirt, zuvor wegen Prüfung der Statthaftigkeit derſelben und deren äußeren Form, §. 216. — §. 220. p. 72. p. 73. bei der Eintragung ſelbſt, und deren Notirung unter der Ceſſions-Regiſtratur, §. 221. oder, wenn copia vidimata des Inſtruments expediret werden muß, auf das Original-Inſtrument ſelbſt, §. 222. und wegen Bekanntmachung der Ceſſion an den Schuldner zu beobachten. §. 223 — §. 227. p. 74. — Die Koſten einer Ceſſion und deren Eintragung müſſen, wenn nichts beſonderes verabredet iſt, von dem Cedenten und Ceſſionario zu gleichen Theilen getragen werden. Hat jedoch der Schuldner wegen geſchehener Aufkündigung ſich um einen andern Gläubiger beworben, ſo muß, wenn nicht ein Anderes verabredet, der Schuldner die Ceſſions- und Eintragungskoſten entrichten, A. L. R. I. XI. 427. I. XX. 511. 518. 519. und kann dem Ceſſionarius einer mit Conſens des Schuldners eingetragenen hypothekariſchen Schuldverſchreibung ein wider den Cedenten zuſtehender vor der Ceſſion entſtandener Einwand der Kompenſation nur alsdann mit rechtlichem Effekt entgegengeſetzt werden, wenn dieſer Einwand im Hypothekenbuche vermerkt, oder dem Ceſſionarius ſonſt bekannt geweſen iſt, und ein Gleiches ſtatt findet, wenn Jemanden ein sub servato dominio eingetragenes rückſtändiges Kaufgeld cedirt worden, welches der Käufer deshalb zu agnosciren oder zu bezahlen verweigert, weil er Einwendungen hat, die aus einem im Kaufkontrakte enthaltenen Verſprechen des Verkäufers entſpringen. Anh. I. zum A. L. R. §. 53. — A. L. R. Einl. 106 — 108. I. XI. 376 — 444. — ob, wenn Creditor dem zu ſeiner Befriedigung das Geld hergegebenen Dritten nicht jura cessa geben will, dennoch der letztere im Hypothekenbuch als neuer Gläubiger eingetragen werden könne? R. v. 9. Aug. 1776. E. S. p. 1204. VI. auch außergerichtliche ſind gültig. H. B. V. 386. die Gläubiger können den Erben und Ceſſio-

narium nicht zugleich belangen. H. B. VII. 73. Von Ceſſion eingetragener Poſten ſ. Hypotheken-Ordnung v. 1783. C. S. p. 2643. VII. des ususfructus fideicommissarii. H. B. VIII. 33. des Näherrechts nach Magdeburgſchen Geſetzen. ibid. IV. 413. Cessus debitor kann dem Cedenten ſo lange cum effectu liberationis zahlen, als er von der Ceſſion keine Wiſſenſchaft hat. Lief. 2. p. 36. Von Ceſſionen nach dem Preußiſchen Landrecht p. 231. St. B. VII. (I.) die Ceſſion ſtreitiger Forderungen an den Richter. A. L. R. I. XI. 386. und an Gerichts-Actuarien iſt ungültig. R. v. 5. Sept. 1796. p. 635. X. St. B. p. 307. IV. — Durch Partial-Ceſſion einer Forderung kann der Schuldner zur Annahme einer Partialkündigung nicht verpflichtet werden. St. B. p. 235. XV. Publ. die, der Beſoldungen der Offizianten betr. v. 18. Nov. 1802. p. 102. XVI. — Nach dem A. L. R. I. XI. 386. gehören zu den ſtreitigen Rechten, deren Ceſſion an Juſtizbediente und Juſtizcommiſſarien unterſagt iſt, alle diejenigen, welche zur Zeit derſelben von dem Verpflichteten ganz oder zum Theil nicht anerkannt worden, und es gehet dieſes Verbot auf alle bei einem Juſtizcollegio oder anderem Gerichte angeſtellte Offizianten. R. v. 3. Oct. 1801. N. A. III. 249. J. M. II. p. 6. Wenn der Ceſſionar nicht leſen noch ſchreiben kann, muß der Ceſſionsvertrag nach Vorſchrift des A. L. R. I. V. 172. f. und XI. 394. nicht nur ſchriftlich, ſondern gerichtlich oder vor einem Juſtizcommiſſarius errichtet werden, und iſt dem erſtern nicht nachtheilig, wenn er auch die cedirten Schuldſcheine angenommen. Erk. 1805. J. M. I. 239. Der Ceſſionar kann nach Vorſchrift d. A. G. O. Th. I. Tit. 28. §. 1. ſeinen Cedenten aus der gerichtlichen, oder coram notario et testibus aufgenommenen Ceſſion nicht im Executiv-Prozeß zur Gewährleiſtung des nominis cessi in Anſpruch nehmen. R. v. 20. Febr. 1807. J. M. IV. 95. Mit Abänderung des R. v. 26. Apr. 1806. daß derjenige, welcher eine Spezial-Vollmacht zum Empfang der Gelder erhält, auch dadurch qualificirt ſei, ſtatt der ihm ſpecialiter aufgetragenen Einziehung des Activi, daſſelbe zu cediren, J. M. III. 414. iſt durch das R. v. 19. Oct. 1809. J. M. VIII. 369. feſtgeſetzt, daß zur Ceſſion hypothekariſcher und anderer Forderungen jederzeit eine Spezial-Vollmacht zu erfordern, und daß Vollmacht zur Quittung und Verzichtleiſtung nicht hinreiche. 8 gr. Stempel. — Ein Ceſſionar, welchem nur ein Theil einer kündigungsfähigen Schuldforderung abgetreten, kann ſolche kündigen, und deſſen Bezahlung von dem Schuldner fordern, R. v. 22. Sept. 1810. J. M. IX. 323. ſ. B. v. 8. Febr. 1811. G. S. p. 150. I. — Von, hypothekariſcher im H. Warſchau eingetragener Obligationen, N. A. B. 24. I. von Stempelpflichtigkeit der im Auslande aufgenommener Ceſſionen hier verſicherten Capitale. N. A. B. 255. IV. K. A. B. 222.

u. v. K. J. III. 42. — Stempelgebrauch zu ſelbigen. G. S. 1822. p. 118. — Partial- von Schuldverſchreibungen, Verfahren rückſichtl. deren Kündigung. G. S. 1811. p. 150. — bezahlter aber ungelöſchter Hypotheken-Forderungen; ſ. dieſe. — Iſt die Entſchädigung eines, über ein Lieferungs-Geſchäft abgeſchloſſenen und mit dem Namen des Abnehmers in dorso verſehenen Schlußzettels, als eine Ceſſion derſelben zu erachten? S. u. Str. R. 1. B. No. 40. p. 132. — Welche rechtliche Wirkung äußert die Einhändigung eines ſolchen Schlußzettels auf das Verhältniß der beiden Contrahenten? S. u. Str. R. 1. B. No. 40. p. 152. — Kann ein Gläubiger, welchem zu ſeiner Befriedigung von dem Schuldner die Ceſſion eines Aktivum verſprochen iſt, die Erfüllung dieſes Vertrags, nach Eröffnung des erbſchaftlichen Liquidations-Prozeſſes über den Nachlaß des Schuldners, bei klarer Inſufficienz der Maſſe, dann von dem Curator verlangen, wenn im Laufe des Liquidations-Prozeſſes der förmliche Konkurs-Prozeß eröffnet wird? S. u. Str. R. 2. B. No. 6. p. 67. — Ein Correal-Verpflichteter, welcher den Gläubiger gegen jura cessa bezahlt hat, muß ſich bei dem Regreß gegen ſeinen Mitverpflichteten der Ceſſion ungeachtet, ſeinen eigenen Antheil in Abzug bringen laſſen. S. u. Str. R. 3. Band No. 6. p. 90. — wenn in einem ſolchen Falle die Forderung des Gläubigers ſchon vor der Ceſſion rechtskräftig feſtgeſtellt worden; iſt alsdann der Correal-Verpflichtete, welcher die Forderung durch Ceſſion an ſich gebracht hat, berechtigt, ſeine Gerechtſame gegen ſeinen Mitverpflichteten im Wege der Exekution zu verfolgen, oder muß er von neuem klagen? S. u. Str. R. 3. B. No. 6. p. 91. — Verliert ein Ceſſionar der dem Cedent nicht geſetzlich, ſondern vertragsmäßig für die Sicherheit der Forderung haftet, das Recht, ſich an den Cedenten zu halten, dadurch, daß er die Forderung nicht binnen 3 Monaten nach erfolgter Ceſſion gerichtlich aufgekündigt hat? S. u. Str. R. 3. B. No. 15. p. 158. — Kann der Staat ſein Recht, zum Wohl des gemeinen Beſten jemand zum Verkauf ſeiner Sache zwingen, einem Dritten eigenthümlich überlaſſen? S. u. Str. R. 3. B. No. 21. p. 225. — Ceſſion in bianco. — Muß Fiscus für die ſeinem beauftragten Beamten, Behufs der Umſchreibung in Staatsſchuldſcheine, von einem Dritten eingelieferten und demnächſt vom Beamten unterſchlagenen Lieferungsſcheine aufkommen, wenn die Lieferungsſcheine nicht auf den Namen des Einliefernden lauteten, ſondern nur mit einer Ceſſion in bianco verſehen waren? S. u. Str. R. 2. B. No. 23. p. 221. — Die Vorſchrift des A. L. R. Th. 1. Tit. 11. §. 385., daß richterliche Perſonen und Juſtizcommiſſarien ſtreitige §. 386. Rechte, deren Erörterung vor den Gerichtshof, bei welchem ſie angeſtellt ſind, es ſei in erſter oder in einer der folgenden Inſtanzen gehören würde,

nicht an ſich löſen können: findet in Folge §. 404. Th. 2. Tit. 20. auch auf Aktuarien und die Subalternen eines Juſtizcollegii Anwendung; Anh. z. L. R. §. 16. 17. ſtrafbar ſind nur die Ceſſionen ſolcher Forderungen, welche ſchon im Prozeß oder in der Exekution befangen ſind. R. v. 5. Sept. 1796. p. 633. X. Rabe 523. III. v. 3. Oct. 1801. N. A. 250. III. B. 7. II. A. L. R. I. XI. 387. — Da die Franzöſiſchen Geſetze (Code Civil §. 1689 und 1690.) die Uebertragung der Rechte auf eine Forderung, worüber briefliche Urkunden exiſtiren, nicht davon abhängig machen, daß die Ceſſion ſelbſt, oder wenigſtens der Anfang derſelben auf das cedirte Document geſetzt werde, auch das A. L. R. Th. I. Tit. 9. §. 394. dieſe Form nicht bei Strafe der Nichtigkeit der Ceſſion vorſchreibt und die Vorſchrift der Hyp. Ord. Tit. II. §. 202. gleichfalls die gedachte Form nicht sub poena nullitatis verordnet, ſo ſind auch ſolche Ceſſionen einzutragen, welche in ſonſt beweiſender Form ausgefertigt, mit dem Hauptinſtrumente zugleich zur Eintragung überreicht werden, ohne auf die nach §. 202. Tit. II. der Hyp. Ord. beſtimmte Art mit demſelben in Verbindung zu ſtehen. R. v. 20. Sept. 1819. v. K. J. XIV. 60. — Die Vorſchrift §. 399. Tit. 11. Th. I. des A. L. R., wonach bei Partial-Ceſſionen von dem Inſtrumente eine beglaubte Abſchrift gefertigt, auf dieſe die Ceſſion geſetzt, auf dem Hauptinſtrumente aber bemerkt werden muß, daß und welche der darin enthaltenen Forderungen cedirt ſei, gilt auch von Hypothekenforderungen. R. v. 31. Dec. 1820. XVI. 255. — Zum Behuf der Eintragung derſelben genügt die Einreichung einer vollſtändigen vidimirten Abſchrift des Teſtaments, der Depoſitions- und Publikations-Verhandlungen. R. v. 27. Oct. 1820. XVI. 257. — Wirkung der von einer Frauensperſon eingegangenen Ceſſion, in dem Falle, wenn ſie ihrem Ceſſionar die Priorität des cedirten Antheils eines Capitals vor dem Reſt, den ſie behält, einräumt, und Vermerkung diiſer Priorität im Hypothekenbuche. R. v. 21. April 1823. XXI. 245. — Die Frage: ob zur Gültigkeit der Ceſſionen aller Forderungen an Juſtizoffizianten, welche bei dem Gerichtshofe angeſtellt ſind, wo die Forderung in erſter oder in einer der folgenden Inſtanzen erörtert werden müßte, ſelbſt der Hypothekenforderungen nach §. 386. Tit. 11. Th. I. des A. L. R. nöthig ſei, daß die Forderungen zur Zeit der Ceſſion von dem Verpflichteten ganz oder zum Theil beſonders anerkannt werden, und ob die Eintragung ſolcher Ceſſionen ſo lange verſagt werden müſſe, bis ein ſolches Anerkenntniß beigebracht worden, iſt bejahend beantwortet. R. v. 17. Nov. 1823. XXII. 164.

ſiehe Eintragungsgebühren, Erbſchaftsſtempel, Hypothekendokumente, Hypothekenrecht, Lehnsſchuld, Löſchungsgeſuch, Zinszahlungsgeſuch.

R. v. 10. Jun. 1831. über den Stempel bei denſelben bezüglich auf die Anerkennung des Ceſſionars von Seiten des Debitoris cessi. v. K. J. XXXVII. 391. 392. von Pfandbriefskapitalien, ſ. Pfandbriefe. — öffentlicher Papiere, durch Notariats-Inſtrumente, Stempelpflichtigkeit derſelben. v. K. A. 25. II. 324. — von Lieferungsſcheinen, ſind ſtempelfrei. 17 I. 45. ſ. überh. Hypothekengebühren, Juſtiz-Kommiſſarien, Wechſel.

Ceſſionarius, ſ. Beſitztitel. Ceſſion. Löſchungsgeſ.

Ceſſions-Urkunde; ſ. Hypothekendokumente.

Chambres garnies, ſ. Zimmer, meublirte.

Charakter der Beamten, ſ. Titel.

Charfreitag, an ſelbigem dürfen keine öffentl. Luſtbarkeiten ſtatt finden. v. K. A. 26. I. 86. 87. — deſſen Feier im Herzogthume Sachſen. 21. IV. 868. 30. III. 574.

Chargen-Gebühren, deren Aufhebung. G. S. 1810. p. 121. finden bei der Entlaſſung eines Sohnes aus der väterlichen Gewalt nur in dem Falle ſtatt, wenn der Impetrant eigenes, dem väterlichen Nießbrauche nicht unterworfenes Vermögen beſitzt. R. v. 4. Nov. 1817. v. K. J. X. 224. — fallen bei Majorennitäts-Erklärungen weg. R. v. 25. Juni 1819. XIII. 298.

Chargenkaſſe, ſ. Corp. Const. March. IV. V. Cap. 2. beſonders: Rgl. v. 1. Jan. 1686. v. 21. Nov. 1698. v. 7. Mai 1705. E. S. IV. V. II. No. 1. 17. 19. Ed. v. 1766. p. 431. IV. Von den Sportel-Kaſſen-Salarien wird nur ein Monat zur, gegeben. V. v. 18. Juli 1753. p. 537. I. Revidirtes Regl. v. 30. Mai 1765. p. 841. III. welches §. 2. verordnet, daß die Collegia und Caſſen, welche Jemanden, der eine Beſoldung oder Gnadenſache erhält, zu dem Genuß derſelben verſtatten, ehe die regelmäßigen jura berichtiget worden, ſolche ex propriis erlegen ſollen. R. v. 2. Aug. 1798. p. 1682. X. Auch Soldaten, welche bürgerliche Häuſer acquiriren, müſſen pro Concessione die reglementsmäßigen Chargen-Iura entrichten. R. v. 17. Sept. 1765. p. 36. Theil I. v. Lamotte Beiträge zur Cameral-Wiſſenſchaft.

Charite-Krankenhaus in Berlin, iſt dem allgemeinen Polizei-Departement im Miniſterio des Innern untergeordnet. G. S. 1810. p. 11. — Regulativ über die Organiſation eines beſondern Kuratoriums zur Verwaltung der Angelegenheiten deſſelben, v. 7. Sept. 1830. G. S. 1830. p. 133—139. — Aufnahme der Kranken in ſelbiges und Entrichtung der Kur- und Verpflegungskoſten für dieſe. G. S. 1830. p. 134. 135. — Verfahren rückſichtl. der Aufnahme auswärtiger Kranken in ſelbige. v. K. A. 25. I. 260. — ſiehe auch Blödſinnige. Gemüthszuſtand. — Errichtung eines beſonderen Kuratoriums für die Verwaltung deſſen Angelegenheiten. 30. IV. 840.

Charten; ſ. Karten; ſiehe auch Feſtungspläne.

Charte=partie, ſ. Kaution.

Chauſſee, (Kunſtſtraßen) deren Anlegung, Unterhaltung und die von ſelbigen aufkommenden Einnahmen reſſortiren vom Miniſterio des Innern. G. S. 1808. p. 365. — 1825. p. 151. — dieſelben ſo wie die Verwaltung der Einkünfte von ſelbigen, reſſortiren bei den Regierungen von der Abtheilung des Innern. G. S. 1826. p. 7. — deren Anlegung innerhalb der Feſtungs-Rayons. G. S. 1828. p. 124. — auf ſelbigen dürfen Holz, Pflüge, Eggen und ähnliche Gegenſtände nicht geſchleppt werden. G. S. 1828. p. 67. — auch darf auf ſelbigen kein Vieh gefüttert oder angebunden werden. G. S. 1828. p. 67. — Dienſtpflichtige Unterthanen ſind nach dem Gutachten der G. C. v. 8. Febr. 1803. nicht ſchuldig, von den für ihre Gutsherrſchaft oder deren Pächter zu leiſtenden Fuhren, wenn ſie damit das Chauſſee-Haus berühren, das Chauſſee-Geld aus eigenen Mitteln zu bezahlen. N. A. 59. B. 3. — Anlegung derſelben durch Privatunternehmungen. v. K. A. 22. II. 430. — neue, vor deren Anlegung muß die Erklärung des Königl. General-Kommando's darüber eingeholt werden. 26. IV. 1133. — von den Kreiſen auf Nebenwegen angelegt, Wegegeld-Erhebung von ſelbigen. 26. III. 686. — IV. 1007. — polizeiliche Anordnungen für deren Befahrung u. Benutzung. 21. IV. 969. seq. — deren Steinweg oder Sommerweg muß, von den Fuhrleuten offen gelaſſen werden. 18. I. 171. — Wagen dürfen auf denſelben nicht ausgeſpannt werden. 18. I. 171. — ſollen mit Bäumen bepflanzt werden. 18. IV. 1154. — deren Bepflanzung mit Obſtbäumen. 25. IV. 1004. — auf denſelben ſoll im Hannöverſchen kein Wagen der Spur des ihm vorfahrenden folgen. 17. IV. 325. — Siehe auch Landſtraßen. — deren Unterhaltung und Neubau reſſortirt vom Miniſterio des Innern, die Verwaltung der Einnahmen von ſelbigen dagegen, vom Finanz-Miniſterio. 27. IV. 884. seq. — an ſelbigen dürfen ohne Erlaubniß keine Gebäude aufgeführt werden. 27. III. 771. seq. — auf ſelbigen dürfen Pferde nicht gefüttert werden. 27. III. 773. — ſtändiſche Mitwirkung bei deren Legung in Weſtphalen. 27. II. 576. — Gebiets-Abtretungen zum Bau derſelben im Meklenburg-Strelitzſchen. 27. I. 281. — auf ſelbiger dürfen Holz, Pflüge, Eggen und ähnliche Gegenſtände nicht ohne Unterlage geſchleppt werden. 28. IV. 1089. seq. — deren Anlegung und Unterhaltung in der Provinz Preußen. 30. I. 235. — desgl. in der Provinz Weſtphalen. 30. I. 216. — Chauſſee-Straßen (chauſſirte Bezirksſtraßen) in den Rheinprovinzen, deren Anlegung und Unterhaltung. 29. III. 681. 702. 723. — Verſuche zu deren beſſeren Beaufſichtigung in Beziehung auf die Unterhaltung derſelben. 31. II. 400. f. — Strafbarkeit

des Mangels an Aufſicht auf Fuhrwerke und Pferde auf denſelben. 31. IV. 790 — 792. — als Bezirks- und Kreisſtraßen auf der rechten Rheinſeite, deren Beförderung von Seiten des Staats. 31. IV. 785. — in wie weit die Anwohner zur Wegräumung des Schnees von denſelben, verpflichtet ſind. Cab. O. v. 8. März 1832. G. S. 1832. p. 119. — Anwendung der mit dem Chauſſeegeld-Tarif v. 28. Apr. 1828. publizirten Strafbeſtimmungen auf alle öffentl. chauſſirte Wege. Cab. Ord. v. 31. Aug. 1832. G. S. 1832. p. 214. — Anordnungen für die Leitung der Arbeiten zu deren Inſtandhaltung. v. K. A. 33. II. 509 — 515. — neue, deren Anlegung ſollen die Poſtämter dem General-Poſtamte ohne Verzug anzeigen. 33. II. 348. — neue, bei deren Anlegung ſollen die Begräbnißplätze verſchont werden. 33. I. 214. ſiehe a. Chauſſee-Bauten. — Fortſchaffung der Sperrſteine, ſ. letztere. Bauanlagen an derſelben, ſ. letzt. — Inſtruktion zu deren Verwaltung, v. 17. Mai 1834. v. K. A. 34. II. 532.

Chauſſee-Arbeiten, Benutzung entlaſſener Pioniere zu ſelbigen. v. K. A. 29. II. 408.

Chauſſee-Arbeiter, ſollen ohne vorherige Legitimation ihrer Unverdächtigkeit nicht angenommen werden. v. K. A. 20. I. 71. — II. 280.

Chauſſee-Ausgaben, werden dem Miniſterio des Innern durch das Finanz-Miniſterium überwieſen. v. K. A. 28. II. 288.

Chauſſee-Bäume, Strafe für deren Beſchädigung. G. S. 1828. p. 68. — Beförderung und Pflege der Baumpflanzungen an den Chauſſeen und Reſſort der Regierungen rückſichtl. derſelben. v. K. A. 28. IV. 993. — Bedingungen, unter welchen die Bepflanzung der Chauſſeen mit Obſtbäumen an Privatperſonen und Gemeinden überlaſſen werden ſoll. 30. II. 436 — 445. — Strafe und Schadenserſatz für Baumbeſchädigungen an den Chauſſeen. 31. II. 403.

Chauſſee-Bau, (Bauten) Pat. wegen Errichtung einer wachſenden Leibrentenanſtalt zum Betriebe deſſelben im Magdeburgſchen und Halberſtädtſchen v. 28. Oct. 1788. C. S. p. 2258. VIII. Ed. über die den Unterthanen in der Churmark in Anſehung deſſelben obliegende Verbindlichkeiten v. 18. Apr. 1792. p. 933. IX. Tarif die Erhebung der Chauſſee-Gelder betr. v. 3. May 1792. p. 973. IX. Rgl. für die Grafſchaft Mark v. 31. May 1796. p. 422. X. — Beſtimmung eines jährlichen Averſional-Quanti für ſelbige bei den Regierungen. G. S. 1808. p. 505. — für ſelbige ſollen die Chauſſee-Ueberſchüſſe und Erſparungen zurückgelegt werden. G. S. 1817. p. 263. — über die Gränzen eines Regierungsbezirks hinaus, dazu reſſortiren die Vorſchläge von dem Oberpräſidenten. G. S. 1826. p. 2. — ſiehe auch Chauſſee. — Obliegenheiten der Unterthanen bei denſelben. v. K. A. 17. I. 87. — IV. 77. — neue,

deren Ausführung durch Entrepriſe, mit Berückſichtigung der Kreis-Kommunen 27. IV. 847. — in den Marken, Verpflichtung der Grundeigenthümer zur unentgeldlichen Hergabe von Feldſteinen, Sand und Kies zu ſelbigen. 28. II. 546. — zeitige Herbeiſchaffung, der zu ſelbigen erforderlichen Unterhaltungs-Materialien. 29. III. 630. — im Werke begriffene, Verbindung der vorgeſchriebenen Nivellements-Pläne mit denſelben. 30. I. 173. ff. — II. 436. — Verabfolgung von Feldſteinen zu ſelbigem Seitens der Grundbeſitzer. 30. IV. 863. — Entnehmung von Steinen und Kies zu demſelben aus königl. Forſten. 32. IV. 894. — deſſen Beförderung in der Provinz Weſtphalen. 32. III. 744. 745. 764. ff. — desgl. in der Rheinprovinz. 32. III. 777. 789. — neue, Vorſchriften für die Ausarbeitung der Anſchläge zu denſelben. 33. I. 210. — Bewirkung und Bezahlung der geometriſchen, nivellitiſchen, und geodätiſchen Vorarbeiten und Aufnahmen bei denſelben, nach den Preisſätzen des Feldmeſſer-Reglements. 33. I. 211. 213. — ungeprüfte Feldmeſſer dürfen dazu nie gebraucht werden. 33. I. 213. — Beſtimmungen des Edikts vom 18. Apr. 1792. §. XVIII. No. 15. littr. a. bis i, in Bezug auf die Geldentſchädigungen für zum Chauſſeebau abgetretenen Grund- und Boden. Verordn. v. 8. Aug. 1832. G. S. 1832. p. 202. — bei Auszahlung der Entſchädigungs-Summen für die zum Chauſſeebau in der Provinz Preußen abgetretenen Privatländereien, ſoll zur Vermeidung der Förmlichkeiten bei der Legitimation, das abgekürzte Verfahren angewendet werden, welches in der Kurmark vorgeſchrieben. Cab. Ord. v. 17. Febr. 1833. G. S. 1833. p. 23. — bey Auszahlung der Entſchädigungsſummen für die zum Chauſſeebau abgetretenen Privatländereien, ſoll das abgekürzte Verfahren, welches in der Kurmark vorgeſchrieben iſt, auch in der Provinz Poſen angewendet werden. Cab. Ord. v. 22. Aug. 1833. G. S. 1833. p. 117., desgl. auch in der Provinz Sachſen, ſiehe Sachſen Provinz.

Chauſſee-Bau-Anſchläge, Vorſchriften für deren Anfertigung. v. K. A. 29. II. 399.

Chauſſeebau-Aufſeher, ehemal. deren Unterſtützung bei Verarmungen. v. K. A. 26. IV. 1113.

Chauſſee-Baudepartement, von der Kurmark und Pommern, deſſen Reſſort wird mit den Regierungen vereinigt. G. S. 1808. p. 466.

Chauſſeebau-Fuhren, die Beſchwerden über die Heranziehung zu deren Leiſtung gehören vor die adminiſtrative Behörde. R. v. 16. Oct. 1817. v. K. J. X. 231.

Chauſſee-Baukaſſe, ſiehe Inſtruktion v. 17. Mai 1834. v. K. A. 34. II. 536.

Chauſſee = Bau = Kommiſſion, in der Mark Brandenburg, deren Beſtimmung. v. K. A. 30. IV. 862.

Chauſſeebau = Komtoir der Seehandlungs = Sozietät, deſſen Errichtung. v. K. A. 24. I. 281. — Portofreiheit in deſſen Angelegenheiten. v. K. A. 24. II. 387.

Chauſſee=Baumaterialien, Fuhren, welche ſolche anfahren, ſind vom Chauſſeegelde befreit. G. S. 1822. p. 170. — 1824. p. 218. — 1828. p. 66. — aufgehäufte, dürfen nicht auseinandergeworfen werden. G. S. 1822. p. 171. — 1824. p. 219. — in wie weit eine Vergütigung für die von Grundbeſitzern aus ihren Feldmarken zu ſelbigen hergegebenen Feldſteine, Sand, und Kies ſtattfinden könne. G. S. 1825. p. 152.

Chauſſee=Beamte, für deren Fuhrwerke und Pferde wird kein Chauſſeegeld entrichtet. G. S. 1822. p. 170. — 1824. p. 218. — Strafen für Vergehen gegen ſelbige. G. S. 1822. p. 172. — 1824. p. 219. — Widerſetzlichkeiten gegen ſelbige, werden nach den allgemeinen Geſetzen beſtraft. G. S. 1828. p. 68.

Chauſſee = Defraudationen und Kontraventionen, Reſſortverhältniſſe rückſichtlich derſelben. v. K. A. 27. IV. 886.

Chauſſee=Doſſirungen, Gras=Entwendung aus ſelbigen oder Abweidung derſelben, wird beſtraft. G. S. 1822. p. 171. — 1824. p. 219.

Chauſſee=Etabliſſements (Chauſſee=Einnehmer= und Wärter=Häuſer) in der Flur einer Gemeinde angelegt, Heranziehung derſelben zu den Gemeinde=Laſten und zur Armenpflege. v. K. A. 30. IV. 784.

Chauſſee=Gefälle, (Chauſſee=Gelder), deren Erhebung gehört zum Reſſort des Handels=Miniſteriums. v. K. A. 19. I. 2. — gehören auf den Etat der indirekten Abgaben. 17. I. 47. — Verfahren bei deren Erhebung. 17. I. 49. — 18. II. 327. — 19. III. 664. — mit Dünger beladenes Fuhrwerk iſt frei von ſelbigen. 19. II. 342. — welche Wagen kein Chauſſeegeld entrichten. 18. IV. 972. — deren richtige Abführung von ländlichen Vecturanten. 20. II. 239. — von Fuhrwerken mit breiten Radfelgen, oder mit Kopfnägeln und Stiften beſchlagen. 18. IV. 972. — 21. I. 194. — 22. II. 332. seq. — 24. IV. 1011. — Tarife über deren Entrichtung. 19. II. 325. — 22. II. 331. — 24. IV. 1010. seq. — Befreiungen von ſelbigen. 22. II. 332. — 24. IV. 1011. — deren Erhebung nach dem neuen Tarif v. 15. Aug. 1824. — 24. IV. 1010. seq. — 25. I. 54 — 56. — von zweirädrigen Wagen. 25. I. 55. seq. — für vierrädrige Land= und Bauerwagen. 25. I. 56. — deren Erhebung in den Rheinprovinzen. 20. I. 17 — 24. — II. 319. — deren Erſtattung an Beamten bei Dienſtreiſen. 17. I. 11. — II. 32. — 23. I. 14. — 25. III. 565. — Bezahlung derſelben für reitende

Polizei⸗Beamten in Dienſtangelegenheiten. 24. II. 478. — Befreiung der Militair⸗Vorſpannfuhren von ſelbigen. 25. II. 302. — desgl. der Königl. Geſtüt⸗Pferde und Geſpanne. 25. II. 303. — desgl. der Vagabonden⸗Transport⸗ und armen Kranken⸗Fuhren. 25. III. 607. — Befreiung der Landräthe von ſelbigen in herrſchaftlichen Dienſtreiſen. 21. IV. 893. — in wie weit davon ſonſt noch Befreiungen ſtatt finden. 21. IV. 893. — 22. II. 332. — 24. IV. 1011. — deren Erhebung im Hannöverſchen. 17. IV. 323. — für das Frachtfuhrwerk mit breitfelgigten Rädern im Königreiche Sachſen. 20. III. 653. — Vorſchriften für deren örtliche Erhebung. 28. II. 320. seq. — Kontrolle derſelben durch die Steuerbeamten. 28. II. 324. — deren Adminiſtration oder Verpachtung. 28. II. 323. deren Einziehung zu den Fonds des Finanz⸗Miniſteriums. 28. II. 287.

Chauſſeegeld, Tarif v. 14. Jul. 1811. K. A. B. 114. I. c. D. 111. II. — Tarif für ſelbiges in den Provinzen diesſeits der Weſer. G. S. 1819. p. 95. 96. — Tarif v. 21. Mai 1822. nebſt Anhang v. 29. deſſelben Monats. G. S. 1822. p. 169—172. — Chauſſeegeld⸗Erhebung nach demſelben, auf den Kunſtſtraßen jenſeits des Rheins G. S. 1822. p. 169. — Befreiungen von ſelbigem. G. S. 1822. p. 170. — Strafbeſtimmungen für Uebertretungen gegen denſelben. G. S. 1822. p. 171. — für die Straße von Aldenhoven nach Linnich. G. S. 1824. p. 177. — für eine Meile von 2000 preuß. Ruthen, v. 15. Aug. 1824. G. S. 1824. p. 217. tritt, wo durch die Regierungs⸗Amtsblätter keine Ausnahmen bekannt gemacht werden, vom 1. Jan. 1825. ab, in Anwendung. G. S. 1824. p. 219. — Befreiungen von ſelbigem. G. S. 1824. p. 218. — Beibehaltung der unterm 22. Mai 1822, ergangenen Strafbeſtimmungen rückſichtl. deſſelben. G. S. 1824. p. 219. — Gleichſtellung der zweirädrigen Wagen in den weſtphäliſchen und rheiniſchen Provinzen, rückſichtlich deſſelben mit den gewöhnlichen Frachtwagen. G. S. 1825. p. 4. — neuer Tarif, für eine Meile von 2000 preuß. Ruthen v. 28. Apr. 1828. G. S. 1828. p. 65. — kommt v. 1. Octbr. 1828. in Anwendung, auch bei andern Staats⸗Kommunikations⸗Anlagen, wo die Abgaben nach Maaßgabe des bisherigen Chauſſeegeld⸗Tarifs entrichtet worden ſind. G. G. 1828. p. 68. Befreiungen von ſelbigem. G. S. 1828. p. 66. — Strafbeſtimmungen für Uebertretungen deſſelben. G. S. 1828. p. 67. — deſſen Nachzahlung von vorgelegten und zurückgelaſſenen Geſpannen an der nächſten Chauſſee⸗Hebeſtelle bei Vermeidung der Defraudations⸗Strafe. G. S. 1830. p. 107. — deſſen Vergütigung auf Dienſtreiſen. G. S. 1825. p. 169. — deſſen Erhebung in ſtandesherrlichen Bezirken. G. S. 1820. p. 91. — wird auch von Militairperſonen entrichtet. K. A. B. 474. IV. — nicht von Düngerfuhren. p. 242. VI. — in wie weit Dünger und andere Wirthſchafts⸗

fuhren, ſo wie auch Wirthſchafts-Vieh, von ſelbigem befreit ſind. v. K. A. 29. I. 31. — Befreiung der Kouriere von demſelben. 33. I. 68. — desgl. des Militair-Vorſpanns. 33. III. 842. — deren Liquidation und Anweiſnng für landräthliche Sekretaire auf Dienſtreiſen. 31. III. 531. — deren Erhebung von Extrapoſten u. Eſtafetten. 31. III. 558.

Chauſſeegeld-Einnahmen, allgemeine Vorſchriften für deren Verpachtung. v. K. A. 26. II. 313. — III. 677—685. — deren Verwendung. 17. I. 47. — die Tantiemen der Wegebau-Beamten von ſelbigen ſind nicht penſionsbeitragpflichtig. 26. III. 608. — deren Kontrolle durch die Chauſſee-Kondukteure und Wegebau-Inſpektoren. 27. IV. 885. — wer ſie bekommt. Inſtruktion vom 17. Mai 1834. v. K. A. 34. II. 537.

Chauſſeegeld-Einnehmer, Dienſtanweiſung für die, v. 27. Nov. 1804. E. S. p. 2767. XI. Dienſtpflichtige Unterthanen ſind von gutsherrſchaftlichen Dienſtfuhren das Chauſſee-Geld aus eigenen Mitteln zu bezahlen nicht verbunden, G. E. v. 8. Febr. 1803. N. A. 59. III. und J. M. I. 121. Das Chauſſee-Edict v. 18. April 1792. p. 933. IX. N. C. C. M. iſt durch die Cabinets-Verordnung v. 15. Jun. 1803. auch auf die Neumark ausgedehnt, und derſelben als Provinzial-Geſetz vorgeſchrieben worden. — deren Verpflichtungen. v. K. A. 17. I. 49. — deren Anſtellung reſſortirt vom Finanz-Miniſterio und den demſelben untergeordneten Provinzial-Steuer-Direktoren. 27. IV. 885. — auf Wartegeld ſtehende, deren Wiederanſtellung. 28. II. 324. — Portofreiheit für deren Dienſtbriefe und Gelder. 29. II. 268. — zur Haltung der Amtsblätter können ſelbige nicht gezwungen, ihnen aber ſolche auch nicht unentgeldlich verabreicht werden. 29. II. 222. — Beförderung deren Dienſt-Korreſpondenze durch die vorbeifahrenden Poſten. 32. II. 381.

Chauſſeegeld-Einnehmer-Wohnungen, deren Einrichtung. R. v. 31. Jul. 1834. v. K. A. 34. III. 844.

Chauſſeegeld-Ermäßigungs-Atteſte, deren Anwendung bei Frohn- u. Robothfuhren in Schleſien. v. K. A. 32. I. 62.

Chauſſeegeld-Freikarten, für öffentliche Beamte auf Dienſtreiſen. G. S. 1828. p. 66. — Kontrollirung deren Gebrauchs von Seiten der rechtmäßigen Inhaber. v. K. A. 29. IV. 799. — können die landräthlichen Sekretaire zu ihren Dienſtreiſen nicht erhalten. 31. III. 531.

Chauſſeegeld-Hebeſtellen, Beförderung deren Dienſt-Korreſpondenze durch die Poſten. v. K. A. 33. III. 633.

Chauſſeegeld-Tarif-Tafeln, deren Beſchädigung wird beſtraft. G. S. 1828. p. 67. — deren Abänderung auf den Hebeſtellen. v. K. A. 28. III. 654—656.

Chauſſeegeldzettel, deren Verabreichung, Annahme und Abgabe. G. S. 1822. p. 172. — 1828. p. 67. — Strafe für deren Verfälſchung. G. S. 1822. p. 172. — 1824. p. 219. — Verfahren rückſichtl. derſelben. v. K. A. 26. I. 27. — deren Creirung und Verausgabung als baares Geld zur Vergütigung der für Kunſtſtraßen-Bauten übernommenen Leiſtungen, kann nicht ſtatt finden. 30. I. 235. — dürfen ohne Erlaubniß der betreffenden Behörde nicht gedruckt werden. 33. III. 710.

Chauſſee-Gräben, in ſelbigen und auf den Banquets darf weder gefahren, geritten, noch auch Vieh getrieben oder geweidet werden. G. S. 1828. p. 67. — an deren Rande darf nicht geackert werden. G. S. 1828. p. 67.

Chauſſeehäuſer, Anlegung von Brunnen in deren Nähe. v. K. A. 26. III. 820. — (Empfangs- oder Hebeſtellen). Vorſchriften für deren Anlegung und Einrichtung. 28. II. 320. seq. — Reſſort der Regierungen rückſichtl. der baulichen Unterhaltung und Feuer-Verſicherung derſelben. 28. II. 545. — können aus dem Feuer-Sozietätsverbande ausſcheiden. 28. II. 546. — Verbindung von Schank- oder Gaſtwirthſchaften mit ſelbigen. 28. II. 322. Verhältniſſe deren Bewohner zu den Gemeinden rückſichtl. der Armenpflege. 32. I. 235. 236.

Chauſſee-Polizei-Geſetze, und die bei deren Uebertretung angeordneten Strafen. v. K. A. 19. II. 549. 453. — 22. III. 333. — 26. I. 27.

Chauſſee-Polizei-Kontraventionen, gehören nicht zur Kognition der Lokal-Polizei-Behörden. v. K. A. 33. IV. 1065. — die wegen derſelben feſtgeſetzten Geldſtrafen fließen daher auch den Regierungs-Hauptkaſſen zu. 33. IV. 1065. f. — ſ. Denunziant. Denunzianten-Antheil.

Chauſſee-Polizei-Vergehen, Anwendung der darauf geſetzten Strafen auf alle chauſſirte Wege. v. K. A. 32. III. 703. — Bewilligung der Hälfte der dafür eingezogenen Geldſtrafen als Denunzianten-Antheil. 32. III. 703. — für deren Entdecker ſoll den Zoll- und Steuer-Beamten von den Geldſtrafen ein Denunzianten-Antheil gewährt werden. 33. I. 214. — von Beſtrafung der Vergehungen gegen die Chauſſee-Regl. ſiehe Regl. v. 31. Mai 1796. E. S. p. 422. X. Rabe 407. III. — Beſtrafung der an den Chauſſee-Anlagen verübten Frevel. G. S. 1822. p. 171. — 1824. p. 219. — nähere Bezeichnung u. Beſtrafung derſelben. G. S. 1822. p. 172. — 1824. p. 219. — 1828. p. 67. f.

Chauſſee-Schlagbäume, dürfen nicht eigenmächtig geöffnet werden. G. S. 1822. p. 172. — 1824. p. 219. — 1828. p. 67. — Strafe für deren Beſchädigung. G. S. 1828. p. 67.

Chauſſee-Steinſchläger. Gebrauch des von Strauchwerk geflochtenen Zaunes von Seiten derſelben. v. K. A. 30. IV. 839.

Chauſſee-Strafgelder, deren Beſtimmung und Verrechnung. v. K. A. 28. II. 324.

Chauſſee-Verwaltung, Reſſort-Beſtimmungen rückſichtl. derſelben. v. K. A. 27. IV. 884. — die Verwaltung der Chauſſee-Einnahmen gehört vor das Finanz-Miniſterium, die Unterhaltung und der Neubau der Kunſtſtraßen aber vor das Miniſterium des Innern. 27. IV. 884. — in den Provinzen geſchieht erſtere durch die Provinzial-Steuer-Direktoren, und unter dieſen durch die Haupt-Steuer- und Zollämter. 27. IV. 884. — hat fiskaliſche Rechte und Portofreiheit. Inſtruktion v. 17. Mai 1834. — 34. II. 538.

Chauſſee-Wärter, deren Pflichten v. K. A. 17. II. 253. — auf Kündigung angeſtellt, deren Penſionirung. 30. IV. 837. — deren Anſtellung auf Probezeit und Kündigung. 31. II. 400. f. — Verfahren bei deren Dienſtentfernung, ebend. — Aufnahme derſelben in den Gemeinde-Verband. 31. III. 570., desgl. in den ſtädtiſchen Armen-Verband. 31. IV. 804.

Chauſſee-Wärter-Wohnungen, deren Einrichtung. R. v. 31. Jul. 1834. v. K. A. 34. III. 844.

Chemie, Nachweis des Studiums derſelben bei dem Referendariats-Examen. v. K. A. 25. III. 564.

Chemiſch-pharmazeutiſche Fabriken, Umfang deren Betriebs. v. K. A. I. 166.

China-Pulver, deſſen Handverkauf iſt den Apothekern nicht geſtattet. v. K. A. IV. 842.

Chinarinde, nur die unter dem Namen China regia bekannte, darf in Apotheken geführt werden. v. K. A. 25. II. 480.

Chinin, ſchwefelſaures, Herabſetzung deſſen Verkaufspreiſes. v. K. A. 28. II. 550. — Herabſetzung deſſen Preiſes in den Apotheken. 30. II. 445.

Chirurgen, wie viel die, für eine Section erhalten. C. v. 17. Jun. 1739. C. S. p. 259. C. I. und Doctoren, die einen durch Schlägerey Verwundeten in Cur bekommen, müſſen ſolches der Policey anzeigen. C. O. v. 29. Febr. R. v. 3. März 1780. p. 1913. VI. ſollen vor dem Examen R. v. 27. Dec. 1717. V. IV. I. No. 19. einen cursum anatomicum machen V. v. 29. März 1724. p. 239. alle, welche den cursum in Berlin machen, müſſen ſich auch dort von einem Deputirten von den Mitgliedern des Ober-Collegii Medici und Sanitatis examiniren laſſen. V. v. 4. Febr. 1791. — Bataillons-, deren Zeugniß über Criminalbeſichtigungen und Obductionen haben gehörigen Fidem. Schreib. v. 8. Jan. 1801. St. B. 254. XIV. Kein Compagniechirurgus iſt zur Ausübung der Wundarzneykunſt, und im Militair nur unter Aufſicht des Regi-

mentschirurgi dazu approbirt, v. 9 März 1801. p. 255. — deren Anſtellung in den Provinzen. G. S. 1808. p. 491. — V. wegen Faſſung der Eidesformeln der, P. A. B. 104. II. K. A. B. 174. Penſionirte oder verabſchiedete Militair-, ſind als Civilperſonen zu betrachten, R. v. 5. Nov. 1811. K. A. B. 308. I. — deren Prüfung und Niederlaſſung v. K. A. 24. IV. 1179 — 1181. — welche die Praxis der Geburtshülfe üben wollen, müſſen geprüft werden. 17. II. 276. — Ablöſung der Militair-Dienſtpflicht als ſolche, bei der Kriegs-Reſerve und der Landwehr, ſo wie beim ſtehenden Heere. 22. IV. 1052 — 1069. — 24. I. 300. — III. 937. — 27. I. 249—271. — deren Verpflichtung zur Landwehr. 18. IV. 1164. — deren Uebergang zur Kriegs-Reſerve und zur Landwehr. 25. III. 779. — Geſtellung von Reitpferden für ſelbige auf Märſchen. 25. IV. 1127. — Kompagnie- und Esquadron-, Servis-Verabreichung an ſelbige. — 24. III. 954. — Befugniſſe derſelben zur Civil-Praxis. 24. IV. 1178. — Militair-, ſind von den Kommunal-Beiträgen befreit. 25. III. 673. — Militair-, Genügung der Militairdienſtpflicht durch den Dienſt als ſolche. 27. I. 247 — 271. — ehemalige, in den Städten und auf dem Lande, deren Verhältniſſe zu den jetzigen Wundärzten. 28. I. 287. seq. — ſollen keine Gehülfen haben. R. v. 20. April 1834. — 34. II. 570. — Regiments-, R. v. 24. Dez. 1726. über die Befugniß zu innerlichen und äußerlichen Kuren bei Civilperſonen, und über die Gültigkeit der von denſelben ausgeſtellten Atteſte. v. K. J. XXXVII. 418. — 1ſter Klaſſe, Stellvertretung der Kreis-Chirurgen durch erſtere. R. v. 26. Aug. 1831. XXXVIII. 140. — Unter-Chirurgen, ſ. Militair-Gnadengehalt. ſiehe überhaupt Arzt. Gerichtsſtand. Kreis-Chirurgen. Medico-Chirurgen. Militair-Aerzte. Militair-Chirurgen. Obduktion. Phyſikus. Wundärzte.

Chirurgendienſt, einjähriger, freiwilliger, Verhältniſſe der zu demſelben eingetretenen Dienſtpflichtigen, nach Einberufung der Kriegs-Reſerve ꝛc. v. K. A. 31. IV. 896.

Chirurgie, in wie weit deren Ausübung auch von Doktoren und praktiſchen Aerzten geſchehen könne. v. K. A. 24. III. 917. — ſ. Wundarzeneikunde.

Chirurgiſche Geräthe, zu deren Anfertigung und Feilbietung bedarf es einer vorherigen Prüfung und Erlaubniß. v. K. A. 28. II. 552.

Chirurgiſche Inſtrumente, deren Verfertiger müſſen vor Ertheilung des Gewerbeſcheins ihre Qualifikation dazu, durch ein Atteſt der Provinzial-Regierung nachweiſen. G. S. 1810. p. 84. 1811. p. 272. — zu deren Verfertigung bedarf es eines Qualifikations-Atteſtes. v. K. A. 33. IV. 1061. f.

Chirurgiſche Lehranſtalten, ſ. mediziniſch chirurgiſche.

Chlor (Chlorgas, Chlorkalk, Chlorwaſſer, Chlornatrum) Empfehlung deren Gebrauchs zur Tilgung übler Gerüche u. ſchädlicher Ausdünſtungen. v. K. A. 29. IV. 946—950.

Cholera, (Krankheit, aſiatiſche,) Beſtrafung der Vergehen gegen die zur Abwehrung der Cholera erlaſſenen Verordnungen. Geſetz v. 15. Juni 1831. G. S. 1831. p. 61—64. — Fügung in die gegen dieſelben getroffenen allgemeinen Sicherheitsmaßregeln; Allerh. Kab. Ord. v. 6. Sept. 1831. v. K. A. 31. III. 609. — Errichtung einer Immediat-Kommiſſion gegen deren Verbreitnng. 31. II. 407. — Behandlung in derſelben und Sicherheitsmaßregeln gegen deren Anſteckung und Verbreitung. 31. I. 159—170. — Arzenei-Verabreichungen gegen dieſelbe durch Aerzte und Medizinal-Perſonen. 31. IV. 830. — Legitimationskarten für Reiſende in Bezug auf erſtere. 31. II. 365—367. — Kurfürſtl. Heſſiſches Geſetz über die Penſionirung der Hinterbliebenen der an der Cholera verſtorbenen Aerzte und Wundärzte. 31. IV. 945. — Verfahren gegen ankommende Reiſende, aus Gegenden, wo ſolche herrſcht. 32. IV. 1026. — neuere Vorſchriften über den Poſtverkehr und das fernere Verfahren gegen Poſtreiſende rückſichtlich derſelben. 32. I. 81. — Diäten und Reiſekoſten-Sätze für Aerzte in Angelegenheiten derſelben. 32. I. 246. — Liquidation und Anweiſung der ferner etwa noch aus den Maßregeln gegen dieſelbe entſtehenden Koſten. 32. IV. 1027. — Inſtruktion über das in Betreff derſelben zu beobachtende Verfahren, v. 31. Jan. 1832. G. S. 1832. p. 43 — 55. — Anweiſung zum Desinfektions-Verfahren in derſelben Angelegenheit, v. 31. Jan. 1832. G. S. 1832. p. 56 — 60. — über deren erneuerten Ausbruch ſollen die öffentlichen Anzeigen wegfallen. 33. II. 531.

Cholera-Archiv, eine in Berlin erſcheinende Zeitſchrift, deren Benutzung und Verbreitung. v. K. A. 32. I. 247.

Chriſt; ſ. Wechſelfähigkeit.

Chriſtenſches Werk, ſ. Verbrecher.

Chriſtenthum, Beförderung deſſelben unter den Juden und Beſtätigung der dafür in Berlin errichteten Geſellſchaft. G. S. 1823. p. 117. — 1826. — Portofreiheit für letztere. G. S. 1823. p. 125. — vermeintlich beſſeres, Maßregeln gegen Verbindungen zur Verbreitung deſſelben. v. K. A. 25. IV. 1016. — desgl. gegen Myſticismus, Pietismus und ſeparatiſtiſche Abirrungen. 25. IV. 1017. — Uebertritt der Iſraeliten zu ſelbigem. 27. I. 108. — II. 410.

Chriſtliche Erkenntniſſe, ausländiſche Kontinental-Geſellſchaft für ſelbige, von ſolcher ſollen keine Hülfsvereine im Inlande geduldet werden. v. K. A. 26. I. 84.

Chriſtliche Religion. Wenn jüdiſche Eheleute, welche nach den für ſie geltenden jüdiſchen Ritualgeſetzen, mithin nicht in Gütergemeinſchaft lebten, zur Zeit ihres Uebertritts zur chriſtlichen Religion, an einem Orte wohnen, wo die Gütergemeinſchaft für chriſtliche Eheleute ihres Standes gilt, ſo wird durch dieſen Uebertritt Gemeinſchaft der Güter unter ihnen eingeführt. S. u. Str. R. 2. B. No. 31. p. 285. — ſ. Religion.

Chriſtmärkte, deren Beſuch von auswärtigen Gewerbetreibenden. v. K. A. 31. I. 145. — II. 388.

Chriſtnächte, V. gegen den Mißbrauch der, v. 17. Dec. 1686. E. S. I. II. No. 43. Dorfordnung v. 1702. V. III. I. No. 32. wegen Haltung der Chriſtmeſſen v. 18. Dec. 1711. VI. II. No. 66. — Die vorher angeführten Verordnungen wegen Mißbrauchs der Chriſtnächte ſind in Erinnerung gebracht. K. A. B. 297. I.

Chur und Satz, nach Preußiſchem Landrechte. St. B. p. 89. V.

Churmark, ſ. Kurmark u. Brandenburg, Provinz. — ſ. auch Kottbuſſer Kreis, Schutzgeld.

Cichorien, deren Verkauf in Packeten. v. K. A. 25. II. 455.

Cirkularien, ſchriftliche, an Unterbehörden und von dieſen an Gemeinden, ſollen möglichſt vermieden, und dazu die Regierungs-Amtsblätter benutzt werden. G. S. 1811. p. 165. — 1819. p. 149. — kaufmänniſche, deren Verſendung mit der Poſt. v. K. A. 22. I. 46. — deren Vermehrung durch die bei den Regierungen vorhandenen Steindruckereien, zur Erſparung der Amtsblattskoſten. 28. III. 637. — ſ. Publikanda.

Cirkular-Verfügungen an untergeordnete Behörden und nur für dieſe von Intereſſe, deren Ausſchließung von der Aufnahme in die Amtsblätter. v. K. A. 32. II. 327.

Citation, R. die bei Edictal-Vorladungen an unbekannte Erbſchaftsprätendenten zu beobachtenden Formalien betr. v. 31. März 1782. E. S. p. 3307. VII. und G. E. v. 11. Sept. 1787. p. 264. VI. G. E. die Zuläßigkeit derſelben an dem Leben und Aufenthalt nach unbekannte Miterben v. 4. Apr. 1789. p. 237. IV. Wenn es derſelben ex officio nicht bedarf. C. v. 19. März 1782. p. 916. VII. R. an die Pommerſche Reg. die, der außerhalb Landes ſich aufhaltenden Agnaten betr. v. 20. Dec. 1784. p. 2979. p. 3040. VII. auch bei Vorladung derſelben beim Verkauf adlicher Güter müſſen die Termine nach Vorſchrift der A. G. O. Th. I. Tit. 51. §. 157. angeſetzt werden. R. v. 9. Nov. 1795. E. S. p. 2688. IX. gewiſſer Erbintereſſenten sub poena praeclusi wegen eines acquirirten erbſchaftlichen activi v. 1. März 1786. p. 46. VIII. der auf ein in einer andern Provinz belegenes Grundſtück berechtigten Real-Creditoren v. 1. Jun. 1786. p. 105. VIII. Wenn bei perſön-

21 *

lichen Vorladungen der Acciſe- und Zollbedienten an deren Behörde Notificatorien zu erlaſſen. R. v. 30. Jan. 1797. p. 926. X. die Citation eines ausgetretenen Cantoniſten erfolget nach Vorſchrift der Allgemeinen Ger.-Ordnung Th. I. Tit. 36. §. 51. 59. ohne Unterſchied, ob derſelbe mit Landgütern angeſeſſen oder nicht. R. v. 29. May 1798. St. B. p. 242. VI. p. 1631. X. auswärtiger Gläubiger in Concursfällen bedarf keiner beſondern Inſinuationsbeſcheinigung. R. v. 26. May 1795. E. S. p. 1866. X. v. 9. März 1796. p. 91. X. St. B. p. 287. IV. von Citation unbekannter Contravenienten. A. G. O. Th. I. Tit. 51. §. 179. c. R. d. v. 9. März 1795. daß, wenn der Werth der in Beſchlag genommenen Sachen nur 20 Thlr. oder weniger beträget, es keiner Edictal-Vorladung bedarf. St. B. p. 206. II. R. wegen Vorladung der unbekannten Erben nach der Vorſchrift des A. L. R. Th. I. Tit. IX. §. 480. und der A. G. O. Th. 1. Tit. 51. §. 151. v. 21. Dec. 1795. p. 2746. IX. St. B. p. 205. II. wenn der überlebende Ehegatte in Ermangelung erbfähiger Verwandten zur Erbfolge geſetzlich berechtiget iſt. R. v. 12. Febr. 1798. E. S. p. 1547. X. ohne Erlaubniß weggegangener Schutzjuden. R. v. 17. Nov. 1793. St. B. p. 110. I. der Societätsgläubiger. R. v. 22. Oct. 1787. E. S. p. 1613. VIII. eines Verſchollenen, von dem gar keine Nachricht vorhanden. R. v. 3. Oct. 1796. p. 714. X. iſt die außerhalb Landes geſchehene Inſinuation der Vorladung geſetzlich documentirt, bedarf es keiner Edictal-Verordnung. R. v. 3. Dec. 1798. St. B. p. 321. VII. R. die Legalität der Edictal-Citation betr. v. 16. Jul. 1798. E. S. p. 1659. X. — die bei den Subhaſtations-Patenten vorgeſchriebenen Orte der Affixion ſind bei Edictal-Vorladungen nicht anwendbar. R. v. 28. Jan. 1799. St. B. p. 341. IX. Das Aufgebot bekannter Real-Prätendenten sub poena praeclusi darf außer dem Falle eines Concurſes und Liquidations-Proceſſes nicht erlaſſen werden. R. v. 18. Nov. 1799. — R. die Inſinuationsbeſcheinigung der Citationen an auswärtige Gläubiger in Concursfällen betr. v. 11. May 1795. St. B. p. 397. Th. VIII. In wie fern ein Fremder, der in hieſigen Landen kein domicilium hat, und dem die Citation nicht zu behändigen ſtehet, in Injurien-Proceſſen öffentlich vorzuladen. R. v 30. Jun. 1800. N. Arch. p. 175. Th. 1. H. 2. R. die Edictal-Citation unbekannter Damnificaten eines wegen Veruntreuung caſſirten Officianten betr. v. 14. Jul. 1800. N. Arch. p. 225. Th. 1. H. 2. — Nur dann bedarf es nach der A. G. O. Th. 1. Tit. 7. §. 47. a. einer Wiederholung der Edictalcitation, wenn bei der Bekanntmachung durch die öffentlichen Blätter mehr als 14 Tage an der vorgeſchriebenen Zeit fehlen. R. v. 27. Apr. 1801. St. B. p. 240. XIV. N. A. p. 127. B. 2. R. die Form der in Moratorienſachen zu erlaſſenden Edictalcitationen betr. v. 5. Dec. 1801. R.

A. p. 271. B. 2. R. die nach der A. G. O. Th. 1. Tit. 2. §. 23. zu erlaſſende Edictalvorladung eines Fremden betr. v. 1800. E. S. p. 2978. X. Die Diſpoſition des A. L. R. Th. 2. Tit. 17. §. 65. findet auch auf den Fall Anwendung, wenn der Verbrecher der Militairgerichtsbarkeit unterworfen und in loco delicti commissi kein Militairgericht vorhanden iſt. R. v. 17. März 1800. E. S. p. 2815. X. R. die Citation eines ausgetretenen in London etablirten Coloniſten betr. vom 18. Sept. 1802. St. B. 104. XVI. — In allen unbedeutenden Forſt-Contraventionsſachen, bei welchen vorauszuſehen, daß die geſetzliche Strafe unter 10 Rthl. Geld oder 15tägiger Gefängnißſtrafe ausfallen werde, kann nach Analogie der A. G. O. Th. I. Tit. 26. §. 15. ff. Tit. 34. §. 2. der Denunciat gleich in der erſten Vorladung sub praejudicio vorgeladen werden. R. v. 21. Febr. 1804. R. A. 413. III. Die vorſchriftsmäßige öffentliche Vorladung der militairiſchen Caſſen-Gläubiger ſoll künftig bei dem Landesjuſtiz-Collegium geſchehen, in deſſen Departement der Staab des Regiments zur Zeit der Anbringung des Antrages auf öffentliche Vorladung ſtehet, und eben daſelbſt iſt auch nach verändertem Standtquartier oder nach geſchehener Auflöſung das angefangene Geſchäft zu beendigen, und es ſoll, ſo bald ein ſolcher Antrag von Seiten der Militair-Behörde geſchieht, derſelben ein Aſſiſtent ex officio zugeordnet, und ſolcher derſelben bekannt gemacht werden, damit er mit der gehörigen Inſtruction verſehen und in den Stand geſetzt werden könne, deren Rechte von Amtswegen wahrzunehmen. R. v. 2. März 1810. J. M. IX. 29. — u. v. 23. Juni 1810. ibd. 373. — Von der Vorladung in Criminal-Sachen, ſ. Cr. O. §. 72. §. 262. — R. wegen öffentlicher Vorladung eines wegen begangenen Verbrechens entwichenen, v. 15. Sept. 1810. J. M. IX. 337. oder eines nach Sibirien transportirten Ehegatten, v. 24. Aug. 1806. ibd. B. X. 22. E. S. p. 719. XII. eines ausgetretenen Soldaten, Behufs der Eheſcheidung. R. v. 3. Nov. 1810. J. M. IX. 541. eines in dem letzten Kriege mit zu Felde gegangenen, aber nicht zurückgekommenen Ehemannes. R. v. 3. Nov. 1810. ibd. p. 555. wegen Inſinuation der Vorladungen der Unterofficiere und gemeinen Soldaten durch die Civilgerichte. v. 26. März 1810. p. 39. der activen Officiere, v. 3. Oct. 1810. p. 417. R. betr. das Verfahren bei Zuziehung und Vorladung der Sach- und Kunſtverſtändigen in ökonomiſchen, ꝛc. Angelegenheiten. v. 12. Jul. 1806. J. M. 519. u. E. S. p. 687. XIII. — Einrückung der Edictal-Citationen in fremde Zeitungen, v. 6. Oct. 1810. ebendaſ. p. 539. der nicht erforderlichen Vorladung unbekannter Realprätendenten bei nothwendigen Subhaſtationen. R. v. 27. Oct. 1810. ibid. p. 552. Die förmliche Edictalcitation kann nur in dem in den Circ. v. 11. Apr. u. 20. Dec. 1800. beſtimmten Falle, wenn von Geldern

im Depoſito, nicht aber, wenn von einem ganzen Inbegriff von Sachen, beſonders von einer aus Activis ꝛc. beſtehenden Erbſchaft die Rede iſt, unterbleiben. R. v. 29. Sept. 1810. ibid. p. 342. Die Inſinuation gerichtlicher Verfügungen der gerichtlichen Behörden im H. Warſchau an Pr. Unterthanen und der Preuß. Gerichtshöfe an Unterthanen des H. Warſchau, ſo wie die wechſelſeitige Einziehung der von den Parteien dafür zu berichtigenden Gebühren ſoll künftig durch wechſelſeitige Requiſitionen bewirkt, in allen Fällen aber, wenn dabei: ob die auswärtige Behörde in Anſehung dieſſeitiger Unterthanen nach den Grundſätzen der hieſigen Gerichte in Anſehung der Fremden verfahren? Bedenken obwaltet, zuförderſt an das Juſtizminiſterium berichtet werden. R. v. 12. Nov. 1811. Bei den bei Weſtphäliſchen Gerichten gegen Pr. Unterthanen ſchwebenden Proceſſen werden die Inſinuationsgebühren von denjenigen Pr. Unterthanen, an welche die Inſinuation geſchiehet, vorſchußweiſe und mit Vorbehalt ihrer Rechte zur Zurückforderung von den Weſtphäliſchen Intereſſenten erhoben. Es muß dabei aber auf möglichſte Schonung und Koſtenerſparung gehalten, und wo es zur Aufrechthaltung der Rechte des Staats auf nähere Prüfung und Unterſuchung der Competenz des fremden Fori ankommt, von Amtswegen verfahren, und den Parteien nichts an Gebühren dafür angerechnet werden. R. v. 2. Jun. 1812. — In welchen Zwiſchenräumen die Edictalcitation eines Verſchollenen bekannt zu machen. R. v. 21. März 1812. v. K. J. 44. I. — Der §. 394. des Anhanges zur A. G. O. findet nach dem R. v. 9. März 1795. St. B. 206. II. blos auf Policei-Contraventionen Anwendung. K. A. B. 7. VI. In Abſicht der Contraventionen gegen die Abgabegeſetze bleibt es wegen der Edictalvorladung wegen der von entſprungenen Contravenienten zurückgelaſſenen Waaren und Sachen bei dem bisherigen Verfahren. R. v. 25. Nov. 1815. v. K. J. 13. VI. Von Benachrichtigung der Dienſtherrſchaften bei Vorladungen der Dienſtboten von Seiten der Policeibehörden, R. A. B. 175. VI. — R. wegen Inſinuation der Citation bei der gegen den Fiskus erhobenen Klagen, v. 6. Jul. 1816. v. K. J. 19. VIII. — Wie in geringfügigen Sachen der Angeſchuldigte vorzuladen. §. 256. des Anh. z. G. O. — Bei Denunciationen wegen Injurien gegen Fremde, welchen die Vorladung nicht inſinuirt werden kann, findet, in ſo fern der Verklagte nicht als Durchreiſender, und nach Tit. 2. §. 23. der A. G. O. als Vagabonde anzuſehen iſt, ebenfalls die Edictal-Citation ſtatt. Anh. z. A. G. O. §. 53. — ſ. übrigens Bankerut. Ediktal-Citation. Inſinuation. Mortifikation. Präkluſion. Subhaſtation. Todeserklärung. Vorladung.

Civil-Aerzte; ſ. Arzt.

Civil-Amt; ſ. Militair-Wartegeld.

Civil=Anſpruch; ſ. Beſtechung, Gewerbeſteuer=Kontravention.

Civil=Arreſtanten; ſ. Freiſtunden.

Civil=Beamte; ſ. Beamte.

Civil=Bediente, unter dieſer allgemeinen Benennung ſind alle Beamte des Staats, welche zum Militairſtande nicht gehören, auch Kommunal=Beamte begriffen. v. K. A. 32. III. 669, ſ. ferner Beamte, Kommunal=Beamte ꝛc.

Civil=Behörden, denſelben iſt die Gendarmerie rückſichtl. ihrer Wirkſamkeit und Dienſtleiſtung untergeordnet. G. S. 1821. p. 2. 4. 7. 9. — Verhältniſſe derſelben zu den Militair=Vorgeſetzten der Gendarmerie. G. S. 1821. p. 8. — ſiehe auch Behörden. Miniſterien. Ober=Präſidenten. Regierungen. — ſ. ferner Landräthe, Magiſträte ꝛc.

Civildienſt, ſ. Anſtellung. Invaliden. Staatsdiener. Staats= und Kommunaldienſt. Wittwenkaſſe, allgemeine.

Civil=Gerichte; ſ. Gerichte. Gerichtsſtand. Militairiſches Verhörzimmer. Militairſtrafe.

Civil=Gerichtsbarkeit; ſiehe Gerichtsbarkeit. Unterſuchung. Unterſuchungskoſten.

Civil=Geſetzbuch, in den Rheinprovinzen gültig, Beſchränkung des Art. 14. deſſelben wegen der gegen Ausländer aus den deutſchen Bundesſtaaten anhängig zu machenden Klagen. G. S. 1823. p. 106 — 108. — Modifikation der Art. 2210. und 2211., daß unter Arrondiſſements die jetzt beſtehenden landräthlichen Kreiſe zu verſtehen ſeyen. G. S. 1822. p. 204. — deſſen allgemeine Vorſchriften treten in die Stelle des ſuspendirten Geſetzes der ehemal. franzöſiſchen Republik vom 10. Vend. IV. — die Anſprüche eines Beſchädigten auf Schadloshaltung im Civil=Prozeſſe betr. G. S. 1824. p. 222. — Nichtanwendung deſſen Vorſchriften in Beziehung auf die Gültigkeit der blos durch prieſterliche Einſegnung vollzogenen rechtmäßigen Ehen. G. S. 1816. p. 122.

Civil=Penſionairs; ſ. letztere.

Civil=Perſonen, Unterſuchung und Beſtrafung der zwiſchen denſelben und den Militairperſonen vorfallenden Exceſſe. v. K. A. 22. IV. 926.

Civil=Praxis der Militair=Aerzte, ſ. Militair=Aerzte.

Civil=Prozeſſe, ſiehe Fiskaliſcher Civil=Prozeß. Geldſtrafen. Prozeß.

Civil=Prozeß=Tabellen, ſiehe Geſchäftstabellen und Liſten.

Civil=Referenten=Tabelle, ſ. Geſchäftstabellen und Liſten.

Civilſtands-Beamten, in den wieder vereinigten Provinzen, deren Obliegenheiten und Verpflichtungen hören mit dem 1. Januar 1815 auf. G. S. 1814. p. 95. — desgl. v. 1. Januar 1817 in den mit Weſtpreußen vereinigten Diſtrikten. G. S. 1816. p. 223. — desgl. im Großherzogthum Poſen. G. S. 1816. p. 231.

Civil-Supernumerarien, deren Annahme und Ausbildung für den Subalterndienſt bei den Regierungen und Provinzial-Behörden. v. K. A. 27. IV. 866 — 872. — Beſtimmungen über deren Annahme in den Regierungs-Subalternen-Büreaux. 28. I. 29. — IV. 951. — Auswahl und Beibehaltung der zeitherigen Diätarien und Hülfsarbeiter als ſolche. 28. I. 29. — II. 270. — III. 627. 628. — ſollen zunächſt in den Subalternen-Stellen zweiter Klaſſe angeſtellt werden. 28. III. 627. — deren Qualifikation zur Annahme rückſichtl. der erlangten und nachzuweiſenden Schulreife. 28. II. 272. — III. 627. — IV. 950. — letztere kann durch anzuſtellende Prüfungen bei den Regierungen nicht nachgewieſen werden. 28. II. 272. — deren Annahme ändert nichts in ihren militairpflichtigen Verhältniſſen. 28. II. 271. — Berückſichtigung der von des Königs Majeſtät ohne Verſorgungs-Anſprüche zur Anſtellung beſtimmten Individuen. 28. II. 270. seq. — Nachweis der erreichten Schulreife vor deren Zulaſſung. 29. I. 5. — können zur Ablegung von Probearbeiten nicht zugelaſſen werden. 29. IV. 754. — bei deren Wahl ſoll auf die bei Unterbehörden bereits beſchäftigt geweſenen Subjekte beſonders Rückſicht genommen werden. 29. II. 210. — zur Annahme als ſolche, ſind Individuen, welche in einem Schullehrer-Seminar ihre Bildung erhalten haben, für qualifizirt zu erachten. 29. IV. 754. — denſelben wird durch ihre Annahme noch kein unbedingtes Recht zur Anſtellung zugeſtanden, vielmehr können ſolche bei ſich zeigender Unbrauchbarkeit ohne Weiteres wieder entlaſſen werden. 29. I. 6. — IV. 754. — dürfen während der dreijährigen Prüfungszeit den Unterbehörden zur weitern Ausbildung nicht zugewieſen werden. 29. II. 210. — können für Stellvertretungen keine Diäten, ſondern nur Remunerationen in außergewöhnlichen Fällen erhalten. 29. II. 209. — als Kalkulaturgehülfen vereidet, deren Rechnungs-Atteſte ſind für genügend anzuſehen. 29. II. 233. — können zu allen ſolchen Stellen, für welche nicht die ausſchließliche Beſetzung durch Militair-Invaliden oder ſonſtige Militair-Berechtigte, vorgeſchrieben iſt, zugelaſſen werden. 30. I. 3. — Nachweis der Schulreife von Seiten derſelben. 30. III. 556. f. — in denſelben ſoll bei den Regierungen eine Pflanzſchule von jungen, mit vollſtändiger Schulbildung ausgeſtatteten Leuten für die höheren Subaltern-Stellen gebildet werden. 31. I. 3. — können nur mit Miniſterial-Genehmigung angenommen werden. 31. I. 2. — Anordnungen für deren An-

nahme, beſonders in Beziehung auf höhere Schulbildung. 31. IV. 701 — 704. — für die Büreaus der Provinzial-Behörden, und aus höhern Bürger- und Realſchulen entlaſſen, Vorſchriften für deren Schul-Prüfung. 32. I. 103 — 111. — als ſolche können die Schüler der Culmer höheren Stadtſchule zugelaſſen werden. 32. III. 589. — deren Anſtellung kann in der Regel keine Anzienität begründen. 33. II. 257. — derſelben Anſtellung als Kreisſekretaire, in ſo fern ſie ſich dazu eignen. 33. III. 594.

Civil-Supernumerariat. Anſtellung ohne daſſelbe. R. v. 4. Mai 1834. v. K. A. 34. II. 295.

Civil-Uniform, ſ. Uniform.

Civil-Unterbedienungen, ſ. Militair-Wartegeld.

Civil-Vergehen, ſ. Gerichtsſtand.

Civil-Verſorgung, ſ. Anſtellung. Invaliden. Staatsdiener.

Civil-Verſorgungs-Anſprüche, ſ. Anſtellung, Invaliden, Militairperſonen.

Civil-Verſorgungsſcheine, (Invaliden-Verſorgungsſcheine) — Anſprüche auf ſelbige und Ertheilung derſelben. G. S. 1807. p. 178. — 1809. p. 574. 576. — Verfahren rückſichtlich derſelben bei den in Kommunaldienſten auf Kündigung angeſtellt geweſenen und daraus wieder entlaſſenen Militairperſonen. G. S. 1829. p. 41. — desgl. bei den im Civildienſte überhaupt angeſtellt geweſenen und daraus wieder entlaſſenen Militairinvaliden. G. S. 1829. p. 42. — deren Verwirkung von Seiten der wegen begangener Verbrechen ihres Amts entſetzten Invaliden. G. S. 1829. p. 42. — ſ. a. Invaliden. — deren Beibringung bei Anſtellungen im Civildienſte. v. K. A. 25. I. 13. — III. 562. — deren Aufbewahrung und Rückgabe bei temporairen Anſtellungen im Civildienſte. 24. III. 653. 679. — ſollen den zum Staatsdienſt für unfähig erklärten Militairperſonen abgenommen werden. 19. I. 7. — der Gendarmen, deſſen Nothwendigkeit bei der Anſtellung derſelben im Civil. R. v. 15. März 1834. — 34. I. 128. — deren Ertheilung an Militair-Invaliden mit Berückſichtigung ihrer moraliſchen Würdigkeit, nach der Entlaſſung aus dem Militair. 32. I. 44 — 46. — ſollen den Militair-Invaliden bei verſchuldeter Entlaſſung aus dem Civildienſte abgenommen und an das Kriegs-Miniſterium eingeſandt werden. 32. II. 348. — ſollen den in Unterſuchung befindlichen Militairperſonen abgenommen werden. Cirk. R. v. 9. März 1829. v. K. J. XXXIII. 136. — R. v. 9. Mai 1832, betr. die Wiederverleihung des Militair-Wartegeldes und die Abnahme des Civil-Verſorgungsſcheins. XXXIX. 419. 420. ſ. Rechnungsweſen, gerichtliches.

Civil-Verwaltung, der Provinz, übernimmt während

des Krieges oder bei Kriegsgefahr, der Ober-Präſident. G. S. 1826. p. 4.

Civil-Waiſen-Verſorgungs-Anſtalt, in Potsdam, ſ. Waiſen ꝛc.

Clausula codicillaris, kann die ermangelnde cautelam Socini nicht ſuppliren. H. B. IV. 73. kommt im väterlichen Teſtament der Ehefrau nicht zu ſtatten. H. B. I. 54. wenn es derſelbe nur bedürfe. H. B. VI. 40. von der Clauſel: wenn es die Umſtände erlauben. H. B. I. 66. Wirkung der clausulae privatoriae bei Anfechtung eines letzten Willens. H. B. IV. 59. Kl. A. 94. VII.

Clericus regularis wird bei einer ihm zufallenden Erbſchaft für todt geachtet und ſolche unter deſſen Brüder und Schweſterkinder vertheilet. G. E. v. 15. Oct. 1784. Kl. A. 157. I.

Cleve, Herzogth., Abtretung deſſelben nach dem Tilſiter Friedenstraktat. G. S. 1807. p. 156. 167. — Königl. Patent über deſſen Wiederbeſitznahme. G. S. 1815. p. 21. — Kreis-Eintheilung und Begränzung deſſelben. G. S. 1815. p. 97. — Beibehaltung der allgemeinen ehelichen Gütergemeinſchaft in ſelbigem nach den früheren Provinzial-Geſetzen. G. S. 1816. p. 97. — Zoll- und Verbrauchsſteuer-Tarif für ſelbige. G. S. 1818. p. 67. 87. f. — Stadt, daſelbſt ſoll das Oberlandesgericht der Provinz Cleve-Berg ſeinen Sitz nehmen. G. S. 1815. p. 192. — (nachher Hamm.) Rechts- und Jurisdictionsverhältniſſe der Mitglieder und Beamten des Oberlandesgerichts und der Regierung daſelbſt. R. v. 29. Juli 1817. v. K. J. X. 22. u. v. 30. Dec. 1817. XI. 44., und Verfügung der Immediat-Juſtizcommiſſion zu Cöln v. 29. Aug. 1817. X. 328. — Publ. des Appell. Senats der Oberlandesgerichtscommiſſion, betr. verſchiedene Mängel im gerichtlichen Verfahren, namentlich: a) bei Aufnehmung der Klagen, b) bei Feſtſetzung der Strafe des frevelhaften Läugnens, c) bei Schwängerungsprozeſſen und d) bei Eheſcheidungsprozeſſen, v. 14. Febr. 1817. X. 46. — Publ. des Oberlandesgerichts, betr. die Realiſirung der Anweiſungen auf die Salariencaſſen der Land- und Stadtgerichte und die Form der darunter zu ſetzenden Quittung, v. 9. Apr. 1817. X. 50. — Publ. betr. die Einrichtung der neuen Hypothekenbücher, v. 7. Jan. 1817. X. 52. — Publ. der Oberlandesgerichts-Commiſſion und der Regierung, betr. die gutsherrl. u. bäuerl. Verhältniſſe in Gemeinheitstheilungsſachen, v. 28. Jan. u. 14. Febr. 1817. X. 70. — Publ. des Crim. Senats des Oberlandesgerichts, betr. die Einſendung der Verzeichniſſe der verausgabten Criminalkoſten in unvermögenden Unterſuchungsſachen, v. 1. Juli 1817. X. 72. — Publ. deſſelben, betr. das Verfahren bei Obductionen, v. 18. Nov. 1817. X. 326. — Publ. des Oberlandesgerichts, betr. das forum reale exemtum derjenigen Beſitzungen des Fisci, welche die Eigen-

ſchaft eines adlichen Guts haben, v. 1. Juli 1817. X. 329. — Publ. des Crim. Senats der Oberlandesgerichts-Commiſſion, betr. die Beobachtung der in der Crim. Ord. enthaltenen Vorſchriften, v. 18. Febr. 1817. X. 330. — Publ. deſſelben, betr. die Qualification der Protocollführer bei Criminaluntersuchungen, v. 25. Febr. 1817. X. 331. — Publ. des Oberlandesgerichts, betr. die Suspendirung der Streitigkeiten über die Auslegung und Anwendung der vormaligen Franzöſiſchen Geſetze über die gutsherrl. u. bäuerl. Verhältniſſe, v. 14. März 1817. XI. 271. — Publ. deſſelben, betr. die Aufſicht auf die, der öffentlichen und Privatſicherheit gefährlichen Individuen, v. 29. Apr. 1817. XI. 272. — Publ. deſſelben, betr. die Einreichung und Form der Special-Prozeß- und Depoſitaltabellen, v. 25. Jan. 1818. XI. 273. — Publ. deſſelben, betr. die Anwendung der Gebührentaxe in Vormundſchafts-Angelegenheiten, v. 29. März 1817. XI. 275. — Publ. deſſelben, betr. die Prüfung der zur Zeit der Herrſchaft der Franzöſiſchen Bergiſchen Notariatsordnung aufgenommenen Notariatsurkunden, bei Eintragung in die Hypothekenbücher, v. 13. Juni 1817. XI. 277. — Publ. des Crim. Senats des Oberlandesgerichts, betr. die fiscaliſchen und Criminal-Prozeßtabellen, und die Unterſuchung der Holzdiebſtähle und Forſtcontraventionen, v. 7. Jan. 1818. XI. 278. — Publ. deſſelben, betr. die Liquidation der Reiſekoſten in unvermögenden Unterſuchungsſachen, v. 13. Febr. 1818. XI. 279. — Publ. deſſelben, betr. die Beſichtigung oder Section eines in oder auf den Bergwerksgruben gefundenen Leichnams, v. 18. Apr. 1817. XII. 81. — Publ. des Oberlandesgerichts, betr. die Anmeldung der Forderungen Behufs der Eintragung in die neu anzulegenden Hypothekenbücher, v. 15. Apr. 1817. XII. 82. — Publ. deſſelben, betr. die vollſtändige Inſtruktion der Akten in appellatorio, v. 12. Aug. 1818. XII. 83. — Publ. deſſelben, betr. die Einrichtung des neuen Hypothekenweſens, v. 12. Aug. 1818. XII. 84. — Publ. deſſelben, betr. die koſten- und ſtempelfreie Ertheilung von Hypotheken- und Recognitionsſcheinen, v. 5. Aug. 1818. XII. 85. — Publ. deſſelben, betr. die Abſchaffung der Ingroſſationsbücher und Anlegung beſonderer Grundacten und deren Complettirung durch vidimirte Abſchriften der Documente auf Koſten der Intereſſenten, v. 1. Sept. 1818. XII. 86. — Publ. deſſelben, betr. die Berichtigung des Beſitztitels der Bauergüter, v. 4. Sept. 1818. XII. 87. — Inſtruktion deſſelben für Auctionskommiſſarien v. 6. Mai 1818, nebſt Publ. v. 15. Oct. 1819. XV. 86. — Publ. des Crim. Senats des Oberlandesgerichts, betr. die Einſendung der Criminaltabellen, v. 16. Oct. 1818. XV. 93. — Publ. des Oberlandesgerichts, betr. den Geſchäftsgang bei den Untergerichten, in Anſehung des Decrets-, Urtels- und Expeditions-Unterſchriften, der Form der Be-

richte und Hypothekenſcheine, v. 12. Nov. 1819. XV. 95. — Publ. des Crim. Senats des Oberlandesgerichts, betr. die Befugniß der Untergerichte in den in der Crim. Ord. §. 19. beſtimmten Fällen die Unterſuchung zu führen und das Erkenntniß erſter Inſtanz abzufaſſen, v. 9. Oct. 1818. XV. 97. — Verlegung des Oberlandesgerichts nach Hamm und Organiſation des Hofgerichts zu Arnsberg als ein neues Oberlandesgericht. Cab. Ord. v. 20. Apr. 1820. XV. 310., und Verfügung der Immediatcommiſſion zur Juſtizorganiſation in den neuen Provinzen v. 28. Apr. und 9. Juli 1820. XV. 311. 313. — Publ. des Oberlandesgerichts, betr. die Verlegung des Oberlandesgerichts nach Hamm, v. 8. Mai 1820. XV. 313. — Publ. deſſelben, betr. die hypothekariſche Eintragung der aus den Leibzuchtsverträgen herrührenden Rechte, v. 15. Jan. 1820. XVI. 130. — Publ. des Pupillencollegii, betr. die Vorlegung eines Inventarii Seitens des überlebenden Wittwers über das gemeinſchaftliche oder beſondere Vermögen ſeiner Ehefrau, zur Sicherſtellung des mütterlichen Erbtheils der Kinder, vom 8. April 1820. XVI. 132.

Clev-Geldriſche Konkordaten, ſ. St. Beiträge Th. IV. p. 129.

Coadjutoren, von, geiſtlicher Geſellſchaften. A. L. R. II. XI. 1015 — 1021.

Code Napoleon; ſiehe Gütergemeinſchaft. Urkunden.

Codicill, von einem ohne Zeugen errichteten im Teſtament beſtätigten, H. B. IV. 54. den erforderlichen Zeugen. VI. 41. de clausula codicillari in testamento, in quo descendentes et ascendentes praeteriti, Behm. Ius Nov. Controv. Obs. 38. — A. L. R. I. XII. 3 — 556. — alle nicht gerichtlich deponirte Codicille, deren Gültigkeit Teſtator aber in ſeinem gerichtlich deponirten Teſtament verordnet, ſind auch außer den, den 20ſten Theil des Nachlaſſes nicht überſteigenden Legaten für gültig zu achten, wenn ſie nur vom Teſtator ge- oder unterſchrieben ſind. R. v. 3. Nov. 1800. N. Arch. p. 414. Th. 1. H. 4. — ſ. a. St. B. p. 304. 225. XII. 8 Gr. Stempel. — Ueber die Frage: ob ein Untergericht von einem andern Untergerichte ein, von dieſen unter Beobachtung der geſetzlichen Förmlichkeiten aufgenommenes und verſchloſſenes Codicill zur gerichtlichen Aſſervation annehmen darf? R. v. 15. Febr. 1832. v. K. J. XXXIX. 136 — 138. — ſiehe actus voluntariae jurisdictionis. Legat; letztwillige Verfügungen und Teſtament.

Collegium medicum et sanitatis, ſ. Ober-, ꝛc. Die Jurisdiction des Ober-Collegii Medici iſt aufgehoben, R. v. 19. Jan. 1810. Rep. Th. 2. p. 73. — Wenn bei Criminal-Unterſu-

chungen das Gutachten deſſelben, wenn der Obductionsbericht von dem Inhalte des Obductions-Protokolls in weſentlichen Stücken abweicht, einzuholen. Cr. Ord. §. 173 — §. 177. — An die Stelle des Ober-Collegii medici und medico-chirurgici, (ſ. Repert. Th. 1. p. 263.) iſt die erſte wiſſenſchaftliche Deputation für das Medizinalweſen im Miniſterio des Innern getreten. V. v. 27. Oct. 1810. G. S. 11. I.

Colloquia, deren Anordnung für diejenigen Kandidaten, welche in den Prüfungen nur das Prädikat „mittelmäßig" verdient haben. v. K. A. 27. IV. 953. — deren Anſtellung mit den, zu geiſtlichen Inſpektionen berufenen Predigern oder Schullehrern. 27. IV. 933. 955.

Colonia perpetua; wird präſumirt, wenn beſtändig ein gewiſſer mit dem Nutzen des Grundſtücks in Verhältniß ſtehender Zins entrichtet worden. Lief. 2. p. 37.

Columbaczer Fliege, (oder Kankerfliege, Schuhfliege, giftige Fliege, Dickkopf) dem Rindvieh gefährlich, Verfahren und Mittel gegen ſelbige. v. K. A. 29. IV. 950. ff.

Commissarii perpetui, ſ. Schreibmaterialien.

Commissoria lex, iſt mit der Adjudikation eines Grundſtücks auch im Fall einer nothwendigen Subhaſtation nicht verbunden. G. C. v. 6. Juni 1789. Kl. A. 167. V.

Commoda jurisdictionis; ſ. Gerichtsbarkeit.

Communio bonorum; ſ. Gütergemeinſchaft.

Communio bonorum prorogata nach Lübſchem Recht. Der überlebende Ehegatte iſt Miteigenthümer und nicht Erbe. R. v. 25. Aug. 1834. v. K. J. XLIV. 151.

Comparatio litterarum. In wiefern wegen einer Privaturkunde oder wegen eines Privatſcripti die eidliche Diffeſſion verlangt werden kann, oder comparatio litterarum ſtatt findet. R. v. 10. Febr. 1823. v. K. J. XXI. 268.

Condictio, causa data, causa non secuta ſ. St. B. p. 39. Th. XII.

Condictio in debiti, was dazu gehört. H. B. VII. 75. bei gezahlten Alimenten. H. B. I. 41. sine causa des Handgeldes ebendaſ. VI. 86. Von Condiction des Abzugsgeldes auf den Grund des Directorial-Reſcr. v. 28. Apr. 1756. R. v. 4. Aug. 1794. E. S. p. 2388. IX. St. B. p. 74. I. — Der Beſitzer eines Grundſtücks kann die von ihm beigetriebenen Feuerkaſſengelder zurückfordern, wenn er zu deren Zahlung nicht verpflichtet war. S. u. Str. R. 2. B. No. 40. p. 354. — findet die condictio in debiti auch bei einer aus einem Rechtsirrthum geleiſteten Zahlung ſtatt? S. u. Str. R. 3. B. No. 13. p. 150.

Condominium, ſ. Miteigenthum, Verpfändung.

Conferenda; ſ. Erbſchaftsſtempel.

Confeſsio Joanis Sigismundi, der eidliche Revers auf dieſelben iſt aufgehoben. v. K. A. 18. IV. 1018.

Confuſio, A. L. R. I. XVI. 476 — 512.

Conſilium abeundi, Exkluſion u. wirkliches Conſilium, auf ſelb. kann die akademiſche Obrigkeit gegen Studierende erkennen. G. S. 1810. p. 142. — 1819. 242. — rückſichtl. derſelben findet nur ein Rekurs an das vorgeſetzte Miniſterium ſtatt. G. S. 1810. p. 143. — 1819. p. 243. ſ. Studenten.

Conſtitutio liquidi. Wenn im Rechnungs-Prozeſſe der Streit einzelne Poſten betroffen hat, ſo muß dennoch am Schluſſe des Urtels das Liquidum conſtituirt, d. h. die Summe, welche, nach Maßgabe der einzelnen Poſten, jeder Theil noch dem andern verſchuldet, ausgedrückt, und der ſich ergebende Ueberſchuß im Erkenntniß ſelbſt feſtgeſetzt werden. S. u. Str. R. 3. B. No. 25. p. 266. — Wenn dies in einem ſolchen Falle nicht geſchehen iſt, und ſtatt deſſen in dem Urtel, welches die Entſcheidung über die einzelnen Monita enthält, zugleich auf einen Termin zur Constitutio liquidi erkannt worden, ſo können bei dem deshalb eingeleiteten Verfahren, außer den privilegirten, in der Executions-Inſtanz zuläſſigen Einreden nur ſolche Poſten und Erinnerungen berückſichtigt werden, welche a) im Vorprozeſſe rechtskräftig feſtgeſtellt ſind, oder b) ausdrücklich von dem, die Constitutio liquidi anordnenden Urtheil zu dieſem Verfahren verwieſen worden. S. u. Str. R. 3. B. No. 25. p. 267.

Conſtitutum poſſeſſorium, wenn es translationem dominii bewirket. H. B. VII. 108.

Contradictor. Aus der in der Klaſſifikatoria geſchehenen allgemeinen Feſtſetzung, daß jeder Gläubiger die durch ſeine Liquidation erwachſenen beſondern Koſten allein zu tragen gehalten ſei, folgt nicht die Verbindlichkeit des Liquidanten, der Maſſe auch die Gebühren des Contradictors, welche dieſelbe zunächſt zu tragen hat, zu erſtatten. R. v. 28. Juni 1814. v. K. J. IV. 11. — Die Beſtimmung des §. 330. des Anh. zur A. G. O. kann auf die Gebühren des Contradictors nicht bezogen werden. R. v. 27. Sept. 1817. XI. 24. — Feſtſetzung der Gebühren deſſelben pro informatione und pro cura instantiae in Concurſen. R. v. 23. Jan. 1819. XIII. 28. ſ. Konkurskurator.

Cornelia lex, A. L. R. Th. 2. Tit. 20. §. 525. ff.

Corpus delicti, wird bei Einſendung der Criminalacten nicht immer beigefügt. R. v. 29. Sept. 1770. C. S. p. 7395. IV. Was darunter zu verſtehen und wie der Thatbeſtand feſtzuſtellen? Cr. Ord. §. 133 — §. 201. — Die Koſten der Feſtſtellung deſſelben fallen auch den blos mit der Civilgerichtsbarkeit verſehenen

Dominien zur Laſt, R. v. 17. Apr. 1813. v. K. J. 40. II. R. die Erhebung des Thatbeſtandes von Seiten der Inquiſitoriate betr., v. 16. Mai 1815. v. K. J. 36. V. — Von deſſen Feſtſtellung, ſ. Kl. A. V. 288. XVIII. 243. XX. 174. — ſ. Münzverbrechen. Portofreiheit. Strafe. Unterſuchungsacten. Unterſuchungskoſten.

Correlation; ſ. Reviſions-Erkenntniß.

Corvey, Fürſtenthum, Provinzialrechte und Landesgeſetze deſſelben. Abhdl. v. ꝛc. Wiegand. v. K. J. XXX. 137. 182. — Ueber die eheliche Gütergemeinſchaft in Beziehung auf die Fürſtenthümer Paderborn und Corvey. Abhdl. vom ꝛc. Wiegand. v. K. J. XXXVI. 124. u. XLI. 365. 389.

Creditores immissi. Ein Gläubiger, auf deſſen Antrag im Wege der Exekution, die Sequeſtration eines Grundſtücks blos verfügt, aber nicht wirklich verhängt wird, erhält dadurch allein, nicht das, den inmittirten Gläubigern ertheilte Vorzugsrecht der fünften Klaſſe. Eben ſo wenig giebt die Einleitung der Subhaſtation den Gläubigern dieſes Vorzugsrecht, wenn nicht zuvor die Sequeſtration des Grundſtücks wirklich verhängt worden iſt. S. u. Str. R. 1. B. No. 6. p. 25. ſ. Konkurs.

Criminalis causa civili praefertur. Lief. 2. p. 37. ſiehe auch das in dem Falle ergangene Reſcr., wenn bei einem Eheſcheidungs-Prozeſſe auf Verlangen des einen Theils der ſchuldige Theil wegen Ehebruchs zur Unterſuchung zu ziehen. v. 27. Nov. 1797. E. S. p. 1472. X. St. B. p. 289. V.

Culpa, A. L. R. I. VIII. 2459 — 2463. — der Fuhrmann iſt in der Regel nur culpam levem zu präſtiren gehalten. G. E. v. 25. Febr. 1783. Kl. A. 81. I. Erweis derſelben. H. B. VI. 88.

Cura sexus, ſ. Bürgſchaft. Schleſien. ſ. a. Gerichts-Kuratel.

Curator absentis; ſ. Mandatariengebühren u. Abweſende.

Curator massae. Erklärungen deſſelben, wodurch er den Liquidanten Prioritätsrechte, die ihnen nicht gebühren, eingeräumt hat, ſtehen dem Coliquidanten nicht entgegen. S. u. Str. R. 1. B. No. 6. p. 25. ſ. Appellation. Autoriſation. Bevollmächtigte. Honorar.

D.

Dachbedeckungen; polizeiliche Anordnungen rückſichtlich derſelben. v. K. A. 17. I. 254. — 18. III. 861. — feuergefährliche, deren Abſchaffung. 24. III. 894.

Dachdecker, Gewerbebetrieb derſelben. v. K. A. 18. IV. 1147. — 24. I. 279. — Qualifikations-Nachweis zum Gewerbebetrieb. 29. IV. 905.

Dachpfannen, ſ. Baumaterialien.

Dachrinnen, hölzerne und hervorragende, deren Fortſchaffung. v. K. A. 17. I. 254. — II. 238. — IV. 210. — 18. I. 161. 167. — IV. 1151. — 19. I. 236. — 20. IV. 889. — zwiſchen den Giebelhäuſern, deren Feuergefährlichkeit. 24. I. 278. — metallene, ſtatt hölzerne, anzulegen, kann polizeilich nicht verlangt werden. ibid. — deren allgemeine Herſtellung im Oeſterreichiſchen. 22. III. 775. — deren Anlegung und Ausſchlagung mit Blech. 32. I. 207.

Dachſchieferbrüche, Berg-Polizei-Reglement für ſelbige. v. K. A. 24. IV. 1029.

Dachſteine, deren Verfertigung in gut angelegten Feldöfen. v. K. A. 26. 147. seq. — Maßbeſtimmung für ſelbige. 26. II. 434. — Beſtimmung der Form und Größe derſelben. 27. IV. 1020.

Dachſtein-Fabriken; ſ. Ziegeleien.

Dänemark, Königreich, Friedenstraktat mit demſelben vom 25. Aug. 1814. G. S. 1814. p. 137. — Handelstraktat mit ſelbigem. G. S. 1818. p. 183. — Traktat mit demſelben wegen Abtretung von Schwediſch-Pommern und der Inſel Rügen an Preußen, ſo wie wegen des von dieſem an Dänemark abzutretenden Herzgth. Lauenburg. G. S. 1818. (Anh.) p. 36. — Kartel-Konvention mit ſelbigem. G. S. 1821. p. 33. — Aufhebung des Abſchoſſes und Abfahrtsgeldes mit demſelben. G. S. 1816. p. 209. — 1822. p. 173. — Verhältniſſe mit ſelbigem rückſichtl. der Auswanderungen. G. S. 1822. p. 174. — Verlängerung der mit ſelbigem über das Reviſionsverfahren auf der Elbe unterm 23. Juni 1821. abgeſchloſſenen Konvention bis zum 31. Dez. 1833. G. S. 1828. p. 20. — Vereinbarung mit demſelben rückſichtl. der Herzogthümer Holſtein, Lauenburg und Schleswig gegen den Bücher-Nachdruck. G. S. 1828. p. 17. — Paßverhältniſſe mit ſelbigem. v. K. A.

23. II. 347. — Päſſe zu Reiſen in daſſelbe müſſen von deſſen Geſandtſchaft in Berlin viſirt ſein. 21. I. 112. — die in ſelbigem angeordnete Zurückweiſung der dort eintreffenden hülfsbedürftigen Ausländer. 23. III. 654. — Poſtverkehr mit ſelbigem. 25. III. 632. — Anwendung des thieriſchen Magnetismus von Aerzten in ſelbigem. 17. I. 300. — Unterbringung der Taubſtummen in ſelbigem. 17. I. 301. — Verordnung in ſelbigem wegen der in Schriften zu beobachtenden Achtung gegen fremde Regierungen. 18. II. 593. — Begleitung der nach ſelbigem und deſſen Staaten beſtimmten Poſtpäckereien mit vollſtändigen Declarationen. 29. IV. 811. — Von dem Reviſionsverfahren auf der Elbe, ſ. Konvention.

Däniſche Unterthanen; ſ. Dispachirungen.

Däniſche Vergleichs-Commiſſion. Ueber die Organiſation derſelben u. deren Wirkungen. v. K. J. XXXVIII. 3—66.

Dahme, Amt, gehört in ſtändiſcher Beziehung zur Kurmark. G. S. 1823. p. 130.

Damm, (oder Deich.) A. L. R. von deren Anlegung und Unterhaltung. II. XV. 63—66. — Beſchreibung des Fehrdamms zu Fehrbellin v. 1680. C. C. IV. II. IV. No. 5. Wie derjenige, welcher Dämme durchſticht, zu beſtrafen. E. v. 28. Juni 1754. p. 669. I. (A. L. R. II. XX. 1571.) Dammordnung zur Unterhaltung der Weichſeldämme der Marienwerderſchen Niederung in Preußen v. 30. 1755. E. S. p. 787. I. deren Reparatur muß der Erbpächter übernehmen. St. B. p. 90. V. ſ. Deich. — Streitigkeiten wegen Unterhaltung der Deiche, wenn von keiner Prägravation oder Exemtion die Rede, entſcheidet die Cammer-Juſtiz-Deputation. J. E. v. 31. März 1788. E. S. p. 2034. VIII. wenn dabei die Frage: ob Jemand die Abgrabung der Erde von ſeinem Grundſtück leiſten müſſe? vorkommt, entſcheidet die Cammer. J. E. v. 1. Nov. 1775. Kl. A. 252. IV. Die Entſchädigungsklage wegen des durch unterlaſſene Wiederherſtellung eines Dammes entſtandenen Schadens gehöret vor das Juſtizcollegium. J. E. v. 10. Oct. 1781. 277. VIII. Streitigkeiten über die Verbindlichkeit zur Anlegung oder Beſſerung eines Waſſer-Dammes vor die Cammer. J. E. v. 18. Dec. 1779. 240. VII. über die Verpflichtung zur Deichſchaupräſtation, ebenfalls. J. E. v. 23. Dec. 1779. 245. VII. wegen Reparatur der Deiche. J. E. v. 31. März 1788. 242. IX. in Deich- oder Dammſachen findet gegen die Schuldigkeit zur Reparatur nicht immer die Verjährung ſtatt, ſiehe St. B. p. 130. IV. — Dämme. Vorzugsrecht der zur Wiederherſtellung derſelben bei Durchbrüchen gemachten Geldvorſchüſſe und übernommenen Leiſtungen. G. S. 1814. p. 73. — in Oſtpr. u. Litthauen, dürfen an ſchiffbaren Strömen ohne Genehmigung nicht angelegt werden. G. S. 1806. p. 2. — deren Eintheilung in gewiſſe Looſe. G. S. 1806.

p. 5. — an Deichen deren Ausbeſſerung und Auskräutung. G. S. 1806. p. 6. 7. 8. f. — Unterhaltung eines Theils derſ. von den dicht am Deiche Wohnenden. G. S. 1806. p. 7. — in wie weit deren Befahrung ſtattfinden kann. G. S. 1806. p. 9. — deren Hegung und Sicherung vor Beſchädigung, insbeſondere darf keine Erde davon abgegraben werden, ebendaſ. — auf ſelbigen darf kein Vieh gehütet werden. G. S. 1806. p. 9. 18. 26. — Beſäung derſ. mit Grasſaamen oder Belegung mit Raſen. G. S. 1806. p. 11. — Beſtrafung unterlaſſener Ausbeſſerung und Auskrautung derſ. G. S. 1806. p. 25. — Binnen-Dämme, deren Inſtandhaltung. G. S. 1806. p. 5. 9. — Anlegung von Dämmen innerhalb der Feſtungs-Rayons. G. S. 1828. p. 124. — Erhaltung und Benutzung derſ. v. K. A. 18. IV. 1156. — beſonders durch Behüten, ebendaſ. — (an Flüſſen und Strömen) Behufs der Reviſion derſ. bei Eisgängen ꝛc., können die Landräthe und Deich-Inſpektoren ſich der von den Deichkommunen geſtellten Pferde bedienen. 29. I. 19. ſ. a. Deich- und Ufer-Ordnung.

Damm-Arbeiten, in Oſtpr. u. Litth., deren Beſtimmung und Beaufſichtigung. G. S. 1806. p. 6. 7. 10. — deren hartnäckige Verweigerung wird ſtreng beſtraft. G. S. 1806. p. 25.

Damm-Auf- und Abfahrten, in Oſtpr. u. Litth., dürfen ohne Erlaubniß nicht angelegt werden. G. S. 1806. p. 9. 26.

Dammbau-Sachen, Reſſortverhältniſſe der Regierungs-Abtheilungen in ſelb. v. K. A. 22. II. 429.

Dammbeſchädigungen, in Oſtpreußen und Litthauen durch ſchädliche Thiere ꝛc. deren Verhütung. G. S. 1806. p. 9. — durch Wurzeln und Stobben, deren Wegräumung ebdſ. — deren Strafbarkeit. G. S. 1806. p. 26.

Damm-Durchbrüche, in Oſtpr. u. Litth., Vorkehrungen und Maaßregeln bei ſelbigen. G. S. 1806. p. 22. 23. — Befreiung der durch ſelbige betroffenen Ländereien, von Beiträgen zur Societäts-Kaſſe. G. S. 1806. p. 14.

Dammgelder, deren Vergütigung bei Dienſtreiſen. v. K. A. 23. I. 14. — Befreiung der Poſtlandreiter, Lohnfuhr-Kontrolleure und Gensd'armen von ſelbigen. 26. III. 731. — ſ. auch Wagegelder.

Dammgelder-Tarifs, für einzelne Städte und Orte, ſ. dieſe. — als Frankfurt a. d. O., Demmin, u. ſ. w.

Damm-Geräthſchaften, in Oſtpr. u. Litth., deren Anſchaffung und Bereithaltung. G. S. 1806. p. 19. 35. — Strafe für deren Entwendung. G. S. 1806. p. 26.

Damm-Geſchworne, in Oſtpr. u. Litth., deren Pflichten und Obliegenheiten. G. S. 1806. p. 22. 28. f. — deren Beritte, in ſelbige werden die Deich-Sozietäten abgetheilt. G. S. 1806. p. 10.

Damm=Geſellſchaft, ſ. Damm=Sozietät.

Damm=Intereſſenten, in Oſtpr. u. Litth., Zuſammenſtellung ſämmtlicher denſelben obliegenden Pflichten. G. S. 1806. p. 32. f. — ſ. a. Damm=Sozietät.

Damm=Kontraventionen, in Oſtpr. u. Litth., deren Unterſuchung, Abmachung und Beſtrafung. G. S. 1806. p. 7. 23 — 27.

Damm=Laſten, in Oſtpr. und Litthauen, Verpflichtung zu ſelbigen. G. S. 1806. p. 5. 7. f. 10. — in wie weit davon Befreiungen ſtattfinden. G. S. 1806. p. 5.

Damm=Looſe, in Oſtpr. u. Litth., deren Bezeichnung durch kleine Pfähle. G. S. 1806. p. 5. — Beſchädigung oder Ausziehung der letztern wird beſtraft. G. S. 1806. p. 25.

Damm=Materialien, in Oſtpr. u. Litth., deren Hergebung und Herbeiſchaffung. G. S. 1806. p. 11. 12. 15. 17. 20. 35. — Strafe für deren Entwendung. G. S. 1806. p. 26.

Damm=Nebenwege, in Oſtpr. u. Litth., deren Anlegung. G. S. 1806. p. 8.

Damm=Oeffnungen, in Oſtpr. u. Litth., Maßregeln gegen ſelbige. G. S. 1806. p. 9. 21. — Strafbarkeit wegen Unterlaſſung der letztern. G. S. 1806. p. 25.

Damm=Offizianten, ſ. Deich=Offizianten.

Damm=Ordnung, ſ. Deich=Ordnung.

Damm=Rapportzettel, in Oſtpr. u. Litth., deren Anfertigung und raſche Beförderung bei Eisgängen und hohem Waſſer. G. S. 1806. p. 22. — Nachläſſigkeiten dabei, werden ſtrenge beſtraft. G. S. 1806. p. 27.

Damm=Reparatur, die Soden dazu können im Oſtfrieſiſchen erſt dann innerhalb Deiches genommen werden, wenn ſolche außerhalb deſſelben nicht zu haben ſind. St. B. p. 130. IV. — ſ. übrigens Damm.

Damm=Reviſionen, dabei können Beamte, welche ein Fuhrkoſten=Fixum genießen, keine Natural=Fuhren=Geſtellung fordern. v. K. A. 28. III. 631.

Damm=Rolle, neue, in Oſtpr. und Litth., deren Einführung ſeit dem 1. Sept. 1806. G. S. 1806. p. 6. — deren Berichtigung bei Beſitzveränderungen. G. S. 1806. p. 7.

Damm=Schaue, in Oſtpr. u. Litth., deren Anordnung u. Niederſetzung einer Kommiſſion für ſelb. G. S. 1806. p. 6. 7.

Damm=Schüttungen, in Oſtpr. u. Litth., Verfahren bei ſelbigen und Herbeiſchaffung der dazu erforderlichen Deich=Erde. G. S. 1806. p. 8. 11.

Dammſetzer, ſ. Steindammſetzer.

Damm=Sozietät. Vorzugsrecht der von einzelnen Mit=

gliedern für andere derſelben zur Wiederherſtellung durchbrochener Dämme ꝛc., geleiſteten Vorſchüſſe. G. S. 1814. p. 73. — in Litthauen. G. S. 1806. p. 10.

Damm-Sozietäts-Arbeiten, in Oſtpr. u. Litth., deren Anordnung u. Vertheilung. G. S. 1806. p. 10. — in wie weit davon eine Befreiung ſtattfinden kann. G. S. 1806. p. 10.

Damm-Sozietätskaſſen, deren Errichtung in Litthauen. G. S. 1806. p. 13. f. — Lieferung von Beiträgen zu ſelbigen. G. S. 1806. p. 13. — in wie weit Befreiungen von letzteren ſtattfinden. G. S. 1806. p. 14.

Damm-Sozietäts-Laſten, in den ehemal. königl. weſtphäliſchen, bergiſchen und franzöſiſchen Landestheilen, ſind von der Ablöſung ausgenommen. G. S. 1829. p. 66.

Dammſtraßen, ſ. Steindamm-Straßen.

Damm-Wächter, in Oſtpr. u. Litth., deren Verpflichtungen bei Eisgängen und hohem Waſſer. G. S. 1806. p. 19—22.

Dammwild, Erlegung deſſelben auch während der Schonzeit. v. K. A. 33. IV. 908.

Dampfkeſſel-Schmieden, polizeiliche Geſtattung deren Anlagen. v. K. A. 30. III. 603.

Dampfmaſchinen. Vorſichtsmaßregeln bei deren Anlegung u. Behandlung. v. K. A. 28. II. 487. — Schaden-Erſatz für die, durch ſelbige angerichteten Beſchädigungen in Beziehung auf Feuer-Sozietäten. ibid. — die bei Anlegung und Handhabung derſelben zu nehmenden Sicherheits-Maßregeln. 29. IV. 886. ff. — Cab. Ord. v. 1. Jan. 1831, die Anlagen und den Gebrauch derſelben betr. G. S. 1831. p. 243. — Inſtruktion zur Vollziehung der vorgedachten Cab. Ord. v. 13. Oct. 1831. G. S. 1831. p. 244 — 246. — welche unter unmittelbarer Aufſicht Königl. Behörden betrieben werden, Einwirkung der ordentlichen Polizei-Behörde bei letzterer. v. K. A. 32. I. 175. — was unter Keſſelgrundfläche zu verſtehen ſei? R. v. 18. Jul. 1834. — v. K. A. 34. III. 829.

Dampfmühlen, ſ. Mühlen.

Dampfſchiffe. Reglement für deren Führer auf dem Rheinſtrom. v. K. A. 28. II. 456. — Brief- ꝛc. Beförderungen durch dieſelben nach England ꝛc. 30. I. 63. — III. 542. — Verbot der Beförderung von Briefen, baaren Geldſendungen ꝛc., durch dieſelben. 32. IV. 904 — 911.

Dampfſchiff-Reiſende, deren Legitimation als Inländer. v. K. A. 33. II. 463.

Daniels (Geh. Staatsrath und Präſident des Rheiniſchen Appellations-Gerichtshofes, Nekrolog. v. K. J. XXIX. 271 — 275.

Dankſagungen, öffentliche, der Truppen und Einwohner über ihr gutes Verhalten, ſind verboten. v. K. A. 17. II. 285.

Danzig, Stadt, Feſtung und Gebiet, deren Abtretung von Preußen. G. S. 1807. p. 158. 159. f. — deren Wiedervereinigung mit der Provinz Weſtpreußen. G. S. 1815. p. 45. 48. 93. — Hafen- und Binnengewäſſer daſelbſt, Polizei-Ordn. für ſelbige. G. S. 1821. p. 21. f. — Sicherung der dort zu entrichtenden Zollgefälle. G. S. 1821. p. 25. f. — Regulirung der gutsherrl. und bäuerl. Vehältniſſe ꝛc. in dem Landgebiete derſelben. G. S. 1823. p. 73. — Statut für die dortige Kaufmannſchaft. G. S. 1822. p. 130 — 143. — Handhabung der polizeilichen Ordnung auf deren Börſe. G. S. 1822. p. 137. — Börſen-Ordn. für die Korporation der dortigen Kaufmannſchaft, v. 12. Jan. 1830. G. S. 1830. p. 10 — 16. — Befugniß der dortigen Handelsleute, mit Ausländern über die künftigen Produkte ihrer Güter gültige Verpfändungs-Kontrakte abzuſchließen. G. S. 1815. p. 190. — Bankerutirordnung daſelbſt; deren Gültigkeit hat ſchon vom 19. März 1814 ab, für die ſeitdem zu eröffnenden Prioritätsſtreite aufgehört, und ſind an deren Stelle die Preußiſchen Geſetze getreten. R. v. 25. Mai 1816. v. K. J. VIII. 26. — Bau-Ordn. für ſelbige. v. K. A. 29. I. 163. — bürgerliche Verhältniſſe der Juden in und aus der Stadt. Cab. O. v. 25. Apr. 1832. v. K. J. XXXXIV. 66., ferner v. K. A. 33. II. 445. — auswärtigen Juden kann daſelbſt die Aufnahme verweigert werden. v. K. A. 33. II. 446. — dortige, können ſich in andere Provinzen, in welchen das Geſetz vom 11. März 1812 verbindliche Kraft hat, überſiedeln. 33. II. 445 — 447. — Cab. O. v. 29. Mai u. R. v. 3. Juni 1833, die eheliche Gütergemeinſchaft daſelbſt betr. v. K. J. XLI. 569. 571. — Auktions-Reglement für ſelbige. v. K. A. 22. I. 188 — 198. ſ. a. Konkurs. Majorennität. — vormaliger Freiſtaat und Kommune, Regulirung deren Schuldenweſens. G. S. 1824. p. 82 — 84. u. v. K. A. 23. III. 540. u. 24. III. 768. — Verlooſung der Obligationen aus den nicht zur Verwendung gekommenen Beſtänden des jährlichen Tilgungsfonds. G. S. 1825. p. 55. — Präkluſionstermin rückſichtl. der Forderungen an ſelbige. G. S. 1825. p. 162. — von dieſer Präkluſion ſind die Forderungen aus ſogenannten Frankenſcheinen und für Vorſpannleiſtungen ausgenommen; ebendaſ. ſ. a. Präkluſiv-Termin.

Danziger Bankerutir-Ordnung, ſ. Danzig.

Danziger Goldwaſſer, ſ. letzt.

Danziger Landgebiet, Geſ. v. 8. Apr. 1823, betr. die Regulirung der gutsherrl. u. bäuerl. Verhältniſſe daſelbſt. G. S. 1823. p. 73. — Uebergehung der Kreis-Vermittelungsbehörde bei Auseinanderſetzungen. Cab. O. v. 27. Aug. 1831. G. S. 1831. p. 186.

Danziger Obligationen. Ueber Jobberei- und Stockbörſen-Spielverträge, beſonders über Schlußzettel, Danziger Obligationen betr. Abhdl. vom Dr. Grattenauer in Berlin. v. K. J. XXIV. 215 — 250.

Danziger Regierungsbezirk, Kreis-Eintheilung und Begränzung deſſelben. G. S. 1815. p. 93.

Danziger Willkühr. Von den ſtatutariſchen Rechten der Stadt Danzig. v. K. J. II. 109. — Danziger Willkühr und Abgabe des Teſtators zu Wegen und Stegen. R. v. 2. Aug. 1815. v. K. J. Vb. 81.

Dardanariat, A. L. R. II. XX. 1290. 1291. E. v. 1699. E. S. V. II. II. No. 60. 61. v. 1709. No. 70. v. 1714. V. V. IV. No. 7. v. 1720. No. 11. — Publ. wegen des wucheriſchen Getreide-Aufkaufs in Südpreußen v. 12. Aug. 1795. p. 2610. IX. ſ. übrigens Corp. Const. March. Th. 5. Abſch. 2. Cap. 2. p. 71. u. Th. 5. Abſchn. 5. Cap. 4. p. 207. Paalzow, Comment. z. Cr. Ord. B. I. 409.

Darlehn, A. L. R. I. XI. 653 — 868. — E. das Aufborgen der Cammer- und Juſtizbedienten von ihren Subalternen, Beamten, Stadtcämmerern, Rendanten Königl. Gelder, Kaufleuten und Juden betr. v. 20. März 1752. E. S. p. 285. I. Niemand ſoll ohne Conſens der Cammer einem Amte, Kirchſpiele ꝛc. Gelder leihen. E. v. 3. Oct. 1752. p. 383. I. V. das Creditiren an die unter Vormündern oder väterlicher Gewalt ſtehenden Perſonen betr. v. 10. Sept. 1701. II. I. No. 97. v. 22. Jan. 1730. No. 256. v. 7. Oct. 1749. p. 191. C. IV. an Prinzen u. Prinzeſſinnen des Königl. Hauſes v. 15. Jul. 1769. p. 6185. IV. an die bei der Oper und Schauſpielen engagirten Perſonen v. 19. März 1768. p. 2057. IV. C. O. v. 7. Nov. 1789. p. 2717. VIII. wer darunter zu verſtehen? R. v. 14. Dec. 1789. p. 2785. VIII. A. L. R. I. XI. 704. auch die bei der Capelle der Königin angeſtellten Perſonen. R. v. 7. Aug. 1797. St. B. p. 274. V. Pflichten des Richters bei Aufnahme der Darlehns-Verträge. A. G. O. Th. 2. Tit. 3. §. 13. — Patent wegen Eröffnung einer Anleihe in Scheidemünze v. 18. Nov. 1794. E. S. 2444. IX. — Capitalien der piorum corporum können bei ſtädtſchen Grundſtücken innerhalb der erſten Hälfte und bei Landgütern innerhalb der erſten $^2/_3$ des Werths ausgeliehen werden. R. v. 26. Nov. 1799. E. S. p. 2690. X. St. B. p. 223. Th. X. — Subalternen, welche Güter kaufen, auf welchen Depoſital-Darlehen haften, ſollen ſolche aufgekündiget und wieder eingezogen werden. R. v. 24. Jun. 1802. St. B. 144. XVII. R. A. 196. B. 3. C. O. wegen Nachſuchung der Geldanleihen aus Königl. Caſſen, v. 12. Sept. 1801. E. S. p. 519. XI. — Von Aufnahme der Darlehnsverträge in Rückſicht der berichtigten Valuta und der von Eintra-

gung in das Hypothekenbuch, R. v. 26. Mai 1804. N. A. 257. III. Bei Schuldſachen gegen die bei der Oper angeſtellten Offizianten ſoll die Vorſchrift des A. L. R. I. XI. 704. ff. gehörig berückſichtiget, Abſchrift der Verfügung auf die Klage dem Vorgeſetzten des Opernperſonals communiciret, und die Koſten in dergleichen Sachen ſollen billigmäßig angeſetzt werden. R. v. 28. Jul. 1805. E. S. p. 2968. XI. u. J. M. IV. 315. R. wegen der zur Anleihe der Stände aus den Pupillen-Depoſitorien herzugebenden Gelder oder öffentlichen Staats-Papiere, v. 29. Nov. 1806. J. M. III. 553. Patent wegen Eröffnung einer Anleihe mit Prämienzinſen, v. 27. Dec. 1808. nebſt Publ. v. 1. Febr. 1809. J. M. VII. 452. 456. — Da nach §. 727. Th. I. Tit. XI. des A. L. R. ein Schuldner ſchon durch den bloßen Empfang des Darlehns zu deſſen Zurückzahlung verpflichtet wird, ſo kann die Exiſtenz eines die Summe von 50 Rthlr. Courant überſteigenden Darlehns in Ermangelung eines Schuldſcheines auch auf andere Art dargethan werden. Erk. J. M. V. 24. 30. Es iſt erlaubt, alle Arten der inländiſchen Staatspapiere bei Darlehnen ſtatt baaren Geldes zu geben, und ſich die Rückzahlung in baarem Gelde nach ihrem Nominalwerthe auszubedingen. R. v. 15. Febr. 1809. §. 5. J. M. VIII. 30. — A. L. R. von unerlaubten Darlehnen. II. XX. 1310 — 1324. — Nach §. 76. Tit. 13. Th. 1. des A. L. R. iſt einem zur Verſchaffung eines Darlehns Beauftragten blos die Vorbedingung einer den geſetzlichen Mäklerlohn v. $\frac{1}{4}$ Prozent, überſteigenden Belohnung unterſagt; nach dem §. 1286. Th. 2. Tit. 20. aber ſoll jeder, der bei einem Darlehn ſich mehr als die geſetzlichen Mäklergebühren verſprechen oder bezahlen läßt, mit 50 bis 500 Rthlr. Geldbuße belegt, und ſo nach §. 1287. wenn er ein öffentlich angeſtellter Mäkler iſt, ſeines Amts außerdem noch entſetzt werden. Dieſe Amtsentſetzung des Mäklers ſoll nach §. 1384. Th. 2. Tit. 8. des L. R. erſt im Wiederholungsfall dieſes Vergehens erfolgen, zum erſtenmal ſoll der das geſetzliche Maaß der Mäklergebühren überſchreitende Mäkler nur um den doppelten Betrag der rechtmäßigen Gebühren beſtraft werden. In Rückſicht der Strafe der Mäkler, welche mehr als $\frac{1}{4}$ Prozent Gebühren für die Verſchaffung eines Darlehns nehmen, iſt hiernach der Widerſpruch der geſetzlichen Beſtimmung auffallend, aber auch in Abſicht anderer Beauftragten, die nicht Mäkler ſind, liegt eine erhebliche Differenz in dem §. 76. Tit. 13. Th. 1. und in dem §. 1286. Tit. 20. Th. 2. des L. R., um ſo mehr, wenn man erwägt, daß der Nichtmäkler nach §. 1287. des Criminalrechts gelinder geſtraft werden ſoll, als der angeſtellte Mäkler, dieſer aber nach §. 1384. Tit. 13. Th. 2. einer weit geringern Strafe unterworfen iſt, als der Darlehnsverſchaffer, welcher nicht Mäkler iſt. Es iſt daher bedenklich, einen Nichtmäkler, welcher ſich mehr als den geſetzlichen

Mäklerlohn verſprechen oder bezahlen läßt, auch nur um den doppelten Betrag des geſetzlichen Mäklerlohns zu beſtrafen. R. v. 9. Febr. 1806. J. M. 101. VI. ſ. auch ebendaſ. I. 513. Betrug, Zinswucher. — Wer auf Pfänder, Wechſel oder Handſchriften den Studirenden Geld leiht, oder Kaufmannswaaren ſtatt baaren Geldes auf Credit giebt, und ihnen auf dieſe Weiſe das Verſchwenden und Schuldenmachen erleichtert, hat zu gewärtigen, daß, wenn auch ſolche Schulden von den Studirenden bezahlt werden, doch das Bezahlte entweder auf Anſuchen der Eltern und Vormünder, oder wenn dieſe ſich nicht melden, von dem akademiſchen Fiscus wieder eingezogen wird. §. 143. des Anh. z. A. L. R. Hat Jemand einem Studirenden Geld oder Geldeswerth zu unnützen Ausgaben, oder gar zur Ueppigkeit oder Schwelgerei geliehen odee ſonſt creditirt; ſo ſoll er außer dem Verluſt der Schuld, auch noch um den ganzen Betrag derſelben fiscaliſch beſtraft werden; und hat der Schuldner ein ſolches Darlehn ganz oder zum Theil bezahlt; ſo iſt der Fiscus außer der Strafe, auch das Gezahlte von dem Gläubiger beizutreiben berechtiget, §. 14. u. 15. der V. v. 8. Jan. 1802. E. S. p. 638. XI. St. B. 133. XVI. — Wenn gegen einen geweſenen Studioſum geklagt, und dabei dem akademiſchen Fiscus etwas zuerkannt wird, ſoll der erkennende Richter der Univerſität, wo der Beklagte den Studien obgelegen, davon ex officio Nachricht geben, auch in dem Erkenntniſſe ſelbſt den letztern zur Zahlung an den Fiscum academicum binnen vier Wochen anweiſen. R. v. 5. Jan. 1786. E. S. p. 13. VIII. — Auch das Creditiren an Soldaten iſt A. L. R. Th. 2. Tit. 20. §. 1314. 1315. bei Strafe unterſagt. R. v. 5. Jul. 1802. St. B. 179. XVII. ſ. Art. 27. der Kr. Art. v. 3. Aug. 1808. J. M. 386. VI. ſ. Subaltern-Offiziere. — bei Darlehnen dürfen Staats- u. öffentliche Papiere nicht nach dem Nominalwerthe, ſondern nur nach dem jedesmaligen Kourſe derſelben in Zahlung gegeben werden. G. S. 1811. p. 169. — findet Ausnahme, wenn ſolche zur Bezahlung von Kaufs- und Erbſtandsgeldern für Domainen, Forſten und geiſtliche Güter oder zu Ablöſuug von Domanial-Abgaben verwendet werden. G. S. 1812. p. 1. — temporaire Annahme beliebiger Zinſen bei ſelbigen. G. S. 1809. p. 535. — 1810. (A.) p. 715. Verabreichung derſelben in geldwerthen Papieren und Rückzahlung derſelben nach dem Nominalwerthe der letztern. G. S. 1809. p. 535. — in wie weit dazu die zu einzelnen gerichtlichen Depoſitalmaſſen gehörigen Pfandbriefe benutzt werden können. G. S. 1829. p. 47. — in wie weit deren Zurückzahlung in Treſorſcheinen und andern Staatspapieren erfolgen kann, G. S. 1813. p. 1. und 7. — aus königl. Kaſſen auf Grundſtücke gegeben, Abtragung der rückſtändigen Zinſen von ſelbigen in Staats-

papieren bis zum 1. Jan. 1811. G. S. 1813. p. 73. — ſeit dem 1. Juli 1809 zu 5 Prozent — in Oſt- und Weſtpr. und Litthauen zu 6 Prozent Zinſen in baarem Gelde empfangen, dürfen in Pfandbriefen nach dem Nennwerthe nicht zurückgezahlt werden. G. S. 1811. p. 201. — 1812. p. 3. — auswärtige, deren Aufnahme von Seiten der oſtpreuß. Landſchaft. G. S. 1808. p. 444. f. — für Lehngüter und Fideikommißgüter, ſiehe dieſe. — in wie weit ſolche Unteroffiziere und gemeine Soldaten aufnehmen können. G. S. 1812. p. 5. — aus öffentl. Pfand-Leih-Anſtalten, ſ. dieſe. — Umſchlags- und Ablieferungstermin bei ſelbigen in Neu-Vorpommern, ſ. Pommern. — für den Staat, ſiehe Anleihe — ſiehe auch Schuldverſchreibung, Indult und Moratorium. — Ed. wegen eines Darlehns von 1,500,000 Thlr. auf ſämmtliche Provinzen der Preußiſchen Monarchie, v. 12. Febr. 1810. J. M. IX. 1. wegen der nicht conſentirten Schulden der aufgelöſten Regimenter, v. 5. Febr. 1810. p. 54. ſ. Militairperſonen. R. wegen der Klauſel der Schuldinſtrumente: Alle vom Capital und Zinſen fallende Abgaben werden vom Schuldner übernommen, v. 11. Apr. 1810. p. 254. Von der Form der Schuld- und Pfandverſchreibungen, worin Activforderungen verpfändet werden ſollen, p. 279. — C. O. wegen Annahme der Domänen-Pfandbriefe bei Rückzahlung der Hypothek-Capitalien, und bei Cautionsbeſtellungen, vom 5. May 1814. G. S. 61. IV. R. A. B. 362. — Vondem Vorrechte der Pupillen-Collegien und Gerichte wegen Einziehung der aus ihren General-Depoſitorien gemachten Darlehnen, R. v. 30. März 1816. v. K. J. 29. VII. V. wegen Behandlung der Provinzial- und Communal-Kriegsſchulden aus den Kriegsjahren $180^{6}/_{7}$ und $18^{12}/_{15}$. vom 3. Januar 1816. G. S. 4. VI. Kreiſe, Communen und Korporationen können ohne Conſens der Regierung Behufs der Abwälzung der von ihnen geforderten Kriegsleiſtungen keine gültigen Schulden contrahiren. R. A. B. 154. V. P. A. B. 185. Die bei Darlehnsgeſchäften im A. L. R. angedroheten Strafen ſind keiner extenſiven Auslegung fähig, und können daher auf Ceſſionen nicht angewandt werden. R. v. 4. Nov. 1799. S. M. 185. — hypothekariſche, werden unter der dritten Haupt-Rubrik eingetragen. H. O. Tit. I. §. 56. p. 15. Worauf der Richter, wenn dergleichen Eintragungsgeſuche eingehen, in Anſehung der Perſon des Schuldners Tit. 2. §§. 128. 129. 130. u. 131. p. 53. der Qualität des verpfändeten Grundſtücks, §. 132. p. 54. des durch die Hypothek zu ſichernden Hauptgeſchäfts, §. 135. und der Nebenbedingungen, §. 137. der Faſſung der Inſtrumente, §. 138. 139. p. 55. u. deren äußern Form, §. 140 — 155. p. 56. A. L. R. II. XVII. 53. A. G. O. II. I. 3. f. f. zu ſehen hat. — Wer Darlehen auf Grundſtücke hergeben will, darf ſich nur um die Rich-

tigkeit des tituli possessionis bekümmern. H. O. Tit. 2. §. 103. p. 47. ſ. Beſitzer. — Wenn bei einem Anlehn Papier als baare Zahlung angenommen und die Valuta als baar angeliehen beſcheinigt iſt, ſo muß die Schuld baar zurückgezahlt werden. Erkenntniß-Auszug des Ober-Appell.-Senats des Kammergerichts v. 26. Sept. 1811. und des Geheimen Obertribunals v. 26. Oct. 1811. v. K. J. I. 134. — ſ. Generaldepoſitorium, Retabliſſemensſchulden. — ohne Conſens der Subalternen-Offizieren vorgeſchoſſen, Intervention des Fiskus bei deren Einklagung. v. K. A. 20. III. 614. — deren Bewilligung aus katholiſchen Kirchen- und Stiftungs-Kaſſen. 17. I. 153. — Beaufſichtigung der Gemeinden hinſichts der Aufnahme von Darlehnen. 32. I. 129. Anwendung der neuern Münzbeſtimmungen auf Zahlungen die in fremden Münzſorten ſtipulirt worden ſind. Cab. Ord. v. 4. Aug. 1832. G. S. 1832. p. 207. — aus öffentlichen Kaſſen, Stempelpflichtigkeit der Quittungen über ſelbige, wenn letztere, neben den Schuldſcheinen, nicht vermieden werden können. v. K. A. 30. II. 294. f. — Ueber die Münzſorten, in welchen Darlehne aufgenommen werden können. R. v. 10. Sept. 1830. v. K. J. XXXVI. 146. 147. — Darlehne der Subaltern-Offiziere, ſiehe Offiziere, ſiehe auch Fiskus. ſiehe überhaupt Bauergüter. Einquartirung. Gutsherrliche und bäuerliche Verhältniſſe, Hypothekengebühren. Löſchung. Schuldverſchreibung. — Die Annahme einer, von einem Andern in der Hoffnung des Darlehns-Empfanges, oder gegen mündliches Verſprechen der Darlehns-Zahlung ausgeſtellten Schuldverſchreibung, verpflichtet ohne weitern ſonſt erforderlichen ſchriftlichen Vertrag, nicht zur Darlehns-Zahlung. Sim. u. Str. R. 1. B. No. 31. p. 119. — Die Zurückzahlung eines Darlehns muß in baarem Gelde erfolgen, wenn die Valuta in Geldpapieren, die mit baarem Gelde gleichen Werth hatten, gegeben, und die Zurückzahlung in baarem Gelde verſprochen worden iſt. S. u. Str. R. 1. B. No. 50. p. 188. — Wird der Empfänger eines Darlehns auch perſönlich verhaftet, wenn er in einer, demnächſt außergerichtlich, ihrem Inhalt nach, vom Gläubiger genehmigten Schuldverſchreibung über das Darlehn erklärt, daß er ſeinem Glaubiger für die geliehene Summe ein beſtimmtes Grundſtück verpfände, mit ausdrücklicher Ausnahme ſeines Mobiliar- und anderweitigen Vermögens, und ſeines ſonſtigen Einkommens, dergeſtalt, daß der Gläubiger ſich nur rein an das Grundſtück halten ſolle. S. u. Str. R. 2. Band No. 25. p. 248. — Gilt die in Anſehung des eingebrachten Vermögens geſetzlich ausgeſprochene Richtigkeit einer von der Ehefrau, während der Ehe, ohne Bewilligung des Mannes gemachten Schuld nur für die Dauer der Ehe, oder iſt, auch nach getrennter Ehe, die Ehefrau zur Be-

zahlung einer ſolchen Schuld rechtlich nicht verpflichtet. Sim. u. Str. R. 2. Band, No 27. p. 262.

Darlehnsvertrag mit Subaltern-Offizieren ohne Einwilligung des Chefs oder Kommandeurs geſchloſſen, geſetzliche Beſtimmungen rückſichtlich deſſelben. G. S. 1825. p. 188. — ſiehe Darlehn. Notariengebühren.

Darmſaiten-Fabriken, deren Anlegung und Betrieb in den Städten. v. K. A. 18. I. 163. 168. — II. 490. — 23. III. 690. — IV. 956. 33. IV. 1051 — 1056.

Darmſtadt, Heſſen, Großherzogthum, ſ. Heſſen-Darmſtadt. Reſidenzſtadt, Baupolizei-Ordnung für ſelbige. v. K. A. 25. I. 273.

Darren, baupolizeiliche Vorſchriften wegen derſelben. v. K. A. 17. II. 220. — müſſen wo möglich überwölbt und bedacht werden. 18. IV. 1107. — 19. II. 498.

Darſtellungen, öffentliche, durch konzeſſionirte Perſonen, polizeiliche Beſchränkung derſelben. v. K. A. 18. I. 141. — 19. II. 401. 408. — 24. I. 255.

Darß, der, (Halbinſel in Neuvorpommern), ſ. Prerow-Strom.

Dauer der Landwehrpflichtigkeit, ſiehe letztere.

Davyſche Sicherheits-Lampen, ſiehe Lampen.

Debits-Verluſt, ſiehe Zwangs- und Banngerechtigkeit.

Decem, iſt unter den einzutragenden beſtändigen Laſten und Abgaben nicht zu verſtehen. H. O. Tit. 1. §. 48. p. 13. — Der einem Dominio zu entrichtende Decem iſt in Hinſicht der Abſchreibung als ein Pertinenzſtück zu betrachten, und der desfallſige Vermerk wie wegen dieſer im Hypothekenbuche sub rubrica I. zu bewirken. Reſcr. v. 11. Oct. 1814. v. K. J. IV. 220.

Decernenda; ſiehe Geſchäftstabellen und Liſten, Prozeßtabellen.

Decernenten-Zettul, Journal- und Tagezettul, ſ. Inſtruction für die Weſtpreußiſche Regierung v. 1773. E. S. p. 550. V. c. Allgemeines Regiſtratur- u. Kanzley-Reglement v. 1795. §. 61.

Dechanten, Land-, und deren Stellvertreter, ſind zur Haltung der Geſetzſammlung und des Regierungs-Amtsblattes verpflichtet. G. S. 1819. p. 149. 150. — Schreibmaterialien-Gelder für ſelbige. v. K. A. 17. IV. 100.

Decharge, Geſuche bei Kämmerey- und Kreis-Kaſſen-Rechnungen ſollen erſt nach Eingang der Rechnungen, bei der Oberrechenkammer, R. v. 11. Nov. 1783. E. S. No. 90. eingereicht werden. R. v. 1. Jul. 1774. No. 52. wenn die Decharge nachzuſuchen. R. v. 24. May 1796. No. 161. des Caſſendhandb. ſiehe das bei Etat

allegirte Dir. R. v. 4. Jul. 1798. — Canzleigebühren werden bei Decharge=Ertheilungen nicht liquidirt. R. v. 23. Jan. 1811. (ungedr.) — in wie weit es dazu eines Stempels bedarf. G. S. 1822. p. 76. — zu denjenigen Dechargen, welche die Oberrechnungskammer ertheilt, wird der Stempel vorweg zu dem Titelblatt der Rechnung verwandt. G. S. 1817. p. 3. ſiehe Stempel, Stempelfreiheit.

Decimandi; jus; ſ. Abſchoß.

Decken, Burger, ſiehe letzt. — wollene, Freigebung des Hauſirens mit denſelben in den weſtlichen Provinzen. v. K. A. II. 389 — 391.

Deckengeld; ſ. Unterſuchungskoſten.

Deckung der Ufer gegen Strom=Abriſſe von Privatperſonen in Schleſien. Verf. v. 9. Mai 1834. — v. K. A. 34. II. 545.

Deckungs=Zuſchüſſe, ſiehe letztere.

Decretum de alienando, ſ. A. L. R. II. XVIII. 550 — 596. — wie daſſelbe bei dem foro rei sitae zu ertheilen. R. v. 2. Apr. 1760. E. S. p. 417. II. wenn venia aetatis bereits ertheilet, bedarf es deſſelben in der Regel nicht. V. v. 30. Jul. 1760. p. 457. II. v. 12. März 1781. p. 179. VII.

Deduction, wenn ſie nova enthält, kann der Richter erſter Inſtanz nicht darauf reflectiren. C. v. 20. Sept. 1783. E. S. p. 2459. VII. R. die Friſten zur Einreichung v. 20. Oct. 1785. p. 3219. VII. und der mit keinem Bevollmächtigten verſehenen Parthey deshalb zu machenden Bedeutung betr. v. 22. Dec. 1788. p. 2351. VIII. die Deductionen werden nur vermittelſt abſchriftlicher Decrete zugeſtellt. R. v. 29. Febr. 1796. p. 83. X. A. G. O. Th. 1. Tit. 12. §. 15. R. wegen Zulaſſung eines mit der Deduction bereits präcludirten Theils wider Willen des Gegners v. 25. Sept. 1797. E. S. p. 1431. X. ſiehe übrigens die Circular=Verordnung v. 30. Dec. 1798. E. S. p. 1834. X. — In Anſehung der Appellations= und Beantwortungsberichte behält es bei den Vorſchriften der Gerichts=Ordnung ſein Bewenden. R. v. 2. Sept. 1799. St. B. p. 117. Th. IX. welche nicht zu den Deductionen gehören. R. v. 21. Febr. 1799. St. B. p. 174. Th. VIII. wird bei ausdrücklicher Erklärung bei Anmeldung der Appellation, daß keine nova in facto anzubringen oder die Partei bloß deduciren wolle, innerhalb einer präcluſiviſchen Friſt eingefordert. R. v. 21. Jan. 1802. E. S. p. 758. XI. u. St. B. p. 369. XV. R. A. p. 300. B. 2. — Wie es wegen der Deductions=Friſt in den an das Geheime Ober=Tribunal abzuſendenden Sachen zu halten. R. v. 17. May 1802. E. S. p. 886. XI. — R. die Friſten zur Einreichung der Deductionen betr. v. 11. Jan. 1805. R. A. III. 380. p. 2864. XI. B. I. 93. — Verlängerung der Deductionsfriſt in revisorio, wenn ſie zu kurz be=

ſtimmt worden. Reſcr. v. 17. Jan. 1812. v. K. J. I. 25. — Präcluſion der in der Reviſions-Inſtanz verſäumten Deductionsfriſten. Reſcr. v. 6. Mai 1817. IX. 201. — Die Präcluſion der Deductionen mit Ablauf der beſtimmten Friſt wird durch das Geſetz ſchon ausgeſprochen, und es bedarf keines wiederholten Ausſpruchs derſelben durch ein Decret. Reſcr. v. 16. Sept. 1817. X. 242. — Bei Abfaſſung des Anh. zur A. G. O. iſt keinesweges beabſichtigt worden, die Beſtimmungen des Circulars v. 11. Jan. 1805, betreffend das Verfahren bei De- und Redeductionen in revisorio aufzuheben. Reſcr. v. 8. Mai 1818. XI. 209. — Dem Appellaten kann zur Einreichung ſeiner Deduction keine beſondere Friſt gegeben werden, ſobald der Appellant ſich mit der Rechtsherleitung präcludiren läßt; es ſteht ihm aber deſſen ungeachtet frei, eine Deduction ſeinerſeits nachträglich einzureichen, ſobald ihm die erfolgte Präcluſion bekannt gemacht wird. Reſcr. v. 10. Nov. 1820. XVI. 231. — Die Dispoſition der A. G. O. Th. I. Tit. 35. §. 99. in Betreff der fiscaliſchen Deduction zum Behuf des anderweiten Verfahrens gegen den vermeintlich zu gelinde beſtraften Denunciaten iſt nicht auch auf den Fall auszudehnen, wo von Beziehung auf die in erſter Inſtanz bereits vorgekommenen Thatſachen und Beweismitteln die Rede iſt, vielmehr müſſen die Vorſchriften Tit. 14. §. 63. und Tit. 35. §. 63. zur Anwendung kommen. Reſcr. v. 5. Mai 1823. XXI. 310.

Deductionsfriſt; ſ. Deduction.

Defenſion, Criminal-Ordnung v. 1717. C. C. Cap. VI. II. III. No. 32. p. 86. Decl. v. 17. Oct. 1796. p. 726. X. B. v. 26. Febr. 1799. — die Anfertigung der Defenſionen für Soldaten ſoll Auditeurs von andern Regimentern aufgetragen, V. v. 17. May 1715. III. I. No. 136. D. v. 12. März 1718. No. 148. ſolche ſoll nicht von den Criminalräthen, ſondern von Juſtizcommiſſarien, geſchickten Juſtizburgemeiſtern, Syndicen, R. v. 20. Jan. 1754. p. 615. I. v. 29. Jan. 1802. N. A. 214. B. 3. St. B. 168. XVII. J. M. I. p. 503. auch nicht ohne vorhergegangene Unterredung mit dem Inculpaten über die momenta defensionis, worüber unter des defensoris Unterſchrift ein Protocoll aufzunehmen, angefertiget werden. R. v. 18. Nov. 1756. C. C. p. 185. II. v. 18. Sept. 1764. p. 473. III. C. v. 27. Jan. 1772. p. 91. Vb. In Armen-Regie-Unterſuchungsſachen müſſen die Juſtizcommiſſarien die Anfertigung derſelben übernehmen. R. v. 1. Aug. 1784. p. 2901. VII. ſ. a. Ed. v. 10. Dec. 1735. II. III. p. 179. R. an das Stadtgericht zu Berlin wegen der von den Juſtizcommiſſarien des Cammergerichts zu übernehmenden Defenſionen v. 23. Sept. 1793. p. 1656. IX. Cr. O. §. 433 — 468. Von dem Rechtsmittel der weitern Vertheidigung, §. 517 — §. 533. nach rechtskräftig zuerkannter Strafe, §. 588. 589. ſ. Todtſchlag. — Bei Unterſuchungen

wegen Vergehen im Landſturm ſoll zwar auf Verlangen des Angeſchuldigten eine Vertheidigung ſtattfinden, ſie ſoll aber nicht ſchriftlich erfolgen, ſondern der Vertheidiger muß ſich bei dem Inquirenten an dem beſtimmten Tage einfinden, ſich mit dem Angeſchuldigten beſprechen, und alsdann die Vertheidigungsgründe zu Protokoll geben. V. v. 21. Juli 1813. §. 5. G. S. 97. III. — Eine kurze Ueberſicht der Lehre von der Defenſion findet man in den Gloſſen zum Pr. Crim. Recht, p. 121. — Die Vorſchrift der Cr. Ordn. v. 1717. iſt durch die A. G. O. Th. 3. Tit. 7. §. 44. und noch mehr durch die Cr. Ordn. von 1806 u. d. §. 4. der Allgemeinen Anmerkung zu der, derſelben beigefügten Gebühren-Taxe aufgehoben worden, nach welchen Geſetzen die Juſtizcommiſſarien verbunden ſind, in Unterſuchungsſachen, die in demjenigen Departement oder bei demjenigen Gerichte vorfallen, bei welchem ſie angeſtellt ſind, die, eines unvermögenden Inkulpaten unentgeldlich zu übernehmen, u. kann es auf eine entgegengeſetzte Obſervanz nicht ankommen. R. v. 15. Sept. 1810. J. M. X. 547. v. 14. Nov. 1812. v. K. J. 257. I. ſ. a. R. v. 10. Mai 1814. 297. III. Bei deshalb vorzunehmenden freien Reiſen erhalten ſie täglich 1 Rthlr. 10 Sgr. Diäten. R. an die Neum. Reg. v. 14. März 1794. R. v. 5. Oct. 1793. p. 1708. IX. E. v. 10. Dec. 1735. E. S. II. III. No. 74. ſ. a. R. an das Stadtgericht zu Berlin, v. 23. Sept. 1793. p. 1656. — Die Juſtizcommiſſarien ſind keine Defenſionsgebühren für unvermögende Inquiſiten aus den Kämmereien zu fordern berechtiget. R. v. 15. Sept. 1810. J. M. IX. 546. Publ. des Crim.-Senats des Oberlandesgerichts zu Frankfurt an der Oder, betr. die Beſtellung des Defenſors und Erforderung der Defenſion vor Einreichung der Akten in Criminal- u. fiscaliſchen Unterſuchungsſachen, u. die Mittheilung der in denſelben ausgeſprochenen Erkenntniſſe an den Angeſchuldigten, v. 27. Oct. 1817, v. K. J. X. 300.

ſ. Defenſions-Gebühren.

Defenſions-Gebühren, können in den Fällen, wo die Angeſchuldigten unvermögend oder freigeſprochen worden ſind, nicht gefordert, ſondern nur die baaren Auslagen erſtattet verlangt werden. R. v. 3. Okt. 1812. u. 14. Nov. ejd. v. K. J. I. 257. 258. — In Fällen, wo der Fiscus, oder ein Privat-Jurisdictionarius die Koſten zu zahlen hat, kann der Defenſor nur die Gebühren für die eigentliche Defenſion und nicht beſondere Gebühren für den Unterredungstermin liquidiren. R. v. 10. Mai 1814. III. 297. — Die Niederſchlagung der Vertheidigungskoſten kann, ſo lange nicht klar nachgewieſen worden, daß der Verurtheilte ohne Zerſtörung ſeines Nahrungszuſtandes gar nichts davon zu bezahlen im Stande iſt, oder der Juſtizcommiſſarius nicht ſelbſt darauf anträgt, ihm die baaren Auslagen zu erſtatten, nicht erfolgen, und die Koſten der

Vertheidigung müſſen auf Verlangen jedesmal nach Vorſchrift der Gebührentaxe feſtgeſetzt werden. R. v. 17. Mai 1822. XIX. 333. — In ſolchen Fällen, wo die Unterredungstermine in Unterſuchungsſachen mit einem, von dem eigentlichen Defenſor des Angeſchuldigten verſchiedenen Juſtizbedienten abgehalten werden, iſt dem letztern ein Theil der nach dem Regulativ v. 10. Oct. 1815 feſtgeſetzten Defenſionsgebühren zu bewilligen. R. v. 7. März 1823. XXI. 334. ſ. Unterſuchungskoſten. — R. v. 16. Juni 1831 in fiscaliſchen Unterſuchungsſachen betr. XXXVII. 426. — R. v. 6. Apr. 1832, betr. deren Berichtigung bei völliger Freiſprechung und Zahlungs-Unfähigkeit des Angeſchuldigten. XXXIX. 473. 474.

Defenſor, ſ. Reiſekoſten. Unterſuchungskoſten.

Defloration, A. L. R. II. I. 1077 — 1103. wie ein Jude zur Deflorations-Entſchädigung einer geſchwängerten Chriſtin verbunden. H. B. I. 33. Gutachten des Oberlandrabbiner v. 4. Sept. 1797. St. B. p. 139. V. auf den Geſchlechtsſtamm kann dabei nicht geachtet werden. Gutachten deſſelben v. 18. Febr. 1794. St. B. p. 108. I. — Auch eine Wittwe kann für die Defloration etwas fordern. Lief. 2. p. 38. Ob die Geſchwächte zum Beiſchlaf verleitet worden, darauf kommt es bei Beſtimmung dieſer Entſchädigung nicht an. Lief. 2. p. 38. In der Altmark kann auf ein geringeres Deflorations-Quantum als 10 Rthlr. nicht erkannt werden. St. B. p. 92. I. Die Deflorations-Entſchädigung ceſſirt, wenn die Geſchwängerte geheirathet. H. B. II. 107. von deren Folgen in Abſicht der Tragung des Jungfern-Kranzes ebendaſ. VI. 141. ſiehe Schwängerung.

Defraudationen, landes- und grundherrlicher Nutzungen, deren Unterſuchung und Beſtrafung. V. wegen verbeſſerter Einrichtung der Provinzial-Behörden v. 26. Decbr. 1808. G. S. 1808. p. 473. 476. — von Militairperſonen begangen, Verfahren bei deren Unterſuchung und Beſtrafung. G. S. 1812. p. 182. — des Geſindes und der Angehörigen von gewiſſen gewerbetreibenden und andern Perſonen, Verhaftung der letztern für ſelbige. G. S. 1812. p. 193. — ſ. auch Steuer- und Zoll-Defraudationen. — Die in dem E. wegen der Conſumtionsſteuer am 28. Oct. 1810. (G. S. p. 40. I.) enthaltenen Defraudationsgeſetze und Strafen haben keine Anwendung auf die der Acciſe bereits unterworfenen ſtädtiſchen Einwohner, in Anſehung deren das Ed. v. 1787. angewandt wird. J. M. XI. 128. — In wie weit die Untergerichte in Defraudations- und Contraventionsſachen zu erkennen befugt ſind, V. v. 26. Dec. 1808. §. 34. G. S. 1808. und Reſcr. v. 1809. J. M. 210. VIII. K. A. B. 68. II. V. die den Acciſe-, Zoll- und Conſumtions-Aemtern übertragene Inſtr. und Entſcheidung geringfügiger Defraudationsproceſſe betreffend v. 20. Oct. 1812.

K. A. B. 491. c. R. v. 18. Nov. 1812. p. 532. V. v. 26. Apr. 1813. p. 397. III. wegen Berechnung des Denunciantenantheils, p. 76. und bedarf es ferner der Zuziehung eines Juſtizbedienten nicht, p. 504. II. Von Publication der Reſolutionen der Regierungen in dergl. Sachen, N. A. B. 83. I. Den Abgabe-Deputationen der Regierungen iſt die Befugniß beigelegt, in Contraventions-Fällen mildere Strafen zu beſtimmen, C. O. v. 15. März 1813. G. S. 41. III. Decl. des Steuerregl. v. 28. Oct. 1810. §. 5. G. S. 40. I. und des Regl. v. 28. März 1787. §. 20. 87. u. 102. C. S. p. 835. VIII. c. D. p. 87. IX. wegen Beſtrafung der Contraventionen mit gemengtem Getraide, v. 29. Jun. 1813. G. S. III. p. 74. P. A. B. III. 363. wegen der Defraudationen beim Branntweinſchroot, v. 19. Sept. 12. K. A. B. 242. II. Von Verhütung der, der Durchgangsabgabe, P. A. B. 79. I. R. die Abſchätzung der in Beſchlag genommenen Waaren der Steuercontravenienten betr., v. 29. Apr. 1812. N. A. B. 229. II. Bei Policeicontraventionen ſollen die Officianten von den Contravenienten nicht das Geringſte fordern, oder ſich von ihnen abfinden laſſen, K. A. B. 395. Wenn eine, verübt worden, welche lediglich mit der Confiskation zu beſtrafen iſt, ſoll der Werth des Confiscats den Maaßſtab zur Beſtimmung des Stempelbetrages abgeben. R. v. 25. Apr. 1813. N. A. B. 183. III. — Von Inſtruction der Defraudationsprozeſſe von Seiten der Acciſe- und Steuer-Conſumtionsämter, K. A. B. 187. IV. 17. V. Beſtrafung der Defraudationen der Krüger, ebendaſ. 53. V. dem Denunciantantheil der Dorfseinnehmer 136. IV. 184. V. Reſolutionsgebühren können bei erfolgter gerichtlicher Entſcheidung nicht genommen werden, R. v. 8. Jun. 1815. p. 190. ſ. überh. Abgaben. Konfiskation. Koſten. Steuer- und Zoll-Defraudationen.

Defraudations-Prozeſſe. Von Inſtruktion der, von Seiten der Acciſe- und Steuer-Conſumtions-Aemter, ſ. K. A. B. 187. IV. 17. V.

Defraudations-Sachen, Berechnung und Entrichtung der Stempel-Steuer in ſelbigen. G. S. 1822. p. 63. 78. f. — ſ. Reviſion. Steuer-Defraudationsſachen. Strafrecht.

Degen, E. das Verbot der dreikantigen Degenklingen betr. v. 11. Nov. 1766. C. S. p. 609. IV. Ed. wegen des verbotenen Degentragens der Handwerksburſchen u. Schüler v. 6. Aug. 1704. V. I. I. No. 11. v. 18. Febr. 1708. No. 14. E. v. 11. Jun. 1709. No. 16. C. v. 1. Febr. 1752. p. 279. I.

Degradation, deren Anwendung als Strafe gegen Feldwebel, Wachtmeiſter, Oberfeuerwerker und Unteroffiziere. G. S. 1808. p. 263. 264. 271. — durch Erkenntniſſe ohne Allerhöchſte

Beſtätigung. G. S 1827. p. 36. — Verfahren rückſichtl. derſelben gegen beurlaubte Feldwebel und Unteroffiziere der Landwehr durch die Civilgerichte. G. S. 1823. p. 28 — 31. — im Civildienſte, deren Ausführung. G. S. 1823. p. 27. — Befugniß des Finanzminiſterii, die verdächtigen und im Dienſt nachläſſigen Steuer= und Zollbeamten (mit Ausnahme der Steuerräthe oder Oberinſpectoren, welche nur nach vorgängigem Vortrage des Finanzminiſterii im geſammten Staatsminiſterio und auf deſſen Beſchluß mit Gehaltsverluſt verſetzt werden können) durch Verſetzung mit Gehaltsverluſte oder in eine andere Stufe zu degradiren, und ſummariſche Unterſuchung unter Zuziehung einer Gerichtsperſon. Cab. Ord. v. 2. und Reſcr. v. 3. Jan. 1823. v. K. J. XXI. 49. 50. — zum gemeinen Soldaten; ſ. Militairperſonen. — der Bombardiere, ſiehe letztere.

Deich, nebſt allen ſeinen Verbindungs=Worten ſiehe Damm.

Deich=Ausriſſe; ſiehe Damm=Durchbrüche.

Deich=Band; ſiehe Damm=Sozietät.

Deich=Inſpektoren, in Oſtpreußen und Litthauen, deren Funktionen und Obliegenheiten. G. S. 1806. p. 28. f. — ſiehe auch Deichoffizianten.

Deich=Offizianten, in Oſtpreußen und Litthauen, deren Funktionen und Obliegenheiten. G. S. 1806. p. 1. 28. f. — Geſtellung von Arbeitern für ſelbige auf ihren Geſchäfts= und Vermeſſungs=Reiſen. G. G. 1806. p. 2. — deren Beſoldung aus den Damm=Sozietätskaſſen. G. S. 1806. p. 13.

Deich= und Uferordnung, wegen des Oder=Stroms, v. 30. Dec. 1716. C. S. IV. II. IV. No. 17. v. 23. Jun. 1717. No. 18. in der Altmark v. 20. Dec. 1695. No. 8. c. D. v. 1. Sept. 1776. p. 266. VI. zum Behuf der Saaldeiche bei Laublingen, Poplitz ꝛc. v. 27. Apr. 1779. p. 1535. VI. für Oſtpreußen v. 12. Apr. 1787. p. 907. VIII. V. wegen des Schillefanges und Sandholens bei Inſeln und Küſten in Oſtfriesland v. 6. May 1790. p. 2928. VIII. — für das Amt Croſſen und dortige Unterthanen v. 14. Febr. 1766. — Deich= und Damm=Ordnung zur Unterhaltung der Weichſel=Dämme in der Marienwerderſchen Niederung v. 30. März 1755. C. S. p. 787. I. — Rgl. wornach die Prignitziriſche Elb=Buhnen=Arbeit zu verrichten v. 6. Febr. 1737. IV. II. IV. No 22. u. p. 11. C. I. Pat. wegen deren Schonung in der Churmark u. Herz. Magdeburg v. 12. Febr. 1727. No. 21. Declaration v. 9. Aug. 1793. p. 1641. IX. Ufer=, Graben= und Schau=Ordnung für das Warthebruch v. 27. März 1802. p. 786. XI. — allgemeine, für Oſtpr. u. Litthauen v. 14. Apr. 1806. G. S. 1806. p. 1 — 36. — und Damm=Ordnung im Königreiche Sachſen. v. K. A. 19. III. 868. 891. — ſ. Graben.

Deichſel, mit derſelben müſſen alle Schlitten verſehen ſeyn. v. K. A. 18. II. 451.

Deime in Preußen, Erhebung eines tarifmäßigen Schiffsgefäßgeldes auf ſelbiger. G. S. 1828. p. 41. 42. — der zeitherige Deimezoll iſt dagegen aufgehoben. G. S. 1828. p. 41.

Dekane; ſiehe Dechanten.

Deklamanten, ſind gewerbeſteuerpflichtig. v. K. A. 17. II. 52.

Deklamir-Uebungen, der Schülerinnen, ſollen bei öffentl. Prüfungen nicht ſtatt finden. v. K. A. 19. I. 154.

Deklarationen zollpflichtiger Waaren, ſiehe Waaren-Deklarationen u. Waaren, Frachtfuhren. — des Inhalts, bei Verſendungen von Päckereien mit der Poſt. v. K. A. 27. II. 396. — bei Verſendungen mit der Poſt nach Kurheſſen und Waldeck ſind nicht weiter erforderlich. 32. I. 84. — Zuſammenſtellung über Deklaration der Städte-Ordnung v. 19. Nov. 1808. G. S. 1832. p. 182. — der Verordnung über den Mandats, ſummariſchen und Bagatell-Prozeß v. 8. Sept. 1834. v. K. J. XLIV. 87. — Deklaration des Geſetzes v. 14. Sept. 1811. betr. die gutsherrl. u. bäuerl. Verhältniſſe v. 29. Mai 1816. G. S. 1816. p. 154. — Bei einer unrichtigen Waaren-Deklaration befreit der Nachweis der fehlenden Abſicht nicht von der geſetzlichen Strafe. S. u. Str. R. 1. Band No. 61. p. 219.

Dekrete, Superreviſion und Mitzeichnung derſelben von Seiten des Vorſitzenden der Regierungs-Abtheilung. v. K. A. 27. IV. 865. — Verantwortlichkeit für ſelbige. 27. I. 10. — (Zurückweiſungs-) ſ. Klage, Reviſion.

Dekretiren, vom, der Räthe bei den Juſtizcollegien. A. G. O. Th. 3. Tit. 3. §. 41 bis 50.

Dekrets-Abſchriften; ſ. Mittheilungen.

Dekrets-Taxen; ſ. Reſolutionsgebühren.

Delbrück (zum Fürſtenthum Paderborn, zwiſchen der Lippe und Ems), Urſprung u. Inhalt des Delbrücker Landrechts. Abhdl. v. ꝛc. v. Kamptz. — v. K. J. XXIX. 62 — 84.

Delegation, erfordert des Gläubigers Conſens. H. B. V. 109. (A. L. R. I. XVI. 264 — 267.) ſ. Aſſignation.

ſ. Gerichtsbarkeit, Gerichtsſtand, Hypothekenbücher, Obervormundſchaft, Verſiegelung.

Deliberationsfriſt. Von welchem Tage laufen dem Inteſtat-Erben, welcher zugleich in einem Teſtamente zum Erben eingeſetzt worden iſt, die geſetzlichen Friſten zur Erklärung über den Antritt der Erbſchaft und zur Einreichung des Nachlaß-Inventariums? S. u. Str. R. 2. B. No. 3. p. 50. — ſiehe übrigens Erbſchaft und Benefizial-Erben.

Delinquent, Cr. O. Thl. VI. §. 538. Die Körper der Hin-

gerichteten, ſollen ohne Königl. Erlaubniß den Anverwandten derſelben nicht verabfolget werden. E. v. 2. No. 1735. E. S. II. III. No. 73. werden an die Anatomie abgeliefert. V. v. 15. Apr. 1719. VI. II. No. 117. (ſ. Anatomie) C. die abgeſchaffte Begleitung der proteſtantiſchen Delinquenten durch Geiſtliche zum Richtplatz betr. v. 3. Jul. 1769. p. 6179. IV. ſ. beſtimmtes R. deshalb v. 21. Febr. 1780. H. B. VII. 217. — ſiehe Hinrichtung, Todesſtrafe.

Delkeskamp, Kupferſtecher, in Zürich, erhält für ſein maleriſches Relief der Schweiz ein Privilegium gegen den Nachſtich oder Nachdruck. G. S. 1830. p. 140.

Demagogiſche Umtriebe; ſiehe letztere, ſiehe ferner Bundes-Verſammlung und Miniſterial-Kommiſſion.

Demmin, Stadt, Tarif für die Erhebung des dortigen Damm- und Brückengeldes, des Baum- und Pfahlgeldes, des Brükkenaufzugs- und Bollwerksgeldes. G. S. 1830. p. 141 — 143. Packhofsrecht für ſelbige. v. K. A. 19. II. 330.

Demobilmachung der in die Garniſonen zurückkehrenden Truppen, Beſtimmungen über deren Ausführung nach der Allerh. Kab. Ord. v. 10. Dez. 1812 und dem Regulativ v. 13. Aug. 1814. G. S. 1814. p. 99 — 104.

Demolirungen, von Vorſtädten, Gebäuden und Anlagen während der Kriegsperiode bis zum 1. Nov. 1808, in wie weit dafür Anſprüche auf Entſchädigung gemacht werden können. G. S. 1812. p. 134.

Demonstrationis causa differirt von taxationis causa. H. B. VIII. 39.

Denkmäler, V. über die Stiftung eines Denkmals für die, welche im Kampfe für Unabhängigkeit und Vaterland blieben, v. 5. 1813. G. S. 65. III. P. A. B. 353. III. — öffentliche, Einholung der Genehmigung zu Veränderungen an ſelbigen. G. S. 1815. p. 206. — in Kirchen, für die im Kriege Gefallenen; ſiehe Gedächtniß-Tafeln. — Diejenige Staatsbehörde, welche an öffentlichen Gebäuden oder Denkmälern weſentliche Veränderungen vorzunehmen beabſichtigt, ſoll darüber zuvor mit der Ober-Baudeputation communiciren, und wenn dieſe nicht einwilligt, an den Staatskanzler zur Einholung des Allerhöchſten Befehls Seiner Majeſtät des Königs berichten. Cab. Ord. v. 4. und Reſcr. v. 28. Oct. 1815. v. K. J. VI. 184. 185. — öffentliche, Cenſur der Inſchriften für ſelbige. v. K. A. 24. III. 877. — in Kirchen u. auf Begräbnißplätzen, richtige Faſſung der für ſelbige beſtimmten Inſchriften. 21. IV. 868. — was bei deren Veränderung zu beobachten. 17. II. 235. — alte, Sorge für deren Erhaltung. 23. IV. 768. — alter Kunſt und hiſtoriſche Monumente, deren Erhaltung. 30. I. 9. f. — desgl. alter Baukunſt in den Städten. 30. IV. 775. — und

Kunſtgegenſtände, deren Erhaltung. Bekanntmachung v. 4. Jan. 1834. 34. I. 20. — Cirk. Reſcr. v. 24. Febr. 1834. über denſelben Gegenſtand. 34. I. 26. — ſ. Alterthümer, Bau.

Denkmünze, ſ. Kriegs-Denkmünze. — für Rettung aus Gefahr, ſiehe Ehrenzeichen.

Denunziant, A. L. R. von falſcher Anklage II. XX. 1431 — 1434. — wenn, in Regieſachen die Unterſuchungskoſten tragen muß. R. v. 14. Jan. 1786. E. S. p. 15. VIII. — Wer die Koſten der Criminalunterſuchung zu tragen verbunden, wenn der zu deren Erſtattung in erſter Inſtanz verurtheilte, in der zweiten davon freigeſprochen wird. R. v. 25. Jun. 1801. St. B. 261. XIV. ſ. 605. der Cr. Ordnung. — Von Beſtrafung der Acciſe- und Zollofficianten, welche falſch denuncirt haben, ſ. Regl. v. 11. Jun. 1772. Cap. 4. §. 74. E. S. p. 270. V. b. R. v. 14. Jan. 1786. p. 15. VIII. Von falſcher Anklage, A. L. R. Th. 2. Tit. 20. §. 1431 — 1434. — ſ. Cr. Ordn. §. 7 — 11. 111 — 120. Kl. Annal. 33. XXIV. — Von Verpflichtung, begangene Verbrechen zu denunciren, ſiehe Apotheker. Bankerut. Duelle. Kriegsdienſt. Münzverbrechen. Pferdediebſtahl. — ſ. auch Exekutoren. — den Denunzianten ſollen Kriminalerkenntniſſe nicht mitgetheilt werden. Cirk. Reſcr. v. 10. Aug. 1827. v. K. J. XXX. 153.

Denunzianten-Antheil, an den Strafen für Steuer-Defraudationen und Kontraventionen. G. S. 1820. p. 31. — bei Konſumtions-Steuerſtrafen. G. S. 1810. p. 56. 67. beſonders der Dorfs Einnehmer. K. A. B. 575. III. 136. IV. 184. V. R. A. B. 144. 238. IV. — an den Strafen für defraudirte Luxusſteuer. G. S. 1811. p. 348. — an Geldſtrafen und Waaren-Konfiskaten, bei Uebertretungen des Gewerbe-Betriebs im Umherziehen. G. S. 1824. p. 134. — an den Stempelſtrafen. G. S. 1822. p. 70. f. — namentlich auch den Polizei-Beamten bewilligt. v. K. A. 33. IV. 914. — an Geldſtrafen für Maaß- und Gewichts-Vergehen. G. S. 1820. p. 79. u. v. K. A. 34. II. 508. — an den Forſtſtrafen ſollen Forſtbeamte nicht mehr beziehen. G. S. 1821. p. 93. — bei verbotwidriger Exportation der Scheidemünze und des Silbers. G. S. 1811. p. 359. 375. — zur Hälfte, von fiskal. Geldſtrafen für verbotenes Lotterieſpiel. G. S. 1817. p. 5. — deſſen Bewilligung auf die Hälfte der für feuergefährliches Tabackrauchen feſtgeſetzten Strafen von 2 Thlr. G. S. 1816. p. 1. — an den Geldſtrafen für Uebertretungen der Oſtpr. u. Litth. Strom-Deich- und Ufer-Ordn. G. S. 1806. p. 24. — desgl. für Chauſſee-Polizei-Vergehen. C. O. v. 31. Aug. 1832. G. S. 1832. p. 214. u. v. K. A. 32. III. 703. — wird auch den Zoll- und Steuer-Beamten bei Entdeckung von Chauſſee-Kontraventionen bewilligt. Cab. O. v. 28. Febr. 1833.

G. S. 1833. p. 28. u. v. K. A. 33. I. 214. — können überhaupt nur Beamten zugebilligt werden. 24. IV. 1175. — an den Strafen aus den Klaſſen und Gewerbeſteuer-Prozeſſen. 24. IV. 1022. seq. — deſſen Einziehung, Erlaß und Verrechnung in Steuer-Defraudations-Sachen. 26. III. 658. 662. — desgl. in Stempel-Kontraventions-Sachen. 25. II. 317. — 26. III. 662. seq. — 30. IV. 749. — desgl. an Polizeiſtrafen. 25 II. 468. 30. I. 118. können bei Polizei-Strafen nur da angeordnet werden, wo das Geſetz ſolche ausdrücklich zubilligt. 26. IV. 1097. — an Geldſtrafen für Hazardſpiele. 21. I. 98. — Wenn es gleich dem Denuncianten in allen Fällen frei ſteht, ſich des ihm in Contraventions- und Defraudationsſachen gebührenden Strafantheils zum Beſten des Denunciaten zu begeben, ſo kann dieſe Verzichtleiſtung doch nie das Verhältniß des Denuncianten, ſo wie des Denunciaten, zur Strafcaſſe alteriren, vielmehr muß die erkannte Strafe, inſoweit ſie nicht erlaſſen worden, mit Einſchluß des Denuncianten-Antheils zur Caſſe entrichtet werden, wonächſt erſt die Entſagung des Denunciantenantheils, mittelſt Reſtituirung an den Denunciaten, von Seiten des Denuncianten, in Wirkung treten kann. Reſcr. v. 17. Juni 1826. v. K. J. XXVII. 323. — in Steuer-Defraudations-Sachen, können Landräthe nicht, wohl aber Mitglieder kleiner Magiſträte erhalten. v. K. A. 27. II. 373. — finden in Kontraventionsfällen bei Viehſeuchen nicht Statt. 27. IV. 1024. — der Beamten, Bewilligung in Polizei-Kontraventions- und Strafſachen. 29. II. 330. ff. — desgl. in Schleuſen-Polizei-Kontraventions-Sachen zum dritten Theile des Strafbetrages. 29. II. 332. ff. — in wie fern deren Bewilligung in Polizei-Kontraventions- und Straf-Sachen auf die Beweisfähigkeit amtlicher Denunziationen von Einfluß ſeyn könne. 29. III. 569. — in Steuer-Defraudations- und Kontraventions-Sachen, wo die Waaren-Defraudanten entſprungen, unbekannt, oder zahlungsunfähig ſind, deren Aufbringung und Vertheilung. 29. II. 246—250.

Denunziation. Den Aeltern, Vormündern und Brodherrſchaften ſtehet während der Unterſuchung das Recht nicht zu, ihre, zurückzunehmen, und zu verlangen, daß der Verbrecher von der Strafe befreiet werde. R. v. 25. Sept. 1795. St. B. 360. II. v. 7. Apr. 1805. N. A. 74. IV. Bei der in dem A. L. R. Th. 2. Tit. 7. §. 232. der Herrſchaft nachgelaſſenen Beſtrafung aber, welche mehr ein medium cogendi als eine eigentliche Strafe iſt, kann der von Seiten der Herrſchaft darauf gerichtete Antrag zurückgenommen werden. R. v. 6. Febr. 1809. J. M. VIII. 40. Von Denunciationen begangener Verbrechen, Cr. Ord. §. 111. — §. 120. — In welchen Fällen die Denunciationen gegen Polizeiofficianten der Polizeideputation der Regierung mitzutheilen und deren Anträge ab-

zuwarten ſind. Reſcr. v. 2. Jan. 1813. v. K. J. II. 30. — ſiehe Diebſtahl.

Denunziations-Gebühren, deren Feſtſetzung für die Beamten und für die Gendarmerie. v. K. A. 23. II. 336. — III. 685. — IV. 875.

Departements, vormals franz. hanſeatiſche, ſ. franz. hanſeatiſche Depts. — Miniſterial-Departements, ſiehe Miniſterien, Miniſterium der auswärt. Angeleg. — des Innern — Finanz-Miniſterium ꝛc.

Departements-Berichte, jährliche, ſ. Berichte und Verwaltungs-Berichte.

Departements-Chefs, Rechte, Pflichten und Verantwortlichkeiten derſelben. G. S. 1808. p. 371. — 1810. p. 8. f. — 1817. p. 291. — ſind Mitglieder des Staatsraths. G. S. 1810. p. 4. — 1814. p. 43. — 1817. p. 69. — in welchen Fällen ſie unmittelbare Genehmigung nachſuchen müſſen. G. S. 1810. p. 8. 9. — Verhältniſſe derſelben zur General-Kontrolle. G. S. 1817. p. 293. — ſ. auch Staatsminiſter und Etats.

Departements-Kommunal-Fonds, Bromberger Regierungs-Bezirks, Verfahren über ſtreitige Forderungen an denſelben. v. K. A. 27. I. 146.

Departements-Räthe, bei den Regierungen, deren Dienſtverhältniſſe und Verantwortlichkeit. G. S. 1808. p. 507. 508. 514. — 1817. p. 266. 271. 277. ff. — 1826. p. 8. — Ausſtellung von Atteſten für die Domainen-Pächter, ſiehe Atteſte.

Deportation, Publ. wegen, incorrigibler Verbrecher in die Sibiriſchen Bergwerke, v. 7. Jul. 1802. E. S. p. 958. XI. u. St. B. 76. XVI.

Depoſita, vom Verwahrungs-Vertrage. A. L. R. Th. I. Tit. XIV. §. 1. f. — zu den Provinzial-Staatsſchulden gehörig, Verfahren rückſichtlich derſelben. G. S. 1822. p. 230. 231. — in den an das Königreich Weſtphalen abgetretenen Landestheilen, Abkommen mit letzterem rückſichtlich derſelben. G. S. 1811. p. 219. — gerichtliche und vormundſchaftliche, zur ehem. königl. weſtphäliſchen Amortiſationskaſſe und zum Staatsſchatze eingezahlt, in wie weit preußiſcher Seits deren Reklamation anerkannt wird. G. S. 1827. p. 15. 19. — deren Tilgung aus den dazu überwieſenen Fonds. G. S. 1827. p. 128. Wie es mit den ad depositum offerirten Geldern bei dem Stadtgericht zu Berlin, wo die Depoſitoria bei den Kriegsunruhen weggeſchickt worden, gehalten werden ſoll. R. v. 23. Dec. 1806. J. M. IV. 44. — Wie es wegen der aus den Depoſitorien während der Fortſchaffung derſelben verloren gegangenen baaren Gelder, Pretioſen und Documente zu halten. ſ. J. M. VII. p. 201. R. wegen des bei einigen Depoſitorien durch den

Krieg und deſſen Folgen entſtandenen, und noch entſtehenden Verluſtes, v. 10. Apr. 1809. J. M. VIII. 1.

Depoſital-Anleihen, Capitalien der piorum corporum können bei ſtädtſchen Grundſtücken innerhalb der erſten Hälfte und bei Landgütern innerhalb der erſten $^2/_3$ des Werths ausgeliehen werden. R. an das Evang. Ref. Kirchen-Dir. v. 26. Nov. 1799. E. S. p. 2690. X. St. B. p. 223. Th. X. R. die Darlehne an einen Polizei-Rathmann betr. v. 13. Aug. 1796. (ungedruckt) — Den Kreis-Juſtizräthen können keine Anleihen aus den gerichtlichen Depoſitis bewilliget, R. v. 24. Sept. 1802. N. A. 195. III. und J. M. I. 492. Darlehne auf Grundſtücke, welche an Offfcianten deſſelben Gerichts gelangen, müſſen eingezogen werden. R. vom 24. Jun. 1802. N. A. 197. III. u. J. M. I. 493. — Gegen Verpfändung von Seehandlungs-Obligationen können keine Darlehne aus dem Depoſitorio der Gerichte und Pupillenbehörden bewilligt werden, weil ſolches in die Geldgeſchäfte der Banke und Seehandlung nachtheilig eingreift, C. O. v. 16. Dec. 1805. J. M. II. 100. — Wann bei Ausleihung der Kindergelder auf ſtädtſche Grundſtücke ſtrenge depoſitalmäßige Sicherheit nicht erforderlich. R. v. 20. Jul. 1803. N. A. 80. B. 3. — Erläuterung des §. 328. f. Tit. II. der Depoſital-Ordn. wegen Benutzung der in einzelnen Depoſital-Maſſen befindlichen Pfandbriefe zu Darlehnen. G. S. 1829. p. 47.

Depoſital-Annahme, Von Depoſitalannahme der Teſtamente, ſiehe A. G. O. Th. 2. Tit. 3. §. 4. §. 12. — Die Annahme der von der Commiſſion zur Unterſuchung des Caſſen ꝛc. Weſens der vor dem Tilſiter Frieden aufgelöſeten Truppentheile ad depositum überſandten Gelder ſoll von den Oberlandesgerichten in Betreff der Competenzen für diejenigen Individuen, deren Truppentheile in der noch jetzt zu ihrer Jurisdiction gehörigen Provinz ehemals garniſonirt haben, nicht verweigert werden. Reſcr. v. 6. Juli 1821. v. K. J. XVIII. 46

Depoſital-Bankverkehr. R. wegen doppelter Specifikation über die zu differenten Zinsſätzen ſich qualificirenden bei der Bank zu belegenden Poſten v. 25. Mai, v. 28. Sept. 1789. E. S. p. 2491. 2679. VIII. — Inſtr. für die Untergerichte im Fürſt. Anſpach u. Baireuth, die Belegung der Depoſitalgelder bei der Hauptbank in Berlin betr. v. 16. Decbr. 1799. E. S. p. 2702. X. St. B. p. 191. Th. XI. — (C. O. die Portofreiheit der nach der Bank gehenden Depoſitalgelder betr. v. 5. Apr. 1802. (ungedruckt) daß des Creditoris Geburtstag mit anzuzeigen, v. 25. Sept. 1789 (ungedruckt) — wegen der bei der Banke zu deponirenden Gelder der Geiſtlichen Kaſſen und Stiftungen, v. 28. Apr. u. 5. Aug. 1799. (ungedruckt). Grundſätze über das Ein- und Ausbringen der zu belegenden Kapitalien bei der Bank, v. 16. Mai 1804. N. A. 474.

III. J. M. I. 35. E. S. p. 2195. XI. R. wegen des neuen Verkehrs zwiſchen der Hauptbanke und den gerichtlichen und vormundſchaftlichen Depoſitorien, v. 12. Apr. 1810. J. M. IX. 121.; und daß die in das Depoſitorium einkommenden Gelder ſofort bei der Banke zu belegen, wenn die Intereſſenten nicht binnen geſetzlicher Friſt eine andere Gelegenheit zu ſichern und höhern Unterbringung der Gelder unaufgefordert nachweiſen, v. 25. May 1810. p. 133. — Reſcr. die Belegung der Depoſital-Gelder bei der Bank betr. v. 1. Mai 1814. v. K. J. III. 44. — Von dem Bankoverkehr bei Ausſchüttung kleiner Depoſital-Maſſen. R. v. 21. Jun. 1816. R. A. B. 398. VI. P. A. B. 336. 341. — ſiehe Bankverkehr. Depoſital-Beſtände. Porto-Repartition.

Depoſital-Beamte, die Beſtätigung derjeniger Depoſital-Kaſſen-Curatoren und Rendanten, welche die Städte nach dem Regulativ-Reſcripte v. 16. April 1809. den Stadtgerichten vorſchlagen, iſt dem Kammergerichte überlaſſen. R. v. 3. Jul. 1818. v. K. J. XII. 33. — ſ. Depoſitorium. — deren Amtskaution; ſ. Juſtizbeamte, u. Depoſitarien.

Depoſital-Beſtände, deren Belegung u. hypothekariſche Verſicherung auf erworbene Domanial-Grundſtücke Behufs der den Beſitzern nöthigen Ablöſungs-Kapitalien. G. S. 1811. p. 163. — können zum Ankaufe von Staatsſchuldſcheinen verwendet werden. G. S. 1821. p. 46. — deren Belegung und Sicherſtellung bei der königl. Bank. G. S. 1815. p. 30. ff. — dürfen bei der ritterſchaftlichen Privatbank in Pommern nicht belegt werden. G. S. 1824. p. 175. — Bei Unterbringung der Depoſital-Kapitalien iſt auf hypothekariſche Ausleihung vorzugsweiſe Bedacht zu nehmen. R. v. 17. Juli 1826. v. K. J. XXVIII. 111. — ſiehe Bankzinſen, Bankverkehr, Depoſitarien. — deren Belegung auf Grundſtücke oder Ankauf von Staatsſchuldſcheinen für ſelbige. v. K. A. 27. I. 313. — gerichtliche, deren Belegung auf Pfandbriefe. 32. I. 905. — im Großherzogth. Poſen, ſ. Poſen. — die dazu gehörigen Papiere au porteur, ſollen außer Cours geſetzt werden. v. K. J. XXXVII. 382. — Verkauf der in ſelbigen befindlichen Gold- und Silbergeräthe und Juwelen an den Staat, oder deren Beſteuerung. G. S. 1809. p. 527. — Ueber die Verpflichtung der Gerichte für Unterbringung der Judicial-Maſſen zu ſorgen. R. v. 11. Febr. 1828. v. K. J. XXXI. 192. 193. — Cirk. R. v. 3. Nov. 1828. das Depoſital-Weſen und inſonderheit die Depoſital-Beſtände betr. XXXII. 309. 310.

Depoſital-Extract-Gebühren; fließen da, wo bei Feſtſtellung des Gehalts des Rendanten auf den Verluſt dieſes Emoluments Rückſicht genommen worden iſt, zur Salariencaſſe; inzwiſchen bleibt dem Rendanten die Pflicht zur Anfertigung dieſer

Extrakte, wofür keine Copialien berechnet werden können. R. v. 13. Mai 1817. v. K. J. IX. 223. — erhalten bei den Land- u. Stadtgerichten links der Elbe die Rendanten. R. v. 20. Aug. 1819. XIV. 52. ſ. Emolumente.

Depoſital-Gebühren. In wie fern bei den Juſtizämtern in der Kurmark in Vormundſchaftsſachen Depoſitalgebühren zu nehmen. Dir. R. v. 11. Sept. 1793. St. B. p. 171. XI. Von den an die competenten Civilgerichte von dem Generalauditoriat zur Diſtribution abzuliefernden Gehaltsabzügen der Militairperſonen ſollen von erſtern keine Depoſitalgebühren in Anſatz gebracht werden. R. v. 23. Sept. 1810. (ungedruckt) können nur von den zum General-Depoſitorio Behufs Wiederausleihung eingezahlten, nicht aber von den zur Aſſervation genommenen Summen gefordert werden. R. v. 19. Aug. 1815. v. K. J. VI. 213. ſ. Kaſſenquote, Sporteltantieme. — bei Annahme von Pfandbriefen. R. v. 20. Aug. 1832. v. K. J. XL. 246. 247. — Von den in Dienſtablöſungsſachen zum gerichtlichen Depoſitum gezahlten Kapitalsſummen können Depoſital-Gebühren erhoben werden. R. v. 12. Febr. 1833. XLI. 274. — R. v. 16. Jan. 1833. betr. die den Depoſital-Kuratoren zu bewilligenden Depoſital-Gebühren. XLI. 275.

Depoſital-Gelaſſe, königl. Ueber die Zuläſſigkeit der Benutzung derſelben für das Depoſitum eines Patrimonial-Gerichts. R. v. 24. Juni 1830. v. K. J. XXXV. 281. 282.

Depoſital-Gelder, R. d. wegen Anwendung des E. v. 11. Apr. 1800, nach welchem nicht allein in Anſehung der zur Zeit im Depoſito der Landesjuſtizcollegien befindlichen zum öffentlichen Aufgebot ſich qualificirenden Depoſitalgelder, ſondern auch wegen dergleichen in Zukunft dazu geeigneten Depoſitalgelder keine Edictalcitation veranlaßt werden darf. (St. B. p. 185. XI. N. A. p. 122. B. 1.) v. 20. Dec. 1800. St. B. p. 177. XIII. N. A. p. 20. B. 2. — bei den Regierungen, deren Verwaltung. G. S. 1808. p. 505. gerichtliche, Einſchärfung der Maßregeln gegen deren Veruntreuung. Cirk. R. v. 19. März 1827. v. K. J. XXIX. 109. 110. — herrenloſe, zum Nießbrauch der Juſtiz-Offizianten-Wittwenkaſſe, Portofreiheit derſelben. v. K. A. II. 295. — ſ. a. herrenloſe ꝛc.

Depoſital-Gewölbe; ſ. Depoſitorium.

Depoſital-Kapitalien. Cirk. R. v. 21. Mai 1827 betr. die Depoſitalkapitalien, welche unter weſtphäliſcher Regierung in die Amortiſations-Kaſſe und in den Staatsſchatz in Preuß. Courant eingezahlt und auf Franks reduzirt worden. v. K. J. XXIX. 203. 204.

Depoſital-Kaſſen. In Fällen, wo inactive Offiziere ihre Wartegelder nicht aus Militair-Kaſſen, ſondern aus Provinzial-Regierungs-Kaſſen erheben, geſchiehet die Zahlung der Gehalts-Ab-

züge zur Erleichterung der Sache, auf Requiſition des General-Auditoriats unmittelbar ad depositum der Oberlandesgerichte. R. v. 28. Aug. 1810. (ungedr.) der Landes-Juſtiz-Kollegien, Verfahren rückſichtl. der an dieſelben aus den Regierungs-Haupt-Kaſſen zu leiſtenden Zahlungen. v. K. A. 31. IV. 723. u. v. K. J. XXXVIII. 415 — 417. — betr. die Zahlungen an die Reg. Haupt-Kaſſen. R. v. 15. Febr. 1834. noch nicht in die Jahrbücher aufgenommen. C. O. v. 17. Juli 1832, die Führung der Depoſital-Controllbücher betr. v. K. J. XL. 241. 242. — desgl. R. v. 21. Juli 1832. XL. 242 — 245. — ſ. Kaſſen-Viſitation, Scheidemünze.

Depoſital-Kaſſen-Kuratoren. Bei den Gerichten, wo das Gerichtsperſonal nicht ſo ſtark iſt, daß aus demſelben die zur gehörigen Verwaltung der Depoſitalkaſſe erforderlichen Perſonen genommen werden können, iſt jeder Bürger, welcher für qualificirt erachtet wird, und inſofern nicht die Gründe obwalten, welche ihn allgemein von Annahme der Vormundſchaften oder Stadtämter entbinden, das Amt des Depoſitalcurators auf 3 Jahre unentgeldlich zu verwalten verpflichtet. Cab. Ord. v. 20. Nov. u. R. v. 17. Dec. 1821. v. K. J. XVIII. 337. ſ. Depoſital-Verwaltung. (Depoſiten-Kaſſen, Depoſitorien) gerichtliche, Wahl der Kuratoren. G. S. 1822. p. 1. — zur unentgeldlichen Uebernahme und Verwaltung des Amts derſelben, ſind nöthigenfalls auch qualificirte Eingeſeſſene auf 3 Jahre verpflichtet; ebendaſ. — bei kollegialiſch formirten Gerichten, Anſtellung deren Rendanten mit Miniſterial-Genehmigung. G. S. 1827. p. 6.

Depoſital-Kaſſen-Rendanten. Die Domainen-Beamten ſind zur Uebernahme der Rendantur des Depoſitorii verpflichtet. R. v. 15. Dec. 1823. v. K. J. XXII. 196. — ſ. Amtskautionen, Depoſital-Verwaltung. — Anſtellung der Rendanten mit Miniſterial-Genehmigung. G. S. 1827. p. 6. — den gerichtlichen Depoſitarien ſteht die Sportelfreiheit nicht zu. R. v. 2. Mai 1833. v. K. J. XLI. 247 — 249. — In wie fern müſſen Depoſital-Rendanten die Siegelungs-Materialien aus eigenen Mitteln anſchaffen? R. v. 6. Mai 1833. XLI. 512. 513.

Depoſital-Kaſſen-Reviſion. Die Steuerräthe und Commissarii locorum ſollen bei Reviſion der übrigen öffentlichen Kaſſen in den Städten auch die Depoſitalkaſſen mit revidiren. R. v. 25. Juli 1783. E. S. p. 2151. VII. — Cirk. R. v. 13. Aug. 1832, betr. die ordentlichen und außerordentlichen Reviſionen. v. K. J. XL. 198. 201. — ſ. Kaſſen-Viſitation.

Depoſital-Kaſten; ſ. Depoſitorium.

Depoſital-Mandat; ſ. Pfandbriefe.

Depoſital-Maſſen. Die Cirk.-Verordnung v. 11. Apr. 1800 u. reſp. der §. 391. des Anh. zur A. G. O. findet auf die in

untergerichtlichen Depoſitoriis befindlichen herrenloſen Maſſen keine Anwendung. R. v. 31. Jan. 1816. v. K. J. VII. 31.; vielmehr können nur die, aus den Depoſitoriis der Oberlandesgerichte zur Juſtizoffizianten-Wittwenkaſſe eingezogen werden und iſt in Abſicht der bei den Untergerichten befindlichen nach den allgemeinen geſetzlichen Vorſchriften zu verfahren. R. v. 16. Sept. 1817. X. 267. — Behufs deren Ausſchüttung kann das Haupt-Bankdirektorium ohne weitere Anfrage größere ältere Obligationen in kleinere umſchreiben und kleine Kapitalszahlungen bis zur Höhe von 50 Rthlr. auf ältere Bankobligationen leiſten, wenn die Depoſitalbehörden pflichtmäßig verſichern, daß die Auseinanderſetzung mehrerer Depoſital-Intereſſenten auf andere Weiſe nicht bewirkt werden kann. R. v. 10. Juli 1816. VIII. 285. — Abhaltung der extraordinairen Depoſitalſeſſionen und Reviſion der Akten Behufs Ausſchüttung der Maſſen. R. v. 16. Febr. 1820. XIV. 240. XV. 20. und vom 20. März 1820. XV. 51. — kleine, können bei hinreichend ſicheren ſtädtiſchen Sparkaſſen belegt werden. Cab. O. v. 20. März 1827. XXIX. 110. 111. — Ueber zinsbare Belegung der unter 50 Rthlr. betragenden kleinen Depoſitalmaſſen. Reſcr. vom 29. Sept. 1827. XXX. 372.

Depoſital-Ordnung, Conſtitution von Depoſitionen v. 17. Mai 1719. C. S. II. II. No. 33. revidirte Depoſitalordnung für das Herz. Schleſien v. 4. Aug. 1750. p. 297. C. IV. für das Churmärk. Hof- und Cammergericht v. 13. Juli 1759. p. 359. II. c. D. die Art der Annahme und Ausgabe der Gelder betr. v. 25. Aug. 1761. p. 61. III. auch ſoll in jedem Amte ein Depoſitenkaſten angeſchafft und dem anziehenden Beamten der desfalſige Vorſchuß vergütiget werden. C. v. 10. Apr. 1759. p. 529. II. — für das Mittelmärkſche Pupillen-Collegium v. 2. Jan. 1763. p. 1339. III. für die Untergerichte v. 30. Juni 1761. p. 35. III. c. C. deren Befolgung betr. v. 25. Aug. 1761. p. 59. No. 41. u. 42. R. die Gebühren der Depoſitenkaſſen-Rendanten und Curatoren betr. v. 28. Nov. 1765. p. 1105. III. — Allgemeine Depoſital-Ordnung für die Ober- und Untergerichte ſämmtlicher Königl. Preuß. Lande v. 15. Sept. 1783. p. 2167. VII. — R. die Einführung der Depoſital-Ordnung bei den kleinen Untergerichten in Weſtpreußen v. 26. Juli 1798. St. B. p. 177. Th. XI. — deren Anwendung in den wieder vereinigten Provinzen v. 1. Jan. 1815 ab. G. S. 1814. p. 94. — Verfahren nach deren Vorſchriften bei den Land- u. Stadtgerichten in Weſtpreußen. G. S. 1806. p. 56 — 58. — deren Wiedereinführung in den mit Weſtpreuſten wieder vereinigten Diſtrikten. G. S. 1816. p. 223. — desgl. im Großherzogth. Poſen. G. S. 1816. p. 231. — deren Anwendung bei den Friedens-Gerichten in letzterem. G. S. 1817. p. 51. — deren Uebertragung

in die polniſche Sprache. G. S. 1826. p. 204. — deren Anwendung in den vormals ſächſiſchen jetzt preußiſchen Landestheilen. G. S. 1826. p. 288. — desgl. im Herzogthum Weſtphalen, Fürſtenthum Siegen und in der Grafſchaft Wittgenſtein. G. S. 1825. p. 189. — Zuſätze zu derſelben, vom Oberlandesgerichtsrath von Strombeck. v. K. J. VI. 221.

Depoſital-Protokolle. Die Extracte der, ſind nicht ſtempelpflichtig, R. v. 29. Juni 1813. v. K. J. 176. II.

Depoſital-Quittung. Iſt die an ein Gericht von einer Perſon, welche ſich nicht am Orte deſſelben befindet, geleiſtete Zahlung für gültig zu erachten, wenn das Geld, an daſſelbe addreſſirt, mit der Poſt überſandt iſt, der Zahlende ſich mit einer Beſcheinigung des Gerichts über die erfolgte Zahlung begnügt, und eine förmliche Depoſital-Quittung nicht verlangt hat, die Gelder auch nicht ad Depositum gekommen, ſondern von dem Dirigenten des Gerichts veruntreut worden ſind? S. u. Str. R. 2. B. No. 36. p. 332. — Ueber die Ausſtellung derſelben hinſichts der an die Depoſitorien geleiſteten Zahlungen aus Regier.-Haupt-Kaſſen. R. v. 8. Sept. 1816. u. 28. Dec. 1831. v. K. J. XXXVIII. 415 — 417.

Depoſital-Rechnungs-Abnahme, gerichtliche u. vormundſchaftl., bei deren Abnahme bedarf es der Zuziehung eines fiskaliſchen Bedienten als Vertreters des Privat-Intereſſes nicht mehr. G. S. 1829. p. 119. — dabei iſt ſtatt des fiskaliſchen Bedienten einer der Juſtizcommiſſarien und am ſchicklichſten der Direktor derſelben ohne beſondere Verpflichtung zu beſtellen und vorzuladen, deſſen Diäten aus der Salarienkaſſe erfolgen. R. v. 13. Sept. 1816. v. K. J. VIII. 282. ſ. Geſchäftstabellen und Liſten.

Depoſital-Rechnungs-Abſchluß, daß nur das Reſultat des Abſchluſſes bei der Einnahme und Ausgabe nebſt dem Beſtande nach Hofe anzuzeigen, (und dabei zu bemerken, wie viel von demſelben zinsbar bei der Banke oder ſonſt untergebracht) v. 24. Mai 1799. (ungedruckt.) — Die Beifügung der Nachweiſung der Beſtände der einzelnen Maſſen iſt bei Einſendung der in dem Reſcr. v. 24. Mai 1799 befohlenen Abſchlüſſe der Rechnungen nicht erforderlich. R. v. 13. Sept. 1816. v. K. J. VIII. 282. ſiehe Geſchäftstabellen und Liſten.

Depoſital-Seſſionen; ſ. Depoſitalmaſſen, Geſchäftstabellen und Liſten.

Depoſital-Tabellen; ſiehe Geſchäftstabellen und Liſten.

Depoſital-Tage. Die Juſtizämter ſollen beſtimmte Depoſitaltage anſetzen, und als ſolche im Amte bekannt machen. R. v. 9. Aug. 1817. v. K. J. X. 27.

Depoſital-Termin. Die Gebühren für außerordentliche

Depoſitaltermine erhalten bei den Land- und Stadtgerichten die Depoſitarien. R. v. 20. Aug. 1819. v. K. J. XIV. 52.

Depoſital-Vergehen, wie die Depoſitoria der Juſtizämter in der Kurmark, gegen Veruntreuungen zu ſichern. R. v. 16. Oct. 1798. St. B. p. 178. Th. XI. — Beſtrafung der, A. L. R. II. XX. 377 — 380. der Veruntreuungen anvertrauter Güter, §. 1354 — 1369.

Depoſital-Verwaltung, (die Zuziehung der Gerichtsherren bei Hypotheken- Depoſital- und Vormundſchaftsſachen betr. v. 20. März 1801. ungedr.) — Bei kleinern Untergerichten können die Depoſita ohne Zuſammenwerfung der Beſtände in eine Kaſſe, verwaltet werden. R. an die Weſtpr. Reg. v. 26. Juli 1798. N. A. 203. B. 3. an die Reg. zu Poſen v. 17. Oct. 1. Dec. 1803. p. 203. 204. und an die Neumärk. Reg. v. 6. Oct. 1800. C. wegen des Aufgebots der in Depoſitorien ſich befindenden, dazu qualificirenden Depoſitalgelder v. 11. Apr. 1800. St. B. p. 185. Th. XI. N. A. p. 122. Th. I. H. 2. — Von Verwaltung der Depoſitengelder bei den Untergerichten, ſ. J. M. p. 493. I. — C. O. wegen künftiger Leitung des Depoſitalweſens, v. 4. Juni 1810. — R. das Verfahren in Abſicht der Depoſitorien, nach Maaßgabe der durch den Krieg und deſſen Folgen dabei eingetretenen beſondern Umſtände betr., v. 26. Juni 1810. Unter welcher Verwarnung unbekannte Depoſitalintereſſenten vorzuladen ſind, R. v. 30. Oct. 1809. J. M. X. 114. — Die Depoſitorien auf ſequeſtrirten Gütern werden von dem beſtellten Gerichtshalter noch ferner verwaltet, die dem Gerichtsherrn ſelbſt zukommenden Rechte und Verbindlichkeiten aber werden, während der Sequeſtration, von einem benachbarten Juſtiz-Bedienten in Ausübung gebracht. R. v. 17. Jan. 1812. — die bei den Juſtizämtern zu deponirenden Gelder müſſen jedesmal dem Juſtiz- und Oekonomie-Beamten in Gegenwart des Juſtizactuar gegen gemeinſchaftliche Quittung übergeben werden. K. A. B. 24. 139. V. ſ. a. Publ. die Depoſitalverwaltung bei den Patrimonialgerichten betr. P. A. B. 78. — R. wegen des Depoſitalverkehrs mit Münze, v. 1812. v. K. J. p. 9. I. die Belegung der Depoſitalgelder bei der Bank betr. v. 1. Mai 1814. v. K. J. p. 44. III. — Publ. die Depoſital-Verfaſſung bei den Patrimonialgerichten in Pommern betr., 308. in Schleſien, p. 319. Inſtr. die Behandlung des Aſſervatenweſens bei den Depoſitorien betr. v. 27. Juni 1815. v. K. J. 60. V. Zuſätze zur p. 221. VI. Die Circ. V. v. 11. Apr. 1800. St. B. 185. XI. N. A. 121. I. wegen Aufgebots der Depoſitalgelder erſtreckt ſich nicht auf die in den Depoſitis der Untergerichte befindlichen herrenloſen Maſſen. R. v. 31. Jan. 1816. v. K. J. 31. VII. — bei den Patrimon.-Gerichten. R. v. 16. Nov. 1829. v. K. J. XXXIV. 486. 487. — desgl. v. 3. Oct.

1831. XXXVIII. 414. — Von der Vertretungsverbindlichkeit der Grundherren bei den Depoſitorien der Patrimonial-Gerichte. J. M. VIII. 49. — Verfahren in ſelbigem nach den Vorſchriften der Depoſital-Ordn.; ſ. dieſe. — bei der Oſtpreußiſchen Landſchaft. G. S. 1808. p. 447. f. — Cirk. R. v. 2. Apr. 1832 daſſelbe betr. v. K. J. XXXIX. 463 — 466. — Cab. Ord. v. 8. Nov. u. R. v. 19. Dec. 1832, betr. die Verwaltung des Depoſitalweſens bei den Untergerichten. XL. 495 — 498. — Das Aſſervaten-Weſen findet bei den Obergerichten und bei den Untergerichten erſter Klaſſe ſtatt. R. v. 19. Nov. 1832. XL. 498. 499. ſ. Pfandbriefe u. Credit-Reglement.

Depoſitarien. Die Gerichte ſind angewieſen, die drei Perſonen, welche zur Verwaltung des Depoſitorii beſtellt worden, durch einen beſtändig am ſchwarzen Brette befindlichen Aushang namentlich bekannt zu machen, und den Gerichtseingeſeſſenen zu eröffnen, daß ſie daſelbſt die Namen der Depoſitarien jederzeit finden können, und zum Depoſitorio gehörige Gelder nie einer einzelnen Gerichtsperſon mit Sicherheit zahlen können. Einzeln ſtehende Richter dürfen ſolche Gelder bei 5 Rthlr. Strafe für jeden Contraventionsfall, nicht einſeitig annehmen. R. v. 21. Nov. 1823. v. K. J. XXIII. 84. ſ. Depoſitaltermin, Depoſitoria. — Der Patrimonialgerichtsherr, der bei dem Depoſitorio ſeines Gerichts das Amt des Curators oder Rendanten übernimmt, iſt mit dem Dienſteide zu belegen, R. v. 16. Apr. 1833. v. K. J. XLI. 429 — 431.

Depoſitions- (Teſtaments-) Verhandlung; ſiehe Ceſſion.

Depoſitorium. R. decl. die ſichere Aufbewahrung der Depoſitorien betr. v. 22. Mai 1793. E. S. p. 1581. IX. — deren Verwaltung und Sicherſtellung auf ſequeſtrirten Rittergütern. R. v. 17. Jan. 1812. v. K. J. I. 8. — Da, wo bei den Juſtizämtern ein ſicherer Depoſitalkaſten, unter drei verſchließbaren Schlöſſern verwahrt, vorhanden iſt, iſt nicht darauf zu inſiſtiren, daß das Depoſitalgewölbe gleichfalls unter Verſchluß der drei Depoſitarien geſetzt werde. R. v. 14. Apr. 1820. XV. 296. — Auch bei den Patrimonialgerichten iſt der Verſchluß der Depoſitorien niemals einer einzigen Perſon anzuvertrauen, und die Einwirkung des Oberlandesgerichts auf eine ordnungsmäßige Depoſitalverwaltung bei jenen Gerichten nicht ausgeſchloſſen. R. v. 19. Apr. 1822. XIX. 327. — deren Verwaltung bei den Inquiſitoriaten. R. v. 4. Nov. 1822. XX. 297. ſ. Bankobligationen, General-Depoſitorium, Spezialvollmacht, Treſor- u. Thalerſcheine, Vollmacht, Zählgelder. — ſ. auch Beſitzdokumente. — Die von einem Vater zur Sicherung des Vermögens ſeiner Kinder ausgeſtellten Kautions-Dokumente müſſen im Depoſitorio aſſer-

virt werden. R. v. 25. Apr. 1833. v. K. J. XLI. 496. 597. — General-, die ſtrenge depoſitalmäßige Sicherheit (ſ. Allgemeine Depoſital-Ordn. v. 15. Sept. 1783. E. S. p. 2179. VII.) wird nur bei Kapitalien erfordert, die aus dem General-Depoſito verliehen werden ſollen, dann aber nicht, wenn das zu elocirende Activum der beſondern Pupillen-Maſſe (A. L. R. II. XVIII. 467 — 480.) verbleibet. R. v. 5. Mai 1794. St. B. p. 60. I. u. E. S. p. 2767. IX. — bei den Untergerichten. R. v. 3. Okt. 1831, die Bildung des General-Depoſitorii betr. v. K. J. XXXVIII. 414. — Cirk. R. v. 17. Juni 1833, betr. die Einſtellung von Transferirungen bei General-Depoſital-Kapitalien, wenn deren Zinſen binnen 4 Wochen nach dem Verfalltage nicht eingezahlt werden. XLI. 560. 561.

Depoſitum, ex Contractu depositi des Erblaſſers haften die Erben nur für ihre Erbantheile. Lief. 2. p. 38.

Deputanten erhalten das Deputatkorn in natura, wenn die Cämmerei Getreide in natura zu erheben hat. R. v. 15. Nov. 1764. No. 4. des Caſſenhandb. — Alle, ſollen von Michael 1805 — 1806 ihre Deputate halb in Roggen und halb in Gerſte anzunehmen gehalten ſein. Conſ. V. v. 15. Nov. 1804. E. S. p. 2762. XI.

Deputation; ſ. Teſtamente.

Deputationen, techniſche und wiſſenſchaftliche, deren Errichtung bei den Miniſterial-Sektionen des Innern und der Finanzen. G. S. 1808. p. 365. 366. 368. 370. — deren Plenum iſt dem Staatsrathe unmittelbar untergeordnet. G. S. 1808. p. 371. — 1810. p. 7. — wiſſenſchaftliche, für den öffentl. Unterricht, zu Berlin, Königsberg, Breslau, dem Departement des Kultus und öffentl. Unterrichts unmittelbar untergeordnet; in deren Stelle ſind die wiſſenſchaftl. Prüfungs-Commiſſionen angeordnet. G. S. 1817. p. 244. — wiſſenſchaftliche für das Mediz.-Weſen in der Prov. Brandenburg, vertritt darin zugleich die Stelle des Medizinal-Kollegiums. G. S. 1817. p. 247. — findet nicht mehr ſtatt. G. S. 1826. p. 7. — Eintheilung der Regierungen in ſelbige. G. S. 1808. p. 471. f. — Reſſort derſelb. G. S. 1808. p. 481. ff. — werden aufgelöſt und in deren Stelle treten Regierungs-Abtheilungen. G. S. 1815. p. 88. — ſ. auch Regierungen. — gerichtliche, für Handels-Angelegenheiten, ſ. Handelsgerichte. — gemiſchte, aus dem Magiſtrate und der Bürgerſchaft, zur Verwaltung einzelner Geſchäftszweige. G. S. 1808. p. 348. ff. — deren einſtweilige Einrichtung in d. Städten zum Ankaufe oder zur Beſteuerung der Gold- und Silbergeräthe. G. S. 1809. p. 531. — Schutz-Deputationen beim Landſturm, ſ. dieſen; ſ. auch Ober-Bau-Deput. — Deputationen der Gerichte; ſiehe Mittheilungen.

Deputations-Weſen in den Städten, Anordnungen rückſichtl. deſſelben. v. K. A. 23. II. 299 — 301.

Deputirte; ſ. Kalkulaturarbeiten, Inrotulation. — ſtändiſche, ſ. letztere.

Derenburg, Herrſchaft, Abtretung derſelben durch den Tilſiter Friedens-Traktat. G. S. 1807. p. 156. 157. — Wiederbeſitznahme derſelben. G. S. 1815. p. 193. — gehört zum Magdeburgſchen Regierungsbezirke. G. S. 1815. p. 96.

Dermbach, Bezirk im Fürſtenth. Fulda, wird von Preußen an Weimar abgetreten. G. S. 1818. (A.) p. 54. 55. 60. f.

Descendenten; deren Verpflichtung zur Zahlung von Laudemiengeldern, ſ. Laudemium. — von dem Stempel bei Verkäufen an ſelbige, ſ. Kaufſtempel. Descendenz; ſ. Erbfolge.

Descendenten-Stempel, ſ. Erbſchaftsſtempel.

Deſerteur; A. L. R. II. XX. 464 — 498. Ed. wegen Beſtrafung, Anhaltung und Verfolgung der Deſerteurs. C. S. III. I. No. 76. 79. 80. 81. 82. 86. 91. 97. 99. 102. 103. 107. 188. 193. 205. 208. Ed. wegen Verabfolgung der benöthigten Pferde v. 19. Dec. 1727. III. I. No. 210. und ſollen alle und jede, welchen Unterofficiere oder gemeine Soldaten außer ihren Garniſonen begegnen nach derſelben Päſſen fragen. Pat. v. 15. Sept. 1730. V. III. II. No. 37. — Pat. v. 28. Juni 1738. p. 175. C. I. v. 4. Oct. 1749. p. 190. C. IV. v. 17. Nov. 1764. p. 520. III. bei deſſen Vorſchriften es auch nach der Publikation des allgemeinen Landrechts ſein Bewenden behält. Publ. v. 14. März 1797. p. 982. X. C. v. 26. Febr. 1766. p. 150. IV. C. v. 18. Juni 1768. p. 3091. IV. im Fürſt. Oſtfriesland, v. 22. Juni 1751. p. 97. I. E. v. 17. Sept. 1768. p. 4085. IV. E. vom 8. Januar 1788. p. 1673. VIII. und Declaration vom 28. Juli p. 2191. vom 25. September 1796. p. 710. X. V. wegen deſſen vorgeſchriebenen Publication. C. vom 18. Juni 1768. Conſiſt. V. vom 21. Juli 1768. p. 3093. 4045. IV. Reſcr. vom 20. Auguſt 1783. p. 2165. VII. R. vom 22. Aug. 1799. Reiſende und Fuhrleute ſind durch ein öffentliches Publ. des Ober-Kriegs-Collegii v. 11. Aug. 1788 bei Vermeidung der ſie treffenden geſetzlichen Strafe gewarnt worden, keine unbekannte Leute ohne abzufordernde Beglaubigung, daß ſie keine Deſerteurs ſind, mit über die Grenze zu nehmen und verdächtige Leute der nächſten Gerichtsobrigkeit anzuzeigen. p. 2203. VIII. Das von den Kriegsgerichten konfiscirte, E. v. 24. Sept. 1749. p. 185. C. IV. nebſt Circular-Ordre v. 1. Mai 1750. p. 227. C. IV. C. v. 12. Nov. 1764. p. 501. III. Vermögen derſelben, vom Tage des Confiscationsurtels oder von Zeit der Entweichung, C. v. 7. Oct. 1776. p. 371. VI. wird directe an die Invaliden-Caſſe geſandt. R. v. 16. Nov. 1779. p. 1625. VI. und ſolches dem Ober-Kriegs-Collegium

angezeigt. R. v. 1. Sept. 1780. p. 3049. VI. R. wegen Berechnung der einzuſendenden Deſerteurgelder. E. v. 19. Dec. 1714. III. I. No. 133. v. 8. März 1790. p. 2905. VIII. Publ. wegen des Betrages der vorſchußweiſe aus der Acciſe-Caſſe des Orts zu bezahlenden Prämiengelder v. 4. Apr. 1785. p. 3083. VII. wegen Beſtrafung deſertirter Einländer v. 17. Juni 1794. p. 2333. IX. — Die Abnahme der bereits an den Galgen geſchlagenen Namen auf den General-Pardon v. 24. Dec. 1797. zurückgekommener Deſerteurs kann von den Regiments- und Bataillons-Chefs allein verfügt werden. C. O. v. 26. Apr. u. Cirk. des General-Auditoriats v. 1. Mai 1798. p. 1634. X. R. die Confiscationsklage gegen nicht cantonpflichtige Soldatenkinder betr. v. 24. Juli 1797. p. 1931. X. — Wie es mit dem Vermögen und Erbanfällen der Frauen derſelben zu halten, D. v. 16. Sept. 1784. p. 2957. VII. c. D. die von den Civilgerichten des Wohnorts derſelben zu übernehmende Aufſicht auf das Vermögen derſelben betr. v. 25. Oct. 1785. p. 3219. VII. von den Gerechtſamen des Fiscus wider ausgetretene cantonpflichtige Unterthanen, in ſo fern ſie todt ſind oder zur Todeserklärung ſtehen. R. v. 26. Oct. 1789. p. 2705. VIII. ſ. A. G. O. Th. 1. Tit. 37. wider ausgetretene verabſchiedete Cantoniſten. C. v. 10. Mai 1791. E. S. p. 90. IX. J. E. die der Cammer gebührende Beſtrafung der Durchhelfung eines zum Stückknecht ausgehobenen Unterthanen betr. v. 14. Jan. 1781. Kl. A. 261. VIII. ſ. auch **Kantoniſten.** — V. wegen vorſchriftsmäßiger Publikation des Deſerteurs-Ed. C. v. 5. Sept. 1799. E. S. p. 2615. X. Publ. v. 22. Jan. 1800. c. R. an das Stadtgericht zu Berlin v. 14. Jul. 1800. St. B. p. 412. Th. XI. deren Vermögen fällt vom Tage des Confiscations-Urtels, oder von Zeit der Entweichung an die Invaliden-Caſſe, auch wenn ein Deſerteur vor Erlaſſung der Edictal-Citation verſtorben. R. v. 20. Jul. 1792. St. B. p. 264. Th. XI. — R. die Einſendung der Gelder an die Invaliden-Caſſe, v. 22. Juni 1801. St. B. p. 303. XIV. die Ausmittelung des zu confiscirenden Erbtheils, v. 21. Dec. 1801. p. 305. die Anwendung der V. v. 12. Apr. 1790 in Schleſien betr. v. 26. Juli 1790. p. 310. R. die Unterſuchungen wegen durch Verkauf bürgerlicher Kleider an Soldaten beförderter Deſertion betr. v. 14. Juli 1800. St. B. 86. XVI. — Von Anwendung der Vorſchrift des A. L. R. Th. 2. Tit. 20. §. 467. auf entwichene Packknechte in Folge des §. 3. des Publ. v. 14. März 1797. E. S. p. 982. X. u. St. B. 416. III. v. 7. Jan. 1804. J. M. I. 127. Durch das Reſcr. v. 17. Apr. 1805. ſind ſowohl in Anſehung der Herzoglich-Meklenburgſchen als in Anſehung der Schwediſch-Pommerſchen Erbunterthanen allgemeine Extraditions-Principien feſtgeſetzet. E. S. p. 2936. XI. J. M. I. 392. Für jeden eingebrachten Deſerteur, der ohne Waffen u. Pferd

ergriffen worden, ſollen künftig ohne Unterſchied der Truppengattung 6 Rthlr., für einen mit dem Gewehr ergriffenen und wieder eingebrachten Deſerteur 12 Rthlr. und für einen mit dem Pferde ergriffenen und abgelieferten Deſerteur 24 Rthlr. an Belohnung denen, welche einen Deſerteur einbringen, aus der Acciſe-Caſſe des Orts ſogleich bei der Ablieferung, für Rechnung des betreffenden Regiments, gezahlet werden. Cr. O. v. 27. Febr. 1810. (ungedr.) Ein jeder Unterthan, der von einem deſertirten Unteroffizier oder gemeinen Soldaten, (A. L. R. Th. 2. Tit. 20. §. 474. ff.) Briefe oder andere ſchriftliche Nachrichten erhält, muß ſolche dem Magiſtrate, Gutsherrn oder Domainenbeamten ohne Zeitverluſt vorlegen oder zuſchicken, und wird im Unterlaſſungsfall mit einer Geldbuße von 5 bis 20 Rthlr. oder verhältnißmäßiger Leibesſtrafe belegt; wenn aber durch die verheimlichten Briefe eine neue Deſertion veranlaßt worden, wird derſelbe als Theilnehmer der Deſertion, nach dem Grade ſeiner Verſchuldung beſtraft. V. v. 23. Aug. 1802. St. B. 89. XVI. E. S. p. 1006. XI. — ſ. die Kriegsartikel, v. 3. Aug. 1808. Art. 18 — 23. J. M. 383. VI. — Die Deſertionsgeſetze finden auch auf ausgetretene Landwehrmänner, und die den ausgetretenen Cantoniſten im A. L. R. Th. 2. Tit. 20. §. 469. ff. angedrohete Vermögens-Confiskation auch bei denjenigen Perſonen Anwendung, die vor dem Eintritt in den Landwehrdienſt aus dem Lande gehen, Anwendung, welche letztere bei bem betreffenden Oberlandesgerichte durch einen fiscaliſchen Bedienten in Anſpruch genommen werden. K. A. B. 482. III. und das zu confiscirende Vermögen wird zum Beſten der im Kriege invalide gewordenen vaterländiſchen Streiter, oder ihrer Angehörigen verwandt werden. R. v. 28. Jan. 1814. ſ. P. A. B. 21. 74. V. — A. L. R. Th. 2. Tit. 20. §. 464 — 467. ad §. 465. ſ. A. G. O. Th. 1. Tit. 10. §. 227. No. 6. Tit. 13. §. 25. — Publ. wegen näherer Beſtimmung des Fangegeldes für, J. M. X. 293. Wenn es auf die Einleitung eines Confiscationsprozeſſes gegen, von gegenwärtig aufgelöſeten Regimentern oder Bataillons ankommt, ſo gehöret ſolcher vor die Militairgerichte. R. v. 9. Febr. 1811. ebendaſ. 390. V. wegen Anhaltung der Deſerteurs von den Kaiſerlich Franzöſiſchen, unter dem Befehl des Fürſten von Eckmühl ſtehenden Truppen, v. 18. März 1812. G. S. p. 25. II. welches auf ſämmtliche Kaiſerlich Franzöſiſche Armee-Corps ausgedehnt worden, p. 32. — Convention wegen wechſelſeitiger Auslieferung der, zwiſchen Sr. Maj. dem Könige von Pr. und Sr. Maj. dem Kaiſer der Franzoſen, ꝛc. v. 10. Mai 1812. G. S. 103. II. — V. über das Ausweichen des Kriegsdienſtes, v. 22. Febr. 1813. G. S. 21. III. Cartel wegen Auslieferung der Deſerteurs zwiſchen Preußen und Meklenburg-Strelitz, v. 7. Juli 1813. p. 93. u. Frankreich, v. 10. und 22. Mai 1812.

K. A. B. 290. II. Was die im wirklichen Dienſte befindlichen Militairperſonen an Douceurs für angehaltene Deſerteurs erhalten, K. A. B. 67. II. Wegen der den Civilperſonen ausgeſetzten Fangegelder, ſ. R. v. 17. Apr. 1805. J. M. X. 293. Von Aufgreifung ruſſiſcher, N. A. B. 376. IV. Die bisher üblich geweſene Zahlung des Fangegeldes für Wiedereinbringung entwichener Soldaten ſoll nicht mehr ſtatt finden. C. O. v. 10. Nov. 1815. N. A. B. 387. V. Die in das jetzt aufgelöſte Herzoglich Braunſchweigſche Huſaren-Regiment eingetretenen und hiernächſt entlaſſenen Eingebornen des Pr. Staats ſind nicht als Deſerteurs zu behandeln. p. 347. VI. Soldaten, welche ſich als jene verdächtig machen, kann der Conſens zu Veräußerungen von Grundſtücken verweigert werden. G. S. 1812. p. 5. — deren Beſtrafung. G. S. 1808. p. 256. f. 269. — 1818. p. 177. — General-Pardon für ſelbige bis zum 15. Juni 1813. G. S. 1813. p. 59. — desgl. für diejenigen aus den vormals herzogl. Naſſauiſchen Landen u. aus Schwediſch-Pommern bis zum 1. Mai 1816. G. S. 1816. p. 95. — ſoll für ſelbige überhaupt fernerhin nicht mehr gegeben werden. G. S. 1818. p. 177. — deren Aufgreifung gehört zu den Pflichten der Gensd'armerie. G. S. 1821. p. 6. 18. — Vollziehung der Vermögens-Beſchlagnahme gegen ſelbige, auch in denjenigen Provinzen, wo das allgem. Landrecht keine Geſetzkraft hat. G. S. 1826. p. 41. — in den letzten Kriegen, Verfahren gegen ſelbige in Beziehung auf die in Antrag gebrachten Eheſcheidungen. G. S. 1817. p. 16. — wegen der über die wechſelſeitige Behandlung und Auslieferung derſelben mit fremden Staaten geſchloſſ. Kartelkonventionen; ſ. letzt. — Fangegeld, ſ. deſert. Militairſträflinge. G. S. 1819. p. 25. — militairpflichtige, Berichtigung der Fangegelder und Verpflegungskoſten für ſelbige. v. K. A. 20. II. 373. — Vollziehung der Konfiscations-Erkenntniſſe gegen ſelbige. 25. III. 785. — deren gerichtliche Verfolgung. 18. I. 214. — auswärtige, über deren Einlaſſung in die Königl. Staaten. 17. I. 196. — Sicherſtellung des fiskaliſchen Intereſſes bei Konfiskation deren Vermögens. 28. III. 793. — deren Namen an den Galgen geſchlagen worden, können keine nachträgliche Auswanderungs-Konſenſe erhalten. 28. IV. 1100. — fremdherrliche, denſelben ſoll der vertragsmäßige Verpflegungsſatz baar verabreicht werden. 30. II. 271. — auch den franzöſiſchen; ebendaſ. — Zahlung der ſtipulirten Aufgreifungs-Prämie für dieſelben in der beſtimmten Geldſorte; ebendaſ. — Oeſterreichiſche u. Preußiſche, wegen der für ſolche gegenſeits auszuzahlenden Auslieferungs-Prämien. 30. III. 496. ff. — in- und ausländiſche, gegenſeitige Erſtattung der Verpflegungskoſten für dieſelben. 32. I. 291. — in beſonderer Beziehung auf Sachſen-Koburg-Gotha; ebendaſ. — deren Behandlung nach der allgemeinen Bundes-Kartel-Kon-

vention, ſiehe **Kartel-Konvention.** — Berichtigung der Intelligenz-Inſertions-Gebühren für deren öffentliche Vorladungen. 33. IV. 1131. — Nichtertheilung von Auszügen aus den Geburts-Regiſtern für dieſelben, und Verbot des Aufgebots derſelben. 33. III. 833 — 836. — im Wege der Aushebung irgend einem Truppentheile zugetheilt geweſene, deren Erſatz aus der Kommune ꝛc., die ihn geſtellt hat. 33. III. 831. — IV. 1122. — zurückgekehrte, Dienſtzeit und Wiederentlaſſung der für dieſelben früher eingezogenen Erſatzmänner. 33. III. 832 — 836. — IV. 1120. — Verfahren gegen dieſelben rückſichtl. des Bundes-Kartels. 33. IV. 1108. — nach dem Amneſtie-Patente zurückgekehrt, deren Behandlung. 33. III. 829. — ausländiſche, zur Auslieferung aufgegriffene, Koſtenanweiſung für dieſelben. 33. III. 837. — von deren Beſtrafung; ſiehe wegen des Verfahrens mit fremden Deſerteurs die verſchiedenen **Kartel-Konventionen** mit den einzelnen Mächten. — Bezahlung der Kartel- u. Verpflegungskoſten für dieſelben; ſiehe **letztere.**

ſ. überhaupt **Eheſcheidung. Gerichtsſtand. Kantoniſten. Kartel-Konvention. Konfiskation. Konfiskations-Verfahren.**

Deſerteur-Auslieferungs-Prämie, deren gegenſeitige Verabreichung in Uebereinkunſt mit dem Königl. Niederländiſchen Gouvernement. v. K. A. 29. II. 227.

Deſerteur-Fangegelder, mit Polen kartelmäßig beſtehende, deren koſtenfreie Verſendung. v. K. A. 33. II. 289.

Desertio malitiosa; ſ. **Verlaſſung, bösliche.**

Deſertionsprozeſſe. (Rheinprovinz.) Ueber das Forum derſelben. R. v. 1. Juli 1833. v. K. J. XLII. 208 — 209.

Deſſau; ſ. **Anhalt-Deſſau, Herzogthum.**

Deſtillateurs, Gewerbeſteuer-Entrichtung von ſelbigen. v. K. A. 21. I. 12.

Deſtilliranſtalten, von, außerhalb der Stadt, K. A. B. 250. VI.

Deſtillirgeräthe, Verfertiger u. Verkäufer derſelben dürfen kein Branntweinbrennen treiben. G. S. 1819. p. 99. — dürfen diejenigen nicht mehr halten, welche das Recht, Branntwein zu brennen, verloren haben; ebendaſ. — was rückſichtl. derſelben im Allgemeinen vorgeſchrieben und zu beobachten iſt. G. S. 1819. p. 104. f. — — jeder Art, deren Einrichtung oder Veränderung müſſen den Steuerämtern angezeigt werden. v. K. A. 28. I. 57. — zur Likörbereitung beſtimmt, ſtehen unter der allgemeinen Aufſicht der Steuerbehörde. 33. IV. 918.

Deſtillirzins, deſſen Entrichtung von dem aus Maiſche bereiteten Branntwein. v. K. A. 32. I. 73.

Detaxations-Verhandlungen; ſ. Stempelfreiheit, Stempelreſervation.

Detention der Sträflinge, ſ. letztere. — der Bettler, Vagabunden und Verbrecher; ſ. dieſe. — Die, nach ausgeſtandener Strafe, als eine Polizeimaßregel, R. v. 9. Febr. 1810. J. M. 50. IX. A. L. R. Th. 2. Tit. 20. §. 5., bis zum Nachweis eines ehrlichen Erwerbes, u. reſp. bis zur Beſſerung, wenn zum erſtenmale darauf erkannt iſt, iſt in der Regel nicht länger als zwei Jahre fortzuſetzen, wenn der Detinirte in dieſem Zeitraum gezeigt hat, daß er Vertrauen verdiene, und daß man ihn alſo auch ohne ſtrengen Nachweis eines beſtimmten ehrlichen Erwerbes ins Publikum zurücklaſſen könne. Die Entlaſſung kann aber auch vor Ablauf von 2 Jahren und ſofort nach ausgeſtandener Strafe erfolgen, ſobald ein ehrlicher Erwerb nachgewieſen worden, oder der Gefangene, als durch die Strafe gebeſſert angeſehen werden kann, R. v. 18. Apr. 1810. S. M. p. 2. Dieſe Verordnung hat übrigens blos das bei Entlaſſung der zur unbeſtimmten Detention verurtheilten Perſonen zu beobachtende Verfahren zum Gegenſtande, und kann auf das Erkenntniß keinen Einfluß haben, vielmehr muß, wenn der geſetzliche Fall einer nach überſtandener Strafe fortdaurenden Detention vorhanden iſt, auf dieſe Detention ohne Beſtimmung eines Zeitraums erkannt werden. R. v. 29. Aug. 1815. p. 3. — Nur die bis zur Beſſerung Detinirten können nach geführtem Erweis eines ehrlichen Erwerbes nicht ohne Genehmigung des Criminal-Departements aus der Straf- und Beſſerungsanſtalt entlaſſen werden, welches bei denen, welche blos bis zum Nachweis eines ehrlichen Erwerbes detinirt werden, nicht beſtimmt worden, §. 570. 571. der Cr. Ordn.; und der §. 569. ſpricht von beiden Arten der Detinirten, deſſen letzterer Theil auf diejenigen zu beziehen iſt, die bis zur Beſſerung, mithin von ihrer Aufführung abhängig, detinirt werden. R. v. 9. Juni 1806. p. 261. ſ. Kaſſenverbrechen. — Strafe der Beraubung der Freiheit bis zur Beſſerung und erfolgenden Begnadigung. R. v. 7. Mai 1814. v. K. J. III. 298. — Entlaſſung der zur Detention bis zum Nachweis eines ehrlichen Erwerbes u. reſp. bis zur Beſſerung verurtheilten Verbrecher. R. v. 29. Aug. 1815. VI. 25. — In allen Fällen, wo auf Detention bis zur Begnadigung erkannt worden, iſt von den Zuchthausdirectionen nach Ablauf der in dem Erkenntniſſe beſtimmten Jahre, wenn der Detinirte ſich wohl verhalten hat, ſofort die Begnadigung deſſelben beim Juſtizminiſterio in Antrag zu bringen, der Detinirte aber darüber zu vernehmen, wie er ſich im Stande der Freiheit ehrlich zu ernähren gedenke; auch ſind dem Antrage die ſpeciellen Akten der Strafanſtalt beizufügen. R. v. 15. Febr. 1822. XIX. 202. — Kommt es bei detinirten Verbrechern Behufs ihrer Entlaſſung auf

den Nachweis des ehrlichen Erwerbes an, ſo wird darüber lediglich von den adminiſtrirenden Behörden entſchieden; iſt dagegen die Entlaſſung von der erfolgten Beſſerung abhängig, ſo wird deshalb von der Direction der Anſtalt nach §. 571. der Crim. Ord. die Vorbeſcheidung des Juſtizminiſterii eingeholt. R. v. 11. März 1822. XIX. 203. — Auf die im §. 23. seq. des Reglements v. 31. Aug. 1800. feſtgeſetzten Strafen der Vagabondität iſt nicht ferner zu erkennen, ſondern die Detention lediglich der Regierung zu überlaſſen, die Vagabondität mag mit einem Verbrechen anderer Art, welches zur gerichtlichen Cognition unſtreitig gehört, concurriren oder nicht, und muß im erſtern Fall der Verbrecher nach gebüßter Criminalſtrafe der Polizeibehörde überlaſſen werden. R. v. 27. Jan. 1823. XXI. 329. — Die Einſperrungen bis zur Beſſerung u. reſp. bis zur Begnadigung müſſen, wenn dabei auch zum Theil polizeiliche Zwecke zum Grunde liegen, nach der Verordn. v. 26. Febr. 1799, doch als wahre Strafen angeſehen werden. R. v. 20. Juni 1823. XXII. 102. ſ. Gerichtsſtand. — Ueber den Nachweis des ehrlichen Erwerbs und der Beſſerung detinirter Sträflinge. R. v. 3. Sept. 1830. XXXVI. 169. 170. — der Vagabunden, deren temporaire Verlängerung ohne gerichtliche Erkenntniſſe. v. K. A. 30. II. 390. — Anwendung der §. §. 104. u. 105. des Oſtpreuß. Land-Armen-Verpflegungs-Reglements v. 31. Oct. 1793. rückſichtl. derſelben. 30. II. 390. — Beſtimmung derſelben für Bettler und Vagabunden in Landarmenhäuſern. 30. IV. 809. — der in die rheiniſchen Landarmenhäuſer wegen Bettelns gebrachten Kinder. 30. II. 390. — der Sträflinge, Kompetenz der Regierungen rückſichtl. derſelben. 30. III. 586. — der Sträflinge und der in öffentliche Anſtalten eingeſperrten ungerathenen Kinder; ſ. Sträflinge u. Kinder.

Detentions-Koſten, für auszuliefernde Verbrecher, Nichterſtattung derſelben nach der mit Sachſen-Weimar beſtehenden Konvention. v. K. A. 26. IV. 1105. — für aufgegriffene Vagabunden, ſ. dieſe. — über deren Tragung Zweifel obwalten, dürfen durch Poſtvorſchuß nicht eingezogen werden. 27. III. 715. — für Bettler und Vagabunden, deren Aufbringung. 29. IV. 883. — polizeiliche, für Unvermögende, deren Aufbringung. 32. I. 149 — 152.

Deterioration, ſ. Melioration.

Dettmold, Lippe-, Fürſtenthum, ſ. Lippe.

Detract, ſ. Abzug, vom Detracts-Recht der Cämmerei zu Treptow. H. B. Zugabe. 374.

Deutſche Bundesſtaaten und Bundes-Verſammlung, ſ. dieſe.

Deutſcher Bund, allgemeine Kartel-Konvention mit demſelben v. 12. März 1831. G. S. 1831. p. 41.

Deutſche Schrift, ſ. Teſtament.

Deutſche Sprache (Mutterſprache), deren ſorgfältige Pflege und umfaſſenden Unterricht in ſelbiger auf Gymnaſien. v. K. A. 29. I. 110. — III. 530. — Anleitung der Schüler zu eigenen freien mündlichen Vorträgen in ſelbiger. 29. III. 539. — ſ. a. Teſtament.

Deutſchland, deſſen Staaten ſollen unabhängig und durch ein föderatives Band vereinigt ſein. G. S. 1814. p. 122. — ſiehe ferner Bundesakte, deutſche.

Deuz, Ort, ſ. Kölner Rheinbrücke.

Devolutionsrecht in den Herzogthümern Jülich u. Berg. Abhdl. darüber. v. K. J. XL. 325 — 398.

Devolutiv-Effect der Appellation, ſ. letztere.

Diätarien, in wie weit die Regier. zu deren Annahme höhere Genehmigung einholen müſſen. G. S. 1817. p. 256. — deren Verhältniſſe als ſolche beim Eintritt als Offiziere oder Militair-Freiwillige. G. S. 1815. p. 43. ſ. auch Büreau-Gehülfen u. Diäten. — Bloße Diätarien, welche ohne weiteres Verfahren zu jeder Zeit wieder entlaſſen werden können, ſind, ſelbſt wenn ſie zu ihren Geſchäften verpflichtet worden, den wirklich angeſtellten u. mit Beſtallungen oder Anſtellungsverfügungen verſehenen Beamten nicht gleich zu ſetzen. Nur letztere haben auf das forum exemtum Anſpruch, nicht aber erſtere. R. v. 27. Jan. 1823. v. K. J. XXI. 281. — deren Anſtellung ſoll nicht mehr ſtattfinden. v. K. A. 20. III. 461. — welche freiwillig Militairdienſte geleiſtet haben, deren Behandlung. 25. III. 561. — Anrechnung der als ſolche geleiſteten Dienſte bei ſpätern Penſionirungen. 26. II. 296. — bei öffentlichen Behörden, deren Verhältniſſe und Verpflichtung, zu den Kommunallaſten beizutragen. 25. III. 671. — IV. 826. ſiehe auch Büreau-Gehülfen und Hülfsarbeiter. — mit fixirten Diäten angeſtellt, Abzüge von letztern während der Beurlaubungszeit über 4 Wochen. 29. II. 206. — zeitherige, ſiehe Civil-Supernumerarien.

Diäten, V. die den Magiſtrats-Perſonen in ſtädtiſchen Rechtsangelegenheiten aus den Cämmereien zu entrichtenden Diäten betr. v. 28. Dec. 1712. C. S. V. I. IV. No. 23. Rgl. v. 6. März 1713. No. 24. ſind durch das von der Churmärkſchen Cammer erlaſſene vom General-Directorium mittelſt Reſcr. v. 4. Nov. 1772 und 10. Nov. 1773 genehmigte Circulare v. 6. März 1767. auf 16 gr. täglich beſtimmt worden. Die aus den Kreis-Kaſſen zu entrichtenden Diäten-Liquidationen müſſen vom Cammer-Präſidio revidirt, nöthigenfalls moderirt ſein. Dir. R. v. 22. März 1770. Bei der quartaliter erfolgenden, R. v. 15. Febr. 1775. Einreichung der Diäten-Liquidationen. — R. v. 12. Dec. 1770. No. 33. welche den

Beilägen beiliegen ſollen. R. v. 23. Nov. 1785. No. 107. des Caſſenhandb. — der Landräthe ſoll die Höhe des dazu beſtimmten Etats-Quanti und was darauf bereits angewieſen mit angezeigt werden. R. v. 29. Aug. 1770. v. 20. Apr. 1774. ſ. v. Lamotte pr. Beiträge zur Cam. Wiſſenſchaft. Th. 1. v. 1782. p. 197. u. 207. Die Diäten ſollen bei den Amts- und Erbetagen der Deputirten in den Steuerausſchlägen, V. v. 12. Febr. 1753. C. S. p. 430. I. im Herz. Cleve und Gr. Mark nicht paſſiren. V. v. 13. Mai 1751. p. 93. I. ſ. die V. v. 10. Nov. 1763. p. 328. III. C. wie es wegen der der Fiscäle bei Unterſuchungen zu halten. v. 30. Jan. 1737. p. 7. C. I. — Reſcr. die Forſtbedienten u. Oeconomie-Beamten in Privat-Angelegenheiten betr. v. 16. März 1797. (ungedruckt.) R. die Beſtimmung der Diäten der Domainen-Juſtizoffizianten betr. v. 23. Apr. 1814. v. K. J. B. 29. IV. — Der in dem Regulativ v. 28. Febr. 1816. G. S. 115. VI. §. I. B. erhöhete Diätenſatz darf nur dann gegeben werden, wenn der Reiſende genöthiget iſt, eine Nacht im Auslande zu verweilen. R. v. 31. Oct. 1816. K. A. B. 45. VII. — deren Vergütigung für kommiſſariſche Geſchäfte in königl. Dienſtangelegenheiten, nach dem Regulativ v. 28. Febr. 1816. G. S. 1816. p. 113 — 118. — nach der anderweitigen Verordn. v. 28. Juni 1825 mit Aufhebung des gedachten Regulativs. G. S. 1825. p. 163 — 170. — für Räthe und andere Beamte bei den Miniſterien und anderen höchſten Zentralbeh. G. S. 1825. p. 163. — desgl. bei den Regier., Oberlandesger. und andern mit denſelben in gleichem Range ſtehenden Behörden. G. S. 1825. p. 164. — desgl. bei den, denſelben untergeordneten Behörden. G. S. 1825. p. 164 — 167. — für Kreis- u. Polizeibeamte. G. S. 1825. p. 164. — für Juſtiz-Beamte. G. S. 1825. p. 164. f. — ſ. a. Gebührentaxe. — für Militair-Verwaltungsbeamte. G. S. 1825. p. 165. — für Geiſtliche und Schulbeamte. G. S. 1825. p. 166. — für Medizinalbeamte, Phyſiker, Aerzte, Wund- und Thierärzte. G. S. 1815. p. 112. 116. 122. — 1825. p. 166. — für Steuerbeamte. G. S. 1825. p. 166. — für Domainen- und Forſtbeamte. G. S. 1825. p. 167. — für Baubeamte. G. S. 1825. p. 167. — für Diätarien und unbeſoldete Staatsdiener. G. S. 1825. p. 167. 168. — deren Bewilligung und Liquidation bei den Provinzial-Verwaltungs-Behörden. G. S. 1825. p. 133. 134. — deren Erhöhung, wenn Beamte aus den Provinzen nach Berlin berufen werden. G. S. 1825. p. 168. — für Provinzial-Landtags-Abgeordnete, ſ. Landtags-Abgeordnete, Provinzial-, — deren Bewilligung für die Kreis-Deputirten und Juſtitiarien bei den Kreis-Verwaltungen. G. S. 1812. p. 147. — 1825. p. 164. 165. — für Kommiſſarien ꝛc. in gutsherrl. u. bäuerl. Auseinanderſetzungen. G. S. 1817. p. 197. ff. — deren Feſtſetzung für Schiedsrichter bei Ausfüh-

rung von Entwäſſerungsplänen. G. S. 1811. p. 356. — wann darauf die Gensd'armerie Anſprüche hat. G. S. 1821. p. 15. — für Landwehr-Offiziere, während der Uebungszeit. G. S. 1816. p. 88. — In Unterſuchungsſachen, wo die Koſten aus öffentlichen Fonds erfolgen, ohne Unterſchied, ob das Geſchäft von einem Oberlandesgerichte oder von einem Land- und Stadtgerichte vorgenommen wird, erhält das Mitglied des Land- und Stadtgerichts 2 Rthlr. und der Subaltern 1 Rthlr. Diäten. Reſcr. v. 15. Aug. 1815. v. K. J. VI. 199.; jedoch ſind dieſe Diäten in fiscaliſchen Unterſuchungsſachen für die Mitglieder der Untergerichte erſter Claſſe auf 1½ Rthlr. und für die Directoren auf 2 Rthlr. feſtgeſetzt. R. v. 12. April 1824. XXII. 197. — und Reiſekoſten der Gerichtsperſonen, Aerzte und Wundärzte in unvermögenden Unterſuchungsſachen. Reſcr. v. 21. Jan. 1817. IX. 51. — Die Referendarien und Secretarien bei den Land- und Stadtgerichten links der Elbe erhalten die für die Beſorgung eines einzelnen, zur Prozeßinſtruction gehörigen Acts außerhalb der gewöhnlichen Gerichtsſtelle, jedoch am Orte, wo das Gericht ſeinen Sitz hat, in der Allg. Gebührentaxe Abſchn. IV. Nro. 19. c. beſtimmten Diäten. Reſcr. v. 20. Aug. 1819. XIV. 52. — In Criminalſachen müſſen alle von dem Richter und dem Actuar deſervirten Gebühren, in ſofern ſie nicht als Diäten einer einzelnen Gerichtsperſon zugewieſen ſind, zu den Salariencaſſen gezogen werden. ibidem. — Diätenanſatz der bei den Gerichtstags-Commiſſionen fungirenden Gerichtsperſonen und Erſparung der Reiſekoſten derſelben. Reſcr. v 30. Oct. 1820. XVI. 250. — Das Regulativ v. 28. Febr. 1816, wegen Vergütigung der Diäten, iſt eine allgemeine für alle Landescollegien gegebene Vorſchrift und ſteht in allen Fällen zu beobachten, wo die Koſten eines commiſſariſchen Geſchäfts aus Königl. Caſſen zu beſtreiten ſind. Die Sporteltaxe giebt das Regulativ für die Koſten in ſolchen Angelegenheiten, wo die Diäten und Reiſekoſten von Privatperſonen zu tragen ſind. Reſcr. v. 27. Juli 1821. XVIII. 41. — Den Referendarien, ſofern ſie einen Richterpoſten interimiſtiſch verwalten, können 1 Rthlr. 15 Sgr. Diäten bewilligt werden, ſie dürfen ſich aber bei den Commiſſionsreiſen keiner Extrapoſtpferde bedienen. Reſcr. v. 25. Juni 1824. XXIV. 146. — In Oſtpreußen ſind die Diäten des Perſonals der Juſtizbeamten bei den Reiſen zur Abhaltung der gewöhnlichen Gerichtstage v. 1. Jan. 1824. ab auf die Haupt-Untergerichts-Salariencaſſe übernommen. Reſcr. v. 12. Juli 1824. XXIV. 147. — Anwendung einiger Beſtimmungen der Verordnung wegen Vergütigung der Diäten und Reiſekoſten. Auszug der Cab. Ord. v. 29. April 1826. XXVII. 308. — ſ. Depoſital-Rechnungs-Abnahme. Domainen-Juſtiz-Beamte. Emolumente. Emolumentenbücher. Forſtge-

richtskommiſſion. Gebührentaxe. Gemüthszuſtand. Invaliden. Kommiſſionsgebühren. Medizinalgebühren. Obduktionsgebühren. Porto. Reiſekoſten. Unterſuchungskoſten. — Beſtimmung wegen Feſtſetzung der Diäten der gerichtlichen Aerzte R. v. 11. Jan. 1828. v. K. J. XXXI. 194 195. — Diäten der Kalkulatoren bei auswärtigen Kommiſſionsgeſchäften. Schreiben der Ober-Rech.-Kammer vom 4. Jan. 1828. XXXI. 196. 197. — ſ. auch Kommiſſionsgebühren. — Diäten der Exekutoren; R. v. 2. Oct. 1828. XXXII. 295. — für Stellvertreter der zur Landwehr einberufenen Juſtizbeamten. R. v. 8. März 1831. XXXVII. 93. — bei den Juſtiz-Viſitationen. R. v. 15. Jun. 1831. XXXVII. 385. — der Perſonen von Adel. R. v. 31. Oct. 1831. XXXVIII. 398. der Corps- und Ober-Auditeure. R. v. 8. Oct. 1831. XXXVIII. 398. — für Aſſeſſoren in Kriminal-Unterſuchungen, ſ. Aſſeſſoren. — der Referendarien bei Kommiſſionsgeſchäften. XXXVIII. 399. — der Hülfsarbeiter bei den Untergerichten. Cirk. R. v. 30. Jan. 1832. XXXIX. 191. — desgl. bei den Inquiſitoriaten. Cab. Ord. v. 19. Juni und Cirk. Reſcr. v. 27. Sept. 1832. XL. 269 — 272. — Reſcr. v. 18. Apr. 1833, betr. die Beſtimmung der Diäten und Reiſekoſten bei kommiſſariſchen Aufträgen und mit Berückſichtigung der perſönlichen Dienſt-Rangverhältniſſe. XLI. 520 — 523. Diäten dürfen für die Aufnahme von Teſtamenten außerhalb des Gerichtsorts nicht gleichzeitig mit Kommiſſionsgebühren liquidirt werden. Cirk. R. v. 18. Nov. 1833. XLII. 419 — 421. — R. v. 7. Nov. 1833. die Diäten der Feldmeſſer betr. XLII. 429 — 434. — können den Beamten nur nach ihrer wirklichen Dienſt-Kategorie, nicht nach den Amtstiteln, bewilligt werden. v. K. A. 26. IV. 942. — in wie weit ſolche überhaupt noch ſtattfinden dürfen. 20. III. 461. — können auf halbe Tage nicht ermäßigt werden. 25. IV. 862. — mit ſelbigen müſſen auch die Koſten des häuslichen Unterkommens auf Reiſen beſtritten werden. 20. IV. 701. — Drittel-Abzug von ſelbigen, wenn bei kommiſſariſchen Geſchäften in öffentlichen Gebäuden freie Wohnung, Heizung und Licht gewährt wird. 26. II. 291. — III. 592. — deren Bewilligung bei Dienſtreiſen öffentlicher Beamten. 25. I. 10. — IV. 862 — 867. — deren Bewilligung für gerichtlich vorgeladene Verwaltungsbeamte in den Rheinprovinzen. 21. II. 280. — IV. 783 — 785. — deren Nichtbewilligung für Beamte, welche in Dienſt-Angelegenheiten vor Gericht geladen werden. 22. I. 2. — für interimiſtiſch beſchäftigte Wartegeldempfänger. 21. III. 514. — deren Vergütigung in Angelegenheiten von Privat-Perſonen. 26. II. 293. — für Regierungs-Aſſeſſoren und Hülfsarbeiter aus dem Sportul-Fonds. 20. II. 224. — III. 501. — IV. 814. — für Dirigenten der Subalternen-Büreaus und für Referendarien. 22. II. 287. —

25. I. 25. — für nicht fixirt angeſtellte Kalkulatur-Beamte auf Reiſen. 24. II. 329. — für Medizinal-Beamte. 25. IV. 865. — für Kreis-Medizinal-Beamte. 22. IV. 1042. — für Kreis-Medizinal-Beamte, beſonders Kreis-Chirurgen, als ſolche, oder aber bei gerichtlichen Expeditionen. 26. II. 446. — für Medizinal-Perſonen. 26. II. 440—443. 446. — der Medizinal-Perſonen für Reviſion der Apotheken ꝛc. 20. I. 123. — II. 326. — für Aerzte und Wundärzte. 24. I. 282. seq. — für Kreis-Phyſiker. 24. I. 287. — der Phyſiker u. Aerzte. 18. I. 209. — der Kreischirurgen. 20. IV. 892. — für Kreis-Thierärzte. 24. I. 292. — für die mit Impfung der Schutzblattern beſchäftigt geweſenen Aerzte. 22. III. 769. — 23. IV. 990. — 24. I. 290. seq. — II. 601. — der Landräthe, deren Liquidation. 18. I. 17. — in wiefern die landräthlichen Unterbediente darauf Anſpruch haben. 19. III. 647. — für Kreis-Sekretarien. 20. IV. 699. — 24. III. 650 — 652. — der Bauräthe. 18. I. 11. — für Steuerbeamte. 20. I. 8. — für die den Haupt-Zoll- und Haupt-Steuer-Aemtern zugeordneten Juſtizbeamten. 24. III. 714. — der Juſtizbeamten bei Aufträgen fiskaliſcher Behörden. 17. I. 10. — desgl. in Gemeinheits-Aufhebungs-Sachen. 19. III. 669. — für Inquirenten und Protokoll-Führer in unvermögenden Kriminal-Unterſuchungen. 26. IV. 1102. — der Forſtbeamten bei kommiſſariſchen Geſchäften. 24. I. 60. — für Oberforſtmeiſter. 22. II. 344. — für Oberförſter, nebſt einer Fuhrkoſten-Zulage von 1 Rthl. 26. II. 291. — der Ober- und Revier-Förſter. 18. I. 46. — für Abhaltung der Forſt-Gerichtstage. 25. III. 628. — desgl., für Forſt-Kondukteure. 26. I. 40. — desgl. für Feldmeſſer 21. II. 327. — der Feldmeſſer bei Grenzregulirungen. 19. I. 67. — für Baubediente, Feldmeſſer und Kondukteure. 25. I. 11. — IV. 863. — 26. I. 12. — für die Gendarmerie bei Dienſtleiſtungen außerhalb ihrer Geſchäftsbezirke 21. III. 656. — IV. 902. seq. — 22. I. 135. — 23. II. 358. — III. 647. — 24. II. 482 — 485. — III. 865. — 25. IV. 1055. seq. — der Gendarmerie-Offiziere. 18. II. 386. — 20. II. 276. — 24. II. 482 — 85. — für die Landtags-Abgeordneten der Provinzial-Stände. 26. II. 466. 478. 507. — für Geiſtliche. 25. IV. 865. — der Konſiſtorial-Kommiſſarien. 18. I. 10. — II. 366. — der Superintendenten. 18. IV. 1023. — für Königl. Poſtbeamten. 22. IV. 846. — 25. IV. 932. seq. — für Poſtſekretaire. 26. II. 328. — für Poſtfuhr-Entrepreneurs. 24. III. 736. — können Stadtverordnete nicht erhalten. 23. I. 93. — für Kreis-Deputirte bei Vertretung der Landräthe. 27. III. 597. — für Bau-Inſpektoren ꝛc. bei kommiſſariſchen Aufträgen. 27. IV. 927. — deren Bewilligung für Feldmeſſer. 27. III. 796. seq. — Nichterhöhung derſelben für Impfärzte. 27. I. 231. — deren Bewilligung für Militair-Invaliden neben dem Gnadengehalt bei vorübergehenden Be-

ſchäftigungen. 27. II. 352. — Vorſchriften für deren Liquidation, Juſtifikation und Verrechnung. 28. I. 53 — 57. — desgl. in Beziehung auf diejenigen der Medizinal-Beamten u. Medizinal-Perſonen. 28. I. 197 — 202. — deren Erhöhung um die Hälfte für Regierungs-Mitglieder bei Dienſtreiſen im Ausland. 28. III. 630. — für Wege-Baumeiſter. 28. I. 185. — deren Bewilligung für die Gendarmerie, auf einzelne Tage. 28. IV. 1039. seq. — ſtehen den zur Wahl deputirten Mitgliedern der landſchaftlichen Kredit-Vereine nicht zu. 28. IV. 1027. — für die zur Prüfung der verhältnißmäßigen Kataſtergleichheit beſtimmten Kreis-Deputirten. 28. III. 648. — für die, zu einem beſtimmten Geſchäfte gewählten Deputirten des Kreistages. 28. II. 435. — für Gutsbeſitzer, Schulzen, Bauern ꝛc., in kommiſſariſchen Verrichtungen. 28. III. 633. — deren Erhöhung für Ober-Regierungs-Räthe und Ober-Forſtmeiſter auf 3 Thlr. täglich. 29. II. 207. — III. 505. — für Oberforſtbeamte bei auswärtigen Geſchäften in Kommunal-Forſt-Angelegenheiten. 29. I. 34. — können Supernumerarien für Stellvertretungen nicht erhalten, ſondern in außergewöhnlichen Fällen nur Remunerationen. 29. II. 208. — deren Bewilligung für die Gendarmerie bei Dienſtleiſtungen außerhalb ihres Geſchäftsbezirks. 29. III. 564. — deren Erhöhung für Regierungs-Mitglieder bei den mit Aufenthalt verbundenen Dienſtreiſen durchs Ausland. 30. III. 475. — deren Bewilligung für königl. Beamte in fiskaliſchen Prozeß-Angelegenheiten. 30. III. 476. — deren Bewilligung und Aufbringung für Kreis-Deputirte bei Vertretung abweſender oder ſonſt behinderter Landräthe. 30. I. 13. f. — bei temporairer Abberufung der erſtern zu ihrer Beſtimmung. 30. II. 265. — können Juſtizbeamte für die denſelben übertragenen Verwaltungs-Geſchäfte an ihrem Wohnorte nicht erhalten. 30. IV. 727. — deren Bewilligung für Penſionaire wegen kommiſſariſcher Beſchäftigungen. 30. IV. 729. — ſiehe auch Dienſt-Einkünfte. — für Referendarien, bei Ausrichtung ſelbſtſtändiger Aufträge. 31. III. 514. — der Landräthe auf Reiſen in amtl. Angel. für Privatzwecke. 31. IV. 705. — für die Stellvertreter der zu Landtagsabgeordneten berufenen Staatsdiener, deren Anweiſung auf den Diäten-Fonds. 31. I. 9. — für Kreisdeputirte bei Vertretung der auf Kommunal-Landtagen abweſenden Landräthe. 31. II. 258. — für Kommiſſarien in Auseinanderſetzungs-Angelegenheiten, deren Liquidation. 31. I. 37. f. — deren Bewilligung für die Gendarmerie. 31. III. 577 — 579. — IV. 786. — (Reiſe-) — können für Staatsbeamte nur nach der wirklichen Dienſtſtellung, nicht nach dem beigelegten höhern Character oder Titel bewilligt werden. 32. III. 583. — bei ſelbſtſtändigen, nicht aus der Amtsſtellung der Beamten hervorgehenden Aufträgen, können die damit verbundenen höheren Sätze gewährt werden; ebendaſ. — in Ver-

waltung oder oberer Beaufſichtigung von Provinzial- u. Kommunal-Inſtituten und Fonds, deren Anweiſung. 32. II. 341. f. — höhere, deren Bewilligung für Referendarien bei Ausrichtung ſelbſtſtändiger Aufträge. 32. III. 584. — Entſchädigung der Verwaltungs- und Polizeibeamte für ſolche bei Ablegung von Zeugniſſen vor den rheiniſchen Gerichten. 32. I. 1. — III. 585. — finden bei Kommunal-Beamten aus königl. Kaſſen nicht ſtatt. 32. III. 586. — für Kreis-Thier-Aerzte. 32. I. 252. II. 488. — für die Taxanten bei Verpachtung von Landgütern. 32. I. 96. — (Reiſe-Diäten) Bewilligung derſelben neben fixirten Diäten. 33. II. 258. — deren Bewilligung für ein mit der Einführung eines Landrathes in ſein Amt beauftragtes Regierungs-Mitglied aus dem Diätenfonds. 33. II. 260. — können Landräthe auf Dienſtreiſen innerhalb ihrer Kreiſe nicht erhalten. 33. IV. 881. — deren Berechnung für die Land-Gendarmerie. 33. I. 128. f. — kann die Gendarmerie für Verrichtung innerhalb ihrer Stationsbezirke nicht erhalten. 33. III. 700. — für die Hülfsbeamten der gerichtlichen Polizei in der Rheinprovinz. 33. I. 127. — deren Anweiſung für Kreis-Phyſiker und Kreis-Chirurgen auf Dienſtreiſen. 33. II. 522. — für Feldmeſſer. 33. IV. 937. — für die Regierungs-Subalternen zweiter Klaſſe. R. v. 13. Febr. 1834. — 34. I. 10. — der Forſt-Schutzbeamten beim Beſuch der Forſtgerichtstage. 34. III. 660.

Diäten-Fonds, bei den Regierungen, aus ſelbigem können Stellvertretungs-Koſten der bei Kollegien angeſtellten Beamten nicht entnommen werden. v. K. A. 29. II. 208.

Diäten-Regulativ, v. 28. Febr. 1816. wegen der in Beziehung auf daſſelbe gegebenen deklaratoriſchen Beſtimmungen. v. K. A. 17. II. 10 — 29.

Diakodien-Syrup, deſſen Dispenſation in Apotheken. v. K. A. 22. IV. 1044.

Diakone, Beitritt derſelben zur kirchlichen Union. v. K. A. 22. IV. 887.

Diebe, zur lebenswierigen Einſperrung verurtheilt, Aufhebung der nicht öffentlich geſchehenen Züchtigung derſelben. G. S. 1811. p. 196. — ſ. Feſtungsarreſtanten, Spiel.

Diebesbande. Diejenigen, welche überführt worden, daß ſie mit mehreren eine Verbindung eingegangen ſind, um Diebſtahl als ein gemeinſchaftliches Gewerbe zu betreiben, werden, ſobald ſie bei einem von der, verübten Diebſtahl ſelbſt Hand angelegt, oder dabei durch Wachehalten behülflich geweſen, eben ſo beſtraft, als wenn ſie ſich des Raubes ſchuldig gemacht hätten. §. 26. d. V. v. 26. Febr. 1799. E. S. 2250. X. — über deren Vorhandenſein ſollen ſich die Polizeibehörden gegenſeitige Mittheilungen machen. v. K. A. 19. II. 465.

Diebeshehlerei, ſiehe Amotion, Kauf. Wer wiſſentlich einem Diebe in Aufbewahrung oder Verheimlichung der geſtohlnen Sachen behülflich iſt, ihm in ſeiner Wohnung einen Zufluchtsort geſtattet, oder ihm ſonſt Gelegenheit verſchafft, ſein Verbrechen zu verheimlichen, ſich der Verhaftung zu entziehen, oder, aus der gefänglichen Haft zu entweichen, wird eben ſo beſtraft, als wenn er einen gewaltſamen Diebſtahl verübt hätte, §. 27. der V. v. 26. Febr. 1799. — Auch der iſt als ein Diebshehler anzuſehen, welcher unbekannten Schiffern u. Schiffsknechten Getreide, Heu, Holz, Kaufmannswaaren und andere gewöhnliche Schiffsladungen abkauft, wenn auch dieſe Sachen ſich außer dem Kahne befinden, §. 4. der V. v. 5. Mai 1809. M. S. 178. der für den Fall der, im A. L. R. Th. 2. Tit. 20. §. 1243. beſtimmte Verluſt des Judenſchutzes, konnte nicht auf alle Fälle des Diebſtahls ausgedehnt werden. R. v. 9 Febr. 1810. J. M. 50. IX.

Diebſtahl, (Raub,) E. wegen des Kaufs geſtohlner Ammunitionsſtücke v. 10. Febr. 1730. E. S. II. III. No. 61. — Wie der, der Baumaterialien, V. v. 17. Apr. 1769. p. 5697. IV. beſonders in Berlin und Potsdam zu beſtrafen, v. 12. Dec. 1776. p. 379. VI. Publ. v. 26. März 1789. p. 2433. VIII. Strafe deſſelben an Brennholz der B. Holz-Adminiſtration. Publ. v. 8. Juli 1786. p. 117. VIII. u. v. 25. Juli 1799. p. 2250. X. — V. die Beſtrafung des Diebſtahls an Fabrikmaterialien betr. v. 22. Dec. 1768. p. 5065. IV. A. L. R. II. XX. §. 1105. u. f. f. Publ. v. 29. Jan. 1793. E. S. p. 1432. IX. Iſt der Entwender ſelbſt ein wirklicher Fabrikarbeiter, kommt die Unterſuchung auch gegen die Abnehmer, Käufer und Pfandnehmer dem Fabrikengerichte zu. R. v. 5. Sept. 1796. St. B. p. 359. II. Die Beſtrafung der Fiſchdiebereien, E. v. 27. Juni 1670. E. S. IV. II. IV. No. 4. v. 6. Aug. 1764. p. 461. III. aus den zum Amte Cottbus gehörigen Karpfenteichen, Publ. v. 6. Juni 1797. p. 1303. X. St. B. p. 207. V. v. 18. Juni 1798. St. B. p. 200. VII. (I.) der Futterentwendungen durch Poſtillons, Vorſpänner und Dienſtknechte, v. 11. Aug. 1771. E. S. p. 299. V. a. — des Grasſchneidens auf fremden Wieſen, Dorf-Ord. v. 1702. §. 42. V. III. I. p. 239. — E. wider die Hausdiebe v. 23. Jan. 1684. II. III. No. 13. R. v. 14. Nov. 1796. St. B. p. 313. Th. 3. E. S. p. 1906. X. den Hofdiebſtahl, v. 22. Jan. 1683. II. III. No. 10. v. 12. Jan. 1684. No. 12. v. 16. Oct. 1696. No. 18. die Holzdiebſtähle in Privat-Forſten, R. v. 11. Jan. 1790. p. 2853. VIII. diejenigen, welche ſich in Königl. Forſten Holzcontraventionen ſchuldig gemacht, werden ohne Unterſchied ihres ſonſtigen Fori unmittelbar praevia requisitione vor die Holzmarkts-Commiſſion geſtellt, Forſt-Ordn. v. 20. Mai 1720. Tit. 5. IV. I. II. No. 104. V. v. 8. Febr. 1723. IV. I. II. No. III. Rgl. v. 19. Juni 1749. §. 11.

p. 166. C. IV. wie die Holzdiebereien unterſucht und beſtraft werden ſollen, R. v. 27. März 1786. p. 61. VIII. gehören zu den delictis levioribus J. E. v. 17. Apr. 1779. H. B. 153. VI. Nach den Reſcr. des Königlichen General-Directorii v. 16. Juni u. 14. Apr. 1786. deren Inhalt durch das Publicandum der Neumärkſchen Kr. u. D. Cammer v. 9. Mai 1786. bekannt gemacht worden: ſoll außer dem forſttarmäßigen Werth des Holzes und dem ſich darnach richtenden Stamm- und Pflanzgelde von den Holz-Defraudanten der doppelte Betrag gedachten Holzgeldes annoch zur Strafe erleget, u. im Fall des Unvermögens Forſt-Arbeiten geleiſtet werden, u. iſt hier zugleich die Ausgleichung der letztern mit der Strafe u. die Verwandlung der Geldſtrafe in Gefängniß- u. Zuchthausſtrafe beſtimmt. — Publ. wegen Verhütung der Kohlendiebereyen bei den Wettinſchen Bergwerken v. 9. Aug. 1774. E. S. p. 945. V. d. — E. die Beſtrafung der Magazindiebſtähle betr. v. 15. Dec. 1739. p. 306. C. I. beſonders von Schiffern v. 4. März 1681. II. III. No. 9. v. 12. Jan. 1749. p. 133. C. IV. v. 25. Jan. 1757. p. 223. II. durch Verkauf eingeladenen Königl. Salzes. E. v. 21. Febr. 1724. IV. II. Anh. ad Cap. I. No. 7. — welcher Pferdeverkauf für verdächtig zu halten. R. v. 27. Nov. 1797. p. 1474. X. St. B. p. 230. V. — des Diebſtahls in Reſidenzien. Pat. v. 24. Febr. 1693. II. III. No. 16. v. 23. Aug. 1700. No. 20. v. 7. Nov. 1705. No. 23. v. 9. Jan. 1736. No. 75. c. R. deſſen Bekanntmachung betr. v. 29. Oct. 1736. No. 78. E. v. 4. Febr. 1747. p. 143. C. III. — Inſtruction v. 26. Febr. 1799. Pat. die Beſtrafung des Diebſtahls an Schiffsgütern betr. v. 3. Sept. 1739. p. 282. C. I. der Getränke von Fuhrleuten Pat. v. 6. März 1722. V. V. V. No. 11. v. 11. May 1735. VI. II. M. No. 248. ein Schneidemüller, welcher eigenmächtig einen Sägeblock abſchneidet oder entwendet, ſoll mit einmonatlicher Feſtungsarbeit beſtraft werden. Publ. v. 23. Dec. 1766. p. 621. IV. ſ. a. E. vom 24. Jun. 1712. IV. I. II. No. 81. des Straßenraubes. E. v. 1572. V. V. I. No. 3. v. 1612. II. III. No. 5. v. 1723. No 47. v. 28. Sept. 1750. p. 290. C. IV. v. 17. Jan. 1751. p. 9. I. C. D. v. 8. Apr. 1750. B. IV. 172. von Beſchaffenheit deſſelben ſ. p. 42. IV. p. 32. X. und eines gewaltſamen Diebſtahls. St. B. p. 145. VI. — der Theilnehmer des Diebſtahls. v. 23. Jul. 1627. E. S. II. III. No. 7. v. 9. Oct. 1696. No. 15. v. 16. Oct. 1720. No. 43. wenn ſolche von Mitſchuldigen angegeben werden. Pat. v. 24. Febr. 1690. No. 16. E. v. 15. Sept. 1709. VI. II. No. 52. Wenn Aeltern, Vormünder und Brodherrſchaften Diebſtähle ihrer Kinder, Pflegbefohlnen und Dienſtboten angezeiget haben, und davon ſchon eine gehörig ſubſtantiirte Denunciation vorhanden iſt, kann die Fortſetzung der Unterſuchung durch das Zurücktreten der Denuncianten nicht hinterſtellig gemacht werden. R.

v. 25. Sept. 1795. p. 2618. IX. St. B. p. 362. II. Wird aber die Unterſuchung gegen die Entwender verbeten, ſolche dennoch gegen die Theilnehmer gerichtet. R. v. 15. Febr. 1796. E. S. p. 83. X. St. B. p. 426. IV. der Wilddiebe. ſ. R. v. 17. Oct. 1753. H. B. IV. 191. und Jagdgerechtigkeit. Jagdverbrechen. — A. L. R. II. XX. 1105 — 1230. c. R. wegen Beſtrafung des dritten Diebſtahls, v. 22. Jun. 1796. St. B. p. 366. II. ſiehe Verordnung wegen Beſtrafung der Diebſtähle v. 26. Febr. 1799. E. S. p. 2250. X. — Ed. wegen Beſtrafung der Bleichdiebe in Schleſien v. 30. Apr. 1791. St. B. p. 107. XII. — in den Reſidenzien Berlin und deren Bezirk. p. 2235. X. iſt auch auf kleinere polizeimäßig zu ahndende Diebſtähle anzuwenden. R. v. 7. Oct. 1799. St. B. p. 279. Th. IX. Von Beſtrafung der Holzdiebe und Defraudanten. R. an die Regier. zu Thorn v. 25. Jan. 1798. St. B. p. 352. XII. wegen des Pfandgeldes und Denunzianten-Antheils. R. an die Cammer zu Bialyſtock v. 31. März 1798. p. 356. ibd. Von Feſtſtellung des Thatbeſtandes bei Diebſtählen. Cr. Ordn. §. 179. ff. Paalzow Comment. zur Cr. Ordn. p. 347. I. Von Beſtrafung des erſten gemeinen Diebſtahls. V. v. 26. Febr. 1799. §. 2. p. 117. — zweiten gemeinen Diebſtahls. §. 11. p. 120. — dritten gemeinen Diebſtahls. §. 12. c. l. die in dieſem §. beſtimmte Strafe ſoll nach einem an die Reg. zu Poſen unter d. 9. Nov. 1805. ergangenen Reſcript vorausſetzen, daß das Objekt eines jeden dieſer Diebſtähle über 5 Rthl. betragen habe, indem ſonſt nicht auf Detention bis zur Beſſerung, ſondern nur bis zum Nachweis eines ehrlichen Erwerbes erkannt werden kann. p. 65. der Zuſätze zum 20ſten Theil. Th. 2. des A. L. R. von dem H. Ober-L. G. Rath v. Strombek. Auch in Anſehung der Beſtrafung dieſes Diebſtahls bleibt es bei der Vorſchrift des §. 1160. Th. 2. Tit. 20. des A. L. R. — nach welcher ein ſolcher Verbrecher nach ausgeſtandener, in dem §. 1159. beſtimmten Strafe in einem Arbeitshauſe ſo lange zur Arbeit angehalten werden ſoll, bis er ſich beſſert, und hinlänglich nachweiſet, wie er künftig ſeinen ehrlichen Unterhalt werde verdienen können: und des R. v. 22. Jun. 1796. p. 171. St. B. 367. II. Rabe, 432. III. welches feſtſetzt, daß auf eine beſtimmte Strafzeit, und hiernächſtige Einſperrung bis zur Beſſerung und Nachweiſung eines ehrlichen Erwerbes erkannt werden muß; die anzuwendende Strafe des zweiten Diebſtahls alſo nur durch die Verlängerung des Verluſtes der Freiheit geſchärft wird. — R. v. 18. Jul. 1804. p. 130. der §. 1158. des A. L. R. II. XX. beziehet ſich nur auf gleichartige gemeine Diebſtähle. v. K. J. 307. III. unter erſchwerenden Umſtänden begangenen Diebſtahls, und welche Diebſtähle dahin gehören, §. 14. der V. v. 1799. p. 121. Spritzenhäuſer ſind zu den daſelbſt bemerkten Gebäuden nicht, R. v. 22. Mai 1804. v. Strombek, l. c. p. 56. wohl

aber Montirungskammern zu rechnen. Kr. Art. v. 1808. Art. 44. J. M. 390. VI. des erſten gewaltſamen, §. 15. 16. der alleg. V., (Kl. Annal. 49. IV.) und des wiederholten gewaltſamen Diebſtahls §. 18. p. 122. N. Arch. Ein jeder mit einem andern, als dem ausdrücklich zu dem eröffneten Behältniſſe beſtimmten (dem rechten) Schlüſſel verübter Diebſtahl iſt, als mit einem Nachſchlüſſel begangen, mithin als gewaltſam anzuſehen, und ſtehet dieſem das R. v. 22. Jan. 1798. St. B. 147. VI. nicht entgegen, weil daſelbſt von einem, von dem Diebe mitgebrachten, von dem Beſtohlnen ihm anvertrauten und nicht von einem beſondern Schlüſſel die Rede iſt, den der Dieb ſich zur Eröffnung eines verſchloſſenen Behältniſſes angefertiget hat, oder anfertigen laſſen. R. v. 12. Sept. 1801. S. M. 176. — Inſtr. wegen des in den Reſidenzen, und deren Bezirk bei Unterſuchung und Beſtrafung der Diebſtähle und ähnlicher Verbrechen zu beobachtenden Verfahrens, v. 26. Febr. 1799. St. B. p. 2235. X. Was §. 28. der V. v. 26. Febr. 1799. p. 117. wegen der bei offenbar zur Ungebühr eingewandten Rechtsmittel zuläſſigen Schärfung der Strafe vorgeſchrieben iſt, findet nur bei Diebſtählen, und den ähnlichen erwähnten Verbrechen, und auch nur in ſo fern Anwendung, als körperliche Züchtigungen für ſtatthaft geachtet werden. R. v. 27. Oct. 1800. N. A. 382. I. — Geraubte und geſtohlne, von entwichenen Dieben und Räubern zurückgelaſſene Sachen werden nach §. 45. der Dorfordnung v. 1702. zum gerichtlichen Depoſito genommen, und wenn ſich der Eigenthümer meldet, demſelben zurückgegeben, in Entſtehung deſſen aber fallen ſie dem Fisko anheim. E. S. V. III. I. No. 32. — ſiehe auch Fiſch- Haus- und Holzdiebſtahl. — Jeder mit einem andern als dem zu dem Behältniſſe beſtimmten Schlüſſel verübte Diebſtahl iſt als ein gewaltſamer anzuſehen. R. v. 12. Sept. 1801. St. B. p. 268. XIV. Der §. 28. der Inſtr. v. 26. Febr. 1799. p. 2250. X. wegen Schärfung der Strafe bei Rechtsmitteln findet nur bei Diebſtählen und ähnlichen darin erwähnten Verbrechen ſtatt. R. v. 27. Oct. 1800. E. S. p. 3154. X. — Von Beſtrafung des Verkaufs und der Veruntreuung des Dienſtbothen und Fuhrknechten mitgegebenen Hart- u. Rauch-Futters v. 21. Jul. 1800. p. 2991. X. der Grasdiebſtähle. St. B. p. 249. XIV. der Wilddiebereyen in Preußen. R. v. 7. Oct. 1800. E. S. p. 3130. X. In Schleſien bedarf es nach dem R. v. 12. Febr. 1798. keiner Publication der V. v. 27. Nov. 1797. wegen der Pferdediebſtähle, St. B. p. 322. XIX. — Die Mitglieder der Kaufmannſchaft zu Berlin, auch jeder Kaufdiener, welcher wegen eines Diebſtahls mit Criminalſtrafe belegt worden, ſollen im Strafurtel der kaufmänniſchen Rechte mit verluſtig erkläret werden. R. vom 17. März 1800. E. S. p. 2814. X. Wenn in einer Bude zu Berlin geſtohlne Sachen gefunden werden. V. v. 15. Aug.

1801. St. B. p. 88. XVI. — ſ. auch Prozeß. Soldat. — Von Einſendung der Erkenntniſſe wegen der Fiſchdiebſtähle aus den zum Amte Kottbus gehörigen Karpfenteichen. R. v. 23. Jul. 1798. (ungedruckt) — Publ. das Verfahren bei Unterſuchung kleiner Diebſtähle betr. N. A. B. 558. VI. — In Rückſicht der Strafe des dritten gemeinen Diebſtahls, bleibt es bei der Vorſchrift des A. L. R. Th. 2. Tit. 20. §. 1160. R. v. 22. Jun. 1796. St. B. 367. II. v. 18. Jul. 1804. S. M. 130. — ſiehe Hausdiebſtahl, Kaſſenverbrechen. — Daß bei Holzdiebſtählen auch noch auf die Bezahlung des doppelten Holzwerthes als Geldſtrafe erkannt werden ſoll, iſt in dem R. v. 11. März 1799. nicht vorgeſchrieben. R. v. 21. März 1802. St. B. 355. XVII. Was für ein Verfahren bei deren Unterſuchung zu beobachten. R. v. 20. Jul. 1802. N. A. 213. B. 3. Derjenige, der fremdes Eigenthum ohne Recht veräußert u. den Eigenthümer in den Schaden verſetzet, es auf ſeine Koſten vindiciren zu müſſen, iſt nach §. 1259. u. f. des A. L. R. Th. 2. Tit. 20. ſtrafbar. R. v. 12. Sept. 1802. N. A. III. p. 211. — ſiehe auch Koſten. — Von Beſtrafung des wiſſentlichen Ankaufs geſtohlner Sachen. R. v. 12. Sept. 1802. N. A. 211. III. u. J. M. I. 501. Von der Unterſuchung eines Faſchinendiebſtahls. R. v. 9. Febr. 1803. N. A. 213. III. u. J. M. I. 503. Von Feſtſetzung des Corporis delicti. Cr. O. §. 179 — §. 190. Der für den Fall der Diebeshehlerei im All. L. R. II. XX. 1243. beſtimmte Verluſt des Judenſchutzes, nebſt Landesverweiſung, kann nicht auf alle Fälle des Diebſtahls ausgedehnt werden. R. v. 9. Febr. 1810. J. M. IX. 50. Ob die wegen Diebſtahls erkannte Strafe des Verluſtes des Adels durch ein Inſerendum in die öffentlichen Blätter zur Kenntniß des Publikums zu bringen? muß in dem Urtel ſelbſt feſtgeſetzt werden. R. v. 23. Nov. 1809. J. M. IX. 52. — R. betr. die Anwendung der am 28. Sept. 1808. wegen der Pferdediebſtähle (J. M. VII. 1.) ergangenen Verordnung, v. 29. Aug. 1809. J. M. X. 329. V. wegen Beſtrafung der Pferdediebſtähle, v. 28. Sept. 1808. K. A. B. 201. II., der Hausdiebſtähle. R. v. 7. Nov. 1812. v. K. J. I. 272. — der §. 1133. Th. 2. Tit. 20. des A. L. R. iſt nur vom gemeinen Diebſtahl zu verſtehen, da ſich der §. 1136., worin ausdrücklich nur des gemeinen Diebſtahls gedacht wird, auf die §§. 1133—1135. beziehet, und es kann derſelbe daher auf einen gewaltſamen Diebſtahl unter Eltern und Kindern nicht angewandt werden. R. an das O. L. G. zu Stettin, v. 27. Jul. 1811. ungedr. — gemeiner, unter erſchwerenden Umſtänden, als ſolcher wird die Veruntreuung der zum Transport anvertrauten Güter gegen Schiffer u. Fuhrleute beſtraft. G. S. 1809. p. 573. — 1824. p. 79. — gewaltſamer, in wieweit deſſen hinterlaſſene Spuren keiner richterl. Beſichtigung bedürfen. G. S. 1824. p. 221. — in Oſtpr. und Lit-

thauen, an Baumaterialien und Geräthſchaften zu Uferwerken, deſſen Beſtrafung. G. S. 1806. p. 26. 36. — deſſen Beſtrafung im Soldatenſtande. G. S. 1808. p. 260. f. 269. — von Soldaten des effektiven Dienſtſtandes an Sachen eines Kameraden begangen, deſſen Beſtrafung in Anwendung des 44ſten Kriegs-Artikels. G. S. 1829. p. 126. — dritter, der Militair-Perſonen, deſſen Beſtrafung. G. S. 1821. p. 183. — in Militair-Lazarethen, deſſen ſtrengere Beſtrafung. G. S. 1813. p. 127. — 1817. p. 299. — am Futter, bei Militair-Dienſtpferden; desgl. G. S. 1825. p. 11. ſiehe auch Holzdiebſtahl. — Beſtrafung des Diebſtahls an Sachen, die nicht unter genauer Aufſicht und Verwahrung gehalten werden können. Cab. Ord. v. 22. Jul. 1832. G. S. 1832. p. 195. — Beſtrafung der Diebſtähle an Pferden, Zug- und Laſtthieren, ingl. an Nutzvieh. Cab. O. v. 4. Aug. 1832. G. S. 1832. p. 202. — Bei gemeinem Diebſtahl, wo der Werth des Entwendeten nur 5 Rthlr. beträgt, iſt das Rechtsmittel der weitern Vertheidigung nicht zuläſſig, dem Verurtheilten aber ſteht frei, gegen das Erkenntniß einen Recurs zu ergreifen. Reſcr. v. 12. März 1814. v. K. J. III. 21. — Die Unterſuchung und Beſtrafung eines, von einem Lehrburſchen bei ſeinem Lehrherrn begangenen Diebſtahls kann nicht anders als auf die Rüge und den Antrag des letztern erfolgen. R. v. 20. Aug. 1814. III. 286. — Mehrere kleine gemeine Diebſtähle conſtituiren, wenn der Werth des Entwendeten zuſammengenommen auch mehr als 5 Rthlr. beträgt, dennoch keinen großen Diebſtahl, da der §. 1158. Tit. 20. Th. II. des A. L. R. ſich nur auf gleichartige gemeine Diebſtähle bezieht, und mehrere begangene kleine Diebſtähle durch die Zuſammenrechnung des Entwendeten ihre Natur nicht verändern können. Alleg. aus dem Erkennt. des Ober-Appell. Senats des Kammergerichts v. Febr. 1814. III. 307. — Diebſtähle an Sachen, welche nicht unter genauer Aufſicht und Verwahrung gehalten werden können, wenn der Werth des Entwendeten nur fünf Thaler oder weniger beträgt, ſollen wie jeder andere kleine gemeine Diebſtahl polizeimäßig unterſucht werden. Reſcr. v. 13. Aug. 1819. XIV. 63., v. 7. März 1823. XXI. 325. und v. 1. Juli 1825. XXVI. 220. — Anwendung des §. 18. der Circ. Verordn. v. 26. Febr. 1799. bei Beſtrafung des wiederholten gewaltſamen Diebſtahls. Reſcr. v. 27. Sept. 1820. XVI. 86. — Durch den bei Diebſtählen eintretenden Verluſt des Rechts, die Nationalcocarde zu tragen, iſt in der, durch die §§. 1122 und 1124. Tit. 20. Th. II. des A. L. R. vorgeſchriebenen Art der Unterſuchung einiger Gattungen des gemeinen Diebſtahls und der davon abhängenden Competenz des unterſuchenden und erkennenden Gerichts nichts abgeändert worden. Reſcr. v. 5. April 1824. XXIII. 213. — Die vorläufige Losſprechung von dem Verdachte eines begange-

nen Diebſtahls ſteht mit der gegen den Verdächtigen erkannten Beſtrafung wegen unvorſichtigen Ankaufs der entwendeten Sachen im Widerſpruche. Eine ſolche Cumulation findet alſo beim Diebſtahl eben ſo wenig Statt, als bei einem begangenen Morde der Inculpat wegen des Mordes vorläufig freigeſprochen und zugleich wegen fahrläſſigen Todtſchlags in Bezug auf ein und daſſelbe corpus delicti beſtraft werden könnte. Reſcr. v. 28. März 1825. XXV. 141. — In jedem einzelnen Falle muß von dem Richter beurtheilt werden, ob ein begangener Diebſtahl im Sinne des §. 18. der Verordn. v. 26. Febr. 1799 als ein beträchtlicher anzuſehen ſey. Reſcr. v. 31. Oct. 1825. XXVI. 418. — ſ. Hausdiebſtal. Holzdiebſtahl. Kirchendiebſtahl. Körperliche Züchtigung. Militairſtrafen. Unterſuchungskoſten. — R. v. 19. März 1829. betr. das Verfahren in Unterſuchungen wegen Entwendung von Sachen, die nicht unter genauer Aufſicht gehalten werden können, und wenn gefälltes Holz unter 5 Thlr. an Werth geſtohlen worden. v. K. J. XXXIII. 133. 134. — Bei polizeimäßiger Unterſuchung kleiner Diebſtähle bedarf es der Zuziehung eines Kriminal-Protokollführers nicht. R. v. 30. Jul. 1830. XXXVI. 172. 173. — ſiehe auch Holzdiebſtahl. — die niedrigſte Strafe des erſten gewaltſamen Diebſtahls iſt ein Jahr Zuchthaus. R. v. 20. Jul. 1832. XL. 249 — 251. ſ. auch Hauptſchlüſſel, Holzdiebſtahl. — R. v. 12. Jul. 1833. betr. die Beſtrafung des Diebſtahls an Sachen, die nicht unter genauer Aufſicht gehalten werden können. XLII. 188. — ſ. auch Holzdiebſtahl. — in wie weit deren Begehung vom Eintritt ins Militair ausſchließt. v. K. A. 25. II. 504. — deren Verhütung bei Feuersbrünſten. 22. IV. 1011. — an öffentlichen Kaſſen, Sicherung der letztern dagegen. 20. IV. 827. seq. — kleine, unter 5 Thaler, deren polizeiliche Unterſuchung und Beſtrafung gehört vor die Gerichte. 18. III. 761. — 19. II. 467. — 20. I. 60. — 25. III. 704. — 26. III. 802. — deren Unterſuchung und Beſtrafung im Großherzogthum Poſen durch die Friedensgerichte. 21. II. 407. — ſ. auch Holzdiebſtahl. — die Unterſuchung und Beſtrafung gehört ohne Unterſchied zur Kompetenz der Gerichts-Behörden. 27. III. 714. — häufige Diebſtähle, deren Verhütung durch nächtliche Patrouillen ꝛc. 33. IV. 1015. f. ſiehe auch Felddiebſtahl. Holzdiebſtahl u. Kirchendiebſtahl. Gehört es zur Anwendung des §. 1170. Tit. 20. Th. II. im Allg. L. R., daß. I. die mit Gewalt geſtohlnen Eßwaaren ſofort und ohne Zubereitung verzehrt waren? II. Nur ſo viel an ſogleich verzehrbaren Eßwaaren geſtohlen iſt, als zum eigenen Gebrauch, und zur Befriedigung des augenblicklichen Bedürfniſſes des Diebes erforderlich war? III. die geſtohlnen Feld- und Gartenfrüchte ſich noch auf dem Felde oder in den Gärten, wo ſie erbaut wurden, befan-

den? S. u. Str. R. 1. B. No. 84. p. 340. Muß auf Ausſtoßung aus dem Soldatenſtande wider denjenigen erkannt werden, der, nach §. 14. der Circ. Verordn. v. 26. Febr. 1799. wegen Diebſtahls unter erſchwerenden Umſtänden ſo beſtraft werden muß, als wenn er ſchon zweimal wegen Diebſtahls beſtraft wäre? S. u. Str. R. 1. B. No. 86. p. 349. — In wie fern iſt eine Sache, welche der Beſitzer, aus Verſehen an einem fremden Orte liegen läßt, von einem Andern, welcher ſie in gewinnſüchtiger Abſicht fortnimmt, für gefunden oder geſtohlen zu erachten? S. u. Str. R. 1. B. No. 91. p. 364. Hat derjenige, welcher ein Gewehr oder ein Inſtrument entwendet, in der Abſicht, damit einen Selbſtmord zu begehen, für die Entwendung, die Strafe des Diebſtahls verwirkt? S. u. Str. R. 1. B. No 92. p. 366.

Diemen, Korn-, Heu-, Stroh- oder Saat-, deren Anlegung und Aufſtellung. v. K. A. 23. II. 367. — III. 678. — 24. IV. 1142. (Feimen, Miethen, Schober), zur Aufbewahrung von Getreide, Heu, Stroh und Oelfrüchten, polizeiliche Anordnungen für deren Anlegung. 31. I. 135 — 138.

Dienſt; ſ. Beleidigungen, Militair-Wartegeld.

Dienſt-Ablöſung, ſ. Ablöſung.

Dienſt-Ablöſungskoſten; ſ. Koſten.

Dienſt-Ablöſungs-Vertrag; ſ. Ablöſung, Stempelfreiheit.

Dienſt-Abſchiede; ſiehe Dienſt-Entlaſſungen, Juſtiz-Subalternen-Beamte und Geſinde.

Dienſtacker-Verpachtung; ſ. Werthſtempel.

Dienſt-Alter; ſ. Anſtellungen, Militairdienſtzeit, Penſion. der Civilbeamten, deren Berechnung und Beſcheinigung bei Penſionirungen derſelben. v. K. A. 26. I. 14. 15. — II. 196 — 298. — vorſchriftsmäßige Beſcheinigung deſſelben bei Penſionirungen der Beamten. 27. I. 27. — II. 354. — Berechnung deſſelben bei Dienſt-Jubelfeiern und Penſionirungen der Poſt-Beamten. 27. II. 391. — IV. 920. — deren Berechnung bei Penſionirungen im Civil. 32. IV. 845. f. (Anziennität) Beſtimmung der Rangordnung der Subalternenbeamten nach demſelben. 33. II. 257. — iſt von dem Zeitpunkte der fixen und etatsmäßigen Anſtellung abhängig. 33. II. 257.

Dienſt-Angelegenheit, herrſchaftl., Beſtimmungen über das Porto und Portofreiheit in ſelbigen. v. K. A. 24. I. 79 — 83. — II. 384 — 388. — ſ. Stationsgeld.

Dienſt-Anſtellungen; ſiehe Anſtellungen.

Dienſt-Atteſt; ſiehe Dienſtzeugniß.

Dienſt-Aufhebung, Inſtr. für die Commiſſarien der Dienſt-Aufhebungs-Angelegenheit in der Kurmark, v. 5. May 1806. C.

C. p. 207. XII. ſ. Ed. die Regulirung der gutsherrlichen u. bäuerlichen Verhältniſſe betr. v. 14. Sept. 1811. G. S. 281.

Dienſt-Auszeichnung, Beſtimmungen wegen Stiftung des Dienſtauszeichnungs-Kreuzes für Officiere u. der Dienſtauszeichnung für Unterofficiere u. Gemeine. Cab. Ord. v. 18. Juni 1825. v. K. J. XXVI. 185. 186. 188. — Beſtimmungen auf einige Anfragen in Betreff des Anſpruchs auf die Dienſtauszeichnung u. des Dienſtauszeichnungs-Kreuzes. Reſcr. des Kriegsminiſterii v. 31. Juli 1825. XXVI. 190.

Dienſtboten; ſ. Geſinde. Gerichtsſtand. Gewerbeſteuer-Kontravention. Inſinuationsgebühren. Inſtrumentszeugen.

Dienſtbriefe. Die Gerichtsbehörden ſollen von der Befugniß zur Benutzung der Reitpoſt hinſichtlich der ſchweren Dienſtbriefe nur dann, wenn es die Noth erfordert, Gebrauch machen, in welchem Falle der Vermerk: „Cito per Reitpoſt" von dem Decernenten bei Reviſion des Concepts ſelbſt zu machen iſt. Reſcr. vom 14. Mai 1824. v. K. J. XXIII. 199. — deren Beförderung mit der Poſt. v. K. A. 23. III. 588. seq. — IV. 761. — 24. II. 327. — III. 731. — ſiehe auch Briefe. Poſtfreiheit u. Dienſtſachen.

Dienſt-Degradation, im Militair und Civilſtande. ſ. Degradation.

Dienſte, A. L. R. von Dienſten und Abgaben der Unterthanen II. VII. 308 — 494. Dienſtreglement für die Neumark v. 26. Oct. 1720. C. S. VI. N. No. 14. V. wegen des Dienſtzwangs der Enrollirten v. 20. Jan. 1730. VI. II. No. 209. Dienſtordnung für das Fürſt. Minden, Gr. Ravensberg, Tecklenburg und Lingen v. 7. Febr. 1755. p. 739. I. Regl. wegen des Dienſtweſens in der Gr. Tecklenburg v. 7. Sept. 1752. p. 363. I. Gr. Lingen v. 15. Apr. 1756. p. 77. II. Dorfordnung für Litthauen v. 22. Nov. 1754. p. 1139. I. des Amts Zieſar v. 20. Sept. 1764. p. 473. III. — Wenn ein Eigenbehöriger ſtatt des wöchentlichen Spanndienſtes eine Kutſchfuhre dem Guthsherrn ausrichten muß, iſt er auf die angekündigte Zeit und Stunde ſich einzufinden verbunden. G. C. v. 16. Febr. 1788. H. B. 281. II. J. C. wegen verſchiedener von der Dorfſchaft Peſſeln geforderten dem Domänenamte zu leiſtenden Präſtationen v. 22. Aug. 1776. p. 210. IX. J. C. die Cognition über die Schuldigkeit der Cämmerey-Unterthanen zur Leiſtung des Hofedienſtes betr. v. 26. May 1784. p. 229. IX. — Die Feſtſetzung der Quantität und Qualität der von der Dorfſchaft Kodien in Oſtpreußen zu leiſtenden Dienſte gehöret zur Cognition der Oſtpreußiſchen Regierung. J. C. v. 7. Oct. 1794. p. 346. XIII. — Von den Dienſten der Bauern in der Churmark und Neumark. Abhandl. J.

M. III. p. 65. — Zum erſten Aufreißen des Ackers können die Unterthanen angehalten werden. St. B. p. 122. IV. Baudienſte ſ. J. M. III. p. 72. 81. Behm. Ius n. c. Obs. 130. (welche zu den herrſchaftlichen Bauten von den Bauern außer dem gewöhnlichen Hofedienſte (ſiehe Behm. Ius n. c. Obs. 132.) von Martini bis Oſtern wöchentlich einen Tag nach der Neumärkſchen Geſinde-Ordnung v. 14. Sept. 1685. Tit. 9. §. 5. C. C. V. III. I. p. 208. und nach dem Dienſtreglement v. 26. Oct. 1720. VI. Nachl. p. 59. geleiſtet werden müſſen: (ſiehe auch Churfürſtliche Declaration v. 23. Jul. 1572. VI. I. No. 33. 34. 35.) müſſen ſelbſt alsdann geleiſtet werden, wenn bei dem Rittersitze ſchon nur contribuable Hufen befindlich ſind. Lief. 2. p. 43. finden in der Aerndte nicht Statt, und können auch von den Unterthanen unter dem Vorwande der Unmöglichkeit, deren Unterſuchung nicht einmal nöthig, nicht verweigert werden. Lief. 2. p. 44. wenn die Baudienſtpflichtigen bisher auch Speiſung erhalten, kann die Herrſchaft ſtatt derſelben doch ein Deputat geben. Ed. v. 19. März 1670. V. III. II. p. 340. B. v. 11. Apr. 1687. V. III. I. No. 25. Geſinde-Ordnung v. 14. Dec. 1735. V. III. I. p. 350. Lief. 2. p. 84. St. B. p. 88. I. — Wenn der Gutsherr ein ohnſtreitiges Wohn- und Wirthſchaftsgebäude nicht vexae causa, ſondern zur Abwendung des Feuerſchadens oder der Bequemlichkeit halber anderswo als intra limites arcis bauen will, müſſen die Baufuhren geleiſtet werden. Lief. 2. p. 92. ſ. a. St. B. p. 125. IV. p. 229. VIII. (I.) an servitia personalia extra limites praedii praestanda ſ. Behm. Ius nov. c. Obs. 133. Unbehauenes großes Bauholz ſind die Unterthanen, auch Kalkſteine zum Kalkbrennen anzufahren nicht gehalten. St. B. p. 82. I. Von Leiſtung der Baudienſte im Halberſtädtſchen. St. B. p. 124. IV. Wenn in Schleſien die Unterthanen bei der den Grundherrſchaften zum Wiederaufbau der abgebrannten Gebäude zu leiſtenden Kreishülfe Baudienſte geleiſtet, gebühret ihnen condictio indebiti. St. B. p. 124. IV. — Von Setzung des Dienſtgeldes der Unterthanen auf Naturaldienſte, (welches ihnen ein halbes Jahr vor Michael angekündiget werden muß Lief. 2. p. 44.) in Weſtphalen. H. B. V. p. 169. in der Churmark. H. B. I. p. 60. Lief. 2. p. 39. der Natural- in Gelddienſte Lief. 2. p. 41. 43. St. B. p. 133. IV. Da dann auch in der Aerndte andere nicht beſonders feſtgeſetzte Dienſte nicht geleiſtet werden dürfen Lief. 2. p. 42. dürfen nicht aufſchwellen p. 43. nicht halb in natura geleiſtet und zur Hälfte Dienſtgeld entrichtet werden p. 43. von den Bauern nur zu dem Gute, wo ſie wohnen und das dominium ſein domicilium hat, geleiſtet werden p. 42. die ſchon wirklich im Dienſt begriffenen Unterthanen dürfen von der Herrſchaft nicht wieder entlaſſen und die unterbrochenen Dienſte zu einer andern Zeit nicht gefordert werden. St. B. p. 81. I. Nach dem Neumärk-

ſchen Dienſt = Reglement vom 26. October 1720. C. S. VI. Nachl. No. 14. muß in der Regel ein Bauer täglich einen Morgen Acker von 300 Soldinſchen Quadrat=Ruthen umpflügen. Bei der Gerichts = Obrigkeit in einem auswärtigen Territorio dürfen von deſſen in hieſigen Landen wohnenden Unterthanen nicht natürliche Dienſte zum auswärtigen Gute geleiſtet werden. Lief. 2. p. 41. und p. 84. wann ſie vom Hofe zum Dienſt abziehen müſſen. Lief. 2. p. 42. Im Sommer ſind 2 im Winter eine Ruheſtunde der Obſervanz gemäß p. 39. — Erdtoffelfuhren dürfen nicht zum Verkauf geleiſtet werden. St. B. p. 90. V. — Auf wie hoch bei Fußreiſen das Gewicht der mitzunehmenden Sachen beſtimmt iſt, Lief. 2. p. 72. Behm. Ius nov. c. Obs. 131. nach Schleſiſcher Obſervanz St. B. p. 128. IV. — Wie viel bei Heufuhren aufzuladen. St. B. p. 81. I. bei den in Anſehung der Zeit und Entfernung determinirten Dienſten müſſen die Unterthanen in den determinirten Spanndienſten auch das im Felde, wozu ſie nicht gewidmet ſind, gewachſene Holz zum Verkauf fahren, Lief. 2. p. 42. — Bei Kutſchfuhren iſt die Weite auf 6 Meilen überhaupt feſtgeſetzt. St. B. p. 96. V. wie die Ladung ſelbſt in den langen u. kurzen Tagen zu rechnen. St. B. p. 65. VI. — Die Unterthanen ſind beim Hofedienſt ihre Pferde mit andern zuſammen zu ſpannen nicht ſchuldig, Lief. 2. p. 70. — Säcke müſſen mitgebracht werden, wenn die Abholung des Getreides zum Säen von ihnen gefordert wird, Lief. 2. p. 95. und ſie dergleichen Geräthſchaft zur Hofwehr erhalten haben. St. B. p. 82. I. doppelte Geräthſchaften dürfen ſie nicht mitbringen. St. B. p. 82. I. Das Schaafſcheeren wird zu den außerordentlichen Dienſten gerechnet. St. B. p. 81. I. — zu Schloßwachen ſind Unterthanen, wenn ſie auch indeterminirte Dienſte thun müſſen, in regula nicht verbunden, Lief. 2. p. 76. welche Monate unter den langen Sommertagen zu verſtehen. St. B. p. 60. VI. — Am Sonntage dürfen die Unterthanen gewöhnlich mit keinem Dienſt beſchwert werden, Lief. 2. p. 80. von Reichung der Speiſung nach Schleſiſcher Obſervanz. St. B. p. 131. IV. Steinfuhren zum Pflaſtern des Hofes gehören in Oberſchleſien nicht zu den Baudienſten. St. B. p. 125. IV. Auch das von der Herrſchaft zu den Königl. Magazinen zu liefernde Heu und Stroh ſind Unterthanen zu verfahren verbunden. St. B. p. 69. VI. auch Torf p. 85. — Von der Verbindlichkeit der Unterthanen zur Verhaftnehmung der Verbrecher, ſiehe Neumärk. Bauer=Ordn. v. 15. Sept. 1685. C. C. T. 3. §. 1. V. III. I. p. 175. Behm. Ius nov. c. Obs. 49. und die Ausführung in St. B. Th. I. p. 92. No. 26. — Publ. der Neu-Oſtpreußiſchen Regierung für ſämmtliche unterthänige Einwohner und ſämmtliche Gutsherrſchaften, die Dienſtleiſtungen der erſten betr. v. 15. Febr. 1797. St. B. p. 170. p. 172. IV. — Was un=

ter Baudienſten zu verſtehen, ſ. Dienſtreglement v. 26. Oct. 1720. §. 10. C. C. VI. Nachleſe No. 14. p. 59. Wenn Unterthanen bei dergleichen Dienſten über Nacht ausbleiben müſſen, können ſie bei Fuhren die Vergütigung des gewöhnlichen Stallgeldes fordern. St. B. p. 288. Th. XI. — Die Weite der von den Unterthanen zu leiſtenden Baufuhren iſt in der Neumark in keinem Geſetze beſtimmt, vielmehr kommt es bei ſelbiger Inhalts der Erklärung der Neumärkſchen Geſinde-Ordn. v. 1687. §. 20. auf das Arbitrium judicis an. Juxta Müller. Rs. 99. No. 64. aber iſt bei den zu leiſtenden Kornfuhren die Weite auf 6 bis höchſtens 7 Meilen beſtimmt, und analogiſch auch bei den Baufuhren ein Gleiches feſtgeſetzt worden. Sind die Baumaterialien jedoch in der Nähe, wiewohl zu theurern Preiſen als in der Entfernung zu haben, ſo ſind die Unterthanen nur gehalten, ſolche von dem nächſten und nicht von den entfernten Orten zu holen und anzufahren. Jud. in C. der Gem. zu Aurit, c. Kloſter Neuenzelle, 1767. 1768. — In wie fern das Bothenlaufen Müller Pr. March. Rs. 99. No. 77. auch von Weibsleuten zu verrichten — wie bei demſelben ein gewiſſes Tagewerk zu beſtimmen — deſſen Veränderung in andern Dienſtarten. — Mit Geſpann verſehene und Spanndienſte leiſtende Bauern ſind dazu nicht verbunden, Jud. in C. Neom. Bauern zu Aurit. c. Häusler 1769. — Büdner-Wittwen, welche bei ihren Kindern wohnen, ſind zur Leiſtung der Hofedienſte nicht verbunden. St. B. Th. XI. p. 289. — Bei gewiſſen unbeſtimmten Dienſten darf der Gutsherr keine derſelben in Einem oder in mehrern Dörfern zum Nachtheil der übrigen in Dienſtgeld ſetzen. St. B. Th. XI. p. 302. — Zu Rückladungen bei den Getreidefuhren, oder wenn die Unterthanen ſonſt mit andern Ladungen auf den Dienſt verſchickt werden, ſind die Unterthanen nicht verbunden, und können ihnen dergleichen Rückladungen, wenn ſie nicht eine Kleinigkeit betragen, nach altem Herkommen nicht zugemuthet werden; denn es iſt weder in den Bauer- und Dienſt-Ordnungen vorgeſchrieben, noch ſonſt in der Mark gebräuchlich, daß die Bauern bei den Getreide- oder andern Dienſtfuhren ordentliche Rückladungen übernehmen müſſen. Sic quoque in recursu (auf den Rückweg) quaedam necessaria vel cibaria convehere debent rustici, prout constare ex sententia Camerae lata, inter der Gemeine zu Güliz, contra Georg von Beberneſten Anno 1621. ibi: Kläger können ſich nicht entbrechen, wenn es nur cum moderatione geſchiehet, etliche Küchenwaaren in der Rückreiſe, wenn ſie Korn geführet, zu Zeiten, und da es die Nothdurft erfordert, mitzunehmen. Non tamem gravi pondere, aut grasso modo, mit großer Laſt, sive Faſſe Bier auf der Rückreiſe, rustici sunt molestandi, uti decisum inter Gevettern von Schapelow c. die Bauern zu Gussow 1615. Müller Pract. March.

Resol. 99. No. 65. et No. 66. ſondern es muß, wenn ſolches auch precario von den Bauern geſchiehet, ihnen deshalb Vergütigung geſchehen. Jud. in Sachen der Unterthanen zu Drehnow in der Neumark c. v. Misitschek auf Drehnow per tres conform. v. 9. Apr. 1767. 14. März 1768. 6. Juni 1769. — Bei der Heu- und Getreide-Erndte iſt die Herrſchaft nicht befugt, die Tage zu theilen. St. B. p. 291. Th. XI. C. O. die eingeſchränkte Setzung der Geld- in Naturaldienſte betr. v. 12. Juli 1800. St. B. p. 82. XIV. — Das Alter, worin die Dienſtpflichtigkeit der Unterthanen eintritt, iſt in den Geſetzen nicht genau beſtimmt. Die Neumärkſche G. O. v. 1685. und der Anhang v. 1687. ſetzen blos voraus, daß das dienſtpflichtige Geſinde zur Arbeit tüchtig ſei. Das A. L. R. verordnet Th. 2. Tit. 7. §. 195. daß die Herrſchaft die Kinder der Unterthanen nicht eher zu ihren Dienſten nöthigen kann, als bis ſie das Alter und die Leibesconſtitution erlangt haben, welche zu der Art des Dienſtes, wozu ſie gebraucht werden ſollen, erforderlich ſind; und das Landſchulreglement v. 12. Aug. 1763 ſetzet feſt: daß die Herrſchaften, welchen wegen des Dienſtzwanges die Kinder der Unterthanen auf gewiſſe Jahre vorzüglich dienen müſſen, Sorge zu tragen ſchuldig, daß ſolche Kinder der Schule nicht eher entzogen werden, bevor ſie den völligen Unterricht genoſſen haben; welche Geſetze die Leibesconſtitution und den erhaltenen Unterricht, nicht aber das Alter zum Criterio des zur Dienſtpflichtigkeit erforderlichen Alters machen, überdem aber auch das eigene Intereſſe der Grundherrſchaft ſie abhält, zu junge und unkräftige Dienſtboten anzunehmen. R. an die Neumärkſche Regierung, v. 3. Sept. 1804.

iſt durch die Aufhebung der Unterthänigkeit gänzlich obſolet geworden.

R. wegen des Unterſchieds zwiſchen den eigentlichen Unmöglichkeitsklagen dienſtpflichtiger Unterthanen und den Klagen wegen des temporairen Erlaſſes der Dienſte, v. 16. Oct. 1809. J. M. VIII. 586. — Von den, von den Gemeinden der Lehnſchulzen zu leiſtenden Dienſten. v. K. J. 142. I. — (Frohnden), Natural-, der Domainen-Einſaſſen, in Oſt- u. Weſtpr. u. Litthauen, deren Verwandelung in Geldabgaben. G. S. 1808. p. 246. 278. ff. — gutsherrliche, deren Leiſtung in der Provinz Schleſien. G. S. 1809. p. 558. — 1810. (A.) p. 735. f. — bäuerliche, deren Leiſtung, Aufhebung oder Ablöſung, in den zum vormal. Königreiche Weſtphalen, Großherzogthum Berg und franzöſiſch-hanſeatiſchen Departements gehörigen Landestheilen. G. S. 1820. p. 170. 171. 191. — 1822. p. 208. — 1825. 74. 75. ff. 95. ff. 113 — 117. — 1829. p. 65 — 92. — deren Leiſtung von Seiten der Unterthanen an die Gutsherrſchaften in dem Kottbuſſer Kreiſe, den beiden Lauſitzen und den übrigen vormals königl. ſächſiſchen Landestheilen. G. S. 1819.

p. 23. — perſönliche, in den Städten, deren Leiſtung. G. S. 1808. p. 327. f. 329. — landes- und grundherrliche, Exekutionsverfahren rückſichtl. derſelben von Seiten der Regierungen. G. S. 1808. p. 475. — 1826. p. 11. — der ſtandesherrlichen Unterſaſſen, Beſtimmungen darüber. G. S. 1820. p. 91. — ſ. a. Naturaldienſte, Spann- und Handdienſte, Baudienſte ꝛc. und Ablöſung; desgl. gutsherrliche und bäuerliche Verhältniſſe. — R. v. 10. Juni 1831, über den Beweis der Lokal-Obſervanz in Anſehung derſelben. v. K. J. XXXVII. 327. — über die Dienſte u. Zinſen, die als Pertinenzien zu einem im Königreich Sachſen oder Großherzogthum Weimar belegenen, Lehn- oder Allodial-Gute gehören. Cirk. R. v. 4. Nov. 1833. XLII. 288 — 290. ſ. überhaupt Ablöſung, Baudienſte, Dienſtprozeſſe, Quittungen, Unterthanen. — Bei ungemeſſenen Dienſten iſt die Unmöglichkeitsklage begründet, wenn nachgewieſen wird, daß die Unterthanen bei den bisher geleiſteten Dienſten nicht beſtehen können. Bei deren Herunterſetzung und bei Feſtſetzung derſelben auf gemeſſene Dienſte, muß theils auf die Nothdurft der Herrſchaft, theils auf das Bedürfniß der Unterthanen geſehen werden. S. u. Str. R. 1. B. No. 16. p. 55. ſ. übrigens auch Geſinde.

Dienſt-Eide. Norm zu deſſen Ableiſtung. Cab. Ord. v. 5. Nov. 1833. G. S. 1833. p. 291. — Vorſchriften für deren Ableiſtung. v. K. A. 28. III. 609 — 622. — Verweiſung auf den früher geleiſteten Eid bei Dienſt-Veränderungen. 28. III. 609. 610. seq. 622. — der Steuer-Amtsdiener in Beziehung auf die Beſorgung gerichtl. Vorladungen in Steuer-Unterſ.-Sachen. 28. IV. 981. — (Amtseide:) deren Abnahme bei den Verwaltungsbehörden ohne Zuziehung einer Gerichtsbehörde. 29. I. 2. — desgl. bei den Militair-Intendanturen, ebendaſ. — für angeſtellte Land-Gensd'armen. 29. III. 560. ff. — der Beamten katholiſchen Glaubens, Beſtimmung der Betheuerungsformel für ſelbige. 29. I. 3. — ſiehe auch Vereidigungs-Protokolle. — Vorhaltung bei deren Ableiſtung. 33. III. 609. — Formel für dieſelben. 33. III. 610. — deſſen Ableiſtung von den evangeliſchen Geiſtlichen. 33. IV. 942. f. — der Magiſtrats-Perſonen, der katholiſchen Schullehrer, ſo wie überhaupt, ſ. Eidesformel.

Dienſt-Einkommen der Beamten; ſ. Beſoldungen, Emolumente, Gehalt. Salarienkaſſe, Tantieme. ſ. auch Gehaltsentſchädigung, Invaliden, Kommunal-Prozente, Meilengebühren, Penſionsfond, Standesherrliche Beamte.

Dienſt-Einkünfte, der Staatsdiener, vermeintlich entzogene, Verfahren bei Verfolgung der Anſprüche daran. v. K. A. 30. IV. 722 — 724. — darauf gerichtete Klagen müſſen die Gerichte

zurückweiſen. 30. IV. 723. u. v. K. J. XXXVI. 294. — während der Amts-Suspenſion eines Beamten geſammelt, Dispoſition über dieſelben. v. K. A. 31. IV. 706. — eines zur Unterſuchung gezogenen Beamten. Cab. Ord. v. 20. Apr. u. Cirk. R. v. 31. Octbr. 1831. betr. die Dispoſition über ſelbige. v. K. J. XXXVIII. 442.

Dienſt-Einnahme, ſ. Juſtizoffizianten, Meilengebühren.

Dienſt-Einweiſungs-Protokolle, mit ſchon früher verpflichteten Beamten, ſind ſtempelfrei. v. K. A. 32. I. 63.

Dienſt-Emolumente, ſ. Emolumente.

Dienſt-Entlaſſungen, der Civil-Beamten, Verfahren in ſelbigen nach den bisherigen Vorſchriften. G. S. 1808. p. 477. 493. — desgl. nach Fällung von Kriminal-Erkenntniſſen gegen ſelbige. G. S. 1809. p. 577. 578. — auf adminiſtrativem Wege, Verfahren rückſichtl. derſelben nach der Allerh. Cab. Ord. v. 21. Febr. 1823. G. S. 1823. p. 25. f. — wegen verletzter Amtsverſchwiegenheit. G. S. 1826. p. 10. — Befugniſſe und Verpflichtungen der Ober-Präſidenten und Regierungen rückſichtl. derſelben. G. S. 1808. p. 477. 493. — 1817. p. 252. 256. — 1826. p. 2. 3. 10. — unfreiwillige, der bei der Militair-Verwaltung angeſtellten Beamten, Verfahren rückſichtl. derſelben. G. S. 1826. p. 85 — 87. — der auf Kündigung in Kommunaldienſten angeſtellten Militairperſonen, Verfahren bei ſelbigen. G. S. 1829. p. 41. — desgl. gegen Gerichtsſchreiber und Gerichtsvollzieher in den Rheinprovinzen. G. S. 1826. p. 71. — der Behörden und Diener in den abgetretenen Provinzen. G. S. 1807. p. 168. — der Offiziere und Junker aus Süd- u. Neu-Oſtpreußen. G. S. 1807. p. 168. — aus ſtädtiſchen Aemtern. G. S. 1808. p. 356. — Verfahren rückſichtl. derſelben gegen Geiſtliche. G. S. 1817. p. 238. — desgl. gegen Schullehrer. G. S. 1817. p. 241. — wegen Theilnahme an geheimen Verbindungen und demagogiſchen Umtrieben. G. S. 1819. p. 221. — 1822. p. 105 — 108. — 1830. p. 81. — Stempelgebrauch bei Abſchieden. G. S. 1822. p. 73. — ſ. auch Amts-Entſetzung und Amts-Suspenſion. — unfreiwillige, das Verfahren in ſelbigen gehört zum Reſſort des Regierungs-Pleni. v. K. A. 26. IV. 945. — der auf Kündigung angeſtellten Unterbeamten, Verfahren rückſichtlich derſelben. 26. IV. 949 — 952. — Königl. Staats-Beamten, Modification der in der Cab. Ord. v. 15. Juli 1809. darüber enthaltenen Beſtimmungen. 27. IV. 877. — Verfahren rückſichtl. derſelben gegen die auf Kündigung angeſtellten Beamten. 27. I. 20. — der Civilbeamten, auf adminiſtrativem Wege, die über das Verfahren bei ſelbigen ergangene Cab. Ordre v. 21. Febr. 1823, findet auch auf Communal-Beamte, Anwendung. 28. I. 132. — der zur Verwaltung öffentlicher Aemter für

unfähig erklärten Individuen aus den von letztern erſchlichenen Stellen. 28. II. 428. — ſ. auch Amts-Entſetzung u. Amts-Suspenſion. — der Königl. Staatsdiener, Vorbereitnng derſelben gegen unfleißige und unwürdige Subjekte. 29. I. 12. ff. — der Beamten, im Disziplinar-Verfahren, dabei ſoll die größte Umſicht und Genauigkeit in Feſtſtellung der Thatſachen und Beachtung der vorgeſchriebenen Formen beobachtet werden. 30. III. 488. — unfreiwillige, von Kommunal-Unterbeamten, Verfahren rückſichtl. derſelben. 30. II. 342. — von Magiſtrats-Unterbeamten, Verfahren rückſichtl. derſelben. 31. I. 99. — der auf Kündigung angeſtellten Beamten, Verfahren rückſichtl. derſelben. 32. IV. 955. — im Disziplinarwege, gleiche Behandlung der Kommunal-Beamten mit den unmittelbaren Staatsbeamten rückſichtl. des Verfahrens bei denſelben. 32. III. 669. — der in Kommunaldienſten angeſtellten invaliden Militairs nach den Beſtimmungen der allerh. Cab. Ord. v. 25. Mai 1828. — 32. III. 670. f. — unfreiwillige, ohne Penſion, Verfahren rückſichtl. derſelben. 33. III. 589. — unfreiwillige, der auf Kündigung angeſtellten Unterbeamten, Verfahren rückſichtl. derſelben. 33. III. 587. — der auf Kündigung angeſtellten Kommunal-Unterbeamten. 33. IV. 970. f. — von Feld- und Mitwaldhütern in der Rheinprovinz, Verfahren bei denſelben. III. 688. — ſiehe auch Penſionirungen. — der Kommunal-Unterbeamten. R. v. 8. Juni 1834. — 34. II. 421.

Dienſtentlaſſungsſcheine, ſiehe Geſinde-Dienſtſcheine, deren Verfälſchung; ſ. Verfälſchung.

Dienſt-Entſetzung; ſ. Amtsentſetzung.

Dienſtfamilien-Etabliſſements, Begriff derſelbem im Gegenſatz von Ackernahrungen. G. S. 1816. p. 155. — desgl. in Schleſien. G. S. 1827. p. 79. — nach der Gemeinheitsth. Ordn. G. S. 1821. p. 77. — in Poſen. G. S. 1823. p. 50.

Dienſtgebäude, öffentliche, Einquartirungs-Verhältniſſe derſelben. v. K. A. 21. IV. 836. — ſ. Gerichtslokalien.

Dienſtgeld, ſ. Dienſte.

Dienſt-Geſchäfte, ſollen nicht in fremden Sprachen verhandelt werden. v. K. A. 17. III. 14.

Dienſtherr; ſ. Züchtigungsrecht.

Dienſtherrſchaft, bei deren Verhaftung für ihre Leute u. Gehülfen liegt da, wo ſie das Geſetz ausgeſprochen hat, nicht blos die Tendenz eines Civilanſpruchs, ſondern auch der Zweck einer eventuellen Strafe, als gleichzeitiges Abſchreckungsmittel, zum Grunde. R. v. 12. Febr. 1822. v. K. J. XIX. 197.

Dienſtjahre, deren Berechnung bei Penſionirungen, ſ. letzt.

Dienſt-Inſtruktionen, für die Ober-Präſidenten, Provinzial-Konſiſtorien, Provinzial-Medizinal-Kollegien und Regie-

rungen. v. K. A. 17. IV. 1. — für die Provinzial-Konſiſtorien. 17. IV. 78.

Dienſt-Kautionen, ſ. Amtskautionen.

Dienſt-Lokal, ſ. Gerichtslokalien.

Dienſt-Nachfolge. Kein Abkommen von irgend einer Art über dieſelbe, ſoll ohne vorhergegangene Immediat-Anfrage beſtätiget werden. C. O. v. 17. Aug. 1801. N. A. B. IV. 79.

Dienſt-Papiere, ſ. Verſiegelung.

Dienſtpferde, königl. Beamten u. Offiziere, ſind zur Vorſpannleiſtung nicht verpflichtet. G. S. 1820. p. 32. — wegen der darauf zu vergütigenden Fouragegelder. v. K. A. 17. II. 31. — ſ. auch Pferde und Militairdienſtpferde.

Dienſtprädikate, verabſchiedeter Militairperſonen und Civilbeamten, Erkennung auf deren Verluſt bei Vergehen, welche früher Dienſtentſetzung zur Folge gehabt haben würden. G. S. 1830. p. 2.

Dienſt-Prozeſſe. Nach der Beſtimmung des §. 463. Tit. 7. Th. II. des A. L. R., aus welcher die im §. 27. des Geſetzes vom 25. Sept. 1820 allegirte Vorſchrift der A. G. O. Tit. 41. §. 58. entnommen iſt, giebt lediglich der Beſitzſtand des letzten Jahres vor Anſtellung des Prozeſſes die Norm für die Leiſtung der Dienſte während der Dauer deſſelben ab. Der §. 4. No. 1. der Allg. Gebührentaxe, wonach die Bewohner des platten Landes bei Dienſtprozeſſen nur die Hälfte der Inſtruktionsgebühren zahlen ſollen, kann nicht auf Unterthanen im Sinne des A. L. R. beſchränkt werden. Die Koſten in den Prozeſſen, deren Entſcheidung ſuspendirt worden, ſind von dem Extrahenten, der Suspenſion ungeachtet, zu berichtigen. R. v. 26. Nov. 1824. v. K. J. XXIV. 261.

Dienſt-Regulirungen in Rente, ſ. Rente.

Dienſtreiſen, welche Beamte ſich dazu der Extrapoſt bedienen dürfen. G. S. 1816. p. 116. 117. — 1825. p. 168. ff. — und welche ſich dazu der ordinairen oder Perſonenpoſt bedienen müſſen; ebendaſ. — ſ. a. Diäten und Reiſekoſten. — der Regierungs- und ſonſtigen Königl. Kommiſſarien, Sorge für deren häusliches Unterkommen auf ſelbigen. v. K. A. 20. IV. 700. — auf ſelbigen ſind die Königl. Beamten von Zahlung der Privat- und Kommunal-, Wege-, Pflaſter- und Brückengelder befreit. 26. II. 295. — der Medizinal-Beamten, deren Anordnung. 25. II. 472. — Entſchädigung der Kreisphyſiker für ſelbige. 23. I. 173. — zu ſelbigen dürfen Feldmeſſer ſich nur der gewöhnlichen Poſt bedienen. 22. I. 59. — desgl. in gewöhnlichen Fällen die Referendarien. 22. II. 288. — Gebrauch der ordinairen, Perſonen- oder Schnellpoſten bei ſelbigen. 22. III. 843. — 23. I. 13. — Vergütigung der Nebenkoſten auf ſelbigen. 17. I. 11. — II. 30 — 32. — 23. I. 14.

— der Beamten, mit der ordinairen Poſt, Reiſegelder-Liquidationen bei ſelbigen. 24. I. 6. — IV. 967. — Benutzung des Lohnfuhrwerks bei ſelbigen. 24. III. 745. — Gebrauch der Extrapoſt bei ſelbigen, ſ. dieſe. — ſ. übrigens Diäten, Fuhrkoſten, Reiſekoſten. — Beſcheinigung der Meilen-Entfernung bei ſelbigen nach dem Poſt-Meilenzeiger. 27. III. 655. — Erſtattung der Bothenlohn-Ausgaben auf denſelben. 32. IV. 824. — auf denſelben können ſich die zur Extrapoſt nicht berechtigten Beamten der Schnellpoſten bedienen. 33. IV. 880. — ſ. auch Diäten, Fuhr- und Reiſekoſten, ſ. übrigens auch Trinkgelder.

Dienſt-Sachen, herrſchaftliche, Anwendung der portofreien Rubriken in ſelbigen. v. K. A. 28. III. 669. seq. — IV. 1005. ſ. Portofreiheit und Dienſt-Briefe.

Dienſtſiegel, Strafbarkeit der unbefugten Anfertigung derſelben. v. K. A. 22. I. 4. — Verſorgung der Dorfſchulzen in der Provinz Poſen mit denſelben. 33. IV. 986.

Dienſtſtellen, Beſetzungsrecht der Regierungen rückſichtl. derſelben. G. S. 1808. p. 490. f. 499. — 1817. p. 252. 255. — 1826. p. 9. — daſſelbe bleibt bis zur Verſorgung der brodtlos gewordenen Offizianten ſuspendirt. G. S. 1808. p. 491. — über Veränderungen mit ſelbigen müſſen die Regierungen an die höhern Behörden berichten. G. S. 1808. p. 492. — 1817. p. 256. — ſ. auch Anſtellungen. Juſtizoffizianten.

Dienſt-Suspenſionen, ſ. Amts-Suspenſionen.

Dienſtvergehungen, Unterſuchungen gegen Regierungsoffizianten wegen bloßer Dienſtvergehungen können nur auf Antrag der betreffenden Regierung eingeleitet werden, §. 47. der Inſtr. v. 26. Nov. 1808. u. R. v. 25. Juni 1809. ſ. a. R. die fiskaliſche Unterſuchung gegen einen Cenſor, wegen angeblicher Beleidigungen in der Cenſur betr. v. 31. Oct. 1815. v. K. J. 21. VI. Iſt Jemand von einem Regierungsoffizianten aus Veranlaſſung ſeines Amtes beleidiget worden, und will dieſer die Beleidigung nicht im Wege des Prozeſſes oder der Unterſuchung, ſondern nur als eine Verlezzung der Amtspflichten rügen; ſo gehöret die Sache, als eine Disciplinar-Angelegenheit vor die Dienſtbehörde, §. 236. des Anh. zur G. O. — Auch das Vergehen eines Dorfſchulzen, welcher ſchuldbarer Weiſe einen flüchtig gewordenen Verbrecher entweichen läßt, kann von der Juſtizbehörde ohne Antrag der Regierung nicht gerügt werden. R. v. 31. Oct. 1812. v. K. J. 270. I. — Von Beſtrafung der, den Unteroffiziers und gemeinen Soldaten, ſ. Art. 6. bis 29. der Kriegs-Artikel, v. 3. Aug. 1808. J. M. 379. VI. — der Civil-Beamten, deren Unterſuchung und Beſtrafung. G. S. 1808. p. 472. 477. f. — 1817. p. 252. 255. 272. — 1826. p. 2. 10. — allgemeines Verfahren rückſichtl. derſelben auf admini-

ſtrativem Wege nach der Allerh. Cab. Ord. v. 21. Febr. 1823. G. S. 1823. p. 25. f. — durch Herabſetzung in Rang oder Beſoldung. (Degradation) G. S. 1823. p. 27. — gegen Geiſtliche und Jugendlehrer. G. S. 1822. p. 105 — 108. — 1830. p. 81. — ſ. auch Beamte, Staatsdiener, Steuer- und Zollbeamte, desgl. Amts-Suspenſion, Amtsentſetzung und Dienſtentlaſſungen. — der Militairperſonen, ſ. dieſe, ſo wie Offiziere, Soldaten und Kriegsartikel. — der Staatsbeamten in den Rheinprovinzen — deren Beſtrafung; ſiehe Beamte, Staats-. — Unterſuchung und Beſtrafung derſelben in den Rheinprovinzen. Publ. v. 23. Mai 1821. v. K. J. XVIII. 83. — Die Cab. Ord. v. 6. März 1821., indem ſolche die Dienſtvergehen der Verwaltungsbeamten unter die Strafbeſtimmungen des 8. Abſchn. des 20. Tit. des II. Th. des A. L. R. geſtellt und zum Verfahren nach der Crim. Ord. v. 11. Dec. 1805. verwieſen, hat unter dem Ausdrucke: „Verwaltungsbeamte" die Juſtizbeamten nicht begriffen. Reſcr. v. 15. Juli 1822. XX. 88. — In allen Fällen, wo den Regierungen die definitive Entſcheidung über Amtsvergehen der Staatsbeamten ohne Provocation auf gerichtliche Unterſuchung beigelegt iſt, ſtehen ihnen auch eben die Mittel zur Erforſchung der Wahrheit wie den Gerichten zu Gebote, namentlich können ſie in ſolchen Unterſuchungsſachen den Untergerichten Auftrag zur Vernehmung von Zeugen ertheilen. Reſcr. v. 21. Oct. 1822. XX. 272. — ſ. Dorfſchulzen, fiskaliſche Unterſuchung. in den Rheinprovinzen, Anwendung der Kriminalgeſetze darauf. R. v. 29. Aug. 1834. XLIV. 171. — Der Gerichts-Subalternen, deren Beſtrafung auf dem Disziplinar-Wege. R. v. 9. Mai 1831. XXXVII. 374. der Verwaltungs-Beamten in den Rheinprovinzen, deren Beſtrafung und Unterſuchung. v. K. A. 21. II. 277. — III. 527. — desgl. im Großherzogthum Heſſen. 18. IV. 1214. (und Vernachläſſigungen ꝛc.) der Staatsbeamten, deren ſtete Konſtatirung, Regiſtrirung zu den Akten und Beſtrafung. 29. I. 12. ff. — deren adminiſtrative Rüge kann durch Verjährung nicht ausgeſchloſſen werden. 29. I. 15. — rückſichtlich derſelben können die Verwaltungs- und Polizei-Behörden gegen ihre Beamte Verhaftungen eintreten laſſen. 30. IV. 724. f. — ſiehe auch Dienſtentlaſſungen. — deren Unterſuchung gegen Kommunalbeamte und Königl. Staatsdiener nach gleichmäßigem Verfahren. 32. III. 669. — Aufhebung des eximirten Gerichtsſtandes der Hülfsbeamten der gerichtlichen Polizei in der Rheinprovinz bei Unterſuchungen wegen Dienſtvergehen. 32. III. 677. f. — ſiehe überhaupt Amtsvergehen. Unterſuchung. Verbrechen.

Dienſtverhältniſſe, Ausſagen darüber vor Gericht von Seiten der Verwaltungsbeamten in den Rheinprovinzen. v. K. A.

21. II. 280. — IV. 781. seq. — der Mitglieder der ſtandesherrlichen Gerichte zur Standesherrſchaft. R. v. 7. Oct. 1830. v. K. J. XXXVII. 77. 78. — der Einſaſſen in Schleſien, ſ. Unmöglichkeits-Prozeſſe.

Dienſt-Verweigerungen, ſiehe Unterthanen-Prozeſſe.

Dienſtwohnungen, Beſtimmungen rückſichtl. derſelben in Beziehung auf die Hinterbliebenen Königl. Beamten und deren Nachfolger. G. S. 1816. p. 134. — von ſelbigen wird, ſo weit ſie zum perſönlichen Gebrauche beſtimmt ſind, in Berlin auch die Miethsſteuer entrichtet. G. S. 1815. p. 4. — In wiefern die Beamten einen Beitrag zu den Reparaturen ihrer Dienſtwohnungen zu leiſten verpflichtet ſind. R. v. 15. Jan 1824. v. K. J. XXIII. 71. — ſ. Gerichtslokalien. — der Juſtizbeamten, ſ. Juſtizbeamte. — der Staatsbeamten, Regulativ wegen Beſtreitung der Unterhaltungskoſten für ſelbige. v. K. A. 23. I. 2 — 8. — 24. I. 5. — 25. IV. 1012. — für ſelbige werden freie Feuerung und Licht verabreicht. 25. I. 10. — Beiträge zum Penſions-Fonds für ſelbige. 24. IV. 871. — für deren Benutzung werden keine Penſions-Beiträge entrichtet, wenn erſtere auf die Normal-Beſoldung nicht angerechnet werden. 23. I. 33. — der Pfarrer und Schullehrer, deren Benutzung. 24. I. 151. — von deren baulichen Unterhaltung ſind Beamte, welche weniger als 200 Rthlr. jährl. Gehalt haben, gänzlich befreit. 29. III. 470. — der Geiſtlichen und ſonſtigen Kirchenbedienten, Beſorgung der Reparaturen an denſelben. 31. IV. 757. — in wiefern deren Werth bei Penſionirungen berückſichtigt wird. 32. IV. 848. — desgl. bei Bewilligung von Sterbe- und Gnadengehältern. 32. IV. 840.

Dienſtzeit, ſiehe Dienſt-Alter.

Dienſt-Zeugniſſe, über Führung und Qualifikation, ſollen nur von den Kollegien und deren Präſidenten ausgeſtellt werden. v. K. A. 28. II. 281. — trifft die Strafe der Fälſchung einer Privatſchrift denjenigen, der ein ihm ausgeſtelltes Dienſtzeugniß ohne Beabſichtigung eines beſtimmten Betruges, zu ſeinem Vortheile verfälſcht? S. u. Str. R. 1. B. No. 90. p. 363.

Dierdorf, Amt, wird von Naſſau an Preußen abgetreten. G. S. 1818. (Anh.) p. 31.

Dietz und Dillenburg, Fürſtenthümer, werden von den Niederlanden an Preußen abgetreten. G. S. 1818. (Anh.) p. 26. und von letzterem an Naſſau; ebendaſ. p. 31.

Dievenow-Fluß, auf ſelbigem dürfen keine fremden Waaren eingeführt werden. v. K. A. 19. II. 331.

Differenzien über die Auslegung des Stempelgeſetzes, Verfahren dabei. R. v. 2. Dec. 1831. v. K. J. XXXVIII. 407.

Diffeſſion, ſ. Comparatio litterarum.

Diffeſſions=Eid, ſ. Injurienprozeß.

Dikaſterialverfaſſung, v. d. ehemaligen, in Polen, ſ. St. B. p. 77. Th. XII.

Diligenzeid. Ueber deſſen Inhalt und Umfang. R. v. 6. Febr. 1832. v. K. J. XXXIX. 150. 151.

Diligenzen, in Frankreich, Geſetz darüber. v. K. A. 20. IV. 919. — ſ. a. Poſten.

Dimiſſorialien. R. v. 7. März 1828, betr. die Gebühren für Dimiſſorialien der Subaltern=Juſtizbeamten. v. K. J. XXXI. 156.

Dingliche Befreiungen der ſtädtiſchen Grundſtücke, deren Ablöſung, rev. Städte=Ordn. G. S. 1831. p. 15.

Dingliches Recht, deſſen Begriff nach dem Landrechte. Abhdl. v. K. J. XXX. 103.

Dinte, ſ. Schreibmaterialien.

Diözeſanrechte, A. L. R. II. XI. 120 — 129.

Diplomatiſche, an dem Königl. Hofe accreditirte **Perſonen**; ſ. Strandungsſachen.

Diplomatiſches Fach, Erforderniſſe zur Anſtellung in ſelbigem. v. K. A. 27. I. 12. — 33. III. 580.

Direktion, ſiehe Exekutionsdirektion. — der Vormundſchaften; ſ. Obervormundſchaft.

Direktoren, bei den einzelnen Unterabtheilungen der Miniſterial=Departements, haben in erſtern eine entſcheidende Stimme. G. S. 1810. p. 8. — Rangverhältniſſe derſelben. G. S. 1817. p. 61. f. — Oekonomie=Direktoren großer Inſtitute, Genehmigungs=Ertheilung zu deren Anſtellung von Seiten der Oberpräſidenten. G. S. 1826. p. 4. — ſ. auch Bank=Direktoren, Diäten, Familienſtiftungen, Heirathskonſens, Land= und Stadtgerichtsdirektoren, Regierungsdirektoren, Schreibmaterialien, Urlaub, Votum. — Direktoren, Inſpektoren der ſtändiſchen Strafanſtalten, wer ſie ernennt. R. v. 17. Apr. 1834. v. K. A. 34. II. 486.

Direktorial=Votum, ſ. Fiskaliſche Unterſuchung.

Dirigenten, der Subalternen=Büreaus, Diäten und Reiſekoſten=Bewilligung für ſelbige. v. K. A. 22. II. 287. — ſiehe auch Verſchwägerung.

Discretionsjahr, iſt wie im Herz. Schleſien auch im Königr. Preußen mit Aufhebung des R. v. 6. Febr. 1775. E. S. p. 45. V. e. wieder, (Inſtr. v. 30. Juli 1774. p. 355. V. d. für die Weſtpr. Reg. v. 1773. p. 2134. V. c.) auf das zurückgelegte 14te Jahr feſtgeſetzt. R. v. 5. Nov. 1778. p. 1351. VI. ſ. Kinder.

Dislokationen der Truppen, ſ. Truppen=Dislokationen.

Dismembration. Cultur=Edict v. 14. Sept. 1811. G. S. 1811. p 301. — Geſetz wegen freien Gebrauchs des Grundeigenthums v. 9. Oct. 1807. J. M. B. V. p. 169. — Das Publ. der Königl. Regierung in Königsberg v. 26. Mai 1818. (v. K. A. Bd. II. p. 26.) enthält eine vollſtändige Zuſammenſtellung aller bei Dismembrationen und bei dem Abbau vorkommenden geſetzlichen Beſtimmungen. — Nachtrag hierzu v. 20. März 1820. (v. K. A. Bd. IV. p. 22.) Auch die Cirk. Verfügung der Königl. Regierung in Danzig, v. 2. Juni 1823, über das Verfahren bei Beſitzveränderungen ländlicher Grundſtücke iſt ſehr ausführlich. (v. K. A. Bd. VI. p. 272.) Ueber das Verfahren bei Abtrennung ſelbſtſtändiger Ruſtikal=Beſitzungen von den adelichen Gütern, und die Eintragung der erſtern in das Hypothekenbuch des Untergerichts, iſt eine vollſtändige Anweiſung durch das Publ. des Königl. Ober=Landesgerichts zu Hamm, v. 6. Mai 1821, gegeben. (Königsberger Samml. p. 329.) Bei Dismembrationen adlicher Güter iſt die Theilung der Jurisdiktion verboten. R. v. 23. Febr. 1815. (Königsb. Samml. p. 116.) Von jeder Trennung oder Veräußerung muß der Landes=Polizeibehörde Nachricht gegeben werden, und ohne deren Genehmigung iſt keinem Etabliſſement oder Abbau ein neuer Name beizulegen, oder der alte zu verändern. R. v. 21. März 1816. (Math. Juriſtiſche Monatsſchr. Bd. IX. p. 41.) — Parzellen, welche Pertinenzien anderer Güter werden, gehen auch in die Real=Jurisdiction der letztern über; wenn ſie aber ein ſelbſtſtändiges Grundſtück bilden, ſo bleiben ſie der frühern Jurisdiction unterworfen. Auch ſteht dem Ober=Landesgericht frei, dem Patrimonial=Gerichte die Leitung des Hypothekenweſens zu übertragen; abweichende Beſtimmungen der Partheien werden nicht beachtet. R. v. 15. März 1824. (v. K. J. Bd. XXIII. p. 56.) verglichen mit R. v. 25. Nov. 1802. (Math. Jur. Monatsſchr. Bd. I. p. 490.) — Die Gerichtsbarkeit kleiner Parzellen von Rittergütern u. kleinen Domainen=Stücken ſollen, da ſie nicht die Qualität der Rittergüter haben, in die Real=Jurisdiktion des nächſten Untergerichts übergehen. R. v. 30. Nov. 1827. (v. K. J. Bd. XXX. 381.) — Die Beſitzer von Domainen=Erbpachts=Grundſtücken erhalten ihren Gerichtsſtand beim Ober=Landesgerichte, wenn das Grundſtück ein Folium in deſſen Hypothekenbuch erhält. R. v. 14. Juli 1812. (v. K. J. Bd. I. p. 239.) In wiefern aber adeliche oder Kämmerei=Güter nach der Parzellirung die Eigenſchaft von adlichen Gütern behalten, ſiehe R. v. 16. Mai 1816. (v. K. J. Bd. VII. p. 184.) — Bei Erbverpachtung einzelner Realitäten iſt es nach §. 5. des Ed. wegen freien Gebrauchs des Grund=Eigenthumes nöthig, daß die Erklärung der

landſchaftlichen Kredit=Direktion oder der landespolizeilichen Behörde: daß die Erbverpachtung den Hypothekengläubigern nicht ſchädlich ſei, eingeholt werde. (Math. Jur. Monatsſchr. Bd. V. p. 171.) R. v. 17. Aug. 1816. (v. K. J. Bd. VIII. p. 14.) — Dieſes Atteſt kann willkührlich von der landſchaftlichen Credit=Direktion, oder von der Regierung erfordert werden. Deklaration v. 15. März 1809. (Math. Jur. Monatsſchr. B. X. p. 73.) — Bei dem völligen Verkauf eines Grundſtücks in verſchiedenen Parzellen, bedarf es aber eines Unſchädlichkeits=Atteſtes von Seiten der Landes=Polizei=Behörde nicht, ſondern nur einer Anzeige an dieſelbe, damit ſie die Rechte des Fiscus bei der Vertheilung der öffentlichen Abgaben wahrnehmen könne; die Rechte der Creditoren, ſo wie der Vorkaufsberechtigten, bleiben bei der Parzellirung unverändert. R. v. 17. Aug. 1816. (v. K. J. Bd. VIII. p. 14.) Ed. wegen freien Gebrauchs des Grund=Eigenthums, v. 9. Oct. 1807. No. IV. Anders geſtaltet ſich dieſes bei Erbverpachtungen nach §. 2. des Kultur=Ed. — Ueber die Art und Weiſe, wie bei der Aufnahme von Dismembrations=Verträgen verfahren werden ſoll. Publ. des Ober=Landesgerichts für Litthauen, v. 14. Oct. 1818. (v. K. J. Bd. XV. p. 71.) desgl. des Ober=Landesgerichts zu Magdeburg, v. 18. Mai 1818. (v. K. J. Bd. XI. p. 265.) — Bei Parzellirungen bleiben die Bewohner der neuen Etabliſſements in dem Gemeinde=Verbande mit der Gemeinde, von welcher ihre Stellen abgezweigt ſind. Reſcr. des Königl. Miniſterii des Innern v. 5. Aug. 1825. (v. K. A. Bd. IX. p. 682.) — Wenn neue Etabliſſements auf gutsherrlichen Grund errichtet werden, ſo treten ſie nicht in den Gemeinde=Verband, es ſei denn, daß dieſes durch einen beſondern Akt geſchehe; namentlich werden die Beſitzer dieſer Etabliſſements mit der Gemeinde keinesweges zu gegenſeitiger Armenpflege verpflichtet. R. v. 22. Aug. 1826. (v. K. A. Bd. X. p. 805.) — Bei Bauergütern tritt die Befugniß zur willkührlichen Zerſchlagung derſelben erſt nach vollzogener Auseinanderſetzung ein, und eben ſo bei Immediat=Einſaſſen, ſobald die Beſitzer ſich den vorgeſchriebenen Bedingungen der Eigenthumsverleihung unterworfen haben. Publ. der Königl. Regierung zu Königsberg v. 26. März 1818. (v. K. A. Bd. II. p. 27.) — Bei Erbtheilungen der Bauerhöfe iſt den Gerichten die Parzellirung ſtatt der Veräußerung oder Ausgleichung durch Kapital dringend empfohlen. R. v. 31. Aug. 1818. (Königsb. Samml. p. 229.) — Die Auseinanderſetzung, wegen der, dem zu dismembrirenden Gute zuſtehenden dinglichen Rechte, bleibt lediglich den Intereſſenten mit Einwilligung der Eigenthümer des belaſteten Grundſtücks überlaſſen. Bei Vereinzelungen des Bauerhofes verbleiben die Holzgerechtſame auf die Königl. Forſt dem alten Hofe, und die Waldweide können beide nur mit ſo viel Vieh benutzen, als womit es vor

der Vertheilung zuläſſig war. Deklaration v. 29. Mai 1816. Art. 96. — Es ſollen aber bei Dismembrationen die Landräthe jedesmal bei ihrem Gutachten der Königl. Regierung anzeigen, ob dem Grundſtücke Hütungs- und Holzungsgerechtigkeiten auf die Königl. Forſt zuſtehen, damit darauf geſehen werden kann, daß das abgezweigte Gut und das Hauptgrundſtück nicht größere Befugniſſe ausübt, wie dem Ganzen bisher zugeſtanden. Publ. der Königl. Regierung zu Reichenbach, v. 1. Oct. 1817. (v. K. A. Bd. I. Heft IV. p. 69.) conf. Art. 96. der Deklaration v. 29. Mai 1816. — Bei Abſchließung der Contracte über die Parzellirung des Grundeigenthums iſt auf die nöthige Repartition der Grundabgaben Rückſicht zu nehmen, und deshalb nicht ohne Vorwiſſen der Polizeibehörde zu verfahren. R. v. 16. Febr. 1813. v. K. J. II. 22. — Publ. betr. die Aufnahme der Verträge über die Dismembration von Grundſtücken v. 14. Oct. 1818. v. K. J. XV. 70. — Verfahren bei Dismembrirung der ehemaligen Laßgüter. R. v. 23. Apr. 1824. XXII. 223. ſ. Gerichtsbarkeit. — Publ. betr. das Verfahren bei Abtrennung der ſelbſtſtändigen Ruſticalbeſitzungen von den adlichen Gütern und Eintragung der erſtern in die Hypothekenbücher der Untergerichte, v. 6. März 1821. v. K. J. XVIII. 69. XXI, 77. — von Grundſtücken, was dabei zu beobachten iſt. v. K. A. 17. II. 64. — III. 42. — IV. 68. — 18. I. 26. — III. 664. — 20. I. 22. — Vertheilung der Abgaben und Steuern bei ſelbigen. 25. I. 46 — 48. — Sicherung der Abgaben und Leiſtungen an Kirchen, Geiſtliche und Schullehrer in ſelbigen. 23. IV. 845. — ſiehe auch Grundſtücke. — von Grundſtücken, rückſichtl. derſelben iſt nur die Anzeige an die Landes-Polizeibehörde erforderlich. 32. I. 87. — — auch muß den Vorſchriften §. 2. des Landeskultur-Ed. und §. 69. der Ablöſungs-Ordnung genügt werden; ebendaſ. (Parzellirungen) ländlicher Grundſtücke, Verfahren bei denſelben, beſonders rückſichtl. der landesherrlichen und ſonſtigen Abgaben. 33. II. 350. — Sicherung und Vertheilung der Abgaben an Kirche, Geiſtlichkeit, Schulen ꝛc. bei denſelben. 33. I. 87. — II. 351. — IV. 949. — Verfahren bei denſelben hinſichtlich der Berechtigung zu Neubau-Remiſſionen. 33. II. 353. — Verfahren bei — mit Rente belaſteten Bauerhöfen. R. v. 6. Juli 1834. — v. K. J. XLIV. 129. — ſ. auch Kommunal-Verhältniſſe. — ſ. auch Koloniſten, Pertinenzſtücke.

Dispache, ſ. Havereiſachen.

Dispacheurs, deren Wahl, Prüfung, Anſtellung und Beſtätigung. G. S. 1811. p. 274. — können nur auf Zeugniſſe der Regierungen Gewerbeſcheine erhalten. G. S. 1810. p. 84. — 1811. p. 274.

Dispachirungen. Ueber Dispachirungen und Dispache-

Gebühren in Beziehung auf Königl. Däniſche Unterthanen. Schreiben des Miniſt. des Auswärtigen v. 24. Juli 1828. R. v. 11. Sept. 1828. v. K. J. XXXII. 85. 86.

Dispenſationen, rückſichtl. des kirchlichen Aufgebots, deren Ertheilung. G. S. 1817. p. 238. — Publ. v. 26. Dec. 1833. v. K. A. 34. III. 714. — von allem Aufgebot, ertheilt nur des Königs Majeſtät. R. v. 7. Jan. 1834. — 34. I. 79. — ſ. a. Aufgebot. — desgl. in Angelegenheiten der katholiſchen Kirche. G. S. 1817. p. 239. — 1826. p. 2. — für Militairperſonen. G. S. 1811. p. 184. — Sportel-Anwendung bei deren Ausfertigung. G. S. 1825. p. 131. — gerichtliche, von der Nothwendigkeit der Subhaſtation unbeweglicher Güter der Pflegebefohlenen. G. S. 1812. p. 177. — 1830. p. 144. — Dispenſations-Geſuche, zu beabſichtigten Ehen, in geſetzlich verbotenen Fällen, ſollen von Superintendenten und Pfarrern zur Beförderung an die Behörden nicht angenommen und bevorwortet werden. v. K. A. 30. I. 86. f. — Dispenſation vom canoniſchen Alter. Bekanntmachung v. 30. Juli 1834. v. K. A. 34. III. 712. — ſiehe überhaupt Ehedispenſation, Lehnseid, Militairpflichtigkeit, Pupillengüter, Subhaſtation, Teſtament, Triennium academicum, Verheirathung, anderweite.

Displicentiae pactum, wie lange aus ſolchem Vertrag geklaget werden könne. H. B. VII. 58. A. L. R. I. XI. 331. 332.

Disponenten, ſ. Handlungs-Disponenten.

Dispoſitionen, (Erklärungen), unter Lebendigen, von Seiten der im Felde ſtehenden Militairperſonen, deren Gültigkeit. G. S. 1815. p. 197. — letztwillige, ſ. letztwillige Verfügungen. — ſ. übrigens Miteigenthum, Moratorium.

Dispoſitionsfähigkeit der Schuldner, iſt bei Eintragung der Darlehen zu unterſuchen, H. O. Tit. 2. §. 128. §. 130. p. 53. und wenn dabei ſich Mängel, welchen Creditor nicht abgeholfen, finden, derſelben in dem Eintragungsbefehle und Vermerke ſowohl, als in dem in vim recognitionis ausgefertigten Hypothekenſchein gedacht werden. §. 134. p. 54.

Dispoſitions-Fonds, polizeilicher, ſ. Polizei-Fonds.

Dispoſitionsſcheine, der Bankiers u. Kaufleute, Stempelpflichtigkeit derſelben. G. S. 1823. p. 163., auch v. K. A. 23. IV. 790. — ſ. auch Kaſſen-Verein.

Disputation, ſ. Stipendien. Rgl. wegen Haltung der Disputations-Collegien auf Univerſitäten, v. 24. Dec. 1749. C. C. p. 199. C. IV. beſonders auf der, zu Halle v. 17. Oct. 1764. p. 495. III.

Diſſidenten, darunter werden auch Mennoniſten verſtan-

den, als welche nicht ſchuldig ſind, dem catholiſchen Pfarrer die Kalende zu entrichten. St. B. p. 133. IV.

Diſtribution, R. wegen Anwendung der Vorſchrift der Pr. Ord. von, der Gutsrevenüen extra casum concursus v. 10. Nov. 1788. E. S. p. 2305. VIII. der Akten, ſ. Spruchvorlegung. — der Maſſe, ſ. Subhaſtation.
ſ. übrigens auch Konkurs, Stempeldiſtribution.

Diſtributionsbuch, ſ. Regiſtratur-Reglement v. 1795. §. 44.

Diſtributions-Plan, ſiehe Kalkulaturarbeiten, Mandatariengebühren.

Diſtributions-Urtel, ſ. Mandatariengebühren.

Diſtributions-Urtels-Publikationstermin, ſ. Gebührentaxe.

Diſtrikts-Beamte, ſ. Kommunal-Beamte.

Diſtrikts-Feuer-Kommiſſarien, Inſtruktion für ſelbige. v. K. A. 18. III. 821.

Diſtrikts-Kommiſſionen, zu allgemeinen Ermittelungen und Feſtſetzungen bei Ablöſungen in den ehemals Königl. Weſtphäliſchen, Bergiſchen und Franzöſiſchen Landestheilen, deren Wahl und Beſtätigung. G. S. 1829. p. 90. 91. — bilden zugleich die früher angeordneten Kreis-Vermittelungs-Behörden und ſind den General-Kommiſſionen untergeordnet; ebendaſ.

Diſtrikts-Kontrolleurs, deren Verpflichtung rückſichtl. der Chauſſee-Einnehmer. v. K. A. 17. I. 49.

Disziplinarſachen, ſ. Rekurs.

Disziplinar-Strafen, in den die, der ſämmtlichen Officianten des Regierungsreſſorts betreffenden Angelegenheiten, findet kein Recurs an die Landes-Juſtizkollegien, und alſo auch nicht gegen Ordnungsſtrafen, welche die Regierungen gegen ſolche Officianten feſtſetzen; und gegen verhängte Dienſtſuspenſionen ſtatt. §. 46. der V. v. 26. Dec. 1808. Wegen der von einem Königl. Officianten verwirkten Disciplinar-Geldſtrafe, muß Fiscus aus dem den Gläubigern nach der Cirk. V. v. 30. Dec. 1798. nicht verhafteten Gehaltsbetrage befriedigt werden. R. v. 14. Nov. 1801. St. B. 220. XV. — Ueber die Befugniß der Untergerichte zur Feſtſetzung derſelben gegen die bei ihnen praktiſirenden Anwälde. R. v. 16. Dec. 1831. v. K. J. XXXVIII. 326 — 330. — gegen Regierungs-Beamte, deren Anwendung. v. K. A. 25. IV. 854. — (Gefängnißſtrafen) gegen Beamte in den Rheinprovinzen, deren Vollſtreckung. 31. I. 11 — 15. — desgl. gegen Poſtbeamte. 31. II. 294. — gegen dieſelben findet ein förmliches Rekursverfahren nicht ſtatt. 32. II. 338. — auch keine Provokation auf gerichtliche Entſcheidung. 32. II. 339. — Suspenſion deren Vollſtreckung, wenn die Provo-

kation auf höhere Entſcheidung nachgewieſen iſt. 32. II. 338. — ſ. a. Ordnungsſtrafe. — in Straf-, Arreſt- und Korrektions-Anſtalten, ſ. letztere.

ſ. überhaupt Advokatengebühren, Gefängnißſtrafe. Ordnungs-Strafen.

Disziplinar-Unterſuchungen, Einſendung jährlicher Liſten von ſelbigen an das Königl. Miniſterium der Geiſtl. Unterrichts- und Mediz.-Angelegenheiten. v. K. A. 29. IV. 817. — gegen Staatsdiener, wegen deren Entlaſſung, die deshalb ergangenen Vorſchriften finden auch auf Kommunalbeamte Anwendung. 32. III. 669. — gegen Kirchen- und Schulbeamte, Verfahren rückſichtl. derſelben. 32. III. 646.

Disziplinar-Verfahren, gegen Civilbeamte, wegen Dienſtvergehen, Verſchwendung, leichtſinniger Verſchuldung ꝛc., G. S. 1826. p. 2. 10. — bei Amts-Suspenſionen, Amtsentſetzungen und Dienſt-Entlaſſungen; ſ. dieſe und Dienſtvergehungen. — gegen Studirende auf Univerſitäten. G. S. 1819. p. 234. - Regl. für ſelbiges. G. S. 1819. p. 238. f. — allgemeines, gegen Beamte bei Dienſtentlaſſungen und unfreiwilligen Penſionirungen. v. K. A. 30. III. 488. — ſ. auch Dienſtvergehungen gegen Geiſtliche und Schullehrer durch Strafverſetzung und Emeritirung. 31. I. 47. — Verwaltungs- und Polizeibehörden ſind zu Verhaftungen ihrer Beamten im Disziplinar-Wege berechtigt. R. v. 3. Dec. 1830. v. K. J. XXXVI. 300. 301. — ſ. a. Rheinprovinzen. — gegen Staatsdiener, Kirchen- u. Schulbeamte, ſ. dieſe.

Disziplinen, philoſophiſche u. theologiſche, deren Studium auf Univerſitäten. v. K. A. 24. IV. 1093 — 1097.

Divisionis beneficium, bei Correal-Obligationen. H. B. VI. 84. 103. kommt mehrern Perſonen, welche einen Wechſel im Plurali ausſtellen, ohne ſich der Formel: in solidum, zu bedienen oder des Ausdrucks von correis, nicht zu gut, ſondern ſie haften in solidum Lief. 2. p. 45. A. L. R. I. V. 424 — 442.

Diviſions-Arzt; ſ. General-Diviſionsarzt.

Diviſions-Auditeure, jeder derſelben erhält auf dem Marſch ein Reitpferd. v. K. A. 20. I. 139.

Diviſions-Kommandeurs, Vorſpann-Geſtellung für ſelbige bei Revuemärſchen. v. K. A. 24. IV. 1202.

Doctores medicinae; ſ. Arzt, Gerichtsſtand.

Documenta insinuationis; ſ. Inſinuationsgebühren.

Documentum referens. Begründet ein Schuldſchein, in welchem der Schuldner erklärt hat, daß er den Schuldbetrag nach einer zwiſchen ihm und dem Gläubiger angelegten Berechnung verſchulde, ohne daß ſonſt eine andere Beſtimmung, worin die Va-

luta beſtanden habe, im Schuldſchein enthalten iſt, die rechtliche Vermuthung, daß der Schuldner die Valuta empfangen habe? S. und Str. R. 2. B. No. 7. p. 75.

Dörr-Anſtalten, polizeiliche Anordnungen wegen derſelben. v. K. A. 19. II. 497. — Dörren des Flachſes, ſoll nicht mehr in Backöfen ſtatt finden. 17. I. 229.

Doktorwürde, mediziniſche, Verfahren bei den Prüfungen zur Erlangung derſelben. v. K. A. 25. III. 658—661. — III. 758. seq. — mediziniſche, was zu deren Erlangung erfordert wird. 26. I. 204—208. — Ausdehnung der Prüfungen rückſichtlich derſelben auch auf die pharmazeutiſchen Studien. 26. II. 438. — dürfen nur dazu berechtigte Individuen führen. 20. IV. 892. — ſiehe auch Aerzte und Medizinal-Perſonen. mediziniſche, Erforderniſſe zur Noſtrifikation rückſichtlich derſelben. 28. IV. 1012.

Dokumente, Rgl. wegen der bei Einäſcherung der Stadt Cüſtrin und ſonſt verlohren gegangenen. v. 27. Apr. 1763. E. S. p. 215. III. — Der Richter iſt von Amtswegen für die Anfertigung einer richtigen Ueberſetzung der in fremder Sprache abgefaßten Documente zu ſorgen verbunden. R. v. 10. May 1814. v. K. J. 1. IV. — deren Verſendung mit der Poſt. v. K. A. 20. I. 13—22. III. 600. von Werth, deren Deklaration bei Verſendungen mit der Poſt. 28. IV. 997—999. — Original-Dokumente ſind in der Regel bei den Akten aufzubewahren. R. v. 21. Decbr. 1829. v. K. J. XXXIV. 468. 469. — nach dem Auslande, deren öffentl. Beglaubigung. v. K. A. 30. I. 19. — ſ. auch Abſchriften. Actus voluntariae jurisdictionis. Aufgebot. Beſitztitel. Betrug. Ceſſion. Depoſitorium. Dollmetſcher. Hypothekendokumente. Ingroſſationsbücher. Rekognitionsprotokolle. Schulddokumente. Urkunden. Verjährung. Verſiegelung.

Dollmetſcher, deſſen Zuziehung iſt nicht erforderlich, wenn bei den Collegien zwei Mitglieder der pohlniſchen Sprache gewachſen ſind. R. v. 8. Nov. 1763. E. S. p. 1219. III. A. G. O. Th. 2. Tit. 2. §. 37—41. bei Teſtamentsaufnahmen. A. L. R. I. XII. 124—142. — Von Zuziehung derſelben bei Criminal-Unterſuchungen. Cr. Ord. §. 58. — §. 64. deren Anſtellung von den Regier. und Oberlandesger. G. S. 1811. p. 275. — müſſen Behufs gerichtl. und gewerbl. Geſchäfte ihre Qualifikation nachweiſen. G. S. 1810. p. 83. 1811. p. 275. — deſſen Adhibition zur Ueberſetzung eines in fremder Sprache abgefaßten Documents. R. v. 10. Mai 1814. v. K. J. IV. 3. — bedarf es bei Unterſuchungen, in denen der Angeſchuldigte nur Polniſch verſteht, in dem Falle nicht, wenn beide Gerichtsperſonen dieſer Sprache mächtig ſind. Reſcr. v. 14. Oct. 1816. VIII. 301. — Der §. 38. Tit. 2. Th. II. der A. G. O. hat

ſich blos auf die Beſtimmung §. 129. Tit. 12. Th. I. des A. L. R. beziehen, nicht aber eine andere, hiervon abweichende Anordnung wegen der Zahl der Dollmetſcher und Zeugen bei der Aufnahme der Teſtamente derer, welche der Sprache des Richters nicht mächtig ſind, treffen wollen. Reſcr. v. 11. Juni 1824. XXIII. 183. — ſiehe Urkunden.

Dollmetſcher-Gebühren, gerichtl., G. S. 1815. p. 201. Beil. p. 18. 50. 73. von den Gebühren der Dollmetſcher in Bagatellſachen. R. v. 24. Mai 1831. v. K. J. XXXVII. 387. — R. v. 23. Apr. 1833., deren Erhebung u. Liquidirung betr. XLI. 518. 519. ſ. auch Emolumente. Unterſuchungskoſten.

Dolor summus, deſſen Beſchaffenheit. H. B. II. 64. A. L. R. I. IV. 29.

Dolus. Vom dolo directo, ſ. Kl. Annalen. XII. 186. XVII. 18. indirecto. III. 52. IV. 78. XXII. 245. A. L. R. Th. 2. Tit. 20. §. 26. 27. Gloſſen. p. 44.

Domainen, königl. a, von denſelben überhaupt, u. deren Verwaltung. Sektion (Abtheilung) für deren obere Verwaltung im Finanz-Miniſterio. G. S. 1808. p. 369. 370. — 1810. p. 15. — 1814. p. 42. — 1817. p. 289. derſelben wird ein Direktor vorgeſetzt. G. S. 1810. p. 15. — deren Verwaltung bei den Regier. G. S. 1808. p. 466. 484. — 1815. p. 90. — 1817. p. 250 — beſondere Abtheilung für ſelb. bei letzt. und Reſſort derſ. G. S. 1826. p. 7. — landesherrl., zu welchen auch die denſelben einverleibten Güter der aufgehobenen Klöſter und geiſtl. Stiftungen gehören, ſind den Staatsgläubigern als Spezial-Garantie zugeſagt, und die Revenüen von ſelb. ſind zur regelmäßigen Verzinſung und Tilgung der Staatsſchulden beſtimmt. G. S. 1820. p. 10. 12. — 1826. p. 57. — allgem. Regeln für deren Verwaltung von Seiten der Regier. G. S. 1808. p. 501. — über deren gehörige Erhaltung, Bewirthſchaftung und Verbeſſerung zu wachen, gehört zu den Pflichten der letztern. G. S. 1817. p. 262. — in welchen Fällen von dieſen darüber Berichte zu erſtatten und höhere Genehmigung einzuholen ſind. G. S. 1808. p. 500. — 1817. 263. f. — bei Anwendung des fiskaliſchen Exekutionsrechts können rückſichtlich der Domainen-Erbpachtsgüter und der blos verzeitpachteten Domainen in Stelle der Sequeſtrationen, Verpachtungen und Wiederverpachtungen eintreten. G. S. 1826. p. 12. — Aufhebung der Eigenbehörigkeit, der Leibeigenſchaft, der Erbunterthänigkeit und des Geſindezwanges auf ſelb. G. S. 1807. p. 174. — Wahrnehmung deren Gerechtſame bei bäuerl. Regulirungen und Gemeinheitstheilungen durch die Regier. G. S. 1826. p. 10. f. — in wie weit ſolche ſelbſt durch Kommiſſarien der Regier. bewirkt werden können. G. S. 1817. p. 172. — ſ. Rezeſſe. — da, wo auf ſelb. ſeit dem 1. Jan. 1808.

der Mahl- und Getränkezwang gegen eine Geldentſchädigung von Seiten der Zwangspflichtigen aufgehoben iſt, wird dieſe nicht mehr eingefordert. G. S. 1810. p. 96. — Domainen, in Oſtpr., Beitritt derſelben zu dem landſchaftl. Kreditſyſteme. G. S. 1808. p. 377. 382. — Kur- und Neumärkſche, Rezeß über deren theilweiſe wiederkäufliche Ueberlaſſung an die Landſtände und Allerh. Beſtätigung deſſelben. G. S. 1809. p. 543 — 552. — in den neuen und wieder eroberten Prov. — Verordnung über die rechtliche Eigenſchaft u. Veräußerlichkeit derſ. v. 9. März 1819. G. S. 1819. p. 73. — die über ſelbige vor der Bekanntmachung dieſer Verordnung erlaſſenen Allerh. Verfügungen ſind unter den Beſtimmungen gedachter Verordnung u. des in jenen Prov. etwa ſchon eingeführten Allg. Landr. nicht begriffen. G. S. 1827. p. 20. — Vereinigung der dem Staate in ſelb. heimgefallenen Lehen mit denſ., ebendaſ. — Gefälle und Rechte derſelben, deren Ablöſung, ebendaſ. — in den preuß. Ländertheilen des vormal. Königr. Weſtphalen, Leiſtungen der denſelben zuſtehenden Präſtationen. G. S. 1825. p. 74. — Regulirung der vor der Organiſation des letztern auf ſelb. gehafteten Schulden. G. S. 1827. p. 14. 19. — Uebernahme der letztern auf den Provinzial-Staatsſchulden-Etat. G. S. 1827. p. 128. — in den Landestheilen des linken Rheinufers, Beiträge von ſelb. und den früher ſchon verkauften zur Tilgung der Gemeinſchulden. G. S. 1822. p. 55. — Steuerpflichtigkeit der Domainen-Grundſtücke. G. S. 1810. p. 26. — 1820. 135. — Beſtimmung der Revenüen und des Erlöſes aus der Veräußerung, Erbverpachtung ꝛc. von Staatsgütern (Domainen, Forſten ꝛc.) zur regelmäßigen Verzinſung und Tilgung der Staatsſchulden. G. S. 1820. p. 12. — 1826. p. 57. — Abſchreibungen von Domainen-Veräußerungen von dem dazu in dem Hausgeſetz von 1809. ausgeſetzten Etat. R. v. 20. Dec. 1822. v. K. J. XX. 268. — Gerichtsbarkeit der kleinen Domainen-Grundſtücke. R. v. 27. Nov. 1827. XXX. 381. 382. — Anfertigung einer ſtatiſtiſchen Ueberſicht von den Domainen des Staats. v. K. A. 17. IV. 42. — Wahrnehmung deren Intereſſe bei den Kreis-Verſammlungen. 21. IV. 799. seq. — Verfahren rückſichtlich deren Verwaltung. 25. I. 16. seq. — IV. 834 — 848. — Rechtsverhältniſſe der auf ſelbigen angeſeſſenen mennonitiſchen Emphyteuten. 25. I. 154 — 157. — Befreiung derſelben von den Beiträgen zu den Kommunal-Schulden. 25. I. 158. — deren Heranziehung zu Leiſtung von Wegebeſſerungs-Dienſten. 25. III. 685. — (und Domanial-Parzellen), innerhalb der Städte belegen, Polizeiverwaltung auf ſelbigen durch die ſtädtiſche Behörde. 25. II. 413. — deren Heranziehung zu den Kreis-Kommunal-Koſten. 26. IV. 1077. — Beitragspflicht derſelben zur Armen-Verpflegung. 20. II. 295. — rechtliche Natur derſelben in den neuen und wieder eroberten Provinzen. 19. I. 50. —

verheimlichte Staatsgüter, in den Provinzen am linken Rheinufer, Ueberlaſſung derſelben an die Kirchen des Orts ꝛc. 18. II. 299. — Befreiung der Domainen-Grundſtücke in den Rheinprovinzen von den Beiträgen zu den Gemeinde-Schulden. 29. III. 586. — Domainen, königl., Abführung der Ueberſchüſſe, Veräußerungs-Gelder ꝛc. aus ſelbigen an die General-Staats-Kaſſe. 27. II. 366 — 370. — Berechnung des Werthſtempels bei deren Verpachtungen mit Hinzurechnung der Feuerkaſſengelder. 30. IV. 740. — Stempelfreiheit der Regierungs-Verhandlungen in bäuerlichen Regulirungs- und Separations-Angelegenheiten mit denſelben 30. I. 46. — Anweiſungen für die Regierungen über die Grundſätze zu den Verträgen bei Aufhebung des Lehnverbandes der Bauerlehne in den Domainen. 30. III. 517. 519. — die auf ſelbige fallenden polizeilichen Detentions- und Unterſuchungskoſten ſind auf den polizeilichen Dispoſitions-Fonds zu übernehmen. 30. III. 585. — Anordnungen, zur Vereinfachung des Hypothekenweſens bei denſelben. 32. II. 367. ff. — Laudemialgefälle auf denſelben, ſ. Laudemium.

b. Domainen-Veräußerung. E. die Inalienabilität derſ. betr. v. 13. Aug. 1713. E. S. V. III. II. No. 13. Behm. Ius nov. c. Obs. XI. ältere Verordnungen deren Erbverpachtung betr. v. 2. Jan. 1704. IV. II. III. No. 2. v. 26. März 1704. No. 3. v. 28. Febr. 1705. No. 6. — A. L. R. II. XIV. 11 — 23. — zu Veräußerung von Domainen iſt Allerh. Genehmigung erforderlich. G. S. 1810. p. 15. — Ed. und Hausgeſetz v. 17. Dec. 1808 über deren Veräußerlichkeit. G. S. 1809. p. 604 — 614. — ſucceſſiver Verkauf derſ. zur Tilgung der Staatsſchulden. G. S. 1810. p. 27. f. — Ausführung deſſelben nach dem Ed. v. 27. Jan. 1811. G. S. 1811. p. 208. — desgl. nach der Verordn. v. 5. März 1813. G. S. 1813. p. 27. — dazu wird eine eigene Kommiſſion ohne Konkurrenz der verwaltenden Behörden, niedergeſetzt, auch dafür eine beſondere Kaſſe errichtet. G. S. 1813. p. 28. 29. — Konkurrenz der General-Kontrolle bei ſelb. G. S. 1817. p. 293. — können im Wege des Kaufs oder der Erbpacht erworben werden. G. S. 1811. p. 208. — in wie weit deren Erwerbung den Mitgliedern der Provinzial-Domainen-Verwaltungen unter Berückſichtigung der Beſtimmungen des Geſetzes v. 18. Apr. 1764 nachgelaſſen werden kann. G. S. 1812. p. 16. — Verſchenkungen derſelben können nicht ſtattfinden, vielmehr ſind ſelbige zu jeder Zeit widerruflich. G. S. 1809. p. 605. — deren Veräußerung geſchieht in der Regel durch Lizitation, ſonſt aber auch aus freier Hand. G. S. 1811. p. 210. f. — letzteres beſonders gegen baares Geld. G. S. 1813. p. 27. — welche Staatspapiere dabei dem baaren Gelde gleich zu achten ſind; ebendaſ. — ſofortige Zuſchlagung derſelben nach der Lizitation. G. S. 1812. p. 99. — Sportel-Anwendung bei den

darüber geſchloſſenen Kontrakten. G. S. 1825. p. 132. f. — bei deren Verkauf dürfen die Patronatrechte nicht mit veräußert werden. G. S. 1812. p. 3. — die Patronatlaſten müſſen dagegen von den Erwerbern mit übernommen werden; ebendaſ. — auch ſoll die Gerichtsbarkeit von dem Verkaufe ausgenommen u. dem Staate vorbehalten bleiben. G. S. 1812. p. 23. — prompte Abtragung der Kauf- und Erbſtandsgelder für ſelb. in den beſtimmten Terminen. G. S. 1811. p. 211. — 1814. p. 27. — Annahme der Staats-Papiere bei denſ. nach dem Nominalwerthe. G. S. 1810. p. 27. — 1811. p. 209. f. — 1812. p. 1. — 1813. p. 27. — auch der Treſor- und Thalerſcheine. G. S. 1814. p. 83., desgl. der Anleihe-Interimsſcheine. G. S. 1812. p. 15. — auch der Anweiſungen und geſtempelten Treſorſcheine auf die Vermögens- und Einkommenſteuer. G. S. 1812. p. 99. — Vernichtung der dabei aufkommenden Staatspapiere und öffentl. Bekanntmachung derſelben. G. S. 1813. p. 29. — die Veräußerungen der Domainen, ſo wie die Ablöſungen von Renten, Erbpachtgeldern, Zehnten bei ſelb. ꝛc., ſollen fortan nur gegen baares Geld bewirkt werden. G. S. 1820. p. 12. — monatl. Abführung des Erlöſes aus ſelb. an die Staatsſchulden-Tilgungs-Kaſſe. G. S. 1820. p. 12. — 1826. p. 57. — Verſchenkungen derſ. können in ſelb. nicht mehr ſtattfinden. G. S. 1819. p. 74. — ſchon verliehene, werden beſtätigt; daſ. — zu der Veräußerung oder erblichen Austhuung von Domainen-Grundſtücken bedarf es höherer Genehmigung. G. S. 1808. p. 500. — 1817. p. 263. f. — in wie weit deren Erwerbung den Mitgliedern der Provinzial-Domainen-Verwaltungen nachgelaſſen werden kann. G. S. 1812. p. 16. — Grundſtücke zum Retabliſſement der Stadt Magdeburg abgetreten, Berichtigung des Beſitztitels von ſelbigen. G. S. 1827. p. 20. — Publ. wegen Verkaufs eines Theils der im Königreiche Preußen vorhandenen Domainen, v. 23. Jan. 1809. J. M. VII. 500. Ed. v. 17. Dec. 1808. J. M. VIII. 463. und Publ. v. 6. Nov. 1809. p. 481. — E. wegen Veräußerung der Domainen, v. 27. Juni 1811. G. S. 1811. p. 208. die Gerichtsbarkeit bleibt aber von dem Verkaufe ausgenommen. V. v. 20. Febr. 1812. p. 23. G. S. 1812. — R. die Veräußerung der, betr. v. 10. März 1814. v. K. J. 11. III. die Vererbpachtung derſelben, v. 14. Juni 1814. p. 265. u. p. 21. II. — Forſtbediente ſollen in der Nähe ihres Wohnorts keine Domainen-Grundſtücke erwerben. R. v. 26. Nov. 1816. v. K. J. VIII. 236. — Verpfändung und Veräußerung der Domainen, Berichtigung des Beſitztitels und Eintragung aus den darüber abgeſchloſſenen Contracten. Cab. Ord. v. 27. Mai 1820. v. K. J. XV. 250. — Cirk. R. v. 26. Jan. 1832. betr. die Beſcheinigung der Quittung über Domainen-Veräußerungen. XXXIX. 121. — Grundſätze, nach welchen die

Domainen- und Forſtveräußerungen vom Domainen-Schulden-Etat abzuſchreiben ſind. R. v. 1. Juni 1832. XXXIX. 372. 379. — deren Verkauf nach den beſtehenden Vorſchriften. v. K. A. 25. I. 6. — IV. 836. — Bedingungen bei dem Verkauf derſelben. 18. III. 651. — Konkurrenz der Ober-Präſidien bei deren Veräußerung. 20. II. 230. — und deren Verpachtung. 25. IV. 838. — in wie weit für Bekanntmachungen in Veräußerungs- und Verpachtungs-Angelegenheiten derſelben Inſertions-Gebühren zu entrichten ſind. 26. IV. 973. — Garantie, deren Veräußerungen u. Ablöſungen. 19. I. 50. — Stempel-Anwendung bei dem Verkauf von Domainen-Grundſtücken. 26. I. 33. — unentgeldliche Aufnahme der Bekanntmachungen über deren Veräußerung oder Verpachtung in die Amtsblätter. 27. I. 29. — Verfahren bei öffentlichen Ausgeboten von Grundſtücks-Veräußerungen und Benennung der drei beſtbietenden Lizitanten. 27. I. 33 — 36. — Bezahlung und Wiedereinziehung der Bekanntmachungskoſten in Veräußerungs- und Verpachtungs-Angelegenheiten der königl. Domainen. 27. II. 371. — Vorſchriften für die Publication der Verpachtungs-, Vererbpachtungs- oder Verkaufs-Termine in Anſehung der Domainen-Grundſtücke und Pertinenzien. 29. I. 25. — Verkauf der Staatsgüter in baarem Gelde. 29. III. 490. — die über bezahlte Veräußerungsgelder für ſelbige ausgeſtellten Quittungen müſſen von Seiten der Hauptverwaltung der Staatsſchulden beſcheinigt werden. 29. III. 489. — Benachrichtigung der landräthlichen Behörden von Veräußerung der Domainen-Grundſtücke. 33. III. 605. — Grundſätze über Veräußerungen und Verpfändungen der königl. Domainen, v. 13. März 1821. — 32. II. 370. 375. — Verrechnung der Goldzahlungen bei Veräußerungen und Ablöſungen, gegen $13\frac{1}{3}$ Prozent Agio. 32. IV. 884.

c. veräußerte Domainen. National-Domainen, in den ehem. Depart. v. Belgien, des linken Rheinufers u. der Alpen, von franz. Unterthanen erworben, bleiben den Erwerbern zugeſichert. G. S. 1814. p. 132. — die von der vorigen franzöſiſchen Regierung errichteten Donationen u. Dotationen ſind ungültig, u. ſoll die Berichtigung des Beſitztitels in Betreff ſolcher Domainen-Grundſtücke für den preuß. Fiscus erfolgen. R. v. 12. März 1819. v. K. J. XIII. 10. — Grundſätze zur Beurtheilung der Gültigkeit der Domainen-Veräußerungen u. Ablöſungen. R. v. 6. Nov. 1819. XIV. 178. zu der Umſchreibung der veräußerten Domainen-Grundſtücke bedarf es der Ueberſicht der in der ganzen Monarchie veräußerten, nicht. R. v. 8. Oct. 1830. XXXVI. 296. — Nach einem Verkauf von Domainen-Grundſtücken bedarf es der Eintragung der Grundſteuer in das Hypothekenbuch nicht. R. v. 23. Jan. 1832. XXXIX. 122. — Die Abſchreibung veräußerter Domainen-Parzellen vom Hauptgute

und die Berichtigung des Beſitztitels kann nicht eher erfolgen, als bis die Quittung der Haupt-Verwaltung der Staatsſchulden über die erfolgte Zahlung der Kaufgelder beigebracht worden. R. v. 5. Juli 1833. XLII. 185 — 187. — wegen Beſcheinigung der für veräußerte Staatsgüter geleiſteten Zahlungen von Seiten der Hauptverwaltung der Staatsſchulden. v. K. A. 23. III. 543. seq. — Vermerkung der Ritterguts-Eigenſchaft veräußerter Domainen-Güter im Hypothekenbuche. 24. IV. 990. — mit Zuſicherung der Ritterguts-Eigenſchaft in den Marken und in Pommern veräußerte Domainen-Güter, ſtändiſche Gerechtſame derſelben. 27. III. 605 — 608. — mit der Rittergutseigenſchaft veräußert, Verluſt der letztern nach erfolgter freiwilliger Parzellirung. 29. II. 222. ff. — Domainen-Erbpachts- und Erbzinsgrundſtücke, Anzeige von Beſitzveränderungen mit ſelbigen rückſichtlich der Laudemial-Gefälle. 29. I. 26. — II. 245. — veräußerte Domainen, Ertrags-Abſchätzung derſelben behufs Feſtſetzung der Grundſteuer. 31. II. 281 — 291. — Beſcheinigung der Quittungen über Domainen-Veräußerungs- und Ablöſungsgelder Seitens der Hauptverwaltung der Staatsſchulden. 32. I. 60. — Domainen-Grundſtücke, veräußerte, Regulirung der Kommunal-Verhältniſſe, ſiehe letztere. ſiehe überhaupt Beſitztitel. Domainen-Grundſtücke. Domanial-Abgaben. Eigenthumsrecht. Forſten. geiſtliche Güter. Gerichtsbarkeit. Hypothekenweſen. Kaufkontrakte. Quittungen. Staatsgüter. Unterſuchungskoſten. Verlautbarung.

Domainen, Standesherrliche, in wie weit ſolche von den Grundſteuern befreit bleiben. G. S. 1820. p. 88. — bleiben verpflichtet zu außerordentlichen Steuern, namentlich zu Kriegsſteuern, verhältnißmäßig beizutragen. G. S. 1820. p. 89. ſ. auch Domanialabgaben.

Domainen-Abgaben, Gefälle, Renten und Laſten jeder Art, Verordn. über das bei deren Ablöſung zu beobachtende Verfahren, v. 16. März 1811. G. S. 1811. p. 157 — 164. — welche Gegenſtände von dieſer Ablöſung ausgeſchloſſen bleiben. G. S. 1811. p. 157. — zur Erleichterung iſt die theilweiſe Ablöſung bis zum Betrage einer jährlichen Rente von 12 Sgr. nachgelaſſen. G. S. 1811. 159. — Berechnung der abzulöſenden Summe mit 4 Prozent zu Kapital, und Annahme von anerkannten Staatspapieren und Pfandbriefen in Zahlung nach dem Nennwerthe. G. S. 1811. p. 157. f. — 1812. p. 1. — bisherige Goldzahlungen werden mit koursmäßigem Agio zu Kourant berechnet. G. S. 1811. p. 158. — Berechnung der Getreidepächte nach Durchſchnittspreiſen. G. S. 1811. p. 158. — Ablöſung der Bedingung, ſich von Zeit zu Zeit der Erhöhung des Kanons nach Getreidepreiſen zu unterwerfen. G. S. 1811.

p. 159. — Anweiſung für die Gerichts- u. Hypothekenbehörden, das Verfahren bei Ablöſung der auf Domainen-Grundſtücken haftenden Laſten betreffend. G. S. 1811. p. 160. 161. — Formular zu den auszuſtellenden Urkunden über erfolgte Ablöſungen derſelben. G. S. 1811. p. 160. 164. — deren Ablöſung bei veräußerten Domainen. G. S. 1811. p. 211. — der Immediat-Einſaſſen in Oſtpr. Litth. und Weſtpr., ſollen weder erhöhet, noch vermindert werden. G. S. 1808. p. 246. — zeitherige, vom Getränke, Schlachtvieh u. Mahlgetreide, werden nicht mehr erhoben. G. S. 1810. p. 33. 40. — ſ. auch Ablöſung und Domainen. — Abzweigung der mit ſelbigen belaſteten Grundſtücke. v. K. A. 26. I. 1. — deren Einziehung von Stadtgemeinen und ſtädtiſchen Einſaſſen und Exekutions-Vollſtreckung rückſichtlich derſelben. 27. I. 143 — deren Ablöſung in baarem Gelde. 29. III. 490.

Domainen-Abgaben-Reſte, deren Beſcheinigung. Verf. v. 5. Mai 1834. v. K. A. 34. III. 657.

Domainen-Ablöſungs-Gelder, Beſcheinigung der daüber ausgeſtellten Quittungen von Seiten der Haupt-Verwaltung der Staatsſchulden. v. K. A. 29. III. 489.

Domainen, Aemter, (Domainen-Vorwerke und Pertinenzien) Schließung von Pachtverträgen über ſelbige und Befugniſſe der Regierungen rückſichtlich derſelben. G. S. 1817. p. 264. — zu Erlaſſen und Remiſſionen von öffentl. Gefällen, Pachtgeldern ꝛc. iſt höhere Genehmigung erforderlich. G. S. 1817. p. 264. — im Brombergſchen Kammer-Departement, Juſtiz-Verwaltung derſelben durch Land und Stadtgerichte. G. S. 1806. p. 44. — ſ. auch Domainen. — welche Liſten dieſelben einzuſenden haben. v. K. A. 17. I. 32. — Benutzung deren Wohnungsgelaß bei kommiſſariſchen Geſchäften in deren Angelegenheiten. 26. II. 291. — III. 592. — haben rückſichtlich der Polizeiverwaltung nicht größere gutsherrliche Rechte als alle andern Dominia. 29. IV. 861.

Domainen-Amtsdiener, Kautionsleiſtung Seitens derſelben. v. K. A. 33. I. 54.

Domainen-Amtsdörfer, Beſetzung der Schulzenämter in denſelben. v. K. A. 31. III. 569.

Domainen-Bauerhöfe; ſiehe Beſitztitel.

Domainen-Bauten, Verabfolgung der Bauhölzer zu ſelbigen aus Königl. Forſten gegen den Taxwerth. v. K. A. 26. I. 141 — 144. — deren zeitige Anordnung und Kontrolle. 33. IV. 899. — polizeiliche Erlaubniß zu deren Ausführung. 33. IV. 1071.

Domainen-Beamte, dem Eide derſelben wird die in der A. G. O. Th. I. Tit. 25. §. 55. enthaltene Clauſel inſerirt. R. v. 25. Sept. 1795. St. B. p. 174. II. die Erben der verſtorbenen Beamten ſollen bei der neuen Verpachtung kein Vorzugs-Recht haben.

C. v. 12. Dec. 1798. E. S. p. 1836. X. — Beſtellung der Amts⸗kautionen von ſelbigen, beſonders rückſichtlich der hypothekariſchen Eintragung. G. S. 1813. p. 3. — Diäten und Reiſekoſten⸗Bewilligung für ſelbige. G. S. 1825. p. 167. 168. f. — ſind zur Haltung der Geſetz⸗Sammlung und des Regierungs⸗Amtsblatts verpflichtet. G. S. 1810. p. 2. 1811. p. 167. — 1819. p. 149. 150. — ſind von Konſumtionsabgaben und Zöllen nicht mehr befreit. G. S. 1810. p. 37. — Verwaltung und Kontrolle der Polizei durch ſelbige auf dem platten Lande. G. S. 1812. p. 149. f. — in Weſtpreußen, deren Zuziehung zu dem Geſchäftsbetrieb der Land⸗ und Stadtgerichte. G. S. 1806. p. 50. 51. — ſollen Beſchwerden über letztere annehmen und zur Kenntniß der kompetenten Behörde bringen. G. S. 1806. p. 66. — Annahme von Beſchwerden über ſelbige von Seiten der Land⸗ und Stadtgerichte; ebendaſ. — Ausübung des denſelben als Pächtern von Brennereien und Brauereien zuſtehenden Krugverlagsrechts. v. K. A. 19. III. 665. — Leiſtung kleiner Amtsfuhren an ſelbige. 19. IV. 936. — ſiehe Depoſitalkaſſen⸗Rendanten. Kaſſenverbrechen. Sporteldeſignationen.

Domainen⸗Departementsräthe, b. d. Regierungen, beſondere Pflichten derſelben. G. S. 1808. p. 514. — 1817. p. 277.

Domainen⸗Einlieger, Verpflichtung zu deren Armenpflege. v. K. A. 28. IV. 1067.

Domainen⸗Einſaſſen, über deren gehörige Behandlung zu wachen ſind die Regierungen verpflichtet. G. S. 1817. p. 262. — bäuerliche, Bauholzverkauf an ſelbige aus königl. Forſten nach erlittenen Unglücksfällen. G. S. 1817. p. 264. — in Oſtpr. Litthauen und Weſtpreußen, Verleihung des vollen Eigenthums ihrer Grundſtücke an dieſelben. G. S. 1808. p. 245 — 252. — Inſtruktion zur Ausführung der darüber ſprechenden Verordnung. G. S. 1808. p. 278. ff. — auf ſelbige finden die Verordnungen wegen der gutsherrlichen und bäuerlichen Verhältniße nach ſchon erfolgter Beſitzverleihung nicht mehr Statt. G. S. 1816. p. 154. — in den neuen und wieder erworbenen Provinzen, Verleihung des Eigenthums der Höfe an ſelbige. G. S. 1819. p. 74. — ſ. auch Bauergüter, gutsherrliche und bäuerliche Verhältniſſe u. Ablöſungen. (und Zinspflichtige) Beitreibung der rückſtändigen Geldpräſtationen von ſelbigen. v. K. A. 24. IV. 965.

Domainen⸗Erbpachtsbeſitzer; ſiehe Eigenthumsrecht.

Domainen⸗Erbpachts⸗ (oder Erbzins⸗) **Grundſtücke,** Regulirung der Abgaben bei Vereinzelungen derſelben. v. K. A. 33. III. 604. (Domainen⸗Erbpachtsgüter) ſ. Hypothekenbücher.

Domainen=Erbpachts= (und Erbzins=) Vorwerke; ſ. Gerichtsſtand.

Domainen=Erb= und Zeitpächter, Verfahren gegen ſelbige bei Exekutions=Vollſtreckung in adminiſtrativem Wege. v. K. A. 26. III. 577. seq. 586.

Domainen=Erbzinsgüter; ſ. Hypothekenbücher.

Domainen=Exekutoren, deren Annahme gegen Kautionsleiſtung. v. K. A. 33. I. 54.

Domainen=Feuerſchäden=Fonds, Einreichung u. Annahme von abgeänderten oder Nachtrags=Kataſtern bei demſelben. v. K. A. 33. III. 606.

Domainen=Fiskus, in wie weit derſelbe, beſonders in Schleſien, zu Armen=Verpflegungs=Beiträgen verpflichtet iſt. v. K. A. 29. I. 146. — Eintragungen in die Hypothekenbücher auf genehmigte uud beglaubigte Verträge in Angelegenheiten deſſelben. v. K. A. 30. I. 47. — deſſen Verhältniſſe zu den Kreisſtänden und deren Beſchlüſſen. 32. I. 237. — desgl. rückſichtlich der Armenpflege. 32. I. 237. f. — Kontrolle und Nachweis über deſſen Verpflichtungen zur Unterhaltung von Brücken, Wegen, Dämmen, Kanälen, Abzugsgräben, Archen und ähnlichen Anlagen. 33. I. 49—53. — ſ. Allodifikation.

Domainen=Gaſt= und Schankhäuſer, deren Verpachtung. v. K. A. 26. IV. 1126.

Domainen=Gebäude, königl., allgemeine Vorſchriften für die Ausführung der Bauten von Wohn= und Wirthſchaftsgebäuden auf den Domainen. v. K. A. 30. III. 504 — 517. — Erhöhung der Feuer=Aſſekuranz für dieſelben Seitens der Erbpächter. 32. IV. 893. — neue, deren Feuer=Verſicherung bei dem Domainen=Feuerſchäden=Fonds. 33. III. 605. f.

Domainen=Gefälle, unſtreitige, deren Beitreibung. v. K. A. 18. IV. 1174.— rückſtändig bleibende, Einziehung der Verzugszinſen von ſelbigen. 24. IV. 773. — (Geld= und Natural=), bis ultimo December 1823. rückſtändig, Erleichterungen in deren Abführung. 25. I. 50 — 52. — deren Ablöſung in den neu und wieder erworbenen Landestheilen. 24. I. 20. — desgl. bei Grundſtücks=Dismembration überhaupt. 24. IV. 1041. — Berechnung des Goldagios bei Ablöſungen derſelben. 24. II. 349. — ſiehe auch Domainen=Renten, kleine. — ſtändiſche Vorſchläge zur Erleichterung deren exekutiviſchen Betreibung. 32. III. 763. — Verfahren bei deren exekutiviſchen Betreibung. 33. I. 54.

Domainen=Getreide=Zinſen, Verfahren bei deren Ablöſung. v. K. A. 29. III. 490.

Domainen=Grundſtücke. Die Regierungen ſollen alle Verträge über Domainen=Veräußerungen dem Finanzminiſterio zur

Confirmation einſenden, die Oberpräſidenten aber davon entbunden ſeyn. Reſcr. vom 8. März 1819. v. K. J. XIII. 9. — In wiefern die den Oberpräſidenten beigelegte Authoriſation zur Beſtätigung ſolcher Verträge, wozu die Regierungen höhere Genehmigung einholen müſſen, auch auf Domainen-Veräußerungsverträge Anwendung finde. Reſcr. v. 31. Jan. 1820. XV. 14. 253. — ſ. Domainen. — Beibringung der Miniſterial-Genehmigung zur Abſchließung von Veräußerungs-Verträgen. v. K. A. 33. II. 303. ff.

Domainen-Jagden, hohe, niedere und mittlere, deren Ablöſung. G. S. 1811. p. 159. — Befugniß der Regierungen ſolche zu geſtatten. G. S. 1829. p. 23.

Domainen- (und Forſt-) **Intendantur,** beſondere, deren Errichtung und Beſtimmung. G. S. 1810. p. 16. Sportuliren derſelben in Polizei-Kontraventions- und Straffachen. v. K. A. 26. III. 782. Liſtenführung von ſelbigen. 17. I. 32. — Ueberweiſung von Vorſchüſſen an dieſelben zur Verpflegung von Polizei-Arreſtaten. 30. II. 353. — ſ. Domainen-Rent-Aemter.

Domainen-Intereſſe; ſ. Lehn.

Domainen-Juſtizbeamte, rückſichtlich deren Anſtellung und Dienſtführung hört die Konkurrenz der Regierungen auf. G. S. 1808. p. 468. — Diäten nnd Gebühren, welche denſelben zu bewilligen. R. v. 23. Apr. 1814. v. K. J. IV. 29. — ſiehe Exdiviſionstermin.

Domainen-Kammern, zu Wuſterhauſen und Schwedt, deren Vereinigung mit der Regierung. G. S. 1808. p. 467. — ſ. übrigens Kriegs- und Domainen-Kammern.

Domainen-Kaſſen, R. die Sicherſtellung der Churmärkſchen betr. v. 8. Oct. 1785. No. 106. des Caſſenhandbuchs. Kontrolle der bei denſelben eingehenden Geldſendungen. v. K. A. 32. IV. 888.

Domainen-Ländereien, Vorſchriften für die Anſiedelungen von Militair-Invaliden auf denſelben. v. K. A. 33. II. 299 — 303.

Domainen-Pächte, ſollen künftig mit $1/3$ in Golde bedungen werden. G. S. 1814. p. 63.

Domainen-Pächter, forſtmäßige Behandlung der denſelben mit verzeitpachteten Hufen Holzungen. v. K. A. 18. IV. 1000. — Fuhrenleiſtungen derſelben zu Straßenbeſſerungen. 24. III. 916. — ſollen ihre Mobiliare bei einer Feuer-Verſicherungs-Anſtalt verſichern laſſen. 23. I. 127. — jenſeits der Elbe, können zur Haltung der Amtsblätter nicht genöthigt werden. 21. II. 287. — Königl., Verrechnung der denſelben bewilligten Baukoſten. 28. III. 644. — Bewilligung neuer Schankanlagen ohne Berückſichtigung deren Getränke-Verlagsrechte. 28. III. 770. — ehemalige, erhalten als ſolche

keine Verſorgungs=Anſprüche. 28. III. 629. — deren Heranziehung zu Kreis=Kommunalbedürfniſſen u. zur Klaſſenſteuer. 30. IV. 783. — 31. III. 568. — Atteſte über ihre Kontracts=Erfüllung. — ſiehe Atteſte.

Domainen=Pfandbriefe, deren Ablöſung oder Uebernahme von den Erwerbern der Domainen=Grundſtücke. G. S. 1810. p. 28. — die bei Domainen=Veräußerungen einkommenden, werden dem Staatsſchulden=Tilgungsfonds überwieſen. G. S. 1813. p. 29. — ſollen bei hypothekariſchen Forderungen gleich den ritterſchaftlichen Pfandbriefen in Zahlungsſtatt angenommen werden. G. S. 1814. p. 61. — deren theilweiſe Einziehung gegen die um 6 Mill. Thaler vermehrten Kaſſen=Anweiſungen. G. S. 1827. p. 33. — verlorne oder vernichtete, Verfahren bei deren gerichtlichem Aufgebote. G. S. 1828. p. 62. — zu 5 Prozent verzinslich, deren Kündigung, Rückzahlung oder Umtauſch in Staatsſchuldſcheinen. v. K. A. 30. II. 277 — 279. — ſiehe Pfandbriefe und Zinskoupons.

Domainen=Präſtationen, Ausſtellung und Austauſch der Interims=Quittungen über die zu deren Ablöſung beſtimmten Kapitalien. v. K. A. 33. IV. 895.

Domainen=Rechnungen, Spezial=, Juſtifikation der Marktpreiſe bei ſelbigen. v. K. A. 28. III. 642.

Domainen=Rentämter, in Stelle der früheren Bezeichnung: Domainen=Intendantur=Aemter. v. K. A. 33. II. 298.

Domainen=Renten, kleine, Verfahren bei deren Ablöſung von Rentpflichtigen. v. K. A. 24. IV. 992. — 25. I. 48 — 50. — II. 298. — IV. 836. — 26. IV. 978 — 985. (und Gefälle), kleine, Vorſchriften für deren Ablöſung in den weſtphäliſchen und rheiniſchen Provinzen. 28. II. 317. — desgl. in der Provinz Sachſen und in ſämmtlichen diesſeits der Elbe belegenen Provinzen. 28. II. 319. — deren Ablöſung. 31. I. 18. ſ. Ablöſung. Quittungen.

Domainen=Rentey=Exekutoren, Inſtruktion für ſelbige. v. K. A. 18. II. 301. — Sporteltaxe für Domainen=Rentey=Diener und deren Gehülfen. 18. II. 311.

Domainen=Rentmeiſter, neue Bezeichnung ſtatt der frühern: Intendantur=Beamte. v. K. A. 33. II. 298. — gegen dieſelben, als Orts=Polizeiverwalter, können die Landräthe Ordnungsſtrafen verhängen. 33. III. 592.

Domainen=Revenüen, Verrechnung und Abführung der Reſte an ſelbigen aus den Jahren 18²⁰/₂₆. v. K. A. 27. III. 625.

Domainen=Separations=Ablöſungs= und Regulirungs=Sachen, definitive Verrechnung der Koſtenbeiträge in ſelbigen. v. K. A. 30. I. 48.

Domainen-Veräußerung, ſ. Domainen-Grundſtücke.

Domainen-Veräußerungs-Verträge, bei Domainen-Veräußerungs-Verträgen genügt die Beifügung eines Extracts des Miniſterial-Genehmigungs-Reſcripts, woraus der Hauptgegenſtand, der Veräußerung, und die Hauptſumme des Veräußerungspreiſes erhellet, in ſofern kein Widerſpruch daraus hervorgeht. R. v. 21. Juni 1833. v. K. J. XLI. 423 — 426.

Domainen-Vererbpachtung. Alle Contracte über die Vererbpachtungen von Domainen, nach welchen die jährlichen Abgaben 30 Rthlr. oder mehr betragen, ſollen zur Königlichen Beſtätigung gelangen, die von einem geringern Belange können von dem Generaldirectorio confirmirt werden. Reſcr. v. 20. Febr. 1813. v. K. J. II. 21. — Bei Beurtheilung der Gültigkeit der in den Zeiträumen vom 13. Aug. 1803 bis 17. Sept. 1806 und von da ab bis zum 22. Dec. 1808 erfolgten Vererbpachtungen der Domainen, iſt die Cab. Ord. v. 5. Juni 1796 und 13. Aug. 1802 und die Inſtruction v. 17. Sept. 1806 zu berückſichtigen. Reſcr. v. 14. Juni 1814. III. 265.

Domanial-Abgaben, ſ. Domainen-Abgaben.

Domanial-Leiſtungen, Verfahren bei deren Ablöſung in Beziehung auf die bis zum Tage der Einzahlung des Ablöſungs-Kapitals noch zu entrichtenden Abgaben. v. K. A. 32. IV. 884. f.

Domanial-Grundſtücke, ſiehe Domainen-Grundſtücke und Domainen.

Dom-Geiſtlichkeit, katholiſche, deren Befreiung von den Kommunal-Laſten und direkten Staatsſteuern. v. K. A. 28. II. 433.

Domingo, St. Inſel, deren Beſitz wird Frankreich zugeſtanden, unter dem Beding der Rückgabe des durch den Baſeler Frieden cedirt erhaltenen Theils derſelben an Spanien. G. S. 1814. p. 123.

Dominial-Fundus, Ortsangehörigkeit der bei Parzellirungen auf ſelbigem errichteten neuen Etabliſſements. v. K. A. 25. III. 682.

Dominial-Mühlenbeſitzer, ſiehe letztere.

Dominial-Schankhäuſer, ſiehe letztere.

Dominial-Steuern, deren Ab- und Zuſchreibung in dem Grundſteuer-Kataſter bei Veräußerungen. v. K. A. 17. I. 43.

Dominial-Verhältniſſe in Sachſen, ſiehe letzteres.

Dominien, (Gutsherrſchaften), Konkurrenz derſelben bei Aufbringung der Vagabonden-Transportkoſten ꝛc. v. K. A. 24. II. 540. seq. — III. 891. — Verpflichtung derſelben zu Anlegung u. Unterhaltung von Gefangen-Anſtalten. 24. IV. 1138. — Verpflichtung zu Abgaben an dieſelben. 24. IV. 1109. — Betreibung

von Gaſt- und Schankwirthſchaften auf ſelbigen durch dazu qualificirte Pächter. 22. II. 420. — Verhältniſſe derſelben zu den Dorfgemeinen in Beziehung auf Armenpflege. 22. IV. 957. — 26. IV. 1112. — dürfen keine Päſſe ausſtellen. 17. IV. 170. — deren Einwilligung bedarf es zu Veräußerungen ländlicher Grundſtücke nicht. 21. IV. 844. — deren Inhaber können die Regierungen Ordnungsſtrafen auferlegen. 27. I. 154. — in Weſtpreußen, Verhältniße derſelben rückſichtlich der Armenpflege. 27. III. 737. — ſiehe Gutsherrſchaften. Strafrecht. Unterſuchungskoſten.

Dominium directum; ſ. Kolonat. Lehn. Lehnsſchuld.

Dominium reservatum; ſ. Kaufgelder.

Dominium utile; ſ. Kolonat.

Domizil; ſ. Wohnſitz und Ortsbehörigkeit.

Domkapitel, von katholiſchen. A. L. R. II. XI. 1022 — 1053. Haltung der Geſetzſammlung und des Regier. Amtsblatts von ſelbigen. G. S. 1819. p. 149. 150.

Domkirchen, in den Rheiniſch-Weſtphäliſchen Provinzen, Erhebung einer Kathedralſteuer behufs der baulichen Unterhaltung derſelben. G. S. 1825. p. 71. — desgl. in den Diözeſen Gneſen, Poſen und Ermeland. G. S. 1825. p. 225.

Domſtifter, deren Einziehung und Veräußerung für Rechnung des Staats. G. S. 1810. p. 28. — Ausführung dieſer Anordnung nach den Edikten v. 30. Octbr. 1810. u. 27. Juni 1811. G. S. 1810. p. 32. — 1811. p. 208. — ſiehe auch geiſtliche Güter und Domainen.

Donatio mortis causa, ſ. Schenkung.

Donationen; ſ. Domainen.

Dorf, (Dörfer) deren namentliche Bezeichnung durch Ortstafeln. v. K. A. 20. III. 577. — IV. 825 — 827. — Verpflichtung zur Anlegung und Unterhaltung von Landwegen oder Straßendämmen in ſelbigen. 27. II. 488 — 491.

Dorf-Einnehmer, deren Anſetzung zur Erhebung der Konſumtions-Steuer vom Mahl-Getreide und dem Schlachtvieh. G. S. 1810. p. 41. — ſiehe Steuer-Erheber.

Dorfgemeinden, in wiefern ſie zur Führung ihrer Prozeſſe der Genehmigung der Gutsherrſchaft bedürfen oder nicht. Reſcr. v. 18. Mai 1816. v. K. J. VIII. 23. ſ. Lehnſchulzenfuhren. — deren Verſammlung. v. K. A. 20. I. 39. — Verhältniſſe derſelben, zu den Gutsherrſchaften, in Beziehung auf Armenpflege. 26. IV. 1112. — Abnahme deren Rechnungen unter Konkurrenz der Landräthe. 26. I. 105. — deren Verpflichtung bei Waldbränden. 18. I. 52. — ſ. auch Gemeinden und Dominien. — ſolche machen die Beſitzer der in einem Dorfe oder in deſſen Feldmark gelegenen

bäuerlichen Grundſtücke zuſammen aus. 32. I. 236. — Verhältniße derſelben zu den Gutsherrſchaften rückſichtlich der Armenpflege. 32. I. 235. f. (und deren Mitglieder), Vorſchriften für die Erwerbung von Rittergütern durch dieſelben. 32. IV. 913 — 917. — ſiehe auch Gemeinden. — können ohne Genehmigung der Provinzial-Regierung keine Rittergüter erwerben, ſiehe Rittergüter.

Dorfgerichte, ſind ſchuldig, den polizeilichen Anordnungen der Gutsbeſitzer, der Domainen-Beamten und der ihnen vorgeſetzten Magiſträte Folge zu leiſten. G. S. 1812. p. 150. — Vereidigung der Dorfgerichtsbeamten, namentlich der Schulzen, Gerichtsleute, Schöppen und Gerichtsſchreiber, und deren Functionen in den gerichtlichen Geſchäften. Reſcr. v. 9. Juli und 6. Aug. 1814. v. K. J. IV. 21. 22., v. 30. Oct., 15. Nov. und 24. Dec. 1819. XIV. 174. 175. 176. — Die Dorfſchulzen und Schöppen können auch durch den Landrath, ohne Zuziehung des Gerichtshalters oder eines ſonſtigen Richters vereidigt werden. R. v. 23. Jan. 1824. XXIII. 51. — ſ. Teſtament. — deren Verhältniße betr. R. v. 24. Juli 1830. XXXVI. 131 — 134. — deren Gebühren und Remuneration betr. R. v. 20. Febr. 1832. XXXIX. 192. — Verfahren rückſichtlich der Vereidigung und Beſtallung deren Mitglieder. v. K. A. 27. I. 131. — die bei ſelbigen abgeſchafften Zählgelder können nicht wieder hergeſtellt werden. 27. I. 315. — ob zu deren Beſtellung die höhere Genehmigung nöthig iſt. R. v. 5. März 1834. — 34. II. 451. — u. Dorfgerichtsleute, ſ. Dorfſchulzen u. Schöppen.

Dorfgerichts-Beamte; ſ. Dorfgerichte.

Dorfhecken oder Schlagbäume ſollen abgeſchafft werden. K. A. B. 17. VII. — und Schlagbäume, deren Abſchaffung. v. K. A. 17. I. 256. 264. — 19. III. 794. — 20. III. 605. — IV. 884. — 21. IV. 968. — 22. I. 217 — 220. — für deren einſtweilige Beibehaltung entſcheidet das Miniſterium des Innern und der Polizei. 20. IV. 883. 886. — daſſelbe genehmigt deren Abſchaffung unter Zuſtimmung der Dorfbewohner. 21. IV. 968. — deren Oeffnung und Verſchließung durch Wächter. 21. III. 682. — ſiehe auch Feldhecken.

Dorf-Ordnung, A. L. R. von Dorfgemeinen. II. VII. 18 — 86. Dorf- Flecken- und Ackerordnung v. 16. Dec. 1702. C. C. V. III. I. No. 32. für die Ackerleute zu Cöslin v. 28. Sept. 1751. p. 953. I. Dorf-Ordnung des Königr. Preußen v. 22. Sept. 1751. p. 147. I. für Litthauen und die dazu gehörigen Aemter v. 22. Nov. 1754. p. 1139. I. für Weſtpreußen vom 3. October 1780. Lehm. Provinzial-Recht. Th. II. p. 184. Haushaltungs- und Wirthſchaftsreglement für die Aemter des Herz. Pommern, u. die Lande Lauenburg und Bütow v. 1. May 1752. p. 299. I. Dorf-Ordnung für das Fürſt. Minden, Gr. Ravensberg, Tecklenburg und Lingen v.

7. Febr. 1755. p. 739. I. Feldordnung im Fürſt. Halberſtadt v. 27. Juli 1759. p. 377. II. c. D. des §. 38. wenn die Schäfer der Eximirten ſolche übertreten, v. 29. Apr. 1765. p. 689. III. ſ. Dienſte.

Dorf-Polizei-Ordnung, Schleſiſche, v. 1. Mai 1804, ſoll, als zum großen Theile unanwendbar, durch einen allgemeinen faßlichen Auszug der den Landmann angehenden Polizeigeſetze erſetzt werden. v. K. A. 31. I. 182.

Dorfrichter, ſ. Dorfſchulzen.

Dorfſchulen, ſ. Schulen.

Dorf-Schulzen; Inſtr. der Cammer zu Bialyſtok für einen Gemeindevorſteher v. 29. Mai 1799. E. S. p. 2446. X. für einen Gemeindeſchulzen p. 2497. X. — Die Schulzen ſollen die Paß-, Fremden- und Sicherheits-Polizei ſorgfältigſt handhaben. G. S. 1817. p. 158. — müſſen für die gehörige Bekanntmachung der Geſetzſammlung und der Amtsblätter ſorgen. G. S. 1811. p. 167. — werden für unrichtige Aufbewahrung derſelben mit dem doppelten Preiſe des Jahrganges beſtraft, ebendaſ. — Das Vergehen eines Dorfſchulzen, welcher ſchuldbarerweiſe einen flüchtig gewordenen Verbrecher entkommen läßt, oder gegen die ihm nach §. 16. Tit. 7. Th. II. des A. L. R. in Rückſicht der Aufgreifung verdächtiger Perſonen obliegende Verbindlichkeit handelt, kann von der Juſtizbehörde nicht ohne Antrag der Regierung gerügt werden, wenn gleich derſelbe wegen ſeiner Eigenſchaft als Dorfrichter, und weil er in gewiſſen Fällen an gerichtlichen Verhandlungen Theil nimmt, unter dem competenten Gerichte ſteht und wegen der in dieſer Eigenſchaft begangenen Vergehen von dem Gerichte ſofort zur Unterſuchung zu ziehen iſt. R. v. 31. Oct. 1812. v. K. J. I. 270. K. A. B. 55. ſ. Dorfgerichte. — Ein Gerichtsſchulze gehört zu den niedern Offizianten des Staates. R. v. 6. März 1833. v. K. J. XLI. 254. 255. — und Dorfgerichte. — Inſinuation u. Exekution durch dieſelben. R. v. 8. Oct. 1831. XXX. 339. — (Schöppen, Schöffen,) Wahl und Einſetzung derſelben. v. K. A. 19. I. 27. — 24. II. 473. — deren Vereidigung. 19. IV. 931. — 23. II. 318. — 24. I. 188. — II. 472. — III. 860 — 864. — deren Beſtellung im Kreiſe Wittgenſtein. 24. IV. 1103. — Remunerirung der Dorfſchulzen, von Gemeinden, Dominien und Domainen. 19. I. 26. — 25. I. 151. — III. 677. — Remuneration des Stellvertreters derſelben. 24. II. 473. — Entſchädigung derſelben für entzogene Zählgelder. 19. I. 26. — IV. 933. — Befreiung derſelben von den Beiträgen zu den Kriegsfuhren in den Jahren 1814 — 15. 25. III. 678. — Verfahren bei Amts-Suspenſionen und unfreiwilligen Entlaſſungen derſelben. 24. II. 473. seq. — Reſſort des Regierungs-Plenums rückſichtl. derſ. 26. IV. 945. — deren Entlaſſung muß den Landräthen angezeigt werden. 17. IV.

124. — ſollen den Gemeinden die Verordnungen in der Geſetz-ſammlung und in den Amtsblättern bekannt machen. 17. I. 34. — deren Verpflichtung, Holz-Viſitationen beizuwohnen. 19. II. 344. Pflichten derſelben bei Waldbränden. 18. I. 51. — ſollen Bücher über Fremden-Meldungen führen. 17. II. 189. — u. Dorf-Schöppen, Polizei-Uniform für ſelbige. 27. IV. 988. — ſollen keine Uniform u. äußerliche Amtskennzeichen tragen. 28. III. 735. — Diäten und Reiſe-Entſchädigungen für ſelbige in kommiſſariſchen Verrichtungen. 28. III. 633. — Einſetzung derſelben und Aufbringung ausreichender Remunerationen für ſelbige von Seiten der Gutsherrſchaften und Gemeinen. 29. II. 310. — die in Domainen-Dörfern davon auf den Fiscus fallenden Beiträge ſind auf die Aemter-Etats zu übernehmen. 29. II. 311. ff. — (und Schöppen) deren unfreiwillige Entfernung aus dem Amte im Wege Rechtens, gutsherrliche Verpflichtung zu der Anſtellung der Dorfſchulzen. 30. III. 562. — Verfahren bei deren unfreiwilligen Dienſtentlaſſung. 30. II. 342. — denſelben kann die Anlegung einer Polizei-Uniform nicht geſtattet werden. 33. IV. 988. — Ausſchließung derſelben vom Betriebe der Gaſt-, Schank- u. Krugwirthſchaft. 33. III. 791. — in der Provinz Poſen; Dienſtanweiſung für dieſelben v. 18. Oct. 1833. — 33. IV. 983. — Verſorgung derſelben mit Dienſtſiegeln. 33. IV. 986. — (Dorfrichter) in den ehem. königl. weſtphäliſchen Landestheilen, deren Wahl und Beſoldung. 33. III. 695. — in wie fern ſie Polizei-Gerichts-Obrigkeiten ſein können. R. v. 28. Febr. 1834. — 34. I. 136. — deren Remuneration u. Entſchädigung für Reiſen. R. v. 12. Jan. 1834. v. K. A. 34. I. 220. — und Schöppen, deren Vereidigung. Verf. v. 1. Jul. 1834. v. K. A. 34. III. 745.

Dorf-Schulzen-Aemter, (Woytämter), deren Verwaltung im Großherzogthum Poſen. v. K. A. 23. II. 317. — deren Beſetzung in den königl. Domainen-Amtsdörfern. 31. III. 569. — dazu können Juden nicht zugelaſſen werden. 33. II. 442. — erbliche Verwaltung derſ. durch Stellvertreter. R. v. 16. Nov. 1833. — 34. II. 450.

Dorfſtraßen, von Verbeſſerung derſelben. K. A. B. 60. V. p. 62.

Dorf-Zäune, ſ. letztere.

Dortmund, Stadt, Einführung der Städte-Ordn. daſelbſt. Cab. Ord. v. 1. Febr. 1834. G. S. 1834. p. 20.

Dos, ſ. Eheleute.

Doſſirungen, deren Abhüten wird beſtraft. v. K. A. 17. I. 261. — 21. IV. 970. — das Abmähen derſ. ebenfalls. 17. I. 261.

Dotalrechte, ſ. Märkiſche Ehefrau.

Dotation der Töchter in Schleſien, ſ. Oppelnſche Landesordnung.

Dotationen, ſ. Domainen.

Dozenten, Privat-, an den Univerſitäten, haben den Gerichtsſtand königl. Staatsbeamten. G. S. 1810. p. 142.

Drachen, fliegende, das Ziehen derſ. ſoll auf Straßen und öffentl. Plätzen nicht ſtattfinden. v. K. A. 17. IV. 236.

Drechsler, Gewerbeſchein-Ausfertigung für ſelbige. G. S. 1811. p. 271. — ſ. Handwerksprivilegien.

Drehkrankheit der Schaafe, deren Heilung. v. K. A. 22. IV. 877. seq.

Drehorgelſpieler, Ertheilung von Gewerbeſcheinen an ſelbige. v. K. A. 24. III. 905. — deren Erlaubniß zum Muſikmachen auch nach dem Zapfenſtreich. 19. IV. 954. — umherziehende, Gewerbeſchein-Ertheilung an ſelbige. G. S. 1824. p. 131.

Dreiborde, Waſſerfahrzeuge, deren Abſchaffung. v. K. A. 19. III. 822.

Dreſchgärtner-Stellen, in Schleſien, beſonders in Oberſchleſien, unter welchen Bedingungen deren Umwandlung in freies Eigenthum, Einziehung, Verlegung oder Parzellirung ſtattfinden kann. G. S. 1811. p. 296 — 298. — 1816. p. 176. — die Ablöſung der auf ſelbigen ruhenden Dienſtverhältniſſe zu den Gutsherrſchaften, kann nur im Wege gütlicher Uebereinkunft herbeigeführt werden. G. S. 1811. p. 298. — 1816. p. 176. — in wie weit ſolche auf Regulirung gutsherrlicher und bäuerlicher Verhältniſſe nur Anſprüche behalten. G. S. 1827. p. 80. — deren Stellen ſollen nicht als Ackernahrungen, ſondern nur als Dienſt-Etabliſſements betrachtet werden. G. S. 1827. p. 79. f. — in Schleſien, deren Verhältniſſe. v. K. A. 21. IV. 845.

Dresden, Kaiſerlich Ruſſiſches Gouvernement daſelbſt; ſ. Landrecht.

Driburger Heilquellen, werden zum Beſuche empfohlen. v. K. A. 22. I. 223.

Drillich, Hauſirhandel mit ſelbigem. G. S. 1824. p. 130. — Eingangs- und Durchfuhr-Abgaben-Entrichtnng von ſelbigem. G. S. 1824. p. 194. — 1825. p. 69. — 1827. p. 142.

Dröſcher, ſind aufs höchſte um den 18ten Scheffel zu dröſchen ſchuldig. Neumärk. Geſinde-Ordn. v. 14. Sept. 1685. Tit. 7. §. 13. C S. V. III. I. No. 24. für Croſſen u. Züllichau v. 18. Jan. 1686. Tit. 7. §. 4. für Cottbus v. 1685. Tit. 7. §. 5.

Droguenpreiſe, deren Aufnahme in die jährlichen Arzeneitaxen. v. K. A. 32. I. 243.

Droguiſten, Handel derſelben mit Giften. v. K. A. 23. I. 138 — 143. — deren Gewerbebefugniſſe in Baden. 17. IV. 329.

— ſ. a. Arzeneiwaaren. — (Materialiſten und Gewürzkrämer) polizeiliche Beſchränkung deren Handelsgegenſtände, beſonders in Beziehung auf Arzeneimittel. 29. I. 173.

Drohung, von der, mit Klage. H. B. VII. 104. A. L. R. von gefährlichen Drohungen. I. IV. 33 — 44. bei begangenen Verbrechen. II. XX. 19 — 21. mit Erpreſſungen, 1509. — Drohungen zur Durchſetzung eines Anſpruchs oder einer Weigerung, die Waffen gebrauchen zu wollen, wird mit einer 14tägigen bis 6monatlichen Gefängniß-, Feſtungs- oder Zuchthausſtrafe, oder mit körperlicher Züchtigung geahndet. §. 2. der V. v. 21. Jul. 1813. G. S. 95. III.

Droguerie-Läden, Gebühren für deren Reviſion. v. K. A. 20. I. 123. — II. 326. — Viſitation derſ. 20. I. 127. — II. 325.

Druckereien, ſ. Kupferdruckereien.

Druck-Erlaubniß (Imprimatur), deren Ertheilung für mehrere Korrektur-Bogen und ganze Auflagen kleiner Pieçen. v. K. A. 30. III. 572.

Druckfehler im A. L. R. v. K. J. XXXVII. 323.

Druck-Formulare, öffentl Behörden, deren Cenſur. v. K. A. 24. I. 217.

Druckkoſten; ſ. Formulare.

Druck-Materialien, in Militair-Angelegenheiten, bedingte Portofreiheit für ſelbige. v. K. A. 28. III. 668.

Druckpapier, Abgabe von ſelbigem. v. K. A. 24. I. 48.

Druckſachen, Hauſirhandel mit ſelbigen. v. K. A. 19. III. 767. — Portoberechnung bei deren Verſendung mit der Poſt unter Kreuzband. 26. II. 334. — desgl. bei deren Verſendung nach den Niederlanden. 26. III. 730. — deren Verſendung unter Kreuzband mit der Poſt, beſonders nach Frankreich. 29. IV. 811. — ſ. a. Formular-Druckſachen. — bei deren Beförderung durch die Poſten unter Kreuzband, ſoll denſelben nichts Geſchriebenes zugeſellt werden. 30. I. 53. — in wie fern das Hauſiren damit verboten iſt, ſ. Hauſiren.

Druckſchriften, Ablieferung von Freiexemplaren an die Königl. u. Univerſitäts-Bibliotheken von Seiten der Verleger. v. K. A. 26. I. 88. — Einſendung jährlicher Verzeichniſſe von ſelbigen an das Miniſterium der Geiſtlichen und Unterrichts-Angelegenheiten. 26. II. 382. — deren Zueignung an die deutſche Bundesverſammlung zu Frankfurt a. M. 23. III. 529. — unzuläſſige, Bekanntmachung deren Verbots. 20. IV. 818. — verbotene und anſtößige, deren Beſchlagnahme. 22. I. 138. — Beſtrafung des Handels mit ſelbigen. 26. III. 786. — ſ. a. Bücher, Cenſur, Verlagsartikel, Zeit- und Flugſchriften. — (Bücher) außerhalb der Staaten des deutſchen Bundes in deutſcher Sprache

erſchienen, die denſelben ertheilte Debits-Erlaubniß ſoll ſich auch auf deren Fortſetzung erſtrecken. 28. II. 452. — deren Verſendung nach Frankreich. 28. III. 673. 675. — konfiszirte, deren Werth kann aus öffentl. Fonds nicht erſtattet werden. 28. II. 451. — Von den Verfaſſern ſelbſt in Verlag genommen, bedürfen auf dem Titelblatt nur dieſer Bezeichnung. 30. I. 121. — konfiscirte und in Beſchlag genommene, für ſolche können Buchhandlungen keine Entſchädigung erhalten. 30. III. 573. — welche die polizeiliche Aufmerkſamkeit erregen, Verfahren rückſichtl. derſ. 31. II. 357. f. — verbotene, aus den deutſchen Bundesſtaaten, deren Rückſendung oder Konfiskation. 31. II. 359. — außerhalb der Staaten des deutſchen Bundes und der preuß. Monarchie erſchienen, dürfen ohne ausdrückliche Erlaubniß nicht debitirt werden. 32. II. 453. — verbotene, deren Ermittelung in Buchhandlungen. 32. IV. 965. — konfiszirte, Verfahren mit denſelben. 32. IV. 966. — ſ. a. Bücher, Zeitungen und Zeitſchriften. — gemeinſchädliche, ſollen confiscirt werden. R. v. 3. Juli 1834. — 34. II. 475. — ſ. a. Beleidigungen. — Verordnung über deren Cenſur v. 10. Oct. 1819. G. S. 1819. p. 224. f. — im Auslande oder ohne Angabe des Druckorts erſchienene, dürfen im Inlande ohne Genehmigung der dieſſeitigen Cenſurbehörden nicht debitirt oder zum Debite angekündigt werden. G. S. 1812. p. 197. — in Deutſchland erſcheinende, müſſen mit dem Namen des Verlegers oder Redakteurs verſehen ſein. G. S. 1819. p. 227. 230. — außerhalb der Staaten des deutſchen Bundes erſchienen, können in den dieſſeitigen ohne beſondere Erlaubniß nicht verkauft werden. G. S. 1819. p. 230. — theologiſche, religiöſe, und Schulſchriften, Verfahren rückſichtl. deren Cenſur und Debits. G. S. 1817. p. 238. — 1819. p. 228. 229. — anſtößige, gegen Religion, bibliſche Schriften und Glaubenswahrheiten, ſo wie gegen andere Glaubenspartheien, deren Unterdrückung. G. S. 1825. p. 2. — zur Kränkung der perſönlichen Ehre und des guten Namens anderer, abzielend, Verfahren rückſichtl. derſ. G. S. 1825. p. 2. — verbotene, Strafe für deren Verkauf und Verbreitung. G. S. 1819. p. 232. — unter Cenſur erſchienene, aber dennoch unterdrückte, verbotene und konfiszirte, Anſprüche auf Entſchädigung rückſichtl. derſ. von Seiten der Verleger. G. S. 1825. p. 2. — über die Exiſtenz geheimer Verbindungen u. deren Zwecke, Verbot des Druckes u. Verlags derſelben. G. S. 1816. p. 6. — für den gemeinen Mann beſtimmt, deren Verkauf durch Umherträger (Kolporteurs) welche dazu der polizeilichen Genehmigung und eines Gewerbeſcheins bedürfen. G. S. 1811. p. 276. — militairiſche, deren Cenſur unter Konkurrenz des Generalſtabs und der von dieſem dafür beſtimmten General-Stabsoffiziere. G. S. 1823. p. 175. f. — ſtatiſtiſche, Cenſur derſelben durch das

ſtatiſtiſche Büreau. G. S. 1816. p. 92. — periodiſche, ſ. Zeitſchriften und Zeitungen. — Freiexemplare dürfen die Verleger nur noch an die Cenſoren entrichten. G. S. 1819 p. 231. — ſind zu deren Verabfolgung auch an öffentl. Bibliotheken wiederum verpflichtet. G. S. 1825. p. 3. — Verſendung von Druckſchriften mit der Poſt, und Porto-Berechnung für ſelbige. G. S. 1821. p. 216. — 1824. p. 227. f. — ſ. a. Nachdruck.

Duelle unter den Studenten, Strafbarkeit derſ. G. S. 1819. p. 242. — leichte, mit Studirenden, gehören zur Kognition der akademiſchen Obrigkeit und werden disziplinariſch behandelt. G. S. 1810. p. 143. — Alle Criminal-Erkenntniſſe, welche ein Duell betreffen, müſſen ohne Rückſicht auf die erkannte Strafe, nebſt den verhandelten Acten, unter Beifügung eines Akten-Extracts, R. v. 23. Nov. 1810. M. S. 238. an das Juſtizminiſterium zur Beſtätigung eingeſandt werden. R. v. 4. Oct. 1809. p. 233. Duelle mit Studenten werden disziplinariſch behandelt, in ſo fern dabei weder Tödtung noch Verſtümmelung noch bedeutende Verwundung vorgefallen iſt. §. 9. des Rgl. v. 28. Dec. 1810. G. S. 143. I. Auch ſoll kein Arzt oder Wundarzt verpflichtet ſein, der Obrigkeit von einem vorgefallenen, zum Behuf der Cur zu ſeiner Kenntniß gekommenen Duell Kenntniß zu geben, vielmehr in ſolchem Falle ein gewiſſenhaftes Stillſchweigen beobachten, bis daß die Obrigkeit, wenn ſie durch andere Mittel die That entdeckt, deren Vernehmung darüber veranlaßt. §. 136. d. Anh. zum A. L. R. — Kl. A. p. 212. XVIII. — deren Beſtrafung auf Univerſitäten. v. K. A. 19. I. 131. — unter Militairperſonen, deren Verhinderung und Beſtrafung. 28. II. 557. — Cab. Ord. v. 13. Juni 1828 die Duelle unter Militairperſonen betr. v. K. J. XXXI. 289. 290. — ſ. auch Injurien, Verbrechen.

Duellſachen, R. v. 21. Mai 1829, betr. die Einreichung der in denſelben ergangenen rechtskräftigen Erkenntniſſe. v. K. J. XXXIII. 344. 345.

Dülmen, Amt, Herzoglich Arembergſche Verordnung v. 29. Nov. 1806, betr. die dortige Rechtsverfaſſung. v. K. J. XXXIV. 133 — 135.

Dünen-Pflanzungen, Beſchützung derſelben vor Beſchädigungen. v. K. A. 21. II. 447.

Dünger, polizeiliche Anordnungen wegen deſſen Fortſchaffung. v. K. A. 17. IV. 205. — II. 231. — 19. II. 454. — aus Moos und Kiehnnadel-Streuling, iſt dem Lande mehr ſchädlich als nützlich. 17. I. 75. — von dem mit ſelbigem beladenen Fuhrwerk werden keine Chauſſeegelder entrichtet. 19. II. 342. — 22. II. 333. — 24. IV. 1012.

Düngererden, mineraliſche, Beſitzverhältniſſe rückſichtlich

derſ. bei Regulirung gutsherrlicher u. bäuerl. Verhältniſſe. G. S. 1816. p. 171. — 1817. p. 191.

Düngerfuhren, deren Befreiung vom Chauſſeegelde. G. S. 1822. p. 170. — 1824. p. 178. 218. — 1828. p. 66. — desgl. von ſonſtigen Abgaben. G. S. 1824. p. 185. — 1827. p. 133. — deren Befreiung vom Chauſſeegelde. v. K. A. 29. I. 31.

Düngeſalz, Eingangsabgabe von ſelbigem. v. K. A. 22. IV. 852.

Düngmittel, aus Exkrementen zubereitet, und Poudrette oder Urate genannt, Patentertheilung zu deren Anfertigung. v. K. A. 21. IV. 965 — 968.

Düngung. Publ. die verbotene, der Aecker mit Moos und Kiehnnadel-Streuling betr., N. A. B. 69. VII. P. A. B. 64. — Benutzung des Mergels zu derſelben. v. K. A. IV. 918.

Dürftigkeits-Atteſte, ſ. letzt.

Düſſeldorf, Stadt, Aufhebung des dortigen Reviſ. u. Kaſſat.-Hofes, ſo wie des Appellationshofes daſelbſt. G. S. 1819. p. 162. 209.

Düſſeldorfer Handelskammer, Statut für dieſelbe v. 23. Mai 1831. v. K. A. 31. II. 391 — 396. u. K. J. XXXVII. 428.

Düſſeldorfer Regier.-Bezirk, Kreiseintheilung und Begrenzung deſſelben. G. S. 1815. p. 97. — ſ. Requiſitionen.

Düttchen, preußiſche Silbermünze, ſ. Groſchenſtücke.

Duisburg. Darſtellung der im Sprengel des dortigen Land- und Stadtgerichts in Betreff der ehelichen Gütergemeinſchaft vorhandenen Provinzial-Geſetze, Statuten und Gewohnheiten von ꝛc. Bübl. v. K. J. XXIX. 193 — 200.

Dukaten werden auch unter Königl. Preuß. Stempel ausgeprägt und bei den landesherrlichen Caſſen zu 3 Thlr. angenommen. V. v. 7. Mai 1787. E. S. p. 1243. VIII. — deren Annahme bei Goldzahlungen an Staats-Kaſſen zu 2 Thlr. 18 gGr. G. S. 1814. p. 63. — deren Tarirung nach der Gold-Porto-Taxe bei Verſendungen mit der Poſt. v. K. A. 24. III. 736. — dürfen auch ferner bei Einzahlungen an Königl. Caſſen angenommen werden. v. K. A. 30. IV. 739. — vollwichtige, deren Annahme bei den Poſtkaſſen. v. K. A. 32. I. 80. — ſ. a. Goldzahlungen.

Duplikat-Eingaben, ſ. Schreibgebühren.

Durchfahrten, in Flüſſen und Seen, ſollen bei hohem Waſſerſtande mit Barrieren verſehen ſein. v. K. A. 19. III. 790. — ſ. a. Fahren.

Durchfuhr fremder Produkte und Waaren-Erleichterung derſelben und Abgaben-Entrichtung für ſelbige; ſ. Tranſitogüter und Abgaben. — freie, fremden Fürſtenguts, auf Atteſte der betreffenden Behörden. v. K. A. 17. III. 27. — fremden Salzes iſt verboten. 17. IV. 62.

Durchfuhr-Zollgefälle, bisherige, deren theilweiſe Aufhebung. G. S. 1814. p. 105. 106. — ſ. ferner Abgaben.

Durchgangs-Abgaben, (Durchfuhr-Zölle), deren Erhebung bei Waaren-Verſendung. v. K. A. 19. I. 42. — von Büchern. 19. I. 47. — veränderte Beſtimmungen rückſichtl. derſ. für einige Waaren. 22. IV. 851. — auf der Saale, deren Regulirung in Beziehung auf die Herzogl. Anhaltſchen Länder. 25. II. 307. — Verfahren rückſichtlich derſ. in Beziehung auf die mit den Fahrpoſten durchgehenden Güter des Auslandes. 26. I. 43 — 53. — IV. 990. — deren Erhebung auf dem Straßenzuge über Lützen, Eckartsberga u. Erfurt. 26. IV. 986. — desgl. in dem vom Zollverbande ausgeſchloſſenen Landestheile des Erfurter Regierungs-Bezirks. 26. IV. 989. — ſ. a. Steuern. — Regulativ über deren Erhebung u. Kontrolle in der Stadt Erfurt und deren Steuerbezirk. 27. I. 44 — 69. — ſ. a. Abgaben.

Durchgangs-Güter, Verfahren rückſichtl. derſelben. v. K. A. 25. II. 305. — desgl. wenn ſolche mit den Poſten befördert werden. 25. IV. 953 — 995.

Durchgangs-Impoſt, deſſen Erhebung von überſeeiſchen Waaren. G. S. 1813. p. 39. — 1814. p. 105 — 107. — ſiehe ferner Abgaben.

Durchgangs-Päſſe der ruſſiſchen Konſuln, zum Zweck der Durchreiſe durch die preußiſchen Staaten, deren Gültigkeit. v. K. A. 17. IV. 171. — ſ. a. Päſſe und Rußland.

Durchlaufende Sporteln, ſ. Sporteltantieme.

Durchmarſch- und Etappen-Konvention, mit Anhalt-Bernburg, v. 12. Nov. 1818. G. S. 1819. p. 25. — mit Anhalt-Deſſau, v. 12. Nov. 1818. G. S. 1819. p. 43. — mit Anhalt-Köthen, v. 12. Nov. 1818. G. S. 1819. p. 34. — mit Braunſchweig, v. 23. Dec. 1817. G. S. 1819. p. 5. — mit Hannover, v. 6. Dec. 1816. G. S. 1817. p. 77 — 85. — mit dem Großherz. Heſſen, v. 17. Jan. 1817. G. S. 1817. p. 101 — 111. — mit dem Kurfürſt. Heſſen, v. 9. Mai 1817. G. S. 1833. p. 144. — mit dem Fürſtenthum Lippe, v. 18. Juni u. 25. Aug. 1818. G. S. 1819. p. 53. — deren Erneuerung. G. S. 1823. p. 24. — desgl. b. zum 1. Jan. 1833. G. S. 1827. p. 74. — mit Naſſau, v. 17. Jan. 1817. G. S. 1817. p. 112 — 119. — mit Oldenburg, v. 28. Sept. 1818. G. S. 1819. p. 125. — mit Sachſen-Gotha, v. 3. Jan. 1817. G. S. 1817. p. 93 — 100. — mit Sachſen-Weimar, v. 31. Dec. 1816. G. S. 1817. p. 85 — 93. — mit Oldenburg, Miniſterial-Erklärung v. 22. Aug. 1831. G. S. 1831. p. 184. — mit Kurheſſen, v. 28. Sept. 1833. G. S. 1833. p. 97 — 108.

E.

Eau de Cologne, deſſen Verkauf ohne Anpreiſungs-Zettel, v. K. A. 22. III. 767. — Eau de la Reine, Geſtattung deſſen Verkaufs. 24. II. 615.

Eckartsberga, Amt, die zu ſelbigem gehörigen Comthureien, Zwätzen, Lehnſten und Liebſtadt, werden von Preußen an Sachſen-Weimar abgetreten. G. S. 1818. (A.) p. 52.

Edelleute, ſ. Adelige.

Edelſteine, deren Aufſuchung, ſ. Gewerbeſcheine.

Edictum carbonianam, von deſſen Inhalt. H. B. I. 42.

Ediktal-Citationen. A. L. R. Th. I. Tit. 7. §. 42. Von der öffentl. Bekanntmachung gerichtlicher Verfügungen, deren Ausfertigung und Aushängung außerhalb der Gerichtsſtelle es künftig auch in Concurs-, Liquidations- und Subhaſtations-Prozeſſen und bei öffentl. Aufgeboten nicht weiter bedarf, ſ. V. v. 3. Mai 1804. E. S. p. 2167. XI. N. A. 368. III. und J. M. I. 18. und ſind unter den darin genannten einländſchen Zeitungen alle in den Königl. Staaten herauskommende Zeitungen begriffen. R. v. 8. Jan. 1806. N. A. IV. p. 300. E. S. p. 31. XII. Die Vorladung unbekannter Realprätendenten iſt bei einer nothwendigen Subhaſtation nicht erforderlich. R. v. 1. Febr. 1796. J. M. I. p. 299. — Wenn öffentliche Aufforderungen und Bekanntmachungen bei Criminal-Unterſuchungen ſtattfinden, ſ. Cr. Ord. §. 132. bei Auffindung todter Körper, §. 156. 157. die Edictal-Citation entwichener Beſchuldigten zuläſſig iſt, §. 577 — 586. — (Vorladungen) öffentl., deren Aufnahme in den öffent. Anzeiger der Amtsblätter gegen Inſertionsgebühren. G. S. 1811. p. 166. — die rechtliche Wirkung derſelben bleibt jedoch an die Inſertion in die Intelligenzblätter der Provinz gebunden. ibid. — in den Rheinprovinzen, findet ein gleiches Verfahren ſtatt, jedoch verbleibt es in Anſehung der rechtlichen Wirkung bei den darüber in denſeben beſtehenden Vorſchriften. G. S. 1819. p. 149. f. — öffentliche, wegen verlorner oder vernichteter Staatspapiere. G. S. 1819. p. 157. f. — 1821. p. 96. — 1825. p. 229. — 1828. p. 62. — der Legatarien, zur Legitimation als Verwandte einer beſtimmten Perſon, gleich den unbekannten Erbſchafts-Intereſſenten. G. S. 1829. p. 23. — Bei der nach der Cabinetsordre v. 23. Sept. 1810 zu veranlaſſenden Edictalci-

tation eines Verſchollenen iſt nur ein Termin von 3 Monaten vorgeſchrieben, ſie geſchieht dreimal, und iſt dabei die Vorſchrift des §. 43. Tit. 7. Th. I. der A. G. O. zu beobachten. R. v. 21. März. 1812. v. K. J. I. 44. — In wiefern durch die Verordn. v. 30. Juli 1812, die Suspenſion der das Militair angehenden Prozeſſe betr., der Effect, der nach §. 14. Tit. IV. der Hyp.=Ordn. bei Anlegung neuer Hypothekenbücher nothwendigen öffentlichen Aufforderung aller Realprätendenten gehemmt werde. R. v. 6. Febr. 1813. II. 173. — Der §. 394. des Anhangs zur A. G. O., nach welchem die in den §§. 179 — 181. Tit. 51. Th. I. der A. G. O. vorgeſchriebene Bekanntmachung oder Edictalcitation, wegen der von einem unbekannten entſprungenen Contravenienten zurückgelaſſenen Waaren und Sachen nur alsdann erforderlich iſt, wenn der Werth der in Beſchlag genommenen Sachen nicht über 20 Rthlr. beträgt, findet blos auf Polizei=Contraventionen Anwendung. Dagegen verbleibt es in Anſehung der Contraventionen gegen die Abgaben=Geſetze bei dem bisher beobachteten und durch frühere Vorſchriften beſtimmten Verfahren, in Gemäßheit deſſen die geſetzliche Bekanntmachung und reſp. Edictalcitation nur alsdann erfolgt, wenn der Werth der in Beſchlag genommenen Gegenſtände mehr als 50 Rthlr. beträgt. R. v. 25. Nov. 1815. VI. 13. u. v. 10. Jan. 1820. XIV. 219. — deren Bekanntmachung bei Todeserklärungen, Concurſen ꝛc. durch die einländiſchen Zeitungen. R. v. 1. März 1817. IX. 22. — Die Verordn. v. 13. Jan. 1817, durch welche die königl. Cab. Ord. v. 23. Sept. 1810 ergänzt u. erweitert worden, bezieht ſich nicht allein ausdrücklich nur auf die beiden letzten Kriege, ſondern ſetzt auch ſolche Militairperſonen voraus, die in preußiſchen Dienſten geſtanden; ſie findet alſo bei Edictal=Vorladungen und Todeserklärungen abweſender Militairperſonen auf diejenigen Fälle keine Anwendung, wo der Vermißte an einem andern Kriege und unter andern Truppen Theil genommen. R. v. 20. Juli 1817. X. 11. — Fortgang der gegen ausgetretene Cantoniſten erlaſſenen Edictalcitationen bei erfolgter allgemeiner Suspenſion der die Militairperſonen betreffenden Prozeſſe. R. v. 11. Oct. 1817. X. 247. — In demjenigen Theile eines Jurisdictionsbezirks, wo die Hypothekenverfaſſung noch nicht eingeführt worden, findet ein Aufgebot der bekannten und unbekannten Realprätendenten eines Grundſtücks auch außerhalb des Concurs= u. erbſchaftlichen Liquidationsprozeſſes ſtatt. R. v. 8. Mai 1818. XI. 212. — Verfahren bei Edictalcitationen gegen die mit dem in Frankreich befindlich geweſenen Armeecorps zurückgekehrten Militairperſonen. R. v. 4. Dec. 1818. XII. 260. — Die in den Provinzen, wo das A. L. R. und die A. G. O. gelten, ſtehenden Truppentheile ſollen die Provocationen auf Vorladung der unbekannten Militaircaſſen=Gläubiger der In=

tendantur des Corps einreichen, von welcher dieſelben geſammlet und dann auf einmal für ſämmtliche Truppentheile eines Corps dem competenten Landesjuſtizcollegio Behufs der rechtlichen Einleitung überſandt werden. R. v. 21. Juli 1823. — ſ. Aufgebot, Beſitztitel, Gemeinheitstheilung, Gnadengehalt, Handlungsbücher. — öffentliche, ausgetretener Kantoniſten u. anderer Unterthanen, durch die Intelligenzblätter, nachträgliche Einziehung der Inſertionskoſten für dieſelben. v. K. A. 33. IV. 1131. ſ. Citation, Pfandbriefe.

Edikte, Verordnungen die Anſchaffung der von der Akademie der Wiſſenſchaften veranſtalteten Sammlung derſelben betr. v. 3. v. 8. Apr. 1755. E. S. p. 813. 815. I. C. v. 28. Febr. 1761. p. 5. III. v. 2. Dec. 1766. p. 613. IV. v. 5. Sept. 1778. p. 1333. VI. v. 29. Sept. 1782. p. 1578. VII. R. v. 16. März 1789. p. 2425. VIII. welche durch die Publication des allg. Landrechts keinesweges entbehrlich gemacht worden. R. v. 4. Jan. 1797. p. 915. X. die von den Untergerichten, welche fructus jurisdictionis genießen, ex propriis beſorget werden muß. v. 3. Febr. 1784. p. 2751. VII. und die Einſendung der an die Collegien ergehenden Edicte und Patente an die Akademie betr. v. 28. Juli 1751. v. 14. Dec. 1752. p. 113. 407. I.

Edikten-Sammlung, Miliusſche, Verkaufspreiſe für ſelbige. v. K. A. 24. I. 11. — kann für die landräthlichen Aemter aus öffentl. Fonds nicht angeſchafft werden. 22. I. 6.

Edition, A. G. O. Th. I. Tit. X. §. 91. — Von der Verpflichtung zur, der Urkunden bei Criminal-Unterſuchungen, Cr. Ord. §. 305. — §. 380. — In wie fern können königl. Cab. Ordres, als in Prozeſſen zu edirende Dokumente angeſehen werden? R. v. 4. März 1831. v. K. J. XXXVII. 83. u. v. K. A. 31. II. 255. — ſ. a. Moratorium.

Editionseid, deſſen Ableiſtung von Regiſtratur-Beamten in fiskaliſchen Prozeßſachen. v. K. A. 28. IV. 959.

Effectum devolutivum. ſ. Devolutiv-Effekt.

Effekten, flüchtig gewordener Polizei- oder Steuer-Kontravenienten, deren Konfiskation. v. K. A. 28. II. 539. — bei Hauſir-Steuer-Kontraventionen zurückgelaſſen, Konfiskationsverfahren rückſichtl. derſelben. 31. I. 147.

Ehe, A. L. R. II. I. 1 — 1026. Conſ. Ord. v. 1573. C. S. I. I. No. 7. p. 311. Conſtit. v. 15. Dec. 1694. I. II. No. 58. Edict v. 17. März 1710. II. I. No. 124. Allg. Ord. v. 21. Juni 1713. No. 131. Verordnete Abfindung der Kinder erſter Ehe. R. v. 10. Apr. 1730. II. I. No. 258. Pflicht der copulirenden Prediger hierbei. V. v. 3. Nov. 1683. I. II. No. 33. v. 13. Nov. 1686. No. 42. v. 7. Jan. 1690. No. 50. v. 9. Jan. 1719. I. I. No. 102. v. 28.

März 1714. I. II. No. 95. u. C. v. 17. Dec. 1789: daß Wittwen und Wittwer auch von der vormundſchaftlichen Behörde einen Trauſchein beibringen ſollen. p. 2789. VIII. R. die aufgehobenen Strafen der zweiten Ehe betr. v. 30. Nov. 1756. p. 191. II. No. 111. 112. ſiehe auch Behm. Ius. nov. con. Obs. 30. wegen Vollziehung der in Eheſachen gegen Cantoniſten ergangenen Erkenntniſſe, v. 9. Juli 1756. p. 115. II. wegen anderweiter Verheirathung ſolcher Perſonen, welche ſich während des Krieges an Leute von feindlicher Armee verheirathet haben und von ſelbigen wieder verlaſſen worden, v. 14. Oct. 1765. p. 1069. III. — Wer zur zweiten Ehe ſchreitet, ohne mit den Kindern der erſten Richtigkeit getroffen zu haben, iſt nach dem Preuß. Landrecht nur des ihm ſonſt zuſtehenden Niesbrauchs deren Vermögens ſich anzumaßen nicht befugt. G. C. v. 27. Dec. 1785. Kl. A. 223. I. Landrecht v. 1749. I. II. III. §. 24. A. L. R. II. I. §. 1013. Entſcheidung der G. C. über ein matrimonium putativum v. 21. Febr. 1786. u. beſonderes R. v. 28. Febr. 1786. ibid. 227. I. — Eine mit einer ſchon verheiratheten Perſon dieſes Umſtandes unwiſſend geſchloſſene Ehe hat alle Wirkung einer rechten und wahren Ehe. H. B. I. 56. Ob concubitus zur Gültigkeit der Ehe erforderlich? ibid. 391. — Die Heirathsconſenſe der Officianten, die nicht Mitglieder der Landescollegien ſind, können von den Präſidiis der Landescollegien des Departements ertheilet werden. R. v. 19. Aug. 1809. J. M. VIII. 547. ſ. Militair. — Zu den ehelichen Verbindungen minderjähriger Perſonen iſt der ſchriftliche Conſens der vormundſchaftlichen Behörde erforderlich. C. des Churm. Conſ. v. 17. Nov. 1803. E. S. p. 1930. XI. — Zu den Ehen adeliger Frauenzimmer mit Perſonen aus niedern Ständen bedarf es keiner Diſpenſation, und in den §. 30 — 33. des A. L. R. Th. 2. Tit. 1. beſtimmten Fällen der Ehen adeliger Mannsperſonen hat das Ober-Landesgericht nicht den bloßen obervormundſchaftlichen Conſens zu geben, ſondern auch die daſelbſt beſtimmte Befugniß und Obliegenheit, u. in dem §. 33. beſtimmten Falle ſtehet nicht der Regierung, ſondern dem Landesherrn die Ertheilung oder Verſagung der Diſpenſation zu. R. v. 13. Juni 1810. J. M. IX. 413. Perſonen, denen die Ehe wegen begangenen Ehebruchs verboten worden, ſollen nicht zuſammen leben, und darauf von der Polizeibehörde vigilirt werden. C. O. u. R. v. 27. Oct. 1810. ibid. X. 1. Ehefrauen, deren Männer wegen eines Verbrechens beſtraft und in Folge deſſelben des Bürgerrechts für verluſtig erklärt worden, ſind, wenn ſie ſelbſt nur kein Vorwurf trifft, auch wenn ſie die Ehe fortſetzen, wohl berechtigt, das Bürgerrecht zu erwerben, es ſich zu erhalten und alle daraus fließenden Vortheile zu genießen, ſo weit die Verfaſſung ſie dem Frauenzimmer überhaupt zuſichert. R. v. 12. u. 21. Apr. 1812, ſ. Städte-Ord-

nung. — in den vormals unter franz. oder weſtphäl. Herrſchaft geſtandenen Provinzen geſchloſſen und durch prieſterliche Einſegnung vollzogen, deren Gültigkeit und Rechtmäßigkeit der darin erzeugten Kinder. G. S. 1816. p. 122. — was bei deren Schließung mit Baierſchen Unterthanen zu beobachten iſt. v. K. A. 22. I. 103. — desgl. mit Oeſterreichiſchen Unterthanen. 22. II. 374. — deren Vollziehung zwiſchen Katholiken und Nichtkatholiken. 17. II. 117. — 19. I. 97. — wilde, ſ. Konkubinate. — Königl. Sächſ. Mandat gegen deren zu frühzeitige Schließung von Seiten junger Mannsperſonen. 26. IV. 1150. — der Handwerksgeſellen u. Ausländer, Königl. Sächſiſche Verordn. darüber. 26. IV. 1152. — ſ. a. Heirathen u. Trauungen. — was bei deren Schließung zwiſchen Ausländern und Inländern rückſichtl. der heimathlichen Verhältniſſe der erſteren zu beobachten iſt. 28. III. 686. — ſ. auch Heiraths-Konſenſe und Trauungen. — jüdiſche, ohne Trauung geſchloſſen, deren Gültigkeit. 29. II. 295. — in geſetzlich verbotenen Fällen, Zurückweiſung der darauf gerichteten Dispenſations-Geſuche von Seiten der Superintendenten und Pfarrer. 30. I. 86. f. — zwiſchen dieſſeitigen und Würtembergiſchen Unterthanen, Vorſicht bei deren Schließung in Beziehung auf Gültigkeit derſ. — 30. I. 88. — Braunſchweigſche Verordnung über die vor deren Eingehung beizubringenden obrigkeitlichen Beſcheinigungen. 31. I. 248. ff. — jüdiſche, deren Vollziehung nach vorangegangenem Aufgebot in den Synagogen oder Betſtuben. 31. IV. 762 — 764. — Vorſchriften für deren Abſchließung in den zum ehemaligen Großherzogthum Berg gehörig geweſenen Landestheilen. 33. II. 391. — herzogl. Oldenburgiſche Verordnung über deren Schließung außerhalb Landes. 33. IV. 887 — 891. f. — in der Provinz Rheinheſſen, zwiſchen Ausländern und Inländerinnen, Großherzogl. Heſſenſche Verordn. darüber. 33. II. 567. — wilde, ſ. Konkubinate. — R. v. 25. Juli 1831, betr. die bei Schließung jüdiſcher Ehen in Beziehung auf die Auseinanderſetzung mit den Kindern früherer Ehen ꝛc. zu beobachtenden Vorſichtsmaßregeln. v. K. J. XXXVIII. 92. — Cirk. R. v. 20. Febr. 1832, betr. die Einwilligung in ſtandesungleiche Ehen. XXXIX. 129. 130. — Cab. Ord. v. 23. Juni 1833, betr. die Abſchließung der Ehen in den, zum ehemaligen Großherzogth. Berg gehörigen Landestheilen. XLI. 583. 584. — Findet die geſetzliche Vermuthung, daß Kinder, die während einer Ehe erzeugt, oder geboren werden, von dem Manne erzeugt ſind, auch bei einem Kinde ſtatt, welches zwar in der Ehe aber vor dem 210ten Tage nach eingegangener Ehe geboren wird? S. u. Str. R. 2. B. No. 48. p. 440. — Beweiſet in einem ſolchen Falle das Zeugniß der Mutter etwas für die Rechtmäßigkeit des Kindes? S. u. Str. R. 2. B. No. 48. p. 441. —

Ehen der Juden, ſiehe letztere, Ehe, wilde, ſiehe Entſchädigung.

Ehebruch, A. L. R. Th. I. Tit. 20. §. 1061. u. folg. wenn wider Ehefrauen, die dergleichen begangen, zu verfahren. Decl. des Ed. v. 8. Febr. 1765. E. S. (p. 583. III.) v. 9. Jan. 1766. p. 53. IV. v. 27. Juli 1766. p. 511. IV. Inſtr. v. 6. Juni 1767. H. B. IV. 182. in welchem Fall die C. O. v. 2. Febr. 1743. p. 99. C. II. und das R. v. 1. Oct. 1746. p. 87. C. III. die Maaße vorſchreibt. R. die Erneuerung der Ehe betr. welche durch Blutſchande gebrochen worden, v. 2. Apr. 1718. Behm. Ius. nov. c. Obs. 73. A. L. R. II. XX. 1062. R. wegen Beſtrafung des Ehebruchs, wenn der beleidigte Ehemann der Ehefrau den Fehltritt verziehen, v. 27. Nov. 1797. p. 1472. X. St. B. p. 289. V. Der, verhindert nicht nur, wenn die vorige Ehe deshalb getrennt worden, die Heirath zwiſchen Ehebrecher und Ehebrecherin, C. v. 10. Mai 1770. E. S. p. 6781. IV. E. v. 17. Nov. 1782. p. 1639. VII. (worüber das Conſiſtorium cognoscirt. R. v. 11. Jan. 1769. p. 5109. IV.) ſondern eine zwiſchen dieſen Perſonen vollzogene Ehe wird auch für ungültig geachtet. G. E. v. 25. Nov. 1783. Kl. A. 115. I. (ob beim matrimonio putativo? H. B. I. 56.) und auch außer der Ehe dürfen ſie nicht zuſammen leben. R. v. 10. Nov. 1788. E. S. p. 2309. VIII. Project des Corp. Iuris. Fried. Th. 1. Buch 2. Tit. 3. Art. 1. §. 34. No. 8. ſ. jedoch R. v. 24. Nov. 1794. die Frage betr.: in wie fern einem Ehebrecher nach dem Tode ſeiner nicht von ihm geſchiedenen Ehefrau die Heirath mit der Ehebrecherin zu geſtatten. E. S. p. 2453. IX. imgleichen R. v. 9 Nov. 1795. St. B. p. 246. II. R. die Zuläſſigkeit der Verheirathung eines minderjährigen Curanden betr. v. 15. Aug. 1796. p. 619. X. St. B. p. 346. II. Von Vollziehung einer nach den Geſetzen gültigen Ehe katholiſcher Glaubensgenoſſen, wozu die nach kirchlichen Geſetzen erforderliche Dispenſation von den geiſtlichen Obern verſagt wird. R. v. 13. Febr. 1797. p. 927. X. St. B. p. 281. V. — Der Ehebrecher verlohr portionem statutariam, wenn die Ehe auch nicht durch richterliche Entſcheidung, ſondern durch den Tod getrennt wurde, Lief. 2. p. 39. Eine Ehebrecherin wurde ihres Eingebrachten verluſtig, wenn auch der Ehemann geſtorben, ehe er auf die Eheſcheidung klagen können, Lief. 2. p. 46. A. L. R. II. I. 25 — 29. — deſſen Beſtrafung findet nur dann ſtatt, wenn vor rechtskräftig erfolgter Trennung der Ehe darauf angetragen worden, R. v. 1. Juli 1801. St. B. p. 267. XIV. R. A. p. 139. B. 2. u. die Ehe deshalb getrennt wird. R. v. 27. Nov. 1797. St. B. 289. V. — auch findet wegen zwiſchen Schwiegervater und Schwiegertochter begangener Unzucht keine Unterſuchung ex officio ſtatt. G. E. v. 1. Dec. 1794. St. B. p. 216. XV. — Wie das geſetzliche Verbot der Ehe zwiſchen ſolchen

Perſonen, welche Ehebruch mit einander getrieben, einzuſchränken, ſ. C. O. v. 15. u. R. v. 16. März 1803. E. S. p. 1439. XI. — Perſonen, die wegen deſſelben geſchieden ſind, dürfen diejenigen nicht heirathen, mit welchen ſie ſolchen getrieben haben. G. S. 1811. p. 156. — Dispenſation von dieſer Beſtimmung in gewiſſen beſondern Fällen nach der Allerh. Cab. Ordre v. 15. März 1803; ebendaſ. — ſind, wenn ſie ſich in Gefolge ſolcher Dispenſation geehelicht haben, befugt, für einander letztwillig zu verfügen; ebendaſ. — Beſtrafung deſſelben im Soldatenſtande. G. S. 1808. p. 260. — in demſelben erzeugte Kinder ſollen nicht legitimirt werden. R. v. 21. Oct. 1831. v. K. J. XXXVIII. 470. — Zuſammenleben von Perſonen, denen die Ehe verboten iſt. R. v. 23. Juni 1834. v. K. A. 34. III. 785. — ſ. Legitimation unehelicher Kinder. Teſtament.

Ehebündniſſe, deren Schließung unter inländiſchen Juden ohne beſondere Genehmigung und Trauſchein. G. S. 1812. p. 19. 20.

Ehedispenſation, wie ſolche einer aus voriger Ehe von ihrem gegenwärtigen Bräutigam ſchwangeren Wittwe ertheilet. R. v. 24. Nov. 1800. St. B. p. 282. XII. E. S. p. 3238. X. — In Rückſicht der Frage: wie die Allgemeinheit der geſetzlichen Vorſchrift des Landrechts II. I. 25—29. wodurch die Ehe zwiſchen ſolchen Perſonen, welche mit einander Ehebruch getrieben, unterſagt iſt, einzuſchränken? ſoll die erforderliche ſummariſche Erörterung der Umſtände künftig von den Provinzial-Konſiſtorien veranlaßt, und von denſelben, dem Befinden nach, die Dispenſation ohne Anfrage ertheilet oder verweigert werden, wobei die Conſiſtorien ſich lediglich durch die Betrachtungen leiten laſſen müſſen: ob durch die Dispenſation der Immoralität mehr, als durch die Beharrung auf dem Verbot geſteuert werden kann. Betrifft der Fall aber einen Offizier, ſo muß von dem Kriegs-Conſiſtorium an des Königs Majeſtät Allerhöchſte Perſon berichtet werden. C. O. v. 15. März 1803. St. B. 180. XI. u. R. A. 25. B. 3. — Sobald wider den Theil des Erkenntniſſes, wodurch die Ehe getrennt worden, kein Rechtsmittel eingewandt iſt, kann es auf die Friſt, binnen welcher die Ehefrau ſich wieder verheirathen darf, keinen Einfluß haben, wenn andere im Eheſcheidungsurtel enthaltene Punkte einen Gegenſtand der richterlichen Erörterung in die höhere Inſtanzen ausgemacht haben. R. v. 27. Juli 1801. (ungedr.) — Die von einem Juden nachgeſuchte und erhaltene Ehedispenſation muß von dem Civilrichter, unbeſchadet ihrer Beurtheilung nach jüdiſchen Religionsbegriffen, für vollkommen gültig und wirkſam erachtet werden. R. v. 15. Dec. 1820. v. K. J. XVI. 220.

Ehedispenſationsgeſuche für, aus dem H. Sachſen,

ſollen nur die niedern Gebühren erhoben werden. K. A. B. 213. VI.

Ehefrau, in wie fern eine, des derſelben in der Ger. Ord. eingeräumten Vorzugsrechts wegen ihrer Forderungen verluſtig gehet. G. E. v. 23. Mai 1786. Kl. A. 274. I. die, eines in Militairdienſten geſtandenen, dimittirten und nach ſeiner Heimath zurückgekehrten Ausländers muß, wenn ſie gleichfalls eine Ausländerin, ihm folgen. R. v. 8. Aug. 1786. E. S. p. 135. VIII. die Ehefrau eines deſertirten Soldaten aber kann ohne Abwartung einer Friſt auf die Trennung der Ehe klagen. Publ. v. 14. März 1797. No. 7. 985. X. G. E. in Anſehung der Ehefrau eines in hieſigen Landen ohne beſtändigen Wohnſitz an einem gewiſſen Ort ſich aufgehaltenen Ausländers v. 8. Mai 1785. Kl. A. 181. I. — Wenn der Ehemann ſeine, zu alimentiren verbunden? H. B. VI. 97. wohin auch die Vorſchießung der Prozeßkoſten gehöret. Lief. 2. p. 47. Vom beneficio Scti Vellei. H. B. III. 45. H. B. VI. 97. 107. gehet auch auf deren Erben. H. B. VII. 55. R. die Erklärung der weiblichen Gerechtigkeiten bei Prioritätsabtretungen betr. v. 29. Nov. 1790. E. S. p. 2988. VIII. Bei Verbürgungen für den Ehemann können in Ermangelung rechtsverſtändiger Aſſiſtenten auch andere erfahrne Männer zugezogen werden. R. v. 17. Nov. 1794. p. 2441. IX. St. B. p. 45. I. ſ. Arreſt. Wenn eine Ehefrau von den Paraphernalien — die Illata derſelben werden in dubio pro paraphernalibus geachtet, und wenn alſo eine Ehefrau eine Obligation cediret, ſo wird die Ceſſion ſo lange als null betrachtet, bis der Ceſſionarius nachweiſet, daß ihr Ehemann in die Ceſſion gewilliget habe, oder daß die cedirte Obligation ein receptitium geweſen. Lief. 2. p. 46. — Geſchenke machen könne. H. B. VI. 91. kann Schulden halber inhaftirt werden, ebendaſ. IV. 29. ſ. aber Gutachten des Königl. Ober-Tribunals v. 9. Jan. 1781. u. R. v. 21. Jan. u. 11. März 1781. St. B. p. 59. II. R. v. 5. Nov. 1798. St. B. p. 89. VI. in Schleſien ohne Geſchlechtsvormund gültig nichts verhandeln. St. B. p. 92. V. nach Lübſchem Recht nicht teſtiren. H. B. Zugabe 385. muß als Erbin des Mannes deſſen natürliche Kinder alimentiren. H. B. II. 108. in der Mark, hat vindicationem utilem, ebend. H. 121. eine wegen Ehebruchs geſchiedene, kann als Zeuge gegen den Ehemann aufgeſtellt werden, ebendaſ. VI. 92. — Zur Reichung der Alimente gehöret auch die Vorſchießung der Prozeßkoſten in Eheſcheidungsſachen mit derſelben. R. v. 12. Nov. 1799. St. B. p. 425. X. — Unter den Schulden einer Ehefrau, welche das Landrecht Th. 2. Tit. 1. §. 320. für nichtig erklärt, kann der Erſatz eines per factum illicitum der Frau einem Dritten verurſachten Schadens nicht mit verſtanden werden. R. v. 25. Jan. 1796. J. M. I. 300. Von den rechtlichen Folgen

der Mitunterſchrift eines Frauenzimmers unter dem Miethscontract wegen Bezahlung der Miethe, J. M. IV. 107. Wenn auch in dem Kaufcontract über ein Grundſtück die Ehefrau als Käuferin mit aufgeführt wird, folgt daraus doch keineswegs ein Condominium. Erk. J. M. VI. 484. R. die nicht erforderliche Belehrung bei Bürgſchaften betr., wenn eine Ehefrau auf das ihr in die Grundſtücke ihres Ehemannes beſtellte Hypothekenrecht gänzlich Verzicht thut, v. 19. Febr. 1802. N. A. p. 310. B. 2. St. B. p. 141. XVI. oder der ihr aus der Eintragung zukommenden Priorität entſagt, p. 167. Der Grundſatz: daß die Ehefrau während der Ehe alles dem Manne erwerbe, leidet eine Ausnahme, wenn beide Eheleute gemeinſchaftlich ein Grundſtück erwerben, der Mann die Frau ausdrücklich zur Miteigenthümerin aufnimmt, und dieſe als ſolche im H. B. eingetragen wird. R. v. 31. März 1802. St. B. 39. XVI. Ob eine Ehefrau nach Märkſchen Rechten wegen, während der Ehe ohne Vorwiſſen des Ehemannes contrahirter Schulden wider deſſen Willen mit Perſonal-Arreſt belegt werden könne. St. B. B. 11. p. 39. — A. L. R. Th. 2. Tit. 1. §. 331. — ſo wie über die Rechtsgültigkeit der von ihr contrahirten Schulden, ſ. H. B. B. IV. p. 29. und St. B. B. VI. p. 89. — auch ſind darüber in Sachen Nadler Mäker zu Berlin ⁒. Bretſch von der Neumärkſchen Regierung unterm 29. Mai 1780 und hiernächſt in den folgenden Inſtanzen ſehr intereſſante Erkenntniſſe ergangen. — Eine Ehefrau kann unbewegliche Grundſtücke nur dann eigenthümlich fordern, wenn ſolche auf ihren Namen eingetragen ſtehen, und ſie ſelbige entweder ſchon vor der Verheirathung beſeſſen, oder während der Ehe aus einem keinem Widerrufe von Seiten der Gläubiger unterworfenen Rechtstitel erworben hat. Sind ſolche auf den Namen beider Eheleute eingetragen, ſo wird im zweifelhaften Falle angenommen, daß die Hälfte des Erwerbungswerths aus dem Vermögen der Frau bezahlt worden, falls nicht im Hyp. B. bemerkt, daß mehr oder weniger als dieſe Hälfte aus dem Vermögen der Frau genommen ſei. A. G. O. I. 50. 320. 322. 325. und die Ehefrau als wirkliche Miteigenthümerin betrachtet, ſ. das oben angeführte R. v. 31. März 1802. St. B. 39. XVI. — Sollen Grundſtücke oder Kapitalien, welche nach geſetzlichen Beſtimmungen zum Eingebrachten der Ehefrau gehören, durch Verträge die Eigenſchaft des Vorbehaltenen auch in Beziehung auf einen Dritten erlangen, ſo müſſen ſie auf den Namen der Frau geſchrieben werden. A. L. R. II. 1. 216. — ſ. Advitalitatis jus. — Erläuterung der Frage: ob nach Preuß. Geſetzen namentlich auch in Schleſien, die von einer Ehefrau während der Ehe ohne Bewilligung des Mannes gemachten Schulden, falls ſie kein durch Vertrag vorbehaltenes Vermögen beſitzt, dergeſtalt nichtig ſind, daß ſie auch nach aufgelöſeter Ehe nicht bezahlt

werden dürfen? oder ob ſie blos respectu mariti für ungültig zu erachten? Abhandlung v. K. J. XXIX. 54 — 61. — Ehefrauen können nur mit Bewilligung ihrer Ehemänner Gewerbeſcheine nachſuchen. G. S. 1810. p. 83. auch nur unter gleicher Bedingung als Ammen oder ſonſt im Dienſte gehen. G. S. 1810. p. 103. — können ohne ausdrückliche Einwilligung des Mannes weibliche Dienſtboten annehmen. G. S. 1810. p. 102. — Bei Verträgen, welche der Ehemann mit der Frau ſchließt, iſt nach dem R. des Juſtizminiſterii v. 17. Sept. 1814. die in dem A. L. R. II. I. 200. vorgeſchriebene Zuordnung eines Beiſtandes für die Frau allerdings erforderlich; dahingegen bedarf in dem Falle, wenn Mann und Frau mit einander Proceſſe führen, auch, wenn ſie im Laufe des Proceſſes ſich mit einander vergleichen, die Frau nach der A. G. O. I. I. 18. keines Beiſtandes. Die geſchiedene, iſt nicht ſchuldig, Behufs der Erhebung der Alimentgelder, ihrem geſchiedenen Ehemanne, daß ſie noch lebe und unverheirathet ſey, zu beſcheinigen. R. v. 16. Aug. 1814. v. K. J. 268. III. Von der Contractsfähigkeit einer Märkſchen, ebendaſ. 130. I. Verhaftung eines Ehemannes für die Schulden ſeiner. 131. ebendaſ. der Adquestus muliebris gehöret zu ihrem eigenen Vermögen. p. 132. Eine, deren Ehemann ausgepfändet wird, hat zur Deckung ihrer Illaten nicht nöthig auf Concurs zu provociren, ſondern das Recht, mit dem einzelnen Gläubiger über die Priorität zu ſtreiten, p. 307. R. betr. die Verbindlichkeit der Ehefrau, ihrem Manne zu folgen, und wegen deſſen vagabondirender Lebensart auf Eheſcheidung zu klagen, v. 2. Sept. 1815. 1. VI. — Beſtimmungen wegen Verſicherung der Ehefrauen der Staatsdiener bei der allgemeinen Wittwenkaſſe. R. v. 26. März 1827. v. K. J. XXIX. 91. 92. — Muß auch in dem Falle, da eine Frauensperſon u. eine Mannsperſon ſich in einem und demſelben Inſtrumente dergeſtalt ausdrücklich verpflichten, daß die Ehefrau als Hauptſchuldnerin, der Ehemann aber als Bürge haften ſolle, eine gerichtliche Certioration der Ehefrau erfolgen. R. v. 12. April 1830. XXXV. 269. 270. — Die Gläubiger des Ehemanns haben auf den, demſelben an dem Eingebrachten der Ehefrau zuſtehenden Niesbrauch ſo weit derſelbe zur ſtandesmäßigen Unterhaltung der Ehefrau und der, in der Ehe erzeugten Kinder nöthig iſt, keinen Anſpruch. R. v. 7. Juni 1833. XLII. 131 — 133. — Ueber die Dauer des Nießbrauchsrechts des Ehemannes an dem Eingebrachten während des Eheſcheidungsprozeſſes. R. v. 2. Sept. 1833. XLII. 134. 135. — Eine mit ihrem Ehemanne nicht in Gütergemeinſchaft lebende Ehefrau haftet für die Verpflegungs und Verhaftungskoſten ihres Ehemannes nur mit den Einkünften, nicht mit der Subſtanz ihres Eingebrachten. R. v. 17. Dezbr. 1833. XLII. 450 — 452. — gewerbetreibende, anſäßiger Bürger, ſind zur Ge-

winnung des Bürgerrechts nicht verpflichtet. v. K. A. 25. I. 149. — geſchiedene, nicht für ſchuldig erklärte, brauchen daſſelbe auch nicht zu gewinnen. 17. IV. 120. — 18. III. 746. — geſchiedene, deren Trauungen bei Wiederverheirathungen. 20. IV. 768. — im Eheſcheidungsprozeſſe begriffene, was bei deren Trauungen von den Predigern zu beobachten iſt. 21. I. 81. — geſchiedene, deren Verhältniſſe zur allgemeinen Wittwen-Verpflegungs-Anſtalt. 25. I. 36. — Verantwortlichkeit deren Männer für die von erſtern im Gewerbebetrieb begangenen Polizei-Kontraventionen. 29. II. 329. — Ehefrauen von Bürgern, geſchiedene und nicht für den ſchuldigen Theil erklärte, Rechte derſelben aus dem mit überkommenen Bürgerrechte. 31. III. 571. ff. — deren Vertretungen bürgerlicher Angelegenheiten. R. v. 27. Aug. 1834. — 34. III. 751. — ſiehe überhaupt Alimente. Bürgerrecht. Bürgſchaft. Eingebrachtes der Ehefrau. Gefängnißſtrafe. Gemüthszuſtand. Kontraktsfähigkeit. Kreditirte Sachen. Märkiſche Ehefrau. Miteigenthum. Negotium muliebre suo artificio. Unterſuchungskoſten. Vollmacht. Züchtigungsrecht. — Wird ein Lotterie-Gewinn, Eigenthum einer Ehefrau, wenn dieſelbe das Loos gekauft, das Einſatzgeld aber von dem, von ihrem Ehemanne zur Beſtreitung der Wirthſchaftskoſten gegebenen Gelde entnommen hat? S. u. Str. R. 1. B. No. 78. p. 303. — (geſchiedene) Eine Wittwe deren zweite Ehe durch richterlichen Ausſpruch ohne ihr Verſchulden getrennt worden, iſt wieder zur vollen Wittwen-Penſion aus der allgemeinen Wittwen-Verpflegungs-Kaſſe berechtigt. S. u. Str. R. 1. B. No. 64. p. 228. — ſiehe auch Ehegatten. Gilt die in Anſehung des eingebrachten Vermögens geſetzlich ausgeſprochene Nichtigkeit einer von der Ehefrau, während der Ehe, ohne Bewilligung des Mannes gemachten Schuld, nur für die Dauer der Ehe, oder iſt, auch nach getrennter Ehe, die Ehefrau zur Bezahlung einer ſolchen Schuld rechtlich nicht verpflichtet? S. u. Str. R. 2. B. No. 27. p. 262. — Iſt die von einer Ehefrau zum gerichtlichen Protokoll und mit Zuziehung eines Beiſtandes erklärte Uebernahme der Schulden ihres Ehemanns, auch ohne Certioration rechtsverbindlich, wenn das Protokoll ergiebt, daß ihr das Weſen und die Folgen der Expromiſſion bekannt geweſen ſind? S. u. Str. R. 2. B. No. 28. p. 266. — Eine Ehefrau, die ſich in einem Schuldinſtrumente mit ihrem Manne als Selbſt- oder Mitſchuldnerin verpflichtet hat, haftet auch als Bürgin nur dann, wenn ſie, wie bei der Uebernahme einer Bürgſchaft gerichtlich certiorirt worden iſt. S. u. Str. R. 2. B. No. 29. p. 271. — Dieſe Certioration wird auch bei Ehefrauen erfordert, die für ſich ein eigenes Gewerbe treiben, welches ſeiner Beſchaffenheit nach, Credit und Verlag erfordert, wofern nur in dieſem Falle das Dar-

lehn nicht zum Betriebe eines Gewerbes gegeben iſt. S. u. Str. R. 2. B. No. 29. p. 272. Kann eine Ehefrau aus den Gehaltsabzügen ihres Ehemannes für ihr Eingebrachtes auch dann Sicherheits-Beſtellung verlangen, wenn ihr Ehemann vermögend iſt, ſie ſtandesmäßig zu ernähren? S. u. Str. R. 2. B. No. 30. p. 282. Haftet eine Ehefrau, die ſich in einem Schuldinſtrumente als Selbſt- oder Mitſchuldnerin verpflichtet hat, als Bürgin, wenn ſie nicht, wie bei der Uebernahme einer Bürgſchaft, gerichtlich certiorirt worden iſt? S. u. Str. R. 3. B. No. 24. p. 249. — In welche Klaſſe ſind die Kindeskinder der verſtorbenen Ehefrau des Gemeinſchuldners mit einer Forderung zu lotiren, welche ſich darauf gründet, daß ihre Großmutter mittelſt Teſtaments ihr Vermögen, nach Abzug des ihrer jetzt verſtorbenen Tochter ausgeſetzten Pflichtheils, ihrem Ehemanne, dem Gemeinſchuldner, zum lebenslänglichen Nießbrauche hinterlaſſen, und verordnet hat, daß daſſelbe nach ſeinem Tode an ihre Tochter, nach Bewandniß der Umſtände, ganz oder theilweiſe zurückfallen ſolle? S. u. Str. R. 3. B. No. 33. p. 376.

Ehegatten, ſ. Auseinanderſetzung. Eigenthumsrechte. Erbregulirung. Erbſchaftsſtempel. Portio statutaria. Religion. Statutariſches Recht. — überlebende, ſiehe communis bonorum prorogata (Eheleute) Erbfolge derſelben in den mit Weſtpreußen vereinigten Diſtrikten. G. S. 1820. p. 62. — erbliche Verhältniße derſelben in den wieder vereinigten Provinzen. G. S. 1814. p. 91. — Verbrechenshalber entwichene, deren Vorladung in Beziehung auf Trennung der Ehe. G. S. 1810. (A.) p. 731. — Gütergemeinſchaft unter ſelbigen; ſiehe dieſe. — Verhütung von Mißbräuchen bei Abtretung des Vermögens unter denſelben. v. K. A. 33. III. 765. — Wenn in der Chur- und Neumark der, in einem wechſelſeitigen Teſtamente als Erbe eingeſetzte, überlebende Ehegatte, ohne daſſelbe publiziren zu laſſen, und die Legate auszuzahlen, im Beſitze des Nachlaſſes bleibt, über dieſen willkührlich disponirt, und ſich über die Erbesantretung nicht erklärt, können nach ſeinem ebenfalls erfolgten Tode, ſeine Beneficial-Erben ſich gegen die, auf Auszahlung dringenden Legatarien des erſten Ehegatten, durch Verzichtleiſtung auf deſſen Nachlaß ſchützen? S. u. Str. R. 1. B. No. 74. p. 277. — Wenn ein Ehemann, den, von ſeiner Ehefrau ausgeſtellten Schuldſchein unterſchreibt, ſo enthält dies eine Genehmigung der Schuld. S. u. Str. R. 1. B. No. 79. p. 309. — Die Beſtimmung des Allg. Landrechts, wonach der Ehemann wegen einer Schuld ſeiner Ehefrau, in welche er eingewilligt hat, mit ſeiner Perſon und ſeinem Vermögen den Gläubigern haftet, weicht vom gemeinen Recht nicht ab. S. u. Str. R. 1. B. No. 79. p. 309. — Wenn jüdiſche Eheleute, welche nach den für ſie geltenden jüdiſchen Ritual-

geſetzen, mithin nicht in Gütergemeinſchaft lebten, zur Zeit ihres Uebertritts zur chriſtlichen Religion an einem Orte wohnen, wo die Gütergemeinſchaft für chriſtliche Eheleute ihres Standes gilt, ſo wird durch dieſen Uebertritt Gemeinſchaft der Güter unter ihnen eingeführt. S. u. Str. R. 2. B. No. 31. p. 285. — Wenn Eheleute ſich vor Einführung des Allg. Landrechts verheirathet und die geſetzlich ſtatt findende Gütergemeinſchaft durch Vertrag ausgeſchloſſen, dieſe Ausſchließung aber nicht öffentlich bekannt gemacht, auch die Bekanntmachung nicht bei Einführung des Allg. Landrechts nachgeholt haben; iſt in einem ſolchen Falle anzunehmen, daß von der Zeit an, da das Allg. Landrecht in Kraft getreten iſt, in Beziehung auf dritte Perſonen, die Gemeinſchaft der Güter unter ihnen ſtatt findet? S. u. Str. R. 2. Band No. 32. p. 290. Eheleuten, welche in Gütergemeinſchaft leben, ſind die Zinſen eines Capitals dergeſtalt legirt, daß anzunehmen iſt, dieſelben ſollen ihnen ſo lange ſie beide leben, gemeinſchaftlich, nach dem Tode des einen aber, dem Ueberlebenden ausſchließlich gebühren. Es frägt ſich, ob in einem ſolchen Falle die Gläubiger des erſt verſtorbenen Ehemannes, Behufs ihrer Befriedigung, die Zinſen des ganzen Kapitals, bis zum Tode der überlebenden Wittwe, in Anſpruch zu nehmen berechtigt ſind? S. u. Str. R. 2. B. No. 33. p. 305. Wenn ein Ehemann, bei Eingehung ſeiner Ehe, wegen Minderjährigkeit ſich unter Vormundſchaft befunden hat, und deshalb die ſonſt nach Provinzial-Geſetzen ſtatt findende eheliche Gütergemeinſchaft ſuspendirt geblieben iſt; binnen welcher Zeit kann derſelbe, nach erfolgter Großjährigkeit durch gerichtliche Erklärung die eheliche Gütergemeinſchaft ausſchließen? S. u. Str. R. 2. B. No 34. p. 312.

Ehegelöbniß, ſ. a. Schwängerung. A. L. R. II. I. 1 — 135. von den Ehegelöbniſſen der Militairperſonen. E. v. 18. Juni 1701. E. S. III. I. No. 68. v. 17. Jun. 1705. No. 88. v. 21. Apr. 1709. No. 94. Rgl. v. 29. Apr. 1711. No. 96. V. v. 21. Juli 1717. No. 139. Conſiſt. Rgl. v. 15. Jul. 1750. p. 237. C. IV. G. E. daß die von einem Officiere ohne Königlichen Conſens geſchloſſene Ehe, wenn ſich gleich durch die Trauung vollzogen worden, für nichtig zu achten, und dadurch nicht gültig werde, daß ſie nach erhaltenem Abſchied fortgeſetzt worden v. 3. Sept. 1792. Kl. A. p. 271. X. (A. L. R.. II. I. 34. 35.) Wenn während des Prozeſſes über deſſen Gültigkeit der eine Theil Erlaubniß zur Verehelichung ſucht, muß er ſich erklären, dem Gegentheil eventualiter ein convenables Abſtandsquantum zu leiſten. R. v. 8. Nov. 1765. E. S. p. 1089. III. wie die effectus civiles zu beſtimmen, wenn ein bündiges Ehegelöbniß vorhanden und der Bräutigam die Ehe nicht vollziehen will. R. v. 22. Febr. 1768. p. 2051. IV. v. 5. Dec. 1768. p. 5047. in dergleichen Sachen ſoll auf die renovirte Conſtitution von Ver-

löbniß- und Eheſachen, vom 15. Dec. 1694. I. II. No. 58. c. D. welche sponsalia als publica gültig geachtet werden ſollen, vom 2. Sept. 1717. No. 112. und R. wegen der Eydesdelation, wenn des Schwängerers Vater nicht darin conſentirt hat, v. 15. Febr. 1734. VI. II. No. 241. reflectirt werden. R. v. 1. Febr. 1770. p. 6645. IV. hat die Mannsperſon separatam oeconomiam, iſt mithin sui juris, wird die väterliche Einwilligung nicht erfordert, wenn eine unberüchtigte Perſon unter dem Verſprechen der Ehe geſchwängert worden. H. B. II. 122. Wenn die Einwilligung beiderſeitiger Eltern vorhanden, iſt zur Verlobung die Gegenwart von Zeugen nach der allegirten Conſtitution nicht erforderlich. Behm. Ius. nov. c. Obs. 89. — Ehegelöbniſſe müſſen, in ſo fern das Aufgebot welches nach dem A. L. R. Th. 2. Tit. I. §. 92. einem förmlichen Ehegelöbniſſe gleich zu achten, es ſey zum erſten, zweiten oder dritten Male bereits geſchehen. R. v. 29. Sept. 1795. St. B. p. 247. II. p. 295. XV. E. S. p. 1878. X. — noch nicht erfolget, gerichtlich oder vor einem Juſtizocmmiſſarius Notarius geſchloſſen werden. A. L. R. Th. 2. Tit. I. §. 82. A. G. O. Th. 2. Tit. 1. §. 10. — die Einwilligung des Vormundes iſt zur Verlobung nach Märkſchen Geſetzen unumgänglich nothwendig. Lief. 2. p. 90. ſ. a. Adel. — Von Abfindung einer verlobten Braut. H. B. VIII. 20. Erforderniſſe eines gültigen Ehegelöbniſſes nach jüdiſchem Gebrauch, Atteſt v. 16. Jan. 1772. H. B. VIII. 22. — Die Kirchen-Policeybehörde iſt nicht befugt, dem unerlaubten Zuſammenwohnen verlobter Perſonen allenfalls durch executiviſche Zwangsmittel zu ſteuern. R. v. 24. Jun. 1799. St. B. p. 147. Th. IX. — ſiehe Aufgebot.

Ehegeſetze. Von Beſtrafung der Uebertretung der, A. L. R. Th. 2. Tit. 1. §. 1022.

Eheleute, A. L. R. II. I. 173 — 433. auch in Preußen behält ein von einer Ehefrau dem erſten Ehemanne per pacta dotalia conſtituirter dos bei der zweiten Heyrath qualitatem dotis, wenn nicht ein anderes ausdrücklich abgeredet worden. G. E. v. 25. Oct. 1788. Kl. A. 289. III. die fructus naturales deſſelben gehören dem Manne H. B. V. 113. von deſſen Revocation. H. B. VI. 92. Von den Rechten des Ehemannes über das Vermögen der Frau. ebendaſ. VI. 28. 104. in Abſicht der Paraphernalien. ebd. VI. 30. 91. Ein Ehemann kann während der Ehe in praejudicium portionis statutariae veräußern. Lief. 2. p. 47. Augmentum dotis (die Verbeſſerung) und donatio propter nuptias (Gegenvermächtniß) ſind regulariter nach der Märkſchen Lehnsconſtitution Synonima, Behm. Ius nov. c. Obs. 104. — ſ. auch Gütergemeinſchaft. geſchiedene; ſ. Kinder, Trennung.

Eheliche Geburt; ſ. Geburt, eheliche, auch Zunft-Verfaßung.

Eheliche Gütergemeinſchaft, ſ. Corvey. Gütergemeinſchaft. Hachenburg. Paderborn. Weſtphalen.

Eheliche Pflicht. Bei Entſcheidnng der Frage, ob eine halsſtarrige und fortdauernde Verſagung der ehelichen Pflicht ſtatt finde, kommt es nicht ſowohl auf die Länge der Zeit, als auf die Moralität der Handlung an; darauf nämlich: ob jene Verſagung ihren Grund in einer völligen Abneigung hat? S. u. Str. R. 1. B. No. 87. p. 351. — Was heißt halsſtarrige und fortdauernde Verſagung der ehelichen Pflicht? S. u. Str. R. 1. B. No. 97. p. 398. — Entbindet Armuth und die Unmöglichkeit, mehr Kinder zu ernähren, von deren Leiſtung? S. u. Str. R. 1. B. No. 97. p. 398. — Muß die Ehefrau den Mann dazu auffordern? S. u. Str. R. 1. B. No. 97. p. 398.

Ehemann. Was den Umfang und die Wirkungen des juris advitalitatis, welches ein Ehemann ſeiner Frau in ſeinen Gütern und Vermögen per modum pacti beſtellt, und den Einfluß betrifft, welcher einer ſolchen Verſchreibung auf die Rechte des Ehemannes in Anſehung der Diſpoſition über ſeine Güter während ſeiner Lebenszeit beizulegen, ſo iſt durch das R. v. 23. May 1791. an die Weſtpreußiſche Regierung feſtgeſetzt: daß die Diſpoſition des Mannes über ſein Vermögen bei ſeiner Lebenszeit durch das ſeiner Frau verſchriebene Lebetagsrecht keinesweges eingeſchränkt wird, daß daher auf den bloßen Grund einer ſolchen Verſchreibung weder zur Eintragung ſpäterer Schulden, noch zur Löſchung des tituli possessionis, noch zu andern über ein Immobile zu treffenden Verfügungen, noch zur Löſchung des juris advitalitatis ſelbſt, wenn gleich daſſelbe auf den Antrag des Beſitzers im Hypothekenbuche wirklich vermerkt worden, die Zuziehung und Einwilligung der Ehefrau erforderlich iſt. — Dahingegen muß auf den Fall, wann eine ſolche Ehe, wo der Frau das Lebetagsrecht verſchrieben iſt, durch richterliches Erkenntniß getrennt, und der Mann für den ſchuldigen Theil erklärt wird, in den wegen Abfindung der Frau durch Vergleich oder Erkenntniß feſtzuſetzenden Beſtimmungen auch das Erforderliche wegen des einer ſolchen Frau ſchon ex tunc zukommenden Genuſſes ihres Lebtagsrechts nach allgemeinen geſetzlichen Vorſchriften regulirt werden, und iſt es alsdann der Frau unbenommen, ſo weit ihr danach ein ſolcher wirklicher Genuß ſchon während der Lebzeit ihres Mannes zukommt, das Nöthige deßhalb zur Salvirung ihres dinglichen Rechts im Hypothekenbuche vermerken zu laſſen. Aber auch in dieſem Falle kann die Frau die vor Eintragung dieſes Vermerks von ihrem geſchiedenen Manne über das Immobile bei dem Hypothekenbuche getroffenen Dispositiones in praejudicium tertii keinesweges anfechten. (ungedr.) — Wann nach Vorſchrift der Geſetze. A. L. R. Th. 2. Tit. 2. §. 2. f. f., der, gegen die geſetzliche Ver-

muthung eines ehelich von ihm erzeugten Kindes nur gehöret werden darf. R. v. 5. Nov. 1802. St. B. 336. XVII. — Von Verhaftung deſſelben wegen der ſeiner Ehefrau zu zahlenden Alimente. R. v. 20. Aug. 1806. J. M. III. 415. — Daß dem Ehemann das Recht der mäßigen Züchtigung gegen ſeine Ehefrau zuſtehe, iſt in den Geſetzen nicht gegründet. R. v. 28. Jan. 1812. v. K. J. 30. I. Der unſchuldige, bleibt bei Criminal-Unterſuchungen gegen ſelbige von Tragung der Koſten aus eigenen Mitteln in ſo fern frei, als das von derſelben begangene Verbrechen ihn auf Eheſcheidung anzutragen berechtigt. A. L. R. II. I. 190. 191. ſ. a. R. v. 25. Jan. 1796. J. M. 301. I. Rabe, 250. III. — muß ſie aber tragen, wenn er nicht darauf anträgt. R. v. 7. Sept. 1811. M. S. 264. Iſt ein Ehemann dem Gläubiger ſeiner Ehefrau wegen der Zinſen eines auf ihrem Gute eingetragenen Capitals, vermöge ſeines maritariſchen Nießbrauches an dieſem Gute, auf Höhe der davon gezogenen Nuzzungen perſönlich verhaftet? S. u. Str. R. 3. Band No. 22. p. 237.

Eheſcheidung, A. L. R. II. I. 668 — 834. Conſ. Ord. v. 1573. C. C. I. I. No. 7. p. 330. R. die einer geſchiedenen Ehefrau zu beſtimmende Zeit der anderweiten Verheirathung betr. v. 27. Febr. v. 12. März 1759. p. 345. 351. II. v. 28. Sept. 1761. p. 75. III. E. gegen die Mißbräuche (ſ. a. Cabinets-Reſolution v. 12. Juni 1752. Behm. Ius. nov. c. Obs. 106.) der Eheſcheidungen v. 17. Nov. 1782. p. 1613. VII. in welchen Fällen es künftig nur der Bevormundung der Kinder und eines per sententiam feſtzuſetzenden Pflichttheils für ſelbige bedarf. Cirk. V. v. 30. Dec. 1798. p. 1834. X. von Anwendung der Grundſätze dieſes Ed. auf katholiſche Glaubensgenoſſen. G. C. v. 26. Oct. 1786. p. 194. VIII. Kl. A. 288. I. H. B. III. 50. G. C. ad §. 12. v. 6. Juni 1786. Kl. A. 278. I. wenn die von den geiſtlichen Obern zu ertheilende Diſpenſation (Inſtr. für die Weſtpr. Regierung v. 1773. C. C. p. 2138. V. c. für die Oſtpreußiſche v. 1774. p. 458. V. d.) verweigert wird. R. v. 13. Febr. 1797. p. 927. X. St. B. p. 281. V. — Wie die Eheſcheidungsſtrafe (bei den vor dem 1. Juni 1794. eingegangenen Ehen. R. v. 2. Nov. 1795. p. 1878. X.) zu beſtimmen und zwar in Anſehung der Ehefrau nach Lübſchem Recht. G. C. v. 12. Juli 1782. Kl. A. 39. I. v. 7. Sept. 1781. p. 217. III. wenn ein Stettinſcher Bürger von ſeiner Ehefrau geſchieden und für ſchuldig erkannt. G. C. v. 13. Sept. 1782. p. 56. I. wenn bei Perſonen bürgerlichen Standes in Weſtpreußen die Ehe getrennt und keiner für den ſchuldigen Theil geachtet worden. G. C. v. 3. Mai 1782. p. 26. I. bei einer allgemeinen ehelichen Gütergemeinſchaft. v. 25. Oct. 1788. p. 273. III. beſonders wegen Repartirung der aus dem gemeinen Gute bezahlten Schulden. G. C. v. 6. Juni 1789. p. 154. V. Bei Perſonen, die mit einander in communione bonorum uni-

versali gelebt, wird von dem acquaestu conjugali die Hälfte dem Vermögen der ſchuldigen Ehefrau beigerechnet, und von dieſem die Eheſcheidungsſtrafe beſtimmt. G. E. v. 26. Juni 1794. p. 36. XIII. E. S. p. 1856. X. wenn in der Mark die Ehefrau für ſchuldig erkannt, und des Ehemannes Schulden deſſen Vermögen überſteigen, und wie das Vermögen des ſchuldigen Ehemannes auszumitteln? G. E. v. 21. Aug. 1792. Kl. A. 264. X. E. S. p. 1084. IX. in wie fern die Impotenz des Ehemannes die Eheſcheidung nach ſich ziehet. G. E. v. 6. Juni 1786. Kl. A. 278. I. die Ausmittelung der Eheſcheidungsſtrafe erfordert zur Beſtimmung des Werths der Grundſtücke des ſchuldigen Ehegatten nur die Aufnahme einer legalen Taxe. G. E. v. 22. März 1785. p. 174. I. — Durch die erfolgte Eheſcheidung werden die Ehepacten diſſolvirt. H. B. I. 52. — In wie weit eine umſtändliche Entwickelung der auf den angeſchuldigten ehebrecheriſchen Umgang Bezug habenden Thatſachen erforderlich. A. G. O. Th. 3. Tit. 3. §. 27. durch Wiederherſtellung des Ehebandes geſchiedener Eheleute werden die bei dem Scheidungsproceſſe wegen des Pflichttheils der Kinder getroffenen Verfügungen nicht aufgehoben. R. v. 11. März 1793. E. S. p. 1469. IX. — Das Intermiſticum dauert, wenn die Eheſcheidung auch durch ein Erkenntniß für unſtatthaft erklärt worden, während des übrigen Laufs des Prozeſſes fort. R. v. 22. Febr. 1796. St. B. p. 186. II. E. S. p. 1895. X. Wie zu verfahren, wenn der Aufenthalt der Ehefrau zwar bekannt, aber dergeſtalt aus den Königlichen Staaten entlegen iſt, daß keine richterliche Verfügung zur Rückkehr ſtatt finden kann. R. v. 4. May 1795. E. S. p. 1863. X. — Bei Beurtheilung der Gründe einer nachgeſuchten Eheſcheidung ſind nur die zur Zeit der verlangten Trennung zur Richtſchnur vorgeſchriebenen Geſetze für entſcheidend zu achten, und findet hierin in Anſehung ſolcher Ausländer, welche erſt nach ihrer Verheyrathung in hieſigen Landen ihren Wohnſitz aufgeſchlagen, keine Ausnahme ſtatt R. v. 14. Jan. 1799. St. B. p. 301. Th. VIII. Wenn bereits vor Publikation der Circ. Verordnung v. 30. Dec. 1798. E. S. p. 1834. X. auf die Ausſetzung eines Pflichttheils erkannt, ſolcher aber zur Zeit noch nicht ausgemittelt und ſicher geſtellt worden. R. v. 17. Jul. 1799. St. B. p. 342. Th. X. Um die Ehe eines von dem weltlichen Richter geſchiedenen Catholiken für zuläſſig und gültig zu achten, bedarf es zu deren anderweiten Eingehung keiner Diſpenſation der Geiſtlichen Obern. R. v. 15. März 1799. St. B. p. 146. Th. IX. Doch kann Niemanden gewehret werden, wenn ſich Gewiſſens-Bedenklichkeiten finden, die geiſtliche Diſpenſation zu ſuchen. R. v. 17. Juli 1800. R. Arch. p. 297. Th. 1. H. 3., und iſt, wenn von dem katholiſchen Conſiſtorium auf Separation a thoro et mensa unter Beifügung der gewöhnlichen Formel erkannt, die

Sache nur ſo zu betrachten, als wenn auf eine Separation auf beſtimmte Zeit erkannt worden. R. v. 29. März 1800. N. Arch. p. 121. Th. 1. H. 2. über effectus civiles, über Strafen der Eheſcheidung haben die geiſtlichen Gerichte gar nicht zu erkennen. R. v. 17. Jul. 1800. ad 7. N. Arch. p. 294. Th. 1. H. 3. auch iſt in Eheſcheidungsſachen der Katholiken das canoniſche Recht anzuwenden ad 12. p. 296. — Auch wider die zurückgebliebene Ehefrau eines fremden in hieſigen Landen ſich etablirten Deſerteurs kann im Preußiſchen die Eheſcheidungsklage angeſtellt werden. R. v. 28. Oct. 1799. St. B. p. 294. XV. ſ. jedoch R. wegen Zulaſſung der von der Ehefrau eines franzöſiſchen Obriſten angemeldeten Eheſcheidungsklage, v. 8. Febr. 1802. p. 306. Wenn geſchiedene Eheleute ſich wiederum heyrathen, fallen alle Wirkungen des Eheſcheidungsurtels weg. R. v. 4. Febr. 1799. St. B. p. 239. VIII. mithin ceſſiret auch die wegen des zuvor erkannten Pflichttheiles beſtellte Caution. R. v. 10. Nov. 1800. N. A. p. 433. B. 1. R. die Wirkung einer erkannten Separation a thoro et mensa betr. v. 1800. E. S. p. 2823. X. — Das an die Pommerſche Regierung in katholiſchen Eheſcheidungsſachen ergangene Reſcript v. 22. Jan. 1790. p. 2855. VIII. findet auch auf die Neumark Anwendung. R. an die Neum. Reg. v. 3. Jan. 1803. N. A. 129. B. 3. — Welche Belehrungen katholiſcher Glaubensgenoſſen bei Einleitung ihrer Eheſcheidungs-Proceſſe von weltlichen Richtern gemacht werden ſollen. R. v. 8. Sept. 1801. St. B. 155. XVII. u. N. A. 294. III. u. J. M. 14. II. — Auch die Eheſcheidungsklagen nicht eximirter katholiſcher Eheleute müſſen bei dem Untergerichte erörtert werden. R. v. 22. Sept. 1803. J. M. B. II. 427. — Einem Ehemann, welcher von der ihm zuſtehenden Befugniß, wegen des von ſeiner Ehefrau begangenen Verbrechens, A. L. R. Th. 2. Tit. 1. §. 704 — 707. auf, anzutragen, keinen Gebrauch macht, kann die Befreiung von Bezahlung der Unterſuchungskoſten nicht zu ſtatten kommen, da §. 191. c. l. und §. 611. der Cr. Ordn. nicht das bloße Recht des Ehemannes auf Scheidung anzutragen, ſondern die Ausübung dieſes Rechts und die wirkliche Scheidung vorausſetzen. R. v. 7. Sept. 1811. M. S. 264. — (Ehetrennungen) rechtliche Beſtimmungen rückſichtlich derſelben in den wieder vereinigten Provinzen. G. S. 1814. p. 91. — bei Militairperſonen, gehören vor die Civil-Gerichtsbarkeit derſelben. G. S. 1809. p. 579. — Gebühren-Sätze in ſelbigen. G. S. 1809. p. 583. — dem Sühneverſuch müſſen ſich Militairprediger in denſelben unentgeldlich unterziehen. G. S. 1811. p. 185. — Verfahren bei Anträgen auf ſelbige rückſichtlich der aus den letzten Kriegen nicht zurückgekehrten Militairperſonen. G. S. 1817. p. 15. — in den Rheinprovinzen, als Folge der Todeserklärung der aus den Kriegen von 1806 — 1815. nicht zurückgekehrten Perſonen.

G. S. 1828. p. 93. — Verfahren in Beziehung auf ſelbige unter den Juden. G. S. 1812. p. 20. — Ob die Vorſchrift des A. L. R. Th. 2. Tit. 1. §. 668. ff. auch bei Trennung jüdiſcher Ehen anzuwenden? R. v. 17. Jan. 1812. v. K. J. 23. I. R. den Sühnverſuch betr. v. 25. Febr. 1812. p. 36. die Beſtimmung der Eheſcheidungsſtrafe, v. 8. Mai 1812. p. 51. Von den Eheſcheidungen der Juden in Folge des E. v. 11. März 1812. ſ. a. P. A. B. 135. IV. — Bei den Eheſcheidungen der Juden bleibt es den Rabbinern unbenommen, auf den Antrag ihrer Glaubensgenoſſen noch fernerhin Scheidebriefe zu ertheilen. R. v. 17. Aug. 1813. v. K. J. 196. II. — ebendaſ. p. 23. I. — Befugniß der Ehefrau, wegen der vagabondirenden Lebensart ihres Mannes auf Eheſcheidung zu klagen. Reſcr. v. 2. Sept. 1815. v. K. J. VI. 5. — Wirkungen der von dem erzbiſchöflichen Conſiſtorio vorgenommenen Annullirung einer Ehe. Reſcr. v. 10. Oct. 1816. VIII. 239. — Wem in dem Falle des §. 81. des Anh. zum A. L. R. die Beurtheilung der gänzlichen Unwahrſcheinlichkeit einer Wiederausſöhnung unter ſeparirten katholiſchen Eheleuten gebühre. Reſcr. v. 22. Dec. 1820. XVI. 222. — Eine Ehe, welche unter der Herrſchaft der franzöſiſchen Geſetzgebung noch nicht rechtsförmlich getrennt geweſen, iſt für fortbeſtehend zu achten, und kann nur durch Urtel und Recht getrennt werden. R. v. 4. Juli 1823. XXII. 70. — ſ. Geſchäftstabellen und Liſten. Scheidebriefe. — das Forum bei der Eheſcheidung katholiſcher Ehegatten in Schleſien betr. R. v. 2. Juli 1831. XXXVIII. 93. — In wie fern werden rechtskräftige Eheſcheidungs-Erkenntniſſe unkräftig, und bedarf einer neuen Trauung? R. v. 23. Jan. 1832. XXXIX. 132. 133. — Ueber die Befugniß des Obergerichts, ein in Eheſcheidungs-Prozeſſen getroffenes Intermiſtikum abzuändern. R. v. 6. Apr. 1832. XXXIX. 152. 153. — Verfahren rückſichtlich derſelben in den Provinzen, in welchen das Franzöſiſche Recht noch gilt. v. K. A. 22. I. 105 — 107. — Es berechtigt den Ehemann der ihm, zur Zeit der eingegangenen Ehe, unbekannte Umſtand, daß ſeine Ehefrau mit andern Männern Umgang gepflogen hat, auf Eheſcheidung zu klagen. S. u. Str. R. 1. B. No. 11. p. 37. — Die geſetzliche Beſtimmung, welche den Richter erlaubt, in beſondern Fällen, wo nach dem Inhalte der Akten der Widerwille ſo heftig und tief eingewurzelt iſt, daß zu einer Ausſöhnung und zur Erreichung der Zwecke des Eheſtandes gar keine Hoffnung mehr übrig bleibt, eine ſo unglückliche Ehe zu trennen, bezieht ſich nicht blos auf kinderloſe Ehen. S. u. Str. R. 1. B. No. 55. p. 202. — Eine Wittwe, deren zweite Ehe durch richterlichen Ausſpruch ohne ihr Verſchulden getrennt worden, iſt wieder zur vollen Wittwen-Penſion aus der allgemeinen Wittwen-Verpflegungs-Kaſſe beberechtigt. S. u. Str. R. 1. B. No. 64. p. 228. — ſiehe auch ehe-

liche Pflicht. — ſiehe überhaupt auch Citation. Pflichttheil.

Eheſcheidungs-Erkenntniſſe, Erbſchaftsſtempel von Strafen und Abfindungen aus ſelbigen. G. S. 1822. p. 77. — ſoll nicht weiter erhoben werden. G. S. 1828. p. 71. — Die Gerichtsbehörden ſind angewieſen, bei der Eröffnung eines Eheſcheidungserkenntniſſes nicht allein die vollſtändige Belehrung in Anſehung der dagegen zuläſſigen Rechtsmittel demſelben ſchriftlich beizufügen, ſondern ſie auch den Partheien mit Sorgfalt bekannt zu machen, und ihnen die Anweiſung zu ertheilen, nach beſchrittener Rechtskraft die Ausfertigungen der Erkenntniſſe wieder einzureichen, damit das darüber erforderliche Atteſt jedesmal dem Urtel beigefügt und ſo den Partheien zurückgegeben werde. Reſcr. v. 6. Jan. 1821. v. K. J. XVII. 253. — ſ. Eheſcheidungsſtrafe.

Eheſcheidungs-Klage; ſ. Alimente.

Eheſcheidungs-Liſte. Sämmtliche Königl. Gerichte ſind von der Einſendung der Liſten über die getrennten Ehen dispenſirt. Reſcr. v. 24. Dec. 1824. v. K. J. XXV. 114.

Eheſcheidungsproceſſe, bei Inſtruction derſelben ſoll, wenn die Partheien bei der allg. Wittw. Verpflegungs-Anſtalt aſſociirt ſind, das Intereſſe beider Eheleute nach §. 26. litt. a. des Regl. v. 1775. bei erfolgender Trennung der Ehe reguliret, und der General-Direction von der Rechtskraft des Erkenntniſſes ex officio Nachricht gegeben werden. R. v. 30. Sept. 1799. St. B. 350. IX. — R. die Befugniß der Erben zur Fortſetzung einer Eheſcheidungsklage ad effectus civiles ratione successionis betr. v. 3. Dec. 1798. St. B. p. 420. Th. X. ſ. a. St. B. p. 231. XII. — die Eheſcheidungsproceſſe der Juden (in Neu-Oſtpreußen) gehören vor die chriſtlichen Gerichte. R. v. 3. März 1708. St. B. p. 180. Th. X. — Beſcheinigung der Sävitien und Sicherſtellung des Eingebrachten der Ehefrau, im Eheſcheidungsprozeſſe. Reſcr. v. 15. Juli 1819. v. K. J. XIV. 6. — ſ. Alimente. Mandatariengebühren. Stempel. — Ueber die Dauer der Alimentation der Ehefrau während des Scheidungsprozeſſes. R. v. 2. Sept. 1833. XLII. 134. 135.

Eheſcheidungsſachen, die freiwillige Prorogation des Gerichtsſtandes in ſelbigen, iſt unzuläſſig. Cab. O. vom 25. Febr. 1833. G. S. 1833. p. 24.

Eheſcheidungs-Strafe. Im Eheſcheidungserkenntniſſe ſoll beſtimmt feſtgeſetzt werden, ob der vierte oder ſechste Theil von dem Vermögen des ſchuldigen Theils herausgegeben werden ſoll. Reſcr. v. 8. Mai 1812. v. K. J. I. 51. — Die in dem A. L. R. Th. II. Tit. 1. §. 663. seq. feſtgeſetzten erheblichen Urſachen der Schei-

dung finden auch auf die Trennung der Judenehen Anwendung. R. v. 17. Jan. 1812. I. 23.

Eheſtiftungen, ſ. Eheverträge.

Eheverbot, Conſ. Ord. v. 1573 C. C. I. I. No. 7. p. 711. Conſtit. v. 15. Dec. 1694. §. 17. I. II. No. 58. p. 122. C. v. 17. März 1710. §. 9. 10. II. I. No. 124. Allg. Ord. v. 21. Jun. 1713. §. 13. 14. No. 131. Landr. P. I. L. II. — Jedem ſoll zwar frey ſtehen, wo die Ehe nicht klar in Gottes Wort verboten, ſich zu verheyrathen R. v. 3. Jun. und v. 20. Aug. 1740. p. 341. 371. C. I. doch ſollen die Prediger bei allen verbotenen allenfalls diſpenſationsfähigen Ehen ohne höhere Erlaubniß weder aufbieten noch trauen. R. v. 4. Sept. 1788. p. 2211. VIII. — Dieſe Erlaubniß, deren Ertheilung überhaupt nicht den Landes-Juſtizcollegien zuſtehet, ſondern worüber in jedem einzelnen Falle nach wie vor, Landrecht v. 1749. Th. 1. Buch 2. Tit. 3. §. 17. R. v. 4. Sept. 1788. p. 2211. VIII. angefraget werden muß. R. an die Neumärkſche Reg. und Conſiſtorium v. 10. Auguſt 1795. iſt ertheilet bei der Ehe mit der Schweſtertochter. R. v. 9. Jan. 1749. C. C. p. 133. C. IV. mit des Bruders Wittwe. R. v. 12. und 18. Jan. 1748. p. 21. 23. C. IV. mit der verſtorbenen Frauen Schweſter-Tochter. R. v. 14. Jan. 1668. I. II. No. 24. v. 4. Jun. 1701. No. 72. R. v. 14. Jan. 1748. p. 21. C. IV. mit des Stiefbruders Wittwe. R. v. 18. Sept. 1743. p. 151. C. II. mit des verſtorbenen Vaters proclamirter Braut, die eidlich erhärtet, ſich fleiſchlich mit demſelben nicht vermiſcht zu haben. R. v. 1. Dec. 1758. p. 315. II. — abgeſchlagen worden mit der Stieftochter. R. v. 1. Febr. 1752. p. 281. I. auch mit einer unehelichen. G. C. v. 8. Jul. 1787. p. 284. VI. (ſ. R. v. 13. Aug. 1754. p. 687. I.) mit des Vaters-Bruders Wittwe. C. O. v. 11. Jul. 1770. p. 7311. IV. Behm. Ius nov. c. Obs. 79. mit des verſtorbenen Mannes Bruders-Sohn. R. v. 4. Nov. 1757. p. 271. II. und nachgegeben. R. v. 18. Oct. 1756. p. 175. II. in dem beſondern Falle, da die Wittwe durch ihres verſtorbenen Mannes Brudersſohn in ihrem Nahrungszuſtande beſonders unterſtützt wurde. C. O. v. 10. Jan. 1783. Kegels Auszüge aus den Conſiſtorial-Geſetzen. Berlin 1794. p. 43. — Katholiſche Glaubensgenoſſen müſſen die Diſpenſation bei ihren geiſtlichen Obern nachſuchen und ſolche zur Beſcheinigung dem Conſiſtorium nachweiſen, Inſtr. für die Weſtpr. Regierung v. 21. Sept. 1773. p. 2138. V. c. für die Oſtpreußiſche Regierung v. 30. Jul. 1774. p. 458. V. d. wie es zu halten, wenn dieſe Diſpenſation verweigert wird, beſtimmt das Reſcript v. 13. Febr. 1797. p. 927. X. St. B. p. 281. V. Von der Ehe des Curators mit ſeiner Curandin. H. B. I. 89. — A. L. R. II. I. 1 — 35. von Uebertretung der Ehegeſetze 1020 — 1026. — katholiſche, Verfahren rückſichtlich der Diſpenſation von ſelbigen. G. S. 1817.

p. 239. — 1826. p. 2. — ſiehe Legitimation unehelicher Kinder.

Eheverſprechen. Rechtliche Folgen eines ohne Grund genommenen Rücktritts von demſelben. A. L. R. II. I. 112—120. ſ. a. B. I. 136. — ſiehe Ehegelöbniß.

Eheverträge, über das Vermögen der Eheleute müſſen gerichtlich oder vor einem Juſtizcommiſſarius und Notarius geſchloſſen werden. A. L. R. Th. 2. Tit. 1. §. 82. 439 — 451. A. G. O. Th. 2. Tit. 1. §. 10. Pflichten des Richters bei deren Aufnahme. Th. 2. Tit. 3. §. 18. 19. — gerichtliche, die über deren nothwendige Errichtung noch beſtehende Vorſchrift in einem Theile des ſtandesherrlichen Gebiets Solms-Braunfels, wird aufgehoben. G. S. 1830. p. 62. — Ueber deren Form, wenn ſie zugleich Beſtimmungen von Todeswegen enthalten. R. v. 29. Juli 1833. v. K. J. XLII. 139 — 141. — ſiehe Kommiſſions-Gebühren. — Kann in einem, von Notar und Zeugen vor vollzogener Ehe, aufgenommenen Erb- und Ehevertrage einem Dritten, der dem Vertrage nicht ausdrücklich, mit Bewilligung beider Hauptcontrahenten beigetreten iſt, rechtsbeſtändig ein Legat hinterlaſſen werden? S. u. Str. R. 3. B. No. 7. p. 100. — Iſt ein ſolches Legat auch in ſo weit gültig, als es den zwanzigſten Theil des Nachlaſſes überſteigt? S. u. Str. R. 3. B. No. 7. p. 100. — Genügt es zur Rechtsbeſtändigkeit eines ſolchen Legats in ſeinem ganzen Umfang, wenn der eine Hauptcontrahent ohne das Legat widerrufen zu haben, ſtirbt, der andere Hauptcontrahent aber dem Legatar in einem Notariats-Inſtrumente die Zahlung zugeſichert hat? S. u. Str. R. 3. B. No. 7. p. 101. — im Poſenſchen, ſ. Poſen.

ſiehe überhaupt auch Teſtament. Verlautbarung.

Ehre, bürgerliche; ſ. Bürgerliche Ehre.

Ehrenbreitſtein, Amt, theilweiſe Abtretung von Naſſau an Preußen. G. S. 1818. (Anh.) p. 31. — wegen Wiederaufbauung der ehemaligen Feſtung daſelbſt. G. S. 1818. (Anh.) p. 32.

Ehrenbürgerrecht, Uebernahme von Stadtämtern, Seitens der mit jenem Beliehenen. v. K. A. 30. IV. 778. — Befugniß zur Ertheilung deſſelben. (rev. Städteordn.) G. S. 1831. p. 13. ſiehe auch Bürgerrecht.

Ehrenerklärung, als Privat-Genugthuung in Injurien-Sachen, findet nicht mehr Statt. G. S. 1811. p. 149.

Ehrenlegion, franzöſiſche, das Tragen deren Orden mit dem Bildniſſe Napoleons iſt preuß. Unterthanen verboten, mit der vom Könige von Frankreich getroffenen Abänderung aber erlaubt. G. S. 1815. p. 184.

Ehrenrechte, durch die Städteordnung verliehen, gehen mit dem Verluſte des Bürgerrechts verloren. G. S. 1822. p. 206.

— 1823. p. 42. — bürgerliche, gewerbliche Befugniße bei deren Verluſt. v. K. A. 23. IV. 94. — bürgerliche, Folgen deren Verluſtes rückſichtlich früher begangener Verbrechen. 28. I. 129. seq. — desgl. rückſichtlich der verweigerten Annahme öffentlicher Stadtämter. 28. II. 423.

Ehrenſtrafen (körperliche Züchtigung) auf ſelbige können Civilgerichte gegen inaktive Soldaten (Krümper) niemals erkennen. G. S. 1811. p. 154. — dürfen an Inhabern von Orden und Ehrenzeichen, vor dem Verluſte derſelben, nicht vollzogen werden. G. S. 1810. (A.) p. 634.

Ehrenverluſt; ſ. Adel.

Ehrenzeichen, königl. preuß., Erweiterungs-Urkunde für ſelbige v. 18. Jan. 1810. G. S. 1810. (A.) p. 632. bis 635. — ſollen nicht anders als in der vorgeſchriebenen Form getragen werden. G. S. 1816. p. 136. — auch ſoll damit kein Handel weiter ſtatt finden ebendaſ. — dürfen deren Beſitzer während der Erleidung von Feſtungs- und Freiheitsſtrafen nicht anlegen. G. S. 1822. p. 174. — Strafen für das unbefugte Tragen derſelben. G. S. 1816. p. 103. — 1821. p. 21. — die auf das unbefugte Tragen derſelben geſetzten Strafen finden auch bei der Nationalkokarde, dem National-Militairabzeichen oder dem Landwehrkreuze Statt. G. S. 1824. p. 214. — Vorſchriften wegen des Verluſtes derſelben. G. S. 1810. (A.) p. 634. 635. — Vor dem Allerhöchſten Ausſpruch über den Verluſt derſelben dürfen an den Inhabern keine Lebens-, Leibes- u. Ehrenſtrafen (Feſtungs-Arreſt und Gefängniß ausgenommen) vollzogen werden; ebendaſ. derſelben gehen die damit bekleideten diesſeitigen Unterthanen verluſtig, wenn ſie in feindlichen Kriegsdienſten widerſpenſtig beharren. G. S. 1812. p. 118. — 1813. p. 61. — allgemeines, erſter Klaſſe, deſſen Erhebung zur vierten Klaſſe des rothen Adlerordens, unter Beibehaltung des ſilbernen, mit einem Adler in erhabener Arbeit verſehenen Kreuzes. G. S. 1830. p. 6. — Nur ein allgemeines Ehrenzeichen ſoll in der jetzigen Form einer ſilbernen Medaille mit der Inſchrift: „Verdienſt um den Staat" beſtehen bleiben. G. S. 1830. p. 6. — fremde, deren Tragung von Seiten der aus andern Dienſten übernommenen Militairperſonen, und Verfahren, wenn ſolche von letztern verwirkt werden. G. S. 1817. p. 35. — ehemals weſtphäliſche, dürfen preuß. Unterthanen nicht tragen. G. S. 1815. p. 84. 184. — ſ. auch Verdienſt-Medaillen und Orden. — Urkunde über die Stiftung deſſelben für Rettung aus Gefahr, v. 1. Febr. 1833. G. S. 1833. p. 65. — dürfen während der Erleidung von Feſtungs- und andern Freiheitsſtrafen nicht getragen werden. v. K. A. 22. II. 286. — Militair-, ſ. letztere. — wirkliche, damit dürfen Wachsfiguren nicht ausgeſchmückt werden. 33. IV. 1009. — für Rettung aus Gefahr,

Anzeige von ihrer Erledigung. R. v. 2. Febr. 1834. — 34. I. 200. (und Orden) Verfahren wegen Abnahme der Beſitz- und Erbberechtigungsſcheine über Orden und Ehrenzeichen während der Unterſuchung. Cirk. R. v. 30. Juli 1827. v. K. J. XXX. 391. 392. — Cirk. R. v. 7. Mai 1829. betr. die Einforderung der Beſitz- und Erbberechtigungsſcheine über die, den Verbrechern aberkannten Orden und Ehrenzeichen. XXXIII. 345. — ſiehe auch Kriegsartikel. Orden und Ehrenzeichen.

Ehrlicher Erwerb; ſ. Detention; Landesverweiſung.

Ehrloſigkeit. Da die, im juridiſchen Sinne, (iſt nur Folge der Strafe, welche durch den Hänker vollzogen wird, und kann damit keine zeitige Gefängnißſtrafe verknüpft ſeyn,) von dem Verluſte der bürgerlichen Ehre weſentlich verſchieden iſt, auch aus dem §. 227. ad No. 6. und 7. Tit. 10. Th. 1. der A. G. O. deutlich hervorgehet, daß der Geſetzgeber dieſen Unterſchied vor Augen gehabt hat; ſo verſteht es ſich von ſelbſt, daß Niemand der bürgerlichen Ehre verluſtig erkärt werden kann, der keine Vorzüge beſitzt, wodurch er in der bürgerlichen Geſellſchaft, wie z. B. durch Adel und Orden, ehrenvoll ausgezeichnet wird. R. v. 30. Sept. 1799. St. B. 219. XV.

Eichen, junge, ſollen bei Strafe nicht abgeſchnitten werden. E. v. 15. Aug. 1722. IV. E. S. I. II. No. 108. E. v. 21. Mai 1739. p. 253. C. I. v. 19. Jul. 1770. p. 7313. IV. Rgl. wegen Anpflanzung derſelben im Harlingerlande v. 25. Sept. 1753. p. 570. I. zu den Brauböttichen auf den Aemtern ſollen keine ganze Eichen gegeben werden. C. v. 3. Febr. 1787. p. 294. VIII. R. an die Neumärkſche Immed. Forſt- u. Bau-Commiſſion wegen genauer Beobachtung des C. v. 3. Febr. 1787. v. 29. Juli 1799. (Gen.-Akten.) — Das Verbot wegen Abſchneidens junger, zu Peitſchenſtöcken v. 19. Juli 1770. C. C. M. p. 7313. IV. iſt in Erinnerung gebracht, K. A. B. 307. IV. — Belehrungen über deren Anbau in Waldungen. v. K. A. 28. I. 63. seq. — (Eichenſtämme), junge, kurheſſiſche Verordnung wegen Nichtverwendung derſelben zu Geräthſchaften ꝛc. 29. I. 204.

Eichsfeld, Pat. wegen Einführung des Allg. Landrechts in das Erbfürſtenthum Eichsfeld, die Städte Mühlhauſen, Nordhauſen und Erfurt und das Erfurter Gebiet, v. 24. März 1803. beſonders gedruckt, deſſen Abtretung nach dem Tilſiter Friedenstraktate. G. S. 1807. p. 156. 167. — Wiederbeſitznahme deſſelben. G. S. 1815. p. 193. — gehört zum Erfurter Regierungsbezirk. G. S. 1815. p. 96. — Abtretungen aus ſelbigem von Preußen an Hannover. G. S. 1818. (Anh.) p. 58.

Eichung, der Maaße und Gewichte, v. K. A. 18. II. 470.

— desgl. der neuen Böttchergefäße. 19. III. 826. (ſ. a. Maaße und Gewichte.) hölzerner und blecherner Gefäße, genaue Bezeichnung der Quartzahl auf ſelbigen. 27. II. 451. — Gebühren-Entrichtung für ſelbige. 27. II. 452.

Eichungs-Aemter, deren Errichtung in den verkehrreichſten Städten. G. S. 1816. p. 143. — ſtehen unter der Aufſicht der Eichungs-Kommiſſionen. G. S. 1816. p. 143. — deren Probe-Maaße und Gewichte ſollen wenigſtens alle drei Jahre geprüft werden. G. S. 1816. p. 143. — ſind zur Prüfung und Stempelung der ihnen vorgelegten Maaße und Gewichte verpflichtet. G. S. 1816. p. 144. — deren Funktionen. v. K. A. 19. IV. 995. — deren Errichtung im Liegnitzer und Reichenbacher Regierungs-Departement. 17. I. 80. — 18. II. 470. — deren Verhältniſſe und Beſtimmung. 31. III. 597. — ſind zu Meſſungen der Stärke des Branntweins nicht verpflichtet. 31. III. 597.

Eichungs-Angelegenheiten, Portofreiheit in ſelbigen. v. K. A. 23. IV. 812.

Eichungsgebühren, für ſelbige ſoll eine Taxe in den Geſchäftslokalen der Eichungs-Kommiſſionen und Eichungsämter angeſchlagen ſein. G. S. 1816. p. 148. — Taxe. v. K. A. 18. II. 477. — 27. II. 452. und 29. I. 134. — Eichungsgebühren-Sätze für die aus Zink gefertigten Gewichte. 30. IV. 820. f. — desgl. für Meſſinggewichte. 30. IV. 822. — für Gewichtsſtücke von Meſſing. R. v. 1. Aug. 1834. — 34. III. 828.

Eichungs-Kommiſſionen, deren Errichtung in jedem Regierungs-Departement. G. S. 1816. p. 142. — dieſelben ſind den Regierungen untergeordnet. G. S. 1816. p. 142. — vertreten für ihren Ort auch die Eichungsämter. G. S. 1816. p. 144.

Eichungs-Kontraventionen, die für verkaufte Konfiskate bei ſelbigen eingehenden Gelder gebühren in den Städten den Kämmerei-Kaſſen. v. K. A. 29. IV. 868.

Eid, A. L. R. Strafe des Meineides und Lügen vor Gericht. II. XX. 1405 — 1430. — Von dem Beweiſe des Meineides durch drei Zeugen. St. B. p. 225. VII. wie es zu halten, wenn bei deſſen Leiſtung ein Religionsſcrupel vorgeſchützt wird. R. v. 28. Apr. 1767. C. S. p. 865. IV. C. die Ausſetzung der Eidespräſtationen und deſſen Delation betr. v. 26. Sept. 1783. p. 2452. 2453. u. R. v. 20. Nov. 1782. p. 1710. VII. Wie vormals der Meineid, wenn eine Schuld oder Zahlung abgeſchworen, beſtraft wurde. H. B. IV. 92. In allen Polizei- R. v. 27. März 1786. C. S. p. 64. VIII. Contraventions- und Defraudations-Fällen iſt der Reinigungseid abgeſchafft und wird nach dem Acciſe-Juſtizreglement v. 11. Juni 1772. Cap. IV. §. 69. f. f. p. 267. V. b. verfahren. R. v. 26. Oct. 1784. p. 2963. VII. v. 22. Febr. 1785. p. 3029. VII. R. v. 25.

Apr. 1804. J. M. B. X. p. 220. A. G. O. Th. 1. Tit. 10. §. 204. 309. 368. und 372. Ueberhaupt ſoll die Eides-Abnahme nur ſolchen Perſonen, welche dem Schwörenden Achtung einflößen können, und zu den Admonitionen ſollen nur gewiſſenhafte Prediger gebraucht, in keinem Fall aber die Schlußformel abgekürzt oder verändert werden. R. v. 7. März 1796. p. 91. X. St. B. p. 192. II. — C. an die Inſpectoren, wegen des Unterrichts der Jugend von der Wichtigkeit der Eidſchwüre, v. 7. Apr. 1796. p. 162. X. — Von der Schlußclauſel des Eides. H. B. II. 82. ſ. Juden-Eide. — V. wegen zweckmäßigerer Einrichtung der Eidesleiſtungen v. 26. Oct. 1799. E. S. p. 2663. X. der Dienſteide, v. 13. Nov. 1799. p. 2671. X. wie ſolche von Finanz- und Polizeibedienten zu leiſten Anweiſung v. 17. Dec. 1799. p. 2675. X. ſ. a. p. 257. XIX. In einem ſpeciellen Falle iſt bei dem Aufgebot einer verloren gegangenen eingetragenen Obligation von Leiſtung des Diligenzeides dispenſirt. R. v. 13. Oct. 1800. St. B. p. 301. XII. von Strafe des Meineides bei einem promiſſoriſchen Eide. St. B. p. 281. XIV. R. die Eidesleiſtungen der Juden und jüdiſchen Frauensperſonen betr. v. 20. Oct. 1804. nebſt Gutachten der jüdiſchen Gerichte zu Berlin. N. A. III. 375. Judeneide müſſen in der Regel nach Vorſchrift der A. G. O. Th. 1. Tit. 10. §. 317. 318. in der Synagoge, und in Ermangelung derſelben, in einem zu gottesdienſtlichen Handlungen angewieſenen Orte abgeleiſtet werden. Gutachten v. 15. Aug. 1805. J. M. II. 38. ſ. a. p. 101. Ueber die Zuläſſigkeit des Eides in Prozeſſen, deren Fundament ein angebliches Verbrechen des Verklagten iſt, ſ. J. M. IV. p. 27. Den Bürgereid iſt jeder, der Bürger werden will, zu leiſten verbunden, wozu ein beſonderes Formular vorgeſchrieben iſt. §. 25. der St. O. und wird von den Juden unter Beobachtung aller Förmlichkeiten, welche die kirchliche Verfaſſung derſelben mit ſich bringt, in der Synagoge geleiſtet. R. v. 27. Febr. 1809. Bei dem Aufgebot einer im H. B. eingetragenen verloren gegangenen Obligation, wenn der Verlierer nicht der Gläubiger, ſondern ein Anderer iſt, iſt der Manifeſtationseid demjenigen, welcher das Inſtrument verloren zu haben angiebt, abzunehmen, wie die A. G. O. Th. 1. Tit. 51. §. 118. vorſchreibt; und iſt übrigens die Beſtimmung der Hypotheken-Ordnung v. 1784. §. 281. durch die A. G. O. hier nicht abgeändert, ſondern nur in einer allgemeinen Beſtimmung mit aufgenommen, da in der G. O. nur der Fall, daß der Gläubiger das Inſtrument verloren zu haben vorgebe, vorausgeſetzt wird. R. v. 14. Juli 1810. (Gen. Akten) R. betr. die Aſſiſtenz jüdiſcher Gelehrten bei Leiſtung der Judeneide, v. 9. Juni 1812. v. K. J. 62. I. Siehe die Abhandlung des Conſiſtorialraths und Profeſſors Meiſter: Ueber den Eid nach reinen Vernunftbegriffen, Leipzig und Züllichau, b. Darnmann, 1810,

welche durch das R. v. 2. Oct. 1810, weil ſie auf den in mehreren Verordnungen ausgedruckten Zweck, die allgemeine Achtung für die Würde und Wichtigkeit der Eidſchwüre in der bürgerlichen Geſellſchaft zu erregen und zu verſtärken, hinarbeitet, der Aufmerkſamkeit und nähern Prüfung der Gerichte, den Oberlandesgerichten von dem Chef der Juſtiz empfohlen worden. — Der, iſt in Injurienſachen nach Analogie der Vorſchrift der A. G. O. Th. 1. Tit. 35. §. 73. für ein zuläſſiges Beweismittel nicht zu achten, R. v. 29. Juni und 26. Oct. 1811. P. A. B. 94. R. A. B. 219. I. ſ. 27. B. IV. — In Abſicht der Bekräftigungsformel des Zeugeneides, §. 334. der Cr. O. muß in Rückſicht katholiſcher Glaubensgenoſſen überall eine Gleichförmigkeit beobachtet werden. R. v. 9. Juni 1806. M. S. 224. Die Strafe wegen gebrochenen gerichtlichen Cautions-Eides, Cr. Ord. §. 235. 236. ſich auf jedesmaliges Erfordern zu geſtellen, iſt Feſtungsſtrafe bis zu einem Jahre. R. v. 7. Oct. 1801. St. B. 280. XIV. Von der Zuläſſigkeit des Eides in Prozeſſen, deren Fundament ein angebliches Verbrechen des Beklagten iſt, ſ. J. M. 27. IV. — Von Faſſung der Amtseide der Geiſtlichen und Schullehrer, K. A. A. 151. V. der Stadt- und Landphyſicen, p. 336. P. A. B. 451. der Aerzte, P. A. B. 499. IV. ſ. Ueber den Huldigungseid nach preußiſchen Geſetzen, v. d. H. Ob. L. G. R. Lehmann. Inſterburg 1815. — der Unterthänigkeit und Treue, dürfen die Gutsherren von den Bauern nicht fordern. G. S. 1820. p. 170. — 1825. p. 76. 97. 114. — wer ſolchen freiwillig dem Feinde leiſtet, hat Todesſtrafe verwirkt. G. S. 1813. p. 87. — ſ. a. Huldigungs-, Bürger- und Dienſteid. — der Bürger, desgl. der Magiſtratsmitglieder, ſ. rev. Städteordnung. — deſſen Norm, ſ. Dienſteid. — Eine Parthei, welcher der Eidesantrag geſchehen, iſt berechtigt, aber nicht verpflichtet, den Eid über facta tertii nur de ignorantia zu leiſten. R. v. 23. Mai 1820. v. K. J. XV. 269. — ſ. Huldigungseid, Judeneide, Lehnseid, Manifeſtationseid, Unterthaneneid. — kann in Konkurſen vom Kurator ohne Autoriſation der Konkurs-Behörde referirt werden. R. v. 5. Mai 1828. XXXI. 274. 275. — deren Abnahme in den, zum mündlichen Verfahren geeigneten Prozeſſen betr. R. v. 7. Febr. 1831. XXXVII. 81. — die, die Stelle eines Gerichtsmitgliedes vertretenden Referendarien ſind zur Eidesabnahme zuzulaſſen. R. v. 25. März 1831. XXXVII. 82. — R. v. 29. März 1833, die Abnahme der Eide in Bagatellſachen durch Aktuarien betr. XLI. 222. — über die Schlußformel bei Eiden der Katholiken. R. v. 27. Sept. 1833 und vom 26. Oct. 1832. XLII. 204. 205. — Form der Zeugeneide in der Rheinprovinz. R. v. 26. Juli 1833. XLII. 205 — 207. — Befugniß der Polizeibehörden zu deren Abnahme. v. K. A. 21. IV. 899. — de-

ren Leiſtungen können bei polizeilichen Unterſuchungen von Seiten der Angeſchuldigten nicht ſtatt finden. 20. III. 565. — der Dorfſchulzen, Medizinalperſonen ꝛc., ſiehe dieſe; ſ. a. Vereidigung. — Abhaltung einer jährlichen Predigt über deſſen Wichtigkeit. 33. I. 90. — ſ. a. Dienſteid. — Der Umſtand allein, daß die in einem Schwängerungs-Prozeß als Klägerin auftretende Geſchwächte, als Diebin mit einer nicht infamirenden Strafe, beſtraft worden iſt, ſchließt die Anwendung der geſetzlichen Vorſchriften, nach welchen, in den dazu geeigneten Fällen eher auf den Erfüllungs- als auf den Reinigungseid zu erkennen iſt, noch nicht aus. S. u. Str. R. 1. B. No. 25. p. 98. — Die im A. L. R. Th. II. Tit. 1. §. 1083. angeführte Geſetzſtelle iſt als eine, von der Vorſchrift früherer Geſetze abweichende Verordnung, in der Kurmark für ſuspendirt zu achten. S. u. Str. R. 1. B. No. 54. p. 201. — Kann in einem Prozeß, der die Illegitimitäts-Erklärung eines in ſtehender Ehe gebornen Kindes betrifft, über die Thatſache der ehelichen Beiwohnung auf einen nothwendigen Eid erkannt, oder ein Eid darüber zugeſchoben werden? S. u. Str. R. 2. B. No. 43. p. 382. — der Richter erkennt nicht ultra petitum, wenn er bei vollſtändig geführtem Beweiſe auch ohne Eid, nach den Anträgen einer Parthei erkennt, die ſich zu einem nothwendigen Eid erboten hat. S. u. Str. R. 3. B. No. 5. p. 81. — falſcher, ſ. Bürgerliche Ehre.

ſ. überhaupt auch Huldigungseid, Diligenzeid. Vereidigung, Zeugeneid.

Eidesdelation, ſ. Eideszuſchiebung.

Eidesformel, des Dienſteides der katholiſchen Schullehrer. R. v. 12. Dec. 1834. v. K. A. 34. III. 723. — für Dienſteide. R. v. 19. März 1834. über deren Anwendung. — 34. I. 8. — des Dienſteides der Magiſtratsperſonen. R. v. 19. Sept. 1834. — 34. III. 733.

Eidesleiſtungen, der Militairperſonen — Vorſchriften und Formen für ſelbige. G. S. 1808. p. 185. 264. — Eidesſchärfung bei ſelbigen durch die Militairprediger. G. S. 1811. p. 185. — auch bei Eidesleiſtungen von Militairperſonen vor Gericht auf Requiſition des letztern, ebendaſ. — der Beamten der Oſtpr. Landſchaft. G. S. 1810. p. 456 — 462. — Vorſchriften für ſelbige rückſichtl. der Mennoniten, ſ. dieſe. — der Juden, fernere Beobachtung der bisherigen Vorſchriften für ſelbige. G. S. 1812. p. 19. f. — über die Gebühren des, zum Bevollmächtigten einer abweſenden Parthei Behufs der Beiwohnung der Eidesleiſtung beſtellten Beamten. R. v. 24. Sept. 1830. v. K. J. XXXVI. 193. 194. — beſonders in Bagatellſachen. R. v. 2. Dec. 1830. XXXVI. 355. — Cirk. R. v. 26. Nov. 1830, die Abnahme gerichtlicher Eide betr. XXXVI. 312. 313. — allgemeine Vorſchriften für ſelbige. v. K.

A. 28. III. 609 — 622. — der Beamten, ſ. Dienſteid. — ſiehe überhaupt Eid, Heddersdorf, Neuwied.

Eideszuſchiebung, A. G. O. Th. I. Tit. X. §. 252. — Bei Wechſeln, wenn gegen Ceſſionarien der Einwand der mangelnden Valuta angebracht wird. J. M. X. p. 233. — Kann nicht als Beſcheinigung der Kündigung angewandt werden. R. v. 1. Juli 1831. v. K. J. XXXVII. 350. — dieſelbe iſt nicht der Beſcheinigung im Sinne der A. G. O. Th. I. Tit. 29. §. 48. gleich zu halten. R. v. 19. Sept. 1831. v. K. J. XXXVIII. 96. 97. — Die im Allgemeinen darüber erfolgte Eideszuſchiebung, daß die Geſchwächte ein wirkliches Gewerbe mit ihrem Körper getrieben habe, iſt unzuläſſig; die Eideszuſchiebung kann nur auf die beſondern Thatſachen gerichtet werden, welche auf ihre ſchlechte Aufführung ſchließen laſſen. S. u. Str. R. 1. B. No. 54. p. 202. — Iſt es unſtatthaft, einen Eid über Muthmaßungen zuzuſchieben. S. u. Str. R. 3. B. No. 23. p. 242. — ſ. Indoſſament.

Eier der Vögel, dürfen nicht ausgenommen werden. v. K. A. 18. II. 344.

Eigenbehörigkeit, ſ. Erbunterthänigkeit.

Eigenthümer, (Grund-), über die Verpflichtung derſelben zur Berichtigung des Beſitztitel ihrer Grundſtücke, ſ. Beſitztitel. ſiehe auch Heres fiduciarius, Konfiskation, Löſchungsgeſuch.

Eigenthum, über ſelbiges können Unteroffiziere und Soldaten nach der Allerh. Kab. Ord. v. 25. Sept. 1809, ohne Beſchränkung disponiren. G. S. 1809. p. 584. — nähere Beſtimmungen darüber nach der Verordn. v. 18. März 1811. G. S. 1812. p. 5. — volles, im Beſitz von Grundſtücken wird den Immediateinſaſſen in den Domainen von Oſtpr. Litthauen, und Weſtpreußen verliehen. G. S. 1808. p. 235 — 252. — R. v. 1. Febr. 1830. betr. die Abſchaffung des Verreichs des Eigenthums in Schleſien bei Erwerbung von Grundſtücken. v. K. J. XXXV. 125. 126. — ſiehe auch Grundſtücke, Laßnahrungen. — den Gerichtshöfen ſteht in Fällen, wo es auf eine Expropriation, des Gemeinewohls wegen, ankommt, eine Kognition nicht zu. R. v. 12. Nov. 1832. XL. 401. — deſſen Beſcheinigung bei Subhaſtationsanträgen, ſ. letzt. — gerichtliche Entſetzung aus ſelbigem in den Rheinprovinzen aus Gründen der öffentlichen Nützlichkeit. v. K. A. 22. I. 10 — 18. — der kleinen Ackerbeſitzer in Weſtpreußen, deklaratoriſche Beſtimmung darüber. 22. IV. 857. — ſ. überh. Bauergüter, Einſchränkungen des Eigenthums, Grundeigenthum, Grundſtücke, gutsherrliche Verhältniſſe, Miteigenthum, Verlautbarung.

Eigenthums-Abtretung, ſ. Kaufſtempel.

Eigenthums-Anſpruch, ſ. Beſitztitel, Fütterungskoſten.

Eigenthums-Erwerbung, ſ. Immediat-Einſaſſen, gutsherrlich-bäuerl. Verhältniſſe, Weſtphalen, Königr.

Eigenthumsrechte, A. L. R. Th. I. Tit. 8. — gutsherrliche, deren Verleihung an Inhaber bäuerlicher Beſitzungen gegen Entſchädigung, ſ. Bauergüter, desgl. gutsherrl. und bäuerl. Verhältniſſe. — Erforderniſſe zur Eintragung des vollſtändigen Eigenthumsrechts bisheriger Domainen-Erbpachtsbeſitzer von Domainen-Grundſtücken. R. v. 21. Oct. 1817. v. K. J. X. 263. 264. — Werden die Eigenthumsrechte des überlebenden Ehegatten durch die Jülich- und Bergiſche Rechtsordnung eingeſchränkt, und äußern ſich die Wirkungen dieſer Einſchränkung auch noch nach Aufhebung dieſer Rechtsordnung, wenn die Ehe im Bergiſchen vor dem 1. Jan. 1810 unter der Herrſchaft derſelben ihren Anfang genommen hatte? Abhandl. von dem Juſtizcommiſſarius Schlechtendal. XI. 283 — 304. ſ. Bauergüter, Zeitpachtbauern.

Eigenthums-Stempel, ſ. Erbſchaftsſtempel.

Eigenthums-Verleihungs-Urkunden, nach der von den Regierungen bewirkten Regulirung der bäuerl. Verhältniſſe, deren ſtempelfreie Ausfertigung. v. K. A. 30. I. 46.

Eimer, deren Verzollung und Verſteuerung nach dem innern Raumgehalt. G. S. 1818. p. 120. f. — enthält 60. Berl. Quart. G. S. 1816. p. 150.

Einfuhr aller fremden Erzeugniſſe der Natur und Kunſt iſt erlaubt. G. S. 1818. p. 65. — in wie weit davon Ausnahmen ſtatt finden können. G. S. 1818. p. 66. — freie, roher Produkte, im Gränzverkehr mit den Niederlanden. G. S. 1818. (A.) p. 95. 98. — Beſtimmungen über dieſelbe im Handels- und Schiffahrtsverkehr mit Polen. G. S. 1819. p. 169. f. — 1825. p. 61. f — desgl. mit Großbritanien. G. S. 1824. p. 118. f. — ſ. auch Handels- und Zollverträge mit fremden Staaten. — Abgaben: Entrichtung von ſelbiger, ſiehe Abgaben. — fremder Waaren in Frankreich und Belgien. v. K. A. 17. III. 39. — fremden Salzes iſt verboten. 17. IV. 62. — ſiehe auch Eingangs-Abgaben und Steuern.

Einfuhr-Zölle, ſiehe Eingangs-Abgaben.

Eingaben ſchriftliche, im Laufe eines Proceſſes, welche die Parteien ſelbſt, oder durch ihre Bevollmächtigte oder Aſſiſtenten bei den Gerichten einreichen, Eingaben der Gerichtsdeputirten. R. v. 31. Oct. 11.; auch Eingaben, welche die Erwerbung der Domänen betreffen, und darauf zu ertheilende Reſolutionen ſind ſtempelfrei.

ſ. Bittſchrift. — Verfahren der Gerichtshöfe in Anſehung der ihnen remittirten, bei des Königs Majeſtät, oder beim Juſtizminiſterium übergebenen Eingaben betr. R. v. 9. Mai 1831. v. K. J. XXXVII. 336. (Supplikem, Vorſtellungen, Geſuche) ſchriftliche, deren gewerbsweiſe Anfertigung für andere und Verhütung des Mißbrauchs durch ſolche. v. K. A. 33. I. 177. — Perſonen von ſchlechter Führung, ſoll dazu die Erlaubniß nicht ertheilt werden. 33. I. 178. — ſiehe überhaupt Abſchriften. Bittſchriften. Stempel und Vollmacht.

Eingangs- (Einfuhr-) Abgaben, deren Erhebung von überſeeiſchen Waaren. G. S. 1813. p. 39. — 1814. p. 20. — bisherige, auf fremde Weine in Schleſien, hören auf. G. S. 1810. p. 33. — Befreiung des Getreides, der Brennmaterialien, des Bauholzes, Kalkes, Schiefers, der Mühlſteine, Ziegel und der Steine aller Art von ſelbigen, im Verkehr mit dem Köuigr. Sachſen. G. S. 1815. p. 72. (und Gefälle) von ausländiſchen Waaren, Erlaß oder Ermäßigung derſelben. G. S. 1818. p. 121. 127. 129. — ſiehe übrigens Abgaben. — (Steuern und Zölle), von Küchenwerken und porzellanen Pfeifenköpfen. v. K. A. 22. IV. 850. — desgl. von Mehl-, Back- u. Fleiſch-Waaren. 22. IV. 852. — desgl. von Düngeſalz, ibid. — deren Entrichtung von Stärke. 25. II. 308. — Befreiung des Talges und der Talglichte von ſelbigen. 25. II. 310. — Verfahren rückſichtlich derſelben in Beziehung auf die vom Auslande mit den Fahrpoſten eingehenden Güter. 26. I. 43—53. — IV. 990. — deren Erhebung in dem vom Zollverbande ausgeſchloſſenen Landestheile des Erfurter Regierungsbezirks. 26. IV. 988. — deren Erhebung von den in die weſtlichen Provinzen eingehenden Steinkohlen. 26. IV. 985. — deren Entrichtung von ausländiſchem oder von Märkten zurückgebrachtem Vieh. 21. I. 14. — desgl. bei Waarenverſendungen. 19. I. 39. — von Büchern. 19. I. 47. — ſiehe auch Steuern. — Regulativ über deren Erhebung und Kontrolle in der Stadt Erfurt und deren Steuerbezirk. 27. I. 44—69. ſiehe auch Eingangs-Zölle und Zölle.

Eingangs-Päſſe, deren Ertheilung. v. K. A. 20. IV. 838. — deren Ertheilung an ausländiſche Handwerksgeſellen. 19. IV. 963. — Vertretung derſelben durch gültige Wanderbücher. 20. IV. 843. 845. — ſiehe auch Päſſe.

Eingangs-Zölle, deren Erhebung an der Oder, Peene, Havel, Spree und Elbe. G. S. 1816. p. 194. — ſiehe ferner Abgaben.

Eingangs-Zollſtraßen, ſiehe Zollſtraßen.

Eingebrachtes, der Ehefrau. A. L. R. Th. II. Tit. I. §. 210. und folg. — Eine Frau hat bei der erfolgten Auspfändung ihres Ehemannes nicht nöthig, zur Deckung ihrer Illatorum auf

Concurs zu provociren, ſondern das Recht mit dem einzelnen Gläubiger über die Priorität zu ſtreiten. Alleg. aus dem Erkenntn. des Ober-Apell.- Senats des Kammergerichts, v. 11. Sept. 1813. u. 8. Jan. 1814. v. K. J. III. 307. — Abſonderung des in die Ehe gebrachten Vermögens der Ehefrau von dem des Mannes und deren Einfluß auf die Gütergemeinſchaft. R. v. 8. Juli 1815. VI. 179. — Eine Ehefrau iſt nicht befugt, ohne Beitritt ihres Mannes über einen Theil ihrer eingebrachten Activorum zu verfügen. R. v. 21. Mai 1821. XVII. 252. — ſ. Eheſcheidungsprozeſſe, Mandatariengebühren. — In welche Claſſe ſind die Kindeskinder der verſtorbenen Ehefrau des Gemeinſchuldners mit einer Forderung zu lociren, welche ſich darauf gründet, daß ihre Großmutter mittelſt Teſtamentes ihr Vermögen, nach Abzug des ihrer jetzt verſtorbenen Tochter ausgeſetzten Pflichttheils, ihrem Ehemanne, dem Gemeinſchuldner, zum lebenslänglichen Nießbrauche hinterlaſſen und verordnet hat, daß daſſelbe nach ſeinem Tode an ihre Tochter, nach Bewandtniß der Umſtände, ganz oder theilweiſe zurückfallen ſolle? Sim. u. Str. Rechtsſpr. 3 Bd. No. 33. p. 376. — ſ. a. Ehemann und Ehefrau.

Eingepfarrte, A. L. R. Th. II. Tit. XI. §. 260. u. folg. deren Verbindlichkeit zu Beiträgen bei Pfarrbauten. v. K. A. 18. IV. 1037. A. L. R. ibid. §. 714. Im Glogauer Conſiſtorialdepartement iſt die Obſervanz, daß bei Kirchenbauten die Koſten, welche zur Anſchaffung der Baumaterialien und zur Bezahlung des Handwerkslohns erforderlich ſind, beim Unvermögen des Kirchen-Aerars vom Patron getragen werden müſſen, und die Eingepfarrten nur mit Spann- und Handdienſten und Lieferung des benöthigten Strohes beim Bau concurriren. S. u. Str. R. 3. B. No. 8. p. 113. ſ. übrigens Parochie, und Parochiallaſten.

Einkaufsgeld, deſſen Erlegung für die Erwerbung vacanter Bauerhöfe der Domainen-Einſaſſen. G. S. 1808. p. 249. 286. — der Bürger u. Schutzverwandten, deren Betrag. R. v. 27. Mai 1834. v. K. A. 34. II. 431. — ſ. a. Werth und Pertinenzſtücke.

Einkindſchaft, A. L. R. Th. II. Tit. II. §. 717. u. folg. wie weit die Befugniß durch einen letzten Willen eins der Kinder vorzüglich zu begünſtigen durch die, eingeſchränkt wird. G. E. 8. Juni 1790. Kl. A. 327. VI. muß gerichtlich errichtet werden. A. L. R. Th. 2. Tit. 2. §. 721. und zwar nach dem Allg. Landrecht Th. 2. Tit. 17. §. 56. u. 58. vor dem Richter der Perſon und des Geſchenkgebers, nach der A. Ger. Ordn. Th. 2. Tit. 1. §. 9. aber vor jedem gehörig beſetzten Gericht, deſſen Auswahl den Partheien überlaſſen bleibt. R. v. 25. Febr. 1799. St. B. p. 377. Th. VIII. C. v. 19. Dec. 1799. E. S. p. 2710. X. R. die in der Grafſchaft Lin-

gen von Stiefeltern in den folgenden Ehen einzuführende, betr. v. 21. Sept. 1801. N. A. p. 156. B. 2. Zur Aufhebung des geſchloſſenen Einkindſchafts-Vertrages bedarf es der Genehmigung des Juſtizdepartements nicht, ſondern ſolche muß der obervormundſchaftlichen Behörde überlaſſen bleiben. R. v. 24. Aug. 1805. N. A. 242. IV. Abhandl. darüber vom Oberlandesgerichtsrath von Strombeck zu Halberſtadt. v. K. J. XIII. 335. — Die Errichtung einer Einkindſchaft zwiſchen einem unehelichen und den aus der einzugehenden Ehe zu erzeugenden Kindern iſt unzuläſſig. R. v. 30. Juni 1823. XXII. 71. — ſ. Erbſchaftsſtempel.

Einkommen, Größe deſſelben, um als Stadtverordneter wählbar zu ſein. G. S. 1831. p. 17. — ſ. auch Emolumente, Penſionsfond, Natural-Erhebungen.

Einkommen-Steuer, deren Anordn. in Oſtpr. u. Litth., zur Einlöſung der Königsberger Stadtobligationen u. zur Tilgung der übrigen Kriegsſchulden. G. S. 1808. p. 194. f. — Deklaration wegen der für ſelbige anzuwendenden Beſteuerungsgrundſätze. G. S. 1810. (A.) p. 673 — 680. — Anweiſung für die mit der Einziehung derſelben beauftragten Behörden. G. S. 1810. (A.) p. 681 — 689. — zur Verpflegung der franz. Truppen in den Oderfeſtungen ꝛc. — ſ. Klaſſenſteuer. — zur Abtragung der rückſtändigen Kriegs-Kontribution an Frankreich; ſ. Vermögens- (und Einkommen-) Steuer. — Ed. wegen Entrichtung einer Vermögens- u. Einkommenſteuer v. 24. Mai 1812. G. S. 49. II. in ſämmtlichen Pr. Landen, mit Ausſchluß von Oſt- und Weſtpreußen, auch Litthauen. V. v. 2. Juli 1812. p. 119. Ed. wegen Ausfertigung von Anweiſungen auf dieſe Steuer, v. 24. Mai 1812. p. 67. u. der geſtempelten Treſorſcheine, v. 13. Juli 1812. p. 128. Inſtr. u. Anweiſung die Erhebung der Steuer betr. v. 24. Mai 1812. G. S. p. 54. II. P. A. B. Beil. zu No. 15. und p. 245. 254. II. Decl. vom 13. Juli 1812. G. S. 125. II. — Das Ed. ſelbſt iſt deklarirt, §. 4. wegen der von den Grundbeſitzern für ſeine Gläubiger vorzuſchießenden Steuer, c. l. §. 3. wegen Verſteuerung der ſtädtſchen Communalpapiere, K. A. B. 500. II. §. 10., daß die Abſchätzung der bei der Gen. Wittwen-Caſſe baar eingelegten Antrittsgelder den Steuerpflichtigen überlaſſen bleibe, K. A. B. 366. II. P. A. B. 55. IV. wegen Entrichtung der Steuer von den Civil- u. Militairwittwen-Penſionen, c. l. von dem Einkommen und Vermögen der Gewerbtreibenden, c. l. — Die Inſtr. hat noch beſondere Beſtimmungen erhalten, zum §. 1. d. wegen der Forderungen der Ausländer an den Staat ꝛc., wohin auch Pfandbriefe gehören, K. A. B. 122. III. u. §. 2. der Steuerfreiheit der Kämmereien, Decl. v. 1812. G. S. 127. II. und Capitalien der Salarienkaſſen, K. A. B. 367. II. ingleichen fortdauernder wohlthätigen Stiftungen zu

Krankenpflege u. ſ. w., daß aber das Einkommen Präbendirter beſteuert werde, c. l. §. 2. b. milder Stiftungen p. 7. der inländiſchen Inſtitute, p. 397.; §. 4. b. wegen Annahme der Scheine aus der Anleihe v. 12. Febr. 1810. V. v. 10. Juli 1812. G. S. 124. II. K. A. B. 367. II. welche von königl. Caſſen ausgeſtellt worden, p. 397. §. 6. wegen der bei dem zweiten und dritten Zahlungstermin in Anrechnung kommenden Einquartirungslaſten, p. 368. §. 9. der ſogenannten Gerechtigkeiten und Privilegien, c. l. Litt. d. wegen der von dem Werth der Grundſtücke abzuziehenden darauf haftenden gewöhnlichen Laſten, p. 427. §. 11. der Geld-Fideicommiß-Capitale, c. l. §. 13. der Mitaufführung der Magdeburgſchen Landesobligationen, c. l. Litt. e. wegen Verſteuerung der neuen Bankobligationen und der neuen Obligationen des General-Holzhandlungsinſtituts, p. 427. Litt. g. wegen desjenigen, was Eltern ihren Kindern zum Unterhalt ausſetzen. p. 459. wegen der von den Erbpächtern zu entrichtenden Vermögensſteuer, p. 7. 28. §. 14. wegen Berichtigung der Steuer von öffentlichen Papieren durch Anrechnung auf die rückſtändigen Zinſen, p. 397. ſ. jedoch p. 516. §. 15. wegen der unter Sequeſtration ſtehenden Grundſtücke, p. 7. §. 16. wegen Schätzung der ausſtehenden perſönlichen Forderungen, p. 368. 397. 460. daß die Decl. v. 13. Juli 1812. ausdrücklich von das Activvermögen überſteigenden Perſonalſchulden des Schuldners rede, p. 397. p. 460. §. 23. p. 7. und wegen Entrichtung der bei verzögerter Declaration ſich ergebenen Abſchätzungsſumme, p. 427. §. 24. bei einem bei der Execution ſich ergebenden Zahlungsunvermögen, p. 428. §. 36. die Steuercommiſſarien Veranlaſſung haben, eine der Steuererhebung nachtheilige Vermögensangabe zu vermuthen, p. 461. §. 42. Wegen der Einkommenſteuer von Beſoldungen, Penſionen ꝛc. (p. 253. 301. 347.) in Anſehung der reformirten Geiſtlichen und Schullehrer, p. 368. §. 42. der Diäten der Staatsbeamten, p. 398. und daß nun dieſe die bezahlten Feſtungs-Verpflegungsſteuerbeiträge zu den Communallaſten in Abzug bringen können, p. 461. §. 44. wegen der Vermögensdeclarationen der Militairperſonen, p. 517. — V. über die Compenſation des zweiten u. dritten Entrichtungstermins, v. 19. Dec. 1812. G. S. 199. II. und V. in Rückſicht der durch die Truppenmärſche vorzüglich mitgenommenen Gegenden, v. 19. Dec. 1812. p. 203. N. A. B. 8. III. K. A. B. 61. 100. 122. P. A. B. 4. und 42. III. Decl. ad §. 4. 5. 13. 15. und 20. K. A. B. 47. auch können Verluſte an Bier und Branntwein zur Compenſation gebracht werden, C. O. v. 10. Sept. 1813. G. S. 104. III. Einquartierungslaſten, N. A. B. 138. III. P. A. B. 103.; wenn die Gutsbeſitzer keine hinlängliche Compenſationsmittel beſitzen, R. v. 10. Febr. 1813. K. A. B. 121. N. A. B. 297. die durch die V. v. 19. Dec. 1812 beſtimmte Begünſtigung ſoll auch den

Feſtungen Stettin, Küſtrin und Glogau zu Theil werden. C. O. v. 14. Mai 1814. G. S. 37. IV.

(iſt mit der Aufhebung der Einkommen-Steuer abſolet geworden.) Kommunal-, in den ehemal. Bergiſchen Landestheilen, Beitrags-Verhältniß der Staatsdiener zu ſelbiger. v. K. A. 26. IV. 1080. — ſtädtiſche, für beſtimmte Zeit ausgeſchrieben, Heranziehung der Staatsbeamten zu ſelbiger. v. K. A. 28. I. 128. — ſtädtiſche, Abnahme des Manifeſtationseides rückſichtl. derſelben durch die Magiſträte. 32. II. 432. — die Regierungen ſollen dergleichen Eide nur in einzelnen, ſehr ſeltenen Fällen geſtatten, ebendaſ. — ſtädtiſche, kann nicht von auswärts wohnenden Grundbeſitzern erhoben werden. R. v. 13. Sept. 1834. — 34. III. 752.

ſ. a. Staatspapiere.

Einkünfte, ſtädtiſche, deren Verwendung und Kontrolle, rev. Städte-Ordn. G. S. 1831. p. 30. ſ. Gutseinkünfte.

Einlagegefälle, ſ. Ed. v. 1. Juni 1664. C. S. IV. IV. No. 18. v. 4. Jan. 1692. No. 35. v. 21. Sept. 1714. No. 57. Privilegium zur Erhebung derſelben für die Stadt Berlin v. 1575. Churfürſtliche Verordnung wegen Einfuhr des auswärtigen Biers und anderer Mißbräuche v. 6. Juli 1602. Privilegium wegen Erhöhung der Einlageſätze vom fremden Biere u. Branntwein, v. 1603. nebſt R. v. 8. Oct. 1709. ſ. Bierzinſe. — ſ. von Lamotte pract. Beiträge zur Cameral-Wiſſenſchaft Th. 3. v. 1785. p. 365. 371. 384.

Einlieger, ſ. Schutzgeld, Schutzunterthanen.

Einliegerrecht, ſ. Schutzgeld.

Einnahmen, (Revenüen) des Staats, für deren prompte Beitreibung zu ſorgen, ſind die Regierungen verpflichtet. G. S. 1808. p. 475. — 1817. p. 263. — 1826. p. 11. — ſ. a. Abgaben und Etats. — des Staats, deren Nachweiſung und Verrechnung nach den Etats. v. K. A. 25. I. 6. seq. 14. — IV. 828. 844. — ſ. a. Etats. — extraordinaire und Rück-Einnahmen bei der Gewerbe- und Bau-Verwaltung, deren Verrechnung. 29. III. 488.

Einnahme-Titel, ſ. Salarienkaſſen.

Einquartirung, von der Einquartirungsfreiheit, welche ohne Special-Ordre nicht zu ertheilen, C. v. 29. Febr. 1744. C. S. p. 179. C. II., der reformirten Allmoſenpfleger, Inſpections-Ordn. v. 24. Oct. 1713. I. I. No. 83. der adlichen Grundſtücke und Aemter, Ordre v. 8. Jan. 1635. III. I. No. 7. der Eximirten Rs. v. 14. Dec. 1700. III. I. No. 77. der Magiſtratsperſonen v. 1. Jan. 1638. No. 8. v. 1. Jan. 1684. No. 54. v. 1. Jan. 1699. No. 73. der Kirchen- und Schulbedienten. R. v. 17. Oct. 1713. No. 121. der Wirthshäuſer, Ed. v. 14. Oct. 1697. V. V. V. No. 2. v. 4. Dec. 1717. No. 143. der Poſthäuſer, Poſtordn. v. 10. Aug. 1712. IV.

I. III. No. 97. Regl. v. 4. Aug. 1714. No. 109. Regl. v. 20. Nov. 1782. p. 1843. VII. der Scharfrichter, Ed. v. 10. Juni 1676. IV. III. I. No. 24. der mit Freiheitsbriefen verſehenen Häuſer, Beſcheid v. 10. März 1745. p. 7. C. III. Wie es mit derſelben in den Reſidenzien zu halten, R. v. 14. Dec. 1700. III. I. No. 77. bei Märſchen, Ed. v. 13. März 1678. III. I. No. 48. v. 22. März 1678. No. 49. Specifications-Schema von dem Quartierſtande der Städte, v. 1. Apr. 1719. No. 154. — ſ. Inſtr. v. 3. Sept. 1770. §. 28. p. 7360. IV. v. 23. Sept. 1773. p. 555. V. e. Entſchädigungsklagen gegen Magiſträte wegen überflüſſiger, werden an die Cammer verwieſen. J. E. v. 18. Dec. 1779. Kl. A. 236. VII. Streitſachen wegen prätendirter Einquartirungs-Freiheit zum General-Directorio, J. E. v. 31. März 1768. ibid. 205. IX. — Publ. des Einquartirungsbüreaus des Magiſtrats zu Berlin v. 8. Nov. 1806. J. M. IV. 48. Rgl. wegen Ausgleichung der Einquartirungslaſt in der Stadt Berlin während des Krieges, v. 15. Febr. 1807. p. 509. 575. Publ. u. Bekanntmachung des Magiſtrats zu Königsberg während der Anweſenheit der franz. Armee daſelbſt in Anſehung der Einquartirung und der Zwangsdarlehne, v. 30. Juni u. 15. Juli 1807. J. M. VI. 299. Wie die Koſten derſelben zwiſchen den Vermiethern und Miethern zu vertheilen, R. v. 2. Juli 1808. VII. 93. ſ. a. p. 504. desgl. VI. p. 54. 58. u. 69. ſ. allgemeines Regulativ über das Einquartirungsweſen, vom 17. Mai 1810. Die in dem R. v. 21. Apr. 1807. angeordnete Regulirung des Intermiſtici wegen Beſtimmung der Verhältniſſe zwiſchen Hauseigenthümer und Miether in Anſehung der Vertheilung der Einquartirungslaſten ceſſiret, und bleibt den Parteien überlaſſen, zur Erörterung ihrer Anſprüche im ordentlichen Rechtswege die nöthigen Anträge zu machen. R. v. 18. Mai 1810. J. M. IX. 256.; es ſoll jedoch nach dem Regl. v. 15. Febr. 1807. (B. IV. 509. 575.) in allen Fällen, welche aus der Zeit der franz. Occupation der Stadt Berlin herrühren, verfahren und erkannt werden. C. O. v. 24. Nov. und V. v. 1. Dec. 1810. p. 549. Von Erſtattung der Einquartierungskoſten, XI. 136. Die Vorſchriften der Städteordn. für das gegenwärtige Einquartirungs- und Verpflegungsweſen ſind ſuspendirt, auch findet die Vorſchrift des A. L. R. Th. 1. Tit. 21. §. 289. 290. auf die gegenwärtige Art der Einquartirung und Verpflegung ausländiſcher Truppen keine Anwendung. C. O. v. 20. Mai 1812. G. S. 47. II. — Von der Natural-Einquartirungsfreiheit der Poſthäuſer und Poſtwärtereien. R. v. 9. Aug. 1812. R. A. B. 107. 182. 437. II. u. 573. P. A. B. 74. 147. K. A. B. 109. 180. 423. 515. R. v. 29. Nov. 1812. 3. III. der Königl. Berg- u Hütten-Etabliſſements, p. 565. Alle inactive, penſionirte, oder ſonſt angeſtellte, nicht im Felde befindlichen Militairs, welche ſich irgendwo nieder-

gelaſſen oder anſäſſig ſind, müſſen gleich den Civil-Offizianten Natural-Einquartirung tragen, R. v. 28. Sept. 1813. K. A. B. 489. III. N. A. B. 653. K. A. B. 171. IV. P. A. B. 124. diejenigen aber, welche ſelbſt einquartirt ſind, und nur das reglementsmäßige Quartiergelaß bewohnen, können keine Einquartirung aufnehmen. P. A. B. 160. II. 482. III. N. A. B. 653. Von der Einquartirungsfreiheit der Landgeiſtlichen und Schullehrer, p. 231. die Einquartirungslaſt muß von allen Unterthanen gleichmäßig getragen werden, P. A. B. 26. 155. I. K. A. B. 49. Den zu mobilen Truppenabtheilungen gehörigen Frauen darf weder Quartier noch Verpflegung, noch Transportmittel gereicht werden, V. v. 26. Febr. 1814. p. 115. IV. Regul. über das Einquartierungsweſen in Berlin, v. 6. Mai 1814. G. S. 30. IV. — Nur die Eigenthümer ſind ſolche als Reallaſt zu tragen verbunden, und tritt die Theilnahme aller Einwohner an der Einquartirungslaſt nur auf den Militairſtraßen, als wirklichen Etappenplätzen, ein. R. v. 26. Sept. 1815. N. A. B. 348. V. K. A. B. 265. 290. Natural-, des garniſonirenden Militairs in den Bürgerhäuſern, ſoll künftighin aufhören. G. S. 1820. p. 137. — Befreiung der ſtandesherrl. Wohnſitze von ſelbiger. G. S. 1820. p. 89. und v. K. A. 31. IV. 777. — deren Leiſtung auf Etappen- und Militairſtraßen, ſ. Durchmarſch- und Etappen-Konvention. — ſ. auch Quartier, Natural- ꝛc., desgl. Einquartirungslaſten und Servis. — verhafteter oder auf den Transport gegebener Perſonen, darf nicht mehr ſtattfinden. v. K. A. 20. I. 81. — in wie weit ſolche bei dem Militair noch ſtattfindet. 20. IV. 907. — Verpflichtung der Pfarrkolonen zur Tragung derſelben. 22. III. 700. — Heranziehung Königl. Gebäude zu ſelbigen. 24. I. 193. — Vertheilung derſelben. 24. II. 469. — wann eher dazu auch privilegirte Grundſtücke heranzuziehen ſind. 21. I. 210. — Verhältniſſe, der Poſthäuſer und anderer öffentlichen Dienſtgebäude rückſichtl. derſelben. 21. IV. 836. — Befreiung der Geiſtlichen, Schullehrer und Küſter von derſelben. 31. I. 109. — IV. 777. — Befreiung der Militair- und Feſtungs-Garniſon-Aerzte von derſelben. 31. II. 347. — Ausſchließung der Proviantamtsbeamten von dieſer Befreiung. 31. II. 347. — kantonirender oder auf dem Marſche befindlicher Truppen, Verabreichung der Mundverpflegung bei derſ. 31. III. 638 — 641. ſ. überhaupt Marſchbeköſtigungsgelder, Ordonnanze.

Einquartirungs-Deputationen und Kommiſſionen, in den Städten. G. S. 1808. p. 350. — 1810. (A.) p. 655. f. — deren Mitglieder und Subalternen dürfen die bisherige Bürgergarde-Uniform anlegen. G. S. 1813. p. 132. — beſondere Kommiſſionen für die Einquartirung ausländiſcher Truppen. G. S. 1812. p. 47. — ſ. a. Einquartirungsweſen.

Einquartirungslaſten, deren Ausgleichung nach den feſtzuſetzenden Grundſätzen durch die Kreis-Verwaltungen. G. S. 1812. p. 150. — für fremde u. einheimiſche Truppen, deren Vergütigung durch Kompenſation bei der Vermögens- und Einkommen-Steuer. G. S. 1812. p. 201. — desgl. der für die Befreiung von ſelbigen entrichteten Sublevations-Beiträge. G. S. 1812. p. 201. — für ſelbige findet rückſichtlich der Kriegsjahre von 1813 bis letzten Juni 1814 keine Ausgleichung oder Vergütigung ſtatt. G. S. 1814. p. 50. 52. — 1815. p. 14. — 1819. p. 165. — ſ. auch Kriegslaſten.

Einquartirungs-Privilegien, deren Aufrechthaltung. v. K. A. 24. I. 193.

Einquartirungsweſen, Regl. v. 1. Jan. 1684. C. S. III. I. No. 54. v. 1. Juni 1699. No. 73. v. 1713. No. 109. v. 1721. No. 174. für Süd- und Neu-Oſtpreußen v. 4. Juni 1797. p. 1243. X. — allgem. Regulativ über daſſelbe v. 17. März 1810. G. S. 1810. (A.) p. 949 — 984. — deſſen Verwaltung in den Städten. G. S. 1808. p. 350. — 1810. (A.) p. 655. f. — 1812. p. 150. — Verhältniß des Militairs rückſichtlich dieſer Verwaltung. G. S. 1810. (A.) p. 656. f. — deſſen beſondere Verwaltung in Beziehung auf ausländiſche Truppen. G. S. 1812. p. 47. — deſſen Regulirung und Verwaltung in Berlin nach dem Regulativ v. 6. Mai 1814. G. S. 1814. p. 29 — 35. und der Verordn. v. 26. Jan. 1815. G. S. 1815. p. 5. — deſſen Verwaltung in den Vorſtädten. v. K. A. 29. I. 124.

Einregiſtrirung, bei den Friedensgerichten in den Rheinprovinzen, ſ. Regiſter.

Einregiſtrirungs-Gebühren, in denjenigen Landestheilen, wo die franz. Gerichtsverfaſſung noch beſteht, deren Aufhebung. G. S. 1822. p. 57. — in wie weit ſolche neben den Siegelungsgebühren noch ferner erhoben werden können. G. S. 1824. p. 81.

Einſaſſen, ſ. Domainen-Einſaſſen.

Einſchränkungen, ſ. Nebenverträge, des Eigenthums oder der Disposition, werden unter der zweiten Haupt-Rubrik eingetragen. H. O. Tit. I. §. 50. p. 13. des Eigenthums. — Eine Servitus necessaria kann nur alsdann verlangt werden, wenn dem Eigenthümer kein anderes Mittel übrig bleibt, ſein Grundſtück zu nutzen. S. u. Str. R. 1. B. No. 15. p. 53. — ſ. überhaupt Priorität.

Einſchreibe-Gebühren, deren Entrichtung von Polizei-Gefangenen. v. K. A. 22. II. 404. 405. — für Zuchthausbeamte. 22. II. 405. — ſ. a. Eintragungsgebühren, Gefängnißſtrafe.

Einſchreibungs-Befehl, ſ. Eintragungs-Mandat.

Einſegnung, (Konfirmation) der Kinder der Militair-Gemeinen, deren Vollziehung durch die Militair-Prediger. G. S. 1811. p. 181. — letztere ſind rückſichtl. derſelben, wie die Civilprediger, der Aufſicht der Superintendenten unterworfen. G. S. 1811. p. 176. — prieſterliche, Gültigkeit der durch ſelbige geſchloſſenen Ehen, in den vormals unter franz. oder weſtphäliſcher Herrſchaft geſtandenen Provinzen. G. S. 1816. p. 122. — ſ. a. Trauungen.

Einſeitig ausgeſtelltes Inſtrument. Findet aus einſeitig ausgeſtellten, an ſich den Executiv-Prozeß begründenden Inſtrumenten derſelbe auch dann ſtatt, wenn die causa debendi erwieſenermaßen aus einem Bilateral-Kontrakt entſpringt? S. u. Str. R. 2. B. No. 15. p. 148.

Einſpännige, Sicherheits-Polizeibeamte älterer Zeit, deren Beſtimmung. v. K. A. 18. I. 288.

Einſperrung, lebenswierige, von Verbrechern, bedarf der Allerh. Beſtätigung. G. S. 1809. p. 577. — zehn- und mehrjährige, nur der Beſtätigung des Kriminaldepartements des Juſtizminiſteriums. G. S. 1809. p. 578. — ſ. a. Detention.

Einſpruch, ſ. Aufgebot.

Einthalerſcheine, ſ. Treſorſcheine.

Eintragung, ſ. Kontrakt, Proteſtation. — Wenn mehrere Ingroſſations-Befehle zu gleicher Zeit inſinuiret werden, geſchiehet die, nach der Präſentations-Zeitfolge. H. O. Tit. 2. §. 30. p. 27. A. L. R. I. XX. 501. Hat der Richter bei Befolgung dieſer Vorſchrift gefehlt, ſo bleibt es dennoch bei der im Hypothekenbuche einmal angenommenen Folgeordnung. Derjenige aber, welcher durch ein ſolches Verſehen gefährdet worden, kann von dieſem, jedoch nur unter den §. 451. 452. feſtgeſetzten Beſtimmungen, Schadloshaltung fordern. §. 502. §. 503. Die ſchriftlichen Eintragungsbefehle fallen in der Regel bei den Untergerichten weg. H. O. Tit. 3. §. 16. p. 97. — in die Hypothekenbücher, ſ. dieſe.

ſ. auch überhaupt Ingroſſationsbücher, Synagoge, Zinsrückſtand.

— des Beſitztitels auf den Grund eines Notariats-Inſtruments, ſiehe Beſitztitel. — desgl. der Pertinenzien und Gerechtigkeiten einzelner Güter, ſ. Pertinenzien, Gerechtigkeiten. — Eintragung der Kriminal-Koſten wider den Willen des Schuldners auf die Grundſtücke deſſelben. R. v. 29. Juli 1831. v. K. J. XXXVIII. 163. 164. — der fiskaliſchen Vorrechte, ſ. dieſe.

Eintragungs-Gebühren. Wenn hypothekariſche, Königlichen Caſſen zugehörige Forderungen an Privatos cedirt werden, ſo müſſen die Koſten der Eintragung ſolcher Ceſſionen zur Hälfte von dem Ceſſionario gezahlt werden. R. v. 22. Aug. 1812. v. K. J. I. 250. — Da pro intabulatione Gebühren bezahlt wer-

den, ſo können für die Einſchreibungen in das Hypothekenbuch keine Gebühren gefordert werden. R. v. 9. Aug. 1817. X. 27. — Wenn eine Caution auf mehrere Grundſtücke eingetragen wird, ſo finden Hinſichts des Gebührenſatzes die in der Allg. Gebührentaxe für Eintragung eines Darlehns auf mehrere Grundſtücke enthaltenen Beſtimmungen Anwendung. R. v. 2. Juni 1820. XV. 301. — Wer wegen der Koſten für die Eintragung der von den Generalcommiſſionen entworfenen Auseinanderſetzungs-Rezeſſe als Extrahent anzuſehen. R. v. 17. Juli 1820. XVI. 73. — Die Beſtimmung der Sporteltaxe Abſchn. V. No. 42. (39.) Litt. L. wegen der Procentgelder kommt nur dann zur Anwendung, wenn die Eintragung eines Darlehns auf mehrere Güter (Grundſtücke) gleichzeitig erfolgt. R. v. 29. Apr. 1826. XXVII. 312. ſ. Bürgerding, Eintragungsmandat.

Eintragungs-Mandat. Bei den Oberlandesgerichten bedarf es, wie bei dem Kammergerichte, keiner Ausfertigung der an den Ingroſſator ergehenden Einſchreibungsbefehle, jedoch ſind die Gebühren dafür anzuſetzen. R. v. 2. Aug. 1822. v. K. J. XX. 71.

Eintragungs-Noten. Da pro intabulatione Gebühren bezahlt werden, ſo können für die Eintragungsnoten auf die Documente keine Gebühren gefordert werden. R. v. 9. Aug. 1817. v. K. J. X. 27.

Einwanderung, in die Preuß. Staaten, in wie weit ſolche Ausländern zu geſtatten iſt. v. K. A. 19. III. 747. — ſ. a. Ausländer und Niederlaſſungen. — in die Preuß. Staaten, Verfahren rückſichtl. derſelben. 29. III. 558. — ſollen nicht erſchwert, ſondern nach Umſtänden begünſtigt werden. 29. I. 118. ff. — den Gemeinden ſteht darüber in einzelnen Fällen gegen den Staat kein Widerſpruchsrecht zu. 29. I. 119. — von Ausländern, in das Königreich Polen, Beſchluß des Adminiſtrationsraths über dieſelben, v. 28. Apr. (10. Mai) 1833. — 33. I. 246 — 249. — ſ. Auswanderungen.

Einwendungen, ſ. Beſcheinigung, Todesſtrafe.

Einwerfung des Vermögens, ſ. Erbregulirung.

Einwilligung, ſ. Adjudikation.

Einwohner, von ihnen ſoll die Polizei Kenntniß nehmen. v. K. A. 18. I. 224.

Einzahlungen, ſ. Zählgelder.

Eis, Verhütung von Unglücksfällen auf ſelbigem. v. K. A. 17. IV. 226. — 18. II. 430. — 20. IV. 872. — polizeiliche Anordnungen bei deſſen Anhäufung in den Straßen. 17. IV. 234.

Eisbahnen, ſichere Anlegung derſ. v. K. A. 19. III. 791. — desgl. im Königreiche Sachſen. 19. III. 885.

Eiſen (und Stahl.) Ed. wider die Einführung fremden Ei-

ſens, v. 29. Mai 1666. C. S. V. II III. No. 15. v. 9. Juli v. 16. Aug. 1674. v. 7. Jan. 1676. IV. II. II. No. 13. 14. 17. v. 15. Juni 1685. No. 20. v. 12. Mai 1702. v. 1703. VI. II. No. 13. IV. II. No. 13. IV. II. II. No. 34. General-Avertiſſement für die Churmark v. 2. Febr. 1756. p. 26. II. Publ. v. 4. Nov. 1779. p. 1622. VI. Avertiſſement wegen der Verkaufspreiſe in den Hauptniederlagen v. 12. Oct. 1768. p. 5000. IV. v. 2. Febr. 1756. p. 26. II. v. 27. Apr. 1751. p. 79. I. C. den mehrern Debit der Eiſen-Hütten- und Blechwaaren betr. v. 2. Nov. 1771. p. 353. V. a. und ſoll bei Reviſion der Anſchläge auf den Abſatz des einländſchen Eiſens mit reflectiret werden. R. v. 2. Nov. 1771. p. 355. V. a. Ed. wider die Einführung des Schwedſchen, v. 4. Nov. 1779. p. 1622. VI. des fremden Eiſens in Oſtpreußen, v. 17. Mai 1784. p. 2844. VII. in Weſtpreußen, v. 25. Juni 1782. p. 1287. VII. v. 5. Juli 1784. p. 2868. VII. — Bei Eiſen-Contraventionen ſoll der Denunciant $^{12}/_{24}$, die Knapſchaftscaſſe, als welche der Armenkaſſe ſubſtituiret worden, $^{10}/_{24}$, das die Denunciation protocollirende Acciſe-Amt $^{1}/_{24}$, u. die die Unterſuchung führende Juſtizperſon $^{1}/_{24}$ des Werths des Confiscati u. der Strafe erhalten. R. des Gen. Dir. v. 22. Oct. 1789. — Eiſen-, Stab-, ſ. Eiſenhüttren. — (Roheiſen,) Ausgangs-Abgabe für ſelbiges in den öſtlichen Provinzen. v. K. A. 26. IV. 985. (Stab-Eiſen,) ungeſtempeltes, Verwendung der dafür beſtimmten Geldſtraſen nach §. 4. des Geſetzes v. 3. Juli 1818. v. K. A. 29. III. 573.

Eiſenbahnen, deren Anlegung durch Aktiengeſellſchaften. v. K. A. 32. III. 748.

Eiſendrath, ausländiſcher, darf gegen eine Zoll- u. Acciſe-Abgabe eingeführt werden. C. O. v. 24. Sept. 1812. G. S. 1812. p. 184., ſ. ferner Abgaben.

Eiſenguß, die Ausfuhr-Abgabe von ſelbigem iſt aufgehoben. v. K. A. 20. IV. 738.

Eiſen-Hohöfen, deren Ausblaſen ſoll in den umliegenden Ortſchaften bekannt gemacht werden. v. K. A. 18. I. 24.

Eiſenhütten, ſollen das bei ſelb. verfertigte Stabeiſen mit einem beſtimmten Fabrikzeichen verſehen. G. S. 1818. p. 153. — Sicherung des Eigenthums der Fabrikzeichen bei ſelbigen. v. K. A. 27. III. 577.

Eiſen-Munition, verſchoſſene, an Schießplätzen der Artillerie, darf ſich niemand zueignen. Cab. O. v. 23. Juli 1833. G. S. 1833. p. 86.

Eiſenwaaren, Hauſirhandel mit ſelbigen. G. S. 1824. p. 130. 135. Abgaben-Entrichtung von ſelbigen. G. S. 1824. p. 189. — 1825. p. 70. — 1827. p. 137. — Maaßregeln gegen den betrügeriſchen Hauſirhandel mit ſelbigen. v. K. A. 25. IV. 1082. — kurze, mit ſelbigen ſoll kein Hauſirhandel ſtattfinden. 18. IV. 1011.

Eiſernes Kreuz, ſ. letzteres.

Eisgang, Vorkehrungen gegen ſelbigen an ſchiffbaren Strömen und Gewäſſern in Oſtpreußen und Litthauen. G. S. 1806. p. 19. 20. — Widerſetzlichkeit gegen ſelbige wird hart beſtraft. G. S. 1806. p. 27. — zeitherige Herbeiſchaffung der dazu erforderlichen Geräthſchaften und Materialien. G. S. 1806. p. 19. — Nachläſſigkeiten darin werden beſtraft. G. S. 1806. p. 27. — in Strömen, wegen der deshalb im Königreiche Sachſen getroffenen Anordnungen. v. K. A. 19. III. 884.

Eiswachen, deren Geſtellung in Oſtpreußen u. Litthauen bei eintretenden Gefahren. G. S. 1806. p. 20. — Nichterfüllung ihrer Obliegenheiten wird ſtreng beſtraft. G. S. 1806. p. 27.

Elbbrücke, bei Wittenberg, ſ. letzt.

Elb-Departement, ſiehe Weſtphäliſche Departements, ehemalige.

Elbe, als Gränzſtrom zwiſchen Preußen und dem Königr. Weſtphalen, Regulirung der gegenſeitigen Rechte rückſichtl. derſelben. G. S. 1811. p. 230. ff. — Aufhebung der an ſelbiger beſtandenen Stapel- und Zwangs-Umſchlagsrechte. G. S. 1822. p. 2. — freie Schiffahrt auf ſelbiger und Aufhebung aller bisherigen Privilegien und ausſchließlichen Berechtigungen der Schiffergilden ꝛc. dazu. G. S. 1822. p. 12. — ſ. auch Elbſchiffahrts-Akte. — von dem Reviſionsverfahren auf derſelben, ſ. Konvention. — Ufer- und Damm-Ordnung im Königreiche Sachſen. v. K. A. 19. III. 868 — 891.

Elberfeld, Stadt, Statuten für das dortige Leihhaus und die damit verbundene Sparkaſſe. v. K. A. 22. I. 205 — 217.

Elbing, Stadt, bleibt in ihrem bisherigen Verhältniſſe als beſondere den Kreiſen gleich geſtellte Korporation. G. S. 1812. p. 143. — Verwaltung des dortigen Hafens. G. S. 1824. p. 93. — Statut für die dortige Kaufmannſchaft, v. 30. Apr. 1824. G. S. 1824. p. 85 — 100. — Börſenordnung für die Korporation der dortigen Kaufmannſchaft, v. 24. April 1830. G. S. 1830. p. 73. — Befugniß der dortigen Handelsleute, mit Ausländern über die künftigen Produkte ihrer Güter gültige Verpfändungs-Kontrakte abzuſchließen. G. S. 1815. p. 190. — deren Finanz-Verhältniſſe und Schuldenweſen. v. K. A. 28. I. 24.

Elbingerode, Amt, tritt Hannover an Preußen ab. G. S. 1818. (A.) p. 17. — Beſitznahme deſſelben. G. S. 1815. p. 193. — giebt Preußen an Hannover zurück. G. S. 1818. (A.) p. 58.

Elb-Schiffahrts-Akte, mit den betheiligten fremdherrlichen Staaten abgeſchloſſen, d. d. Dresden, den 23. Jun. 1821. G. S. 1822. p. 9 — 38. — Behufs der Reviſion derſelben ſoll von Zeit zu Zeit eine gemeinſchaftliche Kommiſſion zuſammentreten, die

erſte nach einem Jahre in Hamburg. G. S. 1822. p. 21. — die zweite am 1. May 1828. in Dresden. G. S. 1825. p. 176. — ergänzende Beſtimmungen jener Akte in Gefolge ſolcher Reviſion d. d. Hamburg den 18. Sept. 1824 und Genehmigungs-Urkunde d. d. Berlin, den 8. Juni. 1825. G. S. 1825. p. 173 — 187. — hat auf diejenigen Schiffer und ihr Gewerbe keinen Bezug, deren Fahrt ſich blos auf das Gebiet ihres eigenen Landesherrn beſchränkt. G. S. 1822. p. 12. — Konvention rückſichtl. derſelben mit Sachſen, Hannover, Dänemark und Meklenburg-Schwerin in Beziehung auf das Reviſionsverfahren bei Waarenverſendungen auf der Elbe, d. d. Dresden, den 23. Juni 1821. G. S. 1822. p. 101. ff. — anderweitige Verlängerung dieſer Konvention auf ſechs Jahre, mithin bis zum 31. Dez. 1833. G. S. 1828. p. 20.

Elb-Schifffahrts-Manifeſte, für Schiffer und Flößer, deren Ausſtellung und Gebrauch nach den Beſtimmungen der Elbſchiffahrts-Akte und deren Ergänzungen. G. S. 1822. p. 17. f. 33. — 1825. p. 175. 185.

Elbzölle, deren fernere Erhebung als Kommunikations-Abgaben. G. S. 1818. p. 68. — Verwandlung derſelben in eine allgemeine Schifffahrts-Abgabe nach den Beſtimmungen der Elbſchifffahrts-Akte v. 23. Jun. 1821. G. S. 1822. p. 13. ff. — 1825. p. 173. — Dieſe Abgabe wird von den Ladungen unter dem Namen: „Elbzoll," von den Fahrzeugen unter dem Namen: „Rekognitionsgebühr" erhoben; ebendaſ. — bei gewiſſen Einfuhr-Artikeln über Wittenberg und für das Inland beſtimmt, findet auch ein Waage- oder Krahngeld ſtatt. G. S. 1827. p. 152. — Tarifs für deren Erhebung. G. S. 1822. p. 23—38. — 1824. p. 202. 205 — 1825. p. 173 — 187. — 1827. p. 152. 156 — 159. — Vertrag mit Anhalt-Köthen und Anhalt-Deſſau, wegen Befreiung der beiderſeitigen Unterthanen von ſelbigen. G. S. 1828. p. 95. 103. — Vertrag zwiſchen Preußen und Anhalt-Bernburg v. 17. Mai 1831, wegen deren Aufhebung. G. S. 1832. p. 145.

Elektricität, Anwendung derſelben bei Scheintodten. v. K. A. 24. II. 609.

Elementar-Schullehrer, deren Prüfung und Ernennung. v. K. A. 17. III. 86. — ſiehe auch Schullehrer.

Elementar-Schulen, ſiehe Schulweſen u. Schulen.

Elle, preußiſche, ſoll 25½ Zoll enthalten. G. S. 1816. p. 149. — ſoll als öffentliches Probemaaß bei jedem Eichungsamte ausgeſtellt ſeyn. G. S. 1816. p. 143. — preuß., deren Vergleichung mit der Breslauer. v. K. A. 18. III. 693. — Köllniſche, Länge derſelben. 17. II. 82.

Elten, ehem. Stift, in Weſtphalen, Herſtellung der allgem. ehemaligen Gütergemeinſchaft in ſelb. G. S. 1826. p. 23.

Eltern, ſind ſtrafbar, wenn ſie ihre Kinder nicht zum regelmäßigen Schulbeſuch anhalten. G. S. 1825. p. 149. können ihre minderjährigen Söhne an der Fortſetzung des Militairdienſtes nicht hindern. G. S. 1825. p. 15. ſiehe auch Kinder. — ſchlechte Eltern, denſelben ſoll die Erziehung ihrer Kinder abgenommen werden, v. K. A. 26. IV. 1051. 1053. — von ſieben Söhnen, ſiehe Pathengeſchenk. — ſiehe überhaupt auch Auseinanderſetzung. Erbfolge.

Emancipationen; ſ. Gnadenſtempel.

Emballage, dafür ſollen in Criminal-Unterſuchungsſachen nicht mehr als 4 Gr. (5 Sgr.) bis höchſtens 8 Gr. (10 Sgr.) paſſiren. Reſcr. v. 10. Mai 1814. v. K. J. III. 297. — Es iſt zwar zuläſſig, von den Partheien die Auslage für Emballage zu fordern, aber es bedarf keiner beſondern Juſtification zur Empfangnahme derſelben, da die Zahlung dafür nur die Erſtattung einer Auslage iſt. Reſcr. v. 3. Sept. 1824. XXIV. 324. — ſ. Unterſuchungskoſten. — aus Packpapier, in wie weit ſolche bei Poſtpäckereien ſtatt finden kann. v. K. A. 33. IV. 925. — Beſtimmung wegen der Koſten. Cirk. R. v. 11. Febr. 1828. v. K. J. XXXI. 195. 196.

Emden, der Hafen zu, iſt zu einem Porto-Franco declarirt Pat. v. 15. Nov. 1751. E. S. p. 173. I. Octroy für die Compagnie zum Heringsfange v. 4. Aug. 1769. p. 6199. IV. v. 28. Aug. 1787. p. 1578. VIII.

Emigrationen, Emigrations-Konſenſe, ſiehe Auswanderungen.

Emolumente. Welche Nebeneinkünfte den Mitgliedern und Officianten des Oberlandesgerichts zu Stettin verbleiben. R. v. 13. Mai 1817. v. K. J. IX. 223. — Feſtſtellung der Gebühren und Emolumente, welche auch ferner den mit Beſoldungen etatsmäßig angeſtellten Oberlandesgerichtsbeamten verbleiben, oder zur Salariencaſſe fließen, und zwar in Betreff: 1) der taxmäßigen Diäten für auswärtige Aufträge außer dem Orte des Gerichtsſitzes, 2) der Commiſſionsgebühren für Geſchäfte in Sachen der ſtreitigen und freiwilligen Gerichtsbarkeit am Orte des Gerichts, 3) der Reiſekoſten, 4) der Wagenmiethe, 5) der Tantieme der Salariencaſſen-Officianten, 6) der Copialien der Canzelleibeamten, 7) der Calculaturgebühren, 8) der Meilengelder der Boten und Executoren, 9) der Wartegelder der Executoren, 10) der Inſinuationsgebühren, 11) der Executionsgebühren, 12) der Dollmetſchergebühren, 13) der Stempeltantieme, 14) der Erbſchaftsſtempel-Tantieme, 15) der Tantieme für urgirte Stempelſtrafen, 16) der Tantieme für reſervirtes Porto, 17) der Tantieme für reſervirte Stempel, 18) der Examinations-Gebühren. Reſcr, v. 11. Febr. 1817. X. 24. — Fernere Beſtimmung in Anſehung der Gebühren, welche die im ſe-

ſten Gehalt ſtehenden Juſtizbeamten noch neben dem Gehalte zufolge der Sporteltaxe vom 23. Aug. 1815. für ſich zu beziehen haben, oder zur Sportelcaſſe zu berechnen ſind, und zwar in Betreff: 1) der Fuhrkoſten, 2) der Diäten, 3) der Actuariengebühren, 4) der Commiſſionsgebühren, 5) der Gebühren für eine Auction, 6) der Receptionsgebühren, 7) der Gebühren für das Zuſammenbringen der Sachen bei Auctionen, 8) der Vidimationsgebühren, 9) der Gebühren für die Ausarbeitung eines Auseinanderſetzungs-Rezeſſes oder Plans, 10) der Gebühren in Hypothekenſachen, 11) der Ingroſſationsgebühren, 12) der Gebühren für das Aufſchlagen des Hypothekenbuchs, 13) der Introductionsgebühren, 14) der Gebühren für Ausarbeitung der Inventarien, 15) der Terminsgebühren in Requiſitionsſachen, 16) der Taxgebühren in denſelben, 17) der Gebühren in Auftragsſachen der vorgeſetzten Behörden. Reſcr. v. 9. Aug. 1817. X. 27. — Beſtimmungen wegen der von den Richtern und Subalternen bei den Land- und Stadtgerichten links der Elbe außer den Gehalten zu beziehenden, oder zur Salariencaſſe fließenden Gebühren, und zwar in Betreff: 1) der Gebühren für das Zuſammenbringen und Ordnen der Sachen bei Auctionen, 2) der Gebühren für die Abhaltung des Auctionstermins, 3) der Gebühren für die Abnahme eines Judeneides in der Synagoge, 4) der Gebühren für die Direction einer Executions-Vollſtreckung, 5) der Gebühren für die Beſorgung eines einzelnen, zur Prozeßinſtruction gehörigen Acts außerhalb der gewöhnlichen Gerichtsſtelle, jedoch am Orte, wo das Gericht ſeinen Sitz hat, 6) der Gebühren für den Depoſitalextract, 7) der Gebühren für außerordentliche Depoſitaltermine, 8) der Gebühren für Auf- und Annahme der Teſtamente außer dem Orte des Gerichts oder außerhalb der Gerichtsſtelle, 9) der Gebühren für das Heften der Prozeßacten, 10) der Gebühren und Diäten in Criminalſachen, 11) der Canzellei-Gebühren, 12) der Inſinuatiosgebühren, 13) der Executionsgebühren. Reſcr. v. 20. Aug. 1819. XIV. 52. — Die Diäten der Oeconomie-Commiſſarien ſind zur Befriedigung ihrer Gläubiger eben ſo gut dem Abzug unterworfen, wie das Gehalt eines Officianten. Die Vorſchrift des §. 160. des Anh. zur Prozeßord. ſpricht nicht allein von Beſoldungen, ſondern auch von Emolumenten und unter dieſen ſind auch die Diäten begriffen. Reſcr. v. 9. Sept. 1822. XX. 37. — ſ. Exekution. Meilengebühren. Naturalerhebungen. Normaletat. Penſion. Penſionsfond. — Dienſt-, der Staatsdiener, deren Berechnung Behufs der Heranziehung zu den Gemeindelaſten. G. S. 1822. p. 185. — in wie weit ſolche von letztern befreit ſind. G. S. 1822. p. 186. — Berechnung des Quittungsſtempels von ſelbigen. G. S. 1822. p. 61. — In wie fern kommen ſie bei Penſionen in Anrechnung? Cab. Ord. v. 5. Mai 1827.

— Cirk. R. v. 18. Juni 1827. v. K. J. XXX. 140—142. — auch v. K. A. 27. II. 355. — III. 509. 601. — Cirk. R. v. 14. Mai 1828, betr. die, ohne Eviction zu deſervirenden Emolumente der Boten und anderer Unterbeamten. v. K. J. XXXI. 280. 281. — ſiehe auch Penſion. — der Staatsbeamten, deren etatsmäßige Verrechnung. v. K. A. 25. I. 9. — deren Berückſichtigung bei Penſions-Vorſchlägen. 23. I. 9. — deren Berechnung bei Penſionirungen. 32. IV. 849. desgl. bei Bewilligung von Sterbe- und Gnadengehältern. 32. IV. 840. — Cirk. Reſcr. v. 26. Octbr. 1833., betr. die Emolumente der auf Gebühren angewieſenen Beamten. v. K. J. XLII. 413. 414. — ſiehe überhaupt Dienſteinkünfte.

Emolumenten-Bücher, Alle Juſtizbediente, welche ſich im Genuſſe von Diäten, Sporteln, Commiſſions- oder andern Gebühren befinden, ſollen über dieſe Dienſt-Emolumente gehörige Bücher führen. Reſcr. v. 30. März 1822. v. K. J. XIX. 182.

Emphyteuten, in Preußen, deren Verhältniße als ſolche. G. S. 1816. p. 173.

Emphyteutiſche Grundſtücke; ſ. Bauergüter.

Emsfluß, und Emdener Hafen, Schifffahrt preuß. Unterthanen auf ſelbigen. G. S. 1818. (Anh.) p. 18.

Engern, kurze Ueberſicht der Statutar-Rechte der Herzogthümer Engern und Weſtphalen. v. K. J. XXXI. 235. 241. — (Herzogth.) Bemerkungen zu dem vorbemerkten Aufſatze. XXXIII. 126 — 128.

England, (Großbritanien und Irland) Königreich, Sperrung des Handelsverkehrs mit ſelbigem und deſſen Kolonien, nach Art. 27. des Tilſiter Friedenstraktats mit Frankreich, v. 9. Jul. 1807. G. S. 1807. p. 163. — 1810. (A.) p. 643. f. 693. — Unterſuchung und Beſtrafung der dagegen begangenen Kontraventionen. G. S. 1810. (A.) p. 724 — 729. — 1812. p. 29. — Beſtimmungen darüber in dem Allianztraktate mit Frankreich v. 24. Febr. 1812. G. S. 1812. p. 103. — Aufhebung dieſer Handelsſperre. G. S. 1813. p. 39. — 1814. p. 45. — Handelsvertrag mit ſelbigem v. $^{2}/_{15}$. April 1824. G. S. 1824. p. 117 — 120. — gegenſeitige Begünſtigungen im Handels- und Schifffahrtsverkehr mit demſelben und deſſen überſeeiſchen Beſitzungen. G. S. 1826. p. 50. — die in ſelbigem herauskommenden deutſchen Zeitungen dürfen in die preuß. Staaten nicht ein- und durchgeführt werden. G. S. 1820. p. 8. — Empfangs-Beſcheinigungen über die Inſinuationen inländiſcher gerichtlicher Verfügungen in demſelben. G. S. 1828. p. 85. (und Irland), Königreich, Paßverhältniß mit ſelbigem. v. K. A. 23. III. 347. — Päſſe zu Reiſen in daſſelbe müſſen von deſſen Geſandtſchaft zu Berlin viſirt ſein. 21. I. 112. — Verfahren gegen die Ausländer in ſelbigem, nach der neuen Fremden-

Regiſtrirungs-Bill. 26. III. 632. — Polizei-Verwaltung in ſelbigem. 17. III. 243. — Königreich, Poſtverkehr mit ſelbigem über die Niederlande. 25. II. 369. — IV. 999. — die in ſelbigem herauskommenden deutſchen Zeitungen dürfen nicht ein- und durchgeführt werden. 20. I. 47. — ſiehe auch Großbritanien. — Beſtimmungen über die Nationalität der Schiffe aus ſelbigem. 27. II. 362. — und deſſen außereuropäiſche Länder, Abſchoßfreiheit mit ſelbigen. 29. III. 481. — zu Reiſepäſſen dahin, iſt der Nachweis des Beſitzes, hinlänglicher Reiſemittel erforderlich. 29. I. 139. Beförderung der Briefe dahin mit Paket- und Dampfboten. 30. I. 63. — III. 542. — Paßviſirungen durch die preuß. Geſandten und Konſuln in demſelben. 31. II. 360. 361. — Ermäßigung des Einfuhr- und Ausfuhr-Zolls in demſelben reſp. auf Wein und Steinkohlen. 31. III. 535. — Verfahren gegen Reiſende aus demſelben ohne geſandtſchaftliche Paß-Viſa. 33. III. 742. — von dem Reviſions-Verfahren auf der Elbe, ſiehe Konvention. — ſiehe überhaupt auch Inſinuation.

Engliſche Geſetze, wie deren Exiſtenz vor preußiſchen Gerichtshöfen darzuthun. R. v. 8. Dez. 1819. v. K. J. XIV. 171.

Engliſche Uſowechſel; ſ. Wechſel.

Enkel; ſ. Pflichttheil. Repräſentationsrecht.

Enklaven, (eingeſchloſſene Landestheile) fremder Kreiſe, deren Zuſchlagung zu denjenigen Kreiſen, in welchen ſie belegen ſind. G. S. 1812. p. 144. — ſollen rückſichtlich des Zolles und der Verbrauchsſteuer für fremde Gegenſtände eigene, der Oertlichkeit angemeſſene, Verfaſſungen erhalten. G. S. 1818. p. 68. — ſiehe auch Abgaben. Steuern und Zollverträge mit fremden Staaten.

Enrollirte, wer darunter zu verſtehen? C. O. v. 19. Febr. 1753. C. S. p. 437. I. C. v. 7. Oct. 1776. p. 371. VI. — ſiehe Militairpflichtige. deren Vereidigung, ſiehe letztere.

Entbindungen, Hülfsleiſtungen bei ſelbigen und Pflege der Wöchnerin nach ſolchen. v. K. A. 28. IV. 1093.

Entdeckungen, neue, im Gebiete der Induſtrie, Verleihung ausſchließlicher Privilegien auf ſelbige im Oeſterreichiſchen. v. K. A. 21. I. 212. seq.

Enterbung, von der, aus guter Abſicht. St. B. p. 39. Th. X. — ſ. Pflichttheil.

Entführung, A. L. R. II. XX. 1095—1104. Palzow, Comment. zur Cr. Ordn. p. 388. B. I.

Entlaſſung der Schiedsmänner. Ueber das Verfahren dabei Reſcr. v. 26. März 1831. v. K. J. XXXVII. 340. 341. — der Militair-Sträflinge und Baugefangenen, das dabei zu beobachtende

Verfahren. R. v. 9. Apr. 1834. v. K. A. 34. II. 490. — ſtädtiſcher Unterbeamten, ſiehe letztere.

Entlaſſungs-Geſuche, aus dem Militairdienſt; ſ. letzt.

Entlaſſungsſcheine, für eingebrachte verhaftete Individuen in Baiern. v. K. A. 18. III. 908. — für das Geſinde, ſiehe letzteres.

Entleibte; ſ. Obduktionen.

Entleibungen; ſ. Verbrechen.

Entrepriſe-Kontrakte, zwiſchen einer ſtempelfreien Behörde und einem ſtempelpflichtigen Kontrahenten, Stempel-Anwendung zu ſelbigen. v. K. A. 28. II. 336.

Entſagung, A. L. R. von Entſagung der Rechte überhaupt. I. XVI. 378—404. — die, eines Sohnes auf den älterlichen Nachlaß ſchließt denſelben auch ohne Eid von dieſem Nachlaß aus. G. E. v. 4. Apr. 1786. Kl. A. p. 257. I. — Von Gültigkeit der Verzichtleiſtung einer ausgeſtatteten Tochter auf den väterlichen und mütterlichen Nachlaß. Behm. Ius nov. c. Obs. 85. Vom Verzicht auf eine gerichtlich regiſtrirte Schenkung. H. B. V. 130. von der ſtillſchweigenden Entſagung. B. I. 26. G. E. die eidliche Beſtärkung der Entſagung einer väterlichen Erbſchaft betr. v. 12. Jul. 1782. H. B. VIII. 92. die, muß ausdrücklich geſchehen. V. 121. VIII. 55. — einer ingroſſirten Real-Forderung wird unter die Colonne: Löſchungen vermerkt. H. O. Tit. I. §. 61. p. 16. — Ein Vertrag, wodurch Jemand gegen Entgeld auf Alimente Verzicht leiſtet, welche an ſich zwar beſtimmt, unter gewiſſen, ihrem Eintritte und ihren rechtlichen Folgen nach unbeſtimmten, Bedingungen aber veränderlich ſind, iſt nicht als Entſagung, ſondern als ein Vergleich über künftige Verpflegungsgelder anzuſehen, welcher, ohne Beſtätigung des ordentlichen perſönlichen Richters des zu Verpflegenden, für denſelben unverbindlich iſt. S. u. Str. R. 3. B. No. 27. p. 285. — Entſagungen wohlerworbener Rechte müſſen ausdrücklich erfolgt ſeyn. S. u. Str. R. 1. B. No. 37. p. 143. — Entſagung des Prozeſſes; ſ. Werthſtempel.

ſ. Erbſchaftsentſagung, Pfandrecht, Stempel.

Entſagungsakt. Behandlungsart der Eintragungen ſolcher Entſagungsakte, welche Gutsbeſitzer über ihre geſetzliche Befugniß, einen Theil der bei der Regulirung der gutsherrlichen und bäuerlichen Verhältniſſe gewonnenen Ländereien oder Renten zu verkaufen, oder prioritätiſch zu verpfänden, ausſtellen. R. v. 17. Mai 1819. v. K. J. XIII. 305.

Entſchädigung. Geht das Recht, vom Staate, für die, dem gemeinen Wohle aufgeopferten Vortheile, Entſchädigung zu fordern, durch eine dreijährige oder nur durch eine dreißigjährige Verjährung verloren? S. u. Str. R. 1. B. No. 22. p. 73., desgl.

No. 23. p. 77. — Hat bei fortdauernden Beſchädigungen der Beſchädigte die Wahl, den Erſatz ſeines Schadens durch eine Kapital-Abfindung, oder durch partielle Vergütigungen in beſtimmten Friſten zu fordern, oder ſteht ihm nur das Recht zu, die erſte Art der Entſchädigung zu verlangen? S. u. Str. R. 1. B. No. 23. p. 77. — Unterbricht ein Anerkenntniß des Verpflichteten über ſeine Verbindlichkeit zum Schadensersatz die Verjährung, wenngleich ein Anerkenntniß über den Betrag des Schadensersatzes nicht erfolgt iſt? S. u. Str. R. I. Band No. 23. p. 78. — Muß ſich derjenige, welcher Brandentſchädigungs-Gelder von der Feuer-Sozietät für die geſammten kleinen Städte im Königreiche Preußen zu fordern hat, mit den, von der Regierung feſtgeſetzten Terminalzahlungen begnügen, wenn die für einen Ausſchreibungs-Termin aufzubringende, Entſchädigungs-Summe mehr als 5000 Rthr. beträgt? S. u. Str. R. 1. B. No. 33. p. 127. — Ein Poſtamt iſt zu der, ihm ſonſt geſetzlich obliegenden Vertretung für die Verſehen der Poſtbedienten und Poſtillione nicht verpflichtet, wenn der Feind, zur Zeit des entſtandenen Verluſtes die Poſtrevenüen gezogen hat. S. u. Str. R. 1. Band No. 51. p. 192. — Wird derjenige, welcher öffentliche Geldpapiere auf Zeit, das heißt, zur Annahme bis zu einem beſtimmten Tage nach einem gewiſſen Courſe, verkauft, bei nicht erfolgter Abnahme durch die Beſtimmung des Schlußzettels: daß er in dieſem Falle befugt ſeyn ſoll, die Papiere nach dem Tages-Courſe zu verkaufen, und die Differenz vom Käufer zu verlangen, berechtigt, von dem Käufer die Cours-Differenz als Entſchädigung zu fordern, ohne den Beweis des Verkaufs der Papiere zur Begründung ſeiner Forderung auf Schadensersatz führen zu müſſen? S. u. Str. R. 1. B. No. 67. p. 244. — Wird derjenige, welcher einem Andern, in einem Revers öffentliche Geldpapiere auf Zeit, das heißt, nach Ablauf einer gewiſſen Zeit, zu einem beſtimmten Courſe zu liefern verſpricht, dadurch dergeſtalt verpflichtet, daß er dieſe öffentlichen Papiere auch dann liefern muß, wenn der Käufer, beim Ablauf der geſetzten Friſt, nicht zur Lieferung der Papiere aufgefordert hat, ſpäter aber dieſelben ihren Cours verändert haben? S. u. Str. R. 1. B. No. 69. p. 253. Kann eventuell ein ſpäterer, höherer Cours, als Schadensersatz verlangt werden? S. u. Str. R. 1. B. No. 69. p. 253. — Das Recht des Beſchädigten, den ganzen ausgemittelten, vormaligen Werth der beſchädigten, beweglichen Sache, gegen deren Ueberlaſſung zu fordern, erſtreckt ſich nicht auf ſolche Sachen, die aus mehreren einzelnen, für ſich beſtehenden, Sachen zu einem Ganzen zuſammengeſetzt ſind. S. u. Str. R. 1. B. No. 103. p. 434. Welchem von mehrern, ſeit der Aufhebung des Mühlenzwanges durch das Edikt vom 28. October 1810. bis zur Feſtſtellung der vom Staate dafür zugeſicherten Entſchädigung, auf

einander folgenden Beſitzern einer zum Mühlenzwange früher berechtigten Mühle, gebührt in Ermangelung von Vertragsbeſtimmungen die Entſchädigung: 1) dem Beſitzer zur Zeit der Aufhebung des Mahlzwanges, oder 2) dem Beſitzer zur Zeit der Feſtſtellung der Entſchädigung, oder 3) ſämmtlichen Beſitzern nach Verhältniß ihrer Beſitzzeit? S. u. Str. R. 3. B. No. 19. p. 184. — Filles entretenues und diejenigen, welche mit Militairperſonen in ſogenannter wilder Ehe leben, haben keinen Anſpruch auf Entſchädigung, wenn ſie nicht durch falſche Vorſpiegelungen verleitet worden ſind. Erkenntn. Ausz. des Ober-Appell. Senats des Kammergerichts v. 19. Oct. 1811. v. K. J. I. 130. — ſ. Alimentenklage. Apotheke. Bann- und Zwangs-Recht. Gebäude-Entſchädigung. Gehalts-Entſchädigung. Gewerbeberechtigung. Holzdiebſtahl. Juſtizoffizianten. Penſionsentſchädigung. Terminsgebühren. — für die zum Chauſſeebau in der Provinz Preußen abgetretenen Privatländereien, ſiehe Chauſſeebau. — für den zu Kanal- und Flußbauten abgetretenen Grund und Boden, ſiehe Kanal- und Flußbauten. ſiehe überhaupt Gehalt. Brand-, ſiehe Präkluſivtermin, auch Poſen, Großherzogthum.

Entſchädigungs-Anſprüche, der nur auf beſtimmte Zeit angeſtellten Beamten betr. R. vom 24. Juni 1831. v. K. J. XXXVII. 325.

Entſchädigungs-Gelder. Die Entſchädigungsgelder der verſtorbenen ehemals ſüdpreußiſchen Beamten gehören nicht zur Concursmaſſe, ſondern verbleiben den Wittwen und Kindern. R. v. 19. Oct. 1816. v. K. J. VIII. 266.

Entſchädigungsklage, Verfahren bei deren Zulaſſung gegen den Richter, wenn ſich die Parthei durch eine geſetzwidrige Criminalunterſuchung oder Verhaftung beeinträchtigt glaubt. R. v. 29. Juni 1819. v. K. J. XV. 261.

Entſchädigungszuſchuß, ſiehe Gehalts-Entſchädigung.

Entſcheidung, ſiehe Erkenntniß. Juſtizminiſter. Publikanda, gerichtliche. Schleichhandel. Stempelſtrafe. Strafreſolute.

Entſcheidungsgründe, ſind den Reviſions-Erkenntniſſen beizufügen, wenn durch dieſe zwei gleichförmige Urtheile ganz oder zum Theil abgeändert werden. G. S. 1825. p. 161. — über die Beifügung derſelben bei Abfaſſung der Reviſionserkenntniſſe. R. v. 24. Mai 1831. v. K. J. XXXVII. 344. 345. — (abgeändert durch das R. v. 30. Nov. 1831.) — über die Abfaßung derſelben in revisorio. R. v. 30. Nov. 1831. v. K. J. XXXVIII. 331—333. — über deren Mittheilung bei Erkenntniſſen zweiter Inſtanz. R. v. 6.

Febr. 1832. XXXIX. 154. 155. — ſolche bei Erkenntniſſen 2ter Inſtanz in Injurienſachen beizufügen. Reſcr. v. 4. Jun. 1834. — XLIV. 84. — ſiehe auch Kriminalurtel. Militairſtrafen.

Entſetzung, ſiehe Amtsentſetzung.

Entſiegelung, ſiehe Verſiegelung.

Entwäſſerungen, unter welchen Verhältniſſen und Bedingungen ſolche ſtatt finden u. ausgeführt werden können. G. S. 1811. p. 354. ff. — Zuziehung von Schiedsrichtern bei ſelbigen. G. S. 1811. p. 355. — ſämmtliche Koſten tragen diejenigen, auf deren Antrag die Entwäſſerung erfolgt. G. S. 1811. p. 356.

Entweichen, der Gefangenen, Sicherheits-Vorkehrungen gegen daſſelbe. v. K. A. 17. III. 173. — IV. 203. — ſiehe auch Transportweſen. — ſiehe auch Feſtungsarreſtanten, Geſchäftstabellen und Liſten.

Entwürfe; ſiehe Feſtungspläne.

Epauletts. Die wirklichen Kammergerichts- und Oberlandesgerichtsräthe, gleich denen bei den Regierungen, imgleichen die nach §. 5. der Verordnung vom 7. Februar 1817, wegen der Rangverhältniſſe der Civilbeamten, mit dieſen in gleichem Range ſtehenden Perſonen, ſind zur Tragung von Epauletts berechtigt; diejenigen Beamten aber, welche nach Maaßgabe des §. 6. nur vermöge ihres Titels mit den wirklichen Räthen bei den Obergerichten und Regierungen rangiren, von dieſer Berechtigung ausgeſchloſſen. R. v. 17. Mai 1819. v. K. J. XIII. 279. ſ. Uniform. — deren Tragung von den Polizei-Beamten. v. K. A. 17. II. 9. — 27. IV. 977. 986. — ſiehe auch Polizei-Uniform. — mit Frangen, können die im Civil angeſtellten Staabs-Offiziere zu ihrer Civil-Uniform tragen. 28. IV. 955. 29. I. 10. — geſchloſſene Contre-Epauletts, dürfen die, den Kapitains-Rang führenden Ober-Gränz-Kontrolleure tragen. 28. II. 315. — in wie weit deren Tragung noch bei den Uniformen der Civil-Beamten geſtattet iſt. 32. II. 328. 330. 333. 334. — für Aufſichts-Beamte der Steuer-Verwaltung. 32. II. 336. 337. — können von den Polizei-Beamten nur noch nach Maaßgabe ihres Rangverhältniſſes getragen werden. 32. II. 437. — der Polizei-Inſpektoren und Kommiſſarien. R. vom 26. Juni 1834. — 34. II. 463.

Epilepſie, Behandlung der damit Befallenen. v. K. A. 18. II. 469. — Scheintodte an ſelbiger, deren Behandlung. 20. IV. 865.

Episkopalrechte, über Gegenſtände derſelben und der Kirchenhoheit findet der Rechtsweg nicht ſtatt. R. v. 20. Jul. 1830. v. K. J. XXXVI. 138—141. desgl. v. K. A. 31. I. 44—47.

Equilibriſten, ſiehe Seiltänzer.

Equipagewagen des Militairs, ſiehe Wagen.

Erbanfall; ſ. Erbſchaftsſtempel.

Erbauungsſchriften, chriſtliche, mit ſelbigen darf kein Hauſiren ſtatt finden. v. K. A. 19. IV. 944. — Beaufſichtigung des Handels mit ſelbigen. 21. I. 95. — chriſtliche, deren Verbreitung durch umherziehende Boten. 33. I. 91.

Erbbegräbniſſe, ſiehe Begräbnißplätze.

Erbberechtigungsſchein; ſiehe Orden und Ehrenzeichen.

Erbe, ein Ehebrecher kann von der Ehebrecherin nicht zum Erben eingeſetzt werden. G. E. v. 25. Nov. 1783 v. Kl. A. 115. I. Wenn Wittwe und Erben ſich für Nichterben erkläret, bleiben ſelbige nach der A. G. O. Th. I. Tit. 50. §. 8. in dem Beſitz des zurückgelaſſenen Vermögens. R. v. 21. Dec. 1795. E. S. p. 2743. IX. — Ein uneheliches Kind kann ſowohl im Teſtament zum Erben eingeſetzt, als ihm etwas vom Schwängerer vermacht werden. Lief. 2. p. 52. und wenn daſſelbe den Teſtator überlebt, ſeinen Antheil am Vermächtniſſe auf ſeine natürliche Mutter vererben. L. 2 p. 53. Wenn die Wittwe ſich für Nichterbin erkläret, kann ein natürlicher Sohn nach des Vaters Tode den ſechsten Theil des Allodii fordern. Lief. 2. p. 92. — Vom Beweiſe, daß Kinder der Aeltern Erben geworden. H. B. V. 115. von den Worten der Erbeseinſezzung: Sollen in gleiche Theile gehen. I. 64. ſie erfordert ein Teſtament. VI. 39. keine verba solennia. III. 30. ob durch unbedingte Annahme des im Teſtament ausgeſetzten Legats der Erbe querelam nullitatis verliere? I. 25. — Wenn mit der Wittwe und Erben eines Verſtorbenen, welche ſich für Nichterben erkläret und nach dem R. v. 21. Dec. 1795. p. 2743. IX. St. B. p. 187. Th. 2. im Beſitze des Nachlaſſes geblieben, die Einziehung der zu demſelben gehörigen Activorum zu reguliren. R. v. 30. Jun. 1800. St. B. p. 323. Th. XI. — verſtorbener Gewerbetreibenden. Berechtigung deſſelben zur Fortſetzung des Gewerbes. G. S. 1810. p. 82. ſiehe auch Gewerbeſteuer. Hinterbliebene. Kinder. Wittwen. Verhältniß der Beneficial-Erben zu Eintragung in die Hypothekenbücher, v. 2. May 1815. v. K. J. 67. V. K. A. B. 32. VI. Iſt der heres fiduciarius Eigenthümer oder Nießbraucher? ibid. 245. VI. — fremde und Teſtaments-Erben haben auf das Gnaden-Quartal keine Anſprüche. v. K. A. 18. I. 10. — der Geiſtlichen, kommt deren Sterbemonat zu Gute. 17. III. 77. — Exekution gegen Erben, ſiehe Exekution, ſiehe auch erbſchaftlicher Liquidationsprozeß, Erbtheilungsverträge. Die Erben eines Bürgen haften dem Gläubiger, welchem ſie die Theilung der Erbſchaft nicht vorſchriftsmäßig bekannt gemacht haben, auch dann in solidum, wenn zur Zeit der Theilung die Zahlungsverbindlichkeit aus der Bürgſchaft noch nicht eingetreten war. S. u. Str. R. 1. B. No. 29. p. 108. — Wenn der Teſtator ſeine Geſchwiſter und

Geſchwiſter-Kinder zu Erben berufen hat, und aus den Umſtänden erhellet, daß in der Inteſtat-Erbfolge nichts hat geändert werden ſollen, ohne daß jedoch für den Fall, da der eingeſetzte Bruder oder die eingeſetzte Schweſter vor dem Teſtator mit Tode abgeht, eine Beſtimmung im Teſtamente enthalten iſt; treten in dieſem Fall die Kinder des Vorverſtorbenen an deſſen Stelle, oder findet das Zuwachsrecht der Teſtamentserben ſtatt? S. u. Str. R. 2. B. No. 4. p. 56. — Iſt ein Beneficial-Erbe, welcher während der Dauer ſeiner Adminiſtration des Nachlaſſes ausſtehende Forderungen deſſelben eingezogen und Nachlaßſchulden berichtigt hat, nach hiernächſt eröffnetem erbſchaftlichen Liquidationsprozeſſe verpflichtet, die eingezogenen Gelder zu der unter gerichtlicher Adminiſtration geſtellten Maſſe zurück zu zahlen, und ſtatt der befriedigten Gläubiger zu liquidiren, oder gebührt dem Beneficialerben ein Kompenſationsrecht gegen die Maſſe? S. u. Str. R. 2. B. No. 5. p. 63. — ſiehe auch Erbſchafts-Inventarium. — Iſt ein, den zwanzigſten Theil des Nachlaſſes nicht überſteigendes Vermächtniß, deſſen Entrichtung der Erblaßer einem gegenwärtigen Notherben mündlich aufgetragen hat, auch dann rechtsbeſtändig, wenn dem Notherben im Teſtamente nur der Nießbrauch des Nachlaſſes auf eine beſtimmte Zeit zugewendet und die Erhaltung der einigen ſeiner Kinder hinterlaſſenen Subſtanz zur Pflicht gemacht, er jedoch event. in den Pflichttheil eingeſetzt worden? S. u. Str. R. 3. B. No. 5. p. 80. — ſiehe auch Teſtament und Beſitztitel.

ſiehe überhaupt Adjudikation. Beneficialerben. Gnadengehalt. Miteigenthum. Solidarverpflichtung. Sterbequartal. Subhaſtation. Teſtamentsausfertigung.

Erbesantretung, ohne Vorbehalt; ſiehe Erbesentſagung.

Erbes-Auseinanderſetzung, ſiehe Bauergüter.

Erbes-Entſagung. Wenn in der Kur- und Neumark der in einem wechſelſeitigen Teſtamente als Erbe eingeſetzte überlebende Ehegatte, ohne daſſelbe publiziren zu laſſen, und die Legate auszuzahlen, im Beſitze des Nachlaſſes bleibt, über dieſen willkührlich disponirt, und ſich über die Erbesantretung nicht erklärt, können, nach ſeinem ebenfalls erfolgten Tode ſeine Beneficialerben ſich gegen die, auf Auszahlung dringenden Legatarien des erſten Ehegatten durch Verzichtleiſtung auf deſſen Nachlaß, ſchützen? S. u. Str. R. 1. B. No. 74. p. 277.

Erbeserklärung, ſ. A. L. R. Th. I. Tit. 9. §. 383. seq. c. R. d. ad §. 390. in wie fern eine Mutter als Vormünderin ihrer Kinder ſich wegen unbedingter Annahme der älterlichen Erbſchaft unter obervormundſchaftlicher Approbation erklären darf

v. 18. Apr. 1797. C. S. p. 1091. X. ſ. a. R. wenn unvermögende minorenne Erben die Erbſchaft cum beneficio angetreten, v. 5. Febr. 1798. p. 1535. X. u. St. B. p. 310. Thl. VIII. förmliche, in wie fern ſolche außer dem Nachweis des Succeſſionsrechts zur Berichtigung des tituli possessionis nothwendig. H. O. Tit. 2. §. 75. p. 39. — Publ. betr., die Aufnahme unbedingter Erbeserklärungen und Aufnahmen von Spezial-Vollmachten zur Einziehung ausſtehender Forderungeu, vom 21. Jul. 1817. v. K. J. X. 42. — ſiehe überhaupt Adjudikation, Erbſchaftsantretung.

Erbfälle, ſiehe Stempeldiſtribution.

Erbfolge, A. L. R. von Erwerbung der Erbſchaft. I. IX. 350—499. von der Erbeseinſetzung I. XII. 242—287. der bedingten 478—518. der Erbfolge der Deſcendenten und Aſcendenten II. II. 271 — 520. aus unehlichem Beiſchlaf und deren Aeltern 647 — 662. der Geſchwiſter und Seitenverwandten II. III. 31 — 53. der Eheleute II. I. 438 — 667. Von der fideicommiſſariſchen Succeſſion. II. IV. 134 — 205. Von dem Erbfolgerecht des Fiscus. II.XVI. 16—29. — Pat. die, der per subsequens matrimonium legitimirten Kinder in Lehne betr. v. 15. Dec. 1687. C. S. II. V. No. 34. wie es mit der Erbfolge im Lehn zu halten, wenn uneheliche Kinder vorhanden, deren Vater mit ihrer Mutter vor ſeinem Tod ſich zwar proclamiren aber nicht trauen laſſen. R. v. 21. Nov. 1738. p. 223. C. I. Conſtitution wie es mit den Erbfällen in der ganzen Mark Brandenburg gehalten werden ſoll v. 1527. II. I. No. 3. v. 1529. No 4. allgemeine Verordnung wie es bei Erbſchaftsanfällen mit der Erbeserklärung, Verſiegelung der Erbfolge zwiſchen Eheleuten ꝛc. in der Mark zu halten v. 30. Apr. 1765. p. 689. III. c. R. decl. die Befugniß der Gläubiger: auf Sicherheitsbeſtellung von Seiten des Erben zu dringen, betr. v. 10. Febr. 1767. p. 689. IV. und G. C. ad. §. 10. Sect. II. die Berechnung der Hälfte des den Erben des verſtorbenen einen Ehegatten herauszugebenden Vermögens betr. v. 11. Oct. 1782. H. B. VIII. 86. ſ. die gutachtliche Ausführung II. 149. und Präjud. III. 61. imgleichen, daß die in fraudem Creditorum von dem verſchuldeten Ehemann geſchehene declaratio pro non herede ſeiner verſtorbenen Ehefrau für nichtig zu achten Behm. Ius nov. c. Obs. 21. Von Erbfolge der Eheleute in Anſehung des Ehebettes ſ. St. B. p. 99. I. wegen dergleichen Erbfolge in der Prigniz St. B. p. 419. II. Cottbuſſer Willkühr v. 1409. C. S. VI. I. No 3. Zülichowiſche v. 1425. No. 5. Croßniſche v. 1469. No. 7. v. 1551. No. 30. G. C. wegen des Salzwedelſchen Statuts v. 1527. und Confirmation v. 1713. nach welchem, wenn keine Kinder vorhanden, der überlebende Ehegatte den verſtorbenen allein beerbt, und wenn dergleichen vorhanden, dann nur erſt, wenn er ad secunda vota ſchreitet, dieſe abfinden darf v.

13. März 1787. v. 8. Jun. 1784. Kl. A. 233. 227. III. bei der Erbfolge zwiſchen Aeltern und Kindern zweierley Ehen in der Stadt Soeſt ſoll nach dem dortigen Statut geſprochen werden. R. v. 5. Febr. 1746. E. S. p. 65. C. III. Wie in Anſehung der Officiers und Soldaten bei der Erbfolge zu erkennen. R. v. 30. Jan. 1765. p. 573. III. in Anſehung des Erbrechts der Ehefrauen deſertirter Soldaten D. v. 16. Sept. 1784. p. 2957. VII. c. D. v. 25. Oct. 1785. p. 3219. VII. von der Erbfolge in den Bauerhöfen der Domänenämter v. 25. März 1790. p. 2907. VIII. c. R. d. des Gen. Direct. v. 8. Sept. 1791. nebſt Beilage, die Anwendung des §. 4. 5. und 11. auf Bauerhöfe in der Neumark betr. St. B. p. 424. I. und Decl. des §. 4. wenn die Wittwe ſich an einen in Reih und Glied ſtehenden Soldaten verheyrathet, v. 22. März 1796. p. 114. X. ſiehe auch die in St. Beiträgen Th. 2. p. 136. abgedruckten Erkenntniſſe. — In wie fern ein Ehegatte zum Nachtheil ſeiner eigenen Anverwandten einen mit dem andern Ehegatten geſchloſſenen Erbvertrag durch ein mit deſſen Erben getroffenes Uebereinkommen wieder aufheben könne? G. E. v. 2. Aug. 1782. Kl. A. 46. I. ob die Erbfolge unter Eheleuten nach den Rechten des Orts der geſchloſſenen Ehe, oder wo ſie durch den Tod getrennt worden zu reguliren? G. E. v. 15. Oct. 1781. 240. VI. Bei der Succeſſion unter Eheleuten gelten auch in Anſehung des unbeweglichen Vermögens derſelben die Geſetze des Wohnorts der Eheleute. G. E. v. 20. May 1794. p. 6. XIII. E. S. p. 1855. X. den mütterlichen Verwandten unehelicher Kinder gebühret nach dem gemeinen Rechte die Erbfolge in deren Vermögen G. E. v. 9. Dec. 1794. Kl. A. 342. XIII. — In wie fern der überlebende Ehegatte ſeine eigenen Schulden von der Erbſchaft des verſtorbenen Ehegatten abzuziehen berechtiget Behm. Ius nov. c. Obs. 22. — Wenn Teſtator es ſtillſchweigend bei der gemeinen Erbfolge belaſſen, gelanget der zur Fideicommißfolge qualificirte nächſte Erbe des letzten Beſitzers zur Succeſſion G. E. v. 23. Oct. 1787. Kl. A. 337. I. — Von Erbfolge der Geſchwiſter-Enkel H. B. VI. 14. der aus einem Ehebruch erzeugten Kinder I. 57. der Vollbrüderkinder mit dem Halbbruder. III. 93. G. E. v. 13. Sept. 1782. VIII. 76. der unehelichen Kinder. I. 45. II. 97. Behm. Ius nov. c. Obs. 32. legitimirter Kinder H. B. I. 38. IV. 94. natürlicher Geſchwiſter III. 53. — Vom Erbfolgerecht der Wittwe auf eine von ihrem Ehemann im Amte Chorin hinterlaßnes für erblich erklärtes Domänen-Laßgut. G. E. v. 24. März 1786. Kl. A. 242. I. der Kinder in Cleve E. v. 29. October 1700. v. 10. May 1712. H. B. II. 404. 106. der Kinder erſter u. zweiter Ehe in Cleve und Mark E. v. 1. Sept. 1720. I. 363. der Eheleute daſelbſt E. v. 4. Nov. 1686. I. 360. nebſt Entſcheidung der G. E. v. 23. Aug. 1785. Kl. A. 208. I. — Von der Erbfolge-

ordnung nach Neumärkſchen Statuten überhaupt, Cammergerichts-Ordnung v. 11. Dec. 1700. Cap. 33. C. S. II. I. No. 94. Conſtitution v. 18. Nov. 1718. §. 33. No. 179. R. v. 10. Apr. 1730. No. 258. im Cottbusſchen Kreiſe, St. B. p. 3. V. im Croſſenſchen, St. B. p. 232. VII. (I.) ſ. a. St. B. p. 3. Th. 6. bei den Juden, H. B. II. 119. V. 145. in der Gr. Lingen, III. 396. Nach Lübiſchem Recht ſchließen die vollen Geſchwiſter-Kinder der verſtorbenen Söhne erſter Ehe die Kinder zweiter Ehe von dem Nachlaß der Söhne erſter Ehe gänzlich aus. G. C. v. 16. Juli 1789. Kl. A. 191. V. — Von der Erbfolge im Fürſt. Meurs Landr. v. 1663. H. B. I. 347. der Eheleute nach der zu Neuenrode hergebrachten Obſervanz St. B. p. 84. VI. der Schweſtern nach Polniſchen Rechten. H. B. VII. 316. — In Preußen ſuccedirt ein mit ſeinem Ehegatten in Gütergemeinſchaft lebender bei deſſen ohne Erben erfolgtem Tode in die dem vorher verſtorbenen zugeſtandene cöllmiſche Hälfte und iſt dem Fisco vorzuziehen. G. C. v. 5. Apr. 1782. Kl. A. 17. I. Die Dispoſition des Preuß. Landrechts. Th. 2. Tit. 1. B. III. Art. 1. §. 2. findet bei einer mit dem überlebenden nach ſtatutariſcher Gütergemeinſchaft ſuccedirenden Ehegatten anzulegenden Erbtheilung keine Anwendnng. G. C. v. 18. Apr. 1786. Kl. A. 260. I. — wenn oſtpreußiſche adliche Ehegatten zur Zeit der eingegangenen Ehe nichts zu verſchreiben gehabt, gebühret der überlebenden Wittwe vom gemeinen Gut doch die cöllmiſche Hälfte. G. C. v. 23. Sept. 1791. Kl. A. 263. XI. G. C. über die Erbfolge der Collateral-Ascendenten in den Nachlaß eines von Adel in Weſtpreußen v. 24. Jan. 1789. p. 200. IV. ſ. Inſtr. für die weſtpreußiſche Regierung v. 21. Sept. 1773. die Erbfolge des Adels in Weſtpreußen betr. C. S. p. 2209. V. c. nebſt Gutachten der Geſetz-Commiſſion: ob in den ehemaligen Palatinaten eine legitima ſtatt habe, auf wie hoch ſolche zu beſtimmen, und ob die Inteſtaterben dergeſtalt mit Legaten zu graviren, daß das Immobile angegriffen werden muß, v. 6. Mai. 1796. St. B. p. 259. II. nach Pyrizſchem Recht. H. B. Z. 366. — Nach Schleſiſchem gemeinen Recht werden des Erblaſſers Halbgeſchwiſter durch leibliche Schweſterkinder von der Erbſchaft nicht ausgeſchloſſen. G. C. v. 4. Juli 1786. und die vollbürtigen Geſchwiſterkinder, wenn ſie die Halbgeſchwiſter des Erblaſſers im Gefolge beſonderer Obſervanzen von der Erbſchaft ausſchließen, gelangen unter ſich nach Kopfzahl zu derſelben. G. C. v. 17. Apr. 1787. Kl. A. 308. 312. I. R. die Erbfolge der vollbürtigen Geſchwiſterkinder mit den Halbgeſchwiſtern betr. v. 10. Jan. 1750. H. B. III. 109. — In wie fern dem überlebenden Ehegatten in Ermangelung erbfähiger Verwandten der Nachlaß des Verſtorbenen zu überlaſſen. R. v. 12. Febr. 1798. St. B. p. 313. Th. VIII. — Auch bei den Coloniſten-Etabliſſements muß nach den bei erblichen

Bauergütern angenommenen Grundſätzen verfahren werden. St. B. p. 294. Th. XI. — Von der Erbfolge unehelicher Kinder. A. L. R. Th. 2. Tit. 2. §. 654. G. E. v. 11. Nov. 1800. R. A. p. 445. Th. 1. H. 4. und St. B. p. 287. Th. XII. unehelicher, mit der Stieftochter erzeugten Kinder nach dem Preußiſchen Landrechte. St. B. p. 3. Th. X. bei den Juden, St. B. p. 123. Th. XI. abdicirter Kinder im Fürſt. Minden, St. B. p. 287. Th. XI. in Preußen, die cöllmiſche Hälfte haftet nicht für die erſt nach dem Tode der Ehefrau entſtandenen Pachtreſte des Ehemannes. St. B. p. 290. Th. XI. bei einem adlichen Familien-Fideicommiß, p. 45. — Der Charite zu Berlin ſtehet kein Erbrecht auf den Nachlaß der in derſelben aufgenommenen und ſterbenden Kranken zu. R. v. 2. Juli 1801. St. B. p. 237. XIII. wohl aber dem Armendirektorium daſelbſt. p. 338. und bedarf es des Tit. 19. Th. 2. §. 59. A. L. R. vorgeſchriebenen Zuſchlag durch die Gerichte nicht, p. 339. — Präjud. v. Vererbung der Laßgüter mit Uebergehung der Söhne. St. B. p. 60. XV. Wenn Jemand eine Frauensperſon, die uneheliche Kinder hat, heirathet, auf Abfindung der letztern vorher nicht beſtanden u. mit ſeiner Frau Gemeinſchaft der Güter eingehet, erbet das uneheliche Kind die der Mutter zuſtehende Hälfte des gemeinſchaftlichen Vermögens mit den ehelichen Kindern zu gleichen Theilen. G. E. v. 5. Febr. 1802. St. B. p. 330. XV. R. A. p. 315. B. 2. — Das Patent v. 15. Dec. 1687. die Erbfolge der per subsequens matrimonium legitimirten Kinder betr. E. S. II. V. No. 34. ſpricht den legitimatis per subsequens matrimonium nur die Lehnsfolge ab, dagegen werden dieſe legitimati von der Succeſſion in fideicommissa nicht ausgeſchloſſen. Knipſchild in tract. de fideicommiss. famil. nobilium, Cap. VIII. §. 327. — mit welchem auch andere bewährte Rechtslehrer, beſonders Riccius in ſeinem Tractat v. landſäſſigen Adel, und Hommel in ſeinen Rhapsod. Observ. 882. übereinſtimmt. Dagegen kann aber ein Thorſchreiber als ſolcher zu denjenigen Perſonen nicht gerechnet werden, welche das Ed. v. 9. Mai 1739. Cont. 1. p. 254. den Edelleuten in der Maaſſe gleichſtellet, daß durch deren Verbindung mit dem Adel keine Mißheirath entſtehe, und wobei der aktuelle Stand bei der Verheirathung (nicht der vorhergehende) den Ausſchlag geben muß. Es leidet alſo eben ſo wenig einigen Zweifel, daß die Ehe mit der Tochter eines Thorſchreibers für eine ungleiche Ehe zu halten ſei. Nach dem angeführten Edict v. 1739. iſt eine Ehe ungleich, welche mit Töchtern und Wittwen der Bauern, Pächter, aller und jeder Krämer, Künſtler, Handwerker, Gaſtwirthe, Bierbrauer in großen oder kleinen Städten, und überhaupt allen denjenigen Perſonen, eingegangen wird, welche mit dieſen benannten Perſonen gleich conditionirt ſind. — Der gebrauchte Ausdruck: geweſene Lehngüter,

iſt ganz allgemein, und da bei Ermangelung von Agnaten dieſe Güter aufhören, Lehngüter zu ſein, und ein wirkliches Allodium werden, dennoch aber in dieſem Falle die Kinder ungleicher Ehe darin nicht ſuccediren ſollen, ſo folget hieraus ganz klar, daß, wenn auch die Lehngüter wirklich zu Allodium geworden wären, dennoch darin die Succeſſion der Kinder ungleicher Ehe wegfallen müſſe. Außerdem hat auch die Lehnsconſtitution einem jeden erſten Erwerber freigelaſſen, die Art, wie in ſeinem Gut ſuccedirt werden ſoll, feſtzuſetzen. Wenn nun der erſte Erwerber verordnet hat, daß ein Gut als ein vollkommenes Majoratgut angeſehen und gehalten werden, daß nur die Söhne und zwar immer der Erſtgeborne darin ſuccediren ſoll, und daß keine Schulden darauf gemacht werden ſollen, ſo ſoll es nach deſſen Willen als ein altväterliches Lehngut u. noch ſtrenger behandelt werden. Was bei alten Lehngütern ſtattfindet, muß auch hier ſtattfinden. Ein Majoratgut gehört nicht zum Allodio des Erblaſſers, und da in dem Ed. v. 1739 feſtgeſetzt iſt, daß die Kinder ungleicher Ehen ſich nur allein an dem Erbe, ſo ihr Vater verläſſet, begnügen ſollen, ſo ſind ſie dadurch deutlich genug von der Succeſſion in Majoratgüter ausgeſchloſſen. Ita jud. in C. v. St. — c. v. M. — per 3. conf. d. 14. März 1791. d. 14. Mai 1792. d. 18. Jan. 1793. Nach gleichen Prinzipien iſt in C. v. Sch. c. die Wittwe v. Sch. und deren Tochter unter d. 24. Jan. 1794. erkannt u. angenommen worden, daß obiges Geſetz auch die Wittwe von der Erbfolge ausſchließe. In der Prozeßſache der Sallbachſchen Geſchwiſter iſt, da die Kläger nur von einer Halbſchweſter, die Beklagten dagegen von vollbürtigen Schweſtern des Vaters ihr Erbrecht herleiteten, die Frage: Iſt der Rechtsſpruch: halbe Geburt tritt einen Grad zurück, nur in Concurrenz mit vollbürtigen Geſchwiſtern und Geſchwiſter-Kindern, oder auch in Concurrenz entfernterer Grade der Seiten-Verwandtſchaft nach altem Sachſenrechte anwendbar? bejahend für das Letztere entſchieden worden. Beide Meinungen haben unter den Rechtslehrern ihre Vertheidiger gefunden. Für erſtere ſind Puffendorf in Obs. jur. univ. T. II. Obs. 193. Bakmeiſter in der Widerlegung des Krohnſchen Verſuchs über die Lehre vom Vorrechte der vollen Geburt; Engelbrecht in Obs. P. II. Obs. 60. von Cramer Wezlarſche Nebenſtunden P. IV. P. 84.; für die letztere Meinung: Huber in prael. Jur. civ. L. II. §. 14. Carpzov in jurispr. for. P. III. Const. 18. Def. 21. 22. 23. Stryk de success. ab int. Diss. 3. Cap. 3. §. 6. 7. 8. Berger in oecon. jur. L. II. T. 4. §. 39. No. 5. Hommel in Rhaps. IV. Vol. 2. Obs. 27. welcher letztere beſonders zeigt, daß die gegenſeitige Meinung blos aus einer irrigen Uebertragung der Römiſchen Grundſätze in das Sachſenrecht fließe. — Von, der Collateralen in Märkſche Lehne, J. M. I. 263. Ob, wenn der hinterbliebene

Ehegatte in dem ungetheilten Beſitz des geſammten Vermögens verblieben, anzunehmen, daß er ſtatutariſcher Erbe ſeines früher verſtorbenen Ehegatten geworden? II. 179. Von dem Rechte einer Wittwe auf den Nachlaß ihres verſtorbenen Ehemannes, wenn dieſer ſie mit ihren Kindern zwar zu Erben eingeſetzt, aber zugleich verordnet hat, daß dieſelbe, ſo lange ſie im unverheiratheten Stande leben würde, in ungetheilten Gütern bleiben, und den Kindern nichts weiter, als was zu ihrem Etabliſſement erforderlich, herauszugeben ſchuldig ſein ſoll, III. 292. Der nach Inhalt des Publicationspatents v. 5. Febr. 1794 noch beſtehenden Suspenſion der drei erſten Titel Th. 2. des A. L. R. ohnerachtet findet §. 559. ſchon jetzt Anwendung, VIII. 107. Von Berechnung des Pflichttheils eines Ascendenten nach Märkiſchen Geſetzen, p. 113. R. die Succeſſions-Ordnung bei Erbfällen der in Weſtpreußen angeſtellten adligen Militair- und Civil-Offizianten betr. v. 18. Jan. 1806. R. A. IV. 361. Von der Erbfolge eines Ehemannes in den Nachlaß ſeiner ohne Kinder u. Teſtament verſtorbenen Ehefrau nach jüdiſchen Geſetzen. J. M. II. 456; VI. 454. u. 517. Von der ſtatutariſchen Erbfolge der Eheleute in der Chur- und Neumark, III. 136. Rechtsſtreit über den Nachlaß zwiſchen der Wittwe, welche mit dem Erblaſſer Ehepacten geſchloſſen, und den Teſtaments- u. Inteſtaterben, II. 548. III. 162. von der, nach polniſchem Rechte, St. B. 72. XVII. in Rückſicht der Collateralen, R. v. 24. Dec. 1802. p. 162. — Bei Beurtheilung der Frage: nach welchen Grundſätzen bei Erbfällen ein zum Nachlaß gehöriges Bauergut, welches dem Beſitzer nur auf gewiſſe Jahre zur Cultur gegeben worden, zur Theilung gebracht werden müſſe? weshalb durch Provinzialgeſetze und Gewohnheiten in Süd- und Weſtpreußen nichts feſtgeſetzet worden, müſſen lediglich die Vorſchriften des A. L. R. Th. 1. Tit. 21. zum Grunde geleget werden, und hiernach iſt es in Gefolge des §. 634. u. f. c. l. keinem Zweifel unterworfen, daß ein ſolches Grundſtück allemal nur einem von mehrern dazu berechtigten Erben und zwar demjenigen zufalle, welchen der Grundherr zu deſſen Bewirthſchaftung am tüchtigſten findet, wogegen die übrigen Miterben nach Anleitung des §. 639. aus dem Gute in Ermangelung anderweitigen Vermögens, nichts weiter als nothdürftigen Unterhalt, ſo lange, als ſie ſich ſelbſt noch nicht fortbringen können, zu fordern befugt ſind und es ſollen dabei die in dem A. L. R. Th. 2. Tit. 7. §. 280. 284. vorgeſchriebene Grundſätze befolgt werden. R. an die Regierung zu Plock v. 9. Febr. 1802. ungedr. Von der Erbfolge-Ordnung nach Neumärkſchen Statuten, Cottbuſſer Willkühr, v. 1409. Züllichauſche von 1425. Von Auseinanderſetzung der Eltern und Kinder im Oberſchleſiſchen Departement. v. K. J. 99. II. In den Erbverſchreibungen über die in eigenthümliche Ruſticalſtellen ver-

wandelten Bauernahrungen in den Neumärkſchen Domainen-Aemtern iſt gewöhnlich feſtgeſetzt, daß dem Eigenthümer geſtattet ſei, zur künftigen Auseinanderſetzung der Erben eine beſondere Erbtaxe anzuordnen, welche die im Hypothekenbuche vermerkte Grundtaxe niemals überſteigen ſoll. Da dieſe Feſtſetzung mit der in dem Ed. v. 9. Oct. 1807. u. 14. Sept. 1811. beabſichtigten Aufhebung der vormaligen Beſchränkungen des Grundeigenthums nicht zuſammen beſtehen kann, zur Sicherſtellung der öffentlichen und grundherrlichen Laſten es auch hinreichend iſt, daß hierin den Vorſchriften des A. L. R. Th. 2. Tit. 7. §. 280. ff. und des Anhangs §. 106. nachgegangen wird, ſo muß in allen künftigen Fällen nicht nur dem Beſitzer einer eigenthümlichen Ruſticalſtelle nachgelaſſen werden, zum Zwecke der Auseinanderſetzung ſeiner Erben eine nach dem A. L. R. Th. 2. Tit. 7. §. 280. beſtimmte, gemäßigte Taxe, wenngleich ſolche die im Hypothekenbuche vermerkte Grundtaxe überſteigt, feſtzuſtellen, ſondern es kann auch, wenn dieſe Feſtſtellung nicht geſchehen iſt, den Erben nicht verwehrt werden, bei ihrer Auseinanderſetzung ebenfalls eine ſolche gemäßigte Taxe zum Grunde zu legen. R. des Juſt. Miniſter. v. 21. Juli. 1812. (G. A.) Von der, der Ehegatten nach altem Märkiſchen Rechte, p. 211. VII. ſ. a. Clericus, Konſolidation, Pium Corpus, Sächſiſches Recht, Schwängerung, Teſtament. — geſetzliche, deren Anwendung und Beurtheilung in den von Preußen getrennt geweſenen, mit demſelben aber wieder vereinigten Provinzen. G. S. 1814. p. 91. — ſ. auch Poſen, Sachſen, Weſtphalen ꝛc. desgl. Fideikommiſſe, Lehne ꝛc. — Wie bei Berichtigung des tituli possessionis zu verfahren, wenn der neue Beſitzer ſich auf eine Inteſtat-Erbfolge gründet. H. O. Tit. 2. §. 72. p. 38. wenn mehrere Erben vorhanden, und titulus possessionis nur auf einen derſelben berichtiget werden ſoll. §. 73. p. 39. oder ſolche das Grundſtück an einen Fremden veräußern wollen. §. 74. wenn unter den Erben keine zum Beſitze eines adlichen Guts fähige Perſonen ſind. A. L. R. II. IX. 68 — 71. Bei Eintragung des Beſitztitels eines Beneficial-Erben muß künftig. R. v. 8. Sept. 1794. E. S. p. 2405. IX. St. B. 228. IX., daß er als ſolcher das Grundſtück beſitze, mit vermerkt werden. A. L. R. I. IX. 448. Publ. betr. die Frage: 1. ob die in den vormals ſächſiſchen Provinzen übliche Geſchlechts-Curatel durch die Einführung des allgemeinen Landrechts aufgehoben worden, und 2, ob die geſetzliche Erbfolge in allen ſeit dem 1. März 1817. entſtehenden Erbfällen nach den Vorſchriften des A. L. R., oder vorzugsweiſe nach den Provinzialgeſetzen und Gewohnheiten zu beurtheilen und entſcheiden iſt, v. 21. Juli 1817. v. K. J. X. 43. und Succeſſion der Eheleute im Stolberg-Wernigerodiſchen, ſ. Wernigerode. — der Juden, auch wegen des Vorrechts der Erſtgeburt, wegen

Ausſchließung der Töchter durch die Söhne und wegen Collation der Ausſteuer. Reſcr. v. 2. April 1814. v. K. J. III. 46. — Nach welchen Geſetzen das Erbrecht und die Erbfolge der Juden im Großherzogthum Poſen auszuüben iſt. Reſcr. v. 12. Juli 1819. XIV. 9. — In wiefern dem überlebenden Ehegatten, welcher ſich unter der Herrſchaft der Franzöſiſch-Weſtphäliſchen Geſetze verheirathet hat, die Befugniß zuſteht, die Erbfolge in dem Nachlaſſe des nach dem 1. Jan. 1815. verſtorbenen Ehegatten nach den Vorſchriften des A. L. R. §. 500—633. Tit. 1. Th. II. zu wählen. Reſcr. v. 12. Juni 1820. XV. 244. — Auf den Fall, wo eine unter der Herrſchaft des Statutar-Rechts der Stadt Eſſen geſchloſſene Ehe gegenwärtig durch den Tod der Ehegattin getrennt worden, iſt in Bezug auf die Erbfolge der §. 9. des Publicationspatents v. 9. Sept. 1814. anzuwenden. Reſcr. v. 4. April 1823. XXI. 343. — Ueber die Erbfolge der bereits abgefundenen, aber ohne Deſcendenz und mit Hinterlaſſung eines ihrer Eltern und vollbürtiger, nicht abgefundener Geſchwiſter ab intestato verſtorbenen Kinder nicht eximirter Einwohner des platten Landes in Pommern. XXVIII. 279. — ſiehe Curatela sexus. Inteſtaterbfolge.

Erbfolgeordnung in den ritterſchaftlichen Familien der Provinz Weſtphalen, Ausarbeitung eines Status für dieſelbe. v. K. A. 30. I. 207.

Erbfolgerecht, deſſen Aufhebung in den vormals ſächſiſchen Zucht- und Arbeitshäuſern. v. K. A. 27. I. 167.

Erb-Grundtaxen. Aufhebung der Provinzial- und Orts-Obſervanzen in Anſehung der Erb-Grundtaxen bei bäuerlichen Erbtheilungen. Reſcr. v. 3. Juli 1813. v. K. J. II. 25.

Erbliche Rechte; ſ. Subhaſtation.

Erb-Meyerſtädte, der Streit über Erb-Meyerſtädtiſche Qualität muß bei dem Juſtiz-Collegio geführt werden. J. E. v. 24. Jul. 1756. Kl. A. 10. V. Streitigkeiten über die Schenkung Königl. Meyerſtädtiſcher Grundſtücke bei der Kammer. J. E. v. 11. May 1779. p. 155. VI. Pragmatiſche Sanction wegen der Erbmeyerſtädtſchen Güter in der Grafſchaft Ravensberg v. 15. Jun. 1705. St. B. p. 399. II.

Erbpacht. R. die Befugniß zur Verpfändung der zu adligen Rechten verliehenen Erbpachtsgüter betr. v. 18. Nov. 1802. N. A. 291. III. — R. wegen Berichtigung der Vorſchrift §. 195. Tit. 21. Th. 1. des A. L. R. über die Erwerbung eines bei der, gezahlten Erbſtandgeldes, v. 17. April 1805. C. C. p. 779. XII. — Ueber die Allerhöchſte Beſtätigung der Kontracte bei der Vererbpachtung königl. Dom. v. K. J. II. 21. ſiehe auch die Regier. Inſtructionen und Erbpachts-Verträge. — Erwerbung königl. Domainen und Grundſtücke, ſo wie geiſtl. ſekulari-

ſirter Güter durch ſelbige gegen einen jährlichen Kanon von zehn Prozent des ermittelten Kaufpreiſes als Erbſtandsgeld. G. S. 1811. p. 208. p. 209. ff. — Annahme des letztern in Staatspapieren nach dem Nennwerthe. G. S. 1811. p. 209 — ſiehe auch Erbpachtsgüter, desgl. Domainen u. Domainengrundſtücke, Ablöſungen, gutsherrl. u. bäuerl. Verhältniße. in wie weit ſolche bei bepfandbrieften Gütern in Weſtpreußen ſtatt finden kann. v. K. A. 28. II. 365. — zu derſelben als einer Spezies der Alienation, bedürfen Mennoniten einer beſonderen unmittelbaren Erlaubniß. 30. IV. 782. — R. v. 13. Aug. 1830, betr. die Sequeſtration der Erbpachts-Grundſtücke wegen rückſtändiger Erbpacht. v. K. J. XXXVI. 130. 131. — ſiehe auch Abſchreibungen. — Kann ein Erbpächter, dem ein Krug mit der Krug- und Schank-Gerechtigkeit in Erbpacht gegeben iſt, von ſeinem Erbverpächter Herabſetzung des Canons fordern, wenn die Krug- und Schankgerechtigkeit vom Staate aufgehoben wird? S. u. Str. R. 1. B. No. 83. p. 329. — Falls ein Erbpachts-Contract nach ſeinem Inhalte für aufgehoben erachtet werden ſoll, wenn der Canon in einer beſtimmten Friſt nicht abgeführt wird; in wiefern können alsdann, wenn dieſerhalb die Aufhebung des Contracts verlangt wird, Abſchlagszahlungen entgegen geſetzt werden und mit welcher Wirkung? S. u. Str. R. 1. B. No. 89. p. 357. — ſiehe überhaupt Pacht.

Erbpachts-Beſitzer, ſ. Wechſelfähigkeit.

Erbpachts-Gelder, ſ. Ablöſung, Quittungen.

Erbpachtsgerechtigkeit. R. v. 4. Mai 1833, betr. die Abſchreibung der Erbpachtsgerechtigkeit und die dazu erforderlichen Konſenſe der Gläubiger. v. K. J. XLI. 550 — 552.

Erbpachtsgüter, (Erbzinsgüter.) deren Verwandlung in freies Eigenthum, Ablöſung des darauf ruhenden Kanons, nach dem Zinsfuß zu 4 Prozent und Befugniß der Erbpächter, einzelne Theile davon zu veräußern. G. S. 1807. p. 171. — 1811. p. 301. 302. — 1816. p. 154. — in wiefern das geſetzliche Vorkaufsrecht und Näherrecht bei ſelbigen annoch ſtattfinden kann. G. S. 1807. p. 171. — Ablöſung der Dienſte, Natural- u. Geldleiſtungen von ſelbigen nach der Ordnung v. 7. Juni 1821. G. S. 1821. p. 77 — 83. — deren Ausführung durch die General-Kommiſſionen. G. S. 1821. p. 83. — Verhältniſſe derſelben bei Gemeinheitstheilungen. G. S. 1821. p. 54. 72. f. — Beſtimmungen über deren Verhältniſſe in den zum ehemaligen Königreiche Weſtphalen, Großherzogthum Berg und den franz. hanſeatiſchen Departements gehörigen Landestheilen. G. S. 1825. p. 79. f. 88. f. 107. 119. 124. — desgl. rückſichtl. der Ablöſungen in denſelben Ländertheilen. G. S. 1829. p. 85. — in wie weit ſolche in Oſtpreußen mit Pfandbrie-

ſen belegt werden können. G. S. 1808. p. 381. — Bei Anwendung des fiscaliſchen Exekutionsrechts gegen ſelbige, können, in Stelle der Sequeſtrationen, Verpachtungen und Wiederverpachtungen eintreten. G. S. 1826. p. 12. — ſ. a. Domainen, Domainen-Grundſtücke, Ablöſungen, Gemeinheitstheilungen, gutsherrl. und bäuerl. Verhältniſſe. — Ablöſung der Leiſtungen an ſelbige. v. K. A. 25. I. 100. — Stundung oder Erlaß des von ſelbigen zu entrichtenden Zinſes. 25. IV. 846. und Erbzins-Grundſtücke, Stempelanwendung bei deren Verkauf. 26. I. 33. und Erbzins-Grundſtücke, ſiehe Domainen-Grundſtücke. R. v. 16. März 1831, die Berichtigung des Beſitztitels von ſelbigen betr. v. K. J. XXXVII. 106. — ſ. überhaupt Beſitztitel, Erbzinsgüter, Erbpachts- (Erbzins-) Verträge.

Erbpachts-Kanon von Grundſtücken geiſtlicher und milder Stiftungen, ſoll nur mit Einwilligung der Obern und Vorſteher der letztern abgelöſet werden können. G. S. 1816. p. 181. — ſ. a. Ablöſungen. — Iſt derjenige, welcher in einer nothwendigen Subhaſtation ein Gut erſtanden hat, zur Bezahlung des Rubrica II. im Hypothekenbuche auf dieſem Gute, aus einem speciellen Titel eingetragenen, in der bei der Subhaſtation aufgenommenen Taxe, in Abrechnung gebrachten Erbpachts-Canons für die Pfarrländereien dieſes Gutes auch dann verpflichtet, wenn die vererbpachteten Ländereien ſich in andern Händen befinden, und ihm dieſelben nicht mit zugeſchlagen worden ſind? S. u. Str. R. 2. B. No. 22. p. 212. — ſ. a. Erbpacht.

Erbpachts-Müller, Exekutionsbefugniſſe der Magiſträte gegen ſelbige. v. K. A. 24. II. 462. — Der Beſitzer einer Erbzins-, Mahl- und Molzmühle, dem zugleich das privative Schroten des Breihans- und Biermalzes, als Bannrecht beigelegt war, iſt nicht berechtigt, wegen Aufhebung dieſes letztern, verhältnißmäßige Herabſetzung des Canons zu fordern, wenn dieſer nicht abgeſondert für das Erbzinsrecht und das Bannrecht vorbedungen war. S. u. Str. R. 2. B. No. 21. p. 206.

Erbpachts-Parzellen, R. v. 13. Mai 1831, über die Patr. Gerichtsbarkeit in Anſehung der in Erbpacht gegebenen Parzellen, welches dasjenige v. 30. Nov. 1827. v. K. J. B. XXX. 381. aufhebt. v. K. J. XXXVII. 331.

Erbpachts-Qualität. Unter welchen Umſtänden iſt bei einem Gut Erbzins- oder Erbpachts-Qualität anzunehmen? S. u. Str. R. 2. B. No. 21. p. 206.

Erbpachts- (Erbzins-) **Verträge**, (Kontrakte,) zu deren Schließung bedürfen die Regierungen höherer Genehmigung. G. S. 1808. p. 500. — 1817. p. 263. f. — 1826. p. 9. 10. 11.

— Aufhebung der zeitherigen gerichtl. Verlautbarung und Beſtätigung derſelben Behufs der Eintragungen in die Hypothekenbücher. G. S. 1821. p. 43. — Sportel-Anwendung bei deren Aufnahme, Ausfertigung und Beſtätigung von Seiten der Provinzial-Behörden. G. S. 1825. p. 132. 133. — Berechnung des Werthſtempels bei denſelben. G. S. 1822. p. 60. 76. — ſ. Lehns-Pertinenzien. Reſſort, Feuer-Sozietät.

Erbpachts- (Domainen-) **Vorwerke,** ſiehe Gerichtsſtand.

Erbpächter, (Erbzinspächter) von Domanialgrundſtücken, ſolidariſche Verpflichtungen von ſelbigen, ſollen aufhören, u. freies Eigenthum derſelben begründet werden, nach Ausmittelung des Antheils eines jeden am Rechte und an der Verpflichtung. G. S. 1811. p. 160. — gehören bei den Provinzialſtänden reſp. zum dritten u. vierten Stande. G. S. 1823. p. 131. 146. — 1824. p. 63. 70. 101. 108. 141. — 1828. p. 33. — deren Wählbarkeit zu ſelbigen. G. S. 1823. p. 133. 148. — 1824. p. 65. 72. 103. 110. 141. 143. — 1828. p. 33. — ſ. a. Erbpachtsgüter und Landtags-Abgeordnete. — Königl. Domainen-Vorwerke, deren Rechte. v. K. A. 17. II. 73. — über die Verleihung des Ober-Eigenthums an dieſelben. 18. III. 650. — ſind auch zur Polizei-Verwaltung auf dem platten Lande befugt. 27. IV. 989. — gehören als ſelbſtſtändige Ackerwirthe in Beziehung auf Armenpflege und Gemeindelaſten zu den Dorfgemeinden. 28. III. 760.

Erbrecht, ſiehe Erbfolge, Inſignien, Orden und Ehrenzeichen. — Bedarf es zur Begründung des Erbrechts eines unehelichen Kindes und ſeiner Mutter, in dem Nachlaß ſeines Vaters, deſſen förmlichen Anerkenntniſſes, oder eines, bei Lebenszeit des Vaters ergangenen, dem Kinde ſein Erbrecht vorbehaltenden, rechtskräftigen Urtels, ſelbſt in dem Falle, wenn das Kind in der Kurmark geboren iſt, und der Erbfall ſich in der Kurmark ereignet? S. u. Str. R. 1. B. No. 41. p. 160. — Iſt eventuell ein ſolches Anerkenntniß oder rechtskräftiges Urtel erforderlich, wenn das Kind noch vor der Einführung des Allgem. Landrechts geboren worden iſt? S. u. Str. R. 1. B. No. 41. p. 161. — Kann ein Kind aus dem Nachlaß ſeines natürlichen Vaters den geſetzlichen Erbtheil fordern, wenn daſſelbe bereits von ſeinem Vater Alimente empfangen hat? S. u. Str. R. 1. B. No. 41. p. 161. — Um für ein uneheliches Kind das Erbrecht auf den ſechſten Theil des Nachlaſſes des Vaters zu begründen, genügt es, wenn die Paternität durch ein, bei Lebzeiten des Vaters ergangenes rechtskräftiges Urtel feſtgeſtellt iſt, wenn auch in dem Urtel ſelbſt, der Vorbehalt des Erbrechts nicht beſonders ausgedrückt iſt. S. u. Str. R. 1. B. No. 42. p. 170. — Auch ein ſtillſchweigendes, freiwilliges Anerkenntniß

des vorgeblichen Vaters begründet nach dem Allg. Landrecht ein ſolches Erbrecht für das uneheliche Kind. S. u. Str. R. 1. B. No. 42. p. 170. — Erbrecht nach der Oppelnſchen Landes-Ordnung, ſ. Oppelnſche Landesordnung.

Erbregulirung. Grundſätze wegen der dabei zu adhibirenden Stempel. R. v. 9. Juli 1814. v. K. J. IV. 39. — Wie der Stempel zu berechnen, wenn einer der Erbintereſſenten den Nachlaß mit der Verpflichtung, die Schulden davon zu bezahlen, übernimmt. R. v. 29. Nov. 1817. XI. 55. — Anſetzung der Gebühren für die Erbtheilung und für die dabei vorkommenden Geſchäfte. R. v. 22. Oct. 1819. XIV. 231. — In Abſicht der Gebühren bei Erbregulirungen, wo die Paſſiva die Activmaſſe überſteigen, kommt die im Eingange des 5. Abſchnitts der Allg. Gebührentaxe befindliche Beſtimmung in Anwendung. R. v. 25. April 1821. XVII. 95. — Den Juſtizcommiſſarien kann in Erbregulirungsſachen weder pro informatione noch pro cura ein Gebührenanſatz bewilligt werden. R. v. 28. März 1822. XIX. 326. — I. Verbindlichkeit des überlebenden Ehegatten, das eigene Vermögen zu conferiren, II. Erbſchaftsquote deſſelben. R. v. 12. Mai 1823. XXI. 335. — ſ. Beneficialerben, Juden, Orden und Ehrenzeichen, Stempel.

Erb-Rezeß, ſ. Stempel.

Erbſchaften, ſiehe Gerichtsſtand. Stempelfreiheit, Zählgelder. — deren Exportation, ſ. Abſchoß-, Abfahrts- und Abzugsgelder. — herrenloſe, ſ. letzt.

Erbſchaftliche Grundſtücke, ſiehe Adjudication. Subhaſtation.

Erbſchaftlicher Liquidationsprozeß. Gründe der Zurückweiſung des Antrages auf die Eröffnung deſſelben. R. v. 18. Mai 1816. v. K. J. VII. 182. — Nothwendigkeit der in der vorgeſchriebenen Friſt erfolgten Niederlegung des Verlaſſenſchafts-Inventarii bei einer Provocation auf Eröffnung des erbſchaftlichen Liquidationsprozeſſes. R. v. 19. Apr. 1819. VIII. 258 — 265. — ſ. Adjudikation, Ediktalcitationen. — R. v. 27. Mai 1831, über die Vertheilung der Haupt-Immobiliar-Maſſe vor ergangener Klaſſifikation. XXXVII. 366. 368. — R. v. 2. Sept. 1832, betr. die Berechnung der Koſten in erbſchaftlichen Liquidat. Prozeß-Sachen. XL. 207. 208. — Ueber die Löſchung präcludirter Intabulate nach erfolgter Adjudication eines Grundſtücks im erbſchaftl. Liquid. Prozeſſe. R. v. 16. Nov. 1832. XL. 480 — 483. Ueber die Abfaſſung der Adjudikatoria im erbſchaftl. Liquid. Prozeſſe vor Eingang der Genehmigung der Extrahenten. R. v. 23. Nov. 1832. XL. 437 — 442. — Ueber Sequeſtration im erbſchaftl. Liquid. Prozeß wegen Güter, die in der Verwaltung der

Erben geblieben ſind. R. v. 19. Apr. 1833. XLI. 477. 478. Wenn im erbſchaftl. Liquid.-Prozeſſe ſich die Erben der Adminiſtration des Nachlaſſes nicht ausdrücklich begeben haben, ſo muß auf ihre Erklärung, daß ſie denſelben für ſufficient annehmen, und die Befriedigung der Gläubiger ſelbſt übernehmen wollen, der Nachlaß vom Gerichte ausgeantwortet werden, mit Ausnahme derjenigen Sachen und Gelder, auf welche Eigenthums- oder Realrechte angemeldet worden. R. v. 13. Dec. 1833. XLII. 316 — 320. — Die Eröffnung des erbſchaftl. Liquidations-Prozeſſes hebt, ſo lange derſelbe noch nicht in einen Concurs-Prozeß übergegangen iſt, die Wirkungen des Retentionsrechts nicht auf. S. u. Str. R. 1. B. No. 56. p. 204. — Iſt ein Beneſizial-Erbe, welcher während der Dauer ſeiner Adminiſtration des Nachlaſſes, ausſtehende Forderungen deſſelben eingezogen, und Nachlaßſchulden berichtigt hat, nach hiernächſt eröffnetem erbſchaftl. Liquid.-Prozeſſe verpflichtet, die eingezogenen Gelder zu der, unter gerichtliche Adminiſtration geſtellten Maſſe zurückzuzahlen, und ſtatt der befriedigten Gläubiger zu liquidiren, oder gebührt dem Beneficial-Erben ein Kompenſations-Recht gegen die Maſſe? S. u. Str. R. 2. B. No. 5. p. 63. — Kann ein Gläubiger, welchem zu ſeiner Befriedigung von dem Schuldner die Ceſſion eines Activum verſprochen iſt, die Erfüllung dieſes Vertrages, nach Eröffnung des erbſchaftl. Liquid.-Prozeſſes über den Nachlaß des Schuldners, bei klarer Inſufficienz der Maſſe, dann von dem Curator verlangen, wenn im Laufe des Liquid.-Prozeſſes der förmliche Konkursprozeß eröffnet wird? S. u. Str. R. 2. B. No. 6. p. 67. — Wenn ein Nachlaßgläubiger auf Grund eines, vor eröffnetem erbſchaftlichen Liquid.-Prozeß, erhaltenen Titels zur Hypothek, ſeine Forderung erſt nach eröffnetem Liquid.-Prozeß zur Eintragung in das Hypothekenbuch angemeldet, und deren Eintragung bewirkt hat; ſo erlangt er dadurch nicht das Recht der dritten Klaſſe gegen die übrigen Nachlaßgläubiger. S. u. Str. R. 2. B. No. 41. p. 367.

Erbſchaftliche Verhältniſſe, ſ. Kaufſtempel.

Erbſchafts-Antretung. Wer erklärt, daß er die Erbſchaft ohne Vorbehalt antreten wolle und mit den Folgen dieſer Erklärung, daß er durch dieſelbe auch über die Kräfte der Erbſchaft verhaftet werde, bekannt ſei, entſagt deutlich und beſtimmt den Vortheilen des beneficii inventarii und kann ein Mehreres zur Gültigkeit der Erklärung geſetzlich nicht gefordert werden. R. v. 1. Juli 1817. v. K. J. IX. 187. — Eine auf Abgebung der Erbeserklärung ohne Vorbehalt gerichtete Vollmacht legitimirt den Bevollmächtigten zu allen dem, was zu einer Erbeserklärung ohne Vorhalt erforderlich iſt, und das Gericht hat in Anſehung derſelben ſich lediglich an den Bevollmächtigten zu halten, und wenn dieſer eine

nach den Geſetzen genügende Erklärung abgiebt, ſolche eben ſo anzunehmen, als wenn ſie von dem Erben erfolgt wäre. R. v. 14. Febr. 1820. XV. 5. ſ. Erbfolge.

Erbſchafts-Entſagung. Auf- oder Annahme der Erbſchafts-Entſagungen und Ertheilung der Recognitionen darüber, bei Verlaſſenſchaften, deren Regulirung dem Vormundſchaftsgerichte und reſp. dem Churmärkſchen Pupillencollegio zuſteht. R. v. 26. Febr. 1819. v. K. J. XIII. 5. — Ein Vater bedarf zur Entſagung einer, ſeinem minderjährigen Kinde angefallenen Erbſchaft der Autoriſation des Pupillencollegii. R. v. 19. Jan. 1824. XXIII. 53. ſ. Adjudikation.

Erbſchafts-Forderungen, ſ. Erbſchaftsſtempel.

Erbſchafts-Gebühren, deren Wiedererhebung in der Rheinprovinz. v. K. A. 32. IV. 820.

Erbſchafts-Gläubiger, ſ. Beneficial-Erben.

Erbſchafts-Intereſſenten, unbekannte, die wegen deren öffentlichen Vorladung beſtehenden Vorſchriften ſollen auch auf Legatarien als Verwandte einer beſtimmten Perſon, Anwendung finden. G. S. 1829. p. 23.

Erbſchafts-Inventarium. Von welchem Tage laufen dem Inteſtat-Erben, welcher zugleich in einem Teſtament zum Erben eingeſetzt iſt, die geſetzlichen Friſten zur Erklärung über den Antritt der Erbſchaft und zur Einreichung des Nachlaß-Inventariums? S. u. Str. R. 2. B. No. 3. p. 50.

Erbſchafts-Kapitalien, ſ. Löſchung.

Erbſchafts-Klagen, gerichtliche, deren Schlichtung zwiſchen Preußiſchen und Großherzoglich Sachſen-Weimarſchen Unterthanen. G. S. 1824. p. 153.

Erbſchaftsquote, ſ. Erbregulirung.

Erbſchafts-Regulirung, ſ. Erbregulirung.

Erbſchafts-Stempel, deſſen Berechnung u. Abführung nach den ältern Verordnungen v. 20. Nov. 1810. u. 27. Juni 1811. G. S. 1810. p. 126. ff. — 1811. p. 313. 329. — deſſen Entrichtung von erbnehmenden Kindern vollbürtiger Brüder und Schweſtern und der Halbgeſchwiſter. G. S. 1813. p. 72. — allgemeine Beſtimmungen über deſſen Berechnung und Abführung nach dem neuen Stempel-Geſetze und Tarif v. 7. März 1822. G. S. 1822. p. 61. 64. f. — 68. 76. f. — Ermäßigung deſſelben von Penſionen und Renten für Dienſtboten u. Haus-Offizianten. G. S. 1823. p. 1. — dürfen uneheliche Kinder von dem mütterlichen Nachlaſſe nicht entrichten. G. S. 1824. p. 85. — von Strafen und Abfindungen aus Eheſcheidungs-Erkenntniſſen. G. S. 1822. p. 77. — ſoll nicht weiter erhoben werden. G. S. 1828. p. 71. — Betrag deſſelben bei Lehns- und Fideikommiß-Anfällen, ſ. Lehnsanfälle,

Fideikommiſſe, Nießbrauch. — R. die Beſtimmung deſſelben in dem Falle betr., wenn nach der Verordnung des Erblaſſers ein verſiegeltes Nachlaßverzeichniß in gerichtliche Verwahrung gegeben worden, v. 20 Aug. 1814. K. A. B. 336. 349. IV. N. A. B. 442. P. A. B. 449. 460. ſ. a. K. A. B. 350. Auch in den Fällen, wenn blos die Teſtamentspublikation bei dem Collegio erfolgt, und auf dieſe Art ein Erbfall zu deſſen Cognition gelangt, wird nach §. 45. der Inſtr. v. 5. Sept. 1812. verfahren. R. v. 16. Apr. 1814. v. K. J. 41. III. ſ. a. R. v. 1. Febr. 1816. 32. VII. — Von den Terminen zur Einſendung der Erbſchaftsſtempel=Tabellen. K A. B. 206. P. A. B. 211. Wie verfahren werden ſoll, wenn ein Gericht einen zu deſſen Kenntniß gekommenen, u. in deſſen Erbſchaftstabellen eingetragenen Erbfall an ein anderes Gericht, Behufs der Erbſchaftsſtempel=Regulirung abgegeben hat. R. v. 10. Aug. 1815. v. K. J. 38. VI. K. A. B. 243. V. P. A. B. 361. Auch die als zweifelhaft erſcheinenden Forderungen einer Erbſchaft ſind zur Entrichtung der geordneten Stempelabgabe, jedoch unter Vorbehalt der begründeten Erſtattung zu ziehen. R. v. 7. Sept. 1815. v. K. J. 39. VI. Publ. die Beſtimmung des Erbſchaftsſtempels bei Summen von 50 bis 100 Rthlr. nach dem Satze von 8 Procent. N. A. B. 144. VI. P. A. B. 138. K. A. B. 137. — Die bei den Stempelmaterialien=Diſtributeurs in Berlin für die außerhalb Berlin eingetretenen Erbfälle gelöſeten Erbſchaftsſtempel werden nicht von der Abgaben=Direktion in Berlin, ſondern von jenen Diſtributeurs überſchrieben. R. v. 19. Oct. 1813. v. K. J. II. 175. ſ. a. R. v. 10. Nov. 1814. IV. 231. — Controllirung der Berichtigung deſſelben. R. v. 6. Nov. 1813. II. 177. und v. 16. Apr. 1814. III. 40. — In wiefern der Nießbraucher von Entrichtung des Erbſchaftsſtempels befreit iſt. R. v. 1. Dec. 1814. IV. 230. — Ausmittelung des Werthſtempels bei verſiegelten Nachlaß=Verzeichniſſen. R. v. 8. und 19. Oct. 1814. IV. 232. 233. — Sicherſtellung des Königl. Stempelintereſſes in Betreff derjenigen Stempel von Erbſchaften und Vermächtniſſen, welche nach geendigtem Nießbrauch gelöſet werden müſſen. R. v. 15. Juni 1815. Vb. 66. — Feſtſtellung des Werths der Mo= und Immobilien zum Behuf der Erbſchaftsſtempel=Beſtimmung. R. v. 8. Juli 1815. VI. 35. R. v. 25. Jan. 1816. VII. 207. N. A. B. 146. VI. P. A. B. 101. K. A. B. 79. — Berechnung des Collateralſtempels in Fällen, die annoch nach der Verordnung v. 17. Sept. 1802 zu beurtheilen ſind. R. v. 21. Dec. 1815. VI. 216. — Ob, wenn eine im §. 468. Tit. 12. Th. I. des A. L. R. beſchriebene fideicommiſſariſche Subſtitution vorhanden, der inſtituirte Erbe eben ſo wie künftig der ſubſtituirte Erbe den Eigenthums= oder ob erſterer den Eigenthums=, letzterer aber nur den Nutzungsſtempel bezahlen ſoll? R. v. 18. Apr. 1816. v. K. J. VII. 203. —

Verhältniß der Schwiegerſöhne u. Schwiegertöchter zu den Schwägern und Schwägerinnen Hinſichts der Einrichtung des Erbſchaftsſtempels. R. v. 16. Mai 1816. VII. 204. — Ermittelung des wahren Werths von liegenden Gründen oder dinglichen Gerechtigkeiten Behufs der Beſtimmung des Erbſchaftsſtempels. R. v. 23. März 1816. VII. 205. — Beſtimmung des Erbſchaftsſtempels bei der Nachfolge in fideicommiſſariſchen Beſitzungen. R. v. 18. Juli 1816. VIII. 295. — Legata debiti und remuneratoriſche Schenkungen, welche in einem Teſtamente ausgeſetzt worden, ſind dem Erbſchaftsſtempel unterworfen. R. v. 5. Dec. 1816. VIII. 297. — Die Höhe des Erbſchaftsſtempels muß lediglich nach der Qualität des Erben, ſo wie nach dem Titel, vermöge deſſen er zu dem Erbanfalle gelangt, beurtheilt werden. R. v. 19. Dec. 1816. VIII. 298. — Ob auch von Perſonen, die nicht zum Handelsſtande gehören, und kein Inventarium vorzulegen wünſchen, ein Averſionalquantum für den Erbſchafts=Werthſtempel angenommen werden darf? R. v. 20. Juni 1817. IX. 232. — Die durch rechtsgültigen Vertrag in die Einkindſchaft verſetzten Kinder ſind in Betreff des von ihnen, vorkommenden Falls, zu entrichtenden Deſcendentenſtempels den leiblichen und adoptirten Kindern völlig gleich zu achten. R. v. 31. Dec. 1817. XI. 56. — Die im Jahr 1787 zwiſchen Preußen und Oeſterreich getroffene Uebereinkunft wegen wechſelſeitiger Befreiung der Unterthanen vom Collateralſtempel und der Erbſchaftsſteuer bei Verabfolgung von Erbſchaften und Vermächtniſſen iſt als nicht mehr beſtehend zu betrachten, folglich von ſolchen ausgehenden Erbſchaften eben daſſelbe an Abgaben, wie von den im Lande bleibenden zu erheben. R. v. 29. Juli 1818. XII. 49.*) u. v. 2. März 1821. XVIII. 45. — Ob nach getrennter, in Gütergemeinſchaft beſtandener Ehe der letztlebende Ehegatte von der den Kindern anfallenden Vermögenshälfte den Nießbrauchsſtempel oder den Deſcendentenſtempel zu löſen habe? R. v. 2. Sept. 1818. XII. 51. — Die mittelſt Einkindſchaft erbenden Stiefeltern ſind blos zur Entrichtung des Aſcendentenſtempels verpflichtet. R. v. 10. Nov. 1818. XII. 291. — Berichtigung des Erbſchaftsſtempels von Conferendis, deren Collation der Erblaſſer verboten hat. R. v. 10. Dec. 1819. XIV. 238. — Beſtimmung des Erbſchaftsſtempels bei Ceſſion der Erbſchaft zu Gunſten eines Erbſchafts=Prätendenten. R. v. 6. März 1820. XV. 56. — Ob der Werth ehemaliger Leibeigner oder anderer Colonate, auf welche die fremdherrſchaftliche Geſetzgebung influirt, der Erbſchaftsſtempelſteuer unterworfen? R. v. 3. Juli 1820. XVI. 84. — Die Verpflichtung der Stempelſteuer muß jederzeit nach den perſönlichen Verhältniſſen, in denen der wirkliche

*) Dies entgegenſtehende Reſcript iſt durch das ſpätere aufgehoben.

Empfänger der Erbſchaft, der dadurch als Erbe reicher wird, zu dem Erblaſſer geſtanden hat, beurtheilt werden. Ein ſtempelfreier Erbe, der die Erbſchaft auf die Repudiation eines ſtempelpflichtigen erhält, hat hiernach die Stempelſteuer nicht zu entrichten, wogegen der ſtempelpflichtige Erbe, welchem die Erbſchaft auf die Repudiation des ſtempelfreien zufällt, diejenige Steuer zu erlegen hat, die nach dem Grade ſeiner Verwandtſchaft mit dem Erblaſſer geſetzlich beſtimmt iſt. Cab. Ord. v. 13. Dec. 1824. XXV. 125. — bei Berechnung deſſelben von Lehnsanfällen iſt der Werth der Subſtanz als ſtempelpflichtiger Erwerb anzuſehen. R. des Fin. Min. v. 26. Sept. und des Juſtiz-Min. v. 16. Oct. 1826. XXVIII. 323. 324. ſ. Löſchung, Stempel. — Cirk. v. 5. März 1827 über die Anwendung der Stempelfreiheit in Erbſchaftsſtempel-Sachen. XXIX. 102. 104. — von demſelben bei der durch den Tod des einen Ehegatten aufgelöſeten Gütergemeinſchaft. R. v. 7. Oct. 1831. XXXVIII. 409. — Cirk. v. 10. Febr. 1832, betr. den Erbſchaftsſtempel für Nutzungen, welche dem Erben, Donatar oder Legatar erſt in Zukunft zufallen ſollen. XXXIX. 198 — 204. — deſſen Entrichtung. v. K. A. 22. I. 22. seq. — 23. III. 249. — von wem ſolcher zu entrichten iſt. 25. III. 621. — von Staats- und anderen Papieren. 25. IV. 923. — deſſen Berechnung bei Lehnsanfällen. 26. IV. 1005. — von überlebenden Ehegatten. 23. II. 249. — IV. 791. — von unehelichen Kindern. 23. III. 561. — doppelter, deſſen Berechnung und Einziehung als Strafe. 24. II. 357. — 25. II. 322. — von Seiten unehelicher aber geſetzlich anerkannter Kinder, Beſtimmungen darüber. 28. II. 333. — deſſen Einziehung nach den Raten mehrerer Erbſchaftstheilnehmer. 28. III. 662. — davon können Ehemänner in Beerbung ihrer Frauen auch in den Rheinprovinzen nicht entbunden werden. 29. III. 690. 719. — zuviel erhobene, Verfahren rückſichtl. der Reſtitution derſelben. 32. III. 613. — deſſen Entrichtung Seitens der Subſtanzerben und Nießbrauchers. 32. II. 364. — deſſen Erhebung findet während der Fortſetzung der Gütergemeinſchaft zwiſchen dem überlebenden Ehegatten und deſſen Kindern nicht ſtatt. 33. I. 68. ſ. überhaupt auch Stempel.

Erbſchaftsſtempel-Abgabe, ſ. Erbſchaftsſtempel.

Erbſchaftsſtempel-Atteſte. Die Gerichtshöfe in Berlin ſollen die Stempellöſungs-Atteſte nicht ferner den Erbintereſſenten, ſondern der Abgabendirection kurzweg unter einem bloßen Umſchlage verſiegelt Behufs der Einhändigung an die Intereſſenten und zur weitern Verfügung überſenden. R. v. 10. Nov. 1814. v. K. J. IV. 231.

Erbſchaftsſtempel-Freiheit. Von der, des einem pio corpori zuſtehenden Nießbrauchs. R. v. 1. Dec. 1814. v. K. J.

230. IV. — In Fällen, wo das Nachlaßverzeichniß verſiegelt in gerichtliche Verwahrung gegeben wird, behält es bei dem R. v. 30. Aug. 1814 ſein Verbleiben. R. v. 19. Oct. 1814. v. K. J. 232. IV. ſ. a. R. v. 15. Juni 1815. p. 67. V.

Erbſchaftsſtempel-Tabelle. Eintragung eines, Behufs der Erbſchaftsſtempel-Regulirung an ein anderes Gericht abgegebenen Erbfalles. R. v. 10. Aug. 1815. VI. 38. und v. 1. Febr. 1816. v. K. J. VII. 32. ſ. übrigens Erbſchaftsſtempel und Stempeltabelle.

Erbſchaftsſtempel-Tantieme, ſiehe Emolumente, Portofreiheit.

Erbſchaftsſtempel-Verhandlungen. Die wegen Nachweiſung des ererbten Vermögens Behufs Beſtimmung des Werthſtempels nöthigen gerichtlichen Verhandlungen ſind gebührenfrei, wenn aber die Erbintereſſenten mit der Einreichung der geſetzlichen Vermögens-Nachweiſung zögern und es dadurch zu gerichtlichen Verhandlungen kommen laſſen, ſo können von dem beauftragten Richter Gebühren liquidirt und von dem Säumigen eingezogen werden. R. v. 19. Apr. 1817. v. K. J. IX. 231. ſ. Stempel.

Erbſchaftsſtempelweſen, ſiehe Geſchäftstabellen und Liſten.

Erbſchaftsſteuer, ſ. Erbſchaftsſtempel.

Erbſchatz, deſſen Beſtellung in Grundſtücken oder Capitalien. A. L. R. Th. 2. Tit. I. §. 282. muß gerichtlich vollzogen werden. A. G. O. Th. 2. Tit. I. §. 9.

Erbſchleichungen, A. L. R. II. XX. 1309.

Erb-Scholtiſei, ſ. Schulzen-Amt.

Erbſchulzen, die Remuneration des Stellvertreters kann exekutiviſch beigetrieben werden. R. v. 26. Aug. 1834. v. K. A. 34. III. 745. ſ. a. Freiſchulzen, Schulzen-Amt.

Erbſtands-Gelder, ſ. Erbpacht.

Erbtheile, ſ. Auseinanderſetzung, Teſtament.

Erbtheilung. Wie die Theilung eines auf den Namen des Vaters eingetragenen Grundſtücks vorzunehmen, wenn an Orten, wo die eheliche Gütergemeinſchaft obwaltet, derſelbe ſich mit ſeinen minderjährigen Kindern auseinanderſetzen will. R. v. 1. Apr. 1799. St. B. p. 251. Th. VIII. — Wenn bei Erbtheilungen zwiſchen Söhnen und Töchtern in Rückſicht der väterlichen Güter nach Polniſchen Rechten, und bei Abfindung der letztern, zu verfahren. R. v. 29. Dec. 1800. N. A. p. 30. B. 2. — Bei der Theilung eines zum Nachlaß gehörigen bäuerlichen Grundſtücks, welches dem Beſitzer nur auf gewiſſe beſtimmte Jahre zur Cultur gegeben worden, werden auch in Weſtpreußen die Vorſchriften des A. L. R. Th. 1. Tit. 21. §. 634. 635. zum Grunde gelegt. R. v. 9. Febr. 1802.

R. A. 59. IV. R. die Regulirung des Nachlaſſes der in Berlin verſtorbenen von dem Gewerke verpflegten und beerdigten Schneidergeſellen betr. vom 30. Dec. 1795. H. B. I. 460. v. 6. Juni 1797. p. 462. ſ. Fabrik. — Wie es bei Auseinanderſetzung der Eltern und Kinder im Oberſchleſiſchen Departement bisher gehalten worden, Ver. v. 31. Jan. 1797. v. K. J. 99. II. Erbreceſſe dürfen in der Regel nicht eher ausgefertiget, und den Intereſſenten verabfolgt werden, bis die Löſung des Erbſchaftsſtempels nachgewieſen worden. R. v. 6. Nov. 1813. p. 178. ſ. a. R. wegen des Stempels bei Auseinanderſetzungen und Erbregulirungen, v. 9. Juli 1814. p. 39. IV. Von dem Werthſtempel bei brüderlichen Theilungen. R. v. 8. Apr. 1815. p. 65. V. — ſiehe übrigens Berg, Herzogthum. Erb-Grundtaxen, Erbregulirung, Fideikommiſſe, Kalkulaturarbeiten, Stempel, Taxe und Verlautbarung.

Erbtheilungsplan, ſ. Emolumente.

Erbtheilungs-Verträge, bedürfen zu ihrer Gültigkeit nicht der Vollziehung vor dem perſönlichen Richter. R. v. 1. Febr. 1833. v. K. J. XLI. 215 — 217.

Erbunterthänigkeit, perſönliche, (glebae adscriptio, Leibeigenſchaft, Eigenbehörigkeit, Gutsunterthänigkeit) deren allgemeine Aufhebung. G. S. 1807. p. 172. auch auf ſämmtlichen preuß. Domainen. G. S. 1807. p. 174. — nähere Beſtimmungen darüber für die Provinz Schleſien und die Grafſch. Glatz. G. S. 1809. p. 557 — 561. — 1810. (A.) p. 735. — Aufhebung derſelben in dem Kottbuſſer Kreiſe, den beiden Lauſitzen und den übrigen vormals königl. ſächſiſchen Landestheilen. G. S. 1819. p. 21. — desgl. in den vormals zum Königreich Weſtphalen, zum Großherzogthum Berg, oder zu den franz. hanſeatiſchen Departements, gehörigen Landestheilen. G. S. 1820. p. 170. — 1825. p. 75. 95. 112. 113. — Verordnung, betreffend die durch das, sub dato Memel den 9. Oct. 1807 ergangene Edict erfolgte Auflöſung der perſönlichen Erbunterthänigkeit der Landbewohner in der Provinz Schleſien, v. 8. Apr. 1809. v. K. J. III. 199.

Erbverpachtung, von Privatgütern, iſt ohne alle Einſchränkung frei gegeben. G. S. 1807. p. 171. — 1811. p. 300. — von Hospitalgütern, zu ſelbigen genügt die Genehmigung des Miniſteriums des Innern. v. K. A. 26. II. 421. — der Gemeinde-Korporationen, Konkurrenz der Regierungen bei ſelbigen. 18. II. 377. — von Pfarr-, Küſterei- und Schulgrundſtücken. 33. III. 643. — Eine Beweisführung gegen die in Gemäßheit der Verordnung v. 5. März 1809, von den Landespolizei-Behörden bei Vererbpachtung von einzelnen Bauerhöfen, Krügen, Mühlen, und andern Pertinenzien, ſo wie auch des Vorwerkslandes, auszuſtellenden Atteſte,

iſt unzuläſſig. S. u. Str. R. 3. B. No. 32. p. 362. ſiehe übrigens auch Grundſtücke, Unſchädlichkeits-Atteſt.

Erbverträge, A. L. R. von Erbtheilungen, I. XVII. 115 — 168. Erbverträgen, I. XII. 617 — 656. der Eheleute, II. I. 439 — 480. ob die Wittwe zur Erbtheilung mit den Kindern nach gemeinem oder ſtatutariſchem Recht zu verſtatten. R. v. 27. März 1784. E. S. p. 2823. VII. wenn bei Erbtheilungen die Mobiliar-Erbſtücke öffentlich zu verkaufen. H. B. VI. 81. R. die An- u. Aufnahme der gerichtlich abzuſchließenden Erbverträge (A. L. R. I. XII. 621 — 623. A. G. O. II. I. §. 9. §. 15.) betr. v. 20. Oct. 1794. St. B. p. 42. I. und E. S. p. 2425. IX. c. R. wenn ſolche bei den Gerichten verſiegelt niederzulegen, v. 27. Dec. 1796. E. S. p. 1500. X. Erbverträge und Eheſtiftungen können allerdings in einem Inſtrument errichtet werden. R. v. 8. Dec. 1794. p. 2457. IX. Wie die Dispoſition des Preußiſchen Landrechts II. V. Tit. 14. Art. 3. §. 3. bei Auseinanderſetzung eines gemeinſchaftlichen Eigenthums zu verſtehen. G. E. v. 24. Juni 1794. Kl. A. 29. XIII. Wenn alle übrige Erben auf Natural-Theilung dringen, kann dennoch ein Miterbe den Verkauf auctionis lege verlangen. Lief. 2. p. 48. ſ. auch Erbfolge. — Wo deren Original-Verhandlungen zu aſſerviren. R. v. 21. Juli 1800. N. Arch. p. 228. Th. 1. H. 2. wenn mit ſelbigen wie bei einem andern pacto inter vivos zu verfahren. R. v. 2. Jan. 1796. St. B. p. 426. Th. X. — Kann in einem von Notar und Zeugen vor vollzogener Ehe aufgenommenen Erb- u. Ehevertrage einem Dritten, der dem Vertrage nicht ausdrücklich mit Bewilligung beider Haupt-Kontrahenten beigetreten iſt, rechtsbeſtändig ein Legat hinterlaſſen werden? S. u. Str. R. 3. B. No. 7. p. 100. Iſt ein ſolches Legat auch in ſo weit gültig, als es den zwanzigſten Theil des Nachlaſſes überſteigt? S. u. Str. R. 3. B. No. 7. p. 100. — Genügt es zur Rechtsbeſtändigkeit eines ſolchen Legats in ſeinem ganzen Umfange, wenn der eine Haupt-Kontrahent, ohne das Legat widerrufen zu haben, ſtirbt, der andere Haupt-Kontrahent aber dem Legatar in einem Notariats-Inſtrumente die Zahlung zugeſichert hat? S. u. Str. R. 3. B. No. 7. p. 101. — ſ. übrigens auch Kommiſſionsgebühren. Teſtament.

Erbzinsgüter, A. L. R. I. XVIII. 680 — 819. — können ohne Zuziehung des Pfandgläubigers in Zeitpacht ausgethan werden. R. v. 19. März 1820. XV. 7. — Abhandl. über die rechtliche Natur der Erbenzinsgüter in der Preußiſchen Grafſchaft Hohenſtein, vom Oberlandesgerichtsrath Dr. Scheller zu Halberſtadt. v. K. J. XXI. 169. ſ. Laudemienabgabe. — R. v. 19. Dec. 1831, betr. den Konſens des Erbzinsherrn bei Veräußerung der Erbzinsgüter zur Eintragung in das Hypothekenbuch. XXXVIII. 420. 421. — desgl. v. 6. Febr. 1832. XXXIX. 117 — 120. —

in der Grafſchaft Hohenſtein. Abhandl. über die rechtliche Natur derſelben. XLIV. 3. — Ablöſung der Leiſtungen an ſelbige. v. K. A. 25. I. 100. — Stundung oder Erlaß des von ſelbigen zu entrichtenden Zinſes. 25. IV. 846. — Austhuung von Pfarr-, Küſter- und Schulgrundſtücken in Erbzins. 33. III. 643. — Verträge über Verleihungen eines Erbzinsrechts erfordern gerichtliche Verlautbarung. A. L. R. I. XVIII. 691. — vor dem Richter der Sache. A. G. O. II. I. 3. No. 2. b. — für den Erbzinsmann wird der Beſitztitel, das Obereigenthum des Erbzinsherrn aber in der 2ten Rubrik eingetragen. R. v. 30. Nov. 1789. E. S. p. 2749. VIII. und kann derſelbe von den ihm vorbehaltenen Rechten zum Nachtheil eines Dritten nur alsdann Gebrauch machen, wenn er jenes eintragen laſſen. A. L. R. I. XVIII. 710—713. — Erbzins- oder Erbpachtsbeſitzer, deren Güter eigene Jurisdiction haben, und mit einem eigenen Namen als für ſich beſtehend, im Hypothekenbuche eingetragen ſind, können auch (A. L. R. II. VIII. 726.) Wechſel ausſtellen. R. v. 12. Oct. 1801. St. B. 189. II. R. A. 301. XIV. Anh. z. L. R. §. 111. — ſ. Onera publica, Pertinenzſtücke, Teſtament, Titelblatt. — Wenn die Gültigkeit des Verkaufs des Erbzinsguts contractmäßig von der Einwilligung des Erbzinsherrn abhängig gemacht, oder auf andere Weiſe die Dispoſitionsbefugniß des Erbzinsmannes beſchränkt, dieſe Beſchränkungen aber ſo wenig als die Erbzins-Qualität des Grundſtücks in das Hypothekenbuch eingetragen worden ſind; ſo iſt der Erbzinsherr, wenn das Gut ohne ſeine Einwilligung verkauft, und dem Käufer übergeben iſt, nicht berechtigt, das Kaufgeſchäft auf Grund jener Beſchränkungen als Null und nichtig, gegen den Verkäufer aufzurufen, ſollte auch der Käufer Kenntniß von jenen Beſchränkungen oder der Erbzins-Qualität gehabt haben? S. u. Str. R. 1. B. No. 100. p. 411. ſ. übrigens auch Erbpachtsgüter.

Erbzins-Kontrakte, ſiehe Erbpachs-Verträge.

Erbzins-Lehngüter, in der Grafſchaft Hohenſtein. Abhdl. über das Rechtsverhältniß derſelben. v. K. J. XXXVIII. 189—284.

Erbzinsleute, über die Verleihung des Obereigenthums an dieſelben. v. K. A. 18. III. 650. — ſiehe Laudemienabgabe.

Erbzinspächter; ſiehe Erbpächter.

Erbzins-Qualität; ſ. Erbpachts-Qualität.

Erbzins-Verhältniſſe, Uebereinkunft mit der Anhalt-Bernburgſchen Regierung rückſichtlich derſ. v. K. A. 26. III. 644.

Erbzins- (Domainen-) **Vorwerke;** ſ. Gerichtsſtand.

Erde, deren Berechnung im gemeinen Verkehr und in öffentlichen Verhandlungen nach Kubick-Klaftern zu 108 Kubickfuß. G. S. 1816. p. 146. — zu Deichen und Dämmen in Oſtpreußen und

Litthauen erforderlich, ſolche herzugeben, ſind die nächſten Grundbeſitzer gegen Entſchädigung verbunden. G. S. 1806. p. 12. 20. — ſiehe auch Düngererden.

Erdfuhren, deren Leiſtung bei Deich- und Damm-Arbeiten in Oſtpreußen und Litthauen. G. S. 1806. p. 11. 20.

Erfindungen. Patent-Ertheilung auf ſelbige. v. K. A. 23. IV. 827 — 830. — neue, im Gebiete der Induſtrie, Verleihung ausſchließlicher Privilegien auf ſelbige im Oeſterreichiſchen. 21. I. 212. seq.

Erfrorne, Rettungsverſuche an ſelbigen. v. K. A. 18. II. 461. — 20. IV. 860.

Erfüllung; ſ. Verträge.

Erfurt, Fürſtenthum, Einführung des vier und zwanzigjährigen Majorennitäts-Termins in ſelb. G. S. 1817. p. 201. — deſſen Abtretung nach dem Tilſiter Friedenstrakt. G. S. 1807. p. 156. 167. — Wiederbeſitznahme deſſelben. G. S. 1815. p. 193. — Abtretungen aus demſelben an Sachſen-Weimar. G. S. 1818. (Anh.) p. 52. 54. f. — Friſtverlängerung für deſſen Hypothekenweſen. G. S. 1821. p. 189. — diesſeitiges Gebiet, Präkluſionstermin für die Verwaltungs-Anſprüche an daſſelbe aus den Zeiten der Fremdherrſchaft bis zum 1. Nov. 1813. G. S. 1825. p. 235. — Darſtellung der Veränderungen in der dortigen Geſetzgebung u. Gerichtsverfaſſung ſeit 1806. v. K. J. XXX. 187 — 241. — über die Gültigkeit des, den Mühlenzwang betreffenden Edikts v. 28. Oct. 1810. im Fürſtenthum Erfurth. Cirk. Verf. v. 19. März 1832. XXXIX. 123 — 128. — ſ. auch Straßenbau-Mandat. — Stadt, Abgaben-Erhebungsrolle für die dort vom Auslande ein- und durchgeführten Gegenſtände. G. S. 1826. p. 87 — 91. — Steuer-Erhebung von inländiſchem Branntwein und Braumalz daſelbſt. G. S. 1826. p. 87. — Aufhebung der dort früher erhobenen Eingangs- und Durchgangs-Abgabe, ſo wie des ehemaligen Kurmainzſchen Stadtzolls. G. S. 1826. p. 89. — Stadt, beſtätigte Straßenordnung für ſelbige. v. K. A. 17. IV. 203. — Begräbnißordnung für ſelbige. 20. IV. 770. 787. — (Stadt u. Steuerbezirk) Regulativ über die Erhebung und Kontrolle der Ein- und Durchgangsabgaben in ſelbiger. 27. I. 44. — 69.

Erfurter Regierungsbezirk, Eintheilung u. Begränzung deſſelben. G. S. 1815. p. 96. — Steuer-Regulirung in ſelbigem rückſichtlich der außerhalb der Zolllinien gelegenen Kreiſe. G. S. 1826. p. 87 — 100. — Aufhebung einiger in ſelbigem nach vormaligen Landesverfaſſungen erhobenen landesherrlichen Abgaben. G. S. 1826. p. 89. — Veränderung deſſen Gränzen gegen das Ausland rückſichtlich des Zoll- und Steuerweſens. v. K. A. 23. IV. 777—781. Regulirung der Steuern in dem vom Zollverbande

ausgeſchloſſenen Landestheile deſſelben. 26. IV. 986—991. — Umgeſtaltung der Gränzbezirke in demſ. 32. I. 63—70. — II. 362.

Ergänzungsrichter; ſiehe Friedensgerichte.

Ergänzungsweiſe der Truppen; ſ. Rekrutirung.

Erinnerungen der Ober-Rechnungskammer; ſiehe letztere.

Erhebungsrolle v. 25. Oct. 1821. Erläuterungen und Berichtigungen derſelben. v. K. A. 22. IV. 850. seq. der Abgaben, ſiehe Abgaben.

Erhängte, Abſchneiden und Behandlung derſelben. v. K. A. 17. I. 212. — 18. II. 462. — Rettungsverſuche an ſelbigen. 20. IV. 861. — Verpflichtung zu Lebensrettungs-Verſuchen an denſelben in den Rheinprovinzen, auch vor der Anzeige bei der Gerichts- oder Polizeibehörde. 30. III. 577.

Erkenntniſſe, in Domänen-Proceſſen ſollen gegen den den Beamten vertretenden Fiscus gerichtet werden. C. vom 15. Nov. 1752. E. S. p. 395. I. — Wider die deutliche Vorſchrift der Pr. O. abgefaßte, können durch Reſcripte nicht aufgehoben werden. R. v. 14. Jul. 1804. E. S. p. 2635. XI. N. A. 382. III. u. J. M. I. 49. Von Abfaſſung der Criminal-Erkenntniſſe, ſ. Cr. O. §. 469 — §. 507. Publication, §. 515. 531. 562. Vollſtreckung derſelben, §. 534. beſonders, wenn auf Landesverweiſung, §. 572. auf Anſchlagen einer beſchimpfenden Nachricht ꝛc. von dem Verurtheilten an einen Schandpfahl erkannt worden. §. 573. — Das R. v. 14. Jul. 1804. p. 2635. XI. N. A. 382. III. und J. M. I. 49. iſt ganz eigentlich ad. §. 18. Tit. 26. Th. 1. der A. G. O. erlaſſen, und die Anmerkung bei dem Abdruck deſſelben: ad §. 1. seq. Tit. 16. Th. 1. der G. O. weniger richtig gewählt; und es muß daher in allen Fällen, wo über Untergerichtserkenntniſſe, die keine Appellation geſtatten, der Recurs an die höhere Juſtizinſtanz genommen wird, darnach verfahren werden, Injurien-Sachen u. fiscaliſche Unterſuchungen ausgenommen, als in welchen Fällen es bei den Vorſchriften der Gerichtsordnung. Th. 1. Tit. 34. §. 4. 7. u. 15. und Tit. 35. §. 87. ſo wie reſp. bei den Vorſchriften der Circular-Verordnung v. 30. Dec. 1798. §. 1. ff. Abſch. 4. ſein Bewenden behalten. R. v. 29. Jun. 1808. an die Oberamtsregierung zu Breslau. Die Vorſchrift der A. G. O. I. XIV. 31. unterſcheidet nicht zwiſchen einem an Ort u. Stelle wohnenden und nicht wohnenden Bevollmächtigten. R. v. 30. Apr. 1806. C. C. p. 150. XII. — Auch diejenigen Straferkenntniſſe wider Juſtizbediente, welche auf eine im Wege des gewöhnlichen Injurien-Proceſſes inſtruirte Klage abgefaßt worden, müſſen vor der Publikation, (ſ. jedoch R. v. 26. Jul. 1809. J. M. VIII. 204.) dem Chef der Juſtiz eingeſandt werden. R. v. 31. Jan. 1803. N. A. 120. III. Wenn ein Erkenntniß wegen

thätlicher Beleidigung eines Officiers abgefaßt iſt, iſt die Einſendung deſſelben und der Acten nicht erforderlich. C. O. v. 15. Jul. 1809. J. M. VIII. 201. — Auf die von der Regierung mit höherer Genehmigung in Policei- nnd Landesangelegenheiten erlaſſenen Publikanda ſind die Landes-Juſtizkollegien bei ihren Entſcheidungen in ſo fern Rückſicht zu nehmen verbunden, als darin keine härtere Strafe, wie in den Geſetzen, feſtgeſetzt iſt. §. 45. der V. v. 6. Dec. 1808. J. M. VII. 363. — (Urtel) deren Abfaßung von Seiten der Gerichtshöfe nach den Geſetzen, ohne Einwirkung des Chefs der Juſtiz. G. S. 1815. p. 198. v. K. J. V. 129. — zwei gleichförmige, Verfahren bei theilweiſer Abänderung derſelben in der Reviſions-Inſtanz. G. S. 1825. p. 161. — 1826. p. 43. — in Prozeſſen, über die den Grundbeſitz betreffenden Rechtsverhältniſſe, deren Abfaſſung in dritter Inſtanz durch das geheime Ober-Tribunal. G. S. 1829. p. 51. — in Regulirungs-, Gemeinheitstheilungs- u. Ablöſungsſachen, Appellation und Rechtsmittel der Reviſion gegen ſelbige. G. S. 1819. p. 251. — 1821. p. 88. — rechtskräftige, deren Vollſtreckung in Provinzial- und Kommunal-Schuldenſachen. G. S. 1820. p. 204. — in den vormals königl. ſächſiſchen Landestheilen vor dem 1. Jan. 1816. publizirt, deren Gültigkeit. G. S. 1817. p. 120. — Abkommen mit Sachſen-Weimar-Eiſenach, über deren gegenſeitige Vollſtreckung. G. S. 1824. p. 149. f. — Kontumazial-, der ehemal. herzogl. Warſchauiſchen Gerichte, gegen preuß. Unterthanen, Verſtattung des Rechtsmittels der Appellation dagegen. G. S. 1817. p. 203. — deren Abfaßung und Beſtätigung in Kriminalſachen, ſiehe Kriminal-Erkenntniſſe. — Fällung und Vollſtreckung derſelben in Holzdiebſtahls-Sachen. G. S. 1821. p. 94. — deren Abfaßung und Beſtätigung in Militairſtrafſachen. G. S. 1808. p. 271. — deren Fällung und Vollſtreckung gegen inaktive Soldaten, (mit Laufpäſſen verſehene Krümper) von Seiten der Civil-Gerichte. G. S. 1811. p. 153. f. — gegen Feldwebel und Wachtmeiſter des ſtehenden Heeres und der Landwehr, mit Ausſchluß der Garden, auf Degradation u. Verluſt des Porte-épées gerichtet, bedürfen der Allerhöchſten Beſtätigung nicht. G. S. 1827. p. 36. — Civil- gegen Militairperſonen, deren Vollſtrekkung durch Exekution. G. S. 1822. p. 209 — 212. — deren Abfaßung in Poſtfuhrzettel-Kontraventionsſachen. G. S. 1825. p. 7. — gerichtliche, Stempelgebrauch zu ſelbigen. G. S. 1822. p. 78. f. — zu kriegsrechtlichen, desgl. G. S. 1822. p. 79. — zu dergl. gegen Kapitaine und Rittmeiſter zweiter Klaſſe. Cab. O. v. 26. Oct. 1812. N. A. 595. II. K. A. B. No. 1. III. — G. S. 1822. p. 168. — Gegen zwei gleichlautende Erkenntniſſe findet die Reviſion nur ſtatt, wenn die Beſchwerde Familien- Standes- Ehrenverhältniſſe und Eheſachen betrifft, gegen anderweitige Erkenntniſſe, wenn der

Gegenſtand 500 Rthlr. überſteigt. Verordn. v. 14. Dez. 1833. G. S. 1833. p. 302. — Von Mittheilung der Gründe des Erkenntniſſes des Geheimen-Ober-Tribunals. v. K. J. II. 12. — Die Untergerichte ſind in Abſicht der Nothwendigkeit der Einſendung zur Beſtätigung der Erkenntniſſe in fiscaliſchen Unterſuchungsſachen an die Vorſchrift des §. 513. der Crim. Ordn. gebunden. Reſcr. v. 8. Aug. 1815. v. K. J. VI. 34. — Auf diejenigen Injurienſachen, welche nach den Vorſchriften des Civilprozeſſes behandelt werden, findet der §. 19. der Crim. Ordn. und die declarirende Verordnung v. 11. März 1818 keine Anwendung. Die Untergerichte ſind befugt, darin das Erkenntniß abzufaſſen und zu publiciren, ohne daß es einer Beſtätigung bedarf, wenn auch die erkannte Strafe 50 Rthlr. oder vierwöchentliches Gefängniß überſteigen ſollte. Reſcr. v. 26. Oct. 1818. XII. 297. — Die Einſendung der Erkenntniſſe in Injurienſachen der Juſtizbeamten wird nur in ſofern verlangt, als der Juſtizbeamte zur Claſſe der richterlichen Perſonen gehört und gegen ihn auf eine Strafe erkannt iſt. Reſcr. v. 22. Dec. 1820. XVI. 245. — In Fällen, wo das Erkenntniß gegen einen Landwehrmann nach §. 6. der Verordnung v. 22. Febr. 1823 der Beſtätigung Sr. Majeſtät des Königs bedarf, iſt ſolches nebſt den Acten dem General-Auditoriat unmittelbar zu überſenden. Reſcr. v. 9. Juni 1823. XXI. 302. — Die Urtel ſollen in Urſchrift zu den Acten gebracht, und können den Partheien keine Koſten für die zu den Acten gehenden Urtelsabſchriften angeſetzt werden, auch ſind in den in dritter Inſtanz entſchiedenen Sachen keine Abſchriften der Erkenntniſſe erſter u. zweiter Inſtanz zu den Acten zu nehmen. Reſcr. v. 19. Mai 1826. XXVII. 280. — ſ. Amortiſationserkenntniß. Aufſuchungsgebühren. Bagatellſachen. Brandſtiftungen. Kontumacialerkenntniß. Eheſcheidungserkenntniſſe. Fiskus. Gemüthszuſtand. Injurienprozeß. Juſtizminiſter. Kriegsrechtliches Erkenntniß. Landwehrmänner. Militairſtrafen. Präkluſionserkenntniß. Prozeßſtempel. Rechtskraft. Rekurs. Reviſionserkenntniß. Schiedsrichterliches Erkenntniß. Stempelkaſſation. Straferkenntniß. Transportkoſten. Unterſuchung. Unterſuchungskoſten. Werthſtempel. Widerſetzlichkeiten. Winkelärzte. — R. v. 6. Aug. 1827. betr. den Werthſtempel zu den Erkenntniſſen in den höhern Inſtanzen. v. K. J. XXX. 152. — In Zoll- und Steuer-Defraudationsſachen, ſ. Zoll- und Steuerdefraudationsſachen, ſ. auch Kriminal-Erkenntniſſe. — Ueber die Mittheilung der in Steuerdefraudationsſachen abgefaßten Erkenntniſſe an die Steuerbehörden. R. v. 4. Febr. 1831. v. K. J. XXXVII. 126. und Vergleiche altländiſcher Gerichtshöfe. Ueber die

Vollſtreckbarkeit derſelben in den Rheinprovinzen. R. v. 25. Jul. 1831. XXXVIII. 169. — in Prozeſſen ex judicato. — Ueber den Werthſtempel zu denſelben. R. v. 19. Decbr. 1831. XXXVIII. 412. — richterliche, ſollen nicht durch Miniſterial-Reſcripte ſondern durch die ordentlichen Rechtsmittel oder im Wege der Nullitätsklage abgeändert, und die, welche dabei gefehlt haben, geſtraft werden. Cab. Ord. v. 11. Juni 1804. XL. 432. 433. — ſiehe auch Entſcheidungsgründe. Rekurs in Unterſuchungsſachen. ſiehe absolutio ab instantia. Gendarmerie. Soldatenſtand. Schiffsleute. — gerichtliche, deren Abfaſſung in Polizei-Kontraventions- und Straf-Sachen. v. K. A. 22. I. 133. seq. — deren Abfaſſung und Publikation in Zoll- und Steuer-Sachen. 25. II. 314. — IV. 891 — 894. — gegen geringere Kirchen- und Schul-Beamte, deren Einſendung. 25. III. 650. — in Holzdiebſtahls-Sachen, deren Mittheilung an die Forſtämter. 26. III. 722. — gerichtliche, gegen die Theilnehmer an dem geheimen Bunde. 26. I. 245 — 284. — III. 783. — Stempelgebrauch zu ſelbigen. 25. I. 64. 65. — IV. 925. — desgl. zu den gerichtlichen Atteſten über die eingetretene Rechtskraft derſelben. 25. I. 60. — gerichtliche, deren Abfaſſung in Zoll- und Steuer-Defraudations-Sachen. 27. IV. 910. — der Gerichtsbehörden, die in denſelben über die Stellung der Verwaltungsbehörden vorkommenden Ausſprüche können für die letzteren nicht maßgebend ſeyn. 31. I. 114. — in Unterſuchungsſachen gegen Sträflinge, deren Publikation 32. III. 683. — gegen militairpflichtige Seeſchiffer, deren Mittheilung an die Militair-Erſatz-Kommiſſionen und Landwehrbehörden. 32. IV. 1054. — deren Ausfertigung mit Gründen, ſ. Ober-Tribunal.

ſiehe übrigens auch Aktenextrakte. Duellſachen. Exekutiv-Prozeß. Kriminal-Erkenntniſſe. Stempel. Untergerichte. Unterſuchungsſachen. Urtelsgebühren. desgl. auch Revisorium.

Erkenntniß-Ausfertigung. Wenn bei den Gerichten in den Altpreußiſchen Provinzen gegen einen Einwohner in den Rheinprovinzen etwas rechtskräftig erſtritten iſt, ſo ſind die Ausfertigungen der Erkenntniſſe ohne Gründe, unter dem Inſiegel und der Unterſchrift des Gerichts, und bei Obergerichten des Präſidenten derſelben, und unter Beifügung einer Clauſel, welche das Urtel für rechtskräftig und vollſtreckbar erklärt, zu veranlaſſen und der obſiegenden Parthei auszuhändigen. Reſcr. vom 7. Juni 1817. v. K. J. IX. 199. 200.

Erkenntniß-Formel. In den richterlichen Erkenntniſſen wegen Polizeicontraventionen iſt ſtatt der gebrauchten Form: daß das Regierungsreſolut abzuändern, oder: daß daſſelbe zu beſtätigen, künftig die Entſcheidung lediglich auf die geſetzlich verwirkte

Strafe, oder auf Freiſprechung zu richten. Reſcr. v. 2. Oct. 1818. v. K. J. XII. 298.

Erkenntniß-Gründe, ſiehe Entſcheidungsgründe.

Erkenntniß-Publikation; ſiehe Publikationsgebühren.

Erkenntniß-Stempel; ſ. Stempelmaterialien. Stempeltantieme.

Erklärungen; ſ. Ausland. — unter Lebendigen; ſiehe Militairperſonen.

Erläuterung; ſiehe Deklaration.

Erlaß der Strafe muthwilliger Querulanten, ſiehe letztere. — der Strafe bei Steuer-Vergehen — wer dazu befugt iſt? R. v. 15. April 1834. v. K. A. 34. II. 327.

Erlen, deren Anbau in Waldungen. v. K. A. 28. I. 64. seq.

Erleuchtungs-Bedarf, deſſen Beſchaffung für Militair-Wachten, Lazarethe ꝛc. v. K. A. 20. IV. 909. — deſſen Anſchaffung und Verwendung für den öffentlichen Dienſt. 25. I. 10. — wird für Dienſtwohnungen der Beamten nicht gewährt. 25. I. 10. — für die Wachtpfahl-Laternen in den Garniſon-Städten, deren Beſtreitung aus dem Servis-Fonds. 22. I. 235.

Erlöſchung; ſ. Bürgſchaft. Verjährung.

Ermeland, Aufhebung des Mühlenzwanges in ſelbigem. G. S. 1808. p. 217. f. — 1826. p. 85. — desgl. der Zunftverfaſſung der Müller in demſelben. G. S. 1809. p. 555. f. — Diözeſe, Erhebung einer Kathedralſteuer in ſelbigem, zur Verſtärkung des Baufonds der Domkirche zu Frauenburg. G. S. 1825. p. 225. — ſiehe auch Preußen.

Ermsleben (Kreisamt). Darſtellung der Veränderungen in der dortigen Geſetzſammlung und Gerichtsverfaßung ſeit 1806. v. K. J. XXX. 242 — 271.

Erndte-Arbeiten, deren Beſorgung in dringenden Fällen auch während der Feiertage, jedoch nach beendigtem Gottesdienſt. v. K. A. 19. I. 92.

Erndte-Feſt, Zeitbeſtimmung für deſſen Feier. v. K. A. 26. IV. 1099.

Erndtezeit; ſ. Gerichtsferien, auch Exekutions-Ordnung.

Eröffnung des Teſtaments, ſ. Teſtament.

Erpreſſungen, welche mit lebensgefährlicher Drohung bewirkt worden, deren Beſtrafung mit drei bis ſechsjähriger Zuchthausſtrafe. G. S. 1825. p. 136.

Erſatz der Landwehr; ſ. Landwehr-Bataillon. — entwichener Militairpflichtigen. R. v. 30. Apr. 1834. v. K. A. 34. II. 586. — ſ. a. Militair-Erſatz.

Erſatz-Zoll, deſſen Regulirung und Erhebung in Stelle des aufgehobenen Kriegs-Impoſtes. G. S. p. 105—112. — theilweiſe Zurückzahlung deſſelben bei weſtlichen Exportationen. G. S. 1814. p. 107. — Beſtrafung deſſen Defraudation. G. S. 1814. p. 106. — ſiehe ferner Abgaben, indirekte.

Erſatz-Aushebung; ſiehe Militair-Erſatz-Aushebungen.

Erſatzmannſchaften; ſiehe Gebührenfreihet. Gerichtsſtand. Militair-Erſatzmannſchaften. Schiffsleute.

Erſparniſſe bei den Ausgabe-Fonds, deren Abführung an die General-Staats-Kaſſe. v. K. A. 27. IV. 887. — im Staatshaushalt, deren Einziehung und Beſtimmung. 28. II. 290. seq. — bei den Deckungs-Zuſchüſſen der innern Verwaltung, deren Abführung an die General-Staats-Kaſſe. 29. I. 28. — ſiehe auch Zuſchüſſe. — (Ausgabe-), ſollen bei den Jahresabſchlüſſen in Abgang geſtellt, u. abgeführt werden. 33. I. 43. — (Ausgabe- u. Beſoldungs-) Verfahren mit denſelben beim Final-Kaſſen-Abſchluſſe. R. v. 21. Jan. 1834. — 34. I. 32. — ſiehe übrigens Gehalts-Erſparniſſe.

Erſtgeburt; ſiehe Erbfolge.

Erſtickte, deren Behandlung. v. K. A. 18. II. 464. 466. — Wiederbelebung derſelben. 20. IV. 862. — ſ. auch Erhängte.

Ertrunkene, u. im Waſſer verunglückte Perſonen, Rettungsverſuche an ſelbigen. v. K. A. 18. II. 459. — 20. II. 298. — IV. 860.

Erwerb, ehrlicher, der Sträflinge, ſ. Detention.

Erwerbspreiſe; ſ. Hypothekenſcheine.

Erwerbungen, ſ. Grundſtücke, Gütergemeinſchaft.

Erwerbungs-Dokumente; ſ. Beſitzdokumente.

Erwürgte, Rettungsverſuche an ſelbigen. v. K. A. 18. II. 462. — 20. IV. 738.

Erzbiſchöfliches Konſiſtorium; ſ. Eheſcheidung.

Erzbisthümer, der katholiſchen Kirche, deren Einrichtung, Ausſtattung und Begränzung. G. S. 1821. p. 113. ff.

Erze, Erhebung der Ausfuhrabgabe von ſelbigen. v. K. A. 20. IV. 861.

Erzeugniſſe, (Produkte) ländliche, deren Abſatz in den Städten. v. K. A. 23. III. 614. — zur Nahrung dienende, deren Verkauf in mahl- und ſteuerpflichtigen Städten, und deren ſteuerfreie Einbringung in Quantitäten unter $^1/_{16}$ Zentner. 26. IV. 999.

Erzieher, (Erzieherinnen), Privat- bedürfen keines Erlaubniß- und Gewerbeſcheins. G. S. 1811. p. 272. in öffentlichen Schulen, müſſen die Erlaubniß für ſich bei der Prov. Schulbehörde nachſuchen; ebendaſ. — ſind von der Gewerbeſteuer befreit; daſ. — ſiehe auch Lehrer und Lehrerinnen.

Erziehung; ſ. Religion.

Erziehungs-Anſtalten, Wahrnehmung deren Rechte bei gutsherrl. und bäuerlichen Regulirungen, bei Separationen und Ablöſungen. G. S. 1817. p. 165. 168. 169. 172. 190. — 1826. p. 10. 11. — 1829. p. 66. 68. — von deren Grundſtücken kann der Erbpachtzins nur mit Einwilligung der Obern und Vorſteher derſelben abgelöſet werden. G. S. 1816. p. 181. — Beſtellung königl. Kommiſſarien über ſelbige. v. K. A. 17. I. 157. — für unſittlich verwahrloſete Kinder, deren Errichtung in der Provinz Preußen. 30. I. 227. f. — in wie fern ſolches die Schulen ſind, ſiehe Schulen.

Erziehungs-Bericht; ſ. Vormund.

Erziehungs-Gelder, für Väter von ſieben Söhnen, Anſprüche auf ſelbige. v. K. A. 19. I. 64. — ſ. übrigens Pathengeſchenk, Königliches. — ſiehe Kinder-Erziehungs-Gelder.

Erziehungskoſten; ſ. Zinſen.

Erzprieſtereien, kathol., in Schleſien, haben mit den Superintendenten gleichen Rang. G. S. 1812. p. 185. — von ſelbigen iſt das Erzprieſteramt künftig nicht mehr zu trennen; ebendaſ. — Erinnerungen und Beſtätigungen zu ſelbigen; ebendaſ. — ſiehe auch katholiſche Kirche.

Erzwäſchen, am Bleiberge, Polizei-Ordnung für ſelbige. v. K. A. 24. III. 712 — 730.

Eſchen, deren Anbau in Waldungen. v. K. A. 28. I. 64. seq.

Eskadron-Gelder; ſ. Gewehrgelder.

Eſſen, Grafſchaft, Abtretung derſelben nach dem Tilſiter Friedenstraktat. G. S. 1807. p. 156. 167. — königl. Patent über deſſen Wiederbeſitznahme. G. S. 1815. p. 21. — Stadt; ſiehe Erbfolge. — Bergamt daſelbſt; ſ. Berghypotheken-Weſen.

Eſſig, Abgabe-Entrichtung von dem zu deſſen Fabrikation beſtimmten Getreide. G. S. 1810. p. 36. 45. — 1811. p. 255. — aus Malz im Inlande bereitet, deſſen Beſteuerung. G. S. 1819. p. 99. — R. die Eſſigfabrikation auf dem platten Lande betr., v. 19. März 1813. P. A. B. 179. III. K. A. B. 293. — Verſteuerung des Malzſchrotes zur Eſſigbereitung. v. K. A. 27. IV. 910. — Bereitung und Verkauf deſſelben. 19. II. 531., deſſen Bereitung aus Malz 20. IV. 761. — Koſten für die polizeiliche Reviſion deſſelben. 25. III. 689. — mit ſelbigem kann kein Hauſirhandel ſtatt finden. 25. III. 742. — ſchädlicher, Verhütung deſſen Fabrikation. 29. III. 614.

Eſſigbrauereien, deren Anlegung und Betrieb. v. K. A. 32. II. 474.

Eſs- (und Trink-) Geſchirr, deſſen Verabreichung an das einquartirte Militair. G. S. 1810. (Anh.) p. 651.

Eßwaaren, aus den weſtlichen Provinzen, deren Beſteuerung beim Abſatz in die öſtlichen, G. S. 1818. p. 143. Gehört es zur Anwendung des §. 1170. Tit. 20. Thl. II. des A. L. R., daß, 1) die mit Gewalt geſtohlenen Eßwaaren ſofort und ohne Zubereitung verzehrbar waren? — 2) nur ſoviel an ſogleich verzehrbaren Eßwaaren geſtohlen iſt, als zum eigenen Gebrauch und zur Befriedigung des augenblicklichen Bedürfniſſes des Diebes erforderlich war? — S. u. Str. R. 1. B. No. 84. p. 340.

Eſtafetten, Abtrag der rheiniſchen Poſthalter von dem Verdienſte derſelben. G. S. 1824. p. 140. — deren Expedition. v. K. A. 18. IV. 981. — Verfahren rückſichtlich deren raſchen Beförderung. 22. I. 52—57. — 23. II. 257. 258. — Erhebung des Chauſſeegeldes von denſelben. 31. III. 558.

Eſtafetten-Beförderungen durch Hülfs-Anſpänner, von deren Verdienſt zahlen letztere keinen Abtrag. v. K. A. 28. I. 72.

Eſtafetten-Depeſchen, Privat-Berechnung und Erhebung der Beſtellgelder für dieſelben. v. K. A. 30. I. 54.

Eſtafettengelder und Koſten, deren Feſtſetzung und Erhebung. v. K. A. 17. IV. 60. — 21. IV. 808. — 22. II. 355. — deren Einziehung von den Miniſterien und andern Königl. Behörden. 18. IV. 975. — desgl. von den Militair-Behörden. 18. IV. 980.

Eſtafetten-Pferde, deren Bezahlung innerhalb Landes. v. K. A. 21. I. 29.

Eſtafetten-Weſen in Baden. v. K. A. 17. IV. 331.

Etabliſſements, neue, deren Anlegung muß zuvor die Regierung genehmigen. v. K. A. 17. II. 64. — was bei deren neuen oder veränderten Anlage zu beobachten iſt. 20. IV. 747. — 23. III. 594—598. — dürfen ohne höhere Genehmigung nicht mit Namen belegt werden. 22. II. 363. — bei Parzellirungen auf Dominial-Fundus errichtet, Ortsangehörigkeit derſelben. 25. III. 682. — deren Verhältniſſe zur Armenpflege. 26. III. 808. — einzelne, mit keiner Kommune verbundene, ſind rückſichtlich der Armenpflege den Kommunen gleich zu achten. 29. II. 358. — einzelne auf dem Lande, ſollen in eine Kommune vereinigt und mit einem Schulzen verſehen werden. 31. I. 140. f. — Handhabung der Armenpflege in denſelben, ebendaſ. Mittheilungen über deren Entſtehen und Aufhören an die General-Kommandos. 33. I. 1. — neue, deren Aufnahme in die ſtatiſtiſch-topographiſche Nachweiſung und Einreichung der Situationszeichnung von denſelben. 33. III. 597.

Etappen-Kommandanten. Inſtr. für die, v. 19. Jun. 1815. P. A. B. 315. V. c. D. 423. Die Geſchäfte der, ſind an die gewöhnlichen Civilbehörden übergegangen. R. v. 12. May 1816. P. A. B. 211. VI. K. A. B. 206.

Etappen-Konvention, mit Kurheſſen. v. K. A. 17. II.

40. — (und Durchmarſch-) mit der großherzoglich heſſiſchen Regierung. Miniſterial-Erklärung v. 7. Oct. 1828., und Bekanntmachung v. 10. Jan. 1832. G. S. 1832. p. 17 — 30. — desgl. mit der großherzogl. Sachſen-Weimarſchen Regierung v. 10. Jan. 1832. G. S. 1832. p. 30 — 40. — ſiehe auch Durchmarſch- u. Etappen-Konvention.

Etats, die Domänen-Etats werden in der Mitte Novembr. R. v. 31. Dec. 1783. No. 91. und von den ſpeciellen Aemter-Etats, welche den vorjährigen gleich geblieben, wird nur ein ſummariſcher Extract eingeſandt. R. v. 2. May 1792. No. 142. die Etats ſollen nicht überſchritten, R. v. 29. Oct. 1773. No. 49. ſorgfältig aufbewahrt werden. R. v. 7. Apr. 1789. No. 125. die Etats der Cämmereyen werden Ausgangs October jeden Jahres mit dem vollſtändigen Reviſions-Protocoll, R. v. 2. März 1792. No. 139. eingeſandt, R. v. 30. Aug. 1768. No. 18. dürfen den Rechnungen nicht beigefügt werden. R. v. 15. Aug. 1769. No. 23. die vorgekommenen Etats-Veränderungen werden durch die ergangenen Approbations-Reſcripte in beglaubter Form, R. v. 4. May 1790. No. 130. und diejenigen, welche durch Veranſchlagung der Aemter entſtehen, durch einen atteſtirten Extract aus dem Anſchlage juſtificirt. R. vom 26. Febr. 1795. No. 152. Jeder einzelne ſpecielle Etat muß vom Departements-Rath atteſtiret ſeyn. R. v. 9. Apr. 1796. No. 159. des Caſſenhandbuchs. — Ohne beſondere Approbation dürfen keine Ausgaben über den Etat auch nicht vorſchußweiſe vorgenommen, und wenn ſolche ob periculum in mora durchaus nothwendig, muß die Approbation dazu ohne Anſtand bei dem Provinzial-Departement nachgeſucht werden. Dir. R. v. Jul. 1798. Inſtruction, wie es mit den Etats der Rechnungen der piorum corporum gehalten werden ſoll v. 27. Jul. 1798. E. S. p. 1670. X. — allgemeiner, der Staats-Einnahmen und Ausgaben, deren öffentliche Kundmachung von drei zu drei Jahren. G. S. 1829. p. 13. — für das Jahr 1821 G. S. 1821. p. 48. f. — für das Jahr 1829. G. S. 1829. p. 13 — 15. — für das Jahr 1832. G. S. 1832. p. 66. — ſiehe auch Staatsbuchhalterei. — desgl. für die Staatsſchulden rückſichtlich deren Verzinſung und Tilgung. G. S. 1820. p. 10. 17. — ſiehe auch Staatsſchuldenweſen. — der General- und Provinzial-Hauptkaſſen für die laufende Verwaltung ſo wie der Militair-Etats, deren Vorlegung und Berathung im Staatsminiſterium. G. S. 1817. p. 291. deren Fertigung von jedem verwaltenden Departement unter Konkurrenz des Kaſſen-Departements des Finanz-Miniſteriums. G. S. 1812. p. 45 — deren Prüfung und Mitvollziehung von Seiten der General-Kontrolle. G. S. 1817. p. 292. ff. — deren Fertigung ſoll den Miniſtern und oberſten Verwaltungs-Chefs unter ihrer Verantwortlichkeit überlaſſen bleiben. G. S. 1826.

p. 45. — ſollen jedoch dem Finanz-Miniſter zur Mitreviſion in finanzieller Hinſicht und zur Mitzeichnung vorgelegt werden, wodurch ſie Gültigkeit für die Verwaltung und Rechnungslegung erhalten. G. S. 1826. p. 46. — Allerh. Vollziehung der Haupt-Etats und alljährliche Immediatvorlegung der Ueberſichten der Etats-Aufſtellungen durch die Staats-Buchhalterei. G. S. 1810. p. 8. — 1826. p. 45. — ſiehe auch Staatsbuchhalterei. — vollzogene, davon, ſo wie von den Erläuterungen zu ſelbigen, müſſen der Ober-rechnungs-Kammer in Abſchriften übergeben werden. G. S. 1826. p. 46. — in wie weit ſolche bei der Rechnungslegung der Reviſion der letztern unterworfen bleiben, ebendaſ. — deren Aufſtellung und Einreichung von Seiten der Regierungen. G. S. 1808. p. 503 — 505. — 1817. p. 261. 265. 278. — 1826. p. 8. — bei ſelbigen dürfen von Seiten der Regierungen keine Ueberſchreitungen ſtatt finden. G. S. 1817. p. 263. — Einholung höherer Genehmigung zu ſolchen. G. S. 1817. p. 265. — Einnahme-Etats, für deren vollſtändige Erfüllung ſollen die Regierungen Sorge tragen. G. S. 1817. 263. — Ausgabe-Etats, auf angemeſſene Erſparungen bei ſelbigen, ſollen die Regierungen bedacht ſeyn. G. S. 1817. p. 263. — für Kirchen- und Schulfonds, Verfahren rückſichtlich derſelben. G. S. 1817. p. 242. — 1826. p. 6. — ſiehe auch Feldetats. — ſtädtiſche Haushaltungs-Etats, rev. Städteordnung. G. S. 1831. p. 30. — deren Anlegung und Reviſion. v. K. A. 19. I. 2 — 6. — 25. I. 3. 5. seq. — IV. 828. 844. 848. seq. — desgl. für Kirchen, Schulen und Inſtitute. 17. II. 43. — 19. III. 733 — 740. — 21. II. 356. — 25. IV. 1009. — Final-Abſchlüſſe von ſelbigen für die Geiſtl. Schul- und Mediz. Verwaltung. 19. II. 312. — III. 713 — 721. — Zeitbeſtimmung für deren Anfertigung und Einreichung. 24. IV. 1054. — 25. I. 21. — Verfahren bei Ueberſchreitungen derſelben 22. II. 290. — 25. I. 14. seq. — Abſchriften-Fertigung von ſelbigen. 25. III. 603. — Ausfälle, Verfahren rückſichtlich derſelben. 25. IV. 845. — deren Fertigung unter eigener Verantwortlichkeit der betreffenden Miniſterien, und deren Mit-Reviſion und Vollziehung von Seiten des Finanz-Miniſteriums. 26. III. 646 — 651. — deren Mittheilung an die Staatsbuchhalterei. 26. III. 649. — Verwendung und Verrechnung der darnach beſtimmten Ausgaben, ſo wie der Erſparniſſe und Ueberſchüſſe bei ſelbigen. 19. I. 6. — 22. IV. 889. — 25. I. 16. — 26. III. 650. seq. — für Perſonal-Beſoldungen, Uebertragung der perſönlichen Zulagen und Gehaltszuſchüſſe auf ſelbige. 21. I. 4. — 26. IV. 963. seq. — auf letztere Etats können Wartegelder nicht gebracht werden. 25. III. 624. — ſiehe auch Penſions-Etats. — ſämmtliche Etats, Theilnahme des Finanz-Miniſteriums an deren Feſt-Fellung. 28. II. 286. — Vorſchriften für Aufſtellung der Regie-

rungs⸗Hauptkaſſen⸗ und Spezial⸗Verwaltungs⸗Etats. 28. II. 299 — 306. — ſiehe auch Penſions⸗Ausſterbe⸗Etats. — ſiehe auch Kaſſen⸗Normal⸗Etat. — Etats⸗Juſtiz, R. v. 20. Dez. 1831. über die Bearbeitung derſelben. v. K. J. XXXVIII. 393. — Provinzial⸗ und Spezial⸗, jährliche, der Verwaltung des Innern, Terminbeſtimmungen für deren Einſendung. v. K. A. 31. IV. 720. ſiehe überhaupt Inſinuationsgebühren. Kanzleigebühren. Normal⸗Etat. Penſionsfonds. Salarienkaſſen⸗Etat. Sporteltantieme.

Etats⸗Abſchriften, ſiehe Salarienkaſſenetat.

Etats⸗Entwürfe, Erläuterung der in denſelben vorkommenden Veränderungen. v. K. A. 33. I. 83.

Etats⸗Erſparniſſe. Bei den zu Bauten ausgeſetzten Fonds, ſollen zu einem allgemeinen Bau⸗Aushülfe⸗Fonds benutzt werden. v. K. A. 19. IV. 895.

Etatsjahr, deſſen Vereinigung vom 1. Jan. 1815. ab, mit dem Kalender⸗Jahr. G. S. 1814. p. 39.

Etats⸗Projekte, ſ. Salarienkaſſenetat.

Etatstitel. Insgemein⸗, der innern Verwaltung, halbjährige Nachweiſungen von den darauf angewieſenen Zahlungen. v. K. A. 21. II. 288.

Etats⸗Ueberſchreitungen. Die Ueberſchreitungen bei den Titeln des Etats zu unbeſtimmten Ausgaben ſind zu verhüten. Reſcr. v. 10. Juni 1822. v. K. J. XIX. 324. — Die Untergerichte ſind zur Verhütung von Etatsüberſchreitungen auf den §. 26. der Inſtruction für die Königl. Oberrechnungskammer zu verweiſen. Reſcr. v. 13. Mai 1825. XXV. 253.; es iſt daher zu verhüten, daß nichts beim Extraordinario verrechnet werde, was nicht ſtreng dahin gehört, namentlich nicht die Rendanten⸗Tantieme, die Remuneration für interimiſtiſche Beamten, welche eine erledigte Stelle verwalten und aus der vacanten Beſoldung, oder aus dem Selbſtgenuß der erarbeiteten Gebühren die Vergeltung erhalten, und die zurückgezahlten Koſten und Vorſchüſſe, die geleiſtet ſind. Reſcr. v. 15. Aug. 1825. XXVI. 198. — unvermeidliche, bedürfen beſonderer Genehmigung. v. K. A. 28. II. 484.

Etats⸗Veränderungen, bei unbeſtimmten Einnahmen und Ausgaben, in wie weit dazu Genehmigung eingeholt werden muß. v. K. A. 32. IV. 880. — Cirk. R. v. 20. Apr. 1833., die jährlichen Nachweiſungen der Etats⸗ und Perſonal⸗Veränderungen betr. v. K. J. XLI. 481 — 486.

Etatsweſen, deſſen Leitung durch einen beſondern Direktor im Miniſterio der Finanzen. G. S. 1810. p. 17. — 1812. p. 45. — ſiehe auch Finanz⸗Miniſterium. deſſen Bearbeitung und Verwaltung bei den Regierungen. G. S. 1808. p. 503 — 505. —

1817. p. 261. 278. — 1826. p. 8. — desgl. für das ſtädtiſche Gemeinweſen. G. S. 1808. p. 351. u. 358. — ſ. a. Etats. — General-Kontrolle für ſelbiges. v. K. A. 17. IV. 22.

Etats-Zuſchüſſe, Mehrausgaben und Erſparniſſe, allgemeine Beſtimmungen darüber. v. K. A. 23. I. 74. II. 233 — 237. — ſ. a. Etats und Etats-Ueberſchreitungen.

Etiquette-Waaren, verbotwidriger Gebrauch des königl. Wappens zu ſelbigen, ſ. Wappen, königl.

Europäiſche Wechſelgeſetze, ſ. Wechſelgeſetze.

Evakuation des Landes, nach dem Tilſiter Frieden, ſiehe Landes-Evakuation.

Evangeliſche, damit ſollen künftighin Proteſtanten benannt werden. v. K. A. 21. II. 341.

Evangeliſche Geiſtliche, ſ. Vormund.

Eviction, ſ. Gewährsleiſtung.

Evictions-Quantum, ſ. Penſionsfonds, Sporteltantieme.

Examen, drittes, (vigorosum) ſ. Probe-Arbeiten, Referendarien. — pro maturitate, ſ. Abiturienten. ſ. a. überhaupt Auskultatoren, Prüfungen.

Examinationsgebühren; für die dritte Prüfung eines Referendarii zu einer Stelle als Mitglied eines größern Untergerichts kann jedes Mitglied der Examinationscommiſſion, die jedoch nur aus zwei Examinatoren zu beſtehen braucht, fünf Thaler Gebühren liquidiren. R. v. 26. Oct. 1816. v. K. J. VIII. 272. ſiehe Emolumente, Normaletat, Penſionsfond. — wann dieſelben zu erheben ſind. v. K. A. 17. II. 9. — der Landräthe. 20. III. 463. — deren Entrichtung für Prüfung von Bauhandwerkern. 21. III. 598. 603. 614. 620. — ſ. a. Prüfungen. ſ. übrigens Immediat-Examinations-Kommiſſion.

Examinations-Kommiſſion, ſ. Examinations-Gebühren. — Ober-, ſ. Ober-Examinations-Kommiſſion, mediziniſche.

Examinations-Protokoll, ſ. Prüfungen.

Examinatoren, ſ. Examinations-Gebühren.

Exceſſe, zwiſchen Militair- und Civilperſonen, Verfahren bei Unterſuchung und Beſtrafung derſelben. v. K. A. 22. IV. 926. — öffentliche, deren Unterſuchung u. Beſtrafung. 31. IV. 795 — 802.

Exdiviſionstermin, Beſtimmung der Gebühren der Domainen-Juſtizbeamten für den Exdiviſionstermin in Vormundſchaftsſachen. R. v. 21. Juni 1814. v. K. J. III. 277.

Exekution, A. G. O. Th. 1. Tit. 24. und Verordnung über die Exekution in Civil-Sachen v. 4. März 1834. G. S. Jahrg. 1834. p. 31.

1) A. im allgemeinen; von der Exekution gegen Domainen u. Unterpächter ſoll der Kammer Nachricht gegeben werden. R. v. 7. Oct. 1776. E. S. p. 367. VI. v. 15. Dec. 1739. p. 303. C. I. in Miethsſachen kann ein ergangenes Contumatial-Erkenntniß ſogleich vollſtreckt werden. R. v. 15. Juni 1795. p. 2543. IX. — von Exekutionen gegen den Fiskus. A. G. O. Th. I. Tit. 35. §. 33. c. R. d. v. 24. Apr. 1797. in Anſehung der der Cammer und dem Finanz-Departement untergeordneten Behörden. St. B. p. 329. V. p. 1932. X. — die Exekutions-Vollſtreckung gegen Künſtler und Profeſſioniſten betr. R. v. 21. Dec. 1800. St. B. p. 312. XII. — R. die Exekution gegen Südpreußiſche Mediatſtädte u. deren Cämmereien betr. v. 8. Oct. 1796. St. B. p. 169. XV. — die Befugniß eines Zinsberechtigten in der Mark, ſeinen die Präſtation verweigernden Cenſiten ſelbſt durch Auspfändung zur Bezahlung anzuhalten, R. v. Mai 1798. p. 234. die Wechſel-Exekution kann nicht auf landreuterliche eingeſchränkt, ſondern muß durch die wirkliche Ablieferung des Schuldners in das Gefängniß vollſtreckt werden. R. v. 11. Febr. 1803. N. A. 116. B. 3. — Wenn die bereits tempeſtive nachgeſuchte Exekution wegen Mangels eines Objecti executionis, oder weil der Schuldner latitirt, vergeblich geweſen, muß dem Gläubiger zu jeder Zeit frei ſtehen, ſobald ein Objectum executionis ſich ergiebt, oder der Schuldner wieder zum Vorſchein gekommen, die Exekution nachzuſuchen. R. v. 1. Mai 1805. E. S. p. 2937. XI. N. A. 58. IV. u. B. I. p. 328. — Bei unzulänglich befundenen Auspfändungen gegen Künſtler und Profeſſioniſten iſt der Gläubiger die vorſchriftsmäßig, beſonders von dem Magiſtrate des Orts nach den vorwaltenden ſpeciellen Umſtänden des Schuldners, regulirten Zahlungstermine anzunehmen gehalten. R. v. 4. Arpil 1807. B. V. p. 89. — Kammergerichts-Exekutionsordnung für Berlin u. die Niederbarnim-, Teltow-, Storkow- u. Breskowſchen Kreiſe, v. 6. Febr. 1806. B. II. p. 233. nebſt R. v. 15. März 1806. E. S. p. 79. XII. — Wie die Exekution gegen das Inſtitut der Stände zu vollſtrecken. R. v. 8. Dec. 1809. B. VIII. 591. — R. wegen Vollſtreckung der Exekution wider ſäumige Zinsreſtanten des Kreditſyſtems der Provinz Oſtpreußen, v. 16. Febr. 1811. J. M. X. 197. gegen ſtädtſche oder Dorfgemeinen, v. 23. Febr. 1811. p. 198. — Nach dem A. L. R. Th. I. Tit. 20. §. 45. ff. kann der Richter von Amtswegen das Exekutionsgeſuch nicht verwerfen, wenn damit die Freigebung des Pfandes nicht verbunden iſt. R. v. 13. Oct. 1810. B. X. 122. — Von dem Rechte des Pfandgläubigers, dem Pfandrechte zu entſagen, und ſich an das übrige Vermögen des Schuldners zu halten. R. v. 24. Nov. 1812. v. K. J. 279. I. — Von Vollſtreckung der Exekution gegen Pr. Unterthanen zu Gunſten von Ausländern, C. O. v. 31. Mai 1813. K. A.

B. 336. III. ſ. a. p. 144. I. — C. O. wegen Suspenſion aller Exekutionen auf Kapital- und Zinsforderungen, wohin laufende Alimente nicht gehören. R. v. 2. Oct. 1813. v. K. J. 52. II. gegen Grundbeſitzer, v. 14. Aug. 1813. G. S. 133. III. K. A. B. 449. P. A. B. 417. bis zum 1. Apr. 1814. V. v. 17. Nov. 1813. G. S. 134. N. A. B. 732. P. A. B. 532. K. A. B. Beil. zum 52ſten Stück, nebſt Decl. des §. 10. die Anwendung der den Minorennen ertheilenden Befugniß auf andere pia corpora und öffentliche Inſtitute betr., v. 19. Jan. 1814. N. A. B. 106. P. A. B. 101. Die in Abſicht des Exekutiv-Verfahrens gegen Schuldner vorgeſchriebenen Einſchränkungen ſind jedoch nicht auf Schulden aus unerlaubten Handlungen anzuwenden, C. V. v. 24. Mai 1812. G. S. 1812. p. 9. IV. In der in den v. K. J. p. 6. I. abgedruckten V. v. 18. Apr. 1812 ſtehet ſtatt entſtanden ſind, entſtehen. Nach dem 1. Apr. 1814 ſoll jedoch bis zum Eingange anderer Allerhöchſten Beſtimmung nichts verfügt werden, was der C. O. v. 17. Nov. 1813 entgegen iſt. R. v. 21. März 1814. K. A. B. 130. 184. IV. N. A. B. 155. P. A. B. 163. und die Käufer der veräußerten Domainen ſollen zur Bezahlung des rückſtändigen Kapitals und der Zinſen angehalten werden. C. O. v. 10. März 1814. N. A. B. 162. IV. P. A. B. 165. G. S. 27. IV. Von Vollſtreckung der Exekution wegen Einziehung der Sportelreſte. p. 464. ſ. a. §. 16. der Inſtr. v. 1796. Rep. Th. 2. p. 189. die Verordn. v. 26. Febr. 1806. N. A. 305. IV. J. M. II. 396. findet auch auf Juſtiz-Commiſſarien Anwendung. R. v. 30. Jan. 1813. J. II. 2. Von Vollſtreckung der Exekution gegen das Nationaltheater zu Berlin. R. v. 13. Febr. 1813. p. 4. R. — Von Vollſtreckung der Exekution in Moratorienſachen. R. v. 10. Juli 1813. p. 53. S. C. O. die Suspenſion der Exekutionen gegen Grundbeſitzer betr. v. 3. Juni 1814. G. S. 47. IV. Uebrigens können ſelbſt in Anſehung der bei den Gerichten rechtskräftig entſchiedenen Anſprüche an Provinzen, Kreiſe und Communen, wegen ſolcher Kriegsſchulden, deren Behandlung der zur Regulirung des Provinzial- u. Communal-Kriegsſchuldenweſens verordneten General-Commiſſion durch die Inſtruction v. 9. Juli 1812. G. S. 130. II. übertragen worden iſt, und zu deren Bezahlung dieſe Commiſſion die Einleitung zur Ausmittelung der nöthigen Fonds treffen ſoll, von den Gerichten keine Exekutionen verfügt, ohne mit den durch die Anordnung gedachter Commiſſion von Sr. K. Majeſtät getroffenen Beſtimmungen in Colliſion zu kommen; und alle in dieſer Beziehung einkommende Anträge, ſo wie die einkommenden Klagen ſollen nach §. 7. der Inſtruction an die General-Commiſſion verwieſen werden. R. v. 27. März 1813. Publ. wegen des in dem Abdruck der Cab. Ordre v. 3. Juni 1814. G. S. 47. IV. eingeſchlichenen Druckfehlers, v. 28. Juli 1814. p. 68. —

In welchen Fällen von dem Exequendo über die ihm zuſtehenden Activforderungen die eidliche Manifeſtation verlangt werden kann. R. v. 22. März 1814. v. K. J. III. 28. Von der wegen Schulden aus unerlaubten Handlungen. v. K. J. I. 6. Ob auch dem Pächter, der zugleich Gutsbeſitzer iſt, die Suspenſion der Exekution zu Statten gekommen? R. v. 25. Juni 1814. p. 20. IV. Von dem Umfange der bisherigen Suspenſion der Exekution gegen Grundbeſitzer. R. v. 10. Nov. 1814. p. 201. — Von Vollſtreckung derſelben gegen Künſtler und Profeſſioniſten, v. 2. Juli 1814. p. 204. gegen Studirende in Berlin. v. K. J. II. 31. Von der Exekution in das Mobiliare eines Grundbeſitzers. R. v. 25. Apr. 1815. p. 28. V. Bei Einziehung der Poſten unter 1 Rthlr. zur Salarien-Kaſſe durch den Landreuter, werden keine Exekutionskoſten angerechnet, p. 8. II. — R. die Exekution gegen Fremde in Südpreußen betr. v. 12. Nov. 1796. und 11. Febr. 1798. (ungedruckt.) Daß in Schleſien die Landſchaft keine Vorſchüſſe machen darf, wenn auf dem Gute keine Pfandbriefe haften, v. Apr. 1802. (ungedruckt) — den Antheil des Sequeſtors an die Revenüen betr. v. 22. Oct. 1800. (ungedruckt.) Daß dem Perſonal-Gläubiger die Subhaſtation eines adelichen Guts nur praevia concessione fisci nachzulaſſen, v. 1. Oct. 1798. (ungedruckt.) — Die Exekution der Polizei-, Finanz- u. Juſtizbehörden, ſollen künftig in den Kreiſen nur durch den Kreis-Direktor, in den Städten, welche beſondere Polizei-Direktoren haben, durch dieſe vollſtreckt werden. G. S. 1812. p. 151. — gerichtliche, deren Vollſtreckung gegen Schuldner während des General-Indults. G. S. 1807. p. 152. 182. — deren zweimonatliche Suspenſion auf Kapital- und Zinsforderungen, ſo wie auf rückſtändige Gerichtsſporteln gegen Gutsbeſitzer und Grundeigenthümer. G. S. 1813. p. 133. — wird bis zum 1. Apr. 1814. verlängert und zugleich auf die Kreditſyſteme ausgedehnt. G. S. 1813. p. 134. — deren fernere Suspenſion gegen Grundbeſitzer wegen ſchuldiger Kapitalien und der bis zum 24. Juni 1814 rückſtändig gebliebenen Zinſen. G. S. 1815. p. 11. — darf in Beziehung auf Minorennen auf einen vierteljährigen Zinsbetrag auch innerhalb der Suspenſion gegen Grundbeſitzer ſtattfinden. G. S. 1813. p. 134. — dieſe Suspenſion findet auf einen vierteljährigen Zinsbetrag von Seiten der Grundbeſitzer, auch für Schulen, Waiſenhäuſer, Wittwen-Verpflegungs-Anſtalten, Kirchen, Stipendien-Fonds, Armen-Anſtalten und Zuchthäuſer keine Anwendung. G. S. 1814. p. 8. — rückſichtsloſe Ausführung derſelben wegen ſolcher Schulden, die aus unerlaubten Handlungen entſtanden ſind. G. S. 1814. p. 9. — deren Vollſtreckung bei Subhaſtationen in den Rheinprovinzen. G. S. 1822. p. 196. f. — in Angelegenheiten der oſtpr. Landſchaft. G. S. 1808. p. 409. — Ver-

fahren des deutſchen Bundes in Vollſtreckung derſelben gegen einzelne Mitglieder deſſelben. G. S. 1820. p. 122. f. — gerichtliche in den Rheinprovinzen, Strafe auf die Vereitelung derſelben, ſiehe Pfändung. — Exekution des Erkenntniſſes wird durch das Rechtsmittel der Richtigkeitsbeſchwerde nicht aufgehalten. G. S. 1833. p. 305. — Die Gerichte ſind verpflichtet, den Requiſitionen der Regierungen, wegen Vollſtreckung der von ihnen in Contraventionsſachen, in Folge §. 45. der V. v. 26. Dec. 1808, feſtgeſetzten Gefängnißſtrafen zu willfahren, R. v. 21. Mai 1814. v. K. J. 290. III. und müſſen die §. §. 363. u. 365. Tit. 9. Th. 1. des A. L. R. auf die in ſolchen Reſolutionen beſtimmten Strafen, und auf die Koſten der Unterſuchung angewendet werden, ſo daß zur Einziehung beider die Eröffnung eines gerichtlichen Verfahrens nicht nothwendig iſt. R. v. 29. Jan. 1814. v. K. J. 18. III. — In wie weit den Pächtern, welche zugleich Grundbeſitzer ſind, auch wegen ihres Verhältniſſes als Pächter die Suspenſion der Exekutionen zu Statten kommt. R. v. 25. Juni 1814. v. K. J. IV. 20. — Die Abſicht der Verordn. v. 1. März 1815 geht dahin, die Grundbeſitzer nur zur Zahlung der laufenden Zinſen zu verpflichten, wogegen wegen der rückſtändigen Zinſen und wegen des Kapitals keine Exekution wider ſie ſoll vollſtreckt werden können, u. alſo zu dieſem Behuf keine Pachtrückſtände eingezogen werden dürfen, ſondern dieſe, ſo wie die laufenden Pächte ihm zu ſeiner Dispoſition überlaſſen werden müſſen. R. v. 13. Mai 1815. v. K. J. Vb. 27. — Ob die Exekution gegen einen Grundbeſitzer in deſſen Mobiliare ſtattfinde? R. v. 25. Apr. 1815. v. K. J. Vb. 28. — Der dem Ehemanne an dem Vermögen ſeiner Frau zuſtehende Nießbrauch iſt der Exekution unterworfen. R. v. 4. Nov. 1817. v. K. J. X. 226. — Wirkſamkeit eines gegen den Grundbeſitzer ergangenen Erkenntniſſes, die Zahlung einer hypothecirten Forderung betreffend. R. v. 19. Febr. 1819. XIII. 12. — Die Landesjuſtiz-Collegia ſind angewieſen, die Anordnung zu treffen, daß die Beitreibung geringer Objekte, wenn dieſelben nicht mit andern Exekutionen in Verbindung gebracht und dadurch der Koſtenbetrag verringert werden kann, immer Behörden übertragen werde, die ſich in der Nähe des Orts, wo die Exekutionen vorzunehmen, befinden, und von dieſen gegen geringe Vergütung übernommen werde. R. v. 19. Apr. 1819. XIII. 292. — Aus einem von dem Curator einer Concursmaſſe unter Genehmigung des das Creditweſen dirigirenden Gerichts geſchloſſenen Pachtcontracte kann gegen den ſäumigen Pächter nicht ſofort mit der Exekution verfahren werden. R. v. 18. März 1822. XIX. 175. — Exekutionen in Grund-Renten im Herzothum Weſtphalen, ſ. Grundrenten. — In wie fern aus einem im Laufe des Prozeſſes geſchloſſenen Vergleiche, Exekution verfügt werden könne? R. v. 6.

Juni 1831. v. K. J. XXXVII. 342. — Die von der Exekution wegen Gerichtskoſten befreiten Gegenſtände, können zu deren Berichtigung nicht verwandt werden, wenn ſie wegen anderer Gegenſtände abgepfändet ſind. R. v. 30. Mai 1831. XXXVII. 347. — Die Oberlandesgerichte ſind als Oberaufſichtsbehörden berechtigt, Exekutionen aufzuheben. R. v. 30. Jan. 1832. XXXIX. 163. — Ueber Exekution wegen Gerichtskoſten in die dem Schuldner unentbehrlichen Gegenſtände. R. v. 5. März 1832. XXXIX. 161. 162. Der locus abgelöſeter Pfandbriefe und gelöſchter Hypothekenforderungen iſt kein Gegenſtand des Verkehrs und der Exekution. R. v. 29. Sept. 1832. XL. 164. 165. — Unter der im §. 3. Th. I. Tit. XXIV. Allg. Ger. Ord. erwähnten Verjährungsfriſt iſt nicht die 30jährige, ſondern nur die Einjährige zu verſtehen. R. v. 17. Sept. 1832. XL. 168 — 170. — Für Exekutions-Mandate wegen Einziehung rückſtändiger Gerichtskoſten unter 1 Rthlr. finden weder Gebühren noch Copialien ſtatt. R. v. 6. März 1833. XLI. 251. 252. — Juden-Gemeinden haben auf Exekutions-Modalitäten Anſpruch. R. v. 22. Apr. 1833. XLI. 467. 468. — Verfahren bei Vollſtreckung der Exekution gegen Erben. R. v. 12. Aug. 1833. XLII. 129. 130. — Exekution aus einem, in erſter Inſtanz im Exekutivprozeſſe ergangenen verurtheilenden Erkenntniſſe, findet nicht ferner ſtatt, wenn der Reviſionsrichter die Erörterung eines Umſtandes zur erſten Inſtanz zurückgewieſen, und die Abfaſſung eines anderweitigen Erkenntniſſes erſter Inſtanz angeordnet hat. R. v. 7. Juni 1833. XLII. 131 — 133. — Exekution aus Vergleichen. V. v. 4. März 1834. §. 1. G. S. 31. — das Objekt muß ſtets genau bezeichnet werden. ibid. — an Sonn- u. Feſttagen zur Saat- u. Erndtezeit. ibid. p. 32. — Verfahren rückſichtl. der Exekutionen in ſtädt. Schuldenſachen. v. K. A. 26. III. 766. — desgl. in Beitreibung der den Kommunen aus privatrechtl. Titeln zuſtehenden Präſtationen auf gerichtl. Wege. 26. IV. 1081. — Vollſtreckung der Exekutionen gegen ganze Gemeinden. 25. III. 682. — gerichtl. gegen ganze Gemeinden, der Vollſtreckung unter Konkurrenz der adminiſtrativen Behörden. 21. II. 378. — Verfahren rückſichtl. der Exekutionen im Königreiche Baiern. 19. IV. 1029. — gegen Judengemeinen, darin findet keine polizeiliche Einſchreitung ſtatt. 28. I. 131. — Exekutionen dürfen Gerichtsbehörden gegen Stadtgemeinen nicht unmittelbar vollſtrecken. 30. IV. 819. — gegen Beneficial-Erben und Erbſchafts-Curatoren. V. v. 4. März 1834. G. S. p. 31. — findet auch rückſichtl. der Koſten in Unterſuchungsſachen gegen Unvermögende Anwendung. 30. IV. 819. — deren Vollſtrekkung in Beitreibung rückſtändiger Pfandbriefzinſen. 30. I. 104. f. — ſ. Abpfändung. Beſcheinigung. Eximirte. Gerichtsferien. Geſchäfts-Tabellen und Liſten. Judicat.

Koſten. Liquidations-Prozeß. Manifeſtationseid. Mandatarien-Gebühren. Moratorium. Solidarverpflichtung. Wechſel-Exekution. Strafvollſtrekkung und Hinrichtung. Proteſtation.

B. der Verwaltungs-Behörden insbeſondere. Von der Befugniß der Regierung, rückſtändige Schulabgaben beitreiben zu laſſen. R. v. 23. Aug. 1814. p. 258. öffentliche Gefälle beizutreiben. R. v. 12. Jul. 1814. p. 260. — deren Vollſtreckung in Finanz- rc. Angelegenheiten von Seiten der Regierungen. G. S. 1808. p. 475. f. 478. — 1817. p. 254. — 1826. p. 11. — deren Anwendung bei Strafen für Steuer-Defraudationen. G. S. 1826. p. 106. — 1829. p. 127. — desgl. in Beitreibung der Klaſſenſteuer. G. S. 1820. p. 143., desgl. der Gewerbeſteuer. G. S. 1820. p. 153. — In Rückſicht der öffentl. Gefälle, welche nach den für den Concurs gegebenen Beſtimmungen bei einer eintretenden Adminiſtration nicht zu den currenten zu rechnen ſind, und deren Berichtigung den Beſtimmungen des Richters unterworfen iſt, kann den Finanzbehörden eine exekutiviſche Beitreibung nicht verſtattet werden. R. v. 11. Juli 1814. v. K. J. III. 260. — den Suspenſiv-Effekt der in terminis executionis gemachten Einwenden bei Abgaben betr. R. v. 15. März 1831. XXXVII. 86. — Ueber die Zuziehung eines Juſtizbeamten beim Verkauf der, im adminiſtrativen Wege abgepfändeten Effekten. R. v. 8. Febr. 1832. XXXIX. 145. 146. — Ausübung der erweiterten Befugniß der Regierungen bei ſelbigen. v. K. A. 26. III. 570—589. — in Beitreibung der Kommunal- und Inſtituten-Gefälle, ſo wie der Kommunal-Steuern, Grenzen des adminiſtrativen und gerichtlichen Reſſorts rückſichtl. derſelben. 26. IV. 1067 — 1070. — können auf adminiſtrativem Wege in Anſehung des judenſchaftlichen Gemeine-Abgabenweſens nicht ſtattfinden. 26. IV. 1082. — Recht der Regierungen, ſolche gegen Perſonen zu verhängen. 25. IV. 822. — polizeiliche, Verfahren bei deren Vollſtreckung. 23. III. 645. — deren Vollſtreckung in Beziehung auf rückſtändige Steuern und Abgaben, ſo wie in Defraudations- u. Kontraventions-Sachen. 23. II. 240. — IV. 798 — 803. — 24. I. 24 — 47. — IV. 1006. — Verfahren rückſichtl. derſelben bei Einziehung von Abgaben und Koſten und Ausſchließung der nothwendigſten Bedürfniſſe von ſelbigen. 25. IV. 885. — Befugniß der Magiſträte zu ſelbigen gegen ihre Erbpachts-Müller. 24. II. 462. — deren Vollſtreckung bei Einziehung von Communal-Abgaben. 21. I. 87. — in adminiſtrativen Angelegenheiten, deren Vollſtreckung durch die Unterbehörden. 27. I. 135. — in Städten, durch Belegung der Miethszinſen mit Arreſt. 27. I. 135. — können im adminiſtrativen Wege nicht bei den von den Kommunen aus ſpeziellen Rechtstiteln zu beziehenden Ein-

nahmen ſtattfinden. 27. I. 142. — auch nicht bei Einziehung von Kur- und Verpflegungskoſten für uneheliche Kinder. 27. II. 469. — deren Vollſtreckung rückſichtl. der von Stadtgemeinen u. ſtädtiſchen Einſaſſen zu entrichtenden Domainen- u. Forſtgefälle. 27. I. 143. — die rückſichtl. derſelben ergangene Cab. Ordre v. 30. Nov. 1825. findet auch in Bezirks- u. Gemeinde-Abgaben-Angelegenheiten ſtatt. 27. III. 683. — fiscaliſche Exekution, Verfahren rückſichl. des Verkaufs der im Wege derſelben abgepfändeten Effecten. 28. I. 51. — adminiſtrative, gegen Verleger von Schriften zur Bezahlung rückſtändiger Cenſurgebühren. 28. II. 450. — deren Anwendung gegen die Stadtverordneten zur Aufbringung der Kommunal-Geldbedürfniſſe. 28. IV. 1058. — deren Vollſtreckung rückſichtl. des Verkaufs der, wegen rückſtändiger Kommunal-Abgaben abgepfändeten Sachen. 28. IV. 1036. — polizeiliche, kann wegen der, aus privatrechtlichem Grunde geforderten Armen-Verpflegungs-Gelder nicht ſtattfinden. 28. I. 164. — Einziehung rückſtändiger Stolgebühren im Wege derſelben. 29. I. 67. ff. — desgl. der Gebühren der Phyſiker, Feldmeſſer u. Zeugen. 29. I. 72. — deren Vollſtreckung wegen rückſtändiger Kommunal-Leiſtungen, als z. B. Hand- und Spanndienſte zu öffentl. Arbeiten ꝛc. 29. II. 314. — deren Vollſtreckung gegen renitente Stadtverordneten-Vorſteher. 29. II. 316. — gegen Verbrecher, nach erlittener Strafe, rückſichtl. der für ſie beſtrittenen baaren Auslagen durch Abarbeitung der letztern. 29. I. 143. — deren Vollſtreckung Seitens der adminiſtrativen Behörden durch Kreisboten oder durch verſorgungsberechtigte Invaliden als vereidete Exekutoren. 32. II. 342. f. — Zuziehung eines Juſtizbeamten zu denſelben bei dem Verkaufe der im adminiſtrativen Wege abgepfändeten Effecten. 32. I. 60. — deren Vollſtreckung auf rückſtändige Domainen-Gefälle. 33. I. 54. — deren Vollſtreckung gegen einzelne Gemeinde-Glieder bei Uferbauten. 33. IV. 1068. — Exekutionsbefugniß der Regierung aus geſchloſſenen Verträgen. R. v. 26. Mai 1834. — 34. II. 289. — Inſtruktion für die mit Beitreibung der Abgaben beauftragten Officianten v. 18. Dec. 1813. N. A. B. 54. K. A. B. 49. P. A. B. 73—87. III. — Verfahren bei Einziehung der Abgaben. R. v. 20. Jul. 1834. — 34. II. 307. — ſ. Abgaben-Reſtanten, Kommunalabgaben, Exekutionsrecht, fiskaliſches, Polizeiſtrafe.

2) ad faciendum. Wenn nach fruchtloſer Vollſtreckung einer ad faciendum angeordneten Execution der erkannten Auflage durch einen Dritten genüget werden ſoll, wird das Quantum der dazu erforderlichen Koſten nach dem Gutachten vereideter Sachverſtändigen vom Richter per decretum feſtgeſetzt, und executiviſch beigetrieben. R. v. 9. Juni und 30. Sept. 1804. N. A. 386. III. Verfahren hiebei nach der V. v. 4. März 1834. G. S. 1834. 33.

3) auf Unterlaſſungen gerichtet, deren Vollſtreckung in Gefolge des §. 54. Tit. 24. der Prozeßordnung. v. K. A. 33. I. 47. f. ſiehe die vorangeführte V. v. 4. März 1834. G. S. 1834. p. 33.

4) durch Pfändungen von beweglichen Sachen. Bei Vollſtreckung der Execution wegen rückſtändigen Miethzinſes von Handwerkern, Profeſſioniſten und Künſtlern, darf denſelben, in ſo fern ſie andere Mobilien beſitzen, kein Handwerkszeug, überhaupt aber von den eingebrachten Effekten nicht mehr vorenthalten werden, als zur Bezahlung der ſchuldigen Miethe nöthig iſt. R. v. 28. Aug. 1806. p. 23. Von der Exekution gegen Künſtler u. Profeſſioniſten überhaupt, V. v. 4. März 1834. G. S. 34. — Von dem Beneficio competentiae bei Exekutionen in Rückſicht auf unentbehrliches Mobiliar. R. v. 23. Nov. 1815. p. 192. VI. — Bei exekutiviſcher Einziehung aller Arten öffentlicher Abgaben und Gerichtskoſten ſind dem Schuldner, ohne Rückſicht auf die Zeit, in welcher die Zahlungsverbindlichkeit entſtanden iſt, folgende Gegenſtände, als 1) das für ihn und die bei ihm lebenden Kinder und Eltern deſſelben nöthige Bettwerk, 2) die nöthigen Kleidungsſtücke derſelben, und 3) ein für das eigene Lebensbedürfniß unentbehrliches Stück Milchvieh zu belaſſen. R. v. 27. Dec. 1825. v. K. J. XXVI. 389. — Es ſoll nicht mehr abgepfändet werden, wie nöthig iſt, V. v. 4. März 1834. G. S. 1834. p. 34. ſ. Auktion.

5) durch Pfändung von Getreide und Wirthſchafts-Inventarium. In der Provinz Weſtphalen iſt der Verkauf der Früchte auf dem Halme im Wege der Exekution bis auf Höhe eines Drittels der Erndte in allen Getreidearten zuläſſig. Cirk. R. v. 4. März 1830. v. K. J. XXXV. 130. — In der Provinz Weſtphalen und dem Theile des Regierungs-Bezirks Düſſeldorf, in welchem das Allg. Landrecht Kraft hat, iſt die Beſchlagnahme der Früchte auf dem Halm in allen Getreide-Arten auf ⅔ derſelben, jedoch nicht eher, als in den letzten ſechs Wochen der gewöhnlichen Zeit ihrer Reife zuläſſig. Cab. Ord. v. 8. Aug. 1832. XL. 170. 171. — deren Vollſtreckung durch den Verkauf der Früchte auf dem Halme. v. K. A. 32. III. 631. ſ. Feldfrüchte.

6) Real-Exekution; wenn Real-Exekution in ein der Landſchaft verpfändetes Grundſtück zu veranlaſſen, wird das stylo regio anzugebende commissorium an den Direktor deren Departements gerichtet. R. v. 20. Nov. 1782. p. 1714. VII. R. die Aufhebung der Cab. Ordre v. 11. Nov. 1779. p. 1624. VI. c. R. v. 20. Mai 1782. p. 1155. VII. wegen Concurrenz der Cammer bei Realexekutionen gegen verſchuldete Unterthanen betr. v. 11. Mai 1787. p. 1378. VIII. — Von Beſchlagnehmung der Gutseinkünfte zur Vermeidung der Subhaſtation A. G. O. Th. 1. Tit. 24. §. 110. nebſt Circular-Veordnung v. 30. Dec. 1798. p. 1834. X. — Der

hypothekariſche Gläubiger kann, mit Uebergehung der Real-Execution, gegen den Willen des Schuldners, die Execution nicht in deſſen Mobiliarvermögen nachſuchen. R. v. 18. Juni 1811. J. M. B. X. p. 391. — Von der Verbindlichkeit des hypothekariſchen Gläubigers, ſeine Befriedigung zuvörderſt aus dem verpfändeten Grundſtücke zu ſuchen. R. v. 1. Jun. 1815. p. 31. — In wieweit nach der Cab. Ord. v. 3. Juni 1814. die Suspenſion der Exekution gegen die Grundbeſitzer in Beziehung auf Subhaſtationen und Adjudicationen zuläſſig oder unzuläſſig iſt. Reſcr. v. 10. Nov. 1814. v. K. J. IV. 201.— Dem hypothecariſchen Gläubiger kommt zwar nach der A. G. O. Th. I. Tit. 24. §. 63. die Wahl zu, ob er zuvörderſt die Execution in das bewegliche Vermögen des Schuldners ſuchen, oder ſich ſofort an das ihm verhaftete Grundſtück halten will; wenn aber der Gläubiger das erſtere wählt, ſo hat der Schuldner wiederum das Recht, darauf anzutragen, daß der Gläubiger zuerſt aus dieſem Grundſtücke ſeine Befriedigung ſuche. Reſcr. vom 1. Juni 1815. v. K. J. V. b. 31. — Immiſſion des Gläubigers ibid. Verfahren bei der Sequeſtration vom 4. März 1834. G. S. 1834. p. 37. — ſ. Guts-Einkünfte. Hypothekenrecht. Hypothekenzinſen. Grundrenten. Sequeſtration. Subhaſtation.

7) Beſchlagnahme der Activorum. Bei verpfändeten Activis ſind die Vorſchriften der A. G. O. Th. 1. Tit. 24. §. 101. zu beobachten und können dieſelben zur Befriedigung des Gläubigers eingezogen werden. Reſcr. vom 20. Nov. 1809. J. M. IX. 145. Vollſtreckung der Exekution durch Verkauf ausſtehender Forderungen und Kurs habender Schuldpapiere. G. S. 1822. p. 178. f. — Ob ſelbige in Natural-Renten und Natural-Präſtationen mittelſt Subhaſtation derſelben zuläſſig ſei? Reſcr. vom 19. u. 26. Sept. 1815. v. K. J. XXXVIII. 105. 108. — den Verkauf ausſtehender Forderungen und Kurs habender Schuldpapiere im Wege der Exekution betr. R. vom 11. Apr. 1832. XXXIX. 393 — 398. — Der öffentliche Verkauf nicht marktgängiger Schuldpapiere im Wege der Exekution iſt unzuläſſig. R. v. 17. Sept. 1832. XL. 172. 173. ſiehe auch Kompetenzen. Penſionen. Perſonalarreſt. Erlangt ein Gläubiger, durch die im Wege der Exekution erfolgte wirkliche Beſchlagnahme ausſtehender Forderungen ſeines Schuldners im Konkurſe, oder bei ſonſt entſtehendem Prioritätsſtreite das Vorrecht der fünften Klaſſe? S. u. Str. 2. B. No. 1. p. 3. ſ. a. V. v. 4. März 1834. G. S. 1834. p. 35. Vertheilung der in Beſchlag genommenen Activa u. Beſoldungen unter mehrere Gläubiger. ebend. ſiehe übrigens Staatspapiere.

8) Perſonal-, ſ. Perſonal-Arreſt, desgl. Perſonal-Exekution u. Wechſel-Exekution. Indult u. Koncurs.

9) gegen Beamte überhaupt. Von Beſchlagnehmung der Beſoldungen Königlicher Officianten. Circ. V. v. 30. Dec. 1798. C. S. p. 1834. X. deren Vorſchrift auf alle Schulden, jedoch nur Königlicher. R. v. 8. Apr. 1799. v. 11. Nov. 1799. St. B. p. 429. Th. IX. im wirklichen Dienſt ſtehender. R. v. 23. Sept. 1799. St. B. p. 109. Th. IX. Officianten. C. v. 19. Dec. 1799. p. 2710. X., wohin auch in den Schleſiſchen Immediatſtädten die Officianten als Königliche Bediente, R. v. 17. Jun. 1799. St. B. p. 104. Th. IX. ingleichen die Officianten bei den Domänen-Kammern der Prinzen Heinrich und Ferdinand von Preußen, C. O. v. 11. März 1800. St. B. p. 231. Th. XI. — ferner Acciſebedienten, deren Gehalt nicht 400 Thaler beträget, R. v. 20. Aug. 1800. St. B. p. 191. Th. XII. nicht aber Kirchen- und Schulbedienten gehören. R. v. 21. Aug. 1799. p. 2603. X. St. B. p. 113. Th. IX. anwendbar iſt. Auch iſt die Dispoſition des §. 5. allgemein, mithin ſind unter dem Ausdruck: bereits eingeklagte, auch diejenigen Schuldforderungen zu verſtehen, die ſchon in terminis executivis durch Einziehung der halben Dienſt-Einkünfte beruhen. R. v. 13. Febr. 1799. St. B. p. 100. Th. IX. und findet die Vorſchrift dieſer Circular-Verordnung nur in ſolchen Fällen Anwendung, wo ein Verdacht obwaltet, daß wucherliche Darlehne unter der Geſtalt eines andern Geſchäfts verſteckt ſind. R. v. 29. Jul. 1799. St. B. p. 440. Th. VIII. R. die Executions-Vollſtreckung gegen einen Schuldner des Commerz- und Manufactur-Collegii betr. v. 10. Aug. 1799. C. S. p. 2603. X. Verordnung das executiviſche Verfahren gegen verſchuldete Civilofficianten und Penſioniſten betr. in Folge der C. V. v. 30. Dec. 1798. und 19. Dec. 1799., vom 3. May 1804. p. 2167. XI. R. A. 391. IV. B. I. 21. welche auch, ſo wie die Circularien, den Juſtiziarien adliger Patrimonialgerichte zu ſtatten kommt. Reſcr. vom 7. Juli 1805. R. A. 154. IV. — Von den Rechten der Gläubiger eines Civilofficianten, welche nach der Abtretung der Hälfte des Gehalts demſelben creditirt haben, und den Rechten der übrigen Gläubiger auf dieſe abgetretene Hälfte, ſ. Präj. J. M. II. p. 24. Die V. v. 28. Febr. 1806. (R. A. 305. IV. u. J. M. II. 396.) iſt auch auf einen vormaligen Kaiſerlichen penſionirten Poſtſecretär anwendbar. R. v. 21. Jun. 1806. J. M. X. 239. C. C. p. 672. XII. — Zu dem Zwecke der Zahlung ſchuldiger Alimente kann die Hälfte der ganzen Beſoldung eines Civilofficianten (welches auch auf das Militair Anwendung findet. C. O. v. 23. Jun. 1811. G. S. p. 245. I.) in Beſchlag genommen. V. v. 10. Aug. 1810. J. M. IX. 315. von Königlichen Civilofficianten aber, welche nur 400 Thlr. Dienſteinkünfte haben, können weder erkannte Geldſtrafen noch Gerichtskoſten durch Einziehung der erſtern beigetrieben werden. R. v. 19. Jul. 1806. p. 525. wel-

ches auch bei Criminal- und fiscaliſchen Unterſuchungen anzuwenden. R. v. 24. Jun. 1806. X. 241. u. C. C. p. 674. XII. — Gegen Königl. Civilofficianten, welche nur 400 Thlr. Dienſteinkünfte haben, können weder im Unterſuchungsproceſſe erkannte Geldſtrafen, noch Gerichtskoſten dadurch vollſtreckt und eingezogen werden, daß ein Theil ihres Gehalts in Beſchlag genommen wird. R. v. 19. Jul. 1806. B. IX. 522. — decl. ad R. v. 10. Aug. 1810. B. IX. 315. den Gehaltsabzug wegen ſchuldiger Alimente betr. v. 10. Aug. 1813. J. M. 47. II. was unter laufende Alimente zu verſtehen iſt. R. v. 7. Juni 1835. v. K. J. XLV. 439. — Bei den Gehaltsabzügen der Officianten (mit deren unmittelbaren Zahlung an einzelne Gläubiger die königl. Caſſen nicht beläſtiget werden dürfen. J. B. 46. II. K. A. B. 411. IV.) kann kein Unterſchied gemacht werden, ob die Schulden für aufgeborgte Lebensmittel, oder aus einem andern Grunde entſtanden ſind. R. v. 8. Jul. 1815. p. 20. VI. — wider Ock. Kommiſſarien, Feldmeſſer und Bau-Kondukteure darf während der Dauer der von öffentlichen Behörden ihnen übertragenen Beſchäftigung der Perſonal-Arreſt nicht vollſtreckt, und die Execution in ihr Einkommen nur nach Maaßgabe des §. 160. des Anhanges zur Gerichtsordnung vollzogen werden. Cab. Ord. v. 19. Jan. 1833. G. S. 1833. p. 4. — Execution, findet wegen Schulden, welche aus unerlaubten Handlungen entſtehen, ohne Ausnahme irgend eines Vermögensobjects und ohne Rückſicht auf einen, dem Schuldner ſonſt zu ſeiner Subſiſtenz zu belaſſenden Theil ſeines Einkommens, ſowohl gegen Militair- als Civilperſonen Statt. Cab. Ord. v. 18. April 1812. v. K. J. I. 6. Die Beſtimmungen der A. G. O. Th. I. Tit. 24. §. 108. und Tit. 29. §. 22., wegen Beſchlagnahme der Beſoldungen, Emolumente, Penſionen und Wartegelder, und Arreſtlegung darauf, ſind durch die Vorſchriften des Anhangs §. 160., welche auf ſämmtliche Civilbeamte ohne Unterſchied Anwendung finden, aufgehoben. R. v. 2. Nov. 1821. XVIII. 291. — Die Vorſchriften der A. G. O. Th. I. Tit. 2. §. 53. u. 100. und Anhang §. 160 — 174. finden auch auf Königl. u. Prinzl. Hofbeamte Anwendung. R. v. 14. Juli 1831. XXXVIII. 101. 102. — R. v. 1. Aug. 1831, über die Beſchlagnahme der Gebühren der Juſtizcommiſſarien im Wege der Exekution. XXXVIII. 118. 119. — deren Vollziehung rückſichtl. der mit Beſchlag belegten Beſoldungen der in die Rheinprovinzen verſetzten Beamten. v. K. A. 27. II. 345 — 349. — gerichtliche Exekutionen, deren Vollſtreckung in das Amtseinkommen eines Geiſtlichen. 28. II. 370. ſ. Alimente. Gehaltsabzüge. Nationaltheater.

10) gegen Militairperſonen insbeſondere. R. wegen Exekution der in Eheſachen gegen Cantoniſten ergangenen Erkenntniſſe v. 9. Juli 1756. C. S. p. 115. II. R. betr. die, in

das Mobiliare der Offiziere, und die Gehalts-Abzüge, und können nach der C. O. v. 4. Juni 1791. bei der Infanterie einem Fähnrich und Secondelieutenant mehr nicht als 2 Rthlr., einem Premierlieutenant aber 3 Rthlr., und bei der Cavallerie einem Cornet und Secondelieutenant 3 Rthlr., und einem Premierlieutenant höchstens 4 Rthlr. monatlich abgezogen werden, v. 9. Juli 1810. J. M. IX. 231.; es iſt jedoch derjenige Theil ihrer Einnahme unverkürzt zu laſſen, welcher in ihren individuellen Verhältniſſen unentbehrlich iſt, und ihnen in dieſer Rückſicht durch die Benennung von Tafelgeldern oder ſonſt als Zulage bewilliget worden. C. O. v. 20. u. R. v. 24. Nov. 1810. J. M. X. 6. Wie in Anſehung der Ehefrau, der Angehörigen und des Geſindes der Militairperſonen die Exekution zu vollſtrecken, R. v. 8. Dec. 1810. X. 9. ſ. a. d. ungedruckte R. v. 27. Aug. u. 22. Sept. 1810. — gegen inactive Militairperſonen, R. v. 20. Juni 1812. v. K. J. I. 66. — von Vollſtreckung der Exekution gegen Militairperſonen von Seiten der Steuerbehörden, K. A. B. 132. III. — deren Anwendung u. Vollſtreckung gegen Militairperſonen in Kommunal-, Polizei- u. Steuerſachen. G. S. 1823. p. 18. — desgl. gegen dieſelben im civilgerichtl. Verfahren u. aus Civil-Erkenntniſſen. G. S. 1809. p. 583. f. — 1822. p. 209 — 212. — in wie weit ſolche gegen die in das Feld gerückten Militairperſonen und deren Familien zuläſſig ſind. G. S. 1812. p. 167. 168. ff. — als Objekte derſelben können Penſionen aus der Militair- und Allg. Wittwenkaſſe, ſo wie aus der Artillerie-Penſions-Zuſchußkaſſe nur von Gläubigern wegen vorgeſchoſſener Beiträge vorgeſchlagen werden. G. S. 1828. p. 43. — deren Vollſtreckung gegen die in Kaſernen und ähnlichen Dienſtgebäuden wohnenden Militairperſonen, ſ. letztere. — Die Requiſitionen wegen Exekutionsvollſtreckungen gegen inactive Militairperſonen müſſen an das General-Auditoriat gerichtet werden. R. v. 20. Juni 1812. v. K. J. I. 66. — Anwendbarkeit der Vorſchrift des §. 156. des Anh. zur A. G. O., wegen Freilaſſung der unentbehrlichen Mobilien, bei Exekutionen gegen die im Dienſt oder auf Penſion ſtehenden Civilbeamten auf Militairbeamte. R. v. 23. Nov. 1815. VI. 192. — Exekutionsverfahren gegen die in Frankreich ſtehenden Militairperſonen nach erfolgter Aufhebung der Suspenſion der Militairprozeſſe. R. v. 28. Dec. 1816. v. K. J. VIII. 262. — Die Vollſtreckung einer Exekution aus Civilerkenntniſſen in das Vermögen einer Militairperſon geſchieht künftig, ſo weit ſie nicht Gehaltsabzüge betreffen, ohne Requiſition der Militairgerichte durch diejenigen Beamten, welchen die Vollſtreckung der Exekutionen gegen Civilperſonen obliegt; von der verfügten Exekution muß jedoch jederzeit demjenigen Militairgericht, welchem der Exequendus für ſeine Perſon unterworfen iſt, Nachricht gegeben werden, damit dieſes an den

Schuldner die Weiſung erlaſſe, ſich bei Vermeidung der geſetzlichen Folgen nach der Verfügung des Civilgerichts zu achten. Exekutionen gegen die der unmittelbaren Jurisdiction der Obergerichte unterworfenen Militairperſonen müſſen jederzeit unter die Direktion eines Exekutionsdirektors, oder wo ein ſolcher nicht vorhanden, eines Secretarii, oder eines am Aufenthaltsorte des Schuldners wohnenden Juſtizbedienten geſtellt werden. R. v. 5. Juli 1822. XIX. 318. — Die von den Civilgerichten wider Offiziere verfügte Exekutionsvollſtreckung erfolgt nicht eher, als bis dem Schuldner in Gemäßheit der Cab. Ord. v. 4. Juni 1822 die nöthige Weiſung ertheilt, und daß dieſes geſchehen, dem Civilgerichte von dem Militairgerichte gemeldet worden. R. v. 24. Jan. 1823. XXI. 261. — Von dem Solde eines Unteroffiziers oder gemeinen Soldaten kann wegen keinerlei Art von Schulden, alſo auch nicht wegen Alimente, ſie mögen zu zahlen ſein, an wen ſie wollen, ein Abzug gemacht werden. R. v. 15. Sept. 1826. XXVIII. 91. — An welche Militairbehörden die Exekutions-Requiſitionen Hinſichts der verſchiedenen activen, inactiven und zu beſondern Corps gehörenden Militairperſonen, wie auch Hinſichts der zum Militairetat gehörenden Civilperſonen zu richten ſind, und was etwa ſonſt noch von den requirirenden Gerichten zu beobachten iſt. Schreiben des General-Auditoriats v. 31. Dec. 1824 u. R. v. 14. Jan. 1825. XXV. 115. — Cirk. R. v. 24. Febr. 1829, betr. das Exekutionsverfahren gegen Militairperſonen. XXXIII. 138. 139. — desgl. R. v. 16. März 1829. XXXIII. 140. — Insbeſondere bei Exekutionsvollſtreckungen im Gehalte und Penſionen derſelben. Cirk. R. v. 4. Mai 1829. XXXIII. 348. 349. — Die Rechte der Civilbeamten bei Exekutionsvollſtreckungen ſtehen ſämmtlichen Militairbeamten, alſo auch den Medizinalbeamten zu. R. v. 29. Nov. 1830. XXXVI. 318. 319. — Exekutionen gegen Offiziere, ſ. letztere. — Ueber das Mandatum de parendo bei Exekutionen gegen Militairperſonen. R. v. 2. Dec. 1831. XXXVIII. 333. 334. — Exekution gegen Militairperſonen in der Rheinprovinz, ſ. Militairperſonen. — gegen Beamte, die in Kaſernen wohnen. R. v. 29. Aug. 1834. XLIV. 79. — Pfändungen und Exekutionen gegen Militairperſonen wegen rückſtändiger öffentl. Abgaben, ſtehen nur den Militairgerichten zu, mit Ausſchluß der beurlaubten Unteroffiziere und Soldaten, dagegen ſoll ſolches gegen active Landwehrmänner und ſolche, welche nicht im activen Dienſt ſind, jedoch Penſionen oder Wartegelder beziehen, oder auf halbem Gehalt ſtehen, beobachtet werden. R. 631. — gegen penſionirte Offiziere von Seiten der Civilbehörden. v. K. A. 25. III. 782. — deren Vollſtreckung gegen penſionirte Militairperſonen. 27. IV. 1036. — deren Vollſtreckung gegen Militairperſonen auf Gehalts- und Penſions-Abzüge. 29. I.

176. ff. — II. 424. — Findet im Wege der Exekution die Immiſſion in künftiges Gehalt mit der Wirkung des Vorzugsrechts der fünften Klaſſe ſtatt? S. u. Str. R. 2 B. No. 2. p. 44. ſ. Militairperſonen, Militairpenſionen, desgl. Gehalts-Abzüge und Offiziere.

11) militairiſche und durch Gensd'armen. Inſtr. wegen der militairiſchen für Schleſien, v. 25. Sept. 1750. c. R. v. 8. Aug. 1796. (ungedr.) — Wegen der militairiſchen Exekution iſt in der V. v. 26. Dec. 1808. §. 48. in Anſehung der Regierungen verordnet, daß ſie in ſchleunigen und dringenden Fällen ſolche verfügen können, ehe ſie noch deshalb von der vorgeſetzten Behörde auf ihre Anfrage beſchieden worden. Nach dieſer Vorſchrift ſollen die Juſtizcollegien ſich ebenfalls achten, jedoch in Fällen, wo die höchſte Vorbeſcheidung nicht abgewartet wird, mit doppelter Vorſicht zu Werke gehen, und die ungeſäumte Anzeige unter genauer Anführung aller Umſtände nicht verabſäumen; in bedenklichen Fällen bei der Regierung darüber: ob Urſachen vorhanden, welche die Anwendung militairiſcher Hülfe widerrathen, und wie etwa ohne dieſelbe der Zweck am beſten zu erreichen ſtehe, Erkundigung einziehen, beſonders, wenn die Exekution gegen eine ganze Anzahl von Menſchen vollzogen werden ſoll, oder ſonſt wegen zu beſorgender hartnäckiger Widerſetzlichkeit ein beträchtliches Militair-Commando erforderlich wird, auch bei Exekutionen, welche gegen eine ganze Stadt oder Dorfgemeinde oder gegen eine ganze Claſſe von Mitgliedern derſelben oder ſonſt gegen eine moraliſche Perſon zu vollziehen ſind, über die Art und Weiſe, wie ſolche ohne gänzlichen Ruin, der Schuldner realiſirt werden könne, mit den Regierungen Rückſprache halten, und wenn ſie ſich über die zu treffenden Maßregeln nicht einigen können, allemal die Exekution ausſetzen und die Vorbeſcheidung des Juſtizdepartements einholen, welches auch geſchehen muß, wenn die Exekution gegen ein nicht unter der Regierung ſtehendes Inſtitut zu verordnen iſt. R. v. 6. Dec. 1809. VIII. p. 505. Siehe übrigens die wegen Anwendung der militairiſchen Hülfe ergangenen ungedruckten Reſcripte v. 15. und 20. Jan. 1810. — Wegen der militairiſchen Exekution, ſ. Exekutions-Ordnung v. 11. März 1678. III. I. No. 47. v. 14. Jan. 1693. No. 67. v. 20. Nov. 1722. No. 185. die ohne Spezial-Befehl nicht vorzunehmen. V. v. 16. Jun. 1714. III. I. No. 129. ſ. auch Inſtruktion für die Neumärkſche Regierung v. 1750. §. 21. p. 315. C. IV. die Declaration der Verpflegungs-Ordonnanz v. 20. Nov. 1722. III. I. No. 185. beſtimmt für einen Unteroffizier täglich 3 gr., für einen Gemeinen 2 gr., welches nach dem Reſcr. des General-Directorii v. 12. Juli und 19. Aug. 1770. in Anſehung der Churmark dahin declarirt worden, daß es zwar den erſten Tag bei ſolchen Gebühren verblei-

ben ſoll, wenn aber die Zahlung, worüber die Exekution verhängt, nicht auf den erſten Tag erfolgt, ſollen die Exekutionsgebühren, wie auch ſchon unter dem 21. Juni 1768 in Anſehung der Weſtphäliſchen Provinzen verordnet, den andern Tag verdoppelt werden, und ſoll es nach dem Reſcr. des General-Directorii v. 10. Oct. 1776 auf eben dieſen Fuß auch in der Neumark gehalten werden, ſo daß vom Tage des Marſches oder Eintritts und am erſten Tage, da die Exekution ſtehet, mehr nicht als reſp. 3 und 2 gr. die übrigen Tage aber das Duplum gegeben werden ſoll, und keine weitere ohnentgeltliche Verpflegung gefordert werden kann. Die Exekutions-Commandos von Cavallerie-Regimentern müſſen die Fourage auf 3 Tage aus ihren Garniſonen mitnehmen, wenn aber die Exekution incl. des Marſches länger dauern ſollte, ſollen die Executandi für die folgenden Tage auch für den Rückmarſch die erforderliche Fourage von 3 zu 3 Tagen aus den Garniſon-Magazinen ſelbſt abholen oder ſolches auf deren Koſten geſchehen. Auch ſoll jux** Rescriptum v. 26. Aug. 1776. den Requiſitionsſchreiben an die Regimenter allemal ein Exekutoriale für das Commando, worin ſowohl deſſen Stärke als die Exekutionsgebühren, und wie es in Anſehung des Futters für die Pferde zu halten, beigefügt werden. Dieſes gehet aber blos auf ſolche militairiſche Commandos, welche die Cammern zur Beitreibung Königlicher Gefälle gegen widerſetzliche Debenten zu veranlaſſen oder zu gebrauchen autoriſirt ſind. A. L. R. II. XX. 166. wegen Widerſetzlichkeit gegen die Exekution. Den auf Exekution commandirten Unteroffizieren und Soldaten ſollen reſp. 6 gr. u. 4 gr. verabreicht werden, falls der Zweck der Exekution nicht vom erſten Tage der Einlegung derſelben erreicht wird. R. v. 3. Nov. 1810. J. M. B. X. p. 2. R. wegen Vollſtreckung der militairiſchen Exekution, v. 15. Jan. 1810. Rep. Th. 2. p. 172. — Wegen der Exekutionsgebühren der Gensd'armes, ſ. P. 212. u. 289. III. — Benutzung der Gensd'armerie zu ſelbigen. G. S. 1812. p. 155. 157. — 1821. p. 6. — 1822. p. 209. — militairiſche Exekution, Anwendbarkeit und Veranlaſſung derſelben durch die Regierungen. G. S. 1808. p. 478. — 1817. p. 254. — 1826. p. 11. 12. — Exekution durch Militair, deren Aufbietung für polizeiliche Maßregeln. v. K. A. 25. IV. 822. — Benutzung der Gensd'armerie zu ſelbigen, und Verwendung der dafür eingehenden Gebühren. 19. II. 446. — 22. III. 710. — 23. I. 100. — III. 649. — deren Vollſtreckung in Fällen, wo dazu die Gensd'armerie nicht mehr benutzt werden kann. 21. I. 106. seq.

12) Einreden gegen die Exekution. V. v. 4. März 1834. G. S. Jahrg. 1834. p. 32.

Exekutions-Befehl. Die Vorſchrift, daß Zahlungs- u. Exekutionsmandate nicht zu den ſtempelfreien prozeſſualiſchen Ver-

handlungen gehören, iſt auch auf Criminal- und fiscaliſche Unterſuchungsſachen anzuwenden. R. v. 18. Dec. 1813. v. K. J. II. 177. — Art der Inſinuation des Exekutionsbefehls und des Notificatorii, u. Einziehung der Exekutionsgebühren. R. v. 23. Oct. 1820. XVI. 234.

Exekutions-Befugniß der Magiſträte. Umfang derſelben. R. v. 7. Juni 1834. ſ. Exekution.

Exekutions-Bericht. Zu den über die Beendigung des Exekutionsverfahrens zu erſtattenden Berichten ſollen die vorgeſchriebenen Stempel genommen werden. R. v. 8. Oct. 1814. v. K. J. IV. 233.

Exekutions-Direktion. Die Gebühren für die Direktion einer Exekutionsvollſtreckung erhält bei den Land- und Stadtgerichten links der Elbe der Commiſſarius. R. v. 20. Aug. 1819. XIV. 52. ſ. Emolumente.

Exekutions-Direktor, ſ. Exekution.

Exekutionsgebühren; R. die, der Scharfrichter und deren Knechte betr. v. 5. Mai 1772. M. S. 272. und Dekl. v. 29. Apr. 1768. p. 267. R. v. 4. Juli 1806. E. S. p. 701. XII. — ſ. a. J. M. 200. X. — bei den Verwaltungsbehörden rückſichtl. derſelben verbleibt es einſtweilen bei den jeden Orts beſtehenden Vorſchriften. G. S. 1825. p. 134. — deren theilweiſe Verrechnung zur Kreis-Kaſſe, zum Kreis-Kommunal-Fonds und zur ſtädt. Polizei-Sportel-Kaſſe. G. S. 1812. p. 152. — gerichtliche, nach der allg. Gebührentaxe v. 23. Aug. 1815. G. S. 1815. p. 201. (Beil. p. 19. 50. 73.) — wegen derſelben bleibt es bei dem, was deshalb der Etat eines jeden Gerichts feſtſetzt. R. v. 20. Aug. 1819. v. K. J. XIV. 52. — Die bei den Stadt-, auch Land- u. Stadtgerichten in großen Städten angeſtellten Exekutoren können die ihnen bei Exekutionen außerhalb der Stadt durch die Gebührentaxe, Abſchn. IV. No. 15. b. 7. zugebilligten Reiſekoſten oder Meilengebühren nur für die Hinreiſe und nicht für die Rückreiſe in Anſatz bringen. R. v. 3. Sept. 1821. XVIII. 42. ſ. Botenbücher, Emolumente, Exekutionsbefehl, Land- und Stadtgerichtsboten. — der Gensd'armerie, deren Vereinnahmung bei den Regierungs-Haupt-Kaſſen. v. K. A. 18. I. 107. — Portofreiheit derſelben. 19. I. 52. 176. — deren Berechnung in Beziehung auf die theilweiſe Fortgewährung des Militair-Gnadengehalts im Civil. 31. II. 260. — III. 531.

Exekutionsgeſuche, darf der Richter von Amtswegen nicht verwerfen, wenn die Freigebung des Pfandes damit nicht verbunden iſt. R. v. 16. Dec. 1831. v. K. J. XXXVIII. 340. 342. — deren Faſſung, ſ. Exekutionsordnung.

Exekutions-Inſpektor, bei dem Stadtgerichte in Berlin; Regl. für denſelben, v. 12. März 1821. v. K. J. XVII. 43.

Exekutionskoſten, ſ. Exekution, Gebührenfreiheit, Perſonal-Arreſt.

Exekutions-Mandate in Criminal- und fiscaliſchen Unterſuchungen gehören nicht zu den ſtempelfreien Verhandlungen. R. v. 18. Dec. 1813. v. K. J. 177. II. Zu den über die Beendigung des Exekutionsverfahrens zu erſtattenden Berichten muß der vorgeſchriebene Stempel genommen werden. K. A. B. 1. III. R. v. 8. October 1814. v. K. J. 233. IV. ſiehe Exekutionsbefehl, Mandate.

Exekutions-Ordnung, Verordn. über die Exekution in Civilſachen, v. 4. März 1834. G. S. 1834. p. 31 — 38.

Exekutionsrecht, fiskaliſches, Befugniſſe der Regierungen in deſſen Ausübung. G. S. 1808. p. 475. ſ. 478. — 1817. p. 254. — 1826. p. 11. ſ. — desgl. rückſichtl. der für öffentliche Inſtitute mit Privatperſonen abgeſchloſſenen Verträge. G. S. 1826. p. 1. — in wie weit ſolches den Standesherren zuſteht und von denſelben ausgeübt werden kann. v. K. A. 30. III. 491 — 494.

Exekutionsſucher, ſ. Beneficialerben.

Exekutionsverfahren, ſ. Exekution.

Exekutions-Verhandlungen, dabei ſoll der geſetzlich vorgeſchriebene Stempel angewendet werden. R. v. 22. Sept. 1817. v. K. J. X. 270.

Exekutions-Vollſtreckungen, wenn die Gewährung polizeilicher Hülfe ſtattfindet. R. v. 15. Sept. 1834. v. K. A. 34. III. 784.

Exekutiv-Prozeß. In wiefern auf den Grund der in einem Lande, wo die franzöſiſche Rechtsverfaſſung gilt, errichteten Notariatsinſtrumente der Exekutivprozeß für zuläſſig zu achten iſt. R. v. 9. Juni 1812. v. K. J. I. 63. — Unzuläſſigkeit deſſelben aus Franzöſiſchen oder Weſtphäliſchen Notariats-Inſtrumenten. Erkenntn. des Inſtr. Senats und des Ober-Appell. Senats des Kammergerichts und des Geh. Obertrib. v. 4. Mai 1812, 22. Apr. und 15. Dec. 1813. III. 308. ſ. Appellation, Werthſtempel, Zinszahlungsgeſuch, Zinszahlungsmandat; desgl. Prozeß. — In demſelben findet gegen ein Kontumatial-Erkenntniß, restitutio in integrum nicht ſtatt. R. vom 29. Apr. 1831. XXXVII. 357. — Ueber Litisdenunciation in demſelben. R. v. 14. Sept. 1831. XXXVIII. 98. 100. desgl. 321 — 325. — Ueber deſſen Zuläſſigkeit wegen Kapitalsſchulden aus zweiſeitigen Verträgen. R. v. 13. Apr. 1832. XXXIX. 388. 390. — in welchen Fällen ſolcher aus zweiſeitigen Verträgen zuläſſig ſei, ſ. Schuldinſtrumente. — Kann aus einem, bei einem ausländiſchen Gericht ergangenen Judikate, bei einem preußiſchen Gerichtshofe in processu executivo geklagt werden? S. u. Str. R. 1. B. No. 5. p.

23. — Eingetragene, aus einem Kaufkontrakt rückſtändige Kaufgelder können nicht im Exekutiv-Prozeſſe eingeklagt werden. S. u. Str. R. 1. B. No. 70. p. 259. — Wegen der rückſtändigen Zinſen ſolcher Kaufgelder iſt das, bei Einforderung rückſtändiger Zinſen einer, im Hypothekenbuche eingetragenen Poſt, ſtattfindende Mandats-Verfahren unzuläſſig. S. u. Str. R. 1. B. No. 70. p. 260. — Findet aus einſeitig ausgeſtellten, an ſich den Exekutiv-Prozeß begründenden Inſtrumenten derſelbe auch dann ſtatt, wenn die causa debendi erwieſenermaßen aus einem Bilateral-Kontrakt entſpringt? S. u. Str. R. 2. B. No. 15. p. 148. — Kann aus einem zweiſeitigen Vertrage gegen einen Dritten, der an der Schließung des Vertrages nicht Theil genommen hat, auf Zahlung einer in Folge jenes Vertrags auf ſeinem Gute eingetragenen Forderung, im Exekutiv-Prozeſſe geklagt werden? S u. Str. R. 2. B. No. 16. p. 156.

Exekutoren, beſondere, deren Stellen werden bei den Regierungen, Oberlandesgerichten, Magiſträten und Untergerichten aufgehoben, ſo bald die Kreis- und Polizei-Direktorien mit den nöthigen Exekutivmitteln verſehen ſeyn werden. G. S. 1812. p. 151. — deren anderweite Unterbringung oder Penſionirung. G. S. 1812. p. 151. — In wie fern die auf den Amtseid geleiſtete Anzeige eines Exekutors von einer ihm bei Gelegenheit der Ausübung ſeines Amtes zugefügten Beleidigung nach §. 75. 76. Th. 1. Tit. 35. der A. G. O. für glaubwürdig zu achten. R. v. 4. May 1816. v. K. J. 697. VIII. R. v. 2. Oct. 1828. betr. die Reiſe- u. Zehrungskoſten für Exekutoren und die Vollſtreckung der Exekution durch Requiſition des Gerichts im Wohnorte des Schuldners. v. K. J. XXXII. 295. — Exekution gegen Geiſtliche, ſiehe Geiſtliche. — Von den Zehrungskoſten derſelben. R. v. 3. Juni 1831. XXXVII. 389. — ſiehe Zehrungskoſten. R. v. 31. Jan. 1832., deren Zehrungskoſten betr. XXXIX. 193 — 195. — R. vom 22. Juni 1832, betr. deren Zehrungskoſten bei fruchtloſer Vollſtreckung auswärtiger Exekutionen, wenn Fiskus Extrahent iſt. XXXIX. 453. Cab. Ord. v. 28. Aug. 1832, deren Zehrungs- u. Fütterungskoſten betr. XL. 207. — R. v. 22. Febr. 1831. über die Legitimation und das Benehmen derſelben bei Exekutions-Vollſtreckungen zur Verhütung von Widerſetzlichkeiten. XXXVII. 109. 110. — und Boten — Von denſelben und den Inſinuationen durch die Dorfgerichte bei den Patrimonial-Gerichten. Reſcr. vom 8. Oct. 1831. XXXVIII. 339. — von der Einziehung ihrer Gebühren. R. v. 25. Sept. und 1. Aug. 1831. XXXVIII. 126 — 128. — deren Kautionspflichtigkeit betr. XL. 193. 194. — Exekutoren bei Inquiſitoriaten, ſiehe dieſe. — R. v. 10. Febr. u. Cirk. v. 18. Nov. 1833. betr. die Kontrollirung derſelben bei Einziehung und Ablieferung

von Sporteln. XLII. 415 — 418. — Exekutoren bei den Königl. Domainen-Renteien, deren Inſtruktion. v. K. A. 18. II. 301. ſiehe auch Exekution. — der adminiſtrativen Verwaltung, ſollen keine Amts-Uniformen und äußere Amtskennzeichen tragen. 28. III. 735. — unbeſoldete, in den landräthlichen Kreiſen, deren Annahme gegen Gewährung der Exekutions-Gebühren. 32. II. 343. — ſiehe überh. Beleidigungen. Familienſtiftungen. Gerichtsvollzieher. Meilengebühren. Unterbeamte. Zehrungskoſten.

Exemtio fori, der Rittergutsbeſitzer, ſiehe Rittergutsbeſitzer. ſiehe auch Forum. Gerichtsſtand.

Exemtion. Begriff derſelben. A. G. O. Th. I. Tit. 2. §. 43. — nähere Beſtimmung und Dauer derſelben. §. 76 — 102. — Befreiungen von allgemeinen perſönlichen Leiſtungen der Bürger. A. L. R. Th. II. Tit. VIII. §. 39. finden nach der St. O. §. 32. durchaus auch nicht in Anſehung der Einquartirung und der Servis-Abgabe. Regul. v. 17. März 1810., ſtatt, und alle bisher genoſſene perſönliche Befreiungen hören gänzlich auf, §. 38. (ſiehe Schutzverwandte) und es findet dieſes auch auf Befreiungen der Privatgrundſtücke von irgend einer Gemeine-Laſt ſtatt, §. 58.; auch iſt der Umfang des Beſitzes einer rechtsgültig erworbenen dinglichen Befreiung §. 59. beſtimmt, daher auch die Beſitzer von dergleichen Grundſtücken weder von einem verhältnißmäßigen Beitrage zu der Kriegscontribution, noch zur Verpflegung der fremden Truppen in den Feſtungen, noch zur Berichtigung der durch den Krieg verurſachten ſtädtſchen und Communſchulden frei bleiben können; und die Befreiung daher nur auf vor dem Kriege wirklich ſchon eingeführt geweſene Communal-Beiträge und Laſten und deren vorherigen Betrag und Umfang Anwendung finden, keineswegs aber auf neue erſt jetzt eingeführte Beiträge oder Leiſtungen, noch auf den jetzt angenommenen höhern Betrag oder Umfang ſchon vor dem Kriege beſtandener Beiträge oder Leiſtungen ausgedehnt werden kann, da alle Laſten mit gleichen Schultern getragen und Exemtionen möglichſt vermieden werden ſollen. R. vom 21. März 1810. (ungedr.) — vom Pfarrzwange. A. L. R. Th. II. Tit. XI. §. 419. 944. dingliche der ſtädtiſchen Grundſtücke, deren Ablöſung, revid. Städte-Ordn. G. S. 1831. p. 15. — ſiehe übrigens Abgaben. Chauſſeegeld. Kantonpflichtigkeit. Militairdienſt. Stempelſteuer ꝛc.

Exequendus; ſ. Aktivforderungen.

Exerzierplätze, für das Militair, temporelle Benutzung von Privat-Grundſtücken zu denſelben. v. K. A. 33. II. 559. — deren Ermittelung. Verf. vom 15. Mai 1834. — 34. II. 593. —

Königl. hannöverſche Verordnung über deren Beſchaffung und dafür zu leiſtende Entſchädigung. 29. I. 181.

Eximirte. A. G. O. Th. I. Tit. 2. §. 42—103. — A. L. R. Th. II. Tit. VIII. §. 53. — des platten Landes, Verfahren gegen ſelbige bei dem Verdachte von Konſumtions-Steuer-Vergehen. G. S. 1810. p. 61. ſ. a. Gerichtsſtand und Kirchen-Gemeinen. — gegen ſie kann ein Untergericht keine Strafverfügungen erlaſſen, noch weniger Exekution gegen dieſelben verhängen. R. v. 26. Febr. 1819. v. K. J. XIII. 47. — ſ. Gerichtsbarkeit. Gerichtsſtand. deren Gerichtsſtand bei Holzdiebſtählen. R. v. 7ten März 1831. v. K. J. XXXVII. 110. — bürgerlichen Standes, Gerichtsſtand der Kinder derſelben. R. v. 29. Oct. 1831. — XXXVIII. 307. 311. — Eximirte überhaupt, Verfahren gegen dieſelben, in Polizei-Angelegenheiten. v. K. A. 30. III. 566. — Anzeige der Todesfälle von ſelbigen Seitens der Geiſtlichkeit. 31. IV. 761. — Eximirte vom Pfarrzwange, in wie fern ſie beim Kirchenbau concurriren. A. L. R. Th. II. Tit XI. §. 722—736.

Exkluſiv-Rechte, ſ. Zwangs- und Bannrechte, u. Subhaſtation.

Exmiſſion. A. G. O. Th. I. Tit. 44. §. 36. A. L. R. Th. I. Tit. 21. §. 298. 387. 477. — der Guts-Unterthanen. A. L. R. Th. II. Tit. 7. §. 169 u. 287. — ſiehe auch Retention. Unterthanenprozeſſe.

Exmiſſions-Prozeſſe der Unterthanen, ſiehe Gerichtsſtand.

Expedienten (expedirende Sekretaire) bei den Miniſterial- und Provinzial-Behörden, Rangverhältniſſe derſelben. G. S. 1817. p. 66. — Uniform-Beſtimmungen für dieſelben. G. S. 1808. p. 463. 464. deren Anſtellung bei den kollegialiſch formirten Gerichtsbehörden mit höherer Genehmigung. G. S. 1828. p. 6.

Expeditionen. Die Inbuirenten bei den Inquiſitoriaten müſſen die Verfügungen gleich in extenso angeben, um den Actuarien, die anderweit beſchäftigt werden können, die ganz unnütze Arbeit des Expedirens abzunehmen. Reſcr. v. 20. März 1826. v. K. J. XXVII. 112. ſ. Formulare. Unterſuchungskoſten.

Expeditions-Formulare; ſ. Formulare.

Expeditions-Gebühren; ſ. Unterſuchungskoſten.

Expeditionsweſen, deſſen Verwaltung bei den Regierungen. G. S. 1826. p. 10. — desgl. bei den Land- u. Stadtgerichten in Weſtpreußen. G. S. 1806. p. 59. f.

Exportation. V. die nachgelaſſene, inländiſcher Producte zur See, und die davon zu erlegende Abgabe betr. v. 26. Jul. 1811. G. S. p. 241. und Decl. v. 2. Aug. 1811. p. 246. I. V. über die Ausfuhr von Lebensmitteln jeder Art, v. 18. März 1812. p. 27. II.

— Von den Strafen, wenn der Ausgang zur, deklarirter, P. A. B. 151. IV. oder zum Verbrauch im Lande beſtimmter Waaren nicht nachgewieſen wird. 309. — Ed. wegen Aufhebung des ſogenannten Continentalſyſtems, v. 20. März 1813. G. S. 39. III. K. A. B. 160. III. c. D. wegen der franzöſiſchen Producte und Fabrikate, ebendaſ. 263. wegen des Beweiſes der Exportation unverſteuerter Waaren. p. 105. IV. und ſind ſämmtliche Handlungscommiſſarien von ihren Geſchäften entbunden worden, p. 258. III. — Die durch das Publ. v. 15. Apr. 1813. feſtgeſetzten Kriegsimpoſtſätze ſind vorläufig um $^1/_3$ ermäßiget, Publ. v. 12. Nov. 1813. K. A. B. 187. 564. 573. III. N. A. B. 708. P. A. B. 535. und 61. IV. Von der Exportations-Prämie für die Fabricate der Zuckerraffinerien, N. A. B. 483. III. K. A. B. 571. P. A. B. 4. IV. Wenn von denen dem Kriegsimpoſt unterworfenen überſeeiſchen Waaren keine Conſumtionsſteuer zu entrichten. K. A. B. 573. III. P. A. B. 1. IV. — ſ. a. Publ. v. 12. Jun. 1813. N. A. B. 474. III. und 475. Auch werden die Kriegsimpoſtſätze in den wieder eroberten Preußiſchen Provinzen erhoben. K. A. B. 572. 574. III. ſ. jedoch K. A. B. 173. IV. und die aus fremden Hafenplätzen eingehenden Weine ſind denſelben gleichfalls unterworfen, 2. IV. Decl. v. 5. Jul. 1813. N. A. B. 509. III. in Rückſicht verſchiedener Fabrikmaterialien, v. 18. Dec. 1813. 3. IV. Der Kriegsimpoſt von fremden Waaren. E. v. 13. März 1814. G. S. 20. IV. K. A. B. 125. 193. 198. 206 —211. IV. P. A. B. 139. 189. 215. 217. 221. 225. 227. N. 225. 249. 272. 274. wird nicht weiter erhoben, ſondern es ſollen ſtatt deſſelben die im J. 1806. Statt gehabten Abgaben eintreten. E. D. v. 16. Mai 1814. N. A. B. 262. K. A. B. 213. P. A. B. 242. G. S. 45. IV. — ſiehe Münzſorten. — ſiehe überhaupt Abſchoß- und Abfahrtsgelder; desgl. Ausfuhr- und Abgaben-Zölle.

Expositio infantum. Der Inhalt des §. 969. Th. 2. Tit. 20. des A. L. R. nach welchem die Mutter, welche ein lebendiges Kind an einem Orte, wo es nicht leicht gefunden werden kann, ausſetzt, oder ausſetzen laſſen, wenn der Tod des Kindes dadurch verurſacht worden, die Strafe des Schwerts verwirkt hat: und der Zuſammenhang mit dem vorhergehenden und nachfolgenden giebt hinlänglich zu erkennen, daß daſelbſt nur von dem Ausſetzen neugebohrner Kinder c. l. §. 969. 970. die Rede iſt. Inzwiſchen iſt doch auch die Ausſetzung ſchon älterer Kinder ein Gegenſtand der Criminal-Unterſuchung und Strafe. R. v. 18. Apr. 1796. M. S. 107. Kl. Annal. 154. XIV.

Expromiſſion. A. L. R. Th. I. Tit. 14. §. 399—412. — Iſt die von einer Ehefrau zum gerichtlichen Protokoll und mit Zuziehung eines Beiſtandes, erklärte Uebernahme der Schulden ihres

Ehemannes, auch ohne Certioration, rechtsverbindlich, wenn das Protokoll ergiebt, daß ihr das Weſen und die Folgen der Expromiſſion bekannt geweſen ſind? S. u. Str. R. 2. B. No. 28. p. 266.
Expropriation, des Gemeinwohls wegen, rückſichtlich derſelben ſteht den Gerichtshöfen keine Kognition zu. v. K. A. 32. IV. 854. — ſiehe Eigenthum.
Extenſion; ſ. Expeditionen.
Extinctiv-Verjährungsfriſt; ſ. Verjährung.
Extrahent; ſ. Dienſtprozeſſe. Eintragungsgebühren. Koſten. Subhaſtation.
Extraordinaire Ausgaben, ſiehe Etatsüberſchreitungen. Salarien-Kaſſenetat.
Extraordinairer-Fond; ſiehe Gerichtslokalien.
Extraordinarium in dem ſtädtiſchen Wirthſchaftsplane, in wie weit darüber die Magiſträte disponiren können. v. K. A. 20. III. 547. — Ausgaben ad Extraordinaria, Beſtimmungen rückſichtlich derſelben bei Staatsfonds. 25. I. 15. — allgemeines, bei der General-Staatskaſſe, Bewilligungen aus ſelbigem. 28. II. 289. — ſiehe übrigens Verpflegungskoſten.
Extrapoſt, in wie weit für deren Gebrauch noch Zwang Statt findet. G. S. 1820. p. 71. — Abtrag der rheiniſchen Poſthalter von dem Verdienſte derſelben. G. S. 1824. p. 140. welche Beamte ſich derſelben auf Dienſtreiſen bedienen dürfen. G. S. 1816. p. 116. 117. — 1825. p. 168. f. — Vergütigungsſätze für ſelbige. G. S. 1816. p. 117. — 1825. p. 169. — welche Kaufmannsgüter führen, ſteueramtl. Verfahren gegen ſelbige. G. S. 1818. p. 128. — deren raſche und gute Beförderung. v. K. A. 21. II. 322. — III. 559. — ibid. 568 — 575. — IV. 803. — 23. III. 567. — Pflichten der Reiſenden rückſichtlich derſelben. 21. III. 572. seq. — Einſchränkung des Zwangsgebrauchs derſelben. 20. III. 505. — Berechtigung der Poſthalter, Extrapoſtreiſende von einer benachbarten Station wieder mit zurückzunehmen. 20. IV. 740 — denſelben müſſen andere Fuhrwerke auf den Ruf des Horns ausweichen. 22. II. 333. — 25. II. 334. — Laufzettel für deren Beſtellung. 23. III. 564. — deren Beſorgung bei Reiſen allerhöchſter und höchſter Perſonen. 21. I. 27. — III. 564. — Erleichterung des Verkehrs mit ſelbigen. 21. IV. 800. seq. — deren Beſorgung für die in Dienſtangelegenheiten reiſenden Civil-Offizianten und Militair-Perſonen. 21. III. 562. seq. — deren Gebrauch bei Dienſtreiſen. 22. II. 288. — III. 566. — IV. 842. 846. seq. — Liquidation der Pferdezahl für ſelbige bei gemeinſchaftlichen Dienſtreiſen. 26. I. 11. — II. 293. 294. — III. 591. — desgl. bei den Dienſtreiſen der Regierungsmitglieder. 26. III. 589. seq. — Reviſion der mit ſelbigen vom Auslande eingehenden Sachen Hinſichts der Zollabgaben. 19.

I. 57. — Königl. Sächſiſche Veordnung über ſelbige. 22. II. 446 —457. — ſiehe auch Fuhr- und Reiſekoſten, ſowie Poſten. — proviſoriſche Beſtimmungen über deren Beſpannung und Beförderung. 29. I. 42 — 49. — Vorſchriften für deren raſche Beförderung. 30. II. 307. ff. — Retourfahrten von Orten außerhalb der Poſtroute mit ſolchen auf Dienſtreiſen. 30. III. 540. — mit ſolchen dürfen Menagerien wilder Thiere nicht befördert werden. 30. III. 540. — Erhebung des Chauſſeegeldes von denſelben. 31. III. 558. — deren Benutzung bei geringen Entfernungen gegen ermäßigte Sätze. 33. II. 345. — ſiehe übrigens Diäten. Medizinalgebühren. Reiſekoſten. Stationsgeld.

Extrapoſtbegleitzettel, denſelben ſollen die etwaigen Beſchwerden der Reiſenden beigefügt werden. v. K. A. 17. IV. 51. — genaue Anfertigung derſelben Hinſichts des Namens und Charakters der Reiſenden. 20. IV. 741.

Extrapoſtgelder, deren Erhebung innerhalb Landes. v. K. A. 17. IV. 60. — 21. I. 29. — 22. II. 355. — über deren Betrag ſollen in den Poſtexpeditionen Nachweiſungen ausgehängt werden. 19. II. 337. seq. — deren Erhebung für Entfernungen unter 2 Meilen. 25. I. 70. — deren Vergütigung bei Dienſtreiſen. 25. IV. 863. — Abzüge von dem Verdienſte derſelben. v. K. A. 20. I. 16. — ſiehe auch Fuhr- und Reiſekoſten. desgl. Poſten und Extrapoſten. — Wenn Staatsbeamte mit Extrapoſt reiſen, ſo iſt nur bei einer Entfernung von weniger als einer Meile für eine volle Meile zu bezahlen, über eine Meile aber die Bezahlung nur nach der wirklichen Meilenzahl zu entrichten. R. v. 1. Okt. 1819. v. K. J. XIV. 221. — Cirk. Reſcr. v. 1. Febr. 1832., betr. die Liquidation derſelben bei Lokal-Kommiſſionen. XXXIX. 188. 189.— R. v. 6. April 1832. betr. die Extrapoſtgelder für Staatsbeamte, inſonderheit für Land- u. Stadtgerichts-Räthe. XXXIX. 424. 425.

Extrapoſt-Koſten; ſiehe Reiſekoſten.

Extrapoſtpferde, dürfen die Poſtämter an Niemanden ohne vorſchriftsmäßigen Paß geben. G. S. 1817. p. 159. — über deren Geſtellung. v. K. A. 17. II. 30.

Extrapoſt-Reiſende, ſteueramtl. Verfahren gegen ſelbige, rückſichtlich des bei ſich führenden Gepäcks. G. S. 1818. p. 128. aus den Gränzörtern, denſelben ſollen zu Reiſen in das benachbarte Ausland auch ohne Ausgangspäſſe Poſtpferde verabfolgt werden können. v. K. A. 21. IV. 909. — ſiehe auch Poſtreiſende. — Paßverfahren gegen dieſelben. 31. I. 119. — II. 362—364. Verfahren bei deren Rückfahrten nach 6ſtündigem Aufenthalte. 32. IV. 898.

F.

Fabrikanten, können mit ſelbſt verfertigten Waaren auch Handel treiben. G. S. 1810. p. 81. — 1811. p. 269. — 1824. p. 126. f. auch ausländiſche in den angränzenden dieſſeitigen Bezirken ihres Wohnorts. G. S. 1830. p. 1. — ſ. a. Fabriken. — deren Befreiung von beſonderer Gewerbeſteuer für die Gewerbeſcheine zum Aufſuchen von Waarenbeſtellungen und zum Waaren-Aufkauf, ſ. Gewerbeſteuer. — ſ. übrigens auch Gewerbeſcheine.

Fabrikarbeiten, Verwahrung der für ſelbige beſtimmten Kinder vor Sitten-Verwilderung. v. K. A. 26. IV. 1052. 1054.

Fabrikate, inländiſche, freier Handel und Verkehr mit ſelbigen. G. S. 1808. p. 323. — aus England und deſſen Kolonien, deren Einfuhr iſt verboten. G. S. 1810. (Anh.) p. 643. f. 693. — Aufhebung dieſes Verbots. G. S. 1813. p. 39. — 1814. p. 45. — in- und ausländiſche, Verkehr mit ſelbigen auf den Meſſen zu Frankfurt a. d. O. G. S. 1810. (A.) p. 693. f. — inländiſche, deren freie Zurückführung von ausländiſchen Meſſen. G. S. 1818. p. 121 — vaterländiſche, öffentliche Ausſtellung derſelben in Berlin und Preisvertheilung. G. S. 1821. p. 97. — desgl. v. K. A. 21. II. 334. u. folg. 26. III. 736. — Begünſtigung deren Ausfuhr durch die Rheiniſch-Weſtindiſche Compagnie. 21. I. 42. seq. — IV. 850 — 862 — chemiſche, welche die Apotheker im Oeſterreichiſchen führen dürfen. 18. IV. 1178.

Fabrikations-Stätten, neue, Sportel-Anwendung bei Genehmigungs-Ertheilung zu deren Anlegung. G. S. 1825. p. 131.

Fabriken. Inſtr. für die Fabriquen-Inſpektoren in der Neumark v. 26. Sept. 1723. C. S. V. II. V. No. 20. in der Churmark v. 25. Dec. 1724. No. 21. Rgl. für die Gold- und Silberſtoff- auch Seiden- und Sammetfabriquen in Berlin v. 15. März 1766. p. 167. IV. C. die Dimittirung der Meiſter und Geſellen betr. vom 2. Aug. 1770. p. 7326. IV. u. No. 74. C. wegen Stempelung der Fabrikwaaren v. 26. Jul. 1790. p. 2960. VIII. Rgl. v. 22. Dec. 1785. p. 18. VIII. Publ. vom 2. Jan. 1787. p. 251. — Nur dem Staat kommt es zu, die Erlaubniß zur Anlegung einer Fabrique, mithin auch zur Anlegung einer Glashütte zu ertheilen. A. L. R. Th.

2. Tit. 8. §. 407. St. B. p. 95. Th. XI. — Zur immerwährenden Fortſetzung einer Fabrikanſtalt gegebene Fonds ſollen niemals zur Erbtheilung kommen. E. O. v. 3. Nov. 1804. und R. v. 12. Jan. 1805. E. S. p. 2867. XI. N. A. III. 428. u. J. M. I. p. 95. Publ. wegen des verbotenen Austretens der Fabrikarbeiter und des Verrathens der Fabrikengeheimniſſe, v. 4. Dec. 1805. E. S. p. 3065. XI. — Vorſteher, Bediente und Arbeiter zum Auswandern zu verleiten, iſt bei Strafe verboten, A. L. R. II. XX. 148. ſ. Publ. N. A. B. 176. II. P. A. B. 71. — Einrichtung des Fabriken-Gerichts zu Berlin. R. v. 4. Apr. 1815. v. K. J. 16. V. — (Fabrik-Anlagen) reſſortiren von der Sektion der Gewerbepolizei im Miniſterium des Innern. G. S. 1808. p. 364. — 1810. p. 12. — die größern metalliſchen aber von der Bergwerks-Sektion. G. S. 1808. p. 364. — gehen zum Reſſort des Finanz-Miniſteriums über G. S. 1814. p. 41. — 1817. p. 289. — demnächſt zu dem für ſich beſtehenden Miniſterium des Handels und für die Gewerbe. G. S. 1817. p. 304. — reſſortiren nach Auflöſung des letztern wiederum vom Miniſterio des Innern. G. S. 1825. p. 151. — wichtige, zu ſelbigen müſſen die Regierungen höhere Genehmigung einholen. G. S. 1817. p. 265. — Gewerbeſchein-Löſungen von ſelbigen und deren Theilnehmern. G. S. 1810. p. 80. — 1811. p. 278. — Gewerbeſteuer-Entrichtung für deren Betrieb. G. S. 1820. p. 148. 158. — welche hoch impoſtirte Waaren verarbeiten, in wie weit deren Anlegung auf dem Lande geſtattet werden kann. G. S. 1811. p. 278. — zu deren Anlegung iſt die polizeiliche Erlaubniß erforderlich. v. K. A. 19. I. 238. — chemiſche, deren medizinal-polizeiliche Reviſion. 20. I. 127. — II. 326 — Beaufſichtigung der in ſelbigen arbeitenden Kinder in Beziehung auf Unterricht, Erziehung, Moralität und Geſundheit. 27. II. 428. desgl. Anhalten zum Schulbeſuch. 28. IV. 1015. — deren Anlegung und Kontrolle auf dem Lande und im Gränzbezirke, nach §. 151. des Gewerbe-Polizei-Edicts vom 7. Septbr. 1811. und dem §. 17. der Zollordnung vom 26. Mai 1818. — 33. I. 196. ff. — chemiſch pharmazeutiſche, allgemeine Beſtimmungen über den Umfang deren Betriebs. 30. I. 166. — ſiehe überhaupt Fabriken-Rechtsangelegenheiten.

Fabrikendiebſtahl; Publ. die Beſtrafung der Fabrikendiebſtähle betr., v. 29. Jan. 1793. E. S. p. 1432. IX. Rabe, 395. II. Publ. wegen des verbotenen Austretens der Fabrikenarbeiter, A. L. R. Th. 2. Tit. 20. §. 148. N. A. B. 176. II. P. A. B. 71. u. des Verrathens der Fabrikengeheimniſſe, v. 4. Dec. 1805. E. S. p. 3065. XI. ſ. a. §. 9. 14. c. 28. 34. 35. u. §. 43. das Rgl. für die zur Bearbeitung der Fabrikſachen niedergeſetzte Deputation des Stadtgerichts zu Berlin, v. 4. Apr. 1815. v. K. J. 6. V. — Regl. wegen Verhütung der Contrebande mit fremden Fabrikwaaren, v.

22. Dec. 1785. C. S. p. 18. VIII. — Avertiſſement, v. 22. Jan. 1787. p. 252.

Fabriken-Gerichts-Deputationen im Regierungsbezirk Arnsberg, Regl. für dieſelben v. 26. Nov. 1829. v. K. J. XXXVIII. 360 — 367. — Inſtr. v. 1. Oct. 1831 zur Vollführung dieſes Reglements. XXXVIII. 368 — 370. — Inſtr. v. 1. Oct. 1831 zur Verwaltung der Expeditions-, Regiſtratur- u. Kaſſengeſchäfte bei denſelben. XXXVIII. 371 — 382. ſ. Fabriken-Rechtsangelegenheiten.

Fabriken-Kommiſſarien, ſind dem Gewerbe-Departement im Miniſterio des Innern, zunächſt aber den Provinzial-Regierungen untergeordnet. G. S. 1808. p. 365. — 1810. p. 13. — deren Anſtellung. G. S. 1817. p. 255.

Fabriken-Ordnungen, ſtändiſche Vorſchläge wegen deren Entwerfung. v. K. A. 27. III. 592.

Fabriken-Prozeßſachen, ſ. Fabriken-Rechtsangelegenheiten.

Fabriken-Rechtsangelegenheiten. Reglement für die zur Bearbeitung der Fabriken-Prozeßſachen niedergeſetzte Deputation des Stadtgerichts in Berlin, v. 4. Apr. 1815. v. K. J. Vb. 16. — Das Reglement v. 4. Apr. 1815 unterwirft §. 10. alle in dem Umfange von Berlin befindlichen Fabriken u. Manufacturen, ſie mögen dem Staate oder Privatperſonen gehören, in Fabriken-Rechtsangelegenheiten dem Reſſort der Fabriken-Deputation des Stadtgerichts in Berlin. R. v. 11. Mai 1818. XI. 200.

Fabrikenſteuer, Inſtr. für die zur Erhebung derſelben beſtellten Offizianten excl. Berlin v. 8. Febr. 1770. C. S. p. 6659. IV. für die in Potsdam etablirte Fabriken-Commiſſion v. 24. Aug. 1771. ibid. p. 449. V. e.

(hat nach der Veränderung des Abgaben-Syſtems nur noch eine hiſtoriſche Bedeutung.)

Fabrik-Geheimniſſe, Publ. wegen deren Verrath, v. 4. Dec. 1805. C. S. p. 3065. XI. — ſ. a. §. 9. 14. c. 28. 34. 35. des Reglements für die zur Bearbeitung der Fabriken-Sachen niedergeſetzten Deputation des Stadtgerichts zu Berlin v. 4. Apr. 1815. v. K. J. p. 6. V. — Aufhebung der Verordn. des vormaligen General-Gouv. in der Rheinprovinz wegen deren Mittheilung und Exportation. v. K. A. 33. I. 38. f.

Fabrikgeräthſchaften, den Ouvriers der Schicklerſchen Fabrik zu N. Eberswalde ſoll von den dortigen Einwohnern sub poena nullitatis kein Handwerks- oder Inventarienſtück abgekauft, oder Vorſchüſſe darauf gegeben werden. R. v. 30. Juli 1801. C. S. p. 407. XI. — auswärtig gefertigte Modelle dazu, ſind acciſe- u. zollfrei. v. K. A. 18. I. 20.

Fabrikwaaren, des Auslandes, Zoll- und Verbrauchs-Steuer-Erhebung von ſelbigen. G. S. 1818. p. 66. — 1821. p. 165. ff. — 1824. p. 181. ff. — 1827. p. 131. ff. — rohe, nicht völlig verarbeitete, deren freie Ein- und Ausfuhr im gegenſeitigen Gränzverkehr mit den Niederlanden. G. S. 1818. (Anh.) p. 95 — 98. — welche von fremden Meſſen zurückkommen, deren Behandlung. 19. IV. 897 — 907. — inländiſche, zollfreier Verkehr mit ſelbigen nach fremden Meſſen. 23. IV. 786. ſ. a. Waaren.

Fabrikzeichen, vom Miniſterio des Handels genehmigte und durch die Amtsblätter bekannt gemachte Stempelung des Stabeiſens mit ſelbigen auf den Eiſenhütten. G. S. 1818. p. 153. — Strafe für deren Unterlaſſung, ſo wie für den Gebrauch fremder Fabrikzeichen. G. S. 1818. p. 153. 154. — fremde, über deren Gebrauch in Baden. v. K. A. 17. IV. 327. — mit dem Namen und Wohnorte der Fabrikanten, deren Beibehaltung. 29. III. 695.

Fachbäume, Feſtſtellung ihrer Lage, wo kein Merkpfahl vorhanden. B. v. 15. Aug. 1825. v. K. A. 34. III. 859.

Fackeln, deren Gebrauch auf öffentlichen Straßen. v. K. A. 20. I. 93. — iſt nur unter polizeilicher Erlaubniß geſtattet. 17. IV. 216. — deren Gebrauch in Scheunen, Ställen ꝛc. iſt verboten. 20. II. 301.

Facta tertii; ſ. Eid.

Faden, beim Seeweſen, enthält ſechs preußiſche Fuße. G. S. 1816. p. 149.

Fähranſtalten, polizeiliche Sicherheitsmaaßregeln rückſichtlich derſelben, zur Verhütung von Unglücksfällen durch ſelbige. v. K. A. 17. I. 222. — II. 206. — III. 194. 198. — 18. III. 810. — IV. 1. 12. — 19. I. 209. 210. — III. 790. 820. — IV. 989. — 22. III. 752 — 757. — 23. II. 372 — 375. — 24. I. 68. — deren Bezeichnung. 18. IV. 1153. — Angelegenheiten rückſichtlich derſelben gehören zum Reſſort der 1ſten Abtheilung der Regierung. 18. IV. 1110. — Fähranſtalt bei Memel, Aufſicht über ſelbige. 17. IV. 72. — Fähr-Ordnung für diejenige bei Freienwalde. 17. II. 206. — Anwendung von Sicherheitsmaaßregeln beim Gebrauche derſelben. 27. II. 460.

Fähren, wo, zum Ueberſetzen ſich befinden, ſoll ausgemittelt werden, wie viel ſolche zu tragen vermögen. C. O. v. 20. Aug. 1816. P. A. B. 417. VI. — auf der Elbe, rückſichtlich derſelben findet die Elbſchiffahrts-Akte keine Anwendung. G. S. 1822. p. 12. — auf der Weſer, desgl. die Weſerſchiffahrts-Akte nicht. G. S. 1824. p. 26. — auf dem Rhein, und auf den zu deſſen Stromgebiet gehörenden Flüſſen, Ueberfahrtsgeld-Tarif für dieſelben v. 27. Mai 1829. v. K. A. 30. II. 290.

Fährgelder, deren Vergütigung bei Dienſtreiſen. G. S.

1825. p. 169. — Aufſtellung von Tarifs für deren Erhebung. v. K. A. 17. I. 222. seq. — deren Erhebung gehört zu den Staats-Regalien. ibid. — deren Vergütigung bei Dienſtreiſen. 17. I. 12. — 23. I. 14. — 25. III. 565. — Befreiung der Poſtlandreiter, Lohnfuhr-Kontrolleure und Gendarmen von ſelbigen. 26. III. 731.

Fährgeld-Tarif, für das Ueberſetzen über den Gilgeſtrom bei Reatiſchken. G. S. 1822. p. 167. — Aufhebung dieſes Tarifs. G. S. 1824. p. 62. — für das Ueberſetzen über die Warthe, von Louiſenhain nach Staroleka. G. S. 1823. p. 162., desgl. über den Skirwithſtrom bei Skirwith. G. S. 1823. p. 163. — desgl. über die Oder bei Polenzig. G. S. 1824. p. 10. — desgleichen über die Warthe bei Borkow. G. S. 1824. p. 157. — über den Ruß- eigentlich Atmatheſtrom bei Sciesz. G. S. 1824. p. 61. — über den Strom bei Prerow auf dem Darß in Neuvorpommern. G. S. 1824. p. 242. — über die Peene bei Pinnow. G. S. 1821. p. 109. — für die Fähranſtalt zu Alt Lietzegöricke im Frankfurter Regierungsbezirke. G. S. 1826. p. 21.

Fährleute, deren Pflichten, v. K. A. 17. II. 206. — III. 194. 198. — 18. III. 810. — IV. 1112. ſ. a. Fähranſtalten.

Fährordnung, Freyenwaldiſche, v. 2. Oct. 1713. C. C. IV. I. A. No. 20. — Auszug aus derſeleen. P. A. B. 346. VII.

Fähr-Taxen, deren Ueberſchreitungen ſind von den Gerichten zu unterſuchen und zu beſtrafen. v. K. A. 31. III. 601.

Fälſchung. Trifft die Strafe der Fälſchung einer Privatſchrift denjenigen, der ein ihm ausgeſtelltes Dienſtzeugniß ohne Beabſichtigung eines beſtimmten Betruges, zu ſeinem Vortheile verfälſcht? S. u. Str. R. 1. B. No. 90. p. 363.

Färbe-Material, giftiges, in Steinkruken, (Freß- oder Weißpapp), vorſichtiger Gebrauch deſſelben. v. K. A. 25. IV. 1069.

Färben, V. verbotenen Färbens der Spielſachen u. Eßwaaren. C. v. 28. Nov. 1800. E. S. p. 3242. X. v. 30. Jan. 1801. p. 111. XI.

Färber, ſollen keine betrügliche und unächte Farben aufſetzen. R. v. 28. März 1758. p. 291. II. nicht mit blauem Holze weiße Tücher färben. R. v. 3. May 1758. p. 295. II. — deren Gewerbebetrieb auf Jahrmärkten durch Annahme von Beſtellungen. v. K. A. 29. III. 617. — deren Gewerbebetrieb im Umherziehen auf Beſtellungen außerhalb des Wohnorts. 30. III. 600. — Verhinderung der mit dem Betriebe verknüpften Störungen der Sonntagsfeier. 30. III. 600. (Färber in den Rheinprovinzen.) In wie fern ſind dieſelben als Kaufleute zu betrachten? R. v. 22. März 1832. v. K. J. XXXIX. 234. 235.

Fäſſermaaß, Beſtimmungen rückſichtlich deſſelben. v. K. A. 23. IV. 880.

Fäule, Krankheit der Schaafe, ſiehe letzt.

Fahnen, zu deren Weihe ſollen die Feldprediger zugezogen werden. G. S. 1811. p. 185. — können dem Landſturme nur nach dem Kriege als Belohnung verliehen und dann von den Gemeinden zum ewigen Andenken in den Kirchen aufbewahrt, auch bei feierlichen Angelegenheiten denſelben vorgetragen werden. G. S. 1813. p. 83. — feindliche, deren Erbeutung wird im Kriege mit der goldenen Verdienſt-Medaille belohnt. G. S. 1807. p. 149.

Fahnenſchmiede, werden nach den geſetzlichen Prärogativen der Unterofficiers und Gemeinen beurtheilt. E. O. v. 12. Jul. 1802. St. B. 182. XVII.

Fahren, durch ſchiffbare Ströme, Flüſſe und Kanäle in Oſtp. und Litthauen, iſt verboten. G. S. 1806. p. 4. 25. — in wie weit ſolches auf den Dämmen Statt finden kann. G. S. 1806. p. 9. — Strafbarkeit deſſelben. G. S. 1806. p. 25. — iſt auf bewachſenen Vorländern und Pflanzungen ꝛc. nicht erlaubt. G. S. 1806. p. 18. 27. — auf Fußſteigen und in Gräben, an den Kunſtſtraßen, wird beſtraft. G. S. 1822. p. 171. — 1824. p. 219. — 1828. p. 67. — mit Bier-, Mehl- und Getreide-Wagen während des Gottesdienſtes auf den Straßen iſt verboten. v. K. A. 17. I. 123. — zu ſchnelles auf den Straßen iſt verboten. 17. I. 218. — IV. 213. — 18. IV. 1129. — 19. I. 221. — II. 454. — auf dem Eiſe, Vorſichtsmaaßregeln bei ſelbigem. 17. IV. 226. — 18. II. 430. — auf Poſt- und Landſtraßen. 17. II. 216. — IV. 267. — 18. III. 849. iſt auf den Fußſteigen ſo wie in und durch Gräben verboten. 17. I. 260. seq. 264. — 22. II. 334. — Anordnungen wegen deſſelben im Oeſterreichiſchen. 19. II. 589. — ungebührliches raſches, iſt den Poſtillonen in Städten und Dörfern, verboten. 29. IV. 804.

Fahrläſſigkeit; ſ. Kriminalurtel.

Fahrpoſten, Verſorgung derſelben mit Plandecken. v. K. A. 25. I. 71. — Beförderung von Geldern und geldwerthen Papieren durch ſelbige. G. S. 1824. p. 231. ſ. auch Poſt. — ordinaire, Beförderung der Reiſenden mit ſelbigen. 29. I. 39. ff. — Haltung verdeckter und bequemer Beiwagen neben ſelbigen. 29. I. 40. — für die Benutzung der letztern wird 2 Sgr. weniger bezahlt. 29. I. 41. — Verbindungen durch dieſelben nach Rußland. 33. IV. 935.

Fahrungen in Schächten, deren Sicherung, ſiehe letzt.

Fahrzeuge, deren Gebrauch auf Gewäſſern. v. K. A. 23. II. 340. — deren Bezeichnung mit Nummern. 23. III. 698. — zur Aufnahme von Seereiſenden beſtimmt, wegen der darüber in den Nordamerikaniſchen Staaten beſtehenden Verordnung. 20. II. 451. — Siehe auch Kähne, Schiffsgefäße und Transportmittel. — auf dem Elbſtrome, deren Viſitation und Reviſion an

den Zollſtellen. G. S. 1822. p. 18. f. — desgl. auf der Weſer. G. S. 1824. p. 32. ff. — kleine, was von ſelbigen an Schleuſengeld zu berichtigen iſt. G. S. 1821. p. 188.

Falkenſtein=Meisdorf (Patrimonialamt). Darſtellung der Veränderungen in der dortigen Geſetzgebung und Gerichtsverfaßung ſeit 1806. v. K. J. XXX. 187 — 241.

Fall, durch ſelbigen Verunglückte und Lebloſſcheinende, Rettungsverſuche mit ſelbigen. v. K. A. 20. IV. 863.

Falſche Münze; ſ. Münzverbrechen.

Falſches Spiel; ſ. Spiel.

Falſchmünzen; ſ. Münzverbrechen.

Fama, Pat. daß die im Zuchtshaus Geſeſſenen von Handwerkern nicht ausgeſchloſſen werden ſollen v. 28. Aug. 1710. v. 10. Nov. 1716. C. C. V. II. X. No. 31. 36. R. deren ausdrücklichen Vorbehalt betr. wenn auf Veſtungs=Zuchthaus= oder Arbeitsſtrafe erkannt worden; auch ſoll, wenn das Verbrechen die Infamie nach ſich ziehet, die Veſtungs= oder Zuchthausſtrafe ſtatt derſelben verlängert werden v. 10. Jul. 1756. p. 115. II.

Familien. Auch die Anmaßung eines fremden bürgerlichen Familiennamens iſt unerlaubt. R. v. 19. Aug. 1799. J. M. I. p. 314. ſo wie der angebohrne Name ohne ſpecielle höhere Erlaubniß mit einem andern Familiennamen nicht vertauſcht werden darf. A. L. R. II. XX. 1440. u. R. v. 9. Jun. 1806. J. M. III. p. 189. — erkrankte und hülfsbedürftige, Aufbringung der Kur= und Verpflegungskoſten für ſelbige. v. K. A. 24. IV. 1148. — ganze Familien, deren Wandern kann nur nach einem beſtimmten Orte und auf geradem Wege dahin geſtattet werden. 31. III. 583.

Familien=Fideikommiſſe; ſ. Fideikommiß.

Familien=Namen, deren willkührliche Veränderung, ohne landesherrl. Erlaubniß, wird beſtraft. G. S. 1822. p. 108. — beſtimmte, zu deren Führung ſind inländiſche Juden verpflichtet. G. S. 1812. p. 17. f. — ſ. auch Namen. In wie fern zu deren Veränderung landesherrliche Genehmigung erforderlich iſt. v. K. A. 28. IV. 1045. — deren verbotwidrige Veränderung gehört zur gerichtlichen Kognition. 30. IV. 790. — deren Annahme durch Adoption. R. v. 9. Aug. 1834. — 34. III. 641. — der Juden, wenn er anzunehmen iſt. R. v. 30. Aug. 1834. — 34. III. 753. — ſ. Juden.

Familien=Regiſter, jüdiſche, ſiehe Juden.

Familienſchlüſſe. Die im §. 44. Th. II. Tit. IV. A. L. R. beſtimmte Friſt iſt nicht vom Tage der gerichtlichen Verlautbarung des Familienſchluſſes, ſondern vom Tage der auch außergerichtlichen Notarzeichnung deſſelben durch jeden Intereſſenten, zu berechnen. R. vom 25. Febr. 1833. v. K. J. XLI. 211 — 213. ſiehe auch Lehngut. Lehnſtamm. — ſiehe überhaupt Fideikom=

miß. Fideikommißkapital. Lehn. Retabliſſements-ſchulden.

Familien-Stifter, zwei, für die Töchter des weſtphäliſchen Adels, der Wiederherſtellung. v. K. A. 30. I. 210.

Familien-Stiftungen, können durch Familienſchlüſſe beliebig abgeändert oder gänzlich aufgehoben werden. G. S. 1807. p. 172. — adelige, Nachweis der Ahnen bei ſelbigen. G. S. 1830. p. 129. — ſiehe auch Fideikommiß. — Von allen Familienſtiftungen, welche der Verwaltung und Aufſicht der Magiſträte und Stadtgerichte untergeben ſind, ſollen jährliche Tabellen an die Landesjuſtizcollegia in der nämlichen Art eingeſandt werden, wie dieſe ſolche von den unter ihrer Verwaltung ſtehenden Familienſtiftungen an das Juſtizminiſterium einſenden. Reſcr. v. 10. Febr. 1816. v. K. J. VII. 8. — Berechtigungen der Directoren der Familienſtiftungen, und Oberaufſicht auf dieſelben. Reſcr. vom 11. Sept. 1816. VIII. 12. — Das Kammergericht iſt, da in Anſehung der Stiftungen der Juden die polizeiliche Oberaufſicht des Staats in eben der Art eintritt, wie ſie auf die Stiftungen der Chriſten wirkſam iſt, angewieſen, von den Familienſtiftungen der erſtern, welche nach der Verordnung vom 26. Aug. 1809 unter die Aufſicht der Gerichte geſtellt ſind, die erforderlichen Nachrichten einzuziehen und ſolche in die jährlich einzureichenden Tabellen aufzunehmen, auch auf die Erhaltung der Stiftungen zu wachen. Reſcr. v. 16. Nov. 1816. VIII. 242. — Der Einreichung der Tabellen von den bei Untergerichten und Magiſträten verwalteten Familienſtiftungen Seitens der Landesjuſtizcollegia an das Juſtizminiſterium bedarf es nicht, indem dieſe Stiftungen bei den Landesjuſtizcollegiis controllirt werden. Reſcr. v. 14. Febr. 1818. XI. 9. — Wahl der Directoren, Executoren oder Curatoren derſelben. Reſcr. vom 9. Aug. 1819. XIV. 14. ſ. Geſchäftstabellen und Liſten. — Entrichtung der Stempelſteuer von ſelbigen. v. K. A. 27. IV. 905. — in den übernommenen ſächſiſchen Gebietstheilen, Theilnehmungsrechte bei deren Erledigung. 30. III. 494. — Der §. 5. des Edikts v. 9. Oct. 1807. bezieht ſich auf die Pertinenzien ſolcher Güter, in welchen per pacta eine Succeſſion der Familie angeordnet iſt. S. u. Str. R. 3. B. No. 32. p. 362. — Eine Beweisführung gegen die, in Gemäßheit der Verordnung v. 5. März 1809. von den Landespolizeibehörden, bei Vererbpachtung von dergleichen Pertinenzien auszuſtellenden Atteſte, iſt unzuläſſig. S. u. Str. R. 3. B. No. 32. p. 362.

Fangegeld, für die Einbringung eines deſertirten Militair-Sträflings. G. S. 1819. p. 25. — Die Zahlung deſſelben; R. v. 1805. C. S. p. 3057. XI. J. M. II. 99. B. IV. 399. v. 1810. B. X. 293. fällt weg. C. O. v. 10. Oct. 1815.

Farbe, weiß und ſchwarz, mit ſelbiger ſollen öffentliche Baugegenſtände, als Geländer, Barrieren ꝛc. angeſtrichen werden. v. K. A. 20. II. 230. 319.

Farbe-Kräuter, deren Anbau. v. K. A. 25. IV. 1007. ſiehe Waid.

Farben, ſchädliche, deren Nichtgebrauch zu Spielzeug, Conditorei- und Zuckerwaaren und Bezeichnung der unſchädlichen. v. K. A. 17. IV. 230. seq. — 22. IV. 961. seq. — Badenſche Verordnung darüber. 22. I. 282. — deren Vermeidung bei Kinderſpielzeugen und Konditorei-Waaren. 30. I. 187. f. — iſt auf Wachs- und Talglichte nicht auszudehnen; ebendaſ.

Faſanen, V. die Schonung der, betr. v. 8. Febr. 1678. IV. I. II. No. 22. v. 31. Oct. 1703. No. 66. v. 8. Nov. 1721. No. 105. vom 11. Apr. 1722. No. 107. vom 29. März 1785. p. 3049. VII. Präjud. das Schießen der Faſanen betr. St. B. p. 65. XV.

Fasbinder; ſ. Handwerksprivilegien.

Faſchinen, deren Berechnung nach Kubik-Klaftern von 108 Kubikfuß. G. S. 1816. p. 146. — deren Herbeiſchaffung zu Ufer-Bauten in Oſtpr. und Litthauen. G. S. 1806. p. 15. 17. 20. — ſtrafbare Entwendung derſelben. G. S. 1806. p. 26. — Nichtanwendung derſelben als Wegebeſſerungs-Material. v. K. A. 17. II. 250. — Faſchinenholz, trockenes, deſſen Aufſammeln iſt an Strömen verboten. 19. III. 834.

Faſchinen-Diebſtahl, ſ. Reſſort.

Faſchinen-Werke, in Oſtpr. u. Litthauen, Hergebung des Platzes zu ſelbigen gegen Entſchädigung. G. S. 1806. p. 15. — Hegung und Sicherung derſelben vor Beſchädigungen, ebendaſ. — auf ſelbige darf kein Vieh gebracht werden, ebend. — an ſelbigen dürfen Schiffer mit ihren Gefäßen nicht anlegen. G. S. 1806. p. 24.

Faſtenzeit, während derſelben ſollen keine Luſtbarkeiten ſtattfinden. v. K. A. 17. III. 70. — das in derſelben übliche Fußwaſchen. 18. I. 126.

Faſtnacht, E. wegen Abſtellung der Faſtnachtsſpiele v. 4. Febr. 1659. E. S. I. II. No. 16. vom 8. Febr. 1670. No. 25. v. 1686. No. 43.

Faſtnachts-Maskeraden, in den Rheinprovinzen, in wie weit ſolche nur ſtatt finden dürfen. v. K. A. 30. I. 124. — II. 371.

v. Fauche-Borelſches Patent zur Verfertigung von tragbaren und geruchloſen Latrinen. v. K. A. 21. IV. 965—968.

Faulfieber; ſiehe Krankheiten, anſteckende.

Fayence-Fabriken, deren Anlegung in Städten. v. K. A. 29. II. 395.

Fayence-Waaren, Hauſirhandel mit ſelbigen. G. S.

1824. p. 130. — Abgaben-Entrichtung von denſelben. G. S. 1824. p. 198. — 1827. p. 146.

Fechtbodenhalter, können nur auf polizeiliche Zeugniſſe Gewerbeſcheine erhalten. G. S. 1811. p. 276.

Federn, Bett-, Hauſirhandel mit ſelbigen. v. K. A. 24. II. 586. — Schreibfedern, ſ. Schreibmaterialien.

Feder-Sammler, Gewerbeſteuer-Entrichtung v. ſelbigen. G. S. 1820. p. 162. — Federreißer, bedürfen keines Gewerbeſcheins. G. S. 1810. p. 80.

Federvieh, ſoll nicht auf den Straßen umherlaufen. v. K. A. 17. IV. 206.

Feier, der Feſt- und Sonntage, ſ. dieſe.

Feierburſche, Vorſchriften wegen derſelben. v. K. A. 17. I. 191. — ausländiſche ſollen an den Grenzen abgewieſen werden. 17. II. 186. ſ. a. Handwerksgeſellen.

Feiertage, ſ. Feſttage.

Feigheit vor dem Feinde, durch ſelbige wird das Recht, die National-Kokarde zu tragen, verwirkt. G. S. 1813. p. 22.

Feilbietung der Häuſer, ſ. Meiſtbietender.

Feimen, ſ. Diemen.

Feind, unerlaubter Verkehr mit demſelben u. Verabfolgung von Kriegsbedürfniſſen an ſelbigen während des Krieges, verwirken die Todesſtrafe. G. S. 1813. p. 34. — 1814. p. 6. — ſ. a. Landesverrätherei. — Eine auf ein verpachtetes Gut ausgeſchriebene, auf die Perſon geſchlagene Natural-Lieferung an den Feind, trifft den Verpächter als Eigenthümer, ſelbſt wenn das Guts-Inventarium dem Pächter nach einer Taxe als Eigenthum übergeben worden iſt. S. u. Str. R. 1. B. No. 34. p. 134. — Ein Poſtamt iſt zu der, ihm ſonſt geſetzlich obliegenden Vertretung für die Verſehen der Poſtbedienten und Poſtillone nicht verpflichtet, wenn der Feind, zur Zeit des entſtandenen Verluſtes die Poſtrevenüen gezogen hat. S. u. Str. R. 1. B. No. 51. p. 192.

Feld-Arbeiten, an Feſttagen, in wie weit ſolche ſtattfinden können. v. K. A. 19. I. 92.

Feldblumen, über das Einſammeln derſelben. v. K. A. 17. II. 75.

Felddiebſtähle, deren Beſtrafung ſoll geſchärft und unnachſichtlich vollſtreckt werden. G. S. 1811. p. 308. — deren Beſtrafung gehört, ohne Rückſicht auf die Größe des Gegenſtandes, vor die Juſtizbehörden. v. K. A. 30. I. 135. f. — IV. 787. — (und Gartendiebſtähle). Gehört es zur Anwendung des §. 1170. Tit. 20. Th. II. des Allg. Landrechts, daß die geſtohlenen Feld- u. Gartenfrüchte ſich noch auf dem Felde, oder in den Gärten, wo ſie erbaut wurden, befanden? S. u. Str. R. 1. B. No. 84. p. 340.

Feld=Etats, für die Grenadierbataillons, Infanterie- und Kavallerie-Regimenter, Regulativ über ſelbige. G. S. 1808. p. 288 — 303.

Feldfrüchte, deren öffentlicher Verkauf auf dem Halm iſt im Wege der Exekution unzuläſſig. R. v. 19. Jan. 1819. v. K. J. XIII. 14. — über deren Beſchädigung der Manövers und Exercitien der Soldaten und die dafür zu liquidirenden Entſchädigungen. v. K. A. 17. I. 68. 70. — 19. II. 587. — über deren zu frühen Genuß. 17. II. 224.

Feldgeiſtliche, römiſch-katholiſche, ſ. Geiſtliche.

Feldhecken, an Landſtraßen, deren Fortſchaffung. v. K. A. 23. III. 599. — ſ. a. Dorfhecken.

Feldhüter, deren Uniformirung u. Bewaffnung. v. K. A. 23. I. 92. — deren Anſtellung auf dreimonatliche Kündigung. 33. III. 686. — Verfahren bei deren Dienſtentlaſſung in der Rheinprovinz. 33. III. 688. — ſtädtiſche, Heranziehung ländlicher Grundbeſitzer zu deren Beſoldung. 33. III. 687.

Feldjäger, auf ſelb. ſoll bei Beſetzung von Forſtbedienungen vorzüglich Rückſicht genommen werden. G. S. 1808. p. 491. — 1817. p. 255. — Vom Range der reitenden Feldjäger. J. M. XI. 129.

Feldjäger=Korps, reitendes, Bedingungen zur Aufnahme in daſſelbe. v. K. A. 28. I. 207.

Feldkriegskommiſſariat; R. die Klagen auswärtiger Behörden gegen daſſelbe wegen Forderungen aus dem Franzöſiſchen Kriege her. betr. v. 11. Febr. 1799. E. S. p. 2202. X. St. B. p. 284. IX.

Feldküſter, ſ. Militairküſter.

Feldlazareth=Prediger, deren Prüfung und Anſtellung. G. S. 1811. p. 172. 173. — deren Weiterbeförderung nach treuer Erfüllung ihrer Pflichten. G. S. 1811. p. 190. — Bewilligung eines Wartegeldes für ſelbige. G. S. 1811. p. 191.

Feldmäuſe, deren Vertilgung. v. K. A. 18. IV. 998. — 22. II. 364 — 369.

Feld=Manövers, die dafür zu treffenden Anordnungen. v. K. A. 17. I. 68. — 20. III. 611. — ſ. auch Manöver.

Feldmarken, deren jährlich zu erneuernde Grenzbezeichnung. v. K. A. 17. III. 41.

Feldmarſchälle, ſind Mitglieder des Staatsraths. G. S. 1817. p. 69.

Feldmeſſer, Regl. v. 28. Dec. 1702. E. S. V. III. II. No. 16. Inſtr. v. 25. Febr. 1704. No. 18. muß auch ein vom Ober-Bau-Departement geſtempeltes Probemaaß bei ſich führen. R. an das Cammergericht v. 18. Apr. 1774. Lief. 4. d. 42. Regl. die Ver-

meſſung der Aecker betr. v. 19. Febr. 1704. No. 17. Regl. für die bei der Churmärk. Cammer v. 25. Sept. 1772. C. S. p. 391. V. b. im Herz. Magdeburg, Fürſt. Halberſtadt und Gr. Hohenſtein v. 9. Aug. 1776. p. 3221. VI. bei der Clev=Meurſiſchen Cammer und Märkſchen Cammerdeputation v. 20. Aug. 1776. p. 227. VI. bei der Neumärkſchen Kr. u. Dom. Cammer v. 20. Aug. 1779. (ungedruckt.) für die im Königreich Preußen v. 20. Nov. 1755. p. 897. I. vom 28. Mai 1793. p. 1596. IX. zur Vermeſſung der Forſten v. 2. Mai 1771. p. 357. V. e. v. 23. Apr. 1796. p. 203. X. in Pommern v. 24. Dec. 1777. p. 1147. VI. — Rev. Regl. für die Ingenieurs d. d. Berlin d. 23. Apr. 1796. beſond. gedr. — Publ. deren Prüfung betr. v. 8. Mai 1798. (ungedr.) Regl. v. 25. Jan. 1801. beſond. gedr. Regl. v. 29. Apr. 1813. K. A. B. 547. III. c. D. v. 10. Oct. 1814. wegen der Diäten der Baukonducteurs, p. 431. IV. — werden von der Ober=Bau=Deputation geprüft u. von der Regierung angeſtellt. G. S. 1810. p. 13. — 1811. p. 274. — dürfen ihr Gewerbe nur dann erſt betreiben. G. S. 1810. p. 84. — 1811. p. 274. — 1829 p. 19. — dieſe Beſtimmung ſoll im ganzen Umfange der Monarchie zur Anwendung kommen. G. S. 1829. p. 19. — deren Anſtellung zu Vermeſſungen und Bonitirungen bei gutsherrl. und bäuerl. Auseinanderſetzungen und Gemeinheitstheilungen. G. S. 1817. p. 181. ff. — Bewilligung von Gebühren und Reiſekoſten für ſelbige in ſolchen Angelegenheiten. G. S. 1817. p. 198. — Diäten= und Reiſekoſten=Sätze für ſelbige. G. S. 1825. p. 167. — von Vollſtreckung der Exekutionen wider dieſelben, ſ. Exekution; ſ. a. Perſonal=Arreſt. — deren Verhältniſſe als öffentl. Beamte. v. K. A. 20. I. 7. — IV. 690. u. 23. III. 588. — deren Prüfung. 19. III. 645. — 24. II. 454. — deren Bildung, Anſtellung und Vereidigung. 22. I. 87. — Juden können als ſolche nicht angeſtellt werden. 20. I. 8. — IV. 700. — können ſich zu ihren Dienſtreiſen nur der gewöhnlichen Poſt bedienen. 22. I. 59. — Beſtimmung der Gebühren und des Diätenſatzes für ſelbige. 21. II. 326. — 26. I. 12. — desgl. bei Grenzregulirungen. 19. I. 67. — ſ. Staatsbeamte. — allgemeines Regl. über die Rechte und Pflichten derſelben, v. 29. Apr. 1813. 27. III. 783 — 808. — die in demſelben enthaltene Gebühren=Taxe darf auch auf königl. Forſt=Vermeſſungen angewendet werden. N. A. B. 16. VII. K. A. B. 45. VII. — gehören nach Ableiſtung des allgemeinen Dienſteides zu den Staatsbeamten. 28. II. 278. — Ertheilung der Heiraths=Konſenſe an ſelbige, ibid. — unbeſoldete, ſind nicht verpflichtet, der Wittwen=Kaſſe beizutreten, ibid. ſ. a. Baumeiſter. — in wie weit deren Eingaben ſtempelfrei oder ſtempelpflichtig ſind. 28. I. 58. — Regl. v. 29. Apr. 1813. §. §. 83. 84. und 94. — 29. III. 519. — können nur nach vorgängiger Prüfung

durch die Oberbau-Deputation im ganzen Umfange der Monarchie ihr Gewerbe treiben. 29. I. 158 — 160. — Einſendung jährlicher Nachweiſungen von ſelbigen. 29. IV. 924 — 928. — allgemeine Vorſchriften für deren Prüfung. 31. III. 515 — 523. — beſtimmte Termine für deren Prüfung. 32. II. 345. — deren Prüfung in beſonderer Beziehung auf Schulreife. 32. II. 346. — zur Prüfung als ſolche können die Schüler der Kulmer höhern Stadtſchule nicht zugelaſſen werden. 32. III. 589. — deren Qualifikation zum Baufache im Dienſte des Staats. 32. I. 231. — Regulativ über deren Prüfung v. 8. Juli 1833. — 33. II. 269 — 276. — Zulaſſung der Kataſtergehülfen zu ſolcher Prüfung. 33. II. 276. — Diäten-Bewilligung für dieſelben. 33. IV. 937. — deren Dienſteid, ſiehe Eidesformel. — deren Anſtellung als Reviſoren. R. v. 5. Febr. 1834. — 34. I. 14. — R. v. 7. Nov. 1833, deren Diäten betr. v. K. J. XLII. 429 — 434. — die bei den General-Kommiſſionen angeſtellten, ſind in Beziehung auf Gehalts-Abzüge nicht als angeſtellte Beamte zu betrachten. R. v. 15. Oct. 1830. XXXVI. 319. nur für die Dauer des Geſchäfts genießen ſie dieſes Vorrecht. Allerh. Cab. Ord. v. 19. Jan. 1833. G. S. 4.

Feldmeßkunſt, Schulprüfung der derſelben ſich widmenden Kandidaten. v. K. A. 24. II. 454.

Feld-Miniſterium, für die Ausübung des Militair-Gottesdienſtes. G. S. 1811. p. 171.

Feldoffizianten, deren Wiederanſtellung. v. K. A. 18. I. 4. — nur für die Dauer des Krieges angeſtellt, können, wenn ſie ihre Beſtimmung nicht erfüllen, ſofort wieder entlaſſen werden. G. S. 1826. p. 86. — welche kein Friedensgehalt genießen, erhalten bei Demobilmachungen noch das volle Gehalt des laufenden Monats. G. S. 1814. p. 100.

Feldprediger, ſ. A. L. R. Th. II. Tit. XI. §. 412. denſelben ſoll in ihren Functionen kein Eingriff geſchehen. R. v. 12. Dec. 1720. C. S. I. I. No. 108. D. v. 21. März 1711. No. 110. R. v. 9. u. 16. Febr. 1725. No. 115. 116. Circular-Ordnung, wie es wegen deren Prüfung und Anſtellung zu halten, v. 22. Jan. 1720. III. I. No. 160. — deren Prüfung, Berufung und Anſtellung. G. S. 1811. p. 173. f. — ſind der evangeliſch-lutheriſchen Konfeſſion zugethan. G. S. 1811. p. 172. — ſtehen unter der Civil-Konſiſtorial-Behörde und unter der Aufſicht der Superintendenten. G. S. 1811. p. 172. 175. f. — dürfen neben ihrem Amt keine Stadt- u. Landpfarren annehmen, ebendaſ. — deren Mobilmachung im Kriege, ebendaſ. p. 171. — in Kriegszeiten führt der Feldprobſt die Aufſicht über ſelbige. G. S. 1811. p. 176. — Einſendung von Populations-Liſten u. Berichten über die Militair-Unterrichts- und Schulanſtalten durch dieſe. G. S. 1811. p. 175. f. — Dienſtver-

hältniſſe derſelben. G. S. 1811. p. 175. — dürfen in Kriegszeiten keinen Urlaub erhalten, ibid. 177. — Verhältniſſe zu ihren Gemeinen und zu den Civilpredigern des Orts. G. S. 1811. p. 177 — 179. 187. — Amtsgeſchäfte derſelben als Prediger. G. S. 1811. p. 179 — 187. — als wiſſenſchaftliche Lehrer. G. S. 1811. p. 187. — als Aufſeher der Schulen. G. S. 1811. p. 189. — Urlaubsbewilligungen für dieſ. G. S. 1811. p. 176. f. — deren Weiterbeförderung nach mehrjähriger treuer Pflichterfüllung. G. S. 1811. p. 190. — Ahndung der Dienſt-Vernachläſſigung oder eines unmoraliſchen Wandels derſelben. G. S. 1811. p. 190. — ſind rückſichtl. ihrer Amtsſuspenſion und unfreiwilligen Entlaſſung nach den Vorſchriften der Allerh. Kab. Ordre v. 12. Apr. 1822. (G. S 1822. p. 105 — 108.) zu behandeln. G. S. 1826. p. 86. — Prüfungen und Verhältuiſſe der zu ſelbigen beſtimmten Geiſtlichen. v. K. A. 22. I. 100 — 102. — Beſetzung deren Stellen. 23. IV. 844. — deren Kompetenz. 23. I. 82. — Gerichtsſtand derſelben. 22. II. 373. — jeder derſelben erhält auf dem Marſche ein Reitpferd. 20. I. 139. — deren Stellvertretung durch Civilprediger. 24. III. 786 — 794. — deren Beitritt zu einer der Wittwen-Kaſſen. 24. II. 411. — 26. III. 739.

Feldprobſt, Aufhebung der früher beim Militair für ſelbigen beſtandenen Stelle. G. S. 1811. p. 172. — der Feldprediger der Garde erhält den Titel deſſelben, wenn er deſſen Geſchäfte wirklich verwaltet; ebendaſ. — führt in Kriegszeiten die Aufſicht über die Militairprediger. G. S. 1811. p. 176.

Feldſchanzen, ſ. Verſchanzungen.

Feldſchützendienſt, Verbindung deſſelben mit dem Nachtwächterdienſt. v. K. A. 17. I. 184.

Feldſteine, gehören in der Regel dem Eigenthümer des Guts. St. B. p. 91. V. — deren Verabfolgung zum Chauſſeebau; ſ. Chauſſeebaumaterialien. Verpflichtung der Grundbeſitzer hierzu. v. K. A. 30. IV. 863.

Feld-Vermeſſungs-Gebühren, deren Feſtſetzung. v. K. A. 29. III. 518. rückſtändige, deren Einziehung im Wege der Exekution. 29. I. 72.

Feldwärter, verpflichtete, die über die Befolgung der Feldordn. wachen, Anſetzung derſ. in den Dörfern. G. S. 1811. p. 308.

Feldwebel, mehrjährig gediente, deren Verſorgung im Civildienſt. v. K. A. 20. III. 455. 458. — IV. 695. 698. — 21. III. 510. — des ſtehenden Heeres und der Landwehr mit Ausſchluß der Garden, die gegen ſelbige auf Degradation und Verluſt des Porteépées gerichteten Erkenntniſſe bedürfen der Allerh. Beſtätigung nicht. G. S. 1827. p. 36. — ſ. Anſtellungen, Invaliden, Militair-Wartegeld, Sold.

Feldzehnte, reluirte, deren Befreiung von der Kommunal-Steuer. v. K. A. 30. II. 346.

Feldzulagen, hören mit dem Tage der Demobilmachung der Truppen und deren Eintreffen in den Garniſonen auf. G. S. 1814. p. 99. 100.

Felle, ſ. Häute.

Fenſter, Präjud. von der Befugniß, in ſeinem Gebäude Fenſter zu machen, welche nach der Beſitzung des Nachbars gehen. St. B. 66. XVIII. nach den Straßen hin, aus ſelbigen dürfen keine Flüſſigkeiten gegoſſen, und keine harten Gegenſtände hinausgeworfen werden. v. K. A. 17. IV. 204. — ohne hinreichenden Schutz ſollen an ſelbige keine Dinge geſtellt werden, die herabfallen und ſchaden können. ibid. 215.

Fenſterläden, deren Sicherung vor Einbrüchen. v. K. A. 20. IV. 833.

Fenſterſteuer, ſoll in Gemeindekaſſen fließen. v. K. A. 19. II. 325. 327. — Aufhebung derſelben wo ſie noch ſtattfindet. G. S. 1820. p. 136.

Ferien, Gerichts-, ſ. A. G. O. Th. 3. Tit. 1. §. 52. 53. wenn zu ſolcher Zeit bei einem Concurs oder einer ſonſtigen Edictal-Citation der Termin in den Aerndte-Ferien angeſetzt worden. R. v. 12. Jun. 1797. St. B. p. 396. V. — beſtehen blos darin, daß die Gerichte den Landmann nicht in der Saat- und Erndtezeit zu Terminen vorladen und keine Exekutionen gegen ihn vollſtrecken laſſen ſollen, um ihn nicht von ſeinem Nahrungsbetriebe abzuhalten, ſind aber nicht zur Erleichterung der Gerichte angeordnet. R. v. 23. Juli 1814. v. K. J. IV. 30. — Schul-, Anordnung derſelben. v. K. A. 24. II. 452 — 454. — 26. I. 92. seq. — desgl. in den Seminarien. 26. II. 362. — auf den Gymnaſien in Weſtphalen. 33. III. 658. — deren Anordnung auf dem platten Lande. 28. III. 698. — 29. IV. 841. und endlich die Verfügung v. 26. Febr. 1834. — 34. III. 725.

Ferleule, ſ. Holzraupen.

Feſſeln, Anordnungen für deren Anlegung bei Gefangenen in der Rheinprovinz. v. K. A. 32. I. 169.

Feſte, kirchliche, Anordnungen zu ſelbigen durch die Konſiſtorien. G. S. 1817. p. 238. — über das verbotwidrige Schießen bei denſelben. 18. III. 847.

Feſtſetzungs-Dekret, ſ. Mandatariengebühren, Moderationsbeſcheid.

Feſttage, R. wegen Einſchränkung derſelben, v. 28. Jan. 1773. E. S. p. 47. V. c. c. R. die am dritten von Predigern und Schulbedienten gegen ein Accidenz bisher gehaltene Predigt betr. v. 5. Apr. 1773. p. 553. V. e. C. die Feier des Himmelfahrtstages

betr. v. 19. März 1789. p. 2429. VIII. ſ. a. Sonntag. — N. wegen der in Südpreußen abgeſchafften, v. 29. Nov. 1796. St. B. p. 171. Th. X. — welche als vaterländiſche Feſte anzuſehen ſind. K. A. B. VI. 319. — deren Feier kann nicht gleichförmig angeordnet werden. v. K. A. 24. I. 170. — welche nur durch Lokalbehörden eingeführt ſind, fallen künftig fort. 17. I. 119. — polizeiliche Anordnungen wegen deren Feier überhaupt. 17. I. 120. 122. — II. 110 — 113. — 18. II. 349. 351. — III. 694. — 19. I. 90. — 20. II. 250. — 22. II. 371. — 23. III. 620. — IV. 946. — während des Gottesdienſtes an ſelbigen dürfen keine öffentlichen Arbeiten ſtattfinden, dagegen iſt der häusliche, ruhige Gewerbebetrieb nicht zu unterſagen. 25. II. 377. seq. — 26. II. 354. — Beſorgung dringender Ernte- und Feldarbeiten an denſelben, jedoch nach beendigtem Gottesdienſte. 19. I. 92. — Treibjagden dürfen an ſelbigen nicht ſtattfinden. 19. I. 93. — in den vormaligen ſächſiſchen Landestheilen, in wie weit deren kirchliche Feier ſtattfinden ſoll. 21. IV. 868. — 26. III. 742. — Einſtellung öffentlicher Luſtbarkeiten an ſelbigen. 18. II. 349. — 23. I. 83. — 25. II. 377. seq. — desgl. an den Vorabenden derſelben. 26. I. 86. seq. — desgl. an dem Buß- u. Bettage ſelbſt, ſo wie am Charfreitage und an dem Feſttage zum Andenken an die Verſtorbenen. ibid. — über die an denſelben zu geſtattenden Aufgebote und Trauungen. 18. II. 349. — Beſtimmungen über deren Feier in der Provinz Sachſen. K. A. B. VI. 267. N. A. B. VI. 413. 631. u. v. K. A. 27. II. 335. ſ. a. Kirchenfeſte, desgl. Buß- u. Bettag. — katholiſche, deren gleichmäßige Anordnung in ſämmtl. Provinzen der Monarchie. v. K. A. 29. II. 292. — deren Feier von Seiten der Sträflinge u. Häuslinge in den rheiniſchen Straf- u. Land-Armen-Anſtalten. 29. III. 526. — Unterſagung öffentlicher und geräuſchvoller Arbeiten an denſelben. 32. II. 411. — Verkauf in Läden an denſelben außer den Stunden des Gottesdienſtes. 32. III. 649. — dagegen ſoll an ſelbigen kein Buden- u. Marktverkehr ſtattfinden, ebendaſ. geſetzliche, in der Rheinprovinz. Cab. Ord. v. 5. Juli 1832. — 32. III. 650. u. v. K. J. XL. 284. 285. G. S. 1832. p. 197. — ſ. auch Feiertage.

Feſtungen. Die in denſelben anzulegenden Pulvermagazine. 17. III. 188. — Niederlaſſung von Ausländern in ſelbigen. 22. I. 146. seq. — Ohne ausdrückliche Genehmigung des Kriegs-Miniſterii ſoll kein Bau innerhalb der Feſtungs-Rayons unternommen werden. P. A. B. 560. IV. 460. V. 489. VI. — Beſtimmungen über den Wiederaufbau der zerſtörten Vorſtädte und Gebäude außerhalb derſelben oder zwiſchen ihren Außenwerken, nach der Allerh. Cab. Ord. v. 12. März 1814. G. S. 1814. p. 25. — desgl. nach derjenigen, v. 24. Aug. 1814. G. S. 1814. p. 75. — Anwen-

dung derſelben und deren Deklarationen auf ſämmtliche, ſeitdem neu erworbene und neu angelegte, ſo wie auf alle noch etwa neu anzulegende Feſtungen der Monarchie, nach der Allerh. Cab. Ord. v. 1. Oct. 1823. G. S. 1823. p. 174. — Regulativ über die Benutzung beſtehender und über die Einrichtung neuer Holzhöfe innerhalb der Feſtungs-Rayons v. 29. März 1822 und Allerh. Beſtätigung v. 9. Apr. 1822. G. S. 1822. p. 145. ff. — Anordnungen wegen Benutzung u. Anlegung der Lehm- u. Sandgruben innerhalb der Feſtungs-Rayons, nach der Allerh. Cab. Ord. v. 30. Aug. 1824. G. S. 1824. p. 163. — desgl. v. K. A. 24. I. 214. ſ. a. G. S. 1828. p. 125. 126. — Regulativ über das Verfahren bei baulichen Anlagen oder ſonſtigen Veränderungen der Erdoberfläche innerhalb der nächſten Umgebungen derſ. v. 10. Sept. 1828. G. S. 1828. p. 119 — 130. — durch ſelbiges werden die vorangegangenen ältern Beſtimmungen in den Allerh. Cab. Ordern v. 28. Apr. 1797, v. 12. März 1814, v. 24. Aug. 1814, v. 13. Sept. 1816, (über verſchanzte Läger und hergeſtellte alte Verſchanzungen a. d. letzten Kriegen,) v. 6. Jan. 1820, v. 9. Apr. 1822, v. 1. Oct. 1823, u. v. 30. Aug. 1824 aufgehoben. G. S. 1828. p. 120. — Rayon-Linien und Rayon-Bezirke um ſelbige. G. S. 1828. p. 120. — Bau-Geſuche, Erlaubnißſcheine und Verzichtleiſtungs-Reverſe. G. S. 1828. p. 121. — Behandlung ſchon vorhandener Anlagen u. Bauwerke. G. S. 1828. p. 121. f. — Eintheilung der nächſten Umgebungen derſelben in drei Rayonbezirke. G. S. 1828. p. 120. — beſondere Beſtimmungen für die einzelnen Rayonbezirke. G. S. 1828. p. 122. ff. — Anlage von Kunſtſtraßen, Dämmen, Gräben, Mühlen, Kirchthürmen u. Beerdigungsplätzen. G. S. 1828. p. 124. — Anlage und Benutzung von Steinbrüchen u. Ziegeleien. G. S. 1828. p. 125., desgl. von Holzhöfen, Zimmer- und Schiffsbauplätzen, ſo wie Aufbewahrung von Bau- und Brennmaterial. G. S. 1828. p. 125. 126. — Beſtimmungen für den Rayonbezirk von Außenwerken. G. S. 1828. p. 127. — desgl. für die zwiſchen den Feſtungswerken und Walllinien belegenen Grundſtücke. G. S. 1828. p. 127. — Ausnahmen nach Maßgabe der Beſchaffenheit des Terrains und der Beſtimmung der Gebäude. G. S. 1828. p. 128. — Lokal-Reviſionen, temporaire und alljährige, innerhalb der Rayonbezirke, deren Veranſtaltung durch die Kommandanturen u. Platz-Ingenieure, ſo wie durch die Magiſträte und Polizeibehörden. G. S. 1828. p. 129. — Anordnungen wegen Anlegung neuer und Wiederaufbaues zerſtörter Vorſtädte u. Gebäude innerhalb der Rayonbezirke. G. S. 1828. p. 123. 129. — Rayon-Beſtimmungen für die in den letzten Kriegsjahren angelegten oder hergeſtellten verſchanzten Läger und Städtebefeſtigungen. G. S. 1828. p. 128. 129. — für die in den Umgebungen der Feſtungen während des

Kriegs von 1806 — 1807 ſtattgehabten Landſchäden und Demolirungen findet keine Entſchädigung ſtatt. G. S. 1812. p. 135. — zu Anlegung von Feſtungen behalten ſich die verbündeten Mächte in dem Pariſer Friedens-Traktate v. 30. Mai 1814 die völlige Befugniß gegenſeitig vor. G. S. 1814. p. 120. — ſiehe auch Oderfeſtungen, desgl. Hüningen, Luxemburg und Niederlande. — von der Cenſur der Pläne der Feſtungen und ihrer Umgegend. Cab. Ord. v. 18. Apr. 1834. G. S. 1834. p. 66. — ſiehe überhaupt auch Feſtungsarreſtanten, Feſtungspläne, Gebäude-Entſchädigung.

Feſtungs-Arbeit, deren Anwendung gegen Soldaten bei ſchweren Vergehungen und Verbrechen. G. S. 1808. p. 270. 317. ff. — ſ. übrigens Feſtungsarreſt.

Feſtungs-Arreſt, Strafe, begreift ſowohl -Arreſt als -Arbeit in ſich, R. v. 31. Mai 1802. E. S. p. 954. XI. Die einem Civilbeamten zuerkannte Feſtungsſtrafe ziehet in der Regel die Caſſation deſſelben nicht nach ſich. C. O. v. 7. Febr. 1803. N. A. 207. B. 3. — Auf Feſtungs-Arbeit muß ſchlechterdings in der Regel, und auf Feſtungs-Arreſt als Ausnahme nur dann erkannt werden, wenn Geburt, Erziehung, Stand und Gewerbe des zu Beſtrafenden vermuthen laſſen, daß er an körperliche Arbeiten nicht gewöhnt ſei. R. v. 15. Sept. 1804. N. A. 488. III. — Feſtungsſtrafe ſchließt vom Bürgerrechte aus. G. S. 1808. p. 326. f. — während des Feſtungsarreſtes haben die dazu mit Beibehaltung ihres Gehalts verurtheilten Offiziere, auf die Hälfte ihrer Friedens-Rationen Anſpruch. G. S. 1808. p. 314. — Vollziehung deſſelben bei Soldaten. G. S. 1808. p. 263. 270. 317. ff. — bei Feſtungsſtrafe ſollen die nicht öffentlich geſchehenden Züchtigungen der Verbrecher wegfallen. G. S. 1811. p. 196. — Arreſt von Civilbeamten erlitten, ſoll an ſich denſelben ihrem ſonſt guten Namen nicht nachtheilig ſein, weshalb auch nicht mehr auf Caſſation als bloße Folge jenes Arreſtes zu erkennen iſt. G. S. 1813. p. 5., dagegen ſoll bei einem längern als einjährigen Feſtungsarreſt die Amtseinſetzung eintreten, ebendaſ. — mit Strafbarkeit verbunden, dadurch wird das Recht, die National-Kokarde zu tragen, verwirkt. G. S. 1813. p. 22. — zieht auch den Verluſt der Kriegs-Denkmünze nach ſich. G. S. 1815. p. 2. — derjenige, zu welchem Soldaten u. Freiwillige verurtheilt ſind, ſoll auf die Dienſtzeit derſelben nicht angerechnet werden. G. S. 1820. p. 71. — Vollziehung der Feſtungsſtrafe bei Militairperſonen für den begangenen dritten Diebſtahl. G. S. 1821. p. 183. — ſtatt des Feſtungs-Arreſtes kann auch auf Feſtungs-Arbeit und Zuchthausſtrafe erkannt werden. G. S. 1821. p. 158. — während deſſen Erleidung dürfen Orden, Ehrenzeichen und Denkmünzen von deren Beſitzern nicht angelegt werden. G. S.

1822. p. 174. und v. K. A. 22. II. 186. — deſſen Verwandlung in Militairſtrafe gegen beurlaubte Landwehrmänner ꝛc. durch die Civilgerichte. G. S. 1823. p. 28 — 31. — lebenswieriger, Einſendung der darauf lautenden Kriminal-Erkenntniſſe an das Juſtiz-Miniſterium u. Allerh. Beſtätigung deſſelben. G. S. 1809. p. 577. u. 1824. p. 221. — zehn- und mehrjähriger, bedarf der Beſtätigung des Juſtiz-Miniſterii. G. S. 1809. p. 578. — Beſchränkung dieſer Beſtimmung. G. S. 1824. p. 221. — In Fällen, wo die Strafgeſetze nur des Feſtungsarreſtes erwähnt haben, kann auf Feſtungsarbeit und Zuchthausarbeit erkannt werden, und die Wahl zwiſchen dieſen Strafen iſt nach dem Stande des zu Beſtrafenden und ſeiner individuellen Verhältniſſe zu leiten. R. v. 22. Nov. 1824. v. K. J. XXIV. 334. ſ. Verpflegung, Verpflegungskoſten. — Welche Feſtungen ſind zur Aufbewahrung gefährlicher zum Feſtungs-Arreſt verurtheilter Verbrecher geeignet? Cirk. Reſcr. v. 19. Febr. 1830. v. K. J. XXXV. 139. — Feſtungs-Arreſt von einem vollen Jahre und darüber, wird bei Penſionirungen der Offiziere von deren Dienſtzeit abgerechnet. v. K. A. 29. II. 213. — ſ. übrigens Feſtungsarreſtanten, Landesverweiſung, Militairſtrafe.

Feſtungs-Arreſtanten, ſ. Kriminalurtel. V. wegen Verpflegung der Militairgefangenen auf Feſtungen, v. 29. Oct. 1713. C. C. III. I. No. 122. wenn Civilperſonen ein neues zur ordentlichen Unterſuchung ſich qualificirendes Verbrechen begehen, müſſen die Civilgerichte von Neuem darüber erkennen. C. v. 20. Jan. 1772. p. 67. V. b. Statt Zuchthaus- kann verhältnißmäßig auf Feſtungsſtrafe erkannt werden. R. v. 29. Aug. 1785. p. 3213. VII. v. 21. Nov. 1791. p. 242. IX. auch bei Weibsperſonen. R. v. 13. Dec. 1751. v. 27. Febr. 1755. H. B. IV. 153. zu Magdeburg werden nur Geſtäupte auf der Feſtung angenommen. R. v. 18. Mai 1789. E. S. p. 2477. VIII. Inſtr. wegen Entlaſſung der zur Feſtungsarbeit verurtheilt geweſenen Perſonen, v. 27. März 1797. p. 995. X. R. v. 22. März 1798. St. B. p. 154. VI. R. die Vollziehung der Strafe mit Willkomm und Abſchied betr. v. 24. Apr. 1797. 1130. X. St. B. p. 204. V. nebſt Circulare des Cammergerichts v. 15. Mai 1797. E. S. p. 1234. X. In Anſehung ſolcher Feſtungs-Arreſtanten, die nur zum Feſtungs-Arreſt verurtheilt ſind, muß zugleich in dem Bericht, mit welchem Acta eingeſandt werden, darüber, woher deren Alimente zu nehmen, berichtet werden. R. v. 4. Sept. 1797. p. 1346. X. St. B. p. 212. V. — V. wie es künftig mit Extrahirung der Annahme-Ordres in Rückſicht der zur Feſtungsſtrafe verurtheilten Verbrecher zu halten, v. 21. Jan. 1799. (ungedr.) — V. die Extrahirung der Annahme-Ordres der zur Feſtungsſtrafe verurtheilten Verbrecher betr. v. 21. Jan. 1799. St.

B. p. 414. VIII. als weshalb es lediglich bei den bisherigen ältern bis zur Publication der Inſtruction v. 26. Febr. 1799. E. S. p. 2250. X. beobachteten Vorſchriften verbleiben ſoll. R. v. 2. Dec. 1799. St. B. p. 322. Th. X. und R. d. an die Weſtpreußiſche Regierung v. 20. Jan. 1800. St. B. p. 328. Th. X. — In ſolchen Fällen, wo bei erkannter Feſtungsſtrafe eines Civil=Bedienten die Caſſation erfolgt (A. L. R. Th. 2. Tit. 20. §. 339.) ſoll vorher bei Sr. Maj. angefragt werden. R. v. 8. Febr. 1803. E. S. p. 1311. XI. — C. wegen des zur Beförderung der Wiedereinbringung entwichener Feſtungsgefangenen ausgeſetzten Fanggeldes, v. 22. Oct. u. 13. Nov. 1805. E. S. p. 3057. XI. J. M. II. p. 99. IV. p. 393. Die Annahme eines Verurtheilten auf der Feſtung (Cr. O. §. 561.) bedarf in der Folge keiner Annahmeordre des Criminaldepartements des Juſtizminiſterii, ſondern einer bloßen Requiſition des Landesjuſtizcollegii der Provinz, C. O. v. 30. Juli 1808. u. R. v. 10. Aug. 1808. J. M. VII. p. 20. und ſind die Commondanten der Feſtungen nach deſſen Inhalt unter dem 30. Juli 1808 u. 11. März 1809 inſtruiret worden. In denen Fällen, in welchen die Geſetze zwiſchen der Feſtungs= oder Zuchthausſtrafe die Wahl laſſen, ſoll nur gegen ſolche Verbrecher auf Feſtungsſtrafe (Feſtungsarbeit) erkannt werden, bei denen entweder keine Hoffnung der Beſſerung mehr eintritt, oder die zu einer lebenswierigen Einſperrung bis zur Begnadigung verurtheilt werden; falls nicht die Perſönlichkeit des Verbrechers und die Gefahr, welche aus deſſen Entweichung für das Publikum entſteht, eine größere Sicherheit der Anfbewahrung nothwendig macht, und ſolche in der Feſtung mehr als in dem Zuchthauſe erreicht werden kann. Verbrecher weiblichen Geſchlechts ſind durchgängig zum Zuchthauſe zu verurtheilen, in ſo fern nicht etwa auf der einen oder andern Feſtung beſondere Gefängniſſe zur Aufbewahrung weiblicher Perſonen eingerichtet ſind. Alle übrige ſolchergeſtalt nicht zur Feſtung qualificirte Verbrecher müſſen zum Zuchthauſe verurtheilt werden, wohingegen es in Abſicht derjenigen, bei welchen keine andere als Feſtungsſtrafe ſtattfindet, bei dem bisherigen Verfahren ſein Bewenden hat. R. v. 6. Dec. 1809. J. M. VIII. 560. ſ. Alimentation. — Da Feſtungsſtrafe ſowohl Arreſt als Arbeit in ſich begreift, ſo muß der Richter nach der Herkunft, der Erziehung und dem Stande des Inkulpaten beurtheilen, welche Strafe von beiden zu wählen und anzuwenden iſt. R. v. 31. Mai 1802. M. S. 4. (ſ. a. §. 84. b. des Regl. v. 11. Juni 1772. E. S. p. 274. V. b.) — Die Liſten der von den Juſtizcollegien und Untergerichten zu den Feſtungen abgelieferten Arreſtanten werden von erſteren vierteljährig vom 1. Apr. an gerechnet, an das Juſtizdepartement eingeſandt. R. v. 28. März 1809. v. K. J. 17. V. — Was für ein Verfahren bei Entlaſſung der Verbrecher aus den Fe=

ſtungen und Zuchthäuſern nach ausgeſtandener Strafe zu beobachten, Inſtr. v. 27. März 1797. Kl. A. 249. Anh. zur Cr. Ordn. p. 150. und muß davon der Polizeibehörde desjenigen Orts, wohin ſich der Entlaſſene begeben will, Anzeige gemacht werden. R. an d. Neum. Cammer v. 4. Mai 1802. Die aus dem Militairſtande geſtoßenen Individuen werden nach ihrer Entlaſſung von der Feſtung der Ortspolizeibehörde überwieſen, um in Anſehung ihrer die Erhaltung der öffentlichen Sicherheit wahrzunehmen. N. A. B. 275. V. P. A. B. 264. — Iſt ein Feſtungsgefangener entwichen, (wovon das Gericht, welches die Unterſuchung gegen ihn geführt, und ihn zur Feſtung abgeliefert hat, ſofort zu benachrichtigen. R. v. 6. Dec. 1802. v. 25. Jan. 1815. v. K. J. 37. V.) der immittelſt wieder eingeholt iſt, und hat derſelbe ſich ſolche neue Verbrechen zu Schulden kommen laſſen, wegen welcher alternative Feſtungs- oder Zuchthausſtrafe angeordnet iſt, und wird die Anwendung der letztern Strafe für zweckmäßiger gehalten, ſo kann auch die noch rückſtändige Feſtungsſtrafe im Zuchthauſe abgebüßt werden. R. v. 24. Mai 1805. N. A. 174. IV. — Wenn Baugefangene von den Feſtungen entweichen, iſt die Ahndung einer ſolchen Entweichung den Feſtungskommandanten zu überlaſſen. R. v. 5. Dec. 1815. v. K. J. 196. VI. da die §. 13. 20. u. 24. der V. v. 26. Febr. 1799. M. S. 119. angeordnete Beſtrafung der Entweichung Beſſerungsanſtalten vorausſetzt, wofür Feſtungen nicht gehalten werden können, c. l. Nach §. 513. der Cr. Ordn. kann kein zum Feſtungsarreſt verurtheilter Verbrecher eher zur Feſtung abgeliefert werden, bis nicht ſeine Verpflegung während der Strafzeit ſicher geſtellt worden, und dem Gouvernement oder der Commandantur im Falle des eigenen Unvermögens des Verbrechers ein angemeſſener Vorſchuß zugleich überſandt werden kann. R. v. 29. Aug. 1812. v. K. J. 205. I. R. v. 26. Sept. 1812. ibid. 255. — die V. v. 30. Juli 1808. die Annahme der Verbrecher zur Feſtungsſtrafe betr. St. B. VII. 20. ſoll auch auf die wieder in Beſitz genommenen, und außerdem dem Pr. Staate noch zufallenden Feſtungen Anwendung finden. R. v. 31. Dec. 1814. v. K. J. 215. IV. 196. VI. — Die aus dem Militairſtande ausgeſtoßenen Individuen werden nach ihrer Entlaſſung von der Feſtung der Orts-Polizeibehörde überwieſen. N. A. B. 275. V. P. A. B. 264. — Wie zu verfahren, wenn ein Verbrecher von der Feſtung entwichen iſt. R. v. 25. Jan. 1815. v. K. J. Va. 36. — Die Verordnung v. 26. Febr. 1799, wegen Beſtrafung der Entweichung der wegen Diebſtahls oder Raubes verurtheilten Verbrecher, ſetzt Beſſerungsanſtalten voraus und findet auf die von den Feſtungen entwichenen Baugefangenen keine Anwendung. R. v. 5. Dec. 1815. VI. 196. — Die von den Schleſiſchen Gerichtshöfen zur Feſtungsſtrafe verurtheilten Verbrecher werden nicht mehr zu den

dortigen Feſtungen, ſondern in die Zuchthäuſer abgeliefert. R. v. 29. Apr. 1817. IX. 241. — Die Vorſchrift des §. 558. der Cr. O., wegen vorläufiger Ablieferung der Verbrecher zur Feſtung oder zum Zuchthauſe, kann auf beurlaubte Landwehrmänner und zur Kriegsreſerve entlaſſene Soldaten nicht angewendet werden, wenn es nicht außer Zweifel iſt, daß gegen den Angeſchuldigten nach den militairiſchen Strafgeſetzen von dem Militairgericht auf Ausſtoßung aus dem Soldatenſtande erkannt werden wird, vielmehr muß derſelbe im zweifelhaften Falle bis zur rechtskräftigen, alsdann möglichſt zu beſchleunigenden Entſcheidung im Arreſt behalten werden. R. v. 22. Mai 1818. XI. 246. — Die Vorſchrift des §. 558. der Cr. O., wegen vorläufiger Ablieferung zur Feſtung oder zum Zuchthauſe, findet nur auf gemeine Verbrecher, nicht auf Staatsbeamte Anwendung. R. v. 21. Juli 1820. v. K. J. XVI. 89. — In den Fällen, wo von den Civilgerichten gegen einen beurlaubten Landwehrmann ꝛc. auf Zuchthaus- oder Feſtungsſtrafe, Arbeitsſtrafe u. zugleich auf Ausſtoßung aus dem Soldatenſtande erkannt worden, muß die vorläufige Abführung unterbleiben; die Strafzeit iſt aber darum nicht zu verlängern, ſondern von der Publication des Erkenntniſſes an zu berechnen. Cab. Ord. v. 3. u. Reſcr. v. 10. Oct. 1823. XXII. 214. — Von der vorläufigen Ablieferung eines Kriegsreſerviſten oder beurlaubten Landwehrmannes zur Feſtung iſt dem betreffenden Brigadecommandeur der Provinzial-Landwehr Nachricht zu geben. R. v. 18. Sept. 1826. XXVIII. 115. ſ. Bekleidung, Geſchäftstabellen u. Liſten, Kriegsdenkmünze, Verpflegungskoſten. — können beurlaubt werden, ſiehe Urlaub. — Ueber die Aufnahme ſchwerer Verbrecher in den Feſtungen. v. K. A. 18. I. 122. — von ſelbigen ſoll der Urphede-Eid nicht mehr geleiſtet werden. 26. III. 793. ſ. a. Sträflinge. — Bekanntmachung der Entweichungen von Baugefangenen und Militair-Sträflingen aus denſelben durch Allarmſchüſſe. 31. III. 647. — hülfsbedürftige, Aufbringung der Koſten der Rückreiſe in ihre Heimath. 32. II. 482. — ſiehe übrigens auch Kaſſation, Strafe.

Feſtungsbau, wegen der bei demſelben zu leiſtenden Entſchädigungen. v. K. A. 18. II. 564.

Feſtungs-Baugefangene, ſollen mit doppelfarbiger Kleidung verſehen werden. G. S. 1818. p. 45. — Cirk. R. v. 18. Jan. 1828. betr. die Reviſion der Feſtungs-Baugef.-Anſtalten. v. K. J. XXXI. 200. 201.

Feſtungs-Baugefangenſchaft, ſiehe Feſtungs-Arbeit.

Feſtungsbehörden, unentgeldliche Verabfolgung der Amtsblätter an ſelbige. v. K. A. 29. III. 475.

Feſtungs-Kommandanten, die, ſind angewieſen, von den bis zur Begnadigung verurtheilten Verbrechern eine eigene Liſte zu führen, ihr Verhalten ſorgfältig zu beobachten, und nach dem Ablauf der Strafzeit allemal ſpecielle Nachricht an das Juſtizminiſterium über das Reſultat dieſer Beobachtung mit ihrem Gutachten: ob die Begnadigung in Antrag zu bringen ſei? gelangen zu laſſen. C. O. v. 15. Juli 1809. G. S. 1809. p. 577. 579. — Auch ſind die, angewieſen, auf bloße Requiſition des Landesjuſtizcollegii der Provinz, welchem eine beglaubte Abſchrift des condemnatoriſchen Urtels, und im Falle eine mehr als dreijährige Feſtungsſtrafe erkannt worden, auch beglaubte Abſchrift des Confirmations-Reſcr. beizufügen, die Verurtheilten anzunehmen, und reſp. mit Feſtungsarreſt oder mit Feſtungsarbeit zu belegen. R. v. 10. Aug. 1808. p. 247. — Wie es mit Extrahirung der Annahme-Ordres zu halten, beſtimmt die V. v. 21. Jan. 1799. St. B. 414. VIII. als weshalb es lediglich bei den bisherigen älteren bis zur Publ. der Inſtr. v. 26. Febr. 1799. C. S. p. 2250. X. beobachteten Vorſchriften verbleiben, und dasjenige, was dieſerhalb in dem §. 27. ff. der letztern verordnet worden, vor der Hand noch ſuspendirt werden ſoll, R. v. 2. Dec. 1799. St. B. 322. X. (ſ. Cr. Ord. §. 561.) C. O. v. 10. Juli u. R. v. 10. Aug. 1788. H. B. 20. VII. nach deren Inhalt die Feſtungskommandanten unter d. 30. Juli u. 11. März 1809 inſtruirt worden, u. welche V. auch auf die wieder in Beſitz genommenen, und außerdem dem Pr. Staate zugefallenen Feſtungen Anwendung findet. R. v. 31. Dec. 1814. v. K. J. 216. IV. — Unterzeichnung der von ſelbigen ausgehenden Dienſtverhandlungen. G. S. 1810. (A.) p. 648. — Jagdberechtigung derſelben innerhalb der nächſten Umgebung der Feſtungswerke. v. K. A. 21. III. 698. seq. — ſ. übrigens auch Gefängniß.

Feſtungs- (und Vertheidigungs-), **Linie,** zwiſchen Frankreich und dem Königreiche der Niederlande, Verpflichtung des letztern zur Unterhaltung derſelben. G. S. 1818. (A.) p. 130. f.

Feſtungs-Pläne. Wenn ſich in einer Nachlaſſenſchaft folgende Gegenſtände vorfinden: 1) gezeichnete Feſtungspläne, vorzüglich der zum Staate gehörigen, oder von dieſſeitigen Truppen beſetzten Feſtungen, 2) gezeichnete Pläne, Riſſe, Profile einzelner Befeſtigungsanlagen oder Feſtungstheile, 3) Entwürfe zur Befeſtigung im Lande gelegener Orte und Gegenden, 4) gezeichnete Aufnahmen, Nivellements, Terrain-Recognoscirungen, Situationszeichnungen und 5) ſonſtige gezeichnete Charten, Pläne und Riſſe, wozu jedoch nicht die zu landwirthſchaftlichen Zwecken, Gemeinheitstheilungen und dergleichen aufgenommene Charten gehören, ſo ſoll das, den Nachlaß regulirende Gericht, ſo wie die Auktionskommiſſarien, wenn ſie dergleichen zum öffentlichen Verkauf erhalten,

davon ein genaues Verzeichniß dem Generalcommando der Provinz zukommen laſſen und ſolche bis zu deſſen Erklärung nicht verabfolgen oder verkaufen. Wird die Zurückbehaltung ſolcher Gegenſtände für nothwendig gehalten, ſo ſoll deren Werth durch vereidete Taxatoren ausgemittelt und erſtattet werden. R. v. 22. Mai 1818. v. K. J. XI. 243.

Feſtungs=Prediger; deren Prüfung, Anſtellung und Verhältniſſe. G. S. 1811. p. 172. 173. 178.

Feſtungs=Rayons, Strafverfahren rückſichtl. der innerhalb derſelben ohne Erlaubniß aufgeführten geſetzwidrigen Bauten. v. K. A. 27. III. 773. — ſiehe Feſtungen. — Ausführung von Bauten innerhalb derſelben unter Genehmigung der Militair=Behörden. v. K. A. 29. II. 393. — Geſetz darüber. v. 24. Aug. 1824. §. 2. — 29. II. 393.

Feſtungs= (Artillerie= und Pionier=) **Reſerve=Kompagnien,** ſiehe Artillerie= und Pionier=Kompagnien.

Feſtungsſtrafe, ſ. Feſtungs=Arreſt.

Feſtungstheile, ſ. Feſtungspläne.

Feſtungs=Verpflegungs=Beiträge, für die franz. Truppen in den Oderfeſtungen, deren Aufbringung durch eine beſondere Klaſſenſteuer. G. S. 1811. p. 361 — 370. — ſollen künftighin fortfallen. G. S. 1810. p. 27.

Feſtungswerke, Aufführung von Gebäuden in der Nähe derſelben, und Fortſchaffung der zu nahe an denſelbeu befindlichen Gebäude. v. K. A. 17. III. 231. — Beſtrafung des unbefugten Eindringens in ſelbige. 21. II. 408. — 23. IV. 882. — der Eintritt in das Innere derſelben iſt nur auf ausdrückliche Erlaubniß des Kommandanten geſtattet. 21. III. 700. — Jagdausübung in der nächſten Umgebung derſelben. 21. III. 698. seq. ſ. Feſtungen. — Zuziehung königl. Oberförſter oder Forſt=Inſpectoren bei Anpflanzungen in und vor denſelben. 27. III. 651. — Strafbarkeit des unbefugten Eindringens in dieſelben u. des Uebernachtens in ſolchen. 33. III. 732 — 735.

Fett, Vorſicht bei deſſen Schmelzen. v. K. A. 18. III. 831.

Feuda extra curtem, deren wechſelſeitige Aufhebung zwiſchen Preußen und Hannover. v. K. A. 18. I. 18.

Feudalweſen, das über deſſen Aufhebung in den ehemaligen Departements der Elbmündung 2c. ſprechende franzöſiſch=hanſeatiſche Dekret v. 9. Dec. 1811 wird aufgehoben. G. S. 1825. p. 113. ſ. a. Lehn.

Feuer, Ordnung für die Städte der Neumark, v. 13. Juni 1749. (beſond. gedr.) Wenn ein Erbpachtsmann durch Zufall abbrennt, oder, wenn andere zu Erbpachtsgütern gehörige Gebäude

ein ſolcher Zufall betroffen hat, das Feuerkaſſengeld aber zum Wiederaufbau nicht zureicht, und im Erbpachtskontrakt auf dieſen Fall nichts beſtimmt iſt, muß der Erbverpächter den Zuſchuß leiſten. R. v. 29. Juni 1801. (ungedr.) Von Verwaltung der Feuer-Societäts-Angelegenheiten in Städten, ſ. St. O. v. 19. Nov. 1808. §. 179. d. der Feueranſtalten. c. l. d. — darf auf freien Plätzen und in der Nähe von Gebäuden nicht angemacht werden. v. K. J. 17. IV. 216. — ſoll in und nahe bei den Forſten nicht angemacht werden. 18. I. 50. — Feuer, oder Hinterbrand, Krankheit des Rindviehes, ſ. dieſes.

ſ. a. Feuersbrunſt.

Feueranlegen. Wenn Jemand überführt wird, in der Abſicht zu ſtehlen, Feuer angelegt zu haben; ſo wird derſelbe, wenn der Brand gezündet, mit den für Räuber beſtimmten Strafen belegt, in ſofern nicht nach dem A. L. R. Th. 2. Tit. 20. §. 1511. 1512. eine härtere Strafe verwirkt worden. Hat der Thäter den Ausbruch des Feuers ſelbſt gehindert, ſo ſoll die unvollendet gebliebene Brandſtiftung nur einem Diebſtahl unter erſchwerenden Umſtänden gleich geachtet werden, §. 27. d. V. v. 26. Febr. 1799. — Wie nach entſtandenem Feuer zur Feſtſtellung des Thatbeſtandes, Cr. O. §. 123. 124. §. 194 — 197. in Folge des Regulativsreſcr. v. 29. Nov. 1790. E. S. p. 2989. VIII. v. K. J. 302. VIII. zu verfahren. R. v. 4. Sept. 1810. p. 219. K. A. B. 333. II. R. A. B. 290. VI. In dem Schreiben, womit nach §. 6. der erſten V. die Acten an die Regierungsbehörde abzugeben, kann eben ſo gut, als in einem förmlichen Urtel, zur künftigen Direktion ausgedrückt werden: ob die Unterſuchung für gänzlich wegfallend geachtet, oder nur für jetzt, wegen ermangelnden Beweiſes nicht weiter fortzuſetzen ſei? Wenn jedoch außer der von der Polizei-Behörde angeſtellten erſten Erkundigung noch eine nähere Unterſuchung durch die Criminalbehörde geführt worden, und dabei beſondere Koſten aufgelaufen ſind, ſo kann die Feſtſetzung: wer die Koſten zu tragen ſchuldig? per sententiam erfolgen. R. v. 28. Sept. 1795. Rabe 151. III. St. B. 3. 8. II. Anh. zur Cr. Ordn. p. 120. ſ. a. R. v. 2. Sept. 1795. M. S. K. A. B. 333. II.

Feueranmachen, Reglement wegen der Feuerwachen v. 15. Dec. 1729. E. S. V. I. II. No. 44. — Verordnungen wider das Feueranlegen in Heiden v. 12. Mai 1676. E. S. IV. I. II. No. 20. v. 20. Febr. 1681. No. 26. v. 1. Aug. 1684. No. 35. v. 14. Juni 1590. No. 50. v. 4. März 1705. No. 69. v. 12. Aug. 1712. No. 82. v. 22. Juni 1726. No. 127. D. v. 8. Juli 1744. p. 191. C. II. v. 19. Jan. 1764. p. 361. III. beſonders für Weſtpreußen. E. v. 27. Juni 1775. p. 181. V. c. E. wider das Heidebrennen in Oſtfriesland v. 11. Mai 1779. p. 1555. VI. — an Strom-

und Bauwerken in Oſtpreußen und Litthauen iſt bei Strafe unterſagt. G. S. 1806. p. 2. — in wie weit ſolches auf offenen Schiffsgefäßen und auf Triften ſtattfinden kann. G. S. 1806. p. 41. — was rückſichtl. deſſelben auf Schiffen nach der Danziger Hafen-Polizei-Ordnung zu beobachten iſt. G. S. 1821. p. 25. ſ. a. Schießpulver. — außerhalb der Häuſer, in wie weit ſolches ſtattfinden darf. v. K. A. 32. I. 182. 198. — desgl. auf Schiffen und Kähnen, ebendaſ.

Feuer-Arbeiter, ſ. Schlöſſer.

Feuer-Aſſekuranz, ſ. Feuer-Verſicherungen.

Feuereſſen, hölzerne, deren Abſchaffung. v. K. A. 17. I. 255. — 18. I. 165. — 19. II. 494.

Feuerkaſſen-Beiträge, ſiehe Feuer-Sozietäts-Beiträge.

Feuerkaſſen-Entſchädigung; über die Frage: Ob, wenn eine Erbpachtsmühle, oder ſonſt die Gebäude auf einem in Erbpacht gegebenen Gute durch Zufall abbrennen, das Feuerkaſſengeld aber zu deren Wiederaufbau nicht zureicht, und in dem Erbpachtskontrakte auf dieſen Fall nichts beſtimmt iſt, der Erbpächter oder der Erbverpächter den Zuſchuß leiſten müſſe? beſonders, was dieſerhalb in Oſt- und Weſtpreußen in Beziehung auf das Preußiſche Landrecht v. J. 1721. P. 2. Lib. 4. Tit. 9. Art. 3. §. 4. Rechtens ſei? — iſt das erforderte Gutachten der Geſetzcommiſſion dahin ausgefallen, daß nach allgemeinen Grundſätzen, wenn die zu Erbpachtsgütern gehörige Gebäude durch Zufall abbrennen, und im Erbpachts-Kontrakt auf dieſen Fall nichts beſtimmt iſt, nicht der Erbpächter, ſondern der Erbverpächter den Zuſchuß leiſten müſſe, nach Oſtpreußiſchen Provinzial-Geſetzen aber der Erbpächter dieſen Schaden, als ein damnum particulare zu tragen und den nöthigen Zuſchuß zu den Feuerkaſſengeldern zu leiſten ſchuldig ſei. — Es verſteht ſich jedoch von ſelbſt, daß, wenn die Gebäude dem Erbpächter ausdrücklich verkauft werden, derſelbe als Eigenthümer den ſie betreffenden Schaden allein tragen muß. Uebrigens ſoll jeder Erbpächter ſchuldig ſein, dieſelben auf Verlangen des Erbverpächters ſo hoch bei der Feuer-Sozietät verſichern zu laſſen, daß ſie im Falle eines Feuerſchadens von den Feuerkaſſen-Geldern neu erbauet werden können. R. an das Weſtpr. Hofgericht und Kr. und D. Cammer-Deputation zu Bromberg, v. 29. Juni 1801. (ungedr.)

Feuerkaſſen-Gelder, Berechnung und Einziehung der Reſte bei ſelbigen, Berechnung des Domainen-Pachtwerth-Stempels bei Hinzurechnung der erſtern. v. K. A. 30. IV. 740. — ſtädtiſche, Feſtſtellung der Defekte an ſelbigen bei Unterſuchungen. 30. IV. 779. — ausgeſchriebene, Anordnungen für deren gehörige und prompte Einziehung. 33. IV. 1038.

Feuerlöſch=Anſtalten, deren Anordnung und Reviſion durch die Civilbehörden. G. S. 1818. p. 155. — Berückſichtigung der von den Militairbehörden dafür eingehenden Vorſchläge; ebendaſ. — deren Haltung nach dem oſtpreuß. Landfeuer=Sozietäts=Reglement. G. S. 1809. p. 565. — Empfehlung des Meierſchen Werkes über dieſelben. v. K. A. 32. II. 466. — öffentl. deren Anſchaffung und Inſtandhaltung. 32. I. 185. ff. 199. ff. — Privat=, Verpflichtung zu deren Haltung. 32. I. 187.

Feuerlöſch=Geräthe, Verordn. gegen die Beſchädigung derſelben. v. 10. Nov. 1728. C. S. V. I. II. No. 43. — deren Anſchaffung, Haltung und Inſtandſetzung. v. K. A. 19. II. 499. 502. — III. 815. — 22. IV. 990 — 996. — 23. IV. 904. — die darüber zu erſtattenden Berichte. 17. I. 31. — in den Forſt=Etabliſſements. Verf. v. 2. Mai 1834. — 34. I. 323.

Feuerlöſchungs=Fuhren, deren Befreiung vom Chauſſeegelde. G. S. 1822. p. 170. — 1824. p. 218. — 1828. p. 66.

Feuerlöſchungs=Mittel, ungewöhnliche, als ſalzige Laugen, Salzwaſſer ꝛc. v. K. A. 19. IV. 983 — 987. — Miſchung des Waſſers mit Alaun. 26. I. 134.

Feuerlöſchungs=Prämien, deren Bewilligung. v. K. A. 18. II. 435. — 19. IV. 980. — deren Bewilligung bis auf 10 Rthlr. von Seiten der Regierungen. 27. IV. 1003. — aus dem Domainen=Feuerſchäden=Fonds. 33. I. 176.

Feuer=Polizei, deren Verwaltung bei den Regierungen. G. S. 1808. p. 482. — 1817. p. 249. — 1826. p. 7. — desgl. in den Städten. G. S. 1808. p. 350. — Theilnahme des Militairs an derſelben. G. S. 1818. p. 155. — desgl. der Gensd'armerie. G. S. 1821. p. 5. 17. — Miniſterial=Verwaltung derſelben, ſ. Poliz.=Depart. und Miniſter. des Innern. — Verhältniſſe des Landraths zum ſtädtiſchen Bürgermeiſter in Ausübung derſelben. v. K. A. 23. I. 124. seq. — Theilnahme des Militairs an ſelbiger. 19. III. 805. — Geldſtrafen für Vergehungen gegen dieſelbe. 19. II. 500. — deren Verwaltung im Magdeburgiſchen Regierungs=Bezirke. 23. IV. 907 — 915. — deren Verwaltung von den Ortsbehörden unter der Oberaufſicht und Mitwirkung der Landräthe. 30. II. 351.

Feuer=Polizei=Kommiſſarien, deren Auszeichnung. v. K. A. 18. IV. 1099.

Feuer=Polizei=Ordnung, A. L. R. Th. II. Tit. 20. §. 1538 — 1570. und Verord. v. 26. Febr. 1799. — Verordnungen deren Verhütung überhaupt betr. E. v. 23. Mai 1660. C. S. V. I. II. No. 1. daß ſofort Lärm gemacht werden ſoll. E. v. 20. Febr. 1719. V. I. II. No. 33. E. wegen Viſitation der Feuerſtellen v. 3. Nov. 1686. VI. I. No. 171. durch Abſchaffung der hölzernen Schorn=

ſteine, v. 1. Oct. 1708. No. 19. v. 14. Jan. 1716. No. 27. E. v. 28. Nov. 1718. No. 29. in Rückſicht der Hauswirthe. E. v. 20. Febr. 1719. V. I. II. No. 33. B. v. 1. Juli 1731. No. 45. Feuer-Ordnung v. 4. Mai 1719. No. 34. (wegen zu haltender Dorfnachtwächter v. 12. Juni 1723. No. 38.) C. v. 5. Aug. 1788. p. 2201. VIII. auf dem Lande in der Mark Brandenburg. v. 1701. V. I. II. No. 7. c. Decl. No. 8. — für die Wachten in den Reſidenzien. v. 20. Sept. 1707. III. I. No. 92. — Ed. wegen des Auseinanderbauens der Unterthanen-Gehöfte in der Churmark, v. 15. Juni 1795. p. 2546. IX. auf dem platten Lande überhaupt. C. v. 18. März 1760. p. 415. II. in Vor- u. Hinterpommern. v. 24. Mai 1756. p. 90. II. im Herz. Magdeburg. Rgl. v. 18. Jan. 1772. p. 23. V. b. für die Stadt Lübbecke. v. 11. Febr. 1751. p. 37. I. für die Städte der Grafſchaft Mark v. 20. Apr. 1773. p. 87. V. c. der Churmark. v. 1. Nov. 1718. v. 4. Mai 1719. V. I. II. No. 28. 34. der Altmark und Prignitz. v. 10. Dec. 1661. No. 2. für Berlin. v. 15. Juli 1672. No. 3. c. Confirmatione v. 8. Nov. 1672. No. 4. v. 1691. No. 6. v. 1707. No. 13. v. 1727. No. 42. Schloß-Feuer-Ordn. v. 13. Jan. 1719. No. 31. für die Milice. v. 20. Sept. 1707. III. I. No. 92. für Königsberg in Preußen. v. 3. Juli 1770. p. 7203. IV. für das platte Land im Königr. Preußen und Litthauen. v. 3. Juli 1770. p. 7286. IV. im Fürſtenthum Minden, in der Grafſchaft Tecklenburg und Lingen. v. 5. Juni 1748. p. 771. I. für die Stadt Hausberge. v. 28. Mai 1751. p. 94. Potsdam v. 13. Oct. 1772. p. 489. V. e. Pat. die Abſchaffung der Schindeldächer betr. v. 12. Aug. 1720. V. I. II. No. 36. v. 16. März 1732. No. 46. Corp. Const. March. V. I. Cap. 2. — Regl. wegen der Feuerwachen für das Königl. Schloß zu Berlin, v. 1. Dec. 1794. für die Stadt und Veſte Cüſtrin, v. 9. Jan. 1770. — Ordn. für die Städte der Neumark, v. 13. Juni 1749. (iſt beſonders gedruckt.) — für ſämmtliche Neumärkſche Kreiſe. v. 30. Sept. 1779. (ebenfalls.) — für die Stadt Strausberg. v. 20. Aug. 1800. E. S. p. 3010. X. für Oranienburg. v. 17. Sept. 1800. p. 3075. X. — für das Großherzogthum Poſen. v. K. A. 21. I. 151 — 164. — desgl. für die Stadt Magdeburg. 17. II. 218. — desgl., im Erfurter Regierungsbezirk. 19. III. 808. — für das platte Land des Potsdamſchen Regierungsbezirks. v. 30. Oct. 1832. — 32. IV. 995 — 1006. für die Städte der Kur- und Neumark. v. 20. Jan. 1832. — 32. I. 179 — 195. — örtliche, Inſtr. für deren Abfaſſung in denſelben Provinzen. 32. I. 196 — 203. — desgl. baupolizeiliche Vorſchriften zur Verhütung von Feuersgefahr. 32. I. 203 — 209. — für die Neumark. v. 3. Juli 1834. — 34. III. 809. ſiehe auch Feuersbrunſt.

Feuer-Polizei-Reviſionen, deren Abhaltung durch Mit-

glieder der dafür beſtimmten Reviſions-Kommiſſionen. v. K. A. 33. IV. 1037. — der Ortsbehörden rückſichtlich deren Verwaltung. 31. II. 353. — was bei Feuer-Polizei-Reviſionen zu berückſichtigen iſt. 22. IV. 996 — 1000.

Feuer-Polizei-Strafen, deren Verwendung. v. K. A. 30. IV. 791.

Feuer-Predigten, ſollen da, wo ſie bisher üblich waren, namentlich an Wochentagen, nicht mehr gehalten werden. v. K. A. 17. I. 119.

Feuersbrunſt, in wie fern bei entſtandenem Feuer der Cammer die Unterſuchung gebühret? C. v. 22. Febr. 1776. E. S. p. 49. VI. R. v. 29. Nov. 1790. p. 2989. VIII. J. E. v. 1. Sept. 1777. Kl. A. 260. IV. dem Juſtiz-Collegio? J. E. 72. V. — R. wegen des Verfahrens bei Feuersbrünſten, v. 4. Sept. 1810. J. M. IX. 320. ſ. a. V. v. 26. Febr. 1799. E. S. p. 2249. X. und N. A. B. 290. VI. das in dem Reſcr. v. 4. Sept. 1811. angezogene Regulativ Reſcr. v. 29. Nov. 1790. iſt beſonders abgedruckt. Strafe der Brandſtiftung. v. K. J. 5. I. V. v. 26. Febr. 1799. §. 27. Publ. wegen Beobachtung der Feuer-Policeigeſetze in Rückſicht der Einrichtung der Gebäude in den ſächſ. Kreiſen. N. A. B. 605. VI. Unter den Geſetzesworten: Einäſcherung von Häuſern u. Gebäuden, ſoll auch der Werth des am Mobiliar-Vermögen angerichteten, u. überhaupt der Betrag des ganzen durch die vorſätzliche Brandſtiftung verurſachten Schadens verſtanden werden. R. v. 4. Jun. 1806. S. M. 203. — polizeiliche und gerichtliche Einwirkung bei Feſtſtellung des Thatbeſtandes derſelben. Reſcr. v. 26. Juli 1819. v. K. J. XIV. 64. — Maaßregeln zu deren Verhütung. v. K. A. 18. III. 812. — 19. II. 495 — 503. — 22. II. 416. — III. 741 — 748. — IV. 965 — 1013. — 25. II. 426. seq. — über ſelbige ſollen ſchleunige Unterſuchungen angeſtellt werden. 17. I. 174. — 19. II. 443 — 501. — 24. II. 561 — 565. — Verhalten beim Ausbruche derſelben. 22. IV. 1000 — 1007. — Belohnungen für Hülfsleiſtungen bei ſelbigen. 18. II. 435. — Pferdegeſtellung von Seiten der Poſthalter bei ſelbigen. 22. IV. 1014. — Maaßregeln nach deren Dämpfung. 22. IV. 1007. seq. — Obliegenheiten der Nachtwächter bei ſelbigen. 20. I. 79. — desgl. der Schornſteinfeger. 20. I. 90. — vorſätzliche und fahrläſſige, deren Verhütung. 24. II. 561 — 564. — auf dem platten Lande überhand nehmend, Maaßregeln zu deren Verhütung. 26. III. 802. — Verhütnng derſelben in Forſten und Wäldern. 19. II. 348. — 25. II. 431. seq. — Vorſchriften für die zweckmäßige Führung der Unterſuchungen wegen derſelben, und Reſſort der Polizei- und Juſtizbehörden rückſichtlich derſelben. 28. III. 753 — 759. — Vorſchriften für das bei deren Ausbruche zu beobachtende Verfahren. 32. I. 188 — 191. — Verfahren bei

Unterſuchung der Entſtehung derſelben. 32. I. 192. — Verfahren bei den polizeilichen Unterſuchungen über dieſelbe. 33. II. 483 — 487. — ſiehe übrigens auch Brandſtiftungen.

Feuersgefahr. Maaßregeln zur Verhütung derſelben. v. K. A. 19. III. 812. — deren Verhütung durch ſelbſt entzündliche Dinge. 22. III. 743. seq. — IV. 987. — 23. III. 679. seq. — in den Forſten, deren Abwendung. 18. I. 50. — Menſchenrettung aus ſelbiger, Hamburger Verordnung darüber. 20. III. 682. — Vorſchläge zur Sicherung der Strohdächer gegen dieſelbe. 30. I. 138. — in den Regiſtraturen. Reſcr. v. 18. Jan. 1834. — 34. I. 3. — Anwendung der Rettungsmaſchinen bei derſelben, ſiehe letztere.

Feuer-Sozietäten. (Feuer-Verſicherungs-Anſtalten), Verſicherungen bei ſelbigen nach richtigem Taxwerthe. v. K. A. 19. I. 206. — zwiefache Verſicherungen durch Beitritt auch zu Privat-Sozietäten ſollen nicht geſtattet werden. 19. III. 817. — Mobiliar- und Immobiliar-Brandverſicherung in ſelbigen. 19. II. 493. — 26. III. 803. — in den Rheinprovinzen, Belaſſung der Forſtdienſtgebäude in ſelbigen. v. K. A. 20. III. 581. seq. — Aufnahme von Militair-Gebäuden in ſelbigen. 20. IV. 870. — Verſicherungen kaufmänniſcher Waarenlager in ſelbigen. 24. II. 565. seq. — Verhältniſſe der Kirchen zu ſelbigen. 26. I. 83. — II. 411. — desgl. der Juden-Synagogen. 26. II. 414. — Aufnahme vorſtädtiſcher Scheunen in ſelbige. 19. IV. 981. — Kurmärkſche, Beitritt der Königl. Aemter und deren Unterthanen zu ſelbigen. 25. II. 436. — Mobiliar-Verſicherungen in letzteren. 25. IV. 1067. — Neumärkiſche, anderweite Abſchätzung der bei ſelbiger verſicherten Gebäude. 24. III. 898. — im Großherzogthume Poſen, Beitritt der Königl. ältern Magazin-Gebäude, nicht aber der neuern Militairgebäude, zu ſelbiger. 26. II. 412. seq. — ſtädtiſche, Verſicherungen bei ſelbigen. 25. I. 207. — Privat-, polizeiliche Anordnungen rückſichtlich derſelben. 19. III. 816. — 23. III. 678. — IV. 904 — 906. — auswärtige, polizeiliche Aufſicht auf den Beitritt zu ſelbigen, Seitens dieſſeitiger Untertbanen. 21. III. 680. — Meklenburgiſche, für Mobilien, Getreide, Vieh, ꝛc. Statuten derſelben. 23. III. 735 — 760. — öffentliche, Stempelfreiheit derſelben. 22. II. 418. — Siehe auch Brand-Entſchädigungs-Gelder. — Land-, Magdeburgiſche, freiwilliger Austritt einzelner Intereſſenten aus ſelbigen. 27. I. 176. — weſtpreußiſche, anderweitige Abſchätzungen der in ſelbigen über den Werth verſicherter Gebäude. 27. I. 180. — Schleſiſche, Ausarbeitung eines abgeänderten Reglements für ſelbige. 27. I. 313. — aus ſelbigen können die Chauſſee-Einnehmer- und Wärter-Häuſer ausſcheiden. 28. II. 546. — beſondere, unter Windmühlen-Beſitzern, deren bedingte Geſtattung. 30. II. 395. — Ausſchließung des den Häuſern hinzugefügten fünften Stockwerks von der

Aufnahme in dieſelbe. 31. I. 149. — Reſcr. vom 12. Nov. 1832. über die Frage: ob und unter welchen Umſtänden das Gericht das Ausſcheiden aus der Feuerſocietät der Chur- und Neumark in Anſehung ſolcher Grundſtücke bewilligen könne, die entweder bevormundeten Perſonen eigenthümlich gehören, oder ihnen zur Hypothek beſtellt ſind. v. K. J. XL. 414 — 416. — Land-, Taxationsgebühren für die bei denſelben zu verſichernden Gebäude. v. K. A. 32. III. 690. — Stempelpflichtigkeit der Behufs der Aufnahme von Gebäuden in dieſelbe anzufertigenden Taxen. 33. I. 175. — der kleinen Städte in Litthauen, denſelben ſteht die Sportelfreiheit nicht zu. 33. III. 774. — Steht der Feuer-Sozietät für die geſammten kleinen Städte im Königreich Preußen Sportelfreiheit zu? S. u. Str. R. 1. B. No 33. p. 127. — ſiehe a. Fideikommiſſariſche Subſtitution.

Feuer-Sozietäts-Angelegenheiten, der Kur- und Neumärkiſchen General-Land-Feuer-Societäts-Direktionen, Anwendung der Portopflichtigkeit und Portofreiheit in ſelbigen. v. K. A. 26. IV. 1023—1027. — ſtädtiſche, Gebühren der Magiſträte in ſelbigen. 23. IV. 863. — Stempelpflichtigkeit in ſelbigen. 29. IV. 800. — weſtpreuß., deren Verwaltung bis zur künftigen Reform von Seiten der Regierung. 29. IV. 800. — Anwendung der Stempelfreiheit und der Stempelpflichtigkeit in denſelben. 30. II. 296. — der Kur- und Neumark, Kompetenz der Kommunal-Landtage in ſelbigen. 30. IV. 859. — Bauten verſicherter Gebäude, ſiehe Bauten.

Feuer-Sozietäts-Beiträge. Wenn die Feuer-Sozietäts-Beiträge dem Eigenthümer nicht zu Statten kommen. A. L. R. Th. I. Tit. VIII. 59. — Feuer-Societätsbeiträge werden beim Concurſe in die zweite Claſſe locirt. A. G. O. Th. I. Tit. 50. §. 359. und ſollen bei der erſten Revenuen-Diſtribution zur Perception kommen. R. v. 26. Oct. 1795. St. B. p. 355. Th. IX. — ſind nicht unter den einzutragenden beſtändigen Laſten und Abgaben zu verſtehen. H. O. Tit. 1. §. 48. p. 13. — deren willkürliche Erhöhung kann nicht ſtattfinden. v. K. A. 23. II. 370. — deren Aufbringung für Kirchen und kirchliche Gebäude. 25. III. 712. — 26. I. 83. — II. 411. — deren Herabſetzung für Kirchengebäude im Herzogthum Sachſen. 27. II. 330. — deren Aufbringung für kirchliche Gebäude Königl. Patronats. 28. I. 25. — in der Kurmark, deren Einziehung mit Hülfe der Gutsobrigkeiten. 30. II. 393. ff. — rückſtändige, deren Beitreibung im Wege der Exekution; ebendaſ. — ſtädtiſche, deren Vereinnahmung und Verrechnung durch den Kämmerer, oder durch andere, Sicherheit gewährende Perſonen. 32. I. 128. Haben Feuerkaſſen wegen rückſtändiger Beiträge einen geſetzlich begründeten Titel zum Pfandrecht? S. u. Str. R. 2. B. No. 40. p. 352.

— Haftet das verſicherte Grundſtück unbedingt, und ohne Rückſicht auf eine Beſitzveränderung, für ſämmtliche oder nur für die in den letzten zwei Jahren aufgelaufenen, nicht intabulirten Rückſtände? S. u. Str. R. 2. B. No. 40. p. 353. — Der Beſitzer eines Grundſtücks kann die von ihm beigetriebenen Feuerkaſſen-Gelder zurückfordern, wenn er zu deren Zahlung nicht verpflichtet war. S. u. Str. R. 2. B. No. 40. p. 354.

Feuer-Sozietäts-Direktoren, Land- und Kreis-, der zu den Geſchäftsreiſen derſelben zeither geſtellte Vorſpann findet nicht mehr ſtatt. G. S. 1811. p. 155. — können dagegen Reiſekoſten liquidiren, welche aus der Kaſſe der Land-Feuer-Sozietät zu beſtreiten ſind. G. S. 1811. p. 155. — deren Wahl in der Kurmark. v. K. A. 26. II. 410 — die Reviſion deren Regiſtraturen darf dem Stempel-Fiskal nicht verweigert werden. 33. I. 174.

Feuer-Sozietäts-Entſchädigung. R. wegen des Arreſtſchlages auf die Feuercaſſen-Gelder in dem Bezirk der Oſtpreußiſchen Landſchaft, v. 8. Sept. 1809. J. M. X. 445 — deren Auszahlung nach vorangegangener polizeilichen Unterſuchung. v. K. A. 24. II. 561. seq. — Berechnung und Einziehung der Reſte von ſelbigen. 17. I. 171. — für abgebrannte Gebäude auf dem platten Lande in Weſtphalen, deren Feſtſetzung nach näherer Ermittelung. v. K. A. 30. I. 140. f. — Muß ſich derjenige, welcher Brandentſchädigungs-Gelder von der Feuer-Sozietät für die geſammten kleinen Städte Preußens zu fordern hat, mit den, von der Regierung feſtgeſetzten Terminalzahlungen begnügen, wenn die, für einen Ausſchreibungs-Termin aufzubringende Entſchädigungs-Summe mehr als 5000 Thlr. beträgt? S. u. Str. R. 1. Band No. 33. p. 127.

Feuer-Sozietäts-Kataſter, Anzeige der Veränderungen bei ſelbigem. v. K. A. 19. I. 20.

Feuer-Sozietäts-Quantum; ſiehe W e r t h.

Feuer-Sozietäts-Reglement. General-Feuer-Caſſen-Rgl. v. 15. Oct. 1705. C. C. V. I. II. No. 9. v. 1. Jun. 1706. No. 10. nebſt V. die Taxirung der Gebäude betr. v. 15. Oct. 1706. No. 11. Mandat v. 21. März, v. 15. Jun. 1708. No. 14. 15. v. 31. Aug. 1708. No. 17. v. 20. v. 28. März 1710. No. 22. 23. von Aufhebung der Feuer-Caſſe. R. v. 17. Jan. 1711. No. 24. — des Altenaſchen Kreiſes v. 17. Nov. 1772. p. 593. V. b. der Stadt Berlin v. 29. Dec. 1718. V. I. II. No. 30. v. 1. May 1794. p. 2157. IX. für das platte Land der Churmark v. 23. Jul. 1765. p. 1021. III. v. 11. Apr. 1771. 305. V. a. c. R. v. 2. Sept. 1771. an das Cammergericht ſich darnach zu achten und die Landreuter zur Ausrichtung der ihnen nach deſſen §. 5. aufzutragenden Executionen anzuweiſen p. 303. V. a. — ſ. von Lamotte pr. Beiträge zur Cameral-Wiſſenſchaft v. 1785. Th. 3. p. 99. des Herz. Cleve v. 13.

März 1767. E. S. p. 5069. IV. c. D. des §. 16. v. 17. Aug. 1767. p. 959. IV. in der Gr. Hohenſtein v. 12. Aug. 1756. p. 151. II. des Herz. Magdeburg und der Gr. Mansfeld v. 26. Sept. 1789. p. 2627. VIII. der Städte v. 20. Jan. 1721. v. Lamotte neue Beiträge zur C. W. Th. 1. p. 67. für das platte Land des Fürſt. Meurs v. 8. Jul. 1768. E. S. p. 4019. IV. für die Neumark v. 30. Nov. 1777. p. 1177. VI. für das platte Land in Oſtpreußen v. 14. May 1768. p. 5759. IV. die Domänen daſelbſt v. 13. Nov. 1770. p. 7417. IV. für die in der Brandſocietät der Städte und des platten Landes v. 1. Oct. 1767. c. D. v. 20. May 1794. p. 2192. IX. nicht mit aufgenommene Mühlenbeſitzer in Oſtfriesland und im Harlingerlande v. 22. Apr. 1780. p. 1945. VI. für die Prediger der Churmark v. 25. Jan. 1769. p. 6291. IV. c. D. art. 3. daß bei Ausmittelung des Brandſchadens auch ausſtehende Gelder mit einzurechnen v. 28. Apr. 1774. p. 3217. VI. ſ. von Lamotte neue Beiträge zur C. W. v. 1789. Th. 1. p. 136. für ſämmtliche Schulbediente in der Churmark in Abſicht des Mobiliar-Vermögens v. 15. Jul. 1779. E. S. p. 1601. VI. ſ. von Lamotte am a. O. p. 153. der Soeſter Börde v. 19. Nov. 1766. E. S. p. 1043. IV. für das platte Land im Wetterſchen Kreiſe v. 25. Nov. 1773. p. 645. Nov. V. e. — Regl. für die vereinigte Kur- und Neumärkiſche Feuer-Sozietät v. 30. Mai 1800. — für das platte Land im Herzogthum Schleſien v. 24. Nov. 1742. c. d. v. 23. Dec. 1799. St. B. p. 144. Th. XII. für Weſtpreußen v. 27. Dec. 1785. E. S. p. 3267. VII., desgl. v. 24. Oct. 1789. nebſt Erläuterungen v. 22. Jul. 1794. ebendaſelbſt. — für die Chur- und Neumärkſchen Städte, v. 30. May 1800. p. 2955. X. für die Küſter und Schullehrer des platten Landes der Churmark, v. 24. Dec. 1800. p. 3255. X. für die Städte der Gr. Mark v. 26. May 1801. p. 170. XI. Worauf nachdem, für Prediger und Stadtſchullehrer in der Churmark, bei Ausmittelung der Feuerſchäden Rückſicht zu nehmen. C. v. 27. Auguſt 1801. p. 511. XI. — für die Neumark, v. 17. Aug. 1802. p. 1142. XI. Regulativ für die Taxanten ſtädtiſcher Gebäude, v. 26. Aug. 1806. p. 722. XII. — Wie die Feuerſchäden-Liquidationen nach dem Rgl. v. 30. Mai 1800. p. 2955. X. einzurichten. K. A. B. 194. II. Ueber die Verhaftung der Fideicommiß-Subſtanz für Brandſchäden. R. v. 12. Mai 1812. v. K. J. 54. I. — vereinigte Land-Feuer-Sozietät in Oſtpreußen, Reglement für ſelbige v. 22. Apr. 1809. G. S. 1809. p. 561 — 572. — Abänderungen rückſichtlich der §. §. 8. 18. u. 21. deſſelben. G. S. 1819. p. 77. 78. — Bergſches und Coblenzer, deſſen Anwendung. v. K. A. 24. I. 237. — allgemeine Reviſion der Feuer-Sozietäts-Reglements unter Konkurrenz der Provinzialſtände. 28. I. 24. Weſtpreußiſches, nähere Beſtimmungen der Entſchädigung für ſolche, welche nur theilweiſe

abbrennen. Cab. Ord. v. 21. Novbr. 1830. G. S. 1831. p. 1. — für die Kur- und Neumärkſchen Städte, v. 30. März 1800, einſtweilige Modifikationen deſſelben bis zur Erſcheinung des neuen Reglements. v. K. A. 32. II. 525.

Feuer-Sozietäts-Verhältniſſe, deren Berückſichtigung bei dem veränderten Wiederaufbau abgebrannter Gebäude. v. K. A. 29. IV. 931.

Feuer-Sozietätsweſen, deſſen Verbeſſerung in der Provinz Sachſen. v. K. A. 31. IV. 906.

Feuer-Spritzen, auf dem Land, Beitragspflichtigkeit der Kirchen zu den Koſten derſelben. v. K. A. 24. III. 897 — deren Anſchaffung. 19. II. 502. — 21. I. 165. — Vorſchriften zur leichten Speiſung derſelben mit Waſſer. 27. III. 733. — deren Anſchaffung und Inſtandhaltung. 32. I. 185.

Feuer-Spritzenhäuſer, auf dem Lande, Beitragspflichtigkeit der Kirchen zu den Koſten derſelben. v. K. A. 24. III. 897. — deren Anſchaffung. 19. II. 502. — 21. I. 165.

Feuerungen, deren ſichere Anlegung. v. K. A. 17. IV. 253. — 22. IV. 975. — ſiehe auch Feuereſſen.

Feuerungsbedarf, reglementsmäßiger, deſſen Verabreichung, neben dem vollen Servis, an das Militair in Berlin. G. S. 1815. p. 3. ſ. auch Servisweſen.

Feuerungs-Bedürfniſſe, deren Anſchaffung und Verwendung für den öffentlichen Dienſt. v. K. A. 25. I. 10. — werden in der Regel für Dienſtwohnungen der Beamten nicht gereicht. 25. I. 10. (Siehe auch Brennmaterialien, Holz ꝛc.)

Feuer-Verſicherungen, in wie weit ſolche auf fremdes Eigenthum bei Schuldforderungen ꝛc. ohne Einwilligung des Eigenthümers geſchehen können. v. K. A. 27. II. 465. — doppelte, ſollen nicht Statt finden. 27. II. 466. — deren Beaufſichtigung. 32. II. 523. 529. — von Mobilien, ſiehe Mobiliar-Brand-Verſicherung. — deren Erhöhung für Domanial-Gebäude Seitens der Erbpächter. v. K. A. 32. IV. 893. — ſiehe Feuer-Kaſſen-Entſchädigung. — Feuer-Verſicherung der Kirchen-Utenſilien R. v. 18. Febr. 1834. v. K. A. 34. II. 365.

Feuer-Verſicherungs-Anſtalten, auswärtige, großherzogl. Badenſche Verordnung über den Beitritt zu ſelbigen. v. K. A. 29. I. 196. — fremde, Beaufſichtigung deren Agenturen im Inlande. 30. II. 393. — allgemeine, deren Errichtung für die Provinz Weſtphalen. 30. I. 217. f. — (und Geſellſchaften) in und ausländiſche, zum umherziehenden Betriebe ihrer Geſchäfte, ſollen deren Agenten keine Gewerbeſcheine mehr erhalten. 33. III. 573. — ausländiſche, deren Agenten müſſen ſich vor Annahme von Verſicherungen amtliche Zeugniſſe über den Werth der Gebäude, Mobilien ꝛc.,

vorlegen laſſen. 33. II. 487. — Stempelpflichtigkeit der amtlichen Atteſte zum Eintritt in dieſelben. 33. III. 624. — für Mobilien, Großherz. Heſſiſche Verordnung über dieſelben. 33. II. 561. — u. Geſellſchaften — Privat-, Uebernahme von Agentſchaften und Verſicherungen bei ſelbigen. v. K. A. 28. II. 488. — ſiehe übrigens Gerichtslokalien, ſiehe ferner auch Feuer-Sozietäten.

Feuer-Verſicherungs-Geſellſchaften, Feuerverſicherungsgeſellſchaften ſind verpflichtet, Kriegs-Brandſchäden zu vergüten, wenn ſie ſolche auch nicht ausdrücklich übernommen haben. J. M. X. 501. Unter den Worten des A. L. R. II. XX. 1515. Einäſcherung von Häuſern u. Gebäuden bei Brandſtiftungen, wird auch der an dem Mobiliar-Vermögen und ſonſt überhaupt verurſachte Schade verſtanden. R. v. 4. Jun 1806. E. S. p. 658. XII.

Feuer-Verſicherungs-Sozietät, im ehemaligen Herzogthum Warſchau, ſ. letzt. — Muß ſich derjenige, welcher Brandentſchädigungs-Gelder von der Feuer-Sozietät für die geſammten kleinen Städte im Königreiche Preußen zu fordern hat, mit den, von der Regierung feſtgeſetzten Terminal-Zahlungen begnügen, wenn die für einen Ausſchreibungs-Termin aufzubringende Entſchädigungsſumme mehr als 5000 Thlr beträgt? S. u. Str. R. 1. Bd. No. 33. p. 128. — ſ. a. Sportelfreiheit.

Feuer-Verſicherungs-Weſen, deſſen Verbeſſerung. Bekanntmachung v. 25. Jan. 1834. v. K. A. 34. II. 502.

Feuer-Viſitationen, deren Abhaltung. v. K. A. 19. III. 815., deren Abhaltung in den Städten. 32. I. 192. ff. 201. f.

Feuerwerke, ſollen nicht innerhalb der Stadt, auch nicht in der Nähe von Gebäuden ſtatt finden. v. K. A. 17. IV. 212. — Verbot des Abbrennens an bewohnten Orten. Reſcr. v. 14. Auguſt 1834. — 34. III. 802.

Feuerwerker, deſertirte, ſollen auf erhaltenen Pardon nur als Gemeine wieder eintreten können. G. S. 1809. p. 585.

Fiacres, Rgl. für die privilegirten Miethsfuhrleute in Berlin, welche dergleichen halten v. 16. Jan. 1740. und Decl. deſſelben v. 8. Apr. 1740. E. S. p. 335. C. I. B. v. 15. Jan. 1758. p. 302. II. in Potsdam v. 22. Nov. 1770. ſ. v. Lamotte pr. Beiträge zur Cam. W. v. 1786. Th. 4. p. 557. Neues Reglement für die Landkutſcher und Fuhrleute v. 10. Aug. 1766. E. S. p. 515. IV. ſiehe letztere.

Fichten, deren Anbau in Waldungen. v. K. A. 28. I. 65.

Fichtenſpanner, ſiehe Raupen u. Kiehnraupen.

Fideikommiß, was bei Eintragung der Familien-Fideikommiſſe, unter der zweiten Haupt-Rubrick, H. O. Tit. 1. §. 50. p. 13. von dem Richter zu beobachten. H. O. Tit. 2. §. 117 — 125. p. 50. Erfordern gerichtliche Verlautbarung und Beſtätigung, in ſo fern

ſie Grundſtücke betreffen. A. L. R. II. IV. 29 — 33. 62 — 71. A. G. O. II. I. 3. No. 2. A. L. R. II. IV. 23—26. 47—133. — in wie weit ein unter Ehegatten in vim pacti errichtetes, von dem überlebenden wieder aufgehoben werden könne? G. E. v. 2. Aug. 1782. Kl. A. 46. I. welches weder durch Eintragung ſicher geſtellt noch in natura vorhanden, wo daſſelbe beim Concurs zu lociren? G. E. v. 10. Aug. 1784. 150. I. Familien-Fideicommiſſe müſſen vor dem ordentlichen perſönlichen Richter des Stifters und resp. Richter der Sache verlautbaret werden. A. L. R. Th. 2. Tit. 4. §. 29—33. A. G. O. Th. 2. Tit. 1. §. 6. — Von Erlaſſung der fideicommiſſariſchen Kaution. H. B. IV. 59. deſſen Veräuſſerung VII. 83. 84. vom Anfall deſſelben, wenn der Fideicommiſſarius nicht mehr vorhanden. I. 65. von der den Intereſſenten freyſtehenden Aufhebung deſſelben. Behm. Ius nov. c. Obs. 50. VII. 46. von der Gültigkeit eines fideicommissi heredi praesenti iniuncti. VII. 85. de fideicommisso generali, collatum generaliter in bonis, quae mortuo fiduciario supersunt Behm. c. l. Obs. 34. Coniugum Obs. 35. — Von der Erbfolge bei einem adlichen Familien-Fideicommiß St. B. p. 45. Th. XI. Wo das Sachſenrecht hergebracht, werden die Gebäude nicht vergütiget. St. B. p. 291. Th. XI. — ſ. den Rechtsfall in Sachen der Erben des Prinzen Carl von Curland w. die Vormundſchaft der minorennen Töchter des verſtorbenen Herzogs Peter v. Sagan. St. B. 1. XVII. — (Familien-Stiftungen) können nach dem Edict v. 9. Oct. 1807 durch Familien-Beſchlüſſe beliebig abgeändert oder gänzlich aufgehoben werden. G. S. 1807. p. 172. Reſcr. v. 16. Apr. 1808. J. M. B. VI. 99. — desgl. Geld-Fideikommiſſe. R. v. 23. Febr. 1808. ibid. p. 100. — Deklaration des §. 9. dieſes Edikts wornach in Beziehung auf fideikommiſſariſche Subſtitutionen, welche bei der erſten Generation ſtehen bleiben, keine beliebige Abänderung oder Aufhebung ſtatt finden ſoll. G. S. 1812. p. 13. — über Gold- und Silbergeräthe oder Juwelen, deren Verkauf an den Staat, oder Beſteuerung derſelben. G. S. 1809. p. 527. — Vorbehalt deren Rechte bei der freien Diſpoſition über Grundeigenthum. G. S. 1811. p. 300. — unter welchen Bedingungen ſich deren Berechtigte eine veränderte Benutzung ſo wie auch jede Vereinzelung bäuerlicher Grundſtücke und außerordentliche Holzverkäufe gefallen laſſen müſſen. Cultur-Edikt v. 14. Sept. 1811. G. S. 1811. p. 303. — Erhaltung deren Rechte in Beziehung auf die mit Eigenthumsrechten verliehenen bäuerlichen Beſitzungen. G. S. 1811. p. 291. — 1816. p. 167. 171. 178. — bei ſelbigen iſt rückſichtlich der Verwendung der Kaufgelder für die zu verſchuldeten Gütern theilweiſe eingezogenen bäuerlichen Grundſtücke, in Beziehung auf Bauten und andere Wirthſchafts-Nothdürfte, der Konſens der Agnaten und Intereſſenten nicht erforderlich. G. S. 1811. p.

296. — 1816. p. 176. — Abfindung der weiblichen Deszendenz aus ſelbigen, wenn die männliche Nachkommenſchaft in dem letzten Kriege vor dem Feinde geblieben iſt. G. S. 1815. p. 102. — Wahrnehmung deren Gerechtſame bei Regulirung gutsherrlicher und bäuerlicher Verhältniſſe durch die General- u. Spezial-Kommiſſionen. G. S. 1817. p. 164. 169. 170. 190. — in wie weit bei ſelbigen in der Auseinanderſetzung der Gutsherren mit den Bauern Verpfändungen und Veräußerungen ſtatt finden können. G. S. 1818. p. 43. — Verhältniße derſ. bei Gemeinheitstheilungen. G. S. 1821. p. 54. 71. — in ſämmtlichen Provinzen der Monarchie, ſucceſſive Tilgung der auf ſelbigen laſtenden Kriegsſchulden a. d. Jahren 1806 und 1807. G. S. 1818. p. 29. — Aufnahme hypothekariſcher Schulden für ſelbige zum Retabliſſement der Kriegsſchäden und zur Deckung der Kriegslaſten. G. S. 1817. p. 206 — 208. — deren völlige Abtragung noch vor dem 1ſten Jan. 1831. G. S. 1817. p. 207. — adelige Familien-Fideikommiſſe, Nachweis der Ahnen bei ſelbigen. G. 1830. p. 129. in den jenſeits der Elbe gelegenen Provinzen, in wie weit die Fortdauer der agnatiſchen Erbfolgerechte in ſelbigen noch ſtatt finden kann. G. S. 1818. p. 17. — 1820. p. 131. — bleibende, neben den in freies Eigenthum verwandelten, in den jenſeits der Elbe belegenen Provinzen, Ergänzung der in den §. §. 5. u. 7. der Verordnung v. 11. März 1818. darüber enthaltenen Beſtimmungen. G. S. 1827. p. 76. f. — (Familien-) deren Errichtung unter Allerh. Beſtätigung in den Rheinprovinzen. G. S. 1826. p. 19. — die Rechtsverhältniſſe derſelben ſollen blos nach der beſtätigten Stiftungs-Urkunde beurtheilt werden. G. S. 1826. p. 19. in den ehemals Königl. weſtphäliſchen, bergiſchen und den franzöſiſchen Landestheilen, Wahrnehmung und Sicherung deren Rechte bei Ablöſungen. G. S. 1829. p. 84. ff. — der adeligen Gerichtsherren im Herzogthum Weſtphalen, Sicherſtellung der Rechte der Anwarter auf ſelbige, bei Veräußerungen, Verſchuldungen und Todesfällen. G. S. 1830. p. 5. — in den zum vormaligen Großherzogthume Berg gehörig geweſenen Landestheilen, Anordnungen rückſichtlich derſelben. G. S. 1828. p. 38. — Friſtbeſtimmung zur Anmeldung der Rechte der Fideikommiß-Anwarter. G. S. 1828. p. 39. — 1829. p. 45. — in den vom Königr. Sachſen abgetretenen Landestheilen, Abkommen darüber. G. S. 1819. (A.) p. 8. — Die Beſtimmungen des §. 2. des Geſetzes v. 23. März 1828. wegen der in dem zum vormaligen Großherzogthume Berg gehörig geweſenen Landestheile vor Einführung der franzöſiſchen Geſetze beſtandenen Fideikommiſſe, haben auch auf Erbtheilungen Anwendung. Cab. Ord. v. 24. Jul. 1832. G. S. 1832. p. 201. — Der Deſcendenz oder Seitenverwandtſchaft des dritten Grades iſt die Aufhebung oder Abänderung des Familien-Fideicom-

miſſes, wozu ſie berufen iſt, durch einen Familienſchluß, ſo wie er nach dem Landrechte erfordert wird. A. L. R. Th. 2. Tit. 4. §. 42. ff. nachgelaſſen. R. v. 5. Oct. 1805. E. S. 771. XII. J. M. II. 4. und E. S. p. 3052. XI. — Wie in dem Falle, wenn minderjährige Fideikommiß-Intereſſenten vorhanden ſind, zu verfahren, enthält das R. v. 29. Aug. 1809. J. M. VIII. 339. — Nach dem Judicat, J. M. VI. 281. iſt bei einer fideicommiſſariſchen Subſtitution der fiduciariſche Erbe das ganze Fideicommiß zu veräußern berechtiget, wenn es zu ſeiner Subſiſtenz ſchlechterdings nothwendig iſt. — Jeder Lehns- und Fideicommißbeſitzer iſt befugt, auf die Subſtanz der Güter zur Beſtreitung der Kriegslaſten hypothekariſche Schulden aufzunehmen. §. 8. der V. v. 9. Oct. 1807. auch der minderjährige, R. v. 29. Aug. 1809. VIII. 339. und der Beſitzer eines ſtädtſchen zu einem Fideicommiß beſtimmten Grundſtücks, R. v. 20. Aug. 1809. welches auf alle Kriegslaſten, und die zu deren Abführung aufgenommenen oder noch aufzunehmenden Schulden angewandt werden, und ſelbſt ſolchen Lehns- und Fideicommißbeſitzern zu ſtatten kommen ſoll, die dieſe Koſten aus eigenen Mitteln beſtritten haben, R. v. 20. Jan. 1808. VI. 9. auf den Ausfall an dem niedrigen Curs der, zur Beſtreitung der Kriegslaſten aufgenommenen, Pfandbriefe aber nicht zu ziehen iſt. R. v. 12. Aug. 1809. VIII. 549. Die Verwendung wird von dem Landrath des Kreiſes oder der Departements-Landſchaftsdirection, (b. ſtädtſchen Fideicommiß-Grundſtücken durch ein Atteſt des Policei-Directorii oder Magiſtrats des Orts, R. v. 20. Sept. 1809.) oder auf jede andere nach dem gemeinen Rechte zuläſſige Art dahin atteſtiret: daß die Summe der von dem betreffenden Lehns- u. Fideikommißgute getragenen Kriegslaſten u. Schäden ſich ſo hoch belaufe, als das Darlehn, es mag ſolches baar oder nur in Pfandbriefen oder andern Staatspapieren nach dem Nominalwerthe gezahlet werden, R. v. 30. Sept. 1809. VIII. 553., beträgt, welches der Zeitbeſitzer hypothekariſch dieſerhalb nur erſt aufzunehmen entſchloſſen iſt, für deſſen zweckmäßige Verwendung und Zurückzahlung die Lehns- und Fideicommißintereſſenten, welchen (und zwar bloß denjenigen, welche nach dem A. L. R. Th. 2. Tit. 4. §. 87—95. bei der Beſchuldung eines Fideikommißgutes zugezogen werden müſſen und nach §. 86. aus dem Hypothekenbuche conſtiren, R. v. 20. Sept. 1809. J. M. VIII. 556. und bei Lehngütern denjenigen Intereſſenten, deren Einwilligung zur Belaſtung des Lehns nach dem A. L. R. Th. 1. Tit. 18. §. 228. ff. erforderlich iſt) von der Hypothekbehörde die verfügte Intabulation deſſelben gleichzeitig mit derſelben bekannt gemacht werden muß, R. v. 9. May 1808. VI. 166. ſorgen und darauf vigiliren müſſen. R. v. 12. Aug. 1809. VIII. 319. Der §. 8. des E. v. 9. Oct. 1807. iſt auch auf ſtädtiſche, zu einem Fideikommiß conſtituirte Grundſtücke

anzuwenden. R. vom 19. Aug. 1809. IX. 48. R. wegen Bekanntmachung der zur Wiederherſtellung der Lehn- u. Fideikommißgüter aufgenommenen Darlehne an die Lehns- oder Fideikommißintereſſenten, v. 6. Dec. 1809. J. M. IX. 147. — Von der Befugniß des Fiduciarius, bei einer fideikommiſſariſchen Subſtitution in das übrig bleibende Vermögen durch Verfügungen unter Lebendigen über die Subſtanz zu disponiren. X. 417. — die Verſchuldbarkeit der Fideikommißgüter betr. v. 16. Oct. 1812. v. K. J. 259. I. R. betr. die Verwendung aufgeſammelter Fideikommißrevenüen zur Erziehung der Curanden, v. 7. Jan. 1812. v. K. J. 21. I. die Aufhebung derſelben. R. v. 16. Jan. 1813. 23. II. die Zuziehung der nächſten Senioratsanwärter bei Belaſtung derſelben. R. v. 6. Jul. 1813. 24. — R. betr. die Rückzahlung der nothwendigen Schulden, mit welchen Fideicommißgüter belaſtet werden. R. v. 15. Febr. 1814. v. K. J. 9. III. ſ. a. 259. I. 23. II. — Von Verwendung des Fideikommißvermögens bei Brandſchäden. v. K. J. 54. I. — deren Aufhebung. Reſcr. vom 16. Januar 1813. v. K. J. II. 23. — Abhandel. über die Dispoſitionen des Code Napoleon in Betreff der beſtehenden Fideicommiſſe, der künftigen Fideikommißſtiftungen und der Familien-Fideicommiſſe, vom wirklichen Geheimen Rath und Director Herrn v. Kamptz. XXV. 173. — ſiehe Retabliſſementsſchulden. — Cirk. Reſcr. v. 10. Aug. 1827. betr. den Stempelſatz bei deren Beſtätigung. XXX. 151. — In wie fern müſſen die einzelnen Fideikommißberechtigten Mitglieder der Familie in das Hypothekenbuch eingetragen werden? Reſcr. v. 23. März 1832. XXXIX. 134. 135. — Zu einem Familienſchluſſe über die Aufhebung eines Fideikommiſſes ſind nur die, aus dem Hypothekenbuche bekannten Familienglieder zuzuziehen. R. v. 14. Juni 1832. XXXIX. 371. 372. — Reſcr. v. 14. Octbr. 1832, betr. die Frage, welche Familienglieder bei Errichtung eines Familienſchluſſes zuzuziehen ſind? XL. 402—412. — R. v. 20. Dec. 1833. die Errichtung von Fideikommiſſen und Majoraten in der Rheinprovinz betr. XLII. 469. 470. ſ. auch Familienſchlüſſe. — Sind in Schleſien, Fideikommiſſe, die ohne landesherrlichen Konſens errichtet worden, nur bis zum erſten Subſtitutionsgrade gültig? S. u. Str. R. 3. B. No. 3. p. 51. — Iſt, falls angenommen wird, ein ſolches ſchleſiſches Provinzialrecht beſtehe, in Schleſien, wenn ein Ehegatte des Erblaſſers oder der Erblaſſerin als Erbe eingeſetzt und der Erbeinſetzung Subſtitutionen in mehreren Graden angehängt worden, wie im Hangwitzſchen Falle, ohne Rückſicht auf die Erbeseinſetzung des Ehegatten der eigentliche erſte Subſtitut für den eingeſetzten Erben, der zweite Subſtitut aber, für den erſten Subſtituten zu erachten? — S. u. Str. R. 3. Band No. 3. p. 52. — Tritt in dem Falle, daß der im Teſtamente zuerſt Subſtituirte den Tod des Te-

ſtators nicht erlebt hat, der nächſtfolgende fideikommiſſariſch Subſtituirte an die Stelle des zuerſt Subſtituirten? S. u. Str. R. 3. B. No. 3. p. 52. — Iſt in dem Falle, daß außer dem inſtituirten Erben auch der zuerſt Subſtituirte den Tod des Erblaſſers, nicht aber den Tod des eingeſetzten Erben erlebt hat, der erſte Subſtitutionsgrad für erloſchen zu erachten, und die Fideikommiß-Erbſchaft dem eingeſetzten Erben ohne weitere Subſtitutions-Verpflichtung zuzuſprechen, oder tritt in dieſem Falle der zweite Subſtitut an die Stelle des erſten? S. u. Str. R. 3. B. No. 3. p. 52. — ſ. übrigens auch Beſitz. Erbfolge. Erbſchaftsſtempel. Feuer-Sozietäten.

Fideikommiß-Anfälle, Stempelbetrag in ſelbigen, ſiehe Lehns-Anfälle.

Fideikommiß-Anwarter, in den Landestheilen des ehem. Großherz. Berg, ſiehe Anmeldungsfriſt. — Vorbehalt der Rechte der Anwarter bei Fideikommiſſen der adelichen Gerichtsherren im Herzogthum Weſtphalen. Cab. Ord. v. 22. Aug. 1832. G. S. 1832. p. 225. — nähere Beſtimmung ihrer Rechte in denjenigen Theilen der Provinz Weſtphalen, welche bei Auflöſung der fremden Herrſchaft zum Großherzogthum Berg gehört haben. Geſetz v. 14. Juli 1833. G. S. 1833 p. 83. — nähere Beſtimmungen der Rechte der Fideikommiß-Anwarter in denjenigen Theilen der Rheinprovinz, welche bei Auflöſung der fremden Herrſchaft zum Großherzogth. Berg gehört haben. Geſetz v. 23. Aug. 1834. G. S. 1834. p. 167. — ſiehe übrigens auch Lehnsanwarter.

Fideikommiſſariſche Beſitzung; ſiehe Erbſchaftsſtempel.

Fideikommiſſariſche Subſtitution. Der Fiduciarius iſt im Fall einer gewöhnlichen fideicommiſſariſchen Subſtitution, nicht verpflichtet, die Gebäude des Fideikommißgutes bei der Feuer-Sozietät höher verſichern zu laſſen, als er dieſelben von dem Erblaßer verſichert erhalten hat. S. u. Str. R. 1. B. No. 32. p. 124. — ſiehe übrigens auch Erbſchaftsſtempel.

Fideikommiß-Berechtigte; ſiehe Fideikommißqualität.

Fideikommiß-Beſitzer, Nachweis der Legitimation des jedesmaligen Fideikommißbeſitzers und Aufnahme eines Inventarii vom Stiftungsvermögen. Reſcr. v. 31. Dec. 1824. v. K. J. XXIV. 259. — ſiehe Retabliſſementsſchulden.

Fideikommiß-Gebäude; ſiehe Retabliſſementsſchulden.

Fideikommiß-Güter, können ganz oder zum Theil vererbpachtet werden. G. S. 1807. p. 171. f. — Aufnahme u. Til-

gung der zum Retabliſſement der Kriegsſchäden für ſelbige erforderl. Kapitalien. G. S. 1807. p. 172. — desgl. der zur Abführung der Kriegslaſten benötigten Kapitalien. G. S. 1807. p. 188. — nachgelaſſene Verſchuldung deren Subſtanz zum Retabliſſement der Kriegsſchäden und Kriegslaſten. G. S. 1810. p. 133. — Tilgung der auf ſelbigen haftenden Schulden. G. S. 1824. p. 123. — Entrichtung der Vermögens-Steuer aus ſelbigen. G. S. 1812. p. 127. unverſchuldete, oder nur bepfandbriefte, Geſtattung deren Beſitzern, bei gutsherrlichen und bäuerlichen Regulirungen das Eigenthums-Kapital, ohne Konſens der Agnaten und Anwarter, in Pfandbriefen aufnehmen zu dürfen. G. S. 1827. p. 78. — auch in Darlehnen, wenn die Beſitzer den landſchaftlichen Kredit ihrer Provinz nicht benutzen können. G. S. 1829. p. 44. — deren Verhältniße in Beziehung auf Provinzial-Stände. G. S. 1823. p. 132. 140. 147. — 1824. p. 64. 71. 102. 109. 142. — ſ. a. Stände, Provinzial-) oſtpreußiſche, Aufnahme landſchaftl. Pfandbriefe auf ſelbige. G. S. 1808. p. 381. in wie weit ſelbige zur Bepfandbriefung geeignet ſind. v. K. A. 26. II. 346. — ſiehe übrigens auch Fideikommißqualität. Fideikommißſchulden. Prozentgelder. Retabliſſementsſchulden. Unſchädlichkeitsatteſt.

Fideikommiß-Kapital. Wenn von der anderweitigen Unterbringung eines als Fideikommiß-Capital anzuſehenden Lehnsſtammes die Rede iſt, ſo bedarf es dazu keines Familienſchluſſes, ſondern nur der Einwilligung der beiden nächſten Anwärter. Reſcr. vom 11. Sept. 1820. v. K. J. XVI. 25.

Fideikommiß-Qualität. Gehört zu den unter der zweiten Haupt-Rubrik einzutragenden Real-Verbindlichkeiten. H. O. Tit. 1. §. 50. p. 13. A. L. R. II. IV. 64. und muß, wenn im Conkurſe ein Vindications-Recht auf Grundſtücke, die zur Maſſe gehören, wegen Fideikommißeigenſchaft ausgeübt werden ſoll, dieſe Eigenſchaft im Hypothekenbuch vermerkt ſeyn. A. G. O. I. 50. 334. — deren Eintragung in die neuen Hypothekenbücher. Reſcr. v. 28. Dec. 1816. v. K. J. IX. 7. — Wenn ſich innerhalb der geſetzlichen Friſt keine Fideikommißberechtigte gemeldet haben, ſo kann von einer Eintragung der Fideikommißqualität in die zweite Rubrik des Hypothekenbuchs nicht die Rede ſeyn; es muß aber aus dem Vermerk des tituli possessionis auch die Beſchränkung hervorgehen, unter welcher das Fideikommißgut beſeſſen wird. Reſcr. vom 3. Oct. 1823. XXII. 207. — ſiehe Lehnsqualität.

Fideikommiß-Revenüen. aufgeſammlete; in wiefern ſie zur Erziehung und Ausbildung eines Pflegebefohlnen verwendet werden können. Reſcr. v. 7. Jan. 1812. v. K. J. I. 20.

Fideikommiß-Schulden. Wenn der Fall eintritt, daß Fideikommißgüter mit nothwendigen Schulden zu belaſten ſind, ſo

hat der Richter von Amts wegen auf die Innehaltung der beſtimmten Rückzahlungstermine nicht zu ſehen, vielmehr iſt dieſe Sorge dem Gläubiger zu überlaſſen. Reſcr. v. 15. Febr. 1814. v. K. J. III. 9. — Die von dem Beſitzer eines Fideikommißgutes von der Subſtanz des letztern bezahlte Vermögensſteuer iſt auf daſſelbe als Fideikommißſchuld hypothekariſch einzutragen. Reſcr. v. 28. Dec. 1816. IX. 5.

Fideikommiß-Stiftungen, ſ. Fideikommiß.

Fieber, kaltes, Warnung vor Anwendung von Hausmitteln zur Vertreibung deſſelben. v. K. A. 30. IV. 842.

Fiebertropfen, Möllerſche, deren Verkauf iſt verboten. v. K. A. 20. IV. 897. — 30. II. 446.

Fiedel, ſ. Strafe.

Fides bona, bei der Verjährung. H. B. I. 14. 16. IV. 91. VI. 79.

Fiduciarius, ſ. Fideikommiß. Iſt ein den zwanzigſten Theil des Nachlaſſes nicht überſteigendes Vermächtniß, deſſen Entrichtung der Erblaßer einem gegenwärtigen Notherben mündlich aufgetragen hat, auch dann rechtsbeſtändig, wenn dem Notherben im Teſtamente nur der Nießbrauch des Nachlaſſes auf eine beſtimmte Zeit zugewendet, und die Erhaltung der eigenen ſeiner Kinder hinterlaſſenen Subſtanz zur Pflicht gemacht, er jedoch eventualiter in den Pflichtheil eingeſetzt worden? S. u. Str. R. 3. Band No. 5. p. 80.

Filial-Kirchen, deren Küſtereien ſollen von den Mutterkirchen getrennt werden. G. S. 1811. p. 193. — deren Anlegung, wo Parochial-Trennungen nicht durchzuführen ſind. v. K. A. 33. II. 373.

Filles entretenues; ſ. Entſchädigung.

Final-Abſchlüſſe; ſ. Kaſſen-Abſchlüſſe.

Finanz-Angelegenheiten, Prozeß- und Rekursverfahren in ſelb. G. S. 1808. p. 473. 474. ff. — 1817. p. 254. 282. ff. — 1826. p. 11. f.

Finanzbediente, Strafe pflichtvergeſſener. A. L. R. II. XX. 409—457.

Finanzbehörden, Provinzial-, vertreten die Regierungen, ſiehe dieſe. — nach welchen Sätzen die Diäten ihrer Unterbeamten beſtimmt werden ſollen. v. K. A. 17. II. 10. — ſiehe übrigens Exekution, Strafreſolute.

Finanz-Deputation, beſondere Abtheilung bei den Regierungen. G. S. 1808. p. 471. — was zu deren Reſſort gehört. G. S. 1808. p. 484. — ſ. ferner Regierungen.

Finanzen. Tarif zum §. 5. a. des E. v. 7. Sept. 1811. G. S. 257. I. N. A. B. 174. I. Extrablatt. — Von der Auflöſung des

während des Krieges beſtandenen 8ten Büreaus für die Finanzverwaltung. N. A. B. 381. IV. K. A. B. 287. — Decl. des §. 4. des Ed. v. 7. Sept. 1811. v. 16. Jun. 1812. G. S. 95. II. Inſtr. für die General-Commiſſion zur Liquidirung, Ausgleichung und Regulirung des Provinzial- und Communal-Krieges-Schuldenweſens, v. 9. Jul. 1812. p. 130. ibid. — des Staats, allgemeine Maaßregeln zu deren Verbeſſerung, nach dem Edikt v. 27. Oct. 1810. G. S. 1810. p. 25 — 31. — desgl. nach dem Edikte v. 7. Sept. 1811. G. S. 1811. p. 253 — 262. — ſiehe ferner Abgabenweſen, Etats, Staatsſchuldenweſen ꝛc. — General-Kontrolle für ſelbige. v. K. A. 17. IV. 22.

Finanz-Kollegium, eigenes, für die Geld-Inſtitute des Staats, für das Staatsſchuldenweſen ꝛc., deſſen Errichtung im Finanz-Miniſterio unter der obern Leitung des Staats-Kanzlers und unter dem Vorſitze des Geheimen Staatsraths Stägemann. G. S. 1812. p. 45. wird aufgehoben. G. S. 1813. p. 129.

Finanz-Miniſter, iſt zweiter Chef der Staatsbuchhalterei. G. S. 1826. p. 45. — Mitreviſion und Mitzeichnung der von den Miniſtern und oberſten Verwaltungs-Chefs gefertigten Etats. G. S. 1826. p. 45.

Finanz-Miniſterium, deſſen Reſſort und Eintheilung in Sektionen: für das General-, Kaſſen-, Bank-, Seehandlungs- und Lotterieweſen — für Domainen und Forſten und für direkte und indirekte Abgaben. G. S. 1808. p. 369. 371. — Uniform-Beſtimmungen für daſſelbe. G. S. 1808. p. 463. — Rangverhältniſſe bei demſelben. G. S. 1817. p. 62. ff. — anderweite Eintheilung deſſelb. in zwei Haupt- u. mehrere Unterabtheilungen (Sektionen) deren jeder ein Direktor vorgeſetzt iſt, nach der Verord. v. 27. Oct. 1810. G. S. 1810. p. 4. 15. — wird in drei Departements abgetheilt: 1) Abtheilung für die Einkünfte des Staats, unter ihrem bisherigen Chef dem Geheimen Staatsrathe von Heydebreck. 2) Abtheilung für die General-Kaſſen ꝛc. unter dem Geheimen Staatsrathe Freih. v. Oelſſen als Chef; 3) eignes Finanz-Kollegium für die Geld-Inſt. des Staats, für das Staatsſchuldenweſen ꝛc., unter dem Vorſitze des Geheimen Staatsraths Stägemann. G. S. 1812. p. 45. — Auflöſung des gedachten Finanz-Kollegiums. G. S. 1813. p. 129. f. — das Finanz-Miniſterium erhält in der Perſon des ehem. Magdeburgſchen Kammerpräſidenten Grafen v. Bülow einen eigenen Miniſter. G. S. 1813. p. 129. — die beſonderen Departements für die öffentl. Einkünfte und für die Generalkaſſen werden als ſolche aufgehoben. G. S. 1813. p. 130. — die bisher getrennten Sektionen des Finanz-Miniſteriums werden ſämmtlich als Verwaltungs-Büreaus in Einem Dienſtlokale vereinigt, in welchem auch der Finanz-Miniſter ſeine Wohnung erhält. G. S. 1813.

p. 130. — Geſchäftsgang und Verwaltung in denſelben. G. S. 1813. p. 130. — demſelben wird die ganze Leitung des Salz-, Berg- und Hüttenweſens übertragen. G. S. 1814. p. 3. — zu ſelbigem gehen von der Abtheilung für Gewerbe und Handel im Miniſterio des Innern die Fabriken-Angelegenheiten, das Bauweſen, die Sorge für die Land- und Waſſer-Kommunikation, und alle, den See- und Landhandel in ſeinem ganzen Umfange betreffende Gegenſtände über, wodurch, es die Benennung: „Miniſterium der Finanzen und des Handels“ erhält. G. S. 1814. p. 41. — letzteres wird mit den dazu gehörigen Reſſorts davon getrennt und als Miniſterium des Handels und für die Gewerbe dem zeitherigen Finanz-Miniſter, Gr. v. Bülow übertragen, dagegen dem Staatsminiſter v. Klewitz das Finanz-Miniſterium anvertraut. G. S. 1817. p. 304. — letzteres wird von der Verwaltung der ſämmtlichen außerordentlichen Einnahmen und Ausgaben des Schatzes und des Staatsſchuldenweſens, der Seehandlung, der Bank, der General-Salz-Direktion, der Lotterie, der Münze und des Berg- und Hüttenweſens entbunden, u. ſolche mit Ausſchluß des zum Miniſt. des Innern übergehenden Berg- u. Hüttenweſens dem neu errichteten Schatz-Miniſterio übertragen. G. S. 1817. p. 289. — nach Auflöſung des letztern gehen deſſen Reſſorts mit Ausſchluß der Verwaltung des Staatsſchatzes und der Münze wiederum zum Finanz-Miniſterio über. G. S. 1823. p. 109. — desgl. von dem aufgelöſten Handels-Miniſterio die Erhebung aller Kommunikationsabgaben, mit Ausſchluß der Chauſſee-Einkünfte, des Kalender-Debits- und Stempelweſens mit der zu deſſen Verwaltung beſtimmten Kalender-Deputation. G. S. 1825. p. 151. — demſelben wird die weitere Bearbeitung und Beendigung der Geſchäfte der aufgelöſten Immediat-Kommiſſion für die abgeſonderte Reſtverwaltung übertragen. G. S. 1827. p. 34. — desgl. nach Auflöſung der General-Salz-Direktion die obere Leitung der Salzverwaltung durch die General-Direktion der Steuern in ſelbigem. G. S. 1829. p. 42. — zum Reſſort des Finanz-Miniſteriums gehört die Disziplin und Beſetzung der Stellen bei der zweiten Abtheilung der Regierungen. G. S. 1815. p. 90. — demſelben iſt die Grenz-Gensd'armerie untergeordnet. G. S. 1821. p. 9. — was nicht mehr zu deſſen Reſſort gehört. v. K. A. 18. II. 296. — deſſen Theilnahme an der Feſtſtellung ſämmtlicher Etats, an den Anträgen auf außerordentliche Geldbewilligungen ꝛc. 28. II. 285. seq. — Anſtellung eines beſondern Bau-Reviſors für die zu deſſen Reſſort gehörigen Bauten. 29. II. 387 — 392. — deſſen Befugniß, Forſtſtrafen zu ermäßigen. R. v. 23. Sept. 1831. v. K. J. XXXVIII. 170. — ſ. überhaupt Degradation, Domainen-Veräußerung, Staatsverfaſſung, Stempelgeſetz, Vorladung.

Finanz-Pläne, neue wichtige, zu deren Ausführung iſt Allerh. Genehmigung erforderlich. G. S. 1810. p. 17.

Finanz-Räthe, Rangverhältniſſe derſ. v. K. A. 26. IV. 938.

Finanz-Reſſort, Anwendung der Portopflichtigkeit in den zu ſelbigem gehörigen Angel. v. K. A. 27. III. 655. — in Chauſſee-Verwaltungs-Angelegenheiten. 27. IV. 884.

Findelkinder, deren Bevormundung im Oeſterreichiſchen. v. K. A. 22. III. 773.

Finnland, Großherzogthum, Abſchoßverhältniſſe mit ſelbigem. v. K. A. 23. I. 34.

Finow-Kanal, ſ. Rangfahrts-Ordnung.

Finow-Kanalgefälle, ſollen nicht mehr an verſchiedenen Orten, ſondern an Einer Stelle und in Einer Summe erhoben werden. G. S. 1816. p. 197. — ſ. ferner Kanal-Gefälle und Schiffahrts-Abgaben.

Finſterwalde, Amt, gehört in ſtändiſcher Beziehung zur Niederlauſitz. G. S. 1823. p. 131.

Firma, für kaufmänniſche Rechte, Beſtimmungen darüber rückſichtl. der Gewerbeſteuer-Entrichtung von ſelbiger. G. S. 1820. p. 148. 155. — Wer dem Käufer ſeiner Handlung den fernern Gebrauch ſeiner Handlungs-Firma geſtattet, wird dem Dritten, der in gutem Glauben mit dieſer Firma contrahirt, verhaftet. S. u. Str. R. 1. B. No. 35. p. 136.

Firniß, Vorſichtsmaßregeln bei deſſen Bereitung innerhalb der Stadt und in den Gebäuden. v. K. A. 25. I. 208 — 211. — polizeiliche Anordnungen darüber. 32. I. 183.

Fiſchbein, Hauſirhandel mit ſelbigem. G. S. 1824. p. 130.

Fiſchdiebſtahl; Publ. wegen Beſtrafung der Fiſch- und beſonders der Karpfendiebſtähle aus den zum Amte Cottbus gehörigen Karpfenteichen, Fiſchhältern u. Kanälen, v. 6. Juni 1797. C. S. p. 1303. X. — St. B. 207. V. Für die §. 4. des Publ. beſtimmten Fälle findet die in dem A. L. R. Th. 2. Tit. 20. §. 1125. 1140. und 1146. feſtgeſetzte 6wöchentliche bis 3jährige Feſtungs- oder Zuchthausſtrafe mit Willkommen Anwendung, und wird auch in den §. 5. beſtimmten Fällen die Strafe verdoppelt. Publ. d. Kurm. Kr. und D. C. v. 18. Juni 1798. St. B. 200. VII. Wegen Beſtrafung dieſes Diebſtahls kann das Juſtizamt zwar in erſter Inſtanz erkennen, es muß jedoch das Urtel, wenn eine wirkliche Criminalſtrafe verhängt worden, dem Ob. Landesgericht eingereicht werden, R. v. 23. Juli 1798. (ungedr.) — deren Verhütung. R. v. 6. Juli 1834. v. K. A. 34. III. 802. — ſ. übrigens auch Diebſtahl.

Fiſche; wegen des verbotenen Wegfangens der kleinen Fiſchbrut und deren Verkaufs, ſ. E. v. 3. März 1690. C. S. IV. II. IV. No. 7. V. v. 24. Juni 1676. No. 4. K. A. B. 160. I. Von Beſtra-

fung der Contraventionen gegen die Fiſcher-Ordnung für das Euriſche Haf, ſ. die Fiſcher-Ordnung v. 11. Juni 1792. p. 996. IX. Rabe, 322. II. — kleine, (Saamen-Fiſche, Barſche,) in wie weit deren Fang und Verkauf zu geſtatten iſt. v. K. A. 25. IV. 1085.

Fiſchen, bei Feuer in den Forſten, ſoll nicht ſtattfinden. v. K. A. 18. I. 50.

Fiſcherei, A. L. R. von der Fiſcherei. I. IX. 170 — 192. in öffentlichen Strömen. II. XV. 73 — 78. — erneuerte Fiſcher-Ordnung v. 1551. C. S. IV. II. IV. No. 1. v. 23. Febr. 1574. No. 2. und No. 3. 4. v. 3. März 1690. No. 7. v. 20. Juli 1711. No. 15. für das Euriſche Haf im Königreich Preußen v. 11. Juni 1792. p. 996. IX. Pat. die verbotene Nachtfiſcherei betr. v. 12. Dec. 1668. IV. II. IV. No. 3. v. 9. März 1682. No. 6. — mit Hamen, Wurfnetzen und Wathen v. 27. Juni 1670. No. 4. die Fiſcherei in der Laichzeit v. 1682. IV. II. IV. No. 6. — wegen des Mißbrauchs der kleinen Fiſcherei, womit einige von Adel beliehen, v. 2. Jan. 1703. No. 9. die Röthung des Flachſes v. 16. Apr. 1707. v. 23. Febr. 1733. V. III. II. No. 19. No. 44. — Ed. wegen verbotenen Aufkaufs der Fiſche in den zu Freienwalde gewidmeten Fiſcherdörfern v. 1. Febr. v. 27. Okt. 1710. IV. II. IV. No. 13. 14. ſ. auch die Dorf-Ordnungen. Fiſcherei-Gerechtigkeitsſtreitigkeiten zwiſchen einem Beamten und Freigute gehören zur Cognition der Juſtizcollegien. J. C. v. 10. Nov. 1758. Kl. A. 76. V. zwiſchen einem Amte und den darunter ſtehenden Dorfſchaften zur Cognition der Cammer. J. C. v. 20. Oct. 1781. 281. VIII. imgleichen zwiſchen einer Cämmerei und Erbpächter eines Domainenſtücks v. 3. Sept. 1783. 215. IX. — Wer das Recht hat, in einem See mit dem kleinen Zeuge zu fiſchen, dem ſtehet frei, die Fiſcherei darin auch mit der Klippe auszuüben. Jud. in causa des Magiſtrats zu Mohrin in der Neumark w. die von Mühlheimſchen Erben, den 1. Mai 1797. — das verbotene Wegfangen der kleinen Fiſchbrut, und deren Verkauf iſt im K. A. B. 200. II. und die Beobachtung des E. v. 3. März 1690. C. S. IV. II. IV. No. 7. ſo wie der V. v. 27. Juni 1670. No. 4. p. 160. I. des K. A. B. in Erinnerung gebracht. — Die Ausübung der, auf den herrſchaftlichen Gewäſſern kann nur auf zu ertheilende Will-Zettel geſtattet werden. P. A. B. 308. VI. — beſſere Benutzung der in den Forſten und Feldmarken befindlichen kleinen Gewäſſer dazu. G. S. 1811. p. 309. — Gewerbeſteuer-Entrichtung von ſelbiger. G. S. 1820. p. 148. — Anſprüche der bäuerl. Wirthe auf dieſelbe bei Auseinanderſetzungen mit der Gutsherrſchaft im Großherzogthum Poſen ꝛc. G. S. 1823. p. 56. — in den nicht ſchiffbaren und nicht flößbaren Gewäſſern, Rechte auf ſelbige in den zu den ehemaligen franzöſiſch-hanſeatiſchen Departements gehörig geweſenen Landestheilen. G. S. 1825. p. 120. —

Geſetz über die Ausübung derſelben in den Landestheilen auf dem linken Rheinufer, v. 23. Juni 1833. G. S. 1833. p. 78. — polizeiliche Anordnungen für dieſelbe. v. K. A. 19. II. 364. — deren Betrieb in den zum Amte Stettin gehörigen Gewäſſern. 22. I. 79 — 86. — desgl. auf dem Friſchen Haf. 22. III. 628 — 632. — ſ. a. Herings-Fiſcherei.

Fiſchereidienſte, der Domainen-Einſaſſen, deren Ablöſung. G. S. 1808. p. 281.

Fiſchereien, Königl., bei deren Verpachtung dürfen Forſtbeamte nicht mitbieten. v. K. A. 33. I. 56.

Fiſcherei-Gerechtigkeit, deren Benutzung von Seiten der Standesherren in ihren Beſitzungen. G. S. 1820. p. 88. — Vorkaufsrecht des Staats bei deren Veräußerung; ebendaſ.

Fiſcherei-Geräthe, mit ſelbigen ſollen in Oſtpreußen und Litthauen die Flüſſe nicht verſtellt werden. G. S. 1806. p. 2. 24.

Fiſchhändler, deren Gewerbeſteuer. R. v. 24. Apr. 1834. v. K. A. 34. II. 340. — Berichtigung eines Druckfehlers in dem vorbemerkten Reſcr. R. v. 24. Sept. 1834. — 34. II. 531.

Fiſchſieden, polizeiliche Anordnungen wegen deſſelben. v. K. A. 18. III. 831.

Fiscus academicus, A. L. R. II. XII. 108. 109. wie für deſſen Rechte (ſiehe Rgl. wegen des Creditirens der Studenten in Halle v. 8. März 1759. §. 6. C. S. p. 349. II. zu Frankfurt an d. Oder v. 24. Sept. 1764. p. 485. III.) beim Schuldenmachen der Studenten geſorgt werden ſoll. R. v. 5. Jan. 1786. p. 13. VIII. ſ. Darlehn, Fiscus.

Fiscäle. Von dem Amte der Fiskäle überhaupt. A. G. O. Th. III. Tit. 6. Anh. §. 461. ſollen auf Befolgung der Geſetze E. v. 22. Dec. 1716. C. S. II. III. No. 31. z. B. der Conſiſtorialgeſetze Conſ. Ord. v. 1573. I. I. No. 7. der Medicinal-Edicte, R. v. 7. Sept. 1716. V. IV. I. p. 237. auch auf das Polizei-Weſen Acht haben, R. v. 27. Oct. 1740. p. 411. I. B. v. 18. Jan. 1741. p. 5. C. II. Reglement für ſämmtliche Fiskäle v. 20. Aug. 1722. II. III. No. 46. ſollen auf die Rückkehr der außer Landes in fremde Dienſte gegangenen Vaſallen halten. Inſtr. v. 9. Jan. 1751. p. 6. I. Inſtr. für den General-Fiskal v. 2. Dec. 1763. p. 341. III. A. G. O. Th. 3. Tit. 6. §. 12 — 15. Erhalten von den beigetriebenen Abſchoßgeldern bis 600 Rthlr. pro vigilantia quartam. R. v. 31. Juli 1746. C. S. p. 85. C. III. R. v. 31. März 1753. p. 447. I. von allen Strafen und vom ganzen Strafgelderbetrag Sertam. R. v. 8. Juli 1749. p. 175. C. IV. v. 25. Aug. 1786. p. 143. VIII. R. v. 17. Oct. 1793. St. B. p. 57. I. p. 1844. X. desgl. von den im Anh. zur A. G. O. §. 460. benannten fiskaliſchen Strafen. R. v.

29. Juni 1798. St. B. 217. XV. Rabe 483. II. — in wie fern ein fiskäliſcher Bedienter berechtiget, von einem im Wege der Begnadigung erlaſſenen Confiscate die Quote zu fordern. R. v. 11. Juni 1798. E. S. p. 1639. X. St. B. p. 287. VI. (R. v. 24. Juni 1698. E. S. II. III. No. 19.) ſollen nicht chicaniren. B. v. 9. Febr. 1745. p. 3. C. III. E. D. v. 24. Jan. 1747. p. 141. v. 7. März 1747. p. 145. E. v. 6. März 1748. p. 35. IV. C. v. 13. Apr. 1768. p. 3037. IV. auch Offiziers von ihnen nicht belangt werden können. Rs. v. 28. Dec. 1753. p. 611. I. Wie es wegen der Diäten der Fiskäle bei Unterſuchungen zu halten. E. v. 30. Jan. 1737. p. 7. I. Die Fiskäle ſollen von den Juſtizcollegien die eine Special-Vigilance mit ſich führenden Verordnungen zugefertigt erhalten. E. v. 6. März 1748. p. 35. IV. R. v. 15. Sept. 1753. p. 569. I. v. 15. Oct. 1753. p. 587. I. Die Amtsunterthanen ſollen in Prozeſſen mit adlichen Gütern assistentiam fisci nur praevia cognitione erhalten. C. v. 30. Nov. 1768. p. 5041. IV. — ſ. Forſtbeamte. — zu ihrem Amte gehört, daß ſie ein zu ihrer Wiſſenſchaft gelangendes unredliches Verhalten eines Vormundes dem vormundſchaftlichen Gerichte, bei eigener Vertretung anzeigen, A. L. R. II. XVIII. 928. daß ſie die Pfandbriefe der Pfandnehmer von Zeit zu Zeit revidiren, §. 80. des Regl. v. 13. März 1787. E. S. p. 798. VIII. — Inquirenten als ſolche können auf die fiskaliſche Quote keinen Anſpruch machen, R. v. 16. März 1813. v. K. J. 5. II. — Sporteltaxe für die fiskaliſchen Bediente, v. 28. Jan. 1788. E. S. p. 1781. VIII. c. R. v. 28. Dec. 1791. p. 271. IX. Rabe 227. II. die Juſtizbeamten erhalten bei Aufträgen fiskaliſcher Behörden, wenn Fiskus die Zahlung dafür leiſtet, 1 Rthlr. 15 Sgr.; die Regiſtratoren 1 Rthlr. und die förmlich angeſtellten Kanzliſten und Kopiſten 20 Sgr. tägliche Diäten. Regul. v. 28. Febr. 1816. K. A. B. 146. VII. — Die, ſollen auf die genaue Beobachtung des Cenſur-Ed. v. 19. Dec. 1788. E. S. p. 2339. VIII. mit größter Aufmerkſamkeit vigiliren, R. v. 5. März 1792. p. 872. IX. Die Stellen der bisherigen Regierungsfiskäle ſind in Folge der Cab. Ordre v. 10. März 1809. bei deren Erledigung nicht wieder beſetzt worden, und die fiskaliſchen Prozeſſe werden von Juſtizcommiſſarien gegen die vorgeſchriebenen Gebühren, und in beſondern Fällen gegen Prämien bearbeitet. R. die fiskaliſche Quote der Südpreußiſchen, betr. v. 3. Aug. 14. Oct. 1801. St. B. p. 189. XV. v. 29. Juni 1798. p. 217. ebendaſ. — deren Theilnahme an fiskaliſchen Strafen und Gebühren. v. K. A. 19. II. 302. — Polizeiſtrafen und Unterſuchungen, Einziehung der erſten, und Erſtattung der Copialien in letztern. 20. III. 564. — Strafgelder, ſind portofrei. 18. IV. 1072. — ſ. a. Strafgelder. — deren Anſtellung. G. S. 1808. p. 491. — ſ. Stempel-Fiskäle.

ſ. übrigens auch Konfiskation, Fiskaliſche Strafen, Mandatariengebühren.

Fiskaliſche Anſprüche, Feſtſetzung eines Normaljahrs für ſelbige in den Rheinprovinzen. v. K. A. 29. III. 720. — ſ. a. Präkluſion.

Fiskaliſche Aufträge; ſie zu übernehmen und den Regierungen Terminstabellen einzureichen und Terminsberichte zu erſtatten, ſind die Juſtizcommiſſarien verpflichtet. Reſcr. v. 13. Juni 1818. v. K. J. XII. 24. — Die Juſtizcommiſſarien und — an den Orten, wo es daran ermangelt — diejenigen Perſonen, denen die Befugniß ertheilt iſt, abweſende Perſonen zu vertreten, haben die Verpflichtung, von den Gerichten Aufträge, welche früher die Hofſiskäle beſorgt, zu übernehmen, und ſind nur, im Fall der Gegner in die Koſten verurtheilt iſt, befugt, die deſervirten Gebühren zu fordern. R. v. 14. Febr. 1823. XXI. 283.

Fiskaliſche Behörde, ſ. Steuerkontraventionen, Vorladung.

Fiskaliſche Civilprozeſſe, die Vorſchriften der Verordnung wegen verbeſſerter Einrichtung der Provinzial-, Polizei- und Finanzbehörden v. 26. Dec. 1808. §. 43. zu 1. u. 2., worin die Concurrenz der Regierungen bei allen fiskaliſchen Civilprozeſſen beſtimmt iſt, ſind den Gerichtsbehörden in Beziehung auf die A. G. O. §. 239. des Anh. in Erinnerung gebracht. R. v. 4. Nov. 1822. v. K. J. XX. 274. ſ. Porto-Tantieme.

ſ. übrigens auch Kaſſenquote, Litisdenunziation.

Fiskaliſche Gelder, ſ. Vorzugsrecht.

Fiskaliſche Geldſtrafen, ſ. Fiskaliſche Strafen, desgl. Geldſtrafen.

Fiskaliſche Intereſſe, deſſen Wahrnehmung bei Todeserklärungen. R. v. 11. Juni 1834. v. K. A. 34. III. 638.

Fiskaliſche Mandatarien, ſ. Fiskaliſche Prozeſſe.

Fiskaliſche Prozeſſe und Unterſuchungen. Von dem Gerichtsſtande bei fiskaliſchen Prozeſſen und Unterſuchungen, ſ. §. 34. der V. v. 26. Dec. 1808. A. G. O. Th. I. Tit. 35. §. 34 — 106. u. Anh. 243 — 246., welche Vorſchriften auch von den Untergerichten in den vor ſie gehörenden fiskaliſchen Unterſuchungsſachen anzuwenden ſind, R. v. 13. Jan. 1815. v. K. J. B. 22. VI. ſ. R. A. B. 284. V. u. 228. VI. — Fiskaliſche Klagen ſowohl gegen Militairperſonen, wegen Erſatzes der durch ihre Schuld, oder wegen unterlaſſener Benachrichtigung der Civilbehörde von der Abſicht zu kapituliren, oder abzuziehen; wegen verloren gegangener Militaireffekten, Caſſenbeſtänden, und andern Staatseigenthums ſind eingeſtellt und die Unterſuchungen dieſer Art niedergeſchlagen worden. C. O. v. 29. Apr. 1811. J. M. 485. X. — Zur Begründung der

fiskaliſchen Unterſuchungen bedarf es in der Regel der vorläufigen Vernehmung der Zeugen nicht, §. 255. des Anh. z. G. O. R. v. 24. Febr. 1798. der Angeſchuldigte kann aber zur Edition der Bücher u. ſ. w. angehalten werden, §. 258. ſ. a. R. v. 13. Juni u. 8. Aug. 1796. St. B. 429. II. Wenn der Jagdcontravenient nach geſchloſſener fiskaliſchen Unterſuchung ausgetreten, nachdem er ſich der Defenſion begeben, ſo wird, wenn auf Geldſtrafe erkannt, das Urtel einem, allenfalls ex officio zu beſtellenden Defenſor publicirt, und in dem zurückgelaſſenen Vermögen vollſtreckt; iſt aber auf poenam corporis afflictivam erkannt worden; ſo wird das Urtel verſchloſſen dem Inquirenten oder der Gerichtsobrigkeit des Denunciaten mit der Anweiſung zugefertigt, ſobald der Denunciat ſich betreten laſſe, ihn zu arretiren, und ſodann mit der Publikation des Urtels zu verfahren. R. v. 19. Mai 1794. E. S. p. 2190. IX. Rabe, 636. II. ſ. a. Fiskaliſche Civilprozeſſe und Prozeſſe, desgl. auch Konfiskationsprozeſſe.

Fiskaliſche Prozeßtabellen, ſ. Geſchäftstabellen und Liſten.

Fiskaliſche Rechtsverhältniſſe, Unterſchied zwiſchen fiskaliſchen und landeshoheitlichen Rechtsverhältniſſen; ſiehe Hoheitsrechte.

Fiskaliſcher Sachwalter, ſiehe Mandatariengebühren.

Fiskaliſche Sachen, ſ. Gebührentaxe, Meilengebühren.

Fiskaliſche Sportel-Taxe, ſ. Gebührentaxe.

Fiskaliſche Station, ſ. Fiskus.

Fiskaliſche Stellvertreter, ſ. Steuercontraventionen.

Fiskaliſche Strafen; auf die unter und bis 5 Rthlr. betragenden Geldſtrafen in Acciſe-Contraventionsſachen kann für die Salarienkaſſen kein Anſpruch gemacht werden, da fiskaliſche Geldſtrafen ohne Unterſchied dem Fisko berechnet werden müſſen. R. v. 29. Aug. 1812. v. K. J. I. 251. — Dem Fiskal gebührt als Inquirenten die quota fiscalis nur alsdann, wenn durch ſeine Wachſamkeit u. Zuthun fiskaliſche Strafen feſtgeſetzt u. beigetrieben werden. R. v. 16. März 1813. II. 5. — Fiskaliſche Geldſtrafen, ſie mögen 5 Rthlr. oder weniger betragen, gehören nicht zur Salarienkaſſe, ſondern müſſen dem Fiskus als jurisdictionarius berechnet werden. R. v. 13. Aug. 1814. IV. 10. — Fiskaliſche Geldſtrafen wegen unterlaſſener Berichtigung des tituli possessionis können nicht per decretum für verwirkt erklärt und executiviſch eingezogen, ſondern nur durch einen Fiskal ausgeklagt und darüber per sententiam entſchieden werden. R. v. 26. Juli 1814. IV. 203. —

Wem die von den Untergerichten in denjenigen fiskaliſchen Untergerichten, welche nicht ausdrücklich an das Obergericht gewieſen worden, erkannten Geldſtrafen, in ſofern ſie nicht in den Geſetzen fiskaliſch genannt werden, oder ſonſt eine beſondere Beſtimmung erhalten haben, zufallen und berechnet werden müſſen. R. v. 14. Febr. 1815. Va. 15. — In Betreff der Frage, wem die erkannten Geldſtrafen gebühren, kommt es darauf an, ob eine oder die andere in den Geſetzen ausdrücklich als fiskaliſch genannt, oder zu einem beſondern Fond verwieſen worden. Wo dieſes nicht der Fall iſt, gehört die Strafe dem Gerichtsherrn. R. v. 26. Oct. 1818. XII. 297. — Einziehung und Verrechnung der von den Gerichten erkannten Zoll- und Steuerſtrafen. R. v. 26. Juli 1823. XXII. 106. — ſiehe Beſitztitel, Sporteltantieme. — Begriff derſelben. v. K. A. 33. I. 4. f.

Fiskaliſche Unterſuchung, ſ. Konfiskation. (R. die den Untergerichten in Schleſien beigelegte Cognition in dergleichen Sachen betr. v. 13. Aug. 1801. J. M. 100) wegen der in Südpreußen dem Inquiſitor zu committirenden Inſtruction derſelben betr. v. 7. May 1796. c. l. — Von der fiskaliſchen Quote in Kontraventionsſachen. R. v. 16. März 1813. v. K. J. 5. II. — Von deren Eröffnung gegen Staatsdiener. R. v. 2. Jan. 1813. v. K. J. 30. II. — Wie von den Untergerichten die fiskaliſchen Unterſuchungen zu führen ſind, ſ. N. A. B. 284. V. Es bedarf jedoch der Einſendung einer beglaubten Abſchrift der Erkenntniſſe nur, wenn auf eine fiskaliſche Geldſtrafe erkannt worden iſt. 228. VI. Von der ſubſidiariſchen Verhaftung des Magiſtrats und Gutsherrſchaften für die Koſten bei fiskaliſchen Unterſuchungen. v. K. J. 42. I. — Gutsherrſchaften ſind zur ſubſidiariſchen Tragung der Koſten in fiscaliſchen Unterſuchungsſachen nicht verpflichtet. Reſcr. v. 14. Mai 1812. v. K. J. I. 42. — kann auch von den Untergerichten eröffnet und geführt werden, inſofern nicht in Abſicht einzelner Vergehungen ausdrücklich ein anderes beſtimmt worden iſt. Reſcr. v. 13. Oct. 1814. IV. 216. — Die Vorſchriften des §. 253. des Anh. zur A. G. O. in Betreff des Verfahrens in geringfügigen fiscaliſchen Unterſuchungsſachen ſind auch von den Untergerichten in den vor ſie gehörenden fiskaliſchen Unterſuchungsſachen, ſoweit es geſchehen kann, anzuwenden. Reſcr. v. 13. Jan. 1816. v. K. J. VII. 22. — Die Kammergerichts-Referendarien erhalten die Gebühren in den von ihnen als Commiſſarien des Kammergerichts geführten fiscaliſchen Unterſuchungen. Reſcr. v. 6. Dec. 1819. XIV. 228. — darin iſt bei der Parität der Stimmen im erkennenden Collegio die Kraft des Voti des Dirigenten nach der A. A. G. zu beurtheilen. Reſcr. v. 26. Juni 1820. XV. 305. — Wider einen Polizeibeamten kann auf die bloße Denunciation einer Privatparthei die

fiskaliſche Unterſuchung wegen der angeblich bei Ausübung ſeines Amts gegen ſie verübten Realinjurien, bevor die Denunciation durch vorläufige Vernehmung der Zeugen über die angeblichen Miß- handlungen und die Umſtände, unter denen ſie geſchehen, näher be- gründet worden, nicht eröffnet worden, da er die Präſumtion der Legalität ſeines Verfahrens für ſich hat. R. v. 16. Juli 1821. XVIII. 47. — Bei einer in fiskaliſchen Unterſchungsſachen nicht bewieſenen Denunciation kann der Denunciat in die Koſten nicht verurtheilt werden. R. v. 4. März 1825. XXV. 144. — Da Aus- lagen in fiskaliſchen Unterſuchungen, namentlich die Zeugengebüh- ren und die Koſten zur Alimentation der Gefangenen, Inculpaten und Denunciaten, nicht zu den Koſten gehören, welche aus den Sa- larienkaſſen zu bezahlen ſind, der Criminalfond auch jetzt keine Ur- telsgebühren an die Salarienkaſſen zahlt, ſo müſſen alle Koſten dieſer Art aus dem Criminalfond berichtigt werden. R. v. 14. Nov. 1825. XXVI. 423. ſ. Auslagen, Beleidigungen, Deduk- tion, Diäten, Erkenntniſſe, Exekution, Gebühren- taxe, Geſchäftstabellen und Liſten, Injurienpro- zeß, Inrotulation, Kriminal-Prozeßtabellen, Por- totantieme, Protokollführer, Rechtsmittel, Spiel, Stempelkaſſation, Stempeltantieme, Unterſuch- ung, Unterſuchungskoſten, Widerſetzlichkeit. — Ueber Berichtigung der darin vorkommenden baaren Auslagen aus dem Kriminalfonds. R. v. 19. Okt. 1827. v. K. J. XXX. 389. 390. Die Vorſchrift der Allg. Gerichts-Ordnung Th. I. Tit. II. §. 145. findet auch in fiskaliſchen Unterſuchungen ſtatt. R. v. 6. Dez. 1830. v. K. J. XXXVI. 320. 321. — R. v. 24. Jan. 1831. über die Befugniß der Untergerichte. XXXVII. 113. 114. — Ueber das Verfahren in Fällen, in welchen wegen eines Kriminalvergehens nur eine fiskaliſche Unterſuchung eröffnet, aber gleichwohl auf eine Kriminal-Strafe erkannt iſt. R. v. 31. Jan. 1831. XXXVII. 123. 124. — Anwendung der Gebührentaxe der Kriminal-Ordnung auf ſelbige. R. v. 11. Febr. 1831. XXXVII. 133. — Ueber die Führung derſelben von Seiten der Inquiſitoriate auf Requiſition der Landgerichte. R. v. 14. Apr. 1831. XXXVII. 413. — R. v. 6. Mai 1831, das Koſten-Pauſchquantum in denſelben betr. XXXVII. 424. 425. — R. v. 16. Juni 1831, von den Gebühren der Defen- ſoren und Mandatarien in denſelben. XXXVII. 426. — R. v. 17. Oct. 1831, betr. das Pauſchquantum der Koſten in Injurienſachen. XXXVIII. 458. 459., desgl. R. v. 12. Dec. 1831. ibid. — R. v. 9. März 1832, die Koſten in fiskaliſchen Unterſuchungen betr. XXXIX. 214. 218. — Cab. Ord. v. 8. Sept. 1832, betr. die Ein- führung des 2ten Abſchnitts. Tit. XXXV. Th. I. der Allg. Ger. Ordnung in dem Oſtrheiniſchen Theil des Regierungs-Bez. Koblenz,

mit Ausnahme der Herrſchaft Wildenburg. v. K. J. XL. 283. 284. — ſ. a. Gendarmerie, Unterſuchung. — Cab. Ord. v. 10. u. Cirk. R. v. 20. Apr. 1833, betr. die nach der Prozeß-Ordnung I. XXXV. §. 34. No. 3. §. 98. bei fiskaliſchen Unterſuchungen kompetente Dienſtbehörde. v. K. J. XLI. 567. 568., desgl. 585. 586. (für die Rheinprovinz) ſiehe auch Botengebühren, Sukkumbenzgelder.

ſ. übrigens auch Fiskaliſche Prozeſſe, Züchtigungsrecht.

Fiskaliſche Unterſuchungsſachen, ſ. Gebührentaxe, Mandate, Nullitätsklagen, Reſolutionsgebühren, Reſtitution, Straferkenntniſſe, Sukkumbenzgelder, Urtelsgebühren, Werthſtempel, Werthſtempeltantieme.

Fiskaliſche Vorrechte, ſtehen dem Fiskus, als Verpächter, wegen ſeiner Forderungen aus dem Pachtverhältniſſe gegen ſeinen Domainen-Pächter auf die, von dem letztern eingebrachten und zur Zeit der Endigung des Kontrakts in dem Gute noch vorhandenen Sachen und Effekten die Rechte eines Pfandgläubigers zu, oder kann er gegen den Pächter nur ſeines fiskaliſchen Vorrechts ſich bedienen? S. u. Str. R. 3. B. No. 26. p. 274. — Eintragung derſelben auf die Immobilien der Kaſſen-, Magazin- und Domainen-Beamten, oder anderer Verwalter öffentlicher Güter und Einkünfte, ſo wie der Domainen-Pächter. Cab. Ord. v. 2. Juli 1833. G. S. 1833. p. 81.

Fiskus, A. L. R. von den Rechten des Fiskus auf herrenloſe Güter. II. XVI. 8 — 29. — E. wegen deſſen Vorrechte in den Gütern und das Vermögen der Caſſenbedienten, Domainen-Pächter u. Beamten v. 31. März 1772. E. S. p. 125. V. b. E. v. 3. Aug. 1769. p. 6197. IV. wer darunter zu verſtehen? C. v. 5. Juli 1779. p. 1591. VI. iſt näher beſtimmt. E. v. 8. Jan. 1785. p. 2995. VII. die eingetragenen Gläubiger ſollen von Seiten des das Hypothekenbuch führenden Gerichts von denſelben benachrichtiget werden. R. v. 31. März. v. 13. Apr. 1772. p. 125. 142. V. b. (A. L. R. I. XIV. 169 — 177. II. XIV. 44 — 85.) Fiskäliſche Rechte genießt die Bank. C. v. 12. Sept. 1776. p. 365. VI. ſ. Sportelfreiheit. — die Brennholzlieferungscompagnie. R. v. 1. Febr. 1785. p. 3025. VII. — die Freienwalder Geſundbrunnen-Anſtalt in Rechtsangelegenheiten. R. v. 31. Jan. 1791. E. S. p. 19. IX. — die Haupt-Nutzholz-Adminiſtration in Anſehung des Vermögens ihrer Caſſenbedienten, Offizianten und Contrahenten. R. v. 18. Mai 1784. p. 2845. VII. G. E. die Locirung deren durch Ceſſion erlangten Forderungen im Concurs betr. v. 15. Mai 1787. p. 1383. VIII. — das Joachimsthaliſche Gymnaſium. R. v. 1. Jan.

1789. p. 2375. VIII. — die Landgeſtüteanſtalt. R. v. 9. Juli 1789. p. 2539. VIII. — die Officiers-Wittwen-Caſſe. R. v. 30. Mai 1796. p. 419. X. E. v. 21. u. 25. Juni 1804. p. 2627. und 2631. XI. N. A. III. 384. J. M. I. 47. — die Seehandlungs-Compagnie. Pat. v. 14. Oct. 1772. E. S. p. 513. V. b. C. v. 15. Jan. 1784. p. 2744. VII. c. D. v. 16. März 1791. p. 55. IX. — Decl. wegen Einſchränkung des dem Fisko in dem unbeweglichen Vermögen der fiskäliſchen Caſſenbedienten zuſtehenden Vorzugsrechts, v. 18. Apr. 1803. E. S. p. 1818. XI. N. A. 142. B. 3. St. B. 300. XVII. — C. O. wegen des bisher von dem Fiskus in Concurſen der Contrebandiers in Anſehung der Acciſe- u. Zollſtrafen geltend gemachten Vorzugsrechts, v. 18. Mai u. E. v. 19. Mai 1804. E. S. p. 2198. XI. N. A. III. 447. J. M. I. 39. Von dem ſtillſchweigenden Pfandrechte des Fiskus auf das Vermögen derjenigen, mit denen er contrahirt, Präj. J. M. III. 205. V. den fiskaliſchen Rechten der Domainencammern Königl. Prinzen, und von der gegen den Fiskus ſtattfindenden ungewöhnlichen Verjährung von 44 Jahren, VI. 485. Von dem Gerichtsſtande bei fiskaliſchen Prozeſſen und Unterſuchungen, §. 34. der Reſſort-Verordnung v. 26. Dec. 1808. Von Eintragung deſſen Rechte, A. G. O. Th. 1. Tit. 50. §. 393. No. 4. A. L. R. Th. 2. Tit. 14. §. 53 — §. 55. in dem unbeweglichen Vermögen der Verwalter öffentlicher Staatseinkünfte, Decl. v. 18. Apr. 1803. zweite Abtheilung No. 3. unter der dritten Haupt-Rubrik, H. O. Tit. 2. §. 192. p. 66. — Fiskaliſche Klagen wegen verloren gegangenen Staatseigenthums finden nicht ſtatt. E. O. v. 29. Apr. 1811. J. M. X. 485. — Fiskaliſche Rechte hat die Univerſität zu Berlin, K. A. B. 396. II. zu Königsberg und Breslau, R. v. 4. Aug. 1812. v. K. J. 244. I. — Von der Verbindlichkeit des, bei der Provocation auf das Moratorium Verzugszinſen zu bezahlen, 139. — Dem Fiskus ſtehet in dem Vermögen derjenigen, mit welchen er contrahirt hat, ein geſetzliches Pfandrecht zu. Denn, wenn gleich das A. L. R. Th. 2. Tit. 14. §. 66. ſich nicht des wörtlichen Ausdrucks: geſetzliches Pfandrecht bedient, ſondern nur von einem in den Geſetzen beſtimmten Vorrechte der vierten Claſſe redet, ſo gehet doch aus der Zuſammenhaltung dieſer Stelle mit andern, die Vorrechte des Fiskus beſtimmenden Vorſchriften die wahre Abſicht des Geſetzgebers ganz überzeugend hervor. So iſt den Staatscaſſen in Abſicht der beſtändigen, fixirten Abgaben, dem Namen nach, ebenfalls kein geſetzliches Pfandrecht, ſondern nur ein im §. 65. am a. O. mit Beziehung auf die Concurs-Ordnung beſtimmtes Vorzugsrecht eingeräumt. Die Wirkung dieſes Vorzugsrechts aber beſtehet darin, daß die zweijährigen Rückſtände nach §. 356. Th. 1. Tit. 50. der A. G. O. ſelbſt den hypothekariſchen Gläubigern vorgehen, und daß die mehr als 2jähri-

gen Rückſtände, wenn nicht Fiskus ſolche, wie ihm freiſtehet, auf die Grundſtücke hat eintragen laſſen, unmittelbar nach den hypothekariſchen Gläubigern in die vierte Claſſe locirt werden. c. l. §. 395. Auch in dem Vermögen der Caſſenbedienten, Domainen-Beamten und Pächter iſt dem Staate, A. L. R. Th. 2. Tit. 14. §. 45. nicht wörtlich ein geſetzliches Pfandrecht, ſondern ein in der Concurs-Ordnung näher beſtimmtes geſetzliches Vorzugsrecht beigelegt, welches aber gleichfalls die Wirkung hat, daß die Defekte ſolcher Beamten u. Pächter, theils in der zweiten, theils in der vierten Claſſe, in ſo fern keine beſſere Sicherheit durch Pfand oder Eintragung beſtellt worden, angeſetzt werden müſſen, wobei jedoch den Behörden in der Decl. v. 18. Apr. 1803. N. A. 142. III. St. B. 300. XVII. zur beſondern Pflicht gemacht iſt, dafür zu ſorgen, daß die Rechte des Fiskus in dem H. B. gehörig vermerkt werden. — Den Forderungen des Fiskus, welche aus einem mit dem Gemeinſchuldner geſchloſſenen Kontrakte entſpringen, iſt in der A. G. O. Th. 1. Tit. 50. §. 400. ein ganz gleiches geſetzliches Vorzugsrecht, wie den mehr als 2jährigen Rückſtänden landesherrlicher Abgaben und den Defecten der Domainen-Pächter zugeſprochen. Ihnen gebühret ebenfalls nach den hypothekariſchen Gläubigern ein Platz in der vierten Claſſe, und nach §. 429. ſelbſt der Vorzug vor allen übrigen in dieſer Claſſe concurrirenden Gläubigern; inſonderheit vor der Ehefrau, §. 406. und den Pflegebefohlnen, §. 421. deren geſetzliches Pfandrecht, nebſt der Befugniß, ihre Forderungen, auch ohne die Einwilligung des Schuldners eintragen zu laſſen, keinen Zweifel leidet. Es folget hieraus ſehr klar, daß das dem Fiskus wegen der aus Contracten herrührenden Forderungen zukommende Vorrecht nicht weniger für ein geſetzliches Pfandrecht geachtet werden muß, wie das den zweijährigen Rückſtänden landesherrlicher Abgaben, den Defekten der Domainenpächter, dem Eingebrachten der Ehefrau, dem Vermögen der Pflegbefohlnen beigelegte Vorzugsrecht, womit auch die A. G. O. Th. 1. Tit. 51. §. 12. übereinſtimmt. Wenn alſo nachgewieſen, daß der — dem Fiskus — Rthlr. für erkaufte Cavallerie-Pferde ſchuldig geworden, ſo iſt die Vorſchrift des A. L. R. Th. 1. Tit. 20. §. 400. unbedenklich anzuwenden, und die nachgeſuchte Eintragung zu verfügen. R. an das N. O. L. G. v. 4. Mai 1814. — Von dem geſetzlichen Pfandrecht des Fiskus in dem Vermögen desjenigen, mit welchem er contrahirt hat, R. v. 4. Mai 1814. v. K. J. 273. III. Dadurch, daß dem, eine beſtimmte Caution geleiſtet worden, verliert derſelbe noch nicht ſein geſetzliches Vorzugsrecht. V. v. 23. Febr. 1815. 6. V. Von Verbindlichkeit des, beim Moratorium Verzugszinſen zu bezahlen, 139. I. Jura fisci hat die Univerſität zu Königsberg und Breslau, 244. Von der quota fiscali in Acciſe-Contraventionsſachen, 5. II. — deſſen

bisheriger privilegirter Gerichtsſtand hört auf. G. S. 1808. p. 472. — Befreiung deſſelben von der Stempelabgabe. G. S. 1722. p. 58. — Stempelfreiheit deſſelben. G. S. 1815. p. 201. (Beil. p. 3.) — deſſen Ceſſionarius iſt nicht ſportelfrei; ebendaſ. p. 1. — deſſen Rechte bei beſtellten Amts-Kautionen; ſiehe dieſe. — Vertretung deſſen Rechte und Verpflichtungen durch die Regierungen. G. S. 1808. p. 493. — 1817. p. 256. 257. — 1826. p. 11. — Wahrnehmung deſſen Gerechtſame bei Regulirung gutsherrl. u. bäuerl. Verhältniſſe. G. S. 1817. p. 165. 168. 169. 172. 190., — desgl. bei bäuerl. Regulirungen in Domainen oder in den unter Verwaltung der Regierungen ꝛc., ſtehenden Inſtituten, bei Gemeinheitstheilungen, Ablöſungen ꝛc. G. S. 1826. p. 10. 11. — Ausübung des demſelben zuſtehenden Exekutionsrechts von Seiten der Verwaltungs-Behörden. G. S. 1808. p. 475. f. 478. — 1817. p. 254. — 1826. p. 11. 12. — ſ. a. Prozeſſe und Unterſuchung, fiskaliſche. — Die Friſt zur Einlegung des Rechtsmittels wird für ihn verdoppelt. G. S. 1833. p. 307. — Die Regierungen können als ſolche niemals vor Gericht, weder als Kläger noch als Verklagte auftreten. Wenn daher die Klage gegen den Fiskus der Regierung überhaupt gerichtet wird, ſo muß auch der Fiskus oder das officium fisci der Regierung ſowohl in der Klage als in dem Prozeſſe ſelbſt, und in dem Erkenntniſſe als beklagter Theil genannt werden. Iſt dagegen eine beſtimmte fiskaliſche Station in Anſpruch genommen, ſo iſt gegen dieſe Klage und das Erkenntniß zu richten. Klagen gegen die Regierung als ſolche müſſen zurückgewieſen werden. R. v. 3. Sept. 1824. v. K. J. XXIV. 130. — ſ. Allodifikation, Beſitztitel, Domainen, Fiskaliſche Strafen, Gerichtsbarkeit, Mandatariengebühren, Pfandrecht, Pfarrgüter, Poſtfiskus, Provinzielle Staatsſchulden, Reiſekoſten, Unterſuchungskoſten, Verlautbarung, Vorladung, Vorzugsrecht, Werthſtempel, Zinſen. — Ueber deſſen Rechte in Anſehung eines, von einem Subaltern-Offizier gemachten Darlehns, zur Erläuterung des Allg. Landrechts Th. I. Tit. XI. §. 684. Judikat. v. K. J. XXXIV. 209 — 225. — Derſelbe iſt nicht verbunden, in Subhaſtationsſachen Koſten-Vorſchüſſe zu machen. R. v. 25. März 1831. v. K. J. XXXVII. 87. — des, Koſtenfreiheit bei Subhaſtations- und Konkurs-Prozeſſen. R. v. 21. Oct. 1831. XXXVIII. 356. — R. v. 8. März 1831 über Beiſtimmung des Miniſterii zu der Provokation bei Regulirungen, Gemeinheitstheilungen u. Ablöſungen. XXXVII. 67. 68. — deſſen Rechte aus Darlehnen an Subalternenoffiziere, ſ. Offiziere. — Sicherung deſſen Rechte und Forderungen bei Exekutions-Vollſtreckungen auf adminiſtrativem Wege. v. K. A. 26. III. 576. 585. seq. — demſelben ſteht in dem Vermögen derjeni-

gen, mit welchen er contrahirt hat, ein geſetzliches Pfandrecht zu. 26. III. 587. — in wie weit ſolcher zu Bauten und Reparaturen Koſtenbeiträge zu leiſten hat. 20. IV. 744. — Beitragspflichtigkeit deſſelben zu geiſtlichen Bauten. 22. I. 114. — Liquidation der demſelben in Kriminal=Unterſuchungen zur Laſt fallenden Koſten. 22. III. 602. — Klagen gegen ſelbigen, ſiehe Rechtsverfahren. — Kommunal=Steuerfreiheit deſſelben in Beziehung auf Zehnte. v. K. A. 30. II. 346. — Verpflichtung deſſelben zur Annahme einer Geldſtrafe, welche ein Dritter für den eigentlichen Schuldner zu erlegen ſich erbietet. 32. III. 612. ſ. a. Domainen=Fiskus. — Termin=Prorogation in den gegen denſelben angeſtrengten Prozeſſen. 33. IV. 878. — I. Einer Stadt gebührt, vermöge ihres Weichbildrechtes das Eigenthum an den, innerhalb ihres Weichbildes belegenen Gütern, welche nicht Andern aus einem beſondern Titel gehören. — II. Fiskus kann daher dergleichen Güter nicht als ihm zuſtändig in Anſpruch nehmen. S. u. Str. R. 1. B. No. 66. p. 236. — Muß Fiskus für die ſeinem beauftragten Beamten, Behufs der Umſchreibung in Staatsſchuldſcheine, von einem Dritten eingelieferten und demnächſt vom Beamten unterſchlagenen Lieferungsſcheine aufkommen, wenn die Lieferungsſcheine nicht auf den Namen des Einliefernden lauteten, ſondern nur mit einer Ceſſion in bianco verſehen waren? S. u. Str. R. 2. B. No. 23. p. 221. — Kann der Staat ſein Recht, zum Wohl des gemeinen Beſten jemand zum Verkauf ſeiner Sache zu zwingen, eigenthümlich überlaſſen? S. u. Str. R. 3. B. No. 21. p. 225. ſ. a. fiskaliſche Vorrechte. ſ. überhaupt Beſitztitel, Deſerteur, Mandatarien, Zinſen.

Flachs, (Hanf,) ſoll nicht in Stuben oder Backöfen gedorrt u. gebrackt werden. v. K. A. 17. I. 229. — IV. 221. — 19. III. 813. — Vorſicht bei deſſen Röthen in Gewäſſern. 18. IV. 1137. — Verkauf deſſelben in Oſtpreußen. 21. IV. 867. — das Ausfuhr=Verbot für ſelbiges iſt aufgehoben. 18. I. 56. — II. 346. — Gefälle des ausgeführten Flachſes. ibid. — Anordnungen zur Vorſicht bei Bearbeitung deſſelben. 32. I. 182. — Verbot des Trocknens deſſelben an Oefen. 32. IV. 989.

Flachsarbeiten, Vorſichtsmaßregeln bei ſelbigen. v. K. A. 21. II. 422. — 22. III. 761. — IV. 967. seq.

Flachs=Brackmaſchine, vom Bürgermeiſter Kuthe in Egeln erfunden, deren Anwendung. v. K. A. 23. I. 59. 67.

Flachshandel, in der Provinz Schleſien, Vorſchriften für ſelbigen. G. S. 1827. p. 87.

Flachsmühlen, Mandat deren Einrichtung betr. v. 16. Apr. 1707. C. S. V. III. II. No. 19. wegen Anlegung der Flachsſpinnereien v. 4. Dec. 1759. p. 359. II.

Flachs= (und Hanf=) Röthen, deſſen Geſtattung an Gewäſſern hängt von der Willkühr der Fiſchereibeſitzer ab. G. S. 1811. p. 309. — in ſchiffbaren Flüſſen und Kanälen, in Oſtpr. u. Litthauen, iſt unterſagt und ſtrafbar. G. S. 1806. p. 4. 24.

Flachs=Spinnerei, deren Begünſtigung in Weſt=, Oſt= u. Neu=Oſtpreußen. G. S. 1806. p. 85.

Flagge, Landes= oder Handels=, preußiſche, Beſtimmung deren Dekoration. G. S. 1823. p. 127.

Flaſchen, V. wider unrichtige, R. v. 11. Febr. 1730. E. S. p. 239. C. I. v. 8. Sept. 1741. p. 30. C. II. E. v. 7. Apr. 1771. p. 83. V. a. R. v. 23. Sept. 1768. p. 4093. IV. Zur Vermeidung aller Bevortheilungen haben ſämmtliche Glashütten den Befehl erhalten, auf deren Bouteillen außer dem Hüttenſtempel auch noch mit einer Ziffer das Maaß, welches ſie effective enthalten, als 1, ³⁄₄, ¹⁄₂ u. ¹⁄₄ Quart zu bemerken. Dir. R. v. 2. Febr. 1796. ſ. a. Bierflaſchen. — deren Stempelung und Bezeichnung auf inländiſchen Glashütten, nach Berliner Quarten. G. S. 1816. p. 147. — Strafbarkeit für Unterlaſſungen derſelben, ebendaſ. — nach der Allerh. Kab. Ord. v. 23. Apr. 1821 ſoll es dieſer Stempelung nur bedürfen, wenn es vom Beſteller verlangt wird. G. S. 1821. p. 45. — Käufer von Bier, Wein, Eſſig und Branntwein, können ſolche in geſtempelten Flaſchen verlangen. G. S. 1816. p. 147. — Verfahren bei deren polizeilichen Reviſionen. v. K. A. 21. IV. 954 — 957. — auf inländiſchen Glashütten gefertigt, deren Stempelung. 21. II. 445. — geſtempelte und ungeſtempelte, deren Gebrauch. 25. II. 466. — geſtempelte, deren Gebrauch. 32. I. 229. — unrichtige, bei Schankwirthen, Verfahren rückſichtl. derſ. 32. I. 230.

Flatten, Dorf, tritt Preußen an Frankreich ab. G. S. 1830. p. 25.

Flecken, deren namentliche Bezeichnung durch Ortstafeln. v. K. A. 20. III. 567. — IV. 825. 827.

Fleckfieber, ſ. Krankheiten, anſteckende.

Fleiſch, kann vom platten Lande in die Städte zum Verkauf gebracht werden. G. S. 1808. p. 316. — 1810. p. 34. 58. f. — in wie weit damit Hauſirhandel ſtattfinden darf. G. S. 1824. p. 130. u. K. A. 28. IV. 1075. — Erhebung der Konſumtions=Steuer von demſelben. G. S. 1810. p. 34. 52 — 55. — 1819. p. 118. 119. f. — wird aufgehoben durch Einführung der Schlachtſteuer. G. S. 1820. p. 136. 144. — fremdes geräuchertes und geſalzenes, Akziſe=Erhöhung für ſelbiges. G. S. 1812. p. 124. — Erhebung der Eingangsabgabe von ſelbigem. G. S. 1824. p. 195. — 1827. p. 143. — ſanitätspolizeiliche Anordnungen rückſichtl. deſſen Verkaufs. v. K. A. 25. I. 223. — Einbringung deſſelben in die Städte, und Handel mit ſelbigem. 19. II. 513 — 517. 542. — 24.

I. 269 — 274. — II. 587. seq. — IV. 1164 — 1166. — von benachbarten Städten und Dörfern, deſſen Einbringung und Verkauf auf Märkten und in Häuſern. 23. III. 693. seq. — mit ſelbigem darf kein Hauſiren ſtattfinden. 21. I. 184. — II. 432. — kann aber auf Märkten feil geboten werden. 21. I. 134. — das Aufblaſen deſſelben iſt verboten. 17. II. 105. — IV. 246. — 21. I. 183. — 24. III. 908. — in wie weit ſolches beim Scharrenfleiſche nachzugeben iſt. 19. III. 826. — friſches, Handel mit ſelbigem und Einbringung deſſelben in mahl- und ſchlachtſteuerpflichtige Städte. 29. III. 574. — für Juden eingeſchlachtet, darf von dieſen ohne Betrieb des Schlächtergewerbes nicht verkauft werden. 33. III. 795.

Fleiſchaufblaſen, ohne Benutzung von Blaſebälgen dazu, ſoll polizeilich beſtraft werden. v. K. A. 30. III. 571.

Fleiſchbeſchauer, deren Beſtimmung. v. K. A. 17. I. 248.

Fleiſcher, Fleiſchergewerbe; ſiehe Schlächter und Schlächtergewerbe, desgl. Schlachtſteuer.

Fleiſcher-Gewicht, beſonderes, ſoll nicht mehr, ſondern ſtatt deſſen das Kramergewicht gebraucht werden. G. S. 1816. p. 151. — Verhältniß deſſelben zu dem jetzt eingeführten preuß. Gewicht. v. K. A. 19. I. 228. seq.

Fleiſch-Konſumtion, rückſichtlich derſelben werden die Fixationen der Vorſtädter, Müller ꝛc., ſämmtlich aufgehoben. G. S. 1810. p. 41.

Fleiſchliche Verbrechen. A. L. R. Th. II. Tit. 20. §. 993. u. 1028. ſ. Nothzucht.

Fleiſchmärkte, deren Reviſion. v. K. A. 17. I. 247. 248.

Fleiſchportionen für das Militair, deren Gewicht. v. K. A. 17. I. 285.

Fleiſch-Schau-Ordnungen, deren Einführung ſo wenig, als die Anſtellung von Schaumeiſtern, kann allgemein nachgegeben werden. v. K. A. 30. III. 570.

Fleiſchſteuer, zeitherige im Herzogth. Sachſen, wird aufgehoben. G. S. 1820. p. 136. — ſ. ferner Schlachtſteuer.

Fleiſch-Taxen, ſ. Polizei-Taxen der Lebensmittel. — polizeiliche, deren Aufhebung in Baiern. v. K. A. 29. IV. 980.

Fleiſchverkäufer, auswärtige, Befreiung derſelben von bürgerlichen Laſten und der Gewerbeſteuer. v. K. A. 23. III. 693.

Fleiſchverkauf, polizeiliche Anordnungen rückſichtl. deſſelben. v. K. A. 17. I. 247. seq. — III. 218.

Fleiſchwaaren, Eingangs-Abgabe von ſelbigen. v. K. A. 22. IV. 852.

Fleiſchzehnt, der Gutsbeſitzer, Ausgleichung rückſichtl. deſſelben bei Regulirung der gutsherrl. u. bäuerl. Verhältniſſe. G. S.

1816. p. 156. — an die Pfarre, deſſen Entrichtung verbleibt bei dem bäuerl. Beſitze. G. S. 1816. p. 158. — Domanial-, einſtweilige Ausſchließung deſſelben von der Ablöſung. G. S. 1811. p. 157. — Ablöſung deſſelben. G. S. 1821. p. 80. — ſiehe auch Ablöſungen.

Flickarbeiten, bauliche, können Hausbeſitzer ꝛc. von ihren Leuten ſelbſt beſorgen laſſen. v. K. A. 28. IV. 1088.

Flickarbeiter, ſ. Maurer-, Zimmer-, auch Mühlen-Flickarbeiter.

Fliege, Columbaczer, ſiehe letzt.

Fliegenſtein. R. die Beſtimmung des (bisher) ſtreitig geweſenen Fori zur Unterſuchung wegen des unvorſichtigen Verkaufs deſſelben betr. v. 25. Oct. 1804. N. A. 354. III. ſ. §. 6. der Reſſort-Verordnung v. 26. Dec. 1808.

Flindern, geräucherte, vorſichtige Zubereitung und Genuß derſelben. v. K. A. 24. IV. 1144.

Flintenſteine, Hauſirhandel mit ſelbigen. G. S. 1824. p. 130.

Flößaken, Anordnungen wegen derſ. v. K. A. 18. III. 794.

Flöße, über deren Anlegung u. Gebrauch. v. K. A. 17. I. 222.

Flößerei, (Flößen), ſ. Holzflößerei, Kanalgefälle und Schiffahrtsabgaben.

Flößholz, Strafen für deſſen Entwendung. A. L. R. Th. II. Tit. XX. §. 1144. u. G. S. 1821. p. 95.

Flötze, ſ. Berg-Eigenthum.

Floßgerechtigkeit, Recht des Staats. A. L. R. Th. II. Tit. XV. §. 49. — von Ausübung der Behm. Ius nov. c. Obs. 144.

Flüſſe, Rechte auf denſelben in Anſehung des Gemeinweſens. A. L. R. Th. II. Tit. XV. — Kein Beſitzer von Schneidemühlen darf Sägeſpäne oder Borke, und überhaupt Niemand, der eines Fluſſes ſich zu ſeinem Gewerbe bedient, darf Abgänge in ſolchen Maſſen in den Fluß werfen, daß derſelbe dadurch nach dem Urtheil der Provinzial-Polizeibehörde erheblich verunreinigt werden kann, und jeder, der dagegen handelt, muß nicht nur die Wegräumung der den Waſſerlauf hemmenden Gegenſtände auf ſeine Koſten vornehmen laſſen, ſondern hat auch außerdem eine Polizei-Strafe v. 10 bis 50 Rthlr. verwirkt, C. O. v. 24. Febr. 1815. G. S. 108. VI. — Strafbeſtimmung für letztere; ebendaſ. — Aufſicht auf ſelbige in Oſtpreußen u. Litthauen. G. S. 1806. p. 1. ff. — kleine, nicht ſchiffbare, polizeiliche Beaufſichtigung derſelben. v. K. A. 30. I. 219. — ſ. auch Ströme. — nicht ſchiff- oder flößbare, Sorge für den ungeſtörten Abfluß des Waſſers in denſelben. 32. III. 746. ſiehe überhaupt Fähren, Fähranſtalten, Fiſcherei-Gerechtigkeit, Gewäſſer, Prahme, Schiffahrt.

ſ. ferner auch Brücken, Damm, Inſeln, Ufer.

Flüſſigkeiten, Maaßbeſtimmungen für ſelbige. G. S. 1816. p. 147. 150. — 1821. p. 45. — desgl. bei Waaren-Verſteuerungen. G. S. 1818. p. 120. f. — Erhebung des Durchgangszolles von ſelbigen. v. K. A. 19. I. 44. — Gemäße, für ſelbige, Bezeichnung derſelben nach Quarten. 19. II. 540. — auf Straßen, deren Ableitung. 17. II. 231. — vermachte, dazu gehören auch die Gefäße. A. L. R. Th. I. Tit. XII. §. 407. — geiſtige, und ätheriſche, vorſichtiger Gebrauch derſelben in der Nähe von Feuer. v. K. A. 27. III. 731. — Ableitung der Flüſſigkeiten aus den Privatwohnungen in die öffentlichen Rinnſteine. 33. I. 148.

Flugſchriften, deren Cenſur. G. S. 1819. p. 225. 227. — Poſtporto-Erhebung für deren Verſendung. G. S. 1821. p. 215. — deren Verkauf durch Umherträger (Kolporteurs) G. S. 1811. p. 276. — ſ. auch Cenſur u. Druckſchriften. — Einreichung jährlicher Tabellen von ſelbigen an das Miniſterium der Geiſtl. Unterrichts- rc. Angel. v. K. A. 26. II. 382. — durch Kolporteurs zu verkaufende, deren Stempelung. 21. II. 385. — ſiehe auch Zeitſchriften und Freiexemplare. — in den deutſchen Bundesſtaaten erſcheinend, Aufſicht über dieſelben. 32. II. 450. f. — ſ. a. Druckſchriften.

Flurſchäden, Entſchädigung für dieſelben bei Militair-Manövern rc. v. K. A. 32. I. 283 — 289.

Flußbauten, abgekürztes Verfahren hinſichts der Geldentſchädigung für den zu denſelben abgetretenen Grund und Boden, ſiehe Kanal- und Flußbauten.

Flußbette. Rechte deshalb. A. L. R. Th. I. Tit. XI. §. 270. u. Th. II. Tit. XV. §. 68.

Flußwaſſer, deſſen Gebrauch durch Schöpfen iſt Jedermann erlaubt. A. L. R. Th. II. Tit. XV. §. 44.

Förmlichkeiten, in wie fern deren Mangel die Richtigkeit des Geſchäfts bewirkt. Abhdl. v. K. J. XXX. 113.

Förſter, Privat-, im ehem. Großherz. Berg, deren Beſtätigung durch die Regierungen. v. K. A. 26. III. 718.

Förſter-Stellen, untere, auf ſelbige werden nur durch den Dienſt bei dem Garde-Jäger-Bataillon oder bei den Jäger-Abtheilungen Anſprüche erworben. v. K. A. 26. II. 325.

Fohlen, brauchbare, Vorſchläge zu deren Aufziehung. v. K. A. 33. I. 81.

Folium des Hypothekenbuchs, ſ. Hypothekenbücher. Jagdgerechtigkeit.

Folium actorum; ſ. Stempelreviſion.

Fonds, etatmäßige, außerordentliche und zur Dispoſition geſtellte der Adminiſtrationen, darüber ſteht dem Finanz-Miniſterio

keine Einmiſchung zu. G. S. 1812. p. 45. ſiehe auch Etats, Staatsſchulden. ꝛc.

Forderungen, an königl. und ſtändiſche Kaſſen, Ausgleichung der Pacht⸗ und Abgaben⸗Rückſtände bis zum 1. Juni 1810. mit ſelbigen. G. S. 1811. p. 147. — ausſtehende, deren Verkauf im Wege der Exekution. G. S. 1822. p. 178. f. — an den Staat, welche nicht als Anleihe zu betrachten ſind, deren Zurückzahlung. G. S. 1823. p. 165. — aus Lieferungs⸗Kontrakten, Behufs der Armeebedürfniſſe, ſ. Lieferungs⸗Kontrakte. — ſ. a. Präkluſionstermin und Schuldverſchreibungen. — an die Staatskaſſen aus Verwaltungsanſprüchen, ſiehe Aufruf, öffentl. an Staatsfonds, deren Anrechnung auf Abgaben⸗Rückſtände. v. K. A. 26. I. 22. — aus Kriegs⸗Schuldenſachen. ſiehe dieſe. — an das ehemal. Großherzogthum Warſchau, ſowie an die neuen und wiedereroberten Provinzen ꝛc. ſiehe dieſe. — Privat⸗, R. v. 15. Apr. 1831. über die Berückſichtigung derjenigen Realgläubiger, deren Forderungen noch nicht auf Exekution ſtehen bei Vertheilung der Einkünfte aus einer im Wege der Exekution eingeleiteten Sequeſtration oder Adminiſtration. v. K. J. XXXVII. 351. 353. — R. v. 16. Dez. 1831. über die Eintragung der Prioritätseinräumung. XXXVIII. 289. 290. — ausſtehende; deren Beſchlagnahme, ſ. Exekution. bei der Subhaſtation ausfallende, ſ. Subhaſtation. — ſiehe übrigens auch Klage.

Form, die Verabſäumung der Form einer Handlung ziehet in der Regel die Ungültigkeit des ganzen Geſchäfts nicht nach ſich. A. L. R. Einl. §. 17. 26. u. ſ. w. Th. I. Tit. 3. §. 40. 41. Th. I. Tit. V. §. 110. R. v. 13. Jul. 1801. E. S. p. 391. XI. — Form der einzelnen Geſchäfte, ſiehe bei dieſen.

Formirtes Kollegium; ſ. Untergerichte.

Formulare, welche bei den Land⸗ und Stadtgerichten nicht zu den Officialien gebraucht werden, ſondern blos zur Erleichterung der Kanzellei dienen, ſind aus den Copialienfonds zu zahlen und müſſen von den Kanzelliſten getragen werden. Es iſt daher bei jeder Rechnung über Druckſachen zu bemerken, ob unter den letztern ſich nicht ſolche befinden, zu deren Bezahlung die Kanzellei verpflichtet, und daß dies nicht iſt, von dem Director unter der Rechnung zu atteſtiren. Reſcr. v. 18. Nov. 1822. v. K. J. XX. 285. — Die oft weitläuftigen Formulare zu den gewöhnlichen Expeditionen ſind in ihrem Inhalte, ohne Verletzung des Weſentlichen abzukürzen und wo es nur paſſend erſcheint, auf Rechnung des Copialienverdienſtes gedruckt oder lithographirt als Munda zu gebrauchen. Reſcr. u. Verord. v. 29. Sept. 1824. XXIV. 290. — Die Koſten des Drucks oder Lithographirens der in den Kanzelleien als Munda zu gebrauchenden Formulare müſſen von den Kanzelliſten getragen

werden; dagegen iſt das Papier da, wo die Kanzelliſten nicht verpflichtet ſind, die Schreibmaterialien zu beſchaffen, aus dem Schreibmaterialienfond zu bezahlen. Reſcr. v. 18. Febr. 1825. XXV. 110. — lithographirte Expeditions=. Von den Koſten für ſelbige bei den Untergerichten. R. v. 4. Dez. 1831. XXXVIII. 395. — Formular der Päße. ſiehe letztere.

Formular=Druckſachen, Schema zur Anfertigung der Liquidationen über ſelbige. v. K. A. 29. IV. 765.

Forſt, Herrſchaft in der Niederlauſitz; ſ. Lauſitz.

Forſtämter; ſ. Holzdiebſtahl.

Forſt=Akademie, Königl. in Berlin. Ausſtellung halbjähriger Aufnahme=Scheine als Aufenthaltskarten, für die auf ſelbiger Studierenden. v. K. A. 29. II. 266.

Forſtamts=Gebäude, (Wohngebäude für Forſtbeamte) allgemeine Vorſchriften für deren Aufführung. v. K. A. 30. IV. 742.

Forſt=Angelegenheiten, techniſche, deren Bearbeitung bei den Regierungen. v. K. A. 26. II. 287—289. — Aufträge in denſelben ſind Forſtmeiſter in den Königl. Forſten zu übernehmen verbunden. 17. III. 22.

Forſtarbeiten, als Strafen für begangene Holzdiebſtähle, deren Anwendung und Vollziehung. G. S. 1821. p. 90. u. v. K. A. 33. II. 315. — ſiehe auch Forſtſtrafen. — Die geſetzlichen Geldſtrafen unvermögender Holzdefraudanten können vorzüglich in die Arbeit des Holzſchlagens verwandelt werden. Reſcr. vom 12. März 1813. v. K. J. III. 22. u. v. 21. Mai 1814. III. 287. ſiehe Holzdiebſtahl, Verpflegung. — deren Anwendung bei Tilgung von Forſtſtrafenreſten. v. K. A. 33. III. 613. — der Holzdiebe, deren Verwandlung in andere Arbeiten. ſ. Holzdiebſtahl.

Forſt=Aſſeſſoren (Forſt=Beamte) allgemeine Vorſchriften für deren Prüfung und Anſtellung. v. K. A. 31. I. 23—27.

Forſtatteſte, ohne ſolche darf kein Holz in die Stadt gelaſſen werden. v. K. A. 18. III. 660.

Forſtbauten, Verabfolgung des Bauholzes zu ſelbigen aus Königl. Forſten gegen den Taxwerth. v. K. A. 26. I. 141. 144. — Veranſchlagung und Ausführung der Bewährungen bei denſelben. 33. I. 59.

Forſtbeamte, ſollen auf die geringſte Nachricht einer beſorglichen Unſicherheit ihres Reviers die Heiden recherchiren. V. v. 22. Jan. 1759. E. S. p. 339. II. wie weit deren Amtspflicht bei Holzdevaſtationen gehet. R. v. 7. Oct. 1765. p. 77. IV. ſollen nicht ohne erhaltene Approbation ihre Dienſtgebiete vergrößern. R. vom 24. Nov. 1795. p. 787. X. Inſtruction für die Oberforſtmeiſter in ſämmtlichen Königl. Landen v. 18. Dec. 1754. p. 715. I. für die Forſtmeiſter der Churmärkſchen Stadtforſten v. 17. Febr. 1778. p.

1205. VI. die Unterförſter ſämmtlicher Städte der Neumark v. 25. Apr. 1751. p. 73. I. — Die die Forſtbediente bei Forſtproceſſen vertretenden Fiscäle mußten die Inſtruction des Forſtdepartements des General-Directoriums im Original den Gerichten vorlegen. C. v. 20. Nov. 1785. E. p. 3225. VII. A. G. O. Th. 1. Tit. 35. §. 3. jedoch nur in Civil-Proceſſen, nicht aber bei fiscäliſchen Unterſuchungen über Forſtvergehungen. R. v. 2. May 1796. E. p. 315. X. es iſt dieſes künftig aber nicht mehr erforderlich Circ. Verordnung an ſämmtliche Kammern v. 20. Nov. 1798. c. R. v. 10. Febr. 1799. p. 1791. X. durch deren pflichtmäßige Anzeige wird die Denunciation eines Forſtverbrechers begründet. R. vom 27. März 1786. p. 61. VIII. erhalten von den Forſtſtrafgeldern quartam, auch vom Stempelgelde einen Theil. R. v. 4. Apr. 1766. p. 3127. VI. C. die beſſere Anlehrung der Jägerburſchen betr. v. 12. Nov. 1783. p. 2511. VII. die Söhne der Forſtbedienten ſollen nur zu den Jäger-Corps engagiret werden. E. O. v. 5. Dec. 1786. p. 207. VIII. — Inſtr. für den Oberlandforſtmeiſter v. 15. Sept. 1798. für den Städteforſtmeiſter v. 7. Jan. 1749. für die ſtädtſchen Holzſchreiber v. 7. Jan. 1749. u. Beſtallung für den Forſtmeiſter. Inſtr. für ſämmtliche Forſtbediente, deren Direction und Aufſicht bei dem Bau der Schleuſen und deren Unterhaltung betr. v. 15. März 1787. — Decl. die angeordnete Forſt- u. Jagduniform betr. v. 22. Febr. 1787. — Für ſämmtliche Königl. Forſtbediente iſt wegen Einführung einer einförmigen Kleidertracht unter dem 1. Febr. 1796. ein beſonderes Circulare ergangen. — Durch das R. v. 12. Jan. 1776. E. S. p. 15. VI. hat die Dispoſition des Rgl. v. 1749. wornach die Forſtbedienten in Dienſt- und Injurienſachen, welche bei Ausübung ihres Officii vorgefallen, zur Cognition der Cammer gehören, nicht abgeändert werden ſollen, es ſoll vielmehr in erwähnten Dienſt- und Injurienſachen bei der Dispoſition des Rgl. v. 1749. verbleiben. R. v. 7. März 1776. an die Neumärk. Kr. u. D. C. (ungedr.) — die Revier- u. Pirſchjäger ſollen vor ihrer Annahme geprüpft und vereidiget werden. N. A. B. 58. I. K. B. B. 62. Keiner derſelben ſoll ſich mit einem Schießgewehr ohne Steinfutter blicken laſſen. K. A. B. 262. II. auch ſollen die Revierforſtbedienten jährlich die Forſtgrenzen genau revidiren. p. 248. I. Den unmitelbaren Vorgeſetzten iſt die Anwendung einer mäßigen Gefängnißſtrafe von höchſtens 3 Tagen bei Waſſer und Brod gegen widerſetzliche und ungehorſame Unterforſtbediente zugeſtanden. R. v. 14. März 1812. N. A. B. 160. II. P. A. B. 101. K. A. B. 143. v. K. J. 15. I. — deren Verpflichtung bei Veranſchlagungen und Verkäufen von Bau- Nutz- Brenn- u. Freiholz im weſtpreuß. Kammer-Departement. G. S. 1806. p. 143—145. — deren Prüfung durch die techniſche Ober-Forſt-Deputation. G. S. 1808. p. 370. — 1810.

p. 16. — deren Anſtellung. G. S. 1808. p. 491. — 1817. p. 255. ſ. auch Forſtbedienungen. — für Kommunal- u. Inſtituten-Waldungen, deren Anſtellung, anderweitige Verſorgung u. Penſionirung. G. S. 1817. p. 59. — deren Theilnahme an der Handhabung der Paß-, Fremden- und Sicherheits-Polizei. G. S. 1817. p. 158. — Verpflichtungen derſelben bei Steuer- u. Zoll-Defraudationen. G. S. 1818. p. 111. — ſollen bei deren Entdeckung an den Strafgeldern und Kanfiskaten Theil nehmen. G. S. 1820. p. 31. deren Pflichten bei Holzdiebſtählen. G. S. 1821. p. 91. f. — erhalten von den Geldſtrafen für letztere keinen Denunzianten-Antheil mehr. G. S. 1821. p. 93. — dürfen in der Nähe der ihnen anvertrauten Forſten keine Grundſtücke erwerben. G. S. 1821. p. 158. und v. K. A. 21. III. 582. — Diäten- und Reiſekoſten-Bewilligung für ſelbige. G. S. 1825. p. 164. 167. 168. f. — techniſche, haben in den Plenar-Verſammlungen der Regierungen nur in Angelegenheiten ihres Geſchäftskreiſes ein volles Votum. G. S. 1826. p. 8. — deren Prüfung und Anſtellung. v. K. A. 20. III. 511. — 25. IV. 834. 927. — deren Vereidigung. 20. II. 241. — können von ihren Nachfolgern keine Vergütigung für Gebäude verlangen, die ſie auf ihre eignen Koſten auf ihren Forſt-Etabliſſements angebaut haben. 17. I. 65. — Vergütigungen aus Königl. Kaſſen ſollen ferner dafür nicht bewilligt werden. 17. I. 66. — ſie ſollen jede beabſichtete Veränderung ihrer Dienſtwohnungen anzeigen. 17. I. 66. — Diäten derſelben bei kommiſſariſchen Geſchäften. 24. I. 60. — Reiſekoſten-Entſchädigung für ſelbige überhaupt. 22. II. 345. — in Dienſtangelegenheiten vor Gericht geladen, können keine Diäten u. Reiſekoſten erhalten. 22. I. 3. — deren Remunerationen bei Aufträgen in Kommunal-Forſten. 18. I. 46. — deren Befugniß, unter Zuziehung der Dorfgerichte Viſitationen nach geſtohlenem Holze zu veranlaſſen. 19. II. 344. — ſollen von dem Ausfalle der Holzdiebſtahls-Unterſuchungen durch die Gerichte in Kenntniß geſetzt werden. 26. III. 722. — IV. 1008. — die von ſelbigen zu führenden Waffen. 20. III. 515. — das Führen von Hühnerhunden iſt ihnen nicht erlaubt. 20. III. 515. — in ſtandesherrlichen Gebieten, deren Prüfung und Beſtätigung. 22. I. 69. — Berückſichtigung qualifizirter Militair-Invaliden bei Beſetzung ſtädtiſcher Forſtbeamtenſtellen. 27. II. 436. ſiehe auch Kommunalbeamte. — Ober-Forſtbeamten, Diäten und Fuhrkoſten-Bewilligung für ſelbige. 29. I. 34. ſiehe auch Ober-Forſtmeiſter. — Forſtbeamte, als techniſche Regierungs-Mitglieder, Stimmrecht derſelben. 32. III. 587. — Beſchränkung derſelben in Benutzung der Waldweide. 32. III. 617—620. — Anordnungen für deren Prüfung und Anſtellung; Cirk. Reſcr. v. 30. Nov. 1833. — 33. IV. 901. — deren Vereidigung. 33. III. 607. — Urlaubsbewilligungen für dieſelben. 33. I.

55. ſollen Holzgelder und ſonſtige Forſtrevenüen nicht unmittelbar einziehen. 33. I. 58. — dürfen an den Entrepriſen der Holzanfuhr oder des Ausrückens des Holzes aus den Schlägen, nicht Theil nehmen. 33. II. 309. — dürfen bei Verpachtungen von Forſtländereien, Grasnutzungen, Fiſchereien ꝛc. nicht mitbieten. 33. I. 56. — ſiehe auch Uniform. — ſiehe überhaupt Domainen-Grundſtücke, Unter-Forſtbediente, Unterſuchungskoſten.

Forſtbedienungen, deren Beſetzung durch vertriebene Forſtbediente aus dem Warſchauiſchen und durch invalide Feld-Jäger. G. S. 1809. p. 581. — Erblichkeit derſelben und Adjunktionen auf ſelbige, finden nicht mehr ſtatt; ebendaſ. — bei deren Beſetzung ſoll auf Feldjäger und auf Subjekte aus den Jägerkorps vorzüglich Rückſicht genommen werden. G. S. 1808. p. 491. — 1817. p. 255.

Forſt-Defraudationen, in Privat- und Kommunal-Forſten, Remuneration für die mit deren Rüge beſchäftigten Richter. v. K. A. 30. IV. 747.

Forſtdepartement, des General-Directoriums. C. wegen der neuen Einrichtung deſſelben v. 19. Jan. 1775. E. S. p. 13. V. e. wird dem Pleno des General-Directorii untergeordnet. Inſtr. f. den Oberlandforſtmeiſter v. 15. Sept. 1798. p. 1719. X.

Forſt-Deputation, Ober-, techniſche; ſ. Ober-Forſt-Deputation.

Forſt-Diebſtähle, ſiehe Holzdiebſtahl.

Forſtdienſte, Vorbereitung zu ſelbigem und Anſtellung in demſelben. v. K. A. 22. IV. 863. — 24. I. 58. seq. — Königlich ſächſiſche Verordnung über die Befähigung zu demſelben. 32. II. 565. — 574.

Forſtdienſte, bäuerliche, deren fernere Leiſtung für die Gutsherrſchaften, wo ſolche wegen gewiſſer Berechtigungen üblich geweſen. G. S. 1811. p. 286. 295. — ſiehe auch Dienſte, Ablöſungen und gutsherrl. und bäuerliche Verhältniſſe.

Forſt-Dienſtgebäude, deren Unterhaltung. v. K. A. 23. IV. 803. — in den Rheinprovinzen, deren Belaſſung in der Feuer-Aſſekuranz 20. III. 581. seq.

Forſtdienſtſtellen, erledigte, Verfahren bei deren Uebergabe. v. K. A. 32. IV. 895.

Forſt-Einnahme, Kommunal-, deren Verrechnung. v. K. A. 19. III. 704

Forſten, das Holz ſoll nicht unter der Königl. Taxe verkauft werden. Pat. v. 14. Feb. 1722. E. S. IV. I. II. No. 106. v. 2. Febr. 1726. No. 126. V. wie es in den Königl. Forſten, Heiden u. Wildbahnen gehalten werden ſoll. R. v. 3. Oct. 1754. p. 691. I. c. D. den haushälteriſchen Gebrauch des Holzes betr. v. 26. Nov. 1754.

v. 29. Nov. 1754. p. 707. 709. I. — Wie die Freiholz genießenden Unterthanen in der Chur- u. Altmark zur Verbeſſerung der Forſten mit helfen ſollen Publ. v. 17. Jan. 1785. p. 3009. VII. Pat. vom 2. Febr. 1726. No. 126. D. wegen Schießung der Rehböcke in der Setzzeit v. 11. Nov. 1723. No. 113. E. daß vom 11. Jun. bis 11. Sept. kein Holz geflößt werden ſoll v. 26. Jun. 1724. IV. I. II. No. 117. — Der Tit. 15. §. 3. der Forſt- und Holzordnung vom 20. May 1720. den reſtringirten Verkauf des auf der Amtsunterthanen Aecker ſtehenden Holzes betr., iſt nur ſodann applicable, wenn ganze mit Holz bewachſene Heide-Reviere geräumt werden ſollen. Daß auf der Unterthanen Heideländer und Aecker, welche ſie in Cultur haben, befindliche Holz gehöret dieſen, R. v. 8. Aug. 1759. von Lamotte pr. Beiträge zur Cam. W. Th. 1. v. 1782. p. 171. vom 6. Febr. 1782. p. 177. Ein ganz eigenmächtiges Brenn- und Bauholzfällen und Abhauen der Bäume iſt den Unterthanen ohne vorläufige von der Obrigkeit nicht zu verſagende Anweiſung aber nicht erlaubt, wie in der Neumärkſchen Sache v. Thielen w. die Unterthanen zu Neſſen durch das Erkenntniß der dritten Inſtanz vom 1. Juni 1767. feſtgeſetzet worden. — Verordnung welchergeſtalt den Holzverwüſtungen geſteuert werden ſoll v. 22. May 1765. E. S. p. 769. III. Inſtr. wie bei Reviſion der Forſt-Ordnungen verfahren werden ſoll d. d. Potsdam den 1. Juni 1770. Anweiſung die Einſammlung und Ausſäung des Kienen-Saamen betr. d. d. Berlin den 15. Nov. 1779. des Birken-Saamen v. 15. Nov. 1779. Wie bei Eintheilung der Forſt nach Schlägen zu verfahren v. 10. Oct. 1780. v. 10. Febr. v. 18. Oct. 1787. — Von Einſchränkung der Unterthanen über ihre Privatholzungen zu disponiren. ſ. St. B. p. 271. — die Forſt- und Holzordnung v. 20. Mai 1720. E. S. IV. 1. II. No. 104. enthält zwar Tit. 8. §. 3. daß, wenn Maſt in den königl. Maſthölzern vorhanden, die Unterthanen ihre Schweine in die königl. Maſtgehölze zu bringen ſchuldig ſein ſollen, und ihnen bei 3 Rthlr. Strafe für jedes Stück ſolche in eine fremde Maſt zu treiben verboten werde. Dieſe Verordnung gehet aber blos auf die königl. Immediat-Amtsunterthanen, u. können die Prediger, welche bekanntlich als Eximirte nicht zu den Amtsunterthanen gehören, nicht mit zu denjenigen gerechnet werden, denen das Eintreiben ihrer Schweine in fremde Maſthölzer verboten worden. Ita jud. per 3 conf. in Sachen des Amtmann Senneke zu Sabin in adhaesione fisci c. den Prediger Bock zu Virchow in der Neumark. — Kirchen- u. Schulbediente ſollen auf ihren Dienſtländern weiche Holzarten anziehen. C. v. 8. Jan. 1801. E. S. p. 18. XI. Nachträgliche Inſtr. für die Ober- u. Forſtmeiſter, die Controllirung der Revier-Forſtbedienten betr. v. 1. Mai 1800. p. 2859. X. — In der renovirten Holz- Maſt- und Jagd-Ordnung v. 20. May 1720. Tit.

15. §. 3. (IV. I. II. No. 104.) iſt zwar enthalten: „daß das Bau- und Nutzholz auf dem Grunde der Einſaßen zum Beſten des Fiskus verkauft werden ſoll" es läßt ſich hieraus aber keinesweges herleiten, daß alles in den Königl. Aemtern auf dem Grund und Boden der Unterthanen ſtehende Eichenholz dem Fisco eigenthümlich zugehöre, nam consuetudo juri communi contraria haud praesumiter, sed probatione manifesta indiget; ad hanc probationem autem nundum attestatum sine ulla mentione actuum, in quibus sic servatum, nunquam et praecipue tunc minime sufficit, si Magistratus in propria causa consuetudinem allegat. Mevius P. II. Dec. 377. et P. IV. Dec. 2. Brunnem. in Comment. ad Pand. L. 1. T. IV. L. 31. — nach welchen Vorausſetzungen in denen Amtsdörfern ebenſo gut wie an andern Orten derjenige für den Eigenthümer eines Baums geachtet werden muß, welchem der Grund u. Boden gehöret, auf dem dieſer Baum ſtehet. Jud. in Causa Neom. der Pfarre zu Rädnitz c. das Forſtamt Croſſen den 22. Oct. 1790. 12. Sept. 1791. — R. in wiefern Forſtmeiſter u. Forſtbediente ſchuldig ſind, auch auf Privatholzungen aufmerkſam zu ſeyn, v. 14. April 1804. C. S. p. 2159. XI. — Publ. der Churm. Kr. und D. C. wegen Einſchränkung des Aufſuchens der Erdbeeren, Heidelbeeren, Himbeeren, Preißelbeeren, Morcheln und Schwämme in den Forſten v. 4. April 1803. p. 1679. XI. Den Revier-Forſtbedienten, welche Unter-Förſter unter ſich haben, ſoll in officiellen Verfügungen die Benennung: Oberförſter gegeben werden. R. v. 8. Nov. 1803. p. 1930. XI. — Kein Forſtbedienter ſoll in der Gegend ſeines Wohnorts ſolche Grundſtücke, welche an die Forſt, wobei er angeſtellt iſt, grenzen, acquiriren. R. v. 10. Jul. 1810. J. M. IX. 234. C. wegen Veräußerung der Königl. Forſten, v. 27. Jun. 1811. p. 208. I. Decl. wegen der Einmiethe zum Raff- und Leſeholzholen aus den Königl. Forſten der Kur- u. Neumark, v. 18. Aug. 1806. C. S. p. 718. XII. — Die Verordnung der F. O. v. 1720. daß bei einem ausbrechenden Haidefeuer die benachbarten Gemeinden zum Löſchen herbeieilen ſollen, iſt im N. A. B. 395. III. in Erinnerung gebracht. Die Erlaubniß, in den Königl. Forſten Streuling backen zu dürfen, iſt aufgehoben, p. 712. V. das Einſammeln der Kienäpfel in den Königl. Forſten betr., K. A. B. 61. II. — Publ. die den Forſtbedienten obliegende Unterhaltung der Forſtdienſtgebäude betr., R. v. 26. Febr. 1815. N. A. B. 153. V. K. A. B. 75. — königl., Sektion für deren obere Verwaltung im Finanz-Miniſterium. G. S. 1808. p. 369. 370. — 1810. p. 15. — 1817. p. 289. derſelben wird ein Direktor vorgeſetzt. G. S. 1810. p. 15. — dieſelbe führt zugleich die Verwaltung der Forſt-Polizei in Abſicht der Privat-Forſten und Jagden. G. S. 1808. p. 370. deren Verwaltung bei den Regierungen. G. S. 1808. p. 500. — 1817. p. 250. f. 255.

262. f. — beſondere Abtheilung bei letzteren für deren Verwaltung und Reſſort derſelben. G. S. 1826. p. 7. — über deren gehörige Erhaltung, Bewirthſchaftung und Verbeſſerung zu wachen, ſind die Regierungen verpflichtet. G. S. 1817. p. 262. — in welchen Fällen darüber von letztern Bericht zu erſtatten und höhere Genehmigung einzuholen iſt. G. S. 1817. p. 263. f. (und Forſtgrundſtücke) deren Verkauf nach forſtmäßiger Abſchätzung des Werths derſelben Behufs der allmäligen Tilgung der Staatsſchulden. G. S. 1809. p. 604. — 1810. p. 15. — 1811. p. 208. — 1813. p. 27. — 1820. p. 12. — Zuziehung der General Kontrolle zu ſelbigen. G. S. 1817. p. 293. ſ. ferner Domainen. — Steuerpflichtigkeit derſelben. G. S. 1820. p. 135. Wahrnehmung deren Gerechtſame bei bäuerlichen Regulirungen und Separationen durch die Regierungen. G. S. 1826. p. 10. f. (ſ. auch gutsherrl. ꝛc. Verhältniſſe und Gemeinheitstheilungen. — Holzverkäufe aus ſelbigen, ſiehe dieſe. — Privat-Forſten (und Waldungen.) Aufhebung aller Einſchränkungen rückſichtlich deren Benuzzung, Parzellirung und Urbarmachung. G. S. 1811. p. 303. — Gemeinde- (Kommunal-) Forſten (und Waldungen) Beſchränkung der darauf haftenden Servitute. G. S. 1811. p. 306. — auch landwirthſchaftlich benutzte Grundſtücke können darin verwandelt werden. G. S. 1811. p. 303. Beſtimmungen über deren Aufhebung und Theilung. G. S. 1821. p. 67 — 70. Unterſuchung und Beſtrafung der Holzdiebſtähle in ſelbigen. G. S. 1821. p. 89. 94. Gemeinden und öffentl. Anſtalten gehörig, (Kommunal- und Inſtituten-Waldungen), deren Verwaltung in den wieder vereinigten u. neuen Provinzen, nach der Verordnung v. 24. Dez. 1816. G. S. 1817. p. 57 — 60. — Aufhebung der denſelben früher aufgelegt geweſenen beſonderen Abgaben an den Staat, als Zehn-Prozent-Gelder, Vokationsgebühren ꝛc. G. S. 1817. p. 57. 58. — Ausübung des Oberaufſichtsrechts über ſelbige von Seiten der Regierungen. G. S. 1817. p. 58. — die in Verbindung mit dem Staate beſeſſenen Kommunal- oder ſogenannten Marken-Waldungen und Gemeinheiten bleiben der allgem. Forſtverwaltung von Seiten des Staats in der bisherigen Art unterworfen. G. S. 1817. p. 60. — Königliche, deren Benutzung nach der neu eingeführten Weiſe. v. K. A. 19. II. 346. — Konkurrenz der Oberpräſidien bei deren Veräußerung. 20. II. 230. — in wie weit für Bekanntmachungen in Veräußerungs- und Verpachtungs-Angelegenheiten derſelben Inſertions-Koſten aufzubringen ſind. 26. IV. 973. — deren Verhältniſſe bei Gemeinheits-Aufhebungen. 21. IV. 841. — deren Schonung bei Vermeſſungen von Privat-Ländereien. 24. IV. 1026. — Strafe für unbefugtes Hüten der Gänſe in ſelbigen. 24. IV. 1027. — Verhütung und Beſtrafung der Brandſtiftungen und ſonſtiger

Frevel in ſelbigen. 19. II. 348. — III. 698. — Inſtruktion für die Verwaltung der Kommunal- und Inſtituten-Waldungen. 19. III. 670 — 707. — ſtädtiſche, deren Unterhaltung. 18. II. 383. — ſiehe auch Waldungen und Holzdiebſtahl. — Vertilgung ſchädlicher Holzraupen in ſelbigen. 27. I. 76. 85. — Belehrungen und Vorſchriften über den Holzanbau in ſelbigen. 28. I. 62 — 70. — Königl., in den Rheinprovinzen, Erbauung von Häuſern und Wirthſchaftsgebäuden in deren Nähe. 28. IV. 1084. — königl., können zu den Kommunal-Laſten nicht herangezogen werden. 30. II. 345. — allgemeine Sicherheitsmaßregeln für dieſelben gegen Holzdiebſtähle. 30. IV. 744. f. — Verkauf kleinerer Brennholz-Quantitäten aus denſelben an die ärmere Volksklaſſe. 30. IV. 746. — Holzverabreichungen aus denſelben an dürftige Einwohner gegen eine ermäßigte Taxe. 31. III. 546. — Anordnungen zur Vereinfachung des Hypothekenweſens bei denſelben. 32. II. 367. ff. — Grundſätze über Veräußerungen und Verpfändungen derſelben, v. 13. März 1821. — 32. II. 370 — 375. — Entnehmung von Steinen und Kies aus denſelben zur Anlegung von Kunſtſtraßen. 32. IV. 894. — Königl., Requiſition von Infanterie-Detaſchements zum Schutze derſelben, Seitens der Regierungen. 33. IV. 906. — Verpflegung dieſer Detaſchements. 33. II. 310. — Beförderung der Kiefer-Kulturmethode in denſelben. 33. I. 62 — 65. — Verfahren bei Weidevermiethungen in denſelben. 33. IV. 906. — Hypothekenweſen derſelben, ſ. Hypotheken-Weſen. — ſiehe überhaupt auch Waldungen.

Forſt-Etabliſſements, Anbaue bei ſelbigen. v. K. A. 17. I. 65. — ſiehe übrigens Feuer-Löſchgeräthe.

Forſt-Etats, von Kommunal- und Inſtitutenwaldungen, deren Prüfung von Seiten der Regier. G. S. 1817. p. 59.

Forſtfach, Prüfung derjenigen, welche ſich demſelben widmen wollen. v. K. A. III. 511. — Schulreife für daſſelbe beim Abgange aus höhern Bürger- und Realſchulen. 32. I. 103 — 111.

Forſtfiskus, Eintragungen in die Hypothekenbücher auf genehmigte und beglaubigte Verträge in Angelegenheiten deſſelben. v. K. A. 30. I. 47.

Forſtfrevel, E. wider die Verwüſtungen der Holzungen v. 9. Juli 1674. E. S. IV. I. II. No. 18. C. v. 17. Jul. 1782. v. 31. Dec. 1783. p. 1485. 2717. VII. durch Abhauen junger Birken zum Maienſetzen E. v. 21. Jul. 1747. p. 178. C. III. — Publ. wegen unerlaubter Hütung in Königl. Gehegen u. Schonungen v. 18. Sept. 1784. p. 2961. VII. in Privat-Forſten. R. v. 11. Jan. 1790. p. 2853. VIII. Publ. daß von den Viehtreibern nicht in den Schonungen und Nebenwegen gehütet werden ſoll v. 21. Sept. 1796. p.

1498. X. Im Magdeburgſchen muß der Eigenthümer der von dem Hirten in die Schonungen getriebenen Heerde auch den Schaden erſtatten. St. B. p. 81. VI. — Hunde ſollen in den Holzungen u. Gehegen nicht frei umherlaufen. C. v. 15. Febr. 1769. p. 5380. IV. — deren Unterſuchung und Beſtrafung in den Rheinprovinzen. G. S. 1821. p. 102. f. — Verträge mit einzelnen fremden Staaten zur Verhütung derſelben in den gegenſeitigen Gränzwaldungen, namentlich: mit Baiern. G. S. 1822. p. 144. — mit Braunſchweig. G. S. 1827. p. 59. — mit Hannover. G. S. 1822. p. 39. — mit Kurheſſen. G. S. 1821. p. 105. — mit Heſſen-Darmſtadt. G. S. 1822. p. 151. — mit Heſſen-Homburg. G. S. 1826. p. 79. — mit Holſtein-Oldenburg. G. S. 1822. p. 8. — mit dem Fürſtenthum Lippe. G. S. 1822. p. 191. — mit Meklenburg-Schwerin. G. S. 1828. p. 133. — desgl. mit Naſſau. G. S. 1821. p. 163. — mit den Niederlanden. G. S. 1829. p. 101. — mit Sachſen-Coburg. G. S. 1822. p. 41. — mit Sachſen-Gotha. G. S. 1824. p. 223. — mit Sachſen-Hildburghauſen. G. S. 1824. p. 179. — mit Schaumburg-Lippe. G. S. 1824. p. 59. — mit Schwarzburg-Rudolſtadt. G. S. 1822. p. 219. — mit Schwarzburg-Sondershauſen. G. S. 1822. p. 190. — mit Waldeck. G. S. 1822. p. 217. — Nachträgliche Erklärung in Betreff der mit der Fürſtlich Waldeckſchen Regierung verabredeten Maaßregeln zur Verhütung der Forſtfrevel in den Gränzwaldungen, rückſichtlich der exekutiven Beitreibung des Holzwerths und Schadens-Erſatzgelder v. 12. März 1831. G. S. 1831. p. 50. — Ausdehnung der mit dem Herzogthum Sachſen-Hildburghauſen im Jahre 1824. dieſerhalb abgeſchloſſenen Uebereinkunft. Miniſt. Erklär. v. 28. Juli 1831. G. S. 1831. p. 158. — von deren Verhütung und Beſtrafung; ſiehe Reuß-Plauen, Fürſtenthum. dahin gehört das unbefugte Hüten in der Schonung. R. v. 17. Dez. 1814. v. K. J. IV. 212. — ſ. Holzdiebſtahl. Unterſuchungskoſten. — Bekanntmachungen der Königl. Miniſterien des Krieges, der Finanzen und der Polizei, die Forſtfrevel betr., v. 24. Oct. 1830. XXXVI. 335. 336. — R. v. 10. Mai 1833. betr. die in der Rheinprovinz für Forſtfrevel der Geldbuße zu ſubſtituirende Gefängnißſtrafe. XLI. 575. 576. — ſiehe auch Holzdiebſtahl. — deren Beſtrafung. v. K. A. 18. I. 48. — 23. IV. 808. — deren Abwendung u. Beſtrafung. 25. II. 326. — Reſſort rückſichtlich deren Beſtrafung. 28. III. 663. seq. — Sicherung der königl. Forſten vor ſelbigen. 30. IV. 744. f.

Forſtgefälle, in wie weit bei ſelbigen Goldzahlungen Statt finden ſollen. G. S. 1814. p. 63. — rückſtändig gebliebene, Einziehung der Verzugszinſen von ſelbigen. v. K. A. 23. IV. 773. deren Einziehung von Stadtgemeinen und ſtädtiſchen Einſaſſen und

Exekutionsvollſtreckung rückſichtlich derſelben. 27. I. 144. — ſiehe auch Kaſſenverbrechen.

Forſt-Geldſtrafen, deren Beitreibung. v. K. A. 24. III. 721.

Forſtgerichts-Kommiſſion. Die Diäten und Reiſekoſten des Gerichtsperſonals Behufs der Abhaltung der Forſtgerichtstage in den Domainen und reſp. Ober-Förſtereien ſollen in den Fällen, wo dies den Lokalverhältniſſen nach unvermeidlich iſt, aus den Diätenfonds der Regierungen beſtritten werden. R. v. 19. Sept. 1825. v. K. J. XXVI. 196.

Forſt-Gerichtstage, Diäten- und Reiſekoſten, Anweiſung für deren Abhaltung. v. K. A. 25. III. 628. — Diäten der Forſtſchutz-Beamten, ſiehe letztere.

Forſt-Grundſtücke, Gemeinden und öffentlichen Anſtalten gehörig, deren Verwaltung in den wieder vereinigten neuen Provinzen. G. S. 1817. p. 58. — ſ. auch Forſten. — unentgeldliche Aufnahme der Bekanntmachungen über deren Veräußerung oder Verpachtung in die Amtsblätter. v. K. A. 27. I. 29. — rückſichtlich deren Ausbietung bleibt es bei dem bisherigen Verfahren. 29. I. 26. — Domainen-, veräußerte, Ertrags-Abſchätzung derſelben Behufs Feſtſetzung der Grundſteuer. 31. II. 281 — 291. Benachrichtigung der landräthlichen Behörden von deren Veräußerung. 33. III. 605. — ſiehe Forſtländereien. — veräußerte, Regulirung der Kommunal-Verhältniße, ſiehe letztere. — Königl. Vorſchriften für die Anſiedelungen von Militair-Invaliden auf denſelben. 33. II. 299 — 303. ſiehe auch Forſten.

Forſt-Inſpektoren, Forſtmeiſter, amtliche Stellung derſ. v. K. A. 29. I. 35. — ſiehe auch Ober-Forſtmeiſter. — allgemeine Vorſchriften für deren Prüfung und Anſtellung. 31. I. 23 — 27. — deren Geſchäftskreis. R. v. 26. März 1834. — 34. I. 37.

Forſt-Intendantur, beſondere, deren Errichtung und Beſtimmung. G. S. 1810. p. 16.

Forſt-Intereſſe; ſ. Lehn.

Forſt-Kandidaten, allgemeine Vorſchriften für die Prüfung und Anſtellung derſelben. v. K. A. 31. I. 23 — 27. — deren Prüfung als Forſt-Referendarien. 19. III. 644. ſiehe auch Forſt-Referendarien.

Forſtkarten-Kammer, iſt der Sektion für Domainen und Forſten im Finanz-Miniſterium unmittelbar untergeordnet. G. S. 1808. p. 370. — 1810. p. 16.

Forſt-Kaſſen, deren Inſtruktion. v. K. A. 17. II. 78. — Kontrolle der bei denſelben eingehenden Geldſendungen. v. K. A. 32. IV. 888. — Königl., nur an dieſe ſollen Holzgelder und ſonſtige Forſtrevenüen eingezahlt werden. v. K. A. 33. I. 58. — Vor-

ſchriften für deren Kaſſen-Extrakte und Abführung der Ueberſchüſſe. 33. III. 611.

Forſt-Kaſſen-Rendanten, ſollen keine Holz-Anfuhren übernehmen. R. v. 26. Juni 1834. v. K. A. 34. II. 317.

Forſten (und Bau-) **Kommiſſion**. Rgl. wegen Anordnung derſelben bei den Kriegs- und Domänen-Kammern vom 15. Sept. 1798. E. S. p. 1738. X.

Forſt-Kondukteure, Diäten-Sätze für ſelbige. v. K. A. 26. I. 40. — müſſen ſich bei Dienſtreiſen auf den gewöhnlichen Poſtſtraßen der ordinairen Poſt bedienen. 26. I. 41.

Forſt-Kontravention; ſiehe Forſtfrevel.

Forſt-Kulturen, gegen Ueberlaſſung von Forſtnutzungen unentgeldlich ausgeführt, Verrechnung des Geldwerths derſelben. v. K. A. 31. II. 291.

Forſt-Ländereien; ſ. Forſt-Grundſtücke.

Forſt-Lehranſtalt, höhere, zu Neuſtadt-Eberswalde, deren Einrichtung und Bedingungen zur Aufnahme in dieſelbe. v. K. A. 30. III. 520. ff. — ſiehe Forſt-Akademie.

Forſtlehrlinge, deren Prüfung und Anſtellung. v. K. A. 31. I. 23—27.

Forſtmeiſter, amtliche Funktionen derſelben bei den Regierungen in Stelle der Ober-Forſtmeiſter. v. K. A. 26. II. 287. seq. — deren Verpflichtung zur Uebernahme von Aufträgen in Forſt-Angelegenheiten der Regierung. 17. III. 22. — ſiehe auch Ober-Forſtmeiſter und Forſtbeamte. — deren Anſtellung. G. S. 1808. p. 491. — 1817. p. 255. — rangiren im Regierungs-Kollegio mit den Regierungs-Räthen nach der Anciennität. G. S. 1826. p. 8. — ſiehe auch Ober-Forſtmeiſter.

Forſt-Objekte, Verfahren bei deren öffentlichen Ausgeboten und Benennung der drei beſtbietenden Lizitanten. v. K. A. 27. I. 33 — 36.

Forſt-Ordnung, A. L. R. Th. 1. Tit. VIII. 83 — 95. Holzordnung v. 1547. E. S. IV. I. Anh. I. ad Cap. II. No. 1. v. 1556. No. 2. v. 1563. No. 4. v. 1571. No. 5. Regl. wegen Führung des Haues und der damit verbundenen Forſteintheilung v. 23. Apr. 1796. p. 255. X. — in der Churmark, v. 1610. VI. I. No. 70. v. 20. May 1720. IV. I. II. No. 104. c. D. die Diſpoſition der von Adel über ihre Holzungen und den Verkauf des Holzes betr. v. 14. Febr. 1722. No. 106. — im Fürſt. Halberſtadt, Verordnung v. 25. May 1765. p. 645. IV. — in der Gr. Lingen, verbeſſerte Holzungsinſtruction v. 21. Jun. 1753. p. 509. I. — in dem Herz. Magdeburg, Verordnung welchergeſtalt den Holzverwüſtungen geſteuert werden ſoll v. 25. May 1765. p. 643. IV. imgleichen im Fürſt. Minden und Gr. Ravensberg. v. 11. May 1769. p. 5755.

IV. — in der Mittel- Alt- Neu- und Uckermark v. 1. Febr. 1622. IV. I. II. No. 9. v. 20. May 1720. No. 104. — in der Neumark v. 1. Jan. 1566. IV. I. II. Anh. I. ad Cap. II. No. 4. v. 1590. IV. I. II. No. 3. v. 1593. No. 4. v. 1602. No. 5. v. 1610. VI. I. M. No. 70. v. 1622. IV. I. II. No. 9. v. 20. May 1720. IV. I. II. No. 104. Inſtr. v. 25. Apr. 1751. p. 74. I. Verordnung welchergeſtalt den Holzverwüſtungen geſteuert werden ſoll v. 22. May 1765. p. 769. III. — im Fürſt. Oſtfriesland, Forſtordnung v. 14. May 1770. p. 6783. IV. — für Oſtpreußen und Litthauen v. 3. Dec. 1775. p. 271. V. e. c. R. ad Tit. 6. §. 10. p. 278. IX. — für Pommern vom Jahr 1709 u. für Vorpommern v. 1709. v. 24. Dec. 1777. p. 1057. VI. wie fern der §. 32. Tit. 14. auch auf in eines andern Revier überjagende Jagdhunde anzuwenden. G. E. vom 24. März 1786. p. 241. I. — für Schleſien, Holz- Maſt- u. Forſt-Ordnung v. 9. Decbr. 1799. beſ. gedr. — für Südpreußen, Patent wegen Bewirthſchaftung der Staroſteylichen Forſten v. 24. März 1794. p. 2085. IX. — in der Uckermark. E. v. 9. Jul. 1674. IV. I. II. No. 18. — Forſt- und Holzordnung für ſämmtliche Städte der Neumark v. 1749. für die Neumark v. 1590. IV. 1. II. No. 3. — Forſt- und Jagdordnung für Weſtpreußen, vom 8. Oct. 1805. p. 3152. — Provinzial-, die darin rückſichtlich der Benutzung der Privat-Waldungen vorgeſchriebenen Einſchränkungen hören gänzlich auf. G. S. 1811. p. 303. — franzöſiſche, vom Jahre 1669. Nichtanwendung derſelben in den Rheinprovinzen. v. K. A. 27. II. 487. — Forſt- u. Jagd-Ordn. für Weſtpreußen u. den Netzdiſtrikt v. 8. Oct. 1805. Anwendung der darin Tit. I. §. 39. u. Tit. IV. §. 28. wegen der Holz- und Wildprets-Atteſte gegebenen Beſtimmungen. v. K. A. 30. I. 49 — 52.

Forſt-Perſonal, deſſen Uniform. v. K. A. 17. III. 30.

Forſt-Polizei, deren obere Verwaltung durch die Domainen- und Forſt-Sektion im Finanz-Miniſterio. G. S. 1808. p. 363. 370. — 1810. p. 15. — auch in Beziehung auf die Privat-Forſten. G. S. 1808. p. 370. — deren Verwaltung bei den Regierungen durch die zweite Abtheilung derſelben. G. S. 1817. p. 251. — fernerhin durch die beſondere Abtheilung für Domainen u. Forſten bei denſelben. G. S. 1826. p. 7. — deren Handhabung in ſtandesherrlichen Bezirken. G. S. 1820. p. 94. — ſ. auch Forſtfrevel und Holzdiebſtahl. — landesherrliche, gehört zum Reſſort der Regier.-Finanz-Abtheilung. v. K. A. 28. III. 665. — über Kommunal- und Privat-Waldungen, gehört zum Reſſort der Regierungs-Abtheilung des Innern. 28. III. 664. — Regierungs-Rekurs-Inſtanz in Forſt-Polizei-Kontraventionen. 33. III. 613.

Forſt-Polizei-Strafen, deren Ermäßigung in den Rheinprovinzen durch das königl Finanzminiſt. v. K. A. 31. III. 551. f.

Forſtpolizei-Vergehen, deren Beſtrafung durch die Polizeibehörden u. Forſtpolizeigerichte. v. K. A. 33. II. 314. — ſ. a. Forſtverbrechen.

Forſtprozeſſe, können die Regierungen ohne Anfrage anſtrengen und durchführen laſſen. G. S. 1808. p. 493.

Forſtrechnungen, werden Ende Febr. abgeſchloſſen. R. v. 15. Juli 1788. Kaſſen-Handbuch No. 121. ſollen auf dem Titelblatt von den Forſträthen unterſchrieben, R. v. 16. März 1785. No. 102. die Notatenbeantwortungen darüber in duplo eingeſandt, V. v. 27. Nov. 1772. No. 44. und die Forſtkaſſen-Extrakte ſollen jedesmal den 26ſten jeden Monats abgeſchloſſen, V. v. 26. Juli 1779. No. 69. auch ſollen die Forſt-Anpflanzungs-Gelder-Rechnungen von den ordinairen Forſt-Rechnungen ſeparirt werden. R. v. 29. Jan. 1783. No. 83. die Forſt-Verbeſſerungs-Gelder-Rechnungen werden am 31. Mai geſchloſſen. R. v. 15. Mai 1786. No. 111. wegen deren Abnahme keine beſondere Reiſen gemacht werden dürfen. R. v. 25. Aug. 1789. No. 127. ehe ſie zur Reviſion der Ober-Rechen-Kammer gehen, werden ſie den Abgeordneten der Landſtände vorgelegt. §. 19. des Regl. v. 9. Nov. 1788. E. S. p. 2282. VIII. und Anhang v. 3. Febr. 1796.

Forſt-Referendarien, deren Anſtellung. v. K. A. 24. I. 60. — 31. I. 23 — 27. — Nachweis deren Qualifikation zur höhern Prüfung. 33. II. 307.

Forſt-Revenüen, ſind zur regelmäßigen Verzinſung und Tilgung der Staatsſchulden beſtimmt. G. S. 1820. p. 12. — 1826. p. 57. — ſ. a. Domainen. — Verrechnung u. Abführung der Reſte an ſelbigen aus den Jahren 18²⁰/₂₆. v. K. A. 27. III. 625.

Forſt-Reviere, in der Provinz Schleſien, deren Verwandlung in verzäunte Gehege, Behufs der Abwendung von Wildſchäden. v. K. A. 31. I. 28.

Forſtrichter, deren Beſtellung zur Unterſuchung und Beſtrafung begangener Holzdiebſtähle. G. S. 1821. p. 91. — die denſelben bewilligte Remuneration von 2½ Sgr. findet auf Privatforſten nicht Anwendung. R. v. 3. Aug. 1830. v. K. J. XXXVI. 175. — ſiehe auch Forſt-Defraudationen und Forſt-Gerichtstage.

Forſt-Schonungen, ſ. Schonungen.

Forſtſchule, deren Einrichtung in Würtemberg. v. K. A. 18. III. 930.

Forſtſchutz, durch kommandirtes Militair; ſ. Forſten.

Forſtſchutzbeamte, Glaubwürdigkeit und Beweiskraft deren Ausſagen gegen Holzdiebe. v. K. A. 33. I. 57. — II. 308. — deren Diäten bei Beſuch der Forſtgerichtstage, ſ. Diäten und Forſt-Gerichtstage.

Forſt=Separations=, Ablöſungs= und Regulirungs=Sachen, definitive Verrechnung der Koſten=Beiträge in ſelbigen. v. K. A. 30. I. 48.

Forſt=Servituten, Beſchränkung deren Benutzung von Seiten der dazu Berechtigten. G. S. 1811. p. 306. f. — ſiehe auch Raff= u. Leſeholz, Waldweide, Waldſtreu. — Schlichtung der Rechtsſtreitigkeiten über ſelbige. v. K. A. 31. I. 186.

Forſtſtellen, höhere, deren Beſetzung mit Allerh. Genehmigung. G. S. 1810. p. 15. — ſ. a. Forſtbedienungen.

Forſtſtrafarbeiten, deren Anwendung und Vollziehung. v. K. A. 21. III. 584. — 22. II. 347. — III. 623. — 23. IV. 806 — 808. — 24. II. 359. seq. — deren perſönliche Abbüßung oder Verwandlung derſelben in Gefängnißſtrafe. 26. II. 327.

Forſt=Strafarbeiter, deren tägliche Verpflegung wird auf 2 Pfund Brodt feſtgeſetzt. v. K. A. 26. I. 43.

Forſtſtrafen, (Geldſtrafen und Forſtarbeiten) fallen dem Waldeigenthümer anheim. G. S. 1821. p. 89. f. — von denſelben erhalten Forſtbeamte keinen Denunzianten=Antheil mehr. G. S. 1821. p. 93. — von ſämmtlichen Theilnehmern an einem von Mehreren gemeinſchaftlich verübten Holzdiebſtahle verwirkt, ſollen ebenfalls dem Waldeigenthümer zu gut kommen. G. S. 1827. — p. 27. — für verübte Forſtfrevel in den Gränzwaldungen mit Meklenburg=Schwerin — wem ſolche gebühren? R. v. 15. Apr. 1831. v. K. J. XXXVII. 411.

Forſtſtrafgelder, deren Einziehung und Verwendung. v. 22. II. 346. — 25. I. 153. — ſollen von Standesherren nicht ferner bezogen werden. 22. I. 68. — deren Verwendung und Verrechnung. 27. II. 385. — rückſtändige, deren Beitreibung durch die Exekutoren der Forſtkaſſen. 29. III. 506. — in Beziehung auf Kommunal= und Privat=Forſten, deren Beſtimmung und Verrechnung. 30. IV. 748.

Forſtſtrafreſte, Verfahren bei deren Tilgung durch Arbeiten. v. K. A. 33. III. 613.

Forſt=Taxe, Holztaxe für die königl. Forſten in der Altmark v. 17. Febr. 1776. E. S. p. 26. VI. der Uckermark und Prignitz p. 38. der Chur= und Altmark v. 5. Juli 1792. p. 1049. IX. — wann nach derſelben Bauholz ohne Lizitation verkauft werden kann. v. K. A. 18. I. 49. — ſiehe auch Holzverkäufe. — deren Heruntersetzung für Waldholz=Pflänzlinge und Baumpfähle aus königl. Forſten. 28. IV. 990. u. 29. I. 167. — ſ. a. Holztaxe.

Forſt=Ueberſchüſſe, Forſt=Veräußerungs= ꝛc. Gelder, deren Abführung an die General=Staats=Kaſſe. v. K. A. 27. II. 366 — 370.

Forſt-Uniform, wann dieſelbe getragen werden muß. v. K. A. 17. III. 22.

Forſt-Unterrichtsanſtalten, deren Leitung durch die techniſche Oberforſt-Deputation. G. S. 1808. p. 370.

Forſt-Veräußerungen und Verpfändungen, ſiehe Domainen-Grundſtücke.

Forſt-Veräußerungs- und Verpachtungs-Angelegenheiten. Bezahlung und Wiedereinziehung der Bekanntmachungskoſten in ſelbigen. v. K. A. 27. II. 371.

Forſt-Veräußerungs-Kontrakte, Sportel-Anwendung bei deren Aufnahme und Ausfertigung von Seiten der Regierungen. G. S. 1825. p. 132. f. — ſ. a. Forſten u. Domainen.

Forſtverbrechen, wie die, in dem zum Bezirk der Regierung zu Frankfurt an d. O. gekommenen Sächſiſchen Landestheilen zu beſtrafen, ſ. R. A. B. 237. VII. — in Südpreußen, Decl. deren Beſtrafung betr. v. 9. Nov. 1799. St. B. p. 156. XIV. — deren Unterſuchung. v. K. A. 17. II. 81. — deren Aburtelung durch die Königl. Juſtizämter. 33. II. 314. — Remunerationen der Friedensrichter in der Rheinprovinz in dergl. Angel. 33. II. 318. — ſiehe Forſtfrevel, Holzdiebſtahl.

Forſt-Vermeſſungen, bei Kommunal-Waldungen, Verfahren rückſichtl. derſ. v. K. A. 19. III. 705.

Forſt-Verwaltung, allgemeine Vorſchriften rückſichtlich derſ. v. K. A. 25. I. 17. — IV. 834—848. — 26. I. 35. — im Ober-Bergiſchen. 26. I. 35.

Forſt-Weſen, Großherzogl. Heſſiſche Verordnung über deſſen Organiſation. v. K. A. 23. IV. 1017 — 1027. — in Baiern. 18. IV. 1184.

Fortifikations-Anſtalten, deren Bewachung vom Militair auch bei vorübergehender Abweſenheit der Garniſon. G. S. 1829. p. 93.

Forum, ſ. Gerichtsſtand, Unterſuchungskoſten.

Forum delicti commissi, ſiehe Injurienprozeß, Unterſuchungskoſten.

ſ. ferner Kriminal-Unterſuchung.

***Forum domicilii* oder *delicti*.** R. v. 24. Aug. 1831. über die ſubſidiariſche Verhaftung deſſelben bei Unterſuchungen. v. K. J. XXXVIII. 162. — ſ. a. Unterſuchungskoſten.

Forum exemtum der Rittergutsbeſitzer, ſiehe Rittergutsbeſitzer.

ſ. übrigens a. Diätarien, Geldſtrafen, Gerichtsbarkeit, Gerichtsſtand.

Forum originis, ſiehe Gerichtsſtand, Unterſuchungskoſten.

Forum rei sitae, ſ. Verlautbarung.

Foſſilien, Beſitzverhältniſſe rückſichtl. derſ. bei Regul. gutsherrl. und bäuerl. Verhältniſſe. G. S. 1816. p. 171. — 1817. p. 185. 191.

Fourage, ſ. Ordonnanze; Marſch-Regl. v. 28. März 1737. C. S. p. 35. C. I. v. 9. Nov. 1788. p. 2282. VIII. Publ. wegen der Fouragelieferung in Neu-Oſtpreußen v. 29. Mai 1796. p. 411. X. — Die Fourage-Vergütigungsgelder der Mediatſtädte ſollen ſpeciell juſtificirt werden. R. v. 1. Febr. 1790. No. 128. des Caſſenhandbuchs. — Der An- oder Einkauf von Fourage von den Schirrmeiſtern oder Knechten der mobilen Armee ihres Trains iſt bei Zucht- und Feſtungsſtrafe verboten. R. v. 15. Sept. 1806. J. M. III. p. 372. und C. S. p. 754. XII. — Die Natural-Fourage, u. Brodlieferung iſt aufgehoben, Ed. v. 30. Oct. 1810. G. S. p. 78. I. — freier Verkehr mit ſelbiger nach befreundeten Staaten. G. S. 1812. p. 27. — für die Gensd'armerie, ſ. dieſe. — Verabreichung derſelben aus Königl. Magazinen an die Gensd'armerie, und Abrechnung rückſichtl. derſ. v. K. A. 21. II. 383. — III. 660. — Rationen, für die Pferde der Land-Gensd'armerie, deren Feſtſetzung. 21. III. 660. — 26. IV. 1087. — von den Kommunen für die Gensd'armerie geliefert, deren Liquidation u. Vergütigung. 21. III. 659. — 23. I. 101 — 103. — 26. I. 111. — deren Beſchaffung für die Gensd'armerie. 27. I. 152. — desgl. durch Hülfe der Militair-Intendanturen. 27. I. 272. — deren Beſchaffung für durchmarſchirende Truppen. 27. I. 272. — für die Gensd'armerie, im Wege der Entrepriſe, jedoch mit höherer Genehmigung. 30. I. 119. — für die Gensd'armerie-Offiziere, ſ. dieſe. — für die Briefrelais-Kommandos und durchmarſchirende Truppentheile. 33. II. 558. — Von Vergütigung der für die Land-Gensd'armerie gelieferten Fourage. Cab. Ord. v. 8. Dec. 1833. G. S. 1834. p. 1.

Fourage-Behältniſſe, deren Beſchaffung für das Militair in Garniſon-Städten. G. S. 1810. (A.) p. 653. 663.

Fourage-Gelder, deren Erhöhung bei theuren Marktpreiſen. v. K. A. 17. I. 8. — III. 23.

Fourage-Kapitalien, ſogenannte, aus dem 7jährigen Kriege herrührend, und von den ehemaligen Landſtänden des Herzogthums Weſtphalen verbrieft, Präkluſiv-Termin für deren Liquidation und Feſtſtellung. G. S. 1827. p. 35.

Fouragelieferungen, deren Urſprung, ſ. St. B. p. 115. XIII. für die Armee, ſollen aufhören u. der Bedarf aus den öffentlichen Einkünften für Geld angeſchafft werden. G. S. 1810. p. 27. Edict v. 30. Oct. 1810. G. S. 1810. p. 78. — finden bei eiligen Märſchen gegen Bezahlung nach dem Martini-Marktpreiſe noch ſtatt. G. S. 1810. p. 78. — Abtragung rückſtändiger und laufen-

der Abgaben durch ſelbige bis zum 1. Aug. 1812. G. S. 1812. p. 41. — deren Anrechnung bei Entrichtung der Vermögens- und Einkommenſteuer. G S. 1812. p. 55. — für die Truppen, Vergütung der dafür geſtellten Transportmittel. v. K. A. 31. III. 641 — 645.

Fourage-Quittungen, ſ. Stempelfreiheit.

Fourage-Vergütigung der von Kommunen für die Gensd'armerie gemachten Lieferung. R. v. 10. Apr. 1834. v. K. A. 34. II. 470.

Fourage-Verpflegung, bei Militair, Quittungs-Schema über ſelbige. v. K. A. 20. IV. 918.

Fourgons, Poſtwagen auf Federn ruhend, deren Gebrauch auf chauſſirten Wegen. v. K. A. 29. I. 42.

Frachtbriefe, ſind nicht ſtempelpflichtig. v. K. A. 17. III. 29. — Verfahren rückſichtl. derſelben in Rußland. 25. III. 787. — deren Führung, Viſirung und Stempelung bei Waarenſendungen. G. S. 1818. p. 114. 115. 125. — 1824. p. 182. f. — Strafen für deren Verfälſchung. G. S. 1818. p. 136. — für die Elbſchifffahrt. G. S. 1822. p. 17. — desgl. für die Weſer-Schiffahrt. G. S. 1824. p. 31. 35.

Fracht-Empfänger, ſ. Schifferfracht.

Frachten, ſ. Schifferfracht. — Verfahren mit den von ſolchen zur Poſt übergehenden unverſteuerten Waarenpaketen. v. K. A. 32. III. 629.

Frachtfahrt, an den Seeküſten, deren Betrieb ſoll nur inländiſchen Seeſchiffern erlaubt ſein. G. S. 1822. p. 177.

Frachtführer, muß genaue Kenntniß von ſeiner Ladung nehmen, und macht ſich ſtraffällig, wenn er, ohne ſie zu beſitzen, deklarirt. R. v. 28. Febr. 1823. v. K. J. XXI. 312.

Frachtfuhren, ſ. die näſtchfolgenden Artikel.

Frachtfuhrgewerbe, Strafbarkeit der unterlaſſenen Anmeldung des ſteuerfreien Betriebes deſſelben Seitens der Landwirthe. v. K. A. 33. II. 338.

Frachtfuhrleute, (Frachtführer,) deren Verpflichtungen in Beziehung auf Transporte zollpflichtiger Waaren. G. S. 1818. p. 125. f. — deren Beſtrafung für Steuer-Kontraventionen und ſonſtige damit in Verbindung ſtehende Vergehen. G. S. 1818. p. 133. — desgl. für unrichtige Deklarationen zollpflichtiger Waaren. G. S. 1818. p. 133. — 1829. p. 95. 96. — desgl. für die Veruntreuung der ihnen anvertrauten Güter. G. S. 1824. p. 79. — Gewerbeſteuer-Entrichtung von ſelbigen. G. S. 1820. p. 148. 150. 162. — Paßverfahren gegen ſelbige. G. S. 1813. p. 55. — 1814. p. 11. f. — 1817. p. 154. 159. — (ſ. a. Fuhrleute.) — ausländiſche, in wie weit ſolche zur Gewerbeſchein-Löſung ver-

pflichtet ſind. G. S. 1811. p. 279. — Ertheilung der Eingangspäſſe an ſelbige. G. S. 1817. p. 154. — Erhebung der Gewerbeſteuer von ſelbigen. v. K. A. 28. II. 326. — Berechnung und Erhebung der Gewerbeſteuer von denſelben. 33. IV. 916. ſ. a. Konfiskation.

Frachtfuhrwerke, (Laſtfuhrwerke) Breite deren Ladungen. v. K. A. 25. II. 443. — ſollen nicht breiter als höchſtens 10 Fuß geladen werden. G. S. 1828. p. 66. — Chauſſeegeld-Entrichtung von ſelbigen. G. S. 1828. p. 65. 66. ſ. a. Fuhrwerke. — ob für dieſe die Kommunikations-Wege zu ſperren ſind, ſ. Wege.

Frachtgelder. Der Schiffsrheeder, welchem im Befrachtungsvertrage die Ladung für die Frachtgelder und Zölle verpfändet worden, iſt für den Fall, da er, wegen der ſchlechten Beſchaffenheit des geladenen Gutes in Betreff der Frachtgelder u. Zölle nicht hinlänglich gedeckt iſt, nicht berechtigt, Caution von dem Befrachter zu verlangen. S. u. Str. R. 2. B. No. 13. p. 136.

Frachtpreiſe, für die Elbſchiffahrt, deren Beſtimmung und Bekanntmachung. G. S. 1822. p. 13. desgl. rückſichtl. der Weſerſchiffahrt. G. S. 1824. p. 27.

Frachtſchiffer, Gewerbeſteuer derſelben vom Handelsbetriebe. v. K. A. 33. III. 623.

Frachtwagen, ſ. Frachtfuhrwerke.

Fractions-Tabelle, ſ. Penſion.

Fräuleinſteuer, ſoll im Cottbusſchen Kreiſe der Neumark von jeder Hufe mit 3 Argent 4 Pf. gegeben werden. Receß v. 1653. C. S. VI. I. p. 471. No. 16. in den Städten der Neumark von jeder Giebelhufe 6 Gr. 8 Pf. Rev. v. 1653. p. 480. No. 9. — Wird nur, wenn die Obſervanz bewieſen, entrichtet. Lief. 2. p. 49. — Das Recht der Gutsherrſchaften, ſolche zu fordern, muß jedesmal erwieſen werden. J. M. VIII. 105.

Frankenfelder Stamm-Schäferei, ſ. Schäferei.

Frankenſcheine, Forderungen aus denſelben an den ehemaligen Freiſtaat Danzig, ſ. Präkluſiv-Termin.

Frankenſtücke, Fünf-, deren Annahme in königl. Kaſſen zu 1 Rthlr. 7 gGr. 6 Pf. G. S. 1813. p. 99. — ſ. a. Münzen, fremde.

Frankenthal, Stadt auf dem linken Rheinufer, wird mit dem Großherzogthum Heſſen vereinigt. G. S. 1818. (Anh.) p. 48.

Frankfurt am Main, (Senat,) ſ. Inſinuation.

Frankfurt, Großherzogthum, Polizei-Verwaltung in ſelbigem. v. K. A. 17. III. 244.

Frankfurt a. d. Oder, Stadt, bleibt in ihrem bisherigen Verhältniſſe als beſondere den Kreiſen gleich geſtellte Korporation. G. S. 1812. p. 143. — der Gerichtsbarkeit des dortigen

Stadtgerichts ſind die daſelbſt garniſonirenden oder dort ſich aufhaltenden Offiziere in Civilſachen untergeordnet. G. S. 1810. (A.) p. 629. — Meß-Ordnung für ſelbige v. 15. Mai 1810. G. S. 1810. (A.) p. 693 — 712. — Tarif für die Erhebung des Brück- und Dammgeldes, auch Brücken-Aufzuggeldes daſelbſt. G. S. 1826. p. 15. ſ. a. Oberlandesgericht. — Meßverfaſſung derſelben. v. K. A. 19. I. 45. — II. 368 — 399. — Modifikation zur dortigen Meßordnung. Cab. Ord. v. 24. Dec. 1833. G. S. 1834. p. 7. ſ. a. Meßordnung.

Frankfurter Regierungsbezirk, Kreis-Eintheilung und Begrenzung deſſelben. G. S. 1815. p. 94.

Frankfurter Stadt-Aktien, ſind bei Verſendungen mit der Poſt den fremden Lotterie-Looſen gleich zu behandeln. v. K. A. 31. I. 34.

Franko-Porto, ſ. Porto.

Frankozwang, deſſen Aufhebung für die nach Rußland zu ſendenden Briefe. v. K. A. 22. I. 45. — ſ. a. Briefe u. Porto.

Frankreich, Kaiſerthum, Tilſiter Friedens-Traktat mit demſelben v. 9. Juli 1807. G. S. 1807. p. 153. f. — Vertrag mit demſelben über die Ausführung einiger Stipulationen in dem letztern, v. 12. ejd. G. S. 1807. p. 164. f. — gegenſeitige Aufhebung des Abſchoſſes zwiſchen deſſen und den königl. preuß. Staaten. G. S. 1811. p. 247. — 1812. p. 178. — (ſiehe ferner Frankreich, Königreich.) — Verordnung wegen Anhaltung der Deſerteurs von den kaiſerl. franz., unter dem Befehl des Fürſten von Eckmühl ſtehenden Truppen. G. S. 1812. p. 25. — ſelbige wird auf ſämmtliche kaiſerl. franz. Armee-Korps ausgedehnt. G. S. 1812. p. 32. — Konvention mit ſelbigem wegen wechſelſeitiger Auslieferung der Deſerteurs v. 10. Mai 1812. G. S. 1812. p. 103. (ſ. ferner Frankreich, Königr.) — Allianz-Traktat mit demſelben v. 24. Febr. 1812. G. S. 1812. p. 101. — die mit ſelbigem geſchloſſenen Friedensverträge von Baſel, Tilſit, und die Pariſer Konvention v. 20. Sept. 1808, ſo wie alle ſonſtige Konventionen und Verhandlungen, ſind durch den Pariſer Friedens-Traktat v. 30. Mai 1814 null und nichtig geworden. G. S. 1814. p. 135.

Frankreich, Königreich, Friedens- und Freundſchafts-Traktat mit demſelben, d. d. Paris d. 30. Mai 1814. G. S. 1814. p. 113 — 136. — behält die Integrität ſeiner Grenzen, ſo wie ſelbige in dem Zeitpunkte am 1. Jan. 1792 beſtanden. G. S. 1814. p. 115. — Pariſer Traktat v. 20. Nov. 1815, nach welchem die Grenzen von Frankreich, wie ſie im Jahre 1790 beſtanden, mit einigen Abänderungen beſtimmt werden. G. S. 1816. p. 15. ff. — Vereinbarung mit ſelb. wegen Beſitzes des Leyenſchen Diſtrikts von

Seiten Preußens und wegen Abtretung der Dörfer Merten, Biblingen, Flatten und Gongelfangen von letzterem an Frankreich, v. 11. Juni 1827. G. S. 1830. p. 25. — definitive Uebereinkunft mit ſelbigem über die Grenzberichtigung der beiderſeitigen Staaten, v. 23. Oct. 1829. G. S. 1830. p. 26 — 45. — Ausgleichung mit ſelbigem wegen gegenſeitiger Schuldforderungen. G. S. 1814. p. 128. ff. — Regulirung der von ſelb. an die verbünd. Mächte zu leiſtenden Geldentſchädigung. G. S. 1816. p. 19. 24. ff. — wegen Verpflegung u. Unterhaltung der in ſelb. zur Beſetzung einer Militairlinie zurückbleibenden Armee der verbünd. Mächte. G. S. 1816. p. 19. 20. 29. 42. — Liquidation u. Regulirung der den Unterthanen der verbünd. Mächte, ſo wie dem Hauſe der Grafen Bentheim u. Steinfurt zuſtehenden Forderungen an Frankreich. G. S. 1816. p. 21. 42 — 65. — Abſchoßfreiheit u. Freizügigkeit mit demſ. G. S. 1814. p. 132. — 1817. p. 297. — Kartel-Konvention mit ſelbigem, vom 25. Juli 1828. G. S. 1828. p. 111 — 118. — Uebereinkunft mit demſelben wegen Zulaſſung reiſender Handwerker aus den gegenſeitigen Staaten unter dem Bedinge der Wiederaufnahme derſelben auf den Grund der ausgeſtellten Heimathſcheine. G. S. 1827. p. 81. — Empfangs-Beſcheinigungen über die Inſinuationen inländiſcher gerichtlicher Verfügungen in demſelben. G. S. 1828. p. 85. — die in ſelbigem herauskommenden deutſchen Zeitungen dürfen in die preußiſchen Staaten nicht ein- und durchgeführt werden. G. S. 1820. p. 8. v. K. A. 20. I. 47. — von der höchſten Gewalt in demſelben bleibt Napoleon Buonaparte und deſſen Familie für immer ausgeſchloſſen. G. S. 1816. p. 70. — Paßverkehr mit ſelbigem. v. K. A. 23. I. 119. — Paß-Ertheilung zu Reiſen nach ſelbigem. 25. I. 192. — Päſſe zu Reiſen in daſſelbe müſſen von deſſen Geſandtſchaft in Berlin viſirt ſein. 21. I. 112. — Legitimations-Ertheilung für die dorthin wandernden Handwerker. 25. III. 701 — 703. — Packet-Verſendungen durch die Poſt nach ſelbigem. 23. II. 256. — Beförderung der unter 2 Pfund ſchweren Päckereien nach ſelbigem. 25. I. 72. — Verfahren bei Briefbeförderungen ꝛc. nach ſelbigem. 17. IV. 53. — 18. II. 324. — Verfahren mit den Retourbriefen aus ſelbigem. 26. IV. 1011. — Portofreiheit für die aus demſelben eingehenden Zeitungen. 23. II. 262. — deſſen polizeil. Verordnungen rückſichtl. der Einfuhr fremder Waaren durch die Poſten. 17. III. 39. — deſſen Polizei-Verwaltung. 17. III. 249. — Geſetz in ſelbigem über die Herausgabe von Journalen u. Zeitſchriften. 22. I. 249. — desgl. über die Beſtrafung der Preßvergehen. 22. I. 251. — desgl. über den Debit von Kupferſtichen u. Zeichnungen durch Steindruck. 22. I. 257. — franz. Verordnung über die Studien des Rechts und der Medizin, desgl. über die Ausübung der akademiſchen Disciplin auf Univer-

ſtäten. 20. II. 377. — III. 615. — franz. Geſetz über die Diligenzen und öffentl. Wagen. 20. IV. 919. — Freizügigkeit mit ſelbigem hinſichtlich des Abſchoß- und Abfahrtsgeldes. 27. II. 360. — Ausſtellung von Heimathſcheinen für die nach ſelbigem reiſenden Handwerker. 27. III. 709. — IV. 995 — 997. — Handels- und Zoll-Abgaben-Verhältniſſe mit ſelbigem. 27. III. 575. — Zeitbeſtimmung für den Waaren-Transport durch daſſelbe nach Spanien. 27. IV. 880. — Brief- und Packet-Beförderungen nach ſelbigem durch die Poſt. 27. II. 398. seq. — IV. 920. — Franz. Dekret über die Ausübung des Schlächtergewerbes in Paris. 27. IV. 1045. — die nach deſſen Häfen beſtimmten preuß. Schiffe müſſen Geſundheits-Päſſe mit ſich führen. 28. I. 41. — II. 283. — Vorſchriften rückſichtl. der Ausſtellung von Heimathſcheinen für die dahin reiſenden Handwerker. 28. I. 151 — 154. — Beförderung von Geldern, gedruckten Sachen, Zeitungen ꝛc., nach ſelbigem. 28. III. 673. 675. — IV. 1001. — Formulare zu den nach ſelbigem zu ertheilenden Heimathſcheinen. 29. II. 351. — Verſendung von Druckſachen unter Kreuzband mit der Poſt nach ſelbigem. 29. IV. 811. — Ausfertigung der Heimathſcheine für die dahin reiſenden Handwerker. 30. I. 127. — Einſendung halbjähriger Verzeichniſſe von denſelben. 30. II. 385. — Berichtigung der mit demſelben vertragsmäßig feſtgeſetzten Auslieferungs- und Verpflegungskoſten für Deſerteure. 30. II. 271. — Paßviſirungen durch die Preuß. Geſandten und Konſuln in demſelben. 31. II. 360. 361. — Geſetz v. 21. März 1831. über die Einrichtung der Munizipal-Verfaſſung in demſelben. 31. I. 197 — 211. — Verfahren gegen Reiſende aus demſelben ohne geſandtſchaftliche Paß-Viſa. 33. III. 742. — zu Reiſen in daſſelbe können Handwerkern Heimathſcheine ertheilt werden. 33. III. 599. — Nachweis einer gewiſſen Geldſumme in demſelben zu Auswanderungen nach Amerika. 33. II. 289. ſ. a. Aktenſtücke, Inſinuation, Urkunden.

Franzbranntwein, ſ. Getränke, geiſtige.

Franzöſiſche Behörden, ſ. Wechſelproteſte.

Franzöſiſche Geſetze; über die Konkurrenz der Unterſuchungen nach preußiſchen u. nach franzöſiſchen Geſetzen. (Rheinprovinz.) R. v. 1. Nov. 1833. v. K. J. XLII. 474. 475. ſ. übrigens auch Civil-Geſetzbuch, franz. hanſeat. Depart., Weſtphalen, Berg und Rheinprovinz.

Franzöſiſche Juſtiz-Behörden, ſ. Inſinuation, Requiſitionen.

Franzöſiſche Juſtiz-Verfaſſung, ſiehe Juſtizverfaſſung.

Franzöſiſche Kolonie, ſ. letztere.

Franzöſiſche Landestheile, ehemalige, Regulirung der

Grundſteuer-Kontingente und Beiſchläge in ſelbigen. v. K. A. 28. II. 338 — 341. — Aufrechthaltung der Privat-Jagd-Berechtigung in ſelbigen. 28. II. 352. — vormalige, Cab. Ord. v. 24. Nov. 1833. betr. die Ablöſung des Heimfalls-Rechts. G. S. 1833. p. 292.

Franzöſiſche Militair-Verpflegungs-Periode, v. 1. März $18^{12}/_{13}$, Präkluſionsfriſt für die daraus herrührenden Lieferungs-Forderungen. G. S. 1823. p. 161.

Franzöſiſcher Averſional-Fonds, Beendigung des Liquidationsverfahrens rückſichtl. deſſelben. G. S. 1823. p. 110.

Franzöſiſche Sprache, in ſelbiger ſollen amtliche Zeugniſſe nicht ausgeſtellt werden. v. K. A. 23. III. 509 — 511.

Franzöſiſche Truppen, in den Oder-Feſtungen, ſiehe Klaſſenſteuer.

Franzöſiſche Unterthanen, in preuß. Dienſten befindliche oder darin geweſene, die gegen ſelbige ergangenen Dekrete oder Urtheilsſprüche ſollen franz. Seits ohne Wirkung bleiben. G. S. 1814. p. 135.

Franzöſiſche Waaren, (Produkte u. Fabrikate,) Verbot des Ein- und Durchganges derſelben. G. S. 1813. p. 39. ſ. auch Frankreich, Königreich, Friedenstraktate mit demſelben.

Franzöſiſch-hanſeatiſche Departements (oder Lippe Departement) vormalige, Geſetz über die gutsherrl. u. bäuerl. Verhältniſſe in den zu ſelbigen gehörig geweſenen Landestheilen, v. 25. Sept. 1820. G. S. 1820. p. 169 — 184. — Ausführung dieſes Geſetzes in denſelben. G. S. 1822. p. 207. — In Stelle des Geſetzes v. 25. Sept. 1820 tritt dasjenige v. 21. Apr. 1825. G. S. 1825. p. 73. 112 — 128. — Aufhebung der früher in ſelbigen beſtandenen Geſetze über Dienſte, Grundabgaben, Zehnten, Lehne ꝛc. G. S. 1825. p. 112. 113. — Ordnung wegen Ablöſung der Reallaſten in den zu ſelbigen gehörig geweſenen Landestheilen, v. 13. Juli 1829. G. S. 1829. p. 65 — 92.

Frauen von Nichtbürgern, wenn ſie das Bürgerrecht gewinnen müſſen. G. S. 1832. p. 182. — geſchiedene, wenn ſie das Bürgerrecht behalten, ebendaſ. — ſ. übrigens Ehefrau, Soldaten, Landwehrmänner und Militair-Freiwillige.

Frauenburg, in Oſtpreußen, Erhebung einer Kathedralſteuer zur Verſtärkung des Baufonds der dortigen Domkirche. G. S. 1825. p. 225.

Frauensperſonen, können zum ſtädtiſchen Bürgerrechte gelangen. G. S. 1808. p. 326. — junge, unter 12 Jahren, Beſtrafung der an ſelbigen verübten Brutalität. G. S. 1815. p. 207. — Befugniß derſelben zur Fertigung weiblicher Schneider-Arbeiten. v. K. A. 23. I. 157. — II. 390. — ſchwangere, deren Aufnahme

in Straf- und Beſſerungs-Anſtalten. 23. II. 352. — desgl. ſäugender und unmündiger Kinder derſelben. 23. II. 354 — 357. — minderjährige, dürfen in Bordelle nicht aufgenommen werden. 24. II. 529. — ſollen zu Grubenarbeiten in Schächten, Stollen und Strecken nicht zugelaſſen werden. 27. I. 96. — Schneidern für ſelbige, ſiehe Schneidern. — Gegen Perſonen weiblichen Geſchlechts, die das zehnte Jahr zurückgelegt haben, ſoll ſtatt der körperlichen Züchtigung auf verhältnißmäßige Freiheitsſtrafe erkannt werden. Cab. Ord. v. 29. März 1833. v. K. J. XLI. 276. 277. u. v. K. A. 33. I. 133. — findet gegen Weibsperſonen in den Straf- und Beſſerungs-Anſtalten als Disziplinar- und Korrektionsmittel noch ſtatt. v. K. A. 33. IV. 1028. — arbeitsfähige, deren Aufnahme. R. v. 3. Juni 1834. v. K. A. 34. II. 562. — ſollen keine Schankwirthſchaft übernehmen. R. v. 2. Mai 1834. — 34. II. 516. — Hängt die Anwendbarkeit der geſetzlichen Vorſchriften über die Nothwendigkeit der Certioration bei Bürgſchaften der Frauensperſonen oder bei deren Eingehung gemeinſamer Verpflichtungen mit Männern in Einem Inſtrument, von dem Orte des geſchloſſenen Kontraktes oder von dem Wohnorte der Frauensperſon ab? S. u. Str. R. 2. B. No. 47. p. 425. — Sind wirkliche Beſitzerinnen adlicher Güter für wechſelfähig zu erachten? S. u. Str. R. 2. B. No. 47. p. 425. — ſ. übrigens Geſchlechtsvormundſchaft, ſ. a. Neumark, Provinz, und Ehefrau.

ſiehe überhaupt Bürgſchaft, Certioration, Ceſſion, Vollmacht.

Frauen-Verein, Coblenzer, zur Erziehung und zum Unterrichte armer oder verlaſſener Kinder weiblichen Geſchlechts, ſo wie zur Unterſtützung dürftiger Perſonen. Beſtätigung der Statuten für ſelbigen. v. K. A. 27. I. 116 — 120.

Frauenzimmer, ſiehe Frauensperſonen.

Frauſtadt, Einführung der revidirten Städteordnung daſ. Cab. Ord. v. 17. Juli 1832. G. S. 1832. p. 191.

Freibauern, Freiſaſſen von den Verhältniſſen der Altmärkſchen, ſ. St. B. p. 25. Th. IX.

Freie in Preußen, deren Wählbarkeit zu den Provinzialſtänden. G. S. 1823. p. 139 — 141.

Freie Grund, ſ. Siegen, Fürſtenthum.

Frei-Exemplare von Druckſchriften, ſ. dieſe. — welche von den Buchhändlern den Behörden abgeliefert werden müſſen. v. K. A. 18. III. 690. — von Druckſchriften, deren Ablieferung von den Verlegern an die Königl. und an die Univerſitäts-Bibliotheken. 26. I. 88. — deren Einſendung ſoll nicht mehr an die Geheime Regiſtratur des Polizei-Miniſteriums, wohl aber noch an das ſtatiſti-

ſche Bureau ſtattfinden. 26. IV. 1098. — von den Amtsblättern, ſiehe dieſe.

Freifahrungsſachen. Ueber die Koſtenfreiheit in denſelben. R. v. 10. Aug. 1830. v. K. J. XXXVI. 196. 197,

Freigärtner (Freileute), in Schleſien, Ablöſung deren Handdienſte an die Gutsherren durch Ausgleichung mit letztern. G. S. 1811. p. 298. — 1816. p. 176.

Freigeſprochene, von der Inſtanz, deren polizeiliche Beaufſichtigung. v. K. A. 30. I. 130 — 134.

Freihäuſer, ſ. Hypothekenbücher.

Freiheit, perſönliche, die über deren lebenswierige Entziehung ergangenen Kriminal-Erkenntniſſe, müſſen an das Juſtiz-Miniſterium zur Allerh. Beſtätigung eingeſandt werden. G. S. 1809. p. 577. — 1824. p. 221. — ſ. a. Detention.

Freiheitsſtrafen, ſ. Gefängnißſtrafen.

Frei-Hölzer, deren Verwendung bei Bauten ſoll genau controllirt werden. v. K. A. 17. I. 78. — von den, in Betreff ihrer, geſchehenen Ertheilungen ſoll jährlich eine Nachweiſung durch die Forſtämter eingeſendet werden. 17. I. 79. — ſ. a. Holz. — Verfahren bei deren Anweiſung und Verwendung. R. v. 14. Apr. 1834. — 34. II. 321. — ſ. übrigens Holz.

Freihufen auf dem Rhein; ſ. Schiffahrts-Polizei-Ordnung.

Freiknechte, ſ. Scharfrichterknechte.

Freimaurer, Protectorium für die Mutterloge zu den 3 Weltkugeln, v. 9. Febr. 1796. E. S. p. 79. X. R. die Legitimation der Repräſentanten betr. v. 9. Oct. 1797. p. 1435. — es ſind die drei Mutterlogen: die Mutterloge zu den 3 Weltkugeln, die große Landesloge, die Loge Royal York de l'Amitié, und die von ihnen geſtifteten Tochterlogen tolerirt. §. 3. der V. v. 20. Oct. 1798. E. S. p. 1775. X. — in wie weit Freimaurerlogen nach dem Ed. v. 20. Oct. 1798. in den preuß. Staaten geduldet werden. G. S. 1816. p. 9. 10 — 12. — Pflichten und Rechte derſ. G. S. 1816. p. 10. ff. — vor zurückgelegtem 25ſten Lebensjahre darf darin keiner aufgenommen werden. G. S. 1816. p. 10. — Einſendung jährlicher Liſten von deren Mitgliedern. G. S. 1816. p. 10.

Freiſchule, deren Mitgebrauch kann Schutzverwandten nicht verſagt werden. v. K. A. 29. II. 313.

Freiſchulzen, ſ. Schulzen.

Freiſprechung, vorläufige, ſiehe vorläufige Freiſprechung.

Freiſtuhlsgüter. Gehören in den Landestheilen, welche, bei Auflöſung der fremden Herrſchaft, den franzöſiſch-hanſeatiſchen Departements oder dem Lippe-Departement einverleibt geweſen

ſind, die von Freiſtuhlsgütern, an das früher mit der Freiſtuhlsgerichtsbarkeit beliehene Gut, zu leiſtenden Präſtationen zu den aufgehobenen Abgaben? S. u. Str. R. 2. B. No. 44. p. 387.

Freiſtunden. Den Civilarreſtanten und den Criminalgefangenen, die ihre Strafe auf der Hausvoigtei in Berlin abſitzen, imgleichen denjenigen, deren Unterſuchung ſchon geſchloſſen iſt und die ihr Urtheil in erſter oder zweiter Inſtanz erwarten, ſollen im Sommer nicht mehr als vier Freiſtunden, und zwar zwei des Morgens und zwei des Nachmittags und im Winter drei Freiſtunden, zwei des Morgens und eine des Nachmittags täglich verſtattet werden. R. v. 9. Jan. 1813. v. K. J. II. 40.

Freitiſche für Studirende, ſ. letzt.

Freiwillige, Militair-, 1) freiwillige Jäger, oder aus dem letzten Kriege; in den Feldzügen von 1813 bis 1815, aus ſelbigen ſollen bei jedem Infanterie-Bataillon und Kavallerie-Regimente Jägerdetaſchements errichtet werden. Bekanntmachung v. 3. Febr. 1813. G. S. 1813. p. 15 — 17. — nähere Beſtimmungen über die Verhältniſſe dieſer Detaſchements, v. 19. Febr. 1813. G. S. 1813. p. 19. — ſollen ſo viel wie möglich die Schule der Offiziere und Unteroffiziere werden. G. S. 1813. p. 14. 16. 17. 20. 38. — Anordnungen rückſichtl. derſ. bei dem Ausbruche des Krieges von 1815. Aufruf u. Verordn. v. 7. April 1815. G. S. 1815. p. 33 — 36. — desgl. rückſichtl. der freiwillig ins Militair wieder eintretenden Civilbeamten; Allerh. Kab. Ord. v. 10. Apr. und Bekanntmachung v. 6. Mai 1815. G. S. 1815. p. 41 — 44. — Eintritt derſelben als ſolche zwiſchen dem vollendeten 17ten u. 24ſten Jahre. G. S. 1813. p. 13 — 16. — ſollen auch über das 24ſte Lebensjahr hinaus, zugelaſſen werden. G. S. 1813. p. 18. — junge Männer von geeignetem Alter, welche ſich davon ausſchließen, können demnächſt zu keiner Stelle, keiner Würde, keiner Auszeichnung ꝛc. gelangen. G. S. 1813. p. 16. — müſſen ſich ſelbſt bekleiden und beritten machen, die gewöhnliche Armatur wird ihnen dagegen geliefert. G. S. 1813. p. 16. — Beſtimmungen darüber im Jahr 1815. G. S. 1815. p. 34. ff. — Strafbeſtimmungen gegen Väter und Vormünder, wenn ſolche ihren Söhnen oder Pflegebefohlnen die nothwendigſte Ausrüſtung zum Eintritt verweigern. G. S. 1813. p. 21. — Bewilligung, reſp. der Offizier-Uniform und des Offizier-Porteépées für dieſelben. G. S. 1813. p. 38. — der Regimenter, ſollen mit denen der Jäger-Abtheilungen gleiche Rechte genießen. G. S. 1815. p. 191. — Gehaltszahlungen an dieſelben aus deren Civildienſt-Verhältniſſen während des Krieges. G. S. 1815. p. 41 — 44. — erhalten einen vorzugsweiſen Anſpruch auf Verſorgung u. Beförderung im Civil-Dienſte. G. S. 1813. p. 14. 17. — 1815. p. 36. —

1816. p. 91. — 1817. p. 225. — Sportelfreiheit der Anſtellungs-Beſcheide für ſelbige. G. S. 1825. p. 131. — deren Frauen und Kinder ſind für die Dauer des Krieges von der Perſonenſteuer befreit. G. S. 1813. p. 102. — entlaſſene, ſind ohne Rückſicht auf ihr Alter von dem Dienſte im ſtehenden Heere entbunden. G. S. 1814. p. 78. — Beamte, Profeſſoren und Lehrer, welche freiwillig in Kriegsdienſte getreten ſind, ſollen nunmehr in ihre Aemter zurückkehren. G. S. 1814. p. 62. — wenn einzelne von ihnen im Militairdienſte bleiben wollen, ſo muß dazu Allerh. Genehmigung eingeholt werden, ebendaſ. — Militair-Freiwillige, welche als Offiziere die Feldzüge von 1813 bis 1815 mitgemacht haben, und als Offiziere wieder angeſtellt ſind, deren hiernächſtige Verſorgungsanſprüche im Civildienſt. v. K. A. 22. IV. 841. — ehemalige, Reſolutionen für ſelbige in ihren Verſorgungsangelegenheiten gehen koſten- u. portofrei. 20. IV. 698. — ſ. ferner Militairdienſt. — ehemalige, aus den Kriegen von $18^{13}/_{15}$, Anſprüche derſelben auf Anſtellung im Civil. v. K. A. 28. IV. 948. 950. — Porto und Stempelfreiheit in deren Verſorgungsangelegenheiten. 28. III. 630. — ehemalige, haben mit den nach 9jähriger Dienſtzeit entlaſſenen Unterofſizieren gleiche Anſprüche auf Civil-Verſorgung. 29. I. 8. — durch Verſorgung der letztern ſoll den Anſprüchen der erſtern nichts vergeben ſein. 29. II. 212. — III. 468. — Berechnung des Penſions-Zwölftel-Abzugs bei deren Anſtellung im Civil rückſichtl. ihres früheren Militair-Einkommens. 29. III. 472. — ehemalige freiwillige Jäger aus den Kriegen v. $18^{13}/_{15}$, deren Anſtellungsberechtigung. 33. III. 584. — bedürfen zu den für Militair-Invaliden reſervirten Stellen eines Civil-Verſorgungsſcheines. 33. III. 586. — freiwillige Jäger und aus dem letzten Kriege, deren Anſtellung und wer dazu gehört. R. v. 1. Aug. 1834. — 34. II. 295. — interimiſtiſch angeſtellte, Wartegeldsverhältniſſe derſelben nach ihrem Wiederaustritt. 28. II. 279.

2) einjährige Militair-Freiwillige; aus den gebildeten Ständen, deren Annahme zum einjährigen Militairdienſte. G. S. 1814. p. 80. — ſollen demnächſt bei der Landwehr die erſten Anſprüche auf Offizierſtellen haben. G. S. 1814. p. 80. — Unterſtützung derſelben mit Waffen und Lederzeugſtücken. G. S. 1820. p. 59. — haben Anſpruch auf freies Quartier. G. S. 1820. p. 60. — hülfsbedürftige, ſollen vollſtändige Verpflegung erhalten, ebendaſ. — zur Feſtungsſtrafe verurtheilte, denſelben ſoll die Dauer der letztern auf ihre Dienſtzeit nicht angerechnet werden. G. S. 1820. p. 71. — Errichtung von Prüfungs-Kommiſſionen für ſelbige zum einjährigen Militairdienſt. v. K. A. 25. IV. 1103 — 1118. — Schlußtermin zur Anmeldung als ſolche. 26. II. 457. — deren Annahme und Vereidigung bis zur wirklichen Einſtellung. 26.

IV. 1143. — deren Annahme und Eintritt in das ſtehende Heer. 17. I. 287. — II. 279. 280. — 20. II. 354. 355. — deren Eintritt in die Landwehr. 17. IV. 282. — ſollen bei Erſatz-Aushebungen den einzelnen Kreiſen und Aushebungsbezirken zu gut gerechnet werden. 17. I. 286. — 26. I. 223. 224. — Prüfung deren vor dem Eintritt ſtattfindenden Dienſtuntauglichkeit. 28. I. 211. 212. — Inſtr. für deren Prüfung v. 21. Jan. 1822. — §. 12. — 28. I. 211. seq. — Anordnungen für deren Eintritt. 28. III. 839 — 842. — auf einjährige Dienſtzeit bereits angenommen, deren Ausſchließung vom Looſen der Erſatzpflichtigen. 30. I. 198. f. — ſind nur während des Friedenszuſtandes von dem Eintritt vor zurückgelegtem 23ſten Lebensjahre befreit. 31. IV. 892. — mit dem 23ſten Lebensjahre noch dienſtunfähig, deren Ueberweiſung an die Landwehr. 31. IV. 894. — zur Kriegsreſerve entlaſſen, deren Heranziehung zu den Landwehr-Uebungen, und deren Wahl zu Offizierſtellen. 31. I. 171. — Portofreiheit in deren Militair-Prüfungs-Angelegenheiten. 31. II. 295. — als Chirurgen, deren Verhältniſſe nach Einberufung der Kriegs-Reſerve ꝛc. 31. IV. 896. — wegen Körperſchwäche über das 23ſte Jahr hinaus, zurückgeſtellt, deren Ueberweiſung an die Landwehr 1ſten Aufgebots. 32. I. 266. f. — und nur für die Kavallerie brauchbar erklärt, Verfahren rückſichtl. derſ. 32. I. 259. — ſ. ferner Militairdienſt, einjähriger. — deren Behandlung in Beziehung auf den Uebertritt zu andern Waffengattungen. 33. IV. 1101 — 1105. — deren frühere Entlaſſung kann nicht ſtattfinden. 33. II. 548. — können, wenn ſich ſolche ihrer Militairpflicht längere Zeit vorſätzlich entziehen, auch bei den Arbeiter-Abtheilungen eingeſtellt werden. 33. I. 240. — als ſolche können nur wirklich Studierende der Theologie, nicht bloße Gymnaſiaſten, Militair-Zurückſtellungs-Atteſte erhalten. 33. I. 238. 239. — II. 549. — Verhältniſſe der dazu beſtimmten evangeliſchen Seminariſten und Theologen. 33. IV. 1105. — Zulaſſung der Schüler des Progymnaſiums zu Rößel als ſolche. 33. II. 550. — zur Kriegsreſerve übergegangen, Beſtimmungen über deren Einberufung. 33. I. 231. f. — deren Einſtellung, wenn ſie nach dem 23ſten Lebensjahre zum Militairdienſt brauchbar werden. R. v. 25. Febr. 1834. — 34. I. 252.

3) dreijährige Militair-Freiwillige; auf dreijährige Dienſtzeit, müſſen ſich durch Beibringung von Sittenzeugniſſen zur Annahme legitimiren. v. K. A. 26. I. 222. — deren hiernächſtiger Uebertritt zur Kriegsreſerve u. zur Landwehr. 21. II. 458. seq. — welche als Offiziere angeſtellt werden, deren Civil-Verſorgungs-Anſprüche. 23. IV. 764. — deren Reklamation. 28. II. 564. — Anrechnung derſelben auf die zu geſtellende Zahl der Erſatzmannſchaften. 28. III. 801. — deren Annahme bei den

Jäger=Abtheilungen. 31. II. 434. — IV. 893. — deren Berückſichtigung bei Vertheilung der Erſatz=Kontingente. 33. IV. 1107. — ſ. a. Militairpflichtige.
ſiehe überhaupt Anſtellungen, Militairdienſt.

Freiwillige Gerichtsbarkeit; ſ. Actus voluntariae jurisdictionis.

Freiwillige Subhaſtation, ſ. Pupillengüter.

Freizügigkeit, ſ. Abſchoß= und Abfahrtsgelder.

Fremde, fremden Reiſenden ſoll nicht zu nahe getreten werden. Ed. v. 5. Juli 1753. C. S. p. 533. I. Publ. v. 5. März 1770. p. 6683. IV. Ed. wie es mit Anſagung der in den Reſidenzien ankommenden Fremden zu halten, v. 2. Febr. 1707. V. V. No. 4. ſ. a. V. I. II. p. 295. Verordnungen, die den in den Preußiſchen Landen ſich niederlaſſenden Fremden zugeſicherten Wohlthaten betr. Pat. v. 13. März 1699. VI. I. No. 208. Ed. wegen der Refugirten v. 13. Mai 1709. VI. II. No. 48. v. 26. Apr. 1714. No. 84. Pat. v. 15. März 1718. V. I. IV. No. 33. v. 16. März 1719. No. 34. v. 23. Mai 1721. No. 37. v. 1. Sept. 1747. p. 181. C. III. v. 8. Apr. 1764. p. 409. III. v. 26. Oct. 1770. p. 7401. IV. in Anſehung der Wollarbeiter, V. v. 15. Oct. 1717. III. I. No. 140. Publ. v. 22. Mai 1753. p. 455. I. Avertiſſement für die, in Pommern, Pat. v. 2. Mai 1764. p. 413. III. und in der Neumark ſich niederlaſſenden Ausländer v. 9. Apr. 1723. VI. II. No. 155. v. 15. Febr. 1753. p. 431. I. v. 15. Dec. 1762. p. 172. III. für die in Preußen ſich niederlaſſenden Fremden, v. 20. Sept. 1711. VI. II. No. 65. v. 8. Nov. 1712. No. 74. v. 7. Dec. 1714. No. 87. v. 26. Febr. 1717. No. 100. v. 21. Nov. 1718. No. 108. c. D. v. 23. März 1719. No. 115. v. 5. Febr. 1721. VI. II. No. 136. v. 10. Apr. v. 16. Aug. 1723. No. 156. No. 159. Pat. v. 11. Febr. 1724. VI. Nachl. No. 16. v. 12. Jan. 1725. No. 20. den Fremden ſtehet frei, ſich den deutſch= oder franzöſiſchen Gerichten des Orts zu unterwerfen. C. v. 7. Juli 1772. p. 365. V. b. Publ. wegen Kontrollirung der Fremden auf dem platten Lande, v. 6. Oct. 1810. N. A. B. 595. II. Die Stadt=Commandanten ſollen von der Anweſenheit aller Fremden, welche der Polizei gemeldet werden, gleichfalls Nachricht erhalten. N. A. B. 201. I. in größeren Städten, Verpflichtung derſelben zur Löſung von Aufenthalts=Karten. G. S. 1813. p. 54. — 1817. p. 158. — ſ. auch Ausländer; desgl. Juden, fremde. — handeltreibende, über die Erlangung des Bürgerrechts von ſelbigen. v. K. A. 17. III. 97. — verdächtige, polizeiliche Aufſicht auf dieſelben. 17. III. 112. — IV. 158. — 18. I. 228. — II. 390. — Examinirung derſelben durch die Thorwachen fällt künftig weg. 17. IV. 140. — deren An= und Abmeldung. 18. II. 387. 390. — IV. 1081. — 24. III. 877. — Stra=

ſen für deren unterlaſſenen Meldung. 25. IV. 1063. — Meldezettel der Gaſtwirthe, bedürfen keiner Stempelung. 25. IV. 920. — der arbeitenden Klaſſe, polizeiliche Maßregeln rückſichtl. deren Aufenthalts und Niederlaſſung in Berlin. 22. III. 717. — 24. IV. 1130. — hülfsbedürftige, werden in Dänemark nicht zugelaſſen, ſondern zurückgewieſen. 23. III. 654. — Kurheſſiſche Verordnung rückſichtl. derſelben. 23. III. 727. seq. — ſ. auch Ausländer, Niederlaſſungen und Wohnſitz. — hülfsbedürftige, Verfahren gegen ſelbige und Aufbringung der Kur- und Verpflegungskoſten für dieſelben. 30. II. 409. — Verabreichung von Allmoſen an dieſelben. 30. I. 20. — verdächtige, Polizei-Aufſicht über dieſelben. 31. II. 501. — als Handwerksgeſellen oder Gewerbsleute reiſend, Verhütung deren Einſchleichens in die dieſſeitigen Staaten. 31. I. 124. f. — Nothwendigkeit von deren Anmeldung bei der Polizei. R. v. 5. Aug. 1834. — 34. III. 794. — ſiehe überhaupt Injurienprozeß, Inſtruktion, Koloniſten, Vagabunden.

Fremde Geldſorten, ſ. Münzedikt.

Fremde Landſtreicher, ſ. Vagabunden.

Fremdenbücher, deren Führung von Seiten der Gaſtwirthe. v. K. A. 17. IV. 152 — 159.

Fremden-Meldezettel, Strafe für deren Nichteinſendung. v. K. A. 23. II. 348. — Vorſchriften rückſichtl. derſelben in Kurheſſen. 23. III. 727 — 734.

Fremden-Meldungen, polizeiliche Aufmerkſamkeit auf ſelbige. G. S. 1817. p. 158. — Journalführung über ſelbige. v. K. A. 22. I. 147. seq. — Mittheilung der Fremden-Rapporte von Seiten der Polizeibehörden an die Garniſon-Chefs. 27. III. 711. — deren Anordnung auf dem platten Lande. 28. IV. 1052. — rückſichtl. des ländlichen Geſindes und Strafbeſtimmung wegen deren Unterlaſſung. 28. I. 21. — allgemeine Vorſchriften für dieſelben. 31. II. 501. 502.

Fremden-Polizei, deren ſorgfältige Verwaltung in Beziehung auf öffentl. Sicherheit. G. S. 1817. p. 158. — Theilnahme der Gensd'armerie an ſelbiger. G. S. 1821. p. 5. 18. — Reviſion der Ortsbehörden rückſichtl. deren Verwaltung. v. K. A. 31. II. 353.

Fremden-Rapporte, ſ. Fremden-Meldungen.

Fremden-Regiſtrirungs-Bill, deren Erſcheinung in Großbritanien und Irland. v. K. A. 26. III. 632.

Fremden-Verzeichniſſe, deren Anfertigung. v. K. A. 19. III. 782.

Fremde Sprachen, in ſelbigen ſollen amtliche Zeugniſſe nicht ausgeſtellt werden. v. K. A. 23. III. 509 — 511. — ſiehe a. Wechſelprozeß.

Fremdherrliche Beamte. Ueber deren Entſchädigung iſt ein Rechtsverfahren nicht zuläſſig. Cirk. R. v. 4. Febr. 1828. v. K. J. XXXI. 155.

Fremdherrſchaft, ſ. Verwaltungsanſprüche.

Freß- oder Weißpapp, ſ. Färbe-Material, giftiges.

Freudenberg, Amt, von Kurheſſen an Preußen abgetreten. G. S. 1818. (Anh.) p. 60. — übergiebt letzteres an Hannover; ebendaſ. p. 58.

Freudenhäuſer, mit dieſem Namen ſollen Bordelle u. Hurenwirthſchaften nicht bezeichnet werden. v. K. A. 23. IV. 886.

Freusberg, Amt, wird von Naſſau an Preußen abgetreten. G. S. 1818. (Anh.) p. 31.

Freyenwalde, Rgl. den Geſundbrunnen zu, betr. v. 16. Juni 1765. E. S. p. 911. III. v. 20. Mai 1772. p. 155. V. b. Neues Reglement v. 24. Apr. 1792. p. 953. IX.

Frieden, allgemeiner, von Europa, Traktat zu deſſen Aufrechthaltung von Seiten Preußens, Oeſterreichs, Großbritanniens und Rußlands, d. d. Paris den 20. Nov. 1815. G. S. 1816. p. 66 — 73.

Friedensfuß, ſ. Militairprozeſſe.

Friedensgerichte, unbeſchränkte Befugniß derſelben zu Handlungen der freiwilligen Gerichtsbarkeit. G. S. 1824. p. 136. — Aufhebung des unfreiwilligen Sühneverſuchs bei ſelbigen, vor dem Anfange von Rechtsſtreitigkeiten. G. S. 1825. p. 14. — deren Einrichtung im Großherzogthum Poſen. G. S. 1816. p. 230. — 1817. p. 45. ff. — bei ſelbigen findet kein öffentliches Verfahren ſtatt. G. S. 1817. p. 49. — Depoſital-Verwaltung bei denſelben. G. S. 1817. p. 51. — ſind den Landgerichten untergeordnet. G. S. 1817. p. 53. — Rangverhältniſſe und Uniform der bei ſelbigen angeſtellten Aſſeſſoren. G. S. 1824. p. 58. — in den Rheinprovinzen, deren Kompetenz. G. S. 1821. p. 101. — Geſetz über die Regiſter-Führung bei ſelbigen. G. S. 1824. p. 80. — Kompetenz derſelben in Unterſuchung und Entſcheidung von Poſtfuhrzettel-Kontraventionen. G. S. 1825. p. 7. — in den Rheinprovinzen; Beibehaltung des Inſtituts der Ergänzungsrichter bei denſelben, und Modification der desfallſigen Beſtimmungen. R. v. 15. Nov. 1822. v. K. J. XX. 301. ſ. Poſen. — im Großherzogthum Poſen, Unterſuchung und Beſtrafung kleiner Diebſtähle durch ſelbige. v. K. A. 21. II. 407.

Friedensgerichts-Exekutoren, ſ. Gerichtsvollzieher.

Friedensgerichts-Schreiber, ſ. Immobilien-Verſteigerung.

Friedensrichter, in den Rheinprovinzen, Haltung der Ge-

ſetz-Sammlung und des Regierungs-Amtsblatts von ſelbigen. G. S. 1819. p. 149. 150. — Kompetenz derſelben in ihren Dienſtfunktionen. G. S. 1821. p. 101. — deren Funktionen bei Subhaſtationen. G. S. 1822. p. 195. f. — deren Gebühren in ſelbigen. G. S. 1822. p. 203. f. — desgl. bei Einregiſtrirungen. G. S. 1824. p. 81. — Rangverhältniſſe und Uniform derſelben. G. S. 1824. p. 57. — im Großherzogthum Poſen, desgl. G. S. 1824. p. 58. — Diäten- und Reiſekoſten-Bewilligung für ſelbige. G. S. 1825. p. 165. 168. f. — der franz. Kolonie, deren Beibehaltung. G. S. 1809. p. 603. — Cab. Ord. v. 28. Apr. 1832, betr. die Gebühren derſelben für Ausrichtung von Aufträgen der oberen Gerichte. v. K. J. XXXIX. 481. 482. — können nicht Mitglieder des Gemeinde-Raths ſein, ſ. letzt.

ſ. überhaupt Gehaltsentſchädigung, Heiraths-Konſens, Stempel-Kontrolle, Vergleichstabelle.

Friedensrichter-Inſtitut; ſ. Schiedsmänner.

Friedens- (und Freundſchafts-) **Traktate** mit fremden Mächten, ſiehe Dänemark, Frankreich, Oeſterreich, Rußland, Sachſen ꝛc. (Pariſer); ſ. Amneſtie.

Friedewald, Amt, wird von Naſſau an Preußen abgetreten. G. S. 1818. (Anh.) p. 31.

Friedrich II. hochſeligen Königs Majeſtät, Errichtung eines Denkmals in Berlin für Allerhöchſtdieſelben. v. K. A. 30. IV. 860.

Friedrichsd'or, deren Annahme bei Königl. Kaſſen, ſtatt Silbergeldes zu $5^2/_3$ Rthlr. v. K. A. 31. IV. 721. f. — desgl. bei Poſtkaſſen. 31. IV. 742. — Cirk. R. v. 5. Apr. 1832, deren Cours bei den Staatskaſſen betr. v. K. J. XXXIX. 448. — ſ. a. Kaſſe. — ſiehe übrigens Goldzahlungen, Staatskaſſen.

Friedrichsgraben, großer und kleiner, in Oſtpr., Strom-Ordnung für ſelbige. G. S. 1806. p. 37—43. — Aufhebung der zeitherigen Zölle und Abgaben an ſelbige. G. S. 1828. p. 41. — ſtatt deren wird ein tarifmäßiges Gefäßgeld erhoben. G. S. 1828. p. 41. 42.

Friedrich-Wilhelms-Kanal, ſ. Kanal-Gefälle und Schifffahrts-Abgaben auf den Waſſerſtraßen von der Oder zur Elbe und umgekehrt.

Friſt, zur Einlegung des Rechtsmittels der Reviſion und Nichtigkeitsbeſchwerde. G. S. 1833. p. 305. — zur Einlegung des Rekurſes; ſiehe Rekurs. — ſiehe übrigens auch Strafvollſtreckung.

Frohnden, Großherzogl. Badenſche Verordnung über deren Loskauf. v. K. A. 21. IV. 994—1008. ſiehe auch Dienſte, auch Perſonal-Frohnden.

Früchte, wenn b. f. possessor die nicht genoſſene, nicht

repetiren könne H. B. I. 43. von Erſtattung der fructum percipiendorum. IV. 53. von Verbindlichkeit deren Verkäufers. VIII. 33. wohin die Jungen der Thiere zu rechnen. V. 113. — der Verkauf derſelben auf dem Halme iſt in Würtemberg verboten. v. K. A. 17. III. 259. — auf dem Halme, deren Verkauf im Wege der Exekution. 32. III. 631. — ſ. a. Exekution, u. Feldfrüchte.

Frühmette-Läuten, wann ſolches ſtatt finden ſoll. v. K. A. 17. I. 119.

Fruſtrirte Termine; ſ. Terminsgebühren.

Fünftel-Abzug von Zehnten, ſ. letzt.

Fürſtengut, fremdes; ſ. Strandungſachen. — deſſen Durchfuhr. v. K. A. 17. III. 27.

Fürſtenthumsgericht. Die Benennung, kommt nur den Gerichten wirklicher Fürſtenthümer zu. R. v. 14. Jun. 1814. v. K. J. 246. III. die Fürſtenthumsgerichte in Schleſien ſind dem Königl. Oberlandesgerichte ſubordiniret. R. v. 12. März 1814. p. 5. — ſiehe übrigens Gebührentaxe. Prädikat. Reſcriptenſtyl.

Fürſtliche Curialien. Cab. Ord. v. 26. Oct. 1831. dieſelben betr. v. K. J. XL. 463. 464.

Füttern der Pferde ꝛc., auf den Chauſſeen iſt verboten. v. K. A. 18. I. 170. — auch auf Straßen in den Städten, außer der Marktzeit. 17. IV. 205. — 19. II. 455.

Fütterungskoſten. Wenn der Zweck der geſchehenen Abpfändung, nämlich die Befriedigung des Gläubigers aus dem abgepfändeten Object durch den angemeldeten Eigenthumsanſpruch vereitelt wird, ſo fallen die Koſten der Aufbewahrung, welche das Gericht nach §. 73. Tit. 24. Th. I. der A. G. O. anzuordnen verpflichtet iſt, nicht dem Gläubiger, ſondern nach Maaßgabe des A. L. R. Th. I. Tit. 7. §. 212. dem Eigenthümer zur Laſt. Dazu gehören die Fütterungskoſten des abgepfändeten Viehes. Reſcr. vom 27. Sept. 1824. v. K. J. XXV. 258. — der Exekutoren; ſ. Exekutoren.

Fuhren, deren Geſtellung zu Deich- und Dammarbeiten in Oſtpr. und Litth. G. S. 1806. p. 11. 15. — ſiehe ferner Spanndienſte, Vorſpann und Ablöſungen. — deren Geſtellung für hülfsbedürftige Perſonen, welche weder Verbrecher noch Vagabonden ſind. v. K. A. 19. II. 469. — deren Leiſtung von Domainen-Pächtern zu Straßen-Beſſerungen. 24. III. 916. — kleine Amts-, in wie weit ſolche noch ſtatt finden können. 19. IV. 936. — dürfen Beamte nicht in Natura fordern, die ein Fuhrkoſten-Fixum genießen. 28. III. 631. — ſiehe auch Lehnſchulzenfuhren.

Fuhren-Geſtellung, für Impfärzte, Verfahren rückſichtlich derſelben. v. K. A. IV. 1023. — für Gemeindebedürfniſſe, Verpflichtung der Poſthalter zu derſelben. 31. I. 111.

Fuhrgelder, fixirte, Königl. Beamten, können mit den Gehältern pränumerando gezahlt werden. v. K. A. 20. I. 4. — neben ſelbigen können Chauſſee-, Brück-, Damm-, Zoll- und Fährgelder nicht noch beſonders vergütigt werden. 23. I. 14. — deren Zahlung in Beziehung auf das Sterbe-Quártal. 20. I. 5. — ſiehe auch Fuhrkoſten.

Fuhrgewerbe, zu deſſen Betrieb bedarf es der örtlichen polizeilichen Erlaubniß in Berlin. v. K. A. 23. III. 697. — die Befugniß zu deſſen fernerem Betriebe geht durch zweimalige Veruntreuung der zum Transport anvertrauten Güter verloren. G. S. 1824. p. 79. ſiehe auch Lohnfuhren und Lohnfuhrleute, desgl. Frachtfuhrleute.

Fuhrkoſten, deren Bewilligung in königl. Dienſtangelegenheiten. G. S. 1816. p. 116 — 118. — 1825. p. 168. ff. in wie weit Beamte, welche für ſelbige ein Fixum beziehen, auf beſondere Reiſekoſten keinen Anſpruch haben. G. S. 1816. p. 116. — 1825. p. 170. — für Phyſiker, Aerzte, Wundärzte ꝛc., nach der Medizinal-Taxe v. 21. Juni 1815. G. S. 1815. p. 112. 116. 122. — deren Vergütigung bei Dienſtreiſen der Offizianten. v. K. A. 17. I. 9. — II. 31. — IV. 11. — deren Liquidation und Vergütigung bei gemeinſchaftlichen Dienſtreiſen. 26. I. 11. — II. 292. 293. 294. — III. 591. — Liquidation derſelben von Seiten der Medizinal-Beamten. 26. II. 441 — 443. — desgl. von Seiten der Regierungs-Mitglieder. 26. III. 589. seq. — für Kreis-Sekretaire. 24. III. 651. — Beſcheinigung der Orts-Entfernungen rückſichtlich derſelben. 17. III. 22. — 24. II. 329. — Liquidation derſelben in Regulirungs-Angelegenheiten der General-Kommiſſionen. 24. I. 117. — für Aerzte und Wundärzte. 24. I. 283. — Aufbringung derſelben für die Schutzblattern-Impfärzte. 23. IV. 990. — 24. I. 290. seq. — für die Mitglieder der Gendarmerie bei Verſetzungen. 24. II. 482 — 485. — ſiehe auch Reiſekoſten. Wagenmiethe u. Transportkoſten. — für Kreis-Deputirte, bei Vertretung der Landräthe. 27. III. 597. — für Kreis-Chirurgen und Kreis-Thier-Aerzte. 27. I. 235. — allgemeine Vorſchriften für deren Liquidation, Juſtifikation u. Verrechnung. 28. I. 53 — 57. — desgl. in Beziehung auf diejenigen der Medizinal-Beamten und Perſonen. 28. I. 197 — 202. — diejenigen Beamten, welchen rückſichtlich derſelben ein Fixum beſtimmt iſt, können keine Natural-Fuhrengeſtellung fordern. 28. III. 631. — deren Bewilligung für Subalternen-Beamte auf Dienſtreiſen. 28. I. 35. — für Beamte, ſtatt des Reiſens mit der ordinairen Poſt. 28. III. 632. seq. — IV. 945. — für die zur Prüfung der verhältnißmäßigen Kataſtergleichheit beſtimmten Kreis-Deputirte. 28. III. 648. — für Oberforſt-Beamte. 29. I. 34. — deren Berechnung für Oberforſtmeiſter. 29. III. 505. —

deren Bewilligung für Kreis-Chirurgen in gerichtlich medizinischen Geſchäften. 30. I. 182. — R. v. 19. Sept. 1831. die Fuhrkoſten bei Kommiſſionen betr. v. K. J. XXXVIII. 130. — deren Liquidation Seitens der Regierungs-Mitglieder. v. K. A. 31. IV. 705. — der Landräthe in amtlichen Angelegenheiten für Privatzwecke. 31. IV. 705. — Fixirung derſelben für Thierärzte. 31. II. 416. — bei Kommiſſionen. R. v. 10. Mai 1832. dieſelben betr. v. K. J. XXXIX. 425—427. — für Referendarien, bei Ausrichtung ſelbſtſtändiger Aufträge. v. K. A. 32. III. 584. — für Medizinalperſonen in ſanitätspolizeilichen Kommunal-Angelegenheiten, deren Aufbringung. 32. I. 237. f. — der Kreisphyſiker und Kreischirurgen, auf gemeinſchaftlichen Dienſtreiſen in Kriminal-Unterſuchungen. 32. IV. 1025. — für Departements- und Kreis-Thierärzte. 32. I. 252—254. — II. 488. — Berechnung derſelben nach Meilenzahl und unter einer Meile. 33. II. 259. — deren Bewilligung auf Dienſtreiſen an Beamte mit fixirten Diäten. 33. II. 258. — Zahlung von Averſional-Vergütigungen für dieſelben an Regierungs-Mitglieder als Oberforſtmeiſter, Regierungs-Bauräthe ꝛc. 33. II. 261. — für ein mit der Einführung eines Landrathes in ſein Amt, beauftragtes Regierungsmitglied aus dem Fuhrkoſten-Fonds. 33. II. 260. — ſiehe übrigens auch Emolumente. Extra-Poſt-Gelder. Obduktionsgebühren. Reiſekoſten u. Unterſuchungskoſten.

Fuhrleute, Paßverfahren gegen dieſelben. G. S. 1813. p. 55. — 1814. p. 11. f. — 1817. p. 154. 159. — in wie fern ſelbige ohne Genehmigung der Polizeibehörde des Orts keinen Reiſenden über die Gränze oder von den Gränzörtern ins Land fahren dürfen. G. S. 1817. p. 159. — in wie weit Reiſende, Dienſtherren und Eigenthümer für die Vergehen der erſtern auf den Chauſſeen verantwortlich werden. G. S. 1822. p. 172. — 1824. p. 219. — deren Beſtrafung für die Veruntreuung der ihnen zum Transport anvertrauten Güter. G. 1824. p. 79. — Strafbarkeit derſelben für unrichtige Deklaration zollpflichtiger Waaren. G. S. 1818. p. 133. — 1829. p. 95. 96. — Gewerbeſteuer-Entrichtung von ſelbigen. G. S. 1820. p. 148. 150. 162. — ausländiſche, in wie weit ſolche zur Gewerbeſchein-Löſung verpflichtet ſind. G. S. 1811. p. 279. — ſ. auch Lohn- und Frachtfuhrleute. — Patent, wie ſich die Kutſcher und Fuhrleute auf den Straßen beim Fahren zu verhalten v. 20. März 1693. C. S. VI. I. No. 188. v. 18. Dec. 1705. VI. II. No. 34. Rgl. v. 12. Febr. 1732. No. 226. — Publ. wegen Verbots des ſchnellen Reitens und Fahrens. N. A. B. 419. VI. P. A. B. 361. — deren Obliegenheiten bei Verfahrung von Schießpulver. v. K. A. 17. I. 224. — was dieſelben rückſichtlich des Fahrens zu beobachten haben. 17. III. 188. — Gewerbeſteuer-

Entrichtung von ſelbigen. 21. I. 12. — auf den Werften am Rhein, Verordnung rückſichtlich derſelben. 21. I. 50 — 57. — polizeiliche Vorſchriften rückſichtlich derſelben in Köln. 21. II. 442. — aus-ländiſche, Gewerbebetrieb derſelben im Inlande. 23. II. 385. — ſiehe auch Lohnfuhrleute. — Entrichtung der Gewerbeſteuer von ſelbigen. 27. II. 377. — Strafbarkeit derſelben, wenn ſich ſolche von ihren Fuhrwerken und Pferden entfernen. 31. IV. 790 — 792. — Die Uebergabe beſtellter Waaren geſchieht, nach völligem Abſchluß des Kaufvertrages mit der Wirkung, daß Eigenthum und Gefahr an den Käufer übergeht, durch Ablieferung der Waaren an den Fuhrmann, ſelbſt wenn dem Verkäufer die Art der Uebermachung auch nur ſtillſchweigend überlaſſen worden iſt, ohne daß es alsdann noch einer ausdrücklichen oder ſtillſchweigenden Genehmigung bedarf. S. u. Str. R. 3. B. No. 29. p. 313. — Bei einer Waarenbeſtellung unter Kaufleuten iſt die Art des Transports, wenn ſie der Beſteller unbeſtimmt läßt, dem Abſender als ſtillſchweigend überlaſſen anzuſehen. S. u. Str. R. 3. B. No. 29. p. 314. ſiehe auch Beſitztitel, Poſtkontraventionen.

Fuhrlohn; ſ. Lehnſchulzenfuhren.

Fuhrwerke, ſollen die für Fußgänger beſtimmten Seitenwege nicht berühren. v. K. A. 17. IV. 208. — was bei gegenſeitigen Ausweichungen derſelben auf den Straßen zu beobachten iſt. ibid. 209. — mit breiten Radfelgen, Ermäßigung des Chauſſeegeldes für ſelbige. 21. I. 194. — 22. II. 331. — 24. IV. 1011. — mit Dünger beladen, davon werden keine Chauſſeegelder entrichtet. 19. II. 342. — 22. II. 333. — 24. IV. 1012. — mit Kopfnägeln oder Stiften beſchlagen, entrichten den doppelten Tarifſatz. 21. I. 195. — 22. II. 332. — 24. IV. 1011. — Begünſtigung derſelben im Oeſterreichiſchen. 19. II. 592. — öffentliche, in Frankreich, Geſetz darüber. 20. IV. 919. — ſollen ſich einander auf den Chauſſeen nach der Rechten halb ausweichen. G. S. 1822. p. 171. — 1824. p. 219. — 1828. p. 67. — müſſen den Poſten auf den Ruf des Horns ausweichen; ebendaſ. — welche derſelben vom Chauſſeegelde befreit ſind. G. S. 1822. p. 170. — 1824. p. 218. — 1828. p. 66. — ſ. auch Wagen.

Fuhrweſen; ſ. Landfuhrweſen.

Fulda, Fürſtenthum, Abtretung deſſelben von Seiten der Niederlande an Preußen. G. S. 1818. (A.) p. 26. — wird von letzterem an Kurheſſen abgetreten. ebendaſ. p. 60. f. — mit Ausſchluß der Diſtrikte Dermbach und Geyſa, welche von Preußen an Sachſen-Weimar abgetreten werden. G. S. 1818. (Anh.) p. 54. 55. 60. f.

Fundamente, unter hölzernen Gebäuden, was dabei zu berückſichtigen iſt. v. K. A. 17. II. 244.

Fundrecht. Wer auf Befragen des Richters den Fund ganz oder zum Theil ableugnet, iſt als Dieb zu betrachten. A. L. R. Th. 1. Tit. 9. §. 73. — In wie fern iſt eine Sache, welche der Beſitzer aus Verſehen an einem fremden Orte liegen läßt, von einem Andern, welcher ſie in gewinnſüchtiger Abſicht fortnimmt, für gefunden oder geſtohlen zu erachten? S. und Str. R. 1. B. No. 91. p. 364.

Furcht, vom metu justo. H. B. VII. 84. 104. A. L. R. I. IV. 33 — 44.

Fußboten, deren Geſtellung auf Militairſtraßen und Etappen; ſ. Durchmarſch- und Etappen-Konvention, ſiehe auch Botenpoſten.

Fußbrücken, wegen deren Beſchaffenheit. v. K. A. 17. I. 257.

Fußgänger, deren Verpflichtungen auf den Straßen. v. K. A. 17. I. 218.

Fußmaaß, preuß., iſt das Grundmaaß für ſämmtliche preuß. Staaten. G. S. 1816. p. 149. — darunter wird der ſogenannte rheinländiſche Werkfuß verſtanden; ebendaſ. — wird in zwölf Zolle und der Zoll in zwölf Linien eingetheilt; ebendaſ. — Verhältniß der letztern zum Pariſer-Fußmaaß; ebendaſ. — metallenes, in Zolle eingetheilt, ſoll als Probemaaß bei jedem Eichungsamte öffentlich aufgeſtellt ſeyn. G. S. 1816. p. 143. — ſoll nur einerlei im geſammten Bauweſen gebraucht werden. G. S. 1816. p. 146. — die Benennung von Dezimal-Fußen ſoll bei Vermeſſungen künftig wegfallen. G. S. 1816. p. 146. — Kölniſcher Fuß, Beſtimmung des Längenmaaßes deſſelben. v. K. A. 17. II. 82.

Fußreiſen, nothwendige, der Subalternen-Beamten bei Dienſtreiſen, deren Vergütigung. v. K. A. 28. I. 35.

Fußſteige, an deren Betretung dürfen Gränzbeamte nicht gehindert werden. v. K. A. 19. II. 445.

Fußwaſchen, zur Faſtenzeit üblich, iſt verboten. v. K. A. 18. I. 126.

Futter, für Militair-Dienſtpferde, Strafen für die Veruntreuung deſſelben. G. S. 1825. p. 11.

Futterentwendung, ſ. Diebſtahl.

Futterkräuter. C. wegen Anbau der Eſparcette vom 17. Sept. 1756. E. S. p. 169. II. v. 8. Oct. 1775. p. 239. V. e. Muß nach magdeburgiſchem Provinzialrechte auch von den in der Brache zehntpflichtiger Felder gewonnenen Futterkräutern der Zehnte entrichtet werden? S. u. Str. R. 3. B. No. 17. p. 173.

Futterſchrot. Verſteuerung des dazu beſtimmten Getreides. G. S. 1810. p. 42. — ſ. ferner Mahlſteuer.

G.

Gabella, ſ. Abſchoß.

Gabella emigrationis, ſ. Abſchoßfreiheit.

Gänſe, deren Pfändung oder Erſchießung, wenn ſolche in Oſtpr. und Litth. an ſchiffbaren Strömen auf den Dämmen, in den Pflanzungen ꝛc. angetroffen werden. G. S. 1806. p. 18. 26. — Strafe für deren unbefugtes Hüten in Königl. Forſten. v. K. A. 24. IV. 1027.

Gärten, ſ. Gutsländereien, Hypothekenbücher.

Gärtner, in Oberſchleſien, ſ. Schutzgärtner. — welche ihre Gartenfrüchte im Polizei-Bezirke des Wohnorts im Umherziehen feil bieten, oder feil bieten laſſen, werden dadurch nicht gewerbeſteuerpflichtig. v. K. A. 29. II. 371.

Gärtner-Lehranſtalt, zu Schönberg und Potsdam, Verwaltungspläne für ſelbige. v. K. A. 24. I. 127 — 140. — Portofreiheit für ſelbige. 24. I. 71. — zu Schönberg und Potsdam, Befugniß der Zöglinge zum einjährigen Militairdienſt. 29. III. 669. — königliche, Genügung deren Militairpflicht von Seiten deren Zöglinge. 30. II. 453.

Gäſte, zu deren Beherbergung bedürfen Schänker einer beſonderen polizeilichen Erlaubniß. v. K. A. 30. II. 426.

Gallmei-Halden, alte, Benutzung derſelben von Seiten der Grund-Eigenthümer. v. K. A. 22. III. 619.

Ganten, Strafe in Schleſien, deren Abſchaffung. v. K. A. 32. IV. 973.

Garde-Korps, vom Eintritt in daſſelbe bleiben jüdiſche Militairpflichtige ausgeſchloſſen. v. K. A. 32. II. 505.

Garde-Landwehr, ſiehe Landwehrmänner.

Gardelegen. Competenz des dortigen Königl. Land- und Stadtgerichts zur Führung der Unterſuchungen und Abfaßung der Erkenntniſſe. R. v. 10. März 1833. v. K. J. XLI. 285 — 287.

Garde-Offiziere, deren Verhältniſſe als Mitglieder der Departements-Erſatz-Kommiſſionen. v. K. A. 32. II. 492.

Garde-Rekruten, für die denſelben auf ihrem Marſche nach dem Beſtimmungsorte verabreichten Mäntel können die Kommunen keine Erſtattung leiſten. v. K. A. 33. II. 547.

Garköche, (Gaſtwirthe,) A. L. R. II. VIII. 434 — 455. V. wegen anzulegender zur Bequemlichkeit der Reiſenden einzurichtender Wirthshäuſer v. 9. May 1669. C. C. V. III. II. No. 4. v. 14. Oct. 1697. V. V. V. No. 2. Ed. v. 4. Dec. 1717. II. II. No. 143. R. v. 10. Aug. 1718. V. V. V. No. 7. Ed. v. 6. Jun. 1724. No. 12. ſ. Speiſewirthſchaften.

Garleder, mit ſelbigem kann kein Hauſirhandel ſtatt finden. v. K. A. 24. IV. 1152.

Garn, E. wegen des Leingarnhandels in den vier Neumärkſchen inkorporirten Kreiſen v. 12. Jul. 1719. C. C. V. II. I. No. 30. zu Königsberg in Preußen. Rgl. v. 24. Jul. 1788. p. 2170. VIII. ſ. Haspel. — Von Verſteuerung des fremden leinen Garns. N. A. B. 361. IV. — Hauſirhandel mit ſelbigem. G. S. 1824. p. 130. f. — Abgaben-Entrichtung von demſelben bei deſſen Ein- Aus- und Durchfuhr. G. S. 1827. p. 135. 142. 150. — leinen, — ſ. Leinen-Garn. — wie viel Gebinde ein Stück deſſelben enthalten muß. v. K. A. 17. II. 90. — ſoll rückſichtlich des Maaßes in den Thoren nicht mehr kontrollirt werden. 17. I. 76. leinenes, über deſſes Verkauf. 17. I. 75. — Handel mit demſelben. 17. II. 89. — deſſen Ausfuhr iſt erlaubt. 18. I. 56. — II. 346. — wollnes, mit ſelbigem kann, wenn ſolches nicht zu Strickgarn geeignet iſt, kein Hauſirhandel Statt finden. 27. III. 769. — wollene, deren Beſteuerung. 28. II. 332.

Garniſon- (u. Servis-) Adminiſtration, in den Jahren 1806 — 1809. Präkluſivfriſt zur Anmeldung der rückſtändigen Forderungen an ſelbige. G. S. 1822. p. 221 — 223.

Garniſon-Anſtalten, Stempelfreiheit bei Miethsverträgen für ſelbige. v. K. A. 25. IV. 923.

Garniſon-Bauweſen, deſſen künftige Verwaltung durch die Militair-Intendanturen. v. K. A. 24. III. 929. seq.

Garniſon-Einrichtungen, für das Militair nach dem allgem. Regulativ v. 17. März 1810. G. S. 1810. (A.) p. 653. 662. ff.

Garniſon-Gemeinde, ſiehe Militair-Gemeine.

Garniſon-Kompagnien, Aufnahme von Halb-Invaliden in ſelbige. G. S. 1809. p. 576. — Anſtellungen aus ſelbigen bei der Gendarmerie. G. S. 1821. p. 3. — ſ. auch Bekleidung.

Garniſon-Prediger, deren Anſtellung, Verhältniſſe u. Funktionen. G. S. 1811. p. 171. ff. — ſtehen in allen äußern Angelegenheiten unter den Gouverneurs und Kommandanten ihrer Garniſon. G. S. 1811. p. 175.

Garniſon-Veränderungen, temporaire, Beſtimmungen über die Servis-Verabreichungen bei denſelben. v. K. A. 30. IV. 847. — ſiehe auch Militairprozeſſe.

Garniſon=Verwaltung, Ueberweiſung derſelben an die Militair=Intendanturen. v. K. A. 23. II. 428—432. — 24. III. 949. seq.

Garniſon=Verwaltungsbeamte; ſ. Inaktivitätsgehalt.

Garnſammler, Gewerbeſteuer=Entrichtung von ſelbigen. G. S. 1820. p. 162. — in Gegenden, wo die Leinweberei ein Haupt=Erwerbszweig iſt, können dieſelben auch ohne Erreichung des 30jährigen Alters Gewerbeſcheine zum Umherziehen erhalten. v. K. A. 33. I. 203.

Garn=Schlichte, Vorſchläge zu deren Verbeſſerung. v. K. A. 33. II. 362—368.

Garn=Weberei, Freiheit des Gewerbes im Erfurter Regierungs=Bezirk. Cab. O. v. 17. Jan. 1834. v. K. A. 34. III. 843. ſ. auch Handwerksprivilegien.

Garn=Züchner=Zünfte; ſ. Zünfte.

Gartenbau, Verein zur Beförderung deſſelben. v. K. A. 22. IV. 864—874.

Garten=Eigenthümer, wann dieſelben bei dem Verkauf ihrer Gartenfrüchte ſteuerpflichtig ſind. v. K. A. 17. III. 29.

Gartenfrüchte, zu deren Verkauf iſt ein Gewerbeſchein erforderlich. G. S. 1810. p. 80. — wann davon Gewerbeſteuer zu entrichten iſt. G. S. 1820. p. 148. — wegen des zu frühzeitigen Genuſſes derſelben. v. K. A. 17. II. 224. — Handel mit denſelben ſoll genau kontrollirt werden. 17. I. 233. — Gewerbeſteuer von dem Verkaufe derſelben. 17. III. 29.

Gartenhäuſer, in wie weit deren Anlegung innerhalb der erſten Feſtungs=Rayons zu geſtatten iſt. G. S. 1828. p. 122.

Gartenland, deſſen Anweiſung für Landſchullehrer bei Gemeinheitstheilungen ꝛc. G. S. 1811. p. 311. — 1812. p. 194. — 1821. p. 66.

Gartenplatz, ſ. Reſſort.

Garten=Steuer, zeitherige, deren Aufhebung. G. S. 1810. p. 34. — 1811. p. 259.

Gaſſenlaufen, als Strafe bei gemeinen Soldaten, fällt gänzlich weg. G. S. 1808. p. 253. 270.

Gaſſen=Ordnung, für Berlin v. 28. Jul. 1777. E. S. p. 786. VI. ſ. Corp. Const. March. V. I. III. p. 314.

Gaſthöfe, polizeiliche Aufmerkſamkeit auf ſelbige in Beziehung auf Paß= Fremden= und Sicherheits=Polizei. G. S. 1817. p. 158. — ſiehe auch Gaſtwirthſchaften. — ſollen mit Schildern verſehen ſein. v. K. A. 17. I. 191. — deren Viſitation. 17. III. 124. 127. — polizeiliche Aufſicht auf dieſelben. 17. IV. 158. — allgemeine Verordnungen über dieſelben. 18. I. 89. — Reinlichkeit

derſelben. 18. II. 412. — deren Empfehlung durch Poſtillons und Hausknechte. 22. I. 140. — öffentliche, in ſelbigen ſollen keine Haus-Trauungen ſtatt finden. 26. III. 743. — Domanial-, deren Verpachtung. 26. IV. 1126. — ſiehe auch **Gaſtwirthſchaften**, ſo wie **Krug-** und **Schankwirthſchaften**. — zwiſchen dieſen und den Schankwirthſchaften findet kein gewerbepolizeilicher Unterſchied ſtatt. v. K. A. 33. II. 499. — die Konzeſſion zur Anlegung muß eine Zeitbeſtimmung zu deren Benutzung enthalten. R. v. 26. Sept. 1835. v. K. A. 34. III. 823.

Gaſtpredigten, in erledigten evangeliſchen Pfarr-Gemeinden, ſollen nur mit Genehmigung der Königl. Regierung ſtatt finden. v. K. A. 17. III. 80.

Gaſtwirthe, Von den Taxen der, ſ. P. A. B. 521. VI. welche den Poſtillons für das Zubringen von Reiſenden Trinkgelder verabreichen, ſollen den fünffachen Betrag als Polizeiſtrafe erlegen, und bei fernern Betretungsfällen in noch empfindlichere Strafe genommen werden. R. v. 25. Sept. 1811. R. A. B. 186. I. P. A. B. 171. K. A. B. 228. — aller Art, müſſen vor Ertheilung des Gewerbeſcheins ihre Qualifikation durch Polizeizeugniß nachweiſen. G. S. 1810. p. 84. — 1811. p. 276. — ſind zur Haltung des Amtsblatts verpflichtet. G. S. 1811. p. 167. — müſſen ſich in den Städten ſelbſt Taxen ſetzen, ſolche in allen Gaſtſtuben anſchlagen und im Laufe des Monats blos darnach liquidiren. G. S. 1811. p. 279. (Tabagiſten, Kaffewirthe), deren Beſtrafung, wenn ſolche verbotene Spiele bei ſich dulden. G. S. 1817. p. 31. — verlieren im Wiederholungsfalle außerdem ihr Gewerbe; ebendaſ. — ſind ſtrafbar, wenn ſie in ihren Häuſern das Spielen mit ungeſtempelten Karten dulden. G. S. 1810. p. 131. — 1822. p. 68. — ſind verpflichtet, ſich von umherziehenden Gewerbetreibenden den Gewerbeſchein vorzeigen zu laſſen. G. S. 1824. p. 133. — Reglement für dieſelben. v. K. A. 17. IV. 149. — 18. I. 96. — III. 765. — über deren Obliegenheiten. 26. III. 112. — deren Verpflichtung rückſichtlich der Inſtandhaltung und der Reinigung der Straßen vor ihren Gaſthöfen. 17. I. 263. — 26. I. 263. — desgl. rückſichtlich der Aufenthaltskarten. 17. III. 120. — IV. 159. — deren Beſtrafung wegen unterlaſſener Meldungen. 17. IV. 155. — ſollen den Poſtillonen bei Empfehlung ihrer Gaſthöfe keine Trinkgelder geben. 17. IV. 241. — in den Städten, Befugniß derſelben zur Betreibung des Schankgewerbes. 22. IV. 1029. — Befugniß derſelben zur Haltung von Tanzmuſik. 23. II. 342. — deren Befugniß zum unbeſchränkten Getränkehandel. 28. III. 772. — Verpflichtungen derſelben rückſichtlich der ihnen mitgetheilten Steckbriefe. 28. II. 474. — ſind zur Aushängung von Taxen der Lebensbedürfniſſe verpflichtet. 29. III. 574. — zur Haltung von Tanz-

muſik ohne beſondere polizeiliche Erlaubniß aber nicht berechtigt. 29. III. 580. — Verantwortlichkeit derſelben für die von deren Ehefrauen, Kindern, Dienſtboten ꝛc., begangenen Gewerbe-Polizei-Kontraventionen. 29. II. 329. — deren Verpflichtungen in Beziehung auf die Paß- und Fremden-Polizei. 30. IV. 799. — ſind zu Aushängung von Taxen in allen Gaſtſtuben verpflichtet. 31. III. 599. — Beſtrafung derſelben für die Ueberſchreitungen dieſer Taxen; ebendaſ. — in der Rheinprovinz, ſind zur Haltung der Amtsblätter nicht verpflichtet. 32. IV. 822.

Gaſtwirthſchaften, polizeiliche Genehmigung zu deren Anlegung und Betrieb. G. S. 1810. p. 83. 84. — 1811. p. 276. — Entrichtung der Gewerbeſteuer von ſelbigen. G. S. 1820. p. 148. 149. 151. 159. — polizeiliche Anordnungen rückſichtlich deren Anlegung und Betriebes. v. K. A. 23. I. 164 — 172. — II. 387. — III. 697. — deren Verpachtung. — 23. IV. 950. — deren Betreibung auf Grundbeſitzungen u. Dominien durch dazu qualificirte Pächter. 22. II. 410. — Polizei-Atteſte zu deren Betrieb ſind ſtempelfrei. 24. I. 56. — Kaiſerl. Ruſſiſche Verordnung über ſelbige. 23. I. 186 — 194. — ſiehe auch Krug- und Schankwirthſchaften. — deren Verpachtung. 28. II. 532. — deren Betrieb an verpachteten Chauſſee-Einnahme-Stellen. 28. II. 322. — deren ungehinderte Verbindung mit dem Schankbetriebe. 29. I. 155. — ſchon polizeilich erlaubte, deren Fortſetzung kann nur unter gewiſſen Umſtänden unterſagt werden. 30. III. 607. — Feſtſetzung der Gewerbeſteuer für dieſelben. 31. IV. 726. — die Konzeſſions-Angelegenheiten wegen derſelben reſſortiren in höherer Inſtanz ſowohl von dem Miniſterio des Innern für Handel und Gewerbe, als der Polizei. 32. IV. 1010. -- können nicht auf die Dauer des Beſitzes eines Hauſes beſchränkt werden. 32. IV. 1009. — deren Verpachtung oder Verwaltung durch Andere. 32. IV. 1010. — ſoll fernerhin Beamten, Bürgermeiſtern ꝛc., ſo wenig als deren Frauen und Dienſtboten geſtattet werden. 33. II. 789 — 793. — ſiehe auch Schankwirthſchaften. — ſiehe übrigens auch Gaſthöfe.

Gauner, Werk von F. A. Wennmohs über ſelbige. v. K. A. 24. II. 639. jüdiſche Gaunerbanden, Nachrichten über ſelbige von K. Stuhlmüller. 24. II 638.

Gebährerin; ſ. Schwangerſchaft.

Gebäude, vom Eigenthum auf fremden Boden erbauter. J. M. VI. 94. A. L. R. I. IX. 327 — 339. — deren Aufführung an Dämmen ſchiffbarer Ströme in Oſtpr. und Litth. G. S. 1806. p. 9. — Abbau derſelben und Erſatzleiſtung dafür bei Gemeinheitstheilungen. G. S. 1821. p. 62. 63. — deren Verſicherung in der oſtpreuß. Land-Feuer-Sozietät. G. S. 1809. p. 564. f. — abgebrannte, wegen der für ſelbige von der Brand-Sozietät des Herzog-

thums Weſtphalen zu leiſtenden Entſchädigung. G. S. 1818. p. 28. — öffentliche, Zuziehung der Ober-Baudeputation bei weſentlichen Veränderungen in ſelbigen und Einholung der Allerh. Genehmigung dazu im Fall des Widerſpruchs der erſtern. G. S. 1815. p. 206. — ſiehe auch Bauten und Abbaue. — wegen deren Aufbau. v. K. A. 17. I. 252. — an den Straßen dürfen ſelbige nur nach vorhergegangener Erlaubniß des Landraths erbaut werden. 17. I. 263. — über deren willkührliche Einrichtung auf Forſt-Etabliſſements. 17. I. 65. — ländliche, Beſtimmuugen wegen des Auseinanderbaues derſelben. — 17. I. 252. — IV. 249. — 22. IV. 982. seq. — 23. III. 599. seq. — 24. IV. 1176. — 26. III. 821 — 825. — bei der Neumärkiſchen Feuer-Societät verſichert, deren anderweite Abſchätzung. 24. III. 898. — baufällige, zu deren Reparatur können Eigenthümer durch Zwangsmittel angehalten werden. 17. IV. 209. — auch zum Wiederaufbau der durch Feuer oder anderes Unglück zerſtörten Gebäude an der Straße. ibid. 210. — ſiehe auch Bauten und Häuſer. (Häuſer ꝛc.) neue, dürfen ohne Erlaubniß an den Kunſtſtraßen nicht aufgeführt werden. 27. III. 771. seq. — zur lebenslänglichen Benutzung eingeräumt, Berechnung der Nutznießung bei ſelbigen. 27. III. 624. — ländliche, polizeiliche Vorſchriften für deren Auseinanderbau. 27. I. 227. — deren Erbauung in der Nähe von Privat-Waldungen in den Rheinprovinzen. 27. II. 487. — deren Abſchätzung nach der allgemeinen Grund-Kataſter-Inſtruktion. 28. I. 52. — deren Aufführung in der Nähe Königl. Forſten in den Rheinprovinzen. 28. IV. 1084. — baufällige, Verhütung von Unglücksfällen durch deren Einſturz. 33. IV. 1032. — ſiehe überhaupt Bau-Anlagen. Bauten. Denkmäler. Gebäude-Entſchädigungen. Geiſtliche Gebäude. Laudemienabgabe.

Gebäude-Entſchädigungen. Bei Ausmittelung und Vertheilung der Entſchädigungen für ſolche Gebäude in den Umgebungen der Feſtungen, welche in Gemäßheit der Cab. Ord. v. 12. März 1814 nicht wieder aufgeführt werden dürfen, ſollen die das Hypothekenbuch führenden Gerichte zugezogen werden, um die Gerechtſame der hypothekariſchen Gläubiger wahrzunehmen. Reſcr. v. 7. Juni 1814. v. K. J. IV. 34.

Gebäude-Richten, die Hülfsleiſtung bei dem Gebäude-Richten kann als eigentlicher Baudienſt nicht angeſehen werden. S. u. Str. R. 1. B. No. 39. p. 151.

Gebe-Hochzeiten, ſogenannte, Aufhebung derſelben. v. K. A. 21. II. 384. — mit ungebürlichen Schmauſereien und Störungen der öffentlichen Ruhe ꝛc. verbunden, deren Abſchaffung in der Provinz Weſtphalen. 29. III. 577 — 580. — Strafbeſtimmungen für Uebertretungen der Verbote, ebendaſ. — deren künftige

Abſtellung auch in den Rheinprovinzen. 29. III. 709. — deren Abſtellung in der Provinz Weſtphalen. 30. I. 204. — Anwendung des Verbots derſelben auch auf Schmauſereien bei Kindtaufen und Beerdigungen. 30. III. 574.

Gebiets-Eintheilung, ſoll eine jede Regierung in ihrem Departement veranlaſſen. v. K. A. 17. I. 26.

Gebinde, deren Verzollung und Verſteuerung nach dem innern Raumgehalt. G. S. 1818. p. 120. f.

Gebirgskreis, ſ. Konfiskationsprozeß.

Gebirgswege, deren Einrichtung zur Verhütung von Unglücksfällen. v. K. A. 17. I. 236.

Gebiſſene, von wüthenden Thieren, deren Behandlung. v. K. A. 20. IV. 865.

Gebot; ſ. Adjudikation. Nachgebote. Pupillengüter.

Gebräuche, verſchiedene, der Landbewohner, deren Abſchaffung. v. K. A. 19. II. 450. — III. 759.

Gebühren, 1) der Steuer-Aemter; deren Entrichtung für Steuerzettel, für Begleitſcheine und für Anlegung von Bleien und Siegeln bei Waaren-Verſendungen und Verſchlüſſen. G. S. 1818. p. 66. 85. 100. — 1821. p. 181. — 1824. p. 203. — bei Exekutionen in Steuer-Angelegenheiten. v. K. A. 24. I. 45. — IV. 1006.

2) in fiskaliſchen Sachen; bei gerichtlichen Unterſuchungen in Steuer-Kontraventions-Sachen. G. S. 1818. p. 142. — R. v. 16. Juni 1831. über die Gebühren der Defenſoren und Mandatarien in fiskaliſchen Unterſuchungen. v. K. J. XXXVII. 426.

3) der Polizei-Beamten; bei öffentlichen Schau-Anſtalten für Tuch- und andere Wollwaaren. G. S. 1823. p. 9. — für die Ausſtellung von Pferdeverkaufs-Atteſten. G. S. 1808. p. 308. 310. — deren Erhebung in Polizei-Gerichts-Sachen. v. K. A. 24. II. 487. — III. 871. — der Gerichtsvollzieher für Aſſiſtenz bei den Inſcriptionen der Gefangen-Regiſter. 24. III. 890. — für polizeiliche Ausfertigungen, beſonders der Erlaubnißſcheine zur Tanzmuſik. 20. III. 566. — für die Aufgreifung von Bettlern und Vagabonden. 24. IV. 1131. — deren Entrichtung für das Ein- und Ausſchreiben der Polizei-Gefangenen. 22. II. 404. 405. — bei dem Transport der Bettler. 17. I. 201. — deren Erſtattung bei Verbrecher-Transporten. 17. I. 200. — für Ausfüllung der Transportſcheine nach dem Pommerſchen Landarmen-Reglement. 19. II. 470. — Inſcriptions-, für Zuchthausbeamte. 22. II. 405. — für Prüfung der Maaße und Gewichte. 23. II. 339. — für Reviſion der Leihbibliotheken. 24. III. 876. — für Leinwandsſchau in Schleſien. 21. II. 435. seq. — für die Beglaubigung der Geſinde-Entlaſſungs-

ſcheine. 24. IV. 1122. — für Geſinde-Mäkler. 19. II. 409. — ſollen in Baiern nicht durch die Gendarmerie erhoben werden. 19. IV. 1029. — für Aufenthalts-Karten. 17. III. 119. — 18. I. 107.

4) in geiſtlichen Angelegenheiten; für Reviſion der Kirchen- und Schul- ꝛc. Rechnungen finden nicht mehr Statt. G. S. 1825. p. 133. — der Geiſtlichen (Stolgebüren). v. K. A. 19. I. 99. — 21. II. 345. seq. — erhöhete, bei Haustrauungen und Haustaufen. 19. I. 94. — bei Leichenbegängniſſen. 19. III. 729 — 731. — können Geiſtliche bei der Beerdigung von Armen nicht erhalten. 25. II. 450. — der Glöckner für die Grabſtellen. 17. IV. 98.

5) in Medizinal-Angelegenheiten; für gerichtliche Aerzte, Wundärzte und Thierärzte. G. S. 1815. p. 121 — 124. — 1825. p. 134. — (ſ. auch Medizinal-Perſonen u. Medizinal-Taxe.) — Bewilligung derſelben für Medizinal-Beamte. v. K. A. 19. I. 247. — für gerichtliche Medizinal-Beamte aus dem Criminal-Fonds. 24. I. 289. — für Medizinal-Beamte in den Rheinprovinzen, in Unterſuchungs- und Straf-Sachen. 26. II. 442. seq. — der Phyſiker bei Kuren der Gefangenen. 18. I. 191. — können Kreis-Phyſiker bei Disziplinar-Unterſuchungen gegen Medizinal-Perſonen nicht liquidiren. 24. I. 287. — der Aerzte und Wundärzte für die Kur verunglückter Perſonen. 21. I. 150. — II. 414. — IV. 926. — für Reviſion der Material- und Droguerie-Läden und der Apotheken. 20. I. 123. — für Apotheken-Viſitationen. 26. I. 212. — II. 449. — der Hebammen. 24. I. 291. — auf dem platten Lande. v. K. A. 27. II. 495. seq. — in gerichtlichen, mediziniſchen und chirurgiſchen Fällen, deren Feſtſetzung u. Anweiſung. 28. I. 202. — ſiehe a. Cenſurgebühren, Mandatarien-Gebühren, Paßgebühren, Sporteln ꝛc. für gerichtsärztliche Gutachten, ſiehe Gutachten.

6) der Militairperſonen; Entrichtung derſelben von Unteroffizieren und Gemeinen in Eheſcheidungsſachen. G. S. 1809. p. 583. — dürfen bei Verſorgungsbeſcheiden ehemaliger freiwilliger Militairs nicht angeſetzt werden. v. K. A. 20. IV. 698.

7) in gerichtlichen Angelegenheiten; Einziehung der Gerichtsgebühren in den wieder vereinigten Provinzen nach den ältern Sportel-Taxen. G. S. 1814. p. 95. — der Notarien in den Niederrheinſchen Provinzen, Taxordnung für ſelbige. G. S. 1822. p. 109 — 124. — der Friedensrichter, Gerichtsſchreiber und Gerichtsboten in den Rheinprovinzen bei Subhaſtationen und Lizitationen. G. S. 1822. p. 203. f. — desgl. bei Einregiſtrirungen. G. S. 1824. p. 81. — gegenſeitige Aufhebung der Gerichtsgebühren mit einigen fremden Staaten in unvermögenden Kriminal-Unterſuchungen, ſiehe letztere. ſiehe a. Gebührentaxe, Gerichtsgebühren, Sporteln, Cenſurgebühren, Paß-

gebühren. ꝛc. deren Entrichtung in Pupillen-Sachen. G. S. 1808. p. 224. ſ. auch Gebührentaxe. — Cirk. Reſcr. v. 14. Juli. 1827. betr. die Verwendung und Berechnung der von Beamten zeither bezogenen Gebühren für Handlungen der Gerichtsbarkeit, welche am Orte, wo das Gericht ſeinen Sitz hat, vorgenommen werden. v. K. J. XXX. 148. 149. — ſiehe auch Inſinuationsgebühren. Kommiſſionsgebühren. Koſten. Vormundſchaftsſachen. — In wie fern ein Vormund in Prozeſſen ſeines Mündels, Gebühren zu fordern berechtigt iſt? R. vom 25. März 1831. v. K. J. XXXVII. 69. — R. v. 7. März 1831., die Gebühren bei Anlegung des Hypothekenbuchs von den regulirten Bauerhöfen betr. XXXVII. 105. — der Dollmetſcher. R. vom 24. Mai 1831. XXXVII. 387. — In wie fern ein Juſtizcommiſſarius, der als Vormund Prozeſſe führt, Gebühren fordern kann. R. v. 31. März 1831. XXXVII. 334. — für die Verpflichtung eines Juſtiz-Kommiſſarius und Notarius. R. v. 31. März 1831. XXXVII. 390. — von der Einziehung der Gebühren der Exekutoren und Boten. R. v. 25. Sept. und 1. Aug. 1831. XXXVIII. 126 — 128. — Inſinuations-Gebühren der Juſtiz-Kommiſſarien. R. vom 21. Novbr. 1831., betr. die Inſinuation durch Boten und die dafür zu entrichtenden Gebühren. XXXVIII. 396. — Gebühren bei Armen-Vormundſchaften. R. v. 7. Octbr. 1831. XXXVIII. 400. — R. v. 25. Novbr. 1831. betr. die Gebühren in Injurienſachen, wenn der Kläger zum gemeinen, der Beklagte aber zu den höheren Ständen gehört. v. K J. XXXVIII. 401. — der Rheiniſchen Beamten als Zeugen, ſiehe Zeugen-Gebühren. — der Beamten als Sachverſtändige, deren Feſtſetzung, ſiehe Sachverſtändige. — Gebühren der Juſtiz-Kommiſſarien in der Exekutions-Inſtanz von Bagatell-Sachen. R. v. 9. Aug. 1834. v. K. J. XLIV. 123. — in eigenen Sachen R. v. 23. Aug. 1834., ebendaſ. — für Inſinuation an Juſtiz-Kommiſſarien. R. v. 16. Aug. 1834. — XLIV. 121. — der Kreis-Juſtizräthe. R. v. 7. Juni 1834. XLIV. 116. — der Juſtiz-Kommiſſarien für fruſtrirte Termine. ſ. Juſtiz-Kommiſſarien.

8) in Verwaltungs-Angelegenheiten; deren Erhebung und etatsmäßige Verwendung. v. K. A. 25. I. 5. — Portopflichtigkeit derſelben. 24. II. 388. — finden in ſtreitigen Kriegs-Schuldenſachen nicht ſtatt. 25. III. 685. — deren Erhebung bei Dienſt-Anſtellungen. 21. II. 289. — für die Erhebung der Klaſſen- und Gewerbeſteuer und deren Verwendung. 25. II. 311. — deren Feſtſetzung für die Fertigung der Auszüge aus den Grundſteuer-Mutterrollen. 25. I. 152. — deren Erhebung für das Examen der Landräthe. 19. I. 24. — für die Prüfungen von Bau-Handwerkern. 21. III. 598. 603. 614. 620. — für Prüfung der See-Schiffsbaumeiſter, Seeſchiffer, Steuerleute ꝛc. 24. I. 260. 266. — für fiska-

liſche Bediente. 19. II. 302. — ſollen Landräthe und Kreisbediente nicht beziehen. 19. I. 23. 186. — der Landräthe für Reviſion der Gemeinde-Rechnungen. 17. IV. 122. — der Landräthe für Reviſion der Kommunal-Rechnungen. 17. IV. 122. — 21. II. 377. — ſollen für ſelbige vom Jahre 1816 ab gänzlich wegfallen. 21. III. 378. — der Forſt-Offizianten bei Aufträgen in Kommunal-Forſten. 18. I. 46. — deren Einſtellung für die Ausfertigung von Atteſten über die Vereidung von Privat-Jägern angränzender Königl. Waldungen. 22. II. 346. — der Magiſträte in ſtädtſchen Feuer-Sozietäts-Angelegenheiten. 23. IV. 863. — der Bürgermeiſter für die Umſchreibung der Grundſtücke bei Beſitz-Veränderungen. 23. II. 316. — für ſtädtiſche Beamte. 20. I. 38. — der ſtädtiſchen Baubedienten. 19. I. 237. — für die Gewerks-Beiſitzer und Dispoſition über ſelbige. 22. II. 418. — 23. II. 380 — 384. — für Bekanntmachungen durch Trommelſchlag ꝛc., deren Feſtſetzung und Einziehung. 25. II. 409. — finden für die amtlichen Atteſte der Unterſchriften unter den nach dem Auslande beſtimmten Dokumenten nicht ſtatt. — 30. I. 19. — ſiehe auch Dienſteinkünfte. — der Eichungs-Aemter, ſiehe Eichungs-Gebühren. — für Kataſter-Auszüge, ſ. letztere.

9) der Feldmeſſer; nach dem Reglem. v. 29. Apr. 1813. v. K. A. 27. III. 795. seq. — in Auseinanderſetzungsſachen, Quittungsſtempel über ſelbige. 27. I. 74. — deren Feſtſetzung. 21. II. 326.

10) der Gensd'armen; für Exekutionen durch die Gensd'armerie. v. K. A. 18. I. 107. — 23. III. 649. seq. — der Gensd'armerie bei Exekutions-Vollſtreckungen ſind portofrei. 19. I. 52. 176. — können Gensd'armen bei Verhaftungen auf gerichtliche Requiſitionen nicht erhalten. 24. IV. 1118.

11) Einziehung rückſtändiger für Geiſtliche, Phyſiker, Feldmeſſer, Zeugen ꝛc., im Wege der Exekution. v. K. A. 29. I. 67. ff. 72. — ſ. die auf Gebühren überhaupt Bezug habenden Artikel, als: Actus voluntariae jurisdictionis, Abſchriftsgebühren, Advokatengebühren, Agnitions-Reſolutionen, Auseinanderſetzungen, Beſitztitel, Bibliothekgebühren, Botengebühren, Chargengebühren, Contradiktor, Defenſionsgebühren, Depoſital-Extract-Gebühren, Depoſital-Gebühren, Diäten, Dienſteinkommen, Dimiſſorialien, Dollmetſchergebühren, Domainen-Juſtiz-Beamte, Eintragungsgebühren, Eidesleiſtungen, Emolumente, Emolumentenbücher, Erbregulirung, Erbſchaftlicher Liquidationsprozeß, Examinationsgebühren, Exekution, Exekutionsgebühren, Friedensrichter, General-Kommiſſionen, General-Moratorium, Ge-

richtsvollzieher, Heftgebühren, Hypotheken-Atteſte, Hypothekengebühren, Hypothekenſachen, Informationsgebühren, Ingroſſationsgebühren, Inrotulationsgebühren, Inſinuationsgebühren, Inſtrumentszeugen, Inventarien, Juſtizbeamte, Juſtiz-Kommiſſarien, Kalkulaturgebühren, Kammergerichts-Sekretarien, Kanzleigebühren, Kaſſenquote, Kommiſſionsgebühren, Konfirmationsgebühren, Konfiskationsprozeß, Konkursprozeß, Korrespondenzgebühren, Koſten, Kreis-Wundärzte, Kriminalgebühren, Kuratel, Legaliſation, Lehnskurie, Mandatariengebühren, Medizinalgebühren, Medizinalperſonen, Meilengebühren, Meilengelder, Nachlaß-Kuratoren, Notariengebühren, Obduktionsgebühren, Objectum litis, Patrimonialgerichte, Porto, Publikationsgebühren, Purifikations-Reſolution, Remiſſorialien, Requiſitionen, Reſolutionsgebühren, Sachverſtändige, Salarienkaſſe, Schreibgebühren, Siegelgebühren, Siegelungstermine, Sitzgebühren, Steueramts-Juſtitiarien, Stolgebühren, Subalternen, Subhaſtation, Syndikus, Tarantengebühren, Terminsgebühren, Untergerichte, Unterrichter, Unterſuchungskoſten, Urtelsgebühren, Vigilanzgebühren, Vorladung, Vormundſchaftsſachen.

Gebühren-Abzüge. Das Ed. v. 28. Febr. 1806, betr. das Verfahren gegen verſchuldete Staatsdiener, findet auch auf Juſtizcommiſſarien Anwendung und muß durch Controllirung der Gebühreneinnahme und auf eine zweckmäßige Art der Abzug beſtimmt werden, welcher denſelben von ihrem Dienſteinkommen für ihre Gläubiger zu machen iſt. R. v. 30. Jan. 1813. v. K. J. II. 3.

Gebührenfreiheit, der Unteroffiziere und Gemeinen in Prozeſſen. G. S. 1809. p. 583. — Der Univerſität in Königsberg und Breslau iſt in ihren Prozeſſen und andern gerichtlichen Angelegenheiten jura fisci dergeſtalt beizulegen, daß ſie zur Zahlung von Gerichtskoſten nicht verbunden ſind. R. v. 4. Aug. 1812. v. K. J. I. 244. — Für die Einziehung der Poſten unter 1 Rthlr. zur Salariencaſſe, wenn ſolche durch den Landreuter erfolgt, ſollen den Partheien keine Exekutionskoſten angerechnet werden. R. v. 31. Aug. 1813. II. 8. — Der zum Behuf der Legitimation der Intereſſenten der Wittwen-Verpflegungsanſtalt zu ertheilenden gerichtlichen Atteſte. R. v. 26. Aug. 1815. VI. 8. — Den Beurlaubten und in ihre Heimath entlaſſenen Landwehrmännern kommt die den in Reihe und Glied ſtehenden Soldaten bewilligte Sportelfrei-

heit nicht zu ſtatten. R. v. 14. Sept. 1816. VIII. 33. — Von Pupillen können keine Koſten gefordert werden, in ſo fern die Erziehung und Verpflegung aller Revenüen ihres Vermögens erſchöpft, und ſie, in ſo fern ſie nicht ganz arm ſind, die Stundung derſelben bis zur Zeit, wo ſie in einen zahlungsfähigen Zuſtand kommen, oder majorenn werden, verlangen können. R. v. 10. Juli 1816. VIII. 37. u. v. 18. Febr. 1820. XV. 37. — Die den Pupillen bewilligte Sportelfreiheit können diejenigen, welchen der Nießbrauch von dem Vermögen der unter Vormundſchaft ſtehenden Pupillen, mit der Verpflichtung zur Alimentation derſelben zukommt, keinen Anſpruch machen, und die Gebühren ſind in den vorkommenden, die Pupillen und ihr Vermögen betreffenden Fällen nach dem Betrage des ihnen wirklich zuſtehenden Vermögens zu berechnen. R. v. 7. Nov. 1816. VIII. 272. — Die Hospitäler ſind gebührenfrei, wenn die Einkünfte derſelben wirklich ganz zur Unterhaltung der darin aufgenommenen Perſonen verbraucht und nicht zum Theil zu Capital geſchlagen und zur Vergrößerung der Fonds verwendet werden. R. v. 26. Oct. 1816. VIII. 277. — Die Depoſitalquittung wegen der von einem an das General-Depoſitorium ſchuldigen Capital zu zahlenden Zinſen iſt gebührenfrei. R. v. 4. Febr. 1817. IX. 36. — Majorenne Miterben müſſen, wenn ſie bei Nachlaß-Regulirungen mit minderjährigen, die Sportelfreiheit genießenden Perſonen concurriren, für ihren Antheil die nach der Allg. Gebührentaxe zuläſſigen Gebühren bezahlen. R. v. 30. Aug. 1817. X. 27.; ſie haben aber nur zu ſolchen Verfügungen Koſten beizutragen, welche die Conſtituirung des gemeinſchaftlichen Vermögens und die Auseinanderſetzung, nicht aber zu ſolchen, welche die Adminiſtration allein betreffen. Uebrigens fällt die Gebührenfreiheit der Curanden mit dem Augenblicke der erlangten Großjährigkeit, oder venia aetatis, oder Heirath des Curanden, weg. R. v. 8. Febr. 1822. XIX. 185. — Bei der Aufnahme der Amtscaution findet für die Land-Conſumtionsſteuer-Bezirkseinnehmer, in ſo fern deren Caution nicht über 500 Rthlr. beträgt, die Gebührenfreiheit ſtatt. R. v. 6. Dec. 1817. XI. 47. u. 5. März 1819. XIII. 25. — Die zur Ausführung des Ed. v. 7. Sept. 1811. (Geſetzſammlung de 1811. pag. 263.) wegen Ablöſung der Real-Gewerbsberechtigungen erforderlichen Subhaſtationen ſollen koſtenfrei bearbeitet werden. R. v. 7. Aug. 1818. XIII. 290. — Wenn in einer, gebührenfrei bearbeiteten Pupillenſache nach deren Beendigung 1½ p. C. des Vermögens ſtatt der Gebühren berechnet werden, ſo können davon weder Kanzelleigebühren noch Stempel in Abzug gebracht werden und hat die Kanzellei an den Procentgeldern keinen Antheil. R. v. 11. Febr. 1820. XV. 53. — Die in der Beſtimmung Nr. 14. §. 2. der Einleitung zur Sporteltaxe den Minorennen bewilligte Sportelfreiheit ſoll den-

ſelben kein perſönliches Vorrecht, gleich den Privilegien des Fiscus, gewähren, ſondern ſie iſt nur zum Beſten hülfsbedürftiger Minorennen getroffen, und ſchließt ihre Verpflichtung zur Koſtentragung in dem Falle nicht aus, wenn ſie zum Beſitz eines Vermögens, welches ſie zahlungsfähig macht, gelangen, oder durch den Prozeß ein bedeutendes Object, deſſen Einziehung erfolgen kann, erſtreiten, und ſind nur im Fall der wirklichen Hülfsbedürftigkeit den Armen-Partheien gleich zu achten. R. v. 7. Juni 1820. XV. 301. — Ein ſeinen minderjährigen Sohn bei Verhandlungen vor Gericht zur Genügung ſeiner geſetzlichen Verbindlichkeiten vertretender und demſelben Beiſtand leiſtender Vater übernimmt dadurch keine Verbindlichkeit zur Bezahlung der in der Sache erwachſenden Koſten, vielmehr ſteht derſelbe in dieſer Beziehung in den Verhältniſſen eines Vormundes, und ſo wenig dieſer für ſeinen von ihm vertretenen Curanden aus eigenem Vermögen Koſten zu bezahlen hat, eben ſo wenig hat der Vater eine Verbindlichkeit dazu. R. v. 18. Apr. 1821. XVII. 27. — Diejenigen Erſatzmannſchaften, welche nach erfolgter Aushebung und Vereidung ſogleich bis zu ihrer wirklichen Einſtellung mit Urlaubspäſſen wieder in ihre Heimath entlaſſen worden, haben gleich den zur Kriegsreſerve entlaſſenen Soldaten die Koſtenfreiheit in Unterſuchungsſachen zu genießen. R. v. 1. Juli 1823. XXII. 108. — Berichte der Commiſſarien, mit welchen ein Zeugenverhör eingereicht wird, gehören zu den Anzeigen des Deputirten im Laufe des Prozeſſes, welche gebührenfrei bearbeitet werden müſſen. R. v. 13. Sept. 1820. XVI. 21. — Bleibt, wenn ein Gerichtsherr ſein Gerichtsamt außer einigem fixirten Gehalte und Deputate auch auf die Gerichtsgebühren ohne einen Vorbehalt angewieſen hat, dennoch derſelbe von der Zahlung ſolcher Gebühren ſowohl in ſeinen eigenen, bei dieſem Gerichtsamte verhandelten Rechtsgeſchäften, als auch bei den ihn ſonſt in der Regel in subsidium treffenden Criminalgebühren befreit? Abhandl. von C. Fr. W. A. Vater in Breslau. XXIII. 24 — 38. — ſ. Bank, Gemeinheitstheilungen, Vorladung. — deren Anwendung in gutsherrlich-bäuerlichen Regulirungs- und Gemeinheitstheilungs-Angelegenheiten. v. K. A. 30. II. 314. — der Geſundheits-Atteſte für das zu Markte gebrachte Vieh. 30. II. 366. — der Geſuche um Verbeſſerung des Einkommens oder Verſetzung, ſ. Geſuche. — bei Beſitzveränderungen zum Zweck des gemeinen Beſten, ſiehe Stempelfreiheit.

ſiehe übrigens auch Armenanſtalten, Kirchen, Milde Stiftungen.

Gebührentaxe, allgemeine, für Ober- und Untergerichte, ſo wie für Juſtiz-Kommiſſarien und Notarien in den preußiſchen Staaten, deren Einführung vom 1. Jan. 1816 ab, nach dem Pub-

likations-Patent v. 23. Aug. 1815. G. S. 1815. p. 201. nebſt Beilagen. — deren Anwendung bei den Reviſions-Kollegien und ordentlichen Gerichten in gutsherrl. und bäuerl. Auseinanderſetzungen. G. S. 1817. p. 197. — nach deren allgem. Sätzen können — nach Aufhebung der Beſtimmung im Abſchnitt IV. No. 21. m. und Abſchnitt V. No. 51. f. — auch die Beamten bei den Kreis-Juſtiz-Kommiſſionen liquidiren. G. S. 1830. p. 118. — deren Einführung in den mit Weſtpreußen vereinigten Diſtrikten. G. S. 1816. p. 224. — desgl. im Großherzogthum Poſen. G. S. 1816. p. 231. — desgl. in den vormals ſächſiſchen, jetzt preuß. Ländertheilen. G. S. 1816. p. 238. — deren Anwendung im Herzogthum Weſtphalen, Fürſtenthum Siegen, und in den Grafſchaften Wittgenſtein. G. S. 1825. p. 159. — für die Lehnskurien im Herzogthume Sachſen. G. S. 1830. p. 108. — für die Untergerichte in den vereinigten ehemals ſächſiſchen Provinzen. G. S. 1820. p. 70. — für die Notarien in den niederrheiniſchen Provinzen v. 25. Apr. 1822. G. S. 1822. p. 109—124. ſ. a. Gebühren. — Die Bezugnahme in der Gebührentaxe für Juſtizcommiſſarien im Abſchn. II. No. 23. auf No. 8. des I. Abſchn. beruht auf einem Schreibfehler, vielmehr iſt für die Termine zur Publikation des Prioritäts- oder Diſtributionsurtels nach Abſchn. I. No. 9. zu liquidiren. R. v. 11. Apr. 1816. v. K. J. VII. 188. — Anwendung der neuen Gebührentaxe auf die Fürſtenthums- und ſtandesherrlichen Gerichte und auf die bei denſelben angeſtellten Juſtizcommiſſarien. R. v. 16. März 1816. VII. 190. — Die Gebühren in fiskaliſchen Unterſuchungsſachen ſollen einſtweilen und bis eine beſondere Gebührentaxe dafür entworfen ſein wird, nach den bisher vorhanden geweſenen Beſtimmungen angeſetzt werden. R. v. 25. Mai 1816. VIII. 32. — Für die Landvoigtei-Gerichte findet in Sachen, worin ſie die Gerichtsbarkeit über nicht eximirte Perſonen und Grundſtücke auszuüben haben, die Gebührentaxe der Untergerichte, mit Ausnahme der Stadtgerichte in den großen Städten, in Anſehung der Gerichtsbarkeit über eximirte Perſonen und Grundſtücke aber die Gebührentaxe für Landesjuſtizcollegia Anwendung. R. v. 15. Juni 1816. VIII. 41. — Die Koſten in Holzdefraudationsſachen ſind nicht nach der Sporteltaxe für fiskaliſche Sachen, v. 28. Jan. 1788, ſondern nach der Gebührentaxe v. 23. Aug. 1815. Abſchn. 1. No. 1., jedoch mit der Maßgabe anzuſetzen, daß, wenn ein Rechtsmittel eingewendet wird, die Gebühren für jede Inſtanz in Anſatz kommen können. R. v. 15. Apr. 1817. IX. 213.; dieſes Reſcr. hat aber nur bis zur Publikation des Geſetzes v. 7. Juni 1821, wegen Unterſuchung und Beſtrafung des Holzdiebſtahls, Anwendung gefunden. R. v. 7. März 1813. XXI. 325. — In Unterſuchungsſachen werden die Sporteln nach den beſtehenden Taxen, die der Crim. Ordn. ange-

hängt ſind, oder nach der fiskaliſchen Sporteltaxe von 1788, und in Acciſeſachen nach den Beſtimmungen §. 33. Abſchn. 3. des Acciſe-Juſtiz-Reglements v. 6. Juni 1795 angeſetzt, indeſſen tritt an die Stelle der in der letztern Verordnung angezogenen Sporteltaxe von 1787 die vom 23. Aug. 1815. R. v. 9. Aug. 1817. X. 27. — Anſetzung der Gebühren in fiskaliſchen Unterſuchungsſachen, wegen Acciſe- und Zoll-Kontraventionen. R. v. 6. Dec. 1819. XIV. 228. — Den Gemeinheitstheilungs-Commiſſarien ſollen die Diäten und Commiſſionsgebühren bis zum Erſcheinen der neuen Gemeinheitstheilungs-Ordnung nach der Sporteltaxe von 1815 feſtgeſetzt und angewieſen werden. R. v. 28. Oct. 1819. XIV. 232. — Anwendung der Gebührentaxe der Juſtizcommiſſarien für Concurs- und Liquidationsprozeſſe auf ähnliche Fälle, für welche keine beſondere Beſtimmungen vorhanden ſind. R. v. 7. Apr. 1820. XV. 31. — Die Gebühren der Juſtizcommiſſarien in fiskaliſchen Unterſuchungsſachen ſind bis zu anderweiten Feſtſetzungen nach der Allg. Gebührentaxe zu beſtimmen, wobei auf die Wichtigkeit der Unterſuchung Rückſicht zu nehmen iſt. R. v. 11. Jan. 1822. XIX. 184. — In Zolldefraudationsſachen, welche durch Provocation auf rechtliches Gehör zum Wege Rechtens gediehen, iſt die Allg. Gebührentaxe v. 23. Aug. 1815, mit Ausnahme der Succumbenzgelder anwendbar. R. v. 24. Jan. 1823. XXI. 285.; dieſe Beſtimmung iſt jedoch aufgehoben, und dagegen auf die fiskaliſche Sporteltaxe v. 28. Jan. 1788 und das Reſcr. v. 28. Dec. 1791, und in ſolchen Sachen, in welchen eine Criminalunterſuchung eröffnet worden, auf die der Criminal-Ordnung beigefügte Gebührentaxe verwieſen. R. v. 30. Mai 1825. XXV. 262. — Gebührentarif für die Königl. Preuß. Konſulate v. 10. Mai 1832. G. S. 1832. p. 173. — Gebührentaxe für die Eichung und Stempelung der Maaße u. Gewichte. v. K. A. 18. II. 477. — R. v. 29. Mai 1829, betr. §. 141. des Anhangs zur Allg. Ger. Ordn. und §. 6. der Einleitung zur Allgem. Gebührentaxe. v. K. J. XXXIII. 361. 362.; ſ. a. Juſtiz-Commiſſarien. — R. v. 11. Juni 1829 ad Sect. I. No. 29. u. 28. littr. b. der Gebührentaxe für die Untergerichte. XXXIII. 362. — ſ. a. Hypothekengebühren. — für die gerichtlichen Taxatoren für Abſchätzung von Mibilien. R. v. 2. Mai 1831. XXXVII. 369. — der Criminal-Ordn., Anwendung derſelben auf fiskaliſche Unterſuchungen. R. vom 11. Febr. 1831. XXXVII. 133. — v. 21. Apr. 1832, für die Superintendenten der Provinz Sachſen. G. S. 1832. p. 138. — für Gerichte und Juſtizcommiſſarien in Bagatellſachen, ſiehe Bagatellprozeß. — im ſummariſchen Prozeſſe v. 9. Oct. 1833. Cirk. R. v. 25. Nov. 1833, deren Anwendung auf Injurienprozeſſe betr. v. K. J. XLII. 423 — 425. — für die Mäkler in Stettin, v. 8. Jan. 1834. v. K. A. 34. II. 509.

Geburt; Publ. wegen Einſendung der Mißgeburten u. mediciniſcher Merkwürdigkeiten an das anatomiſche Muſeum zu Berlin, P. A. B. 113. IV. K. A. B. 50. I. — Gutachten des Ober-Collegii Medici, wegen Beſtimmung des Alters eines zu frühzeitig gebornen Kindes, R. A. 224. III. Von der ſogenannten Lungenprobe, p. 234. — Paalzow, Comment. zur Cr. Ordn. p. 223. I. dem Vagito uterino, v. K. J. 199. VII. — Von den Merkmalen des Athemholens in utero materno. v. K. J. 199. VII. — eheliche, ob der Curator eines abweſenden Ehemannes die eheliche Geburt eines, ſeinem Curanden während der Abweſenheit gebornen Kindes Namens des erſtern ſtreitig machen könne? R. v. 3. Aug. 1816. v. K. J. VIII. 6. — (eheliche,) beſtrittene, ſ. Alimentenklage. in jüdiſchen Familien, ſ. Juden-Sachen.
ſ. überhaupt auch Schwängerung u. Schwangerſchaft.

Geburtshelfer, Taxe für die, v. 30. Apr. 1802. E. S. p. 882. XI. — (Accoucheurs,) Gebührentaxe für ſelbige. G. S. 1815. p. 117. — (Accoucheurs,) deren Prüfung. v. K. A. 17. II. 276. — 25. III. 758. — 26. I. 181. 185. — nicht promovirte, deren Verhältniß zu den promovirten. 20. I. 106. — deren Vereidigung. ibid. — Berichtserſtattung von ſelbigen. 18. II. 515. — 19. IV. 1013. — ſ. a. Medizinal-Perſonen. — ſind nicht verpflichtet, ſich bei ihren Geſchäften fremden Beiſtandes zu bedienen. 28. IV. 1093. — in wie fern zur Prüfung als ſolche die Wundärzte 2ter Klaſſe nur noch zugelaſſen werden können. 33. IV. 1084.

Geburtshülfe, deren Erlernung und Ausübung im Königreiche Sachſen. v. K. A. 18. IV. 1198.

Geburtsliſten, der Juden, ſollen nach dem chriſtlichen und jüdiſchen Kalender geführt werden. v. K. A. 19. I. 129.

Geburts-Regiſter, aus denſelben ſollen für Ausgetretene u. Deſerteurs keine Auszüge gefertigt werden. v. K. A. 33. III. 833.

Geburtsſcheine, unentgeldliche Ausſtellung derſelben Behufs der Befreiung von der Klaſſenſteuer. v. K. A. 28. III. 686. — ſ. a. Taufſcheine.

Gedächtniß-Tafeln, deren Aufſtellung in den Kirchen zur Erinnerung an die im Kampfe für König und Vaterland gefallenen Krieger. G. S. 1806. p. 147. 148. — 1813. p. 65. — würden dieſe durch die letzte Heldenthat das eiſerne Kreuz erworben haben, ſo ſollen ſie in der Regimentskirche durch eine ſolche Tafel als Denkmahl geehrt werden. G. S. 1813. p. 65.

Gedichte, Gelegenheits-, deren Cenſur. v. K. A. 24. I. 216. — colportirte und feil gebotene, deren Cenſur und Stempelung. 24. I. 213.

Gedruckte Cirkularien, ſ. Publikanda.

Gedruckte Formulare, ſ. Formulare.

Gefälle, an die Regierungs-Haupt-Kaſſen abzuführende Juſtifikation unbeibringlicher Rückſtände von ſelbigen. v. K. A. 27. III. 622. — rückſtändiger, für Gemeinde-Kaſſen, Kirchen, Fabriken und Wohlthätigkeits-Anſtalten in den Rheinprovinzen, gerichtliche Eintreibung derſelben. 30. I. 103. f. — ſiehe übrigens Abgaben und Steuern.

ſ. auch Kontributionsgefälle, Exekution, Moratorium, Verjährung.

Gefängniſſe, A. L. R. Erbrechung der, II. XX. 160—165. von Privatgefängniſſen 1079—1082. — von Beſchaffenheit der, Cr. Ord. v. 1717. Cap. 2. C. C. II. III. No. 32. p. 67. wenn zur Haft zu ſchreiten. p. 75. Cap. 6. p. 88. — den auf Calandshof (zu Berlin) ſitzenden Gefangenen ſollen von den Predigern des großen Friedrichs-Hospitals wöchentlich 2 Betſtunden gehalten werden. R. v. 23. Jan. 1739. p. 235. C. I. — R. die Alimentation unmündiger Kinder inhaftirter Verbrecher betr. v. 7. Apr. 1800. C. S. p. 2954. X. die Aufnahme der Weiber und Töchter der Soldaten u. Unteroffiziere in Civilgefängniſſe, v. 8. Dec. 1800. N. A. p. 8. B. 2. St. B. p. 311. XIII. p. 3246. X. — Die Ablieferung der Kinder inhaftirter Verbrecher in die Gefängniſſe u. Zuchthäuſer kann in der Regel nicht ſtattfinden, es müſſen vielmehr jederzeit mit Berückſichtigung der geſetzlichen Vorſchriften, A. L. R. Th. 2. Tit. 3. §. 14. Th. 2. Tit. 19. §. 4 — 15. diejenigen Vorkehrungen getroffen werden, wodurch der Zweck hierbei am ſicherſten und zugleich am leichteſten und mit dem wenigſten Aufwande erreicht werden kann, damit die Kinder während der Unterſuchung wider die Eltern, außerhalb dem Gefängniſſe den nöthigen Unterhalt und Erziehung finden. R. v. 7. Apr. 1800. St. B. 250. XI. p. 2954. X. A. L. R. II. XVIII. 22. und es ſoll auf die eine oder die andere Art, allenfalls durch vermehrten Koſtenaufwand, oder durch Uebertragung der Pflege an ſolche Arme, welche aus Armenfonds Unterſtützung genießen, u. noch einigermaßen ſich und andern Wartung und Pflege zu verſchaffen im Stande ſind, für die Unterbringung ſolcher Kinder geſorgt werden. R. v. 20. Mai u. 2. Juni 1800. C. S. p. 2953. 2975. X. R. v. 27. Sept. 1716. v. K. J. 304. VIII. — Daß ein Gefangener ſich in Freiheit zu ſetzen ſucht, iſt an und für ſich niemals für ein ſtrafwürdiges Verbrechen gehalten worden. Verübt er dabei Gewalt an Perſonen und Sachen, ſo wird er für dieſe Privatgewalt nach Maßgabe ihrer Art und des dadurch verurſachten Schadens nach den Geſetzen beſtraft. Macht er mit mehrern ein Complott, ſo finden die im A. L. R. Th. 2. Tit. 20. §. 160. b. — 165. verordneten Strafen Anwendung. R. v. 23. Mai 1796. St. B. p. 728. IV. Wenn aber ein zu Beſtrafender oder Beſtrafter, der deshalb erhaltenen Warnung ohnerachtet, aus der Beſſerungs-

anſtalt oder dem Gefängniſſe entweicht, oder ſich durch die Flucht der ihm auferlegten Strafarbeit entziehet, ſo wird derſelbe nach ſeiner Habhaftwerdung eben ſo geſtraft, als wenn er eines zum erſtenmale begangenen gemeinen Diebſtahls überführt wäre. §. 10. der V. v. 26. Febr. 1799. — Entweicht ein wegen begangenen zweiten gemeinen Diebſtahls Verurtheilter, ſo wird dieſe Entweichung eben ſo beſtraft, als wenn der Entwichene ſich eines dritten Diebſtahls ſchuldig gemacht hätte, §. 11. Ein bis zur Beſſerung verurtheilter Entwichener, und in Hoffnung ſeiner bewirkten Beſſerung Entlaſſener, der der Verwarnung ohnerachtet in der Folge einer nachher begangenen Dieberei überführt wird, wird eben ſo beſtraft, als wenn der Entwichene ſich eines dritten Diebſtahls ſchuldig gemacht hätte, §. 13. — Die Entweichung eines in eine ſtrenge Beſſerungsanſtalt wegen begangenen erſten gewaltſamen Diebſtahls Eingeſperrten, wird einer Erneuerung des Verbrechens gleich geachtet, §. 17. und wenn ein wegen wiederholten gewaltſamen Diebſtahls bis zur erfolgenden Begnadigung Eingeſperrter aus der Beſſerungsanſtalt entweicht, wird derſelbe auf eine Zeit von 5 Jahren der Begnadigung unwürdig erklärt, §. 20. — Entweicht ein zum erſtenmal beſtrafter Räuber, ſo verwirkt er dadurch die Strafe lebenswieriger Zuchthaus- oder Feſtungsarbeit, §. 24. — Der Gefangenwärter und diejenigen Unterthanen, durch deren Schuld ein Verbrecher entwiſcht, ſind alle auf die Wiederhabhaftwerdung deſſelben verwandte Koſten zu erſtatten ſchuldig. Publ. v. 3. Apr. 1804. E. S. p. 2139. XI. — Beſtrafung der Aufſeher eines Gefängniſſes, u. ſ. w. die unter ihrer Verwahrung oder Aufſicht ſtehende Perſonen zur Befriedigung ihrer Geilheit mißbrauchen, A. L. R. Th. 2. Tit. 20. §. 1030. V. Kl. A. XVII. 322. — Bei jedem Criminalgerichte muß für ſichere, der Geſundheit unſchädliche Gefängniſſe geſorgt, Cr. O. §. 25. die Gefangenen müſſen von einander abgeſondert, §. 26. nur die ſchwerer Verbrechen wegen verhafteten gefeſſelt, und gefährliche Verbrecher auf eine der Geſundheit unſchädliche Weiſe an die Wand geſchloſſen, §. 27. die Beköſtigung derſelben muß von dem Richter angeordnet, §. 28. auf Reinlichkeit der Gefängniſſe geſehen, §. 29. jeder Criminalgefangene muß beſchäftiget, §. 30. Kranke müſſen gehörig gewartet, §. 31. — wovon der Inquirent und Actuarius durch Reviſion der Gefängniſſe ſich überzeugen müſſen, §. 51., ſ. a. R. wegen der in dem Stadtvoigteigefängniſſe zu Berlin krank werdenden Schuldgefangenen, v. 13. Febr. 1805. E. S. p. 2889. XI. — Von Verbeſſerung der Gefängniß- und Strafanſtalten, ſ. J. M. I. 155. — auch kann jeder Gefangene von dem Geiſtlichen ſeiner Religions-Partei im Beiſein einer Gerichtsperſon beſucht werden. C. O. §. 32. 33. und muß der Inquirent für die gehörige Aufbewahrung der den Gefan-

genen abgenommenen Sachen, und eventualiter für die Verwaltung deſſen Vermögens, Bevormundung der unmündigen Kinder deſſelben ꝛc. ſorgen, und die nöthigen Verfügungen treffen. §. 52. 53. — E. die Beſchaffenheit der Polizeigefängniſſe, und die Behandlung der Polizeigefangenen betr. v. 12. Aug. 1815. R. A. B. 318. V. — Publ. des Crim. Senats des Oberlandesgerichts zu Frankfurt a. d. Oder, betr. die Beſchaffung der Criminalgefängniſſe Seitens der Jurisdictionarien, v. 25. Apr. 1817. v. K. J. XI. 252. — Wollen ſich die Patrimonialgerichtsherren, welche keine eigene Gefängniſſe haben, der benachbarten ſtädtiſchen zur Unterbringung ihrer Gefangenen bedienen, ſo müſſen ſie ſich mit den Magiſträten wegen einer deshalb zu leiſtenden Entſchädigung vereinigen, oder ſich diejenige gefallen laſſen, welche in ſolchen Fällen gewöhnlich gefordert wird. R. v. 21. Sept. 1818. v. K. J. XII. 305. — Die Unterhaltung und Verwaltung derſelben gehören zu denjenigen Verpflichtungen, welche die Städte auch fernerhin gegen den Genuß der ſeitherigen Nutzungen zu erfüllen haben, auch muß derjenige, welcher die Verwaltung der Gefängniſſe auf ſeine Koſten zu beſorgen hat, den Gefangenwärter unterhalten. R. v. 13. Febr. 1823. XXI. 52. — Magiſträte, welche aus fremden Jurisdictionen Gefangene in ihre Gefängniſſe aufnehmen, können dafür billige Entſchädigung fordern. R. v. 22. Oct. 1830. v. K. J. XXXVI. 338. 339. ſ. a. Feſtungs-Arreſt. Inquiſitoriats-Gefängniſſe. — Kommunal-, ſichere, deren Anlegung. v. K. A. 20. I. 81. — in den Städten, Verpflichtung der Kommunen zu deren Unterhaltung und Verwaltung. 23. IV. 904. — deren Heizung. 18. I. 124. — III. 799. — Beſtreitung der Begräbnißkoſten für die in ſelbigen verſtorbenen Inquiſiten. 23. IV. 940. — ſ. a. Polizei-Gefängniſſe und Straf-Anſtalten. — ſtädtiſche, zu deren Anlegung ſind die Städte für die zu ihrem Gerichtsbezirke gehörigen Gefangenen verpflichtet. 27. III. 712. — ſtädtiſche, Unterbringung fremder Gefangenen in ſelbigen gegen Vergütigung. 28. II. 480. — ſichere, deren Anlegung und Unterhaltung auf den Transport-Stationen. 29. I. 142. — III. 591. — ſtädtiſche, zu deren Einrichtung und Unterhaltung ſind die Kommunen verpflichtet. 30. I. 127. — (Juſtiz-) deren Unterhaltung von Seiten der Stadt-Kommunen. 30. I. 113. — ſtädtiſche, Entſchädigung für die Aufnahme auswärtiger Inquiſiten in dieſelben. 30. IV. 810. — auf Transport-Stationen, deren Heizung und Erleuchtung für Militair-Transportaten. 30. II. 388. f. — ſ. a. Polizei-Gefängniſſe. Gefangene.

ſ. übrigens a. Blödſinnige, Juſtizbaufond, Säuglinge, Unterſuchungskoſten.

Gefängnißſtrafen, deren alternatives Verhältniß zu Geld-

ſtrafen. G. S. 1810. (A.) p. 721. — 1812. p. 14. — deren Vollſtreckung wegen Uebertretungen des Hauſir-, ꝛc. Regulativs. G. S. 1824. p. 133. f. — Verwandlung von Geldbußen für Steuer-Defraudationen in erſtere. G. S. 1821. p. 178. — 126. p. 106. — 1829. p. 127. — deren Vollſtreckung gegen inaktive Soldaten von Seiten der Civilgerichte. G. S. 1811. p. 153. f. — ſ. a. Geldſtrafen und Strafen. — Die unmittelbaren Vorgeſetzten der widerſetzlichen und widerſpenſtigen Unterforſtbediente können dieſen eine Disciplinargefängnißſtrafe von höchſtens 3 Tagen bei Waſſer und Brod auferlegen. R. v. 14. März 1812. v. K. J. I. 15. — Vollſtreckung der gegen einen wegen gemeiner Vergehen zur Criminaluntersuchung gezogenen Studenten erkannten Gefängnißſtrafe. R. vom 9. Jan. 1813. II. 31. — Die Gerichte ſind verpflichtet, den Requiſitionen der Regierungen wegen Vollziehung der durch Steuerdefraudationen verwirkten Gefängnißſtrafen zu genügen. Uebrigens kann den Abgaben-Deputationen der Regierungen die Befugniß zur Verwandlung inexigibler Geldbußen in Leibesſtrafen in den Fällen nicht abgeſprochen werden, wo die Sache noch nicht zur gerichtlichen Cognition gekommen iſt, jedoch findet dagegen die Provocation auf richterliches Gehör ſtatt. Reſcr. vom 31. Juli 1813. II. 34., vom 9. April und 21. Mai 1814. III. 289. 290. — Die Vollſtreckung einer Gefängnißſtrafe gegen die Ehefrau einer Militairperſon, welche ſich mit ihrem Ehemanne nicht an einem Orte aufhält, kann von den Civilgerichten unmittelbar verfügt werden. R. v. 20. Aug. 1814. III. 257. — Die theilweiſe Abſitzung erkannter Gefängnißſtrafen, ſo wie die terminliche Abtragung erkannter Geldbußen kann nicht anders als mit Genehmigung des Juſtizminiſters geſtattet werden. R. v. 13. März 1816. VII. 24., u. v. 21. Mai u. 22. Juni 1821. XVII. 294. 297. — Die Verwandlung einer in Zoll- und Steuer-Defraudationsſachen von den Regierungen per resolutum rechtskräftig feſtgeſtellten Geldbuße, in eine verhältnißmäßige Gefängnißſtrafe, gehört zur Competenz der Oberlandesgerichte, nicht der Untergerichte. R. v. 9. Juni 1820. XV. 306. — Norm bei Verwandlung der von den Regierungen in Abgaben-, Zoll- und Verbrauchsſteuer-Defraudationsſachen erkannten Geldbußen in Gefängnißſtrafe. R. v. 5. März 1821. XVII. 115. und 30. Nov. 1821. XVII. 339. — Dem zu einer Gefängnißſtrafe verurtheilten und der Sicherheit wegen ſchon während der Unterſuchung zum Arreſt gezogenen Verbrecher muß, wenn er gegen das ergangene Erkenntniß das Rechtsmittel der weitern Vertheidigung ergriffen hat u. während der Inſtruction nicht etwa ſeines Arreſtes entlaſſen werden kann, die Zeit deſſelben von der Publikation des erſten Erkenntniſſes bis zur Publikation des zweiten auf die rechtskräftig erkannte Strafe angerechnet werden.

R. v. 24. Mai 1822. XIX. 331. — Wenn die gegen die Zoll- u. Steuerdefraudanten feſtgeſetzten Freiheitsſtrafen nicht in eigentlichen unter der Adminiſtration der Regierungen ſtehenden Strafanſtalten vollſtreckt werden, ſo müſſen die Koſten der Vollziehung der Strafe entweder aus dem für die Gefangenanſtalt, in welche der Verurtheilte gebracht wird, eigends beſtimmten Fond, oder in Ermangelung eines ſolchen aus dem Criminalfond beſtritten werden. R. v. 28. Febr. 1823. XXI. 323. — Ein wegen Holzdiebſtahls Verurtheilter muß, wenn er die Geldbuße nicht bezahlen kann, wie geringe dieſe auch immer ſein mag, doch immer wenigſtens eine Gefängnißſtrafe von 24 Stunden dulden. R. v. 2. Mai 1823. XXI. 350. — Einſchreibe- und Ausſchreibegebühren können bei theilweiſer Abbüßung der Gefängnißſtrafe nur einmal gefordert werden. R. v. 23. Febr. 1824. XXIII. 105. — Die Verwandlung der von den Königl. Haupt-Zoll- und Steuerämtern nach Maßgabe ihrer Entſcheidungsbefugniß ſelbſt erkannten Geldſtrafen in Gefängnißſtrafen ſoll unmittelbar von dieſen bei dem betreffenden Land- und Stadtgericht in Antrag gebracht und von dem letztern hierauf ohne Weiteres bewirkt werden; die Königl. Regierungen haben dagegen nur in ſolchen Fällen ihre Anträge an die Oberlandesgerichte zu richten, worin die Verurtheilung in die Geldſtrafe von ihnen ſelbſt ausgegangen iſt. R. v. 3. Jan. 1825. XXV. 132. — In allen Steuerdefraudationsſachen, wo die Geldſtrafe ohne Ruin des Denunciaten von demſelben nicht beigetrieben werden kann und der Denunciat ſelbſt ſich der Gefängnißſtrafe unterzieht, um der Subhaſtation ſeines Grundſtücks zu entgehen, ſelbſt wenn auch bereits ein Erkenntniß für den Fall des Unvermögens zur Zahlung der Geldſtrafe eine Freiheitsſtrafe eventualiter feſtgeſetzt worden, iſt darüber an das Juſtizminiſterium zu berichten und die Verwandlung der Geldbuße in Gefängnißſtrafe gutachtlich in Antrag zu bringen; zuvor iſt aber mit der Regierung zu communiciren, und deren Antwort dem Berichte beizufügen. R. v. 28. Oct. 1824. XXV. 133. ſ. Kriminalurtel, Holzdiebſtahl, Militairſtrafen, Strafmaaß, Strafvollſtreckung, Verpflegung. — während deren Erleidung dürfen Orden, Ehrenzeichen u. Denkmünzen nicht angelegt werden. v. K. A. 22. II. 286. — deren Verwandlung in Forſtarbeiten bei Holzdiebſtählen. 22. II. 347. seq. — III. 623. — Koſtentragung bei deren Abbüßung. 22. III. 734. — für Steuer- und Zoll-Defraudationen, deren Vollziehung. 23. II. 240. — IV. 799. seq. — 25. III. 627. — IV. 890. — Verwandlung der Geldſtrafen in ſelbige. 23. II. 240. — III. 644. — deren Subſtitution in Gewerbeſteuer-Kontraventionen. 25. II. 467. — Verwandlung der Geldſtrafen in ſelbige, wo das franzöſiſche Strafgeſetz noch gilt. 24. III. 870. — ſ. a. Strafen. — Ver-

wandlung der Geldſtrafen in ſelbige in den Rheinprovinzen. 27. I. 155. — Verwandlung der Polizei-Geldſtrafen in ſelbige. 28. I. 135. — in welchen Fällen durch ſelbige der Konfiscationswerth bei Abgaben-Defraudationen nicht abgebüßt werden kann. 28. III. 656. seq. — IV. 980. — deren Verwandlung bei leichten Kontraventionen in Geldſtrafen, unter billiger Berückſichtigung der Standesverhältniſſe. 29. IV. 862. — Verwandlung der für Kontraventionen gegen das Hauſir-Regulativ feſtgeſetzten Geldſtrafen in ſelbige. 29. II. 365. — in den Rheinprovinzen, Inſtr. wegen Vollziehung derſelben im Wege der Disciplin, v. 25. Juli 1830. v. K. J. XXXVI. 203 — 206. — R. v. 28/31. Jan. 1831. über die Vollziebung der in verſchied. Unterſuchungen erkannten Gefängnißſtrafen. XXXVII. 129. — das Verhältniß derſelben zu Geldſtrafen bei Strafverwandlungen betr. Cab. Ord. v. 5. April 1831. XXXVII. 398. — Gefängnißſtrafe von 8 Tagen wird nur in 7 Tagen vollzogen. R. v. 20. Juni 1831. XXXVII. 399. und v. K. A. 32. IV. 855. — polizeiliche, auch bei dieſen iſt unter 8 Tagen eine Woche zu verſtehen. v. K. A. 33. III. 706. — gegen Beamte im Disciplinarwege, deren Vollſtreckung in den Rheinprovinzen. 31. I. 11 — 15. — desgl. gegen Poſt-Beamte. 31. II. 294. — deren Vollſtreckung gegen jugendliche Verbrecher. 32. I. 171. — die Dauer der nach Monaten beſtimmten Gefängnißſtrafe, iſt nach dem Kalender zu berechnen. R. v. 17. Dec. 1833. v. K. J. XLII. 447 — 449. — deren Vollſtreckung gegen Kinder, ſ. letztere.

ſ. a. Acht Tage. Quinze jours.

Gefängnißſtuben, ſ. Säuglinge.

Gefäße, geſtempelte und ungeſtempelte, deren Gebrauch. v. K. A. 25. II. 465. — hölzerne, deren Bezeichnung bei Anfertigung derſelben. 19. III. 826. — irdene, vorſichtiger Gebrauch derſelben. 20. II. 302. — ſ. a. Schiffsgefäße. — für Wein, Branntwein ꝛc., ungeſtempelte, ſchon vorhandene oder vom Auslande eingebrachte, Nachweis darüber Behufs des Gebrauchs. 28. III. 745. — größere über 100 Qt., Entrichtung höherer Eichgebühren für ſelbige. 29. I. 134. — ſ. übrigens Schiffsgefäße, Gebinde, Böttchergefäße, Flaſchen ꝛc.

Gefahr der Sachen, ſ. Subhaſtation.

Gefallene, (Gebliebene) im Kriege, ſ. Gedächtnißtafeln. — Wittwen und Waiſen derſelben, ſ. dieſe.

ſ. a. Militairperſonen.

Gefangen-Arbeiten, deren Direktoren u. übrige Beamte ſollen in der Regel erſt verſuchsweiſe angenommen werden. v. K. A. 33. I. 164. — öffentliche, zweckmäßigere Einrichtung der Lagerſtellen in denſelben. 32. IV. 979. ff. — Verbot des Viehhaltens Seitens der Direktoren derſelben. 32. IV. 977. — (Kantonsge-

fängniſſe, Arreſt- u. Detentionshäuſer), in der Rheinprovinz, Koſtenaufbringung für dieſelben. 31. IV. 784. — ſ. a. Gefängniſſe, und Schuldgefangene.

Gefangen-Aufſeher, bei Strafanſtalten, deren Anſtellung auf unbedingte Kündigung. v. K. A. 29. III. 472. — deren Dienſtkleidung. R. v. 10. März 1834. — 34. I. 194.

Gefangene, von Verpflegung der zu transportirenden Militair-, N. A. B. 148. VI. Von den Freiſtunden der, in der Hausvoigtei zu Berlin. v. K. J. 40. II. — Die Koſten der Reinigung, Verpflegung und Bekleidung unvermögender Gefangenen in den Inquiſitoriaten und Gefangenanſtalten, welche aus Königl. Fonds von den Regierungen verwaltet werden, berichtigen dieſe, ohne die Erſtattung aus den Criminalfonds der Oberlandesgerichte verlangen zu können. R. vom 8. October 1819. v. K. J. XIV. 259. — ſ. Gefängniſſe, Kriegsgefangene, Unterſuchungskoſten, Urphedeeid, Verpflegung. — Gefangene ſollen durchaus in den erſten 48 Stunden vernommen werden. R. v. 16. Apr. 1832. v. K. J. XXXIX. 469. 470. — Eine mit ihrem Ehemanne nicht in Gütergemeinſchaft lebende Ehefrau haftet für die Verpflegungs- und Verhaftungskoſten ihres Ehemannes nur mit den Einkünften, nicht mit der Subſtanz ihres Eingebrachten. R. v. 17. Dez. 1833. XLII. 450 — 452. — deren Bekleidung. v. K. A. 17. I. 202. — wegen deren einförmiger Kleidung. 20. I. 83. — Unterhaltungskoſten für ſelbige. 20. I. 84. — II. 268. — Verpflegung derſelben. 18. II. 407. 409. — 20. I. 85. — deren Kur durch den Phyſikus. 18. III. 878. — deren Unterhaltung bei Abbüßung von Freiheitsſtrafen. 22. III. 734. — auf dem Transport erkrankte, Ausſtellung ärztlicher Zeugniſſe über ſelbige. 22. II. 403. seq. — über das Entweichen derſelben. 17. III. 173. — IV. 203. — in öffentlichen Anſtalten, Königl. Baierſches Geſetz über deren Beſchäftigung. 22. I. 258 — 267. — ſ. a. Gefängniſſe, Verbrecher, Vagabonden. — deren Uebergabe an die Polizeibehörden von Seiten der Gerichtsbehörden mit Zuſtimmung der erſtern. 29. II. 352. — hülfsbedürftige, Aufbringung der Koſten zu ihrer Rückreiſe in die Heimath. 32. II. 482. — Anordnung wegen deren Feſſelung in der Rheinprovinz. 32. I. 169. — ſ. a. Detentions- ꝛc. Koſten. — Meldung derſelben bei dem Transporte durch fremde Staaten in letztern. 33. III. 598. — deren Bekleidung auf Transporten. 33. III. 751. — deren Reinigung vom Ungeziefer. 33. II. 471. f. — in Kreis- u. Polizeigefängniſſen, deren Verpflegung nach den geringeren Sätzen. 33. III. 752. — ſ. auch Kriminal- und Polizeigefangene. — kranke und unvermögende, Medizin-Koſten für dieſe. R. v. 13. Apr. 1834. v. K. A. 34. II. 570. — ſ. überhaupt Bekleidung, Feſtungsarre-

ſtanten, Freiſtunden, Gefangene, Geſchäftstabellen und Liſten, Kriegsdenkmünze, Polizeigefangene, Schuldgefangene, Transporte, Verpflegungskoſten, Züchtlinge.

Gefangen-Inſpektoren, ſ. Unterbeamte.

Gefangen-Liſte. Von Einſendung der, Cr. Ordn. §. 99. ſ. N. A. B. 128. VII. — vierteljährige, deren Einſendung. v. K. A. 17. I. 204. — monatliche Einſendung derſelben Seitens der Regierungen. 32. IV. 978. — Publ. des Präſidii des Oberlandesgerichts zu Frankfurt a. d. O. betr. die Ausfüllung der monatlichen Gefangenliſten. v. 4. März 1817. v. K. J. X. 302.

Gefangennehmung feindlicher Generale und Offiziere, wird mit den Verdienſt-Medaillen belohnt. G. S. 1807. p. 149.

Gefangen-Regiſter, Gebühren der Gerichtsvollzieher für ſelbige. v. K. A. 24. III. 890.

Gefangenwärter, Cr. Ordn. §. 76. können nicht auf Kündigung angenommen werden. R. v. 27. Apr. 1796. St. B. 370. II. Rabe 335. III. — (und Wächter), deren Anſtellung. v. K. A. 18. I. 123. — Beſtrafung der von ſelbigen begangenen Fahrläſſigkeiten. 19. I. 195. — bei Straf- ꝛc. Anſtalten, haben auf freie ärztliche Behandlung u. freie Medizin keine Anſprüche. 28. II. 485. — Ueber Beſetzung der Gefangenwärterſtellen in den Städten. R. v. 21. Dez. 1829. v. K. J. XXXIV. 490. — Cirk. Reſcr. v. 8. Oct. 1832, die Sitzgebühren und ſonſtigen Emolumente derſelben betr. XL. 275 — 277. — R. v. 29. Jan. 1833, deren Sitzgebühren betr. XLI. 282 — 285.

Gefangenwärter-Stellen, ſtädtiſche, deren Beſetzung durch die Magiſträte. v. K. A. 29. IV. 875.

Gefundene Sachen. A. L. R. Th. I. Tit. IX. §. 74. u. folg. — polizeiliche Erlaubniß zu Anlegung von Nachweiſungs-Büreaus für dieſelben. v. K. A. 32. III. 697.

Gegenforderung, ſ. Kompenſation.

Gegenleiſtung. In einem Wechſel darf eine Gegenleiſtung des Wechſelgläubigers nicht beſtimmt werden. S. u. Str. R. 1. B. No. 1. p. 1.

Gehalt (Gehälter); R. wegen Befreiung derjenigen Offizianten zur Entrichtung einer Abgabe für brodloſe Offizianten, welche auf halbes, geſetzt ſind, v. 23. März 1810. (ungedr.) Das rückſtändige Gehalt verſtorbener Militairperſonen ſoll den geſetzlichen Erben derſelben verabfolgt werden. C. O. v. 17. Dec. 1813. P. A. B. 38. IV. Die vom 1. Juni 1814. angeordnet geweſene Gehaltsverminderung ſoll ſuspendirt werden. C. O. v. 12. Mai 1814. G. S. 86. IV. — Die bisher ſtattgehabten, C. O. v. 16. Nov. 1814. K. A. B. 465. IV. Gehaltsabzüge der Juſtizoffizianten

zum Sublevationsfond waren auf die Hälfte herabgeſetzt. C. O. v. 10. Juni 1814. P. A. B. 324. IV. Dekl. der in dem K. A. B. 26. IV. bekannt gemachten C. O. v. 27. Febr. 1813. die Gehalte der in Militairdienſt gegangenen Civil-Offizianten betr. p. 284. C. O. wegen Gehalts-Entſchädigung der ehemaligen Südpreußiſchen ꝛc. Beamten, v. 16. Nov. 1814. N. A. B. 547. IV. K. A. B. 451. P. A. B. 565. C. O. v. 30. Dec. 1815. N. A. B. 49. VI. P. A. B. 73. K. A. B. 49. Gehalt einer verheiratheten Königl. Sängerin gehöret zu ihrem adquaestus muliebris. v. K. J. 318. III. — Die Erwähnung des Goldantheils in den Patenten iſt nicht als feſtſtehend, ſondern als eine Zahlungsmodalität, welche abgeändert werden kann, anzuſehen. Cab. Ord. v. 18. Jan. 1824. v. K. J. XXIII. 70. — Die in der Cab. Ord. v. 31. Aug. 1825 gegebene Beſtimmung wegen Erhebung des Antheils in Golde gegen ein Agio von 13⅓ pro Cent findet auch bei neuen Gehältern oder Gehaltszulagen, welche v. 1. Jan. 1825 ab bewilligt werden, Anwendung, wenn die Stelle, aus welcher die Beſoldung oder Zulage bewilligt wird, bisher mit einem Goldantheile dotirt war. R. v. 24. Juni 1825. XXV. 246. ſ. Adquaestus muliebris, Botengebühren, Kaſſenquote, Gnadengehalt, Inaktivitätsgehalt, Juſtizoffizianten, Land- und Stadtgerichtsboten, Penſion, Penſions-Fond, Scheidemünze, Wartegeld. — Cirk. R. v. 10. Dec. 1827. betr. die Agio-Beträge und die Penſions-Beiträge von den Gehalts-Einnahmen der Juſtizbeamten. v. K. J. XXX. 364 — 369. — Vergl. auch Penſion. — Gnadengehalt der Gensd'armen, ſ. Gensd'armen. — Ueber Berechnung des Goldagios vom Gehalt. Cirk. R. v. 14. Apr. 1828. XXXI. 282. 283. — Ueber Juſtifikation der angewieſenen Gehaltszulagen. Cirk. R. v. 21. Nov. 1828. XXXII. 297. Ueber Vorausbezahlungen der Beſoldungen. Cirk. R. v. 3. Juli 1828. XXXII. 96. 97. — ſ. a. Wittwenkaſſenbeiträge, desgl. Penſionsfonds. — R. v. 30. März 1829, betr. die, den normalmäßig angeſtellten Beamten zugebilligten Gehaltszulagen. XXXIII. 149. 150. — desgleichen Cab. Ord. v. 15. Febr. 1829. XXXIII. 151. 152. — ſ. a. Militairperſonen. — R. v. 26. Apr. 1831 über die Aſſignationen auf Gehalte öffentlicher Beamten. XXXVII. 328. — R. v. 10. Mai 1833, betr. die Frage: ob §. 169. des Anh. zur Allg. Gerichtsordn. (Beſchlagnahme von Beſoldungen wegen Schulden aus unerlaubten Handlungen) auch rückſichtl. der Alimentation unehelicher Kinder eintrete? XLI. 465. 466. — ſ. a. Emolumente, Salarienkaſſe.

ſ. übrigens a. Beſoldungen und Militair-Gehälter.

Gehalts-Abzug. Die bisher ſtatt gefundenen Beſoldungsabzüge ſollen v. 1. März 1809. aufhören, und in eine freiwillige

Abgabe zum Beſten der ohne Gehalt ſich befindenden Officianten, beſonders in Berlin, verwandelt werden. R. v. 28. März 1809. J. M. VIII. 63. Diejenigen Officianten, welche auf halbes Gehalt geſetzt ſind, bleiben von dem Beitrage ganz befreiet, den Fall ausgenommen, daß ſie mit einer höhern Summe, als das Wartegeld iſt, noch im Gehalte ſtehen, und erſteres daher nur als ein Adjutorium des letztern zu betrachten iſt, da ſodann beide Summen zuſammengeworfen werden, und der Gehaltsbeitrag darnach beſtimmt wird. Erfolgt das Wartegeld aus einer andern Caſſe als das Gehalt, ſo entrichtet der Officiant bei der Caſſe, aus welcher er das Gehalt beziehet, den Procentabzug von der vollen Einnahme, und legitimirt ſich bei der Caſſe, wo er nur Wartegeld empfängt, durch ein Atteſt der gehaltzahlenden Caſſe; welches Verfahren auch da ſtatt findet, wo unter gleichen Verhältniſſen eine Penſion in die Stelle des Wartegeldes tritt. R. v. 23. März 1810. (dieſe Beſtimmungen ſind längſt aufgehoben.) — wird aus Königl. Caſſen zur unmittelbaren Auszahlung an einzelne Gläubiger an das die Execution dirigirende Gericht geleiſtet. Reſcr. v. 20. März 1813. v. K. J. II. 46. — Wegen ſchon genoſſener und verzehrter Alimente findet bei Gehalten von 400 Rthlr. und darunter kein Abzug Statt. Reſcr. v. 10. Aug. 1813. II. 46. — Gehaltsabzug der Juſtizofficianten zur Befriedigung der Gläubiger. Reſcr. v. 8. Juli 1815. VI. 19. — Wie es für den Fall, daß ein Brigadier oder Brigadecommandeur General iſt, und das mit dieſer Charge verbundene Gehalt von 3000 Rthlr. bezieht, mit den Abzügen davon zur Berichtigung von Schulden gehalten werden ſoll. Cab. Ord. vom 30. Juni und Reſcr. v. 7. Juli 1820. XV. 270. — Die Gerichte in den Rheinprovinzen ſind angewieſen, bei den Arreſtſchlägen auf die Gehälter der Civilbeamten nicht die Franzöſiſchen Geſetze vom 21. Ventoſe J. 9. zur Anwendung zu bringen, ſondern ſich die auf einen Beſchluß des königl. Staatsminiſterii ſich gründende Bekanntmachung vom 15. März 1819. zur Richtſchnur dienen zu laſſen. Reſcr. v. 6. Jan. 1821. XVII. 127. — Bei Beſchlagnahme der Beſoldungen der Beamten in den Rheinprovinzen kommen nicht die Franzöſiſchen, ſondern nur die Preußiſchen Verordnungen zur Anwendung; es kann daher auch über die Frage, wie viel von dem Gehalte eines Preußiſchen Beamten abzuziehen ſey, kein prozeſſualiſches Verfahren und richterliches Erkenntniß Statt finden, vielmehr iſt die Beſtimmung hierbei lediglich von der die Abzüge verfügenden Dienſtbehörde abhängig, und nach §. 160. des Anh. zur A. G. O. zu verfahren. Reſcr. vom 29. Nov. 1818. XXI. 32. — ſ. Exekution. Penſionsfond. Sterbequartal. Unterſuchungskoſten. Wittwenkaſſenbeiträge. — Cirk. R. v. 28. Juni 1830. die Zahlung des Gehaltsabzugs an einen einzelnen Gläubiger betr.

v. K. J. XXXV. 274—276. — ſ. auch Regierungs-Kondukteure. — R. v. 27. Jan. 1831., die desfalſigen Requiſitionen ſind an die Regierungen zu richten. XXXVII. 85. — Ueber das Verfahren unter mehreren Gläubigern rückſichtlich der Abzüge vom Gehalte des Schuldners. R. v. 9. Jan. 1832. XXXIX. 166. 167. — ſiehe auch Wittwenkaſſe. — Gehalts-Abzüge der Militairperſonen in den Rheinprovinzen, ſiehe Militairperſonen. — Vertheilung der Gehalts-Abzüge. G. S. 1834. p. 35. — (u. Penſions-) Abzüge, Einfluß der Wittwenkaſſenbeiträge auf dieſelben, ſiehe Wittwenkaſſenbeiträge. — Findet im Wege der Exekution die Immiſſion in künftiges Gehalt mit der Wirkung des Vorzugsrechts der fünften Klaſſe ſtatt? S. u. Str. R. 2. Bd. No. 2. p. 44. Die Anmeldung einer Wechſel-Forderung, oder einer Forderung aus einem, in Wechſelform ausgeſtellten Schuldſcheine, bei einem Gehalts-Abzugs-Verfahren, hat gleiche Wirkung mit der Liquidation im Konkurſe. Durch eine ſolche Anmeldung wird daher bei Wechſeln und bei Schuld-Dokumenten in Wechſelform, das ihnen beigelegte Vorzugsrecht erhalten, wenn zur Zeit der Anmeldung nicht die einjährige Verjährungsfriſt abgelaufen iſt. S. und Str. R. 2. B. No. 9. p. 104. — Kann eine Ehefrau aus den Gehaltsabzügen ihres Ehemannes für ihr Eingebrachtes, auch dann Sicherheits-Beſtellung verlangen, wenn ihr Ehemann vermögend iſt, ſie ſtandesmäßig zu ernähren? S. u. Str. R. 2. Bd. No. 30. p. 282. — ſiehe übrigens auch Arreſt-Anlage u. Exekution.

Gehalts-Abzugsſachen; ſiehe Mandatariengebühren.

Gehalts-Abzugs-Verfahren; ſ. Gehalts-Abzug, und Stempel.

Gehalts-Bons; ſiehe Beſoldungen.

Gehalts-Entſchädigungen. Gehalts- und Penſionsentſchädigungen der Juſtiz- und Adminiſtrationsbeamten in den wieder vereinigten und neuen Provinzen. Reſcr. v. 6. Jan. 1818. v. K. J. XI. 35., 24. Jan. und 14. Febr. 1818. XI. 42. — Den Weſtphäliſchen Friedensrichtern, welche urſprünglich nur auf 4 Jahre angeſtellt worden, iſt gleich den andern für beſtändig angeſtellten Staatsdienern ein Anſpruch auf Entſchädigung für den Verluſt ihres ehemaligen höhern Dienſteinkommens nachzulaſſen. R. v. 27. März 1818. XI. 226. — Die Hinterbliebenen ſolcher Beamten, welchen durch die Allerhöchſte Cab. Ord. v. 1. Aug. 1817. Gehaltsentſchädigungen bewilligt ſind, erhalten hiervon reſp. ein Gnadenquartal, oder nur einen Gnadenmonat, je nachdem ihr Erblaſſer zu denjenigen Beamten gehört hat, welche ihre Gehälter in Quartal- oder in monatlichen Raten empfangen, u. folgt der dies-

fällige Entſchädigungszuſchuß als Accessorium dem wirklichen Gehalte als principali nach. R. v. 20. Jan. 1826. XXVII. 94.

Gehalts-Erſparniſſe. R. v. 26. Aug. 1831., deren Berechnung betr. v. K. J. XXXVIII. 124.

Gehaltsverbeſſerungen. Bei ſelbigen finden Kanzleiſporteln nicht mehr Statt. R. v. 12. Aug. 1831. v. K. J. XXXVIII. 120. — Form der Anträge auf Ueberweiſung der Zuſchüſſe. R. v. 29. Jul. 1834. v. K. A. 34. III. 651.

Gehalts-Verhältniß der wiedergewählten Magiſtratsperſonen, ſiehe letztere.

Gehalts-Verluſt; ſ. Degradation.

Gehalts-Zulagen; ſ. Anſtellung, Gehalt, Penſionsfond, Normaletat.

Gehalts-Zuſchüſſe. Die den Kanzelliſten zur Deckung ihrer evincirten Beſoldungen am Ende eines jeden Jahres zu leiſtenden Zuſchüſſe ſollen die Salarienkaſſen aus den Copialien niemals erſtattet verlangen können. Reſcr. vom 1. Nov. 1819. v. K. J. XIV. 225. ſ. Juſtizofficianten.

Geheime Räthe, Geheime Archivarien, Sekretaire, Regiſtratoren ꝛc. Rangverhältniſſe derſelben. G. S. 1817. p. 61. ff. 66. — Uniform-Beſtimmungen für ſelbige. G. S. 1808. p. 463.

Geheimer Bund, deſſen Entſtehung, Verbreitung und Beſtrafung der Theilnehmer an ſelbigem. v. K. A. 26. I. 245 — 284. — III. 783.

Geheime Regierungsräthe, ſiehe letzt.

Geheimes Ober-Tribunal, ſ. Ober-Tribunal. ſiehe a. Reviſion. Schiedsrichterliches Erkenntniß. Steuerkontraventionen.

Geheime Staatsräthe, ſiehe letztere.

Geheime-Verbindungen und Geſellſchaften, ſ. Verbindungen. Den Landesjuſtizcollegien wird die wegen der auf der Univerſität Breslau beſtandenen Studenten-Verbindungen erlaſſene Cab. Ord. v. 31. März 1824. mit der Anweiſung zugefertigt, die darin enthaltenen Beſtimmungen in Bezug auf die zur Anſtellung im Juſtizdienſte ſich meldenden Individuen, welche an jenen Verbindungen Theil genommen haben, zu beachten. Reſcr. v. 3. Mai 1824. v. K. J. XXIV. 139. — Gültigkeit des Edikts v. 20. Octbr. 1798. u. v. 6. Jan. 1816. in der Rheinprovinz. Cab. Ord. v. 30. Dez. 1832. und R. v. 17. Jan. 1833. XLI. 289 — 291. — ſiehe Examen.

Geheim-Mittel, deren Verkauf durch Apotheker. v. K. A. 24. III. 927.

Gehemmter Poſtenlauf. Unter welchen Vorausſetzun-

gen erhält ſich der Inhaber eines Wechſels, der wegen gehemmten Poſtenlaufs, nicht zur gehörigen Zeit zur Einkaſſirung verſandt werden konnte, den Regreß gegen ſeinen Vormann? S. und Str. R. 1. Bd. No. 73. p. 268.

Gehen, auf bewachſenen Vorländern und Pflanzungen an ſchiffbaren Strömen in Oſtpr. und Litthauen, darf ohne Erlaubniß nicht ſtatt finden. G. S. 1806. p. 18.

Gehöfte, neue, auf dem Lande, wegen deren Aufbau. v. K. A. 17. I. 252. 23. III. 599. — deren Auseinanderbau. 17. I. 252. — IV. 249. — 22. IV. 982. — 23. III. 599. seq. — 24. IV. 1176. — 26. III. 821 — 825. — ſiehe auch Gebäude und Bauten.

Gehülfen, können auch von unzünftigen Gewerbetreibenden angenommen werden. G. S. 1811. p. 264. — in wie weit ſich deren, Gewerbetreibende im Umherziehen bedienen dürfen. G. S. 1824. p. 129. 135. — kaufmänniſche, deren Verhältniſſe nach den Statuten für die Kaufmannſchaften zu Berlin, Danzig, Königsberg in Pr., Magdeburg, Memel, Stettin ꝛc. ſ. letzt. — deren Mitnahme von Seiten reiſender Regierungs-Kommiſſarien. v. K. A. 17. II. 30. — der Domainen-Rentei-Diener. 18. II. 311. — der Hauſirer. 18. II. 487. — der Krämer und Packen tragender Juden. 17. I. 74. — ſiehe auch Handwerksburſchen, Lehrlinge, Kaufleute ꝛc. — Beurtheilungen der Streitigkeiten zwiſchen ſelbigen und ihren Lehrherren. 29. I. 149. — ſiehe überhaupt Gewerbeſteuer-Kontravention. Handwerksgehülfen. Normaletat.

Geiſſel, hat gegen die Stadt actionem neg. gest. utilem. H. B. VI. 46.

Geiſteskranke, ſiehe Gemüthskranke.

Geiſtliche, (Prediger, Pfarrer), evangeliſche, deren Vocirung, Anſtellung und Beſtätigung. G. S. 1808. p. 491. 499. — 1817. p. 237 — 255. — 1826. p. 6. — desgl. an chriſtlichen Kirchen, auf den von Juden erworbenen Gütern und Grundſtücken. G. S. 1816. p. 207. — der franzöſiſchen Kolonie, deren Beſtätigung und Beaufſichtigung von Seiten der Staatsbehörden. G. S. 1809. p. 603. — ausländiſche, dürfen von den Regierungen nur mit Genehmigung des Miniſteriums angeſtellt, von Privatperſonen aber nur unter Beſtätigung der Regierung berufen werden. G. S. 1826. p. 6. — Verhältniſſe derſelben zu den Militairpredigern in Ausübung gegenſeitiger Amtsverrichtungen. G. S. 1811. p. 179. — Aufſicht über deren Amts- und moraliſche Führung durch die Konſiſtorien. G. S. 1817. p. 238. — im Amte ſtehende, bleiben auch während der Dauer des Krieges von der Kantonpflicht eximirt. G. S. 1813. p. 14. — deren Befreiung von der Landwehr. G. S. 1813. p. 63. — Die Natural-Deputate an ſelbige, ſollen für

jetzt nicht abgelöſt werden. G. S. 1811. p. 157. — ſind von Konſumtions-Abgaben nicht mehr befreit. G. S. 1810. p. 37. — deren Befreiung von Beiträgen zu den Gemeindelaſten. G. S. 1822. p. 186. — desgl. vom Chauſſeegelde bei Amtsverrichtungen innerhalb ihrer Parochien. G. S. 1828. p. 66. — Diäten und Reiſekoſten-Bewilligung für ſelbige. G. S. 1825. p. 166. 168. f. — deren Verhältniſſe als Abgeordnete der Provinzialſtände. G. S. 1823. p. 132. 140. 147. — 1824. p. 64. 72. 103. 110. 142. ꝛc. — ſiehe ferner Landtags-Abgeordnete. — ſind verpflichtet, die Aufträge der Kreis-Direktoren in lokalpolizeilichen Angelegenheiten ihrer Bezirke auszurichten. G. S. 1812. p. 150. (Prediger, Pfarrer) erhalten das Amtsblatt unentgeldlich, ſind aber auch zur richtigen Ablieferung deſſelben an ihre Amts-Nachfolger ſo wie zur gehörigen Bekanntmachung derſelben verpflichtet. G. S. 1811. p. 167. — desgl. in den Rheinprovinzen. G. S. 1819. p. 150. — Superintendenten, geiſtliche Inſpektoren, Biſchöfe, General-Vikare, ꝛc. müſſen die Geſetzſammlung und das Amtsblatt auf ihre eigene Koſten halten. G. S. 1810. p. 1. — 1811. p. 167. — 1819. p. 149. (ſ. auch Biſchöfe, Superintendenten ꝛc.) — Verfahren gegen Geiſtliche bei Pflichtwidrigkeiten, Amts-Suspenſionen und Einſetzungen derſelben. G. S. 1808. p. 493. — 1817. p. 238. — nach der Allerh. Kab. Ord. v. 12. Apr. 1822. G. S. 1822. p. 105—108. — desgl. wegen Theilnahme an demagogiſchen Umtrieben. G. S. 1822. p. 107. f. — in Unterſuchung geweſene und mit Verſetzung zu beſtrafende, deren unfreiwillige Emeritirung oder Penſionirung in geringerm Grade, wenn jene Verſetzung nicht anwendbar iſt, G. S. 1830. p. 81. — katholiſche, deren Anſtellung und Beſtätigung. G. S. 1808. p. 366. 470. 491. — 1817. p. 255. 260. — 1826. p. 2. 7. — Ernennung und Beſtätigung derſelben in Schleſien. G. S. 1812. p. 185. — als Konſiſtorialräthe bei den Regierungen. G. S. 1808. p. 470. 491. — 1817. p. 279. — deren Prüfung und Anſtellung bei den Militair-Gemeinen. G. S. 1811. p. 172. 173. — Feldgeiſtliche, deren hiernächſtige Weiterbeförderung und, bis ſolche erfolgt, Bewilligung eines Wartegeldes für ſelbige. G. S. 1811. p. 191. — ſ. auch Militairprediger und Kandidaten, geiſtl. — können nicht Vorſteher und Protokollführer der Stadtverordneten ſeyn. G. S. 1832. p. 186. — deren Prüfung und Anſtellung. v. K. A. 24. III. 781 — 784. — Nachweiſung deren Einkommens. 24. I. 150. — desgl. deren Dienſtwohnungen. 24. I. 151. — deren Amtskleidung. 17. I. 140. — II. 121. — deren Rangverhältniß. 17. I. 129. — Einreichung von Konduiten-Liſten über ſelbige. 20. II. 247. — evangeliſche und katholiſche, Bezeichnung deren Konfeſſion bei Anzeigen von Verſetzungen oder Ernennungen derſelben. 22. II. 372. — deren Ver-

pflichtungen bei Verwaltung des Vermögens der Kirchen, Schulen und milden Stiftungen. 17. I. 147. — über deren Reiſen. 18. II. 361. — deren Prüfung und Anſtellung als Militairprediger. 22. I. 100—102. — Civil-, Pflichten und Rechte derſelben als Stellvertreter der Militairprediger. 24. III. 786—794. — ſollen ihre Hand- und Unterſchriften, nebſt einem Abdruck des ihnen anvertraueten Kirchenſiegels, den Friedens- und Landgerichten einreichen. 19. III. 724. — welche nicht mehr im Amte ſind, venia concionandi für ſelbige. 21. III. 625. — evangeliſche, deren Verpflichtung zur Annahme und Einführung der neuen Agende bei Uebernahme von Pfarrſtellen. 26. II. 348. — welche Liſten dieſelben einzuſenden haben. 17. I. 31. — deren Obliegenheiten bei Anfertigung der Bevölkerungs-Liſten. 17. I. 90. — deren Aufſicht auf Schulen. 17. I. 162. — 18. III. 738. — deren Pflichten rückſichtlich der Kirchenbücher. 17. I. 146. — bei Unglücksfällen. 17. I. 211. desgl. rückſichtlich der Vorbeugung ſchädlicher Vorurtheile. 17. I. 212. — deren Verbindlichkeit zur Uebernahme von Vormundſchaften. 18. II. 357. — über die Inſinuation der Verfügungen an ſie. 18. II. 352. — Disciplinar-Verfahren gegen ſelbige. 24. III. 784. — Aspiranten, Genügung der Militairpflicht von ſelbigen. 26. I. 226. — wirklich im Amte ſtehende, ſind von der Landwehr befreit. 18. IV. 1165. — deren Stolgebühren. 18. II. 358. — können bei der Beerdigung von Armen keine Gebühren erhalten. 25. II. 450. — Diäten und Reiſekoſten für ſelbige in Staatsdienſt-Angelegenheiten. 25. IV. 865. — deren Sterbemonat. 17. III. 77. — Leiſtung kleiner Amtsfuhren für ſelbige. 19. IV. 936. — Sicherung der Abgaben und Leiſtungen an ſelbige bei Dismembrationen. 23. IV. 845. — Beſteuerung deren Grundſtücke. 19. II. 324. — müſſen Konſumtions-Steuer bezahlen. 18. II. 360. — Immunitäten derſelben. 23. III. 623. — deren Befreiung von den Beiträgen zu den älteren Kommunal-Schulden. 25. II. 411. — Befreiung derſelben von Kommunal-Laſten. 17. I. 138. — 23. III. 623. — 25. IV. 1052. — können rückſichtlich ihrer Einkünfte zu den Kommunal-Steuern nicht herangezogen werden. 26. IV. 1078. — ſind von der Perſonen-Steuer befreit. 17. I. 138. — Befreiung deren Amtsfuhren von der Lohnfuhr-Abgabe zur Poſtkaſſe. 24. III. 745. — Befreiung derſelben von den Penſions-Beiträgen. 24. IV. 981. — Beitritt derſelben zur allgemeinen Wittwen-Verpflegungs-Anſtalt. — 17. III. 78. — 20. IV. 763—789. — Unterſtützung derſelben rückſichtlich ihrer Beiträge zur allgemeinen Wittwen-Verpflegungs-Anſtalt. 22. I. 102. — 23. III. 622. — katholiſche, deren Verpflichtung durch Handſchlag. 25. I. 104. — katholiſche, aus dem Inlande, Beſetzung der vakanten Pfarreien durch ſelbige. 26. III. 741. — Stolgebüren derſelben. 18. II. 358. ſiehe a. Militair-Prediger. — (Pre-

diger), Disziplinar-Verfahren gegen ſelbige und Reſſortverhältniſſe rückſichtlich deſſelben. 27. III. 663—666. — deren Verhältniſſe zu den ſtädtiſchen Schul-Deputationen. 27. IV. 960. — Beſtimmungen über die denſelben bewilligten Steuer-Immunitäten. 27. II. 404. seq. — Entrichtung der Stolgebühren an ſelbige. 27. I. 104. seq. — vom Amte ſuspendirt oder deſſelben entſetzt, Dispoſition über deren Gehalts-Einkommen. 27. I. 99. — möglichſte Schonung deren Wittwen bei ihrer Veranlagung zu den perſönlichen Steuern. 27. II. 406. — Einreichung jährlicher Anſtellungs-Nachweiſungen von ſelbigen. 28. I. 82—92. Exekutions-Vollſtreckung in das Amtseinkommen derſelben. 28. II. 370. — deren Befreiung von Kommunal-Laſten und directen Staats-Steuern. 28. II. 433. — ſ. auch Stolgebühren. — Verfahren bei Exekutions-Vollſtreckungen in das Amtseinkommen eines Geiſtlichen. R. v. 18. Apr. 1828. v. K. J. XXXI. 276. — deren Anſtellung nach der Cirk. Verfüg. des Königl. Staats-Miniſteriums v. 31. März 1826. v. K. A. 29. II. 219. — deren Urlaubs-Geſuche ſollen durch die betreffenden Superintendenten an die Regierungen gebracht werden. 29. III. 521. — zu den über ſelbige zu verhängenden Disziplinar-Unterſuchungen, unfreiwilligen Verſetzungen und Emeritirungen derſelben ſollen die General-Superintendenten zugezogen werden. 29. II. 286. — jährl. Liſten-Einſendung von den gegen ſelbige geſchwebten Disziplinar-Unterſuchungen. 29. IV. 817. — ſiehe auch Prediger. — im Herzogth. Weſtphalen, deren Nachlaß; ſ. Weſtphalen. — deren Verhältniſſe und Anſtellung. v. K. A. 30. I. 75. f. — ſind mehr wie Kirchen- und reſp. Kommunal-Beamte, als wie Staatsdiener zu betrachten; ebendaſ. — welche aus königl. Fonds ſalarirt werden, ſind zu den Staatsdienern zu rechnen. 30. I. 181. — deren Beaufſichtigung durch die Superintendenten. 30. I. 34. — ſollen keine Dispenſations-Geſuche zu Ehen in geſetzlich verbotenen Fällen annehmen. 30. I. 86. f. — deren Beitritt zur allgemeinen Wittwenkaſſe. 30. IV. 766. — Befreiung derſelben von den Schul-Unterhaltungs-Beiträgen. 30. IV. 769. ff. — Entrichtung des Schulgeldes für deren Kinder. 30. IV. 771. — deren Verhältniſſe als öffentliche Staatsdiener zu den Kirchen-Patronen. 31. I. 44—47. — deren Wahl und Beſtätigung; ebend. — Wiederherſtellung der von denſelben früher genoſſenen Immunitäten. 31. I. 109—111. — deren Befreiung von der Einquartirungslaſt. 31. IV. 777. — Beſorgung der Reparaturen an deren Dienſtwohnungen. 31. IV. 757. — Disziplinar-Verfahren gegen dieſelben durch Straf-Verſetzung u. Emeritirung. 31. I. 47. — katholiſche, vierjährige Einübung des praktiſchen Dienſtes Seitens derſelben Behufs der Uebernahme von Pfarrteien. 31. IV. 761. — Uebernahme von Vormundſchaften Seitens derſelben. 32. IV. 926. — deren Beitritt zur allgemeinen

Wittwenkaſſe. 32. III. 592. — Ausſchließung derſelben von Anſtellung und Beförderung, wegen früherer Theilnahme an verbrecheriſchen Verbindungen. 33. IV. 939. — Nachfragen und Ermittelungen rückſichtlich derſelben unter Konkurrenz der Miniſterial-Kommiſſion. 33. IV. 939. — vom Auslande, deren Berufung nur bei anerkannt perſönlichem und literariſchen Rufe. 33. IV. 939. — evangeliſche, Formular zu deren Vereidung. 33. IV. 942. f. — Stempel-Verwendung zu den Vereidigungs- und Introduktions-Verhandlungen derſelben. 33. I. 85. — deren Anſtellung Seitens der Magiſträte in Ausübung des ſtädtiſchen Patronats. 33. III. 678. — noch nicht ordinirte, Ausſchließung derſelben von der Verrichtung gewiſſer heiliger Handlungen. 33. I. 88. — Strafbarkeit der unbefugten Anmaßung der Amtskleidungen und Funktionen derſelben in der Rheinprovinz. 33. II. 379. — deren Entſchädigung für Verluſte bei Parochial-Trennungen. 33. II. 371. — etatsmäßige und überſichtliche Verwaltung des zur Verbeſſerung der äußern Lage derſelben beſtimmten Fonds. 33. I. 84. — exekutiviſche Beitreibung der denſelben ſchuldigen Abgaben. ꝛc. 33. III. 635 — 641. — deren Ausſchließung von der Wahl als Schiedsmänner. 33. III. 652. — Urlaubsbewilligungen für dieſelben. 33. IV. 944. — Verpflichtung derſelben, der allgemeinen Wittwenkaſſe beizutreten. 33. II. 383. — IV. 945. — Erſtattung der von denſelben geleiſteten Beiträge. 33. II. 384. — deren Anſtellung, ſiehe demagogiſche Umtriebe. ſiehe überhaupt Gerichtsſtand, Kirchen- und Schulbediente, Unterſuchungskoſten, Vormund.

Geiſtliche Amtshandlungen, Verhältniſſe der Militair- und Civilprediger rückſichtlich deren Verrichtung. G. S. 1811. p. 179. — Anmaßung derſelben, ſ. Amtshandlungen, geiſtliche, Cab. Ord. v. 23. April 1833. betr. die Beſtrafung derjenigen, die ſich geiſtliche Funktionen anmaßen. v. K. J. XLI. 576. 577. — ſ. a. Abgaben.

Geiſtliche Angelegenheiten, deren Verwaltung in den Provinzen durch die Regierungen und deren Kirchen- (u. Schul-) Kommiſſionen. G. S. 1808. p. 466. 467. — 1817. p. 259. 260. f. 269. 279. — 1826. p. 7. durch die Konſiſtorien. G. S. 1815. p. 88. — 1817. p. 237. ff. — 1826. p. 5. — römiſch-katholiſche, deren Verwaltung durch die Oberpräſidenten, Regierungen und Konſiſtorien. G. S. 1808. p. 467. — 1815. p. 88. — 1817. p. 238. ff. 260. — 1826. p. 2. 7. — ohne fernere Konkurrenz der letztern. G. S. 1826. p. 6. ſ. a. Kultus und Miniſterium der Geiſtlichen ꝛc. Angelegenheiten.

Geiſtliche (u. Schul-) **Bediente.** In Unterſuchungsſachen wider Geiſtliche und Schullehrer wegen anſtößiger Amtsführung, (ſ. a. R. v. 20. Aug. 1737. E. S. p. 67. C. I. Edict v. 16.

May 1760. p. 419. II.) bedarf es der Zuziehung eines geiſtlichen Konkommiſſarii nur dann, wenn überhaupt nach Vorſchrift der G. Ordn. ein Sachverſtändiger zur Erforderung ſeines Gutachtens zugezogen werden muß. R. v. 11. März 1798. St. B. 153. VI. — Auf Translokation derſelben ſoll künftig nicht mehr erkannt werden, da nach dem A. L. R. Th. 2. Tit. 11. §. 531. die Verſetzung eines Pfarrers in dem daſelbſt bezeichneten Falle nur den geiſtlichen Obern zur Pflicht gemacht iſt. R. v. 10. Nov. 1809. M. S. 63. Die Section im Miniſterio des Innern für den Kultus und öffentlichen Unterricht iſt, Geiſtliche und öffentliche Lehrer, welche ſich ſolche Vergehen zu Schulden kommen laſſen, daß ihnen ihr Amt nicht ferner anvertrauet werden kann, ſogleich ab officio zu ſuspendiren, berechtiget, R. v. 24. Nov. 1809. J. M. 290. X. und können Prediger und Schullehrer des abſolutoriſchen Erkenntniſſes ohnerachtet, von dem Departementschef entlaſſen werden. C. O. v. 17. Sept. 1805. p. 859. XII. — Von Beſtrafung pflichtwidrig handelnder. A. L. R. Th. 2. Tit. 20. §. 499—504. Tit. 11. §. 532—534. Tit. 12. §. 28.

Geiſtliche Behörden; ſ. Vormund.

Geiſtliche (und Schul-) **Deputation,** beſondere Abtheilung bei den Regierungen. G. S. 1808. p. 471. — was zu deren Reſſort gehört. G. S. 1808. p. 483. f. 499. — ſteht unmittelbar unter dem Departement des Kultus u. öffentl. Unterrichts im Miniſterio des Innern. G. S. 1810. p. 14. — ſ. ferner Regierungen, Kirchen- (u. Schul-) Kommiſſionen u. Konſiſtorien.

Geiſtliche Gebäude. Bei Bauten und Reparaturen der katholiſchen Kirchen, Pfarren und Schulen haben die Regierungen das Intermiſticum nach Vorſchrift des A. L. R. Th. II. Tit. 11. §. 708—710, und 759. zu reguliren. Reſcr. vom 21. Jan. 1817. v. K. J. IX. 8. — Verbindlichkeit des Kirchenpatrons, beſonders nach dem Märkiſchen Provinzialrechte, die Materialien zum Kirchenbau und zur Unterhaltung der Pfarr- und Küſtereigebäude herzugeben. Urtel des Inſtructionsſenats des Kammergerichts v. 9. Febr. 1818. des Ober-Appell.-Senats deſſelben v. 4. Jan. 1819. und des Geh. Obertribunals v. 7. Febr. 1820. XIV. 279. — Auf welche Art u. von wem die Koſten des Baues der Kirchen- und Pfarrgebäude aufzubringen ſind. Reſcr. v. 18. Febr. 1825. XXV. 93.

Geiſtliche Gerichte, im Großherzogthum Poſen; Approbation der dabei angeſtellten Richter. R. v. 5. Octbr. 1818. v. K. J. XII. 274.

Geiſtliche Geſellſchaften. A. L. R. Th. II. Tit. XX. §. 12. u. §. 939.

Geiſtliche Güter, (Klöſter, Dom- und andere Stifter, Balleien und Kommenden), deren Säkulariſation, Einziehung und

Verkauf. G. S. 1810. p. 28. — Ausführung derſelben nach den Edikten v. 30. Octbr. 1810. u. 27. Juni 1811. G. S. 1810. p. 32. — 1811. p. 208. — Annahme der Anleihe-Interimsſcheine bei deren Veräußerung als baares Geld. G. S. 1812. p. 15. — bei deren Verkauf dürfen die Patronat-Rechte nicht mit veräußert werden. G. S. 1812. p. 3. — die Patronat-Laſten ſind dagegen von den Erwerbern mit zu übernehmen, ebend. — bei deren Veräußerung ſoll die Gerichtsbarkeit von dem Verkaufe ausgenommen und dem Staate vorbehalten bleiben. G. S. 1812. p. 23. — ſelbige zu verkaufen, zu vererbpachten und mit neuen Schulden zu belaſten, ſind die Regierungen in ihren Departements befugt und berechtigt. G. S. 1812. p. 34. — auf deren Veräußerung und Verpfändung ſind die Beſtimmungen des königl. Edikts und Hausgeſetzes v. 17. Dez. 1808. (de publ. v. 6. Nov. 1809.) nicht anwendbar, vielmehr ſind erſtere lediglich von dem königl. Allerhöchſten Willen und Befehl abhängig. G. S. 1812. p. 108. — R. A. B. 139. II. K. A. B. 130. II. — deren öffentl. Lizitation und ſofortige Zuſchlagung. G. S. 1812. p. 99. — bei deren Verkauf ſollen Anweiſungen und geſtempelte Treſorſcheine auf die Vermögens- und Einkommenſteuer, als baares Geld, angenommen werden. G. S. 1812. p. 99. — in Schleſien, Beibehaltung der auf ſelbigen haftenden Zehnten und Parochial-Abgaben. G. S. 1812. p. 28. — deren Verkauf, Vererbpachtung und Schuldenbelaſtung. G. S. 1812. p. 33. — gänzliche Auflöſung der Ballei Brandenburg, des Johanniter-Ordens, des Herrenmeiſterthums, ſo wie der Kommenden derſelben. G. S. 1812. p. 109. — ſiehe auch Johanniter-Orden. — Nach dem R. v. 30. Oct. 1810. G. S. 1810. p. 32. ſollen alle Beſitzungen der Klöſter, Dom- u. anderer Stifter, Balleyen und Kommenden eingezogen, und ohne Königl. Genehmigung keine Veränderuug mit der Subſtanz vorgenommen, keine Schulden darauf contrahirt, noch ſonſt irgend eine Dispoſition darüber zugelaſſen werden, u. es wird titulus possessionis ex officio für den Fiscus unter der Benennung: eingezogene geiſtliche Güter, eingetragen, und alle Verpfändungsanträge, welche die aufgehobenen Stifter, ꝛc. ſich bei den Hypothekenbehörden etwa anmaßen möchten, werden zurückgewieſen. R. v. 18. Apr. 1812. ungedr. — Welche Grundſätze Hinſichts der mit verkauften Jurisdiction feſtgeſetzt worden, ſ. P. A. B. 100. II. ſ. übrigens auch Ablöſung, Beſitztitel, Geiſtliche Gebäude, Schleſien, Unterſuchungskoſten, Verlautbarung.

Geiſtliche Inſtitute, Anmeldung deren Forderungen bei Subhaſtationen von Gütern und Grundſtücken. v. K. A. 33. IV. 951. — Ablösbarkeit der denſelben zuſtändigen Realabgaben und Leiſtungen. 32. II. 402.

Geiſtliche Obern. A. L. R. R. Th. II. Tit. XI. §. 741. unter ihrer Aufſicht ſteht das Kirchen-Vermögen, §. 167. — auswärtige, §. 118. — ihre Konkurrenz bei Pfarrwahlen. §. 345. — bei Kirchenprozeſſen, §. 652.

Geiſtliche Räthe, bei den Regierungen, deren Pflichten. G. S. 1808. p. 515. — 1817. p. 279. — haben nur in den Angelegenheiten ihres Geſchäftskreiſes ein volles Votum. G. S. 1826. p. 8.

Geiſtlicher. Ein Geiſtlicher kann nicht, unter dem Vorwande des Beichtſiegels, ſich der Pflicht entziehen, von ſeinen verbrecheriſchen Aeußerungen während der Beichte, dem Richter Rechenſchaft zu geben, zumal wenn die Beichtenden ſelbſt deren Bekanntmachung verlangen. S. u. Str. R. 1. Bd. No. 95. p. 377. Es iſt für eine Schmähung zu achten, wenn ein katholiſcher Geiſtlicher einen evangeliſchen Chriſten Ketzer nennt; ſie berechtigt aber nur zu einer Injurien-Klage. S. u. Str. R. 1. Bd. No. 95. p. 378. — Ueberſchreitung der Kirchenzucht eines Geiſtlichen berechtigt gleichfalls den Betheiligten nur zu einer Injurienklage. S. u. Str. R. 1. Bd. No. 95. p. 378.

Geiſtlicher Beiſtand. Einem Verurtheilten vom Römiſch-Katholiſchen Glauben darf in articulo mortis der Beiſtand eines Geiſtlichen nicht verſagt werden. Reſcr. v. 20. Sept. 1820. v. K. J. XX. 80.

Geiſtliche Verwaltung. Etats-Angelegenheiten derſelben, ſiehe Etats. — Verwaltung der geiſtlichen Depoſitorien bei den Regierungs-Hauptkaſſen. v. K. A. 18. I. 67.

Geiſtlichkeit. Sicherung und Vertheilung der Abgaben an dieſelbe bei Dismembrationen von Grundſtücken. v. K. A. 33. I. 87. — II. 351. — IV. 949.

Geländer, öffentliche, ſollen weiß und ſchwarz angeſtrichen werden. v. K. A. 20. II. 230. — deren Anlegung an ſteilen Ufern, Brücken ꝛc. zur Verhütung von Unglücksfällen. 17. I. 235. — 20. I. 97. — II. 304. — III. 573. — 23. III. 676.

Geläute, A. L. R. von deſſen Unterhaltung II. XI. 766 — 771. C. wegen deſſen Misbrauchs bei Sterb- und andern Fällen v. 25. Feb. 1751. E. S. p. 1265. III. bei Gewittern R. v. 11. Sept. 1783. p. 2165. VII. v. 5. März 1789. p. 2423. VIII.

Gelbgießer, ſ. Handwerksprivilegien.

Geld, für ſelbiges ſoll im Handel und Verkehr keine andere Berechnungsart als im preuß. Gelde, den Thaler zu 30 Silbergroſchen und den Silbergroſchen zu 12 Pfennigen, Statt finden, jede Kontravention dagegen aber polizeilich beſtraft werden. G. S. 1826. p. 115. 116. — 1830. p. 3. 22. — desgl. bei öffentlichen Verhandlungen, bei Führung von kaufmänniſchen Büchern ꝛc. G.

S. 1826. p. 116. — nur der Wechſelverkehr bleibt von dieſer Vorſchrift ausgenommen. G. S. 1826. p. 116. — 1830. p. 4. — ſiehe ferner Gelder, Geldzahlungen, Münzen, Scheidemünze, Kourantgeld, Groſchenſtücke.

Geld-Abgaben, (Geld-Präſtationen, Geldrenten) ſiehe Abgaben, Domanial-Abgaben und Ablöſungen.

Geldanleihen, ſ. Darlehn.

Geldanſchlag; ſ. Kaufſtempel.

Geldausfuhr. Die bisherigen Beſchränkungen der Geldausfuhr in das Herzogthum Warſchau ſind aufgehoben. V. v. 7. Oct. 1810. J. M. IX. 419.

Geldbedürfniſſe, öffentliche, der Städte, deren Aufbringung und Verpflichtungen zu ſelbigen. G. S. 1808. p. 327. 329. 331. 352. f. — ſ. auch Gemeinde-Abgaben. — der Stadtgemeinen, deren Aufbringung. v. K. A. 21. I. 88.

Geldbeutel, Geldpakete, Geldrollen, verſiegelt und mit Etiquetten verſehen, Beſtrafung deren Verfälſchung in den Provinzen, wo das franz. Geſetzbuch noch gilt. G. S. 1826. p. 122.

Geldbriefe, Vorſchriften für deren Verſendung mit der Poſt nach Oeſterreich. v. K. A. 31. II. 301. — ſiehe Briefe.

Geldbuße; ſiehe Geldſtrafe.

Gelddiebſtähle, Maaßregeln zu deren Verhinderung. v. K. A. 19. II. 457.

Geldentſchädigung, für die zum Chauſſeebau in der Provinz Poſen abgetretenen Privatländereien, ſiehe Chauſſeebau. — für die zum Chauſſeebau und zu Kanal- und Flußbauten in der Provinz Sachſen abgetretenen Privatländereien, ſiehe Sachſen, Provinz.

Gelder, was bei deren Verſendung mit der Poſt zu beobachten iſt. G. S. 1824. p. 230. 231. 236. — Porto-Berechnung und Zahlung für ſelbige. G. S. 1824. p. 229. 237. — desgl. bei größeren kaufmänniſchen Geldſendungen nach deren jährlichem oder halbjährigem Betrage derſelben. G. S. 1826. p. 20. — 1829. p. 18. — Entrichtung des Packkammer- oder Lagergeldes für deren ſichere Aufbewahrung in den Poſtanſtalten. G. S. 1824. p. 233. — Verfahren rückſichtlich derſelben, wenn weder Abſender noch Empfänger auszumitteln ſind. G. S. 1824. p. 233. — auf die Poſt gegebene, ſollen richtig deklarirt werden. v. K. A. 17. II. 56. — deren Verſendung mit der Poſt. 17. III. 38. — IV 48 — 50. — 19. I. 58. — 24. II. 378. seq. — Porto-Reſtitutionen bei deren Verſendungen mit der Poſt. 26. II. 336. — nähere Bezeichnung der portofreien Rubriken für ſelbige. 26. III. 731. seq. — deren Beförderung zur Poſt an u. außer den Abgangs-Tagen der Poſten. 25. I. 73. — IV. 946. — von öffentlichen Behörden und Kaſſen

zur Poſt gegeben, Verabreichung von Poſtſcheinen über ſelbige. 25. I. 90. — deren Sendungen werden nicht mehr mit dem Poſtſiegel verſehen. 25. IV. 947. — war früher angeordnet. 19. II. 335. — deren Aufbewahrung auf den Poſten für Oekonomie- ꝛc. Kommiſſarien. 25. IV. 1001. — mit der Poſt an Soldaten eingehend, deren Beförderung. 22. II. 351. — der Soldaten, Poſtporto-Ermäßigung für deren Verſendung. 26. I. 61—69. — in Bergiſchen und Cleviſchen Thalern, deren Taxirung bei Verſendungen mit der Poſt. 24. II. 367. — deren Verſendung in's Fürſtl. Thurn- und Taxiſche Poſtgebiet. 24. II. 375. — mit der Poſt für preußiſche Truppentheile eingehend, Verfahren rückſichtlich deren Verabfolgung. 32. III. 630. — ſiehe auch Verſiegelung.

Geld-Erhebungen; ſ. Handlungsdisponenten, Spezialvollmacht, Vollmacht.

Geldern, Herzogthum, königl. Patent über deſſen Beſitznahme. G. S. 1815. p. 21. Eintheilung und Begränzung deſſelben. G. S. 1815. p. 97.

Geld-Fideikommiß, wird unter der dritten Haupt-Rubrik eingetragen. H. O. Tit. 1. §. 52. p. 14.

Geldgeſchäfte. Feſtſetzung der Gebühren der Juſtizcommiſſarien und Notarien für die Erhebung und Ueberſendnng der ihren Mandanten zukommenden Gelder. Reſcr. v. 18. Aug. 1823. v. K. J. XXII. 96.

Geldinſtitute des Staats, zu deren Verwaltung wird ein eigenes Finanz-Kollegium im Finanz-Miniſterio errichtet. G. S. 1812. p. 45. — deſſen Aufhebung. G. S. 1813. p. 129. — ſiehe ferner Finanz-Miniſterium. — der Stände, Korporationen und Gemeinen, reſſortiren von den Sektionen der allgemeinen und der Gewerbe-Polizei im Miniſterium des Innern. G. S. 1808. p. 364. 365. — deren Leitung wird dem Finanz-Miniſterio allein übertragen. G. S. 1812. p. 44. 45. — nöthigenfalls ſoll das Gewerbe-Departement in gewerbpolizeilicher Rückſicht dabei mitwirken. G. S. 1812. p. 44. — reſſortiren fernerhin wiederum vom Miniſterio des Innern. G. S. 1814. p. 43. — 1819. p. 3.

Geldkaſten, in öffentlichen Kaſſen-Stuben, deren ſichere Bewahrung vor Beraubungen. v. K. A. 20. IV. 827—835.

Geldlehn. Ein Lehnsbeſitzer, welcher ein zu ſeinem Lehngute gehöriges Forſtgrundſtück zum allgemeinen Beſten z. B. zum Chauſſeebau an den Staat abtreten muß, iſt verpflichtet, nicht allein die ihm von dem Staate für den Grund und Boden gezahlte Summe, ſondern auch die ihm für das zu frühe Schlagen des jungen Holzes geleiſtete Entſchädigung, und den Werth des gefällten und verkauften, noch nicht haubaren Holzes, als Geldlehn auch zum Beſten der

Lehns-Agnaten und Mitbelehnten anzulegen. S. u. Str. R. 2. B. No. 19. p. 196.

Geldpapiere. Pflicht der Gerichte, die genaueſte Aufmerkſamkeit auf die Bekanntmachungen wegen der Geldpapiere zu richten. Cirk. R. v. 7. März 1828. v. K. J. XXXI. 160. — Ueber die außer Courſsetzung der in die Depoſitorien gelangenden. R. v. 13. Juni 1831. XXXVII. 382.

Geldrenten; ſiehe Ablöſungen.

Geldſcheine, deren Ausſtellung von Seiten der Poſtbehörden. v. K. A. 17. I. 58. — 25. I. 90.

Geldſendungen, durch die Poſten, genaue Deklaration derſelben. v. K. A. 28. IV. 997—999. — Progreſſion der Portotaxe für ſelbige. 28. I. 72. — deren Verſendung nach Frankreich. 28. III. 673. — große, Porto-Reſtitutionen bei ſelbigen in halbjährigen Zeiträumen. 29. I. 49. — in wie weit ſolche von Privatperſonen, mit Umgehung der Poſtanſtalten, durch Expreſſe ꝛc., bewirkt werden können. 30. II. 310. — von und unter 1 Thlr., mit der Poſt, Scheinertheilung über ſolche auf Verlangen des Abſenders. 30. II. 303. — in Paketen, Portoberechnung für dieſelben. 31. IV. 741. — mit Privatgelegenheit, in wie weit ſolche dem Poſtzwange nicht unterworfen ſind. 33. IV. 921. — in Kommunal-Angelegenheiten, deren Portofreiheit, ſiehe letztere. — ſiehe übrigens auch Porto, Salarienkaſſen, Unterſuchungskoſten.

Geldſorten, fremde und inländiſche, ſ. Münzen.

Geldſtrafe, ſ. Strafmaaß. Wenn eine nach den Geſetzen verwirkte, bei dem bei Vollſtreckung der Exekution ſich ergebenden, R. v. 8. Sept. 1804. N. A. 333. III. Unvermögen des Verbrechers, (als auf welches bei Abfaſſung des Erkenntniſſes wegen der zu ſubſtituirenden Leibesſtrafe Rückſicht genommen werden muß) in eine Leibesſtrafe zu verwandeln, und die Dauer derſelben nicht geſetzlich beſtimmt worden; ſo werden zwar nach dem A. L. R. Th. 2. Tit. 20. §. 88. (wodurch das Minimum der einer 8tägigen Gefängnißſtrafe zu ſubſtituirenden Geldbuße feſtgeſetzt iſt, R. v. 19. Sept. 1812. v. K. J. 254. I.) 90. 5 Rthlr. einer Gefängnißſtrafe von 8 Tagen gleich geachtet, ſ. Strafmaaß; (welches Verhältniß nach der bekannten Beſchaffenheit der Vermögensumſtände des Verbrechers auf 10 bis 40 Rthlr. für 8 Tage Gefängniß erhöhet werden kann, §. 89.) die zu ſubſtituirende Leibesſtrafe aber ſoll über einen 10jährigen Verluſt der Freiheit in keinem Falle ausgedehnt, E. V. v. 24. Febr. 1812. G. S. 14. II. und gegen unbemittelte Perſonen ſoll auf Leibesſtrafe erkannt, R. v. 8. Sept. 1804. N. A. 333. III. auch bei alternative feſtgeſetzten Leibes- und Geldſtrafen, ſoll immer die zuerſt genannte Strafe als die ordentliche, und die darauf folgende, vermittelſt eines oder mit der erſten verbundenen

Strafe, ſoll als eine ſolche betrachtet werden, die lediglich nach den Grundſätzen des A. L. R. beſtimmt werden muß. C. O. v. 12. Juli 1810. J. M. 245. IX. — In Injurienſachen zwiſchen Militair- und Civilperſonen ſoll den letztern, als Verklagten, in Abſicht der Strafe keine Wahl zwiſchen Gefängniß u. Geldſtrafe gelaſſen werden, ſondern es muß die erkannte Gefängnißſtrafe ſtattfinden. R. v. 19. Mai 1799. M. S. 75. — Geldſtrafen, welche von dem Collegio in Sachen, in denen das forum exemtum eintritt, erkannt worden, müſſen ohne Unterſchied des Betrages zur Regierungskaſſe gezahlet werden. R. v. 20. Juni 1812 p. 262. R. v. 1814. v. K. J. 10. IV. wohin auch, R. v. 23. Febr. 1810. J. M. 24. IX. die in Acciſe-Contraventionsſachen erkannten Geldſtrafen gehören, R. v. 29. Aug. 1812. v. K. J. 251. I. — ſ. R. v. 13. Jan. 1803. J. M. 219. I. v. 23. Febr. 1810. J. M. 24. IX. die kleinen Gerichtsſtrafen betr. Welche Strafen in fiskaliſchen Unterſuchungen den Untergerichten gehören, R. v. 14. März 1815. v. K. J. 15. V. ſ. a. R. v. 21. Sept. 1811. N. A. B. 131. I. Cr. Ordn. §. 576. — Wenn den Geldſtrafen in den Strafgeſetzen nicht beſondere Beſtimmungen angewieſen ſind, §. 24. des Ed. v. 26. März 1787. C. S. p. 820. VIII. §. 20. des Regl. für das Speditionsweſen im Oſtpr. Vorhafen in Pillau, v. 27. Dec. 1792. p. 1105. IX. Decl. v. 9. Sept. 1796. — K. A. B. 170. VII. ſollen ſolche zur Unterſtützung brodloſer Offizianten angewendet werden, R. v. 28. Oct. 1808. J. M. 95. VII., mit Ausſchluß derjenigen, welche nach dem A. L. R. Th. 2. Tit. 19. §. 18. zu den Armen-Caſſen fließen, und derjenigen, welche aus Verwandelung der Leibesſtrafen in Geldbuße ohne weitere Beſtimmung ihrer Verwendung aufkommen. R. v. 1. Febr. 1809. J. M. 461. VII. Die in Poſtſachen zu erkennenden Geldſtrafen werden der Poſtſtrafkaſſe zugeſprochen, und die darauf gerichteten Erkenntniſſe werden dem General-Poſtamte mitgetheilt. R. v. 13. Apr. 1810. J. M. 43. IX. — In Anſehung der von einem königl. Offizianten verwirkten Geldſtrafe, dergleichen überhaupt erſt nach Befriedigung ſämmtlicher Gläubiger, auch außer dem Falle eines Concurſes eingezogen werden kann, R. v. 1. Nov. 1809. J. M. 58. IX. muß Fiskus aus dem den Gläubigern nicht verhafteten Antheile deſſen Gehalts befriediget werden. R. v. 14. Nov. 1801. St. B. 220. XV. — R. die Einſendung der fiscaliſchen Strafgelder betr. v. 8. März 1790. C. S. p. 2905. VIII. — deren Anwendung bei Uebertretungen der allgemeinen Strom-, Deich- und Uferordnung für Oſtpreußen und Litthauen. G. S. 1806. p. 23—27. — Denunzianten-Antheile an ſelbigen. G. S. 1806. p. 24.— für Uebertretung der geſetzlichen Vorſchriften bei Pferde-An- und Verkäufen. G. S. 1808. p. 305. ff. — deren Anwendung gegen einzelne Mitglieder der Stadtverordneten-Verſammlung. G. S.

1808. p. 341. — deren Anwendung in Angelegenheiten der oſt⸗preuß. Landſchaft. G. S. 1808. p. 409. — für Uebertretungen der Memeler Hafen⸗ und Lootſen⸗Ordnung. G. S. 1809. p. 587. ff. — deren alternatives Verhältniß zu den Leibesſtrafen. G. S. 1810. (A.) p. 721. — für Supplikanten bei Wiederholung abgewieſener Geſuche. G. S. 1810. (A.) p. 642. — 1814. p. 88. — für Konſumtions⸗Steuer⸗Defraudationen und Kontraventionen. G. S. 1810. p. 60 — 67. — Denunzianten⸗Antheil an ſelbigen. G. S. 1810. p. 56. 66. ff. — deren Verwandlung in Gefängnißſtrafen gegen inaktive Soldaten von Seiten der Civilgerichte. G. S. 1811. p. 153. 154. — für defraudirte Luxusſteuer. G. S. 1811. p. 348. — Denunzianten⸗Antheil an ſelbigen; ebendaſ. — die denſelben in Unvermögensfällen zu ſubſtituirenden Leibesſtrafen dürfen über einen zehnjährigen Verluſt der Freiheit nicht ausgedehnt werden. G. S. 1812. p. 14. — von dem Geſinde und den Angehörigen gewiſſer Gewerbetreibenden verwirkt, Verhaftung der letztern für ſelbige. G. S. 1812. p. 193. — 1818. p. 135. — 1819. p. 115. — für Maaß⸗ und Gewichtsvergehen. G. S. 1816. p. 144. 145. 147. — für feuergefährliches Tabackrauchen, deren Herabſetzung auf 2 Rthlr., wovon der Denunziant die Hälfte erhält. G. S. 1816. p. 1. — für verbotenes Lotterie⸗Spiel. G. S. 1817. p. 4. ff. — davon erhalten die Denunzianten die Hälfte. G. S. 1817. p. 5. — für verbotene Hazardſpiele. G. S. 1817. p. 31. — für Zoll⸗ und Verbrauchs⸗Steuer⸗Defraudationen und Kontraventionen. G. S. 1818. p. 132. f. 135. — 1820. p. 33. — für Kontraventionen bei Verſteuerung des inländiſchen Branntweins, Braumalzes, Weinmoſtes und der Tabacksblätter. G. S. 1819. p. 111. f. — ſollen zur Hälfte den Denunzianten gebühren. G. S. 1820. p. 79. — deren Verwendung und Bildung eines Unterſtützungs⸗Fonds aus einem Theile derſelben für die hinterbliebenen Wittwen und Kinder verarmter Zoll⸗ und Steuerbeamten. G. S. 1820. p. 32. — Belohnungen und Denunzianten⸗Antheile aus ſelbigen für Beamte u. Gensd'armen. G. S. 1820. p. 31. f. — die Mitglieder der Haupt⸗Zollämter haben daran keinen Anſpruch. G. S. 1820. p. 32. — wann ſolche bei der Klaſſenſteuer⸗Entrichtung eintreten. G. S. 1820. p. 142. — desgl. bei der Gewerbeſteuer. G. S. 1820. p. 154. — desgl. bei der Mahl⸗ und Schlachtſteuer. G. S. 1820. p. 147. — bei Uebertretung der Vorſchriften über den Zwangsgebrauch der Extrapoſtfuhren. G. S. 1820. p. 72. — für die von der Herrſchaft den Schäfern und Schäferknechten geſetzwidrig geſtattete Haltung von Vorvieh ꝛc. G. S. 1820. p. 111. — für Holzdiebſtähle und Forſtfrevel. G. S. 1821. p. 89. ff. 102. — davon erhalten Forſtbeamte keinen Denunzianten⸗Antheil mehr. G. S. 1821. p. 93. — deren Verwandlung in körperliche Strafen (Ge⸗

fängniß- oder Zuchthausſtrafen) bei Steuer- und Zoll-Defraudationen. G. S. 1821. p. 187. — 1826. p. 106. — für Uebertretungen der Danziger Hafen-Polizei-Ordnung. G. S. 1821. p. 22. f. — bei Stempel-Steuer-Kontraventionen. G. S. 1822. p. 66. f. — Denunzianten-Antheil an ſelbigen. G. S. 1822. p. 70. — für Uebertretungen des Hauſir- ꝛc. Regulativs. G. S. 1824. p. 133. — Verwandlung derſelben in Gefängnißſtrafe für den Fall des Unvermögens. G. S. 1824. p. 134. — Denunzianten-Antheil an ſelbigen; ebendaſ. — deren Anwendung, Feſtſetzung und Einziehung bei Poſtfuhrzettel-Kontraventionen. G. S. 1824. p. 16. — 1825. p. 7. — Subhaſtationen von Grundſtücken dürfen zur Einziehung jener niemals extrahirt werden. G. S. 1826. p. 106. — findet auf Grundſtücke von Ausländern keine Anwendung, die außer Landes ſind, und kein anderes Vermögen im Inlande beſitzen. G. S. 1829. p. 127. — für die wiſſentliche Verausgabung falſcher Kaſſen-Anweiſungen, deren Verwandlung in Gefängnißſtrafen im Falle des Unvermögens. G. S. 1830. p. 21. ſ. a. Forſtſtrafen ꝛc. — in Sachen, worin das forum exemtum eintritt, müſſen zur Regierungskaſſe und nicht zur Oberlandesgerichts-Salarienkaſſe gezahlt werden. R. v. 20. Juni 1821. v. K. J. I. 66. — Die von den Patrimonialgerichten erkannten Geldſtrafen dürfen dem Gerichtshalter nicht überlaſſen werden. R. v. 29. Dec. 1812. I. 282. — Androhung und Feſtſetzung einer willkührlichen Geldſtrafe wegen Befolgung einer richterlichen Verfügung im Civilprozeſſe. R. v. 21. Aug. 1820. XVI. 51. ſ. Fiskaliſche Strafen, Forſtarbeiten, Gefängnißſtrafen, Holzdiebſtahl. — in Zoll- und Steuerſachen, ſ. Steuerſachen. — Cirk. R. v. 16. März 1829. betr. die Einſendung der Vakat-Anzeigen über fiskaliſche Geldſtrafen. v. K. J. XXXIII. 140. 141. — R. v. 28. Mai 1829, betr. die Verwandlung der Geldſtrafe in Gefängnißſtrafe bei Contraventionen gegen das Hauſir-Regulativ. XXXIII. 241. 242. — Ueber die Eintragung der auf Holzdiebſtähle erkannten Geldſtrafen, auf Grundſtücke. R. v. 7. Febr. 1831. XXXVII. 131. — Das Verhältniß der Geldſtrafen zu Freiheitsſtrafen bei Strafverwandlungen betr. Cab. Ord. v. 5. Apr. 1831. XXXVII. 398. — können für den zu denſelben Unvermögenden auch von andern bezahlt, und dürfen wider den Willen des Zahlenden nicht auf die Prozeß- oder Unterſuchungskoſten verwendet werden. R. v. 4. Aug. 1832. XL. 247. 248. — Beziehung der Geldſtrafen für verübten Betrug, ſ. Betrug. — in Polizei-Kontraventionsſachen, ſ. Polizei-Kontraventionen. — R. v. 23. u. 29. März 1833, betr. die Einziehung und Verrechnung der Geldſtrafen in den ſtandesherrlichen Gebieten in der Rheinprovinz. XL. 312 — 316. — Geldſtrafen wegen Forſtfrevel in der Rheinprovinz, ſ. Forſtfrevel. — un-

bedeutende, ſ. Rittergutsbeſitzer. — für Uebertretungen der Chauſſee-Geſetze. v K. A. 21. IV. 969. seq. — für Defraudation der Chauſſeegefälle in den Rheinprovinzen. 21. I. 20. — II. 320. — für unterlaſſene Meldung angefangenen Gewerbebetriebs. 21. IV. 798. — für unterbliebene Meldung nicht ſteuerpflichtiger Gewerbe. 25. II. 468. — in Steuer-Defraudations- und Kontraventions-Sachen, deren Einziehung oder Verwandlung in Gefängnißſtrafen. 23. II. 240. — IV. 799. seq. — 24. I. 25 — 47. — IV. 1022. seq. — 25. II. 467. — III. 627. — IV. 890. — polizeiliche, deren Verwandlung in Gefängnißſtrafen. 23. III. 644. — deren Verwandlung in Gefängnißſtrafe, wo das franzöſiſche Strafgeſetz noch gilt. 24. III. 870. — Verhaftung der dazu verurtheilten Individuen durch die Gensd'armerie. 23. II. 351. — für gewerbpolizeiliche Kontraventionen. 21. III. 554. seq. — in Hauſir-Kontraventionsfällen. 24. IV. 1152 — 1155. — deren Anordnung u. Verwendung bei Maaß- und Gewichts-Kontraventionen. 25. I. 171. 225. seq. — in Forſt-Kontraventions-Sachen, deren Beitreibung. 24. III. 721. — für Holzdiebſtähle, deren Einziehung und Verrechnung. 24. IV. 1025. — für Holzdiebſtähle in Kommunal-Waldungen, deren Einziehung. 25. I. 153. — deren Verwandlung in Gefängnißſtrafen oder Forſtarbeiten bei Holzdiebſtählen, ſ. letzt. und Forſt-Strafarbeiten. — in Injurien- u. fiskaliſchen Unterſuchungsſachen, deren Verwendung. 25. I. 169. seq. — für das Spielen in fremden Lotterien. 21. III. 579. seq. — für Hazardſpiele, an ſelbigen haben die Denunzianten zur Hälfte Theil. 21. I. 98. — für Aufblaſen des Fleiſches von Seiten der Schlächter. 21. I. 183. — für das Hetzen kleinen Viehes mit Hunden, desgl. für das Hauſiren mit Fleiſch. 21. I. 184. — III. 682. — für Defraudation der Stempelgefälle. 21. II. 315. — für ungeſtempelte Spielkarten. 21. II. 318. — für verbotwidriges Hüten des Viehes. 21. III. 333. — für Beſchädigung der Dünenpflanzungen. 21. II. 450. — für willkührliche Verlegung der Markttermine von Seiten der Ortsbehörden. 21. I. 63. — für unterlaſſene Nachtwachen in den Dörfern. 21. III. 679. — für Aufführung hölzerner Schornſteine. 21. IV. 943. — für fehlerhaftes Setzen der Stubenöfen. 21. IV. 945. — für unterlaſſene Anſchließung der Kähne in den Grenzbezirken. 26. I. 118. — ſ. a. Strafgelder. — deren Verwendung. 27. I. 156. — deren Verwandlung in Gefängnißſtrafen in den Rheinprovinzen. 27. I. 155. 158. — inexigible, deren Niederſchlagung in den Rheinprovinzen durch die Regierungen. 27. I. 158. — für Polizei-Kontraventionen oder Dienſtvergehen der Gutsbeſitzer, deren Verrechnung. 28. IV. 1042. — ſiehe auch Polizei-Geldſtrafen. — ſtatt derſelben, können gegen Unterbeamte auch Arreſt- und andere Strafen ſubſtituirt werden. 29.

I. 14. — für Kontraventionen gegen das Hauſir-Regulativ, v. 28. Apr. 1824, deren Verwandlung in Gefängnißſtrafen. 29. II. 365. Nichtanwendung der Kab. Ord. v. 24. Febr. 1812 darauf. 29. II. 365. — geringere bis zu 5 Rthlr. gehören zu den, den Stadtgemeinden vorbehaltenen Nutzungen. 29. I. 125. — in Injurien-Sachen, gebühren, auch wenn ſie nur 5 Rthlr. und weniger betragen, den Städten. 29. II. 332. — IV. 867. — allgemeine Beſtimmungen über deren rechtliche Natur und Verwendung. 30. I. 114 — 116. — fiskaliſche, oder beſondern Fonds überwieſen, werden dem Fiskus oder dieſen Fonds berechnet. 30. I. 115. — unter 5 Rthlr., gehören zu den Nutzungen der Civil-Gerichtsbarkeit, ſind auch den Stadtgemeinden vorbehalten. 30. I. 115. f. — Denunzianten-Antheile an denſelben. 30. I. 118. — fiskaliſche, können von ſtädtiſchen Kommunen nicht in Anſpruch genommen werden. 31. I. 105. — andere (nicht fiskaliſche) gebühren nach der Höhe ihres Betrages den Inhabern der Civil- oder der Kriminal-Jurisdiktion; ebendaſ. — welche ein Dritter für den eigentlichen Schuldner zu erlegen ſich erbietet, iſt Fiskus anzunehmen verpflichtet. 32. III. 612. — für Chauſſee-Polizeivergehen, ſ. dieſe. — fiskaliſche, Begriff derſelben. 33. I. 4. f. — in ſtandesherrlichen Gebieten, deren Verwendung und Verrechnung. 33. I. 4. — ſ. a. Strafen, Polizeiſtrafen und Polizeiſtrafgelder — der Landwehrmänner, wem ſie zufällt. R. v. 18. Juni 1834. — v. K. A. 34. II. 580. — ſiehe übrigens auch Gefängnißſtrafen, Holzdiebſtahl, Kriminalurtel, Leibesſtrafe, Strafmaaß, Strafreſolute, Urtelsgebühren, Verpflegungskoſten.

Geldvorſchüſſe, in wie weit ſolche aus öffentlichen Kaſſen ſtattfinden dürfen. v. K. A. 25. I. 13.

Geldzahlungen, deren Leiſtung in Treſorſcheinen nach dem Normal-Kourſe. G. S. 1807. p. 175. — in Scheidemünze nach der Reduktion derſelben, Schlichtung der darüber entſtandenen Differenzien. G. S. 1808. p. 304. — zur Berichtigung landesherrlicher Abgaben ꝛc., deren theilweiſe Abführung in Treſorſcheinen. G. S. 1809. p. 523. 619. — theilweiſe in Gold- und Silbergelde bei Steuer- und Zollgefällen. G. S. 1818. p. 86. f. — 1821. p. 183. — 1827. p. 155. — deren theilweiſe Leiſtung in Kaſſen-Anweiſungen an königliche Kaſſen. G. S. 1824. p. 239. — Berechnung deren Zwangsquote nach den einzelnen Zahlungsterminen. G. S. 1826. p. 52. — Strafagio für deren Unterlaſſung. G. S. 1824. p. 239. — ſ. a. Goldzahlungen, Münzen und Scheidemünze; desgl. Kapitalien und Zinſen. — deren Leiſtung an königl. Kaſſen. v. K. A. 23. II. 237. 267. — 24. I. 14. — III. 672 — 678. — IV. 999 — 1004. — deren theilweiſe Leiſtung in Kaſſen-Anweiſungen. 25. I. 19. 42. — in Golde,

bei öffentlichen Kaſſen. 22. II. 291. — in Courant, ſtatt in Golde, bei Entrichtung direkter Steuern, gegen ein feſtes Aufgeld von 10 Prozent. 22. IV. 849. — ſollen bei ſelbigen in Scheidemünze nur unter ⅙ Rthlr. angenommen werden. 25. IV. 884. — deren Leiſtung in Zinscoupons von Staatsſchuldſcheinen. 26. I. 23. — in Preuß. Courant für alt ſchwediſch-pommerſches. 22. IV. 848. — 24. III. 677. — für veräußerte Staatsgüter, deren Beſcheinigung von Seiten der Haupt-Verwaltung der Staatsſchulden. 23. III. 543. seq. — deren Leiſtung an die Königl. Poſt-Kaſſen. 24. IV. 1033. — desgl. an die Königl. allgemeine Wittwen-Kaſſe. 23. III. 532. 533. — Art der Leiſtung derſelben rückſichtlich der Kommunal-Steuer. 22. I. 130. — desgl. an ſtädtiſche Kaſſen. 23. IV. 865. — 24. II. 464. — an Beamte, ſiehe Beſoldungen, — ſiehe auch Kaſſen-Anweiſungen, Goldzahlungen u. Quittungen. ſiehe auch Zahlungen.

Geleiſe, die Stellmacher ſollen gleiches Geleiſe für die Wagen beobachten. Rgl. wegen Weite des Spures an Wagen u. ſ. w. in den Provinzen Cleve, Meurs und Mark, C. S. v. 14. Febr. 1765. p. 595. III. — Regl. wegen Abſchaffung des ſchmalen Wagen-Geleiſes, v. 14. März 1805. N. A. B. 31. V. P. A. B. 557. IV. — auf den Landſtraßen, was bei deſſen Befahrung zu berückſichtigen iſt. v. K. A. 17. I. 260.

Geleite. Von ſicherm, Cr. Ordn. §. 246—250. Paalzow, Comment. p. 452. B. I.

Geleitsabgabe und Geleitsſcheine fremder und beſonders polniſcher Juden, deren Erhebung und Ertheilung. v. K. A. 23. I. 58. 116. — II. 347. — IV. 788. 789. 893. seq. — 24. I. 57. — II. 553. — 26. I. 108. — III. 801. — der Juden, Strafverfahren rückſichtlich derſelben gegen die aus Polen übergetretenen und ergriffenen Juden. 27. IV. 975. — der Juden, Vorſchriften für deren Erhebung von polniſchen Juden. 31. I. 21. — in den Provinzen Preußen und Poſen, kann in andern Provinzen nicht erhoben werden. 31. IV. 780.

Gellner Tiefgelder, ſ. letzt.

Gemälde, gemeinſchädliche, ſollen confiscirt werden. R. v. 3. Juli 1834. v. K. A. 34. II. 475. — Worin beſteht bei Kupferſtichen, Gemälden und ähnlichen Kunſtwerken der gemeine Werth, der außerordentliche Werth und der Werth der beſondern Vorliebe. S. u. Str. R. 3. Bd. No. 30. p. 339.

Gemäße, ſiehe Maaße.

Gemeinde-Abgaben, (Gemeinde-Laſten, Gemeindedienſte, Kommunal-Abgaben, Kommunal-Steuern, Kommunal-Beiträge, Kommunal-Laſten) deren Aufbringung von Gemeinden und Kreiſen. G. S. 1812. p. 144. — 1820. p. 137. 138. — höhere Ge-

nehmigung zu deren Aufbringungsweiſe in Beziehung auf das Steuer=Intereſſe des Staats. G. S. 1826. p. 4. — direkte oder indirekte, zu deren Auflage können die Miniſterien des Innern und der Finanzen neben anderen bereits beſtehenden Kommunal=Abgaben und Zuſchlägen, auch die Gemeinden, bei denen die franzöſiſche oder bergiſche Geſetzgebung noch gilt, ermächtigen. G. S. 1827. p. 6. 7. — rückſichtlich deren Anlegung und Bewilligung können die franzöſiſche und bergiſche Geſetzgebung, namentlich die Dekrete v. 17. Dez. 1811. und 21. Febr. 1813. nicht weiter in Anwendung kommen. G. S. 1827. p. 6. 7. — durch Zuſchläge erhoben, Feſtſetzung und Einziehung der Strafe für deren Defraudation, wenn ſolche mit derjenigen von öffentlichen zur Staatskaſſe fließenden Abgaben verbunden iſt. G. S. 1828. p. 19. — deren Aufbringung und Verwendung in ſtandesherrlichen Bezirken und Verhältniſſe der Standesherren rückſichtlich derſelben. G. S. 1820. p. 91. — ſind Juden, wie andere Staatsbürger zu tragen verpflichtet. G. S. 1812. p. 19. — deren Sicherung nnd verhältnißmäßige Vertheilung bei Regulirung gutsherrl. u. bäuerl. Verhältniſſe und bei Gemeinheitstheilungen. G. S. 1811. p. 286. — 1816. p. 162. 173. 1817. p. 164. 168. 177. — 1820. p. 171. — 1821. p. 72. — 1823. p. 62. — 1825. p. 77. 97. 115. — in welchen Fällen die bäuerlichen Wirthe zur alleinigen Uebernahme der Kommunallaſten verpflichtet ſind. G. S. 1823. p. 36. — kommen bei der Grundſteuer nicht in Anſchlag. G. S. 1820. p. 135. — bleiben von den Ablöſungen ausgeſchloſſen. G. S. 1811. p. 157. 286. — 1829. p. 66. ſ. auch Ablöſungen. — rückſtändig gebliebene, Vorrechte derſelben in Konkurſen. G. S. 1808. p. 217. — ſtädtiſche, Verpflichtung zu deren Tragung. G. S. 1808. p. 327. 331. — von ſelbigen dürfen keine Befreiungen Statt finden. G. S. 1808. p. 328. 329. 331. — Ablöſung der auf Privatgrundſtücken noch ruhenden Befreiungen. G. S. 1808. p. 331. — Verpflichtungen zu ſelbigen von Seiten der Schutzverwandten. G. S. 1808. p. 329. — 1089. p. 623. 624. — desgl. in Beziehung auf Gewerbebetrieb. G. S. 1808. p. 329. — 1809. p. 624. — 1811. p. 263. — von Seiten der Staatsbeamten als Schutzverwandten durch beſtimmte Gehaltsprozente. G. S. 1808. p. 329. — 1809. p. 624. — nähere Beſtimmungen darüber nach dem Geſetze v. 11. Juli 1822. G. S. 1822. p. 184 — 186. — finden nur auf unmittelbare, aus königl. Kaſſen beſoldete Staatsdiener Anwendung. G. S. 1822. p. 185. — nur gültig für diejenigen Städte, woſelbſt die Städteordnung v. 19. Nov. 1808. eingeführt iſt. G. S. 1822. p. 186. — in den übrigen Städten bleiben die jeden Orts bisher beſtandenen geſetzlichen Vorſchriften darüber in Kraft; ebendaſ. — in wie weit davon Befreiungen Statt finden. G. S. 1822. p. 186. — zu den indirekten Gemeine=

Abgaben muß aber ein Jeder, und auch die von den direkten Gemeinebeiträgen befreiten Perſonen beitragen. G. S. 1822. p. 186. — Befreiung der Penſionen für Wittwen und der Erziehungsgelder für Waiſen ehemal. öffentlicher Beamten und Diener von ſelbigen. G. S. 1822. p. 186. — 1829. p. 9. — auch dann, wenn dieſe Penſionen und Unterſtützungen nicht durch Staatskaſſen, ſondern aus den unter Allerh. Genehmigung errichteten Verſorgungs-Anſtalten fließen. G. S. 1829. p. 9. — aktive Militairperſonen und auf Inaktivitäts-Gehalt geſetzte Offiziere, bleiben davon ebenfalls befreit. G. S. 1822. p. 186 — ſiehe auch Abgaben und Dienſte. — Ob nach Maaßgabe der Verordnung v. 26. Dec. 1808. bei Einziehung von Communalabgaben die Provocation auf rechtliches Gehör einen Suspenſiv-Effect gegen die von der Regierung verhängte Execution habe? Reſcr. v. 9. Febr. 1820. v. K. J. XIV. 183. — Die Gerichte ſind nicht verpflichtet, Requiſitionen der Magiſträte wegen der durch Exekution beizutreibenden Communalbeiträge zu befolgen, vielmehr iſt den letztern zu überlaſſen, dergleichen Executionen ſelbſt zu verfügen. R. v. 15. Oct. 1819. XIV. 188. — R. v. 30. Mai 1831. über die Berichtigung derſelben von gerichtlich ſequeſtrirten Grundſtücken in Berlin. XXXVII. 360/1. — (Beiträge, Steuern), deren Ausſchreibung und Erhebung. v. K. A. 21. I. 88. — deren Einziehung im Wege der adminiſtrativen Exekution. 18. III. 745. — 20. I. 38. — 21. I. 87. — 26. IV. 1067 — 1070. — Beitragspflichtigkeit des Grundeigenthums zu ſelbigen. 20. III. 552. — 21. II. 381. — III. 649. — deren Erhebung von Staatsdienern und Beamten. 19. I. 16. — 22. IV. 907 — 912. ſ. auch Kommunallaſten. — desgl. von Dienſtwohnungen derſ. 19. I. 169. — können von fixirten Reiſekoſten nicht erhoben werden. 19. I. 170. — (ſtädtiſche,) Befreiung der Staatsdiener von ſelbigen, wo das Einkommen der andern Einwohner ſteuerfrei bleibt. 26. I. 99. — deren Entrichtung von Seiten der auf Wartegeld ſtehenden Offiziere. 21. III. 653. — Befreiung der auf Inaktivitätsgehalt geſetzten Offiziere von ſelbigen. 21. III. 655. — 22. II. 387. — deren Entrichtung von den mit Gehalt angeſtellten Steuer- u. Zollbeamten 21. III. 652. — 22. III. 702. — ſind Intendanturbeamte auch vom Serviſe zu entrichten verpflichtet. 26. IV. 1079. — Beitragspflichtigkeit der Bergleute zu ſelbigen. 20. I. 55. — in wie weit davon Befreiungen ſtattfinden. 20. III. 554. — höhere Beamte ſind rückſichtl. der bewilligten Tafelgelder davon befreit. 20. III. 555. — Befreiung der ausgeſchiedenen Kriegs-Kommiſſariats-Beamten von ſelbigen. 21. III. 653. 654. — deren Entrichtung von ſtädtiſchen Beamten. 22. II. 309 — 312. — III. 701. — IV. 907 — 912. — 23. I. 19. — 24. II. 465. — III. 856. — 25. III. 674. — ſ. a. Kommu-

nal=Laſten, Kommunal=Bedürfniſſe, Gemeinde=Laſten, und Kommunal=Prozent=Abgabe. — Theilnahme der Beiſaſſen und Schutzverwandte an ſelbigen. 26. IV. 1071. seq. — ſ. übrigens Kommunalſteuern. — rückſichtl. derſ. findet die wegen des adminiſtrativen Exekutionsverfahrens ergangene Kabinets=Ordre v. 30. Nov. 1825, ebenfalls Anwendung. 27. III. 683. — (Kommunal=Abgaben, Beiträge, Steuern) der königl. Staatsdiener, deren Aufbringung von ſelbigen nach Verhältniß des von ſolchen wirklich bezogenen Gehalts. 27. I. 139. — III. 683. — desgl. rückſichtl. der mit Arreſt belegten Gehälter. 27. I. 140. — Heranziehung der Juden zu ſelbigen. 27. IV. 973. — deren Veranlagung in den Rheinprovinzen. 27. II. 443. — III. 684. seq. — die Gewerbeſteuer iſt zu Kommunal=Zuſchlägen nicht geeignet. 27. II. 445. — IV. 968. — die Bergiſchen Dekrete v. 17. Dez. 1811 u. 21. Febr. 1813 ſind rückſichtl. derſelben als aufgehoben zu betrachten. 27. II. 444. — III. 685. — indirekte, ſind außer den Zuſchlägen zur Mahl= und Schlachtſteuer nicht zu bewilligen. 27. II. 444. — Kommunal=Abgaben, rückſtändige, Verkauf der, wegen derſelben abgepfändeten Sachen. 28. IV. 1036. — Gemeinde=Steuern, deren Aufbringung in Städten, wo die Städte=Ordn. noch nicht eingeführt iſt. 28. II. 429. — Kommunal=Abgaben, ſtädtiſche, Verpflichtung der außerhalb der Stadt wohnenden Beſitzer von Grundſtücken innerhalb der ſtädtiſchen Feldmark zu erſtern beizutragen. 29. II. 319. — (Gemeinde=Abgaben, Gemeinde=Laſten, Kommunal=Abgaben, Kommunal=Laſten, Kommunal=Beiträge, Kommunal=Steuer) — deren Leiſtung von Seiten der Staatsdiener. 30. II. 344. — aktive und auf Inaktivitätsgehalt geſetzte Militairperſonen bleiben davon befreit. 30. II. 344. — zu denſelben können königl. Förſter nicht herangezogen werden. 30. II. 345. — Heranziehung der Chauſſee=Etabliſſements zu ſelbigen. 30. IV. 784. — Befreiung reluirter Feldzehnte von der Kommunalſteuer. 30. II. 346. — davon ſind Privat=Schulhalter nicht befreit. 30. I. 106. — Verpflichtung zu denſelben in Beziehung auf Domizil=Verhältniſſe. 31. I. 106. — desgl. Seitens der Referendarien. 31. I. 107. — Seitens der Polizei=Beamten in u. bei Berlin. 31. I. 107. — Befreiung der Geiſtlichen und Schullehrer von denſelben. 31. I. 109. f. — IV. 777. — Heranziehung der Chauſſeewärter zu denſelben. 31. III. 570. — dazu ſind Militairperſonen, ſo wie auch Regiments=Muſiker nicht verpflichtet. 31. I. 108. — Befreiung der Militair= und Feſtungs=Garniſon=Aerzte von denſelben. 31. II. 347. — Ausſchließung der Proviant=Beamten von dieſer Befreiung. 31. II. 347. — Heranziehung der Pächter königl. Domainen zu den Kreis=Kommunal=Abgaben. 31. III. 568. — Kommunal=Abgaben von Kirchengrundſtücken, ſ. dieſe. — Gemeinde=Abga=

ben von Kirchengrundſtücken, ſ. dieſe. — Kommunal-Abgaben, Heranziehnng auswärts wohnender Grundeigenthümer. R. v. 13. Sept. 1834. v. K. A. 34. III. 752. — die Anſtrengung eines Prozeſſes, um ſich der Kommunal-Abgaben zu entziehen, hat keinen Suspenſiv-Effekt. G. S. 1832. p. 185.

Gemeinde-Aemter, zu deren Verwaltung können auch jüdiſche Glaubensgenoſſen zugelaſſen werden. G. S. 1812. p. 18. desgl. Mennoniten. G. S. 1830. p. 82. — ſ. a. Stadt-Aemter. — Verpflichtung zur Annahme derſelben in ſtandesherrlichen Gebieten. v. K. A. 24. IV. 1102. — können penſionirte Staatsdiener ohne den Verluſt ihrer Penſion übernehmen, nicht aber Militair-Penſionairs. 27. II. 350. 352. — hiernächſtige Penſionirung der in ſelbigen angeſtellten Militair-Invaliden aus Gemeinde-Fonds. 27. II. 437. — Anſtellung verſorgungsberechtigter Militairperſonen in ſelbigen. 29. III. 552. — dabei kann auf neun Jahr gediente Unteroffiziere, ohne Invaliden-Verſorgungsſchein keine Rückſicht genommen werden. 29. III. 553. — Verfahren rückſichtl. der in ſelbigem auf Kündigung angeſtellten und wieder entlaſſenen Militair-Invaliden. G. S. 1829. p. 41. — ſ. a. Invaliden. — können von ſtandesherrlichen Beamten verwaltet werden. R. v. 9. Nov. 1833. v. K. A. 34. — II. 445.

Gemeinde-Auflagen oder Steuern. Inſtr. wegen Anordnung derſelben, v. 18. Febr. 1834. — v. K. A. 34. I. 116. — deren Vertheilungs-Maaßſtab. R. v. 21. Juli 1834. — 34. III. 749. — Repartition auf die ländlichen Grundſtücke der Stadtfeldmark. R. v. 5. März 1834. — 34. II. 442. — Beitragsverhältniſſe derjenigen Grundſtücke, welche zu öffentlichen Zwecken beſtimmt ſind. Cab. Ord. v. 8. Juni 1834. G. S. 1834. p. 135. — ſ. a. Gemeinde-Abgaben.

Gemeinde-Ausgaben, (Gemeinde-Bedürfniſſe), deren Aufbringung, ſ. Gemeinde-Abgaben. — in der Rheinprovinz, Verfahren bei deren Anweiſung. v. K. A. 33. IV. 972.

Gemeinde-Backhäuſer, ſ. Backöfen.

Gemeinde-Bauten, ſ. letzt.

Gemeinde-Beamte, ſ. Kommunal-Beamte.

Gemeinde-Bedürfniſſe, deren Aufbringung. v. K. A. 23. IV. 864. — ſollen von allen Gemeindegliedern möglichſt gleichmäßig getragen, und Prägravationen einzelner Klaſſen vermieden werden. 26. IV. 1076. seq. — Beitrags-Verhältniß der Staatsdiener zu ſelbigen in den ehemaligen Bergiſchen Landestheilen. 26. IV. 1080. — deren Aufbringung in den Städten. 24. I. 192. — IV. 1112. — Regulirung der zur Beſtreitung derſelben nachgelaſſenen Erhöhung der Mahl- und Schlachtſteuer. 20. IV. 799—807. — Heranziehung eines außerhalb des Stadtbezirks gelegenen Grundſtücks

zu denſelben. 20. III. 552. — deren Aufbringung durch Zuſchläge zur Klaſſenſteuer, und Heranziehung der Staatsbeamten zu derſelben. 32. I. 130.

Gemeinde=, Bürger= und Beiſitzrecht, im Königreiche Würtemberg. Geſetz darüber. v. K. A. 28. I. 213 — 240.

Gemeinde=Diener, deren Uniformirung und Bewaffnung. v. K. A. 23. I. 92.

Gemeindedienſte, (Burgfeſten, Landfrohnen ꝛc.) ſ. Gemeinde=Abgaben und Dienſte. — Vorſchriften für deren Leiſtung. v. K. A. 17. III. 103.

Gemeinde=Eigenthum, deſſen Schutz und Bewachung. v. K. A. 19. II. 481. — desgl. gegen widerrechtliche Eingriffe und Anmaßungen. 20. III. 548.

Gemeinde=Forſten, deren Verwaltung. v. K. A. 17. III. 49.

Gemeinde=Gelder, zur Schuldentilgung vorräthig, deren einſtweilige Aufbewahrung oder Unterbringung iſt den Gemeinden zu überlaſſen. v. K. A. 27. I. 147.

Gemeinde=Grundſtücke, ſ. Grundſtücke.

Gemeinde=Güter, in Oſtpreußen, deren Belegung mit Pfandbriefen. G. S. 1808. p. 382. — in den vormals franz. jetzt preuß. Provinzen am Rhein, zum Beſten der Amortiſationskaſſe des franz. Reichs eingezogen oder veräußert, Verfahren rückſichtlich derſelben. G. S. 1816. p. 98. — deren Ankauf von Seiten der Mitglieder der Gemeinde=Schulden=Ausſchüſſe. v. K. A. 25. I. 139. — deren Veräußerung. 17. III. 100. — ſ. a. Grundſtücke. — dürfen Landräthe nicht in Zeitpacht nehmen. 31. II. 343.

Gemeindehäuſer, Ausübung der Schankwirthſchaft in ſelbigen. v. K. A. 24. IV. 1167. seq.

Gemeinde=Haushalt, Beſtimmungen für deſſen Verwaltung. v. K. A. 19. I. 159. — III. 750. — Deckung der Bedürfniſſe deſſelben durch Beiſchläge zur Grundſteuer. 29. IV. 854.

Gemeinde=Hirten, deren Angelegenheiten, ob ſie Kommunalſache ſind? R. v. 16. März 1834. — v. K. A. 34. 123.

Gemeinde=Jagden, ſoll der Jagd=Vorſtand nicht pachten. Verfüg. v. 29. Apr. 1834. v. K. A. 34. II. 457. — ſiehe auch Jagden.

Gemeinde=Kaſſen, Inſtr. für deren Verwaltung. v. K. A. 17. I. 15. 24. — IV. 123. — deren Verpflichtungen bei Gehaltszahlungen. 17. I. 8. — ſind bei Penſionen nicht zur Zahlung des Gnadenmonats verpflichtet. 17. II. 33. — aber zur Zahlung des Gnadenmonats bei Polizeibeamten. 17. II. 33. — ſiehe a. Gemeinde=Kaſſen. — in ſelbige ſollen die Thür= und Fenſterſteuern fließen. 19. II. 325. 327. — Beiträge zu ſelbigen von Seiten umherziehender Künſtler, Thierführer ꝛc. 19. III. 752. — 20.

IV. 820. — 21. III. 651. — IV. 894. 895. — 23. III. 666. — ſ. a. Kommunal-Kaſſen. — Kommunalkaſſen, Provinzial-, deren ſeparate Verwaltung. 28. II. 289. — Aufbringung der Koſten zu letzterer durch Beiträge aus ihren eigenen Fonds. 28. II. 289. — Anlegung der Kommunal-Kaſſen-Beſtände, in Staatsſchuldſcheinen mit Genehmigung der Kommunen. 28. IV. 1034. — Gemeinde-Kaſſen in den Rheinprovinzen, gerichtliche Beitreibung der rückſtändigen Gefälle und Zinſen für dieſelben. 30. I. 103. f. —

Gemeinde-Kriegsſchulden, ältere, deren Parifikation in den Rheinprovinzen. v. K. A. 17. II. 162. — Entſcheidung der Gemeinde-Kriegs-Schuldenſachen in den wieder eroberten und neu erworbenen Provinzen. 27. I. 145.

Gemeindelaſten, ſ. Laſten. V. wegen des Kommunalbeſteuerungsrechts der Stadtgemeinden, v. 28. Dec. 1811. K. A. B. I. 448. III. — Heranziehung der Staatsdiener und Beamten zu ſelbigen. v. K. A. 17. I. 163. — 18. III. 749. — 22. III. 701. — IV. 907 — 912. — 23. I. 19 — 22. — II. 309 — 312. — III. 635. — IV. 860 — 863. — 24. I. 194 — 199. — II. 465. — III. 853. 858. — IV. 1107. — 25. I. 141 — 144. — III. 669. seq. — IV. 1050. — desgl. in Beziehung auf die Auslegung des Ausdrucks: geſetzliche Vorſchriften, im §. 13. des Geſetzes vom 11. Juli 1822. 26. II. 388. — desgl. der bei öffentlichen Behörden beſchäftigten Gehülfen. 25. III. 669. seq. — Heranziehung zu ſelbigen in doppelter Kathegorie als Staatsdiener und als anſäßige Bürger. 26. III. 764. — müſſen Militairperſonen und deren Ehefrauen tragen, wenn ſie bürgerliche Gewerbe treiben. 18. I. 21. — 19. III. 851. — 23. III. 638. — ſonſt ſind ſie davon befreit. 23. III. 638. — zu deren Tragung ſind auch die Militairbeamten verpflichtet. 25. III. 673. — MilitairChirurgen ſind davon befreit. 25. III. 673. — Befreiung der Geiſtlichen und Schullehrer von deren Leiſtung. 17. I. 138. — 25. IV. 1052. — 26. IV. 1078. — akademiſche Lehrer ſind davon nicht befreit. 19. III. 731. — durch Zulage-Centimen auf die Grundſteuer, Befreiung der Pfarrei-Grundſtücke von ſelbigen. 26. I. 101. — Heranziehung der Magiſtratsperſonen u. ſtädtiſchen Beamten zu ſelbigen. 24. III. 856. — 25. III. 674. — die ſtärkere Anziehung zu ſelbigen kann als Strafe für verweigerte Annahme ſtädtiſcher Poſten nicht angeordnet werden. 26. III. 762. — zu ſelbigen müſſen auch Bergleute beitragen. 20. I. 55. — Nichtbefreiung der jüdiſchen Religions-Lehrer von ſelbigen. 25. I. 145. — ländliche, Heranziehung der abwechſelnd in den Städten ſich aufhaltenden Gutsbeſitzer zu ſelbigen. 26. II. 387. — perſönliche, Nichtverpflichtung auswärts wohnender Grundbeſitzer zu Leiſtung derſelben. 24. II. 468. — Heranziehung der Wartegelds-Empfänger. v. K. A. 23. II. 313. — desgl. der

penſionirten Staatsbeamten. 23. II. 314. — desgl. der Pfarrpächter. 23. I. 94. — desgl. der Oekonomie-Kommiſſarien. 23. II. 312. — Befreiung der Geiſtlichen und Schullehrer von ſelbigen. 23. III. 623. — in wie weit davon Militairperſonen und deren Angehörige zu befreien ſind. 23. III. 637 — 639. — Befreiung der Schlächter und Fleiſchhändler benachbarter Städte und Dörfer von ſelbigen. 23. III. 693. seq. — Nichtbefreiung der Neubauenden von ſelbigen. 22. IV. 915. — Heranziehung der Standesherren zu ſelbigen. 23. II. 315. — desgl. der ſtandesherrlichen Grundbeſitzungen. 21. II. 381. — ſtädtiſche, deren Aufbringung von Bürgern u. Schutzverwandten. 22. II. 386. — ländliche, Verpflichtung der Pfarr-Colonen zur Trägung derſelben. 22. III. 700. — perſönliche, Befreiung 50jähriger Bürger von ſelbigen. 23. III. 634. — perſönliche, auf dem platten Lande, Stellvertretung der Staatsdiener rückſichtl. derſelben. 22. III. 700. — ſ. a. Kommunal-Laſten. — Beitragspflichtigkeit der, verſchiedene Wohnſitze habenden Gewerbetreibenden zu ſelbigen. 27. I. 141. — Feſtſtellung der Gehaltsbeträge der Staatsdiener rückſichtl. derſelben. 28. II. 331. — Befreiung der katholiſchen Dom-Geiſtlichkeit von ſelbigen. 28. II. 433. — deren Vertheilung bei Parzellirung eingezogener Bauerhöfe. 28. II. 437. — in wie fern eine höhere Heranziehung zu ſelbigen wegen Verluſtes der bürgerlichen Ehrenrechte und wegen früher begangener Verbrechen ſtattfinden könne. 28. I. 129. seq. — Geſetz über die Heranziehung der Staatsdiener zu ſelbigen v. 11. Juli 1822, Anwendung der §. §. 2. 3. u. 6. deſſelben. 28. I. 128. seq. — II. 430. — §. 13. — 28. II. 429. seq. — durch ſelbiges iſt die Deklaration des §. 44. der Städteordnung v. 11. Dec. 1809 gänzlich außer Kraft geſetzt. 28. II. 430. — Heranziehung der Erbpächter als ſelbſtſtändige Ackerwirthe zu ſelbigen. 28. III. 761. — zu öffentlichen Arbeiten als Hand- und Spanndienſten ꝛc., Erekutions- und Strafverfahren rückſichtl. deren unterlaſſenen Leiſtung. 29. II. 314. — Verpflichtung der Perſonen weiblichen Geſchlechts, taugliche Stellvertreter zu ernennen (rev. Städteordn.) G. S. 1831. p. 15. 16. — Befreiung des aktiven und inaktiven Militairs von denſelben, ebendaſ. — Verpflichtung der Staatsdiener, dazu beizutragen ibid. — Beitrag der Schutzverwandten zu denſelben. G. S. 1832. p. 184. — das Geſetz v. 11. Juli 1822 über die Heranziehung der Staatsdiener zu den Gemeinlaſten, findet auch auf ſtädtiſche, landſchaftliche u. andere mittelbare Staatsdiener Anwendung. Cab. Ord. v. 14. Mai 1832. G. S. 1832. p. 145. — Verhältniſſe der Dominien zu den Gemeinden rückſichtlich derſelben. v. K. A. 33. III. 694. — davon ſind Referendarien befreit, ſ. Referendarien. — Verhältniſſe der ſervisberechtigten Militairperſonen und auf Inaktivitätsgehalt geſetzten Offiziere und

Militairbeamten zu denſelben. Cab. Ord. v. 29. Mai 1834. G. S. 1834. p. 74.
ſ. übrigens auch Gemeinde-Abgaben, desgleichen Moratorium.

Gemeinde-Mitglieder, einzelne, denſelben können von den ſtädtiſchen Behörden keine neue Laſten und Verpflichtungen auferlegt werden. v. K. A. 32. IV. 957.

Gemeinden und Dorfſchaften ſollen ihre Geſuche bei den Landeskollegien durch Deputirte anbringen. Publ. v. 9. Dec. 1783. E. S. p. 2561. VII. — (Kommunen), ſind zur Haltung der Geſetzſammlung und des Regierungs-Amtsblattes verpflichtet. G. S. 1810. p. 2. — 1811. p. 167. — deren ſorgfältige Sammlung und Aufbewahrung bei ſelbigen, ebendaſ. — werden rückſichtl. der hypothekariſch verſicherten Schulden den Grundbeſitzern gleich behandelt. G. S. 1811. p. 202. — deren Verpflichtung zur eventuellen Unterhaltung hülfsbedürftiger Invaliden als Landarme. G. S. 1807. p. 178. — 1809. p. 574. — ländliche, aller Gattungen, mit Einſchluß der Dominialhöfe, werden mit den Städten zweiter Klaſſe in dem Kreisverbande zu einer Korporation vereinigt. G. S. 1812. p. 142. 144. — alle ländliche Gemeinden bleiben als ſolche für ſich in ihrer bisherigen Verfaſſung. G. S. 1812. p. 144. — deren Geldinſtitute, Kreditweſen, ſ. dieſe. — wegen Veräußerung, Zeit- und Erbverpachtung des liegenden Vermögens derſelben. v. K. A. 20. III. 534 — 537. — Bewachung und Schutz des Eigenthums derſelben. 20. III. 548. — ganze, Verfahren bei Abfaſſung von Vorſtellungen von ſelbigen. 23. IV. 856. — wegen der gegen ſelbige anzuſtellenden Klagen. 20. III. 551. — Aufbringung der Koſten in den von ſelbigen zu führenden Prozeſſen. 26. IV. 1075. — haben zur Verpflegung der Kriminal-Gefangenen keine Verpflichtung. 20. II. 268. — Verpflichtung derſelben zur Verpflegung ihrer Ortsarmen. 20. III. 561. (ſ. a. Armenpflege und Arme.) — ganze, Exekutions-Vollſtreckung gegen ſelbige. 25. III. 682. — Vollſtreckung gerichtlicher Exekutionen gegen ſelbige unter Konkurrenz der adminiſtrativen Behörden. 21. II. 378. — exekutiviſche Beitreibung der denſelben aus privatrechtlichen Titeln zuſtehenden Präſtationen auf gerichtlichem Wege. 26. IV. 1081. — in den Rheinprovinzen, Begutachtung der von ſelbigen abzuſchließenden Vergleiche durch drei Rechtsgelehrte. 26. II. 385. — Königl. Baierſche Verordnung wegen deren künftigen Verfaſſung und Verwaltung. 20. III. 619. — ſ. a. Dorf-Gemeinden und Korporationen. — in den Rheinprovinzen, Niederlaſſungen in ſelbiger und Theilnahme der Einwandernden an den Gemeinde-Nutzungeu. 28. III. 729. — Land- und Dorf-Gemeinden, Hannöverſche Verordn. über deren Verwaltung und Rechnungsweſen. 28. II.

567 — 587. — (Kommunen,) Beſchränkung und Ausführung der Anforderungen an dieſelben hinſichts der Anlegung und Herſtellung öffentlicher Anſtalten und Einrichtungen. 31. I. 100. — ſ. Ausübung des Beaufſichtigungsrechts über deren Schuldenweſen Seitens der Regierungen. 31. I. 102. — IV. 775. — denſelben ſoll in Beziehung auf Koſten und Leiſtungen nichts angeſonnen werden, wozu ſie nicht geſetzlich verpflichtet ſind. 32. I. 131. — III. 741. 772. — Aufſicht über dieſelben hinſichts des An- und Verkaufs von Grundſtücken, ſo wie der Aufnahme von Darlehnen. 32. I. 129. — IV. 951 — 954. — ſ. a. Dorfgemeinden. — denſelben ſteht die Befugniß nicht zu, das Recht zur Fabrikation und zum Ausſchanke des Branntweins zu verpachten. 33. I. 183. — ſ. übrigens auch Kommunal-Gemeinden ꝛc.

Gemeinden-Prozeſſe, in wie weit zu denſelben die Genehmigung der Regierungen erforderlich iſt. v. K. A. 30. I. 102. — Vertretung der Gemeinden vor Gericht, ſ. Weſtphalen.
ſ. übrigens auch Prozeſſe und Prozeßkoſten.

Gemeinde-Nutzungen, zur Vertheilung beſtimmt, die Theilnahme an ſelbigen kann neuen Anſiedlern durch Kommunal-Beſchluß verſagt, oder von ſelbigen ein verhältnißmäßiges Einkaufsgeld verlangt werden. v. K. A. 29. II. 312. 319.

Gemeinde-Rath, hierzu ſollen nicht Friedensrichter und richterliche Beamte gewählt werden. R. v. 16. Nov. 1833. v. K. A. 34. II. 413. — Verhältniſſe der Juſtizbeamten als Mitglieder desſelben. Regier.-Verordn. v. 22. März 1834. — 34. I. 115. — ſ. a. Gemeinde-Aemter.

Gemeinde-Rechnungen, für deren Abnahme finden keine Reviſions-Gebühren mehr ſtatt. G. S. 1825. p. 133. — Vorſchriften für deren Anfertigung. v. K. A. 17. III. 107. — in wie weit den Landräthen für deren Reviſion Gebühren zuſtehen. 17. IV. 122. — 21. II. 377. — deren Abnahme in der Provinz Schleſien unter Zuziehung eines Juſtitiars. 32. II. 429. — IV. 955. — dafür dürfen, wenn ſolche von den Dominien noch veranlaßt wird, den Gemeinden keine Koſten angeſonnen werden; ebendaſ. — ſtädtiſche, deren Legung und Erledigung bis zur Einführung der revidirten Städteordn. 33. III. 675. — Reſcr. v. 9. Juli 1832, betr. deren Abnahme und die dafür zu entrichtenden Gebühren. v. K. J. XL. 201.

Gemeinde-Rechnungs-Angelegenheiten, Kompetenz der Rheiniſchen Juſtizbehörden in ſelbigen. v. K. A. 25. IV. 1048.

Gemeinde-Schankhäuſer, ſ. Schankwirthſchaften.

Gemeindeſchulden der Juden, Aufbringung der Beiträge zu ſelbigen. v. K. A. 17. III. 85.

Gemeindeſchulden-Sachen, in den Rheinprovinzen,

Kompetenz der Regierungen rückſichtl. deſſelben. v. K. A. 27. II. 445. — das darüber beſtehende Geſetz v. 7. März 1822 findet auf das rechte Rheinufer keine Anwendung. 27. II. 445. — Geſetz v. 7. März 1822. §. 31. v. K. A. 29. II. 320. — ſtreitige, nach §. 11. des ebengedachten Geſetzes, gehören zum Reſſort der ordentlichen Gerichte. 29. III. 557.

Gemeinde-Schuldenweſen, ſ. letzteres.

Gemeinde-Siegel, ſoll keinen Adler erhalten. R. v. 5. März 1834. v. K. A. 34. I. 123.

Gemeinde-Steuern, ſ. Gemeinde-Abgaben.

Gemeinde-Unterbeamte, ſ. Kommunal-Unterbeamte.

Gemeinde-Verfaſſung, ſiehe Kommunal-Angelegenheiten.

Gemeinde-Verhältniſſe, Sportelfreiheit der Verhandlungen über ſelbige. G. S. 1825. p. 131.

Gemeinde-Vermögen, deſſen Verwaltung. v. K. A. 19. I. 159. — III. 750. — ſ. Kommunal-Intereſſe und Haus-Eigenthümer.

Gemeinde-Verſammlungen, bei ſelbigen ſollen keine Trinkgelagen ſtattfinden. v. K. A. 20. I. 40.

Gemeinde-Wahlordnung in Baiern. v. K. A. 18. IV. 1184.

Gemeinde-Waldungen, ſ. Forſten u. Waldungen. ſ. a. Gemeinde-Forſten und Kommunal-Intereſſe.

Gemeinde-Weiden, müſſen vom kranken Viehe gemieden werden. v. K. A. 18. II. 336. — ſ. a. Weide.

Gemeinheits-Grundſtücke, Schutz derſelben gegen widerrechtliche Angriffe und Anmaßungen. v. K. A. 20. III. 548.

Gemeinheitstheilungen, (Separationen, Auseinanderſetzungen) A. L. R. I. XVII. 311—361. — Verordnung die Aufhebung der Gemeinheiten betr. v. 21. Oct. 1769. E. S. p. 6217. IV. Verfahrungsart dabei. R. v. 5. Febr. 1774. p. 53. V. d. in Anſehung der einzuſchränkenden Wieſenbehütung. R. v. 19. Mai 1770. p. 6787. IV. der Schäfereigerechtigkeit. Inſtr. v. 1774. p. 81. V. d. in Anſehung der auszumittelnden Theilnehmungsrechte an gemeinſchaftlichen Hütungen. ſ. St. B. p. 1. Th. 3. Ed. die Begünſtigung des Anbaues der Futterkräuter in der Churmark und im Magdeburgiſchen betr. v. 21. Febr. 1791. E. S. p. 26. IX. bei Aufhebung der Gemeinheiten ſoll auf beſſere Einrichtung des Dienſtweſens Bedacht genommen werden. R. v. 27. Dec. 1774. p. 969. V. d. wie die Conſiſtorien bei denſelben die Gerechtſame der mit intereſſirenden geiſtlichen Grundſtücke obſerviren ſollen. R. v. 22. Oct. 1770. p. 7397. IV. von Confirmation der außergerichtlichen Ge-

meinheitstheilungen. R. v. 25. Dec. 1770. p. 7437. IV. ſ. A. G. D. Th. 1. Tit. 43. C. v. 14. Mai 1778. p. 1275. VI. R. die Theilung der gemeinen Weiden in Oſtfriesland betr. v. 13. Juli 1779. p. 1595. VI. Dir. R. die Koſtenvertheilung in dergleichen Sachen betr. v. 3. Jan. 1777. Lief. 4. p. 44. — Die Aufhebung des Kornzehends gegen ein Aequivalent iſt kein Gegenſtand der Gemeinheits-Auseinanderſetzung. G. E. v. 13. März 1790. Kl. A. 319. VI. — Wie die Minden-Ravensbergſche Markentheilungs-Inſtr. v. 19. Juni 1782. in Anſehung der Participation eines ſeit mehr als 100 Jahren unbeſetzten Hofes, deſſen Ländereien einzeln verpachtet worden, zu erklären. G. E. v. 29. Juli 1794. Kl. A. 48. XIII. Gerichtsſtand in dergl. Sachen, ſ. Gerichtsſtand. — der Streit wegen geſchehener Separation der Kirchen- und Pfarräcker vom Vorwerksacker zu Biſchoffsſee wird der Regieruug überlaſſen. J. E. v. 24. Aug. 1762. Kl. A. 146. VI. R. wegen der Diäten der Protocollführer und Feldmeſſer bei den Aemter-Separationsſachen, v. 30. Nov. 1803. E. S. p. 1964. XI. Wenn Mitglieder einer Dorfgemeine auf Auseinanderſetzung mit den übrigen Mitgliedern antragen, und die Theilung nicht nur an ſich möglich, ſondern auch dem Ganzen vortheilhaft iſt, ſo müſſen die derſelben widerſprechenden Mitglieder nicht nur ihren Antheil an den Vermeſſungs- n. Bonitirungskoſten vorſchießen, ſondern können auch angehalten werden, ihre Beſitzungen unter ſich zu theilen. R. v. 5. Apr. 1806. J. M. III. 98. Ein Separationsreceß zwiſchen der Gutsherrſchaft und ihren Unterthanen, worin beide von ihren Forderungen etwas nachgelaſſen, iſt als ein Vergleich zu betrachten, und kann weder wegen eines Irrthums noch wegen Verletzung angefochten werden. Erk. J. M. IV. p. 205. Ideen zum Entwurf eines Reglements zur Aufhebung der Gemeinheiten v. d. Litthauiſchen Kammerpräſident Broscovius. J. M. VI. 263. Ueber die Literatur des Gemeinheitstheilungsgeſchäfts, ibid. II. 174. Gedanken über Gemeinheitstheilungen und Vererbpachtungen geiſtl. Grundſtücke ꝛc. v. Jahn ſind ibid. III. 313. und deſſen Entwurf einer Gemeinheits-Dienſtaufhebungsordnung, ibid. V. 308. 379. 508. angezeiget, wohin beſonders auch die in des Oberforſtmeiſters von Kropff Syſtem und Grundſätze bei Vermeſſung, Eintheilung, Abſchätzung, Bewirthſchaftung und Cultur der Forſten, Berlin, 1807. bei Decker, wegen Befreiung der Forſten von Servitutgerechtſamen, insbeſondere von den Behutungen, p. 738. ff. aufgenommenen Verhandlungen gehören. Zur Trennung ſtädtiſcher Radicalien und Pertinenzien bedarf es nur, V. v. 24. Aug. 1811, dann der Genehmigung der K. Regierung, wenn Domainen-Abgaben und landesherrliche Laſten auf dergleichen Grundſtücken ruhen, und müſſen alle Theile des zerſtückelten Grundſtücks bis dahin, wo der Conſens der Regierung ertheilt worden, für dieſe Domainen-

und Landesabgaben ſolidariſch verhaftet bleiben. R. v. 24. Febr. 1812. K. A. B. 161. I. u. 151. II. — Von der Konkurrenz der Landräthe bei Gemeinheitstheilungen. K. A. B. 6. III. ſ. a. ebendaſ. 549. Sind bei einer Gemeinheits-Separation oder Gränzberichtigung, Pertinenzſtücke eines Guts gegen eine baare ein für allemal zu entrichtende Vergütigung abgetreten worden, ſo müſſen die das Geſchäft dirigirenden Gerichte ein ſolches Abkommen den Hypothekengläubigern bekannt machen. A. L. R. I. XX. 400. — ſ. Beſitztitel, Kündigung. — Wenn bei Gemeinheitstheilungen die Genehmigung der Rezeſſe als nöthig erſcheint, müſſen die Kommiſſarien die Erklärung der landräthlichen Behörde erfordern. K. A. B. 290. VI. Inſtr. f. die Oekonomie-Commiſſarien wegen Anweiſung des hutfreien Drittels für die Pfarrer betr., in Folge des E. v. 17. Sept. 1811. P. A. B. 14. VII. Separationen einzelner Grundſtücke, iſt den Beſitzern derſelben nachgegeben. G. S. 1807. p. 171. — 1811. p. 300. — desgl. rückſichtl. der Grundſtücke der Domainen-Einſaſſen aus der Gemeinheit. G. S. 1807. p. 247. f. 283. f. — reſſortiren vom Miniſterio des Innern. G. S. 1808. p. 364. — 1810. p. 12. — 1814. p. 43. — 1821. p. 87. — Verbeſſerung des Verfahrens bei ſelbigen. G. S. 1811. p. 310. — Beſorgung derſelben durch einen qualifizirten Oekonomie-Kommiſſarius und einen Rechtsverſtändigen. G. S. 1811. p. 310. — Entſcheidung in ſelbigen durch eine aus drei Schiedsrichtern beſtehende Kommiſſion. G. S. 1811. p. 310. — Errichtung eines Reviſions-Kollegiums in ſelbigen, aus 2 Mitgliedern des Landes-Oekonomie-Kollegiums, aus 2 Räthen des Oberlandesgerichts, und aus einem der Direktoren des letztern beſtehend. G. S. 1811. p. 310. — in Verbindung mit gutsherrlichen und bäuerlichen Auseinanderſezzungen, Reſſort der General-Kommiſſionen rückſichtl. derſelben. G. S. 1817. p. 163. ff. — allgemeine Vorſchriften über das Verfahren bei ſelbigen, nach der Verordn. v. 20. Juni 1817. G. S. 1817. p. 173. ff. — Feſtſetzung und Aufbringung der Koſten in denſelben. G. S. 1817. p. 196. 200. — 1821. p. 88. — Ausführung derſelben in allen Provinzen der Monarchie, in welchen das Allg. Landrecht eingeführt iſt, mit Aufhebung des 4ten Abſchn. 17ten Tit. 1ſten Theils deſſelben u. der Gemeinheitstheilungsordn. für Schleſien v. 14. Apr. 1771. — nach der Ordn. v. 7. Juni 1821. G. S. 1821. p. 53 — 77. — Geſetz über die Ausführung der letztern durch die General-Kommiſſionen, von demſelben Tage. G. S. 1821. p. 83 — 88. — Rekurs- und Reviſions-Verfahren in ſelbigen. G. S. 1821. p. 87. f. — in welchem Umfange Gemeinheitstheilungen ſtattfinden können. G. S. 1821. p. 53. — die blos vermengte Lage der Aecker, Wieſen und ſonſtigen Ländereien ohne gemeinſchaftliche Benutzung, begründen keine Auseinanderſetzung nach dieſer Ord-

nung. G. S. 1821. p. 54. — wer darauf zu provoziren berechtigt iſt. G. S. 1821. p. 54. f. — die Befugniß dazu, kann weder durch Willens-Erklärungen, noch durch Verträge, noch durch Verjährung erlöſchen. G. S. 1821. p. 56. — auch frühere Judikate, können den Antrag auf ſelbige nicht hindern; ebendaſ. — Abfindung der dabei Betheiligten. G. S. 1821. p. 56 — 73. — wegen des bei ſelbigen den Landſchullehrern anzuweiſenden Gartenlandes. G. S. 1811. p. 311. — 1812. p. 194. — 1821. p. 66. — unter welchen Beſchränkungen die Errichtung neuer Gemeinheiten durch ſchriftliche Verträge zugelaſſen werden kann. G. S. 1821. p. 73. — Einführung einer den Rechten angemeſſenen und zweckmäßigen Benutzung bei Einſchränkungen der Gemeinheiten. G. S. 1821. p. 73. ff. Ausweiſung des hutfreien Drittels. G. S. 1821. p. 75. f. — Wahrnehmung der Gerechtſame der Domainen, Forſten, öffentl. Inſtitute rc. bei ſelbigen reſp. durch die Regierungen und Provinzial-Schulkollegien. G. S. 1826. p. 10. 11. — Stempelfreiheit der Verhandlungen über ſelbige. G. S. 1822. p. 58. — Gemeinheitstheilung ſtädtiſcher Grundſtücke, rev. Städteordn. G. S. 1831. p. 29 — Verpfändung der Güterſubſtanz zur Aufbringung der Koſten, ſiehe Lehns- und Fideikommiß-Beſitzer.

ſ. übrigens auch Bauerhöfe, Grundſtücke, gutsherrliche und bäuerliche Verhältniſſe.

in wie fern die nicht ſtreitigen zum Reſſort der Regierungen gehören. R. v. 10. Juni 1815. v. K. J. VI. 11. — die Vorſchrift §. 316. Tit. 17. Th. I. des A. L. R. iſt dahin zu deuten, daß der erforderliche Nachweis, welchergeſtalt die Separation dem Ganzen vortheilhaft ſei, nichts weiter in ſich faßt, als daß dargethan werden muß, daß das zu theilende Revier in ſeinem ganzen Inbegriffe zuſammen genommen, durch die Separation in einen beſſern Culturzuſtand geſetzt werden könne, als in welchem es ſich befunden hat, und hiernach es nicht darauf ankommt, daß die durch die Separation zu bewirkende Verbeſſerung ſich auf jeden einzelnen Theil des gemeinſchaftlichen Reviers erſtrecke. R. v. 2. Oct. 1816. VIII. 246. — Ernennung der dabei zu adhibirenden Commiſſarien und Oekonomie-Commiſſarien. R. v. 7. Dec. 1818. XII. 264. — Beachtung des Unterſchiedes zwiſchen gerichtlichen und außergerichlichen Separationen. R. v. 2. Apr. 1819. XIII. 246. — Art der Bekanntmachung der öffentl. Aufforderungen u. Edictalcitationen in Gemeinheitstheilungsſachen. R. v. 5. Nov. 1821. XVIII. 293. — In Gemeinheitstheilungsſachen findet die Koſten- u. Stempelfreiheit fortwährend ſtatt. R. v. 17. Mai 1824. XXIII. 200. ſ. Gebührentaxe. — Cab. Ord. v. 14. Juni 1828., die Provokation auf dieſelben betr. XXXI. 271. 272. u. v. K. A. 28. II. 364. — R. v. 8. März 1831. wegen Beiſtimmung des Miniſterii zu den Provokationen des Fis-

kus auf Gemeinheitstheilung ꝛc. v. K. J. XXXVII. 67. 68. — R. v. 22. September 1831., über den Kompetenz-Punkt bei denſelben. XXXVIII. 109. 110. — Von dem Verfahren bei Ausfertigung der bäuerlichen Auseinanderſetzungs-Rezeſſe, und der Verpflichtung der Untergerichte zur Ausfüllung der über die Auseinanderſetzungen anzufertigenden Tabellen. R. v. 16. Dez. 1831. XXXVIII. 298. — ſiehe auch Geheimes Ober-Tribunal, General-Kommiſſionen, Reviſions-Kollegien. — wegen der deshalb ergangenen Beſtimmungen. v. K. A. 19. I. 65. — II. 342. 343. — III. 668. seq. — Verfahren rückſichtlich derſelben. 20. I. 22. — desgl. bei bäuerlichen Regulirungen. 18. IV. 994. — 25. IV. 836. — ſiehe auch Pfarr- und Schulländereien. — Verbindung der geometriſchen Arbeiten bei ſelbigen mit denen Behufs der Aufnahme des Grundſteuer-Kataſters. 24. II. 401 — 404. — Steuer-Regulirung bei Auseinanderſetzungen in ſelbigen. 24. II. 404 — 408. — Regulirung der Grundſteuer bei ſelbigen. 26. III. 670. seq. — Stempelpflichtigkeit und Stempelfreiheit bei Vollmachten in ſelbigen. 26. III. 712. — Koſten-Aufbringung in ſelbigen von Seiten der Partheien. 26. II. 344. — Rekurs-Verfahren in ſelbigen. 24. I. 125. — was bei ſelbigen rückſichtlich der Königl. Forſten zu beobachten iſt. 21. IV. 841. — desgl. rückſichtlich der Kirchen- und Pfarr-Ländereien. 21. III. 627. — Verfahren bei Ausführung derſelben von Seiten der Kirchen- und Schul-Inſpektionen. 24. IV. 1040. — zum Geſchäftskreiſe der General-Kommiſſionen gehörig, Konkurrenz der Regierungen und Provinzial-Schul-Kollegien rückſichtlich der von ihnen reſſortirenden Güterverwaltungen bei erſtern. 28. III. 676. — Gemeinheitstheilungsordnung v. 7. Juni 1821. §. 17. — 28. IV. 904. — §. 74. — 28. III. 643. — §. §. 166. 178. — 28. IV. 1009. — Kompetenz der General-Kommiſſionen in Prozeſſen über ſelbige. 29. II. 275. ff. — Anwendung der Gebühren- u. Stempelfreiheit in deren Angelegenheiten. 30. I. 314. — Anweiſung des fiskaliſchen Antheils an den Diäten, Fuhr- und Vermeſſungskoſten in denſelben. 30. II. 315. — deren Leitung im Herzogthum Weſtphalen. 30. III. 543. — ſiehe a. General-Kommiſſionen. — in wie weit die großherz. heſſiſche Gemeinheitstheilungs-Ordnung v. 9. Jul. 1808. im Herzogthume Weſtphalen noch zur Anwendung zu bringen iſt. 30. III. 543. — Anwendung der §. §. 22. u. f. der Gemeinheitstheilungsordn. v. 7. Juni 1821. auf die weſtphäliſchen Markentheilungen, ohne die durch die Ordre v. 14. Jun. 1828. beſtimmte Beſchränkung. 31. II. 309. — Anwendung der §. §. 86 — 94. — in Beziehung auf das Provokationsrecht des Fiskus. 31. I. 35. — Ausübung des Provokationsrechts bei denſelben Seitens des Fiskus. 31. I. 35. — Liquidation der Reiſekoſten und Diäten Seitens der Kommiſſarien

in denſelben. 31. I. 37. f. — Verfahren bei Streitigkeiten über Planlage und Bonitirung in ſelbigen. 32. I. 86. — Verfahren bei ſelbigen rückſichtlich der zum Gemein-Vermögen zu rechnenden Grundſtücke. 32. II. 385—397. Aufbringung der bei denſelben auf Kirchen-, Pfarr- und Schul-Ländereien fallenden Koſten. 32. II. 397. — Stempelfreiheit gewiſſer Verhandlungen in denſelben. 33. IV. 915. — Verlegung oder Aufhebung von Wegen, Brücken oder ſonſtigen Kommunikations-Anſtalten bei denſelben. 33. II. 515. — Aufbringung der bei denſelben für ſachverſtändige Beiſtände der Kirchen, Pfarren und Schulen erforderlichen Koſten. 33. III. 642. — ſiehe überhaupt a. Ablöſung. Kommunal-Intereſſe. Schullehrer. Separation.

Gemeinheitstheilungskoſten. Die Gerichte müſſen ſich hinſichts der in Gemeinheitstheilungs- und Ablöſungsſachen zu liquidirenden Koſten nach dem Reglement v. 20. Juni 1817. achten. R. v. 7. Mai 1824. v. K. J. XXIV. 149.

Gemeinheitstheilungs-Rezeſſe, Verfahren bei deren Eintragung in das Hypothekenbuch. R. v. 28. Januar 1833. v. K. J. XLI. 272. 273. — ſiehe übrigens auch Schreibgebühren.

Gemeinſchaft; ſ. Subhaſtation.

Gemeinſchaftliche Grundſtücke; ſiehe Pupillengüter.

Gemeinſchaftliche Güter; ſ. Subhaſtation.

Gemeinſchaftliches Revier; ſ. Separation.

Gemeinſchuldner; ſ. Handlungsbücher, Perſonalarreſt.

Gemeinwohl, rückſichtlich der Expropriation wegen deſſelben ſteht den Gerichtshöfen keine Kognition zu. v. K. A. 32. IV. 854.

Gemüthskranke, Publ. betr. die Unterſuchung eines angeblich Seelen- oder Gemüthskranken, Behufs Blödſinnigkeitserklärung, v. 6. Oct. 1820. v. K. J. XVI. 137. — allgemeine Vorſchriften, rückſichtlich des Verfahrens gegen ſelbige. v. K. A. 26. IV. 1136. — deren Behandlung. 18. I. 193. — deren nähere Erwähnung in den amtlichen Sanitätsberichten. 21. II. 456. — deren Aufnahme in öffentliche und Privat-Heil-Anſtalten. 17. IV. 272. — 25. IV. 1097. — davon ſoll den Gerichten Anzeige gemacht werden. 26. I. 218. — die über deren Zuſtand aufgenommenen gerichtlichen Protokolle ſind den Regierungen mitzutheilen. 26. IV. 1135. — Militairperſonen, von den rückſichtlich derſelben eingeleiteten Unterſuchungen, ſo wie von deren Ausfall, ſoll den Militair-Behörden Nachricht gegeben werden. 26. IV. 1148. — deren Nichtbeförderung durch die Poſten. 22. I. 47. — arme, deren Unterbringung und Verpflegung. 23. II. 411 — 413. — Beiträge zu deren Verpflegung. 20. III. 562. — Königl. Sächſiſche Verordnung über

deren Verſorgung. 22. II. 457 — 462. — (Wahnſinnige) arme, deren Verpflegung und Unterbringung in der Neumark. 27. IV. 1007. — (Geiſteskranke) arme, Verpflichtung zu deren Unterbringung nach deren Domizil. 29. II. 360. — zu deren Aufnahme in eine Irrenanſtalt iſt gerichtliche Blödſinnigkeits-Erklärung erforderlich. 29. II. 360. — deren Behandlung in der Irrenheilanſtalt zu Siegburg. 31. II. 409—415. — von dem gerichtlichen Verfahren gegen dieſelben in der Rheinprovinz, ſiehe letzt. ſiehe auch Gemüthszuſtand.

Gemüthsſchwache; ſiehe Majorennität.

Gemüthszuſtand. Die Gerichte ſind angewieſen, in allen Fällen, wo der Gemüthszuſtand eines Menſchen ärztlich unterſucht wird, die Protocolle und von den Phyſikern und Aerzten erſtatteten Gutachten dem Medicinalcollegio der Provinz abſchriftlich zu überſenden. Reſcr. v. 31. Jan. 1818. v. K. J. XI. 49. nachher der Regierung. Reſcr. v. 5. Juni 1818. XI. 247. und vom 29. Dec. 1826. XXVIII. 301. — Im Falle der Unterſuchung des Zuſtandes eines unvermögenden Gemüthskranken müſſen die baaren Auslagen und Diäten aus der Salarienkaſſe entnommen werden, in ſofern die Einleitung nicht auf Antrag der Verwandten geſchehen iſt, als in welchem Falle den letztern die Zahlung ſämmtlicher Koſten obliegt. Wegen der Diäten des Phyſikus iſt nach §. 285. des Anh. zur A. G. O. zu verfahren. Reſcr. v. 5. Dec. 1823. XXII. 198. — Die proviſoriſche Aufnahme eines noch nicht gerichtlich dafür erklärten Gemüthskranken in die öffentlichen oder Privat-Heilanſtalten darf zwar nicht um dieſer Form willen ausgeſetzt werden, aber die geſetzliche Sicherheit und Freiheit der Perſon erfordert, daß gleich nach der Aufnahme dem competenten Gerichte davon Anzeige geſchehe, damit daſſelbe nach Vorſchrift der Geſetze die ſorgfältige Unterſuchung verfügen und darüber erkennen könne; wobei es keinen Unterſchied macht, ob der aufzunehmende Kranke unter ehelicher oder väterlicher Gewalt ſteht oder nicht. Cab. Ord. v. 5. April 1804. Reſcr. vom 30. Sept. 1817. X. 249. *) und vom 25. Nov. 1825. XXVI. 390. — In allen Fällen, wo die Unterſuchung des Gemüthszuſtandes einer activen Militairperſon Behufs der Entſcheidung über deren Blödſinnigkeit oder Wahnſinn veranlaßt worden, iſt der Militairbehörde ſowohl davon als auch von dem Ausfalle des Erkenntniſſes Nachricht zu geben. R. v. 16. Oct. 1826. XXVIII. 296. — ſiehe Medizinalkollegium. — die gerichtlichen und ärzlichen Unterſuchungs-Verhandlungen darüber ſollen den Medizinal-Kollegien abſchriftl. mitgetheilt werden. v. K. A. 18. I. 192. — die über Gemüthszuſtands-Unterſuchungen geführten Verhand-

*) Die in dieſem Reſcript in Betreff der Ehefrauen u. Kinder enthaltene Ausnahme iſt durch das ſpätere aufgehoben.

lungen ſind von den Gerichten den Regierungen abſchriftlich mitzu⸗theilen. 27. I. 230. — wie die Unterſuchung des Gemüthszuſtandes vorzunehmen ſei. R. v. 12. Sept. 1834. v. K. J. XLIV. 93.

Gend'armen, haben einzeln den Rang der Unteroffiziere in den Linientruppen. G. S. 1821. p. 4. — ſ. ferner Gendarmerie. — darüber: ob ſie ſowohl in Rückſicht der Injurien, welche gegen ſie verübt worden, als auch in Anſehung der Verbrechen, welche ſie ſelbſt begehen, und welche nichts mit ihrem Dienſt gemein haben, als wirkliche Militairperſonen, oder als Polizeiofficianten zu betrachten, wird die Allerhöchſte Verfügung erwartet; übrigens ſind ſie als wirkliche Militairperſonen anzuſehen. Reſcr. vom 13. März 1813. v. K. J. II. 33. — Die Gensd'armerie hat bei Aus⸗übung ihres Dienſtes überhaupt und namentlich in Bezug auf den öffentlichen Glauben ihrer amtlichen Anzeigen und Berichte die Rechte der übrigen öffentlichen Beamten. Eine beſondere Vereidi⸗gung dieſes militairiſch organiſirten Corps, deren einzelne Mitglie⸗der bereits auf die Kriegsartikel verpflichtet ſind, iſt nirgends vor⸗geſchrieben, und ſie kann mithin nicht zur Bedingung der Glaub⸗würdigkeit der amtlichen Anzeigen und Berichte der Gensd'armen gemacht werden. Reſcr. v. 3. Jan. 1825. XXV. 141. — ſ. Anſtellung, Beleidigungen, Unterſuchungen, Wider⸗ſetzlichkeiten. — Cirk. v. 10. Dez. 1827. betr. das Gnadenge⸗halt der aus dem aktiven Dienſte ausſcheidenden Gens'darmen bei ihrer Anſtellung in Civildienſten. v. K. J. XXX. 370. — R. v. 18. Jan. 1828. deren Anſtellung betr. XXXI. 168. 169. — Cab. Ord. v. 22. Aug. 1829. betr. den Gerichtsſtand der Land⸗Gensd'armen. XXXIV. 127—129. — deren Sportelfreiheit XXXVII. 100. — deren Anſtellung und Penſionirung. v. K. A. 25. I. 166. — De⸗nunziations⸗Gebühren für ſelbige. 23. II. 336. — IV. 875. — 24. II. 490. — verdiente, Bewilligung von Prämien für ſelbige, un⸗ter Genehmigung des Miniſteriums des Innern und der Polizei. 23. I. 100. — 25. IV. 1057. — können keine Gebühren für Ver⸗haftungen auf gerichtliche Requiſitionen erhalten. 24. IV. 1118. — Gerichtsſtand derſelben in Unterſuchungs⸗Sachen wegen Dienſt⸗ u. gemeiner Vergehen. 22. I. 137. — 23. IV. 873. — Führung der gegen ſelbige eröffneten Unterſuchungen. 24. IV. 1119. — Beloh⸗nung des Stellvertreters während derſelben. 24. I. 205. — Liqui⸗dation der baaren Auslagen in ſelbigen. 24. III. 867. — Soldzah⸗lung an ſelbige während der Suspenſion ab officio. 24. I. 204. — Dienſtleiſtungen derſelben in Civilkleidern. 24. III. 866. — Gebrauch der Waffen von ſelbigen bei Widerſetzlichkeiten in ihren Dienſt⸗Funktionen. 24. I. 202. seq. — deren Remuneration für die Be⸗obachtung der Poſtillons in deren Dienſt⸗Funktionen. 23. II. 264. — III. 593. — ſollen die Wirthshäuſer revidiren. 17. II. 189. —

deren Verſorgung im Civil. 25. III. 562. seq. — proviſoriſch angeſtellte, Ertheilung von Dienſtzeugniſſen für ſelbige. 24. II. 479. — kranke Gendarmen, zu deren unentgeldlicher Behandlung können Kreisphyſiker und Civilärzte nicht verpflichtet werden. 23. IV. 873. — invalide, Unterſuchung deren Geſundheitszuſtandes durch die Kreisphyſiker. 23. III. 643. — verſtorbene, Zahlung des Gnaden-Monats an deren Hinterbliebene. 24. I. 208. — II. 485. — Hülfs-Gend'armen, deren Anſtellung in den Rheinprovinzen. 24. I. 206. — Grenz-Gendarmerie, Dienſtverrichtungen derſelben. 24. IV. 1117. — ſiehe ferner Gendarmerie. — im Civildienſte angeſtellt, behalten ihr Gnadengehalt neben dem Civil-Einkommen bis letzteres mindeſtens das doppelte des erſteren erreicht. 27. IV. 875. — Befreiung deren Ehefrauen von den Beiträgen zu dem Kriegsſchulden-Tilgungs-Fonds. 27. II. 443. — Diätenbewilligung für ſelbige auf einzelne Tage, wenn ſolche den Betrag der Marſchzulage nicht erreicht. 28. IV. 1039 — 1041. — ſchon dienende, nur für dieſe können Verſetzungskoſten bewilligt werden. 28. IV. 1041. — berittene, deren Vertretung bei Erkrankung ihrer Dienſtpferde. 28. III. 736. — erkrankte, und deren Familien, Erleichterung für ſelbige in deren ärztlichen Behandlung- und Arzenei-Verpflegung. 28. IV. 1094. — deren Dienſtzeit ſoll bei Penſionirungen von dem wirklichen Eintritt in den Dienſt ab, berechnet werden. 28. III. 737. — im Civil verſorgte, deren Verhältniſſe rückſichtlich ihrer Militair-Penſionen- Gnaden- und Wartegelder. 28. I. 134. — IV. 954. — penſionirte, Zahlung deren Penſion für den Sterbe- und Gnadenmonat an deren Hinterbliebene. 28. I. 135. — deren Vereidigung, welche den Militair-Vorgeſetzten derſelben zu überlaſſen iſt. 29. III. 561. — die Prüfungszeit der zur Land-Gendarmerie übertretenden Armee-Gendarmen wird auf 2 Monate beſchränkt. 29. I. 131. — deren Verhältniße zu ihren Militair-Vorgeſetzten iſt allein nach den Grundſätzen der militairiſchen Subordination zu beurtheilen. 29. III. 561. — Beweisfähigkeit amtlicher Denunziationen derſelben in Polizei-Kontraventions- und Straf-Sachen. 29. III. 568. — können nur Diäten oder Marſchzulagen für Dienſtleiſtungen außerhalb ihres Geſchäftsbezirks erhalten, welche die Regierungen auf ihre Diäten-Fonds ſelbſt anweiſen können. 29. III. 564. — Verfahren bei deren Entlaſſung auf adminiſtrativem Wege. 29. III. 560. — wegen unmoraliſcher Führung aus dem Dienſte ohne Penſion entfernt, denſelben ſind nur in ſofern Invaliden-Wohlthaten zu gewähren, als ſie bereits vor ihrem Eintrtt in die Gendarmerie, Anſprüche darauf hatten. 29. III. 561. — deren Penſionirung, die aber nur nach vollkommen erwieſener Untüchtigkeit ſtatt finden ſoll. 29. I. 133. — II. 322. — ausgeſchiedene, theilweiſe Belaſſung ihrer Wartegelder oder Penſionen bei Anſtellungen im Civil. 29. IV. 752.

— interimiſtiſch angeſtellte, demnächſt aber verſtorbene, Wiedererſtattung der von ſelbigen berichtigten Verbeſſerungs-Abzüge. 29. IV. 860. — Armee-Gendarmen, ehemalige, im Civil verſorgte, Feſtſtellung deren Militair-Einkommen in Beziehung auf die von ihnen zu leiſtenden Penſions-Beiträge. 29. III. 565. — ſiehe auch Penſions-Beiträge. — Reſervirung der denſelben an den Polizei-Strafgeldern gebührenden Denunzianten-Antheile. 30. I. 118. — Verfahren in Disziplinar-Unterſuchungs-Sachen gegen dieſelben, mit Bezug auf die allerhöchſte Cab. Ordre v. 4. Sept. 1827. — 30. II. 358. — im Steuerfache oder als Polizei-Sergeanten auf Probe angeſtellt, Vorbehalt zu deren etwaigem Rücktritt in die Gendarmerie. 30. II. 355. — mit Gnadengehalt, Wartegeld, oder Penſion ausgeſchieden, bedingte Fortgewährung auch der letztern bei deren Anſtellung im Civil. 30. II. 356. — Gehaltsabzüge von denſelben, während deren Suspenſion vom Dienſt. 32. I. 147. — ausſcheidende, deren Penſionirung oder Bewilligung eines Wartegeldes für dieſelben. 32. IV. 847. — mit Gnadengehalt ausgeſchiedene, Beſoldungs-Kompetenz derſelben bei ihrer Anſtellung im Civildienſte. 32. II. 447. — erhalten das Gnadengehalt neben der Civilbeſoldung ſo lange, bis letztere das Doppelte des erſtern erreicht; ebendaſ. — penſionirte, ſind als Militair-Penſionaire zu betrachten. 32. I. 149. Fortbezug ihrer Penſionen nach ihrer Verſorgung im Civildienſte. 32. I. 148. — Dispoſition über dieſelben Seitens der Landräthe und der Orts-Polizeibehörden in den großen Städten. 32. IV. 961. — den Magiſträten ſteht in der Regel dieſe Dispoſition nicht zu. 32. IV. 961. — Anſchaffung der Formulare zu ihren Dienſt-Journalen. 32. II. 438. — Bewilligung der Marſchzulage für dieſelben. 32. II. 446. — deren Vorladung vor die Zuchtpolizei- ꝛc. Gerichte in der Rheinprovinz, gegen verhaftete Bettler ꝛc. 33. III. 703. — Prüfung ihrer Tüchtigkeit zur Anſtellung im Civil. R. vom 2. Febr. 1834. — 34. I. 127. — zum Arreſt verurtheilte, Stellvertretungskoſten derſelben. R. v. 24. März 1834. — 34. I. 129. — Gratifikation für dieſelben. R. v. 2. Mai 1834. — 34. II. 479. — ſollen die Poſt unentgeldlich begleiten; ſiehe Poſt. — Reiſekoſten der Gensd'armes-Offiziere u. Wachtmeiſter bei Verſetzungen. ſiehe Reiſekoſten. —

ſiehe überhaupt auch Civil-Verſorgungsſchein.

Gend'armerie, Publ. wegen der bei derſelben vorfallenden kirchlichen Handlungen. R. A. B. 96. III. P. A. B. 18. IV. wegen Ausführung der Vorſchriften des §. 8 — 22. p. 21. Decl. ad §. 33. wegen der von den Landräthen zu übernehmenden Controlle der ſtädtſchen Polizei-Verwaltung. R. A. B. 715. III. die Gensd'armes ſind als wirkliche Militairperſonen zu betrachten. R. v. 13. März 1813. v. K. J. 33. II. — Thätlicher Widerſtand gegen die, Ed.

v. 30. Jul. 1812. §. 93. G. S. 152. I. wird nach dem A. L. R. Th. 2. Tit. 20. §. 166. mit Gefängniß⸗ Zuchthaus⸗ oder Feſtungsſtrafe auf 2 Monate bis 2 Jahre beſtraft, c. l. 157. und es ſind die Gendarmen in Abſicht der wider ſie verübten Injurien als Militairperſonen zu betrachten. R. v. 6. Jul. 1816. v. K. J. 25. VIII. Auch die, hat ſich bei vorkommenden Exekutionen nach der Gebühren⸗Taxe v. 1815. zu achten. R. A. B. 71. 490. VI. — ſ. a. P. A. B. 212. 289. III. — (Land⸗Gendarmerie), deren Errichtung nach dem Edikt v. 30. Jul. 1812. Abſchn. III. u. IV. G. S. 1812. p. 143. 152 — 158. — anderweitige Organiſation derſelben unter Aufhebung der gedachten Abſchnitte jenes Edikts, nach der Verordnung v. 30. Dez. 1820. G. S. 1821. p. 1 — 10. — Dienſt⸗Inſtruktion für dieſelbe von eben demſelben Tage. G. S. 1821. p. 10 — 20. — ſoll für alle Provinzen der Monarchie zur Erhaltung der öffentl. Sicherheit, Ruhe und Ordnung gleichförmig organiſirt, und die in den neu erworbenen Provinzen beſtandenen Inſtitute derſelben, ſollen aufgehoben werden. G. S. 1821. p. 2. — Eintheilung derſelben in acht Brigaden, und jede Brigade zu zwei Abtheilungen. G. S. 1821. p. 2. — Dislokation derſelben nach den Anordnungen des Miniſteriums des Innern u. der Polizei. G. S. 1821. p. 2. — militair. Organiſation derſ. unter dem Oberbefehl eines Generals als Militair⸗Chefs. G. S. 1821. p. 2. Rangverhältniß derſelben und bei ſelbiger. G. S. 1821. p. 3. f. — iſt in Beziehung auf Oekonomie, Disziplin und übrige innere Verfaßung dem Kriegs⸗Miniſterium, in Anſehung ihrer Wirkſamkeit u. Dienſtleiſtung aber dem Miniſterio des Innern und der Polizei, ſo wie den betreffenden Civilbehörden untergeordnet. G. S. 1821. p. 2. 8. nähere Beſtimmungen über die Dienſtverhältniße derſelben zu letztern. G. S. 1821. p. 4. 7. 8. 19. — hat in Bezug auf den öffentlichen Glauben ihrer amtlichen Anzeigen und Berichte, die Rechte der übrigen öffentl. Beamten. G. S. 1821. p. 7. — Ausübung der militairiſchen Disziplin über ſelbige. G. S. 1821. p. 4. 7. 10. — Disziplinar⸗Verfahren gegen dieſelbe von Seiten der Civilbehörden. G. S. 1821. p. 8. — Unterſuchungs⸗ und Strafverfahren bei Dienſt⸗ und andern Vergehungen derſelben. G. S. 1821. p. 3. 4. 7. — hat den Gerichtsſtand des ſtehenden Heeres. G. S. 1821. p. 4. Verfahren bei Anſtellungen der Gendarmen, zuerſt proviſoriſch auf 6 Monate. G. S. 1821. p. 2. 3. — dabei ſoll zunächſt auf die Armee⸗Gend'armerie, dann auf qualifizirte Leute aus den Garniſon⸗Kompagnien, demnächſt aber auch auf Kapitulanten, die ihre Dienſtzeit vollendet haben, Rückſicht genommen werden. G. S. 1821. p. 3. — Montirung und Bewaffnung derſelben. G. S. 1821. p. 12 — 14. — Beſchaffenheit der für ſelbige erforderlichen Dienſtpferde und des Leder⸗Reitzeuges. G. S.

1821. p. 13. — desgl. der Fourage aus Magazinen oder durch Lieferungen. G. S. 1821. p. 14. — Erſtattung der letztern nach dem mittlern Marktpreiſe am Orte der Lieferung; ebendaſ. — Remontirung derſelben aus einem durch Soldabzüge gebildeten Fonds. G. S. 1821. p. 13. — Beſoldung und Emolumente derſelben. G. S. 1821. p. 4. 12. f. — Beſchaffung der erforderlichen Schreibmaterialien für dieſelbe. G. S. 1821. p. 15. — hat außer der Beſoldung auf Naturalquartier, Servis und Beköſtigung keinen Anſpruch. G. S. 1821. p. 4. — erhält bei Dienſtleiſtungen außer ihrer Beſtimmung oder außer ihrem Geſchäftsbezirke, Diäten. G. S. 1821. p. 15. — Bewilligung von Prämien, Gratifikationen, Strafantheilen und anderweitigen Remunerationen für dieſelbe. G. S. 1821. p. 15. — ſoll bei Entdeckung von Zoll- und Steuer-Defraudationen an den Strafgeldern und Konfiskaten Theil nehmen. G. S. 1820. p. 31. 32. — Verfahren bei Dienſtentlaſſungen aus ſelbiger. G. S. 1821. p. 3. — mehrjähriger ausgezeichneter Dienſt in derſelben, ſoll einen vorzüglichen Anſpruch auf Beförderung zu Civilbedienungen gewähren. G. S. 1821. p. 4. — Beſtimmungen über deren Dienſtfunktionen. G. S. 1821. p. 4. 9. 15. ff. — Führung von Dienſtjournalen bei derſelben und monatliche Beſcheinigung derſelben von Seiten der Civil-Dienſtbehörden. G. S. 1821. p. 12. 19. — in wie fern ſolche zu Boten und andern ähnlichen Dienſten der Civilbehörden nur noch gebraucht werden kann. G. S. 1821. p. 6. — desgl. zu Exekutionen der verwaltenden und Juſtizbehörden. G. S. 1821. p. 6. — 1822. p. 209. — deren beſondere Theilnahme an der Handhabung der Paß-, Fremden- und Sicherheits-Polizei. G. S. 1817. p. 158. — 1821. p. 4. 6. 15. 17. — Verpflichtung derſelben zu fortwährenden Patrouillendienſten. G. S. 1821. p. 5. 16. 17. — Beſtrafung der Beleidigungen und Widerſetzlichkeiten gegen dieſelbe. G. S. 1821. p. 6. — in welchen Fällen ſie ſich der ihnen anvertrauten Waffen bedienen darf. G. S. 1821. p. 6. 19. — Gränz-Gensdarmerie, zur Aufrechthaltung der Zoll- und Steuergeſetze, deren Errichtung. G. S. 1821. p. 9. — wann ſelbige auf eine Marſchzulage Anſpruch hat. G. S. 1821. p. 15. beſondere Verhältniſſe und Dienſtleiſtungen derſ. G. S. 1821. p. 19. 20. — reſſortirt in letzterer Beziehung vom Finanz-Miniſterium. G. S. 1821. p. 9. 20. (Land-Gend'armerie,) wie die für dieſelbe von den Kommunen gelieferte Fourage zu vergüten ſei? — ſiehe Fourage. — Beſetzung vakanter Stellen in ſelbiger. v. K. A. 24. II. 478. — die Entlaſſung und Penſionirung derſelben reſſortirt künftig von dem Königl. Kriegs-Miniſterio. 26. IV. 1094. — Verhältniſſe derſelben zu den, derſelben vorgeſetzten Civilbehörden. 23. IV. 871. — die Kommandirung derſelben zu Aufträgen anderer Behörden, kann nur von den betreffenden Regierungen und

Kreis-Polizei-Behörden ausgehen. 26. I. 110. — iſt rückſichtlich der Dienſtleiſtungen den landräthlichen Behörden zunächſt untergeordnet. 25. III. 688. — über deren Benutzung zu Kreisausreiter- und Botendienſten. 18. IV. 1073. — Verrichtung von Botendienſten durch ſelbige bei den landräthlichen Offizien in den Rheinprovinzen. 19. II. 435. — Geſchäftsbezirke derſelben. 21. IV. 903. 904. — 22. I. 135. — für den Landrath beſtimmt, kann nur in der Kreisſtadt ſein. 21. III. 658. — militairiſche Meldungen derſelben. 21. II. 393. — angeordnete Reitübungen für ſelbige. 21. II. 389. — Rationsſätze für die Dienſtpferde derſelben. 21. III. 660. — 26. IV. 1087. — Fourage-Lieferung an ſelbige aus Königl. Magazinen. 21. II. 383. — III. 660. — desgl. von Kommunen und Vergütigung dafür. 21. III. 659. — 23. I. 101—103. — 26. I. 111. — Diäten-Bewilligungen für ſelbige. 21. III. 656. — IV. 902. seq. — 23. II. 358. — III. 647. 649. seq. — 24. III. 866. — Bewilligung von Diäten oder Marſchzulagen für ſelbige. 25. IV. 1055. seq. — Verfahren bei Verſetzungen und Dislokationen in ſelbiger. 21. II. 392. — III. 658. — 22. II. 395. — 24. II. 481. — III. 865. — 25. I. 168. — Nichtbewilligung von Umzugskoſten für ſelbige. 22. I. 137. — Liquidation und Anweiſung der Verſetzungskoſten für ſelbige. 24. II. 482—485. — Berechnung der für ſelbige beſtrittenen Koſten und Ausgaben. 22. IV. 916—926. — muß für ihr Unterkommen auf Dienſtreiſen möglichſt ſelbſt ſorgen. 21. III. 659. — Remunerationen für ausgezeichnete Dienſtleiſtungen derſelben. 23. I. 100. — 25. IV. 1057. — Befreiung derſelben vom Brückenzolle und Wegegelde. 21. III. 656. — deren Befreiung von Damm- Fähr- und Brücken-Geldern. 26. III. 731. — iſt von den Beiträgen zur Unterhaltung der Ortsſchulen befreit, muß aber für den Kinder-Unterricht ein mäßiges Schulgeld entrichten. 26. III. 750. — Zwölftel-Abzug von den Gehältern zum Penſions-Fonds bei neuen Anſtellungen in ſelbiger. 25. III. 572. — Penſions-Abzüge von deren Löhnungen. 26. IV. 1088—1093. — Stempel-Gebrauch bei deren Gehalts-Quittungen. 22. I. 136. — Verabreichung der Amtsblätter an ſelbige. 21. II. 287. — 26. III. 566. — Bekanntmachung und Verbreitung der Steckbriefe durch ſelbige. 21. I. 108. — II. 388. — an ſelbige ſollen die Steckbriefe unentgeldlich geliefert werden. 19. II. 462. — 25. IV. 1064. — ſoll die Signalements der aus Beſſerungs-Anſtalten entlaſſenen Sträflinge erhalten. 17. I. 192. — deren Benutzung zu Exekutionen. 23. I. 100. — III. 649. seq. — Verſtärkung der Civil-Exekutionen durch ſelbige. 22. III. 710. — in welchen Fällen ſolche dazu nicht gebraucht werden darf. 21. I. 106. seq. — Verfahren derſelben bei Exekutions-Vollſtreckungen. 19. II. 446. — die durch ſelbige eingezogenen Exekutions-Gebühren ſind portofrei. 19. I. 52. 176. — Beſtrafung der gegen ſel-

bige begangenen Widerſetzlichkeiten. 21. II. 391. — im Dienſt begriffene, ſchleunige Unterſuchung und ſtrenge Beſtrafung der gegen ſelbige verübten Exceſſe. 22. III. 735. — Patrouillen=Beſcheinigungen bei ſelbiger. 24. IV. 1115. — Mittheilungen von den durch ſelbige bewirkten Arretirungen. 25. III. 688. — Benutzung derſelben zu Transporten von Verbrechern u. Vagabonden. 21. II. 392. — III. 657. — Benutzung derſelben zu erheblichen Gefangen=Transporten. 22. III. 732—733. — 23. III. 658. — Anſchaffung von Transportketten für ſelbige. 21. II. 391. — deren Benutzung zur Verhaftung von verurtheilten Individuen. 23. II. 351. — Kontrollirung der Poſten durch ſelbige. 18. I. 22. — 21. III. 565. seq. — IV. 804. seq. — Zahlung des Sterbemonats an die Hinterbliebenen derſelben. 26. IV. 1095. — Rheiniſche, Nichtbewilligung von Sterbequartalen für die Wittwen der bei ſelbiger angeſtellt geweſenen Offiziere. 21. I. 2. — deren Errichtung bei der Armee. 20. I. 135. — deren Einrichtung in Rußland. 19. III. 855 — 868. — deren Organiſation im Königreiche Sachſen. 20. II. 382—413. — Umänderung derſelben im Königreiche Würtemberg in ein Landjäger=Corps. 24. IV. 1203. seq. — Königl. Baierſche Inſtruction für ſelbige in Beziehung auf das Zollweſen. 20. IV. 924. — Erhebung der Exekutions= und anderer Gebüren durch ſelbige in Baiern. 19. IV. 1029. — Siehe auch Gendarmen. — Beſchaffung der Fourage für ſelbige. 27. I. 152. — desgl. mit Hülfe der Militair=Intendanturen. 27. I. 272. — ſiehe a. Penſions=Beiträge. — Verbreitung der Steckbriefe durch ſelbige. 28. I. 155 — 159. — wechſelſeitige Mittheilungen zwiſchen derſelben und derjenigen des angränzenden Auslandes. 28. I. 159. — (Hülfs=Gend'armerie), in den Rheinprovinzen, Uebernahme deren Unterhaltung aus Staats=Kaſſen. 29. III. 725. u. 31. IV. 781. — Beſchaffung des Fourage=Bedarfs für dieſelbe auch im Wege der Entrepriſe, jedoch mit höherer Genehmigung. 30. I. 119. — gelegentliche Benutzung derſelben zum Transporte widerſpenſtiger, zu den Uebungen ſich nicht geſtellender Landwehrmänner. 30. III. 651. — in wie weit derſelben Diäten oder die volle Marſchzulage zu bewilligen iſt. 31. III. 577—579. — IV. 786. — (Land=) Berechnung der derſelben zuſtehenden Diäten und Marſchzulage. 33. I. 128. f. — kann für Verrichtungen innerhalb ihrer Stationsbezirke keine Diäten oder ſonſtige Vergütigung erhalten. 33. III. 700. — Anſchaffung der Fourage für dieſelbe zu hohen Marktpreiſen. R. v. 7. Januar 1834. — 34. I. 131. — Die Erkenntniſſe wegen Beleidigung derſelben ſollen der vorgeſetzten Militairbehörde mitgetheilt werden. R. v. 12. October 1832. v. K. J. XL. 512. — ſiehe a. Gerichtsſtand. Transportkoſten.

Gend'armerie=Abtheilungs=Kommandeurs, Gen=

d'armerie-Brigadiers, deren Anſtellung und Dienſtverhältniſſe. G. S. 1821. p. 2. 10. 11. früher als Mitglieder der Regierung zur Bearbeitung der Gendarmerie- und Sicherheits-Polizei-Angelegenheiten bei derſelben. G. S. 1812. p. 159.

Gendarmerie-Brigade-Büreaux, Beſorgung der dafür nöthigen Beſtellungen durch einzelne Gendarmen. v. K. A. 28. IV. 1038.

Gendarmerie-Dienſt-Journale, deren hiernächſtige Aufbewahrung. v. K. A. 28. II. 446. — Vermerk über die Dienſtführung der Gendarmen am Schluſſe derſelben von Seiten der Civil-Dienſtbehörden. 28. II. 447. — deren Mittheilung an die Civil-Dienſtbehörden. 33. IV. 989.

Gendarmerie-Dienſtpferde, von verſtorbenen Gendarmen zurückgelaſſen, Aufbringung der Koſten für deren Verpflegung und Wartung. 30. II. 357.

Gendarmerie-Fourage-Liquidationen, Begleitung derſelben mit richtigen Marktpreis-Atteſten. v. K. A. 33. IV. 995.

Gendarmerie-Inſtruktion, v. 30. Dez. 1820. — §. 15. v. K. A. 28. IV. 1039. — §. 29. — v. K. A. 28. II. 447.

Gendarmerie-Konduiten-Liſten, jährliche, deren Anfertigung von den Landräthen und Mittheilung derſelben an die Gendarmerie-Brigadiers. v. K. A. 30. IV. 788.

Gendarmerie-Offiziere, deren Anſtellung u. Dienſtverhältniſſe. G. S. 1821. p. 2. 8. 11. — Beſoldungen und Diäten-Bewilligungen für dieſelben. G. S. 1821. p. 4. 15. — ſind verpflichtet, mit ihren Unteroffizieren und Gemeinen zur Uebung der Landwehrmänner in die Landwehr einzutreten. G. S. 1813. p. 110. — ſollen nur von dem öffentlichen Anzeiger der Amtsblätter, nicht aber von letztern Freiexemplare erhalten. v. K. A. 26. III. 566. — Diäten für ſelbige. 18. II. 386. — 20. II. 276. — 21. IV. 902. — 24. II. 483. — Reiſekoſten für ſelbige bei Verſetzungen. 24. II. 483. seq. — auf Wartegeld ſtehende, haben auf Goldantheile keinen Anſpruch. 25. I. 27. — ausgeſchiedene, Zurückzahlung der Penſionsbeiträge an ſelbige. 26. IV. 1094. — eben dieſelben ſind von der Kommunal-Prozent-Abgabe befreit. 21. III. 650. seq. — Gnadenbewilligungen für deren Hinterbliebene. 24. II. 485. — Siehe auch Gendarmerie. — ſind nicht als Civilbeamte, ſondern als Militairperſonen zu betrachten. 30. II. 354. — haben deshalb bei einer Anſtellung im Civil auf das Dienſteinkommen ihres früheren Militairgrades keinen Anſpruch. 30. II. 354. — Beſchaffung der Fourage-Rationen für dieſelben gegen einen monatlichen Abzug von 3 Thlr. für eine Ration. 32. II. 439. ff. — desgl. auch auf deren Dienſtreiſen. 32. II. 442. III. 676. — Auszahlung und Verrechnung der von denſelben einzuziehenden Fourage-Gelder. 32. II.

444—446. — können von den Amtsblättern keine Freiexemplare erhalten. 32. I. 146. — deren Penſionirung findet nach den Militair-Penſions-Grundſätzen Statt. 32. IV. 847.

Gendarmerie-Ordonnanzen, beſondere, ſollen nicht mehr gewährt werden. v. K. A. 28. IV. 1038.

Gendarmerie-Unteroffiziere, haben den Rang und den Titel der Wachtmeiſter. G. S. 1821. p. 4. — ſiehe ferner Gendarmerie.

Gendarmerie-Verordnung, v. 20. Dez. 1820. §. 7. v. K. A. 29. I. 131.

Gendarmerie-Wachtmeiſter, deren Anſtellung. G. S. 1821. p. 2. — Dienſtpflichten derſelben. G. S. 1821. p. 11. 12. 16. — können Gendarmen in Disziplinar-Strafe nehmen. v. K. A. 21. IV. 904. — deren dienſtliche Verhältniſſe überhaupt. 23. III. 646. — können die Kordons am Czakot in Silber und ſchwarz tragen. 29. III. 563. — Bewilligung von Verſetzungs-Koſten für ſelbige, welche nicht ſtatt finden kann, wenn ſie die Reiſe mit ihren eigenen Dienſtpferden zurücklegen. 29. III. 564.

Genehmigung. Wenn ein Ehemann den, von ſeiner Ehefrau ausgeſtellten Schuldſchein unterſchreibt, ſo enthält dies eine Genehmigung der Schuld. S. und Str. R. 1. Bd. No. 79. p. 309. Die Beſtimmung des Allgem. Landrechts, wonach der Ehemann wegen einer Schuld ſeiner Ehefrau, in welche er eingewilligt hat, mit ſeiner Perſon und ſeinem Vermögen den Gläubigern haftet, weicht vom gemeinen Recht nicht ab. S. und. Str. R. 1. Bd. No. 79. p. 310. — der obervormundſchaftlichen Behörde. Wer mit einem Vormunde unter Genehmigung des vormundſchaftlichen Gerichtes, in Fällen contrahirt, in welchen die Geſetze zugleich die Approbation der, dieſem Gericht unmittelbar vorgeſetzten höhern Inſtanz, oder die Approbation des Chefs der Juſtiz erfordern, wird zum ſofortigen Rücktritt berechtigt, wenn die vorgeſetzte höhere Inſtanz ihre Genehmigung verſagt. S. u. Str. R. 1. Bd. No. 77. p. 300. — von Seiten der Provinzial-Verwaltungs-Behörden ertheilt, Sportel-Anwendung bei ſelbigen. G. S. 1825. p. 131. — Stempelgebrauch zu denſelben. G. S. 1822. p. 74. f. — ſiehe auch Immediat-Genehmigung, Allerhöchſte, desgl. Berichte.

Genehmigungs-Reſkripte, zu den von den Regierungen Namens des Domainen- und Forſt-Fiskus geſchloſſenen Verträgen, deren Beifügung zu letzteren Behufs der Eintragungen in die Hypothekenbücher. v. K. A. 30. I. 47.

General; ſ. Gehaltsabzug.

General-Advokaten, Rheiniſche, Rangverhältniſſe und Uniform derſelben. G. S. 1824. p. 57.

General-Akten, ſollen durch Auszüge aus der Geſetzſammlung und den Amtsblättern komplettirt werden. v. K. A. 17. I. 33.

General-Auditoriat. Ehemaliges Kriegsgericht-Etabliſſement v. 8. Aug. 1718. C. S. II. I. No. 172. 245. — Inſtr. v. 22. Apr. 1726. III. I. No. 204. Bei Einwendung der Rechtsmittel gegen deſſen Erkenntniſſe werden die Acten an das Landes-Juſtizcollegium geſandt. D. v. 13. März 1787. p. 779. VIII. doch findet in der Regel gegen eine von des Königs Majeſtät beſtätigte Sentenz das Rechtsmittel der weitern Vertheidigung nur unter Allerhöchſter Königlichen Erlaubniß Statt. Beſchwerden über daſſelbe müſſen bei des Königs Majeſtät unmittelbar angebracht werden. R. v. 7. May 1796. St. B. p. 219. II. die Ober-Aufſicht über die Geſchäftsverwaltung des General-Auditoriats führet das Militair-Juſtiz-Departement. Pat. v. 23. Oct 1798. p. 1782. X. Kl. A. 330. XVIII. St. B. p. 383. VI. — Klagen gegen einen Civilrichter aus einer ihm übertragenen Militair-Gerichtsverwaltung müſſen bei dem, angeſtellt werden. R. v. 28. Oct. 1799. St. B. p. 393. X. — deſſen Wirkungskreis. G. S. 1809. p. 583. 584. — demſelben ſind die Militairgerichte untergeordnet. G. S. 1809. p. 584. — Die Mitglieder deſſelben ſtehen auch in Criminal- und Injurienſachen unter dem Kammergericht. R. v. 6. Dec. 1814. v. K. J. 51. VII. ſiehe Exekution.

General-Auditoriats-Mitglieder; ſiehe Gerichtsſtand.

General-Bergwerks-Kaſſe, geht als Central-Einnahme-Kaſſe ein, und es tritt an deren Stelle eine Buchhalterei. v. K. A. 28. II. 287.

General-Bevollmächtigte, welche nicht recipirte Juſtizcommiſſarien ſind, haben nicht die Befugniß, Prozeſſe ihrer Mandanten zu führen. Reſcr. v. 2. Febr. 1818. v. K. J. XI. 14. ſiehe auch Vollmacht.

General-Buchhaltung, deren Führung unter einem beſondern Direktor im Miniſterio der Finanzen. G. S. 1810. p. 17. — ſiehe ferner Staatsbuchhalterei.

General-Chauſſee-Kaſſe, deren Aufhebung. v. K. A. 28. II. 287.

General-Chirurgen, wirkliche, Provinzial- und Titular, deren Militairrang. G. S. 1808. p. 321. f.

General-Civil-Prozeßtabelle; ſ. Geſchäftstabellen und Liſten.

General-Depoſitorium. Vorrechte der Pupillencollegien und der Gerichte in Abſicht der Einziehung der Capitalien und Zinſen der aus ihren General-Depoſitorien gemachten Darlehne vor andern hypothekariſchen Gläubigern. Reſcr. v. 30. März 1816.

v. K. J. VII. 29. — ſiehe Portofreiheit. — deſſen Bildung bei Untergerichten. R. v. 3. Octbr. 1831. XXXVIII. 414. — ſiehe auch Depoſitorium.

General-Direktion, der Seehandlungs-Sozietät, ſiehe Seehandlung. — der Steuern, im Finanz-Miniſterio, derſelben wird die obere Leitung der Salzverwaltung mit übertragen. G. S. 1829. p. 42. — ſ. auch Finanz-Miniſterium.

General-Direktorium, Notificatiōns-Patent v. 24. Jan. 1723. E. S. VI. II. No. 153. ſiehe auch Domainen-Vererbpachtung.

General-Diviſionsarzt, über denſelben ſoll in Criminal- und Injurienfällen durch ein Kriegsgericht erkannt werden. Cab. Ord. v. 7. Jan. 1822. v. K. J. XIX. 199.

Generale, kommandirende in den Provinzen, deren Berufung als Mitglieder des Staatsraths. G. S. 1817. p. 69. 74. — haben, wenn ſie in Berlin anweſend ſind, Sitz und Stimme in demſelben. G. S. 1817. p. 122. — feindliche, deren Gefangennehmung wird mit der goldnen Verdienſtmedaille belohnt. G. S. 1807. p. 149.

General-Gouvernements, ehemalige, in den Rheinprovinzen. Die Königl. Miniſterien ſind befugt, deren Verordnungen aufzuheben. Cab. Ord. v. 9. Sept. 1832. v. K. J. XL. 559—561. — und v. K. A. 32. IV. 818. f.

General-Indult, ſiehe Indult.

General-Juſtiz-Salarienkaſſe, die Fonds derſelben u. die der Bureaucaſſe des Juſtiz-Miniſterii ſollen v. 1. Jan. 1825 gemeinſchaftlich in einer, nämlich in der letztern Caſſe adminiſtrirt und bei dieſer die der General-Juſtiz-Salariencaſſe zu leiſtenden Zahlungen bewirkt werden. R. v. 31. Dec. 1824. v. K. J. XXIV. 317.

General-Kaſſen und Geldinſtitute, Abtheilung für ſelbige im Miniſterio der Finanzen, Reſſort derſelben. G. S. 1808. p. 369. — 1810. p. 16. — 1812. p. 45. — Sektion für erſtere unter der ſpeciellen Verwaltung eines beſonderen Direktors. G. S. 1810. p. 17. — Bildung eines beſondern Finanz-Kollegiums für letztere. G. S. 1812. p. 45. — Wiederauflöſung deſſelben. G. S. 1813. p. 129. — ſ. ferner Finanz-Miniſterium. — von dem Zuſtande der General-Kaſſen ꝛc., ſollen periodiſche Ueberſichten im Staatsminiſterio zum Vortrage und zur Berathung gelangen. G. S. 1817. p. 291. — Verrechnung der von ſelbigen an die Regierungs-Hauptkaſſen gezahlten einzelnen Summen. v. K. A. 27. III. 621. — ſ. a. General-Staats-Kaſſe.

General-Kommando, ſ. Feſtungspläne, Verſiegelung.

General-Kommiſſarien zur Regulirung der gutsherrl.

und bäuerl. Verhältniſſe, Portofreiheit derſelben. v. K. A. 22. IV. 858. seq. — Einſendung jährlicher Verwaltungsberichte von ſelbigen. 29. I. 1.

General-Kommiſſion, zur Liquidirung, Ausgleichung u. Regulirung des Provinzial- und Kommunal-Kriegs-Schuldenweſens bis zum 1. Nov. 1808, deren Errichtung in Berlin. G. S. 1810. p. 30. — 1811. p. 260. f. — dieſelbe iſt dem Staatskanzler unmittelbar untergeordnet. G. S. 1812. p. 131. — Inſtr. für deren Geſchäftsverwaltung v. 9. Juli 1812. G. S. 1812. p. 130 — 137. — wird auf alle Provinzen der preuß. Monarchie, ſowohl für die Kriegsjahre von 1806/7 als auch für diejenigen von 1812/15 ausgedehnt. G. S. 1816. p. 4. — Uebergang der von ſelbiger noch nicht vollendeten Geſchäfte an das Miniſterium des Innern. G. S. 1816. p. 4. — ſ. a. Kriegs-Schuldenweſen.

General-Kommiſſionen, beſondere, zur Regulirung gutsherrl. und bäuerl. Verhältniſſe, Gemeinheitstheilungen und Ablöſungen, deren Errichtung in den Provinzen nach dem Ed. v. 14. Sept. 1811. G. S. 1811. p. 299. — Reſſort und Geſchäftsverwaltung bei denſelben nach der Deklaration gedachten Edikts v. 29. Mai 1816. G. S. 1816. p. 177. — von deren Entſcheidungen in Streitigkeitsfällen findet nur die Appellation an das Reviſions-Kollegium ſtatt. G. S. 1816. p. 177. — deren Beſtätigung und Anordnung des Geſchäftsbetriebs bei ſelbigen, nach der Verordn. v. 20. Juni 1817. G. S. 1817. p. 161. ff. — dieſelben beſtehen aus einem General-Kommiſſar, Ober-Kommiſſar und einem rechtsverſtändigen Juſtitiar. G. S. 1817. p. 162. — ſind dem Miniſterio des Innern untergeordnet. G. S. 1817. p. 167. — deren Verhältniſſe zu den Reviſiions-Kollegien. G. S. 1817. p. 167. — die denſelben untergeordneten Spezial-Kommiſſionen ſind beſtimmt, die zum Reſſort der General-Kommiſſionen gehörigen Auseinanderſezzungen an Ort und Stelle zu bewirken. G. S. 1817. p. 167. — weitere Pflichten und Befugniſſe derſelben. G. S. 1817. p. 167 — 171. — Ernennung richterlicher Perſonen zu beſtändigen Kommiſſarien der General-Kommiſſionen. G. S. 1817. p. 172. — Bewilligung von Diäten und Reiſekoſten für deren Mitglieder. G. S. 1817. p. 197. ff. — für die bei ſelbigen fungirenden Beamten überhaupt. G. S. 1825. p. 164. 168. f. — über deren Verwaltung führen die Ober-Präſidenten die Oberaufſicht, und ſind ſolche dieſen untergeordnet. G. S. 1826. p. 1. 2. — Berichtserſtattungen derſelben unter Konkurrenz der letztern. G. S. 1826. p. 2. — deren Reſſort-Verhältniſſe zu den Regierungen und Provinzial-Schul-Kollegien. G. S. 1826. p. 10. 11. — Errichtung derſelben zu Magdeburg (ſpäterhin zu Stendal) und Münſter. G. S. 1820. p. 185. — 1825. p. 92. 93. 110. f. 127. — Reſſortverhältniſſe der-

ſelben; ebendaſ. — ſind den Provinzial=Behörden koordinirt. G. S. 1820. p. 185. — denſelben wird die Ausführung der Gemeinheitstheilungs= u. Ablöſungs=Ordnungen übertragen. G. S. 1821. p. 83. f. — 1825. p. 110. 127. — 1829. p. 68. 90. f. — Prüfung und Beſtätigung der Ablöſungs=Verträge in den ehemals königl. weſtphäliſchen, bergiſchen u. franzöſiſchen Landestheilen durch ſelbige. G. S. 1829. p. 68. — wegen der denſelben bewilligten Stempel= und Sportelfreiheit. G. S. 1817. p. 196. — 1821. p. 88. — 1822. p. 58. — 1825. p. 93. 111. 128. — ſ. a. Reviſions=Kollegien. — zur Regulirung der gutsherrl. u. bäuerl. Verhältniſſe ꝛc., Ed. wegen deren Organiſation. v. K. A. 17. II. 64. — Verbeſſerung deren Geſchäftsführung. 26. II. 472. 512. — Beamten=Anſtellung durch ſelbige. 24. I. 115. — deren Reſſort bei ſchiedsrichterlicher Entſcheidung der den Grundbeſitz betreffenden, aufgehobenen Rechte in den vormaligen Königl. Weſtphäliſchen, Bergiſchen ꝛc. Landestheilen. 26. III. 619. seq. — Formulare zu den Koſtenrechnungen der Kommiſſarien und Sachverſtändigen bei ſelbigen. 26. III. 657. — Ausübung der Portofreiheit für ſelbige. 25. II. 341. — III. 640. — Erſtattung der Porto=Auslagen in deren Angelegenheiten. 24. I. 81. — Porto=Kontoführung für ſelbige und deren Spezial=Kommiſſarien. 26. III. 733. — diejenige in Stendal, Ausdehnung deren Geſchäftskreiſes auf die ganze Provinz Sachſen. 26. IV. 1029. — ſ. a. gutsherrliche ꝛc. Verhältniſſe. — Verordnung über deren Organiſation v. 20. Juni 1817. §. §. 65. u. 66. — 28. III. 677. — Einziehung der bei ſelbigen aufkommenden Gebühren zu den Fonds des Finanz=Miniſteriums. 28. II. 288. — Reſſort derſelben bei Auseinanderſetzungen rückſichtl. der, von den Regierungen und Provinzial=Schulkollegien abhangenden Güterverwaltungen. 28. III. 677. — Abänderungen in der Geſchäftsführung derſelben. 27. IV. 841. seq. 844. — zu Stendal, für deren Bezirk wird in Magdeburg ein beſonderes Reviſions=Kollegium errichtet. 27. III. 657. 658. — Grenzen deren Kompetenz in Prozeß=Angelegenheiten von Gemeinheitstheilungen ꝛc. 29. II. 275. ff. — R. v. 15. Juni 1829. v. K. J. XXX. 347. — Reſſort derſelben bei Auseinanderſetzungen rückſichtlich der von den Regierungen und Provinzial=Schulkollegien abhangenden Güterverwaltungen. v. K. A. 30. I. 66 — 68. — Vorſchläge der Provinzialſtände der Mark Brandenburg über den Geſchäftsbetrieb ꝛc. bei den Gen. Kommiſſ. 30. IV. 855. ff. — deren Genehmigung iſt zu gewiſſen Veränderungen in dem Grundeigenthume bäuerlicher Beſitzungen ꝛc. nicht erforderlich. 30. IV. 755. — Von dem Verfahren bei Ausfertigung der bäuerlichen Auseinanderſetzungs=Rezeſſe und der Verpflichtung der Untergerichte zur Ausfüllung der über die Auseinanderſetzungen anzufertigenden Tabellen. R. v. 16. Dez.

1831. v. K. J. XXXVIII. 298. — In wie fern kann dieſelbe den Unterrichtern auch außerhalb ihres Gerichtsbezirks einzelne Aufträge ertheilen, ohne deshalb zuvor mit dem betreffenden Landes-Juſtiz-Kollegio Rückſprache zu nehmen? R. v. 23. Jan. 1832. v. K. J. XXXIX. 143. 144. — R. v. 10. Dez. 1832, betr. die Gebühren der Unterrichter bei Aufträgen der General-Kommiſſion. XL. 546. 547. — Abänderung des §. 207. der Verordn. v. 20. Juni 1817, rückſichtl. der Aufbewahrung von Karten ꝛc. v. K. A. 31. I. 188. — Kompetenz derſelben, rückſichtl. der vorſchriftsmäßigen Dispoſition über die Ablöſungs-Kapitalien. 32. I. 89. — zu deren Kompetenz gehört auch die Ablöſung der von derſelben bereits feſtgeſtellten Geldrenten durch Kapital-Zahlungen. 33. II. 354. f. — Verordnung wegen Vereinigung der General-Kommiſſionen zu Königsberg und Marienwerder mit den Regierungen der Provinz Preußen, v. 30. Juni 1834. — G. S. 1834. p. 93 — 95. — ſ. a. Ablöſung, Ablöſungsſachen, Aufträge, Auseinanderſetzungen, Gemeinheitstheilungen, Kreisvermittelungsbehörde, Laßnahrungen, Referendarien, Regierungs-Kondukteure, Requiſitionen, Reviſion, Unterthanenprozeſſe.

General-Konſule, deren Inſtr. von Seiten der Großbritanniſch-Hannöverſchen Regierung. v. K. A. 17. II. 293.

General-Kontrolle der Finanzen, deren Einführung. v. K. A. 17. IV. 22. — deren Auflöſung. 26. III. 646. 649. — der Finanzen, für das geſammte Etats-, Kaſſen- und Rechnungsweſen und für die Staatsbuchhaltung, deren Errichtung. G. S. 1817. p. 291. — Verordn. darüber v. 3. Nov. 1817. G. S. 1817. p. 292 — 294. — nähere Verbindung derſelben mit dem Staats-Miniſterio nach der Allerh. Kab. Ordre v. 17. Jan. 1820. G. S. 1820. p. 24. — wird nach Errichtung der durch ſelbige beabſichtigten Zwecke wiederum aufgehoben. G. S. 1826. p. 45. — ſ. a. Salarienkaſſenetat.

General-Konzeſſionen, zum Betriebe umherziehender Gewerbe, deren Beſchränkung. v. K. A. 18. I. 140. — werden zum Hauſirhandel mit kurzen Waaren nicht mehr ertheilt. 19. IV. 913. — ſ. ferner Hauſir-Gewerbe und Handel, Hauſirkonzeſſionen, Gewerbeſcheine und Gewerbetreibende. — für den Gewerbebetrieb im Umherziehen, können nur ausnahmsweiſe von den betreffenden Miniſterien gemeinſchaftlich ertheilt werden. G. S. 1824. p. 128. — ſ. a. Gewerbeſcheine zum Gewerbe-Betriebe im Umherziehen; desgl. Schauſpiel-Konzeſſionen.

General-Kriegs-Kaſſe, iſt dem Militair-Oekonomie-Departement des Kriegs-Miniſterii untergeordnet. G. S. 1809. p. 538.

General=Kriegs=Kommiſſair, deſſen Beſtimmung und Funktionen. G. S. 1809. p. 539. — 1814. p. 77.

General=Landſchafts=Direktionen, ſ. Landſchaft. ſ. a. Prädikat.

General=Landtage, ſ. Landtage.

General=Lotterie=Direktion, deren Errichtung. G. S. 1810. (A.) p. 713. — reſſortirt vom Miniſterio der Finanzen. G. S. 1810. p. 18. — 1812. p. 45. — vom Schatz=Miniſterio. G. S. 1817. p. 290. — nach deſſen Auflöſung wiederum vom Finanz=Miniſterio. G. S. 1823. p. 109.

General=Mandate, ſ. Generalvollmacht.

General=Militair=Kaſſe, bezieht ihren Bedarf direkte aus der General=Staats=Kaſſe. v. K. A. 28. II. 288. — Vorſchriften für das Zahlungs= und Abrechnungs=Geſchäft der Truppen mit ſelbiger und den Regierungs=Haupt=Kaſſen. v. K. A. 28. I. 46—50.

General=Moratorium, daſſelbe findet gegen die Wirkung eines Vergleichs auf Terminalzahlungen, worin der Gemeinſchuldner dem Indult entſagt hat, ſtatt. R. v. 18. Oct. 1822. v. K. J. XX. 279. — Während der Inſtr. und Dauer eines ſolchen können ſchuldige Gebühren der Salarienkaſſe nicht eingefordert werden. R. v. 26. Nov. 1830. XXXVI. 349. 350.

General=Münzdirektion, ſ. Münzverbrechen.

General=Ordens=Kommiſſion, deren Errichtung. G. S. 1810. (A.) p. 634. — die Aufträge, Amtspflichten und Amtsbefugniſſe derſelben, ſollen ſich auch auf den Johanniter=Orden erſtrecken. G. S. 1812. p. 111. — ſ. a. Inſignien, Orden= und Ehrenzeichen.

General=Pardon, v. 12. Apr. 1813, für alle Deſerteurs und ohne Erlaubniß Ausgetretene, bis zum 15. Juni 1813 bewilligt. G. S. 1813. p. 59. — desgl. für diejenigen, welche ſich in fremden Kriegsdienſten befinden, und aus denſelben binnen 2 Monaten zurückkehren. G. S. 1813. p. 61. — für die entwichenen, jetzt preußiſchen Unterthanen aus den vormals herzogl. Naſſauiſchen Landen und aus Schwediſch=Pommern. G. S. 1816. p. 95. — für die ausgetretenen preußiſchen Unterthanen in den wiederum vereinigten oder neu erworbenen Provinzen bis zum 20. Sept. 1817. G. S. 1817. p. 147. — ſoll Deſerteurs und Ausgetretenen nicht mehr gegeben werden. G. S. 1818. p. 177.

General=Poſtamt, iſt der Sektion der allgemeinen Polizei im Miniſterium des Innern untergeordnet, mit Ausſchluß des techniſchen Theils des Poſtweſens. G. S. 1808. p. 364. — demſelben iſt der General=Poſtmeiſter als Chef vorgeſetzt, und bleibt daſſelbe dieſem allein untergeordnet. G. S. 1810. p. 14. — 1814. p. 42. — das Departement der allgemeinen Polizei konkurrirt, wenn

die Hülfe deſſelben nöthig iſt. G. S. 1810. p. 15. — die Anſtellung deſſen Mitglieder bedürfen der Allerh. Beſtätigung. G. S. 1810. p. 15. — unter demſelben ſtehen alle Poſtbediente ohne Ausnahme; ebendaſ. — ſiehe übrigens Poſtfiskus, Poſtkontraventionen.

General-Poſtmeiner, iſt Chef des General-Poſtamts u. des geſammten Poſtweſens. G. S. 1810. p. 14. — derſelbe ſteht in dem Verhältniſſe als die übrigen Chefs der Hauptabtheil. der Miniſterien des Innern und der Finanzen. G. S. 1810. p. 15. — Rangverhältniß deſſelben. G. S. 1817. p. 63. — iſt Mitglied des Staatsraths. G. S. 1810. p. 4. 15. — 1817. p. 69. 74.

General-Prokuratoren, in den Rheinprovinzen, Rangverhältniſſe und Uniform derſelben. G. S. 1824. p. 57. — ſ. a. Heirathskonſens, Urlaub.

General-Salz-Direktion, deren Errichtung für die Verwaltung der Salz-Debitsgeſchäfte. G. S. 1810. (A.) p. 636. — iſt der Sektion für die Seehandlung im Finanz-Miniſterio untergeordnet. G. S. 1810. (A.) p. 636. — 1810. p. 17. — geht zum Reſſort des Schatz-Miniſteriums über. G. S. 1817. p. 290. — reſſortirt nach deſſen Auflöſung vom Finanz. Miniſterio. G. S. 1823. p. 109. — Auflöſung derſelben und Uebergang deren Geſchäfte zur General-Direktion der Steuern. G. S. 1829. p. 42.

General-Salz-Kaſſe, hört als Zentral-Kaſſe auf, und es bleibt nur eine Buchhalterei für die Salz-Debits-Verwaltung beſtehen. v. K. A. 28. II. 287.

General-Staabsoffiziere, amtliche Unterſtützung derſelben auf den jährlichen Uebungsreiſen. v. K. A. 21. I. 209.

General-Staats-Kaſſe, iſt dem Finanz-Miniſterio unmittelbar untergeordnet. G. S. 1808. p. 370. — 1810. p. 17. — 1817. p. 289. — ſ. a. Etats. — deren Organiſation. v. K. A. 17. I. 40. — Abführung der Domainen- und Forſt-Ueberſchüſſe, ſo wie der Domainen- und Forſt-Veräußerungs- ꝛc. Gelder an ſelbige. 27. II. 366 — 370. — Abführung der Erſparniſſe bei den Ausgabe-Fonds an ſelbige. 27. IV. 887. — ſiehe a. General-Kaſſen. — Abführung der Ueberſchüſſe an ſelbige. 28. II. 286. seq. — wegen der von ſelbiger an die Kron-Fideikommiß-Kaſſe u. an die Staatsſchulden-Tilgungs-Kaſſe zu leiſtenden Zahlungen. 28. II. 286. seq. — Bewilligungen aus dem allgemeinen Extraordinario derſelben. 28. II. 289. — ſ. übrigens a. Juſtizbaufond.

General-Superintendenten, deren Anſtellung in allen Provinzen der Monarchie. v. K. A. 29. I. 66. ff. — Inſtr. für ſelbige v. 14. Mai 1829. — 29. II. 277 — 289. — ſind den Provinzialbehörden beigeordnet und ſtehen unmittelbar unter dem Miniſterio der geiſtl. Angel. 29. II. 280. — ſind, als Direktoren,

Mitglieder der Konſiſtorien. 29. II. 281. 287. — Amtsfunktionen und Befugniſſe derſelben. 29. II. 281. ff. — haben das Recht, den Sitzungen der Regierungs-Abtheilungen für die Kirchenverwaltung und das Schulweſen, beizuwohnen. 29. II. 286. ff. — deren Verhältniſſe zu den Spezial-Superintendenten. 29. II. 283.

Generalvikare, katholiſche, deren Verhältniſſe in den preuß. Staaten. G. S. 1821. p. 113. ff. — Haltung der Geſetzſammlung und des Regierungs-Amtsblatts von ſelbigen. G. S. 1819. p. 149. 150.

General-Vikariat in Fulda, deſſen Gerichtsbarkeit. v. K. A. 18. IV. 1213.

General-Vollmacht. Die einem Juſtizcommiſſario ertheilte General-Vollmacht begreift wirklich nur einen Auftrag in ſich, wenn gleich ſie der Wirkung nach mehreren ertheilten Aufträgen gleich kommt, und berechtigt den erſtern, für ſich zu den ihm aufgetragenen Handlungen einen Andern zu ſubſtituiren. R. v. 14. Juli 1820. v. K. J. XVI. 46. — ſ. Prozeßvollmacht, Specialvollmacht, Vollmacht.

General-Wittwenkaſſe, ſ. Heirathskonſens.

Genua, ehem. Republik, deren Staaten werden mit dem Königr. Sardinien vereinigt. G. S. 1818. (Anh.) p. 1. 3. 5.

Genugthuung, Privat-, durch Ehrenerklär. Verweis oder Abbitte in Injurien-Sachen, wird aufgehoben. G. S. 1811. p. 149.

Geographie, Inſtr. für den Unterricht in derſelben auf Gymnaſien in Verbindung mit dem geſchichtlichen Unterricht. v. K. A. 31. I. 54 — 78.

Geometrie, ſ. Mathematik.

Geometriſche Praxis, deren Ausübung ſoll im ganzen Umfang der Monarchie nur durch geprüfte Feldmeſſer und Nivellirer ſtattfinden. v. K. A. 29. I. 158 — 160.

Georgen-Orden, ruſſiſcher, 5ter Klaſſe, deſſen Verluſt wegen begangener Verbrechen. v. K. A. 28. IV. 956. — gleichzeitige Verwirkung deſſelben und des Erbrechts auf ſelbigen, mit dem eiſernen Kreuze. G. S. 1819. p. 216. — 1827. p. 23.

Gepäck, des Militairs, deſſen Fortſchaffung auf Märſchen. G. S. 1808 p. 288. ff.

Gera, Fluß, Schiffbarmachung derſelben. G. S. 1818. (Anh.) p. 55.

Gerade. In der Joachimiſchen Conſtitution v. 1527. C. S. II. I. No. 3., nach welchem beſonderen Provinzialgeſetze die Erbfolge in der Neumark excl. bei adeligen Lehnen in dem Herzogthume Croſſen und Züllichau beſtimmt wird, iſt von der Gerade und dem Heergewette, die ihren Urſprung aus dem Sachſenrechte haben, Koch de success. ab. int. Sect. 3. p. 151. et autor ibi cit. nichts

enthalten. Die hierbei vorkommenden Streitfragen: „Ob in dem Weichbilde Züllichau die Gerade jure successionis allodiali gefordert werden könne?" — „Ob, wenn die Notherben ſie auskehren müſſen, laesio in legitima dabei in Betracht zu ziehen?" — „Wie die Läſion auszumitteln?" — wurden in Sachen Bone ⁄. v. Struve durch das Erkenntniß der Neumärkſchen Regierung v. 21. Apr. 1774. affirmativ entſchieden. — Nach dieſer in vorbenannter Prozeßſache, obwohl nur in erſter Inſtanz, unter d. 21. Apr. 1774 erfolgten rechtl. Entſcheidung, ſind auch die in Sachen der Sallbachſchen Geſchwiſter c. die Rubin- Hufnagel- Gerlach- und Hagedornſchen Geſchwiſter d. 29. Febr., 5. Dec. 1788 und 22. Juni 1789 gleichlautend ergangenen Erkenntniſſe, dergleichen auch in S. Müllern, w. Raue, erfolgt. — Bekanntlich iſt zwiſchen der Gerade, welche die Frau aus ihres Mannes Vermögen erhält, und der Gerade, welche die Spielmagen aus dem Frauenvermögen erhalten, ein Unterſchied. Der Art. 24. des Sachſenſpiegels redet bloß von der erſten Gerade, nämlich von demjenigen, was die Frau nach dem Tode ihres Mannes erhält, dahingegen redet der Art. 31. von dem Fall, wenn die Frau ſtirbt, und disponirt alsdann, daß die nächſte Niftel die Gerade als ſie das hat, in quantum possidet, erben ſolle, ohne weiter zu beſtimmen, worin dieſe Gerade beſtehe. Dieſem Mangel hat die Neumärkſche Lehnsconſtitution v. 1724. II. V. 78. abgeholfen. Sie beſtimmt §. 38. was zur Gerade, welche die Wittwe aus des Mannes Vermögen erhält, und §. 81. was zur Niftel-Gerade, die aus der Frauen Vermögen gegeben wird, gehören ſoll. — die iura der, und Heergewette bei der Magdeburgſchen Pfälzer-Colonie ſind abgeſchafft. R. v. 29. Jan. 1752. C. S. p. 277. I. R. die Formalien beim Verkauf der Gerade-Stücke betr. v. 25. Mai 1776. p. 155. VI. von deren Beſchaffenheit im Magdeburgſchen. H. B. V. 393 — 402. in Pommern H. B. Zugab. 3. Wenn Eheleute ſich aus Orten, wo die Gerade ſtattfindet, nach der Mark begeben, fällt die ſonſt der nächſten Niftel zuſtehende Erbfolge in die Geradeſtücke weg, Lief. 2. p. 61. Was zur Gerade gerechnet wird, St. B. p. 91. V. — A. L. R. II. I. 508 — 539. — ſ. auch Inteſtaterbfolge.

Geräthſchaften, auf Koſten des Staats angekauft, ſiehe Utenſilien.

Gerber, R. die Einſchränkung der Gerbereien in Städten betr. v. 21. Jan. 1800. C. S. p. 2750. X. Umfang des Gewerbebetriebs derſelben. G. S. 1811. p. 270.

Gerbereien, (Loh- und Weißgerbereien,) deren Anlegung und Betrieb in Städten. v. K. A. 18. I. 163 — 168. — 18. II. 490. — 23. III. 690. — IV. 956. — 26. III. 812. — in wie

fern deren Anlegung innerhalb der Städte nachgegeben werden kann. 33. IV. 1051 — 1056.

Gerechtigkeiten, für ſich ſelbſt beſtehende, welche einen eigenen beſtimmten Werth haben; auch ohne den Beſitz eines Grundſtücks ausgeübt werden, ſind unter beſondern Nummern in das Hypothekenbuch einzutragen. H. O. Tit. 1. §. 14. 15. p. 5. — ſ. auch §. 34. — §. 36. p. 9. — A. L. R. I. XX. 395. — einzelner Güter — Ueber deren Eintragung. R. v. 21. Nov. 1831. v. K. J. XXXVIII. 418 — 420. — ſ. übrigens auch Bankgerechtigkeiten, Bannberechtigte, Erbſchaftsſtempel, Gewerbeberechtigungen, Grundgerechtigkeiten, Gütergemeinſchaft, Jagdgerechtigkeit, Statutariſches Recht, Subhaſtationspatent.

Gerechtſame, ſ. Pfarrgüter.

Gerichte, ſämmtliche, reſſortiren vom Juſtiz-Miniſterio. G. S. 1810. p. 20. — Verfahren bei den Kompetenz-Konflikten zwiſchen ſelbigen und den Verwaltungs-Behörden. G. S. 1828. p. 86. — Civil-Gerichte, Gültigkeit der von ſelbigen in Unterſuchungsſachen vorgenommenen Vernehmungen. G. S. 1816. p. 240. — deren Befugniß zur Unterſuchung und Beſtrafung des unerlaubten Verkehrs mit dem Feinde gegen inländiſche Civilperſonen. G. S. 1814. p. 5. — Verfahren dabei; ebendaſ. — Befugniſſe derſelben in Beziehung auf das Strafverfahren gegen beurlaubte Landwehrmänner, Kriegs-Reſerviſten und Train-Soldaten. G. S. 1823. p. 28 — 31. — 1824. p. 213. — 1825. p. 192. — ſtandesherrliche, Aufſicht auf ſelbige. G. S. 1820. p. 93. — Kompetenz derſelben; ebendaſ. — Austrägalgerichte, Oberlandesgerichte, Land- u. Stadtgerichte, Militair- u. Gouvernementsgerichte, Untergerichte ꝛc. ſiehe dieſe. — im Großherzogthum Poſen, ſ. dieſes. — ſiehe auch Juſtizbehörden und Prozeſſe. — Gränzen der Kompetenz zwiſchen ſelbigen und den General-Kommiſſionen in Prozeſſen über Gemeinheitstheilungen ꝛc. v. K. A. 29. II. 275. ff. — Mitwirkung bei Setzung der Merkpfähle ſiehe letztere. — ſollen die erforderlichen Stempel ſofort adhibiren. R. v. 30. Mai 1831. v. K. J. XXXVII. 393. 394.

Gerichtliche-Aſſervation; ſ. Verſiegelung.

Gerichtliche Geſchäfte; ſiehe Dorfgerichte, Magiſträte.

Gerichtliches Verfahren; ſiehe Rechtsverfahren.

Gerichtliche Verfügungen; ſiehe Vorladung.

Gerichtliche Vollziehung. Wer die gerichtliche Vollziehung einer Schenkung verhindert hat, muß demjenigen, der durch die Schenkung bedacht werden ſollte, für die entgangenen Vortheile

gerecht werden. S. u. Str. R. 1. B. No. 17. p. 59. ſiehe übrigens auch Verlautbarung.

Gerichtsämter, deren Errichtung in den ehemals ſächſiſchen Provinzen. G. S. 1820. p. 65. f. — Gebührentaxe für ſelbige. G. S. 1820. p. 70. — Erweiterung deren Kompetenz in Beziehung auf letztwillige Verordnungen, Vormundſchaften und Prozeſſe bis zu 100 Thlr. G. S. 1827. p. 101. — im Herzogthum Sachſen. Gränzen der Kompetenzen derſelben. R. v. 8. Oct. 1827. v. K. J. XXX. 370. 371. — Ueber Aufbewahrung der Teſtamente bei denſelben. R. v. 5. April 1828. XXXI. 277. 278. — Ueber deren Kompetenz in Vormundſchaftsſachen. R. vom 12. März 1832. XXXIX. 141 — 143. — ſiehe auch Aktuarien.

Gerichtsbarkeit, ſ. a. Reſſort. — A. L. R. II. XVII. 3 — 126. von der Lehnsgerichtsbarkeit I. XVIII. 166 — 177. der Univerſitäten II. XII. 69 — 72. — die geiſtliche, gebührt allein dem Landesherrn als summo Episcopo. R. v. 20. Aug. 1728. C. S. I. I. No. 119. Die Gerichtsobrigkeiten können ſich der, über ihre Pächter, Einwohner und Unterthanen in erſter Inſtanz begeben. R. v. 1. Oct. 1761. p. 75. III. actus voluntariae jurisdictionis (ſ. beſ. R. deshalb wegen der in Berlin wohnenden Juſtiziarien benachbarter Gerichte vom 5. Aug. 1780. p. 3021. VI.) ratione immobilium, A. L. R. I. X. 6 — 17. A. G. O. II. I. 3. und diejenigen, welche vor der Vollziehung eine gerichtliche Unterſuchung (z. B. jeder mit Unterthanen bäuerlichen Standes im Magdeburg- u. Halberſtädtſchen als Käufern geſchloſſener Pferdehandel. R. v. 8. Jan. 1780. p. 1821. VI.) erfordern, können nur vor dem ordentlichen Richter aufgenommen werden. R. v. 3. Nov. 1788. p. 2275. VIII. ſ. jedoch die Entſcheidung der G. C. v. 19. Febr. 1788. Kl. A. 269. II. Actus voluntariae jurisdictionis müſſen überhaupt vor einem zu ſolchen Handlungen qualificirten Gericht oder dazu deputirten Gerichtsperſonen. A. L. R. Th. 2. Tit. 17. §. 48 — 60. A. G. O. Th. 2. Tit. 3., am gehörigen Ort A. G. O. c. l. §. 10. (in Anſehung der Teſtamente. A. L. R. Th. 2. Tit. 13. §. 73 — 81.) zur gehörigen Zeit. A. G. O. c. l. §. 11. und vor gehörig beſetztem Gericht vorgenommen werden. A. G. O. c. l. §. 12. Was bei deren Aufnahme überhaupt zu beobachten §. 22. und wenn aus Verabſäumung der geſetzlichen Form die Nichtigkeit der Handlung folgt. R. v. 14. Jun. 1796. St. B. p. 218. II. — Zur Gültigkeit einer jeden bei einem Militair-Gericht vollzogenen Handlung iſt aber hinreichend, wenn ſie vor dem Chef oder Commandeur des Regiments oder vor einem commandirten Officier und dem Auditeur vollzogen worden. R. v. 28. Sept. 1795. C. S. p. 2627. IX. In wie weit den Patrimonialgerichtsbarkeiten in Weſtpreußen das jus mulctae zuſtehet. R. vom 9. Apr. 1775. p. 119. V. c. vom Unterſchied der

Ober⸗ und Untergerichtsbarkeit. H. B. IV. 60. Das Collegium, bei welchem die Hauptſache ſchwebt, entſcheidet auch den Incidentpunkt. J. C. v. 6. Apr. 1757. Kl. A. 241. IV. — Von der Gerichtsbarkeit der Acciſe⸗ und Zollgerichte. Rgl. v. 1772. Cap. 2. C. S. p. 196. V. b. — des altmärkſchen Obergerichts in Eheſachen. R. v. 28. Juli 1753. C. S. p. 539. I. über die Tangermündiſche Burgfreyen. J. C. v. 24. Mai 1756. Kl. A.33. V. der Gerichtsobrigkeiten über die in ihren Gerichtsdörfern angeſeſſenen Bergleute in realibus Lief. 2. p. 50. — der Franzöſiſchen Gerichte, ſ. Juſtiz⸗reglement. — der Gouvernements u. Commandeurs der Garniſonen. Rgl. v. 22. Apr. 1726. C. S. III. I. No. 204. v. 17. Febr. 1727. No. 207. v. 6. Jan. 1731. No. 216. v. 16. Jul. 1735. V. I. I. No. 29. v. 28. März 1737. p. 29. C. I. beſonders zu Berlin. B. v. 8. Oct. 1742. p. 79. C. II. C. die Conſtituirung eines judicii mixti betr. v. 1. Nov. 1729. III. I. No. 213. wenn mehrere Civiljurisdictionen concurriren. R. v. 1. Febr. 1790. p. 2883. VIII. — des Cammergerichts in Prediger⸗ und Eheſachen. C. v. 10. Mai 1748. p. 51. C. IV. v. 16. Mai 1760. p. 419. II. R. v. 18. Apr. 1752. p. 353. I. B. v. 26. Sept. 1646. I. I. No. 17. v. 2. Febr. 1647. No. 18. über die Königl. Erb⸗Zins⸗Pächter. R. v. 19. Febr. R. v. 19. Febr. 1765. p. 603. III. — über die auf der Bürgerſchaft wohnende Eximirte zu Halberſtadt. R. v. 15. Jan. 1770. p. 6621. IV. — des Fabrikengerichts v. 3. und 24. Sept. 1798. p. 1714. 1766. X. in Anſehung einer Handlnngsgeſellſchaft, zu welcher Socii verſchiedener Nationen gehören. R. v. 13. Febr. 1793. p. 1453. IX. — in Anſehung der Königl. Lathen⸗Hobs⸗ ꝛc. Güter (ſ. H. B. III. 381. über die Eigenſchaft derſelben) im Herz. Cleve, Fürſt. Meurs und Gr. Mark, v. 20. Dec. 1779. C. S. p. 1781. VI. — des Landgerichts zu Crefeld. R. v. 3. Mai 1771. p. 167. V. a. — über die Schutzjuden zu Sonnenburg ſtehet der Ordens⸗Regierung nicht zu. R. v. 23. Juni 1751. p. 101. I. zu Königsberg in Pr. v. 6. März 1766. p. 159. IV. v. 31. Juli 1769. p. 6189. und Deklaration v. 30. Nov. 1769. p. 6289. fremde Juden daſelbſt. R. v. 22. Sept. 1766. p. 561. IV. — der Juſtiz⸗Aemter in Contraventions⸗Fällen der Unterthanen. R. v. 24. Apr. 1790. p. 2923. VIII. der Juſtitiarien in den Land⸗Armen⸗ und Invalidenhäuſern. R. v. 20. Aug. 1798. St. B. p. 135. VII. (I.) — der Lotterie⸗Gerichte. R. v. 13. Sept. 1766. C. S. p. 563. IV. C. v. 20. Juli 1774. p. 339. V. d. Ed. v. 20. Juni 1794. p. 2336. IX. zu deren Reſſort aber die Cognition der durch Einſetzen in fremde Lotterien begangenen Contraventionen nicht gehöret. R. v. 29. Mai 1797. p. 1235. X. doch können die Lotterie⸗Gerichte actus voluntariae jurisdictionis, welche das Lotteriewesen unmittelbar betreffen, gültig vollziehen. R. v. 5. Jan. 1797. St. B. p. 323. VII.

— Publ. wegen der den Oberlotteriegerichten beigelegten Criminal-Jurisdiktion v. 13. Aug. 1800. St. B. p. 409. Th. XI. R. Arch. p. 309. Th. 1. Heft 3. und Kl. A. 301. XX. Publ. v. 1800. C. S. p. 3003. X. welches auch auf die Grafſchaft Wernigerode gehet. R. v. 20. Dez. 1800. p. 3251. X. und St. B. 289. XIII. R. die Gerichtsbarkeit der Generallotterie-Adminiſtration über Perſonen vom Militairſtande betr. v. 23. März 1802. St. B. 170. XVII. — des Collegii Medici. R. v. 12. Sept. 1718. C. S. V. IV. I. No. 22. ſ. Arzt, Medicum Collegium. — des General-Poſtamts. Rgl. v. 1782. Abſchn. 15. §. 2. p. 1843. VII. — die von dem General-Poſtamte bisher ausgeübte Gerichtsbarkeit iſt in Gemäßheit §. 14. der Reſſortverordnung v. 20. Dec. 1808. an die gewöhnlichen Gerichte übergegangen. R. v. 11. Dez. 1809. J. M. IX. 36. — des Rabbi, Regl. v. 1750. §. 31. C. S. p. 142. II. zu Königsberg in Pr. R. v. 5. Juni 1757. p. 257. II. — die vormalige Markgräfliche Schwediſche Amtscammer hatte nach dem R. v. 10. Aug. 1752. p. 351. I. jedoch nur in denjenigen Sachen, in welchen von derſelben in erſter Inſtanz erkannt war, das privilegirte Forum dahin, daß auch in Neumärkſchen Sachen, wenn in erſter Inſtanz von der Markgräflichen Cammer erkannt war, die Appellationen an das in die Stelle des ehemaligen geheimen Juſtiz-Raths getretene Cammergericht gehen ſollten. — Die bisherige Adminiſtration der Herrſchaft Schwedt reſſortirt nunmehro von dem Pommerſchen Departement des General-Directorii. R. v. 18. Juni 1768. — des Stadtgerichts zu Berlin beſ. R. v. 22. Apr. 1779. C. S. p. 1526. VI. und Magiſtrats über die Burglehne u. Freihäuſer daſelbſt. Vergl. v. 28. Juli 1787 (im Regiſter über die Hymenſchen Beiträge.) c. Decl. v. 30. Juni 1800. St. B. p. 212. IX. — des Stadtgerichts und Großrichters zu Soeſt, v. 4. März 1779. C. S. p. 1458. VI. R. die, in Bau-Servitut- und Grenzſtreitigkeiten der Herrenfreiheitshäuſer in Stettin betr. v. 7. Dez. 1784. p. 2975. VII. — der Univerſität zu Halle in Eheſachen, R. v. 2. Mai 1776. p. 75. VI. — A. L. R. Th. 2. Tit. XVII. 3 — 126. c. R. ad §. 65. daß derſelbe auch auf den Fall Anwendung finde, wenn der Verbrecher der Militairgerichtsbarkeit unterworfen. v. 17. März 1800. St. B. p. 337. Th. X. Da über die Frage: in wie ferne den Domainen-Juſtizämtern in Fällen, wo ganze Amtsgemeinen in corpore belangt werden, die Cognition in erſter Inſtanz zukomme? Zweifel entſtanden, ſo iſt die Sache durch Einverſtändniß der vorgeſetzten Departements dahin regulirt worden, daß in Fällen, wo das Amt oder der Domainen-Beamte ſelbſt der Kläger iſt, die Sache in erſter Inſtanz vor demjenigen Landes-Collegio, wohin ſie nach Beſchaffenheit des Objecti dem Reglement v. 1749 gemäß gehört, verhandelt werden, in allen andern Fällen

aber die Cognition auch über ganze Amtsgemeinen in corpore dem Domainen⸗Juſtizamte zuſtehen ſoll: auch ferner feſtgeſetzt, daß, wenn bei einem ſolchen Prozeß Fiskus entweder principaliter oder als Intervenient Theil nimmt, alsdann die Sache zwar für das ratione objecti competente Landescollegium gehöre, wenn der Amtsgemeine aber nur assistentia fisci gegeben wird, ſolcher einem benachbarten Juſtizbeamten per modum specialis delegationis aufgetragen, und nur alsdann, wenn ſolches nicht thunlich ſein möchte, ſondern die Aſſiſtenz durch einen eigentlichen fiskäliſchen Bedienten geleiſtet werden muß, die Sache vor das Landes⸗Kollegium gezogen werden ſoll. R. an die Weſtpr. Reg. v. 28. Febr. 1786. ſ. A. G. O. Th. 1. Tit. 2. §. 105. — des Geldernſchen Juſtiz⸗Collegii. J. E. v. 23. Aug. 1778. II. H. B. p. 161. Th. XII. — des General⸗Auditoriats, Klagen gegen einen Civilrichter aus einer ihm mit übertragenen Militairgerichtsverwaltung müſſen bei dem General⸗Auditoriat angeſtellt werden. R. v. 28. Oct. 1799. St. B. p. 393. Th. X. — der Neumärkſchen Regierung, in Anſehung derſelben und des Jurisdictionsbezirks des Königl. Hof⸗ u. Kammergerichts macht die (alte) Oder die Provinzialgrenze aus, wie auch aus der Cammergerichtsordnung v. 1. März 1709. Tit. 10. §. 1. II. I. No. 119. und dem Cod. Frid. Th. 3. Tit. 2. §. 2. hervorgehet und von dem letztern in einem Schreiben v. 30. Apr. 1768. in Sachen der Bürgerſchaft zu Oderberg wider die Gemeine zu Hohenwuzow anerkannt worden. Der dieſſeits der Oder bei Frankfurt an der Oder belegene Damm gehöret aber zum Jurisdictionsbezirk des Cammergerichts, und die daſelbſt belegene Grundſchäferei zur Jurisdiction der Neumärkſchen Regierung; — der Oberamtregierung zu Breslau, Publ. v. 12. Dec. 1791. St. B. p. 109. Th. XII. — die Bedienten des Neuen Proviantamts zu Cüſtrin ſollen auch in Perſonalſachen und Geſchäften, die nicht zu ihrem Dienſt gehören, dem Foro der dortigen Gouvernementsgerichte unterworfen ſein. R. v. 26. Aug. 1799. — Von der, des Biſchöflichen Gerichts zu Poſen, R. v. 8. März 1800. St. B. p. 166. XIV. — der Pr. Geſandten und Conſuls bei der Ottomanniſchen Pforte. St. B. p. 293. XIII. — des Polizei⸗Direktorii zu Königsberg in Pr. in Injurienſachen, R. v. 23. Oct. 1790. St. B. 142. XV. — C. O. v. 10. Mai 1802. p. 171. R. den Juſtizcommiſſarien, Notarien und andern Juſtizbedienten in der Eigenſchaft als Juſtitiarien außer dem Gerichtsſprengel nicht zu geſtattende Actus voluntariae jurisdictionis, v. 29. Juni 1803. St. B. 306. XVII. — R. v. 29. Juni 1803. daß Juſtizbediente, (A. L. R. Th. 2. Tit. 17. §. 60. A. G. O. Th. 2. Tit. 2. §. 10.) welche in der Nachbarſchaft von Berlin Patrimonial⸗Gerichte verwalten, daſelbſt in der Eigenſchaft als Juſtitiarien keine actus voluntariae jurisdictionis vor⸗

nehmen und beglaubigen dürfen. E. S. p. 1851. XI. R. A. 453. III. ſ. jedoch R. v. 3. März. 1807. J. M. IV. 96. — die Gerichtsbarkeit der franzöſiſchen Colonie (R. wegen Unzuläſſigkeit der Prorogation v. 10. Apr. 1797. J. M. I. p. 306.) iſt zu den ordentlichen Gerichten übergegangen. C. O. v. 30. Oct. 1809. u. R. v. 8. Jan. 1810. J. M. VIII. 533. 538. C. O. das ehemalige Forum der deutſchen und franz. Domeſtiken betr. v. 14. März 1803. E. S. p. 1438. XI. In wie weit Civilgerichte nur bei Ausübung der Criminalgerichtsbarkeit concurriren dürfen. Cr. O. §. 20. — §. 25. — Von dem Criminal-Gerichtsſtande, ſ. Cr. O. §. 77. — §. 82. §. 84. (ad §. 83. ſ. Colonie) §. 85. — §. 98. — Die Gerichtsbarkeiten über die Geſinde und die Hausoffizianten der Eximirten ſind den Gerichten der Wohnörter der Herrſchaften, und die Jurisdiction über die Offizianten niedern Ranges iſt der Gerichtsobrigkeit ihres Aufenthaltsortes delegirt worden. R. v. 19. Juni 1810. R. das Forum bei Injurienklagen zwiſchen Offizianten und Steuerſchuldigen betr. v. 23. Febr. 1810. J. M. IX. 24. — Von den Grenzen der Criminal-, Civil- und Polizeigerichtsbarkeit, ſ. Amel. Archiv, 182. B. II. A. L. R. II. XVII. 10. ff. — Den Verhandlungen, welche vor Secretarien des Kurm. Pupillen-Collegii aufgenommen worden, welche die bei demſelben ſchwebenden Vormundſchaftsſachen betreffen oder damit in Verbindung ſtehen, iſt die Kraft gerichtlicher Verhandlungen eben ſo beigeleget, als den Verhandlungen der Secretarien des Cammergerichts, R. v. 7. Nov. 1812. K. A. B. 548. II. ſ. R. v. 12. Apr. 1785. E. S. p. 3101. VII. und K. A. B. 83. I. — Die Gerichtsbarkeit über die Acciſe-Offizianten kann nur mit Ausnahme der Acciſe-Einnehmer, der Caſſen-Controlleure, der Provinzial- und Stadtinſpectoren den Untergerichten dergeſtalt delegirt werden, daß auch die in dem R. v. 19. Nov. 1792. E. S. p. 1096. IX. enthaltene Beſchränkung auf Gegenſtände unter 50 Rthlr. künftig wegfallen ſoll; u. in Abſicht der Polizeibeamten kann nur die Jurisdiction über die Polizei-Diener und Polizei-Sergeanten den Untergerichten per modum delegationis übertragen werden. R. v. 24. Apr. 1814. R. A. B. 260. IV. — über die Perſonal-, des Neumärkſchen Provinzial-Landescollegii, R. v. 9. Apr. 1815. v. K. J. 14. V. Bei Abtheilung der Gerichtsbezirke ſoll überall die Uebereinſtimmung mit der künftigen Kreiseintheilung beobachtet werden. R. v. 19. März 1816. p. 11. VII. — Publ. des O. L. G. zu Stettin, die Gebühren für die, außer dem Gerichtsſprengel von dem Richter aufgenommenen Handlungen betr., v. 10. Aug. 1815. P. A. B. 299. V. — die, in Criminal- u. Injurienſachen über die nicht wirklich im Dienſte angeſtellten, aber auch noch nicht verabſchiedeten, im §. 48. Tit. 2. Th. 1. der A. G. O. genannten, Militairperſonen excl. der Offiziere, ſtehet ferner den

Civilgerichten zu. R. v. 18. Sept. 1810. J. M. IX. 341. — über die auf einer Citadelle domiciliirenden Civil-Perſonen, v. 15. Febr. 1806. C. S. p. 51. XII. wegen Ahndung der Eingriffe in fremde, bei Aufnahme von Handlungen der Freiwilligen, v. 5. Apr. 1806. p. 120. — (Jurisdiction), auf dem platten Lande, darin wird durch das Ed. v. 14. Sept. 1811. wegen Regulirung der gutsherrl. und bäuerl. Verhältniſſe nichts verändert. G. S. 1811. p. 299. — ſoll bei der Veräußerung der Domainen und geiſtlichen Güter von dem Verkaufe ausgenommen und dem Staate vorbehalten bleiben. G. S 1812. p. 23. — dagegen ſollen die Erwerber der letztern weder die Laſten der Gerichtsbarkeit zu tragen, noch die Früchte derſelben zu genießen haben. G. S. 1812. p. 23. — Domanial-, bleibt von der Ablöſung ausgeſchloſſen. G. S. 1811. p. 157. — Der Acciſe- u. Zolldirektionen, der Poſt-, Geſtüts-, Lotterie-, Bergwerks- u. Hüttenbehörden hört auf. G. S. 1808. p. 468. — wird bei letzteren wiederum durch beſondere Berggerichte verwaltet. G. S. 1816. p. 104. — (ſ. auch Bergämter.) — Aufhörung derſelben bei der franzöſiſchen Colonie. G. S. 1809. p. 602. — freiwillige, der bei mobil gemachten Truppen ſtehenden Militairperſonen, zu Aufnahme und Beglaubigung einſeitiger Handlungen derſelben, ſind die Brigade- und übrigen Auditeure befugt. G. S. 1812. p. 129. — der Land- und Stadtgerichte im Brombergſchen Kammerdepartement, Umfang derſelben. G. S. 1806. p. 44. — freiwillige in den wieder vereinigten Provinzen, Reſſort der Gerichtshöfe rückſichtlich derſelben. G. S. 1814. p. 95. — der Städte in den vereinigten, ehemals ſächſiſchen Provinzen hört auf. G. S. 1820. p. 66. — gegenſeitige Ausübung derſelben nach dem mit Sachſen-Weimar-Eiſenach getroffenen Abkommen. G. S. 1824. p. 149 — 156. — freiwillige, unbeſchränkte Befugniß der Friedensgerichte im Großherzogthum Poſen zur Ausübung derſelben. G. S. 1824. p. 136. — akademiſche, Reglement über deren Einrichtung bei den Univerſitäten, v. 28. Dec. 1810. G. S. 1810. p. 143. — durch ſelbiges wird die bisher auf den Univerſitäten ſelbſt ausgeübte Gerichtsbarkeit aufgehoben; ebendaſ. — in Beziehung auf Disciplinar-Sachen und geringe Vergehen der Studirenden, nach der Inſtr. und dem Reglement v. 18. Nov. 1819. G. S. 1819. p. 234. 240. f. — ſ. a. Militair-Gerichtsbarkeit, desgl. Gerichtsſtand. — Uebereinkunft v. 18. Febr. 1832, zwiſchen der Königl. Preuß. und der Herzoglich Sachſen-Altenburgſchen Regierung wegen der Gerichtsbarkeits-Verhältniſſe. G. S. 1832. p. 105 — 114. — Gerichtsbarkeits-Verhältniſſe mit Sachſen-Koburg-Gotha, ſ. Sachſen-Koburg-Gotha. — wie es bei ſtreitiger, über ein Grundſtück, H. O. Tit. 1. §. 17. — §. 21. p. 5. wenn dergleichen aus einer Gerichtsbarkeit in die andere übergehet, zu

halten. §. 22. p. 6. — Die bisher zum platten Lande gehörig geweſenen Grundſtücke, welche von denen der Stadt und der Vorſtädte eingeſchloſſen werden, oder mit denſelben vermiſcht liegen, ſollen künftig dem ſtädtiſchen Kommunalverbande incorporirt, auch dergleichen Grundſtücke und ihre Bewohner in Abſicht der Juſtiz-, Hypotheken- und Vormundſchaftsverwaltung unter die ſtädtiſchen Gerichte geſtellt werden. R. v. 8. Mai 1812. v. K. J. I. 19.; dieſes Reſcr. findet aber auf ſolche innerhalb der Städte oder deren Feldmarken gelegene Grundſtücke, welche Pertinenzien adlicher Güter ſind, keine Anwendung, und iſt in der Real-Jurisdiction dieſer Grundſtücke nichts geändert. Dagegen ſind die Bewohner ſolcher Grundſtücke, in ſofern ihnen kein eximirtes Forum zuſteht, perſönlich der Gerichtsbarkeit der Stadtgerichte unterworfen. R. v. 24. Jan. 1815. Va. 11. — In wiefern es zur Uebertragung der Schriftſäſſigkeit und zur Ausübung der Gerichtsbarkeit einer Conceſſion nicht bedarf. R. v. 30. Sept. 1812. I. 256. — Bei der Zerſtückelung eines Guts muß die Gerichtsbarkeit immer bei dem Hauptſtamme des Guts verbleiben, und nur in dem Falle einer Total-Dismembration kann die Gerichtsbarkeit an die mehrern Mitbeſitzer des Guts übergehen, welche dieſelbe alsdann durch einen gemeinſchaftlich zu beſtellenden Juſtitiarius verwalten müſſen. Auch bei der Dismembration der Domainen ſoll die Gerichtsbarkeit nicht mit verkauft, ſondern dem Staate vorbehalten werden. R. v. 23. Febr. 1815. Vb. 14. — K. A. B. 47. VI. — Diejenigen Güter, welche unter der Weſtphäliſchen Regierung ohne Jurisdiction verkauft worden, können, wenn ſie früher damit beliehen waren, von der Befugniß zur Patrimonial-Jurisdiction nicht ausgeſchloſſen werden. R. v. 10. Juni 1815. v. K. J. Vb. 26. — Die Gerichtsbarkeit über die Eximirten in Frankfurt an der Oder iſt dem Land- und Stadtgerichte abgenommen, und dem Neumärkiſchen Oberlandesgerichte übertragen. Cab. Ord. v. 27. Sept. und R. v. 14. Oct. 1815. VI. 185. 186. — Welche Berg- und Hüttenbeamte in ihren Privatverhältniſſen der Gerichtsbarkeit der Untergerichte per modum delegationis unterworfen werden können. R. v. 21. März 1816. VII. 15. — Die Entſagung der Schriftſäſſigkeit kann von den Käufern ritterſäſſiger Grundſtücke, ſo weit dadurch die Rechte des Staats oder eines Dritten nicht beeinträchtigt werden, jederzeit geſchehen. R. v. 16. Mai 1816. VII. 184. — Die Beſtimmung, daß das Oberlandesgericht zu Glogau die Gerichtsbarkeit in Perſonalſachen der dortigen Juden interimiſtiſch ausüben ſolle, iſt aufgehoben, und jene Gerichtsbarkeit auf das Land- und Stadtgericht übergegangen. R. v. 25. Sept. 1816. VIII. 252. — Die Landesjuſtizcollegien ſind authoriſirt, nach Anleitung der A. G. O. Th. I. Tit. 2. §. 58. u. 101. die Gerichtsbarkeit über das Geſinde und die

Hausoffizianten der Eximirten, desgl. über die Offizianten niedern Ranges, wohin die Subalternen bei allen öffentl. Behörden in der Provinz vom Kanzelliſten abwärts, Acciſeaufſeher, Thorſchreiber, Landreuter u. ſ. w. zu rechnen ſind, den Ortsgerichten zu übertragen. R. v. 11. Febr. 1817. IX. 11. — Die über 3 Meilen vom Sitze der Patrimonialgerichte entfernten Ortſchaften ſollen entweder zu einem nähern Gerichte oder zu einem Land- und Stadtgerichte geſchlagen werden. R. v. 19. Nov. 1819. XIV. 189. — Diejenigen Prozeſſe, welche ein Bergamt nomine fisci anſtrengt, gehören nicht vor das Berggericht dieſes Bergamts, ſondern vor das Berggericht des zunächſt gelegenen Bergamts. R. v. 20. Dez. 1819. XIV. 191. — Welche Gegenſtände zur Competenz der Berggerichte gehören. R. v. 14. Juni 1820. XV. 260. — Den Schleſiſchen Standesherren ſind die vor Erlaſſung der Cab. Ord. v. 9. Jan. 1810 in Bezug auf die Adminiſtration der Juſtiz in ihren Städten zugeſtandene und in Gemäßheit dieſes Befehls entzogenen Befugniſſe, in ſofern ſie es verlangen, wieder eingeräumt worden. Cab. Ord. v. 28. Aug. und R. v. 15. Sept. 1820. XVI. 16. — Fiskus macht auf die ſonſt zu den Kämmereien gefloſſene Strafen und commoda jurisdictionis keine Anſprüche, wogegen ferner auch von den Städten die Criminalkoſten gefordert werden, R. v. 18. Juni 1821. XVII. 264. — deren Ausübung im Fürſtenthum Krotoszyn. Publ. v. 15. Juni 1821. XVIII. 76. — In Fällen, wo die Genehmigung einer freiwilligen Abtretung der Patrimonial-Jurisdiction an die Königl. Gerichte in Antrag gebracht wird, iſt die betreffende Regierung davon in Kenntniß zu ſetzen, um wegen der Polizeiverwaltung und Leitung der Gemeindeangelegenheiten, welche mit jener Gerichtsbarkeit verbunden zu ſein pflegt, die erforderlichen Maßregeln zu treffen, weil ſich die Königl. Gerichte mit den adminiſtrativen Functionen nicht befaſſen dürfen. R. v. 8. Febr. 1822. XIX. 171. u. 20. März 1823. XXI. 278. — Parcellen, welche Pertinenzien anderer Güter werden, gehen auch in die Real-Jurisdiction unter welcher letztere ſtehen, hinüber, wogegen ſie, wenn ſie ein ſelbſtſtändiges Grundſtück bilden, der ſeitherigen Gerichtsbarkeit unterworfen bleiben, jedoch ſteht im letztern Falle dem Oberlandesgerichte frei, dem Patrimonialgerichte die Leitung des Hypothekenweſens über geringfügige Gutsantheile zur Erleichterung der Beſitzer zu übertragen. R. v. 15. März 1824. XXIII. 56. ſ. Bergämter, Cleve, Erſatzmannſchaften, Gerichtsſtand, Unterſuchungskoſten. — Beſtimmungen Hinſichts der Gerichtsbarkeit über Militairperſonen in den Bundesfeſtungen Mainz und Luxemburg. Cirk. R. v. 2. Febr. 1827. v. K. J. XXIX. 94. 95. — desgl. über kleine Domainengrundſtücke und veräußerte Rittergut-Parcellen. R. v. 30. Nov. 1827. XXX. 381. 382. — über

niedere Poſtbeamten. R. v. 18. Juli 1831. XXXVIII. 110. 111. — Patrimonial=, ſ. letztere. — akademiſche, für die Univerſität zu Bonn. v. K. A. 19. I. 130. — wo Fiskus die Koſten der Gerichtsbarkeit trägt, müſſen auch die Gerichtsnutzungen in fiscaliſche Kaſſen fließen. v. K. A. 27. I. 156. — deren Verwaltung in der Provinz Sachſen. 27. II. 341. — deren Zurückgabe an die Städte des Herzogthums Sachſen. 27. II. 341. — Vorbehalt der polizeilichen Verpflichtungen des Gutsherrn bei freiwilliger Abtretung der erſtern. 30. I. 110. — ſ. überhaupt Actus voluntariae jurisdictionis, Geiſtliche Güter, Halt=Grosburg, Jurisdiktion, Juſtitiarien, Konfiskations= und Deſertionsprozeſſe, Landwehr, Militair, Militairperſonen, Patrimonialgericht, Patrimonial=Gerichtsbarkeit.

Gerichtsbaue; ſ. Gerichtslokalien.

Gerichtsbehörden, Beiträge der Stadtgemeinen zur Unterhaltung derſelben. G. S. 1808. p. 352. — hören vom Jahre 1821. ab, auf, doch bleiben erſtere im ungeſtörten Beſitze der Lokale. G. S. 1820. p. 137. — desgl. in den vereinigten ehemals ſächſ. Provinzen. G. S. 1820. p. 66. — ſiehe auch Juſtizbehörden, Oberlandesgerichte, Kammergericht, Land= und Stadtgerichte, Friedensgerichte, Untergerichte ꝛc. — Verpflichtung des Fisci zur Leiſtung der bisher von den Kämmereien gewährten Zuſchüſſe zur Unterhaltung der Gerichtsbehörden. Reſcr. v. 24. Nov. 1820. v. K. J. XVI. 245. — Verpflichtungen der Stadtgemeinen zur Unterhaltung der Gerichtsbehörden, insbeſondere wegen Einräumung der Gerichtslocalien, Unterhaltung der Juſtizgefängniſſe und Entrichtung der Criminalkoſten. Reſcr. v. 2. Nov. 1821. XVIII. 280. — ſ. Militairſtrafen. Unterthaneneid. — Kommunikationen der Medizinal=Kollegien mit ſelbigen. v. K. A. 27. I. 229. — Abführung des bei ſelbigen reſervirten Porto's. 27. IV. 924. — (Juſtizbehörden) die Beiträge der Stadtgemeinden zu deren Unterhaltung, hören vom Jahre 1821 ab, auf. 30. I. 110. f. — Abſchließung darüber mit den Salarien=Kaſſen. 30. I. 112. f. — erſtere verbleiben jedoch in dem ungeſtörten Beſitz ihrer Geſchäfts=Lokale. 30. I. 110. f. — denſelben ſteht über die Zweckmäßigkeit und Nothwendigkeit der polizeilichen Anordnungen von Seiten der Regierungen kein Urtheil zu, vielmehr haben dieſelben nur über den Entſchädigungspunkt zu erkennen. 30. I. 120. — in welchen Fällen ſolche bei Prozeſſen zwiſchen Privatperſonen die Gutachten der Regierungen einzuholen haben. 30. I. 168. — deren Ausſprüche in Erkenntniſſen über die Stellung der Verwaltungsbehörden können für die letzteren nicht

maßgebend ſeyn. 31. I. 114. Korreſpondenz mit den Gerichtsbehörden in Bayern, ſiehe Bayern, Königreich.

Gerichtsbeiſitzer, Gebühren derſelben für ihre Konkurrenz in Criminalſachen bei Aufnahme der Teſtamente ꝛc. R. v. 25. Sept. 1817. v. K. J. XI. 32.

Gerichtsboten, deren Wittwen und Kinder erhalten keine Penſionen und Unterſtützungen aus der Staatskaſſe. R. v. 4. Juli 1823. v. K. J. XXII. 90. — ſiehe Amtskaution, Anſtellung, Botengebühren, Gerichtslokalien, Land- und Stadtgerichtsboten, Meilengebühren, Unterbeamte. — Diäten und Reiſekoſten für ſelbige. G. S. 1825. p. 164. 165. 169. — in den Rheinprovinzen, deren Gebühren bei Subhaſtationen und Lizitationen. G. S. 1822. p. 203. f.

Gerichtsbüreau, ſ. Gerichtslokalien.

Gerichtsdienſte, deren Leiſtung in ſtandesherrlichen Bezirken. G. S. 1820. p. 91.

Gerichts-Eingeſeſſene; ſ. Kaſſenquote, Todesſtrafe.

Gerichtsferien; ſiehe Ferien.

Gerichtsgebühren, worauf die Juſtizbedienten bei ihrer proviſoriſchen Beſtellung nicht ausdrücklich angewieſen worden ſind, fließen zur Salarienkaſſe. Reſcr. v. 27. März 1816. v. K. J. VII. 187. ſ. Kaſſenquote, Gebührenfreiheit. — in Hannover und Kurheſſen, deren Aufhebung in Kriminalſachen bei Auslieferung der Verbrecher. v. K. A. 17. IV. 323.

ſiehe überhaupt Gebühren-Taxe, Gerichtskoſten.

Gerichtshalter, ſ. Patrimonialrichter.

Gerichtsherr; ſiehe Fiskaliſche Strafen, Gebührenfreiheit, Gerichtsſporteln, Unterſuchungskoſten.

Gerichtsherren, ſ. Patrimonial-Gerichtsherren.

Gerichtsherrſchaft, ſiehe Patrimonial-Gerichtsherrſchaft.

Gerichtshöfe, deren Verhältniſſe zu dem Chef der Juſtiz. G. S. 1815. p. 198.

Gerichts-Inſtruktion; ſ. Juſtizreglement.

Gerichts-Kalender, oder Terminsbuch, ſ. allgemeines Regiſtratur- und Canzley-Reglement v. 1782. §. 73. C. S. p. 1659. VII.

Gerichts-Kommiſſarien; ſ. Rekognitionsprotokolle.

Gerichts-Kommiſſionen, ſiehe Bagatellſachen, Diäten.

Gerichtskoſten; ſ. Koſten.

Gerichtsleute; ſ. Dorfgerichte.

Gerichtslokalien, zeitherige in den Städten, in deren unungeſtörtem Beſitze ſollen die Gerichtsbehörden verbleiben. G. S. 1820. p. 137. — unentgeldliche Einräumung derſelben von Seiten der Stadtkommunen in den vereinigten vormals ſächſiſchen Provinzen. G. S. 1820. p. 66. in wie fern die Kommune dafür ſorgen müſſe.. G. S. 1832. p. 189. — Da jedes Gericht einen Fond ad extraordinaria beſitzt, ſo ſind daraus die Koſten, welche durch nothwendige und geringfügige Reparaturen veranlaßt werden, zu beſtreiten, und bedarf es deshalb keines vorherigen Approbatorii des Juſtizminiſterii. Reſcr. v. 4. Dec. 1820. v. K. J. XVI. 244. — Die Städte ſind verpflichtet, den Gerichten die inne habenden Localien einzuräumen und zwar ſowohl diejenigen, welche für das Bureau des Gerichts beſtimmt ſind, als diejenigen, welche zu Dienſtwohnungen gebraucht werden. Reſcr. v. 7. Aug. 1821. XVIII. 22. dieſe Beſtimmung iſt dahin erweitert, daß die Localien, welche bis dahin ſchon zum Sitze der Gerichte gedient haben, oder dazu gewidmet werden können, ohne andern nöthigen Communal-Beſtimmungen Eintrag zu thun, den Gerichten unentgeltlich einzuräumen ſind. Auch liegt den Städten fernerhin die Unterhaltung der Juſtizgefängniſſe ob, und müſſen ſie die Criminalkoſten in der geſetzlich beſtehenden Art entrichten. Reſcr. v. 2. Nov. 1821. XVIII. 289. — Die Beſtimmungen des Edicts v. 30. Mai 1820 kommen nicht blos auf die Gerichtslokalien, ſondern auch auf die Dienſtwohnungen zur Anwendung. Die Cab. Ord. v. 3. Oct. 1821. hat in dieſem Verhältniſſe nichts geändert, und entſcheidet nur die Frage: ob die Kämmereien auch gemiethete Gerichtslocalien ferner den Gerichten unentgeldlich zu gewähren, und ob ſie nach Ablauf der Miethszeit anzuhalten, neue Localien anzuſchaffen. Reſcr. v. 20. Mai 1822. XXI. 310 — Beſtimmungen über die Art und Weiſe, wie die Gerichtsbaue ausgeführt werden ſollen. Reſcr. v. 7. u. 8. Mai 1822. XIX. 311. 312. — Die Oberlandesgerichte ſind angewieſen, bei erforderlichen Reparaturen ihrer Geſchäftslocalien die Ausführung derſelben bei der Regierung des Departements, welche die Fonds dazu verwalten, in Antrag zu bringen. Reſcr. v. 23. Dec. 1820. XX. 273. — In wiefern die Regierungen verbunden ſind, die Provinzial-Juſtizcollegienhäuſer aus ihren Fonds zu unterhalten. Reſcr. v. 1. April 1823. XXI. 277. — Remuneration derſelben für das Heizen und Reinigen des Dienſtlokals bei den Untergerichten. Reſcr. v. 3. März 1823. XXI. 284. — Die Oberlandesgerichte ſind angewieſen, in Fällen, wo Reparaturen ihrer Dienſtgebäude nöthig ſind und dieſe nicht aus den Salariencaſſen beſtritten werden, ſondern aus den Baufonds der Königl. Regierungen für die Collegienhäuſer zu berichtigen ſind, jedesmal vor der Ausfüh-

rung des Baues ſich mit der betreffenden Regierung in Communikation zu ſetzen, damit von dieſer für die Herbeiſchaffung der Fonds und für die zweckmäßigſte Art der Ausführung der Reparatur geſorgt werden könne. Reſcr. v. 7. März 1825. XXV. 119. — Für das zu den öffentlichen Bauten, welche bei den verſchiedenen Verwaltungen des Staats vorkommen, aus Königl. Forſten zu verabfolgende Holz ſoll künftig, ſoweit nicht geſetzliche Verpflichtungen entgegen ſtehen, der taxmäßige Werth zur Forſtcaſſe erlegt werden. Schr. des Finanzminiſterii an das Juſtizminiſterium v. 14. Dec. 1824 nebſt Auszug der Cab. Ord. vom 8. ejd. XXV. 120. — Ausſcheiden der Gerichtslokalien aus den Feuerverſicherungsanſtalten. Schr. der General-Controlle v. 26. Juli und Reſcr. v. 19. Aug. 1825. XXVI. 194. — Die Gerichte ſind angewieſen, bei Neubauten oder Hauptreparaturen, welche unter Leitung eines Conducteurs geſchehen, darauf zu halten, daß das Bauinventarium bei Beendigung des Baues gehörig abgeliefert werde. Reſcr. vom 20. Nov. 1826. XXVIII. 150. — ſ. Gerichtsbehörden, Juſtizbaufond. — Cirk. R. v. 21. März 1833. die Bauten und Reparaturen an Königl. Gerichtslokalien betr. XLI. 241. 242. — über die Verpflichtung der Stadtgemeinden zu deren Unterhaltung. R. v. 4. Sept. 1833. XLII. 142. 143. — der Königl. Domainen, und der vormals geiſtlichen, jetzt Königl. Gerichte, Beſchaffung des Brennholz-Bedarfs für ſelbige v. K. A. 23. IV. 804. — ſiehe auch Dienſtgebäude. ſtädtiſche, zu deren Unterhaltung ſind die Stadtgemeinen nicht verpflichtet. 33. III. 684. f. — ſ. a. Juſtizbehörden.

Gerichtsobrigkeit; ſ. Beerdigungskoſten, Patrimonialgerichtsherrſchaft.

Gerichts-Ordnung. Patent v. 8. März 1803. wegen Einführung der A. G. O. St. B. XVII. p. 202., in die Erbfürſtenthümer Paderborn und Münſter, ingl. in die Abteien Eſſen, Werden und Elten, v. 5. Apr. 1803. p. 235. 243. in das Erbfürſtenthum Eichsfeld, die Städte Mühlhauſen, Nordhauſen und Erfurt, und das Erfurter Gebiet, v. 24. März 1803. 253. 261. und der A. G. O. in den Fürſtenthümern Ansbach und Baireuth, Pat. v. 31. Dec. 1803. St. B. 231. XVIII. — allgemeine, deren neue Auflage nebſt Anhang erhält die Königl. Sanktion. G. S. 1815. p. 29. — Anordnung deren Reviſion. G. S. 1817. p. 290. — Auszug aus ſelbiger, als Beilage zu der Zoll- und Verbrauchsſteuer Ordnung. G. S. 1818. p. 139. f. — Patent über deren Wiedereinführung v. 1. Jan. 1815. ab, in den von den preuß. Staaten getrennt geweſenen und mit denſelben wieder vereinigten Prov. G. S. 1814. p. 89 — 96. — deren Einführung in den mit den preuß. Staaten vereinigten, zwiſchen den ältern Provinzen belege-

nen Diſtrikten und Ortſchaften. G. S. 1818. p. 45. — Wiedereinführung derſelben in den mit Weſtpreußen vereinigten Diſtrikten, dem Kulm- und Michelauſchen Kreiſe und der Stadt Thorn. G. S. 1816. p. 227 — 234. — Deklaration des §. 12. des über die Einführung derſelben in den mit der Provinz Weſtpreußen vereinigten Diſtrikten ſprechenden Patents v. 9. Nov. 1816. G. S. 1820. p. 62. — deſſen Wiedereinführung in dem Großherzogthum Poſen. G. S. 1816. p. 225. 230. — deren Uebertragung in die polniſche Sprache zum Gebrauche im Großherz. Poſen und reſp. in Preußen und Schleſien. G. S. 1816. p. 204. — deren Einführung in den ehemals ſächſ. Provinzen. G. S. 1816. p. 124 — 133. — desgl. in den vormaligen Schwarzburg-Rudolſtädtſchen Aemtern Heringen und Kelbra. G. S. 1819. p. 247. — desgl. in dem Herzogth. Weſtphalen, Fürſtenthum Siegen, mit den Aemtern Burbach und Neuenkirchen, (Freie- und Hückengrund), und den Grafſchaften Wittgenſtein-Wittgenſtein u. Wittgenſtein-Berleburg. G. S. 1825. p. 153 — 159. 236. — die auf Privat-Genugthuung in Injurien-Sachen Bezug habenden Dispoſitionen derſelben werden aufgehoben. G. S. 1811. p. 149. — Deklaration des §. 7. Tit. 15. Th. I. derſelben, rückſichtlich des Verfahrens in der Reviſions-Inſtanz bei theilweiſer Abänderung zweier gleichförmigen Erkenntniſſe. G. S. 1826. p. 43. — Abänderung des §. 22. Th. 1. Tit. 15. u. des §. 133. des Anhanges zu ſelbiger, wegen Aufnahme der Entſcheidungsgründe in die Reviſions-Erkenntniſſe, wenn durch letztere zwei gleichförmige Urtheile ganz oder zum Theil abgeändert werden. G. S. 1825. p. 161. — nähere Beſtimmungen rückſichtlich des §. 26. Tit. 24. Th. I. derſelben wegen Exekutionsvollſtreckungen gegen Militairperſonen. G. S. 1809. p. 583. — Einſchränkung der Vorſchriften Th. I. Tit. 24. §. 71. u. Tit. 49. §. 27. in Beziehung auf das gerichtliche Exekutionsverfahren gegen Schuldner. G. S. 1807. p. 152. 182. — der §. 103. Th. I. Tit. 24. wegen Nichteinklagung der Aktivforderungen des Schuldners von Seiten des Exekutionsſuchers, wird aufgehoben. G. S. 1822. p. 178. — Deklaration Th. I. Tit. 24. §. 128. u. Tit. 52. §. 14. derſelben, wegen Sequeſtration und Taxation nicht bepfandbriefter Güter durch die ordentlichen Gerichte. G. S. 1812. p. 7. — Anwendbarkeit der §. §. 48. bis 56. Tit. 30. Th. I. derſelben, auf alle Arten von Aſſekuranzen. Cab. Ord. v. 10. Apr. 1832. G. S. 1832. p. 136. — Dekl. der im §. 26. f. Tit. 34. Th. I. derſelben enthaltenen Ausnahmen von dem gewöhnlichen Gerichtsſtande bei begangenen Injurien gegen Militairperſonen. G. S. 1809. p. 578. — Aufhebung der Th. I. Tit. 35. §. 3. enthaltenen Vorſchrift wegen höherer Genehmigung zu den von den Regierungen zu führenden Forſtprozeſſen. G. S. 1808. p. 493. — 43ſter Titel des 1ſten

Theils derſelben, in deſſen Stelle tritt der 2te Abſchnitt der Verord. v. 20. Juni 1817. in Beziehung auf Gemeinheitstheilungen und Ablöſungen. G. S. 1821. p. 86. — Modifikation und Erweiterung der, Th. I. Tit. 47. enthaltenen Vorſchriften über das Moratorium während der Dauer des General-Indults. G. S. 1807. p. 151. 181. — nähere Beſtimmungen einzelner Vorſchriften des Th. I. Tit. 47. derſelben, zur Erleichterung des geſetzlichen Moratoriums für verſchuldete Grundbeſitzer. G. S. 1811. p. 202. ff. — Deklaration der §. §. 152. u. 477. b. in Verbindung mit den §. §. 503. 512. u. 513. Th. I. Tit. 50. wegen Berichtigung der laufenden Hypothekenzinſen bei Konkurſen. G. S. 1820. p. 34. — Aufhebung der Beſtimmung des §. 206. Tit. 50. derſelben, in Beziehung auf die im Wege des offenen Arreſtes für Konkursmaſſen aus öffentlichen Leihanſtalten einzuziehenden Pfänder. G. S. 1826. p. 83. — Deklaration der §. §. 148—154. Tit. 51. Th. I. derſelben, die öffentliche Vorladung der Legatarien, gleich den unbekannten Erbſchafts-Intereſſenten betr. G. S. 1829. p. 23. — nach Th. II. Tit. I. §. 3. ſollen künftig auch in Weſtpreußen alle Verträge über das Eigenthum liegender Güter ꝛc. beurtheilt werden. G. S. 1812. p. 39. — Abänderung der Vorſchriften §. 3. Th. II. Tit. I. derſelben u. §. 425. des Anhangs zu derſelben rückſichtlich der Verlautbarung und Beſtätigung der Verträge. G. S. 1821. p. 44. — der §. 34. des Anhanges zu ſelbiger, wegen Schuldklagen gegen Ausländer, findet auf die Einwohner der deutſchen Bundesſtaaten nicht mehr Anwendung. G. S. 1819. p. 212. — Anwendung der Beſtimmungen des §. 54. des Anhanges zu ſelbiger, wegen Inſinuation der Vorladungen an Unteroffiziere und gemeine Soldaten auf alle Landestheile der Monarchie. G. S. 1827. p. 31. — Erläuterung der §. §. 68. und 421. des Anhanges derſelben, die Vollziehung gerichtlicher Verhandlungen von Seiten der des Schreibens und Leſens unerfahrenen Perſonen betr. G. S. 1816. p. 203. — die Vorſchriften des Anhanges in den §. §. 155. 165 bis 170. einſchließlich, ſollen bei Vollſtreckung der Exekutionen gegen Militairperſonen auch in den Provinzen beobachtet werden, in welchen das Allg. Landrecht und die Gerichtsordnung noch nicht eingeführt ſind. G. S. 1822. p. 209—212. — Abänderung des §. 174. des Anhanges zu ſelbiger, wegen des gegen Penſionairs und Wartegelds-Empfänger zu geſtattenden Perſonal-Arreſtes in Schuldenſachen. G. S. 1823. p. 39. — Aufhebung des §. 404. des Anhanges zur Allgem. Gerichtsordnung in Betreff der Nachgebote bei Subhaſtationen. Cab. Ord. v. 5. Mai 1832. G. S. 1832. p. 143. — Aufhebung der im §. 410. des Anhanges vorgeſchriebenen Ableſung der Subhaſtations-Patente von Berg- und Hüttenwerken, in den Kirchen. G. S. 1825. p. 220. — Rheiniſche, Aufhebung des 12ten

und 13ten Titels des 5ten Buchs, 1ſten Theils derſelben, wegen des Subhaſtations-Verfahrens. G. S. 1822. p. 204. — allgemeine; Anwendbarkeit der geſetzlichen Beſtimmungen derſelben, in ſofern ſie ſich auf das Allg. Landrecht beziehen, in den an Preußen übergegangenen, ehemals Sächſiſchen Landesantheilen. Verordn. v. 5. Nov. 1816. v. K. J. VIII. 248. — deren Debit und Preis. Reſcr. v. 14. Juli 1820. XVI. 6. ſ. Examen, Rheinprovinzen. — allgemeine, Anwendung einzelner §. §. ph. derſelben, und zwar: Th. I. Tit. 2. §. 23. v. K. A. 28. III. 750. — 29. IV. 896. — §. 143. — v. K. A. 28. IV. 1042. — Tit. 10. §. §. 94. 95. und 97. — v. K. A. 28. IV. 960. — Tit. 13. §. 10. zu 4. u. 6. v. K. A. 29. III. 569 — Tit. 24. §. 48. v. K. A. 28. IV. 1070. — §. 78. seq. v. K. A. 28. I. 52. — §. 106. v. K. A. 27. II. 347. — Tit. 35. §. §. 75. 78. v. K. A. 29. III. 570. ff. — §. §. 81—85. v. K. A. 29. IV. 883. — Tit. 51. §. 179. v. K. A. 28. II. 539. seq. — Anhang zu ſelbiger: §. 49. v. K. A. 28. II. 565. — §. 154. v. K. A. 27. II. 347. — §. 169. v. K. A. 29. III. 474. — IV. 760. ff. — §. 244. v. K. A. 28. III. 789. — §. 247. v. K. A. 28. II. 448. u. v. K. A. 29. — III. 569. — IV. 863. — §. 252. v. K. A. 29. I. 15. — §. 262. v. K. A. 29. IV. 883. — §. 554. v. K. A. 29. II. 235. — Anwendung des §. 143. Tit. 2. Th. I. derſelben auf die Inhaber der Polizei-Gerichtsbarkeit. v. K. A. 30. I. 116. f. — Anwendung des §. 164. derſelben in Beziehung auf Gehaltsabzüge verſchuldeter Beamten. v. K. A. 30. I. 258—260. — Anwendung des §. 227. des Anhanges zu derſelben auf die wegen Beleidigung öffentlicher Behörden und Beamte eingeleiteten fiskaliſchen Unterſuchungen. v. K. A. 31. II. 256.

Gerichtsperſonen, müſſen bei Gränzbeziehungen gegenwärtig ſeyn. v. K. A. 17. III. 41. ſiehe a. Diäten, Stempelſtrafe.

Gerichts-Salarien- (und Sportel-) **Kaſſen**; ſiehe Salarien-Kaſſe und Scheidemünze.

Gerichtsſchreiber, in den Rheinprovinzen, Rüge und Beſtrafung deren Dienſt-Vergehungen. G. S. 1826. p. 71. — deren Gebühren bei Subhaſtationen und Lizitationen. G. S. 1822. p. 203. f. — desgl. bei Einregiſtrirungen. G. S. 1824. p. 81. — Diäten und Reiſekoſten-Sätze für ſelbige. G. S. 1825. p. 164. 165. 168. f. — die Dienſtverrichtungen derſelben betr. R. vom 9. Decbr. 1831. v. K. J. XXXVIII. 467. (in der Rheinprovinz.) R. v. 23. Novbr. 1832. betr. deren Expeditionsgebühren bei den Polizeigerichten, von den Contumacial-Urtheilen. XVI. 309. 310. — (Hülfs-,) R. v. 5. Jul. 1831 über die Qualifikation u. Anſtellung derſelben in den Rheinprovinzen. XXXVIII. 167. 168. ſiehe übrigens auch Dorfgerichte, Examen.

Gerichtsſchulze; ſ. Schulze.

Gerichtsſitz; ſ. Gerichtslokalien.

Gerichtsſporteln, rückſtändige, temporaire Suspenſion der Exekutionen rückſichtlich derſ. gegen Gutsbeſitzer und Grundeigenthümer. G. S. 1813. p. 133. 134. — 1814. p. 47. — 1815. p. 12. — unter ſelbigen ſind die Stempel und baare Auslagen der Gerichte nicht zu verſtehen. G. S. 1813. p. 134. — Abtragung der erſtern in Terminalzahlungen. G. S. 1814. p. 49. — ſiehe auch Gebühren, Gebührentaxe und Koſten. — ſollen den Juſtitiarien ſtatt der Beſoldung nicht angewieſen, vielmehr den Gerichtsherren berechnet werden. R. v. 18. März 1815. v. K. J. V. a. und 11. Apr. 1815. V. b. 15. — im Herzogthum Sachſen, Entſchädigung der ſtädtiſchen Kommunal-Beamten für deren Verluſt. v. K. A. 21. III. 647.

Gerichtsſprengel; ſ. Jurisdiktions-Bezirk.

Gerichtsſtand. A. G. O. Th. I. Tit. 2. der Ritter-Academie-Bedienten zu Frankfurt an d. O. u. zu Berlin. R. v. 9. April 1757. E. S. p. 245. II. (in Acciſe- und Zollſachen ſiehe Juſtizreglement) der Acciſebedienten in ihren Privat-Angelegenheiten R. v. 19. Dec. 1788. p. 2349. VIII. der niedern Acciſe-Officianten in der Churmark in Sachen unter 50. Thlr. R. vom 19. Nov. 1792. p. 1096. IX. auch in Vormundſchaftsſachen ihrer Kinder, R. v. 26. Mai 1795. St. B. p. 423. I. p. 2511. IX. mit Ausſchluß der Kinder der Acciſe- u. Zoll-Controlleurs, R. v. 26. März 1796. St. B. p. 236. V. der Kinder der Kanzelliſten bei den Landes-Collegien und der Rektoren bei Stadtſchulen. Von obiger Delegation ſind die Injurienſachen niederer Acciſe-Officianten auszunehmen. R. v. 29. Juni 1795. E. S. p. 2538. IX. St. B. p. 169. II. der Adlichen zu Landsberg an d. W. R. v. 21. Jan. 1752. E. S. p. 275. I. der adlichen Beſitzer amtsſäßiger Güter. St. B. p. 122. IV. der Vagabonden und Bettlerkinder in den Landarmenhäuſern. R. v. 26. Jan. 1795. E. S. p. 2478. IX. ſ. Rgl. v. 16. Juni 1791. p. 123. IX. eines in Militairdienſten geſtandenen nach ſeiner Heimath zurückgekehrten Ausländers in Eheſcheidungsſachen. R. v. 8. Aug. 1786. p. 135. VIII. G. E. v. 3. Mai 1785. Kl. A. 181. I. der in Königl. Landen ſich niederlaſſenden Ausländer. C. v. 7. Juli 1772. E. S. p. 365. V. b. und Pr. Ord. der Bankdirectoren und Bedienten in Berlin. R. v. 13. Dec. 1767. p. 1001. IV. — bei Amortiſationen verloren gegangener Bankobligationen u. Pfand-Rezepiſſen. R. v. 21. Oct. 1799. p. 2659. X. — der Bergleute, R. v. 5. Oct. 1753. p. 571. I. v. 24. Juli 1755. p. 1211. III. R. an die Halberſtädtſche Reg. v. 17. Sept. 1760. p. 465. II. der Bergleute in actionibus realibus Lief. 2. p. 50. der Bergwerks- u. Hüttenoffizianten in causis officii, wohin auch die Torf-Offizianten

zu zählen, weil die Berg- und Torfgeſchäfte combinirt geweſen und bei der nachher erfolgten Separation der ökonomiſchen Arbeiten in den feſtgeſtandenen Jurisdictions-Verhältniſſen der Offizianten nichts geändert worden. Pat. v. 19. Oct. 1787. p. 1607. VIII. — der Juſtiz-Bürgermeiſter, Syndicen, Secretarien und Aktuarien. R. v. 10. Apr. 1757. p. 245. II. R. an die Halberſt. Reg. v. 21. Dez. 1761. p. 99. III. — der dirigirenden Polizei-Bürgermeiſter in Neu-Oſtpreußen Decl. v. 6. Jul. 1800. N. Arch. p. 202. Th. 1. H. 2. — der Lehrer der Cadets außer dem Dienſt, ſ. V. v. 31. Dec. 1732. C. C. II. I. No. 263. auch Reſcr. des Militair-Juſtiz-departements vom 3. December 1798. St. B. p. 268. Th. XI. — der geheimen Kriegs-Canzelley-Verwandten. R. v. 10. May. 1756. E. S. p. 1319. III. der niedrigen Subalternen bei den Landes-Juſtiz-Collegien. A. G. O. Th. 1. Tit. 2. §. 91. wohin die Canzelliſten nicht zu rechnen. R. v. 21. März 1796. E. S. p. 114. X. u. müſſen die Verlaſſenſchaften aller Eximirten ohne Unterſchied bei dem Foro personali, welchem der Erblaſſer unterworfen geweſen, nach dem §. 92. regulirt werden. R. v. 19. März 1798. St. B. p. 222. VI. E. S. p. 1607. X. — der Conceſſionarien und deren Arbeiter. R. v. 24. Sept. 1798. E. S. p. 1766. X. der Commerzien- und Hofräthe, die ein bürgerliches Gewerbe. R. v. 12. April 1785. p. 3085. VII. Handlung treiben. R. v. 28. März 1768. p. 3032. IV. der Commödianten. R. v. 26. Jan. 1756. p. 23. II. der Mitglieder des Nationaltheaters. R. v. 13. Jul. 1789. p. 2537. VIII. beſonderer Gerichtsſtand bei Concurſen. R. vom 3. Apr. 1784. p. 2897. VIII. der Magiſtratsglieder zu Crefeld. R. v. 3. May 1771. p. 177. V. a. bei Criminal-Unterſuchungen, in Anſehung der Civil- und Militairgerichtsbarkeit. E. v 1. Nov. 1729. §. 6. III. I. p. 485. nebſt V. v. 30. April 1739. p. 251. C. I. R. v. 1. Febr. 1790. p. 2883. VIII. Ed. v. 21. Jul. 1787. p. 1515. VIII. c. R. deſſen Anwendung auf Landeseingeborne. betr. v. 10. Jun. 1793. p. 1624. IX. und Declaration wegen des Fori originis vom 17. März 1794. p. 2044. IX. Das in dieſem Edict erwähnte Forum delicti commissi iſt dasjenige Forum, welchem principaliter die Führung der Inquiſition zukommt; von einem Anbieten der Auslieferung iſt darin nirgends die Rede. R. v. 31. März 1794. p. 2105. IX. — der Domeſtiquen der vormaligen Wittwe des Prinzen Ludwig v. Preußen. R. v. 3. Febr. 1800. p. 2778. X. — von ihren Gutsherrſchaften belangter Dorfgemeinen. R. vom 31. Jan. 1791. p. 15. IX. — der Ehefrau eines Deſerteurs. R. v. 25. Oct. 1785. p. 3219. VII. einer im Lande domiciliirten Ehefrau mit ihrem im Auslande lebenden Manne. R. v. 5. Sept. 1791. p. 182. IX. in Ehe- und Sponſalienſachen. R. v. 9. Dec. 1774. p. 959. V. d. c. C. v. 20. Sept. 1783. p. 2475. VII. R. vom 8. Aug. 1786.

p. 135. VIII. der Ehefrauen der Unterofficiers und gemeinen Soldaten, welche in den Garniſonen zurückbleiben. Reſcr. v. 23. May 1796. p. 402. X. St. B. p. 220. II. wenn dergleichen Soldatenfrauen Injurien-Proceſſe haben. R. v. 11. Apr. 1796. E. S. p. 195. X. St. B. p. 184. II. geſchiedener Ehefrauen. A. G. O. Th. 1. Tit. 2. §. 88. 89. c. R. v. 28. Nov. 1796. E. S. p. 766. X. ſ. Gerichtsbarkeit des Kammergerichts. In katholiſchen Eheſcheidungsſachen. R. vom 22. Jan. 1790. p. 2855. VIII. der Enrollirten in Berlin, wenn ſie delinquiren C. O. vom 25. Nov. 1743. p. 167. C. II. R. v. 27. Jul. 1752. p. 351. I. C. O. v. 20. Nov. 1752. p. 395. C. v. 19. Febr. 1753. p. 437. (ſ. d. Pr. O.) der Eximirten (A. L. R. II. VIII. 3—12. 59—477.) in Acciſeſachen. Reſcr. v. 25. Apr. 1768. p. 3063. IV. beſonders wenn der Proceß eine Exemtion betrifft. Reſcr. v. 11. May 1787. p. 1375. VIII. J. E. vom 29. Jan. 1789. p. 2404. vom 17. May 1790. p. 2936. VIII. der Bedienten eximirter Perſonen R. v. 7. Sept. 1784. p. 2956. VII. cf. R. an das Cammerger. v. 16. März 1768. p. 2055. IV. in Vormundſchaftsſachen, wenn ſie das Bürgerrecht gewonnen R. an das Pupill. Colleg. zu Cöslin vom 24. Jan. 1758. p. 281. II. R. v. 13. Nov. 1763. p. 329. III. v. 27. März 1784. p. 2821. VII. in Bau- und Servitutſachen. R. vom 9. Apr. 1757. v. 18. Jun. 1759. p. 245. 357. II. derer, die blos um Häuſer zu acquiriren das Bürgerrecht gewonnen und zugleich Handlung und bürgerliche Nahrung treiben. Reſcr. v. 14. Jul. 1766. p. 501. IV. der Eximirten auf der Inſel Uſedom, in den Städten Uſedom und Wollin. R. vom 27. Aug. 1798. p. 1699. X. — der Wittwe und Tochter eines Franzöſiſchen oder Pfälzer Coloniebürgers, vom 21. Dec. 1801. St. B. p. 370. XIV. R. A. p. 285. St. 2. p. 619. XI. J. M. 96. XVI. — eines geſchiedenen Franzöſiſchen Colonie-Bürgers. R. v. 22. Apr. 1799. St. B. p. 391. VIII. bei Criminaluntersuchungen, wenn nicht eximirte Berlinſche Einwohner in den der Realjurisdiction des Cammergerichts unterworfenen Gebäuden und Orten Verbrechen begehen, muß die Unterſuchung bei dem letzten geführet werden. R. v. 24. Dec. 1798. St. B. p. 220. Th. VIII. in Abſicht der Forſtvergehungen kommt die Führung der Unterſuchung gleichfalls principaliter dem Foro delicti commissi zu R. v. 12. Nov. 1800. St. B. p. 221. XII. in katholiſchen Eheſcheidungsſachen ſ. R. v. 17. Jul. 1800. ad 10. et 11. R. Arch. p. 295. Th. 1. H. 3. — der Franzöſiſchen Coloniegemeinen, von Beſtimmung der dreimonatlichen Friſt bei ausländiſchen Dienſtboten. R. v. 10. Jun. 1799. St. B. p. 383. VIII. E. S. p. 2546. X. abgetheilter Fürſten. R. v. 12. Apr. 1799. St. B. p. 388. Th. VIII. E. S. p. 2286. X. — der Forſtbedienten. R. v. 27. Nov. 1753. p. 599. I. B. v. 12. Jan. 1776. p. 15. VI. c. D. v. 9. Apr. 1776.

p. 70. VI. R. v. 16. May 1786. p. 93. VIII. Der Franzöſiſchen Coloniegemeinen. R. v. 22. Jan. 1720. I. I. No. 106. v. 14. Febr. 1791. p. 23. IX. A. G. O. Th. 1. Tit. 2. §. 30. R. v. 21. März 1796. St. B. p. 165. II. wie die dreimonatliche Friſt zur Erklärung über die Wahl des Gerichtsſtandes der Emigrirten zu rechnen. Reſcr. v. 21. Nov. 1797. St. B. p. 293. V. Regierende deutſche Reichsfürſten und Stände, ſowohl geiſtliche als weltliche, desgleichen abgetheilte Fürſten aus den Häuſern derſelben, wenn ſie ihren beſtändigen Aufenthalt in den Königl. Preußiſchen Staaten nehmen, müſſen ſowohl in Rückſicht ihrer perſönlichen als ſolcher dinglichen Rechtsverhältniſſe, welche in Königl. Staaten belegene Grundſtücke und Sachen betreffen, das Forum personale der Preußiſchen Gerichtshöfe anerkennen. R. v. 12. Apr. 1799. der Glieder, Prälaten und Domherrn des Domſtifts zu Frauenburg. R. v. 2. Nov. 1778. E. S. p. 1349. VI. — der Geiſtlichen in Landsberg an d. W. v. 21. Jan. 1752. p. 275. I. die reformirten Geiſtlichen ſtehen in Amtsſachen unter dem reformirten Kirchendirectorium. R. v. 21. Aug. 1752. p. 353. I. ſ. der Prediger — in Gemeinheitsauseinanderſetzungsſachen, wobei Kirchen und Prediger intereſſiren J. C. v. 20. Dec. 1779. Kl. A. 247. VII. v. 24. Aug. 1762. p. 140. VI. in Preußen J. C. vom 11. Sept. 1779. v. 4. Oct. 1779. p. 159. 162. VI. zwiſchen Intereſſenten vom Juſtiz- und Cameral-Reſſort. J. C. v. 10. Nov. 1781. p. 284. VIII. der Bedienten auswärtiger Geſandten. R. v. 17. Sept. 1765. E. S. p. 1361. III. R. v. 12. Jul. 1790. p. 2953. VIII. v. 28. Dec. 1791. p. 274. IX. Decl. v. 24. September 1798. p. 1758. X. Kl. A. 316. XVIII. A. G. O. Th. I. Tit. 2. §. 72. und A. L. R. Einleitung §. 42. 43. ſtatt 38. 39. des Geſindes. R. v. 6. Aug. 1792. E. S. p. 1065. IX. die Streitigkeiten und Vergehungen in Geſtüte-Dienſtſachen gelangen in 2ter Inſtanz zur Cognition der Juſtizcollegien C. vom 19. Dec. 1795. p. 2738. IX. der Getraide-Handlungscompagnie auf der Elbe. R. v. 11. Febr. 1771. p. 37. V. a. In Grenzſtreitigkeiten. J. C. v. 7. Nov. 1778. p. 1521. VI. v. 21. Dec. 1779. Kl. A. 243. VII. bei Streitigkeiten zwiſchen Beamten u. adlichen Gutsbeſitzern wegen Aufhetzung deren Geſindes. J. C. v. 6. Oct. 1785. Kl. A. 237. IX. ſ. Geſinde-Ordnung. — des unterthänigen Geſindes. A. G. O. Th. 2. Tit. 1. §. 13. 18. gehet ſowohl auf unterthäniges als freies Geſinde. R. v. 29. Febr. 1796. St. B. p. 130. Th. IX. — bei Provinzial-Grenzſtreitigkeiten §. 18. des Regl. v. 19. Jun. 1749. E. S. p. 163. C. IV. ſ. Reſſort. — des Geſindes überhaupt. R. v. 10. Jan. 1803. N. A. 28. B. 3. und des Geſindes franzöſiſcher Abkunft bei deutſchen, und der deutſchen Domeſtiken bei franzöſiſchen Colonie-Bürgern betr. v. 14. März 1803. N. A. 104. 3. das Geſinde der Militair- und anderer eximirten

Perſonen iſt auch in Criminalfällen dem Foro exemto der Herrſchaft, und nicht den Gerichten des Orts, wo das Verbrechen begangen worden, unterworfen. R. an die Neumärkſche Regierung v. 7. Oct. 1801. N. A. III. 478. — in Klageſachen der Gutsbeſitzer in der Churmark gegen ihre Gemeinen in corpore. R. v. 31. Jan. 1791. E. S. p. 15. IX. zwar im Lande angeſeſſener aber faſt immer im Auslande ſich aufhaltender Gutsbeſitzer. R. v. 13. Oct. 1794. p. 2425. IX. — In Militair-Dienſten ſtehende Gutsbeſitzer müſſen in Beſchwerdeſachen wegen Mißhandlungen ihrer Unterthanen bei dem competenten Regimentsgerichte belangt werden. R. v. 29. Aug. 1804. N. A. III. 366. — der Heeſen Buſch-Societät. R. v. 6. Apr. 1773. E. S. p. 66. V. c. der Hof-Arbeiter, Buchhändler, Buchdrucker, Handwerker u. Künſtler. R. v. 23. Oct. 1762. p. 165. III. v. 23. Nov. 1762. p. 167. ſ. jedoch den Vergleich v. 28. Jul. 1787. (im Regiſter über die Hymenſchen Beiträge.) — der Haupt-Nutzholzadminiſtration. R. v. 6. Jul. 1795. St. B. p. 197. Th. XI. eines Holzgräfen oder Markenrichters in Weſtphalen. J. E. v. 28. Aug. 1778. St. B. p. 153. Th. IX. v. 5. Sept. 1778. p. 158. — in Streitigkeiten der Holzhandlungs-Compagnie. R. v. 2. Jul. 1773. E. S. p. 371. V. c. — der Hausofficianten fremder Geſandten. R. v. 6. Nov. 1801. St. B. p. 301. XV. (Wenn eine Handlungsgeſellſchaft aus Mitgliedern verſchiedener Nationen beſteht. R. vom 1. Sept. 1808. und 31. Oct. 1808. J. M. VII. 168.) bei Injurien gegen Acciſe-Bediente, die in officio vorgefallen. R. v. 25. Apr. 1768. E. S. p. 3063. IV. der Inquiſiten. E. v. 21. Jul. 1787. p. 1515. VIII. der Juden, welche in civilibus unter jeden Orts Obrigkeit ſtehen. E. v. 21. May 1671. V. V. III. No. 2. ſ. Gerichtsbarkeit; — (die Juden in der Neumark, ſtehen in criminalibus unmittelbar unter der Regierung. R. v. 25. Sept. 1720. E. S. II. I. No. 200. Reſcr. v. 23. Jun. 1751. p. 101. I.) der Juden in den Fürſtenthümern Anſpach und Baireuth betr. E. v. 11. Apr. 1803. St. B. 281. XVII. der unter dem Namen der blos conceſſionirten „jüdiſchen Glaubensgenoſſen bezeichneten Individuen in Berlin. „R. v. 2. März 1809. J. M. VIII. 95. — Nach Vorſchrift der „A. G. O. Th. I. Tit. 2. §. 105. können auch Judengemeinen in „Mediatſtädten, wenn ſie von ihrem Grundherrn bei den Patrimo„nialgerichten in Anſpruch genommen werden, darauf antragen, „daß die Inſtruktion und Entſcheidung der Sache ſchon in erſter „Inſtanz bei dem Obergerichte erfolge. R. v. 8. Jun. 1805. N. A. 115. „IV." — der bei den Invalidenkompagnien vorkommenden Rechtsangelegenheiten. R. v. 27. Mai 1809. (ungedr.) — der Juſtizcommiſſarien bei Untergerichten R. an das Cammergericht v. 17. Jun. 1760. E. S. p. 435. II. bei dem Magiſtrat zu Aſchersleben vom 1. Jun. 1761. p. 33. III. die bei Untergerichten ſich als Mandatarien

gebrauchen laſſen. C. v. 20. Sept. 1783. p. 2475. VII. als Defenſoren der Inquiſiten. R. v. 23. Sept. 1793. p. 1656. IX. — bei Streitigkeiten wegen Kirchenſtände. R. v. 20. Nov. 1656. C. S. I. I. No. 20. die Wittwen der Kopiſten ſtehen unter der Gerichtsbarkeit der Untergerichte ihres Wohnorts. R. v. 21. März 1796. p. 114. X. — der Subalternen des Oberkriegscollegiums in ihren Rechtsangelegenheiten. R. vom 11. Jul. 1788. p. 2201. VIII. — der Landſchaft in Schuldklagen wider ſelbige. R. v. 8. Dec. 1773. p. 663. V. e. der Unterbedienten bei landſchaftlichen Creditdirectionen. R. v. 19. Febr. 1784. p. 2759. VII. in landſchaftlichen Officialſachen. R. v. 12. Nov. 1792. p. 1096. IX. der Lohnlaquayen in Berlin. R. v. 26. Apr. 1742. p. 70. C. II. der Königlichen Bedienten bürgerlichen Standes zu Landsberg an der W. R. v. 21. Jan. 1752. p. 275. I. — der Magazin- und Proviantbedienten, welche auch in Perſonal-Sachen und Geſchäften, die nicht zu ihrem Dienſt gehören, dem Foro der Gouvernements-Gerichte unterworfen ſind. Rgl. v. 28. März 1737. p. 29. C. I. — der Militair-Perſonen. A. G. O. I. II. 109. als geweſener Beſitzer von Immobilien. R. v. 15. Febr. 1796. St. B. p. 170. II. fremder Militairperſonen §. 59. R. v. 14. Apr. 1795. St. B. p. 169. II. in Injurienſachen gegen Civilperſonen. A. G. O. Th. I. Tit. 34. §. 26. e. einer Soldatenfrau, die ſich nicht bei ihrem Ehemanne in der Garniſon aufhält. R. v. 11. Apr. 1796. St. B. p. 183. II. vom 23. May 1796. p. 195. 402. X. — Daß auch wider eine Militairperſon in foro civili eine Reconvention angebracht werden könne, ſtreitet wider die deutliche Vorſchrift der A. G. O. Th. 1. Tit. 2. §. 161. R. v. 11. Jun. 1804. M. S. 367. Auch diejenigen Militairperſonen, welchen eine Civil-Bedienung conferirt worden, die aber dabei als verabſchiedete Militairperſonen eine fortdauernde Penſion beziehen, können bei den Civil-Behörden nicht belangt werden. R. v. 31. Aug. 1805. N. A. IV. 244. — Von dem Gerichtsſtande einer noch minorennen geſchiedenen Soldatenfrau, deren Vater eine Militairperſon iſt. R. v. 3. Sept. 1798. J. M. I. 312. Vom Gerichtsſtande der von den Armeen zurückgekommenen Militairperſonen. R. v. 20. Dec. 1806. J. M. IV. p. 1. — In Injurienſachen zwiſchen Civil- und Militairperſonen. R. v. 27. Apr. 1806. J. M. III. 423. — der an fremden Höfen ſtehenden Königl. Miniſter. R. v. 17. Aug. 1764. C. S. p. 1367. III. der personarum miserabilium C. vom 19. März 1782. p. 918. VII. der Münzarbeiter, in Sachen, die deren Amt betreffen. R. v. 24. Oct. 1755. p. 887. I. v. 6. Apr. 1755. p. 813. I. v. 21. März 1756. p. 53. II. — der Notarien R. v. 7. Dec. 1752. p. 401. I. v. 2. Sept. 1767. p. 977. IV. R. an die Halberſtädtſche Reg. vom 21. Dec. 1761. p. 99. III. — der Officiers in deren Proceſſen als Landgutsbeſitzer mit ihren

Pächtern. R. v. 30. May 1756. p. 107. II. der Bedienten derſelben in Berlin, wenn ſie delinquiren. C. O. v. 25. Nov. 1743. p. 167. C. II. — verabſchiedeter Officiers, welche der Militair-Jurisdiction unterworfen. C. O. v. 26. Apr. 1798. u. C. v. 1. May 1798. E. S. p. 1634. X. ſelbſt wenn dergleichen verabſchiedete Officiers Güter beſitzen oder beſeſſen, und in dieſer Qualität Schulden contrahiret haben. R. v. 15. Apr. 1799. St. B. p. 396. X. — penſionirter Offiziere. R. v. 19. März 1800. St. B. p. 72. XV. C. O. v. 15. u. R. v. 23. März 1803. den Gerichtsſtand der auf Penſion geſetzten Offiziere betr. R. A. 359. III. der Offiziere der Land-Reſerve-Bataillons, R. v. 29. März 1806. J. M. II. 491. — Von dem Gerichtsſtande bei Regulirung der Erbſchaft eines verſtorbenen Oberförſters. R. v. 26. Jul. 1809. (ungedr.) — der Gutspächter adlichen Standes. R. v. 15. Apr. 1793. E. S. 1505. IX. Nach der Regel gehören die zur Pachtrückgewehr gehörigen Stücke, wenn ſie auch nicht ſogleich ad liquidum gebracht werden können, dennoch ob connexitatem causae zu dem Foro, unter welchem das rückgewährte Pachtgut belegen. R. v. 28. Jan. 1799. St. B. p. 282. Th. XI. eines von der Gerichtsbarkeit des Verpächters eximirten Pächters. R. v. 15. Dec. 1800. E. S. p. 3251. X. R. A. p. 24. B. 2. der Privatpächter. St. B. p. 293. Th. XI. R. v. 15. Dec. 1800. St. B. p. 311. XII. — der Pfarrer und deren Geſindes ſ. St. B. p. 282. Th. XI. — der Pferde- und Schweineſchneider iſt bei der Cameralbehörde. Regl. v. 20. Aug. 1728. E. S. V. V. II. No. 25. — der Policeibedienten in Injurienſachen v. 6. Mai 1797. J. M. II. p. 49. — der Poſtillions, in Sachen, welche das Poſtweſen nicht betreffen. R. v. 30. Jul. 1761. E. S. p. 53. III. der Poſtmeiſter und Poſtbedienten. R. vom 13. März 1703. IV. I. III. No. 45. R. v. 8. Sept. 1731. II. I. No. 260. C. v. 3. May 1771. p. 167. V. a. Edict v. 26. Nov. 1782. p. 1843. VII. — Der Prediger, bei Vergehungen derſelben. Inſtr. v. 4. Oct. 1750. §. 14. p. 294. C. IV. E. v. 16. May 1760. p. 419. II. R. v. 26. Jan. 1765. p. 567. III. der vom Magiſtrat zu Berlin vocirten Prediger. R. v. 2. Sept. 1771. p. 303. V. a. welchem auch die Jurisdiction über die vocirten Landprediger zuſteht. R. v. 2. Sept. 1791. Lief. 4. p. 99. — der Prinzen v. Königlichen Hauſe. Reſcr. v. 13. Jan. 1805. E. S. p. 2949. XI. — der Profeſſoren zu Frankfurt an der Oder. R. v. 28. Oct. 1674. II. I. No. 45. R. v. 26. Juni 1799. St. B. p. 287. Th. IX. — der Königl. Bedienten bei dem Stift zu Quedlinburg. R. v. 1. Dec. 1759. E. S. p. 393. II. — der Räthe bei der Neumärkſchen Regierung Inſtr. v. 3. Nov. 1750. §. 30. E. S. p. 315. C. IV. — der Rectoren und gelehrten Mitglieder einer Schule in kleinen Städten. R. v. 9. Nov. 1801. St. B. p. 298. XV. — abgegangener Referendarien. R. v. 12. Oct.

1789. E. S. p. 2689. VIII. J. E. v. 16. Dec. 1790. Kl. A. 259. VII. der Untergerichts-Referendarien Auscultatoren. R. v. 24. Juli 1797. E. S. p. 1319. X. St. B. p. 302. V. — der Salpeterſieder. R. v. 6. Nov. 1755. E. S. p. 891. I. — der Scharfrichter II. III. No. 3. II. I. No. 36. 37. 48. 49. 51. 52. 55. 60. 66. 72. IV. III. I. No. 24. IV. III. II. No. 12. IV. IV. No. 36. E. vom 14. Febr. 1714. E. I. No. 133. V. v. 23. Jan. 1714. VI. II. M. No. 81. C. v. 10. Jul. 1737. p. 63. C. I. V. v. 5. Febr. 1762. p. 123. III. in der Churmark. J. E. v. 19. März 1759. p. 85. V. Wenn unbefugte Schriftſtellerey und Aufwiegelung bei Objecten verübt worden, die an ſich zum Cameral-Reſſort gehöen, muß die Unterſuchung und Beſtrafung den Cammer-Juſtizdeputationen überlaſſen werden. R. v. 22. Jun. 1797. St. B. p. 47. VI. der Schullehrer bei den Vergehungen derſelben. E. v. 16. May 1760. E. S. p. 419. II. R. v. 26. Jan. 1765. p. 567. III. R. wegen des Gerichtsſtandes der zum wiſſenſchaftlichen Unterricht der Jugend beſtellten Schullehrer. v. 9. Novbr. 1801. R. A. 106. III. u. J. M. I. 222. — der Soldaten, die bürgerliche Nahrung treiben und Häuſer beſitzen. C. v. 21. Oct. 1749. E. S. p. 193. C. IV. v. 2. Nov. 1749. p. 195. C. v. 20. Sept. 1783. p. 2476. VII. nicht förmlich verabſchiedeter Soldaten. R. v. 26. Jun. 1760. p. 437. II. der Ehefrauen der Enrollirten. C. O. auf Anfrage v. 27. Jul. 1752. p. 351. I. daß Enrollirte unter Militairſtrafe, die Weiber auf dem Lande aber unter das Civile gehören; ausmarſchirter Soldaten. Reſcr. v. 24. May 1790. p. 2937. VIII. deſertirter Reſcr. v. 25. Oct. 1785. p. 3219. VII. Soldatenſöhne ſind dem Regiment, zu welchem der Vater gehöret, obligat, mit der in der A. G. O. Th. I. Tit. 2. §. 97. erwähnten Ausnahme. R. v. 24. Jul. 1797. St. B. p. 343. V. — beurlaubter Soldaten, welche ſich im Geſindedienſt ſtrafbarer Vergehungen zu Schulden kommen laſſen C. v. 19. Dec. 1799. E. S. p. 2710. X. der Ehefrauen und Kinder ins Feld marſchirter Soldaten in criminalibus ſ. Kl. A. 81. XX. der auf Urlaub befindlichen Soldaten. R. v. 7. Febr. 1810. J. M. VIII. 599. — der Stadtſchultheißen R. an die Halberſt. Reg. v. 21. Dec. 1761. E. S. p. 99. III. in Stempel-Contraventionsſachen ſ. Stempel-Kontravention. Der Studenten in Injurienſachen gegen Militairperſonen. R. v. 12. Oct. 1789. p. 2687. VIII. Streitigkeiten zwiſchen Sterbegeſellſchafts-Intereſſenten gehören zur Cognition der Juſtizcollegien. R. v. 1. Nov. 1785. p. 3223. VII. — der Mitglieder des ehemaligen Uckermärkſchen Obergerichts. R. vom 7. Jan. 1773. p. 13. V. c. der Univerſität zu Frankfurt an der Od. R. v. 28. Oct. 1673. II. I. No. 45. v. 29. Sept. 1754. p. 691. I. — eingeborner Vaſſallen und Unterthanen, welche mit Erlaubniß des Landesherrn ein Creditiv von einem fremden Hofe erhalten. A. G. O.

Th. I. Tit. 2. §. 69. c. D. v. 24. Sept. 1798. E. S. p. 1758. X. — der Vormünder, zu beſtellender. R. v. 12. Dec. 1754. p. 715. I. v. 22. Dec. 1767. p. 1007. IV. beſtellter. R. v. 13. Dec. 1761. p. 93. III. R. v. 19. Apr. 1773. p. 553. V. e. — in Wechſelſachen in Weſtpreußen. R. v. 25. Sept. 1795. St. B. p. 339. Th. IX. Gegen einen durchreiſenden Fremden kann eine Injurien-Klage von dem Beleidigten in demjenigen hieſigen Foro angeſtellt werden, welchem Perſonen deſſelben Standes hier unterworfen ſind. R. v. 13. Oct. 1804. N. A. III. 400. Von denen zum Königlichen Hofſtaat gehörigen Officianten, Livree-Bedienten oder Stallleuten ſollen keine Klagen gegen ihre Vorgeſetzten, Untergebenen oder ihres Gleichen über in Dienſt erlittene Injurien angenommen, dergleichen Beſchwerden vielmehr an den Hofmarſchall oder Oberſtallmeiſter verwieſen werden. C. O. v. 18. und R. v. 22. May 1804. E. S. p. 2198. IX. N. A. III. 407. Nach der A. G. O. Th. 1. Tit. 2. §. 97. gehören Kinder von Unterofficieren und Soldaten, welche auf ein Handwerk, oder den Civilperſonen in Dienſte gegeben worden, nicht bloß in Gewerks- und Geſindeſachen, ſondern in allen ihren Proceſſen unter den Gerichtsſtand ihrer Meiſter und Dienſtherrſchaften. R. v. 28. Dec. 1795. J. M. I. 294. — Die in der A. G. O. Th. 1. Tit. 34. §. 26. ff. enthaltenen Ausnahmen von dem gewöhnlichen Gerichtsſtande des Beleidigers, der wegen Injurien gegen Perſonen vom Militairſtande in Anſpruch genommen wird, ſind aufgehoben. C. O. v. 15. und R. v. 26. Jul. 1809. Durch die Beſtimmung des §. 34. der V. v. 26. Dec. 1808. in Verbindung mit der Städte-Ordnung v. 19. Dec. 1806. iſt in dem bisherigen Gerichtsſtande der Städte, ihrer Magiſträte und Gemeinen nichts geändert worden. R. v. 30. May 1810. Von dem außerordentlichen Gerichtsſtande, ſ. A. G. O. Th. I. Tit. 2. §. 143. ff. und Cr. O. §. 47. 48. 49. ſiehe übrigens auch Eheſcheidung. Koloniſten. Landſaßiat. — Von dem Gerichtsſtande des Fiscus in den Fällen, wo Anſprüche an denſelben aus Verträgen mit aufgelöſeten Behörden formirt werden. R. v. 23. Jun. 1810. J. M. IX. 226. In Anſehung des Gerichtsſtandes der Hofdienerſchaft bleibt es bei der alten Verfaſſung. R. vom 10. Aug. 1810. p. 331. Von dem Gerichtsſtande der niedern Forſtbedienten, R. v. 26. Jul. 1809. J. M. X. 106. der Aſſeſſorrn bei dem Collegio medico et Sanitatis, v. 14. Apr. 1806. E. S. p. 132. XII. der Poſtbedienten in Deſſau, v. 1. Jun. 1806. p. 658. der Prinzen des Königl. Hauſes, v. 23. Jun. 1806. p. 671. des Geſindes der Militairperſonen, vom 23. Jul. 1806. p. 699. der Militairperſonen, in Anſehung ihrer Grundſtücke, v. 16. Aug. 1806. p. 715. ſ. a. R. v. 29. Febr. 1812. Wenn ein Eremtus ſich einer Contravention gegen Acciſegeſetze ſchuldig gemacht hat, gehöret die Unterſuchung auch wegen geringer

Vergehungen vor das Oberlandesgericht, Schreib. des Juſtizm. v. 22. Dec. 1809. M. S. 139. R. wegen der Juſtizverwaltung in Medicinalſachen, v. 19. Jan. 1810. E. S. 447. X. C. O. wegen des Gerichtsſtandes der Prinzen vom Königl. Hauſe in Geſindeſachen u. bei Realklagen, v. 17. Jun. 1806. J. M. IX. 513. — Die von den Grundſtücken der Stadt und Vorſtadt eingeſchloſſenen, bisher zum platten Lande gehörig geweſenen und dem ſtädtiſchen Communalverbande incorporirten Grundſtücke ſind der ſtädtſchen Gerichtsbarkeit unterworfen. R. v. 8. May 1812. (Gener. Act.) ſ. Hypothekenbücher. — Die Beſitzer ſolcher Domänen-Erbpacht- oder Erbzinsvorwerke, welche in das bei dem Ober-Landes-Juſtizcollegio geführte Hypotheken-Buch übernommen worden, haben nach der A. G. O. Th. 1. Tit. 2. §. 109. bei demſelben ihren Gerichtsſtand; die übrigen auf dieſen Grundſtücken wohnenden Perſonen hingegen, welchen keine Exemtion zuſtehet, bleiben der Gerichtsbarkeit der ordentlichen Gerichte ihres Wohnorts unterworfen. R. vom 17. Jul. 1812. v. K. J. 239. I. Die Unterſuchungen wegen verbotenen Spiels werden bei demjenigen Gericht geführet, vor welches ſie nach den in Abſicht des fori bei Criminal- und fiscaliſchen Unterſuchungen beſtehenden Vorſchriften gehören. Reſcr. vom 8. Auguſt 1812. p. 245. — Von dem Gerichtsſtande der Berg- und Hüttenoffizianten niedern Ranges, K. A. B. 144. VI. Auch die bei den Militair-Behörden angeſtellten Offizianten, welche nicht zu den wirklichen Militairperſonen gehören, ſind in Criminal- u. Injurienſachen der Civilgerichtsbarkeit unterworfen, doch muß den erſtern von dem Ausfalle des Erkenntniſſes Nachricht gegeben werden. R. v. 6. Dec. 1814. N. A. B. 5. V. P. A. B. 577. IV. der Ehefrauen der Militairperſonen, R. v. 20. Aug. 1814. v. K. J. p. 257. III. ausgetretener Cantoniſten, R. v. 21. Juni 1814. p. 293. Wenn in Acciſe- und Zollkontraventionsſachen die dritte Inſtanz zuläſſig, ſind Acta an das Geh. Obertribunal einzuſenden. R. v. 23. Aug. 1813. p. 292. in Criminal- und Injurienſachen. v. K. J. IV. 115. Die vorkommenden nicht ſtreitigen Separationsſachen gehören vor die Regierung, R. v. 10. Juni 1815. p. 11. VI. Bei Klagen gegen den Offizianten einer Korporation, R. v. 22. Juli 1815. p. 18. der Berg- und Hüttenbeamten niedern Ranges, R. v. 21. März 1816. p. 15. VII. N. A. B. 145. VI. Von dem Vormundſchafts-Forum der Erben prinzlicher Offizianten niedern Ranges in Berlin, R. v. 14. Juni 1814. p. 278. III. ſ. Schriftſäſſigkeit. — In Criminal- und Injurienſachen gegen beurlaubte und inactive Unteroffiziere und Soldaten. ſ. §. 15. bis 20. des Anh. zur A. G. O. u. §. 24. 285. ſ. Inſtr. v. 10. Dec. 1816. P. A. B. 191. VII. in welcher der §. 74. der Landwehrordn. v. 21. Nov. 1815. G. S. 77. VI. (R. v. 5. Juni 1816. N. A. B. 306., 399. VI. P. A. B. 231. K.

A. B. 221.) in Betreff der Unterſuchung und Beſtrafung der Vergehungen der Landwehr-Offiziere und Wehrmänner declarirt worden. R. v. 6. Mai 1817. R. A. B. 272. VII. Verhältniß des fori apprehensionis mit dem foro delicti commissi oder domicilii, Cr. Ordn. §. 60. ff. ſ. Gloſſen z. Pr. Criminalrecht, p. 88. ſ. a. Landwehrmänner.

vom Real-Gerichtsſtande, ſ. A. L. R. Einleit. §. 36. I. XX. 397. A. G. O. I. II. 107. der Landesjuſtizkollegien. c. l. 108. A. L. R. II. XIII. 20. — II. XVII. 33. — II. XIX. 43. — ſ. Hypothekenbücher, Gränzberichtigungen, Gemeinheitstheilungen. — königl. Staatsbeamten, eben denſelben haben auch die Rektoren, Profeſſoren, Privat-Dozenten, Syndici und Sekretaire der Univerſitäten. G. S. 1810. p. 142. — die Studirenden genießen eines beſonderen Gerichtsſtandes, und zwar in der Regel des Gerichtsſtandes der Eremten; ebendaſ. — alle andere Univerſitäts-Verwandte, ſelbſt Hofmeiſter und Bediente der Studirenden, haben den gewöhnlichen Gerichtsſtand; ebendaſ. — in Ausübung der akadem. Disziplin und Polizei-Gewalt über Studirende. G. S. 1810. p. 142. 143. — 1819. p. 239. ff. — gewöhnlicher, Ausnahmen von ſelb. finden bei den gegen Militairperſonen ausgeübten Injurien nicht mehr ſtatt. G. S. 1809. p. 578. — der Militairperſonen, in Civil- und Criminal-Sachen, Beſtimmungen darüber. G. S. 1809. p. 579. 580. — der beurlaubten und inaktiven Unteroffiziere und Soldaten in Kriminal- u. Injurienſachen. G. S. 1811. p. 153. — Civil-, der mit Urlaubspäſſen im Herbſte in die Heimath entlaſſenen, aber erſt im Frühjahre zur Kriegsreſerve übergehenden Mannſchaften. G. S. 1826. p. 49. — eximirter, der Landwehr-Offiziere, wenn ſie in ihrer Heimath ſind. G. S. 1816. p. 89. — der Gensd'armerie. G. S. 1821. p. 4. — von ſelbigen findet im Großherzogthume Poſen keine Eremtion ſtatt. G. S. 1816. p. 230. — in Wechſel- u. Konkursſachen, ſoll auch in den Provinzen Oſtpreußen, Litthauen und Weſtpreußen allein nach den Vorſchriften der Allg. Gerichtsordn. beſtimmt werden. G. S. 1811. p. 155. — der Ausländer, aus den deutſchen Bundesſtaaten in Beziehung auf die Rheiniſche Juſtizverfaſſung. G. S. 1823. p. 107. — zwiſchen preuß. und großherzogl. Sachſen-Weimarſchen Unterthanen. G. S. 1824. p. 149. ff. — der vormals unmittelbaren deutſchen Reichsſtände und Standesherren, Beſtimmung deſſelben in der preuß. Monarchie. G. S. 1815. p. 107. — 1820. p. 84. f. — Verhältniſſe der Juden rückſichtl. deſſelben. G. S. 1812. p. 20. 21. — zeitheriger beſonderer der Juden in Berlin, geht auf das dortige Stadtgericht über. G. S. 1829. p. 24. — ſ. a. Gerichtsbarkeit. — Beſtimmung deſſelben rückſichtlich minderjähriger oder unter väterlicher Gewalt ſtehender Perſonen,

welche ſich im Dienſte Anderer befinden, ſo wie hinſichts dergleichen Lehrlinge, Geſellen, Handlungsdiener, Kunſtgehülfen, Hand- und Fabrik-Arbeiter. Cab. Ord. v. 4. Juli 1832. G. S. 1832. p. 175. — Unzuläſſigkeit der freiwilligen Prorogation deſſelben in Eheſcheidungsſachen, ſ. letztere. — minderjähriger oder unter väterlicher Gewalt ſtehender Soldaten. Cab. Ord. v. 2. Nov. 1833. G. S. 1833. p. 290. — Cab. O. v. 19. Juli 1834. betr. den Gerichtsſtand der zu den Garniſonen in den Bundesfeſtungen Mainz und Luxemburg gehörigen Militairperſonen. G. S. 1834. p. 132 — 134. — Cab. Ord. v. 22. Sept. 1834 wegen Regulirung des Gerichtsſtandes des Militairs in Neu-Vorpommern und Rügen. G. S. 1834. p. 163. — Privatleute bürgerlichen Standes, welche auf den ihren Ehefrauen gehörigen, der unmittelbaren Gerichtsbarkeit eines Obergerichts unterworfenen Grundſtücken wohnen, ſind nicht als Eximirte zu betrachten, und bei dieſem Obergerichte Recht zu nehmen nicht verbunden, wenn nicht in beſondern Fällen der außerordentliche Gerichtsſtand eintritt. R. v. 14. Juli 1812. v. K. J. I. 237. — der Beſitzer der veräußerten Domainen-, Erbpacht- u. Erbzins-Vorwerke. R. v. 14. Juli 1812. I. 239. — der Gensd'armerie. R. v. 19. Dec. 1812. I. 281. und v. 13. März 1813. II. 33. — der proteſtantiſchen Geiſtlichen und Lehrer an den Gymnaſien; der Richter, Aſſeſſoren und übrigen Königl. Offizianten bei den Stadtgerichten. R. v. 26. Apr. 1814. III. 3. 251. — der Doctorum medicinae. R. v. 26. Apr. u. v. 4. Juni 1814. III. 3. 251. 253. — der Acciſe- und Polizeibedienten. R. v. 26. Apr. 1814. ibid. — derjenigen Offiziere von der Landwehr, welche einen unbeſtimmten Urlaub erhalten haben, in Criminal- und Injurienſachen. R. v. 20. Dec. 1814. IV. 235. K. A. B. 71. V. R. v. 25. Febr. 1815. P. A. B. 112. V. — der Garde-Landwehr. R. A. B. 142. VI. — der beurlaubten Landwehrſoldaten zu Criminal- u. Injurienſachen. R. v. 22. Oct. 1814. v. K. J. IV. 236. — der Mitglieder des General-Auditoriats in Criminal- und Injurienſachen und der Offizianten bei den Militairbehörden in den wider dieſelben zu eröffnenden Unterſuchungen. R. v. 6. Dec. 1814. IV. 237. — der entlaſſenen und caſſirten Militairperſonen. R. v. 25. Oct. 1814. IV. 240. R. A. B. 95. V. — des Königl. Franzöſiſchen Conſuls zu Königsberg. R. v. 18. März 1815. v. K. J. Vb. 13. — des Perſonale der Neumärkiſchen Provincial-Landescollegien. Cab. Ord. v. 9. April 1815. Vb. 14. Bei Parcellirung von adlichen oder Kämmereigütern bleibt die Gerichtsbarkeit den Landesjuſtizcollegien nur in dem Falle unverändert, wenn die veräußerten Pertinenzien die Eigenſchaft adlicher Güter behalten. R. v. 16. Mai 1816. VII. 184. — Bis zur Bekanntmachung der nähern Beſtimmungen über die Art der Ausübung der Criminaljuſtiz in Abſicht der zur Landwehr

gehörigen Perſoneu und der als Kriegsreſerve beurlaubten Soldaten muß es bei den Feſtſetzungen der Verordn. v. 21. Febr. 1811 und des §. 18. des Anh. zur A. G. O. verbleiben. R. v. 5. Juni 1816. VIII. 44. — Bei Auseinanderſetzung der minorennen mit großjährigen Erben findet Hinſichts des Fori die Vorſchrift des A. L. R. Th. II. Tit. 18. §. 419. 420. nur auf die elterliche Erbſchaft eines Pflegebefohlnen, oder auf deſſen urſprünglich ererbtes Vermögen Anwendung. R. v. 24. Mai 1817. X. 8. — Den Prinzlichen, mit dem Titel: „Oberamtmann" verſehenen Pächtern oder deren Wittwen, kann der eximirte Gerichtsſtand nicht zugeſtanden werden. R. v. 21. Oct. 1817. X. 252. — In wiefern die Prozeſſe der Gutsbeſitzer gegen ihre Bauern auf Räumung der Höfe u. Exmiſſion, entweder: 1) wegen der auf mehrere Termine rückſtändigen Pacht oder Dienſte, oder 2) wegen ſchlechter Wirthſchaftsführung, oder 3) wegen erfolgter u. angeblich zuläſſiger Kündigung, vor die ordentlichen Gerichte, oder vor die Generalcommiſſionen gehören. R. v. 2. März 1818. XI. 9. — Alle Magiſträte und ganze Stadtgemeinden der Provinz des Oberlandesgerichts zu Halberſtadt haben ein forum exemtum, da der Unterſchied zwiſchen mittel- und unmittelbaren Städten, wie ihn das A. L. R. Th. I. Tit. 8. §. 166. beſtimmt hat, auf die Städte in dortiger Provinz keine Anwendung leiden kann, indem die Patrimonial-Jurisdiction über die Städte allgemein aufgehoben iſt. R. v. 30. März 1818. XI. 200. — Die Beſtimmung der Civil-Prozeßordnung, wonach der Kläger die Wahl hat, den Verklagten entweder vor das Handelsgericht deſſen Wohnorts, oder vor dasjenige, in deſſen Bezirk das Verſprechen geſchehen und die Waare abgeliefert worden, oder vor dasjenige, in deſſen Bezirk die Zahlung geſchehen ſollte, vorladen zu laſſen, iſt auf diejenigen Theile der Monarchie nicht anzuwenden, wo die Rheiniſche Prozeßordn. nicht eingeführt iſt, ſondern die Allg. Gerichtsordn. gilt. R. v. 8. Oct. 1819. XIV. 195. — Bei Provokationsklagen Königl. Sächſiſcher gegen Königl. Preußiſche Unterthanen ſoll, wie im umgekehrten Verhältniſſe, derjenige Gerichtsſtand für das Forum des Provocaten angeſehen werden, vor welchem die Verhandlung in der Hauptſache gehört haben würde. R. v. 8. Oct. 1819. XIV. 212. — Ueber welche Zoll- und Steuerbeamten niedern Ranges die Jurisdiction den Untergerichten, mit Ausnahme der Patrimonialgerichte, zu delegiren, und welche einen eximirten Gerichtsſtand behalten. R. v. 8. Oct. 1819. XV. 16. — Kreischirurgen, welche als ſolche von der Königl. Regierung mit einem Patent verſehen ſind, und Beſoldung beziehen, ſind als Beamte der Gerichtsbarkeit des Königl. Oberlandesgerichts unterworfen. Andere Chirurgen, namentlich alle Stadtchirurgen, ſtehen unter den Untergerichten. R. v. 9. März und 18. Juni 1821. XVII. 33. 270. — Die nach er-

folgter Aushebung und Vereidigung bis zur wirklichen Einſtellung mit Urlaubspäſſen in der Heimath verbleibenden Erſatzmannſchaften bleiben während ihres Aufenthalts daſelbſt, und bis zur wirklichen Einſtellung bei ihren Truppentheilen der Civilobrigkeit unterworfen, und finden daher auf ſelbige alle diejenigen Vorſchriften Anwendung, welche wegen des Verfahrens bei Vergehungen der beurlaubten Landwehrmänner und der zur Kriegsreſerve gehörigen Soldaten ertheilt worden ſind. R. v. 21. Apr. 1821. XVII. 111. u. v. 13. Juni 1823. XXI. 301. — In Fällen, wo von beurlaubten, zur Kriegsreſerve gehörigen Soldaten mehrere Vergehen begangen worden, von denen einige, z. B. die Deſertion, als Militairdienſt-Vergehen von dem Militairgerichte, die andern aber von dem Civilgerichte unterſucht werden müſſen, ſoll die Unterſuchung ſowohl der Militair-, als auch der Civilvergehen vor die Militairgerichte gehören. R. v. 5. Oct. 1821. XVIII. 334. — Der perſönliche Richter des Vaters der Unmündigen iſt der obervormundſchaftliche Richter, da durch die Verheirathung der Pflegebefohlnen die väterliche Vormundſchaft nicht aufgehoben iſt, vielmehr dem Vater alle Rechte u. Pflichten eines Vormundes verbleiben. R. v. 25. Febr. 1822. XIX. 165. — Die zur Kriegsreſerve der Infanterie ausgehobenen Recruten verbleiben bis zu ihrer wirklichen Einziehung u. Beeidigung in Beziehung auf die Criminal-Gerichtsbarkeit, der ſie unterworfen ſind, in ihren bisherigen Verhältniſſen, den Fall der Deſertion ausgenommen, in welchem nach Th. II. Tit. 20. §. 468. des A. L. R. und Th. I. Tit. 36. §. 46. der A. G. O. auch bei ihnen, wie bei den übrigen Soldaten, das Forum der Militairgerichte eintritt. Die Civilgerichte ſind jedoch angewieſen, von einem jeden wider einen Recruten dieſer Art ergangenen u. rechtskräftig gewordenen Straferkenntniſſe das betreffende Landwehr-Brigade-Commando zu benachrichtigen. R. v. 12. Juli 1822. v. K. J. XX. 41.; zu dieſen Individuen gehören diejenigen nicht, welche Behufs ihrer Ausbildung zur Landwehr eingezogen werden, und nach erfolgter Ausbildung die Benennung: Fünfjährige Kriegsreſerviſten erhalten; ſolche ſind vielmehr als bei ihrer Einziehung ſchon vereidigte Soldaten, wenn ſie nachher in ihre Heimath wieder entlaſſen werden, wie die übrigen zur Kriegsreſerve gehörigen Mannſchaften in Criminalſachen zu behandeln. R. v. 11. Nov. 1822. XX. 295. — Die Kinder der Eximirten, welche bereits großjährig ſind, und nicht unter väterlicher Gewalt ſtehen, gehen dadurch, daß ſie das forum originis verlaſſen u. durch Dienen einen andern Wohnſitz nehmen, in den Gerichtsſtand der Herrſchaft über, in welchem auch ihre unehelichen Kinder zu bevormunden ſind. R. v. 19. Febr. 1823. XXI. 254. — Die Züchtlinge verlieren durch die Detention ihren vorigen Gerichtsſtand nicht. R. v. 11. Apr. 1823. XXI. 264. — We-

gen der in unvermögenden Unterſuchungsſachen von der ordentlichen perſönlichen Gerichtsobrigkeit zu erſtattenden baaren Auslagen iſt auf den Grund des §. 624. der Crim. Ordn. angenommen worden, daß der perſönliche Gerichtsſtand durch das Dienſtverhältniß des Inculpaten nach §. 13. Tit. 2. Th. I. der A. G. O. conſtituirt werde, und daß, wenn §. 626. von einem feſten Wohnſitz ſpreche, kein anderer zu verſtehen ſei, als der, von dem im §. 624. die Rede iſt. R. v. 27. Oct. 1823. v. K. J. XXII. 216.; ferner wird dieſer perſönliche Gerichtsſtand durch einen beinahe zweijährigen Aufenthalt an einem Orte, als Arbeiter, nach §. 9. Tit. 2. Th. I. der A. G. O. begründet. R. v. 10. Oct. 1823. v. K. J. XXII. 217. — Wie weit der Militair-Gerichtsſtand nach der Beſtimmung der Cab. Ord. v. 19. Juli 1809, in Angelegenheiten der Criminal-Jurisdiction und in Injurienſachen beibehalten worden. R. v. 28. Jan. 1825. XXIV. 330.; zu denjenigen Militairperſonen, welche nach dieſem Reſcript den Militairgerichtsſtand in Criminal- und Injurienſachen beibehalten haben, gehören auch die Zeugſchreiber, Zeugdiener und Zeughaus-Büchſenmacher, ſowohl in Feſtungen, als in offnen Städten. R. v. 14. März 1825. XXV. 136. ſ. Gerichtsbarkeit. — bei Holzdiebſtählen tritt der eximirte Gerichtsſtand nicht ein. R. v. 7. März 1831. XXXVII. 110. 111. — ſteht den Mediatſtädten nicht zu. R. v. 4. Juni 1831. XXXVII. 338. — der Kinder der Eximirten bürgerlichen Standes. R. v. 29. Oct. 1831. XXXVIII. 307 — 311. — der Mediatſtädte. R. v. 4. Juni 1831. XXXVII. 338. — der unter väterlicher Gewalt ſtehenden Offiziere. R. v. 29. Apr. 1831. XXXVII. 339. — Beſtrafung der Gerichts-Subalternen wegen Dienſtvergehen auf dem Disziplinar-Wege. R. v. 9. Mai 1831. XXXVII. 374. — der Kreis-Thierärzte. R. v. 12. Dez. 1831. XXXVIII. 312. — in Unterſuchungen wegen Tumult, ſ. Tumult. — Ueber das forum exemtum eines durch Miniſterial-Beſchluß entlaſſenen Beamten. R. v. 6. Jan. 1832. XXXIX. 147. — Ueber das Forum eines Regierungs-Kondukteurs. R. v. 10. Jan. 1832. XXXIX. 143. C. O. v. 17. Jul. 1832, betr. die Aufhebung des eximirten Gerichtsſtandes in Unterſuchungen wider die Hülfsbeamten der gerichtlichen Polizei in den Rheinprovinzen. XL. 286. 287. — der Königl. Pächter, ſ. letztere. — der Kommerzienräthe, ſ. letztere. — der Gutsbeſitzer, deren Beſitztitel noch nicht berichtigt iſt. R. v. 16. Sept. 1834. XLIV. 82. Gerichtsſtand der Landſchaft in Weſtpreußen, ſ. Weſtpreußen.

ſ. auch Forum, Interventionsprozeß, Landwehr, Militairperſonen, Wiederklage, ſ. a. Poſtbeamte, Rittergutsbeſitzer, Schleſien.

der Gensd'armerie bei Dienſt- und gemeinen Vergehen. v. K. A. 22. I. 137. — der Militair-Prediger. 22. II. 273. — gewöhnlicher,

nur dieſen haben Bürgermeiſter, ſtädtiſche Polizei-Dirigenten und Beamten. 28. III. 734. — IV. 1037. — außerordentlicher der Inhaber der Polizei-Gerichtsbarkeit bei ſelbſt begangenen Polizei-Kontraventionen. 30. I. 116. f. — eximirter, der untern Beamten der gerichtlichen Polizei in der Rheinprovinz bei Unterſuchungsſachen, deſſen Aufhebung. 32. III. 677. f.

Gerichts-Unterbediente, deren Zulaſſung als Stadtverordnete. v. K. A. 22. III. 698.

Gerichtsverfaſſung und gerichtliches Verfahren in den Rheinprovinzen, Vorbereitung zu deren künftigen Einrichtung. G. S. 1817. p. 290. — 1819. p. 163. 164. — ſ. Rechtsverfahren und Rheinprovinzen.

ſ. a. Geſetzgebung.

Gerichtsverwaltung, deren Zurückgabe an die Städte des Herzogthums Sachſen. v. K. A. 27. II. 341.

Gerichts-Verwaltungskoſten, deren Aufbringung durch die Stadt-Kommunen. G. S. 1808. p. 352. — ſind vom Jahre 1821 ab, davon befreit. G. S. 1820. p. 137. — desgl. in den vereinigten ehemals ſächſ. Provinzen. G. S. 1820. p. 66. — davon ſind die Kommunen entbunden. G. S. 1832. p. 189.

Gerichtsvollzieher, in den Rheinprovinzen, Rüge und Beſtrafung deren Dienſtvergehungen. G. S. 1826. p. 71. — Haltung der Geſetzſammlung und des Regier.-Amtsblattes von ſelbigen. G. S. 1819. p. 149. 150. — ſind befugt, ihr Amt auf beiden Rheinufern auszuüben, jedoch verpflichtet, ſich mit den Geſetzen, die ſie auf dem einen oder dem andern Rheinufer zu beobachten haben, bekannt zu machen; auch müſſen die geſetzlichen Beſtimmungen in Beziehung auf die Executoren bei den Friedensgerichten ferner beobachtet werden. R. v. 31. Jan. 1821. v. K. J. XVII. 128. — Feſtſtellung der denſelben zukommenden Gebühren. Publ. v. 23. Oct. 1821 und Verordn. v. 24. Apr. 1815. XVIII. 85. 88. ſiehe Examen. — (in der Rheinprovinz) Inſtr. v. 10. Juni 1833, das Amt und die Gebühren derſelben betr. XLI. 587 — 606. — Unterſtützungsgelder ſind portofrei. R. v. 26. Juni 1834. v. K. A. 34. II. 352. — Vorbildung des Militairs zu dem Amte derſelben. R. v. 4. Sept. 1834. v. K. J. XLIV. 180.

Gerſte, Gewichtsſätze für ſelbige in Verarbeitung zu Mehl, nach der Mühlenwaage-Tabelle. G. S. 1812. p. 187. — Berichtigung dieſer Sätze. G. S. 1813. p. 43 — 45.

Gerſtner, von, in Prag, deſſen Handbuch der Mechanik wird empfohlen. v. K. A. 31. I. 148.

Gerücht, von dem Verhalten des Richters bei entſtandenem Gerücht von einem begangenen Verbrechen. Cr. Ord. §. 107. — §. 110. Kl. A. 31. XXIV.

Geruch, beläſtigender, die mit ſolchem verbundenen Gewerbe, ſ. letztere.

Geſandte, Königl. an fremden Höfen, unmittelbare Korreſpondenz derſelben mit den Regierungs-Chef-Präſidenten. v. K. A. 19. I. 174. — (Reſidenten, Bevollmächtigte ꝛc.) für fremde Regierungen, als Preuß. Unterthanen, ſ. letzt. — zu Paris, ſ. Urkunden.

Geſandtſchaften und deren Perſonal, zu deren Ernennung und Beſoldung iſt die Allerhöchſte Genehmigung erforderlich. G. S. 1810. p. 21. — Goldzahlungen bei deren Gehältern. G. S. 1814. p. 64. — ſtehen unmittelbar unter dem Miniſterio der auswärtigen Angelegenheiten. G. S. 1810. p. 22. — andere Departements müſſen ſich rückſichtlich derſelben an letzteres wenden; ebendaſ. — deren Befugniſſe zu Paßertheilungen und Viſirungen. G. S. 1817. p. 153. 156., preußiſche, an fremden Höfen, Annahme und Gültigkeit der von ſelbigen im Auslande errichteten Teſtamente und letztwilligen Verordnungen. G. S. 1823. p. 40. — Unzuläſſigkeit des direkten Schriftwechſels mit ſelbigen. v. K. A. 25. III. 601. — preuß. an fremden Höfen, mit ſelbigen ſollen Behörden und Privatperſonen keine unmittelbare Korreſpondenz führen. 28. III. 637. — preuß., Vorſchriften für die Ertheilung und Viſirung der Päſſe von Seiten derſelben. 30. II. 373. — 383. — preuß., in Frankreich, England, Rußland und Oeſterreich, Paßviſirungen durch dieſelben zu Reiſen nach den preußiſchen Staaten. 31. II. 360. 361. — fremde, Viſirung der Päſſe zu Reiſen in das Ausland durch ſelbige. 21. I. 112. — 22. II. 409. — ſ. a. Päſſe.
ſ. übrigens auch Requiſitionen, Vollmacht.

Geſang, Unterricht für ſelbigen in Volksſchulen. v. K. A. 17. IV. 114. — in Schulen u. kleinen Kirchen, Gebrauch des Schmidtſchen Hierochords zu deſſen Leitung. 25. III. 651.

Geſangbildung, deren Beförderung in Volksſchulen. v. K. A. 28. I. 110 — 117.

Geſanglehrer, deren Annahme bei Gymnaſien. v. K. A. 24. III. 835. (Kantoren) in den Elementarſchulen, deren Prüfung und Beaufſichtigung. 27. IV. 929. — deren Prüfung und Anſtellung. 28. I. 111. 116.

Geſang-Unterricht, Prüfung der Muſiklehrer, Organiſten und Elementar-Schullehrer in der Tüchtigkeit zu demſelben. v. K. A. 30. IV. 768.

Geſchäftsbetrieb, bei den landräthlichen Behörden. v. K. A. 17. IV. 951. — 19. I. 19. 24. — bei den Magiſträten. 18. III. 751. — 19. II. 432. — bei Bauten, Verpachtungen, Verſteigerungen und Vermiethungen von Gebäuden oder Anſtalten, welche

unter Aufſicht der Regierung ſtehen. 18. I. 78. — in der Gemeindeverwaltung. 18. II. 374.

Geſchäftsbezirke, der Regierungen, deren Regulirung nach dem neuen Reſſort der letztern. G. S. 1808. p. 468. ſ. a. Regierungen.

Geſchäftsführung, bei den obern Staatsbehörden. v. K. A. 17. IV. 1. 78. — desgl. bei den Ober-Präſidien und Provinzial-Behörden. ibid. — desgl. bei den Regierungen und Gerichten in den Rheinprovinzen. 18. III. 619. seq.

Geſchäftsgang, bei den Provinzial-Inſtituten und Kommunal-Kaſſen. v. K. A. 17. I. 18. — in Verwaltungsſachen. 18. II. 293. — gerichtlicher, deſſen Vereinfachung. Reſcr. u. Verordn. v. 29. Sept. 1824. v. K. J. XXIV. 290., R. v. 6. Oct. 1824. XXIV. 294., v. 30. Oct. 1824. XXIV. 297., v. 29. Dec. 1824. XXIV. 299., v. 10. Jan. 1825. XXV. 109., v. 22. Aug. 1825. XXVI. 195. u. v. 19. Mai 1826. XXVII. 280.

Geſchäfts-Inſtruktion. Proviſoriſche Inſtr. der Oberlandesgerichts-Commiſſion zu Minden, a. für die Inquiſitoriate zu Herfort und Paderborn, b. für die Untergerichte im Departement der Oberlandesgerichts-Commiſſion zu Minden, insbeſondere wegen Verwaltung der Sportelcaſſen, c. für die Land- und Land- und Stadtgerichte im Departement der Oberlandesgerichts-Commiſſion zu Minden, nebſt Beſtätigungsreſcript des Königl. Juſtizminiſterii v. 10. Juni 1815. v. K. J. Vb. 131.

Geſchäfts-Kontrolle, ſ. Geſchäftstabellen und Liſten.

Geſchäftskreis der Forſt-Inſpektoren, ſ. letztere.

Geſchäfts-Lokalien der Domainen-Gerichte, Königl., Beſchaffung des Brennholzbedarfs für ſelbige. v. K. A. 23. IV. 804. — ſ. Gerichtslokalien.

Geſchäfts-Regulativ für den Magiſtrat zu Berlin, v. 14. Juli 1834. v. K. A. 34. III. 756.

Geſchäftsſtyl. R. den, der Gerichtshöfe betr., v. 1. Apr. 1815. v. K. J. 12. V.

Geſchäftstabellen und Liſten. Es werden bei den Juſtizcollegien folgende Tabellen, Liſten ꝛc. eingeſandt, und zwar:

I. Von den Oberlandesgerichten an das Juſtizdepartement a) jährlich: 1) das Verzeichniß der getrennten Ehen, R. v. 15. Juni 1811. v. 1. Febr. 1812. Anf. Januar. ſ. N. A. B. 109. II. — 2) das Verzeichniß der verkauften Rittergüter, R. v. 21. Juni 1805. Anf. Jan. — 3) der Bericht über den Zuſtand der Familienſtiftungen, R. v. 11. Jan. 1810. Anf. Jan. — 4) das Verzeichniß der entwiſchten Verbrecher, R. v. 17. März 1804. Ende Jan. — 5) das General-Tableau von den gelöſchten alten und neu ein-

getragenen Realſchulden, R. v. 7. Dec. 1805., v. 15. Febr. 1806. und 22. Jan. 1810. den 1. Apr. — 6) der Beſoldungsetat der Salarien-Caſſe, §. 42. 47. der Inſtr. v. 2. Mai 1780. E. S. p. 1978. VI. Rgl. v. 20. Apr. 1782. — 7) das Inſtruktions-Verzeichniß der auf Inſtruktion geſtandenen Prozeſſe, nebſt Recapitulation, C. v. 1. Febr., 31. März und 24. Mai 1799. v. 30. März 1806. Anfangs Jun. — 8) die Salarien-Caſſenrechnung, Regl. v. 1782. Inſtr. v. 1780. §. 68. Anf. Jul. — 9) der General-Abſchluß der Depoſitalrechnung, und des Depoſitalbeſtandes, R. v. 24. Mai 1799. Mitte Jul. — 10) die Inſtruktionsliſte der über ein Jahr alten Prozeſſe, Concurs- und Liquidationsprozeſſe, R. v. 31. März, v. 24. Mai 1799. v. 30. März 1806. Anf. Sept. — 11) die General-Civil-Prozeßtabelle, R. v. 24. März 1799. v. 8. Juni 1810. Mitte Dez. — 12) die Conduitenliſte von dem geſammten Juſtizperſonale, A. G. O. Th. 3. Tit. 2. §. 13. 14. wird in der Mitte des Dez. vom Präſidio eingereicht, R. v. 24. Mai 1799, v. 6. Nov. 1808. u. 16. Dez. 1809, an welches die Kreisjuſtizräthe die Conduitenliſte von dem Perſonale der Untergerichte Anfangs Dez. einſenden. — 13) wird im Dez. von allen im Departement ſchwebenden Unterſuchungen, wohin nicht blos die eigentlichen Criminal-Unterſuchungen, ſondern auch die fiscaliſchen, mit Ausnahme der Injurien-Kontraventions- und Defraudationsſachen gehören, eine Ueberſicht nach den Rubriken: Schwebend gebliebene Unterſuchungen aus vorigem Jahre (bis 1. Dez.) — Neu hinzugekommene, (bis 1. Dec.) — Summa —. Davon ſind abgemacht: —; bleiben ſchweben: —; eingeſandt. Auch wird eine Ueberſicht der Unterſuchungen nach den Gattungen der Verbrechen beigefügt, dergeſtalt, daß daraus erſehen werden kann, wie viel Unterſuchungen in dem verfloſſenen Jahre wegen Raubes, Diebſtahls, Todſchlags, Verheimlichung der Schwangerſchaft und Geburt, u. ſ. w. geſchwebt haben, R. v. 4. März 1814. — ſ. Kr. O. §. 99 — 101.

b) halbjährlich wird die Criminal-Prozeßtabelle, Anfangs Junius u. Dezember eingeſandt.

c) vierteljährlich; 1) die Nachweiſung über den Verkehr des Depoſitorii mit der Hauptbanke, R. v. 23. Mai 1811. d. 1. Jan., Apr., Jul. u. Oct. — 2) die Zuchthaustabellen, R. v. 28. Febr. 1801. u. 3) das Verzeichniß der zur Feſtung abgelieferten Verbrecher, R. v. 28. Mai 1809. Anf. Jan., Apr. Jul. u. Oct. — 4) die Extracte aus den Civil- und Criminal-Diſtributionsbüchern R. v. 31. März u. 24. Mai 1799. d. 1. März, Jun., Sept. und Dez., ſo wie 5) die Salarien-Caſſen-Extracte, Inſtr. v. 1780. Rgl. v. 1782. §. 201 — 214. — Auch werden die Erbſchaftsſtempeltabellen, ſ. §. 39. der Inſtr. v. 5. Sept. 1811. §. 39. Ausgangs Febr., Mai, Aug. und Nov. und das Verzeichniß der niedergeſchlagenen

und wieder zu erſtattenden Stempel, d. 1. März, Jun., Sept. und Dec. und zu eben dieſer Zeit die Extrakte aus dem Stempelſtrafbuche der Regierungs-Abgaben-Deputation eingeſandt.

II. Von den Untergerichten an die Oberlandesgerichte,

a) jährlich, das Verzeichniß der getrennten Ehen, den 1. Jan.; das Verzeichniß der entwiſchten Verbrecher, Anf. Jan.; das Generaltableau von den gelöſchten alten und neu eingetragenen Realſchulden, Ausg. Januar; der Beſoldungsetat, desgl. die Salarien-Caſſen-Rechnung (von den Untergerichten erſter Klaſſe); eine Ueberſicht der Einnahme und Ausgabe (von den Untergerichten zweiter Klaſſe), Anfangs Sept.; die Depoſitaltabelle, Mitte Jul.; die General-Civilprozeß-Tabelle (A.) und (B.) die Spezialtabelle der verbliebenen überjährigen Proceſſe, d. 1. Dez.; die Pupillentabelle, Anf. Jan.

b) halbjährlich, die Criminal-Prozeßtabelle, d. 1. Jun. und 1. Dec. Cr. O. §. 79.

c) vierteljährlich, die Zuchthaustabelle, den 1. Jan., Apr., Jul. und October; die Erbſchaftsſtempeltabellen, im Nov., Febr., Mai und Auguſt; von den Juſtizämtern die Sportelcaſſen-Rechnungen, Anf. März, Jun., Sept. und Dec.; ſo wie die Liſte inhaftirter Verbrecher, falls dergleichen vorhanden ſind. Welche Geſchäftstabellen und Liſten von den Oberlandesgerichten an das Juſtizminiſterium einzuſenden. v. K. J. 16. V. — (und Liſten) der über die zur Feſtung abgelieferten Arreſtanten von den Landesjuſtizcollegien vierteljährlich einzuſenden geweſenen Liſten bedarf es nicht mehr. R. v. 3. Dez. 1819. v. K. J. XIV. 258. — Die Gerichtsbehörden ſind angewieſen, den einzureichenden Nachweiſungen des hypothekariſchen Schuldenzuſtandes ihres Bezirks eine Recapitulation über die Veränderung des Schuldenzuſtandes der Provinz in plus oder minus beizufügen. R. v. 21. Juni 1822. XIX. 318. — Beſtimmungen wegen der Geſchäftstabellen, Liſten ꝛc., welche nicht mehr, und reſp. ſtatt derſelben bei dem Chef der Juſtiz, oder an andere Behörden eingereicht werden ſollen, und zwar in Betreff: 1) der Criminal- und fiskaliſchen Prozeßtabellen, 2) der Civil- und Criminal-Referententabellen, 3) des Verzeichniſſes der entwichenen Verbrecher, 4) der Liſten der überjährigen Prozeſſe, 5) der Nachweiſung der Familienſtiftungen, 6) der Berichte über den Fortgang der Hypothekeneinrichtung im Großherzogthum Poſen und in den Provinzen links der Elbe, 7) der beſondern jährlichen Anzeigen über die ſtattgehabten Juſtizviſitationen, 8) der Berichte über die außerordentlichen Depoſitalſitzungen und der jährlichen Abſchlüſſe der Civil- und Pupillar-Depoſitorien, 9) der Verzeichniſſe der hypothekariſch eingetragenen und gelöſchten Schulden, 10) der Liſte der rechtskräftig getrennten Ehen, 11) der Anträge auf Suspenſion

vom Amte, 12) der Anträge auf Ertheilung von Heirathskonſenſen, 13) der Urlaubsgeſuche, 14) der in den Rheinprovinzen durch den Art. 32. des Decrets v. 18. Aug. 1810 angeordneten, vierteljährlich zu erſtattenden Berichte über die ertheilten Urlaube, 15) der nach dem Art. 600. und 601. der Rheiniſchen Crim. Proz. Ordn. quartaliter einzuſendenden Regiſter der zu einer correctionellen oder zu einer ſchweren Strafe verurtheilten Individuen. R. v. 6. u. 30. Oct. 1824. XXIV. 294. 297. et cfr. R. v. 20. März 1815. Va. 16. — Beſtimmungen wegen der Geſchäftstabellen, Liſten ꝛc., welche zur Controllirung der Untergerichte bei den Landesjuſtizcollegien u. reſp. den Präſidien derſelben einzureichen ſind, oder wegfallen, und zwar in Betreff: 1) der General-Civil-Prozeßtabelle, mit Einſchluß der Vormundſchaften und Decernenda und der Ueberſicht aller im Jahre anhängig geweſenen Unterſuchungen, ſo wie der Unterſuchungen nach den Gattungen der Verbrechen, 2) der Jahresberichte der Dirigenten über den Zuſtand der Juſtizverwaltung, 3) der Conduitenliſten, 4) der Mittheilungen von Nachrichten, Nachweiſungen und Verhandlungen an andere Behörden, 5) der Nachweiſung der rechtskräftig getrennten Ehen, 6) des Sportelcaſſenweſens, 7) des Erbſchaftsſtempelweſens, 8) der Liſten und Repertorien für den Regiſtraturdienſt, 9) der jährlichen Special-Prozeßtabellen, 10) der Liſten über die anhängigen Concurſe, Liquidationsprozeſſe u. Subhaſtationen, 11) der überhalbjährigen Prozeßtabellen, 12) des Verzeichniſſes der in der Exekution ſchwebenden Rechtsſachen, 13) der Liſten der überjährigen Prozeſſe, 14) der Pupillen- (Vormundſchafts-) Tabellen, 15) der Nachweiſung der Familienſtiftungen, 16) der Depoſitaltabellen und Abſchlüſſe der Civil- und Pupillendepoſitorien, 17) der Verzeichniſſe der in Credit- und Nachlaßſachen vorhandenen Depoſita, 18) der Berichte über die geſchehene Reviſion der Depoſitorien, den Ausfall derſelben, die Abnahme der Depoſitalrechnung, die Erledigung der dagegen erhobenen Erinnerungen und die Abhaltung der außerordentlichen Depoſitalſitzungen, 19) der halbjährlichen Berichte über den Fortgang der Hypothekenregulirung, 20) des Verzeichniſſes der eingetragenen und gelöſchten Schulden, 21) der halbjährlichen Civil- und fiskaliſchen Prozeßtabellen, 22) der monatlichen Liſten der Gefangenen, 23) des halbjährlichen Verzeichniſſes der Holzdefraudationsſachen, 24) der Nachweiſungen über die fiskaliſchen Unterſuchungen, welche Gerichte und einzelne Beamte im Auftrage der Landesjuſtizcollegien führen, 25) der Anzeigen über die Einleitung und den Fortgang einer Unterſuchung, 26) des Berichts über die Publikation und Vollſtreckung eines von der vorgeſetzten Behörde abgefaßten Strafurtels, 27) der jährlichen Liſte von den auf dem Transporte oder aus den Gefängniſſen entwichenen Verbrechern, 28) des Berichts

über die Entweichung aus einem Gefängniſſe, 29) der Civil- und Criminal-Referententabellen, 30) der Geſchäftscontrollen der Gerichtsämter, 31) der Heirathskonſenſe, 32) der Anträge wegen Suspenſion vom Amte. R. v. 29. Dez. 1824. XXIV. 299. — Sämmtliche Königliche Gerichtsbehörden ſind von der Einſendung der Liſten über das Hypothekenweſen dispenſirt. R. v. 24. Dez. 1824. XXV. 114. — Ueber die Verpflichtung der Untergerichte zur Ausfüllung der über die bäuerlichen Auseinanderſetzungen von den Generalcommiſſionen anzufertigenden Tabellen. R. v. 16. Dez. 1831. XXXVIII. 298. — Cirk. Verordn. v. 31. Oct. 1833 wegen Einrichtung der Ueberſichten und Tabellen über den Zuſtand der Juſtizverwaltung. XLII. 324 — 340. — ſ. übrigens Erbſchaftsſtempeltabelle, General-Civil-Prozeßtabelle, Kriminal-Prozeßtabellen, Prozeßtabellen, Referententabelle, Vergleichstabelle.

Geſchäftsträger, ſ. Vollmacht.

Geſchäfts-Utenſilien, ſ. Salarienkaſſenetat.

Geſchäftsverhältniſſe, des Magiſtrats zu den Stadtverordneten, rev. Städte-Ord. G. S. 1831. p. 27.

Geſchäftsverwaltung, bei den oberſten Staatsbehörden, ſ. dieſe und Miniſterien. — desgl. bei den Regierungen, ſ. dieſe. — bei den Magiſträten und Einführung eines Regulativs für ſelbige. G. S. 1808. p. 346 — 354. — der Stadtverordneten bei ihren ordnungsmäßigen Verſammlungen, Inſtr. für ſelbige. G. S. 1808. p. 357 — 360. — bei der oſtpreußiſchen Landſchaft. G. S. 1808. p. 385. ff. 393.

Geſchäftszeit, ſ. Unterſuchungskoſten.

Geſchenke, deren Nichtannahme von Seiten der Steuerbeamten. G. S. 1818. p. 130. 136. — 1819. p. 111. 115. — wer denſelben ſolche anbietet, iſt ſtrafbar; ebendaſ. — für Geſinde, ſ. letzteres. — die Stadtverordneten können ſie nicht ihren Gliedern zuwenden. G. S. 1832. p. 186. — für Korporationen und Gemeinden, zu deren Annahme können die Regierungen die Genehmigung ertheilen. v. K. A. 26. IV. 1070. — für pia corpora, Genehmigungs-Ertheilung zur Annahme derſelben. 26. IV. 1071. — können Stadtverordnete für ihren Vorſteher aus der Kämmereikaſſe nicht bewilligen. 21. III. 645. — ſ. übrigens auch Armen, Beſtechung.

Geſchichte, zweckmäßiger Unterricht in ſelbiger auf Gymnaſien. v. K. A. 29. III. 540. ff. — des preuß. Staats, von Menzel, wird für Schulen empfohlen. 29. IV. 826. — Inſtr. über den Unterricht in derſelben auf Gymnaſien in Verbindung mit dem geographiſchen Unterrichte. 31. 54. — 78.

Geſchichten, bibliſche, deren Nichtaufführung durch Marionettenſpieler und reiſende Schauſpieler. v. K. A. 17. III. 175. seq.

Geſchichtliche Merkwürdigkeiten, ſ. letzt.

Geſchichtskunde, Pommerſche, Stiftung einer Geſellſchaft für ſelbige. v. K. A. 24. IV. 1047 — 1054.

Geſchiedene Ehefrau, ſ. letzt.
ſ. a. Alimente, Verheirathung, anderweite.

Geſchlechts-Kuratel, in dem dieſſeits der Elbe gelegenen Theile des Herzogthums Magdeburg noch beſtehend, deren Aufhebung. G. S. 1826. p. 13. — desgl. in dem nunmehr zur Kurmark gehörigen Luckenwaldeſchen Kreiſe. G. S. 1826. p. 47. — desgl. in dem, dem Köslinſchen Regierungsbezirke überwieſenen Lauenburg-Bütowſchen Kreiſe und in den dem erſtern einverleibten weſtpreußiſchen Enklaven. G. S. 1830. p. 24. — in einigen Theilen von Weſtpreußen nach Provinzial-Geſetzen noch beſtehend, deren Aufhebung. G. S. 1829. p. 52. — Aufhebung derſelben in einigen Kreiſen der Neumark. Verordn. v. 27. Juli 1832. G. S. 1832. p. 205. — Aufhebung derſelben in Schleſien. — Vorſchriften wegen Bürgſchaften der Frauen. Verordn. v. 30. Aug. 1833. G. S. 1833. p. 96. — In wiefern die Sächſiſchen Geſetze auch nach dem 1. März 1817 als Provinzialgeſetze noch fortdauernd in Kraft bleiben und was namentlich in Anſehung der curatela sexus und der Erbfolge unter Eheleuten jetzt Rechtens ſei. R. v. 25. März 1817. v. K. J. IX. 194. — Publ. betr. die Frage: 1) ob die in den vormals ſächſiſchen Provinzen übliche Geſchlechts-Kuratel durch die Einführung des allgemeinen Landrechts aufgehoben worden, u. 2) ob die geſetzliche Erbfolge in allen ſeit dem 1. März 1817 entſtehenden Erbfällen nach den Vorſchriften des A. L. R. oder vorzugsweiſe nach den Provinzial-Geſetzen und Gewohnheiten zu beurtheilen und zu entſcheiden iſt, v. 21. Juli 1817. X. 43.

Geſchlechts-Namen, ſ. Namen.

Geſchlechtstrieb, ſ. Brandſtiftungen.

Geſchlechts-Vormundſchaft, ſiehe Geſchlechts-Kuratel.

Geſchwiſter, ſ. Erbfolge, Repräſentationsrecht.

Geſchworne, deren Wahl. v. K. A. 25. III. 676. — zu ſolchen können Mennoniten nicht gewählt werden. 25. III. 677. — in der Rheiniſchen Juſtizverwaltung, Heranziehung der Verwaltungs-Beamten zum Dienſte derſelben. 23. I. 12. — R. v. 18. Apr. 1831, die Empfehlung eines Schuldigen zur landesherrlichen Begnadigung von Seiten der Geſchwornen. v. K. J. XXXVII. 434.
ſ. a. Rheiniſche Kriminal-Prozeßordnung.

Geſchwornen-Gerichte, ſ. J. M. VII. p. 309.
ſ. a. Juſtizverfaſſung.

Geſellen, ſ. Handwerksgeſellen.

Geſellſchaft, von verbotenen Zuſammenkünften. A. L. R. Th. II. Tit. 20. §. 184 — 190. — Publ. die Erneuerung des Ed. v. 20. Oct. 1798. E. S. p. 1775. X. — wegen Verhütung und Beſtrafung geheimer Verbindungen v. 16. Dez. 1808. J. M. VII. 309. — Cab. Ord. v. 6. Jan. 1816. G. S. VI. 5. — deren Bildung unter den Gewerbetreibenden, Behufs der Vertheilung und Aufbringung der Gewerbeſteuer. G. S. 1820. p. 151. — geheime, ſiehe Verbindungen.

Geſetz, Strafgeſetze zu geben, kann den Cammern nicht überlaſſen werden. R. v. 15. Jan. 1799. E. S. p. 2186. X.

Geſetzbuch, ſ. Amtsblatt, Gerichts-Ordnung, Geſetz-Sammlung, Landrecht.

Geſetzbücher, ſ. Büreaukoſtenfond.

Geſetze, (Verordnungen, Verfaſſungs- und Verwaltungs-Normen) gelangen durch den Staatsrath zur allerhöchſten Genehmigung. G. S. 1810. p. 8. — alle Entwürfe zu ſelbigen und zu deren Abänderungen ſollen, ehe ſie an den Staatsrath gelangen, im Staatsminiſterium zur Berathung kommen. G. S. 1817. p. 291. — deren Publikation durch die allgemeine Geſetzſammlung und durch die Regierungs-Amtsblätter. G. S. 1811. p. 165. f. — welche mehr als ein einzelnes Regierungs-Departement betreffen, ſollen in die Geſetzſammlung aufgenommen werden. G. S. 1810. p. 1. — 1826. p. 74. — deren öffentliche Gültigkeit, wenn ſolche durch die Geſetzſammlung oder durch die Amtsblätter, oder durch beide, bekannt gemacht ſind. G. S. 1826. p. 73. — durch ſolche bekannt gemacht, Zeitbeſtimmung für deren rechtliche Wirkung. G. S. 1811. p. 166. — 1813. p. 2. — 1819. p. 150. 151. — deren Bekanntmachung durch die Geſetzſammlung u. die Regierungs-Amtsblätter in den Rheinprovinzen. G. S. 1819. p. 148. 150. 151. — preußiſche, deren Uebertragnng in die polniſche Sprache für das Großherzogthum Poſen und einen Theil von Preußen und Schleſien. G. S. 1816. p. 204. — preußiſche, deren Einführung in den ehemaligen Schwarzburg-Rudolſtädtſchen Aemtern Heringen und Kelbra. G. S. 1819. p. 246. — Publikation derſelben in den ſtandesherrlichen Bezirken. G. S. 1820. p. 96. — Provinzial-, deren Berathung durch die Provinzialſtände. G. S. 1823. p. 129. ſ. a. Landrecht, Gerichts-Ordnung, Kriminal-Ordnung ꝛc. — (Verordnungen ꝛc.), deren Bekanntmachung durch die Amtsblätter. v. K. A. 21. IV. 779. seq. — deren gültige Publizität durch die Geſetzſammlung oder durch die Provinzial-Amtsblätter. 26. III. 561. — akademiſche, für die Univerſität zu Bonn. 19. I. 130. — für die preußiſche Monarchie während der Trennungsperiode erlaſſen, deren Anwendbarkeit. 32. IV. 818. — de-

ren Publikation in litthauiſcher und polniſcher Sprache kann in der Provinz Preußen nicht ſtattfinden. 32. II. 549. — provinzielle, derogiren dem gemeinen Rechte und müſſen daher in Berichten zunächſt erörtert und ſpeciell allegirt werden. 31. III. 589. — ſiehe überhaupt Engliſche Geſetze, Kriminalgeſetze, Militair-Strafgeſetze, Stempelgeſetze, Wechſelgeſetze.

Geſetzentwürfe, nicht in ſolchen, ſondern in der Form von Gutachten ſollen die Provinzialſtände ihre Erklärungen abgeben. v. K. A. 27. I. 294.

Geſetzgebung, allgemeine, Sektion für ſelbige im Miniſterium des Innern. G. S. 1808. p. 363. 367. — derſelben iſt ein Geh. Staatsrath als Chef vorgeſetzt, der jedoch dem Miniſter des Innern untergeordnet iſt. G. S. 1808. p. 363. — die Ober-Examinations-Kommiſſion und die Geſetz-Kommiſſion ſtehen unter derſelben, ebendaſ. — V. die bürgerliche tranſitoriſche, im Fürſtenthum Hildesheim betr. v. 15. Apr. 1815. v. K. J. 213. III. p. 98. V. — Um die Verdunkelung der Geſchichte der Geſetzgebung in den Provinzen zwiſchen der Elbe und dem Rhein zu verhüten, ſind die dort befindlichen Oberlandesgerichte aufgefordert, die Materialien dieſer Geſchichte zuſammenzuſtellen, welche nach und nach durch die Jahrbücher bekannt gemacht werden ſollen. R. v. 19. Febr. 1819. v. K. J. XVII. 133. — Darſtellung der Geſchichte des Wechſels der Geſetzgebung in civil- und criminalrechtlicher Hinſicht in den jetzt das Departement des Oberlandesgerichts zu Münſter bildenden Ländertheilen, vom Reichdeputations-Hauptſchluß v. 25. Febr. 1803 anfangend bis zur Wiedereinführung der Preußiſchen Geſetze am 1. Jan. 1815. XVII. 136. — Ueberſicht der Veränderungen, welche ſich ſeit 1806 bis zur Einführung der Preußiſchen Geſetze in der Geſetzgebung und Gerichtsverfaſſung in dem gegenwärtigen Bezirk des Oberlandesgerichts zu Paderborn zugetragen haben. XVII. 357. — Geſchichtliche Darſtellung der Veränderungen in der Geſetzgebung und Gerichtsverfaſſung, welche in den Ländertheilen, die gegenwärtig den Bezirk des Oberlandesgerichts zu Hamm bilden, in den Jahren 1802 bis 1820 ſtattgefunden haben. XIX. 3. — Darſtellung der Veränderungen in der Civil- und Criminal-Geſetzgebung und Gerichtsverfaſſung, welche die das Departement des Oberlandesgerichts zu Halberſtadt bildenden Provinzen vom Jahre 1806 bis jetzt betroffen haben. XXII. 32. — Geſchichte der Geſetzgebuug und Gerichtsverfaſſung in dem Gerichtsbezirk des Oberlandesgerichts zu Magdeburg ſeit dem Frieden zu Tilſit bis zum 1. Jan. 1815. XXII. 50. — ſ. Jahrbücher. — hiſtoriſche Nachrichten über die neuere preußiſche, ſpecielle u. tranſitoriſche Geſetzgebung, beſonders über prozeſſualiſche Gegenſtände. XLII. 233 — 258. — ältere preuß. Geſetzgebung, ſ. Rheinpro-

vinz; vergl. auch franzöſiſche Geſetze. — Theilnahme der Provinzial-Stände an deren Reviſion. v. K. A. 30. I. 229.

Geſetzkommiſſion, A. L. R. Einl. 50 — 62. — Patent v. 29. Mai 1781. E. S. p. 337. VII. die bei allen in ſtreitigen Rechtsſachen der Exiſtenz eines Präjudicii ohnerachtet, R. v. 21. Jan. 1781. St. B. p. 60. II. vorkommenden zweifelhaften Rechtsfragen, wo entweder gar kein Geſetz vorhanden oder deſſen Sinn dunkel und zweifelhaft, C. v. 19. März 1782. E. S. p. 911. VII. C. O. v. 1. Nov. 1786. p. 195. VIII. (ſ. a. R. v. 10. Nov. 1788. Kl. A. 302. III. G. E. v. 6. Juni 1789. 153. V.) nöthige Anfragen wurden unmittelbar an die, gerichtet, C. v. 28. Dez. 1786. E. S. p. 221. VIII. iſt aufgehoben, C. O. v. 8. März 1798. R. v. 21. März 1798. St. B. p. 405. V. — iſt der Sektion der allgemeinen Geſetzgebung im Miniſterium des Innern untergeordnet. G. S. 1808. p. 367. — für die geſammte Geſetzgebung, deren neue Einrichtung. G. S. 1810. p. 7. — ſteht unmittelbar unter dem Staatsrathe. G. S. 1810. p. 7. 19. — 1814. p. 42. — Präſident derſelben iſt der Staats-Sekretair des Staatsraths. G. S. 1810. p. 4. 7. — ſoll von dem Juſtizminiſter mit vorzüglichen Rechtsgelehrten beſetzt werden. G. S. 1810. p. 19. — durch ſelbige ſollen allgemeine Geſetze, ehe ſie zur Berathung des Staatsraths gelangen, geprüft werden. G. S. 1814. p. 43. — die Reviſion des allgemeinen Landrechts und der Gerichts-Ordn., ſo wie die Prüfung der fremden Geſetzgebung in den Rheinprovinzen wird dem Staatsminiſter von Beyme beſonders aufgetragen. G. S. 1817. p. 290. — 1819. p. 163. 164.

Geſetzkraft, (öffentliche Gültigkeit) haben auch die durch die Amtsblätter bekannt gemachten Verordnungen u. Geſetze, wenn ſie auch nicht in die Geſetzſammlung aufgenommen ſind. G. S. 1826. p. 73. f. — des allgemeinen Landrechts und der allgemeinen Gerichtsordnung v. 1. Jan. 1815 ab, in den wieder vereinigten Provinzen. G. S. 1814. p. 89. 93. — ſiehe auch Geſetz.

Geſetz-Reviſion, ſ. Abſchriften.

Geſetz-Sammlung, erſcheint als ſolche für die geſammte Monarchie zur Publikation allgemeiner Geſetze u. Verordnungen; Verordn. v. 27. Oct. 1810. G. S. 1810. p. 1. — Publikandum v. 9. Febr. 1811. J. M. X. p. 193. daher auch künftig die Verleſung des Publikandums von den Kanzeln gegen den Kindermord fortfällt. R. v. 11. Sept. 1811. — desgl. über die Einrichtung der Amtsblätter v. 28. März 1811. G. S. 1811. p. 165. f. — daß die Geſetzſammlung die allgemeinen Geſetze enthalte, dabei ſoll es als Regel auch ſein Bewenden behalten. G. S. 1826. p. 74. — Zeitbeſtimmung der rechtl. Wirkung der durch ſelbige bekannt gemachten Geſetze u. Verordnungen. G. S. 1811. p. 166. — 1813. p. 2. — 1819. p. 150. 151. — die in ſelbiger abgedruckten Ge-

ſetze können nicht eher für publicirt geachtet werden, als bis deren Erſcheinung nach Titel, Datum und Nummer in den Amtsblättern angezeigt iſt. G. S. 1811. p. 166. — 1819. p. 150. — 1826. p. 73. — ſoll für das Großherzogthum Poſen und einen Theil von Preußen und Schleſien mit einer polniſchen Ueberſetzung erſcheinen. G. S. 1816. p. 204. — deren Einführung und Haltung in den Rheinprovinzen. G. S. 1819. p. 148. — deren Debit durch das General-Poſtamt und durch die Poſtbehörden. G. S. 1810. p. 1. — 1811. p. 168. — Portofreiheit für ſelbige. G. S. 1810. p. 2. — 1811. p. 168. — der Preis iſt jährlich auf 2 Rthlr. feſtgeſetzt in vierteljähriger Vorausbezahlung. G. S. 1810. p. 1. — wer zu deren Haltung verpflichtet iſt. G. S. 1810. p. 1. — 1819. p. 148. f. — unrichtige Aufbewahrung der Nummern derſelben von Seiten der Obrigkeiten, Dorfſchulzen und Prediger, wird an den Schuldigen mit dem doppelten Preiſe des Jahrganges beſtraft. G. S. 1811. p. 167. — von der Verbindlichkeit der Kreisjuſtizräthe in Schleſien, die Geſetzſammlung und das Amtsblatt auf eigene Koſten zu halten. R. v. 28. Jan. 1812. v. K. J. I. 31. — allgemeine, Verkaufspreiſe für ſelbige. v. K. A. 24. I. 11. — Berichtigung der Pränumerations-Gelder für ſelbige. 23. II. 231. — Verordnung zur nähern Ausführung und Anwendung der frühern Geſetze über ſelbige. 19. II. 309. — ſoll in Auszügen zur Komplettirung der General-Akten gebraucht werden. 17. I. 33. — zu deren Haltung ſind die Landräthe verbunden, für die landräthlichen Büreaus aber wird ſolche aus öffentlichen Fonds gehalten. 19. II. 299. 306. — 20. II. 219. — 21. I. 5. seq. — IV. 778. — 22. I. 5. — deren Haltung von den, zu einer Bürgermeiſterei gehörigen Ortſchaften. 22. I. 5. — desgl. von den Kreisphyſikern. 21. II. 452. — zu deren Haltung ſind Staabsoffizzere, welche noch nicht das etatsmäßige Gehalt haben, nicht verpflichtet. 20. III. 464. — allgemeine, brauchen Beſitzer von mehreren Gütern nur in Einem Exemplar halten. 27. III. 594. — zu deren Haltung ſind Biſchöfe, General-Vikare, geiſtliche Räthe und Landdechanten verpflichtet. 28. III. 681. — IV. 958. — zu deren Haltung kann Niemand angehalten werden, welcher durch das Geſetz ſelbſt dazu nicht verpflichtet iſt. 30. I. 9. — dazu gehören in letzter Beziehung die Beſitzer iſolirt gelegener ländlicher Grundſtücke. 30. I. 9. — für die Königl. Preuß. Staaten, gehört zu den Central-Einrichtungen des Staats, mit welchen es auf jede neu erworbene Provinz ſtillſchweigend übergeht. 32. IV. 817. — 33. I. 180. — das zu derſelben für den Zeitraum von 1806 — 1830 angefertigte Haupt-Regiſter wird empfohlen. 32. II. 325. — herabgeſetzte Preiſe für dieſelbe von 1806 — 1830. — 32. I. 47. — deren Haltung von Seiten der landräthlichen Büreaus und von den Landräthen ſelbſt.

32. IV. 821. — desgl. von Seiten der Gerichtsherren u. der Patrimonial-Gerichte. 32. II. 539. ſ. auch Kreisjuſtizräthe.

Geſetzwidrige Verbindungen; ſ. Geheime und geſetzwidrige Verbindungen.

Geſinde, dem, (wer unter: Geſinde zu verſtehen, ſiehe Geſinde-Ordnung für Berlin. v. 2. Jan. 1746. Tit. 1. E. S. p. 45. C. III.) ſoll neben dem Dienſtlohn kein Land zur eigenen Beſäung überlaſſen. V. v. 1573. V. III. I. No. 3. Pat. v. 25. Sept. 1672. No. 18. v. 12. Sept. 1698. No. 30. auch ſoll daſſelbe ohne Schein deſſen voriger Herrſchaft nicht gemiethet werden. V. v. 17. Dec. 1695. v. 2. Apr. 1708. No. 28. 34. V. die Speiſung des Geſindes betr. v. 1660. VI. I. No. 130. v. 1687. V. III. I. No. 25. E. v. 19. März 1670. V. III. II. p. 340. ſ. die Geſinde-Ordnung v. 11. Febr. 1764. Tit. 5. §. 6. p. 5363. IV. vom 4. Dec. 1735. Tit. 4. V. III. I. No. 39. p. 315. Das Geſinde muß bei extraordinairen Dienſten, wenn gleich die Abweſenheit über Nacht nicht erforderlich iſt, geſpeiſet werden. Lief. 2. p. 44. kann von natürlicher Koſt auf Deputat geſetzt werden. Lief. 2. p. 84. — Obliegenheit des Geſindes, wenn ſie von einem Orte, wo das Viehſterben graſſirt, abziehen Inſtr. v. 13. Apr. 1769. Cap. 3. §. 3. E. S. p. 5671. IV. Das Geſinde ſoll ſich nicht auf eigene Hand ſetzen. E. v. 9. Jan. 1731. V. III. I. No. 38. E. wider das Weglaufen und Verheelen der Unterthanen u. Dienſtboten v. 1655. V. III. II. No. 1. v. 18. May 1711. VI. II. No. 64. v. 10. Nov. 1763. p. 325. III. für das unordentliche Geſinde bei adlichen und andern Gütern ſollen die Unterthanen haften. C. v. 4. Nov. 1771. p. 357. V. a. R. v. 5. Sept. 1777. p. 895. VI. Publ. vom 18. Sept. 1784. p. 2961. VII. R. wegen des den Gutsbeamten und Pächtern verſtatteten Züchtigungsrechts v. 18. Jan. 1796. St. B. p. 250. II. des Lohns des zwangdienſtpflichtigen Geſindes v. 22. Sept. 1798. E. S. p. 1774. X. — R. wegen Unterſuchung und Beſtrafung der Veruntreuung von Dienſtboten, und der Verfälſchung der Geſindeſcheine, von Seiten des Stadtgerichts u. des Geſindeamts zu Berlin v. 1. Jun. 1798. Amel. Arch. 394. B. I. Publ. wegen verbotenen Verkaufs und Veruntreuung des den Dienſtboten, Fuhrknechten und Jungen auf Reiſen mitgegebenen Futters, vom 21. Jul. 1800. E. S. p. 2992. X. — Die Feſtſetzung der in der G. O. vom 8. Nov. 1810. G. S. 102. I. — welche in Beziehung auf das A. L. R. nur an die Stelle des Tit. 5. Th. 2. §. 1—176. getreten iſt, v. K. J. B. 281. I. — feſtgeſetzten Strafen, und zwar in den Fällen des §. 12. von 1 bis 10 Rthl. wenn Jemand einen Dienſtboten ohne das Zeugniß der vorigen Herrſchaft, oder, wenn derſelbe noch nicht gedient hat, ohne das Zeugniß der Obrigkeit annimmt; des §. 17. und 20. von 5 bis 10 Thlr. Geld- oder verhältnißmäßiger

Gefängnißſtrafe für die Geſinde-Mäkler, welche Dienſtboten zur Verlaſſung ihrer Dienſte anreizen, oder untaugliches u. ungetreues Geſinde empfehlen; des §. 31. des zu erlegenden doppelten Betrages des erhaltenen zweiten Miethsgeldes gegen den Dienſtboten, der ſich an mehrere Herrſchaften zugleich vermiethet hat, gehöret vor die Polizeibehörden, ſo daß dagegen keine Provokation auf den Weg Rechtens, ſondern nur der Recurs an die Regierung ſtatt findet. Die in dem §. 51. und 168. feſtgeſetzten Strafen von 2 bis 10 Rthl. oder verhältnißmäßiges Gefängniß, gegen das Geſinde, welches den Dienſt anzutreten ſich weigert, oder denſelben ohne geſetzmäßige Urſache verläßt, werden gleichmäßig, ohne daß eine Provokation auf den Weg Rechtens ſtatt findet, von den Polizeibehörden feſtgeſetzt und executirt. Beleidigungen des Geſindes gegen die Herrſchaft können die Policei-Behörden bis zu 14 Tagen Gefäng- oder 5 Rthl. Geldſtrafe ahnden, ohne daß dagegen auf den Weg Rechtens provocirt werden kann; welches auch ad §. 176. bei Feſtſetzung der Geldſtrafe von 1 bis 5 Thlr. gegen diejenige Herrſchaft, welche einem entlaſſenen untreuen und laſterhaften Dienſtboten, wider beſſeres Wiſſen das Gegentheil bezeuget hat, ſtatt findet. R. v. 17. Apr. 1812. N. A. B. 201. 208. II. P. A. B. 141. 150. K. A. B. 202. — Wenn gleich das Geſinde ſich ſchwere Injurien gegen ſeine Herrſchaft hat zu Schulden kommen laſſen, (Vergehungen deſſelben gegen letztere, ſollen nach der Geſ. O. v. 1810. §. 80. durch Gefängniß oder öffentliche Strafarbeit, nach den Grundſätzen des Criminal-Rechts. — A. L. R. Th. 2. Tit. 20. §. 611. 615. 616. 630. — geahndet werden) findet doch keine Unterſuchung von Amtswegen ſtatt. R. v. 25. Sept. 1795. E. S. p. 785 IX. — Rechte und Pflichten deſſelben. G. S. 1810. p. 102 — 120. — Pflichten der Herrſchaften gegen daſſelbe. G. S. 1810. p. 110. — Beſtimmungen über deſſen Vermiethung und Miethung. G. S. 1810. p. 102. f. — das Miethsgeld vertritt die Stelle des ſchriftlichen Vertrages. G. S. 1810. p. 110. — ſolches kann auf den Lohn abgerechnet werden; ebendaſ. — wird beſtraft, wenn ſich ſolches an mehrern Herrſchaften zugleich vermiethet. G. S. 1810. p. 105. — Beſtimmungen über Lohn, Koſt und Geſchenke für ſelbiges. G. S. 1810. p. 105. — desgl. bei Entlaſſungen während der Dienſtzeit. G. S. 1810. p. 117. — wo rückſichtlich der Dauer der Dienſtzeit nichts Beſonderes verabredet worden, wird ſolche bei dem ſtädtſchen Geſinde auf ein Vierteljahr, beim Landgeſinde aber auf ein ganzes Jahr für geſchloſſen angenommen. G. S. 1810. p. 106. — Beſtimmungen über den Antritt des Dienſtes. G. S. 1810. p. 106. f. — Rechte und Verpflichtungen des weiblichen Geſindes bei Verheirathungen. G. S. 1810. p. 108. — Verfahren rückſichtl. deſſelb., wenn ſolches im Dienſte erkrankt. G. S. 1810. p. 111. — Tra-

gung der Kur- und Verpflegungskoſten für ſelbiges; ebendaſ. — Beſtrafung deſſelb. wegen Vergehungen gegen die Herrſchaft. G. S. 1810. p. 110. — Rechte deſſelben gegen die Herrſchaften bei erlittenen groben Mißhandlungen u. Beſchimpfungen. G. S. 1810. p. 112. 115. — Aufhebung des Miethsvertrages durch den Tod des Geſindes oder der Herrſchaft. G. S. 1810. p. 112. — letztere iſt in keinem Falle ſchuldig, die Begräbnißkoſten für erſteres zu bezahlen; ebendaſ. — Beſtimmungen wegen der Aufkündigungsfriſt u. wegen ſtillſchweigender Verlängerung des Dienſtes. G. S. 1810. p. 113. — in welchen Fällen die Herrſchaft daſſelbe ohne Aufkündigung ſofort entlaſſen kann. G. S. 1810. p. 114. f. — wann dagegen das Geſinde berechtigt iſt, den Dienſt ſofort zu verlaſſen. G. S. 1810. p. 115. f. — Entlaſſung und Abzug vor Ablauf der Dienſtzeit, jedoch nach vorhergegangener Aufkündigung. G. S. 1810. p. 116. f. — rechtliche Folgen einer ohne Grund geſchehenen Entlaſſung deſſelben. G. S. 1810. p. 118. — desgl. wenn das Geſinde ohne geſetzmäßige Urſache den Dienſt verläßt. G. S. 1810. p. 119. — Verfahren bei deſſen Verabſchiedung. G. S. 1810. p. 119. — muß zum Betriebe von Gewerben die Einwilligung ſeines Lohnherrn bei bringen. G. S. 1810. p. 83. — gewiſſer Gewerbetreibenden, Verhaftung der letztern für die Kontraventionen und Defraudationen des erſtern auch in Beziehung der verwirkten Geldſtrafe. G. S. 1812. p. 193. — Vertretung deſſelben bei Steuer- und Zoll-Kontraventionen durch deſſen gewerbetreibende Herrſchaften. G. S. 1818. p. 134. f. — 1821. p. 187. — deſſen kirchliches Aufgebot ſoll fernerhin nur an dem gegenwärtigen u. reſp. an dem nächſt vorherigen Aufenthaltsorte deſſelben erforderlich ſeyn. G. S. 1818. p. 20. — Ermäßigung der Erbſchaftsſtempel-Abgabe für die demſelben ausgeſetzten Penſionen und Renten. G. S. 1823. p. 1. — des Militairs, gehört in Friedenszeiten zu der Civil-Gemeine des Orts und Pfarrbezirks. G. S. 1811. p. 177. — des Militairs, aus den Kriegen von 1806 — 1815. nicht zurückgekehrt, deſſen Todeserklärung. G. S. 1822. p. 150. — als ſolches dürfen fremde Juden nicht angenommen werden. G. S. 1812 p. 21. — auf dem Lande, deſſen Rechte und Pflichten zu den Dienſtherrſchaften. G. S. 1809. p. 560. f. — 1810. p. 101. 105. 106. ff. — bäuerlicher Wirthe, deſſen Behandlung nach der Geſinde-Ordnung bei Dienſtleiſtungen für die Gutsherrſchaft. G. S. 1825. p. 76. 97. 115. — ſiehe auch Luxus-Steuer. — minderjähriges, unter väterlicher Gewalt ſtehendes, ſ. Gerichtsſtand. — Von Vergütigung der von einem Haus- und Küchenmädchen ohne beſondere Verabredung geleiſteten gewöhnlichen Dienſte. Erk. J. M. V. 19. — conſtituirt, wenn daſſelbe eine eigene Haushaltung führt, ein Domizil. v. K. A. 25. III. 680. — ſonſt nicht. 19. II. 444. — u. 27. I. 149. —

Verfahren bei deſſen Miethung. 26. I. 115. — Antritt und Entlaſſung deſſelben. 21. I. 101. — II. 444. — neu angehendes und armes, Anwendung der Stempelfreiheit bei obrigkeitlichen Atteſten für ſelbiges. 26. III. 712. — Nichtannahme deſſelben vor geſchehener Konfirmation. 22. IV. 885. — Anhaltung deſſelben zum Religions- und Schulunterricht. 19. IV. 998. — Verpflichtung deſſelben zur Fortſetzung des Dienſtes nach dem Tode des Brotherrn. 26. II. 391. seq. — Beſtimmung der Umzugszeit für ſelbiges. 25. IV. 1058. — ländliches, Beſtimmung der Antritts- und Abgangszeit für ſelbiges. 17. II. 75. — 24. III. 879. — Befugniß der Herrſchaften zur Durchſuchung deſſen Behälter. 24. IV. 1140. — als ſolches ſind Gewerbegehülfen nicht zu betrachten. 20. IV. 874. — Verhältniſſe der Schifferknechte der Stromſchiffer als ſolches. 26. III. 787. — der Geiſtlichen, iſt von der Perſonenſteuer frei. 17. I. 138. — weibliches, Trauungen deſſelben. 19. IV. 923. — verarmtes, Verpflichtung der Kommune zur Unterſtützung deſſelben. 22. I. 166. — Verwahrnung des Andrangs deſſelben nach Berlin. 23. III. 716. — krätzkrankes, Verpflichtungen der Herrſchaften rückſichtlich deſſelben. 17. IV. 277. — Herzoglich Naſſauiſches Edikt über deſſen Dienſtverhältniſſe. 19. I. 281. — fremdes wird im Badenſchen ohne Nachweis der Schutzpocken-Impfung nicht aufgenommen. 26. III. 639 — ländliches, in Schleſien, Beibehaltung des auf den 2. Januar üblichen Abzugstermins für ſelbiges. 27. I. 321. — III. 698. — polizeiliches Verfahren rückſichtlich der demſelben ausgeſtellten Dienſtzeugniſſe in Beziehung auf Beſchuldigungen. 28. I. 138 — 140. — Aufbringung der Kriminal-Koſten bei Verbrechen deſſelben. 28. I. 21. — ländliches, polizeiliche Meldung deſſelben bei der Gutsherrſchaft. 28. I. 21. — (Dienſtboten) Verantwortlichkeit der Dienſtherren für die von erſterem im Gewerbebetrieb begangenen Polizei-Kontraventionen. 29. II. 329. — deſſen Ausweiſung bei neuer Vermiethung. 30. II. 368 — 370. — dienſtloſes, deſſen polizeiliche Beaufſichtigung. 30. I. 132. f. — verarmtes, Ausübung der Armenpflege für daſſelbe rückſichtlich des Domizils. 30. I. 156. f. — erkranktes, Aufbringung der Kur- und Verpflegungskoſten für daſſelbe. 30. I. 157. — wohlverdientes, verarmtes u. dürftiges Errichtung eines Prämien- und Unterſtützungs-Fonds für daſſelbe in Stettin. 30. III. 578. — in wie fern ſolches ein Domizil konſtituiren kann. 31. IV. 805. — als ſolches ſind auch gemiethete Revierjäger und Kunſtgärtner zu betrachten. 31. I. 118. — über das verweigerte Bleiben deſſelben im Dienſte ſteht der Polizeibehörde nur die Regulirung eines Interimiſtikums zu. 31. I. 117. — von höherer, als gewöhnlicher Bildung, deren Verſchonung mit körperlicher Züchtigung in Polizei-Straffachen. 31. IV. 788. f. — hülfsbedürftiges, Verpflichtung der Kommunen

zu deren Unterſtützung. 31. III. 594. — IV. 804. — Verfahren rückſichtlich deſſen Zulaſſung und Aufnahme in Berlin. 32. IV. 976. f. — ob ſolches in ſtreitigen Fällen ſein Dienſtverhältniß fortzuſetzen habe, oder nicht, darüber kann die Polizeibehörde vorläufig entſcheiden. 33. III. 723. — gegen daſſelbe ſteht den Dienſtherrſchaften kein Strafrecht zu. 33. IV. 1000. — die Strafbeſtimmungen der Geſinde-Ordnung können gegen daſſelbe nicht verſchärft oder durch Polizeiſtrafen erſetzt werden. 33. IV. 1000. — deſſen Miethung in Beziehung auf Geſinde-Entlaſſungsſcheine. 33. III. 724—729. — fremdes, polizeiliches Verfahren gegen daſſelbe in Berlin. 33. III. 729. — IV. 1001. — auswärtiges, deſſen Aufnahme. R. v. 14. Febr. 1834. — 34. I. 149. — ſiehe übrigens Gerichtsbarkeit. — Iſt ein Dienſtbote, welcher ſeiner Herrſchaft in deren Krankheit außergewöhnliche Dienſte geleiſtet hat, berechtigt, dafür eine angemeſſene Belohnung zu verlangen, wenn auch eine ſolche vorher nicht ſtipulirt worden? S. u. Str. R. 3. Bd. No. 5. p. 80.

Geſinde-Atteſte, obrigkeitliche, Gebrauch des Stempelpapiers zu ſelbigen. v. K. A. 23. II. 256.

Geſinde-Belohnungs-Fonds, deſſen Bildung in den Städten durch Beiträge des Geſindes. v. K. A. 27. III. 696. — in der Stadt Bromberg eingeführt, Statut über deſſen Verwaltung und Verwendung. 29. IV. 869—872.

Geſindedienſt, Aufnahme fremder Juden und Jüdinnen in ſelbigen. v. K. A. 21. I. 83. — 23. III. 628. — 24. I. 200. — bei den Juden; ſ. letzt.

Geſinde-Dienſtbücher, deren Nichteinführung in den preußiſchen Staaten. v. K. A. 23. IV. 878. — 26. III. 390.

Geſinde-Dienſt-Entlaſſungsſcheine, deren gewiſſenhafte Ausſtellung von Seiten der Herrſchaft. G. S. 1810. p. 119. — polizeiliche Unterſuchung wegen unverdienter Beſchuldigungen in ſelbigen; ebendaſ. — Verantwortlichkeit und Strafbarkeit der Herrſchaften, wenn in ſolchen grobe Laſter und Veruntreuungen der Dienſtboten verſchwiegen worden. G. S. 1810. p. 119. — geſtempelte, deren Verkauf. G. S. 1822. p. 70. f. — deren Ausſtellung. v. K. A. 20. II. 316. — III. 602. — IV. 822. — 24. IV. 1120. seq. — deren Ertheilung braucht nur ſtatt zu finden, wenn ſolche das Geſinde verlangt. 26. IV. 1101. — Stempelgebrauch zu ſelbigen. 23. III. 651. — 25. IV. 921. — 26. II. 321. — IV. 1101. — Gebrauch der geſtempelten Dienſtentlaſſungs-Scheine als ſolche. 26. I. 116. — II. 321. — bei Kindern unter 14 Jahren bedarf es der Löſung der letztern nicht. 26. I. 116. — deren Beglaubigung. 18. IV. 1074. — 24. III. 880. — Gebühren-Entrichtung für letztere. 24. IV. 1122. — Unterſuchung und Beſtrafung wegen

deren Verfälſchung gehören vor die Gerichte. 28. III. 748. — deren Ausſtellung u. Produktion. 30. II. 368 — 370. — dürfen erſt beim Abzuge des Geſindes ausgeſtellt werden. 33. III. 729 — ob der Geſindedienſtſchein nothwendig. R. v. 12. Sept. 1834. — 34. III. 785.

Geſinde-Kranken-Anſtalten, deren Begründung und Erweiterung durch Beiträge vom Geſinde. v. K. A. 27. III. 697.

Geſindelohn (Koſtgeld ꝛc.) hängt ohne Ausnahme bloß von freier Uebereinkunft bei der Vermiethung ab. G. S. 1810. p. 105. — iſt darüber bei letzterer nichts Beſtimmtes abgemacht, ſo ſetzt ſolchen die Polizei-Obrigkeit des Orts feſt; ebendaſ.

Geſinde-Mäkler, werden von der Polizei-Obrigkeit des Orts beſtellt und verpflichtet. G. S. 1810. p. 103. — letztere muß das Mäklerlohn nach den örtlichen Verhältniſſen beſtimmen und bekannt machen. G. S. 1810. p. 104. — Pflichten derſelben rückſichtlich der Vermiethung und Unterbringung des Geſindes. G. S. 1810. p. 103. f. — Strafen für Uebertretungen derſelben, ebend. — müſſen vor Ertheilung des Gewerbeſcheins ihrer Qualifikation dazu, durch polizeiliches Zeugniß nachweiſen. G. S. 1810. p. 84. — 1811. p. 276. — feſtgeſetzte Gebühren für ſelbige. v. K. A. 19. II. 409. — 20. II. 316. — Bekanntmachung der Gebühren-Taxen für dieſelben und Beſtrafung deren Uebertretung. 33. IV. 996. — deren Gewerbebetrieb. R. v. 26. Mai 1734. — 34. II. 511.

Geſindeordnung, A. L. R. Rechte u. Pflichten der Herrſchaften und des Geſindes II. V. 1 — 195. Beſtrafung des ungetreuen II. XX. 1350 — 1352. von unterthänigen Landbewohnern, deren Dienſt und Abgaben II. VII. 87 — 494. (ſ. auch die Dorf- und Ackerordnungen, Unterthanen) in der Mittel- Ucker- und Neumark und denſelben incorporirten Landen auch dem Lande Ruppin v. 11. May 1620. C. C. V. III. I. No. 5. c. D. wegen des An- und Abziehens de eod. No. 6. deren Publication betr. v. 1698. No. 29. renovirte v. 3. Dec. 1644. No. 11. v. 1. Sept. 1645. No. 12. neu revidirte v. 22. Nov. 1651. No. 14. nebſt Edict die Beſezzung der Höfe der Unterthanen durch deren Kinder betreffend, v. 19. März 1670. V. III. II. No. 5. und Decl. No. 6. V. wegen des Geſindelohns im Storkow- und Beeskowſchen Kreiſe vom 24. März 1723. V. III. I. No. 57. für die Städte und das platte Land in der Altmark, v. 1635. V. III. I. . No. 9. u. No. 10. v. 14. Dec. 1725. No. 39. für Berlin, Cöln und Friedrichswerder v. 2. Febr. 1684. No. 23. v. 12. Febr. 1718. No. 35. v. 2. Jan. 1746. p. 43. C. III. für die Neumark, Beeskow und Storkow v. 16. Jun. 1646. No. 13. revidirte v. 14. Sept. 1685. No. 24. nebſt Anhang und Erklärung v. 29. Jun. 1687. No. 26. und Renovation ad Tit. V. §. 3. wegen des abgehenden Viehes v. 10. Nov. 1699. No. 31.

Nach der Geſinde-Ordnung v. 14. Dec. 1685. Tit. 7. §. 13. ſind die Dreſcher allenthalben aufs höchſte um den 18ten Scheffel glatt geſtrichen, nach der Croſſenſchen Geſinde-Ordnung v. 18. Januar 1686. um den 16ten Scheffel und nach der Cottbusſchen Geſinde-Ordnung vom Tage Martini 1685. gleichfalls um den 18ten Scheffel zu dreſchen gehalten. Dienſtreglement vom 26. Oct. 1720. VI. Nachl. No. 14. Bauer- Geſinde- Hirten- u. Schäfer-Ordnung für die Herrſchaft und Weichbild Cottbus d. d. Cöln an der Spree am Tage Martini v. 1685. für das Herzogthum Croſſen und Züllichau d. d. Croſſen d. 18. Jan. 1686. G. E. den Dienſtzwang der Unterthanenkinder betr. v. 11. Apr. 1783. H. B. VIII. 97. jedoch nicht vor dem zurückgelegten 14ten Jahr, weil ſie bis dahin nach dem Landſchulreglement v. 12. Aug. 1763. E. S. p. 265. III. dem Schulunterricht genießen müſſen ita jud. in C. der Gemeine zu Herzogswalde c. Dominium; — revidirte für die Mittelmark, Prignitz und Uckermark, Beeskow und Storkow v. 18. Dec. 1682. nebſt Anhang v. 28. Apr. 1683. V. III. I. No. 22. c. R. den zuläſſigen Beweis einer conträren Obſervanz in Anſehung der von den ins Altentheil Uebergegangenen der Herrſchaft zu leiſtenden Dienſte betr. v. 16. Apr. 1753. ad tit. 3. §. 2. p. 449. I. und das Land Stolpe v. 24. Aug. 1722. V. III. I. No. 36. V. wegen des Geſindelohns im Bees- und Storkowſchen Creiſe v. 24. März 1723. No. 37. Geſindeordnung v. 11. Febr. 1769. für das platte Land p. 5334. IV. c. D. die Ungültigkeit der Verſprechungen des die geſetzmäſſige Beſtimmung überſteigenden Geſindelohns betr. v. 26. Jul. 1790. p. 2961. VIII. Dieſe Geſinde-Ordnung betrifft nicht blos das zwangdienſtpflichtige Geſinde R. der Churm. Kr. und D. Cammer v. 14. März 1778. In Anſehung der Unterthänigkeit iſt darin §. 6. zum Princip angenommen, daß ſolche durch die Annahme bäuerlicher Güter, welche gewöhnlich mit Unterthanen beſetzt ſind und durch die wirkliche Anſäſſigkeit mit ſolchen Gütern in Anſehung ſolcher Perſonen, welche ihrer Herkunft nach ſich zu bäuerlichen Gütern qualificiren, conſtituiret werde. R. v. 3. Jan. 1777. — daher die Kinder der Einlieger nicht für zwangpflichtig anzunehmen, R. des Juſtizdepartements v. 2. May 1776. — die Kinder der Büdner aber für zwangspflichtig zu achten, wenn gleich deren Aeltern ein Handwerk treiben Dir. Reſcript v. 18. März 1778. auch ſind die Deſcendenten der Unterthanen in infinitum derſelben unterworfen. R. v. 3. Jan. 1777. und wird die Dienſtfreiheit oder Dienſtpflichtigkeit nur aus der Qualität des Vaters nicht aber der weitern Aſcendenten beurtheilt. R. v. 18. März 1778. Bei der §. 7. für das zwangpflichtige Geſinde, welches ſich ohne Erlaßſchein ſeiner Obrigkeit anderswo vermiethet, beſtimmten Veſtungsſtrafe iſt blos der Vortheil der Obrigkeit beabſichtiget. R. v. 19. May 1779. — ſ. von Lamotte pr. Beiträge zur

C. M. Th. I. v. 1782. p. 256. p. 351. 287. 282. 302. 287. und 310. — Declaration der Cottbusſchen Geſindeorduung wegen der Unterthanen-Söhne, die Handwerke lernen wollen vom 14. Nov. 1736. C. S. VI. II. No. 273. — Bauerordnung für das Herzog. Vor- und Hinterpommern vom 30. Dec. 1764. p. 531. III. c. D. wegen der gutspflichtigen zur Heyrath außerhalb der Jurisdiction Gelegenheit findenden Frauensperſonen v. 30 May 1766. p. 471. IV. c. R. v. 25. Jan. 1767. p. 673. R. wegen Anwendung der Vorſchrift der Proceß-Ordnung P. IV. Tit. 12. §. 64. 68. bei Pommerſchen Bauerlehnen v. 14. Jun. 1784. p. 2865. VII. Geſindeordnung v. 20. Aug. 1766. p. 521. IV. c. D. die Cognition in dergleichen Sachen betr. v. 20. Nov. 1778. p. 1353. VI. — im Fürſt. Minden, Grafſch. Ravensberg, Tecklenburg und Lingen v. 16. Jun. 1753. p. 487. I. und Anhang die Abwartung des öffentlichen Gottesdienſtes von Seiten der Geſindes betr. vom 22. Nov. 1753. p. 599. I. — im Fürſt. Halberſtadt v. 9. Apr. 1765. p. 617. III. — für die Städte des Herz. Cleve, Meurs und Gr. Mark v. 7. Aug. 1753. p. 541. I. für das platte Land des Herz. Cleve und Gr. Mark v. 7. Jan. 1769. p. 5091. IV. in der Prignitz v. 26. Sept. 1751. p. 1265. III. — Geſindeordnnng für das Königreich Preußen v. 15. März 1767. p. 797. IV. nebſt J. C. daß Streitigkeiten zwiſchen Beamten und adlichen Gutsbeſitzern wegen Aufhetzung deren Geſindes zur Cognition der Juſtiz-Collegien gehören v. 6. Oct. 1785. Kl. A. 237. IX. — Reglement für die Tagelöhner, Holzhauer, Regimenter und Flöſſer in der Churmark Brandenburg v. 6. Febr. 1765. C. S. p. 579. III. Geſindeordnung v. 11. Febr. 1769. Tit. 3. §. 5. p. 5355. IV. — für das platte Land der Churmark v. 11. Febr. 1769. p. 5334. IV. und iſt das Tit. 5. derſelben feſtgeſetzte Lohn auch dem Zwanggeſinde von der Herrſchaft zu reichen St. B. p. 306. Th. XI. Verordnung wegen des von den Unterthanen in Schleſien zu leiſtenden herrſchaftlichen Geſindedienſtes v. 18. Jul. 1799. St. B. p. 115. Th. XII. und Decl. v. 31. Dec. 1799. p. 129. und p. 138. — Die älteren Bauerordnungen für das Herzogthum Pommern ſind v. J. 1616. publ. 1626. renovirte v. 1670. publ. v. 1671. Vorpommerſche v. 1660. edirt 1673. — Von den Zwangdienſten der Kinder der Einwohner in den Mediatſtädten nach der Churm. Geſ. O. v. 11. Feb. 1769. St. B. p. 48. XV. auf eigene Hand und zur Miethe ſitzender Perſonen p. 59. — In dem Anhange zur Neumärkſchen Geſ. O. vom 14. Sept. 1685. C. S. V. III. I. No. 24. v. 29. Jun. 1687. §. 2. No. 26. iſt zwar verordnet, daß ein Jeder Unterthan, es ſey Bauer, Coßäthe oder Fiſcher, aufs höchſte mit zweien Kindern, nämlich einem Knechte und einer Magd ſich wohl behelfen, und alſo die übrigen Kinder der Landes-Ordnung gemäß ihrer Obrigkeit vor allen

andern um den gebührenden Lohn zu dienen angehalten werden können, und es iſt darauf durch die Entſcheidung der Geſetzcommiſſion v. 11. Apr. 1783. p. 97. Th. 8. der Hymmenſchen Beiträge feſtgeſetzt, daß in dem Falle, wenn ein Neumärkſcher Unterthan nur 2 erwachſene Söhne oder 2 erwachſene Töchter habe, die Herrſchaft eins dieſer Kinder zum Zwangdienſte zu fordern nicht befugt, auch eine Unterſuchung des Bedürfniſſes derſelben in ihrer Wirthſchaft nicht zuläſſig ſey. In der für das Herzogthum Croſſen beſonders emanirten Geſinde-Ordnung vom 18. Jan. 1686. Tit. 1. §. 1. iſt aber diſponiret, daß jede Gerichtsobrigkeit ermeſſen ſoll, wie viel Geſinde jeder Wirth des Jahrs zu ſeiner Acker- und Vieh-Nahrung vonnöthen habe: — und in der Geſinde-Ordnung für den Cottbusſchen Kreis v. 1685. Tit. 1. §. 1. iſt des ſelbſt eigenen Bedarfs der Kinder abſeiten ihrer Eltern ausdrücklich gedacht. — wegen des Reſſorts in Geſindeſachen, vom 17. Apr. 1812. N. A. B. 201. 208. II. P. A. B. 141. 150. K. A. B. 202. — Publ. das Verhältniß der, auf den Vorwerken in der Neumark befindlichen Tagelöhner, Hauſirer u. ſ. w. betr. vom 3. May 1815. v. K. J. 325. IV. ſ. N. A. B. 166. V. Von dem Antritts- u. Abzugstage des Geſindes. P. A. B. 395. Die bereits vermiethet geweſenen Dienſtbothen müſſen nicht blos bei dem Antritt ihres anderweitigen Dienſtes, ſondern ſchon bei der neuen Vermiethung der neuen Herrſchaft nachweiſen, daß die Verhältniſſe der bisherigen ihrer anderweitigen Vermiethung nicht entgegen ſtehen, und darf Niemand ohne dergleichen Nachweis Geſinde miethen; auch muß die Herrſchaft dem abziehenden Geſinde den geordneten ſchriftlichen Abſchied in jedem Falle, auch wenn daſſelbe ſolchen nicht verlangen ſollte, geben. K. A. B. VI. 288. P. A. B. VI. 355. Die Antrittszeit für das Landgeſinde (§. 43. der G. O. Geſ. p. 106. I.) beruhet zunächſt auf ausdrückliche Uebereinkunft bei der Vermiethung. N. A. B. 636. — die alten Geſinde-Ordnungen haben durch die Aufhebung der Unterthänigkeit, beſonders aber durch die allgemeine Geſinde-Ordnung für ſämmtliche preuß. Staaten, v. 8. Nov. 1810. G. S. 1810. p. 101—120. eine weſentliche Umänderung erlitten. — durch ſelbige ſind die Beſtimmungen des Allgem. Landrechts Th. 2. Tit. 5. §. §. 1—176. abgeändert und neu redigirt. G. S. 1810. p. 101. — alle zeitherige einzelne Geſinde-Ordnungen und geſetzliche Vorſchriften, die Verhältniſſe des gemeinen Geſindes betreffend, ſind dadurch gänzlich und ohne alle Ausnahme aufgehoben. G. S. 1810. p. 101. — iſt auch in den Kreiſen Kulm und Michelau für eingeführt zu erachten. G. S. 1826. p. 41. — Strafen für deren Uebertretungen. G. S. 1810. p. 103. — Anwendbarkeit derſelben in den neuen und wiedererworbenen Provinzen. v. K. A. 21. I. 102. — deren Einführung in der Provinz Weſt-

phalen kann noch nicht ſtatt finden. 24. III. 879. — auch nicht in den Rheinprovinzen. 22. II. 396. — deren Einführung in den Kreiſen Kulm und Michelau. 25. IV. 1057. — für die Haupt- u. Reſidenzſtadt Stuttgardt. 27. IV. 1047. — allgemeine, v. 8. Nov. 1310. — Anwendung des §. 88. derſelben in Beziehung auf die Kur und Verpflegung kranker Dienſtboten. 30. I. 158. — vom 8. Nov. 1810. — Anwendung der §. §. 9—12. und des §. 171. derſelben in Beziehung auf Geſinde-Miethung u. Geſinde-Entlaſſungsſcheine. 33. III. 724—729. Anwendung der §. §. 160—162. derſelben wegen Entlaſſung und Wiederannahme des Geſindes. 33. III. 717. ff.

Geſindeſachen. Den Polizeibehörden links der Elbe iſt in Anſehung des Reſſorts in Geſindeſachen dieſelbe Wirkſamkeit beigelegt, welche dieſe Behörden rechts der Elbe beſitzen. Reſcr. vom 15. Jan. 1821. v. K. J. XVII. 259. — Reſſort der Polizei-Behörden in ſelbigen. v. K. A. 17. III. 182. — 21. I. 102—106. — II. 443. — Vorſchriften für das Verfahren in ſelbigen. 20. II. 316. — III. 602. — Siehe auch Geſinde. — Streitigkeiten in ſelbigen zwiſchen Geſinde und Herrſchaft über Koſt und Lohn gehören zur Entſcheidung der Gerichte. 29. II. 335. desgl. 33. III. 717—724. — gegen die in denſelben erlaſſenen polizeilichen Verfügungen, ohne wirkliche Strafreſolute, findet kein eigentliches Rekursverfahren Statt. 32. III. 675. — Reſſortverhältniſſe der Juſtiz- und Polizeibehörden in denſelben. 33. III. 717—724.

Geſinde-Strafrecht der Gutsherren in Schleſien, deſſen Beſchränkung. v. K. A. 32. IV. 973.

Geſinde-Streitigkeiten. Ueber die Kompetenz der Polizeibehörden hinſichts derſelben — Cirk. Reſcr. v. 19. Sept. 1833. v. K. J. XLII. 110—115.

Geſinde-Vermiethungs-Komtoire, deren Vorſteher ſind nicht als Beamte zu betrachten. v. K. A. 32. I. 158. — Betrieb der Gaſtwirthſchaft neben der Unterhaltung der erſtern; ebend.

Geſindeweſen, Großherzogl. Sachſen-Weimarſche Verordnung über ſelbiges. v. K. A. 23. II. 459—493. — Verordnungen über daſſelbe in Berlin, finden keine Anwendung auf andere Städte. R. v. 14. Febr. 1834. — 34. I. 150.

Geſindezwang, (Geſindedienſtzwang, Geſindezwangsrecht) als Folge der Guts- oder Erb-Unterthänigkeit, iſt allgemein aufgehoben. G. S. 1807. p. 172. — 1809. p. 559. — auch auf ſämmtlichen preuß. Domainen. G. S. 1807. p. 174. — desgl. in der Provinz Schleſien. G. S. 1809. p. 559. — auch in den vormals königl. ſächſiſchen Landestheilen. G. S. 1819. p. 21. — desgl. in den zum vormal. Königr. Weſtphalen, Großherzogthum Berg, und

den franzöſiſch-hanſeatiſchen Departements gehörigen Landesthei-len. G. S. 1820. p. 170. — 1825. p. 75. 96. 113.

Geſtändniß, wie weit ein von dem Richter geſchehenes Privat-Geſtändniß die Kraft eines gerichtlichen habe. R. v. 23. Apr. 1792. E. S. p. 953. IX. A. G. O. Th. 1. Tit. 10. §. 83. widerrufenes, wenn darauf bei Beſtimmung der Strafe (Cr. Ord. v. 1717. Cap. 3. und 9. II. III. No. 32.) nichts ankommt. Kl. A. 127. II. nach der Joſephiniſchen Halsgerichts-Ordnung. R. v. 9. Oct. 1797. St. B. p. 184. VII. vom Widerruf des freywilligen Geſtändniſſes Kl. A. 71. X. von der Nothwendigkeit des eigenen Bekenntniſſes in Criminalfällen p. 350. X. 43. XXIV. — Von der Beweiſeskraft des Geſtändniſſes eines Beſchuldigten bei Criminal-Unterſuchungen, Cr. Ord. §. 370. — §. 381. — In wie fern ſich bei Criminalunterſuchungen der Gebrauch von Zwangsmitteln, um Geſtändniſſe zu erhalten, rechtfertigen läßt. St. B. III. VI. Rabe, 506. III. R. v. 21. Jul. 1802. St. B. XVI. 78. f. Cr. Ordn. §. 285. 370. ff. Paalzow, Comment. p. 459. B. I. Gloſſen, p. 113. ad §. 370. — freiwilliges, ſiehe Milderung der Strafe.

Geſtohlne Sachen, deren öffentliches Aufgebot. v. K. A. 17. IV. 138. ſiehe auch Diebſtahl.

Geſtorbene, deren Behandlung und Beerdigung. v. K. A. 20. I. 134. — deren Aufnahme in die Bevölkerungsliſten. 17. I. 91. — Siehe auch Beerdigte.

Geſträuche, dürfen in Oſtpreußen u. Litthauen beim Kappen nicht in Flüße und Kanäle geworfen werden. G. S. 1806. p. 25. — dürfen in Dämmen nicht verſchüttet werden; ebendaſ. — Pflanzungen derſelben, an Ufern von Strömen und Gewäſſern. G. S. 1806. p. 16—18. — dürfen vom letzten Mai bis 1. Sept. nicht geſchnitten werden. G. S. 1806. p. 18.

Geſtüt-Aemter, Nachweiſungen der Invaliden-Steuer-anlage von ſelbigen. v. K. A. 17. I. 32.

Geſtüte, Reglement vom 30. Jul. 1787. E. S. p. 1527. VIII. — v. 19. Juni 1789. p. 2529. 2791. VIII. — Declaration des Publ. v. 28. Dec. 1792. wider das Belegen einländſcher Stuten von fremden Hengſten v. 6. Aug. 1796. p. 578. X. Rgl. für das Herzogthum Magdeburg. vom 27. Nov. 1796. p. 750. X. ſ. a. Pferdezucht. — Regl. für Pommern u. die Herrſchaft Schwedt v. 24. Apr. 1799. p. 2290. X. — C. O. die obere Verwaltung der Landgeſtüte betr. v. 15. Febr. 1816. G. S. 101. VI.

Geſtütknechte, kranke, Aufbringnng der Heilungskoſten für ſelbige. v. K. A. 32. I. 248.

Geſtüt-Pferde und Geſpanne, deren Befreiung vom Chauſſeegelde und allen Kommunikations-Abgaben. v. K. A. 25. II. 303.

Geſtütsbeamte, deren Anſtellung. G. S. 1808. p. 491. 498. — ſtehen unter dem Ober-Stallmeiſter und reſſortiren nur von ihm. G. S. 1816. p. 102.

Geſtütsbehörden, R. die Züchtigung der Geſtüte-Officianten. (Regl. v. 1787. E. S. p. 1528. VIII., v. 1789. E. S. p. 2529. 2791.) betr., v. 9. Jan. 1792. p. 657. IX. Die Unterſuchung und Beſtrafung der Contraventionsfälle der Unterofficianten mit Zuziehung der Richter in Städten, und Juſtitiarien auf dem Lande, v. 23. Jan. 1792. p. 760. IX. gelangt in zweiter Inſtanz zur Cognition der Juſtizcollegien, C. O. v. 13. Nov. 1795. St. B. 255. II. ſ. a. Regl. v. 27. Nov. 1796. E. S. p. 749. X. Rabe, 593. III. — deren Gerichtsbarkeit hört auf. G. S. 1808. p. 468.

Geſtütsweſen, reſſortirt in polizeilicher Hinſicht von der Sektion der Gewerbepolizei im Miniſterium des Innern und gemeinſchaftlich mit dem Ober-Stallmeiſter. G. S. 1808. p. 364. — 1810. p. 12. — verbleibt bei dem Miniſterium des Innern. G. S. 1814. p. 43. — polizeiliche Aufſicht auf daſſelbe durch die Regierungen. G. S. 1808. p. 467. 498. — Befugniß der Oberpräſidenten zur Annahme von Beſchwerden in den daſſ. betreffenden Angelegenheiten. G. S. 1826. p. 3. — in Kurheſſen. v. K. A. 18. II. 605. — Land-, Königl. Baierſche Verordnung über daſſelbe. 31. I. 212 — 221.

Geſuche, in Privat-Angelegenheiten, bei amtl. Behörden, Stempelgebrauch zu ſelbigen. G. S. 1822. p. 67. 80. — 1829. p. 16. — ſiehe ferner Bittſchriften und Beſchwerden. — der Beamten, um Verbeſſerung ihres Einkommens oder um Verſetzung ſind gebührenfrei. R. v. 11. März 1831. v. K. J. XXXVII. 101 — 102. — ſiehe übrigens auch Abſchriften und Stempelpflichtigkeit.

Geſundbrunnen, Cab. O. das Beſuchen fremder Geſundbrunnen betr. v. 7. Dec. 1799. E. S. p. 2695. X. — einheimiſche, deren Beſuch von Ausländern auf Päſſe der Polizeibehörden ihres Wohnorts. G. S. 1817. p. 154. — ſiehe a. Freyenwalde.

Geſundheits-Atteſte, für Militairpflichtige, deren Ausſtellung von Civil-Aerzten. v. K. A. 22. IV. 1070. — ſind erforderlich bei Viehkrankheiten. 17. I. 284. — zweckmäßige Faſſung derſelben bei Viehkrankheiten. 28. II. 552. seq. — ſiehe auch Atteſte, ärztliche. — ärztliche Atteſte behufs der Anſtellung im Poſtfache, Stempelpflichtigkeit derſelben. 29. IV. 805. — für das zu Markte gebrachte Vieh, deren gebührenfreie Ausſtellung. 30. II. 366. — zur Abwehrung der Cholera ausgeſtellte, ſind ſtempelfrei, ſ. Stempelfreiheit.

Geſundheits-Fabrikate, deren Prüfung durch die

oberſte wiſſenſchaftlich⸗techniſche Medizinal⸗Behörde. v. K. A. 27 IV. 1024.

Geſundheitskräuter, Lieberſche, deren Verkauf. v. K. A. 24. III. 927.

Geſundheits⸗Päſſe, müſſen die nach franzöſiſchen Häfen beſtimmten Schiffe mit ſich führen. v. K. A. 28. I. 41. — II. 283.

Geſundheits⸗Polizei, Ausgaben für ſelbige aus dem Gemeinde⸗Vermögen. v. K. A. 18. II. 383.

Geſundheitszuſtand, Unterſuchung deſſelben bei Landwehrpflichtigen. v. K. A. 18. I. 209. — R. vom 30. Sept. 1831. Unterſuchung deſſelben vor der körperlichen Züchtigung. v. K. J. XXXVIII. 148. — ſ. a. Zuchthausſtrafe.

Getränke, die von ſelbigen zeither erhobenen landſchaftlichen Kämmerei⸗ und Domanial⸗Gefälle hören auf. G. S. 1810. p. 33. 40. — alle bisherige Privilegien, frei von Abgaben, oder zu geringen Abgaben, irgendwo ein Getränk fabriziren oder verkaufen zu dürfen, ſind aufgehoben. G. S. 1810. p. 36. 40. die zeitherige Boniſikation für das nach dem platten Lande verſendete Getränke darf nicht ferner gezahlt werden. G. S. 1810. p. 41. — rückſichtlich deren Konſumtion werden die Fixationen der Vorſtädter, Müller ꝛc. ſämmtlich aufgehoben. G. S. 1810. p. 41. — Detail⸗Verkauf deſſelben von Seiten der Brau⸗ und Brennerei⸗Berechtigten innerhalb der Gränze ihres Hofraums, jedoch ohne das Recht, Gäſte zu ſetzen. G. S. 1811. p. 269. — aus den weſtlichen Prov., deren Beſteuerung beim Abſatz nach den öſtl. Prov. G. S. 1818. p. 143. — ſ. auch Abgaben, desgl. Bier und Branntwein. — in wie weit mit ſelbigen Handel ſtatt finden kann. v. K. A. 25. II. 464. — desgl. auf dem platten Lande. 17. III. 55. — 19. IV. 916. — Verbindung des Viktualienhandels mit ſelbigem. 17. III. 214. — iſt im Badenſchen den Beamten unterſagt. 17. IV. 329. — geiſtige, deren Verſchänken in Apotheken wird nicht geſtattet. 18. I. 195. — IV. 1161. — 22. II. 437. — wo ſelbiges nachgegeben iſt. 20. IV. 897. — ſiehe auch Bier und Branntwein, ſo wie Schankwirthſchaften. — ſolche dürfen ohne Schankbefugniß, nur über die Straße verkauft werden. 28. I. 176. — rückſichtlich des letztern Verkaufs kann eiu Minimum nicht beſtimmt werden; ibid. — geiſtige, Verwahrung der Kinder vor deren Genuß. 28. I. 123. — II. 462—465. — III. 715. — geiſtige, (Rumm, Franzbranntwein, Sprit ꝛc.) auf Packhofs⸗Niederlagen, Verfahren rückſichtlich derſelben, wenn ſolche theils im Lande verbleiben, theils zur Ausfuhr gelangen. 29. I. 29. — ſtarke, in wie weit deren Ausſchank auch außerhalb der gewöhnlichen Schankſtätten nachgegeben werden kann. 32. I. 219. — geiſtige, deren Verkauf in den Apothecken. 32. I. 251. ſiehe auch Betrug.

Getränkebereitungs-Anſtalten, auf dem Lande, deren Anlegung, Abzweigung vom Hauptgute u. Vererbpachtung. v. K. A. 18. IV. 1014.

Getränke-Beſchlagnahme, in Gefolge verletzter Krugverlagsrechte; ſiehe dieſe.

Getränke-Handel, auf dem Lande, dazu bedürfen Viktualien-, Material-, u. Kramhändler der Genehmigung der Kreis-Polizeibehörde. G. S. 1827. p. 174. — dieſe Genehmigung kann nur unter denſelben Bedingungen ertheilt werden, unter welchen die Errichtung einer neuen Schankſtätte zuläſſig iſt; ebendaſ. — Anwendung der rückſichtlich deſſen Beſchränkung auf dem Lande erlaſſenen Kab. Ordre v. 28. Oct. 1827. v. K. A. 28. II. 526. — III. 772. — dieſelbe findet nur in den Provinzen Anwendung, in welchen das Gewerbe-Polizei-Edikt v. 7. Sept. 1811. gültig iſt. 28. IV. 1076 — 1079. — findet auch auf das Großherzogthum Poſen noch keine Anwendung. 28. I. 176. — dazu ſind Schänker, Gaſtwirthe und andere dergl. Perſonen ohne Beſchränkung befugt. 28. III. 772. — auf dem platten Lande, Ausführung der darüber erlaſſenen Kab. Ordre v. 28. Oct. 1827. — 29. II. 380. — letztere findet auch auf diejenigen Krämer Anwendung, welche vom Handel mit kaufmänniſchen Rechten ſteuern. 29. III. 613. — deſſen Betrieb auf dem platten Lande u. in Verbindung mit dem Schankgewerbe. 29. I. 156. ff. — Gewerbeſteuer-Entrichtung von ſelbigem bei größerer Ausdehnung, ebendaſ. — deſſen Fortſetzung kann nur mit Genehmigung der Kreis-Polizeibehörde geſtattet werden. 29. II. 380. — deſſen Beſchränkung auf dem platten Lande nach der Allerh. Kab. Ord. v. 28. Octbr. 1827. — 32. IV. 1013. — findet auf die wieder vereinigten und neu erworbenen Provinzen und Landestheile keine Anwendung. 32. IV. 1013.

Getränke-Steuer, Vorſchläge der Landſtände rückſichtlich derſelben. v. K. A. 26. II. 492. 515. — ſ. auch Branntwein, Maiſchbottich-Steuer und Steuern. — rückſichtlich derſ. kann keine Fixation ſtatt finden. 28. I. 23.

Getränkeverkauf, über die Straße, dazu ſind Getränke-Fabrikanten und Materialhändler befugt, jedoch bedürfen Krämer auf dem Lande dazu der polizeilichen Erlaubniß. v. K. A. 33. IV. 1049. — Unterſchied vom Getränke-Ausſchank. R. v. 31. Mai 1834. — 34. II. 514. — über die Straße, deſſen Beſteuerung. R. v. 19. Jul. 1834. — 34. III. 679.

Getränkezwang. Von dem Rechte einer Gutsherrſchaft gegen ihre Unterthanen, welche ſeit rechtsverjährter Zeit eine gewiſſe Quantität Bier von derſelben genommen haben. St. B. p. 88. V. — (Bier-, Brau-, und Branntweinzwang, Verlagsrecht), deſſen Aufhebung nach dem Edikt v. 28. Oct. 1810. G. S. 1810.

p. 95. — wegen der für deſſen Aufhebung zu leiſtenden Entſchädigung. G. S. 1810. p. 95. — 1818. p. 178. — wegen Aufhebung deſſelb. ſoll den bannberechtigten Mühlenbeſitzern keine Entſchädig. von Seiten des Staats geleiſtet werden. G. S. 1823. p. 168. — die für Aufhebung deſſelben auf den königl. Domainen von Seiten der Zwangspflichtigen gewährte Entſchädigung wird nicht mehr eingefordert. G. S. 1810. p. 96. — Niemand iſt demſelben rückſichtlich ſeiner eigenen Konſumtion mehr unterworfen. G. S. 1811. p. 268. — darauf gerichtete Verträge ſind für nicht geſchloſſen zu achten. G. S. 1811. p. 269. — kann in Beziehung auf Schankſtätten nur durch gegenſeitige Einwillig. aufgehoben, auch in gleicher Beziehnng durch Verträge neu erworben werden. G. S. 1811. p. 268. 269. — (Verlagsrechte) deren Anwendung. v. K. A. 24. II. 590. — deren Ausübung in Städten und auf dem platten Lande. 25. III. 723. — deren Veräußerung oder Verpachtung. 18. II. 489. — ſind rückſichtlich der ſtädtiſchen Brau-Kommunen aufgehoben. 25. III. 724. — der Gutsherrſchaften in den auseinandergeſetzten Bauerdörfern, deren Aufhebung. 23. IV. 947. — Entſchädigung für die durch Aufhebung derſelben entſtandenen Verluſte. 21. I. 63. — deren Ausübung und Befreiung von der Gewerbeſteuer rückſichtlich derſelben. 28. I. 176. seq.

Getreide, die Beſtrafung verbotener Ein- und Ausfuhr deſſelben gehört vor die Kammer. J. E. vom 4. Oct. 1784. E. S. 236. IX. Landesherrliche Erlaubniß für die Getraidehandlungs-Compagnie auf der Elbe u. Oder v. 5. u. 8. Febr. 1770. p. 6647. 6653. IV. c. D. den alleinigen Tranſito-Handel derſelben mit ausländiſchem Getraide betr. v. 17. Febr. 1770. p. 6679. G. E. über die Gültigkeit eines Vergleiches in Getraide-Exportationsſachen v. 7. Jul. 1798. St. B. p. 13. VII. (I.) p. 1718. X. — Wie es mit der Getraide-Verſendung im Herz. Magdeburg zu halten. V. v. 3. Sept. 1798. E. S. p. 1707. X. — Von Gültigkeit der Vergleiche zwiſchen dem Denuncianten und Denunciaten in Getraideexportationsſachen. R. v. 6. Aug. 1798. St. B. 13. VII. v. 14. Jul. 1795. E. S. 209. XII. Rabe, 112. III. — Gewichtsverhältniſſe des Mehls zu demſelben. G. S. 1808. p. 221. von ſelbigem werden die zeitherigen Umſchüttegelder und fixirten Winter- u. Sommerſaat-Steuern nicht mehr erhoben. G. S. 1810. p. 34. — 1811. p. 254. — deſſen Annahme auf Pacht- u. Abgaben-Rückſtände bis zum 1. Juni 1810. G. S. 1811. p. 148. — Abtragung rückſtändiger und laufender Abgaben durch ſelbiges bis zum 1. Aug. 1812. G. S. 1812. p. 41. — Lieferungen in ſelbigem für die Armee ſollen bei Entrichtung der Vermögens- und Einkommen-Steuer angerechnet werden. G. S. 1812. p. 55. — zur Bier- und Eſſig-Fabrikation, Abgabe von ſelbigem. G. S. 1810. p. 36. — wird für das platte Land und

die dazu gerechneten kleinen Städte herabgeſetzt. G. S. 1811. p. 255. — zum Branntweinbrennen, Abgabe-Erhebung von demſelben. G. S. 1810. p. 36. — Mahlſteuer-Entrichtung für ſelb. G. S. 1819. p. 119. 122. — 1820. p. 136. 143. — Ein- u. Durchfuhr-Abgabe von demſelben. G. S. 1824. p. 189. — 1825. p. 70. 160. — 1827. p. 137. 149. — ſoll nicht vermiſcht, ſondern in beſondern Säcken zur Mühle gebracht werden. G. S. 1813. p. 74. — Konfiskation deſſelben wird in Kontraventionsfällen, ſo wie beſondere Geldſtrafe für Defraudation der Gefälle von ſelbigem, verwirkt. G. S. 1813. p. 74. — dürfen Schiffer und Schiffsknechte von den ihnen anvertrauten Ladungen nicht verkaufen. G. S. 1809. p. 573. — 1824. p. 79. — wann eher deſſen Ausfuhr zu unterſagen ſei, wird höhern Orts beſtimmt. G. S. 1808. p. 496. — deſſen Ausfuhr nach neutralen und befreundeten Ländern. G. S. 1811. p. 241. 246. — 1812. p. 27. — gegenſeitige freie Aus- und Einfuhr deſſelben im Verkehr mit dem Königreiche Sachſen. G. S. 1815. p. 72. — Handels- und Schiffahrts-Verhältniſſe mit Rußland und Polen, rückſichtl. deſſen Aus- und Einfuhr. G. S. 1825. p. 61. f. — ſ. a. Handels-Verkehr und Handels-Verträge. — in Körnern, Maaßbeſtimmungen für ſelbiges. v. K. A. 17. I. 80. seq. — Gewichtsverhältniß deſſelben zum Mehl. 20. III. 530. — Reinigung deſſelben vom Mutterkorn. 17. I. 72. — Ermittelung der Durchſchnittspreiſe für ſelbiges. 17. II. 83. — 25. II. 462. (conf. 27. I. 205.) — Legitimationsſcheine für deſſen Transporte in den Grenz-Kontroll-Bezirken. 26. III. 686 — 689. — welches von den Landleuten zu Markte gebracht wird, Verfahren rückſichtl. deſſelben in Neu-Vorpommern. 25. II. 461. — Verordnungen in Baiern über den Handel mit ſelbigem. 17. III. 255. — (Pacht- u. Zins-) bei königl. Pacht- und Rentämtern, deſſen Verkauf aus freier Hand oder durch öffentliche Ausbietung. 28. II. 313. — Juſtifikation der Marktpreiſe für ſelbiges bei den Spezial-Domainen-Rechnungen. 28. III. 642. — deſſen theilweiſer Verkauf auf dem Halme im Wege der Exekution in der Provinz Weſtphalen. 30. I. 220. — ausgewachſenes, Gebrauch des daraus gewonnenen Mehls zum Brodtbacken. 31. I. 116. — deſſen Verkauf auf dem Halme im Wege der Exekution. 32. III. 631.

Getreide-Abgaben, (Getreidezinſe, Getreidepächte,) deren Ablöſung in den ehemals königl. weſtphäliſchen, bergiſchen und franzöſiſchen Landestheilen. G. S. 1829. p. 69. ff. 73. ff. — deren Abführung an die Gutsherrſchaften in Schleſien. G. S. 1809. p. 558. — 1810. (A.) p. 735. f. — ſ. ferner Ablöſungen.

Getreide-Arten, edlere, von dem Freiherrn v. Witten auf Oßdorf kultivirt, deren Beförderuug. v. K. A. 30. IV. 864.

Getreide-Diemen, ſ. letzt.

Getreide-Durchſchnitts-Marktpreiſe, deren Ermittelung. Decl. v. 29. Mai 1816. G. S. 1816. p. 164. — Gemeinheitstheilungs-Ordn. v. 7. Juni 1821. G. S. 1821. p. 63. — R. v. 22. Mai 1834. v. K. A. 24. II. 480. — deren Anwendung bei Ermittelung der Kataſtral-Erträge. 27. IV. 881. — Verfahren bei deren Feſtſtellung zu Martini. 27. I. 205.

Getreidehandel, welcher von Wochenmarkt zu Wochenmarkt im Umherziehen betrieben wird, iſt als Hauſirhandel anzuſehen und als ſolcher zu beſteuern. v. K. A. 29. III. 615. — Gewerbeſchein zu demſelben, ſ. Gewerbeſcheine. — was darunter verſtanden wird. R. v. 27. Mai 1834. — 34. I. 232.

Getreide-Märkte, an Flüſſen, polizeiliche Aufſicht auf ſelbige. v. K. A. 20. III. 598 — 601.

Getreide-Miethen, (Schober, Diemen,) deren Anſtellung in der Nähe von Gebäuden. v. K. A. 23. II. 367. — III. 678. — 24. IV. 1142.

Getreide-Puppen, Nutzen und Ausführung deſſelben. v. K. A. 32. II. 408.

Getreide-Vorräthe, Anlegung von Leihanſtalten auf Unterpfand von erſteren. v. K. A. 24. IV. 1046.

Getreidewagen, dürfen während des Gottesdienſtes nicht auf der Straße fahren. v. K. A. 17. I. 123.

Getreide-Zinſen, Domanial-, Verfahren bei deren Ablöſung. v. K. A. 29. III. 490. — ſ. a. Remiſſionsedikt.

Gevattergelder in Pommern, deren Portofreiheit; ſiehe letztere.

Gevattern, es ſollen nicht mehr als fünf Gevattern gebeten, oder die nach jeden Orts bisheriger Obſervanz (in der Sporteltaxe für das Neumärkſche Conſiſtorium v. 1751. C. S. p. 938. I. ſind zwar zur Salarienkaſſe 1 Rthlr. beſtimmt; es iſt dieſer Satz aber bisher nicht zur Ausübung gekommen; für das Churmärkſche in der Verordn. v. 1679. C. S. I. II. No. 29. 6 gr. v. 17. Juli 1685. No. 38. 1 Rthlr. ſ. auch Inſtr. für das Oſtpreußiſche Conſiſtorium v. 30. Juli 1774. p. 623. V. d. für das Weſtpreußiſche, Sporteltaxe v. 21. Sept. 1773. p. 2231. V. c.) erlegt werden. V. v. 1657. C. S. I. II. No. 14. v. 6. Oct. 1679. No. 29. v. 17. Juli 1685. No. 38. C. v. 17. Nov. 1768. p. 5037. IV. auch bei den Reformirten, R. v. 24. Nov. 1690. I. II. No. 52. und ſoll obiges Verbot nach einem Reſcr. v. 26. Jan. 1769. (allegirt in Kegels Auszügen aus den Ober-Conſiſtorial-Geſetzen v. 1794. p. 64.) auch bei unehelichen Kindern Anwendung finden. — Soldaten ſind davon ausgenommen, V. v. 11. Nov. 1713. III. I. No. 124. — Wo bisher die Strafe für die überzähligen, eingeführt geweſen, ſoll es bei der Einſchränkung auf 5, verbleiben, und für jeden über dieſe

Zahl gebetenen Taufzeugen eine Strafe von 6 Gr. von den Eltern des Kindes erlegt werden. R. v. 20. Juli 1812. K. A. B. 408. II.

Gewächſe, giftige, ſ. Giftpflanzen.

Gewährsleiſtung, A. L. R. I. V. 317 — 348. — von der, bei Erbtheilungen. J. M. IV. 89. beim Kauf. J M. VI. 88. wenn Verkäufer die verſprochene Einwilligung ſeiner Lehnsvettern nicht ſchafft. J. M. VII. 92. beſondere Pflichten des Richters bei Aufnahme derſelben in den Kaufverträgen. A. G. O. Th. 2. Tit. 3. §. 11. p. 44.

Gewährsmangel. Gebührt einer, aus einem gerichtlich confirmirten Kaufkontrakte entſpringenden Forderung des Käufers wegen Gewährsmängel, in dem über das Vermögen des Verkäufers eröffneten Konkurſe die ſechste oder ſiebente Klaſſe? S. u. Str. R. 3. B. No. 18. p. 178.

Gewäſſer, ſchiffbare, ſ. Ströme. — deren Befahren mit Kähnen und Fahrzeugen. v. K. A. 23. II. 340. — ſ. a. Fähranſtalten. — Verpflichtung zu deren Räumung und Auskrautung. 29. IV. 872. ff. — Anſtellung regelmäßiger Pegelbeobachtungen an denſelben. 30. I. 170. ff. — kleine, polizeiliche Beaufſichtigung derſelben. 30. I. 218.

Gewalt. Gehört es zur Anwendnng des §. 1170. Tit. 20. Th. II. des Allg. Landrechts, daß

I. die mit Gewalt geſtohlenen Eßwaaren ſofort und ohne Zubereitung verzehrbar waren?

II. nur ſo viel an ſogleich verzehrbaren Eßwaaren geſtohlen iſt, als zum eigenen Gebrauch und zur Befriedigung des augenblicklichen Bedürfniſſes des Diebes erforderlich war?

III. die geſtohlenen Feld- und Gartenfrüchte ſich noch auf dem Felde oder in den Gärten, wo ſie erbaut wurden, befanden? S. u. Str. R. 1. B. No. 84. p. 340.

Gewehr, G. die Verwahrung deſſelben überhaupt v. 16. Jan. 1770. E. S. p. 6625. IV. und auf den Kirchböden betr. v. 8. Apr. 1756. p. 57. VIII. Schiffer ſollen dergleichen nicht bei ſich führen. Pat. v. 30. Sept. 1766. p. 563. IV. den Landleuten und Perſonen geringen Standes iſt bei Strafe der Konfiskation, und der in den Provinzial-Geſetzen beſtimmten Ahndung die Haltung von Schießgewehren unterſagt. Publ. v. 23. März 1786. H. B. 62. VIII. Bei den deshalb mit Zuziehung der Forſtbedienten anzuſtellenden Viſitationen iſt die V. des A. L. R. Th. 2. Tit. 7. §. 63. und 64. zu beobachten, Publ. v. 27. Aug. 1796. E. S. p. 619. X. In dem §. 744. des L. R. II. XX. iſt die Regel und das Generale wegen Beſtrafung eines durch unvorſichtigen Gebrauch des Schießgewehrs verurſachten Schadens überhaupt feſtgeſetzt, der §. 1554. aber betrifft ein delictum speciale ſchuldbarer durch dergleichen Unvor-

ſichtigkeit verurſachten Brandſtiftung, bei welchem mit gemeiner Gefahr verbundenen delicto culposo eine ſchwerere Ahndung eintreten muß, als wenn etwa nur ein einzelner Privatus durch ſolche Unvorſichtigkeit einen Schaden an ſeinem Vermögen erlitten hat. Ferner iſt in dem §. 744. eigentlich noch nicht die Rede von dem Thäter ſelbſt, der durch den unvorſichtigen Gebrauch des Schießgewehrs unmittelbarer Autor des Schadens iſt; ſondern dieſer muß nach der Vorſchrift des §. 778. — wonach die Strafe bis zu 2 Jahren aufſteigen kann — beurtheilt werden. Eben ſo iſt zwiſchen der §. §. 743. 744. und dem §. 1563. keine Antinomie vorhanden, da dieſes letztere Geſetz die in den erſten Stellen ſancirte Strafe in dem casu speciali eines Feuerſchadens aus den ſchon angeführten Gründen nur verſchärft hat. R. v. 4. Apr. 1796. St. B. 263. XIII. Unter der Benennung: gemeine Leute im §. 747. des A. L. R. c. l. werden alle diejenigen verſtanden, die nach §. 1. Tit. 7. Th. 2. des L. R. zum eigentlichen Bauernſtande gehören, oder die in Städten weder durch den Beſitz bürgerlicher Grundſtücke, noch durch das Eintreten in eine Zunft oder Innung das Bürgerrecht gewonnen haben. Es ſind jedoch auch gemeine Leute, die zu gewiſſen Zeiten oder unter gewiſſen Umſtänden dergleichen Gewehre zu ihrer eigenen perſönlichen Sicherheit nöthig haben können, wenn ſie zu ſolchen Zeiten oder unter ſolchen Umſtänden daſſelbe wirklich bei ſich führen, unter dem Geſetze nicht begriffen. Schreiben des Gr. Canzl. v. 13. Juli 1795. St. B. 353. II. Rabe 109. III. — ſ. a. R. wegen unvorſichtigen Gebrauchs des Schießgewehrs, v. 2. Aug. u. 7. Sept. 1793. St. B. 302. 308. X. Rabe, 463. II. — ſ. a. Ed. v. 11. Juli 1775. E. S. p. 205. V. — deſſen Gebrauch gegen Steuerbeamte von Seiten der Steuerpflichtigen wird hart beſtraft. G. S. 1818. p. 136. f. — ſ. ferner Waffen. — erlaubter Gebrauch deſſelben und vorſichtiges Umgehen mit ſelbigen. v. K. A. 17. IV. 232. — 18. III. 812. — 19. III. 792. — IV. 989. — 20. III. 517. — 22. I. 172. seq. — deren Verwahrung mit ledernem Steinfutter. 17. IV. 232. — 23. I. 150. — II. 369. — III. 917. — ſollen auf Schiffen nicht geführt werden. 23. I. 147. — darf im Meklenburg-Schwerinſchen kein Soldat außerhalb ſeiner Garniſon bei ſich führen. 17. IV. 332. — Ermäßigung der Steuer von ſelbigen auf den Meſſen. G. S. 1834. p. 7. — ſ. überhaupt Jagd-Kontravention, Perkuſſions-Gewehre, Schießen.

Gewehr-Fabriken, reſſortiren von der Abtheilung für Handel und Gewerbe im Miniſterium des Innern, in Konkurrenz mit dem Kriegs-Departement. G. S. 1810. p. 12.

Gewehrgelder, die Verpfändung der auf Compagnien oder Escadronen haftenden Gewehr-Compagnie- oder Escadron-Gelder der Militair-Chefs (ſ. Regulativ, wie es bei der K. Pr. Infanterie

in Anſehung der Compagnie-Uebergaben gehalten werden ſoll, v. 18. Febr. 1790.) muß in das bei dem Regimente zu führende Hypotheken- oder Conſensbuch, worin jede Compagnie oder Escadron verzeichnet ſtehet, auf den Grund des, entweder von dem Schuldner ausgeſtellten Schuldinſtrumente beigefügten oder gleichfalls unter öffentlichem Siegel beſonders ausgefertigten (auch zu Prolongationen erforderlichen) Conſenſes des Chefs oder Commandeurs, unter Bemerkung des Namens des Gläubigers (oder der Gläubiger), des Darlehns-Betrages und der Zeit der verſprochenen Wiederbezahlung eingetragen werden. A. L. R. I. XI. 680 — 684. Die zur Uebernehmung einer Compagnie geleiſteten Vorſchüſſe haben, wenn ſie auf die Gewehrgelder eingetragen ſind, das aus dieſer Eintragung entſtehende, ſonſt aber, wenn ſie auch für gültig zu achten, kein beſonderes Vorrecht. A. G. O. I. 50. 423. ſ. R. v. 12. Febr. 1810. (ungedr.)

Gewehr-Mützken, deren Einrichtung in den Garniſonſtädten. G. S. 1810. (A.) p. 671.

Gewerbe, es iſt völlige Gewerbefreiheit gegen Entrichtung einer Patentſteuer u. mit Aufhebung der bisherigen Gewerbeſteuern verſtattet, Ed. v. 27. Oct. 1811. G. S. p. 27. I. — Wie die Gewerbetreibenden auf dem platten Lande ſich zu verhalten haben, Rgl. v. 28. Oct. 1810. p. 43. — Ed. über die Einführung einer allgemeinen Gewerbeſteuer, v. 2. Nov. 1810. p. 79., wodurch alle dem Inhalte dieſes Ed. entgegenſtehende Beſtimmungen des A. L. R. u. beſonderer Verordnungen für aufgehoben erklärt werden, p. 86. u. 7. Sept. 1811. p. 263. — Erläuterung des Gewerbeſteuer-Geſetzes v. 2. Nov. 1810. in dem Ed. v. 7. Sept. 1821. K. A. B. p. 263. c. D. des §. 75. in Anſehung der Prüfung der Schiffszimmermeiſter, R. A. B. 228. III. und Publ. ad §. 13. die Annahme zünftiger und unzünftiger Geſellen betr., p. 68. die Prüfung der Qualification der Gewerbtreibenden betr., p. 3. u. 121. I. Gewerbeſteuer-Inſtr. v. 23. Dez. 1811. K. A B. 269. II. Verträge, welche die Gewerbefreiheit beſchränken, ſind ungültig, Cab. O v. 1813. G. S. 69. III. ſ. K. A. B. 206. II. — Von Ablöſung der Real-Gewerbsberechtigungen, §. 32. der V. v. 1811. G. S. 265. I. ſ. a. p. 83. und R. A. B. 319. II. Von der Selbſtſtändigkeit des Gewerbebetriebes, K. A. B. 242. II. Von der Gewerbeſteuerfreiheit der Küſter und Schulhalter des platten Landes, R. A. B. 185. 275. I. der Scharfrichter, R. v. 1. Dec. 1813. R. A. B. 714. III. der Abdeckereibeſitzer, K. A. B. 187. R. wegen Gültigkeit der Gewerbe-Patente der überelbiſchen Unterthanen in den dieſſeitigen Provinzen, R. v. 24. März 1814. p. 188. IV. Von dem Gewerbsbetriebe der Invaliden, K. A. B. 261. IV. vor Empfang des Gewerbeſcheins p. 265. — Von Feſtſtellung der zu zahlenden Gewerbeſteuer in

Rückſicht des §. 47. des Ed. v. 1811., N. A. B. 409. IV. Normirung der Gewerbeſteuer für die Brauberechtigten, P. A. B. 361. Städtſche Ackerbürger dürfen für zufällige Lohnfuhren keine Gewerbeſteuer entrichten, p. 375. Brauer und Branntweinbrenner müſſen zum Verkauf ihrer verfertigten Getränke Gewerbſcheine löſen, p. 376. In wie fern Gutsbeſitzer, Pächter und Nutznießer ländlicher Grundſtücke von Löſung eines Gewerbeſcheines für Brauereien und Branntweinbrennereien befreit ſind, p. 383. Von dem Gewerbebetriebe eines Concurſifex, P. A. B. 395. Berechtigung der Gewerbetreibenden, vor Ausreichung des Gewerbeſcheins, ihr Gewerbe betreiben zu dürfen. N. A. B. 341, 401. P. A. B. 318. Von der Gewerbe-Steuerpflichtigkeit der Schullehrer u. Küſter, p. 417. Von dem gleichzeitigen Betriebe eines Gewerbes an mehreren Orten auf einen Gewerbſchein, K. A. B. 11. V. P. A. B. 492. IV. dem Qualificationsnachweiſe der Gewerbtreibenden, K. A. B. 101. V. Auch ein Kaufmann, welcher ſeine Handlung niederlegt, iſt für die Zeit, während welcher er ſeine Waarenvorräthe abſetzt, einen Gewerbſchein zu löſen verbunden. p. 361. V. P. A. B. 64. VI. Von Feſtſtellung der zu zahlenden Gewerbeſteuer in Rückſicht des §. 7. des Ed. v. 1811. N. A. B. 109. IV. der Schlächter, p. 545. herumziehender Kaufleute, p. 110. V. Berechtigung der Gewerbetreibenden, vor Ausreichung des Gewerbeſcheins ihr Gewerbe betreiben zu dürfen, N. A. B. 341. 401. P. A. B. 318. R. die Ablöſung der Gewerbsberechtigungen in den Hypothekenbüchern betr. vom 25. Apr. 1815. v. K. J. 56. V. N. A. B. 291. V. R. die Einziehung der Steuer Behufs dieſer Ablöſung betr. v. 18. Aug. 1815. p. 341. K. A. B. 261. P. A. B. 375. Die Gewerbeſteuer iſt eine Perſonal-Abgabe, und keine Realſteuer. N. A. B. 501. IV. Fiſcher, welche die Fiſcherei auf öffentlichen Strömen vermöge des ihnen zuſtehenden Eigenthumsrechts ausüben, ſind von Entrichtung der Gewerbeſteuer frei, R. v. 10. Oct. 1815. p. 361. R. die von Schiffern zu entrichtende Gewerbeſteuer betr. v. 11. Apr. 1814. p. 238. IV. K. A. B. 140. P. A. B. 76. von ſächſiſchen Kaufleuten bei Bereiſung der dieſſeitigen Märkte, N. A. B. 331. VI. von conceſſionirten Hauſirern, P. A. B. 493. IV. von Müllern, welche für ihre Mahlgäſte das Getreide zur Mühle an- und zurückfahren, p. 119. V. von Schiffskapitainen, p. 143. der Landbäcker, p. 144. von Kahnſchiffern, p. 204. fremden Fuhrleuten und Schiffern, P. A. B. 264. V. welche mit Ballaſt einlaufen, um Fracht zu ſuchen, p. 388. Von Privat-Kalk- und Mergelbrennereien und Ziegeleien, p. 482. Branntweinbrennern, p. 6. VI. Deſtillateurs, K. A. B. 130. Brauer, Brenner und Schlächter, die ſich von neuem in einer ungeſchloſſenen Vorſtadt etabliren wollen, müſſen zum Betriebe des Gewerbes vor Ausreichung des Gewerbeſcheins beſondere Erlaub-

niß dazu nachſuchen, N. A. B. 444. Von der Gewerbeſteuer der Bierbrauer, die zugleich Eſſig brauen, K. A. B. 257. VI. P. A. B. 308. der Brettſchneider, K. A. B. 372. der Heringsfiſcher, P. A. B. 454. — Geſetz über die polizeilichen Verhältniſſe derſelben v. 7. Sept. 1811. in Bezug auf das Gewerbeſteuer-Ed. v. 2. Nov. 1810. G. S. 1810. p. 263 — 280. — freie Wahl und Betrieb derſ. G. S. 1807. p. 171. — Berechtigung, mehrere derſ. neben einander zu treiben. G. S. 1811. p. 271. — gegen deren Betrieb auf Gewerbeſcheine ſteht keiner Korporation und keinem Einzelnen ein Widerſpruchsrecht zu. G. S. 1810. p. 83. — deren möglichſte Aufnahme und Beförderung ſollen ſich die Regierungen angelegen ſein laſſen. G. S. 1817. p. 263. — bei welchen derſelben die Erlaubniß zu deren Betrieb von dem Erweiſe beſonderer Eigenſchaften abhängig ſein ſoll. G. S. 1810. p. 83. f. — 1811. p. 271. f. — bürgerliche, deren Betrieb in den Städten. G. S. 1808. p. 328. 329. 496. — auf deren Betrieb iſt der Verluſt des Bürgerrechts von keinem Einfluſſe. G. S. 1822. p. 206. — 1823. p. 42. — zu deren Erlernung bedürfen die Dorfbewohner der gutsherrl. Erlaubniß nicht. G. S. 1807. p. 172. 174. — 1809. p. 560. — (ſ. a. Erbunterthänigkeit.) — dürfen Staatsdiener ohne Einwilligung ihrer Dienſtvorgeſetzten nicht treiben. G. S. 1810. p. 83. — 1811. p. 271. — der Beſitz eines Landguts von Seiten derſelben giebt ihnen auch die Befugniß zum Betriebe der mit der Landwirthſchaft verbundenen Gewerbe. G. S. 1811. p. 271. — zu deren Betrieb bedürfen Minderjährige der Einwilligung ihrer Aeltern oder Vormünder, Ehefrauen, der ihrer Ehemänner, Geſinde, der ihrer Lohnherren. G. S. 1810. p. 83. — Strafbeſtimmungen für diejenigen, welche ſolche ohne Gewerbeſchein oder Anmeldung anfangen, fortſetzen, oder ohne Meldung damit aufhören. G. S. 1810. p. 79. 81. — 1820. p. 154. — 1824. p. 132. f. — deren Betrieb von Militairpflichtigen und Soldaten. G. S. 1820. p. 263. — alle erlaubte, können auch Juden mit Beobachtung der allgemeinen geſetzl. Vorſchriften betreiben. G. S. 1812. p. 18. — Betrieb der Gewerbe in Gränzbezirken. G. S. 1818. p. 111. — deren Betrieb im Umherziehen nach dem Regulativ v. 28. Apr. 1824. G. S. 1824. p. 125 — 135. — mit welchen Waaren ſolche nicht mehr umherziehend getrieben werden können. G. S. 1820. p. 153. — 1824. p. 130. — ſ. a. Hauſir-Gewerbe, Gewerbetreibende, Gewerbeſcheine, Gewerbeſteuer. — Miniſterium für dieſelben. v. K. A. 17. IV. 70. — Berichte, welche über ſie zu erſtatten ſind. 17. III. 209. — Ausübung derſelben auf Patent-Abtretung und Vererbung. 17. II. 97. — das Treiben eines Gewerbes ſchützt nicht vor dem Militairdienſt. 17. II. 282. — dürfen Poſt-Beamte ohne Genehmigung des General-Poſtamts

nicht treiben. 26. IV. 1012. — Befugniſſe zu deren Betrieb von Seiten der vom Bürgerrechte wieder ausgeſchloſſenen Bürger. 23. II. 384. — III. 687. — Befugniſſe zu ſelbigen von Seiten derjenigen Bürger, welche die bürgerlichen Ehrenrechte verloren haben. 23. IV. 941. — deren häuslicher und ruhiger Betrieb kann während des Gottesdienſtes an Sonn- und Feſttagen nicht unterſagt werden. 26. II. 354. — gewiſſe, polizeiliche Erlaubniß zum Betriebe derſelben in Beziehung auf örtliche Umſtände ꝛc. 23. I. 164 — 169. — III. 696. — Strafe für unterlaſſene Anmeldung deren Betriebs. 21. IV. 798. — bürgerliche, deren Betrieb von Militair-Perſonen. 19. III. 851. — mit bösartigen Ausdünſtungen verbunden, polizeiliche Anordnungen rückſichtl. derſ. 18. I. 216. — 23. III. 690. seq. — IV. 956. — für öffentl. Darſtellungen konzeſſionirte, ortspolizeiliche Beſchränkung derſelben. 24. I. 255. — vereinte, Gewerbeſteuer-Entrichtung für deren Betrieb. 24. II. 351. — welche umherziehend betrieben werden, polizeiliche Anordnungen Hinſichts derſelben. 17. I. 239. seq. — II. 131 — 137. — IV. 147. — 19. I. 184. — II. 400. 407. — III. 823. — Beſchränkung der dazu an Ausländer zu ertheilenden Konzeſſionen. 21. I. 174. 178. — ſ. a. Ausländer und Hauſirgewerbe. — deren Betrieb kann erſt nach erlangtem Bürgerrechte oder nach erlangter polizeilicher Erlaubniß — die Entrichtung der Gewerbeſteuer ſchon vorausgeſetzt, — angefangen werden. 27. III. 741. — Beſtrafung des Betriebs derſ. von unqualificirten Perſonen. 27. III. 740 — 745. — deren Betrieb in der Umgegend des Wohnorts ohne Berückſichtigung der Kreisgränzen. 27. III. 747. — deren Betrieb im Umherziehen in den vormals ſächſiſchen Landestheilen. 27. III. 763. — ſtehende temporaire Ausübung derſelben gegen Entrichtung der Gewerbeſteuer. 27. II. 474. — in wie fern zu deren Betrieb auch Minderjährige zugelaſſen werden können. 28. I. 17. — der Verluſt der bürgerlichen Ehrenrechte ſchließt von deren Betrieb nicht aus. 28. I. 17. — deren Betrieb von Seiten der Soldaten mit Einwilligung ihrer Regiments-Chefs. 28. II. 434. — neu angefangene, deren Beſteuerung nach einem Mittelſatze der Gewerbeſteuer. 28. IV. 982. — im Umherziehen, dazu iſt der Betrieb im Wohnorte und deſſen Polizeibezirk nicht zu rechnen. 28. IV. 1079. — Beſchränkungen deſſelben durch Beſtimmung von Aufenthalts-Friſten von Seiten der Ortsbehörden. 28. II. 534 — 537. — IV. 1080. — ſ. a. Gewerbeſcheine und Gewerbeſteuer. — deren Betrieb ſoll keine unnütze Erſchwerung in den Weg gelegt werden. 29. III. 614. — deren Beſteuerung nach dem zeitlichen Betriebe derſelben im Laufe des Jahres. 29. I. 32. — II. 260. ff. — desgl. rückſichtl. des Betriebs derſelben in verſchiedenen Lokalen. 29. II. 261. — deren Betrieb im Polizei-Bezirke des Wohn-

orts gehört nicht zum Verkehr im Umherziehen. 29. II. 371. — deren Betrieb ſoll wegen möglicher Mißbräuche nicht zu ſehr beſchränkt werden. 30. I. 188. — auf deren Betrieb iſt die Verſagung oder der Verluſt des Bürgerrechts von keinem Einfluß. 30. IV. 819. — ſteuerfreie, Abfaſſung der Strafreſolute, wegen unterlaſſener Anmeldung derſelben durch die Gewerbe-Steuer-Behörden. 30. I. 162. — Verrechnung der dadurch eingehenden Strafen bei den Polizeiſtrafen; ebendaſ. — deren Betrieb im Umherziehen, ſ. Hauſirhandel. — deren Betrieb von Bürger-Wittwen und geſchiedenen Bürgerfrauen, ohne neue Bürgerrechtsgewinnung. 31. III. 571. ff. — zünftige, Königl. Würtembergiſche Verordnung über deren Abgränzung. 31. I. 242. — deren Betrieb nach vorheriger beſondern polizeilichen Erlaubniß. 32. II. 467. — deren An- u. Abmeldung in Beziehung Gewerbeſteuer-Entrichtung. 32. II. 468. — können auch Schutzverwandte betreiben. 32. I. 134. — deren Betrieb in den vormals ſächſiſchen Gebietstheilen nach Einführung der neuen Städteordn. 32. I. 133. — deren Betrieb mit Feuersgefahr verbunden, policeiliche Anordnungen rückſichtl. derſ. 32. I. 182. f. 198. f. — gewiſſe, Prüfung im Leſen, Schreiben u. Rechnen zur ſelbſtſtändigen Ausübung derſelben. 33. IV. 1043. — wer ſolche, ohne Gewinnung des Bürgerrechts anfängt, ſoll zu letzterer vermittelſt executionis ad faciendum angehalten werden. 33. IV. 1044. f. — deren Betrieb mit bösartigen Ausdünſtungen verknüpft iſt, in wie fern ſolche innerhalb der Sädte geſtattet werden können. 33. IV. 1051 — 1056. — ſ. a. Gewerbebetrieb und Gewerbeſcheine. — deſſen Betrieb vor Gewinnung des Bürgerrechts, ſ. letzteres. — das Verbot der Benutzung eines gewiſſen Grundſtücks zu einem Gewerbe iſt von dem Verbote der Ausübung des Gewerbes überhaupt zu unterſcheiden. R. v. 13. Jan. 1832. v. K. J. XXXIX. 113. 114. — ſ. überhaupt auch Adel, Medizinal-Pfuſcherei.

Gewerbe-Abgaben, alle bisherige, in ſo fern ſie die Berechtigung zum Betriebe derſelben betr., hören mit Einführung der Gewerbeſteuer auf. G. S. 1810. p. 86. — 1820. p. 137. — deren Erhebung auf der rechten Rheinſeite. v. K. A. 21. III. 620. seq. — zu Kommunal-Kaſſen von umherziehenden Künſtlern ꝛc. ſind aufgehoben. 21. III. 651. — IV. 894. 895. — kataſtrirte und den Dominien entzogene, Abſchreibung der auf ſelbigen ruhenden Grundſteuern in den Kataſtern. 29. III. 493. — wo ſolche durch Ablöſung der Gewerbeberechtigungen mit abgefunden ſind, findet jene Abſchreibung der Grundſteuern nicht ſtatt; ebendaſ. — deren Beſtimmung rückſichtl. des Zollvereinsvertrags. R. v. 2. Sept. 1834. — 34. III. 830.

Gewerbe-Angelegenheiten, Beſcheidungen in ſelbi-

gen mit anzugebenden Gründen. v. K. A. 28. III. 771. — IV. 1071.

Gewerbe-Berechtigungen, (Gewerbe-Gerechtigkeiten), Real- und ausſchließliche, vererbliche und veräußerliche in den Städten, die als ſolche in den Hypothekenbüchern eingetragen ſind, deren Ablöſung und einſtweilige Verzinſung nach dem Ed. v. 2. Nov. 1810. G. S. 1810. p. 83. — desgl. nach dem Geſetz v. 7. Sept. 1811. G. S. 1811. p. 265. — fernere Ausführung dieſer Ablöſung nach der Deklaration v. 11. Juli 1822. G. S. 1822. p. 187. — Verfahren rückſichtl. derſ. und Bildung eines Ablöſungs-Fonds f. ſelb. G. S. 1811. p. 266. 267. — 1822. p. 187. — rückſichtl. der von den Regier. feſtgeſetzten Entſchädigung findet der Weg Rechtens nicht ſtatt. G. S. 1810. p. 83. — Stempelfreiheit der Verhandlungen über deren Ablöſung. G. S. 1822. p. 58. — Ob auch die früher auf dem platten Lande ausſchließlich geübten Gewerbeberechtigungen, namentlich der Bäcker, Höker u. Schlächter, ſich zur Entſchädigung und Ablöſung qualificiren, 2) ob die Gewerbeberechtigungen in den Hypothekenbüchern zu löſchen ſind, und dagegen die mit 4½ pCt. verzinsbare Entſchädigungsſumme einzutragen ſei, 3) ob die Hypothekenbücher über dergleichen Gerechtigkeiten fortgeführt werden dürfen, 4) welche Gewißheit die Hypothekengläubiger erhalten, daß ſowohl die Zinſen als das Ablöſungscapital von dem Inhaber der vormaligen Gewerbeberechtigung vorzugsweiſe zu ihrer Befriedigung angewendet worden, 5) wie der Gläubiger wegen des Minderbetrages der laufenden Zinſen, ſo wie wegen des Zinſenrückſtandes bis zum 1. Dec. 1810 bei dem Unvermögen des Schuldners befriedigt werden ſoll, 6) ob die Gerichte noch ferner die Subhaſtation über dergleichen Gerechtigkeiten verhängen dürfen? R. v. 26. Juni 1816. v. K. J. VIII. 56. — Publ. des Oberlandesgerichts zu Magdeburg, betr. die Nichtberückſichtigung der Anträge auf Eintragung der Gewerbeberechtigung in die Hypothekenbücher, v. 23. Mai 1817. X. 58. — ſiehe Ablöſung, Bannberechtigte, Bürgerrecht. — (Real-,) auf Grundſtücken haftend, ſollen fernerhin nicht ertheilt werden. v. K. A. 30. III. 607. — ſchon vorhandene, deren Veräußerung oder Uebertragung bei theilweiſer Austauſchung oder Dismembration von Grundſtücken. 30. III. 604 — 606. — ausſchließliche, deren Berückſichtigung bei Ertheilung von Konzeſſionen zum Schankgewerbe. 30. IV. 826.

Gewerbebetrieb, unbefugter, deſſen polizeiliche Beſtrafung. v. K. A. 26. IV. 1127. — im Umherziehen, ſiehe Hauſirgewerbe, — im Umherziehen, wie weit ſolcher für ganze Familien zu geſtatten iſt. 31. IV. 821. — iſt auch an Sonn- und Feſttagen erlaubt, jedoch mit Ausſchluß der öffentlichen oder den Gottesdienſt

ſtörenden Arbeiten während des letztern. 33. II. 488. f. — gewöhnlicher, dazu bedarf es keines Polizeiatteſtes, wohl aber noch zum Betriebe gewiſſer Gewerbe. 33. II. 490. f. — Strafbarkeit deſſelben ohne Gewinnung des Bürgerrechts. 33. II. 492. — IV. 1044. f. — im Umherziehen, in welchen Fällen die Erreichung des 30jährigen Alters für daſſelbe nicht erforderlich iſt. 33. I. 203. f. — Befugniß der Ausländer zu demſelben in Beziehung auf Zollvereinsverträge. 33. I. 201. — II. 504. — Anwendung der Beſtimmungen über die Zulaſſung deſſelben im Polizeibezirke; Cirk. R. v. 12. Jan. 1833. — 33. I. 195 — 201. — in Grenzzollbezirken, Seitens der Inländer, allgemeine Vorſchriften für denſelben. 33. III. 629. — deſſen Beſtimmung rückſichtlich des Zollvereinsvertrages. R. v. 2. Sept. 1834. — 34. III. 820.

Gewerbe- (und Handels-) **Deputation,** techniſche, deren Errichtung und Beſtimmung. G. S. 1808. p. 365. — iſt der Gewerbe-Polizei-Sektion im Miniſterium des Innern untergeordnet. G. S. 1808. p. 365. — 1810. p. 13.

Gewerbefleiß, Verein zur Beförderung deſſelben im Preußiſchen Staate. v. K. A. 20. IV. 753. 759. — öffentliche Ausſtellung der durch ſelbigen entſtandenen vaterländiſchen Fabrikate in Berlin. 26. III. 736.

Gewerbefreiheit, völlige, deren Einführung und Beförderung. G. S. 1808. p. 494 — 496. — ſoll gegen eine mäßige Patentſteuer ſtattfinden. G. S. 1810. p. 27. 79. — zu deren Beſchränkungen müſſen die Regierungen höhere Genehmigung einholen. G. S. 1817. p. 265. — Nichtigkeit der dieſelbe beſchränkenden Verträge. G. S. 1813. p. 69. — Klagen über vermeintliche Rechte aus letztern ſollen von den Gerichtshöfen nicht angenommen werden; ebendaſ. — ſ. a. Gewerbe. — deren Beſchränkung in der Königl. Hannöverſchen Provinz Oſtfriesland und dem Harlinger Lande. v. K. A. 19. IV. 1033. — Der Beſitzer einer Erbzins-, Mahl- und Malz-Mühle, dem zugleich das privative Schroten des Breihans und Biermalzes, als Bannrecht, beigelegt war, iſt nicht berechtigt, wegen Aufhebung dieſes letztern, verhältnißmäßige Herabſetzung des Kanons zu fordern, wenn dieſer nicht abgeſondert für das Erbzinsrecht und das Bannrecht vorbedungen war. S. u. Str. R. 2. B. No. 21. p. 206.

Gewerbeführung, ſ. Notarien.

Gewerbegehülfen, ſ. Gewerbetreibende. — umherreiſende, zum Materialien-Aufkauf, ſ. Aufkauf. — deren Verhältniſſe in Beziehung auf die Geſinde-Ordn. v. K. A. 20. IV. 874. — ſ. a. Handwerksburſchen.

Gewerbe-Inſtitut, Königl., in Berlin, deſſen Einrichtung und Beſtimmung. v. K. A. 26. II. 422. — Zulaſſung der

50*

Zöglinge deſſelben zum einjährigen Militairdienſte. 25. IV. 1118. — Königl. Verwendung der für Zöglinge deſſelben durch die v. Seidlitzſche Stiftung ausgeſetzten Stipendien. 29. II. 363.

Gewerbe-Klaſſen-Steuer-Kontravention, ſiehe Prozeßliſten.

Gewerbe-Konzeſſionen, was bei deren Ertheilung die Regierungen zu berückſichtigen haben. G. S. 1808. p. 496. — ſ. a. General-Konzeſſionen, desgl. Gewerbeſcheine und Hauſirgewerbe. — deren Ertheilung. v. K. A. 20. IV. 879. — ſ. a. Hauſir-Konzeſſionen. — ſollen Ausländer nur erhalten, wenn ſie ſich mit einem Grundſtücke anſäſſig gemacht haben. N. A. B. 156. II.

Gewerbe-Konzeſſions-Angelegenheiten, Reſſort-Verhältniſſe in ſelbigen. v. K. A. 22. III. 765.

Gewerbe-Korporationen, deren Anordnung von Landes-Polizei wegen. G. S. 1811. p. 265. — 1820. p. 151. — denſelben müſſen die dazu gehörenden Gewerbetreibenden beitreten; ebendaſ.

Gewerbe-Ordnung, Herzogl. Braunſchweigſches Geſetz darüber. v. K. A. 22. III. 779. — allgemeine, Königl. Würtembergiſche Inſtr. für deren Anwendung. 31. I. 221. ff.

Gewerbe-Polizei, Sektion, (Abtheilung, Departement für Gewerbe und Handel) für deren obere Verwaltung im Miniſterium des Innern, was zu deren Reſſort gehört. G. S. 1808. p. 363. 364. — 1810. p. 12. — 1812. p. 44. 45. — Behörden, welche derſelben untergeordnet ſind. G. S. 1808. p. 365. — 1810. p. 13. — 1811. p. 145. — 1812. p. 44. — derſelben wird der Geheime Staatsrath Sack als Chef vorgeſetzt. G. S. 1812. p. 44. — dieſelbe geht größtentheils zum Finanz-Miniſterio über. G. S. 1814. p. 41. — demnächſt von dieſem zu dem beſonders errichteten Miniſterio für Handel und Gewerbe. G. S. 1817. p. 304. — nach Auflöſung des letztern wiederum zum Miniſterium des Innern und in Beziehung auf Kommunikations-Abgaben, Kalender-, Debits- und Stempelweſen zum Miniſt. der Finanzen. G. S. 1825. p. 151. — ſ. a. Finanz-Miniſt., Handels-Miniſt., u. Miniſt. des Innern. — deren Verwaltung von Seiten der Regierungen. G. S. 1808. p. 482. — 1808. p. 494. 496. — 1817. p. 250. 263. 265. — 1826. p. 7. — Reviſion der Ortsbehörden rückſichtlich deren Verwaltung. v. K. A. 31. II. 353. — deren Ausübung iſt dem Staate allein vorbehalten und den ſtädtiſchen Kommunen ſteht darin kein Widerſpruchsrecht zu. 32. I. 225.

Gewerbe-Polizei-Edikt, v. 7. Sept. 1811. Anwendung der Beſtimmungen deſſelben auf die ehemals weſtphäliſchen Landes-

theile. v. K. A. 28. I. 172 — 174. — §. 51. — v. K. A. 28. I. 177. — §. 55. v. K. A. 28. II. 530. — III. 769. 770. — §. 122. v. K. A. 28. I. 179. — IV. 1072. — §. 130. v. K. A. 28. II. 529. — §. §. 131 — 133. v. K. A. 28. I. 173. — II. 530. — III. 769. 770. — IV. 1072. 1077. — §. §. 138. u. 139. v. K. A. 28. IV. 1079. — §. 159. v. K. A. 28. II. 327. — Erläuterung deſſelben, §. 1. v. K. A. 27. II. 439. — IV. 967. — §. 94. v. K. A. 27. III. 730. — §. 131. v. K. A. 27. I. 223. — §. 133. v. K. A. 27. I. 218. 220. 223. — §. 136. v. K. A. 27. III. 765. — Erläuterung deſſelben. §. §. 6 — 13. v. K. A. 29. I. 150. — III. 609. — §. 58. v. K. A. 29. III. 581. — §. 101. v. K. A. 29. IV. 905. — §. 118. v. K. A. 29. I. 159. — §. 131. v. K. A. 29. I. 155. — III. 580. — §. 148. v. K. A. 29. I. 148. — Anwendung der §. §. 2. 82. ff. — deſſelben wegen der polizeilichen Atteſte zum Betriebe gewiſſer Gewerbe. v. K. A. 33. II. 491. — allgemeine Gültigkeit und Anwendbarkeit der §. §. 94. — 101.. deſſelben wegen Prüfung und Gewerbebetriebs der Bauhandwerker und Architekten. 33. I. 205. f. — Deklaration des §. 94. deſſelben, in Beziehung auf die Ausübung des Steinhauergewerbes. 33. III. 779. ff. — Anwendung der §. §. 55. u. 131. ff. hinſichtl. der Anlegung neuer Schankwirthſchaften. 33. II. 495 — 498. — Anwendbarkeit der §. §. 126. 128. deſſelben, den Verkehr mit Büchern, Kupferſtichen und ähnlichen Gegenſtänden betr. 33. IV. 1047. — der §. 151. deſſelben, den Handel mit Kolonial- und andern hoch impoſtirten Waaren auf dem Lande betr., hat durch die inzwiſchen eingetretene Steuerreform ſeine Anwendung verloren. 33. I. 196.

Gewerbepolizei-Kontraventionen, deren Rüge und Beſtrafung. G. S. 1808. p. 476. — 1810. p. 79. 81. — 1812. p. 193. — 1820. p. 154. — 1824. p. 133. f. — Verfahren in ſelbigen. v. K. A. 22. III. 705. 709. — ſ. a. Hauſir-Kontraventionen und Gewerbeſteuer. — deren Beſtrafung in Beziehung auf den Gewerbebetrieb unqualificirter Perſonen. 27. III. 740 — 745. — IV. 1015 — 1019. — bei ſelbigen ſoll neben der Steuer-Strafe nicht auch noch eine beſondere Polizeiſtrafe ſtattfinden. 27. IV. 1016. — deren Beſtrafung. 28. II. 516. — deren Beſtrafung in Beziehung auf den Gewerbebetrieb von Markt zu Markt. 31. I. 147. — von Ehefrauen, Kindern oder Dienſtboten ꝛc., der Gewerbetreibenden begangen, Verantwortlichkeit der letztern für ſelbige. 29. II. 327 — 329. — Rekursverfahren in denſelben. 32. I. 209. — in Beziehung auf An- und Abmeldung des Gewerbebetriebs und Beibringung der polizeilichen Erlaubniß dazu, deren Beſtrafung. 32. II. 467. ff. — ſ. a. Hauſir-Kontraventionen. — ſtatt der in den Gewerbepolizei-Kontraventions- und Straſſachen ſtattgefundenen dritten Inſtanz tritt ebenfalls nur

der Weg der Beſchwerdeführung bei dem Miniſterio ein. 33. I. 134. — wenn letztere glaubhaft nachgewieſen iſt, ſoll die Vollſtreckung der Strafe ſuspendirt werden. 33. I. 134. — auf Gewerbepolizei-Strafgelder können die Orts-Armenkaſſen keine Anſprüche machen. 33. II. 451.

Gewerbeſcheine; es iſt nicht geſtattet, das Gewerbe während des Laufs des Jahres zu erweitern, und auf den erhaltenen Gewerbeſchein zu betreiben, P. A. B. 10. I. ein und daſſelbe Gewerbe auf den Grund eines Gewerbeſcheines an mehreren Orten auszuüben, R. A. B. 447. III. ſ. Publ. v. 5. Oct. 1813. p. 447. 596. P. A. B. 273. 528. V. die Beſtimmung des Termins betr., ſich wegen Fortſetzung des Gewerbes zu erklären, v. 9. Oct. 1812. R. A. B. 541. II. das Unterſchreiben der, von den Inhabern, R. v. 10. Dez. 1812. 67. III. P. A. B. 58. K. A. B. 256. die Einziehung der alten Gewerbeſcheine, R. A. B. 80. P. A. B. 63. Wie bei Ertheilung der Gratis-Gewerbeſcheine zu verfahren, R. v. 9. Oct. u. 21. Nov. 1812. R. A. B. 594. II. P. A. B. 366. u. 35. III. R. die Ausfertigung der Gewerbeſcheine betr. und zwar für Wittwen der Apotheker, R. A. B. 698. III. ſ. R. v. 31. Dez. 1813. p. 65. IV. ausländiſche Aufkäufer, p. 98. I. Ausländer, p. 28. Brauer u. Branntweinbrenner, welche verfertigte Getränke ausſchenken, p. 166. K. A. B. 208. der zum Raff- u. Leſeholz Berechtigten zum Holzhandel, K. A. B. 126. I. R. A. B. 82. 257. II. P. A. B. 59. I. der Hauſirer, K. A. B. 191. IV. der Hausoffizianten, R. A. B. 300. K. A. B. 245. P. A. B. 284. Juſtizcommiſſarien, K. A. B. 95. I. Kaufleute, die noch einen zweiten Laden eröffnen, R. A. B. 649. III. welche eigene Kähne halten, 522. P. A. B. 414. fremde Kaufleute, welche Beſtellungen auf Waaren annehmen, K. A. B. 6. I. Landleute, welche Roggenbrod, P. A. B. 6. I. oder Fleiſch, R. A. B. 447. III. Grütze und Graupen zum Verkauf in die Städte bringen, p. 137. P. A. B. 146. K. A. B. 335. ländliche Lohnfuhrleute, R. A. B. 366. II. P. A. B. 207. Der Lohnfuhrleute, die ihr Gewerbe nur mit Ochſen betreiben, R. A. B. 85. K. A. B. 98. bei zufälligen Lohnfuhren, K. A. B. 374. Lotterieeinnehmer, P. A. B. 272. IV. Marketender, R. A. B. 213. I. K. A. B. 247. Petſchierſtecher, K. A. B. 27. III. Poſthalter, welche Reiſende beherbergen u. bewirthen, R. A. B. 87. II. K. A. B. 105. und diejenigen, welche Poſten, Couriere und Eſtafetten weiter befördern, p. 139. P. A. B. 98. Jüdiſche Schlächter, R. A. B. 591. II. Schiffer, R. A. B. 80. III. P. A. B. 59. R. A. B. 238. IV. Schiffsherren und Setzſchiffer, K. A. B. 184. III. 257. IV. Schlächter, p. 546. II. Schlöſſer, R. A. B. 74. I. Weber, R. A. B. 392. III. K. A. B. 536. Wirthſchafts- und Schreiber bei den Domainen, bei Juſtizbeamten und Gutsbeſitzern, R. A. B. 702. K. A. B. 566. III. P. A. B. 3. IV. R. v. 11. Sept.

1813. P. A. B. 531. III. Zimmergeſellen, N. A. B. 254. IV. Zimmerflickarbeit, 230. Wie das Einkommen der Gewerbtreibenden zu berechnen, 137. IV. — ſ. a. Schullehrer. — zu deren Löſung iſt jeder verpflichtet, welcher ein Gewerbe fortſetzen oder ein neues unternehmen will. G. S. 1810. p. 79. — welche Berechtigungen ſolche geben. G. S. 1810. p. 82. — 1811. p. 269. — Zweifel über die Grenzen der letztern entſcheiden die Polizeibehörden. G. S. 1811. p. 269. — können an andere weder abgetreten, noch auch darauf nicht genannte Gewerbe betrieben werden. G. S. 1810. p. 81. — können Niemanden nach Beibringung polizeilicher Atteſte über den rechtlichen Lebenswandel verſagt werden. G. S. 1810. p. 83. — deren Löſung zum Betriebe mehrerer Gewerbe neben einander. G. S. 1810. p. 81. — 1811. p. 271. — deren Ausſtellung auf Werke und Arbeiten gewiſſer Art, mit Vermeidung aller kleinlichen Gewerbs-Unterſchiede. G. S. 1811. p. 269. 270. — zu Gewerben, bei deren ungeſchicktem Betriebe gemeine Gefahr obwaltet, oder welche eine öffentliche Beglaubigung oder Unbeſcholtenheit erfordern, bedarf es eines beſondern Qualifikations-Nachweiſes. G. S. 1810. p. 83. f. — 1811. p. 271. 276. f. — in wie weit ſolche auch die Berechtigung zum Handel mit ſelbſt verfertigten Erzeugniſſen geben. G. S. 1811. p. 269. — desgl. zum Verkaufe in offenen Läden, Buden, auf Marktplätzen und Jahrmärkten; ebendaſ. — deren Ausfertigung durch die Regierungen und Formular zu ſelbigen. G. S. 1810. p. 85. 86. 94. — wegen Verſagung derſelben findet nur der Rekurs an die höhere Polizeibehörde ſtatt. G. S. 1811. p. 278. — deren Aushändigung durch die Landräthe u. Magiſträte, gegen Erlegung des einvierteljährigen Steuerbetrags. G. S. 1810. p. 86. — auf deren Löſung haben die Polizeibehörden und Steuerbeamten zu achten. G. S. 1810. p. 80. — Gebrauch der Abſchriften von ſelbigen auf polizeiliche Atteſte. G. S. 1810. p. 81. — deren Löſung auf Ein Jahr, oder auf ein Vierteljahr, wenn das Gewerbe im Laufe des Jahres begonnen wird. G. S. 1810. p. 82. — 1811. p. 279. — Benutzung derſelben von den Erben verſtorbener Gewerbetreibenden. G. S. 1810. p. 82. — desgl. bei Wohnſitz-Veränderungen, ebendaſ. — für einzelne Handwerker, als Böttcher, Drechsler, Schneider, Schuhmacher, Tiſchler ꝛc. G. S. 1811. p. 270. f. — Strafe für unterlaſſene Löſung derſelben. G. S. 1810. p. 79. — deren Ertheilung an Militairpflichtige. G. S. 1811. p. 263. — Soldaten in Reih und Glied bedürfen dazu der ſchriftlichen Genehmigung ihres Regiments-Chefs. G. S. 1811. p. 263. — deren Ertheilung an jüdiſche Glaubensgenoſſen. G. S. 1810. p. 85. — in wie weit auch Ausländer zu deren Löſung verpflichtet ſind. G. S. 1810. p. 79. — 1811. p. 278. f. — für den Umfang des ganzen Staats, im Umherziehen, wer-

den nur von dem allgemeinen Polizei-Departement in der Regel auf 3 Jahre ertheilt. G. S. 1811. p. 277. — deren Verlängerung auf anderweite 3 Jahre, ebendaſ. — können in den Provinzen nur mit Genehmigung der Regierung ertheilt werden. G. S. 1811. p. 276. — werden fortan nur für Gewerbe ertheilt, welche umherziehend betrieben werden. G. S. 1820. p. 150. — wann eher es ſtatt deren nur einer polizeilichen Legitimation bedarf; ebendaſ. — Ausfertigung derſelben durch die Regierungen und nur gültig für das Jahr, für welches ſie ertheilt werden. G. S. 1820. p. 150. — deren Löſung zum Gewerbebetriebe im Umherziehen, nach dem Regulativ v. 28. Apr. 1824. G. S. 1824. p. 126 — 133. — Nachſuchung, Form und Erneuerung derſelben. G. S. 1824. p. 127. 128. — Aufnahme vollſtändiger Signalements der Gewerbetreibenden und deren Namensunterſchriften in ſelbige. G. S. 1811. p. 277. — an wen ſolche nur ertheilt werden dürfen. G. S. 1824. p. 128. f. — dürfen an einen Dritten nicht verliehen, überlaſſen, oder abgetreten werden. G. S. 1824. p. 133. — müſſen Gaſtwirthe von umherziehenden Gewerbetreibenden ſich vorzeigen laſſen. G. S. 1824. p. 133. — beglaubte Abſchriften von ſelbigen bei ſich zu führen, iſt unzuläſſig und ungültig. G. S. 1824. p. 132. — 1826. p. 62. — Strafbeſtimmungen für die unterlaſſene Löſung derſelben. G. S. 1824. p. 133. — deren Erneuerung wird durch dreimalige Kontraventionen verwirkt. G. S. 1824. p. 134. — deren Ausſtellung für den ganzen Umfang der Monarchie zu Waarenbeſtellungen und Waaren-Aufkäufen im Umherziehen, ohne den in den §. §. 21 — 24. des Hauſir-Regulativs v. 28. Apr. 1824 gedachten Beſchränkungen unterworfen zu ſein. — Behufs des Wiederverkaufs unter dem Beding der frachtweiſen Beförderung derſelben. G. S. 1826. p. 61. — zum Gewerbebetrieb im Umherziehen gegen Vorausbezahlung des vollen Steuerbetrages gelöſt, deren ſteuerfreie Wiederausfertigung bei dem Wechſel mit Perſonen, welche für inländiſche Kaufleute und Fabrikanten auf Waarenbeſtellungen umherreiſen, während des Steuerjahrs. G. S. 1830. p. 17. — ſ. a. Gewerbetreibende und Gewerbeſteuer. — bei welchen Behörden dieſelben nachzuſuchen ſind. v. K. A. 17. I. 44. 242. seq. — deren Ertheilung. 20. IV. 879. — 23. IV. 785. — ſollen durch die Regierungen ſelbſt ausgefertigt werden. 25. IV. 1076. — deren Ausdehnung auf mehrere Regierungsbezirke findet von Seiten des Miniſteriums des Innern nur ausnahmsweiſe, beſonders für den Viehhandel ſtatt. 26. II. 429. — Ausdehnung derſelben auf die Stadt Berlin. 24. IV. 1158. seq. — deren Bezeichnung in den General-Hauſir-Konzeſſionen. 21. IV. 953. — dürfen auf andere nicht übertragen werden. 21. II. 430. — können Perſonen nicht erhalten, welche unter polizeilicher Auf-

ſicht ſtehen. 17. I. 240. — ſie ertheilen die Befugniß, Meſſen zu beziehen. 17. II. 96. — ſollen den Inhabern während ihrer Anweſenheit auf Meſſen u. Märkten nicht abgenommen werden. 17. I. 75. — deren Ausſtellung auf verſchiedenartige Waaren. 24. IV. 1153. — brauchen am Wohnorte zu dem Handelsbetriebe auf Kirchweih- und ähnlichen Volksfeſten nicht beſonders gelöſt zu werden. 28. I. 175. — deren Erneuerung in Gefolge früherer polizeilichen Zeugniſſe. 29. I. 148. — Befugniß der Regierungen, ſich rückſichtlich der letztern in beſondern Fällen erneuerte Ueberzeugung zu verſchaffen. 29. I. 149. — kann die Gewerbe-Steuer-Deputation in Berlin ebenfalls auf mehrere Regierungs-Bezirke ertheilen. 29. II. 377. deren Unterſcheidung von Gewerbeſteuer-Anmeldungsſcheinen. 30. I. 34. — ſind allein als gültige Legitimations-Dokumente für Reiſende nicht anzunehmen. 30. IV. 803. — neue, deren Ausfertigung gegen Rückgabe der älteren. 30. II. 411. f. — Reſtitutionen rückſichtlich derſelben im Laufe des Steuerjahrs. 30. II. 412. — deren Ausdehnung ohne Rückſicht auf die etwa ſchon vorhandene Zahl von Händlern deſſelben Gegenſtandes. 30. II. 413. 417. — bei deren Ertheilung kann nicht in Betracht kommen, ob die Waaren Eigenthum des Inhabers des Gewerbeſcheins ſind, oder von ihm im Auftrage eines Andern verkauft werden ſollen. 32. III. 701. — deren Viſirung für andere Regierungsbezirke. 32. III. 699. — in wie fern deren Verſagung nur ſtatt finden kann. 32. III. 700. — von den Regierungen ausgeſtellt, deren Gültigkeit in Berlin. 32. I. 226. — gegen ordnungs- und ſicherheitspolizeiliche Verbote ausgeſtellt, darauf dürfen andere Regierungen den Betrieb nicht geſtatten. 33. II. 504. — kann nicht durch Interims-Beſcheinigungen erſetzt werden. Verf. vom 9. Mai 1834. — 34. II. 520. — zu ermäßigter Steuer, Prüfung der Anträge. Verf. v. 18. Mai 1834. — 34. III. 671. — ſind zum Betriebe des Abdecker-Gewerbes nicht erforderlich. 24. III. 913. — in wie weit ſolche an Ausländer überhaupt ertheilt werden dürfen. 24. I. 221. IV. 1161. — 25. II. 453. — IV. 1078 — 1081. (ſiehe auch Ausländer). — deren Ertheilung an Ausländer zum Umherziehen. 28. II. 542. — III. 774. seq. — IV. 1076. — zum Verkehr mit dem Großherzogthume Heſſen, Ausfüllung des dafür beſtimmten Formulars. 29. IV. 914. — Ausfertigung, Erneuerung und Viſirung derſelben, für Ausländer, nach ſorgfältiger Legitimation über ihre Heimath. 30. II. 414 — 417. — deren Ausfertigung und Viſirung für Ausländer. 31. II. 388. — deren Ertheilung und Viſirung für ſelbige auf den Grund von Päſſen oder heimathlichen Zeugniſſen. 32. II. 459. — deren Ertheilung an Ausländer in Beziehung auf Zollvereinsverträge. 33. I. 201. — II. 504. — zum Hauſirhandel, verbotswidrige Ertheilung an ſelbige. R. v. 8. Aug.

1834. — 34. III. 836. — bedürfen approbirte Zahnärzte zum Umherziehen nicht, wohl aber Augen-Operateure, die nicht zugleich Wundärzte ſind. 29. IV. 942. — deren Löſung von Bäkkern in der Umgebung mahl- und ſteuerpflichtiger Städte. 24. IV. 1164. — 25. I. 22. — IV. 1084. — desgl. von ſelbigen, welche außer der halben Bannmeile einer mahl- u. ſteuerpflichtigen Stadt wohnen für den Verkauf außer der Marktzeit. 26. IV. 999. — können auf das Graben von Bernſtein nicht ertheilt werden. 17. IV. 64. — deren Löſung zum Aufſammeln u. Verkauf der Blutegel. 27. IV. 1015. — deren Ertheilung zum Aufſuchen von Beſtellungen auf Branntwein. 28. I. 12. deren Ertheilung an Dammſetzer. 24. IV. 1175. — für Drehorgelſpieler. 24. III. 905. — ſollen zum Aufſuchen von Beſtellungen auf Edelſteine und edle Foſſilien als Achate, Karneole ꝛc. oder auf Quincaillerie-Waaren, deren Hauptwerth in ſolchen Steinen beſteht, nicht ferner ertheilt werden. Cab. Ord. v. 12. Januar 1833. G. S. 1833. p. 22. — dürfen Feuer-Verſicherungs-Agenten zum umherziehenden Betriebe nicht mehr erhalten. v. K. A. 33. III. 773. — deren Ertheilung für Garnſammler, auch ohne Erreichung des 30 jährigen Alters. 33. I. 203. — zum Getreidehandel. R. v. 27. März 1834. — 34. I. 232. deren Ausſtellung für Hauſirer durch die Regierungen. 21. I. 175. seq. — II. 428. seq. — Ausdehnung derſelben auf mehrere Regierungsbezirke. 25. I. 229. 232. — II. 452. — deren Löſung zum Gewerbebetriebe im Umherziehen, wozu aber der Betrieb im Wohnorte und deſſen Polizeibezirk nicht gehört. 28. IV. 1079. — für den Gewerbebetrieb im Umherziehen, dürfen ohne Miniſterial-Genehmigung an Niemanden vor erreichtem 30jährigen Alter ertheilt werden. 32. II. 470. — zum Gewerbebetriebe im Umherziehen, deren Ausſtellung für Inländer auch von andern Regierungen, in deren Bezirken ſolche nicht wohnhaft ſind. 33. III. 802. — zum Gewerbebetriebe im Umherziehen an Perſonen unter 30 Jahren, in wie weit ſolche ausnahmsweiſe zu ertheilen ſind. 33. IV. 1057. — für Perſonen unter 30 Jahren, Einſendung jährlicher Nachweiſungen von denſelben. 33. III. 803. — zu deren Erneuerung für Perſonen unter 30 Jahren bedarf es keiner abermaligen Miniſterial-Genehmigung. 33. III. 805. — für den Betrieb und Verkehr im Gränzbezirke. 33. I. 199. f. — für Inländer zum Gewerbebetriebe im Umherziehen in den Gränzzollbezirken. 33. III. 625 — 629. — deren Ertheilung zum Hauſirhandel. 19. I. 84. — II. 400. 407. — 22. I. 184 — 186. — 24. IV. 1151. 1156. seq. — zum Hauſirhandel mit Töpfer-Waaren. 24. IV. 1162. — zum Hauſirhandel, Aufnahme der Signalements der Gewerbetreibenden und deren Begleiter in dieſelben. 33. I. 192. — II. 501. — für Hengſtreiter.

R. v. 31. März 1834. — 34. I. 233. — deren Ertheilung zum Holzhandel. 17. IV. 69. — 18. IV. 1013. — 19. I. 49. — an ausländiſche Juden. 24. I. 221. — für polniſche Juden, deren Ausſtellung betr. R. v. 10. Febr. 1834. — 34. I. 156. — deren Ertheilung für Kammerjäger, auch ohne Erreichung des 30jährigen Alters. 33. I. 203. — ſteuerfreie, deren Ertheilung für Gehülfen der Kaufleute. V. v. 21. Jan. 1834. — 34. III. 684. — zum Kommiſſions- oder Speditions-Handel. 19. I. 83. — deren Ertheilung an Landwirthe unter 30 Jahren zum Verfahren und Verkaufe roher Landesprodukte. 33. IV. 1064. — bedürfen Marketenderinnen und andere Viktualienhändler zum Verkaufe von Lebensmitteln bei großen Militair-Manövern nicht. 30. II. 427. — in wie weit ſolche für den Handel von Markt zu Markt zu löſen ſind. 30. III. 610. — IV. 829. — 31. I. 146. — deren Löſung von Ausländern zum Gewerbe-Betriebs-Materialien-Aufkauf. 25. I. 235. — 25. III. 737. — deren Ertheilung auf Maurer-Flickarbeiten. 17. I. 81. — III. 59. — 23. IV. 977. — 26. IV. 1129 — 1131. — deren Löſung von Mehlhändlern in der Umgebung mahl- und ſteuerpflichtiger Städte. 24. IV. 1164. — 25. I. 22. — IV. 1084. — desgl. von denſelben, welche außer der halben Bannmeile einer mahl- und ſteuerpflichtigen Stadt wohnen, für den Verkauf außer der Marktzeit. 26. IV. 999. deren Ertheilung zum Handel mit Mineralwaſſern im Umherziehen. 29. II. 376. — in wie weit ſolche von Landleuten zu dem Verkauf trockner Mühlenfabrikate in den Städten zu löſen ſind. 26. III. 814. — in wie weit Muſiker von deren Löſung befreit ſind. 27. II. 486. — in wie fern ſelbige zu Löſung deſſelben verpflichtet ſind; ſiehe Muſiker. — deren Ertheilung zum Nadelkram. 19. II. 410. — deren Ertheilung mit Perückenmacher-Waaren. 24. IV. 1163. — deren Ertheilung an Pflaſterer. 24. IV. 1175. — deren Löſung für reiſende Handlungsdiener auf Waarenbeſtellungen. 25. I. 234. — II. 454. — IV. 916. — deren Löſung von umherreiſenden Kaufleuten und Kommis. 19. III. 708. — 21. II. 312. — auf Waarenbeſtellungen. 24. IV. 1160. — in wie weit ſolche zum Waaren-An- und Aufkauf ertheilt werden können. 26. II. 427. — III. 815. — auf Waaren-Verſendungen ohne Beſtellung. 25. III. 737. — deren Ertheilung an reiſende minderjährige Handlungsdiener zum Aufſuchen von Waarenbeſtellungen. 27. III 759. — an ausländiſche Handlungs-Reiſende, auf Zeugniſſe ihrer vaterländiſchen Ortsbehörde. 33. I. 202. — II. 504. — III. 806. — für Handlungs-Reiſende, dürfen nur von den Regierungen desjenigen Bezirks ausgefertigt werden, in welchem der Impetrant und ſein Prinzipal ihren Wohnſitz haben. 29. IV. 914. deren Ausfertigung

in blanco für die Reiſenden inländiſcher Handlungshäuſer u. Ausfüllung derſelben durch die Ortsbehörden oder Landräthe. 29. II. 372. — auf Waarenbeſtellungen u. Waaren-Aufkauf Behufs des Wiederverkaufs, deren ſteuerfreie Ausfertigung für Kaufleute und Fabrikanten. 28. IV. 1082. — 29. I. 152. — 31. II. 273—277. — III. 538. f. — deren Löſung von Schlächtern in der Umgebung mahl- und ſteuerpflichtiger Städte. 24. IV. 1164. — 25. I. 22. — IV. 1084. — desgl. von denſelben, welche außer der halben Bannmeile einer mahl- und ſteuerpflichtigen Stadt wohnen, für den Verkauf außer der Marktzeit. 26. IV. 999. — deren Ertheilung auch zum Handel im Umherziehen mit inländiſchen feinen Spitzen. 30. III. 613. — zur Unterrichts-Ertheilung im Schneidern für Frauenzimmer im Umherziehen. 29. II. 376. — ſollen zur Schauſtellung und Umherführung minderjähriger Kinder nicht ertheilt werden. 33. II. 502. — auch für deren Väter nicht. 33. III. 732. — deren Ertheilung an Schiffer unter 30 Jahren zum Verkauf roher Landesprodukte vom Schiffe aus. 33. II. 500. — für Siebmacher, können an Perſonen unter 30 Jahren nicht ertheilt werden. 33. III. 809. — zum Sammeln von Subſcribenten auf Druckſchriften. R. v. 8. Jan. 1834. — 34. I. 231. — für Topfbinder zum Umherziehen. 28. IV. 1079. — für Viehhändler. 25. II. 311. III. 735. — deren Ausdehnung auf mehrere Regierungs-Bezirke diesſeits der Weſer. 29. I. 160. — in wie weit ſolche zum Viehhandel erforderlich ſind. 30. III. 611. — zum Viehſchnitt. 24. I. 268. — IV. 1174. — für Viehkaſtrirer, auch ohne Erreichung des 30jährigen Alters. 33. I. 203. — zum An- und Verkauf auf Wochenmärkten. 26. IV. 1124. — auf Zimmer-Flickarbeiten. 17. I. 81. — III. 59. — 23. IV. 977. — 26. IV. 1129 — 1131. — ſiehe auch Hauſirhandel und Gewerbeſteuer.

Gewerbeſchule, in Berlin, Erforderniſſe rückſichtlich der in dieſelbe aufzunehmenden Zöglinge. v. K. A. 30. I. 160. — höhere, in Hannover, Reglement für dieſelbe. 31. III. 673—677. — ſiehe auch Schulen.

Gewerbeſtätten, neue, Sportel-Anwendung bei Genehmigungs-Ertheilung zu deren Anlegung. G. S. 1825. p. 131.

Gewerbeſteuer, allgemeine, deren Einführung nach dem Edikt v. 2. Novbr. 1810. G. S. 1810. p. 79—94. wird aufgehoben. G. S. 1820. p. 136. — deren fernere Entrichtung nach dem Geſetz v. 30. Mai 1820. G. S. 1820. p. 133. 147. — wer zu deren Entrichtung verpflichtet iſt. G. S. 1820. p. 148. 149. — Sätze und Regeln für deren Erhebung. G. S. 1820. p. 150. 151. 156. 158. f. — Rekursverfahren rückſichtlich derſelben. G. S. 1820. p. 152. — Mitwirkung der Gewerbetreibenden bei der Vertheilung

der Steuer. G. S. 1820. p. 151. — zu deren Erhebung ſind die Kommunal-Behörden verpflichtet. G. S. 1820. p. 152. — letztere erhalten für die bei deren Ermittelung, Vertheilung und Erhebung denſelben übertragenen Geſchäfte den fünf und zwanzigſten Theil der Einnahme. G. S. 1820. p. 153. — Exekutions-Verfahren in deren Beitreibung. G. S. 1820. p. 153. — deren theilweiſe Zurückzahlung bei Todesfällen der mit Gewerbeſcheinen im Umherziehen verſehenen Inländer, während des Steuerjahrs. G. S. 1830. p. 17. — deren Entrichtung von Privat-Verſicherungs-Anſtalten und gewerblichen Privat-Vereinen und deren Agenten. G. S. 1828. p. 64. — Befreiung des Bergbaues ſo wie des Hütten- und Hammerbetriebes v. ſelb. G. S. 1823. p. 16. — deren vierfache Erlegung als Strafe für den Gewerbebetrieb im Umherziehen, ohne Gewerbeſchein. G. S. 1820. p. 154. — 1824. p. 133. — Denunzianten-Antheil an ſelb. G. S. 1824. p. 134. — vom Handel, deren Entrichtung von Apothekern und Pfandleihern, ſo wie von Kommiſſionairen, Mäklern u. Agenten, die aus der Vermittelung und Unterhandlung nicht-kaufmänniſcher Geſchäfte ein Gewerbe machen. G. S. 1820. p. 148. — 1826. p. 61. — Befreiung der Weber und Würker mit nicht mehr als zwei Stühlen, von der Gewerbeſteuer. G. S. 1829. p. 46. — deren Entrichtung für den freien Betrieb der Stromſchifffahrt. G. S. 1808. p. 323. — 1810. p. 88. ff. — 1820. p. 148. 162. — deren Ermäßigung bei kleinern Kahn- und Lichterſchiffen. G. S. 1824. p. 121. — ſämmtliche zeitherige Gewerbe-Patent- und Nahrungsſteuern in den wieder oder neu erworbenen Landestheilen werden aufgehoben. G. S. 1820. p. 137. — beſondere Gewerbeſteuer zum Aufſuchen von Waarenbeſtellungen und zum Waaren-Aufkauf, darf von Kaufleuten und Fabrikanten nicht entrichtet werden. Cab. Ord. v. 12. Febr. 1831. G. S. 1831. p. 5. — Unterſchied zwiſchen Gewerbeſteuer und Grund-Abgaben. Deklar. vom 2. Novbr. 1810. G. S. 1832. p. 64. — Handel, welchen Ausländer auf Wochenmärkten mit Konſumtibilien betreiben, iſt gewerbſteuerfrei. Cab. Ord. vom 30. Juni 1833. G. S. 1833. p. 81. — deren Entrichtung von Hammerwerken, ſiehe Hammerwerke. —

ſiehe überhaupt auch Gewerbeſcheine und Gewerbetreibende.

Vorſchläge der Landſtände rückſichtlich derſelben. v. K. A. 26. II. 495. 515. — Beſtimmungen rückſichtlich deren Aufnahme. 23. IV. 784—786. — Anfertigung der Erhebungsrollen für ſelbige. 25. IV. 914. — deren Feſtſetzung u. Erhebung. 21. I. 11. — Grundſätze für deren Erhebung nach dem Cirkular v. 10. Novbr. 1820. — 24. III. 680—702. 904. seq. — IV. 1157. seq. unbeibringliche Quoten derſelben, deren Liquidation u. Verrechnung. 26. IV.

997. — Vertheilung und Verwendung der Hebegebühren von ſelbiger. 25. II. 311. — III. 608. — deren Erhebung auf dem platten Lande gegen 4 Prozent Hebegebühren. 26. III. 666—670. — Stempelfreiheit der Quittungen über letztere. 25. II. 325. — Beſtrafung der, rückſichtlich derſelben begangenen Kontraventionen. 21. III. 554. seq. — bei deren Defraudation ſind die Transportmittel der ohne Gewerbeſchein umherziehenden Gewerbetreibenden der Konfiskation nicht unterworfen. 26. III. 708. — Berechnung und Ablieferung der Strafgelder rückſichtl. derſelben. 24. IV. 1022. — deren Entrichtung von den im Laufe des Jahres neu hinzutretenden Gewerbetreibenden. 25. I. 58. — für den Betrieb vereinter Gewerbe. 24. II. 351. — deren Entrichtung von Seiten der, an verſchiedenen Orten ſtehenden Handel treibenden Individuen. 23. III. 686. — desgl. von den Einwohnern eines Orts, die zu Jahrmarktszeiten bei ſich Auswärtige beherbergen. 25. I. 58. — desgl. von Aufkäufern ländlicher Produkte. 22. II. 425. — deren Entrichtung bei Ausdehnung der zeither ſteuerfrei betriebenen Gewerbe. 27. I. 69. seq. — eine Erhöhung oder Ermäßigung derſelben ſoll während des Steuerjahrs nicht Statt finden. 27. I. 70. deren Entrichtung für die temporaire Ausübung ſtehender Gewerbe. 27. II. 474. — Juſtifikation der Hebegebühren und des Erlaſſes bei ſelbiger. 27. III. 646. — Anwendung der rückſichtlich derſelben ergangenen Beſtimmungen auf die ehemal. weſtphäliſchen Landestheile. 28. I. 174. — von neu angefangenen Gewerben nach einem Mittelſatze. 28. IV. 982. — deren Berechnung und Entrichtung nach dem zeitlichen Gewerbebetriebe im Laufe des Jahres. 29. I. 32. — II. 260. ff. — für den Gewerbebetrieb in verſchiedenen Lokalen, Komtoirs und Läden ꝛc. 29. II. 261. ff. — deren Entrichtung von dem Handel mit verſchiedenen Waarenartikeln. 29. II. 373. — allgemeine Beſtimmungen wegen des Rechnungsweſens bei Verwaltung derſelben, v. 10. Jul. 1830. — 30. III. 527—533. — Dispoſition über die für Erhebung derſelben bewilligte Tantieme. 30. IV. 780. — einjährige Präkluſivfriſt für die Anmeldung der Reklamationen gegen dieſelbe. 30. I. 35. f. — Rückzahlung derſelben an die einſtweilen zum Militairdienſte einberufenen Gewerbetreibenden. 31. III. 537. — beſondere, für die Gewerbeſcheine zum Aufſuchen von Waarenbeſtellungen und zum Waaren-Aufkauf. 31. II. 273—277. — III. 538. f. — deren exekutiviſche Beitreibung durch Pfändung. 32. III. 775. — deren Nachzahlung für den Betrieb unangemeldeter Gewerbe. 32. II. 468. — zwiefache, in wie fern ſolche neben dem Handel auch noch für ein in Klaſſe B. zu beſteuerndes Handwerk ſtatt finden kann. 33. II. 331. 332. — deren Zahlung wenn jemand zwei Handwerke treibt. R. v. 14. Mai 1834. — 34. II. 330. — wenn jemand einen Handel und Handwerk treibt. Verſ.

v. 15. April 1834. — 34. II. 331. — deren Erlaß, wenn der Gewerbetreibende zur Landwehr einberufen wird, und einen Gehülfen nimmt. R. v. 28. Juni 1834. — 34. II. 331. — ermäßigte, Prüfung der Anträge, ſiehe Gewerbeſcheine. — für Auktionatoren. 25. IV. 918. — von Agenten in- u. ausländiſcher Verſicherungs-Anſtalten. 26. IV. 996. — von Gewerbe treibenden Ausländern. 22. II. 343. — von ausländiſchen Handwerkern. 26. IV. 991. — Entrichtung derſelben von Badeanſtalten. 19. I. 50. — der Bäcker. 24. III. 703. — 33. III. 617. — der Bärmefabrikanten, ſiehe letztere. von Bau-Entrepriſe, ſiehe letzt. — der Bleicher. 18. I. 20. — der Branntweinbrenner. 24. I. 49. — desgl. von Brauereien. 33. III. 620—622. — iſt vom Bretterhandel Seitens der Zimmermeiſter, neben der Handwerksſteuer nicht zu entrichten. 33. IV. 917. — Klaſſifikation der Budritzkrämer in Schleſien zu derſelben. 31. IV. 923. 933. — von Deklamanten. 17. II. 52. — Befreiung der Fabrikanten von derſelben. 31. II. 273—277. III. 538. f. — vom Handel mit Fiſchen; ſiehe Fiſchhändler. Befreiung der Fleiſchhändler benachbarter Städte und Dörfer von ſelbiger. 23. III. 693. seq. — von dem Verkaufe der Gartenfrüchte. 17. III. 29. — deren Feſtſetzung und Einziehung von Gaſtwirthſchaften. 31. IV. 726. — deren Entrichtung in Beziehung auf Gehülfen. 27. I. 71. seq. — deren Entrichtung vom größern Betriebe des Getränkehandels der Schankwirthe. 29. I. 156. ff. — Befreiung der Getränkezwang-Verlagsberechtigten von ſelbiger. 28. I. 177. — vom Getreidehandel. 29. III. 614. 615. — Gewerbeſteuer der Handwerker rückſichtlich der Zeitbeſtimmung. 26. IV. 995. — der für das Militair arbeitenden Handwerker. 18. III. 647. — allgemeine Beſtimmungen wegen Heranziehung der Handwerker zu ſelbiger. 27. I. 69—73. — Berechnung derſelben bei Bauhandwerkern. 27. I. 70. — deren Entrichtung von Seiten der, die Badeorte beziehenden und ihre Waaren daſelbſt in offenen Läden feilbietenden Handwerker. 27. I. 73. — von Obſt-Händlern. 25. I. 232—234. — von Handelsleuten, welche Jahr- und Wochenmärkte beziehen. 27. II. 376. — Klaſſifikation der Handeltreibenden zu derſelben. 31. IV. 923. 933. — deren Entrichtung von Seiten der Handwerksgehülfen. 23. I. 38. — von Hammerwerken. R. v. 15. Jan. 1834. — 34. I. 50. — für den Betrieb des Hauſirhandels. 21. I. 176. — 22. I. 87. — 24. IV. 1152. 1157. seq. — für den Gewerbebetrieb im Umherziehen. 25. IV. 916. — deren Nachzahlung für den Gewerbetrieb im Umherziehen ohne Gewerbeſchein. 26. III. 817. — für Hauſir-Gehülfen. 24. III. 903. — IV. 1157. — wird für

die Feilbietung von Waaren durch Umhertragen in dem Polizei-
Bezirke des Wohnorts nicht entrichtet. 29. II. 371. — vom Ge-
werbebetriebe im Umherziehen von Markt zu Markt. 29. III. 614.
615. — der Hebammen. 17. IV. 271. — Befreiung der Hüt-
tenbetriebe von derſelben. R. v. 15. Jan. 1834. — 34. I. 50.
— deren Entrichtung von Kalkbrennereien. 23. I. 35. — IV. 784.
— 26. III. 707. — Befreiung der Kaufleute von derſelben.
31. II. 273. 277. — III. 538. f. — Klaſſifikation der Kauf-
leute in Schleſien zu derſelben. 31. IV. 923. 933. — deren Er-
hebung von Krugwirthſchaften auf dem Lande. 22. III. 763.
von Künſtlern überhaupt. 25. III. 609. — Seitens der Lehr-
linge. 17. II. 50. — in Beziehung auf Lehrlinge. 27. I. 71.
seq. — für Lohnfuhren — wer hiervon frei iſt, ſ. Lohnfuhr-
gewerbe. — von Poſthaltern für den Betrieb des Lohnfuhr-
gewerbes. 25. II. 310. — von Fuhrleuten. 27. II. 377. — de-
ren Erhebung von Lohn- und Fracht-Fuhrleuten. 28. II. 326.
— deren Berechnung und Erhebung von den letztern. 33. IV. 916.
— von Lotterie-Einnehmern. 26. III. 708. — desgl. von
Lumpenſammlern. 21. II. 434. — Befreiung der Marke-
tender von ſelbiger. 24. III. 908. — deren Entrichtung mit 2
Rthlr. jährlich von Seiten der Marketenderinnen in den Ka-
ſernen. 29. II. 262. — in wie weit ſolche für den Handel von
Markt zu Markt zu entrichten iſt. 30. III. 610. — IV. 829. —
der Militair-Perſonen, welche bürgerliche Gewerbe treiben.
18. I. 21. — deren Entrichtung vom Mühlengewerbe. 32.
III. 773. — der Kaufleute, welche eigene Mühlen beſitzen.
32. IV. 891. — deren Berechnung für Waſſer-Mühlenwerke.
33. II. 333. — von Mühlen, deren Berechnung, ſ. Mühlen-
Gewerbe. — von Müllern, für den Handel mit eigenen
Mühlen-Fabrikaten. 27. IV. 903. — deren Entrichtung von um-
herziehenden Muſikern. 29. IV. 798. — deren Entrichtnng von
Obſt-Pächtern. 25. I. 232 — 234. — in wie fern ſolche von
Jagd-Pächtern zu entrichten iſt. 19. I. 49. — ſiehe auch Päch-
ter. — Poſtmeiſter und Poſtwärter bleiben für die Bewir-
thung der Poſtreiſenden von ſelbiger befreit. 25. I. 59. — deren
Entrichtung von umherreiſenden Kaufleuten und Kommis. 21.
II. 312. desgl. von den mit Muſterkarten reiſenden, oder Waa-
renbeſtellungen ſuchenden Kaufleuten. 25. I. 234. — Befreiung
der kaufmänniſchen Reiſediener von ſelbiger. 23. III. 554. —
der Oeconomen von Reſſourcen und Logen. V. v. 2. Mai 1834. —
34. III. 681. — deren Erhebung von der Rhederei. 26. IV. 994.
— für den Betrieb der Rhedereigeſchäfte. 27. IV. 901. —
auf ſelbige können die Zuſchläge zur Beſtreitung der Kommunal-
Bedürfniſſe in den Rheinprovinzen nicht angelegt werden. 27. II.

445. — IV. 968. — deren Entrichtung von umherziehenden Schauſpielern. 21. IV. 798. — vom Handelsbetriebe der Frachtſchiffer. 33. III. 623. — vom Schiffergewerbe mit Stromſchiffen und Lichterfahrzeugen. 17. IV. 35. — 22. IV. 853. — 24. II. 352. — 25. III. 727. — 26. IV. 992. — für den Betrieb des Schiffergewerbes. 27. IV. 900. — Sicherung derſelben bei Veränderungen in dem Betriebe des Schiffergewerbes. 33. II. 334. — deren Entrichtung von Schlächtern. 24. III. 703. — Befreiung der Schlächter benachbarter Städte und Dörfer von ſelbiger. 23. III. 693. seq. — desgl. von Schlächtern als Viehhändlern. 18. III. 647. — von Speiſe- und Schankwirthſchaften. 31. IV. 726. — der Tabacksſpinner. R. v. 3. Dez. 1833. — 34. I. 54. — Todtengräber ſind von deren Entrichtung frei. 19. IV. 908. — von Tonkünſtlern. 17. II. 52. — von Viehhändlern. 25. II. 311. — III. 735. — von Ziegelbrennereien. 23. I. 35. IV. 784. — 26. III. 707. — desgl. für das Vermiethen möblirter Zimmer. 22. III. 552. — 24. IV. 1012. u. R. v. 13. März 1834. — 34. I. 54. — ſiehe auch Gewerbeſcheine.

Gewerbe-Steuer-Anmeldungsſcheine, deren Ausfertigung und Unterſcheidung von den Gewerbeſcheinen. v. K. A. 30. I. 34. f.

Gewerbeſteuer-Defraudation, deren Rüge und Beſtrafung. G. S. 1808. p. 476. Wer ſich einer Defraudation ſchuldig macht, verfällt in eine Geldſtrafe, welche dem ſechsfachen Werthe der von ihm jährlich zu bezahlenden Steuer gleich iſt. §. 2. des E. v. 2. Nov. 1810. G. S. 79. I. G. S. 1820. p. 155. G. S. 1824. p. 133. f. — und es trifft dieſe Strafe auch denjenigen, welcher in Fällen, wo eine beſondere polizeiliche Qualifikation erforderlich iſt, ohne Löſung eines Gewerbeſcheins, ein Gewerbe anfängt oder fortſetzt. R. v. 16. May 1815. P. A. B. 235. V. und den Polizei-Directoren, Landräthen und Beamten iſt die Befugniß ertheilet, ohne vorherige Anfrage durch ein Reſolutum, bis auf eine Strafe von 6 Rthlr. zu erkennen, unter welcher Strafe die currente Abgabe nicht begriffen, ſondern ſolche neben der Strafe nach dem §. 2. des Gewerbe-Steuer-Edicts v. 2. Nov. 1810. G. S. 79. X. zu beſtimmen iſt. Dekl. der Inſtr. v. 23. Dec. 1811. K. A. B. 269. II. v. 29. May 1812. P. A. B. 2421. K. A. B. 206. Von dem Denunciantenantheile, p. 113. I. 380. II. — Von Beſtrafung der, R. v. 29. Mai 1812. P. A. B. 244. II. Wenn der Gewerbſchein noch nicht ausgelöſet iſt, ſollen die Steuerbehörden die Ertheilung des Steuerzettels verweigern. K. A. B. 556. III. 106. IV. — Bei der Verhaftung der Gewerbetreibenden für ihre Leute und Gehülfen liegt da, wo ſie das Geſetz ausgeſprochen hat, nicht blos die Tendenz eines Ci-

vilanſpruchs, ſondern auch der Zweck einer eventuellen Strafe, als gleichzeitiges Abſchreckungsmittel, zum Grunde. Reſcr. v. 12. Febr. 1822. v. K. J. XIX. 197. — deren Beſtrafung. v. K. A. 23. III. 560. — 25. III. 731. — Subſtitution der Gefängnißſtrafe in ſelbigen. 25. II. 467. — Koſten-Aufbringung bei deren Unterſuchung. 22. IV. 856. — Portopflichtigkeit der Bericht- u. Akten-Sendungen in ſelbiger. 25. II. 342—345. — ausländiſcher Hauſirer, deren Unterſuchung. 26. IV. 1000. — Feſtſetzung der Gewerbeſteuer-Strafe für den unbefugten Gewerbebetrieb im Umherziehen. 26. III. 817. — Rekursverfahren in ſelbigen. 27. III. 745. — ſiehe auch Gewerbe-Polizei-Kontraventionen. — deren Beſtrafung. 28. II. 517. — Berechnung der aus ſolchen herrührenden Steuernachzahlungen. 31. III. 540. f. — Führung der Unterſuchungen über dieſelben Seitens der Gewerbe-Steuer-Aufnahme-Behörden ohne beſondere Remuneration. 33. I. 67. — Vermeidung von Zeugengebühren bei deren Unterſuchung. 33. II. 330.

Gewerbeſteuer-Edikt, v. 2. Nov. 1810. G. S. 1810. p. 79 — 94. — neueres, v. 30. Mai 1820. mit Aufhebung des erſtern. G. S. 1820. p. 135. 147 — 164. — nähere Beſtimmungen in Beziehung auf die §. §. 3. und 5. deſſelben, wegen der Gewerbeſteuer vom Handel. G. S. 1826. p. 61. — v. 2. Nov. 1810. §. 17. Erläuterungen deſſelben. v. K. A. 27. I. 217. 219. — 28. II. 530. — III. 769. — §. 18. v. K. A. 28. I. 180. — §. 19. v. K. A. 28. I. 17. — vom 30. Mai 1820. — §. 11. v. K. A. 28. IV. 1076. — Inſtruktion zur Erhebung der Gewerbeſteuer, v. 10. Novbr. 1820. §. 13. v. K. A. 28. IV. 982. — Edikt v. 28. Oct. 1810. — §. 18. v. K. A. 29. II. 337. — desgl. v. 2. Nov. 1810. §. 18. v. K. A. 29. III. 581. v. 30. Mai 1820. §. 4. v. K. A. 29. II. 262. — §. 8. v. K. A. 29. I. 153. §. 8. der Beilage zu ſelbigem. v. K. A. 29. II. 261. — v. 2. Nov. 1810. — Anwendung der §. §. 19. u. 21. in Beziehung auf die Zulaſſung zum Gewerbebetriebe. v. K. A. 33. II. 490. f.

Gewerbeſteuerfreiheit des Hüttenbetriebs, ſ. Hüttenbetrieb. — gegenſeitige mit dem Kurfürſtenthume Heſſen für gewiſſe Fabrikanten und Gewerbetreibende. v. K. A. 32. IV. 868 — 873. — desgl. mit dem Großherzogthume Heſſen. 32. IV. 873. f.

Gewerbeſteuer-Geſetz; ſiehe Gewerbe-Steuer-Edikt.

Gewerbeſteuer-Inſtruktion vom 10. Nov. 1820. — §. 13. v. K. A. 29. II. 261.

Gewerbeſteuer-Iſt-Einnahme, Aufſtellung ſummariſcher Jahres-Nachweiſungen von ſelbiger. v. K. A. 27. IV. 894.

Gewerbeſteuer-Kontravention; ſiehe Gewerbeſteuer-Defraudation.

Gewerbeſteuer-Nachweiſungen u. Erhebungsrollen, deren jährliche Anfertigung durch die Kommunal- und Kreisbehörden, und reſp. unter Konkurrenz der Steuerbehörden. G. S. 1810. p. 85. — 1820. p. 152. — deren Prüfung und Feſtſetzung durch die Regierungen; ebendaſ. — Rekursverfahren darin, findet zunächſt an den Landrath, dann an die Regierung und zuletzt an das Finanz-Miniſterium Statt. G. S. 1820. p. 152.

Gewerbeſteuer-Reſte, deren Verrechnung v. K. A. 32. III. 615.

Gewerbeſteuer-Rollen, neue, Vorſchriften für deren Aufſtellung. v. K. A. 33. II. 322 – 328.

Gewerbeſteuerſatz. Von deſſen Normirung des erſten Jahres bei neuen Etabliſſements. N. A. B. 80. IV. bei Fabrikunternehmern. 88. I. 522. III. P. A. B. 414. K. A. B. 226. bei Viehhändlern. R. v. 28. Jan. 1813. p. 127. III. In Gewerbeſteuer-Defraudations-Sachen ſoll auch wegen Bezahlung der verkürzten Gefälle jedesmal das Nöthige beſtimmt werden. K. A. B. 206. II. Wie der Denuncianten-Antheil (K. A. B. 113. I.) zu berechnen. p. 380. für die Privat-Kalk- und Mergel-Brennereien und Ziegeleien. P. A. B. 64. VII.

Gewerbeſteuer-Strafen, für den unbefugten Gewerbebetrieb ohne förmliches Rekursverfahren. v. K. A. 31. III. 603. — Verwendung und Verrechnung der Konfiskate bei denſelben. 33. II. 328. — Verrechnung derſelben für die unterlaſſene Anmeldung des Anfanges oder Aufhörens eines Gewerbes bei der Gewerbe-Steuerbehörde. 33. II. 329.

Gewerbeſteuer-Veranlagungen, jährliche, Zuſammenſtellung des Solls derſelben. v. K. A. 31. II. 272.

Gewerbeſteuer-Zuſchlag, von Brauereien und Schankwirthſchaften, deſſen Erhebung in den vom Zollverbande ausgeſchloſſenen Landestheilen des Erfurter und Koblenzer Regierungsbezirks. G. S. 1826. p. 88. 89.

Gewerbetreibende, müſſen ſich bei Ausübung ihres Gewerbes den polizeilichen Beſchränkungen unterwerfen. G. S. 1810. p. 83. — müſſen das Bürgerrecht gewinnen, und zu den Kommunal-Laſten beitragen. G. S. 1811. p. 263. — wird denſelben das Bürgerrecht geſetzl. verſagt, ſo können ſolche auch kein Gewerbe ſelbſtſtändig betreiben. G. S. 1811. p. 263. — Abänderung dieſer Beſtimmungen. G. S. 1822. p. 206. — 1823. p. 42. — müſſen ſich Behufs des Gewerbebetriebes bei der Kommunalbehörde des Orts melden. G. S. 1820. p. 150. — Aufnahme derſelben in die Gewerbeſteuer-Liſten. G. S. 1820. p. 151. — welche in geeignetem Alter ſich dem Kriegsdienſte unter nichtigen Vorwänden entziehen, ſollen ihren Gewerbeſchein verlieren, unter Vormundſchaft

geſtellt, und der Beſitztitel der von ihnen erworbenen Grundſtücke auf deren Vormünder eingetragen werden. G. S. 1813. p. 21. — unzünftige, können auch Lehrlinge und Gehülfen annehmen. G. S. 1811. p. 264. — Preisbeſtimmung ihrer Waaren nach der neuen Münzeintheilung. G. S. 1823. p. 128. — mit kaufmänniſchen Rechten, ſind ſtrafbar, wenn ſie ihre Bücher und die Auszüge aus ſelb. nicht nach der preuß. Münzeintheilung führen. G. S. 1826. p. 116. — 1830. p. 3. 22. — deren Verkehr mit Material-, Spezerei- und Stuhlwaaren. G. S. 1824. p. 183. — Aufbringung der Gewerbeſteuer von ſelbigen. G. S. 1820. p. 151. — gewiſſe, ſind für die Kontraventionen und Defraudationen ihres Geſindes und ihrer Angehörigen auch rückſichtlich der verwirkten Geldſtrafe verhaftet. G. S. 1812. p. 193. — müſſen bei Steuer- und Zoll-Kontraventionen für ihr Geſinde, ihre Diener haften. G. S. 1818. p. 134. 135. — 1821. p. 187. — im Umherziehen, welche dazu zu rechnen ſind. G. S. 1811. p. 276. f. — 1820. p. 153. — 1824. p. 126. ff. — Verhaltungsregeln für ſelbige. G. S. 1824. p. 132. — Strafbeſtimmungen für Uebertretungen derſelben. G. S. 1824. p. 133. f. — deren Beſtrafung für nicht nachgewieſene Verſteuerung in den Gränzbezirken. G. S. 1823. p. 161. — Beſtrafung derſ. für Unterſchleife mit den ihnen zur Erleichterung ihres Gewerbes anvertrauten ſteuerfreien Waaren. G. S. 1818. p. 135.— ſ. auch Gewerbeſcheine, Gewerbeſteuer u. Hauſirgewerbe, desgl. Mahl- und Schlachtſteuer. — Ausſtellung der erforderlichen Qualifikations-Atteſte für ſelbige. v. K. A. 22. I. 187. — II. 343. — im Laufe des Jahres neu hinzugetretene, Gewerbeſteuer-Entrichtung von ſelbigen. 25. I. 58. — Verfahren rückſichtlich der von ſelbigen in den Grenzbezirken nicht nachgewieſenen Verſteuerung. 23. IV. 783. — in wie weit ſolche zur Gewinnung des Bürgerrechts angehalten werden können. 24. IV. 1111. — 25. I. 145—148. — II. 404. — brauchbare, deren Einwanderung aus dem Auslandde. 26. IV. 1124. (ſiehe auch Ausländer.) — umherziehende, Verhalten derſelben, und darüber von den Polizeibehörden auszuſtellende Zeugniſſe. 19. I. 184. — dürfen nur auf Konzeſſionen, welche das Polizei-Miniſterium oder die Regierung ertheilt, umherziehen. 17. I. 243. — ſie bedürfen zum Reiſen im Inlande keines beſondern Paſſes. 17. III. 131. — wohl aber der Konzeſſion der Regierung. 17. III. 132. — der öffentlichen Sicherheit gefährlich, Aufſicht auf dieſelben. 17. III. 131. — vagirende, ſollen genau kontrollirt werden. 17. I. 239. — polizeiliche Aufſicht auf ſelbige. 17. I. 239. — III. 131. — 20. I. 64. — II. 279. — IV. 879. — dürfen Kinder unter 14 Jahren nicht mit ſich führen. 17. I. 240. (conf. 17. I. 207. — II. 475. seq.) — auswärtige, Beſuch der Jahrmärkte durch ſelbige. 23. IV. 943. — um-

herziehende, als Thierführer ꝛc., ſollen an die Orts-Kommunal-Kaſſen und Armenfonds keine Abgaben mehr entrichten. 21. III. 651. — IV. 894. 895. — Schaffner gehören zu der Klaſſe der Gewerbsgehülfen, für deren Handlungen die Gewerbetreibenden haften müſſen. S. u Str. R. 1. Bd. No. 61. p. 219. — an verſchiedenen Wohnorten, Befreiung derſelben von der zwiefachen Erlegung der Bürgerrechtsgelder. v. K. A. 27. II. 439. — IV. 967. — an verſchiedenen Wohnſitzen, Beitragspflichtigkeit derſelben zu den Kommunallaſten. 27. I. 141. — umherziehende, ſollen Kinder unter 14 Jahren nicht bei ſich führen. 27. I. 207. — in wie weit bei Ausländern davon Ausnahmen zu geſtatten ſind. 27. I. 208. II. 475. — im Umherziehen, mit General- oder Spezial-Konzeſſionen verſehen, Aufhebung der frühern Beſchränkungen rückſichtlich derſelben. 28. II. 534 — 537. — ſelbſtſtändige, Beurtheilung deren Streitigkeiten zwiſchen ihnen und ihren Gehülfen und Lehrlingen. 29. I. 149. — einſtweilen zum Kriegsdienſte einberufene, Rückzahlung der Gewerbeſteuer an dieſelben und Verfahren wegen derſelben beim Wiederbeginn ihrer Gewerbe. 31. III. 537. — im Umherziehen, von Markt zu Markte, in wie weit es dazu der Löſung eines Gewerbeſcheins bedarf. 31. I. 146. — im Umherziehen, die Bewilligung von Begleitern für dieſelben kann nur durch die Regierungen erfolgen. 33. I. 192. — Aufnahme deren Signalements in die Gewerbeſcheine. 33. I. 192. II. 501. — bei Viehhändlern kann der Wechſel ihrer Begleiter von den Ortsbehörden bewilligt werden. 33. I. 193. — wenn ſie ohne Gewerbeſcheine auswärtige Märkte beſuchen, desfalſiges Verfahren. V. v. 11. Febr. 1834. — 34. III. 683. ſiehe überhaupt Abgaben, Gewerbe, Gewerbeſcheine, Gewerbeſteuer, und Hauſirhandel. ſiehe a. Gewerbeſteuer-Kontravention.

Gewerbeverkehr, unbeſchränkter zwiſchen den gegenſeitigen Unterthanen in Beziehung auf die mit fremden Staaten beſtehenden Zollvereins-Verträge. v. K. A. 32. II. 354.

Gewerbe-Verwaltung, des Miniſteriums des Innern, Verrechnung der derſelben zuſtändigen extraordinairen und Rück-Einnahmen. v. K. A. 29. III. 488.

Gewerbsberechtigungen, Real-, deren Ablöſung. v. K. A. 23. I. 152 — 156. ausſchließliche, in den Städten der Provinz Poſen, ſind aufgehoben. Geſetz v. 13. Mai 1833. G. S. 1833. p. 52 — 54.

Gewerbsgehülfen, allgemeine polizeiliche Anordnungen wegen des Wanderns derſelben, zur Verhütung deren zweckloſen Umherſchweifens, Regulativ v. 24. April 1833. v. K. A. 33. I. 185 — 190. — ſiehe ferner Handwerksgeſellen.

Gewerbsleute, fremde, umherreiſende, Verhütung, daß

verdächtige Perſonen nicht unter deren Namen ſich ins Land einſchleichen. v. K. A. 31. I. 125.

Gewerbs-Rollen, in Neu-Vorpommern, Abſtellung der darin vorkommenden Mängel. v. K. A. 22. III. 640—645.

Gewerbsweſen, Königl. Baierſche Grundbeſtimmungen für ſelbiges. v. K. A. 27. IV. 1037.

Gewerke, noch beſtehende, polizeiliche Beaufſichtigung derſelben. v. K. A. 21. IV. 959. seq. — neue, deren Einführung ſoll nicht geduldet werden. 17. I. 78.

Gewerks-Aſſeſſorate, mit ſolchen ſoll künftig keine Beſoldung verbunden werden. v. K. A. 30. III. 597. — Verpflichtung auch der unbeſoldeten Magiſtrats-Mitglieder zu deren Uebernahme; ebendaſ.

Gewerks-Aſſeſſoren, deren Behältniſſe und Gebühren. v. K. A. 22. II. 418. — 23. II. 380—384.

Gewerkſchaften, Legitimation derſelben in Prozeſſen. Cab. Ord. v. 24. Oct. 1831. G. S. 1831. p. 226. — ſiehe a. Unterſuchungskoſten.

Gewerks-Verſammlungen, polizeiliche Beſtrafung der in denſ. vorfallenden Händel u. Schlägereien. v. K. A. 33. III. 775.

Gewerks-Zünfte und Innungen; ſiehe Zünfte.

Gewicht, des Mehls zum Getreide. G. S. 1808. p. 221. — deſſen Beſtimmung für Gerſte in der Bearbeitung zu Mehl. G. S. 1812. p. 187. — Berichtigung des dafür angenommenen Gewichts. G. S. 1813. p. 43—45. — bei Entrichtung der Mahl- u. Schlachtſteuer. G. S. 1820. p. 146. — deſſen Beſtimmung bei Waaren-Eingangs- Ausgangs- und Durchgangs-Abgaben überhaupt. G. S. 1818. p. 120. — 1821. p. 182. — 1824. p. 203. 204. — 1827. p. 153. f. — deſſen Berechnung bei der Elbſchifffahrts-Abgabe. G. S. 1822. p. 13. f. 23. — 1824. p. 205. — 1825. p. 177. f. — desgl. bei den Weſerzöllen. G. S. 1824. p. 31. 44. f. — Tabellen für ſelbiges bei letzteren. G. S. 1826. p. 29. 35. — für Ajuſtirung der Gewichte ſollen in den Regierungs-Departements Komtoirs errichtet werden. G. S. 1808. p. 497. — 1816. p. 142. 143. (ſiehe auch Eichungs-Aemter u. Eichungs-Kommiſſionen.) — Anfertigung und Aufbewahrung von Probegewichten. G. S. 1816. p. 142. 143. 149. ff. — die für die Eichungs-Aemter gefertigten, ſollen alle drei Jahre geprüft werden. G. S. 1816. p. 143. — Provinzial-Gewichte, einzelne, in wie weit deren Gebrauch im Privatverkehr noch zu geſtatten iſt. G. S. 1816. p. 152. — geſtempelte, deren unerläßlicher Gebrauch im öffentlichen Verkehr. G. S. 1816. p. 144. — dürfen durch Gebrauch oder Zufall nicht unrichtig werden. G. S. 1816. p. 145. — deren polizeiliche Unterſuchung u. Berichtigung. G. S. 1816. p. 145. — unge-

ſtempelte, können nur im Privatgebrauche ſtatt finden. G. S. 1816. p. 144. ff. ungeſtempelte, diejenigen Waarenverkäufer, bei welchen ſolche im Beſitze oder Gebrauche gefunden werden, ſollen auch die Konfiskation derſelben, außer der verwirkten Polizeiſtrafe erleiden. G. S. 1827. p. 83. — ſiehe auch Gewichts-Ordnung. — Publ. die Anſchaffung eiſerner Waagebalken und Gewichte zu den Mühlen-Waagen betr. N. A. B. 122. 235. I. 84. 168. II. Von dem franzöſiſchen Maaße und Gewichte. p. 148. P. A. B. 87. 122. — Verfahren rückſichtlich deren Stempelung. v. K. A. 18. II. 470. seq. — 24. IV. 1171. — techniſche Reviſion derſelben. 24. IV. 1173. — Normal-, deren Anſchaffung. 19. IV. 995. — deren Eichung von drei zu drei Jahren bei den Poſtanſtalten. 25. IV. 948. 1061. — von Gußeiſen, deren Ajuſtirung und Eichung. 23. II. 339. — III. 688. — richtige und geſtempelte, deren Führung. 20. IV. 875. — Verhältniß derſelben beim Mehl und den Körnern in einem Zentner Getreide. 20. III. 530. — beim Fleiſchverkauf, deren Verhältniß zu dem Berliner u. dem neuen Preuß. Gewichte. 19. I. 288. seq. — des in Bunden zum Verkauf gebrachten Strohes in der Stadt Berlin. 20. IV. 882. — die allgemeine Einführung gleichförmiger Gewichte der Strohbunde ſoll nicht ſtattfinden. 21. I. 179—181. — der Militair-Fleiſchportionen. 17. I. 285. — geſtempelte, deren Gebrauch von Müllern. 21. II. 433. — allgemeine Verordnung für ſelbige in den Niederlanden. 18. III. 905. — deren Stempelung für den öffentlichen Verkehr. v. K. A. 29. I. 135. — jeder Käufer iſt berechtigt, die Waaren nach ſolchen zugewogen zu verlangen. 29. II. 386. — deren dürfen ſich die Gaſtwirthe nur geſtempelt bedienen. 29. II. 386. — ungeſtempelte, ſind nur für den eigenen Wirthſchaftsgebrauch geſtattet. 29. I. 135. 136. — ausländiſche, dürfen zur Erleichterung des Verkehrs mit Ausländern nicht angewendet werden. 29. I. 136. — aus Zink, Anfertigung derſelben und Gebührenſätze für deren Eichung. v. K. A. 30. IV. 820. f. — desgl. für Meſſinggewichte. 30. IV. 822. — der Steuerämter und Poſtanſtalten, ſollen nur alle drei Jahre durch die Eichungsämter revidirt werden. 32. II. 456. — Anordnungen für deren Gebrauch in der Rheinprovinz. 32. I. 228. — ſiehe auch Probemaaße, deren Reviſion und Verifizirung bei den Königl. Steuerämtern. 33. III. 774. — (und Maaße) geſtempelte, ſollen angeſchafft werden; ſiehe Maaße.

Gewichts-Kontraventionen und Vergehungen, deren Unterſuchung u. Beſtrafung. G. S. 1816. p. 144. ff. — die Hälfte der für ſelbige geſetzlich feſtſtehenden Geldſtrafen ſoll den Denuncianten zu Theil werden. G. S. 1820. p. 79. — Verfahren rückſichtlich derſelben. v. K. A. 25. I. 225. seq. — bei dem Verkaufe von Cichorien- und Tabacks-Packeten. 25. II. 455. — Verwendung der

Strafgelder in ſelbigen. 24. II. 488. seq. — 25. I. 171. — gebühren zur Hälfte den Denunzianten. 20. II. 246. — die für den Gebrauch ungeſtempelter Gewichte aufkommenden Strafen gebühren den Kommunen. 26. III. 818. — Strafen für die vorſchriftswidrige Bezeichnung derſelben. 28. I. 137. — ſiehe auch Maaß-Kontraventionen.

Gewichts- (und Maaß-) **Ordnung**, für die preuß. Staaten v. 16. Mai 1816. G. S. 1816. p. 142—152. — Strafbeſtimmungen für Kontraventionen gegen dieſelbe. G. S. 1816. p. 144. ff.

Gewinnbriefe, von Seiten der Gutsherrſchaften für bäuerliche Beſitzungen, deren Ertheilung und Annahme fällt fort. G. S. 1825. p. 81. 99. 116. — ſ. a. Bauergüter, Erbunterthänigkeit, gutsherrl. und bäuerl. Verhältniſſe.

Gewinngelder, ſ. Laudemien.

Gewitter, Vorſichtsmaaßregeln bei denſelben. v. K. A. 18. II. 433.

Gewitter-Ableiter, Konſtruktion derſelben. v. K. A. 23. IV. 915.

Gewohnheiten, A. L. R. Einl. 3. 4. rechtl. Folgen derſelben. J. M. III. 67. was dazu erforderlich? IV. 83. ſiehe Obſervanz. — verſchiedene, ſchädliche und anſtößige der Landbewohner, deren Abſchaffung. v. K. A. 19. II. 450. — 19. III. 759. — In wie weit können, nach dem Allgem. Landrechte durch hergebrachte Gewohnheiten, Rechte u. Verbindlichkeiten begründet werden? S. u. Str. R. 1. Bd. No. 94. p. 371. — Gewohnheitsrechte im Arnsbergſchen, ſ. Arnsberg. — Fragmente über das Verhältniß derſelben zu Geſetzbüchern, in beſonderer Beziehung auf die Verpflichtung der Descendenten, Laudemium von Ruſtikalſtellen zu entrichten. Abh. v. K. J. XXXIII. 3—125.

Gewürze, ausländiſche, mit ſelbigen darf kein Hauſirhandel getrieben werden. v. K. A. 21. III. 591.

Gewürzkrämer, Droguiſten ꝛc. ſiehe letzt.

Gewürzkram, in wie fern ſolcher in den kleinern Städten mit den Apothekern verbunden ſeyn darf, beſtimmen die Regierungen. G. S. 1811. p. 360.

Geyſa, Bezirk im Fürſtenthum Fulda, wird von Preußen an Sachſen-Weimar abgetreten. G. S. 1818. (Anh.) p. 54. 55. 60. f.

Giboldshauſen, Amt, zum Eichsfelde bisher gehörig, tritt Preußen an Hannover ab. G. S. 1818. (Anh.) p. 58.

Gicht, ſ. Krankheiten, anſteckende.

Gichtſchein, ſ. Obduktion.

Giebel-Häuſer, deren Veränderung beim Neubau. v. K. A. 17. II. 238.

Giebelſchoß, ſ. Hufenſchoß.

Giebelſchoß-Kaſſe, der Kurmärkſchen Landſchaft, wird aufgehoben. G. S. 1820. p. 19.

Giebelwände, entfernte Anlegung derſelben von den nebenſtehenden Gebäuden. v. K. A. 33. I. 209.

Gießereien, landesherrl. beſonders des Geſchützes und der Ammunition, reſſortiren von der Abtheilung für Handel und Gewerbe im Miniſterio des Innern, unter Konkurrenz des Kriegs-Miniſteriums. G. S. 1810. p. 12.

Gießlieutenants, bei der Artillerie, können nach Willkühr Schulden contrahiren. R. v. 11. Juni 1786. E. S. p. 111. VIII.

Gift, A. L. R. II. XX. 693 — 701. — Strafe der Vergiftung, II. XX. 856 — 872. — der Weiden, Wieſen ꝛc. 1495. 1496. 1506 — 1508. — ſoll blos von Apothekern en detail verkauft werden. R. v. 6. Mai 1751. E. S. p. 91. X. A. L. R. Th. 2. Tit. 20. §. 693 — 700. — welche zur ſorgfältigen Aufbewahrung u. vorſichtigen Verabfolgung der Giftwaaren (was darunter begriffen. R. v. 1752. E. S. p. 281. p. 389. I.) verbunden ſind, ſ. a. Verordn. v. 12. Juni 1758. — Die weiße Nieſewurz ſoll nie anders als gegen Rezepte approbirter Aerzte, auch im Fall ihrer unentbehrlichen Anwendung zur äußerlichen Cur bei Viehkrankheiten nie anders als gegen glaubhafte, gleich den Giftſcheinen aufzubewahrende Scheine der Gutsbeſitzer, Beamten, Pächter, Verwalter, Prediger, Gerichtshalter und dergl. qualificirter Perſonen, in welchen die Gebrauchsbeſtimmung ausdrücklich beſtimmt ſein muß, verabfolgt werden. Publ. v. 21. Apr. 1800. E. S. p. 2823. X. v. 10. Dez. 1800. ibid. p. 3246. — Die Verordnungen des Medizinal-Ed. v. 1725., der V. v. 1758. der Apotheker-Ordn. v. 1801. p. 555. XI. des Regl. v. 19. Jan. 1802. p. 750. in Rückſicht der arſenikaliſchen Gifte ſind von dem K. Allgemeinen Polizei-Departement unter d. 30. Apr. 1812. näher declarirt worden. N. A. B. 225. II. P. A. B. 151. K. A. B. 402. V. wegen der Arſenikſolution, p. 78. III. die Kammer-Jäger dürfen ſich des Arſeniks bedienen, N. A. B. p. 554. P. A. B. 365. K. A. B. p. 36. III. Vom Genuß giftiger Schwämme u. Pilze, p. 269. — Publ. die Aufbewahrung der von den Kammerjägern zur Vertreibung der Ratten und Mäuſe ertheilten Mittel und deren Form betr. N. A. B. p. 428. V. P. A. B. 243. VI. Von dem Verpacken des Arſeniks in Fäſſern, p. 170. 214. VI. K. A. B. 149. 176. — arſenikaliſche, Vorſichtsmaßregeln bei deren Aufbewahrung, Verkauf und Gebrauch. v. K. A. 18. III. 852. — 22. IV. 958. seq. — 24. III. 928. — IV. 1192 — 1194. — deren Aufbewahrung und Verabfolgung in Apotheken. 20. I. 130. — 23. I. 138 — 143. — deren Verkauf durch Materialiſten und Droguiſten. 18. III. 853. — 23. I. 138 — 143. —

welche Stoffe nur zu ſelbigen gerechnet werden können. 23. III. 670. — Haltung des Flittnerſchen Giftbuches in den Apotheken. 23. IV. 995. — Vorſchriften über deren Aufbewahrung und Verkauf im Königreiche Hannover. 21. I. 266. seq. — ſ. a. Arſenik, Färbe-Material, Giftwaaren und Vergiftete. — deren Verkauf zur Vertilgung des Ungeziefers. R. v. 4. Jan. 1834. — 34. I. 247.

Giftgewächſe Deutſchlands, Empfehlung des Brandt- u. Ratzeburgſchen Werks über dieſelben. v. K. A. 30. IV. 843.

Giftpflanzen, deren Einſammeln. v. K. A. 17. II. 225. — ſollen den mit Gartengewächſen handelnden Perſonen von den Phyſikern kenntlich gemacht werden. 17. I. 233. — Verhütung von Unglücksfällen durch ſelbige. 23. I. 150. seq. — Warnung vor ſelbigen in den Kurheſſiſchen Schulen. 20. II. 432. — III. 672. — ſ. a. Vergiftete. — und Giftſchwämme, Belehrung u. Warnung rückſichtl. derſ. in den Schulen. 27. II. 427.

Giftſcheine, Form derſelben. v. K. A. 17. IV. 273.

Giftſtein, ſogenannter, Mißbrauch deſſelben bei Perſonen, welche von tollen Hunden gebiſſen worden. v. K. A. 19. II. 562. — III. 804.

Giftwaaren, die wegen ſorgfältiger Aufbewahrung derſelben und deren Verabfolgung zu beobachtende Vorſicht iſt auch auf weiße Nieſewurz anzuwenden. C. v. 25. März 1800. E. S. p. 2823. X. Ausführliche Anweiſung deshalb v. 10. Dez. 1800. p. 3246. X. — deren Verkauf und Aufbewahrung. v. K. A. 18. III. 853. — Handel mit ſelbigen. 19. I. 249. — II. 528. 570. — ſ. a. Gift. — deren feſte Verpackung bei Verſendungen. 27. IV. 1002. — deren ſichere Aufbewahrung und vorſichtiger Verkauf. 32. IV. 1031. — allgemeine Vorſchriften für den Handel u. Verkehr mit denſelben. 33. IV. 1091 — 1096.

Gilden, im ehemal. Königreiche Weſtphalen, Liquidation der Forderungen an deren von der weſtphäliſchen Regierung eingezogenes Vermögen. G. S. 1827. p. 15. 19. — kaufmänniſche, in Berlin, werden aufgehoben. G. S. 1820. p. 46. — desgl. in Stettin. G. S. 1821. p. 195. — desgl. in Memel. G. S. 1822. p. 153. — desgl. die Krämer-Sozietät in Danzig. G. S. 1822. p. 130. — ſ. a. Zünfte.

ſ. überhaupt Wechſelfähigkeit.

Gilde-Ordnung, modifizirte, Herzogl. Braunſchweigſches Geſetz darüber. v. K. A. 22. III. 779.

Gilgeſtrom, bei Reatiſchken, Fährgeld-Tarif für das Ueberſetzen über ſelbigen. G. S. 1822. p. 167. — Aufhebung dieſes Tarifs. G. S. 1824. p. 62.

Gimborn-Neuſtadt, Herrſchaft. Ueber die dortige eheliche Gütergemeinſchaft. v. K. J. XLII. 463 — 469.

Ginſter, die Vorſchriften des Geſetzes v. 7. Juni 1821 ſind auch auf Entwendung der Ginſter anzuwenden. v. K. J. XXXVII. 411. 412. u. v. K. A. 31. II. 345. — deſſen Entwendung auf der linken Rheinſeite. R. v. 31. Juli 1834. v. K. J. XLII. 174. — Ginſter-Entwendung, deſſen Beſtrafung. R. v. 14. Aug. 1834. v. K. A. 34. III. 661.

Gipſer, ſ. Handwerksprivilegien.

Giro, ſ. Wechſel.

Gläubiger, ſ. Konkurs, Subhaſtation. (in) Gleiche Theile gehen, von deſſen Erklärung bei Teſtamenten. J. M. I. 64. — deren Verhältniſſe zu ihren Schuldnern nach den General-Indultverordnungen v. 19. Mai u. 24. Nov. 1807. G. S. 1807. p. 150. f. 169. 179. f. — Verhältniſſe derſelben rückſichtl. der Lokation der Zinſen. G. S. 1808. p. 233. — deren Verhältniſſe zu ihren Schuldnern rückſichtl. der hypothekariſch verſicherten Kapitalien nach Aufhebung des allgemeinen Indults. G. S. 1811. p. 201. ff. — Real-, in wie weit ſolche einer veränderten Benutzung der Grundſtücke niemals widerſprechen, ſich auch jede Vereinzelung derſelben und außerordentliche Holzverkäufe gefallen laſſen müſſen. G. S. 1811. p. 303. — Erwerbung und Sicherung ihrer Hypothekenrechte. G. S. 1820. p. 106. — Rechte derſelben auf die Hypothekenzinſen während des Konkurſes. G. S. 1820. p. 34. — müſſen die von ihren Schuldnern für ſie bezahlte Kapitalien- und Zinſenſteuer denſelben erſetzen. G. S. 1810. p. 141. — verſtorbener Beamten und Penſionairs, haben auf die Gnadenbewilligungen für die Hinterbliebenen der letztern keine Anſprüche. G. S. 1820. p. 45. — des Staats, rückſichtl. der von letzterem übernommenen Provinzialſchulden, Verhältniſſe derſelben. G. S. 1822. p. 231. — Vorſchriften für die Klaſſifikation deren Forderungen in den wieder vereinigten Provinzen. G. S. 1814. p. 93. — aus dem Herzogth. Warſchau, Verfahren rückſichtl. deren Forderungen an preuß. Unterthanen. G. S. 1810. (A.) p. 635. — wegen deren Verhältniſſe zu ihren mit Grundeigenthum angeſeſſenen Schuldnern, in den an Preußen zurückgefallenen polniſchen Provinzen. G. S. 1815. p. 99. f. — 1818. p. 161. — deren Rechte und Verpflichtungen in Beziehung auf die ältern im Königr. Polen ausſtehenden Kapitalien. G. S. 1819. p. 200. f. — ſ. a. Warſchau, Herzogthum.

ſiehe ferner Indult, Baugläubiger, Forderungen, Hypothekenrechte, Präkluſions-Termin ꝛc.

einzelne, verſchuldeter Beamten, unmittelbare Zahlung von Gehalts-Abzügen der letzteren an erſtere. v. K. A. 30. II. 258 — 260. R. v. 16. Dez. 1831. über die Eintragung der Prioritätseinräu-

mung. v. K. J. XXXVIII. 289. 290. — das Rechtsverhältniß zwiſchen dem Käufer eines Grundſtücks, für welchen weder der Beſitztitel berichtigt, noch eine Proteſtation eingetragen iſt, und einem Gläubiger des Verkäufers, der ſich mit einem eintragungsfähigen Schuldinſtrumente meldet, iſt nach dem Allg. L. R. Th. I. Tit. XIX. §. §. 4. — 6. zu beurtheilen. R. v. 7. Jan. 1833. v. K. J. XLI. 265. 266. — deſſen Rechte auf den maritaliſchen Nießbrauch, ſ. Ehefrau, Ehemann. — Erbſchaftsgläubiger, ſ. Beneficialerben.

ſiehe überhaupt Adjudikation, Allodification, Gnadenmonat, Liquidationsprozeß, Löſchungsgeſuch, Präkluſion, Schuldgefangene, Sterbequartal.

Glaſer, Gewerbebetrieb derſelben in der Umgegend ihres Wohnorts. G. S. 1824. p. 127. — u. v. K. A. 23. II. 393. 395. 24. I. 266 — 268.

Glasfabrikanten, ſind zum Kaufe des ſchwarzen Salzes berechtigt. v. K. A. 17. II. 63.

Glashütten; nur dem Staate kommt es zu, die Erlaubniß zur Anlegung einer Glashütte zu ertheilen. A. L. R. Th. 2. Tit. 8. §. 407. ſ. St. B. p. 95. Th. XI. — Publ. wegen Anlegung neuer und Verlegung alter Glashütten, v. 2. Oct. 1799. (beſond. gedr.) — inländiſche, Stempelung der von ſelbigen verfertigten Flaſchen. G. S. 1816. p. 147. — 1821. p. 45.

Glasmalereien, alte, deren Erhaltung. v. K. A. 30. I. 10.

Glaſur, der Geſchirre, ſoll in Kurheſſen unterſucht werden. v. K. A. 18. II. 605. — ſ. übrigens Kochgeſchirre, irdene, und Töpferwaaren.

Glasverkauf, Denunciationen wegen Glasverkaufs im Lande aus Privat-Glashütten werden bei der Cammer angebracht. J. C. v. 22. Sept. 1784. Kl. A. 233. IX. Verordnungen wider die Einfuhr fremden Glaſes v. 1. Juli 1602. C. S. V. II. III. No. 2. v. 20. Jan. 1611. No. 4. v. 21. Dec. 1658. IV. II. II. No. 8. v. 11. März 1667. No. 16. v. 24. Febr. 1668. IV. II. Anh. ad C. II. No. I. v. 25. Sept. 1673. IV. II. II. No. 12. v. 20. Oct. 1675. V. II. III. No. 21. v. 7. Juni 1678. IV. II. II. No. 18. wegen der zu Neuſtadt an d. Doſſe angelegten Spiegel-Glashütte v. 17. Dez. 1692. No. 27. v. 9. Mai 1695. No. 28. Ed. v. 14. Juni 1696. No. 29. 30. 40. ohne Erlegung von Prozenten, Pat. v. 2. Juni 1710. IV. II. II. No. 39. v. 21. Febr. 1720. No. 46. v. 1725. No. 49. R. auf den richtigen Gehalt der Bouteillen zu vigiliren, v. 23. Sept. 1768. p. 4093. IV. Publ. wegen Einführung des Glaſes aus den Schleſiſchen und andern Privatglashütten in ſämmtliche Königliche Provinzen v. 4. Nov. 1795. p. 2686. IX. beſonders

nach Oſt- und Weſtpreußen v. 11. Juli 1794. p. 2380. IX. — Glaſer, Glasſchneider, ſ. Handwerksprivilegien.

Glaswaaren, ſchlechte und ſchädliche, Warnung vor deren Gebrauch. v. K. A. 23. II. 377.

Glatz, Grafſchaft, Anordnung der Provinzialſtände für ſelbige. G. S. 1824. p. 62. ff. — Ermäßigung und Gleichſtellung der Salzverkaufspreiſe, ſo wie Aufhebung der Salzkonſkription in derſelben. G. S. 1816. p. 141. — ſ. a. Schleſien. ſ. ferner Städteordnung.

Glaubensbekenntniß, ſ. Religion.

Glauberſalz, deſſen Verkauf. v. K. A. 20. II. 328.

Glaubwürdigkeit, ſ. Gensd'armen, Urkunden, Wechſelproteſte.

Glocken, Publ. den unterſagten Gebrauch der, zu andern als gottesdienſtlichen Zwecken, N. A. B. 238. V. — kleine, für Schulen und Bethäuſer, deren Verkauf in der königl. Eiſengießerei zu Berlin. v. K. A. 31. I. 98. — ſ. a. Geläute und Kirchenglocken.

Glockengeld, an Kirchen, deſſen Erlegung in Neuvorpommern. v. K. A. 21. I. 78.

Glockengießereien, deren Anlegung in Städten. v. K. A. 29. II. 395.

Glöckner-Gebühren, deren Entrichtung für Grabſtellen. v. K. A. 17. IV. 98.

Glöcknerſtellen, deren Beſetzung. v. K. A. 21. I. 81.

Glogau, Publ. des Oberlandesgerichts, betr. die Beſtätigung und Eintragung der Verträge über Verkauf, Vererbpachtung oder Ablöſung ländlicher Grundſtücke, vom 21. März 1817. v. K. J. X. 51. — Publ., betr. die von den Untergerichten einzureichenden Tabellen und deren Form, v. 26. Jan. 1818. XI. 267. — Im Glogauer Konſiſtorial-Departement iſt die Obſervanz, daß bei Kirchenbauten die Koſten, welche zur Anſchaffung der Baumaterialien und zur Bezahlung des Handwerkslohnes erforderlich ſind, beim Unvermögen des Kirchen-Aerars, vom Patron getragen werden müſſen, und die Eingepfarrten nur mit Spann- und Handdienſten und Lieferung des benöthigten Strohes beim Bau concurriren. S. u. Str. R. 3. B. No. 8. p. 113. — ſ. a. Oberfeſtungen.

Glücksbuden, deren Errichtung ohne ausdrückliche Genehmigung des Staats iſt ſtrafbar. G. S. 1817. p. 5.

Glücksſpiele, öffentliche, ſollen nicht weiter geduldet werden. v. K. A. 17. I. 208. — deren Geſtattung auf Jahrmärkten, Schützenplätzen ꝛc. zur Ausſpielung von Kleinigkeiten. 17. II. 198. — 18. III. 764. — 24. IV. 1126. — öffentliche auf Jahrmärkten und bei Volksfeſten, unter welchen Umſtänden ſolche nicht zu

dulden ſind. v. K. A. 28. III. 740 — 743. — an öffentlichen Orten, auf Kirchweihen und Jahrmärkten, unbedingtes Verbot derſelben in den Rheinprovinzen. v. K. A. 30. IV. 797.

Gnadauer Brüdergemeine, deren kirchliche u. Schulverhältniſſe. v. K. A. 29. II. 289.

Gnadenbewilligungen, (Gnadengeſchenke,) größere, bedürfen der Allerh. Genehmigung. G. S. 1810. p. 9. — für die Hinterbliebenen verſtorbener Beamten und Penſionairs, deren Verwendung. G. S. 1820. p. 45. — auf ſelbige haben Gläubiger keine Anſprüche, ebendaſ. — für die aus dem dazu beſtimmten Fonds angewieſenen Zahlungen bedarf es keines jährl. Etats, ſondern nur der Einreichung einer jährlichen Nachweiſung an das Königl. Finanz-Miniſterium. v. K. A. 26. IV. 965. — bei Gehältern, Penſionen und Unterſtützungen. 23. IV. 767. — für die Hinterbliebenen verſtorbener Wartegelds-Empfänger. 25. III. 586. — bei Kirchen-, Pfarr- und Schulbauten. 23. III. 626. — IV. 841. — für die Hinterbliebenen verſtorbener Beamten, ſind von den Penſionsbeiträgen befreit. 25. III. 585. — IV. 872. — für die Hinterbliebenen ſtädtiſcher und Kommunal-Beamten. 27. II. 438. — für die Hinterbliebenen verſtorbener Beamten, deren Auszahlung und Verwendung. 28. IV. 967. — für die Hinterbliebenen verſtorbener Beamten und Penſionairs, deren Zahlung an diejenigen Deszendenten, welche die Beerdigung beſorgen, und dem Haushalte einſtweilen vorſtehen. 29. II. 215. ff. — deren Zahlung aus dem pommerſchen Meliorations-Zinſen-Fonds an die Hinterbliebenen verſtorbener Penſionairs. 29. II. 244.

Gnadengehalt, der Militair-Penſionaire, Präkluſionsfriſt rückſichtl. der Zahlung der Reduktions-Ausfälle an ſelbige. G. S. 1825. p. 13. — Das rückſtändige Gnadengehalt der Invaliden ſoll in Ermangelung bekannter Erben den Wittwen ganz gezahlt werden, ohne daß es einer Vorladung etwaniger unbekannter Erben bedarf. Cab. Ord. v. 7. Mai 1818. v. K. J. XI. 195. — ſiehe G n a d e n q u a r t a l, J n v a l i d e n, M i l i t a i r - W a r t e g e l d, S t e r b e q u a r t a l. — für die Hinterbliebenen verſtorbener Staatsdiener und Penſionairs. v. K. A. 20. I. 1. — nähere Beſtimmungen darüber. 20. II. 226. — III. 461. — Gläubiger der Verſtorbenen haben darauf keine Anſprüche. 20. I. 1. — Beſcheinigung der darüber ausgeſtellten Quittungen. 20. III. 460. 461. seq. — Befreiung von Kommunal-Beiträgen rückſichtl. deſſelben. 20. III. 554. — deren Auszahlung aus der Poſtillon-Armen- und Poſt-Strafkaſſe. 17. II. 35. — deſſen Zahlung an Invaliden. 23. II. 439. — ſoll von letzteren nicht länger als drei Monate unerhoben bleiben. 22. IV. 1049. seq. — für invalide Militairs, deſſen Wiedereinziehung oder Belaſſung bei Wiederanſtellungen oder Beſchäf-

tigungen im Staats- oder Kommunaldienſte. 25. II. 293. — 26. IV. 948. — deſſen Zahlung an die aus dem Civildienſte wieder ausgeſchiedenen Militair-Invaliden. 24. III. 652. — verſtorbener Invaliden, Auszahlung deſſelben an deren Wittwen und Erben. 18. III. 902. — 22. IV. 1050. — der Militair-Invaliden, deſſen Fortbezug bei vorübergehenden Beſchäftigungen. 27. II. 352. — der im Civil verſorgten Gensd'armen, Beſtimmung über deſſen Fortgenuß. 27. IV. 875. — der Militair.Invaliden, iſt den Penſionen gleich zu achten. 28. III. 652. — der in Unterbedienungen verſorgten Invaliden, Beſcheinigung der Berechtigung zu deſſen Fortgenuß. 28. III. 791. — Rückgewährung deſſelben an die auf unbedingte Kündigung angeſtellten aber wieder entlaſſenen Militair-Invaliden. 28. IV. 966. — bedingter Fortgenuß deſſelben von Seiten ausgeſchiedener Gensd'armen, bei Anſtellungen im Civil. 28. III. 738. — IV. 954. — letzteres findet auf die ehemal. Gouv. Miliz in den Rheinprovinzen keine Anwendung. 28. III. 738. — bedingte Fortgewährung deſſelben an die mit ſolchem ausgeſchiedenen Gensd'armen bei deren Anſtellung im Civil. 30. II. 356. — findet auch auf deren Wartegeld u. Penſion Anwendung; ebendaſ. — (Gnadenbewilligungen) für die Hinterbliebenen verſtorbener Staatsdiener, Auslegung und Anwendung der deshalb ergangenen Beſtimmungen. 32. IV. 828 — 843. — Anweiſung für die Landes-Juſtiz-Collegien zur Auslegung und Anwendung der Allerhöchſten Beſtimmungen wegen der, den Hinterbliebenen königl. Beamten zu bewilligenden Sterbe- und Gnadengehälter. Cirk. R. v. 26. Nov. 1832. v. K. J. XL. 447 — 461. — ſ. a. Militair-Gnadengehalt. — der Invaliden, deſſen Erhöhung. R. v. 29. Mai 1834. v. K. A. 34. II. 592. — ſ. auch Gensd'armen, Invaliden-Wohlthaten.

Gnadengeſchenk für Väter von ſieben Söhnen; ſ. Pathengeſchenk. — Königl. für beſtimmte Zwecke bewilligt, deren beſtimmungsmäßige Verwendung. v. K. A 27. I. 101. — ſiehe a. Sterbequartal.

Gnadenjahr, ſ. Sterbequartal. — für Wittwen und Kinder verſtorbener Offizianten kann nicht ſtattfinden. R. v. 14. Aug. 1813. v. K. J. 9. II. — ſ. a. Gnadengehalt.

Gnadenmonat, deſſen Bewilligung für die Hinterbliebenen königl. Beamten. G. S. 1816. p. 134. — ſoll den Hinterbliebenen der Penſionairs noch außer dem Sterbemonat zu Theil werden. G. S. 1816. p. 201. — auch den Hinterbliebenen penſionirter Militairperſonen. G. S. 1817. p. 6. — deſſen Befreiung von Beiträgen zu den Gemeindelaſten. G. S. 1822. p. 186. — iſt als Gnadenbewilligung für die Hinterbliebenen eines Beamten dem Anſpruche der Gläubiger nicht unterworfen. R. v. 15. Nov. 1819.

v. K. J. XIV. 211. — derſelbe, ſo wie das Gnadenquartal ſind Unterſtützungen für die Wittwe und die im Hauſe zurückgebliebenen Kinder eines Beamten, auf welche die verſorgten Söhne deſſelben keine Anſprüche haben. R. v. 24. Dez. 1824. XXIV. 313. — ſiehe Gehaltsentſchädigungen. — (Sterbe-Monat), Bewilligung deſſelben für die Hinterbliebenen verſtorbener Königl. Beamten. v. K. A. 17. I. 7. — deſſen Bewilligung für die Hinterbliebenen der Kreisphyſiker, Kreischirurgen und Armenärzte. 24. III. 919. — desgl. für die Hinterbliebenen verſtorbener Wartegeld-Empfänger. 31. III. 515. — desgl. für die Hinterbliebenen der Polizeibeamten. 17. II. 33. — IV. 127. 128. — desgl. für die Hinterbliebenen der Gensd'armerie-Wachtmeiſter und Gensd'armen. 24. I. 208. — II. 485. — 26. IV. 1095. — bei Kinder-Erziehungsgeldern. 24. I. 8. — deſſen Bewilligung für die Hinterbliebenen verſtorbener Penſionairs. 20. I. 2. — III. 461. — 21. II. 279. — 24. II. 333. — für die Hinterbliebenen ehemaliger Mitglieder aufgelöſeter Stifter ꝛc. 24. II. 335. — deſſen Zahlung an die Hinterbliebenen der mit Urlaubsgehalt entlaſſenen Invaliden. 26. I. 229. — desgl. an die Wittwen und Deszendenten verſtorbener Militair-Penſionairs und Invaliden. 26. IV. 1145. — deſſen Bewilligung für die Hinterbliebenen verſtorbener ſtädtiſcher Beamten. 23. IV. 858. — desgl. für die Hinterbliebenen verſtorbener Magiſtratsperſonen. 21. III. 644. — von den aus Kommunal-Fonds gezahlten Gehältern und Penſionen. 17. II. 33. — Entrichtung der Penſions-Beiträge von ſelbigen. 26. IV. 953. 958. 962. — Beſtimmungen darüber im Königreiche Würtemberg. 21. II. 484. — verſtorbener Beamten, Penſionsbeiträge von ſelbigem. 27. I. 40. — deſſen Bewilligung für die Hinterbliebenen verſtorbener, auf Kündigung angeſtellt geweſener Beamten. 27. II. 357. — für die Hinterbliebenen verſtorbener Beamten, Penſionsbeitrag von ſelbigem. 28. III. 653. für die Hinterbliebenen penſionirter Gensd'armen. 28. I. 135. — für die Hinterbliebenen verſtorbener Beamten und Penſionairs, Beſtimmung über deſſen ſofortige Auszahlung und Juſtificirung. 30. III. 489. — und Gnadenquartal, von deren Bewilligung für die Hinterbliebenen der Königl. Beamten, ſchließt keine Beamten-Kategorie aus. 31. III. 532. — Theilnahme der Wittwe u. der ſämmtlichen Kinder derſelben an denſelben. 31. II. 263. — IV. 707. — (Gnadenquartal), deſſen Bewilligung für die Hinterbliebenen der auf Kündigung bei einem Kollegio angeſtellt geweſenen Beamten. 31. II. 263. — (Gnadenmonat), von Wittwen-Penſionen, deren Zahlung an die Deszendenten. 31. III. 533. — können die Hinterbliebenen von Unterſtützungs-Empfängern aus dem Militair-Armen-Unterſtützungsfonds nicht erhalten. 33. II. 520.

Gnadenquartal, deſſen Bewilligung für die Hinterbliebe-

nen königl. Beamten. G. S. 1816. p. 134. — desgl. für die Hinterbliebenen von Kommunal-Beamten. G. S. 1826. p. 13. — Der Antrag des Stadtgerichts zu Königsberg in Preußen, auf Beibehaltung des Gnadenquartals für die Wittwen und Kinder verſtorbener Offizianten, iſt zurückgewieſen. R. v. 14. Aug. 1813. v. K. J. II. 9. — Es iſt die Abſicht der Cab. Ord. v. 27. Apr. 1816. geweſen, den Verwandten (Hinterbliebenen) eines verſtorbenen Beamten, die von ihm erhalten worden ſind, durch Zuwendung des Gnadenquartal ein Mittel gegen ſchleunige Verarmung zu gewähren, und ſie in die Lage zu ſetzen, ſich ein Unterkommen ohne Uebereilung ſichern zu können. Teſtamentserben, wenn ſie nicht im nahen Verwandtſchafts-Verhältniſſe ſtehen, und Seitenverwandte, welche nicht im Hauſe des Erblaſſers ſind, können zu den Hinterbliebenen nicht gerechnet werden. R. v. 27. Jan. 1819. XIII. 19. — Nur den Wittwen der Beamten, welche als Mitglieder oder Subalternen zu einem formirten Collegio gehört haben, ſteht nach der Cab. Ord. v. 27. Apr. 1816 ein dreimonatliches Gnadengehalt zu, in ſofern kein Sterbequartal mehr zahlbar iſt. R. v. 1. Apr. 1823. XXI. 282. — Die Wartegeld-Empfänger ſind nicht als Penſionairs, ſondern als zur Zeit nicht voll beſchäftigte Beamte anzuſehen u. ſteht ihnen in dieſer Beziehung der Genuß des Gnadenquartals zu. Schr. der General-Kontrolle v. 18. Juni 1825. XXV. 241. — ſ. Gehaltsentſchädigungen, Gnadenmonat, Kopialien-Ueberſchüſſe, Sterbequartal. — (Sterbequartale), deren Bewilligung für die Hinterbliebenen verſtorbener Staatsdiener. v. K. A. 17. I. 6. — 20. I. 1. — was von ſelbigen als Gnadenbewilligung anzuſehen iſt, an welche Gläubiger keine Anſprüche haben. 20. II. 226. — Bewilligung derſelben von fixirten Fuhrgeldern. 20. I. 5. — Beſcheinigung der über den Empfang derſelben ausgeſtellten Quittungen. 20. III. 460. 461. seq. — wer rückſichtl. derſelben zu den Hinterbliebenen zu zählen iſt. 18. I. 10. — für die Erben der Landräthe. 17. IV. 13. — desgl. für die der Polizeibeamten. 17. II. 33. — IV. 127. 128. — für die Erben der Geiſtlichen und Schullehrer. 17. III. 77. 86. — Nichtbewilligung derſelben für die Wittwen der Rheiniſchen Gensd'armerie-Offiziere. 21. I. 2. — deren Zahlung an die Hinterbliebenen verſtorbener Poſtbeamten. 20. III. 460. — Penſionsbeiträge von ſelbigen. 26. IV. 953. 958. 962. — Befreiung derſelben von Kommunal-Beiträgen. 20. III. 554. — deren Bewilligung für die Hinterbliebenen ſtädtiſcher Bürgermeiſter. 26. III. 763. — deſſen Bewilligung für ſtädtiſche und Kommunal-Beamte. 27. II. 438. — für Königl. Beamte, Penſions-Beiträge von ſelbigem. 27. I. 40. — für die Hinterbliebenen verſtorbener Beamten, Penſions-Beitrag von ſelbigem. 28. III. 653. — für die Hinterbliebenen verſtorbener

Beamten und Penſionairs, Beſtimmungen über deſſen ſofortige Auszahlung und Juſtificirung. 30. III. 489. — deſſen Bewilligung für die Hinterbliebenen der in kollegialiſchen Verhältniſſen geſtandenen Beamten. 30. IV. 731. — ob von letztern die Beſoldung vierteljährig oder monatlich erhoben worden, kommt dabei nicht in Betracht. 30. IV. 731. — daſſelbe gebührt allen Kindern eines verſtorbenen Beamten. R. v. 20. Mai 1831. v. K. J. XXXVII. 373. — R. v. 14. Nov. 1831. die Theilnahme der Kinder eines Beamten an demſelben. XXXVIII. 385.

Gnaden-Sachen, Reſſort der Regierungen in denſelben. G. S. 1808. p. 498. — in ſelbigen müſſen die letztern jedesmal berichten. G. S. 1817. p. 257.

Gnadenſtempel; bei Majorennitäts-Erklärungen wird ein Stempel von 2 Rthlr. angewandt. St. Tar. G. S. 1822. p. 82. — bei Emancipationen kann von Anwendung des Gnadenſtempels die Rede nicht ſein. R. v. 10. Juni 1818. v. K. J. XII. 54.

Gnadenthaler, deren Bewilligung für Militair-Invaliden. G. S. 1807. p. 178. — 1809. p. 574. — 1810. (A.) p. 732. — ſ. a. Invaliden. — bei einem jeden Landwehr-Regiment wird eine Anzahl derſelben für diejenigen Landwehrmänner beſtimmt, welche in beiden Aufgeboten vorwurfsfrei gedient haben, und in ihrem Alter der Unterſtützung bedürfen. G. S. 1816. p. 90. — entlaſſener Militairperſonen, Befreiung von Kommunalbeiträgen rückſichtl. deſſelben. v. K. A. 20. III. 554. — ſ. a. Gnadenmonat und Invaliden. — der Militair-Invaliden, in wie fern ſolche den Penſionen gleich zu achten ſind. 30. II. 262.

Gneſen, Diözeſe, Erhebung der Kathedralſteuer in ſelbiger, zur Verſtärkung des Baufonds der Domkirchen. G. S. 1825. p. 225.

Gnubber-Krankheit, unter den Schafen, deren Heilung. v. K. A. 32. IV. 1037.

Godesberger Verhandlungen, für die rheiniſch-weſtphäliſchen Provinzen im Jahre 1817. Präkluſiv-Termin für die daraus hervorgehenden Anſprüche auf Gehalts-, Wartegelds- und Penſions-Entſchädigungen. G. S. 1822. p. 205. — rückſichtl. dieſer ſoll kein gerichtliches Verfahren zugelaſſen werden. G. S. 1823. p. 21.

Görlitzer Fürſtenhaus-Landſchaft, wird dem ſchleſiſchen landſchaftl. Kreditvereine inkorporirt. G. S. 1827. p. 39.

Göthe, von, Privilegium für deſſen Werke gegen den Nachdruck. G. S. 1826. p. 24.

Göttingen, Univerſität, Geſetze für die dort Studierenden. v. K. A. 18. II. 597.

Gold, Publ. wegen näherer Beſtimmung der Goldausführungen v. 5. März 1799. E. S. p. 2262. X. — (und Silber),

Verordnung wegen verbotener Gold- und Silber-Ausfuhr, v. 13. (30.) Apr. 1808. J. M. VI. 505. wegen Ankauf des Gold- und Silbergeräths durch die Münzämter, und wegen Beſteuerung deſſelben und der Juwelen, v. 12. Febr. 1809. J. M. VII. 465. und ſind die §. 13. beſtimmten Strafen des Einſchmelzens von Gold- und Silbergeräth durch die C. O. v. 30. März 1809. auch auf das Ausſchleppen von dergleichen Geräth und der Juwelen außerhalb Landes ausgedehnt worden. Publ. der Churm. Reg. v. 10. Apr. 1809. p. 483. Auch ſoll die §. 19. feſtgeſetzte Strafe bei Verpfändungen des Gold- und Silbergeräths eintreten, C. O. v. 8. u. R. v. 23. Mai 1809. J. M. VIII. 32. Declaration der Verordn. v. 12. Febr. 1809., v. 31. Aug. 1809 p. 346. und Silber. Decl. die Aufhebung des E. v. 12. Febr. 1809. J. M. VII. 465. betr. v. 9. Juli 1812. G. S. 121. II. K. A. B. 466. II. R. betr. die Unterſuchungen der Silber-Exportationen und Belohnung der Denuncianten, v. 25. Apr. 1812. R. A. B. 237. II. — Zur Ausführung der Dukaten bedarf es keines Paſſes, R. A. B. 342. IV. K. A. B. 279. P. A. B. 375. C. O. wegen der Goldeinnahme und Ausgabe bei den Königl. Caſſen, v. 29. Mai 1814. G. S. 63. IV. c. R. d. v. 15. Aug. 1814. K. A. B. 354. IV. — deſſen Einwechſelung gegen Scheidemünze darf nicht hauſirend betrieben werden. G. S. 1808. p. 236. — geprägtes, deſſen Ausfuhr wird freigegeben. G. S. 1816. p. 92. — deſſen Verſendung mit der Poſt. G. S. 1824. p. 230. — Portoberechnung und Zahlung für ſelbiges. G. S. 1824. p. 229. 237. — desgl. bei Sendungen im kaufmänniſchen Verkehr. G. S. 1826. p. 20. — mit ſelbigem kann kein Hauſirhandel ſtattfinden. v. K. A. 19. II. 367. 541. — deſſen Verſendung durch die Poſt. 17. IV. 48.

Goldagio, ſ. Gehalt.

Goldantheil, ſ. Gehalt.

Gold- (und Silber-) **Arbeiter,** großherz. heſſiſche Verordn. wegen Aufſicht über deren Fabrikate. 29. I. 195.

Goldarbeiter-Waaren, Beſtempelung derſelben mit deren Feingehalt. G. S. 1816. p. 147. — ſ. a. Goldſchmiede.

Goldgeräthe, deren Ankauf von Seiten des Staats durch die Münzämter. G. S. 1809. p. 524 — 534. — deren eventuelle Beſteuerung. G. S. 1809. p. 526. f. — neu verarbeitete, u. verkaufte, Stempelung derſelben und Abgaben-Entrichtung von ſelbigen. G. S. 1809. p. 528. — die nach dem Ed. v. 12. Febr. 1809. darauf gelegte Abgabe und Stempelung wird aufgehoben. G. S. 1812. p. 121.

Goldgülden, wie hoch ſolche zu rechnen. R. v. 10. Jan. 1736. E. S. II. IV. No. 68.

Gold- (und Silber-) **Manufaktur,** hat jura piorum

corporum. R. v. 24. Jan. 1764. E. S. p. 1223. III. Circ. die von derſelben den Käufern zu beſtimmende Creditzeit betr. v. 23. Juni 1768. p. 3095. IV. deren Entrepreneurs fällt von den wegen Pfuſchereien in Gold- und Silberarbeiten verwirkten Strafen der dritte Theil zu C. v. 20. Dez. 1769. p. 6589. IV. C. die verbotene Einlaſſung goldner und ſilberner Treſſen betr. v. 9. Apr. 1774. p. 285. V. d. — Die Gold- und Silberausfuhrsverbote, renov. Ed. v. 5. Dez. 1703. IV. I. V. No. 96. No. 86. Pat. v. 19. Sept. 1726. No. 107. No. 108. Patent wegen des Gold- und Silberſchmelzens in der Münze v. 1. Oct. 1718. IV. I. V. No. 102. c. R. in Anſehung der Goldſchmiede, v. 22. Apr. 1719. VI. II. No. 119. E. v. 16. März 1756. p. 49. II. v. 21. Aug. 1756. p. 159. II. v. 11. Jan. 1764. p. 357. III. v. 4. Dez. 1766. p. 617. IV. v. 1. Juni 1779. p. 1569. VI. waren aufgehoben, Pat. v. 21. Febr. 1787. p. 615. VIII. durch das Patent v. 20. Nov. 1797. p. 1370. X. aber iſt die Ausführung des gemünzten Goldes in Fr. u. Friedrichs-Wilhelms-d'or auch des ungemünzten, Publ. v. 5. Apr. 1798. p. 1623. X. verboten excl. der Ducaten, Decl. v. 26. Juni 1798. p. 1642. X. ſ. Corp. Const. March. V. II. V.

Gold-Münzen, inländiſche, Inhalt und Werthbeſtimmung derſelben. G. S. 1821. p. 159. f. — desgl. bei Entrichtung der Eingangs-, Ausgangs- und Durchgangs-Abgaben. G. S. 1827. p. 155. — 1830. p. 131. — desgl. bei den Elbzöllen. G. S. 1822. p. 31. — desgl. bei den Weſerzöllen. G. S. 1824. p. 28. 40. — desgl. bei der Stempelſteuer. G. S. 1822. p. 59. — fremde, deren Annahme bei öffentlichen Kaſſen bleibt auch ferner unterſagt. G. S. 1826. p. 116. — 1830. p. 4. — ſ. a. Münzen und Goldzahlungen. — ausländiſche, Werthbeſtimmung und Annahme derſelben in Königl. Kaſſen. v. K. A. 21. IV. 797. — Werthvergleichung derſelben mit inländiſchem Silbergelde. 21. III. 575. — preußiſche, nur ſolche und Dukaten, dürfen bei Einzahlungen an Königl. Kaſſen vom 1. Jan. 1831 ab, angenommen werden. 30. IV. 739.

Goldpakete, ſollen die Poſtämter mit ihrem Amtsſiegel verſehen. v. K. A. 19. II. 335. — findet nicht mehr ſtatt. 25. IV. 947.

Gold-Probirer, müſſen vor Ertheilung des Gewerbeſcheins ihre Qualifikation dazu nachweiſen. G. S. 1810. p. 84. — 1811. p. 275.

Goldſchmiede, (Goldarbeiter) Gewerbeſchein-Ertheilung an ſelbige. G. S. 1811. p. 275. — ſind rückſichtl. des Feingehalts der von ihnen verarbeiteten Metalle einer Aufſicht unterworfen. G. S. 1811. p. 275. — 1816. p. 147. — ſ. a. Handwerksprivilegien.

Goldwaſſer, Danziger, demſelben ſoll kein Blattgold bei-

gemiſcht werden. v. K. A. 27. I. 234. — (Likör) Geſtattung der Beimiſchung des ächten Blattgoldes zu demſelben. 30. I. 189.

Goldzahlungen, deren Leiſtungen bei öffentlichen Abgaben in realiſablen Treſorſcheinen mit 20 Procent Agio. G. S. 1809. p. 618. — deren Leiſtungen bei öffentlichen Abgaben, Pächten u. Gefällen. G. S. 1814. p. 63. — theilweiſe, bei Steuer- und Zollgefällen. G. S. 1818. p. 86. f. — 1821. p. 183. — 1824. p. 204. — 1825. p. 71. — 1827. p. 155. — 1830. p. 131. — bei etatsmäßigen Beſoldungen zu einem Fünftel deren Betrages. G. S. 1814. p. 64. — Vergütigung des zeitherigen Mehrbetrages in Golde bei Civilgehältern mit 10 Procent Agio; ebendaſ. — an Königl. Kaſſen und von ſelbigen. v. K. A. 22. II. 291. — Agio-Berechnung für ſelbige bei Ablöſungen von Domainengefällen. 24. II. 349. — Aufhebung derſelben gegen 10 Procent Aufgeld bei direkten Steuern. 22. IV. 849. — bei Entrichtung der Grundſteuer. 17. I. 43. — fallen bei den Beſoldungen der Staatsdiener fort. 25. I. 27. — in wie weit ſolche gegen Agio-Vergütigung ſtattfinden. 24. IV. 969. seq. — 25. III. 577. — deren Bewilligung u. Verrechnung, gegen 10 Procent Agio. 26. IV. 954. seq. — ſollen bei den Beſoldungen neu angeſtellter Beamten wegfallen. 26. I. 9. — auch bei Wartegeldern. 25. I. 27. — können, wenn ſolche bei Penſionen ausdrücklich bewilligt worden, nicht eingezogen werden. 25. I. 27. — bei Wittwen-Kaſſen-Beiträgen der Civil-Beamten. 23. III. 532. seq. — 25. I. 35. — 26. I. 17. — bei den Beſoldungen Königl. Beamten gegen 10 Procent Agio. 27. I. 40. — etatsmäßige Verrechnung der Agio-Beträge von ſelbigen. 27. III. 628. — Abführung der letztern mit den ſonſtigen Ueberſchüſſen. 27. I. 43. — bei Beſoldungen, ſ. letzt. — bei königl. Kaſſen, deren Annahme, Abführung und Verrechnung. 31. IV. 721. f. — desgl. bei Poſtkaſſen. 31. IV. 742. — an öffentliche Kaſſen, bei ſelbigen können ausländiſche Goldmünzen nicht angenommen werden. 32. III. 751. — an königl. Kaſſen, ſtatt Silbergeldes. 32. I. 52. — findet bei Kommunal- und Inſtituten-Kaſſen keine Anwendung. 32. I. 52. — an königl. Staatskaſſen, deren Verrechnung und Abführung. 32. IV. 881. — desgl. bei Domainen-Veräußerungen und Ablöſungen mit $13\frac{1}{3}$ Procent Agio. 32. IV. 884. — an Poſtkaſſen, ſtatt Silbergeldes zu $5\frac{2}{3}$ Rthlr. den Friedrichsd'or. 32. I. 80. — bei den Beſoldungen der Staatsdiener, deren Berichtigung in Cour. mit $13\frac{1}{3}$ Procent Agio. 32. IV. 881. — theilweiſe Annahme und Verausgabung des Silbergeldes, ſtatt des Goldes, bei der allgemeinen Wittwenkaſſe. 32. II. 359.

Gommern, Grafſchaft, wird von Sachſen an Preußen abgetreten. G. S. 1815. p. 79. — gehört zum Magdeburgſchen Regierungsbezirke. G. S. 1815. p. 96.

Gondeln, ſ. Mieths-Gondeln.

Gongelfangen, Dorf, tritt Preußen an Frankreich ab. G. S. 1830. p. 25.

Goslar, Stadt und Gebiet, Abtretung derſelben an Hannover. G. S. 1818. (Anh.) p. 15.

Goſſen, ſ. Rinnſteine.

Gotha, ſ. Sachſen-Gotha.

Gottesäcker, ſ. Begräbnißplätze und Kirchhöfe.

Gottesdienſt, A. L. R. vom häuslichen II. XI. 7 — 9. Störung des öffentlichen, II. XX. 215 — 228. — V. wegen der Privat-Verſammlungen in den Häuſern v. 9. Dec. 1742. C. S. p. 91. C. II. — öffentlicher, die oberſte Aufſicht auf ſelbigen reſſortirt von der Sektion für den Kultus in Miniſterio des Innern. G. S. 1808. p. 366. — 1810. p. 13. — im Miniſterio der Geiſtl. und Unterrichts- ꝛc. Angelegenheiten. G. S. 1817. p. 290. — Beaufſichtigung deſſelben in den Provinzen durch die geiſtl. Deputationen der Regierungen, ſpäter durch die Konſiſtorien, und Aufrechthaltung deſſelben in ſeiner Reinheit und Würde. G. S. 1808. p. 467. 471. 483. — 1817. p. 237. — 1826. p. 5. — des Militairs, Anordnungen rückſichtlich deſſelben nach dem Militair-Kirchen-Reglement v. 28. März 1811. G. S. 1811. p. 170. 179. ff. — deſſen Störung wird im Militair mit ſtrengem Arreſte oder mit Feſtungsſtrafe beſtraft. G. S. 1808. p. 259. — während deſſelben darf kein Marktverkehr ſtattfinden. G. S. 1808. p. 316. — öffentlicher, Gebrauch der heiligen Geräthe bei ſelbigem. v. K. A. 21. II. 349. — Gebrauch der Glocken bei ſelbigem. 20. II. 253. seq. — deſſen Beſuch von Schulen auch während der Schulferien. 26. I. 92. — II. 369. — deſſen Beförderung in öffentlichen Gefängniſſen. 23. III. 659. — außerordentlicher, für das Militair kann auch von Civilpredigern gehalten werden. 21. II. 342. — im Militair, Hülfsleiſtung der Civilküſter bei ſelbigem. 25. I. 101. — Vorſichtsmaßregeln rückſichtl. deſſen Beſuchs bei anſteckenden Krankheiten. 19. II. 556. — während deſſelben ſoll das Ablöhnen der Tagelöhner und Handwerker nicht geſchehen. 17. I. 123. — Entfernung aller Störungen von ſelbigem. 19. I. 90. — 20. II. 252. — Verſchließung der Kirchthüren beim Anfange deſſelben. 17. I. 124. — während deſſelben an Sonn- und Feſttagen kann der häusliche und ruhige Gewerbebetrieb nicht unterſagt werden, wohl aber der Betrieb öffentlicher Arbeiten. 26. II. 354. — Einſtellung öffentlicher oder denſelben ſtörender Arbeiten während deſſelben. 33. II. 489.

Gotteslästerung, A. L. R. II. XX. 217 — 219. — Polizei-Ordn. v. 1540. v. 1561. v. 1562. C. S. V. I. I. No. 1. 4. 6. v. 1537. VI. I. No. 19. C. wegen des jüdiſchen Gebets: Alenu leſchabbeach u. ſ. w. v. 28. Aug. 1703. V. V. III. No. 15. v. 15.

Jan. 1716. VI. II. No. 92. Kriegsartikel v. 1749. Art. 1. p. 155. C. IV. ſ. a. Hym. B. VIII. 230.

Gouvernements, in Städten und Feſtungen, Unterzeichnung der von ſelbigen ausgehenden Dienſtverhandlungen. G. S. 1810. (A.) p. 648. — Theilnahme derſelben an der Verwaltung der Feuerpolizei. G. S. 1818. p. 155. — ſ. auch Militair-Gouvernements. — Publ. betr. die Einführung der Militair- und Civil-Gouvernements, N. A. B. 261. III. K. A. B. 171. und die Aufhebung der erſtern betr. v. 3. Juni 1814. G. S. 40. IV. P. A. B. 277. — ſ. Gerichtsbarkeit.

Gouvernementsgerichte, Ausübung der Civilgerichtsbarkeit durch ſelbige in Feſtungen, wo letztere nicht für ſich exiſtirt. G. S. 1809. p. 582. — ſ. a. Gerichtsbarkeit.

Gouvernements-Miliz, im Großherzogth. Niederrhein, Auflöſung derſelben. G. S. 1821. p. 2. — ehemalige in den Rheinprovinzen, ſteht rückſichtlich ihrer Gnadengehälter mit der Gensd'armerie nicht in gleichem Verhältniß. v. K. A. 28. III. 738.

Gouverneure, bei Kadetten-Inſtituten, hiernächſtige vorzugsweiſe Berückſichtigung derſelben bei Beſetzung geiſtlicher und Schulämter. v. K. A. 18. II. 563.

Grabdenkmäler, Grabhügel, Vorſchriften für deren Anlegung auf Beerdigungsplätzen innerhalb der Feſtungs-Rayons. G. S. 1828. p. 125.

Graben, A. L. R. von Verſchaffung der Vorfluth, I. VIII. 102 — 117. — Pat. wegen Räumung der Graben und Bäche v. 25. Febr. 1704. C. S. IV. II. IV. No. 10. v. 9. Nov. 1717. No. 19. E. v. 7. Oct. 1726. No. 20. (Behm. Jus. nov. c. Obs. 24.) und wegen zu verſchaffender Vorfluth v. 23. Mai 1772. p. 165. V. b. v. 6. Juli 1773. p. 371. V. c. wurden in allen Provinzen als allgemeines Geſetz bisher beobachtet, ſ. Dir. R. v. 13. Jan. 1795. St. B. p. 229. II. C. S. p. 1858. X. ob der Beſitzer eines Gewäſſers dazu verbunden? entſcheidet die Cammer. J. C. v. 5. Nov. 1783. Kl. A. 224. IX. Pat. die Abſtellung der Beſchädigungen des neuen Friedrich-Wilhelms-Grabens betr. v. 3. Aug. 1740. C. S. p. 369. C. I. Graben-Reglement in dem Herz. Cleve v. 24. Febr. 1767. C. S. p. 699. IV. Revidirte Niersordnung v. 6. März 1769. p. 5385. IV. Graben-Schauordnung über das zwiſchen der Uckermark u. Pommern belegene Luch die Rando genannt, v. 23. Juli 1738. p. 177. C. I. für das Havelländiſche Nauenſche Luch v. 31. Aug. 1724. VI. Nachl. No. 18. v. 26. März 1770. p. 6687. IV. in Abſicht der in der Gegend bei Potsdam, Fährland ꝛc. angefertigten Graben u. Fließe v. 16. Jan. 1782. p. 735. VII. des Nuthfließes v. 19. Sept. 1781. p. 589. VII. für den Carthanen-Fluß v. 30. Juni 1794. p. 2345. IX. Deich- Ufer- und Grabenordnung

in dem zwiſchen Zellin und Oderberg belegenen Niederbruche v. 23. Jan. 1769. p. 5121. IV. für das Ober- und Niedernetzbruch v. 14. Dez. 1779. p. 1631. VI. das forum privilegiatum der Deich-, Ufer- und Vorfluthsſachen — (Rgl. v. 19. Juni 1749. §. 6. p. 165. C. IV.) kann, wenn blos von Beſtrafung der Coloniſten des Maltheſer-Ordens die Rede iſt, nicht vermiſcht werden und ſtehet die Cognition darüber der Ordens-Regierung zu. J. E. v. 16. Aug. 1792. Kl. A. 280. X. durch Verjährung kann die Verbindlichkeit zur Grabenräumung von Seiten des praedii dominantis nicht aufgehoben werden. St. B. p. 293. Th. XI. — Vorfluths-Ed. v. 15. Nov. 1811. G. S. 1811. p. 252. — zu deren Auskrautung und Räumung können die Unterhaltungspflichtigen polizeilich angehalten werden. G. S. 1811. p. 353. — deren Unterhaltung und Reinigung in Oſtpr. u. Litthauen. G. S. 1806. p. 4. 5. — ſchon vorhandene, dürfen nicht verſchüttet werden. G. S. 1806. p. 5. 25. — unterlaſſene Kräutung derſelben wird beſtraft. G. S. 1806. p. 25. — Beſchränkungen bei deren Anlegung innerhalb der Feſtungs-Rayons. G. S. 1828. p. 124. — ſ. a. Friedrichsgraben; desgl. Chauſſee-Gräben. — dürfen nicht überfahren, noch in denſelben geritten werden. v. K. A. 17. I. 261. — an den Chauſſeen, ſollen ſtets offen gehalten werden. 18. I. 170. — polizeiliche Einſchreitung bei unterlaſſener Räumung derſelben. 33. IV. 1069. — deren Auskräutung oder Räumung in Beziehung auf Vorfluth. 33. II. 517. (Abzugs-) ſ. Domainen-Fiskus. — Verpflichtung zu deren Räumung u. Auskrautung. 29. IV. 872. ff.

Graben-Arbeiten, bei Uferbauen ꝛc. in Oſtpreußen und Litthauen, deren hartnäckige Verweigerung wird ſtreng beſtraft. G. S. 1806. p. 25.

Grabenſchau, deren jährliche Abhaltung in Oſtpreußen und Litthauen. G. S. 1806. p. 4.

Grabmäler, Cenſur der Inſchriften für ſelbige. v. K. A. 24. III. 877. — und Grabſchriften, was bei deren Aufſtellung zu beobachten iſt. 28. I. 146. 150.

Grabſtellen, ſ. Gruben.

Grade, der verbothenen, haben ſowohl bei ehelichen als unehelichen Schweſtern und Brüdern ſtatt. R. v. 13. Aug. 1754. E. S. p. 687. I. ſ. Eheverbot.

Gradirwerke, ſollen von Fremden nur mit einem Führer beſichtigt werden. v. K. A. 18. IV. 1130.

Gräber, vorſchriftsmäßige Anlegung derſelben. v. K. A. 17. IV. 98. — 24. III. 814. — ſ. auch Begräbnißplätze. — Raumbeſtimmung für ſelbige auf Begräbnißplätzen. 28. I. 148. 149. — 29. II. 343.

Gräfliche Häuſer, mittelbar gewordene, Königl. Wür-

tembergiſche Verordnung über das gegen ſelbige zu beobachtende Kanzlei⸗Ceremoniel. v. K. A. 29. I. 189.

Gränz⸗Anſageposten, deren Aufſtellung zur Sicherung der Zoll⸗ und Steuer⸗Erhebung. G. S. 1818. p. 108. 109.

Gränz⸗Aufſeher, deren Anſtellung. G. S. 1818. p. 108. — deren Pflichten und Befugniſſe. G. S. 1818. p. 109. 110.

Gränz⸗Aufſichtsbeamte, ſollen Bruſtſchilder führen. v. K. A. 21. I. 15. — können ſich in ihren Dienſt⸗Operationen aller gangbaren Fußſteige und Nebenwege bedienen. 19. II. 445. — können ſich gegen widerſpenſtige Schleichhändler der Waffen bedienen. 21. I. 14. — 23. II. 239. — IV. 797. — deren Unterſtützung von Seiten der Ortsbehörden. 21. III. 532. — welche früher als Offiziere in Dienſt geſtanden haben, deren Uniform und Waffenführung. 28. II. 315. — Geſetz über den Waffengebrauch derſelben, v. 28. Juni 1834. G. S. 1834. p. 83. – ſ. auch Verlezzungen.

Gränzberichtigungen bei Regulirung gutsherrl. und bäuerl. Verhältniſſe, Reſſort der General⸗Kommiſſionen rückſichtl. derſelben. G. S. 1817. p. 164. — ſ. auch Landeshoheits⸗Sachen. — bei Regulirung der gutsherrl. u. bäuerl. Verhältniſſe. v. K. A. 19. I. 65.

Gränzbeſichtigungen, in Forſten und Wäldern. v. K. A. 19. III. 686.

Gränzbezirke, deren Bildung für das Zoll⸗ und Steuerweſen längs der Landesgränze. G. S. 1818. p. 107. — deren Breite wird nach der Oertlichkeit beſtimmt, ebendaſ. — deren Begränzung gegen das Ausland bildet die Gränzlinie, und gegen das Inland die Binnenlinie; ebendaſ. — dürfen rückſichtl. der Steuerkontrollirung ohne Allerhöchſte Genehmigung nicht erweitert werden. G. S. 1825. p. 56. — Strafen für die von Gewerbetreibenden in ſelbigen nicht nachgewieſene Verſteuerung. G. S. 1823. p. 161. — ſ. a. Zollſtraßen. — die von Gewerbetreibenden in ſelbigen nicht nachgewieſene Verſteuerung. v. K. A. 23. IV. 783. — Handhabung der Waaren⸗Kontrolle außer denſelben. 24. IV. 1013. — der Regierungen Merſeburg und Erfurt, rückſichtl. des Zoll⸗ und Steuerweſens, deren Veränderung. 23. IV. 777 — 781. ſ. a. Steuern. — beſtimmte, des Inlandes, freier Verkehr auch der angränzenden Ausländer in ſelbigen mit ſelbſtgewonnenen Produkten und ſelbſt verfertigten Waaren. 29. IV. 912. — für das Steuer⸗ und Zollweſen in den Regierungsbezirken Erfurt und Merſeburg, deren Umgeſtaltung. 32. I. 63 — 70. — II. 362. — ſtändiſche Vorſchläge zur Erleichterung der Bewohner in denſelben. 32. III. 752. — (Gränzzollbezirke) Anwendung der geſetzlichen Beſtimmungen über die Zulaſſung des Gewerbebetriebs in denſelben; Cirk.

R. v. 12. Jan. 1833. — 33. I. 195 — 201. — Vorſchriften für den Gewerbebetrieb im Umherziehen in denſelben Seitens der Inländer. 33. III. 625 — 629.

Gränzdörfer, darunter werden rückſichtl. der Steuerverwaltung in der Regel diejenigen verſtanden, welche nur zwei Meilen von der Landesgränze liegen. G. S. 1810. p. 57. — ſ. auch Gränzbezirke.

Gränze, Transport über dieſ., ſ. Begnadigung. — Verf. bei deren Erneuerung. v. K. A. 17. III. 41. — müſſen jedesmal in Gegenwart einer Gerichtsperſon geſchehen, ibid. — der Güter, deren Bezeichnung. 18. IV. 1153. — die Liſten der über ſelbige gebrachten Perſonen ſollen eingereicht werden. 17. I. 30. — Beſtrafung der über dieſelbe gebrachten u. zurückgekehrten fremden Landſtreicher. 17. I. 198. — ſ. a. Vagabonden u. Landesverweiſungen.

Gränz-Gensd'armerie, ſ. Gensd'armerie.

Gränzjäger, Publ. wegen der fortwährenden Activität des Grenzjäger-Corps (ſ. Publ. v. 11. Mai 1797. E. S. p. 1191. X. No. 51. 52.) in Rückſicht des H. Sachſens. N. A. B. 333. VI. — Rgl. die Beſetzung der Grenzen der Churmark durch, betr. v. 16. Jan. 1801. E. S. p. 54. XI. — ſ. a. Kontrebande.

Gränzklagen, in wie fern, durch Präcluſorien ausgeſchloſſen werden. G. E. v. 2. März 1782. Kl. A. 105. V.

Gränz-Kontrolle. Die Befugniß der Zollbeamten zur Reviſion der Packenträger und Handfuhrwerke liegt — abgeſehen von den Beſtimmungen des §. 15. des Geſetzes v. 26. Mai 1818 — nicht nur in der ganzen Tendenz des Inſtituts der Grenzcontrolle, ſondern folgt auch ſchon aus den Vorſchriften des §. 12. litt. a. seq. R. v. 5. Mai 1823. v. K. J. XXI. 310.

Gränz-Poſtämter, gegen Frankreich. v. K. A. 17. IV. 53.

Gränz-Sachen, mit dem Auslande, deren Leitung durch das Miniſterium der auswärt. Angelegenheiten. G. S. 1810. p. 21. — ſ. a. Landeshoheits-Sachen.

Gränzſtreitigkeiten, ſ. Reſſort, A. L. R. von Gränzſcheidungen. I. XVII. 362 — 388. Gränzverrückungen. II. XX. 1403. — zwiſchen den von Adel und Aemtern gehören vor die Juſtizcolleg. J. E. v. 7. Nov. 1778. E. S. p. 1524. VI. imgl. v. 21. Dec. 1779. Kl. A. 243. VII. v. 15. Sept. 1761. Kl. A. 134. VI. ſelbſt Gränzſtreitigkeiten mit Coloniedörfern. J. E. v. 18. Jul. 1762. 138. VI. desgleichen zwiſchen Privatperſonen wegen vorgenommener Gränzneuerungen. J. E. v. 19. Sept. 1789. 243. IX. zwiſchen dem Magiſtrat und Ackerbürger zu Zehdenick und dem Königl. Amte vor die Cammer. J. E. v. 17. Febr. 1761. 203. IX. die Frage: zu welchem Land- oder Stadtterritorio gewiſſe Steuern unterworfene Grundſtücke gehören? entſcheidet das competente

Juſtizcollegium. J. E. v. 10. Dec. 1779. 166. VI. ſ. Hecken. — Regl. deren Erörterung in Südpreußen betr. v. 6. Aug. 1796 St. B. p. 137. Th. 3. In dergleichen Fällen, wo bloße Privatperſonen unter ſich über die Grenzen ſtreiten, ändert das Reſſortreglement v. 19. Jun. 1749. §. 18. in dem gewöhnlichen Verfahren und Gerichtsſtande nichts, ſobald die Provinzial-Landesbehörden von einem ſolchen, die Provinzal-Landesgränze mit berührendem Streite Kenntniß und Antheil daran zu nehmen nicht für gut finden. Es verſtehet ſich aber auch von ſelbſt, daß durch das über einen Privatſtreit dieſer Art ergehende Urtel in Anſehung der Provinzial-Landesgränze nichts geändert werde, welcher Vorbehalt zur Vermeidung alles etwanigen Mißverſtandes ſolchen Erkenntniſſen ausdrücklich beizufügen. R. an die Neum. Reg. v. 6. Nov. 1797. (General Acten). Rgl. wegen Erörterung und Beilegung der Grenzſtreitigkeiten, v. 6. Aug. 1796. E. S. p. 2802. XI. J. M. II. 269. 331. c. R. decl. v. 28. May 1805. N. A. 188. IV.

Gränzverrückung. A. L. R. II. XX. 1403.

Gränz-Verträge, mit fremden Staaten, ſiehe Frankreich. Weſtphalen. Rußland. Niederlande. Sachſen ꝛc.

Gränzzeichen, jährliche Erneuerung derſelben auf den Feldmarken. v. K. A. 17. III. 41.

Gränz-Zollämter, deren Anlegung. G. S. 1818. p. 108. 109. — deren Obliegenheiten in Betreff fremder Juden. v. K. A. 17. I. 197. — ſiehe übrigens Zollämter.

Gränz-Zollbezirke, Ausſtellung von Legitimationsſcheinen für Sach-Transporte in ſelbigen. v. K. A. 26. III. 686—689.

Gran, bei edlen Metallen der 288. Theil einer Mark. G. S. 1816. p. 151. — beim Medizinalgewicht der zwanzigſte Theil eines Skrupels; ebendaſ.

Grasdiebſtahl. Ob der, nach §. 42. der Dorfordnung v. 16. Dec. 1702. E. S. V. III. I. p. 239. oder nach §. 7. und 9 der V. v. 26. Febr. 1799. p. 118. zu beſtrafen. St. B. 249. XIV.

Gratifikationen, deren Bewilligung für ausgezeichnete Beamte aus dem bei den Regierungen gebildeten Prämienfonds. G. S. 1808. p. 493. — deren Bewilligung von Seiten der Regierungen mit Genehmigung des Präſidenten. G. S. 1817. p. 256. — für Einbringung deſertirter Militair-Sträflinge. G. S. 1819. p. 25. — für die Gendarmerie bei ausgezeichneten Dienſtleiſtungen. G. S. 1821. p. 15. deren Bewilligung für ausgezeichnete Staatsdiener. v. K. A. 17. III. 25. — 25. I. 9. — desgl. für Regierungs-Beamte. 20. II. 225. — 25. IV. 854. — für Subalternen-Polizei-Beamte aus den eingegangenen Polizei-Strafen und Sporteln. 19. III. 756. (ſiehe auch Paß-Gebühren.) — für vediente Land. Schullehrer. 17. II. 134. — können Regierungsbeamte aus den

Paß⸗Ausfertigungsgebühren nicht erhalten. 30. I. 126. — für die Gend'armen, ſ. letzt.

Gratulationen, von öffentlichen Behörden, Militairperſonen u. Beamten ſeither erſtattet, ſollen aufhören. v. K. A. 26. I. 3.

Graue Kloſter, ſ. Schule.

Graupen, die Einbringung der fremden, und Grütze iſt verboten. C. v. 17. Sept. 1783. E. S. p. 2391. VII. — Kommiſſionshandel mit ſelbigen. v. K. A. 24. II. 588. — ſiehe auch Mühlen⸗Fabrikate.

Greifenſtein, Amt, wird von Naſſau an Preußen abgetreten. G. S. 1818. (Anh.) p. 31.

Greifswald, Stadt, Erhebung der Tiefgelder von den Schiffen daſelbſt. G. S. 1824. p. 15. — Univerſität, Regierungs⸗Bevollmächtigter derſelben in der Perſon des dortigen Kanzlers. G. S. 1819. p. 257. — Hofgericht; ſ. Moratorien.

Grenadier⸗Bataillon, Regulativ über deſſen Feld⸗Etat. G. S. 1808. p. 288—303.

Gretuſchka, ſiehe Friedrichsgraben.

Grevenhagen, fürſtlich Lippeſche Enklave; ſiehe Lippe⸗Detmold, Fürſtenthum.

Griechiſche Sprache, Studium derſelben auf gelehrten Schulen. v. K. A. 25. I. 112—116. — Vorſchriften für den Unterricht in ſelbiger auf Gymnaſien. 29. I. 101—106. 113. ff.

Grind, bösartiger, ſiehe Krankheiten, anſteckende.

Größe; ſiehe Konfiskationsprozeß, Militairpflichtigkeit.

Gronader Kanal⸗Schleuſe, Tarif zur Erhebung der Kanalgefälle bei ſelbiger. G. S. 1822. p. 212. — desgl. vom Flößholze. G. S. 1826. p. 107.

Groſchen, unter ſelbigen ſollen bei künftigen Verträgen u. Rechnungen nur Silbergroſchen verſtanden ſeyn. G. S. 1825. p. 227. — ſiehe auch Scheidemünze.

Groſchenſtücke, preußiſche u. ſchleſiſche, (Düttchen, Böhmen) Herabſetzung derſelben auf ihren Silberwerth. G. S. 1808. p. 232. 234. f. — Sechs⸗ und Achtzehn⸗, deren Annahme als Kourant in öffentlichen Kaſſen. G. S. 1808. p. 234. — ſiehe auch Scheidemünze.

Großbritanien; ſiehe England.

Großhandlungs⸗Akziſe, deren Aufhebung. G. S. 1814. p. 105. 106.

Großjähriger. Ein Großjähriger, unter väterlicher Gewalt ſtehender Sohn kann, ohne Zuziehung eines Kurators, mit ſeinem Vater rechtsbeſtändig contrahiren und in dem Kontrakte Laſten und Verbindlichkeiten übernehmen. S. u. Str. R. 2. Bd. No.

26. p. 257. — Wenn ein Ehemann, bei Eingehung ſeiner Ehe, wegen Minderjährigkeit ſich unter Vormundſchaft befunden hat, und deshalb die ſonſt nach Provinzial-Geſetzen ſtatt findende eheliche Gütergemeinſchaft ſuspendirt geblieben iſt, binnen welcher Zeit kann derſelbe nach erfolgter Großjährigkeit, durch gerichtliche Erklärung die eheliche Gütergemeinſchaft ausſchließen? S. u. St. R. 2. Bd. No. 34. p. 312.

Großjährigkeit, von Ausmittelung derſelben in Ermangelung der Kirchenbücher, R. v. 26. Apr. 1801. N. A. p. 122. B. 2. — R. wegen Beurtheilung der, bei verheiratheten Perſonen weiblichen Geſchlechts, v. 28. Apr. 1803. N. A. 87. B. 3. J. M. I. 220. — In Anſehung des dieſſeitigen Antheiles des Herz. Magdeburg ſollen alle Perſonen männlichen oder weiblichen Geſchlechtes erſt mit dem zurückgelegten 24. Jahre volljährig werden, jedoch mit Ausnahme derer, welche am 1. Januar 1809. das zwanzigſte Jahr bereits erreicht hatten, als in Rückſicht welcher die Großjährigkeit mit dem zurückgelegten 21. Jahre noch eingetreten iſt. R. v. 23. Nov. 1808. an die Reg. in Magdeburg (Gen. Acten). — R. betr. den allgemein zu beſtimmenden Termin der, v. 30. Jul. 1806. E. S. p. 703. XII. — (Majorennität, Volljährigkeit) wird mit dem vollendeten 24ſten Lebensjahre erreicht. G. S. 1808. p. 244. — ſoll allgemein angenommen werden, und dagegen kein etwa entgegenſtehendes Provinzialrecht gelten. G. S. 1817. p. 201. — auch in den von dem preuß. Staate getrennt geweſenen und mit demſelben wieder vereinigten Provinzen. G. S. 1814. p. 93. — vom 1. Jan. 1818. ab, auch in dem Fürſtenthume Erfurt und dem Amte Wandersleben ſtatt des bisherigen ein und zwanzigjährigen Majorennitäts-Termins. G. S. 1817. p. 201. desgl. in dem Herzogthum Weſtphalen, Fürſtenthum Siegen und den Grafſchaften Wittgenſtein. G. S. 1825. p. 157. — Verfahren wegen der Majorennitäts-Erklärung der Minderjährigen, welche im Königreiche und im Herzogthum Sachſen Vermögen beſitzen. G. S. 1821. p. 39. deren Ertheilung durch die Landes-Juſtizkollegien. G. S. 1808. p. 173. — oder vielmehr durch die Provinzial-Pupillen-Kollegien. G. S. 1808. p. 224. 244. — Gebühren-Entrichtung für ſelbige. G. S. 1808. p. 224. — ſ. auch Gebühren-Taxe. — Diejenigen Juden, welche zur Zeit der Publikation des Edict v. 11. März 1813, die bürgerliche Verfaſſung der Juden in den Preußiſchen Staaten betreffend, das 20. Jahr ſchon zurückgelegt, mithin nach der damals beſtandenen Vorſchrift des §. 3. des erſten Anhangs zum A. L. R. die Großjährigkeit bereits erlangt gehabt haben, können in die Minderjährigkeit nicht zurücktreten, ſondern müſſen als großjährig behandelt werden. Reſcr. vom 28. Aug. 1813. v. K. J. I. 203. — Volljährigkeitstermin der Juden in Danzig. Reſcr. v.

24. Jan. 1814. V. a. 7. — Die Großjährigkeit der Juden im Großherzogthum Poſen tritt mit dem vollendeten 20. Jahre ein. Reſcr. vom 30. Oct. 1818. XII. 255. — Wenn ein Curande mit ſeinem Vater in einer andern Provinz ſeinen Wohnſitz nimmt, wo nach den zur Zeit noch beſtehenden Geſetzen der terminus majorennitatis früher, als in der Provinz, wo die Curatel angeordnet worden iſt, eintritt, ſo iſt er nach jenen Geſetzen zu behandeln, mithin nach Zurücklegung des geſetzlichen Alters für majorenn zu erachten und ihm ſein Vermögen zu verabfolgen. Reſcr. v. 9. Nov. 1821. XVIII. 282. — In Abſicht der Verlängerung des Volljährigkeitstermins geben die Geſetze dem vormundſchaftlichen Gerichte nur in dem, §. 699. Tit. 18. Th. II. des A. L. R. bezeichneten Falle eine Cognitionsbefugniß, deren Ausdehnung nicht nöthig iſt, da für den zur Volljährigkeit gelangten Pflegebefohlnen, welcher wegen Blödſinns oder Gemüthsſchwäche für ſich und ſeine Angelegenheiten zu ſorgen außer Stände wäre, nach §. 1. und 12. l. c. die Fürſorge des Staats eintritt, wobei alsdann das in der A. G. O. Th. I. Tit. 38. vorgeſchriebene Verfahren beobachtet werden muß. Reſcr. vom 11. März 1822. v. K. J. XIX. 172. — Ob ein Ausländer erſt mit vollendetem 24ſten Jahre über ein in diesſeitigen Staaten belegenes Gut disponiren könne? R. v. 21. Octbr. 1831. XXXVIII. 287. — deren Beſtimmung in Beziehung auf Ausländer rückſichtlich der Gewinnung des Bürgerrechts. v. K. A. 25. I. 149. (Majorennität) Nachweis derſelben Seitens der Ausländer Behufs ihrer Proklamation und Trauung im Inlande. 33. IV. 954. — ſiehe auch Gebührenfreiheit, Gütergemeinſchaft, Minderjährigket, Majorennität. Venia aetatis. — ſiehe ferner Neu-Vorpommern.

Großjährigkeits-Erklärung. A. L. R. Th. II. Tit. II. §. 216. Tit. XVIII. §. 713. — deren Ertheilung iſt den Landesjuſtizcollegien und Vormundſchaftsgerichten in Abſicht der Perſonen des Bürger- u. Bauerſtandes ohne Rückfrage bei einer höhern Inſtanz nachgelaſſen. Reſcr. v. 11. Juli 1815. v. K. J. VI. 7. — Stempel- und Koſtenanſatz dabei. Reſcr. v. 25. Juni 1819. XIII. 298. ſiehe Chargengebühren, Prozentgelder. — Wenn ein Vater dieſelbe in einer letztwilligen Verordnung zu Gunſten ſeines Sohnes in Antrag bringt, der 20 Jahr alt iſt, und von der väterlichen Beſtimmung Gebrauch machen will, ſo findet die Einleitung einer Vormundſchaft nicht Statt. R. vom 22. Juli 1833. XLII. 122—124. — Beiſtimmung des Königl. Juſtiz-Miniſterii. R. v. 10. März 1834. — XLIV. 79. — ſiehe überhaupt Gnadenſtempel. Minderjährigkeit.

Großkreuz des eiſernen Kreuzes; ſ. Kreuz.

Groß-Salze. Kompetenz des dortigen Königl. Land- und

Stadtgerichts zur Führung der Unterſuchungen und Abfaßung der Erkenntniſſe. R. v. 10. März 1833. v. K. J. XLI. 285—287.

Gruben, von ſelbigen ſollen die Bergwerksbeſitzer zur Verhütung von Unglücksfällen Riſſe anfertigen laſſen. v. K. A. 21. I. 171.

Gruben-Arbeiten. Sicherung gegen Waſſerdurchbrüche bei ſelbigen. v. K. A. 27. I. 89. — in Schächten, Stollen u. Strekken, dazu ſollen keine Frauensperſonen gebraucht werden. 27. I. 96. ſiehe auch Braunkohlen- und Steinkohlengruben.

Grubenwerke, ausländiſche, oder entfernt wohnende Beſitzer derſelben, Beſtellung von Verlegern für ihre Gruben. v. K. A. 21. I. 41.

Gruben-Zimmerleute, bedürfen als ſolche keiner Prüfung. v. K. A. 29. III. 518.

Gründe, ſ. Entſcheidungsgründe, Schiedsrichterliches Erkenntniß.

Grüneberg, Stadt, Statut für die dortige Tuchmacher-Korporation. G. S. 1824. p. 17—24.

Grünſpan, deſſen Verpackung in feſten Gebinden u. Fäſſern bei Verſendungen. v. K. A. 27. IV. 1002.

Grütze; ſ. Mühlen-Fabrikate.

Grütz-Mühlen; ſiehe Handmühlen.

Grund-Abgaben, deren Leiſtung u. Ablöſung in den zum vormaligen Königreiche Weſtphalen, Großherzogthume Berg und den franzöſiſch-hanſeatiſchen Departements gehörigen Landestheilen. G. S. 1825. p. 74. 77. 102. 105. 113. 122. — 1829. p. 66. — ſ. auch Grundſteuer, gutsherrliche und bäuerliche Verhältniſſe, desgl. Ablöſungen. — in wie fern ſolche durch das Geſetz v. 2. Novbr. 1810. aufhören. G. S. 1832. p. 64. ſiehe auch Dismembration, Quittungen.

Grundakten, von Haltung derſelben bei den Obergerichten, H. O. Tit. 1. §. 68. p. 18. Tit. 2. §. 44. p. 31. Nach §. 69. iſt die Formirung beſonderer Grundacten über jeden einzelnen Fundum bei Untergerichten zwar nicht nothwendig; nach dem an die Pommerſche Regierung unter d. 7. Jan. 1786. ergangenen Reſcr. iſt dieſe Vorſchrift aber dahin abgeändert, daß diejenigen Untergerichte, welche bereits anſehnliche Fortſchritte in Anlegung dieſer Acten gemacht haben, damit auch für die Zukunft fortfahren ſollen, ſ. §. 3. des Publ. v. 2. Oct. 1797. in der zweiten Abtheilung No. 12. — denſelben ſollen Hypotheken-Tabellen vorgeheftet, und dafür von den Grundbeſitzern Kopialien entrichtet werden. Cab. Ord. v. 11. Decbr. 1833. Cirk. R. v. 13. Dezbr. 1833. v. K. J. XLII. 437—441. ſ. Ingroſſationsbücher, Realität, Zinszahlungsgeſuch.

Grundarbeiten, Verhütung von Unglücksfällen bei ſelbigen. v. K. A. 17. IV. 233.

Grundbeſitz, (Grundeigenthum) Erleichterung in ſelbigem und freier Gebrauch deſſelben. G. S. 1807. p. 170. — 1811. p. 300. f. — 1819. p. 22. 23. — 1820. p. 172. 173. — dürfen geſunde Väter ihren zum Kriegsdienſte tauglichen Söhnen nicht übertragen. G. S. 1813. p. 21. — von ſelbigem ſchließt der Verluſt des Bürgerrechts nicht aus. G. S. 1822. p. 206. — 1823. p. 42. — ländlicher, Abfaßung der Erkenntniſſe dritter Inſtanz in Prozeſſen über ſelbigen durch das Geheime Ober-Tribunal. G. S. 1829. p. 51. — ſiehe auch Grundbeſitzer, Grundſtücke, Bauergüter, ſo wie gutsherrliche u. bäuerliche Verhältniſſe. — ſchiedsrichterliche Entſcheidung der denſelben betreffenden Rechtsverhältniſſe ꝛc. in den vormal. Königl. Weſtphäliſchen, Bergiſchen ꝛc. Landestheilen. v. K. A. 26. III. 619—631. — auf ſolchen iſt die Verſagung oder der Verluſt des Bürgerrechts von keinem Einfluß. 30. IV. 820. — Umfang deſſelben Behufs der Wählbarkeit als Stadtverordneten. rev. Städte-Ordn. G. S. 1831. p. 17. — denſelben betreffende Rechtsverhältniſſe, ſ. Weſtphalen, vorm. Königr.

Grundbeſitzer, müſſen ſich den Umtauſch ihrer Aecker gegen hinlängliche Entſchädigung gefallen laſſen, wenn ſolches rückſichtl. der Ausgleichung zwiſchen den Gutsherren und ihren bisherigen Bauern erforderlich iſt. G. S. 1811. p. 298. — auf dem Lande, in wie weit denſelben das Recht zuſteht, zum Abſatze an andere zu brauen und Branntwein zu brennen. G. S. 1811. p. 268. — verſchuldete, wegen des denſelben auf unbeſtimmte Dauer bewilligten General-Indults. G. S. 1807. p. 149—153. — Erlöſchung des letztern in Oſt- u. Weſtpreußen. G. S. 1807. p. 169. — in den Städten und auf dem Lande, Aufhebung des denſelben bis zum 24. Juni 1811. bewilligten allgemeinen Indults. G. S. 1811. p. 200. ff. — Erleichterung des denſelben zuſtehenden geſetzlichen Moratoriums. G. S. 1811. p. 202. — zweimonatliche Suspenſion aller Exekutionen auf Kapital- und Zinsforderungen, ſo wie auf rückſtändige Gerichtsſporteln gegen ſelbige. G. S. 1813. p. 133 — wird bis zum 1. April 1814. verlängert. G. S. 1813. p. 134. — findet auch auf die von ſelbigen ausgeſtellten Wechſel Anwendung; ebendaſ. — Suspenſion der Exekution gegen ſelbige wegen ſchuldiger Kapitalien und der bis zum 24. Juni 1814. rückſtändig gebliebenen Zinſen. G. S. 1815. p. 11. — Aufhebung des allgemeinen Indults für dieſelben. G. S. 1816. p. 185—192. ſiehe auch Indult. — auswärts wohnende, Nicht-Verpflichtung derſelben zur Leiſtung perſönlicher Kommunal-Abgaben. v. K. A. 24. II. 468. ſiehe a. Grundſtücke u. Gemeinde-Abgaben.

außerhalb der Stadt wohnende, deren Verpflichtung, von ihren innerhalb der Feldmark belegenen Grundſtücken Beiträge zu den ſtädtiſchen Bedürfniſſen zu leiſten. 29. II. 319. — iſolirt belegener Ländereien, ſind zur Haltung der Geſetzſammlung nicht verpflichtet. 30. I. 9. — ſiehe Adjudikation, Exekution, Koſten, Moratorium.

Grundeigenthum. Alle Beſchränkungen deſſelben ſind im Allgemeinen aufgehoben, ſ. Ed. zur Beförderung der Land-Cultur, v. 14. Sept. 1811. G. S. p. 300. I. Bei jeder Trennung u. Zerſtückelung eines Grundſtücks ſoll der Landespolicei-Behörde Anzeige gemacht, u. ohne deren Genehmignng weder einem neuen Etabliſſement oder Abbau ein beſonderer Name beigelegt, noch der alte Name bei einem Grundſtücke verändert werden. Publ. v. 21. März 1810. J. M. IX. 41. — Publ. v. 14. Sept. 1813. P. A. B. 428. III. und muß auch noch jetzt das im §. 5. des E. v. 9. Oct. 1807. vorgeſchriebene Atteſt von der Departementsregierung beigebracht werden. R. vom 16. Febr. 1813. v. K. J. 22. II. — des Staats, darf ohne allerhöchſte Genehmigung nicht veräußert werden. v. K. A. 25. I. 6. — ertragfähiges, in den Rheiniſch-Weſtphäliſchen Provinzen, Verfahren bei Aufnahme des Kataſters von ſelbigem. 22. II. 292 — 330. — bäuerliches, in Weſtpreußen, Deklaration darüber. 22. IV. 857. — mennonitiſcher Emphyteuten, Rechtsverhältniſſe rückſichtlich deſſelben. 25. I. 154 — 157. — Kurheſſiſche Verordnung über den Erwerb deſſelben durch Beamte. 29. III. 748. — ſiehe auch Beſitztitel, Grundbeſitz u. Grundſtücke.

Grundgerechtigkeiten, bei, welche den Nutzungsertrag des belaſteten Grundſtücks ſchmälern, wohin öffentliche Real-Servituten, als: zum Beſten des Publici getroffene allgemeine Policei-Einrichtungen, z. B. Waſſerleitungen. R. v. 28. Decbr. 1791. E. S. p. 282. IX. Zwangsgerechtigkeiten, z. B. der Mühlenzwang, da der Ertrag des damit belaſteten Grundſtücks durch ſelbigen nicht geſchmälert wird. R. v. 20. März 1797. St. B. 100. V. nicht wohl aber auf beſonderen Titeln beruhende Koppel-Jagd-Gerechtigkeiten. R. v. 18. Sept. 1797. p. 258. der Ausz. der Geſetze und Verordnungen. Stettin 1798. gehören, bleibt es nur dem Berechtigten ſowohl als dem Verpflichteten (ſ. Publ. Pat. v. 5. Febr. 1794. §. 16.) freigeſtellt, deren Eintragung (in die zweite Haupt-Rubrik. H. O. Tit. 1. §. 54. p. 15.) auf ihre Koſten nachzuſuchen, und ſoll deren Unterlaſſung in keinem Falle den Verluſt des wirklich beſtehenden Real-Rechts begründen. A. L. R. I. XXII. 16. 17. 18. C. v. 30. Dec. 1798. St. B. 217. IX. E. S. p. 1834. X. u. Anhang 1. zum L. R. §. 58. — deren Uebertragung von einem berechtigten Grundſtücke auf das andere kann nur mit Einwilligung des Eigenthümers des verpflichteten Grundſtücks geſchehen. Reſcr. vom 30.

Aug. 1824. v. K. J. XXIV. 254. Grundherr; ſiehe **Kolonat**. — (Servituten), einſeitige oder wechſelſeitige, in den ehemal. weſtphäl. bergiſchen und franz. Landestheilen, ſind von der Ablöſung ausgenommen. G. S. 1829. p. 66. — ſiehe ferner **Ablöſungen**. — bei welchen Prozeßen das Rechtsmittel der Reviſion nicht ſtatt findet. G. S. 1833. p. 302. — Die Vorſchrift, daß bei der Erwerbung einer Grundgerechtigkeit durch Verjährung nachgewieſen ſeyn müſſe, daß der Beſitzer des berechtigten Grundſtücks die ſtreitige Befugniß als ein wirkliches Recht, und nicht vermöge einer bloßen Vergünſtigung in Beſitz genommen habe, iſt nur von der praescriptio ordinaria zu verſtehen. S. u. Str. R. 1. Bd. No. 19. p. 64. — Wenn bei der Negatorien-Klage von dem Beſitzer des berechtigten Grundſtücks, die Erwerbung der Grundgerechtigkeit mittelſt Verjährung behauptet wird; liegt alsdann dem Verk. der Beweis ob, daß die ſtreitige Befugniß als ein Recht, oder dem Kläger, daß ſie vermöge einer Vergünſtigung in Beſitz genommen ſei? S. u. Str. R. 2. Bd. No. 38. p. 341. — ſ. übrigens **Servitute**.

Grundherren der Städte, in wie fern ſie zum Gemeinde-Verbande gehören. (rev. Städte Ordn.) G. S. 1831. p. 11.

Grund-Kataſter, deſſen Fortſetzung und Vollendung in Weſtphalen und den Rheinprovinzen. v. K. A. 20. IV. 705. — Inſtruktion über das Verfahren bei Aufnahme deſſelben. 22. II. 292—330. — Aufnahme deſſelben und Verbindung der geometriſchen Arbeiten bei den Gemeinheits-Theilungen mit jenem. 24. II. 401—404. — Erhöhung der Steuer-Beiſchläge für daſſelbe. 23. IV. 782. — Fortſetzung deſſelben mit einem Beiſchlage von 8⅓ Prozent auf die Grundſteuer. 24. IV. 1009. — ſtändiſche Vorſchläge über das Verfahren bei deſſen Aufnahme in Weſtphalen. 27. III. 571. — Anwendnng der Durchſchnitts-Getreidepreiſe bei Ermittelung der Kataſtral-Erträge. 27. IV. 881. deſſen Aufnahme u. Fortſetzung in Weſtphalen u. den Rheinprovinzen. 29. III. 679. 711. — durch ſelbiges wird die richtige Vertheilung der Steuerlaſt bis auf die einzelnen Beitragspflichtigen herunter, bezweckt. 29. III. 680.

Grund-Kataſterbücher, Ertheilung von Auszügen aus denſelben. v. K. A. 33. IV. 912. — ſiehe auch **Kataſtergehülfen**. — Auszüge aus denſelben, Gebühren dafür. R. v. 11. Mai 1834. v. K. A. 34. II. 446.

Grund-Kataſter-Inſtruktion, v. 11. Febr. 1822., §. 107. v. K. A. 28. I. 52.

Grund-Protokolle der Notarien; ſiehe **Stempelfreiheit**.

Grund-Renten. Ob zur Conſervation eigentlicher Grundrenten deren Inſcription in die Hypothekenregiſter nach der in den

Königl. Preuß. Rheinprovinzen beſtehenden Geſetzgebung erforderlich ſey? Abhandl. vom Appellationsgerichtsrath Rive in Cöln. v. K. J. XXVIII. 3. — im Herzogthum Weſtphalen. Ueber deren Verkauf an den Meiſtbietenden im Wege der Exekution. R. v. 28. Juni 1830. XXXV. 273. 274.

Grundſteuer, deren obere Verwaltung reſſortirt von der Sektion der directen und indirecten Abgaben im Finanz-Miniſterium. G. S. 1808. p. 371. — deren Feſtſetzung bei den Domainen-Einſaſſen. G. S. 1808. p. 281. — allgemeine Einführung derſ. mit Wegfall aller Exemtionen. G. S. 1810. p. 26. — auch die Domanial-Beſitzungen ſollen damit belegt werden. G. S. 1810. p. 26. — rückſichtlich derſelben ſollen die kleinen Städte, welche dem platten Lande zugeſchlagen worden, dem letztern im Ganzen gleich behandelt werden. G. S. 1811. p. 259. — deren Repartition bei Vereinzelungen von bäuerlichen Grundſtücken. G. S. 1811. p. 289. 302. — Abtragung derſelben in Treſorſcheinen. G. S. 1814. p. 84. — wird in jeder Provinz nach den Grundſätzen und Vorſchriften erhoben, welche darin gegenwärtig zur Anwendung kommen. G. S. 1820. p. 135. 136. — darf den fünften Theil des Rein-Ertrages nicht überſteigen. G. S. 1820. p. 135. — Bezirks- und Gemeinde-Abgaben dürfen dabei nicht in Anſchlag gebracht werden; ebendaſ. — deren allgemeine Reviſion und Anlegung eines neuen Kataſters für dieſelbe. G. S. 1810. p. 26. — 1820. p. 134. — Abzüge auf ſelbige rückſichtlich der bäuerlichen Leiſtungen an die Gutsherren. G. S. 1820. p. 174. 175. — deren Feſtſetzung und Vergütigung bei Regulirung der gutsherrl. u. bäuerl. Verhältniſſe in den zum ehemal. Königr. Weſtphalen, Großherzogthum Berg und den franz.-hanſeatiſchen Departements gehörigen Landestheilen. G. S. 1825. p. 86. f. 105. f. — 1829. p. 66. — ſiehe auch gutsherrl. u. bäuerl. Verhältniſſe. — deren Regulirung bei Auseinanderſetzungen nach den Agrar. Geſetzen. v. K. A. 26. III. 670. seq. — Zulage-Centimen auf ſelbige, Behufs der Bezirks- und Gemeinde-Laſten, Befreiung der Pfarrei-Grundſtücke von ſelbigen. 26. I. 101. — deren Ab- und Zuſchreibung. 17. I. 43. — deren Erhebung von den, von Geiſtlichen, Schullehrern, Kirchen, Schulanſtalten und milden Stiftungen nach dem Jahre 1806 erworbenen Grundſtücken. 19. II. 324. — deren Berückſichtigung bei dem Verkaufe vereinzelter Grundſtücke. 19. II. 342. — Mutter-Rollen, Gebühren für die Fertigung der Auszüge aus ſelbigen. 25. I. 152. — Reklamationen rückſichtlich derſelben im Herzogthum Weſtphalen. 25. II. 302. — Befreiung der Dienſtgrundſtücke der Geiſtlichen u. Schullehrer von ſelbiger. 27. II. 404. seq. — Dieſe Befreiung ſoll auf die Grundſtücke der geiſtlichen und kirchlichen Korporationen, milden Stiftungen, Univerſitäten und Schulanſtalten

nicht ausgedehnt werden. 27. II. 405. — Ermäßigung derſelben für letztgedachte Korporationen ꝛc. in den Landestheilen des ehemal. Königreichs Weſtphalen und im Magdeburgiſchen Regierungs-Bezirke. 27. II. 405. — Erleichterung rückſichtlich derſelben in der Altmark. 27. IV. 853. — Kommunal-Beiſchläge auf ſelbige in den Rheinprovinzen. 27. II. 443. seq. — III. 687. — IV. 968. — Beiſchläge für den Remiſſions- und Deckungs-Fonds der Ausfälle bei ſelbiger in den Landestheilen des rechten Rheinufers. 27. III. 636. — in den ehemals Naſſauiſchen Landestheilen, Hebegebühr von ſelbiger a 3 Procent. 27. III. 637. — Deckung der Bedürfniſſe des Gemeindehaushalts durch Beiſchläge zu ſelbiger. 29. IV. 854. — auf kataſtrirten, den Dominien entzogenen Gewerbs-Abgaben ruhend, deren Abſchreibung in den Kataſtern. 29. III. 493. — Befreiung öffentlicher und ſchiffbarer Kanal-Anlagen von derſelben. 30. III. 525. — von deren Eintragung in die Hypothekenbücher ſoll gänzlich abgeſtanden werden. 31. II. 269. f. — von veräußerten Domainen- und Forſtgrundſtücken, deren Feſtſetzung nach abgeſchätztem Ertrage. 31. II. 281—291. Befreiung der Geiſtlichen u. Schullehrer von derſelben. 31. I. 110. — deren Intabulation, ſiehe Domainen-Grundſtücke. — Aufhebung der Rendantur-Koſten bei Parzellirungen, ſiehe Kultur-Edikt. — deren Verſendungen aus den Gemeindekaſſen an die Staats-Kaſſen ſteht die Portofreiheit zu. v. K. A. 33. III. 631. — IV. 912. — deren Remiſſion betreff. Cirk. R. v. 29. März 1834. — 34. I. 41. — ſiehe auch Kontribution.

Grundſteuer-Beiſchläge, für das Kataſter, deren Aufbringung in den weſtlichen Regierungsbezirken. v. K. A. 31. IV. 725. — und Grundſteuer-Kontingente, deren Regulirung in den Rheiniſch-Weſtphäliſchen Provinzen. 28. II. 337—351.

Grundſteuer-Kataſter, abgeſchloſſene, Inſtruktion über das Verfahren bei Ermittelung und Berichtigung materieller Irrthümer in denſelben. v. K. A. 30. II. 283—286. — Abſchätzung der Wohngebäude Behufs des Kataſtral-Anſchlags. 30. II. 286. — abgeſchloſſene, in den weſtlichen Provinzen, Ermittelung und Berichtigung materieller Irrthümer in denſelben. 32. II. 360. — Ueber die Anführung der Kataſter-Nummer bei der Aufnahme von Verträgen. R. v. 29. Juni 1833. v. K. J. XLI. 419. deren Berichtigungen und Nachträge ſollen durch die Kreis-Kaſſen pünktlich erfolgen. v. K. A. 33. I. 65.

Grundſteuer-Remiſſions-Fond, Unterſtützung aus demſelben. ſiehe letzt.

Grundſteuer-Repartition bei Gemeinheitstheilungen, ſoll der Regierung vorgelegt werden. G. S. 1834. p. 102.

Grundſteuer-Soll-Einkommen, Anfertigung der Haupt-Nachweiſungen von demſelben. v. K. A. 30. II. 287—289.

Grundſtücke, Freiheit in deren Erwerbung und Gebrauch. G. S. 1807. p. 171. — Veräußerung, Vererbpachtung und Theilung derſelben. G. S. 1807. p. 171. 189. f. — Aufhebung oder Fortſetzung deren Subhaſtationen während der Dauer des General-Indults. G. S. 1807. p. 182. — desgl. der Sequeſtrationen derſelb. G. S. 1807. p. 183. — Verleihung des vollen Eigenthums derſ. an die Immediat-Einſaſſen in den Domainen von Oſtpreußen, Weſtpreußen und Litthauen. G. S. 1808. p. 245—252. — eventueller Verkauf derſelben. G. S. 1808. p. 248. f. — Inſtruktion zur Ausführung der darüber ſprechenden Verordnung. G. S. 1808. p. 278. ff. — bäuerliche, deren Einziehung, Zuſammenſchlagung oder Verwandlung in Vorwerksland. G. S. 1807. p. 172. — 1808. p. 189. — 1809. p. 552. f. — 1810. (A.) p. 626. f. — ſtädtiſche und Kämmerei-, desgl. ebendaſ. — bäuerliche, die in mehreren Provinzen beſtehende Verordnung, daß ſolche nicht unbeſtellt bleiben dürfen, wird aufgehoben. G. S. 1811. p. 303. — landwirthſchaftlich benutzte, auch dieſe können in Forſt verwandelt und ſolche jeder andern beliebigen Veränderung unterworfen werden. G. S. 1811. p. 303. — Eigenthumsrechte der bäuerl. Beſitzer derſ. G. S. 1807. p. 170. — 1811. p. 300. f. — 1819. p. 22. 23. — 1820. p. 172. 173. (ſ. auch Bauergüter) — bäuerliche, Ablöſung der auf ſelbigen haftenden Leiſtungen. G. S. 1820. p. 175. f. (ſ. a. Ablöſungen.) — deren Vermeſſung und Bonitirung bei gutsherrl. und bäuerl. Auseinanderſetzungen und Gemeinheitstheilungen. G. S. 1817. p. 181. ff. (ſ. auch beide letzt.) — die Erwerber derſ. ſind zur Berichtigung des Beſitztitels verpflichtet. G. S. 1810. (A.) p. 729. f. — Erwerbung von Hypothekenrechten auf ſelbige. G. S. 1820. p. 106. f. — Ceſſion der auf ſelbige eingetragenen Hypotheken-Forderungen. G. S. 1824. p. 77. — der Pflegebefohlenen, Dispenſations-Ertheilung von der Nothwendigkeit deren Subhaſtation. G. S. 1812. p. 177. 1830. p. 144. — Subhaſtationen derſ. dürfen zur Einziehung von Geldſtrafen für Steuer-Defraudationen niemals extrahirt werden. G. S. 1826. p. 106. — findet auf Grundſtücke von Ausländern keine Anwendung die außer Landes ſind, und kein anderes Vermögen im Inlande beſitzen. G. S. 1820. p. 127. — deren Ausſpielung durch die Lotterie. G. S. 1810. (A.) p. 713. — Aufhebung der bisherigen Verſtattung des Ausſpielens von ſelbigen. G. S. 1812. p. 31. 48. 1817. p. 5. — deren Privat-Ausſpielungen ſind unbedingt verboten, und ſtrafbar. G. S. 1827. p. 29. — dürfen Forſtbediente in der Nähe der ihnen anvertrauten Forſten nicht erwerben. G. S. 1821. p. 158. — Erhebung der Vermögensſteuer

von ſelbigen. G. S. 1812. p. 51. 56. f. Verlautbarung und Beſtätigung der Verträge über die Veräußerung derſelben. G. S. 1821. p. 43. — Berechnung des Werthſtempels bei deren Veräußerung. G. S. 1822. p. 59. — in wie weit ſolche Unteroffiziere und gemeine Soldaten nebſt ihren Ehefrauen erwerben, verpfänden und veräußern können. G. S. 1812. p. 5. — können die aus dem Soldatenſtande ausgeſtoßenen Individuen nicht erwerben. G. S. 1808. p. 260. f. — können Mennoniten in den weſtl. Provinzen u. in der Provinz Brandenburg weder beſitzen noch erwerben, wenn ſich ſolche der Militairpflicht entziehen. G. S. 1830. p. 82. — können Juden nur unter höherer Genehmigung erwerben. G. S. 1808. p. 497. — können ſolche fortan, gleich den chriſtl. Einwohnern erwerben. G. S. 1812. p. 18. — den Stadtgemeinen gehörig, wann ſelbige veräußert werden können. G. S. 1808. p. 354. — Privat-, in den Städten, Ablöſung der auf ſelbigen haftenden Befreiungen von Gemeinlaſten. G. S. 1808. p. 331. — deren Verkauf vor Gerichten nach dem in einem Theile der preuß. Staaten noch gültigen Kulmiſchen Rechte. G. S. 1812. p. 195. — Verträge über ſelbige in Weſtpreußen; ſ. letzt. — Ordnung für deren Subhaſtation in den Rheinprovinzen. G. S. 1822. p. 195 — 204. — desgl. im Herzogthume Sachſen, (in den Bezirken des Oberlandesgerichts zu Naumburg und des Kammergerichts.) G. S. 1822. p. 194. — eximirte, in der Oberlauſitz, Anmeldung der Real-Anſprüche an ſelbige. G. S. 1822. p. 40. — ſ. auch Hypothekenrechte, Immobilien und Bauergüter, gutsherrliche u. bäuerliche Verhältniſſe, Gemeinheitstheilungen, Ablöſungen; desgl. Indult und Exekution. — Exekution in daſſelbe. G. S. 1834. p. 37. — zu öffentlichen und gemeinnützigen Zwecken beſtimmt, deren Verhältniß in Beziehung auf die Kommunalſteuern, ſ. letzt. — In wieweit es bei Veräußerung des liegenden Vermögens der von den Miniſterien des Innern und der Geiſtlichen ꝛc. Angelegenheiten reſſortirenden Gemeinen, Kirchen und Wohlthätigkeitsanſtalten in den Rheinprovinzen; bei deſſen Erbverpachtung; bei Erwerbungen der gedachten Inſtitute und Verſchuldung ihres Grundvermögens und bei Verpachtung auf längere Zeit als neun Jahre, der Allerhöchſten Genehmigung nicht weiter bedarf. Publ. des Miniſterii des Innern v. 9. Juli 1820. und Reſcr. des Juſtizminiſterii v. 28. ejd. v. K. J. XVI. 93. — ſ. Domainen, Grundſtücke, General-Civil-Prozeßtabellen, Gerichtsbarkeit, Gerichtsſtand, Gütergemeinſchaft, Moratorium, Pupillengüter, Statutariſches Recht, Verlautbarung. — Verreich des Eigenthums derſelben iſt in Schleſien abgeſchafft. R. v. 1. Febr. 1830. XXXV. 125. 126. — Die Vorſchriften wegen

Veräußerung der Grundſtücke der Minorennen ſind nicht auf Theilung eines gemeinſchaftlichen Eigenthums zu beziehen. R. vom 24. Juni 1830. XXXV. 270. 271. — ſ. auch bäuerliche Grundſtücke. Domainengrundſtücke — Laßnahrungen. — Befugniß der Juſtiz-Kommiſſarien, Licitationstermine zu deren Verkauf anzuſetzen. R. vom 10. Aug. 1829. XXXV. 133. 134. — welche noch nicht im Hypothekenbuche eingetragen ſtehen. — Ueber die Subhaſtation derſelben. R. v. 26. Aug. 1831. XXXVIII. 109. — dürfen Beamte von einer unter ihrer Verwaltung ſtehenden Anſtalt nicht erwerben. v. K. A. 23. I. 11. — 24. IV. 982. — dürfen Forſtbediente in der Nähe der ihnen anvertrauten Forſten nicht erwerben. 21. III. 582. — in den Königl. Domainen- und Intendantur-Aemtern, Verfahren bei Nachſuchung der Konſenſe zu Veräußerungen u. Zerſtückelungen derſelben. 23. II. 272 — 273. — vom Fiskus erkauft, und zu öffentlichen Straßen angewendet, rückſichtlich derſelben bedarf es der Berichtigung des Beſitztitels nicht. 19. III. 652. — mit Domanial-Abgaben und Leiſtungen belaſtet, deren Abzweigungen. 26. I. 1 — was bei deren Trennung oder Zerſtückelung polizeilich zu beobachten iſt. 20. I. 22. — IV. 747. — können in Beziehung auf die zu entrichtende Grundſteuer ohne Zuſtimmung der Regierung nicht vereinzelt werden. 19. II. 343. — von deren Parzellirungen ſind von den landräthlichen Behörden jährliche Nachweiſungen einzureichen. 19. II. 343. — auf welchen Königl. Grundabgaben haften, Verfahren bei deren Subhaſtationen. 25. II. 304. — deren Austhuung in Erbpacht u. Erbzins. 22. II. 386. — Beitragspflichtigkeit derſelben zu den Kommunal-Laſten. 21. III. 649. — Entrichtung der Umſchreibe-Gebühren für ſelbige. 23. II. 316. — von Kirchen und Kapellen, Königl. Patronats, Verfahren bei deren Verpachtungen. 21. IV. 871. — auch zur Veräußerung unbedeutender Kirchen- und Pfarrgrundſtücke iſt der Miniſterial-Konſens erforderlich. 19. II. 411 — 415. — der ſtädtiſchen Kirchen, deren Veräußerung. 26. IV. 1074. — der Kämmereien, Verfahren bei deren Verpachtungen. 18. IV. 1065. — 19. I. 170. — zu deren Erwerbung für katholiſche Kirchen können die Ober-Präſidenten die Genehmigung ertheilen. 26. II. 355. — Armenſtiftungen gehörig, deren Verpachtung. 18. I. 127. — 19. I. 170. — deren Verkauf ohne Verſteigerung. 21. II. 409. — Kommunal-, zu deren Veräußerung bedarf es der Miniſterial-Genehmigung. 21. III. 643. — ländliche, deren Erwerbung ohne beſondere Genehmigung der Grundherrſchaften. 21. IV. 842 — 846. — deren Erwerbung von beſtraften und entlaſſenen Verbrechern. 21. IV. 843. 846. — Dismembrationen derſelben. 17. III. 42. — 24. I. 122. — IV. 1041. — innerhalb ſtädtiſcher Bezirke belegen, deren Inkorporation. 25. II. 414. — ſtädtiſche, deren Veräußerung,

Vererbpachtung oder Vertauſchung. 21. I. 89. — II. 380. — Verfahren bei öffentlicher Veräußerung derſelben. 17 III. 101. — 23. II. 322. — den Gerichtsbehörden zur Nutzung überwieſen, Anſprüche der Stadt-Kommunen an ſelbige. 22. I. 131. — außerhalb des Stadtbezirks gelegen, in wie weit ſolche zu den Stadtbedürfniſſen und Kommunal-Laſten herangezogen werden können. 20. III. 552. — deren Erwerbung verpflichtet zur Gewinnung des Bürgerrechts. 17. IV. 121. — 19. IV. 930. — Gewinnung des Bürgerrechts bei Erwerbung derſelben durch Auswärtige. 24. IV. 1112. (ſiehe auch Bürgerrecht.) — privilegirte, Bequartirung derſelben. 21. I. 210. — deren Erwerbung von Mennoniten. 24. I. 189. — II. 475. — können ſolche durch Tauſch nicht erwerben. 25. III. 655. — nicht mennonitiſche, Berechtigung der Mennoniten zum Beſitze derſelben. 23. III. 627. — ſtandesherrliche, deren Heranziehung zu den Gemeindelaſten. 21. II. 381. — deren Erwerbung von Juden. 17. II. 157. — III. 84. — 24. I. 190. — desgl. von jüdiſchen Staatsbürgern. 26. III. 781. — IV. 1083. — herrenloſe, bei Kataſter-Vermeſſungen in den weſtlichen Provinzen, deren Uebertragung an die Gemeinden. 25. III. 605. seq. — ſ. a. Güter und Kommunal-Grundſtücke. — deren Erwerbung von Seiten ſtädtiſcher Gemeinen mit höherer Genehmigung. 27. I. 136. — ſtädtiſche, ſollen ohne Lizitation nicht veräußert werden. 27. I. 9. — können Bürger-Wittwen ohne Gewinnung des Bürgerrechts erwerben. 29. I. 125. ff. — deren Erwerbung durch Mennoniten. 29. II. 313. — landespolizeiliche Erlaubniß zu Erwerbungen von ſelbigen für Armen-Anſtalten. 30. IV. 781. — dürfen zur Anlage oder Erweiterung jüdiſcher Synagogen ohne Erlaubniß nicht erworben werden. 30. III. 553. — bäuerliche, ſiehe Bauergüter. deren Erwerbuug von Bürger-Wittwen und geſchiedenen Bürger-Frauen, ohne neue Bürgerrechts-Gewinnung. 31. III. 571. ff. — milden Stiftungen gehörig, deren Veräußerung mit Genehmigung der Staatsbehörde. 31. II. 344. — Bei Dismembrationen iſt nur die Anzeige an die Landespolizeibehörde erforderlich. 32. I. 87. — auch muß den Vorſchriften §. 2. des Landkultur-Edikts und §. 29. der Ablöſungs-Ordnung genügt werden; ebendaſ. — zum Gemein-Vermögen gehörig, Verfahren rückſichtlich derſelben bei Gemeinheitstheilungen. 32. II. 385 — 397. — bei deren Parzellirung dürfen Dominien die darauf ruhenden Laſten den Gemeinden, ohne genehmigtes Uebereinkommen nicht zuwenden. 32. I. 236. — Beaufſichtigung der Gemeinden hinſichts deren An- und Verkaufs. 32. I. 129. IV. 951 — 954. — zu deren Erwerbung bedürfen Korporationen höherer Genehmigung. 32. IV. 951. ff. Miniſterial-Genehmigung zu deren Erwerb für kirchliche und Schul-Anſtalten. 32. I. 100. — ſtädtiſche, deren unbeſchränkte Erwerbung von Auswär-

tigen, nach Einführung der neuen Städte-Ordnung in den vormals ſächſiſchen Gebietstheilen. 32. I. 132. — mehrere, deren Erwerbung von Seiten der Juden. 32. II. 435. — deren Abtretung oder Austauſch zur Beförderung des Auseinanderbaues nach Feuersbrünſten. 33. I. 207. — ländliche, Verfahren bei deren Dismembrationen beſonders in Beziehung auf öffentliche Abgaben. 33. II. 350—353. — desgl. in Beziehung auf die Abgaben an die Geiſtlichkeit, an Schulen ꝛc. 33. I. 87. — II. 301. — IV. 949. — desgl. rückſichtlich der Remiſſionen für Neubaue. 33. II. 353. — Einverleibung derſelben in das Stadt-Gebiet. R. vom 31. Jul. 1834. — 34. III. 747. — ſiehe übrigens auch Beſitztitel, Beſitzdokumente, Domainengrundſtücke, Feuerſocietäten, Gewerbe, Gläubiger, Hypothekenbuch, Hypothekenforderung, Hypothekengläubiger, Juſtizkommiſſarien, Käufer, Perſonal-Arreſt, Pertinenzſtücke, Subhaſtation, Wandeläcker.

Grund-Vermögen; ſ. Grundſtücke.

Grund-Taxen; ſ. Erb-Grundtaxen.

Guadeloupe, Inſel, wird von Schweden an Frankreich zurückgegeben. G. S. 1814. p. 123.

Gubener Kreis, alter, in der Niederlauſitz, ſ. Lauſitz.

Gülde; ſ. Handwerk.

Güldeblume; ſiehe Wucherblume.

Gülten, Großherzogl. Badenſche Verordnung über deren Loskauf. v. K. A. 21. IV. 994—1008.

Gültigkeit; ſ. Urkunden.

Gürtler, Gewerbeſchein-Ausfertigung für ſelbige. G. S. 1811. p. 271. ſiehe auch Handwerksprivilegien.

Güter, adelige, bürgerliche und bäuerliche, freier Verkehr mit ſelbigen. G. S. 1807. p. 171. — Veräußerung, Vererbpachtung und Theil. derſelb., ebendaſ. — Ausſpielungen derſelb. durch die Lotterien. G. S. 1810. (A.) p. 713. — 1812. p. 31. 48. — 1817. p. 5. — 1827. p. 29. — ſ. a. Lotterien. — auf welchen keine Pfandbriefe haften, deren Sequeſtration und Taxation ſoll den ordentlichen Gerichten überlaſſen bleiben. G. S. 1812. p. 7. — bepfandbriefte, Einleitung deren gerichtlichen Subhaſtation auf Antrag der Kreis-Direktionen ohne vorgängiges Erkenntniß. G. S. 1829. p. 22. — unbewegliche, Verlautbarung u. Beſtätigung der Verträge über ſelbige. G. S. 1821. p. 43. — desgl. in Weſtpreußen. G. S. 1812. p. 39. — können auch Juden erwerben. G. S. 1808. p. 497. — 1812. p. 18. — von Juden erworben, Ausübung des kirchlichen Patronatrechts auf ſelbigen. G. S. 1816. p. 207. — ſäkulariſirte, deren Einziehung, Verkauf oder Benutzung zur Tilgung und regelmäßigen Verzinſung der Staatsſchulden. G. S.

1810. p. 28. 32. — 1812. p. 23. 34. 108. — 1820. p. 10. 12. — 1826. p. 57. — dürfen künftighin nur gegen klingendes Kourant veräußert werden. G. S. 1813. p. 28. (ſ. auch geiſtliche Güter, Domainen und Gemeinde-Güter) verſchuldete, Berechtigungen der Beſitzer derſelben zum Verkaufe eines Theils der als Eigenthums-Entſchädigung eingezogenen bäuerlichen Grundſtücke. G. S. 1811. p. 289. 296. 1816. p. 166. — unbewegliche, (Immobilien), der Pflegebefohlenen, Dispenſations-Ertheilung von der Nothwendigkeit deren Subhaſtation. G. S. 1812. p. 177. — 1830. p. 144. — Rittergüter, ſind von öffentlichen Laſten und Abgaben nicht mehr befreit. G. S. 1810. p. 26. 37. — nur in Nutznießung befindliche, Aufnahme von Anleihen für ſelbige zur Beſtreitung der Kriegslaſten. G. S. 1808. p. 232. — adeliche, in Oſtpreußen, Ausübung der denſelb. zuſtehenden Jagdgerechtigkeit. G. S. 1816. p. 138. — der oſtpreuß. Landſchaft verpfändet, Verfahren bei deren Verpachtung, Sequeſt. oder Subhaſt. G. S. 1808. p. 430—434. — 1810. (A.) p. 716. — an die ſchleſiſche Landſchaft verpfändet, desgl. G. S. 1810. (A.) p. 730 f. — Köllmiſche und andere nicht adelige, deren Beitritt zu dem oſtpreuß. landſchaftlichen Kreditſyſteme. G. S. 1808. p. 377. ff. — ſ. auch Grundſtücke und Immobilien. — der Altmark, aſſociationsfähige, deren Wiederaufnahme in den Kreisverband der Kur- und Neumark; ſiehe Altmark. — unbefandbriefte — von der Taxation derſelben, ſiehe Adeliche Güter. — (Grundſtücke), Bezeichnung deren Grenzen. v. K. A. 18. IV. 1153. — deren Bepfandbriefung. 26. II. 345. — ſequeſtrirte, deren Vertretung durch landſchaftliche Beamten bei Regulirungen. 18. III. 681. — in Konkurs befangene, Beitreibung der Steuer-Reſte von ſelbigen. 26. III. 715. — können Juden im Großherzogthum Poſen nicht erwerben. 26. IV. 1083. — kaufmänniſche, mit den Fahrpoſten ein-, aus- und durchgehende, Verfahren mit ſelbigen rückſichtlich des ſteuerlichen Intereſſes. 26. I. 43—53. — Anfertigung der Frachtzettel und Deklarationen von ſelbigen. 26. I. 52. 53. — ſ. auch Waaren. — und liegende Gründe, für ſelbige ſollen keine Privat-Ausſpielungen mehr ſtatt finden. 27. II. 370. — in Konkurs, Sequeſtration oder Subhaſtation begriffen, deren Kreisſtandſchaft. 28. IV. 1024. — bepfandbriefte, in Weſtpreußen, deren Vererbpachtung. 28. II. 365. — im Großherogthum Poſen können Juden nicht eigenthümlich erwerben. 28. II. 442. — in Konkurs verfallene, Ausübung der Polizei-Gerichtsbarkeit von Seiten des Sequeſtrations-Kommiſſarius. 29. III. 567. — herrenloſe, ſ. letzt.

ſiehe überhaupt Beſitztitel, Gerichtsbarkeit, Land- u. Rittergüter, Patrimonialgerichte, Rittergüter, Unſchädlichkeitsatteſt.

Güter=Abtretung. Bei der Provokation auf dieſe Rechtswohlthat findet die Reviſion nicht ſtatt. G. S. 1833. p. 302. — ſiehe Cessio bonorum.

Güterbeſtätiger, deren Wahl durch die Kaufmannſchaft und Beſtätigung derſelben durch die Ortspolizeibehörde. G. S. 1811. p. 274. müſſen vor Ertheilung des Gewerbeſcheins ihre Qualifikation dazu nachweiſen. G. S. 1810. p. 84. — 1811. p. 274.

Güter=Erbſchaften, alle Vorzüge, welche bei ſelbigen der adelige, vor dem bürgerlichen Erben hatte, fallen fort. G. S. 1807. p. 171.

Gütergemeinſchaft, unter Eheleuten muß, wenn ſolche durch Vertrag eingeführt werden ſoll, in Anſehung der Grundſtücke in das Hypothekenbuch eingetragen, A. L. R. II. 1. 365. 369. oder, wenn ſolche ausgeſchloſſen oder aufgehoben werden ſoll, die geſchehene Ausſchließung oder Aufhebung bei demſelben vermerkt werden. c. l. 422. 424. (ſ. §. 10. der Inſtr. f. d. Geldriſche Juſtizkollegium v. 30. Juni 1769. E. S. p. 5960. IV.) — ſ. a. Erbfolge, Societät, (eheliche) von derſelben in dem Herz. Cleve u. Gr. Mark E. v. 4. Nov. 1686. H. B. 1. 360. Kl. A. 206. I. iſt der daſelbſt domiciliirende Adel ausgenommen. G. E. vom 23. Aug. 1785. Kl. A. 208. I. H. B. II. 82. von der ehelichen Gütergemeinſchaft in der Gr. Ravensberg. H. B. V. 403. Behm. Ius. nov. c. Obs. 118. im Fürſt. Minden. H. B. II. 89. Wie weit ſich dieſelbe zwiſchen dem überlebenden Ehegatten u. deſſen Kindern nach Stettinſchem Stadtrecht erſtrecke? G. E. v. 25. Oct. 1788. Kl. A. 316. III. in Anſehung des durch fortgeſetzte Nahrung und Fleiß des überlebenden Ehegatten entſtehenden Zuwachſes. G. E. v. 25. Nov. 1790. Kl. A. 277. VII. des von dem zuerſt verſtorbenen Ehemanne ererbten Vermögens einer Ehefrau Behm. Ius. nov. c. Obs. 149. Verträge über die Gütergemeinſchaft müſſen vor dem ordentlichen perſönlichen Richter (des Bräutigams. R. vom 20. Jul. 1795. E. S. p. 2590. IX.) vollzogen werden. A. L. R. Th. 2. Tit 1. §. 356. 422. A. G. O. Th. 2. Tit. 1. §. 6. R. die Verlautbarung einer ausgeſetzten Güter=Gemeinſchaft betr. v. 5. Sept. 1796. E. S. p. 635. X. St. B. p. 159. Th. 3. Ein in Gütergemeinſchaft lebender Ehegatte muß den durch ſein Verbrechen verurſachten Schaden an Strafe und Inquiſitonskoſten allein tragen. St. B. p. 92. V. Die Gütergemeinſchaft hat in den Diſtricten an der Netze zu Pohlniſchen Zeiten nicht Statt gehabt. St. B. p. 134. IV. ſ. a. Schenkung. A. L. R. II. I. 345—433. — Auch denjenigen Eheleuten, welche ſich ſchon vor dem 1. Jun. 1794. verheirathet haben, kann nicht geſtattet werden, die einmal unter ihnen beſtehende Gütergemeinſchaft aufzuheben. G. E. v. 5. März 1799. St. B. p. 115. Th. VIII. Wie bei obwaltender Gütergemeinſchaft die Theilung eines

auf den Namen des Vaters eingetragenen Grundſtücks vorzunehmen, der ſich mit ſeinen minderjährigen Kindern auseinanderſetzen will. R. v. 1. Apr. 1799. St. B. p. 251. Th. VIII. G. C. die in dem A. L. R. Th. 2. Tit. 1. §. 329. verordnete Wohlthat der Zurücktretung aus der ehelichen Gütergemeinſchaft an Orten, wo Lübiſches Recht gilt, betr. vom 22. Oct. 1800. R. Arch. p. 401. Th. 1. H. 4. R. wegen Beſtätigung und Eintragung der zwiſchen adelichen Perſonen in Neu-Oſtpreußen geſchloſſenen Verträge über die Gütergemeinſchaft, v. 12. Apr. 1801. R. A. 34. B. 3. eheliche, die Vorſchrift des A. L. R. Th. 2. Tit. 18. §. 782. f. f. iſt auch von dem Waiſenamte zu Stettin u. in den mit Magdeburgiſchen Rechten beliehenen Pommerſchen Städten in Anwendung zu bringen. G. C. v. 5. Febr. 1802. St. B. p. 355. XV. R. A. p. 345. B. 2. — Unter der nach Vorſchrift des A. L. R. Th. 2. Tit. 18. §. 410. zwiſchen der Mutter und deren Kindern auf den Antrag der erſtern fortzuſetzenden Gütergemeinſchaft iſt die wahre eheliche Gemeinſchaft zu verſtehen. R. v. 27. Apr. 1805. R. A. 27. IV. Von Berechnung des nach den Geſetzen beſtimmten dreimonatlichen Termins, (A. L. R. II. XVIII. §. 794.) nach welcher bei unterbliebener Erklärung einer verheiratheten Pflegbefohlnen, ob ſie in der ex statuto ſtatt findenden Gütergemeinſchaft bleiben wolle oder nicht? letztere als angetreten geachtet werden ſoll. R. v. 14. May 1806. E. S. p. 346. XII. R. d. R. A. 290. IV. — R. wegen der Kulmiſchen, der Ehegatten in Südpreußen, v. 26. Jul. 1806. J. M. X. 301. — Von der vertragsmäßigen Aufhebung derſelben. R. v. 8. Jul. 1815. v. K. J. 179. VI. V. in Betreff der, in den Weſtphäliſchen Provinzen und in dem Herzogthum Cleve, vom 8. Jan. 1816. G. S. 97. VI. ſ. a. Hymmenſche Beiträge. Ed. v. 1686. B. I. 360. B. II. p. 82. G. C. v. 23. Aug. 1785. Kl. Annal. 208. I. und 206. I. — eheliche, deren Beibehaltung in den weſtphäliſchen Provinzen und dem Herzogthum Kleve nach den früheren Provinzialgeſetzen. G. S. 1816. p. 97. — deren Herſtellung in der Grafſchaft Werden und dem ehemaligen Stifte Elten in Weſtphalen. G. S. 1826. p. 23. Die dreimonatliche Friſt zur Erklärung der geweſenen Pflegbefohlnen wegen Ausſchließung der ehelichen Gütergemeinſchaft iſt in jedem Falle von dem Tage der erlangten Volljährigkeit an zu rechnen. Reſcr. vom 23. Juli 1814. v. K. J. III. 275. — Beſtimmung des Polniſchen Publicationspatents des Code Napoleon v. 10. Oct. 1809. Art. 14., in Betreff der Gütergemeinſchaft ſolcher Eheleute, die vor dem 1. Mai 1808 geheirathet, aber den 1. Mai 1808. erlebt haben, in den Kreiſen Culm und Michelau. R. v. 16. Aug. 1817. X. 6. — Ob nach den §§. 782. und 785. Tit. 18. Th. II. des A. L. R. in dem daſelbſt gedachten Falle blos die der Vormundſchaft entlaſſenen Ehefrauen das Recht zur

Wahl haben, die Gütergemeinſchaft mit ihren Ehegatten ferner aus- zuſchließen oder einzuführen, oder ob dieſes Recht auch männlichen Pflegbefohlnen, welche während der Vormundſchaft die Ehe ge- ſchloſſen, nach erlangter Großjährigkeit zuſteht? Reſcr. v. 14. Aug. 1820. v. K. J. XVI. 32. seq. — Ein in der Gütergemeinſchaft le- bender Ehemann kann auch ohne Einwilligung ſeiner Ehefrau Grundſtücke und Gerechtigkeiten mit Uebernahme von Schulden er- werben, und dieſe Schulden auf die erworbenen Grundſtücke und Gerechtigkeiten in das Hypothekenbuch rechtsgültig eintragen laſſen. Reſcr. v. 23. März 1821. XVII. 19. — Verfahren in dem Falle, wenn nach der in der Provinz Weſtphalen geltenden allgemeinen ehelichen Gütergemeinſchaft bei dem Abſterben des einen Ehegatten minderjährige Kinder vorhanden ſind. Reſcr. vom 11. Jan. 1821. XIX. 167. — Anwendung der allgemeinen ehelichen Gütergemein- ſchaft auf die Juden. R. v. 6. März 1826. XXVII. 77. — Ob nach der Pommerſchen Brautordnung v. 30. Dec. 1764. unter Eheleu- ten eine allgemeine oder nur eine beſchränkte Gütergemeinſchaft Statt findet? XXVIII. 273. ſiehe Beſitztitel, Bürgſchaft, Eingebrachtes der Ehefrau, Erbſchaftsſtempel, Schleſien, Statutariſches Recht. — Ueber die in der Grafſchaft Reklinghauſen beſtehende eheliche Gütergemeinſchaft. Abhandl. v. Evelt. XXIX. 3 — 53. — Darſtellung der im Spren- gel des Land- und Stadtgerichts zu Duisburg in Betreff der ehe- lichen Gütergemeinſchaft vorhandenen Provinzialgeſetze, Statuten und Gewohnheiten. Von ꝛc. Bühl. XXIX. 193 — 200. — in der Grafſchaft Hohen-Limburg und im Fürſtenthum Münſter, ſ. Lim- burg, Münſter. — eheliche, im Münſterſchen Nachtrag zur Abhandlung über dieſelbe XXXVII. 3 — 47. — Von dem Erb- ſchaftsſtempel bei der durch den Tod des einen Ehegatten aufge- löſeten Gütergemeinſchaft. R. v. 7. Oct. 1831. XXXVIII. 409. — eheliche, im Mindenſchen und Ravensbergiſchen. Abhandlung dar- über. XL. 3 — 152. — Die Vorſchriften des Allg. Landrechts Th. II. Tit. VIII. §. 780. finden ohne Rückſicht auf Provinzialgeſetze überall Statt, wo die Gütergemeinſchaft geſetzlich iſt. Reſcr. v. 1. März 1833. XLI. 217. 218. — Ausſetzung der Gütergemeinſchaft, wenn ein Pflegbefohlner während der Minderjährigkeit heirathet, ohne Rückſicht auf den Inhalt von Provinzial-Geſetzen, Statuten oder Gewohnheiten. Cab. Ord. v. 5. Aug. 1833. XLII. 124. 125. — Ueber die eheliche Gütergemeinſchaft im Allgemeinen und ins- beſondere in Beziehung auf die Fürſtenthümer Paderborn u. Cor- vey. Abhdl. XLI. 365 — 389. — Beiträge zur Theorie der Mün- ſterſchen ehelichen Gütergemeinſchaft. Abhdl. XLI. 397 — 416. — Cab. Ord. v. 29. Mai u. R. v. 3. Juni 1833. die eheliche Güter- gemeinſchaft in Danzig betr. XLI. 569 — 571. — Ueber die ehe-

liche Gütergemeinſchaft in der Herrſchaft Gimborn-Neuſtadt. XLII. 463 — 469. — Nichterhebung des Erbſchaftsſtempels während deren Fortſetzung. v. K. A. 33. I. 68. — nach Lübiſchem Recht, ſiehe Communio bonorum prorogata.

ſiehe übrigens auch Corvey, eheliche Gütergemeinſchaft. Paderborn. Weſtphalen.

Wenn jüdiſche Eheleute, welche nach den für ſie geltenden jüdiſchen Ritualgeſetzen, mithin nicht in Gütergemeinſchaft lebten, zur Zeit ihres Uebertritts zur chriſtlichen Religion, an einem Orte wohnen, wo die Gütergemeinſchaft für chriſtliche Eheleute ihres Standes gilt, ſo wird durch dieſen Uebertritt Gemeinſchaft der Güter unter ihnen eingeführt. S. u. Str. R. 2. Bd. No. 31. p. 285. — Wenn Eheleute ſich vor Einführung des Allg. Landrechts verheirathen, und die geſetzlich ſtatt findende Gütergemeinſchaft durch Vertrag ausgeſchloſſen, dieſe Ausſchließung aber nicht öffentlich bekannt gemacht, auch die Bekanntmachung nicht bei Einführung des Allg. Landrechts nachgeholt haben; iſt in einem ſolchen Falle anzunehmen, daß von der Zeit, da das Allg. Landrecht in Kraft getreten iſt, in Beziehung auf dritte Perſonen, die Gemeinſchaft der Güter unter ihnen ſtatt findet? S. u. Str. R. 2. Bd. No. 32. p. 290. — Eheleuten, welche in Gütergemeinſchaft leben, ſind die Zinſen eines Kapitals dergeſtalt legirt, daß anzunehmen iſt, dieſelben ſollen ihnen, ſo lange ſie beide leben, gemeinſchaftlich, nach dem Tode des einen aber, dem Ueberlebenden ausſchließlich gebühren. Es fragt ſich, ob in einem ſolchen Falle die Gläubiger des erſt verſtorbenen Ehemannes, Behufs ihrer Befriedigung, die Zinſen des ganzen Kapitals, bis zum Tode der überlebenden Wittwe, in Anſpruch zu nehmen berechtigt ſind. S. u. St. R. 2. Bd. No. 33. p. 305. — Wenn ein Ehemann, bei Eingehung ſeiner Ehe, wegen Minderjährigkeit ſich unter Vormundſchaft befunden hat, und deshalb die ſonſt nach Provinzial-Geſetzen ſtatt findende eheliche Gütergemeinſchaft ſuspendirt geblieben iſt, binnen welcher Zeit kann derſelbe nach erfolgter Großjährigkeit, durch gerichtliche Erklärung, die eheliche Gütergemeinſchaft ausſchließen. S. u. Str. R. 2. Bd. No. 34. p. 312.

Guiana, franzöſiſches, ſo wie es am 1. Jan. 1792. beſtand, wird von Portugal an Frankreich zurückgegeben. G. S. 1814. p. 123.

Gumbinnenſcher Regierungsbezirk, Kreiseintheilung und Begränzung deſſelben. G. S. 1815. p. 93. — Reglement der in ſelbigem errichteten Unterſtützungs-Anſtalt für Schullehrer-Wittwen und Waiſen. v. K. A. 27. I. 120—130.

Gummi olibanum, Handel mit ſelbigem ohne polizeiliche Beſchränkung. v. K. A. 29. IV. 910.

Gutachten, ſollen die Gerichte in Prozeſſen, welche auf Prinzipien der Landesverfaßung ꝛc., Einfluß haben, von den Regierungen einfordern dürfen. G. S. 1808. p. 476. — desgl. in Prozeſſen gegen Militair-Inſtitute und Militairperſonen, von den obern Militair-Behörden in Beziehung auf Militair Oekonomie ꝛc. G. S. 1809. p. 584. — bei Streitſachen über landwirthſchaftliche Gegenſtände, ſollen nur ſolche gültig ſeyn, welche von approbirten Oekonomie-Kommiſſarien oder Kreisverordneten abgegeben worden. G. S. 1811. p. 309. — wiſſenſchaftlich-techniſcher Behörden, Sportel-Anwendung bei ſelbigen. G. S. 1825. p. 133. — medizinisch-chirurgiſche, deren Abfaßung und reſp. Prüfung von Seiten der Medizinal-Kollegien. G. S. 1817. p. 246. — ſ. a. Berichte. — ärztliche, deren Ausſtellung über Gemüthskranke. v. K. A. 17. IV. 272. — über Obduktionen und andere mediziniſch gerichtliche Unterſuchungen. 19. II. 563. — von den Gerichten eingefordert, deren Mittheilung an die Regierungen. 26. IV. 1135. — gerichtlich-mediziniſche, der Kreisphyſiker und Kreischirurgen, ſollen erſt nach fünf Jahren gedruckt werden dürfen. 22. I. 222. — Publ. betr. die abſchriftliche Einreichung der von den Phyſicis und andern Medizinalperſonen erſtatteten Obduktionsberichte und Gutachten an die Regierung, vom 25. Jul. 1817. v. K. J. X. 45. — Vorſchläge der Provinzialſtände im Form derſelben. v. K. A. 27. I. 294. — ärztliche, von den Gerichten eingefordert, ſind den Regierungen von letztern abſchriftlich mitzutheilen. 27. I. 230. — gerichtärztliches, Gebühren für dieſelben. R. v. 30. Mai 1833. — 34. II. 569. — ſ. übrigens Medizinalkollegium, Münzverbrechen, Oekonomie-Kommiſſarien, Stempelreviſion, Unterſuchungskoſten.

Guts-Antheile; ſ. Gerichtsbarkeit.

Gutsbeſitzer, Verwendung der denſelben bewilligten Retabliſſementsgelder. G. S. 1822. p. 48. — deren Wählbarkeit bei den Provinzialſtänden, ſ. Stände, Provinzial-, u. Landtags-Abgeordnete. — größerer Landgüter, können bei ihrem Eintritt in die Armee als Freiwillige die Offizier-Uniform tragen. G. S. 1813. p. 38. — welche ſich abwechſelnd in Städten aufhalten, deren Heranziehuug zu den ländlichen Kommunal-Steuern. v. K. A. 26. II. 387. — Befugniß derſelben zu Paßertheilungen im Grenzverkehr mit Mecklenburg. 22. I. 150—153. — ländliche, Entrichtung der Klaſſenſteuer von ſelbigen. 22. III. 570. — können zur Benutzung für den Betrieb ihrer Debits-Brennerei und Brauerei, Mühlen anlegen. 27. I. 217. — IV. 1009. — von mehreren Gütern zugleich, brauchen die Geſetzſammlung nur in Einem Exemplar zu halten. 27. III. 594. — Diäten und Reiſe-Entſchädigung für ſelbige in kommiſſariſchen Verrichtungen. 28. III. 633. — Ver-

rechnung der von ſelbigen verwirkten Polizei-Geldſtrafen. 28. IV. 1042. — in Konkurs gerathene, können zu Kreis-Deputirten nicht gewählt werden. 28. IV. 1024. — bedürfen zur Abſchreibung der als freies Eigenthum an Laſſiten abgetretenen Parcelen des Konſenſes ihrer Hypothekengläubiger. 30. IV. 756. — Rüge der von ſolchen ſelbſt begangenen Polizei-Kontraventionen. 30. I. 116. f. verarmte, u. arbeitsunfähige, Verpflichtung zur Armenpflege rückſichtlich derſelben. 30. I. 155. — von Rittergütern, Wahrnehmung deren kreisſtändiſchen Befugniſſe Seitens der volljährigen Söhne derſelben. 30. I. 9. — III. 567. — ehemalige, Wahlfähigkeit derſelben zu ſtändiſchen Deputirten, nach wieder erworbenem Beſitzthume. 33. II. 423. — Eine Gutsherrſchaft welche ihre Zwangsmühle in Erbpacht gegeben hat, iſt verbunden, auf dieſer Mühle mahlen zu laſſen, ſelbſt wenn hierüber in dem Kontrakte nichts feſtgeſetzt iſt. S. u. Str. R. 1. Bd. No. 20. p. 65. — ſiehe übrigens Entſagungsakt. Gerichtsbarkeit. Priorität. Schulddokumente. Unterthanenprozeſſe. Unterſuchungskoſten.

Guts-Einkünfte. In wiefern der Gläubiger berechtigt iſt, neben der Penſion ſeines Schuldners auch den Nießbrauch deſſelben an einem ihm nicht eigenthümlich gehörigen Gute im Wege der Execution in Beſchlag zu nehmen. Reſcr. vom 26. Nov. 1819. v. K. J. XIV. 208.

Gutsherren (Gutsbeſitzer) in wie weit ſelbige zur perſönlichen Ausübung der Patrimonial-Gerichtsbarkeit in Beziehung auf geringere Polizeivergehungen, ohne Zuziehung ihrer Gerichtshalter befugt ſind. G. S. 1827. p. 26. — Kontrolle der Lokalpolizeiverwaltung der Dorfgerichte durch ſelbige. G. S. 1812. p. 149. — den polizeilichen Anordnungen derſelben ſind Schulzen u. Dorfgerichte bis auf weitere Beſtimmung des Kreisdirektors Folge zu leiſten ſchuldig. G. S. 1812. p. 150. Verwaltung der Paß- Fremden- und Sicherheitspolizei durch ſelbige. G. S. 1817. p. 158. — Verhältniſſe derſelben zu ihren Schuldnern, ſ. Indult und Exekution. — aufgehobene Rechte derſelben in den zum vormaligen Königreiche Weſtphalen, Großherzogthume Berg u. den franzöſiſch hanſeatiſchen Departements gehörigen Landestheilen. G. S. 1825. p. 75. ff. 95. ff. 113. ff. — fortdauernde Rechte derſelben. G. S. 1825. p. 80. ff. 99. ff. 116. ff. ſ. a. Patrimonialgerichtsbarkeit, Güter, gutsherrliche und bäuerliche Verhältniſſe, Bauergüter, Ablöſungen und Gemeinheitstheilungen. — Handhabung der Polizei-Gerichtsbarkeit und Leitung der Polizeiverwaltung durch ſelbige. v. K. A. 28. II. 444. seq. — müſſen rückſichtlich der letztern qualificirte Stellvertreter geſtellen, ibid. — deren Verhältniſſe zu den Dorfſchulzen

ibid. — Rechte und Pflichten derſelben in Beziehung auf Polizei-Verwaltung und Polizei-Gerichtsbarkeit. 30. I. 109. f. III. 564 — 566. — abweſende oder zur Polizei-Verwaltung unqualifizirte, deren Stellvertretung. 32. III. 675. — ſ. a. Gutsherrſchaften. — in wie fern ſie zur Polizei-Verwaltung Stellvertreter ernennen können, ſ. Polizei-Verwaltung.

ſ. ferner auch gutsherrliche und bäuerliche Verhältniſſe, Polizei-Strafrecht, Schutzunterthanen, Zeitpachtbauern.

Gutsherrliche Rechte, in der Provinz Weſtphalen, deren Subhaſtation im Wege der Execution. v. K. A. 30. I. 221.

Gutsherrlicher Konſens, ſ. Bauergüter, Dorfgemeinen.

Gutsherrliche (und bäuerliche) **Verhältniſſe**, deren Feſtſtellung nach dem Ed. v. 9. Oct. 1807. G. S. 1807. p. 170 — 173. — deren weitere Regulirung nach dem Ed. v. 14. Sept. 1811. G. S. 1811. p. 281 — 299. — 1816. p. 3. — desgl. nach der Declaration deſſelben v. 29. Mai 1816. G. S. 1816. p. 154 — 180. — allgemeine Vorſchriften über das Verfahren bei ſelbigen durch die General-Kommiſſionen nach der Verordn. v. 20. Juni 1817. G. S. 1817. p. 173. ff. — jenes Ed. nebſt Declaration findet auf die Immediat-Einſaſſen in den Domainen von Oſtpreußen, Litthauen u. Weſtpreußen ſo wenig, als auf die ſchon zum Eigenthum überhaupt verliehenen bäuerlichen Stellen Anwendung. G. S. 1816. p. 154. — auch nicht auf Pfarr- und Kirchenländereien und Pfarrbauerhöfe. G. S. 1816. p.156. — desgl. nicht auf die vor Publication derſelben ſtattgefundenen Regulirungen. G. S. 1816. p. 155. — auch haben dieſelben nur Geſetzeskraft für die zur Zeit der Publikation des Edicts beſeſſenen Provinzen. G. S. 1816. p. 179. 180. — Deklaration der §. §. 16. u. 49. des Ed. v. 14. Sept. 1811. in Beziehung auf die Hofgebäude, Einkaufsgelder, ſo wie auf die von den Bauerwirthen zu übernehmenden Kommunallaſten und Hülfsdienſte an die Gutsherrſchaft. G. S. 1823. p. 35. — Auseinanderſetzungen rückſichtl. derſ. können auf gütlichem Wege erfolgen, dieſelben müſſen aber gerichtlich vollzogen und der General-Kommiſſion zur Prüfung und Beſtätigung eingereicht werden. G. S. 1811. p. 283. — 1816. p. 156. — deren Regulirung und Beſtätigung in Domainen oder in den unter unmittelbarer Verwalt. der Regier. oder der Provinzial-Schulkollegien ſtehenden Inſtituten. G. S. 1817. p. 165. 168. 169. 172. 190. — 1826. p. 10. f. — desgl. für Magiſträte und landſchaftl. Kredit-Direktionen durch deren Syndicen und landſchaftl. Räthe oder Deputirte. G. S. 1817. p. 173. — Reſſort der General-Kommiſſionen bei Grenzberichtigungen in ſelbigen. G. S. 1817. p. 164. —

Vermeſſung und Bonitirung der Grundſtücke durch Feldmeſſer. G. S. 1817. p. 181. ff. — Plan-Berechnung u. Verfahren darüber. G. S. 1817. p. 183 — 188. — Abfaſſung, Vollziehung, Beſtätigung und Aushändigung des Auseinanderſetzungs-Rezeſſes. G. S. 1817. p. 188 — 190. — Aufbewahrung deſſelben. G. S. 1817. p. 195. — Rechtsmittel gegen die Entſcheidungen der General-Kommiſſionen in ſolchen Angelegenheiten. G. S. 1817. p. 190. — 194. — Ausführung der Auseinanderſetzung. G. S. 1817. p. 195. 196. — Aufbringung der in ſelbigen nach dem Reglement v. 20. Juni 1817 feſtzuſtellenden Koſten. G. S. 1817. p. 196 — 200. — desgl. in Dienſtprozeſſen gegen die Gutsherrſchaften. G. S. 1815. p. 201. (Beil. p. 5.) — Beſtimmungen wegen der Sporteln in dergl. Angelegenheiten. G. S. 1825. p. 130. — Bewilligung von Diäten, Reiſe-, Zehrungs- u. Verſäumnißkoſten in ſelbigen. G. S. 1817. p. 197. ff. — Reſſort und Befugniſſe der Oberpräſidenten rückſichtl. derſ. G. S. 1817. p. 234. — 1826. p. 1. 2. — Zulaſſung und Einrichtung einer dritten Inſtanz in Prozeſſen über ſelbige. G. S. 1819. p. 251. — wird dem Geheimen Ober-Tribunal übertragen; ebendaſ. — Appellations- und Reviſionsverfahren in Angelegenheiten derſ. G. S. 1825. p. 223. — Regulirung der gegenſeitigen Verhältniſſe in Beziehung auf die Beſetzung der Bauerhöfe und die Eigenthums-Anſprüche der darauf angenommenen Wirthe nach der deklaratoriſchen Verordnung v. 9. Juli 1819. G. S. 1819. p. 151. 152. — desgl. im Großherz. Poſen und in den mit Weſtpreußen vereinigten Diſtrikten. G. S. 1819. p. 153. — deren Regulirung im Großherz. Poſen, in den mit Weſtpreußen wieder vereinigten Diſtrikten, dem Kulm- u. Michelauſchen Kreiſe und in dem Landgebiete der Stadt Thorn, nach dem Geſetz v. 8. Apr. 1823. G. S. 1823. p. 49 — 73. — desgl. im Landgebiete der Stadt Danzig. G. S. 1823. p. 73. — desgl. in der Ober- u. Niederlauſitz und im Amte Senftenberg. G. S. 1821. p. 110. — Anwendung der über ſelbige erſchienenen Verordnungen auf den Kottbuſſer Kreis. G. S. 1819. p. 249. — Beſtimmungen wegen des Fünftel-Abzuges bei deren Regulirung in der Altmark und im Magdeburgiſchen. G. S. 1824. p. 11. — 1825. p. 87. — Geſetz über ſelbige in den vormals zum Königreiche Weſtphalen, zum Großherz. Berg oder zu den franz. hanſeatiſchen Departements gehörenden Landestheilen. G. S. 1820. p. 169. f. — findet auch auf die von Hannover abgetretenen Diſtrikte Anwendung. G. S. 1820. p. 184. — zu deren Regulirung werden in Magdeburg u. Münſter General-Kommiſſionen errichtet. G. S. 1820. p. 185. — Regulirung derſelben im Herzogth. Weſtphalen. G. S. 1820. p. 191. — in den ehemaligen weſtphäliſchen, bergiſchen und franz. hanſeat. Landestheilen, deren Regulirung in Beziehung auf die Zehnten ꝛc.

und deren Ablöſung. G. S. 1822. p. 207. f. — allgem. Geſetze über deren Regulirung in den vorgedachten Landestheilen, v. 21. Apr. 1825. G. S. 1825. p. 73. — 128. 154. — desgl. in den von Hannover abgetretenen Landestheilen. G. S. 1825. p. 92. — ſ. a. General-Kommiſſionen und Reviſions-Kollegien, desgl. Bauergüter, Erbunterthänigkeit, Ablöſungen, Gemeinheitstheilungen. — Verpfändung der Güterſubſtanz zur Aufbringung der Koſten, ſ. Lehns- u. Fideikommiß-Beſitzer. — von dem Geſchäftsbetriebe in den Angelegenheiten derſelben. Verordn. v. 30. Juni 1834. G. S. 1834. p. 96. — Suspenſion der Regulirung derſelben und der darüber entſtandenen Prozeſſe bis zur Reviſion der auf jene Verhältniſſe ſich beziehenden Geſetzgebung. Cab. Ord. v. 5. Mai 1815. v. K. J. Vb. 8. — Wenn an einem Orte die Regulirung der gutsherrl. und bäuerl. Verhältniſſe zu Stande gekommen, ſo iſt der Gutsherr nur ſchuldig, die erforderlichen Hypothekenbücher anzuſchaffen, die bäuerlichen Beſitzer hingegen, welche durch jene Regulirung das Eigenthum ihrer Grundſtücke erworben haben, müſſen die taxmäßigen Gebühren ſowohl für die Berichtigung ihres Beſitztitels, als für alle übrige Eintragungen berichtigen, ſind jedoch bei der erſten Eintragung mit dem Gebrauch des Stempelpapiers zu verſchonen. R. v. 4. Febr. 1820. v. K. J. XV. 12. — ſ. Ablöſung, Auseinanderſetzungsrezeſſe, Bauergüter, Beſitztitel, Entſagungsakt, Hypothekenbücher, Hypothekenweſen, Reviſion, Stempelfreiheit, Subhaſtation, Zeitpachtbauern. — Beitreibung der Koſten. Cab. O. v. 22. Oct. 1823. XXII. 163. — Inſtr. wegen Konkurrenz der Regierungen u. Provinzial-Schulkollegien rückſichtl. der von ihnen reſſortirenden Güter-Verwaltungen bei den zum Geſchäftskreiſe der General-Kommiſſionen gehörigen Auseinanderſetzungen, v. 30. Juni 1828. u. Cab. Ord. v. 7. Juni 1828. XXXII. 81 — 83. — Erläuterung des Geſetzes v. 29. Mai 1816 wegen Verwendung eines Darlehns bei Regulirung der gutsherrl. und bäuerl. Verhältniſſe. R. v. 29. Jan. 1828. XXXI. 153. 154. — ſ. a. Bauergüter. — Bruchſtücke über die gutsherrl. Verhältniſſe in den preuß. Staaten. Abhdl. XXXIV. 236 — 464. — R. v. 8. März 1831. wegen Beiſtimmung des Miniſterii zu den Provokationen des Fiskus auf Regulirung ꝛc. XXXVII. 67. 68. — R. v. 22. Sept. 1831. über die Prüfung des Kompetenz-Punkts. XXXVIII. 109. 110. — R. v. 10. Nov. 1831. wegen der Maßregeln zur Sicherſtellung der hypothekariſchen Gläubiger in Anſehung der von den bäuerl. Wirthen zu leiſtenden Kapitalzahlungen. XXXVIII. 294. 297. — Von dem Verfahren bei Ausfertigung der bäuerl. Auseinanderſetzungs-Rezeſſe und der Verpflichtung der Untergerichte zur Ausfüllung der

über die Auseinanderſetzungen anzufertigenden Tabellen. R. v. 16. Dec. 1831. XXXVIII. 298. — deren Regulirung im Allgemeinen. v. K. A. 17. II. 64. — 18. IV. 988 — 996. — 19. I. 65. — II. 342. 343. — III. 668. — Vollziehung der zur Beſtätigung einzureichenden Rezeſſe. 24. I. 121. — Verfahren bei gütlichen Auseinanderſetzungen in ſelbigen. 24. III. 772. — deren Regulirung bei Gemeinheitstheilungen in Beziehung auf königl. Forſten. 21. IV. 841. — deren Regulirung zwiſchen Gutsherren, Meliorations-Bauern und Koſſäthen. 22. I. 58. — in Beziehung auf Güter, welche unter landſchaftlicher Sequeſtration ſtehen. 18. III. 681. — Koſtenaufbringung bei Regulirung derſelben, von Seiten der Partheien. 26. II. 344. — Liquidation der Fuhrkoſten in Regulirungs-Angelegenheiten derſelben. 24. I. 117. — ſ. a. General-Kommiſſionen. — Deklaration der frühern Beſtimmungen über ſelbige, v. 29. Mai 1816. Art. 78. — v. K. A. 28. II. 441. — Anwendung der Gebühren- und Stempelfreiheit. 30. II. 314. — Anweiſung des fiskaliſchen Antheils an den Diäten, Fuhr- und Vermeſſungskoſten. 30. II. 315. — Reſſort der Regierungen, der Provinzial-Schulkollegien u. der General-Kommiſſionen, rückſichtl. der von den beiden erſtern abhangenden Güterverwaltungen. 30. I. 66 — 68. — Maßregeln in Anſehung der Kapitalzahlungen der bäuerl. Wirthe, zur Sicherſtellung der eingetragenen Gläubiger, bei Regulirung der erſtern. 31. IV. 749 — 753. — Verfahren bei Ausfertigung der bäuerlichen Auseinanderſetzungs-Rezeſſe. 31. IV. 753. — Ausübung des Provokationsrechts bei deren Regulirung Seitens des Fiscus. 31. I. 35. — Diäten und Reiſekoſten für die Kommiſſarien in denſelben. 31. I. 37. f. — Anwendung des §. 29. des Ed. über die Regulirung derſelben in Beziehung auf die Verſchuldung der Bauergüter. 32. IV. 917. — die bei der Regulirung erforderlichen Steuer-Atteſte ſind gebührenfrei auszuſtellen. 32. III. 632. — Ed. über deren Regulirung v. 14. Sept. 1811. — Anwendung des §. 29. deſſelben, die Belaſtung der Bauergüter mit hypoth. Schulden betr. 33. IV. 938. — ſ. überhaupt bäuerliche Grundſtücke, General-Kommiſſionen, Kultur-Edikt, Laßnahrungen, Lehn.

ſ. ferner auch Land-Cultur und die in Königsberg erſchienene Sammlung der dieſen Gegenſtand betreffenden Geſetze und Verordnungen und des Verfaſſers Anleitung zum Geſchäftsbetrieb für die Oekonomie-Kommiſſarien und deſſen Concordanz der agrariſchen Geſetze.

Gutsherrſchaften, (Dominien,) deren Verhältniſſe zu Dorfgemeinen rückſichtl. der Armenpflege. v. K. A. 28. III. 760. — IV. 1067. — Verrechnung der denſelben zuerkannten Polizei-Kon-

travention≈-Geldſtrafen. 28. IV. 1042. — zwiſchen ſelbigen und den Gemeinen findet rückſichtl. der Armenpflege keine Sozialität ſtatt. 29. II. 357. — deren Verpflichtung zu Armen-Verpflegungs-Beiträgen, beſonders in Schleſien. 29. I. 145. — deren Verpflichtungen in Beziehung auf Polizeiverwaltung, Polizei-Gerichtsbarkeit und Polizei-Gefängniſſe. 30. I. 109. — III. 564 — 566. — Disziplinar-Verhältniſſe derſelben zu den Regierungen und landräthlichen Aemtern. 32. I. 41. — Verhältniſſe derſelben zu den Dorfgemeinden rückſichtl. der Armenpflege. 32. I. 235. — dürfen bei Parzellirung ihrer Grundſtücke die darauf ruhenden Laſten den Gemeinden ohne genehmigtes Uebereinkommen nicht zuwenden. 32. I. 236. — deren Verhältniſſe zu den Gemeinden in Beziehung auf Kommunallaſten. 33. III. 694. — desgl. in den ehemals königl. weſtphäliſchen Landestheilen. 33. III. 695. — dürfen ihren Polizei-Beamten keine Uniform geben. R. v. 5. Aug. 1834. — 34. III. 782. — ſ. übrigens Domainen, Gutsherren, gutsherrliche und bäuerliche Verhältniſſe, Korreal-Verſchuldung, Patrimonial-Gerichtsherren, Patrimonial- und Polizei-Gerichtsbarkeit, Patronatrecht, Ablöſungen, Gemeinheitstheilungen, Bauergüter ꝛc., Züchtigungsrecht.

Guts-Ländereien. Die in den §. §. 24. 55. u. 56. des Ed. v. 14. Sept. 1811. u. §. 51. seq. der Declaration v. 29. Mai 1816. der Gutsherrſchaft verliehene Befugniß zum Verkauf eines Theils des einzuziehenden Landes iſt nicht blos auf Land, im Gegenſatz von Häuſern und Gärten zu beſchränken. R. v. 17. Apr. 1824. v. K. J. XXIII. 211.

Gutspächter, ſ. Pächter.

Guts-Pertinenzien. Ueber die Kompetenz zur Einführung von Hypothekenbüchern der Guts-Pertinenzien. R. v. 13. Mai 1831. v. K. J. XXXVII. 379.

Guts-Revenüen; haben im Falle eines Prioritäts-Verfahrens über die Revenüen eines ſequeſtrirten, wegen ſeiner Lehns- oder Fideikommiß-Qualität unveräußerlichen Gutes, bei den von Publikation des Klaſſifications-Urtels ab ſtattfindenden Revenüen-Vertheilungen die Kapitalsforderungen u. privilegirten Zinſenrückſtände der vorgehenden Realgläubiger, oder die vom Ablauf des erſten Wirthſchaftsjahres an laufenden Zinſen der nachſtehenden Realgläubiger den Vorzug? S. u. Str. R. 3 B. No. 20. p. 201.

Guts-Uebergaben, Umſchlags- und Ablieferungs-Termin bei ſelbigen in Neu-Vorpommern, ſ. Pommern.
ſ. a. Ablieferungstermin.

Guts-Ueberlaſſungen, (verkäufliche,) ſiehe Kaufſtempel.

Guts-Unterthänigkeit, ſ. Erb-Unterthänigkeit.

Gymnaſial-Lehrer, ſ. Gerichtsſtand.

Gymnaſial-Studien; Oeſterreichſche Verordnung über das Privat-Studium auf denſelben und der Lehrfächer der höhern Studien-Abtheilungen. v. K. A. 27. III. 809.

Gymnaſiaſten, Privataufſicht auf ſelbige. v. K. A. 22. I. 121. — deren Beherbergung von Studirenden auf Univerſitäten. 24. III. 833. — hülfsbedürftige, deren Unterſtützung. 18. III. 729. — ſ. a. Schüler, Gymnaſien u. Schulen. — deren Verwarnung vor dem unerlaubten Verkehr mit Nachdruck-Ausgaben. 29. II. 309. — dürfen ohne Beiſein ihrer Eltern, Lehrer oder Vormünder keine Schankſtätten, Kaffeehäuſer ꝛc. beſuchen. 30. IV. 796. — welche nicht im väterlichen Hauſe wohnen, deren Beaufſichtigung. 33. I. 99. — II. 400. — welche ſich dem Studium der Theologie widmen wollen, können noch keine Militair-Zurückſtellungs-Atteſte erhalten. 33. I. 238. 239. — II. 549. — abgegangene, deren ſpätere Zulaſſung zum einjährigen freiwilligen Militairdienſte. 33. III. 822.

Gymnaſien; Regl. für die in Weſtpreußen etablirten Catholiſchen, v. 1. Juni 1781. ungedr. — von dem Joachimsthaliſchen giebt der gedruckte neue Lehrplan, Berlin 1803, nähere Auskunft. — reſſortiren von der Miniſterial-Abtheilung des öffentl. Unterrichts. G. S. 1808. p. 366. — 1810. p. 14. — die Beſetzung der Schul-Direktorate bei ſelbigen bedarf der Allerhöchſten Beſtätigung. G. S. 1810. p. 14. — Anſtellung der Rektoren und Lehrer an ſelbigen. G. S. 1808. p. 491. — 1817. p. 255. — Reſſort der Provinzial-Schulkollegien rückſichtlich der Stellenbeſetzung, der Vermögensverwaltung ꝛc. bei ſelbigen. G. S. 1826. p. 6. — franzöſiſches, in Berlin, ſteht unter der unmittelbaren Aufſicht der Sektion für den öffentlichen Unterricht. G. S. 1809. p. 603. — ſ. a. Schulen. — Anfertigung der Etats für ſelbige. v. K. A. 19. III. 733 — 740. — Beſetzung der Lehrerſtellen an ſelbigen. 26. II. 357. — Anſtellung der Hülfslehrer bei ſelbigen. 24. III. 835. — Gang des Unterrichts in den untern Klaſſen derſelben. 25. II. 391. — Klaſſenverſetzungen in ſelbigen. 18. III. 731. — öffentliche Prüfungen in ſelbigen. 24. III. 827. — Beaufſichtigung auswärtiger Schüler auf ſelbigen. 24. III. 822. — frühzeitiger Beſuch derſelben. 24. III. 816. — Beſuch derſelben von Seiten der dem geiſtlichen Stande ſich widmenden katholiſchen Jünglinge. 24. III. 825. — unentgeldliche Aufnahme armer Schüler in ſelbige. 21. IV. 875. — die Herausgabe u. Einführung von Schulbüchern für ſelbige. 25. I. 116. — philoſophiſche Vorbereitungsſtudien auf ſelbigen. 25. IV. 1026 — 1030. — Studium der griechiſchen Sprache auf ſelbigen. 25. I. 112 — 116. — Privat-Lek-

türe griechiſcher und lateiniſcher Schriftſteller von Seiten der Schü- ler in den oberen Klaſſen derſelben. 25. IV. 1021 — 1026. — de- ren Schüler ſollen an Leihbibliotheken nicht Theil nehmen. 25. II. 393. — ſ. a. Schulen, gelehrte. — Beſetzung der Zeichnen- lehrer-Stellen an ſelbigen. 27. II. 417. — auf ſelbigen ſoll Prima und Secunda in zwei neben einander laufende Cötus nicht getheilt werden. 28. II. 372. — Schüler der vier untern Klaſſen ſollen wegen Mangels an Fähigkeiten und Fleiß, nach zweijährigem Auf- enthalte in einer Klaſſe, daraus fortgewieſen werden. 28. II. 371. 373. — Abgang von ſelbigen ohne vorſchriftsmäßige Entlaſſungs- Prüfung. 28. II. 374. — in der Provinz Pommern, Inſtr. für die Direktoren und Rektoren auf ſelbigen. 28. II. 375 — 412. — Strafanwendung in ſelbigen. 28. II. 398. — (gelehrte Schulen), zweckmäßige Anordnung der Lehrgegenſtände und Lehrſtunden in ſelbigen. 29. I. 106 — 118. — III. 537. 542. — Vermeidung übermäßiger Anſtrengungen der Schüler auf ſelbigen. 29. III. 544. ff. — Vorſchriften für den Unterricht in der griechiſchen Sprache auf ſelbigen. 29. I. 101 — 106. 113. ff. — III. 540. 543. — kö- nigl. Baierſche Ordnung für dieſelben. 30. IV. 865 — 906. — Prüfung der für dieſelben beſtimmten Lehrer nach dem Regl. v. 20. Apr. 1831. — 31. II. 311 — 340. — Anordnungen auf denſel- ben rückſichtlich der Unterrichts-Gegenſtände für nicht ſtudirende Schüler. 31. IV. 922 — 924 — 933. — desgl. in Schleſien; ebendaſ. — Inſtr. für die Ertheilung des geſchichtlich-geographi- ſchen Unterrichts auf denſelben. 31. I. 54 — 78. — Vorſchriften für den Zeichnen-Unterricht in denſelben. 31. I. 78 — 90. — Prü- fung und Anſtellung der Zeichnenlehrer auf denſelben. 31. I. 81. 89. — können von den Regierungs-Amtsblättern keine Freiexemplare erhalten. 31. I. 11. — 33. II. 254. — Beförderung des Reli- gionsunterrichts auf denſelben. 32. II. 554. 563. — Anordnung öffentlicher Redeübungen in denſelben und feierliche Entlaſſung der Abiturienten von denſelben. 33. IV. 962. — der Provinz Weſt- phalen, Beſtimmung der Ferien auf denſelben. 33. III. 658. — burſchenſchaftliche Verbindungen auf denſelben, ſ. letztere.

H.

Hadamar, Fürſtenthum, wird von den Niederlanden an Preußen abgetreten. G. S. 1818. (Anh.) p. 26.

Häcker- (und Markt-) **Ordnung** v. 16. Nov. 1713. E. S. V. II. II. No. 71. für Berlin R. v. 7. Apr. 1740. wegen der Vorkauferei p. 334. C. I. Ordnung v. 20. Febr. 1742. p. 47. C. II. Polizei-Inſtr. v. 12. März 1742. p. 58. C. II. ſ. Handwerks-Privilegien.

Häckſelladen, kleine, ſchützende Vorrichtung an denſelben nach der v. Schöningſchen Erfindung. v. K. A. 30. II. 400. ff.

Häckſelſchneiden, Anwendung einer dreizackigen Gabel bei ſelbigen, zur Verhütung von Verſtümmelungen der Finger von Seiten militairpflichtiger Individuen. v. K. A. 29. I. 179.

Händler, ſ. Schleichhändler.

Häuſer, einzelne, deren Aufbau auf ſtädtiſchem oder Dorf-Territorio und in der Nähe von Wäldern. v. K. A. 23. II. 272. — deren Neubau und Reparaturen. 20. III. 606. — neu erbaute oder ſtark reparirte, Vorſichtsmaßregeln bei deren Beziehen. 20. II. 305. — IV. 889. — 23. III. 673. seq. — desgl. im Badenſchen. 17. I. 309. — ſtädtiſche, Stempelgebrauch bei deren Verkauf an Deszendenten. 25. II. 321. — deren Erwerbung von Juden im Großherzogthum Poſen, ſ. Juden.

ſ. a. Bauten und Gebäude.

deren äußere Verzierung und Abputz iſt kein Gegenſtand des polizeilichen Einſchreitens. 32. III. 702. — Miniſterial-Genehmigung zu deren Erwerb für kirchliche und Schul-Anſtalten. 32. I. 100. — ſ. a. Grundſtücke, Bau-Polizei und Bauten. — öffentliche Benutzung der an denſelben befindlichen Vorbaue oder Vorlauben. 31. II. 398. — bei deren Erwerbung von Seiten der Juden darf letzteren kein beſonderer ſtädtiſcher Kämmerei-Kanon auferlegt werden. 31. II. 348. — einſtöckige, deren Bau neben zweiſtöckigen, kann polizeilich nicht unterſagt werden. 31. IV. 824. — deren Errichtung mit einem fünften Stockwerke und Ausſchließung deſſelben von der Feuer-Sozietäts-Verſicherung. 31. I. 149. — deren Errichtung an den Chauſſeen, ſ. Bau-Anlagen.

ſiehe überhaupt Beſitztitel, Gebäude und Bauten, Gutsländereien, Laudemien-Abgabe.

Häusler, (Hausgenoſſen, Gärtner, Hinterſaſſen) im Herzogthum Sachſen, Befugniß derſelben zum Viehhalten. v. K. A. 25. I. 157.

Häusliche Arbeiten, ſ. Schreibmaterialien.

Häute, (Felle) rohe, Einführung derſelben. v. K. A. 17. II. 91. — Beſteuerung derſelben. v. K. A. 17. I. 44. — 20. II. 236. — rohe, Verfahren bei deren Einfuhr aus dem Auslande. 32. IV. 1035.

Hafen, ſ. Schiffahrt, Seehafen, auch Handels- und Schiffahrts-Verträge.

Hafen-Abgaben, (Gefälle), deren Entrichtung von Schiffsgefäßen nach deren Vermeſſung. G. S. 1815. p. 205. — von ausländiſchen, beladenen ein- und abgehenden Schiffen, deren Erhöhung. G. S. 1822. p. 16. 20. — auf der Weſerſchiffahrt. G. S. 1824. p. 31. — gehören zum Reſſort des Handels-Miniſteriums. v. K. A. 19. I. 2.

Hafen- (und Lootſen-) **Ordnung,** für Memel, Pillau, Danzig ꝛc., ſ. dieſe. — für den Weſerhafen zu Petershagen. v. K. A. 23. IV. 884. — für Stettin und Swinemünde v. 22. Aug. 1833. G. S. 1833. p. 88.

Hafen-Polizei, deren Verwaltung in Memel. v. K. A. 17. IV. 72.

Haff, friſches, Schiffahrts-Polizei-Ordnung für ſelbiges, v. 14. März 1822. G. S. 1822. p. 96 — 100.

Haff- und Waſſerordnung ſ. Vorpommern v. 1711. (beſonders gedr.)

Haft, ſ. Arreſt, Gefängniſſe und Verhaftung.

Haftkoſten, deren Aufbringung bei Unvermögenden in Steuer-Kontraventions-Fällen. v. K. A. 25. I. 67. — ſ. a. Verpflegungskoſten.

Hagelfeier-Predigten, ſollen an Werktagen nicht gehalten werden. v. K. A. 17. I. 119.

Hagelſchaden-Verſicherungs-Anſtalten, Feſtſetzung der Prämien bei ſelbigen. v. K. A. 25. II. 439. — deren Einrichtung in Oſtpreußen u. Litthauen. 20. III. 574. seq. — desgl. in der Provinz Brandenburg. 19. II. 487. — Berliner, wird zur Benutzung empfohlen. 24. I. 248. — für die Meklenburgſchen Lande, Statuten derſelben. 17. IV. 332. — 23. I. 209 — 226. — deren Errichtung wird freigegeben. 30. I. 142. — Berliner, deren ausſchließliches Privilegium iſt erloſchen. 30. I. 141. f. — Beſtimmung der Prämienſätze bei letzterer nach freiem Ermeſſen. 30. I. 142. — neue, in Berlin, Verfaſſungs-Urkunde für dieſelbe. 32. II. 403 — 408. — für die Provinz Weſtphalen, Allerh. Beſtätigung deren Statuten. 32. III. 739.

Hageſtolzen-Recht, R. wegen Ausübung deſſelben v. 20. Sept. 1727. E. S. VI. II. No. 195. v. 4. Sept. 1731. No. 215. gegen in hieſigen Landen ſich niederlaſſende Ausländer, E. v. 1. Sept. 1747. §. 5. p. 184. C. III. ſ. a. Behm. Jus. nov. c. Obs. 52. — A. L. R. II. I. 345 — 433. u. A. L. R. Th. II. Tit. XIX. 19. — 31.

Halbau, Stadt, Cab. Ord. v. 24. Oct. 1833. über das Ausſcheiden derſelben aus dem ſtädtiſchen Wahlverbande betr. G. S. 1833. p. 127.

Halbe Bogen, ſ. Schreibmaterialien.

Halberſtadt, Fürſtenthum, Abtretung deſſelben durch den Tilſiter Friedenstraktat. G. S. 1807. p. 156. 167. — Wiederbeſitznahme deſſelben. G. S. 1815. p. 193. — gehört zum Magdeburgſchen Regierungsbezirke. G. S. 1815. 96. — Oberlandesgerichtsbezirk, ſ. Geſetzgebung.

Halberſtädtiſche Regierung, (vormalige,) ſ. Unterſuchungskoſten.

Halbgeſchwiſter, ſ. Erbſchaftsſtempel.

Halb-Invaliden, ſ. letzt. — Halb-Invaliditäts-Atteſte, ſ. Invaliditäts-Atteſte.

Halden, alte von Gallmei, ſ. Galmei-Halden.

Halle, Univerſität, Urkunde über die Vereinigung der Univerſität zu Wittenberg mit ſelbiger. v. K. A. 17. II. 129. — Einrichtung einer Zahlungs-Kommiſſion auf ſelbiger. 25. II. 384. — Errichtung einer theologiſchen Prüfungs-Kommiſſion daſelbſt. 28. I. 96 — 107. — Stadt, Beſuch des dortigen Chriſtmarkts auch von auswärtigen Handelsleuten. 32. I. 224.

Hallesche Medizin, V. den Debit derſelben betr. N. A. B. 382. II. 210. VII.

Halseiſen, ſollen, wo ſie ſich noch vorfinden, weggeſchafft werden. v. K. A. 17. I. 171.

Hals-Entzündung, der Kinder, Behandlung derſelben in dieſer Krankheit. v. K. A. 19. II. 554.

Halt Grosburg, die Gerichtsbarkeit über den, in Schleſien, iſt der Ober-Amtsregierung zu Breslau delegirt, R. v. 28. Dec. 1801. St. B. p. 152. XV.

Hamburg, freie und Hanſeeſtadt, Kartel-Konvention mit derſelben, v. 3. Mai 1818. G. S. 1818. p. 37. — deren Theilnahme an der Elbſchiffahrts-Akte. G. S. 1822. p. 9. f. — Aufhebung des Abſchoſſes und Abfahrtsgeldes mit ſelbiger, auch in Bezug auf die zum deutſchen Bunde nicht gehörigen preußiſchen Provinzen. G. S. 1823. p. 155. — Handels- u. Schiffahrts-Vertrag mit derſelben v. 4. Oct. 1828. G. S. 1828. p. 135 — 138. — Vereinbarung mit ſelbiger gegen den Bücher-Nachdruck. G. S.

1828. p. 91. — freie Stadt, Abſchoßverhältniſſe mit ſelbiger. v. K. A. 17. I. 35. — Kartel-Konvention mit derſelben. 18. II. 298. — Verordn. derſelben über Menſchenrettung aus Feuersgefahr. 20. III. 682. — Polizei-Verwaltung in derſelben. 17. III. 253. — Verbot der Theilnahme an der Verſorgung-Tontine in ſelbiger. 21. III. 378. — IV. 907. — freie Stadt, Richterſtattung der an arme Reiſende aus ſelbiger verabreichten Unterſtützungen ꝛc. 27. II. 467. — Verfahren mit den von dorther eingehenden Lotterie-Looſen. 27. IV. 913. — ſ. a. Verbrecher.

Hamburger Rauchfleiſch, deſſen Verſendung durch die Poſt ohne Steuer-Deklaration. v. K. A. 28. IV. 1000.

Hamm, Stadt, Wege- u. Brückengeld-Tarif für ſelbige. G. S. 1824. p. 13. — Oberlandesgerichtsbezirk, ſ. Geſetzgebung. ſ. a. Cleve.

Hammerbetrieb, Gewerbeſteuer-Entrichtung von demſelben. G. S. 1820. p. 149. — wozu eine Belehnung der Bergbaubehörde erforderlich, iſt gewerbefrei. G. S. 1823. p. 16.

Hammerfabrikanten, ſ. Handwerksprivilegien.

Hammermühlen, ſ. Mühlenwerke.

Hammerſtein, Amt, mit Irlich und Engers, wird von Naſſau an Preußen abgetreten. G. S. 1818. (Anh.) p. 31.

Hammerwerke, deren Benutzung in ſtandesherrlichen Bezirken. G. S. 1820. p. 88. — ſind der Gewerbeſteuer unterworfen. Cab. Ord. v. 17. Dec. 1833. G. S. 1834. p. 5. — Entrichtung der Gewerbeſteuer von denſelben. R. v. 15. März 1834. — v. K. A. 34. I. 50. — ſ. übrigens Bergwerke, Hüttenordnung.

Hammſcher Regierungsbezirk, Eintheilung u. Begrenzung deſſelben. G. S. 1815. p. 97.

Handarbeiten, Anforderungen für die Unterweiſung der Kinder in ſolchen in den Volksſchulen. v. K. A. 30. I. 92 — 100. — III. 557. — ſ. a. Schuldgefangene.

Handbillets, kaufmänniſche, ſ. Wechſel.

Handbuch; R. die Anſchaffung des Handbuchs über den Preußiſchen Hof und Staat betreffend, v. 5. Dec. 1804. E. S. p. 2787. XI.

Handdienſte, für ſelbige findet als Kriegsleiſtung in den Jahren 1813/14 keine Vergütigung ſtatt. G. S. 1814. p. 52. — deren Leiſtung bei Deich- u. Dammarbeiten in Oſtpreußen und Lithauen. G. S. 1806. p. 11. — bäuerliche, für die Gutsherrſchaften, deren theilweiſe noch fortdauernde Leiſtung und ſpätere gänzliche Ablöſung. G. S. 1811. p. 282. 287. 295. — 1816. p. 162. 163. — deren fernere Leiſtung von Landleuten, welche nur wenige Morgen Land beſitzen, und als Dienſtleute der Vorwerke betrachtet

werden. G. S. 1811. p. 294. — desgl. in der Prov. Schleſien. G. S. 1809. p. 558. — 1810. (A.) p. 736. — 1811. p. 296 — 298. — 1816. p. 176. — 1827. p. 79. — Ablöſung derſelben bei Erbzins- oder Erbpacht-Grundſtücken. G. S. 1821. p. 77. — deren fernere Leiſtung im Kottbuſſer Kreiſe und in den vormals königl. ſächſiſchen Landestheilen. G. S. 1819. p. 23. — in wie weit ſolche in den zum vormal. Königreiche Weſtphalen, Großherz. Berg, und den franz.-hanſeatiſchen Departements gehörigen Landestheilen noch zu leiſten ſind. G. S. 1825, p. 74. 76. ff. 96. 112. 114. — Ablöſung derſelben in gedachten Landestheilen. G. S. 1829. p. 81. 82. — deren Leiſtung von ſtandesherrl. Unterſaſſen an ihre Herrſchaft. G. S. 1820. p. 91. — ſ. a. Dienſte, Ablöſungen; desgl. gutsherrl. u. bäuerl. Verhältniſſe. — Manns-, deren Werthbeſtimmung bei Ablöſungen. v. K. A. 23. II. 284. — deren Vertheilung bei zuſammengeſchlagenen oder wiederum parcellirten Bauerhöfen. 28. II. 439. — zu öffentlichen Arbeiten, deren unterlaſſene Leiſtung iſt auf Koſten der Verpflichteten zu bewirken. 29. II. 314.

Handel, ſ. Kaufleute; Rgl. die dem Saalkreiſe und der Grafſchaft Mansfeld bewilligte Handelsfreiheit betr. v. 26. Mai 1789. E. S. p. 2496. VIII. — Publ. die Handlungsverhältniſſe mit Dänemark betr. N. A. B. 310. IV. K. A. B. 263. — Publ. das Verbot deſſelben mit alten Kleidungsſtücken betr. N. A. B. 567. K. A. B. 363. P. A. B. 434. VI. mit Waaren auf dem platten Lande auf einen ſogenannten Rufzettel. P. A. B. 323. — mit inländiſchen Produkten u. ländlichen Fabrikaten, Aufhebung der rückſichtl. deſſelben beſtandenen Beſchränkungen. G. S. 1808. p. 323. — 1810. p. 100. — 1811. p. 269. 276. 277. — 1818. p. 67. f. — 1819. p. 118. — 1824. p. 126. — können auch Handwerker u. Fabrikanten mit den auf Gewerbeſcheine ſelbſt verfertigten Waaren treiben. G. S. 1810. p. 81. — 1811. p. 269. — 1824. p. 126. — 1830. p. 1. — dürfen Mäkler nicht ſelbſt treiben. G. S. 1810. p. 83. — (ſ. a. Mäkler.) — deſſen Betrieb von Juden. G. S. 1812. p. 18. 19. 21. — auf Meſſen und Jahrmärkten von inländiſchen Gewerbetreibenden. G. S. 1811. p. 269. 276. — 1818. p. 121. 122. — 1824. p. 126. f. — mit in- und ausländiſchen Fabrikaten auf den Meſſen zu Frankfurt a. d. Oder. G. S. 1810. (A.) p. 693. f. — mit Kolonial- und andern hoch impoſtirten Waaren, in wie weit ſolcher auf dem platten Lande geſtattet werden kann. G. S. 1811. p. 278. — verbotener, mit Kolonialwaaren, ſ. dieſe. — mit Salz, Spielkarten und Stempelpapier bleibt von der Genehmigung der kompetenten Behörde abhängig. G. S. 1810. p. 83. — ſoll mit Orden u. Ehrenzeichen nicht weiter ſtattfinden. G. S. 1816. p. 136. — mit inländiſchem und aus-

ländiſchem Alaun. G. S. 1816. p. 205. 1827. p. 136. — Gewerbeſteuer-Entrichtung vom Handel. G. S. 1820. p. 148. 158. — mit Getränken auf dem Lande, ſ. Getränke-Handel,
ſiehe auch Gewerbeſcheine, Hauſirgewerbe, und Gewerbeſteuer.
Errichtung eines eigenen Miniſteriums für denſelben. 17. IV. 70. — mit Getränken auf dem platten Lande. v. K. A. 19. IV. 916. — mit Branntwein auf Märkten. 19. IV. 915. — mit verbotenen Schriften und Nachdrücken, deſſen Beſtrafung. 26. III. 786.— mit chriſtlichen Erbauungsſchriften, Beaufſichtigung deſſelben. 19. IV. 944. — 21. I. 95. — mit Wildpret. 17. IV. 74. — der Juden. 22. II. 388. 427. — Detail-, der Juden auf Jahrmärkten. 21. II. 338.— III. 588—590.— IV. 957. seq. (ſiehe auch Juden.) — unbefugter, deſſen Beſtrafung. 19. IV. 914. — Preußiſcher Unterthanen nach Rußland und Polen. 19. I. 79. — nach Nordamerika, was dabei zu berückſichtigen iſt. 22. IV. 847. mit Getränken und Lebensmitteln iſt den Beamten in Baden unterſagt. 17. IV. 329. — ſiehe auch Hauſirhandel. — deſſen Betrieb auf Kirchweih- und ähnlichen Volksfeſten. 28. I. 175. — mit Getränken auf dem platten Lande. — ſ. Getränkehandel auch Hauſirhandel. — mit verſchiedenen u. bisher nicht geführten Waaren-Artikeln, Gewerbeſteuer-Entrichtung von ſelbigem. 29. II. 373. — der Droguiſten, Laboranten, Materialiſten u. Gewürzkrämer, deſſen Beſchränkung. 29. IV. 910. — I. 173. — III. 613. — IV. 917. — der Nieder-Lauſitzer Juden, ſiehe letztere. — auf dem Lande und in dem Gränzbezirke, mit Kolonial- und andern hoch impoſtirten Waaren, nach §. 151. des Gewerbe-Polizei-Edikts v. 7. Sept. 1811. und dem §. 17. der Zollordnung v. 26. Mai 1818. — 33. I. 196. ff. — im Umherziehen, ſiehe Hauſirhandel, Markthandel, Gewerbeſcheine. — der Ausländer auf Wochenmärkten, in wiefern ſolcher gewerbeſteuerfrei iſt, ſ. Gewerbeſteuer.
ſiehe übrigens auch Schleichhandel, Wechſelfähigkeit.

Handels-Abgaben, Kommunal- und Privat-, zeitherige, von ausländiſchen Waaren, deren Aufhebung. G. S. 1818. p. 68. — in wiefern dafür aus Staatskaſſen Erſatz zu leiſten iſt; ebendaſ. — ſiehe auch Abgaben.

Handels- (und Gewerbe-) **Abtheilung**, Miniſterial-, ſ. Gewerbe-Polizei, auch Handels-Miniſterium, Finanz-Miniſterium u. Miniſterium des Innern.

Handels-Agenten, bei der Kaufmannſchaft angeſtellt, ſind der Gewerbeſteuer unterworfen. G. S. 1820. p. 148.

Handels- (und Gewerbe-) **Deputation**, techniſche, ſiehe Gewerbe-Deputation.

Handels=Flagge, preußiſche, deren Dekoration. G. S. 1823. p. 127.

Handelsfreiheit, Abhandlung über ſelbige. v. K. A. 17. II. 286. — zu deren Beſchränkungen müſſen die Regierungen höhere Genehmigung einholen. G. S. 1817. p. 265. — ſiehe auch Handelsverkehr.

Handelsgerichte. Publ. wegen Sperrung des Handelsverkehrs mit England, v. 9. März 1810. J. M. p. 32. mit den vereinigten Staaten von Nordamerika, v. 19. Juli. 1810. p. 242. Erneuerter Befehl, v. 20. März 1812. G. S. 29. II. — (gerichtliche Deputationen für Handelsangelegenheiten.) Kommerzien- und Admiralitäts-Kollegien, die amtliche Funktion der dabei angeſtellten kaufmänniſchen Mitglieder hört auf, ſobald ſolche aus der Kaufmannſchaft ausſcheiden. G. S. 1813. p. 110. — können den ihnen beſtallungsmäßig verliehenen Titel fortführen; — Errichtung eines ſolchen in Berlin zur Entſcheidung der über verbotene Handels-Kolonialwaaren geführten Konfiskationsprozeſſe. G. S. 1810. (A.) p. 724 — 729. J. M. Bd. IX. p. 316. — in der Stadt Naumburg, zur Beförderung des daſigen Meßhandels. G. S. 1819. p. 141. — 1825. p. 171. 228. — Die durch die Allerhöchſte Verordnung v. 4. Juni 1819 einer Deputation des Land- und Stadtgerichts zu Naumburg übertragenen Functionen des Handelsgerichts ſind, da an die Stelle des erſtern ein Landgericht getreten iſt, auf eine Deputation dieſes Landgerichts übergegangen. Reſcr. v. 12. März 1821. v. K. J. XVII. 82. — Reſſort deſſelben, ſiehe Naumburg. — Beſtimmungen in Betreff der Handelsgerichte und deren Wirkſamkeit. Reſcr. v. 7. Juli 1821. v. K. J. XVIII. 80. ſiehe Gerichtsſtand. — in den Rheinprovinzen, Vereinbarlichkeit des Amtes eines Mitgliedes derſelben mit dem eines Stadtraths. v. K. A. 21. IV. 820. f.

Handelsgerichts=Mitglieder. Ueber die Vereinbarlichkeit deren Amtes mit dem eines Stadtraths. R. vom 5. Oct. 1831. v. K. J. XXXVIII. 465.

Handelsgeſetzbuch. Abänderung des Artikel 115. des rheiniſchen Handelsgeſetzbuchs. Cab. Ord. v. 31. Oct. 1832. G. S. 1832. p. 228.

Handels=Gewerbeſteuer, ſiehe letzt.

Handelskammer in Düſſeldorf. Cab. Ord. v. 16. Juni 1831. die Beſtätigung des Statuts v. 23. Mai 1831. für dieſelbe betr. v. K. J. XXXVII. 428. u. folgd. — deren Errichtung in den Rheinprovinzen. v. K. A. 31. II. 391. — Statut für diejenige in Düſſeldorf, v. 23. Mai 1831. — 31. II. 391 — 396.

Handelsleute, welche Jahr- und Wochenmärkte beziehen, Entrichtung der Gewerbeſteuer von ſelbigen. v. K. A. 27. II. 376.

— Befugniſſe derſelben. 27. III. 766. — ſiehe Gewerbeſteuer und Scheine. — fremde, umherreiſende, Verhütung, daß verdächtige Perſonen nicht unter deren Namen ſich ins Land einſchleichen. v. K. A. 31. I. 125.

Handels-Miniſterium, (Miniſterium für Handel und Gewerbe), deſſen Errichtung in Verbindung mit dem Finanz-Miniſterium. G. S. 1814. p. 40. 41. — 1817. p. 289. — wird von letzterem getrennt, und dem Staatsminiſter Grafen v. Bülow übertragen. G. S. 1817. p. 304. — wird aufgelöſt und reſp. mit den Miniſterien des Innern und der Finanzen vereinigt. G. S. 1825. p. 151.

Handelsperſonen; ſiehe Erbſchaftsſtempel.

Handelsplätze, Niederlagsrechte für ſelbige. G. S. 1818. p. 119.

Handelspolizei, reſſortirt von der Sektion für den Handel und die Gewerbe im Miniſterium des Innern. G. S. 1808. p. 365. — 1810. p. 12. — vom Finanz-Miniſterium. G. S. 1814. p. 41. — 1817. p. 289. — vom Handels-Miniſterium. G. S. 1817. p. 304. — nach Auflöſung des letztern wiederum vom Miniſterium des Innern. G. S. 1825. p. 151. — Grundſätze für deren Verwaltung von Seiten der Regierungen. G. S. 1808. p. 495. f. — 1817. p. 250. 265.

Handelsrichter, rheiniſche, Rangverhältniſſe und Uniform derſelben. G. S. 1824. p. 57.

Handelsſteuer, für Getränke. Verkauf über die Straße, ſiehe Getränke-Verkauf.

Handels-Verein, Thüringiſcher, ſ. Zoll-Verein.

Handelsverkehr, zwiſchen den verſchiedenen Provinzen des Staats, nach den Steuer- und Zollgeſetzen v. 26. Mai 1818. G. S. 1818. p. 65. f. 143. f. — Aufhebung und Milderung der Beſchränkungen und Abgaben bei ſelb. G. S. 1819. p. 118. f. 121. — mit dem Auslande. G. S. 1818. p. 65. f. — ſ. a. Handels- und Zollverträge. — unbeſchränkter zwiſchen den gegenſeitigen Unterthanen in Beziehung auf die mit fremden Staaten beſtehenden Zollvereins-Verträge. v. K. A. 32. II. 354. — mit Oeſterreich, ſ. Schifffahrtsabgaben.

Handels- (und Schifffahrts-) Verträge, mit fremden Staaten, namentlich: mit den vereinigten Staaten von Amerika, v. 1. Mai 1828. G. S. 1829. p. 25 — 37. — zwiſchen Preußen und Heſſen-Darmſtadt einer Seits und Baiern und Würtemberg anderer Seits v. 27. Mai 1829. G. S. 1829. p. 53 — 62. — mit Braſilien v. 9. Juli 1827. u. 18. Apr. 1828. G. S. 1828. p. 75 — 84. mit dem Königr. Dänemark v. 17. Juni 1818. G. S. 1818. p. 183. — mit dem Königr. Großbritannien und Irland, v. $^2/_{15}$.

April 1824. G. S. 1824. p. 117—120. — mit England und deſſen überſeeiſchen Beſitzungen wegen gegenſeitiger Handels- ꝛc. Begünſtigungen. G. S. 1826. p. 50. mit Heſſen-Darmſtadt vom 14. Febr. 1828. G. S. 1828. p. 50—60. — mit den freien und Hanſee-Städten Lübeck, Bremen und Hamburg v. 4. Oct. 1828. G. S. 1828. p. 135—138. — mit Mecklenburg-Schwerin v. 19. Dezbr. 1826. G. S. 1827. p. 21. mit Oeſterreich, in Bezug auf die beiderſeitigen, ehemals zu Polen gehörigen Provinzen v. 22. März 1817. G. S. 1819. p. 213. — mit Oldenburg, v. 26. Juli 1830. G. S. 1830. p. 114—116. — mit Rußland in Beziehung auf die polniſchen Provinzen, v. 19/7. Dezbr. 1818. G. S. 1819. p. 166. — desgl. mit Rußland und Polen v. 11. März (27. Febr.) 1825. G. S. 1825. p. 57—67. — mit Sachſen-Meiningen, v. 3. Juli 1829. G. S. 1829. p. 105—110. — mit Sachſen-Koburg-Gotha, v. 4. Juli 1829. G. S. 1829. p. 111. 116. — desgl. rückſichtlich des Amts Volkenrode, von demſelben Tage. G. S. 1829. p. 121—125. — mit Schweden und Norwegen, v. 14. März 1827. G. S. 1827. p. 39—46. — ſ. auch Zollverträge. — zwiſchen Preußen und Rußland. v. K. A. 19. II. 321. — zwiſchen Preußen und Oeſterreich. 19. II. 321. — mit Baiern und Würtemberg, ſiehe dieſe. — mit mehreren deutſchen Bundesſtaaten, allgemeine Ueberſicht von denſelben. 31. IV. 709—720.

Handeltreibende, (Handelsleute) ausländiſche, Paßverfahren gegen ſelbige. G. S. 1817. p. 154. 155. — ſind rückſichtlich des Meß- und Jahrmarkts-Verkehrs von der Gewerbeſteuer befreit. G. S. 1820. p. 148. — nach Polen, Abkommen darüber mit Rußland. G. S. 1819. p. 169. f. — Paßertheilung an dieſelben; ebendaſ. p. 188. — nach den öſterreichſchen, ehemals zu Polen gehörigen Provinzen. G. S. 1819. p. 213. — Paß- und Certifikat-Ertheilungen an ſelbige; ebendaſ. p. 214. — ſiehe auch Handel, Handelsverträge, Hauſirgewerbe, Gewerbeſcheine, Gewerbeſteuer. — Gewerbeſteuer-Entrichtung und Bürgerrechts-Gewinnung von ſelbigen. v. K. A. 23. III. 686.

Hand-Fuhrwerke; ſ. Gränzkontrolle.

Handlungen, Kompagnie-, Gewerbeſchein-Löſung und Gewerbeſteuer-Entrichtung von ſelbigen. G. S. 1810. p. 80. — 1820. p. 148. unerlaubte, die geſetzliche Vorſchrift, daß derjenige, welcher aus einer unerlaubten Handlung zur Entſchädigung verpflichtet iſt, den nach Gelde feſtgeſetzten Betrag derſelben, erſt vom Tage des ergangenen Urtels an, verzinſen ſoll, bezieht ſich nur auf eigentliche Beſchädigungen, nicht aber auf die verbrecheriſche Beſitznehmung fremden Eigenthums. S. u. Str. R. 1. Bd. No. 3. p. 19. — der freiwilligen Gerichtsbarkeit; ſ. Actus voluntariae jurisdictionis.

Handlungs-Akziſe. Dekl. wegen Beſtrafung der Defraudationen der, beim Viehverkaufe, v. 15. Jul. 1813. G. S. 69. IV. — und Groß-Handlungs-Akziſe, zeitherige, ſollen aufhören. G. S. 1810. p. 34. — 1814. p. 106. — 1819. p. 118.

Handlungsbefugniſſe, Handlungslehrlinge und Diener, Oeſterreichſche Verordnung darüber. v. K. A. 22. III. 777. — ſiehe auch Gewerbeſcheine.

Handlungsbücher, deren ordnungsmäßige Führung von den Kaufleuten. G. S. 1824. p. 182. — ſollen ſolche nach der neuen preuß. Münz-Eintheilung führen. G. S. 1826. p. 116. — 1830. p. 3. 22. — zu deren Führung müſſen ſich Juden der deutſchen oder einer andern lebenden Sprache bedienen. G. S. 1812. p. 17. — In wiefern bei gegründeten Anzeigen einer verübten Steuerdefraudation oder heimlicher Einbringung verbotener Gegenſtände die Verwaltungsbehörde befugt iſt, durch ihre Beamten die Bücher der Kaufleute in Beſchlag nehmen und nachſehen zu laſſen. Reſcr. v. 6. Dec. 1819. v. K. J. XIV. 258. — Für deren Zurückſtellung ſoll nach beendigtem Concurſe gehörig geſorgt werden; die ältern Bücher ſind, wenn ſich auf die an die unbekannten Gemeinſchuldner, eventualiter deren Erben, zur Empfangnahme zu erlaſſende öffentliche Aufforderung in der zu beſtimmenden Friſt Niemand meldet, und die Acten, zu welchen dieſe Bücher gehören, ſich zur Zerſtörung qualificiren, zu caſſiren, welches in dem Avertiſſement zu bemerken iſt. Reſcr. v. 13. Sept. 1822. XX. 42.

Handlungsdiener, minderjährige, Gewerbeſchein-Ertheilung an ſelbige zum Aufſuchen von Waarenbeſtellungen. v. K. A. 27. III. 759—762.

Handlungs-Disponenten, ſind zur Löſung eines Gewerbeſcheins verpflichtet. G. S. 1810. p. 80. — ſiehe auch Gewerbeſcheine und Gewerbeſteuer. — Die mit unbeſchränkter Procura verſehenen Handlungsdisponenten ſind als Specialbevollmächtigte zu betrachten und bei den an Handlungshäuſer zu leiſtenden Zahlungen zu Gelderhebungen legitimirt. Reſc. vom 17. Mai 1824. v. K. J. XXIV. 263.

Handlungs-Firma. Wer dem Käufer ſeiner Handlung den fernern Gebrauch ſeiner Handlungs-Firma geſtattet, wird dem Dritten, der in gutem Glauben mit dieſer Firma contrahirt, verhaftet. S. u. Str. R. 1. Bd. No. 35. p. 136.

Handlungsgehülfen, von Kaufleuten und Fabrikanten, ſteuerfreie Gewerbeſcheine für dieſelben zu Waarenbeſtellungen und Waaren-Aufkauf. v. K. A. 31. II. 273—277. — III. 538. f. — ſiehe Gewerbeſcheine und Gewerbeſteuer. — ſteuerfreie Ertheilung der Gewerbeſcheine für dieſelben. V. v. 21. Juni 1834. v. K. A. 34. III. 684.

Handlungsgerichts-Deputation; ſ. Schifffahrts- und Handlungs-Gerichts-Deputation zu Memel.

Handlungsgeſellſchaft; ſ. Sozietät.

Handlungsgeſellſchafter, von Beſtrafung ungetreuer, A. L. R. II. XX. 1328. 1329. 1375.

Handlungshäuſer; ſ. Handlungs-Disponenten.

Handlungskaſſen, allgemeine kaufmänniſche, deren Verwaltung von den Korporationen unter polizeilicher Aufſicht der Regierungen. G. S. 1808. p. 468. — 1817. p. 249. 250.

Handlungs-Kommiſſariate, in preuß. Häfen, deren Pflichten in Beziehung auf Ein- u. Ausfuhr. G. S. 1811. p. 242.

Handlungs-Kommiſſionen, deren Errichtung in den Regierungs-Departements. G. S. 1808. p. 470. f. — Prüfung der Mäkler, Dispacheurs und Schiffs-Abrechner durch ſelbige. G. S. 1811. p. 274.

Handlungs-Reiſende, Ausfertigung der für ſelbige beſtimmten Gewerbeſcheine von den Regierungen des Wohnſitz-Bezirks. v. K. A. 29. IV. 914. — Ausſtellung der Gewerbeſcheine für ſelbige in blanco und Ausfüllung derſelben durch die Landräthe oder Ortsbehörden. 29. II. 372. — auf Waarenbeſtellungen im gegenſeitigen Handelsverkehr mit Heſſen-Darmſtadt. 29. III. 483 — 487. — IV. 914. — desgl. mit Baiern und Würtemberg. 29. IV. 781. — ausländiſche, Ertheilung von Gewerbeſcheinen an dieſelben in Beziehung auf Zollvereins-Verträge. 33. I. 202. — II. 504. — auf Waarenbeſtellungen, deren Legitimation durch Zeugniſſe ihrer vaterländiſchen Ortsbehörde. 33. III. 806. — für ausländiſche Häuſer, in wie fern ihnen Gewerbeſcheine zu ertheilen ſind. R. v. 15. Mai 1834. — 34. II. 527.

Handlungs-Schulen, ſiehe letzt.

Handlungstreibende, auswärtige, Meklenburg-Schwerinſche Verordnung über deren Verkehr. v. K. A. 27. III. 818.

Handlungs-Zirkulare, gedruckte, Preisangaben in ſelbigen. v. K. A 24. I. 216.

Handmühlen, das Verbot des Betriebes der Hand- und Roßmühlen (auf dem Lande, N. A. B. 450. II.) §. 8. und 14. des Regl. v. 28. Oct. 1810. G. S. 54. I. iſt aufgehoben, §. 4. des E. v. 7. Sept. 1811. p. 257. (in ſo fern der Landmann ſelbſt keine Brauerei und Branntweinbrennerei betreibt. R. v. 10. Aug. 1812. P. A. B. 292.) u. ein Gewerbe-Steuerſatz für diejenigen beſtimmt, welche dergleichen Maſchinen nicht bloß zum eigenen Bedarf benutzen, ſ. N. A. B. 266. I. p. 450. II. ſ. Decl. v. 1812. G. S. 95. II. Publ. die Verfertigung und den Verkauf der, betr. K. A. B. 161. IV. N. A. B. 206. P. A. B. 198. — Vom Verbote des Gebrauchs der, P. A. B. 120. V. 66. VI. — Grützmühlen, Quirdeln,

Stampfen) wodurch Getreide oder Hülſenfrüchte zerrieben, zerquetſcht oder auf irgend eine Art in ihrer Geſtalt verändert werden, deren Gebrauch iſt auf dem Lande, aber nicht in den Städten wo die Mahlſteuer entrichtet wird, erlaubt. G. S. 1808. p. 220. — 1810. p. 54. 62. 97. — 1811. p. 257. — 1820. p. 144. — deren Gebrauch zur Anfertigung von Braumalz iſt ohne Brauerei-Betrieb ſtrafbar. G. S. 1812. p. 95.

Handſchriften und Unterſchriften, wegen deren Einreichung von Seiten der Geiſtlichen an die Friedens- und Landgerichte. v. K. A. 19. III. 724. — ſ. auch Comparatio litterarum, Schreibgebühren.

Handſchumacher; ſ. Handwerksprivilegien.

Handwerke, zu deren Betreibung bedürfen Juden keines beſondern Konſenſes. v. K. A. 20. III. 529. — deren Betrieb von Andern durch Geſellen, ohne ſolche ſelbſt erlernt zu haben. 32. III. 693.

Handwerker, A. L. R. II. VIII. 179 — 400. geſchloſſene Gilden durften vormals nicht angeſetzt werden. E. v. 7. May 1688. E. S. V. II. X. No. 17. Rgl. die auf dem platten Lande erlaubten Handwerker ſind Leineweber. R. v. 7. Apr. 1724. No. 68. deren ſich ſo viel nur wollen anſetzen können. E. v. 2. Febr. 1729. No. 76. Pat. und E. v. 15. Jun. 1729. No. 78. 79. und V. II. V. No. 24. v. 30. März 1734. V. II. X. No. 85. und die nach dem Patent v. 9. Nov. 1716. v. 27. Febr. 1728. IV. II. IV. No. 48. No. 90. keine verbotenen Zeuge verfertigen ſollen; — Zimmerleute, Dorfſchneider, Schmiede, Stell- oder Rademacher — dürfen nicht losſprechen Decl. v. 13. Apr. 1724. V. II. X. No. 70. — Dieſe erlaubten Dorfhandwerker des platten Landes (unter den unerlaubten ſind alle diejenigen zu verſtehen, welche nach den General-Privilegien der ſtädtſchen Gewerke entweder gar nicht oder doch nicht anders als auf Special-Conceſſion auf dem platten Lande geduldet werden dürfen und dort ihre Profeſſion treiben können) — cf. die principia regulativa v. 1718. V. II. X. No. 38. c. D. v. 1720. No. 50. das Cataſtrum des Teltowſchen Kreiſes v. 1719. No. 40. Schiefelbeinſchen No. 41. Friedebergſchen No. 42. Dramburgſchen No. 43. Lebuſiſchen No. 44. Bees- und Storkowſchen No. 45. Züllichowſchen No. 46. Cottbuſſiſchen No 56. Sternbergſchen v. 1722. No. 64. Croſſenſchen v. 1723. No. 66. Ober-Barnimſchen No. 47. Nieder-Barnimſchen v. 1722. No. 61. in der Prignitz v. 1720. No. 49. Zauchiſchen v. 1721. No. 53. Glien- und Löwenbergſchen v. 1721. No. 59. Havelländiſchen No. 60. Ruppinſchen v. 1722. No. 62. in der Altmark v. 1725. No. 72. Uckermark v. 1728. No. 75. — ſollen ſich zur nächſten Stadt, die eine Innung hat, halten R. v. 25. Sept 1694. V. II. X. No. 23. B. v. 11. Febr. 1698. No. 24.

55 *

A. L. R. II. VIII. 185—189. Regl. nach welchem ſelbige ſich in Anſehung der Meiſterſtücke und des Meiſtergeldes zu achten v. 15. Jun. 1729. No. 78. und ſoll jede Gerichtsobrigkeit, ſie ſey von Adel, ein Beamter oder anderer, die außer den Garnwebern und den auf kataſtrirten Stellen wohnenden Schmieden, Rademachern und Zimmerleuten, einen Handwerker ohne landesherrliche Conceſſion anſetzt, von jedem ſolchen neuen unbefugten Handwerksmann vierteljährlich 4 Thlr. zur Acciſe-Caſſe der nächſten Stadt ſo lange entrichten, als ſie ſelbigen im Dorfe duldet; auch iſt den Gewerkern in den Städten die Aufnahme der Schneider und anderer auf dem platten Lande unerlaubten Handwerker zu Landmeiſtern ohne Allerhöchſte Genehmigung bei 10 Thlr. Strafe für jeden Fall außer der Erſtattung der Receptions-Gebühren und des erweislich bezahlten Quartalgeldes unterſagt. Dir. R. v. 24. Oct. 1788. — (ungedr.) R. die von ausländſchen Profeſſioniſten zu bezahlenden Koſten betr. v. 3. Oct. 1771. p. 337. V. a. in Hinterpommern und der Neumark. v. 25. Aug. 1763. p. 284. III. Armer Leute Kinder ſollen bei den Handwerkern frei aufgenommen und losgeſprochen Pat. vom 10. Nov. 1697. VI. I. No. 202. und die im Zuchthauſe geſeſſen, ſollen von Handwerkern nicht ausgeſchloſſen werden Pat. v. 28. Auguſt 1710. v. 10. Nov. 1716. V. II. X. No. 31. 36. — Pat. den in der Neumark ſich niederlaſſenden, aus fremden Landen dahin ſich begebenden Handwerkern verſprochene Beneficien betr. v. 15. Febr. 1753. p. 432. I. — Pat. welche Handwerker zu Küſtern u. Schulmeiſtern angenommen werden ſollen v. 10. Nov. 1722. I. I. No. 112. c. D. daß die das Schneider-Handwerk treibenden Küſter und Schulmeiſter nur 2 Geſellen halten, auch nur Bauerkleider verfertigen dürfen v. 2. May 1736. V. II. X. No. 89. R. v. 17. Sept. 1738. p. 182. C. I. dürfen in der Churmark keine Handwerksſteuer erlegen C. v. 9. Oct. 1788. p. 2234. VIII. — Keine Soldaten mit Ausſchluß der Verabſchiedeten, welche nach erlerntem Handwerk in den Soldatenſtand getreten ſind. A. L. R. II. VIII. 271. 272. die, wenn ſie zunftmäßig und mit glaubhaften Atteſten verſehen, ohne etwas zu entrichten in die Innungen aufzunehmen. R. v. 13. Nov. 1726. E. S. V. II. X. No. 73. und denen überhaupt, wenn ſie ein Handwerk erlernet, ihr Brod zu verdienen Anleitung gegeben werden ſoll Pat. v. 14. Febr. 1721. III. I. No. 172. — ſollen ihre Profeſſionen als Meiſter treiben, ſondern müſſen bei dieſen als Geſellen arbeiten V. vom 10. März v. 28. Jun. 1725. III. I. No. 200. 202. Pat. v. 17. Dec. 1727. III. I. No. 209. A. L. R. II. X. 22. 24. ſie müßten denn mit einem bürgerlichen Hauſe, deren Acquiſition ihnen auch in Preußen, ohne den Abſchied dazu zu erhalten, nachgegeben worden C. v. 5. Apr. 1787. E. S. p. 894. VIII. — anſäſſig ſein. E. O. v. 30. Sept. 1737. p. 85. C. I. Declarations-

Reſcript v. 21. Oct. 1749. p. 194. C. IV. C. an alle Regimenter v. 2. Oct. 1749. p. 195. C. IV. — Bei den von den Kammern dem General-Directorium zu erſtattenden Berichten ſoll zugleich mit bemerkt werden, ob der zum Ankauf eines Hauſes ſich angegebene Soldat ein Ein- oder Ausländer, auch wo er her iſt, Dir. R. v. 10. und 24. May 1752. ob der Commandeur oder Chef des Regiments damit zufrieden, R. v. 20. Nov. 1765. v. 25. Jul. 1770. v. 25. Sept. 1776. auch in dem Falle, wenn die Ehefrauen der Soldaten dergleichen acquiriren wollen R. v. 3. März 1779. In wie fern jene Verordnungen auch auf die von den Regimentern nicht entlaſſenen Enrollirten anzuwenden R. v. 15. Aug. 1758. — von Lamotte pract. Beiträge zur Cam. Wiſſenſchaft v. 1782. Th. I. p. 25. — Von den Handwerkern in Nachbarſchaft der Gelehrten H. B. VII. 56. — Die auf dem platten Lande künftig anzuſetzenden Schmiede, Rademacher, Stellmacher und Schneider ſind nicht verbunden, ſich zu einer Zunft zu halten, C. O. v. 8. März 1810. ſ. B. v. 7. Sept. 1811. G. S. 263. II. In wie weit die Schließung von Gewerben, Zünften und Innungen auf eine gewiſſe Anzahl von Meiſtern aufgehoben iſt, Cab. O. v. 22. Apr. 1810. — es ſtehet einem jeden, der mit einem Gewerbeſchein zum Betriebe eines Handwerks verſehen iſt, frei, ſich Gehülfen zum Betriebe deſſelben zu verſchaffen. R. A. B. p. 68. III. P. A. B. 74.

die meiſten Beſtimmungen ſind durch das Gewerbeſteuer-Edikt v. 2. Nov. 1810. aufgehoben.

R. das Verfahren bei Streitigkeiten der, mit Reiſenden, wegen Ueberſetzungen im Preiſe für Reparatur-Arbeiten betr. vom 14. Nov. 1816. R. A. B. 28. VII. K. A. B. 10. Von Unterſagung der Handwerksmißbräuche bei den Papiermachern, p. 46. mit mehreren Gehülfen, Gewerbeſteuer-Entrichtung von ſelbigen. G. S. 1820. p. 148. 160. — wann ſelbige gewerbeſteuerfrei ſind. G. S. 1820. p. 149. — können mit ſelbſt verfertigten Waaren auch Handel treiben. G. S. 1810. p. 81. — 1811. p. 269. — 1824. p. 126. — 1830. p. 1. — von, und nach Frankreich reiſend, Ausſtellung von Heimathſcheinen für ſelbige. G. S. 1827. p. 81. — ſ. auch Gewerbetreibende, Gewerbeſcheine, Gewerbeſteuer. — deren Befugniſſe, wenn ſie mit einem Gewerbeſchein verſehen ſind. v. K. A. 18. III. 692. — welche in einer anderen Stadt das Meiſterrecht gewonnen haben, Gewerbebetrieb derſelben. 24. II. 579. — Gewerbeſteuer-Erhebung von ſelbigen, rückſichtlich der Zeitbeſtimmung. 26. IV. 995. — über deren Streitigkeiten mit Reiſenden. 17. I. 245. — bei den Jäger-Bataillonen freiwillig eingetretene, deren hiernächſtiger Uebergang zur Kriegs-Reſerve und Landwehr. 21. II. 458. — Verhältniſſe der Annaburger Militair-Zöglinge, wenn ſolche in der Anſtalt ein Handwerk erlernt ha-

ben. 26. IV. 1117. — ausländiſche, Gewerbeſteuerpflichtigkeit derſelben. 26. IV. 991. — deren Ablohnung ſoll nicht während des Gottesdienſtes geſchehen. 17. I. 123. — ſollen in Baden keine Jagd in Pachtung nehmen. 17. IV. 328. — allgemeine Beſtimmungen wegen der von ſelbigen zu entrichtenden Gewerbeſteuer. 27. I. 69 — 73. — nach Frankreich reiſend, Ausfüllung der Heimathſcheine für ſelbige. 27. III. 709. 711. — IV. 995. — nach Frankreich wandernde, ſiehe Heimathſcheine. — ländliche, Gewerbebetrieb derſelben in benachbarten Städten. 29. III. 611. — R. v. 19. Mai 1831. über die den Handwerkern nach der Gerichts-Ord. Th. I. Tit. 24. §. 95. bewilligten Terminalzahlungen. v. K. J. XXXVII. 348. — Das Recht auf Zahlungs-Modalitäten ſteht auch den, für einen Fabrick-Inhaber arbeitenden Handwerkern zu. R. vom 20. Febr. 1832. XXXIX. 163. 164. — ſiehe übrigens auch: Beſitztitel, Perſonal-Arreſt, Reiſende.

Handwerker-Arbeiten, alle Lohntaxen für ſelbige ſind allgemein und gänzlich aufgehoben. G. S. 1811. p. 280.

Handwerksgehülfen, und Lehrlinge, Entrichtung der Gewerbeſteuer von ſelbigen. v. K. A. 23. I. 38. — Berechnung der letztern rückſichtlich derſelben. 27. I. 71. seq.

Handwerksgeſellen. (Handwerksburſchen.) A. L. R. II. VIII. 326 — 333. V. die Wanderung derſelben innerhalb Landes betr. R. v. 26. Apr. 1741. E. S. p. 11. C. II. V. v. 26. Nov. 1738. p. 225. C. I. Inſtruction die Reviſion der Cantons betr. vom 24. Oct. 1764. §. 14. p. 500. III. C. v. 23. Jan. 1766. p. 71. IV. C. v. 10. Febr. 1768. p. 2043. IV. C. v. 7. März v. 30. Apr. 1776. p. 67. p. 74. VI. v. 18. März 1782. p. 887. VII. v. 6. May 1783. p. 2111. VII. — Handwerksburſchen ſollen ohne Kundſchaft von dem einländiſchen Orte, wo ſie in Arbeit geſtanden, oder andere zum Auswandern hinlängliche Legitimation nicht über die Grenze gelaſſen werden C. v. 10. Sept. 1794. p. 2413. IX. die Diſpenſation von den Wanderjahren muß bei dem General-Direktorium von den Cammern vermittelſt eigener Berichte mit Bemerkung: ob der Extrahent enrollirt und dem Abſchied vom Regiment erhalten, Dir. R. v. 2. Jan. 1754. von Lamotte am a. O. p. 131. C. v. 20. Jan. 1768. E. S. p. 2027. IV. nachgeſucht; dieſelbe ſoll jedoch nur in den triftigſten Vorfällen ertheilet werden. R. v. 11. May 1770. p. 6781. IV. — Cantoniſten erhalten von der Cantons-Reviſions-Commiſſion Wanderpäſſe Regl. v. 12. Febr. 1792. §. 60. 61. p. 812. IX. Wie es mit Verpflegung der auf der Wanderſchaft krank gewordenen Geſellen zu halten. V. v. 7. Jan. 1783. p. 1967. VII. die Geburts- und Lehrbriefe werden von der Charite genommen R. v. 21. May 1739. p. 255. C. I. ſ. Kundſchaft. — Die Altmeiſter, und wo keine Gewerke ſind, die Meiſter des Orts, ſollen bei

10 Rthl. Strafe, den Polizei-Behörden von der Krankheit der auf der Wanderſchaft krank werdenden oder mit der Krätze behafteten Handwerksgeſellen Anzeige machen, welche bei fiskaliſcher Ahndung, für die Unterbringung, Cur und Verpflegung derſelben mit Zuziehung des Stadtarztes, oder eines approbirten Chirurgen zu ſorgen haben. P. A. B. 176. VII. ſ. V. v. 7. Jan. 1783. E. S. p. 1967. VII. das ſogenannte Auftreiben der Geſellen, wenn es mit keinen andern Exceſſen und Thätlichkeiten verbunden iſt gehöret zum Reſſort der Polizei, R. v. 1. Aug. 1796. p. 1901. X. Rabe, 455. III. — Publ. die Verpflegung der auf der Wanderſchaft krank werdenden Handwerksgeſellen betr. v. 1783. E. S. p. 1967. VII. v. 30. Mai 1812. R. A. B. 249. I. 320. II. K. A. B. 362. P. A. B. 188. — den Geſellen der Bauhandwerker iſt nicht zu geſtatten, ſich ſelbſt Arbeit zu ſuchen, N. A. B. 168. II. — Vom Transport kranker, N. A. B. 373. IV. die während des letzten Krieges bereits eingeſtellten jungen Leute unter 20 Jahr wurden Behufs der Vollendung ihrer Lehrjahre oder Studien einſtweilen wieder entlaſſen, N. A. B. 66. V. Der ſogenannte blaue Montag iſt aufgehoben, P. A. B. 65. VI. Von Aufhebung der ſogenannten Geſellenumſchau, K. A. B. No. 102. III. p. 85. VI. Gebührenfreiheit der Päſſe der Handwerksgeſellen iſt nicht vom Stempel zu verſtehen, p. 383. — Beſtimmungen rückſichtlich deren Päſſe und Wanderbücher. G. S. 1813. p. 51. 53. 56. — 1814. p. 10. f. — 1817. p. 152. 155. 157. — zünftige, dürfen auch bei Unzünftigen arbeiten. G. S. 1811. p. 264. — ſ. auch Päſſe, Heimathſcheine, u. Wanderſchaft, minderjährige und unter väterlicher Gewalt ſtehende, ſiehe Gerichtsſtand. — das Verfahren der Bauhandwerker bei Anſtellung derſelben. v. K. A. 17. II. 242. — deren Verhältniſſe zu den Gewerkszünften. 19. II. 538. — umherlaufende und arbeitsloſe, polizeil. Beaufſichtigung derſelben. 18. III. 789. — 22. IV. 939 — 943. — 23. II. 332 — 348. — IV. 942. — 24. I. 223. — Abſtellung deren Mißbräuche und Unordnungen. 24. II. 580. — Verfahren bei deren Heranziehung zum Militairdienſte. 25. IV. 1122. — Verhütung des Vagabondirens und Bettelns derſelben. 17. II. 182 — 190. — III. 210. — 18. III. 789 — 793. — 19. III. 769. — IV. 969. — 20. I. 59. 75. — Zuläſſigkeit von Herbergen für ſelbige. 20. III. 530. — in deren Päſſen muß die Reiſeroute genau vorgeſchrieben werden. 19. IV. 974. — Paßgebühren-Entrichtung von ſelbigen. 21. II. 401. — aus Oeſterreich, paßpolizeiliches Verfahren gegen ſelbige. 22. IV. 947. — Wandern derſelben in das Ausland auf inländiſche Reiſepäſſe. 24. IV. 1127. — Paßertheilungen an ſelbige zu Reiſen in's Ausland. 25. I. 187. — IV. 1123. — Legitimations-Ertheilung für ſelbige zu Wanderungen nach Frankreich. 25. III. 701 — 703. — Kundſchaften derſelben

können nicht als Päſſe angeſehen und viſirt werden. 18. II. 396. — 19. IV. 963. — 20. I. 73. — Abforderung der Kundſchaften bei anhaltender Arbeitsloſigkeit derſelben. 23. IV. 888. — Verfahren rückſichtl. der von ſelbigen verlorenen Päſſe u. Wanderbücher. 22. II. 412. — bedürfen neben ſtempelpflichtigen Wanderpäſſen keiner beſonderen Reiſepäſſe. 26. I. 125. — welche keine Arbeit finden, deren Unterſtützung. 19. IV. 975. — auf der Wanderſchaft erkrankt, Beſtreitung und Erſtattung der Kur- u. Verpflegungskoſten für ſelbige. 18. IV. 1097. — 19. I. 200. seq. — 21. I. 146. — 22. I. 166. — 23. III. 663 — 665. — 24. I. 253. — II. 575. — III. 903. — 26. III. 810. — einwandernde kranke, Verpflichtung zu deren Verpflegung. 25. I. 215. — IV. 1073 — 1076. — deren Unterſtützung aus der Gewerkskaſſe. 26. II. 397. — jüdiſche, Ertheilung von Wanderpäſſen an ſelbige. 24. II. 535. — 26. III. 791. — ausländiſche, Verfahren rückſichtl. deren Päſſe und Wanderbücher. 24. II. 534. — 25. I. 189. — können auf bloße Kundſchaften nicht in's Land gelaſſen werden. 18. III. 796. — Ertheilung von Eingangspäſſen an ſelbige nach ſorgfältiger Prüfung ihrer Kundſchaften. 19. IV. 963. — 20. I. 73. — die Paßertheilungen an ſelbige ſollen in deren Wanderbüchern vermerkt, oder aber letztere viſirt werden. 20. II. 282. — III. 571. — IV. 843. 845. — ausländiſche und mit der Krätze behaftete, denſelben ſoll der Eingang und die weitere Reiſe in die königl. Staaten nicht geſtattet werden. 19. II. 480. — 20. II. 345. — ankommende u. abwandernde, Reglement über die Controllirung derſelben in der Haupt- u. Reſidenzſtadt Berlin. 26. II. 393 — 399. — Verpflichtung derſelben zur Löſung von Aufenthaltskarten bei längerem Aufenthalte in ſelbiger. 26. II. 395. — desgl. von Arbeitsſcheinen. 26. II. 396. seq. — Anordnung der Leichenbegängniſſe für ſelbige. 25. II. 418. seq. — deren Verhältniſſe im Königreich Hannover. 19. IV. 153. — 22. IV. 1074. — Hannöverſche Verordnung wegen der Wanderjahre derſelben. 20. I. 211. — deren Verhältniſſe im Braunſchweigſchen. 22. III. 807. — desgl. im Herzogth. Naſſau. 19. I. 273. 281. — desgl. im Großherzogthum Sachſen-Weimar-Eiſenach. 21. II. 727. seq. — Großherzogl. Meklenburg-Schwerinſche Verordn. gegen das Betteln derſelben. 20. III. 673. — Königl. Sächſiſche Verordn. über deren Ehen. 26. IV. 1152. — desgl. über deren Wandern. ibid. 1154. — fremde dürfen im Badenſchen ohne Nachweis der Schutzpocken-Impfung nicht aufgenommen werden. 26. III. 639. — vagabondirende, auf den, den Rhein hinuntergehenden Flößen, deren Kontrolle. 37. III. 707. — krätzige, Verfahren gegen ſelbige bei deren Einwanderung. 27. III. 758. — jüdiſche und auf der Wanderſchaft begriffene, denſelben ſoll nirgends der Aufenthalt verweigert werden. 27. III. 757. —

wandernde und auf den Dörfern erkrankte oder verſtorbene, Aufbringung der Kur-, Verpflegungs- und Beerdigungskoſten für ſelbige. 28. II. 493. — krätzige, polizeiliches Verfahren gegen ſelbige. 28. IV. 1052. seq. — fremde, polizeiliches Verfahren gegen ſelbige bei deren Einwanderung, zur Verhütung des Bettelns ꝛc. 28. II. 543. — III. 747. — wandernde, Maßregeln gegen ſelbige im Kurfürſtenthume Heſſen. 28. IV. 1054. — Kompetenz der Orts-Polizeibehörden in allen das Verhältniß der Geſellen zu ihren Meiſtern betreffenden Fällen. 29. III. 609. — Beurtheilung deren Streitigkeiten zwiſchen ſelbigen und ihren Meiſtern. 29. I. 149. — krätzige, Aufbringung der Heilungskoſten für ſelbige. 29. III. 606. — fremde einwandernde, Verfahren gegen ſelbige nach den Beſtimmungen der Circular-Verdn. v. 2. Juni 1828. 29. III. 588. — kurfürſtl. Heſſiſche Verordn. rückſichtl. derſ. 29. III. 588. — herzogl. Naſſauiſche Polizei-Verordn. über ſelbige. 29. II. 452. — nicht in Arbeit ſtehende, deren polizeiliche Beaufſichtigung. 30. I. 132. f. — bettelnde, ſollen wie andere Bettler aufgegriffen und behandelt werden. 30. IV. 810. — unzünftige, Kompetenz der Orts-Polizeibehörden in Streitigkeiten der erſteren mit ihren Meiſtern. 30. III. 598. — einwandernde ausländiſche, allgemeines Verfahren gegen dieſelben. 30. II. 384. — Verfahren rückſichtl. derſelben im Königreich Sachſen und im Kurfürſtenthume Heſſen. 30. II. 384. — wegen Nachweiſes des für dieſelben vorgeſchriebenen Reiſegeldes. 30. I. 169. — krank einwandernde, Aufbringung der Kur- u. Verpflegungskoſten für dieſelben. 30. I. 158. — Verfahren rückſichtl. der Handwerksgeſellen im Königreiche Sachſen und im Kurfürſtenthume Heſſen. 30. II. 384. — Großherzogl. Heſſiſche Verordn. über das Einwandern derſelben v. 3. Mai 1830. — 30. II. 468 — 471. — ſ. a. Heimathsſcheine und Wanderpäſſe. — deren Verhältniſſe zu ihren Meiſtern bei begangenen Polizei-Kontraventionen. 31. III. 579. — allgemeine Vorſchriften für das Paßverfahren gegen dieſelben. 31. II. 458. ff. 463. — Ertheilung der Wanderpäſſe an dieſelben. 31. III. 581. — militairpflichtige und auf der Wanderſchaft begriffene, Aufbringung der Bekleidungskoſten für dieſelben von Seiten der Kommune, in welcher die Aushebung erfolgt. 31. II. 421. — wandernde, Maßregeln gegen das arbeitsloſe Umherſchweifen derſelben. 31. III. 582. — Strafen für Polizeibeamte, welche in deren Ausführung nachläſſig ſind. 31. III. 583. — erkrankte, Aufbringung der Kur- und Verpflegungskoſten für dieſelben. 31. III. 595. — erkrankte oder mit der Krätze behaftete, zu deren Unterſuchung iſt auch der am Orte befindliche Kreischirurgus verpflichtet. 31. III. 606. — ausländiſche, aus inſurgirten Gegenden, Verbot des Einwanderns derſelben. 31. I. 124. f. — ausländiſche, großherz. heſſiſche Anordnungen wegen deren

Einwanderung. 31. I. 250. f. — Großherz. Meklenburg-Schweriniſche Verordn. wegen Abſtellung des Umtreibens und Bettelns derſelben. 31. III. 682. — erkrankte, Verpflichtung der Kommunen zu deren Kur und Verpflegung. 31. I. 141. — Betrieb von Handwerken durch dieſelben Seitens Anderer, welche dieſelben nicht erlernt haben. 32. III. 693. zünftige, Aufhebung der denſelben obgelegenen Wanderpflicht. 32. II. 471. — dieſelben ſollen jedoch vor Ablauf der dazu beſtimmt geweſenen Zeit zum zunftmäßigen Meiſterrecht nicht zugelaſſen werden. 32. II. 472. militairpflichtige, was bei Ausſtellung von Wanderpäſſen für dieſelben zu berückſichtigen iſt. 32. III. 681. — arbeitslos umherſchweifende, Ermäßigung der Ordnungsſtrafen für die Nichtbefolgung der gegen erſtere beſtehenden Vorſchriften. 32. I. 168. — kranke, wandernde, deren Kur u. Verpflegung am Orte ihrer Erkrankung. 32. I. 239. — Aufnahme derſelben in benachbarte Städte, nach freiwilligem Abkommen mit denſelben. 32. I. 240. — jüdiſche, aus den neuen Provinzen, einſtweilige Aufenthalts-Geſtattung für dieſelben in Berlin. 32. IV. 959. — fremde, königl. ſächſiſche Verordn. wegen Wiederaufhebung der neuerlichen Beſchränkungen hinſichtlich des Einwanderns derſelben. 32. III. 815. — allgemeine polizeiliche Anordnungen wegen des Wanderns derſelben, zur Verhütung deren zweckloſen Umherſchweifens. Regulativ v. 24. Apr. 1833. — 33. I. 185 — 190. — Anhängung der letztern an die Wanderpäſſe oder Wanderbücher. 33. I. 190. — unter welchen Bedingungen an dieſelben nur noch Wanderpäſſe oder Wanderbücher (wo dieſe überhaupt hergebracht ſind) ertheilt werden dürfen. 33. I. 186. — in welchen Fällen denſelben die Wanderpäſſe oder Wanderbücher abzunehmen und ſie mit beſchränkten Päſſen und Reiſerouten an den Ort des ausgeſtellten Wanderpaſſes oder in die Heimath zurückzuweiſen, oder in eine Land-Armen-Anſtalt unterzubringen ſind. 33. I. 188. ff. — II. 508. — III. 796 — 799. — IV. 1058. — in wiefern dieſelben ſtatt der verlornen Wanderpäſſe neue erhalten können. 33. I. 189. — wandernde, haben auf die zeitherigen ſtatut- oder obſervanzmäßigen Unterſtützungen keine Anſprüche mehr. 33. III. 800. 802. — können bis zur Strafvollſtreckung wegen Polizeivergehen verhaftet bleiben. 33. III. 706. — auf dem Lande erkrankte, deren Kur- und Verpflegungskoſten fallen dem Orte ihres Aufenthalts zur Laſt. 33. IV. 1081. f. — ausländiſche, Verfahren gegen dieſelben nach den Beſtimmungen des vorgedachten Regulativs. 33. I. 186. ff. — krätzkranke, vom Auslande, deren Heilung und Verpflegung. 33. II. 532. — fremde, Anordnungen rückſichtl. derſ. in den kaiſerlich Oeſterreichiſchen Staaten. 33. I. 152. — II. 469. — deren Wandern. Ausführung der Cirk.-V. v. 24. Apr. 1813. — ſ. Wandern. ſ. a. Injurienprozeß, Wanderpäſſe u. Wanderbücher.

Handwerks-Lehrburſchen, deren Haltung von Landhandwerkern. v. K. A. 24. I. 256. — Fähigkeits-Atteſte für ſelbige müſſen mit einem Stempel verſehen ſein. 17. I. 46.

Handwerksmißbräuche, Pat. wegen Abſtellung derſelben v. 16. Aug. 1731. v. 6. Aug. 1732. E. S. V. II. X. No. 81. E. in Anſehung des Poſamentiergewerks v. 29. Aug. 1636. V. II. X. No. 8. v. 18. Juli 1749. p. 175. C. IV. E. v. 24. März 1783. p. 2058. VII. wegen des ſogenannten blauen Montags; des Verſchreiens C. v. 11. Oct. 1796. p. 726. X. die bisher ſich eingeſchlichene Vertheilung des Riemer-, Drechsler-, Nagelſchmiede und anderer Gewerke in Seeſtädter, Oberländer und Ländſtädter iſt aufgehoben, und alle Verſchiedenheit in den Handwerksgewohnheiten, Herbergen und des Gruſſes bei einem und demſelben Gewerk abgeſchafft. Publ. v. 8. Juni 1784. p. 2864. VII. die Unterſuchung des ſogenannten Auftreibens der Geſellen, wenn es mit keinem andern Exzeß verbunden, gehöret allein vor die Polizei. R. v. 1. Aug. 1796. p. 1902. X. Bei Erbauung der Galgen, Pat. v. 2. Nov. 1730. II. III. No. 62. ſ. a. Abdecker.

Handwerks-Ordnung, für Weſtpreußen v. 24. Jan. 1774. E. S. p. 19. V. d.

Handwerks- (Künſtler- und andere) **Privilegien**, der, Anſtreicher in der Grafſchaft Mark v. 1777. E. S. p. 418. VI. — Bäcker in Bielefeld v. 1752. p. 373. I. Benekenſtein v. 1771. p. 363. V. a. in der Churmark v. 1735. V. II. X. Anh. 1. No. 42. Decl. wegen der Faſt- und Looßbäcker v. 18. Dec. 1737. p. 105. C. I. Hamm v. 1784. p. 2869. VII. in den Ravensbergſchen Städten v. 1781. p. 127. VII. Schwerte v. 1785. p. 3056. — Barbier in der Churmark v. 1736. V. IV. I. No. 39. Decl. in Anſehung derer, die ſich in Berlin etabliren, v. 1737. No. 38. 39. p. 65. C. I. der Bader und Wundärzte, Pat. v. 10. Juli 1779. p. 1594. VI. in den Städten Genthin, Burg u. ſ. w. v. 10. Juli 1781. p. 427. VII. Schönebek, Salze u. ſ. w. v. 10. Juli 1781. p. 458. VII. ſ. Medizinaledikt. — Beutler u. Handſchuhmacher in der Churmark v. 1734. V. II. X. Anh. 1. No. 27. Decl. des Weißgerber-Privilegii v. 2. Mai 1736. VI. II. No. 264. ſ. a. R. v. 20. März 1737. p. 23. C. I. zu Hamm v. 1789. p. 2592. VIII. Lübbeke, v. 1784. p. 2793. VII. — Bildhauer-Geſellſchaft zu Potsdam, v. 1. Sept. 1775. v. Lamotte am a. O. Th. 3. v. 1785. p. 1. — Kleinbinder in der Churmark v. 1734. E. S. V. II. X. Anh. 1. No. 12. Der Bohrer, Säge- und Zeugſchmiede daſelbſt, v. 1734. No. 34. — Böttcher in der Churmark, v. 1734. V. II. X. Anh. 1. No. 25. zu Lünen, v. 1776. p. 239. VI. im Fürſt. Minden, v. 1789. p. 2756. XIII. Brauer in den Ravensbergſchen Städten, v. 1781. p. 127. VII. Buchbinder in der Churmark, v. 1734. V. II. X. Anh. 1. No.

28. Büchſenmacher in der Churmark, v. 1734. V. II. X. Anh. 1. No. 5. in Pommern, v. 1771. p. 47. V. a. Unna, v. 1783. p. 2518. VII. Bürſtenmacher in der Churmark, v. 1734. V. II. X. Anh. 1. No. 3. — Drechsler in der Churmark, v. 1734. V. II. X. Anh. 1. No. 2. Decl. v. 13. Juni 1736. wegen der Meiſterſtücke, VI. II. No. 265. Lünen, v. 1776. p. 239. VI. den Ravensbergſchen Städten, v. 1781. p. 254. VII. Schönebek, v. 1775. p. 19. V. c. Unna, v. 1785. p. 3180. VII. — Eiſenhändler in der Churmark, v. 1734. V. II. X. Anh. 1. No. 29. — Faßbinder, v. 1785. p. 3180. VII. Feilenhauer in der Churmark, v. 1735. V. II. X. Anh. 1. No. 31. Fenſtermacher in Crefeld, v. 1783. p. 2003. VII. Fleiſcher in Berlin, v. 1591. V. II. X. No. 2. v. 1656. No. 9. u. 11. — Garn⸗ u. Leinweber in der Churmark, v. 1734. V. II. X. Anh. 1. No. 1. Decl. wegen der Meiſterſtücke und Geſellen v. 8. Mai 1737. p. 59. C. I. v. 4. Oct. 1742. p. 79. C. II. V. für die Gewerke der Garnweber und Raſchmacher wegen der in Berlin arbeitenden unzünftigen Weber v. 2. Juli 1795. p. 2562. IX. — Gelbgießer in der Churmark, v. 1735. V. II. X. Anh. 1. No. 57. bei welchen ſo viel Meiſter angenommen werden, als ſich den jedesmaligen Umſtänden nach nähren können. Dir. R. v. 19. Dec. 1781. v. Lamotte a. a. O. Th. 2. p. 432. zu Crefeld, v. 1783. p. 2003. VII. — Gipſer in der Churmark, v. 1734. V. II. X. Anh. 1. No. 11. nebſt königl. Cabinets⸗Reſcr. wegen der Gips⸗ u. Quadratur⸗Arbeit v. 7. Mai 1732. u. Dir. R. v. 30. Juni 1734. von Lamotte am a. O. p. 473. Decl. v. 20. Apr. 1735. VI. II. No. 247. wegen Anfertigung der Geſimſe v. 9. Nov. 1735. No. 244. — Glaſer zu Bleichrode in der Gr. Hohenſtein, v. 11. März 1784. p. 2764. VII. in der Churmark, v. 1734. V. II. X. Anh. 1. No. 16. Gr. Mark, v. 1777. p. 418. VI. Preußen, Decl. v. 1755. p. 855. I. Ravensbergſchen Städten, v. 1781. p. 254. VII. — Glasſchneider in der Churmark, v. 1735. V. II. X. Anh. 1. No. 33. — Goldſchmiede in der Churmark, C. v. 18. Mai 1676. V. II. X. No. 15. v. 1725. No. 41. Declaration in Anſehung der Meiſterſtücke, des Meiſtergeldes, der Gewerksſtrafen und der Aufkündigungszeit der Geſellen, v. 17. Oct. 1736. VI. II. No. 270. — Gürtler in der Churmark v. 1734. V. II. X. Anh. 1. No. 9. c. D. wegen der Streitigkeiten mit der Weiß⸗Knopfmacher Gewerke, v. 27. Nov. 1737. p. 95. C. I. u. R. wegen Vergoldung der Meſſingwaaren v. 4. März. 1745. p. 5. C. III. — Hammerfabrikanten in Weſtpreußen, v. 1782. p. 1603. VII. — Handſchuhmacher und Beutler in der Churmark, v. 20. Dec. 1734. V. II. X. Anh. 1. No. 27. ſ. a. Decl. des Weißgerber⸗Privilegii v. 2. Mai 1736. den Handel mit ledernen Hoſen betr. VI. II. No. 264 u. R. v. 20. März 1737. p. 23. C. I. zu Frankfurt an d. O. v. 4. Jan. 1736. VI. II. No. 258. — Höcker in der

Gr. Ravensberg, v. 1774. p. 250. V. d. in Memel v. 17. Apr. 1788. p. 2038. VIII. — Honigkuchenbäcker in den Ravensberg=ſchen Städten v. 1781. p. 127. VII. — Huf= u. Waffenſchmiede in der Churmark v. 1735. V. II. X. Anh. 1. No. 48. zu Crefeld v. 1783. p. 2003. VII. Unna v. 1783. p. 2518. VII. — Hutmacher in der Churmark, v. 1735. V. II. X. Anh. 1. No. 52. c. D. wegen des Meiſterſtücks und des Geſellenmachens, v. 10. Juli 1737. p. 61. C. I. den Hutmachern iſt auf den Freimärkten zu Potsdam auszuſtehen und feil zu haben verboten. V. v. 9. Jan. 1737. p. 3. C. I. Decl. des Art. 15. wegen der den wandernden Geſellen zu reichenden 4 gr. u. des Art. 29. wegen Belegung des baaren Geld=beſtandes v. 5. Juni 1738. p. 159. C. I. — Kammmacher in der Churmark v. 1735. V. II. X. Anh. 1. No. 36. der Kaufleute, ſiehe Kaufleute. — Klempner in der Churmark, v. 1734. V. II. X. Anh. 1. No. 21. — Knopfmacher daſelbſt, v. 1735. No. 49. c. D. daß jedem Meiſter 3 Geſellen, wenn er ſie nöthig hat, zu ſetzen er=laubt, v. 23. Jan. 1743. p. 98. C. II. wer zum Handel mit Knö=pfen privilegirt, R. v. 7. Jan. 1745. p. I. C. III. zu Hamm v. 1789. p. 2592. VIII. Decl. v. 1790. p. 3001. VIII. in den Ravensberg=ſchen Städten v. 9. Mai 1781. p. 254. VII. — Engliſch=Zinn=Knopfmacher in der Churmark, v. 1735. V. II. X. Anh. 1. No. 43. c. D. wegen der Lehrjahre, v. 19. Apr 1741. p. 11. C. II. wegen der Geſellen, v. 23. Jan. 1743. p. 98. C. II. — Korbmacher in der Churmark, v. 1735. V. II. X. Anh. 1. No. 40. — Kramer in der Gr. Ravensberg, v. 1774. p. 250. V. d. zu Cleve, v. 24. Mai 1791. p. 95. IX. Hamm, v. 30. Dec. 1792. p. 1121. IX. Kramer=ordnung für Berlin, v. 2. Aug. 1690. VI. I. No. 183. Schneider, Schuhmacher u. ſ. w. ſollen nicht mit den zur Krämerei gehörigen Waaren handeln, E. v. 10. Aug. 1714. V. II. I. No. 25. — Ku=pferſchmiede in der Churmark, v. 29. Nov. 1737. (ungedr. ſ. des=halb Repert. Corp. Const. March. 2. p. 122.) zu Unna, v. 1783. E. S. p. 2518. VII. — Kürſchner in der Churmark, v. 1735. V. II. X. Anh. 1. No. 45. zu Hamm, v. 1789. p. 2592. VIII. — Lein=weber (ſ. oben Garnweber) in der Stadt Schwerdte v. 1781. p. 370. VII. Leggeordn. für das Amt Aarsberg v. 1791. p. 208. IX. Publ. die Einführung eines egalen Haspels in der Gr. Mark betr. v. 1775. p. 230. V. e. (ſ. Haspel.) Welche wollene Waaren den=ſelben in den Städten und auf dem Lande zu machen erlaubt, Pat. v. 27. Febr. 1728. V. II. IV. No. 90. Leyendecker zu Crefeld, v. 1783. p. 2003. VII. — Lichtzieher in der Churmark, v. 1735. V. II. X. Anh. 1. No. 39. — Lohgerber daſelbſt v. 1734. No. 15. Unna v. 1781. p. 631. VII. zu Weſel v. 1775. p. 213, V. e. Lederſchau=ordn. für Königsberg in Pr. v. 1751. p. 918. I. — Maurer in der Churmark, v. 1734. V. II. X. Anh. 1. No. 10. Decl. die Anfer=

tigung der Geſimſe betr. v. 20. Apr. v. 9. Nov. 1735. VI. II. No. 247. No. 254. zu Spandau, v. 1781. p. 394. VII. Rgl. für die Maurer, Zimmerleute, Handlanger und Tagelöhner zu Königsberg in Pr. und in den Landſtädten v. 8. Dec. 1736. c. D. wegen des Tagelohns v. 26. Aug. 1751. p. 131. I. approbirte Taxe v. 15. Jan. 1753. p. 989. I. in Pommern, v. 14. Oct. 1753. p. 574. I. — Meſſerſchmiede in der Churmark, v. 1735. V. II. X. Anh. I. No. 56. zu Unna, v. 1783. p. 2518. VII. — Müller in der Chur- u. Neumark, Pommern, Preußen u. Litthauen, v. 23. Oct. 1747. (ungedr.) c. D. wegen der erſparten Gewerksgelder, wegen der Lehrburſche und der wegen Dieberei beſtraften Müller v. 27. Oct. 1767. p. 986. IV. Privilegium der Müller im Fürſtenth. Halberſtadt, v. 1782. p. 842. VII. E. wegen des Unfugs bei der Wanderſchaft v. 1. Juli 1726. IV. IV. No. 71. V. in Anſehung der Müller zur Abſtellung verſchiedener Mißbräuche v. 3. Dec. 1805. E. S. p. 3061. XI. — Nadler in der Churmark, v. 1734. V. II. X. Anh. 1. No. 19. Nur die Nadler zu Frankfurt a. d. O. ſind dispenſirt, ſich in die Kramer-Innung einzukaufen. R. v. 18. Jan. 1736. VI. II. No. 259. — Nagelſchmiede in der Churmark, v. 1735. V. II. X. No. 54. zu Crefeld v. 1783. p. 2003. VII. in Pommern, v. 1771. p. 47. V. a. — Pantoffelmacher in der Churmark, v. 1734. V. II. X. Anh. 1. No. 17. Decl. daß in Städten, wo zunftmäßige Pantoffelmacher wohnen, die Schuſter keine Pantoffel ausſetzen oder feil haben, in Städten aber, wo dergl. nicht wohnen, den Schuſtern geſtattet werden ſoll, auf den Jahrmärkten Pantoffeln auszulegen u. feil zu haben, v. 8. Juni 1735. VI. II. No. 249. — Peruquenmacher zu Iſerlohn, v 1789. p. 2464. VIII. in Pommern, v. 1771. p. 110. V. a. Weſel, v. 1775. p. 49. V. e. — Pfannenſchmiede zu Halle, v. 1783. p. 1982. VII. — Pfefferküchler in der Churmark, v. 1734. V. II. X. Anh. 1. No. 13. — Poſamentirer daſelbſt, v. 1735. No. 46. c. D. wegen des Handels mit kleinen und kurzen Waaren, der Lehrjahre und Meiſtergebühren, v. 23. Jan. 1737. p. 5. C. I. E. daß denſelben erlaubt, auf Bandmühlen zu arbeiten, v. 18. Juli 1749. p. 175. C. IV. c. D. v. 1790. p. 3001. VIII. v. 6. Aug. 1795. p. 2606. IX. — Rademacher in Unna, v. 1785. p. 3180. VII. — Raſchmacher in der Churmark, v. 1735. V. II. IV. No. 97. in Berlin, Pat. v. 1787. p. 1422. VIII. V. für die Gewerke der Raſchmacher u. Garnweber wegen der in Berlin arbeitenden unzünftigen Weber v. 2. Juli 1795. p. 2562. IX. Pat. wegen Combinirung derſelben mit den Raſch- u. Zeugmachern v. 30. Mai 1787. p. 1422. VIII. — Reipſchläger in den Ravensbergſchen Städten, v. 1781. p. 254. VII. — Riemer in der Churmark v. 1735. V. II. X. Anh. 1. No. 38. Declar. wegen des Fallleders v. 1743. p. 97. C. II. zu Lübbeke v. 1784. p. 2793. VII. — Sattler

in der Churmark, v. 1735. V. II. X. Anh. 1. No. 32. zu Lübbeke, v. 1784. p. 2793. VII. Schiffbauer in der Churmark, v. 1735. V. II. X. Anh. 1. No. 47. Schlächter daſelbſt, v. 1734. No. 8. zu Hamm, v. 1781. p. 307. VII. Weſel, v. 1775. p. 142. V. e. Schlöſſer in der Churmark, v. 1734. V. II. X. Anh. 1. No. 5. zu Crefeld, v. 1783. p. 2003. VII. in Pommern, v. 1771. p. 47. V. a. Unna, v. 1783. p. 2518. VII. — Schmiede in der Churmark, v. 1735. V. II. X. Anh. 1. No. 34. in Crefeld, v. 1783. p. 2003. VII. Lübbeke, v. 1789. p. 2718. VIII. in der Gr. Ravensberg, v. 1774. p. 165. V. d. Weſtpreußen, v. 1782. p. 1603. VII. dürfen kein ausländiſches Eiſen gebrauchen, Publ. v. 4. Nov. 1779. p. 1622. VI. — Schneider in der Churmark, v. 1735. V. II. X. Anh. 1. No. 59. Decl. wegen der Frauensperſonen, v. 24. Apr. 1737. p. 53. C. I. zu Benekenſtein, v. 1780. p. 3541. VI. Ellrich, v. 1788. p. 2804. VIII. Emmerich, v. 1782. p. 1119. VII. Hamm, v. 1789. p. 2591. VIII. der Gr. Ravensberg, v. 1774. p. 139. V. d. zu Soeſt, v. 1780. p. 3054. VI. Unna, v. 1781. p. 154. VII. Weſel, v. 1775. p. 669. V. e. — ſollen nach den Städten gewieſen werden, R. v. 17. Sept. 1738. p. 181. C. I. — Schornſteinfeger in der Churmark, v. 1734. V. II. X. Anh. 1. No. 24. c. D. daß es bei dieſem Privilegio lediglich verbleibe, v. 14. März 1736. VI. II. No. 263. und daß künftig bei Losſprechung der Lehrburſchen kein Geſellenſchein ferner gegeben werden ſoll, v. 15. Juli 1783. p. 2146. VII. — Schützengilde in Halberſtadt, v. 1791. p. 58. IX. — Schuhmacher in der Churmark, v. 1734. V. II. X. Anh. 1. No. 18. Decl. die Zahl der Meiſter und Annahme der Coloniſten betr. v. 14. Nov. 1736. VI. II. No. 272. wegen der über die beſtimmte Zahl gehaltenen Lehrjungen, v. 8. Dec. 1735. No. 256. wegen des Meiſterſtücks, der Gewerksſchulden u. Pfuſcher, v. 8. Juni 1735. No. 250. in Rückſicht des dem Pantoffelmachergewerk zu Brandenburg ertheilten Privilegii, v. 8. Juni 1735. No. 249. wegen Aufkündigung der Arbeit der Geſellen, v. 4. Nov. 1744. p. 199. C. II. — in Duisburg im Herz. Cleve, v. 1780. p. 1851. VI. Gröningen, v. 1777. p. 770. VI. Lübbeke, v. 1789. p. 2552. VIII. der Gr. Ravensberg, v. 1774. p. 195. V. d. Unna, v. 1781. p. 631. VII. Weſel, v. 1775. p. 214. V. e. — Schwerdtfeger in der Churmark, v. 1735. V. II. X. Anh. 1. No. 55. in Unna, v. 1783. p. 2518. VII. — Seidenwürker, Regl. v. 15. März 1766. p. 167. IV. in die Seidenkramergilde zu Stendal ſollen nur ſolche, welche die Handlung erlernet, aufgenommen werden, Befehl v. 23. Mai 1685. V. II. I. No. 16. — Seifenſieder in der Churmark, v. 1735. V. II. X. Anh. 1. No. 39. — Seiler daſelbſt, v. 1734. No. 22. Decl. wegen des Meiſterſtücks v. 4. Juli 1736. VI. II. No. 266. die Aushökerung des Theers und Wagenſchmiers betr. imgleichen wegen Meiſterſtücks, v. 4. Juli

1736. VI. II. No. 267. wegen des Handels mit Pferdehaaren v. 17. Apr. 1737. p. 53. C. I. zu Egeln, v. 1782. p. 1578. VII. — Siebmacher, Pat. v. 11. Juni 1733. V. II. III. No. 58. Privilegium für ſelbige in der Churmark, v. 1735. V. II. X. Anh. 1. No. 58. — Spinnrademacher in den Ravensbergſchen Städten, v. 1781. p. 254. VII. — Sporer in der Churmark, v. 1734. V. II. X. Anh. 1. No. 5. in Pommern, v. 1771. p. 47. V. a. Unna, v. 1783. p. 2518. VII. — Steinmetzer in der Churmark, v. 1734. V. II. X. Anh. 1. No. 23. R. wegen der Lehrjahre in Preußen, v. 1755. p. 905. I. Stell= u. Rademacher in der Churmark, v. 1734. V. II. X. Anh. 1. No. 4. zu Oebisfelde, v. 1782. p. 1254. VII. Steinſetzer in Berlin, v. 1736. V. II. X. Anh. 1. No. 61. Decl. daß den Maurern erlaubt, mit gebacknen Steinen zu pflaſtern, v. 26. Juli 1736. VI. II. No. 268. Strumpfſtricker in der Churmark, v. 1734. V. II. X. Anh. I. No. 20. Strumpfwürker daſelbſt, v. 1734. No. 14. in der Gr. Mark v. 1773. p. 67. V. c. Stuhlmacher in Unna, v. 1785. p. 3180. VII. für die unzünftigen in Berlin, v. 2. Juli 1795. p. 2562. IX. — Stuhlfabrikanten in Weſtpreußen, v. 1782. p. 1603. VII. — Tabacksſpinner in der Churmark, v. 1735. V. II. X. Anh. 1. No. 37. c. R. daß ſolche einen Materialiſten einzunehmen nicht ſchuldig, v. 1. Febr. 1736. VI. II. No. 260. — Täſchner daſelbſt, v. 1734. V. II. X. Anh. 1. No. 26. — Tiſchler in Bleichroda in der Grafſchaft Hohenſtein, v. 11. März 1784. p. 2764. VII. in der Churmark, v. 1734. V. II. X. Anh. 1. No. 6. zu Lünen, v. 1776. p. 239. VI. in der Gr. Ravensberg, v. 1774. p. 223. V. d. müſſen ohne neues Meiſterſtück aus kleinen in großen Städten angenommen werden. C. v. 1758. p. 285. II. zu Unna, v. 1785. p. 3180. VII. Privilegium der Tiſchler v. 1784. p. 2764. VII. — Töpfer in der Churmark, v. 1735. V. II. X. Anh. 1. No. 35. in Sandau v. 1780. d. 384. VII. — Tuchbereiter (R. die Viſitation der Tuchpreſſen betr. v. 14. Juni 1721. VI. II. No. 142. den gemachten Tüchern einer jeden Stadt ſoll ein Bleilöthchen angehangen werden, Mandat v. 20. Juni 1713. No. 77.) in der Churmark, v. 1734. V. II. IV. No. 92. Schau=Ordnung v. 1754. p. 1113. I. nebſt Deciſo wegen der Tuch= u. Zeug=Rahme v. 28. Oct. 1773. p. 2463. V. c. für Quedlinburg, v. 1788. p. 2235. VIII. — Tuchmacher in der Churmark ſollen ohne Vorbewußt des Commissarii loci ſich in keine Streitſache einlaſſen. V. v. 23. Dec. 1721. VI. II. No. 146. — E. wegen der Gewandſchneider u. Tuchmacher v. 1581. V. II. IV. No. 3. Privilegium wegen des Handels mit fremden Tüchern, v. 8. Juli 1657. No. 12. Schau=Ordnung v. 30. März 1687. No. 24. p. 250. wie es mit dem Jungmeiſter=Amte u. Meiſtergelde zu halten. V. v. 27. Aug. 1721. VI. II. No. 143. Mandat gegen den Verkauf fremder Tücher v. 21. Nov. 1722. No.

151. Schau=Ordn. v. 30. Jan. 1723. IV. II. IV. No. 79. c. D. ad §. 3. vom Walken, v. 28. Aug. 1723. No. 83. — Privilegium v. 1. Juli u. 8. Nov. 1734. V. II. IV. No. 92. No. 94. c. D. wegen des Gewandſchnitts, v. 1744. p. 187. C. II. Tuch= und Zeug=Rgl. für die Churmark, v. 1772. p. 3134. VI. in wie fern ihnen Rahmen zu halten nachgelaſſen, R. v. 28. Oct. und C. v. 11. Nov. 1773. p. 2463. V. c. für die Tuchmacher in Berlin, Pat. v. 1787. p. 1422. VIII. — Tuchſcheerer in der Churmark, v. 1735. V. II. IV. No. 96. Patent wegen Combinirung des Tuchmacher=Gewerks mit den Zeug= u. Raſchmachern, v. 30. Mai 1787. p. 1422. VIII. — Uhrmacher in der Churmark, v. 1734. V. II. X. Anh. 1. No. 5. in Pommern, v. 1771. p. 47. V. a. in Preußen, v. 13. Oct. 1744. c. D. wegen der Meiſterſtücke, v. 31. Oct. 1754. p. 1138. I. Unna, v. 1783. p. 2518. VII. — Waffenſchmiede in der Churmark, v. 1735. V. II. X. Anh. 1. No. 48. in Unna, v. 1783. p. 2518. VII. — Weber in Berlin, v. 2. Juli 1795. p. 2562. IX. — Weißgerber in der Churmark, v. 1735. V. II. X. Anh. 1. No. 44. Decl. v. 4. Jan. v. 2. Mai 1736. den Handel mit ledernen Hoſen betr. VI. II. No. 258. 264. dürfen kein Quartalgeld entrichten, R. v. 23. Apr. 1738. p. 174. C. I. ſ. a. R. v. 20. März 1737. p. 23. C. I. Verordn. wegen der Weißgerber zu Frankfurt a. d. O. VI. II. No. 258. — zu Lübbeke, v. 1784. p. 2793. VII. Decl. wegen der Lehrzeit in Preußen, v. 1755. p. 915. I. den Weißgerbern iſt auf den Freimärkten zu Potsdam auszuſtehen und feil zu haben verboten, V. v. 9. Jan. 1737. p. 3. C. I. — Windenmacher in der Churmark, v. 1734. V. II. X. Anh. 1. No. 5. in Pommern, v. 21. März 1771. p. 47. V. a. Unna, v. 1783. p. 2518. VII. — Die fremden Wollarbeiter ſollen nicht prägravirt werden, R. v. 27. Aug. 1721. VI. II. No. 143. — Zeug= und Raſchmacher in der Churmark, Rgl. v. 12. Aug. 1724. V. II. IV. No. 84. Privilegium v. 1735. No. 97. in Berlin, v. 1787. p. 1421. VIII. — Zimmerleute in der Churmark, v. 1734. V. II. X. Anh. 1. No. 7. in Bennekenſtein, v. 1782. p. 1492. VII. Bielefeld, v. 1771. p. 133. V. a. Lünen, v. 31. Aug. 1776. p. 239. VI. in Preußen, Decl. v. 1751. p. 131. den Ravensbergſchen Städten, v. 1781. p. 254. VII. Unna, v. 1785. p. 3180. VII. Pat. wegen Combinirung mit dem Tuchmachergewerk, v. 30. Mai 1787. p. 1422. VIII. ſ. Maurer. — Zinngießer, Ed. wegen der umherziehenden, v. 17. Juni 1724. V. II. X. No. 71. Privilegium v. 1734. V. II. X. Anh. 1. No. 30.

Siehe von Lamprecht von der Cameralverfaſſung der Handwerke in den Preußiſchen Staaten, Berlin 1797. Als auf den Grund des bekannten Reichspatents wegen der abzuſchaffenden Mißbräuche der Handwerker allen Profeſſionen neue Gilde=Briefe mit Caſſation der alten gegeben wurden, konnten ſolche in den Jahren 1734 u. 1735

bei der Menge derſelben nicht anders als successive ausgefertiget werden, und es iſt daher nicht die Abſicht geweſen, durch das ältere und jüngere Datum einem Gewerke den Vorzug zu geben, oder deſſen Privilegium durch ein jüngeres eines andern Gewerks zu derogiren, ſondern, wenn zweien verſchiedenen Gewerken dieſelbe Arbeit beigelegt worden, iſt ohne Rückſicht auf die Verſchiedenheit des Alters ihres Privilegii anzunehmen, daß ſie ſolche Arbeit cumulative ſollen verfertigen können, falls in dem Privilegium ſelbſt nicht ausdrücklich in Rückſicht der angewieſenen Arbeiten Reſtriktionen gemacht worden. R. des G. D. an die Neumärkſche Kr. u. D. C. v. 29. Oct. 1789. (Gen. Act.)

Handwerksſchule, deren Einrichtung in Potsdam. v. K. A. 24. I. 184.

Handwerksſteuern, frühere, werden aufgehoben. G. S. 1811. p. 254. — 1820. p. 137.

Handwerksſtuben. R. die Anweiſung der, und Montirungskammern für das Militair betr. v. 26. Dec. 1814. K. A. B. 473. IV. 40. V.

Handwerkszeug, Verbot des Ankaufs von Arbeitern in der Schicklerſchen Fabrik, ſ. Fabrik-Geräthſchaften.

Handwerkszins, deſſen Erhebung von den Gutsherrſchaften in Schleſien. G. S. 1809. p. 558. — 1810. (A.) p. 735. f.

Hanf, ſ. Flachs.

Hanf-Röthen, ſ. Flachs-Röthen.

Hanfwaaren, Hauſirhandel mit ſelbigen. G. S. 1824. p. 130.

Hannover, Königreich, Traktat mit demſelben über den Austauſch einiger Landestheile, v. 29. Mai 1815. G. S. 1818. (Anh.) p. 14 — 21. — desgl. über deſſen Entſchädigung wegen der von Kurheſſen an daſſelbe nicht abgetretenen Grafſchaft Schaumburg, v. 23. Sept. 1815. G. S. 1818. (Anh.) p. 57 — 59. — Regulirung der gutsherrl. u. bäuerl. Verhältniſſe in den von ſelbigen an Preußen abgetretenen Diſtrikten. G. S. 1820. p. 184. — 1825. p. 92. — Freizügigkeit mit demſelben nach der Miniſterial-Erklärung v. 16. Sept. 1816. G. S. 1817. p. 9. — gegenſeitiger Lotterie-Verkehr mit demſelben bis zum Anfange des Jahres 1820. G. S. 1816. p. 5. — Durchmarſch- und Etappen-Konvention mit demſelben, v. 6. Dez. 1816. G. S. 1817. p. 77 — 85. — Kartel-Konvention mit ſelbigem, v. 3. Mai 1818. G. S. 1818. p. 58. — Abkommen mit demſelben zur Verhütung der Forſtfrevel in den Gränzwaldungen, v. 20. Nov. 1821. G. S. 1822. p. 39. — desgl. wegen der Koſtenerſtattung bei gegenſeitiger Auslieferung von Verbrechern, v. 15. Aug. 1823. G. S. 1823. p. 157. — deſſen Theilnahme an der Elbſchiffahrts-Akte. G. S. 1822. p. 9. 11. ff. —

desgl. an der zu Dresden unterm 23. Juni 1821 abgeſchloſſenen, das Reviſions-Verfahren auf der Elbe betreffenden Konvention. G. S. 1822. p. 101. ff. — Verlängerung dieſer Konvention mit demſelben bis zum 31. Dec. 1833. G. S. 1828. p. 20. — deſſen Beitritt zur Weſerſchiffahrts-Akte. G. S. 1824. p. 25. ff. — Vereinbarung mit demſelben gegen den Bücher-Nachdruck nach der Miniſterial-Erklärung v. 11. Sept. 1827. G. S. 1827. p. 124. — von dem Reviſions-Verfahren auf der Elbe, ſ. Konvention. — Königreich, Verfahren rückſichtl. der nach ſelbigem abzuſendenden Vagabonden. v. K. A. 26. IV. 1108. — Verordnungen über den Transport der Vagabonden in die Preuß. Staaten. 17. IV. 325. — 18. IV. 1198. — 20. III. 659 — 664. — die mit Preußen verabredete wechſelſeitige Aufhebung der feuda extra curtem. 18. I. 18. — Reglement für die Großbritaniſchen und Hannöverſchen Konſuln und Agenten in fremden Handelsplätzen u. Seehäfen. 17. II. 293. — Inſtr. wegen Vertilgung der Wucherblumen. 17. II. 294. — Verordn. wegen des Transports der Verbrecher u. Vagabonden. 17. III. 258. — Trödler-Verordn. 17. III. 259. — Verordn. wegen der Konventions-Münze. 17. IV. 322. — Chauſſeegeld-Entrichtung in ſelbigem. 17. IV. 323. — Konvention mit Kurheſſen und den Niederlanden wegen Auslieferung von Verbrechern ꝛc. 17. IV. 323. — Konvention mit Naſſau über den Beſuch der Göttinger Univerſität. 17. IV. 324. seq. — Befahrung der Chauſſeen. ibid. — Verordnungen wegen Chauſſee-Kontraventionen, wegen Ablieferung von Sperlingsköpfen und wegen Reviſion der Apotheken. 18. II. 596. — Geſetze für die Studierenden zu Göttingen. 18. II. 597. — Verwaltung der Sicherheits-Polizei. ibid. 598. — 18. IV. 1200. — Verordnungen wegen des Meilenmaßes u. der Seepäſſe. 18. III. 917. seq. — deſſen Polizei-Verwaltung. 17. III. 246. — Verordnung, die Wiederherſtellung der Zünfte u. Gilden betr. 19. IV. 1029. — Cenſur-Ed. für ſelbiges. 18. II. 596. — 20. I. 153. — Verfaſſungs-Urkunde für die Stadt Norden, im Fürſtenth. Oſtfriesland. 20. I. 196. — Verordn. wegen der Wanderjahre der Handwerker. 20. I. 211. — Verordn. über das Apothekerweſen und den Handel mit Arzeneiwaaren in ſelbigem. 21. I. 232. seq. — Verwaltung des Poſtweſens. 22. II. 479. seq. — Kuhpocken-Impfung. 22. I. 267 — 272. — II. 462 — 479. — Verordn. gegen gewaltſame Steuer-Defraudationen nach dem Preußiſchen. 22. I. 273. — desgl. wegen Anlegung von Obſtbaum-Pflanzungen. 22. I. 274. — Entſchädigung für verloren gegangene oder beſchädigte Poſtpackete in ſelbigem. 23. IV. 811. — Abſchaffung der trockenen Zäune in den Dörfern. 23. IV. 1028. — Errichtung eines Kredit-Vereins für die Ritterſchaft des Herzogthums Bremen. 26. II. 521. 557. — Verfahren in ſelbigem bei

Niederlaſſungen. 26. III. 854. — Verordn. wegen Ertheilung und Gültigkeit der Reiſepäſſe, Kundſchaften ꝛc. und wegen Zurückweiſung der Vagabonden. 22. IV. 1072. — Ausführung der mit ſelbigem beſtehenden Kartel-Konvention. 27. IV. 878. — Verordn. deſſelben über die Beſtimmung des Wohnorts der Unterthanen in polizeilicher Hinſicht. 27. II. 531. — Verordn. über die Verwaltung und das Rechnungsweſen der Landgemeinen in ſelbigen. 28. II. 567 — 587. — Verordn. wegen Abwehrung des Zudranges zu dem Studio der Theologie. 28. II. 587. — Verordn. über die Bildung der ſtudirenden Inländer und die Einführung von Maturitäts-Prüfungen. 59. II. 425 — 436. — desgl. über den vierjährigen akademiſchen Curſus der Medizin-Studirenden. 29. II. 451. — Verordn. wegen Auswahl von Exercierplätzen und dafür zu leiſtenden Entſchädigung. 29. I. 181. — Verordn. über die Errichtung eines Credit-Vereins für die Grundbeſitzer in dem Fürſtenthum Oſtfriesland u. dem Harlingerlande. 29. IV. 962 — 980. — Reglement für das Leihhaus und die Spaarkaſſe der Stadt Hildesheim. 31. III. 661 — 672. — Reglement für die höhere Gewerbsſchule zu Hannover. 31. III. 673. — Verordn. über die Impfung der Schutzblattern. 31. III. 677. — Verordn. über die Fortſchaffung der Verbrecher und Landſtreicher. 32. II. 578. — ſiehe auch Verbrecher.

Hanſeatiſche Departements, ſ. franzöſiſch-hanſeatiſche Departements. — ehem. franz. aufgehobene Rechte in ſelbigen; ſ. Rechte.

Hanſee-Städte, deren Polizeiverwaltung. v. K. A. 17. III. 253.

Harlinger Land, ſ. Oſtfriesland, Fürſtenthum.

Harz-Departement, ſiehe weſtphäliſche Departements, ehemalige.

Haſelnüſſe, Verbot des willkührlichen und allzu frühen Einſammelns derſelben in den Waldungen. v. K. A. 20. III. 516.

Haspel, Ed. wegen des in den vier Neumärkſchen incorporirten Kreiſen zu gebrauchenden Haspels, v. 12. Juli 1719. C. S. V. II. I. No. 30. ſ. a. R. an die Neumärkſche Regierung wegen deſſen Publikation, v. 22. Mai 1756. p. 90. II. zu Königsberg in Preußen, v. 13. Mai 1751. p. 94. I. Ed. für das Fürſtenth. Halberſtadt, v. 24. Jan. 1754. p. 615. I. Publ. die Steurung des Betrugs der Garnſpinner betreffend, v. 2. Apr. 1770. p. 6698. IV. — (Weifen) zur Abmeſſung des Geſpinnſtes für den Handel, müſſen von den Eichungs-Aemtern geſtempelt ſein. G. S. 1816. p. 145. — beim Leinen-Garn in Schleſien, deren Gebrauch und Verhältniß zur preuß. Elle. G. S. 1827. p. 88. — ſoll geeicht ſein. v K. A. 17. II. 90.

Haspelmaaß, wegen Einführung eines allgemeinen. v. K. A. 18. II. 480.

Hasserode, Herrſchaft, Abtretung derſelben durch den Tilſiter Friedens-Traktat. G. S. 1807. p. 156. 167. — Wiederbeſitznahme derſelben. G. S. 1815. p. 193. — gehört zum Magdeburgſchen Regierungsbezirke. G. S. 1815. p. 96.

Haß, wie weit des Ehemannes abſolutes Unvermögen als Grund eines unverſöhnlichen, (E. v. 17. Nov. 1782. E. S. p. 1613. VII.) anzuſehen. G. E. v. 6. Jan. 1786. Kl. A. 278. I.

Haubergs-Ordnung für die Grafſchaft Sayn-Altenkirchen, v. 7. Oct. 1802. deren Anwendung. v. K. A. 21. III. 582.

Haupt-Bank, königliche, in Berlin. ſ. Bank. ſ. a. Gebührenfreiheit.

Haupt-Gut, ſ. Subhaſtation.

Haupt-Immobiliar-Maſſe; über die Vertheilung derſelben vor ergangener Klaſſifikation. R. v. 27. Mai 1831. v. K. J. XXXVII. 366 — 368.

Haupt-Inſtituten- (und Kommunal-) **Kaſſen,** wo dieſe nicht eingeführt ſind. v. K. A. 17. I. 24. — 18. I. 13. — deren Inſtr. zur Verwaltung der Geſchäfte der Wittwen-Verpflegungs-Anſtalt. 18. IV. 942.

Haupt-Inſtrument, ſ. Ceſſion.

Haupt-Konkurs, ſ. Konkurs.

Hauptleute, ſ. Subaltern-Offiziere.

Haupt-Nutz- und Haupt-Brennholz-Inſtitut, (Adminiſtration), reſſortirt vom Finanz-Miniſterio. G. S. 1810. p. 15. — wird dem Departement für Handel und Gewerbe untergeordnet. G. S. 1812. p. 44. — zur Anſtellung deren Mitglieder iſt die Allerh. Genehmigung erforderlich. G. S. 1810. p. 15. — in der Auseinanderſetzung mit dem Königr. Weſtphalen bleiben Preußen deren Schulden zur Laſt. G. S. 1811. p. 227. — Präkluſions-Termin für die Einlöſung deren Kaſſen-Obligationen. G. S. 1822. p. 47.

Haupt- (oder General-) **Pächter** landesherrlicher oder prinzlicher Aemter. — Kann dem dritten Inhaber eines von dem Beſitzer eines adelichen Gutes, oder von dem Haupt- oder Generalpächter eines landesherrlichen oder prinzlichen Amtes ausgeſtellten, auf Order lautenden trocknen Wechſels von dem Schuldner, welcher das Indoſſament ſchriftlich und ohne Vorbehalt genehmigt hat, der Einwand der nicht baar empfangenen Valuta, mit der Wirkung entgegen geſetzt werden, daß kein wechſelmäßiges Verfahren ſtattfindet? S. u. Str. R. 2. B. No. 11. p. 119. Iſt der Einwand zuläſſig, daß ein ſolcher Indoſſator nicht Eigenthümer des Wechſels ſey? S. u. Str. R. 2 B. No. 11. p. 120.

Hauptprozeß, ſ. Bürgſchaftsklage, Intervention.

Haupt-Reparaturen auf dem Lande, ſtehen unter polizeilicher Aufſicht, ſ. Neubau.

Haupt-Ritterſchafts-Direktion, ſ. Prädikat.

Hauptſache; das Collegium, bei welchem die ſchwebet, entſcheidet auch den Incidentpunkt, J. C. v. 6. Apr. 1757. Kl. A. 241. IV. — Iſt gegen einen beſtimmten Zins eine fruchttragende Sache mit einer andern, die nur durch den Gebrauch der Subſtanz genutzt werden kann, zugleich und in einem Kontrakte dergeſtalt überlaſſen worden, daß es nur zweifelhaft iſt, ob das Geſchäft nach den Regeln des Pacht- oder Mieth-Kontrakts zu beurtheilen ſei, ſo giebt, bei der Beſtimmung hierüber, die Beſchaffenheit der Hauptſache auch ſelbſt in dem Falle den Ausſchlag, daß die überlaſſenen Sachen zu einander nicht im Verhältniß einer res principalis zu ihrem accessorium ſtehen. S. u. Str. R. 3. B. No. 31. p. 357. — Als Hauptſache wird alsdann derjenige erachtet, welcher der Hauptgegenſtand des Vortrages iſt, d. h. diejenige, auf welche hauptſächlich die Abſicht der Kontrahenten gerichtet war, es mag nun dieſer Vorzug in dem höhern Werthe der Sache oder in einem andern Verhältniſſe begründet ſein. S. u. Str. R. 3. B. No. 31. p. 357. — ſ. a. Gerichtsſtand, Intervention.

Haupt-Schatzkaſſe, des aufgelöſ'ten Schatzminiſteriums, die demſelben verbliebenen Zentral-Aktivkapitalien gehen nebſt deren Archiv zur Verwalt. des Staatsſchatzes über. G. S. 1823. p. 110. — Abwickelung deren Kaſſen- und Rechnungsweſens durch die Immediat-Kommiſſion für die abgeſonderte Reſtverwalt. G. S. 1823. p. 110. — 1827. p. 34.

Haupt-Schuldner, ſ. Bürgſchaft.

Haupt-Schlüſſel. Im §. 1249. II. XX. Allg. L. R. iſt ſtatt Hausſchlüſſel zu leſen: Hauptſchlüſſel. R. v. 21. Sept. 1832. v. K. J. XL. 251. — dürfen Schlöſſer ohne Genehmigung des Hauswirths nicht anfertigen. v. K. A. 32. III. 682.

Haupt-Stempelkammer, iſt der Sektion für direkte und indirekte Abgaben im Finanz-Miniſterium untergeordnet. G. S. 1808. p. 371. — 1810. p. 16.

Haupt-Steuer- und Zollämter, Ausſtellung der Geldquittungen bei ſelbigen. v. K. A. 27. II. 372. — Vereidung der bei ſelbigen ſtehenden Amtsdiener, Behufs der Beſorgung gerichtl. Vorladungen in Steuer-Unterſuchungs-Sachen. 28. IV. 981. — können von den Regierungen den Requiſitionsſtyl nicht verlangen. 29. IV. 749. ff. — Beſtimmung wegen der Gebühren der Unterſuchungsrichter bei denſelben, R. v. 22. Oct. 1830. v. K. J. XXXVI. 347. — ſind nicht befugt, ohne Zuſtimmung der vorgeſetzten Provinzial-Behörde die, zu ihrer Kompetenz gehörigen Fälle zur gerichtlichen

Unterſuchung abzugeben. R. v. 12. Apr. 1832. XXXIX. 468. 469. — ſ. a. Rechtsbeiſtände.

Haupt-Untergerichts-Salarienkaſſe; Cirk. R. v. 16. Nov. 1830. betr. die Juſtification der durchlaufenden Poſten bei den Gerichten, welche im Verbande mit dieſen Kaſſen ſtehen. v. K. J. XXXVI. 361 — 367. — ſiehe Kaſſe, Kaſſenweſen, Kaſſenquote, Salarienkaſſen.

Haupt-Verwaltung der Staatsſchulden, Errichtung und Beſtimmung derſelben als Behörde. G. S. 1820. p. 12 — 14. — ſoll aus einem Präſidenten, dem wirklichen Geh. Ober-Finanzrath Rother und aus 4 Mitgliedern beſtehen. G. S. 1820. p. 12. f. — Ernennung derſelben. G. S. 1820. p. 13. 36. — 1821. p. 99. — 1824. p. 9. — deren Vereidung. G. S. 1820. p. 14. 37 — 39. — Reſſort-Verhältniß dieſer Behörde zu den Regierungen. G. S. 1821. p. 52. — von ſelbiger müſſen die über Veräußerungs- und Ablöſungsgelder ertheilten Quittungen noch beſonders beſcheinigt ſein. v. K. A. 29. III. 489. — Beſcheinigung der Quittungen über Domainen-Veräußerungs- und Ablöſungsgelder Seitens derſelben. 32. I. 60.

Haupt-Verwaltungs-Berichte, jährliche, deren Erſtattung mit dem Ende des Februars an des Königs Majeſtät von Seiten der Staats-Miniſter und Departements-Chefs. G. S. 1810. p. 9. — 1817. p. 68. — ſollen ſolche auch von Zeit zu Zeit dem geſammten Staats-Miniſterium vorlegen. G. S. 1817. p. 291. — der Provinzialbehörden, ſ. Verwaltungs-Berichte. — deren jährliche Erſtattung von Seiten der Königl. Oberpräſidien u. Regierungen an die Miniſterien. v. K. A. 18. IV. 1169. — ſ. auch Berichte.

Haupt-Zollämter, ſiehe Rechtsbeiſtände, Vorladung.

Haus-Adminiſtrationen, Inſtr. für die Gerichte über das bei den Haus-Adminiſtrationen in Berlin zu beobachtende Verfahren, v. 17. Apr. 1812. v. K. J. I. 70. u. 210. dieſelbe bei den dem Kammergerichte untergeordneten Gerichten, ſoweit ſie auf ſelbige angewendet werden kann, einzuführen und gebrauchen zu laſſen, iſt erſteres authoriſirt, auch ſind darauf die ſämmtlichen Oberlandesgerichte verwieſen worden. R. v. 3. Apr. 1813. II. 48.

Haus-Adminiſtratoren in Berlin. Inſtr. für dieſelben, v. 17. Apr. 1812. v. K. J. I. 70. 210. — deren Remuneration. R. v. 3. Apr. 1813. II. 48. — der §. 27. u. 29. in deren Inſtr. v. 17. Apr. 1812 iſt durch die Königl. Verordnung v. 24. Nov. 1812 in Anſehung der Hausmiethen aufgehoben und abgeändert. R. v. 1. März 1817. IX. 16. 17. und Verfügung des Kammergerichts im Auftrage des Juſtizminiſterii v. 24. Apr. 1817. IX. 18.

Haus- (und Hof-) Angelegenheiten, königl., deren Beſorgung durch den Staatskanzler. G.S. 1810. p. 3. — Errichtung eines eigenen Miniſteriums für ſelbige. G. S. 1819. p. 3.

Hausbauten, ſ. letzt.

Haus- (und Wirthſchafts-) **Bediente;** eine Privatperſon iſt nicht berechtigt, ihre Haus- und Wirthſchaftsbedienten vereiden zu laſſen. R. v. 14. Mai 1821. v. K. J. XVII. 249.

Hausböden, Verbot des Aushängens von Zeugen aus ſelbigen nach den Straßen hin. v. K. A. 23. I. 145.

Hausbriefe, ſind den Koloniſten zu ertheilen. v. K. A. 17. II. 68.

Hausdiebſtahl, A.L.R. II. XX. 1137 — 1140. ſ. Diebſtahl, Diebeshehlerei. — Zu einem, A. L. R. Th. 2. Tit. 20. 1137 — 1140. wird erfordert, daß der Thäter entweder als Geſinde, d. h. als gemeiner Dienſtbote, z. B. Knecht, Magd, Bedienter u. ſ. w., oder als Hausgenoſſe, d. h. Hauskaplan, Hauslehrer, Haushofmeiſter, Handlungsdiener, Handlungslehrling, R. v. 20. Aug. 1814. v. K. J. 286. III. Handwerksgeſelle, u. ſ. w. in Lohn und Brod ſtehe, (Ein Miether oder eine Perſon, die eine Schlafſtelle hat, wird unter dem Ausdruck Hausgenoſſe nicht verſtanden, R. v. 14. Nov. 1796. E. S. p. 1906. X. Rabe, 586. III. St. B. 313. III.) und der Diebſtahl an demjenigen, in deſſen Lohn oder Brod der Dieb ſtand, nämlich an dem Hausvater ſelbſt, oder an deſſen vorhin erwähnten, und anderen dergleichen zu ſeiner Geſellſchaft gehörigen Hausgenoſſen begangen worden. R. v. 14. Nov. 1796. S. M. 141. ſ. das weiter unten angeführte R. v. 7. Nov. 1812. — Wenn Eltern, Vormünder und Brodherrſchaften Diebſtähle denunciren, die von ihren Pflegbefohlnen an ihnen verübt worden, welche nach §. 1136. gleich jedem andern gemeinen Diebſtahle beſtraft werden ſollen, da der §. 1133. des A. L. R. Th. 2. Tit. 20. auf einen gewaltſamen Diebſtahl zwiſchen Eltern und Kindern nicht angewandt werden kann, R. an das Ober-L.-G. zu Stettin, v. 27. Juli 1811. die Denunciation aber hiernächſt zurückgenommen wird, ſo können die Eltern u. ſ. w. ſo lange die Sache noch in den terminis einer bloßen Anzeige beruht, zu deren Fortſetzung nicht gezwungen werden. Wenn aber eine gehörig ſubſtantiirte Denunciation vorhanden, und noch vielmehr, wenn die Unterſuchung ſchon wirklich eröffnet iſt, kann die Fortſetzung und rechtliche Beendigung derſelben durch das Zurücktreten der Denuncianten nicht hinterfällig gemacht werden. R. v. 25. Sept. 1795. S. M. 147. Rabe, 139. III. bei welcher Feſtſetzung es im Allgemeinen als Regel verbleibet; wenn aber erhebliche motivirte Fälle vorkommen, ſo ſoll zur Prüfung an das Criminal-Departement berichtet werden, ob eine Ausnahme zu geſtatten iſt. R. v. 7. Jan. 1805. p. 149. der Miniſter,

Sammſ. — Bei größern Hausdiebſtählen, oder bei ſolchen, wo der Werth des Entwendeten mehr als 5 Rthlr. beträgt, tritt das richterliche Verfahren von Amts wegen ein und die Erklärung des Hausvaters, daß er den Diebſtahl nicht rügen wolle und die Unterſuchung verbitte, kann die Einleitung u. Fortſetzung derſelben nicht hindern, da nur bei kleinen Hausdiebſtählen die Rüge des Hausvaters zum richterlichen Verfahren erforderlich iſt. Die kleinen Hausdiebſtähle, welche an einem Hausgenoſſen begangen worden, können ebenfalls nur auf die Rüge des Hausvaters, nicht des beſtohlnen Hausgenoſſen, unterſucht werden. Reſcr. v. 7. Nov. 1812. v. K. J. I. 272.

Haus-Eigenthümer, deren Anſpruch auf Theilnahme am Gemeinde-Vermögen. R. v. 24. Febr. 1834. — v. K. A. 34. I. 71.

Hausfrieden. Wer aus übelverſtandenem Religionseifer, zwiſchen Eheleuten und den Kindern verſchiedener Religion, Mißtrauen und Uneinigkeit anrichtet, kann mit der geſetzlichen Strafe nur belegt werden, nach fruchtlos vorhergegangener gerichtlicher Abmahnung und bei Fortdauer der Uneinigkeiten in der Familie. S. u. Str. R. 1. Bd. No. 95. p. 377.

Hausgenoſſen; ſ. Hausdiebſtahl.

Hausgenoſſenrecht, vom, im Ravensbergſchen, St. B. p. 93. V.

Haushaltungen, was in Beziehung auf Klaſſenſteuerpflichtigkeit dahin zu rechnen iſt. v. K. A. 29. III. 494.

Haushaltungs-Etat, ſtädtiſcher, (rev. Städte-Ord.) G. S. 1831. p. 30.

Hauſinnen, ſollen ohne Conſens der Obrigkeit nicht eingenommen werden Bauer-Ordnung v. 14. Sept. 1685. Tit. 3. §. 7. C. S. V. III. I. No. 24. Dorf-Ordnung v. 16. Dec. 1702. No. 32. ſ. Königsberg in der Neumark.

Hauſir-Atteſte, ſorgfältige Ertheilung derſelben. v. K. A. 18. III. 860.

Hauſir-Edikt, das v. 17. Nov. 1747 iſt aufgehoben und müſſen bei der Beſtrafung des unbefugten Hauſirens lediglich die Beſtimmungen des Edikts v. 2. Nov. 1810 und des Geſetzes über die polizeilichen Verhältniſſe der Gewerbe v. 7. Sept. 1811. zum Grunde gelegt werden. Reſcr. vom 6. Juni 1815. v. K. J. Vb. 7.

Hauſiren, was darunter zu verſtehen. Polizey-Inſtr. v. 23. May 1735. C. S. V. I. I. No. 27. Art. 9. und 10. Edikt vom 1. Jul. 1735. §. 18. 19. 20. No. 28. — Das Hauſiren mit allerhand Waaren in Städten und auf dem platten Lande iſt verboten. E. v. 21. Sept. 1663. V. II. VII. No. 1. v. 10. Oct. 1697, V. II. I. No. 17. C. v. 24. Aug. 1713. No. 22. v. 25. Apr. 1718. V. II. VII.

No. 11. v. 27. März 1737. p. 27. C. I. v. 7. Aug. 1743. p. 141. C. II. Edikt v. 17. Nov. 1747. p. 233. 287. C. III. jedoch excl. Geldern C. v. 29. Nov. 1764. p. 525. III. für Cleve v. 29. Nov. 1763. p. 341. III. Erneuerte Verordnung v. 18. Jan. 1786. p. 16. VIII. beſonders den Juden E. v. 21. Sept. 1663. V. II. VII. No. 1. v. 11. Apr. 1665. No. 2. v. 17. Aug. 1692. No. 4. v. 10. Oct. 1697. Art. 3. und 7. V. II. I. No. 17. Rgl. v. 7. Dec. 1700. V. V. III. No. 12. Confirmation v. 20. May 1714. Art. 2. No. 31. Ed. v. 24. Apr. 1720. V. II. VII. No. 12. v. 2. Dec. 1724. No. 16. v. 12. Dec. 1727. No. 50. V. V. III. p. 190. Circ. v. 2. Aug. 1752. p. 350. I. Edict v. 17. Nov. 1763. p. 332. III. geſchärftes Verbot v. 31. März 1785. p. 3052. VII. beſonders mit Flachs C. v. 23. Febr. v. 7. Apr. 1761. p. 3. p. 11. III. mit Tuch R. v. 7. Jan. 1794. p. 1860. IX. mit Wolle Ed. v. 24. Apr. 1737. p. 55. C. I. V. v. 27. May 1737. p. 62. C. I. — Leinewandhändlern. R. v. 2. Apr. 1729. V. II. VII. No. 17. — Schneidern R. v. 17. Sept. 1738. p. 181. C. I. — Siebmachern fremden, Pat. v. 12. Jan. 1708. V. II. VII. No. 6. mit kurzen Waaren, Mandat v. 25. Apr. 1712. No. 7. bei Strafe, Pat. v. 28. Jul. 1717. V. II. III. No. 48. v. 11. Jun. 1733. No. 58. Privilegium v. 1735. Art. 8. V. II. X. Anh. I. No. 58. Nach dem Publ. v. 6. Aug. 1786. ſoll das Hauſiren der Böhmiſchen Siebmacher gar nicht geduldet, der Handel der Lingenſchen Unterthanen aber nur unter gewiſſen Umſtänden geſtattet werden p. 134. VIII. Publ. v. 23. Jan. 1794. p. 1861. IX. — Tablett- und Olitätenkrämern Ed. v. 18. Aug. 1687. V. II. VII. No. 3. v. 10. Aug. 1714. V. II. I. No. 25. v. 24. Apr. 1720. V. II. VIII. No. 12. C. v. 18. Sept. 1720. No. 13. v. 23. Apr. 1732. No. 18. excl. der Meſſen u. Jahrmärkte. V. v. 28. Jul. 1671. V. II. IX. No. 4. ſ. Arzt. — auch die heimliche Niederlegung u. Abſetzung der Waaren auf dem Lande E. v. 15. Jul. 1733. V. II. I. No. 33. beſonders in den Städten E. v. 10. Aug. 1714. V. II. I. No. 25. mit Glaswaaren Ed. v. 24. Jul. 1725. V. II. II. No. 51. mit Tüchern Rgl. v. 22. Nov. 1772. Cap. IX. §. 21. p. 3190. VI. u. zwar den Hökern. Höker-Ordnung v. 20. Febr. 1742. Art. 17. p. 51. C. II. Inſtr. vom 23. May 1735. V. I. I. No. 27. den Juden Rgl. v. 7. Dec. 1700. Art. 3. V. V. III. No. 12. Confirmation v. 20. May 1714. No. 31. Ed. v. 10. Aug. 1714. V. II. I. No. 25. Mandat v. 8. März 1715. V. II. VII. No. 8. v. 24. Apr. 1720. No. 12. Rgl. v. 1750. Art. 19. p. 133. II. in den Danziger Vorſtädten v. 9. Aug. 1773. p. 519. V. c. ſollen auch nicht mit Holz handeln R. v. 11. Sept. 1761. p. 71. III. — Ferner mit fremden Kupfer- und Meſſingwaaren E. v. 20. März, 18. Sept. v. 21. Dec. 1654. IV. II. II. No. 4. 5. 6. v. 25. Aug. 1655. No. 17. v. 29. Apr. 1664. No. 10. vom 8. Apr. 1668. No. 11. Pat. v. 15. Nov. 1680. IV. II. II. No. 19. v. 13.

Aug. 1709. No. 37. v. 20. Aug. 1709. No. 38. v. 17. Jul. 1714. No. 41. v. 24. Sept. 1719. No. 45. beſonderes R. an die Steuerräthe v. 15. Sept. 1736. V. II. VII. No. 19. und müſſen die erlaubten, geſtempelt ſeyn, E. v. 16. Febr. 1736. IV. II. II. No. 52. wie weit mit Märkſchen Senſen und Futterklingen C. v. 28. Jul. 1723. V. II. VII. No. 14. vom 18. März 1724. No. 15. ſiehe Kupferſchmiede. — Schiffsleuten Mandat vom 27. März 1717. V. II. VII. No. 10. Ed. v. 17. Nov. 1747. Art. 6. p. 283. und 287. C. III. Rgl. wegen der Elbſchifffahrt v. 21. Febr. 1748. Art. 19. p. 25. C. IV. und ſoll auf dieſe Verordnungen gehalten werden von den Kreis- und Polizei-Ausreitern. Inſtr. v. 15. Sept. 1713. Art. 4. und Art. 9. V. I. I. No. 17. Markt-Ordnung v. 16. Nov. 1713. §. 6. V. II. II. No. 71. Ed. v. 24. Apr. 1720. V. II. VII. No. 12. Inſtr. v. 30. Sept. 1733. V. I. I. No. 24. den Acciſebedienten Rgl. v. 29. Dec. 1736. IV. III. II. No. 84. den Landräthen Ed. v. 17. Nov. 1763. p. 331. III. den Polizeibedienten Inſtr. v. 1735. Art. 9. V. I. I. No. 27. Ed. v. 1. Jul. 1735. No. 28. Decl. v. 19. Aug. 1735. No. 30. Inſtr. v. 20. Febr. 1742. p. 51. C. II. v. 12. März 1742. p. 57. C. II. von den Steuerräthen C. v. 6. Febr. 1766. p. 79. IV. V. vom 31. März 1785. p. 3052. VII. — In dem zuvor allegirten Edict vom 17. Nov. 1747. p. 283. 287. C. III. iſt den Bäckern, Brauern, Schlächtern und andern Profeſſioniſten nachgelaſſen, ihren Bedarf an Korn, Vieh und andern zu ihrem Gewerbe und ihrer Conſumtion nöthigen Vorräthen auf dem platten Lande einzukaufen, und per Rescriptum des Gen. Dir. v. 6. May 1793. iſt feſtgeſetzt, daß in dem obrigkeitlichen Atteſt über den nachgegebenen Einkauf nicht nur der Name des Bäckers, der Name des einzukaufenden Product-Bedarfs, ſondern auch des Commiſſionärs oder der den Einkauf beſorgt, imgleichen die Qualität und Quantität des Getraides bemerkt werden, damit aber keine Irrungen entſtehen, ſo ſind jene geſetzliche Dispoſitionen per R. des. G. D. v. 6. May 1793. in folgender Art declarirt worden: — So lange der Profeſſioniſt ſeinen Einkauf blos auf die Provinz, worin er wohnt, einſchränkt, mithin die eingekauften Producte in der Provinz bleiben, bedarf es zum Einkauf weiter nichts als der Vorzeigung vorgedachten obrigkeitlichen Atteſtes, gehet aber der Profeſſioniſt mit ſeinem obrigkeitlichen Atteſte in eine andere Provinz, um daſelbſt Einkäufe zu verrichten, ſo muß ſolches zur Wiſſenſchaft der Kammer in deren Provinz der Einkauf geſchehen ſoll, gelangen, S. Corp. Const March. V. II. VII. imgleichen von Lamotte pract. Beiträge zur Cam. Wiſſenſchaft v. 1785. Th. 3. p. 443. — Decl. des E. v. 1747. wegen des Handels mit Wolle, v. 18. Febr. 1762. St. B. 199. XVI. — Publ. wegen Einbringung verbotener Medicamente durch Olitäten-Krämer, v. 21. May 1805. E. S. p. 2945. XI. K.

A. B. 376. VI. Regulativ f. die Keſſelführer, v. 25. Jun. 1805. E. S. p. 2956. — in Anſehung der Juden ſ. §. 37. des E. v. 1812. G. S. 21. II. — E. v. 7. Sept. 1811. G. S. 263. I. Diejenigen Contravenienten, welche ohne Erlaubniß den Hauſirhandel treiben, ſollen außer der Strafe für die defraudirte Gewerbſteuer auch noch mit einer Polizeiſtrafe belegt werden. R. v. 11. Febr. 1813. P. A. B. 179. III. — Ausländer, die ihren Wohnſitz in dieſſeitigen Staaten genommen haben, und den Hauſirhandel treiben wollen, müſſen ſich zuvor mit einem Grundſtück anſäſſig machen, K. A. B. 149. II. Der Hauſirhandel mit Branntwein iſt verboten, 231. IV. P. A. B. 271. — Vom Hauſirhandel mit einländiſchen Schnittwaaren, R. A. B. 352. IV. — Bei Beſtrafung des unbefugten Hauſirens müſſen lediglich die Beſtimmungen des Ed. v. 2. Nov. 1810. G. S. 79. I. und des Geſetzes v. 7. Sept. 1811. p. 51 zum Grunde gelegt werden. R. v. 6. Jun. 1815. v. K. J. 7. V. P. A. B. 235. — mit Lithographiſchen Arbeiten und Druckſachen, in wie fern es verboten iſt. R. v. 8. Mai 1834. v. K. A. 34. II. 522. — der polniſchen und ruſſiſchen Juden, in wie fern es geſtattet werden kann, ſiehe Juden.

ſiehe überhaupt Gewerbebetrieb im Umherziehen, Hauſirgewerbe, Hauſirhandel, und Judenhandel.

Hauſirer, Ausfertigung der Gewerbeſcheine und der General-Hauſir-Konzeſſionen für ſelbige. v. K. A. 21. I. 175. 177. — II. 428. seq. — ſollen nur diejenigen Perſonen mit ſich führen, welche in den Konzeſſionen ausdrücklich genannt worden. 20. II. 279. — III. 523. — Mitnahme von Gehülfen u. Gewerbe-Steuer-Entrichtung für ſelbige. 18. II. 487. — 24. III. 903. seq. — IV. 1157. — auswärts wohnende, ſollen vor Ertheilung des Gewerbeſcheins über den berichtigten Klaſſenſteuer-Betrag den Nachweis führen. 26. III. 706. — Gewerbeſteuer-Entrichtung von ſelbigen. 22. I. 87. — welche ohne Gewerbeſcheine umherziehen, deren Transportmittel ſollen der Konfiskation nicht unterworfen ſein. 26. III. 708. — polizeiliche Aufſicht auf dieſelben. 17. I. 241. — II. 94. — ohne Konzeſſion, ſollen nicht aufgenommen und beherbergt werden. 19. II. 541. — Unterſuchung deren Geſundheits-Zuſtandes vor Viſirung ihrer Konzeſſionen. 20. II. 279. — Paßertheilung an ſelbige zum Beſuche ausländiſcher Meſſen und Märkte. 21. II. 400. — ausländiſche, müſſen erſt die Konzeſſion der Regierung haben, bevor ihnen eine Lokal-Polizei-Behörde den Gewerbeſchein ertheilen darf. 17. II. 95. — ausländiſche und deren Flucht verdächtig, Unterſuchungen gegen ſelbige wegen Gewerbeſteuer-Kontraventionen. 26. IV. 1000. — können nur durch die Regierungen ihres Wohnorts Gewerbeſcheine erhalten. 29. II. 370. — nur wenn ſolche alt, gebrechlich und ſchwach ſind, ſollen denſelben Begleiter als Waa-

renträger ꝛc. zugeſtanden werden. 29. I. 151. ff. Theilnahme der letztern an dem eigentlichen Hauſirhandel iſt ſtrafbar, ebendaſ. — ſiehe a. Hauſirhandel. — deren Gewerbeſcheine allein ſind als ausreichende Reiſe-Legitimations-Dokumente nicht anzuſehen. 30. IV. 803. — ſiehe auch Gewerbetreibende im Umherziehen, desgl. Gewerbeſcheine.

Hauſirgewerbe, (Hauſiren, Hauſirhandel) Vorſchriften für deſſen Betrieb nach dem Geſetze v. 7. Sept. 1811. G. S. 1811. p. 269. 276—279. — desgl. nach dem Gewerbeſteuer-Geſetze v. 30. Mai 1820. G. S. 1820. p. 150. f. — desgl. nach dem Regulativ v. 28. April 1824. G. S. 1824. p. 125—135. — was zu deſſen Betrieb gehört. G. S. 1811. p. 269. 276. — 1820. p. 150. — 1824. p. 126. f. — Ertheilung und Form der Gewerbeſcheine zu demſelben; ebendaſ. — perſönliche Erforderniſſe zu ſelbigem. G. S. 1824. p. 128. — Betrieb deſſelben von Seiten der Juden. G. S. 1812. p. 21. — Beziehung der Waaren, auf welche ſelbiges nur geſtattet werden darf. G. S. 1820. p. 153. — 1824. p. 130. — ſoll Behufs der Einwechſelung des Kourants und des Goldes für Scheidemünze nicht Statt finden. G. S. 1808. p. 236. — iſt mit einheimiſchem Salze gänzlich unterſagt. G. S. 1816. p. 183. — Dienſtleiſtungen bei dem Betriebe deſſelben. G. S. 1824. p. 131. — Verhaltungsregeln für diejenigen, welche ſolches betreiben. G. S. 1824. p. 132. — Strafbeſtimmungen für Uebertretungen bei dem Betriebe deſſelben. G. S. 1824. p. 133. — Gewerbeſteuer-Entrichtung von ſelbigem. G. S. 1820. p. 148. 152. 162. 164. — ſiehe auch Gewerbeſcheine und Gewerbeſteuer. — polizeiliche Anordnungen Hinſichts deſſelben. v. K. A. 18. I. 152. — III. 8. 857. — IV. 1010. — 19. I. 183. — II. 400. 407. 535. — III. 823. — IV. 911. — 20. I. 64. — II. 279. 313. 314. — III. 523. 595 — 598. (Siehe auch Hauſirhandel). — deſſen Betrieb auf Gewerbſcheine. 22. I. 184—186. — IV. 1024—1026. Berückſichtigung des Alters bei den daſſelbe betreibenden Perſonen. 20. IV. 878. — ſoll ohne Mitnahme kleiner Kinder und nicht dazu legitimirter Familienglieder betrieben werden. 17. I. 240. — 23. II. 388. seq. — 27. I. 239. — deſſen Betrieb in den Grenzbezirken. 25. III. 728 — 735. — deſſen Betrieb in der Umgegend des Wohnorts von Glaſern, Schornſteinfegern ꝛc. auf polizeiliche Legitimation. 24. I. 266. seq. — 25. I. 230. seq. — desgl. von Böttchern. 24. II. 581. · · Gewerbe-Steuer-Entrichtung für ſelbiges. 25. IV. 916. — Beſtrafung des unbefugten Betriebs deſſelben. 23. IV. 966. — deſſen Betrieb nur nach erreichtem 30jährigen Lebens-Alter. v. K. A. 32. II. 470. — findet auch auf Ausländer, nicht aber auf reiſende Handlungsdiener zum Aufſuchen von Waarenbeſtellungen, Anwendung. 32. III. 702. ſiehe a. Gewerbeſcheine.

Hauſir=Gewerbeſcheine, deren vorſichtige Ertheilung an Ausländer. v. K. A. 30. IV. 828. — desgl. von Markt zu Markt. 30. III. 610. — Aufnahme der Signalements der Gewerbetreibenden und deren Begleiter in dieſelben. 33. I. 192. — II. 501. ſiehe auch Gewerbeſcheine und Hauſirhandel.

Hauſirhändler, welche Waaren verkaufen, die nicht ihr Eigenthum ſind, ſind nicht für bloße Gehülfen zu betrachten. v. K. A. 32. III. 701.

Hauſirhandel. Die rückſichtlich deſſen Betriebs ergangenen allgemeinen Beſtimmungen. v. K. A. 17. III. 215. — 20. III. 523. 595—598. — 21. I. 174—178. — II. 428. seq. (Siehe auch Hauſir=Gewerbe.) — Qualifikation zu ſelbigem. 24. IV. 1151. — deſſen Betrieb im Grenzbezirke gegen die Oſtſee. 24. II. 582. — Betrieb deſſelben in der Stadt Berlin. 24. IV. 1158. seq. — kann nur mit den Waaren ſtattfinden, auf welche der Gewerbeſchein lautet. 25. IV. 1081. — ohne Gewerbeſchein, deſſen Beſtrafung durch Nachzahlung der Gewerbeſteuer. 26. IV. 817. — betrügeriſcher mit Eiſenwaaren, polizeiliche Maaßregeln dagegen. 25. IV. 1082. — ſoll mit kurzen Eiſenwaaren nicht ſtattfinden. 18. IV. 1011. — mit verſchiedenartigen Waaren, nähere Bezeichnung der letztern. 24. IV. 1153. — mit Kleinigkeiten, als Federpoſen, Blei= und Rothſtiften ꝛc., Beſchränkung deſſelben. 20. II. 313. 314. — iſt mit Schreib= und Zeichen=Materialien, jedoch nicht mit Papier erlaubt. 26. II. 428. — mit Druckſachen und Bildern. 19. III. 767. — darf mit chriſtlichen Erbauungsſchriften nicht ſtattfinden. 19. IV. 944. — mit rohen Produkten. 24. IV. 1152. — kann mit roher Wolle ſtattfinden. 26. II. 429. — mit Baumwollengarn. 25. I. 236. — über die Befugniß der Leinen= und Baumwollen=Waaren=Weber zu ſelbigem. 26. II. 432. — kann mit Burger Decken nicht ſtattfinden. 25. I. 236. — auch nicht mit Leinwand. 25. III. 739. — desgl. nicht mit Fleiſch. 21. I. 184. — II. 432. — ſoll mit Material= und Spezerei=Waaren nicht ſtattfinden. 21. III. 591. — 23. II. 390. mit Seife. 25. III. 742. — mit Arzeneiwaaren, ſiehe Arzeneimittel. — ſoll mit Juwelen, Gold und Silber nicht ſtatt finden. 19. II. 367. 541. — mit Waaren aus Kupfer und Meſſing war früher unterſagt, iſt ſpäterhin aber nachgegeben. 25. III. 742. — 26. II. 431. — mit Perückenmacher=Waaren. 24. IV. 1163. — mit Töpferwaaren. 24. IV. 1162. — ſollen Ausländer mit Töpferwaaren nicht treiben. 26. II. 433. — iſt mit Bettfedern geſtattet. 24. II. 586. — aber weder mit alten noch mit neuen Betten. 26. II. 430. — mit den zum Verkauf ſelbſt verfertigten Sachen. 18. II. 486. — darf mit genäheten Waaren nicht getrieben werden. 25. III. 740. — auch nicht mit Wein, Pottaſche und Manufakturwaaren. 25. IV. 1079. — auch nicht mit Oel. 25. II. 457. — IV. 1079.

— kann mit weißem, aber nicht mit gemaltem Porzellan ſtattfinden. 25. III. 741. — kann mit Eſſig nicht geſtattet werden. 25. III. 742. — kann mit Garleder nicht ſtattfinden. 24. IV. 1152. — Verfahren gegen die denſelben betreibenden Ausländer. 24. II. 583. seq. — in wie weit ſolcher den Ausländern überhaupt zu geſtatten iſt. 25. II. 453. — III. 739. — IV. 1078—1081. — 26. II. 433. — mit Pflanzen und Sämereien durch Ausländer. 24. II. 585. — iſt mit wollenem Garn, ſo fern ſolches zum Strickgarn nicht geeignet iſt, unterſagt. 27. III. 769. — darf mit Spitzen nicht ſtatt finden. 27. III. 770. — desgl. nicht mit Bier. 27. I. 225. 226. — auch nicht mit Pottaſche. 27. III. 771. — zu deſſen Betrieb iſt die Löſung eines Gewerbeſcheins erforderlich. 28. IV. 1079. — in wie weit ſolcher den Ausländern geſtattet werden darf. 28. II. 542. — III. 774. — IV. 1076. — darf mit Tabacksblättern nicht ſtatt finden. 28. II. 542. — desgl. nicht mit Tuch. 28. IV. 934. 940. — auch nicht mit Tyroler Teppichen. 28. III. 776. — mit ländlichen Produkten, Brodt, friſchem Fleiſche ꝛc. 28. IV. 1075. — mit Mineral-Waſſern, Gewerbeſchein-Ertheilung. für ſelbigen. 29. II. 376. — darf mit inländiſchen Tabacksblättern nicht ſtatt finden. 29. III. 619. — auch nicht mit Burger Decken. 29. III. 725. 734. — ſoll mit gemsledernen Waaren, ſo wie mit Lederwaaren überhaupt und mit Tyroler Teppichen nicht geſtattet werden. 29. IV. 915. ff. — kann Ausländern mit Leinewand und Zwillich nicht nachgelaſſen werden. 29. III. 618. — iſt den Juden in den vormals ſächſiſchen Landestheilen unterſagt. 29. III. 620. — ſiehe auch Hauſirer. (Hauſirgewerbe) deſſen Betrieb im Polizeibezirke und nur in der Umgegend des Wohnorts. 30. II. 417 —421. — III. 609. f. — desgl. von Markt zu Markt und Beſteuerung deſſelben. 30. III. 610. — IV. 829—831. — desgl. auf Wochenmärkten. 30. IV. 831. — mit inländiſchen feinen Spitzen. 30. III. 613. — Nichtgeſtattung deſſelben mit Tapeten. 30. IV. 832. — Geſtattung deſſelben mit muſikaliſchen Inſtrumenten. 30. IV. 833. — mit Kramwaaren (ſonſt groben kurzen Waaren) Umfang deſſelben. 31. IV. 822. — mit wollenen Decken in den weſtlichen Provinzen. 31. II. 389—391. — der Juden in den vormals ſächſiſchen Landestheilen. 31. II. 396. — auf Proben, kann nicht weiter beſchränkt werden. 32. III. 750. — in den Gränzzollbezirken. 33. I. 195. ff. — desgl. Seitens der Inländer. 33. III. 627. f. — mit Bettfedern. 33. II. 505. — iſt auch den Ausländern mit denſelben geſtattet. 30. I. 204. — ſiehe ferner Gewerbebetrieb im Umherziehen, desgl. Gewerbeſcheine. — verbotwidrige Ertheilung der Gewerbeſcheine an Ausländer, ſiehe Gewerbeſcheine. — der Ausländer, mit Gegenſtänden die den Inländern vorbehalten ſind. R. vom 16. Auguſt 1833. — 34. III. 838. mit Lotterie-

Looſen, ſiehe letzt. — ſiehe überhaupt Geldſtrafe, Hauſir-edikt.

Hauſir-Kontraventionen. Unterſuchung und Beſtrafung derſelben. v. K. A. 19. II. 535. — IV. 914. — 24. IV. 1152. — 25. I. 237—239. — III. 731. — Waaren-Konfiskation bei ſelbigen. 25. I. 237. — Verwendung der Strafgelder in ſelbigen. 24. IV. 1153. — Verfahren rückſichtlich derſelben in der Stadt Berlin. 24. IV. 1158. seq. — Verwendung des Erlöſes aus den bei denſelben konfiszirten Waaren. 32. I. 74. — Verwandlung der Geldſtrafen in Gefängnißſtrafen bei ſelbigen. 29. II. 365.

Hauſir-Konzeſſionen, wegen deren Ertheilung. v. K. A. 17. I. 78. — II. 93. — 19. I. 183. — II. 400 — 407. — III. 709 — 712. — 20. III. 595 — 598. — Bezeichnung der Gewerbeſcheine in ſelbigen. 21. IV. 953. — Viſirung derſelben. 20. III. 523. — General-, deren Ausfertigung und Beſchränkung. 20. II. 313. 314. — 21. I. 175. 177. — II. 428. seq. — ſollen nicht mehr ertheilt werden. 20. IV. 877. — werden zum Handel mit kurzen Waaren nicht mehr ertheilt. 19. IV. 914. — ſollen zum Handel mit baumwollenen Schnittwaaren nicht ſtattfinden. 17. I. 77. — 18. IV. 1008. — dürfen zum Handel mit chriſtlichen Erbauungsſchriften nicht mehr ertheilt werden. 19. IV. 944. — ſollen Ausländern nur aus beſondern Gründen, in der Regel aber gar nicht ertheilt werden. 20. III. 596. 597. — ſ. a. Konzeſſionen und Gewerbeſcheine.

Hauſir-Regulativ, v. 28. Apr. 1824. G. S. 1824. p. 125 — 135. — Erweiterung der Vorſchriften des §. 4. deſſelben in Beziehung auf den Gewerbebetrieb der Ausländer von ihrem Wohnorte an der Gränze aus. G. S. 1830. p. 1. — Modifikation der §. §. 21 — 24. deſſelben rückſichtl. der Gewerbeſcheine für Waarenbeſtellungen und Aufkäufe Behufs des Wiederverkaufs. G. S. 1826. p. 61. — v. 24. Apr. 1824, allgemeine Anwendung deſſelben. v. K. A. 24. IV. 1150. — erläuternde Beſtimmungen zu ſelbigem. 24. IV. 1155. — deſſen Erläuterungen. §. §. 1. u. 2. v. K. A. 27. III. 765. — IV. 1013. — §. 3. u. 4. v. K. A. 27. III. 747. — v. K. A. 28. I. 178. — III. 776. — IV. 1075. 1079. — v. K. A. 29. II. 371. — IV. 913. — II. 338. — III. 619. — IV. 912. ff. — §. 5. v. K. A. 28. IV. 1082. — v. K. A. 29. I. 152. ff. — §. 6. v. K. A. 28. IV. 1079. seq. — §. 8. v. K. A. 29. II. 375. — §. 9. v. K. A. 29. II. 370. — IV. 914. — §. §. 11. 12. u. 13. v. K. A. 27. III. 759 — 762. — v. K. A. 28. II. 541. 542. — III. 774. — v. K. A. 28. I. 12. — v. K. A. 29. I. 148. und 151. — III. 618. — IV. 916. — §. 14. v. K. A. 27. III. 767. — v. K. A. 28. I. 175. — III. 774. — IV. 1075. — v. K. A. 29. III. 618. 619. — IV. 915. — §. 16. v. K. A. 27.

III. 769. 770. — §. §. 17 — 19. — v. K. A. 28. II. 542. — III. 774. — IV. 1079. — v. K. A. 29. III. 616. — §. §. 22.— 24. — v. K. A. 27. III. 763. 766. — v. K. A. 28. II. 535. 537. 538. — IV. 1080. — §. 31. v. K. A. 29. II. 365. — §. 33. v. K. A. 29. I. 148. — daſſelbe derogirt als eine ſpecielle Verordnung den allgemeinen geſetzlichen Beſtimmungen. v. K. A. 29. II. 365. — Anwendung des §. 11. No. 5. und der §. §. 18. und 19. deſſelben in Beziehung auf die Vorſchrift des 30jährigen Alters. 33. I. 203. f.

Hauſir-Steuer-Kontraventionen. R. vom 4. Febr. 1831. über das Verfahren dabei. v. K. J. XXXVII. 112. 113. — Konfiskationsverfahren rückſichtlich der bei denſelben zurückgelaſſenen Waaren und Effekten. v. K. A. 31. I. 147.

Haus-Kollekten. Verfahren bei deren Sammlung und Ablieferung. v. K. A. 18. II. 362. — III. 722. — IV. 1042. — 22. I. 108 — 113. — die dadurch aufgebrachten Gelder ſind portofrei. 17. II. 122. — Umtauſch der bei ſelbigen eingehenden fremden Münzſorten. 24. I. 154. — den Judenſchaften geſtattet, deren Ausführung durch letztere und Aufnahme der Bewilligung in die Amtsblätter. 29. IV. 902.

Hauslehrer, bedürfen als ſolche keines Erlaubniß- und Gewerbeſcheins. G. S. 1811. p. 272. — zur Theilnahme derſelben an öffentlichen Schulen iſt die Erlaubniß der Provinzial-Schuldeputation erforderlich; ebendaſ. deren Annahme auf Prüfungs-Zeugniſſe. v. K. A. 21. II. 372. — Nachweis ihrer Qualifikation und Beaufſichtigung derſelben. 29. IV. 832. ff. — (Informatoren) deren Verhältniſſe zu den Ortsſchulen. 27. IV. 962. — deren Prüfungen pro Ministerio ſollen ſich auch auf Schulweſen und Pädagogik erſtrecken. 27. IV. 932.

Hausmiethen, ſ. Haus-Adminiſtratoren. Miethsſteuer. Miethsverträge.

Hausoffizianten, ſind zur Löſung von Gewerbeſcheinen nicht verpflichtet. G. S. 1810. p. 80. — 1811. p. 272. — Ermäßigung der Erbſchaftsſtempel-Abgabe für die denſelben ausgeſetzten Penſionen und Renten. G. S. 1823. p. 1. — können als Bevollmächtigte ihrer Dienſtherren auftreten. R. v. 6. Novbr. 1832. v. K. J. XL. 425. 426. ſiehe Gerichtsbarkeit.

Hausrecht, deſſen Verletzung. A. L. R. II. XX. 525 — 532. 1493.

Hausſchwamm, deſſen Vertilgung durch Anwendung des unter dem Namen Sublimat bekannten Queckſilberſalzes. v. K. A. 26. I. 146. — Mittel zu deſſen Vertilgung. 27. I. 229.

Haus-Servis, deſſen fernere Erhebung in Berlin, mit 4 Prozent des Miethsvertrages. G. S. 1815. p. 4.

Hausſtätten, leere, Verpflichtung der Beſitzer zu deren Bebauung. v. K. A. 20. III. 606. — wüſte, deren Benutzung überhaupt. 20. IV. 746.

Hausſuchung, Cr. Ordn. §. 125—131. Kl. Annal. 34. XXIV. (Haus-Viſitationen) wann ſolche von der Gendarmerie vorgenommen werden können. G. S. 1812. p. 157. — 1821. p. 18. 19. — können bei dem Verdacht begangener Steuer-Kontraventionen Statt finden. G. S. 1810. p. 61. — 1818. p. 111. — deren Ausführung bei Steuer-Defraudationen. v. K. A. 21. I. 15. seq. — 25. II. 314. — rückſichtlich des Geſindes, ſ. letzt. — Verfahren der Polizeibehörden bei denſelben. 32. IV. 985.

Haus-Taufen und Trauungen, ſiehe beide letzt.

Haustaxen; ſ. Taxen.

Hausvater; ſ. Hausdiebſtahl.

Haus-Verkauf; ſ. Meiſtbietender.

Haus-Viſitation; ſiehe Hausſuchung.

Hausvoigtei in Berlin; ſ. Freiſtunden.

Hauswirthe, ländliche, Beſtellung von Bevollmächtigten in deren Abweſenheit. v. K. A. 28. I. 133.

Haut, der Einkauf roher Häute und Felle, ſie mögen bewollet oder unbewollet ſeyn, iſt den Loh- und Weißgerbern, Kürſchnern und Schuhmachern nachgelaſſen. C. v. 26. May 1791. E. S. p. 118. IX.

Hautboiſten, auf Koſten des Staats gebildet, deren Militairpflichtigkeit. v. K. A. 20. H. 352. — der Garniſon, ſind rückſichtlich muſikaliſcher Aufwartungen gewerbeſteuerfrei. 18. I. 21. — deren Befreiung von bürgerlichen Laſten. 23. III. 639. R. v. 27. Febr. 1832. betr. deren Anſtellungsfähigkeit. v. K. J. XXXIX. 171—173. — neun Jahr in Militair gediente, haben als ſolche noch keine Anſprüche auf Civil-Verſorgung, wie die Unteroffiziere gleicher Kategorie. v. K. A. 32. I. 46. — ſiehe Regiments-Muſiker.

Havarie-Groſze, R. betr. das Verfahren bei der gerichtlichen Regulirung von Havarie-Sachen, v. 25. Apr. 1816. v. K. J. B. 181. VII. deren Vergütigung nach dem Plane der See-Aſſekuranzgeſellſchaft in Stettin. G. S. 1826. p. 109. ſiehe auch Aſſekuranz.

Havelberg, Domſtift. Auf die aus demſelben bewilligten Penſionen und Kompetenzen findet kein Arreſtſchlag ſtatt. v. K. A. 32. III. 609. — Cab. Ord. v. 17. Jul. 1832. betr. die Unzuläſſigkeit der Arreſtanlegung auf Competenzen und Penſionen aus demſelben. v. K. J. XL. 171. 172.

Havel-Zölle, von dem Verkehr innerhalb Landes, deren Aufhebung. G. S. 1816. p. 194. 197. — deren Erhebung von

dem Verkehr aus dem Auslande; ebendaſ. — ſiehe auch Schiff-fahrts-Abgaben.

Havereiſachen. Bei deren gerichtlichen Regulirung ſollen im Allgemeinen die weſentlichen Vorſchriften der Prozeßordnung zur Anwendung gebracht, beſonders aber zur Erklärung über die entworfene Dispache oder Haverei-Regulirung ein Termin angeſetzt, die angebrachten Erinnerungen bei Entſtehung gütlicher Vereinigung inſtruirt und darüber salvis remediis erkannt werden. R. v. 25. Apr. 1816. v. K. J. VII. 181. ſ. Aſſekuranz.

Hazardſpiele, ſ. Kl. Annalen, 243. XXVI. Spiel. — durch ſelbige wird eine Geldſtrafe von 10 — 100 Thlr. oder Gefängniß von 14 Tagen bis zu 6 Monaten verwirkt. G. S. 1817. p. 31. — Gaſt- und Kaffeewirthe, welche ſolche bei ſich dulden, trift dieſelbe Strafe, auch verlieren ſie im Wiederholungsfalle außerdem ihr Gewerbe; ebendaſ. — Deklaration des Allg. L. R. Th. II. Tit. 20. §. 1298 — 1307. rückſichtl. jener Beſtimmungen; ebendaſ. — deren Beſtrafung im Soldatenſtande. G. S. 1808. p. 261. — Verbot und Steuerung derſelben. v. K. A. 20. IV. 821. — Verwendung der für ſelbige aufkommenden Strafgelder. 19. IV. 940. — daran nehmen die Denunzianten zur Hälfte Theil. 21. I. 98. — deren Beſtrafung auf Univerſitäten. 19. I. 139. — polizeiliches Reglement für dieſelben in Aachen. 17. III. 179. — Verbot deſſelben im Herz. Naſſau. 17. IV. 335. — in wie weit ſolche überhaupt als verboten und ſtrafbar anzuſehen ſind. 28. II. 455. — der Polizei liegt die Verhütung und Entdeckung, der Juſtiz die weitere Unterſuchung ob. 28. II. 456. — die bei ſelbigen auf dem Spieltiſche befindlichen Baarſchaften iſt als corp. delict. die Polizei in Beſchlag zu nehmen befugt. 28. II. 456.

Hebammen, A. L. R. II. XX. 710 — 721. müſſen geprüft werden, und dürfen ohne Genehmigung des Staats, die Geburtshülfe als ein Gewerbe zu treiben, ſich nicht unterſtehen, Inſtr. für die, in Städten und auf dem platten Lande v. 1778. E. S. p. 3554. VI. von deren Prüfung ſ. Edict v. 1725. V. IV. I. p. 233. E. die aufgehobene Erklärung des, Catechismus durch die Landſchullehrer betr. v. 4. Febr. 1802. p. 762. XI. deren Prüfung wird bei den Regierungen oder im Auftrage derſelb. von den Hebammenlehrern beſorgt. G. S. 1817. p. 246. deren Approbation erfolgt ſportelfrei. G. S. 1825. p. 131. — desgl. ſind ſportelfrei die über deren Prüfung aufgenommenen Protokolle. G. S. 1825. p. 132. — müſſen vor Ertheil. des Gewerbeſcheins ihre Qualifikation dazu, durch einen Erlaubnißſchein des Kreisphyſikus nachweiſen. G. S. 1810. p. 84. — 1811. p. 272. — Gewerbeſteuer-Entrichtung von ſelbigen in Städten über 1000 Einwohner. G. S. 1810. p. 88 —

90. — ſind auf dem platten Lande und in Städten unter 1000 Einw. von der Gewerbeſchein=Löſung befreit. G. S. 1810. p. 81. — Gebühren=Taxe für ſelbige. G. S. 1815. p. 117. — deren Prüfung und Anſtellung. v. K. A. 20. I. 133. — 25. III. 758. — 26. I. 192—195. Ertheilung der Approbationen für ſelbige. 24. III. 920. — deren Verbeſſerung auf dem platten Lande. 17. I. 272. 275. — wegen der von ſelbigen dem Kreisphyſikus einzureichenden Berichte. 18. II. 513. 515. — deren Benutzung von Seiten der Geburtshelfer, ſtatt der Wickelfrauen. 25. I. 252. — Letzterer können ſich nur die Hebammen ſelbſt bedienen. ibid. — denen die Ausübung ihrer Kunſt verboten iſt, dürfen ſchwangere Frauenzimmer nicht bei ſich aufnehmen. 21. IV. 978. — Erwerbung des Bürgerrechts von ſelbigen. 17. IV. 118. — deren Gewerbeſteuer. 17. IV. 271. — Gebüren=Zahlung an ſelbige. 24. I. 291. — Lehr=Inſtitute, Entrichtung der Stolgebüren für Taufhandlungen in ſelbigen. 25. I. 101. — Unterſtützung derſelben. 17. I. 270. — II. 278. — Gebühren, zur Unterſtützung der Land=Hebammen von Geburten und Trauungen zu entrichten, dazu ſollen auch die Iſraeliten beitragen. 26. III. 832. — Stempelpflichtigkeit der Zeugniſſe für deren Schülerinnen. 24. II. 355. — III. 922. — polizeiliche Maaßregeln bei deren Arretirungen in Beziehung auf das Publikum. 22. II. 432. — Inſtitut für dieſelben in Cöln 18. I. 199. — Königl. Sächſiſche Hebammen=Ordnung. 18. IV. 1198. — Bezirks=, auf dem platten Lande, Gebühren und Unterſtützungen für ſelbige. 27. II. 495. seq. — deren Befugniß zum Setzen von Blutegeln und Klyſtiren. 28. I. 194. — deren Gebrauch von Seiten der Geburtshelfer. 28. IV. 1093. — deren Befreiung von der Klaſſenſteuer. 29. I. 174. — Eigenſchaften derſelben zu ihrer Ausbildung in öffentl. Lehrinſtituten. 31. III. 607. — Portofreiheit für die zur Unterſtützung derſelben von Taufen und Trauungen zu erhebenden Gelder. 32. III. 711. — IV. 898. ſiehe auch Arretirung.

Hebammen=Pfuſcherei, das Geſetz droht die Strafe der Verweiſung aus dem bisherigen Aufenthalts=Orte, denjenigen an, die ohne vorhergegangene Prüfung u. Genehmigung des Staats die Geburtshülfe als ein Gewerbe treiben, deshalb bereits mit achttägigem bis vierwöchentlichem Gefängniß belegt worden ſind, und ſich dadurch nicht haben warnen laſſen. Setzt dieſe Strafe voraus: 1. daß bereits einmal gegen den Angeſchuldigten auf vier Wochen Gefängniß erkannt, u. 2. derſelbe gerichtlich verwarnt worden ſei? S. u. Str. R. 2. Bd. No. 37. p. 236. Muß bei der Strafe der wiederholten Hebammen=Pfuſcherei außer der Verweiſung, noch auf eine Gefängnißſtrafe erkannt werden? S. u. Str. R. 2. Bd. No. 37. p. 336.

Hebammen=Weſen. Beſtimmungen für deſſen Leitung.

v. K. A. 19. I. 251. — IV. 1004. — 23. IV. 998 — 1005. — künftige Leitung deſſelben. 24. II. 607.

Hebegebühren, bei den Grund=Klaſſen= und Gewerbe=Steuern, ſiehe dieſe, und Steuer=Erheber.

Hebe=Rolle, ſiehe Abgaben.

Hebräiſche Sprache, Studium derſelben auf Gymnaſien. v. K. A. 24. I. 179. — Prüfung der von den Gymnaſien abgehenden Theologen in ſelbiger. 29. I. 96. — Abhängigkeit der akademiſchen Reife zum theologiſchen Studium von der Kenntniß derſelben. 31. I. 52. ſiehe Teſtament.

Hebungs=Termine, deren Feſtſetzung nach dem verbeſſerten und Gregorianiſchen Kalender. v. K. A. 17. II. 72.

Hecken, Anweiſung zum verordneten (E. O. vom 7. Oct. 1727. E. S. V. III. II. No. 35. v. 19. May 1729. No. 36. ſiehe auch R. v. 2. May 1758. p. 295. II.) Anpflanzen lebendiger, v. 20. Dec. 1779. p. 1775. VI. Decl. des Circ. v. 17. Jul. 1782. p. 1486. VII. in Anſehung der Gränzen v. 3. May 1785. p. 3105. VII. J. E. die Entſcheidung einer über die Herausrückung einer Gartenhecke entſtandenen Streitigkeit vom 20. Oct. 1781. Kl. A. 279. VIII. — lebendige, zu Einhegungen, dürfen innerhalb der erſten Feſtungs=Rayons nicht angelegt werden. G. S. 1828. p. 123. — ſiehe auch Dorfhecken.

Heddersdorf, Amt, wird von Naſſau an Preußen abgetreten. G. S. 1818. (A.) p. 31. Cab. Ord. v. 8. Octbr. 1829. wegen Modifikation der, in den Fürſtlich Neuwiediſchen Aemtern Neuwied und Heddersdorf geltenden Verordnung wegen der Eidesleiſtungen v. 26. März 1805. v. K. J. XXXIV. 130. 131.

Heer, ſtehendes, Bildung und Beſtimmung deſſelben. G. S. 1814. p. 79. ff. — ſ. a. Kriegsdienſt, Militairdienſt.

Heergeräth. Verordnung über die Aufhebung des Anfalls deſſelben, der Gerade und Niftel an den Fiscum, v. 21. Jun. 1805. N. A. IV. 125. J. M. I. 590. ſ. Inteſtaterbfolge.

Heergewette, ſiehe Gerade, die Lehnskonſtitutionen.

Hefe, trockene, Preß=, vom Auslande, deren Verſteuerung. v. K. A. 23. IV. 795. — deren Bereitung aus Maiſche, ſteueramtliches Verfahren rückſichtlich derſelben. 26. III. 705.

Heftgebühren. Die Gebühren für das Heften der Acten erhält bei den Untergerichten links der Elbe, mit Ausnahme der Gerichte in den großen Städten, der Juſtizactuar oder Regiſtrator. Reſcr. vom 20. Aug. 1819. v. K. J. XIV. 52. — ſollen bei den Gerichten, wo mehrere Regiſtraturbeamte angeſtellt ſind, unter ſämmtliche etatsmäßig fungirende Beamte dieſer Art monatlich oder quartaliter gleichmäßig vertheilt werden. Reſcr. vom 15. Februar

1822. XIX. 190. — deren Erhebung findet in Sachen der freiwilligen Gerichtsbarkeit nicht Statt. Reſcr. v. 26. April 1822. XIX. 325. ſ. Emolumente, Penſionsfond.

Heft-Seide, dafür darf den Partheien nichts angeſetzt, vielmehr muß dieſelbe aus dem Schreibmaterialienfond angeſchafft werden. Reſcr. v. 3. Sept. 1824. v. K. J. XXIV. 324.

Hehler, ſ. Diebſtahl.

Heidebrennen, ſ. Feuer.

Heide-Einmiethgelder, deren Entrichtung von den Domainen-Einſaſſen in Oſtpreußen, Litthauen und Weſtpreußen. G. S. 1808. p. 280.

Heidehieb, Theilnehmungsrechte daran bei Gemeine-Aufhebungen. G. S. 1821. p. 60.

Heidemiethe, von einer ſeit 30 Jahren präſtirten. H. B. IV. 93. — deren Veränderung. v. K. A. 28. II. 352. Wer gegen eine jährliche Heidemiethe zum Raff- und Leſeholz berechtigt iſt, kann dieſes Recht nicht verjähren? S. u. Str. R. 1. Bd. No. 8. p. 31.

Heidemieths-Regiſter, deren Anlegung und Genehmigung. v. K. A. 17. I. 76.

Heiden, Miſſions-Vereine und Geſellſchaften zur Bekehrung derſelben, Abhaltung einer jährl. gottesdienſtlichen Feier für dieſelben, mit Einſammluug freiwilliger Beiträge verbunden. v. K. A. 33. II. 388.

Heilige Geräthe, deren Gebrauch beim öffentlichen Gottesdienſte. v. K. A. 21. II. 349. — Heilige Tage, ſ. Feſttage.

Heilkunde, innere, deren Ausübung durch Wundärzte im Königreich Sachſen. v. K. A. 19. II. 600. — ſiehe auch Aerzte, Wundärzte ꝛc.

Heilmittel, innere und äußere, Vorſichtsmaaßregeln bei deren Gebrauch. v. K. A. 17. III. 223. — unter dem Volke gebräuchlich, deren Beobachtung. 23. IV. 1006. — ſiehe auch Arzeneimittel. ungeprüfte, ſollen nicht öffentlich angekündigt werden. Schreiben des O. C. K. v. 7. Apr. 1834. — 34. I. 142.

Heilquellen, (Bäder) von dem Zuſtande derſelben ſollen jährliche Nachrichten an das Miniſterium der Medizinal- ꝛc. Angelegenheiten eingeſandt werden. v. K. A. 26. I. 216.

Heilungs-Koſten, ſiehe Kurkoſten.

Heimath, ſiehe Wohnſitz.

Heimathloſe, deren Aufenthaltsgeſtattung in Baden. v. K. A. 18. IV. 1211. — fremde, Großherzogl. Mecklenburg-Schweriniſche Verordnung über deren Aufnahme in die Hauptſtadt. 23. I. 204—209. allgemeine Kurheſſiſche Verordnung rückſichtlich derſelben. 23. III. 719. — 734. — ſiehe ferner Wohnſitz. — deren Verpflegung, wenn ſie zur Arbeit unfähig ſind — welcher Provinzial-

Landarmen-Fond dazu verpflichtet iſt. R. vom 18. Sept. 1834. — 34. III. 868. — ſiehe übrigens Arme, Vagabunden.

Heimathsrecht der Kinder, nach dem veränderten Wohnſitze des Vaters, in Anwendung auf das Königreich Sachſen. v. K. A. 23. II. 233. — herzoglich Sachſen-Koburg- und Gothaiſche Verordnung über deren Ausübung. 30. I. 248. — deren Verluſt bei Auswanderungen, ſiehe letzt.

Heimathſcheine, deren Ausſtellung für reiſende Handwerker nach und von Frankreich, zufolge der mit letzterem darüber getroffenen Uebereinkunft. G. S. 1827. p. 81. — dazu ſind diejenigen Behörden befugt, welche Päſſe zu Reiſen ins Ausland ertheilen können; ebendaſ. — in deren Stelle müſſen an den Gränzen andere Reiſe-Atteſte ausgehändigt werden; ebendaſ. — deren Nichtausſtellung bei Auswanderungen nach der Schweiz. v. K. A. 20. II. 266. — III. 556. — 25. I. 159. — auch nicht zu denen nach Frankreich. 25. III. 702. — deren Ausſtellung für die nach Frankreich reiſenden Handwerker. 27. III. 709. — IV. 996. — zu deren Ausſtellung bedarf es der Vorſchrift eines beſondern Schema's nicht. 27. IV. 995. — Stempelfreiheit derſelben. 27. III. 711. — ſollen mit dem Verſprechen künftiger Wiederaufnahme der Ausgewanderten nach der Schweiz nicht mehr ausgeſtellt werden. 27. I. 148. — deren Ausſtellung für die nach Frankreich wandernden Handwerker. 28. I. 151 — 154. — können nicht von den Landräthen, ſondern nur von den Regierungen ausgeſtellt werden. 28. I. 153. — in ſelbigen ſoll nur Frankreich als das Land, wohin die Reiſe gerichtet iſt, namentlich genannt werden. 28. I. 154. — dürfen zu Reiſen nach der Schweiz nicht ausgeſtellt werden. 28. I. 153. — können nicht ertheilt werden, wenn das heimathliche Domizil ſchon früher verloren iſt. 29. II. 350. Formulare für deren Ausſtellung nach Frankreich. 29. II. 351. — deren Ausfertiguug für die nach Frankreich reiſenden Handwerker. 30. I. 127. — Einſendung halbjähriger Verzeichniſſe von denſelben. 30. II. 385. — dürfen hinſichts anderer Staaten unter keinen Umſtänden ſtatt finden. 30. I. 127. — dürfen zu Reiſen in das Ausland nicht ausgeſtellt werden. 33. II. 288. — III. 599. — auch nicht nach der Schweiz. 33. III. 599. — nur für Handwerker zu Reiſen nach Frankreich können ſolche von den Regierungen ertheilt werden. 33. II. 288.

Heimfall. Vererbung bäuerlicher Grundſtücke, die demſelben unterliegen. R. v. 20. Aug. 1834. v. K. J. XLIV. 68.

Heimfallsrecht, deſſen Anwendung in den zum ehemaligen Königr. Weſtphalen, Großherzogth. Berg und den franz. hanſeat. Departements gehörigen Landestheilen. G. S. 1825. p. 79. 99. 116. — deſſen Ablöſung in denſelb. Landestheilen. G. S. 1820. p. 180. — 1829. p. 80. (jus albinagii, droit d'aubaine) ſiehe

Abſchoß- und Abfahrtsgelder, Frankreich. Ablöſung deſſelben; ſiehe weſtphäliſche Landestheile desgl. Bergiſche und Franzöſiſche, vormalige. — Nach welchen Grundſätzen, und insbeſondere in welcher Ordnung wird in den Landestheilen, welche bei Auflöſung der fremden Herrſchaft zum vormaligen Königreich Weſtphalen gehört haben, in ein Kolonat ſuccedirt, welches vor Einführung der fremden Geſetze dem Anerbenrecht unterlag, ſofern der Anerbe unter Herrſchaft der königl. weſtphäliſchen Geſetze über dieſe Rechte, während der Interims-Wirthſchaft, und zu einer Zeit verſtorben iſt, wo das Heimfallsrecht vom Kolonate noch nicht abgelöſt war? S. u. Str. R. 2. Bd. No. 46. p. 410.

Heirathen, zu deren Eingehung bedarf es der gutsherrl. Einwilligung nicht mehr. G. S. 1809. p. 560. — 1819. p. 22. - 1820. p. 170. — 1825. p. 75. 96. 113. — ſ. a. Erbunterthänigkeit. — zwiſchen Ausländern u. preuß. Unterthaninnen geben erſtern noch kein Recht zur Niederlaſſung im Preußiſchen. v. K. A. 26. III. 769. — militairpflichtiger Perſonen, Beſtimmungen rückſichtl. derſelben. 19. II. 585. — der Juden ſ. letztere. — frühzeitige, junger Mannsperſonen, königl. Sächſiſches Mandat darüber. 26. IV. 1150. — ſ. a. Verheirathungen. — zwiſchen verarmten Perſonen, können nicht gehindert werden. 29. III. 603. — ſ. Ehe.

Heiraths-Akte, Vereinfachung und Gleichſtellung des Verfahrens bei den zu ſelbigen beizubringenden Notoritäts-Akten in den Provinzen der franzöſiſchen Geſetzgebung. G. S. 1829. p. 1.

Heiraths-Konſenſe, ſollen Civilbeamte nur unter dem Beding des Beitritts zur allgemeinen Wittwenkaſſe erhalten. G. S. 1816. p. 214. — dieſelben ſollen ihnen demnächſt nie verweigert werden. G. S. 1816. p. 215. — dürfen Civilbeamten, welche wegen geringen Gehalts bis zu 250 Rthlr. oder wegen Alters und mangelnder Geſundheit der Wittwenkaſſe nicht beitreten können, gegen Revers-Ausſtellung nicht vorenthalten werden. G. S. 1817. p. 301. — für Beamte, ſind ſportelfrei. G. S. 1825. p. 131. — auch ſtempelfrei. G. S. 1822. p. 81. — deren Ertheilung an Offiziere unter Bedingung des Beitritts zur Offizier-Wittwenkaſſe. G. S. 1810. (A.) p. 722. — ohne ſolche dürfen Offiziere nicht getraut werden. G. S. 1811 p. 183. — (Trauſcheine) deren Ertheilung an Soldaten und Unteroffiziere. G. S. 1808. p. 258. 287. — 1809. p. 615. — geben keine Anſprüche auf Unterſtützungen durch Servis und Kindergelder. G. S. 1809. p. 614. 615. — deren Ausſtellung für Militairperſonen in Provinzen, wo das franzöſiſche Geſetz noch gilt. G. S. 1824. p. 115. — deren Ertheilung an königl. Beamte, mit Berückſichtigung des von den Bräuten derſelben auszuſtellenden Reverſes oder des Beitritts zur Wittwenkaſſe.

v. K. A. 17. III. 20. — 19. III. 723. — 26. III. 615. — deren Ertheilung an niedere Poſtbeamten. 25. III. 631. — an Gymnaſiallehrer. 19. III. 723. — 25. IV. 1020. — für Konſiſtorial= u. Medizinalbeamte. 19. III. 723. — für Bergleute, Rekruten und Soldaten, ſ. Trauſcheine. — für Unterthanen, deren Abſchaffung in den vormaligen Naſſauiſchen Landestheilen. 26. I. 87. — für Staatsdiener im Großherzogthum Baden. 18. IV. 1210. — deren Ertheilung an Conducteure. 28. II. 278. — militairiſche, deren Ertheilung an Rekruten und Kriegs=Reſerviſten. 28. III. 792. — ſollen von jungen, gering beſoldeten Poſtbeamten ohne eigenes oder noch zu hoffendes Vermögen nicht nachgeſucht werden. 29. III. 513. — deren Nachſuchung und Ertheilung für Geiſtliche, Gymnaſial=Direktoren, Lehrer ꝛc. 30. III. 551. ff. — müſſen auch Wartegelder=Empfänger nachſuchen. 30. IV. 730. — derſelben bedürfen Kommunal=Beamte nicht. 30. III. 487. — deren Ertheilung an Civilbeamte, Geiſtliche und Schullehrer in Beziehung auf den Beitritt zur allgemeinen Wittwenkaſſe. 32. III. 591. — deren Ertheilung an Geiſtliche und Schullehrer. 32. I. 102. — deren Beibringung Seitens der Militairperſonen bei dem Aufgebot durch die Civilſtands=Beamten in der Rheinprovinz. 32. II. 517. f. — ſ. a. Wittwenkaſſe, allgemeine. — deren Ertheilung an Geiſtliche und Lehrer. 33. II. 383. — ſ. gleichfalls nach Wittwenkaſſe. — deſſen Ertheilung iſt von dem Einkauf der Juſtiz= und anderer Civilbedienten, ſelbſt derjenigen, welche keine fixe Gehalte aus Staats= und Salarienkaſſen genießen, in die Wittwenkaſſe, abhängig. R. v. 9. Oct., 20. Nov. u. 7. Dez. 1816. v. K. J. VIII. 267. 268. 269. und v. 12. März 1821. XVII. 86. — für die Friedensrichter, die Unterrichter im oſtrheiniſchen Theil des Coblenzer Bezirks und die Unterbeamten in allen Gerichten, womit der General=Prokurator bei dem rheiniſchen Reviſions= und Caſſationshofe in Berlin beauſtragt war, wird künftig von dem General=Advokaten bei dem rheiniſchen Appellationsgerichtshofe zu Cöln ertheilt. R. v. 25. Juni 1821. XVII. 301. — Die Juſtizcommiſſarien und Notarien haben keinen Heirathskonſens nachzuſuchen, da ſie keine beſoldete Staatsdiener ſind. R. v. 8. Juli 1822. XIX. 323. — Die Ertheilung der Heirathskonſenſe an die Subalternen iſt bei dem Stadtgerichte in Berlin dem Königl. Stadtgerichtsdirektor und für die Auskultatoren dem Kammergerichte überlaſſen; für die Mitglieder des königl. Stadtgerichts aber müſſen ſie, wie bisher, von Seiten des Directorii bei dem Juſtizminiſter nachgeſucht werden. R. v. 7. März 1823. XXI. 280. u. v. 5. März 1824. XXIII. 69. — Wenn die Tochter das 24ſte Jahr zurückgelegt hat, ſo iſt der ermangelnde väterliche Heirathskonſens auf die Gültigkeit der zu ſchließenden Ehe von keinem Einfluß. R. v. 30. Juni 1823. XXII. 69.

— Auch unbeſoldete Staatsdiener müſſen die beſtimmte Erklärung wegen des Einkaufs in die Wittwenkaſſe abgeben, bevor ihnen der Heirathskonſens zu ertheilen iſt. R. v. 9. Apr. 1824. XXIII. 186. — Die Anträge auf Ertheilung von Heirathskonſenſen, mit Ausnahme der Präſidenten und Direktoren der Obergerichte, ſollen bei dem Chef der Juſtiz nicht mehr eingereicht werden, ſind vielmehr an die Präſidia derſelben verwieſen. R. v. 6. Oct. 1824. XXIV. 294. et cfr. R. v. 1. März 1817. IX. 193. auch iſt die Ertheilung derſelben für die rheiniſchen Juſtizbedienten, namentlich an die Landgerichts-Präſidenten, Appellations- u. Landgerichtsräthe und Aſſeſſoren und ſämmtliche Beamte des öffentlichen Miniſteriums bei dem Appellationsgerichtshofe, mit Ausnahme des General-Procurators, den letztern delegirt. R. v. 30. Oct. 1824. XXIV. 297. ferner ſollen ſie bei den Untergerichten den Subalternen von ihren unmittelbaren Vorgeſetzten, allen Offizianten im Richteramte dagegen von dem Praſidio des betreffenden Landesjuſtizkollegii, auf den Bericht des nächſten Vorgeſetzten, oder wenn eine ſolche Zwiſcheninſtanz nicht vorhanden iſt, auf unmittelbaren Antrag ertheilt werden. R. v. 29. Dez. 1824. XXIV. 299. — Die Gerichtsbehörden ſind zur ſorgfältigen Berückſichtigung der Allerh. Verordnungen v. 17. Juli 1816 u. v. 3. Sept. 1817, ſowohl bei Ertheilung der Heirathskonſenſe, als bei den Penſionsvorſchlägen, angewieſen. R. v. 28. Oct. 1825. XXVI. 406. — ſ. Geſchäftstabellen und Liſten. — R. v. 4. Juli 1831, den Heiraths-Konſens und die Penſions-Verhältniſſe der Patrimonial-Gerichtshalter betr. v. K. J. XXXVIII. 95. — Ueber die Ertheilung deſſelben in Betreff der zur Aufnahme bei der General-Wittwenkaſſe nicht fähigen Beamten. R. v. 17. Nov. 1833. XLII. 323. — kommiſſariſch beſchäftigter Beamten. R. v. 7. Aug. 1834. XLIV. — ſ. Ehefrau.

Heizung der Gefängniſſe für Transportanden, und Koſtenaufbringung für ſelbige. v. K. A. 18. III. 799. — desgl. rückſichtl. der Inquiſitoriats-Gefängniſſe. 18. I. 124. — Feſtſetzung der Heizungskoſten für Vagabonden und Transportaten. 27. I. 166. — ſ. a. Gerichtslokalien.

Helmſtädt, ſ. Werdenſche Landesordnung.

Hemmſchuhe, mit ebener Unterfläche, müſſen ſtatt der Kette bei Fuhrwerken auf der Chauſſee gebraucht werden. G. S. 1822. p. 171. — 1824. p. 219. — 1828. p. 67. — Anwendung derſelben bei ſteilen Wegen in Gebirgsgegenden. v. K. A. 22. I. 170. — desgl. auf Chauſſeen. 17. I. 262. — 22. II. 334.

Hengſte, zur Pferdezucht beſtimmt, was rückſichtl. derſ. zu beobachten iſt. v. K. A. 17. I. 69. 72. — ſ. Landbeſchäler, Pferdezucht.

Hengſt-Köhrordnung, ſ. letztere.

Hengſtreiter, über deren Herumziehen im Lande. v. K. A. 17. I. 72. — Gewerbeſchein für dieſelben, ſ. Gewerbeſcheine.

Henneberg, Grafſchaft, königl. ſächſiſchen Antheils, wird an Preußen abgetreten. G. S. 1815. p. 59. 79. 96.

Herbergen, polizeiliche Aufmerkſamkeit auf ſelbige in Beziehung auf Paß-, Fremden- und Sicherheits-Polizei. G. S. 1817. p. 158. — deren Zuläſſigkeit. v. K. A. 20. III. 530. — polizeiliche Beſtrafung der in denſelben vorfallenden Händel und Schlägereien. 33. III. 775.

Hereditatis expilatae crimen. A. L. R. II. XX. 1110. 1127. ſ. Erbſchaften.

Heres fiduciarius, iſt derſelbe Eigenthümer oder Nießbraucher? Abhdl. v. K. J. VI. 245.

Herford, Stadt, Tarif zur Erhebung des dortigen Pflaſter- und Brückengeldes. G. S. 1825. p. 9. — Einführung der rev. Städteordnung daſ. Cab. Ord. v. 11. Nov. 1832. G. S. 1832. p. 229.

Hering, Decl. wie es mit dem Fange u. Abſatze derſelben in ſämmtlichen preuß. Staaten gehalten werden ſoll, v. 30. Sept. 1798. E. S. p. 1767. X.

Heringen, Amt, Abkommen darüber mit Schwarzburg-Rudolſtadt. G. S. 1818. (Anh.) p. 75. — 1819. (Anh.) p. 97. — Einführung des Allg. Landrechts u. der Allg. Gerichts-Ordn. in demſelben. G. S. 1819. p. 246. 247. — Einrichtung des Hypothekenweſens in ſelbigem. G. S. 1819. p. 247. — 1820. p. 101. f. — (ehemals Schwarzb. Rudolſtädter Amtsbezirk.) Darſtellung der Veränderungen in der dortigen Geſetzgebung und Gerichtsverfaſſung ſeit 1806. v. K. J. XXIX. 349 — 360.

Heringsfiſcherei und Salzerei, Inſtr. für deren Betrieb auf den Inſeln Uſedom und Wollin. v. K. A. 22. I. 70 — 79.

Heringstonnen, Maaß derſelben. v. K. A. 20. III. 527.

Herkommen; in wie weit können, nach dem Allgem. Landrechte, durch hergebrachte Gewohnheiten, Rechte und Verbindlichkeiten begründet werden? S. u. Str. R. 1. B. No. 94. p. 371.

Herr, ſ. Prädikat.

Herrenloſe Güter und Erbſchaften, Anſprüche der Städte auf ſolche nur ex speciali titulo. v. K. A. 31. II. 346.

Herrenloſe Maſſen, ſ. Depoſitalmaſſen.

Herrenmeiſter. In Sachen der Braukrüger Schröder zu Limmriz und Krinſcht w. den Johanniter-Ritter-Ordens-Fiskal noe. der Ordenskammer iſt mit Abänderung des Erkenntniſſes erſter Inſtanz v. 25. März 1768, im Appellations-Erkenntniſſe v. 23. Nov. 1768. conf. in Rev. d. 14. Juni 1769. angenommen, daß der Herrenmeiſter allerdings berechtigt ſei, ſeinen Unterthanen in den Or-

densheiden gegen Erlegung eines jährlichen Zinſes ein Holzungsrecht zu ertheilen, Boehm. Jus. Eccles. Prot. Tom. 2. L. 3. Tit. 13. §. 33. Leyſer Spec. 24. Med. 1. — ſ. a. Hymmenſche Beiträge Th. 8. p. 51. — ſ. Johanniter-Orden.

Herrſchaften, Rechte und Pflichten derſelben in Beziehung auf das Geſinde, ſ. letzteres. — Iſt ein Dienſtbote, welcher ſeiner Herrſchaft in deren Krankheit außergewöhnliche Dienſte geleiſtet hat, berechtigt, dafür eine angemeſſene Belohnung zu verlangen, wenn auch eine ſolche vorher nicht ſtipulirt worden? S. u. Str. R. 3. B. No. 5. p. 80. — ſiehe überhaupt Dominien, Dienſtherrſchaft, Zwiſchenherrſchaft.

Hersbach, Amt, theilweiſe Abtretung deſſelben von Naſſau an Preußen. G. S. 1818. (Anh.) p. 31.

Heſſen, Großherzogthum, Durchmarſch- und Etappen-Konvention mit demſelben, v. 17. Jan. 1817. G. S. 1817. p. 101 — 111. — Kartel-Konvention mit ſelbigem, v. 11. Febr. 1818. G. S. 1818. p. 26. — Freizügigkeit mit demſelben, in Beziehung auf die zum deutſchen Bunde nicht gehörigen preuß. Provinzen. G. S. 1818. p. 57. — tritt an Preußen das Herzogthum Weſtphalen ab, und wird dafür durch ein Gebiet auf dem linken Rheinufer entſchädigt, laut Konvention v. 10. Juni 1815. G. S. 1818. (Anh.) p. 47. — Traktat mit demſelben über letztere Abtretungen und weitere Territorial-Ausgleichungen, v. 30. Juni 1816. G. S. 1818. (Anh.) p. 99 — 111. — Konvention mit ſelbigem u. Nachtrag zu derſelben, über die finanzielle Ausgleichung rückſichtl. der an Preußen abgetretenen Landestheile, v. 12. März 1817. G. S. 1818. (Anh.) p. 138 — 142. — Uebereinkunft mit demſelben, wegen wechſelſeitiger Uebernahme der Vagabunden und Ausgewieſenen, v. 23. Febr. 1819. G. S. 1819. p. 132. — Uebereinkommen mit ſelbigem, wegen Verhütung der Forſtfrevel in den Grenzwaldungen, v. 24. Mai 1822. G. S. 1822. p. 151. — Zoll- und Handelsvertrag mit demſelben, v. 14. Febr. 1828. G. S. 1828. p. 50 — 60. — Vertrag zwiſchen ſelbigem und Preußen einer Seits und Baiern und Würtemberg anderer Seits, den Handel und gewerblichen Verkehr zwiſchen den gegenſeitigen Unterthanen dieſer Staaten betr. v. 27. Mai 1829. G. S. 1829. p. 53 — 62. — Vereinbarung mit demſelben gegen den Bücher-Nachdruck. G. S. 1827. p. 125. — Zoll- und Handelsvertrag mit demſelben, v. 25. Aug. 1831. G. S. 1831. p. 227 — 242. — Kartel-Konvention mit ſelbigem. v. K. A. 18. I. 19. — Uebereinkunft mit ſelbigem wegen Uebernahme der Vagabonden. 19. II. 323. — III. 892. — Deklaration der Packetſendungen nach ſelbigem. 24. II. 369. — Konvention mit andern Staaten über das Verfahren gegen Vagabonden. 17. IV. 332. — Aufhebung des Mühlenzwangs in ſelbi-

gem. 18. III. 923. — 20. I. 170. — über Amtsverletzungen der Staatsdiener in ſelbigem. 18. IV. 1214. — deſſen Polizeiverwaltung. 17. III. 251. — Cenſur-Verordn. für ſelbiges. 20. I. 160. — Auflöſung der Landwehr in ſelbigem. 20. II. 433 — 440. — Organiſation des Forſtweſens in ſelbigem. 23. IV. 1017 — 1027. — Verordn. wegen der Jagd-Waffen-Päſſe. 24. III. 960. — Errichtung einer Pfarr-, Wittwen- und Waiſen-Verſorgungs-Anſtalt in ſelbigem. 24. III. 955 — 960. — Verordnung, die Bewachung der Rheindämme in ſelbigem bei hohem Waſſer. 25. III. 805 — 819. — Bau-Polizei-Ordnung für die Reſidenzſtadt Darmſtadt. 25. I. 273. — Verordnungen wegen der Niederlaſſungen ꝛc. in ſelbigem. 26. III. 860. — Großherzogl. Verordn. v. 29. Juli 1791 wegen Abtretung des Grundeigenthums zu Bauplätzen findet in Weſtphalen keine Anwendung mehr. 27. I. 228. — wechſelſeitige Mittheilungen zwiſchen der Gensd'armerie in ſelbigem u. der preußiſchen. 28. I. 159. — Berückſichtigung der heimathlichen Verhältniſſe bei Verheirathungen im Auslande. 28. III. 686. — allgemeine Schulordnung für daſſelbe. 28. III. 852. — Poſtverkehr mit ſelbigem in Folge des Zoll-Vereinigungs-Vertrages. 28. IV. 1008. — Ausführung des Art. 13. des mit ſelbigem abgeſchloſſenen Zoll-Vereinigungs-Vertrages rückſichtl. des gegenſeitigen Verkehrs in Waaren-Aufkäufen und Beſtellungen. 29. III. 482 — 487. — Ausführung des mit ſelbigem und Preußen einer Seits und Baiern und Würtemberg anderer Seits abgeſchloſſenen Vertrages über den gegenſeitigen Handel und gewerblichen Verkehr. 29. IV. 767 — 783. — Ausfertigung der Gewerbeſcheine für gegenſeitige Handlungsreiſende auf Waarenbeſtellungen. 29. IV. 914. — Verordn. wegen Aufſicht über die Fabrikate der Gold- u. Silberarbeiter. 29. I. 194. — desgl. über die Zulaſſung zur Theilnahme an den Vorleſungen auf der Univerſität. 29. II. 442. — Verordn. über das Einwandern ausländiſcher Handwerksgeſellen, v. 3. Mai 1830. — 30. II. 468 — 471. — Nichterſtattung der in demſelben an dieſſeitige hülfsbedürftige Unterthanen verabreichten Almoſen. 30. I. 20. — großherzogl. heſſiſche Gemeinheitstheilungs-Ordnung v. 9. Juli 1808, in wie weit ſolche im Herzogthume Weſtphalen noch zur Anwendung zu bringen iſt. 30. III. 543. — Zoll- und Handelsvertrag mit dem Großherzogthum. 31. IV. 711. — Verordn. über die Bildung von Vereinen zur Beförderung der Landwirthſchaft. 31. III. 686. — Verordn. über die Organiſation der Ober-Forſt-Direktion hinſichtlich ihrer Einwirkung auf die Gemeinde-Waldungen. 31. III. 689. — Anordnungen in demſelben wegen des Grabens nach Torf. 31. III. 692. — Miniſterial-Inſtr. v. 23. Juli 1830. zur Vollziehung der Verordn. v. 3. Mai 1830. wegen Einwanderung ausländiſcher Handwerksgeſellen. 31. I. 250. — Ausführung

des Art. 13. des Zoll-Vereinigungs-Vertrages hinſichtl. der gewiſſen Fabrikanten u. Gewerbetreibenden zugeſtandenen gegenſeitigen Gewerbe-Steuerfreiheit. 32. IV. 873. — Gewerbefreiheit der preußiſchen Lohnkutſcher in demſelben. 32. IV. 875. — gegenſeitiger gewerbefreier Verkehr der Lohnkutſcher aus und nach demſelben. 33. I. 69. — Verfahren bei dem Transporte trankſteuerpflichtiger Waaren durch daſſelbe. 33. I. 39. — Verordnung über die Eingehung von Ehen in der Provinz Rheinheſſen. 33. II. 567. — Verordnung über die Verſicherung von Mobilien in ausländiſchen Feuer-Verſicherungs-Anſtalten. 33. II. 561. — ſ. a. Militair-Durchmarſch-Konvention. —

Kurfürſtenthum, Durchmarſch- und Etappen-Konvention mit demſelben, vom 9. Mai 1817. G. S. 1817. p. 133 — 144. — Kartel-Konvention mit ſelbigem vom 13. Mai und 2. Juni 1818. G. S. 1818. p. 49. — Traktat mit demſelben über gegenſeitige Ausgleichung und Austauſchung von Ländertheilen, v. 16. Oct. 1815. G. S. 1818. (Anh.) p. 59 — 64. — Freizügigkeit mit ſelbigem in Betreff der zum deutſchen Bunde nicht gehörigen preuß. Provinzen. G. S. 1819. p. 1. — Uebereinkunft mit demſelben wegen gegenſeitiger Uebernahme der Vagabonden und Ausgewieſenen, v. 28. Sept. 1820. G. S. 1820. p. 200. — desgl. wegen Verhütung der Forſtfrevel in den gegenſeitigen Grenzwaldungen, v. 3. Juni 1821. G. S. 1821. p. 105. — deſſen Beitritt zur Weſerſchiffahrts-Akte. G. S. 1824. p. 25. ff. — Vereinbarung mit demſelben gegen den Bücher-Nachdruck. G. S. 1829. p. 27. — Kurfürſtenthum, Kartel-Konvention mit ſelbigem. v. K. A. 18. II. 299. — Transport der demſelben angehörigen Civil-Verbrecher aus der Grafſchaft Schaumburg durch das preuß. Gebiet. 24. I. 230. — Paß-Polizei-Verwaltung in ſelbigem. 23. III. 731. — Gültigkeit der Eingangspäſſe aus ſelbigem. 25. II. 420. — Verordnungen wegen der Niederlaſſungen in ſelbigem. 26. III. 859. — Sicherheits- u. Fremden-Polizei. 23. III. 719 — 734. — Auslieferung kurheſſiſcher Unterthanen an auswärtige Staaten wegen der in letztern begangenen Verbrechen. 20. III. 671. — die von den Kreisräthen in ſelbigem ausgeſtellten Reiſepäſſe ſind als vollgültig anzuſehen. 26. III. 790. — Polizei-Verwaltung in ſelbigem. 17. III. 250. — Verordnungen in ſelbigem über den Verkauf der Früchte von Seiten der Zins- und Zehntherren, über das Schutzgeld der Juden, über magnetiſche Kuren, über den Verkauf der Krähenaugen, über den Verkauf irdener Geſchirre, über die Reiſepäſſe in ſtandesherrlichen Gebieten u. über das Landgeſtütweſen. 18. II. 604. seq. — desgl. über die Schützen-Kompagnien, über die Jurisdiktion der katholiſchen Geiſtlichen, über die Vereinigung der evangeliſchen Glaubenspartheien und über die Vertilgung der

Sperlinge. 18. IV. 1212. seq. — über die Abiturienten-Prüfungen. 20. II. 429. — Warnung vor dem Genuſſe unbekannter Gewächſe, beſonders giftiger Schwämme in den Schulen. 20. II. 432. — III. 672. — Zunft-Ordnung für ſelbiges. 22. II. 493 — 561. — über die Mißbräuche der Preſſe. 20. I. 160. — Geſetze für die Studirenden auf der Univerſität Marburg. 20. I. 179. — wegen des Hetzens des Schlachtviehes. 20. II. 422. — wegen der Straßenbau-Polizei. 20. II. 423. — Errichtung einer Wittwen- und Waiſen-Verſorgungs-Anſtalt für Straßenbau-Beamte. 20. II. 426. — die für die Verpflegung gegenſeitiger armen Unterthanen verwendeten Koſten werden aus öffentl. Fonds nicht erſtattet. 27. I. 203. — II. 467. — Verfahren rückſichtl. der aus ſelbigem durch die preuß. Staaten zu leitenden Vagabonden-Transporte. 27. III. 727. — Verordn. über die polizeigerichtliche Strafbefugniß in ſelbigem. 27. III. 824. — Statuten für die in ſelbigem beſtehende Militair-Wittwen- u. Waiſen-Anſtalt. 28. II. 597. — Verordnung über die polizeiliche Strafbefugniß in ſelbigem. 28. III. 873. — Anordn. in ſelbigem wegen der wandernden Handwerksburſchen und anderer Arbeit ſuchenden Perſonen. 28. IV. 1054. — Berückſichtigung der heimathlichen Verhältniſſe bei Verheirathungen im Auslande. 28. III. 686. — Verordn. gegen den Bücher-Nachdruck in ſelbigem. 29. I. 191. — desgl. gegen den Gebrauch unverzinnter Kupfergeſchirre. 29. I. 204. — desgl. wider die Verwendung junger Eichenſtämme zu Geräthſchaften. 29. I. 204. — Verordn. wegen der wandernden Handwerksgeſellen in ſelbigem. 29. III. 588. — Verordn. über den Erwerb von Grundeigenthum in ſelbigem durch Beamte. 29. III. 748. — Verordn. zur Sicherſtellung der öffentl. Ruhe in demſelben. 30. II. 458 — 468. — Verfahren in demſelben gegen einwandernde ausländiſche Handwerksgeſellen. 30. II. 384. — Zoll- und Handelsvertrag mit demſelben 31. IV. 712. — Verordnung über die Penſionirung der Hinterbliebenen der an der Cholera verſtorbenen Aerzte und Wundärzte. 31. IV. 945. — Zoll- u. Handelsvertrag mit demſelben, v. 25. Aug. 1831. G. S. 1831. p. 227 — 242. — Beitritt deſſelben zu dem preußiſch-heſſiſchen Zoll-Verbande, mit Benennung der Haupt- und Neben-Zoll-Aemter. v. K. A. 32. I. 49. — gegenſeitiger gleicher Verkehr dahin mit Wein, Moſt und Tabacksblättern. 32. II. 355. — Ausführung des §. 19. des Zoll- u. Handelsvertrages mit demſelben, hinſichtlich der gewiſſen Fabrikanten und Gewerbetreibenden zugeſtandenen gegenſeitigen Gewerbeſteuerfreiheit. 32. IV. 768 — 873. — erleichterter Poſtverkehr mit demſelben in Beziehung auf das Steuer-Intereſſe. 32. I. 84. — Verfahren gegen Vagabunden und Ausgewieſene aus demſelben. 33. I. 40. — Aufhebung der Waarenſchau auf

Meſſen und Jahrmärkten in demſelben. 33. IV. 1136. — ſiehe Durchmarſch= und Etappen=Konvention.

Heſſen=Homburg, Landgrafenthum, Kartel=Konvention mit ſelbigem, v. 13. Mai 1818. G. S. 1818. p. 64. — Freizügigkeit mit demſelben. G. S. 1819. p. 80. — Zollvertrag mit ſelbigem rückſichtl. des Oberamts Meiſenheim, v. 31. Dez. 1829. G. S. 1830. p. 49 — 56. — Vertrag mit demſelben zur Verhütung der Forſtfrevel in den gegenſeitigen Grenzwaldungen, v. 15. Aug. 1826. G. S. 1826. p. 79. — ſ. auch Homburg, landgräflich heſſiſches Amt., desgl. Zollkartel.

Heſſen=Homburgiſche=Regierung; ſiehe Inſinuation.

Heſſen=Rothenburg, Landgrafenthum, Traktat mit ſelbigem über die in Gemeinſchaft mit Kurheſſen an Preußen abgetretenen Landestheile, v. 16. Oct. 1815. G. S. 1818. (Anh.) p. 65. — demſelben wird dagegen eine Herrſchaft in den preußiſchen Staaten zugeſichert, ebendaſ. p. 66.

Heſſiſche Juſtiz=Behörden; ſ. Requiſitionen.

Heſſiſche Landestheile, ehemals großherzogl., Regulirung der Grundſteuer=Kontingente und Beiſchläge in ſelbigen. v. K. A. 28. II. 338. 343.

Hetzen, des kleinen und des Schlacht=Viehes durch Hunde, iſt verboten. v. K. A. 18. I. 160. — 21. I. 184. — II. 332. — III. 681. — 31. III. 579. f. Verbot deſſelben in Kurheſſen. 20. II. 422.

Heu, Handel mit ſelbigem und Gewerbeſcheinlöſung dazu. G. S. 1824. p. 127. — Befreiung deſſelben von der Einfuhr=, Aus=fuhr= u. Durchgangs=Abgabe. G. S. 1824. p. 185. — 1827. p. 133.

Heudiemen, ſ. Diemen.

Heuer. Die Vorſchrift des A. L. R. Th. II. Tit. 8. §. 1576. wonach das Schiffsvolk, wenn das Schiff von Feinden oder Räubern genommen wird, oder durch Zufall ganz verloren geht, auf die Heuer keinen Anſpruch machen kann, bedarf keiner Declaration und iſt von den Gerichten in judicando zu beachten. Reſcr. vom 28. Dec. 1821. v. K. J. XVIII. 277. — unerlaubtes Heuern der Schiffsleute. G. S. 1831. p. 257.

Heuerlinge, dürfen ihre Namen nicht willkührlich verändern. v. K. A. 19. I. 176.

Heuerlingsgeld, ſiehe Schutzgeld.

Heu=Miethen, deren Aufſtellung in der Nähe von Gebäuden. v. K. A. 23. II. 367. — III. 678. — 24. IV. 1142.

Heuſchrecken (Sprengſel) deren Vertilgung. v. K. A. 27. III. 658.

Hierochord, Schmidtſches, zur Leitung des Geſanges in Schulen u. kleinen Kirchen ꝛc. deſſen Anſchaffung. v. K. A. 25. III. 651.

Hildburghauſen, ſ. Sachſen-Hildburghauſen.

Hildesheim, Patent wegen Einführung des A. L. R. in das Fürſtenthum Hildesheim und die Stadt Goslar vom 8. März 1803. St. B. 194. XVII. — Abtretung deſſelben von Preußen durch den Tilſiter Friedenstraktat. G. S. 1807. p. 156. 167. — Wiederbeſitznahme und Abtretung deſſelben an Hannover. G. S. 1818. (Anh.) p. 15. — vormaliger Fürſt-Biſchof von Hildesheim, Regulirung des Schulden- und Liquidationsweſens mit demſelben. G. S. 1811. p. 219.

Hildesheimer Leihhaus und Sparkaſſe, Königl. hannöverſches Reglement für dieſelben. v. K. A. 31. III. 661 — 672.

Himmelfahrtstag, ſ. Feiertage.

Hinrichtungen, ſ. Todesſtrafe. Anatomie. Die Hinrichtung eines zum Tode verurtheilten Verbrechers auf ſoll deſſen Begnadigungsgeſuch nur dann ausgeſetzt werden, wenn der Delinquent Umſtände anführt, welche bisher in der Unterſuchung ganz unbekannt geweſen und welche eigentlich nicht zur rechtlichen Unterſuchung angethan ſind, Se. Majeſtät aber doch beſtimmen könnten, Gnade für Recht ergehen zu laſſen; oder wenn er dem Staate vortheilhafte Entdeckungen macht, und der Richter auch hieraus abnehmen könnte, daß Se. Majeſtät daraus Motive zur Begnadigung entnehmen möchten, C. O. v. 15 Oct. 1810. p. 243. (Kl. Annal. 50. XXIV.) von deren Inhalte bei der Vollſtreckung eines Todesurtels demjenigen Gericht oder Inquirenten, von welchem ſolche dirigirt wird, in ſo fern es nach den Umſtänden auf deſſen Kenntniß ankommen kann, Nachricht ertheilt wird. R. v. 22. Oct. 1810. p. 244. — V. die Vollziehung der Todesurtel in den Reſidenzen Berlins betr. v. 16. Sept. 1800. N. A. 383. I. R. B. 215. XII. E. S. 3073. X. Die Begleitung der Delinquenten zum Richtplatze iſt abgeſchafft. C. v. 1769. p. 6197. IV. R. v. 21. Febr. 1780. Hym. Beitr. p. 217. VII. — Eigenmächtige phyſikaliſche Experimente mit hingerichteten Perſonen anzuſtellen, iſt nicht erlaubt. C. O. v. 31. März 1803. N. B. 357. XVII. und alle galvaniſche und Reizungsverſuche mit Körpern enthaupteter Perſonen und einzelner Theile derſelben ſind ohne alle Einſchränkung verboten. R. v. 3. März 1804. B. 201. I. Kl. Annal. 245. XXII. 55. XXIII.

Hinrichtungs-Plätze, ſ. Richtplätze.

Hinterbliebene verſtorbener Beamten, Penſionairs, ſ. Gnadenbewilligungen. — von Kommunal-Beamten, ſ. dieſe. — verſtorbener Beamten, wer rückſichtlich der Gnadenbewilligungen ꝛc. zu denſelben zu rechnen iſt. v. K. A. 18. I. 10. — ſ. übrigens Gnadenbewilligungen, Gnadengehalt, Gnadenmonat u. Gnaden-Quartale. — de-

ren Penſionirung u. Unterſtützung im Würtembergiſchen. 21. II. 484. seq. — verſtorbener Beamten, verarmte, Aufbringung der Kur- und Verpflegungskoſten für ſelbige. 27. II. 468. — ſ. überhaupt Gehaltsentſchädigungen, Gnaden-Monat, Gnadenquartal, Penſionsfond, Sterbequartal, Wittwen.

Hinterbrand, Krankheit des Rindviehes, ſ. dieſes.

Hirten. R. die Haltung gemeinſchaftlicher Hirten betr. v. 26. Febr. 1754. C. S. p. 643. I. H. B. VIII. 18. Landſchulreglement v. 1763. §. 4. C. S. p. 268. III. Hirten- u. Schäferordnung v. 27. Oct. 1705. V. III. I. No. 33. in der Uckermark und Stolpiſchen Kreiſe, v. 21. Sept. 1664. No. 17. ſ. die Geſindeordnungen. J. C. die Cognition über einen Streit wegen Veränderung des Dorf-Kuhhirtens betr. v. 10. Juli 1762. Kl. A. 136. VI. — und deren Familien, Gemeinde-Angehörigkeit derſelben. v. K. A. 24. III. 864. — begründen ein Domizil, wenn ſie eine eigene Haushaltung führen. 27. I. 149. — ſ. Gemeinde-Hirten.

Hirtenbriefe, katholiſche, deren Cenſur. v. K. A. 24. I. 217.

Hirtenhäuſer, nebſt den zu ſelbigen gehörigen Gärten, Aeckern und Wieſen, Beſitzverhältniſſe rückſichtl. derſ. bei ländlichen Auseinanderſetzungen. G. S. 1816. p. 162.

Hobs-Behändigungs- (u. hofhörige) **Güter**, erbliche Beſitzrechte rückſichtl. derſ., in den zum vormaligen Großherzogth. Berg und den franz.-hanſeat. Depart. gehörigen Landestheilen. G. S. 1825. p. 101. 118. — von der Eigenſchaft der Eſſenſchen Hobs- und Behändigungsgüter. J. M. III. 381.

Hochlöblich, ſ. Prädikat.

Hochverrath. A. L. R. II. XX. 149. — Bemerkungen über den Thatbeſtand und den Verſuch des Hochverraths. v. K. J. XVI. 273. Literariſcher Nachtrag zu dieſen Bemerkungen. XVII. 221. — Beitrag zur Lehre vom Hochverrath. Erkenntn. des Königl. Oberlandesgerichts zu Breslau wider die zu Cöpenick zur Unterſuchung gezogene Mitglieder des hochverrätheriſchen Bundes der Jungen. XXVII. 179. — die in Unterſuchungen wegen deſſelben ergangenen Kriminal-Erkenntniſſe müſſen an das Juſtizminiſterium zur Beſtätigung eingeſandt werden. G. S. 1824. p. 221. — Unterſuchung und Beſtrafung deſſelben in den Rheinprovinzen. G. S. 1821. p. 30. — desgl. in allen Provinzen, wo das allg. Landrecht noch nicht eingeführt iſt. G. S. 1821. p. 156. — Strafbarkeit deſſelben in einer denſelben vorbereitenden geheimen Verbindung. v. K. A. 26. I. 271. seq.

Hochzeit, V. wie es in den Städten der Mark Brandenburg bei Hochzeiten und Kindtaufen gehalten werden ſoll, v. 1551. C. S. V. I. I. No. 3. auf den Dörfern der Altmark u. Mittelmark,

Prignitz und der Gr. Ruppin, v. 20. März 1655. No. 9. Allgemeine Verordn. v. 28. Mai 1796. No. 10. — Von Uebernehmung der Hochzeitskoſten bei Eheſcheidungen. H. B. V. 130. — Das Verbot in der Conſiſt. O. v. 1573. C. C. I. I. p. 315. Hochzeiten im Advent, in der Faſtenzeit und an hohen Feſttagen zu halten, iſt bis auf 8 Tage vor Weihnachten u. 14 Tage vor Oſtern eingeſchränkt. N. A. B. 221. II. P. A. B. 196. — das bei denſelben übliche Schießen ſoll unterbleiben. v. K. A. 18. I. 139. — Abgaben an die Stadtmuſici bei ſelbigen. 23. IV. 955. — ſ. Gebehochzeiten. ſiehe auch Brautſchatz.

Hochzeitentheil. In der Priegnitz können vermöge Landesgebrauchs diejenigen Kinder eines Altſitzers, welche das Gehöft nicht erhalten, das Vieh und den Hochzeitentheil nur dann aus dem väterlichen Hofe fordern, wenn ſie ſich verheirathen. Dies findet ſelbſt dann ſtatt, wenn über das Vermögen des Sohnes, welcher den Hof erhalten hat, Concurs ausgebrochen iſt. Allegat aus dem Erkenntniſſe des Ober-Appell.-Senats des Kammergerichts v. 5. Sept. 1812. v. K. J. III. 322. und aus dem Erkenntniß des Kammergerichts v. Jahre 1812. IV. 182.

Höfe, bäuerliche, ſ. Bauerhöfe.

Höfelheim, Kloſter, von Kurheſſen und Heſſen-Rothenburg an Preußen abgetreten. G. S. 1818. (Anh.) p. 60. 65. — übergiebt letzteres an Hannover. G. S. 1818. (Anh.) p. 58.

Höker, wann ſelbige neben der Mahl- und Schlachtſteuer auch die Klaſſenſteuer zu entrichten haben. G. S. 1820. p. 145. — Gewerbeſteuerpflichtigkeit derſelben. G. S. 1820. p. 148. — freier Betrieb des Hökergewerbes u. Aufhebung des Zunftzwanges bei ſelbigem. G. S. 1808. p. 315. f. — ſ. Gewerbeberechtigungen.

Höxter, Stadt, Einführung der rev. Städteordnung v. 17. März 1831 in dieſelbe. Cab. Ord. v. 18. Dec. 1833. G. S. 1834. p. 2.

Hof-Bauamt; die Einwilligungs-Atteſte des Oberhofbauamts, wenn Fabrikanten auf die ihnen gebauten Häuſer Geld aufnehmen, ſollen bei den Gerichtshöfen für hinlänglich angenommen werden. C. O. v. 5. Febr. 1788. C. C. p. 1785. VIII. — iſt der Kontrolle der techniſchen Baudeputation unterworfen und der Gewerbe-Polizei-Sektion im Miniſterium des Innern untergeordnet. G. S. 1808. p. 365. — ſ. a. Schloß-Baukommiſſion.

Hofbeamte, Königl. u. Prinzl.; das bei Exekutionen gegen Civil-Offizianten vorgeſchriebene Verfahren hat auch auf dieſe Anwendung. R. v. 14. Juli 1831. v. K. J. XXXVIII. 101. 102.

Hofbeſitzer, neue, in Oſtpr. und Litthauen, müſſen ſich bei

der nächſten Deichſchau melden. G. S. 1806. p. 25. — ſiehe auch Bauerwirthe.

Hofbriefe, ſind den Koloniſten zu ertheilen. v. K. A. 17. II. 68.

Hofchargen, höhere, reſſortiren vom Staatskanzler. G. S. 1810. p. 4. — gehören fernerhin zum Reſſort des Miniſteriums des königl. Hauſes. G. S. 1819. p. 3.

Hofdienerſchaft, Königl. u. Prinzl., ſ. Hofbeamte.

Hofedienſte, ſollen an Sonn- und Feſttagen nicht ſtattfinden. v. K. A. 17. I. 123. — ſ. Baudienſte, desgl. Dienſte und Ablöſungen.

Hofesgüter, im Cleviſchen, werden für allodial geachtet. St. B. p. 294. Th. XI.

Hoffiskäle, ſ. Fiskaliſche Aufträge.

Hofgebäude, bäuerliche, ſ. Bauergüter.

Hofgericht, Publ. deſſelben ꝛc., ſ. Arensberg. — zu Greifswald. Zulaſſung von Referendarien und Auskultatoren bei demſelben. Cab. Ord. v. 17. März 1833. G. S. 1833. p. 30.

Hof-Jagdamt, Königl. Reſſortverhältniſſe deſſelben. v. K. 27. I. 75.

Hofmarſchall-Amt, in Berlin, unter deſſen alleinigem Befehl ſteht die Schloßbaukommiſſion. G. S. 1810. p. 13.

Hofräthe, Rangverhältniſſe derſelben. v. K. A. 26. IV. 938.

Hof-Sachen, königl., ſ. Haus- und Hof-Angelegenheiten.

Hof-Staatsdiener, bedürfen zur Auswanderung u. zum Uebertritt in fremde Dienſte Allerhöchſter Erlaubniß. G. S. 1812. p. 116. — Ungültigkeit der letztern im Fall der Zurückberufung beim Ausbruche eines Krieges; ebendaſ.

Hoftheater, die unter unmittelbarer Genehmigung beſtehen, bedürfen keines Gewerbeſcheins. G. S. 1811. p. 272.

Hofwehr, bei Bauergütern, Entſchädigung der Gutsherrſchaft für Abtretung der Eigenthumsrechte daran. G. S. 1811. p. 287. 289. 295. — 1816. p. 163. 164. — ſ. a. Bauergüter und Inventarium, herrſchaftliches.

Hofwirthe, ſ. Bauerwirthe.

Hoheitsrechte, über ſelbige werden keine Civilklagen zugelaſſen. G. S. 1808. p. 473. — Vergehungen gegen ſelbige, gehören vor das kompetente Obergericht. G. S. 1808. p. 472. ſ. a. Landeshoheits-Sachen. — Unterſchied zwiſchen landeshoheitlichen und fiskaliſchen Rechtsverhältniſſen. Cab. Ord. v. 4. Dez. 1831. G. S. 1831. p. 255 — 258.

Hohen-Limburg, ſ. Limburg.

Hohenſolms, Amt, wird von Naſſau an Preußen abgetreten. G. S. 1818. (Anh.) p. 31.

Hohenſtein, Grafſchaft, Abtretung deſſelben nach dem Tilſiter Friedenstraktat. G. S. 1807. p. 156. 167. — Wiederbeſitznahme des früher ſchon von Preußen beſeſſenen Theils derſelben. G. S. 1815. p. 193. — Abhandlung über das Rechtsverhältniß der Erbzins-Lehngüter in derſelben. v. K. J. XXXVIII. 189 — 284. — ſ. a. Erbzinsgüter und Verbrecher.

Hohenzollern-Hechingen, Fürſtenthum, Freizügigkeit mit demſelben. G. S. 1819. p. 217. — Vereinbarung mit ſelbigem gegen den Nachdruck. G. S. 1828. p. 9.

Hohenzollern-Sigmaringen, Fürſtenthum, Freizügigkeit mit demſelben. G. S. 1819. p. 70. u. v. K. A. 19. I. 32. — Abkommen mit demſelben gegen den Bücher-Nachdruck. G. S. 1827. p. 179.

Hohlmaße, gleichförmige Einrichtung derſelben. v. K. A. 32. II. 476.

Holländiſche Kolonien, in Oſtindien, Handelsverkehr mit Leinewand nach denſelben. v. K. A. 31. II. 268.

Holländiſche Obligationen, deren Annahme bei der Veräußerung von Domainen, Forſten und geiſtlichen Gütern. G. S. 1811. p. 210.

Holland, unter die Souverainität des Hauſes Oranien geſtellt, deſſen Vergrößerung. G. S. 1814. p. 122. — darf keinen Fürſten zum Regenten haben, der eine auswärtige Krone trägt, oder ſie zu tragen berufen iſt. G. S. 1814. p. 122. — ſ. ferner Niederlande. — Alt-, Geſtattung des Ein- und Durchganges ſämmtlicher Zeitungen aus demſelben. v. K. A. 31. IV. 748.

Hollandsgänger, ſogenannte, unentgeldliche Ausfertigung der Päſſe für ſelbige. v. K. A. 22. II. 413. — 31. II. 463.

Holſtein, Herzogthum, Aufhebung des Abſchoſſes und Abfahrtgeldes mit demſelben. G. S. 1816. p. 209. — 1822. p. 173. — Kartel-Konvention mit ſelbigem v. 25. Dez. 1820. G. S. 1821. p. 33. — deſſen Theilnahme an der Elbſchiffahrts-Akte. G. S. 1822. p. 9. f. 101. — Konvention mit demſelben wegen des Reviſionsverfahrens auf der Elbe. G. S. 1822. p. 101. — 1828. p. 20. — Vereinbarung mit demſelben gegen den Bücher-Nachdruck. G. S. 1828. p. 17. — ſ. a. Dänemark.

Holſtein-Oldenburg, Herzogthum, ſ. Oldenburg. — Abzugsfreiheit mit ſelbigem. v. K. A. 17. I. 35. — Verordnungen über die Niederlaſſungen und die Verſorgung der Armen in ſelbigem. 26. III. 863. 897. — über die Errichtung einer Regierung im Fürſtenthum Birkenfeld. 17. III. 265.

Holz. C. O. die verbotene Ausfuhr des Bau- und Brenn-

holzes auf der Elbe betr. v. 18. Juli 1799. E. S. p. 2590. X. — C. O. die Holzungsgerechtigkeit der Freiholzdeputanten betr. v. 5. Sept. 1799. E. S. p. 2591. X. und daß darüber, ob ein Holzungsberechtigter das Brennholz uneingeſchränkt in natura zu fordern berechtiget, kein Prozeß zu geſtatten, R. v. 3. Oct. 1801. p. 535. XI. und St. B. p. 202. XIV. wodurch jedoch die Gerechtſame wirklicher Holzungsberechtigten nicht geſchmälert werden ſollen, C. O. v. 24. Sept. 1802. St. B. 143. XVI. Cirk. des Churmärk. Conſ. v. 5. März u. C. O. v. 7. März 1801. E. S. p. 118. XI. -Taxe in der Chur- u. Altmark v. 9. Jan. 1801. p. 22. für den Alvenslebenſchen, Halbgerichts, Wollmirſtädter, Colbitzer und Ziesarſchen Forſt v. 6. Oct. 1801. p. 538. XI. Schulholz, ſiehe Schullehrer. — Der bisher ſtattgefundene Thorabwurf vom Holze hat aufgehört, N. A. B. 224. 698. III. das Ed. v. 26. Juni 1724. E. S. IV. I. II. No. 117. nach welchem in der Churmark v. 11. Juni bis 11. Sept. kein Holz geflößet werden ſoll, iſt in Erinnerung gebracht, K. A. B. 234. II. — an den Ufern dürfen für ſelb. in Oſtpr. u. Litth. keine Stapelplätze eigenmächtig errichtet werden. G. S. 1806. p. 18. 27. — Aufſchwemmen deſſelben an unerlaubten Orten iſt bei Strafe verboten. G. S. 1806. p. 24. — desgl. die Verſchüttung deſſelben in Dämmen. G. S. 1806. p. 25. — in wie weit das Ueberwintern deſſelben im Friedrichsgraben in Oſtpreußen ſtattfinden kann. G. S. 1806. p. 41. — Bau-, Nutz- u. Brennholz, Taxen für deſſen Verkauf und Berechnung im weſtpreuß. Kammerdepartement. G. S. 1806. p. 87 — 135. — Feſtſetzung für die Veranſchlagung und Anweiſung des Freiholzes in ſelbigem. G. S. 1806. p. 143. — deſſen Verkauf aus königl. Forſten und Befugniſſe der Regier. rückſichtl. deſſelben. G. S. 1808. p. 500. 501. — 1817. p. 264. — Bewilligung deſſelb. für die Domainen-Einſaſſen in Preußen. G. S. 1808. p. 246. 284. 500. 501. — Entſchädigung der Mühlenbeſitzer in Preußen für die zeitherigen Anſprüche auf freies Bauholz. G. S. 1808. p. 220. Raff- und Leſeholz, Bewilligung deſſelben für die Domainen-Einſaſſen und dafür von letztern zu leiſtende Entſchädigung. G. S. 1808. p. 280. — fällt für die Schutzunterthanen in Schleſien fort. G. S. 1809. p. 599. — deſſen Verabreichung an das Militair. G. S. 1810. (A.) p. 649. 671. — Bauholz, deſſen Ausfuhr zur See nach neutralen u. befreundeten Ländern. G. S. 1811. p. 241. — Brennholz, deſſen fernere Verabreichung von Seiten der Gutsherrſchaften an bäuerl. Wirthe, wo letztere dazu berechtigt ſind, u. wenn keine freiwillige Ausgleichung rückſichtl. deſſelben erfolgt. G. S. 1811. p. 286. 294. f. — 1816. p. 161. — Ausgleichung rückſichtl. deſſelben zwiſchen den Bauerwirthen und Gutsherrſchaften bei Vergleichung der Eigenthumsrechte an erſtere. G. S. 1811

p. 285. 286. 295. — 1816. p. 161. — deſſen Sammeln von Seiten der Berechtigten kann von den Waldeigenthümern auf das Bedürfniß eingeſchränkt, und können dazu gewiſſe Tage unter der Aufſicht eines Forſtbedienten beſtimmt werden. G. S. 1811. p. 307. — deſſen Aufſtellung und Verkauf nach Kubickklaftern zu 108 Kubickfuß. G. S. 1816. p. 146. — gegenſeitige freie Aus- u. Einfuhr deſſelben im Verkehr mit dem Königr. Sachſen. G. S. 1815. p. 72. — deſſen Verabfolgung aus königl. Forſten an bäuerl. Domainen-Einſaſſen. G. S. 1817. p. 264. — Freiholz, deſſen Bewilligung und Verabfolgung aus königl. Forſten. G. S. 1817. p. 264. — Steuer-Entrichtung von ſelbigem. G. S. 1819. p. 119. — Aufhebung dieſer Abgabe. G. S. 1820. p. 136. — Gewerbeſteuer-Entrichtung von demſelb. G. S. 1820. p. 148. 158. — Berechnung des Elbzolles für ſelbiges. G. S. 1822. p. 14. f. 25. — bei deſſen Fortbringung auf Chauſſeen darf das Ende deſſelben die Fahrbahn nicht berühren. G. S. 1822. p. 171. — 1827. p. 67. — Handel mit ſelbigem und Gewerbeſchein-Löſung dazu. G. S. 1824. p. 127. — Abgaben-Entrichtung von ſelbigem in Beziehung auf Ein- u. Ausfuhr. G. S. 1824. p. 185. 191. — 1827. p. 134. 138. — Berechnung des Weſerzolles. G. S. 1824. p. 30. 46. — ſ. a. Brennmaterialien, desgl. Brenn- (u. Nutz-) Holz-Adminiſtrationen u. Inſtitute, Forſten ꝛc. — welches in Flüſſen dem Wegſchwemmen ausgeſetzt iſt, ſoll zu gewiſſen Zeiten ausgebollert werden. v. K. A. 20. II. 242. — Reinigung deſſelben vom Waſſerſchierling. 20. IV. 881. — Beſtimmung des Klaftermaaßes für ſelbiges. 23. IV. 805. — zwiſchen weichem und hartem findet bei der Abgabenerhebung kein Unterſchied ſtatt. 19. III. 664. — deſſen Anweiſung und Verkauf aus königl. Forſten. 19. II. 346. — 25. I. 17. seq. — IV. 842. — 26. III. 719. — desgl. aus Kommunal- und Inſtituten-Waldungen. 19. III. 687. seq. — Freiholz, aus königl. Forſten, deſſen Veranſchlagung und Verabfolgung. 23. IV. 804. — 25. IV. 842. — Bau- und Nutzholz, deſſen Anweiſung u. Veranſchlagung. 19. II. 345 — 347. — III. 687. — 26. III. 719. — Raff- u. Leſeholz, deſſen Einſammeln. 17. I. 77. 80. — 24. III. 720. — defraudirtes, Verhütung deſſen Verkaufs. 24. III. 718. — ſ. a. Bauholz u. Brennholz. — deſſen Aufbewahrung in der Nähe von Wohn- u. Wirthſchafts-gebäuden. 32. I. 178. 181. — gehauenes, Auslegung des §. 31. u. 33. des Geſetzes v. 7. Juni 1821. v. K. J. XXXVIII. 429/30. — Freiholz, Verpflichtung des Domainen-Fiskus zu deſſen Verabreichung bei Bauten u. Reparaturen von Brücken, Wegen, Kanälen und ähnlichen Anlagen. v. K. A. 33. I. 49 — 53. — ſiehe auch Bauholz.

ſ. überhaupt auch Büreaukoſtenfond.

Holzabgänge bei Bauten, dürfen nicht veruntreut werden. v. K. A. 17. I. 251.

Holzabwurf, unter den Thoren, Ed. v. 26. Juni 1824. E. S. IV. I. II. No. 117. findet auch als Kommnnal-Abgabe nicht mehr ſtatt. v. K. A. 21. II. 462. N. A. B. 224. 698. III.

Holzadminiſtration, R. die Errichtung der Königl., betr. v. 6. Juli 1772. E. S. p. 365. V. b, die Brennholzgerichtscommiſſion muß an die Juſtizcollegien berichten, R. v. 4. Mai 1772. p. 155. V. b. die Schuldverſchreibungen der Hauptbrennholz-Adminiſtrations-Caſſe können als Cautions-Documente angenommen werden, Dir. R. v. 30. Juni 1795. St. B. p. 419. II. — Die bisherigen Haupt-Nutzholzhandlungs- u. Brennholzinſtitute ſind durch die C. O. v. 7. Oct. 1811. in ihrer bisherigen Form aufgehoben. K. A. B. 29. II.

Holzanbau, (Holzſämereien), nützliche Belehrungen und Vorſchriften darüber. v. K. A. 28. I. 62 — 70.

Holzanfuhr für Schulen, Verfahren rückſichtl. derſ. v. K. A. 18. II. 371. — ſollen die Forſt-Kaſſen-Rendanten nicht übernehmen, ſ. letzt.

Holzanweiſungen, deren Ausfertigung bei den Regierungen. G. S. 1808. p. 488. — 1817. p. 264.

Holzarbeiten, feine, Umfang der darauf ertheilten Gewerbeſcheine. G. S. 1811. p. 271.

Holzarbeiter, ſ. Tiſchler-Profeſſion.

Holzatteſte, deren Ausſtellung und Vorzeigung an den Thoren bei dem Einbringen des Holzes in die Städte. v. K. A. 17. I. 78. — 21. I. 31. — deren Beibehaltung nach den Beſtimmungen der Forſt- und Jagd-Ordnung für Weſtpreußen und den Netzdiſtrikt. v. 8. Oct. 1805. — 30. I. 49 — 52.

Holzberechtigungen, in Königl. Forſten, deren Ablöſung bei Gemeinheitstheilungen. v. K. A. 21. IV. 841.

Holzblöcke, deren Annahme von Schneidemühlen. v. K. A. 33. I. 62.

Holzdefraudanten, unvermögende, Aufbringung der Alimente für ſelbige während der von ſelbigen zu erleidenden Gefängnißſtrafen. v. K. A. 28. I. 160. — deren Verpflegungskoſten in Gefängniſſen. V. v. 2. Sept. 1834. — v. K. A. 34. III. 662. — ſ. a. Forſtarbeiten und Verpflegung.

Holz-Defraudations-Sachen; Koſten der Strafvollſtreckung, ſ. Koſten.

ſ. übrigens auch Gebührentaxe, Geſchäftstabellen und Liſten.

Holzdiebſtahl, der, in königl. Forſten wird von den Juſtizämtern an den eintretenden Gerichtstagen unterſucht, R. v. 27.

März 1786. C. S. p. 61. VIII. und in allen Fällen, wo die geſetzliche Strafe der Contravention, ohne das Holz-, Stamm- u. Pflanzgeld nur in 50 Rthlr. Geldbuße, oder 4wöchentlichem Gefängniß oder Strafarbeit beſtehet, das in der A. G. O. Th. 1. Tit. 26. §. 15. — 17. vorgeſchriebene kurze Verfahren beobachtet, dagegen aber ſoll in Anſehung des den Beſtraften offen ſtehenden Rechtsmittels die Vorſchrift Tit. 35. §. 87. ſtattfinden. R. v. 20. Juli 1802. N. A. 212. III. J. M. I. 502. — Außer dem forſttarmäßigen einfachen Werth des Holzes, und dem Stamm- und Pflanzgelde, ſoll von den Holzdefraudanten der doppelte Betrag des Holzgeldes zur Strafe erlegt, und ſolche im Unvermögensfall in Forſtarbeit nach dem Bedürfniß des Forſtdienſtes, R. v. 12. März 1813. v. K. J. 22. III., v. 21. Mai 1814. p. 287. verwandelt werden. Ueberſteigt dieſe Arbeit die Kräfte des Defraudanten, oder treibt er es mit den Holzdiebereien ſo weit, daß ſolche bei ihm keine Anwendung mehr findet, ſoll er ſtatt 5 Rthlr. Geldſtrafe mit 8tägigem Gefängniß bei Waſſer und Brod belegt werden; beträgt die Strafe über 5, jedoch unter 10 Rthlr., oder iſt Jemand zum drittenmale auf Defraudation, das Objekt ſei ſo geringe, als es wolle, betroffen worden, ſo ſoll er mit 14tägiger Zuchthausſtrafe mit mäßigem Willkommen belegt werden. Beträgt die Strafe 10 Rthlr. Geld und darüber, ſo hat der Defraudant 14tägige Zuchthausarbeit mit einem derben Willkommen verwirkt. Beträgt die Strafe 20 bis 50 Rlhlr., ſo tritt vierwöchentliche Zuchthausſtrafe mit einem derben Willkommen ein, und ſind nach dieſen Grundſätzen, auch bei größern mit Gewalt verknüpften Holzdiebſtählen, die ſich ferner von ſelbſt verſtehenden Verhältniſſe zu beſtimmen. R. des Gener. Dir. v. 6. Jan. u. 14. Apr. 1786. u. Publ. v. 9. Mai 1786. und es finden dieſe Strafen auch bei dergleichen Vergehungen in Privatwäldern und Gehölzen, in ſo fern nicht die Provinzial-Forſtordnungen Vergehungen dieſer Art, (ſ. R. die Beſtrafung der Diebſtähle in den Thornſchen Diſtrikten betr. v. 25. Jan. 1798. St. B. 352. XII. R. v. 25. Jan. 1798. St. B. 352. XII. v. 31. März 1798. p. 355. Publ. wegen der Holzdefraudationen in Südpreußen, v. 9. Nov. 1799. St. B. 158. XIV.) mit noch ſtrengern Ahndungen belegt werden, ſtatt. R. v. 11. Jan. 1790. C. S. p. 2853. VIII. — Nach der V. v. 11. März 1799. J. M. 201. II. ſoll in Fällen, welche ſich nach der Publ. der V. v. 26. Febr. 1799. ereignet haben, die Strafe des Holzdiebſtahls in Privatforſten auf körperliche Züchtigung oder Strafarbeit feſtgeſetzt werden; der Dieb ſoll den Werth des Holzes erſetzen und dem Denuncianten die geordneten Vigilanzgebühren (¼ der Strafe) entrichten. Dieſem u. dem Publ. v. 8. Juli 1786. zufolge, muß der Dieb außer der Leibesſtrafe den taxmäßigen Werth des geſtohlnen Holzes nebſt dem Stamm- u. Pflanz-

gelde, wenn ſolches auch nicht anders als in leidlichen, mit Conſervation des Holzdiebes in ſeinem Nahrungszuſtande zu vereinigenden Terminen geſchehen kann, und für den Denuncianten $1/4$ des doppelten, oder die Hälfte des einfachen Holzwerthes bezahlen; daß aber neben der Leibesſtrafe auch noch auf die Bezahlung des doppelten Holzwerthes als Strafe erkannt werden ſoll, iſt nicht vorgeſchrieben. R. v. 21. März 1803. St. B. 353. XVII. J. M. 200. II. — Wenn es in der erneuerten Verordnung, die Pflichten und Verbindlichkeiten der Holzberechtigten, u. die Beſtrafung der Forſtverbrecher betr., v. 22. Jun. 1800. heißt: zum dritten Male des Holzdiebſtahls überwieſen, ſo wird vorausgeſetzt, daß gegen den Denunciaten ſchon zweimal eine Strafe feſtgeſetzt worden ſey. R. v. 15. September 1812. v. K. J. 253. I. — Wegen der im letztern Kriege begangenen Holzdefraudationen, ſ. R. vom 19. Nov. 1808. J. M. VII. 307. und C. O. v. 31. Oct. 1809. J. M. 504. VIII. Von Beſtimmung der Höhe des Pfandgeldes. R. v. 31. März 1798. St. B. 355. XII. — Holzdiebſtähle in Oſtpreußen an noch nicht geſchlagenem Holze in königl. Forſten und Domänen- oder Stadt-Dorfswäldern, auch Cämmerei- und Bürgerheiden, ſind mit Bezahlung des Stamm- und Pflanzgeldes, und mit dem dreifachen Betrage des Holzgeldes, in allen übrigen Waldungen aber mit dem 4fachen Werthe zu bezahlen. Oſtpr. Provincial-Recht, Zuſatz 241. Die Koſten in dergleichen Holzdefraudationsſachen werden nicht nach der Sporteltaxe v. 28. Jan. 1788. E. S. p. 1781. VIII. ſondern nach der Gebührentaxe v. 23. Aug. 1815. Abſch. 1. No. 1. feſtgeſetzt, und können, wenn ein Rechtsmittel eingewandt wird, die Gebühren für jede Inſtanz in Anſatz kommen. R. v. 15. Apr. 1817. — ſ. a. R. das Forum bei Verfälſchungen zur Verheimlichung der Holzdiebſtähle betr., v. 12. Dec. 1796. St. B. 323. III. Rabe, 639. — Holzdiebereyen, als delicta leviora, gehören in der Gr. Tecklenburg zum Reſſort der Cammer-Juſtiz-Deputation. J. C. v. 29. May 1792. Kl. A. 279. X. R. deren gleiche Beſtrafung in den Chur-Hannöverſchen Landen betr. vom 3. Sept. 1798. E. S. p. 1711. X. R. wegen Beſtrafung der in Privat-Forſten verübten Holzdiebſtähle, R. v. 20. Jul. 1802. N. A. 212. III. H. M. I. 502. v. 21. März 1803. E. S. p. 1443. XI. J. M. II. 200. R. v. 19. Nov. 1808. J. M. VII. 307. v. 4. Dec. 1809. J. M. VIII. 503. und C. O. v. 31. Oct. 1809. — Die geſetzlichen Geldſtrafen unvermögender Holzdefraudanten ſollen in Arbeit des Holzſchlagens verwandelt werden. R. v. 12. März 1813. v. K. J. 12. III. v. 21. May 1814. p. 287. Von deſſen Beſtrafung in Beziehung auf die Verordnung v. 22. Jun. 1800. v. K. J. 253. I. P. A. B. 387.

Dieſe Beſtimmungen erleiden eine weſentliche Abänderung durch das Nachfolgende:

Geſetz über die Holzdiebſtähle in Forſten und Waldungen, deren Unterſuchung und Beſtrafung, v. 7. Juni 1821. G. S. 1821. p. 89—96. — desgl. in den Rheinprovinzen. G. S. 1821. p. 103. — ſiehe auch Forſtfrevel, Forſtſtrafen und Forſtarbeiten. Befugniß der beſchädigten Waldeigenthümer, ſtatt der erkannten Forſt-Straf-Arbeit der Holzdiebe, auch andere Arbeiten eintreten zu laſſen. Kab. Ordre vom 28. April 1834. G. S. 1834. p. 67. — Publik. betr. die Beſtrafung der Holzdiebſtähle v. 10. Jul. 1818. XII. 67. — Publ. betr. die Unterſuchung und Beſtrafung des Holzdiebſtahls, v. 9. Aug. 1821. XXI. 72. — Beſtrafung des an dem im Walde oder auf den Anlagen ſtehenden Holze begangenen Diebſtahls. R. v. 2. Apr. 1822. XIX. 308. — Das Geſetz über die Beſtrafung des Holzdiebſtahls kann nicht auf andere Forſtkontraventionen angewendet werden. R. v. 23. Sept. 1822. XX. 78. — Entſchädigung des Waldeigenthümers beim Holzdiebſtahl, Beſtrafung der Beſchädigung der Alleen und Anwendung der königl. Holztaxe bei den Holzdiebſtählen in Privatwaldungen R. v. 17. Febr. 1823. XXI. 324. — In Unterſuchungsſachen wegen Holzdiebſtahls können Copialien nnd Meilengebühren, wenn die Denunciaten ſie zu bezahlen im Stande ſind, genommen, jedoch im Unvermögensfalle der letztern nicht als baare Auslage dem Criminalfond auferlegt werden. R. v. 17. Febr. 1823. XXI. 328. — Bei einem nach dem Geſetze wegen Holzdiebſtahls, v. 7. Juni 1821, zu beſtrafenden, von Mehrern gemeinſchaftlich begangenen Holzdiebſtahle muß gegen einen jeden Theilnehmer zwar die volle geſetzliche Strafe erkannt, indeſſen dem Waldeigenthümer nur der einfache Betrag dieſer Geldbuße, oder die für dieſen einfachen Betrag zu ſubſtituirende Forſtarbeit zugeſprochen, die von den übrigen Theilnehmern zu erlegende Geldſtrafe dagegen zu den betreffenden öffentlichen Fonds eingezogen, oder durch eine zu ſubſtituirende verhältnißmäßige Gefängnißſtrafe abgebüßt werden. R. v. 22. Sept. 1823. XXII. 104. — In denjenigen Holzdiebſtahlsſachen, welche ſich nach §. 30. — 32. des Geſetzes v. 7. Juni 1821 zum peinlichen Verfahren eignen, ſoll von dem Ausfall einer ſolchen Unterſuchung den Forſtämtern ex officio Nachricht ertheilt werden. R. v. 15. Sept. 1826. XXVIII. 119. — ſ. Gebührentaxe, Gefängnißſtrafen, Pfandgeld, Unterſuchungskoſten. — Verfahren in Unterſuchungen wegen Diebſtahl an gefälltem Holze, unter 5 Rthlr. an Werth. R. v. 19. März 1829. v. K. J. XXXIII. 133. 134. — über deſſen Aufführung in der jährlich einzureichenden Ueberſicht der anhängig geweſenen Unterſuchungen. R. v. 2. Apr. 1830. XXXV. 291. ſ. a. Forſtfrevel, Forſtrichter. — über die Eintragung der auf Holzdiebſtähle erkannten Geldſtrafen auf Grundſtücke. R. v. 7. Febr. 1831. XXXVII. 131. — bei ſelbigem

tritt das forum exemtum nicht ein. R. v. 7. März 1831. XXXVII. 110. 111. — R. v. 11. Nov. 1831, betr. die Auslegung der §. §. 31. und 33. des Geſetzes v. 7. Juni 1821 wegen Beſtrafung des Holzdiebſtahls. XXXVIII. 429. 430. — die ſubſidiariſche Verpflichtung zur Tragung der Koſten bei Unterſuchungen wegen Holzdiebſtahls richtet ſich nach §. 623. ff. der Criminal-Ordn. R. v. 27. Aug. 1832. XL. 267 — 269. — die zur Forſtarbeit verurtheilten Holzdiebe müſſen die zu dieſer Arbeit erforderlichen Geräthſchaften, ſo fern ſie dieſelben beſitzen, mitbringen. R. v. 16. Dez. 1833. XLII. 449. 450. — deſſen Unterſuchung u. Beſtrafung. v. K. A. 17. IV. 69. — 22. I. 2. — II. 347. seq. — III. 622. — 23. IV. 806. seq. — 24. II. 358 — 366. — 25. III. 326. seq. — IV. 845. — deſſen Beſtrafung durch Forſtarbeiten. 21. III. 584. — 22. II. 347. — III. 623. — 23. IV. 806 — 808. — 24. II. 359. seq. — 26. I. 43. — II. 327. — Urtelsverfahren rückſichtl. deſſelben. 23. I. 67 — 70. — Mittheilung der wegen ſolchem ergangenen Erkenntniſſe an die Forſtämter. 26. III. 722. — IV. 1008. — Glaubwürdigkeit der Zeugniſſe der Forſtbedienten bei Unterſuchung der erſtern. 26. II. 520. — iſt auf interimiſtiſch angeſtellte Privatförſter nicht auszudehnen. 26. II. 520. — Einziehung und Verrechnung der Geldſtrafen für ſelbige. 24. IV. 1025. — Verjährung der Strafen für ſelbige. 23. II. 284. — in Gemeinde-Waldungen, Verfahren rückſichtl. derſ. 22. II. 350. — desgl. in Privat-Waldungen. 22. IV. 862. — 24. I. 61. — ſ. a. Forſtſtrafgelder. — in Königl. Forſten, allgemeine Sicherheitsmaßregeln gegen ſelbige. 30. IV. 744. f. — Verfahren bei den durch Holzdiebſtähle veranlaßten Hausſuchungen auf dem rechten Moſelufer in der Rheinprovinz. 31. III. 548. — Modifikationen des §. 29. des Geſetzes v. 7. Juni 1821, rückſichtl. der Strafen und Entſchädigungen bei Forſtdiebſtählen in den Rheinprovinzen. 31. III. 549. f. — Unterſuchung und Beſtrafung der Holzdiebſtähle durch die Königl. Juſtizämter. 33. II. 314. — Remuneration der Friedensrichter in der Rheinprovinz für Aburtelungen in dergleichen Angelegenheiten. 33. II. 318. — Glaubwürdigkeit und Beweiskraft der Forſtſchutzbeamten in Unterſuchungen wegen derſelben. 33. I. 57. — II. 308. — Abbüßung der dafür feſtgeſetzten Strafen durch Forſtarbeiten. 33. II. 315. — Verfahren bei Tilgung der Forſtſtrafreſte für dieſelben durch Arbeiten. 33. III. 613. — ſiehe auch Forſtſtrafgelder.

Holzdörren, feuergefährliches in Backöfen, Verbot deſſelben. v. K. A. 22. IV. 1015.

Holzeſſig, deſſen Anwendung bei der Klauenſeuche der Schafe. v. K. A. 26. II. 451.

Holzexceſſe, die Cognition über, in den der Bürgerſchaft

zuſtehenden Stadtforſten gehöret vor die Juſtizcollegien. J. C. Kl. A. 273. IV.

Holzfällen, G. E. wegen des Holzfällens des Gutsherrn auf den Gütern der Eigenbehörigen in der Gr. Tecklenburg v. 24. März 1756. Kl. A. 251. VI.

Holzflößer, ſ. Geſindeordnung.

Holzflößerei, auf ſchiffbaren Gewäſſern in Oſtpr. u. Litth., allgemeine Beſtimmungen rückſichtl. deſſelben. G. S. 1806. p. 2. 3. 38. 39. 42. — iſt mit loſem Klobenholz unterſagt. G. S. 1806. p. 3. — Erhebung der Kanalgefälle von ſelbiger bei den Bilawer, Gromader und Bromberger Stadt- und Kanalſchleuſen. G. S. 1826. p. 107. — auf der Saale und Unſtrut, ſtatt der von ſelbiger zeither entrichteten Abgaben findet ein tarifmäßiges Schleuſengeld ſtatt. G. S. 1827. p. 9 — 11. — Entſchädigung der zu erſtern berechtigt geweſenen Kommunen und Privatperſonen, ebendaſ. — ſ. a. Kanalgefälle und Schiffahrts-Abgaben.

Holzfuhren, J. C. den Streit zwiſchen einem Preußiſchen Amtsdorfe und dem Amte wegen der dem Privilegio zuwider geforderten Holzfuhren zum Bau einer Windmühle betr. v. 24. Juni 1791. Kl. A. 298. VIII. Die Streitſache verſchiedener Chatouller in Oſtpreußen wider das Domainenamt wegen angemutheter Holzfuhren wird an die Cammer verwieſen. J. C. v. 15. Oct. 1789. Kl. A. 245. IX. werden blos zur Nothdurft der Gutsherrſchaften von den Unterthanen geleiſtet. Lief. 2. p. 51.

Holzgeld, ſ. Unterſuchungskoſten.

Holzgelder, rückſtändige, für Soldatenfrauen und Kinder, Präkluſiv-Termin für deren Erhebung. G. S. 1822. p. 222.

Holzhandel, iſt den Cameral- und Forſtbedienten verboten. R. v. 5. Juli 1763. von Lamotte pr. Beiträge zur Cam. W. Th. 2. v. 1784. p. 244. — von dem, der Unterthanen des platten Landes, G. E. v. 18. Jan. 1799. St. B. p. 72. XIV. Publ. die Exportation der Schiffsbau- u. ſogenannten Nutzhölzer betr. v. 5. März 1800. E. S. p. 2803. X. — Wenn den zum Raff- u. Leſeholzberechtigten nur Gewerbeſcheine zum, ertheilet werden ſollen. N. A. B. 257. I. P. A. B. 59. — Ertheilung der Gewerbeſcheine zu ſelbigem. v. K. A. 17. IV. 69. — 18. IV. 1013.

Holzhauer, Niederlaſſungen derſelben in Waldungen. v. K. A. 24. III. 719.

Holzhöfe (Holzmärkte), deren Anlegung und Benutzung innerhalb der Feſtungs-Rayons, nach dem Regulativ v. 10. Sept. 1828. G. S. 1828. p. 125. 126. — durch letzteres wird das frühere Regulativ v. 29. März 1822 aufgehoben. G. S. 1822. p. 145 — 147. — 1828. p. 120.

Holzkohlen, ſ. Wildprett.

Holzladungen, von ſelbigen dürfen Schiffer- und Schiffsknechte nichts verkaufen. G. S. 1809. p. 573. — Strafbarkeit der Verkäufe und Ankäufe ſolcher Art. G. S. 1809. p. 573. — 1824. p. 79.

Holzmärkte, Verordn. wegen der, v. 8. Febr. 1723. C. S. IV. I. II. No. 111. die richtige Verwendung des verabreichten Freiholzes ſoll bei den Holzmärkten durch Atteſte der Baubedienten nachgewieſen werden. V. v. 8. Mai 1790. No. 131. des Caſſenhandb.

Holzordnung, ſ. Forſt.

Holzraupen, ſ. Kiehnraupen.

Holzſchlag, Regulativ wie bei demſelben in den Königl. Forſten zum Behuf des Holzgartens zu Königsberg in Pr. zu verfahren, v. 1. Oct. 1795. C. S. p. 2647. IX. — Wie es in Berlin mit Einbringung des Holzes gehalten werden ſoll. V. v. 21. Mai 1783. p. 2119. VII. v. 19. Juni 1788. p. 2126. VIII. — Das Einbringen des Holzes und der Holzkohlen in den Städten ohne gehörig ausgeſtellte, N. A. B. 142. IV. Atteſte iſt bei Strafe der Confiskation verboten, Publ. v. 4. Juni 1783. C.S. p. 2131. VII. R. v. 26. Apr. 1812. P. A. B. 170. II. K. A. B. 257. Publ. v. 28. Juli 1812. N. A. B. 421. II. p. 20. III. V. wegen des Denunciantenantheils, K. A. B. 257. II.

Holzſchlagen, ſ. Forſtarbeiten.

Holzſchleppen, auf chauſſirten und unchauſſirten Straßen iſt mit einer gleichen Strafe von 1 Rthlr. belegt. v. K. A. 29. I. 167.

Holzſchneidereien, deren Anlegung in Straf- und Beſſerungs-Anſtalten zur Beſchäftigung der Gefangenen. v. K. A. 33. I. 166.

Holzſchonungen, ſ. Waldſchonungen.

Holzſchuhe, Bekleidung der Sträflinge mit ſelbigen. v. K. A. 26. IV. 1104.

Holzſchwamm, bei Gebäuden, Mittel zu deſſen Vertilgung. v. K. A. 27. I. 229.

Holz-Straf- und Schaden-Erſatz-Gelder, deren Einziehung. v. K. A. 25. I. 153. — ſ. a. Forſtſtrafgelder.

Holzſtreitigkeiten, Freiholzſtreitigkeiten zwiſchen Forſtämtern und Privatperſonen gehören vor die Juſtizcollegien, Rgl. v. 1749. C. S. § 10. u. §. 24. p. 163. C. IV. R. v. 27. Apr. 1772. p. 145. V. b. Streitigkeiten über die Art der Ausſetzung des Brennholzes vor die Cammer, J. C. v. 15. Jan. 1751. p. 263. VIII. J. C. die Cognition in Sachen der Einſaſſen zu Budlacken wider das Domänenamt Taplacken wegen Befreiung von Schlagung und Anfuhr des Holzes zum Königl. Holzgarten betr. v. 5. Jan. 1791. Kl. A. 289. VIII. — Vom Recht des Magiſtrats zu Stettin, Stättegeld zu fodern. H. B. 3. 377. — ſ. Reſſort.

Holztage, C. O. wegen der von den Freiholzdeputanten zu nehmenden Torfs, v. 18. Juli 1799. R. v. 22. Aug. 1799. E. S. p. 2591. X.

Holztaxe, E. wegen Anweiſung des Holzes für diejenigen, welche ſolches ex privilegio aus Königl. Forſten erhalten, und der zu beobachtenden Holztaxe v. 11. März 1772. E. S. p. 119. V. b. auch ſollen künftig alle und jede Freiholzdeputanten, beſonders auch die Prediger und Schullehrer, welche Brennholz aus Königl. oder Particuliers-Holzungen zu erhalten berechtiget ſind, da, wo ihnen Torf gegeben werden kann, ſchuldig ſein, wenigſtens die Hälfte in Torf, und wenn ſie dies nicht wollen, in Gelde nach der Forſttaxe zu nehmen, C. O. v. 18. Juli 1799 und R. v. 22. Aug. 1799. E. S. p. 2591. X. — für die Neumark, v. 24. Dez. 1799. p. 2718. X. — für Bau-, Nutz- und Brennholz in der Chur- u. Altmark, v. 9. Juni 1801. E. S. p. 310. XI. — für die Litthauiſchen Forſten, v. 11. Jan. 1802. p. 670. XI. Die Forſten des Natangiſchen Kreiſes, de eod. p. 698. für die Magdeburgiſchen Forſten, v. 23. Mai 1802. p. 890. — Neue, für die Kurmark, v. 8. Jan. 1815. K. A. B. 164. V. — Publ. die Brennholzpreiſe in den Königl. Chur- u. Altmärkſchen Forſten betr. v. 12. Nov. 1799. E. S. p. 2686. X. Brennholztaxe für ſämmtliche Forſtreviere des Fürſt. Halberſtadt, v. 29. Nov. 1799. E. S. p. 2690. X. — Königliche, ſ. Holzdiebſtahl. — etatsmäßige, Veränderungen derſelben von Seiten der Regier.-Präſidenten zur Beförderung des Abſatzes. v. K. A. 28. II. 352. — ſ. a. Holz.

Holz-Uhrenmacher, Gewerbebetrieb derſelben im Umherziehen. G. S. 1824. p. 131. 135.

Holzungen, zu bäuerlichen Beſitzungen gehörig, Ablöſungen der gutsherrlichen Nutzungsrechte von ſelbigen. G. S. 1820. p. 180. f. — Verfahren rückſichtl. derſ. bei Gemeinheitstheilungen. G. S. 1821. p. 60. 67. f. 73. — bei bäuerlichen Beſitzungen in den zum ehemal. Königr. Weſtphalen, Großherz. Berg und den franz.-hanſeat. Departements gehörigen Landestheilen, Nutzungsrechte der Gutsherren an ſelbigen. G. S. 1825. p. 81. f. — 100. f. 117. f. — ſiehe auch Forſten, Waldungen und Holz; desgl. Ablöſungen.

Holzungsgerechtigkeit, ſ. Forſt, A. L. R. I. XXII. 197 — 239. — vom Holzungsrecht, welches gegen ein gewiſſes Quantum uniformirter 30 Jahr ausgeübt worden. H. B. IV. 93. — C. O. die durch die O. v. 18. Juli 1799. E. S. p. 2591. X. nicht beabſichtigte Schmälerung der Gerechtſame wirklicher Holzungsberechtigten betr. v. 24. Sept. 1802. p. 1214. XI. — Daß, wenn ein gewiſſes Quantum jährlicher Heidemiethe uniformirter ſeit 30 und mehr Jahren für eine Holzungsgerechtigkeit präſtirt

worden, ſolches für keine Zeitpacht, ſondern für eine Art der Coloniae perpetuae, welche der Emphyteusi gleich geſchätzt wird, zu halten ſei, und nicht willkührlich revocirt werden könne, iſt auch per 3 conf. erkannt in causa Gebrüder von Bergen auf Marwiz c. fiscum. 1785. 1787. — Zur Beurtheilung der Frage: welche Rechte dem Eigenthümer des Waldes und welche Rechte dem zur Hütung deſſelben Berechtigten in Rückſicht der von dem erſten in der Heide anzulegenden Schonungen überhaupt zuſtehen? beſtimmt das A. L. R. Th. 1. Tit. 22. §. 80. und von Schonungen bei der Waldhütung iſt das Nöthige §. 170. feſtgeſetzt. R. v. 22. Febr. 1774. E. S. p. 93. V. d. jud. in C. dom. zu Tammendorf c. domin. zu Trebichow, d. 19. Apr. 1799. d. 11. Juli, 16. Dez. 1800. — Freiholzberechtigte, welche das aſſignirte Holz nicht zur gehörigen Zeit abholen laſſen, verfallen in eine Geldſtrafe von 3 bis 20 Rthlr. N. A. B. 196. V. Ueber das Recht des Holzberechtigten, Holz zu verkaufen, v. K. J. 147. I. Von Verwendung und Abholung des aus K. Forſten verabreichten Bau- u. Reparatur-Holzes, N. A. B. 556. VI. — auf Königl. Forſten, Verfahren rückſichtl. derſ. bei Dismembrationen. v. K. A. 17. IV. 68. — Verfahren bei deren Ablöſung. Gemeinheitsth. Ordn. v. 7. Juni 1821. G. S. 1821. p. 68. — Die Beſtimmung des §. 237. des A. L. R. Th. I. Tit. 22., vermöge deren der Holzberechtigte das zu ſeinem Bedürfniſſe ihm angewieſene Holz nicht verkaufen kann, findet keine Anwendung, wenn die Holzberechtigung auf eine beſtimmte Quantität Holz beſchränkt iſt. Allegat aus dem Erkenntn. des Ober-Appell.-Senats des Kammergerichts v. 23. Dez. 1812. v. K. J. I. 142.

Holzverabreichungen, aus Königl. Forſten, ohne Entgeld oder gegen Bezahlung unter der Taxe, Nachweis der Berechtigung zu denſelben. v. K. A. 32. II. 375. — ſiehe auch Brennholz.

Holz-Verkauf, aus Königl. Forſten, Befugniſſe der Regierungen rückſichtl. deſſelben. G. S. 1808. p. 500. 501. — 1817. p. 264. — außerordentlicher, auf verſchuldeten Grundſtücken, in wie weit Realgläubiger und etwa vorhandene Lehns-Fideikommiß- und Majorats-Berechtigte ſich ſolchen gefallen laſſen müſſen. G. S. 1811. p. 303. — ſ. a. Forſten. — aus Königl. Forſten, Erhebung der Pflanzgelder und der Bau- u. Nutzholz-Tantieme von ſelbigem. v. K. A. 26. I. 38. seq. — in Gemeinheitstheilungsſachen, Stempelpflichtigkeit der Protokolle über ſelbigen. 26. III. 712. — ſ. a. Bauholz, Holzungsgerechtigkeit. — aus Königl. Forſten, Verfahren rückſichtl. deſſelben und Benennung der drei beſtbietenden Lizitanten. 27. I. 34. — kleinere Holzverkäufe, aus Königl. Forſten, an die ärmere Volksklaſſe, deren Anordnung und Ausführung. 30. IV. 746. — vollſtändige Führung der Ver-

ſteigerungs-Protokolle über dieſelben. 33. I. 60. — Verfahren mit den daraus eingehenden Geldern. 33. III. 611.

Holzverkaufs-Kontrakte, Sportel-Anwendung bei deren Aufnahme, Ausfertigung und Beſtätigung. G. S. 1825. p. 132. 133. — ſ. a. Verträge.

Holz-Verkaufsplätze, polizeiliche Vorſchriften für deren Anlegung in Berlin. v. K. A. 29. III. 581 — 586.

Holzverwalter, Inſtr. für die, v. 27. Mai 1785, nebſt Nachtrag v. 22. März 1799. E. S. p. 2262. X.

Holz-Verwendungs-Atteſte, deren Ausſtellung bei öffentlichen Bauten. v. K. A. 17. I. 78.

Holz-Viſitationen, bei ſelbigen ſollen Magiſträte u. Privat-Gutsbeſitzer den Forſtbedienten ſchnelle Hülfe gewähren. v. K. A. 21. I. 33. — Zuziehung der Dorfgerichte zu ſelbigen. 19. II. 344.

Holz-Vorräthe, deren Aufbewahrung darf nicht in der Nähe von Feuerungsanlagen ſtattfinden, wohl aber im Freien in angemeſſener Entfernung von Wohngebäuden und Feuerungsanlagen. v. K. A. 29. IV. 885.

Homagial-Eid, ſ. Huldigungseid, Lehnseid.

Homburg, ſ. Heſſen-Homburg. — landgräfl. heſſ. Amt, deſſen künftige Vereinigung mit dem zwiſchen den weſtl. preuß. Provinzen u. dem Großherzogth. Heſſen beſtehenden Zollverbande. G. S. 1830. p. 54.

Homicidium, ſ. Todſchlag.

Homöopatiſche Aerzte, Arzenei-Bereitung nach Vorſchriften derſelben in den Apotheken. v. K. A. 32. I. 245. — dürfen ihre Medikamente nicht ſelbſt präpariren, um ſolche nachher aus den Apotheken verkaufen zu laſſen. 32. I. 245. — dürfen ihre Arzeneien nicht ſelbſt dispenſiren. 33. I. 215.

Honigkuchenbäcker, ſ. Handwerksprivilegien.

Honigtonnen, V. wegen richtigen Maaßes der, v. 1597. E. S. V. II. VIII. No. 1.

Honorar; wer dergleichen nicht fordern kann. H. B. VI. 75. H. B. VII. 103. — Feſtſetzung des Honoraii der Maſſen-Curatoren, falls ſie ſich darüber mit den Gläubigern nicht geeinigt, oder die Mandatarien der letztern daſſelbe nach Verhältniß der Mühwaltung zu hoch beſtimmt haben. R. v. 14. Juli 1823. v. K. J. XXII. 94. ſ. Special-Vollmacht. — Ueber die den Juſtiz-Beamten geſtundeten Univerſitäts-Honorare. R. v. 16. Juni 1831. XXXVII. 376. — für Vorleſungen an der Univerſität zu Berlin, Begründung der Geſuche um Erlaß oder Stundung derſelben. v. K. A. 31. II. 340. f. — der Studirenden, ſ. Anſtellung. — der Profeſſoren, ſ. dieſe.

Hordenſchlag; wenn ein Lehnſchulze mit der Schäferei-gerechtigkeit (ſ. Dienſte) beliehen, ſo ſind die andern Dorfseinwohner, welchen das Recht des Schafhaltens zuſtehet, nicht befugt, demſelben das Horden mit ſeinen Schafen auf ſeinem Acker zu verbieten, wenn derſelbe auch gleich dieſes Horden in der vorhergehenden Zeit nicht ausgeübet. Jud. in C. Neom. in Sachen des Lehnſchulzen Klug zu Gurkow c. die Gemeine daſelbſt, p. 3. conf. v. 1794. 1795. 1796. — bäuerlicher, deſſen Verbot nach der Magdeburger Polizei-Ordn., Kap. 35. §. 21. wird aufgehoben. G. S. 1830. p. 109. — die deshalb erworbenen Unterſagungsrechte bleiben jedoch der Ablöſung oder Einſchränkung vorbehalten; ebendaſ. — bäuerlicher, Aufhebung des in der Magdeburger Polizei-Ordn. enthaltenen Verbots deſſelben. v. K. A. 31. IV. 904.

Horniſten, bei den Jägerbataillonen, freiwillig eingetretene, deren hiernächſtiger Uebergang zur Kriegsreſerve und Landwehr. v. K. A. 21. II. 158. — Bataillons-, deren Verſorgung im Civildienſte. 25. II. 289. — ſ. Anſtellung.

Hospitalbrand, ſ. Krankheiten, anſteckende.

Hospitalgüter, zu deren Erbverpachtung genügt die Genehmigung des Miniſteriums des Innern. v. K. A. 26. II. 421. — Lizitations-Bedingungen bei deren Verpachtung. 19. I. 170. (ſ. a. Armen-Anſtalten und Stiftungen, milde.) — Verpachtung deren Pertinenzien. 19. I. 170. — ſiehe auch Stiftungen, milde.

ſ. übrigens auch Gebührenfreiheit.

Hospital-Ordnung des großen Friedrichs-Hospitals v. 1703. E. S. I. II. No. 73. In dem Löbenichtſchen großen Hospital zu Königsberg in Pr. können auch ſchwermüthige Unteroffiziers u. gemeine Soldaten von den in andern Städten außerhalb Königsberg garniſonirenden Regimentern aufgenommen werden. R. v. 31. Jan. 1795. E. S. p. 2479. IX.

Hospitalweſen, ſiehe Krankenhaus-Angelegenheiten.

Hückengrund, ſ. Siegen, Fürſtenthum.

Hühneraugen-Pflaſter, deſſen Verkauf iſt nicht ſtrafbar. v. K. A. 25. IV. 1101.

Hühnerhunde, deren Führung iſt den Förſtern verboten. v. K. A. 20. III. 515.

Huiſſen, Enklave, tritt Preußen an die Niederlande ab. G. S. 1818. (Anh.) p. 25.

Hülfe, ſ. Selbſthülfe.

Hülfsarbeiter, in wie weit die Regier. zu deren Annahme höhere Genehmigung einholen müſſen. G. S. 1817. p. 251. — Die Oberlandesgerichte ſind authoriſirt, den Untergerichten die zur Be-

treibung des Hypothekenweſens benöthigten Gehülfen, deren Remunerirung aus dem Hypothekenfond erfolgt, ohne weitere Rückfrage zu bewilligen, jedoch iſt darauf zu ſehen, daß die Hülfsarbeiter den Fond nicht vor Regulirung des Hypothekenweſens erſchöpfen. R. v. 11. Dec. 1820. v. K. J. XVI. 256. — Zu einer temporairen Hülfsleiſtung ſind nur ſolche Aspiranten zu wählen, die durch den Krieg oder durch Wartegelder einen Anſpruch auf Civilverſorgung haben. Finden ſich dergleichen Beamte nicht ſchon bei den Gerichten, ſo iſt zeitig durch Rückfrage bei der Regierung für die Ausmittelung derſelben zu ſorgen. R. v. 12. März 1821. XVII. 89. ſ. Referendarien, Sportelreſte. — deren Anſtellung u. Remunerirung. v. K. A. 20. II. 224. — III. 461. 501. — IV. 814. ſ. a. Büreau-Gehülfen und Diätarien. — Cab. Ord. v. 10. März 1827, deren Anſtellung betr. v. K. J. XXIX. 93. 94. — Cirk. R. v. 7. Mai 1827, deren Anſtellung bei den Untergerichten betr. XXIX. 204 — 209. ſ. a. Penſionirung. — zeitherige, ſ. Civil-Supernumerarien. — in wie weit ſolche bei den Regierungen als Civil-Supernumerarien beibehalten werden können. v. K. A. 31. I. 2. — dürfen ohne Miniſterial-Genehmigung nicht angenommen werden. 31. I. 2. 3. — ſ. a. Civil-Supernumerarien. — bei den Untergerichten und Inquiſitoriaten, ſ. Diäten, Inquiſitoriate.

ſ. a. Entſchädigungs-Anſprüche.

Hülfsdienſte, bäuerliche, ſiehe Dienſte, Hand- und Spanndienſte, desgl. Baudienſte und Ablöſungen. — in der Provinz Pommern, ſ. letztere.

Hülfs-Exekutoren, ſ. Sportelreſte.

Hülfsfuhren, deren Geſtellung für die Poſten; ſ. dieſe und Pferde.

Hülfsgerichtsſchreiber, R. v. 5. Juli 1831, über die Qualifikation derſelben in den Rheinprovinzen. v. K. J. XXXVIII. 167. 168.

Hülfskaſſe, Provinzial-, deren Errichtung von Seiten der Landſtände der Provinz Weſtphalen. v. K. A. 32. I. 135 — 145. — Zuſätze zu deren Statut. Geſetz v. 4. Aug. 1834. — 34. III. 729.

Hülfslehrer, ſ. Lehrer.

Hülfsvereine, deren Bildung zur Abwendung des Brodmangels und der Theuerung für die arbeitende ärmere Volksklaſſe. v. K. A. 30. IV. 792. ff.

Hülſenfrüchte, zur Mühle beſtimmt, Akziſe-Entrichtung für ſelbige. G. S. 1819. p. 122. — ſtatt deren wird eine Mahlſteuer entrichtet. G. S. 1820. p. 136. 143.

Hüningen, Stadt, deren Feſtungswerke werden geſchleift und dürfen von der franz. Regierung zu keiner Zeit wieder herge-

ſtellt, noch in der Nähe von Baſel neue angelegt werden. G. S. 1816. p. 18. 19.

Hüten, ſ. Forſtkontravention.

Hütten=Aemter und Behörden, ſtehen unter dem Berghauptmann. G. S. 1810. p. 13. — deren Gerichtsbarkeit hört auf. G. S. 1808. p. 468. — Verwaltung der denſelben wiederum beigelegten Gerichtsbarkeit durch beſondere Berggerichte. G. 1816. p. 104. ff.

Hütten=Angelegenheiten, Gültigkeit der in ſelbigen abgeſchloſſenen Kontrakte. v. K. A. 28. II. 363. ſ. Bergwerke.

Hütten=Arbeiter und Bediente, Verfahren bei deren Annahme. v. K. A. 25. II. 370. — deren Militairpflichtigkeit und Einbeorderung. 17. III. 227. — ſind von dem Gehalts=Quittungs=Stempel befreit. 18. IV. 971. — dürfen ohne Trauſchein der Bergbehörde nicht aufgeboten und getraut werden. 33. II. 392. ſ. Bergleute.

Hütten=Beamte, deren Anſtellung. G. S. 1808. p. 491. — Ausübung der Gerichtsbarkeit über ſelbige. G. S. 1816. p. 105. — Kognition über gemeine Verbrechen derſelben; ebendaſ. — ſ. a. Gerichtsbarkeit, Hütten=Juſtizämter, desgl. Bergwerksbeamte.

Hüttenbetrieb, wozu eine Belehnung der Bergbaubehörde erforderlich, iſt gewerbeſteuerfrei. G. S. 1823. p. 16. — gewerkſchaftlicher, Anwendung der Stempelpflichtigkeit in Angelegenheiten deſſelben. v. K. A. 32. I. 76. — Befreiung deſſelben von der Gewerbeſteuer. R. v. 15. Jan. 1834. — 34. I. 50. — mit welchem nicht eine Fabrikation von Waaren zum Handel verbunden iſt — deſſen Gewerbeſteuerfreiheit. Cab. Ord. v. 17. Dez. 1833. G. S. 1834. p. 5. — ſ. Bergwerke.

Hüttengewerkſchaften, Ernennung von Bevollmächtigten und Repräſentanten für ſelbige. v. K. A. 20. II. 242.

Hütten=Juſtizämter; Concurrenz der Berg= und Hüttenbeamten bei den gerichtlichen Verhandlungen der Hütten=Juſtizämter. R. v. 4. Juni 1814. v. K. J. III. 254.

Hütten= und Hammerordnung für ſämmtliche Königl. Eiſen=, Blech=, Kupfer= und andere Hütten= u. Hammerwerke v. 27. Apr. 1769. c. Privil. v. 1. Nov. 1768. C. S. p. 5717. 5035. IV. nebſt Verordn., wie es mit dem Holzſchlagen bei ſelbigen gehalten werden ſoll, v. 18. Jan. 1779. p. 1421. VI. ſ. Bergwerke.

Hütten=Regal, Verfahren bei Kontraventionen gegen daſſelbe. v. K. A. 31. IV. 734.

Hüttenſachen, über deren Portofreiheit. v. K. A. 17. I. 63.

Hüttenwerke, Subhaſtationspatente von ſelbigen dürfen in den Kirchen nicht mehr abgeleſen werden. G. S. 1825 p. 220. — deren Benutzung in ſtandesherrl. Bezirken. G. S. 1820. p. 88. — allgemeine Adminiſtration derſelben, Theilung deren Schulden mit dem Königreiche Weſtphalen. G. S. 1811. p. 227. — von der Zechenwirthſchaft auf den Hüttenwerken, ſ. Zechen⸗Wirthſchaft. — Berechtigungstitel für ſelbige. v. K. A. 23. III. 609. — Ausübung der Bergwerkspolizei auf ſelbigen. 24. IV. 1027. — und Bergwerke, Förmlichkeiten der Subhaſtationen derſelben, ſiehe Subhaſtation; desgl. Bergwerke und Subhaſtationspatent.

Hüttenweſen, oberſte Verwaltung deſſelben durch die dafür beſtimmte Abtheilung im Miniſterium des Innern. G. S. 1808. p. 363. 368. — deſſen Leitung reſſortirt von dem Gewerbe⸗Departement im Miniſterio des Innern. G. S. 1810. p. 13. — demſelben iſt ein Berghauptmann als Direktor vorgeſetzt; ebendaſ. — deſſen ganze Leitung wird dem Finanz⸗Miniſterio übertragen. G. S. 1814. p. 3. 42. — deſſen Verwaltung geht wiederum zum Miniſterio des Innern über. G. S. 1817. p. 290. — 1819. p. 3. — reſſortirt in techniſcher Hinſicht von den Bergwerksbehörden allein, in polizeilicher Beziehung aber auch von den Regierungen. G. S. 1808. p. 467. — ſ. a. Bergwerks⸗Angelegenheiten, Bergwerksweſen ꝛc.

Hütung; Publ. wegen Behütung der k. Forſten mit dem Viehe der Einlieger in den Amtsdörfern betr. N. A. B. 583. VI. Die Verordnung wegen Beſtimmung der Hütungs⸗ und Hebungstermine, v. 31. Aug. 1800, nebſt dem in derſelben bezogenen R. v. 19. Mai 1770. (ungedr.) Publ. wider das Austreiben des Viehes ohne Begleitung eines Hirten für die Chur⸗, Neumark u. Pommern, v. 8. Apr. 1806. J. M. III. 241. — in königl. Forſten, unter welchen Bedingungen ſolche den Domainen⸗Einſaſſen in Oſt⸗ und Weſtpreußen und Litthauen bewilligt worden. G. S. 1808. p. 246. 282. f. — Auseinanderſetzung rückſichtl. derſelben zwiſchen Gutsherrſchaften und Inhabern erblicher und nicht erblicher Bauerhöfe. G. S. 1811. p. 285. f. 292. f. — 1816. p. 159 — 161. — in den zu Bauergütern gehörigen Holzungen, Anſprüche der Gutsherrſchaft auf deren Nutzung. G. S. 1825. p. 81. 100. 117. — Gemeinde⸗, Aufhebung oder Beibehaltung derſelben. G. S. 1821. p. 55. — Feſtſtellung der Theilnehmungsrechte an ſelbigen bei Aufhebungen. G. S. 1821. p. 57. f. 67. 68. f. — Verwandlung derſelben in Ackerländereien. G. S. 1811. p. 304. — 1821. p. 75. f. — deren Gewährung für die Bauerwirthe bei Auseinanderſetzungen mit der Gutsherrſchaft im Großherzogth. Poſen ꝛc. G. S. 1823. p. 60. 64. — ſ. a. Schaafhütung; desgl. Weide. — des

Viehes, Termin-Beſtimmungen für ſelbige. v. K. A. 17. II. 72. — ſ. a. Viehhüten.

Hütungsberechtigungen in königl. Forſten, Beſtimmungen rückſichtl. derſ. bei Gemeinheitstheilungen. v. K. A. 17. IV. 68. — 21. IV. 841. — Entſchädigung für ſelbige bei Ablöſungen. 23. III. 602. seq.

Hütungsexceſſe, ſ. Forſt. Wer ſein Vieh vorſätzlich auf fremde Grundſtücke treibt, ſoll nach Verhältniß der Anzahl des Viehes und des Schadens mit Gefängniß- oder Zuchthausſtrafe von 4 Wochen bis zu 3 Monaten belegt, auch dieſe Strafe im Wiederholungsfalle durch Verlängerung der Dauer, allenfalls bis zu einem Jahre, oder körperliche Züchtigung verſchärft werden. Publ. v. 8. Apr. 1806. E. S. p. 122. XII. J. M. 241. III. ſ. a. Ern. Verordnung v. 22. Jun. 1800. — ſ. a. Schonungen.

Hütungsgerechtigkeit, A. L. R. I. XXII. 80—145. — Feldordnung zur Abſtellung der im Fürſt. Halberſtadt beim Ackerbau, Huth und Weiden eingeſchlichenen Unordnungen v. 27. Juli 1759. E. S. p. 377. II. c. D. wenn die Schäfer der Eximirten ſolche übertreten, v. 29. Apr. 1765. p. 689. III. R. die Aufhebung der Commun-Hütungen in Pommern betr. v. 29. Juli 1763. p. 253. III. R. die Abſtellung der Frühjahrshütung betr. v. 19. Mai 1770. p. 6787. IV. ſ. a. E. die Begünſtigung des Anbaues der Futterkräuter in der Churmark und im Magdeburgſchen betr. v. 21. Febr. 1791. p. 26. IX. — J. E. die Cognition eines Streits zwiſchen zweien Amtsdorfgemeinen wegen ſtreitiger Hütung betr. v. 8. Juli 1790. Kl. A. 253. IX. Streitigkeiten zwiſchen Amtsgemeinen und Magiſträten wegen der Hütungsbefugniß gehören vor die Juſtizcollegien. J. E. v. 27. Sept. 1792. C. 284. X. Gänſe dürfen nicht auf Hütungsplätzen für Ochſen, Kühe, Pferde und Schweine gehütet werden, Lief. 2. p. 49. Wer das Recht hat, einen beſondern Hirten zu halten, dem ſtehet auch frei, das Güſte-Vieh und die melkenden Kühe, jedes in beſondern Haufen zu hüten. St. B. p. 73. VI. — Die Frage: ob, wenn der Hütungsberechtigte ſolche Wirthſchaftsanſtalten und Einrichtungen auf ſeinem Gute macht, daß er z. B. durch Anbau von Klee oder andern Futterkräutern mehr Heu gewinnt, als zu der Zeit, da die servitus pascendi conſtituiret, auf ſeinem Gute gewonnen worden, ſo daß er dadurch in den Stand geſetzt wird, mehr Vieh auf ſeinem Gute, mit dem daſelbſt gewonnenen Futter zu durchwintern, als vorher geſchehen können, ſeine servitus pascendi ſich auch auf diejenige größere Anzahl von Vieh, ſo er nunmehro mit dem daſelbſt gewonnenen eigenen Futter durchwintern kann, erſtrecke? iſt negative entſchieden in C. Kubale c. v. Sydow per 3 conformes v. 1797. 1798. 1799. — Von der Hütungsgerechtigkeit bei gefrorner Saat. H. B. Z. 383. ob ſolche auch

mit Schweinen zu exerciren. H. B. VI. 98. vom wechſelſeitigen Hütungsrecht III. 62. ob Schaafe vom gemeinen Hirten gehütet werden müſſen. VIII. 17. ſ. a. Hirten. — Wenn wüſte Feldmarken unter landesherrlicher Genehmigung wieder angebauet und mit Unterthanen beſetzt werden, findet wegen älterer Hütungsanſprüche keine prozeſſualiſche Einleitung ſtatt. E. O. v. 14. Juli u. R. v. 4. Aug. 1800. N. Arch. p. 265. Th. 1. H. 3. — Bei der Frühjahrsbehütung der Wieſen ſind in Folge des R. v. 19. Mai 1770. E. S. p. 6787. IV. die bisherigen Hütungs- und Hebungstermine auf die Jahrestage des verbeſſerten und Gregorianiſchen Calenders verlegt worden. V. v. 31. Aug. 1800. Alle zur Schweinehütung Berechtigte ſind gehalten, ihre Schweine, vor der Hütungszeit in den Forſten, beringeln zu laſſen. Publ. der N. Kr. u. D. im Gefolge des E. v. 27. Nov. 1719. IV. I. II. No. 101. v. 15. Dec. 1786.

Hütungstermine; V. deren Verlegung betr. v. 1800. E. S. p. 3050. X.

Hufelandſche Stiftung, in Berlin zur Unterſtützung dürftiger Medizinal-Perſonen, Portofreiheit für dieſelbe. v. K. A. 31. II. 295.

Hufen, über das Hufenmaaß in der Churmark in rechtlicher Hinſicht, J. M. II. p. 277. Ob Hufe eine beſtimmte Größe bezeichnet, und das Flächenmaaß derſelben durch alle drei Felder der Bewirthſchaftung, oder nur in einem Felde zu rechnen? Erk. J. M. IV. 11. nach ſolchen wird in öffentlichen Verhandlungen nicht mehr gerechnet. G. S. 1816. p. 150. — ſ. a. Reſſort.

Hufenholzungen, verzeitpachtete, deren forſtmäßige Behandlung. v. K. A. 18. IV. 1000.

Hufen- (und Giebel-) Schoß, ſ. J. M. X. 251. iſt nicht unter den einzutragenden beſtändigen Laſten und Abgaben zu verſtehen. H. O. Tit. 1. §. 48. p. 13.

Hufenſchoß-Kaſſe, der kurmärkſchen Landſchaft, wird aufgehoben. G. S. 1820. p. 19.

Huf- und Waffenſchmiede, ſ. Handwerksprivilegien.

Huldigung der Unterthanen, deren Ableiſtung, beſonders in ſtandesherrlichen Gebieten. v. K. A. 23. II. 230.

Huldigungs-Eid, Verordnungen, deſſen Leiſtung betr. v. 18. Jan. 1720. E. S. II. V. No. 65. v. 13. Mai 1726. No. 79. v. 16. Mai 1731. No. 80. v. 18. Juni 1731. VI. II. No. 220. v. 11. Oct. 1732. No. 232. V. v. 20. Dez. 1733. No. 239. R. v. 11. Oct. 1773. p. 2447. V. e. Formular deſſelben, p. 346. C. I. und vorallegirtes Reſcript. — (Homagial-Eid), deſſen Ableiſtung vom Militair. G. S. 1811. p. 155. — von den Erwerbern der Grundſtücke zu leiſten, deſſen Abnahme durch die Hypotheken-Behörden. G.

S. 1808. p. 465. — 1815. p. 87. — im Herzogth. Sachſen geleiſtet, ſoll auch als Lehnseid angeſehen werden. G. S. 1817. p. 121. — Formen und Feierlichkeiten bei Abnahme des von einem Juden zu leiſtenden Homagialeides. R. v. 6. Febr. 1812. v. K. J. II. 194. — deſſen Abnahme bei Erwerbung ſtädtiſcher Grundſtücke und Anſetzung der Gebühren, wenn derſelbe vor den Untergerichten geleiſtet wird. R. v. 30. Dec. 1815. VII. 5. — (Unterthanen-Eid), deſſen Abnahme. v. K. A. 27. III. 605. — deſſen Ableiſtung bei neuen Anſiedelungen. 27. I. 31. — Entbindung der in Polen oder Gallizien ſich perſönlich aufhaltenden, im Großherzogth. Poſen aber mit Grundeigenthum angeſeſſenen ehemals polniſchen Unterthanen von deſſen Leiſtung. 29. II. 228. — über die Ableiſtung deſſelben. R. v. 10. Febr. 1834. — 34. I. 14. — iſt von Beamten außer dem Dienſteide nicht zu leiſten. Cab. Ord. v. 17. Juli 1834. — 34. III. 635. u. v. K. J. XLIV. 105. — von den Beſitzern eximirter Grundſtücke zu leiſten. R. v. 9. Sept. 1834. v. K. J. XLIV. 103. ſ. a. Eid.

Huldigungs-Sachen, Reſſort der Regierungen und Oberlandesgerichte in ſelbigen. G. S. 1808. p. 465. — 1815. p. 87. 88. — 1817. p. 249. — 1826. p. 7.

Hummel, J. N., großherz. ſächſiſcher Kapellmeiſter zu Weimar, erhält für ſein Werk: „ausführliche theoretiſch-praktiſche Anweiſung zum Spielen des Pianoforte ꝛc." ein Privilegium gegen den Nachdruck. G. S. 1826. p. 77.

Hunde, C. wegen Benehmung des Tollwurms, v. 12. Mai 1753. E. S. p. 454. I. v. 2. Apr. 1761. p. 7. III. E. v. 20. Febr. 1767. p. 693. IV. R. v. 27. Febr. v. 20. Aug. 1767. p. 755. 973. IV. wegen der Marienwurm-Latwerge, v. 21. Juni 1796. p. 467. X. E. v. 20. Febr. 1797. p. 938. X. — Ed. wegen der tollen, v. 20. Juli 1799. E. S. p. 2591. X. Publ. des Ober-Collegii Medici, das Mittel wieder den tollen Hundesbiß betr. v. 23. Juni 1777. (beſond. gedr.) — V. die Knüttelung der, betr. K. A. B. 239. VI. Wie diejenigen zu beſtrafen, welche die bei ihnen toll gewordenen Hunde, oder von einem tollen Hunde gebiſſenen, zu tödten unterlaſſen, und, wenn ſolche Schaden angerichtet, für deſſen Erſatz einſtehen ſollen; auch daß, wenn ein Menſch von einem dergleichen Hunde gebiſſen worden, ſolches von deſſen Angehörigen bei Strafe dem Phyſikus, Chirurgus oder Arzte angezeigt werden, dieſes auch bei Pferden, dem Rind-, Schaaf- und Schweinevieh ſtattfinden ſoll, beſtimmt das Ed. v. 20. Febr. 1797. §. 2. — 6. E. S. p. 940. IX. — Die V. wegen Knüttelung der Hunde auf dem Lande, v. 15. Novbr. 1713. IV. I. II. No. 87. v. 17. März 1725. No. 122. v. 31. März 1790. p. 2917. VIII. Forſt-Ordn. v. 20. Mai 1720. Tit. 28. No. 104. iſt ſo wie das E. wegen des Tollwerdens der Hunde,

v. 20. Febr. 1797. p. 937. X. in Erinnerung gebracht. K. A. B. 128. I. 147. 200. IV. N. A. B. 80. 286. 319. — polizeiliche Anordnungen rückſichtl. deren Haltung und Behandlung. v. K. A. 17. IV. 217. — 18. IV. 1126. — 21. II. 423 — 426. — 22. III. 738. seq. — 23. IV. 918. — beißige, ſollen mit Maulkörben verſehen ſein. 17. IV. 214. — 19. I. 211. — II. 489. — desgl. mit Halsbändern oder angemeſſenen Knüppeln. 17. I. 220. — IV. 214. — 19. II. 489. — dürfen Poſtreiſende nicht bei ſich führen. 22. III. 594. — 24. II. 368. — ungeknüttelte, Verwendung der Strafgelder für das Umherlaufen derſelben. 24. II. 490. — mit laut hetzenden ſoll keine Jagd gemacht werden. 18. I. 54. — die auf Jagdrevieren ungeknüttelt umherlaufen, Strafverfahren gegen deren Beſitzer. 25. II. 444. — Hetzen des jungen Schlachtviehes durch ſelbige iſt verboten. 21. I. 184. — II. 432. — III. 681. — herrenloſe, deren Tödtung durch Scharfrichter und Abdecker. 19. I. 212. — II. 489. 490. 522. 535. — III. 793. — Prämien-Anweiſung für deren Aufgreifung. 26. I. 26. — Anordnungen wegen derſelben in der Stadt Lüneburg. 19. IV. 1062. — desgl. im Königreich Würtemberg. 18. III. 921. — ſ. a. Hundswuth. — beißige, an Karren, Verſorgung derſelben mit Maulkörben. 27. IV. 1003. — böſe, deren Abſchaffung zu verfügen und das nächtliche Ausſchließen derſelben aus den Häuſern zu verpönen, ſind die Polizeibehörden verpflichtet und berechtigt. 29. II. 356. — gefährliche und beißige, Beſtrafung der Eigenthümer für unterlaſſene Sicherheitsmaßregeln gegen ſelbige in Beziehung auf das Publikum. 29. IV. 889. — das Aufhetzen derſelben gegen Menſchen iſt ſtrafbar. 29. III. 666. — Verbot des Hetzens des Schlachtviehes durch dieſelben. 31. III. 579. f. — polizeiliche Anordnungen gegen das freie und aufſichtsloſe Umherlaufen derſelben. 33. I. 172.

Hundeſteuer, deren Einführung ſoll auf den Antrag der Kommunen nachgegeben werden. v. K. A. 24. III. 900. — 25. II. 445. — IV. 1070. — 26. I 136. 137. — II. 486. — III. 805. — deren Verwendung. 26. I. 137. — deren Einführung auf den Antrag der Gemeinden. 27. I. 185. — deren Einführung u. Wiederaufhebung kann den ſtädtiſchen Kommunen überlaſſen werden. 28. I. 163. — Berechtigung der Stadtgemeinden zu Einführung derſelben, welche jedoch das Maximum von 3 Rthlr. jährlich nicht überſteigen darf. 29. II. 354 — 357. — in wie weit bei deren Einführung und Ausführung Stadtverordnete, Magiſträte und Regierungen konkurriren. 29. IV. 890. — Befreiungen von dieſer Steuer. 29. II. 355. — Verwendung derſelben und Beſtrafung deren Defraudation. 29. II. 355. — deren Verwendung für Armenfonds, auch der von eximirten Civilperſonen aufkommenden Beträge. 29. IV. 891. — Ermäßigung der dafür angenommenen Sätze von

Seiten der Regierungen. 30. I. 151. — Befreiung der außer den Stadtbezirken wohnenden Perſonen von derſelben. 30. II. 404. — von eximirten Civilperſonen entrichtet, deren Verwendung für Armenfonds und Schulzwecke ohne weitere Anfrage. 30. I. 151. — Reglement über deren Einführung in der Stadt Berlin v. 23. März 1830. — 30. I. 145 — 151. — Befugniß der Regierungen, von derſelben zu befreien. 33. II. 482. — derſelben ſind nur die zum Vergnügen gehaltenen Hunde unterworfen; ebendaſ.

Hundswuth, polizeiliche Maßregeln gegen ſelbige. v. K. A. 17. I. 220. — II. 217. — III. 185. — IV. 214. — 18. II. 426. 437. 445. 451. – 18. III. 813. — III. 840. — IV. 1114 — 1127. — 19. II. 519. 522. — III. 793. — 20. I. 96. — III. 587. — Mißbrauch des ſogenannten Schlangen- oder Giftſteins gegen ſelbige. 19. II. 562. — III. 804. — Behandlung der dadurch verletzten Perſonen. 20. IV. 865. — IV. 948 — 952. — ſ. a. Waſſerſcheu. — (Tollkrankheit der Hunde) allgemeine Belehrungen über die Kennzeichen und die Verhütung derſelben. 29. III. 647 — 667. — Geſetzliche Beſtimmungen über das rückſichtl. derſelben zu beobachtende Verfahren. 29. III. 666.

Hurenwirthſchaften, ſ. Bordelle.

Hurerei, gemeine, A. L. R. Th. 2. Tit. 20. §. 999 — 1026. Im §. 996. 997. wird unter einem Kuppler nicht nur derjenige, welcher junge unſchuldige Leute, oder dergleichen verheirathete Perſonen zur Unzucht mit andern verführen, (in welchem Sinn das Bordellregl. v. 2. Febr. 1792. §. 19. E. S. p. 765. IX. Rabe, p. 228. II. das Wort: Kuppler nimmt) ſondern auch ein ſolcher verſtanden, welcher unerlaubte Verſtändniſſe zwiſchen Perſonen beiderlei Geſchlechts, ohne daß dieſelben eben ganz unbefleckt und unſchuldig ſein dürfen, dergeſtalt begünſtigt, daß er ihnen in ſeiner Wohnung Gelegenheit verſchafft, oder ſonſt dazu behülflich iſt, unzüchtige Handlungen vorzunehmen. Nur muß die Weibsperſon keine feile Dirne ſein, die der Kuppler ſelbſt hält, oder in ſeiner Wohnung den Mannsperſonen zuführt, weil dieſes alsdann ſchon in eine verbotene Hurenwirthſchaft übergeht, welche das Landrecht von der Kuppelei unterſcheidet, und Th. 2. Tit. 20. §. 1001. mit beſondern Strafen belegt. Auch iſt es nicht ſtrafbar, wenn ein Hurenwirth geſtattet, daß Jemand, welcher ſeiner Aufſicht nicht anvertrauet und großjährig iſt, ſich eine bei der Polizei eingeſchriebene öffentliche Hure kommen läßt. R. v. 14. Oct. 1799. St. B. 269. IX. — Auch in den Reſidenzen Berlins ſind die Winkelkuppler und Kupplerinnen den im A. L. R. geordneten Strafen unterworfen, und gebühret die Unterſuchung und Entſcheidung in Sachen dieſer Art den Criminalgerichten. R. v. 2. Juli 1798. Amel. Archiv, 394. b. B. I. ſo wie die Stadtgerichte auch die Unterſuchung ſowohl gegen die

Kuppler, als gegen die heimlichen Hurenwirthe zu übernehmen gehalten ſind. — Eine der Winkelhurerei verdächtige Weibsperſon daſelbſt ſoll von der Polizei vorgefordert, von einem der Polizei-Offizianten mit den geſetzlichen Vorſchriften wegen Beſtrafung der Winkelhurerei, A. L. R. c. l. §. 1023. 1024. bekannt gemacht, und darüber eine kurze Regiſtratur aufgenommen werden. Wird nun eine dergleichen verwarnte Weibsperſon wegen wirklich verübter Hurerei von Seiten der Polizeibehörde, R. v. 23. Apr. 1800. St. B. 253. XI. zur Unterſuchung gezogen, ſo kann ſie mit der dadurch verwirkten Strafe belegt, iſt ſie aber noch nicht verwarnt worden, ſo kann nur, wenn ſie ſonſt ſchuldig befunden wird, auf eine außerordentliche Polizeiſtrafe erkannt werden. R. v. 11. Nov. 1799. p. 319. St. B. X. durch welche Feſtſetzung jedoch die ganz beſtimmte Vorſchrift des A. L. R. Th. 2. Tit. 20. §. 1023. im Allgemeinen nicht geändert, und die Beſtrafung der von der Hurerei, ohne ſich ausdrücklich unter die beſondere Aufſicht der Polizei zu begeben, ein Gewerbe machenden Weibsperſonen beſchränkt werden ſollen. R. v. 19. Juli 1814. v. K. J. 285. III. — Winkel-, als Gewerbe, polizeiliche Beaufſichtigung und Beſtrafung derſelben. v. K. A. 24. III. 881. — ſ. a. Unzucht; desgl. Winkelhurerei.

Huſten bei Kindern, Behandlung derſelben in ſolcher Krankheit. v. K. A. 19. II. 555.

Huth, ſ. Hütung.

Huthfreiheit, ſ. Hütung und Weide.

Hutkordons, in wie fern ſolche die obern Militairchirurgen tragen dürfen. G. S. 1808. p. 322. — deren Tragung bei Civil-Uniformen von früheren Militairperſonen und Landwehr-Offizieren. v. K. A. 26. II. 302. — dürfen Livree-Bediente nicht anlegen. 17. I. 4. 5.

Hutmacher, Regl. für die -Geſellen, v. 31. März 1801. C. S. p. 130. XI. — ſ. Handwerksprivilegien.

Hutverzierung, bei den Uniformen der Civilbeamten. v. K. A. 32. II. 332. 333. 334. 337. — Ermäßigung der Steuern von ſelbigen auf den Meſſen. G. S. 1834. p. 7.

Hyberinen-Gelder, ehemal., in den Städten der Provinz Poſen, deren Fortfall. v. K. A. 33. IV. 913.

Hypothek, (General-) A. L. R. I. XX. 448 — 452. — Hypotheca generalis, erſtreckt ſich nur auf die zur Zeit des Concurſes vorhandenen Mobilien des Gemeinſchuldners. R. v. 8. Dez. 1762. C. S. p. 169. III. c. R. v. 3. Sept. 1765. p. 1021. III. auch auf bona futura. H. B. VII. 99. ſtillſchweigende, müſſen zur Erhaltung des Vorzugsrechts eingetragen werden. Pat. v. 13. Mai 1781. C. S. p. 301. VII. Hypotheca judicialis generalis anterior kann vor der speciali posteriori den Vorzug haben. G. C. v. 2. Apr.

1784. Kl. A. 144. I. – kann nach der Wahl des Gläubigers auf alle, oder nur auf einige Güter ſeines Schuldners, H. O. Tit. 2. §. 165. p. 60. auf deſſen Namen der titulus possessionis noch berichtiget ſtehet, §. 166. eingetragen werden; und erſterer erhält die Rechte eines ingroſſirten Gläubigers nur auf diejenigen, auf welche die Eintragung wirklich geſchehen iſt; §. 167. §. 168. p. 61. daher die General-Hypothek nicht anders, als auf diejenigen Güter eingetragen werden darf, welche in dem Geſuche zu dieſem Behuf ausdrücklich benannt worden, ohne daß das Gericht ſchuldig, ſolche auch auf die übrigen, deren keine Erwähnung geſchehen, einzutragen. R. v. 24. Aug. 1784. ad XII. E. S. p. 2907. VII. — ſtillſchweigende und geſetzliche, A. L. R. I. XX. 412. Publ. Pat. v. 5. Febr. 1794. §. 15. ſ. a. Reſcr. an die Magdeburgiſche Regierung v. 29. Mai 1797. St. B. 121. V. werden unter der dritten Hauptrubrik H. O. Tit. 1. §. 50. p. 15. jedoch nicht von Amtswegen, Tit. 2. §. 182. — §. 193. p. 64. eingetragen. Vom Vorzuge der Spezial-Hypothek vor der General-Hypothek in einem beſondern Falle, ſ. G. E. v. 2. und R. u. 17. Apr. 1784. Kl. Annal. p. 144. I. Hypothekariſche Forderungen werden im Concurſe in der dritten Claſſe nach Zeit der erfolgten Eintragung, ohne Rückſicht, ob ſie mit einer General- oder Spezial-Hypothek verſehen ſind, angeſetzt. A. L. R. I. XX. 500. A. G. O. I. 50. 387 — 394. — G. E. über die Gültigkeit einer Hypothek auf ſchleſiſche adliche Güter auf den Grund einer ohne Königl. Conſens vermerkten protestatio de non intabulando, v. 17. Apr. 1787. Kl. A. 313. I. G. E. die durch die Hypotheken-Ordn. v. 20. Dez. 1783. (E. S. p. 2607. VII.) Tit. 2. Sect. 2. §. 62. nicht für aufgehoben zu achtende Verordn. des preuß. Landrechts Th. 2. B. 4. Tit. 6. Art. 7. §. 1. betr. v. 23. Sept. 1791. Kl. A. 268. IX. Die Conſtituirung u. Eintragung einer, auf ein Grundſtück, auf welchem die Einſchränkung des Beſitzers, als Beneficialerbe vermerkt iſt, iſt nur in ſo weit von Wirkung, als dieſelbe nicht den Erbſchaftsgläubigern zum Nachtheile gereicht. R. vom 26. Jun. 1810. J. M. IX. 542. Das förmliche Aufgebot des, über eine geſchehene Ingroſſation ertheilten, aber verloren gegangenen, Recognitionsſcheines iſt nicht erforderlich, ſondern es kann auf den Grund der Quittung und des Mortifikationsſcheins des vormaligen Inhabers mit der Löſchuug im Hypothekenbuche verfahren werden. R. v. 14. Sept. 1805. J. M. X. 16. ſ. a. R. v. 27. Dec. 1806. p. 101. Nur durch Löſchung wird das Hypothekenrecht aufgehoben. R. v. 31. Aug. 1806. E. S. p. 742. XII. J. M. X. p. 29. — In wiefern nach Franzöſiſchen Geſetzen Erkenntniſſe eine gerichtliche Hypothek begründen, und aus den Urteln, die während der Gültigkeit jener Geſetze ergangen ſind, nach Wiedereinführung des Preußiſchen Rechts Eintragungen in die jetzigen Hypothekenbücher nach-

geſucht werden können. Reſcr. vom 5. Nov. 1819. v. K. J. XIV. 246. — Erneuerung der Inſcriptionen der Hypotheken in den Rheinprovinzen und Entrichtnng der Inſcriptionsgebühren. Reſcr. v. 2. Aug. 1820. XVI. 96. — ſiehe Beneficial-Qualität, Hypothekenrecht, Lehnshypothek, Obervormundſchaftlicher Konſens, Pfandrecht, Priorität. — den Kirchen, Schulen und Armenhäuſern zuſtehend, zu deren Löſchung ſollen die Regierungen die Genehmigung ſelbſt ertheilen. v. K. A. 28. III. 685. — Der Gläubiger, welchem eine, nach den frühern ſächſiſchen Rechten gültige, wiewohl erſt nach dem 1. Juni 1816. beſtellte Hypotheck zuſteht, erlangt im Konkurſe das Recht auf die Anſetzung in der dritten Klaſſe, ſofern er ſeine Forderung vor den in den Kabinets-Ordern v. 16. Juni 1820., 8. Novbr. 1821. und 23. März 1823 beſtimmten Friſten liquidirt hat. S. u. Str. R. 1. Bd. No. 12. p. 39. — Wenn ein Nachlaß-Gläubiger auf Grund eines, vor eröffnetem erbſchaftlichen Liquidations-Prozeß, erhaltenen Titels zur Hypothek, ſeine Forderung erſt nach eröffnetem Liquidations-Prozeß zur Eintragung in das Hypothekenbuch angemeldet und deren Eintragung bewirkt hat, ſo erlangt er dadurch nicht das Recht der dritten Klaſſe gegen die übrigen Nachlaßgläubiger. S. u. Str. R. 2. Bd. No. 41. p. 367.

Hypothekariſche Eintragungen, Hypothekenbuch. In wie fern kann eine einmal erfolgte Eintragung in das Hypothekenbuch, wenn ſie auch offenbar mit Unrecht geſchehen, von Amtswegen und ohne Konſens der Intereſſenten oder ohne ein Judikat gelöſcht werden? R. v. 22. Oct. 1832. v. K. J. XL. 478—480. — ſiehe auch Abgaben. Beſitztitel. Domainengrundſtücke. Notarielle Schuldverſchreibungen.

Hypothekariſche Proteſtationen; ſiehe Proteſtationen.

Hypotheken-Akten, wie ſolche regiſtrirt und eingeleitet werden. Regiſtratur-Rgl. v. 1782. §. 58. — verloren gegangene der Stadt Meſeritz, ſ. letztere. beim Brande verloren gegangene, deren Wiederherſtellung; ſ. Lüdinghauſen, Stadt.

Hypotheken-Aktivum. R. v. 10. Dez. 1831., betr. die über die Eintragung deſſelben ſtatt der Hypothekenſcheine zu ertheilenden Atteſte. v. K. J. XXXVIII. 422.

Hypotheken-Anmeldung. Verfahren, wenn ein Document zum Behuf der hypothekariſchen Anmeldung bei zwei verſchiedenen Gerichten eingereicht werden muß. Reſcr. vom 5. Febr. 1821. v. K. J. XVII. 100. ſ. Löſchung, Priorität.

Hypotheken-Atteſte. R. v. 10. Sept. 1829. betr. die Sportel- und Stempelfreiheit für die, ſtatt der Hypothekenſcheine auszufertigenden Hypotheken-Atteſte. v. K. J. XXXIV. 126. —

Cirk. R. v. 8. März 1830. die dafür zu entrichtenden Gebühren betr. XXXV. 146. 147. ſiehe auch Hypotheken-Aktivum.

Hypotheken-Averſional-Gebühren. Beſtimmung der Procente, welche die Rendanten der Oberlandesgerichts-Salarienkaſſen und die der Land- und Stadtgerichte für den Empfang und die Berechnung derſelben erheben dürfen. Reſcr. v. 28. Jan. 1817. v. K. J. IX. 40. — Wie weit die Herabſetzung der zur Dekkung der Koſten der Regulirung des Hypothekenweſens zu berechnenden Averſional-Beiträge zuläſſig iſt. Reſcr. v. 25. Nov. 1817. X. 265. — Berechnung und Nachweiſung der Hypotheken-Pauſchquanta in den Jahres-Ueberſichten. Reſcr. vom 9. Januar 1822. XIX. 191.

Hypotheken-Behörde; ſ. Gebäude-Entſchädigungen, Kaufkontrakte, Lehnskurie, Valuta. — Von Vertretungsverbindlichkeit der Beamten eines Kollegii überhaupt. A. L. R. II. X. 127 — 145. und der das Hypothekenbuch führenden Behörde. H. O. Tit. 1. §. 76. — §. 81. p. 19. u. §. 12. 13. p. 23. 24. — ſ. auch A. G. O. Th. 2. Tit. 2. §. 28. Wenn ein unrichtiger Hypothekenſchein ausgeſtellt, §. 172. — §. 174. p. 61. §. 317. p. 92. wenn bei der verfügten Löſchung pflichtwidrig verfahren worden. §. 285. p. 87. — In welchem Falle den Kollegien keine Vertretung anzumuthen. Tit. 2. §. 94. p. 45. In wiefern einem Gläubiger gegen das das Hypothekenweſen reſpicirende Kollegium nach der Schleſiſchen Hypotheken-Ordnung v. 4. Aug. 1750. §. 39. ein Regreß wegen nicht geſchehener Intabulation zuſtehe. ſ. G. E. v. 9. Mai 1786. Kl. Annal. p. 268. 1. — Wenn die Löſchung einer eingetragenen Poſt zur Ungebühr erfolgt iſt. H. O. Tit. 2. §. 285. p. 87. A. L. R. 1. XX. 428 — 435. 450 — 452. 1. IX. 450. 451. ſ. jedoch R. v. 8. Sept. 1794. St. B. 228. IX. ſiehe Werth.

Hypotheken-Buchführer; ſ. Ingroſſator.

Hypothekenbuchführung über die Ruſtikalgrundſtücke gehört vor das Patrimonial-Gericht. R. v. 19. Mai 1831., welches dasjenige v. 30. Nov. 1827. aufhebt. v. K. J. XXXVII. 332.

Hypotheken-Bücher, ſ. Pertinenzſtücke, Gerechtigkeiten, Untergerichte. — ſollen, H. O. Tit. 1. §. 2. 3. p. 3. in gebundenen Folio-Bänden gehalten, §. 4. 5. und alle Immobilien in ſolche eingetragen werden, §. 6. — §. 16. A. L. R. 1. XX. 392—395. Von deren innern Einrichtung, §. 23. p. 7. und p. 111. Zur Führung des Hypothekenbuchs und zur Eintragung in ſelbiges ſind in der Regel nur diejenigen Gerichte befugt, unter deren Sprengel die Sache gelegen iſt. A. L. R. I. XX. 397. 398. H. O. Tit. 1. §. 1. — Wie es in dem Falle zu halten, wenn adeliche Güter von Sr. Königl. Majeſtät Allerhöchſten Perſon er-

kauft und in Domainenſtücke verwandelt werden, beſtimmt das R. v. 5. Nov. 1777. — Die Konſtitution wegen des Landbuchs in der Neumark v. 2. Mai 1718. CCM V. Nachl. No. 13. iſt mit dem (ungedruckten) Deklarations-Reſcripte v. 18. Aug. 1719. aufgenommen. Von gehöriger Aufbewahrung, H. O. Tit. 1. §. 71. — §. 75. p. 19. und Anlegung neuer Hypothekenbücher. H. O. Tit. 4. Allg. Regiſtrat. Rgl. v. 1782. §. 52. — Wenn übrigens ein Aktus bei dem Hypothekenbuche vorgenommen werden ſoll, müſſen die Erforderniſſe deſſelben nach den Geſetzen, die zur Zeit der Vollziehung dieſes Actus gelten, beurtheilt werden, R. v. 13. Febr. 1792. R. A. 72. II. welche Vorſchrift nicht blos bei Löſchungen und Ceſſionen, ſondern allgemein, mithin auch bei Berichtigung des tituli possessionis Anwendung findet, R. v. 30. März 1801. R. A. 72. 75. II. St. B. 203. XIII. und kann ſich Niemand mit der Unwiſſenheit einer in das Hypothekenbuch eingetragenen Verfügung entſchuldigen. A. L. R. I. IV. 19. I. XI. 265. I. XX. 493. — Sind übrigens an einem Orte noch keine ordentlichen Hypothekenbücher eingerichtet, ſo kann auch in dem Concurſe eines Einwohners und Grundbeſitzers an dieſem Orte keine dritte Klaſſe ſtattfinden, da die bloße Eintragung in Haus-, Handels-, Conſens-, Confirmations- und andere dergleichen nicht nach der Form und Vorſchrift der Hypotheken-Ordn. eingerichtete Bücher dieſes Vorrecht nicht begründen kann. A. G. O. I. 50. 394. — Die Regulirung des Hypothekenweſens der Geiſtlichen Fundorum muß ohne Unterſchied, ob ſolche zu königlichen, ſtädtſchen oder adlichen Patronatkirchen und Pfarren gehören, nach der A. G. O. Th. 1. Tit. 2. §. 107. §. 108. bei dem Landesjuſtizcollegio erfolgen, da die Privatgerichtsbarkeit ſich in der Regel nicht auf adliche Kirchen- u. Pfarrgüter, und die mit dieſen gleiche Rechte haben, erſtreckt, A. L. R. II. XII. 20. II. XVII. 33. II. XIX. 43. und alle Kirchengüter der Oberaufſicht des Staats und der Obſorge deſſelben für ihre Conſervation unterworfen ſind, übrigens aber abzuwarten iſt, ob Jemand aus irgend einem titulo speciali zur Real-Gerichtsbarkeit über dergleichen fundos berechtiget zu ſein, behaupten wird. R. v. 29. Mai 1789. E. S. p. 2507. VIII. — An ſich iſt aber eine allgemeine förmliche Berichtigung des Hypothekenweſens von den den Kirchen und Schulen zugehörigen Grundſtücken nicht erforderlich, indem dergleichen fundi regulariter weder verkauft noch verpfändet werden können und alſo bei ſelbigen der gewöhnlichſte und vorzüglichſte Gebrauch eines Hypothekenbuchs wegfällt. Da inzwiſchen eines Theils Fälle von Alienationen und Verpfändungen auch bei ſolchen fundis gleichwohl vorkommen können, vornämlich aber es die allgemeine Ordnung erfordert, daß bei dem Landes-Juſtiz-Collegio der Provinz wenigſtens ein vollſtändiges Verzeichniß ſämmtlicher ſeiner Real-Juris-

diktion unterworfenen Grundſtücke vorhanden ſei, ſo ſoll, ohne dafür Gebühren anzuſetzen,

1) von den Vorſtehern dieſer piarum causarum eine Deſignation (ſ. Publ. v. 2. Oct. 1797. §. 19. — §. 22. No.) der jeder Kirche und Schule zugehörenden Grundſtücke eingefordert werden, in welcher a) eine Benennung und Bezeichnung jedes Grundſtücks, b) die Angabe des Titels, worauf ſich der Beſitz gründet, ob das Grundſtück z. B. eigenthümlich, pfandweiſe, in Erbpacht u. ſ. w. beſeſſen wird? c) das Allegatum der Dokumente, worauf dieſer titulus ſich gründet, enthalten ſein muß, ohne daß es jedoch vor der Hand einer weitern Nachweiſung des tituli oder der darüber ſprechenden Dokumente bedarf.

2) Iſt ein eigener Band von dieſen piis corporibus zuſtehenden Grundſtücken zu formiren, und in ſelbigen die Specifikation der von einer jeden Kirche und Schule in Beſitz habenden Fundorum einzuſchreiben. Wenn aber

3) in der Folge ja der Fall vorkommen ſollte, daß mit einem ſolchen Grundſtück eine Alienation, Verpfändung oder anderer zum Hypothekenweſen gehöriger Actus vorgenommen werden ſoll; ſo muß dem concernirenden fundo ein eigenes Folium in eben dieſem Bande des Hypothekenbuchs gewidmet, und die Tabelle deſſelben gewöhnlichermaßen berichtiget werden. R. v. 9. März und 29. Mai 1789. E. S. p. 2520. 2507. VIII. Auch die bei Kirchen- u. Pfarrgrundſtücken für Erbpächter, Superficiarien, und dergleichen dominum utilem zu führende beſondere Hypothekentabelle muß in dem Hypothekenbuche des Landes-Juſtizcollegii eingetragen werden. c. l. Der Complexus der Cämmerey- oder Stadtgüter gehöret in Abſicht des Eigenthums gleichfalls in das Hypothekenbuch dieſer Behörde; die Tabellen über die erblich ausgethanen Pertinenzen ſowohl, als auch, wenn ganze Vorwerker oder Güter in Erbpacht gegeben werden, können den Magiſträten, welche, wo nicht überall ex privilegio, doch ex possessione, die Patrimonial-Jurisdiction bei dieſen Gütern ausüben, nach wie vor überlaſſen werden; da ſelbſt bei Erbverpachtungen ganzer Vorwerker und Güter der vorige nexus jurisdictionis durch dieſe ökonomiſche Veränderuug nicht gehoben wird, wenn nicht etwa dem Erbpächter die mit dem Erbpachtſtücke verknüpfte Jurisdiction mit abgetreten, und der Erbpächter ſolchergeſtalt von der Gerichtsbarkeit des Magiſtrats, es ſey ſtillſchweigend oder ausdrücklich, eximirt worden; in welchem Falle das Landes-Juſtiz-Collegium ſich gleichfalls der Führung der Hypothekentabelle über das Recht des Erbpächters unterziehen, und ſolches auch dann ſtatt finden muß, wenn ein ganzes adliches Gut in Erbpacht ausgethan wird. — Auch in Anſehung der von Cämmereygütern an Kirchen, Pfarren, Schulen oder andere milde Stiftun-

gen als unveränderliche Abgabe jährlich zu leiſtenden Präſtationen, muß deren Eintragung, ſobald dergleichen Kämmereigüter ein Folium im Hypothekenbuche haben, und alſo bei demſelben verpfändet oder veräußert werden können, zur Sicherheit der piorum corporum gleichfalls erfolgen, R. v. 4. Sept. 1797. St. B. 126. V. wozu es keines Prozeſſes bedarf, wenn die Forderung durch die Aufführung im Kämmerei=Etat genehmiget iſt, ihr daher die Eigenſchaft einer Real=Forderung nicht beſtritten werden kann, und in ſolchen Fällen dergleichen hypothecae tacitae et legales auf das verhaftete Grundſtück, nach dem A. L. R. 1. XX. 400. 401. auch ohne die beſondere Einwilligung des Schuldners eingetragen werden können. — Für die in Holz arbeitenden Profeſſioniſten, inglei- chen für die Grob= und Hofſchmiede ſoll kein Kauffontract eher eingetragen werden, bis nachgewieſen, daß bei dem erkauften Hauſe hinlänglicher Raum zum Betrieb des Gewerbes vorhanden. R. v. 10. Jun. 1799. St. B. p. 143. Th. VIII. E. S. p. 2542. X. ſiehe Judenhäuſer. — Conſtitution wegen des Landbuchs in der Neumark vom 2. May 1718. E. S. VI. Nachl. No. 13. auch die Oderbruchsentrepriſen ſollen darin eingetragen werden. R. vom 3. Oct. 1752. p. 385. I. die in Erbpacht oder Erbzins ausgethanen Domänenſtücke gehören in die Hypothekenbücher der Juſtizämter. R. v. 29. Apr. v. Aug. 1770. Lief. 4. p. 145. der anleihende Gläubiger iſt nicht verpflichtet, ſich um den titulum des vorigen Beſitzers des Immobilis, worauf er leihen will, zu bekümmern A. L. R. Th. I. Tit. 10. §. 8. R. v. 5. May 1794. St. B. Th. I. p. 61. — Beim Hypothekenweſen kommt es nur auf das Forum rei sitae an R. v. 24. Dec. 1792. E. S. ad No 3. p. 1104. IX. — Der titulus possessionis ſoll auf keine außergerichtlichen Kaufbriefe eingetra- werden. R. v. 28. May 1762. Decl. v. 16. Nov. 1762. p. 145. 165. III. R. und Inſtruction wegen Einrichtung des Hypothekenbuchs an das Geldriſche Juſtizcollegium v. 30. Jun. 1769. p. 5951. IV. wie die Documente zu den Eintragungen und Löſchungen beſchaffen ſeyn müſſen C. v. 27. Jun. 1771. p. 251. V. a. das Datum der Eintragung beſtimmt nach dem Chur= und Neumärkſchen Ritterſchaftl. Creditreglement die Priorität Pat. v. 18. Aug. 1777. p. 795. VI. es muß darin notirt werden, ob die Gutsbeſitzer sub cura ſtehen C. v. 24. Sept. 1778. p. 1335. VI. von den Veränderungen des Beſitzſtandes ſoll den Landräthen Nachricht gegeben werden. R. an die Clev=Märkſche Kammer vom 14. Nov. 1765. p. 1091. III. — Form der Hypothekenbücher Hyp. Ord. v. 20. Dec. 1783. p. 2679. VII. R. die den Stadtgerichten zu Berlin nachgelaſſene Führung eines beſondern Hypothekenbuchs über Barbierſtuben ꝛc. betr. v. 4. Jul. 1771. p. 259. V. a. was bei Eintragung der Judenhäuſer in die Hypothekenbücher zu beobachten. C. v. 8.

Oct. 1787. p. 1597. VIII. Inſtruction wegen Einrichtung des Hypothekenweſens bei den Gerichten der Stadt Elbing v. 28. Mai 1777. p. 469. VI. v. 31. Dec. 1778. p. 1359. VI. in Anſehung der Kämmereigüter R. v. 24. Dec. 1792. ad No. 4. p. 1104. IX. ſiehe Hypothekenrecht u. Hypotheken=Forderungen. deren Anlegung für die mit dem vollen Eigenthume ihrer Grundſtücke beliehenen Domainen=Einſaſſen. G. S. 1808. p. 285. — Eintragung des Beſitztitels über erworbene Grundſtücke in ſelbige. G. S. 1810. (A.) p. 729. f. — Eintragungen in ſelbige rückſichtlich der verpfändeten oder veräußerten königl. Domainen. G. S. 1809. p. 606. — desgl. in Beziehung der dazu aufgenommenen Darlehne in Staats= u. andern öffentlichen Papieren. G. S. 1812. p. 1. — Gerichtsgebühren für Eintragungen in dieſelben. G. S. 1815. p. 201. (Beilage p. 29. ff. 57. ff. 80. ff.) — über ritterſchaftliches Grundeigenthum in den Marken, deren Führung von den Provinzial=Juſtiz=Kollegien. G. S. 1810. (A.) p. 723. — unweigerliche Eintragung der ausgefertigten Verkaufs=, Erbpachts= und Verpfändungs=Urkunden über eingezogene geiſtliche Güter in ſelbige. G. S. 1812. p. 33. 34. 108. — neue, deren Anlegung bei den Untergerichten nach erfolgten gutsherrlichen und bäuerl. Auseinanderſetzungen. G. S. 1817. p. 194. — ſtempelfreie Eintragungen in ſelbige. G. S. 1817. p. 196. — deren Anlegung und Vollendung in denjenigen Provinzen, in welchen das allgem. Landrecht, die allg. Gerichtsordnung und die Hypothekenordnung Anwendung finden, nach der Verordnung v. 16. Jun. 1820. G. S. 1820. p. 108. — desgl. im Herzogthume Sachſen. G. S. 1820. p. 101. — was zu Eintragungen in dieſelben nur erforderlich iſt. G. S. 1821. p. 43. Stempelfreiheit der Eintragungen in ſelbige bei Ablöſungen in den ehemals königl. weſtphäliſchen, bergiſchen u. franz. Landestheilen. G. S. 1829. p. 92. — ſ. a. Hypotheken=Ordnung. — Beglaubte Abſchriften, welche von den Verhandlungen der Hypotheken=Behörden zu den Grundacten und Copierbüchern genommen werden, imgleichen Ingroſſationsverfügungen der Gerichte an die Hypothekenbuchführer, Ingroſſations= und Löſchungsregiſtraturen ſind ſtempelfrei. Hypothekariſche Schuldverſchreibungen, ſ. Schuldverſchreibungen. — Wie bei Einrichtung neuer, zu verfahren, wenn Contracte producirt werden, nach welchen Grundſtücke, die Minorennen zugefallen, an Majorenne verkauft werden, ohne auf die geſetzlichen Erforderniſſe zur Alienation und auf die Beobachtung der vorgeſchriebenen Solennitäten Rückſicht zu nehmen? R. v. 9. May 1803. J. M. X. 211. Nach welcher Ordnung die Schuldinſtrumente im H. B. einzutragen, und wie bei Aufnahme der Obligationen in Abſicht der Beſtellung der Hypotheken zu verfahren ſey. R. v. 7. Jul. 1806. 245.

Cab. Ordre betr. die Führung der, über das Ritterſchaftliche Grundeigenthum in der Kur- und Neumark, bei dem Kammergerichte und dem Neumärkiſchen Oberlandesgerichte, v. 1. Aug. 1810. p. 452. u. R. v. 2. Aug. 1810. p. 453. R. betr. die Führung der Hypothekenbücher über in Erbzins u. Erbpacht ausgethane Domainenämter und Vorwerke, in deren Contracten ausdrücklich feſtgeſetzt iſt, daß das H. B. über die Erbzins- oder Erbpachtsgerechtigkeit bei den Untergerichten geführt werden ſoll, v. 18. Jun. 1811. J. M. XI. 116. Wenn ganze Domänen-Aemter oder Vorwerke veräußert werden, behalten das Grundſtück und deren Beſitzer (ſo wie die Domainen-Erbpachts- und Erbzinsgüter, R. v. 24. März 1812.) den eximirten Gerichtsſtand, und das Hypothekenbuch über erſteres wird bei dem Ober-Landesgerichte geführt; wogegen einzelne Domainen-Pertinenzien, z. B. Mühlen, Krüge, u. ſ. w. wenn ſie veräußert werden, der Real- und Perſonal-Execution des Juſtizamts unterworfen bleiben. R. v. 23. Febr. 1811. Ob bei bereits angelegten Hypothekenbüchern zur Regulirung des Realzuſtandes eines bisher noch nicht eingetragenen Guts die öffentliche Vorladung an die Realprätendenten erforderlich ſey? R. v. 14. Apr. 1810. X. 113. Die Kaufkontracte über die ehemaligen Johanniter-Ordensgüter bedürfen keiner beſondern Allerhöchſten Königlichen Beſtätigung, es muß aber in den gerichtlich zu vollziehenden Kaufkontracten über ſolche Ordensgüter, die in die Kategorie derjenigen Domainen gehören, zu deren Veräußerung nach der Veräußerungsinſtruction die ſpecielle Allerhöchſte Genehmigung erforderlich iſt, nicht nur auf dieſe, mittelſt Allegirung der diesfälligen höchſten Cab. Ordre, ſondern auch auf das Königliche Hausgeſetz wegen der zu veräußernden Domainen v. 6. Nov. 1809. (J. M. VIII. p. 481.) Bezug genommen, auch dieſen Kaufkontracten nach Vorſchrift des §. 5. des Königl. Hausgeſetzes ein Auszug des von des Königs Majeſtät vollzogenen Schulden-Tilgungs-Etats beigefügt werden, welchemnächſt die ſolchergeſtalt ausgefertigten, und von der Section im Königl. Finanzminiſterium für Domainen und Forſten, falls der Kaufwerth mehr denn 100 Thlr. beträgt, beſtätigten Kontracte bei den betreffenden Hypotheken-Behörden Behufs ihrer Verlautbarung und Eintragung des Beſitztitels der Käufer im Hypothekenbuche präſentirt werden können. Schreiben der Sect. im K. Finanzminiſt. für Domainen u. Forſten an das K. Juſtizminiſterium v. 23. Jun. 1811. R. wegen des Verfahrens bei Eintragung von Subingroſſationen auf die sub Rubr. II. vermerkten Poſten, v. 14. Jun. 1806. E. S. p. 667. XII. der Ordnung, in welcher die Schuldinſtrumente einzutragen, v. 7. Jul. 1806. p. 682. — ſ. Eid. über die veräußerten Domainen- Erbpacht- und Erbzinsvorwerke, ſ. R. vom 18. Jun. 1812. v. K. J. 240. I. v. 3. Nov. 1812. p. 271. N. A. B.

245. II. K. A. B. 175. — Von der Anwendung des Militair-Suſpenſions-Edicts auf die Vorſchrift der H. O. wegen Anlegung neuer, 173. II. Publ. die Einſendung des Tableaus von den gelöſchten alten und eingetragenen neuen Schulden betr. K. A. B. 460. IV. 328. V. — Von Führung der, über die den Ständen wiederkäuflich überlaſſenen Domainen, und über die durch Veräußerung Privateigenthum gewordenen Domainenſtücke, K. A. B. 298. V. Von der nothwendigen Subhaſtation und Adjudikation eines Grundſtücks vor Berichtigung des Hypothekenbuchs, R. v. 7. Febr. 1816. v. K. J. VII. 25. die, über die an Privatperſonen veräußerten Domainenſtücke der Neumark, werden bei dem Ob. L. G. zu Frankfurt a. d. O. fortgeführt. R. vom 30. Sept. 1815. R. A. B. 369. V. Publ. des Litthauiſchen O. L. G. das Hypothekenweſen der Amtsgerichte betr., vom 7. Dec. 1814. v. K. J. 295. IV. die Schulſtände der jüdiſchen Glaubensgenoſſen in den Synagogen werden nicht in das H. B. eingetragen, R. v. 5. Jan. 1815. p. 187. II. — Dem Kammergerichte, u. den Oberlandesgerichten zu Halberſtadt, Magdeburg, Minden, Münſter und Cleve iſt nachgelaſſen, den Untergerichten deſſelben die Führung der Hypothekenbücher über die in ihrem Jurisdictionsbezirk belegenen Kirchen-, Pfarr-, Küſterei- und Schulgüter per modum delegationis zu übertragen. Reſcr. v. 12. Mai 1812. I. 53. v. K. J. VI. 206. — Aecker, Gärten und Wieſen ſollen in der Regel nur dann mit dem Hauſe des Beſitzers ein Folium im Hypothekenbuche erhalten, wenn ſie im geſetzlichen Sinne als Pertinenzſtücke des Haupt-Grundſtücks zu betrachten ſind, oder wenn ſie von dem Eigenthümer des Hauſes zu dem Hauſe benutzt werden. Reſcr. v. 23. Mai 1812. I. 60. — Verfahren bei der Einrichtung der Hypothekenbücher der bisher noch nicht eingetragenen Domainen-, Erbpachts- oder Erbzinsgüter. Reſcr. v. 25. Juli 1812. I. 240. bei deren Regulirung über Königl. Erbpachts- u. Erbzinsgüter iſt das im §. 14. Tit. 4. der Hypothekenordnung verordnete Verfahren nur in dem Falle nothwendig, wo bei den Juſtizämtern noch keine wirklichen Hypothekenbücher vorhanden ſind, und es iſt alsdann bei den zu erlaſſenden Bekanntmachungen mit Rückſicht auf das Reſcr. v. 26. Juli 1809 dafür zu ſorgen, daß den dem Feinde gegenüberſtehenden Militairperſonen nach Anleitung der Verordnung vom 30. Juli 1812. §. 12. ihre Rechte vorbehalten werden. Reſcr. vom 3. Nov. 1812. I. 271. — deren Regulirung nach erfolgter Auseinanderſetzung der gutsherrlichen und bäuerlichen Verhältniſſe. Reſcr. v. 8. Sept. 1820. XVI. 70. — Publ. des Ober-Landesgerichts zu Königsberg in Pr. betr. die Führung des Hypotheken-Buchs über veräußerte Domainen-Grundſtücke und Forſtländereien, v. 10. Septbr. 1819. XVI. 108. Publ. betr. die Berichtigung des Beſitztitels von den Domainen und eingezogenen

geiſtlichen Gütern, vom 8. Sept. 1820. XVI. 134. — Publ. des Ober=Landes=Gerichts zu Frankfurt a. d. O., betr. die Anlegung und Führung der Hypothekenbücher über Kirchen=, Pfarr=, Küſterei= und Schulgüter, v. 14. Dez. 1819. XV. 61. — Publ. des Ober=L. G. zu Inſterburg betr. die Angabe des Preußiſchen Flächenmaaßes bei Beſtimmung der Größe der Grundſtücke in den Hypothekenbüchern, v. 22. Sept 1818. XV. 68. — Publ., betr. die Ausfertigung der Hypothekendokumente und Hypothekenſcheine, v. 9. Oct. 1818. XV. 69. — Wie weit das Oberlandesgericht zu Naumburg authoriſirt iſt, die Führung der Hypothekenbücher über Kirchen=, Pfarr=, Küſterei= und Schulgüter, und die Real=Jurisdiction über ehemalige Freihäuſer und von adlichen Gütern abgetrennte Stücke und Gerechtſame in perpetuum zu delegiren. Reſcr. v. 2. Jan. 1821. XVII. 32. — Dem Rechte des Superficiarii muß ein eigenes Folium in dem Hypothekenbuche gewidmet werden. Reſcr. v. 7. Dec. 1821. XVIII. 329. — Von den ehemals unablöslichen Pächten, welche auf den Grundſtücken einer Feldmark ruhen, ſind Hypothekenbücher anzulegen: 1) wenn die ſonſt; unablöslichen Pächte im Hypothekenbuche des verpflichteten Grundſtücks auf dem Namen derer, die die Anlegung des beſondern Hypothekenbuchs fordern, wirklich eingetragen ſtehen, und 2) im Grund= und Hypothekenbuche des verpflichteten Grundſtücks eingetragen iſt, daß ein beſonderes Hypothekenbuch in Anſehung der Pächte exiſtire, woraus die auf dem Pachtrechte ruhenden Laſten und die Beſitzer deſſelben zu entnehmen wären. Reſcr. v. 25. Nov. 1825. XXVI. 416. ſ. Altentheil, Apotheke, Beneficial=Qualität, Ediktalcitationen, General=Civil=Prozeßtabellen, Gewerbeberechtigungen, Gutsherrliche und bäuerliche Verhältniſſe, Hypothekengebühren, Hypothekenweſen, Jagdgerechtigkeit, Realität, Realprätendenten, Subhaſtation, Taxantengebühren, Zinszahlungsgeſuch. — Eintragung fiskaliſcher Anſprüche in ſelbige, bei Exekutions=Vollſtreckungen auf adminiſtrativem Wege. v. K. A. 26. III. 576. 585. — Verfahren rückſichtlich der Löſchung gekündigter Pfandbriefe in ſelbigen. 29. I. 122. — Eintragungen in dieſelben auf genehmigte und beglaubigte Verträge in Angelegenheiten des Domainen= und Forſtfiskus. 30. I. 47. — Beſchränkung der Eintragungen in dieſelben auf diejenigen Verordnungen und Beſtimmungen, die ſich auf das zu konſtituirende Realrecht beziehen. 31. II. 271. — Ausſchließung der Grundſteuer von der Eintragung in dieſelben. 31. II. 269. ſ. R. v. 7. März 1831. die Gebühren bei Anlegung des Hypothekenbuchs von den regulirten Bauerhöfen betr. v. K. J. XXXVII. 105. — Ueber die Kompetenz zur Einführung von Hypothekenbüchern der

Guts-Pertinenzien. R. v. 13. Mai 1831. XXXVII. 379. — Sportelfreiheit bei Anlegung derſelben R. v. 16. Sept. 1831. XXXVIII. 133. — R. v. 24. Mai 1833. betr. die Frage: ob die Verordnung v. 16. Juni 1820. auf Grundſtücke Anwendung finde, deren Hypotheken-Folien einmal regulirt ſind? XLI. 552 — 555. — ſ. auch Hypotheken-Eintragungen, Hypothekenforderungen, Hypotheken-Gläubiger, Hypotheken-Inſtrumente, Hypotheken-Ordnung, Hypotheken-Tabellen, desgl. Grundakten. — Der Eigenthümer eines Grundſtücks, deſſen Beſitztitel noch nicht berichtigt worden, iſt daſſelbe zu verkaufen befugt. S. und Str. R. 1. Bd. No. 49. p. 186. In welcher Art muß die Lehnsqualität, insbeſondere das Ober-Eigenthum eines Lehnſchulzenguts in dem Hypothekenbuche eingetragen ſein, wenn die Beſchränkung des Eigenthums den ſpäter eingetragenen Gläubigern, welche die Subhaſtation des Guts extrahiren, mit rechtlicher Wirkung entgegengeſetzt werden ſoll? S. u. Str. R. 1. Bd. No. 62. p. 221. — Wenn die Gültigkeit des Verkaufs des Erbzinsgutes contractmäßig von der Einwilligung des Erbzinsherrn abhängig gemacht, oder auf andere Weiſe die Dispoſitions-Befugniß des Erbzinsmannes beſchränkt, dieſe Beſchränkungen aber ſo wenig, als die Erbzins-Qualität des Grundſtückes in das Hypothekenbuch eingetragen worden ſind, ſo iſt der Erbzinsherr, wenn das Gut ohne ſeine Einwilligung verkauft und dem Käufer übergeben iſt, nicht berechtigt, das Kaufgeſchäft auf Grund jener Beſchränkungen als null und nichtig gegen den Verkäufer aufzurufen, ſollte auch der Käufer Kenntniß von jenen Beſchränkungen oder der Erbzinsqualität gehabt haben. S. u. Str. R. 1. Bd. No. 100. p. 411.

Hypotheken-Dokumente. Die Hypothekenordnung erfordert keine gerichtliche Pfandbeſtellungen und Ceſſionen zur Eintragung. Nach Tit. II. §. 140. können Privat-Verpfändungs-Documente eingetragen werden, ſobald der Hypothekenrichter ſich nur von der Richtigkeit der Hand- und Unterſchrift des Ausſtellers verſichert hat. Eben ſo wenig iſt zur Eintragung einer Ceſſion die Ausſtellung einer gerichtlichen, oder coram notario et testibus vollzogenen Ceſſionsurkunde nöthig, es genügt die Privatceſſion, wenn nur die Unterſchrift coram notario recognoſcirt iſt, wie §. 200. Tit. II. der Hyp. Ordn. andeutet. Reſcr. v. 14. Juni u. 19. Juli 1822. v. K. J. XX. 66. 69. — Wie bei Ausfertigung eines neuen Hypotheken-Inſtruments ſtatt des über eine eingetragene noch unbezahlte Forderung vorhanden geweſenen, verlornen und geſetzlich amortiſirten Hypotheken-Inſtruments vom Hypothekenrichter zu verfahren iſt. Reſcr. v. 14. Dec. 1822. XX. 293. — Bei verlornen und amortiſirten, jedoch noch gültigen Hypotheken-Inſtru-

menten iſt die erfolgte Amortiſation, und daß ein neues Document ausgefertigt worden, in dem Hypothekenbuche in der Colonne: „Cessionen" hiſtoriſch zu vermerken. Reſcr. vom 9. April 1823. XXI. 293. — Die Herbeiſchaffung und die Caſſation eines hypothecariſchen Inſtruments über eine in der nothwendigen Subhaſtation ausgefallene Forderung gehört zu den ex officio zu betreibenden Geſchäften des die Subhaſtation leitenden Richters, und die dadurch veranlaßten Koſten müſſen aus den Kaufgeldern, und in ſofern dieſe ſchon diſtribuirt ſind, von dem letzten Percipienten beigetrieben werden. Reſcr. v. 26. Mai 1823. XXI. 298. — ſ. Aufgebot, Ceſſion, Hypothekenanmeldung, Löſchung, Porto, Schreibgebühren, Zinszahlungsgeſuch.

Hypotheken-Einrichtung; ſ. Geſchäftstabellen und Liſten, Hypothekenweſen.

Hypotheken-Einrichtungskoſten. Die wegen der Koſten der Einrichtung des Hypothekenweſens bei den Patrimonial-Gerichten ergangenen Beſtimmungen müſſen auch auf die ſtandesherrlichen Gerichte Anwendung finden. Reſcr. v. 18. Febr. 1822. v. K. J. XIX. 192. — Die Patrimonialgerichte ſollen die Vertheilung der bei denſelben durch die Einrichtung des Hypothekenweſens entſtandenen Koſten unter die Grundbeſitzer und Realprätendenten ſelbſt vornehmen und für die Einziehung und Berichtigung des Koſtenbetrages an den Inhaber der Gerichtsbarkeit, welcher den Vorſchuß geleiſtet hat, ſorgen, indem die Concurrenz der Regierung in dieſer Angelegenheit wieder aufgehoben, und die Regulirung derſelben lediglich den Gerichten überlaſſen worden iſt. Reſcr. v. 30. Juni 1824. XXIV. 154.

Hypotheken-Eintragungen, ſiehe die hierher gehörigen Artikel, als: Ablöſungsſachen. Agnaten. Beneficialerben. Beſitztitel. Gemeinheitstheilungs-Rezeſſe. Grundakten. Gutsherrliche u. bäuerliche Verhältniſſe. Hypothek. Hypotheken-Dokumente. Hypothekenforderungen. Immiſſionsdekret. Kontributionsgefälle. Löſchung. Pfandbriefe. Pfandrecht. Priorität. Realberechtigungen. Vorladung. Zinſen.

Hypothekenfond; ſ. Hülfsarbeiter.

Hypotheken-Forderungen, ungelöſchte, aber vom Eigenthümer eines Grundſtücks bezahlte, rückſichtl. derſelben tritt letzterer in die Rechte eines Ceſſionars. G. S. 1824. p. 77. — im Großherzogthum Poſen, deren Löſchung u. Umſchreibung in Pfandbriefe. G. S. 1825. p. 24. — ſ. a. Hypothekenrecht. — R. v. 26. April 1831 über das executiviſche Verfahren wegen Hypothekenforderungen aus einer zweiſeitigen Urkunde. v. K. J. XXXVII. 358. — Ueber die Ertheilung einer vorläufigen Recognition bei

Anmeldung einer durch eine Privaturkunde nachgewieſenen Hypothekenforderung, wenn auch die Aechtheit der Urkunde nicht beſonders beſcheinigt iſt. R. v. 16. Dez. 1831. XXXVIII. 422. — ausgefallene — deren Löſchung. R. v. 17. Dez. 1831. XXXVIII. 423. (Hypothekengläubiger) das Rechtsverhältniß zwiſchen dem Käufer eines Grundſtücks, für welchen weder der Beſitztitel berichtigt, noch eine Proteſtation eingetragen iſt, und einem Gläubiger des Verkäufers, welcher ſich mit einem eintragungsfähigen Schuldinſtrumente meldet, iſt nach §. 4. — 6. Th. I. Tit. XIX. A. L. R. zu beurtheilen. R. v. 7. Jan. 1833. v. K. J. XLI. 265. 266. — Der Eigenthümer eines Grundſtücks erwirbt durch die Auszahlung der, auf daſſelbe hypothekariſch verſicherten Geldſumme nicht blos den locus der eingetragenen Forderung, ſondern dieſe Forderung ſelbſt, ohne Unterſchied, ob er der perſönliche Schuldner der getilgten Poſt iſt, oder nicht. R. v. 23. Febr. 1833. XLI. 267 — 270. — In wie fern kann der Hypothekengläubiger oder der Inhaber einer Recognition auf den Grund eines, gegen den Eigenthümer des Grundſtücks erſtrittenen Judikats die Subhaſtation des ihm verpfändeten Grundſtücks ausbringen? R. v. 29. Apr. 1833. XLI. 541. 542. — Ueber die Rechte der Hypothekengläubiger eines parcellirten Grundſtücks. R. v. 19. Juli 1833. XLII. 181—184. — ſ. a. Erbpachtsgerechtigkeit. — Bei einer, im Hypothekenbuche eingetragenen Forderung wird durch Konſolidation auch die perſönliche Verbindlichkeit zwiſchen dem Gläubiger und Schuldner nicht aufgehoben. S. u. Str. R. 1. Bd. No. 2. p. 10. — ſiehe übrigens Ceſſion, Exekution, Löſchung, Löſchungsgeſuch, Priorität, Subhaſtation, Zinszahlungsgeſuch.

Hypotheken-Gebühren. Für Annotation der fiskaliſchen Rechte ſoll der geringſte Satz genommen werden, welcher in jeder Gerichts-Sportel-Ordnung für Annotation eines dinglichen Rechts geſetzt iſt. Hierunter ſind inzwiſchen jedoch die Fälle nicht mit begriffen, wenn eines Caſſenbedienten, Zeit- oder Erbpächters dem Fisko auf eine beſtimmte Summe beſtellte Kaution eingetragen wird, als bei welcher die in der Sportel-Ordnung vorgeſchriebenen Sätze zur Regel dienen. R. v. 22. Oct. 1772. E. S. p. 569. V. b. Wenn bei erfolgter Aufhebung der Kaufverträge die Gerichte nur die gewöhnlichen Eintragungsgebühren oder auch die übrigen bei Beſitzveränderungen ſtattfindenden Gefälle und Abgaben fordern können. A. L. R. 1. XI. 245. 246. Wer die Koſten für Anlegung der Hypothekenbücher bei den Untergerichten zu übernehmen ſchuldig. H. O. Tit. 4. §. 42. p. 108. — Sportel-Taxe für die Oſtpreußiſchen Juſtiz-Kollegia in Hypothekenſachen v. 5. Sept. 1791. E. S. p. 183. IX. — Die Patrimonialgerichte in Südpreußen ſind von der Kauf- oder Annehmungsſumme bei Berichtigung

des tituli possessionis Procente zu erheben nicht befugt. R. v. 8. Dez. 1802. N. A. 221. III. ſ. übrigens die Sporteltaxen. — man ſiehe die bei der Neumärkſchen Landſchaft eingeführten Sportelſätze in den Taxen v. 26. Juli 1728 u. 29. Juni 1772 u. die Sporteltaxe für die Pommerſche und Camminſche Regierung und Lehnskanzlei, v. 1792, ſo wie die für die Chur= u. Neumärkſchen Untergerichte v. 1801 und die große u. kleine Kanzleitaxe in Schleſien. Die Sporteltaxe für das Stadtgericht zu Berlin iſt auch dem Kammergerichte zur Befolgung höhern Orts vorgeſchrieben: nach der allgemeinen Gebührentaxe v. 23. Aug. 1815. G. S. 1815. p. 201. (Beil. p. 29. ff. 57. ff. 80. ff.) Befreiung von ſelbigen bei Regulirung der gutsherrl. und bäuerl. Verhältniſſe und bei Einführung der Ablöſungs=Ordnung in den zum vormaligen Königreiche Weſtphalen, Großherzogth. Berg und den franz. hanſeat. Departements gehörigen Landestheilen. G. S. 1825. p. 94. 112. 128. — Davon kann nicht die Rede ſein, wenn nicht Hypothekenbücher im Sinne der Hypotheken= und der Gerichtsordnung. R. v. 9. Aug. 1827. vorhanden. v. K. J. X. 27. — die Gebühren für die nach Erſcheinung der Verordnung v. 16. Juni 1820 vorgenommenen Hypothekengeſchäfte können ſofort liquidirt und eingezogen werden, jedoch ſind die von den Gerichten an ſolchen Orten, wo kein Hypothekenbuch vorhanden iſt, auszufertigenden Recognitionsſcheine in Bezug auf die Gebühren nicht als Hypothekenſcheine, ſondern nur als Atteſte anzuſehen, und als ſolche zu taxiren. R. v. 17. Febr. 1823. XXI. 47. ſ. Hypothekenweſen. — R. v. 7. Dez. 1829 betr. die Gebühren für die in das Hypothekenbuch eingetragenen Löſchungs= u. reſp. Ceſſions=Vermerke eines, auf vielen Parzellen einer Gemeine haftenden, Darlehns. XXXIV. 484. 485. — Ueber die in Hypothekenſachen zu erhebenden Gebühren. R. v. 20. Juli 1830. XXXVI. 184. 185. Ueber Vermeidung unnöthiger Kopialgebühren in Hypothekenſachen. R. v. 13. Juli 1830. XXXVI. 185 — 187. — vergleiche auch Lehnskurie. — für das Mandat zur Eintragung an den Ingroſſator, bei Gerichten, wo ein ſolcher nicht angeſtellt iſt. R. v. 12. Dez. 1831. XXXVIII. 424.

Hypotheken=Geſchäfte, ſ. Hypothekengebühren.

Hypotheken=Geſetze, ſ. Hypothekenordnung.

Hypotheken=Gläubiger, worauf ſich deſſen Recht erſtreckt, A. L. R. I. XX. 467. f. und für was die Hypothek ihm haftet. 482 — 489. — im Herzogth. Weſtphalen, Fürſtenthum Siegen ꝛc. und in den Grafſchaften Wittgenſtein, Friſtverlängerung bis zum 1. Sept. 1827 zur Anmeldung ihrer Realanſprüche G. S. 1826. p. 64. — desgl. bis zum 1. Sept. 1828. G. S. 1827. p. 85. — ſ. a. Hypothekenrechte. — deren Anſprüche auf die Geld=

entſchädigung für zum Chauſſee-Bau abgetretene Grundſtücke, ſiehe Chauſſeebau.

ſiehe überhaupt Ablöſung, Gebäude-Entſchädigung, Gewerbeberechtigungen, Gutsherrl. und bäuerl. Verhältniſſe, Pertinenzien, Retabliſſements-ſchulden, Subhaſtation.

Hypotheken-Inſtrumente, für Kirchen, Schulen und milde Stiftungen, Portofreiheit derſelben. v. K. A. 25. III. 633. 643. — Form deſſelben bei Eintragungen aus einem Immiſſions-Dekrete. R. v. 2. Aug. 1833. v. K. J. XLII. 176. 177.

Hypotheken-Obligationen, ſ. Löſchung, Valuta.

Hypotheken-Ordnung, A. L. R. I. XX. 390 — 535. — H. und Concursordnung v. 4. Febr. 1722. C. S. II. II. No. 39. c. D. v. 14. Juni 1726. No. 48. in Abſicht der oppignorationis nominum v. 8. Dez. 1762. p. 169. III. und R. an das Königsbergſche Hofgericht die von den Eigenthümern unbeweglicher Güter zu erfordernde Berichtigung des tit. possess. betr. v. 13. Nov. 1763. p. 329. III. — Schleſiſche Hypothekenordnung v. 4. Aug. 1750. p. 265. C. IV. Pat. wegen Einführung derſelben im Fürſt. Minden v. 8. Juni 1753. p. 457. I. u. R. an das Churm. Pupill. Collegium wegen Ausleihung der Pupillengelder v. 12. Juli 1767. p. 927. IV. deren Einführung in Pommern betr. v. 13. Juli 1767. p. 931. Inſtr. für das Geldriſche Juſtizcollegium wegen Einführung des Hypothekenbuchs v. 30. Juni 1769. p. 5952. IV. G. C. wegen eines von einem Gläubiger nach derſelben an das das Hypothekenweſen reſpicirende Collegium wegen unterlaſſener Intabulirung zu nehmenden Regreſſes v. 9. Mai 1786. Kl. A. 268. I. (A. L. R. I. XX. 428 — 435.) — Allgemeine (auch von den Untergerichten zu beobachtende R. v. 18. Jan. 1784. C. S. p. 2748. VII.) Hypotheken-Ordnung v. 20. Dez. 1783. p. 2566. 2745. 2747. VII. R. wegen deren Anwendung in Pommern v. 24. Aug. 1784. p. 2907. VII. desgl. ad §. 78. derſelben, wegen Aufbietung angeblich nicht mehr validirender ältern Inſtrumente v. 21. Apr. 1788. p. 2051. VIII. in Neuoſtpreußen und den übrigen im Jahre 1797 in Beſitz genommenen Diſtrikten v. 12. Apr. 1797. p. 1011. X. St. B. p. 174. IV. — Die Regulirung des Hypothekenweſens der geiſtlichen Fundorum ohne Unterſchied muß bei dem Landes-Juſtiz-Collegio erfolgen. Wenn bei Erbſonderung eines auf Erbpacht oder Erbzins ausgethanen Pertinenzſtücks außer dem jährlichen Canon ein beſonderes Einkaufsgeld gezahlet wird, wird ſolches von dem zuletzt eingetragenen Acquiſitions-Pretio abgeſchrieben. Bei einem Superficiario muß in Anſehung des Hypothekenweſens das, was bei einem Erbpächter oder Erbzinsmann ſtattfinden, und wenn Fälle dieſer Art ſich bei den in dem Hypothekenbuch des Landes-Juſtiz-

Collegii eingetragenen geiſtlichen Grundſtücken ereignen, muß eine für einen ſolchen dominum utilem zu führende beſondere Tabelle im Hypothekenbuch eingetragen werden. Bei Cämmerei- oder Stadtgütern, wenn ſolche ganz oder einzelne Stücke davon auf Erbpacht ausgethan werden, verbleiben die Tabellen über dergleichen, oder in Erbpacht gegebene Güter dem Magiſtrat. Das dem Erbpächter oder Erbzinsmann als eine Einſchränkung des dominii zuſtehende Obereigenthum wird in der zweiten Rubrik notirt. Wenn bei Veräußerung und Trennung eines Pertinenzſtücks von einem Gute ein oder mehrere Real-Creditoren bei dem juxta §. 91. Tit. 2. der Hyp. O. p. 2615. VII. zu beſchaffenden Abkommen ſich der Hypothek an das verkaufte Gut oder Pertinenzſtück begeben, ſo gehöret dieſe Entſagung in die Colonne der Löſchungen, R. v. 29. Mai 1789. p. 2505. VIII. wenn die von Cämmereien an pia corpora zu entrichtenden Präſtationen einzutragen, R. v. 4. Sept. 1797. St. B. p. 127. V. — In wie fern die Berichtigung des Hypothekenweſens in Anſehung der den Kirchen und Schulen zugehörenden Grundſtücke erforderlich. R. v. 24. Dez. 1792. C. S. ad 3. p. 1103. IX. v. 9. März 1789. p. 2520. VIII. Welche Hebungen eigentlich einzutragen. Circ. v. 15. Dez. 1791. v. 3. Mai 1792. p. 251. p. 976. IX. v. 28. Febr. 1793. p. 1464. IX. — Wenn adliche Güter dergeſtalt in Erbzins übergeben, daß der Beſitzer alle Nutzungen davon ziehet, der erſte Eigenthümer ſich aber blos einen proportionirlichen Canon vorbehalten hat, wird titulus possessionis auf den Namen des erſten, wenn er ſich zum Beſitz eines adlichen Guts qualificirt, berichtiget, und die Qualität des Guts auf dem Titelblatt bemerkt, das Recht des Zinsempfängers aber in der zweiten Rubrik eingetragen; auch kann dem Rechte des Zinsherrn ein beſonderes Folium im H. B. gegeben werden. R. v. 30. Nov. 1789. p. 2749. VIII. — Wenn bei einem in condominio beſeſſenen Grundſtück keine provocatio ad divisionem ſtattfindet, iſt die Verpfändung einzelner pro indiviso beſeſſenen Antheile ohne Einwilligung der Miteigenthümer nicht zuläſſig. R. v. 29. Nov. 1790. p. 2989. VIII. Wenn es bei Eintragung der onerum specialium einer Notifikation an die intabulirten Creditoren, ferner wenn es der Eintragung zuſammen gekaufter Pertinenzien bedarf. R. v. 24. Dez. 1792. p. 1101. IX. Wenn auf den Grund der Adjudikation die Berichtigung des tituli possessionis von dem Käufer nachgeſucht wird, welche erfolgen muß, wenn gleich traditio und die Bezahlung des Kauf-Pretii noch nicht nachgewieſen worden. G. C. v. 30. Sept. 1796. Kl. A. 318. XV. muß zugleich die Eintragung des Gebots Rubr. 3. ex officio erfolgen, wenn die Berichtigung der Kaufgelder nicht nachgewieſen wird. R. v. 10. Oct. 1796. C. S. p. 722. X. St. B. p. 391. Th. 3. Wie zu verfahren bei Eintragung eines Vermerks, wenn beim

Bau der Häuſer geringere Materialien genommen. R. v. 10. Oct. 1796. C. S. p. 723. X. St. B. c. l. p. 393. der Real-Rechte der Domainen-Aemter auf andere Grundſtücke. R. v. 25. Juli 1796. p. 570. X. die Vorſchrift des §. 266. Abſchnitt 5. der H. O. v. 1783. die Löſchung der in einem Concurs oder Liquidations-Prozeſſe wegen Unzulänglichkeit der Maſſe leer ausgegangenen Forderungen betr. C. S. p. 2662. VII. iſt auf bloße Subhaſtationsfälle nicht zu extendiren. R. v. 14. Dez. 1795. p. 2699. IX. St. B. p. 279. Th. 2. des juris reservati dominii. R. v. 1. Febr. 1796. St. B. p. 376. Th. 3. Bei hypothekariſch verſicherten Schulden müſſen die Koſten der zur Löſchung erforderlichen Quittung vom Schuldner getragen werden. R. v. 27. Nov, 1797. C. S. p. 1475. X. St. B. p. 144. V. die Eintragung des Pachtcontracts auf dem verpachteten Gute, wenn ſolche nicht ausdrücklich bewilliget worden, kann der Gutspächter nicht verlangen. G. C. v. 15. Dec. 1794. Kl. A. 339. XIII. p. 1857. X. Eine Proteſtation kann auch ein Perſonal-Gläubiger, wenn die verfügte Execution fruchtlos geblieben, eintragen laſſen. R. v. 6. Nov. 1797. St. B. p. 136. V. Wenn jemand alleiniger Teſtamentserbe oder doch zum Erben in certa quota eingeſetzt, kann, wenn auch Notherben vorhanden, titulus possessionis auf ihn auf den Grund des Teſtaments eingetragen werden. R. v. 18. Apr. 1797. St. B. p. 111. V. Zwangsgerechtigkeiten qualificiren ſich nicht zur Eintragung. R. v. 20. März 1797. St. B. p. 100. V. — Die im A. L. R. Th. 1. Tit. 22. §. 18. verordnete Eintragung der Grundgerechtigkeiten, welche den Nutzungsertrag des belaſteten Grundſtücks ſchmälern, ſ. deshalb auch R. an die Magd. Reg. v. 29. Mai 1797. St. B. p. 121. V. R. an das Cammergericht v. 25. Juli 1796. C. S. p. 570. X. St. B. p. 387. Th. 3. iſt wieder aufgehoben. Circ. Verordn. v. 30. Dez. 1798. C. wegen Anlegung der Hypothekenbücher in Pommern v. 13. Juni 1736. Publ. wegen Anwendung der Neuen-Hypotheken-Ordnung v. 1783. für die Untergerichte in Pommern, v. 2. Oct. 1797. — in Südpreußen, R. v. 10. Aug. 1795. nebſt Inſtr. v. 10. Oct. 1795 u. Decl. v. 9. Nov. 1795. St. B. p. 341. XII. welche eigentlich dahin gehet, daß das bloße frühere Anmelden bei Einrichtung der Hypothekenbücher die älteren Realrechte nicht beeinträchtige R. v. 18. Aug. 20. Oct. 1800. St. B. p. 367. XII. R. an die Neu-Oſtpreußiſche Regierung, die Eintragung der bis Ablauf des Jahres 1798. ſich gemeldeten Realprätendenten betr. v. 2. Dez. 1799. St. B. p. 208. Th. X. In welchem Falle es in Hypothekenſachen der Mitunterſchrift des Juſtizcommiſſarii zur Legaliſirung der Vorſtellung bedarf. C. v. 19. Dez. 1799. C. S. p. 2710. X. R. die Anſchaffung beſonderer Signaturbücher und Ausfertigung beſonderer Mandate an den Ingroſſator betr. v. 8. Oct. 1799.

St. B. p. 198. Th. X. — Wie zu verfahren bei Eintragung eines Kaufcontracts für Profeſſioniſten. R. v. 10. Juni 1799. St. B. p. 143. Th. VIII. E. S. p. 2542. X. bei Eintragung des Beſitztitels eines Beneficialerben. A. L. R. Th. 1. Tit. 9. §. 447. R. v. 8. Sept. 1794. St. B. p. 228. Th. IX. pro fisco. R. v. 9. Juni 1801. St. B. p. 252. Th. XII. der Proteſtation eines Perſonalgläubigers, welcher die Subhaſtation der Grundſtücke ſeines Schuldners extrahirt. R. v. 1. Juli 1799. St. B. p. 234. Th. IX. R. die Wirkung der Clauſel: sub jure reservati dominii, hypothecae expressae betr. v. 1. Febr. 1796. St. B. p. 241. XII. die Eintragung der Gütertaxen ſetzt eine gerichtliche Abſchätzung voraus. R. v. 8. Dec. 1800. p. 243. A. L. R. 1. XX. 390 — 535. und wird ohne fernere Rückſicht auf die Dispoſition des (Oſt=) Preußiſchen Landrechts Th. 2. B. 4. Tit. 5. Art. 9. §. 45. nach dem §. 494. nach welchem der Pfandgläubiger die Wahl hat, ob er ſeine perſönlichen Anſprüche an den eigentlichen Schuldner oder ſein jus reale an die von einem Dritten beſeſſene verpfändete Sache ausüben will, verfahren. R. v. 14. Jan. 1799. St. B. p. 333. Th. VIII. — Circ. V. die Aufhebung der im A. L. R. Th. 1. Tit. 22. §. 18. verordneten Eintragung der Grundgerechtigkeiten betr. v. 30. Dez. 1798. E. S. p. 1834. X. ſ. a. Mennoniſten. — Pat. wegen Einrichtung des Hypothekenweſens in den Fränkſchen Fürſtenthümern v. 19. Mai 1800. E. S. p. 2939. X. Die auf ein Grundſtück beſtellte Hypothek begreift in der Regel auch alle darauf befindliche, ſelbſt die nach der Eintragung neu errichteten Gebäude mit unter ſich. St. B. p. 180. XVI. — §. 43. Der in das Hypothekenbuch eingetragene Werth wird von der daſſelbe führenden Behörde nicht vertreten. Auch die früheren Erwerbspreiſe müſſen mit aufgeführet werden. Publ. v. 20. Febr. 1802. St. B. p. 288. XV. — §. 45. Gütertaxen, die ſich zur Eintragung qualificiren, ſetzen eine gerichtliche Abſchätzung voraus. R. v. 8. Dez. 1800. St. B. p. 243. XII. R. A. p. 6. B. 2. — §. 47. und Tit. 2. §. 112. Koppel=Jagd=Gerechtigkeiten, welche auf einem beſondern Titel beruhen, qualificiren ſich zur Eintragung. R. v. 18. Sept. 1797. p. 258. der Auszüge der Geſ. und Verordnungen. Stettin 1798. — §. 50. Bei Erbverpachtungen iſt der Erbpächter berechtiget, ein Folium in dem Hypothekenbuche zu verlangen, und der Eigenthümer würde eigentlich Rubr. 1., die Erbpachtsgerechtigkeit als onus reale Rubr. 2. einzutragen, und auf dieſes die etwanigen Verpfändungen Rubr. 3. zu ſubinſcribiren ſein; da bei geiſtlichen Gütern aber, qua dominium, ſo leicht keine Veränderungen und keine Verpfändungen vorkommen, ſo iſt es beſſer, dem Erbpachtsrechte ein beſonderes Folium zu geben, daſelbſt Rubr. 1. Titulum des Erbpächters, Rubr. 2. des Erbpachtzins, Rubr. 3. die Verpfändungen der Erbpachtgerechtigkeit einzu=

tragen. R. v. 27. März 1797. c. 1. p. 236. R. die Einrichtung des Hypothekenweſens von einzelnen Grundſtücken der piorum corporum betr. v. 14. Mai 1797. p. 249. c. 1. Wie bei Cämmerei= oder geiſtlichen Landgütern, welche auf Erbzins verliehen, und die ſchon mit gerichtlichen Hypotheken beſchweret, in Anſehung der Eintragung zu verfahren. R. v. 2. Febr. 1795. p. 58. c. 1. — Die Erforderniſſe eines bei dem Hypothekenbuche vorzunehmenden Actus müſſen nach den zur Zeit der Vollziehung deſſelben geltenden Geſetzen beurtheilt werden, und wenn gegenwärtig Ceſſionen oder Löſchungen im H. B. zu notiren, kommt es nicht auf das, was zur Zeit der Ceſſion oder Quittung, ſondern was zur Zeit der Verlautbarung des Actus bei dem H. B. circa formam externam Rechtens iſt. R. v. 13. Febr. 1792. N. Arch. p. 72. B. 2. welche Vorſchrift nicht blos bei Löſchungen und Ceſſionen, ſondern allgemein und mithin auch bei Berichtigungen des tituli possessionis Anwendung findet. R. v. 30. März 1801. St. B. 203. XIII. Auch ein antichretiſcher Pfandbeſitz kann von einem Mennoniſten nicht anders als unter den im Ed. v. 1789 vorgeſchriebenen Bedingungen eingetragen werden. R. an das Hofgericht zu Bromberg v. 2. Apr. 1778. (ungedr.) wegen der bei den Untergerichten zu haltenden Ingroſſations=Bücher, R. v. 30. Sept. 1803. N. A. III. p. 194. — Bei Beurtheilung der Frage: Wie es mit Führung der Hypothekenbücher in dem Falle gehalten werden ſoll: wenn adliche Güter von Sr. Majeſtät höchſten Perſon erkauft, und dadurch in Domainenſtücke verwandelt werden: ſind zwei Zeitpunkte zu unterſcheiden. Es iſt entweder wegen eines ſolchen in ein Domainenſtück verwandelten ehemaligen adelichen Guts zur Zeit dieſer Veränderung bereits ein Hypothekenbuch eingerichtet, oder dieſe Einrichtung iſt noch nicht erfolgt. Erſtern Falls muß in dem bereits eingerichteten Hypothekenbuche die Veränderung in Anſehung des Beſitzes notirt, und hiernächſt das Hypothekenbuch bei dem Gerichte, deſſen Gerichtsbarkeit das Grundſtück zur Zeit, da es adelichen Beſitzern gehörte, unterworfen geweſen, aſſervirt werden, indem in dem Falle, wenn ein ſolches Gut in der Folge durch Schenkung oder Verkauf aufhören ſollte, ein Domainenſtück zu ſein, das Hypothekenbuch darüber bei demſelben Gerichte fortgeführet werden muß. Letztern Falls hingegen, wenn wegen eines ſolchen in ein Domainenſtück verwandelten Grundſtücks, noch kein Hypothekenbuch eingerichtet iſt, bedarf es einer ſolchen Einrichtung nicht, da nach der Natur der Domainengüter ein demſelben zu widmendes Hypothekenbuch von keinem Nutzen ſein würde, und in dem Falle, wenn ein ſolches Gut in der Folge der Zeit etwa wieder ein Eigenthum einer Privatperſon werden ſollte, alsdann noch immer für daſſelbe ein Hypothekenbuch eingerichtet werden kann. R. an die Weſtpr. Regie=

rung v. 5. Nov. 1777. (ungedr.) ſ. a. Gütergemeinſchaft. — Pat. wegen Einrichtung des Hypothekenweſens v. 10. Juni 1804. E. S. p. 2586. bei jüdiſchen Grundſtücken, v. 3. Nov. 1804. N. A. 128. IV. über die Stände in den Judenſchulen werden eigene Hypothekenbücher geführet. R. v. 18. Mai 1804. N. A. 120. IV. Von Bemerkung der Pertinenzſtücke bei fundis civicis auf dem Titelblatte, und daß es für das Verſicherungsquantum im Feuercataſtro keiner beſondern Kolonne bedürfe, R. v. 20. Febr. 1785. H. B. II. 408. der Eintragung neuer Ceſſionen, wenn in der dazu beſtimmten Kolonne der dem Vermerk der Hauptingroſſation correſpondirende Raum bereits vollgefüllt iſt. R. v. 15. Oct. 1784. p. 405. beſtändiger, vermöge eines ſpeciellen Titels, auf einem Grundſtücke haftender Laſten. J. M. IV. 489. Wie bei Eintragung von Subingroſſationen auf Poſten, welche in der zweiten Rubrik im H. B. vermerkt ſind, zu verfahren. R. v. 14. Juni 1806. N. A. 369. IV. Reſcr. wegen Regulirung des Hypothekenweſens der durch die V. v. 27. Juli 1808. J. M. VI. 288. den Immediateinſaſſen in Oſt- und Weſtpreußen, auch Litthauen, als freies Eigenthum überlaſſenen Grundſtücke, v. 10. Sept. 1808. VII. 80. Aus einem Schuldinſtrumente, worin der Schuldner den Empfang des Darlehns in Pfandbriefen, Stadobligationen oder andern dergleichen Papieren nach dem Nominalwerth erhalten zu haben bekennt, und ſich zur Zurückzahlung in baarem Gelde verbindlich macht, kann die Eintragung der Schuld in das Hypothekenbuch unbedenklich erfolgen. R. v. 20. Dez. 1808. VIII. 61. Die Koſten zur Anlegung neuer Hypothekenbücher müſſen nach §. 42. Tit. IV. der H O. aufgebracht, und wie die Realprätendenten zur Wahrnehmung ihrer Gerechtſame bei Errichtung neuer Hypothekenbücher aufgefordert werden ſollen. R. v. 26. Juli 1809. VIII. 312. Iſt die Eintragung rückſtändiger Kaufgelder nicht rite geſchehen, ſo kann ſie denſelben keine hypothekariſchen Rechte beilegen, wofür die Hypothekenbehörde einſtehen muß. Erk. J. M. III. 284. Alle hypothekariſch eingetragenen Forderungen auf Grundſtücke im Königreiche Weſtphalen müſſen bis zum 1. Juli 1810. R. v. 21. Dez. 1809. erneuert werden. R. v. 9. Nov. 1809. (Gen. Acten.) — R. die Führung des H. B. über ein auf immer von dem Hauptgute getrenntes Pertinenzſtück eines Rittergutes betr. v. 25. Nov. 1802. N. A. 184. III. u. J. M. I. p. 490. Welche gemeine Laſten der Unterthanen zur Eintragung geeignet ſind? R. v. 10. März 1803. N. A. 188. III. u. J. M. I. 491. Von Eintragung der Wechſel. R. v. 12. Sept. 1803. N. A. 193. III. u. J. M. I. 492. ſ. a. Beſitztitel, Darlehn. — R. die Regulirung des Hypothekenweſens der den Städten gehörigen Güter, v. 23. Sept. 1797. Ausz. der Geſetze und Verordnungen. Stettin 1798. p. 209. der in Erbpacht gegebenen geiſtlichen Güter,

v. 1. Aug. 1798. c. l. wenn der Gläubiger ſich blos ſein Recht an das Pertinenzſtück des Hauptguts vorbehalten, v. 31. Juli 1789. p. 218. R. die Abfaſſung der Hypothekenſcheine in Rückſicht der verſchiedenen Kaufpreiſe betr. v. 29. Apr. 1797. p. 226. Welche Verordnungen bei Einrichtung des Hypothekenweſens in den neu acquirirten Preußiſchen Provinzen zum Grunde gelegt worden. p. 228. allgemeine, v. 20. Dez. 1783. E. S. p. 2566. VII. nach deren Vorſchrift die Verfahrungsart und die Einrichtung des — auf Sicherheit des Eigenthums, Beförderung des Credits und Entfernung des nicht verſchuldeten Nachtheils von dem Gläubiger gerichteten (R. v. 10. März 1803. R. A. 189. III.) Hypothekenweſens mit dem 1. Juni 1784. ihren Anfang genommen. R. v. 18. Jan. 1784. E. S. p. 2745. VII. u. iſt ſolche auch in den neu acquirirten Preußiſchen Provinzen, wie die ergangenen Patente und Inſtruktionen ergeben, eingeführt worden. vom 20. Dez. 1783, die in ſelbiger Abſchn. 2. §§. 49—52. ff. enthaltenen Vorſchriften wegen Berichtigung des Beſitztitels, werden, mit Aufhebung des Publikandi v. 1. Oct. 1805. wieder hergeſtellt und in Kraft geſetzt. G. S. 1810. (A.) p. 730. — §. 64. Tit. II. derſelben wird rückſichtl. der Verlautbarung und Beſtätigung der Verträge abgeändert. G. S. 1821. p. 44. — deren Wiedereinführung in den mit den Preuß. Staaten wieder vereinigten Provinzen. G. S. 1814. p. 95. — Patent darüber, v. 22. Mai 1815. G. S. 1815. p. 185 — 189. — deren Einführung in den vormals ſächſiſchen jetzt preußiſchen Ländertheilen. G. S. 1816. p. 237. — desgl. in dem Großherzogth. Poſen. G. S. 1816. p. 231. — deren Uebertragung in die polniſche Sprache zum Gebrauche im Großherzogth. Poſen. G. S. 1816. p. 204. — deren Wiedereinführung in den mit Weſtpreußen vereinigten Diſtrikten. G. S. 1816. p. 223. — ſ. ferner Hypotheken-Weſen. — Alle hypothekariſch eingetragene Forderungen auf Grundſtücke in dem ehemaligen Königreich Weſtphalen haben bis zum 1. Jul. 1810. renuvellirt werden müſſen. R. v. 9. Nov. und 21. Dec. 1809. ſ. a. R. v. 12. Sept. 1813. v. K. J. 205. I. Wer die Koſten der Eintragung einer cedirten fiskaliſchen Forderung zu tragen verbunden, R. v. 22. Aug. 1812. 250. I. Bei hypothekariſch verſicherten Capitalien ſoll ſchon nach der A. G. O. Th. 1. Tit. 28. §. 15. auf die bloße Anzeige des aus dem H. B. ſich ergebenden Inhabers der Forderung ein Befehl auf Zahlung der Zinſen erlaſſen werden. Daß hierzu die Production des Original-Documents erforderlich, wird in dieſer Geſetzſtelle mit keinem Worte beſtimmt, und läßt ſich daher um ſo weniger annehmen, als geſetzlich nach §. 212. Tit. 2. der H. O. ſelbſt der Ceſſionar keine Rechte gegen den Schuldner erhält, wenn er dieſem nicht die erfolgte Ceſſion bekannt gemacht, und der Schuldner daher dem aus dem H. B. hervorgehenden Gläu-

biger die Zinſen gezahlt hat. Auch bei Verpfändungen eines zins⸗baren Activi dienen die Zinſen dem Pfandinhaber in der Regel nicht zum Pfande, und wenn dies der Fall, muß der Pfandinhaber dem Schuldner hiervon ausdrücklich Nachricht geben. A. L. R. Th. 1. Tit. 20. §. 284. Als titulirter Inhaber muß der Kläger in jeder Hinſicht zur Einklagung der rückſtändigen Zinſen legitimirt geachtet werden, von dem alles, was zur Sicherung des Verklagten er⸗forderlich, geſchehen, wenn von ſeiner Seite nur auf Einzahlung der Zinſen zum gerichtl. Depoſito bis zu ſeiner vollſtändigen Legiti⸗mation durch Production der Original⸗Schulddocumente angetra⸗gen worden. Jud. in Causa Neom. mit Abänderung des erſten Er⸗kenntniſſes in S. Werkenthin w. Borchert, in zweiter und dritter Inſtanz, 1812. 1813. — Pat. wegen Einrichtung des Hypothe⸗kenweſens in den mit den Pr. Staaten wieder vereinigten Provin⸗zen, jenſeits der Elbe und Weſer v. 22. Mai 1815. v. K. J. 38. V. Wie iſt der §. 446. Tit. 20. Th. 1. des A. L. R. in Rückſicht der nach der Eintragung hinzugekommenen, bei der Exekutions⸗Voll⸗ſtreckung noch nicht getrennten Pertinenzſtücke, zu erklären? p. 255. VI. ſ. a. die Zuſätze und Bemerkungen zur A. H. O. v. d. Ob. L. R. v. Strombek. p. 45. die Gerechtſame der hypothekariſchen Gläu⸗biger bei Entſchädigungen für nicht wieder aufzuführende Gebäude in Feſtungsumgebungen, ſollen durch die das H. B. führende Ge⸗richte wahrgenommen werden. R. v. 7. Juni 1814. v. K. J. 34. IV. Von den erforderlichen Stempeln in Hypothekenſachen, P. A. B. 105. VI. K. A. B. 59. — Die in der allgemeinen Hypotheken⸗Ordnung §. 51. angedrohte Strafe, iſt keine Ordnungs⸗, ſondern eine fiskaliſche Strafe, R. v. 26. Jan. 1814. v. K. J. 40. V. — Von dem Verfahren bei Eintragung der Auseinanderſetzungsreceſſe über die gutsherrlichen und bäuerlichen Verhältniſſe. v. 21. Aug. 1816. v. K. J. 48. VIII. bei Einrichtung der Hypothekenbücher in den neuen Provinzen, R. v. 28. Aug. 1816. p. 50. Der Beſitztitel des Käufers iſt nicht eher zu berichtigen, bevor nicht die Uebergabe des Grundſtücks nachgewieſen worden. Die gerichtliche Beſtätigung eines Kaufcontracts aber iſt nicht bis zum Nachweis derſelben aus⸗zuſetzen. R. v. 19. Juni 1816. v. K. J. 53. VIII. R. betr. das Ver⸗fahren bei öffentlicher Aufforderung der Real⸗Prätendenten bei An⸗legung eines Hypothekenbuchs, v. 31. Aug. 1816. p. 54. Die Ein⸗tragung des Ablöſungs⸗Capitals der vormaligen Gewerbsberechti⸗gungen und die den Gläubigern deshalb zuſtehenden Rechte, v. 26. Juni 1816. p. 56. der mit dem 31. Dec. 1816 ablaufende präcluſi⸗viſche Termin in Hinſicht des Bergwerkseigenthums iſt bis zum 31. Dec. 1817 verlängert worden. E. O. v. 19. Dec. 1816. G. S. 7. VII. V. wegen Verlängerung einiger im Pat. v. 22. Mai 1815 be⸗ſtimmten Friſten, v. 23. Dez. 1816. p. 8. — Abänderungen, Zu⸗

ſätze und Erläuterungen, welche die Allg. Hyp. Ordn. ſeit ihrer Publikation erhalten hat, vom Oberlandesgerichtsrath von Strombek in Halberſtadt. v. K. J. VI. 45. — Vergleichende Darſtellung der Franzöſiſchen und Preußiſchen Hypothekengeſetze. Abhandl. XV. 117 — 202. — Bemerkungen und Vorſchläge zur Reviſion der Hypothekenordnung. XXXVII. 243. u. folg. — von 1783. Ueber deren rückwirkende Kraft auf frühere Rechtsgeſchäfte. Bericht des Juſt. Miniſt. an des Königs Majeſtät v. 20. Mai 1833. Cab. Ord. v. 29. Mai 1833. XLI. 525 — 540. — Cab. Ord. v. 6. Octbr. 1833 über das bei Berichtigung des Beſitztitels zu beobachtende Verfahren. G. S. 1833. p. 124.

Hypotheken=Pauſchquanta, ſiehe Hypotheken=Averſionalgebühren.

Hypothekenrecht, ſ. Eintragung. — Von Begründung der Befugniß überhaupt, auf Einräumung deſſelben anzutragen. A. L. R. I. XX. §. 2 — 5. — Wird in der Regel nur durch die wirkliche Eintragung in die öffentlichen Grundbücher erworben, §. 8. §. 100. §. 411 — 416. §. 570. A. G. O. 1. 51. §. 99. II. 1. §. 3. No. 3. da z. B. ein aus dem Geſetze unmittelbar entſpringendes Vorkaufsrecht jeden Beſitzer auch ohne Eintragung verpflichtet. A. L. R. I. XX. 573. — Auf welche Grundſtücke und Gerechtigkeiten ſolche nur erworben werden können, §. 390 — 398. — vom Titel zu deſſen Erlangung, §. 399 — §. 416. und deſſen Wirkungen §. 436. — §. 510. — Nach deſſen §. 494. wird ohne fernere Rückſicht auf die Dispoſition des ältern (Oſtpreußiſchen) Landrechts Th. 2. B. 4. Art. 9. §. 45. verfahren. R. v. 14. Jan. 1799. St. B. 333. VIII. und nach dem §. 470. 471. begreift die auf ein Grundſtück beſtellte Hypothek auch alte, ſelbſt die nach der Eintragung aufgebauten Gebäude unter ſich. ſ. a. St. B. 180. XVI. — Sicherung derſelben nach Aufhebung des allg. Indults und Erleichterung des geſetzl. Moratoriums. G. S. 1811. p. 203. ff. 243. — Verfahren rückſichtl. derſ. bei Ablöſungs=Kapitalien für erworbene Domanial=Grundſtücke. G. S. 1811. p. 160. 164. ff. — deren Wahrnehmung bei Regulirung gutsherrl. u. bäuerl. Verhältniſſe. G. S. 1811. p. 289. 290. — 1816. p. 166 — 169. 178. — 1817. p. 170 — 194. — deren Erwerbung und Ausübung in denjenigen Provinzen, in welchen das allg. L. R. die allg. Ger. Ordn. und die Hypothekenordn. Anwendung finden. G. S. 1814. p. 93. — 1815. p. 185 — 189. — 1820. p. 106. ff. — Beſtimmung von Präcluſivterminen für die Anmeldung von Realanſprüchen rückſichtlich derſelben. G. S. 1815. p. 186. ff. — 1817. p. 7. 8. — 1826. p. 64. — 1827. p. 85. — in Beziehung auf Bergwerks=Eigenthum in den wieder vereinigten Provinzen jenſeits der Elbe und Weſer, Präcluſivtermin zu deren Anmeldung bis zum 31. Dez. 1817. G. S.

1817. p. 7. — Beſtimmungen rückſichtlich derſelben in Beziehung der, zur Bezahlung der Kaufs-Erbſtands- und Ablöſungsgelder für Domainen, Forſten und geiſtl. Güter aufgenommenen Darlehne in Staats- und andern öffentlichen Papieren. G. S. 1812. p. 1. — desgl. bei Ablöſungen von Abgaben und Dienſten. G. S. 1821. p. 82. u. 83. — deren Sicherung und Wahrnehmung bei Ablöſungen in den ehemals königl. weſtphäl. bergiſchen u. franz. Landestheilen. G. S. 1829. p. 83. ff. — ſ. a. Hypothekenbücher und Hypothekenweſen. — der Kirchen, Schulen und Pfarren, und milden Stiftungen, Anmeldung derſelben. v. K. A. 21. II. 358. — Erhaltung der hypothekariſchen Rechte im Herzogthum Warſchau durch Erneuerung der vor und reſp. nach Einführung des Code Napoleon intabulirten Hypotheken. R. v. 12. Sept. 1812. v. K. J. I. 205. — Interpretation des §. 446. des A. L. R. Th. I. Tit. 20., welcher alſo lautet: „Sind dagegen andere bewegliche Pertinenzſtücke in dieſer Zwiſchenzeit hinzugekommen, ſo werden dieſelben, in ſo fern ſie zur Zeit der Exekution noch wirklich vorhanden ſind, dem dinglichen Rechte des Hypothekengläubigers mit unterworfen." Abhandl. VI. 245. — Ob der Beſitzer eines Grundſtücks befugt iſt, über eine durch Befriedigung des Hypothekengläubigers offen gewordene Stelle im Hypothekenbuche zum Vortheile eines andern Gläubigers zu verfügen, wenn er von dem befriedigten Gläubiger keine Ceſſion ſeines Hypothekenrechts, ſondern nur eine Quittung und Löſchungsbewilligung erhalten hat? R. v. 24. Mai 1820. XV. 288. — Die §§. 407. u. 408. Tit. 20. Th. I. des A. L. R. finden auf den Fall Anwendung, wenn gegen die Beſtimmungen §. 405. u. 409. vor Berichtigung des Beſitztitels eine Hypothek eingetragen worden iſt. R. v. 25. Jan. 1822. XIX. 166. ſiehe Recognitionen. — deren Erneuerung in den Rheinprovinzen. v. K. A. 29. III. 721. 731. — Erſtreckt ſich das Hypothekenrecht auf die vorbedungenen Zinſen eines eingetragenen Kapitals, auch wenn derſelben bei der Eintragung im Hypothekenbuche nicht ausdrücklich Erwähnung geſchehen iſt? S. u. Str. R. 1. B. No. 24. p. 87. — desgl. No. 80. p. 315.

Hypotheken-Regiſtratur, was zur, gehöret, ſ Allgem. Regiſtratur-Regl. v. 1782 §. 51 — 58.

Hypotheken-Regulirung; ſ. Geſchäftstabellen und Liſten.

Hypotheken-Sachen; ſ. Hypotheken-Weſen.

Hypotheken-Scheine, von deren Abfaſſung und Ausfertigung, H. O. Tit. 2. §. 305 — §. 315. p. 90. Auch die frühern Erwerbspreiſe müſſen in demſelben, ſo weit ſie aus dem Hypothekenbuche hervorgehen, aufgeführet, außerdem muß die von dem

Landgute oder anderm Grundſtücke vorhandene ritterſchaftliche oder gerichtliche Taxe, und zwar im letztern Falle mit Benennung des Gerichts, welches die Abſchätzung bewirkt hat, in demſelben bemerkt Publ. v. 20. Febr. 1802. St. B. 288. XV. E. S. p. 767. XI. u. können erſtere in einer ganz kurzen Note ad Rubr. 1. in der Art bemerkt werden, daß nach dem Eingange im Hypothekenſcheine: Das unter der Gerichtsbarkeit der u. ſ. w. belegene Gut u. ſ. w. hat der jetzige Beſitzer u. ſ. w. mittelſt Kaufkontracts vom u. ſ. w. für..... 46,000 Rthlr. Courant gekauft, und iſt titulus possessionis für ihn auf den Grund dieſes Decrets u. ſ. w. eingetragen worden: jene Note, etwas eingerückt, in der Art folgt: Im Jahre 1750 iſt dieſes Gut für 20,000 Rthlr., im Jahre 1779 für 34,000 Rthlr. verkauft, und im Jahre 1789 in einer brüderlichen Erbtheilung für 40,000 Rthlr. angenommen worden. — Die volle Anwendung der Regel, daß Hypothekenſcheine getreue Abſchriften des Hypothekenbuchs ſeyn ſollen, H. O. Tit. 2. §. 301. findet nur bei dem ingroſſirten Beſitztitel und den eingetragenen Laſten und Schulden ſtatt, R. v. 1. May 1804. N. A. 470. III. müſſen von den Gerichten vertreten werden. H. O. Tit. 2. §. 316. 317. p. 92. Von Hypothekenſcheinen, welche ſtatt Recognition über eine erfolgte Eintragung, z. B. einer Kaution oder Bürgſchaft, §. 197. p. 67. einer Ceſſion §. 221. §. 222. p. 73. — einer auf die bloße Requiſiton der Amtsvorgeſetzten oder des obervormundſchaftlichen Gerichts eingetragenen ſtillſchweigenden §. 190. p. 65. §. 192. §. 193. p. 66. oder einer General-Hypothek. §. 169. p. 61. des tituli possessionis, §. 33. p. 28. §. 37. 38. p. 29. einer Proteſtation, §. 295. p. 89. einer Abſchlagszahlung. §. 260. p. 81. — und wie ſolche ausgefertiget werden. §. 302. p. 90. §. 310. p. 91. u. p. 124. früher ertheilte, deren Vervollſtändigung durch Atteſte, ohne Ausfertigung neuer Hypothekenſcheine. G. S. 1829. p. 49. — Ueber das Verfahren zur Abkürzung derſelben bei bepfandbrieften Gütern. Cirk. R. v. 10. Sept. 1830. v. K. J. XXXVI. 177—183. — Koſtenfreiheit der erſten Ausfertigung der Hypothekenſcheine. Cirk. R. v. 22. Octbr. 1830. XXXVI. 371. 372. ſiehe überhaupt Hypothekenweſen, Schreibgebühren.

Hypothekenſchulden. R. wegen des alljährlich einzuſendenden Tableaus der hypothekariſchen Schulden ſämmtlicher ländlichen und ſtädtſchen Grundſtücke, vom 8. Dec. 1805. J. M. II. 292. c. R. decl. v. 15. Febr. 1806. p. 387. — Belaſtung der Bauergüter über den vierten Theil ihres Werths mit ſelbigen. G. S. 1823. p. 33. — ſiehe auch Bauergüter. — in wie weit damit regulirte Bauergüter belaſtet werden können. v. K. A. 28. III. 679. seq. ſiehe übrigens Geſchäftstabellen und Liſten.

Hypotheken-Tabellen. R. v. 31. Aug. 1829., die Hy-

potheken-Tabellen bei Untergerichten betreffend. v. K. J. XXXIV. 125. — ſ. auch Grundakten.

Hypotheken-Transſcriptions-Gebühren, in den Rheinprovinzen, können weder abgeſchafft noch fixirt werden. v. K. A. 29. III. 696. — deren Ermäßigung auch für die Landestheile auf dem linken Rheinufer. 29. III. 492. 719.

Hypotheken-Verwaltung; ſiehe Gerichtsbarkeit.

Hypothekenweſen, bei ſelbigem ſollen, nebſt dem Juſtiz-Miniſterium, auch die andern Miniſterien und Departements in Rückſicht auf den National-Wohlſtand einwirken. G. S. 1810. p. 19. — deſſen Führung und Kontrollirung bei den königl. Bergämtern. G. S. 1816. p. 108. — Verfahren in ſelbigem bei den Land- und Stadtgerichten in Weſtpreußen. G. S. 1806. p. 52 — 56. — desgl. in Beziehung auf die Ausfertigung oſtpreuß. Pfandbriefe. G. S. 1808. p. 411. ff. — deſſen Wiederherſtellung in dem Großherzogthum Poſen, dem Kulm- u. Michelauſchen Kreiſe und der Stadt Thorn. G. S. 1818. p. 20. ff. Einrichtung deſſelb. in den mit den preuß. Staaten vereinigten, zwiſchen den ältern Provinzen belegenen Diſtrikten und Ortſchaften. G. S. 1818. p. 45. — desgl. in den ehemals Schwarzburg-Rudolſtädtſchen Aemtern Heringen und Kelbra. G. S. 1819. p. 247. — 1820. p. 101. ff. desgl. im Herzogthume Sachſen. G. S. 1820. p. 101. ff. — 1821. p. 189. — deſſen Regulirung in der Oberlauſitz. G. S. 1822. p. 40. — 1823. p. 166. — desgl. im Herzogthume Sachſen (für die Bezirke des Oberlandesgerichts in Naumburg und des Kammergerichts) G. S. 1822. p. 194. — 1823. p. 127. — Friſtverlängerung zur Berichtigung deſſelben im Herzogthume Sachſen. G. S. 1823. p. 34. — Befugniß der Untergerichte in den ehemals ſächſiſchen Landestheilen, fertige Hypotheken-Tabellen mit präkluſiviſcher Friſt bekannt machen zu dürfen. G. S. 1824. p. 78. — Verfahren rückſichtl. deſſelb. im Herzogthume Weſtphalen, Fürſtenthum Siegen und in den Grafſchaften Wittgenſtein-Wittgenſtein und Wittgenſtein-Berleburg. G. S. 1825. p. 154. ff. p. 236. — ſiehe auch Hypotheken-Ordnung. Publ. des O. L. Gerichts zu Inſterburg betr. das Hypothekenweſen der Juſtizämter v. 7. Oct. 1814. v. K. J. IV. 195. — Patent wegen Einrichtung des Hypothekenweſens in den mit den Preußiſchen Staaten wieder vereinigten Provinzen, v. 22. Mai 1815. v. K. J. Vb. 38.; Inſtruction zur Ausführung dieſes Patents v. 30. Mai 1815. Vb. 43. — Regulirung deſſelben in den neuen Provinzen und dabei in Anſatz zu bringende Gebühren. Reſcr. v. 28. Aug. 1816. VIII. 50. — Verfahren bei Regulirung des Hypothekenweſens in den vormals zum Königreich Weſtphalen gehörigen Provinzen. Reſcr. v. 14. Jan. u. 18. Febr. 1817. IX. 38. 40. — Publ. des O. L. Gerichts zu In-

ſterburg betr. die Regulirung des Hypothekenweſens bei den Untergerichten, v. 28. Mai 1818. XI. 258. — Prüfung einiger wichtigen Rechtsfragen, die Bearbeitung und Einrichtung des Hypothekenweſens in den mit der Preußiſchen Monarchie wieder vereinigten Weſtphäliſchen Provinzen betreffend, vom Land- und Stadtrichter Rintelen in Büren. IX. 253. — Inſtruction zur Ausführung der Königl. Verordnung vom 16. Juni 1820. wegen Einrichtung des Hypothekenweſens in dem mit den Preußiſchen Staaten vereinigten Herzogthume Sachſen, v. 12. Aug. 1820. XVI. 75. — Das Hypothekenweſen in Betreff derjenigen Grundſtücke, bei welchen die gutsherrlichen und bäuerlichen Verhältniſſe regulirt werden ſollen, iſt ſobald als möglich zu berichtigen; ſoweit ſolches aber nicht thunlich, ſind den Intereſſenten vollſtändige Atteſte aus den Verhandlungen über die Hypotheken-Einrichtung zu ertheilen, damit ſolche von den Generalcommiſſionen ihren Verhandlungen zum Grunde gelegt werden können. Reſcr. vom 18. Febr. 1822. XIX. 193. — Vertheilung und Einziehung der Einrichtungskoſten für ſelbiges, ohne Konkurrenz der Regierungen. v. K. A. 24. III. 647. — Nur die völlige Regulirung des Hypothekenweſens von allen Grundſtücken eines Gerichtsbezirks iſt durch das Amtsblatt bekannt zu machen, und bedarf es der in dem §. 10. der Verordn. vom 16. Jan. 1820 vorgeſchriebenen Bekanntmachung in dem Falle nicht, wenn blos das Folium eines Grundſtücks in das Hypothekenbuch berichtigt worden. Reſcr. vom 18. Sept. 1826. v. K. J. XXVIII. 103. ſ. Gerichtsbarkeit, Geſchäftstabellen u. Liſten, Hülfsarbeiter, Hypotheken-Averſionalgebühren, Hypotheken-Einrichtungskoſten, Konfiskationsprozeß, Subhaſtation. Reſcr. v. 14. Sept. 1830. betr. die außerordentlichen Koſten zur Regulirung deſſelben bei den Patrimonial-Gerichten. v. K. J. XXXVI. 187. 188. — Koſten-Erſparung, bei Einrichtung deſſelben. R. v. 13. Juni 1831. XXXXVII. 380. 381. — bei königl. Domainen und Forſten, Anordnungen zur Vereinfachung deſſelben. v. K. A. 32. II. 367. ff. — Verfahren Rückſichts des Hypotheken-Weſens der Domainen u. Forſten. Cirk. R. v. 21. April. 1832. v. K. J. XXXIX. 461—463. ſ. a. Berghypothekenweſen, Hypothekenbücher, Pertinenzſtücke, Wandeläcker. — Verordnung wegen Einrichtung deſſelben in dem Herzogthum Weſtphalen, dem Fürſtenthum Siegen mit den Aemtern Burbach u. Neuenkirchen (Freien- und Hückenſchen Grund) und den Grafſchaften Wittgenſtein-Wittgenſtein und Wittgenſtein-Berleburg, vom 31. März 1834. G. S. 1834. p. 47—54.

ſiehe übrigens Beſitztitel, Hypotheken-Gebühren, Hypotheken-Atteſte, Löſchung.

Hypotheken=Zinſen, laufende, deren Berichtigung während des Konkurſes. G. S. 1820. p. 34. Die durch die Anträge wegen rückſtändiger Hypothekenzinſen entſtandene Koſtenforderung des Gläubigers und die darunter begriffenen Mandatariengebühren können, wenn keine zuläſſige Einwendungen in der Hauptſache, nämlich wegen der Zinſen, angebracht worden ſind, ohne beſondern Prozeß von dem Richter mit Beobachtung der Vorſchriften der A. G. O. Th. I. Tit. 23. §. 26—28. per decretum feſtgeſetzt und der Feſtſetzung gemäß von dem Schuldner beigetrieben werden. Reſcr. v. 14. Sept. 1816. v. K. J. VIII. 17. — Verfahren bei Vollſtreckung der Execution wegen rückſtändiger Hypothekenzinſen. Reſcr. v. 15. Jan. 1824. XXII. 175. ſiehe Zinszahlungsgeſuch, Zinszahlungsmandat.

Gedruckt bei C. G. Hendeß in Cöslin.

Bayerische StaatsBibliothek
Münchener DigitalisierungsZentrum Digitale Bibliothek

Kretzschmer, Johann Karl,

Vollständiges aber kurzgefaßtes Repertorium aller Königl. Preußischen Landesgesetze welche in dem allgemeinen Landrecht, in der Gerichts-, Hypotheken-, Deposital- und Criminal-Ordnung selbst und sodann in der Gesetzsammlung bis zu Ende der Jahre 1834, in von Kamptz Jahrbüchern und von ... enthalten, so wie der belehrendsten Verordnungen der Provinzial-
Bd.: 1

Danzig (1836)

J.germ. 104 t-1
urn:nbn:de:bvb:12-bsb10551793-7